CODEX JURIS MUNICIPALIS GERMANIÆ MEDII ÆVI. REGESTEN UND URKUNDEN...

Heinrich Gottfried Philipp GENGLER

CODEX

JURIS MUNICIPALIS GERMANIAE

MEDII AEVI.

CODEX
JURIS MUNICIPALIS GERMANIAE
MEDII AEVI.

Regesten und Urkunden

zur

Verfassungs- und Rechtsgeschichte der deutschen Städte im Mittelalter.

Gesammelt und herausgegeben

von

Dr. Heinrich Gottfried Gengler,

Professor der Rechte zu Erlangen.

Erster Band.

Erlangen,
Verlag von Ferdinand Enke.
1863.

Druck von Junge u. Sohn in Erlangen.

Dem

HISTORISCHEN VEREINE

meiner

Vaterstadt Bamberg

als Zeichen aufrichtiger Verehrung

gewidmet.

5

VORREDE.

Als ich vor zehn Jahren mein Verzeichniss deutscher Stadtrechte des Mittelalters herausgab, schwebte mir bereits der Gedanke vor, eine Regestensammlung zur Geschichte der Verfassung und des Rechtslebens in den Städten Deutschland's bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts nachfolgen zu lassen, und ich wurde in diesem Vorsatze durch W. Arnold's *eingehende* Besprechung meiner eben erwähnten Schrift um so mehr bestärkt, als ich daselbst auch in reichlichem Masse belehrende Fingerzeige für die äussere Gestaltung und innere Einrichtung eines solchen Werkes vorfand, welche sich alsbald in Bischoff's höchst anerkennenswürdiger Arbeit über die österreichischen Stadtrechte als probehaltig bewähren sollten. So verwandelte sich denn schnell der noch unreife Gedanke in einen festen, abgeschlossenen Plan, und so sehr ich auch fühlte, dass ein solches Unternehmen nur dann, wenn ihm das Motto „viribus unitis“ vorangestellt, auf volles Vertrauen Anspruch machen könne, so vermochte mich dieses doch nicht abzuschrecken, einstweilen zur Ausfüllung der längst empfundenen Lücke in der germanistischen Literatur das Wenige und Unvollkommene zu bieten, was auf einem theilweise noch öde liegenden Felde von kaum übersehbarem Umfange der vereinzelten Kraft zu fördern und zu schaffen gelungen ist.

Ursprünglich war meine Absicht lediglich auf ein Regestenbuch gerichtet, welchem als Anhang eine Auswahl wichtiger Stadtrechts-Urkunden beigegeben werden sollte. Da jedoch in einer Reihe von Quellenwerken die Verbindung von Urkunden und Regesten mit Glück versucht und mit

Beifall aufgenommen worden ist, so veranlasste mich dieses und zugleich insbesondere der Umstand, dass der Fortsetzung der Gaupp'schen Sammlung der Tod des ehrwürdigen Veteranen auf dem Gebiete des Stadtrechtes eine Grenze gesetzt hat, das Regestenbuch durch Einfügung theils vollständig theils in längeren Auszügen oder mindestens einzelnen Hauptstellen mitgetheilter Urkunden zu einem „Codex juris municipalis" zu erweitern.

Was nun — um die hier befolgte Behandlungsweise in Ansehung der beiden eben gesonderten Grundbestandtheile des Buches näher zu beleuchten — zuvörderst die Regestensammlung betrifft, so sollte dieselbe nach ihrer Aufgabe von jedem während des Mittelalters zur Bedeutung einer Stadt gelangten, wenn auch jetzt nicht mehr damit bekleideten Orte Deutschland's, der Schweiz und des Elsasses [von den übrigen, ehedem zum deutschen Reiche gezählten, heutzutage ausserdeutschen Ländern ward aus Zweckmässigkeits-, vornehmlich räumlichen Gründen abgesehen] die bis zum Ausgange des fünfzehnten Jahrhunderts entstandenen Rechtsquellen im engeren Sinne, nämlich Privilegien, Weisthümer, Willküren und Statute, landesfürstliche Stadtgesetze, Schöffensprüche und aufgezeichnete Gewohnheiten, endlich auf die inneren öffentlichen Verhältnisse der Bürgergemeinde bezügliche Verträge und Schiede, regelmässig in chronologischer Folge namhaft machen, nach ihrem wesentlichen Inhalte näher beschreiben, und die nöthigen literarischen Nachweise über Abdrücke, Uebersetzungen und Erläuterungen hinzufügen. Hiebei durften selbstverständlich auch solche, in die obigen Kategorien fallende Aktenstücke nicht übergangen werden, von welchen wir bis jetzt nur einzelne Bruchstücke des Textes oder zuverlässige Inhaltsangaben in allgemeinen und localen Regestenwerken, älteren Chroniken oder jüngeren Bearbeitungen der Stadtgeschichte besitzen. Die bei jedem einzelnen Artikel zu Rathe gezogene Specialliteratur findet sich darum genau, meistens an der Spitze, angegeben. Auch diejenigen Schriften, welche nicht verglichen werden konnten, aufzuführen, hielt ich für unangemessen, da ein Autor für seine Citate einzustehen hat. Nur hinsichtlich weniger höchst seltener, aber in ihren Quellenapparaten schon von Anderen gewissenhaft verwertheter Deductionsschriften musste von vorstehendem Principe eine Ausnahme gemacht werden. Wer übrigens einen tieferen Blick in die, in zahllosen, zum Theile bis in das sechzehnte und siebenzehnte Jahrhundert zurückreichenden Monographien, Reden und Predigten, Programmen, Kalendern, Localblättern und Zeitschriften zerstreute, vielfach gar nicht in den Buchhandel gekommene, oft nur noch in Archiven auffindbare stadtgeschichtliche Literatur geworfen hat, wird es gewiss dem

Verfasser nicht als zu schwere Schuld anrechnen, wenn ihm manche wichtige Schrift über diese oder jene Stadt entgangen sein sollte. Fehlt es doch an einer Bibliographie der deutschen Städtegeschichten, wenn wir von der höchst mangelhaften und dennoch dankenswerthen Uebersicht bei v. Daniels absehen, bis zur Stunde noch gänzlich.

Dass auch gewisse Schranken bei der Durchführung des Planes gezogen werden mussten, lag in der Natur der Sache. So wurden z. B. die völlig gleichlautenden Wiederholungen eines Privilegs, namentlich die mit jedem Wechsel in der Person des Stadtherrn erneuerten Rechts-Confirmationen, nicht selten unter derselben Nummer zusammengefasst oder nur in einer Note zur Haupturkunde erwähnt; so ferner die einer Stadt in auswärtigen Gebieten eingeräumten Handels-, Schifffahrts-, Zoll- und ähnlichen Freiheiten meistens blos mit Angabe der Verleihungsjahre unter bestimmten Rubriken aufgeführt; so desgleichen von den politischen Conföderationen, insbesondere Schutzbündnissen einer Stadt mit anderen Städten oder benachbarten Fürsten lediglich diejenigen hervorgehoben, welche irgendwie die Verfassung und Rechtspflege der Ersteren berührt haben; so endlich alle blos die kirchlichen Verhältnisse, mithin auch milden Stiftungen, einer Stadt betreffenden Documente, sollten sie selbst unter die oben aufgezählten Quellen-Gattungen gehören, mit wenigen Ausnahmen, hinweggelassen.

Eine Geschichtsskizze den Regesten jeder Stadt als Einleitung vorauszuschicken, wie Arnold in Vorschlag gebracht, wurde, um nicht den Umfang des Werkes übermässig auszudehnen, unterlassen. Dagegen sind die zum Verständnisse einzelner oder ganzer Reihen von Urkunden nothwendigen politisch-historischen, geographischen, genealogischen und antiquarischen Notizen entweder mit wenigen (jedoch vom Urkunden-Inhalte stets ausscheidbaren) Worten in das Regest selbst eingerückt, oder eigenen, zwischen den Regesten, aber ohne Nummer, stehenden Anmerkungen zugewiesen worden, von welchen sich allerdings manche, wie vornehmlich die auf die Entwicklung des städtischen Rathes und die Stellung der Zünfte zu demselben bezüglichen, fast zu kleinen Excursen erweitert haben. Blose Wort-Erklärungen erhielten unter dem Texte ihren Platz. Uebrigens glaubte ich in Ansehung der stofflichen Anordnung des Regestenbuches von jeder beengenden Pedanterie mich umsomehr fernehalten zu müssen, als die hier verzeichneten Regesten nicht solche im gewöhnlichen historischen Sinne, sondern so zu sagen specifisch-juristische sind, deren Endziel darauf gerichtet erscheint, die Erkenntniss von Vorgängen im Rechtsleben einer Stadt zu vermitteln, bei welchen daher jene prägnante Kürze, wie sie wohl be-

züglich einfacher geschichtlicher Thatsachen anwendbar, nicht immer möglich, vielmehr oft das die Wandelung im Rechtsorganismus ausprägende Privileg oder Statut nach seinem ganzen Inhalte, ja selbst nach seiner eigenthümlichen Wortfassung vorzuführen ist. Die Ueberzahl der hier gebotenen Regesten fällt daher in Wesen und Form mit wirklichen Urkunden-Auszügen zusammen.

Was nun andererseits das mit dem Regestenwerke verbunde Diplomatar angeht, so hatte ich bei dessen Bearbeitung einzig und allein den Zweck vor Augen, dem Germanisten für seine allgemeinen (nicht localen) rechtshistorischen Studien eine brauchbare und dabei möglichst leicht erwerbliche Sammlung des stadtrechtlichen Quellenmaterials an die Hand zu geben. Danach durfte eine zu enge Grenze bei der Auswahl der aufzunehmenden Stücke nicht gezogen, vielmehr geradezu dem Motto „besser zu viel, denn zu wenig" nachgegangen werden. Nur nebenbei kam auch die Maxime zur Geltung, dass, von den Reichsstädten abgesehen, jedes selbständige Territorium des Mittelalters, soweit sich in seinen hierher gehörigen Rechtsproducten eine gewisse Originalität, ein deren Inhalt und Form ergreifender Particular-Typus, wahrnehmen liesse, sowie ferner jede erheblichere Species stadtrechtlicher Urkunden wenigstens durch einige hervorstechende Proben vertreten werde. Diese zur Mittheilung bestimmten Documente wurden dann entweder vollständig — höchstens mit Hinweglassung der Zeugen-Angaben, sofern diese nicht etwa schon an sich ein besonderes rechtshistorisches Interesse gewähren sollten — oder in Extracten, und zwar hier wieder bald mit bloser Beseitigung schwülstiger und juristisch bedeutungsloser Eingänge und Schlüsse, bald überdies mit Ausscheidung der minder wichtigen Abschnitte, an den betreffenden Orten des Regestenbuchs eingefügt. Dass bei grösseren Statuten, wenn nicht überhaupt schon eine gedrängte Uebersicht des Inhalts für genügend erkannt ward, ausschliesslich die zuletzt genannte Mittheilungsweise Platz greifen konnte, versteht sich von selbst. Auch erwies sich als zweckmässig, von den in solchen Werken, deren Besitz bei jedem Germanisten vorausgesetzt werden darf, bereits abgedruckten Stadtrechts-Urkunden hier einen Wiederabdruck, wenigstens in extenso, wo nicht specielle Gründe ihn rechtfertigen, zu vermeiden.

Die bei weiten schwierigste Aufgabe war jedoch die Herstellung des Urkunden-Textes, wo es an diplomatisch-getreuen Vorlagen fehlte, und es bedarf wohl kaum der Erwähnung, dass die Anzahl solcher kritisch-genauen und zuverlässigen Publicationen zur Zeit noch eine verhältnissmässig ge-

ringe, und dass selbst in manchen hochgeschätzten historischen und juristischen Werken gerade die urkundlichen Beilagen oder Einschaltungen mit einer Sorglosigkeit behandelt seien, wie sie fast bei Lünig und Goldast nicht angetroffen wird. Es war nun hier zwischen zweien allein denkbaren Wegen zu wählen: entweder mussten alle Urkunden, welche wir in den bisherigen Ausgaben nur in theilweise modernisirter Gestaltung besitzen, durch gleichmässige Rückübertragung in die alterthümliche Form ihrem Entstehungszeitalter künstlich angepasst, oder die in den früheren Editionen enthaltenen Texte beibehalten, und nur von den zahllosen ihnen anklebenden Fehlern, nöthigenfalls durch Anwendung wohl motivirter Conjecturen, gereinigt und durch verbesserte Interpunction lesbar gemacht werden. Der letztere Weg wurde hier eingeschlagen, und so unangenehm auch hie und da den Leser der Wechsel in der Schreibform bei nur wenige Jahre oder Jahrzehnte aus einander liegenden Rechtsurkunden berühren mag, so war doch dieses kleinere Uebel dem bedenklicheren einer bei der anderen Behandlungsart kaum vermeidbaren Willkürlichkeit und Unsicherheit jedenfalls vorzuziehen. Uebrigens wurden, wo handschriftliche Materialien dem Verfasser zugänglich waren, diese auf das Sorgfältigste benützt, und bei Existenz verschiedener Textrecensionen die wichtigeren Varianten in der Form von Noten angeführt. Wer sich die Mühe nicht verdriessen lässt, gerade nach dieser Seite hin meinem Buche einen aufmerksameren Blick zuzuwenden, wird mir das Zeugniss nicht versagen, dass die Prüfung und Reinigung der Urkunden-Texte mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit gehandhabt worden sei.

Endlich gestatte ich mir noch die Bemerkung, dass eine Reihe von Lücken, welche auszufüllen im Momente der Bearbeitung und des Abdruckes der betreffenden Artikel nicht möglich gewesen war, ihre Beseitigung in einem Schluss-Anhange finden wird.

Dieses Alles glaubte ich meinem Buche vorausschicken zu müssen. Ehe ich aber seinen Geleitsbrief abschliesse, liegt mir noch als eine heilige Pflicht ob, der vielfachen und umfassenden Unterstützung, welche mir von Fachmännern und Bibliotheken bei der Bearbeitung des Werkes zu Theil geworden ist und demselben zu grosser Förderung gedient hat, in herzlicher Dankbarkeit zu gedenken.

Und so möge denn das Buch, die Frucht fast zehnjähriger Mühen, in die Welt hinausgehen. Es wird vielen Tadel erfahren, denn es trägt der Mängel und Gebrechen mancherlei an sich, und ist von dem Höhepunkte, welchen zu erreichen ich mir vorgesteckt hatte, wie ich selbst fühle, noch

weit entfernt geblieben. Allein es wird — dessen bin ich nicht minder versichert — auch von vielen Seiten eine freundliche Begrüssung und von Allen, welche den richtigen Massstab für derartige Arbeiten in Händen haben, eine nachsichtige Beurtheilung und Würdigung finden.

Erlangen, im October 1863.

Gengler.

I. **Aach.**

(Baden.)

1493, Apr. 17. Kaiser Friedrich III. bestätiget der im Hegau und zwar in der Landgrafschaft Nellenburg, welche 1465 kaufsweise in den Besitz des Habsburgischen Hauses gekommen war, gelegenen Stadt Aach (Hahe, Ahe) die Freiheit, „dass sie, so weit ihre Zwing und Bann reichen, Gebot und Verbot thun und alle Rechte haben mag, wie die Stadt **Mengen**, und verleiht ihr die Gnade, in ihren Zwingen und Bannen Steinbrüche zu gebrauchen und an dem Wasser Ahe auf ihren Gründen eine oder mehrere Mühlen zu bauen." (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 800 nr. 8932.

II. **Aachen.**

(Preussen, Rheinprovinz.)

P. a Beeck, Aquisgranum s. historica narratio de Aquensis civitatis origine ac progressu, Aquisgr. 1620. 4⁰. Jo. *Noppii* Aacher Chronick [erweiterte Verdeutschung des v. Beeck'schen Werks], Aachen 1631, 1774; Cöln 1632, 1643 fol. J. J. *Moser's* Geschichte und Rechte der Reichs-Ober- u. Unter-Voigtey, wie auch des Schultheissen-Amtes der Reichsstadt Aachen, das. 1770 fol. K. Fr. *Meyer*, Aachensche Geschichten Buch I. Aachen 1781 fol. W. *Ritz* „Aachen" (Geschichtsumriss in Regestenform mit 29 bis 1189 reichenden Urkk.) in v. Ledebur's Archiv Bd. IX S. 56 flg. X S. 66 flg. 209 flg. Chr. *Quix*, Hist.-topogr. Beschreibung der Stadt Aachen, Köln u. Aach. 1829. kl. 8⁰. *Dess.* Beiträge z. Gesch. der Stadt Aachen, III Bdch. das. 1837, 38. 12⁰. *Dess.* Gesch. der Stadt Aachen, nach Quellen bearbeitet, Bd. I, II. das. 1840, 41. 4⁰. Dazu vgl. noch *Riccius*, Entw. S. 44 flg. *Hugo*, Mediatis. S. 29 flg. *Schmid*, Reichsstädte S. 1 flg. *Berghaus*, Deutschland vor hundert Jahren Bd. I S. 443 flg. *Waitz*, Verf.-Gesch. Bd. III S. 217 flg. — Quellensammlung: Chr. *Quix*, Codex diplomaticus Aquensis, Tomi I Ps. 1, 2. Aquisgr. 1839—41. 4⁰. Einzelnes diplomatisch genauer bei *Lacomblet*. Die früheren Urkunden- und Statuten-Abdrücke in *Lünig's* RA. Thl. XIII S. 53—62, 1441—64 und *Moser's* Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 38—59, ferner bei *Noppius* und *de Ludolf* sind völlig kritiklos (s. *Euler*, Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. VII S. 87), aber dennoch unentbehrlich.

1166, Jan. 8. Kaiser Friedrich I., welcher umgeben von den zu einer solemnis 1
curia eingeladenen Reichsfürsten die Seligsprechung Karl's des Grossen durch Pabst Paschalis zu Aachen feierlich begangen hatte, bestätiget A) ein von den Geistlichen der Münsterkirche daselbst ihm vorgelegtes „privilegium sancti Caroli de fundatione et dedicatione ipsius nobilissimae ecclesiae et de institutionibus legum humanarum et civilis juris ejusdem civitatis" und fügt B) die Zusicherung bei: „venerabilem clerum Aquensem cum ecclesia sanctissimae Dei genetricis Mariae excellentissimo opere constructa et omnibus praediis ejus, nec non et ipsam civitatem Aquisgranum, quae caput et sedes regni Theutonici est, una cum omnibus civibus ejus, tam minoribus quam majoribus, sub nostram imperialem tuitionem suscipimus, et omnem libertatem et justitiam, quas sanctissimus Carolus ejusque successores eis dederunt, ipsis confirmamus, statuentes et lege perpetuo valitura confirmantes, ut omnes cives nostri Aquenses per omne Romanum imperium negotiationes suas ab omni telonii, pedagii, curadiae [1]), vectigalis exactione liberi absque omni impedimento libere exerceant, et, sicut sanctissimus Carolus imperator instituit, indigenas hujus civitatis sacrae et liberae nemo de servili conditione impetat, nemo libertate privare praesumat, insuper omnes ad hanc sedem pertinentes nullus regum vel imperatorum, ubicunque moventur, alicui personae in feudum concedendi potestatem habeat." Dieses Privileg erneuert Kaiser Friedrich II. zu Pisa im Monate August 1244. Beide Rechtsbriefe haben Goldbullen.

Vollständig (A, B), und zwar meist nebst der Confirmation v. 1244 gedruckt findet man die Urkunde bei *Beeck* l. c. plag. a, *Noppius* a. a. O. (Ausg. 1774) S. 231 flg.,

---

1) Frachtwagen-Zoll. Vgl. *Ducange-Henschel*, Glossar. II, 706ᵃ, 708ᵃ.

Goldast, Const. Imperial. Tom. II p. 6 sq., *de Ludolf*, Collect. Statut. p. 419 sq., *Rousset*, Supplémens au corps dipl. par du Mont Tom. I P. 1 p. 56 ss., sowie in den *Acta SS. Bolland.* Mens. Januar. Tom. II p. 888 sq. und in *Lünig's* RA. a. a. O. S. 53 flg. Nur den Bestandtheil A hingegen nahm als „Caroli M. sermo de fundatione Aquisgranensis basilicae" Aub. *Miraeus* in seinen Codex donationum piarum cap. XI (Opp. dipl. et hist., Ed. II cur. J. F. Foppens, Tom. I, Bruxell. 1723 fol., p. 14—16) auf. Es darf übrigens die Unächtheit dieses letzteren Schriftstückes, welche gegenüber *v. Beeck* und *Goldast* bereits *Papebroek, Mabillon, Miré, Gryphiander, v. Ludewig*, *Riccius* u. A. mehr oder minder entschieden ausgesprochen haben, jetzt als allgemein anerkannt (*Quix*, J. Fr. *Böhmer*, *Barthold*, *Waitz* etc.) erachtet werden. Auch den Bestandtheil B des Privilegs mit A. *v. Daniels*, Hdb. der dtsch. Reichs- u. Staatenrechtsgeschichte Thl. I S. 255 für „erdichtet" zu erklären, ist jedoch kein Grund vorhanden.

2 **1166**, Jan. 9. Kaiser Friedrich I. verleiht dem königlichen Orte Aachen zwei je vierzehn Tage währende grosse Jahrmärkte — „universales et sollempnes nundinas .... omnibus mercatoribus hanc donans libertatem, ut in his nundinis et per totum annum in hoc regali loco ab omni theloneo sint immunes et liberi, et sua commercia vendant et emant, prout ipsi voluerint; nullus mercator vel quelibet alia persona in his nundinis mercatorem in causa ducat pro debito solvendo vel alio quolibet negocio, quod ante nundinas perpetratum fuerit; sed si in nundinis aliquid perperam factum fuerit, in nundinis secundum justiciam emendetur ....; omnes quoque ad has nundinas venientes vel inde redeuntes vel ibidem commorantes in rebus et personis firmam pacem habeant" —; ordnet die Prägung einer mit seinem eigenen und Karl's des Grossen Bildniss geschmückten neuen Geldsorte auf der aachner Münzstätte an; beseitigt einen alten Volksbrauch seltsamer Art, die Reinigung von Anschuldigungen, besonders wegen Verläumdung betreffend — „ceterum quia quedam abusio pro longa consuetudine in populo aquensi locum justicie obtinuit, ut qui de calumpnia vel aliqua re impetebatur, non poterat expurgacionis sue satisdacionem offerre, nisi per festucam, quam inclinatus de terra levasset, quam si subito non invenisset, in penam compositionis decidit: Nos hanc iniquam legem perpetuo condempnantes imperiali auctoritate statuimus, quod liceat unicuique in hoc nostro regali loco aquisgrani pro qualibet causa, qua impetitus fuerit, expurgacionem suam offerre per quodlibet vel minimum, quod de mantello vel tunica vel pellicio vel camisia vel qualibet veste, qua indutus est, manu potest avellere, directe stando sine aliqua corporis flexione" —; bestimmt, dass in Aachen jegliche Münze „juxta qualitatem suam" cursiren solle, und erlaubt endlich den aachner Handelsleuten, auch „extra domum monetariam et tectum" Wechselgeschäfte mit ungemünztem und gemünztem Silber vorzunehmen — „cambire argentum vel monetam." *Du Mont*, Corps dipl. du droit des gens Tom. I. p. 87; *Londorp*, Acta publ. Tom. XIV (Libr. XV Cap. I nr. 1) p. 64; *Quix*, Cod. dipl. P. 1 p. 37 sq.; *Lacomblet*, UB. Bd. I Nr. 412 S. 283 flg.

Aachen, vielleicht auf der Stelle des alten Carovallum erbaut und bereits in der Karlingerzeit als „sedes prima Franciae, sedes regni" gefeiert, erscheint in den Fridericianischen Rechtsbriefen noch als mauerloser Ort, da eine Befestigung desselben auf des Kaisers Geheiss erst 1172 mit dem „mons Berenstein" begonnen, und wohl nicht vor der Mitte des XIV. Jhdts. vollendet worden ist. (*Quix*, Beschr. S. 112, 191.) Dass übrigens in der letzteren Urkunde Aachen Münzgerechtigkeit verliehen worden sei, wie man gewöhnlich annimmt (*v. Ledebur's* Archiv Bd. IX S. 58, 228), ist aus den Worten des Documents ebensowenig mit Sicherheit zu entnehmen, als dass darin die Errichtung einer neuen Münzstätte angeordnet werde (*Quix*, Gesch. Bd. I S. 68), indem vielmehr die Münzprägung zu Aachen weiter, vermuthlich bis in die Karlingische Periode (H. *Grote's* Münzstudien I S. 85) zurückreichen möchte.

1215, Jul. 29. König Friedrich II. 3
bestätiget den Aachnern auf deren Bitten alle Rechte und Freiheiten, welche ihnen Karl der Grosse und andere römische Kaiser verliehen haben, indem er zu den im ersten Priv. von 1166 enthaltenen, hier erneuerten Begnadungen hinzufügt: „nullus judex a nobis vel ab aliquo successore nostro Aquis constitutus nostra vel sua auctoritate vel alicujus successoris nostri, regis vel imperatoris, talliam vel precariam in predictos cives Aquenses faciat, nec eos ad aliquid dandum regi vel imperatori compellat, nisi quantum ipsi voluerint facere de bona voluntate. Injustam etiam et illicitam consuetudinem[2]), quam judices quandoque solebant accipere a venditoribus panis et cervisie in gravamen tocius civitatis, penitus amovemus. Renovamus etiam eis et confirmamus, ut nullus prenotatos nostros cives Aquenses ad aliquod servitium ultra progredi compellat, quam ut ipso die, quo clara luce de domibus suis exierint, cum

2) Abgabe, s. *Zöpfl's* Alterth. I, 193, 273 flg.

splendore solis redire possint. Inhibemus etiam, ne aliquis judex Aquensis a nobis vel ab aliquo successore nostro constitutus in gravamen alicujus civis procedat, nisi prout ei dictaverit sententia scabinorum, ut in nullo predictorum fidelium nostrorum libertas mutiletur.“ *Quix*, Cod. dipl. P. 2 p. 93; *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 51 S. 26 flg.; *Huillard-Bréholles*, Hist. Frid. Tom. I P. 2 p. 399 flg.

4 **1216**, März 20. König Friedrich II. geht die „principes et magnates inferioris provincie“ besonders an, dass sie die Bürger Aachen's in ihrer über das ganze Reich sich erstreckenden Zollfreiheit, sowie überhaupt gegen jegliche Unbill und Beschwerung beschirmen sollen. *Quix*, Cod. dipl. P. 2. p. 110; *Huillard-Bréholles* l. c. p. 446. [Diese Urkunde hat *Lünig* a. a. O. S. 57 und ihm nachschreibend *Schmid* a. a. O. S. 343 Nr. I zu einem eigenen Priv. v. 1245 gestempelt.]

5 **1221**, Jan. 6. Bischof C. [Konrad III.] von Metz und Speyer verlautbart eine „in sollempni curia Francenvort“ ergangene „sententia principum“, wonach das „sigillum civitatis Aquensis in custodia decani Aquensis ecclesie“ sich befinden soll. *Lacomblet* a. a O. Nr. 92 S. 50 flg.

6 **1248**, Oct. 18. König Wilhelm [welcher die dem Staufischen Hause treu gebliebene, durch lange und schwere Belagerung „zerstörte, verarmte und ausgehungerte“ Stadt endlich zur Uebergabe gezwungen] bestätiget und wiederholt den von Friedrich II. 1215 den Bürgern von Aachen ertheilten Freiheitsbrief. *Lünig* a. a. O. S. 57 flg. *Quix* l. c. p. 117 sq. Ueber den Ausstellungstag der Urkunde — xv Kal. nov. nicht oct. — s. *Böhmer's* Reg. Wilh. S. 9 nr. 30.

7 **1248**, Dez. 12. Pabst Innocenz IV. bestätiget den Bürgern Aachen's (in der lütticher Diöcese) auf deren Bitten „privilegia, jura et libertates habitatoribus ipsius terrae a clarae memoriae Carolo et aliis imperatoribus et regibus ab antiquo concessa“, unter Berufung auf die zuvor erfolgte Confirmation derselben durch den römischen König (Wilhelm). *Quix* l. c. p. 119. Ein hierauf bezügliches Schreiben an den Decanus ecclesiae Aquensis s. bei *Noppius* l. c. S. 236 flg.

8 **1249**, Dez. 12. Derselbe Pabst sichert in einer Bulle den aachner Bürgern zu: „ut persistentes in devotione ecclesiae non possint extra muros Aquenses per apostolicas et legatorum apostolicae sedis literas ad judicium evocari, dummodo coram plebano suo seu aliis competentibus judicibus infra muros exhibeant cuilibet de iis conquerenti justitiae complementum.“ *Noppius* a. a. O. S. 237.

1250, Mai 14. König Wilhelm erlässt 9
an die Bürger von Aachen den Befehl: „quatenus statuta inter vos de novo rationabiliter et de communi vestro consensu ordinata a vobis universis et singulis usque ad tempus debitum inviolabiliter observentur. Si quis vero transgressor hujusmodi extiterit, indignationem nostram se noverit incurrisse.“ F. *Meermann's* Gesch. des Grafen Wilhelm von Holland Röm. Königs (a. d. Holländ. von H. C. W. Eschenbach, Leipz. 1787, 88. 8°.) Thl. II S. 327; *Quix* l. c. p. 120; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 360 S. 190 flg.

1253, März 1. Pabst Innocenz IV. 10
wiederholt seine im J. 1249 den Bürgern Aachen's verliehene Begnadung, jedoch mit dem beschränkenden Beisatze, dass durch ein „speciale mandatum apostolicae sedis ipsius faciens plenam et expressam de verbo ad verbum de indulto hujusmodi mentionem“ allerdings eine Ladung vor ein auswärtiges Gericht wirksam erfolgen könne. *Noppius* a. a. O. S. 237.

1254, Jul. 11. Pabst Alexander IV. 11
gestattet dem Archipresbyter ecclesiae Aquensis auf dessen Ansuchen auch für die Zukunft die Ausübung der nach altem Herkommen mit seinem Amte verbundenen „jurisdictio cognoscendi de causis spiritualibus in loco Aquensi.“ Nach einem Vidimus v. 1380 bei *Noppius* a. a. O. S. 238[b] und *Lünig* a. a. O. S. 1445.

1257, Mai 22. König Richard erneuert 12
das Fridericianische Priv. von 1215 mit einigen, besonders die Bewilligung einer „collectio de bonis, unde se et civitatem Aquensem muniant ad honorem imperii et profectum“ betreffenden Zusätzen. *Quix* l. c. p. 124 sq. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 438 S. 238.

1260, Jun. 10. Pabst Alexander IV. 13
bestätiget seinem Orte Aachen „antiquas et rationabiles consuetudines pacifice observatas hactenus in eodem, quae libertati ecclesiasticae non obsistant.“ *Noppius* a. a. O. S. 238 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1441 flg.

1268, Apr. 5. Pabst Clemens IV. er- 14
neuert den Clerici et Laici Aquenses das Innocenz'sche Priv. v. 1249: „ut non possint extra muros Aquenses per literas apostolicas generaliter vel specialiter ad judicium evocari.“ *Noppius* a. a. O. S. 239.

1273, Oct. 29. König Rudolph I. wie- 15
derholt die Priv. Friedrich's II. v. 1215 und Richard's v. 1257 sammt dem Befehle Wilhelm's v. 1250 und fügt hinzu: „Damus quoque auctoritatem nostris fidelibus supradictis, ut inter se constitutiones necessarias et utiles constituere valeant, et eas dum voluerint revocare.“ *Quix* l. c. p. 139 sq.

16 **1274**, Febr. 20. König Rudolph I. verfügt, den Bitten der nuncii urbis Aquensis nachgebend, in Ansehung der Aechtung zum Zweikampfe vorgeladener, aber ausgebliebener Missethäter: „si per absentiam aut aliam quamvis occasionem seu causam ... comitis Juliacensis .. sculteti aut .. advocati Aquensis, seu cujuscunque alterius, cujus interest, defectum in proscriptione facienda reperiri contigerit, sive periculum sit in mora, quod is, quicunque Aquis vice imperii judicio presidet vel pro tempore presidebit, maleficos hujusmodi, quicunque sint, exleges pronunciare ac proscribere bene possit.“ *Quix* l. c. p. 140 sq. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 653 S. 384 flg.

Bis hierher hatte die städtische Verfassung Aachen's ihr alterthümlich-einfaches Gepräge grösstentheils bewahrt, indem wir an der Spitze der „universitas civium“ lediglich eine Anzahl aus den Bürgern, ehedem aus den Königsleuten, gewählter „scabini“ als Rechtsfinder und Mitberather gemeindlicher Interessen, noch nicht aber ein selbständiges collegium consulum antreffen. (*Quix*, Gesch. Bd. I S. 34, 48, 57, 65 flg. Bd. II S. 3 flg.) Allein schon um 1274 beginnt die allmälige Entwicklung eines solchen städtischen Rathes, dessen erste Keime sich in der Verdoppelung der ursprünglichen Schöffenzahl erkennen lassen, indem sich dann ein Theil der scabini als „consules s. consulatus civium“ unter der bald hinzutretenden Leitung zweier „magistri civium“ constituirte. (*Ritz* a. a. O. Bd. IX S. 59.) Vollkommener ausgebildet begriff aber der Rathskörper ausser den beiden Bürgermeistern und den eigentlichen Rathleuten noch a) zwei Rentmeister und zwei Bauherrn, b) neun Kerstovels als Repräsentanten der neun Grafschaften, in welche das Weichbild der Stadt (gegenüber dem „Reiche von Aachen“ d. h. den ausserhalb der Ringmauern gelegenen, mit Wall und Graben befriedeten Grundbesitzungen) getheilt war, sowie c) zwei Werk- und ebensoviele Weinmeister (*Quix*, Beschr. S. 141), und es währte das Collegium in dieser Zusammensetzung bis in die Mitte des XV. Jhdts. fort. Die königlichen Gerechtsame, namentlich die Civilrechtspflege und den Blutbann, haben dagegen in Aachen, wie in anderen Reichsstädten, von jeher zwei Beamte, ein „judex s. scultetus“ (Meyer) und ein „advocatus“ (Vogt) ausgeübt. Das erstere Amt befand sich nun seit König Richard's Zeiten bis 1284 im Besitze des jülich'schen Herzogsgeschlechtes, kam dann im erwähnten Jahre pfandweise in die Hände der edlen Herrn von Montjoie und Falkenburg aus dem Hause Limburg, sowie bald darauf unter gleichem Rechtstitel an Herzog Johann von Brabant, und wechselte von da an fortwährend seine Inhaber, bis es endlich im J. 1348, gleichfalls auf dem Wege der Verpfändung, wieder an Jülich und Geldern gelangte, wo es fortan verblieb. (*Ritz* a. a. O. S. 59, 61; *Quix* a. a. O. S. 155.) Uebrigens begegnen das Schultheissen- und Reichsvogtei-Amt bereits im XIII. Jhdt. vorübergehend in Einer Person vereinigt, welche Verbindung später immer häufiger und zuletzt eine stätige wurde.

1277, Mai 30. Die aachner Stadtgemeinde („judices, scabini, consulatus civium, 17
magistratus ac universi cives regalis sedis Aquensis“) erkennt Herzog Johann von Lothringen und Brabant als ihren „superior advocatus“ an, gleichwie diess auch dessen Vorfahren gewesen waren. *Lünig* a. a. O. S. 1442.

1280, Apr. 22. Die aachner Stadtgemeinde erneuert vorstehende Anerkenntniss, 18
sie auch auf jeden „qui in ducatu legitime successerit heres“ erstreckend. *Lünig* a. a. O.

1280, Apr. 24. Herzog Johann von Lothringen und Brabant sichert der Stadt 19
Aachen und ihren Bewohnern „ratione superioris advocatiae, qua post imperium fungitur apud eos — favorem, consilium et auxilium et assistentiam“ für sich und seine Erbfolger zu. *Lünig* a. a. O. S. 1443.

Die Aufrechthaltung der in dieser Obervogtei des lothringischen Hauses über Aachen enthaltenen Gerechtsame wurde dem Herzoge Johann von Walram Herrn von Montjoie und Falkenburg, als Meyer der Stadt, in einem Garantiebriefe v. 17. März 1284 (*Lünig*, Cod. Germ. dipl. Tom. II p. 1138) besonders gewährleistet.

1292, Jul. 1. König Adolph bestätiget 20
an seinem Krönungstage („in sollempnitate coronationis sue“) den Bürgern von Aachen alle Rechte und Freiheiten, wie solche das Priv. Richard's v. 1257 nachweist. *Quix*, Cod. dipl. P. 2 p. 165.

1298, Aug. 25. König Albrecht nimmt 21
die ehrwürdige Krönungsstadt Aachen und deren Bewohner, wie diess schon Karl der Grosse und seine übrigen Vorgänger im Reiche gethan, in seinen besonderen Schutz und bestätiget, unter wörtlicher Wiederholung des Priv. v. 1292, ihre Freiheiten und guten Gewohnheiten. *Quix* l. c. p. 168.

1309, Jan. 22. König Heinrich VII. 22
confirmirt in gleicher Weise die Privilegien der Stadt Aachen. *Quix* l. c. p. 177, 193.

1314, Nov. 25. König Ludwig IV. be- 23
stätiget den Bürgern der Stadt Aachen ihre Rechte und Freiheiten, was von ihm am 20. (23.) Mai 1330 [mit Goldbulle], am 26. Juni 1331 unter Widerruf alles dessen, was er und

seine Vorfahren den aachner Privilegien entgegen verordnet haben sollten, ferner am 10. Mai 1336 und am 6. Aug. 1338 wiederholt wird. (R.) *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 1 nr. 4, S. 70 nr. 1132, S. 82 nr. 1335, S. 108 nr. 1742, S. 120 nr. 1919.

24 **1338.** „Gesetz vnnd Ordinantie dess Churs“, Strafordnung des aus fünfzehn Beisitzern, nämlich den zwei Bürgermeistern, zwei Schöffen, zwei Werkmeistern und den neun Kerstovels, zusammengesetzten, nur für leichtere mit Geldbusse, Einsperrung und Stadtverweisung bedrohte Vergehen competenten Churgerichts (judicium electivum), im Hauptstatute vornehmlich von Aufruhr, Todtschlag, Verwundung, Ehrenscheltung, Friedgeboten, Verfahren gegen widerrechtlich heimkehrende Verbannte („ausser dat Reiche van Aache gesette“) u. a. m., in den jüngeren, viel reichhaltigeren Zusätzen aber ausführlich von den einzelnen geringfügigen Delicten, von der Zeugschaft bei solchen, von der Wundbeschau etc. handelnd. Gedruckt bei *Noppius* a. a. O. S. 290 flg. 295 flg.; *de Ludolf* l. c. p. 504 sq. [Ueber das s. g. Churgericht und seine Prozedur s. *Noppius* a. a. O. S. 110 flg. u. *Quix*, Beschr. S. 152 flg.]

25 **1342**, Sept. 22. Kaiser Ludwig IV. gewährt den aachner Bürgern um des grossen Aufwandes für die Befestigung ihrer Stadt willen die Befugniss, von ihren Gemeindegütern jeder Art zu veräussern. (R.) *Böhmer* a. a. O. S. 142 nr. 2270.

26 **1356**, Nov. 27. Kaiser Karl IV. bestätigt alle der Krönungsstadt Aachen durch Karl den Grossen verliehenen Gerechtigkeiten und Freiheiten, insbesondere das gleichfalls als „libertas“ bezeichnete Verfahren, welches bei dem Schöffenstuhle dortselbst, als Reichsobergericht für alle Städte und Dörfer diesseits der Alpen, in Berufungsfällen bezüglich des Vorladens und Erscheinens der Richter und Schöffen — „a quorum sententia ut a nulla seu iniqua ad scabinos Aquenses et ad competentes praefatae sedis regalis judices legitime provocari contingeret“ — bisher beobachtet worden war. *Noppius* a. a. O. S. 281 flg. *Lünig*, RA. a. a. O. S. 1443 flg. Vgl. *Thomas*, Oberhof S. 55 flg.

Der aachner Schöffenstuhl, dessen Bedeutung in der vorstehenden Urkunde bis zur Höhe eines obersten Gerichtshofes für das gesammte Deutschland gesteigert erscheint, erstreckte thatsächlich seine Jurisdiction niemals über die Grenzen des alten Salier- und Ribuarier-Gebiets oder des nachmaligen lothringischen Reiches hinaus, wie diess am Deutlichsten der aus einem alten MS. von *Quix* (Beschr. S. 197 Note 62) mitgetheilte Katalog derjenigen Orte beweist, welche ihren Rechtszug nach Aachen gehabt haben. Es werden daselbst 21 Städte, nämlich: Bedburg, Deventer, Düren, Duisburg, Kaiserswerth, Maseyk, Mastricht, Montjoie, Nimwegen (Priv. v. 31. Aug. 1230), Reis, Rheinberg, Saint-Trond (s. L. A. *Warnkönig's* Beitr. z. Gesch. des Lütticher Gewohnheitsrechts, Freiburg i. Br. 1854. 8°. S. XIII), Saint-Vith, Schleiden, Sittard, Tirlemont, Tongern, Weert im Lüttichschen, Werden a. d. Ruhr, Werth in Westfalen (s. v. *Ledebur's* Archiv Bd. I S. 80 flg.) und Wesel, sowie 51 „Herrlichkeiten“ namhaft gemacht. Von letzteren ist nur das in jüngerer Zeit zur Stadt emporgestiegene Dorf **Burtscheid** wegen seiner besonderen Stellung zu Aachen hier hervorzuheben. Bis zur Mitte des XIV. Jhdts. war nämlich Burtscheid ausschliesslich der Herrschaft der reichsunmittelbaren Cisterzienser-Nonnen-Abtei gleichen Namens [s. J. *Ficker*, Vom Reichsfürstenstande Bd. I S. 352] untergeben, und zwei Weisthümer v. 1226 und 1261 (*Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 133, 506 S. 70, 284 flg.) setzten die zwischen dem Kloster und dem advocatus loci, dem Grafen von Jülich, in Ansehung des Ortes obwaltenden rechtlichen Verhältnisse fest. Allein die Aebtissin Mechtildis überliess „öre gerighte inde öre Dorp van Burtschit mit den luden die darzu gehorent“ der Stadt Aachen, welche dafür der Abtei die Aufrechthaltung ihrer Privilegien mittels Urk. v. 23. Oct. 1351 (*Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 504 S. 409 flg.) zusicherte. Hiedurch war nun Burtscheid in eine gewisse politische Abhängigkeit von Aachen gekommen, deren Umfang jedoch mancherlei Zwistigkeiten hervorrief, offenbar aber nur dahin verstanden werden darf, dass der aachner Rath das Meyer-Amt in Burtscheid zu besetzen hatte. Die Competenz des Schöffenstuhls zu Aachen als seines rechtmässigen Oberhofs („heufft“) erkannte jener des Dorfs Burtscheid durch Urk. v. 9. Dez. 1367 (*Lünig* a. a. O. S. 1444 flg.) ausdrücklich an. Vgl. Chr. *Quix*, Hist.-topograph. Beschreibung der Stadt Burtscheid, Aachen u. Leipz. 1832. 8°. S. 165 flg. 172 flg.

1362, Dez. 17. Kaiser Karl IV. be- 27
gnadet die Bürger Aachen's nach allgemeiner Bestätigung ihrer „privilegia, jura et libertates“ noch insbesondere dahin: „quod per totum Romanum imperium nullibi a quoquam de jure possunt vel debent ad campum, duellum vel pacem praeter justam sententiam Aquensium scabinorum quomodolibet provocari.“ *Lünig* a. a. O. S. 59 flg.

1374, Jan. 25. Derselbe erneuert und 28
beziehungsweise erläutert die den Bürgern von Aachen bereits von seinen Vorfahren

ertheilte Gnade, dass Erstere für Kaiser und Reich „gen niemandten umb keinerley Sachen pfandbahr noch zu pfenden seyn sollen.“ *Lünig* a. a. O. S. 60.

29 **1393**, März 26. König **Wenzel** befreit die aachner Bürger von jeder Ladung vor ein auswärtiges, sei es Reichs- oder anderes Gericht „nach ihrer Freyheits-Brieffs Laut vnd Sagh“, und erklärt, die hiegegen verstossende Ladung oder Klage „solt weder Krafft noch Macht haben ahn keiner Statt noch in kein Weiss, vnd darauff sollten sie auch nicht schuldig seyn zu antworten.“ *Lünig* a. a. O. S. 61.

30 **1399**, Mai 10. Herzog **Wilhelm** zu Geldern und Jülich schliesst mit der Stadt Aachen, aus Anlass ihres etwas zweideutigen Verhaltens in seinem Kriege mit Brabant, ein versöhnendes Concordat ab, worin ausser allgemeiner Anerkennung aller und jeglicher „Privilegien, Freyheiten ende Briefen“, welche die Stadt von Pähsten, Kaisern, Königen und des Herzogs Vorfahren empfangen, u. A. von der ferner zu gestattenden Durchfuhr von aachner Handelswaaren durch die jülich-geldern'schen Lande, Herrlichkeiten und Gebiete: vom Gerichtsstande bei Rechtsstreiten zwischen „Bürgern und Undersiessen van Aache“ und „Luiden ind Undersiessen“ des Herzogs, mit Hinweisung auf „scheffen Ordel zu Guilig off zu Duiren“ und auf „Scheffen-Urtheil ende dess Churen Recht“ von Aachen; endlich von Bewahrung der in dem „Reich van Aache“ gelegenen Güter vor Beschädigung durch des Herzogs Amtleute, Diener und Unterthanen gehandelt wird. *Lünig* a. a. O. S. 1446 flg. *Moser*, Hdb. a. a. O. S. 39 flg. (Extr.)

31 **1402**, Mai 4. Herzog **Reinald** zu Jülich und Geldern bekennt mit offenem Briefe, dass er mit den Bürgern von Aachen „einre Frundtschafft inde Verbondts eins worden sey“, und bezeichnet die einzelnen „Puncte ende Articulen“ dieses Schutz- und Trutzbündnisses näher, zuvörderst der Stadt für sich und seine Nachkommen zusichernd, dass er sie „ihre Privilegien, Freyheiten, geistlich off werltlich Gesetze, alde Gewonden inde Herkhommen, die sie von Röm. Paussen, Keyseren, Königen, Prälaten ende Fürsten haendt, allezeit vredelich wolle lassen gepраuchen“, sowie auch die von seinen Aeltern und seinem Bruder Wilhelm den Bürgern verschriebenen Briefe stete, fest und unverbrüchlich halten werde. *Lünig* a. a. O. S. 1447 flg. *Moser* a. a. O. S. 40 flg. (Extr.)

32 **1406**, Febr. 3. **Punkte für die Werkmeister und Geschwornen des „Wullen-Ambachts“.** Diese gewöhnlich als „Privilegium“ bezeichneten Satzungen sind im Vergleichswege durch Herzog **Reinhard** von Jülich und Geldern vermöge der ihm zustehenden „Vogdeyen end Meyereyen end Herligkeit binnen Aachen“ auf Grund „alden herkhommens“ festgestellt worden, und beziehen sich hauptsächlich auf den Tuchverkauf en gros, z. B. an die Lombarden (§. 14), und en détail, sowie die hiebei vorkommenden Schuldverhältnisse, auf die Zuständigkeit des Gildegerichts in Streiten zwischen Herrschaft und Gesinde („Knecht, Mägde, Leerkinder“), auf die Ueberwachung der Gewandbereitung, das Verfahren gegen solche, welche „falsche Tug gemacht“, das Verbot der Ueberbauung bei Häusern der Gildegenossen a. a. m. *Noppius* a. a. O. S. 353 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1450 flg. *Moser* a. a. O. S. 41 flg. (15 §§.)

1407, Nov. 14. König **Ruprecht** bestätigt „alle vnd igliche freyheyte, rechte, priuilegia, hantfesten vnd briefe der stad von Aiche, vssgenomen obe kunig Wentzlaw von Beheim etwan romischer kunig in etwaz nuwes verluhen hette, das vnd die brieffe darüber meynen wir nit zu bestetigen mit disem briefe.“ *Chmel*, Reg. Rup. S. 148 nr. 2399. 33

Der Text dieses ungedruckten Rechtsbriefes wurde entnommen aus der vom Könige am 13. Oct. 1407 ratifizirten Uebereinkunft, welche seine Machtboten mit dem aachner Stadtrathe in Bezug auf die früher zu Cöln stattgefundene Krönung und den nunmehr beabsichtigten Einzug Ruprecht's in Aachen bereits am 22. Juli ej. getroffen hatten, und welcher die Entwürfe zu den gegenseitig auszustellenden Urkunden einverleibt worden waren. (*Chmel* a. a. O. Anh. III Nr. 29 S. 226 flg.) Ueber das bis dahin beobachtete Benehmen Aachen's in der Ruprecht'schen Krönungs-Angelegenheit und die damit zusammenhängenden unheilvollen Schicksale (Reichsacht 1401, Bedrohung mit dem Kirchenbanne 1404) der Stadt vgl. K. *Höfler*, Ruprecht von der Pfalz genannt Clem röm. König (Freiburg i. Br. 1861. 8°.) S. 360 flg.

1418, Jan. 21. Herzog **Reinald** zu Jülich und Geldern versöhnt sich mit „Bürgermeister, Scheffen ende Raht dess Königlichen Stuils van Aache … umb allen Stoiss, Zweyung und Unminne“, welche zwischen ihm und der genannten Stadt obgewaltet hatten, besonders um seiner „Vogteyen ende Meyereyen zu Aache“ willen, und verspricht für sich, seine Erben und Nachkömmlinge, die Privilegien, Rechte, Freiheiten, Gesetze, alten Gewohnheiten und Herkommen der Bürger beachten und beschirmen zu wollen. *Lünig* a. a. O. S. 1452. 34

1423, Oct. 19. König **Sigismund** verordnet auf Ansuchen von Rath und Bürgerschaft der Stadt Aachen: a) in Ansehung der 35

Geblüts-Erbfolge in Mobilien, „Wem fahrende oder beweglich Guet vnd Hab in der Stat zu Aach, oder vff dem Landt in den Dörferen darzu gehörendt, erblichen anfilt vnd anstirbt, dass der, alssfern er im Lande ist, solch erblich Guit binnen Jaer vnd Dag, darnach jhm solch Guit vnd Haab angefallen vnd anerstorben is, oder darnach, alss (er) zu Landt khommen is, in eines Jahrsfrist forderen vnd heischen soll, von dem vnd ahn den stätten, alss sich das gebueren werdet; Wer aber dess in Jahrsfrist nicht fordert, der in dem Land wehre, oder zu Landt quäme, der sall hynach kein Recht hauen, solch Guit zu forderen", sowie b) dass die im Weichbilde und im s. g. Reiche von Aachen gelegenen Häuser durch die „rechten Erben" bei Verlust des Eigenthums an die mit „Zinss oder Gülde" daran Berechtigten in baulichem Stande erhalten werden sollen. *Noppius* a. a. O. S. 275 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1452 flg. *Moser* a. a. O. S. 45 flg.

36 **1434**, März 19. Kaiser Sigismund gebietet, die „Bürger und Innwohner seines Königlichen Stuls und Statt zu Aach" in dem ihnen von seinen Vorfahren am Reiche und von ihm selbst verliehenen Privileg, „dass sie und ihr Gut niemand wer der sey, vor einigerley Gerichte, wie die genannt seynd, umb werentliche Sachen auss der Statt Aach vorheischen, laden, bekümmern oder mit Gerichte umbtreiben solle", nicht zu verletzen, indem er alle gegen sie zu erhebenden Zusprüche und Klagen „nach ihrer Freyheiten Lauth, die er ihnen auch als ein Römischer Kayser bestättigt und confirmirt habe", so lange dem Kläger das Recht dortselbst nicht gefährlich verzögert oder verweigert würde, an die aachner Gerichte verweist. *Lünig* a. a. O. S. 1454.

37 **1442**. Juni 21. König Friedrich III. bestätigt eine Reihe vorausgegangener Freiheitsbriefe der Stadt Aachen, indem er dieselben in sprachlich-freier Relation ihrer Hauptsatzungen, jedoch ohne Bezeichnung der Urheber und Daten, in ein umfangreiches Gesammt-Privileg, unter Anfügung einer generellen Rechtsconfirmation, zusammenfasst. *Chmel*, Reg. Frid. Anh. Nr. 13 S. XVIII – XXII.

Inhalt: §. 1. Bestätigung aller „justitia et libertas" aus Karl's des Grossen und seiner Nachfolger Zeiten; Unzulässigkeit jeder wider die Angehörigen („clerici et laici, indigene... incole et advene") Aachen's geltend zu machenden „servilis condicio" oder mit jenen von Seite der Kaiser und römischen Könige vorzunehmenden „in beneficium seu alias quovis modo traditio" an eine „persona nobilis vel ignobilis", sowie überhaupt irgend einer die Stadt selbst, ihre Bürger und deren Gut betreffenden „occupatio, obligatio, infeudatio, aggravatio"; Befreiung der Aachner in ihren „negotiationes et mercationes per omne Romanum imperium ab omni exactione seu requisitione thelonii, pedagii, carragie[3]), vectigalis, navigii vel quocunque nomine vocentur." [Priv. I. v. 1166 B.] — §. 2. Nichtbelastung der cives Aquenses mit Abgaben („tallea vel precaria seu exactio") und sonstigen Zwangsleistungen an den König durch dessen „judex", sowie Unterwerfung des Letzteren im Rechtsverfahren („in accusatione vel actione, impetitione seu provocatione duelli sive pacis") gegen Bürger unter die „justa sententia scabinorum". [Priv. v. 1215.] — §. 3. Aechtungsrecht des aachner Schöffenstuhls wider zum Zweikampfe vorgeladene, aber ungehorsam ausgebliebene „malefici, bispiliones, homicidae, latrones, raptores, spoliatores, incendiarii, injuriatores et eorum complices et adherentes". — §. 4. Festsetzung der Zahl und Rechnungsmark („pagamentum") durch den Stadtrath und Berechtigung desselben, die in Aachen weilenden und Pfandleihgeschäfte treibenden Lombarden zu den städtischen Bürgerlasten heranzuziehen. — §. 5. Freie Verfügungsgewalt der Bürgerschaft über ihre „communitates ... in busschis, nemoribus, pratis, pascuis, aquis, terris, meritis", insbesondere Befugniss der ersteren, letztere „pro utilitate civitatis" zu vererbleihen. [Priv. v. 1342.] — §. 6. Errichtung und Wiederaufhebung von städtischen Willküren. [Priv. v. 1273.] — §. 7. Steuer- und Acciserecht zum Zwecke der Stadtbefestigung und der Befriedigung anderer allgemeiner Bedürfnisse. [Priv. v. 1257.] — §. 8. Vereinigung der „ville... infra bannum miliare et jurisdictionem civitatis site et jacentes" mit der Stadt auf ewige Zeiten und daher Unstatthaftigkeit irgend einer Veräusserung der ersteren; Verpflichtung der Dorfbewohner zur Mitleistung der Bürgerdienste: „quod proporcionabiliter portent onus civitatis Aquensis, custodias et vigilias ac communes municiones, prout ipsi cives Aquenses faciunt." [Priv. K. Ludwig's IV. v. 1334, vgl. *Ritz* a. a. O. S. 60.] — §. 9. Befreiung der Aachner vom ausserstädtischen Waffendienste. [Erweiterung des Priv. v. 1215.] — §. 10. Nicht-Berechtigung einzelner „officiati" und „cives", Jemanden ausserhalb der Stadt mit gewappneter Hand beizustehen, sofern hieraus der Stadt Ungemach erwachsen könnte. — §. 11. Verbot einer persönlichen Verhaftung oder Güter-Beschlagnahme bei Bürgern der Stadt, „nisi prout dictaverit justa sententia scabinorum Aquensium vel saltem forma constitutionum ipsorum civium et civitatis Aquen-

3) S. oben Note 1.

sis." — §. 12. Nicht-Pfändbarkeit der aachner Bürger für Forderungen an Kaiser und Reich. [Priv. v. 1374.] — §. 13. Verschonung derselben mit der Auflage ungewöhnlicher Land- und Wasserzölle. — §. 14. Erneuerung und nähere Bestimmung ihrer, die Exemtion von auswärtigen Gerichten betreffenden Freiheiten. [Priv. v. 1393, 1434.] — §. 15. Befugniss der Bürger Aachen's, mit den Angehörigen benachbarter „dominia ac territoria" Verbindungen und kaufmännischen Verkehr zu unterhalten, wenn nur darin nicht etwa eine Hülfe- und Vorschubleistung für Geächtete enthalten sein würde; jedoch Berechtigung der Bürger, auch „personas in banno et furbannicione banni denunciatas, que infra dictam Aquensem venirent civitatem suas causas et negotia inibi directure et facientes" ungestraft aufzunehmen, gastlich zu bewirthen, und mit ihnen geschäftlichen Umgang zu pflegen, sofern nur der Rath der Stadt auf erhaltene Anzeige und Aufforderung dafür sorgen würde „quod ipsi banniti et furbanniti infra octo dies ex tunc et immediate sequentes cum eorum personis et rebus dictam exeant civitatem" — §. 16. Verfahren gegen urtheilswidrig handelnde „actores, invasores aut arrestatores." — §. 17. Neuerliche Bestätigung aller „jura et privilegia indulta et libertates omnesque gratiae, donationes et consuetudines et possessiones" der Stadt mit Zusicherung ihrer Unwiderruflichkeit für alle Zukunft und Ungültig-Erklärung aller denselben widerstreitenden vorausgegangenen oder etwa nachkommenden Rechtsbriefe. — §. 18. Allgemeines Verbot der böslichen Verletzung gegenwärtigen Privilegs unter Androhung einer Geldbusse von 300 Pfunden reinen Goldes für die „rebelles et infractores." [Vgl. auch *Chmel* a. a. O. S. 324 nr. 3209.]

38 **1450**, Nov. 24. „Gaffel-Brief", Vergleich zwischen Herren und Zünften über die Neugestaltung des städtischen Regiments, insbesondere Aufnahme von je „seess guden Mannen van Adeldom ind guter Fahmen" aus jeder der eilf Gaffeln in den Rath. *Noppius* a. a. O. S. 347 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1454 flg. *Moser* a. a. O. S. 46 flg.

Die Zunftbewegungen reichen auch in Aachen bis in die zweite Hälfte des XIV. Jhdts. zurück, nahmen jedoch eine ernstliche Wendung erst im J. 1428, in welchem sich die Zünfte erkühnten, anstatt des ihnen längst verhasst gewordenen Erbrathes einen neuen eigenmächtig aus ihrer Mitte zu wählen — freilich von nur ephemerer Dauer und blutigem Ende. Die hierauf im J. 1437 ausgebrochene Zunfterhebung, hauptsächlich durch die schlechte Finanzwirthschaft des Rathes hervorgerufen, hatte ein friedlicheres Resultat, indem man den zehn Gilden gestattete, je sechs Meister, also in Summe sechzig Genossen, zur Berathung über die Schuldentilgung, den Rathsherrn beizugesellen. Endlich im J. 1450 gelangten nach wiederholtem Aufstande die Zünfte an das Ziel ihrer Wünsche — die Erblichkeit der Rathswürde fiel, und die alljährlich zur Hälfte ausscheidenden Glieder des Rathes mussten aus den eilf Gaffeln, zu deren einer sich jeder Bürger zu bekennen hatte, mittels Wahlactes ersetzt werden. Von da an finden wir das Rathscollegium aus zwei Bürgermeistern, zwei Schöffenmeistern, einem Kanzler (Rathsschreiber), zwei Churgerichtsschöffen, zwei Werkmeistern, neun Kerstovels und zwei und zwanzig zünftischen Rathmannen, welche den s. g. kleinen Rath bildeten und mit vier aus jeder Gilde Geschickten zu dem s. g. grossen oder gemeinen Rathe ergänzt wurden, zusammengesetzt. Diese Einrichtung unterlag jedoch schon nach zehn Jahren (1461), und wiederholt im J. 1477 erheblichen Abänderungen, indem von 1461 — 1476 der Rath aus den zwei Bürgermeistern, sämmtlichen Schöffen, den Werkmeistern, neun Kerstovels und vier Rathleuten aus jeder Gilde, zusammen 71 Personen bestanden hat, von welchen lediglich die zuletzt Genannten jährlich zur Hälfte erneuert wurden, von 1477—1512 aber an der Stelle der Zunftgenossen vier achtbare Männer aus jeder der neun Grafschaften mit einer gleich jener der Schöffen lebenslänglichen Würde getroffen werden. Vgl. die Mittheilungen aus dem „Verzaichnüs vndt anweisung wie es mit Besatzung dess Raths zu Aach vom J. 1450 biss vff das jtzig 1584 eine gelegenheit gehabt vnd noch" (einem Extracte aus den Raths-Protokollen) bei *Quix*, Beschr. S. 142. Ausserdem s. *Meyer* a. a. O. S. 375, 382, 392. *Hüllmann*, Städtewesen Thl. III S. 543 flg. *Barthold*, Städte Thl. IV S. 250 flg.

1454, Jun. 3. Kaiser Friedrich III. thut 39
den aachner Schöffen, welche sich darüber beschwerten, dass das bis dahin nach „gewonheit vnd ordnung" bestandene Verwandtschaftshinderniss bei Schöffenwahlen es ihnen zuweilen geradezu unmöglich mache, den Schöffenstuhl bei tödtlichem Abgange einzelner Glieder wieder zu besetzen, „dise besunder gnad ..., das sy nu hinfür, wenne vnd alsofft des notturfftig sein wirdet, die zal der vierczehen scheffen zu erfüllen, drey persone solichs irs alten geslechts, die einander als vatter vnd son oder ennikel gewant oder zwen brüder sein vnd nit darüber zu scheffen vnd vrteilern des benanten kuniglichen scheffenstuls anstatt der abgegangen

scheffen aufnemen vnd setzen sollen vnd mögen von allermenielich vngehindert.“ *Lünig* a. a. O. S. 1456 flg. *Moser* a. a. O. S. 49 flg. *Chmel*, Reg. Frid. S. 323 nr. 3204 (Extr.)

40 **1454**, Jun. 7. Derselbe gibt in Ansehung des Erbgüter-Beweises auf Bitten des Schöffenstuhls zu Aachen „dise nachgeschriben erclerung, ordnung vnd gesetze ... also daz nu hinfür ein ieglich person, die vmb erbgüttere vor dem kuniglichen scheffenstul zu Ache von yemands mit recht angesprochen oder beclagt wurde, in welchem stat wirden oder wesen die seyn, die sich allein irs besess an denselben erbgüttern vnd sust dheinerley ander beibringens brieflicher vrkund, kuntschafft oder beweisung zu besterkung desselben irs besess vnd gerechtikeiten in daselbs dienende im rechten gepranchen wölte, das dann dieselb angesprochen person damit ir recht an denselben erbgüttern nit genug beweist noch beygebracht haben solle, es sey dann das sy die gewer vnd den besess derselben gutere mit irem eide beueste vnd war mach als recht ist vnd in solicher form: das sy dasselb erib jare vnd tage fridlich vnd vestlich besessen haben vnd ir eigen erib sey vnd nyemands anders, vnd das sy auch damit nyemand vnrecht tun one all argelist vnd geuerde.“ Diese Bestimmung soll auch „gegen allen auszwendigen parthyen, die vmb solich obgerürt sachen ir höpt vnd scheffen vrteil an dem vorgenannten scheffenstul zu Ache holen“, in gleicher Weise zur Anwendung kommen. *Chmel* a. a. O. S. 323 nr. 3207. (Extr.)

41 **1456**, Mai 1. „Taffel dess newen Gesetz, auff Latein Tabula Novae Legis genant“, eine mit kaiserlicher Bewilligung vom Rathe der Stadt und deren Richter erlassene „Ordinantzie (Constitutio)“, welche in 16 §§. ausschliesslich von den „Erffguden, Eruen, Erfflichkeiten“ und den damit zusammenhängenden Rechtsverhältnissen, wie insbesondere den Ingrossations-Büchern, der gerichtlichen „Guedunge end Vntgoedunge“ (Einsetzung in den Besitz und Heraussetzung aus demselben), den Obliegenheiten der „Züchter“ (Colonen) und Befugnissen ihrer Zinsherren, endlich dem Verfahren und Eide bei „Beschuddungen“ (d. i. bei Ausübung des Näherrechts) handelt. *Noppius* a. a. O. S. 332 flg.; *de Ludolf* l. c. p. 559 sq.

42 **1457**, Oct. 21. Kaiser Friedrich III. gibt auf Anbringen und Begehren des Raths zu Aachen demselben die Freiheit und Gnade, dass a) solche Mitbürger und Unterthanen, welche sich den vom Rathe über sie verhängten Gefängniss- und Ausweisungs-Strafen nicht fügen würden, der Vogt und Meyer oder sein Statthalter und Knecht auf Erforderung der Bürgermeister unverzüglich „anfallen, antasten vnd fahen“, im Falle der Nichterfüllung des Ansinnens von Seite des Vogts aber dem Rathe selbst diese Gewaltmassregel zustehen solle; und dass b) „in das Grass (ein Arresthaus) verbottene“, aber ungehorsame Abgaben-Schuldner durch der Stadt „geschworen Knecht umb solch Accisen, Rent und Uffnehmung“ gepfändet und hiedurch die fraglichen Rückstände erholt werden dürfen, was auch bei sonstigen „wissentlichen und vor den Bürgermeistern bekantlichen Schulden“ Platz greifen könne. *Noppius* a. a. O. S. 289 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1457 flg. *Moser* a. a. O. S. 50 flg.

1467, Oct. 26. Derselbe verfügt auf botschaftliche Bitten derer von Aachen, unter 43
Aufhebung einer früher am dortigen Schöffenstuhle existent gewesenen Beweis-Observanz: „daz nu hinfür dhein burger, einwoner oder ander zu Ache dheinen geczeugen für das künielich gerichte daselbs, es treffe an erbschaft, erbgüttere oder magschaft, nicht mer fürbringen oder wennden sol, dem oder denselben geczeugen werde dann das durch die richter vnd scheffen zu Ache sonder geboten vnd solich kuntschaft oder getzeuknus zugeben darczu getzwungen als recht ist.“ *Chmel* a. a. O. S. 528 nr. 5224. (Extr.)

1467, Nov. 9. Derselbe verordnet auf 44
Vorstellung des Raths, dass, wie bisher Gewohnheit und altes Herkommen in Aachen gewesen, auch künftig allda die Chorherrn der Liebfrauenkirche und alle andere Priesterschaft „von allen weinen so sy kauffn den vngelt als ander inwoner daselbs on widerrede davon geben vnd bezalen“ sollen, wogegen den Geistlichen aber unbenommen sei, nach ihrem Gefallen anderswoher 25 Fuder Weins und nicht mehr „zu ir selbst munde“ zu beziehen, ohne davon ein Ungeld zu entrichten, sowie ihren Zehentwein in ganzen Stücken ungezäpft zu verkaufen. *Chmel* a. a. O. S. 530 nr. 5236. (Extr.)

1467, Nov. 9. Derselbe gestattet auf 45
Grund ihm vorgetragener Beschwerde den Bürgern und Einwohnern der Stadt Aachen, „ut deinceps subditorum bona et res illorum Comitum, Baronum, Nobilium et Militarium, qui eosdem cives et incolas urbis Aquensis contra et adversus eorum privilegia, ipsos aut eorum bona et res, detineri et arrestari fecerint, etiam et vicissim arrestare et ... ipsis Aquensibus, quantum se rata bonorum extra urbem arrestatorum et detentorum extenderet, scabinali sententia adjudicare possint, non obstante, si illi subditi suam innocentiam, quod hujusmodi arrestationes aut detentiones neque suo scitu aut voluntate

factae fuerint, per juramentum purgare velint." *Lünig* a. a. O. S. 61 flg.

46 **1469**, Jun. 20. Herzog Karl der Kühne von Burgund schliesst mit Aachen einen Vertrag ab, in dessen „Puncten inde Articulen" er zuvörderst den „Bürgeren van Aacke" zusichert, „aller inde jeglicher ihrer Privilegien inde Freyheiten, geistlicher inde weltlicher Gesetz, Statuten inde alder Gewonheiten .... allewege friedlichen sie gebrauchen inde geniessen lassen zu wollen", sowie ihnen „beystendig zu seyn, dass sie in Gewoenden inde Gebrauchungen derselben ihrer Privilegien inde Vreyheiten nit disturbiert oder gehindert en werden in einiger Weise." Ausserdem wird noch von der Aufhebung der bis dahin bestandenen Verpflichtung der Aachner zur Stellung von 50 Kriegsleuten Behufs der Bewehrung der herzoglichen Schlösser, statt deren ein Jahresreichniss von 200 Rheins-Gülden als Gegengabe für die neuerlich zugesagte „besondere Protectie inde Salveguardie" stattfinden soll; ferner von dem Rechte des Herzogs, in Zeiten eines „Streits inde Orlogs" auf dem aachner Markte Victualien zu kaufen und auszuführen; von der Zollfreiheit der aachner „Kauffmannschafften" in Brabant und Limburg; von der freien Verfügung der Bürger über ihre „Gemeinden, Buschen, Wälden, Bröchen, Velden, Drögen inde Nassen" (s. Nr. 37 §. 5); von der Obliegenheit des Herzogs, bei Zwistigkeiten der Stadt mit auswärtigen Fürsten und Herrn „die Sachen anzunehmen inde zu scheiden", sowie überhaupt der Stadt hülfreich zur Seite zu stehen; von der Beschirmung der Aachner gegen Gewaltszufügungen herzoglicher „Undersassen" und der Unterstützung Ersterer in Verfolgung von „Räuffern, Brennern oder Schädigern" durch des Herzogs Amtleute und Unterthanen; von der Aburtheilung von Realstreiten zwischen den Angehörigen beider Vertragstheile „uff den Steden, da die Guden gelegen off die Sachen ergangen wehren"; von dem Schutze der von Aachen nach Brabant und umgekehrt Reisenden „vor Schade off Schanden"; von der an die Stadt zu richtenden Voranzeige in Fällen, da gegen sie oder ihre Bürger „inniche Anzichte" geltend gemacht oder eine Beschuldigung erhoben werden soll; endlich von der Verbindlichkeit der Stadt, einem Bürger oder Untersassen, welcher „gegen den Herzog off seine Landen gebrücht hedde", nach Kräften zu zwingen, „dat hie nae seinen Vermög darvor Besserunge thue." *Lünig* a. a. O. S. 1458 flg. *Moser* a. a. O. S. 51 flg.

47 **1473**, Dez. 22. Kaiser Friedrich III. verleiht der Stadt Aachen die besondere Gnade und Freiheit: „daz nu hinfür ewigclich ein yede redliche vnd bequeme person, so durch die schoffenn des kunigclichen stuls zu Ach zu einen mitschoffen desselben stuls erkieset wirdet, dasselb schoffennambt annemen, sich des bey verliesung der penen [nemblich 40 marck lotigs goldes] nicht widern, auch das wie annder des reichs schoffenn daselbs gebrauchn vnd dabei beleibn"; dass ferner der Schöffenstuhl altem Herkommen gemäss auch „fur vnd fur erblich vnd zu ewigen zeiten den rate der stat Ach mit anndern ratgeben, die zu zeitn darinne sein" (d. h. aus der Mitte der Schöffenzahl selbst) zu besetzen das unentziehbare Recht, sowie endlich die Gewalt und Macht haben solle, eine jede wider den Schöffenstuhl und das Gericht „mit worten oder wercken freuenlichen on ordnung oder notdurfft des rechtens ine zu verdriess vnd schannden handelnde" Person, so oft solches geschieht, um eine Mark löthigen Goldes, wovon aber die Hälfte in die kaiserliche Kammer fällt, zu strafen. *Lünig* a. a. O. S. 1460 flg. *Moser* a. a. O. S. 56 flg. *Chmel* a. a. O. S. 661 nr. 6821. (Extr.)

1484, März 15. Pabst Innocenz VIII. 48
bestätigt der Stadt Aachen ihre sämmtlichen „consuetudines, quatenus rationabiles et honestae essent, et libertati ecclesiasticae non praejudicarent", darunter aber insbesondere jene seit unvordenklicher Zeit bestandenen Gebräuche, welche sich auf das aus dem Archipresbyter, vier Rectoren (Pfarrern) als geistlichen und sieben weltlichen scabini synodales zusammengesetzte Sendgericht beziehen, indem er nur die Aenderung vorschreibt, dass bei der Rechtssprechung „in causis testamentariis, decimarum, matrimonialibus et certis aliis, quae forum requirunt mere ecclesiasticum" die weltlichen Synodalschöffen lediglich eine berathende, aber keineswegs eine entscheidende Stimme haben sollten. *Noppius* a. a. O. S. 239 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1461 flg. *Moser* a. a. O. S. 57 flg.

1485, Jan. 24. Derselbe confirmirt alle 49
vorhergegangenen (zu einem kleinen Theile näher bezeichneten) päbstlichen „privilegia et indulta, ac gratias et concessiones", sowie alle vernünftigen, ehrbaren und mit der kirchlichen Freiheit verträglichen Gewohnheiten der Stadt Aachen. *Noppius* a. a. O. S. 241 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1462 flg. *Moser* a. a. O. S. 58 flg.

An demselben Tage erging an den Abt 50
zu St. Martin in Cöln und an die Decane zu St. Salvator in Utrecht und St. Maria in Aachen ein päbstliches Schreiben mit dem Auftrage: „quatenus ... Burgimagistris, Proconsulibus, Judicibus, Scabinis, Consulibus et Incolis oppidi Aquensis, praesentibus et futuris, efficacis defensionis auxilio assistentes

non permittant, eos aut eorum aliquem per quosvis contra dictarum literarum tenorem quomodolibet molestari, contradictores quoslibet et rebelles ... per censuram ecclesiasticam et alia juris remedia auctoritate apostolica, appellatione postposita, compescendo, invocato ad hoc, si opus fuerit, auxilio brachii secularis.“ *Noppius* a. a. O. S. 242 flg. *Lünig* a. a. O. S. 1463 flg.

III. Aalen.

(Württemberg.)

G. W. *Zapf*, Muthmassungen über den Ursprung und das Alterthum des H. R. Reichs Stadt Aalen, Schwabach 1773. 8°. H. *Bauer*, Geschichte und Beschreibung der ehemal. freien Reichsstadt Aalen, das. 1852. 8°. Vgl. auch *Hugo*, Mediatis. S. 30 flg. *v. Stälin*, Wirtemberg. Geschichte Thl. I S. 103; III S. 269 flg. 691. *Schmid*, Reichsstädte S. 19 flg. — Eine chronologische Uebersicht der grösstentheils bei *Lünig*, RA. Thl. XIII S. 78—88 und *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 82—91 abgedruckten Freiheitsbriefe Aalen's gibt *Bauer* a. a. O. S. 53 flg.

1 **1360**, Oct. 30. Kaiser Karl IV. gewährt seiner Stadt Aalen die Gnade, dass, „wer in der Statt, Vorstatt oder in dem Pann zu Aalen sesshafft jetzo sein oder fürbass werdt, Bürger-Recht empfahen vnd Steur, Beth, Dienstforderung vnd all andere Sachen mit andern Bürgern tragen, leiden vnd dulden solle; es were dann, ob jemandt von Kayser vnd Reich darwider gefreyet were.“ *Lünig* a. a. O. S. 78 flg. *Moser* a. a. O. S. 82 flg.

Das „oppidum in aulun“ kam zwischen 1340—60 aus den Händen der Grafen von Oettingen, welchen es bis dahin und zwar noch im erstgenannten Jahre gehört hatte, in württembergischen Pfandbesitz, wurde aber im s. g. schorndorfer Frieden Kaiser Karl's IV. mit Graf Eberhard dem Greiner v. 31. Aug. 1360 von jenem nebst anderen Pfandschaften des Letzteren an das Reich gezogen — zunächst nämlich durch Anweisung der dem Grafen gebührend gewesenen Einlösungssumme auf die böhmische Schatzkammer dem „Kunigreich vnd der Cronen zu Beheimb“, und dann erst mittels Austausches dem deutschen Reiche selbst einverleibt. Eine neuerliche Verpfändung, welche Karl IV. mit seiner und des Reiches „Stat vnd Slosse Alen“ an Graf Eberhard von Württemberg und dessen Erben bereits am 20. Sept. 1377 (*Hugo* a. a. O. Urk. 1 S. 203 flg.) vorgenommen hat, scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein. Vgl. *Bauer* a. a. O. S. 28 flg.

1374, Oct. 16. Kaiser Karl IV. verleiht seiner Stadt Aalen die weitere Gnade und Freiheit: „dass fürbass mehr kein schädlich Mann bey vnd in derselben Statt zu Aalen kheinen Frid noch Glait haben solle oder möge ohn des Burgermeisters, Raths, Burger vnd Statt Wort, Wissen vnd Willen; vnd were, dass sie oder jemands anders von ihretwegen solche schädliche Leuth darnach, als dieser Brief redlich verkundt wirdt, angrieffen, dass sie, dieselb Statt zu Aalen oder jemands anders, nicht sollen gefrevelt haben in kein Weiss. Wehre auch, dass ein ihrer Bürger, reich oder arm, kein Vnzucht fürbass thäte in der ehegenanten Statt zu Aalen, den mögen der Rath vnd Burger daselbst zu Aalen, nach dem als sie redlich erkennen werden, vngefährde straffen an Leib vnd Guth, vnschädlich den Rechten, die der Schultheiss in derselben Statt zu Aalen von Alters her gehabt vnd hergebracht hat.“ *Lünig* a. a. O. S. 79. *Moser* a. a. O. S. 83. 2

1398, Jan. 7. König Wenzeslaus begnadet die Bürger Aalen's dahin, dass sie Niemand „für keinerley Land-Gericht oder sonst Gericht, auch nicht für des Reichs Hof-Gericht laden, fürtreiben oder haischen solle, vmb was Sachen das ist, dann allein für ihren Ammann in der Stadt zu Aalen, es were dann dass dem Cläger Recht daselbsten versagt oder wider Bescheidenheit gefährlich verzogen würde“; diesem zuwider geschehende „Ladung, Gericht vnd auch Recht sollen khein Krafft noch Macht haben.“ *Lünig* a. a. O. S. 79 flg. 3

Der hier erwähnte „Ammann“ ist mit dem in der vorigen Urkunde begegnenden „Schultheissen“ eine und dieselbe Person, d. h. der ständige Vertreter des kaiserlichen Landvogts, vornehmlich in der Ausübung des Blutbannes (s. Urkk. nr. 8, 9), innerhalb des reichsstädtischen Gebietes. *Bauer* a. a. O. S. 44. Er muss daher von dem „anmann“ der schwäbischen Stadturkunden aus dem beginnenden XIV. Jhdt., welcher gleich dem alemannischen „minister“ der voraufgegangenen Periode an der Spitze des Rathes und der Bürgerschaft gestanden, mithin die Stellung des „Bürgermeisters“ der fränkischen Gemeinden eingenommen hatte (s. J. *Merkel*, De republ. Alamann. p. 80 not. 48; *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV S. 133, 144 Not 10), wohl unterschieden werden.

1398, Jan. 7. König Wenzeslaus beschenkt „Burgermeister vnd Rath vnd Burger gemeiniglich“ zu Aalen mit einem weiteren Privileg, worin er zuvörderst bestimmt, dass die Stadt „fürbass ewiglich bey dem heiligen Reich bleiben vnd darvon nimmermehr ver- 4

setzt, verkümmert, noch keines Wegs davon entfremdet werden" soll; derselben drei Jahrmärkte „mit allen Freyheiten, Gewohnheiten vnd Rechten, als den von Nördlingen ihre Jahr-Märkht gefreyet vnd begnadet sind", zu halten erlaubt; jegliche Bauanlage im Felde oder Graben vor der Stadt wider der Bürger Willen verbietet; ferner Letztere seiner besonderen Huld und Gnade, sowie getreulichen Handhabung, Beschützung und Beschirmung bei dem Reiche versichert, und schliesslich ihnen „alle Freyheiten, Brieff, gueten Gewohnheit, Zöll vnd Recht", insbesondere auch die Vogtei über den Weiler Gross-Himmlingen bestätigt und confirmirt. *Lünig* a. a. O. S. 80; *Schmid* a. a. O. Urk. II S. 344 flg.

5 **1401**, Aug. 13. König Ruprecht bestätigt einer Reihe schwäbischer Reichsstädte, darunter auch Aalen, ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 41 nr. 762.

6 **1401**, Aug. 16. Derselbe wiederholt das privilegium de non evocando König Wenzel's vom J. 1398 [nr. 3]. *Lünig* a. a. O. S. 81 flg. *Moser* a. a. O. S. 84 flg.

7 **1401** Aug. 16. Derselbe erneuert das zweite Privileg König Wenzel's vom J. 1398 [nr. 4]. *Lünig* a. a. O. S. 81; *Moser* a. a. O. S. 83 flg.

8 **1401**, Aug. 16. Derselbe gewährt der Stadt Aalen die Freiheit, das zur Hälfte in die Landvogtei gehörige Ungeld nach „bekandtniss irs Rats" zu erhöhen, und gibt dem Bürgermeister allda das Recht, einem jeden Schultheissen zu Aalen den Blutbann auf zehn Jahre, und nach Abfluss derselben von Neuem bis auf Widerruf zu verleihen. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 46 nr. 844; *v. Stälin* a. a. O. Thl. III S. 378.

9 **1418**, Sept. 11. König Sigismund bestätiget den Bürgern von Aalen ihr „alt Herkommen ... dass sie von des Amman-Ampts wegen einem jeglichen Landt-Vogt, der dann von des Reichs wegen in Schwaben ist, zehen Reinisch Gulden jährlicher Gült alle Jahr biss auf Sanct Martins Tag richten vnd geben, vnd über das nichts mehr zu thuen noch zu geben pflichtig seyn sollen." *Lünig* a. a. O. S. 82; *Moser* a. a. O. S. 85.

10 **1433**, Aug. 10. Derselbe gibt als Kaiser dem Rathe und den Bürgern zu Aalen „Freyheit vnd Recht ... dass sie fürbass mehr übel verläumbt, übelthätig vnd schädlich Leuth, die in ihrer Statt Gefängnus gebracht werden, vnd die nicht Ancläger hätten, wann vnd wie dann der Rath daselbst zu Aalen oder der mehrer Theil des Raths auf ihre Trew vnd ihre Ayd erkennen, dass solche Leuth an ihren Leiben zu straffen würdig weren vnd verschuldt hätten, dass sie dann zu ihne richten mögen biss zu dem Todt oder an Gliedern, vnd mit ihnen fahren, darnach sie erkennen, dass sie verschuldigt und verwirkht hätten, von allermänniglich vngehindert." *Lünig* a. a. O. S. 83; *Moser* a. a. O. S. 86.

1493, Oct. 25. König Maximilian I. begnadet die Mehrzahl der Reichsstädte des schwäbischen Kreises, darunter auch Aalen, „also daz sy vnd ire Ambtleut, den sy das an irer stat bevelhen, den Pan, vber das Pluet zu richten, gebrauchen sollen." (R.) *v. Stälin* a. a. O. S. 727 (Note). 11

Aarau. IV.

(Schweiz, Kt. Aargau.)

Chr. *Oelhafen*, Chronik der Stadt Aarau von deren Ursprung bis 1798 [mit einzelnen in den Text freilich ohne alle diplomatische Genauigkeit eingeschalteten Urkunden], Aarau 1840. 8°. 1

1283, März 4. König Rudolph I. gibt seinen Bürgern zu Aarau verschiedene Gnaden und Freiheiten, insbesondere die Rechte und den Umfang ihres Friedkreises, deren Gerichtsstand vor dem Schultheissen, die Besserung bei Vergehen, den Liegenschaftsnachlass und Bürgerrechts-Erwerb der Eigenleute, die Bussen bei Wundungen und anderen Freveln, den Lehenbesitz und die Töchter-Erbfolge in Kyburgische Herrschaftslehen, endlich die Aufnahme eines Vogtmanns in die Bürgerschaft betreffend. Die Handfeste lautet aber:

„Wir Rudolf von gottis genaden Römscher Kuninch vnd immer ein Merer des Richis, Enbieden allen des Richis getriuwen, die disen brief sehent oder hörent lesen, vnse genade vnd alles goet. Vnser genade dunket billich, dz wir vns neigen genedenclige gegen der betliche begirde, die vns lobt vnd impflilt vzgenoemelich getruwer dienst mit steten willen. Want nu diz offenber ist an vnser lieben getriwen Burgern von Arowa, so han wir nah ir bete dise genade, vnd dise recht, vnd dise vriheit gesezzet vnd gegeben, die her nah geschriben stant. §. 1. Zo dem ersten male han wir in gesetzet vnde zuo rechte gegeben, dz ir vride kreiz invauc hinnan hin iemer eweclige marchtes recht[1]) haben sol, nach der stat sitte vnde gewonheit. §. 2. Daz selbe recht sol han, swaz die Burger, die inrhalb dem vridekreize gesezzen sint, der Herscheft eigens besezen hant vmbe rechten vnd gesatzten zins. §. 3. Den vride kreiz

1) Ueber diesen Begriff s. *Haltaus*, Glossar. col. 1327.

han wir in geschepphet von dem Malaz hus[2]) vnz an Blanken hus, von Blanken hus vber Arun zuo den Nuspoumen, von den Nuspoumen vmbe betten brunne, von betten brunne wider ober Arun an das malaz hus. §. 4. Ouch han wir in gesetzet vnd ze rechte gegeben iemer eweclige, dz siu nieman ze rechte sun stan, der siu vmbe ir eigen alde vmbe dekein ander sagche an sprichet, dien wir Burgrecht vnde Marchtez recht haben gegeben, anderswa dan vor ir Schultheizen, ze der burger gegni gemeinclich[3]), vnd aber recht vordron sun vnde nemen, ob si wen, vor eim ecliche richter, vnder deme der gesezzen ist, den si an sprechent. §. 5. Ouch han wir in gesezzet vnd ze rechte gegeben, swer irs Herren Hulde verlieret, der sol beszerun nach der beszerunge, diu[4]) zu Rinvelden, zuo Kolmer, alder in anderen vrien steten stat. §. 6. Ouch han wir in gesetzet vnd ze rechte gegeben, dz enchein Herre erben sol sinre eigern liuten eigen, dz inrehalp dem vridecreize liet vnd marchtes recht hat. §. 7. Ouch han wir in gesetzet vnd ze rechte gegeben, swer ir Burger ist ald wirt, vnd in der Stat veriarit vnd vertaget an sins Herren ansprache, innlandez sindine, des eigen er ist, der sol dar nah decheim herren dienstes gebunden sin, wand der stat herren. Doch sun siu enhein zuo burger entfahen, der kriech in die stat brengit mit ime. §. 8. Ouch han wir in gesetzet vnd ze rechte gegeben, swer vnder in ir einen mit gewafender hant wndet, der sol viunf phunt geben, ald man sol im die hant abe slahen, zuo beszerunge. §. 9. Swer vnder in ouch ein vrevel toet, die man gerichten sol, der sol driu phunt geben zuo beszerunge, ald er sol diu stat ein iar miden. vnd sol man in in diu stat nut nemen, er enhabe alre erst driu phunt gegeben ze beszerunge. §. 10. Ouch han wir in gesetzet vnd ze rechte gegeben Lehen recht nach anderen vrien Stete recht. §. 11. Ouch han wir in gesetzet vnd ze rechte gegeben, dz diu Lehen, diu si hant von der Herschaft von Kiburch, sun ir tochteren erben, ob siu nicht Suene enhaben. §. 12. Ouch han wir in ze rechte gegeben, hete ir deheiner ein lehen von eime edelinge, er si Ritter oder knecht, der dz selbe Lehen von der Herschefte von Kiburch hat, vnd derselbe edelinch ane erben ververt, so sol er dz selbe Lehen von nieman anderem han, wand von der Herschefte, vnd sol enhein vnser erbe gewalt han, dz selbe lehen eman anderm zuo lienhe. §. 13. Ouch han wir in zuo rechte gegeben, dz siu ein ecligen vogtman muegin zuo Burger entphahen, also dz er sime Herren doe, dz er zuo rechte toen sol. §. 14. Vnde daz die vorgenande satzunge vnd Recht eweliche, ganz, stete vnd vnzebroggen blibe, So verbieden wir, daz enheinre Furste, Geistlich oder weltlich, Graven oder Vrihen, noh deheiner slahte liute, die selben satzungen vnd recht vnsern vorgenanten Burgeren von Arowe verstoeren oder zuobreggen durre. Vnd swer daz toet, der inhat nicht vnser Hulde, noch des Richis nut. Vnd dz daz stete blibe, so han wir vnser Insigel an disen brief gehenkit. [Zeugen-Angabe.] Diser brief wart gegeben zuo Luzerne, an dem Dunrestage angande der Vasten, do man hete von Cristis geburt zwelf hundert iar, vnde driu vnd Ahzich iar, an dem zehendem iare do wir gekroenet waren."

Abdrücke bei *Gerbert*, Cod. epistol. Rudolphi I., Auctar. diplom. P. III Nr. XIII p. 247, 48 (jedoch mit falsch gedeuteter Orts- und Zeitangabe) und im *Geschichtsfreund der fünf Orte* Bd. I (1844) S. 62—64; Inhalts-Darstellung in J. E. *Kopp's* Gesch. der eidgenöss. Bünde Bd. II S. 578 flg.

König Rudolph war Aarau's Stadtherr. Es gelang ihm, dasselbe — den Hauptort der „grafschefte ze Ergowe", in deren Besitz das Habsburgische Haus bereits 1239 urkundlich angetroffen wird (J. J. *Blumer's* Staats- u. RGesch. der schweizer. Demokratien Thl. I. S. 85 fl.) — noch vor seiner Erwählung zum Reichsoberhaupte durch Vertrag mit der Gräfin Anna von Kyburg [*Kopp* a. a. O. S. 741 nr. 9] an sich zu bringen. Eine städtische Regiments-Verfassung hatte übrigens Aarau lange vor der Handfeste v. 1283 besessen, indem z. B. schon eine Urkunde von 1270 neben dem „scultetus" ein Rathscollegium von acht Mitgliedern („consules") an der Spitze des Gemeinwesens erscheinen lässt. Ob Rudolph seine besondere Huld der Stadt Aarau auch noch durch ein zweites Privileg desselben Jahrs („Luzern, Dienstag der jungen Fasten"), worin er den Bürgern das Recht verleiht, in ihrem Friedkreise mit Stock und Galgen, Rad, Kessel und Schwert zu richten, aber auch „durch Bitte Gott zu Lob und unserer lieben Frauen zu Ehren" bei Leben zu lassen, bewiesen habe, ist höchst zweifelhaft, da die Aechtheit des von *Oelhafen* a. a. O. S. 15 auszüglich mitgetheilten, sonst allenthalben ignorirten Rechtsbriefes gegründeten Bedenken unterliegt.

1283, Dez. 22. Herzog Rudolph von 2
Oesterreich, Graf von Habsburg und Kyburg,

2) Krankenhaus, *Mone's* Zeitschr. f. d. Geschichte des Oberrhein's II, 259.

3) D. i. im offenen Gemeindegerichte.

4) So *Rochholz*, Argovia 1860 S. 28. Die Abdrücke haben: „*deren* die — div *die*".

Landgraf des Elsasses, bestätiget die von seinem Vater den Bürgern Aarau's gegebene Handfeste — „Ad universorum et singulorum notitiam tenore presentium cupimus pervenire, quod nos gratiam factam seu privilegia collata dilectis et fidelibus Civibus nostris in Arowe a Serenissimo domino R. dei gratia Romanorum Rege patre nostro, prout in ipsius littera per singulos articulos plenius continetur, ratam et gratam habemus, eamdem gratiam seu privilegia eisdem Civibus concedimus et tenore presentium confirmamus." J. E. *Kopp*, Urkunden z. Gesch. der eidgenöss. Bünde Bdch. II Nr. 73 S. 139.

3 **1292**, Oct. 31. Herzog Albrecht I. von Oesterreich confirmirt in gleicher Weise die der aarauer Bürgergemeinde von seinem Vater verliehenen Gnaden und Freiheiten („gratiam seu Privilegia ... prout in ipsius litteris plenius continetur"). *Kopp* a. a. O. Nr. 82 S. 145.

4 **1337**, Aug. 11. Herzog Albrecht II. von Oesterreich bestätigt den Bürgern von Aarau ihre sämmtlichen Rechte und Freiheiten, und gibt ihnen insonderheit die Befugniss, auf ihre Almenden zu bauen, sowie Brodbänke und eine Fleischbank zu errichten. (R.) *Oelhafen* a. a. O. S. 17.

5 **1337**, Aug. 11. Derselbe thut seinen getreuen Bürgern zu Aarau die Gnade „das alle Edellüt die jetzt Hüser in der Stadt habend, oder fürbas darin kaufend, davon stüren vnd dienen söllend, in aller der massen, als ander burger von ihr Hus thund", von welcher Steuerpflicht jedoch die als „Gnadstätt" bezeichnete Burg Rore, der s. g. Freihof, ausgenommen wird. *Oelhafen* a. a. O. mit S. 8 flg.

6 **1369**, Oct. 27. Herzog Leopold von Oesterreich verleiht in seines Bruders, Herzog Albrecht's III., Namen, sowie für sich selbst und für Beider Nachkommen und Erben, den „Leuthen vnd Burgern gemeinlich in der Vorstadt zu Aarau" die Gnade, „dass sie fürbas ewiglich Burgerrecht in der Stadt haben sollen vnd aller der Rechte, Freiheiten, Gnaden vnd guten Gewohnheiten ewiglich geniessen, ohne alle Irrung und Hindernisse, und sollen fürbass ewiglich von ihren Häusern in der Vorstadt Zinsen und solche Gülten und Diensten jährlich davon reichen und thun, die die eingesetzten Burgern in der Stadt daselbsten gewohnlich und jährlich von ihren Häusern thun, ohne alle Widerrede und Gefährde." Zugleich wird dem Landvogte und Pfleger im Aargau anempfohlen, die genannten Vorstadtbürger Aarau's bei obiger Begnadung, „festiglich zu halten und zu schirmen", dem Schultheissen, dem Rathe und der Bürgerschaft dortselbst aber geboten, die Vorstädter „bei der ehegenannten Gnaden bleiben zu lassen und darwider nichts zu thun in keiner Weise." *Oelhafen* a. a. O. S. 22 flg.

1379, Oct. 16. König Wenzeslaus 7
befreit die Bürger der Stadt Aarau von allen Hof- und Reichsgerichten, namentlich auch jenem zu Rotweil. (R.) *Oelhafen* a. a. O. S. 24.

1381, Aug. 30. Herzog Leopold III. 8
von Oesterreich erlaubt der Bürgergemeinde von Aarau, ein Kauf- und Waarenhaus zu bauen. (R.) *Oelhafen* a. a. O.

1404, Jul. 28. Derselbe bestätigt der 9
Stadt Aarau das Recht, ihre Leutpriester selbst zu wählen. (R.) *Oelhafen* a. a. O S. 28.

Bis hierher hatte die Stadt Aarau ohne Unterbrechung dem Habsburgischen Hause zugehört, und es heisst darum im Habsburg-Oesterreichischen Urbarbuche (Ausg. von Fr. *Pfeiffer*, 1850, Nr. XXXVI S. 156): „diu stat ze Arowe ist der hêrschaft eigen; diu hêrschaft hât ouch dâ twing unde ban und rihtet diube unde vrevel." Diese Gerechtsame der österreichischen Herzoge blieben noch gemäss ausdrücklichem Vorbehalte ungeschädiget, als im J. 1407 Aarau nebst acht anderen Habsburgischen Städten in das „ewige Burgrecht" (Bürgerrecht) zu Bern eintrat, d. h. ein Bündniss abschloss, welches vornehmlich die gegenseitig-gleiche Behandlung der Bürger in ihren Privatrechten und die Austragung von Streitigkeiten zwischen den verbündeten Gemeinden durch Schiedmänner zum Gegenstande hatte. Vgl. *Solothurner* Wochenblatt Jahrg. 1818 S. 271, 278; Jahrg. 1819 S. 344 flg. — Als aber Herzog Friedrich von Oesterreich auf dem costnizer Conzil am 7. Apr. 1415 nicht nur der Reichsacht sondern auch dem Kirchenbanne unterlag, und man zugleich mit dem letzteren die schweizer Eidgenossen auf den Fall fernerer Festhaltung an den alten Verträgen mit den Habsburgern, wenigstens zum Scheine, bedrohte (s. *Souchay's* Gesch. der Dtsch. Monarchie Bd. III S. 518 fl.): so säumten Bern und Solothurn nicht, Aarau für das heilige römische Reich, oder vielmehr für sich selbst, da ihnen die Belehnung damit in sicherer Aussicht stand, in Besitz zu nehmen. Die Stadt ward belagert und musste sich nach schweren Drangsalen am 20. April 1415 den Siegerinnen übergeben, von welchen sich jedoch die Aarauer gegen eidliches Angeloben getreuer Hülfe im Kriege auch die Beschirmung der eigenen Rechte und Freiheiten gewährleisten liessen. Uebrigens übte thatsächlich nur Bern oberherrliche Befugnisse über Aarau aus, indem es die frü-

her den Habsburgern entrichteten Zinsen und Steuern einhob und durch seinen Schultheissen in des Reiches Namen die hinter Bern gelegenen aarauer Lehen vergeben liess. Später nahm sogar Bern mittels eines eigenen Versicherungsbriefes v. 1464 die Mühe auf sich, die Bürger Aarau's im Falle, dass dieselben der Rath von Solothurn zur Erneuerung der i. J. 1415 auch ihm geleisteten Huldigung anhalten würde, Letzterem gegenüber in dieser Angelegenheit zu vertreten. *Oelhafen* a. a. O. S. 29 fl. 7 flg.

10 **1417.** König Sigismund bestätiget den Bürgern der Stadt Aarau ihre Freiheiten. (R.) *Oelhafen* a. a. O. S. 31.

11 **1442.** König Friedrich III. confirmirt die Privilegien der Stadt Aarau „im Ergew, die sy von romischen kaisern vnd kunign, ouch von den herczogen von Oesterrich erworbn vnd herbracht" hat. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 137 nr. 1309.

12 **1441.** Der berner Stadtrath ertheilt in einem Streite zwischen den Stadt- und Vorstadt-Bürgern von Aarau einen Rechtsbescheid, betreffend die Tafernen-Zahl und den Weinschank der Letzteren, ihre Verpflichtung, den Geboten und Ordnungen des Schultheissen und Rathes in Ansehung der Thurm-, Schar- und Thorwachen, des Marktbesuches etc. gehorsam und gewärtig zu sein, die Unterhaltung des Brunnens in der Vorstadt „uss gemeinen der Statt kosten", endlich die Befugniss der Vorstadtwirthe, in Nothfällen Victualien von den Nachbaren zu kaufen. *Oelhafen* a. a. O. S. 33—35.

13 **1464.** Die gmein burger zu Aarau sind by den eiden ze rath worden", wie es künftig mit der Wahl des Schultheissen, mit der Schwägerschaft und Blutsfreundschaft als Gründen der Ausschliessung vom Rathssitze, sowie mit dem Gerichtsgange und der Urtelsprechung der vier Stadttheile zu halten sei. *Oelhafen* a. a. O. S. 37 flg.

14 **1478.** Der Rath von Aarau erlässt eine Verordnung wider das heillose Fluchen und Schwören, insbesondere auch von Kindern, sowie gegen Spiel, Verschwendung und Hurerei. *Oelhafen* a. a. O. S. 40 flg.

V. Aarberg.

(Schweiz, Kt. Bern.)

1 **1271**, Mai 1. Ulrich, Herr zu Aarberg, bestätigt dem von seinem Vater, Graf Ulrich IV. von Neuenburg, zu Anfang des XIII. Jhdts. „in omni libertate atque jure, quo **Friburgum in Oechtelanden**" zur Stadt erhobenen Orte Aarberg — „locus Arbergum, villa Arberg" — und den „Burgenses sive homines ejusdem loci" unter eidlicher Versicherung alle bisher genossenen Freiheiten und Rechte — „eandem libertatem et etiam jus predictum", indem er die freiburger Handfeste mit geringen, durch die örtlichen Verhältnisse gebotenen Abänderungen wiederholt und derselben am Schlusse noch eine Genehmigung aller „uniones, quas burgenses predicti loci de Arberg constituerint ad opus ipsorum seu dicte ville sive dicti loci", sowie die Gestattung freier Schultheissen-Wahl („et quia in principio fiebat mentio de sculteto, sic dicimus, quod annuatim eligere scultetum debent prehabite ville burgenses, quemcunque voluerint, et nobis ipsum presentare, et nos eundem ipsis tenemur confirmare") hinzufügt.

Vollständig gedruckt in Gttl. *Walther's* Gesch. des Bernerischen Stadtrechts Bd. I Beylagen Nr. IV S. XXVI—LII (vgl. dazu Einl. Hptst. III §§. 56, 57 S. 98 flg.) und in K. *Zeerleder's* Urkk. f. d. Gesch. der Stadt Bern Bd. II Nr. 560 S. 58—69. Nur Eingang und Ende geben *Dreyer*, Beyträge S. 65, 66 und *Gaupp*, Stadtrechte Bd. II S. 113, 14 (mit kurzer Einleit. S. 112).

Der Ulrich'sche Rechtsbrief wurde noch am 13. Mai 1529 in deutscher Uebersetzung durch Schultheiss und Rath der Stadt Bern, welche in den J. 1377 und 1379 die Grafschaft Aarberg käuflich an sich gebracht hatte, den Bürgern von Aarberg bestätiget.

1285, Aug. 3. Schultheiss und Bürgerschaft „opidi dicti Arberg" verpflichten sich 2
gegenüber ihrem Stadtherrn, dem Grafen Wilhelm von Aarberg — „cum ex gratia speciali confirmaverit privilegia ac libertates per virum nobilem et potentem dominum Ulricum quondam patrem suum dicti quoque loci dominum felicis recordacionis [opido] traditas et largitas" — mit feierlichem Eide und unter Verhaftgabe aller ihrer gegenwärtigen und künftigen Güter: „quod nullas personas in burgenses apud Arberg recipient, quos vel quas dictus dominus seu heredes et successores dicent ad eos racione proprietatis vel servilis status causa pertinere, et hoc per sua juramenta dicant se scire vel a fidedignis se veraciter percepisse." Sollte diesem entgegen eine Bürgeraufnahme dennoch erfolgt sein, so versprechen die Bürger unter den früheren Bekräftigungen: „talem etiam in burgensem receptum dicta burgensia privare et ab ea separare infra octo dies, postquam a dicto Wilhelmo ... super hoc fuerint requisiti", die Beibringung des erforderlichen Beweises natürlich vorausgesetzt. Endlich wird bestimmt und für alle Zukunft verordnet, dass etwaige Rechtsbestätigungen, wie sie der Stadt von ihren Herrn bei Antritt der Herrschaft ertheilt zu werden pflegten,

und welche entweder Graf Wilhelm schon verliehen habe und noch verleihen werde, oder welche dessen Nachfolger gewähren würden, und desgleichen Gemeinde-Verträge nicht vermögend sein sollten, gegenwärtige Urkunde und das darin Enthaltene „in ullo suo robore et firmitate debilitare, corrumpere vel quassare, quamdiu dicta presens littera de consensu domini in Arberg non fuerit publice concellata." *Zeerleder* a. a. O. Nr. 782 S. 304 flg.

3 **1475**, Dez. 2. Erläuterung der Freiheit der Stadt Aarberg, vornehmlich die Vertheilung der Bussen betreffend. (R.) *Ztschr. f. schweizer. Recht* Bd. VIII (1860) Abthl. „Rechtsquellen" S. 160 nr. 562.

VI. Abensberg.

(Bayern.)

1348, Juni 12. Die bayerischen Herzoge Ludwig der Brandenburger und Stephan I., Brüder, gestatten in zwei gleichlautenden Rechtsbriefen dem „edeln mane" Ulrich von Abensberg und dessen Erben a) im Orte Abensberg einen Markt zu errichten und ihn mit Mauern und Graben zu befestigen; b) die Abhaltung von Wochenmärkten daselbst an beliebigen Tagen, mit Verheissung sicheren Geleits für die Marktbesucher; c) die Ausübung eines freien Halsgerichts mit Stock und Galgen, unter Verleihung des Banns über alle schädlichen Personen an die Amtleute; endlich d) den Gebrauch aller anderen „reht, friheit vnd guet gewonheit, die ander stet vnd mercht ze Bayrn habent, in dem selben margt ze Abensperch". Fr. M. *Wittmann*'s Monum. Wittelsbac. Abthl. II [Quellen u. Erörterungen zur Bayer. u. Dtsch. Gesch. Bd. VI] Nr. 322 S. 405 flg. (Abdruck der Ludwig'schen Urk.)

Wenn A. *Schels* in der Bavaria Bd. I S. 1109 in das Jahr 1348 „die Erhebung von Abensberg zur Stadt" verlegt — wobei die Verknüpfung der Thatsache mit Kaiser Ludwig IV. († 1347) unzweifelhaft nur ein Versehen ist — so widerstreitet jene Behauptung dem Inhalte vorstehenden Privilegs, durch welches das Emporsteigen des einstweilen blos noch als „Markt" bezeichneten Ortes zur städtischen Gemeinde offenbar erst angebahnt wurde. Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 226 flg.

VII. Adelsheim.

(Baden.)

1374, Dez. 10. Kaiser Karl IV. ertheilt den Edlen Götz und Johann, Brüdern, ferner Zeissolf, Friedrich und Konrad von Adelsheim die Gunst: „das alle vnd igliche lute, die vnder irer vesten zu Adoltzheim itzunt wonen vnd hernach wonhafftig werden, statrecht vnd friheit haben sullen vnd mögen in alle der massen als ander stette, die darumb gelegen sin", soweit hiedurch weder diesen an ihren althergebrachten Freiheiten und Rechten, noch auch dem Kaiser, dem Reiche oder sonst Jemanden an ihren Gerechtsamen geschadet wird — von König Ruprecht am 24. Jan. 1405 wiederholt und bestätigt. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XII (1861) S. 336—38. Vgl. *Roth von Schreckenstein*, Gesch. der ehemal. fr. Reichsritterschaft Bd. I S. 558 mit Note 5.

Adelsheim — uralt und vermuthlich schon in dem „Adaloltesheim" der fuldaer Kartula Cuniberti v. 779 [*Wirtemberg.* UB. Bd. II S. 437] erkenubar — ist in seinen beiden Schlössern der Stammsitz des danach benannten fränkisch-odenwälder Rittergeschlechts. Vgl. J. *Bader*'s Badenia Jahrg. I (1839) S. 83 flg.

Ahlen. VIII.

(Preussen, Westfalen.)

1245, Jul. 1. Bischof Ludolf von Münster löst das von seinem Vorgänger Dietrich 1
III. den Gebrüdern Lubert und Albero, Rittern, für ungefähr 70 Mark münsterischer Denare verpfändete: „judicium in Alen" wegen der aus dieser Verpfändung den Bürgern und ihm selbst als „dominus in eodem oppido Alen et in vicinia circumjacente" erwachsenen Nach heile, unter Geldbeihülfe besagter Bürger witeder ein, und begnadet die „cives in Alen ac eorum civitatem" mit der besonderen Freiheit: „ut quicquid juris competit civibus Monasteriensibus in judicio nostro infra muros Monasterienses, idem jus in judicio nostro Alen competat civibus Alensibus ac eorum civitati infra plancos, eo adjecto, quod idem judicium absque eorum consensu deinceps impignorari non debet alicui, a quo ipsi possint gravari." *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. III Abthl. I Nr. 68 S. 173—75; *Wilmans*, Westfäl. UB. Bd. III Abthl. I Nr. 434 S. 233.

1319, Dez. 28. Bischof Ludwig von 2
Münster ertheilt seinen Bürgern zu Ahlen „gratiam specialem, videlicet quod nemo eos ad judicium debet vel poterit evocare, sive sit gograviale vel vrigraviale vel quodlibet alterius generis judicium, quod ad nostram dyocesin dicitur pertinere, judicio nostro ecclesiastico duntaxat excepto. Nam predictos nostros cives in Alen commorantes tales habere volumus, quod si aliqui ipsos

incusare voluerint, eisdem coram judicio in Alen satisfacere debent in gratia vel in jure." [Der übrige Theil der Urkunde bezieht sich auf den Gografen und sein Gericht.] *Kindlinger* a. a. O. Nr. 124 S. 332 flg.

3 **1371**, Febr. 23. Bischof Florentius von Münster gewährt den Bürgern Ahlen's, um sie für die in seinem Dienste erlittenen Verluste zu entschädigen, die Gnade: „quod ipsi quendam rivum fluentem per pontem appellatum Wersebrucge juxta pratum Rodolphi Eggen extra portam australem ejusdem nostri oppidi situm, a parte illius pontis trahant seu ducant sive trahi aut duci faciant versus ipsam portam ad fossatam oppidi antedicti, et expost facto iidem nostri opidani in et ad ipsum rivum sic ductum quoddam molendinum construere poterint, cujus proventus et emolumenta tollent et percipient et ea in meliorationem et ad profectum et utilitatem sepedicti nostri oppidi convertant et exponent, ad quos usus ipsis tale molendinum construendum ex speciali amicitia presentibus libertamus." *Wigand's* Archiv f. Gesch. Westphalens Bd. VI S. 299 flg.

Ahlen gehörte seit früher Zeit zum münsterischen Bisthumsgebiete, und zwar nach dessen späterer Aemter-Eintheilung zum Amte Wohlbeck. Die Befestigung des Ortes zum Schutze wider die märkischen Grafen scheint bereits im Anfange des XIII. Jhdts. begonnen zu haben, da schon in einer Urk. v. 1212 der „*villa in* Alen fossatis et aliis munitionibus firmata" [*Kindlinger* a. a. O. Nr. 50 S. 136] Erwähnung geschieht, und ward vermuthlich unter Bischof Gerhard, † 1277, vollendet. Das städtische Gericht unterlag mehrmaliger Verpfändung, bis es unter Bischof Otto IV., † 1420, vom Stifte dauernd eingelöst wurde. Desgleichen gelangte das „judicium gograviatus", welches zu Ahlen seinen Sitz hatte, und von dem sich später das beckumer Gogericht als ein selbständiges absonderte, nachdem es längere Zeit in den Händen der Familie von Schröder, „Scrodere de Alen", gewesen war [s. *v. Ledebur's* Archiv Bd. XI S. 304 flg.], unter Bischof Eberhard 1284, wenn nicht schon 1276 [*Kindlinger* a. a. O. Nr. 83 S. 211], in den ständigen Besitz von Münster. Vgl. J. *Ficker*, Die Münsterischen Chroniken des Mittelalters (Münster 1851. 8⁰.) S. 21, 34, 35, 84, 108, 118, 150.

4 **1389**. „Sate des wicbeldes to Ahlen" — Statute, vorzüglich betreffend: das „Wygbelde Gut", dessen Unveräusserlichkeit, es wäre denn „in borgherhandt", die bei Uebereignungen erforderliche Auflassung vor dem Rathe, sowie die Unstatthaftigkeit von Zersplitterungen und Werthsminderungen desselben ohne der Obrigkeit Zustimmung (§§. 1—4); die Theilung der sich „veranderseyden" wollenden Wittwe mit den Kindern — „de Vrowe solde den derden deel neymen des Gudes vnd de Kindere de twee deel" (§. 5); die Schüsselzahl und Begleitung bei Hochzeiten, Gastmählern, Kindtaufen und Leichenfeiern (§§. 6—8); die Gaben an Pilger (§. 9); die Schaf- und Schweinehut (§. 10); die Einhaltung des Markttages (§. 12); das Erscheinen in der Gemeindeversammlung (§. 13); das Verbot, einen zu Gast gebetenen Fremden zu „besetten" (§. 15); den Bier- und Weinverkauf (§§. 17, 18); die Spiele — „dat men in dem Gelde huss moghe dendelen oder hoyelen mit den klaten*), mer men solde andert nergen spilen, dar men geld moge verlesen oder winnen, sub pena unius marce. Ok in wes huss dat et sy, de geve ene marck .... Mit armberst mag alle man spelen des dages uppe vj dt." (§. 19); die Brautgeschenke — „wanner de brut un de brudegam bey slopen, so sol eine brengen twe hanen, enen van des brudegams wegene vnd de andere van der brut wegene, van eren naihsten frenden sub poena duorum solidorum" u. a. m. *Niesert*, Münsterische Urk.-Samml. Bd. III S. 210—17 [in 20 gezählten und 3 ungezählten §§en].

Ahrweiler. IX.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1248. Erzbischof Konrad von Cöln bestätigt seinen „Cives in Arewilre" die ihnen von seinen Vorfahren, den Grafen von Hochstaden, besonders seinem Bruder Lothar verliehenen Freiheiten. (R.) *Schannat-Bärsch*, Eiflia illustrata Bd. III Abthl. Iª (1852) S. 437. 1

1373, April 29. Erzbischof Kuno von Trier erlaubt dem Bürgermeister und den Bürgern von Ahrweiler — welches von Cöln an Trier verpfändet worden — „daz sie zwolff Jair ... vffheben vnd nemen mugen zu Buwe vnd gemeynen Vrber der Stad von Arwilre sulch Vngelt, als sie bizher van Gnaden vnd Vrlaube Ertzbischoff Wilhelm von Colne gehabt hant vnd genomen nach Inhalde desselben Ertzbischoffs Wilhelm Brieve yn daruber gegeben." *Günther*, Cod. dipl. Rheno-Mosell. Thl. III Nr. 546 S. 779 flg. 2

1377, Dez. 9. Erzbischof Friedrich von Cöln bestätigt den „magistris opidanorum, scabinis ac universitati opidi Arwilrensis, qui ad jura precariarum ecclesie Coloniensi singulis annis tenebantur", da sie ihm bei der Belagerung und Zerstörung der Burg Nuwenare behülflich gewesen, ihre bis- 3

*) D. h. spielen mit Karten.

herigen Freiheiten in der Grafschaft gleichen Namens: „quod de bonis et curtibus vestris et cujuslibet vestrum sitis et acquisitis per vos in presentia in comitatu de Nuwinare omnibus et singulis libertatibus atque juribus gaudeatis et gaudere debeatis, quibus gaudebatis, antequam castrum Nuwenare per nos fuerat acquisitum et destructum et dictus comitatus ad manus nostras pervenit.“ *Günther* a. a. O. Nr. 567 S. 812 fl.

4 **1395**, März 29. Weisthum über die dem Erzbischofe von Cöln und seinem Stifte „in der stat ind plegen van Arwylre“ gebührenden Rechte auf Huldigung, Glockenklang und Folge, Gebot und Verbot, Gericht über Leib und Gut, Beschirmung der Juden und „Lumbarder“, Besetzung des Schöffenstuhles u. s. w. *Günther* a. a. O. Nr. 639 S. 911—15; J. *Grimm*, Weisth. Th. II S. 643—46.

X. Aichach.

(Bayern.)

K. *Dannhauser* „Topograph. Geschichte der Stadt Aichach und ihrer Umgebung“ im Oberbayer. Archive Bd. XIX S. 1—42 und daraus in der topograph. Geschichte der Städte Oberbayerns herausgeg. von dem histor. Vereine Bd. I [München 1860. 8⁰.] Nr. I wieder abgedruckt. Vergl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 81 flg. und L. *Rockinger* in der Bavaria Bd. I S. 814 flg.

1 **1347**, Jun. 17. Kaiser Ludwig IV. bestätigt dem Rathe und den Bürgern zu Aichach „alle die recht, es seind stiftrecht, gesetzt, gewonhait, wie die genant sind, die die stat und die burger ze **München** mit kayserlichem insigel verschrieben haben, oder von gewonhait herbracht hand, und das puech, das die vorgenante stat ze **München** hat versigelt mit kaiserlichem Insigel...... von wort zu wort mit allen stucken, artikeln und gesetzten also, dass fürbass ewiglichen nach demselben puche mit samt dem landgerichtpuche als in der vorgenanten stat gericht sol werden, und anders nicht“ — mit dem angefügten Bemerken: „wir wellen auch, welche recht und gewonhait sy nicht verschriben habennt, dass sy die an unserm Rat ze **München** nemmen sullen . . . und der geniessen, alls offt in der not geschicht.“ *v. Lori*, Geschichte des Lechrains Bd. II Nr. XLVII S. 59; *Auer*, Das Stadtrecht von München S. XXIV nr. 3 (Extr.)

Einen voraufgegangenen Freiheitsbrief Herzog Ludwig's I. (des Kelheimers) von Bayern für Aichach, die Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit, eigene Verwaltung des gemeindlichen Vermögens, Nachlass oder Minderung der Abgaben, Erhebung von Zöllen, Betrieb von Handelsgeschäften, Benützung des herzoglichen Fischwassers u. a. m. betreffend, erwähnen *Dannhauser* a. a. O. §. 18 S. 16 flg. und *Rockinger* a. a. O. Allein das beigesetzte Jahr 1240 deutet, da Ludwig bereits 1231 ermordet worden, auf einen obwaltenden Irrthum hin.

1364. Herzog Stephan I. [„mit der 2
Haft“] von Bayern confirmirt der Stadt Aichach alle von seinen Vorfahren herrührenden Rechte und Freiheiten. (R.) *Dannhauser* a. a. O. §. 19 S. 17 flg.

1388. Herzog Stephan III. von Bayern 3
begnadet die Stadt Aichach, um sie für erlittenes Kriegsunglück zu entschädigen, mit einer Salzniederlage (R.), welche übrigens, nachdem sie einige Jahre darauf nach Rain verlegt worden war, erst Herzog Albrecht IV. 1504 an Aichach zurückgab. *Dannhauser* a. a. O. §. 8 S. 8 flg.

1463. Herzog Ludwig der Reiche von 4
Bayern-Landshut bestätiget der Stadt Aichach alle bisherigen Rechte und Freiheiten mit der besonders hinzugefügten Vergünstigung, dass die Bürger den um die Stadt gehenden inneren Graben bis auf Widerruf zur Fischzucht benützen und mit dem aus dem Fischverkaufe gelösten Gelde ihre Stadt „mit mauer, torr, turen, prucken, werre und was darzu gehört, bessern und pauen“ mögen. *Dannhauser* a. a. O. §. 23 S. 20. (Extr.)

Marktfreiheiten nach dem Muster von Aichach [Neuburg und anderen Städten in Bayern] erhielt der Ort Pöttmes durch Privileg König Ludwig's IV. v. 16. Oct. 1324 bei *v. Lori* a. a. O. Nr. XXVIII. S. 47. Vgl. Pl. *Stumpf* a. a. O. S. 158.

Allendorf. XI.

(Preussen, Westfalen.)

1424, Mai 11. Erzbischof Dietrich II. 1
von Cöln verleiht dem Bürgermeister, dem Rathe und der Gemeinde der Stadt „Aldendorpe“ in Anbetracht, dass sie gleich den übrigen Städten und Schlössern der Grafschaft jährlich „Schotte ind wort“ an den Erzbischof entrichten muss, auch „allsulche fryheyt“, als die anderen Städte und Schlösser, die Schoss und Wortzins geben, geniessen (was Erzbischof Ruprecht 1465 nochmals bestätiget). *Seibertz*, UBuch z. Landes- u. RGesch. v. Westfalen Bd. III Nr. 922 S. 46 m. Note 98; *Dess.* Statutar- u. Gewohnheitrechte des Hrzgth. Westfalen Beil. Nr. 90 S. 536. (Extr.)

Der Ort, bereits 793 („Aldenthorpa“) erwähnt, hatte in älterer Zeit den Grafen

von Arnsberg gehört, empfing aber erst nach Ankauf der genannten Grafschaft durch die Erzbischöfe von Cöln, von Friedrich III. nach 1371 in einem verloren gegangenen Diplom städtische Gerechtsame, welchen dann später Hermann IV. noch ein zehn Kirchspiele begreifendes „Gogericht vur der portzen" (Urk. v. 14. Febr. 1482) hinzugefügt hat. *Seibertz*, Statutarrechte S. 314 flg. und UBuch Bd. III Nr. 1059, 60 S. 414, 16, 17; Bd. II Nr. 795 S. 523, 538; Bd. III Nr. 985 S. 158 flg.

XII. Allendorf an der Lumda.

(Grossherzgth. Hessen.)

K. G. *v. Zangen,* Sammlung praktischer Rechtserörterungen Thl. II (Wetzlar 1785. 8⁰.) Meditat. 3 S. 69 flg. und Beyträge zum Teutschen Recht Bd. I (Giessen 1788. 8⁰.) Nr III S. 193 flg. [Zwei sich ergänzende Aufsätze über Ursprung, Schicksale, Verfassung und besondere Rechte Allendorf's mit urkundlichen Beilagen.]

1 **1370**, März 5. Landgraf Heinrich II. von Hessen gestattet den Bürgern von Allendorf, a) dass sie „alles befordeyls, des besten Heubts und Fassnachts Zinns frey ledig und loss sein sollen"; b) dass „alle Buss von Brüchen ... nit höger sei noch laufe, dan vonf Schilling Pennig, an die Brüch die sich zu Hals und zu Handt treffen"; c) dass bezüglich dieser, sowie überhaupt Allendorf alle Freiheiten und Rechte „als die Scheffen Burger und Stadt zur Marburg" geniessen möge; d) dass „umb Schuldt Schaden und Willkör" der Beweis durch „Kundtschafft ... mit Bidermann Leuthe wer oder wannen sie seyn, als recht ist" erbracht werden dürfe; e) dass die Bürger „alle Jar Scheffen unter ynen kisen sullen vff Iren Eydt, cas Biderleut sein", aber auch „an dem Scheffen-Amt nie kiesen und haben mögen mit eynander einen Vatter und seinen Sun und zweene Brüder", endlich f) dass der Wochenmarkt, der bisher auf den Mittwoch gefallen, am Donnerstage abgehalten werde, „also wer zu dem Marckt kommt, der da kauffen oder verkauffen will, der soll von dem Mittwochen zur neue Zyt bis zu dem Donnerstaig und den Donnerstaig alle in der egenannte Stadt vor Schulde und vor Burge allen Kummers und aller Uffenthaltung frey sein, es wer dann das ymant die Freyheit brech und das freventlich verwarlosset." *Senckenberg,* Selecta jur. et hist. Tom. III p. 618 sq.; *v. Zangen,* Sammlung a. a. O. Anh. Lit. C. S. 119 flg. Auszug b. *Kopp,* Hessen-Cassel. Gerichts-Verfassung Thl. I S. 332.

Der Oberhof des Landstädtchens „Allendorf (Alndorff) uff der Lumbd oder an der Lomme" war wohl das ganze Mittelalter hindurch Marburg (lit. c) gewesen, und nicht etwa für die Zeit vor 1370 Cassel, da die bei *Thomas*, Oberhof S. 120 nach *Kopp* a. a. O. S. 343 allegirte Urkunde v. 1318 sich auf Allendorf an der Werra bezieht. Einen Rechtszug nach Frankfurt am Main aber anzunehmen, fehlt es an jedem positiven Anhaltspunkte.

1370, März 14. Landgraf Heinrich II. zu Hessen gewährt den Bürgern der Stadt Allendorf sechsjährige Befreiung von aller Bede und Schatzung, jedoch unter der Bedingung, dass sie während dieses Zeitraums 50 Mark Pfenninge für ihre Stadtmauern verwenden. *Senckenberg*, l. c. p. 616; *v. Zangen* a. a. O. Lit. B. S. 117 flg. 2

1414, Juni 21. Landgraf Ludwig zu Hessen bestätigt der Stadt Allendorf „alle alten guten Gewonheiten, Freyheiten und Rechte." *Senckenberg* l. c. Tom. V. p. 577; *v. Zangen*, Beyträge a. a. O. Anh. Lit. E S. 219. 3

1431, Oct. 25. Die Landgrafen zu Thüringen und Markgrafen zu Meissen Friedrich, Sigmund, Heinrich und Wilhelm, Brüder, nebst ihrem Vetter Friedrich beurkunden, dass ihnen die Stadt Allendorf in Folge ihrer mit dem Landgrafen Ludwig zu Hessen abgeschlossenen Erbverbrüderung Huldigung geleistet habe, und versprechen den Bürgern dortselbst, sie bei allen ihren „Rechten, Freyheiten und Gnaden" belassen zu wollen. *Senckenberg* l. c. p. 588; *v. Zangen*, Beyträge a. a. O. Anh. Lit. F. S. 219 flg. 4

Allendorf an der Werra. XIII.

(Kurfürstenth. Hessen.)

U. Fr. *Kopp*, Beytrag zur Geschichte des Salzwerks in den Soden bey Allendorf an der Werra [mit 19 Urkk. als „Beilagen"], Marburg 1788. 8⁰. Vgl. auch G. *Landau* in der Ztschr. des Vereins f. hess. Gesch. u. Landeskunde Bd. IX (1862) S. 136 flg.

1318, Dez. 31. Landgraf Otto I. und seine Gemahlin Adelheid zu Hessen erneuern und bestätigen das am Walpurgistage 1300 vom Landgrafen Heinrich „mit den Geburen von soden, die geerbt sin zu den salzwerk", getroffene Uebereinkommen, dass nämlich die Zahl der Pfannen nicht vermehrt, dafür aber auch der Landesherrschaft alljährlich 14 Tage vor Johannis ein bestimmtes Quantum des gewonnenen Salzes zu Cassel verabreicht werden solle, und fügen dann weiter hinzu: „Och wolln wir, daz die van

soden vnd vnsse burger van Allendorp bi allen deme rechte vnde wonheit, de sie van alder gehat han vnd haben, genzlichen bliuen. Wer och daz vnsse burger van Allendorp krigen wurden vmme eyn recht, des sie nit geteylen mochten oder kunden, des sullen sie gein vff de scheffene van Kassele, vnd so was en die teylen, daran sullin sie sich genogen lassen vff beider syet vnd daz vor eyn recht haben." *Kopp* a. a. O. Beyl. Nr. 3 S. 61 flg.

Ausser diesem Hauptprivilege erhielten die „Ratismeister vnnd geswornen vnd die Burgere" von Allendorf noch mehrere Zusicherungsbriefe über die Aufrechthaltung ihrer „Freyheiten, gnaden, gewohnnheiten vnd rechten", beziehungsweise Bestätigungen derselben; so von den thüringischen Landgrafen Friedrich, Balthasar und Wilhelm i. J. 1373, vom Herzoge Otto von Braunschweig i. J. 1382, vom Landgrafen Ludwig zu Hessen i. J. 1413, von den Landgrafen Friedrich, Sigmund, Heinrich, Wilhelm und Friedrich zu Thüringen i. J. 1431, endlich vom Landgrafen Heinrich zu Hessen als Vormund der beiden minderjährigen Prinzen Wilhelm im J. 1472. *Kopp* a. a. O. Nr. 5—9 S. 63—69.

Besondere, zum Theile rechtsgeschichtlich wichtige Privilegien hat in den Jahren 1311, 1332, 1472, 1487 und 1489 die Pfännerschaft in der Vorstadt Sooden erhalten. *Kopp* a. a. O. Nr. 2, 4, 10—12. S. 60, 62, 69—77. Vgl. auch H. *Böhlau*, De regalium notione et de salinarum jure regali Commentarii, Vimar. 1855. 4°., Spicileg. ex dipl. p. XIII nr. 87, p. XVI nr. 114.

XIV. Allenstein.

(Ostpreussen.)

1 **1353**, Oct. 31. Das ermländische Domcapitel beurkundet, dass es die Gründung einer Stadt („civitas seu opidum") mit Namen „Allensteyn" auf seinem Territorium beschlossen habe; überlässt die Anlage derselben „Jure Culmensi" an den Schultheissen Johannes von Leysen und seine Erben; weist die für die verschiedenen gemeindlichen Bedürfnisse erforderlichen „mansi et curie" an; stellt die hievon sowie von den Handwerkerstätten („de mercatorio, stuba balneari, maccellis carnium, bancis panum, scampnis sutorum, budis institorum, scampnis rasorum") zu entrichtenden Abgaben fest; vertheilt dieselben und die Strafgelder von den schwereren Verbrechen („de judiciis majoribus se ad collum et ad manum extendentibus, que per nostrum advocatum judicari volumus quoad personas tam theutunicas quam pruthenicas, que in predictis mansis aut civitate detente fuerint aut ad manus fidejussorias dimisse") zwischen der Kirche, der Stadtgemeinde und dem genannten Schultheissen unter Zusprechung der Bussen von den geringeren Vergehen an Letzteren allein; bezeichnet die Grenzen der städtischen Feldmark; ordnet das Verhältniss des Capitels zur Bürgerschaft in Ansehung der Fischerei, Jagd, Eisen- und Ziegelhütte; bestimmt, wie es mit der Errichtung von Statuten und der Rathswahl zu halten sei („insuper statuimus, quod consules seu incole predicte civitatis nulla statuta seu consuetudines, que wilkör dicuntur, statuant, aut eleccionem consulum aut alia quecunque ardua ipsam civitatem seu alia quecunque contingencia faciant sine nostrum requisicione et consensu"); beschränkt die Grundveräusserung an geistliche Orden („religioni vel religioso"), und überhaupt jede Zerstückelung der zur Stadtflur gehörigen Gutscomplexe; und verbreitet sich endlich über die den Stadteinwohnern zu gewährenden Weide- und Holzgerechtigkeiten, sowie über die Naturalreichnisse, welche von Grund und Boden an den Pfarrer zu leisten sind. *Voigt,* Cod. dipl. Pruss. Bd. III Nr. LXXVI S. 98—101. Vgl. dazu *dessen* Geschichte Preussens Bd. V S. 106, 7 m. Note 3.

1378, Mai 4. Das Capitel der Ecclesia Warmiensis, welches beschlossen hat, die 2
Stadt Allenstein durch Erbauung von „XXX a curie medie" ostwärts zu erweitern, entschädigt den Schultheissen Johannes und die Bürger der Altstadt für die ihnen aus dem Anbau der Neustadt erwachsenden Nachtheile durch Zuwendung von 64 Hufen culmischen Masses mit gleichen Rechten und Freiheiten, als die i. J. 1353 zugeeigneten Grundstücke geniessen, wobei die an das Domcapitel von den Grundstücken „in signum libertatis Juris Culmensis et dominii" jährlich zu prästirenden Abgaben festgesetzt und die Bestimmungen des Altstadt-Privilegs wörtlich wiederholt werden. *Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. a. a. O. Nr. CXXVII. S. 168 flg.

1380, Jan. 21. Das Capitel der Kirche 3
von Ermland spricht sich über die in Allenstein zuzulassende Zahl der „scampna pistorum, sutorum et carnificum" und über die davon zu entrichtenden Bestandgebühren aus. *Voigt* a. a. O. Nr. CXLI S. 189 flg.

Alsfeld. XV.

(Grossherzgthum Hessen.)

K. *Dieffenbach*, Geschichte der Stadt Alsfeld, Giessen 1817. 8°. W. G. *Soldan*, Zur Geschichte der Stadt Alsfeld (II Gymnasial-Programme), Giessen 1861, 62. 4°.

1 **1358**, Aug. 23. Landgraf Heinrich zu Hessen gewährt in Gegenwart seiner Erben den „consules et opidani in Alsfeldia" die Gnade „quod nulla bona mobilia vel immobilia infra vel extra muros jamdicti nostri opidi sita, que pronunc exactiones, precarias aut alias contributiones qualescunque nostris cum opidanis ibidem dare solent, inantea liberabimus, nec eadem bona ab aliquo servitutis onere aut genere quovismodo eximere volumus nec debemus." *Soldan* a. a. O. Progr. II Beil. I S. 48.

2 **1358**, Aug. 23. Derselbe erklärt im Beisein seiner Erben: „quod fideles nostros dilectos Consules et opidanos in Alsfeldia aliquibus precariis aut exactionibus gravare seu onerare nolumus, sed eisdem generose supersedere decrevimus tamdiu, donec iidem suorum debitorum onera, quibus pro nobis opprimuntur, et eciam literas pro nobis traditas aliqualiter deponent, quitent ac persolvent." *Soldan* a. a. O. Beil. II mit Progr. I S. 32 flg.

Alsfeld — „Adelesfelt, Adesfelt, Ailesvelt, Ailfelt, Alisfelt" — schon im XIII. Jhdt. mit städtischen Gerechtsamen bekleidet, und den hessisch-thüringischen, nachher hessisch-brabantischen Landgrafen unterthänig, erlitt in seiner Verfassung, welche bis zur Mitte des XIV. Jhdts. lediglich einen als „villicus, scoltetus, officiatus, advocatus" bezeichneten Beamten nebst „scabini" an der Spitze der *Gemeinde* erkennen lässt, eine durchgreifende Veränderung nicht vor 1352, in welchem Jahre zum ersten Male ein Bürgermeister der Stadt vorkommt, dem sehr bald die in den vorstehenden Urkunden bereits erwähnten Rathmannen nachgefolgt zu sein scheinen. Vgl. *Dieffenbach* a. a. O. S. 14 flg. *Soldan* a. a. O. Progr. I S. 1—14, 18 flg.

3 **1414**, Juni 16. Landgraf Ludwig zu Hessen bestätiget dem Rathe und den Bürgern zu Alsfeld „Ire alden brieue, gnade, friheid, gude gewonheid vnd herkommen, alse sie by sinen vorealdern, vnd furstenthume zu hessen, here brocht hain", und thut denselben mit Beistand seines rechten Vormunds, Herzog Heinrichs zu Braunschweig und Lüneburg, nach Anhörung ihrer „alden brieffe vnd gesetze vnd auch nuwer brieffe vnd satzungn", welche letzteren ihnen nämlich sein Vater, Landgraf Hermann, gegeben hat, in Anbetracht der mancherlei Gebrechen, welche sich in seinen Städten „dissesyt des spissis" (Niederhessens) finden, die Gnade: a) fürbass soll in der Stadt zu Alsfeld „eyn gantz vollenkommer raidt sin vnd bliben, also das von aldere gewest, gehalten vnd herekommen ist"; b) „die viere, die die gemeynde by den raidt gegebin vnd gesetzit haid, das sol vorbassir me abe sin, die wir ouch also abe thun In vnd mit Crafft dissis brieffis." c) Der Rath soll selbständig und so oft es nöthig ist, auf seinen Eid „bede, geschoss, Sture vnd hulffe ... also glich vnd redelichen ist, dem armen alse deme richen" festsetzen. d) Was zu Landgraf Hermann's Zeiten in Ansehung der Aufgebung und Zinsminderung von Gut und Erbe geschehen ist, sowie was derselbe zwischen den Bürgern zu Alsfeld „gescheiden vnd gerichtt haid", dies alles soll in Geltung bleiben, ausgenommen solche Briefe, welche den Rath und die ganze Gemeinde betreffen und die Hermann besonders zwischen ihnen gegeben hat, oder welche sich auf die Satzungen des Vierer-Collegiums beziehen. Diese Urkunden hat die Stadt ohne Widerrede zurückzuliefern. e) Schulden auf sich und die Stadt zu machen, zu verbriefen, zu verkaufen, zu versetzen vermag der Rath nur „mit wissen vnd volbort" des Landesherrn. f) Von den im Frühlinge und Herbste stattfindenden Abrechnungen des Raths ist dem Landgrafen Kunde zu geben, damit er, wenn es Noth thut, „eynen adir zwene uss sime rate sende, die dar by sin sollen", und welche auch noch nach Gutdünken Glieder aus der Gemeinde zum Rechnungs-Geschäfte beiziehen dürfen. g) „Ouch sollen Scheffen vnd raid, die ane gerichte plegen zu sitzen, Orteile sprechen vnd an gerichte geen dem armen alse deme richen, vnd das nymanne virhalten ane alle geuerde." h) Ferner haben Rath und Gemeinde, wenn der Landgraf und seine Erben Steuer und Hülfe bedürfen, denselben „zu legen nach Irer virmogede, alse getruwe burgere Iren rechten herren pflichtig sin." i) Die neuen Zunftbriefe, welche als zu des Landes Wohlfahrt erforderlich gegeben werden, soll man halten. k) Auch hat es bei dem zur Schuldenbezahlung verwendbaren „vngelde vnd wintzappen" vorläufig bis auf weiteres sein Bewenden. l) Wie viel ferner jeder Bürger jährlich brauen dürfe, soll der Rath auf seinen Eid „eyme also gleich alse dem andern" bestimmen, und ist diesem bei Busse nachzugehen. m) Alle „zweyunge, missehel vnd spenne", die bisher „vmme disser vorgeschrieben sache willen zwischen raid vnd gemeynde gewest", sollen hiemit „gentzlichen vnd gruntlichen gerichtet vnd abe sin, vnd disse vorgeschreben artikele vorbassir von en stede vnd vest gehalten werden by Iren eiten." *Soldan* a. a. O. Progr. I Beil. II S. 44 flg. mit S. 36, 37.

Das im Privileg erwähnte Vierer-Collegium hatte bereits Ludwig's Vorgänger, Landgraf Hermann der Gelehrte (1377—1413), in Alsfeld eingeführt. *Sodan* a. a. O. S. 33 flg.

1429, Jan. 25. Derselbe Landgraf Ludwig 4

stellt in Alsfeld die Rathsverfassung in jener Form wieder her, welche sie vordem Rechtsbriefe vom J. 1414 unter der Regierung seines Vaters gehabt hatte. Dieser s. g. Korebrief lautet aber:

„Wir Ludwig von Gots gnaden lantgraue zu hessen bekennen vor vns vnd vnser erben vffintlich in diesem brief, das wir angesehin han gemeynen nutz vnsers Slosss Alsfelt vnd sunderlich gunst vnd dinst, den vns vnser lieben getruwen alle zcunfftmeister vnd gantze gemeynde daselbs getan han, vnd han yn die gnade vnd willen getan, als sie by vnserm vatter seligen vormals gehabt han, Als hienach geschreben sted: §. 1. Czum ersten das dieselben zcunffte vnd gemeynde vier mit vnserm wyssen, vnd die vns dartzu gud duncken, vss yn kiesen soln, die zu den zcwelff Scheffen vnd zu dem Rate, der itzunt ist, vf den Raid gehin vnd alle rechte helffen vsssprechen, vnd mitde wyssen alle vfname vnd vssgifft von allem gelde, daz die Stad an gebort, vnd alle rechenunge mitde horen vnd da by sin, vnd auch wann man geschoss adir meybete setzet adir ubirkomet; vnd was die zcwelff Scheffen Raid vnd die vier von der gemeynde darumb setzen adir machin eyntrechtiglichin, das sal man also halten. §. 2. Vnd die gemeynde soln die vier andern iglichs Jars wandln, wann yn daz ebind vnd als dicke des noid ist; doch mugen die gemeynde der gekorn vier, als vorgeschreben sted, eynen adir zcwene by den Scheffen vnd Rate, der itzunt ist, lassen vnd dartzu nüwe kiesen alsvil, das Irer vier werden, vnd dieselben vier soln Burgermeister vnd Scheffen globen vnd sweren, Ire heymlichkeit nicht zu melden. §. 3. Wir sin auch obirkomen, das der zcwelff Scheffen nicht me dan eyner von eynem geslechte sin sol. §. 4. Vnd die andern, die an Rate sin, soln zu diesser zeyt mit den Scheffen vnd den vieren darane blyben, doch also, wann Irer eyner von todeswegen abegegangen ist, daz man alsdan keyne andere an des abegegangen stad kiese adir setze. §. 5. Man sal auch, alsdicke eyner vss den Scheffen von todeswegen abegehit, eynen andern vss dem Rate an des stad nemen, vnd alsdan an des Raids stad auch keyne andern kiesen. §. 6. Vnd wan der Raid also gantz vorstorben vnd abe were, so sal er by den zcwelff Scheffen vnd den vieren von der gemeynde bliben, vnd keinen andern Raid an vnsern wyssen vnd geheisse me kiesen. §. 7. Wir sin auch nemlich ubirkomen, abe die Scheffen sache vornemen, die die vier von der gemeynde hinder den zcunftmeistern mit yn nicht getruweten vsszurichten: So muchten dieselben vier die sache hinder sich an die Zcunfte bringen, vnd duchte dan aber die vier, daz sie das mit den zcünften auch nicht vssgerichten muchten, So muchten sie es abir vorbassir an vns vnd vnsere erben vnd vnser Amptlute bringen, vnd sulten damitd widder Irer eyde nicht gethan haben. §. 8. Item sal Iglicher alle Jar Schossen vf sinen eyd, wie des Scheffen Raid vnd gemeynde ubirkomen, vnd alsdan das geschoss vfhebin bynnen drein vierzcehn nachten, als gewuntlich ist. §. 9. Item soln zcunfte und gemende alle Jar eynen Burgermeister kiesen vss den zcwelff Scheffen; So soln die zwelff Scheffen eynen vnder Burgermeister vss den gekoren vieren von der gemeynde kiesen. §. 10. Item soln sie iglichs Jars eynen vss yn, vnd die vier von der gemeynde alle Jare auch eynen vss yn kiesen vnd setzen zu Buwmeistern, vnd desglychen soln Igliche partye eynen vss yn kiesen vnd setzen zu Raitkauf, wynkonnern, broid vnd fleischbesehern vnd andere dingen, die man zu besehin pleget. §. 11. Item eyn Burgermeister vss den Scheffen vnd eyn vnder Burgermeister vss der gemeynde mit Iren gesellen soln macht haben, alle raitschaft vss .... zu bezalinde (?). §. 12. Es soln auch Burgermeister, Scheffen vnd Raid vnd die vier Iglichs Jars vnd iglicher zcyt, so sie er rechenunge tün woln, vns vnd vnsere erben zuuornt zuwyssen ... vnd bitten, vnsere frunde dartzu zu schicken, solche rechenunge zuhoren vnd mitde zuwyssen. §. 13. Auch soln Burgermeister Scheffen vnd gantze gemeynde nymands gestaden noch gehengen, selbgewalt noch frevil eyner an dem andern by yn in vnserem Slosse zutunde in keyne wies, sunder das mit hulffe vnser Amptlude weren vnd vfhalten nach allem vormugen ane geuerde. §. 14. Wir behalten auch vns vnd vnsern erben die macht, alle vorgeschreben artickel, eynen adir me, einenteil adir zumal, alle zcyt, wan vns daz ebind, zuuerandern vnd es damitde zu machen, wie vns dan dunckid vns vnd vnser Stad noid vnd bests sin. Diess zu vrkunde han wir vnser Ingesigel hiran tun hengken Ipso die Conversion. Sancti Pauli, Sub Anno dm. Millesimo quadringentesimo vicesimonono." *Soldan* a. a. O. Beil. III S. 45 flg. mit S. 37 flg. Vgl. auch *Dieffenbach* a. a. O. S. 63 flg.

Noch unter demselben Fürsten [1434] nahm Alsfeld den Charakter eines fuldaischen Obleylehens an. *Scriba's* Hess. Regesten Abthl. II S. 168 nr. 2161; S. 177 nr. 2276.

XVI. Altdorf.

(Bayern, Franken.)

J. J. *Baier*, Warhaffte und Gründliche Beschreibung der Nürnbergischen Vniversität-

Stadt Altdorff, Das. 1714. 4⁰. [Nur Cap. I S. 1 flg. gehört hierher.] G. A. *Will*, Geschichte und Beschreibung der Nürnbergischen Landstadt Altdorf, Das. 1796. 8⁰. [Mit XIX Urkunden und Beilagen, welche erstere sich aus der „Mantissa diplomatum" hinter dem unter nr. 15 allegirten Sermo academ. dess. Verf. p. 17—32 ergänzen lassen.] Dazu vgl. noch *Jahresbericht* XVIII des histor. Vereins f. *Mittelfranken* (1849) S. 17—19 und Pl. *Stumpf*, Bayern S. 683 flg.

A. Königliche und stadtherrliche Privilegien.

1 **1281**, Aug. 6. König Rudolph I. beurkundet, dass seine Leute von Altdorf [welches sonach hier als Reichsdomäne erscheint] durch Zeugen den Beweis ihrer Zollfreiheit im Nürnbergischen erbracht haben — „quod cum a theoloneario Nurembergensi hominibus nostris de Altdorf super prestando theoloneo questio moveretur, iidem homines nostri multorum fidedignorum de Nuremberg testimonio probaverunt, quod essent exempti et ad hujusmodi prestacionem theolonei minime tenerentur, unde ipsis concedimus has litteras nostras in testimonium super eo." *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XI (1860) S. 294 flg.

2 **1368**, März 8. Die Burggräfin Sophie von Nürnberg verleiht ihren „burgern vnnd armen leutten, die In dem Marckht vnnd in dem gericht zu Altdorff gesessen senndt .... einen Ewigen wochen Marckht vnnd sieben Jahrmärckt", bestimmt die einzelnen Tage der letzteren, sichert allen diese Märkte „In Gastweyss suchenden durch Kauffmannschafft, Kremerei vnnd fayle sachen zu kauffen oder zuuerkauffen ... fridt vnnd gelaytt" zu, verbietet jegliche Feilhaltung „ausswendig ditz Marckhts" oder „In Kirchen, gassen, heussern, vor den thoren", bei Confiscation der also verkauften Waaren durch den Amtmann, von welchem Verbote jedoch „saugende vieh, wein vnnd pier, vnnd anndere Kauffmannschatz, das nicht gewohnnlichen ist, auf den Marckht zu pringen", ausgenommen werden, und ordnet endlich für alle Zuwiderhandelnde, und vornehmlich diejenigen, welche die „obgenannten Freyung, sicherheytt, oder Marckht gelaytt brechen oder vberfaren mit freuel oder mit gewappneder Handt, es wern ein Mann oder Vssmann", eine Besserung und Busse von 5 Pfund Hellern an, wovon ein Drittheil den Bürgern und zwei Drittel dem Richter zufallen sollen. *Will*, Gesch. Urk. I S. 299—302; *Monum. Zoller*. Bd. IV Nr. CXXXVII S. 161 flg.

Im J. 1299 hat König Albrecht I. den Ort Altdorf an den Grafen Emich von Nassau und dessen Gemahlin Anna, des Burggrafen Friedrich von Nürnberg Tochter, für eine Geldschuld zu Pfand gegeben, welche Verpfändung von Kaiser Ludwig IV. wiederholt (1329, 1331) bestätigt wurde. Anna's älterer Sohn, Graf Johann von Nassau, verkaufte um 1360 Altdorf nebst Zubehörung an den Burggrafen Albrecht den Schönen von Nürnberg, welcher aus dem Vater- und Mutter-Erbe seiner Gemahlin Sophie, einer Tochter Graf Heinrich's II. von Henneberg und der Jutta von Brandenburg, den Kaufschilling deckte, dafür aber auch letztwillig verfügte, dass Altdorf das Witthum der Burggräfin Sophie sein sollte. Auf diese Weise wurde dieselbe, nachdem ihr Gemahl am 5. April 1361 mit Tod abgegangen, Herrin und Besitzerin von Altdorf. *Will* a. a. O. S. 15—34.

1387, Nov. 10. Herzog Swantibor III. 3
von Pommern [vermählt im J. 1372 mit Burggraf Albrecht's Tochter Anna und hiedurch zwei Jahre später in den Besitz von Altdorf gelangt] überlässt den Bürgern und dem Rathe daselbst „den graben der vmb die Stadt geht zu Altdorff, sich zu niessende mit allen vischen vnnd nutzen, vnnd zu hulff zu iren pauen." (Hier findet sich Altdorf zum ersten Male als „Stadt" bezeichnet.) *Will* a. a. O. Urk. II S. 302 flg.

1397, Febr. 9. Der Pfalzgraf bei Rhein 4
und Herzog in Bayern Ruprecht der Jüngere, in Folge Kaufes (1393) Herr von Altdorf, thut den Bürgern und der Gemeinde allda die Gnade — „vmb ihr willigkeytt, die sie haben zu einem Pau zu Altdorff, ein Stadt daselbsten ze machen, vnnd als sie das völliglich vnnd mercklichen angefangen haben" — dass sie eine Mühle in der Stadt anlegen und die Einnahme daraus „zu der Stadt Paw vnnd notturfft" verwenden dürfen. *Will* a. a. O. Urk. IV. S. 306 flg.

1397, Febr. 9. Derselbe gestattet der 5
altdorfer Bürgergemeinde, ein Ungeld von Wein, Bier, Meth und sonstigen Getränken zwölf Jahre lang zu erheben, „als in annderen einen Stetten zu Amberg oder zum Neuenmarkht" gebräuchlich ist, und dasselbe zu städtischen Bauten nach Rath der pfalzgräflichen Amtleute auszugeben. *Will* a. a. O. Urk. V. S. 308 flg. (nach einem Vidimus v. 1408.)

1400. Jan. 28. Derselbe als des Reichs 6
„Oberster Truchsess" gibt dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Altdorf „solch genade, freyheytt vnnd gesetz ... dass der Rath daselbsten fürbas mehr vber hals vnnd vber haupt vrteylen, sprechen, vnnd wissen mögen, das darinnen recht geschehen vnnd gerichtet werde, In der massen, als eine Stadt Amberg in solchen sachen freyheyt vnnd gesetze von ihm hatt, vnnd der

Rath daselbsten bishero gethan hat." *Will*, Mant. dipl. A. p. 17.

7 **1401**, Mai 27. Derselbe als römischer König bestätigt der Stadt Altdorf die beiden Privilegien v. 1368 (nr. 2) und 1387 (nr. 3) mit wörtlicher Einrückung ihres Inhalts in die Urkunde. *Will*, Gesch. Urk. VI S. 310 flg.

8 **1408**, Oct. 25. Derselbe confirmirt die im Rechtsbriefe v. 1281 (nr. 1) enthaltene Zollfreiheit der Altdorfer in Nürnberg. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 165 nr. 2655.

9 **1410**, Dez. 14. Pfalzgraf Johann wiederholt das Ungelds-Privileg der Altdorfer v. 1397 (nr. 5). *Will* a. a. O. Urk. VII S. 312 flg.

10 **1445**, Oct. 3. König Christoph von Dänemark, Schweden und Norwegen, als Pfalzgraf bei Rhein und Herzog in Bayern, bestätigt den Bürgern seiner Stadt zu Altdorf die von Herzog Johann, seinem Vater, und von seinen übrigen „vorvättern Herren von Bayren" ihnen verliehenen, sowie die sonst von Alters hergebrachten „freyheyten, Recht, Brieff vnnd privilegia", die besondere Begnadung beifügend, dass unter dem Rathhause Läden, Brod- und Fleischbänke erbaut und die darauf gesetzten Zinse in der Stadt Nutzen verwendet werden dürfen. *Will*, Mant. dipl. B p. 18—20.

11 **1447**, Jul. 3. Derselbe überlässt den altdorfer Bürgern „Inen zu hilff vnd der Stadt zu besserung ... sein Reyssholtz den schlag genannt, also das sie von demselben seinen Grundt die schure des Reyssholtz allein ytzundt hauen, vnnd hinfür ohne seine oder seiner Erben gunst vnnd erlaubtnus nit mehr thuen sollen", sowie ferner seinen Zoll zu Altdorf und die Hälfte des allda jährlich fallenden Ungelds, welches Alles „sie einemen vnnd zu seiner Stadt gepeue, nutz vnnd notturfft sichtiglichen wennden vnnd keren sollen." *Will*, Gesch. Urk. VIII S. 313 flg.

12 **1450**, Nov. 26. Pfalzgraf Otto erneuert dem Bürgermeister und Rathe seiner Stadt Altdorf das Ruprecht'sche Halsgerichts-Privileg v. 1400. *Will*, Mant. dipl. C p. 21 sq.

13 **1451**, Jan. 21. Derselbe bestätiget den Bürgern seiner Stadt Altdorf alle ihre, von seinen Voraltern und Vorforderen herrührenden „brieff vnnd priuilegia" und insbesondere die Befugniss, „die Zinss von den läden, prottpenncken vnnd fleyschpenncken vnter dem Rathaus ... zu besserung des Stadtpaws aufzuheben." *Will*, Gesch. Urk. IX. S. 315 flg.

14 **1490**, Nov. 25. Pfalzgraf Philipp, des Reichs Erztruchsess und Kurfürst, sichert dem Bürgermeister, Rathe und der „gemein" zu Altdorf auf den Fall, dass er nach seines „vettern vnd Brüders" Otto Ableben ihre Stadt in Besitz nehmen würde, die Aufrechthaltung „aller Irer freyheytt vnnd gueten gewonnheyt" zu. *Will* a. a. O. Urk. XI S. 323 flg.

B. Statute aus dem XIV. und XV. Jahrhunderte.

a) Das s. g. „Weisthum". Diese kleine 15
Rechtssammlung, überschrieben: „Das sein die Recht, die gemaine Stadt zu Altdorff von alter hero gehabt, vnd noch hatt, als die eltisten auf Jr Ayde darumben gesagt haben, vnd solches von Iren elttern vnd vorfahren vernomen haben" — scheint aus einer Verbindung von zwei älteren Rechtsaufsätzen (§§. 1—19, 20—36), von welchen wenigstens der erstere nach Geist und Form seiner Satzungen grossentheils dem XIV. Jhdt. angehören dürfte, unter Einmischung einzelner jüngerer Bestimmungen, wohin ich jene über die Appellation (§§. 13, 30) zählen möchte, hervorgegangen zu sein, und bezeichnet Altdorf selbst noch durchgehends als „Marckt" (§§. 9. 20. 21). Der Inhalt ist überwiegend criminalrechtlich und polizeilich. Doch begegnen auch mehrere auf öffentliche Verhältnisse [z. B. §. 1 Steuer an die Herrschaft; §. 14 „weysath" des Richters], sowie auf den Process und das Privatrecht bezügliche Vorschriften. Von den letztgenannten sind insbesondere jene über Nichtverpfändung liegender Habe „die weyle man fharrends hatt" (§. 28), Obstüberhang (§. 31), Bestandzins (§. 34) und Zechschulden (§. 35) beachtenswerth. Erwähnung verdienen endlich die beiden in den §§. 22, 23 enthaltenen Schöffen-Urtheile von „Neuenmarkht," welche beweisen, dass hier wirklich Altdorf seinen Oberhof gehabt hat.

Das Weisthum findet sich aus einer Hdschr. des XVI. Jhdts. abgedruckt bei J. Chr. *Siebenkees*, Neues jurist. Magazin Bd. I (Anspach 1784. 8°.) Nr. XIX S. 426—35.

b) Das „Gestreng Recht." Es ist 16
diess eine zu Anfang des XV. Jhdts. entstandene, vermuthlich officielle Aufzeichnung des Verfahrens gegen einen Gefangenen „umb sach die den halss antriefft" von der Anklage bis zum Stabbruche mit eingefügten Dictions-Formeln für den Richter, sowie für den Ankläger und seinen Fürsprecher. Vor dem Schlusse ist überdiess ein Verbrechen- und Strafen-Katalog eingeschaltet, welcher im Nachfolgenden eine Stelle finden möge:

„Vrtheyl vmb ein letzliche Sach. Vmb Diepheytt ist Recht, das man einen soll hangen. Vmb heimliche morderej ist recht schleypfen, vnd radtprechen. Vmb offennliche morderej ist recht enthaubten. Vmb Kirchen einpruch vnd mordtprennen, Ist recht verbrennen. Vmb felscherej ist recht In einem

Kessel versieden. Umb nottnunfft ist recht schleypfen, vnd ein stecken durch Ihn schlahen. Vmb rauben ist recht enthaubten. Item ob ein Frau Ihren Man ertödtet, oder dartzu hilfft mit rath oder mit that, so ist recht, das man sie lebendig soll begraben. Item so einer sein hausfrauen ermordt, Ist recht das man Ihn schlaypf vnd darnach mit gluenden Zangen bej dem gericht reysst zu dreyenmalen, vnd darnach mit dem Radt von dem leben zu dem todt pring, Alsdann geschehen ist hannsen schuestern. Item ob einer einen andern bey seinem Weyb ergreyfft, vnd denselben mit dem Rechten vberwinden wolt. So ist recht das man denselben begraben soll, er sey lebendig oder todt, vnd einen stecken durch Ihn schlahen, vnd also soll man dem weyb auch thun, ob man sie begreyfft."

Die Criminalordnung ward herausgegeben von G. A. *Will*, Sermo academic. de antiqua constitutione criminali Altorfina, Altorf. 1779. 4°., Mant. dipl. E p. 23—32. Vgl. dazu *dess.* Gesch. S. 182 flg. und wegen der Entstehungszeit G. *Geib's* Lehrb. des Dtsch. Strafrechts Bd. I S. 245.

17 c) Die Verbots-Artikel von 1497, eine umfangreiche und gehaltvolle Polizei-Ordnung mit der Aufschrift: „Diese hernach geschriebene Artickel vnnd Ordnung Ist durch Pfleger, Burgermeystere, Rath vnnd gemein, nach altem herkommen zuverbieten, von der *herrschafften* vnd der Stadt nutz vnnd notturfft wegen, erfunden vnd aufgericht worden Anno 1497." Von den 66 §§en ist der die Veräusserung liegender Erbstücke „in gemeiner Stadt Burckthumb" betreffende §. 63 auch privatrechtlich interessant. Abdruck in *Will's* Gesch. Urk. XVII S. 346—59.*)

XVII. Altenberg.
(K. Sachsen.)

Chr. *Meissner*, Umständliche Nachricht von der Churfl. Sächs. Schriftsässigen freyen Zien-Berg-Stadt Altenberg, nebst dahingehörigen Diplomatibus, Dressden und Leipzig 1747. 8°. [Daselbst Kap. XIII S. 143—88 ein Confirmationsbrief Kurfürst Christian's von Sachsen v. 4. Mai 1587 mit eingeschalteten Transsumten von XV Rechtsurkunden.]

1470. Die Herzoge Ernst und Albrecht von Sachsen verleihen der „Ziener-Gemeine auf dem Geyssingsberge ... einen freyen Marckt alle Wochen zu halten auf den Sonntag und Stadt-Recht darzu", und fügen noch Bestimmungen über die Nichtbeschwerung derselben mit der Anlage von Zinn-Flössen*), über ihre Holzgerechtigkeit, über den Bergzehnten und den Geleits- und Wagegroschen der Kaufleute, endlich über die Competenz des Berg-Schöffenstuhls, sowie die Wahl und Befugnisse der vier Berg-Geschwornen bei. *Meissner* a. a. O. Nr. I S. 145—48. 1

1492. Herzog Georg von Sachsen bestätigt und erweitert das vorstehende Privileg, indem er in dasselbe Satzungen über die Befähigung des Berg-Richters, „um solche Schuld, die uf dem Berge gemacht, den Schuldiger ... auffzuhalten und zu rechtfertigen", ferner über die ordnungsmässige Besetzung „der Gerichte nach Berg- und Stadt-Rechte" einschiebt. *Meissner* a. a. O. Nr. II S. 148—51. 2

Von demselben Herzoge liegen auch aus den J. 1496 und 1497 zwei Schiede zwischen Altenberg und Geyssing über gewerbliche Sachen, z. B. Brauerei und Bierschank, Fleisch-, Salz- und Brodverkauf [*Meissner* a. a. O. Nr. XII, XIII S. 179—84] vor.

Altenburg. XVIII.
(Hrzgth. Sachsen-Altenburg.)

J. *Vulpii* Altenburgi altitudo, Das ist der Stadt Altenburg ansehnliche Hoheit, Altenburg 1699. 4°. J. Fr. *Meyner*, Nachrichten von Altenburg, das. 1786. 8°. J. E. *Huth*, Geschichte der Stadt Altenburg zur Zeit ihrer Reichsunmittelbarkeit bis zu ihrem endlichen Anfall an das Haus Meissen, am 23. Juni 1329, zum Gedächtniss dieses Tages aus Urkk. und bewährten Nachrichten dargestellt, das. 1829. 8°. J. *Löbe*, Beschreibung und Geschichte der Residenzstadt Altenburg (2. Aufl.), das. 1848. 8°. A. F. K. *Wagner* „Ueber die Entstehung und Ausbildung der Stadt Altenburg" in den Mittheilungen der Geschichts- und Alterthumforschenden Gesellschaft des Osterlandes Bd. II (1849) S. 272 flg.

---

*) **Altena** (Preussen, Westfalen) ist das ganze Mittelalter hindurch lediglich eine s. g. Freiheit, in welcher es Graf Engelbert von der Mark durch Privileg v. 20. Dez. 1367 nach dem Muster und mit den Rechten von Blankenstein und Weter erhoben hat (s. H. *Stangefol*, Annales circuli Westphalici Libr. III, Colon. 1656. 4°. p. 445), geblieben, ohne wirkliche städtische Qualität zu erlangen. Vgl. W. *Marks*, Die ältesten Nachrichten über das Schloss und die Stadt Altena, aus alten Geschichtsbüchern gezogen, das. 1843. kl. 8°., S. 53 flg. [Frühere Literatur s. in *v. Kamptz's* Provinz- u. statutar. Rechten in der Preuss. Monarchie Thl. II S. 309.]

*) Waschkästen zur Absonderung des Zinnsteins vom s. g. Seifengebirge. *Adelung*, Wörterb. II, 219.

1 **1256**, Dez. 3. Markgraf Heinrich zu Meissen und im Osterlande, Landgraf zu Thüringen und Pfalzgraf in Sachsen, bestätiget der „universitas civium in Aldenburch" auf ihre Bitte die „Jura, consuetudines ac libertates, quibus eatenus ex gratia Imperii usi fuerunt", und fasst dieselben (unzweifelhaft zum ersten Male) in einen Stadtrechtsbrief zusammen, dessen bunt an einander gereihte Satzungen vornehmlich die Pflichten und Gerechtsame, z. B. Gebühren und Busse-Antheile des Schultheissen, die Exemtion des Weichbildes von der landrichterlichen Jurisdiction, die Münze und den Geldwechsel an derselben, den Beweis bei Schuldklagen, die Bannmeile in Ansehung des Schenkgewerbes, die Vergabungen an Kirchen, die Einziehung verlassener Liegenschaften an die Reichsgewalt, die Erlöschung der Leibeigenschaftsklage nach einjährigem Stadtaufenthalte, die Wundstrafen, das Verbot des gerichtlichen Zweikampfs, die Schuldpfändung Fremder und die Gastverbürgung, die Zollfreiheit in Waldenberg, den Rechtszug nach Goslar — „sententias extra civitatem requirendas Goslarie in Rufo Ostio requiretis" (§. 30) —, die Weide auf den ausgetrockneten Fischteichen, endlich die Güter-Lösung der Ehefrau eines flüchtigen Mörders aus den Händen des Fiscus zum Gegenstande haben.

Abdrücke a) in Chr. S. *Liebe's* Zufälliger Nachlese zu Heinrichs Des Erleuchteten Lebens-Beschreibung, Auf Hohen Befehl aus dem Hochfürstl. Altenburgischen Archive Ausgefertiget, Altenb. 1731. 4°., S. 32 — 36; b) in *Gaupp's* Stadtrechten Bd. I. S. 210 — 13; c) in *meinen* Stadtrechten des MAlters S. 6 — 8; d) bei E. F. *Hase* „Das Stadtrecht von Altenburg von 1256 und seine Erneuerungen in den J. 1356 und 1470" in den alleg. Mittheilungen Bd. III. Heft 3 (1851) S. 347 — 404, insbes. S. 351 — 54.

Erläuterungen bei *Huth* a. a. O. S. 169 — 93 [nebst Uebersetzung]; bei *Gaupp* a. a. O. S. 205 flg. und *Hase* a. a. O. S. 365 flg. Eine Darstellung des gesammten Inhalts des altenburger Rechtbriefs findet sich ferner auch in F. W. *Tittmann's* Geschichte Heinrichs des Erlauchten Bd. I. (1845) S. 134, 138, 149, 154, 156, 162 flg., 169, 173, 181, 207, 210, 330, 344, 357, 360, 363.

Altenburg, als „castrum Aldenburch" bereits 1151 urkundlich erwähnt, und bald darauf schon im Genusse städtischer Einrichtungen, wie Documente v. 1172 und 1209 beweisen, welche von „scultetus, monetarius, cives de Aldenburc, sigillum civitatis aldenburgensis" sprechen (vgl. *Liebe* a. a. O. S. 14, *Schultes*, Director. diplomat. Bd. II. S. 453 nr. 71), war eine reichsfreie Stadt, befand sich aber, unbeschadet dieser Eigenschaft, wovon der §. 22 des vorstehenden Privilegs: „Quicumque proprietatem suam infra civitatem per annum et diem desertam reliquerit, potestati imperii haec proprietas asscribetur" genügendes Zeugniss gibt, sammt der reichsvogteilichen „Plisnensis terra" im Pfandbesitze Heinrich's des Erlauchten, welchem jene Reichstheile Kaiser Friedrich II. vor 1246 „in obstagio decem millium marcarum argenti ratione sponsalicii filie sue Margarete, filio Henrici Alberto desponsate" überlassen hatte. J. G. *Hornii* Henricus Illustris Cap. VIII. §. XVII. p. 260 c. Cod. dipl. Nr. XIV. p. 306; *Tittmann* a. a. O. S. 87 — 89.

1312, Aug. 9. Landgraf Friedrich der Freudige in Thüringen etc. sichert seinen Bürgern zu Altenburg die Aufrechthaltung ihrer alten Rechte und Freiheiten zu. F. Graf *v. Beust*, Jahrbücher des Fürstenth. Altenburg Thl. I. (1800) S. 88 flg. 2

1356, Jul. 27. Die Landgrafen Friedrich der Gestrenge und Balthasar in Thüringen etc. bestätigen der Bürgergemeinde zu Altenburg auf deren Ansuchen ihre Rechte, Gewohnheiten und Freiheiten (d. h. das Privileg v. 1256) in nachfolgender Weise: 3

„Friderich vnd Balthasar, von gotis gnade lantgrefen in Düringin, marggrefen zu myssin, ym ostirlande vnd czu landisperg vnd grefen czu orlamunde, Hern dez landes der plissen. der gemeine der Burger czu Aldinburg sagen wir gnade vnd vnsirn günstigen willn. euwer Bete, der wir vil von euch genommen habin, dy ir von uns innicliehen vnd demütiglichen gebeten habit, daz wir euwer Rechten, Gewonheiten und Vriheiten, dy ir vor von gnaden dez riches gebruchen syt gewest, daz wir euch der von gabe vnsern gnaden auch gebruchen lisen, dar vmme wir euch vnsir gnade libir meren wolden denne mynnern, durch euwer Bete willen vnd durch ynniger rede, da mite yr euch vns erbitet und erzeiget dinstlich vnd getreuwe czu syn, vnd lassen euwer bete wirdiglichen czu euwer rechte vnde euwer vriheiten vnd gewonheiten, der ir von allden gecziten gebrucht habit, also sollit ir der hy nach von vnsern gnaden auch gebruchen in sulchir masse, alz wir euch daz hirnach vorschriben. §. 1. Der schultiss, der euch hirnach richtir wird sin, der sal in sulchir forme vnd masse richten: von slechtin vnd von einfeldigin bussin sal er czwene Swinsfüze nemen adir czwei hüner; adir[1])

1) „Adir" oft in der Bedeutung von „aber."

von sweren adir frevilnbussin wy vil adir waz er nemende sy, daz sulln dy czwelf geswornen achten vnd irkennen nach grösse der schult. §. 2. Wer do einem sweren solde adir sich intslaen solde mit rechte, vnd der cleger ym dez rechtin irliz vnd nicht von ym nemen wolde: wolde yn der schultiss dez vmme sust nicht loz lassen, so solde der, der do gesworen solde haben, dem schultissin geben czwene swinsfüsse adir czwe hüner. §. 3. Wer do einen todslag tete vnd an der tad nicht begriffen würde, hat der yn euwer Stat, festunge adir wichbilde eigins, daz do czehen phunt wert ist, der spricht vor sich selbe vnd sal nicht mehr vf andir Burgin getwungin werden. §. 4. Der schultiss der sal keine sache, dy vor ym nicht vorlüth wird, richtin. §. 5. Nymant sal sich an ein grossir gerichte berufen, is kunne denne der schultiss nicht gerichtin, vmme keine sache. §. 6. Wer auch czu deme voitdinge eine busse vorlöre ane freville sache, der gibit achtzen phennigen czu busse. §. 7. Waz czinsses von gesecczen, daz man kuer heisset, gevilen, der sal daz drytte teil deme schultissin vnd czwei teil czu der Stat vestunge geben. §. 8. Eine busse sal vf dy andere nicht wachsin. §. 9. Der schultiss der sal keinen flüchtigen manne nicht geleite geben ane dez clegers willin. §. 10. Der lantrichter der sal in euwer wichbilde der Stat kein recht czu richtin haben. §. 11. Wer eine busse tud vs der gestal des gerichtes adir hinder gerichte, alzo daz er dy vinger in den vyr benken nicht erhebit, der Busse [2]) sal er nicht obirwundin werdin, sundern wil er darvor swerin, er mag dovor sweren. §. 12. Wer auch vf gnade czuflucht hat czu der Stat, den sal man drinne lassin vf sin recht [3]). §. 13. Euwer munze blibet by yrem erstin stehen, also daz man neuntzen pfennigen wechssiln sal vor eine marg. §. 14. Welchir euwer Burger eine deme muntzemeister der neuwen pfennigen vnd der vnverworfen adir vnverslain eines schillinges me gibit, denne er pfliget im wechssil czu gebin vor eine marg, deme sal der muntzmeister eine marg silbers geben. §. 15. Dorobir mag ein Burger von deme andern, ein nacgebuer von deme andern czu stunden eine marg wechsiln. §. 16. Mit phennigen aldenburger muntze sal man viererleye kaufen, korn, hobphen, honig und wolle; andre alle ding mag man mit allen andern muntzen vndir einander keuffen. §. 17. Der muntzmeister der sal keinen aldenburgisschen phennig czu brechin, ab er wol alt ist. §. 18. Wer auch vor deme schultissin adir vor deme merern theil dez ratis icht gelobet adir rede, vnd wolde dez leukin, der sal von dem dez gelöbdis obirwundin werdin, dy schult sy groz adir cleine. §. 19. Ein iczlich schuldiger von schuldin vndir einem pfunde mag obirwunden adir obirezeuget werden von czwehen adir dryen glaubhaftigen czuegen, vnd dez zwifache schult von geczugniss czweiher adir dryer von der gesellnschaft der czwelf gesworne mag man daz beczugin; vnd daz also czu vornemen ist: Wer mit einfeldigin adir mit slechtin [4]) geczeugen mag obirwunden vnd obirezeugit werden vmme czehen schillingin, mit czweien adir mit dryen der geswornen mag er obirwundin vnd obirczeugit werdin vmme czwenzig. §. 20. Vmme euwer Stat vf alle sytin ynwendig der mile sulln keine kreczsmern noch keine trang noch Byre nicht veile haben, vzgenommen desse ernachgeschrieben dorfer: czu Sarow sal inawant einer syn, czum hayn einer, czu puschow einer, czu Trebin einer, czu lessin einer, czu rolag einer [5]); adir sy sulln nicht malcz machin. Wo in andern dorfern sy gehabt würdin, dy salln der lantrichter euch vnd ewern schultissin vorbiten vnd abe thun. §. 21. Welchir euwer Burger einer etwaz wy eyginschaft, dez ihr habit in euwer Stat vnd wichbilde [6]), yn keiner kirchin beschide alz ein selngerete, daz bescheidene gut sal vorkouft werdin in einem Jar. §. 22. Wer do eigin in euwer Stat jar vnd tag wüst lezet ligin, daz eigin sal czugeschribin werdin der gewalt dez riches. §. 23. Nymant, er sy phaffe adir ritterlicher wirdikeit, der sal nicht obirtragin syn, sy sullen czu euwer Stat festinunge helfen, haben sy andirs gesezn in der Stat. §. 24. Wer do auch von dinststande wegin geborin ist, daz ist alzo czu vernemen, ab einer ein eygengeborn dinst were [7]), queme der yn dy Stat vnd blibe in euwer Stat jare vnd tag ane ansprache, dornach mag man den nicht gevordern noch angesprechin. §. 25. Wer den andirn wunth, deme wird geteil dy hant abe czu hauwen. §. 26. Nymant in euwer Stat sal geladen werden czu kamphe. §. 27. Wer

2) Priv. 1256: „emenda pollicita".

3) Priv. 1256: „super jus suum" d. h. unter Fortgenuss seines Stamm- oder Heimatsrechts. Vgl. *Hase* a. a. O. S. 370.

4) Das Priv. 1256 hat blos: „simplices". —

5) Saara, Fuchshayn, Treben, Lössen, Buscha und Rolika.

6) Priv. 1256: „de proprietatibus, quas *habet* infra municipium.

7) Das Priv. 1256 hat blos: „de servili natus conditione".

do in der flucht fleuget czu synis nacgeburen adir mitburgers hus, der sal nicht heruz genomen werdin, sundern mit gerichte. §. 28. Ist daz ein vzwendiger einen euwern mitburger schuldig ist, deme man vf dem agker[8]) nicht gephindin kan, kummt der in dy Stat, do mag man yn vmme dy schulde bekummern. Were auch, daz der wirt den vorkummirtin man mit willin gehen lyz, der muz vor yn autwortin. §. 29. Czu waldinberg[9]) sullit ir nicht czoll gebin. §. 30. Euwer recht vz der Stat czu suchin, daz sullit ir suchin czu **Goezslar** in der roten thör. §. 31. Waz auch an den tichin treuge[10]) wirt, daz sal euwern weidin gebüren, alzo lange daz treuge ist. §. 32. Ist daz ymant der euwern fluchtig würde vmme einen todslag, vnd darumme sine gute czu geschribin wurdin der kammer des riches adir der gewalt[11]), dez huzfrauwe gibit deme schultissin dry marg vnd behelt yre gutir vry vnde gar; adir der man blibit in der schult so lange alz er versünit vnd berücht[12]) wirt. — Alle stügke sunderlichin vnd mit einander, alz sy vorgeschribin sten, vorlyhn wir euch und bestetigin euch dy von vnsir gewalt darumme, daz hernach vnse gnade geytilt vnd vorruckt möchte werden. Czu geczugnisse haben wir dessin keginwertigin Brif gegeben, dessin keginwertigin gevestiget mit vnsern Ingesigel. Gegeben czu Rochlitz nach gotis geburth Tusint Jar dryhundirt Jar in deme Sechs vnd funfczigisten Jare an der mitwochin nach Sente Iacophs-Tag des heiligin zcwelfbotin." [Vermuthlich zugleich auch in lateinischer Sprache ausgefertigt.] *Hase* a. a. O. S. 355—58.

Altenburg war während der fast hundert Jahre, welche zwischen vorstehendem und dem ersten Stadtrechtsbriefe v. 1256 in Mitte liegen, nach mehrfachem Wechsel von Verpfändung und Auslösung endlich in den dauernden Pfandbesitz des Markgrafen Friedrich von Meissen, des Eidams Kaiser Ludwig's IV., am 23. Juni 1329 gelangt, welchem der Letztere an demselben Tage auch „Burchgraviatum in oppido suo regali Altenburch ... in justum et rectum feudum" verliehen hat. *Loeber*, De Burggraviis Orlamundanis p. XXXIX sq. Aus diesem Pfandnexus wurde Altenburg von Seite des Reiches nie wieder eingelöst. [Vgl. *Hugo*, Mediatis. S. 31]. Doch finden wir selbst in der Urkunde v. 1356 die Merkmale der Reichszugehörigkeit der Stadt noch keineswegs völlig verwischt. Sie treten vielmehr, abgesehen vom Eingange und §. 22, am auffälligsten in der Umschreibung des Wortes „fiscus" im §. 32 hervor.

1433. Die drei Räthe, die Hauptleute und Handwerksmeister der Stadt 4
Altenburg vereinigen sich über eine, die Bestrafung gewisser Vergehen, wie des Todtschlages „in deme weynkeller", der verschiedenen Arten der Verwundung, des Schwert-Beil- und Messerzückens, des Scheltens, „mit bossin wortinn" u. s. f. normirende Willkür. Alleg. *Mittheilungen* Bd. I. Heft 4 (1844) S. 15. Vgl. *Hase* a. a. O. S. 381 flg.

1463. Die drei Räthe zu Altenburg 5
vereinigen sich „in tieffen Rate, dabey scheppin vnd viertelsmeistere mit etlichen inen bey sitzenden kompan" zu einer zweiten, die Ahndung von Schelt- oder Lästerworten mit Tragung des Schandsteins „der an dem Rathuss hanget" und Geldbusse betreffenden Willkür. Alleg. *Mittheilungen* a. a. O. Vgl. *Hase* a. a. O. S. 382.

1470, Oct. 5. Kurfürst Ernst und 6
Herzog Albrecht zu Sachsen, Brüder, Landgrafen in Thüringen und Markgrafen zu Meissen, bestätigen auf des Rathes zu Altenburg flehentliche und demüthige Bitte, diesem und der Gemeinde seiner Stadt auf Grund alter Briefe „vnde vortzeichnunge vss der Stad Bucheen" ihre hergebrachten besonderen Rechte und Freiheiten — „solliche sunderheyt vnde fryheit, die sie auch in Gewonheyt herbracht haben" — und fügen „etzliche gesetze vnde artigkel ires alten befryhetten stadtsrechts in dissem bestetigungsbriff" hinzu. Diese theils aus dem alten Gewohnheitsrechte geschöpften, theils auf den beiden vorhergegangenen Rathswillküren (nr. 4, 5) beruhenden Einschaltungen beziehen sich namentlich auf die Lehenwaare (§. 3), den Richterzins (§. 4), die Friedbürgschaft (§. 7), die Pfändung wegen Feldschadens (§. 14), die Strafe des Ableugnens gerichtlich einbekannter Schulden vor dem Rathe (§. 19), die Gatten-Erbfolge (§§. 20, 21), das Heergeräthe und die Gerade (§. 22), die wörtlichen Schmähungen wider den Rath (§. 23), die Abgrenzung des städtischen Weichbildes (§. 36), endlich auf die Zoll- und Geleitsfreiheit Aller, welche sich in Altenburg als Bürger niederlassen (§. 37). Die für das Privatrecht bedeutsamen §§. 20—22 mögen hier zur Probe eine Stelle finden: „Wann czwen eelich zcu sampen komen vnde Burgerrecht haben, stirbet der eynss ane Kinder, das ander, es sey man ader

8) Priv. 1256: „in rure".
9) D. i. „auf der Reichsstrasse, die sich bei Waldenburg von Süden her heraufzog". *Hase* a. a. O. S. 397.
10) „Aridum, siccum" im Priv. 1256.
11) Priv. 1256 blos „fisco".
12) Priv. 1256 blos „reconciliatus".

weip, behel haws hoff farende habe vnde alles das in weichbilde ist, vnde muss auch alle schulde in weichbilde geldenn. Sundern in lantgerichte mussen sie geben vnde nemen noch dess landes gewohnheyt vnde recht[13]). — Nympt ein mann ein weip vnde tzeugt mit ir erben vnde stirbet, also dass die frawe von den Kindern gedryttelt wird, vnde nympt einen andern mann, derselbe erbet der frawen dritteteyl noch irem tode für den Kindern nach aldem herkommen vnde gewohnheyt der Stad. — Wenn nicht swert mogen noch spynnel mogen in der Stadt sind, die billich noch der siptzal heergerethe adder gerade nemen, so sal das von der Stad wegen uff das Rathuss zcur Stad besserunge noch aldem Heerkomen genomen werden, vnde vss der Stad keyns zcu geben verbunden sein, sundern es verstorbe sich dann in andere wigbild[14])".

Es charakterisiren aber insbesondere zwei Abweichungen diese jüngste Stadtrechts-Verbriefung, abgesehen von ihren Zusätzen, gegenüber den Privilegien von 1256 und 1356, nämlich a) die völlige Austilgung auch der letzten Spur einer Rückerinnerung an die einstige reichsstädtische Herrlichkeit Altenburg's, indem im §. 26 an die Stelle der reichsfiscalischen Einziehung Jahr und Tag wüste gelassener Stadtgrundstücke die „Unterwindung der Stadt" selbst — „vff das solche wider besatzt mögen werden", getreten, im §. 35 jedoch gar nicht mehr näher bezeichnet ist, an wen die Güter eines flüchtig gewordenen Verbrechers „verfallen" seien; und b) die hinweggelassene Namhaftmachung der Reichsstadt Goslar als des Oberhofs für Altenburg, wohl veranlasst durch das Mandat Kurfürst Friedrich des Sanftmüthigen und Herzog Sigismund's zu Sachsen v. 1432, „dass ihre Unterthanen forthin, so oft sie Rechtsbelehrungen, Urtheil und Sentenzen bedürftig, dieselben von den Doctoren, verständigen und ehrbaren Bürgern zu Leipzig oder anderen Verständigen in ihren Landen, und nicht mehr zu Magdeburg holen sollten".

Abdrücke des Priv. v. 1470 finden sich bei *Meyner* a. a. O. S. 151 — 63 und *Hase* a. a. O. S. 359 — 65 [mit Erörterung der Hauptbestimmungen S. 370, 380 flg., 390 — 98, 401 flg.]

7 **1473**, Nov. 1. Die Herzogin - Wittwe Margaretha zu Sachsen [Erzherzog Ernst's des Eisernen von Oesterreich Tochter, Mutter der herzoglichen Brüder Ernst und Albrecht[15])] vermittelt zwischen Rath und Gemeinde der Stadt Altenburg einer-, und den Prälaten, der Geistlichkeit und Mannschaft des Amts und der Pflege zu Altenburg anderseits einen Schied über die Brau- und Bierschank-Gerechtsame der Landkretschmare, das Hausbrauen der Bauern, die Festsetzung von Gewicht und Mass durch den Rath der Stadt, die Dorfhandwerke, den Zwangsdienst (Gesindezwang) der ledigen Knechte bei den Edelleuten und Geistlichen, die Ausantwortung von Heergeräthe und Gerade zwischen den beiden Parteien, die Erstreckung der Obervormundschaft des Raths auf die grundherrlichen Landbewohner, endlich die Erbfälle bei Gütern, namentlich der Stadt schossbaren Liegenschaften. *Walch*, Beyträge z. d. dtsch. Recht Thl. III. Nr. I., 1. S. 4 — 9. Vgl. dazu *Hase* a. a. O. S. 402.

1488, Febr. 25. Kurfürst Friedrich 8
und Herzog Johann zu Sachsen thun zur Beilegung der inzwischen wieder entstandenen Jrrungen unter obigen Parteien einen neuerlichen, jenen ihrer Grossmutter, der Herzogin Margaretha, bestätigenden „güthlichen Spruch und Schiedt", worin sie ausser den am ausführlichsten behandelten Brau- und Schenkgerechtigkeiten der Stadt selbst sowie der öfter erwähnten Dorfkretschmare, auch noch anderen Punkten, z. B. den Gewerbsverhältnissen des Ortes Gössnitz, dem Salz- Fleisch- und Fischhandel in Altenburg, den Erbgerichten der darum liegenden Prälaten- und Adelsgüter, den Bürgerreichnissen von Lehen, dem Süssweinverschleisse des Probstes zu St. Marien auf dem Berge, der Strafe der Bannmeilen-Uebertretungen etc. Rechnung tragen. *Walch* a. a. O. nr. 2 S. 9 — 19. Dazu *Hase* a. a. O. S. 403 flg.

Um noch schliesslich einen Blick auf die Entwicklung der Rathsverfassung in Altenburg während des XIV. und XV. Jhdts. zu werfen, so sehen wir die zwölf, ursprünglich dem judicium sculteti beigegebenen, aber wohl auch ausserhalb der Sphäre der Rechtspflege bereits als „consilium" thätig gewesenen „jurati" alsbald in einen wirklichen, mit dem Schöffenamte die städtische Verwaltung vereinigenden Stadtrath umgewandelt, als dessen leitender Vorstand dann allmälig ein Bürgermeister („magister civium")

13) D. i. nach dem gemeinen (im Sachsenspiegel enthaltenen) s. g. Sachsenrechte. *Hase* a. a. O. S. 393.

14) Welche nämlich das Gleiche auch gegenüber der Stadt Altenburg beobachten. *Hase* a. a. O. S. 395.

15) Ueber diese Fürstin s. C. *Gretschel*, Gesch. des Sächs. Volkes und Staates (1841) I, 320.

zuerst 1318 urkundlich erwähnt, hervortritt. Daneben blieb aber das Schultheissenamt, welches die Markgrafen mittels Belehnung erblich vergaben, das ganze Mittelalter hindurch fortbestehen, freilich an Ansehen und Bedeutung theils durch Erweiterung des Wirkungskreises der Bürgermeister, theils dadurch, dass sich der Stadtrath durch Ankauf des Amtes sammt Zubehör und Einkünften (1397) mindestens in den vorübergehenden Besitz desselben gesetzt hatte, in den späteren Zeiten merklich abgeschwächt. Völlig neu-organisirt treffen wir endlich den Rathskörper nach Andeutung der unter nr. 4, 5 aufgeführten Willküren um die Mitte des XV. Jhdts. an. Hier war derselbe aus drei, je einen Bürgermeister und zwölf Geschworene begreifenden Gremien, „Räthe oder Mittel" geheissen, zusammengesetzt. Doch fungirte er in dieser, noch durch die Hauptleute, Handwerks- oder Viertelmeister und andere Beigeordnete verstärkten Ausdehnung lediglich, wenn es sich um die wichtigsten Gemeinde-Angelegenheiten, z. B. Errichtung neuer Statute, handelte, während die minder wichtigen Geschäfte durch die einzelnen Gremien, welche jahrweise nach festgesetztem Turnus in Thätigkeit traten, besorgt zu werden pflegten. Die sämmtlichen Rathswahlen unterlagen übrigens stadtherrlicher, früher burggräflicher Bestätigung. Vgl. *Huth*, a. a. O. S. 237 flg.; *Hase* a. a. O. S. 275—79; K. *Limmer*, Pleiserland Bd. I. S. 244 flg.

XIX. Altenkirchen.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1 **1314**, Dez. 16. Der römische König Ludwig IV. verleiht dem Grafen Gottfried von Sayn für Altenkirchen und seine beiden übrigen Städte die Freiheiten und Rechte von Wetzlar — „oppidis et locis infra scriptis, videlicet Hachenburgh, alden Kirchen et Weltersbergh, et hominibus utriusque sexus nunc vel in futuro habitantibus aut habitaturis in eisdem, que sibi [nobili viro Godefredo Comiti de Seyn] pertinere noscuntur, omnes libertates, jura et honores, quibus oppidum nostrum Wetzflariense et alia ibidem oppida et loca imperii gaudent et gavisa sunt usque modo, de regie majestatis plenitudine concedimus et donamus, auctoritate presentium decernentes, ut iisdem in antea libere gaudeant et fruantur." J. J. *Moser*, Staats-Recht der Reichs-Grafschaft Sayn (1749. fol.) Cap. III. §. 1 S. 347 flg.

2 **1357**, Febr. 24. Kaiser Karl IV. gewährt dem Grafen Johannes von Sayn für seine drei oben genannten Städte, darunter Altenkirchen, von Neuem „omnes libertates, jura, honores et gracias, nec non observancias et laudabiles consuetudines, quibus opidum Wetzflariense et alia ibidem opida et loca imperii pociuntur et gaudent et gavisa sunt hactenus." *Moser* a. a. O. §. 7 S. 352 flg.

Altenkirchen, kurcölnisches Lehen, befand sich bis zum Ausgange des XIII. Jhdts. im Besitze der Grafen von Nuenare, von welchem es im J. 1298 die Grafen von Sayn Johannescher Linie erworben haben. Diese erhoben die Stadt dann zum Hauptorte ihrer Herrschaft. Vgl. *Moser* a. a. O. Cap. I. §. 25, IX. §. 6, XI §. 3. S. 13, 398, 426.

Alt-Landsberg. XX.

(Preussen, Mittelmark.)

J. K. Fr. W. F. *Gähde*, Geschichte der Stadt Alt-Landsberg, nach Quellen bearbeitet, Halle 1857. 8°., S. 3—39, 127 flg. 186 flg. 194 flg. 255 flg. 266, 276 flg. [Leider! unterblieb der beabsichtigt gewesene Urkunden-Abdruck.]

1335, Sept. 21. Markgraf Ludwig von 1
Brandenburg ertheilt den Bürgern von Alt-Landsberg die Gnade, dass sie „keyn man schal vt laden vor keyn lantdink, noch vor keyn Hoverecht scholen sie keinen man tu rechte stan, vor keynen richtere, wo man sie beschuldegen wil, in steden oder in Dorpern." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I. Bd. XII. S. 498; *Gähde* a. a. O. S. 188. (Extr.)

1421, Mai, 26. Markgraf Friedrich 2
von Brandenburg gewährt der Stadt Alt-Landsberg „czwen Jarmarckte alle Jar virczehen tag vor sant martins tag czu ewgen czeiten", was Markgraf Johann am 3 Aug. 1481 bestätigt hat. *Riedel* a. a. O. S. 50 flg. Vgl. *Gähde* a. a. O. S. 29, 30, 252.

Seine übrigen Privilegien hatte Alt-Landsberg bei einer Feuersbrunst verloren; doch wurden ihm alle Freiheiten und Gerechtsame, ohne nähere Bezeichnung ihres Inhaltes, vom Kurfürsten Joachim mittels Urk. v. 13 Mai 1549 (*Riedel* a. a. O. S. 66) confirmirt. Vgl. *Gähde* a. a. O. S. 42.

Der ursprüngliche Oberhof Alt-Landsberg's war unzweifelhaft Spandau; in späterer Zeit wurde allgemein an den Schöffenstuhl zu Brandenburg appellirt. *Gähde* a. a. O. S. 187, 198.

Alzei. XXI.

(Grossherzgth. Hessen.)

J. H. *Andreae*, Alceia Palatina illustrata, Heidelberg. 1777. 4°. *Widder*, Beschreibung

der churfürstl. Pfalz am Rhein Thl. III S. 17—38. *Schaab*, Geschichte der Stadt Mainz Bd. IV S. 36—76. Ueber die alzei'schen Truchsessen s. A. *Lamey* „Dapiferi Palatinatus Rheni de Alceia dicti" in Actis academ. electoral. Theodoro-Palat. Vol. VII Histor. (Mannhem. 1794. 4°.) p. 249—70 c. docum. p. 271—84.

1 **1277**, Oct. 24. König Rudolph I. verleiht auf Bitten des Pfalzgrafen Ludwig bei Rhein der Stadt desselben, Alzei, alle Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten, in deren Genuss die anderen Städte des Reiches angetroffen werden:

„Rudolfus dei gratia Romanorum rex semper augustus etc. Supplicante nobis illustre Ludwico comite palatino Reni duce Bawarie, principe et filio nostro karissimo, ut oppidum suum dictum Alzeia ei libertatis gratia insignire de nostra gratia dignaremur, qua et cetere civitates imperii sunt dotate, nos predicti filii nostri fidem et devocionem sinceram, qua erga nos et imperium chorusare dinoscitur, graciosius attendentes predictam supplicationem suam admittimus, predictum oppidum omnibus immunitatibus, juribus et honestis consuetudinibus, quibus alie civitates imperii perfrui dinoscuntur, de benignitate regia libertantes, sic tamen, quod predicto filio nostro et suis heredibus ad consueta et debita servicia teneantur. Dat. Wienne IX. kalendas novembris, indict. VI., a. d. M.CC. LXXVII, regni ao. V." *Baur's* Hessische Urkk. Bd. II Nr. 307 S. 284.

2 **1299**, Jan. 1. König Albrecht I. [welcher im vorhergegangenen Jahre, um an dem Pfalzgrafen Rudolph I., König Adolf's Schwiegersohn, Rache zu üben, Burg und Stadt Alzei gänzlich zerstört hatte] bestätiget der letzteren den Rudolphinischen Freiheitsbrief — „omnia jura, libertates et gratias ab eodem Domino Rudolpho traditas et concessas, prout ipsis civibus juste et rite sunt traditae et concessae, de benignitate majestatis regiae innovamus et concedimus, ac innovatas et concessas praesentis decreti munimine auctoritate regia confirmamus." *Lamey* l. c. Doc. XI p. 280 sq.

3 **1324**, Apr. 17. König Ludwig IV. gewährt der Stadt Alzei alle Freiheiten und Rechte seiner Reichsstadt Oppenheim — „concedimus ipsi oppido nostro Altzeia et omnibus ac singulis ejus incolis omnes libertates, emunitates et jura, quibus oppidum nostrum regale Oppenheym et ipsius incole a dive memorie Romanorum imperatoribus et regibus, predecessoribus nostris, comuniti dinoscuntur et hactenus sunt gavisi, jure tamen nostri comitatus palatini Reni in premissis omnibus semper salvo." [Wiederholt am 2. Sept. 1340.] *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV. (1853) S. 166 flg. mit S. 130 flg. 138 Note 3.

Ludwig hatte sieben Jahre vorher das seit den ersten Zeiten der Hohenstaufen ununterbrochen im Besitze der Pfalzgrafen bei Rhein befindlich gewesene Städtchen Alzei sammt seiner Burg an das Erzbisthum Mainz verpfändet und in Folge hievon unter dem 27. Juni 1317 Schultheiss, Bürgermeister, Rath und Gemeinde dortselbst angewiesen, dass sie „castrum et opidum Altzey predicta cum omnibus juribus, jurisdictionibus, redditibus, utilitatibus, obventionibus et pertinentiis eorundem assignent et presentent, statim visis presentibus, Venerabili Petro Archiepiscopo Moguntino ... vel ejus nuntio ... prestantes etiam Archiepiscopo vel suo nuntio ejus nomine Huldam, Homagium et fidelitatis juramentum, quod sibi in omnibus et per omnia, sicut regi paruerunt hucusque, tanquam suo domino pareant" (*Würdtwein*, Subsid. diplomat. Tom. I Nr. LXXXIX. p. 441 sq.). Allein schon das vorstehende Privileg beweist zur Genüge, dass die fragliche Pfandgabe nur von sehr kurzer Wirkung gewesen sein müsse, wie denn auch im Hausvertrage von Pavia v. 1329 „Altzey burch und stat" als „zuo der Pfalntz gehörend" aufgeführt wird. Reichsstädtische Freiheiten hat übrigens Alzei niemals genossen. Vgl. *Hugo*, Mediatis. S. 183 flg.

1391, Dez. 16. Pfalzgraf Ruprecht 4
der Aeltere gibt seiner Stadt Alzei zu deren gemeinlichem Nutzen und Besten eine „Ordenunge," deren 21 „stucke und artickele" hauptsächlich die Aufsetzung und Verrechnung von Bede und Ungeld, die Ernennung des Schultheissen durch die Stadtherrschaft, den Waldschutz und die Pfändung sowie Rügung der Forstfrevler, die Bauholzrechte der Bürger, die Gerichtsstandsverhältnisse, endlich die Gemeinverbindlichkeit der „gebotte" des Amtmanns und Rathes zum Inhalte haben. *Mone* a. a. O. Bd. VI (1855) S. 20—23.

1408, Jan. 19. König Ruprecht ver- 5
leiht der Stadt Alzei einen 14 Tage währenden Jahrmarkt. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 151 nr. 2454; *Scriba*, Hess. Regesten Abthl. III S. 247 nr. 3673.

1471, Apr. 3. Pfalzgraf [Kurfürst] Frie- 6
drich I. bestätigt und erweitert ein vom Rathe zu Alzei vereinbartes Statut, worin zur Tilgung einer erheblichen Stadtschuld für die folgenden vier, nöthigenfalls auch wohl weitere Jahre die Entrichtung einer Wochen-Abgabe auf dem Rathhause, unter Beifügung näherer Bestimmungen über die

Einhebungsart, die Strafe bei Zahlungssäumniss und die Rechnungsablegung, den Bürgern vorgeschrieben wird. Der Pfalzgraf überlässt dann noch zu gleichem Zwecke für die genannte Zeitperiode gewisse ihm gebührende Einkünfte, z. B. die Weggelder, an die Stadtgemeinde. *Mone* a. a. O. Bd. VIII (1857) S. 406—8 m. Anmerk. S. 408, 9.

Das Weisthum über „die rechten des pfalzgrafen vom Rhein zu Alzey" aus dem XIV. Jhdt., gedruckt bei *Andreae* l. c. p. 21 sq. und *Schaab* a. a. O. S. 58 flg., ferner nach einer vidimirten Copie v. 1589 bei *Widder* a. a. O. S. 3—7 und J. *Grimm*, Weisth. Thl. I S. 798—800, berührt die Verfassungs- und Rechtszustände der Stadt durchaus nicht.

XXII. Alzenau.

(Bayern, Franken.)

J. W. Chr. *Steiner*, Geschichte und Topographie des Freigerichts Wilmundsheim vor dem Berge oder Freigerichts Alzenau, Aschaffenburg 1820. 8°.

1 **1400**. Erzbischof Johann von Mainz begnadet seine „bürger zu Wellmundsheim unter dem schloiss Alzenawe wohnende, und auch seine palpurger, dy er daselbst zu burger genommen, daz sie von heit ... über eyn jar gefreyt seyn sollen, daz sy nymandt ladten noch bannen sal mit sines oder sines Styfts geistlichen Richtern." *Steiner* a. a. O. Beil. 3 S. 241 flg.

2 **1401**, Mai 13. König Ruprecht erlaubt dem Erzbischofe Johann von Mainz, das Dorf Wilmundsheim unter dem Schlosse Alzenau in eine Stadt umzuwandeln: „Wir Ruprecht ... thun kunt, daz wir um bitt willen Johann Erzbischoff von Menze gegonnet han, daz er syn und synes stifts dorf Welmundsheim unter Alzenawe dem schlosse gelegen, mit mueren und graben umbfüren und bevestigen mag, und eine stat darus machen ... doch mit behaltnusse eines iclichen sins Rechts. Wir han auch erleiwet jehrlichen einen jahrmarket in demselben Schlosse Wilmundsheimb zu han uf sant Bartholomäus, und einen wochenmarket uff mittwochen, mit gewohnlichen freyheitten, Rechten und guten gewohnheiten, als zu jahrmerkten und wochenmerkten gehoret. Urkundt unsers brieves ... gegeben Nurnberg ... tusend vierhundert und ein jahr." *Steiner* a. a. O. Beil. 4 S. 243.

Der Ort, welcher erst im XVI. Jhdt. seinen ursprünglichen Namen mit „Alzenau" vertauschte, blieb übrigens, wiewohl zur Stadt bestimmt, doch fortwährend nur ein unbedeutender Marktflecken, und hat in neuerer Zeit selbst diesen Rang nicht mehr behaupten können, sondern zu seinem alten Titel eines einfachen Pfarrdorfs zurückgegriffen. Vgl. *Steiner* a. a. O. S. 190 flg.; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 794.

Amberg. XXIII.

(Bayern, Oberpfalz.)

Mich. *Schwaiger's* [Bürgermeisters zu Amberg] Chronica oder kurze Beschreibung der churfürstl. Stadt Amberg*), neu herausgegeben und mit Erläuterungen über magistratische Verfassung versehen von F. J. *Lipowsky*, München 1818. 8°. F. Reichsfrh. *v. Löwenthal*, Geschichte von dem Ursprung der Stadt Amberg, von dem Wachsthum derselben unter ihren Beherrschern, den Markgrafen auf dem Nordgaue, dann den Herzogen aus dem Hohenstaufischen Hause, und endlich von der Ausbildung durch die Privilegien, durch die Gewohnheiten und bürgerliche Verfassung unter den Herzogen in Baiern, und Pfalzgrafen bey Rhein, München 1801. 4°. J. B. *Schenkl*, Neue Chronik der Stadt Amberg, das. 1817. 8°. Vgl. noch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 447 flg. — Quellensammlungen: *v. Löwenthal's* Urkundenbuch zur Geschichte der Stadt Amberg, 1801. 4°. J. B. *Schenkl's* Sammlung der Freyheiten, Rechte, Gesetze, Gewohnheiten, und Polizeyordnungen der Stadt Amberg aus dem XIVten bis aufs XVIte Jhdt., Abthl. I, Amberg 1820. 8°. Chronologische Uebersichten der Privilegien geben *Schwaiger* a. a. O. S. 21 flg. und *Schenkl*, Chronik S. 71—82.

A. Rechtsbriefe.

1034, Apr. 24. Kaiser Konrad II. überlässt der bamberger Kirche „districtum, mercatum, theloneum, nautum ... in villa que dicitur Ammenberg, sita in pago Nortgowe, in comitatu comitis Ottonis." *Schenkl's* Chronik S. 4—7. 1

1163, März 10. Kaiser Friedrich I. bestimmt „lege in perpetuum valitura ... ut negotiatores Bambergenses et Ambergenses, sive alii ad Ecclesiam bambergensem pertinentes eadem securitate ac libertate, qua et Nurembergenses, per universum imperium potiantur, et sua peragant commercia, et quod a Nurembergensibus non exigitur, nusquam locorum ab illis exigatur tributi aut vectigalis aut cujuslibet alterius prestationis nomine", unter Bedrohung der Zuwiderhandelnden mit einer an die kaiserliche Kammer zu entrichtenden Geldbusse von 10 Pfund besten 2

*) Die Originalausgabe erschien zu Wittenberg 1564. 4°.

Goldes. *v. Löwenthal*, UBuch Nr. I S. 1 flg.; *Schenkl* a. a. O. S. 13—17 (Note*); *Monum. Boic.* Vol. XXXI p. 416 sq. Ausserdem auch b. J. H. H. *Fries*, Abhdl. vom s. g. Pfeifer-Gericht (1752) S. 203 flg.; *Schuberth*, Staats- u. Gerichts-Verfassung des Hochstifts Bamberg (1790) S. 93; J. A. *Schultes*, Histor. Schriften (1798) S. 363 und *v. Murr*, Urkk. der Orte, mit welchen Nürnberg Zollfreyheiten errichtet hat (1806) S. 6 flg. — Im Datum ist „VI Idus Mart.", nicht, wie meist angetroffen wird, III. Idus Mart. zu lesen.

3 **1166.** Bischof Rupert von Passau gestattet „civibus de Amberch in civitate Patavia in nundinis et ceteris in temporibus ad locum suum venientibus et mercimoniis eorum navigio transeuntibus jus **ratisponensium** hoc tenore et coniventia, ut non presumant assumere hac fidutia et occasione aliena bona et sursum et deorsam in danubio sine debito theloneo transferre." *Schenkl* a. a. O. S. 18 flg.; *Monum. Boic.* Vol. XXVIII p. 120. Vgl. Joh. *Falke*, Die Geschichte des deutschen Handels. Thl. I (1859) S. 72.

4 **1294**, März 3. Pfalzgraf Rudolph bei Rhein, Herzog in Bayern, gibt den Bürgern zu Amberg ein die Rechte und Gewohnheiten ihrer Stadt, wie sie bereits denselben sein Vater, Herzog Ludwig der Strenge, bestätiget hatte, zusammenfassendes und confirmirendes Privileg, dessen Inhalt, abgesehen von einer Reihe criminalrechtlicher Bestimmungen sowie einigen privatrechtlichen Sätzen nämlich über Heirathszwang, zweite Ehe und letztwillige Verfügungen, auf die mannigfaltigsten städtischen Verhältnisse, z. B. Uebernahme von Gemeindeämtern, gleiche Tragung der Bürgerlasten, richterliches Geleite, Ein- und Auswanderung, Stellung der Juden, Wahl und Gewalt des Rathes u. a. m. sich erstreckt. Der Rechtsbrief lautet aber:

„Wir Rudolf von Gotts gnaden pfallenz grave zu Rine vnd herzoge ze Baiern tuen chunt allen den, die disen brief ansehent oder hörent lesen, das wir bedacht vnd angesehen haben den willigen dienst vnd die stete trewe, die vnsre lieben burger ze Amberch vnserm lieben vater, herzogen Ludewigen, dem Got gnade, mangen jar erzaigit habent, vnd auch vnss selben, vnd haben in gegeben die recht vnd die guten gewonhait, die zu ir stat gehörnt vnd bestetigit sint, die in vnser vorgenanter vater vor bestetigit hiete, als hernach geschriben stet.

§. 1. Daz erst ist daz: schlecht ein man den andern zu tode in der stat, so ist in vnseren gewalt[1]) des leip vnd des guet, der den schaden getan hat. §. 2. Ist abir, das er seins leibs in notwer ist gewesen, vnd daz bringen vnd bereden mac, so sol er nieman buessen denne vns[2]). §. 3. Ist abir, das ein man den andern lemt, so gehört ein lem gegen der andern, er chöme sein denn abe mit bite oder mit guete[3]) gegen den, dem er den schaden getan hat; von der selben lem gehörent dem statrichter an zwai pfunt ze wandel vnd den schepfen[4]) ainz. §. 4. Von der fliessenden wunden gehöret fünf pfunt, der sint zwai des richters vnd zwai des wunden und ainz der schepfen[5]). §. 5. Ob ez geschit mit swert oder mit messer, von der pliwat gehöret zwelf schilling der churzen, der sint des clägers zehen, der schepfen[6]) ains, des richters ains, vnd sechzih pfenninge. §. 6. Vnd ist das der vorgenanten getat dehainen dehains burger sun tuet oder sein chnecht[7]), des sol sein vater oder sein herre nicht entgelten, ist das ir ietweder daz bereden mac vnd auch bringen[8]), das er in darzu nicht behalten habe[9]), vnd das ez an alle seine schulde geschehen sei; so si daz also bringent, so schol man sich halen an den rechten gescholn[10]). §. 7. Vmb[11]) ain ieglich inzicht schol man empresten[12]) an dem gerichte, als die schepfen ertailet[13]). §. 8. Ez enschol auch der richter nieman vahen oder aufhalen vmb[14]) chain der vorgenanten sache, der ain gesessen man ist, ez sei danne vme den totslac allaine[15]). §. 9. Man schol auch nieman twingen vme dehain ament ze emphahen wider seinen willen. §. 10. Sprichit man auch ieman an vme gulte oder vme dehain dinch, daz marcht recht haisit, daz sol man niendert reden[16]), denne vnder der gerichte; man schol auch niendert[17]) fürbaz dingen aus dem gerichte vme keiner schlechte sache, die zu dem marcht rechte

1) Pr. 1310: auf genade in unserer gewalt.
2) uns allein auf genade.
3) Gut Liebe.
4) Schergen.
5) des Schergen.
6) der Schergen.
7) Und ists dass die vorgenannten seien aines Burgers Son, sein Botte oder sein Knecht.
8) auf bringen.
9) dass er dazu mit Wissen nicht beholfen hat.
10) Das Pr. 1310 hat unrichtig: so soll man sich an der Rechten schollen.
11) L: und, was ich nach 1310 verbesserte.
12) Pr. 1310: entprehten.
13) urtheilent.
14) L: vömed.
15) L: aine; 1310: dann allein um den Todtschlag.
16) thuen.
17) Niembt (Niemand).

gehöret. § 11. Ez schuln auch die edile leute, die in der stat gesessen sint[18]), vor dem statrichter daz recht tuen vme gülte. §. 12. Alle die, die da chaufent vnd verchaufent, die schuln auch mit der stat dienen allen den dienst, den die burger tuent. §. 13. Man schol auch dehainen burger vor dem andern besunderlichen beschatzen, ern verwörcht es danne mit so grossen sachen, das ez billeich were[19]). §. 14. Man schol auch nieman twingen weder vrawen noch man zu eelichir heirat wider seinen[20]) willen. §. 15. Ist aber, das ain witwe ainen andern man nimt, on der vreunde rat, die vrawen schol nicht mer an gevallen[21]) weder erbis noch beraitschaft, wan als der chinde ainem[22]). §. 16. Ez ist auch vmme den witwer daz selbe recht[23]). §. 17. Ist auch, das ein vrawe oder ein man[24]) ververt an erben, swo daz mensch sein gut hin schaffit[25]), da schol ez hin gehören; ververt er abir an geschefte, so schol sein guet seine nechsten erben angevallen[26]). §. 18. Ez schol auch der richter noch nieman anders nieman dchain gelaite geben in die stat[27]) an des willen, den er lichte beschwerit hat mit raube oder mit brante[28]); chöm er aber[29]) darüber hin ein[30]) in die stat, vnd wurde lichte bechumbert von dem, den er beschedet hete[31]), der[32]) vnd seine helfer habent daran wider nieman getan. §. 19. Ist das auch[33]) ieman in die stat zu Amberch von andern steten odern von vremden landen varn wil, den schol man freilich[34]) empfahen. §. 20. Wil auch ieman varn[35]) aus der stat, den schol man des nicht engen[36]). §. 21. Waz auch iuden in der stat iezu ist[37]) oder noch darein chument, die schuln mit den burgern dienen, vnd besunderleichen nicht[38]). §. 22. Die burger schuln auch vnder in nemen zehen man oder achte[39]), die des raths[40]) pflegen, vnd waz dieselben vnder in trachtent oder achtent[41]), daz vns vnd der stat guet vnd erleich[42]) ist, daz sol stete vnde feste beleiben, vnd sol der andern wille sein. Wer aber, das daz ieman irren wolle[43]), des schuln wir in beholfen sein, das des icht geschehe[44]).

Das auch dise recht vnd die gueten gewonhait, als si vorgeschriben stent, also stete vnd vnzerbrochen beleiben, geben wir vur vns vnd vur vnsern lieben brueder Ludwigen disen brief mit vnserm insigil versigilt. Diser brief ist gegeben ze Amberch, da von Christes geburt warn tausent, zwai hundert iar, vnd in dem vierden vnd neunzigisten iar, an den mitichen, der der erste vaste tac ist in der vasten."

Abdruck bei *v. Löwenthal*, UBuch Nr. II. S. 2—4 (völlig unkritisch) mit Bemerkungen in der Gesch. S. 163—68.

Amberg [„Ammenberg, Amberch, Aemberch"], bei seinem ersten urkundlichen Auftreten im Besitze des bambergischen Stiftes (nr. 1), kam 1242 pfandweise in die Hände Markgraf Berthold's von Hohenburg. Nachdem aber dieser und seine Brüder Otto, Diepold und Ludwig mit Tod abgegangen, und hiedurch Amberg und deren übrige Feudalbesitzungen an das Bisthum Bamberg heimgefallen waren, so gab Bischof Berhtolt, Graf von Leiningen, „oppidum Amberc ac omnia alia feoda cum universis eorum attinentiis, que ad ipsum et ecclesiam suam ex morte Bertholdi marchionis de Hohenburc et fratrum suorum sunt devoluta, nec non advocatiam bonorum et hominum in Nitenawe" unter Beifügung noch anderer erledigter Stiftsgüter seinem Blutsverwandten, dem Pfalzgrafen bei Rhein und Herzog in Bayern Ludwig II. „dem Strengen" zu Lehen. Vgl. Ludwig's Reversurk. v. 19. Juni 1269 in *Wittmann's* Monum. Wittelsbac. Abth. I. [Quellen u. Erörterungen z. Bayer. u. Dtsch. Gesch. Bd. V] Nr. 98 S. 233 flg. mit *Fessmaier's* Versuch einer Staatsgeschichte der Oberpfalz (1803) Bdch. I S. 12 und *Böhmer's* Wittelsbachischen Regesten S. 33.

18) Pr. 1310: die zu der Stadt sizen.
19) seyn.
20) den.
21) der ... zu gefallen.
22) als viel die Kinder erben.
23) Dieser §. fehlt im Pr. 1310.
24) ein Mann oder eine Fraw.
25) verschaft.
26) Der ganze Satz „ververt er abir" etc. ist im Pr. 1310 weggelassen.
27) in der Stadt.
28) beschwert mit Raub, mit Brand, mit Pfandtung, mit Todtschlag, mit Fenkhniss oder mit Wundten hett.
29) also-
30) fehlt.
31) bekhümert oder beschwert, mit welcherlei Sachen, das wär von dem ehebeschädigten
32) derselbe.
33) auch dass.
34) freundlich.
35) fehlt.
36) das nicht läugnen.
37) itzo in der Stadt ist.
38) und nicht besonders reichen, ob es der Burger willen ist.
39) zehen oder acht Mann
40) Rechts.
41) unter In zu rathen und achtent.
42) thunlich.
43) wolte irren.
44) da sollen wir Ieden beholfen seyn, dass das Recht geschehe.

Von da an ist Amberg bei dem pfalzbayerischen Hause geblieben.

5 **1310**, Nov. 11. Herzog Ludwig III. in Bayern, Pfalzgraf bei Rhein [der nachmalige Kaiser], bestätigt den Bürgern zu Amberg „die Rechte und guten Gewohnheiten, die zu der Stadt gehörent und die in vorgenannter Stadt vor Bestettiget gelten", d. h. das bis auf wenige, theilweise blos sprachliche Aenderungen wörtlich wiederholte Rudolphinische Privileg v. 1294, mit drei die Bürgermeisterwahl, den Eheconsens und die Verheirathung von Bürgerkindern ausserhalb der Stadt betreffenden Zusätzen, welche lauten:

„Wir haben auch gesetzt, dass die vorgenannten Bürger in der Stadt [45]) ainen aus Ihnen, dem sie wollen, nemmen sollen, vnd wer dessen wider ist, der soll vns geben fünfzehn Pfundt Regensburger Pfenninge, vnd der Stadt als vil, vnd soll derselbe ein [46]) Jar ledig seyn, vnd soll man einen andern an seine statt nehmen [47])." — „Wir wollen auch, welches Burgerskind aus den vorgenannten, es seye Sun oder Tochter, sich verheurathet ohn' seines Vaters, seiner Schwäher oder seiner Freundte Rath, der soll seines Erbtheils verzigen seyn, vnd darauf nicht haben zu sprechen, ohn' allein als soviel ob ihm seine Vatter, Schweher oder Freundte durch Treue williglich icht geben wollen; vnd wer sich ehelich ohn ain der Vorder willen geben wollen oder giebt, dem soll die Stadt ewiglich zu seyn". — „Wir wollen auch vnsere vorgenannten Bürger nicht irren noch hindern, ob sie auch ausserhalb der vorgenannten Stadt verheuerten ihre Khinder".

Nach einer modernisirenden Copie auf dem Rathhause zu Velburg gedruckt in *Schenkel's* Sammlung, Abthl. I. S. 3 — 8. Nur wenige Stellen daraus (jedoch mit dem unrichtigen Ausfertigungstage: „Sanct Margarethen Tag" anstatt „St. Martinstag") gibt *v. Löwenthal*, UBuch Nr. III. S. 4. Vgl. dazu dessen Gesch. S. 169 flg.

6 **1310**, Dez. 13. Herzog und Pfalzgraf Ludwig III. thut den Bürgern seiner Stadt Amberg die Gnade, „daz niemand, wie er genandt seye, kein holz zu Kollen oder zu Lesch verkhauffen oder abgeben mag vmb die vorgenante Statt vmb vnd vmb Innerhalb einer Meyll", unter genauer Bezeichnung des vom Verbote ergriffenen Bezirkes. *v. Löwenthal*, UBuch Nr. IV. S. 4 flg.

1318, März 19. Derselbe (als römischer König) sichert den amberger Bürgern zu, „das alle Häuser in der Stadt vnd auch vor der Stadt ze Amberg, die vnz an diesen heutigen Tag in gemeiner Steuer vnd Dienst gewesen sind, hienach immer mehr, wer sie gewinne, kaufe, oder wie sie Ihn ankommen, in gewöhnlicher Steuer vnd Dienst nach der Stadt Sazzung vnd Gewohnheit bleiben" sollen, und dass er selbst ihnen dieses niemals „mit bit [48]) noch Briefen ... überfahren" werde. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. VII. S. 7 flg. 7

1318, März 19. Derselbe spricht die Bürger zu Amberg für alle Zukunft „der Pfenning vnd des Gelts, die sie ihm aller jährlichen von alter Gewohnheit von der Azung [49]) gaben vnd schuldig waren ze geben, ledig und frey." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. VIII. S. 8. 8

1323, Jan. 25. Derselbe begnadet den Rath und die Bürgergemeinde zu Amberg dahin, dass sie ihm und seinen Kindern ewiglich „nicht mehr ze steuer, danne ihr gewöhnliche Steuer geben sollen, der da ist zu den Mayen neuntzig Pfund vnd zu dem Herbste neuntzig Pfund Regensburger Pfening", sowie dass sie nicht „pfandt" für ihn sein dürfen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. IX. S. 9. 9

1325, Oct. 9. Derselbe gewährt den Bürgern von Amberg die besondere Gnade: „dass man sie noch ir cheinen auz der Stat ze Amberch vmb Erib, vmb Aygen vnd vmb lehen auf kein Landschranen [50]) in seinem Land laden noch in gerichte ziehen sol noch nieman mach, dan auf die nächsten seine Landschranen bei Amberch, die da haizzet zu der aichenen Stauden [51]); da schuln die daz Recht vm die vorgenanten Sach halden, vnd auf cheiner andern Lannt schrannen". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. X. S. 9 flg. 10

1328, März 23. Derselbe [als Kaiser] verleiht den amberger Bürgern die Gnade und „Freyung", dass sie für ihn, seine Erben und Vettern oder sonst jemand anders 11

45) L: „an Iren Rhat", was offenbar das Richtige ist.

46) L. nur daz

47) L. zu demselben Jahr.

48) „Bitte" d. i. Bede, wie in nr. 16 „Bittsteuer" für „Betesteuer", precariarum subsidium. *Haltaus*, Glossar. col. 157.

49) Abfindungs-Reichniss für die Beherbergungs- und Beköstigungslast. Vgl. *v. Löwenthal*, Gesch. S. 179.

50) Landgericht, *Schmeller's* Bayer. Wörterbuch III, 514 flg.

51) Ueber diesen jetzt noch erkennbaren Ort s. *v. Löwenthal*, Gesch. S. 186, Vgl. dazu I. *Grimm's* RAlterth. S. 795 nr. 1.

niemals „pfandt noch pfandtmessig“ sein sollen, vielmehr Jeden, der sie „darüber pfändet,“ die Reichs-Acht treffen werde. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XI S. 10.

12 **1328**, März 23. Derselbe „freyet“ seine Bürger von Amberg „von allen Zolle vnd Glaite überall in seinem Lande ze Baiern auf der Strasse vnd auf dem Wasser, wo sie mit ihrer Kaufmanschaft fahren“ mögen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XII S. 10 flg.

13 **1329**, Aug. 19. Derselbe bestätiget der Bürgerschaft Amberg's, die ihr „vor der theylung“ — d. i. vor dem Hausvertrage von Pavia v. 4. Aug. dess. Js., durch welchen „Amberch di stat“ den Söhnen Herzog Rudolph's I., nämlich Rudolph II. und Ruprecht, sowie dem gleichnamigen Sohne ihres vorverstorbenen Bruders Adolf zufiel — gewährte Zoll- und Geleitsfreiheit im Lande zu Bayern auch für die Zeit „nach der theylung.“ *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XIII S. 11 flg.

14 **1330**, Apr. 23. Die Pfalzgrafen Rudolph II. und Ruprecht der Aeltere bestätigen für sich und für ihres verlebten Bruders, Herzog Adolph's, Sohn, den Pfalzgrafen Ruprecht den Jüngeren, den Bürgern ihrer Stadt Amberg „alle die Recht vnd gut Gewohnheit vnd Sazze, die zu ihrer Stadt gehören, mit allen den Rechten vnd Gnaden, von Wort ze Wort vnd von Stucken ze Stucken, als sie darum Brief innen habent“, und welche ihnen vorher von Herzog Rudolph I. und „Keyser Ludwigen von Rom, dieweil Er Herzog, Kunig vnd Keyser gewesen ist“, bestätiget worden waren. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XV S. 12 flg.

15 **1338**, Nov. 16. Die Pfalzgrafen Ruprecht der Aeltere und Ruprecht der Jüngere wiederholen vorstehenden Freiheitsbrief. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XVI S. 13 flg.

16 **1347**, Febr. 14. Dieselben gestatten den Bürgern der Stadt Amberg die Aufnahme von Juden —: „daz sye sechs Juden mit ihrem Ingesündte sollen haben, vnd was ihnen die zünsen vnd Dienstes thuen, auch marcht zoll[52]), der soll vnser halber, vnd wan vns vnser Burger geben vnd geholffen sein mit einer Bittsteuer, was die Juden darzue hilffe thuen, daz soll vnser halbs sein vnd vnser ehegenanten Burger halbs. Thetten die Juden aber ein Vnzucht, damit sye vns oder vnserm Ambtmann zufiellen vmb leib oder vmb guett, darumb sollen Wür sye noch vnser Ambtmann ohn die Burger nicht bessern vnd die Burger ohn vns oder ohne vnsern Ambtmann, vnd sollen sye miteinand bessern; vnd was an besserung da gefellet, das soll vns halb werden vnd vnser offt genandten Burgern zu der Statt gleich halbs, ohne Geverdte. Vnd wan die Juden besondere Recht haben, wan sye darinne Vnzucht thetten, als vorgeschrieben stett, daz soll der Statt an ihren Rechten nicht schaden an keinen sachen; geschehe aber, daz die Juden ingesindt haben, die auch vmb gesuech lihen[53]), die sollen auch dtrinnen in den vorgeschribnen Rechten[54])... Vnd wan Wür die Juden zu Amberg nimmer wissen vnd haben wollen, so sollen Wür es vnsern vorgenanten Bürgern vor ein Jahr sagen, daz sye sich darnach wissen zu richten.“ *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XVII S. 14 flg. [Gesch. S. 201—4.]

1350, Jul. 28. Pfalzgraf Ruprecht der Aeltere gewährt den Bürgern zu Amberg die Gnade und Freiheit, „dass sie Eisen Erzt suchen mögen allenthalben in allen seinen Land vnd in aller seiner Herrschaft vnd Gebieth, wo sie wollen oder wo es Ihn fugsam ist.“ *v. Löwenthal*, UBuch Nr. XVIII S. 15. 17

1351, März 22. Derselbe begnadet, zugleich im Namen seines Vetters Herzog Ruprecht des Jüngern, Bürger, Rath und Stadt gemeiniglich zu Amberg dahin: „wo sie sich Aerztes versehen vnd welcherley Erzt das sey, es sey auf seinen, Edler, Burger, Mann, arme vnd reichen Leuthen Eigen oder Erde gelegen, wie das genant sey, das mögen sie suchen vnd einschlagen; vnd wo vnd als oft sie das thun, da sollen sie alle die Recht, Freyheit vnd Gewohnheit haben, als sie auf dem Aerztberg ze Amberg haben.“ *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXV S. 19 flg. 18

1351, März 22. Derselbe begnadet, ebenfalls zugleich für seinen Vetter, Bürger, Rath und Gemeinde der Stadt Amberg noch weiter dahin: „wer gutt zu Amberg hat, er seye Burger oder Ausstetter, das in dem Burggeding[55]) gelegen ist, wie das genannt seye, wo man das verschafft Gotteshäusern, Clöstern oder geistlichen Leuthen, oder wie man das genennen mag, das soll man verdienen mit der statt zu Amberg fürbass von disem heutigen Tag in allen den Rechten vnd der statt gewohnheit [als es] vorhero in Diensten komen ist; vnd welcher Burger auch ausleith gelt innen hat vnd damit arbeithet, das soll man auch verdienen mit der statt, als der statt recht vnd Gewohnheit ist mit dem Gelt, [da] man [mit] arbeithet und zu 19

52) L: „nach marcht soll“, was ich emendiren zu müssen glaubte.

53) L: „gesuechlichen.“

54) Hier ist offenbar vom Abschreiber etwas weggelassen worden.

55) S. unten nr. 29.

Amberg kaufft oder verkaufft." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXVI. S. 20.

20 **1351**, Jul. 5. Markgraf Ludwig zu Brandenburg, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog in Bayern, bestätiget der Stadt Amberg „alle die freiheyt vnd Gnad vnd Brief" seines Vater's, Kaiser Ludwig's IV., und „geheisset" für sich und seine Erben, „dieselben Gnade vnd freyheit ... stette vnd väst zu halten." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXII S. 17 flg.

21 **1351**, Nov. 16. Herzog Albrecht I. in Bayern gibt den Ambergern einen gleichlautenden Confirmationsbrief. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XIX S. 15 flg.

22 **1351**, Nov. 21. Herzog Stephan I. in Bayern-Landshut ertheilt auch seinerseits der Stadt Amberg einen Bestätigungsbrief desselben Inhalts. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XX S. 16.

23 **1353**, Apr. 22. Herzog Wilhelm I. in Bayern, Graf zu Holland, bestätigt aus „besonderer Liebe vnd Freundschaft" zu Pfalzgraf Ruprecht den Bürgern „gemeinlichen Armen vnd Reichen der Stadt ze Amberg" alle Rechte und Freiheiten, welche sie von Kaiser Ludwig und den anderen Herzogen zu Bayern „bisher gehabt habent". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXI S. 17.

24 **1353**, Jun. 23. Pfalzgraf Ruprecht der Aeltere erklärt für sich und Namens seines oft genannten Vetters, dass er die Bürger vom Rathe und die Gemeinde seiner Stadt *Amberg in* Anbetracht der von denselben aus „freundtschafft vnd Liebnus" für ihn gegenüber Regensburg übernommenen Bürgschaft mit der Gnade belohnt habe, dass sie künftighin weder von ihm selbst und seinen Nachkommen noch von sonst Jemand mehr zu einer Bürgschaft wider ihren Willen gezwungen werden sollen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXVII S. 21.

25 **1353**, Aug. 3. Derselbe bekennt (zugleich wieder für seinen Vetter), dass er Bürgermeister, Rath und Gemeinde der Stadt Amberg zum Danke für die ihm um einer „grossen nottigen Schuldt" willen [da es nämlich die Auslösung seines im Kriege Ludwig's des Brandenburgers wider den falschen Waldemar in sächsische Gefangenschaft gerathenen Vetters Ruprecht des Jüngeren, beziehungsweise den Rückersatz des angeblich hiefür von König Karl IV. gemachten und einstweilen pfandschaftlich gesicherten Aufwands gegolten hatte[56]] vorschussweise geleistete „grosse böttsteuer", ledig und frei gesagt habe ein ganzes Jahr lang „Ihrer gewohnlichen steur, den sye ihm geben solten", unter Einräumung einer gleichen Begünstigung in Bezug auf die von ihnen als „selbst schuldtnern" übernommene und noch schwebende regensburger Versatzschuld. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXVIII S. 22.

26 **1355**, Dez. 22. Kaiser Karl IV. bestätiget in Anerkennung der ihm vom Pfalzgrafen Ruprecht vielfach erwiesenen Ergebenheit den „Cives oppidi Ambergensis" das Privileg Kaiser Friedrich's I. v. 1163 (nr. 2) mit dem Anfügen, dass dasselbe, wiewohl ursprünglich zugleich auf die Stadt Bamberg ausgedehnt, doch nunmehr blos für die „Cives in Amberg, heredes et successores eorum, qui operibus mercationum intendunt seu intenderint in futurum", wirksam sein solle. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXIX S. 23 flg.

27 **1356**, Jul. 1. Pfalzgraf Ruprecht der Aeltere thut der Stadt Amberg die Gnade, dass er verfügt: „Das so lange Zeit von St. Martins tag, der schirist kombt, über drey Jahre kein vnser Burger zu Amberg, der jezund Burger da ist oder fürbas Burger da würdt, kein Gemeinschafft noch kein Gesellschafft an keinen Schmidtwerch mit keinen Ausmane nicht haben soll, vnd sye solen auch keinen Ausmane keinen Hammer nicht lassen nach dem pfundte, Er size dan in der Statt zu Amberg vnd diene mit der Statt; vnd wollen auch, daz kein vnser Burger zu Amberg, der iezund Burger da ist oder fürbas Burger da würdt, keinen Ausmane kein arzt nicht gebe noch verkauffe, es seye vf dem Berge oder vf der Schut oder wo man es handlet, ohn Geverdte, Er seye dan Burger zu Amberg vnd sizt in der Statt daselbst." Ueberfahrern dieser Gebote werden in Ermanglung rechtlicher Entschuldigungsgründe, „als die schöpfen zu Amberg ertheillent", Geldstrafen, nämlich 24 Pfund Heller für jeden einzelnen Fall, angedroht, wovon 20 der Stadt und 4 dem Stadtrichter allda gebühren sollen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXX S. 25.

28 **1358**, März 14. Derselbe erneuert das Privileg über die Mai- und Herbststeuer v. 1323 (nr. 9). *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXI S. 26.

29 **1358**, März 14. Derselbe gibt seinen „Burgern vom Rath vnd gemeintlichen seiner Stadt zu Amberg ... ein Gemerke vnd ein Vnterscheide" über die zu der Stadt „Purchtingen ze Amberg" gehörigen Dörfer und Grundstücke. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXII S. 26 flg. *Schenkl's* Chronik S. 33 flg.

30 **1358**, Oct. 31. Pfalzgraf Ruprecht (II.) „der Jüngst" begnadet die „Burger des Rhats vnd der gemeindt der Statt zu Amberg" dahin: „daz niemandt in seinen Landten zu Bayrn, auf seinen Landtschrannen

56) S. *Fessmaier* a. a. O. S. 34 flg.

noch auf andern Gerichten ... es sey in den Städten oder in Märckhten oder wo daz seye, Ihr hemmer noch ander Ihr gueth, wie die genant sint, nicht fürladten noch für gericht bringen soll noch darauf clagen vmb kheinerley schuldt; ist es aber, daz iemandt darauf clagen wolt, daz nit Schuldt ist vnd das nicht vmb gelt ist, vnd daz Grund vnd Boden antrifft, daz sollen sye verantwortten vf der Landschran, da daz billich ist, als sye das von seinen vorvordern gefreyet sein". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXIII S. 27 flg.

31 **1362**, März 21. Kaiser Karl IV. ersucht Rath und Bürger der Stadt Strassburg, die amberger Handelsleute in ihrer Zoll-, Geleits- und Gab-Freiheit auf dem Wasser und auf dem Lande handhaben und beschirmen zu wollen. In zwei Ausfertigungen bei *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXIV, XXXV S. 28, 29.

32 **1363**, Apr. 25. Pfalzgraf Ruprecht der Aeltere gewährt seinen Bürgern und seiner Stadt zu Amberg die Gnade, „dass sie seinen Zoll zu Amberg in seiner Stadt vnd auch auf dem Artzberge mit allen Nutzen, Gefellen vnd Rechten, wie die genant seynd, zu den Bau seiner Stadt zu Amberg ewiglichen haben, aufheben vnd einnehmen sollent", jedoch auch mit der Auflage, dass sie den Ertrag zur Besserung des baulichen Zustandes der Stadt, namentlich der Mauern und Gräben, verwenden müssen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXVII S. 31.

33 **1364**, Sept. 13. Derselbe verleiht den Bürgern seine Stadt Amberg drei, je acht Tage umfassende „Messen vnd Jahrmarkte" zu Pfingsten, Jacobi und „an der Kalten Kirchweyhe" (Michaelis), sichert den dieselben Besuchenden Friede und Geleit auf eine Meile Weges um die Stadt herum zu, wovon jedoch „das Halssgericht antreffende oder in der Freyung verhandelte", sowie von den Hammerleuten begangene Sachen eine Ausnahme machen sollen, gebietet, „dass auch in der Freyheit der fürgenanten drey Messen vnd Jahrmärkte Niemand den andern vm keinerley Geld oder Schulden bekümmern, beklagen oder pfänden" dürfe, sollte er auch landesfürstliche Briefe dazu haben, bei Strafe des Strassraubes, und legt endlich seinen Amtleuten eine besondere Wachsamkeit bezüglich der Sicherheit der Strassen während der Jahrmarkts-Zeiten an das Herz, indem er sie für jeden durch ihre Vernachlässigung einem Kaufmanne innerhalb ihrer Bezirke auf der Strasse zugegangenen und gerichtlich geltend gemachten Schaden verantwortlich d. h. ersatzpflichtig erklärt. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXVIII S. 32 flg.

34 **1369**, Sept. 14. König Ludwig von Ungarn gewahrt auf Bitten seines Verwandten, des Pfalzgrafen Ruprecht, „Civitati ejusdem Amberg vocate in Bavaria site ac Mercatoribus, Civibus et Incolis Civitatis predicte .. hanc specialis gratiae et libertatis prerogativam .., quod universi ... cum rebus mercimonialibus procedentes et in Hungariae regno eorum negotiationes exercere cupientes, in locis tributorum et tricesimarum regni prelibati omnibus eisdem gratiis, libertatibus, consuetudinibus, privilegiis, concessionibus, immunitatibus perpetuis temporibus utantur, potiantur et conserventur, quibus Mercatores ex Ratispona et ex Nurnberga gaudent potissime et fruuntur" — wobei ein vom Könige Karl von Ungarn den regensburger, nürnberger und wiener Kaufleuten gegebenes Handelsprivileg v. 1336 wörtlich reproducirt und lediglich die Beschränkung hinzugefügt wird, dass durch diese Befreiung dem „tributum religiosarum Dominarum Sanctimonialium de Insula leporum in porta Civitatis Wudensis exigi consuetum secundum continentiam et quotam Privilegiorum per Reges Hungariae concessorum" in keiner Weise Eintrag geschehen soll. Schliesslich werden die „tributarii et tricesimatores regni" besonders angewiesen: „ut eosdem Mercatores, Cives et homines dicte Civitatis Amberge cum rebus et mercibus eorum tam veniendo, intrando et exeundo ultra premissam quotam et limitationem tributi et tricesimae molestare, aggravare et ad superfluiorem solutionem compellere et coarctare nullatenus audeant vel presumant". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXIX S. 34—37.

1379, Febr. 8. König Wenzeslaus 35
bestätigt und erneuert auf Bitten seines Schwagers, Pfalzgraf Ruprecht's des Aelteren, der Stadt Amberg das Privileg Kaiser Karl's IV. v. 1355 (nr. 28), mit dem Beisatze, „daz dieselbigen Burgermeister, Rhat vnd Burger vnd die Kauffleuth von Amberg bey solchen freyheiten vnd gnaden bleiben sollen." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XXXVI S. 30.

1382, Jun. 5—12 (?). Pfalzgraf Ru- 36
precht der Aeltere „leuthert vnd clert" den im Rudolphinisch-Ludwigischen Privileg v. 1310 (nr. 5), welches von ihm den Bürgern zu Amberg bestätigt worden, enthaltenen Artikel „von heurath wegen"[57]) dahin:

57) In der inserirten Stelle des Rechtsbriefs fallen zwei Abweichungen von dem oben nr. 5 S. 35 abgedruckten Texte [wohl Emendationen des Ruprecht'schen Confirmationsbriefes] auf, nämlich: „ohne seiner *Muetter* rath" anstatt „ohn seiner *Schwäher* Rath" und „wer *sye ehelichen an einander* geben wolle oder gibt" anstatt „wer *sich ehelich ohn ain der Vorder willen*" etc. —

„Mit nahmen vmb heimblich heurath, wer oder welche das ander vmb solche heurath anspricht, vnd das dasselbe, das das ander anspricht, Vatter oder Mutter oder Vormunder hat, vnd seines Leibs vnd guets nit gewaltig ist, es laug es oder bekhene das ander, vnd das die Tochter vnder zwanzig Jahren ist vnd der Knab vnder vier vnd zwanzig Jahren ist, so ist das, welches das Ander anspricht, vns verfallen hundert Gulden, vnd hundert Gulden an vnser Stattpaue zu Amberg, vnd soll darzue ewiglich von der Statt sein; hat es aber des gelts nit, so soll es darumb an dem Leib gebessert werden nach Rhat der herren oder Ihrer Ambtleuthe vnd der Statt; vnd das ander, das vmb solche heurath angesprochen würdt, ist das es vberwundten würdt, so soll es seines Erbtheils verfallen sein; vnd wer Rhat oder That, hülf oder steuer darzue thuet oder gibt, der soll auch zwey hundert Gulden verfallen sein, als vorgeschriben steht, vnd auch darzue ewiglich von der Statt sein, sich möge dan eines mit den Rechten davon genehmen, als Recht ist, das es des vnschuldig seye". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XL S. 38 flg.

37 **1399**, Dez. 10. Die Herzoge Ernst I. und Wilhelm III. zu Bayern-München versprechen dem Rathe und der Bürgerschaft Amberg's, deren von den früheren Fürsten und „aller Herrschaft zu Beyern" herrührende „Brief, Genad vnd Freyheit" stäte halten zu wollen, und confirmiren ihnen dieselben „in aller der Maase vnd weise, als ihr Briefe mit allen ihren Punckten vnd Artickeln sagent vnd beweisent, die sie darüber habent". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLV S. 42.

38 **1399**, Dez. 16. Herzog Ludwig zu Bayern-Ingolstadt ertheilt der Stadt Amberg einen gleichlautenden Bestätigungsbrief über ihre Freiheiten. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLIV S. 41.

Die beiden Privilegien-Confirmationen v. 1399 beziehen sich zunächst nur auf die den Ambergern in den bayerischen Landen zugestandenen Zoll- und Geleitsfreiheiten. Vgl. *v. Löwenthal*, Gesch. S. 227.

39 **1400**, Sept. 14. König Ruprecht gibt der Stadt Amberg einen mit den beiden vorigen übereinstimmenden, jedoch auch die „von seinen fürfarn an dem Reiche, Römischen Keysern vnd Kunigen" verliehenen Gnaden und Freiheiten hervorhebenden Rechtsbestätigungsbrief. *v. Löwenthal*, UBuch Nr. XLI S. 39.

40 **1404**, Juni 28. Derselbe erlaubt dem Rathe und den Bürgern zu Amberg, „die Graben vm die Stadt vmb vnd vmbe zu machen, zu fegen, vnd auch das Wasser in denselben Graben vm vnd vmbe zu leithen, vnd das mit Fischen zu besezzen, vnd auch derselben fische zu geniessen, als sie dann duncket [dass] Ihn vnd derselben Stadt das beste vnd bequemlichste sei." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLII S. 40.

1404, Iul. 17. Pfalzgraf Johann 41
(König Ruprecht's Sohn) bestätiget der Stadt Amberg, nachdem sie ihm gehuldiget und geschworen hat, „alle Ir Brieffe", welche sie von seinem Vater und seinen übrigen Vorfahren besitzt, mit der Zusicherung, „das Sie dabey gentzlichen verbleiben solle". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLIII S. 40 flg.

1410, Oct. 7. Pfalzgraf und Kurfürst 42
Ludwig III. [an welchen durch Theilungsvertrag mit seinem Bruder Johann v. 3. Oct. dess. Is. Amberg gefallen war][58]) gibt dem Rathe und den Bürgern der Stadt eine Confirmations-Urkunde über ihre „Brieffe, Gnade vnd Freyheite" ganz in der Form des Privilegs v. 1400 (nr. 39). *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLVI S. 42 flg.

1414, Iul. 30. König Sigismund be- 43
stätiget den Bürgermeistern, Räthen und Bürgern der Stadt Amberg auf deren Bitten „alle vnd jegliche ihre Gnade, Freyheite, Rechte, gute Gewohnheit, Briefe, Privilegia vnd Handvesten, die Sy von Römischen Kaysern vnd Kunigen seinen Vorfahren an dem Reiche erworben vnd hergebracht haben", und sichert ihnen zu, „sie auch dabey gnädiglichen handhaben vnd schirmen vnd geruhelich bleiben lassen zu wollen". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLVII S. 43 flg.

1414, Jul. 31. Pfalzgraf Ludwig III. 44
„begehrt" von den Bürgermeistern, Räthen und Bürgern der Städte Strassburg und Frankfurt, unter Bezugnahme auf vorstehenden „bestettigungsbrief", die amberger Bürger, welche „von Römischen Kaysern, Königen vnd dem Reich von zolle vnd andere solche beschwernus, als die von Nürnberg, gefreiet vnd begnadtet sein, . . . solcher Ihrer Freyheit vnd Gnaden geruhiglich gebrauchen vnd genuessen zu lassen" und denselben darin „keinerley Jnfälle oder hindernus zu machen." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLVIII S. 45.

1437, Iun. 3. Pfalzgraf Otto [von 54
Mosbach] confirmirt als Vormund des damals „noch unter seinen Jahren" gewesenen Pfalzgrafen Ludwig IV. der Stadt Amberg ihre sämmtlichen „Briefe, Gnade vnd Freyheit", unter dem Versprechen, solche „veste vnd stette halten" zu wollen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. XLIX. S. 46.

1437, Iun. 3. Der Pfalzgraf Ludwig IV. 46
selbst gibt den Ambergern einen Rechtsbe-

58) Vgl. *Fessmaier* a. a. O. S. 57 flg.

stätigungsbrief völlig gleichen Inhalts. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. L S. 46 flg.

47 **1447**, Febr. 26. Herzog Albrecht III. („der Fromme") von Bayern- München und Straubing gebietet seinen Mautnern zu Straubing und Bogen „dass sye den von Amberg solch gelt, was sye von der Mautt wegen hinterlegt haben, ohn entgeltnus folgen lassen, vnd es hinfur gen ihnen mit der Mautt halten sollen immass, als sy gen anderen stätten thuen, die zum Haus Bayrn gehören, vnd sye darüber nicht höcher steigern" mögen. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LI S. 47.

48 **1450**, Mai 20. Kurfürst Friedrich I. („der Siegreiche"), Vormund des noch unmündigen Pfalzgrafen Philipp, bestätigt für die Zeitdauer der Vogtschaft die Briefe, Gnaden und Freiheiten der Stadt Amberg in hergebrachter Weise. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LII. S. 48.

49 **1455** (?), Febr. 4. Derselbe wiederholt — nachdem er seinen Mündel Philipp an Sohnesstatt angenommen — nunmehr für sich selbst die vorstehende Rechtsbestätigung. *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LIV. S. 49 flg.

Dieses Privileg ist in dem einzigen davon vorhandenen Abdrucke mit der Jahrzahl 1454 versehen. Allein es erscheint als eine Unmöglichkeit, dass der Kurfürst am 4ten Februar dieses Jahres die Bürger Amberg's seine „lieben getreuen" genannt und denselben ihre gesammten bis dahin genossenen Rechte und Freiheiten confirmirt haben sollte. Denn gerade der 3te und 4te Februar 1454 waren die verhängnissvollen Tage, an welchen Friedrich das rebellische Amberg, welches, unzufrieden mit der von Ersterem unter Zustimmung der rheinpfälzischen Landschaft und mit Gutheissung des römischen Stuhls vollzogenen Arrogation des Pfalzgrafen Philipp, nicht nur 1453 dem Kurfürsten die Huldeleistung verweigert, sondern auch die dessfalls gesandten Vermittlungs-Räthe, darunter den Cleriker Hans Ernst Landschade von Steinach, festgenommen, sowie mit Ungebühr behandelt hatte, mit starker Heeresmacht überfiel, und mit blutiger Strenge die „burger, die parthien gemacht hatten vnd den vfflauff angefangen", obgleich sie jetzt demüthig die ehedem versagte „huldung" thaten, für ihr Vergehen züchtigte. Die nächste Folge dieses Ereignisses war aber, dass „den burgern vil freiheit abegestelt vnd die burge gefestent wart mit einem graben vnd einer sundern schlossbruck vor soliche vffleuffe." Vgl. *Matthias von Kemnat*, Chronik Friedrich's I. [herausgeg. von C. *Hofmann* in den Quellen u. Erört. z. Bayer. u. Dtsch. Gesch. Bd. II Abthl. 1] S. 26, 27. *Fessmaier* a. a. O. S. 79—86.

Im Jahre 1455 war der Kurfürst, wie die nächstfolgende Urkunde beweist, gegen die Amberger milderen Sinnes geworden, und somit könnte der unter nr. 49 aufgeführte Freiheitsbrief, welcher ein Zeugniss mittlerweile eingetretener Versöhnung gibt, diesem Jahre angehören.

1455, Apr. 16. Kurfürst Friedrich I. 50
trifft, um dem Bergbaue, welcher „nun etlich Jahre von Vneinigkeit wegen niedergelegen vnd nit gearbeith worden", aufzuhelfen, nach vorheriger Vereinbarung mit Bürgermeister und Rath der Stadt Amberg, folgende Bestimmungen: 1) alles Eisenbergwerk innerhalb zweier Meilen rings um die Stadt soll „in ein gemein mit vnd zu einander gegeben vnd fürgenohmmen", d. h. berggewerkschaftlich betrieben werden, dagegen in Ansehung der ausserhalb der Bannmeile gelegenen Bergwerke es bei dem alten Herkommen und den von den früheren Landesfürsten gegebenen Freiheiten auch ferner verbleiben; 2) vom Rathe gesetzte „fünf Erbahr, Redlich, fromme Man, die sich vmb Eisenbergwerck wohl verwissen vnd verstehen" sollen jetzt und so oft es künftig Noth thue, auf geleisteten Eid die Abfindungen berechnen und feststellen, welche den bisherigen „bergwürckhern" bei dem Eintritte derselben mit ihren Bergwerkstheilen in die Gemeinschaft zur Ausgleichung zu leisten sind, ausserdem aber 3) jährlich drei oder vier „fromme Mann" gekoren und geordnet werden, um für die Gemeinschaft die Einnahme und Ausgabe zu entziffern, und dann „nach eines ieden Anzahle zu recht zu thun", d. i. die Repartition von Gewinn und Verlust auf die einzelnen Gesellschafter vorzunehmen, wobei dem amberger Stadtrathe „für sich vnd ein Gemeinde daselbst vierhundert Gulden Rheinisch zu ihren theille ausser ihren gemeinen Kammer hinfür ewiglich an allen Eisenbergwerckh in der obgenannten Gemeinschafft" zugesichert werden. 4) Auf der Vils darf nur „Amberger Eisenarzt, vnd daz in der Gemeinschafft der Bergwürckhen gearbeithet vnd gewürckht würdet", sowie nur aus solchem geschmiedetes Eisengeräthe verführt werden, was jedoch auch bezüglich jener aus fremdem Erze bereiteten Waaren, welche auf den Hammerschmieden amberger Bürger gemacht worden, ausnahmsweise gestattet sein soll. 5) An Hämmer, auf denen noch Schulden „die von Arzt wegen herrühren" lasten, soll erst nach Abtragung derselben wieder Erz abgegeben werden; solche Hammermeister aber, „die vmb Erz schuldig verbleiben, darumb eussern, vnd nit mehr Arzt von der obgenan-

ten Gemeinschafft der Bergwürckhern nehmen, sonder ausser anderst wohin nach Arzt fahren liessen vnd schickhten", mögen die Gesellschafter an „Leib, Haab vnd Guet, oder sye selbs mit verpott allenthalben im Landte vnd Gerichte in bayrn zu recht wohl vfhalten", und sollen denselben darzu alle kurfürstlichen Amtleute und Pfleger hülfreich und förderlich sein. 6) Die Verbindlichkeit, von der amberger Berggewerkschaft Erz zum Verschmieden zu nehmen, erstreckt sich auf alle im Lande und Gebiete Bayern gelegenen Eisenhämmer. 7) Die vom Rathe der Stadt Amberg „mit sambt den Bergwürckhern allen oder dem mehrern theill bey ihrem Ayde" zu Nutz und Frommen der Landesherrschaft, Stadt und Gemeinschaft „erdachten vnd fürgenommenen" Satzungen sollen aufrecht erhalten und in ihrer Durchführung gegen Widerstand geschützt werden. 8) Dem Kurfürsten und seinen Erben und Nachkommen bleiben ihre „alten Gerechtigkeiten", insbesondere, „daz ihnen von allem Eisenbergwerckh, als vill bergfueder gewürckht werden, allemal von sibenzehen bergfuedern ein fueder zu Zoll vnd Mautt Arzt, inmassen als von alter herkhommen vnd Recht gewest ist, werden vnd gefallen solle ohn Abgang", reservirt. Endlich 9) alle Hammerschmiede „vnd schmidtvolckh" geniessen „zu den zweyen Jahrmärckhten zu Pfingsten vnd zu der Kalten Kürchweyhe in der Stadt Amberg in aller Mas, als andere Leuth in denselben Jahrmärckhten, Friede und Glaith". J. G. *Lory*, Samml. des Baier. Bergrechts (1764) Nr. XLIV S. 46—48 [in XII §§]; *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LV S. 50—53.

51 **1450**, Febr. 23. Kurfürst Friedrich I. verordnet zur Aufklärung eines „zweiträchtiglich verstandenen" Punktes in der zwischen ihm und der Stadt Amberg wegen der „wandl vnd pene" bei Appellationen getroffenen Uebereinkunft („verschreibung"), für sich und seinen Sohn, Herzog Philipp: „dass, wer hinfüro sich vor dem Rhate oder Statt rechten [59]) der Statt Amberg berufft oder appellirt, vnd derselben appellation nit nachkhombt in Jahrsfrist, ... doch den wandl auszurichten vnd zu geben pflichtig vnd schuldig sein soll, Er hab sich giettlich mit seiner widerparthey vertragen oder nit; es were dan, das einer appellirt, vnd in dreissig tagen, nachdem er appellirt hat, sich mit seinem widertheill vertrüge, oder von eigen willen von seiner appellation stehen vnd sich der begeben wolt, derselb soll den gemelten wandl nit pflichtig sein zu geben". *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LVI S. 54 flg.

59) Es ist wohl „Statt richter" zu verbessern.

1477, März 26. Pfalzgraf (Kurfürst) Philipp „geredet vnd verspricht" dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Amberg, denselben alle ihre, vom Neuen confirmirten und bestätigten „Briefe, Gnaden vnd Freyheiten veste vnd stette halten zu wollen." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LVII S. 55. 52

1495, Nov. 28. König Maximilian I. bestätiget „seinem vnd des Reichs lieben vnd getreuen Burgermeister vnd Rathe der Statt Amberg" sowie den Bürgern daselbst, auf der Ersteren „demutigcliches anrueffen", alle und jegliche „Ir Gnad, Freyhait, Rechte, guete Gewonhait, Brief, Privilegia vnd Handtvesten, die Sy von Römischen Kaysern vnd Königen, seinen vorfarn an dem Reich erworben haben", und verspricht ihnen, „das Sy fürbass mer dabey bleiben vnd der auch an allen enden gebrauchen vnd geniessen sollen vnd mögen, von allermeniglich vngehindert." *v. Löwenthal* a. a. O. Nr. LVIII S. 55—57. 53

B. Statute.

a) Das s. g. Stadtrecht aus den J. 1360—81, eine allmälig entstandene Sammlung überwiegend privatrechtlicher, daneben aber auch crimineller und processualischer Satzungen, zum Theile aus datirten und chronologisch geordneten Rathsschlüssen, z. B von 1360, 1366, 1367, 1368, 1373, 1381, entnommen; sie begreift 77 ungezählte Artikel, von welchen jedoch sieben als nicht mehr anwendbar durchstrichen sind, während wieder zahlreiche andere Bestimmungen sich bis zum „verneuten Gesatzbuch" v. 1554 in Gültigkeit erhalten und daher noch Aufnahme in dasselbe, freilich mit einzelnen Verbesserungen, gefunden haben. Einmal begegnet auch eine Hinweisung auf „des Buchs Sag", d. i. das Landrechtsbuch Kaiser Ludwig's IV. v. 1346. — Abdruck des Stadtrechts nach einer archival. Hdschr. des XIV. Jhdts. in *Schenkl's* Samml. S. 9—31.

Beachtenswerthe Anhänge zu vorstehender Statutensammlung sind: α) zwei Briefe der Bürger des Raths zu Nürnberg an die Bürger des Raths zu Amberg über einige strafrechtliche Punkte in ihrem Stadtrechte, *Schenkl* a. a. O. S. 32 flg. — β) Formular des in Amberg herkömmlichen Juden-Eides, *Schenkl* a. a. O. S. 35 flg.

b) Polizei- und Handwerks-Gesetze aus dem XIV. und XV. Jhdt., theilweise datirt. Sie handeln: von Bauten, von der Pflicht des Stadt-Müllers, von den Hammerwerken, vom Arzberg-Rechte, vom Stadt-Zolle, von Siegeln und Briefen, von der Raths-Ordnung, von der Besichtigung der Marken, von den Stadt-Contracten und der Wag-Verstiftung, von dem Geding eines

Nachrichters und vom Geleits-Tarife. — Abdruck bei *Schenkl* a. a. O. S. 37—70.

Mit dem Rechte Amberg's bewidmet erscheinen die oberpfälzischen Städte: Kemnath, Nabburg und Velburg; blos die Marktfreiheit Amberg's erhielt durch Privileg König Ludwig's IV. v. 6. Jan. 1323 der Abtei-Ort Kastel[60]) an der Lauterach (*de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. VI p. 80); endlich nur in Ansehung der Ungelds-Verwendung wird Altdorf 1397 auf die amberger Einrichtungen verwiesen (s. oben Nr. XVI, 4).

XXIV. Amorbach.

(Bayern, Franken.)

Jgn. *Gropp*, Aetas mille annorum antiquissimi et regalis Monasterii B. M. V. in Amorbach historica methodo adumbrata, Francof. ad M. 1736 fol. [Cap. IX: „De oppido Amorbacensi" p. 167—72.]

1 1253. Der Stiftsvogt Cunradus de Durna, seine Gemahlin Mechtildis und seine Söhne beschliessen, mit Zustimmung von Abt und Convent des Klosters St. Mariä zu Amorbach, daselbst eine befestigte Stadt anzulegen, und setzen die den Letzteren darin einzuräumenden Gerechtsame fest — „accedente etiam consensu venerabilis Gottfridi Abbatis nec non totius Conventus ejusdem Monasterii ... decrevimus construere civitatem; ad subsidium ejusdem structurae inhabitantibus ad tempus donavimus libertatem, et expleto tempore libertatis ipsos ac eorum successores, infra munitiones dicte civitatis se recipientes, prae coeteris nobis attinentibus miciori ac liberiori jure, quantum ex parte nostre advocatie, gaudere volumus in perpetuum, jure nihilominus Abbatis et praedicti Monasterii per omnia salvo. Sane cum solers industria hominum in plerisque factis novercari soleat et radicem malitiae consuerit exercere, Nos omne malum et incommodum, quod Ecclesie Sancte Marie in Amorbach, cui prodesse potius volumus quam obesse, per edificationem prenominate civitatis apud nostros successores posset imposterum evenire, penitus cupientes removere, communi consensu decrevimus et volumus, ut prefatus Abbas et Monasterium infra munitiones predicte civitatis tam in hominibus quam in areis, in foro et forensi jure, quod vulgariter Marck-Schillinge nuncupatur, in judicio, telonio et jure villicationis pleno suo jure, sicut extra munitionem, gaudeat, et in nulla parte detrimentum sentiat sed a(u)cementum. ——— Anno Domini MCCLIII. Indictione XI". Gedruckt bei *Gropp* l. c. Elench. chartar. et documentor. Nr. IV p. 190 sq.*)

1359, Febr. 25. Erzbischof Gerlach von Mainz ertheilt einen Schiedbrief über die dem Kloster gegenüber den Stadtbewohnern zustehenden Rechte, worin dem Ersteren a) Frohnen — „hewir, schnydir" —, Fastnachtshühner und Besthaupt — „besteheübt, beste watmal" — von Gütern und Herdstätten; b) der Kelterzwang; c) Zinsen, Gülten und Gefälle: d) Zölle; e) Zehenten, sowie endlich f) Handlohn zugesprochen werden, und insbesondere in Ansehung getheilter Güter bestimmt ist: „Wirt auch ein gut, daz ein fastnachthune gibet, in zwene, in drey, in vier oder in me geteylet, alsso daz hertstete daoffe sint, die besizet sin, so soll Je die hertstat ire fastnachthune, hewir, schnydir und bestheubt gebin; komet aber daz gut wyder in eyne hant, alsso dass nu dan eine hertstat daoffe ist besezet, so soll daz gut numme dan ein fastnachthune, hewir, schnydir undt ein bestheübt gebin". *Gropp* l. c. Nr. LV p. 223 sq. 2

Andernach. XXV.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1167, Jul. 30. Kaiser Friedrich I. übereignet dem Erzbischofe Reinald von Cöln und dessen Nachfolgern seine „curtis in Andernaco cum hominibus, possessionibus, pratis, pascuis, silvis, terris cultis et incultis, et in moneta, in theloneo, placitis, piscationibus, molendinis et districtu omnique honore et justitia eidem curti attinente". *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. III Abthl. I Nr. 20 S. 61 flg.; *Günther*, Cod. dipl. Rheno-Mosell. Thl. I Nr. 184 S. 391 flg. 1

Andernach, das in den Frankenkriegen zerstörte, durch Julian um 359 n. Chr. wiederhergestellte „Antunnacum" Ammian's, begegnet bereits 1129 als befestigter und ummauerter Ort. Völlig zur Stadt erblühen sehen wir jedoch Andernach erst, nachdem es mittels vorstehenden Schenkungsbriefes dem Territorium der cölner Kirche einverleibt worden war, in deren Besitz es von da an fortwährend verblieb, obgleich es in reingeistlichen Dingen später dem Erzbischofe von Trier untergeordnet wurde. Vgl. N. *Vogt's* Rheinische Geschichten und Sagen (Frankf. a. M. 1817. 8°.) Bd. III S. 259 flg.; *Schannat-Bärsch*, Eiflia illustr. Bd. III Abth. I^b (1852) S. 7 flg.

60) Ueber denselben und seine von den Aebten herrührenden Rechte s. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 477 flg. u. *Fink* in den Münch. gel. Anz. 1843 S. 102. —

*) S. unten den Art. „Aschaffenburg" Nr. XL, 1.

und I. *Schneider's* Beitr. zur alten Gesch. und Geographie der Rheinlande, I. Folge (1860) S. 86, 117, 18 Note 21.

2 **1171**, Sept. 15. Erzbischof **Philipp von Cöln**, welcher den Zustand des andernacher Schöffenstuhles höchst mangelhaft befunden, und als Grund hievon die häufige Berufung ungeeigneter Individuen zu jenem Amte erkannt hat, beurkundet, dass er auf Bitten der Stadt zur Rechtsprechung allda „quatuordecim scabinos ex prudentioribus, melioribus et potentioribus electos, viros nimirum probatos et illese fame“ ernannt habe, und fügt dann noch eine Reihe zweckmässiger Bestimmungen: a) über die Gründe, aus welchen Schöffen ihres Amtes enthoben werden können; b) über den von ihnen „tactis sacrosanctis reliquiis“ zu schwörenden Diensteid, der insbesondere auch darauf gerichtet ist: „quod sancte matris Colonie aliarumque civitatum archiepiscopi consuetudines imitantes, in dicendis sententiis jura ipsarum pro juribus observabunt“; c) über die bei „capitales questiones“ und „minores causae“ erforderliche Zahl von Rechtsfindern; d) über die Ausfüllung der durch Sterbfälle in der Schöffenbank entstandenen Lücken mittels Selbstwahl; endlich e) über die Entbindung der ob ehehafter Hinderungsursachen vom jährlichen Grafen- und Vogtdinge weggebliebenen Schöffen „a capitosa comitum et advocatorum impetitione“ hinzu.

Abdrücke der s. g. Schöffengerichts-Ordnung bei *Günther* a. a. O. Nr. 191 S. 407—10; *I. Grimm*, Weisth. Thl. II S. 623 flg. und in *meinen* Dtsch. Stadtrechten des MAs. S. 9, 10.

3 **1255**, Nov. 21. Erzbischof **Konrad von Cöln** gewährt den Schöffen der Stadt Andernach Befreiung von allen Abgaben auf ewige Zeiten, und bestätigt ihnen die Befugniss, die zu erhebenden Steuern nach Gutbefinden zu ermässigen — „quod tam ipsi scabini quam eorum successores, qui pro tempore fuerint, in perpetuum ab omni exactione seu petitione sint liberi et soluti, sic etiam quod nos aut nostri successores nullas exactiones sive petitiones in ipsos aut eorum posteros facere vel statuere debeamus. Ipsi etiam scabini debent exactiones seu petitiones faciendas in Andernaco moderari secundum suam providentiam, juramentum et secundum consuetudinem ab anteactis temporibus introductam.“ *Günther* a. a. O. Thl. II. Nr. 169 S. 278 flg.

4 **1274**, Febr. 1. Burggraf **Dietrich von Reineck** beurkundet, dass zwischen den Bürgern von Andernach und dem unter seiner Vogtei stehenden St. Marienkloster Augustiner-Ordens nächst der Stadt „super privilegiis et exemptionibus, quas dicta ecclesia cum suis curtibus tanquam municipalis libera apud dictos oppidanos hactenus possidebat“, eine Zwistigkeit entstanden sei, indem sich die Städter ungebührliche Zumuthungen und Bedrückungen wider das Kloster und dessen Höfe erlaubt hätten; dass aber die Namens der Stadt vor ihm erschienenen „milites et scabini“ volle Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes und Schadloshaltung zugesagt, sowie in seine Hände das Versprechen geleistet haben, das genannte Kloster in seiner von den Päbsten, den römischen Königen und den Bischöfen von Cöln erhaltenen „libertates, immunitates et exemptiones secularium exactionum“ bezüglich seiner „curtes et bona in banno Andernacensi locata“ künftig nicht irren und kränken oder überhaupt belästigen zu wollen; dass sich endlich „tres seniores de magistris civium sive de scabinatu“ nach Cöln zum Erzbischofe um der Verantwortung willen begeben und nicht eher zurückkehren sollten, als bis sie dem Kloster volle Genugthuung geleistet hätten. Hierauf wird vom Burggrafen auf Ersuchen eine „certa et constans dispositio“ über die den Hauptgegenstand der „querela“ zwischen Kloster und Bürgerschaft bildenden „jura lignandi et pascendi glandes in foresta communitatis“, welche das Erstere beansprucht, kundgegeben. *Günther* a. a. O. Nr. 263 S. 398—401.

1287. Mai 3. Der trierer **Chorbi-** 5
schof von Eppenstein und zwei Canoniker von Cöln geben in der Streitsache zwischen dem Erzbischofe von Cöln und den Schöffen und der Bürgergemeinde zu Andernach „super expulsione judeorum et confractione scole et domorum ac hereditatis domini archiepiscopi“ nachfolgenden Schiedspruch ab: Es sollten die „milites, scabini, majores et universitas Andernacensis“ schwören, künftig die andernachischen Juden gegen jede Unbill nach Kräften zu schützen, und auch dafür zu sorgen, dass ihnen durch eines jeden „familia domestica“ keine „insultus, contumeliae vel offensae“ zugefügt, sowie dass „vexilla et cantus probrosi — quia de talibus possit discordia exoriri“ abgeschafft werden. Zugleich sollte man Alle, welche Judengut in Händen hätten, zu dessen Erstattung anhalten, und unter gemeinschaftlichem Zusammenwirken aller Stadtbewohner die eingerissenen Schulen und Häuser der Juden wieder aufbauen. Auch sollten die Städter dem Erzbischofe zur Restaurirung des „castrum Andernacense“, wohin die Juden geflüchtet waren, beisteuern, und Rath und Bürgerschaft den den Juden ertheilten erzbischöflichen Freiheitsbrief überdies noch

mit dem „commune sigillum opidi Andernacensis“ besiegeln. Endlich wird gegen die „sub juramento scabinorum“ bezeichneten Zerstörer der erzbischöflichen und israelitischen Gebäude Verweisung aus der Stadt auf Lebenszeit verfügt und der Tag nach Laurenzi als der Vollzugsmoment dieser schweren Strafe festgestellt, nach welchem Tage auch sofort die Wiedereinführung der jüdischen Familien in ihre Wohnhäuser erfolgen sollte. Im Falle der Nichterfüllung vorstehender Bestimmungen aber sollten Geisseln („fidejussores“) nach Bonn gezogen werden, um daselbst einzuliegen, bis allen Satzungen Genüge geschehen. *Günther* a. a. O. Nr. 325 S. 463—66.

6 **1301**, Febr. 13. Schultheiss, Ritter, Schöffen und Bürger von Andernach machen mit der Stadt Coblenz „ein rechtlich Gloffnisse“, dass sie keine Feinde der Letzteren „zu Burgern entfain“ oder sonst unter sich dulten wollten; dass für künftige Zweiungen und Misshelligkeiten ein aus vier Rathmannen von jeder Seite zusammengesetztes Schiedsgericht bestehen solle, welches „na der Kuntschaf vnd Irvarnisse vf den Eyt eyn Recht sprechen oder den Creich mynlich hyene legen“ möge; dass im Falle feindlicher Besetzung der Stadt Coblenz Andernach zwanzig Mann gewappnete Krieger dorthin senden, und überhaupt den Coblenzern bei Fehden Hülfe leisten wolle; endlich dass obiges Schieds-Collegium bei Hinwegsterben einzelner Glieder stets durch Wahl wieder ergänzt werden müsse. *Günther* a. a. O. Thl. III Nr. 6 S. 94—97.

7 **1320**, Dez. 6. Erzbischof Heinrich von Cöln verordnet, um einem etwaigen Mangel an Wohnplätzen bei sich mehrender Bevölkerung vorzubeugen, dass zwar über Fahrniss Jedermann letztwillig — „devotionis vel mortis causa pro anime sue satute“ — verfügen könne, zu wessen Gunsten er wolle, und dass solche Vergabungen erfüllt werden müssten — „quod hujusmodi legata, donationes vel elargitiones de bonis mobilibus... cedant hiis, quibus legata fuerint vel donata“ —, dass aber „si ob inopiam vel aliam causam non habens bona mobilia in potestate sua, de quibus hujusmodi donet sive leget, et domos, areas vel alia bona immobilia personis extraneis et non opidanis Andernacensibus legaverit vel donaverit, extunc is vel hii, quibus bona hujusmodi legata vel donata fuerint, ea vel eas proximioribus heredibus legantis vel donantis precipue, vel alii aut aliis de opidanis vendent infra annum, ut sic quelibet domus vel area dicti opidi Andernacensis suum habeat inhabitatorem, qui una cum aliis pro defensione jurium et bonorum ecclesie Coloniensis et dicti opidi, dum necessitas incubuerit, paratus inveniatur, juraque onera et servitia debita et consueta ipsius opidi de ipsis domibus, areis seu bonis aliis immobilibus faciat, sustineat et supportet.“ Sollte binnen Jahresfrist dieser Verkauf nicht stattfinden, so werden — „ne eedem domus, aree vel bona vacue vel deserte relinquantur in prejudicium opidi memorati“ — Schultheiss und Schöffen angewiesen, die fraglichen Liegenschaften entweder an die nächsten Erben des Vergabenden oder an andere Stadtbürger zu verkaufen und die Käufer in den Besitz der Güter „juxta jus et consuetudinem opidi“ einzusetzen, den Kaufschilling aber einzuheben und „in deposito“ zu bewahren, um ihn dann demjenigen zuzukehren, welchem er von Rechtswegen gebührt. *Günther* a. a. O. Nr. 106 S. 198—200.

1332, Dez. 30. Erzbischof Walram 8
von Cöln bestätigt der Stadt Andernach „privilegia omnia et singula cum suis gratiis et libertatibus et consuetudinibus“. *Günther* a. a. O. Nr. 188 S. 310 flg.

1332, Dez. 30. Derselbe verlegt die 9
„nundinas apud claustrum Lache hactenus servatas“ nach Andernach, wo sie alljährlich an Bartholomäi gehalten werden, und die Besucher neun Tage vorher und ebensoviele danach die Freiheit geniessen sollen: „quod nullus alium... in dicto opido Andernacensi in rebus et corpore suo arrestare vel impetrare valeat ullo modo, illis duntaxat exceptis, qui archiepiscopi dictorumque opidanorum sunt inimici, aut qui eos spoliis vel incendiis tempore aliquo molestarunt“. *Günther* a. a. O. Nr. 187 S. 309 flg.

Die im trierer Sprengel gelegene, jedoch seit 1130 in ihren Temporalien dem Erzbischofe von Cöln unterworfene Benedictiner-Abtei Laach hatte schon im J. 1319 „gratias et libertates in opido Andernacensi“ erhalten. Vgl. I. *Wegeler*, Das Kloster Laach, Geschichte und Urkundenbuch, Bonn 1854. 8°., Urk. 135 S. 80.

1341, Mai 31. Erzbischof Walram 10
geht mit den Bewohnern Andernach's ein „concordatum“ über die bisher in Uebung gewesenen Zoll-Artikel ein, und fasst dieselben in eine neue Zoll-Ordnung zusammen, worin als Objecte der Verzollung vornehmlich Weine, Feldfrüchte, Kaufmannsgüter und Fische („alletes et buckingi“), wie sie mit dem wöchentlich gehenden Marktschiffe („navis publica“) verführt zu werden pflegen, hervorgehoben sind. *Günther* a. a. O. Nr. 269 S. 430—33.

1347, Febr. 2. Derselbe gewährt der Stadt Andernach und den sie besuchenden

fremden Handelsleuten gewisse Zollbefreiungen, bestätigt die althergebrachte Marktschifffahrt auf dem Rheine, und confirmirt den Bürgern ihre sämmtlichen Rechte und Gewohnheiten:

„Wir Walrame von Gotz Genadin der heyligen Kyrchen zu Colne Ertzebyschof vnd des heyligin Rychs in Ytalien Ertzecanceller, dun kunt allin Ludin vnd erkennen vns in diesme genwortigin Brieve, dat wir vnser Stede von Andernache vmbe Dienst, den si vns gedain hant aff noch dun mugen, eyne sunderliche Genade gedain hain, also, so wat ir Gewaiz is, dat sul zu Andernache zolfri gain; so wat si ouch brengent in Schiffen den Ryn vff aff nyder, af van me Lande, dat si vergolden hant, id si Koumeschaf af wat id anders si, dat mugen si vuren an den Mart, af in vnse Stat af in yr Huys, vnd mugen dat verslyssen vnd verusserin, also dicke vnd also lange, als si willent; wenne si dat verkoven, dat sal zolfri gain, man inwillit dan in Schiffen vf af nyder furen, so sal man vns Zoll darvan geven, as id gewenlich is. Ein yelich fremde Koufman, he kume, war her kome, de mach varin an den Mart an Zol vur vnse Stat, vnd mach halden echt ganze Dage, na der Zyt dat he beginnet an zu verkoufen, vnd mach sin Gut verslyssin vnd verusserin, da in bynnen allen Ludin; vnde so wanne he ewech varen wil, so sal he vns Zol gaven, van deme dat he in syme Schiffe behalden hait. Wer ouch dat Sache dat eynich vnser Burgere van Andernache Geselschaf hette mit eyme vremden Koufmanne, da sal de Burger, als verre als sin Gelt da myde geit, sinre Vryheide gebruchin; vunde man aver mit gantzer Warheide, dat he de Koumeschaf dryve mit Behendicheyde, also dat he vns vnsen Zoll da mede krenkin af ergerin wolde, de vns van rechte werdin solde, da sal vnse Amptman den Burger also sullich halden, dat vns dat gerecht werde. Auch sal ir Martschiff gain, als id von Alders gegangen hait, vnd ouch die fremde Martschaf, die dar kument an den Mart, die sulin gain, als si van alders gegangin hant. Me alle die Rechte vnd gude Gewende, die die selve vnse Statt van Andernache van Alders gehait hant, die sal si vort behalden, vnd sal der gebruchin geruelichin vnd gerestlichs, vnd dar wider in sal nyman sin, noch Argelist inwerfen mit Worten noch mit Werken. Vnd vmbe dat dit ewich stede vnd veste si, so han wir vnd vnse Capitel samentliche vnse Ingesigele an diesin Brief gehangin — De gegeven wart in dem Jare vnses Herrin, du man schrief dusent druhundert vnd seys vnd viertzich Jair, vf vnser Vrauwen Dach zu Lychtmesse.“ *Günther* a. a. O. Nr. 334 S. 491 flg.

1362, Dez. 13. Die „gantze gemeynde des dorfs van Brysge, ouen und neiden“ — Ober- und Nieder-Breisig — wird, jedoch unbeschadet ihren Verpflichtungen gegen Aebtissin und Capitel zu Essen, von Andernach „tzu erflichin burgeren“, also in die Einbürgerschaft der Stadt aufgenommen. *Lacomblet*, UBuch Bd. III Nr. 632 S. 532 flg. 12

Ueber die Gestaltung des Unterthänigkeits-Verhältnisses Breisig's zum Stifte Essen nach obigem Ereignisse gibt eine Rechtsaufzeichnung in Form eines Weisthums v. 10. Apr. 1363 Aufschluss, gedruckt bei *Lacomblet* a. a. O. Nr. 636 S. 535 flg. S. auch I. *Grimm's* Weisth. Thl. II S. 634 flg. Vgl. dazu *v. Ledebur's* Archiv Bd. II S. 312 flg.

Durch Privileg Kaiser Karl's IV. v. 9. Nov. 1374 empfing übrigens Breisig einen Wochenmarkt „mit allen freiheiten gnaden und rechten, die Andernach die stat hat an irem wochenmarkte.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 759 S. 654.

1365, Dez. 23. Die vier Städte Cöln, Bonn, Coblenz und Wesel ertheilen als erkorene „Sager vnd Sunnelude“ zwischen Erzbischof Engelbert III. von Cöln und der Stadt Andernach einen Schiedspruch, wonach Ersterem die gewaltsam abgebrochene Brücke — „wan alle Gewalt Vnrecht ist“ — wiederhergestellt, die weggenommene Burg zurückgegeben und das Zollhaus restituirt, beziehungsweise restaurirt werden soll. *Günther* a. a. O. Nr. 504 S. 723 flg. 13

Eine völlige Unterwerfung Andernach's unter die ihm unerträglich gewordene Oberherrschaft des städtefeindlichen Engelbert erfolgte übrigens erst 1368, nachdem derselbe, ein altersschwacher Greis, den rüstigen Erzbischof Cuno von Trier zum Coadjutor angenommen hatte. Eine Folge hievon war die von Andernach übel empfundene Verlegung des Zolles von da nach Linz am Rhein. Vgl. I. St. *Reck*, Geschichte der gräfl. und fürstl. Häuser Isenburg, Runkel, Wied (Weimar 1825. 4°.) S. 115.

1420, Mai 10. Erzbischof Dietrich von Cöln gestattet den Rittern, Schöffen, dem Bürgermeister, den Rathleuten und gemeinen Bürgern von Andernach behufs der Tilgung ihrer Schulden die Verdoppelung „aller yrer Assysie“ auf den Zeitraum von zehn Jahren. *Günther* a. a. O. Thl. IV. Nr. 94 S. 224 flg. 14

1473, Mai 18. Landgraf Hermann von Hessen, Graf zu Ziegenhayn und Nidda, sichert als „Heufftmann vnd Vurweser des Stiffts Colne“ den Rittern, Schöffen, dem Bürgermeister, Rathe und der ganzen 15

Gemeinde der Stadt Andernach, welche ihm nur unter der Bedingung „sy zu laessen by yren Previlegien, Statuten, Vryheiden, Gowoenden vnd gueden alden Herkomen", in die Stadt den Einzug gestattet haben, dieses bei seinen Ehren und Würden zu, und verspricht ihnen, sie fernerhin nicht wieder zu beschweren oder zu belästigen. *Günther* a. a. O. Nr. 333 S. 623 flg.

16 **1473**, Sept. 16. Derselbe verspricht der Stadt Andernach, wenn er die widerspenstige Stadt Linz erobern würde, „den Zoll nu zu Lynss [nr. 13] von danne zu Andernach zu legen vnd aldair bliven zu laessen.. in aller der maissen wie derselve Zoll zu Lynss gewest ist." *Günther* a. a. O. Nr. 335 S. 626 flg.

Die beiden unter nr. 15, 16 aufgeführten Urkunden gehören der für Andernach so unheilvollen Zeit des im cölner Bisthumsgebiete gegen den kraft- und rathlosen Erzbischof Ruprecht ausgebrochenen Städte-Aufruhrs an; Hermann von Hessen war der vom Capitel zu Cöln dem Erzbischofe 1472 entgegengestellte Administrator des Bisthums, dessen wirklicher Oberhirte er wenige Jahre später geworden ist. Vgl. *Souchay*, Gesch. der Dtsch. Monarchie Bd. IV S. 377 flg.; *Reck* a. a. O. S. 137.

17 **1498**. „Bauding", umfassendes Weisthum über die den Erzbischöfen von Cöln als Stadtherrn in Andernach zukommenden Gerechtsame (§§. 1—29) mit zwei Anhängen: a. „Mines hern molenrecht" in 6 Sätzen; b. „Urtheil uff fragen" über Masse und Gewichte nebst einigen anderen Gegenständen z. B. Pfändungen (§§. 1—18). Dieser selbständigen Schöffenweisung sind wieder drei Zusatz-Artikel über die Wettbrüchigkeit fremder Leute und Aufläufe in der Stadt beigefügt. *I. Grimm's* Weisth. a. a. O. S. 624—31.

XXVI. Angerburg.

(Ost-Preussen.)

L. Reinh. *v. Werner*, Histor. Nachrichten von der Stadt Angerburg, Königsberg 1751. 8°. [Dazu einige Nachträge von *Wollweber* im Preussischen Archive, herausg. von der Kgl. deutschen Gesellsch. zu Königsberg Thl. VI, 1795, Stück I nr. 5; II nr. 4.] Vgl. auch *Preussische* Provinzial-Blätter Bd. XX (1830) S. 200 flg.

1341, Aug. 14. Der Deutschorden überlässt dem Johannes Oseler und anderen genannten Personen sechs Freihufen nächst dem „Castrum Angirburg" im Walde Lewin in der Umgegend des Flusses Worupe zu erblichem Besitze nach culmischem Rechte, sowie zu jeder Hufe noch überdiess einen Morgen Wies- und Weidelands am Flusse „angrabe" (Angerapp), gestattet ihnen, in den ihre Güter bespülenden Gewässern mit kleinen Werkzeugen, wie „hamen, stabirwaten, Engeln" für den eigenen Hausbedarf zu fischen, legt denselben aber dafür auch die Verpflichtung auf, „cum equis et armis eorum secundum terre consuetudinem ad expediciones, terrarum defensiones, municiones de novo construendas, veteres reparandas, seu etiam quaslibet dirimendas" dem Orden innerhalb der Grenzen seines Gebietes auf Erfordern getreulichen Beistand zu leisten, wogegen sie wieder vom Waffendienste ausserhalb der Landesmarken für die nächsten fünfzehn Jahre frei erklärt werden. *Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. Bd. III Nr. XXV S. 40.

In vorstehendem Bruchstücke ist das unvollständige Concept zu dem [bis jetzt noch unedirten] Gründungs-Privileg für die bei der Feste Angerburg, welche um 1335 entstanden und einer der Grenzpunkte zwischen den Bisthümern Ermland und Samland nach dem Vergleiche der Bischöfe Hermann und Johannes vom 20. Oct. 1340 [Cod. Dipl. *Warmiens.* Bd. I Nr. 311 S. 500] gewesen ist, neu anzulegende Stadt gleichen Namens enthalten. Das Document, dessen Urheber nicht genannt wird, fällt in die letzte Lebenszeit des um die Förderung städtischen Wesens im Deutschordensstaate hochverdienten Meisters Dietrich von Altenburg († 6. Oct. 1341).

Angermünde. XXVII.

(Preussen, Ukermark.)

1441, Mai 1. Kurfürst Friedrich von 1
Brandenburg „confirmirt vnd bestetiget den Borgermeisteren, Radmannen, Borgeren gemeniglich vnd Inwonern der Stad Nyenangermunde... Ire alte fryheyth, briefe vnd gute gewonheit." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XIII S. 183.

Die von den Markgrafen Johann I. und Otto III. um 1254 angelegte, aber von 1351 an mehrere Decennien lang in pommerischem Besitze gewesene Stadt Angermünde, mit deren Recht wir Arenswalde (s. Nr. XXXV, 5) bewidmet finden, ward im Mittelalter zum Unterschiede von dem gleichfalls so geheissenen Tangermünde gewöhnlich „Neu-Angermünde" genannt. Vgl. A. F. *Riedel*, Die Mark Brandenburg im Jahre 1250, Thl. I (1831) S. 131 Note 3, S. 472.

1483, Nov. 19. In einem landes- 2
fürstlichen Bescheide, welcher von den Ueberfahrungen der Thorwächter und

dem hinterlassenen Gute gerichteter Missethäter handelt, wird in lezterer Beziehung verfügt, dass in Ermanglung von Erben innerhalb des Landes der Rath sich des Vermögens unterwinden solle, und dass solches den Erben, die etwa vorhanden, Jahr und Tag, wie Recht und Herkommen, aufzubewahren sei. „Käm In Jar vnd tag nymante, soll das dem gnedigen herrn oder dem amptman daselbest von seiner gnaden vnd des obersten gerichts wegen volgen vnd solchs dann forder nach auffbietung des guts In der schepffen buch getzeichent werden.“ *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. a. a. O. S. 193.

3 **1492**, Apr. 27. Kurfürst Johann von Brandenburg gestattet der Stadt Angermünde die Abhaltung von Jahrmärkten. *Riedel* a. a. O. S. 193 flg.

XXVIII. Anklam.

(Preussen, Pommern.)

C. Fr. *Stavenhagen*, Topograph. und chronolog. Beschreibung der Pommerschen Kauf- und Handelsstadt Anklam aus Urkk. und histor. Nachrichten, Greifswald 1773. 4⁰. Vgl. auch *A. v. Balthasar's* hist.-jurist. Abhdl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärtigen Rechten, Greifswald 1777. 4⁰., §§. 10, 28 S. 11 flg. 29 flg. F. W. *Barthold*, Geschichte von Rügen und Pommern Thl. II (1840) Buch IV Kap VI S. 505 flg.

1 **1264**, Juni 11. Herzog Barnim I. von Pommern sichert den Bürgern „in Civitate Tanglym“ in seinen Landen und Gebieten Befreiung von Zöllen („ab omni exactione theolony“) und ungehinderte Schifffahrt („libertatem sine omni impedimento et obstaculo navigandi“) zu. *v. Dreger's* Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. CCCLXIV S. 474; *Stavenhagen* a. a. O. „Anlagen“ Nr. I.

„Tanchlim“ erscheint urkundlich zuerst 1251 als eine in der Nähe des im Dänenkriege untergegangenen Burgortes Grosswin gegründete wendisch-deutsche Colonie, welche wohl bald danach durch Gewährung städtischer Gerechtsame zu grösserer Bedeutung gehoben ward, wie denn z. B. schon 1256 ein „advocatus de Tanglim“ sich erwähnt findet. Dass aber Barnim I. die Ansiedlung, welche uranfänglich (1195) auf Sachsen-Recht fundirt gewesen, im Jahre 1244 mit jenem der Stadt Lübeck bewidmet habe, kann lediglich als eine in den Chroniken fortvererbte Sage angesehen werden, indem sichere Zeugnisse über den Gebrauch des „Lübeschen Rechtes“ in Anklam nicht über 1339 hinaufreichen. Vgl. *Stavenhagen* a. a. O. S. 115 flg. mit „Anlagen“ Nr. LXVII, CXIII S. 395, 465 flg. *Michelsen*, Oberhof S. 64.

1278, Dez. 14. Herzog Bogislav IV. 2
von Pommern bestätiget die Rechte und Freiheiten Anklam's — „notum esse cupimus, quod omnia jura, jurisdictiones, donationes, proprietates, confirmationes, concessiones, licentiationes, libertates a clarissimo patre nostro Barnimo... tradita et concessa dilectis nostris consulibus et universitati civitatis nostrae Tanglim, et quaeque alia, quae suis privilegiis datis desuper et confectis evidenter poterint demonstare, cum promotionis et emendationis commodo et vigore confirmationis una cum praedilectis fratribus nostris voluimus inviolabiliter observare et in sempiternum statuimus observanda.“ I. C. *Dähnert's* Pommersche Bibliothek Bd. V (Greifswald 1756. 4⁰.) S. 219; *Stavenhagen* a. a. O. S. 115 (Extr.); *v. Balthasar* a. a. O. „Beylagen“ Nr. XXXII A. S. 88 (Extr.) *)

Die Rathsverfassung Anklam's blieb bis zu dem Aufruhr der mit der Marktpolizei unzufriedenen, von anderen Gilden überdiess aufgestachelten Fischerzunft v. 1387, welchem jedoch Herzog Bogislav VI. ebenso rasch als blutig-strenge zu begegnen wusste, in ihrer originären Gestaltung unangetastet. Vgl. *Barthold*, Städte Thl. IV S. 217, 18.

Annaberg. XXIX.

(Kgr. Sachsen.)

P. *Jenisius*, Annabergae Misniae urbis historia, Dresdae 1605. 4⁰. I. G. *Horn* „Diplomatische Annales der Stadt Annaberg von 1497 bis 1556“ in dessen Sammlungen zur histor. Hand-Bibliothek von Sachsen Thl. IV S. 409—60. C. H. Gttfr. *Andrä*, Chronologische Nachrichten der Bergstadt Annaberg, Schneeberg 1837. 8⁰. *Rückblicke* auf Annaberg's und seiner Umgebungen Vorzeit, Heft I—III, Annab. 1855—57. 8⁰.

1497, Oct. 28. Herzog Georg zu 1
Sachsen verleiht den Einwohnern des bei dem neu entstandenen Bergwerke auf dem Schreckenberge gegründeten, anfänglich „Neustadt“ geheissenen Ortes „alles Stadt- vnd Bergk- Recht, Friede vnd Freyhung in ihren Häusern, wie andere Städte im Lande zu Meissen“ geniessen; erlaubt ihnen „Freystrassen zu gemeldter Stadt vnd Bergwercken“ anzulegen, sowie Behufs der Ausübung ihrer Stadt- nd Berggerechtigkeit

*) Ueber die Verträge Anklam's mit Stralsund, Greifswalde u. Demmin s. den Art. „Stralsund.“

sich Richter und Geschworne zu kiesen, wobei die der Gemeinde „nach Landläuffiger Weise" eingeräumte Jurisdictionsgewalt insbesondere dahin näher begrenzt wird, dass sie „über Schulde vnd Gulde, Scheltwort, geschlagene oder geworffene Mal, die nicht aufgelauffen oder wundt sein, zu richten, vnd solch Erbgericht zu gemeiner Stadt nutz zu gebrauchen" befugt sei; gestattet ferner den Bürgern einen Wochenmarkt, den Betrieb des Brau- und anderer bürgerlichen Gewerbe, ohne Beeinträchtigung durch die umliegenden Dorfer, sowie Zoll- und Geleitsfreiheit im herzoglichen Lande für alle zum Bedarfe der Stadt und des Bergwerks erforderlichen Waaren, soferne letztere Bestimmung der Berg-Vogt bescheinigen würde; bewilligt endlich der Bürgerschaft Brod- und Fleischbänke, einen Salzmarkt, eine Wage und in näher bezeichneten Bezirken eine Viehtrifft, doch so, dass hiedurch der Landes-Obrigkeit kein Nachtheil zugehen dürfe. *Horn* a. a. O. S. 410 flg. Inhalts-Uebersicht bei *Riccius*, Entwurff S. 281 flg.

XXX. Annweiler.

(Bayern, Pfalz.)

I. Ph. *Crollii* Oratio de Anvilla, Biponti 1764. 4°. I. G. *Lehmann* „Geschichte der Stadt Annweiler bis zum J. 1519" in dessen urkundl. Gesch. der Burgen und Bergschlösser in den ehemal. Gauen, Grafschaften und Herrschaften der bayerischen Pfalz (Kaiserslautern 1858 flg. 8°.) Bd. I Thl. II S. 100—159. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 332 flg. Einiges urkundliches Material bietet auch die Deduction: „Ausführlicher Bericht der von der PfaltzZweybrückischen Stadt Annweyler prätendirten Schatzungs-Freyheit", Zweibrücken 1723. fol.

1 **1219**, Sept. 14. König Friedrich II. gewährt dem tauschweise für die villa Mornsbrunnen erworbenen Orte Annweiler und dessen gleichzeitigen sowie künftigen Bewohnern, unter Zusicherung seiner besonderen Huld und Beschirmung, (§. 1) „libertatem perpetuam, et jus legemque civilem ad instar legum civilium **Spirensis** civitatis, quemadmodum ipsi data eis optione desiderarunt", (§. 2) Enthebung vom Hauptrechte, Buteil und Zoll innerhalb der Reichsgrenzen, (§. 3) Befreiung der in das „consortium civilitatis" Aufgenommenen von aller vogteilichen Gewalt, und nach Abfluss eines Jahres von jeder auf ihre frühere „servitutis condicio" gegründeten Klagverfolgung, (§. 4) Friedensschutz und Sicherheit für solche, die vor ihren Feinden nach Annweiler geflüchtet sind; bezeichnet ferner (§. 5) die bei Strafe, welche an die Gemeinde und den „causidicus ville" zu entrichten, unverrückt zu erhaltenden „termini civitatis", bestimmt dann (§. 6) die Kirchen-Einkünfte, namentlich Zehenten, unter Auflage gewisser frommer Verpflichtungen, wie Gedächtnissmessen, Jahrtage, an den „provisor" und „pastor ecclesie" und an die Bürger; gestattet endlich (§. 7) den Letzteren „propriam facere monetam et habere", jedoch so, dass der Gewinn aus der Münzprägung dem castrum Trifels zu gute kommen sollte, sowie (§. 8) freie Wahl der Ehefrauen aus anderen Vogteibezirken, dergestalt, dass der „advocatus ducte ductam merito liberam et sine querimonia dimittet."

Zuerst in dem alleg. „Berichte", dann in *Joannis* Spicileg. I p. 453—56, in den *Monum. Boic.* Vol. XXX P. I. Nr. DCXLII p. 80—82, bei *Huillard-Bréholles*, Hist. Frid. Tom. I P. 2 p. 680 sq. und in *Gaupp's* Dtsch. Stadtrechten Bd. I S. 124—29 abgedruckt.

1349, Aug 9. König Karl IV. ertheilt eine ausführliche Bestätigung a) eines Privilegs König Albrecht's I. v. 20. Juni 1304, welches wörtlich eingerückt ist und die „custodia et defensio pascuorum, vulgariter nuncupatorum Franckwaide" betrifft; sowie b) aller „literae, privilegia et indulta", welche die Stadt „Annwilre" von Friedrich II. und in den vier Confirmationen dieses eben beschriebenen wichtigen Rechtsbriefes durch die Könige Rudolph I. v. 14. Mai 1274, Adolph v. 3. Dez. 1293, Albrecht I. v. 10. Mai 1300 und Heinrich VII. v. 19. März 1309 [vgl. *v. Meiller* im Notizenblatte z. Archive f. Kunde österreichischer Geschichtsquellen Jahrg. I. v. 1851 S. 305 flg.] „super juribus, graciis, libertatibus, immunitatibus et quibuscunque ceteris casibus et utilitatibus suis" empfangen hatte. *Joannis* l. c. p. 499—501. 2

1360. Pfalzgraf Ruprecht I., der Aeltere, gibt eine „Rachtung zuschen den von Anwilr rat und gemeynd". Dieselbe enthält (in 8 §§.) die auf dem Wege des Vergleichs zu Stande gebrachten Bestimmungen („artikel") über die Umgestaltung des „alten rades" durch Ausscheidung eines Drittheils seiner Glieder und Ausfüllung dieser Lücke mittels Aufnahme von „vier mannen uz der gemeynden", welche jedoch, während die zurückbleibenden „achte von dem alten rade [und deren Amtsnachfolger]... uss sollent sterbin an dem rade", einer jährlichen „wandelunge" unterliegen. Dabei begegnet die mit dem Priv. v. 1219 §. 1 zusammenhängende Vorschrift im §. 6: „Wir wollen ouch, daz unser rad keyn orteil zu **Spire** oder anders- 3

wa suchen, sie erkennen sich danne semenclichen uff ir gesworn eyde, daz sie solichs Vorteil odir daz merer teil under in nit vinden mogen." *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV (1853) S. 167—69.

4 **1442.** König Friedrich III. bestätigt der Stadt Annweiler (und zugleich dem Dorfe Godramstein) ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 115 nr. 1042.

XXXI. Ansbach.

(Bayern, Franken.)

I. F. *Georgii*, Nachricht von der Stadt und dem Marggraffthum Ansbach, Franckf. u. Leipz. 1732. 4⁰. Ch. Ph. *Sinold*, genannt v. *Schütz*, Ausführl. Beschreibung der Hochfürstl. Brandenburg. Residenz Anspach, Onolzbach oder Onoldsbach, Roth 1755. 4⁰. I. Bbd. *Fischer*, Geschichte und ausführl. Beschreibung der Markgräfl. Brandenburg. Haupt- und Residenz-Stadt Anspach oder Onolzbach, das. 1786. 8⁰. *Jahresbericht* XVIII des histor. Vereins f. *Mittelfranken* (1849) S. 27—34. Ueber die ersten Anfänge der Stadt s. I. S. *Strebel's* Franconia illustrata Thl. I (Schwabach 1761. 4⁰.) S. 66 flg. Ausserdem vgl. noch Gttfr. *Stieber's* Histor. u. Topogr. Nachricht von dem Fürstenth. Brandenburg-Onolzbach (Schwabach 1761. 8⁰.) S. 201—34 u. Pl. *Stumpf's* Bayern S. 664 flg. — Als Quellensammlung wurde hier benützt *): Ir S. *Strebel's* „Documentirte Historie der Stadt Onolzbachischen Privilegien mit angefügtem Bedencken, Ob und wie solche gebettener massen zu confirmiren sein mögten" A⁰. 1738. fol. (MS.)

1 **1228.** Der würzburgische Bischof Hermann von Lobdenburg bestätiget und erneuert der „civitas Onoldesbach" die von Alters hergebrachte, angeblich schon durch Bischof Reinhard von Abensberg 1179 ertheilte Freiheit ihrer Aecker von Zehenten, Beden, Diensten und weiteren Abgaben, mit Ausnahme des gewöhnlichen Zinses. (R.) *Strebel*, Docum. Historie §. 12 S. 23 flg.

Onoltesbach, unter dem Einflusse des 750 gegründeten Gumberts-Stiftes entstanden, erscheint zu Ende des XII. Jhdts. noch als eine dem Bisthume Würzburg gehörige „villa" mit einem bischöflichen „villicus et scultetus" an der Spitze, wogegen es schon 1221 als „civitas" mit einer „universitas civium" bezeichnet wird. Durch Verpfändung Bischof Iring's von Reinstein kam die Stadt 1259 in den Besitz der mit der Schirmvogtei über das Stift schon längst betraut gewesen Herrn von Dornberg, nach dem Aussterben des Mannstammes dieses Geschlechts aber mit Wolfram im J. 1288, durch Belehnung seiner an den Grafen Friedrich von Oettingen vermählten Tochter Elisabeth mit dem Castrum et Dominium Dornberg und allen Zubehörungen desselben von Seite Bischof Mangold's von Neuenburg 1299 an das gräfliche Oettingische Haus, von welchem es endlich mittels Kaufcontracts v. 22. März 1331 [bei *Fischer* a. a. O. S. 196—98] der Burggraf Friedrich II. von Nürnberg an sich gebracht hat. Von jetzt an treffen wir burggräfliche Vögte über die Stadt gesetzt, diese selbst aber in ihren inneren Angelegenheiten durch „Rath und Schöffen" (1366) geleitet.

1369, Jun. 15. Der burggräfliche Hof- 2
meister Friedrich von Seckendorf, als Vogt zu Ansbach, bringt über „die gebrechen vnd stözze" des Stifts mit den „Bürgern vnd Armen Lewten gemeinklich der selben stat zu Onolspach an hofsteten, heusern, Gerten, Ekkern vnd wisen, in der Stat vnd vor der stat gelegen" zwischen den Parteien einen Vergleich zu Stande, dessen „Artikel", Handlohns- und Zinsleistung betreffend, also lauten:

„Zu dem ersten ist geredt, wo ein Hofstat, Haws, Gart, Akker, oder wise gelegen ist in der stat, oder vor der stat, oder in der Marke zu Onolspach, die dem vorgeschriben Stifte Cinset oder giltet, verkauft wirt vnd in eine fremde hant kumet, so sol der da verkaufte, oder der da kaufte, beyde gene zu dem, der dieselben Gülte oder Cinse ein nimet von dez vorgenanten Stiftes wegen, vnd sol der verkauffer vffgeben mit zwein schilling hellern, vnd der da kaufte bestene vnd zu hantlon geben auch zwen schilling haller. Wer auch, daz derselben hofstet, heuser, Gerten, Ekker, oder wisen vff einen erstürbe, der sein Erbe wer, ez wer frawe, oder man, oder gebe sie ein Vater, oder ein Muter einem seinem kinde, oder seinen kinden, die bedürffen nicht vff geben, noch Vffgebe gelte geben, noch bestene, noch hantlon geben dem Cinseherren anegeuerde. Mer ist geredt, wenn daz wer, daz der vorgeschriben hofstet, heuser, Gerten, Ekker, oder Wisen eins geteilt wirt von Erbs wegen, oder verkauft wirt, oder verkauft wer, oder man dar vff mer heuser gebawet hett, oder pawen wolten, wie viel der wer, so sol man vff iclichen teil so vil Cinse slahen, als sich von

*) Durch freundliche Ueberlassung der Handschrift von Seite des historischen Vereins zu Ansbach.

so vil hofsteten gebürt, vnd dar nach, als sie begriffen sein, vnd auch iclicher von seinem teil da von geben vffgebe gelte vnd hantlon, als vor geschriben stet, dem Cinse herren. Mer ist geredt, ob dhein vnser Burger oder Bürgerin, oder ander Lewt in vnser vorgenanten stat, oder dar vor hetten hofstet, hewser, Gerten, Ekker, oder wisen, die dem vorgeschriben Stifte Cinsehaft sein, oder gelten, vnd die si fürbaz andern Lewten vmb mer Cinse, oder so vil hin leihen, dieselben, den ez also gelazzen ist, sullen denn iren rechten Cinse, gülte den herren dez Stifts, die si dar vff haben, reichen vnd geben dem Cinseherren, der in von dez vorgeschriben Stifts wegen ein nimet. Wer aber, daz sie daz nicht teten oder tun wolten, so sol sie der Cinsherre pfenden gleicher weis, als ob daz Erbe sein wer. Welch auch vnser Bürger oder Burgerin, oder ander Lewte, die hofstet, hewser, Gerten, Ekker, oder Wisen hetten, die dem vorgeschriben Stifte Cinsen oder gülten, vnd dem Cinsherren, der in zu der zeit einnimet, den Cinse vnd gült zu rechter Zeit nicht geben; der hat denn gewalt, zu pfenden vff den selben Guten vmb den Cinse vnd gulte; vnd wer im, oder seinen boten pfant wert, oder versagt, der wirt alleweg vnserm Fogt in der selben stat darumb virzig pfenning vellig, als oft daz geschiht, vnd dem Cinsherren dennoch seinen Cinse vzz richten vnd bezalen ane geuerde.“ *Monum. Zoller.* Bd. IV Nr. CLII S. 179, 80.

3 **1398**, März 22. Die Burggrafen Johann und Friedrich von Nürnberg begnaden die „Bürger zu Onolspach“ dahin, dass dieselben „furbas mer ewiclichen niemand aufnemen, halten oder behawsen sullen lassen in der Egenanten Stat, das in der Stewre vnd der Statrecht gelegen, Es sey dann, das der oder die in allen sachen, vbel vnd gut, mit der Stat leiden vnd der herschaft gehorsam sein wollen“, sowie dass auch die „zu leipgedinge“ verkauften steuerbaren Häuser „als palde die ledig werden, auch mit der Stat furbas leyden vnd do bleiben sullen, als vor geschriben stet vnd als von alter herkomen ist.“ *Monum. Zoller.* Bd. VI Nr. VII S. 12, 13. Vgl. *Strebel,* Docum. Historie §§. 22, 23 S. 55—65.

4 **1438**, März 1. Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg bewilliget dem Bürgermeister und Rathe zu Onolzbach „zu bessern Aufnehmen der Statt“, dass der St. Gumberts-Jahrmarkt „fürbass ewiglich alle Jahr auf den Sonntag Reminiscere in der Fasten zu Mittag anheben und eingehen, dann in der Statt biss auf den nächsten Sonntag Oculi zu Mittag acht ganzer Tag währen, bleiben und bestehen“ solle, und fügt noch die Genehmigung eines wöchentlichen, immer am Montage abzuhaltenden Rossmarktes hinzu. *Strebel*, Docum. Historie §. 24 S. 65—68.

1441, März 22. Markgraf Albrecht zu Brandenburg bestätiget auf des Bürgermeisters und Rathes zu Onolzbach Bitten, das von den Burggrafen Johann und Friedrich der genannten Stadt im J. 1398 verliehene Privileg [nr. 3], unter wörtlicher Wiederholung seines Inhalts. *Strebel,* Docum. Historie §. 25 S. 68—70. 5

1476, März 6. Derselbe ertheilt auf Grund der vom Rathe der Stadt Onolzbach an ihn gebrachten „verschiedenen Beschwehrungen der Burgerschafft“ einen Bescheid, vornehmlich die Häuser- und Gewerbe-Steuer betreffend. *Strebel*, Docum. Historie §. 26 S. 70—74. 6

1492, Jul. 8. Die Markgrafen zu Brandenburg Friedrich und Sigmund geben auf erhobene Beschwerde von Bürgermeister und Rath zu Onolzbach „wider das Hoff Gesind und die Stiffts Persohnen daselbst wegen Abgang von Steuer und Umgeld“ einen neuerlichen umfassenden Bescheid. *Strebel,* Docum. Historie §. 27 S. 74—82. 7

Apenburg. XXXII.

(Preussen, Altmark.)

I. Chr. *Bekmann*, Histor. Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg Bd. II (Berlin 1753 fol.) Thl. V Buch I Kap IX Nr. VI Col. 77—94; I. F. *Danneil,* Das Geschlecht der von der Schulenburg, Bd. I (Salzwedel 1847. 8°.) S. 331—46. *Ders.* in *Riedel's* Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. V. S. 277—89, VI S. 232—38.

1344, März 16. Markgraf Ludwig von Brandenburg verleiht den „Consules“ und der „universitas opidi sui Apenburg“ in Anbetracht ihrer im Kriege mit dem Herzoge von Braunschweig erlittenen schweren Drangsale: „firmam et plenam libertatem mansorum, pratorum et arearum ad dictum opidum apenburg pertinencium cum omnibus juribus et utilitatibus ad ipsos pertinentibus in silvis, aquis et pascuis, ita sane, quod de ipsis mansis, pratis et areis infra sex annos continue succedentes nobis, nostris heredibus seu successoribus debitis solucionem temporibus, videlicet in festo beati Martini marcas 1

quinque et in festo walpurgis totidem dent integraliter et persolvant." *de Ludewig*, Reliq. MSS. Tom. VII p. 112; *Beckmann* a. a. O. Col. 77 flg.; *Riedel* a. a. O. Bd. V S. 320 flg.

2 **1445**, Apr. 25. Markgraf Friedrich von Brandenburg gibt auf Bitten der von der Schulenburg [in deren Lehensbesitz sich seit 1351 das „Wickbelde vnd Bleck Apenborg" befindet] deren „Stettlin Apenborch, In der alten Margk gelegen", die Freiheit „zu ewigen czeyten alle Jare drey frye Jarmarckte" an den näher bezeichneten Sonnabenden und Sonntagen... „in aller wisz vnd masze, als die andern Stetten in seinen Landen gelegen begnadet" sind, zu halten. *Riedel* a. a. O. S. 419 flg.

3 **1349 — 1402**. „Liber oppidi." Dieses auf Anordnung des Rathes verfasste s. g. apenburger Stadtbuch, anhebend mit dem Kreuzerhöhungsfeste 1349 und schliessend mit dem Jahre 1402, einer am Ende befindlichen Notiz gemäss aber von dem reklinger Pfarrer Johann Snege, auch Soltow geheissen, zusammengeschrieben, begreift auf 24 Pergamentfolien zwei selbständige Theile, nämlich A) ein Gerichtshandelsbuch, dessen Inhalt verschiedene Rechtsacte, wie Verschreibungen, Kinder-Ablobungen u. s. w. ausmachen; und B) auf Fol. 8 — 21 das „apenburger Stadtrecht" d. h. eine deutsche Verarbeitung der beiden, den Jahren 1273 und 1278 angehörigen Privilegien der Stadt **Salzwedel**, mit deren *Recht* Apenburg von den brandenburgischen Markgrafen bewidmet worden war, so dass es auch bei dem dortigen Schöffenstuhle seinen Oberhof hatte. Dieser zweite Theil des Stadtbuchs beginnt aber mit den einleitenden Worten: „Dit is de rechticheyt vnde dat Recht, dar dat wykbilde to Apenborgh mede begiftiget ys van vnsern gnedighen heren deme markgrauen to Brandenborgh, Alzo dane rechicheyt alzo bynne **Soltwedele** ok beghauet vnde begiftighet ys nach inholdunge erer richteboke vnd erer breue, de se darop hebben. Also hebbe wy borghermeistere vnd rat to Apenborgh ichtes welken rechticheyt vnd recht bescreuen in düssen boke, dar vnse Gnedighe her vns ok medeghedelet hefft, alsodane recht also bynnen **Soltwedel** ys, des wy ok brukende werden, dar vns des noet vnde behoff ys to beschermende vns suluen vnd ok vnsen borgheren, war sie des bederuen." Uebrigens war jene Verschmelzung der beiden salzwedler Rechtsbriefe zu einem Ganzen nicht etwa erst in Apenburg vor sich gegangen; sondern in Salzwedel selbst hatte sich bereits lange zuvor eine solche Ueberarbeitung unter Einmischung von Zusätzen aus dem städtischen Gewohnheitsrechte entwickelt und die Bedeutung einer Entscheidungsnorm in den Gerichten gewonnen*). In dieser Gestalt, aber in einer neueren Verdeutschung und mit theilweise geänderter Reihenfolge der einzelnen Sätze, war dann das salzwedeler Recht dem Rathe der Stadt Apenburg mitgetheilt worden. Vgl. *Danneil* in dem von ihm herausgeg. Jahresberichte I. des Altmärk. Vereins f. vaterländ. Gesch u. Industrie (Neuhaldensleben 1838. 8°.) S. 20—23 und in *Riedel's* Cod. dipl. Bd. VI S. 234 flg.

Apenrade. XXXIII.

(Schleswig.)

1284. Statute oder Stadtrecht in 130 Artikeln, ursprünglich in lateinischer Sprache abgefasst, nachher in plattdeutscher überarbeitet, und besonders reichhaltig an privatrechtlichen Bestimmungen, von welchen wieder jene über Erbfolge und Theilung zwischen Eltern und Kindern, Grundbesitz und Verpfändung, Verwahrungs- und Kaufvertrag die bemerkenswerthesten sind. Als Quelle liegt der ersteren oder lateinischen Redaction das **schleswig-flensburgische** Recht in der durch den s. g. Codex Flotovianus repräsentirten Gestaltung zu Grunde; die zweite oder deutsche Redaction hingegen schliesst sich durchaus, zuweilen sogar mit schülerhafter Aengstlichkeit, dem modernen d. i. plattdeutschen Texte der Statute von **Flensburg** an. Einen Abdruck der beiden Bearbeitungen bietet das *Corpus Statut. Slesvicens.* Bd. II (1795) S. 355—410 [m. Register S. 411—14]; die plattdeutsche allein gibt I. C. H. *Dreyer*, Samml. vermischter Abhdl. Thl. III (1762) S. 1373 flg., sowie im Auszuge *Esmarch*, Samml. der Schleswig'schen Statute etc. Thl. I S. 86—93[1]). 1

1335. Skraa, ein vom Herzoge Waldemar V. von Jütland zu Sonderburg bestätigtes Rathsweisthum über das alte Gewohnheitsrecht der Stadt Apenrade in 51 Artikeln privat- und criminalrechtlichen, processualischen und polizeilichen Inhaltes, mit dem Eingange: „Nos Consules et Cives in Apenraa Statuta nostrae civitatis, quae Skraa dicuntur, prout erant temporibus Woldemari Regis, ordinavimus et scribi fecimus in hunc modum." Der Ursprung dieses Rechtsbuches muss, da darin auf die Statute v. 1284 nirgends Bezug genommen wird, ja! selbst mehrere Satzungen begegnen, welche den 2

---

*) Vgl. den Art. „Salzwedel.

1) Ueber P. G. *Thorsen's* Ausg. (1855) s. unter „Schleswig."

entsprechenden Bestimmungen der letzteren gegenüber eine gewisse Unreife erkennen lassen, jedenfalls über die Entstehungszeit dieser, keineswegs aber auch über 1240, das Geburtsjahr des Jütschen Low, hinaufgerückt werden, da im Art. 17 der Skraa, welcher von den „octo veridici ... qui decernere debent super Wandöth, Waldteet et Affhog" handelt, ausdrücklich auf den „liber legalis **Juciae**"[2]) verwiesen ist. Auch die Skraa erfuhr übrigens eine plattdeutsche Uebertragung. Einen Abdruck des Urtextes findet man im *Corpus Statut. Slesvicens.* a. a. O. S. 415—32, der Verdeutschung bei *Dreyer* a. a. O. S. 1437 flg.

Ueber vorbenannte Rechtserscheinungen vgl. *de Westphalen*, Monum. ined. rerum Cimbric. Tom III Praef. p. 88 not. t et tt, Tom. IV col. 1898 sq. not. g; N. *Falck's* Hdb. des Schleswig-Holstein- Privatrechts Bd. I (1825) §. 122 S. 379 flg.; P. D. Kr. *Paulsen* „Beitrag zur Geschichte der Südjütischen Stadtrechte" [Separat-Abdruck aus dem staatsbürgerl. Magazin von *Carstens* und *Falck*, Bd. V Heft 1] S. 39 flg.; G. *Waitz*, Schleswig - Holsteinische Geschichte Bd. I (1851) S. 180.

XXXIV. Arbon.

(Schweiz, Kt. Thurgau.)

Die Rechtsurkunden Arbon's, sämmtlich ungedruckt, findet man (mit Ausnahme von nr. 3, 5) in Regestenform verzeichnet in der *Ztschr. f. schweizer. Recht* Bd. I (1853) Heft 1, Abthl. „Rechtsquellen" S. 13 nr. 68—71.

1 **1335**. König Ludwig IV. ertheilt der Stadt Arbon die Freiheiten und Rechte, welche die Reichsstadt **Lindau** hat. (R.)

Arbon, uralte Römer-Ansiedlung („Arbor Felix"), war bis zum Ausgange des XII. Jhdts. im Besitze der als constanzer Dienstmannen urkundlich erscheinenden „milites de Arbona s. Arbun", gelangte nach dem Aussterben dieser Familie an die Herrn von Kemnath („de Kemnatu"), unter welchen es von König Konradin 1266 ein, zugleich Gerichte und Bann verleihendes, leider verloren gegangenes Stadtprivileg erhalten haben soll, und wurde endlich von den genannten Besitzern und den Herrn von Bodmann in den J. 1282 und 1285 für 2900 Mark Silbers, unbeschadet seinen städtischen Gerechtsamen, an das Bisthum Contanz verkauft, dem es bis 1798 ununterbrochen zugehörig verblieb. Im J. 1420 nahm die Stadt Constanz die Bürgergemeinde von Arbon in ihr jus civile auf. Vgl. G. *Schwab*, Die Schweiz in ihren Ritterburgen und Bergschlössern historisch dargestellt, Bd. I (Chur 1828. 8°.) S. 89—94; C. W. *Schnars*, Der Bodensee (Stuttg. u. Augsb. 1859. 8°.) Abthl. III S. 69—72; *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IX S. 348 Note 5; Bd. VIII. S. 60.

1374. Der constanzer Bischof Heinrich III. (von Brandis) bestimmt, wie es 2
in seiner Stadt Arbon mit der Vogtsteuer, dem Bannweine, dem Ungelde, der Freizügigkeit u. a. m. gehalten werden solle. Man nennt diese Verfügung den „Hallerbrief." (R.)

1408, März 21. König Ruprecht verleiht den Bürgern zu „Arben" die Gnade, 3
dass alle wider sie zu erhebenden Klagen vor dem Stadtrichter angebracht werden müssen. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 155 nr. 2506.

1430. Schiedspruch zwischen Hans Möttelis und der Stadtgemeinde von Arbon 4
über die dem Bisthume Constanz gegenüber Letzterer zustehenden, nun an den Möttelis verpfändeten Gerechtsame, z. B. in Ansehung der Gerichtsbarkeit und Huldigung. (R.)

1442, Dez. 4. König Friedrich III. 5
bestätigt auf Bitten Bischof Heinrich's IV. von Constanz der Stadt Arbon ihre Privilegien. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 134 nr. 1262.

1484. „Offnung" der Stadtschöffen, 6
hauptsächlich Strafen und Bussen betreffend. (R.)

Arenswalde. XXXV.

(Preussen, Neumark.)

1291, Apr. 19. Die Markgrafen Otto 1
und Konrad von Brandenburg sichern allen die Stadt Arenswalde Besuchenden Geleit und Schutz zu — „quod omnes advene aliarum terrarum et civitatum circumjacentium civitatem Arneswolde [cum rebus omnibus et mercimoniis] adeuntes et intrantes in perpetuum et omni tempore, tam in guerra quam eciam extra guerram, gaudebunt de nostro conductu et firma protectione pre omnibus, qui voluntati nostre sunt obnoxii." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII S. 3 flg.

1336, Mai 25. Markgraf Ludwig von 2
Brandenburg bestätigt dem Rathe zu Arenswalde auf dessen Ersuchen alle von Markgraf Waldemar und seinen übrigen Vorgängern herrührenden, auf die zur Stadt gehörige „villa Blokesdorpe", sowie auf die Anlegung von Wassermühlen bezüglichen „gratiae, concessiones et privilegia." *Gercken*,

2) In der plattdtsch. Bearbeitung lautet das Citat: „nach deme Loobocke, L. II cap. I §. 3."

Cod. dipl. Brandenburg. Tom. III Nr. LXXIV p. 181 sq.; *Riedel* a. a. O. S. 13.

3 **1348**, Sept. 24. Derselbe bewilliget den Bürgern zu Arenswalde eine Ermässigung der herkömmlichen „annua pensio", verleiht denselben einen „census mansorum super omnibus mansis ad civitatem pertinentibus", und erweitert ihr Grundbesitzthum durch Hinzufügung einer Dorfschaft. *Riedel* a. a. O. S. 18.

4 **1372**. Markgraf Otto von Brandenburg beurkundet den kaufsweisen Uebergang des „hogesten gerichtes vnd des Lehns des gantzen gerichtes met allem rechte vnd met aller nutz vnd frucht vnd met eynen see, vnd met eynen Bomgarde, met huventinse vnd met rudentinse, met allen brocken, met allen geuellen, met allen renten vnd tinsen vnd allen eren vnd gemacken" an die Stadt Arenswalde. *Riedel* a. a. O. S. 36.

5 **1440**, Oct. 18. Der Hochmeister des Deutschordens Konrad von Erlichhausen regulirt zuvörderst in ausführlicher Weise die Besitzverhältnisse an Land, Gewässern und Holzungen, ferner die Weidenutzung und den Gebrauch des Kaufhauses zwischen den Bürgern von Arenswalde und dem Orden, überlässt an Erstere den Markt- und Jahrmarkt-Zoll, und fügt noch nachstehende wichtige Bestimmungen hinzu: „Daruber geben vnd vorleyen wir der fachgnannten vnser stad Arnszwalde burgern vnd jnwonern das recht, das die stad angerminde gebruchet, so dasz sie das bynnen der berurten vnser stad vnd freyheit ouch gebrauchen mogen, doch unschädlichen allen articuln, stucken vnd puncten, die in diszem brieffe stehen beschrieben. Vnd ouch so sulle alle jar der raht besundern eynen burgermeister, rathleute vnd ander amptleuthe der stad kyesen met des Voigtes der neuwen marcken wiszen vnd willen. Wir behalden vns, ouch vnsern nachkomen vnd orden alle gerichte, beyde gros vnd kleyne, met aller gerechtigkeit, so dasz wir scholtzen vnd richter in der egemelten stad kyesen, setzen, widder entsetzen, vnd im das kleyne gerichte oder was vns gut duncken wirt, nach vnsers ordens bequemlichkeit, bestellen vnd zufugen mögen." *Riedel* a. a. O. S. 39—41.

Die gesammte Neumark war im J. 1402 unter dem Hochmeister Konrad von Jungingen pfandweise in den Besitz des deutschen Ordens gekommen und darin bis 1454 verblieben, in welchem Jahre sie an das brandenburgische Fürstenhaus zurückgelangte. Auf die von der Ritterschaft und den Städten am 9. Aug. 1402 dem Orden geleistete Huldigung [*v. Ledebur's* Archiv Bd. VI S. 83 flg.] bestätigte der genannte Hochmeister am 27. Dez. desselben Jahrs den „Rittern, Knechten, Burgermeistern, Rathleuten, Burgern, Gebietern und Gemeinen auf dem Lande und in Städten in der Neu-Marck ... ihre privilegia und freiheiten ... auch allerlei lobliche und redliche Gewohnheiten von Alters gehalten daselbst in dem Lande." *Gercken's* Fragmenta Marchica Thl. I Nr. XLV. S. 87—89 m. Note a.

1452, Oct. 4. Der Vogt der Neumark beurkundet die Vereignung des „vndersten oder siedesten gerichtes" mit allen Zubehörungen an die Stadt Arenswalde. *Riedel* a. a. O. S. 42 flg. 6

1466, Febr. 1. Kurfürst Friedrich von Brandenburg bestätigt seiner Stadt Arenswalde alle ihre Freiheiten, Gerechtigkeiten und Gewohnheiten. *Riedel* a. a. O. S. 44 flg. 7

Arneburg. XXXVI.

(Preussen, Altmark.)

Bekmann, Histor. Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg Bd. II Thl. V Buch I Kap. IX Nr. I Col. 1—26; *Riedel*, Die Mark Brandenburg im J. 1250 Thl. I S. 134—41 und Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. VI „Burg, Stadt und Stift Arneburg" S. 174—83 nebst Urkk.-Samml. S. 184—231.

1352 oder **1357**, Jun. 24. Markgraf Ludwig der Römer zu Brandenburg bestätiget auf Bitten seiner Gemahlin, der Markgräfin Ingeburg — „frowe vnde besiczerynne des gegenwertigen landes vnd veste zu Arneborch" — den Bürgern der Stadt ihre „rechticheyt vnd friheit, dy sy von alder gewonheyt von fursten myt briefen gehabt haben", indem er sie insbesondere vom Neuen a) von Geleit und Zoll im ganzen kurfürstlichen Gebiete frei erklärt, b) zu ihren Gunsten verfügt, dass sie in allen Rechtssachen, weltlichen wie geistlichen, zunächst „vor gerichte, Rate addir sceppen der Stat zu Arnborch" geladen und hier gegen sie von Seite der Kläger „ore sagen vnd gerechtikeit geclaget" werden müssen, sowie dass auch c) kein landesherrlicher Hauptmann oder Vogt die Bürger „vorsaten noch verpflichten an phande" dürfe, „her habe denne dy sache mit rechte vor verkundiget dem ergnanten Rat oder Sceppen zu Arnborch"; ferner d) diesem Rathe das Richteramt zuweist „ober alle huszbroche der Stat, besundern an gewaldichlichen sachen", sowie endlich e) die Bürgerschaft von der Obliegenheit entbindet, „zu jagende nach raube noch nach brande, wenn van eynen thore zu dem andern vnd vord vff der veste des Slosses zu Arnborg", wogegen aber auch eidlicher Zusicherung 1

gemäss Rath und Gemeinde bereit sein sollen, wenn sich der Markgraf in Noth befinden würde, „mit vuller macht, mit Wapen vnde mit geschosze an syne gegenwartiche veste des Slosses zu Arnborg zu treten, vnde das mit liebe vnde mit truwen zu weren, so sy zu der Borghwere besatzt sin". Eingemischt ist noch die seltsame Bestimmung: „Ouch sollen adder dorffen dy ergnanten Rad ader Borgher vnszer Stat ore friheit vnde gerichtikeit kein der vnsen, Ambachmann ader voghede, Richtere der Stede, Ratman oder dorfknapen, gegenwerdig adir nachkomende, Wisen ader schowen lassen, besundern oren erbern[1]) an de Gerwkammeren[2]) zu Arnborg des gegenwerdigen heiligen gotzhusz sancti Jeorry ritthers vnd Merterers".

Das Original noch unedirt; Abdrücke des Transsumts v. 1441 (nr. 2) bei *Küster*, Memorabil. Tangermundens. (1722) p. 163 sq.; *de Ludewig*, Reliq. MSS. Tom. IX p. 526—29; *v. Ledebur*, Archiv Bd. I S. 54 flg.; *Riedel*, Cod. dipl. a. a. O. S. 190 flg.

Arneburg — „Arnaburch, aernaburch, Arniburg, Arnoburg etc." — um die uralte, 997 zerstörte, aber von König Heinrich II. wiederhergestellte Grenzfeste gleichen Namens angelegt, schon sehr frühe Sitz eines Frauenklosters, an dessen Stelle um 980 ein Benedictiner-Mönchsstift getreten ist, erscheint bereits 1006 als „civitas in pago beleseim in comitatu Werinzonis sita", als welche es von König Heinrich II. der „aecclesia Magadaburgensis pro animae suae redemptione" übereignet wurde. (*Riedel*, Cod. dipl. a. a. O. S. 184, 86, 87.) In der Mitte des XII. Jhdts. treffen wir aber Arneburg im Besitze der brandenburgischen Markgrafen an, welche daselbst einen Burggrafen, später einen Vogt aufstellten, und die Stadt fortwährend, freilich unter behaupteter und öfter auch anerkannter Lehenshoheit der Erzbischöfe von Magdeburg, innebehielten. Markgraf Ludwig der Römer setzte sogar die Stadt seiner Gemahlin Ingeburg, einer mecklenburgischen Prinzessin, zu Leibgedinge („dotalitium") aus, weswegen sich diese auch, nachdem sie sich nach Ludwig's Tod zum zweiten Male mit einem Grafen von Holstein vermählt hatte, als „Frowe czu Arnemborg" noch in einer Urk. v. 1384 (s. nr. 2) bezeichnet hat. Ob aber derselben schon im J. 1352, dem gewöhnlich behaupteten Entstehungsjahre des vorstehenden Confirmationsbriefes, der Titel einer Besitzerin des Landes und der Feste zu Arneburg gebührt habe, ist höchst zweifelhaft, da ihr für die Zeit vor 1357 unverwerfliche Quellenzeugnisse selbst den hiefür präjudiziellen Titel einer Gemahlin des Markgrafen Ludwig streitig machen, welcher vielmehr bis dahin mit Kunegundis „filia regis Cracoviae" verehelicht gewesen sein und erst nach deren im J. 1357 erfolgten Ableben die Prinzessin Ingeburg zur Ehe genommen haben soll. Es muss daher, da eine einfache Verweisung der Ehe Ludwig's mit der polnischen Königstochter in das Reich der Fabel, wie *Gercken* [Fragmenta Marchica Thl. V S. 113 flg.] gethan hat, doch jedenfalls höchst bedenklich erscheint, mit K. H. S. *Rödenbeck* in v. Ledebur's Archiv Bd. I Nr. III „Ueber Ludwigs des Römers zweimalige Vermälung etc." S. 35—53 angenommen werden, entweder dass die Jahrzahl 1352 im vorstehenden Privileg auf einem Irrthume des Ausfertigers des Bestätigungsbriefs v. 1441 beruhe, und in 1357 zu verbessern, oder dass im J. 1352 zwar eine förmliche Eheberedung zwischen Ludwig und Ingeburg abgeschlossen, die Unterhandlung aber dann wieder abgebrochen und die Vermählung nicht vollzogen, vielmehr erst im J. 1357 nach erneuerter Annäherung beider Theile zu Stande gebracht worden sei (S. 47—50). Zeitweise unterlag übrigens die Stadt Arneburg gleich allen anderen des brandenburgischen Fürstenhauses einer Verpfändung, so z. B. an Stadt und Domstift Stendal, an das Erzbisthum Magdeburg, an Herzog Friedrich von Braunschweig; doch waren diese Zwischenphasen immer nur von kurzer Dauer. Endlich seit der Mitte des XV. Jhdts. sank, zum Theile aus Veranlassung des Verlustes des Elbfährerechtes, der Wohlstand der arneburger Stadtgemeinde so herab, dass der Rath selbst Arneburg nur noch einen „Blek" [Urk. v. 1454 b. *Riedel* a. a. O. S. 208] nennen mochte. Erst in jüngster Zeit kehrte die städtische Qualität zurück. Erwähnt zu werden verdient hier noch, dass die Glosse zum sächs. Landrechte III, 65 (Ed. Augsburg 1516 fol. Bl. clxxvii[a]) Arneburg neben Tangermünde als die zweite markgräfliche „kamer" d. i. oberste Justizinstanz in der Altmark aufführt. Vgl. C. G. *Homeyer*, Der Richtsteig Landrechts (1857) S. 515, 16; *Riedel* a. a. O. S. 180.

1441, Febr. 18. Kurfürst **Friedrich II.** 2
von Brandenburg bestätiget auf Ansuchen der „Borghere vnde Ghemeynde arm vnde reiche" seiner Stadt Arneburg denselben nachfolgende, wörtlich eingerückte „Bryfe": a) das Privileg Ludwig's des Römers, welches

1) Die Ausg. lesen: „erbhern, erbhen."

2) Gerwkammer, Gerbekammer, „camera paramenti" (1409), Sakristei. *Haltaus*, Glossar. col. 663.

oben unter nr. 1 näher geschildert worden; und b) eine Confirmations-Urkunde Kurfürst Friedrich's I. v. 1424 über drei, gleichfalls nach ihrem gesammten Wortlaute inserirte Rechtsbriefe, nämlich α) der Markgräfin Ingeburg — „Greuynne zu Holczstein vnd zu Stormeren“ — betreffend die Zueignung des Hofes zu Sluden mit aller Gerichtsbarkeit und sonstiger Zubehörung zu ewigem Besitze und Gebrauche „nach Statrechte“ an das „Stetigen Arnemborg“ v. 1384, β) des Markgrafen Jobst, den vorigen Brief in allen seinen Punkten und Artikeln bestätigend, v. 1409, sowie endlich γ) des Kurfürsten Friedrich I. selbst über den Verkauf von einem Viertheile „an der Fere zu Arnemborg“ und den von Wagen, Pferden und Fussleuten zu erhebenden Fährlohn v. 1423. — Am Schlusse wird noch bemerkt, dass „obinsereben Bryefe vnde Bestetunge alle ... Margraff Johannes ouch gheconfirmiret vnd bestetiget habe, alse das alles sein virseghelt Brieff leuterlichen vsswise“.

Vollständige Abdrücke bei *Bekmann* a. a. O. Col. 11—16 und A. *Zimmermann*, Versuch einer histor. Entwickelung der märkischen Städteverfassungen Thl. II (1838) S. 184—90 [mit der Jahrzahl 1442].

3 **1486**, Jun. 16. **Wilhelm von Pappenheim**, „Hovetman der Olden merke“, entscheidet einen die Gerichte betreffenden Streit zwischen Rath und Gewerken einer- und den Schöffen zu Arneburg andererseits. Danach wählt alljährlich aus seiner Mitte der Rath einen Richter und diesem „erwelten richter vth dem rade gekoren“ sollen als ihrem Vorsitzenden die Schöffen „den eeth staueln, als sich dath van rechte geborth“. Die Gewedden gehören zu zwei Pfenningen dem Stadtherrn, der dritte Pfenning fällt aber nach alter Gewohnheit dem Rathe zu. Die anderen Gerichtsgefälle, wie z. B. „dat Inwisen gellt“, theilen hingegen Rath und Schöffen unter sich nach Hälften. Das kleine Insiegel des Rathes endlich soll derselbe den Schöffen zu ihrem Gebranche leihen. *Riedel* a. a. O. S. 223.

XXXVII. Arnsberg.

(Preussen, Westfalen.)

M. Hüser, Chronik der Stadt Arnsberg, das. 1820. 8°. [Ohne urkundliche Belege.] Vgl. auch J. Died. *v. Steinen*, Westphälische Geschichte Thl. IV (1760) S. 1094—1103. J. Suib. *Seibertz* in *Wigand's* Archiv f. Gesch. u. Alterthumskde. Westphalens Bd. II Heft 3 Nr. 1, 18 S. 273 flg. *Ders.*, Die Statutar- u. Gewohnheitrechte des Hzgths. Westfalen S. 267 flg. und Diplomat. Familiengeschichte der alten Grafen von Westfalen zu Werl und Arnsberg [Landes- u. Rechtsgesch. des Hzgths. Westfalen Abthl. I, 1845] S. 77 flg., 130, 178, 216, 230.

1314, Apr. 2. Graf **Wilhelm von Arnsberg**, dessen Erstgeborener und übrige Erben beurkunden die Verpachtung der „curtis sita in eveneho cum universis agris eidem curti attinentibus“, aber mit Ausschluss des „usus glandium et lignorum in marka eidem curti attinenti“, von Seite des Klosters Wedinghausen an die „oppidani in Arnsberg“ auf 60 Jahre für ein jährliches Gegenreichniss von 30 Malter Haver arnsbergischen Gemässes und $^1/_2$ Mark guter arnsberger Pfennige, wobei insonderheit noch verabredet worden sei: „quod magister consulum et consules opidi arnsberg predicti, quicunque pro tempore fuerint, singulis annis dictos redditus exclusa ac semota qualibet arrestatione seu occupatione ad granarium dictorum canonicorum in wedinchusen omni dolo excluso libere presentabunt, alioquin jam dicti una cum universis ceteris opidanis in arnsberg non dimittentur quiti a canonicis antedictis; transactis autem his annis sexaginta prefata curtis in eveneho cum universis agris, tam novalibus seu de novo cultis quam non novalibus, eidem curti attinentibus ad canonicos Ecclesie in wedinchusen libere revertentur, agros vero per inpinguationem fertiles factos predicti opidani hiis annis sexaginta transactis rursum colent quatuor annis, et de quolibet jugere unum scepel avene persolvent predictis canonicis singulis annis, et extunc predicti agri ad ipsos canonicos liberi revertentur“. Unter den Zeugen werden „Henricus proconsul in arnsberg, winandus carnifex, theodericus faber ceterique consules ibidem“ angetroffen. *Seibertz*, UBuch Bd. II Nr. 562 S. 137 flg. 1

Arnsberg, am Fusse des vom Grafen Konrad I. „de Werla“ [† 1092] erbauten gleichnamigen Bergschlosses angelegt, tritt mit deutlich erkennbaren Anfängen bürgerschaftlicher Einrichtungen zuerst in einer Urkunde v. 1207 hervor, in welcher Graf Heinrich II. von Arnsberg eine „dissensio et questio versa inter Ecclesiam de meschede ex una parte et cives suos de Arnsbergh ex altera super tertia parte lignorum et glandium in marcha Arnesberg“ geschlichtet zu haben erklärt. [*Seibertz*, UBuch Bd. I Nr. 131 S. 173 flg.] Wirkliche städtische Freiheit und Verfassung dürfte aber Arnsberg erst durch den Grafen Gottfried III. empfangen haben, indem dieser in einer Privilegien-Bestätigung für das Kloster Wedinghausen vom J. 1238 von sich selber berichtet: „cum nos civitatem

de arnesberg cum incolis suis liberam esse decrevissemus", ferner der die Stadt umgebenden Befestigungswerke gedenkt, und als daselbst bereits bestehende bürgerliche Lasten „vigilias, munitiones defendendas, collectam pro jure civitatis faciendam" namhaft macht. (*Seibertz* a. a. O. Nr. 211 S. 267 flg.) Von da an ging die weitere Entwicklung des städtischen Gemeinwesens ziemlich rasch ihrem Abschlusse entgegen, welchen sie offenbar noch unter der Herrschaft der Grafen erreicht hat. Die vorstehende Urkunde bezeugt dies zur Genüge, ist aber auch noch aus dem weiteren Grunde für die Geschichte Arnsberg's von Wichtigkeit, weil der hienach einstweilen nur in 60jährige Pacht genommene Haupthof Evenhoe, später in Stadteigen umgewandelt, der erheblichste Bestandtheil der arnsbergischen Feldmark wurde.

2 **1369**, Iun. 27. Erzbischof Cuno von Trier als Administrator der cölner Kirche bestätiget dem Rathe und der Gemeinde der Stadt Arnsberg ihre Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten — „cum comitatus et terra de Arnsberg cum suis castris, opidis, villis et attinentiis universis per donationem et resignationem liberas, perpetue et irevocabiliter duraturas spectabilium Godfridi Comitis et Anne de Clivis conthoralis sue legitime, Comitisse de Arnsberg, in et ad Ecclesiam Coloniensem noviter sint translati, per dominos archiepiscopos et Ecclesiam Coloniensem hereditarie tenendi, possidendi et habendi, ... innovamus, ratificamus, approbamus et confirmamus dilectis nobis Proconsulibus, Scabinis, Consulibus ac universitati opidi in Arnsberg, fidelibus nostris, omnes et singulas gratias, libertates, jura, privilegia et bonas consuetudines, ipsis a predictis quondam Comitibus concessas et concessa, quibusque hucusque rite et legitime freti sunt et gavisi." *Seibertz* a. a. O. Bd. II Nr. 802 S. 551.

Der Uebergang der Grafschaft Arnsberg an das Erzstift Cöln war die Folge eines am 25. Aug. 1368 zwischen dem kinderlosen Grafen Gottfried IV. und dem Erzbisthums-Verweser Cuno zum grossen Aergernisse der Unterthanen des Ersteren abgeschlossenen Kaufcontractes. Auf Grund desselben wurde dann Erzbischof Friedrich III. von Cöln durch Kaiser Karl IV. am 20. Nov. 1371 mit der Grafschaft als Reichslehen förmlich belehnt. *Seibertz* a. a. O. Nr. 793, 823 S. 512 flg. 593 flg. *Vgl.* dazu *dessen* diplomat. Familiengesch. S. 231 flg. — Uebrigens empfingen auch zu derselben Zeit mit dem arnsberger völlig gleichlautende Confirmationsbriefe aus der Hand Cuno's die übrigen Grafschaftstädte: Eversberg, Grevenstein, Hirschberg und Neheim.

1450 [circa]. „Nottel, worin schrift- 3
lichen begreppen eyn alt Herkomen vnde gude gewonheit" der Stadt Arnsberg, in einer Copie des Notarius publicus Wolfgang Rüting erhalten, und 38 meist sehr kurze, aber theilweise nicht uninteressante Satzungen nachfolgenden Inhaltes umfassend: Rechtsprechung durch Bürgermeister und Rath „to allen vierteynnachten" auf dem Rathhause, sowie Bestimmung des letzteren zu allen öffentlichen „van der ggsten Heren eder van der stait wegen" geschehenden Verhandlungen; Aufsicht über das „Hockampt"; Fischverkauf; Gerichtsstand der Bürger und Einwohner in Klagsachen unter sich „vor dem Borgermeister vnde synen gesellen, jdt en were dat emme dar rechtes geweigert worde"; Ergänzung des Rathes in wichtigen Angelegenheiten durch Beiladung des alten Rathes und der „richtlüde uit den Ampten"; Verbot für die Bürger und Einwohner, „sych vnder eyn mit eynigen uitwendigen gerichten to besweren, [dat] wer geistlich eff wertlich"; Brüchte bei muthwilligem „wapen geroichte"; Unstatthaftigkeit von Verhaftungen an „Borgeren vnde Inwonnern noch borgersschen eff erme Ingesynde" ohne vorherige Klage und Untersuchung bei dem Rathe; Befugniss des Bürgermeisters, „vorwerde vnde geleide to geven"; Bekümmerung von Bürgern in der Grafschaft, aber ausserhalb der Stadt Arnsberg; Untersagung jeder Störung des Mitbürgers „in syme gewynne vnde koppe"; Verfügung, dass „men sall Huisse eff erffhafftige gude nergen vplaiten dan vor dem sittenden raide, ais dat van aldes her gehalden is"; Zusicherung der bisher üblich gewesenen „presanden vnde hogelicheit" an Bürgermeister und Rath; Weinhandel; Feststellung der gerichtsfreien „vrede tage"; Abschaffung des „nacht gerochtes"; Verbüssung leichtfertiger Schwüre mit einem „punt wasses"; Wette bei Urthelsschelten; jährlicher Mark-Umgang „vp dat die Jungen lerden mit den alden"; Handwerker- und Tagwerker-Löhne; Bierschank und Brauabgaben; Ausweisung auf ein Jahr aus der Stadt als Strafe derjenigen, welche „des stades veste brecken"; Ahndung der Garten-, Hof- und Feldbeschädiger, des ungebührlichen Fischfanges und der Vorenthaltung der „tzyse" (Accise), Verbot der Sonderhut, endlich Bestrafung jener, welche die vorgeschriebenen Satzungen, insbesondere jene über den Werklohn, übertreten. *Seibertz*, UBuch Bd. III Nr. 955 S. 110—113.

Das arnsbergische Recht erstreckte seine

Gültigkeit weit über das städtische Weichbild hinaus, über einen ansehnlichen Theil der westfälischen Erde, indem damit ausser der Stadt Balve noch die Freiheiten Bödefeld, welcher Graf Gottfried IV. im Freiungsbriefe v. 22. Febr. 1342 alle „jura et libertates, que opidum et opidani sui in Arnsbergh habent et habuerunt ab antiquo" verliehen hat, und Hüsten, welche von demselben Grafen im Privileg v. 25. Febr. 1360 das „alt Arnsberger recht . . . alzo dey stayd van Arnsberg van aldes dat recht hebt gehaid vnd noich hebt" übertragen erhielt, ausdrücklich bewidmet erscheinen, während bezüglich anderer Orte wenigstens die Thatsache feststeht, dass daselbst das arnsbergische Stadtrecht in Gerichtsübung gewesen. Diess Letztere ist namentlich bei der Freiheit Hachen („urbs in Hackene"), in deren vom Erzbischofe Ruprecht von Cöln herrührenden Confirmations-Privileg v. 23. Jan. 1465 überdiess erwähnt ist, dass ihre Bewohner zu Arnsberg „ouch yre Hofft holen" *), sowie bei dem erst durch Urkunde Erzbischof Hermann's IV. v. 28. Apr. 1492 gefreiten Dorfe Affeln der Fall. *Seibertz*, UBuch Bd. II Nr. 683, 755 S. 324, 464; Bd. III Nr. 972 997 S. 140, 191. Vgl. dazu *dessen* Statutar- und Gewohnheitrechte S. 276, 315—17 nr. 13, 14, 16.

XXXVIII. Arnstadt.

(Schwarzburg-Sondershausen.)

J. Chr. *Olearii* Historia Arnstadiensis, Historie der alt-berühmten Schwartzburgischen Residentz Arnstadt, Jena 1701. 8⁰., S. 1—19. 118—25; 237—68. L. F. *Hesse*, Arnstadt's Vorzeit und Gegenwart, Hefte I, II, das. 1842 flg. 8⁰. A. L. J. *Michelsen*, Rechtsdenkmale aus Thüringen, Lief. I (Jena 1852. 8⁰.) S. 1—20.

1 **1266**, Apr. 21. Abt Heinrich zu Hersfeld nebst dem Dechanten und Convente des Klosters daselbst ertheilt seinen Rathleuten und Bürgern in „Arnisthede", welche ihn um eine „certa forma juris", wonach sie sich sowohl in persönlichen Rechtsangelegenheiten, als auch in Ansehung ihrer Besitzverhältnisse, sowie bei der Urtheilsfindung in Streitigkeiten hierüber zu richten vermöchten, ersucht hatten, die urkundliche Erklärung, dass er nach gepflogener Berathung mit den an ihn gesandten Boten und anderen ehrbaren und vertrauten Männern zu der Ueberzeugung gekommen sei, in obiger Hinsicht nicht besser für das Interesse der Bittsteller sorgen zu können, als dadurch, dass er auf sie die von Kaiser Karl (dem Grossen) einst bei der Gründung Hersfeld's dieser Stadt zugestandenen Rechte, Satzungen, Gewohnheiten und Freiheiten übertrage. Im Namen des allmächtigen Gottes und durch die Gnade der heiligen Schutzpatrone Simon und Judas, der Apostel, sowie des heiligen Wigbert gewähre und bestätige er daher den Bürgern Arnstadt's „jura, sententias, honestas consuetudines et bonas, que oppidum Hersfeldense usque ad tempora sua, ut dictum est, optinuit et possedit", jedoch mit Ausschluss alles dessen, was er als unvereinbar mit den ihm zustehenden vogteilichen Gerechtsamen („jus advocaticium") niemals zulassen werde, und daher besser sofort jetzt aufhebe und beseitige, und ferner unter der Voraussetzung, dass die genannten Bürger, gleichwie sie die Freiheiten und Rechte der Bürger von Hersfeld genössen, so auch ihm und seinen Nachfolgern denselben Gehorsam, wie jene, leisten würden. H. B. *Wenck*, Hessische Landesgesch. Bd. II. UBuch Nr. CCCCLXII S. 506 flg. *Michelsen* a. a. O. Nr. 1 S. 21 flg. [mit S. 3 - 5.]

1273, Febr. 1. Die Gebrüder Günther, Grafen von Kevernburg, beurkunden, dass eine zwischen dem Abte Heinrich zu Hersfeld und ihnen bezüglich der Besitzungen und Rechte in der Stadt „Arinstede" — „ubi jam dictus dominus noster Abbas et sui antecessores dominium proprietatis habent et hactenus habuerunt, et nos jus advocacie habemus" — entstannene „controversia" unter Vermittlung des Grafen Günther des Aelteren von Schwarzburg und vieler anderer edler und bescheidener Männer gütlich beigelegt und desfalls Nachfolgendes vereinbart worden sei: 1) Alle Zinsen, Hufen, Weinberge, Herdstätten, Mühlen nebst dem s. g. Marktrechte verbleiben, wie bisher, dem Abte, und desgleichen 2) den Grafen alle Rechte und Dienstansprüche, welche ihnen seither in Folge der Vogtei und innerhalb des Bezirkes derselben gebührt hatten. 3) Das „Castrum in Arnstede" überlässt die Abtei den Grafen zu erblichem Lehensbesitze, wogegen 4) Ersterer für alle Zeiten von den Härings- und Linnenläden im Kaufhause und den Brodbänken ausserhalb desselben die Hälfte der Einkünfte zugewiesen und versprochen wird, dass hierin durch weitere Verwendung des Kaufhauses zu Handelszwecken von Seite der Grafen dem Stifte niemals ein Schaden zugehen solle; 5) die arnstädter Bürger ha- 2

*) D. h. ihren Oberhof haben, s. *Seibertz*, Wort-Register zum UBuch Bd. III S. 526ᵃ s. v. „Hofft."

ben, „si contra pacis violatores processum fieri contingat, quod vulgariter volga dicitur, que sit notoria“, vier Mark Beisteuer oder den gleichen Werth zu entrichten, doch so, dass wenn es einmal zur wirklichen Verbrauchung dieser Gelder nicht kommen würde, den Betrag die beiderseitigen „officiales“ unter sich gleichheitlich theilen sollten; 6) die Münzstätten auf den gräflichen „villae“, jene zu Ilmenau ausgenommen, werden „ad incrementum monete in Arnstede“ aufgehoben; 7) die Vergebung von Kirchenämtern und weltlichen Lehen, sowie die Rechte auf die Ministerialen und Grundholden der Abtei angehend, entsagen die Grafen allen Ansprüchen, sofern es sich nicht um Dienste handelt, welche ohnehin beiden Theilen gemeinschaftlich zu prästiren sind; 8) bei etwa ausbrechender Zwietracht zwischen dem Abte und den Grafen, sowie deren Untergebenen sollen alle „qui comprehenduntur in terminis Oppidi Arnstede vel in terminis extra oppidum sitis ad idem pertinentibus“ von keiner Partei an Leib und Gut geschädiget werden; 9) alle „peticiones, exactiones, pene pecuniarie, eventus pecuniarum seu rerum aliarum, que ex quocunque Iudicio sive villicacionis sive advocacie, vel quocunque casu alio evenerint tam a Christianis quam a Judeis advenis transeuntibus sive manentibus intra et extra oppidum“, fallen nach gleichen Antheilen dem Abte und den Grafen zu; 10) die „officia villicacionis et advocacie“, Aemter des Schultheissen und Vogts, können entweder in Einer, alsdann beiden Parteien gleichmässig dienstpflichtigen Person vereinigt oder zweien, von je einem Vergleichstheile mit Zustimmung des anderen ernannten Individuen übertragen werden; dort wie hier haben aber die Beamten auf Grund geleisteten Handeides dem Abte und den Grafen zu Hälften alle Einkünfte abzuliefern, und unterliegen bei verschuldetem Betruge angemessener Bestrafung; 11) das Zöllner- und Münzer-Amt, deren halben Ertrag der Abt den Grafen „feudaliter“ überlassen hat, wollen beide Parteien, wie sich hienach geziemt, gemeinsam in Pacht geben; 12) von den Besitzungen, welche gemäss diesem Uebereinkommen beiden Vertragstheilen mit völlig gleichem Rechte („simul“) zugehören, soll von Seite des einen zum Nachtheile und zur Beschwerung des anderen nichts verkauft, verpfändet, vertauscht oder sonst veräussert, und wenn es dennoch geschähe, binnen Jahr und Tag dem Verletzten dafür Ersatz geleistet werden; wie denn überhaupt 13) derjenige, welcher in irgend einem der vorstehenden Punkte den anderen an seinem Rechte kränken und dessen durch glaubwürdige Männer überführt werden würde, „per restitutionem ad integrum satisfaciet vel se juramento prestito expurgabit“; 14) Niemand von den Leuten („de familia“) des Abtes oder der Grafen darf ungestraft die Bewohner Arnstadt's in ihren Häusern, Höfen oder Wohnstätten an Person und Eigenthum verletzen oder, sei es wörtlich sei es thätlich, beschimpfen; 15) wenn sich aber aus der Zahl der „proprii homines“ des Abts oder der Grafen Einer zu Arnstadt „tanquam civis“ niederlassen und ohne Widerspruch der Herrschaft Jahr und Tag dortselbst verweilen würde, so soll er „civili jure postmodum gaudere, quamdiu ibi voluerit permanere; 16) der Abt verspricht für sich und seine Nachfolger, dass von ihnen innerhalb der Stadt Arnstadt wider der Grafen Willen kein „castrense edificium“ jemals errichtet werden solle; endlich wird noch 17) die unverbrüchliche Aufrechthaltung der gesammten Vergleichsbestimmungen „fide data juramento prestito corporali manibus Sanctuario impositis“ wechselseitig gewährleistet. U. F. *Kopp*, Bruchstücke zur Erläuterung der teutschen Geschichte und Rechte Bd. II (Cassel 1801. 4°.) S. 107—13; *Michelsen* a. a. O. Nr. 2 S. 22—25 [mit S. 5—9].

Arnstadt, als „locus nuncupans Arnestati super fluvio Huitteo“ bereits 704 erwähnt, gehörte in der Mitte des VIII. Jhdts. zu den Besitzungen der Fürstabtei Epternach. Von ihr kam es dann, vermuthlich in den ersten Decennien der Regierungsperiode König Otto's I. und im Wege eines Tausches, an die im Frankentheile der mainzer Diöcese gelegene Reichsabtei Hersfeld, unter deren mildem Regimente wir die thüringische „villa“ allmälig zur „civitas“, als welche sie zuerst 1220 urkundlich bezeichnet wird, emporblühen sehen. Die wichtigste Gunstbezeugung, deren sich Arnstadt von seiner geistlichen Herrschaft zu erfreuen hatte, war aber die Bewidmung mit dem hersfelder Stadtrechte, womit unfehlbar auch, wie der gehäufte Ausdruck im Privileg v. 1266 andeutet, die Zufertigung eines Statute („jura“) und Schöffensprüche („sententias“) begreifenden Rechtsbuches von Hersfeld aus verbunden war. — Die Lage Arnstadt's innerhalb des Comitats der Grafen von Kevernburg [1]) führte jedoch nur zu bald ernstliche

1) Eine Genealogie dieses alten Geschlechts geben bereits die Annales *Reinhardsbrunnenses* (hrsgeg. von F. X. *Wegele*, Jena 1854. 8°.) S. 80 flg.

Zwistigkeiten zwischen ihnen und der Abtei über das Mass der beiden Theilen in der Stadt zuständigen Gerechtsame herbei. Ihre Beilegung übernahm zwar sofort Graf Günther von Schwarzburg und schien auch in dem unter nr. 2 eingehend betrachteten Vergleichs-Instrumente zwischen dem Abte Heinrich und den Kevernburgischen Grafen Günther VII. und VIII. sein Ziel erreicht zu haben. Allein schon nach kurzem Stillstande brachen die Misshelligkeiten vom Neuen aus, und der Abt sah sich nun genöthigt, bei König Rudolph selbst über den älteren der beiden gräflichen Brüder (Günther VII.) wegen rechtswidriger Wegnahme zweier Mühlen, übermässiger Beschatzung der Gemeinde und Juden mit allzugrosser „notbehte“, böswilliger Untersagung des von seinem Vogte dem Abte zu Hersfeld zu leistenden Huldeides u. s. w., kurz wegen Sühne-, Eid- und Gelübdebruches, in Erfurt Beschwerde zu erheben, deren Resultat nicht nur in der königlichen Bestätigung des Vergleichs v. 1273, sondern auch in der Anweisung des Verklagten bestand, dem Abte gegen künftige Erneuerung dieser Händel pfandschaftliche Sicherheit und für das Vergangene eine nicht unbedeutende Entschädigung zu leisten. [*Hesse* a. a. O. Heft I S. 30—32; *Michelsen* a. a. O. S 9—11.] Demungeachtet kehrte aber nachher der alte Unfrieden von Jahrzehent zu Jahrzehent wieder, bis endlich nach Günther's VIII. Tod die beiden Eidame desselben, Graf Otto V. zu Orlamünde und Graf Heinrich IV. von Hohnstein, mit nachträglicher in die Form eines Erbverzichts eingekleideter Zustimmung der Brudersöhne des Verstorbenen, den ihnen gehörigen Stadttheil sammt der Vogtei zu Arnstadt und aller Zubehörung am 20. Febr. 1306 an das schwarzburgische Haus — natürlich unbeschadet der abtei-hersfeldischen Grundherrlichkeit — verkauften. Auch die in letzterer enthaltenen Rechte gingen übrigens kurze Zeit darauf, am 14. Febr. 1332, gleichfalls durch Kaufvertrag, in den (anfänglich noch lehnbaren) Besitz der Grafen und Herrn zu Schwarzburg über. Vgl. L. W. H. *Heydenreich's* Historia des Fürstl. Hauses Schwartzburg (Erfurt 1743. 4°.) S. 387.

3 **1415.** (?) Erstes „Stadtbuch zcuw Arnnstadtt“, eine vermuthlich landesfürstlich confirmirte Zusammenstellung von der „stadt alldt herkommener gewonheytt vnd recht“ in Ansehung der Erbfälle in XXVII (eigentlich blos XXVI) Kapiteln oder Artikeln, welche jedoch nicht mehr auf reinfränkischer, sondern überwiegend sächsischer Grundlage beruhen. Abdruck bei *Michelsen* a. a. O. Nr. 3 S. 25—31. [Vgl. dazu S. 13.]

1470—1500. Zweites arnstädter 4
Stadtrecht in XXXIV. Kapiteln [2]), gleichfalls blos erbrechtlichen Inhaltes. Dasselbe ist eine zum Theile wortgetreue Wiederholung der im obigen älteren „stadtbuch“ befindlichen „rechte, gewonheit vnd gesetze“, welche sogar noch daneben in einzelnen Punkten laut ausdrücklicher Verweisung darauf (Kap. XV a. E.) ihre Geltung behalten haben mögen, mit reichlich eingemischten Zusätzen und vier am Schlusse beigefügten „additiones“. Von den ersteren verdient vornehmlich das Kap. XXXII beachtet zu werden, worin bestimmt wird: „Ist einn mann gelarth inn denn buchernn, vnnd nymbt einn weyp, gewunne er kinder bey der, es begibt sich, das der selbighe gelarthe mann priester wyrdt, vnnd die kinder die er dann vorgehabt hat, die stehenn ann yhrenn rechtenn als eines itzlichen leyhenn kinder.“ Von den Endbeifugen sind die dritte und vierte dem s. g. Rechtsbuche nach Distinctionen (Buch I Kap. XX dist. 4, 5) [3]) entnommen. Abdruck bei *Michelsen* a. a. O. Nr. 4 S. 32—41. [Vgl. dazu S. 14—17.]

Arnstein. XXXIX.

(Bayern, Franken.)

1333, Nov. 28. Kaiser Ludwig IV. 1
verleiht dem Städtchen Arnstein auf Bitten Bischof Hermann's II. von Würzburg die Freiheit von fremden Gerichten und einen dreitägigen, am Sonntage vor St. Johannstag zu Sonnenwenden beginnenden Jahrmarkt. (R.) *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 99 nr. 1587.

1406, Nov. 21. König Ruprecht be- 2
stätigt das vorstehende Privileg Arnstein's nach seinem ganzen Inhalte. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 137 nr. 2227; *Scharold* im Archiv des histor. Vereins von Unterfranken Bd. VI (1840) S. 17 flg.

Das ehemals hennebergische, dann trimbergische Schloss und Dorf Arnstein kam im XIII. Jhdt. durch schenkungsweise Lehensauftragung an das Bisthum Würzburg (*Zöpfl*, Alterthümer Bd. II S. 121 nr. 45; S. 124 nr. 75), und erscheint bereits 1317 urkundlich als „oppidum“ bezeichnet. Vgl. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 799 flg.

---

2) Dasselbe scheint bereits *Riccius*, Entwurff S. 245 flg. vor sich gehabt zu haben.

3) *Ortloff's* Ausg. S. 44, 45.

XL. Aschaffenburg.
(Bayern, Franken.)

J. C. *Dahl*, Geschichte und Beschreibung der Stadt Aschaffenburg, des vormaligen Klosters Schmerlenbach und des Spessarts, Darmstadt 1818. 8⁰., §§. 1, 2 S. 3—19; St. *Behlen* und J. *Merkel*, Geschichte und Beschreibung von Aschaffenburg und dem Spessart, Aschaffenb. 1843. 8⁰., Nr. I §§. 1—12 S. 1—18. Vgl. auch L. *Braunfels*, Die Mainufer S. 328 flg. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 790.

1 **1346**, Nov. 28. Erzbischof Heinrich von Mainz bestätigt der Stadt Aschaffenburg und den übrigen neun Städten *) des Erzstifts die ihnen von den frühern mainzischen Metropoliten verliehenen Privilegien. (R.) *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. VIII p. 88.

2 **1354**, Jan. 21. Erzbischof Gerlach confirmirt den Bürgern der Stadt Aschaffenburg alle ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *de Freyberg* l. c. p. 289.

3 **1360**, Sept. 19. Derselbe verordnet, dass ein „Kelner" (cellerarius) des Erzstifts in den Rath zu Aschaffenburg gehen, und mit den Schöffen daselbst gleiche Rechte haben solle. (R.) *de Freyberg* l. c. Vol. IX p. 23.

4 **1372**, Aug. 26. Erzbischof Johannes bestätiget der Stadt Aschaffenburg alle Gnaden und Freiheiten. (R.) *de Freyberg* l. c. p. 284.

Aschaffenburg wurde unter Erzbischof Willigis [975—1011] dem mainzischen Stiftsgebiete einverleibt, nachdem es vorher seit der Mitte des X. Jhdts. im Besitze der alemannischen Herzoge aus dem fränkisch-salischen Hause, und zwar bis zum Tode des um die Wohlfahrt des Ortes durch Gründung der „ecclesia sancti Petri apostolorum principis sanctique martyris Alexandri" hochverdienten Herzogs Otto I. (973—982), eines Sohnes Herzog Liutolf's († 954), sich befunden hatte. Wann Aschaffenburg zur Stadt erhoben worden, ist unbekannt. Dass aber in dieser Beziehung auf den Umstand, dass schon die Schenkungsbriefe Kaiser Otto's II. v. 974 und 976 für die genannte Kirche von der „civitas Ascaffaburg s. Askaffaburc" sprechen, kein entscheidendes Gewicht zu legen sei, versteht sich von selbst. Eine vollständig entwickelte bürgerschaftliche und magistratische Verfassung tritt uns jedoch unfehlbar aus den Urkunden des XIII. Jhdts. entgegen, denn wir finden hier eine „universitas opidi", an der Spitze derselben einen „scultetus", und neben diesem „scabini s. judices" erwähnt, während die stadtherrlichen Gerechtsame des Erzbischofs ein „vicedominus", die Immunitätsrechte des Petersstiftes ein „advocatus" ausübten. Wider die Geistlichkeit des letzteren, deren völlige Abgaben-Freiheit sowie öffentlich betriebener Weinschank, verbunden mit den immer wiederkehrenden Streitigkeiten über Gerichtszuständigkeit, Zehenten, Waldrechte etc., schon längst Aergerniss und Unwillen bei der Bürgergemeinde erregt hatte, brach im Herbste 1304 ein erbitterter Aufruhr los, welcher einen durch vier (zwei geistliche und zwei weltliche) „arbitratores seu amicabiles compositores" am 24. October desselben Jahres gefällten Schiedspruch zur Folge hatte, nach dessen Inhalt die städtische Partei — Schultheiss und Schöffen — ausser der sich von selbst verstehenden Verpflichtung: „quod talia contra libertatem Ecclesiae Aschaffenburgensis per se vel per suum judicium nunquam de cetero attemptabunt" noch insofern eine gewisse Unterthänigkeit im Verhältnisse zum Collegiatstifte anerkennen mussten, als ihnen auferlegt ward: „quod deberent saepedicto Decano et Capitulo et caeteris Canonicis verbo et opere, si requisiti fuerint, oportune reservire". *de Gudenus*, Cod. dipl. Tom. III p. 21—23. Vgl. J. *May* „Gesch. des vormaligen Kollegiatstiftes zu den HH. Peter und Alexander zu Aschaffenburg" im Archive des histor. Vereins f. Unterfranken Bd. IV (1838) Heft 2 S. 36—210, bes. §. 41 S. 70 flg.

Mit dem leider! bis jetzt gänzlich vernachlässigten und darum nur wenig bekannten Rechte der Stadt Aschaffenburg sehen wir endlich bewidmet:

a) die „universitas in Hagene [Indagine] villa", den jetzigen bayerisch-fränkischen Weiler Schmerlenbach **), durch Privileg Erzbischof Christian's II. von Mainz v. 1. Nov. 1249 [*de Gudenus* l. c. Tom. I p. 608 sq.]: „volumus vos omni jure et libertate gaudere, quam Burgenses nostri in Aschaffenburg habere noscuntur sive quam apud Praedecessores nostros a temporibus quondam Domini Conradi Archiepiscopi Mag. noscimini habuisse";

*) Nämlich: Amorbach, Bensheim, Bischofsheim, Buchheim, Dyburg, Heppenheim, Külsheim, Miltenberg, Seligenstadt.

**) Ueber das ehemalige adelige Benedictiner-Nonnenkloster daselbst s. *Würdtwein*, Diplomataria Maguntina Tom. I (1788) p. 277—388; *Dahl* a. a. O. S. 85 flg.; *Behlen* u. *Merkel* a. a. O. S. 162 flg.

b) den heutzutage gleichfalls bayerisch-fränkischen Flecken Mönchberg, vormals „Menegebur, Mengebür, Mengebeuern“ genannt, durch Privileg Kaiser Karl's IV. v. 8. Jan. 1367, worin derselbe dem Erzbischofe Gerlach von Mainz erlaubt, das Dorf zu befestigen und zu einer Stadt zu machen, daselbst einen Wochenmarkt zu halten, sowie „Stöcke, Halsgericht und alle andere Gerichte, hohe und niedere, zu haben und zu gebrauchen, und in- und auswendig der Stadt, und doch in den Begriffen und Zubehörungen derselben Städten Galgen zu haben und Räder zu setzen und Gerichte zu thun von schädlichen Leuten“, insbesondere aber hinzufügt: „auch soll dieselbe Stadt Mengebühr haben alle Freiheit, Recht und Gnade, die Aschaffenburg die Stadt hat und gewinnet und die Bürger daselbst.“ *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. IX p. 167 [mit dem Datum: 13. Jan.]; *Zöpfl*, Alterthümer Bd. II S. 93 nr. 6. Es ist übrigens der Ort noch im J. 1490 ein bloses Dorf gewesen, und sonach von der kaiserlichen Concession wahrscheinlich gar niemals Gebrauch gemacht worden. Vgl. K. *Dahl* in v. Fink's geöffneten Archiven f. d. Gesch. des K. Baiern Jahrg. II Heft 5 S. 22—25.

XLI. Aschersleben.

(Preussen, Provinz Sachsen.)

J. Fr. Reimmann, Idea Historiae Ascaniensis civilis, ecclesiasticae, naturalis, literariae, Quedlimburg. 1708. 4°. Das urkundliche Material bieten: C. *Sagittarii* Historia Principum Anhaltinorum, Jenae 1686. 4°. und J. Chr. *Beckmann's* Historie des Fürstenthums Anhalt (VII Theile in II Bänden), Zerbst 1710—16 fol. Vgl. auch *Riccius*, Entwurff S. 223—25; *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutarischen Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. I S. 379 flg.

1261, Aug. 2. Graf Heinrich zu
1 Aschersleben, Fürst von Anhalt, bestätiget seinen Unterthanen in genannter Stadt die bereits durch seinen Grossvater und Vater bewilligte Befreiung vom Sterbfalle: „Nos Henricus Dei gratia Comes Ascharie et Princeps de Anhalt universis, ad quos presens scriptum pervenerit, salutem a salutis auctore. Volentes in justitia inveniri faciles et in gratia liberales, recognoscimus et presenti pagina protestamur, (quod) nos subditis nostris in Ascharia sub tuitione nostra et in nostro judicio constituto idem jus et gratiam, quam sibi ab Avo nostro felicis memorie Duce Bernardo et Patre nostro Comite Henrico indultam tenebant et concessam, indulgemus inviolabiliter observandam, ne videlicet aliquo subditorum nostrorum moriente rerum suarum subdivisio, quod vulgariter Bädelinche *) nuncupatur, per nos vel nostros fiat advocatos, sed bona ipsorum ad possessores devolvantur debitos et heredes, Litonum nostrorum tamen jure nihilominus observato. Quocirca ne hanc nostram concessionem variari contingat, a nobis et nostris pueris presentem cedulam nostris subditis super hac parte confectam damus sigilli nostri robore diligenter insignitam. Datum Ascharie Anno Dni. MCCLX. primo, quarto Nonas Augusti.“ *Beckmann* a. a. O. Thl. V Buch II Cap. II §. II (Bd. 2) S. 73[b].

1266. Derselbe verleiht seinen Bürgern 2
zu Aschersleben auf deren Bitten das **halberstädter** Recht: „Nos Dei gratia Heinricus Comes Ascharie et Princeps de Anhalt, ad quos presens scriptum pervenerit, salutem in salutis auctore. Ut ea, que geruntur in tempore, ne simul labantur cum processu temporis, scripto indigent testimonio commendari. Hinc est, quod ad instantiam et ad communem utilitatem dilectorum Burgensium nostrorum de Ascharia jura talia, qualia Burgenses **Halberstadenses** habere videntur, jam dictos nostros Burgenses in omnibus casibus et articulis singulis volumus observare, et quod secundum illa regantur et eisdem omni impedimento postposito libere perfruantur. Hanc vero donationem et collationem et nostros heredes in perpetuum nolumus permutare. Et ne cuiquam in posterum super hoc dubium aliquod valeat suboriri, saepe dictis nostris Burgensibus presentem paginam ascribi fecimus et sigilli nostri munimine diligentius insigniri. Anno Domini MCCLXVI.“ *Sagittarius* l. c. Cap. II §. XX not.* p. 20 sq.; *Beckmann* a. a. O. §. III S. 74[a]; *Riccius* a. a. O. S. 224 (Extr.); *v. Kamptz* a. a. O. nr. 4. (Extr.)

1266. Die Bürger von Halberstadt 3
theilen jenen zu Aschersleben, ihrem Ansuchen entsprechend, die in ersterer Stadt geltenden Rechte mit und erbieten sich, sofern es bei Anwendung derselben in einzelnen Fällen nöthig sein würde, Hülfe und Rath zu gewähren: „Nos Burgenses Halb. civitatis omnibus, ad quos presens scriptum pervenerit, salutem in salutis auctore etc. Hinc est, quod ad universorum tam presentium quam futurorum notitiam pervenire volumus, quod ad favorem Dni. Henrici Comi-

---

*) „Bädelinche male scriptum aut male lectum videtur pro butdelinche“. *Haltaus*, Glossar. col. 204.

tis de Anchalt et ad petitionem et profectum honorabilium Burgensium Ascharie Civitatis, quam pre ceteris nec immerito dilectione amplectimur speciali, jura nostra sub eadem forma, quam nos habemus et regimur, predictis Burgensibus Ascharie communicamus et habere protestamur, volentes in omnibus casibus, qui in his possunt accidere, eis astare et auxilium et consilium ministrare. Ut haec firma permaneant et inconcussa, sigilli nostri munimine decrevimus probare. (Unterschriften.) Dat. Anno incarnat. Dni. MCCLXVI.“ *Beckmann* a. a. O. S. 74ᵃ; *Riccius* a. a. O. (Extr.); *v. Kamptz* a. a. O. nr. 5. (Extr.)

Worin nun die hier erwähnten halberstädter Rechtssatzungen, welche wahrscheinlich in besonderer Niederschrift das Sendschreiben begleiteten, bestanden haben mögen, ob in einem wirklichen Localstatute oder, wie *Reimmann* l. c. p. 14 vermuthet, im Sachsenspiegel, ist ein zur Zeit wenigstens unlösbares Räthsel.

4 **1270**. Die Gräfin Mechtildis, als Vormünderin ihrer beiden Söhne, der Fürsten Otto und Heinrich von Anhalt, gewährt ihren Hofhörigen („litones“) in der Stadt Aschersleben sowohl als auf den Dorfschaften „Badenstede“ und „Errekesleve“ die Gunst: „ut nulli advocatorum post mortem eorundem ab heredibus suis plus quam dimidiam marcam a manso litonio studeant acceptare, hanc quantitatem ultra predictum debitum nullatenus transcendentes“, mit der besonders beigefügten Erklärung, „quod filia superstes tanquam filius eandem gratiam in bonis litoniis consequatur“, wogegen übrigens bei einem Hofverkaufe dem Vogte „pro porrectione“, für die Besitzeinweisung, eine Gebühr zu einem „ferto“ vom Käufer entrichtet werden müsse. *Beckmann* a. a. O. S. 74ᵇ; *Riccius* a. a. O. S. 225. [Der Text ist lückenhaft.]

5 **1323**. Bischof Albrecht I. von Halberstadt gibt den Bäckern zu Aschersleben die urkundliche Versicherung, dass er sie „by alme Rechte“, welches sie von ihren bisherigen Herrn erhalten haben, bewahren werde. *Beckmann* a. a. O. §. IV S. 78ₐ. (Extr.)

Der genannte Bischof, ein Prinz aus dem ascanischen Geschlechte, hatte nämlich, nachdem die ascherslebische Grafenlinie mit Otto II. 1315 erloschen war, auf diese Grafschaft (comitatus Aschariae), wiewohl dieselbe noch immer die alt-officielle Bedeutung eines Reichs-Fahnlehens (Sächs. Land-R. Buch III Art. 62 §. 2 mit *Eichhorn's* Dtsch. Staats- u. RGesch. Thl. III §. 399 Not. p. S. 68) an sich trug, Namens seines Bisthums lehenherrliche Ansprüche erhoben, und in Folge hievon einstweilen die Stadt Aschersleben 1322 in Besitz genommen. Vgl. *Sagittarius* l. c. Cap. VIII §§. VII, VIII p. 52 sq.

Von den Statuten Aschersleben's, welche mit genauer Inhaltsangabe *v. Kamptz* a. a. O. nr. 6—8 aufführt, mögen die zuerst genannten „Statuta und Willkühr E. E. Radts und der stad alhier tzo Assherschleben“ in XIX Kapiteln, überwiegend polizeiliche Gegenstände betreffend, noch dem Ende des XV. Jhdts. angehören.

Asperg. XLII.
(Württemberg.)

M. *Biffart*, Geschichte der Veste Hohen-Asperg, Stuttg. 1858. 8⁰. Die hierher gehörigen Urkunden gibt mit historischer Einleitung A. L. *Reyscher*, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte (Tübingen 1834. 8⁰.) Nr. V „Stadt und Dorf Asperg“ S. 98—108.

1450, Jul. 28. Die Bürger der Stadt 1
Asperg überschicken ihrem Landesherrn [dem Grafen Ulrich V. von Württemberg, Stuttgarter Linie], da er ihnen brieflich kund gethan, dass er „die von rossenuald“, d. i. die Stadt Rosenfeld, nach dem Muster von Asperg zu freien gedenke, ein amtlich angefertigtes, durch eingeschaltete geschichtliche Notizen erläutertes „Verzeychnus der Freyheyten“, womit vom Grafen Ludwig und dessen „Altvordern“ die „Stat Asperg mit ierem begriff“ begnadet worden war, und welche z. B. die Enthebung der Gemeinde von jeglicher „handraichi“ bei dem Burgbaue und der Stadtbefestigung, die vormals innerhalb des Weichbildes und der Markung bestandene „freyung“ (Asyls-Gerechtigkeit), die Loszählung der Bürger von aller „raise“ für die Herrschaft, die Exemtion der Ersteren von Schatzung und Steuern u. a. m. betreffen. *Reyscher* a. a. O. Nr. 4 S. 103—5.

1480, Dez. 22. Graf Eberhard V. 2
(„im Bart“) zu Württemberg thut „allen Burgern vnd Inwonern seiner Statt Asperg“, indem er angesehen hat „die höhe des Bergs vnd vnbequamlichait, alle notturfftige ding dahin zubringen, ... die sonder gnad vnd fryhait“, dass a) die genannten Bürger und Einwohner „alle Stewer vnd schatzung von den guten, ligenden vnd farenden, die sie zu Asperg vnd in der selben mark hönd oder überkoment, vnd sunst gemayniglich Raysens, tag dienst, ander dienst vnd furung an dem schloss oder der Statt

asperg oder sunst zu tun, gantz fry vnd vnbeschwerdt sin vnd bliben sollen“ von der Herrschaft sowohl als von jedem Anderen, ausgenommen nur, dass sie im gräflichen Keller zu Asperg „so das not ist, Lerefass yn vnd vss ziehen vnd zu Herbst zyten die kelteren rumen vnd rusten“ mögen; dass ferner b) jeglichem Einwohner zu Asperg alljährlich „ain gab brenholtz“, und im Bedürfniss-Falle „zymerholtz zu zimlicher noturft“, sowie „stick holtz zum gertten, lattstangen vnd wyden“, jedoch gegen Verpflichtung, dasselbe in Jahresfrist zu verbauen, aus bestimmten Waldungen verabreicht und auch das „abholtz vnder dritthalben schuch“ oder „gefallens holtz“ daselbst überlassen, sodann auf Ansuchen bei dem Forstmeister die Eckerigslese gestattet werden solle, jedoch so, dass Schweine nicht in den Wald kommen dürfen, „es sy dann hartt gefroren“; dass c) weder die landesherrschaftlichen noch sonst Jemands Schäfer Vieh in die aspergischen Marken zu treiben befugt, dagegen aber auch die Asperger zur Reinigung des Schloss- und Stadtgrabens verbunden; endlich d) dass Todtschläger „vss gegenwer, zorn oder sunst ongevarlich vnd nit vss mutwillen“, wenn sie „gen Asperg“ kommen, „alda solichs todschlags halb fry vnnd sicher“ sein sollen. *Reyscher* a. a. O. Nr. 5 S. 106 flg.

3 **1490**, Jan. 12. Derselbe erlaubt den *Bürgern* „vnd armluten“ von Asperg, Bietigheim, Mögglingen und anderen Orten, s. g. Zuppen-Schafe *) zu halten, indem auf das andererseits erhobene Bedenken, dass diese Schafe anstossenden Schäfereibesitzern „vnlidenlich, vast schedlich, auch den obgenannten Burgern vnd Armenluten selbs nit nutz seyen“, von den Letzteren vorgebracht worden, „das ir notdurfft vnd ein gemend nutz sy, das sie Zuppen schauff halten“, sowie auch dafür die bisherige Uebung spreche; doch solle nur eine gewisse Zahl derselben zu halten gestattet sein, nämlich dem Meyer 25 und dem „gemeinen arman“ 15 Stücke, und bezüglich des Pferchschlags es bei dem Herkommen sein Bewenden behalten; endlich von den Amtleuten über die Beobachtung vorstehender Anordnung durch drei- bis viermalige Nachzählung in jedem Jahre eifrig gewacht und eine etwaige Ueberschreitung der gestatteten Anzahl mit Verlust der ganzen Schafherde des Schuldigen an die Herrschaft geahndet werden. *Reyscher* a. a. O. Nr. 6 S. 107 flg.

Die Burg Asperg mit dem anliegenden, schon im IX. Jhdt. als „villa cognominata Assesberg“ erwähnten Orte ist unzweifelhaft sammt dem ganzen Glemsgaue von den Grafen von Calw durch die Hand Herzog Welf's VI. an die Pfalzgrafen von Tübingen gekommen, von welchen sich dann ein Abzweig „Grafen von Asperg“ nannte. Allein bereits im J. 1308 (März 24) überliess Graf Ulrich II. von Asperg seine Burg und Stadt käuflich an den Grafen Eberhard den Erlauchten von Württemberg (*Reyscher* a. a. O. Nr. 1 S. 99 flg.), bei dessen Haus Asperg fortan verblieb.

In der nürtinger Landestheilung zwischen den gräflichen Brüdern Ludwig I. und Ulrich V. von Württemberg v. 25. Jan. 1442 fiel Asperg auf den Ludwig'schen oder s. g. uracher Antheil, und wenn daher in dem unter nr. 1 aufgeführten Documente Graf Ulrich als der Stadt „gnediger herre“ bezeichnet ist, so hat diess darin seinen Grund, dass derselbe nach Ludwig's im J. 1450 erfolgtem Tode über dessen minderjährige Söhne Ludwig II. und Eberhard als nächster Verwandter von der Schwertseite die Vormundschaft, und damit zugleich die interimistische Regierung in dem Theilgebiete der Letzteren führte. Im XVI. Jhdt. hat übrigens Asperg seine städtische Bedeutung eingebüsst. Vgl. L. *Schmid's* Gesch. der Pfalzgrafen von Tübingen (das. 1853. 8⁰.) S. 133, 221, 338—40, 345 flg. 508 flg. mit *v. Stälin*, Wirtemberg. Geschichte Thl. III S. 116, 458, 499, 707 flg.

Seinen Oberhof hatte Asperg wohl das ganze Mittelalter hindurch, wenn es gleich erst aus dem Ende desselben bezeugt wird, zu **Tübingen**, dessen Stadtrecht v. 1493 auch die Grundlage der von Herzog Ulrich VI. am 26. Nov. 1510 seiner Stadt Asperg gegebenen „Ordnungen vnd Statuten“ [bei F. Ch. J. *Fischer*, Versuch über die Gesch. der tttsch. Erbfolge, 1778, Bd. II S. 137—76 und auszüglich bei *Reyscher* a. a. O. Nr. 7 S. 108—15] gewesen ist. Vgl. L. *Schmid* a. a. O. UBuch S. 246.

Attendorn. XLIII.

(Preussen, Westfalen.)

J. D. *v. Steinen*, Westphäl. Gesch. Thl. IV (1760) S. 1103—07; *Seibertz*, Statutar- und Gewohnheitrechte des Hzgths. Westfalen S. 302—4. Eine Uebersicht der Rechtsurkunden Attendorn's mit einleitender Geschichtsskizze gibt *derselbe* in Wigand's

*) „Zuppen- oder Zaupelschafe“ sind zweischürige, welche, weil sie fortwährend zur Krätze neigen, immer geschmiert werden müssen. *Adelung's* Wörterb. IV, 1661.

Archiv f. Gesch. u. Alterthskde. Westphalens Bd. II (1828) Heft 3 S. 256—59.

1 **1222.** (Jun.) Erzbischof Engelbert I. von Cöln gibt seinen Bürgern („cives") die Freiheit, „quod nullus in antea ipsos extra opidum suum in judicium, quod frydinck dicitur, trahere presumat". *Seibertz*, UBuch Bd. III Nr. 1081 S. 442.

2 **1222.** (Dez.) Derselbe verleiht den Bürgern seiner neubefestigten Stadt Attendorn die Freiheiten und die Rechte der Stadt **Soest** — „cupimus universis innotescere, quod nos oppidum nostrum Attendorn, quod de novo fossatis et edificiis muniri fecimus, in honoris augmentum extollere volentes et paterna confovere provisione ei, civibus nostris in eo degentibus libertatem et omnia jura, que oppidum nostrum **Susaliense** ab antiquis habere dignoscitur, concessimus perpetuo tenenda, sub anathemate districtius inhibentes, ne quis ipsos in libertate eadem molestare vel eorum jura infringere ausu temerario presumat." *Seibertz* a. a. O. Bd. I Nr. 166 S. 217 flg.; Auszug in Aeg. *Gelenii* Vita S. Engelberti (Colon. 1633. 8^{0}.) p. 97.

Dass H. *Stangefol's* Nachricht in den Annales Circuli Westphalici Libr. III p. 254, Erzbischof Hermann II. von Cöln habe im J. 1040 dem Orte Attendorn „hujusmodi privilegia, qualia Susatum habebat" ertheilt, eine irrthümliche sei, wird wohl gegenwärtig Niemand mehr bezweifeln, da ja Erzbischof Anno in der Stiftungs-Urkunde des Klosters Grafschaft („grascaft") v. 1072 unter den „ecclesie et loca quae ad victum et vestitum monachorum deo et sancto Alexandro juste et legitime acquisita contradidit" auch die „ecclesia Attandarra" und die „curtis Attandarra" namhaft macht, mithin deutlich ausspricht, dass er diese beiden Bestandtheile Attendorn's erst neuerlich und eigens zum Zwecke seiner Klostergründung an sich gebracht habe. [*Seibertz*, UBuch a.a. O. Nr. 30 S. 33.] Es darf vielmehr der Erwerb des ganzen Ortes durch das Erzstift Cöln, abgesehen von den Jurisdictions-Gerechtsamen, welche noch lange in anderen Händen verblieben [nr. 4.], erst in den Ausgang des XII. Jhdts., und der Beginn einer Entwicklung städtischer Einrichtungen dortselbst nicht vor Engelbert den Heiligen, den Aussteller vorstehender Rechtsbriefe, gesetzt werden. Im westfälischen Marschallamts-Register a. d. J. 1293—1300 treffen wir übrigens das „opidum Attendarn" bereits als erzbischöfliche Münzstätte an. [*Seibertz* a. a. O. Nr. 484 S. 605.]

3 **1286**, Mai 2. Erzbischof Siegfried von Cöln confirmirt das in deutscher Uebertragung eingerückte Engelbert'sche Exemtions-Privileg von den Freigerichten (nr. 1), und wiederholt in ausführlicherer Fassung für sich und seine Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle die darin enthaltene Begünstigung, „dat neymant de selven borgere yn Attendarn off yemande van en vte erer Staet esschen off beyden sall vor dat gerychte geheyten vrydynck noch besweren noch dwyngen sall in generleye wyse". *Seibertz* a. a. O. Bd. III Nr. 1099 S. 461 flg.

1339, Jul. 12. Ritter Heidenreich 4
von Plettenbracht (des cölner Landmarschalls Johannes von Plettenbracht Sohn) und seine Gemahlin Pyronetta überlassen schenkungsweise an Erzbischof Walram von Cöln und seine Kirche ihr Schloss Schnellenberg und ausserdem „jurisdictionem opidi Attendernensis olim per patrem Heydenrici sua propria pecunia comparatam cum universis attinentiis". *Seibertz* a. a. O. Bd. II Nr. 671 S. 307 flg.

1374, Aug. 2. Erzbischof Friedrich III. 5
von Cöln begnadet den Rath („proconsules, consules") und die Bürger zu Attendorn dahin: „quod nulli opidani nostri Attendarienses in aliquo territorio nostro Westfalie extra Attendarn occasione aliquorum debitorum aut fidejussionum, judicio temporali, nisi hii dumtaxat, qui debita seu fidejussiones hujusmodi personaliter contraxerint aut promiserint, quomodolibet valeant arrestari, si tamen et in quantum debita et fidejussiones hujusmodi prosequentur*) in opido nostro Attendarn predicto justitiam consequi valeant expeditam". *Seibertz* a. a. O. Nr. 480 S. 613 flg.

1374, Aug. 3. Derselbe bestätiget sei- 6
nen Stadtbürgern zu Attendorn ein altes, die regelmässige Unveräusserlichkeit von Erbgütern an Auswärtige betreffendes Herkommen — „ipsis consuetudinem in dicto nostro opido a longis temporibus de gratia predecessorum nostrorum inviolabiliter observatam, videlicet, quod quecumque bona hereditaria ad heredes alicujus defuncti ratione successionis, donationis, legationis vel alias devoluta, infra dictum opidum nostrum situata, nemini vendi, donari aut ad aliquem alium quocumque titulo transferri valeant, nisi in opidanum in dicto nostro opido aut in alium ydoneum, cum id de nostro vel successorum nostrorum voluntate et licentia speciali processerit, approbamus, confirmamus et tenore presentium innovamus". *Seibertz* a. a. O. Nr. 841 S. 614.

1393, Jan. Bürgermeister, Rath 7
und Bürgergemeinde der „Stat van At-

*) Ist wohl „prosequentes" zu lesen.

tendarne" bekennen urkundlich, dass sie mit ihrem Herrn, dem Erzbischofe Friedrich III. von Cöln, sich dahin vereinigt haben, dass sie „van dato diss brieves an ind vort zu ewigen dagen nummerme eynchen Buysenburger zu yen entfangen off vur ere mitburgere verantwerden of halden solen", es wäre denn die Aufnahme bereits vor gegenwärtigem Briefe zugesagt worden und der Recipirte würde im Laufe des Jahrs 1393 „in die Stat varen"; sowie ferner, dass sie sich in Zukunft niemals „eynche vyssrichtinge van Bruchten, die erme genedigen heren van Colne an gerichte erschinent ind gevallent", anmassen wollten. *Seibertz* a. a. O. Nr. 887 S. 680 flg.

Der Liber jurium et feudorum Erzbischof Dietrich's II., um 1448 verfasst, erwähnt eines „Concordati inter Dominum et opidanos Attendarienses" von gleichem Tage, wonach Letztere statt der bisherigen Bede („petitio") zu 60 Mark jährlich „in antea LXXX solidos grossorum antiquorum aut LXXX florenos ponderosos ad placitum Domini vel pro dictis florenis pagamentum pro tempore usuale" zu entrichten sich anheischig machten. *Seibertz* a. a. O. Bd. I S. 605 Note 626.

8 **1417**, Febr. 16. Erzbischof Dietrich II. von Cöln bestätiget seinen Bürgern in Attendorn „quandam literam ipsis per felicis memorie dominum Engelbertum Archiepiscopum Coloniensem ... datam gratiose et concessam", nämlich den wörtlich eingerückten Bewidmungsbrief mit dem soester Rechte v. 1222 [nr. 2]. *Seibertz* a. a. O. Bd. III Nr. 1129 S. 498 flg.

9 **1455**. Derselbe geht mit der Bürgerschaft der Stadt Attendorn, welche sich gegen ihn empört hatte, einen Sühnevergleich des Inhalts ein, dass Letztere dem Erzbischofe neuerliche Huldigung leisten, dafür aber auch ihre Freiheiten und Rechte bestätigt, und noch einige andere Befugnisse z. B. bezüglich des Weinzapfens zugestanden erhalten solle. (R.) *Seibertz* im Archive a. a. O. S. 158.

10 **1488**, Oct. 12. Erzbischof Hermann IV. erneuert den Bürgern Attendorn's das alte Privileg [nr. 1, 3], „dat sy neymant vte der sulven Staidt Attendarn an vytwendyghe frygerichte esschen solle". (R.) *Seibertz* UBuch a. a. O. S. 462 flg. Note 384.

Verleihungen des attendornischen Rechts erfolgten an die beiden westfälischen Städte Menden (1372, 1414, 1480) und Olpe (1311).

XLIV. Aub.

(Bayern, Franken.)

1404, Jan. 1. König Ruprecht gestattet dem Konrad Herrn zu Weinsberg und dem Hans Truchsess Ritter von Baldersheim dem Alten, „ihren Markt Auwe mit Mauern und Gräben zu umfangen und zu befestigen, daraus eine Stadt zu machen — als sie des vormals daselbs angefangen habent — und in dieselbe Bürger aufzunehmen, ausgenommen solche Leute, die nachfolgende kriege hetten, oder ains herren vnverrechent Amptlüde oder yemands eigen weren. Auch bewilligt er ihnen die früher gewesenen fünf Jahrmärkte, vier auf die vier Frauentäge, den fünften auf den Sonntag nach Gallus, und einen Wochenmarkt alle Donnerstage; der Jahrmarkt nach St. Gallus wird von zwei auf acht Tage verlängert". (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 96 flg. nr. 1649.

In vorstehendem Privilege erscheint Aub als zur einen Hälfte den Truchsessen von Baldersheim (Baldoltesheim), Hohenlohischen Vasallen, und zur anderen dem alten Dynastengeschlechte von Weinsberg gehörig. Diese Theilung in zwei Halbstädte erhielt sich auch das ganze Mittelalter hindurch fort; doch war, wie aus einem Nutzungs-Register v. 1500 hervorgeht, „das Spitall zu Awe gemein vnd vngeteylt", sowie „auch das statgericht mit den Bussen vnd freveln vff den Gassen oder vff dem Markplan verhandelt", während von Allem, „was vff yder Herschafft gutten verfrevelt ward", dieser allein die Busse zufiel. Im J. 1481 trug nun Philipp der Aeltere von Weinsberg seinen Antheil am Städtchen nebst anderen Allodialgütern dem Hochstifte Würzburg zu einem rechten Sohn- und Tochterlehen auf, und als dann 1512 der Weinsberg'sche Mannsstamm ausgestorben, fasste Philipp's einzige Erbin, die kinderlose Gräfin Katharina von Königstein, mit Zustimmung ihres Gemahls, den Entschluss, ihre gesammte dem Bisthume Würzburg lehenbare Herrschaft Reichelsberg, zu welcher inzwischen „Awe die halbstatt" geschlagen worden war, an Bischof Konrad von Thüngen (1521) zu verkaufen. Vgl. J. J. *Seidner* in v. Fink's geöffneten Archiven f. d. Gesch. des K. Baiern Jahrg. I Heft 2 S. 167—70, 179; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 805 flg.

XLV. Auerbach.

(Bayern, Oberpfalz.)

Joh. *Neubig*, Auerbach, die ehemalige Kreis- und Landgerichts-Stadt in der Oberpfalz, Auerb. u. München 1839. 8⁰. [Mit zahlreichen Urkunden-Auszügen im Texte und in Noten.] Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 452 flg.; K. A. *Muffat* in der Bavaria Bd. II Abthl. 1 S. 448 flg.

1144. Bischof Egilbert von Bam- 1

berg verlegt mit Bewilligung König Konrad's III. den Markt zu Michelfeld auf Bitten des Abtes Adalbert daselbst, damit die Ruhe und Zucht der Mönche keinen Störungen ausgesetzt sei, nach dem Orte Auerbach, womit zugleich eine Uebersiedlung von Einwohnern verbunden sein sollte — „forum igitur cum villa ipsi monasterio (Michelfeldensi) adjacente, rogatu dilecti nostri Adalberti, ejusdem ecclesiae abbatis, annuente domino Conrado gloriosissimo Romanorum rege et Gebehardo ipsius loci advocato, in villam Urbach salvo ipsius ecclesiae omni jure fori illius transtulimus". *Ussermanni* Episcopatus Bambergens., Cod. Probat. Nr. C p. 94 sq. Vgl. *Neubig* a. a. O. §§. 5, 6 S. 8, 10.

Dieser Urkunde gebührte hier eine Stelle, weil sie bereits die ersten Keime von Auerbach's Entwicklung zu einem städtischen Gemeinwesen in sich trägt. Der nordgauische Ort war nämlich, und zwar unter der vielleicht auf blosem Irrthume des Urkundenschreibers beruhenden Benennung „Runbach", nebst Velden und Kemnath durch König Heinrich II. im J. 1008 „ad episcopalem sedem Babenberc" übereignet, und dann von Bischof Otto I. von Bamberg im J. 1119 dem Kloster Michelfeld geschenkt worden. Dieses scheint jedoch schon nach kurzer Zeit den Besitz Auerbach's wieder an das erwähnte Bisthum verloren zu haben, welches letztere seine grundherrlichen Rechte („jura et libertates in Urbach"), durch ein Privileg König Albrecht's v. 4. März 1301 noch einmal aufgefrischt, bis in die Mitte des XIV. Jhdts. mit geringer Unterbrechung aus Anlass einer vorübergehenden Verpfändung zu behaupten vermochte. Es war aber hier Auerbach, welches schon 1315 als Stadt mit eigenem Siegel begegnet, dem Kastenamte („officium") Veldenstein einverleibt, und wir lesen über die stiftischen Gerechtsame bezüglich des Städtchens im ältesten Bisthums-Urbare:

„Awerbach Opidum, proprietas est Episcopi, Theolonium, Judicium. Quodlibet macellum panum vel carnium solvit omni anno Episcopo xxiiij. denarios Babembergenses, et sunt jam in numero circa xl. macella. Aree sunt ibidem circa lxx. in numero, quelibet solvit Episcopo annuatim xv. denarios et specialiter vj. denarios pro lingnis dictos holczphenning. Et sunt ibidem xiiij. feuda, quodlibet solvit annuatim Episcopo xxxvj. denarios. Molendinum ibidem dictum kaudelmül solvit Episcopo annuatim xv. Solidos denariorum brevium" etc. etc.

Notandum. si aliquis homo residens in proprietatibus ecclesie Babenbergensis, videlicet Hersprukk, Amberch, vilsekk, Awerbach et in velden, de furtu, homicidio vel de alio enormi maleficio convictus coram judicio fuerit, vel eciam deprehensus, illius bona omnia recludere debet officiatus episcopi et in suam redigere potestatem, et maleficus jam morte condempnatus per senteneiam est tradendus regi vel duci vel alterius eorum judici ad plectandum maleficum pro reatu solum in suo vestitu, in quantum eum suus cingulus circumcingit. Item episcopus aut suus officiatus debet in hiis quatuor officiis, videlicet Hersprukk, Vilsekk, awerbach et in velden, omnia judicare preter de furtu et homicidio et causis mortis; nec tamen rex vel dux aut alterius eorum officiatus debet morte condempnatum liberare vel dimittere impunitum sine consensu episcopi vel officiati episcopi. Item ipse episcopus vel ejus officiatus habet et debet in predictis quatuor officiis statuere omnem vendicionem vini, panis, cervisie, medonis, carnium et aliarum rerum venalium, et punire, qui vendicione predicta excesserint vel quicquam contrarii duxerint attemptandum. Et quandocunque episcopus ad eadem officia venerit, debent sibi homines ibidem tunc in pabulo, pullis, ovis et caseis providere". Vgl. P. *Oesterreicher* in v. Fink's geöffneten Archiven f. d. Gesch. des K. Baiern Jahrg. II Heft 6 S. 151—57, 164—68.

Viel wechselvollere Geschicke erfuhr inzwischen die Vogtei über Auerbach. Wir sahen dieselbe bis 1174 in den Händen der Grafen von Sulzbach, zu denen auch der in der Urk. v. 1144 aufgeführte Gebhard (III.) zählt; nachher befindet sie sich als bambergisches Obertruchsessen-Amts-Lehen im Genusse der Hohenstaufen, zuletzt als Bestandtheil der Konradin'schen Erbschaft bei dem Hause der Wittelsbacher, von denen sich Herzog Ludwig II. im J. 1269 von dem Bischofe Berchtold von Bamberg damit belehnen liess. Im Vertrage zu Pavia v. 1329 kam dann „Aurbach der marcht" auf den Rudolph-Ruprecht'schen Antheil.

Unter dem Pfalzgrafen Rudolph II. [† 1353], dessen wohlwollender Fürsorge Auerbach mancherlei Begünstigung und sein erstes Privilegium (nr. 2—5) verdankt, trat nun in der Geschichte des Städtchens ein zweifacher Wendepunkt ein, indem a) die stiftbambergischen Proprietätsrechte den schon längst kundgegebenen Prätensionen der deutschen Könige, wonach Auerbach eine Zubehör des Reiches sein sollte, endlich weichen mussten, und der Ort wirklich in Rudolph's Besitz den Charakter einer auf König Adolph zurückgeführten, durch Kaiser Ludwig IV. 1331 neu bestätigten Reichspfandschaft annahm; und indem ferner b) der Grund zu der nachmals erfolgten Vereinigung

Auerbach's mit der Krone Böhmen gelegt ward. Pfalzgraf Rudolph hatte nämlich, als er seine Tochter Anna mit dem römischen Könige Karl IV. vermählte (1349), deren Mitgift auf seine oberpfälzischen Reichspfandschaften, darunter Auerbach, und zwar in der Art ausgesetzt, dass dieselben, wenn er selbst (Rudolph) kinderlos versterben, dagegen Anna's Ehe mit Kindern gesegnet sein würde, ihr Gemahl erbweise überkommen sollte. Da nun der vorgesehene Fall eingetreten, so gelangte Auerbach im J. 1353 in Karl's IV. und 1378 in König Wenzel's Besitz, von welchen Beiden es mit zahlreichen und wichtigen Freiheiten (nr. 6—9, 11—15) beglückt wurde. Die Thronentsetzung des Letzteren brachte jedoch die nach einer schweren Belagerung und Erstürmung völlig erschöpfte Stadt am 16. Oct. 1400 in die Hand König Ruprecht's und somit dem pfalzbayerischen Fürstenhause zurück. Vgl. *Fessmaier's* Versuch einer Staatsgeschichte der Oberpfalz Bdch. I S. 11 flg. 18, 32, 34, 44; *Neubig* a. a. O. §§. 7—10, 12—16 S. 12 flg. 17 flg.

Auch die städtische Verfassung Auerbach's hat übrigens im Laufe des XIV. Jhdts. alle Phasen ihrer Entwicklung durchschritten, indem wir nach der urkundlichen Zusammenstellung bei *Neubig* a. a. O. §. 53 S. 83 flg. *im* J. 1344 nur noch eines Richters mit Schöf*fen*, *in* den J. 1352 – 59 bereits eines geschworenen Raths, und 1374 eines demselben vorsitzenden Bürgermeisters Erwähnung gethan finden.

2 **1341.** Pfalzgraf Rudolph II. verbietet auf erhobene Beschwerde seiner „armen lüte ze Awrbach" dem Abte und Convente allda, „daz sie fürbaz mere keyn leythus, schuster, kremer, becker, tever[1]) oder ander kaufmanschaft da selbens vor iren Closter nit enthalten oder gestatten, daz daz jeman tue". *Neubig* a. a. O. §. 54 S. 87. (Extr.)

3 **1348.** Derselbe befiehlt wiederholt, „daz der abt sein tever vnd alle kaufmanschaft sol ablazzen vnd fürpasser nyme han ... biz daz si beiderseit (nämlich das Kloster und die Gemeinde) kuntschaft nach dez landez recht ervarend", worauf dann, wer von ihnen hienach das Recht für sich habe, dessen auch geniessen solle. Hiebei lässt jedoch der Pfalzgraf nicht unberührt, dass er „wol ervarn habe, daz der von Awrbach brief elter sei, denne dez abtz brief". *Neubig* a. a. O. (Extr.)

4 **1351.** Derselbe gibt seinen Amtleuten und obersten Förstern die Weisung, seine Bürger zu Auerbach in allen Rechten, Nutzungen und Gewohnheiten, insbesondere in jenen, welche sich auf den veldener Forst beziehen, zu schützen und zu schirmen. (R.) *Neubig* a. a. O. §. 11 nr. 2 S. 16.

1352. Derselbe gestattet dem Rathe und 5
den Bürgern seiner „Stat ze Aurbach" die Erhebung eines Zolles von Karren, Wagen, Kaufmannsgütern und Vieh — „darumb daz si ir prucken vnd ander ir notdurft der Stat da mit pezzern" mögen. *Neubig* a. a. O. nr. 3. (Extr.)

1354. Der römische König Karl IV. 6
befreiet die Bürger von Auerbach von der ferneren Entrichtung des Braugeldes. (R.) *Neubig* a. a. O. §. 13 nr. 1 S. 21.

1354. Derselbe bestätigt der Bürger- 7
schaft Auerbach's alle ihre bisherigen Freiheiten, Briefe, Rechte und Gewohnheiten, namentlich ihre Holzgerechtigkeiten im veldener Forste, wofür sie jedoch 120 Pfund alter Heller jährlich als Bete bezahlen sollen, und verordnet noch insbesondere, dass Niemand innerhalb einer Meile um die Stadt „Thaberney halden vnd schenken noch keynerleie kauffmanschaft, die dem Margte schedelich sei, tun möge", es hätten ihm denn von Alters her diese Rechte zugestanden. (R.) *Neubig* a. a. O. nr. 2.

1363. Derselbe (als Kaiser) erklärt, 8
dass die Stadt Auerbach von der Leistung „des Czinzes vnd Stewr" zu 120 Pfund Heller, welche sie an seinen Burgmann zu Rothenberg[2]) bis dahin zu entrichten hatte, in Zukunft los und frei sein solle. (R.) *Neubig* a. a. O. nr. 3.

1366. Derselbe verleiht der Stadt Auer- 9
bach in Nürnberg bezüglich aller von daher geholten oder dahin gelieferten Waaren vollkommene Zollfreiheit und droht den Verletzern dieses Privilegs eine Strafe von 100 Mark löthigen Silbers an, wovon die eine Hälfte der Stadt und die andere der königlichen Kammer zufallen soll. (R.) *Neubig* a. a. O. nr. 4.

1368. Der Münzmeister Leupolt 10
Gross („der Grozze")[3]) zu Nürnberg, als Pfandbesitzer des Zolles daselbst, gibt über den Umfang der vorstehenden Befreiung eine vom Kaiser verlangte nähere Erklärung ab:

---

1) Tever, Täfern d. h. Schenke. *Schmeller's* Bayer. Wörterb. I, 430.

2) Die Bergfeste Rothenberg [bei Schnaittach in der Provinz Mittelfranken des K. Bayern] hatte Karl IV. 1362 käuflich an Böhmen gebracht, welches sie mit Burgmannen besetzte. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 740.

3) Ueber diese patrizische Familie s. *Ulman Stromer's* Püchel von meim geslechet II, 32 (in *Hegel's* Chroniken von Nürnberg Bd. I S. 88 flg. m. Note 3).

„Ich ... bekenne offenlich mit disem brif fur mich vnd alle mein erben .. von gepot des Durchlewtigsten fürsten vnsers gnedigen Hern des Romischen kaysers karls .. daz er an vns begert hat vmb sein stat genant von Awrbach ... daz wir sie dez zolls ledig sagen ze Nuremberg, als hernach geschriben stet ietlich stuck besunders, daz ist gantze tuch, geslahtes vnd grobes gewandes, spetzerey, wie man die benennen mag, vnd allez daz in eine crame gehort, wein, mett vnd alln trank, den sie ze Nuremberg kauffen wurden. Auch sullen vnser burger ze Awrbach zolfrey sein ze Nuremberg vmb alle kaufmanschafft, die sie ze Nuremberg einfuren werden, ez sein pferd, rind, swein, ohsen, schaff vnd allerley vihe, vnslid, leder, gesaltzen fleisch, wachs, ysen vnd alle ander kaufmanschaft, die sie inne oder auz der stat ze Nuremberch furen werden, wie man die kauffmanschaft mit sunderlichen worten mag benennen. Auch setze ich vor auz hin dann, daz sie alle iare geben sullen einen weizzen becher mit pfeffer vnd ain weiz steblein vnd zween weizze hantschuh, alz die ander stet, die auch frey seint [4]). Daz ist ain wartzaichen, das sie damit freynus haben von ainem reiche alz ander stet, die ez auch geben alle iare.“ *Neubig* a. a. O. Note † S. 21, 22.

11 **1373**. Kaiser Karl IV. gestattet den Bürgern zu Auerbach, das zur Bereitung des Kalkes und der Ziegel für die Stadtbauten erforderliche Brennholz im veldener Forst zu nehmen. (R.) *Neubig* a. a. O. nr. 5.

12 **1374**. Derselbe begnadet die Stadt Auerbach dahin, dass auf den an jedem Montage allda stattfindenden Wochenmarkt alle in den Bezirken Auerbach, Thurndorf und Pegnitz Gesessenen ihr Getreide zum Kaufe bringen sollen. (R.) *Neubig* a. a. O. nr. 6 S. 22.

13 **1378**. König Wenzeslaus bestätiget den Bürgern der Stadt Auerbach alle ihre „briefe vnd handvesten, recht vnd gute gewohnheit“, und bestimmt ausserdem in Ansehung der denselben zustehenden Holzgerechtigkeiten im veldener Forste, a) dass die Bürger insgemein „prenneholz zu backen, zu prewen vnd sunst zu irer notdurft hawen vnd furen mögen one hindernusse“; b) dass ferner drei Hufschmiede und je zwei Wagner, Büttner und Häfner, von den erstgenannten jeder zehn Fuder Kohlen des Jahrs, die übrigen ihren Holzbedarf erhalten, dafür aber auch gewisse Gegenleistungen dem Statthalter auf dem Schlosshofe prästiren sollen; endlich c) dass anstatt des Schindelholzes den Auerbachern das nöthige Feuerungsmaterial zur Ziegel- und Kalkbrennerei, sowie an Baustämmen, wie viel sie deren bedürfen, zu verabfolgen sei. *Neubig* a. a. O. §. 14 S. 22 flg. (Extr.)

1397. Derselbe verleiht den Bürgern Auerbach's einen acht Tage vor Mariä Geburt und ebensoviele Tage danach umfassenden Jahrmarkt, und gestattet zugleich die Anlage von Weinbergen um die Stadt mit zehnjähriger Zehent- und Zinsfreiheit. (R.) *Neubig* a. a. O. S. 23. 14

1399. Derselbe erneuert der auerbacher Stadtgemeinde das Rudolphinische Privileg (nr. 5), dass sie „zur Besserung der Mauern, Thürme, Gräben, Brücken und anderer Notdurft“ von jedem hindurchkommenden Pferde zwei Pfenninge Brückenzoll erheben dürfe. (R.) *Neubig* a. a. O. S. 24. 15

1401, Febr. 9. König Ruprecht bestätigt den Bürgern seiner Stadt Auerbach ihre bisherigen Freiheiten und Rechte. (R.) *Neubig* a. a. O. §. 16 S. 26; *Chmel*, Reg. Rup. S. 8 nr. 143. 16

1401, Febr. 9. Derselbe befreit die Bürger von Auerbach auf zwölf Jahre von Steuer, Schatzung, Zins und Gülte. (R.) *Neubig* a. a. O.; *Chmel* a. a. O. nr. 144. 17

1405. Pfalzgraf Johann von Neumarkt [5]) confirmirt alle der Stadt Auerbach von seinem Vater, König Ruprecht, und seinen übrigen Vorfahren verliehenen Privilegien. (R.) *Neubig* a. a. O. §. 17 S. 27. 18

1418. Derselbe thut den Bürgern seiner Stadt Auerbach „die besunder genade ... das sy ein rathawse pawen süllen vnd mügendt ... auf dem margte oder platzze .. vnd auch fürbasser all protpecken, flaischhawer, fragner, kramer vnd ander, die stets vnd über jahr failsachen kauffen oder verkauffen, darunder failhaben vnd verkawffen, vnd susst nyndert in der Stat, vnd davon gewönlich glich vnd billich zinse geben sullent, ein yglicher nach vermugen vnd zeitlichen Dingen, vnd nachdem alsdann ... der Rate in der Stat zu Awrbach denselben zinss einem yglichen scheppfet vnd aufsetzzt“; dass aber auch „ausslüte“ an den Jahrmärkten gegen billigen Zins unter dem Rathhause ihren Handel treiben dürfen, und endlich 19

---

4) Vgl. *Fries*, Pfeifer-Gericht S. 7 flg. 147 flg. 214 flg. 231 flg.

5) Johann hatte nämlich schon bei Lebzeiten seines Vaters, König Ruprecht's, die Regierungs-Verwesung in den gesammten oberpfälzischen Landen überkommen, erhielt aber dann durch die schiedsrichterliche Theilung der letzteren im J. 1410 unter den 31 Städten, Märkten, Burgen und Vesten auch Auerbach auf seinen Antheil. *Fessmaier* a. a. O. S. 53, 58.

„was also zinses, gulte vnd nutzzung von demselben hawse oben vnd vnden gefellt, der Stat vnd den burgern gemeinklichen, reichen vnd armen, zu nutzz vnd zu frumen komen“ solle. *Neubig* a. a. O. S. 27 Note*. (Extr.)

20 **1418**. Derselbe verordnet zu Gunsten seiner Stadt Auerbach, „das all kauflüte vnd ir wagenlüte mit irn wagngeschirrn vnd kaufmanschafft die strasse durch Awrbach, alls dann die Strass da vormals durchgegangen ist, faren“ müssen, und dass hierauf und auf die den Uebertretern angedrohte Geldbusse von 15 Gulden die Fuhrleute, wenn sie gegen Tumbach kämen, von den „geleittslüten vnd zollnern doselbs“ aufmerksam gemacht werden, endlich dass Letztere auch den Wirthen zu Michelfeld und Ahornbach die Beherbergung von „wagenlüten“ über Nacht bei gleicher Strafe untersagen sollten. *Neubig* a. a. O. nr. 3 S. 27, 28. (Extr.)

21 **1428**. Derselbe erneuert den Bürgern zu Auerbach ihr Zollprivileg (nr. 15), auf dass „si Bruck vnd Graben davon desterbass gebessern mogen nach notdurft.“ (R.) *Neubig* a. a. O. nr. 4 S. 28.

22 **1430**. Derselbe gewährt den durch den Hussiten-Einfall zu grossem Schaden gekommenen Bürgern von Auerbach auf fünfzehn Jahre Nachlass der gewöhnlichen Steuer und Befreiung von aller ausserordentlichen Schatzung. (R.) *Neubig* a. a. O. §. 18 S. 30 nr. 1.

23 **1431**. Der römische König Sigismund confirmirt der Stadt Auerbach alle ihre bisherigen Freiheiten und Rechte, was er als Kaiser 1434 wiederholt. (R.) *Neubig* a. a. O. S. 31.

24 **1433**. Pfalzgraf Johann erlaubt dem Rathe zu Auerbach, die Einnahme aus dem Ungelde von Getränken, nämlich Wein, Meth und Bier, zum Nutzen der Stadt zu verwenden. (R.) *Neubig* a. a. O. S. 30 nr. 2.

25 **1433**, Nov. 17. Derselbe erneuert der Stadt Auerbach „das alte Herkommen, dass nach dem Tode eines Bürgers oder einer Bürgerin auch die Enkel ihres Ahnherren oder ihrer Ahnfrau Gut mit den rechten Kindern erben sollen.“ (R.) *Muffat* a. a. O. S. 450.

26 **1439**. Derselbe verfügt, um dem seit dem Böhmenkriege gesunkenen Wohlstande seiner Stadt Auerbach wieder aufzuhelfen, dass „wo vnd an welchen Endten man In den Herschafften Aurbach vnd Turndorf schencket, man von denselben Tafern vnd Schenkhewsern nyndert anders dann in Aurbach sülch getrankh, so sie dan veil haben, nemen vnd kauffen solle“, und zwar bei Strafe eines halben Pfundes Pfennige für jeden anderswoher bezogenen Eimer. *Neubig* a. a. O. nr. 3.

1443. Pfalzgraf Christoph zu Neumarkt, König in Dänemark, Schweden und Norwegen, ertheilt den sämmtlichen Freiheiten und Rechten der Stadt Auerbach seine Bestätigung. (R.) *Neubig* a. a. O. §. 19 S. 31. 27

1445. Derselbe erklärt, den seinen Bürgern zu Auerbach in Nachahmung der Handlungsweise seines Vaters schon bei dessen Tod auf fünf Jahre bewilligten Steuernachlass nun auf drei weitere Jahre erstrecken zu wollen. *Neubig* a. a. O. (Extr.) 28

1448. Markgraf Johann zu Brandenburg [der Vater von Christoph's Gemahlin Dorothea, zu deren Witthum Auerbach gehörte] confirmirt unmittelbar nach seines Eidams Ableben die Privilegien der Stadt Auerbach. (R.) *Neubig* a. a. O. S. 32. 29

Solche allgemeine Confirmationsbriefe werden auch von Christoph's Nachfolgern, den Pfalzgrafen Otto I. (1448–61) und Otto II. (1461—99) aus der mosbachischen Linie, bei *Neubig* a. a. O. §. 20 S. 32 erwähnt.

Bemerkt möge endlich noch werden, dass das Recht von Auerbach auf die Stadt Erlangen (1398) übertragen worden ist.

XLVI. Augsburg.

(Bayern, Schwaben.)

Marci *Velseri* († 1614) Rerum Augustanarum Vindelicarum Libri VIII [usque ad a. 562 p. Chr.], Venet. 1594; Francof. 1595; Aug. Vind. 1620; Norimberg. (cum al. opp. hist. et philol. ex edit. Chr. Arnoldi) 1682. fol. Marx *Welser's* dess Jüngern Chronica Der Weitberüempten Keyserlichen Freyen vnd dess Reichs Statt Augspurg in Schwaben . . . in vnser teutschen Spraach in Truck verfertigt durch Engelbertum *Werlichium*, Franckf. a. M. 1595. fol. — Achill. Pirmin. *Gassari* († 1577) „Annales de vetustate originis, amoenitate situs, splendore aedificiorum, ac rebus gestis civium reipublicaeque Augstburgensis“ [usque ad a. 1576] in J. B. *Menckenii* Scriptt. rerum Germ. Tom. I (1728) col. 1315—1952. Anderer Theil Der Weitber. Kays. vnd dess H. Reichs Statt Augsspurg i. Schw. Chronica aus weyland A. Pirm. *Gasseri* von Lindaw, der Artzney Doctoris vnd ehegedachter Statt Augspurg Physici, Chronica . . . gezogen vnd in vnser Teutsche Sprach in offentlichen Truck gegeben . . . durch Wolffgangum *Hartmannum*, Pfarr-Herrn zu Eberspach,

II Thl. Basel 1595. fol. *) — P. Car. *Stengelii*, Ord. S. Bened., Rerum Augustanarum Vindelicarum Commentarius ab urbe condita ad nostra usque tempora, II Pts. Ingolstad. 1647. 4⁰. — Paul *v. Stetten*, Geschichte Der Heil. Röm. Reichs Freyen Stadt Augspurg, Aus Bewährten Jahr-Büchern und Tüchtigen Urkunden [und schrifftlichen Handlungen] gezogen, Und an das Licht gegeben, II Thle. Franckf. u. Leipz. 1743—58. 4⁰. Hierher gehören blos Thl. I S. 1—252.

F. K. *Gullmann*, Geschichte der Stadt Augsburg seit ihrer Entstehung bis zum J. 1806, VI Bde. Augsb. [1818] 8⁰. Nur Bd. I S. 10—198 betreffen das Mittelalter. — C. J. *Wagenseil*, Versuch einer Geschichte der Stadt Augsburg. Ein Lesebuch für alle Stände, IV Thle. in 5 Bdn. Augsb. 1819—22. 8⁰. — Fr. E. Frh. *v. Seida und Landensberg*, Augsburg's Geschichte von Erbauung der Stadt bis zum Tode Maximilian Joseph's, ersten Königs von Bayern 1825, II Hälften (mit fortlaufender Paginirung) Augsb. 1826. 8⁰. — K. *Jäger*, Geschichte der Stadt [der kgl. Kreishauptstadt] Augsburg, Darmstadt 1837; 2. Ausg. Augsb. 1862. 8⁰. — Th. *Herberger*, Kaiser Ludwig der Bayer und die treue Stadt Augsburg, mit einer Auswahl der wichtigsten, noch ungedruckten Urkk., Augsb. o. JZ. 4⁰.

Vgl. auch *Scheidemantel's* Repertorium des Tsch. Staats- und Lehnrechts Thl. I S. 247—52; *Hugo*, Mediatis. S. 32 flg.; *Arnold* in der heidelberger krit. Ztschr. f. d. ges. RWiss. Bd. I (1853) S. 331 flg.; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 931 flg.; *Schmid*, Reichsstädte S. 22 flg.

Culturgeschichtliche Literatur: P. *v. Stetten* d. j., Kunst-, Gewerb- und Handwerks-Geschichte der Reichs-Stadt Augsburg, II Thle., das. 1779—88, 8⁰. [bes. Thl. I S. 3—7.] Th. *Herberger*, Augsburg und seine frühere Industrie, das. 1852. 8⁰. — D. E. *Beyschlag*, Versuch einer Münzgeschichte Augsburgs in dem Mittelalter, Stuttg. u. Tübing. 1835. 8⁰. S. 1—66, 165—72.

Specialliteratur über Verfassungs- und Rechtsgeschichte:

a. Aelteste Zeit: G. L. *Maurer*, Ueber die Bayrischen Städte und ihre Verfassung unter der Römischen und Fränkischen Herrschaft, München 1829. 4⁰. Dazu als Quellenwerke: J. N. *v. Raiser*, Die römischen Alterthümer zu Augsburg, das. 1820. 4⁰. S. 7, 10, 21, 22, 30, 32, 38—40, 60, 71, 72, 82, 84 (Inschriften) und „Notitia Dignitatum in partibus Occidentis“ ed E. *Böcking*, Bonn. 1853. 8⁰., p. 48, 66, 348, 444 etc.

b. Späteres Mittelalter: David *Langenmantel*, Historie Des Regiments Jn des Heil. Röm. Reichs Stadt Augspurg, Franckf. u. Leipz. 1725 fol. Neue Ausg. „mit wichtigen Urkunden vermehret“ von Jac. *Brucker*, Augsp. 1734 fol. Eine Ergänzung des Buches bietet des Letzteren schätzbare Abhandlung: „De Advocatis S. R. Lib. Civitatis Augustae Vindelicorum“ in *Wegelini* Thesaur. Rer. Suev. Vol. IV Nr. IV p. 35—47. Ausserdem verdienen noch die beiden Dissertationen von J. Gttfr. *Morell* (praes. G. F. *Deinlein*) „de jure statutario illustris reipublicae Augustanae in genere, et spec. de eo, quod ibi justum est circa obsignationes“, Altdorf. 1743. 4⁰., und von J. T. *Ritter* (sub moderam. J. W. *Dietmar*) „de juribus civitatum imperialium, praesertim de juribus et privilegiis lib. imp. civitatis Augustae Vindelicorum“, Jenae 1754. 4⁰. Beachtung. Man findet sie auch, erstere mit *Brucker's* Anmerkungen, in *Wegelini* Thesaur. l. c. Nr. V, VIII p. 48—71, 86—106.

Verhältniss der Reichsstadt zum Bisthume: Plac. *Braun*, Geschichte der Bischöfe von Augsburg, chronologisch und diplomatisch verfasst, und mit histor. Bemerkungen beleuchtet, IV Bde. Augsb. 1813—15. 8⁰. Dazu als Urkundensammlung: „Monumenta Episcopatus Augustani“ in den *Monum. Boic.* Voll. XXXIII—XXXV[a] s. Collect. nov. Vol. VI—VIII[a] (1841—47). Von dem letzten Bande, welcher das Necrologium Augustanum und den Liber ordinationum enthält, bezieht sich lediglich der „Index“ hierher.

An einem das stadtgeschichtliche Urkunden-Material, dessen Reichthum bereits *v. Stetten* [Kurtze Nachricht von denen Scriptt. Rer. Aug. Nr. IV vor seiner Gesch. *Thl. I*] angedeutet hat, zusammenfassenden Codex diplomaticus Augsburg's fehlt es leider! noch immer, und ist daher der Rechtshistoriker gezwungen, in Ansehung der Privilegien sich fast ausschliesslich an die völlig unkritischen, theilweise verstümmelten Texte in *Lünig's* RA. Thl. XIII S. 89—115 und *Moser's* Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 91—102, wozu *P. Georgisch* im Index Regestorum col. 39 sq. eine chronologische Uebersicht gewährt, halten zu müssen.

Tacitus spricht bekanntlich von einer „splendidissima Rhaetiae colonia“. Es ist wohl „Augusta Vindelicorum s. Vindelicensis, Aelia Augusta“ gemeint[1]), schon sehr

*) Gewöhnlich der Werlich'schen Uebersetzung als Theile II, III ohne besondern Titel angehangt.

1) Reginum nach *Wittmann*, Die älteste Gesch. der Markomannen (München 1855. 4⁰.) S. 42 m. Note 2.

frühe durch die Pracht ihrer Bau- und Bildwerke, wie als Marktplatz nachbarlicher Germanenstämme weithin berühmt, der Amtssitz der obersten Staatsbehörden, vermuthlich des praeses provinciae selbst, jedenfalls eines praepositus thesaurorum, ausserdem im Genusse aller jener organischen Einrichtungen, welche römische Municipien charakterisiren — des ordo decurionum mit duoviri, triumviri, quatuorviri, sexviri. Aber die Wirren der Völkerwanderung verhüllen vor unserem Auge für eine Reihe von Jahrhunderten die Schicksale der Stadt. Nur so viel wissen wir, dass sie eine Beute der Alamannen ward, ohne einer völligen Zerstörung zu unterliegen. Sobald sich dann das Dunkel der Geschichte wieder lichtet, finden wir im VI. Jhdt. Augsburg im Besitze der Frankenkönige, mit einem palatium regium, Hauptort der provincia Alamannia, in Ansehung der Rechtspflege dem Grafen des „Augesgowe" untergeben. Eine neue Bedeutung hat es inzwischen noch dadurch gewonnen, dass es — schon seit dem Martertode der heil. Afra eine kirchlich gefeierte Stätte — um 582 der Träger eines, weit nach Baiwarien hinein sich erstreckenden Bisthums geworden ist. Die Karlingische Epoche verstrickte zwar auch Augsburg in die Drangsale ihrer Kriege; der Rang und Namen einer „civitas" blieb ihm aber demungeachtet nach dem Zeugnisse der Annalen und Urkunden bewahrt, und in den friedlicheren Zeiten der schwäbischen Herzoge sehen wir die Stadt alsbald, von der sich immer mehrenden Gunst der deutschen Könige gehoben, zu ihrem alten Glanze zurückkehren. Bereits das X. und XI. Jhdt. zeigen uns dieselbe im Rufe eines blühenden Gewerbfleisses, als Centralpunkt eines die Rheingebiete und Welschland berührenden Handelsverkehrs, als herzogliche, königliche, sowie seit 923 bischöfliche Münzstätte. Aber auch die ersten Entwicklungsphasen seiner städtischen Verfassung scheint Augsburg bereits vor dem Beginne des XII. Jhdts. durchlaufen zu haben. Denn dieselbe tritt uns abgeschlossen und in ihren Grundzügen fixirt, als ein fertiges Bild in dem Rahmen der nachfolgenden Urkunde entgegen.

1 **1156**, Jun. 21. Kaiser Friedrich I. bestätigt während seiner Anwesenheit in der Stadt Augsburg auf Bitten des Bischofs Konrad, seines Clerus und der Bürgergemeinde allda, das schon einmal durch Kaiser Heinrich IV. auf dem Reichstage zu Regensburg (1104) in Gegenwart des Vogts Adelgoz und Burggrafen Konrad confirmirte „jus advocatorum, urbis praefecti, civitatensium, omnium ordinum tocius civitatis" vom Neuen, da man ihm beschwerend vorgestellt hatte, „quod civitas nullo certo juris ordine vel termino fungeretur" [2]).

Das wichtige, bis jetzt nur von *de Lang*, Reg. Boic. Vol. I p. 221[a] und *Jäger* a. a. O. S. 32 in seiner Aechtheit bezweifelte Document umfasst zwei selbständige Bestandtheile, nämlich A) das „statutum Heinrici imperatoris ex concilio Ratisponensi (a. 1104), quo advocatis justicia quam in Augusta, in Strubingen, in Gisenhusen habere deberent, determinatur" [3]), worin in wenigen kurzen Sätzen von der jährlichen Gerichtshaltung des augsburger Vogts an den drei Dingstätten ausserhalb der Stadt, von den ihm hiefür gebührenden Naturalreichnissen, sowie von der Vertheilung der banni, satisfactiones und wergelta zwischen ihm und dem bischöflichen Capitel („fratres") gehandelt wird; und B) die „Justicia Augustensis civitatis" selbst, welche wieder in fünf Artikel zerfällt. Der Ite ohne besondere Aufschrift [4]) betrifft a) den „violator urbanae pacis" und seine Bestrafung; b) die Ernennung des „praefectus, monetarius, plebanus" durch den Bischof, unter Anerkennung des den „ministeriales episcopi" und der städtischen Gemeinde zustehenden Rechts der „peticio"; c) die Amtsverhältnisse des Münzmeisters, dessen Strafe bei Ueberführung wegen Betrugs, seine Aufsicht über den Geldwechsel, von welcher blos die „institutores civitatis qui Coloniam vadunt" eximirt erscheinen, endlich d) die wider die „camera episcopi" d. i. die bischöflichen Finanzgerechtsame gerichteten Vergehen des Friedbruches im Münzhause und der Gewichtsfälschung. — Der IIte Artikel, überschrieben: „Nunc de justicia domni episcopi" [5]), normirt zunächst die dem Bischofe zukommenden Zoll-Antheile, Bad-Geschenke, Michaelis-Grundzinsen, Reisegelder und Romfahrts-Beden, worauf noch demselben die Geldbussen wegen unrichtigen Gemässes und überhaupt „omnis satisfactio in civitate bonis redimenda ... excepta temeritate et injustitia et his etiam exceptis, qui morte plectendi sunt vel truncandi" zugesprochen werden. — Im IIIten Artikel mit dem Rubrum: „Et hec est urbana justicia" [6]) folgen dann Bestimmungen über die Ersitzung von Hofgütern („curtilia") binnen Jahr und Tag, den Schutz eines erworbenen „jus civitatis" gegen Anfechtungen „de jure proprietatis vel beneficii", und die rechtliche Stellung des Königs-Zinsmannes („censua-

---

2) Prooemium, b. *Gaupp* Art. I.
3) *Gaupp* Art. II §§. 1—5.
4) *Gaupp* Art. III §§. 1—7.
5) *Gaupp* Art. III §. 8—13.
6) *Gaupp* Art. IV §§. 1 – 3.

lis"), welcher ein kirchenhöriges Weib zur Ehe nahm, gegenüber seiner Herrschaft („censualis nummus; tria legitima placita advocati; optimum jumentum etc.") und dem als dessen „defensor justiciae" erscheinenden Bischofe. — Der IVte Artikel ist betitelt: „De justicia advocati" [7]). Nach den Vorschriften desselben hat der Vogt alljährlich drei ächte Dinge abzuhalten und in diesen stets die Urthelsprüche auf das Stadtrecht („urbanorum justicia") zu gründen, ausser jenen Gerichtstagen aber niemals um der Rechtssprechung willen ohne Aufforderung die Stadt zu betreten. Seine Jurisdiction wird auf „temeritas, injusticia, monomachia" eingeschränkt. Als Richtergefälle sind ihm eigens hiefür aufgelegte Fleischer- und Bäcker-Zinse, ferner ein Drittel von den Abgaben der Bann-Wirthe, sowie ein halber Denar von jeder Salztonne zugewiesen. — Endlich der Vte Artikel, mit den Worten „Nunc etiam de praefecti justicia dicemus" beginnend [8]), hat den Wirkungskreis und die Gerechtsame des Burggrafen zum Gegenstande. Ihm liegt danach ob, täglich zu Gericht zu sitzen „secundum urbanorum justiciam", sodann die Bereitung des Brodes [dessen Güte durch ein monatweise anzustellendes Wasserprobe-Verfahren, „judicium frigide aque", constatirt werden soll] und das Brauwesen zu überwachen, und die von den Bäckern und Brauwirthen durch Lieferung schlechten Backwerks und Biers, von Letzteren auch durch unredliche Zumessung begangenen Unterschleife nach den strengen Pönalsatzungen, welche selbst Strafe an Haut und Haar nicht ausschliessen, zu ahnden. Gehaltloses Bier soll überdiess vernichtet oder den Armen ohne Entgeld überlassen werden. Hieran reiht sich die Festsetzung der von den genannten beiden Handwerken, sowie von den „carnifices" und „salsuciarii" (Wurstmachern), über welche sich also die burggräfliche Polizeigewalt auch erstreckt haben muss, an den „praefectus urbis" und die „praecones" (Büttel) zu leistenden Gewerbsgebühren, welchen aber auch bestimmte Gegen-Geschenke in Geld von Seite des Burggrafen entsprechen. Als sonderliche Bürgerlast der salsuciarii wird hierauf noch die Bewachung der wegen Friedbruchs oder Schulden verhafteten Leute hervorgehoben. Zum Schlusse finden sich noch Bestimmungen über die „taberna episcopi" und die von deren Inhaber zu entrichtenden Geld- und Naturalabgaben; über die dem Bischofe, wenn er zum königlichen Hofe oder auf eine Heerfahrt oder zu seiner „consecratio" sich begibt, vom Burggrafen zu prästirenden Ehrenleistungen und Beisteuern („praefectus ei duas cirotecas et pilleum et insuper suum subsidium dabit"); über das Recht des Ersteren, auf erhobene „universalis querimonia" den als schuldhaft befundenen Vogt und Burggrafen, wenn sie innerhalb vorgesteckter Frist sich nicht rechtfertigen, ihrer Amtsgewalt zu entsetzen, sowie über das Verfahren wider Auswärtige, welche einen augsburger Bürger beraubt haben und sich darauf in der Stadt blicken lassen, beigefügt.

Abdrücke: *Monum. Boic.* Vol. XXIXa (1831) p. 327 — 32; *Gaupp*, Stadtrechte Bd. II S. 199—206.

Erläuterungen: Pl. *Braun* a. a. O. Bd. II S. 127—37; *Gaupp* a. a. O. S. 189—99; *Arnold*, Freistädte Bd. I S. 107—12; *Nitzsch*, Ministerialität und Bürgerthum S. 284—99; *Osenbrüggen*, Alamannisches Strafrecht S. 347 flg.

Entstehungsgeschichte: *Gassarus* l. c. col. 1424 [auch b. *Riccius*, Entwurff S. 34]; *v. Stetten*, Gesch. Thl. I S. 58; *Monum. Boica* l. c. p. 333, 34 not. e; *Gaupp* a. a. O. S. 185 — 89; *Arnold* a. a. O. S. 109 m. Note 2.

Von vorstehender Stadtrechts-Urkunde hat J. G. *v. Lori* in seiner Geschichte des Lechrains Bd. II Nr II, IV, V S. 2—5 aus einer Hdschr. der kurfürstl. Hofbibliothek zu München eine ziemlich wortgetreue, für die Auslegung nicht unerhebliche Verdeutschung bekannt gemacht, welche wahrscheinlich bereits im XII. Jhdt. verfasst worden, aber in der uns vorliegenden Form erst dem XIVten angehören dürfte. Da der Herausgeber das Original nicht vergleichen konnte, so theilt er die drei das Ganze bildenden Stücke, als ebensoviele selbständige Documente, mit Rücksicht auf die vorgefundenen Zeitangaben, chronologisch, jedoch in einer vom Urtexte abweichenden Reihenfolge mit. Es enthält nämlich α) die Urk. Nr. IV „K. Friederichs Bestättigung der Vogtrechte in Augsburg" S. 3, 4 lediglich das Prooemium [Art. I] [9]) mit den Schlussworten: „Geschehen im Jar 1152 auf dem Reichstag zu Regenspurg, da er zugegen war"; β) die Urk. Nr. II „Kaiser Heinrichs III. Bestimmung der Vogtrechte auf den Gütern des Augsburgischen Domcapitels" mit dem Datum „Beschehen zu Regenspurg auf des Königs Hofe, nach der Fleischwerdung Christi im 1042 [Jar] den 6. Kalend. des Brachmonats" S. 2 den Bestandtheil A. des Originals [Art. II] mit einigen, wohl auf Schreibversehen beruhenden Diffe-

7) *Gaupp* Art. V §§. 1—3.
8) *Gaupp* Art. VI §§. 1—11.

9) Nach *Gaupp's* Eintheilung.

renzen in den Zeugen-Namen, endlich γ) die Urk. Nr. V „Kaiser Friederichs I. Beställigung und Erläuterung der Vogtrechte in Augsburg" mit dem Datum „Geben zu Niernberg 11 Kalend. Julii Indiction 5. Anno 1156" S. 4, 5 den gesammten Bestandtheil B des Urtexts [Art. III — VI] mit dem Hauptrubrum: „Die Gerechtigkeit der Stadt Augspurg ist dise", und den Specialüberschriften: „Von des Bischoffs Recht, weiter ist dises der Statt Recht, des Vogts Recht ist dises, jez wöllen wir von des Pflegers Recht sagen."

2 **1231**, Nov. 22. König Heinrich VII. bestätiget unter Bischof Siboto „ecclesiae augustensi ... medietatem precariarum seu collectarum, quas [rex] a civibus augustensibus deinceps duxerit exigendas". *Monum. Boic.* Vol. XXX p. 180 sq.

3 **1251**, Mai 9. Bischof Hartmann [Graf von Dillingen] zu Augsburg sichert zur Beseitigung eines zwischen ihm und der Bürgerschaft daselbst entstandenen, bis zur offenen Feldschlacht am Hammelberge ausgearteten Zerwürfnisses der Letzteren in einem Vertrage die Anerkennung nachfolgender „libertates et jura" zu: a) sämmtliche Stadtthore sollten die Bürger in ihrer Gewalt und Obhut haben; b) der „civis servilis conditionis" sollte seinem Herrn jährlich nur 12 Pfennige augsburger Münze oder den gleichen Werth in anderer „pro obsequio", der „servus in feodum datus" aber seinem „feodatarius" blos vier Kannen Meth, und jeden Rückstand hierin bei des Pflichtigen Tod dessen Wittwe oder Erbe nachzuleisten haben: c) erblose Güter, unbewegliche wie bewegliche, sollten an den Herrn fallen; d) Zinsleute den herkömmlichen Jahrzins entrichten; e) nach dem Ableben eines solchen jedoch „vestis melior, qua in foro et in ecclesia usus est" dem Zinsmeister oder der Kirche gebühren, ohne dass Frau und Erben weiter belastet werden dürften; f) würden Wittwe und Erbfolger nicht vorhanden sein, sollte Eigen und Fahrniss an die Kirche übergehen, welcher der Verstorbene zinsbar gewesen; g) „ministeriales et liberae personae" seien lediglich das bei den übrigen Bürgern Hergebrachte zu prästiren schuldig; h) gehe aber ein „ministerialis ecclesiae" unbeweibt und unbeerbt mit Tod ab, so sollte dessen ganzen Nachlass diejenige Kirche erhalten, deren Dienstmann er bei Lebzeiten war; i) in Ansehung der in Augsburg wohnhaften „clerici et milites" müsse es bei dem „jus commune" und den „bonae consuetudines" sein Bewenden haben; k) die bischöflichen „officiales" und Hörigen („familia"), ferner die „canonici seu claustrales" dürften mit keinerlei „collecta et stiura" belegt werden — „nisi forte tales fuerint, qui negotiationes consueverint exercere"; l) auch seien endlich die bischöflichen Güter und Besitzungen mit jeder „collecta seu vexatio" zu verschonen, welcher „emunitas" auch die „bona et possessiones Canonicorum et aliquorum claustralium" geniessen sollten. *Hugo* a. a. O. Urk. Nr. 2 S. 205 — 7 [10]). Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 72.

1254, Mai 4. Derselbe Bischof Hartmann beurkundet einen durch acht gewählte 4
Schiedmänner zur endlichen Beilegung neuerdings zwischen ihm und der Bürgergemeinde zu Augsburg ausgebrochener Streitigkeiten auf geleisteten Eid ertheilten Sühnespruch, nach dessen erstem Haupttheile es bei dem vom Bischofe sofort bei seinem Eintritte in das Kirchenamt, wenn auch unfreiwillig, den Bürgern verliehenen „privilegium" sowie deren Gegenversprechungen sein Verbleiben haben, der Bischof und der Vogt die ihnen zustehenden Rechte in- und ausserhalb der Stadt fernerhin ausüben, eine Schadensvergütung an die Bürger in Folge Verzichtes unterbleiben, der Bischof keinen anderen, als den unter seinen Vorgängern üblich gewesenen Zoll erheben, und die Bürger „in perceptione Thelonei quod vulgariter vngelt dicitur" nicht hindern, dagegen ihm die Stadt, „ut Civibus magis gratiosus et favorabilis existat" alljährlich, jedoch blos bis zur Rückkehr des Königs aus Italien, 100 Pfund augsburger Pfennige zu Johannis entrichten, endlich überhaupt wechselseitig jegliche Unbill und Verletzung „interveniente pacis osculo" verziehen werden sollte; worauf dann im zweiten Haupttheile Bestimmungen sich anknüpfen, wie es mit den etwaigen Ansprüchen und Forderungen Einzelner „ex familia episcopi" gegen Bürger und umgekehrt, sowie in Fällen künftig unter den Parteien wieder vorkommender Schädigungen gehalten werden solle. Zum Zwecke der Ausgleichung letzterer wird ein eigenes Schiedsrichter-Collegium, aus fünf Männern bestehend, mit Substitutions-Befugniss bei eintretenden Lücken, niedergesetzt. *Hugo* a.a.O. Nr. 3 S. 207 — 10. [Genaue Inhaltsdarstellung bei *v. Stetten* a. a. O. S. 72, 73.]

1259, Jan. 2. Der genannte Bischof 5
Hartmann überträgt für 100 Pfund augsburger Pfennige, welche er zum Besten seiner Kirche verwendet, „thelonium sue civitatis ecclesie sue pertinens ab antiquo" auf die Söhne des Bürgers Heinrich Schongauer „jure personali, quod vulgariter lipgedinge .

---

10) In dem überhaupt nicht völlig correcten Abdrucke findet sich: „*Hermannus*" statt Hartmannus.

dicitur, sine quolibet serviciorum honere, exceptis duntaxat tribus libris Augustensibus solvendis annuatim in cena domini et in operimentum pauperum convertendis, cum usufructu debito, quoad vixerint, possidendum", welche Uebertragung an demselben Tage das Domcapitel bestätiget. *Monum. Boic.* Vol. XXXIII p. 92 sq. 94 sq.

6 **1262**, Jul. 26. Derselbe überlässt auf zwölf Jahre[11]) dem Bürger Heinrich Schongauer und seinen drei Söhnen für 50 Pfund augsburger Denare das „officium prefecture sue Civitatis pleno jure sub omni utilitate et honore, quibus idem officium prefecti seu Burgravii Augustenses hactenus tenebant", mit dem freien Verfügungsrechte darüber für die angegebene Zeitdauer — „dummodo idem officium majoris condicionis hominibus non tradatur" — und mit dem Vorbehalte: „quod idem officium tam ex morte quam mutacione status tam conferentis quam recipientis illud, ex antiqua et approbata consuetudine ad Ecclesie sue redire consueverit libertatem". Auf den Fall des Todes der oben genannten Empfänger ohne Verfügung über das Amt wird dasselbe deren nächsten Erben „sub omni jure premisso" zugesichert. Die Inhaber des Amtes sollen in der Ausübung desselben und in allem, was dazu gehört, vollen Schutz des Bischofs geniessen und bei etwaigen Zwistigkeiten zwischen Letzterem und den Bürgern in keiner Weise darum hergenommen werden. Wegen der vom „viceprefectus", und zwar „in faciendis judiciis et penis sumendis debitis" verschuldeten Nachlässigkeiten soll ihnen keinerlei Nachtheil erwachsen — „sed tantum probata vel constante ejus negligentia alium substituant ydoneum et probatum". *Monum. Boic.* l. c. p. 97—99.

7 **1264**, Febr. 6. König Konradin (als „Dux Swevie") und Herzog Ludwig II. in Bayern erklären, die „universitas civium Augustensium" auf deren Bitten bis zum künftigen Georgsfeste und von da an noch drei Jahre lang „quantum ad res, personas seu jura Civitatis" in besonderen Schutz genommen zu haben, und ihr wider jede Gewaltthätigkeit Hülfe leisten, auch nicht mehr gestatten zu wollen, dass besagte Stadt oder deren Bürger, sei es für den König und Herzog, sei es für Bischof Hartmann mit Vermögen und Person pfand- und haftbar sein sollen. Zugleich wird der Bürgerschaft zugestanden: α) ausschliesslicher Gerichtsstand vor den „judices infra Civitatem"; β) Aufhebung aller obiger Zusicherung zuwiderlaufenden, bereits vorhandenen oder nachher innerhalb des erwähnten Zeitraums entstehenden Pfand- und Bürgschaften; γ) Wiederabschaffung des ungebührlichen vom Bischofe oder sonst Jemanden eingeführten Ungelds, und Verschonung mit derartigen Belastungen von Seite des Königs, jedoch unbeschadet den hergebrachten Lechzöllen („pedagia trans flumen Lici") des Letzteren; δ) Fernhaltung aller aus der Anlage der neuen Stadt Friedberg der Stadt Augsburg möglicherweise erwachsenden Nachtheile und Beschwerungen — „promittimus insuper, quod occasione civitatis, quam apud Fridberch erigere disposuimus, stratas publicas aut pontes inter Licum et Civitatem Augustam aliunde non obliquabimus, quam hactenus sit consuetum; nec etiam cives supradicte Civitatis augustensis civitatem Fridberch inhabitare vel ibidem, si noluerint, merces suas deponere vel ultra consueta pedagia persolvere infra dictum trium annorum spacium compellemus"; ε) Nichtgefährdung der Stadtsicherheit durch „manifesti offensores", welche der König bei seinen Besuchen Augsburg's mitbringen würde; ζ) Aussetzung der Ernennung eines Untervogts oder Vogtei-Verwesers, im Falle der Uebernahme der „advocacia Civitatis" durch den König selbst, bis zum nächsten St. Georgstage; sowie η) Aufrechthaltung aller von den früheren Königen der Stadt verliehenen „jura seu immunitates." Ausserdem sichert Konradin den Augsburgern die Aufstellung von drei, ihn während seiner Abwesenheit vertretenden „defensores" zu, von welchen zwei in Bayern und einer in Schwaben befindlich sein sollen, und verspricht „pensionem C librarum augustensium, quam ei (cives) racione hujusmodi defensionis singulis annis trium predictorum ultro se promiserunt et spontanee soluturos, quocunque casu emergente medio tempore non augere". *Monum. Boic.* Vol. XXX p. 337—40, *Hugo* a. a. O. Nr. 4 S. 210—13. Vgl. dazu *v. Stetten* a. a. O. S. 73, 74; Pl. *Braun* a. a. O. Bd. II S. 280—83.

1266, Oct. 3. König Konradin, Herzog in Schwaben, theilt ein „instrumentum" Bischof Hartmann's von Augsburg mit, worin ihm dieser — aber „persone dumtaxat ipsius domini Cuonradi, non Regie vel cuiquam alii sue dignitati" — die Vogtei über die Stadt und über die „ville cum suis attinenciis eidem Advocatie pertinentes" zu Lehen gibt. Der König fügt dann die dagegen eidlich übernommenen Verpflichtungen, z. B. Wahrung der Freiheiten des Clerus betreffend, hinzu, wobei u. A. die Zusicherungen begegnen, dass von allen aufzulegenden Steuern die Hälfte dem Bischofe gehören, und dass 8

11) Eine Verlängerung um weitere 4 Jahre enthält die Urk. v. 28. Nov. 1264, *Monum. Boic.* l. c. p. 106 sq.

demselben seine bisherigen Rechte in Ansehung der „officia thelonii, monete, prefecture, caupone quod Thaeverne nuncupatur, pacis urbane que Burcfride dicitur, et in aliis Ecclesiam contingentibus“ ungeschmälert bleiben sollten. *Monum Boic.* l. c. p. 344—48. Vgl. auch Pl. *Braun* a. a. O. S. 283—86.

9 **1266**, Nov. 30. Derselbe begnadet die augsburgischen Juden — „spectantes ad Cameram Magestatis“ — mit fünfjähriger Befreiung von allen herkömmlichen „servitiis“, wofür sie jedoch im ersten Jahre 30, und in den folgenden vier Jahren 10 Pfund Heller am St. Georgstage an die königliche Kammer zu entrichten schuldig sein sollen. Ueber die Leistungsfähigkeit fremder, erst nachher in Augsburg sich niederlassender Juden sollen zwei genannte Bürger und zwei Juden entscheiden. Alle in Augsburg bereits wohnhaften, sowie dahin ziehenden Israeliten aber vertraut der König „ad majorem ipsis securitatem tuicionis et defensionis“ seinem Vogte, dem Bürgermeister und Rathe und der ganzen Gemeinde der Stadt an, und befiehlt denselben, die Juden „contra quaslibet violentias et ipsorum invasores et injuriatores“ getreulich zu schirmen. *Monum Boic.* l. c. p. 356—58. Vgl. dazu M. *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden in Deutschland während des Mittelalters Thl. I (Hannov. *1862. 8°.*) S. 109 flg. nr. 38.

10 *1267*, Oct. 19. Bischof Hartmann, sein Capitel und die „cives sive universitas sue civitatis“ kommen überein und sichern sich gegenseitig zu: „ut super omnibus juribus tam ecclesie Augustensis quam civitatis ejusdem pro viribus mutuo se defendant“, wobei der Umfang dieser Schutzleistung in einigen Punkten näher bestimmt wird. *Monum. Boic.* Vol. XXXIII p. 112 sq. [Ueber die Unklugheit dieses die Vogtei der Stadt in des Bischofs Hände spielenden Bündnisses s. *Gassarus* l. c. col. 1455, 56.]

11 **1268**, Jan. 10. König Konradin verpfändet „advocatiam Civitatis sue in Augusta“ nebst anderen Grund- und Vogteirechten für 2000 Mark Silbers cölner Gewichts an seinen Oheim, den Herzog Ludwig II. in Bayern. *Monum. Boic.* Vol. XXX p. 365—67; *Hugo* a. a. O. Nr. 5 S. 213—15.

Nach einer anderen Ausfertigung, welche wahrscheinlich erst die Anerkennung Herzog Ludwig's als Gläubigers erhielt, betrug die Pfandsumme 3000 Mark reinen Silbers. Diese Urkunde findet man (nach dem Originale des bayer. Hausarchivs) abgedruckt in den *Monum. Boic.* l. c. p. 368—70.

12 **1270**, März 9. Bischof Hartmann geht mit Herzog Ludwig II. in Bayern nach schwerem Zerwürfnisse eine „concordia sincera et reconciliatio amicabilis“ ein, worin auch den am Zwiste betheiligt gewesenen Bürgern von Augsburg völlige Wiedereinsetzung in ihren vorigen Besitz und Rechtsgenuss, sowie Befreiung von aller Verfolgung und Strafe — „nisi forte a proximis occisorum consanguineis capitales inimicitias ex culpa sustineant speciali“ — zugesichert und versprochen wird: „preterea cives Augustani ex depositione salis apud Fridberch non sustinebunt per predictum ducem impedimentum aliquod vel gravamen, nec etiam alibi in stratis, aquis vel aliis locis captiose quidcunque impedimenti seu gravaminum patientur, sicut nec alii mercatores vel hospites ipsius ducis terminos transeuntes; et similiter homines ducis apud Augustam et alios districtus Episcopi nullo impedimento vel prejudicio gravabuntur“. *Monum. Boic.* Vol. XXXIII p. 118—21.

1270, Mai 30. Bischof Hartmann gestattet zur Abtilgung einer während der letzten Kämpfe angewachsenen Schuldenlast den Bürgern von Augsburg „indebitum, quod Vngelt dicitur, singularum portarum civitatis vini et mercium quarumcunque ... recipiendum“ auf fünf Jahre. *Monum. Boic.* l. c. p. 121 sq. 13

1272, Febr. Herzog Ludwig II. in Bayern gestattet den Augsburgern ungehinderten Handelsbetrieb in seinem Lande. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 76. 14

1272, Febr. 27. Bischof Hartmann überlässt der „communitas civium suorum“ zu Augsburg „usus et jura monete sue“ auf drei Jahre mit Beibehaltung des herkömmlichen Stempels der „denarii monetarii“ im ersten Jahre und „salvis omnibus de eadem moneta servitiis debitis et consuetis.“ Zugleich verspricht er: „quod advocatiam civitatis sue ab instante festo pentecostes ad unum annum nulli extraneo locabit, nisi alicui de maturo consilio de civibus, castellanis vel familia sua, qui nomine suo presideat et ad cameram suam cottidie serviat de eadem.“ *Monum. Boic.* l. c. p. 126. *Beyschlag* a. a. O. S. 168 flg. mit S. 37. 15

1275, Jan. Der Rath der Stadt Augsburg erlässt mit Zustimmung des Vogtes eine Verordnung wegen des Salzhandels. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 77. 16

1276, März 9. König Rudolph I. verlautbart die vor ihm in einem Streite zwischen Bischof Hartmann von Augsburg und dessen Capitel auf der einen und der Bürgergemeinde daselbst auf der anderen Seite über ein von Ersteren dieser verliehenes Privileg ergangene Entscheidung nachfolgenden Inhalts: „Memorati Episcopus et Capi- 17

tulum promiserunt recognitione publica profitentes, quod omnia contenta in ipsorum privilegio, super quibus questio vertebatur, rata et grata atque inconvulsa inviolabiliter observabunt. Preterea sepe dicti Episcopus et Canonici in hoc convenerunt unanimi consensu, justum ac debitum judicantes, quod quicunque in civitate Augustensi residenciam faciens, sive sit ipsius Episcopi, sive Capituli aut alicujus de Capitulo, Abbatis aut Prepositi famulus aut familiaris, modo et more ementis et vendentis negocia et negociaciones per se aut per alios exercens, a servicio, ad quod communiter cives tenentur, scilicet precaria, nullatenus sit exemptus; immo quemadmodum quiete et emolumento mercatorum seu mercimoniorum gaudere desiderat, sic a serviciorum onere cum ceteris non sit immunis. Item questio de solvendo jure pro cive aliquo mortuo inter prefatos Episcopum, Capitulum et cives taliter est decisa: cive aliquo mortuo, pro quo aliquid dandum videbitur, si res in dubium venit, eliguntur due persone de Capitulo Augustensi et duo de civibus, qui inspecto tenore privilegiorum civibus concessorum proferant ac judicent, quod ipsis de jure videbitur judicandum." *Lünig* a. a. O. S. 89. [Blos die Endstelle hat *Moser* a. a. O. S. 91 flg.]

18 **1276**, März 9. König Rudolph I. bestätiget auf Bitten der Bürger zu Augsburg, welche ihm ihr Vorhaben, ein Stadt-Rechtsbuch anlegen zu wollen, vorgetragen haben, denselben alle dieser Sammlung einzuverleibenden Rechte und Satzungen, sowie zugleich die bisher bestandene Lastenfreiheit der ausserhalb der Stadtmauern gelegenen vogteilosen Bürgergüter: — „supplicantibus nobis dilectis fidelibus nostris civibus Augustensibus, ut, cum ipsi quasdam sententias sive jura pro communi utilitate omnium [12]) in unum collegerint ac scripturarum memorie commendaverint, et adhuc ampliora et utilia cum prioribus velint reponere, et exinde codicem conficere, nos tam scripta quam scribenda velimus auctoritatis nostre munimine confirmare: Nos ipsorum precibus benignum prebentes assensum, jura sive sententias scriptas et scribendas sub debito juramenti confirmamus, confirmatas presentis decreti munimine roboramus. Ampliorem curantes dictis civibus facere gratiam volumus, quod de bonis suis, curiis, hubis et aliis possessionibus extra muros civitatis sitis ita, si [13]) nullo jure advocaticio constringantur, nulla servicia faciant et [14]) eo libertatis jure gaudeant et quiete, quod ipsis a nostris antecessoribus dive recordacionis, imperatoribus et regibus, usque ad nostra tempora est servatum." *Lünig* a. a. O. S. 89 flg.; *Moser* a. a. O. S. 92; *Morell* l. c. Append. docum. Lit. A. p. 87; M. *v. Freyberg*, Sammlung teutscher RAlterthümer, Bd. I Heft 1 [Mainz 1828. 8°.] S. VII flg.

19 **1276**, März 9. Derselbe bewilligt den Bürgern Augsburg's eine dreijährige Befreiung von Bede und Dienst, und zwar für das erste Jahr, weil sie ihm eine Steuer im Betrage von 40 Pfund entrichtet, und für die zwei weiteren Jahre, weil sie auf eine Schuldforderung an ihn zu 350 Mark Silbers, auf das Capital sowohl als auch die Zinsen, verzichtet haben. (R.) *Böhmer's* Reg. Rud. S. 75 nr. 241.

20 **1276—1281**. **Stadtbuch**, in Folge des auf Bitten „der eltesten vnde witzigsten ratgäben von auspurch" durch Rudolph I. „mit Bisschof Hartmannes willen vnde mit siner chörherren" den Bürgern verliehenen „versigelten Briefs" [v. 9. März 1276, nr. 18] und der darin stillschweigend enthaltenen königlichen Genehmigung hiezu [15]), durch „vier biderbe man . . . vf ir eit" aus dem vorhandenen, theilweise schon früher in eine „collectio" gebrachten localen Rechtsmateriale an Privilegien, Statuten und Gewohnheiten, unter Zugrundelegung eines (freilich vielfach durchbrochenen) Systems, compilirt; alsdann dem versammelten Rathe zur Prüfung vorgelegt, von demselben „bestätet vnde bewäret", sowie mit der Bemerkung, dass alles, was „man an diesem buche vinde, daz daz danne reht sin vnde niemen wider reden sol", zur allgemeinen Urtheilsnorm für die städtischen Gerichte aufgestellt; später jedoch unter Einmischung vieler, hie und da sogar einen wirklichen Fortschritt der Rechtsbildung beurkundenden Zusätze in den originären Text überarbeitet; mit dem Schwabenspiegel endlich höchstens eine „sachliche, keine wörtliche Uebereinstimmung" zeigend, daher auf einen directen genetischen Zusammenhang der beiden Quellen mit einander nicht zu schliessen ist.

---

12) Die Worte „util. omn." fehlen bei *Fr.*

13) Die Worte „ita, si" ignoriren *Gassarus* l. c. col. 1458 [„cavit, ne predicti cives Augstburgenses de bonis, fundis et aliis possessionibus suis extra muros sitis ullo jure advocatitio constringerentur aut ulla servitia facerent"] und *v. Stetten* a. a. O. S. 78.

14) Fr. „sed".

15) Dass eine „Anregung" zur Bearbeitung des Stadtbuchs von dem auch in die Entwicklungsgeschichte des Schwabenspiegels hereingezogenen Bruder David von Augsburg ausgegangen sein könne, hält Fr. *Pfeiffer* in Haupt's Ztschr. f. dtsch. Alterthum Bd. IX (1853) S. 4 für möglich.

Ausgaben des Stadtbuchs, und zwar a) des ursprünglichen Textes bei *v. Freyberg* a. a. O. S. 1—140. Vgl. hiezu *Homeyer* in den Jahrbb. f. wissenschaftl. Kritik 1829 Bd. II Nr. 95 S. 759 flg. — b) einer jüngeren, durch Nachträge erweiterten Redaction in 427 Artikeln, nach einer Hdschr. v. 1373, in *Walch's* Beyträgen zu dem dtsch. Recht Thl. IV (1774) S. 23—418. Ein Verzeichniss von MSS. gibt G. C. *Mezger*, Geschichte der vereinten kgl. Kreis- und Stadt-Bibliothek in Augsburg, das. 1842. 8°. S. 122 flg.

Geschichte und Charakteristik des Stadtbuchs: *Gassarus* l. c. col. 1458 sq. J. *Brucker*, „Nachricht von dem augspurgischen geschriebenen deutschen Rechte, das unter dem Namen des Stadtbuchs im J. 1276 zusammen getragen und von Rudolph dem ersten bekräftiget worden ist“ in den leipziger Beyträgen zur crit. Historie der ttsch. Sprache Stück XVI (1737) S. 561—88 und in *Wegelini* Thesaur. l. c. Nr. VI p. 72—79. *Riccius* a. a. O. S. 35 flg. *Morell* l. c. P. I Cap. II §§. X—XII p. 24 sq. *v. Stetten* a. a. O. S. 78, 82. *Walch* a. a. O. S. 7—20. J. Fr. *v. Tröltsch*, Anmerk. und Abhdl. in verschiedenen Theilen der Rechtsgelahrtheit, Thl. II (Nördlingen 1777. 8°.) Nr. I „Von dem Augsburgischen alten Stadtbuch“ S. 1—52. *v. Seida* a. a. O. S. 145—49. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 17. *O. Stobbe*, Gesch. der Dtsch. Rechtsquellen Bd. I (1860) §. 51 Nr. I S. 502.

Verhältniss des Stadtbuchs zum Schwabenspiegel: H. Chr. *de Senckenberg*, Methodus Jurisprud. (1756) p. 185 c. not. d und im Corp. juris Germ. med. aevi Tom. I Praefat. §. XLI p. XXXIX sq. J. *Merkel* de republ. Alamann. p. 95 not. 12, p. 97 not. 20. J. *Ficker*, Ueber einen Spiegel deutscher Leute und dessen Stellung zum Sachsen- und Schwabenspiegel, Wien 1857. 8°. S. 153—58. A. *v. Daniels*, Spiegel der deutschen Leute, Berlin 1858. 8°. S. 35—39. P. *Laband*, Beiträge zur Kunde des Schwabenspiegels, Berlin 1861. 8°. S. 12—14. F. *Frensdorff* in den götting. gel. Anz. Jahrg. 1862 S. 259 flg.

Inhalt des Stadtbuchs: Dasselbe beginnt mit einer kurzen historischen Einleitung über seine Entstehung und Bedeutung, woran sich unter der Aufschrift „Hie hebent sich an die ehaftin vnde elliu diu reht als si disiu stat ze auspurch von ir herschefte mit rehte vnde mit guter gewonheit herbraht hat“ das sehr genaue Artikel-Register anschliesst [16]. [Prolog und Index trifft man öfter, so in J. *Schilteri* Thesaur. antiq. Teuton. Tom. III p. 38 sq., bei *Brucker*, Beytr. a. a. O. S. 571—83, bei *Morell* l. c. Append. docum. Lit. B p. 88—92, allein abgedruckt an.] — In der Rechtssammlung selbst lassen sich dann fünf Hauptgruppen von Satzungen, welche man als ebensoviele Bücher bezeichnen könnte, ausscheiden:

I. Oeffentliches Recht [17]). Hier wird z. B. vom Geleite, vom geschwornen Rathe, von der Gewalt des Vogts und des Burggrafen, von den Rechten des Münzmeisters und der Hausgenossen, vom Burgfrieden, von der Zollordnung, vom Verhältnisse des Hofmeiers zur Stadt, von den Befugnissen des St. Ulrichsklosters und des Domcapitels „schädeliche lute ze behaltenne“ u. s. w. gehandelt. Es dürfte dieser erste Theil des Stadtbuchs, welcher wohl zunächst unter den „reht von vogten oder von burggrafen oder von munze oder von zollen“ der Vorrede verstanden werden muss, etwa der erwähnten vorrudolphinischen collectio statutorum entsprechen.

II. Gewerbs- und Juden-Recht. Der erste Abschnitt [18]) bezieht sich vornehmlich auf den Handel mit Auslands-Producten und die Specialgerechtsame der einzelnen Handwerke; der zweite Abschnitt [19]) betrifft die Verhältnisse zwischen den „zer stat sitzenden“ Juden und den Bürgern in Ansehung der Rechtspflege, Leih- und Zinsgeschäfte, Verbrechen u. a. m.

Nach einer Reihe von Zwischensatzungen [20]) z. B. über Bürgerrechts-Verleihung an Gäste, die „vier dinch, vmbe die ein burger in dem Capitel antwrten sol“, die Sturmglocke, die Rechte und Pflichten der Weibel etc. folgt dann

III. das Strafrecht [21]), die zur Gerichtsbarkeit des Vogts gehörigen peinlichen Fälle — „totslak, verratnus, notnumpht, strazzenraup, brant, diupheit, notwer, wunden“ etc. — sowie geringeren Uebertretungen, nebst den verwandten Materien von der Aechtung, vom gerichtlichen Zweikampfe [namentlich auch der Frauen] [22]) u. s. w. behandelnd.

IV. Privatrecht [23]). In fortgesetzter Anknüpfung an die vogteiliche Jurisdictions-

16) *Fr.* S. 1—8; *W.* S. 23—25 (blos Einleitung).

17) *Fr.* S. 9—28; *W.* S. 25—56.
18) *Fr.* S. 28—39; *W.* S. 56—81.
19) *Fr.* S. 39—41; *W.* S. 81—85.
20) *Fr.* S. 42—48; *W.* S. 85—119.
21) *Fr.* S. 48—84; *W.* S. 119—235.
22) *Fr.* S. 55, 69; *W.* S. 136, 178. [Vgl. J. *Grimm* in der Ztschr. f. dtsch. Recht V, 22.]
23) *Fr.* S. 85—102; *W.* S. 235—96.

gewalt werden hier, als gleichfalls zu ihrer Competenz gehörige Gegenstände die Ersitzung von Jahr und Tag, die Pflegschaft, die Erbfolge, die ehelichen Güterrechte, Leibgeding, Morgengabe und andere sachen- und familienrechtliche Institute theils mit grosser Ausführlichkeit besprochen, theils blos in Kürze berührt.

Nach einer weiteren Reihe von Zwischensatzungen, welche in buntester Mischung polizeiliche, criminelle, processualische, privat- und lehenrechtliche Vorschriften darbieten [24]), bilden endlich den Schluss des Ganzen

V. die Rechte des Burggrafen [25]), indem in diesem, in einzelnen Handschriften (s. *de Senkenberg*, Visiones divers. de collectionibus legum Germ., 1765, Cap. IV §. XXXVII p. 84 – 86) gleichsam ein selbständiges Rechtsbuch formirenden Abschnitte alle mit der burggräflichen Amtsgewalt in irgend einem Zusammenhange stehenden Materien, zuvörderst die Gewerbe der „litgeben, becken, fleishäckel, hucker", ferner die Gült-, Pfand- und Zinsklagen, die Bürgschaften, das Gesindewesen, die Spiele, die Schulden in Wirthshäusern u. a. m. ihre mehr oder minder gründliche Erledigung finden.

Die jüngere Recension zeigt, abgesehen von der durchgehends vervollständigten Rubrizirung der Artikel, vorzüglich im dritten und vierten Buche, sowie in den beiden Zwischenreihen reichliche Einschiebungen, welche sich grössten Theils schon äusserlich als nach dem Stadtbuche entstandene Rathsverordnungen zu erkennen geben. Bis auf zwei, nämlich die Rathsschlüsse wegen eines Juden-Badhauses v. 5. Dez. 1290 [26]) und über das Leibgeding an geistlichen Gütern v. 25. Jul. 1294 [27]), sind sämmtliche Einschaltungen undatirt. Als geschichtlich bemerkenswerth mag noch die dem Jahre 1303 angehörige Rathsverfügung wegen der durch „Sybot den Stolzhirz" und seine Genossen erregten Zunftunruhen [28]) hervorgehoben werden.

Zur sprachlichen Erläuterung des Stadtbuchs dienen das Special-Glossar bei *v. Tröltsch* a. a. O. S. 53—71 und das allgemeine Glossar bei *Walch* a. a. O. Thl. VIII S. 321—410.

24) *Fr.* S. 103—15; *W.* S. 296 - 340.

25) Fr. S. 115 flg.; *W.* S. 340 flg. [Diese Rechte bilden auch im Artikel-Register einen eigens rubrizirten Hauptabschnitt.]

26) W. S. 106 flg. (Art. 77b.)

27) W. S. 284 flg. (Art. 280 §. 18.)

28) W. S. 211 flg. (Art. 206.) Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 87.

1277, Apr. 26. Bischof Hartmann 21
überlässt neuerdings (s. nr. 15) auf den Zeitraum von vier Jahren die Nutzniessung der Münze der Stadt Augsburg, welche ihm dafür 80 Pfund einheimischer Denare bezahlt und die Bestreitung der gewöhnlichen Ausgaben übernimmt, sowie sich verpflichtet, die bisherige Prägeform und Beschaffenheit der Münze aufrecht zu erhalten. (R.) *Beyschlag* a. a. O. S. 37.

1282, Jul. 22. (28?) Gewählte Schied- 22
männer setzen zur Beseitigung einer von den Bürgern bei dem Bischofe Hartmann angebrachten Beschwerde gegen den „Bruggehaien zu Waertahprugge, daz er vnrehten zol naeme", unter Beirath des „bruggehaien" Bruder Eberhard's — „wan ez im von alter her chunt was" — einen neuen ausführlichen Zollbrief fest, worin u. A. der den Bürgern, welche „gen Venedie" fahren oder nach Frankreich Geschäfte machen, auferlegte Jahrzoll zu einem halben Pfunde Pfeffers [29]) „vom wälschen kaufschatze" bemerkenswerth ist. *Monum. Boic.* Vol. XXXIII p. 157—62. Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 79.

1283. Der Rath zu Augsburg erlässt 23
eine Verordnung wegen des Brod-Feilhabens der fremden Bäcker. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 80.

1284, Apr. 29. Bischof Hartmann 24
erklärt, dass er in den nächsten vier Jahren keine Aenderung in der Münzprägung vornehmen wolle, dass ihm aber auch die Bürger von Augsburg das Versprechen gegeben hätten, seine und seiner Kirche Gerechtsame in Ansehung der Münze getreulich wider jede Beeinträchtigung zu beschützen — „sub eodem ferro, figura, forma, pondere, albedine, qua nunc sunt denarii monetati, stabiles volumus permanere, salvis nobis et ecclesiae nostrae de ipsa moneta honoribus, utilitatibus et aliis juribus consuetis, debitis et antiquis, quae omnia jura praelibati cives fideliter promiserunt, ut tam in concambio quam in aliis singulis et universis procurent illibata tueri . . . . Nos quoque feoda de ipsa moneta nostra debita medio tempore de utilitate monetae nostrae, quae vulgo schlagschaz dicitur, sicut est debitum ab antiquo, tenebimur expedire." *v. Tröltsch* a. a. O. S. 11, 12 Note b. (Extr.) Vgl. *Beyschlag* a. a. O. S. 38.

1285. Der Rath der Stadt Augsburg 25
führt den in Würzburg üblichen Judeneid ein. (R.) *Gassarus* l. c. col. 1461: „Post ista, cum subinde in publicis judiciis juramenta

29) Ein Pfeffer-Jahrzoll kommt schon im Stadtbuche (*Fr.* S. 22, 24, 26) vor.

inquilinis Judaeis a litigantibus essent deferenda, suspicarenturque semper nostrates, illa Apellas [30]) pro sua perfidia neque sancte recipere neque vere praestare, praesertim quod religiosiore verborum carerent forma, curavit senatus Augstburgensis, misso cum literis pistore quopiam, Herbipoli Wyrtzburgove, ubi tum plurimi pseudohaebrei habitabant, conceptum jurandi modum sibi afferri. Eum dicta civitas intra octavam S. Martini anno MCCLXXXV talem huc praescripsit: ut nimirum Judaeus, a quo jusjurandum expeteretur, posita manu dextera ad pentateuchum Mosis in ipsorum synagoga testaretur, se tam bona fide veritatem in re proposita professurum, quam velit sibi Deum adjutorem esse, idque se per legem, quam Deus domino Mosi in monte Sinai lapideis tabulis pro se et omnibus Judaeis dederat, atque per praesentes hos quinque domini Mosis jurare libros."

26 **1286**, Nov. 30. Bischof Sifrid IV. von Augsburg erlaubt den Bürgern daselbst Behufs besserer Befestigung ihrer Stadt bis zum nächsten Georgsfeste und von da zwei Jahre lang „apud singulas portas . . . indebitum, quod vulgo Vndgelte dicitur, de singulis emptoribus et vendicionibus" zu erheben. *Monum. Boic.* l. c. p. 177 sq.

27 **1288**, Dez. 5. König Rudolph I. verordnet in Ansehung der Steuer zu Augsburg, a) „ut juxta uniuscujusque civis bonorum facultatem stiura sive precaria pro tempore exigenda proportionaliter a quolibet persolvatur; b) quod omnes res et possessiones, mobiles et immobiles, que usque ad hec tempora stiuram solvere consueverunt, et a quibus stiura hactenus est exacta et requisita, in quascunque etiam personas qualicunque titulo transferantur, a precarie sive stiure onere nullatenus eximantur, sed stiuram solvant eis impositam et imponendam, sicut ante translationem, alienationem sive venditionem qualemcunque ab eis exigi est consuetum." *Lünig* a. a. O. S. 90 (Nr. III.); *Moser* a. a. O. S. 92, 93.

28 **1290**, Apr. 7. Bischof Wolfhard von Augsburg bestätiget den Bürgern allda die ihnen vom Bischofe Hartmann gewährten „libertates", sowie die zwischen beiden Theilen getroffenen Vereinbarungen — „condiciones inter eum et eos statutas observandas, sicut in instrumentis super hoc confectis lucide continetur"; wogegen „ipsi eciam cives omnes condiciones, consuetudines et jura sua, que in eisdem litteris continentur, promiserunt attendere et legaliter observare." *Monum. Boic.* l. c. p. 196 sq.

1290, Apr. 9. Derselbe gestattet den Bürgern seiner Stadt Augsburg, vom nächsten Georgitage an vier Jahre lang ein Ungeld in derselben Art und Weise, wie solches unter seinen Vorgängern geschehen, „pro municione civitatis" zu erheben — „a quo indebito solvendo Nos Capitulum nostrum totamque nostram familiam eximimus." *Monum. Boic.* l. c. p. 197 sq. [Eine hierauf bezügliche Recognitions-Urkunde des Rathes v. 14. Apr. ej. findet sich in *Lünig's* RA. Spicileg. Eccles. Thl. II S. 1058.] 29

1290, Apr. 16. Die „Ratgeben der Stat ze Auspurch" geloben, vom Bischofe, seinem Capitel und von allem „iren Gesinde" kein Ungeld nehmen zu wollen. *Monum. Boic.* l. c. p. 198. 30

1291, Jul. 7. Der kleine und grosse Rath zu Augsburg einigen sich über Bestimmungen „de numero, electione atque autoritate senatorum, de suffragiorum valore, de judicii securitate ac reverentia, denique de cogendi senatus per anni circulum tum modo tum tempore", wobei sie insbesondere „constitutionem etiam fecerunt perpetuo duraturam, ut quicunque civium ad festum candelarum in senatorium ordinem rite cooptatus sit, nullo pacto id renuere declinareque possit; aut si omnino obedire nolit, mulctam decem librarum nummi in promptu ad fossarum civitatis structuram numeret, sicque per sequentem annum tantum immunis sit." (R.) *Gassarus* l. c. col. 1465. 31

1294, Jan. 15. König Adolph bestätigt der Stadt Augsburg ihre alten Freiheiten. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 83. 32

1294, Sept. 5. Derselbe erlaubt dem Rathe und den Bürgern Augsburg's: „quod infra hinc et festum S. Georgii et ab inde ad duos annos continuos de singulis bigis et curribus oneratis, ingredientibus ut egredientibus civitatem Augustensem, unum denarium Augustensem recipere et colligere debeant pro emendatione ac reparatione pontium et viarum." *Lünig*, RA. Thl. XIII S. 90. (Nr. IV.) 33

1294, Sept. 5. Derselbe ertheilt seinen Bürgern zu Augsburg die Gnade: „quod super debitis vel aliis causis quibuscunque extra civitatem Augustensem ad judicium alienum vocari non possint aut debeant, quamdiu parati sunt, in ipsa coram advocato regio justitiam querelantibus exhibere." *Lünig* a. a. O. (Nr. V.) 34

1296, Jun. 15. Bischof Wolfhard gibt den wider ihn aufsässig gewesenen Bürgern zu Augsburg und der „Gemaine der Stat" seine Huld zurück, will ihnen „allew 35

30) i. e. Judaeos. *Ducange-Henschel*, Glossar. I, 311c.

ire reht, div si vor alter herbracht habent, da si hantfeste vmbe habent, stät haben vnd auch halten", sie wider jeglichen Feind, den römischen König ausgenommen, schirmen, und geht mit denselben einen gegenseitigen Schutzleistungsvertrag („were") ein, dessen Bedingungen näher fixirt werden, namentlich, wie viele bewaffnete Leute von beiden Seiten zu stellen seien. *Monum. Boic.* l. c. p. 242—44. Vgl. auch *v. Stetten* a. a. O. S. 84.

36 **1298**, Nov. 22. König Albrecht I. confirmirt die Rechte und Freiheiten der Stadt Augsburg. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 85.

37 **1301**, März 7. Derselbe befreit die Bürger von Augsburg gegen jährliche Entrichtung von 400 Pfund Heller von aller weiteren Steuerpflicht. (R.) *v. Stälin*, Wirtemberg. Gesch. Thl. III S. 101.

38 **1303**, Mai 30. Bischf Degenhard von Augsburg wiederholt den Wolfhard'schen Rechtsbrief v. 7. Apr. 1290 [nr. 28]. *Monum. Boic.* l. c. p. 306 sq.

39 **1306**, März 17.[31]). König Albrecht I. bestimmt in Ansehung des Ueberganges von Bürgergütern in todte Hände: „quod omnia bona sita in terminis[32]) et judicio civitatis Augustensis, que ab antiquo exactiones et decimas solvere consueverunt, sive ad religiosos sive ad quoscunque alios devolvantur, adhuc ut antea exactiones et sturas debent et tenentur persolvere, devolutione hujusmodi non obstante. Si vero aliquis religionem seu ordinem ingreditur (aut sui heredes aut amici), et bona sua propter ingressum ordinis aut alias propter Deum ipsi ordini conferat et assignet: illa bona infra unius anni spacium debent vendicioni civibus Augustensibus exhiberi pariter et exponi, ita quod Nos et imperium sture nostrorum bonorum aliquatenus non fraudemur. Preterea si aliquis civis cujuscunque sexus seu condicionis de predictis bonis locis religiosis aliqua pro anime sue remedio deputaret, illa similiter infra anni spacium debet vendicioni exponere et vendere civibus prenotatis; sed si non fecerit, communitas civitatis Augustensis auctoritate nostra regia bona hujusmodi sibi attrahat et teneat tanquam sua. Addicimus insuper, quod si bona nunc extra sturam existentia ad sturam hereditatis seu vendicionis aut alienationis titulo devolvuntur, illa bona sicut alia sturam perpetuo solvere tenebuntur." *Lünig* a. a. O. S. 90 flg. (Nr. VI.) *Moser* a. a. O. S. 93 flg. Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 88, 89.

31) Das Datum der Abdrücke ist aus *Gassarus* l. c. col. 1471 zu berichtigen. *Böhmer*, Reg. Alb. S. 243 nr. 526.

32) Die Abdrücke haben: „decimis."

1308, Jun. 2. Das Domcapitel und die Bürgerschaft der Stadt Augsburg gehen mit den Herzogen Rudolph und Ludwig von Bayern ein die Aufrechthaltung des Friedens, welchem durch den Tod König Albrecht's Gefahr zu drohen schien, bezweckendes Bündniss („Ainvnge vnd buende") ein, worin vornehmlich strenge Massregeln gegen „rauber vnd brenner" und Alle, welche solche „hovsen oder hoven" verabredet werden. Es soll dieser, in vorstehendem „taedink" vereinbarte rechte Landfriede von Pfingsten bis Martini 1308 und von da über ein Jahr dauern, „ez waer danne, daz in der frist ain ainmoutichlicher erwelter chvenick erwelt wurde, so ist der bvnt ovz." *Monum. Boic.* l. c. p. 334—37. 40

1309, Jun. 20. König Heinrich VII. bestätigt der Stadt Augsburg die ihr von seinen Vorfahren am Reiche verliehenen Rechte und Freiheiten. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 90; *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. V p. 157 (jedoch unrichtig vom 21. Juli datirt). 41

1311, Oct. 19. Bischof Friedrich I. von Augsburg erneuert den Rechtsbrief seines Vorgängers Degenhard v. 30. Mai 1303 [nr. 38]. *Monum. Boic.* l. c. p. 355 sq. 42

1315, Jan. 20. Der römische König Ludwig IV. bestätigt den Bürgern zu Augsburg — „alle die hantveste, freyung, recht vnd gnade, die si von seinen vorfarn saeligen an dem riche kaysern vnd römischen kunigen gehabt habent vnd auch habent, als sy in bescheidenlich vnd besichtigclich geben vnd verlihen sind, als ir handveste vnd brief von worte ze worte sagent; vnd besonnderlich das si nieman fur dehein annder gerichte laden noch geziehen mug oder sulle, es sei vmb ansprache hinz in selben, oder hinz ir gut, swa die gelegen sind, oder vmb welcherhand sache das sei; vnd ob si ieman anderschwa lüde oder zuge, das sy da nicht antwurtten sullen, vnd sullen si des auch deheinen schaden noch entgaltnuze haben, denn ze Augspurch in der statt vor irem vogt, daselben sullen si gehorsam sein des rechten allen den, die hinz in iht zesprechen haben." *Herberger*, K. Ludwig und Augsburg, Urk. Nr. 4 S. 12. Vgl. *Oefele*, Rer. Boic. Scriptt. Tom. I p. 740[a]. 43

1315, Jul. 30. Derselbe bewilligt der augsburger Bürgerschaft eine vierjährige Befreiung von der Reichssteuer und ermässiget dieselbe für die nachfolgende Zeit auf 400 Pfund Pfennige des Jahres — „dilectos fideles nostros cives augustenses . . . abhinc 44

usque ad festum beati Michaelis proxime affuturum, et abinde per continuum subsequens quadriennium ab omni steura seu exactione nobis imperii nomine debita et consueta liberamus ac ex nunc liberos esse dicimus et volumus absolutos. Insuper huic gratiae gratiam adjungentes publice profitemur, quod post lapsum prescripti quadriennii dicte exactionis aut steure nomine non amplius quam quadringentas libras denariorum augustensium ab eis, quoad vixerimus, erigere tenebuntur[33]) annis singulis aut requirere quoquo modo." *Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 5 S. 13.

Mit weiteren Steuerbefreiungen auf zwei und dann auf sechs Jahre begnadete der König die Augsburger durch Privilegien v. 13. Dez. 1322 und 16. Sept. 1324 b. *Herberger* a. a. O. Urkk. Nr. 19, 20 S. 20.

45 **1315**, Jul. 4. Der Rath der Stadt Augsburg verfügt, dass steuerbare Liegenschaften an Geistliche und Klöster weder veräussert noch zu Seelgeräthe gegeben werden sollen. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 96; *v. Tröltsch* a. a. O. S. 34 Note *).

46 **1316**, Jan. 9. König Ludwig IV. sichert den Bürgern Augsburg's, unter Wiederholung der schon im Privileg v. 1315 (nr. 44) ausgesprochenen Steuer-Ermässigung, a) Unveräusserlichkeit ihrer Stadt vom Reiche, b) Gleichstellung mit den *Reichs*dienstmannen, so dass sie mit dem *Adel und* den Vasallen zu Gericht sitzen und *Recht* sprechen können, sowie c) seinen Schutz bezüglich ihrer gestrandeten oder aus Feuersgefahr geretteten Habe gegen willkürliche bei Strafe der Reichsacht verbotene Aneignung zu, und fügt am Schlusse d) eine Bestätigung aller Freiheiten, Rechte und löblichen Gewohnheiten bei:

„Consulibus et universitati civium fidelium nostrorum dilectorum in Augusta . . . gratias infra scriptas duximus faciendas: §. 1. primo, quod post quadriennium istud, per quod ab omni stiura ipsos reddidimus absolutos, predicti cives perpetuo nobis et successoribus nostris nomine imperii nihil impendant vel impendere debeant nomine stiure, nisi annis singulis quadringentas libras denariorum Augustensium, quibus solutis ab omni alia exactione seu stiura liberos esse volumus et immunes. §. 2. Item cum prefata civitas augustensis una de honorabilioribus et principalioribus imperii civitatibus esse dinoscatur, volumus, quod predicta civitas sub dominio imperii perpetuo teneatur, ita quod venditione, permutatione, infeodatione vel quovis alio alienationis modo ab imperii potestate et dominio nullatenus subtrahatur. §. 3. Item cum secundum sanctiones legitimas a juris exercitio et prosecutione[34]) persone quedam tanquam indigne et inhabiles tantummodo excludantur, volumus, ut prefati cives augustenses, qui discreti probantur et ydonei, tanquam alii fideles et ministeriales regni in quovis consistorio jurisdictionis temporalis valeant sententias sive jus dicere cum aliis nobilibus et vasallis, contradictione quorumlibet non obstante. §. 4. Ad hec volumus et constituimus[35]), quod nullus, cujuscunque preminentie[36]), conditionis vel status fuerit, res ipsorum naufragas vel de incendio seu ruina evasas invadere, rapere vel aliter sibi usurpare presumat, sicut infamie perpetue notam et proscriptionis imperialis mucronem voluerit evitare; consuetudine, que gruntrur dicitur, vel quacunque alia non obstante. §. 5. Addentes ad hec gratiam gratiis supradictis, omnia privilegia seu libertates et gratias, a divis imperatoribus et regibus Romanis, predecessoribus nostris illustribus, sub quacunque forma verborum ipsis concessas, ac si de verbo ad verbum presentibus essent incluse, et consuetudines laudabiles ipsius civitatis pro communi utilitate actenus observatas, auctoritate regia et ex certa scientia confirmamus." *Lünig* a. a. O. S. 91 flg. *Herberger* a. a. O. Urk. 6 S. 13, 14.

In einer besonderen Urkunde von demselben Tage versprach der König den Bürgern Augsburg's, sich „ad cautelam majorem et firmitatem pleniorem" bei den Kurfürsten des Reichs dahin zu verwenden: „quod gratiis, libertatibus, approbationibus et confirmationibus civitati predicte per regem factis et traditis consensum suum adhibeant voluntarium et expressum sub scripture testimonio sigillorum suorum robore communito." (*Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 7 S. 14 flg.) Die Folge hievon war, dass die Erzbischöfe Peter von Mainz und Balduin von Trier, jener am 8., dieser am 9. März 1316, sowie König Johann von Böhmen am 9. April 1316 dem vorstehenden Freiheitsbriefe Ludwig's ihre Zustimmung ertheilten. Gedruckt ist nur die Balduin'sche Urkunde bei *Lünig* a. a. O. Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 92, 93.

1324, Sept. 16. König Ludwig IV. 47

33) So der Abdruck. Vielleicht ist: „exigere volumus" zu verbessern.

34) L. „pro persecutione."
35) L. „statuimus."
36) L. „eminentie."

erweist den Bürgern von Augsburg die Gunst, dass sie „varen mugen vnd sullen alle straussen gen Freysingen, gen Munichen, oder wo sy wöllen, in sinem lannde, mit salz vnd mit annder kauffmanschafft, die darzu gehöret“, behält sich jedoch vor, nach Belieben „die zölle ze mindern vnd ze merren.“ *Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 21 S. 20 flg.

48 **1329**, Oct. 24. Kaiser Ludwig IV. wiederholt die im Privileg v. 1316 [nr. 46] den Bürgern Augsburg's zugestandenen Freiheiten und Gnaden, vor der allgemeinen Rechtsbestätigung noch den (auf dem Privileg v. 1315, nr. 43, beruhenden) Zusatz einfügend: „quod cives ad aliena judicia trahi non debeant nec ab aliquo evocari, et quod vocati comparere et respondere non teneantur, quamdiu parati fuerint, coram advocato eorum provinciali vel advocato civitatis Augustensis predicte, qui pro tempore fuerint, de se querulantibus exhibere justicie complementum.“ *Lünig* a. a. O. S. 92 flg. Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 93.

49 **1331**, Jul. 10. Derselbe erlaubt der Stadt Augsburg, „daz man die münzz daselbs ze Auspurch gemeren vnd geschlahen müg, daz diu Mark bestand ze dreizehen Loten.“ *Monum. Boic.* Vol. XXXIII[b] p. 4.

50 **1339**, Aug. 20. Derselbe beurkundet, dass er die zwischen dem Bischofe von Augsburg und der Stadt ausgebrochenen „Misshelunge vnd Auflaeuf“ wegen der stiftischen Eigenleute dahin ausgeglichen und beschieden habe, dass a) die Bürger die „aigen lute“ des Bischofs nicht zur Steuer ziehen oder sonst mit Abgaben belasten sollten, der Bischof aber seine „hinder den Burgern gesezzen lute“ besteuern dürfe, wie es ihm und seinem Gotteshause nützlich sei; dass b) die Bürger zu Augsburg keinen bischöflichen „aygen man niht sullen ze Burger enpfahen“, einen etwa aufgenommenen aber „vnverzogenlichen ledick lazzen“; endlich c) dass die „Zinser, swer die sint, die demselben Fürsten vnd seinen Gotzhus irn zins vnd val gebend“, des Bischofs und der Kirche „eigen“ seien, so dass Ersterer mit ihnen verfahren könne, wie mit anderen seinen eigenen Leuten. *Monum. Boic.* l. c. p. 74 sq.

51 **1339**. „Decretum in senatu est, ut exustis sive alias deperditis quacunque de causa literis, quibus usurae ad dies vitae alicui assignatae fuissent, debitores pensionum talium in posterum ab eo gravamine penitus liberi immunesque haberentur.“ (R.) *Gassarus* l. c. col. 1484.

52 **1340**, Jan. 30. Kaiser Ludwig IV. als „pfleger“ seines Sohnes, Herzog Johann's in Bayern, sagt auf Grund eines früheren Schutzbriefes Herzog Heinrich's [d. d. Landshut 24. Jul. 1317] den Bürgern von Augsburg wiederholt seinen besonderen „scherm, sicherhait vnd gelaitt“ in den bayerischen Landen und ausserhalb derselben, für „ir leib vnd gut, auf wazzer vnd auf land“ bis zum ausdrücklichen Widerrufe und danach noch für zwei Monate zu, unter Anweisung seiner Vicedome, Richter, Amtleute etc., die genannten Bürger, ihre Fuhrleute und Diener auf deren Handelsfahrten in keinerlei Weise, namentlich auch nicht mit Pfändungen zu beschweren. Zugleich fügt der Kaiser die weitere Gnade hinzu: „ob daz waer, daz ir purger ainer, chaufman, furman oder diener, ein vnzucht oder ander vnpilleich sache gein den vnsern oder gein anders ieman taet oder handelt in vnsers suns land, di selben vnzucht vnd schuld sol der selb, der die vnzucht tut, vns vnd vnsern amptlaeuten pezzern vnd ablegen, als reht ist, vnd süllen alle purger, chauflaeut vnd diener von der stat ze Auspurch der selben sache vnd tat, swie die genant ist oder genant mocht sein, gein vns vnd gein allen vnsern amptlaeuten an ir leib vnd gut vnentgolten vnd vngeirret beleiben.“ *Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 42 S. 35, 36.

1340, Jul. 28. Derselbe thut den Bürgern zu Augsburg die Gnade: „swer in gelten sol redelich gült, des si brief habent, 53
oder des man in an laugen ist, daz si di darumbe mit irem vogt oder mit ires vogtes boten gephenden mügen, auch in seiner kinde lant ze Bayern, vnd ze Swaben“, womit er noch einige weitere Zugeständnisse verbindet, betreffend a) die wegen des Reichsheerdienstes von der Stadt zu machenden Schulden, dass man nämlich dieselben, wie ehedem, den Bürgern „anlegen sol nach irer gewonlichen stiure“, und b) die den bayerischen Herzogen, des Kaisers Söhnen, oder dem Bischofe von Augsburg auf Erfordern zu leistende Kriegshülfe, hinsichtlich welcher der Bürgerschaft, sofern sie deucht, „daz si der sache nicht geobern mochte“, die Gewalt zugesprochen wird, „zu in ze manen herren vnd stetten, also vil, daz si dunchet, dazi die sache geobern mugent“, welche ihnen dann unverzüglich „beholffen sin sullent“. *Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 45 S. 37, 38.

1340, Aug. 23. „Per frequentissimum 54
senatum hic bene praemeditato consilio contra tyrannidis glyscentia mala constitutio facta est, ut singulo quoque deinceps anno tum Duumviratus [37]) praeeminentia

37) Die beiden Bürgermeisterstellen.

tum senatorum ordo ad festum candelarum [38]) permutarentur, ac ut duodecim hactenus consuetis senatoribus XII alii in futuris annis adderentur, ita ut posthac semper XXIIII civitatis consiliarii essent, ea conditione, ut exacto anno prioribus dimissis, XII alii ex optimatibus adsciscerentur, et sic subinde semper post unum annum vetustiores novis pari numero delectis cederent ac Senatui praeessent. Qui tamen prius sacramentum magno consilio, quod civitatis communitatem vocabant, darent, se nunquam non ea reipublicae consulturos praestiturosque esse, quae utilia et honesta visa fuerint. In qua reformatione sancitum porro est, ut Aediles sive fabricarum magistri [39]) una cum Quaestoribus [40]) censoribusque [41]) ad festum sacri militis Georgii crearentur, qui item quottannis quoque coram Magni Minorisque senatus deputatis accepti et dati rationem redderent. Denique statutum insuper tunc etiam persancte pariter atque frugaliter est ne scilicet nimii sumptus flerent, ut parvus senatus toto anno non ultra X obolorum libras citra Magni praescitum insumere debeat, et, si quis ex consulibus aut Senatoribus in legationem aliquam reipublicae causa ablegandus sit, ut illi simul ac equo per singulos dies unica tantum obolaris libra in viaticum stipendiumque numeretur.“ (R.) *Gassarus* l. c. col. 1485. Vgl. dazu *Langenmantel* a. a. O. S. 17, 18.

55 ***1342.*** „Decretum ab universo senatu tam inviolabiliter quam prudentissime est: ne unquam de caetero in senatorum ordine hic sederet, quicunque alienum officium gereret vel externo alicui domino obnoxius juramento esset: item ne fratres aut pater cum filio aut socer cum genero simul ac semel senatoria dignitate apud nos fruerentur.“ (R.) *Gassarus* l. c. col. 1486.

56 **1344**, Apr. 26. Kaiser Ludwig IV. verleiht den Bürgern der „erbern Statt ze Augspurg“ die Gnade, dass sie über Alle „die jn drowendt, vff iren guten oder an liben ze beschädigen, es si mit brannd, mit roub oder mit andern sachen, damit sy mugen beschädigt werden an lip oder an gut“, und insbesondere über „die geburen, die ab der burger gut vff dem land varent vnd fürbass dieselben gut nyemand wellend lassen buwen, vnd darum drowent ze brennen, vnd nicht recht nehmen wellent nach der gut recht, dar ab sy gefaren sind“, richten dürfen, „alss hintz schädlichen leuten“, was auch hinsichtlich derjenigen, welche solche vorbezeichnete Personen „fürbas hausent oder höfend“, gelten soll, wobei zugleich den Bürgern erlaubt wird, diese ihnen gegebene „gnad an jre Statt-Buch ze schriben.“ *Lünig* a. a. O. S. 93.

1346, Febr. 1. Die „ratgeben der Statt ze Augspurg“ bekennen, dass der Zoll, welchen die genannte Stadt und die Bürger zu Füssen gesetzt haben auf dem Leche mit Rath und Willen Bischof Heinrich's, nach Ablauf von drei Jahren ab sein und ihn Niemand mehr geben solle. [Erhalten in dem Vidimus des Hauptbriefs durch Bischof Johann von Eichstädt v. 21. März 1455.] *Monum. Boic.* l. c. p. 122—24. 57

1346, Mai 8. Kaiser Ludwig IV. begnadet Rath und Bürger zu Augsburg dahin, „dass sy vnd allermenclich vff der Wertach mit lären vud geladen flözen von dem ursprung vnz jn den Lech varen sullen vnd mugen, on allermenclichs irrung vnd hindernuss.“ *Lünig* a. a. O. S. 94; *Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 55 S. 42. 58

1346, Mai 11. Derselbe verleiht den Bürgermeistern, dem Rathe und den Bürgern Augsburg's die weitere Gnade —: „wir woellen, wer in gelt schuldig sey, darumb sy urkund oder briefe haben, vnd des man jn ane laugen ist, es sey in vnserm lannd ze Bayrn oder ze Schwaben, das jn vnnser richter hinz denselben darumb vnverzogen recht tun sullen, wann sy des von jn ermant werden; vnd ob jn denne reht verzogen wurde, vor welchem richter das geschäch, so mugen sy den gellter, der jn schuldig ist, er sey ze Bayern oder ze Schwaben gesessen, in jr statt oder vf dem lannde benötten vnd pfenden vmb die selben schuld, als lang, bis sy jr gennzlich verricht werden vnd gewert, vnd daran sol sy dehain vnnser amptman niht hindern noch irren, mit dehainen sachen, bey vnnsern hulden.“ *Herberger* a. a. O. Urk. Nr. 54 S. 41, 42. 59

Einen Gesammtüberblick der zahlreichen Rechtsbriefe, welche Augsburg aus den Händen Ludwig's IV. empfangen hat, gibt *Herberger* a. a. O. S. 8—10.

1348, Jan. 27. Der römische König Karl IV. erneuert und bestätigt den Bürgern Augsburg's „alle jr Freyhait, Gewonhait vnd Recht, vnd auch alle jr Brief, die sy hant, vnd die sy biss auf disen hiutigen Tag her haben bracht“, mit der beigefügten Zusicherung, dass die Stadt a) niemals, auch nicht im Falle einer „Reichs Not“, versetzt, verkauft oder verkümmert werden, ferner b) Niemanden „fur das Reich Pfannd seyn“, endlich c) aller gewöhnlichen Reichssteuern 60

38) Lichtmess.
39) Baumeister oder Bauherrn.
40) Steuermeister oder Steuerherrn.
41) Strafherrn.

und Judenschutz-Abgaben „gentzlich ledig“ erscheinen solle. *Lünig* a. a. O. S. 94.

61 **1349**, März 29. Derselbe bewilliget den Bürgern zu Augsburg die Aufrechthaltung nachfolgender „alten redlichen Gewonheiten“ und beziehungsweise „Genaden vnd Freyhaiten“, dass sie a) „wenn dehainerlay Gut in ihrer Statt von Tode oder von Missetat dem Reiche vervellet, ihre Schuld ze dem ersten davon nemen vnd genntzlich empfahen sullen vor allen anderen Sachen“; dass ferner b) „kein usswendiger Mann, der nit Burger ist, daselbs Heusser oder ander Erbe in der Statt behaben muge“; endlich c) dass die Bürger von „der Juden Hoffstetten, vnd was daruff ist, das sy hinder jn gelassen haben, sy sint lebende oder tod“, alle Geldforderungen abziehen dürften, wenn auch wenig oder gar nichts danach übrig bleibe. Zugleich erklärt der König, dass er den Augsburgern „alle Schuld, ob sy dehaine haben an der Juden Tode, die entleybet sein, vbersehen vnd lauterlich vergeben“ wolle. *Lünig* a. a. O. S. 94, 95; *Moser* a. a. O. S. 94, 95. Vgl. *Wiener* a. a. O. S. 127 nr. 186.

62 **1351**, Apr. 3. Derselbe thut den Bürgermeistern, Räthen und Bürgern sämmtlicher Reichsstädte „obir alle Dutsche Lant“ zu wissen, dass er jene von Augsburg aus besonderer Gnade „ledig gelassen habe, ledig sage vnd quût aller Zolle, die sie schuldig weren ze geben von allir ire Kauffmanschafft“ in den genannten Städten, wogegen aber auch die Bürger der letzteren „in der Stat ze Augspurg allis Zolles von aller Kaufmanschafft frei sein sullent ohne Widerrede vnd ledig.“ *Lünig* a. a. O. S. 95; *Moser* a. a. O. S. 95.

63 **1355**, Dez. 6. Kaiser Karl IV. confirmirt den Bürgern Augsburg's auf deren Bitten „alle hantvesten, brief vnd schrifft, domit sie von Romischen Keysern vnd Kunigen sinen vorfarn, von im vnd dem heiligen Reich begnadet sein vnd herbracht haben, vber alle ire Reichs freiheit, gnade, ere vnd gute gewonheit, vnd vber alle ander ding, wie man die benennen mag“, insbesondere aber, dass, „ob daz were, daz iemant dhein ansprach oder clage hete oder gewunne zu denselben sinen burgern, von welcherley sachen daz were, der sie nindert anders, weder fur daz Lantgerichte noch dhein ander gerichte vzwendig der Stat, noch fur daz hofgericht laden, ansprechen noch clagen sol, denn vor yrem Richter in der Stat zu Auspurg, do man ouch recht von in nemen sol, als denn doselbist geurteilet wirt“, weswegen auch anderswo auf sie ertheilte Rechtssprüche „kein crafft, macht noch vestigunge haben noch gewinnen“ können, „ez were danne daz yemanden, der do claget, daz recht versaget oder wider recht vnd gewonheit verczogen würde“, in welchem Falle „der clager sie vff daz hoffgerichte vnd ouch anderswo laden, do daz billeich ist, vnd do sine rechte ersten vnd ervolgen möchte.“ *Glafey*, Anecdota Nr. CCCCXIX p. 531–33.

1355, Dez. 8. Derselbe gestattet dem Rathe und der Stadtgemeinde zu Augsburg, „daz sye nu anzuheben an disem heutigen Tag vnd fürbatz zwelf gantze Jare zu zelen nach einander, Juden vnd Judine, alte vnd junge, reich vnd arme, wie sie der bekumen, in ir Statt empfahen vnd einnemmen mugen, vnd vf dieselbigen järige Zinse vnd Steüre setzen, nachdem alss si ze Rate werden.“ *Lünig* a. a. O. S. 95, 96. 64

1358, Jun. 25. Derselbe erklärt zu Gunsten der Stadt Augsburg, dass die Vogtei über dieselbe sammt Zubehörung zu ewigen Zeiten bei dem Reiche bleiben und niemals mehr verpfändet oder veräussert werden solle. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 101; *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. IX. p. 397. 65

1359, Jun. 3. Derselbe erlaubt dem Rathe und den Bürgern zu Augsburg, dass sie bei Reichsherfahrten „von allen Leuten, ihren Nachpuren, die vmb die Statt zu Augspurg gesessen sind, Herwegen pieten vnd auff sy setzen mugen.“ *Lünig* a. a. O. S. 96. 66

1361, Jan. 25. Derselbe weist alle Richter, insbesondere die kaiserlichen Hofrichter zur Beachtung des den Bürgern der Stadt Augsburg in einem „mit guldein bullen versigelten“ Briefe ertheilten privilegium de non evocando (nr. 63) an. *Glafey* l. c. Nr. CCCCXXI p. 534 sq. 67

1361, Jan. 25. Derselbe verleiht auch „allen Juden, sinen vnd des Reichs kamer knechten, de gegenwerteclichen in siner vnd des Reichs Stat zu Auspurg wonhaftige sein oder in kumpftigen zeiten daselben wonhaftig wirdent, soliche besunder gnade . . . daz sie niemant fur dheinen andern Richter vzwendig der Stat zu Auspurg, nur allein fur sinen vnd des Reichs vogte daselbes zu Auspurg moch laden noch beclagen, ez wer denne, daz iemand, der zu den selben Juden icht zu clagen het, da selbes zu Auspurg recht wurde versaget, daz derselbe clager mecht redlichen beweisen.“ Dieser Begnadung zuwiderlaufende Klagen sollen untauglich sein und den Juden keinen Schaden bringen. *Glafey* l. c. Nr. CCCCXXV p. 538. 68

1368, Nov. 24. Erster Zunft-Brief. Der Rath und die Bürger der Stadt Augsburg erklären, „sich von aller der Stosse vnd Misshellung wegen, die zwischen ihnen 69

bissher gewesen seind ... verricht, veraint vnd versöhnt zu haben", nämlich „lieblichen vnd tugentlichen einer Zunfft vnd wass zu den Zünfften gehöret, mit einander überein kommen zu sein". Diese Zunft solle „nach dem Lauff, alss sie jetzo geordnet vnd gesetzt worden, vnd nach des Zunfft-Brieffs Sage, den sie gemacht", wider jede heimliche oder öffentliche „Bekränkung" mit Worten oder mit Werken beschirmt werden, und seien Alle, welche sich einer solchen schuldig machen und dessen mit sieben ehrbaren Männern zu „beweren" sein würden, als schädliche Leute an Leib und Gut zu bestrafen. Auch dürften den vorgeschriebenen „Artikeln" keinerlei Briefe, Rechte, Freiheiten und Gnaden der Kaiser, Könige und Bischöfe entgegengehalten werden, da ja auf die stäte, feste und unverrückte Wahrung und Erfüllung ersterer „unbezwunglichen zu den Heiligen gelehrte Ayde mit aufgebottnen Fingern geschworen" worden seien. Uebrigens würden nachträgliche Verbesserungen dieser Zunft-Einrichtung dem Gutbefinden des Raths und der Zunftmeister vorbehalten. *Langenmantel* a. a. O. S. 41—43.

70 **1368**, Dez. 16. **Zweiter Zunft-Brief.** Rath und Bürger der Stadt Augsburg thun kund, dass sie, „da sich in allen Stätten dess heil. Röm. Reichs, da Zünffte innen seyn, Ehre, gute Freundschafft, Frid vnd gut Gericht aufstehe, mehre vnd wachse, *darumb* .. ihrer Statt vnd Nachkommen zu Nutz vnd Frommen ... mit Gottes Hülff auch Zünfften angehebt, gesetzt, geordnet vnd gemacht" hätten, und zwar „in aller der Weiss als hernach geschriben stehe": a) es sollten künftighin „auss den 18 Zünfften 29 Mann an den Rath gehen, vnd dieselben 29 Mann sollten dann nehmen vnd wählen auss den Burgern 15, die Erbristen vnd Weissisten, auf ihren Ayd, die diss Jahr mit ihnen an den Rath gehen sollten; also würden Jhr mit einander an den Rath gehen 44 Mann; vnd dann sollten die vorgenannten 29 Zunfftmeister vnd Rathgeben von der Gemaind nehmen vnd wöhlen auss ihnen vnd auss den Burgern zween Burgermaister, einen von den Burgern vnd einen auss den Zünfften der Gemaind, welche sie beduncken die beste zu seyn, auf ihr Ayden; darzu sollten die 29 von den Zünfften auss ihnen vnd auss den Burgern nehmen und erwöhlen vier Baumeister, zween Sigler, sechs Steurmaister, je zu den Zeithen, alss man die nehmen vnd wöhlen solle, vnd alss sittlich vnd gewohnlich sei". — b) Alle Jahre sollten der Rath, sowie die genannten Aemter „verkehrt, verendert vnd ander genohmen werden", und zwar zu Lichtmess, mit Ausnahme der Steuerherrn, deren Wandlung nach Michaelis stattfinde. — c) Im Rathskörper sollte die besagte Veränderung in der Art vor sich gehen, dass „im Loss oder Spiel" immer die Hälfte „davon abbeschiden oder gesondert" würde, und dass alsdann die zünftischen Glieder zunächst ihre Zahl 29 wieder ergänzten, und hienach diese 29 durch Neuwahl aus den Geschlechtern die 15 Mann der bürgerlichen Seite wieder herstellten, soweit hier Lücken durch Ausscheidung eingetreten waren. — d) Das auf vorbezeichnete Weise von dem Rathe „geschaidene vnd gesonderte Mitglied" sollte „darnach in den nechsten zwey Jahren an kein Rath mehr kommen, es würde denn sonderlich daran gefordert, oder es gefiele einer Zunfft Ihr Zunffmeister als wohl", dass sie ihn mit seiner Einwilligung wieder „an den Rath senden" wollte. — e) Es sollte auch „ein jeglicher Zunfftmeister, der an den Rath gehet, zwölff der Erbristen auss seiner Zunfft haben, die dem Rath geschworen, vnd wann man den grossen Rath haben wolle, so sollte man sie besenden, alss offt man Ihr bedürffe, darnach dann die Sach gross vnd geschaffen sey". — f) Alle Thore sammt den dazu gehörigen Schlüsseln, den Perlachthurm mit der Glocke, das Rathhaus, das „Gewölb" (Archiv) und was darin verwahrt werde, wie das Gemeinde-Insiegel, das Stadtbuch, die „Brieff vnd Freyheit", sollten die Zünfte „ohn alles irren vnd engen von männiglichs, kräfftiglichen vnd mit gantzem rechten, ewiglich mit vollem Gewalt innhaben, vnd die Statt damit behüten vnd besorgen mit ihren treuen, so sie best kunten vnd mogen". — g) Alles Vermögen, „es sey eigens, lehens, ligends oder fahrends", nur die gewöhnlichen hauswirthschaftlichen Bedürfniss-Gegenstände abgerechnet, sollte von Jedermann, reich und arm, nach gleichem Massstabe versteuert werden. — h) Die 24 Mann „des Kleinen Raths" sollten „Gewalt haben, biss zu fünff Pfund Pfenningen zu thun, vnd darüber nicht, vnd sollten auch alle Jahr Reich vnd Arm wissen lassen, wo Ihr Steur, Gilt, Zinss hinkommen seyn, auch wass die Statt noch schuldig bleib". — i) Ausser dem bereits bestehenden Ungelde, welches noch ein Jahr, vom verflossenen Peter- und Paulsfeste an gerechnet, währen sollte, dürfe kein weiteres in Zukunft aufgesetzt und genommen werden. — Endlich k) sollte Niemand bei Strafe der Stadt-Acht etwas gegen die vorstehenden „Gesetze vnd Artickel" mit Worten oder Werken, heimlich oder öffentlich vornehmen, eine etwaige Verbesserung der Satzungen aber dem Rathe und den Zunftmeistern jederzeit gestattet sein. *Langenmantel* a. a. O. S. 43—47.

71 **1368**, Dez. 16. Der Kaufleute-Brief. Die Kaufleute der Stadt Augsburg verlautbaren ein von ihnen „durch gemeines Frides vnd der Statt Ehren willen“ errichtetes Statut, „dass sie auss ihnen gemeiniglich alle Jahr nehmen vnd wöhlen sollen 13 Mann vngefährlich, die dann ihnen die witzigsten vnd erbarsten dunckend, vnd auss denselben 13 Mann sollen sie dann gemeinlich auf die Eyd vngefehrlich ein Zunfftmeister nehmen vnd wöhlen, vnd einen zu Ihm, der das Jahr an den Rath gehe, vnd die andern sollen dann dess Jahrs Zwölffer seyn, vnd sollen alle Jahr verendert vnd verkehret werden, alss der Statt Gemein besigelter Brieff sagt“. Dem Zunftrathe soll eidlich Gehorsam angelobt, aber auch vom Zunftmeister die treue Erfüllung seiner Pflichten beschworen, endlich von jeden, welcher in die Zunft kommen will, in deren Buch ein halber Gulden gegeben, und sofern er noch nicht Bürger wäre, vorerst Bürgerrecht empfangen werden. *Langenmantel* a. a. O. S. 47.

Die vorstehenden drei Urkunden (nr. 69—71) bilden in der Verfassungsgeschichte Augsburg's den Anfangsmoment einer neuen Aera, indem sie den Umsturz des patrizischen Regiments durch die Zünfte enthalten. Vorahnungen dieses wichtigen Ereignisses lassen sich allerdings schon über ein halbes Jahrhundert früher erkennen; aber es hatte sich in jene Stolzhirsch'schen Umwälzungsversuche schnöder Egoismus, gemeiner Trug und rohe Meuterei eingemischt, und damit das Unternehmen selbst in ein entehrendes Verbrechen umgekehrt. Auch fehlte es, wenn gleich ein mächtiger äusserer Anreiz in dem Beispiele anderer schwäbischer Reichsstädte gelegen war, doch immerhin an einer wirksamen inneren Triebfeder, da sich der augsburger Rath stets durch Weisheit, Gerechtigkeit und Mässigung auf das rühmlichste auszeichnete. Allein den fortdrängenden Geist des Zeitalters mit seinen demokratischen Bestrebungen vermochte dieses Alles nicht mehr aufzuhalten.

Die Zünfte, durch geheime in ihrer Mitte wuchernde Conspirationen, welchen die strengsten Rathsverbote vergeblich entgegentraten, längst mit dem zu erstrebenden Endziele vertraut gemacht, überdiess von der eigenen Stärke in den wiederholten Landfriedens-Kämpfen der Stadt hinreichend unterrichtet, harrten nur eines Anlasses, um mit vereinter Gewalt loszubrechen. Was nun zunächst den glimmenden Funken so urplötzlich zur helllodernden Flamme angefacht, ist mit apodiktischer Gewissheit kaum zu sagen. Nicht wenig mag übrigens der unkluge Beschluss des sonst so bedächtigen Rathes, dass dem Aufgebote des Kaisers entsprechend eine ansehnliche und kostspielige Kriegshülfe dem sonst von den schwäbischen Städten nur gehassten und verfolgten Grafen Eberhard dem Greiner zu Württemberg in seiner allerdings gerechten Fehde mit den Grafen von Eberstein geleistet werden sollte, zur Aufregung der Gemüther in den niederen Volksschichten beigetragen haben, wiewohl die vorgeschützten Beschwerden ganz anderer Art, nämlich die gewöhnlichen Pöbelklagen über schwer erschwingliche Auflagen (Wein-Ungeld, Steuern) und die Schuldennoth der Stadt gewesen sind, wofür selbstverständlich der „gemaine Mann“ einen „Ehrbaren Rath“ verantwortlich machte. Der Abend des 21. Octobers 1368 zeigt uns die Innungen — „die Gemaind mit ihren Panieren und Fahnen, mit Harnisch und Wehr“ — dem überraschten Stadtrathe gegenüber, welcher jedoch die Gefahr des Augenblickes richtig durchschauend, und das schwerste Opfer dem sonst unvermeidlich gewesenen Blutvergiessen vorziehend, auf die umfassenden Anforderungen der Aufrührer unter eidlicher Zusicherung ihrer Erfüllung einging, und sofort eine provisorische Vermehrung des Collegiums durch Beigesellung von zwölf Zunftgenossen in's Werk setzte. Die eigentliche Umgestaltung der Rathsverfassung im Sinne der Aufständischen wurde jedoch verschoben, bis man von Speier, Mainz, Worms, Strassburg, Basel und Constanz die daselbst errichteten und in Geltung bestandenen „Ordnungen, den zünfftlichen Stand betreffend“ zur Einsicht erhalten und verglichen haben würde, zu welchem Behufe an die genannten Städte Deputirte abgeordnet wurden. Mittlerweile musste aber der Rath zu Augsburg die von den Zünften ertrotzten Gerechtsame in dem s. g. ersten Zunftbriefe [nr. 69] feierlich anerkennen und ihre Aufrechthaltung durch Eidschwur garantiren. Nachdem endlich die Abgeordneten mit dem gewünschten reichhaltigen Materiale zurückgekehrt waren, kam der im s. g. zweiten Zunftbriefe [nr. 70] niedergelegte Hauptvergleich zwischen den Geschlechtern und Zünften zu Stande, welcher — obgleich ein durchaus unreifes Product des Misstrauens und der Erbitterung — dennoch, nachmals kaiserlich confirmirt [nr. 73], bis zum Jahre 1548 die Fundamentalurkunde der augsburgischen Rathsverfassung geblieben ist. Vgl. *Gassarus* l. c. col. 1498—1500; *Langenmantel* a. a. O. S. 21—41; *v. Stetten* a. a. O. S. 113—16; *v. Seida* a. a. O. S. 192—200; C. J. *Fortuyn*, De gildarum historia (1834) p. 155 sq.; *Barthold*, Städte Thl. IV S. 18, 69 flg.

1374, Jan. 11. Kaiser Karl IV. begna- 72

det die Bürger und Stadt zu Augsburg dahin, dass sie „welchirleye Schaden, Verlust oder Brandt von iren wegen in sulichem Kriege, den sie mit ihren Vienden fürmahls gehabt haben, yemanden ... geschehen ist“, diesen nicht „widerkeren“ dürfen, und auch darum vor keinem kaiserlichen Hof- oder sonstigen Gerichte, sondern allein vor des Kaisers Person selbst „zu rechte stehen odir antworten“ sollen. *Lünig* a. a. O. S. 97.

73 **1374**, Dez. 26 [42]). Derselbe bestätiget der Stadt Augsburg auf deren durch Botschafter ihm vorgetragenes Ersuchen die im J. 1368 vereinbarte Regimentsverfassung — „Wir .. bekennen vnd thun kund .., dass wir .. den Burgermeistern, Rath vnd Burgern gemainiglich der Statt Augspurg, vnsern vnd des Reichs lieben getreuen, erlaubt, gegunnt vnd vollen Gewalt gegeben haben, erlauben vnd gunnen auch mit diesem Brieff, dass sie zu Ehren dem heiligen Reich, zu Wolstand vnd Gemeinem Nutz derselben Statt, Zünfften daselbst in der Stadt zu Augspurg setzen, haben vnd halten sollen vnd mögen, gleich Armen vnd Reichen, vnd wie von der Statt daselbst oder deren mehrentheil auss dem Rath der also übereinkomen worden, das wollten wir gantz fest vnd steet halten, vnd soll auch von allen männiglich vnverrückt also bleiben“. (Mit Goldbulle.) *Langenmantel* a. a. O. S. 47, 48.

74 **1376**, Aug. 19. Derselbe gibt dem augsburger Stadtrathe in Anbetracht eines früher von letzterem erlassenen „Gesetzes“ über die Verpflichtung auswandernder Bürger zu vorgängiger Schuldenzahlung die Macht, alle und jegliche seit dem Bestehen jener Satzung von der Stadt gefahrenen und noch daraus fahrenden Bürger, sofern sie ihre Schuld nicht gänzlich berichtigt haben sollten, „an allem ihrem Gutte vnd Habe zu bekümmeren, anzugreiffen vnd vffzuhalten ... so verre, biss dass Burgermeister vnd Ratlute von Augspurg von der vssgefahren Burger Gute vnd Habe gar vnd genzlichen drey Steuren vssgekoret vnd vffgenommen haben“, freventliche Widersetzlichkeit hierin aber zu strafen und zu bessern. *Lünig* a. a. O. S. 98; *Moser* a. a. O. S. 95 flg.

75 **1377**, Dez. 4. Derselbe erklärt, dass er durch die der Stadt Augsburg verliehenen „privilegia vnd brieue“ Bischof, Capitel, Domherrn und den sonstigen Clerus dortselbst nicht zu Schaden habe bringen wollen, und gebietet daher den Bürgern, „das sie von sulcher priuilegien vnd brieue wegen die egenante pfafheit vnd ire guter nicht beswe-ren noch betruben sullen“. *Monum. Boic.* Vol. XXXIIIb p. 503 sq.

1377, Dez. 5. Derselbe, unterrichtet, 76
dass die Bürger von Augsburg der Geistlichkeit Grundstücke abgenommen und dieselbe mit neuen Lasten zu beschweren im Sinne haben, gebietet den Ersteren, „was sie in von garten, wisen, husern oder andern iren guten genomen“, gänzlich zurückzuerstatten, „vnd si wider ire pfefflich friheyt nicht zu besweren noch betruben in dheyne wis“. *Monum. Boic.* l. c. p. 504.

1379, Febr. 25. Der römische König 77
Wenzeslaus verpfändet die Vogtei über Augsburg an Herzog Leopold III. zu Oesterreich, dem Reiche jedoch die Wiedereinlösung vorbehaltend. *Lünig*, Cod. Germ. dipl. Thl. II S. 886.

1379, Oct. 28. „Decretum in senatu est, 78
ut quicunque hic caedem [43]) fecerit, quinquennii exilio et viginti libris nummorum irremissibiliter deinceps mulctaretur“. (R) *Gassarus* l. c. col. 1519.

1379, Dez. 20. „Universi item cives ... 79
unanimi voto sancierunt, ut omnes tam clerici quam monachi hic in posterum eum censum exactionemque de suis quoque bonis decimisque Quaestoribus Reipubl. contribuerent, quem caeteri inquilini annuatim numerarent, exceptis quas inhabitarent aedibus. Quae constitutio ex eo ortum habuit, quod nonnulli sacerdotes contra Senatus inhibitionem Oenopolarum ritu vina civibus mensuratim divendere non desisterent in fraudem vectigalis“. (R.) *Gassarus* l. c.

1383, Jan. 19. Die „Stette gemain- 80
lich die den bund mit ainander haltent in Swaben“ legen einen Zwist bei zwischen Stift und Geistlichkeit einerseits und ihren „lieben aidgenozzen“, den Bürgern zu Augsburg anderseits, „ze baider site ir Ehaeffti frihait vnd recht“ angehend. Die Vergleichs-Bestimmungen betreffen u. A. die Münzsorten bei Zins- und Gültzahlungen „in den Ettern ze augspurg“ und die Belegung der hierher gehörigen Grundstücke mit Steuern; das Bürgerrecht der Prälaten, Chorherrn und Pfaffen; die Mühl- und Badstubengerechtigkeiten des Klosters der Frauen von St. Stephan; die Wegnahme den Geistlichen eigenthümlich gewesener Hofstätten, Häuser, Gärten, Brodbänke u. s. w. während des Krieges zum Behufe der Anlegung von Mauern und Gräben; die Aufrechthaltung des bischöflichen Burggrafenamtes gegenüber den Bürgern „nauch der bucher lute vnd sag“, die Mehrung und Minderung des Wein- und Bier-

42) *Gassarus* l. c. col. 1510 gibt das Jahr 1373 an.

43) D. i. Todtschlag. Wegen des früheren augsburger Rechts s. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 211.

eimers wegen des Ungelds; die Thorgefälle des Bischofs; den Salzzoll; die geistliche Gerichtsbarkeit u. a. m. *Monum. Boic.* Vol. XXXIV p. 9 — 21.

Augsburg war dem schwäbischen Städtebunde am 27. Juli 1379 beigetreten. Vgl. W. *Vischer* in den Forschungen zur Dtsch. Gesch. Bd. II (Götting. 1861. 8⁰.) S. 36 flg. 67, 137 nr. 138.

81 **1383**, März 31. Der Rath in Augsburg verordnet: a) jeder Bürger müsse einer Zunft beitreten; b) willkürlicher Wechsel der Zunft sei unstatthaft; c) Fremde, welche das Bürgerrecht erlangt, dürften wählen, in welche der Zünfte sie sich einkaufen wollten, jedoch unbeschadet den besonderen Rechten der Geschlechter; d) in den kleineren oder engeren Rath könnte nur Aufnahme finden, wer bereits ein Jahrzehent das städtische Bürgerrecht genossen, wogegen e) zum Eintritte in den grösseren Rath schon eine fünfjährige Ausübung der bürgerlichen Gerechtsame genügend sein sollte. (R.) *Gassarus* l. c. col. 1523; *v. Stetten* a. a. O. S. 127.

82 **1383**, Oct. 16. König Wenzel überträgt dem Landvogte in Schwaben, Herzog Leopold III. zu Oesterreich, die Vogtei über Augsburg, und weist den Rath daselbst an, Ersterem gehorsam und gewärtig zu sein. (R.) *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. X. p. 121.

83 **1389**, Nov. 17. Heinrich von Gumppenberg als Obmann und vier „Spruchleut" ertheilen in einer Zwistigkeit zwichen dem Bischofe Burkart und der Stadtgemeinde zu Augsburg einen schiedsrichterlichen Bescheid, z. B. die Erhebung und Festsetzung des Ungeldes durch die Bürger; den Fortbestand der im Burggrafenamte enthaltenen Rechte und Ehehaften, sowie der auf dem bischöflichen Meierhofe ruhenden Gerechtsame, Freiheiten und guten Gewohnheiten; die Anerkennung des bestrittenen Eigenthums des Bischofs und Gotteshauses an der „hofstatt der Pfalltz vnd müntz vnd swaz darzu gehört" etc. betreffend. Zum Schlusse gibt noch Heinrich von Gumppenberg einige besondere Entscheidungen „in obmans weis", welche sich auf den Grundbesitz der Abtei St. Ulrich, das Verbot für die Stadt, in den nächsten zehn Jahren Prälaten, Chorherrn oder andere Cleriker zu Bürgern aufzunehmen, die Bewahrung des Bischofs, Capitels und der Geistlichkeit bei ihren hergebrachten Rechten und Besitzthümern, sowie der Stadt und Bürgerschaft zu Augsburg „bey iren rechten, friheiten, ehaften vnd guten gewonheiten", endlich den Besitz der Walk- und Schleifmühle am Leche beziehen. *Monum. Boic.* l. c. p. 56 — 60.

84 **1390**, Jul. 5. Der Rath zu Augsburg bestimmt, dass von Erbschaften, welche daselbst Fremden anfallen, der zehnte Theil der Stadt gebühren solle. (R.) *Gassarus* l. c. col. 1531; *v. Stetten* a. a. O. S. 132.

1392, Aug. 8. König Wenzel bestätiget dem Rathe und den Bürgern der Stadt Augsburg verschiedene Rechte und Freiheiten, insbesondere a) dass sie zwölf Jahre lang Juden bei sich haben; b) nach Bedürfniss die Entrichtnng eines Ungelds anordnen, sowie c) allein vor dem Vogte zu Recht stehen mögen. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 133. 85

1397, Sept. 14. Der Rath zu Augsbarg beschliesst — „weilen die Geistlichkeit durch allerhand Künste von den Leuten auf ihrem Tod-Bett allerley dem gemeinen Wesen schädliche Vermächtnüsse in die Clöster erpresset" — dass künftig nur diejenigen letztwilligen Anordnungen zu Recht bestehend und vollziehbar sein sollten, welche vor dem Rathe mit dem Stadtsiegel bekräftiget worden seien. (R.) *Gassarus* l. c. col. 1536 sq.; *v. Stetten* a. a. O. S. 136. 86

1398, Apr. 1. Vier Chorherrn des Doms zu Augsburg und sechs Bürger allda legen die zwischen der Geistlichkeit und Bürgerschaft ausgebrochenen „stozz vnd zwayung von wegen der Zinse vnd der Leipding, die der Bischoff, sin Cappitel vnd sin Pfaffhait in der Statt tzu Augsburg habend", mittels „ainer freuntlichen veraynung" bei. *Monum. Boic.* l. c. p. 113 — 17. Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 137. 87

1401, Aug. 15. König Ruprecht bestätiget den Bürgern der Stadt Augsburg alle ihre hergebrachten Rechte und Freiheiten, insonderheit die Exemtion derselben von fremden Gerichten. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 44 nr. 823. 88

1401, Aug. 16. Derselbe erlaubt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Augsburg, zehn ganze Jahre nach einander und danach bis auf Widerruf Juden bei sich aufzunehmen, zu behalten und zu schützen, jedoch so, dass „die halben Nutze, die von denselben Juden kummen vnd vallen werden", und ferner „von iglichen Juden vnd Jüdinnen, die über zwölff Jahre alt sin, ein Gulden Opfferpfennig jerlich off Wyhennachten, alse das gewohnlich ist", an des Königs und des Reichs Kammer abgegeben, beziehungsweise entrichtet werden müssen. *Lünig*, RA. a. a. O. S. 98, 99. 89

1403, Jul. 26. Der augsburgische Rath erlässt eine Polizei-Ordnung, hauptsächlich den Aufwand bei Festen, Hochzeiten und Gastmälern, den Kleider-Luxus und das Karten- und Würfelspiel, welches lediglich in den Zunfthäusern gestattet wird, betreffend. (R.) 90

Gassarus l. c. col. 1542; *v. Stetten* a. a. O. S. 140.

91 **1410**, Jul. 24. Bischof Eberhard von Augsburg und die Bürgerschaft daselbst schliessen unter sich auf zwei Jahre eine, vornehmlich gegenseitige Hülfsleistung bezweckende, aber auch die Gerichtsstandsverhältnisse berührende „friuntliche eynung" ab. *Monum. Boic.* l. c. p. 194 – 202.

92 **1413**, Sept. 6. König Sigismund bestätiget die Rechte und Freiheiten der Stadt Augsburg, was er als Kaiser am 16. Nov. 1433 wiederholt. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 144, 153.

93 **1415**, Jul. 10. Derselbe gestattet den Augsburgern die Aufnahme von Juden. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 145.

94 **1418**, Oct. 9. Derselbe ertheilt den Bürgermeistern und dem Rathe der Stadt Augsburg auf deren Klage, dass etliche ihnen widerwärtige Nachbarn[44]) den Lech, von welchem „ein kleiner Stram" durch ihre Stadt fliesst, oberhalb derselben durch Verbauung im Wasserstande verringerten und dadurch unbrauchbar zur Befahrung mit Flössen und Schiffen machten, in der Erwägung, „dass man gemeine Strasse vnd flessente Wasser, die zu gemeiner menschlicher Notdurfft dienen vnd beschaffen sind, sunderlichen an dem Röm. Reiche nymande on eines Romischen Kaysers oder Kungs Orlob verbieten *solle*", und dass man, „wenn man nun billig Tugend mit Tugenden vergelten, ouch offt durch Notdurfft willen Frevel mit Freveln vertriben müsse", die Erlaubniss, solchen Beschädigern gegenüber durch „Verschlagung und Aufhaltung" des Flusses sowie Hinderung ihres Gütertransports auf demselben, so oft sie hiezu Anlass hätten, Vergeltung zu üben. *Lünig* a. a. O. S. 99.

95 **1426**, März. 14. Derselbe thut den Bürgermeistern, Rathgeben und Bürgern Augsburg's die besondere Gnade, dass er a) ihnen „hinfür kainen Lant-Vogt noch Statt-Vogt nicht geben, noch sy damit in ainichen Wege beschwären wolle, denn vmb wen sy in durch ire erbere Bottschafft oder Brieffe bitten" würden; dass ferner b) dieser also genehmigte Landvogt hienach „seinem Vnder-Vogt, den man nennet Statt-Vogt, den denne dieselben von Augspurg auch darzu welen würden, den Ban an des Königs Statt bevelhen vnd geben solle vnd möge, ze richten über schedlich Leut vnd ander Sach, was im denne ze tun gepure, nach der Statt Recht daselbs", jedoch so, dass der Landvogt selbst zuvor die Belehnung mit dem Banne vom Reiche empfangen haben müsse; dass c) im Falle des Todes oder der Entsetzung des Landvogts bis zur Ernennung eines Nachfolgers, der Stadtvogt „von schädlicher Leut wegen ze richten" die Befugniss habe; endlich d) dass die etwa „wider dise Genad vnd Freyhait" Jemanden vom Könige gegebenen Briefe „keine Krafft noch Macht" äussern und daher die Bürger „kainen Land-Vogt nit vffnemen sollen", als den vom Reiche ihnen auf Grund ihrer Bitte bewilligten. *Lünig* a. a. O. S. 99, 100; *Moser* a. a. O. S. 96 flg.

1430, Sept. 1. Derselbe erlaubt dem Rathe zu Augsburg, einen Wagen- und Karren-Zoll zu erheben und die Einnahme zum Baue und zur Pflasterung der Strassen und Wege vor und in der Stadt zu verwenden. *Lünig* a. a. O. S. 100; *Moser* a. a. O. S. 97 flg. 96

1431, Sept. 8. Derselbe bestätiget dem Rathe und der Bügerschaft zu Augsburg alle bis dahin hergebrachten und genossenen, kleinen und grossen Ungelder, so dass sie „hinfüro bey sollichen Vngelten beleyben sullen, von allermeniglich vngehindert". *Lünig* a. a. O. S. 102; *Moser* a. a. O. S. 98. 97

1432, Jun. 29. Derselbe erneuert den Bürgern Augsburg's die Befreiung von allen und jeden fremden Gerichten, was er dann als Kaiser unter dem 10. Nov. 1433 wiederholt. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 158. 98

1434, Sept. 23. Kaiser Sigismund trägt dem Rathe zu Augsburg die Einführung eines Judenzeichens auf: — „wür haben von warhafftiger Fürbringunge verstanden, wie dass die Juden, vnser Kammer-Knechte bey vch wonhafftig, den dan wol billichen genug sin solte, dass man in Handlung gönnete, vnd verhengte, mit Judischen Vnderscheide bey Christenlichen Volckhe zu wandeln vnd zu wonen, yzund also vermessen vnd torstig sin geworden, dass sie sich mit Kleidongen fast gleich Cristennen Luten zieren, ziechen vnd tragen, also dass man zwischen den Glaubigen vnd den obgenannten Juden by vch an den Gassen keinen oder aber kleinen Vnderscheid gehabn muge zu bekennen, vnd davon manichmahl komme, dass dieselben Juden vff Marckten vnd Gassen für Christenne angesehen vnd geachtet, vnd In alss Christenen Gruss, Zucht vnd Ere erbotten werden. Wan nu die Juden, Versmeher Gots vnd Christenlichs Glauben, solichs nit würdig sin, vnd wir auch nicht wollen, dass sie also furter mer bey vch ane Vnderscheid vnd offentliche Zeichene sich tragen oder ziechen sollen oder mugen: dorumb so erlauben, empfehlen vnd gebieten wür vch von Romischer Keysserlicher Macht in Crafft diss Brieffs, dass ihr von vnsseren wegen die vorgenante 99

44) Nämlich Herzog Ludwig in Bayern. Vgl. *v. Stetten* a. a. O. S. 148.

Juden by vch darzu wiset vnd haldet, dass sie ein kuntlich offenbar Zeichen, wie vch das gefellet vnd bequemblich bedunckhet, an sich nemmen vnd furter mer vf Marckt vnd Gassen bey einer Pene, die Jr in von vnsern wegen daruff sezen sollet vnd muget, offentlichen tragen, damit dieselben Juden von Christennen sichticlichen gesundert vnd für Juden erkannt werden, dan die heilige Kirchen vnd wir die Judischheit nicht in zu Gonsten, sunder dem gleubigen Volckhe zu einem Gedechtnisse der türen Marter vnsers Herren[45]) zu leben gnedigcklichen lyden vnd behalten". *Lünig* a. a. O. S. 103 flg. *Moser* a. a. O. S. 99. (Extr.)

1 **1436**, Febr. 27. Der Rath zu Augsburg vereinbart unter sich aus Veranlassung der von dem Clerus wider den bisherigen, im Stadtbuche sanctionirten Rechtsgebrauch, „das die Cristen in der Judenschul by den Juden sitzen vnd Recht mit Jn sprechen sullen"[46]), erhobenen religiösen Bedenken und nach eingeholtem Gutachten der gelehrtesten geistlichen Richter in der Stadt, mit Zustimmung des vom Kaiser mit der Beschirmung der Juden betrauten Landvogts, eine neue „Ordnung vnd Besazzunge des Juden Rechtens" nachfolgenden Inhalts: „das nun füro ewiclichen dasselbe Recht mit fünf erberen mannen, die Cristen seyen, vsser den zwölfen des Gerichts, durch ainen Rat sulle besezzet werden, die auch allwegen, wenn sein not beschicht, vff dem Rathuse, wo Jn denne das bequemlichen ist, sizzen vnd daselbs allain vnd kain Jude mit Jn Recht sprechen sullent nach Innhalt der Stat buche; vnd nachdem sodenne von alter vnd guter Gewonhait durch Cristen vnd Juden in der Juden Schulhof gerichtet worden ist, daby auch der Stadtvogte vnd ain Statschriber mit der Stat buch sizzen vnd der Vogt allain die frag tun sol, alles getrewlichen vnd an alle gefärde. Vnd wann auch ainem Juden ain Aid ertailet wirt gegen ainen Cristen, den sol er sweren vf dem Rathuse in her Moyses buch, das man hinuf tragen sol, nach jüdischem Rechten, vnd sol ain jeglicher Jud nit länger zug han vmb den Aid, der Jm ertailt wird zu sweren, dann vierzehen tag vngeferlichen. Vnd sonst vmb all ander sache desselben Rechtens mit fürpott vnd andern sol es bestan by der Stat buch vnd by alten gewonlichen herkommen. Vnd wenn auch ain Jud sein schuld vff ainem pfand nach Innhalt der Stat buch beheben wil mit seinem Aide, das sol er auch vff dem Rathuse tun vnd das Pfand hinuff tragen, alles vngefärlichen". *v. Tröltsch* a. a. O. S. 19—21.

Diese Verordnung hat nach *Gassarus* l. c. col. 1587 und *v. Stetten* a. a. O. S. 160 die kaiserliche Ratification erhalten.

1439, Apr. 9. König Albrecht II. bestätiget der Stadt Augsburg ihre sämmtlichen Rechte und Freiheiten. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 163. 2

1442, Apr. 16.[47]). Der römische König Friedrich III. confirmirt gleichfalls der Stadt Augsburg „alle vnd jegliche ihre Gnade, Freyheit, Rechte, Brieffe, Privilegia, Handtvesten vnd Pfandtschafften, die ihr von seinen Vorfahren, Römischen Kaysern vnd Königen, vnd auch andern Fürsten vnd Herren gegeben sind, vnd darzu ihr alt Herkommen vnd gute Gewohnheit, die sie redlichen herbracht, in allen ihren Puncten, Stücken, Articuln, Meynungen vnd Begreiffungen, wie denn die von Worte zu Worte lautend vnd begriffen sind". *Kulpis* „Diplomata et docum. varia rebus Friderici III. illustrandis" (hinter Aeneae Silvii Hist. rerum Friderici ed. J. H. *Boecler*, Argentor. 1685 fol.) p. 158 sq.; *Lünig* a. a. O. S. 104 flg. 3

1448, Jul. 16. „Decretum in Senatu est, ut in posterum ex officio in noxios infamesque juxta rigorem privilegiorum non solum animadverteretur carcere, sed quam primum nefaria facta ipsorum vel per se notoria vel quaestionibus extorta fuerint, praetor contra eos juxta adprobati civitatis nostrae codicis leges sententiam pro meritis ferre possit". (R.) *Gassarus* l. c. col. 1605. 4

1454, Jul. 2. Friedrich III. wiederholt als Kaiser die obige Generalconfirmation (nr. 3) der augsburgischen Privilegien und Gewohnheiten. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 176. 5

1456, Jun. 3. Der Erbmarschall Heinrich zu Pappenheim und Marquard von Schellenberg verkünden, nach Mittheilung eines sie hiezu bevollmächtigenden kaiserlichen Commissoriums Friedrich's III., ein „täding" und einen „spruchbrief" zur Beseitigung verschiedener zwischen dem Stifte und der Stadt Augsburg eingetreten gewesener Irrungen, betreffend z. B. den Pflasterzoll der gültpflichtigen Armleute des Stiftes, die Abhaltung des Vogtsdings auf der Pfalz durch den Reichsvogt, die Landfriedensvereine, die Hof-Freiungen des Bischofs und Capitels, das Ungeld von Wein, Getreide und Bleiche, die Münze und den Schlagschatz (unter Verweisung auf das „Stat Buch"), die Bauten an 6

45) Vgl. *v. Löw*, Gesch. der Dtsch. Reichs- u. Territorial-Verfassung S. 203 Note 16 [Urk. v. 1462].

46) Stadt-Buch S. 39, 77 Fr.; S. 81 (§. 44), 215 (§. 211) W.

47) *Chmel*, Reg. Frid. S. 59 nr. 494 datirt das Priv. vom 23. April.

der Stadtmauer, den Frohnhof und dessen Benützung zu Heerversammlungen, Tournieren und anderer ziemlicher Kurzweil, das Besetzungsrecht des Bischofs bezüglich der Pflegerstellen in den Klöstern, das Fahndungs-Recht, die s. g. Singkalte und den Fischfang in derselben, die Bodenzinse und Brückenzölle u. a. m. *Monum. Boic.* Vol. XXXIV p. 478—87.

7 **1462**, Jun. 3. Kaiser Friedrich III. bestätiget der Stadt Augsburg den von König Sigismund ertheilten Rechtsbrief wegen böslicher Hemmung der Lechschifffahrt [nr. 94], und erlaubt den Bürgern, jede in dieser Beziehung ihnen entgegengestellte „Verhinderung abzuthun, das Wasser an demselben freyen Strohm vnd andern Enden zu gewinnen vndt auf ihre Bäche, wie denn das von Alter herkommen sei, hinein in ihre Stadt zu laiten“, woran ihnen „durch ungnügsame Unterweisung ausgangene oder hinfür ausgehende Freyheit vnd Brieffe ... ohnvergreiffentlich vnd vnschädlichen seyn sollen“. *Kulpis* l. c. p. 159, 60; *Lünig* a. a. O. S. 105; *Moser* a. a. O. S. 99 flg. (Extr.)

8 **1462**, Jul. 23. Derselbe bestätiget ferner den Bürgern von Augsburg die besondere Gnade und Freiheit, „dass sie alle vnd jede ihre Gerechtigkeit oder alt Herkommen ihres Vieh-Triffts, den sie bey ihrer Stadt anhalb vnd dieshalb der beeder Wasser des Lechs vnd der Wertach, vnd auch in denselben beeden Wassern zu fischen vnd Wayd-Werck zu üben vnd zu treiben, von Alten her gebraucht, genuzet und genossen haben, vnd an sie von Alter herkommen ist, auch hinführo zu ewigen Zeiten inne haben, gebrauchen, nuzen vnd geniessen sollen vnd mögen, von allermänniglich vngehindert“. *Kulpis* l. c. p. 161 sq.: *Lünig* a. a. O. S. 105, 6; *Moser* a. a. O. S. 100. (Extr.)

9 **1470**, Mai 7. Bischof Johannes von Augsburg trifft mit den Bürgermeistern und dem Rathe allda „des loblichen Inreytens halb“ eine Verabredung („beredung vnd täding“), gemäss welcher u. A. der Bischof — „ee er in die Stat komet, bei seinen fürstlichen wirden geloben sollte, ainen Rate vnd die Stat Augspurg gemainlich bei allen deren loblichen vnd zymlichen gewonhaiten, altem herkommen, fryhaiten vnd gerechtigkeiten beliben zu laussen gnedigklich vnd vngevarlich“. *Monum. Boic.* Vol. XXXIVb p. 99—101.

10 **1482**, Mai 8. Kaiser Friedrich III. thut denen von Augsburg die besondere Gnade, dass er alle von ihm oder seinen Nachkommen ausgegangenen oder künftig ausgehenden „Schirm- vnd Frey-Brieff“, worin „zu Abpruch vnd Verhinderung gemaines Nutz- vnd ihres Wesens vnd zu grosser Widerwärtigkeit der Gehorsam“ irgend Jemanden Befreiung von „Steur, Wacht, Vngelt, Zinssen, Rennten, Gülten vnd allem andern, so in ire gemaine Camer zu Aufenthallt irs Regiments vnd Wesens diennte“, gewährt werden sollte, für „gannz ab vnd Crafftlos“ erklärt. *Lünig* a. a. O. S. 106 flg.

11 **1482**, Mai 8. Derselbe verleiht ferner dem Rathe und der Bürgergemeinde zu Augsburg die Freiheit, dass sie in ihrer Stadt „nu hinfür ewigelich ... all vnd yegelich Achter vnd Aberächter, so an des Reichs Hof-Gericht zu Rotwil, an Landt-Gerichten, den Gerichten vnd Stulen in Westvalen oder andern Gerichten in Acht vnd Aberacht erfolgt vnd erlanngt sein oder werden, enthalten, hausen, hoffen, etzen, trencken, malen, bachen vnd alle Gemeinschafft mit zu haben vnd die iren habn lassen muge, nach ihren Notturfften, Willen vnd Gevallen, von allermenigelich vngehindert“, jedoch unter der Bedingung, dass auch der Rath jedem wider einen solchen Aechter oder Aberächter auftretenden Kläger „vnverzogenlich ergeen vnd widerfahren lasse, was sich nach Gestalt einer jeden Sach gegen Achtern vnd Aberachtern rechtlich zu tun geburt“. Ausgenommen von obiger Freiheit werden übrigens diejenigen, gegen welche die Acht oder Aberacht vom Reichs-Kammer-Gericht erkannt worden ist. *Lünig* a. a. O. S. 107, 8.

12 **1482**, Mai 8. Derselbe ertheilt dem Rathe der Stadt Augsburg noch die weitere Gnade, dass a) von „vnterredlichen“ und endlichen Urtheilen, welche bei den städtischen Justizstellen in erster oder zweiter Instanz gefällt worden, und nicht „über zehn Gulden Rheinisch Schuldt-Geldt oder Werth berühren vnd antreffen würden“, weder an den römischen Kaiser oder König, noch an Jemanden anders „geappelliret noch suppliciret werden solle noch möge“, sowie dass b) eine jede Person, welche ein wegen des Werthes des Streitgegenstandes statthaftes Rechtsmittel bei den Reichsgerichten — oder die Berufung vom Stadtgerichte an den Rath — zu ergreifen gedenkt, bei der Behörde, „von dannen solch Appelliren geschieht, einen Eydt zu Gott vnd den Heyligen schweren solle, dass sie solch ihr Appellation nicht vmb geuerlicher Verlängerung oder Aussflucht willen der Sachen, sondern zu Nohturfft ihrer Gerechtigkeit thue, auch nicht anderst wisse noch verstehe, dann dass sie eine gerechte Sache habe, vnd solcher ihrer Appellation vnd Sachen in gebührlicher Zeit, so viel an ihr stehet, rechtlichen nachfolgen vnd die prosequiren wolle“, ohne welche Eidesleistung das Rechtsmittel nicht zuzulassen sei; endlich dass c) alle wider vorstehende

Freiheit unternommenen Appellationen und Supplicationen in Rechten nicht angenommen werden, sondern kraftlos, untauglich und nichtig sein sollten. *Kulpis* l. c. p. 162—64; *Lünig* a. a. O. S. 108, 9.

13 **1482**, Mai 16. Derselbe fügt seinen vorausgegangenen Begnadungen der Stadt Augsburg noch die neue hinzu, dass deren Bürgermeister, Räthe und Bürger „vmb keinerley Weltlicher Sachen, was das oder die wären, ausgeschieden die die Kayserlich Person oder Cammer berühren, anfänglich vor dem Kayserlichen Cammer-Gerichte oder Hoff-Gerichte, noch dem Reichs-Hoffgerichte zu Rothweill, den Westphalischen Gerichten, noch einigen Hof-, Landts- noch andern Gerichten nicht fürgeheischen, noch wieder sie, ihr Leib vndt Güther nichts geurtheilt", sondern alle „Sprüch oder Forderung" gegen Rath und Stadt selbst bei dem Land-, und gegen einzelne Bürger bei dem Stadt-Vogte zu Augsburg angebracht werden, im entgegengesetzten Falle aber die ergangenen Urtheile „krafftlos vndt vntauglich" sein sollen. *Kulpis* l. c. p. 164, 65; *Lünig* a. a. O. S. 110.

14 **1484**, Apr. 27. Derselbe confirmirt auf „diemütigelich anruffen vnd bitten" des Rathes der Stadt Augsburg eine von demselben herrührende „Ordnung vnd Gesatz", wonach in der genannten Reichsstadt „Enicklin mit irer abgangen Vatter vnd Mutter Geschwistergitten zu irer Anherren vnd Anfrauen gelassen Erb, Hab vnd Gut als nechst gesippt recht naturlich Erben, an derselben irer abgegangen Vatter vnd Mutter Taile vnd Statt nach Ordnung vnd Satzung gemainer geschriben Recht komen, der geniessen vnd von menigelich vngehindert sich der auch gebrauchen sollen". *Lünig* a. a. O. S. 115; *Moser* a. a. O. S. 102.

15 **1485**, Nov. 5. Derselbe erlaubt dem Rathe der Stadt Augsburg, welcher sich darüber bei dem Kaiser durch eine Botschaft beschwert hatte, dass die mit „Kauffmanschaz, Waar, Hab vnd Gütern" auf des heiligen Reichs freien Strassen ziehenden Handelsbürger „wider gemeine geschriben Recht, auch die gulden Bulle vnd Kuniglich Reformation zu Franckfurt [48]) gemacht, yn zu Zeiten mit Name, Raub, Diebstal, Mord, Prant, Todtschläg vnd in ander Wege unbillicher Weise bekriegt, beschädigt ... beraupt vnd niedergeworffen" würden, solche Uebelthäter und Strassenräuber, sowie diejenigen, welche sie wissentlich beherbergen und schützen, „vnd dartzu die, so bey in solicher Missthat vnd Ubelthat halben verdacht, verarckwont oder verleumbt sind oder hinfür werden", wo man sie in oder ausserhalb Augsburg's im Reiche betreten würde, es sei auf frischer That oder sonst, festzunehmen, sie „gen Augspurg in die Statt zu füren vnd einen yeglichen nach seiner Verhandlung vnd des heiligen Reichs Recht zu straffen, von allermäniglich vnverhindert", sofern aber dieses nicht möglich sein sollte, mit jenen „zu gefaren, als ob sy in des Reichs Acht vnd Aberacht, auch in die Pene crimen laesae majestatis mit Urtheil gesprochen wären". *Lünig* a. a. O. S. 111 flg.

1485, Nov. 5. Derselbe verordnet und 16
erklärt auf weiteres botschaftliches Ersuchen des augsburger Stadtrathes, dass die „loblich Gewonheit", wonach wegen Todtschlags oder „vmb ein Leme" nach dreimaliger vergeblicher Ladung durch die „Selbwaibel oder Maister zum Rechten" in die Acht der Stadt Augsburg verkündete Individuen zu keiner Appellation zugelassen werden, aufrecht erhalten bleiben solle, und dass diesem alten guten Herkommen „kein Appellation, Gelait, Schirm, gaistlich noch weltlich Recht, Statut, Gesez, Gewonheit der Lande, noch ichts, das demselben widerwärtig sein möcht", jemals entgegentreten dürfe. *Lünig* a. a. O. S. 112, 13.

1487, Jun. 11. Derselbe ertheilt dem 17
Rathe von Augsburg die besondere Gnade, dass, wenn der Kaiser irgend einem Bewohner genannter Stadt „einich Freyheit für Gelt Schulden ... geben wurde oder die yezo gegeben hette, Burgermeister vnd Rate zu Augspurg vnd ihr Nachkommen Macht vnd Gewalt haben sollen, inmassen das auch den gemainen geschriben Keisserlichen Rechten gemäs ist, von denselben Personen allen vnd jr yedem insonderheit ... genugsam Caution vnd Sicherheit solcher Schulden ... nach zimlicher Messigung zu nemen", wodurch jedoch dem Moratorium selbst in Ansehung der Zahlungsfrist kein Abbruch geschehen dürfe. In Fällen der Unfähigkeit oder Weigerung der Schuldner, „Caution vnd Sicherheit zu thun", soll der Rath befugt sein, „derselben Persone Hab vnd Güter, alle vnd yedes besonder, in der Statt Augspurg vnd jren Gerichten vnd Gebieten gelegen, auf Anruffen der gemelten Glaubiger in Verbot zu legen". *Lünig* a. a. O. S. 114; *Moser* a. a. O. S. 100, 101. [49])

1494, Mai 14. König Maximilian I. 18
bestätigt der Stadt Augsburg alle ihr von seinen Vorfahren am Reiche, Römischen Kaisern und Königen verliehenen Freiheiten. (R.) *v. Stetten* a. a. O. S. 246.

48) D. i. den Reichs-Abschied v. 1442 §. 1 (N. Samml. Thl. I S. 171a).

49) Die bei Aalen unter nr. 11 aufgeführte Urk. bezieht sich auch auf Augsburg.

Die zahlreichen Statute und Ordnungen des Raths zu Augsburg aus dem XV. Jhdt., überwiegend die öffentlichen Verhältnisse der Stadt, z. B. die Aemter, die Besoldungen der Stadtbedienstigten, das Bürgerrecht und seine Aufgebung, das Steuer- und Nachsteuerwesen, die Münze etc., daneben aber auch einzelne strafrechtliche Gegenstände (Acht-Erkenntnisse, Bürgeraufruhr) und polizeiliche Materien (Hochzeiten und Kindtaufen, Fleischhandel, Fremden-Aufenthalt), sowie Fragen des Privatrechts (z. B. Ausschliessung der Kauffrauen von den weiblichen Rechtswohlthaten 1432; Designirung der Mündelgüter von Seite der Frauen-Beistände und Pfleger bei dem Rathe 1435 etc.), betreffend, führt, grösstentheils nach *Gassarus*, mit grosser Genauigkeit *v. Stetten* a. a. O. S. 145—220 auf.

XLVII. Auspitz.

(Oesterreich, Mähren.)

Chr *d'Elvert* theilt in den Schriften der historisch-statistischen Sektion der k. k. mährisch-schlesischen Gesellschaft des Ackerbaues, der Natur- und Landeskunde, Bd. IX (Brünn 1856. 8°.) S. 311 nachfolgende von *Boczek* i. J. 1836 gesammelte Regesten auspitz'scher Rechtsbriefe mit:

1 **1363**. Die Aebtissin Bertha und der Convent des Königin-Klosters in Alt-Brünn erlauben den Bürgern zu Auspitz, dass sie nach dem Stadtrechte von Brünn ihre Habschaft letztwillig zuwenden mögen, wem sie wollen.

2 **1408**. Die Abtissin Katharina gestattet der Stadt Auspitz, „dass öde Häuser, Oehrter und Weingärtten in dem Bau erhoben werden können".

3 **1410**. Der Markgraf Jost von Brandenburg und zu Mähren bestätiget der Stadt Auspitz den St. Galli-Markt.

4 **1458**. König Georg Podiebrad von Böhmen und Mähren verleiht den Bürgern zu Auspitz einen vierzehntägigen Jahrmarkt auf St. Procopii.

5 **1464**. Derselbe confirmirt der Stadt Auspitz alle Rechte und Freiheiten, insbesondere aber das Bergrecht.

6 **1496**. König Wladislaus wiederholt die vorstehende General-Bestätigung aller früheren Privilegien.

XLVIII. Aussig.

(Oesterreich, Böhmen.)

Fr. *Sonnewend*, Geschichte der Königl. Freistadt Aussig, Prag etc. 1844. 12°., S. 1—35. Hier werden (S. 193, 94) nachstehende Privilegien erwähnt:

1340, Dez. 9. König Karl IV. erneuert 1
zwei vom Könige Johann den Bürgern Aussig's gegebene Freiheitsbriefe, dass sie nämlich „allerhand Güter, allein die geistlichen und Lehen ausgenommen, zu kaufen, auch den Räubereien Einhalt zu thun befugt sein und Macht haben sollen".

1372, Oct. 13. Kaiser Karl IV. erlaubt 2
den Bürgern zu Aussig, über ihre Güter frei und ungehindert zu testiren.

1454, Nov. 12. König Ladislaus von 3
Böhmen sichert den Bürgern von Aussig neuerlich zu, dass die durch ihre Stadt führende Commercialstrasse auch in Zukunft eingehalten werden solle, und bewilligt ihnen zugleich einen am St. Bartholomäusfeste abzuhaltenden Jahrmarkt.

1476, Jan. 4. Derselbe genehmiget dem 4
Rathe der Stadt Aussig, dass er mit rothem Wachse siegle.

1476, Febr. 12. Derselbe gestattet der 5
Stadt Aussig, in ihrem Wappen einen weissen Löwen zu führen.

Babenhausen. XLIX.

(Grossherzgth. Hessen.)

J. W. C. *Steiner*, Geschichte der Städte Umstadt und Babenhausen, ihrer ehemaligen Cent und Amtszugehörungen [der Alterthümer und Geschichte des Bachgaus Thl. II], Aschaffenburg 1827. 8°., Abthl. II S. 181 flg.

1295, März 28. König Adolph ver- 1
leiht auf Bitten des Edlen Ulrich I. von Hanau dem Orte Babenhausen Wochenmarkts-Gerechtigkeit und alle Freiheiten der Reichsstadt Frankfurt — „cum . . in oportunis locis forum consueverit construi, ut in eis emencium atque vendencium procuretur utilitas et alterna commoditas augeatur, nos bono statui reipublice cupientes salubriter providere, ac nobilis viri Ulrici de Hanawe, consanguinei et fidelis nostri dilecti, ob grata que nobis impendit obsequia et adhuc impendere poterit graciora, devotis precibus inclinati, in Babenhusen hebdomadale forum singulis feriis quartis perpetuo duximus edicendum, volentes et presenti edicto mandantes, quod omnes et singuli, qui in dicto foro hujusmodi emptionis et vendicionis commercio exercendo confluxerint, in personis et rebus nostra et imperii protectione gaudeant et privilegio forensium libertatum, concedentes nihilominus eidem ville omnia libertatis jura, quibus oppidum nostrum et imperii Frankenvort gaudet et hactenus est gavisum." Gedruckt in J. P. *Wagneri* Schediasma de vita Adolphi Nassov. Rom. Regis (Wisbad. 1775. 4°.) p. 106

not. n. und daraus in *Steiner's* Alterth. des Bachgaus Thl. III (1829) S. 185, 86. Vgl. dazu *Steiner* a. a. O. Thl. II S. 233 flg.

Babenhausen, um die zuerst 1236 urkundlich erwähnte Burg gleichen Namens angelegt, war bis 1258 im Münzenbergischen, von da an aber, mit einer kurzen, durch die Administrations- und Vormundschafts-Uebergriffe Erzbischof Johann's II. von Mainz veranlassten Unterbrechung (1404—1409), im Hanauischen, und zwar seit der Linientheilung von 1458: Hanau-Lichtenbergischen Besitze. Ulrich IV. von Hanau trug jedoch durch Urk. v. 16. Mai 1372 [*Scriba's* Hess. Regesten Abthl. I S. 112 Nr. 1206] seine Stadt dem Kaiser Karl IV. als König von Böhmen gegen 4000 Goldgulden zu Lehen auf. Vgl. *Steiner* a. a. O. Thl. II S. 186, 192, 198, 200, 208.

Die im Privileg enthaltene und später mehrmals wiederholte Bewidmung Babenhausen's in Ansehung seiner Marktverhältnisse mit dem Rechte von Frankfurt scheint einen Rechtszug nach letzterer Stadt niemals zur Folge gehabt zu haben, da das ganze Mittelalter hindurch Umstadt der Oberhof für Babenhausen gewesen ist. Vgl. *Steiner* a. a. O. S. 223, 237.

2 **1401**, Aug. 20. König Ruprecht verleiht dem Ulrich IV., Herrn zu Hanau, nebst seinen übrigen Reichslehen auch die Münze und die Juden zu Babenhausen, sowie „die fryunge der stette, merkte und dorffer mit Namen: Babinhusen u. s. w.... daz die gefryet sin glich den burgern der stette **Frangkfurt** und Geilnhausen.“ (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 48 Nr. 869.

3 **1404**, Oct. 17. Derselbe verleiht dem Edlen Reinhard, Herrn zu Hanau, seine sämmtlichen Mannlehen, darunter die Münze zu Babenhausen; item die Juden zu ... Babenhausen; item die Freiung seiner Städte und Dörfer, also auch Babenhausen's — „daz die friheid sin gliche den Burgern zu **Franckfurt** und zu Geilnhusen“ — —; item „als der Margkt zu Babinhusen gefryet und bestetigt ist gliche der Stad zu **Francklurd**.“ (R.) *Chmel* a. a. O. S. 112 Nr. 1869.

Die in den beiden Rechtsbriefen hervorgehobenen reichslehnbaren Befugnisse der Münzprägung und des Judenschutzes waren den edlen Herrn zu Hanau schon im XIV. Jhdt. vermöge kaiserlicher Verleihung (1351, 1368) zugestanden und sind denselben auch von Ruprecht's Nachfolgern zu wiederholten Malen, so von Sigismund 1414, Friedrich III. 1442, 1456, 1468 und Maximilian I. 1494, 1500, bestätiget worden. Vgl. Beschreibung der Hanau-Müntzenbergischen Landen (1720 fol.), Documenta Nr. 1—5 S. 1—7; *Scriba* a. a. O. S. 97, 110, 137, 154, 163, 169, 184, 187.

Wenn sich übrigens in den Lehenbriefen seit 1401 neben dem frankfurtischen Rechte auch jenes der Reichsstadt Gelnhausen als auf die hanauischen Orte übertragen erwähnt findet, so scheint aus der Schlussstelle der Urk. Nr. 3 dieses dahin interpretirt werden zu müssen, dass die fragliche Doppelbewidmung nicht gerade auf alle genannten Orte zu beziehen sei, vielmehr die einen das frankfurter, die andern das gelnhäuser Recht, wie bisher, fortgeniessen sollten.*)

L. **Bacharach.**

(Preussen, Rheinprovinz.)

J. H. *Andreae*, Bacharacum cum vicinis illustratum, Heidelberg. 1776. 4⁰. *Ejusd.* Bacharacum iterum illustratum, ibid. 1777. 4⁰. *Widder*, Beschreibung der churfürstl. Pfalz am Rhein Thl. III S. 381—91. Vgl. auch Th. *Engelmann* „Pfalzgraf Hermann von Staleck“ in v. Ledebur's Archiv Bd. V (1831) S. 3—25.

1330—1350. Die Schöffen zu Bacharach geben eine Weisung — das s.g. Blutrecht in 23 Sätzen — über das Verfahren bei dem Schultheissen-Gerichte in „des herren sal van Colne“, wenn Jemand wegen Mordes beschrieen wird, und insbesondere wie „eyn Franke den andern eyns schaichis[1]) und eyns mordes gichtig sol machen.“ *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. II Nr. 49 S. 290—97; J. *Grimm*, Weisth. Thl. II S. 211—14. 1

1386. Die bacharacher Schöffen weisen auf dreizehn vom Schultheissen an sie gestellte Fragen: a) die dem Bischofe von Cöln und dem Pfalzgrafen bei Rhein in Ansehung der Gerichtsbarkeit, z. B. des „geleides vor kommer“, der Begreifung „undediger mentschen“, der Vertheilung „verfallener wette, felle und frevele“, in Bacharach und den dazu gehörigen Thälern[2]) zustehenden Gerechtsame, sowie b) einige einschlägige Rechtspunkte, z. B. „wann ein ungeboden dingdag sij, wer dann darzu kommen solle .... daz beste heubt usz iglichem huse“; welche Rechte in den bischöflichen Waldungen die Schöffen und Hüfner geniessen; wie diejenigen, welche sich weigern, die Wahl in den Schöffenstuhl anzunehmen, zu „dringen“ seien, „daz sie recht wisten mit andern yren gesellen“ u. s. w., worauf sie noch schliesslich eine die Beantwortung der ersten Schultheissen-Frage ergänzende Grenzbeschreibung des 2

*) Wegen **Babenhausen's** in Bayern (Schwaben) s. unter „Ulm.“

[1]) *Osenbrüggen*, Ztschr. f. dtsch. Recht XVII, 472.

[2]) Steeg, Diebach, Mannbach.

bacharacher Jurisdictionsbezirkes — „der gerichte und marcke zue Bacharach und in den delen“ — hinzufügen. Einige Fragen lassen übrigens die Schöffen unerledigt, indem sie entweder dafür „eine frist (biz) uff einen andern dingdag“ erbitten oder deren Lösung zusagen, „wann des not geschege.“ J. *Grimm*, a. a. O. S. 214—17.

3 **1391**, Juni 24. Der Amtmann und die Rathsherrn von Bacharach und von Steeg, sowie die ganze Gemeinde allda sammt den zugehörigen Dörfern vereinbaren unter sich eine, die bisherigen Rechte und Gewohnheiten möglichst schonende neue Ordnung über die Wein-Einfuhr, sich jedoch auf den Fall „daz misgewas qwem“, Aenderungen der „vorgeschrieben gebote umb nützs willen der gemeynden“ vorbehaltend. *Mone*, Ztschr. f. die Gesch. des Oberrheins Bd. III (1852) S. 298, 99. [10 §§.]

4 **1400**, Aug. 24. Erzbischof Johann von Mainz und Burggraf Friedrich von Nürnberg ertheilen in einem Streite zwischen dem (eben erst zum deutschen Könige gewählten) Pfalzgrafen bei Rhein Ruprecht III. und dem Erzbischofe Friedrich von Cöln über deren beiderseitige „Herlichkeit und Rechte in dem Gerichte zu Bacharach“ einen auf Schöffenkundschaft gestützten, vornehmlich die Jurisdictions-Befugnisse der beiden Parteien betreffenden und beziehungsweise regelnden Bescheid, worin zugleich von der Ergänzung des Schöffenstuhls, und zwar in Nothfällen aus dem Rathe der Stadt, endlich von dem zwischen beiden Collegien obwaltenden Competenzverhältnisse gehandelt wird. *Günther*, Cod. dipl. Rheno-Mosell. Thl. IV Nr. 2 S. 83—87.

5 **1403**, Aug. 31. König Ruprecht „verwilligt der Stadt Bacharach zu ihrer Besserung einen Wochenmarkt alle Dienstag, mit Zusicherung des Geleits für alle, auch für die Schulden, ausgenommen die im Gerichte zu Bacharach gemacht worden wären. Was auf selbem Wochenmarkt zugeführt wird, soll in dem Lande uff dem Hundesrücke keinen Zoll geben; was dort verkauft und auf dem Lande verführt wird, ebenfalls nicht, wohl aber, was auf dem Rheine hinabgeführt wird, wie es von Alter gewöhnlich ist.“ (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 90 nr. 1543.

6 **1407**. Die Schöffen des Gerichts zu Bacharach sprechen auf die vom Schultheissen „gefregeten artikele“ — nach Erledigung einiger auf dem Dingtage v. 1386 [nr. 2] unbeantwortet gebliebenen strafrechtlichen Fragen, nämlich a) „waz einer umbe heimsuchen, wonden, meszerzucken und fuststreiche, die hie ym gerechte gescheen, sy worden geclagt odir nyt geclagt, verlore?“ b) „waz die amptlude, ob ein mort geschege in der herren gerycht, zu stont mit der gude dun sollen?“ — über eine Reihe weiterer nicht unwichtiger Punkte „uff yre eide zum rechten“, so z. B. über das Geleitsgeben der beiden Stadtherrn (mit Bezugnahme auf das, was dieselben und ihre Freunde in dieser Hinsicht „under einander verbriefft hetten“) über die Verbindlichkeit der Schöffen „zu gericht zu gan und zu sitzen“, über die Bestellung und Absetzung des Büttels und Gerichtschreibers, über die Reichnisse an Schultheiss und Schöffen bei Zurückziehung einer bereits „in daz buch geschriebenen“ Klage wegen inzwischen erfolgter „minne oder sune“ der Streittheile, endlich über die Weisungs- oder Bescheidungspflicht der Schöffen gegenüber dem Schultheissen. J. *Grimm* a. a. O. S. 217—19. 7

1410—1450 (?) Grosses Weisthum der Schöffen zu Bacharach über die daselbst dem „heren von Colne“ als „leenherren“, und dem „palzgreven“ als „beleenten“, beziehungsweise dem Schultheissen des Ersteren und dem Vogte des Letzteren gebührenden Rechte und Einkünfte — theils blose Wiederholung der bereits in früheren Weisthümern, namentlich jenem von 1386, enthaltenen Sätze, theils Erweiterung oder Umbildung derselben, wie dies z. B. in Ansehung der Artikel über „die drie dincgdage in dem jare“, über das Einziehen fremder Leute in die Thäler und das Wegziehen aus denselben, über den „roederzoll“ des Bischofs, über die Rechte seiner „buwemeister“, über die Ernennung des „budel“ und „schribers“ und die besonderen Nutzungen des Erstgenannten etc. der Fall ist. J. *Grimm* a. a. O. S. 219—22.

Von dem grösseren Theile dieses Weisthums liegt auch eine ältere, vermuthlich noch dem XIV. Jhdt. angehörige Aufzeichnung vor, welche *Günther* a. a. O. Nr. 1 S. 81—83 veröffentlicht hat.

Als eine Ergänzung der bisher aufgezählten Weisthümer lassen sich endlich die „aus dem rothen Buche zu Bacharach“ von J. *Grimm* a. a. O. S. 222—27 mitgetheilten Auszüge ansehen. Sie fallen, wie das eingemischte aphoristische Criminalurtheil v. 1491 andeutet, in den Ausgang des XV. Jhdts., und schliessen sich im Inhalte zum grossen Theile an die früheren Schöffenweisungen an. Bemerkenswerth sind daraus nur die beiden Formulare des Schöffen- und Büttel-Eides (S. 225), sowie die Artikel über die Diebstähle junger Leute (S. 226) und den Nachlass von Selbstmördern (S. 227).

Bacharach, im Trach- oder Trechirgaue gelegen und als „villa Bachrecha“ zuerst 1119 urkundlich begegnend, gehörte zu den Besitzthümern der ecclesia Coloniensis. Die Vogtei

über den Ort trug in der ersten Hälfte des XII. Jhdts. Graf Hermann von Staleck vom Erzstifte zu Lehen, welchem um 1142 König Konrad III. auch die Würde des „Comes Palatinus Reni" verliehen hat. Als nun nach Hermann's Ableben der Schwabenherzog Konrad, aus dem staufischen Geschlechte, das rheinische Pfalzgrafenamt erhielt, belehnte auch diesen Erzbischof Friedrich von Cöln mit Burg Staleck und den Vogteirechten über Bacharach, und Erzbischof Philipp verwandelte sogar durch Urk. v. 1189 jene Lehen zu Gunsten des Pfalzgrafen in Kunkellehen — „scire volumus omnes in Christo renatos, quod castrum Staheleke et advocatiam in Bacherache a manu Domini Palatini Comitis Cunradi cum aliis, quae illic a nobis in beneficio tenuit, ipso rogante et haec nobis resignante suscepimus, et in eodem momento ipsi et ejus jugali Dominae Irmengardi ejusque filiae Agneti jure feodali concessimus." M. *Freheri* Originum Palatinarum Pts. I (1613 fol.) Cap. XI p. 92. Vgl. L. *Häusser*, Gesch. der Rheinischen Pfalz Bd. I S. 58.

Von da an verblieb Bacharach ein Bestandtheil der Pfalzgrafschaft bei Rhein, und hatte somit, da auch die Lehenherrlichkeit der cölner Kirche nicht aufhörte, zwei Gewalten über sich, deren Verhältniss zu einander, wie z. B. die Urk. nr. 4 bezeugt, keineswegs immer das friedlichste gewesen ist.

Städtische Freiheiten erlangte übrigens der schon sehr frühe als Rheinzollstation bedeutende Ort wohl nicht vor der Mitte des XIV. Jhdts., entweder durch Ludwig IV. oder Karl IV., da zum ersten Male in der Erbeinigung der Pfalzgrafen Ruprecht des Aelteren und des Jüngeren v. 1368 Bacharach als „Stadt" bezeichnet wird. Um diese Zeit war es auch bereits landesfürstliche Münzstätte (Urk. v. 1365 in *Mone's* alleg. Ztschr. Bd. II S. 417.) Wenige Decennien später fügte endlich Ruprecht III. noch die das städtische Gepräge vollendenden Mauern hinzu.

LI. Baden.

(Oesterreich, Land unter der Ens.)

A. *v. Geusau*, Hist.-topograph. Beschreibung der l. f. Stadt Baden, Wien 1802. 8⁰. J. N. *Beck*, Baden in Niederösterreich in topograph.-statistischer, geschichtlicher etc. Beziehung, Wien 1822. 8⁰.

1 **1450**, Nov. 28. Kaiser Friedrich III. verleiht dem Markte „Baaden" die Freiheit, dass ausschliesslich die „daselbst heuslich wonhaften vnd mit aignen ruckh gesessenen burger . . . wein verkauffen, verschencken vnd vertuen" dürfen, dass aber dagegen „niemand, er sey edl oder vnedl, geist- oder weltlicher, so daselbst zu Baaden mit aignen ruckh nit gesessen, keinen frembden wein, der in seinen aignen stokhen vnd in land Oesterreich nit gewachsen ist oder den er von ainem kauff hette, der mit in nit mitleidet, daselbs hin gen Baaden füren, bringen, da ausschencken, verkauffen noch in mancherley weg vertreiben noch vertuen sol." *Pez* et *Hueber*, Cod. diplom.-hist.-epistol. P. III Nr. CLV p. 389; *Chmel*, Reg. Frid. S. 375, 76 nr. 3767. (Extr.) 2

1480, Jul. 6. Derselbe erhebt den Markt Baden, damit er sich von schwerem Kriegsunglücke erholen könne, unter Zuweisung eines genau abgegrenzten Burgfriedens, zur Stadt, gewährt derselben zwei Jahrmärkte und einen zweiten Wochenmarktstag, Richter- und Rathswahl, ein Wappen, die Abhaltung eines Pantaidings in jedem Jahre, die Errichtung einer Salzkammer, die Erhebung von Ein- und Durchgangs-Mauthen, sowie Marktzöllen, und die Viehweide auf gewissen Grundstücken, ordnet sodann auch für die in der Stadt und ihrem Burgfrieden grundsässigen oder wohnhaften Prälaten und Adeligen gleiche Theilnahme an den Bürgerlasten an, und gebietet endlich, dass Jedermann die Bewohner Baden's die vorstehenden Gerechtsame ungehindert geniessen lasse:

„Wir Fridrich von Gottes Gnaden [Erwölter] Römischer Kayser, zu allen zeiten Merer des Reichs, zu Hungarn, Dalmatien, Croatien Künig, hertzog zu Oesterreich, zu Steyr, Cärnten und Crain etc. Bekennen für Vns vnd Vnsere Erben vnd Nachkommen offenlich mit disem brief: §. 1. Als die feindt etlich Jar hero mit Höres Crafft zogen seindt, vnd noch für vnd für in Vnser Fürstentumb Oesterreich ziehen, vnd Vnsern Marckt Baaden schwärlich verderbt, ausgebrennt vnd beschödigt haben, darumben Wir dann denselben Vnsern Marckht, damit er widerumben in aufnehmen komme, fürgenomen vnd geordnet haben, zu der Gwöhr zuezurichten vnd ze aufhaltung Vnserer Burger vnd leuth den mit Mäuren vnd graben zubeuestigen vnd zuezurichten, daz Wir angesehen vnd ze herzen genomen haben derselben Vnser Burger vnd Leüt swerlich vnd merklich verderben vnd schaden, die sie von bemelten widerwertigen des Landes erlitten haben, vnd noch hinfür vnd teglich wartend sein miessen, wo solche beuestung nicht sollt pawt werden, auch Ir vleissig gepet, vnd haben dardurch auch von (wegen) Ires aufnemens vnd gemaines Nutz willen vnd sonderer gnaden, von Römisch Kayserlicher (May.) macht, und als regierender [Herr vnd Landts] Fürst in Oessterreich den bemelten Vnsern Marck Paden vnd die berürt

beuesstigung, als weit die mit Pandt ingefangen wird, zu ainer Statt erhebt, dieselb Statt Paden genent, Vnser Leut vnd Vntertanen, so darin heüser haben oder Pawen, vnd daselbs heüslich sizen vnd wonen werden, zu Burger geschöpfft vnd gemacht, auch zu derselben Vnser Statt ein Purgfridt, Nemblichen von dem Creuz in der Ainöd auf die Rormüll, von der Rormüll auf den Schüttpach, von dem Schittpach auf des Häckhlein Tricht, von des Häckhlein Tricht an das Trattental, vnd von dem Trattental auff den Buechgraben, von dem Buechgraben an die Ebne ainödt, von der Eben Einödt widerumb an das Creutz in der Eben Ainödt, vnd darzue all vnd jegliche gnade, rechte, Freiheit, Privilegia, alt löblich gewohnhait vnd herkhomben, damit ander Vnnser Stätt vnndt Märckht daselbst zu Oesterreich von Vnns vnd Vnnsern Vordern begnadt sein, Inn vnd Ihren Nachkhomben Burgern daselbst ze Paden gnediglich gegeben, vnd sie damit begnadet, [Inn] auch all vnd ir iegliche [gnadt] Freyheit vnd Privilegia, wie sie die vormals von Vns vnd weiland künig Laslau Löblicher gedechtnus haben, confirmirt vnd bestättigt; erheben, Schöpffen, machen vnd geben, confirmiren vnd bestetten auch wissentlich in Crafft dis brieffs alles, das die bemelte beuesstigung nu hinfiran zu ewigen zeiten die Statt Paden, vnd Vnser Leut vnd Vntertanen darinen Burger gehaissen, genennt vnd darfür gehalten werden, vnd dieselb Statt recht vnd Purgrecht haben, vnd aller der Gnaden, Eren, Rechten, Freiheiten, alten herkommen, vnd löblichen gewonheiten, damit ander Vnser Stett vnd Märckht daselbst zu Oesterreich begnadet vnd gefreiet sein, in allen iren handl vnd gewerben, auf wasser vnd auf Land, mit kauffen vnd verkauffen, in massen vnd ander Vnser Burger in Vnsern Stetten vnd Märckten zu Oesterreich von rechtes oder gewohnheit wegen haben, geniessen vnd gebrauchen, auch an den Mauten vnd Zollen in Vnser Erblich Landen mit irer Waar vnd kauffmanschafft gehalten werden sollen, als ander Vnser Burger in Vnsern Stetten daselbst zu Oesterreich werden gehalten, vnd von alter herkomen ist. §. 2. Wir geben auch In vnd Iren Nachkomen hinfür zu ewig Järlich zwen Jarmärckht in derselben vnser Statt Baaden, nemblichen ainen am Sontag vor Sanndt Pangracien Tag vnd den andern an Vnser Lieben Frauen geburts Tag, jeden mit Fürstlicher Freiung Vierzehen Tag vor vnd Vierzehen Tag hernach; auch zu dem Wochenmarckht, so (Sy) von alters her am freitag daselbs zu Paden bisher gehalten, noch wochentlich ein wochenmarkht am Erichtag, an denselben Tägen mit allen Eren, Rechten vnd freihaiten, mit kauffen vnd verkauffen vnd in ander weeg zuhalten vnd zuhaben, in massen andere Jarmärckt vnd Wochenmärckt bey vnsern Stetten vnd Märckten daselbs zu Oesterreich gehalten werden. §. 3. Wir haben auch darzue denselben Vnsern Burgern vnd Inwonern zu Paden die gnad getan, das sie zu ewigen zeiten ainen Richter vnd Rat daselbs aus inn vnd personen, die darzue tauglich sein, sezen vnd erwelen mögen, doch dass die, so also zu Richter vnd Rat gesetzt vnd erwelt worden, Vns, Vnsern Erben vnd nachkomen, oder wem Wir das befehlen, Sweren vnd gewönlich pflicht vnd ayd tuen, als andere Vnser Stett daselbs ze Oesterreich; ob aber Wir vnd Vnser Nachkommen ein Richter selbs sezen wolten, dess sollen Wir macht haben, (so dass) dieselben Richter vnd Rat dann in derselben vnsern Statt Paden, vnd als weith der obbestimbt Burgfrid weret, vmb all sachen, so sich begeben, zurichten haben sollen. Vnd wer also zu Richter gesetzt wurd, der soll das gericht gelt von Vns, Vnsern Erben vnd Nachkhomben bestehen alle Jar, vnd sich darumb mit Vns vertragen, daselb bestand gelt er dann Vns, oder wem Wir das schaffen zugeben, raichen vnd antwurtten soll. §. 4. Wir haben auch denselben Vnsern Burgern daselbs zu Paden von Römischer Keyserlicher Macht als herr vnd Landtsfürst zu derselben Vnser Statt Paden ein Wappen vnd Cleinodt, mit namen Vnsern schild New-Oesterreich, vnd darinen ein Figur eines Wildbads mit Figuren zwaier nakenden Menschen, man vnd Frauenbild, alsdan die in der mitte des gegenwertigen Vnsers Kayserlichen Briefs gemahlet vnd mit farben aigentlicher ausgestrichen seint, verlihen vnd geben; also dass sie vnd ire Nachkomen dieselben Wapen vnd Cleinodt zu der bemelten Vnser Statt Paden notturfften in Insigeln, Pettschafften, klainern vnd grössern, vnd ze allen iren geschäfften, auch zu Schimpff vnd ernst vnd allen andern gueten Sachen und Thatten ueben vnd brauchen mögen, immassen das ander Vnser Stett daselbs zu Oesterreich ze tuen haben. §. 5. Wir haben In auch vergunt vnd erlaubt, dass sie nu hinfür zu ewigen zeiten Jerlichen am Montag nach Vnser Lieben Frauen Tag der Liechtmess ein Pantaiding in derselben Vnser Statt Paden oder in dem Purgfrid daselbs besizen vnd halten sollen vnd mögen mit allen Ehren, Rechten vnd gewonheiten, das die notturfft darzue erfordert, vnd man solch Pantaiding annderer Enden in Vnserem Fürstenthumb Oesterreich pflegt zu halten, vnd von alters herkommen ist. §. 6. Wir ordnen und sezen auch, das dieselben Vnser Bürger da-

selbs zu Paden in derselben Vnser Statt vntz auf Vnser Erben vnd Nachkommen widerrueffen ein Salz-Cammer Juen Pauen vnd halten mögen, mit allen rechten vnd freyheiten, als vnsere burger zu der **Neustatt** das zutuen haben vnd von Vns gefreyet seyn. §. 7. Wir tuen auch Inen die gnad, dass sie nun hinfüro zu ewigen zeiten von allen Pfennwerten, von Ochsen, Khüen, Rossen, grossen vnd klainen Viech, auch Traidt, Stockhen, Schindln, von Wägen, Gewandt, von der Gey-Schneider vnd Schuester arbeit, Röcken, Mäntln, auch Vässern, Kelbern, Latten, Raiffen vnd allen andern, nichts ausgenomen, so man an denen Jahr Märckhten, Wochen-Märckhten vnd andern tägen in dieselb Vnser Statt Paden vnd in den Burgfrid daselbst für, oder dardurch füren oder treiben wirdet, die maut, auch von denen, so auf den Schrägen faill haben, vnd von den Pauren vnd Peurin vnd Fragnerin, so alle Tag faill haben, den zoll nemen mögen vnd sollen, Inmassen die in der **Neustatt** genohmben, vnd es damit gehalten würdt, vndt dess Vnser Burger daselbst zu der **Neustatt** gefreyt sein. §. 8. Wir Tuen auch Inen die sondere gnad, dass sie vnd Ir Nachkommen auff der Waydt, so den Holden auf dem Rohr, vnd auff der Waydt, so den Holden auf der Praiten zugehören, nu hinfür zu ewigen zeiten mit iren Viech iren besuech der Wayd nach irer notturfft ohn derselben Holden vnd meniglichs irren vnd Verhinternus haben vnd gebrauchen mögen. §. 9. Ordnen vnd sezen auch von Römischer Kayserl. Macht vnd als herr vnd Lantsfürst zu Oesterreich, dass alle vnd jegliche Vnsere Prelaten vnd vom Adl, so in derselben Vnser Statt Paden oder in dem Burgfrid daselbst höff, heuser vnd Guetter haben, darin wonhafft sein, oder darin ir gewerb vnd handl haben, dass die mit derselben Vnser Statt daruon mit Steuren, Robat vnd in ander weg mitleyden vnd sich verhalten sollen, als andere Burger daselbs mitleyden vnd sich halten vngeuerlich. §. 10. Dauon gebieten Wir denen Edlen vnd getreuen Lieben N. allen vnd jeden, Vnsern Haubtleuten, Landmarschallen, Graffen, Freyen Herrn, Rittern vnd Knechten, Verwesern, Vitzdomben, Pflegern, Burggrauen, Burgermaistern, Landtrichtern, Richtern, Räten, Burgern vnd Gemaindten, vnd allen andern vnsern Ambtleüten, Vntertanen vnd getreuen, vnd insonderheit Vnsern Pflegern daselbst zu Paden, gegenwertig- vnd künftigen, ernstlich vnd wellen, dass sie die obgenanten Vnser Burger vnd Inwoner zu Paden vnd alle Ir nachkomen bey den obberürten Vnsern Gnaden, Erhebungen, Freyheiten, Jarmärckten, Wochenmärckten, Cleinoden vnd Wapen genzlichen beleiben, vnd sie auch die, so mit irer Waar vnd kauffmanschafft zu In vnd von In handlen vnd wandlen, der berueblich geniessen vnd brauchen lassen, vnd sie darwider nicht tringen, bekümern noch besweren, noch das iemands anderen zetuen gestatten, in kainerlay weis noch weg, als lieb in allen und ieden seye Vnser swäre vngnad zu vermaiden, vnd bey einer Peen zwainzig Marck löttiges gold, die Halb Vns vnd Vnsern Erben in Vnser Fürstliche Cammer, vnd den andern halben Tail derselben von Paden, als offt darwider gehandelt wirdt, vnablässlich zu bezalen. Mit Vrchund diss briefs vnter Vnserm anhangenden Insigl, Geben ze Wienn am Mittichen nach St. Vlrichs Tag nach Christi geburt Vierzehenhundert vnd im Achtzigisten, Vnsers Kayserthumbs im Neun vnd zwainzigisten, Vnserer Reiche des Römischen im Ain vnd viertzigisten, vnd des hungerischen im zwai vnd zwaintzigisten Jaren".

Abdrücke bei *Pez* et *Hueber* l. c. Nr. CLXXIX p. 413 — 15 und *Chmel*, Monumenta Habsburgica Abthl. I Bd. III (1858) Nr. CLXXVIII S. 414 — 19.*) Vgl. *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 5.

Baden. LII.

(Schweiz, Kt. Aargau.)

1369, Dez. 21. Herzog Leopold III. 1
von Oesterreich bestätiget für sich und im Namen seines Bruders, Herzog Albrecht's III., den Bürgern zu Baden auf deren Bitten, dass er, weil „all ir hantvest vnd brief über ire Recht, freiheit, gnad vnd gute Gewohnheit" durch Feuer vernichtet worden, sie „gnädeglich darumb ze versorgen geruhen" möchte, nachfolgende als althergebracht erwiesene Rechts- und Verfassungs-Grundsätze, nämlich: „§. 1. wellich in der vorgenannten vnnsern statt ze baden oder in den grichten daselbs sitzend, das die ouch in allen sachen mit Vnseren burgern daselbs dienstbar sin, mit Reisen, mit Stüren, oder wie die dienst genant sin, on alle widerred vnd gefärd. §. 2. Item ob vor vnserem Schultheissen daselbs, wenn er vmb das Pluet oder vmb den tod richtet, dhein Vrthel stössig wurde, das sol man wieder ziehen vnd vertigen für den Egenanten Schultheissn vnd für die zwölf der alten vnd nüwen rät daselbs ze baden, als es von alter herkomen ist. §. 3. Item Vnnser Schultheiss vnd die geschwornen rät

*) Der im Vorstehenden mitgetheilte Text beruht auf einer Vergleichung der beiden sich wechselseitig ergänzenden und berichtigenden Abdrücke.

ze baden setzent jegliches jares ander räte, vnd wenn si die by iren eiden erkisent vnd dünkt, das si Vns vnd der statt die Besten syen, diselb mougen si, wenn wir in landes nit sin, bringen für vnnsern landvogt, wer der ist, vnd gefallent si dem wol, der mag si ein jar an vnnser statt besteten, doch sollent si vor ine ein gelert eide ze den heiligen schweren, nicht anders ze raten noch ze vrteilen, denn was si recht vnd gut dunkt, vnd das dem vorgenannten vnsern bruder, vns vnd vnseren erben, vnser statt vnd den burgern daselbs das nutzist, das best vnd das gemeinist si, on alles Gefäre. Wenn aber vnser vorgenannter bruder, wir oder vnnser erben selbs by dem Lande sin, so sol man vns oder wem wir das empfehlen, die nüwen räte, die denn erwelt sind, fürbringen, die schweren vnd geloben söllen, als si vor dem Landvogt teten, vnd als da vorgeschriben stat. §. 4. Was och dieselben vnser Schultheiss vnd die räte, die jedes jares also gesetzet werdent, wandelten in der egenanten vnserer stat mit vfsetzen vnd absetzen, das si sich by iren eiden erkennent, das es vns vnd der stat Nutz vnd Ehre si, dabi sol es beliben vnd sol si Nieman daran iren. §. 5. Welich si ze burgern in die vorgenannte Statt enphahent vnd die jar vnd tag on ansprach by inn seshaft sint, die mougen si darnach für ir eigen burger *beheben*, vnd sollen wir vnd vnser landvögte *si daby* schirmen vnd halten, wo si des *bedürfen*. Si mougen ouch all Gottshuslüte ze ingesessen burger enphahen vnd nemen, vnd sol si nieman daran iren, weder inwendig dem jar noch darnach". *Argovia*, Jahrg. 1860 S. 67, 68.

2 **1379**, Oct. 16. König Wenzeslaus verleiht den Bürgern der Stadt Baden das Recht, „offen Aechter ze husen vnd ze hofen vnd alle Gemeinschaft mit innen ze haben", was König Sigismund im J. 1417 erneuert. (R.) *Argovia* a. a. O. S. 88.

3 **1384**, Nov. 23. Die „beid raet nüw vnd alt" zu Baden beschliessen „vnnder inn navch gemeiner vnd einhelliger fravg .. ouch navch den fryheiten vnd gnavden, so ir gemein statt vnd burger ... haben von den durchluchtigen hochgebornen fuersten herzog Albrechten vnd herzog Lüpolten, herzogen ze österich, iren gnedigen herrn, durch eins gemeinen rechten vnd meren schirms willen gelich richen vnd armen, ire alten recht vnd gewohnheit ze ernüwern vnd ouch gesatzte ze duon, .. als ouch sie navch sag der brieff, so sie darumb habend, vollen gewalt haben vnd es wol duon mugend", d. h. ihre bisherigen geschriebenen und ungeschriebenen Rechte, vornehmlich in der Handveste v. 1369 [nr. 1] und den durch eine nicht näher bekannte, aber jedenfalls in den Zeitraum 1275—1365 zu versetzende landesfürstliche Bewidmung auf Baden übertragenen Statuten von **Winterthur** bestehend, unter Hinzufügung neuer, dem Bedürfnisse entsprechender Rathssatzungen in ein s. g. Stadtbuch zusammenzuschreiben, welches auch — anfänglich wohl nur 37 Artikel begreifend — zu Stande kam.

Inhalt: Zulässigkeit von Ehen der in den Friedkreisen von Baden gesessenen Leute mit ausherrischen Personen, ohne dass ihnen die „vngenosame der herschaft" zu Schaden gereichen soll (2); Befreiung der „in der statt verjareten vnd vertageten" von aller Ansprache wegen Eigenschaft (3); Unbeschränktheit der Auswanderung bei Bürgern und Bürgerinnen (4); Gründe, aus welchen man „der herschaft huld verlürt" (5); Lehenwesen, insbesondere Fähigkeit der Bürger „navch edler lüten siten vnd rechtt lehen ze enpfachen vnd einander ze belehnen navch lehens recht", und Anfall der Lehen an die Töchter, „ob da nit sünen ist" (6—8, 10); Erbrecht, vorzüglich der Ehegatten, mit strenger Ausscheidung zwischen „varendem" und „ligendem guot", zu welchem letzteren übrigens auch „guldin pfenning, kernengült oder ander gült, es sy ewig oder ablösig" gerechnet werden sollen, sofern dieselben Eheleute „zu einander bringend, mit einander erbend oder mit einander erkoufend", und mit Andeutungen von Verfangenschaft (9, 11—19); Forum der Bürger in allen Rechtshändeln „vmb eigen, vmb erb vnd vmb allerley anspravch, on allein vmb geistlich sachen vnd mannlehen", vor dem städtischen Gerichte „vnd anderschwav niena" (20); Vertröstung d. i. Caution für Vollführung erhobener Klagen binnen Jahresfrist, und Schutz der rechten Gewere (21); Urthelsprechung des Rathes, namentlich Ziehung stössiger Urtheile (22, 23); Fürgebot der Verklagten (24); Umwandlung übernommener Geiselschaft in Pfandsetzung (25); Verlust der Zulassung zum Reinigungseide (26); Beweis eines geschuldeten „zergelts" (27); Wahl des Raths, des Schultheissen und der Weibel, sowie Einfluss der Blutsfreundschaft auf die Befähigung zum Rathsstuhle (28—31); Gehorsamspflicht der Stadtbewohner gegenüber Schultheiss und Rath (32); Voraussetzungen des Burgrechts-Erwerbs und rechtliche Stellung der blosen Seldner oder Beisassen (33, 34); Holzabgabe aus dem Bürgerwalde (35); Aufsicht des Schultheissen und Rathes über alle „mesz, gewichten, pfunder, marken, wavgen vnd ellsteb" (36); Vormundschaft,

Vögte aus den „vatero der muottermavgen" und „erkorene voegte" (37).

Dem Rechtsbuche fügte man dann allmälig verschiedene, dessen Lücken ausfüllende Nachträge bei; so vermuthlich schon bald nach seiner ersten Anlage a) das Statut „wie man stüret by dem eid vnd was yeder mann stüren sol" (Art. 38—49); später, nämlich unzweifelhaft erst nach dem Nr. 5 aufgeführten Sigismund'schen Privileg b) die reichhaltigen Satzungen über „alle gericht vmb das bluot vnd alle früfne gros vnd clein" (Artt. 50—108); ferner c) eine vom Pfingsttage 1427 datirte Urkunde über Beschirmung „der von Baden by sömlichen ir fryheiten vnd genavden, als von eigner lüten, gotshuslüten, Bastharten oder lediger lüten wegen" durch die verbündeten Städte Zofingen, Sursee, Aarau, Lenzburg, Brugg, Bremgarten und Mellingen (Art. 109); hienach d) Sätze „der morgengaben halb" Art. 110; e) Verordnungen, betreffend die Metzger und den Fleischverkauf, die Fischer, Müller und Pfister (Art. 111—22); endlich, und zwar wahrscheinlich nicht vor 1478 f) Bestimmungen über Schulden-Pfändung und Vergantung (Artt. 123—39).

Von dem Stadtbuche sind zwei MSS. bekannt, ein Pergament-Codex der Gemeinde Baden aus dem ersten Drittel des XVI. Jhdts. und eine blos die ersten 122 Artikel enthaltende Copie des Archivs zu Kaisersstuhl vom J. 1478. Nach der badener Hdschr. hat das interessante Rechtsdenkmal *E. Welti* in der Argovia a. a. O. S. 38—66 edirt und mit höchst schatzbaren „Anmerkungen" (S. 67—93), welche sich zugleich über „Alter und Entstehung des Stadtbuches" (S. 67—71) verbreiten [1]), erläutert.

4 **1386**, Oct. 27. Herzog Leopold III. von Oesterreich legt die „stös vnd misshellungen" bei, welche zwischen seinen Städten Baden und Brugg „von der abzug wegen, so si von einanderen nemend, wenn einer von baden zuo brugg ein wip nimbt oder einer von brugg zuo baden ouch ein husfrowen nimpt", entstanden waren. *Argovia* a. a. O. S. 65, 66.

5 **1431**, Oct. 28. König Sigismund verleiht dem Rathe von Baden den Blutbann und das Recht, in jedem einzelnen Falle den Schultheissen damit zu belehnen. (R.) *Argovia* a. a. O. S. 76.

6 **1481**, Aug. 1. Bischof Otto von Konstanz erlaubt der Stadt Baden, hingerichtete Verbrecher in geweihter Erde zu begraben. (R.) *Argovia* a. a. O. S. 85.

1496. Der Rath der Stadt Baden beschliesst und „errãth", dass „von geldschuld, buossen, einungen vnd artikeln, darum geschribne recht vnd das stattbuoch vswisent, nit witer denn an die vierzig geappellirt werden sol; was aber sust eigen vnd erb, erenletzung vnd dero glichen sachen antrifft, mag man fur vnsre herren, die eidgenossen, appelliren." *Argovia* a. a. O. S. 79, 80. 7

Baden, bereits zur Römerzeit wegen seiner heissen Quellen ein vielbesuchter Erholungsort [vgl. „Die Schweiz unter den Römern", St. Gallen 1862. 4°. S. 10], später schon als Amtssitz des österreichischen Landvogts und um seiner Befestigung willen von nicht unerheblicher Bedeutung, scheint in der Mitte des XIII. Jhdts. sich zu städtischen Freiheiten erhoben und jedenfalls noch vor dem Ausgange desselben die darauf bezügliche Handveste, vermuthlich mit Uebertragung des winterthurer Rechts (s. Nr. 3) empfangen zu haben. Denn dass im Beginne des XIV. Jhdts. jene Entwicklung völlig abgeschlossen gewesen, bezeugt z. B. die Urk. v. 26. Apr. 1325 (in *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. VIII. S. 26, 27), wonach Schultheiss und Rath zu Baden die Commende „ze Bughein (Beuggen) emphangen habent ze burger ... nach irer stat recht ze Baden". Bald darauf sehen wir auch als Handelsplatz durch „grozze gastung vnd mancherley wandelunge" Baden emporsteigen, so dass 1369 der Stadt die Errichtung einer Wechselbank bewilligt wurde. (*Welti* a. a. O. S. 69.) Die äusseren politischen Verhältnisse Baden's angehend, so hatte dasselbe dem Habsburgischen Hause stets mit unwandelbarer Treue angehangen, und würde auch in der Aechtung Herzog Friedrich's (s. oben S. 14[b]) keinen Anlass zur Gesinnungsänderung gefunden haben, wenn es nicht der Uebermacht der Eidgenossenschaft, Zürich und Luzern an der Spitze, hätte weichen müssen. So erscheint es seit 1415 als Bestandtheil der eidgenössischen Vogtei Baden — ohne jedoch hiedurch an seinen hergebrachten Gerechtsamen Schaden zu leiden —, zugleich aber auch als gewöhnlicher Sitz der Tagsatzungen und Malstätte für schiedsrichterliche Verhandlungen. Vgl. *Blumer*, Staats- u. RGesch. der schweizer. Demokratien Thl. I. S. 338, 342—44, 346, 348. Betreffend dagegen die innere Verfassung der Stadt, so finden wir an der Spitze des Gemeinwesens einen jahrweise gewählten Schultheissen und neben demselben den städtischer Rath, aus zwölf Gliedern bestehend, von welchen abwechselnd immer sechs während eines Jahres in stätiger Function sind, während die andere Hälfte aber, jenem „neuen" Rathe gegenüber „der alte"

1) Diesen Anmerkungen sind auch die sämmtlichen, weiter hier aufgeführten Urkunden und Regesten entnommen.

geheissen, blos in bestimmten wichtigen Angelegenheiten, da die Bildung des „völligen Rathes" erforderlich erscheint, hinzugezogen wird. Der jährlich abtretende Schultheiss bleibt übrigens der Stellvertreter seines gewählten Nachfolgers im Amte und führt darum den Titel „Statthalter". Ausser diesem engeren Stadtrathe begegnet dann noch mit beschränkterem Wirkungskreise das Vierziger-Collegium oder der grosse Rath, sowie als bloses Mitwahlorgan bei der Besetzung des Schultheissen-Amts der Ausschuss der Sechziger. Von Communal-Bedienstigten werden aber zwei Weibel, ein Baumeister und ein Säckelmeister erwähnt. Endlich die städtische Gerichtsbarkeit, welche sich auch über das Dorf Ennetbaden („baden zem dorfe, das in dem Sickental lit") erstreckt, handhabt ebenfalls der Schultheiss mit acht aus dem Rathskörper genommenen Urtheilern oder Richtern. Berufungs-Instanz ist jedoch das Vierziger-Collegium, wenn sich nicht die Sache zur Jurisdiction des österreichischen, oder später des von den acht alten Orten der Eidgenossen gesetzten Landvogts eignen sollte. Vgl. *Welti* a. a. O. S. 76—81.

LIII. Bärwalde.

(Preussen, Neumark.)

1 **1348**, Juli 15. Markgraf Ludwig zu *Brandenburg* gewährt den Bürgern seiner *Stadt Bärwalde* eine Minderung „erer rechten ierliken plege". *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XIX. S. 16.

2 **1349**, Jan. 1. Derselbe befreit die Einwohner Bärwalde's von Handelszöllen in den märkischen Landen — „quod consules et universitas civitatis Berwolt ac eciam singuli in eadem civitate mansionem facientes cottidianam seu hereditates habentes ... cum suis mercimoniis terram Marchie sine cujuslibet thelonei dacione transire potuerint, quocies ipsis visum fuerit oportunum." *Riedel* a. a. O. S. 17.

3 **1350**, Nov. 11. Markgraf Ludwig der Römer ertheilt den Bürgern zu Bärwalde die Zusicherung, sie „in omnibus libertatibus, juribus ac approbatis consuetudinibus" bewahren zu wollen. *Riedel* a. a. O. S. 19.

4 **1350**, Nov. 30. Derselbe verleiht und beziehungsweise bestätigt dem Rathe und der Stadtgemeinde Bärwalde a) Ermässigung der Abgaben; b) Zollfreiheit für ihre auf der Warthe und Oder zwischen Neu-Landsberg und Bärwalde gehenden Handelsartikel, sowie überhaupt in dem gesammten markgräflichen Gebiete; c) die Befugniss zur Anlegung einer Mühle, von welcher weder Zins noch Bede entrichtet werden soll, sowie d) die regelmässige Exemtion der Bürger von auswärtigen Gerichten, und verspricht zugleich, niemals innerhalb der Stadt eine Burg oder Befestigung zu erbauen:

„Noverint universi presentes literas inspecturi, quod nos Ludovicus Romanus, dei gratia Brandenburgensis marchio etc., discretorum virorum consulum et universorum civitatis nostre Berenwaldensis civium, fidelium nostrorum dilectorum, perpendentes inopiam, ad eandem presentibus et futuris tollendam gratiam facimus per presentes, quod deinceps nobis et nostris heredibus in annua ipsorum pensione, precariis et omni servitio nil magis quam triginta quatuor marcas argenti Brandenburgensis singulis annis debebunt, sed distinctis temporibus, videlicet decem et septem in festo beate Walpurgis et decem et septem in festo beati Martini solvere sive dare. Debebunt quoque cives curias, domos et mansionem corporalem ibidem habentes, a civitate nostra Nova Landesperg Wartam et Oderam descendendo et ascendendo ad predictam civitatem, de omnibus mercimoniis, que duxerint undique, fore liberi ab omni thelonii datione. Nihilominus quocunque per terras nostras perrexerint, eadem debebunt perfrui libertate. Poterunt etiam in metis, terminis seu distinctionibus suis de novo locare, fundare construere, edificare molendinum, liberum ab omni pactu aut precaria, in aquis aut campis nostro benevolo de consensu, quem ipsum gratuiter presentibus elargimur. Debebunt extra civitatem et dicte civitatis judicium nullatenus trahi consules sive cives, nisi excessus committerent evidenter, qui dicantur handhaffte that. Si vero quis consules ibidem impetere vellet via juris, is ipsos deberet in nostra curia convenire. Ceterum ipsis promittimus, quod non debebimus quovis modo in dicta civitate Berenwold aliquod castrum seu municionem facere, conficere seu fieri permittere. Ut autem hec omnia promissa sepedictis consulibus et civibus presentibus et futuris per nos et nostros heredes rata perseverent, presentes fieri et nostri sigilli munimine jussimus communiri. (Testes.) Datum in Kungsperg, Anno Domini M°CCC°L°, in die beati Andree Apostoli." *Riedel* a. a. O. S. 20, 21.

1351, Oct. 9. Derselbe bewilligt der 5
Stadt Bärwalde eine Erleichterung in Ansehung der „accio et pensio annua." *Riedel* a. a. O. S. 22.

1352, Jul. 2. Derselbe confirmirt den 6
Bürgern von Bärwalde ihre Rechte und Freiheiten. *Riedel* a. a. O. S. 25.

1356, Aug. 17. Derselbe erneuert das 7
Zollbefreiungs-Privileg der Stadt Bärwalde vom J. 1349 (nr. 2). *Riedel* a. a. O. S. 26, 27.

1360, Mai 5. Markgraf Otto von Bran- 8

denburg bestätiget seinen Bürgern „zu Bernvold ... alle ire vriheit, gudden rechte, wirdekeit vnd alle briefe vnd hantvesten von alden vorsten". *Riedel* a. a. O. S. 28.

9 **1373**, Aug. 28. König Wenzeslaus verleiht der Stadt Bärwalde eine General-Confirmation ihrer Freiheiten mit besonderer Hervorhebung des priv. de non evocando. *Riedel* a. a. O. S. 31, 32.

10 **1456**, Oct. 17. Kurfürst Friedrich von Brandenburg bestätiget gleichfalls den bärwalder Bürgern ihre gesammten Rechte, Freiten und guten Gewohnheiten. *Riedel* a. a. O. S. 46.

Seinen Oberhof hatte Bärwalde zu Soldin, dessen Schöffenstuhl nach dem straussbergischen Rechte urtheilte. Mittelbar erscheint daher das letztere auch als das Mutterrecht für Bärwalde.

LIV. Bahn.

(Preussen, Pommern.)

1 **1235**, Dez. 28. Herzog Barnim I. von Pommern überlässt Land und Stadt Bahn, letztere zugleich mit Marktrecht begnadend, dem Tempelherrn-Orden, unter dem Beifügen, dass allda brandenburgisches Recht zur Anwendung kommen sollte, und setzt die Grenzen des erwähnten Landgebietes fest:

Barnimus, dux Slavorum — — — totam terram, que Banen vulgariter appellatur, cum omni utilitate, libertate, aquis, villis, pratis, lacubus et silvis ac proventu, que in presentia ac in futuro provenire poterunt, fratribus militie domus Templi de bona voluntate contulimus ... cum omni jure ac jurisdictione perpetuo possidendam, plenam addentes eis, ut in civitate ipsorum, Banen vulgariter appellata, forum habere possint, facultatem, ab omni jurisdictione nostra liberum et immune, sic quomodo sibi ac suis commodum viderint ac profectum generare. Hoc adjecto, quod jus civile ad consuetudinem Brandenburgensis ditionis in sua terra rite observari fratres faciant antedicti. Limites vero jam predicte terre Banen videlicet nuncupate hijs terminis distinguuntur. Limitantur nempe primo a ponte, qui vocatur Michelesbrukke, ubi perfluit fluvius Colpiz dictus; de jam dicto ponte per medium stagni, quod Pynnow dicitur, deinde ad collem Banewitz nuncupatum, postea per antiquam viam usque ad altum pontem, ubi perfluit aqua Tywe; a quo ponte per antiquam viam ad IV arbores sitas in fine nemoris, dicti Bochwalt, deinde per vallem, que descendit per idem nemus usque ad situm, qui vocatur Silve renmos, deinde per antiquam viam, que Lantstig dicitur, usque Stenwer in fluvium Roreke vulgariter appellatum. Possessionem eorundem ratam habentes et gratam, in nullo eam perturbare volentes aut turbari, ab omni advocatia, exactione ac molestia fratres predictos ac eorum homines perpetuo volumus esse liberos et immunes". *Buchholtz*, Versuch einer Gesch. der Churmark Brandenburg Thl. IV. Anh. Nr. 51. S. 64 flg.; *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XIX S. 2, 3; *Hasselbach's* und *Kosegarten's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I Nr. 220. S. 482—86.

1296, Jun. 11. Die Markgrafen Otto 2
und Konrad von Brandenburg beurkunden einen Vergleich des Templer-Ordens und der Bürger zu Bahn mit jenen zu Schönfliess über den gemeinsamen Gebrauch eines in ersterer Stadt neuzuerbauenden Kaufhauses:

„Nos Otto et Conradus, dei gratia Brandenburgenses et de Landesberg marchiones, cum manifesta recognitione ad singulorum noticiam cupimus pervenire, quod inter viros discretos Templariorum ordinis et cives de Banen ex una et nostros cives de Sconevlith parte ex altera super stationibus theatri in Banen est sic, nobis presentibus, contractatum: quod et ipsum theatrum edificatur magis amplum, ad quam amplationem dicti nostri cives sex talenta denariorum levium solvent. Habebunt autem nostri predicti de Sconevlith et nulli alii sex stationes in hoc theatro et de qualibet statione anno quolibet undecim solidi denariorum levium persolventur. Dicimus eciam, quod ante consummacionem dicte domus cives de Banen permittent favorabiliter, nostros sepedictos sibi astare in theatro nunc inibi existente. Jn horum omnium evidens testimonium presens scriptum desuper conscribi jussimus, nostrorum sigillorum appensionibus roboratum. (Zeugen.) Actum et datum *Konigsberg*, anno domini M.⁰ CC.⁰ nonagesimo sexto, die Barnabe discipuli et apostoli, per manus domini Zacharie notarii." *v. Ledebur's* Archiv Bd. XVI S. 320; *Riedel* a. a. O. S. 67.

1345. Bruder Hermann von Wer- 3
berghe, Heermeister des Johanniter-Ordens (welchem nach Aufhebung der Templer der pommerische Herzog Otto um 1311 Bahn geschenkt hatte), tritt „de Stat tume Bane" an Herzog Barnim III. von Pommern und dessen Leibeserben, und zwar in der Art ab, dass der Orden „den Eygendum over al de stat" behalten, der Herzog aber in derselben nachfolgende Gerechtsame und Nutzungen geniessen soll, nämlich a) die halben Einkünfte aus dem „oversten richte", b) das „Scultambacht", worüber der Herzog und seine Nachkommen beliebig, sei es mittels Kaufes oder Belehnung, verfügen dürfen, und c) die Hälfte

der Pacht- und Erbzinsen von den „Mölen, de dar lyghen vor der Stat tum Bane eder de man noch buwen mag in der Stat eder in der Veltmarke". Dagegen haben dem Orden die bahner Bürger in alle Zukunft jährlich zu Martini 50 Mark brandenburgischen Silbers, ferner 40 „an Huventyns", sowie alle bisherigen Renten fortzuentrichten, und würden der Herzog oder seine Nachfolger erbelos mit Tod abgehen, so soll die Stadt Bahn mit allen ihr anhaftenden Rechten an den Johanniter-Orden zurückfallen. [Urkunde am Schlusse defect.] *v. Lebebur's* Archiv Bd. I S. 142—44.

Eine Annahme des lübischen Rechts in Bahn lässt sich für die Zeit des Mittelalters urkundlich nicht nachweisen. Vgl. L. W. *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. I (1784) S. 64, 65.

LV. Baiersdorf.

(Bayern, Franken.)

J. D. A. *Höck*, Geschichte und Beschreibung der Stadt Baiersdorf und der Ruine Scharfeneck, Nürnberg 1834. 8°. J. G. A. *Hübsch*, Geschichte der Stadt Baiersdorf, Ansbach 1862. 4°. Vgl. auch *v. Pieverling* im Jahresberichte XXI des histor. Vereins f. Mittelfranken (1852) S. 62—67; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 710.

1 **1353**, Jul. 18. König Karl IV. erlaubt den Burggrafen Johann und Albrecht zu Nürnberg, ihr Dorf Baiersdorf zu einer Stadt zu erheben, und bestimmt deren Rechtszug an den Rath und die Bürger von Nürnberg:

„Wir Karl von Gots gnaden Römischer künig, ze allen ziten merer des Richs vnd kunig ze Beheim. Bekennen vnd tun kunt offenlich mit disem brif allen den, die in sehen oder horen lesen, daz wir angesehen vnd geahtet haben die getrewen nutzbarn dinst, die vns vnd seliger werder gedehtnüsse den Durchlühtigen etwenne Römischen keysern vnd küngen, vnsern Voruarn, vnd dem heyligen Riche die Edelen Johans vnd Albrecht Burcgrafen ze Nüremberg, vnser vnd des selben Riches liebe getrewe, biz her getan haben, vnd furbaz wol getun mügen vnd süllen, vnd haben in, von besundrer liebe vnd genaden, erlaubet vnd verlihen, vnd verleihen auch mit disem gegenwertigen brif, daz si vz irem Dorffe genant Beyrstorf ein Stat machen vnd bawen mügen, vnd auch die danne bezzern vnd vesten mit mauren, graben vnd mit andern sachen, als man ander Stet vestent vnd bawet; vnd sol auch danne di selbe Stat furbaz haben von vns vnd dem heyligen Riche alle die recht, fryheit, Markte, marchtrecht, Gerichte, Stoke vnd Galgen, zu gelicher wise, als ander ir Stet habent. Wer auch, daz die selbe Stat vnd die burger dar inne dann dheinerley swerer vrteil, recht vnd heftiger sache zehandlen gewünnen, die sullen vnd mügen si suchen vnd nemen in vnserr vnd des Riches Stat ze **Nuremberg**, von dem Rat vnd den burgern daselbenst, wenn vnd wie ofte si des bedürffen vnd in not beschiht, on alle geuerde. Mit vrchund ditzs brifes, besigelt mit vnserm küniglichen Insigel, der geben ist ze Pazzaw, nach kristus gepürte Driuzehen Hundert iar vnd in dem Drey vnd fünftzigisten Jar, an dem nehsten Donrstag vor sant Marien Magdalene tag, Vnserr Riche, des Römischen in dem Achten vnd des Beheymischen in dem Sybenden Jar". *Pelzel*, Kaiser Karl der Vierte Thl. I, UBuch Nr. CC. S. 199 flg. *Höck* a. a. O. Beil. Nr. III. S. 37 flg.; *Monum.Zoller*. Bd. III. Nr. CCXCVII S. 258 flg. Vgl. auch *Hübsch* a. a. O. S. 2, 3.

1355, Apr. 5. Derselbe wiederholt nach seiner Kaiserkrönung wörtlich den vorstehenden Freiheitsbrief. *Höck* a. a. O. Beil. Nr. IV S. 39 flg. 2

1436. Markgraf Friedrich von Brandenburg, Burggraf zu Nürnberg, verordnet für seinen „Markt zu Beyrstorff", dass man von jeder Mass Weines einen Heller Ungeld entrichte, „vnd desselben vngelts dreyteile der Herschaft vnd ein virteile dem markte volgen sullen, also das man von sulcher virteile an dem markte wissentlich pawe nach notturfft"; dass ferner der Schenkpreis des Weines durch „geschworen schazer" festgesetzt und von Niemanden überschritten werden, auch das Bier-Ungeld „besteen vnd bleiben solle, wie das dann izunt aufgesazt", und bestimmt endlich, in welcher Weise die nächste Steuer-Einnahme theils zur Markt-Befestigung, theils zur Tilgung einer landesfürstlichen Zehrungsschuld zu verwenden sei. *Höck* a. a. O. Beil. Nr. VII S. 44 flg. 3

1458, Jul. 24. Bürgermeister, Rath und Gemeinde des Marktes Baiersdorf vereinigen sich mit Bürgermeister und Rath der Stadt Nürnberg zur Aufhebung einer unter ihnen „von des Nurmberger Walds wegen auff der Seiten sant Sebalts pfarre" bestandenen Irrung dahin, dass Letztere den Ersteren ihr Waldrecht vergönnen, auch „ire Pfannd nach desselben Walds recht vnd ordnung" anerkennen, dafür aber die baiersdorfer Gemeinde der Gegenpartei zusichert, dass von jeder „Hofstatt", sowie von der Sägemühle zu Baiersdorf jährlich „dem Erbforster, in des Hut sie gehören, für sein Forstrecht allain ein Hennen oder Acht pfennig" 4

um Michaelis gereicht, und auf der erwähnten Mühle „nit mer pretter oder Tyln geschnitten werden sollen, dann allein zu notturft des Schloss vnd Markts gehören vnd gebrauchet werden“, bei Vermeidung eines an den „Amtmann desselben Walds“ für Ueberfahrungen des Verbots zu entrichtenden Wandels; wobei man noch das weitere Uebereinkommen trifft, dass alle künftig zwischen den beiden Vergleichstheilen über denselben Gegenstand entstehenden Zwistigkeiten „an desselben Walds Forstgericht ausgetragen“ werden müssten. *Hoeck* a. a. O. Beil. Nr. IX S. 47—49.

Baiersdorf, ursprünglich als Pertinenz des Königshofes Forchheim — „Peieresuorhahe“ — dem Hochstifte Bamberg gehörig, kam durch eine Schenkung Bischof Otto's an das 1108—10 gegründete Benedictiner-Kloster Münchaurach, über welches seit 1158 die nürnbergischen Burggrafen die Schirmvogtei ausübten. In der ersten Hälfte des XIV. Jhdts. scheint aber der Ort, ohne dass sich der Erwerbsgrund urkundlich nachweisen liesse, in den Besitz der Letzteren gelangt zu sein, so dass das erwähnte Kloster nur mehr vier Höfe dortselbst eigenthümlich inne hatte, welche dann der Abt Heinrich auch noch durch Kaufvertrag v. 15. Aug. 1391 dem Burggrafen Friedrich V. überliess. Von da an ist Baiersdorf fortwährend dem brandenburgischen Hause verblieben. [Die betreffenden Urkk. gibt *Höck* a. a. O. Beil. Nr. I, II, VI S. 31, 34, 42 flg.] Bemerkenswerth dürfte noch sein, dass Baiersdorf der Hauptort des danach benannten Kessler- und Kaltschmiede-Districts gewesen ist, welcher daselbst sein Zunftgericht hatte, seine Lade bewahrte und seine Jahrtage hielt. Vgl. *Höck* a. a. O. Beil. Nr. X S. 49, 50; *Hübsch* a. a. O. S. 23—25.

LVI. Balingen.

(Württemberg.)

Reyscher, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. VII „Stadt und Amt Balingen“ S. 150—72 [Geschichts-Skizze mit 8 urkundlichen Beilagen]. Vgl. auch *Sattler's* Histor. Beschreibung von Würtemberg Thl. II S. 124 flg.; *v. Stälin*, Wirtemberg. Gesch. Thl. II S. 506, 666; III S. 409, 418, 458, 718.

1 **1348**, Dez. 30. Die Burgergemeinde von Balingen geht mit jener von Haigerloch einen Vertrag über Rechtshülfe bei Schuldverhältnissen ein:

„Kunt sie allen den, die dizen brief ansehent oder hörent lesen, daz wir der Schulthaiss vnd die Richter vnd die burger gemainlich von Balgingen, mit der Edelen hochgebornen Herren Grauen Friderich von Zolrre, der Schalksburg ist, vnd vnsers gnädigen Herren Hern Swigers von Gundelvingen gunst vnd willen, haben ainen erberen sacz genomen gen dem Schulthaiss vnd den burgern gemainlich von Haigerloch, vnd mit sämlicher gedinge: wär daz ieman in den vorgenempten zwain Stetten mit dem andern ze schaffen gewune oder hette, von gult wegen oder vmb ander sache, die man berehten sölt, der sölt daz reht von dem andern nemen, und sölt man im rihten och als recht wär; wär aber daz im daz reht versait wrde, darnach also daz ers mit erber luten möht furbringen, daz im daz reht verzigen wär, waz er denn darnach täti mit gaischlichem gericht oder mit weltlichem, da het er denne reht zu. Vnd daz diz allez war vnd stät belibe, daz an disem brief geseriben stat, so han wir der Schulthaiss vnd die Richter gemainlich ze Balgingen der Stet ze balgingen aigen Insigel an dizen Brief gehenket ze ainer offen vrkund der vorgescribenun red. Der brief wart geben an dem nähsten zinstag nach dem hailigen tag ze winnähten, In dem Jar do man zalt von Gottez geburt druzehenhundert vnd ähtu vnd vierzig Jar“. *Monum. Zoller.* Bd. I Nr. CCCXII S. 175.

1469, Jun. 21. Graf Ulrich zu Würt- 2
temberg und dessen Sohn Eberhard befreien ihrer Stadt Balingen „Burger vnnd Einwohner, Fraw vnd Manns Persohnen, so Inn der Ehe genannter ihrer Statt vnnd Im Ettern*) zue Balingen sitzen, ... fürohin zue Ewigen Tagen vnnd Zeitten aller Schatzung“, und versprechen zugleich für sich, ihre Erben und Nachkommen, „dieselben ihre Statt Balingen, vnnd darzue Ebingen vnd das Schloss Schaltzburg, fürohinn zue ewigenn Zeithen Nimmermehr voneinander zuuersetzen, noch kein Verennderung damit zue pflegen, sonnder die obgenannten Stätt vnnd schloss Balingen, Ebingen vnnd Schalltzburg vnuerendert beyeinander bleiben zue lassen, wie dann selbiges von Allter geweessen vnnd herkhommen ist“. *Reyscher* a. a. O. Nr. 3 S. 156—58.

1483, März 9. Die beiden Grafen Eber- 3
hard der Aeltere und Eberhard der

---

*) *Reyscher* a. a. O. S. 150 erklärt diese Worte mit: „so in der Ehe und im Etter zu B. sitzen“. Allein offenbar ist: „In der ehegenannten ihrer Statt“ zu lesen. Ueber „Etter“ (septa, Zaun) s. *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins I, 494; G. L. *v. Maurer*, Einleitung zur Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf- u. Stadt-Verfassung (1854) S. 37.

Jüngere zu Württemberg beurkunden, dass, nachdem sie ihre beiderseitigen Länder und Leute „zusammen in ein Wesen gethan", und daraufhin ihnen beiden die Städte Balingen und Ebingen „Erbhuldigung und Eidespflicht" geleistet hätten, denselben „solch Eid und Pflicht an ihren Freiheiten unschädlich sein" sollte (R.) *v. Stälin* a.a.O. Thl. III S. 608 Note 2.

Balingen, bereits 1255 zur „civitas" erhoben, gehörte zur Zollerischen Herrschaft Schalksburg [Schaltzburg], welche vom Grafen Friedrich, genannt „Mülli", mittels eines vor dem Hofgerichte in Rotweil gefertigten Kaufvertrags v. 15. Nov. 1403 (b. *Reyscher* a. a. O. Nr. 1 S. 151—55) an den Grafen Eberhard zu Württemberg übereignet wurde.

LVII. Ballenberg.

(Baden.)

1306, Jun. 12. König Albrecht I. verleiht aus besonderer Gunst für Graf Boppo von Eberstein seinem Orte Ballenberg und der Bürgergemeinde daselbst die Rechte, Freiheiten und Gnaden, welche die Reichsstadt **Rotenburg** (an der Tauber) geniesst:

„Nos Albertus, Dei gratia Romanorum Rex semper Augustus, ad universorum sacri Romani Imperii fidelium notitiam volumus pervenire, quod nobilem virum Bopponem Comitem de Eberstein, dilectum nostrum fidelem, disponentes favore prosequi speciali, Ballemburg loco suo et omnibus ibidem jus civile obtinentibus auctoritate regia omnia jura, libertates et gratias, quibus cives nostri de **Rotemburg** gaudent, duximus concedendum, volentes, ut cives dicti loci Ballemburg inantea juribus, libertatibus et gratiis civium de **Rotemburg** gaudeant et fruantur, presencium testimonio litterarum nostri sigilli robore signatarum. Datum in Frankenfurd II Idus junii Anno Domini Millesimo trecentesimo sexto, regni vero nostri anno octavo". *Würdtwein*, Diplomataria Maguntina Tom. II Nr. I p. 3.

Im J. 1361 (Mai 19) kam die „stad zu Ballenburg" sammt Cent-Antheil, Zoll und Geleite allda kaufsweise in den Besitz des Erzstifts Mainz. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IX (1858) S. 59—61.

LVIII. Balve.

(Preussen, Westfalen.)

1 **1430**, Oct. 22. Erzbischof Diedrich II. von Cöln beurkundet, dass er, „vmme zo verhoeden groissen schaden, de sinem lande van **Arnsberg** vormails geschein is ader noch geschein mucht in zokomenden tzyden, ein festunge ind eyn Stat begrieff haue zo Balue, ind haue dusse Stat Balue begnadet ind vryheit gegeuen, dat alle die ghenen, die diesmails darinne wonhafftig syn ader hernamails komen worden, gebruchen sullen **Arnsberges** gerichtes ind rechtens, dat is zo wissen, off an yrem gerichte zo Balue icht gebreche an ordelen, dat sy dat nicht wyssent weren, dat sy dat in **Arnsberg** hoelen sullen", und verfügt in Ansehung der Bürgeraufnahme, dass solche bei „tobehorigen luden" des Erzstifts in den nächstfolgenden drei Jahren an die Zustimmung des erzbischöflichen Amtmanns und Kelners zu Arnsberg, nach Ablauf jenes Zeitraums aber an die unmittelbare Bewilligung der Erzbischöfe und des „gestichtes" selbst gebunden sei. Nach einer kurzen Bestimmung über die Grösse des zu Martini fälligen Schosses und der Bau-Reichnisse werden dann die der neuen Stadt verliehenen „vryheit ind gnade", betreffend die Wahl von Bürgermeister und Rath „na gewonde der van **Arnsberg**", die Auflage und Wiederabschaffung von Accisen*) „van provanden, als van wyn, van beer, van brot, van fleysch, van butteren ind allerley Kouffmanschaft zo vullest jrem buwe der Stat", die Gerichtsbarkeit über kleine Vergehen „in steghen, in straessen, binnen der Stat ind binnen der veltmarke, dat is zo verstain van jrem buwe, van tzymmern, van graffen ind van jrer vehe drifft", den Wochen- und Jahrmarkts-Frieden und den Drittel-Antheil des Erzstifts an den durch Missethaten auf diesen Märkten verschuldeten und von den landesherrlichen Richtern und dem Bürgermeister erkannten Brüchten, die in „zehen marck ind eyme foeder wyns" bestehende Busse des Verläumders, der „den anderen vorspreke, dat eme an syn lyff genge", und die Repartition derselben zwischen Richter, Kläger und Stadtgemeinde, endlich überhaupt die Rechte der Letzteren und des Erzstifts bezüglich sonstiger Straffälle, im Einzelnen namhaft gemacht. *Seibertz*, UBuch z. Landes- u. RGesch. v. Westfalen Bd. III Nr. 928 S. 55 flg. *Dess.* Statutar- u. Gewohnheitrechte des Hzgth. Westfalen Beil. Nr. 66 S. 501 (Extr.) mit S. 280.

1480, Sept. 24. Erzbischof Hermann IV. 2

*) So muss wohl die unzweifelhaft defecte Stelle des Textes: „setzonge ind entsetzonge, den die burgermeister ind Raidt vnser stat vurg. setzen sollen", verstanden werden. Der „relaxatio et omissio assiciae, Minderung ende Afstellung van excysen" erwähnen mittelalterliche Rechtsbriefe oft. Vgl. J. *de Wal*, Accijnsbrief van Haarlem in 1274 [Leyden 1856. 8°.] p. 13, 14.

von Cöln bestätiget der Stadt Balve den Diedrich'schen Bewidmungsbrief. (R.) *Seibertz*, UBuch a. a. O. S. 56 Note 104.

LIX. Bamberg.

(Bayern, Franken.)

Stifts- und Stadtgeschichte: Mart. *Hoffmanni* [† kurz nach 1600] „Annales Bambergensis Episcopatus ab origine ad an. MDC", gedruckt in J. P. *Ludewig*'s Scriptt. rerum Episcop. Bamberg. (Francof. et Lips. 1718. fol.) col. 1—256. W. J. *Heyberger*, Ichnographia chronici Babenbergensis diplomatica. Ps. I: Origines urbis et episcopatus Babenbergensis, Bamb. 1774. 4°. Benign. *Pfeufer*, Beyträge zu Bambergs Topographischen und Statistischen so wohl älteren als neueren Geschichte, das. 1792. 8°. J. H. *Jäck*, Allgemeine Geschichte Bamberg's vom J. 1007 bis 1811, Bamb. und Würzb. 1811. 8°. *Dess.* Lehrbuch der Geschichte Bamberg's, 2. Ausg. Erlangen 1820. 8. *Dess.* Bambergische Jahrbücher von 741 bis 1833, V Jahrgänge oder Theile, Bamb. 1829—33. 8°. [Hierher gehören nur S. 5—220, 866—902.] *Dess.* Denkschrift für das Jubelfest der Buchdruckerkunst zu Bamberg, Erlangen 1840. 8°. Vieles auch in den *Berichten* I—XXV über das Wirken und den Stand des *historischen Vereins* zu Bamberg, das. 1834—62. 8°.

Urkunden-Sammlungen: a) „Die durch die allgemeine Teutsche- und besonders Babenbergische Geschichte aufgeklärte und gegen die im J. 1771 neuerlich hervorgetrettene Hochfürstlich-Brandenburgische Deduction standhaftest verthätigte Landes-Hoheit Des Kays. Bist- und Fürstenthums *Bamberg* über den Mark-Flecken und das gesammte Amt *Fürth*" [mit einem unpaginirten „Codex probationum diplomaticus a num. 1 usque 172 incl. in octo sectiones distinctus"], Bamb. 1774. fol. *) — b) P. Aemil. *Ussermann*, Episcopatus Bambergensis sub metropoli Moguntina chronologice et diplomatice illustratus [nebst einem besonders paginirten „Codex probationum ex praecipuis documentis tam editis quam ineditis collectus"], Typis San-Blasianis 1801. 4°. — c) C. *Höfler*, Friederich's von Hohenlohe, Bischofs von Bamberg, Rechtsbuch (1348). Zum ersten Male herausgegeben und mit einem Commentare begleitet, Bamb. 1852. 8°.

Stadt-Geschichte allein: Andr. *Goldmayer*, Historische, Astronomische vnd Astrologische Beschreibung vom ersten Vrsprung vnd anfänglicher Erbawung der weitberühmten Residentz-Stadt Bamberg, Nürnb. 1644. 4°. [Auch b. *Ludewig* l. c. col. 985—1007.] **) G. Th. *Rudhart*, Ist die Altenburg bei Bamberg wirklich das Castrum Babenbergk Regino's und die civitas Papinberc der Urkunde vom J. 973? Blicke in die Urgeschichte der Stadt Bamberg (Progr.), das. 1835. 4°. Nik. *Haas*, Geschichte der Pfarrei St. Martin zu Bamberg und sämmtlicher milden Stiftungen der Stadt, das. 1845. 8°. (Mit 114 Urkk.)

Rechts- und Culturgeschichte insbesondere: M. H. *Schuberth*, Histor. Versuch über die geistliche und weltliche Staats- und Gerichtsverfassung des Hochstifts Bamberg, Erlangen 1790. 8°. *Dess.* Nachträge zum historischen Versuche, (das.) 1792. 8°. C. F. *Rosshirt*, Geschichte und System des deutschen Strafrechts, Thl. I (Stuttg. 1838. 8°.) §§. 58—67 S. 110—32. H. *Zöpfl*, Das alte Bamberger Recht als Quelle der Carolina, Heidelb. 1839. 8°. [mit *Gaupp's* Recens. in Richter's und Schneider's krit. Jahrb. f. dtsch. RWiss. 1840 S. 45 flg.] — F. X. *Deuber*, Grundriss der bambergischen Handelsgeschichte, Bamb. 1818. 8°.

A. Rechtsbriefe und Verträge der Stadt mit den Bischöfen.

973, Jun. 27.[1]) Kaiser Otto II. schenkt 1
seinem Neffen, dem Bayernherzoge [Heinrich II. oder Hezilo von den nach der Enthauptung des ostfränkischen Markgrafen Adalbert im J. 905 zum Reiche eingezogenen babenbergischen Hausgütern] „quoddam sui juris predium civitatem videlicet papinberc nominatam cum omnibus ad hanc respicientibus et eo in servicium versis et nendilin vraha[2]) in comitatu berahtoldi comitis volcveld nuncupato sita." [Die im Originale befindliche Jahrangabe: „dccce. l. xxv." ist unzutreffend und in 973 zu verbessern.] *Fürther Deduct.* Cod. prob. Nr. 1; *Ussermann* l. c. Cod. prob. Nr. II p. 4; *Monum. Boic.* Vol. XXVIII^b p. 201 sq. Mit Erläuterungen auch bei Fr. *Brenner*, Kaiser Heinrich der Heilige und König Maximilian Joseph in Bezug auf Bambergs kirchliche Verfassung, Bamb. und Wirzb. 1818. 4°., S. 7—10 und P. *Österrei-*

*) S. g. **Fürther Deduction.** Der Bearbeiter des Textes ist J. N. Ign. *Lorber v. Störchen*, der Herausgeber der Urkunden der Archivar W. I. *Heyberger* gewesen.

**) Nur als Curiosum noch nennenswerth.

[1]) Diese Urkunde bildet auch das cap. IX von *Adalberti* vita Heinrici imp. (Ed. J. *Gretseri* ap. Ludewig l. c. col. 275 sq.; ed *Waitz* ap. Pertz, Monum. SS. IV, 794 sq.) Hier findet sich der Name des Bavarorum dux beigefügt.

[2]) Das Dorf Ober- oder Stegaurach bei Bamberg.

cher, Die Altenburg bei Bamberg geschichtlich dargestellt, Bamb. 1821. 8°., S. 39—59 mit Urk. Nr. I S. III flg.

2 **1057—1066.** R e c h t e d e r b i s c h ö f l i c h e n D i e n s t m a n n e n zu Bamberg, in der Zeit Bischof Günther's des Schönen aufgezeichnet:

„Hec est justicia Babebergensium ministerialium. §. 1. Si quem ex his dominus suus accusaverit de quacunque re, liceat illi juramento se cum suis coequalibus absolvere, exceptis tribus, hoc est, si in vitam domini sui aut in cameram ejus aut in municiones ejus consilium habuisse arguitur. Ceteris vero hominibus de quacunque objectione absque advocato cum suis coequalibus juramento se poterit absolvere, et ceteris hominibus non plus debent quam vii personas, suis vero sociis xii. §. 2. Si occisus fuerit, recompensacio ejus x libre sunt, que ad alios non pertinent, nisi ad cognatos occisi. §. 3. Si beneficium non habuerit ab episcopo et representaverit se in ejus ministerio, et beneficium non poterit obtinere, cui vult militet, non beneficiarius sed libere. §. 4. Si absque liberis obierit et uxorem pregnantem habuerit, expectetur dum pariat, et si masculus fuerit, ille habeat beneficium patris; si non, proximus agnatus defuncti loricam suam vel equum, quem meliorem habuerit, domino suo offerat et beneficium cognati sui accipiat. §. 5. In expedicionem iturus ex suo sumptu ad dominum veniat; deinceps ex ejus inpensa alatur. Si expedicio in Italia est, dominus per singulas loricas unum equum det et iii libras. Si vero alio, duo ex illis tercio dent inpensas beneficium habentes.³) §. 6. A domino suo non constringantur, nisi ad quinque ministeria, hoc est, aut dapiferi sunt, aut pincerne, [aut cubicularii]⁴), aut marchalli, aut venatores.“

Dieses wichtige Rechtsdenkmal, welches Goldast eigenmächtig zu einer „Constitutio Henrici III. imp. aug.“ gestempelt hat⁵), ist uns als Bestandtheil einer Urkunde erhalten, welche sich auf die Schenkung des Allods Haga sammt Pertinenzen und zugehörigen Ministerialen an den Peters-Altar des Doms zu Bamberg bezieht, und sowohl in den Codex epistolaris des Clerikers Udalrich vom J. 1125⁶) [cap. CXIII in *Eccardi* Corp. hist. med. aevi Tom. II p. 101 sq.], als auch in einen Cod. Viennens. der Adalbert'schen vita Heinr. [cap. XVII ed. *Gretseri* l. c. col. 289] Aufnahme gefunden hat. An diese Texte schliessen sich dann die weiteren Abdrücke bei *Goldast*, Const. Imperial. Tom. I p. 231, *Ludewig* l. c. „Dipl. Bambergens. codicillus“ Nr. VI col. 1121 sq., E. *Montag*, Gesch. der dtsch. staatsbürgerl. Freyheit Bd. II (1814) S. 286—89 und A. *v. Fürth*, Die Ministerialen (1836) Anh. Nr. 1. S. 509 flg. an. 3

1103, Jul. 15. Kaiser H e i n r i c h IV. sichert in seinem solennen Bestätigungs- und Immunitätsbriefe für das Hochstift Bamberg demselben insbesondere zu: „nullus ibi comes aut judex legem facere presumat infra urbem preter episcopum ejusdem loci.“ *Fürther Deduct.* a. a. O. Nr. 27; *Ussermann* l. c. Nr. LV p. 56, 57.

1163, März 10. Kaiser F r i e d r i c h I. 4
gewährt den bambergischen Handelsleuten [und zugleich jenen von Amberg, s. oben Nr. XXIII. 2 S. 32, 33] Schutz und Zollfreiheit im ganzen Reiche, wie solche die Kaufleute **Nürnberg**'s geniessen. *Haas* a. a. O. Beil. Nr. 7 S. 631 flg.

1201. Bischof T i e m o von Bamberg 5
überträgt „legitimo titulo donationis super altare sancti Georii **a d v o c a c i a s c i v i t a t i s b a b e n b e r g e n s i s** et super forestum in miherloe⁷), ut libere postmodum ecclesie pertineant, tali publica conditione interposita a confratribus et ministerialibus ecclesie, ut quicunque successorum (episcopi) per revolutiones temporum eligatur, in electione firmam cautionem emittat, quod predictas advocacias nec infeudare nec alio modo alienare presumat, et hoc spondeat, antequam canonici obedientiam promittant, vel ministeriales sacramentum fidelitatis illi prestent.“ *Höfler* a. a. O. S. XCVI flg. (mit S. LI flg.)

Es dürfte hier die geeignete Stelle sein, zur Erklärung der vorstehenden fünf Actenstücke einen Blick auf die inneren Zustände Bamberg's während des XI. und XII. Jhdts. zu werfen. Fehlt es uns auch für eine derartige Schilderung an einer einheitlichen vollständigen Erkenntnissquelle, so bieten doch die in reicher Fülle erhaltenen Specialurkunden, sowie die bisher viel zu wenig beachteten Stifter- und Klöster-Chartularien⁸) so

³) So *Goldast*, *Eccard*, *v. Fürth*. Die übrigen Edd. ziehen die Worte „benef. hab.“ zum §. 6 hinüber.

⁴) Im Cod. Udalr. [*Eccard*, *v. Fürth*] fehlen diese Worte ganz. *Montag* ergänzt die Lücke, indem er nach marschalli — „aut camerarii“ einschiebt.

⁵) Ihm ist *Jäck*, Vereins-Bericht VII S. 29, gefolgt.

⁶) W. *Wattenbach*, Deutschlands Geschichtsquellen im MAlter (1858) S. 306.

⁷) Michelau, Pfarrdorf am Main.

⁸) z. B. das UBuch des michelsberger Abtes Andreas, das Copialbuch des Collegiatstifts St. Stephan, das Gründungsbuch des Collegiatstifts St. Jacob, sämmtlich edirt von C. A. *Schweitzer* in den Vereins-Berichten XVI, XVII, XIX, XXI.

viele zerstreute Andeutungen dar, dass sich aus ihrer Zusammenfügung wenigstens die Umrisse eines Verfassungsbildes gewinnen lassen. Was nun vor Allem

a) die Zeit der Erhebung Bamberg's zur Stadt anbelangt, so wird es zwar schon in der Urk. nr. 1 als „civitas" bezeichnet. Allein dass dieser Ausdruck hier nicht im juristisch-technischen Sinne des Mittelalters, sondern lediglich für gemeindliche Ansiedlung zum Zwecke des Burgschutz-Genusses zu nehmen sei, unterliegt ebenso wenig einem Zweifel, als dass, des Schwankens in der urkundlichen Benennungsweise ungeachtet, dennoch im Jahre 1007, da nämlich König Heinrich II. seinen lange gehegten Plan der Gründung eines Bisthums in seinem Lieblingsaufenthalte verwirklichte, der Ort bereits eine Stadt in der politischen Bedeutung des Wortes gewesen sein müsse, indem er als blose „villula" oder selbst als „modica civitas" den canonischen Satzungen gemäss ungeeignet erschienen wäre, der Sitz eines Bischofs zu werden. *Rudhart* a. a. O. S. 16, 17, 27 m. Note 50.

b) Als Bestandtheile der civitas finden wir ausgeschieden: das „burgum", die Ober- oder Domstadt; das „forum", die Unterstadt mit dem Marktplatze; die „suburbia", Vorstädte, zu welchen unfehlbar auch die „villa Turstat" gerechnet werden darf.

c) Unter der Einwohnerschaft tritt zuvörderst uns die bischöfliche „familia" entgegen, sich in die meist ritterlichen „ministeriales episcopi s. S. Georgij majoris ecclesiae", welche unter einem eigenen Dienstmannenrechte (nr. 2) und dem Saalgerichte des Bischofs („advocatus super ministeriales et allodia eorum nihil juris habeat, sed quidquid controversiae de allodiis vel aliis quibuslibet negotiis inter eos ortum fuerit et ipsi inter se componere non possunt, judicium exspectent episcopi", 1176) standen, und in die „laici domestici" sondernd. Letztere waren hörige, einmal geradezu als „servi" bezeichnete Handwerker, und treffen wir namentlich als solche einen „magister farine, molendinarius, textor" erwähnt an.

d) Eine zweite, zahlreichere Einwohner-Classe bildeten dann die Stiftsleute zu St. Stephan, St. Jacob und St. Gangolph, sowie die Abteileute des Klosters Michelsberg. Auch hier müssen wieder getrennt werden *α*) „ministeriales s. ministri S. Jacobi, S. Michaelis etc."; *β*) „officiales", als welche z. B. dem oben gedachten Kloster laut Urk. v. 1154 „coci, pistores, braccatores, viniatores, forestarii, hortulani, sutores, fullones" dienstbar waren; *γ*) „coloni et subditi", die in den stiftischen Immunitätsbezirken binnen der Stadtmauern angesessenen, in bürgerlichen Rechtssachen den s. g. Cellariatsgerichten unterworfenen Grundholden; *δ*) „coloni curtilium", die Hörigen auf den vor- und ausserstädtischen Stifts- und Klosterhöfen, über deren Verpflichtungen, insbesondere zu Zins und Besthaupt, das s. g. jus curiae*) entschied. Sie empfingen ihr Recht auf dem zwei- oder dreimal des Jahrs abgehaltenen Vogtsdinge.

e) Endlich die dritte und wichtigste Classe der Stadtbewohner machten die vermuthlich auch unter den „liberi" älterer Documente zu verstehenden „cives s. burgenses" aus, welche selbst in den Vorstädten („Bero ville Turstat civis" 1185) begegnen, und zu denen hauptsächlich die „negotiatores" (nr. 4) gezählt haben mögen. Von Abgaben derselben scheint das Ungeld schon dieser Periode anzugehören, da unter dem „tributum", womit nach M. *Hoffmann* l. c. col. 142 Bischof Tiemo im J. 1197 die Bürger zu deren grossem Aergerniss zum ersten Male belastete, offenbar nichts anderes zu verstehen ist.

f) Dass übrigens die Bevölkerung Bamberg's mindestens in ihren unteren Schichten nicht rein germanisch, sondern mit slavischem Elemente („Radanzwinida") vermischt gewesen, beweist der, gewiss auch auf die Stadt selbst, nicht etwa blos auf das platte Land sich beziehende Synodalbrief Bischof Günther's v. 1058, worin derselbe berichtet: „erat enim plebs hujus Episcopii, utpote ex maxima parte Slavonica, ritibus gentilium dedita, abhorrens a Religione Christiana tam in cognatorum connubiis, quam in decimationum contradictione decretis Patrum omnino contraria." Vgl. L. Cl. *Schmitt*, Die Bamberger Synoden (Vereins-Bericht XIV v. 1851) S. 22.

g) Auch Juden müssen schon *frühe in* Bamberg sich niedergelassen haben; denn wir finden im beginnenden XIII. Jhdt. einen „Marcuuart judeus" als Zeugen, und zwar bei einem kirchlichen Traditionsacte, fungiren. Eine wirkliche Judengemeinde mit eigenem Wohnplatze dürfte jedoch erst im folgenden Jhdt. entstanden sein. Vgl. *Haas* a. a. O. S. 267 flg.

h) Als Beamte in der Stadt lernen wir kennen: *α*) die bischöflichen, aus dem Adels-

---

*) Bruchstücke eines solchen Hofrechts der Abtei Michelsberg enthält eine für dieselbe ausgestellte Urkunde Kaiser Heinrich's II. v. 1015 [*Ussermann* l. c. Nr. XX p. 23, 24], deren Aechtheit jedoch gegründeten Zweifeln unterliegt. Vgl *de Lang*, Reg. Boic. I, 67.

stande genommenen „advocati burgi et fori“, von *Zöpfl* a. a. O. S. 51 freilich als eine und dieselbe obrigkeitliche Person aufgefasst; β) den „scultetus s. judex“, welchem jedenfalls zwölf scabini — vielleicht die „jurisperiti“ einer Urk. v. 1215 — zur Seite gestanden; γ) den „telonearius“, welchen dann unzweifelhaft noch δ) ein „monetarius“, Münzmeister, mit der Beaufsichtigung des Handelsverkehrs betraut, beigefügt werden darf, wiewohl seiner die Urkunden dieser Periode nicht erwähnen, da ja bereits 1034 die bambergischen Bischöfe im Besitze des Münzrechts sich befanden.[10]) — Dagegen fällt die Entwicklung eines städtischen Rathes erst in die Anfangsdecennien des XIV. Jhdts.

i) Die Schirmvogteien über die verschiedenen Bestandtheile der Stadt, wie sie früher den Herzogen von Meran und Grafen von Abenberg, nicht immer zum Heile und Frieden des Bisthums, zugestanden hatten, wusste der kluge und energische Bischof Tiemo als eine unveräusserliche und unverleihbare Gerechtsame des Domstifts in der Hand der Bischöfe zu concentriren (nr. 5).

k) Spuren eines eigenthümlichen Statutarrechts von Bamberg lassen sich noch nirgends wahrnehmen. Wie allenthalben in Deutschland, war auch in Bamberg jenes aus den triebfähigen Wurzeln der allmälig abgestorbenen Leges und Capitularia hervorgewachsene jus terrae commune die Grundlage des *Rechts*lebens, und keine andere darf daher auch unter dem „jus civile“ der Urk. v. 1185 (b. *Haas* a. a. O. Beil. Nr. 11 S. 637) gedacht werden. Welche bedeutende Rolle aber damals im Bambergischen die Gottesurtheile des Glüheisens, Kesselfangs und kalten Wassers gespielt haben mögen, ersehen wir aus dem Breviar des Domcantors Eberhard (1185—1192), dessen Ordalien-Liturgie sich in ihren Beschwörungs-, Segnungs- und Gebetformeln am meisten dem s. g. ordo Wessobrunnensis saec. XI annähert. Vgl. *Anzeiger f. Kunde der dtsch. Vorzeit* Bd. II (1855) Sp. 15, 38, 69, 87 flg.

6 **1234**, Aug. 23. König Heinrich VII. verfügt auf Bitten Bischof Ekbert's: „ne cives Babenbergenses ad aliena judicia de cetero quisquam audeat evocare; sed siquis eos convenire voluerit, forum sequatur eorum, secundum consuetudinem et statuta civitatis ejusdem justiciam coram ipsorum judice recepturus.“ *Fürther Deduct.* a. a. O. Nr. 28; *Ussermann* l. c. Nr. CLXVIII p. 150; *Monum. Boic.* Vol. XXXI[a] p. 559; *Huillard-Bréholles*, Hist. Frid. Tom. IV P. 2 p. 676.

1237, Mai 18. Kaiser Friedrich II. ertheilt, auf Vorstellung des Bischofs von Bamberg, allen seinen „judices per imperium constituti“ die Weisung: „quatenus clericos et cives civitatis Babenbergensis nec non ministeriales ecclesie ipsius ad vestra judicia ex aliqua causa contra libertatem ecclesie predicte motu proprio nullatenus evocetis, nec eos respondere coram vobis ammodo compellatis, quod gratum habere non possemus, si super hoc querimonia dicti principis nostri ammodo contingeret aures nostras.“ *Fürther Deduct.* a. a. O. Nr. 29; *Ussermann* l. c. Nr. CLXX p. 151; *Huillard-Bréholles* l. c. Tom. V P. 1 p. 74 sq. 7

1245, Jun. Derselbe bestimmt „civitatem Bambergensem pro mutuis commodis exercendis utilem et acceptam ad celebrandas annuatim universales nundinas Kalendis Maji usque per tres septimanas sequentes duraturas“, gestattet, „ut ibidem sub securitate imperatoris et imperii tam vicini quam remoti conveniant cum mercimoniis suis [ad] communia, sicut moris est, commoda facienda, dummodo indulta vicinis nundinis in eisdem diebus non possit oportunitas prepediri“, und fügt endlich den allgemeinen Befehl bei, für die Sicherheit der Marktgäste und ihrer Güter am Orte selbst, wie auf der Hin- und Heimfahrt Sorge zu tragen, und jede Verletzung und Hinderung derselben fernezuhalten, indem den Uebertretern dieses kaiserlichen Mandats schwere Ungnade und Strafe angedroht, jenen aber „qui pacem et indempnitatem servabunt“ Huld und Gnade zugesichert wird. *Schuberth*, Nachträge Beyl. Nr. 29 S. 178 flg.; *Monum. Boic.* l. c. p. 580 sq. 8

1264, Jan. 1. Bischof Berthold (Graf von Leiningen), das Domcapitel, der Convent des Klosters Michelsberg und die Capitel der drei Collegiatstifte erklären in Gemeinschaft mit den Bürgern der Stadt Bamberg, dass das „newe vngelt“, welches sie aufgesetzt und einstweilen verhängt hatten „zenemen in der stat ze Babenberg“, wieder „durch aller nuzze, frumen, ere vnd gemachs willen abgenomen“ sein solle, und geloben zugleich mit guten Treuen: „daz vnder vns cheiner, wi er genant si vnd in welher wirdikeit er si, chein newe vngelt furbaz mer weder vordern noch eyschen noch nemen schule, noch nicht verhengen noch gestaten schulen, daz man ez furbaz von jemant mer vordere, eysche noch neme“. Dies „geseze vnd fursichtig gemehte vnd willekür“ soll „ganze vnd stet beleiben vnd getrewelich vnd vestiglichen vnd vnzerbrochenlich gehal- 9

---

[10]) Vgl. Ph. *Meyer* im Vereins-Berichte VII S. 45 flg. und über die s. g. Hausgenossen: C. A. *Schweitzer* im Archiv f. Gesch. u. Alterthumskunde in Oberfranken Bd. II (1843) Heft 2 S. 1—32.

ten werden." J. B. *Mayer*, Versuch einer Abhandlung über Steuer und Abgaben im allgem., dann vorzügl. im Hochstifte Bamberg, das. 1795. 8⁰. Beyl. Nr. I S. 123, 24.

10 **1275**, Febr. 1. Derselbe Bischof Berthold setzt sich mit seinem Domcapitel über verschiedene, die beiderseitigen Gerechtsame in der Diöcese und in der Stadt, z. B. in Ansehung der Münz-Aenderungen und des Marktverkehrs („mercatum cunctorum victualium cibi et potus in civitate et in emunitatibus"), betreffende Beschwerdepunkte unter Beirath von Sachverständigen gütlich aus einander. *Höfler* a. a. O. S. XCVII—IX.

11 **1275**, Dez. 5. Derselbe lässt sich zur Beilegung einer zwischen ihm und den „confratres de capitulo majori super juribus hominum in emunitatibus Babenbergensibus consistentium et etiam hominum ejusdem civitatis" entstandenen Jrrung von sachkundigen Männern, und zwar von sieben „ex parte civitatis" und von sechs „ex parte emunitatum" ein eidliches Gutachten erstatten, dessen Inhalt er zu einem „statutum" erhebt. Dasselbe betrifft a) die Abgaben der „homines emunitatum frequentantes forum civitatis cum mercibus suis, ponentes tripedes, qui vulgariter vocantur schragen, tuguria, que vocantur hütten, et mensas et macella" an den Bischof, und die nur an ihren Handelswaaren zulässigen Pfändungen wegen rückständiger „steurae"; b) die Abgabenfreiheit der in den Immunitäten wohnhaften Hausgenossen, welche „nec cambiunt nec in moneta cudunt nec mutuant in mensis numulariorum", wogegen dieselben, wenn sie derartige Geschäfte üben, „cum aliis civibus steuras solvant"; c) die Uebersiedlung aus der Stadt in die Immunitäten und umgekehrt, und das Verfahren hiebei in Ansehung der persönlichen Lasten sowohl als der Haus- und Grundsteuern; d) die Competenz-Verhältnisse des „judicium civitatis" und der „judices emunitatum", sowie der „centa saecularis" in peinlichen Fällen, namentlich Wundungen, Tödtungen und Diebstählen; e) die Zollpflicht der in den Immunitäten Handel treibenden Gäste und die Erwerbung des „jus fori et civitatis, quod vulgariter Marcketgerett dicitur" von Seite solcher Fremden; f) die völlige Gleichstellung des „forum emunitatis in vendendis et emendis rebus" mit dem Stadtmarkte in Bezug auf die Handelsgegenstände; g) die Verbindlichkeit zu gegenseitiger Hülfeleistung der „residentes in emunitatibus et residentes in civitate, si aliquod inevitabile civitatem comuniter tetigerit"; endlich h) die Grenzen des den Stadt- und Immunitätsrichtern zustehenden Verfolgungsrechtes, wenn sich der „forefactor fugiens" in den anderseitigen Jurisdictions-Bezirk flüchten sollte. Lateinisch bei *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 11 S. 423—26 und *Höfler* a. a. O. S. 19—21; Bruchstücke einer jüngeren Verdeutschung bei *Schuberth*, Versuch S. 44 Note p. Vgl. dazu *Zöpfl* a. a. O. S. 101, 2.

1291, Oct. 21. Bischof Arnold (Graf von Solms) verlautbart einen, das Missverständniss zwischen ihm und der Bürgergemeinde zu Bamberg aufhebenden Schiedspruch: 12

„Nos Arnoldus, dei gratia Babenbergensis ecclesie episcopus, constare volumus universis, quod dissensio et discordia, que inter nos ex una parte et universitatem civium in Babenberg vertebatur ex altera, decisa fuit per arbitros in hunc modum. §. 1. Primo quod nullus clericus vel ministerialis cujuscunque nominis vel condicionis existens debeat vel possit trahi ad centam nec ad judicium civium, cum solus episcopus, vel cui commiserit, habeat de eorum excessibus judicare. §. 2. Preterea vidue et orphani in civitate Babenberg debent gaudere libertate et privilegio, ut antiquitus est consuetum. §. 3. Debent insuper officiati Babenbergenses episcoporum solummodo in eorum presencia et non alias conveniri. §. 4. Iudicium etiam civitatis Babenberg sine omni impedimento debet regi et statui per episcopos, qui pro tempore fuerint, Babenbergenses. [11]). §. 5. Habebunt ad hec episcopi Babenbergenses portas civitatis et turres, in quibus locabunt, quos voluerint, atque [12]) ponent. §. 6. Numquam etiam, ut antea, cathene vel vectes in civitate Babenberg ponentur, nec [13]) aliqua debet erigi municio, nisi de speciali mandato illius episcopi superstitis et ejus purissima voluntate. §. 7. Insuper scultetus civitatis Babenberg [14]), cum occupatus fuerit, ita quod interesse nequit officio sibi commisso, alium potest substituere, qui ejus suppleat [15]) absenciam, coram quo cives juris justitiam exercebunt. §. 8. Episcopi etiam Babenbergenses habent [16]) illas [17]) evenciones, que vngelt nuncupantur. §. 9. Ceterum omnia statuta, que statui vel ordinari possunt pro honore civitatis et dyocesis Babenbergensis, sive sit in vino, cervisia vel aliis quibuscunque, ordinari et statui debent per dominos de capitulo et illos quatuor officiales, assumptis [18]) sibi aliquibus discretis civibus, sicut ab

11) *P.* Babenbergae.
12) *P.* aut.
13) *P.* non.
14) *P.* Babenbergensis.
15) *P.* supplet.
16) *P.* habebunt.
17) *H.* alias.
18) *P.* conjunctis.

antiquo [19]) statuerunt. §. 10. Frumentum, quod ducitur ad vendendum, debet publice vendi in foro in communi mensura, ut diviti et pauperi rectitudinis equitas observetur [20]). §. 11. Nullus debet inpignorare colonum vel rusticum alicujus canonici, nisi prius ipsi [21]) domino moveat questionem. §. 12. Quemcunque etiam [22]) episcopus vel ejus scultetus securaverit et sibi pacem in civitate Babenbergensi dederit, non debet offendi ab aliquo, nisi fuerit debitis irretitus. §. 13. Nolumus eciam per presentem composicionem [23]) formam preterite derogare, cum utreque debeant stabiles persistere. §. 14. Quicunque aliquid statutorum tangencium forum empcionis vel vendicionis infirmaverit, pena decem librarum Babenbergensium punietur. Nos vero Fridericus thelonearius: Anshelmus; Chunradus et Waltherus filii quondam Braunwardi; Gunterus monetarius; Reimarus [24]), Fridericus, Chunradus Tokelarii: Weikerus [25]) ac tota universitas Babenbergensis fatemur, omnia predicta esse vera, et ea promisimus observare; et ad majorem caucionem sigillum civitatis nostre apposuimus hiis literis, que prius sigillo venerabilis domini nostri Babenbergensis episcopi sunt munite. Datum et actum Babenberch, anno domini MCCLXXXXI. xii cal. Novembris". *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 8 S. 401—3; *Höfler* a. a. O. S. 21—23.

Die „decisio" selbst, von acht zur einen *Hälfte* geistlichen, nämlich dem Domcapitel *angehörigen*, zur anderen weltlichen und adeligen „arbitratores seu amicabiles compositores" unter dem Vorsitze des Probstes Lupold (Grafen von Grundlach) ertheilt, ist vom 13. Nov. 1290 datirt, aber bis auf den Eingang [*Höfler* a. a. O. S. 23] ungedruckt. Vgl. *Jäck*, Allgem. Gesch. Bambergs S. 53; *Höfler* a. a. O. S. LXX.

13 **1320**, Jan. 21. „Wegen mancherlei Krieg und Misshellung zwischen Bürgern und Gemeinde zu Bamberg wird vor dem Bischofe [Johannes von Gütingen], dem Kapitel, dem Abte zu Langheim und anderen ehrsamen Laien und Pfaffen eine Stadtordnung aufgerichtet: wer das Siegel der Stadt, das Stadtbuch haben, an den Thoren die Nutzung einnehmen, wer die Glocken und den Thurm auf der Brücke setzen soll etc." (R.) *Haas* a. a. O. S. 243.

1324, Febr. 3. Bischof Johannes „erlaubt, weil in der Stadt Bamberg gross Gebrechen und Ungemach von Dieben und Einbrechen des Nachts, in Mord und anderm Unfug, davon Reiche und Arme oft betrübt werden, den Bürgern der Stadt, dass sie aus sich genommen dreizehn bescheidne, ehrbar Mann; was die fürbas in ihrem Rathe, als sie hinter den Heiligen geschworen haben, Gutes findend, und trachtend, und gesetzend, das uns und unserm Gotteshaus und derselben unser Stadt zu Babenberg nütz ist und gut, das soll alles stete bleiben und veste; und wollen auch, das sie fürbas bleiben und bestehen bey ihren Rechten und Gewohnheit, damit sie vormals zu Babenberg gewesen sind, unverzogen unsers Gotteshauses und unser Nachkommen und auch des Kores Rechte". *Haas* a. a. O. S. 243, 44 (Extr.) 14

1331, Nov. 24. Kaiser Ludwig IV. bestätigt der Kirche zu Bamberg ihr „altes Recht, dass ihre Ministerialen und Bürger, Stadtleute und Leute nicht vor fremde Gerichte gefordert werden sollen." (R.) *Höfler* a. a. O. S. LXXXIII. 15

1333, Mai 24. Derselbe erklärt, dass er die vor sein Hofgericht geladenen Bürger zu Bamberg von der Klage, und überhaupt von allen Ansprüchen, welche er gegen sie geltend machen könnte, entbinde, ertheilt denselben die Gnade, dass sie Niemand in Zukunft bei dem Hofgerichte belangen dürfe, es sei denn, dass er (der Kaiser) selbst wider sie zu klagen hätte, und nimmt sie gleich andern Bürgern des Reiches sammt ihrem Gute in seinen Schutz: 16

„Wir Ludweig von Gotes gnaden Römischer Keyser, zu allen zeiten merer dez Reiches, Veriehn vnd bechennen vmb die Ladung, daz wir di Pürger gemeynchlichen ze Babenberh geladen heten für vnser Hofgerichte, daz wir si der selben clage ledig vnd los sagen, Vnd sagen si auch ledig aller der sache vnd ansprach, di wir hintz in heten bis auf disen heutigen tag, daz si wider vns noch wider daz Reiche daran nicht missetan haben. Wir tune in auch di gnade von vnser vnd dez Reiches wegen, daz si niemant für vnser Hofgericht fürbaz laden schol, an als vil ob wir selber hintz in iht ze clagen heten, daz si fürbaz wider vns teten. Wir geheyzzen in auch von vnser vnd dez Reichs wegen, swa si in vnser vnd dez Reichs Stet varen, daz wir si vnd ir Gut schirmen schulen, als ander vnser vnd dez Reichs Pürger. Wir tune auch in di gnade von vnser vnd

---

19) *P.* fügt ein: hujusmodi.

20) Der Text bei *P.* hat hier folgende zwei weitere §§.: „Nullus debet habere cerevisiam venalem, nisi eam braxet. Vinum et cerevisia ex civitate vendi non debet carius, quam sit aestimatio eorum apud clepsedram vel ducillum". [Ueber letztere Worte s. *Ducange-Henschel*, Glossar II, 390, 91; 947.

21) *H.* ipse.

22) *H.* Quecunque enim.

23. *P.* compositionis.

24) *P.* Reimardus.

25) *P.* Wickerus.

dez Reichs wegen, ob in ein Byschof vnd ein Capitel gemeynchlich ze Babenberch theiu gnade tut, da mit si ir leibe vnd ir Gut beschirmen mugen ane geverde, daz si vnser vnd dez Reichs gunst darzu habent. Wir wellen auch, daz in niemant thein vnrecht tu, wanne wir si in vnsern schirme vnd in vnser gnade sunderlichen genomen haben. Und dez zu einem Vrchunde geben wir in disen Brief mit vnserm keyserlichem Insigel versigelten. Der geben ist ze Nürenberch an Mantag in den Pfingsten, da man zalt von Christes geburt Drewczehen hundert iar, dar nach in dem Drew vnd Dreizzigsten iar, in dem Newnzehenden iar vnsers Reichs, vnd in dem Sechsten dez Keysertums" [26]). *Höfler* a. a. O. S. LXXXIII, IV. (Extr.)

17 **1333**, Mai 28. Derselbe stellt zwischen Bischof Werntho [Schenk von Reicheneck] und seinem Capitel einer- und der Bürgerschaft von Bamberg andererseits „vmb alle Sach, Stöz, pruch, krieg, auffleuffe vnd misshellunge, die sich pis her auf disen tag zwischen jn ze peiderseit verlauffen haben", auf deren Angehen einen Vergleich her, welchen beide Parteien „ewicleichen stet ze haben vnd ze volfuren" geloben. Die „artikel vnd punde" dieser im Wesentlichen mit dem Schiede von 1291 [nr. 12] übereinstimmenden „richtung vnd einung — teyding vnd rede" lauten: „§. 1. Des ersten, daz der Bischoff vnd die vorbenanten Tumherren des Stiffts ze Babenberch guet freunt sullen sein der obgenanten purger vnd der Gemein der selben Stat; vnd wer, daz si wider jn icht getan hetten oder in icht vbervaren hetten piz an diser zeit, ez wer an gerihten, an pewen, an vngelt einzenemen, oder ob jemant der purger werhafft wer worden, vnd daz puezzen solt vmb kauffen oder verkauffen, oder ob si jemant geliebt hetten mit schenckung oder mit erung, daz sol der vorbenant Bischoff, die eegenanten Tumherren vnd daz Capitel alles sammt leuterleich vnd genczleich lazen varn; vnd sullen die purger guet freunt sein des Bischoffs, der Tumherren vnd des Kapitels on alles geverde vnd argenlist. §. 2. Ez sol auch der Bischoff oder sein nachkomen die Turn vnd die Tor gemeinleich ze Babenberch beseczen vnd inne haben mit wem er wil, on alle widerred [27]). Also daz die Stat vnd die purger an leib vnd an gut getrewleich damit bewart sein. §. 3. Ez sullen auch die purger fürbas nimer mer

26) Nach einer vom Dechant Walther „zu vnserer frawen ze Teurstat" gefertigten und vom 6. Oct. 1358 datirten Abschrift des Originals auf der städtischen Registratur zu Bamberg abgedruckt.
27) 1291 §. 5.

ketten vnd noch keinen Rigel in der Stat ze Babenberch aufrichten, machen noch legen, vnd besunderleich sollen sie keinen pauve tun weder an vesten oder an Turn, dann von gepot, gunst vnd willen, der zu den zeiten bischoff da ist [28]). §. 4. Ez sol auch der bischoff oder sein nachkomen den Rat der Stat ze Babenberch seczen vnd auch ablazen, als im gevellet; vnd wann er jn wil seczen, daz sol sein mit den purgern, die in der stat ze Babenberch sint. §. 5. Ez sullen auch witben vnd weisen in der Stat ze Babenberch haben die freiheit vnd das recht, als sie ez von alter her pracht haben mit gewonheit [29]). §. 6. Ez sol auch kein pfaffe noch kein des gotshaus Dienstman, wie die genant sint, oder in swelhem tun und leben sie sint, geladen werden noch antwurten auf der Cente oder an dem gerichte der Burger vmb keinerlei vnzucht oder vmb ander sach, die sie angingen, wie die genant weren, an alein vor dem bischoff, oder wem er seinen gewalt daruber gibt ze richten [30]), ez wer dann ob jemant einen todslag oder ander sach, die an daz leben giengen, iht tete in dem gerichte vnd darinne begriffen wurde; hincz dem sol man rihten als recht ist. §. 7. Ez sol auch der bischoff richten oder heizen richten allezeit on geverde, vnd sullen sein amptleut nindert kein recht halten oder tun niemant, an da der bischoff entgegen [31]) ist, ez heiz dann der bischoff mit namen [32]). Auch sol daz gericht ze Babenberch an alle widerred vnd alle hinderung geseczt vnd gerichtet werden, als ein bischoff wil, der dann bischoff ist [33]). Also daz die schepfen purger sulen sein in der Stat ze Babenberch. §. 8. Ez sol auch der Schultheiz ze Babenberch, wenn er unmuezig oder mit andern sachen begriffen ist, daz er selber an dem gericht nit siczen mag, vollen gewalt haben, einen andern erbern man an sein stat zu seczen; vor demselben sullen die purger ze recht sten vnd vor dem recht nemen vnd tuen, als ob der Schultheiz selben entgegen wer [34]), ez wer dann, daz ez einen menschen an sein leben gienge, da man des Schultheizen zur bedorft von des pannes wegen; da sol er selber ze gericht siczen. §. 9. Auch sol ein bischoff ze Babenberch, ob er wil, selber einnemen das vngelt [35]), oder wem er ez empfilhet, mit allen

28) 1291 §. 6.
29) Jb. §. 2.
30) Jb. §. 1.
31) D. i. zugegen, *Adelung's* Wörterb. I, 1823.
32) 1291 §. 3.
33) Jb. §. 4.
34) Jb. §. 7.
35) Jb. §. 8.

dem, daz da von komen mag an alle Hindernisse. §. 10. Daruber alle die geseczt, die man ewicleichen beseczen sol dem bistum vnd der stat ze Babenberch ze frumen vnd ze nutz, ez sei an wein, an pier oder an andern sachen, wie die genant sind, als von alter herkomen ist, sullen geseczt vnd geordent werden mit den vorbenannten heren des Capitels von dem Tuom ze Babenberch vnd mit den vier amptmannen, vnd die sullen zu in nemen etleich bescheiden purger von der Stat [36]), vnd sullen der Rat an den geseczten haben, als ez von alter gewonheit herkomen ist; vnd swaz da funden vnd geseczt wirt, daz sol stete bleiben. §. 11. Auch sol man daz korn, daz man fueret vnd verkauffen wil, offenleich auf dem marke verkauffen mit dem gemeinen maz, also daz peider Reichen vnd armen, recht geschehe [37]). §. 12. Ez sol auch niemand pier veil haben, er preu es danne selber. §. 13. Man sol auch nicht weder wein noch pier hoher verkauffen auzer der Stat, denn ez gilt vnd gelten mag bei dem Trichter vnd bei dem zapffen [38]). §. 14. Ez sol nieman auch pfenten keinen huebner noch gepawrn aller der korhern ze Babenberch, man hab jn dann vorbeklagt vor seinem herren [39]); vnd mug jm dann daselben nicht recht widervaren, so mag (man) pfenden vnd mit dem pfant gevaren, als recht ist. §. 15. Wem auch der Bischoff oder der Schultheiz ze Babenberch geleit vnd frid geben in der stat, den sol nyemant leidigen noch beswern, ez sei dann vmb gelt alein [40]). §. 16. Ez ist auch also geredt, ob iemant prech vnd vberfuer die geseczt, die an geent verkauffen vnd kauffen, daz der vervallen ist vnd puezen sol zehen pfunt Babenberger pfenning" [41]). B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 3 S. 369—75; *Höfler* a. a. O. S. 23—28. Auszug bei *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. VII p. 47.

18 **1335**, Febr. 23. Derselbe erneuert die den Bürgern Bamberg's bei ihren Handelsfahrten im Reiche zugestandene Zollfreiheit. (R.) *Höfler* a. a. O. S. LXXXIV.

19 **1341**. Bischof Leupold [von Egloffstein] zu Bamberg bestätiget das den Clerikern in der Stadt von seinen Vorfahren verliehene Privileg, wonach dieselben „immunes ab omni theloneo seu angariis vel parangariis, que ungelt vulgariter nuncupantur" sein sollten. (R.) *Höfler* a. a. O. S. LXXXV.

20 **1342**, Aug. 19. Kaiser Ludwig IV. confirmirt dem Gotteshause und Stifte zu Bamberg die von früheren Königen und Kaisern erhaltene Freiheit, dass Niemand dessen „dienstman, Purger noch ander leüt auf cheinerley fremdes gericht oder zent ziehen noch laden" möge, indem dieselben allein vor dem Bischofe oder seinen Amtleuten zu Recht zu stehen hätten, so lange hier die Rechtshülfe nicht versagt werde. *Fürther Deduct.* a. a. O. Nr. 33.

1362, Oct. 3. Kaiser Karl IV. erklärt, 21
dass er zwar dem Bischofe Leupold zu Bamberg die Gnade gethan und verbrieft habe, „also das Er vnd sein Nachkommen zu Babenberg in der Stat vnd in etlichen Muntäten, die da gelegen sint, vnd in dem Lande vnd seinen Zugehörungen vngelt aufsezen vnd nemen mögte nach gewonheit der Stat zu Nürnberg", dass ihm (dem Kaiser) aber nachher Kunde von jenem Uebereinkommen Bischof Berthold's und seines Capitels mit anderen Prälaten und der Stadt Bamberg „gemäss welchem „fürbas mer cheinerlej Vngelt auf cheinerlej Keufen gesazet werden schulte in cheiner weis" [nr. 9], geworden sei, und er sich daher veranlasst sehe, da Bischof Leupold bei Erwerbung obiger Gnade von dem Dasein des Berthold'schen Briefes geschwiegen, jene demselben aber nicht verliehen worden wäre, wenn der Kaiser „der egenanten Ordnung deutlich vnderweiset" gewesen, auch Bischof Leupold selbst sculdig erscheine, um des „Gelübtes" willen, das er bei seiner Wahl zum Bischofe gethan, die Berthold'sche Ordnung aufrecht zu halten, da endlich der Kaiser „auch der egenanten Stadt ze Babenberg alle Gnade, die si von jren Herrn (den) Bischöfen ze Babenberg behalten hat, bestetiget vnd confirmirt habe mit seinen kayserlichen Brifen", jene dem Bischofe Leupold gegebene Erlaubniss, ein Ungeld vorzuschreiben, „in allen iren Meynungen, Puncten vnd Artiklen von Worte ze Worte" zu widerrufen und für gänzlich unkräftig zu erklären, so dass sie der Stadt Bamberg, dem Capitel und dem Lande an den aus der Berthold'schen Ordnung erworbenen Rechten keinen Schaden bringen solle. *Mayer* a. a. O. Beyl. Nr. II. S. 225—27.

1363, Apr. 9. Bischof Leupold, wel- 22
cher durch besonderen Brief den Bürgern „die in seinem Stat gericht ze Bamberg gesessen sein" die Gnade verliehen hat, „das sie von Sand Merteinstag der komt über ein ganzes Jar steuer frei sizen sullen", verfügt, dass dieselben nach Ablauf jener Frist jährlich, so lange er lebe, ihm zur Steuer „tausent pfund Haller genger Werung oder tausent Gultein dafür, die auch geng in seiner Stat da seien vnd rechtes Gewichte hätten",

36) 1291 §. 9.
37) Jb. §. 10.
38) Zu §§. 12, 13 s. oben Note 20.
39) 1291 §. 11
40) Jb. §. 12.
41) Jb. §. 14.

auf Martini bezahlen, und dass „die egenant Steuer mit in tragen järlich vnd gelten sollten alle die, die durch Recht vnd von Alter her mit in gesteuert hätten", indem er zugleich verspricht, wider solche, die sich der Mittragung weigerten, ihnen gerichtliche Hülfe gewähren zu wollen. *Mayer* a. a. O. Beyl. Nr. III S. 228, 29.

23 **1376**, Oct. 26. Kaiser Karl IV. erlaubt um der zerrütteten Finanzlage des Bisthums willen dem Bischofe Lambert [von Brunn] zu Bamberg, damit er „destebaz auz seinen schulden komen vnd seine vnd seins Stiffts Vesten vnd Sloss wider bawen müge — daz er von jedem fuder weins, daz man verkauft oder verschenckt, einen Gulden vnd von jedem fuder birs ... einen halben Gulden in der Stat ze Bamberg, in dem Muntat vnd in andern seinen vnd seins Stiffts ze Bamberg Steten, gerichten, Merkten vnd Dorffern aufheben vnd nemen sulle vnd muge", so lange, bis diese Erlaubniss vom Kaiser oder seinen Nachfolgern im Reiche widerrufen werden würde. *Schuberth*, Nachträge Beyl. Nr. 20 S. 123 flg.

24 **1377**, Mai 22. Derselbe thut dem Bischofe Lambert zu Bamberg die Gnade, „daz er, oder wem er daz bevilcht, muge vnd sulle nemen ein besunderliche schazcung, Stewer vnd helffe von des Keyssers Camerknechten, allen Juden, vnd von jedlichem besunder, die vnder im wonen vnd sezzhaft sint in seiner Stat zu Bamberg" ......, und gestattet ihm, die sich etwa einer solchen Auflage widersetzenden Juden an Leib und Gut anzugreifen, bis sie die vorgeschriebene Schatzung und Steuer vollständig bezahlt haben würden. *Fürther Deduct.* a. a. O. Nr. 40.

25 **1377**, Oct. 9. Bischof Lambert und Dechant Ulrich von Tunfeld „schulmaister dess Capitels" zu Bamberg gehen mit den Bürgern daselbst im Betreffe des mit Genehmigung Kaiser Karl's IV. aufgesetzten Ungeldes einen Vertrag ein, wonach von jedem Fuder Biers und Weins, welches verschenkt wird, künftighin ein Eimer bambergischen Gemässes gereicht, die jährlichen Erträgnisse dieses Reichnisses aber in drei Theile repartirt, und davon zwei dem Bischofe, der dritte jedoch zur einen Hälfte dem Capitel „zu Baw des Thumbs" und zur anderen der Bürgerschaft, um hauptsächlich davon Brücken, Wege und Stege zu unterhalten, zufallen sollen. Der Bischof macht sich übrigens noch besonders anheischig, von seinem Ungelds-Antheile „zu der golt fasten", d. i. an jedem der vier Quatember-Fasten-Tage, 45 Gulden der Stadt zu ihren Baukosten zuzuschiessen. Eine gleiche Vertheilung, wie des Ungeldes selbst, wird ferner bezüglich der Poengelder festgesetzt, welchen die in der Leistung des ersteren Saumseligen unterliegen. Endlich bestimmen noch die Parteien, dass die Briefe der Bischöfe Berthold und Leupold „die von Vngelt wegen gegeben, genzlichen absein vnd kein craft noch macht haben", die gegenwärtigen Vergleichs-Artikel aber „ewiglichen stete bleiben" sollen. *Mayer* a. a. O. Beyl. Nr. IV S. 230—34.[42]).

1389, Jul. 19. Derselbe freiet auf Grund eines zur Beilegung neuerlicher „zwyläufft vnd misshellung" zwischen ihm und dem Stifte einer- und der Bürgerschaft Bamberg's andererseits von Bischof Gerhard von Würzburg, Graf Günther von Schwarzburg und Ritter Dietrich von Bibra ertheilten „schidbrifs" die im Stadtgerichte zu Bamberg gesessenen Bürger dahin, dass sie „in demselben statgericht steuerfrey sizen vnd wohnen sollen" vier Jahre lang und während dieser Zeit „mit keinerley bete oder steuer beschwert werden dürfen in kein weis", dagegen aber auch schuldig seien, dem Bischofe und Capitel die mit denselben vormals vereinbarte und verbriefte Steuer zu entrichten. *Mayer* a. a. O. Beil. Nr. VII S. 240, 41. 26

1396, Aug. 25. König Wenzeslaus bestätigt das zwischen Bischof Lambert und den Bürgern zu Bamberg getroffene Uebereinkommen, wonach sich die von Letzteren in den nächstfolgenden zwanzig Jahren zu entrichtende Lichtmess-Steuer nicht über tausend Gulden jährlich belaufen soll. *Mayer* a. a. O. Beyl. Nr. VIII S. 242, 43. 27

1397, Aug. 2. Pabst Bonifaz IX. ertheilt in einem Streite zwischen der eigentlichen Bürgerschaft und den Eingesessenen der Immunitäten zu Bamberg auf Grundlage der in seinem Auftrage vom Bischofe Raban zu Speier durchgeführten Untersuchung einen Schiedspruch, gemäss welchem jeder Bewohner Bamberg's, er sei im Stadtgerichte oder in den Muntaten gesessen, zu allen Lasten, Diensten und Abgaben gleichmässig verpflichtet sein, es ferner in der Macht des Bischofs stehen, erforderlichen Falls nach freiem Ermessen auch die Angehörigen der Immunitäten zur Tragung der allgemeinen Bürgerlasten heranzuziehen, endlich, wenn Bürger, um sich den Abgaben zu entziehen, in die Muntatbezirke übersiedeln würden, dieses dem Bischofe an seinen Rechten gegenüber Ersteren nichts benehmen sollte: „perpetua et irrefragabili constitutione san- 28

42) Einen minder wichtigen Ungelds- und Steuer-Vergleich desselben Bischofs mit der Stadt v. 24. April 1377 theilt ebenfalls *Mayer* a. a. O. Beyl. Nr. V S. 235 flg. mit.

cimus, constituimus et etiam ordinamus, quod extunc inantea perpetuis temporibus omnes et singuli dictorum locorum Emunitatum nuncupatorum habitatores, tam praesentes quam posteri, una cum aliis habitatoribus et incolis dicti loci judicium Civitatis nuncupati .... [onera] quaeque omnia et singula, realia personalia et mixta, nec non ordinaria et extraordinaria qualiacunque pacta, servitia, contributiones et expensas, civitati dioecesi et dominis guerrarum seu alia quacunque occasione incumbentia, communiter et aequaliter secundum exigentiam facultatum et personarum conditiones subire et supportare teneantur et debeant; dictusque Lampertus et successores sui, Bambergenses episcopi, qui pro tempore fuerint, ipsos habitatores locorum Emunitatum nuncupatorum ad subeundum et supportandum, una cum aliis habitatoribus et incolis ipsius loci judicium Civitatis nuncupati, hujusmodi onera, servitia, contributiones et expensas pro tempore requirere et compellere, ... capituli seu aliorum quorumcunque consensu vel consilio super hoc minime requisitis, libere et licite possint in omnibus et per omnia, ac si iidem habitatores locorum Emunitatum nuncupatorum non in ipsis locis Emunitatibus nuncupatis, sed alias in Civitate, ubi, ut praefertur, judicium Civitatis nuncupatur, habitarent et cives reputarentur — — —. *Quodque* omnes, qui post dictam pronunciationem et ejus occasione, causa auffugiendi servitia, onera et expensas hujusmodi, loco qui judicium Civitatis dicitur, ad loca Emunitates nuncupata migrarunt aut in futurum migraverint, nisi alias forte ex rationabili causa id fecerint, omnino in omnibus et per omnia ipsi episcopo aequaliter subjecti remaneant, ac si de eodem loco judicium Civitatis nuncupato se minime transtulissent". *Alle* dem vorstehenden Inhalte des Schiedsspruches widerstrebenden Rechtsbriefe, Gewohnheiten, Statute und Freiheiten werden für aufgehoben erklärt und diejenigen, welche die päbstliche Bulle irgendwie zu verletzen oder ihr entgegenzuhandeln wagen sollten, mit der „indignatio omnipotentis Dei et beatorum Petri et Pauli Apostolorum" bedroht. B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 12 S. 427 — 35.

29 **1398**, Nov. 16. Die „Burger gemainlichen, die in dem Statgericht zu Bamberg gesessen sind", einigen sich gütlich mit Bischof Lambert „vmb alle zweyung, aufleuff vnd missheluug", welche zwischen beiden Theilen bis dahin gewesen waren, indem sie unter einander festsetzen: a) die frühere, durch Bischof Gerhard von Würzburg mitbesiegelte „Richtigung" zwischen den Parteien [nr. 26] sei von nun an als aufgehoben zu betrachten; b) die Bürger sollten „dornach keinen Rat haben, dann als von alter herkommen", und dürften „dieweil sie also keinen Rate hätten, zu einander geen, als das von alter herkommen sei[43]), d. i. die beabsichtigte Neu-Organisation des städtischen Rathscollegiums sollte unterbleiben und wegen der Nichtexistenz eines solchen die Bürgergemeinde selbst in Masse zur Besprechung ihrer Angelegenheit zusammentreten; c) wenn „ein auflauf oder geschell sich in der Stat erhübe", so möchte dieselbe, wie das stets gebräuchlich gewesen, „sich wol waffen vnd zesamen geen"; d) die Thore an der Stadt solle der Bischof nach bisheriger Uebung und zwar mit Personen besetzen, „dormit die Stat vnd leut bewart vnd besorgt sein"; e) den mit der Sturmglocke versehenen Thurm und das Häuslein auf der Brücke möge der Bischof „nyemand anders befehlen, dann der zwelf geswornen Scheppfen einem, welchen dann dieselbe zwelf Scheppfen vnter In dortzu erwelen", und dieser solle dem Bischofe schwören und geloben, ihm „mit dem Turn zu gewarten vnd dem Stifft vnd der Stat nutz zu werben vnd schade zu warnen"; f) die erwähnte Glocke dürfe nicht geläutet werden, es geschehe denn mit des bischöflichen Schultheissen oder Hofmeisters Rath, ausgenommen wenn der Thurmwächter eine Feuersbrunst bemerken oder ein plötzlicher Aufruhr oder Einfall geschehen würde; denn alsdann könne, in Abwesenheit des Schultheissen und Hofmeisters, schon auf Geheiss eines oder zweier geschworner Schöffen die Glocke gezogen werden; g) die Bürger dürften auch „hawbtleut[44]) setzen, als das von Alter herkomen sei, doch also, dass dyselben hawbtleut sweren dem obgenant heren, seinen Nachkumen, seinem Stiffte vnd der Stat getrew zu sein, Iren frumen zu werben und iren schaden zu warnen ongeverde, dabey dezselben hern Schultheis sein soll"; h) es dürfe Niemand zum Bürger angenommen werden, er habe denn vor dem Bischofe und der Stadt geschworen; i) die Bürger seien gehalten, dem Bischofe und Stifte nach Vermögen zu dienen „hie ym land, wenn in des not geschehe vnd sie dez ermant würden, als das von alter herkommen sei"; k) ein Bürger, „welcher aus dem Statgericht zihend würde vnter in vnd nicht mer Burger seyn wölt", sollte zwar sein Bürgerrecht vor dem Schultheissen und den geschwornen Schöffen auf-

43) Vgl. *Zöpfl* a. a. O. S. 76, 78, 80, 81.

44) Städtische Districts-Vorsteher mit polizeilichen Aufsichts-Functionen.

geben und auch hinweg ziehen können ungehindert; er müsse jedoch danach noch „ein Jar leyden mit der Stat als ein ander Burger ongeverde"; l) im Falle des Ablebens des Bischofs habe die Bürgerschaft dem Capitel nur „bis an einen künftigen heren vnd nicht lenger zu gewarten", aber während dieser Zeit den Domherrn keine Steuer zu geben; m) jeder, welcher in der Bürgergemeinde „sich verenderte vnd eelich werde vnd zu seinen Tagen kume, solle stewer geben, wenn er des ermant werde vor dem Schultheis vnd Scheppfen, als ander Burger getan hätten"; n) übrigens sollten des Bischofs und Stifts Rechte und Gewohnheiten in keinerlei Weise angetastet und in der Ausübung gehindert, sowie endlich o) alle früheren „Brief vnd richtigung", die unter lit. a erwähnte allein abgerechnet, soweit sie sich mit vorstehenden Artikeln vereinbaren liessen, bei Kraft und Macht erhalten werden. *Schuberth* a. a. O. Beyl. Nr. 22 S. 127—30. Vgl. dazu *dessen* Versuch S. 95; *Zöpfl* a. a. O. S. 76, 78.

Zu den schattenreichsten Epochen in der Geschichte Bamberg's gehört unzweifelhaft die Regierungszeit seines achtundzwanzigsten Bischofs, des Benedictiners Lambert oder Lamprecht aus dem elsassischen Rittergeschlechte von „Burn" oder Brunn (1374—98), in welche die Urkunden nr. 23—29 fallen. Ein Mann ebenso genial und willenskräftig, als staatsklug und gewandt, dabei am kaiserlichen Hofe beliebt und einflussreich — hätte er in demselben Masse, als er durch Erweiterung des Bisthums-Gebiets für seine weltliche Machtstellung zu sorgen verstand, auch das durch innere Wirren vielfach getrübte gemeindliche Leben der Stadt und damit ihre politische Bedeutung nach aussen zu heben vermocht, wenn es ihm bei seinem bodenlosen Egoismus möglich gewesen wäre, auch gewisse Interessen des Bürgerthums als mit den seinigen gleichberechtigt anzuerkennen und denselben in seinen Herrscher-Acten Rechnung zu tragen. Allein die ganze Thätigkeit, welche er seiner Hauptstadt widmete, ging in einem fortwährenden Auspressen von Abgaben und einem kleinlichen Feilschen um das Mehr oder Minder derselben auf — gewiss ungeeignet, irgendwie Sympathien bei der Bürgergemeinde für ihn zu erwecken. So konnte es nicht fehlen, dass auch sie gleich den Communen anderer Städte die Zeit des kraftlosen Regimentes König Wenzel's benützte, um ihrem lange verhaltenen Grolle gegen den Steuer-Erpresser Luft zu machen. Mit der Erklärung, künftighin nur denjenigen auf dem bischöflichen Stuhle dulden zu wollen, welcher die Auflagen nach der Bürger Willen zu bestimmen geneigt sein werde, nöthigten diese im J. 1379 Lambert, die Stadt zu verlassen, welche er erst im folgenden Jahre mit Waffengewalt wieder zu erringen im Stande war. Die Folge dieses, allerdings in seiner Ausartung auch jeden Scheines von Rechtmässigkeit entbehrenden Aufstands war eine strenge Untersuchung, welche der König gegen das Ende des Jahrs 1380 zu Nürnberg einleiten liess, und deren Resultate uns in einem wichtigen Documente v. 3. Febr. 1381 (b. *Schuberth*, Nachträge Beyl. Nr. 21 S. 125 flg.) erhalten sind. Wenzel beurkundet darin, „daz die Burger gemeinglich der Stat vnd der Muntaten zu Bamberg, arm vnd reich, den Erwirdigen Lamprecht ... iren rechten Herrn mit aufgeworfen bariern vnd mit gewappenter Hand ermordet vnd erschlagen wolten haben", obgleich „vile daselbst zu Bamberg von dem vorgenannten Fürsten vnd seinem Gotz Haus manlehen hetten, davon sy im sunderlich verpunden" gewesen wären, „seinen frumen zu werben vnd schaden zu warnen." Weil sie nun diese Treuepflicht verletzt und hiedurch „ire lehen verwürket hetten", so werde wider sie mit Kraft dieses Briefes zu Recht erkannt, „daz dem vorgenannten Fürsten vnd seinem Gotz Haus alle der vorgeschriben Burger lehen, die sie von im vnd seinem Gotz Haus gehabt, ledig worden sein vnd vervallen, darumb daz sie daz groz Vnrecht an irem rechten Herren getan haben", und dass Letzterer diese Lehen, alle zusammen oder jedes einzeln für sich, anderen Leuten nach Gutbefinden übertragen könne. Ja es wird sogar allen Fürsten, Grafen, Herren, Rittern, Knechten und Städten im Reiche geboten, „daz sie der vorgenannten Bürger keinen einnemen, beschirmen oder verantworten" mögen. Bischof Lambert zog jedoch dem Vollzuge des königlichen Bescheides eine geldeinbringende Aussöhnung mit den Bürgern vor, welche er durch einen neuerlichen Treue-Eid, den sie ihm leisten mussten, und mehr noch durch Schutzbündnisse, z. B. mit den Grafen von Schwarzburg (1382), für die Zukunft im Zaume halten zu können hoffte. Allein es war dies eine Täuchung gewesen. Noch vor Ablauf desselben Decenniums riefen seine fortgesetzten Besteuerungen neue Zwistigkeiten und, wie immer, ein neuerliches Sühne-Abkommen hervor, welchem wenigstens eine kurze Ruhezeit nachgefolgt ist. Indessen bereitete sich aber im Schoosse der Stadt ein viel gefährlicheres Zerwürfniss, als alle bisherigen zwischen dem Bischofe und den Bürgern gewesen waren, zwischen den Bewohnern der stiftischen Immunitäten und der

eigentlichen Bürgerschaft vor. Gegenseitige Eifersucht auf gewisse Bevorrechtungen hatte längst die Gemüther der Parteien wider einander erbittert, obwohl beide derselbe Ueberdruss an den schonungslosen Finanzoperationen des Bischofs und des Clerus, deren gemeinschaftliche Opfer sie waren, ebensowohl hätte an einander fesseln können. Endlich im J. 1396 brach der Aufruhr los, um alsbald in seiner gräuelhaften Verwüstung die sonst so friedsame Stadt zum Schauplatze eines Bürgerkrieges zu machen. An einen besänftigenden Einfluss des Bischofs war bei seinem Verhältnisse zu der Bürgerschaft nicht mehr zu denken. Nur der Machtspruch des als Schiedsrichter angerufenen Pabstes selbst vermochte dem Unheile einen Damm zu setzen und die Aufrührer zum Gehorsam gegen ihre Herrschaft zurückzuführen [nr. 28]. Die unmittelbare Folge der Schiedbulle war aber eine umfassende Einigung zwischen dem Bischofe und den Bürgern [nr. 29], unter deren Nachwirkungen die letzten Lebensjahre Lambert's ungestört dahin flossen.

30 **1398**, Nov. 27. In seiner Wahl-Capitulation [45]) sichert der neu-gewählte Bischof von Bamberg, Albrecht III. Graf von Wertheim, dem Domcapitel eidlich zu: (§. 17) „quod officium Sculteti civitatis bambergensis ... sine consensu Capituli sui non vendet neque impignorabit, et efficiet, quod quilibet *scultetus* civitatis bambergensis pro tempore *existens*, cum ad officium Sculteti recipitur, infra quindenam post hujusmodi suam receptionem coram Capitulo bambergensi bona fide promittet et jurabit, quod libertates, emunitates, privilegia, statuta et consuetudines Capituli et Cleri bambergensis fideliter et totis viribus manutenebit et defendet, nec in his vel in ipsorum aliquo eosdem per se aut alios molestabit vel impediet, aut molestari vel impediri faciet quovis modo“; — (§. 22) „item quod turres portas aut alia fortalitia Civitatis bambergensis non dabit ad manus sive potestatem civium bambergensium, nec consentiet aut permittet, quod cives ipsi vel alii aliquid aedificent ad fortificandum se aut Civitatem bambergensem, seu quod habeant consilium sine consensu Capituli bambergensis“. B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 5 S. 386 – 88.

31 **1402**, Dez. 14. König Ruprecht entscheidet in einem Streite zwischen dem Bischofe Albrecht III. zu Bamberg und seinem, zugleich die gesammte Pfaffheit des Stifts repräsentirenden Domcapitel, das Abgabenwesen betreffend, zu Gunsten des Ersteren, seines Schwagers, dahin, dass derselbe befugt sei, a) von jedem Unterthan, auch dem Muntat-Insassen, als Landsteuer „von allen Gütern und Haab“ den fünfzehnten Pfennig aufzuheben, ausgenommen „die Statt zu Bamberg, und die in derselben Stattgericht gesessen seyn“, welche nämlich nur den dreissigsten Pfennig zu entrichten haben sollten, weil die Stadt „des Stiffts wegen in grosse Schulden einkommen sei“; sowie b) fünf Jahre lang von jedem Fuder Weins, Meths und Biers, welches man in der Stadt und in der Muntat niederlege, einen Gulden einzufordern [46]), von welchem Ungelde jedoch geistliche Leute bezüglich ihres häuslichen Getränkebedarfs befreit sein sollten. B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 20 S. 497 – 504. Vgl. auch *Mayer* a. a. O. S. 161.

1405, Oct. 17. König Ruprecht bestätiget der Stadt Bamberg ihre Freiheiten, jedoch mit dem beigefügten Vorbehalte, dass hiedurch dem Bischofe und Stifte daselbst an ihren Rechten und Privilegien kein Abbruch geschehen solle. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 127 nr. 2077. 32

1420, Dez. Die bamberger Stadtgemeinde („plebs tota Civitatis bambergensis, ut vocant judicii saecularis“) trägt dem Bischofe Albrecht II. und den beiden Dom-Dignitären als erkorenen „arbitratores“ gegen die mit dem Steuerwesen betrauten Schöffen und Amtleute fünf Beschwerdepunkte („gravamina“) vor, worauf die Schöffen ihre „responsiones“ abgeben, der Bischof aber in der Form von „decreta“ seine Bescheide ertheilt, dass er sich nämlich vorbehalte, künftig nach Gutbefinden eine Rechnungsabhör anzuordnen; die Verpflichtung der Bürger, über Steuerverhandlungen Stillschweigen zu beobachten, aufhebe; den Verkauf von Leibgedingsgütern („victalitia“) an seine Genehmigung gebunden wissen wolle, jedem neu in die Stadtgemeinde Aufgenommenen „omne mercimonii et negotiationis genus honestum“ auszuüben gestatte, endlich bei der Zulassung neuer Weinhändler die Mitwirkung seines „praetor“, sowie die Ableistung eines Pflichteides von Seite der Ersteren verlange. Schliesslich wird demjenigen, welcher die „inter cives xii juratos et plebem“ hergestellte Aussöhnung wieder zu vereiteln sich unterfang- 33

45) Die Wahlcapitul. v. 1328 [ap. Al. *Schmötzer*, Fragm. commentat. de rebus Bambergensibus, 1801. 4°., p. 110 – 12] enthält nichts auf die Stadt Bezügliches.

46) Ueber eine neuerliche Ungelds-Auflage auf 6 Jahre, welche Albrecht im J. 1414 unter Beifügung einiger Erleichterungen der Bürger in Ansehung von Steuern und Zöllen angeordnet hat, s. *Mayer* a. a. O. S. 162.

en sollte, „gravis poena“ angedroht. B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 9 S. 404—9.

34 **1431**, Apr. 23. König Sigmund — von dem nachtheiligen Einflusse, welchen die „Freyung der Muntäten“ auf das städtische Gemeinwesen zu Bamberg, sowohl was den Rechtsschutz im Innern, als die Feinde-Abwehr nach Aussen betrifft, wie der jüngste Hussiten-Einfall gezeigt hatte, fortwährend äussert, sowie von der Erfolglosigkeit der päpstlichen Bulle v. 1397 [nr. 28] klärlich unterrichtet — verordnet „nachfolgend denen Fussstapfen des heiligen Vatters Pabsts Bonifacii“ (dessen Schiedspruch am Schlusse der Urkunde angefügt ist): a. dass die Freiheiten der s. g. Muntaten „ganz und gar vernicht, ahgethan, vertilget und getödtet sein“ [47]) und die Bewohner jener Bezirke in Ansehung der Beden, Steuern, Zinsen, Wachen und anderen „nothdürftigen Sachen“ den Stadtbürgern völlig gleich gehalten werden; b. dass alle „werntliche Gericht“ sich in den Händen des Bischofs und seines Stadtgerichts befinden sollen, und „ein Richter derselben Statt, der iezunter ist oder zu Zeiten seyn werde, alle und jegliche missthätige und verleumbte Leuth in denen Muntäten oder anderstwo in dem Stattgericht, wo er die wissen oder ankommen werde, ohn Verlaub und Fragen des Capitels und Widerrede allermäniglichs ufhalten, bekümmern, angreifen und zu in richten möge in der Statt gericht, als Recht und des Stattgerichts Gewonheit sei“, womit denn von selbst alle anderen weltlichen Gerichte aufhören müssten, so dass, was sie noch „darüber thäten oder handleten“, als unkräftig erschiene; c. dass die Bürger, weil es dem Könige billiger Weise zukomme, seine und des Reichs Lehen — und „die Statt zu Bamberg habe ja ein Bischof daselbst von dem heil. Reich zu Lehen“ — unverdorben zu behalten, die ebengenannte Stadt „mit einer oder mehr Mauern umbziehen, und die mit Thüren, Gräben und anderer Stärkhung, wie ihnen das am nützsten und Nothdurft seyn dünken werde, bevesten sollten, ohne allermänniglichs Widerrede und Irrung“, wozu dann auch die in den Muntaten Gesessenen getreulichen Beistand zu leisten hätten, und dass dieselben Bischof und Capitel zu solcher Mittragung der gemeindlichen Lasten, so oft es Noth thue, anhalten möge, mit der Bedrohung, dass den Widerstrebenden eine halb in des Reichs Kammer und halb an die Stadt zu bezahlende Geldbusse von 100 Mark löthigem Goldes nebst des Königs Ungnade treffen würde; d. dass „man einen Rath und geschworne Schöpfen in der Statt Bamberg setzen solle, als das vormals gewesen und ein Alt herkommen sei“, und dass „die Burger und Innwohner, wo die in Stattgericht zu Bamberg oder in den Muntäten gesessen seyn, als dan, so man einen Rath und Schöpfen seze oder mache, einem jedlichen Bischof, so erkohren und einträchtlich erwehlt würde oder wäre, schwehren und geloben sollen, das sie sich wider einen Bischof und Stift nicht sezen oder widerwertig machen in kein Weiss, sondern Ihm als ihrem rechten und natürlichen Herrn ... getreulich, gewärtig und gehorsamb seyn wollten“; e. dass „der Rath und die ehegenante Burgere und Innwohner der Statt zu Bamberg durch ihrer und der Statt anliegenden Nothdurft willen wol auf sich ihr Haab und Guth sezen und legen, und damit handeln (d. h. Veräusserungen vornehmen) mögen so oft und wenn ihnen das Noth seyn werde, doch einem Bischofe und dem Stifte an ihren Rechten, Renten und Zinsen und Gülten unentgolten“; f. dass auch die Bürger zu Bamberg „die Thürne [48]) Porten und Thor derselben Statt besezen und befehlen sollen nach Rath und mit Willen eines Bischofs“, und dass die „Amtleute, die darzu beschieden würden, einem Bischof, der zu Zeiten ist, alle Jahr Huldigung darauf zu thun haben, dass sie dem Bischof und dem Stift damit gehorsamb seyn, Oeffnung thun und zu seinem Gebott stehen“ würden; endlich g. dass „die Statt Bamberg und ihr Innwohner einem Bischof als ihrem rechten natürlichen Herrn und dem Stift dienstlich seyn, beystehen und helffen gen seine Feinde, wo des Noth seyn wurde und dem Stift zusliese, in aller Maas und Form, als das von Alter Herkommen sei“, sofern sie aber anders thäten, „über des heil. Reichs Ungnad, do sie einfallen würden“, auch aller ihrer Freiheiten, Gnaden, Rechte und Privilegien verlustig gehen sollten. B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 13 S. 436—46. Vgl. dazu *Jäck's* Jahrbb. I S. 186—89.

1439, Febr. 28. In einem Streite zwischen dem Domcapitel und den Pröbsten der Collegiatstifter einer- und der Bürgerschaft zu Bamberg andererseits geben die zum Schiedspruche aufgeforderten eilf „Edelknechte aus der Gesellchaft der Rosen“ einen Bescheid dahin ab, dass die Stadtschuld theils durch eine einmalige allgemeine, auch die Muntat-Bewohner mitergreifende Steuer, theils durch „Auflegung von Fellen“ auf den Markthandel, unter Leitung und Ob- 35

47) Im J. 1417 hatte Sigmund alle Rechte der Immunitäten-Bewohner bestätigt. *Jäck's* Jahrbb. I, 179.

48) Bei Pf. „Thüren“.

hut eigener Deputationen allmälig getilgt werden sollte. B. *Pfeufer* a. a. O. Beyl. Ziff. 21 S. 505—15.

36 **1440**, Jun. 16. Bischof **Anton** [von Rotenhan] verordnet auf Grund der nach vorstehendem Schiede zu Stande gekommenen und von ihm bestätigten Vereinigung der Parteien, dass a) das Getränke-Ungeld, wie es der Vertrag von 1377 [nr. 25] näher bestimme, auch fernerhin allgemein entrichtet, und b) bis zur völligen Tilgung der Stadtschuld eine besondere Steuer und Anlage erhoben werden solle, an welcher auch die Einwohner der Muntaten und des Zinkenwörths Theil zunehmen hätten, und deren Anschlag, abgesehen von dem s. g. Herdgulden, mit Rücksicht auf die verschiedenen Vermögensgattungen (Capital, Erbgut, Leibgeding) genau festgestellt wird; dass aber c) die Einhebung dieser Steuer einer aus vier Domherrn, zwei Stadtgerichts- und zwei Bürgerschafts-Gliedern zusammengesetzten Commission zu übertragen sei. (R.) *Schuberth*, Versuch S. 101 flg.; *Mayer*, a. a. O. S. 165 flg. [49])

37 **1476**, Sept. 25. Kaiser **Friedrich III.** erlässt zu Gunsten der Stadt Bamberg, welche auf Klage eines gewissen Conntz Zechendorffer, oder eigentlich des Landgrafen zu Hessen und Grafen zu Waldeck, mit Umgehung des ordentlichen Richters, nämlich des Bischofs Philipp, „vor Johann Volmar genannt von Twerne, der sich nennet freigraven zum Freyenhage an dem Freyenstul daselbs“, geladen worden war und sich desshalb an den Kaiser „berufft und geappellirt“ hatte, ein Mandat, wonach „wider der genanten von Bamberg leib, habe noch guter gemeinclich noch sonderlich nichts fürgenommen noch gehanndelt“, sowie den Klägern „dheinerley heimlich noch offentliche hilff, zuschub noch beistannd gethan“ werden sollte. *Fürther Deduct.* a. a. O. Nr. 51.

B. Rechts-Bücher.

a) „Liber possessionum, prediorum, jurium et proventuum ecclesie Babenbergensis ad episcopalem mensam pertinencium, conscriptus anno domini M°CCCXLVIII ad mandatum reverendi patris et domini, domini **Friderici**, venerabilis pedicte sancte Babenbergensis Ecclesie episcopi“ — gedruckt bei *Höfler* a. a. O. S. 1—346.

Dieses rechtshistorisch höchst bedeutsame, im Auftrage Bischof **Friedrich's** I. (Grafen von Hohenlohe, 1343—53) verfasste Werk beginnt mit einer in den scholastischen Formen jener Zeit sich bewegenden Einleitung [S. 1—5], worin zunächst der stoische Begriff von „justicia — virtus unicuique quod suum est tribuens“ und deren aristotelische Eintheilung in eine „distributiva — quae magis attenditur circa officia, beneficia, dignitates et honores“ und eine „commutativa — magis proprie res respiciens temporales, mobiles et immobiles“, sowie dann, als unter die zweite Species fallend, das grundherrlich-bäuerliche Verhältniss mit besonderer Beziehung auf die Zinspflicht erörtert, endlich aus der „hanc justiciam plerumque subvertens nefanda cupiditas“ die Nothwendigkeit einer Aufzeichnung des Besitzstandes und der Einkünfte der bischöflichen Kirche zu Bamberg deducirt wird, welche denn auch Bischof Friedrich angeordnet habe. „Est autem liber iste“, führt die Vorrede fort, „veluti s p e c u l u m quoddam et r e g u l a; speculum, in quantum in ipso veluti in speculo possessiones, predia, jura, proventus et redditus ipsius Babenbergensis Ecclesie nominatim et expressive refulgent; regula vero, in quantum per ipsam tam officiati in exigendo et coloni in tribuendo regulariter diriguntur.“

An diese allgemeine Einleitung schliesst sich nun der allein hierher gehörige **erste Haupttheil** des Werkes an, den man im wahren Wortverstande als „**Rechte-Buch**“ bezeichnen kann, indem darin fast ausschliesslich die Gerechtsame des Bischofs in der Stadt Bamberg und die wechselseitigen Verhältnisse zwischen ihm und der Bürgergemeinde unter Beifügung der wichtigsten darauf bezüglichen Actenstücke dargestellt werden — „cum in rebus servandus sit ordo, Civitas vero Bambergensis caput sit et origo eorum, que in hoc libro scribuntur, idcirco de juribus, que dominus Episcopus in ipsa Civitate habere dinoscitur, primitus est dicendum“. Dieser erste Haupttheil umfasst aber vier, durch Ueberschriften ausgeschiedene Abschnitte, nämlich: I. „per quem Civitas Babenbergensis sumpsit exordium“ (S. 5), von der ersten Verleihung des „locus dictus Babenberch“ an die Kirche durch Kaiser Heinrich handelnd [50]); II. „de generali dominio et potestate episcopi super Civitate Babenbergensi“ (S. 6), insbesondere die „jurisdictio et potestas Episcopi petendi et recipiendi a Civibus fidelitatis homagium et recipiendi ab ipsis Civibus et Judeis servicia consueta et steuras“ betreffend; III. „de juribus specialibus domini Episcopi in Civitate Babenbergensi“ (S. 6—9

---

49) Ueber die immer noch sich fortsetzenden, höchst unerquicklichen Steuer-Zwistigkeiten in Bamberg s. *Mayer* a. a. O. S. 166—70.

50) Eine zweite umfangreichere und vermuthlich jüngere Darstellung dieses Punktes, ebenfalls in den bamberger Codex des Hohenlohischen Rechts- und Zinsbuches aufgenommen, theilt *Höfler* a. a. O. S. 17, 18 als Anhang mit.

in 18 §§.), fast ausschliesslich Wiederholung der in den Verträgen v. 1291 und 1333 enthaltenen Normen; endlich IV. „de evectionibus Civitatis Babenbergensis que vulgariter nuncupantur vngelt" (S. 9—17 in 69 §§.), eine interessante Detailübersicht der von den einzelnen Gewerben, insbesondere soferne mit denselben das „jus forense" verbunden ist, zu entrichtenden Abgaben nebst angehängtem (lateinisch geschriebenen) Zolltarife.

An diesen eigentlichen Text des Rechtebuches knüpfen sich dann, gleichsam als die urkundlichen Belege dazu, die „Ordinationes inter Episcopum et cives Babenbergenses" (S. 19—28), nämlich die Verträge der Bischöfe Berthold v. 1275, Arnold v. 1291 und Werntho v. 1333, sowie nach einem eingeschobenen undatirten Bruchstücke über die Gerichtsbarkeit und das Aemterbesetzungs-Recht des Bischofs (S. 28), „die recht die zu dem zolle gehorent" (S. 28—37), d. h. die oben als Theil des vierten Abschnittes erwähnten Zollsatzungen in deutscher Sprache [51]) an.

Hienach folgt als zweiter Haupttheil des Werkes der eigentliche „Liber possessionum et proventuum", das Grund- und Zins-Buch, zuvörderst die „aree censuales theloneo" (S. 38—41), und dann nach Aemtern („officia") ausgeschieden die „redditus prediorum" verzeichnend (S. 42—323).

b) „**Statrecht czu Bamberg**, Stattgerichtsordnung zue Bamberg", der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts. angehörig — herausgegeben von *Zöpfl* a. a. O. Urk.-Buch S. 1—123.

Den Anfang des Stadtrechtsbuches bildet ein 54 Zeilen umfassender Reimprolog, welcher sich in den v. 33—39 auch über die Veranlassung und den Zweck des Werkes verbreitet, bemerkend, dass „dis Buch zu einer an weissung gemacht sei alten vnnd Jungen, die die vrthel sprechen vnnd geben, das sich die dar nach richten" sollen. (S. 4.) Der Vorrede schliessen sich dann die LII Titel an, welche wieder in kleinere, bei *Zöpfl* durch das ganze Rechtsbuch fortgezählte Abschnitte oder §§en zerfallen.

Inhalts-Uebersicht: Titt. I—III. Process. Es wird hier z. B. von der Besetzung des Gerichts, von der „fürgepietung", von der „besammung vnnd besiglung" der Urtheile durch die Schöffen, von den Stadtbriefen und ihrer Beweiskraft, von den Gerichtsständen, nämlich a) der „Munttater" vor dem Stadtgerichte, wenn sie „veilen marckt in der Stat habenn" oder daselbst „freveln oder vngefugen", b) der Geistlichen vor dem „dechanten zu dem thum" [52]), und c) der Juden vor dem „Juden Meister" [al. „Juden Bischove"]; ferner von den Klagen „auswendiger" Personen und „vmb Spilgelt vnd wetgeld" etc. gehandelt. IV. Recht der „zinsshafften" Güter, welche „Stat-erbe" heissen. V. Verkauf von Häusern und Erbgütern; Rechte der Erbherrn hiebei; Befugnisse der Kinder im Falle einer ohne ihr „wort" vom Vater vorgenommenen Gutsverleihung „auff leib geding"; Klagenhäufung; Verbot einer Widerklage des unterlegenen Streittheils vor Leistung der Schuldsumme. VI. „Aufgebung" der Klagen, d. h. Uebertragung derselben an Procuratoren, „clagfurer", durch „gewaltsbriefe". VII. Altherkömmliche Vorrechte der Stadtbürger „vmb solche sach, die hals gericht antreffen". VIII. Erkennung „in freuntlich recht" (d. i. auf Reinigungseid) und Fahndung der Bürger „von Inzicht wegen". IX. Freiheit der Bürgerhäuser im Diebstahlsprocesse; Kauf „gestolens vnd geraubts guets"; „Verlisung des burger rechtenn" durch zweijährige Abwesenheit; Spielschulden der „ledigen Knechte"; Erbtheils-Einbusse der „burgers tochter, die ein Jungfrawe ist, vnnd die sich verelicht on Ires vater vnnd muter willen"; Verbot der „wegkladung eines Burgers, der in der Stat gesessen ist, vnnd gern gutigkeit vnnd rechts gehorsam were, auss der Stat auff annder gericht". X. Polizeiliche Aufsicht über „Elnn, Trinkmaz, Olmaze, Getreydmaz, Saltz maz, daz gezeichent ist" und über Gewichte und Wage. XI. Geleit des Schultheissen, namentlich für „auzwertig leut", und Ueberfahrung desselben. XII. „Frid vnnd geleit" an den Kirch- und Markttagen. XIII. Vindication, „anvang", beweglicher Habe, insbesondere gegenüber Gästen und Juden. XIV. Pfändung, und zwar „vmb schulde von gerichtswegen, vmb schulde on gerichte vnd on recht, der wirt, vmb zinss, ob dem Spill, ob der leut schaden". XV—XVII. Strafrecht — „von morden vnd andern halsgerichten vnd hanthaften, vnd auch von wunden vnd leme ... vnd von den friden in den heusern vmb solch sache, die den hals an treffen." XVIII. Unzulässigkeit einer Nöthigung zu Klage und Gelübde; Pflichten des Schultheissen bei Anrufung desselben „durch frids vnd schirmes willen". XIX. Gewinnung des Bürgerrechts; Klagen gegen Diebe. XX. Frohn-Leistung wegen Schuld „mit sein

51) Nur die letzten 3 Satzungen des lateinischen Textes fehlen, wogegen den deutschen ein Zusatz von 1504 über das Marktrecht beigefügt wurde.

52) Dem Domdechanten kam übrigens nach der Wahl-Capitul. Bischof Friedrich's III. von Aufsess v. J. 1421 auch über die Stadtbewohner vom Laienstande eine „correctio excessuum, criminum et defectuum" gemäss alter Gewohnheit zu.

selbs leib“ oder durch Stellung eines Knechts; Bürgschaft und Ledigung derselben; Juden-Darlehen zum Zwecke der Schuldentilgung; Nichtvererbung einer „selbschullde auf des mit selbs schullden wirtin noch kind“; Schuldenhaftung der Eheleute. XXI. Klagen „auffErbe“; gerichtliche Verfügungs-Verbote, z. B. gegen Gäste; „essendt pfandt“; Fälle der Unstatthaftigkeit einer Sach-Beschlagnahme. XXII. „Gezeugnuss“ im Civilprocesse. XXIII. Erbgüter; Veräusserung, Ankauf, Vererbung und Theilung derselben; „Weg-, wasser-Runst-, truff-, fennster- vnnd licht- gerechtigkeit in erb“; Erbzins, Leibgeding und Jahrzins; „pfendung auff Hofstatt“ wegen Nichtentrichtung des letzteren: Verkauf des Zinses. XXIV. „Erbvelle“, besonders bei „besambter hanndt“. XXV. Erbtheilung. XXVI. Vormundschaft. XXVII. Bau-Satzungen; Strafe der Ueberrainung und Ausgrabung von Marksteinen. XXVIII. Forum der im Stadtgerichte sitzenden Bürger bei Klagen um Erbe und Eigen, das in den Muntaten liegt. XXIX Erbfolge in „wagendes erbe“, d. i. bewegliches Gut. XXX. „Zugelt vnnd Heimfertigung“; Bürgschaft für ersteres; Vermögensrechte der Kinder, wenn sich deren Vater nach der Mutter Tod „verendert mit einer andern elichen wirtein“. XXXI. „Schickung am todbeth“, Vorbedingungen und Form derselben. XXXII. „Pfande vmb Trinken gesetzt“; Haftung der „zechgesellen“ für einander; Zänkereien und Schlägereien unter den „Trinklewten“. XXXIV. Getränke-, namentlich Wein-Einlags-Recht. XXXV. Gemeindliche Klagen („gemeyne ansprache“) und Privatklagen in Bau- und Weideverhältnissen. XXXVI. „Knecht lön vnd meid lön“. XXXVII. „Verlüste in den padhewsern“. XXXVIII. „Der schiflewt vnd fürlewte lon vnd recht“. XXXIX – XLVII. „Der hantwerk recht vnd gewonheit“. XLVIII. Ahndung ungebührlichen Benehmens, insbesondere „freveleichen meinzogens“ (Lügenstrafens), gegenüber den „geswören schawern“, d. i. mit der Fleisch- und Brodbeschau betrauten Amtleuten. XLIX. Pfändungen „der hantwerck in iren zünften vnter in selber“. L. Verbot von „eynung vnd puntnüs“ der Stadtbewohner ohne des Schultheissen und der Bürgerschaft Wissen und Zustimmung. LI. Leistungs- oder Einlager-Recht; Haftung derjenigen, welche einem entwichenen Schuldner zur Flucht behülflich gewesen; Schuldarrest. LII. Verfahren im Falle eines „auflaufes“ im Stadtgerichte oder in den Muntaten.

Was nun die Quellen des bamberger Stadtrechts angeht, so waren jedenfalls die ergiebigste darunter

1) die seit dem Beginne des XIV. Jhdts. entstandenen **Raths-Verordnungen**, vorzüglich Aufnahme, Bewaffnung und Vorrechte der Stadtbürger [1306, 1318], Handwerks-Befugnisse, sowie verschiedene Fragen des Strafrechts [1314, 1318, 1326] und des Privatrechts, wie z. B. die Folgen elterlich-unconsentirter Heirathen der Töchter, die Schulden der Ehefrauen, die Spiele der Bürgerssöhne [1326] u. a. m. betreffend. Auf solchen Raths-Erlassen beruhen gemäss dem genauen Nachweise *Zöpfl's* namentlich die Stadtrechts-§§. 35, 36, 74, 75, 78–83, 108, 148, 150–52, 183, 199, 201, 211, 212, 216, 217, 241, 275–77, 349, 406–8, 425, 426, 428, 435–38.

Eine Sammlung dieser Ergebnisse gemeindlicher Autonomie enthielt bereits das im J. 1306 „bi hern Friderich geierz des schultheizzen zeitin“ in Folge Communalbeschlusses angelegte „**Stadtbuch**“ in CXVI Abschnitten, dessen weitere, zum Theile in lateinischer Sprache abgefassten und bis 1383 reichenden Einträge sich, abgesehen von dem Verzeichnisse der „Genannten“ in Nr. III, lediglich auf die Aufnahmen neuer Bürger und gefällte Strafurtheile, namentlich Stadt-Ausweisungen beziehen. Einen Abdruck dieses Stadtbuchs u. d. T. „Gerichtsbuch“ gibt *Zöpfl* a. a. O. Urk.-Buch Anh. V S. 141–68. Vergl. dazu *dessen* Einleit. §. 9 S. 26–29.

Als weitere Grundlagen des Stadtrechts ausser obiger Hauptquelle erscheinen dann:

2) die von den Kaisern und Königen der Bürgerschaft Bamberg's verliehenen **Freiheitsbriefe**, insbesondere priv. de non evocando. Vgl. z. B. §. 83.

3) alte städtische **Gewohnheiten**, worauf eine Reihe von Bestimmungen, z. B. §§. 1, 308a, 430, 434a, 435, ausdrücklich zurückgeführt wird; ferner

4) das gleichsam zum Verbindungsmittel der localen Satzungen benützte **gemeindeutsche Landrecht** jener Zeit, ohne dass jedoch der directe Gebrauch eines der damals in Franken gangbar gewesenen s. g. Rechtsbücher irgendwie ersichtlich wäre. Endlich zeigen auch

5) einzelne Stellen **römisches** Gepräge, wie dies bei einem unter clerikalischen Einflüssen entwickelten Rechtswerke gar nicht anders erwartet werden kann. So wurzelt §. 47, welcher die Wirkungen der dreijährigen Nichtleistung des Canon bei Erbzinsgütern festsetzt, unfehlbar in der c. 2 C. de jure emphyt. IV, 66; im §. 289 werden uns die bekannten servitutes viae, stillicidii, luminum etc. vorgeführt; und die im Tit. XIII enthaltenen Normen über Eigenthums-Verfolgung lassen wenigstens den Uebergang vom germanischen Gewer- in den römischen Vin-

dications-Process bereits ahnen. Vgl. *Zöpfl* a. a. O. S. 204.

Uebrigens zählt das bamberger Stadtrecht zu den reichhaltigsten und darum erheblichsten Zeugnissen mittelalterlich-deutschen, besonders fränkischen Rechtslebens; und wenn auch das früher von *Zöpfl* vornehmlich betonte genetische Zusammenhangs-Verhältniss des Statuts mit dem in der Bambergensis v. 1507 enthaltenen peinlichen Rechte und Processe bei vorurtheilsfreier Würdigung als dogmengeschichtlich resultatlos in den Hintergrund gedrängt wird [s. H. *Hälschner*, Gesch. des Brandenburg-Preussischen Strafrechtes, Bonn 1855. 8.°, S. 81 Note 5, C. R. *Köstlin's* Gesch. des dtsch Strafrechts im Umriss, hrsgeg. von Th. *Gessler*, Tübing. 1859. 8.°, S. 204]: so dürfte sich doch kaum in einem anderen gleichzeitigen Rechtsdenkmale die der ehelichen Gütergemeinschaft Franken's gleichsam als Vorbereitungsphase vorhergegangene s. g. gesammte Hand mit Verfangenschaft nach ihren charakteristischen Momenten in solcher Vollständigkeit und Klarheit geschildert antreffen lassen, als dies im Stadtrechte von Bamberg, hauptsächlich in den Titt. XX, XXIII, XXIV, der Fall ist. Vgl. A. *Schwarz*, Die Gütergemeinschaft der Ehegatten nach fränkischem Rechte, Erlangen 1858. 8.°, §§. 14—17 S. 46—57. Dazu s. noch *Zöpfl* a. a. O. S. 185—91 und *dessen* Dtsch. RGesch. (1858) S. 697 flg.

Dagegen bietet das genannte Stadtrecht über die gleichfalls in den fränkischen Gauen hauptsächlich eingebürgerte, und nach Andeutungen in seinen §§. 297, 98 wohl auch der bambergischen Gerichtsübung schon damals nicht mehr unbekannt gewesene Einkindschaft weder in seinen älteren, noch in seinen jüngeren Fassungen irgendwelche Vorschriften dar; denn was in Bened. *Schmidt's* Diss. de unione prolium, Ingolstad. 1765. 4.° p. 84 von einem eigenen obige Lehre behandelnden Titel in einer angeblichen Stadtrechts-Redaction v. 1488 berichtet wird, beruht, wie die Existenz dieses Codex selbst, gemäss den neuesten darüber gepflogenen Recherchen auf einem offenbaren Irrthume. Vgl. J. *Schüttinger*, Die Einkindschaft nach Bamberger Statutar-Recht, Bamb. 1857. 8.°, S. 1—4. Dazu *Zöpfl*, Bamb. Recht S. 193, 213.

Von den bei seiner Ausgabe benützten und den sonstigen MSS. des Stadtrechts, sowie den vorher durch *Wehner* (1643), *Boeris* (1744) und *Schuberth* bekannt gemachten Bruchstücken desselben handelt *Zöpfl* a. a. O. Einleit. §§. 1—8, 10, 11 S. 1—26, 29—41. Ueber eine seitdem neu entdeckte Hdschr. s. *Vereins-Bericht* IX (1846) S. II nr. 2.

Als Anhänge fügt *Zöpfl* dem Stadtrechte ausser dem oben beschriebenen „Stadtbuche" noch bei: 1) eine Verordnung Bischof Albrecht's II. v. 1421 über die Ausserkraftsetzung „aller vorderung, die vor alter her kumen sein"; 2) Satzungen „von Geltschuld, Bürgschaft und andern Sachen" in 13 §§.; 3) drei Centgerichts-Formeln; 4) einen Aufsatz „von den sieben Kurfürsten und den vierzig Stücken des deutschen Reiches"; und 5) drei Criminalrechtsfälle, Diebstahl, Gotteslästerung und Landesverrath betreffend, aus den J. 1481, 1482 und 1486. (Urk.-Buch Anh. I IV S. 124—40 mit Einleit. §. 12 S. 41—44).

Endlich bewidmet mit bamberger Recht finden wir das fränkische Städtchen Baunach. S. unten Nr. LXIV *)

LX. Barntrup.

(Lippe - Detmold.)

1376, Mai 22. Graf Heinrich von Sternberg beurkundet, „dass er mit Willen aller seiner Anerben habe gegeben zu einer ewigen Gab und gebe in diesem Brief seiner Stadt Bardendorf als gethane Recht ewiglich zu haben und zu gebrauchen, als die Stadt zu Lemgo und die andern Städte des Edlen Herrn von der Lipp haben zu gebrauchen, und bey allem diesem Recht solle und wolle er sie lassen ewiglichen gebrauchen und haben seine bemeldte Stadt Bardendorf, sonder Widerspruch seiner und aller Anerben". Nur in dieser modernisirten Form gedruckt in Joh. *Piderit's* Chronicon comitatus Lippiae (Rinteln 1627. fol.) S. 550 und danach bei Chr. U. *Grupen*, Origines Pyrmontanae (Goetting. 1740. 4.°) S. 137.

Der Ort „Berenthorp", bereits im Anfange des XIII. Jhdts. urkundlich erwähnt, gelangte nebst seinem Schlosse nach dem Erlöschen des gräflich Sternbergischen Geschlechts, welchem er seine Erhebung zur Stadt verdankte, an die Grafen von Schaumburg, und durch diese an die edlen Herrn von Lippe. *Grupen* a. a. O. S. 131, 138—40; O. *Preuss* und A. *Falkmann*, Lippische Regesten Heft I (1860) S. 145, 156.

---

*) **Barmen** (Preussen, Rheinprovinz) war im XV. Jhdt. lediglich mit der politischen Bedeutung einer s. g. Freiheit bekleidet, und hatte, abgesehen von einem Weisthume über die Gerechtigkeiten seiner 36 Höfe, worunter das „Haus Barmen" oder der Dörner Hof der erste gewesen, keine eigenthümlichen Rechtsquellen. Vgl. W. *Langewiesche*, Elberfeld und Barmen, Beschreibung und Geschichte dieser Doppelstadt des Wupperthals, Barmen 1863. 8°., S. 128, 211—16.

LXI. Bartenstein.

(Ostpreussen.)

J. Gottl. *Behnisch*, Versuch einer Geschichte der Stadt Bartenstein in Ostpreussen und des Kirchspiels, nebst LIX Beilagen, Königsberg 1836. 8.⁰

1 **1332**, Febr. 20. Der Hochmeister des deutschen Ordens, Luther von Braunschweig, regelt in Vollziehung seines von jenem gutgeheissenen Planes, den Ort Bartenstein vollends zur Stadt fortzubilden, zuvörderst die Grundbesitz- und Abgaben-Verhältnisse der neuen Bürgergemeinde, verleiht derselben das culmische Recht, und trifft noch weitere, dem städtischen Wesen entsprechende Einrichtungen, z. B. in Ansehung der Gerichtsbarkeit, der Vertheilung der daraus sowie aus den Gewerbe-Bänken erfliessenden Einkünfte, der Ausübung des Fischfangs im Alle-Flusse, der Anlage neuer Gebäude am Marktplatze u. s. w.:

„Noverint universi tam presentis etatis quam future posteritatis, ad quos presens privilegium pervenerit, quod nos frater Luderus de Brunsvich, generalis magister fratrum ordinis hospitalis sancte marie domus thewtonice Jerusalemitan., de fratrum nostrorum maturo consilio et consensu ad fundationem civitatis Bartensteyn, ut incole ejusdem civitatis eo magis proficere valeant, res eorum augmentando [§. 1.] contulimus septuaginta *mansos*, quorum quatuor plebano debentur, et sexdecim mansos liberos ad utilitatem ejusdem civitatis Bartensteyn perpetuo possidendos. §. 2. De aliis vero mansis cives dicte civitatis annuatim singulis annis post expletam libertatem in festo beati martini domui nostre Balge de quolibet manso quindecim scotos [1]) usualis monete nomine census erogabunt. §. 3. Plebano vero de quolibet manso dimidiam mensuram siliginis et dimidiam mensuram avene similiter in jam fato festo singulis annis dare sunt astricti. §. 4. Judicium vero Culmense eidem civitati duximus conferendum, ita quod infra civitatem et inter ambos aggeres et pontes secundum eorum longitudinem judicia habeant judicare cives civitatis prefaxate. §. 5. Et quicquid de tali judicio derivaverit, primus denarius nostre domui Balge, secundus denarius ejusdem civitati, tertius vero denarius sculteto cedere dinoscatur; judicia vero quatuor solidorum et infra scultetus per se retinebit. §. 6. Singulis autem annis unum scultetum cives eligent consilio fratrum accedente. §. 7. Excessus autem prutenorum immediate sub fratribus existentium [2]) penitus non habebunt judicare. Sed si pruteni sub regibus prutenicalibus residentes et alii pruteni advene advenientes in supradicto civitatis judicio excesserint seu duxerint contendendum, cives ipsius civitatis ipsam causam, prout justum fuerit, judicabunt; et quicquid de tali judicio venerit, similiter est distribuendum, prout supra plenius continetur. §. 8. Cives vero aliis sartaginibus [3]) non debeant uti, nisi tantummodo illis pro utilitate civitatis et profectu conparatis. §. 9. Quicquid autem utilitatis et fructus provenerit [4]) de Bancis panum, carnium, calciorum et piscium ac de stuba Balneari jam constructis seu in posterum construendis, dimidia pars domui Balge et alia pars civitati cedere videatur. §. 10. Piscaturam etiam in aqua Alle' infra et supra in eorum terminis cum minoribus instrumentis, excepto obstaculo quod Wer in vulgari dicitur, liberam ipsis duximus concedendam. §. 11. Si vero in posterum bona ipsorum mensurarentur, et ultra quod de jure habere deberent, plus inveniretur, illud superfluum ipsi cives obtinerent; sed de eo facerent, sicuti de aliis facere tenebuntur. §. 12. Preterea una queque curia seu area citra forum [5]) in longitudine septem virgas et in latitudine quatuor virgas, necnon alie curie singulariter octo in longitudine et quatuor in latitudine virgas debeant continere; et unaqueque Curia infra illos sexdecim mansos liberos duo jugera ad se debeat retinere, nec jugera illa sine curiis eis annexis debeant exponi venditioni. §. 13. Et de qualibet curia domui nostre Balge singulis annis in festo beati Martini quindecim solidos usualis monete erogabunt. §. 15. Tempus vero eorum libertatis a proximo festo Beati Martini affuturo ultra ad annum perdurabit. §. 15. Dicti Cives vulnera et magna jndicia non debeant judicare, nisi fratres seu eorum nuncius fuerint ibidem presentes, si voluerint interesse. Hujus rei testes sunt religiosi viri nostri fratres Thidericus marscalcus, Lutolfus dictus Konnich thesaurarius nostre domus principalis, Rotgerus commendator in Brandeborch, Hinricus commendator in Balga, et hinricus Roder et alii plures fratres fide digni. Jn cujus rei testimonium sigillum nostrum presentibus est appensum. Datum in castro Elbingensi, anno Dom. M.⁰ CCC.⁰ XXXII.⁰ secunda feria ante Kathedram Beati Petri".

Abdrücke bei *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. I S. 497, 98 und *Voigt*, Cod. dipl. Pruss. Bd. II Nr. CXL S. 184, 85. Die in einem Archivs-MS. existirende altdeutsche

1) Der s. g. Skoter hatte bis zur Mitte des XV. Jhdts. einen Werth von anderthalb Schillingen.

2) Die Abdrücke haben: „existentibus".
3) Braupfannen.
4) B. „pervenerint"; V. „provenerint".
5) Alte Version: „umb den margt".

Uebertragung des Privilegs ist noch ungedruckt; eine neu-deutsche Uebersetzung mit Bemerkungen gibt *Behnisch* a. a. O. S. 75—77.

Bartenstein im südlichen Theile des Landes Barten, gegenüber dem bereits um 1246 gegründeten, nachher aber mehrmals zerstörten und wieder aufgebauten „castrum Bartenstein", angeblich unter dem Namen „Rosenthal" angelegt, erhielt schon bald darauf, nämlich in den J. 1326—1331, durch Dietrich von Aldenburg [6]), welcher während seiner Verwaltung der Comthurei Balga, zu der die Pflege Bartenstein gehörte, sich sowohl um die räumliche Erweiterung des Orts, als auch um die Eröffnung eines gewerblichen Verkehrs allda eifrig bemüht hatte, die erste Grundlage einer städtischen Entwicklung, so dass lediglich als deren Schlussstein die mitgetheilte Handfeste von 1332 angesehen werden darf. Vgl. *Behnisch* a. a. O S. 36 flg. 71 flg. M. *Töppen's* Historisch-comparative Geographie von Preussen (Gotha 1858. 8.⁰) S. 199, 203 flg.

2 **1356**, Sept. 28. Der Comthur zu Balga Johannes Schindenkopf erklärt, mit Gutheissung der „erbarn rate luete" zu Bartenstein allda zum Nutzen derselben Stadt, „das dy sich destir baz gebessern moge", ein Kaufhaus erbauen zu wollen, worin auch zwanzig Fleischbänke eingerichtet und deren „ynwonern vnd iren rechten erben erbelichen vnd ewiclichen zu besiczen" gegen einen zu Martini zahlbaren Jahreszins von 20 Skoter gewöhnlicher Münze „io von der Fleischbanke" gegeben und verliehen werden sollten. Von diesen, sowie den übrigen aus dem Kaufhause fliessenden Revenuen wird die eine Hälfte dem Orden, die andere der Stadt zugesprochen. *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. V S. 502 flg.

3 **1356**, Sept. 29. Derselbe überlässt der Bürgergemeinde der Stadt Bartenstein zur Erweiterung derselben [7]) den zwischen dem Damme und der Alle gelegenen Anger „erbelich vnd ewiclichin czu besiczen czu solchem rechte, als in der stat handveste geschriben stet", jedoch mit der beigefügten Bestimmung, dass dem Orden „dy vorgenanten burger vnd ir nochkumling von dem vorgenanten angir geben vnd czinsen sullen andirhalb marc gewonlicher muncze alle ierlichen vf sente mertinstag". *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. IV S. 501 flg. mit S. 78, 79.

4 **1359**, Nov. 11. Derselbe überlässt den Einwohnern und Bürgern der Stadt zu Bartenstein a) 18 Huben „zu einem Hegewalde Talowo genannt [8]), erblichen und ewiglichen zu besitzen zu Cöllmischen Rechte" gegen einen nach Ablauf von sechs Freijahren zu entrichtenden Martinizins zu einer halben Mark gewöhnlicher Münze von der einzelnen Hube; b) den durch Erweiterung der Stadtmauern entstandenen leeren Bodenraum [die „Weitunge"] zur Anlegung von Hofstätten in der Länge und Breite jener der Altstadt [9]), gleichfalls gegen die Verpflichtung, von jeder solchen Hofstätte alljärlich auf St. Martinstag „ein Vierdung" als Zins an das Ordenshaus za bezahlen. [Nur in einer Abschrift v. 1731 erhalten.] *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. VI S. 503, 4 mit S. 79, 80.

1379, Jan. 12. Der Comthur zu Balga Dietrich von Elner gewährt den Bürgern 5
zu Bartenstein für ihre angelegten Brunnen — „vrye wasserunge zcu leytin vz sinem obirteiche vor der stat gelegin, nicht zcu benemin noch abe zculeytin erbeclich vnd eweclich zcu behaldin", sowie ferner „vry wasserunge in sinem tyche vm dy stat gelegin zcur trenke vnd zcu allim nuccze ane dy visscherie ewiclich zcu habin". *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. XIV. S. 512 mit S. 86 flg.

1397, Febr. 2. Der Comthur zu Balga 6
Ulrich von Jungingen beurkundet, dass er „gebe vnd vorlye heynrich Bierbuch, sienen rechtin Erbin vnd Nachkomelingen eyne Batstobe zcu Bartinstein bynnen der stadt muer gelegen mit deme Ruem vnd gehoeffte, das do zcu gehoret, als is Im bewiest si, zcu Colmischem rechte, fry van allerlei dinste vnd scharwerke, erbeclich vnd ewiclich zcu besitzen; do van sulten si sienem huse zcur Balge all jerlich $3^1/_2$ mark, vnd der stadt Bartenstein ouch $3^1/_2$ mark czinsen uff senthe mertins tag des Bischofs. Ouch so welle er, das man jn mit keyner andern Batstoben bynnen der stadt, nach do vor bynnen eynem vierteil eyner myle sulle obir bauwen" [10]). *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. XVI S. 513 mit S. 89 flg.

1406, Nov. 11. Der Comthur zu Balga 7
Graf Johann von Sayn vergönnet den Einwohnern der Stadt Bartenstein, „das sie ane allirley hinderniss ewiclichen mogen vnd sollen vs sinem Molgrabin am nehsten der Stad das wassir leyten vnd frei habin Jn ere burne czur Stad nutz". *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. XVII. S. 514 m. S. 87.

1411, März 19. Der Hochmeister des 8
Deutschordens Heinrich von Plauen erlaubt dem Rathe der Stadt Bartenstein auf

6) *Petri de Dusburg* Cronica terre Prussie P. III cap. 362 [Ed. M. *Töppen* in SS. rer. Pruss. I, 194.]

7) Nämlich zur Anlage der Neustadt.

8) Zum Zwecke der Bauholz-Gewinnung.

9) Handfeste von 1332 §. 12.

10) Der Abdruck hat „obir bauwet werden", was offenbar ein Redactionsfehler in der Urkunde ist.

dessen Bitte, „czu befestenunge der egenanten Stadt Muwer“, in Anbetracht des Nutzens, „der dem vmmelegenden lande vmb sunderliche czuflucht Jn noten dovon ensteen vnd bekomen mochte“, im Kammer-Amte Bartenstein Kalk zu graben, „wo sie den vinden“, jedoch in solcher Weise, dass sie „die graben widder czufullen vnd slecht machen“ sollten. *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. XVIII S. 514, 15 mit S. 94.

9 **1460**, Nov. 30. Der Hochmeister Ludwig von Erlichhausen erklärt, dass er den Bürgermeistern, Rathmannen und der ganzen Gemeinde seiner Stadt Bartenstein, welche sich „durch betrügliche Anweisunge und feindliche Verleitunge“ der Grossstädte im Lande Preussen: Thorn, Danzig und Braunsberg ebenfalls hätten bewegen lassen, dem Orden Gehorsam und Unterthänigkeit zu versagen und „sich in die Beschirmunge der Crone zu Pohlen zu geben“, nachher aber „ihr grosses Jrnüss“ erkannt und unter des Ordens Herrschaft freiwillig „mit ihrer Huldunge“ zurückgekehrt seien, alle wider Letzteren während der Zeit dieses Krieges begangenen „überfahrunge, gebrüche und übelthat ... es sey an brandt, Raube, Häuserbrechunge, Morde und an allen andern Schaden“ vergeben habe und vergebe, so dass auch alle Entwältigungen und Entfremdungen fahrender Habe aus des Ordens Schlossern, Höfen und Dörfern vergessen sein und keine Nachmahnungen erfolgen sollten, ausgenommen die widerrechtlich weggenommenen Güter wären noch vorhanden und deren rechtmässige Eigenthümer aufzufinden, welchen Falls der Bürgermeister für die Verwahrung und Ueberantwortung jener Sachen an die Berechtigten Sorge tragen sollte. Zugleich verspricht der Hochmeister, die Stadt Bartenstein „bei allen ihren rechten, Privilegien, Freyheiten und Gerechtigkeiten“, welche derselben von ihm und seinen Vorfahren verliehen worden, unverkürzt bleiben lassen zu wollen, gibt und verschreibt der Gemeinde zur Belohnung ihres Wiederanschlusses an den Orden „eine halbe hube Wiesen wachss, in der Schwaraune gelegen, binnen solchen Gräntzen, alss en die von des Ordens Brüdern sein beweiset, frey, zur Nothdurfft der Stadt Pferden zu gebrauchen“, und erlaubt endlich den Bürgern, in den bei Bartenstein gelegenen Mühlenteichen, jedoch nur nach eines Jeden Hausbedarf, nicht zum Verkaufe, mit kleinem Gezeuge, sowie dem Rathe unter gleicher Einschränkung für „gastunge und freude in den Rathstuben, auffm Rathhause oder sonst“ mit einer Kleppe [11] zu fischen, „doch also, dass dieselben Mühlenteichen unverphälet, unverpflocket und unverderbet bleiben, so dass die Ordensbrüder zu winterzeit, zu eyse und auch sonst mit dem grossen Gezeuge fischen mögen und können“. [Nur in einer jüngern Copie erhalten.] *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. XIX S. 515—18.

Ueber den Beitritt Bartenstein's zu dem wider den Orden gegründeten danziger Städtebund i. J. 1440, die Schicksale der Stadt in der ersten Hälfte des s. g. grossen oder dreizehnjährigen Kriegs (1454—60), und die Aussöhnung mit dem Orden im letztgenannten Jahre berichtet ausführlich *Behnisch* a. a. O. S. 95—115.

1474, Juli 24. Der Komthur zu Balga Seyfried Flach vom Schwarzenberge begnadet, um die während des grossen Krieges wüste gewordenen „Erben vnd hofestetten“ im Ordenslande überhaupt, sowie insbesondere in der Stadt Bartenstein wieder in Bau und Zinstragung zu bringen, die Bewohner gedachter Stadt dahin, dass dieselben, wenn sie die [bereits vier Jahre früher aufgebotenen] Erben und Hofstätten „annamen vnnd Bawen“ würden, von aller „nochmanunge“ (wegen inzwischen fällig gewesener Zinsen) und vom Erbegelde frei sein sollten, ausgenommen jedoch die „pristerczinsser“, die er gedenke zcu Erbegelde zcu machen, vff das gotesdinst dorumb nicht geschwechet dorffe werden“, sowie ferner die Grundzinse, welche dem Ordenshause „alle Jor jerlichen gefallen sullen vff martyni des heiligen Bischoffes tagk nach alder gewonheit“. *Behnisch* a. a. O. Urkundl. Beil. Nr. XX S. 518, 19. 10

Ausser den im Vorstehenden näher betrachteten Rechtsbriefen Bartenstein's [12]) mögen hier zum Schlusse noch erwähnt werden:

a) das „Buch der scheppin“ oder s. g. Stadt-Schöffenbuch, MS. des Rathsarchivs zu 109 Blättern in Folio, begonnen im J. 1385 mit der besonders hervorgehobenen Bestimmung, dass „dys Buch zal ein getiegnisse blibin czu ewigim Gedechtnisse ullis, das vme rechtis willin darinne befundin vnde beschribin wirt“, und fortgeführt bis 1470. Es enthält theils wirkliche Rechtsfälle, peinliche und bürgerliche, welche vor „richter, scheppin vnd gehegtin dinge“ abgewandelt und beschieden worden sind, theils Acte der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit, z. B. Schichtungen und Theilungen der Eltern mit den Kindern.

b) Der „liber Civitatis Barten-

11) Am Bodensee „Kleppergarn“, am Neckar „Klebgarn“ geheissen, ein grosses Fischernetz mit schwerem, den Wassergrund streifenden Gesenke.

12) Einige weitere beachtenswerthe Urkunden aus den J. 1361—79, die städtischen Vicarien und das Hospital betreffend, s. bei *Behnisch* a. a. O. Nr. VII—XII S. 504 flg.

steyn", das s. g. Rathsbuch, MS. zu 125 Blättern in Folio, begonnen im J. 1432 und bis 1588 reichend. Nach einer Zusammenstellung der jährlich an die Comthurei zu Balga von der Bürgerschaft zu leistenden Abgaben und einem Verzeichnisse der bartensteiner Hausbesitzer nach den einzelnen Strassen der Stadt, werden im genannten Amtsbuche Verhandlungen vor dem sitzenden Rathe des verschiedenartigsten Betreffes, wie z. B. Vergleiche in Streitsachen, Urfehden („Orefrede"), Losungen über die Reihenfolge der Gläubiger, welchen während der Kriegsjahre rückständig gebliebene Pfennigzinse von einem und demselben Hause successive abentrichtet werden sollen u. a. m. angetroffen.

Eine Beschreibung dieser beiden Werke und noch eines dritten, weniger hierher gehörigen, des s. g. Land-Schöffenbuchs (1391 —1493), gibt nebst einigen interessanten Probe-Auszügen *Behnisch* a. a. O. S. 185 — 201.

LXII. Barth.

(Preussen, Pommern.)

Fr. *Oom*, Chronik der Stadt Barth. Nach dem Tode des Verfassers (von K. Dumrath) herausgegeben, Barth 1851. 8°. Dazu vgl. noch Joh. *Micraelij* Sechstes vnd Letztes Buch von dess Pommerlandes Gelegenheit vnd Ein-Wohnern, Alten Stetin 1639. 4°., S. 609 flg. A. G. *v. Schwarz*, Diplomat. Geschichte der Pommersch-Rügischen Städte Schwedischer Hoheit nach ihrem Ursprung und erster Verfassung, Greifswald 1755. 8°., S. 299 — 302. A. *v. Balthasar*'s Abhdl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärtigen Rechten §. 32 S. 33 flg. *Michelsen*, Oberhof S. 65.

1 **1255**, Apr. 17. Der rügische Fürst Jaromar II. verkauft und überlässt „dilecte civitati sue Bart et incolis suis omnibus" einen zwischen den Gewässern Bardeke und Trebine sowie dem „salsum mare" gelegenen Landstrich zu immerwährendem freien Besitze nach lübischem Rechte — „omnia contenta et inclusa ... tam in aquis, pascuis, rubis, campis, agris, quam pratis cultis pariter et colendis ... prout termini suis signis et fossis specialibus sunt distincti, libere pacifice et quiete Jure Lubecensi cum omnibus utilitatibus perpetuo possidenda" — unter Festsetzung der hiefür ihm, seinen Nachfolgern oder seinen Amtleuten jährlich von den Stadtbewohnern, jedoch „in civitate solummodo et non extra civitatem" zu entrichtenden Naturalabgaben, bestehend in 20 Drömt („tremodia") Roggen, 10 Drömt Gerste und 30 Drömt Hafer, und verspricht zugleich für sich und seine Erben, dass innerhalb der Grenzen der Stadt und in ihr selbst niemals ohne deren besondere Genehmigung irgend ein Kloster — „conventus cujuslibet ordinis" — neu gegründet oder erbaut, und das „castrum novum sine juvamine dicte civitatis" geschleift und dem Boden gleich gemacht werden solle. [Bestätigt durch Jaromar's Sohn Witzlav III. am 4 Juni 1294.]

Gedruckt bei *v. Schwarz* a. a. O. S. 702 flg., in J. C. *Dähnert*'s Sammlung Pommerischer und Rügischer Landes-Urkunden etc. Bd. II (Stralsund 1767 fol.) S. 364, und in *v. Dreger*'s Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. CCLXIII S. 372 flg. In deutscher Uebersetzung mit Erläuterungen findet sich der Rechtsbrief bei *Oom* a. a. O. S. 8 — 11, 396. Vgl. auch *Barthold*, Gesch. von Rügen und Pommern Thl. II S. 526.

Barth, dessen Ursprung die älteren Chroniken auf die Langobarden zurückführen, wofür sogar das Wappenbild der Stadt sprechen soll, verdankt unzweifelhaft seine Entstehung einer wendischen Burg-Anlage (castrum Bart), welche alsbald eine dorfartige Niederlassung der dem allda hausenden Rügier-Fürsten dienstbaren Eigenleute (aus dem lutizischen Volkszweige der Circipanen) zur Folge gehabt haben mag. Im XII. oder beginnenden XIII. Jhdt. siedelten sich jedoch zunächst dem gedachten Burgflecken deutsche, vielleicht aus dem Lüneburgischen stammende Einwanderer an, gründeten einen eigenen Ort, und wussten von dem Burgherrn, dem Fürsten Jaromar II., vermuthlich nach mancher vorhergegangenen Fehde, worauf die Errichtung eines zweiten festen Schlosses hinzudeuten scheint, kaufsweise eine Erweiterung ihrer Feldmark, sowie eine Reihe anderer Zugeständnisse, in welchen thatsächlich die Anerkennung der Colonie als einer Stadt enthalten war, zu erlangen. Von da an blieb die slavische Bevölkerung auf den „vicus juxta civitatem" (Wyck, Wiek) eingeschränkt, wo sie, eine selbständige bäuerliche Commune bildend, lediglich Ackerbau und Viehzucht betrieb, und darum auch ihre hergebrachten Hut- und Weidegerechtsame durch Fürst Witzlav II. in einer Urk. v. 25 März 1290 [s. A. G. *Schwarz*, Versuch einer Pommerschen und Rügianischen Lehnhistorie, Greifswald 1740. 4°., S. 240; *Oom* a. a. O. S. 19] bestätigt erhielt. Die eigentliche Stadtgemeinde, unter der Gerichtsbarkeit eines fürstlichen Vogtes stehend, nahm übrigens einen raschen Aufschwung, indem einerseits durch fortgesetzte Liegenschafts-Erwerbungen an Hufen, Inselwiesen,

Gehölzen etc., theils mittels Kaufes theils durch die Liberalität der Landesfürsten, der Güterbesitz beträchtlich zunahm, hiemit aber freilich auch der Keim zahlreicher Zwistigkeiten der Stadt mit dem benachbarten Adel*) gelegt war; andererseits die Abgabenlast nach allmäliger Ablösung der im Priv. v. 1255 festgestellten Fruchtreichnisse (Urkk. v. 1294, 1306 b. *Oom* a. a. O. S. 11—14) so zusammenschwand, dass nur noch die als unveräusserlich und unverlehnbar declarirte jährliche Kammersteuer (Orböre) zu 20 Mark Pfennige [Urk. v. 13 Dez. 1314 b. *Oom* a. a. O. S. 16 flg.] übrig blieb. Später trugen auch noch einzelne commerzielle Bevorrechtungen der Bürger Barth's, z. B. deren Befreiung von Zöllen im ganzen Pommerlande, Loitz ausgenommen (1482, s. *Oom* a. a. O. S. 414), dazu bei, den durch mancherlei Kriegsunglück gefährdeten und gehemmten Wohlstand der Stadt zu heben.

2 **1325**, Dez. 4. Herzog Wartislav IV. von Pommern überlässt seiner „civitas Bart" das Dorf Glövitz und das „salsum mare", letzteres in genau begrenztem Umfange, zu Eigenthum — „in qua distinctione Consules dictae civitatis debent habere jus Lubecense" — jedoch unbeschadet den Gerechtsamen seiner Lehensleute, sowie unter Vorbehalt des halben Pachtzinses für die fürstliche Kammer, sofern etwa der Rath die Fischerei in den genannten Gewässern an Dritte verstiften würde; befreit ferner alle nach Barth segelnden Schiffe von dem Zolle im Hafen zu Prerow; schenkt der Stadtgemeinde zum Behufe der Verlegung an eine andere ihr zweckdienlichere Stelle sein „propugnaculum in curia ducis"**), mit dem Versprechen, dass die Erbauung irgend einer „munitio" im Umkreise einer Meile von der Stadt Niemanden verstattet, sowie auch von Herrschaftswegen keinerlei Wind- und Wassermühle auf dem Boden und innerhalb des Bezirkes der Stadt errichtet werden solle; erlaubt sodann den Consules, nach freiem Ermessen die erledigten Stellen des Schulmeisters und Küsters zu besetzen; sichert den Bürgern Bezahlung aller durch Briefe und Zeugen erweisbaren (von den früheren rügischen Fürsten her noch bestehenden) Schulden zu; stellt der Stadt auf den Fall des Bedürfnisses die Ernennung eines Untervogtes (Stadtrichters) in Aussicht; verheisst dem Rathe seine besondere Beihülfe zur besseren Befestigung und Ummauerung der Stadt, und bestätiget endlich derselben „omnia privilegia, libertates et jura dicte Civitati a suis praedecessoribus indulta", mit dem Beifügen, etwa wegen Alters verdorbene und schadhaft gewordene Rechtsbriefe auf Verlangen der Gemeinde erneuern zu wollen. Bei *Dähnert* a. a. O. S. 362; in deutscher Uebersetzung mit Erläuterungen bei *Oom* a. a. O. S. 29—35, 406.

In vorstehendem, durch die Herzoge Barnim V. und Wartislav VII. von Pommern fast wörtlich am 24. Nov. 1395 wiederholten Privileg tritt uns bereits der städtische Rath („consules"), dessen zum ersten Male unter Witzlav IV. im J. 1317 Erwähnung geschieht, als ein vollendetes Organ der gemeindlichen Verfassung entgegen. *Oom* a. a. O. S. 397.

1479, Mai 22. Herzog Bogislav X. 3
von Pommern confirmirt der Stadt Barth ihre gesammten Freiheiten und Gerechtigkeiten, insonderheit auch das lübische Recht, mit der Zusicherung, Niemanden aus der Stadt Barth vor ein auswärtiges Gericht laden lassen zu wollen, es wäre denn wegen einer (auswärts begangenen) handhaften That*) — „wy schölen vn willen vnser vorbenamede truve Stadt vnde alle ihre Jnwahner tho ewigen Tiden mit aller vnser gantzen Macht beholden by allen Fryheiden, Rechtigheiden, Egendohm, Gnaden vnd allen Stättigheiten, mit allen Lübschen Rechte, alse se de vnd dat vryhest, vredeligest vnd quitest gehat vnd beseten hebben, sunder jenigerley Hinder- edder Vörwervnisse vnser Erven vnd Nakömlinge edder Ammetlüden, ewiglicken tho hebbende, tho besittende vnd tho bruckende. Also schölen wy edder willen vt vnser Stadt Barth edder vt der Stadt Egendohm efte Lübschen Rechte nümmenden laden edder laden laten, et wäre denn ümme handvastige Dat, [de] von den Jnwahnern efte dejenen, de in eren Egendom beseten syn, buten erem Lübischem Rechte bewislick vnd apenbar geschen wäre. Wär et, dat dar jümment ehne övervöre, dat möghen unse Rathmanne laden edder halen binnen Barth, vnd laten sick am Lübschen Rechte darümme mit em nüghen". Bei *Dähnert* a. a. O. S. 366, *v. Balthasar* a. a. O. „Beylagen" Nr. XLI S. 94. (Extr.)

Barth besitzt auch ein im J. 1324 angeordnetes und begonnenes, aber noch wenig ausgebeutetes Stadt- oder Rathsverlass-Buch.

---

*) Z. B. mit den Rittern von Molteke zu Diwitz (1351) und Bartelshagen (1392). Vgl. *Oom* a. a. O. S. 43 flg. 48 flg. mit J. G. L. *Kosegarten*'s Pommerschen und Rügischen Geschichtsdenkmälern Bd. I (1834) S. 255—57.

**) Nach *Oom* „vielleicht nur eine Wurfmaschine, Bliede oder Bleide".

*) Mit einem priv. de non evocando hatte bereits Herzog Wartislav II. im J. 1453 die Stadt Barth begnadet. *Oom* a. a. O. S. 413, 14.

LXIII. Basel.

(Schweiz, Kt. Basel.)

Aeneae Sylvii „Epistola urbis Basiliensis descriptionem continens" *) hinter Christian. *Urstisii* Epitome Historiae Basiliensis, Basil. 1577, 1752, 8.° **) — Chr. *Wurstisen's* Baszler Chronick, Basel 1580 fol. Neue Ausg. mit Fortsetzung bis in das XVII. Jhdt. von Dan. *Bruckner*, II Theile, das. 1765—72 fol. — J. J. *Spreng*, Ursprung und Alterthum der mehrern Stadt Basel, das. 1756. 4.° — Peter *Ochs* (Rathsschreiber), Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, VIII Bände, Berlin u. Leipzig 1786—1822. 8.° [„Eine recht verdienstliche, unmittelbar aus archivalischen Studien hervorgegangene Arbeit".] – D. A. *Fechter* „Topographie Basels mit Berücksichtigung der Cultur- und Sittengeschichte" in dem trefflichen Sammelwerke: Basel im vierzehnten Jahrhundert, geschichtliche Darstellungen herausgegeben von der Basler Historischen Gesellschaft, Basel 1856. 8.° S. 1 ... 146. — J. J. *Merian*, Geschichte der Bischöfe von Basel, Abthl. I, II, Basel 1861, 62. 8.°

Urkundenbuch zur Bisthums- und Stadtgeschichte: J. *Trouillat*, Monuments de l' histoire de l'ançien évêché de Bâle, recueillis et publiés par ordre du Conseil-exécutif de la République de Berne, Tomes I—IV [Urkk. bis 1371; Regesten bis 1400], Porrentruy 1852—61. 8°.

Rechtsgeschichte der Stadt insbesondere: *Arnold*, Freistädte B. I. S. 256—58, 344—58, Bd. II S. 386—95 etc. — E. R. *Frey*, Die Quellen des Basler Stadtrechts, namentlich der Gerichtsordnung von 1719, ein Beitrag zur Bildungsgeschichte Schweizerischer Stadtgesetze, Basel 1830. 8.° — Andr. *Heusler*, Verfassungsgeschichte der Stadt Basel im Mittelalter, Basel 1860. 8.° — J. *Schnell* „die Entwicklung der Rechtsverfassung und Gesetzgebung der Stadt Basel" in der Ztschr. f. schweizer. Recht Bd. II (1853) Abhdl. S. 107—51, und „das Civilrecht, die Gerichte und die Gesetzgebung (Basel's) im XIV. Jhdt." in dem alleg. Sammelwerke v. 1856 S. 305—72.

Quellenbuch zur Rechtsgeschichte: [J. *Schnell*] Rechtsquellen von Basel Stadt und Land, Thl. I (das stadtrechtliche Material umfassend) Basel 1856. 8. Diese reichhaltige, vortrefflich redigirte chronologische Sammlung von Privilegien, Statuten, Schöffensprüchen u. s. w. beruht auf nachfolgenden archivalischen Hdschr.: dem rothen Buche 1357—1450, dem Leistungsbuche 1357—1473, dem kleinen und grossen Weissbuche XIV—XVII. Jhdt., dem strafrechtlichen Blaubuche XV. Jhdt., den Oeffnungsbüchern 1438—1610, den polizeilichen Rufbüchlein 1417—1720. Vgl. *Schnell's* Vorrede S. VI—VIII.

*) Auszug daraus nebst Wurstisen's Uebersetzung in *meiner* Schrift: Ueber Aeneas Sylvius in seiner Bedeutung für die deutsche Rechtsgeschichte, Erlangen 1860, 8.°, Anh. S. 101 flg.

**) Deutsch von J. C. *Beck*, Basel 1757. 8.°

„Basilea", in der römischen Provinz Maxima Sequanorum, deren Metropole die „civitas Vesontio" war, gelegen erscheint bereits unter Valentinian I. (374) als strategisch höchst bedeutsamer Ort [1]). Die Stürme der Völkerwanderung warfen denselben aber im beginnenden V. Jhdt. den Alemannen in die Hände, nach deren Besiegung durch Chlodwig mit dem gesammten Oberrheins-Gebiete auch Basel in den Besitz der Merowingen kam. In ihre Regierungsepoche fällt nun die Entstehung des basler Bisthums, welches übrigens erst unter der folgenden Dynastie, insbesondere durch Bischof Haito (806—822), zu höherer politischer Bedeutung emporstieg, indem wahrscheinlich diesem klugen und gelehrten Manne es glückte, von der ihm zugewandten Gunst Karl's des Grossen für die Stiftslande das noch mangelnd gewesene praeceptum emunitatis auszuwirken. In der divisio imperii apud Marsnam v. 8. Aug. 879 fielen die Stadt „Basula" und der hier allein erwähnte, vermuthlich mit dem Augstgaue identische „Basalchowa" auf den Antheil Ludwig's des Deutschen. Als jedoch mit der Entthronung Karl's des Dicken die Karlingische Monarchie zersplitterte, schloss sich 912 (?) das Bisthum Basel, eines Schutzes gegen äussere Feinde bedürfend, dem neu gegründeten transjuranisch-burgundischen Königreiche an, mit welchem es, unter wechselnden Geschicken, bis 1016 verbunden blieb. In diesem Jahre gelangten endlich Hochstift und Stadt in Folge Uebereinkommens des kinderlosen Rodulf III. mit Kaiser Heinrich II., seinem Eidam, an das deutsche Reich. Die nächste Wirkung dieses Ereignisses war dann der Uebergang der richterlichen und vogteilichen Gerechtsame über die Stadtgemeinde in die Hand der Bischöfe, welche mit deren Handhabung einen „advocatus civitatis" und „scultetus" betrauten, während von einem Burggrafenamte in Ermanglung einer königlichen Pfalz keine Rede sein konnte.

1139, Apr. 14. Pabst Innocenz II. bestätigt der Kirche zu Basel (unter Bischof Ortlieb von Froburg) alle ihre Besitzungen, 1

1) *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins XIII, 181 flg.

insbesondere „locum ipsum, in quo prefata ecclesia constructa est, cum omnibus pertinentiis suis". *Trouillat* l. c. Tom. I Nr. 182 p. 274—76. Vgl. *Ochs* a. a. O. Bd. I S. 253.

2 **1180**, April. Kaiser Friedrich I. thut dem basler Vogte Werner und allen „barones et ministeriales ecclesie Basiliensis" als „universitas" zu wissen, dass in Folge erhobener Beschwerde Bischof Hugo's von Hasenburg († 1177) „a cunctis principibus clericis et laicis, qui aderant in loco, qui dicitur Geilenusen, per fidelitatem (ab imperatore) interrogatis judicatum est: quod episcopus vacantem sibi cujuscunque loci advocaciam vel in manu sua, quantocunque vult tempore, retinere potest, vel alii cuicunque dare, ita quod si etiam major civitatis advocatus hoc contradicere voluerit, ipsius contradictio vel peticio in hac re nullum penitus habebit vigorem. Hoc etiam in jam dicto loco et a principibus ibidem congregatis judicatum est: nulli personae licere munitionem aliquam novam, quae vulgo dici possit wicborc, in civitate praeter ipsius episcopi voluntatem vel erigere vel erectam tenere". *Ochs* a. a. O. S. 264—66; *Pertz*, Monum. Germ. hist. Legum Tom. II p. 164; *Trouillat* l. c. Nr. 247 p. 379, 80.

3 **1216 — 1218**. (?) Der basler Bischof Heinrich II. Graf von Thun beurkundet, was, nachdem ihm die Absetzung des bisherigen Schirmvogtes über Stift und Stadt — vermuthlich eines Grafen [Rudolph] von Honberg, welchem alten, ehedem mit dem Grafenamte im Augstgaue betraut gewesenen Geschlechte die fragliche Schutzvogtei lange Zeit zugestanden hatte [2]) — gelungen war, zwischen dem Bisthume und dem nun aus dessen Dienstmannen genommenen neuen Vogte in Ansehung der beiderseits zukommenden Gerechtsame, namentlich der Theilung der Bürgerabgaben und Gerichtsgefälle, wahrscheinlich unter Beiziehung von Schiedleuten vereinbart worden, wobei zugleich eines räthselhaften Geldreichnisses gedacht wird, welches der abgesetzte Vogt an den Bischof, sowie den hier zum ersten Male auftretenden städtischen Rath entrichten soll:

„Ad hoc sepius rei veritas in scriptis redigitur, ut per violentiam seu oblivionem difficilius impugnetur. Hac igitur munitus cautela, ego Henricus Dei gratia Basiliensis episcopus praesentibus litteris adnotare curavi, qualiter inter jura episcopi et advocati ejusdem civitatis sit distinguendum. Omnis exactionis quam episcopus fecerit in Basilea duae partes spectant ad jus episcopi, tertia ad jus advocati, praeter illam quam episcopus pro expeditione imperiali vel pro itinere ad curiam fecerit. Et si dominus imperator Basileam venerit, vel se venturum pronunciaverit, quicquid beneficii burgenses episcopo inpenderint, in eo nil juris advocatus habebit. Item si episcopus et advocatus simul sederint in sede judiciaria, advocatus judex erit temeritatis et furti, et manu propria recipiet compositiones. Duae partes sunt episcopi, tertia pars ipsius advocati. Si vero advocatus absens fuerit, episcopus omnia cum integritate judicabit et manu propria recipiet compositiones, quarum tertia pars ad jus pertinet advocati. Beneficia quinque militum episcopus sibi retinuit et territorium supra portam. Trecentas marcas episcopo et centum libras consilio dare debet advocatus in terminis statutis, his scilicet: in nativitate beatae Mariae CXL marcas ad redimendas curtes Hundechilke et Chichoven. In festo sancti Michaelis C libras consilio. In festo beati Martini LX marcas. In purificatione beatae Mariae C marcas. Ista pecunia debet dari camerario et monetario. Si isti absentes fuerint, pecunia sub eadem conditione debet dari Ulrico vicedomino et Hugoni Monacho. Si autem episcopus interim, quod Deus avertat, decesserit, advocatus debet redimere praefatas duas curtes et tertiam Halthinge et C libras dare consilio, et de reliqua pecunia liber existat. Pro ista pecunia obsides sunt advocatus et filius suus cum XXV militibus, et prius festo beati Johannis Baptistae debent ista, sicut scripta sunt, fide data et juramento confirmare. Praeterea laudatum est, quod nec episcopus sine advocato, nec advocatus sine episcopo cum deposito advocato pacem vel concordiam faciet". *Ochs* a. a. O. S. 290—93; *Trouillat* l. c. Nr. 339 p. 509, 10; *RQuellen* Thl. I Nr. 1 S. 1—3.

Ueber die Enstehungszeit dieses Documentes sind die Meinungen getheilt. *Ochs* a. a. O. S. 294 und *Arnold* a. a. O. Bd. I S. 345 schreiben dasselbe den oben vorgesetzten, *Schnell* in den RQuellen a. a. O. Note 1 den Jahren 1218—1221, endlich *Trouillat* l. c. der Zeit um 1227 zu, Letzterer jedoch noch die Möglichkeit offen lassend, dass es wohl gar erst unter Bischof Heinrich III. von Neuenburg (1262—1274) entstanden sein könnte, da vor 1255 nirgends ein Vogt Hugo Monachus (Mönch) begegne, während ein solcher in den Jahren 1255—1280 öfter als Urkunden-Zeuge angetroffen werde.

1218, Sept. 12. Der römische König Friedrich II. verleiht dem in allen seinen Rechten, insbesondere auch „tam in civitate Basiliensi quam in opido Brisacensi" [3]) bestä- 4

2) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 29, 43.

3) Vgl. dazu die Urk. b. *Trouillat* l. c. Nr. 313 pag. 473 ss.

tigten Bischofe Heinrich II. von Basel „novum theloneum, quod vulgo appellatur Vngelt, in civitate Basiliensi“, verfügend, „quod ipse et sui successores habeant et recipiant atque possideant theloneum illud sive Vngelt ad suos usus sine aliqua contradictione“. *Trouillat* l. c. Nr. 314 p. 474. J. E. *Kopp*, Urkunden zur Gesch. der eidgenössischen Bünde Bdch. II Nr. 58 S. 126.

5 **1218**, Sept. 13. Derselbe hebt, nachdem auf dem Reichstage zu Ulm die versammelten Fürsten die an sie gebrachte Frage, ob in Basel ohne des Bischofs Genehmigung ein Stadtrath bestehen könne, verneinend beantwortet hatten, den dortselbst eingesetzten Rath sofort auf, widerruft das den Baslern in dieser Beziehung ertheilte Privileg, und verbietet für alle Zukunft, in der Stadt jemals wieder ohne Wissen und Willen des Bischofs einen Rath zu bestellen oder sonstige neue Einrichtungen zu treffen:

„Constitutus coram regia celsitudine et coram multis imperii principibus, baronibus atque nobilibus, princeps noster Heinricus Basiliensis episcopus, cum multa instantia postulavit per sententiam requiri: si vel nos vel alius aliquis possemus vel deberemus in civitate cui ipse episcopus preest consilium civitatis instituere sine ipsius episcopi voluntate et assensu. Ad cujus non modicam instantiam, cum predilectus princeps noster Theodericus venerabilis Trevirorum archiepiscopus fuisset super hoc a nobis requisitus, ipse cum deliberatione per sententiam indixit: nos nec posse nec debere in civitate predicti principis Basiliensis dare vel instituere consilium citra ejusdem episcopi assensum et voluntatem atque suorum in eodem principatu successorum. Facta igitur secundum juris ordinem inquisitione per singulos qui aderant, tam a principibus quam nobilibus et baronibus singulisque qui aderant sententia archiepiscopi fuit per subsecutionem proclamata et confirmata. Nos etiam tamquam justus judex de innata nobis regia circumspectione eandem approbantes sententiam justamque decernentes, consilium quod usquemodo quocumque modo Basilee fuit revocamus, deponimus atque totaliter infringimus, atque privilegium nostrum quod inde habent Basilienses cassamus omnino, nec eo ipsos de cetero uti volumus. Ad majorem autem gracie ac dilectionis nostre circa memoratum episcopum evidentiam, nolumus, imo sub plena gracie nostre interminacione omnino inhibemus, ne Basilienses de cetero consilium vel aliquam institutionem novam, quocumque nomine possit appellari, faciant aut instituant sine episcopi sui assensu et voluntate“. M. *Herrgott*, Genealogia dipl. Aug. gentis Habsburg. Tom. II p. 226 sq.; *Ochs* a. a. O. S. 285—87; *Pertz* l. c. p. 229 sq.; *Gaupp*, Dtsch. Stadtrechte Bd. I S. 23—26; *Trouillat* l. c. Nr. 315 p. 475, 76. Vgl. dazu *Arnold* a. a. O. S. 346 flg. *Heusler* a. a. O. S. 107 flg.

1226, Sept. 22. Bischof Heinrich II. zu Basel ertheilt den von den Kürschnern — „pellifices“ — daselbst, welche eine „Zhunft“ zu Ehren der heiligen Jungfrau Maria errichtet haben, hierüber neu vereinbarten Satzungen die erbetene Bestätigung, worauf [in diesem ersten basler Zunftbriefe] von dem unerlaubten Abdingen eines Zunftgesellen „infra tempus sue pactionis“, der bischöflichen Bestellung des Zunft-Oberen, „cujus magisterio et licentia operari et regi teneantur“, den Geldbussen bei Verstössen gegen die Zunftrolle, der Aufnahmstaxe sowohl neu beitretender Glieder als auch der Erben eines verstorbenen, „si in eadem confraternitate consortes esse voluerint“, den Folgen des Aufgebens der „communio“ — in welchen sämmtlichen Beziehungen „sub hoc condicto non solum viri verum etiam mulieres, que ejusdem operis sunt, comprehenduntur“ — endlich von dem Zunftbeitrage zur Bezündung der „corona pendens in ecclesia Basiliensi cum candelis“ gehandelt, und am Schlusse vom Bischofe die Erklärung beigefügt wird: „Ad hec omnia unum ex ministerialibus ecclesie nostre concedimus annuatim, ut omnia, ut prescripta sunt, per ipsum justo moderamine statuantur et, si necesse fuerit, corrigantur“. D. A. *Fechter* im Archive f. Schweizer. Geschichte Bd. XI (1856) S. 35—37 [mit S. 17]. 6

1227, Nov. 12. König Heinrich (VII.) verleiht den „cives Basilienses“ die Gnade: „ut libere feoda recipiant, et quocumque modo queant sibi conquirere, possideant (et) pleno jure. Et si talis casus emerserit, quod aliqua lis super eisdem feodis inciderit, talem ipsis gratiam auctoritate praesentium confirmando indulgemus, ut quicquid super feodis per juramentum cum tribus civibus praefatae civitatis in judicio probari poterit, pro judicato habeatur et legitime possideatur“. *Trouillat* l. c. Nr. 340 p. 510, 11. 7

Bestätigt wurde vorstehendes Privileg unter wörtlicher Wiederholung seines Inhalts durch die Könige Rudolph I. am 15. Juni 1274 und Albrecht I. am 14. Oct. 1298. *Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 192, 514 p. 520, 671.

1248, Jun. 2. Bischof Lütold [von Rötelen] ratifizirt auf Bitten der Schlächter — „lanistae“ [4]) — zu Basel ein von ih- 8

4) Carnifices, macellarii. *Ducange-Henschel*, Glossar. IV, 27a.

nen vorgelegtes, neu-errichtetes Gewerbs-Statut („condictum super operibus ipsorum“), vornehmlich die Orte des Fleischverkaufes, die Beschränkung desselben auf Mitglieder des Gewerkes, und die Unstatthaftigkeit des Wegmiethens von Häusern und Gesellen („servientes“) vor Ablauf der Dingzeit betreffend; stellt zur Leitung der gewerblichen Angelegenheiten einen „magister de ipsorum opere“ an die Spitze, dessen Wahl er sich für die Zukunft vorbehält; bestimmt die bei Uebertretungen des Statuts an die bischöfliche Kammer, die Stadt und Innungs-Casse („ad usus confraterniae eorum, quae vulgariter dicitur Zunft, quam in honore beatae Mariae virginis constituerunt“) zu entrichtenden Bussen; und fügt endlich Vorschriften über die Eintrittsgebühren, die Folgen des Austritts aus der Innung, und die theilweise Verwendung ihrer Einnahme zur Kirchen-Beleuchtung an hohen Festtagen bei. Den Vollzug vorstehender Satzungen soll ein stiftischer Dienstmann überwachen, welchen der Bischof alljährlich ernennen wird. *Ochs* a. a. O. S. 316—20 (lat. und deutsch); *Trouillat* l. c. Tom. I Nr. 393 p. 574, 75.

9 **1248.** Derselbe ertheilt einem gleichfalls neu-entworfenen Statute der Maurer („cementarii“), Gypser („gipsarii“), Zimmerleute („carpentarii“), Fassbinder und Wagner („vasorum et curruum operarii“) *zu Basel* seine Genehmigung, worin von dem Verbote des Gesellen-Ausmiethens innerhalb der Dienstziele unter Androhung einer „episcopo, ad lumen Zunfte, confraterniae ad bibendum“ zu leistenden Uebertretungsstrafe von je drei Schillingen; ferner von den auch in Licht- und Trankbeisteuern zerfallenden Aufnahmstaxen und dem Austritte aus der Innung; von dem Vorrechte der Arbeitslöhne bei Ueberschuldung der Zahlpflichtigen; von der Verbindlichkeit zur persönlichen und beziehungsweise pecuniären Betheiligung an den Leichenfeiern für verstorbene Zunftgenossen („praeterea si aliquis harum confraterniarum decesserit, omnes confratres predicti sue sepulture cum sacrificio intererunt; quodsi etiam extra civitatem ad spatium trium miliarium quispiam fratrum obierit, si proprie desunt facultates, de communi zunfta adducatur, sepelietur, et tricesimus in anime sue remedium conferetur“), sowie der Wachs-Busse bei Versäumung dieser Obliegenheit; endlich von den „ad lumen in majori ecclesia“ bestimmten Quatemberbeiträgen der Zunftangehörigen gehandelt wird. Hinsichtlich der Vollziehungs-Controlle kehrt die in den Zunftbriefen nr. 6, 8 enthaltene Massregel auch hier wieder. *Ochs* a. a. O. S. 320—24 (lat. und deutsch); *Trouillat* l. c. Nr. 398 p. 579, 80.

10 **1256**, Jan. 30. Bischof Berchtold II. (Graf von Pfirt) verlautbart ein die „jura que vicedominus, magister panificum ipsique panifices sue civitatis adinvicem habent et semper hactenus habuerunt“ betreffendes Weisthum, worin sehr detaillirte Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit und marktpolizeiliche Gewalt des Brodmeisters, über die Abgaben desselben an den Vicedom sowie die Reichnisse der Bäcker an beide vorerwähnte Beamte, über die Gebühren bei Anlegung neuer Backöfen, über die Bedingungen der Aufnahme eines Gesellen unter die Handwerksmeister, über Brod- und Backpreise und die Strafen ihrer Ueberschreitung, über das gehässige Wegmiethen von Häusern oder Gehülfen, endlich über die Bussen für betrügliche Vermischung des Brodes mit ungehörigen Stoffen enthalten sind. Besonders beachtenswerth erscheinen nur folgende Satzungen:

„Quicquid inter panifices, molendinarios et eorum servientes ortum fuerit questionis preter violencias [5]) et maleficia, que poenam sanguinis irrogant, ipsorum magistri debet judicio diffiniri. Quod per illum terminari non poterit, ab ipso ad vicedominum et ad nos [episcopum] a vicedomino referetur. — Panifex infra civitatem furnum [6]) faciens in area, in qua nullus antea furnus erat, vicedomino quinque solidos ante ignis impositionem persolvat, alioquin tres eidem libras conferat pro emenda. Extra civitatem constitutus magistro duos solidos sex denarios in simili casu tradat. — Si quis de servientibus pistorum forum sibi postulat indulgeri, magister praedictus panificibus adunatis [7]) de fidelitate suisque meritis [8]) ter requirat, et si bone fame non fuerit, reprobetur. Si vero laudabile sibi perhibetur testimonium, datis ad lumen beate Virgini viginti solidis, communitati panificum decem solidis pro expensis, quas facere solent, cum pro hujusmodi negocio congregantur, item vicedomino quinque solidis, ipsi magistro duobus solidis, pedello pistorum uno solido, admittatur. — Preterea quicunque ex ipsis panificibus convictus fuerit, quod fabas, herbam que dicitur hopho, vel aliud prohibitum pisturis panum inmisceat, nobis tres libras emendet et repulsus

---

5) *O. Tr.* „insolentias“.
6) *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins XII, 386, 89.
7) *O. Tr.* „adjunctis“.
8) *O. Tr.* „moribus“.

a consorcio pistorum ad id post tantos excessus nullatenus resumatur."

Am Schlusse wird die bischöfliche „approbatio" dieser vorstehenden „jura, que ex antiquis sunt temporibus instituta, nec non consuetudines hactenus obtentae" unter Bedrohung der sie etwa Verletzenden mit weltlichem Gerichte und göttlicher Ungnade beigefügt.

Abdrüke [9]) bei *Ochs* a. a. O. S. 340—47, *Trouillat* l. c. Nr. 445 p. 634—36 und in den *RQuellen* a. a. O. Nr. 2 S. 3—6. Vgl. dazu *Schnell* in der Ztschr. f. schweizer. Recht a. a. O. S. 140 flg.

11 • **1260**, Nov. 14. Bischof Berchtold II. ertheilt — „cum fere quodlibet genus hominum civitatis artes mechanicas exercentium, qui dicuntur vulgariter handwerklüte, sartoribus exceptis, ... confratrias habeant vulgariter dictas zünfte" — nun auch den Schneidern die Erlaubniss: „ut inter se confratriam habeant et consimili gratia, qua caeteri gaudent, gaudeant et laetentur", gestattet ihnen „magistrum, quem voluerint, accipere de anno in annum, si placuerit, cujus operentur magisterio et regentur, et si quod excesserint, castigentur", setzt ferner die Rügegelder und Receptionsgebühren fest, mit Ermässigung der letzteren bei Söhnen und Tochtermännern von Zunftgenossen, wobei auch Personen, welche nicht desselben Gewerbes sind, die Befähigung zum Eintritte in die Innung zugesprochen wird, verpönt endlich, wie üblich, das unzeitige Ausmiethen von Gesellen und Wohnhäusern, und verordnet, dass die gesammten Einkünfte aus der Zunftaufnahme — die dem Obermeister, den Cassieren („receptores") und dem Pedelle davon gebührenden Antheile abgerechnet — der Kirche zur Bestreitung des Wachses an den hohen Festen zufliessen sollen. *Ochs* a. a. O. S. 348—51 (lat. und deutsch); *Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 71 p. 103, 4. Blos in deutscher Uebertragung bei H. A. *Berlepsch*, Chronik vom ehrbaren und uralten Schneidergewerk, St. Gallen (1850) 8.°, S. 18, 19.

12 **1260** (?) Der Coadjutor und Domprobst Heinrich von Wälsch-Neuenburg erlaubt auch den „Gartnern, Obzern und Menkellern" [10]) die Errichtung einer Zunft mit freier Wahl eines „Meysters" und diesen in der Leitung und „Almosen-Verrichtung" unterstützenden Sechser-Ausschusses, ertheilt ihnen die Befugniss, „swer sich mit ir antwercke begat, daz si den twingen mugent mit dem antwerck in ir zunft", bestimmt die Aufnahms-Reichnisse, die Pflichten der Mitglieder und die Folgen des Ungehorsams gegen die Zunftgebote, schärft in Ansehung unredlicher Verkäufe und etwa vorkommender Betrügereien im Salzhandel allen Zunftgenossen die Verbindlickeit zur Rüge ein, überdies bei wirklichen Fälschungen das richterliche Einschreiten vorbehaltend, erklärt die bei „offener bewerter bozheit" zur Strafe verhängte Ausschliessung von der „gesellescheſte" für unwiderruflich, indem er gelobt, selbst hierauf gerichtete Bitten nicht anhören zu wollen, verfügt, wie es mit der Grabgeleitung verstorbener Zünftler oder ihrer Frauen, und der Bestattung Mittelloser zu halten sei, legt der neuen Zunft gleich den übrigen die Kerzenbeschaffung aus ihrem „Allmusen" zu den „hohgeziten im Monster zi Basel" auf, und kündet endlich alle, welche „dise guten gesetzide an dir zunfte und an disem almusen zerbrechen oder zerstören, in die unhulde dez allmehtigen Gottis, unser frauen Sante Marien und aller heylgen", sowie in den Bann „mit dem gwalte, so der Bischof hat von Gotte unde von geistlichem gericht". *Ochs* a. a. O. S. 351—55; *Trouillat* l. c. Nr. 75 p. 107, 8 [mit der Jahrzahl 1262]; *Basler Neujahrsblatt* Nr. XXXIV.

1260—1262. Das s. g. Bischofs- und Dienstmannenrecht, überschrieben: „diz sint diu reht ze Basil", im XV. Jhdt. als „antiquus libellus sive urbare" bezeichnet, eine vermuthlich officielle, vielleicht nach einer früheren lateinischen Vorlage bearbeitete, weisthumartige Zusammenstellung der dem Bischofe in der Stadt Basel zustehenden, hauptsächlich jurisdictionellen und finanziellen Gerechtsame, mit eingestreuten Andeutungen über die Freiheiten und Rechte des Clerus, der Stifts-Ministerialen, der Ritter und Bürger, in 16 §§., jedenfalls unter Bischof Berchtold II. 1250—1262 [präciser nach *Wackernagel* 1260—1262 nach *Heusler* um 1260, nach *Kopp* 1261 oder 1262, nach *Trouillat* um 1262, nach *Arnold* im Jahre 1262] entstanden, und als „Zeugniss über die alte Verfassung der Stadt" von erheblicher rechtshistorischer Bedeutung. 13

Inhalt: §. 1. Gerichtsherrlichkeit („twinch und gerichte") des Bischofs; Competenz des Schultheissen und Vogts, „die die gerichte von im hantt"; Drittel-Theilung der Bussen „von altem rehte" zwischen dem Bischofe und Vogte, mit Ausnahme der „cleinen" zu drei Schillingen, welche allein dem Schul-

---

9) Nach einem Vidimus Bischof Gerhard's, welcher das Weisthum am 17. Oct. 1323 neuerlich bestätigt hat. *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 193 p. 332.

10) Kleinkrämer oder Hucker. Vgl. *Mone's* allg. Ztschr. IV, 232 Note 2.

theissen zufallen. — §. 2. Rechte des Bischofs in Ansehung des „gewerfes“; Befreiung der Domherrn, Gotteshaus-Dienstmannen und der beiderseits zugehörigen Eigen- und Gesindeleute von dieser Auflage; ausnahmsweise Befugniss des „rats“, die bischöflichen Amtleute (ministeriales) mit ihres Herrn Erlaubniss zu Kriegsdiensten für die Stadt aufzufordern. — §. 3. Gewalt des Bischofs über „alle wage, mazze, elne unde gelöte“; Nothwendigkeit seiner Zustimmung zur Anordnung eines Ungelds und zur Errichtung neuer „einunge“ d. i. auf vorstehende Punkte gerichteter Gemeinde- oder Zunftstatute; Leibesstrafe bei Mass- und Gewichtsfälschungen. — §. 4. Neu-Verleihung aller „des bistommes ambt, ane dez marschalchtuon, dez trosessen tuon, daz camertuon unde daz schenktuon“ von Seite des antretenden Bischofs. — §. 5. Leistung des „vuorwins“ von den auswärts eingeführten („zwene bodeme habenden“) und zu Markt gebrachten Weinen an des Bischofs Beamte („winliute, amman“). — §. 6. Pfandsetzung für Wein- und Esswaaren. — §. 7. Münzgerechtigkeit des Bischofs [11]); Verfolgung der Münzfälschungen; Vorrechte der Wechsler („wehselere, die wehsilrehte hant“) und Goldschmiede im Betreffe der Silberwägung; Entrichtung eines „slegschazis“ bei dem Silberhandel. — §. 8. Prüfung der Münze. — §. 9. Zoll-Rechte des Bischofs. — §. 10. Räumlicher *Umfang seines* Fried-Geleites. — §. 11. Weinbann desselben. — §. 12. Verhältnisse der Stifts-Ministerialen [„Dis ist ouch der gotshus dienstmanne reht“]: Beisteuer des Bischofs zu deren Ausrüstung, wenn sie „ze ritter werden“ wollen; Verfahren gegen jene, welche des Herrn Hulde verloren haben; Verbot, Eigenleute der Dienstmannen zu Bürgern aufzunehmen; Freiheiten der Letzteren und des Clerus hinsichtlich des Real- und Personal-Arrestes, sowie der Geistlichen und Stadtbürger in Ansehung der Haussuchungen. — §. 13. Ueberantwortung aller Gefangenen, der „morder und diebe“ wie der „umbe gelt unde ander unreht“ in Haft genommenen, da „alle getwingnisse des bischoves ist“, in „sinen vron hof“. — §. 14. Berechtigung des Bischofs, in allen und besonders in den an ihn gezogenen Rechtssachen selbst zu richten, ausgenommen sie gingen „an bluotig hant“, in welchem Falle der Vogt zu urtheilen hat. — §. 15. Martini-Zinse der Hofstätten; Folgen ihrer „versizzung“; Zinsfreiheit der Domherrn, Amtleute und Dienstmannen bezüglich ihrer Häuser; Verpflichtung eines jeden Bürgers, von seinem Hause dem Bischofe einen „aht sniter“ zur Ernte zu stellen, und Busse der diese Obliegenheit Versäumenden. — §. 16. Uebergehung der „ambt rechte“ in dieser Darstellung.

Zuerst herausgegeben wurde das „Bischofs und Dienstmannenrecht von Basel“ von W. *Wackernagel*, Basel 1852. 4.⁰ [Text S. 17—20; geschichtliche und sachlich erörternde Einleitung S. 3—16; Anmerkungen überwiegend sprachlichen Charakters S. 27—42.] Weitere Abdrücke folgten dann b. *Trouillat* l. c. Nr. 81 p. 114—19 und in den *RQuellen* a. a. O. Nr. 3 S. 6—12. Einen Inhalts-Ueberblick bietet *Arnold* a. a. O. S. 348 flg., reiches Erläuterungs-Material *Heusler* a. a. O. S. 41 flg. 44 flg. 58—62, 69, 76, 81 flg. 88, 112, 164 flg. 229. Vgl. auch O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. Rechtsquellen Abthl. I S. 582.

1262, Nov. 5. König Richard erkennt 14
auf Ansuchen des Coadjutor's Heinrich von Wälsch-Neuenburg urkundlich an, dass Breisach („mons Brisacus“) und Münster im St. Georgenthale mit allen Zubehörungen Eigenthum des basler Hochstifts seien, entsagt allen und jeglichen Ansprüchen darauf, und fügt noch besonders bei: „Ad hec promisimus et promittimus bona fide, quod omnia jura et consuetudines honestas civitatis Basiliensis approbatas hactenus et obtentas servabimus inconcussas, et contra eas nullatenus veniemus“. *Herrgott* l. c. Nr. CCCCLVI p. 377 sq.; G. Chr. *Gebauer*, Leben Richards (1744) Urk. Nr. XLIII S. 390, 91; *Schöpflin*, Alsatia dipl. Ps. I Nr. DCXII p. 441, 42; *Trouillat* l. c. Nr. 88 p. 126, 27.

1268, Aug. 23. Bischof Heinrich [von 15
Wälsch-Neuenburg] gestattet den Webern und den „Linwetern“ die Errichtung einer Zunft ganz unter denselben näheren Bestimmungen, wie sie der Innungsbrief für die Gärtner [nr. 12] enthält, mit dem alleinigen Zusatze: „Stirbt ir zunftbrüder einer, dez kint nüweret ir zunft mit einem halben pfund wachses“. *Ochs* a. a. O. S. 392—94; *Trouillat* l. c. Nr. 137 p. 184, 85.

1271, Dez. 13. Derselbe erneuert und 16
erweitert den „Murern, Gipsern, Zimmerlüten, Wagnern, Wannern und der Trehsil Zunft“ das vom Bischofe Lütold bestätigte Statut [nr. 9]. Die Zusätze im Eingange über Bestellung eines Zunftmeisters und Sechser-Rathes, sowie über Zunftzwang entsprechen den Bestimmungen der Gärtner- und Weber-Zunftbriefe, während das Uebrige grossentheils blose Verdeutschung des

---

11) Das „jus monetae in civitate Basilea“ hatten die Bischöfe seit dem Anfange des XII. Jhdts., und 1146 durch Pabst Eugen III., sowie 1149 durch König Konrad III. bestätigt erhalten. *Wackernagel*, Bischofsrecht Beil. I, II S. 21, 22.

erwähnten älteren Statuts von 1248 ist. Bemerkenswerth ist jedoch die neue Satzung: „in derre selbin Zunft sint die vrowin als die man, dieweile ir wirte lebent, und nach ir manne tod dieweile sie witewen sint". *Ochs* a. a. O. S. 403—5; *Trouillat* l. c. Nr. 165 p. 218—20.

17 **1286**, März 17. [Der s. g. erste Stadtfrieden.] König Rudolph I. erlässt, um dem Zerwürfnisse zwischen den Edelleuten (Rittern) und Bürgern zu Basel zu steuern und ein „liepliches vnd gütliches" Zusammenleben der Parteien zu der Stadt Ehre wieder herbeizuführen, einstweilen nur für die Zeitdauer eines Jahres, mit beider Theile Willen eine „sazzunge vnd ordenunge", wie der Rath — hier in Folge der besonderen Sachlage vom Könige mit einer ausserordentlichen, der im Uebrigen ohne Aenderung fortbestehenden Amtsgewalt des Vogtes durchaus unnachtheiligen Strafbefugniss bekleidet [12]) — die den gemeindlichen Frieden gefährdenden Todtschläge und anderen Vergehen („vnzuht"), namentlich Verwundungen, „nach der stete reht" richten solle. Bemerkenswerth erscheint die in den §§. 2, 5 enthaltene Bestimmung, dass derjenige, „der dar vber iemanne bi gestunde oder beholfen were, der die vnzuht an vienge", oder welcher „zu dem, der die vnzuht ane vahet, loufet dar umbe dazz er ime der vnzuht helfe oder in schirme, in den selben schulden sin sol, als der die vnzuht ane gevangen hat". *Ochs* a. a. O. S. 432—37; *RQuellen* a. a. O. Nr. 4 S. 12—14 [in 15 §§.] Vgl. dazu *Heusler* a. a O. S. 158 flg., *Osenbrüggen*, Alamannisches Strafrecht S. 56, 166, 173, 199 flg.

18 **1289**. Bischof Peter [Reich] bestätigt die Innung der Hausgenossen zu Basel, und gibt eine Reihe von Bestimmungen über die Befugnisse und Pflichten des Münzmeisters, insbesondere dessen Strafgerichtsbarkeit über Fälschungen, über den Silberhandel und dessen Beschränkungen, über die Rechte der Wechsler [welche gleich den Goldschmieden zur Hausgenossen-Innung zählen], über den bischöflichen Schlagschatz und die Fälle, in welchen derselbe nicht entrichtet zu werden braucht, u. s. w. (R.)

Diese wichtige, sich an den §. 7. des alten Bischofs- und Dienstmannenrechts anlehnende Urkunde, deren ein Document v. 1300 bei *Ochs* a. a. O. Bd. II S. 129, 30 Erwähnung that, ist nur in einer Verdeutschung des lateinischen Originals durch Bonifacius Amerbach erhalten und selbst in dieser noch ungedruckt. Ihren Inhalt berichtet *Heusler* a. a. O. S. 58 flg. 83 flg.

1305, Dez. 18. Der „magister civium", die „consules", der „magister artificum" und der „magister artium civitatis Basiliensis" erklären: „quod nullos homines, cives vel inquilinos aut oppidanos vel alios quoslibet, quocunque nomine censeantur, ad oppidum Liestal et castrum dictum de Nuwenhomberg, que episcopus Basiliensis emerat, quocunque nomine vel jure spectantes, a tempore dicte venditionis in posterum recipere debent in cives civitatis vel ad aliquod aliud jus civile, sine expresso consensu vel licentia predicti domini". *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 45 p. 91, 92. Vgl. dazu *Ochs* a. a. O. S. 10—13. *Heusler* a. a. O. S. 187 flg. 19

1317. Bürgermeister und Rath sammt den Zunftmeistern („magistri societatum") der Stadt Basel verordnen, um die Schuldenlast der Gemeinde zu erleichtern, in Ansehung einer Ungelds-Auflage: „quod de singulis vierncellis [13]) siliginis molendis, vendendis vel emendis quatuor denarii, de vierncellis vero singulis spelte et avene duo denarii, et de singulis carratis vini duodecim denarii, item et de omnibus rebus et speciebus aliis, sive in pannis, equis, animalibus sive aliis quibuscunque consistant, emendis vel vendendis tam per ementem quam vendentem duo denarii de singulis XX solidis ipsis universitati et cons··libus exsolvantur". *Heusler* a. a. O. S. 166. (Extr.) 20

Dieses Statut führte, da das Domcapitel darin eine Verletzung der clerikalischen Freiheiten im Allgemeinen und seines althergebrachten Zustimmungsrechtes zu allen Gewerbeordnungen insbesondere erkannte, zu einem höchst ärgerlichen Zerwürfnisse zwischen jenem und der Stadt. Vgl. *Ochs* a. a. O. S. 25—30, *Heusler* a. a. O. S. 167.

1323, Oct. 28. Bischof Gerhard [von Wippingen] bestätigt den Brodbäckern ihre von Bischof Berchtold herrührenden, oben unter Nr. 10 näher beschriebenen Ordnungen. (R.) *Bader* in Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrhein's Bd. IV S. 376. 21

1337, März 22. Das basler Domcapitel verordnet, unter Ermächtigung und Zustimmung, sowie Mitsieglung des Bischofs „ad decorem domus dei, que in personis nobilibus, moribus et circumspectione prepollentibus, decoratur" und in Folge der gemachten Erfahrung, dass aus dem Eintritte nicht ritterbürtiger Personen in seine Mitte der Kirche [„carens macula gentis plebejae"] 22

12) A. M. ist *Schnell* in der Ztschr. a. a. O. S. 114.

13) Vierzel, ein Getreidemaass.

Gefahr und Schaden erwachsen könne: „quod nullus burgensis civitatis Basiliensis seu burgensis ibidem filius, de militari stirpe ex parte patris non trahens originem, receptus vel recipiendus in canonicum ecclesiae Basiliensis virtute gratiae sedis apostolicae vel alias modo qualicunque, ad canonicatum vel ad possessionem praebendae canonicalis per capitulum ullatenus admittantur". *Ochs* a. a. O. S. 49—52. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 196. *Arnold* a. a. O. Bd. II S. 387.

23 **1337**, Jun. 21. Bischof Johann [Freiherr Senn von Münsingen] setzt die Rathswahl in seiner Stadt Basel fest, bestätigt derselben ihre Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten, sowie ihre Zünfte, sichert ihr seinen Rath und Schutz, ferner Freiheit von Steuern und Gewerf zu, und verbietet endlich den Bürgern, unter sich geheime Verbindungen zu bilden: Wir Johans von gotz gnaden Bischof ze Basel, Tuon kunt allen den, die disen brief ansehent oder hörent lesen, daz wir vnsern lieben Burgern von Basel getriuwelich gelobt hant vnd gelobent an disem gegenwertigen brief, daz wir inen aller jerglich, die wile so wir leben, ein Burgermeister vnd ein Rat geben, wenn sis an vns gevordrent, nach der hantvesti, die si von Bischof Heinrich der ze Megentz Ertzbischof was, Bischof Peter der ze Megentz Ertzbischof wart, Bischof Heinrich von Niuwenburg, Bischof Peter dem Richen, Bischof Otten, Bischof Gerhart, vnd der vorvarn gehebt hant. Vnd sol man den also setzen: zwene Gotzhuse dienstmanne vnd vier Burgere, die der erre Rat dar zu kiuset, vnd denne allervervanglichest [14]) sint, vnd dar zuo zwene vnser bruodern der tuomherren, swel die sechse dar zuo kisent, ob sie daruber sweren went. Die echtwe sullen vf iren eit, den si da ze stande sweren süllent, ein rat von Rittern vnd von Burgeren, vnd von den antwerken kiesen, die danne allervervanglichest sint. Dar zu süllent si kiesen einen Burgermeister vf iren eit, einen niuwen man, sesschaften in der stat, nicht den, der des erren jares Burgermeister ist gewesen. Dar zuo hant wir inen bestetiget alle iriu recht, friheit vnd guote gewonheit, vnd die gesetzde, die man da nempt zünfte, in allen dem rechte, alse si Bischof Liutold vnd ander vnser vorvarn sasten. Ouch hant wir inen gelobt ze ratende vnd ze helfende wider allermenglichen, der si besweren wölte, vnd tuont si alles gewerffes vnd aller stiure fri, also daz wir stiure noch gewerffe, die wile so wir geleben, niemer von inen gevordern süllent wider iren willen. Disz hant wir inen gelobt, vnd hant si ouch gesworn. Ouch hant si vns gesworn ze ratende vnd ze helfende wider allermenglichen, vnd dem Gotzhuse sine recht ze behaltende so verre so si iemer mügent, ane alle geverde. Ouch ist des gesworn gemeinlich von inen allen, daz ir dekeine niemer süllent zuo einander gesweren noch sicherheit gemachen, denne vor vns, dem Vogte vnd dem Rate vnd aller der gemeinde, vnd mit vnserm vnd ir willen vnd wissende. Vnd wer es darüber tete, der weri meineide vnd fridebrech. Vnd sol man dise gesetzede offenen zuo ieclicher fronvasten vor aller der gemeinde vf dem hof. Dar zuo daz dis stete belibe, so ist dirre brief mit vnserm, des Capitels vnd der stat von Basel Ingesigeln besigelt, der geben wart, do man zalte von vnsers herren Gottes gebürte Driutzehen hundert vnd Siben vnd drissig Jar, an dem Samstag vor sant Johans tag ze Sungichten". *Wackernagel* a. a. O. Beil. Nr. VII S. 24, 25; *Trouillat* l. c. Nr. 287 p. 468, 69; *Bader* a. a. O. S. 383. (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 127 flg. 194 flg.

Die Handveste von 1337 ist zwar nach eigner Andeutung eine Wiederholung jener Bischof Heinrich's III. (v. 1262?), aber keine buchstäbliche, wie *Fechter* im all. Archive a. a. O. S. 31 annimmt, denn die Worte in Z. 23 „vnd von den antwerken" gehören unzweifelhaft erst dem XIV. Jhdt. an. Vgl. *Ochs* a. a. O. Bd. I S. 375.

1338, März 16. Bürgermeister, Rath und Zunftmeister der Stadt Basel treffen mit dem Capitel daselbst ein Uebereinkommen darüber, in wieweit „das nüwe ungelt, das da fünf jar dü nechsten weren sol", auch von den Domherrn und Kaplänen auf der Burg zu entrichten sei. *Bader* a. a. O. S. 383; *Heusler* a. a. O. S. 233. [Extr.] 24

1339, Jan. 7. Bischof Johann und sein Capitel gehen mit dem Bürgermeister und Rathe, den Gotteshaus-Dienstmannen und Zunfmeistern in der Stadt Basel eine „einung über die pfaffheit inwendig den crüzen" ein, d. h. verabreden, wie es künftig mit der Bestrafung der von Geistlichen begangenen Verbrechen (z. B. Tödtungen, Wundungen, Heimsuchungen), sowie überhaupt der unerlaubten Handlungen von Clerikern, namentlich des Harnisch- und Waffentragens innerhalb derKreuzsteine und des Beherbergens gefährlicher Leute, gehalten werden solle. *RQuellen* a. a. O. Nr. 5 S. 15—19. Vgl. *Ochs* a. a. O. Bd. II S. 53 flg. *Heusler* a. a. O. S. 200. 25

1342—1365[15]). [Der s. g. zweite Stadt- 26

14) D. i. tauglich, nützlich.

15) *Arnold* a. a. O. Bd. II S. 389 schreibt die Einung bestimmt dem J. 1345 zu.

frieden]. Der Bürgermeister, Ritter Konrad von Berenvels, und der Rath zu Basel setzen und verkünden mit Wissen und Gunst des Bischofs und Capitels, der Stifts-Dienstmannen und Bürger daselbst, „dur irer stette nutzen und ere, dur gut und frides willen und umbe das unzüchte und unfuoge vermitten werden", auf die nächstfolgenden fünf ganzen Jahre einen „Einung brief — inwendig in den crützen mit geswornem eide stete ze hande", worin von der Ahndung der Todtschläge und Wundungen, des unbefugten Schwertführens, des Ungehorsams gegen des Rathes Friedgebote, des Sühnebruchs, des feindlichen Ueberlaufens u. s. w. mit Verweisung aus dem Stadtgebiete und hinzukommender Geldbusse, ferner vom Processe wider Uebertreter der Einung, namentlich dem Beweise und Entschuldigungseide, den Personen, an welchen, wie „an deheinem gaste, an sin selbes husgesinde, an buben, an spillüten, an bösen wiben", die Einung nicht gebrochen zu werden vermag, oder die, wie „kint under zwelf jaren", diese „einunge nüt verschulden mügent", endlich von den Folgen verweigerter Rechtnahme auf erhobene „ansprach oder vorderunge" eines Dienstmannes oder Bürgers, und den Grenzen der städtischen Bannmeile ausführlich gehandelt wird. *Ochs* a. a. O. S. 82—90; *RQuellen* a. a. O. Nr. 6 S. 19—24. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 101.

27 **1351**, Mai 24. Das Domcapitel zu Basel protestirt vor dem bischöflichen Official gegen ein vom Rathe „absque scitu et consensu capituli" errichtetes, mithin dem über Menschen Gedenken beobachteten Herkommen widerstreitendes Ungelds-Statut. (R.) *Bader* a. a. O. S. 467, *Heusler* a. a. O. S. 233.

28 **1351**, Jun. 20. Lehen-Statutenbuch des Bisthums Basel in vier Abschnitten, von welchen der dritte, eine Wiederholung des §. 12 des alten Bischofs- und Dienstmannenrechts, den wichtigen Zusatz enthält: „es sollen ouch von Rittern nyeman in dem Rat ze Basel gekosen werden, er sy dann ein Gotshus dienstman; beschech es aber dheinest darüber, der Rat und Urtheil hat kein Krafft"; im vierten Abschnitte aber, überschrieben: „wie ein Burger ze Basel soll gemacht oder uffgenohmen werden, das ist zu verston ein AchtBurger", ausser andern rein feudalrechtlichen Bestimmungen eine höchst merkwürdige, aus einem früheren Statute [16]) herübergenommene, jedoch unzweifelhaft auf uralter Observanz beruhende Satzung über die solenne Bürgerrechts-Verleihung durch den Bischof begegnet. Danach soll, wer rathsfähiger oder Acht-Bürger werden will, „mit dryen Pferden, in guten wesen usgericht, in des Bischofs Hof gen Basel kommen, und söllen er und sine Knecht ze fuss abston und uff sinen Knüwen den Byschoff bitten, dass er In zu Burger uffneme. Tut das der Byschoff um sin bitt, so soll er dem Byschoff die dru Pferdt lassen und uff sinen füssen von Im gan; doch so mag Im der Byschoff von genaden ein pferd wider geben, um das er In erlich von Im lasse, und soll zu Im sprechen: rit hin, und biss Rittern und Knechten, unsern dienstmannen, gleich und macht [magst] den Rat ze Basel besitzen, würst du für Nütz darin erkosen. Wenn das beschicht, so ist er ein Achtburger und sunst nit, und mag Im dann ein Gesellschaft usser kiessen uff der obern oder nidern Stuben, dahin In der Byschoff wiset". Der weitere Inhalt der „uff der Pfallenz offenlich geösserten und gelesenen", sowie von den gesammten Dienstmannen, Amt- und Lehensleuten des Stifts „by geschwornen gestabten eyden kreftig erkenneten ... Recht, gesetzde und harkomenheiten" berührt die städtischen Verhältnisse Basel's nicht.

Vollständig [nach einer Copie aus dem XVII. Jhdt.] gedruckt b. *Trouillat* l. c. Tom. IV Nr. 3 p. 5—17; ein Bruchstück daraus über die Verrichtungen der vier „Obersten Amptlüt" hatte bereits *Wackernagel* a. a. O. Beil. Nr. VIII S. 25, 26 (mit S. 43) veröffentlicht.

1352, Sept. 25. Bischof Johann von Basel lässt über eilf Artikel, betreffend Zölle, Frohnwage und Marktgeld, vor seinem Official Zeugen abhören. *Trouillat* l. c. Nr. 11 p. 34—41. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 234. 29

1352 — 1354. Bürgermeister und Rath nebst den Zunftmeistern zu *Basel* verordnen („besamenen"), dass alljährlich zu den vier Frohnfasten über alle Ungelder — die schon bestehenden, wie namentlich das Weinungeld, und die künftig aufzulegenden — sieben Männer, nämlich aus dem Rathe ein Ritter, zwei Bürger und zwei von den Handwerkern, von den Innungen aber zwei Zunftmeister, unter Ableistung eines Eides aufgestellt werden sollten, welchen für den Zeitraum eines Vierteljahrs die Pflicht obliege, die erwähnten Gelder einzuheben, zu verwalten, zu verausgaben und bei dem Uebergange des Amts an die Nachfolger zu verrechnen, ausserdem aber auch „der Stadt Bücher, Tabellen, Pantzer, Armbrüste und allen den Gezüg, so der Stadt zugehört, zu verhüten". Ferner sollten drei aus jener Sieben Mitte (Einer von den Achtbürgern, 30

16) Vgl. *Fechter* im alleg. Archive a. a. O. S. 20. Note *) und *Heusler* a. a. O. S. 75.

Einer von den Handwerkern und ein Zunftmeister) je einen Schlüssel haben „zu dem Troge, und zu der Kiste, darin der Stadt Gut liege" und zugleich in einem besonderen, blos vom Bürgermeister erschliessbaren „Lädelin" das grosse Stadtsiegel — mit welchem Besieglungen von Urkunden lediglich vor dem offenen Rathe und den Zunftmeistern geschehen dürften — aufbewahrt werde. Ueberdies sollten zwei jährlich zu wählende „ehrbare Männer auswendig Raths über der Stadt Bau" gesetzt und beeidiget werden, von denen in jeder Woche über das, was sie verbaut haben, den Sieben Rechnung zu legen sei. Endlich sollten insbesondere auch diejenigen, „so an Unzüchten sitzen", der Erfüllung ihrer Obliegenheiten gewissenhaft nachkommen. *Ochs* a. a. O. S. 76—82. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 241 flg. *Arnold* a. a. O. Bd. II S. 388.

31 **1354**, Febr. 15. Bischof Johann von Basel gibt den beiden Handwerken der Fischer und Schiffleute allda das Recht, dass sie eine Zunft bilden und aus ihnen Rathleute gewählt werden sollten — „man sol alle Jar von den gesellescheften und antwerken beden einen wellen und kiesen in den Rat, und weles Jares einer von den Schiflüten in den Rat erkosen und genomen wirt, so sol einer von den Vischern desselben Jares meister sin" und umgekehrt. Hierauf wird umständlich von der Wahl des jährlichen Zunfmeisters (welche jedoch nicht, wie nach den früheren Briefen anderer Innungen, der gesammten Zunft, sondern nur einem eigens zusammengesetzten Fünfzehner-Ausschusse zukommt), ferner von der Wahl der Sechser und der Zunftgerichtsbarkeit, von der Aufnahme in die Zunft, der Verwahrung des Zunft-Gutes und Briefes etc. gehandelt, und den beiden Handwerken noch insbesondere ein „paner" zugestanden, unter dem sie gemeinlich ausziehen und dessen Zeichen sie an ihren „gezelten" anbringen sollten, wonach dann zum Schlusse noch Bestimmungen über das Verhalten gegen fremde Rheinschiffer, über die Verpflichtung eines Schiffers, welchem „Gutes verdingt wird, es auch mit seinem selbes Leibe zu führen und zu steuern an die Stadt, wohin es ihm verdingt", über Kauf und Verkauf von Fischen u. a. m. beigefügt werden. *Ochs* a. a. O. S. 91—97; *Trouillat* l. c. Nr. 26 p. 83—86. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 376 flg.

Das Jahr 1356 macht einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Basel's. Ein Erdbeben, dessen Schilderungen in den Blättern der Chroniken den Leser mit Grauen erfüllen, hatte die reiche und herrliche Stadt in einen Trümmerhaufen verwandelt, und was an Gebäuden von jenem unzerstört geblieben, eine gleichzeitig ausgebrochene Feuersbrunst in Asche gelegt. „Die Stadt Basel" — hebt das im J. 1357 neu begonnene Rathsbuch an — „was verfallen, verbrannt, und um alle ir Buche und Briefe kommen" [17].

Dieses Ereigniss bietet uns von selbst den nöthigen Ruhepunkt dar, um von hier aus noch einmal unseren Blick auf den Entwicklungsgang der städtischen Verfassung Basel's seit seiner Vereinigung mit dem deutschen Reiche zurückstreifen zu lassen, und somit den Inhalt der bisher verzeichneten Rechtsurkunden gleichsam in einer systematischen Skizze zu reproduciren [18]. Es kann dieses hier umsomehr geschehen, als in dem gedachten kritischen Jahre Basel bereits in allen Theilen seines gemeindlichen Organismus zu festen Abschlüssen gekommen war. Was nun vor Allem

1) den Rechtscharakter Basel's angeht, so ist dasselbe unzweifelhaft im Beginne dieses Zeitraums zugleich königliche und bischöfliche Stadt gewesen, ersteres, weil es anfänglich unmittelbar der Reichsgewalt untergeben, letzteres, weil es seinem grösseren Theile nach auf dem Areale der bischöflichen Immunität gelegen war. Nachdem jedoch die Reichshoheitsrechte, soweit dieses thunlich, von den Königen in die Hand des Bischofs übertragen worden, verwandelte sich Basel in eine rein-bischöfliche Stadt, und hat auch diese Eigenschaft den ganzen hier in Betracht kommenden Zeitraum hindurch nicht verloren. Doch mussten ihm allerdings die beiden Umstände, dass einerseits die deutschen Könige und Kaiser stets einen directen, nicht erst durch die Bischöfe vermittelten politischen Verkehr mit der Stadtgemeinde unterhielten, und andererseits manche Ausflüsse der bischöflichen Stadtherrlichkeit allmälig durch die sich kräftig entfaltende bürgerschaftliche Autonomie sozusagen paralysirt wurden, nach Aussen immer mehr das Gepräge einer Reichsstadt verleihen.

2) Die Gewalt der Bischöfe über die Stadt umfasste hauptsächlich die Rechte der Gerichtsbarkeit, Abgaben-Belastung und Aemterbesetzung.

a. Die Jurisdiction übte der Bischof in den schwereren peinlichen Fällen durch den vom Könige mit dem Blutbanne beliehe-

---

17) Vgl. W. *Wackernagel* „Das Erdbeben von 1356" (eine Sammlung von Quellenberichten darüber) in der Schrift: Basel im XIV. Jhdt. S. 211—50.

18) Einen solchen Ueberblick bietet auch *Bluntschli* in seiner Recens. des Heusler'schen Werkes in der münchner Krit. Vierteljahrsschrift f. Gesetzgeb. u. RWiss. Bd. II (1860) S. 578—86.

nen, aber seit dem Ende des XII. Jhdts., nach Abschaffung der Erblichkeit des Amtes, frei vom Bischofe gewählten **Vogt**, in den geringeren (d. i. das Bussemass von drei Schillingen nicht übersteigenden) Vergehens- und allen bürgerlichen, namentlich Schuldsachen dagegen durch den aus der Mitte der Stiftsministerialen ernannten **Schultheissen** aus.

b. Als Abgaben für die bischöfliche Kammer treffen wir in dieser Periode α) die **Zölle**, β) den **Münzprägeschatz**, γ) das **Gewerf**, die alte Hof- und Heersteuer des Königs, jedoch nur zu $^2/_3$ dem Bischofe gebührend, δ) den **Martinizins** von den nicht eximirten Hofstätten, welcher sich wohl aus einem ehemaligen Canon nach und nach zur Grund- und Häusersteuer vom freien Weichbildgute fortgebildet haben mag, sowie ε) gewisse Markt- und Handels-Reichnisse, z. B. den Fuhrwein,, urkundlich an. Auch der 1313 auf fünfzehn Jahre der Stadt verpachtete Bannwein („jus vini, quod vulgo dicitur banwin") kann hierher gerechnet werden. [19]) Endlich

c. die vorzugsweise so geheissenen „**Byschofflichen Empter**, so ein jeglicher Byschoff ze lihen hat und ze besetzen in der Stat und um die Stat Basel" [20]), bezogen sich, abgesehen von den schon oben unter lit. a angedeuteten Hauptorganen der Rechtspflege, welchen noch die „quatuor officia preconum" als Zugabe des Schultheissengerichts beizufügen sind, sowie von den eigentlichen Hofämtern, hauptsächlich auf **Gewerbe- und Zunftwesen** und die **Finanzverwaltung**. In ersterer Hinsicht treten die beiden, zugleich richterliche Befugnisse in sich einschliessenden Beamtungen des **Münz-** und des **Brodmeisters** besonders in den Quellen hervor. Die Administrationsstellen dagegen lassen sich wieder in höhere und niedere ausscheiden. Von jenen sind die ebenfalls zugleich jurisdictionellen Aemter des **Vicedoms** und **Kämmerers**, von diesen das **Fuhrwein-** und **Füll-Amt** [letzteres mit dem Weinbannrecht des Bischofs zusammenhängend] [21]) die bemerkenswerthesten.

Uebrigens pflegte jeder neu-gewählte Bischof der Stadt die ihr von Johannes Senn im J. 1337 gegebene — **grösstentheils aber** nur aus einer früheren, verloren gegangenen Heinrich's von Neuenburg wiederholte — Handfeste [„litteram super deputandis annuatim magistro et consulibus eis per episcopos temporaliter et ad ipsorum episcoporum vitam duntaxat ut dicunt concessam et de gratia sigillatam"] zu bestätigen oder vielmehr vom Neuen zu ertheilen, was bis zum J. 1506, einen Verweigerungsfall unter Johann von Vienne 1365 abgerechnet, ununterbrochen geschehen ist.

3) Das **Domcapitel** übte, dem Bischofe gegenüber, eine selbständige politische Gewalt in der Stadt nicht aus, sondern lediglich, und zwar in dieser Beziehung das Hochstift repräsentirend, **grundherrliche** Rechte über die auf den Kirchengütern sesshaften Censualen. Es hatte zu diesem Behufe einen eigenen, aus der Zahl der Chorherrn selbst gewählten **Kämmerer** (camerarius), welcher unter Anderem auch „zwischen den Zinsleuten richtete". Ausserdem hängt noch damit das s. g. „**grosse Gescheid**", das unter dem Vorsitze eines Meiers (villicus) gehegte Mark- und Grenz-Gericht des **Domprobsts**, zusammen [22]).

Einen erheblichen, wenn auch nicht immer förderlichen Einfluss auf das Rechtsleben der Stadt äusserte übrigens das Domcapitel als der eigentliche Träger der kirchlichen oder bischöflichen, in der Person des „officialis curiae" concentrirten jurisdictio ordinaria, welche neben jener des Erzpriesters (archidiaconus) und diese immer mehr beengend, nicht nur über die ihr ohnehin unterstellten causae matrimoniales et testamentariae, sowie gewisse Delicte, wie Meineid und Wucher, sondern auch über alle rein-weltlichen Privatrechtsstreite sich erstreckte, in welchen ein Cleriker eine Parteirolle bekleidete [23]). Da nun die Urtheilsnorm der „judices ecclesiae Basiliensis" oder des Officialgerichts in den meisten Fällen das römische und canonische Recht gewesen, so konnte bei dem ausgedehnten Competenz-Umfange jener geistlichen Behörde eine romanisirende Rückwirkung auf einzelne Partieen des städtischen Civilrechts unmöglich ganz ausgeschlossen bleiben, und war damit sonach wenigstens der erste Grund zu der allmälig eintretenden, aber freilich erst im XVII. und XVIII. Jhdt. vollendeten Durchdringung der basler Gesetzgebung vom römischen Elemente gelegt worden [24]).

4) In der **Bewohnerschaft** Basel's

---

19) *Mone's* alleg. Ztschr. XII, 310 flg.

20) Verzeichnisse derselben aus dem J. 1345 und nach dem „Alt Adelichen Lehen-Buche" [Copie v. 1441] s. bei *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 339 p. 564, 65 et Tom. II p. XXXII. Vgl. auch *Heusler* a. a. O. S. 83.

21) *Heusler* a. a. O. S. 62.

22) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 91 flg.

23) *Heusler* a. a. O. S. 212 flg.

24) Vgl. *Frey* a. a. O. S. 188 flg.

behaupten die Cleriker, und unter diesen wieder die Domherrn die erste Stelle. Letztere sind gewerffrei, nehmen aber fortwährend eine noch weiter greifende, insonderheit auch das städtische Ungeld mitumfassende Exemtion von Abgaben für sich in Anspruch. Ihren Gerichtsstand haben sie vor dem Domdechanten, während die übrigen Stiftsgeistlichen innerhalb des Weichbildes der Jurisdiction und namentlich Strafgewalt des Archidiacons oder seines Officials untergeben sind [25]).

In der dem Laienstande angehörigen Bevölkerung Basel's dagegen finden wir

I. die bischöflichen Ministerialen an der Spitze, welche entweder ritterbürtig (nobiles, milites) oder nicht-ritterlicher *Herkunft* sind. Jene wie diese tragen stiftische Güter zu Lehen und erscheinen in dieser Eigenschaft von Stiftsvasallen dem unter dem Vorsitze eines bischöflichen Pfalzgrafen abgehaltenen Dienstgerichte [26]) unterworfen. In Ansehung der öffentlichen Auflagen theilen sie die Vorrechte der Chorherrn. Die nächste Rangstufe nehmen

II. die Stadt-Freien oder Bürger im weiteren Sinne ein. Aus ihrer Mitte heben sich wieder a) die Geschlechter — „Achtbürger" [27]) —, ein in geschlossener ritterähnlicher Genossenschaft [„hohe Stube"] auftretendes grundsässiges Patriciat, und b) die vier s. g. Herrenzünfte, nämlich der *Hausgenossen* [Münzer, Wechsler, Goldschmiede], der Kauf- und Weinleute und der Krämer, hervor. Dass dann neben diesen beiden, zusammen vorzugsweise als „cives, burgenses" in der älteren Diplomensprache bezeichneten Personen-Klassen noch in grosser Anzahl gemeine Bürger, theils mit theils ohne Grundbesitz, existirten, unterliegt keinem Zweifel. Endlich reihen sich den beiden bezeichneten Einwohner-Klassen als letzte noch

III. die Stifts-Hörigen an. Sie scheiden sich in Grundholden (s. oben nr. 3) und Handwerker aus. Diese bildeten anfänglich gewerblich und örtlich abgegrenzte, von bischöflichen Amtleuten überwachte und geleitete Innungen, und lebten nach Hofrecht. Schon im XIII. Jhdt. erlangten sie aber theilweise durch die Gunst einzelner Bischöfe die eine freiere Bewegung gestattende Einrichtung von Zünften, und sogar, wenigstens vorübergehend unter Bischof Heinrich von Neuenburg, im s. g. „gedigene von Basel" [28]) eine Art politischer Gesammt-Repräsentation.

5) Die wichtigste Institution der gemeindlichen Verfassung, der städtische Rath, nimmt in Basel im XII. Jhdt., und zwar in dem „consilium clericorum et laicorum", dessen Mitwirkung die Bischöfe bei allen wichtigen, das Stiftsgut betreffenden Rechtsacten bedurften, ihren Ausgang. Als die geistlichen Glieder jenes Bischofsrathes werden nämlich in den Urkunden die „cleri priores, canonici", als die weltlichen aber neben den „prudentiores ministerialium" die „civium nobiliores, burgenses" namhaft gemacht. Im beginnenden XIII. Jhdt. wussten es nun die beiden letzteren Factoren dahin zu bringen, dass ihnen die Bischöfe das Recht zugestanden, in den bedeutenderen Angelegenheiten des Stadthaushaltes selbständig zusammenzutreten und Berathung zu pflegen. Wann diese corporative Absonderung von dem geistlichen Theile des Bischofsraths als vollendet angesehen werden könne, ist wohl zweifelhaft. Ein entscheidendes Moment dafür möchte jedoch in dem bereits 1225 ersichtlichen Hervortreten eines „sigillum civitatis" neben den „sigilla episcopi et capituli" gelegen sein. Seit der Mitte des XIII. Jhdts. führen die städtischen Rathleute den Titel „consules" (1251) und haben bald danach, sicherlich seit 1253, als Dirigenten ihrer Versammlungen einen „magister civium" an der Spitze. Doch lag die Wahl dieses Rathes noch völlig in der Hand des Bischofs, bis unter Heinrich von Neuenburg (1262—1274) durch die Einführung einer neuen Wahlform dem schrankenlosen Einflusse der bischöflichen Gewalt hierauf ein Damm gesetzt ward. Von da an ernannte nämlich immer der abtretende Rath einen s. g. Kieser-Ausschuss, welchen zwei Stifts-Dienstmannen und vier Bürger bildeten. Diese Sechse ergänzten sich dann durch Hinzutritt zweier Domherrn, und wählten nach vorher geleistetem Eide mit vollkommener Freiheit Rathleute und Bürgermeister, nur dass letzterer nicht eben erst dasselbe Amt im verflossenen Jahre bekleidet haben durfte.

Der Charakter dieses alt-basler Stadtrathes blieb nun lange rein-patrizisch, indem seine beiden Bestandtheile „milites" und „cives" waren, d. h. nach der Auffassung jenes Zeitalters: Dienstmannen der beiden unter nr. 4, I erwähnten Kategorien und Bürger aus den Geschlechtern. Eine Erweiterung scheint aber schon unmittelbar vor oder in der Zeit der oben gedachten Umgestaltung der Wahlform insofern eingetreten

25) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 214 flg.

26) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 81.

27) *Heusler's* (a. a. O. S. 255) Ableitung des Ausdrucks von dem Umstande, „weil acht aus ihrer Mitte jedes Jahr in den Rath gewählt wurden", ist bedenklich.

28) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 129, 30.

zu sein, als nun auch die Angehörigen der später so geheissenen Herrenzünfte, namentlich die Kaufleute, die Theilnahme an der bis dahin blos auf die Ministerialen und Achtbürger beschränkten „communitas civium“, und somit Rathsfähigkeit errangen. Das Rathscollegium umfasste mithin jetzt bereits drei Rangstufen der städtischen Bevölkerung, und zwar numerisch vier Mitglieder aus den Gotteshaus-Dienstmannen, acht aus den Geschlechtern, und vier aus den Herrenzünften.

Von viel höherer Tragweite war jedoch die zweite Vergrösserung des Rathes durch den, wie in anderen Städten des deutschen Reichs, so auch in Basel in der ersten Hälfte des XIV. Jhdts., hier aber geräuschloser und ohne blutige Gewaltthat, erzwungenen Eintritt der Handwerker. Um ihnen denselben zu ermöglichen, musste selbstverständlich die Brechung des starren Hörigkeitsbandes vorausgehen, welches sie bis dahin in unübersteiglicher Kluft von der Bürgerschaft i. e. S. geschieden hatte. Diese Vorbedingung war aber erfüllt durch die Umwandlung des hofrechtlichen Grundbesitzes in ein erbzinsiges Eigenthum und durch die Zulassung der Handwerker zum Schöffenstuhle im Schultheissengerichte [29]). Nun stand Nichts mehr im Wege, sie vollends gar in den städtischen Rath selbst einzuführen, welcher daher seit der Handfeste von 1337 „ein Rat von Rittern vnd von burgern vnd von den antwerken“ heisst. Eine wesentliche Förderung dieses Verfassungs-Umschwunges mag übrigens in dem auf gegenseitige Werthschätzung gegründeten Einverständnisse zwischen den Achtbürgern und Zunftgenossen gelegen gewesen sein, welches sich längst bei wichtigen Gemeindefragen, wie der Ungeld-Auflage v. 1317, unläugbar kundgegeben hatte. [30]) Der also neu-constituirte Rath Basel's begriff nun ausser dem Bürgermeister: a) vier Ritter, b) acht Patrizier, c) vier Herren-Zünftler und d) eilf Handwerks-Zünftige, nämlich je einen aus den Zünften der Grautücher und Rebleute, der Bäcker, der Schmiede, der Gerber und Schuhmacher, der Schneider und Kürschner, der Gärtner, der Fleischer, der Spinwetter (d. i. Zimmerleute und Maurer), der Scherer, Maler und Sattler, der Leinweter und Weber, endlich der Fischer und Schiffer [31]). An der Rathswahl selbst und ihrem Vollzugsorgane wurde aber durch die zuletzt erwähnten Ereignisse durchaus Nichts geändert, weswegen die Handwerker keineswegs auch mit der s. g. passiven Rathswahlfähigkeit zugleich die active überkommen haben [32]).

6) Zur Ausführung oder wenigstens Leitung und Ueberwachung einzelner Haupttheile der Gemeinde-Verwaltung treffen wir schon frühe eine Reihe von Specialämtern, und zwar meistens im Schoosse des Stadtraths selbst organisirt, sowie ursprünglich mit ziemlich genau ausgeschiedenen Wirkungskreisen versehen, an. Von diesen sind die bedeutenderen: a) das Siebner-Amt für das städtische Finanz- und Cassenwesen; b) das Dreier- oder Säckler-Amt, eine blose Deputation des vorigen; c) das Lohn-Amt, die eigentliche Bau-Rechnungs- und d) die Fünf über den Bau, die eigentliche Bau-Aufsichts-Behörde; endlich e) das Unzüchter-Gericht, welchem die Abwandlung kleinerer Frevel oblag. Im Verlaufe der Zeit haben sich freilich die diesen Gemeindestellen zugewiesenen Functionen vielfach umgestaltet, wie denn namentlich dem Siebneramte, da ihm die Eincassierung der Bussgelder zukam, zugleich damit die Voruntersuchung in allen Verbrechensfällen, und von da an dem Dreieramte (jetzt Dreien den Siebnern adjungirten Rathmannen) die Verrechnung des Ungelds übertragen worden ist [33]).

7) Was aber schliesslich diese wichtige, leider! oft masslos überspannte und dadurch zur Quelle trüber Zerwürfnisse, namentlich zwischen dem Clerus und der Bürgerschaft, gewordene Stadtabgabe betrifft, so lassen sich von derselben für den hier betrachteten Zeitraum schon drei Unterarten trennen: a) das alte oder Wein-Ungeld, wohl auch auf Getreide ausgedehnt; b) das 1317 aufgekommene allgemeine Markt- oder Kauf-Ungeld, und c) das neue oder Müli- (Mahl-, Mehl-) Ungeld, besonders seit 1351 urkundlich erwähnt [34]).

1357, März 28. Kaiser Karl IV. begnadet die Bürger von Basel dahin, dass Niemand von ihnen Grundruhr auf dem Rheine nehmen dürfe (R.) *Heusler* a. a. O. S. 331 nr. 3. 32

1357, März 30. Derselbe erklärt, dass die Bürger von Basel, wie bisher, so auch in Zukunft fähig sein sollten, Ritterlehen zu erwerben und zu besitzen — „duximus declarandum, quod ipsi cives, sicut simplices milites et militaris conditionis homines, feuda militaria duntaxat in perpetuum recipere, tenere, possidere valeant libere et habere, juxta omnem modum, conditionem 33

29) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 177—85.
30) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 193.
31) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 197.
32) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 373 flg.
33) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 242 (204, 210), 185 flg.
34) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 166 flg. 233 flg.

et formam, prout hujusmodi libertatem apud nos et celebris memoriae divos Romanorum imperatores et reges, antecessores nostros [35]), rite habuerunt et pacifice possederunt; et si dicti cives pro talibus eorum feudis impedirentur quovis modo, volumus, quod ipsi feuda sua retinere et pro eis juxta terrae consuetudinem respondere possint, sicut alii simplices milites et militaris conditionis homines ipsorum feuda retinent et pro eisdem respondere licite consueverunt". *Ochs* a. a. O. Bd. II. S. 193—95.

34 **1357**, März 30. Derselbe ertheilt den Bürgern zu Basel die besondere Gnade: „quod nullus omnino marchio, dux vel comes, alta vel humilis, ecclesiastica secularisve persona *ipsos* occasione venerabilis ejusdem loci *Basil.* episcopi .... vel ejus seu cujuslibet personae alterius debitorum seu quaestionum praetextu vadimoniare, arrestare seu pignorare praesumat". *Ochs* a. a. O. S. 196, 97.

35 **1357**, Apr. 1. Derselbe thut den Bürgern der Stadt Basel die Freiheit und Gnade, dass Niemand „sie oder dehein ir Burger jenent laden sollent oder beklagen, vnd daz si niemand ze recht stan sollend um dehein sach, denne von ihrem Schuldheisse in der Stadt ze Basel; wurde aber dehein ir Burger darüber jenent geladen oder beklagt oder zu Aechte getan, daz soll ihm kein schad sin; wene si aber rechtloss liessen, der möge wol anderswa klagen". Zugleich *bestätigt* der Kaiser der Stadt alle ihre, bereits unter seinen Vorfahren gehabten „recht, fryheit vnd gut gewohnheit". *Ochs* a. a. O. S. 197, 98.

36 **1360**, Oct. 22. Bürgermeister und Rath der Stadt Basel ordnen und setzen, „das die rete aller jerglichen fünf erber manne, einen ritter vnd vier burger, über die buwe ze Basel welen vnd kiesen süllent, vnd das ouch den selben fünfen menglich gehorsam sol sin vmbe alle die missehelle vnd stösse, so von buwes wegen zwischent iemanne in der stat, in den vorstetten vnd inrent den crützen möchte vf gestan". *RQuellen* a. a. O. Nr. 11 S. 29—31; *Trouillat* l. c. Tom. IV Nr. 62 p. 159, 60.

Dass der Fünfer-Ausschuss schon vor dem grossen Erdbeben bestanden hatte, ward oben angedeutet. Das trauervolle Jahr 1356 gab demselben jedoch, und zwar insbesondere auch in seiner Eigenschaft als Bau-Justizbehörde, zu welcher er seit 1358 aus einem blos „nach der minne us sagenden und erkennenden" Schiedsgerichte, wie er unzweifelhaft bis dahin und namentlich noch im J. 1340 gewesen ist, sich emporhob, eine erhöhte Bedeutung. Hieraus erklärt sich nun der vorstehende Rathsschluss, welcher lediglich das vielleicht öfter bestrittene Ansehen des fraglichen Amtes als ein in Bauangelegenheiten unfehlbares, Jedermann zum Gehorsam verpflichtendes decläriren will. Vgl. *Fechter* und *Schnell* im Sammelwerke v. 1856 S. 129, 360.

1365, Apr. 30. Kaiser Karl IV. erlaubt 37
dem Rathe zu Basel, „die Juden, des Kaisers Kammerknechte, die jetzt in Basel sitzen und später hineinziehen, von des Reichs wegen zu schirmen und zu besteuern", und bestimmt, „dass diese Juden niemand anders gebunden sein sollen zu dienen wider ihren Willen, bis der Kaiser es widerrufe". (R.) *Heusler* a. a. O. S. 261.

1366, Sept. 14. Derselbe erklärt in einer 38
Bestätigung aller Privilegien und Rechte des basler Hochstifts, dass Alles, was „adversus praedicta privilegia et eorum tenores, libertatem et statum Basiliensis ecclesiae" Rath Bürger und Gemeinde von Basel jemals unternommen (beschlossen und verordnet) hätten, ohne Kraft und nichtig sein solle. *Trouillat* l. c. Nr. 104 p. 234, 35.

1366, Sept. 14. Derselbe befiehlt dem 39
Rathe und den Bürgern zu Basel, die von ihnen verschuldeten Rechtskränkungen gegen den Bischof und das Stift — „sunderlichen daz Jr meister vnd Ratlude vnd ouch zunftmeister vnd zünft vnder vch setzet, vnd ouch nüwe gesetze vnd gebot zu Basel machet, vnd vngelt vnd zolle ouch vff sine lute vnd gut, bede geistlich vnd weltliche, zu kleinen Basel vnd anderswo setzet, vnd die von Jn nemet" — innerhalb Monatsfrist zu widerrufen und gänzlich abzuthun, sowie für den wirklich zugefügten Schaden Ersatz zu leisten. *Ochs* a. a. O. S. 208—10, *Trouillat* l. c. Nr. 105 p. 236—37.

1367, Apr. 10. Derselbe erweist den 40
Bürgern der Stadt Basel die besondere Gnade, von den auf dem Rheine „ire Stat und Gebiete" passierenden Schiffsladungen Durchgangszölle zu erheben, und zwar so lange, bis er selbst oder seine Nachkommen am Reiche jenen Zoll um 2000 Gulden „erledigen und erlösen" würden. *Ochs* a. a. O. S. 214, 15. Vgl. *Heusler* a. a. O. 239.

1372, Jul. 9. Derselbe gestattet dem 41
Rathe zu Basel, auf Grund von ihm erhobener Beschwerde, dortige Bürger, welche vor benachbarte Land- oder andere auswärtige Gerichte geladen würden, daselbst nicht mehr unter dem grossen, sondern blos unter ihrem kleinen Insiegel zu versprechen, indem dieses in solchen Fällen so viel Macht haben solle, als das erstere. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 217.

35) Vgl. oben nr. 7.

42 **1372**, Jul. 9. Derselbe confirmirt der Stadt Basel alle ihre von Alters gehabten und hergebrachten Rechte, Freiheiten, Gnaden und guten Gewohnheiten. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 218 nr. 4.

43 **1373**, Jul. 9. Derselbe erlaubt den Bürgern von Basel, bis auf Widerruf, „durch gemeinen Friedens und Gemachs willen der Strassen in des Reichs Landen, dass sie alle durchfahrende Leute und Gäste, die Geleit fordern und miethen, geleiten sollen und mögen bis an die Stätte, da sie sicher sein mögen". *Ochs* a. a. O. nr. 3. (Extr.)

44 **1372**, Jul. 9. Derselbe bestätigt und erneuert den Bürgern von Basel das Recht, zu richten auf dem Rheine bis in die mindere Stadt, und das Rheinufer bei letzterer, welches zu Gross-Basel gehöre, zu besetzen, wie von Alters her geschehen oder hätte geschehen sollen. *Ochs* a. a. O. nr. 2.

45 **1373**, März 12. Bischof Johann [von Vienne] zu Basel verpfändet der Stadt für 12,500 Gulden den „meren und den minren Zoll" daselbst, namentlich von Wollenballen und vom „gewande von flandern", und zwar „mit allen rechten, nutzen, eygenscheften, fryeheiten, gewonheiten und zuvellen", vornehmlich auch der Frohnwage und dem Muttamte [36]). *Trouillat* l. c. Nr. 144 p. 315—17. Vgl. *Ochs* a. a. O. S. 221—23; *Heusler* a. a. O. S. 232, 34, 39.

46 **1373**, März 12. Derselbe versetzt und übergibt der Stadt Basel seine Münze sammt aller Zubehörung an Rechten und Nutzungen, insbesondere dem Schlagschatze. *Trouillat* l. c. Nr. 145 p. 317—19. Vgl. *Ochs* a. a. O. S. 223 flg. *Beyschlag*, Münzgeschichte Augsburg's S. 80 flg.

47 **1374**, Nov. 25. Kaiser Karl IV. ertheilt [ohne directe Zurücknahme von Nr. 37] dem basler Stadtrathe die Weisung, die unter ihm gesessenen Juden nicht mehr zu beschatzen, weil dieses Recht (oder vielmehr der Judenschutz überhaupt) auf den Herzog Leopold von Oesterreich vom Kaiser übertragen worden sei. *Schöpflin* l. c. Tom. II p. 271. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 261, 73.

48 **1376**, Jan. 21. Derselbe übergibt die Vogtei zu Basel [in deren Besitz sich bis dahin das zur Partei der „Psitticher" [37]) gehörige alte Geschlecht der Mönch und Münch befunden hatte] an den vorhin genannten Herzog von Oesterreich. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 273, 75.

49 **1376**, Apr. 16. Der neue Vogt zu Basel ergänzt die vorhergegangene, in mehreren Punkten mangelhaft gewesene „Richtung" zwischen Bischof Johann und der Bürgerschaft allda, durch welche ein seit dem Regierungsantritte des Ersteren (1365) zwischen den genannten Parteien genährter Streit beigelegt werden sollte, dahin, dass er auf wiederholtes Ansinnen des Bischofs entscheidet: a) jede neue Auflage eines Ungeldes erheische die Zustimmung des Bischofs und Capitels; b) zum Bürgermeister habe sich der Rath Einen unter drei Vorgeschlagenen vom Bischofe zu erbitten; endlich c) was dem Schultheissen mit Recht und Urtheil fällig werde, das solle er nehmen oder lassen, nur dass letzteren Falls dem Bischofe und Stifte an seinen Rechten kein Abbruch geschehen dürfe. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 339, 80, 81.

Die erwähnte Richtung selbst scheint verloren gegangen zu sein. Einer ihrer Vorbereitungsacte (allerdings ohne allen Erfolg) war die Ernennung einer Commission, zu welcher auch der Bischof und Rath von Strassburg gehören sollten, für die Untersuchung der Streitsache durch Karl IV. mittels Urk. v. 4. Nov. 1366 (*Trouillat* l. c. Nr. 106 p. 237, 38). Den weiteren Gang der Angelegenheit schildert *Heusler* a. a. O. S. 338.

50 **1376**, Oct. 3. Kaiser Karl IV. sichert den Bürgern von Basel zu, dass die ihnen von König Wenzel ertheilte Bestätigung aller Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten, obgleich nur mit dem kleinen Insiegel ausgefertigt, dennoch Kraft haben, der König aber ohne Widerrede und Verzug den besagten Confirmationsbrief unter Anfügung des grossen Majestätssiegels von Wort zu Wort erneuern solle. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 246; *Heusler* a. a. O. S. 331 nr. 11.

In das J. 1376 fällt auch der u. d. N. „böse Fastnacht" bekannte blutige Bürger-Aufstand gegen die Ritter, mit welchem wieder das in demselben Jahre vom Rathe eingeführte neue Wochenungeld, eine Art von Capital- und Einkommensteuer, in einem engern Zusammenhange steht. *Heusler* a. a. O. S. 275 flg. 236 flg.

51 **1377**, Aug. 6. Kaiser Karl IV. „giebt den Baslern zu einem Richter und Schirmer ihres privilegirten Gerichtsstandes vor dem Schultheissen den Grafen Walraf von Thierstein". (R.) *Heusler* a. a. O S. 331. nr. 12.

52 **1377**, Aug. 6. Derselbe erlaubt den Bürgern zu Basel, Aechter, in welchen Landgerichten sie auch verrufen oder verboten wären, „in ihrer Stadt zu enthalten, heimen, husen und hofen, und ihnen essen und trinken zu geben, und andere Gemeinsami mit ihnen zu haben und zu thun", es sei denn, dass „ein offen verschriebener Aechter mit

36) D. i. das Recht, die Salz-Zumesser aufzustellen.

37) Ueber diese und ihre Gegenpartei „die Sterner" s. *Heusler* a. a. O. S. 122.

dem Rechten in der Stadt angefallen würde", welchem gegenüber man dem Kläger Recht thun und folgen lassen sollte. *Ochs* a. a. O. S. 247 (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 323.

53 **1377**, Aug. 9. Derselbe erhöht den der Stadt Basel im J. 1367 [nr. 40] zugestandenen Durchgangszoll auf das Doppelte und die Lösungssumme auf 3000 Gulden. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 247; *Heusler* a. a. O. S. 332 Nr. 14.

54 **1377**, Sept. 8. Der römische König Wenzeslaus bestätigt den Bürgern Basel's (aber vor der Hand nur unter kleinem Siegel) alle ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Heusler* a. a. O. nr. 15.

55 **1377**, Nov. 16. Rath und Ritterschaft zu Basel treffen zur gänzlichen Beseitigung ihrer noch von den Vorgängen des vorverflossenen Jahrs herrührenden Feindseligkeiten ein versöhnliches Uebereinkommen, worin a) gegenseitige Hülfeleistung der Parteien bei etwaigen Gefährdungen ihrer Freiheiten, sowie b) vom Rathe der Ritterschaft Befreiung von den nicht durch den Bischof selbst auferlegten Ungeldern zugesichert, ferner c) die Eigen-Ansprechung eines Bürgers von Seite eines Edlen in Ansehung der Beweisführung geregelt und insbesondere nach Ablauf von Jahr und Tag nur mehr dann, wenn der Beanspruchte bis zum Momente der Klagenerhebung seinem Gegner gedient und gesteuert haben würde, als zulässig erklärt, und endlich d) ein eignes Schiedsgericht aus einem Obmanne und zwanzig, den beiden Sühnetheilen zu gleichen Zahlen zugehörigen Beisitzern bestehend, zur Aufrechthaltung der vorstehenden Satzungen angeordnet wird. *Ochs* a. a. O. S. 248. (Extr.) Inhalts-Mittheilung b. *Heusler* a. a. O. S. 277 flg.

56 **1378**, Jun. 24. König Wenzeslaus wiederholt den allgemeinen Confirmationsbrief v. 1377 (nr. 54), jetzt unter Beifügung des grossen Insiegels. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 332 nr. 16.

57 **1379**, Oct. 16. Derselbe begnadet die Bürger der Stadt Basel dahin, dass a) Niemand dieselben vor dem königlichen Hof- oder Landgerichte in Rotweil oder sonst vor auswärtigen Gerichten beklagen oder bekümmern solle, und dass b) denselben gestattet sei, auch offene Aechter zu hausen. (R.) *Heusler* a. a. O. nr. 17.

58 **1381**. Bischof Johann zu Basel ertheilt in einem Streite der Bäckerzunft mit dem Vicedom und Brodmeister über die Art der Münze (ob Zinspfennig oder Markt- d. i. neues Geld, „nüwe angster") bei Bussezahlungen der Ersteren den Bescheid, es müsse in derselben Münzgattung die Busse geleistet werden, in welcher bei dem Schultheissen-Gerichte gebüsst zu werden pflege. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 230.

1382, Jul. 10. König Wenzeslaus erklärt, indem er zuvörderst eine vom Dompropste zu Basel veranlasste und dann zum Vollzug gekommene Ladung der dortigen Bürger vor das königliche Hofgericht wieder aufhebt, dass Letztere künftig nicht mehr in geistlichen Rechtssachen vor das Hofgericht geladen werden sollen. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 332 nr. 18. 59

1383, Oct. 27. Der Probst des in der Vorstadt zu St. Alban gelegenen Cluniacenser-Klosters tritt das demselben bis dahin „von eygenschaft" gehörig gewesene weltliche Niedergericht, dessen Competenz sich vom Rheine „untz an die birsbrugge" [d. h. die Einmündung des Birsig's in den Rhein] erstreckte, an den Rath der Stadt Basel ab. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 272 flg. *Heusler* a. a. O. S. 225 flg. Vgl. auch *Schnell* in der Ztschr. a. a. O. S. 123. 60

1384, Mai 8. König Wenzeslaus erhöht die Einlösungssumme für den 1367 den Baslern gewährten Durchgangszoll [nr. 40] zum zweiten Male [nr. 53], und zwar jetzt auf 4500 Gulden. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 332 nr. 19. 61

1384, Juni 1. Die Stadt Basel tritt (unter Bischof Imer von Ramstein) in den schwäbischen Bund ein. (R.) *Vischer* in den Forschungen zur Dtsch. Gesch. Bd. II S. 149. Vgl. auch *Ochs* a. a. O. S. 276, *Heusler* a. a. O. S. 278 flg. 62

1384. Bischof Imer zu Basel entscheidet in dem oben nr. 58 berührten Streite neuerlich dahin: „quia per scultetum et viceadvocatum informati fuimus, quod, si ipsi emendas recipere deberent, de alia moneta non reciperent, quam de moneta meliori, que pronunc nova dicitur, videlicet cum qua pronunc vinum et panis emitur, declaramus, quod emendam solvere debeant de tali moneta, cum qua panis et vinum in civitate Basiliensi emitur et venditur". *Heusler* a. a. O. S. 230, 31. (Extr.) 63

1385, Sept. 23. Die neuen und alten Räthe der Stadt Basel verordnen in Ansehung des seit Kurzem daselbst eingeführten **Ammeisterthums**: a) dass sie „künftighin jährlich einen Ammeister unter sich selbst, oder von ihren Zünften, oder von den Bürgern, oder von andern ehrbaren Leuten, die keine Zunft haben und in der Stadt sesshaft sind, kiesen mögen und sollen, der sie der allernützlichste und verfänglichste dünkt ... auf ihren Eid, den sie zur Stunde darum schwören werden, und welchen ein jeweiliger alter Ammeister ihnen geben soll, doch also, dass derselbe keines Herrn Mann sei, noch von 64

ihm belehnet, noch Gut von ihm nehme"; b) dass derjenige, welcher in einem Jahre Ammeister gewesen, im nachfolgenden Jahre „von seiner Zunft oder von der Bürger wegen" (d. h. auf einen dieser beiden Rathsfähigkeits-Titel hin) „in die Räthe" gewählt, aber „darnach bis in das dritte Jahr nicht (wieder) Ammeister werden solle"; c) dass man künftig „die Stadtbriefe, es seien Botschaften oder andere", dem Bürgermeister und Ammeister überbringen, und keiner ohne den anderen solche aufbrechen solle, es sei denn in Fällen der Noth, in welchen es jedem derselben zustehe, unter Zuziehung von einem oder zweien Gliedern des Rathes die überbrachten Briefe zu lesen; d) dass dem Ammeister zwei Wachtmeister und alle Söldner dienstgewärtig zu sein hätten, er ausserdem aber auch einen Knecht Tag und Nacht zur Verfügung haben möge; endlich e) dass dem Ammeister zu jeder Frohnfasten 25 Gulden gebühren sollten, wozu dann am Ende seines Amtsjahres noch eine besondere Belohnung kommen könne, deren Grösse der Rath nach Verhältniss der von jenem während des Jahres getragenen Kosten zu bestimmen habe. *Ochs* a. a. O. S. 287, 88 [in modernisirter Textfassung]. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 279, 80.

In den wenigen Decennien seit dem Erdbeben hat die innere Verfassung Basel's schon wieder zwei erhebliche Neuerungen erfahren. Die eine derselben betrifft den Rathskörper, welchem sich, urkundlich erkennbar seit dem Jahre 1382, als ein von nun an integrirender Bestandtheil desselben das Collegium der Zunftmeister beigesellte.[38]) Es hatte zwar dasselbe schon längst neben dem Rathe in gewisser Richtung eine Betheiligung an der Stadtverwaltung erlangt und geltend gemacht, indem es nicht nur unter dem Vorsitze des vom Bischofe aus seinen Dienstmannen, später aus den Geschlechtern ernannten Oberstzunftmeisters (magister zunftarum) auf den s. g. Meistergebotten die gesammten Angelegenheiten der Zünfte berieth und die Handwerkspolizei ausübte [39]), sondern auch bei wichtigen, die allgemeinen Bürgerschafts-Interessen berührenden Acten vom Rathe oder den Bischöfen wenigstens mit consultativer Stimme gehört zu werden pflegte. Jetzt aber sehen wir dieses von allen Wahleinflüssen unabhängige Schutzorgan des Gewerbestandes mitten in den Rath selbst versetzt, und damit den Vereinigungsprocess des letzteren aus den verschiedenen, seiner Aufgabe entsprechenden Elementen vollendet. Nach seiner neuerlichen Vervollständigung umfasst nun der basler Rath: a) vier Glieder von der Ritterschaft, b) acht aus den patrizischen Familien, c) 15 noch immer von den Kiesern gewählte Zunftgenossen, nämlich „a mercatoribus, campsoribus, cauponibus, institoribus, textoribus, textoribus grisei panni, pistoribus, fabris, cerdonibus, sartoribus, ortulanis, carnificibus, carpentariis, rasoribus [pictoribus et sellatoribus], nautis et piscatoribus", endlich d) die Meister der 15 Zünfte. Das Präsidium führen der seit 1376 eigentlich vom Rathe allein aus den Rittern oder Achtbürgern erkorene Bürgermeister und der oben erwähnte Oberstzunftmeister, neben welchen ein Stadt- und ein Rathsschreiber fungiren, der Letztere auch erst seit 1382, und hier wahrscheinlich als eine Zubehör des Zunftmeister-Collegiums mit diesem dem Rathskörper einverleibt [40]).

Die zweite Verfassungs-Aenderung dagegen besteht in der wohl schon im Monate Juni 1385 vollzogenen Einführung des vornehmlich im Stadtrechte **Strassburg's** [41]) entwickelten und nach dessen Verbündung mit Basel hier als „ein reicher Gewinn — als eine Einrichtung, die den Muth der Bürger mächtig hob", nachgeahmten Ammeister-Amtes [42]). Unzweifelhaft hatte bei dieser Herübernahme der auswärtigen Institution der Gedanke mitgewirkt, jene bereits im Schoosse des Rathes wenigstens theilweise erstrebte Unabhängigkeit von der Gewalt des Bischofs auch auf die Spitze und oberste Leitung des städtischen Regiments auszudehnen, deren erster Träger, der Bürgermeister, als bischöflicher Vasall, unmöglich der Bürgerschaft die erwünschten Garantien unparteiischer Wahrung ihrer Freiheiten und Gerechtsame gegenüber versuchten Eingriffen des Hochstifts darbieten konnte. Diese Tendenz trägt der Rathsschluss von 1385 in jeder Zeile zur Schau, und sie war es auch, welche dem Ammeisterthume von vorneherein in der Ritterschaft einen offenen, unversöhnlichen, im Bischofe aber einen verkappten Feind hervorrief.

1386, Jun. 30. Der Rath zu Basel ver- 65
einbart neue Satzungen über das Amt des Ammeisters, von den früheren (nr. 64) besonders darin abweichend, dass a) nun denselben lediglich die vor dem gesammten Rathe vom abgehenden Ammeister dazu be-

38) Vgl. *Ochs* a. a. O. S. 260 flg. *Heusler* a. a. O. S. 373 flg. *Arnold* a. a. O. S. 390 flg.

39) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 373.

40) *Ochs* a. a. O. S. 263 flg.

41) Vgl. *Heusler* a. a. O. „Beilage" S. 461 flg.

42) Eigentlich heisst der Beamte: „Amman-Meister", und in der lateinischen Sprache jener Zeit „magister scabinorum".

eidigten neuen und alten Zunftmeister, und nicht mehr das ganze Rathscollegium, zu wählen haben, dass ferner b) jeder Ammeister soviel als ein Bürgermeister erhalten, und der Erstere c) befugt sein solle, mit den Zunftmeistern „von der Stadt Sachen wegen" ohne Beisitz des Oberstzunftmeisters eine gesonderte Berathung zu pflegen, es sei denn, dass die Meister oder die Zünfte „einen Stoss von der Zünfte wegen unter einander hätten", in welchem Falle stets der Oberstzunftmeister hinzugerufen werden und gegenwärtig sein müsste; endlich dass d) der abtretende Ammeister nicht eher als im vierten Jahre wiederum gewählt werden und e) ein Ammeister während des Jahres seiner Amtsführung, „für der Stadt Bannmeile nicht kommen" dürfe. Schliesslich wird noch f) ausgesprochen, dass „das Ammeisterthum niemer abgelassen werden solle, es wäre denn, dass neue und alte Räthe, neue und alte Sechse, gemeinlich oder der merer Theil under ihnen bekennet, dass man davon lassen solle". [43]) *Ochs* a. a O. S. 298—302.

66 **1386**, Aug. 1. König Wenzeslaus verleiht (dem Ansuchen der nach Prag gekommenen basler Gesandten nachgebend) „das Ampt der Vogtei zu Basel", welches „von todes wegen etwann Herzog Lüpolds von Oesterreich etc. [44]) und [des von diesem *damit* belehnt gewesenen] Lütolds von Berenfels an das Reich gefallen und ledig worden sei ...., mit allen ihren Zugehörungen" an Bürgermeister, Rath und Bürgerschaft der Stadt Basel, „also dass sie, als Jnen denn fueget und gut bedunkt, dasselb Amt besetzen und entsetzen und des geniessen sollen und mögen, von allermänniglich ungehindert, also lang, bis Jnen Tausend Guldin [welche der Rath als Darlehn dem Könige vorgestreckt] von diesem und dem Reiche, oder wer dasselb Amt von des Ersteren oder des Richs wegen haben wolte, on allen Abschlag der Geniesse desselben Amts genzlich bezalt und verrichtet werden" würden. *Ochs* a. a. O. S. 303, 4. Vgl. *Hugo*, Mediatist S. 34; *Heusler* a. a. O. S. 203, 281 m. Note 1.

67 **1387**, März 21. Derselbe bestätigt den sämmtlichen Städten des schwäbischen Bundes, darunter jenen von Regensburg und Basel, „zwo Fry Stetten", alle Freiheiten, die sie von ihm und seinen Vorfahren am Reiche erhalten haben, und verspricht, sie bei dem Reiche zu behalten. J. P. *Datt*, De Pace Imperii publica Libri V (Ulm 1698 fol.) p. 59, 60. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 312.

1387. Jun. 21. Der basler Rath erkennt 68
in einem Streite „der Meister von den Schneidern und Neyern" (Kürschnern), dass, wenn in einem Jahre die ersteren für die Gesammtzunft den Meister zu kiesen hätten, bei dieser Wahl die Neyer „nit beysein noch sitzen sollent", und umgekehrt die Schneider nicht, wenn die Wahl von den Neyern zu vollziehen, sowie dass die „jerlichen Sechser" der Zunft zu je dreien aus jedem der beiden Handwerke genommen werden sollten. *Ochs* a. a. O. S. 148, 49. [Jedoch mit der unrichtigen Jahrzahl 1362. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 489.]

Ein weiteres auf dieselbe Zunftstreitigkeit bezügliches Raths-Erkenntniss vom 9. Juli des gleichen Jahres theilt ebenfalls *Ochs* a. a. O. S. 149 flg. mit.

1390—1411. „Ordnung von des Ge- 69
richtes wegen", eine umfassende Dienstordnung der Gerichtsbeamten, nämlich I. des Schultheissen §§. 1—18; II. der „zehen urteilsprecher, die an des schultheissen gerichte gesetzt werden" §§. 19—23; III. des „schribers des gerichtes" §§. 24—27; IV. des Vogtes §§. 28—32; V. der Amtleute §§. 33—39, nebst Bestimmungen darüber, was VI. die Amtleute und Fürsprechen „ze lone nemen sollent" §§. 40—42. Gedruckt bei *Ochs* a. a. O. S. 364—74 und in den *RQuellen* a. a. O. Nr. 64 S. 63—73 [45]). Vgl. dazu *Heusler* a. a. O. S. 207, 378.

1401, Juni 6. Der Rath zu Basel 70
ist „dessen einhellig überkommen, dass eine jede Zunft in der Stadt, neue oder [*und*] alte Sechser und der Meister, so des Jahres gewesen ist, ... einen neuen Meister auf ihren Eid kiesen sollen und mögen unter sich selber oder in der Zunft", und dass „die dreyzehen vor gemeiner Zunft offentlich schwören müssen, einen Meister zu kiesen, der sie der Stadt, der Zunft und dem Lande der nützlichste und verfänglichste dünket zu seyn", und dass „wer also von ihnen oder von dem mehren Theil unter ihnen gekosen und gesetzt werde, auch dabei bleiben solle, ohne Widerrede". *Ochs* a. a. O. Bd. III S. 15—18. Vgl. dazu *Heusler* a. a. O. S. 376.

1401, Aug. 28. König Ruprecht nimmt 71
die Stadt Basel in den Schutz des Reichs und bestätigt ihr alle Rechte und Freiheiten. (R.)

43) Die Satzungen d—f sind im s. g. rothen Buche den vorhergegangenen erst später hinzugefügt (*Heusler* a. a. O. S. 280 Note 1), fallen aber jedenfalls noch in die Zeit des ersten Ammeisterthums 1386—90.

44) Derselbe war am 9. Juli 1386 in der Schlacht bei Sempach gefallen.

45) Früher, in der Ztschr. a. a. O. S. 76, hatte *Schnell* die Ansicht ausgesprochen, dass das Statut älter sei, als das Erdbeben. *Heusler* setzt die Ordnung um das Jahr 1400.

Ochs a. a. O. S. 18; *Chmel*, Reg. Rup. S. 49 nr. 881.

72 **1401**, Aug. 29. Derselbe confirmirt die beiden Rechtsbriefe König Wenzel's, betreffend die Erhöhung der Einlösungssumme für den Durchfuhrzoll [nr. 61] und die Verleihung der Vogtei zu Basel an den Rath allda [nr. 66], aus den J. 1384 und 1386. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 19; *Chmel* a. a. O. nr. 887.

Erst im September dieses Jahres erklärten übrigens die Basler, den König Ruprecht, obgleich ihre Stadt keine Reichsstadt sei („wie doch wir nüt eines Richs Stadt sind"), als Reichs-Oberhaupt anerkennen und ihm gehorsam sein zu wollen. In das Jahr 1401 fällt auch eine neuerliche, mit grossem Missvergnügen entgegengenommene Ungelds-Auflage durch den Rath. *Heusler* a. a. O. S. 375 flg.

73 **1405**. Der Rath zu Basel gibt sich eine (meist auf lange beobachteter Observanz beruhende) Geschäftsordnung, worin die an jedem Wochentage von ihm, beziehungsweise in seiner Mitte von den beiden Vorstehern, dem Bürger- und Oberstzunftmeister, vorzunehmenden Verwaltungsacte (z. B. Revisionen der Siebner-Rechnungen) und sonstigen Amtshandlungen näher bestimmt werden. *Ochs* a. a. O, S. 162, 63. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 379 flg.

74 **1406**. Der Rath zu Basel setzt eine eigene, aus dem Bürger- und Oberstzunftmeister, einem Ritter, zwei Achtbürgern, zwei Zunftrathsherrn und zwei Zunftmeistern bestehende Neuner-Commission für das städtische Militärwesen nieder, um „auf der Stadt Feinde zu stellen und von des Krieges und der Stadt Feinde wegen alles zu verhandeln, zu ordnen und zu thun, was sie der Stadt Nothdurft, Ehre und Frommen zu seyn erachten würde". *Ochs* a. a. O. S. 38, 39 (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 385.

75 **1410**, Apr. 26. König Ruprecht erlaubt der Stadt Basel, auf dem ihr vom Bischofe verpfändeten Schlosse Olten das Gericht nicht blos, wie bis dahin Regel gewesen, durch einen Grafen oder „Freyen", sondern auch durch einen Ritter zu besetzen, wenn „über Blut oder von übelthätigen Leuten" gerichtet werde. *Ochs* a. a. O. S. 44; *Chmel* a. a. O. S. 180 nr. 2890. (Extr.)

76 **1410**, Jun. 13. Der Rath von Basel setzt das seit 1390 ausser Wirksamkeit getretene **Ammeister-Amt** wieder ein, demselben zugleich eine neue Ordnung verleihend, worin insbesondere gegenüber den früheren [nr. 64, 65] bestimmt ist, dass künftig die Wahl des Ammeisters blos durch die von den Handwerken gekorenen Zunftmeister vorgenommen werden und nur ein Zünftischer (gleichviel ob im Rathe oder nicht) zu dem Amte wählbar sein solle, sowie dass es zur Aufgabe desselben gehöre, in Gemeinschaft mit den Zunftmeistern, welche der Ammeister überhaupt, so oft es ihm beliebe, zu Versammlungen berufen könne, „alle Mittwoch auf dem Rathhause über der Stadt Sachen und Nothdurft zu berathen, und besonders die Wochenbücher über Einnahme und Ausgabe zu verhören". *Ochs* a. a. O. S. 69—78. [„ungenau"]. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 285—90.

1411, Oct. 29. Der Rath und die neuen und alten Meister zu Basel erlassen eine (zweite) „ordenunge von des gerichts wegen", in 20 §§. kurze Satzungen über die Pflichten des Schultheissen, der Amtleute, der zehn Urtheilsprecher und des Gerichtschreibers, sowie die bei ihnen statthabenden Strafen und Versäumnissbusen, über freie Fürsprecherwahl, über Unstatthaftigkeit von Vergleichsversuchen Dritter bei anhängig gewordenen Fried- und Frevelsachen vor erkannter und der Stadt bezahlter Besserung, über Gerichtssporteln, über die Behandlung einzelner Amtssachen etc. enthaltend, mit der besonderen Erklärung, dass „wie man daz gerichte hie disite haltet, als man es in allen stücken hinsite Rines ouch halten solle". (§. 18.) Einen Auszug aus der ersten Gerichtsbeamten-Ordnung [nr. 69] kann man übrigens vorstehendes Statut in keiner Weise nennen, da auf jene nur vier Bestimmungen: §§. 6 (32), 7 und 8 (17), 16 (22) sich zurückführen lassen. Gedruckt in der *Ztschr. f. schweizer. Recht* a. a. O. S. 91—94 und in den *RQuellen* a. a. O. Nr. 95 S. 93—97. 77

1413, Aug. 28. König Sigismund bestätigt der Stadt Basel alle ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 102. 78

1413, Aug. 28. Derselbe confirmirt den Baslern a) den Wenzel'schen Rechtsbrief über ihre Exemtion von dem rotweiler und andern fremden Gerichten, sowie ihre Befugniss, offene Aechter beherbergen zu dürfen, v. 1379; und b) die Ruprecht'sche allgemeine Rechtsbestätigung v. 1401 [nr. 57, 71] insbesondere. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 332 nr. 24. 79

1414, Jan. 22. Derselbe stellt die Bürger von Basel in Ansehung ihres privilegii de non evocando, nachdem Graf Walraf von Thierstein [nr. 51] gestorben, unter den Schutz des Markgrafen Rudolf von Hochberg. (R.) *Heusler* a. a. O. nr. 25. 80

1415, Apr. 3. Derselbe bestätigt (auf dem costnizer Conzil) den Bürgern von Basel ihre sämmtlichen Freiheiten, mit dem Versprechen, dass alle Dienste, welche sie ihm jetzt [als Hülfe gegen den geächteten Herzog Friedrich von Oesterreich] leisten 81

würden, ihnen an ihren Rechten und Freiheiten keinen Schaden bringen sollten, jedoch auch Alles, was sie hiebei gewännen, ihm und dem Reiche folgen würde, sowie mit der Zusicherung, bei Annahme eines Friedens, einer Richtung oder Säumung mit Oesterreich Basel darin begreifen und versorgen zu wollen. *Ochs* a. a. O. S. 107 flg. (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 367, 68.

82 **1416**. Der Rath der Stadt Basel erlässt Bestimmungen über das Schiffsverdingungsgeschäft der Rheinschiffleute. (R.) *Ochs* a. a. O. S. 201. Vgl. dazu *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IX. S. 10.

83 **1422**, Jul. 31. König Sigismund „schlägt zu den auf des Reichs Zoll und Vogtei zu Basel und Zoll zu Kembs stehenden 7500 Gulden noch 700 Gulden, die er von Basel empfangen, also dass Basel die Zölle und die Vogtei niessen soll, bis sie sammethaft, keins ohne das andere, um 8200 Gulden vom König gelöst werden". (R.) *Heusler* a. a. O. S. 333. nr. 27 mit S. 326.

84 **1424**, Oct. 31. Bischof Johann [von Fleckenstein] zu Basel versetzt dem Rathe und den Bürgern der Stadt daselbst für ein Darlehen von 2000 Gulden das Oberstzunftmeister-Amt, also dass sie dasselbe „nu hinanthin in künftigen Zeiten haben und besetzen sollen und mögen, mit wem sie wollen". *Ochs* a. a. O. S. 149 flg. (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 347.

85 **1427**. Febr. 21. Der Rath zu Basel beschliesst, dass „diwile das zunftmeisteramt sin phant" sei, der Oberstzunftmeister abwechselnd im einem Jahre aus den Achtbürgern und im andern aus den Meistern der Zünfte genommen werden solle. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 381.

86 **1431**, Oct. 28. König Sigismund bestätigt dem Rathe zu Basel das althergebrachte Recht, in der Stadt „Pfennig, Aufsätze und Ungelder, es sey von Wein, Korn oder andern Dingen" zu erheben, um dem Reiche desto besser zu dienen und der Sadt Nothdurft zu bessern, und begnadet zugleich die Bürger dahin, dass sie wegen ihrer in fremden Herrschaften gelegenen Grundstücke Niemand mit „Bette, Steuer und Gewerf, oder einer andern Schatzung beschweren" dürfe. *Aeg. Tchudii* Chronicon Helveticum, hrsgeg. von J. R. Iselin Thl. II (1736) S. 200 flg.; *Ochs* a. a. O. S. 249—51 (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 327, 28.

87 **1433**, Aug. 12. Kaiser Sigismund bestätigt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Basel alle ihre Freiheiten, auch ihre Zölle und Ungeld, die sie mit Urlaub des Reichs haben, sowie ihre Pfandschaften, von wem auch die gekommen seien, endlich alle ihre Privilegien, Briefe und Handfesten. *Ochs* a. a. O. S. 252, 53. (Extr.) Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 328.

1433, Aug. 12. Derselbe wiederholt die 88 den Baslern bereits von Karl IV. und Wenzeslaus verliehenen, ihre Nichtladung vor auswärtige Gerichte, auch jenes zu Rotweil, betreffenden Privilegien. *Ochs* a. a. O. S. 254, 55. (Extr.)

1433, Aug. 12. Derselbe gibt den Bür- 89 gern Basel's zum Richter und Schirmer in Ansehung der vorbezeichneten Freiheiten den Markgrafen Wilhelm von Hochberg. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 333 nr. 31.

1442, Jul. 21. König Friedrich III. 90 bestätigt die Privilegien der Stadt Basel und insbesondere den wörtlich eingerückten Confirmationsbrief [nr. 87] Kaiser Sigismund's v. 1433. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 90 nr. 765.

1442, Jul. 21. Derselbe erneuert der 91 Bürgerschaft Basel's das gleichfalls inserirte Sigismund'sche priv. de non evocando [nr. 88] v. 1433 (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 766 [46]).

1443. Derselbe „bewilligt der Stadt Ba- 92 sel, dass sie ihre Freiheitsbriefe von dem Abte zu Luczel vidimiren lassen möge, welche alsdann von keinem Gerichte verworfen werden sollen — da es Noth thut, diese Briefe oft über Land zu schicken, sey es vor die kunigliche camer vnd hofgerichte oder sonst". *Chmel* a. a. O. S. 149 nr. 1483.

1445, Mai 7. Der Rath, die Bürger 93 und die Meister zu Basel wählen „usser neuen und alten Räthen" dreizehn — bereits im J. 1432 unter dem Namen „Botten" begegnende — Commissäre aus und geben denselben „Gewalt und Macht in Kraft dieses Briefes, so lange dieser Krieg [47]) währe, ungeverlich … auf der Stadt Feinde, wer die nun seien oder künftigs werden, Leib und Gut zu stellen, und alle Sachen, die von des Kriegs oder Feindschaft wegen …. herrühren oder kommen, zu verhandeln, zu ordnen, und alles das zu thun, was sie betrachten, bedünken oder zu Rathe werden, dass … gemeiner Stadt Nothdurft, Ehre und Frommen sei". *Ochs* a. a. O. S. 440—42. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 385 flg. (mit S. 300.)

1449, Mai 7. Die Basler schliessen 94 nach dem s. g. rheinfelder Kriege zu Breisach mit dem österreichische'n Adel einen Frieden ab. Die Artt. 1—6 dieser s. g. breisacher Richtung berühren auch mehrere

46) *Ochs* a. a. O. S. 305, 6 erklärt die Rechtsbriefe nr. 90, 91 für Stifts- und nicht Stadt-Privilegien, indem er behauptet, der Stadt Basel habe Friedrich dazumal ihre Freiheiten nicht bestätiget.

47) Der s. g. Jacober- oder Adelkrieg. *Ochs* a. a. O. S. 430 flg.

rein-stadtrechtliche Verhältnisse, wie Zoll und Geleit, Handel und Wandel, Freizügigkeit, Ansprache und Besetzung in die Stadt gezogener Eigenleute „innert einem Jahre“ durch ihre Herrn, Strafgerichtsbarkeit über übelthätige Leute, Pfandgestattung für „gichtige Zinse oder andere Schulden“ durch die herrschaftlichen und ritterschaftlichen Amtleute u. a. m. Inhalts-Uebersicht bei *Ochs* a. a. O. Bd. IV. S. 21—28 und *Heusler* a. a. O. S. 307 flg. (mit S. 293 flg.)

Im Zusammenhange mit vorerwähntem Frieden steht die durch Bischof Arnold [von Ratperg] zu Stande gebrachte s. g. letzte Richtung zwischen Oesterreich und Basel v. 1. Jan. 1456 b. *Ochs* a. a. O. S. 45—49. Ihr Zweck war, die noch immer zwischen den Parteien vorhanden gewesenen Anstände z. B. über die Competenz des geistlichen Gerichts zu Basel, über Zölle und Zinse, vollends zu beseitigen.

95 **1450** (?) Dritter Stadtfrieden. Der Rath sammt den neuen und alten Meistern zu Basel schärft „der stett friden“, welcher bis dahin „so wenig geachtet noch recht gehalten ist worden“, wiederholt zur Darnachachtung ein.

Inhalt: 1. Ahndung „schalkhaftiger worte“. 2. Friedbruch „mit slahen, messerzucken und in ander wise, daz man für ein unzucht und nit für ein wunden haltet“. 3. Friedbruch mit „wundat“. 4. Friedbruch „mit einer wundaten“ durch einen „ussman“ verübt. 5. Allgemeine Verpflichtung, bei Streithändeln („geloufe“) Frieden zu stiften („zu scheiden“). 6. „Personen, die der stette friden menglichen zu gebietende hant“. 7. Gleichstellung öffentlicher Orte („des richthuses, kouſhuses, der metzige oder fleischalen“) mit anderen in Ansehung der Strafbarkeit eines begangenen Friedbruches. 8. Bestrafung des Todtschlages, insonderheit wenn er von einem Gaste an einem Bürger, ferner „in einem gotshuse oder in eins thumherren, pfaffen, ritters oder burgers huse oder hof“, endlich „by offenem win“ begangen worden ist. 9. Stadtverweisung. Anfang und Ende derselben.

Es sind von diesem wichtigen Statute zwei Fassungen auf uns gekommen. Die ältere, etwas weitere [A] steht im s. g. kleinen Weisbuche Bl. 68 flg. zwischen Urkunden aus den J. 1410 und 1414 eingereiht, und wird daher von *Schnell* in der Ztschr. f. schweizer. Recht a. a. O. S. 84 in den Zeitraum 1410—1417 verlegt; die jüngere, theilweise abgekürzte [B] dagegen bildet ein Stück der s. g. Ordnung des blauen Buchs (Bl. 9—11), und wird von *Schnell* und *Osenbrüggen* (a. a. O. S. 56) in die Zeit um 1450 verwiesen.

Einen Abdruck von B mit einigen in den Noten beigefügten Erweiterungen aus A geben die *RQuellen* a. a. O. Nr. 143 litt. o — y S. 142—47.

1452, März 24. Friedrich III. wiederholt als gekrönter römischer Kaiser die im J. 1442 [nr. 90, 91] der Stadt Basel verliehenen beiden Rechtsbriefe in zwei Urkunden (R). *Chmel* a. a. O. S. 288 nr. 2813, 14 [48]). 96

Ochs a. a. O. S. 39, 40 erwähnt eines einzigen Privilegs K. Friedrich's III. von demselben Datum, worin die Freiheitsbriefe von Karl IV., Wenzel und Sigismund wegen Vorladung der fremden Gerichte angeführt, und dem Bürgermeister, den Räthen und Bürgern gemeinlich und ihren Nachkommen, und der Stadt Basel alle ihre übrigen Briefe, Privilegien u. s. w. bestätigt sein sollen.

1457, Apr. Der Rath zu Basel bestimmt „von der Dreizehen oder Botten Gewalt“ wegen, dass dieselben „alle und jede gemeine Sachen, so auszurichten seien, vornehmen und ausrichten sollten und möchten, ohne dass sie solche wieder vor Rath zu bringen bedürften“, es wäre denn, dass ihnen „schwere Sachen, betreffend die Stadt oder andere Leute, zufielen“, und gibt ausserdem den Dreizehn „ganzen vollen Gewalt, was Sachen an sie gelangend, welche die Ausgaben und Einnahmen der Stadt Nutze und Zufälle antreffend seien, dass sie darin thun und lassen möchten, was sie nach der Stadt Nutzen und Ehren zu thun seyn bedünken werde“. *Ochs* a. a. O. Bd. V S. 22; *Heusler* a. a. O. S. 386, 87. 97

1457, Mai 19. Die beiden Räthe der Stadt Basel beschliessen eine neue Raths-Ordnung, vornehmlich die Rechte und Pflichten des Bürgermeisters und Oberstzunftmeisters, als der beiden „Häupter“ der Gemeinde, z. B. in Ansehung der Empfangnahme öffentlicher Sendbriefe, der Geleits-Ertheilung, der Rügung ungehorsamer Rathsglieder etc., ferner die Obliegenheiten der Rathsherrn bei den Sitzungen, die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände, die Aufzeichnung aller vom Rathe ertheilten Bescheide und Erkenntnisse durch die Schreiber u. a. m. betreffend. *Ochs* a. a. O. Bd. V S. 9—16. 98

1457, Jul. 23. „**Gerichtzordenung**, durch beide Rete gesetzt vnnd beschlossen, och dem Gericht vbergeben vnd empfolhen zu halten“, eine ausführliche Darstellung der meisten in das Gerichtswesen und den bürgerlichen Process einschlägigen Materien unter 99

48) Das Datum „Mitwoch nach St. Laurenz“ bei *Chmel* scheint, da er selbst den 24. März (Freitag vor Judica) der Urkunde vorsetzt, ein bloses Versehen zu sein.

Beifügung einiger privatrechtlichen Gegenstände enthaltend.

Uebersicht des Inhalts: 1. Gerichtszeit des Schultheissen und der Zehen; Besserung bei Versäumnissen. 2. Verbot, dass ein belehnter Urtheilsprecher um seines Herrn Sache urtheile. 3. Busse für das Weggehen und Wegbleiben vom Gerichte ohne redliche Ursache. 4. Verlust des Urthelgeldes für jene, welche „ee ein vrteil vmbget mit vrloub dannen gan". 5. Unterbrechung der Gerichtssitzung durch Berufung der Urtheilsprecher „hynuff in den Rate". 6. Eidesleistung der Zehen. 7. Besetzung des kleinen Gerichts. 8. Vertheilung der Versäumniss-Bussen. 9. Bannung des täglichen Gerichts durch den Schultheissen; ausschliessliches Recht „eines geschwornen amptman", fremde Angelegenheiten vorzutragen — „zu offnen vnd zu reden"; Verklagung der Zuwiderhandelnden durch den Freiamtmann. 10. Unterordnung der Amtleute des Gerichts unter die „rechtte meisterschaft" des Schultheissen bei Verhandlung von Rathssachen. 11. Busse und Pfandnahme durch den „koffler" bei versäumten gerichtlichen Genugthuungsfristen. 12. Verpflichtungen des Schultheissen, insbesondere bezüglich des Vorganges der älteren und fremden Rechtssachen. 13. Erscheinen der Amtleute im Richthause bei dem zweiten Geläute oder „im *wyntter* so es früw echtte vnd im summer so *es* syben schlahet". 14. Vorherige „Offnung" *d.* i. Bekanntmachung aller zur Verhandlung kommenden einheimischen Sachen an die Amtleute, ehe die ersteren vorgenommen werden dürfen. 15. Unstatthaftigkeit der Wiederaufhebung eines „mit dem stabe" verhängten Verbotes [Arrestes] durch Uebereinkunft der Parteien ohne Leistung des „entschlachgelts in den stock". 16. Strafe und Ersatzpflicht desjenigen, von dem „verbotten gut vss dem Bott vnerloupt (one des clegers willen) hinweg gelassen wirt". 17. Benehmen der Parteien-Vertreter („amptlute") gegen einander; Unzulässigkeit einer weiteren Entgegnung des klägerischen Amtmanns auf die „Nachrede" (Duplik) jenes des „antwortters", soferne diese nicht etwas Neues bringen sollte, damit nicht „des gerichtz sachen durch solich der fursprechen manigfaltig langrede geirret vnd hinderstellig gemacht werden". 18. Gebühr der Amtleute, wenn „ein sach so vor gericht eroffnet wurt ze fruntlichen tagen gewysen". 19. Desgleichen bei Sendungen an das geistliche Gericht 20. Anzeigepflicht der Amtleute in Bezug auf Friedbrüche. 21. Desgleichen bei allen anderen Sachen „da von der Statt nach harkommer gewonheit ir besserunge gefallen sollent". 22. Theilung der bei gerichtlicher Einsetzung „in gwalt vnd gwere", als Folge einer Vergabung, zu leistenden Sporteln zwischen Schultheiss und Amtleuten. 23. Verbot, „das der Schultheis noch die amtlüde dhein satzunge (Schiedsprüche) an sich nemen söllent", während ihnen erlaubt ist, auf Ersuchen „zu einem erbe oder teylunge zu gonde". 24. Fernhaltung aller die Unparteilichkeit des Schultheissen und der Amtleute gegenüber den Parteien gefährdenden Verhältnisse. 25. Freie Wahl des Fürsprechers durch den Kläger. 26. Kosten des „Nachgerichts". 27. Vollzugsreform der gerichtlichen Vermögens-Beschreibung im Falle des Todes „flüchttiger oder anderer lüte, der gut mit gericht gefront vnd bezogen worden". Aufsicht des Rathes hierüber. 28. Gebühren des Schultheissen und der Amtleute, „so sy yemand frömden, der ein erbe anspricht, ingwalt vnd gwere setzen". 29. Schuldentragung der Ehefrauen. 30, 31. Niederschreibung der „mit der merer volge gegebenen" oder „an einem gespreche" gefundenen „amtlichen" Urtheile durch den Gerichtschreiber. 32. Schriftliche Abfassung der Parteien-Vorträge durch denselben Behufs ihrer Vorlesung „vor offnem gericht". 33. Frist von acht Tagen hiezu. 34. Gleiches Verfahren bei „vorurteilen". 35. Verbot des Unterkaufs-Betriebs von Seite der Gerichtsschreiber. 36. Nebengebühren derselben z. B. bei Aufsuchung älterer Urtheile in den Amtsbüchern. 37. Verpflichtung des Schreibers und der Amtleute zum Gehorsam gegen den Schultheissen. 38. „Löne" des Gerichtschreibers, namentlich bei „koff-, gab-, wydem- vnd beziechbrieffen". 39. Desgleichen bei „eestur- vnd schlechten gemeynen urteilbriefen". 40. Ausrichtung etwaiger „späne" hierüber durch die Ladenherrn und den Schultheissen. 41. Weitere Schreibgebühren des Gerichtschreibers. 42, 43. Einziehung der „besserunge" von Friedbrüchen und Freveln durch den Vogt. 44. Thätigkeit desselben im Gerichte. 45. Ausschliessung „benniger menschen" vom Klagrechte. 46. Sonstige Wirkungen des Bannes, insbesondere Unfähigkeit zur „gemeinschafft des Ratz, der zunfften oder geselschafften". 47. Pfändung und Besserung als Folge des Ungehorsams gegen ein gerichtliches „furgebott". 48. Busse desjenigen, der „dem gericht nit vsswartet"; Folge des Ausbleibens des Klägers. 49. Einlegung des die „pfennder fur die besserunge der vngehorsame" weigernden „in ein kefy"; Vorbehalt nachträglicher Verantwortung des Gepfändeten. 50. Rechtsfolgen des Ungehorsams des Klägers. 51. Gleichstellung der Pfandverweigerung „vmb husszinse oder vmb verbriefet vnnd ander gichtig schulde" mit den oben §. 49 erwähnten Fällen. 52. Recht des klagenden Gastes gegenüber dem unge-

horsam ausbleibenden Schuldner, dessen Güter, liegende und fahrende, in Pfandbesitz zu nehmen, „so lang biss ein benugen beschicht nach erkanntniss des gerichtz“. 53. Zahlungsfristen bei verschiedenen Arten von Forderungen („vmb schulde, vmb zinse, by einer besserung“) und Pfändungen im Falle unterlassener Leistung. 54. Pfändung bei Aechtern. 55. Schnelles Rechtsverfahren „von lidlons wegen“. 56. Hierher gehörige Arten desselben: „gesindlon, ammenlon, brustlon, taglon“. 57. Erstreckung des Lidlohn-Pfandrechts auf die liegenden Güter des Schuldners. 58. Befugniss eines Vermiethers, bei Unzulänglichkeit der Fahrniss seines Miethmannes sich an den Hauszins der „husslüte“ (Aftermiether) des Letztern zu halten und selbst deren Gut zu Pfand zu nehmen. 59. Eventuelle Befriedigung des Hauszins-Gläubigers aus den in seinen Häusern bei dem Schuldner von Dritten gegen Zins hinterlegten Wein- und Kornvorräthen. 60. Nichtanwendung dieser Grundsätze auf zinsfrei z. B. zum Behufe der Verarbeitung deponirte Sachen. 61. Dagegen Ausdehnung der Bestimmungen des §. 59 auf Pachtzinse. 62. Pfändungsrecht der Basler „in der herschafft vnd ir Ritterschafft (d. i. in den österreichischen) lannden vnd gebieten“. 63. Vernehmung und Beeidigung der Zeugen. 64. „Verhör der Kuntschafft [Zeugen] vsswendig gerichtz“. 65. Fristen, „vmb Inlendig vnnd vmb vsslendige kuntschaffte“. 66. Fristen, „so Jemand an sinen weren zucht“. 67. Wirkungen der „Behebung“ (des Personalarrestes) wegen Geldschulden. 68. Sicherstellung des Gläubigers, wenn der um auswärtiger Liegenschaften („dinghoffiger oder lehen gütter“) wegen „angefallene“ (Arrestat) den Rechtsstreit an den Ort, wo jene belegen sind, verweist. 69. Folgen der Nichthaltung des in einem solchen Falle geleisteten Versicherungs-Eides. 70. Pfandhaftung eigen-, lehen- und vogteihöriger Leute für ihre Herrn. 71. Competenz-Begründung in Friedbruchs- und Frevelsachen. 72. Busse des mit einer Klage „vmb schlechten friden vnd frevel nyder liegenden“ Anklägers. 73, 74. Cautionsleistung Fremder bei erhobener Ansprache „vmb sachen, die berüren möchtten libe oder leben“; Befreiung des „heimschen“ Klägers von jener Pflicht. 75. Verbot in Vergehenssachen, „davon der Statt besserung vallent“, durch Vergleiche zwischen den Betheiligten die gerichtliche Austragung abzuschneiden. 76. Zuständigkeit des kleinen Gerichts in „cleinen sachen, die für den vogt koment“. 77. Strafe unbefugter Fahndung „vmb geltschulde“. 78—81. „Vnderscheid der Besserungen, die gewonlich vmb fryd vnd frevel bekannt werden: schlecht friden, grosse besserunge“. 82. Rügung auf den Zunftstuben begangener Unzuchten. 83, 84. Vergehungen gegen „der Stett friden“. 85. Geldarten bei Kauf- und Zinszahlungen. 86. „Trostung von veils koffs wegen“, d. i. Sicherstellung der zum Markt in die Stadt kommenden Korn-, Wein- und Holzhändler vor Arrest. 87. Unstatthaftigkeit der Wiederanbringung einer verlorenen Sache bei Gericht. 88. Pflicht des Sachfälligen, „dem widerteyl sinen costen abzutragen vnnd wiederzukeren“. 89. Busse wegen erfolglos gebliebener Zeugenvernehmung. 90. Dreimalige Aufbietung „abverstorbner, erbloser vnd flüchtiger lüte“. 91. Pflicht des Schultheissen, alle bis dahin „vnderdrugkten“ (übersehenen) Friedbrüche und Frevel zu richten. 92. Verbot für einen ausgeklagten und im Buche stehenden Schuldner zu bitten, anstatt über ihn zu richten. 93. Eintreibung des „entschlach gelts“. 94. Object und Reichungszeit der Morgengabe.

Als Quellen des Rechtsbuches wurden in einzelnen Stellen desselben benützt: a) die Dienstordnung aus den J. 1390 - 1411; b) die Gerichtsbeamten-Ordnung v. 1411; c) frühere Rathserlasse, wie z. B. v. 4. Jan. 1419 über die Morgengabe.

Angehängt finden sich 1) eine höchst beachtenswerthe Gantordnung vom 28. Febr. 1459 in 12 Artikeln — „von frönung vnd beziehung ligender vnnd annderen güttern erbloser vnd flüchttiger luten“; und 2) zwei Rathserkenntnisse über Gerichtseröffnung und Säumnissbusse der Richter v. 1485 und über die Cautionspflicht der Geistlichen für Schulden, welche auf den ihnen zugewendeten Vermächtnissen lasten v. 1487, zwischen welchen beiden einige Satzungen über die Ungehorsamsbusse der von den Sitzungen wegbleibenden Amtleute, die Gutjahr-Geschenke an die Wachtknechte, die Frohnleichnams-Gebühren des Schultheissen und seiner Amtleute, endlich die Gerichts-Mahlzeiten, namentlich am St. Martins-Tage, eingeschoben sind.

Specialausgabe: Die älteste Gerichtsordnung von Basel von 1457, herausgeg. von J. *Schnell*, Basel (1841) 4°. Dem Texte, welchen kurze Anmerkungen begleiten (S. 1—23), geht eine historische Einleitung (S. V—VIII) voraus. — Wiederholt wurde vorstehender Abdruck mit der Aufschrift: „Erneuerte Satzungen über Stadtrecht und Rechtsgang“ in den *Rqellen* a. a. O. Nr. 148 S. 150—86. Eine ausführliche Inhalts-Darstellung sammt einleitender Bemerkung über die 3 Codices des Gerichtsbuches gibt *Frey* a. a. O. S. 13—49.

1459, Jun. 23. Die beiden Räthe 1
der Stadt Basel erkennen, dass, wenn man

in jedem Jahre einen Bürgermeister erwähle, „dann die Manne (Ritter) und ein Oberstzunftmeister ausgehen (d. h. bei dem Wahlacte nicht gegenwärtig sein) sollen, als das vor Zeiten auch gehalten worden sei". *Ochs* a. a. O. S. 17.

Dieser Rathsschluss wurde am 4. Juli 1482 vom Rathscollegium neuerlich bestätigt.

2 **1471**, Jul. 18. Kaiser Friedrich III. verleiht der Stadt Basel auf ihre (durch Ritter Hanns von Bernfels vorgetragene) Bitte das Recht, zwei Jahrmärkte, den einen vierzehn Tage nach Pfingsten und den andern vierzehn Tage vor Martini, abzuhalten, und erlaubt ihr zugleich, während dieser Zeit Aechtern und Aberächtern den Aufenthalt allda zu gestatten, im Uebrigen aber den Baslern [in Ansehung jener Jahrmärkte] die gewöhnlichen Freiheiten, wie andere namhafte Städte, vornehmlich Frankfurt und Nördlingen haben, gewährend. (R.) *Ochs* a. a. O. Bd. IV S. 205, 6; *Chmel* a. a. O. S. 613 nr. 6299.

In dieses Jahr fällt auch ein in der seit 1466 fortgesetzten Streitsache zwischen Bischof Johann von Venningen und der Stadt Basel wegen des Schultheissengerichts ergangener, freilich mehr die Natur eines blosen Sühneversuchs an sich tragender Schiedspruch, worin namentlich zu Gunsten der Stadt anerkannt worden, dass ihr das s. g. Unzüchtergericht und die Rechtssprechung über Erbe und Eigen, Friedbruch und Frevel verbleiben, und überdies der Rath näher festsetzen sollte, in welchen Grenzen künftighin die Appellation an das geistliche Gericht stattfinden könne. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 394—400 (m. S. 220).

3 **1474**. Das Capitel zu Basel verordnet, zum Theile nur ältere Satzungen erneuernd, „dass kein Geistlicher sein Testament vor dem Stadtgericht hinfüro machen; dass kein Basler Kind (nämlich unritterlicher Abkunft) Domherr des hohen Stifts seyn noch werden (nr. 22); dass kein Priester Bürger noch zünftig seyn solle". *Ochs* a. a. O. S. 342, 43 Note 1 (Extr.) mit S. 286, 87.

4 **1475**, Sept. 18. Die basler Räthe sammt den alten und neuen Sechser-Ausschüssen der Zünfte ordnen in Anbetracht der durch die vorhergegangenen „Kriegs-Läufte" eingetretenen schlimmen Finanzlage der Stadt, namentlich ihrer zu einer drückenden Last angeschwollenen Schuldzinsen, eine allgemeine, auf eidliche „Würdigung und Angabe" der Einzelnen basirte Vermögenssteuer („Markzahl"), und daneben noch ein „Frohnfasten-Geld", welchem selbst das Hausgesinde und die über 14 Jahre alten „öpferbaren" Kinder unterworfen erscheinen, sowie einen Fleisch-Pfennig an. *Ochs* a. a. O. S. 298—301. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 238 flg.

1474, Jul. 4. Beide Räthe zu Basel 5
führen einen aus ihrer Mitte und durch sie zu wählenden Fünfzehner-Ausschuss mit lebenslänglicher, nur wegen „Unehre" entziehbarer „voller Gewalt und Macht in der Stadt ehehaftigen Sachen, das gemein Gut berührend", ein. *Ochs* a. a. O. S. 366, 67; *Heusler* a. a. O. S. 389.

Die für das Collegium beabsichtigte Geschäftsordnung kam nie zu Stande, wie denn überhaupt die neue Schöpfung ohne wirklichen Erfolg fast spurlos vorüberging.

1488, Aug. 19. Kaiser Friedrich III. 6
bestätiget den Bürgern Basel's alle von seinen Vorfahren am Reiche ihnen ertheilten Rechte und Freiheiten, und verfügt noch insbesondere zu ihren Gunsten: a) Forderungen an die Stadt, welche vor dem Schultheissen und Stadtgerichte nicht eingeklagt werden könnten, und hinsichtlich deren eine gütliche Austragung nicht zu erreichen sei, sollten nur bei dem Kaiser „irem rechten herren und ordenlichen richtere" und bei des Reichs Hofgericht zu Rotweil, und „sunst an keinen andern enden noch gerichten" zur Vornahme und Verhandlung kommen, „doch einem yeden teile gebürlich appellation vorbehalten"; b) im Falle einer Ladung der Basler vor das kaiserliche Kammer- und des Reichs Hofgericht oder vor sonstige auswärtige Gerichte sollte sich der Rath und die Stadtgemeinde durch einen oder zwei „ir ratsfründ oder ander erber unverleumbt personen", die dazu tauglich und genugsam bevollmächtigt worden, gültig „in recht versprechen und vertreten", sowie durch dieselben auch die ihnen auferlegten „gewonlich eide tuon und sweren" lassen können; c) wegen kaiserlicher „sprüch und vordrung wider gemeine stat Basel" werde er oder einer seiner Nachfolger am Reiche keine Ladung derselben zufertigen, er habe sie denn zuvor „gütlich ersucht und ervordret und sy dagegen, als sich gebüret, verhöret"; d) es dürften die Bürger von Basel „umb unlaugper und verschriben geltschulden, zinss oder gülten, nach besag brief und sigel, so sy deshalben hetten, und als daselbst umb herkummen und gewonheit ist, pfenden"; e) dieselben seien im ganzen Reiche von allen Zöllen frei, welche nicht von Kaisern errichtet und verliehen worden, ferner f) befugt, alle bei ihnen sesshaften, weltlichen wie geistlichen Leute mit Steuern zu belegen, sowie g) jederzeit zu ordnen, zu setzen und zu entsetzen, was sie als der Stadt nützlich erkennen; h) die Bürger sollten sodann „all und yeglich ubeltetter, so an leib, leben und gut strafwirdig seien und bey in ergriffen und betreten und für sy bracht würden, umb solich ir verhand-

lung in irem Hof oder irem beslossen versamnoten rat ... nach des reichs recht richten und strafen"; desgleichen i) „macht und gewalt haben, all und yeglich ubelteter, so zu beschirmung der selben irer übeltat bey inen in einich freyung kümen, in den selben freyheyten bey tag und nacht zu bewaren und zu behüten, doch das sy an den selben personen ... nicht frevel hand anlegen, sunder das recht gegen in gebrauchen" möchten, überdies k) „all und yeglich ir beschediger ... wo sy die allenthalben in dem heiligen reiche betreten würden, annemen, die zu inen in die stadt oder andern iren gerichten füren und ... mit recht, wie sich gebüret, strafen" dürfen. Endlich l) sollte den Bürgern erlaubt sein, „all und yeglich ewig gülten und zinss, so geistlichem und weltlichem, niemand aussgeschieden, auf gemeiner stat Basel oder sundern heusern daselbst oder iren ligenden güteren, nichtz aussgenomen, versetzt oder verschriben oder auf die selben güter zu jarzeiten und sunst geslagen sind oder künftigklich erkauft oder geslagen werden, umb ein billich summ geltz abzukaufen und abzulösen, nemlich einen yeden schilling geltz mit einem guldin und ein pfund geltz mit zweinzigk guldin reinisch gemeiner landswerung"[49]). Zum Schlusse sichert der Kaiser der Stadt des Reiches Schirm und Schutz zu, und bedroht die Verletzer dieses Privilegs mit einer Pön zu 100 Mark Goldes. Unvollständig (nämlich ohne litt. e, f, g) gedruckt in den *RQuellen* a. a. O. Nr. 181 S. 211—13. Inhalts-Angabe bei *Ochs* a. a. O. S. 417, 18. Vgl. auch *Heusler* a. a. O. S. 411 flg.

7 **1494**. Oct. 27. Rath und Zunftmeister der Stadt Basel vereinbaren, wegen der in letzter Zeit vielfach vorgekommenen und ungestraft gebliebenen Todtschläge, „umbe solchen mit gottlicher hilf kunftiglich vor ze sinde", neue Strafstatute, und zwar a) eine „ordnung der todslegen halb", am Schlusse selbst als „erlutrunge" der früheren, noch bei Kräften bleibenden Stadtordnungen und Satzungen „stettfriden wundaten todslegen und einungen berürende" bezeichnet, worin von den Tödtungen und lebensgefährlichen Verwundungen, deren Verfolgung, Entschuldigung wegen Nothwehr, und Bestrafung mit Stadtverweisung, sowie dem hiebei zu beobachtenden Unterschiede zwischen Bürgern und Ausleuten, ferner von einigen Fällen gemeingefährlicher Unzuchten, wie Bedrohungen mit gezückten „geweren", Faustschlägen, Fussstreichen etc. gehandelt wird; b) Vorschriften „von der langen messer swert und taegen wegen", namentlich auch ein genaues Verzeichniss der Personen gebend, welchen „nachgelassen" ist, Degen zu tragen. *RQuellen* a. a. O. Nr. 190 S. 222—26.

Eine in den beiden letzten Decennien des XV. Jhdts., insbesondere in dem Zeitraume 1480—1497, in umfassender Weise angestrebte Reorganisation der gesammten städtischen Behörden und Einrichtungen zu Basel durch neue „Ordnungen über der Stadt Regiment, Wesen und Stand" ist des anerkennungswerthen Eifers der dafür eingesetzten Commissionen ungeachtet nicht zum Abschlusse gebracht worden. Vgl. *Heusler* a. a. O. S. 418—20.

In der bisherigen Darstellung konnte nun blos jener gesetzgeberischen Producte des basler Raths besondere Erwähnung geschehen, welche einen durchgreifenden, völlig umgestaltenden oder mindestens fortbildenden Einfluss auf das städtische Verfassungsleben als Ganzes geäussert haben. Viel reicher ist aber die Zahl jener Rathserlasse, deren Inhalt sich lediglich auf einzelne Punkte oder Fragen in den verschiedenen Rechtszweigen bezieht, und welche sich daher jenen Hauptstatuten entweder ergänzend oder erläuternd oder Einzelnes modifizirend anschliessen. Theilweise hatte diese kleineren s. g. Raths-Erkenntnisse schon *Ochs* in eigenen Abschnitten seiner Geschichte [z. B. Bd. II S. 346 flg. III S. 162 flg. 528 flg. V S. 8 flg. 43 flg. u. s. w.] besprochen oder wohl auch in Auszügen mitgetheilt, sowie eine systematisch-chronologische Uebersicht derselben *Schnell* in der Ztschr. f. schweizer. Recht a. a. O. S. 76—85 gegeben[50]). Jetzt bieten aber einen vollständigen, nach der Zeitfolge geordneten, kritisch genauen Abdruck aller uns erhaltenen wichtigen Rathsverordnungen und Beschlüsse, von welchen freilich nur wenige der Zeit vor dem grossen Erdbeben anzugehören scheinen und die datirten erst mit 1360 beginnen, die *RQuellen* von Basel a. a. O. S. 24—227. Von diesen sollen nun im Nachfolgenden die rechtshistorisch-bedeutsamsten, unter Beifügung der fortlaufenden Nummern der Sammlung, namhaft gemacht werden.

A. Verhältnisse der Stadt Basel zu auswärtigen Herrschaften: Vertrag mit dem Landvogte von Oesterreich „von der bastarten verlassenen guetz wegen" v. 1468 (nr. 157).

B. Gemeinde-, Raths- und Gerichtsverfassung: Jahreid der Hintersassen vor Rath und Zunftmeister und Aus-

---

49) Vgl. W. *Arnold*, Zur Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten, Basel 1861 8°., S. 302 flg.

50) Vgl. auch *Frey* a. a. O. S. 8 flg.

schliessung derjenigen, welche „ungehorsam sint und nit swerent zu rechten ziten", von der Freiheit vom gerichtlichen Güter-Verbote wegen Schulden 1420 [nr. 110]; Unfähigkeit der im Banne Befindlichen zum Raths- und Gerichts-Beisitze 1405 [nr. 78].

C. Polizei: Ahndung muthwilligen Schwörens, Scheltens, Fluchens und Aufstellung eigener, durch den Schultheissen zu wählender „lüsener über swüre" 1397—1490 [nr. 56, 94, 135—37, 147, 185]; Bestrafung liederlicher und arbeitsscheuer Leute „die offen verrücht riffian sin wellent" 1417 [nr. 103]; Tracht der Dirnen, „die kuntlich und offenbar sind", sowie Nachtpfändung derjenigen, „so nit elich sind, by einander sitzen oder teglich wandlung in uppikeit zesammen haben", durch den Stadtknecht 1482 [nr. 167]; Beschränkung „lichtfertiger frouwen" auf bestimmte Wohnplätze — „uff den Koleberg, zur luse, in die maletzgassen oder gen spittelschüren 1480 [nr. 166]; Besserung bei Feuerverwahrlosung 1418 [nr. 104]; Messfreiheiten — „frye und sicher trostung und geleit" — und Verlust derselben 1472 [nr. 161, 163]; Pflichten der „underkoufer" und Lohn der „rosse underkoufer" insbesondere 1409—12 [nr. 91, 97]; Obliegenheiten der „koufeler", Trödler 1420 [nr. 108].

D. Criminalrecht: Strafwürdigkeit der Schiffleute[51]), welche „iemanden ertrenkent und lüte und guet frevelichen und on sorge hinlesseclich verfürent", gegenüber jenen, bei welchen etwa „solichs von geschicht zueviele" 1438 [nr. 125]; „Beschowung der wundaten durch drie erber man" und Bezeichnung der als „wundat"[52]) im Gegensatze zur „unzucht" erscheinenden Delictshandlungen 1449 [nr. 139]; „wundatten und geloufe fremder harkomen knechte" 1381, 1444 [nr. 31, 133]; Kindes-Aussetzung — „welche frow das hinnantfür tut und sich das erfindet, daz man die in den Rin werfen wil" 1426 [nr. 114]; Meineid[53]) und Gleichstellung des Eidbruches mit demselben hinsichtlich der Bestrafung 1411, 1487 [nr. 7, 93, 179]; Betrug bei Verpfändungen 1430 [nr. 118]; Wucher 1417 [nr. 101]; Real- und Verbal-Injurien der „buben die weder masse, messer noch taegen und ouch kein hosen tragent", sowie der „offenen huren" 1406 [nr. 85]; Amtserschleichung durch Bestechung 1405 [nr. 79]; Ehebruch 1457 [nr. 149].

E. Privatrecht, und zwar a) allgemeines Personenrecht: Rückforderung der „jar und tag in der stat unversprochen versessenen eigen lüte" durch ihre früheren Herrn 1440, 1449 [nr. 9, 127, 141]. — b) Familienrecht: „Eeloben one der kinder vatter und muter willen" um 1450 [nr. 143 lit. i]; Morgengabe 1419 [nr. 106]; Widum der Eheleute „an ligende gut, so in der ê gewunnen, erobert oder kouft worden" 1424 [nr. 113]; gegenseitige Haftung „zweier êliche gemechte, die werbende sint, und ir gewerbe durch merschatzung willen mit koufen und verkoufen gehept hant und habent, sy sitzent offenlich ze laden oder nyt", für die in der Ehe gemachten Schulden 1419 [nr. 105]; besondere Verpflichtung der „êlichen wirtin" eines Kaufmanns, für ihn, will sie denselben „zu irem drittenteil erben, ouch zu irem teil ze gelten, wand das götlich und recht ist und damit niemant, der sin gut verkouft, usgit und borget, betrogen wirt" 1396 [nr. 54]; Nicht-Verlust des „êrecht" einer Frau bei Verurtheilung des Mannes wegen einer Missethat 1362 [nr. 15][54]). — c) Sachenrecht: Eigenthums-Ansprache auf „roibiges gut" 1373 [nr. 28]; Aufsuchung des „weren" bei Fahrnissklagen 1364 [nr. 18]; Pfandrecht, insbesondere Gleichstellung jenes an liegenden Gütern mit dem an fahrendem Gute in Ansehung der Verwerthung 1449 [nr. 140]; Pfändung für Miethzins 1394 [nr. 52], für verfallene Ackerzinsen 1401 [nr. 67], und bei Vieh-Ueberweidung 1444 [nr. 134]. — d) Forderungsrecht. Rechtsfolgen der Nichterfüllung beschworner oder im „koufhuses buch" oder im Buche des Schultheissengerichts eingeschriebener Zahlungsversprechen 1417, 1421 [nr. 100, 112]; Kraftlosigkeit aller wucherlichen Verträge mit „jungen torrechten lüten" 1432 [nr. 120]; Wirkungen verweigerter „giselschaft" 1387 [nr. 42][55]). — e) Erbrecht: Successions-Beschränkung der Töchter „über Rin" bezüglich liegender Güter, Eigens und Erbes 1362 [nr. 16]; Gatten-Erbfolge in „hussrat und silberin geschirre" 1408 [nr. 87]; Abzüge von den Erbschaften, „so die frömden erbent" 1433 [nr. 124]; Ungültigkeit der „gaben, beschikunge und ordenunge von eigenen und erbgütern wegen", welche nicht „vor des schultheissen gerichte beschehent nach desselben gerichtes und der stat recht und gewonheit" 1386 [nr. 39]; Zuwendungen unter Ehegatten 1441, 1451 [nr. 130, 144]; „gaben in siechtagen" 1390 [nr. 50]; Vermächtnisse und Seelgeräthe 1401 [nr. 69]; Gestattung letztwilliger

51) Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 141.

52) Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 231 flg.

53) Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 391.

54) Ueber das basler eheliche Güterrecht des Mittelalters s. *Schnell* im Sammelwerke v. 1856 S. 335—38.

55) Vgl. zu dieser Stelle *Heusler* in der Ztschr. f. schweizer. Recht IX, 73.

Uebergehung solcher Kinder, welche „ire lebendigen vatter oder muter veruntruwetent und die understundent ze enterbende", im elterlichen Testamente 1431 [nr. 119]; Verbot, eine Vergabung und Beschickung „mit gewalte unervolget des rechtes" geltend zu machen 1402 [nr. 74][56]).

F. Process: Busse für grundlos erhobene Friedbruchs- und Frevelklagen 1401 [nr. 68]; Strafe wahrheitswidriger Erbietung zum Unschuldseide 1401 [nr. 70]; Recht des Beklagten, vor dem Kläger „des ersten einen fursprechen sich geben zu lassen" 1403 [nr. 77]; Rechtskraft und Vollstreckung der „urteil" und „gebotte" des Schultheissengerichts 1387 [nr. 43, 44]; Schuldhaft 1458 [nr. 150]; Appellation 1454, 1472 [nr. 146, 162]. — Ordnung des Nachgerichts 1433 [nr. 122]; des Vogts-Gerichts auf dem Kolinberg 1465 [nr. 154]; des grossen Gescheids 1491 [nr. 186]; des kleinen zu St. Alban oder Rebleute-Gescheids 1469 [nr. 159][57]).

Anhang: Klein-Basel.

J. J. *Spreng*, Der minderen Stadt Basel Ursprung und Alterthum, Basel 1756. 4°. Vgl. *Fechter* in der Schrift: Basel im XIV. Jhdt. S. 131 flg. *Heusler*, Verfassungsgeschichte S. 355—64.

1 **1274**, Aug. 25. Bischof Heinrich III. (von Wälsch-Neuenburg) setzt den Bürgern von Klein-Basel, um sie für die Mühen und Kosten, welche ihnen die Ummauerung ihres Fleckens verursacht hat, zu entschädigen, das Gewerf bis auf einen Jahresbetrag von 40 Pfund herab:

„Wir Heinrich von Gottes gnaden Bischof ze Basile tun kunt alrmengelichem, dz wir mit rate und mit willen unsers Capitels gemeinlich unsern lieben Burgern von enren Basile, die michel koste und michel arbeite an libe und an gute hant gehabt, daz si den selben vlecken und die selbun stat hant gebuwen und gevestet und noch fürbaz mit ir kosten müzen buwen und vesten, die gnade han getan, dur daz si deste baz luste ze buwenne und da ze belibenne, daz si uns jergelich nicht wand vierzec phunt phenninge geben sulen ze gewerfe unde die geben sulen ze sant Martins mes, unde weder wir noch unser nachkomen me von inen vordern oder nemen sulen ze gewerfe, wand diu selben vierzig phunt, und daz uns und unsern nachkomen der benügen sol. Und sol diz ding uns und unsern nachkomen enhein schade sin an unsern gerihten und andern rehten unde diensten ze enren Basile, wand al ein an dem gewerfe. Waere aber daz si gegen uns oder unsern nachkomen nicht erkanden die gnade, die wir inen han getan, und bedehtecliche und gemeinlich ungehorsam wurden der rehte und der dienste, der si schuldig sint, so sol si dirre brif umbe dz gewerfe nimme vervan unde sol disiu gnade unde disiu gesetzde von dem gewerfe abe sin. Dur daz diz stete belibe, so ist dirre Brief besigelt mit unsern, unsers Capitels und unserre stat von Basile Jngesigeln. Diz geschach ze Basile do von unsers Herren iesu christi geburte waren zwelf hundert subenzig und vier iar, an dem nehsten samztage nach sante Bartholomei tage dez Zwelfbotten". *Fechter* im Archive f. Schweizer. Geschichte Bd. *XI* S. 27, 28.

Beigefügt ist: a) die Consens-Erklärung des Capitels, und b) die Unterfertigung der „gezuge". Letztere ist nun von ganz besonderem rechtshistorischen Interesse, weil sie uns neben dem Bürgermeister und Vicedom drei „ritter von dem rate", ferner ausser dem Schultheissen acht Urkundspersonen „dez Rates von den Burgern", endlich fünfzehn „dez Rates von den zünften" vorführt. Es findet daher in diesem Documente *Fechter* das Hauptunterstützungsmittel für seine Ansicht (a. a. O. S. 28—35), dass schon unter Bischof Heinrich von Neuenburg die Zünfte, mit politischer Bedeutung bekleidet, ihre Repräsentanten in den Rath geschickt hätten. Allein vorurtheilsfreier hat doch wohl diese immerhin auffällige Erscheinung *Heusler* a. a. O. S. 130, 31 erklärt, wenn er sagt: „an dauernden Beisitz der Zünfte im Rath zu denken, sei unzulässig schon wegen der damaligen socialen Stellung der Zünfte überhaupt und noch insbesondere, weil die Zeugenreihen der Rathsurkunden aus jener Zeit keine Handwerker aufführten. Somit könne es sich einzig um Zuziehung des Gedigens zum Rathe handeln, wie es schon früher geschehen wäre".

1285, Oct. 29. König Rudolph I. verleiht der Stadt Klein-Basel und den allda wohnenden, sowie künftig dahin ziehenden Bürgern die Freiheiten und Rechte von Colmar und einen Wochenmarkt, dabei ausdrücklich bestimmend, dass durch diese seine Begnadung an der bisherigen Steuer- und Dienstpflicht der Bürger dortselbst gegenüber dem Bischofe von Basel nichts geändert werden sollte: 2

„Rudolphus, Dei gratia Romanorum Rex semper Augustus, universis sacri Romani Jmperii fidelibus presentes literas inspecturis gratiam suam et omne bonum. Etsi regalis benignitas se recognoscat cunctis suis fideli-

56) Ueber das altbasler Erbrecht s. *Schnell* a. a. O. S 330—35, 340—48.

57) Ueber diese Gerichte s *Schnell* a. a. O. S. 361 flg. und in der all. Ztschr. II, 116 flg. 134 flg.

bus debitricem, specialiter tamen debet pre ceteris, votis principum, quorum presidio veluti per columnas egregias et suo vigore et soliditate continua fidelius Romanum imperium conservatur, placidius complacere. Sane cum venerabilis Heinricus Basiliensis episcopus, princeps et secretarius noster charissimus, tam clarus erga nos et memoratum imperium semper in fide et devotione perstiterit, sicut in multis necessitatibus nobis tribuit preclaris operibus perfectius experiri, quod dignum utique judicamus ipsum debere in gratiis conferendis aliis anteponi: Nos ipsius precibus favorabiliter inclinati, et volentes semper omnia adimplere, que sibi noverimus profutura, ulteriorem Basileam, hoc est oppidum ultra pontem Basiliensem, constantiensis diocesis, ex plenitudine potestatis regiae libenter et liberaliter liberamus. Eidem oppido et civibus in eo commorantibus et ad ipsum confluentibus ad morandum, dum recepti fuerint in concives, easdem libertates, gratias, immunitates et jura concedimus, quibus gaudent cives nostri et oppidum Columbariense, et quibus hactenus sunt gavisi; salvo tamen, quod homines illustrium Alberti et Rudolphi ducum Austriae et Styriae, filiorum nostrorum, nec non nobilis viri Otthonis de Roetelen ibidem recipi non debeant in concives, nisi eo jure, quo hactenus est consuetum. Ad haec in dicto oppido, utpote in loco ad id apto et habili, hebdomadale forum singulis feriis quintis duximus edicendum, volentes et hoc regali edicto mandantes, ut omnes qui pro emptionis et venditionis commercio exercendo ad ipsum confluxerint, nostra et imperii protectione congaudeant et forensium libertatum privilegio. Ceterum statuimus et volumus, quod cives predicti prefato episcopo et suis successoribus in talliis, stüris, exactionibus, nec non in expeditionibus et modis aliis servient, sicut ante libertatem hujusmodi consueverunt; quod qui facere renuerint, tunc ipsi predicta libertate carebunt et cadent penitus ab eadem. In cujus rei testimonium presens scriptum majestatis nostre sigillo fecimus communiri. Datum Lucerne. IIII. Kal. Novembris, indictione XIIII^ta. Anno Domini M°. CC°. LXXXV°. Regni vero nostri anno XIII^tio."

Abdrücke bei *Spreng* a. a. O. S. 47 flg. *Ochs*, Gesch. Bd. I S. 431, 32 und *Trouillat*, Monuments Tom. II Nr. 324 p. 419, 20.

3 **1309**, Nov. 13. Bischof Lütold [von Rötelen] bestätigt den Bürgern „von der Enren Basile" die ihnen durch Bischof Heinrich III. gewährte Ermässigung des zu Martini fälligen Gewerfes auf 40 Pfund, und ertheilt die Zusicherung, dass sie von ihm nur einen Mann „ze Schultheizzen" erhalten sollten, „der bi inen seshaft" ist. *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 396 p. 655, 56.

Zwischen vorstehender und der ersten kleinbasler Handfeste von 1274 liegen die Confirmationen letzterer durch die Bischöfe Heinrich von Isena v. 1277 und Peter von Asphelt von 1297 in Mitte, welche noch ungedruckt sind. Es lässt sich daher nicht bestimmen, ob zuerst Bischof Lütold, oder ob schon einer seiner Vorgänger die Zusicherung bezüglich des Schultheissenamts, welche, was *Heusler* a. a. O. S. 357 übersieht, der Handfeste von 1274 noch fehlte, in dieselbe aufgenommen habe.

1340. Der Rath der Stadt Colmar ertheilt jenem zu Klein-Basel, wahrscheinlich auf dessen Ersuchen, eine Rechtsbelehrung darüber, was unter den durch König Rudolph den Bürgern letzterer Stadt verliehenen colmarer Freiheiten und Rechten [nr. 2] zu verstehen sei —: „daz unsere recht, die wir hant, und ouch unsere gesetzde von künigen und keysern zwanzig jar und me vor künig Rudolfs ziten alsus sind [1]): wer zu uns kunt in unser stat und da bi uns sitzet jar und tag unversprochen, man spreche in denne an und gewinne in denne mit gerichte in der jaresfrist, den haben wir für unser und haben ouch danethin niemant me von im ze antworten. Were och, daz er stürbe, so sol in nieman erben, wan sin wip oder sine kind, oder die denne sin nehsten erben sind. Ez ist me ze wüssende, daz nieman den andern erzügen mag, denn jeder mit sinem genossen, ein burger mit eim burger und ein selder mit eim selder" [2]). *Heusler* a. a. O. S. 358. 4

1355. Bischof Johann [Senn von Münsingen] befreit die Bürger zu Klein-Basel wegen erlittenen grossen Brandschadens auf den Zeitraum von zehn Jahren von dem (in 40 Pfund bestehenden) Gewerfe. (R.) *Heusler* a. a. O. S. 357 Note 1. 5

1365, Apr. 30. Kaiser Karl IV. bestätiget auf ernstliche Bitten des Bischofs von Basel dem Schultheissen, dem Rathe und den Bürgern des mindern Basels, seinen und des heil. Reichs lieben getreuen, die Freiheit und Gnade, a) „daz si burgere nemen und emphahen sullent zu gelicher wise als die burger von Colmar", und dass, „wolte jeman dheinen irer burger oder seldner erzugen, man daz tun sol mit sinem genossen, ein burger mit einem burger und ein selder mit einem selder, als recht ist und die von Colmar ir 6

1) Vgl. Colmarer RBrief v. 1293 §§. 14. 34, 5 (*Gaupp's* Dtsch. Stadtrechte I, 117, 120, 116).

2) Ueber diesen Ausdruck s. r. *Orelli* in der Ztschr. f. schweizer. Recht IX, 99.

recht haltend"; b) dass kleinbaaler Bürger nur vor ihrem Schultheissen mit Klagen belangt werden dürfen, es sei denn, dass dieser den Kläger rechtlos liesse, in welchem Falle Letzterem unbenommen sein solle, anderswo zu klagen; endlich c) dass Niemand von einem Bürger Klein-Basel's Grundruhr auf dem Rheine zu nehmen befugt sei. *Heusler* a. a. O. S. 358, 59 [Extr.]; Inhaltsangabe b. *Ochs* a. a O. S. 202, 3.

Klein-Basel, früher „enrun" d. h. jenseitiges, nachher „minren" Basel geheissen, in kirchlichen Dingen der constanzer Diöcese einverleibt, sehen wir bereits in der zweiten Hälfte des XIII. Jhdts. von der blosen „villa" zur „civitas" emporsteigen, über welche der Bischof von Basel seine stadtherrlichen Gerechtsame durch einen „scultetus" ausüben liess. Diesem stand bereits 1278 ein aus den scabini des Schultheissengerichts hervorgegangener städtischer Rath („consules") zur Seite, neben welchem dann in jüngerer Zeit noch ein Fünfer-Collegium für Bau-Angelegenheiten angetroffen wird.

Im J. 1375 kam nun Klein-Basel in den Besitz Herzog Leopold's von Oesterreich, welchem die Stadt Bischof Johann von Vienne für die Summe von 30,000 Gulden zu Pfand gegeben hat. Leopold's Söhne verpfändeten jedoch 1386 Klein-Basel weiter an Rath und Gemeinde „der mehreren Stadt Basel", welchen es dann im J. 1392 gelang, den pfandweisen Besitz auf dem Wege des Kaufes in wirkliches Eigenthum umzuwandeln. Von da an verschmolzen beide Städte zu Einem politischen Gemeinwesen. Vgl. *Ochs* a. a. O. S. 233—36, 307 flg„ 327—29.

LXIV. Baunach.

(Bayern, Franken.)

G. L. *Lehnes* „Geschichte des Baunach-Grundes in Unterfranken" im Archive des histor. Vereins für Unterfranken Bd. VII (1842) Heft 1 S. 1—216. [Mit Urkunden-Anhang. Die Geschichte des Hauptortes selbst tritt leider! in der Darstellung zu wenig hervor.] Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 808 flg.

1 **1328**, Apr. 22. Kaiser Ludwig IV. ertheilt seinem Secretäre, dem Grafen Friedrich von Truhendingen, auf dessen Bitte die Erlaubniss, dass derselbe seinen Ort Baunach zur befestigten Stadt erhebe, daselbst einen Wochenmarkt einführe und Gerichtsbarkeit ausübe, indem er zugleich dem besagten Städtchen alle Rechte und Freiheiten der Stadt **Bamberg** verleiht:

„Ludovicus, Dei gratia Romanorum Imperator semper Augustus, singulis et universis, ad quos presentes deveniunt et quibus oportunum stare fuerit, gratiam suam et omne bonum. Imperialis preeminentie sublimitas requirit et exigit celsitudo, ut universos devote nobis constanter et fideliter famulantes condignis debeamus remunerationum largitionibus prevenire, ut spe ejusdem remunerationis ceteri ad nostra et imperii fructuosa obsequia eo ferventius et confidentius animentur. Notum igitur esse volumus tam presentibus quam futuris, quod nos advertentes devotionem, fidelitatem et constantiam, per experientiam semper approbatas nostri fidelis Secretarii Friderici de Truhendingen comitis, suisque petitionibus majestati nostre per nobilem virum Conradum seniorem de Truhendingen, ejus primogenitum, porrectis favorabiliter annuentes, eidem autoritatem, facultatem et plenum posse damus et concedimus, dedimus et presentibus concessimus, construendi, edificandi et faciendi civitatem munitam in Baunach ipsamque muris, fossatis et quibuslibet munimentis aliis sibi competentibus, quibus muniri cetere sunt solite civitates, firmiter muniendi [1]), hebdomade forum in ipsa, quocunque die id acceptandum et per forenses visitandum decreverit et evenerit, proclamandi et [2]) celebrandi, impedimento nullo aut contradictione aliqua prorsus obstante, judicium sive judices saltem successive ponendi, qui super universis et singulis casibus et excessibus, corpus, mutilationem membrorum, bona sive res attingentibus, nostra imperiali suffulti autoritate, judicandi plenariam et liberam habeat et habeant [3]) facultatem, dummodo casus et excessus judicio pertineant seculari. Volumus siquidem dictam civitatem Baunach uti et gaudere omni jure, libertate, immunitate et gratia, quibus civitas **Bamberg** hactenus usa est, et ex nunc denuo frui potest et gaudere. In cujus rei testimonium evidens presentes conscribi sigilloque nostre majestatis jussimus communiri. Datum Colonie [4]) apud Sanctum Petrum, vicesima secunda die mensis Aprilis, indictione XI, Anno Domini millesimo trecentesimo vigesimo octavo, Regni nostri anno quarto decimo, Imperii vero quarto." In J. Fr. *Gruneri* Opuscula ad illustrandam hi-

---

1) Diese bei L. gänzlich fehlenden Worte stehen bei *Gr.* erst nach „prorsus obstante".

2) *Gr.* hat an dieser Stelle die hier keinen Sinn gebenden Worte: „multo minus." Sollten sie vielleicht nach „nullo aut" einzurücken sein?

3) *Gr.* „habeant et habeat".

4) Der Ausstellungsort muss in „Rome" verbessert werden. *Böhmer's* Reg. Ludov. S. 60 nr. 992.

storiam Germaniae pertinentia Vol. I (Coburg. 1760. 8°.) Nr. VIII, 8 p. 271—74; unvollständig b. *Lehnes* a. a. O. Beil. Nr. II S. 184, 85.

2 **1341**, Jun. 15. Kaiser Ludwig IV. erneuert für den Grafen Heinrich von Truhendingen und dessen Erben das vorstehende Privileg in deutscher Sprache:

„Wir Ludwig von Gotes Genaden Römischer Kayser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, veriehen offenlich an diesem Brieff, vnnd thun kundt allen den, die in ansehen oder hören lössend, dass Wir dem Edlen Mann, Heinrichen Graven zu Thrüdingen und seinen Erben, durch der danckbahren Dienst willen, die er vnnss vnnd dem Reich gethan hat, vnnd noch thun mag, die Gnadt gethan haben, vnnd thun noch mit diesem Brieff, dass er vnnd seine Erben Baunach seine Stadt vesten vnnd bauen sollent vnnd mögent, mit Maurn vnnd Graben vnnd mit andern Sachen, damit mann ein Stadt vesten sol, vnd geben derselben Stadt solche Recht, als **Bamberg** die Stadt hat, mit Stock vnnd Galgen, vnnd dass sie da Richter setzen sollen vnnd mögent, die richtent solche Sach, die Peinlichen Gerichten zugehörent; auch geben wir derselben Stadt einen Wochen Marck vff den Montag Allermänniglichen zusuchen mit seiner Kauffmannschafft zu kauffen vnnd zuverkauffen, vnd wer denselben Marck suchen will mit seiner Kauffmannschafft, dem geben Wir Vnnsern vnd des Reichs . . . . . [5]) getrewen Fürsten, Graven, Freyen, Dienstleuthen, Vitzthumen, Ambtleithen, Pflegern, Richtern, Stetten, Riettern, Knechten, Edlen vnnd Vn Edlen, wie sie genant seindt, vestiglichen, dass sie alle die schirmen, die den Marck suchen wollen, vnnd nit gestatten, dass iemands leidig- noch beschwehre, in kein Weiss, als lieb ihn Vnnser vnnd des Reichs Hulde seindt. Darüber zu Vrkundt geben Wir im diessen Brieff versicherten mit Vnnsserm Käysserl. Insiegel, der geben ist zu Franckfurth an St. Viti tag nach Christi Geburth dreyzehen Hundert Jahr, vnnd darnach in dem ein vnnd Vierzigsten Jahr, in dem Sieben vnd zweinzigsten Jahr Vnnssers Reichs, vnnd in dem Vierzehenden Vnssers Kaysserthumbs.“ Bei *Gruner* l. c. Nr. VIII, 9 p. 274—76.

Lehnes, welcher eine Abschrift vorstehender Urkunde von 1654 vor sich gehabt zu haben scheint, hält dieselbe für einen erst in dem eben genannten Jahre „ausgefertigten deutschen Extract“ des unter nr. 1 aufgeführten Privilegs, welches er übrigens nur in einer verstümmelten Copie vergleichen konnte, und kommt zu der irrthümlichen Annahme, dass überhaupt blos ein einziger Rechtsbrief vom J. 1341 existire.

Baunach, noch zum Radanzgaue gehörig, und bereits 804 urkundlich erwähnt, sowie 823 durch Bischof Wolfger von Würzburg mit einer Kirche beschenkt, war von den Herzogen von Meran an das gräfliche Geschlecht von Truhendingen gekommen. Graf Johann sah sich aber 1382 genöthiget, den Ort, welcher der beiden Ludwig'schen Privilegien ungeachtet sich doch niemals zur wirklichen Stadt emporzuschwingen vermochte, an den Bischof Lambert von Bamberg um 15,000 Gulden unter der Bedingung der Wiedereinlösung zu verpfänden. Da aber dieser Vorbehalt niemals realisirt werden konnte, so fiel der Flecken 1385 eigenthümlich dem genannten Bisthume zu, von welchem ihn dann successive verschiedene ritterschaftliche Familien Franken's, so im XIV. Jhdt. die von Giech, im folgenden die von Rotenhan, zu Lehen hatten.

Bautzen. LXV.

(Kgr. Sachsen, Ober-Lausitz.)

A. *Böhland*, Geschichte der Ober-Lausitz und ihrer alten Hauptstadt Budissin, das. 1831. 8°. C. *Wilke*, Chronik der Stadt Budissin (Bautzen) von Erbauung der Stadt bis zum J. 1830, nach den Quellen bearbeitet [mit in den Text eingedruckten Urkunden], Budissin 1843. 8°. Die beste Uebersicht der politischen und Rechts-Geschichte Bautzen's gewährt übrigens Th. *Scheltz*, Gesammt-Geschichte der Ober- und Nieder-Lausitz nach alten Chroniken und Urkunden bearbeitet, Bd. I (Halle 1847. 8°.) S. 40, 47, 51, 62, 84, 95, 178, 224, 267, 282, 284, 401, 403, 408, 465, 545, 551, 568 u. s. f.

Die vollständigste Sammlung der bautzener Urkunden, insonderheit auch der sehr zahlreichen domkapitelschen, bis zum J. 1346 bietet G. *Köhler's* Codex diplomaticus Lusatiae superioris, Bd. I (2. Aufl.) Görlitz 1856. 8.°.

1262 [1282?], Jul. 13. Die Markgrafen Otto IV. und Konrad von Brandenburg bestätigen den Bürgern ihrer Stadt Bautzen die Gerichtsbarkeit über alle von den markgräflichen Lehensleuten innerhalb des Stadtgebietes begangenen Verbrechen — „confir- 1

5) Hier fehlen im Abdrucke einige Worte, vielleicht: „Schutz, vnd versehen vns zu allen Vnnsern vnnd des Reichs.“

mamus jura ipsorum, que eciam coram nobis sufficienter et certissime sunt probata, jura videlicet: queque fierent violencie, offensiones, lesiones, volnera, homicidia, furta, rapina per aliquos nostros vasallos in civitate Budessin vel extra muros civitatis dicte, videlicet infra metas aut terminos civitatis ejusdem, qui volgariter flurzune vocantur [1]), damus et conferimus rite et racionabiliter omnes predictos excessus, cujuscunque condicionis fuerint, in predicta civitate perpetuis temporibus judicandos." *Tzschoppe* und *Stenzel*, Urkundensammlung Nr. LXXIV S. 397, 98; *Köhler* a. a. O. Nr. LIV S. 86, 87; *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. II Bd. VI S. 7.

Das Original des Rathsarchivs hat allerdings die Jahrzahl 1262, und zwar nicht in Ziffern, sondern in Zahlenworten ausgedrückt. Allein schon Chr. G. *Käuffer*, Abriss der Oberlausitzischen Geschichte Bd. I (1802) S. 108 hat die Richtigkeit jener Zeitangabe beanstandet und auf das J. 1282 als Entstehungsjahr des Privilegs hingewiesen, worin ihm nun sämmtliche Herausgeber desselben sowie *Scheltz* beipflichten. Als Gründe hiefür werden geltend gemacht: a) dass Markgraf Konrad erst seit 1267 urkundlich auftritt, und b) die Mehrheit der Zeugen des hier in Frage stehenden Rechtsbriefes in den beiden unter Nr. 3, 4 aufzuführenden Privilegien v. 1282 wieder begegnet.

2 **1272**, Jan. 19. Die markgräflichen Brüder Johannes II., Otto IV. und Konrad von Brandenburg schenken ihrer Stadt Bautzen „universa bona in Ottelwicz, ut fruantur eisdem bonis ad habenda paschua eternaliter suo gregi, et ut paschant ibidem sua pecora universa." *Köhler* a. a. O. Nr. LX S. 96, 97; *Riedel* a. a. O. S. 12.

3 **1282**, Aug. 24. Die brandenburgischen Markgrafen Otto IV. und Konrad befreien für 70 Mark Silbers die Stadt Bautzen von dem bis dahin üblich und dabei ziemlich drückend gewesenen Marktzolle —: „volumus esse notum, quod nos attendentes et ponderantes gravamen et honera, que imminebant omnibus forum Budessen visitantibus per grave thelonium, quod nostri advocati, monetarii ac ceteri nostri officiales ibidem actenus recipere consueverunt, de maturo (virorum) nostrorum consilio pure propter deum civitati nostre Budessin ac burgensibus inibi commorantibus ab omni forensi thelonio tam in civitate quam extra civitatem dedimus perpetuam libertatem, ita quod nec nostri advocati, monetarii aut aliquis ex parte nostra ibidem recipere debeat aliquod forense thelonium, nec de equis, vaccis, porcis, ollis, scutellis, pino [2]), nec eciam de mercimoniis universis, quia dictam nostram civitatem ab omni thelonio forensi liberam et solutam volumus perpetuo permanere. Pro memoria(li) istius donacionis et gracie a dictis nostris burgensibus recepimus argenti septuaginta marcas ad evidenciam firmiorem". *Gercken*, Cod. dipl. Brandenburg. Tom. VIII p. 638, 39 (unvollständig und fehlerhaft); *Riedel* a. a. O. Bd. I S. 139; *Köhler* a. a. O. Nr. LXVIII S. 109, 10.

1282, Aug. 24. Markgraf Otto IV. von Brandenburg beurkundet vorstehenden Verkauf des Marktzolls für 70 Mark Silbers an die Stadt Bautzen, und bestimmt, wie diese Summe durch allgemeine Beisteuer aufgebracht werden solle —: „volumus itaque, quod quicunque ea libertate frui perpetuis temporibus voluerint et gaudere, quod hij debent aliqua de bonis suis addere, per que nobis data pecunia persolvatur; sin autem, dabunt teloneum suum forense, quod antea, quam ista nostra emptio fieret, dare universaliter consueverunt." *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. LXXV S. 399; *Köhler* a. a. O. Nr. LXIX S. 110, 11. 4

1284 [1287?], März 29. Die Markgrafen Otto IV. und Konrad von Brandenburg erlauben den Bürgern ihrer Stadt Bautzen, daselbst ein Kaufhaus zu errichten und die Einkünfte daraus zu gemeindlichen Zwecken zu verwenden, dabei bemerkend, dass sie für diese Bewilligung von Letzteren bereits 10 Mark stendaler Silbers empfangen hätten —: „fidelibus nostris, burgensibus civitatis Budessin et communitati ejusdem liberam dedimus facultatem sive licentiam in predicta nostra civitate Budessin construendi et edificandi domum mercatoriam, quod in volgari ein kophus dicitur, in loco ubi ipsis burgensibus magis videbitur expedire et prenotate similiter civitati, volentes, ut universi proventus dicte domus ad usus proveniant civitatis nec ad nos de hiis aliquid pertinebit, sed cum omni jure hec eadem domus ad civitatem pertinere debebit, utpote alie domus in aliis civitatibus mercatorum videlicet pertinere ad civitates alias videbuntur. Pro hujusmodi licentia burgenses predicte civitatis nobis decem marcas argenti Stendaliensis et ejusdem ponderis persolverunt." 5

---

1) Eine „distinctio judicii Budessin", d. i. Bezeichnung der Grenzen des Gerichtssprengels, enthält eine Landtheilungs-Urkunde v. 1. Mai 1286 b. *Köhler* a. a. O. Nr. LVIII S. 93 Z. 6 flg.

2) Töpfe, Schüsseln und Schnitzereien aus Fichtenholz.

Chr. Gtf. *Hoffmann*, Scriptt. rerum Lusatic. Tom. IV. p. 173; *Wilke* a. a. O. S. 46, 47; *Riedel* a. a. O. S. 174; *Köhler* a. a. O. Nr. LXXII S. 117, 18.

Auch hier erregt die im Originale des Stadtarchivs befindliche Jahrzahl 1284 gegründete Bedenken, und *Scheltz* a. a. O. S. 179 m. Note 10 setzt daher die Urkunde, dem *N. Lausitzer Magazine* Bd. XXI (1844) S. 396—99 folgend, in das J. 1287.

6 **1304**, Dez. 13. Markgraf Otto IV. von Brandenburg thut „fideli famulo domino Buringo" zu wissen: „quod dilecti sui cives in Budissin nullam prorsus debeant dare precariam de molendino et aliis bonis, de quibus dant exactionem in civitate sive consagittacionem, quod scotz volgariter nuncebatur."[3]) *Worbs* im N. Laus. Magaz. Bd. VIII S. 179; *Riedel* a. a. O. S. 262; *Köhler* a. a. O. Nr. CXV S. 177.

7 **1307**, Aug. 28. Die Markgrafen von Brandenburg Otto IV. und Waldemar (der Grosse) gewähren ihren Bürgern zu Bautzen nachfolgende Rechte: „daz eine daz ist daz, daz nimant sol bechlagen cheinen man, der burger reht hat in der stat ze Budissin, denne vor sinem erbe richter, iz ensi denne daz ein burger vnfuget vf dem lande, der erwischet wurde an hanthafter tat, ader daz im nach gevolget wurde des selben tages, als he di vnfug tete, mit gerufte mit der wizzend[4]), der sal antwurten vor lantgerichte. Daz ander daz ist daz, daz alle di do chouffen vnd verchouffen, di sullen mit den burgern shozzin vnd wachin. Daz dritt ist daz, daz chein man sal mist vz der stadt füren, der nicht burger ist, her two ez mit der burger willen." *Köhler* a. a. O. Nr. CXXII S. 186, 87; *Riedel* a. a. O. Bd. VI S. 40. Neudeutsch b. *Wilke* a. a. O. S. 31, 32.

8 **1309**, Jul. 31. Markgraf Waldemar von Brandenburg verleiht den Bürgern zu Bautzen „omnem libertatem succidendi (Holzungsgerechtigkeit) in merica terre Budessynensis adjacenti, quam hactenus ab antiquis temporibus habuerunt, ea dempta condicione, dummodo in merica aut mericis domino Luthero militi de Scriverstorpp dicto pertinente vel pertinentibus non succidant, nisi id faciant cum sua benevola voluntate plenaria et favore." *Riedel* a. a. O. Bd. I S. 283; *Köhler* a. a. O. Nr. CXXVIII S. 192, 93.

9 **1310**, Jul. 9. Derselbe befreiet die Bürger der Stadt Bautzen, jedoch nur für den Zeitraum eines Jahres in Eidsühnesachen von der Gerichtsbarkeit seines Vogtes —: „civibus civitatis Budessyn universis donamus hujusmodi per presentes hanc libertatem, quod si controversie alique inter ipsos verborum altercacionibus orientur, e quibus juramenta fieri poterint, et si discordantes in hac parte cessaverint et inter eos talis altercacio sopita fuerit, nostrum advocatum hujus facti nequaquam esse volumus judicem[5]), sed ipsum tamquam altercantes in tali casu omnino cessare." *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. CXII S. 487; *Riedel* a. a. O. S. 294; *Köhler* a. a. O. Nr. CXXXII S. 197.

1319, Aug. 31. König Johann von 10
Böhmen verspricht den Bewohnern der (durch ihn nach dem Aussterben des Askanisch-Brandenburgischen Hauses wieder an die Krone Böhmen gebrachten) „marchia et provincia Budissinensis", sie und vornehmlich die Städte Bautzen, Camenz und Löbau niemals an einen anderen Herrn abtreten, verpfänden, verkaufen oder vertauschen, sowie mit Beden und Steuern beschweren zu wollen, sichert denselben Aufrechthaltung und Vermehrung ihrer von den früheren böhmischen Königen herrührenden Rechte zu, und begnadiget insbesondere die dem gesammten Landgebiete den Namen gebende Hauptstadt Bautzen und deren Bürger, um sie durch Privilegien vor allen auszuzeichnen, dahin, dass sie alle innerhalb einer halben Meile um Bautzen gelegenen, nicht lehnbaren Güter, in deren Besitz sie gegenwärtig sich befänden oder künftig gelangen würden, als erbliches Eigenthum für alle Zeiten behalten dürften, jedoch so dass bei künftigen z. B. kaufsweisen Besitzwechseln die Auflassung vorstehender Liegenschaften vor dem Erb-Richter der Stadt Bautzen zu geschehen habe — „ipsam civitatem Budissin et ejus burgenses . . . talium libertatum privilegiis insignimus, quod omnia allodia infra unius dimidii miliaris spacium, ab ipsa civitate Budissin immediate mensurandum, que ipsi cives aut alter ipsorum jam justo possident titulo, aut in futurum ipsos aut quemlibet ipsorum legittime possidere contigerit, jure successionis hereditarie eis appropriando duximus et incorporanda, per ipsos aut alterum ipsorum justo titulo perpetuo possidenda. Hoc adjecto de nostre regie munificencia gracie fulcimento, quod ipsi cives aut alter ipsorum, quando et quociens dicta allodia infra metas predictas sita inter se mutuo emerint vel vendiderint, venditores resignare, emptores vero debito modo ea recipere, et per manum judicis civitatis Budissinensis he-

---

3) Vermuthlich „nuncupatur."

4) Unter Zuziehung von Urkundspersonen?

5) Damit fiel dann selbstverständlich auch der s. g. Eidschilling hinweg.

reditarii, qui pro tempore fuerit, investiri ad eadem perpetuo tenebuntur.“ *Hoffmann* l. c. p. 186 sq.; *Köhler* a. a. O. Nr. CLX S. 228—31 [6]). Vgl. dazu *Scheltz* a. a. O. S. 267.

11 **1319**, Sept. 22. Derselbe verkauft „civibus suis Budischinensibus duos denarios, quos in judicio ibidem in civitate Budischin obtinet, pro centum et quinquaginta sexagenarum grossorum denariorum Pragensium [d. i. für 150 Schock Groschen prager Währung[7])], cum omni jure quod ei competit in eisdem, et in ipsos et heredes ipsorum tytulo vendicionis transfert, ita sane, quod ipsi heredes et successores eorum eosdem duos denarios annis singulis de ipso judicio percipere debeant et habere“. *Köhler* a. a. O. Nr. CLXIII S. 234, 35.

12 **1335**, Aug. 15. Derselbe gestattet allen Bewohnern der Stadt Bautzen freien Salzhandel, indem er seinem hierauf bezüglichen und bis dahin ausgeübten Verkaufs-Monopole entsagt —: „concedimus vobis et vestrum cuilibet in civitate vestra Budysinensi residentibus domiciliumque habentibus ibidem, quatenus a cambio salis immunes et liberi vos et successores vestri esse perpetuo debeatis.“ *Köhler* a. a. O. Nr. CCXXII S. 309.

13 **1339**, Jul. 31. Derselbe erweist den Bürgern der Stadt Bautzen die Gnade der besonderen Zusicherung, dass er Lehengüter, welche im Besitze derselben sich befänden, aber ihm wegen Mangels von Erben des Inhabers oder sonst aus einem Grunde heimfielen — „bona feudalia civium Budissinensium, que nunc habent vel habere poterunt in futuro, que bona volgariter lehingut nuncupantur, per mortem vel per carentiam filiorum aut heredum seu aliam causam quamcunque in districtu Budissinensi ad regem devolvenda“ — bei Vermeidung der Nichtigkeit des Uebertragungsactes an Niemand anders verleihen wolle, als zu welchem der Besitzer dieser Lehen selbst seine Genehmigung ausdrücklich ihm ertheilen würde. *Köhler* a. a. O. Nr. CCXXXVII S. 329, 30.

14 **1339**, Aug. 10. Derselbe bestätiget das von der Stadt Bautzen mit Breslau, Neumarkt, Glogau, Görlitz, Camenz, Löbau, Strehlen und Ohlau „zcu vride vnd zcu gemache der stete vnd lande“ auf zwölf Jahre eingegangene Bündniss, wonach „welchs man in eynir statt, dy vorbenannt sin, mit rechte in dy achte bracht wirt, vmme obilthat, als vmme roub, brant, dwbe, vnd das sich zcu so gethanen sachen czut, derselbe adir dyselbin, wi vil der werin, in alle den vorgenanthin steten vnd landen, dy dorczu gehorin, in der achte sullen syn.“ *Köhler* a. a. O. Nr. CCXXXVIII S. 330, 31. Vgl. dazu *dessen* Jubelschrift: Der Bund der Sechsstädte der Ober-Lausitz (Görlitz 1846. 4°.) S. 13 flg.

1345, Apr. 26. Derselbe und sein erst- 15
geborner Sohn, Markgraf Karl von Mähren, genehmigen den Bürgern zu Bautzen „quatenus ipsi in regno et terris regi suppositis, ubicunque eis expedire utilius videbitur, pro hospitali ad infirmorum sustentacionem octo sexagenarum grossorum denariorum Pragensium [d. i. 8 Schock prager Groschen] in redditibus annuis perpetuis apud personas singulares, cujuscunque dignitatis seu status existant, aut communitates seu loca emere et comparare licite valeant atque possint.“ *Köhler*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. CCL S. 365, 66.

1346, Aug. 21. Bautzen tritt in den 16
wider „rouber vnd andir bose lute“ geschlossenen Bund der s. g. Sechsstädte oder Sechslande der Ober-Lausitz ein. Vgl. *Köhler's* Jubelschrift S. 17 flg. *Scheltz* a. a. O. S. 403, 568.

Die von Seite Bautzen's den anderen conföderirten Städten: Zittau, Lauban, Löbau, Camenz [wahrscheinlich aber nicht auch Görlitz, vielleicht wegen des ohnehin mit dieser Stadt im J. 1339 eingegangenen und noch bei Kräften bestandenen Achts-Bündnisses, nr. 14] mitgetheilte Specialausfertigung der Einungs-Urkunde, vom 26. Nov. 1346 datirt, gibt *Wilke* a. a. O. S. 52—54.

1347, Sept. 10. Der römische König 17
Karl IV. bestätiget den Bürgern seiner Stadt Bautzen ihre Freiheiten und Rechte, was er 1350 wiederholt. (R.) *Verzeichniss Oberlausitzischer Urkunden* Bd. I (1799) S. 51; *Wilke* a. a. O. S. 17.

1355, Sept. 25. Derselbe gestattet der 18
Bürgerschaft zu Bautzen freien Salzmarkt. *de Ludewig*, Reliq. MSS. Tom. XI p. 605.

1361. Kaiser Karl IV. gebietet der 19
Gemeinde zu Bautzen, arm und reich, ernstlich und festiglich bei seinen Hulden, „dass sie dem Rath zu Budissin, die nun sein oder in künftigen Zeiten erkoren oder erwählt werden, gehorsam, getreu und unterthänig sein sollen in allen Dingen, der sie zu Rath werden und sie erdenken mögen“, und bedroht die freventlich Zuwiderhandelnden mit Strafe an Leib und Gut. *Wilke* a. a. O. S. 27, 28 (modernisirt).

1372. Derselbe verlautbart eine von 20
ihm und dem Erzbischofe Johannes von Prag in einem Streite zwischen den oberlausitzischen Landständen und dem Rathe und den

6) Die übrigen älteren Abdrücke führt *Köhler* in der Schlussnote auf.

7) Vgl. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S. 89.

Bürger von Bautzen gefundene Entscheidung und Richtung, betreffend das Getreidemass, die Bier-Bannmeile und den Salzmarkt, und befiehlt, dass von beiden Theilen diese Entscheidung ewig und unverrückt gehalten werden solle. *Wilke* a. a. O. S. 30, 31. Vgl. *Scheltz* a. a. O. S. 465.

21 **1374**, Oct. 9. Derselbe declarirt in Bezug auf die unter nr. 20 erwähnte Entscheidung: „was die Bürgermeister, Rathmanne und Bürger zu Breslau in ihrem offenen, versiegelten Briefe beschrieben haben, wie lang die Meile sein solle, und wie man sie messen und wo sie enden solle, so wollen Wir, dass dann alle Kretschmar, die man nach solchem Ausmessen inwendig einer Meile trifft, Bier kaufen sollen in der Stadt und nirgends anderswo", und gebietet seinem Hauptmanne zu Bautzen, dem Edlen Benesch von der Duba, „dass er, wenn und wie oft das ermahnt werde von den Bürgern zu Budissin, mit seinem Leibe reite und dabei sei mit den Landsassen, dass die Meile gemessen werde nach Ausweisung der Briefe der genannten Bürger zu Breslau." *Wilke* a. a. O. S. 28—30.

22 **1374**, Oct. 9. Derselbe erläutert, wegen der Streitigkeiten zwischen der Stadt Bautzen und den umwohnenden Landsassen, den (im Privilege v. 1262 nr. 1 bereits begegnenden) *Begriff* „Flurczune" dahin, „dass der Bürger *zu* Budissin Flurczune da wenden und wenden sollen, da derselben Bürger Aecker und Wiesen wenden, allenthalben im Kreise um Budissin, die vor Alter dazu gehört haben und noch gehören", zugleich hinzufügend, dass die Bürger und Stadt auf allen Gütern, die zur Stadt gehören oder gehört haben, das ganze Gericht haben sollen." (R.) *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S. 398 Note 3. *Wilke* a. a. O. S. 17.

23 **1381**, März 12. Der Rath der Stadt Bautzen erlässt eine Krämer-Ordnung in zehn Artikeln, hauptsächlich die Verbote des Auslegens von Waaren an zwei Stätten am Sonntage vor der Messe im Dome; des Scheltens, Kneifens und Schlagens, sowie des Messertragens in den Morgensprachen; des Erscheinens der Weiber auf dem Markte, wenn sie Ehemänner haben; des Handelns an den Kirchenthüren, ausgenommen mit Lorbeeren und Geschmeide; des betrüglichen Partirens, endlich des Vermengens von unreinem und reinem Wachse, nebst einigen Bestimmungen über die Aufnahme in das Krämergewerbe und den beschränkten Kramhandel der Gäste enthaltend. *Wilke* a. a. O. S. 24, 25 [modernisirt].

24 **1382**, Jan. 10. König Wenzeslaus gönnet und erlaubet dem Rathe und den Bürgern zu Bautzen, „dass sie fürbass wirklich alle Jahre einen Jahrmarkt in derselben ihrer Stadt, der sich anheben soll am heiligen Peters-Kettenfeier-Tage und darnach zwei Tage, das ist drei Tage lang hintereinander währen, haben und halten sollen und mögen mit allem Recht, Freiheiten, Gewohnheiten und in aller dermassen und Weise, als das in andern Städten des Königreichs Böheimb mit solchen Jahrmärkten gewöhnlich, Recht und Herkommens ist", zugleich Jedermänniglich gebietend, die Besucher des Jahrmarkts „an ihren Leibern, Kaufmannschaften und ihren Gütern, und solch Gnade und Gunst nicht zu hindern, irren, leidigen und betrüben in keiner Weise", sie vielmehr darin „zu handhaben, zu schützen und zu schirmen." *Wilke* a. a. O. S. 32, 33. (modernisirt).

1391, Jun. 13. Derselbe thut den Bür- 25
gern der Stadt Bautzen die Gnade, „dass sie, so oft es Noth sein würde, einen Rath derselben Stadt Budissin erwählen und kiesen sollen und mögen, der Stadt zu Ehr und Nutz, doch mit solchem Unterschiede, dass der Rath, der gesessen hat, kiese und wähle zwölf aus der Gemeinde und zwei Geschworne aus jedem Handwerke, gute biedere Leute, und die Alle mit einander kiesen sollen: sechs aus der Gemeine und sechs aus denen Handwerkern, (als) der Rath sein soll, und dass der dreizehnte der Bürgermeister sei, ein Jahr aus der Gemeine, das andere Jahr aus den Handwerkern, und [dass es] also fort allwege immer gehalten werden soll. Und wenn man einen Rath verkehren will, dass an sieben alte Schöppen, so ein Jahr gesessen sind, in dem Rath bleiben sollen, und sechs aus dem Rath gelassen werden, und Andere an ihre Stelle kiesen, als wie sie das vor Alters gethan haben, also auch andere (königliche) Städte, daselbst gelegen, damit begnadigt sind." *Wilke* a. a. O. S. 26, 27 (modernisirt). Vgl. dazu *Böhland* a. a. O. S. 76.

1408, Apr. 2. Derselbe befiehlt dem 26
Rathe der Stadt Bautzen, dass er nicht zulasse, dass um „Erbe noch Geldt Schuld" im geistlichen Gerichte geklagt werde. *Singularia Lusatica* Samml. XXIV (1740) S. 886, 87.

Das Jahr 1408 ist in den Annalen Bautzen's blutig angeschrieben. Drei Jahre früher, 1405 am 29. Mai, hatten nämlich auch hier die Handwerker, der Tuchmacher Preuselwitz an der Spitze, den bisherigen Rath zu stürzen und an dessen Stelle einen neuen aus ihrer Mitte zu setzen versucht.

Allein so gross auch Muth und Macht der Empörer gewesen, welche selbst sich erkühnten, das Bautzen beherrschende feste Schloss Ortenburg mit den Stadtgeschützen zu belagern, so mussten sie doch den vereinigten Streitkräften der dem königlichen Landvogte von Münsterberg von allen Seiten zu Hülfe geeilten auswärtigen Fürsten und Ritter unterliegen, und das einzige Resultat des Aufstandes war — abgesehen von der Wiedereinsetzung des alten Rathes in seine Rechte — der Verlust wichtiger Zunftprivilegien und der Groll des mit Klagen bestürmten Königs, von dem das Schlimmste zu erwarten war. Drei Jahre liess aber Wenzel seinem Zorne Zeit, um zu wachsen und zu reifen, bis er endlich am 30. Sept 1408 nach Bautzen kam, um über die Urheber und Haupttheilnehmer des Aufstands selbst Gericht zu halten — ein Gericht, welchem, hätte nicht Königin Sophie dem Henkerbeile Einhalt geboten, kein anderes in der Geschichte an Grausamkeit würde gleichgesetzt werden können. Zugleich hob der König die Privilegien der Stadt, insbesondere jenes freier Rathswahl [nr. 25], auf, nahm den Zünften ihre Siegel ab, und verfügte: „dass alle Briefe, die an die Innungen gerichtet wären, vom Bürgermeister geöffnet, jeder abgehende Brief von demselben erst gelesen und dann versiegelt werden sollte, die neu zu entwerfenden Innungsartikel aber vom Stadtrathe zu bekräftigen seien.“ Den Handwerkern wurde das Abhalten von Morgensprachen ohne des Rathes Wissen untersagt und vorgeschrieben, dass selbst die Ablegung der Quartal-Rechnungen in den Zünften in Gegenwart eines Rathsmitgliedes zu geschehen, endlich die Vereidigung der Zunft-Aeltesten stets der Bürgermeister vorzunehmen habe. So endigte diese traurige Episode in Bautzen's Stadt-Geschichte, aus welcher nur ein Gewerbe, wie die nachfolgende Urkunde zeigt, einigen Gewinn zu schöpfen vermochte. *Wilke* a. a. O. S. 57—61.

27 **1409**, Jul. 31. König Wenzeslaus bestätiget den Meistern und der Zunft der Fleischhauer zu Bautzen, um dadurch ihre im Zunftaufstande von 1405 bewiesene Treue zu belohnen, „alle wohlhergebrachten Gerechtigkeiten und Freiheiten“, und verleiht denselben ausserdem noch „eine freie und absonderliche Fahne, welche sie bei Aufzügen „für allen andern herführen sollen und in ihrem Meisterhause bei ihren Zusammenkünften aufhenken mögen.“ [8]). *Wilke* a. a. O. S. 62—64.

1409. Derselbe gibt (zu Görlitz) auf Bitten mehrerer Rathsglieder von Bautzen den Bürgern daselbst einen Theil der ihnen im vorhergegangenen Jahre entzogenen Privilegien, insbesondere die Rechte freier Rathskür und Statuten-Aenderung, zurück. (R.) *Wilke* a. a. O. S. 65.

1409. Derselbe erlässt an die Bürger 29
zu Bautzen — mit Beziehung auf die trüben Vorgänge der jüngst verflossenen Jahre — die Verordnung, „dass hinführo in der Stadt Budissin die Handwerker keine Innung haben sollen, es sei denn, dass der Rath erkenne, dass der Stadt Nutzen dadurch befördert werde; in diesem Falle möge der Rath, mit Vorwissen und Willen der Amtleute, welche der König jährlich dazu senden werde, vier oder sechs Handwerken wohl eine Innung geben nach ihrer Stadt Gerechtigkeit, aber nicht mehreren; doch mit der Bedingung, dass keine Innung gemeinschaftliche Güter oder Erbe erkaufe noch besitze, auch jeder Handwerksmann seines Handwerkes warte, kein Kretschmar Handwerk treiben noch handeln solle, wie dies in Görlitz und anderen Städten gewöhnlich sei. So solle auch, so oft vom Könige oder seinen Amtleuten ein neuer Rath gesetzt werde, der abgehende Rath dem neuen in Beisein seiner Amtleute Rechnung ablegen, und der neue alles so halten, wie es der alte nach Stadtrechte gehalten habe. Die Bürgerschaft solle sich nicht gegen den Rath setzen; würde sich aber Jemand mit Worten oder Werken freventlich gegen den Rath setzen, so gebe der König hiemit dem Rathe Gewalt, einen solchen an Leib und Gut zu strafen, doch mit seiner Amtleute Vorwissen.“ Zugleich gebietet Wenzel dem Edlen Otto von Kittlitz und der ganzen Mannschaft und den Städten, im Falle vorkommender Widersetzlichkeiten der Bürgerschaft gegen den Rath letzterem mit aller Macht zu Hülfe zu kommen. *Wilke* a. a. O. S. 65, 66. [Extr].

1420, Jan. 17. König Sigismund be- 30
stätigt der Stadt Bautzen ihre Freiheiten und Rechte. J. C. *Gemeinhard's* Lusatia superior diplomat. continuata (1734) p. 27.

1431. Derselbe verleiht der Stadt 31
Bautzen einen Zoll, wie ihn die Stadt Görlitz hat. (R.) *Wilke* a. a. O. S. 76 Note *).

1434. Derselbe bestätigt (nach seiner 32
Kaiserkrönung, als ihm zu Basel die Abgeordneten der Sechsstädte deren Glückwünsche überbracht hatten) der Stadt Bautzen ihre gesammten Privilegien, sowie insbesondere

8) Gegen die Aechtheit dieses Privilegs werden in K. G. *Dietmann's* Lausitzischem Magazine, Jahrg. 1770 S. 230 flg. Bedenken erhoben.

den ihr kurz zuvor verliehenen Zoll. (R.) *Wilke* a. a. O.

33 **1455**, Dez. 26. König Ladislaus (Posthumus) von Böhmen gestattet den Bürgern und Einwohnern seiner Stadt Bautzen die Abhaltung eines Jahrmarkts, welcher am Donnerstage nach Judica beginnen und drei Tage währen soll — „in perpetuum damus, impertimus ac concedimus annuas nundinas sive forum quarta feria post dominicam judica, quae sive quod dicta quarta feria incipiant et usque ad proxime sequentem diem Sabbathi duntaxat inclusive permaneant, volumusque ac decernimus, dictam civitatem ac cives et incolas ejus in dictis nundinis sive foro uti, frui et plene libereque gaudere omnibus immunitatibus, libertatibus, gratiis, praerogativis et juribus universis, quibus vicinae sibi civitates in suis annuis nundinis sive foro utuntur, fruuntur et gaudent." Zugleich wird allen Unterthanen, und vornehmlich dem Vogte der Sechslande untersagt, die Bürger und Bewohner Bautzen's irgendwie in der Ausübung ihres Jahrmarktrechts zu beirren und zu stören, indem dieselben vielmehr hierin zu wahren und zu schützen seien. *Hoffmann* l. l. p. 219; *Wilke* a. a. O. S. 78, 79.

34 **1457**, Nov. 15. Derselbe confirmirt der Stadt Bautzen ihre Privilegien. (R.) *Wilke* a. a. O. S. 80.

35 **1460**, Mai 27. König Georg (Podiebrad) von Böhmen bestätiget dem Rathe und den Bürgern von Bautzen auf deren durch Botschaft vorgetragene Bitten „alle vnd jetzliche ire Freyheiten, Gnode, Recht, Gerichte, Zolle, Brieve, Handfesten, gut Gewohnheit vnd alt Herkommen, der sie bisher genossen haben, vnd die ire Vodern vndt sy von.... König Johanssen, Keyser Carl, König Wenzlawen, Keyser Sigmunden, vnd andern Fürsten vnd Herrn redlich herbracht haben, die zu dann löbliches Gedechtnis König Lasslawe bestett hatt, in allen iren Punkten, Articuln vnd Meinungen." *Singularia Lusatica* Samml. XXI (1740) S. 641—47 und (nach einem Vidimus des Domcapitels v. 1470) Samml. XXIV S. 889—94; *Wilke* a. a. O. S. 81—83.

36 **1469**, Jun. 28. König Matthias von Böhmen verleiht dem Bürgermeister, den Rathmannen und der ganzen Gemeinde, arm und reich, seiner königlichen Stadt Bautzen die Gunst und Gnade, dass sie und ihre Nachkommen a) in der Stadt „Groschen und Pfennige schlagen und müntzen mögen uf den Schrot und Korn in allermassen", als in den königlichen Münzen der Krone Böhmen geschlagen und gemünzt werde, „und sonst alles anders darbey thun, das zu der Müntze gehört, nehmlich Silber zu kauffen und in der Stadt Budissin Wechsel zu bestellen, von Männiglichen ungehindert ... bis zu des Königs Wideruffen und Wohlgefallen"; und dass sie b) „fürder anjetzo und zu ewigen Zeiten mit rothem Wachse siegeln sollen und mögen." *Wilke* a. a. O. S. 89 - 91.

1471, Apr. 16. Derselbe erweist den 37
Bürgern seiner Stadt Bautzen (auf deren bereits 1470 durch Deputirte an ihn gebrachtes Ersuchen) die Gunst und Gnade, „dass sie und ihre Nachkommen ihre Willkühr und Statuta, so oft und dicke die Burgermeister und Rathmannen und ihre Eltisten erkennen und merken, dass (sie) ihnen Schaden bringen, nach Gelegenheit der Zeit und Sitten der Leuthe verwandeln mögen, auch neue Willkühr setzen und machen, die den Königen zu Böheimb und ihren Innwohnern ehrlich, nutzlich und frömlich sein, und was sie also Willkühren setzen, solle Macht und Kraft haben und unwidersprechlich gehalten werden." *Wilke* a. a. O. S. 92—94.

1474, Dez. 22. Derselbe gewährt dem 38
Bürgermeister und den Rathmannen seiner Stadt Bautzen die Freiheit, „dass sie einen gemeinen Keller und Trinck-Stuben in der genannten Stadt aufrichten und bauen mögen, der Stadt, dem gemeinen Nutze, Armen und Reichen zu gut, und darinne allerley Ungerischer Wein und Landwein schenken und vertreiben, und sust solle man an keinen andern Stellen in der bemelten Stadt Budissin, noch keiner der Bürger daselbst Wein, wie die Nahmen gehaben mügen, schenken, dem obgerührten gemeinen Weinkeller zu Ungedeyhen und zu Schaden." *Singularia Lusatica* Samml. XV. (1737) S. 165—67; *Wilke* a. a. O. S. 94—96.

1474. Dez. 22. Derselbe gestattet weiter 39
den Bürgern von Bautzen a) den Ankauf von Zinsen auf Lehngütern in den Gebieten von Budissin selbst, sowie von Camenz und Löbau, bis zu bestimmtem Betrage, und b) die Anlegung einer gemeinen Stadtbleiche, neben welcher innerhalb acht Meilen im Umkreise keine zweite errichtet werden dürfe, jedoch mit der Auflage, dass nach deren Vollendung der zehnte Theil der Einkünfte daraus dem Könige anfallen solle. (R.) *Wilke* a. a. O. S. 96.

1491, Jul. 22. König Wladislaw 40
Jagello von Böhmen bestätiget dem Rathe, den Aeltesten und der ganzen Gemeinde seiner Stadt Bautzen alle „Privilegia, Freiheiten, Gnaden, Rechten, Zolle, Lehen, Lehenbrieve, Handfesten, gutten Gewohnheiten und alten Herkommen, Dörfer, Zinsen,

Wälder, Höltzer, Büsche, Weiden, Teiche und andere alle Genüsse und Herrlichkeiten, die sie bishero genossen und ihre Vorfahren und sie von löblicher Gedächtniss etwa den Markgrafen zu Brandenburg und von Kaiser Carln, Kaiser Siegmunden, König Johannsen, König Wentzeln, König Laslaw, Königen zu Böheimb, und andern Fürsten und Herrn erworben und redlich herbracht haben, und mit Namen sieben Brieve und Privilegia von König Matthias .....; das erste Privilegium, das da lautet auf eine Müntze in derselben Stadt Budissin zu haben [nr. 36a]. Das andere eine gemeine Confirmation aller und jeglicher ihrer Brieve und Privilegia. Das dritte, dass sie ihre Statuta, als offt und als es Noth sein würde, verwandeln und neue Willkühr setzen und machen mögen [nr. 37]. Das vierte, dass sie 150 Schock Groschen jährliches im Lande zu Budissin, Camenz und Löbau auf den Lehngütern daselbst kaufen mögen [nr. 39a], und dieselben Zinse und Zinss-Güter sollen fürbass liegen in ihrem Stadt-Recht, und die als andere ihre Erbgüter gebrauchen, doch unschädlich dem Könige und der Crohn zu Böheimb an ihren Diensten. Das fünfte, dass sie einen gemeinen Keller und Trink-Stuben in der Gemeine der Stadt aufrichten und bauen mögen dem Gemeinen Nutz zu Gutte [nr. 38]. Das sechste, dass sie eine Bleiche aufrichten sollen und mögen [nr. 39b]. Das siebende [9]), dass keinerlei Leute, Nutze, Zinse noch Gülte vom Schloss Budissin sollen versetzt, verkauft, verschrieben, noch vergeben werden, und dass zu Executoren, Handthaber und Beschirmer derselben der Burgermeister und Rath der Stadt Budissin gesetzt werde." *Wilke* a. a. O. S. 102—5.

41 **1492**, Febr. 20. Derselbe genehmiget dem Rathe der Stadt Bautzen auf dessen „mögliche und fleissige Bitte" zu den zwei bereits vorhandenen noch einen dritten sechs Tage währenden Jahrmarkt „auf solche Zeit, wie sie am bequemsten berathen und erkennen werden." *Wilke* a. a. O. S. 105, 6.

42 **1494**, Mai 16. Derselbe bestätiget die Abhaltung des vorgenannten dritten Jahrmarkts am nächsten Sonntage nach dem Feste der Martyrer Crispinus und Crispinianus. *Wilke* a. a. O. S. 106.

LXVI. Bayreuth.

(Bayern, Franken.)

Heller's Chronik der Stadt Bayreuth 1402—98*) [a. d. XVI. Jhdt.] herausgeg. von E. C. *Hagen* in seinem und Th. *Dorfmüller's* Archive f. Bayreuthische Geschichte und Alterthumskunde Bd. I (1828—30) Heft 1 S. 102—47. J. *Fikenscher*, Oratio de fatis Baruthi, superioris Burggraviatus Norici urbis primariae, Baruth. 1674. 4⁰. S. W. *Oetter* „Kurze Abhdl. von dem Ursprung und der Lage der Residenzstadt Baireuth" in dessen Samml. verschiedener Nachrichten aus allen Theilen der Histor. Wissenschaften Bd. I (1749) Nr. VIII S. 109—30. J. G. *Heinritz*, Versuch einer Geschichte der k. B. Kreis-Haupt-Stadt Baireuth, aus Urkunden, eignem Forschen und langjähriger Erfahrung, Baireuth 1823. kl. 8.⁰ *Sperber* „Beiträge zur Alterthums-Geschichte der Gegend und Stadt Bayreuth" im alleg. Archive a. a. O. Heft 3 S. 1—36, bes. Abschn. III: „Die meranische Stadt Bayreuth" S. 30 flg. J. W. *Holle*, Alte Geschichte der Stadt Bayreuth von den ältesten Zeiten bis zur Abtretung derselben an die Krone Preussen im J. 1792, Bayreuth 1833. 8.⁰ Vgl. auch L. *Braunfels*, Die Mainufer S. 66 flg. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 548 flg.

Die Privilegien Bayreuth's findet man zum Theile gesammelt in dem von *Baader* und *Thomas* redigirten Werke: „Corpus Constitutionum Brandenburgico-Culmbacensium, Oder Vollständige Sammlung Der Vornehmsten in dem Marggrafthume Brandenburg-Culmbach in Ecclesiasticis und Politicis Theils einzeln gedruckten Theils noch nicht gedruckten Landes-Ordnungen und Gesetze" Thl. II Bd. II (Bayreuth 1748. 4⁰.) Cap. VIIII Sect. II Intersect. I „Von der Residenz-Stadt Bayreuth" S. 414 flg.

1372, Nov. 23. Burggraf Friedrich V. 1
von Nürnberg regelt in Form eines Privilegs die rechtliche Stellung des in Bayreuth befindlichen Judenmeisters:

„Wir Friderich, Burggrafe ze Nüremberg, bekenn etc., das wir fur vns vnd alle vnser erben dem bescheiden Juden Meier genant, vnserm Juden Meister, der in vnser stat zu Peyerreut ist gesessen, die besundern genade getan vnd beweiset haben, erczeigen und beweisen Jm dieselben mit craft diez briefs in aller masse vnd weise, als hirnach geschriben ist vnd begriffen stet. Des ersten, das er alleu rechte, freyheit vnd gewonheit haben sol vnd mage, die weil er daselbest zu Peyerreut oder wo er anderswa vnter vns siczet vnd wonet, vnd derselben gebrauchen vnd genissen, die ander Judenmeister haben, wo die in des heiligen Romischen Reiches, oder in andrer fürsten, grafen oder heren steten syczend vnd wonend, on alle arglist vnd on geuerde. Auch wollen vnd gebieten

9) Dieses Privileg v. 1482 steht bei *Wilke* a. a. O. S. 98—100 abgedruckt.

*) Das Uebrige gehört nicht hierher.

wir mit namen allen andern vnsern Juden, wo die in allen vnsern steten vnd slossen wonent vnd siczen, das sie mit allen laden vnd bannen, vnd mit allem iudischem rehten keinem andern Judischen Meister, der vnter vns nicht wonet vnd siczet, gehorsam schullen sein, noch von im dheinerley gebot schullen leiden, noch tragen in dheine weise, on des vorgenanten Meiers, vnsers iudenmeisters, wort vnd willen. Wer auch, das dhein Jude zu demselben Meier icht hete oder hiernach gewun zu sprechen, der sol dazselb mit im austragen vnd enten mit einem iudenrechten. Auch sol vnd mage nyemand denselben Meier, dieweil er bei vnd vnter vns wonet vnd siczet, dheinerlei sache vberzewgen, noch vberwinten anders, dann mit zweien biderben kristen vnd mit zweien vnuerleimunten iuden, die desselben Meiers veinde nicht sein ongeuerde. Auch sullen oder mugen alle desselben Meiers schuller vnd studenten, die vor im lerren vnd studieren, zu im vnd von im zu cziehen vnd zu faren, in vnserm schucze vnd schirm sein, vnd schullen vnd wollen auch dieselben getrewelich verteydingen vnd versprechen, als ander iuden on geuerde, die vnter vns sein gesessen vnd dez zu vrkund etc. Datum anno etc. LXX secundo, feria tercia ante Katherine virginis." *Monum. Zoller.* Bd. IV *Nr.* CCII S. 231, 32.

2 **1373**, Jul. Burggraf Friedrich V. setzt nun auch die Rechte der bayreuther Judengemeinde selbst, vornehmlich in Ansehung der Abgaben und des Gerichtsstandes bei Klagen von Christen, fest. (R.) — Dieser ungedruckte Rechtsbrief ist gleichlautend mit dem Judenprivilege des genannten Fürsten für die Stadt Hof von demselben Datum.

3 **1430**. Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg „befreyet seine liebe getreuen Burger-Meister, Rath und Gemein, Reich und Arme, gemeiniglich seiner Stadt zu Bayereuth" — um der „manigfältigen, verdirplichen und gross scheden, so sie yzund von den Hussen mit name und Brand und andern Sachen genummen und empfangen haben" — „von sonderlichen genaden vierzehen gantzer Jahr nacheinander aller Pettlichen Steuren und der jährlichen und gewöhnlichen Zinnss mit nahmen 800 Pfund, dy sy vormals alle jahr gegeben haben." *Holle* a. a. O. S. 55, 56 Note *). [Extr.]

4 **1434**. Stadtordnung, z B. die jährliche Wahl der beiden Bürgermeister, des wechselnden Raths und Gemeinde-Ausschusses, die Ausschliessungsgründe von der Bürgeraufnahme u. a. m. betreffend. Ungedruckt, nur gelegentlich angeführt v. *Holle* a. a. O. S. 68.

1439, Mai 3. Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg bestätiget dem Rathe und der Gemeinde der Stadt zu Bayreuth, welche ihm den Verlust aller „Jhrer alten Freyheiten und Brief" zur Zeit des Hussiten-Einfalles vorgestellt, und damit die Bitte, er möge ihnen „solche alte Freyheit, Briefe und Gewohnheit von neuen geben, confirmiren und bestettigen, umb Besserung, nutzes, frommens und wiederkommens der ehegenannten Stadt Bayreuth", verknüpft hatten, und insbesondere in dem Anbetrachte, dass denselben auch der von ihm (dem Kurfürsten) bereits „zu Ratenaw in der Marck zu Brandenburg dess Freytags vor St. Veits Tag Jn ein und zwanzigsten Jahr (1421)" ausgestellte „Bestettigungs-Brief in der obbeschriebenen Hussenraiss entwert sey worden", eine Reihe schon in diesem enthalten gewesener „Artikel" über a) die ausnahmsweise Freiung einzelner Höfe und Häuser in der Stadt; b) die Unstatthaftigkeit des Mulzens und Brauens durch Privaten, ausgenommen die Edelleute und Priester für ihren und ihres Gesindes Hausbedarf, sowie des Ledermachens und Gewandschneidens mit der Elle innerhalb des Stadtgerichtssprengels; c) das Verbot des Wein- und Bierschanks, die Getränke würden denn von einem Bürger der Stadt Bayreuth, „do man das Umgeldt giebt", bezogen; d) die Pfändung eines Geistlichen und Adeligen, welche Bürgern „schultig und dessen ohne laugnens weren", durch den Gläubiger unter Hülfe des Vogts „an Leuthen, Haabe und Güttern, was Er deren in der Stadt betrette, damit Er seiner Schultt bezahlt werde"; e) die Befugniss des Rathes zu Bayreuth, im Vereine mit dem Vogte „alle Geboth in der Stadt zu setzen, auf die Handwerck und anders nach Notturfft und gemeines Nutzes der Stadt" wegen; f) die Beschreibung des Vermögens eines wegen Todtschlags entwichenen Bürgers durch den Vogt und zwei Rathleute; g) die Unzulässigkeit der Geleitgebung von Seite des Vogtes an eine Person, „welche mit einem Burger zu Bayreuth zu schicken hett", ohne dessen Wissen; h) die Aufrechthaltung des von Alters hergebrachten „Kirchstagsfriedts"; i) die Beschränkung der vom Vogte vorzunehmenden Einlegung eines Bürgers, „der auff Recht zu verbürgen hat", in den Thurm oder das Gefängniss auf „Halss und Hand antreffende" Verbrechen und den Fall, dass der Schuldige „sich Gerichts wehren" sollte. *Corp. Const.* a. a. O. S. 417—19. Auszug [litt. f—i] b. *Holle* a. a. O. S. 46 Note *). 5

1447, Mai 5. Rath und Gemeinde der Stadt Bayreuth vereinbaren unter sich 6

eine Polizei-Ordnung, vornehmlich die Hochzeit- und Kindtauffeste und die hiebei üblichen Geschenke und Eingebinde, das Verbot der Aufnahme von Fremden in der Stadt und in den Vorstädten, jene müssten denn „Mitburger" werden wollen; die Ausschliessung nicht verbürgerter Personen von Klein- und Grosshandels-Betriebe, ausgenommen auf dem Jahrmarkte, da „ein jeglicher mit seinen Pfennwerden[1] zu Marckt stehen mag, weil er wert und nicht länger"; endlich die Strafen bei übertriebenem Feuerlärme und des Getränkgebens in Wirthshäusern, sowie des Würfelspieles nach dem Läuten der nächtlichen Schlagglocke betreffend. *Heller's* Chronik a. a. O. S. 112—14. Vgl. *Holle* a. a. O. S. 75.

7 **1457**, Dez. 22. Kurfürst Albrecht I. (Achilles) von Brandenburg confirmirt die von seinem Vater in der Urkunde nr. 5 den Bürgern Bayreuth's bestätigten „Freyheiten, Brieffe und Privilegia ... mit allen Stücken, Puncten und Articuln", und verbessert zugleich der Stadt Bayreuth, da sie „der eltisten und wesentlichsten Städt eine in der Burggrafschafft zu Nürnberg gewest ist", von Alters her „schlechtes" d. h. einfaches Wappen, verfügend, dass nun die Stadt dieses vermehrten Wappens und Kleinods sich „hinfüro zu ewigen Zeiten gebrauchen solle und möge in Siegeln, in Paniern und sonst in allen Sachen, zu Befestigung und bewehrten Uhrkundte Ihrer treu, warheit und glaubens". *Corp. Const.* a. a. O. S. 415—17; die Hauptstelle auch b. *Holle* a. a. O. S. 59 Note*).

8 **1464**. Derselbe befiehlt, dass in der Stadt Bayreuth zwei Ungelter, einer vom Rathe und einer von der Gemeine, sowie ein Schreiber gesetzt werden sollen, um alle Gebräue nach den Eimern zu schätzen und von jedem Eimer Bier 15 fränkische Pfennige zu nehmen. (R.) *Holle* a. a. O. S. 74.

9 **1464. Stadtbuch**, nur in wenigen Abschnitten — I. „zum eersten vindet man wye ein Burger zue Burgerrecht geordnet wird"; II. „von Burgers Sonen vnd den dye sich mit Burgers tochtern oder witweburgerin vereelichen"; III. „von Burgern des Rates"; IV. „von Gericht"; V. „vom ewssern Rate, das sind Sechs von der gemeynde" — veröffentlicht von E. C. *Hagen* u. d. T. „Nachrichten über die älteste Verfassung der Stadt Bayreuth" in dessen Archiv f. Gesch. und Alterthumskunde des Ober-Main-Kreises Bd. II (1834) Heft 1 S. 89—96. Vgl. auch K. H. *Lang*, Neuere Geschichte d. Fürstenthums Baireuth, Thl. I (Göttingen 1798. 8.°) S. 84 flg.

1) Kleinkram-Waaren.

Die drei letzten Abschnitte, welche ein ziemlich vollständiges und klares Bild von der Organisation, der Wahl und den Pflichten des bayreuther Stadtrathes im XV. Jhdt. dem Leser vor Augen stellen, mögen darum auch hier einen Platz finden:

„**III. §. 1. Zwelff Burger söllenn an der** Zal sein des Innern Rates genant, an Jren eeren vnverletzt, Jrs stands vnd wesens tügenlich, als sich gepürt, wann ein Rate ist ein Hawbt der Stat ob anndern Burgern in der Burgerordenung Rechten vnd gerechtickeyten. Vnd auss denselben zwelffen des Rates söllen alle Jar vir Burgermeyster, zue yder Quatemper einer, durch Jr kür erwelt werden, dem fürter von Jrer kür macht vnd gewalt ist gegeben, zue seynn Jr vnd aller anderer Burger öberster. Dyeselben zwelff sollenn auch seynn gerichtschöpfenn vnd das gericht besitzen, vnd awss Jne alle Jar Jerlichen eyner, zween oder drey frey gelassen, vnd annder Burger awss der gemeynde an Jr Stete erweelt vnd gesatzt werden. §. 2. Dye ordenung eynn Rat ... abezuesetzenn vnd zuevernewen[2]) sol Ierlichen nach der Hyligen österlichen Zeyt, schir ümb Santt walpurgen tage, fürgenomen, vnd ee der tag, doran dye newen des Rates bestetigt werden sollen, ist erschynen, so sol ein besunder tag fürgenomen vnd do man[3]) retig[4]) (werden), wy vil der des Rates in das künfftig Jahr feyern vnd annder an Jr stete süllen erweelt werden; auch mit wolbedachtem Rate vor Mittage dye Bürger der Stat eynen yden seins wesens überachten, also das er eelich geboren, seyner eeren vnverletzt vnd nit rechtloss seye; er sol auch seyn Guter, Redlicher, Stiller, verswigener, weyser, gesprecher vnd wohlgehorender persone. §. 3. Nachdem so der tage, doran dye erwelung vnd eynweysung der newen des Rates soll gescheen, erscheynen wil, so sol den Bürgern, dorauff das fürnemen ist, den nehsten Tag dovor verkündigt werden, das sye sich anheym gewertig finden lassen, wann ein amptman vnd Rate nach Jne schicket, das sye dann für sye auff das Haws kumen. §. 4. Am tage der erwelung sollen Amptmann vnd Rate nach den Bürgern, dye ine Rate erweelt sind, schicken, vnd so dye sind fürkumen, soll Jne gesagt werden, das sye zum Rate vnd gericht sind erweelt, vnd darnach Jne dise hernachgeschrieben artickel

2) H eynn Rat mit dem abe vnd zwesetzenn zwevernewen.
3) H. doran.
4) *Haltaus*, Glossar. col. 1504.

fürgesagt vnd gelesen werden. §. 5. Wenn ein Burgermeyster von Ratswegen Jne vordern lest, sol er gewertig vnd gehorsam sein vnd zum Rate kumen. §. 6. Er sol auch Burgermeyster vnd Rate getrewlichenn der Stat vnd Gemeynde helffen vorsteen, vnd im Rate eyn gemeynen nutz vnd noturfft Raten, vnd wegen seyn aygennutz dor innen nichts fürnemen, auch einen gemeynen schaden, woe er den sehe, bewarenn, vnd gemeynenn nutz fürdern nach seinem guten gewissen vnd so pest er mag. §. 7. Was im Rate Ratssweyse zue halten gehandelt würt, sol er weyb, kinden, noch ymant ausserhalb des Rates offennbaren, vnd in keyn weyse dovon gestalt, mergkung oder gleychnisse geben, sunder das verschweygen vnd behalten in seynnen tode. — IV. §. 8. Als eer auch ist erwelt zue einem gerichtschöpfen, sol er dem Richter von der Herschafft wegen zum gericht, als sich gebürt, gehorsam seyn. §. 9. Auch sol er, so er an gericht ist kumen, auff clage, Antwurt vnd allenn Gerichtsshandel mit vleys achten vnd mergkenn; vnd ob er zue fürsprechenn gevordert würde, sol er nach gerichts ordenung zu thun verpflicht seynn. §. 10. Eer sol auch nach Clag, Antwurt vnd nach allenn fürbringen des Hanndels an gericht nymant zue lib, leyd, gunst, freuntschafft, feyndtschafft, seyd, Hass, myt oder Gabe, vnd nit anndera dann nach seynnen rechten gewissen vrteyl sprechenn. §. 11. Dorauff soll er dem Amptman vnd Burgermeyster, ydem besunder, mit hantgebenden trewen geloben, vnd dann disen hernachgeschriben geleerten aydt sweren: Dye trewe, dye ir gegeben habt dem Amptman von der Herschafft vnd gerichtswegen, vnd Burgermeystern von der Stat vnd Ratswegen, dyeselben trewe wolt ir war vnd getrewlich haltenn, als ir mit worten vnterricht seytt vnd Statpuch aussweysst, on alle geverde, als pit euch got zu helffenn durch seinen lieben sohn Jesum Christum Amen. §. 12. So das alles also ist ergangenn, seynn dye newen des Rates noturfftiglich geschickt, gefertiget und eyngeweyst, vnd welche alten des Rates man feyern wil lassen, dyeselben [sollen] dorauff yder seins ayds, den er zum Rate vnd gericht gethan hat, ledig vom Amptman vnd Burgermeyster gesagt werden, mit der bescheydenheitt: was sye Ratssweyse gehört oder gehandelt haben, sullen sye verpunden sein, dasselbe ausserhalb des Rates zu behaltenn vnd versweygen pis Jren tode. — V. §. 13. Von nüw wegen, dye offt ein Rate anstossen, vnd Irrsal zue fürkommen[5]), ist vor ettlichen Jaren fürgenommen worden vnd auffkumen, das nu Jerlich ein Rathe pfligt Sechs ausser der gemeynde zue Jne erwelen, dye dann genant sind des ewssern Rates oder Sechs von der gemeynde. §. 14. Dyeselben Sechs sollen auch Jerlich mit eynem, zweyen oder dreyen vernewt, vnd an den vorgeschriben tage vnd zeyten, so dye Burger, welcher zum Rate genoss vnd tügenlich sein mög, in gantzer Comune fürgenomen [werden], sollen auch dye zum ewssern Rate oder Sechsen von der gemeynde irs stands vnd wesenns bedacht vnd vberacht werden. §. 15. Dornach soll dye erweelung, fertigung vnd eynweysung gescheen, auch an dem tage, so dye des Jnnern Rates vnd gerichtschöpfen geordent, vnd wye hernach geschriben ist, Jne vorgesagt oder gelesen werden. §. 16. Wenn ein Burgermeyster dye Sechs des ewssern Rates von der gemeynd wegen zum Rate vordert, sollen sye gehorsam seyn vnd zum Rate kumen. §. 17. Sye sollen auch Burgermeister, Rate, Stat vnd gemeynde an Zinnssauflegungen, Rechnungen vnd andern sachen, dye gantzen gemeynd berürende, getrewlichen helffenn vorstehenn, vnd so sye inn Rate gevordert vnd kumen sind, ein gemeynnen nutz vnd noturfft raten, vnd wegen Jren sundern nutz dorinn nichts fürnemen, auch der Stat vnd gemeynde schaden, wo sye den sehen oder mergken, bewaren vnd nach irem pesten versteen der Stat vnd gemeynde nutz suchen vnd fürdern. §. 18. Meer, was im Rate Ratssweyse zu halten gehandelt würt, sol er gantz Ratssweyse behalten vnd nymant ausserhalb des Rates dovon sagen oder offenbaren, sunder das versweygen piss in seynnem tode. §. 19. Auff das sollen dyeselben novitzen oder newen von der gemeynde dem Amptman und Burgermeyster, ydem besunder, mit hantgebenden trewen geloben, vnd dann disen herrnach geleerten aydt sweren: Dye trew, dye du gegeben hast dem Amptmann von der Herschafft wegen vnd dem Burgermeyster von Stat vnd gemeynde wegen, dyeselben trew wilt due getrewlich halten, als du mit worten vnterricht pist vnd das Statpuch aussweysst, on alles geverde, als pit dir gott zu helffen durch seinen lieben sohn Jhesum Christum. Amen."

1473. Kurfürst Albrecht I. von Brandenburg erlässt den s. g. Judenbrief, darin vornehmlich das Verhalten der Juden in ihren Rechtshändeln mit Christen, sowie die Abgaben Ersterer an die Herrschaft (fünfzehn Gulden des Jahres zu einer Armbrust

5) D. i. um neuer Geschäfte willen, die häufig einem Rathe aufstossen, und um Verwirrungen vorzubeugen.

und Zielpolz) normirend. [R.] *Holle* a. a. O. S. 80.

11 **1486**, Apr. 4. Die markgräflichen Brüder Friedrich und Siegmund von Brandenburg confirmiren die beiden in den J. 1439 [nr. 5] und 1457 [nr. 7] von ihrem Ahnherrn und Vater der Stadt Bayreuth ertheilten Privilegien-Briefe mit besonderer Hervorhebung des im letzteren enthaltenen Wappen-Zusatzes. *Corp. Const.* a. a. O. S. 419—21.

Bayreuth — nämlich die s. g. Altenstadt mit noch dorfähnlicher Gestaltung und nahe dabei die Andechs'sche Burg mit den ersten Anfängen der Neustadt — kam nach Ermordung Herzog Otto's II. von Meran (1248) als ein Theil seines Nachlasses an dessen Schwager, den Burggrafen Friedrich III. von Nürnberg, und blieb von da an, den kurzen Zeitraum 1265—1281 abgerechnet, während welchen in Folge einer cautionellen Massregel des letztgenannten Fürsten das „opidum in Baierrut" als feudum oblatum unter der Lehenherrlichkeit der Fürstabtei Ellwangen gestanden (s. *Monum. Zoller.* Bd. II Nr. CII, CIII S. 57—60), fortwährend bei dem brandenburgischen Hause. Ueber die Verfassung der Stadt erfahren wir aus der Zeit vor dem XV. Jhdt. wenig. Als landesfürstliche Beamte in derselben weisen uns die Urkunden seit 1281 einen „advocatus", nachmals „Amtmann" geheissen, und daneben einen völlig räthselhaften „granator" (1296) nach; als gemeindliche Behörde besass wohl schon um dieselbe Zeit Bayreuth einen städtischen Rath, obgleich dessen eigentliche Entwicklung unfehlbar erst dem folgenden Jahrhunderte angehört, in welchem überhaupt die bis dahin ziemlich unbedeutend gebliebene Stadt nach allen Seiten hin, insbesondere in Ansehung ihres gewerblichen Verkehrs theils durch die vorüberführende nürnberg-sächsische Commerzialstrasse, theils durch die von Karl IV. im J. 1361 gestattete Einrichtung einer Münzstätte allda, einen mächtigen Aufschwung genommen hat. Allein auch der alte Erbfeind des städtischen Gemeinwesens, der innere Bürgerzwist, blieb nicht aus, und nur ihm, welcher eben die Bande zwischen Rath und Gemeinde zerrissen hatte, ist die Schuld beizumessen, dass die hiedurch fast wehrlos gewordene Stadt im J. 1430 der Zerstörungswuth der Hussiten unterlag. Selbst das hieraus erwachsene Elend aber vermochte die feindliche Stimmung im Schoosse der Bevölkerung nicht zu dämpfen. Erst als sich der Rath endlich (1434) bewogen fühlte, seinen beiden durch Selbstwahl sich ergänzenden Gremien zu je acht Gliedern, noch einen Ausschuss aus den Handwerken, in vierzehn von der Bürgerschaft allein wählbaren Viertelsmeistern bestehend, hinzuzufügen, kehrte die lange entbehrte Ordnung und Ruhe in die Stadt zurück. Doch scheint sich diese Einrichtung des städtischen Regimentes nur kurze Zeit in Geltung erhalten zu haben, da bereits das Stadtbuch von 1464 eine hievon wesentlich differirende Rathsordnung erkennen lässt.

Beerfelden. LXVII.

(Grossherzgth. Hessen.)

D. *Schneider*, Vollständige Hoch-Gräflich-Erbachische Stamm-Tafel Oder Historie, Franckf. a. M. 1736 fol., Satz III S. 276 flg. G. *Simon*, Die Geschichte der Dynasten und Grafen zu Erbach und ihres Landes, Frankf. 1858. 8.⁰, S. 102 flg.

1328, Jun. 25. Kaiser Ludwig IV. verleiht dem Edlen Manne Konrad Schenken von Erbach für sein Dorf Beerfelden Stadtgerechtigkeit nach dem Muster von Eberbach, sowie einen Wochenmarkt:

„Ludovicus, Dei gratia Romanorum imperator semper augustus, nobili viro Chunrado pincerne de Erbach, suo et imperii fideli dilecto, gratiam suam et omne bonum. Meruerunt grata tua servitia et fides devocionis, tue, que nobis et ipsi imperio hactenus impendisti et, ut veraciter presumimus, amplius impendere poteris in futurum, quod graciosam illorum recompensam tibi facere debeamus. Et hinc est, quod tibi et heredibus tuis illam in villa Baurenvelden concedimus libertatem et emunitatem, quod omnes causa defensionis vel mansionis inibi venientes illa libertate, emunitate et securitate gaudere debeant, qua gaudent venientes vel habitantes in opido regali Eberbach pari jure. Conferentes nihilo minus tibi ac dictam villam privilegiantes, quod in singulis tertiis feriis annis quibuslibet cujuslibet septimane perpetuo forum esse possit et fieri debeat cum ea libertate et jure, quali forum in dicto nostro opido fieri consuevit. In cujus rei testimonium presentes conscribi et sigillo majestatis nostrae robore jussimus comuniri. Datum in Castro Tibur. vigesimo quinto die Junii, indictione XI, anno Domini millesimo trecentesimo vigesimo octavo, regni nostri anno quartodecimo, imperii vero primo." Mit deutscher Uebersetzung b. *Schneider* a. a. O. Urkk. zum II. Satz Nr. XIV, 5 S. 63. 64.

Dass aber Beerfelden (am Flüsschen Mümmling im Odenwalde gelegen) obigen Freibriefes ungeachtet niemals die Bedeutung einer Stadt erlangt habe, zeigt das wichtige Cent-Weisthum v. 14. Juni 1457 (J. *Grimm's*

Weisth. Thl. I S. 446—50), welches die dem Pfalzgrafen bei Rhein als Oberlehensherrn *) gegenüber den Schenken von Erbach in Beerfelden zustehenden Gerechtigkeiten zum Gegenstande hat. Hier wird ausdrücklich als ein pfalzgräfliches Recht beansprucht, dass „Buerfelden mit muren oder sunst nit anders befestigt werden solle, dann als ein dorffe“, worauf dann die Schöffen „offenen und wysen“, dass, wenn auch „etwann die herrschafft zu Erppach unterstanden habe, zu Buerfelden mit muren zu befestigen, und ungelt da selbest uff zu setzen, die masz, eln und gewichte ... zu andern“, dieses Alles doch als dem alten Herkommen zuwiderlaufend, auf Vorstellung des Pfalzgrafen von den Schenken wieder aufgegeben worden, und mithin bei dem über Menschen Gedenken hinaufreichenden Zustande es verblieben sei. Vgl. auch Cent.-Weisth. vom 1. Dez. 1450 b. *Simon* a. a. O. Urk.-Buch Nr. CCLVIII S. 264 flg.

LXVIII. Beeskow.

(Preussen, Nieder-Lausitz.)

Das ziemlich reichhaltige Urkunden-Material Beeskow's findet sich am vollständigsten gesammelt in *Riedel's* Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XX: „Die Herrschaften Beeskow und Storkow“ S. 340—516. Ausserdem werden noch a) aus dem die städtischen Privilegien und Besitzdocumente begreifenden älteren „Stadtbuche“, welches dem XV. und vielleicht theilweise dem Schlusse des XIV. Jhdts. angehört, 18 „Copiae“ von Rechtsbriefen durch J. W. *Neumann* in den Neuen Mitthl. aus dem Gebiet hist.-antiquar. Forschungen, hrsgeg. von K. Ed. Förstemann, Bd. IV Heft 2 (1839) Nr. I S. 1—21; sowie b) in den Beiträgen zur Geschichts- und Alterthums-Kunde der Nieder-Lausitz, hrsgeg. von C. S. G. *Gallus* und J. W. *Neumann*, Lief. 2 (Lübben 1838. 8.°) Nr. IX: „Urkunden zur Geschichte der gewerblichen Vereine in der Nieder-Lausitz“ S. 167—78 von dem Letztgenannten 9 die Handwerks-Innungen und Jahrmärkte zu Beeskow betreffende Actenstücke aus den J. 1283—1368 veröffentlicht.

1 **1272**, Nov. 30. Richard und Reinhard („milites“) von Strele vereignen an die „civitatem bezekow et burgenses ejusdem .... insulam et omnia, que sunt extra plankas et fossata infra insule ambitum sita et locata ... libertate perpetua possidenda, dantes eisdem de predicta insula et interjacentibus ordinandi, statuendi seu locandi nunc et in futurum liberam facultatem, prout ipsis utilitati et comodo dicte civitatis melius videbitur expedire, hoc solum excepto, quod Heinricus prefectus oppidi ejusdem tertium denarium, qui nunc est et erit in futurum de duobus vicis, scilicet angulo scraponis usque ad curiam hospitalis et alio vico, qui a porta civitatis protenditur usque ad portam, per quam itur ad furstenwalde, sibi suisque legitimis successoribus reservarit“; bestätigen den genannten Bürgern deren seit Gründung der Stadt hergebrachten Grundbesitz an Weideboden und Gehölzen, und bestimmen endlich die Grenzen des ersteren genauer dahin: „incipiunt autem dictorum limites et termini pascuorum in stagno, quod Lype volgariter nuncupatur, protendentes de una arbore consignata ad alias arbores, velut fuerint antiquitus consignate et assignantur ab ipsis civibus pro comodo renovate, descendendo per viam antiquam, que transit de Kawelstorf usque ad glebarum foveam, que leymgruwen vulgariter nuncupatur; et deinde omnia, que infra limites et ambitum agrorum et silvarum ad villam nuwendorf attinentem sunt situata, cum ipsa villa, et reguntur juribus civitatis, in sepe dictis pascuis continentur.“ [1]) *N. Mitthl.* a. a. O. nr. 1 S. 4—6; *Riedel* a. a. O. S. 340 flg.

1283, Oct. 5. Der Rath zu Luckau theilt den Bürgern von Beeskow auf deren Ansuchen einige, den Tuchhandel betreffende Statute mit: „ut quicunque homines in bezcowe commorantes et occupati officiis, qui fortuna favente quaerunt exaltari, ut sint in loco mercatorum in theatro [ad] pannos incidendos [2]), prioribus officiis sub jure jurando abrenuntiare tenentur, et si hoc infregerint, in marca civitati satisfaciant. Praeterea si aliqui textores dimidium fecerint pannum ad usus proprios sive puerorum portandos, residuum in communi foro et in theatro in brachio suo cum ulna tenentur portare, et si non fecerint et convicti fuerint, marcam [3]) emendent.“ *Beitr.* a. a. O. nr. 1 S. 167, 68. 2

1284, Jun. 1. Der Rath in Beeskow sammt dem Vogte („praefectus“) daselbst gestattet „ex favore suorum dominorum et maturo civium consilio“ den Kürschnern 3

*) Vgl. hierüber F. K. H. *Beck* und Chr. *Lauteren*, Das Land-Recht der Grafschaft Erbach (1824) S. 28—30.

1) Die Endstelle ist unklar und wird auch durch den gleichzeitigen deutschen Text des Privilegs nicht völlig aufgehellt.

2) Vgl. *Scheltz*, Gesammt-Gesch. der Ober- und Nieder-Lausitz I, 552.

3) *Beitr.* „MMcc.“

die Einrichtung einer Zunft — „libertatem sui operis, que volgariter Jnnunge nuncupatur“ —, ohne jedoch denselben „jura specialia“ d. h. eine besondere Zunftordnung vorzuschreiben, in welcher Beziehung sie vielmehr den Schuhmachern der Stadt gleichgehalten werden sollen, indem er lediglich einige kurze Satzungen über den Wiedererwerb eines zur Strafe entzogenen Zunftgenossenrechts, die Eintrittsgebühren Fremder bei ihrer Aufnahme in das beeskower Kürschner-Gewerke und die Beaufsichtigung der Zunftversammlungen durch den Stadtrath („preterea consilio pellificum, quod volgariter Morgensprache nuncupatur, duo semper consules aut saltem unus debet merito interesse, ne quicquam forsitan ab ipsis incondecens pertractetur“) am Schlusse hinzufügt. *Beitr.* a. a. O. nr. 2 S. 168, 69.

4 **1284**, Jun. 1. Vogt und Rathmannen der Stadt Beeskow gewähren mit Genehmigung der Herrschaft auch den Bäckern das Innungs-Recht, zugleich deren Pflichten in Ansehung der Beschaffung guten Brodes („panis bona quod volgariter gedicht dicitur“) in ausreichender Menge („quod semper ad minus in quatuor cellis sive scampnis panis assidue habeatur“), ferner die hierauf bezüglichen Obliegenheiten und Strafbefugnisse des „magister pistorum“, die Untersuchung des Gebäckes durch Letzteren und zwei Räthe an gewissen Wochentagen und die Folgen der hiebei in Hinsicht auf die „qualitas panis“ wahrgenommenen Ordnungswidrigkeiten, dann die Gebühren bei dem Eintritte in die Zunft, den Brodhandel der „rurenses“ auf dem Stadtmarkte sowie der Stadtbäcker in auswärtigen Orten, endlich die Ahndung der dem Innungsmeister durch andere Genossen zugefügten und durch Zeugen erwiesenen Beleidigungen näher bestimmend. *Beitr.* a. a. O. nr. 3 S. 169—71.

5 **1285**, Jun. 15. Vogt und Rathleute zu Beeskow gestatten ferner auch den Schuhmachern allda — „talem libertatem, que Innunghe vulgariter nuncupatur, quod nullus extraneorum seu forensium sutorum contra voluntatem sutorum in Bezikowe intra septa civitatis seu in foro calceos vendere audeat vel presumat, nisi prius ipsorum libertatem per pensionem super hac constitutam fuerit assecutus, pro qua adipiscenda seu habenda dabit praedictis sutoribus dimidium fertonem argenti et talentum cere et . . . II fert. ad usus dabit civitatis“, und fügen noch insbesondere hinzu: „praeterea ipsis concedimus omne jus et commodum, ut eo libentius suum opus exerceant, quo magisteria sutorum in Lukowe nunc utuntur et uti poterint in futurum, praecipue cum civitas Bezikowe sanctionibus jurium civitatis Lukowe utatur et hactenus usa fuerit et regatur.“ Schliesslich wird dann noch die Zuziehung von einem oder zwei Rathmannen zu den „placita que morgensprache dicuntur — ne aliquid ordinetur seu statuatur, quod sit in praejudicium civitatis“ als nothwendig vorgeschrieben, und der Innung auf den Fall etwaigen Missbrauches ihrer Zunftgerechtigkeit der Verlust derselben, abgesehen von sonstiger Bestrafung nach Massgabe der „excessus“, angedroht. *Beitr.* a. a. O. nr. 4 S. 171, 72.

1321, März 31. Herzog Rudolph von Sachsen, Burggraf zu Magdeburg [4]), bestätigt den Bürgern seiner Stadt Beeskow „omnia eorum jura, consuetudines et proprietates, quas ab antiquis temporibus ab eorum dominis, videlicet illis de Strele beate memorie habuerunt . . . ., prout predicti cives cum eorum possint literis super hijs confectis lucidius edocere“; bestimmt ferner bezüglich des Gerichtsstandes der Bürger, „quod coram eorum sculteto de inpetendis quibuslibet debent et non coram (ducis) advocato secundum juris formam respondere, quemadmodum fecerunt ab antiquo“, verspricht hierauf, die Stadt niemals durch Verkauf oder Verpfändung von sich zu scheiden, vielmehr dieselbe stets bei seinem Hause zu erhalten, und ihrer Münze völlig gleichen Gehalt mit den zu Luckau und Guben geprägten Denaren zu geben; gestattet den Bürgern sodann, „quod absque omni impedimento et pretio argillam in argillarum foveis fodere et deducere possunt licite ad suos usus et ad eorum edificia construenda, ita quod per argille fossionem agros vicinos non destruant nec offendant“; sagt denselben auch unentgeltliche [5]) Lehnreichung der von ihnen käuflich erworbenen „bona feodalia“ zu, und verbietet endlich strenge als ein schweres Vergehen die Wegführung von Brennholz aus der Stadt „per aque defluxionem.“ *N. Mitthl.* a. a. O. nr. 2 S. 6, 7; *Riedel* a. a. O. S. 342. 6

1326, Dez. 27. Derselbe übereignet seiner Stadt Beeskow „zcu Statrechte“ das Dorf Adriansdorf „mit deme obirsten vnd nydirsten gerichte, mit weide, mit wezen, mit wassern, mit holze, mit ackern, gewunnen vnnd vngewunnen, mit wayndinste vnnd andiren dinste, mit allir nutz vnd mit allem rechte, also her gehad hat, mit alle deme, daz dez vorgenannten dorfes margscheidunge beslyset.“ *N. Mitthl.* a. a. O. nr. 11 S. 13, 14. 7

4) Ueber ihn als Herrn eines Theils der Nieder-Lausitz s. *Scheltz* a. a. O. S. 261, 63, 64, 67 flg.

5) Die gleichzeitige deutsche Version spricht von „leyen umb tzins.“

8 **1339**, Jul. 12. Markgraf Ludwig I. von Brandenburg [6]) erklärt, seine Stadt Beeskow und seine getreuen Bürger daselbst „by alle dem rechte, gnaden vnd vryheiten, alz sy an hertzoge Rudolfe von Sachsen komen syn", belassen zu wollen. *N. Mitthl.* a. a. O. nr. 3 S. 8; *Riedel* a. a. O. S. 344.

9 **1340**, Dez. 29. Derselbe bestätiget den Bürgern zu Beeskow auf deren Bitte „ire gewonheit vnd willckur", betreffend die Gewandschneider-Innung, insbesondere die Aufnahme in dieselbe und die Bussen, wenn ein Mitglied „bricht addir missetut" wider die Zunftgesetze. *Beitr.* a. a. O. nr. 5. S. 172, 73; *Riedel* a. a. O. S. 344, 45.

10 **1341**, Nov. 21. Die „Consules civitatis Bezkow" verordnen in Beziehung auf den Eintritt in die Schuhmacherzunft: „quod ad yncipiendum opus hujusmodi, quod dicitur eyn werck, nisi arte peritus famaque laudabilis probatus fuerit (et) prymo conditionis sue statum, ortus et parentes locali testimonio probaverit, non alius admittatur; si vero propter patriae distanciam xx miliarium aut infra credencias seu sufficiens testimonium perhibere nequiverit, cautione fidejussoria pro una marca se obliget civitati, quousque testimonio competenti possit et litteris promoveri." *Beitr.* a. a. O. nr. 6 S. 174.

11 **1344**, Febr. 12. Markgraf Ludwig I. von Brandenburg bestätigt dem Rathe und der „gemeynnen stat zcu bezekow — alle nutz, vryheit vnnd gewohnheit, dy sy von aldir gewonheit, phlicht addir gerechtigkeit gehad haben zu eren gemachen vnnd notdorften yn selben vnnd erer stat yn den [hierauf ausführlich beschriebenen] scheidemalen vnnd grenützen." N. *Mitthl.* a. a. O. nr. 12 S. 14, 15; *Riedel* a. a. O. S. 346.

12 **1344**, Apr. 17. Rathleute und Stadtgemeinde zu Beeskow verleihen den Gewandmachern daselbst „tzu gnaden vnd tzu besserunge ihres werkes" eine Reihe neuer, hauptsächlich die Zunftrechts-Gewinnung, den Gewerbsbetrieb und den sittlichen Wandel der Innungsangehörigen betreffender „satzunge", von welchen nachfolgende der Beachtung werth erscheinen: „Wer syn gewant snyden gewint vf der hoen bank, der sal geben der stat eyne marc vnd den kumpane, waz daruf gesatzt ist; der sal ouch sin gesynde lasen arbeiten, vnd sal selber weder wirken noch slan. — Kein kumpan sal vff den andern weder spilen noch pphlichten noch vff dem platze spilen. Wer ouch alzo hoch spilet, daz he vbele gehandelit wirt, es (sy) getzogen adir geslagen adir gebunden adir in den rouch gehangen, da sal vnse kumpan nicht vorbas blieben. — Ouch wer vnse kumpan welle syn, der sal vff der strase nicht barfus gen. — Welcheme mann syn gut dry stunt in eyme Jare wirt vff gehalden, der sal vnse kumpan nicht me syn." *Beitr.* a. a. O. nr. 7 S. 174—76; *Riedel* a. a. O. S. 346, 47.

1348, Mai 8. Der Rath der Stadt Beeskow bestätigt den von den früheren Stadtherrn vollzogenen Scharren-Verkauf an die Fleischhauer, und gibt denselben „sunderliche eyginheyt vnd so getane vryheyt ires werkes." *Riedel* a. a. O. S. 348, 49. 13

1349, Jan. 9. Hanns von Strele, Herr zu Beeskow und Storkow, gelobt für sich und seine Erben und Erbnehmer den Bürgern der Stadt Beeskow, „daz her sy wolle behalden by allen den rechten, beide by dem obirsten vnd nedirsten, vnd by al den gnaden, dar her sy bevunden habe by margrave lodewyge vnd alzo sy margrave lodewyk vant by den alden herzogen von Sachsen", mit dem weiteren Versprechen, dass er seinen Bürgern „er recht bessern wolle an allen stucken vnd en dez nicht vortzyen." *N. Mitthl.* a. a. O. nr. 4 S. 8; *Riedel* a. a. O. S. 349. 14

1349, Apr. 15. Botho von Torgau, Herr „zcu dem Arnstveste", des Hanns von Strele Schwager, macht den Bürgern von Beeskow dieselben Zusicherungen, wie in nr. 14 enthalten sind. *N. Mitthl.* a. a. O. nr. 5 S. 8, 9; *Riedel* a. a. O. S. 350. 15

1353, Febr. 6. Die Rathmannen der Stadt Beeskow geben mit ihres Herrn von Torgau Genehmigung den Schuhmachern allda ein neues Innungs-Statut, vornehmlich die Leistungen bei Gewinnung des „schuwerkes", die Geldstrafen wider Pfuscher und die Vorbedingungen der Aufnahme von Lehrlingen und Fremden in die Zunft festsetzend. In letzterer Beziehung verordnet das Statut: „Weme ouch ein Jungher komt tzu lerende vndir den schuhmachern, der sal en brengen vor den meyster vnd vor dy werkgenossin; ist her denne von sulchen Luthen vnd gebort, daz he moge nach siner lere werk vntfann, so sal he en lerin, andirs nicht, wen wir badere kindern, vorsprochen [7]), lineweber, schefere, wende, pfaffin vnde allen vnechten kindern werk versagin yn vnsir stat tzu vbende. Wer abir einen Junghen lerit, der sol gebin den werk genosin eyn virding hasilnuzze tzu der morginsprache. Vorbaz nun welch vzheimsch man syn werk wil gewynne yn bezikow, der sal brengin briefe von der stat synes heymuthiz vn sal bewysen, daz her sich erlich habe gehaldin 16

6) Vgl. *Scheltz* a. a. O. S. 296 flg.

7) Versprochene Leute, homines infamati. *Haltaus*, Glossar. col. 1897.

vnd vromelich, vnde ouch sal her mit syner stat briefe bewisin, daz he sy von alsulchir gebort, daz he werk moge vnterfaen vnde dez werdik syn." *Beitr.* a. a. O. nr. 8 S. 176, 77; *Riedel* a. a. O. S. 350, 51.

17 **1368**, März 23. Botho von Torgau, Herr zu Beeskow, Reinhard von Strele, Herr zu Storkow, und Dietrich von Torgau bewilligen der Stadt Beeskow die Verlegung ihres Jahrmarktes vom Sonntage vor Michaelis auf den nächsten Sonntag nach St. Margarethen-Tag — „so sullin die vorgenanten Burger vnd stat eyne Jahrmarcht habn vnd haldn, alzo gewenlich vnd redelich ist zcu haldene, mit alle fryheiten, rechtn, ern vnd nutzen. — — — Ouch sal nymandt vf demselben Jaremarchte keyn gewandt snyden, der eyn gast ist, noch keine schuhe veyle habn, ez en sie dane, daz man vnssern burgern von Besekow yn denselben steten, von danen die geste sint, wedir gune dez selbin gewant snydes vnd schue veyle haben vnd andere ware zcu koufene vm ire gelt, waz sie vorgelden mogen. Ouch sal der burger Jarmarcht sten dry tage ganz, alzo her von alde gestanden hat yn der stat zu Besikow vf den vorgeschrebin tak." *Beitr.* a. a. O. nr. 9 S. 177, 78.

18 **1373**, März 28. Reinhard von Strele und Dietrich von Torgau, Herrn zu Beeskow, geben und eignen dem Rathe, den Geschwornen und der Gemeinde ihrer Stadt Beeskow „alle dy vryheit vnd guter yn der stat vnd vzewendig der stat mit allen rechten vnd gewohnheiten, wesen, holze, grenytzen vnnd dörfern, mit allen gnaden, eryn vnnd nutzen, wasser vnnd weiden, zo dy von aldir von fursten vnd allen vorvarn (der jetzigen Stadtherrn) en gevryhet, geeygnet vnnd gegebin sint", mit der auch für die Nachkommen beigefügten Zusicherung, die genannte Gemeinde „by alle den vryheiten, eygenschaften, rechten vnnd gewonheiten lazen vnnd behalden zcu wollen ewyclich vnnd vnvorbrochlich." *Mitthl.* a. a. O. nr. 6 S. 9, 10; *Riedel* a. a. O. S. 355.

19 **1373**, März 28. Dieselben überweisen einen ihnen bis dahin von den Bürgern zu Beeskow entrichteten jährlichen Zins („tzins addir pflege") zu 15 Schock breiter Groschen in Folge wiederlöslichen Verkaufes an das Kloster Neuenzelle. *Mitthl.* a. a. O. nr. 13 S. 15

20 **1377**, Febr. 13. Hanns und Ulrich von Biberstein ertheilen ihrer Stadt Beeskow einen mit dem unter nr. 18 aufgeführten fast ganz gleichlautenden Rechts- und Gelobungsbrief. *Mitthl.* a. a. O. nr. 7 S. 10; *Riedel* a. a. O. S. 357.

21 **1384**, Mai 12. Dieselben (Herrn zu Sarow und zu Storkow) bekennen für sich und ihre Erben, vom Rathe und der Gemeinde ihrer Stadt Beeskow 300 Schock Groschen böhmischer Münze gegen einen Zins von je 10 Schock vom Hundert als Darleihe empfangen zu haben, und weisen diesen Zins, in Summe 30 Schock breiter Groschen betragend, zum einen Theile auf ihre „orbete" zu Beeskow, zum anderen auf ihre „wasser tzinsen zcu storkow" an. *Mitthl.* a. a. O. nr. 16 S. 17.

1387, Dez. 28. Der Rath zu Beeskow 22
erlässt neue (an das Statut von 1284, nr. 4, sich anlehnende) Satzungen für das Bäcker-Gewerk. *Riedel* a. a. O. S. 365—67.

1394, Jan. 23. Die herzoglichen Brüder 23
Swantibor und Bogislav von Pommern bestätigen als „hern zu bezekow" für sich und ihre Erben den Rathmannen und der ganzen Gemeinde zu Beeskow „alle ere gnade vnnd rechte, hogiste vnnd nydirste, vnd alle ere eygenschafte, gewonheite vnnd vryheite, dy sy von alden getzieten von fursten vnnd herrn gehad haben vnd noch haben ..... vnd geloben, sy dar by zcu lazen vnnd zcu behaldene, vnd ouch by alle deme Statrechte, alz sy daz haben, do sy von aldir ir recht geholet haben vnnd noch holen, wen en des not geschiet, vnnd wollen en alle ere rechte vnnd gnaden hoghen vnnd nicht nyddern." *v. Ledebur's* Archiv Bd. XI (1833) S. 357, 58; *Mitthl.* a. a. O. nr. 8 S. 10, 11.; *Riedel* a. a. O. S. 370, 71.

Wie die Herzoge Swantibor und Bogislav in den Besitz der Herrschaft und Stadt Beeskow, welche bis dahin die Familie von Biberstein von den Herzogen von Görlitz und Markgrafen der Lausitz zu Lehen getragen hatte, gekommen sei, ist schwer zu enträthseln und nur soviel als unzweifelhaft anzunehmen, dass dabei an eine vom Könige Wenzel angestiftete gewaltsame Wegnahme des fraglichen Ländchens nicht gedacht werden dürfe. Es hat vielmehr die von *Neumann* in v. Ledebur's Archiv a. a. O. S. 355 flg. ausgesprochene Vermuthung Manches für sich, dass der Grund des Uebergangs von Beeskow in pommerische Hände in einem Vertrage zu suchen sei, in Folge dessen Hanns [„der alde"] von Biberstein seine Feudalherrschaft als Afterlehen den genannten Herzogen aufgetragen habe. Uebrigens finden wir schon im beginnenden XV. Jhdt. das v. Biberstein'sche Geschlecht wieder im unmittelbaren Besitze von Beeskow. Vgl. auch das alleg. Archiv Bd. III (1830) S. 130 flg.

Der im Privilege v. 1394 angedeutete, aber nicht namhaft gemachte Oberhof Bees-

kow's war, wie sich aus dem Innungsbriefe der Schuhmacher v. 1285 [nr. 5] ersehen lässt, der überhaupt in der Niederlausitz mit grosser Autorität bekleidet gewesene **luckauer** Schöffenstuhl, von welchem sich Beeskow noch im XV. Jhdt. Rechtsweisungen einholte. [Vgl. die Urk. v. 1441 b. *Riedel* a. a. O. S. 400.] Daneben wandte sich aber der beeskow'sche Rath in wichtigen Rechtsfragen, welche z. B. die Markt- und Gewerbe-Polizei sowie das Zunftwesen betrafen, häufig auch nach dem, bereits im sächsischen Weichbilde Art. X §. 1 als Oberhof für die Lausitz bezeichneten **Magdeburg**, und es sind uns mehrere höchst bedeutsame von hier aus nach Beeskow ertheilte Schöffenurtheile aus den J. 1424, 1427, 1457 (*Riedel* a. a. O. S. 385 flg. 395 flg. 421 flg.), und überdies sogar eine kleine Sammlung magdeburger Weisthümer für Beeskow aus demselben Jhdt., handelnd von der Heeresfolge, den Freihäusern, dem Gerichtsstande vor dem Mannengerichte zu Sarow, dem Geschosse und den Besitzverhältnissen bezüglich des Bürgerwaldes und Dorfes Grunow (*Riedel* a. a. O. S. 447—50), erhalten.

24 **1425**, Apr. 3. Hanns von Biberstein, Herr zu Beeskow und Storkow, erneuert die von seinen Vorfahren der Stadt Beeskow urkundlich [nr. 18, 20] gemachten Zusicherungen. *Mitthl.* a. a. O. nr. 9 S. 11, 12; *Riedel* a. a. O. S. 393.

Inhaltsgleiche Rechtsbriefe erhielt dann Beeskow noch von Friedrich (11. Jul. 1443), Wenczlaw (6. Sept. 1448) und Hanns von Biberstein (1465—1472); abgedruckt sind sie b. *Riedel* a. a. O. S. 400, 404, 431, der ersterwähnte auch in den *Mitthl.* a. a. O. nr. 10 S. 12, 13.

25 **1480**, Dez. 4. Hanns von Biberstein gestattet den kaufsweisen Erwerb des Stadtgerichts zu Beeskow von Seite des Raths daselbst. *Riedel* a. a. O. S. 442, 43.

LXIX. Bekum.

(Preussen, Westfalen.)

Jod. Herm. *Nunning*, Monumentorum Monasteriensium Decuria prima, Vesal. 1747. 4.°, Mon. VI „Bechemium" p. 107—19; *v. Ledebur's* Archiv Bd. III (1830) Nr. XVII „Urkundliche Geschichte der Stadt Beckum im Regierungs-Bezirk Münster" S. 289—311. Die nachfolgenden, blos mit R. bezeichneten Notizen beruhen auf letzterem, grösstentheils aus den *Kindlinger*'schen Hdschr. geschöpften Aufsatze.

1 **1245**, Oct. 16. Bischof Ludolph von Münster überlässt mit Zustimmung seines Capitels seinen Hof Bekehem sammt Zubehör gegen festgesetzte Jahresreichnisse an die Bürger zu Bekehem zu ständigem Besitze — „cum consilio piorum ac ministerialium Monasteriensis ecclesiae, consensu capituli accedente, prospecta utilitate in augmentandis episcopalis mensae redditibus, curtem Beckhem ac duos mansos [in] Modewich distraximus, et agros eis attinentes civibus in Beckhem ad firmam locavimus, concedentes eos perpetuo dictis civibus et eorum successoribus titulo juris, quod in Teuthonico Wichbelehte Recht dicitur, sub annua pensione, ut videlicet centum pullos et de unoquoque jugere, quod Morgen sonat, unum modium tritici mensurae Alensis nobis vel nostris successoribus, qui pro tempore fuerint, annuatim exsolvant; summa de dictis mensuris recta computatione facere debet annuatim in toto triginta modios tritici Alensis mensurae. — — — Ad cautelam vero, ne aliqua de praedictis agris per successionem seu commutationem alienari possint vel deperdi, cum eorundem in Beckhem civium collaudatione adjectum est, ut nullus de ipsorum agrorum tentoribus aliquem ex saepe dictis agris alicui hominum vendere aut dimittere possit, ita quod firmum sit et stabile, nisi hoc faciant cum consilio et consensu Rathmannorum *), qui pro tempore Beckemii fuerint." *Nunning* l. c. p. 116—18; *Wigand's* Archiv f. Gesch. Westphalens Bd. VI S. 263—65.

Bekum („Bekehem, Bykehem"), zuerst 1212 in Urkunden erwähnt, wird bereits im J. 1224 unter den „civitates" des Bisthums Münster aufgeführt, wiewohl es erst in der zweiten Hälfte desselben Jhdts. Mauern und Thore erhielt. Dass aber schon viel früher die innere gemeindliche Entwicklung vollendet gewesen sein müsse, zeigt die in vorstehendem Documente angeordnete Consensertheilung des Stadtrathes zu Güter-Veräusserungen. Uebrigens theilte Bekum im Allgemeinen und namentlich auch in Ansehung seines Gogerichts die Schicksale der Schwesterstadt Ahlen (Nr. VIII S. 17).

1269, Oct. 20. Bischof Gerhard von Münster verzichtet unter Einwilligung seines Capitels auf das „judicium quod vogetdinc dicitur", welches er und seine Vorgänger in der Stadt „Becheim" besessen haben, zu Gunsten letzterer, dabei „eandem, quam civitas **Monasteriensis** optinet, eidem oppido per omnia concedens libertatem", und überlässt ferner „sedecim denarios de macellis ibidem, qui hallepenninge dicuntur, quos (episcopi) predecessores receperunt hactenus, ad necessitates ipsius oppidi perpetuo recipiendos ipsis oppi- 2

*) *W.* scabinorum.

danis." Für diese Begünstigungen haben ihm die Bewohner der genannten Stadt 150 Mark münsterischen Geldes bezahlt, welche Summe der Bischof zum Nutzen seiner Kirche, und zwar zur Erwerbung des Schlosses und der Güter von Horstmar zu verwenden verspricht. *Wigand's* Archiv a. a. O. S. 266, 67; *Wilmans*, Westfäl. UB. Bd. III Abthl. I Nr. 837 S. 437.

3 **1278** Sept. 13. Bischof Everhard von Münster bestätigt den Bürgern zu „Bechem", nachdem er von denselben 350 Mark münsterischer Pfennige für seine Kirche empfangen, die „proventus braxationis cervisie", so dass sie von dem einzelnen Gebräue sechs Denare gangbarer Münze, wohl weniger, aber nicht mehr, einnehmen dürfen, und ferner „medietatem judicii ejusdem oppidi ... ita videlicet, quod emendam excessuum sex denarios excedentem cum judice (episcopi) participent, exceptis causis, que ultimum supplicium requirunt, in quibus nihil juris habebunt." *Wigand's* Archiv a. a. O. S. 268, 69; *Wilmans* a. a. O. Nr. 1052 S. 547.

4 **1306**. Bischof Konrad von Münster gibt den Rathsherrn, Schöffen und Bürgern seiner Stadt „Bekehem" die Versicherung, dass sie stets im ruhigen Genusse ihrer Rechte und alten Gewohnheiten bleiben sollten. (R.)

5 **1334**. Bischof Ludwig von Münster begnadet seine Bürger zu „Bekehem" dahin, dass sie Niemand vor ein auswärtiges Gericht, es sei nun ein Gau-, Frei- oder sonstiges Gericht, mit alleiniger Ausnahme des geistlichen Gerichts zu Münster, in Rechtssachen laden dürfe, indem sie nur vor ihrem eignen Stadtrichter Recht zu nehmen gehalten seien. (R.)

6 **1347**. Derselbe verlegt den in seiner Stadt „Bechem" bis dahin am Matthäi-Tage begonnenen zweitägigen Jahrmarkt um der grösseren Bequemlichkeit willen auf die beiden dem genannten Apostelfeste nachfolgenden Tage. (R.)

7 **1367**. Der Rath der Stadt Beckem befreit die dem Kloster Marienfeld gehörigen, innerhalb der Stadt und um dieselbe gelegenen Güter von allen Kriegslasten, dabei jedoch bestimmend, dass die Bewohner des vom Kloster in der Stadt besessenen Hauses zu den übrigen Bürger-Lasten, „burwerk" genannt, verpflichtet bleiben sollten. V. N. *Kindlinger*, Geschichte der deutschen Hörigkeit (1819) Urkunden S. 469.

8 **1385**. Bischof Heidenreich von Münster versetzt dem „wycbolde to Beckem" für ein Darlehn von 300 Mark münsterischer Pfennige zwei Mühlen sammt Wasser und Zubehör, jedoch unter Vorbehalt der Fischerei und Herrlichkeit darüber, sowie des Wiedereinlösungsrechts nach Ablauf von fünf Jahren. (R.)

1394. Bischof Otto [Graf von Hoya] 9
zu Münster erlaubt der Bürgerschaft von Bekum in Anerkennung ihrer dem bischöflichen Stuhle geleisteten treuen Dienste, dass sie von den im Kampfe zu machenden oder bereits gemachten Gefangenen die Hälfte behalten dürfe, ausgenommen wenn er (der Bischof) selbst mit in das Feld ziehen würde, in welchem Falle ihm allein die Gefangenen zukommen sollten. (R.)

1447. Bekum tritt dem Schutz-Vereine 10
der siebenzehn Städte des Münsterlandes bei. *Niesert*, Münstersche Urkundensammlung Bd. III S. 73—78.

Belecke. LXX

(Preussen, Westfalen.)

L. *Tross*, Westphalia Jahrg. III (Hamm 1826. 8.°) Nr. 20, 24, 45: „Geschichte der Stadt Belecke". Vgl. auch *Seibertz* in Wigand's Archiv f. Gesch. u. Alterthskde. Westphalens Bd. II (1828) Heft 3 S. 259, 60 und in den Statutar- und Gewohnheitrechten des Hrzgths. Westfalen S. 217 flg.

1296, Dez. 16. Erzbischof Siegfried 1
von Cöln bewidmet die neu angelegte Stadt Belecke mit dem Rechte von Rüden:

„Universis presentes literas inspecturis et audituris nos Syfridus, dei gratia sancte Coloniensis ecclesie archiepiscopus, sacri imperii per Italiam archicancellarius, notum esse volumus et presentibus profitemur, quod nos, ut oppidum nostrum et ecclesie nostre Coloniensis Bedelke de novo conceptum et erectum ad statum libertatis et perfectionis debitum ac preconceptum eo melius perducatur, et ut ecclesiam nostram, oppidanos nostros fideles, inhabitantes idem oppidum, favore et benignitate solitis specialiter prosequamur, ipsum oppidum et oppidanos nostros ibidem antedictos ex nunc inantea libertamus seu privilegiamus omni ea libertate sive juribus in quibuscunque rebus consistentibus, quibus oppidum et oppidani nostri in **Rüden** ab ecclesia Coloniensi, nostris predecessoribus ac nobis dinoscuntur libertati ac privilegiati. Hoc specialiter addito, quod quicunque ipsum oppidum nostrum, cum adhuc sit novella plantatio, ingressus fuerit ad morandum in eo et oppidanus ibidem effectus, eo ipso, sit status condicionis aut sexus cunctarumcunque, sit liber et nulli hominum preterquam nobis et ecclesie Coloniensi, prout ceteri opidani nostri in aliis oppidis nostris jure civitencium ecclesie nostre Coloniensi asstricti esse consueverunt, ad aliqua servitia sit asstrictus, de nostra potestate, qua ipsum presentibus libertate donamus, gaudens perpetua libertate. Si quis vero dictos oppidanos

nostros vel quemlibet ipsorum contra premissa in personis vel in rebus ledere aut molestare presumeret, se noverit nostram et ecclesie nostre Coloniensis indignationem procul dubio incursurum. In cujus rei testimonium sigillum nostrum hijs litteris duximus apponendum. Datum Susati xvij Kalendas Januarii, anno Domini M°. CC°. nonagesimo sexto." *Seibertz*, UBuch Bd. I Nr. 466 S. 577, 78.

Belecke — „Badelecche, Badelike, Bedelike" — bereits im X. Jhdt. als reizender Badort („villa") genannt, war unter den Hofgütern („curtes"), von welchen Erzbischof Anno von Cöln dem von ihm gestifteten Kloster Grafschaft 1072 Einkünfte zuwandte. Erzbischof Siegfried, welcher sich in der Anlegung von Burgen und Städten ganz besonders gefiel, schuf die noch dorfartige Ansiedlung in eine städtische um, indem er, wie uns das Grund- und Einkünftebuch des westfälischen Landmarschalls Johannes 1293—1300 Art. „Bedelike" belehrt, einen Flächenraum von 60 „aree", deren jede 13 „jugera terre campestris et silvestris" betrug, zum Weichbilde bestimmte, wovon seiner Kirche ausser Zehenten und Hühnerzinsen der s. g. Wartpenning und eine Beede („petitio") zu 20 Mark entrichtet werden musste. Da er jedoch diesen Grund und Boden eigenmächtig auf gräflich-arnsbergischem Gebiete — „infra terminos silve et Garcine, que vulgariter vorst dicitur, quas silvam et Garcinam dominus Comes [Ludewicus in Arnsberg] a domino Romanorum Rege tenet in feodo" — anzuweisen sich erkühnte, erhob der genannte Graf wohl begründete Beschwerden hiegegen, welche jedoch unter Siegfried's Nachfolger, ohne zu ernstlicher Austragung zu gelangen, wieder verstummten. Vgl. *Seibertz*, UBuch a. a. O. Nr. 30, 50, 471, 484 S. 33, 65, 583, 617 mit *dessen* diplomat. Familiengeschichte der alten Grafen von Westfalen S. 196, 200 flg.

Im Genusse des **rüdener** Rechts ist übrigens Belecke seit Siegfried's Verleihung fortwährend geblieben, so dass noch heutzutage daselbst die s. g. stadt-rüden'sche Gütergemeinschaft gibt. Vgl. A. C. *Welter*, Hdb. über das eheliche Güterrecht in Westfalen (1861) §. 125 nr. 2 S. 259.

2 **1307**, Nov. 29. Erzbischof Heinrich II. von Cöln regelt für die Bewohner der unter seinem Vorgänger Siegfried begonnenen, vermuthlich aber erst jetzt zur Vollendung gekommenen neuen Stadtanlage in Belecke die Unterthanschafts- und namentlich Abgaben-Verhältnisse zu dem Erzstifte sowohl als gegenüber dem Kloster Grafschaft und dem Probste zu Belecke —: „Nos considerantes, quod homines in dicto loco bedelicke commorantes variis angariis et exactionibus indebitis gravarentur et alia eis dampna gravia et multiplicia inferrentur, pensata in hoc utilitate nostre ecclesie, abbatis et conventus (monasterii in Grascap) ac prepositi (in bedelike) consensu unanimi accedente, in eodem monte et emunitate bedelike munitionem seu oppidum, prout per bone memorie dominum Syfridum, Coloniensem archiepiscopum, predecessorem nostrum, seu Johannem de plettenbracht, marscalcum suum et nostrum Westphalie, primo ceptum et inchoatum fuit, per quod quidem oppidum homines et amici Coloniensis ecclesie ibidem nunc residentes et in antea se recipientes possint ab hostium incursibus defensari, duximus construendum secundum conditionem et formam infra scriptam, videlicet quod ipsum oppidum cum petitionibus ibidem pro tempore faciendis et habendis nobis, successoribus nostris et ecclesie Coloniensi in perpetuum attinebit. Oppidani quoque ejusdem loci similiter nobis et ecclesie nostre fidelitatem prestabunt primo et principaliter, et deinde abbati de Grascap seu preposito in bedelike nomine ecclesie in bedelike. Preterea de singulis areis dicti oppidi, que dicuntur vurstede, singulis annis in festo b. Martini sex denarii et duo pulli persolventur, quorum medietas nobis et Coloniensi ecclesie, reliqua vera medietas preposito in bedelike pertinebit. Ceterum quotiens aliqua domus in bedelike venditur, dabuntur duodecim denarii pro relevatione [1]) ejusdem ab ipsius emptore, quam quidem pecuniam inter nos et dictum prepositum divident." Ausserdem wird noch von den Reichnissen der bei der Stadt bereits bestehenden, sowie der im Bedürfniss-Falle („multiplicato populo oppidi") etwa noch zu errichtenden zweiten Mühle gehandelt, und dem Kloster sowohl als dem Probste die Aufrechthaltung aller kirchlichen Freiheiten und Rechte — „quibus ante fundationem hujusmodi oppidi in eadem ecclesia in spiritualibus et temporalibus sunt gavisi" — zugesichert. *Seibertz*, UBuch Bd. II Nr. 518 S. 40—42.

1354, Sept. 7. Erzbischof Wilhelm 3
von Cöln verfügt in Gestaltung eines Privilegs für Belecke und drei andere Städte seines Erzstifts, dass auf deren Fluren keine Schafe „que oves Renenses [2]) vulgariter appellantur" zur Weide gebracht, die dem Verbote zuwider dennoch aufgetriebenen aber

1) Handlohn.

2) Rein (reinsch, *Schwäb.* Landrecht Kap. 212 L.), castratus, verschnitten. Vgl. *Wachter*, Glossar. Germ. col. 1269.

durch die landesherrlichen Amtleute abgepfändet werden sollen, und gibt auf den Fall nachlässigen Verfahrens der Letzteren den Bewohnern fraglicher Städte „easdem oves Renenses repellendi et amovendi per se vel alios plenam et liberam potestatem.“ *Seibertz* a. a. O. Nr. 735 S. 437 flg.

Auf vorstehendes Zugeständniss hin errichteten am 9. Sept. desselben Jahrs die vier Städte Belecke, Rüden, Warstein und Kallenhart eine „vorbindinghe vnde lofuisse“ auf ewige Zeiten zu dem Zwecke, „de Ryneschen scaph tho vordrivene.“ *Seibertz* a. a. O. Nr. 736 S. 438 flg.

In den J. 1325, 1326, 1344 nahm Belecke an den verschiedenen, von den Burgmännern und Städten Westfalen's theils unter sich, theils mit der Reichsstadt Dortmund abgeschlossenen Landfriedens-Bündnissen Theil. *Seibertz* a. a. O. Nr. 610, 615, 691 S. 208, 215, 334. Auch befand es sich unter den zwanzig Städten, welche im Vereine mit der „riderschop in deme marschalk ampte vnd der herscop van Arnsberge, des stichtes van Colne, vp dussyt Ryns“ unter Genehmigung Erzbischof Dietrich's II. am 29. Sept. 1423 eine gemeinsame Gesinde- und Tagelohns-Ordnung vereinbarten. *Seibertz* a. a. O. Bd. III Nr. 921 S. 43 flg.

LXXI. Belgard.

(Preussen, Pommern.)

M. *Beilfuss* (pr. C. Sam. *Schurzfleisch*), Disquisitio hist. de Belgardia Pomeranorum, Witteberg. 1684; Lips. 1698. 4°. Vgl. auch *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. II S. 615—25.

1 **1299**, Aug. 2. Herzog Bogislav IV. von Pommern gestattet seiner Stadt Belgard den Gebrauch des „jus Lubecense“ und gibt derselben eine genauer begrenzte Feldmark. J. C. *Dähnert's* Pommersche Bibliothek Bd. III (1754) S. 193. Vgl. A. *v. Balthasar's* Abhdl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärtigen Rechten §. 55 S. 49; *Michelsen*, Oberhof S. 65; *Barthold*, Gesch. von Rügen und Pommern Thl. III S. 69.

2 **1307**. Herzog Bogislav VI. von Pommern verleiht der Stadt Belgard die Niederlags-Gerechtigkeit, was Herzog Erich II. im J. 1463 bestätiget. (R.) *Brüggemann* a. a. O. S. 620.

LXXII. Belgern.

(Preussen, Provinz Sachsen.)

C. Rob. und G. Herm. *Bertram* (Gebrüder), Chronik der Stadt Belgern und Umgegend, nach selbst zusammengetragenen authentischen Nachrichten bearbeitet (mit Urkunden-Anhang), Belgern 1860. 8°. Vgl. dazu *Zöpfl's* Alterth. Bd. III §. 45 „der Ruland zu Belgern bei Torgau“ S. 255—60.

983, Febr. 17. Kaiser Otto II. schenkt 1
der „Misnensis ecclesia“ sein nahe an der Elbe gelegenes Dorf Setleboresdorff sammt aller Zubehörung, unter andern auch dem Zolle, welcher „a civitate, quae dicitur belegora, usque ad ejusdem misnensis ecclesie portum sursum indeque denuo per ambas plagas praefati fluminis Albiae deorsum ... ubicumque manus negociatorum ultra albiam huc illucque sese diverterit“, an die kaiserliche Kammer entrichtet wird. *Bertram* a. a. O. Urk. Nr. I S. 143.

1286, Mai 6. Bodo von Ilburg be- 2
urkundet die Beilegung eines auf die „silva caedua sita prope oppidum Belgern, quae gehege vulgariter appellatur“, bezüglichen Eigenthumsstreites zwischen genannter Stadt und dem Kloster Buch, welche in der Art erfolgt sei, dass „cum de oppido Belgeren universitas convenisset, post multas assertiones hinc inde habitas tandem dominus abbas et fratres de Buch praefati, intendentes paci et concordiae et quieti, magna quaedam suae proprietatis spatia in silva saepedicta de voluntate benivola non coacta saepe memoratis civibus contulerunt.“ *Bertram* a. a. O. Urk. Nr. VIII S. 149, 50.

1309, Jul. 17. Landgraf Friedrich 3
mit der gebissenen Wange von Thüringen, Markgraf von Meissen und im Osterlande, schenkt Pfalz und Stadt („palatium et oppidum“) Belgern sammt allen oberen und niederen Gerichten und Vogteien, sowie sonstigen Zubehörungen an Grundstücken und Gerechtsamen, nachdem ihm dieselben Walter von Köckeritz aufgelassen, dem oben erwähnten Kloster Buch, welche „donatio opidi Belgern cum pertinentia ac juribus suis“ Landgraf Friedrich der Gestrenge am 28. Sept. 1325 bestätigt hat. *Bertram* a. a. O. S. 11, 86 (R.) und 23. (Extr.)

1326. Gutzelo von Triestewitz 4
vergleicht sich mit dem Abte und Convente des Klosters Buch wegen eines von letzterem erhobenen Schadensersatz-Anspruches dahin, dass er demselben „unum talentum annui census, quod vocatur wurfzins, et theloneum forense, quod dicitur marczoll, quae in opido Belgern ab ipso domino abbate in feodo habuit, voluntate benevola resignavit et tradidit pro dampnorum restauratione et suorum progenitorum remedio et salute.“ *Bertram* a. a. O. Urk. Nr. XII S. 152.

1370, Febr. 8. Der Schultheiss Hen- 5
zel zu Belgern bestätiget urkundlich, dass

er den ihm gehörig gewesenen und nachmals für dritthalb Schock Groschen auf Wiederkauf an das Kloster Buch überlassenen „theil dez stadtgerychtez zcu Belgern“ an dem zur Wiederlösung bestimmten Termine nicht zurückerworben und sich darum „dez genzclich vorzcygen habe.“ *Bertram* a. a. O. Urk. Nr. XIV S. 153, 54.

6 **1379**. Abt und Convent des Klosters Buch verkaufen ihren Bürgern der Stadt Belgern „die Heide, an Jrer Heide gelegen, die des closters was, Also das sie davon sollen geben alle jaer ein schogk Zins, vnd des Closters vihe auch dareyn gehen soll von Inen vngehindert.“ *Bertram* a. a. O. S. 86, 87 Note*).

7 **1466**. Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht von Sachsen bringen zwischen den Städten Torgau und Belgern in Ansehung des Bierbrauens einen Vergleichs-Recess zu Stande, welchem gemäss die Bürger zu Belgern künftighin im Herbste zwischen Egidii und Michaelis nicht mehr denn drei Gebräue thun sollten, zuvor und eher denn der Rath und die Bürgerschaft zu Torgau mit dem Brauen anfingen, dann aber, wenn letztere damit wieder aufgehört hätten, noch zwei Gebräue zwischen Ostern und Himmelfahrt vornehmen dürften. *Bertram* a. a. O. S. 43 (Extr.), 87.

Ein Brauvertrag zwischen den genannten Städten, wonach die Einwohner Belgern's mit dem Bierbrauen jährlich auf St. Egidientag anzufangen und zu Himmelfahrt aufzuhören gebunden sein sollten, war unter Mitwirkung des Kurfürsten Friedrich und Herzogs Sigismund von Sachsen bereits am 6. Dez. 1431 zu Stande gekommen. Vgl. *Bertram* a. a. O. S. 43.

8 **1467**. Der Abt Simon zu Buch bestätigt die bereits durch Abt Nicolaus confirmirten Innungs-Artikel der Leineweber in Belgern von Neuem. (R.) *Bertram* a. a. O. S. 87.

Belgern war bis zum Schlusse des XI. Jhdts. eine unmittelbar königliche Stadt mit einem Pfalzgerichte, von da an im Lehenbesitze der meissnischen Markgrafen, und seit 1309 dem Cisterzienser-Kloster Buch gehörig, welches in der bald als „wickbild“ bald als „Stadt“ bezeichneten Gemeinde die (wohl durch den Ruland angedeutete) sowohl peinliche als bürgerliche Gerichtsbarkeit übte. Als Beamte werden ein „advocatus“ und „scultetus, schultheize“, seit 1377 übrigens auch ein „burgemyster vnd Raczleute“ angetroffen. Von grosser Bedeutung für die Einwohnerschaft, und daher häufig Gegenstand von Rechtsacten war die Personen- und Güter-Uebersetzung — „kanfere vnd flozefere“ — über die Elbe. Eigentliche städtische Rechtssatzungen Belgern's endlich bietet uns erst das XVI. Jhdt., von welchen die durch Bischof Johannes von Meissen bestätigte Willkür v. 1571 (*Bertram* a. a. O. Urk. Nr. XXX S. 162 flg.), sowie die gleichfalls von demselben confirmirten Statuta und Polizei-Ordnung v. 1572 (das. Nr. XXXI 165 flg.) vorzüglich zu nennen sind.

Belitz. LXXIII.

(Preussen, Mittelmark.)

Riedel, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. IX S. 465—74 [Geschichte], 474—500 [Urkundenbuch]. Vgl. auch E. *Fidicin*, Die Territorien der Mark Brandenburg Bd. III Nr. III „der Kreis Zauche“ S. VIII flg.

1341, Jul. 29. Markgraf Ludwig von Brandenburg verspricht dem Rathe und der Bürgergemeinde zu Belitz, sie „in omnibus juribus, gratiis, commodis, libertatibus et honoribus probabilibus seu debite consuetis“ bewahren zu wollen. *Riedel* a. a. O. S. 477. 1

1351. Derselbe erklärt, dass Rath und Bürger von Belitz „ab omni donatione ac persolutione exactionis et pensionis, ipsius annue, in quam marchioni sunt obligati“, frei und entbunden sein sollten. *Riedel* a. a. O. S. 478. 2

1373, Aug. 27. Kaiser Karl IV. bestätiget den Bürgern der Stadt Belitz alle ihre Freiheiten, Gerechtigkeiten und Gewohnheiten, insbesondere dass sie, abgesehen von handhafter That, nicht aus ihrer Stadt geladen werden und nur vor ihrem Schulzen zu Recht stehen sollten. *Riedel* a. a. O. S. 480, 81. 3

1411, Jul. 3. König Sigismund erneuert den vorstehenden Confirmationsbrief. *Riedel* a. a. O. S. 484. 4

1411, Jul. 12. Burggraf Friedrich von Nürnberg bestätigt in gleicher Weise den Bürgern „der Stat Belitz in der Nuwenmarck ire freyheite vnd alde gewonheit, die sie haben von fursten vnd furstinnen.“ *Riedel* a. a. O. S. 484, 85; *Monum. Zoller.* Bd. VII Nr. CXIII S. 116. (Extr.) 5

1440, Nr. 16. Markgraf Friedrich von Brandenburg wiederholt die von seinen Vorgängern ertheilte allgemeine Rechtsbestätigung. *Riedel* a. a. O. S. 488. (Extr.) 6

1452, Jan. 10. Kurfürst Friedrich von Brandenburg confirmirt gleichfalls der Stadt Belitz ihre Freiheiten, Rechte und Gewohnheiten, jedoch gegenüber den vorausgegangenen Bestätigungsbriefen des priv. de non evocando nicht besonders erwähnend. *Riedel* a. a. O. S. 490. 7

1478, Jul. 4. Kurfürst Albrecht von Brandenburg lässt den Bürgern seiner Stadt 8

Belitz wegen erlittenen Brandunglücks auf drei Jahre „alle pecht vnd ander vnpflicht" nach. *Riedel* a. a. O. S. 494.

9 **1483**, Dez. 28. Markgraf Johann von Brandenburg erstreckt die seinen Bürgern von Belitz durch seinen Vorgänger gewährte Freiheit von Abgaben noch auf ein weiteres Jahr, damit sie ihre Stadt „mit mawren, wehren vnd andren bevestigungen" versehen können.. *Riedel* a. a. O. S. 496.

Belitz, schon im X. Jhdt. ein fester Platz („burgwardium belizi) in der Provinz Ploni, dem späteren Ländchen Zauche, gehörte vorübergehend dem Erzbisthume Magdeburg, welchem sich aber die wendischen Bewohner zu entziehen wussten, so dass durch deren Fürsten Pribislav in der Mitte des XII. Jhdts. Belitz an die brandenburgische Mark kam. Bei den Fürsten derselben ist nun der allmälig zum Flecken (1256) und dann zur Stadt (1321) fortgeschrittene Ort, obwohl im J. 1196 der Erzbischof von Magdeburg wieder die Lehenherrlichkeit darüber an sich gebracht hatte, fortwährend — einige Unterbrechungen, z. B. durch käufliche Ueberlassung an das Bisthum Brandenburg 1307, durch Verpfändung an Herzog Rudolph von Sachsen 1328—41 und an Markgraf Jobst von Mähren abgerechnet — verblieben. Gegen das Ende des Mittelalters (1478) wurde Belitz durch böhmische und schlesische Krieger gänzlich zerstört, und kaum wieder erbaut, bereits 1504 neuerdings durch eine Feuersbrunst beträchtlich beschädiget.

LXXIV. Belzig.

(Preussen, Reg.-Bezirk Potsdam.)

J. Chr. *Eilers*, Chronicon Beltizense, Oder Beltziger Chronick, Vom XII. Seculo hergeleitet, Und bey anderweiter Edition Des Beltziger Denckmahls [einer Festpredigt von Jac. *Wächtler*, 1691, S. 9—78] herausgegeben, Und mit Uhrkunden bewähret, Wittenberg 1741. 4°.

1357. Gemeine Willköhr und Statuta der Stadt Beltzig, unter Herzog Rudolph II. von Sachsen-Wittenberg zuerst errichtet, später revidirt und vermehrt, sowie in dieser Form durch Herzog Johann 1527 bestätiget, endlich in der Confirmation der Raths-Privilegien v. 24. Aug. 1598 ausdrücklich hervorgehoben.

Ihr überwiegend polizeilicher Inhalt betrifft vornehmlich die Sonntags- und Nachtmahlsfeier, die allgemeinen Raths- und Bürgerpflichten z. B. in Ansehung richtigen Gemässes und der Schoss- und Steuergabe, die Massregeln wider Feuersgefahren, die Brauer-Ordnung, die Bestrafung von Holz- und Baumfreveln und Gartendiebstählen, für welche Delicte neben Geldbussen die Abhauung der Hand, der Korb-Pranger und das Wasserbad gedroht werden; ferner das Verbot der Aufnahme neuer Hausgenossen ohne Vorwissen des Rathes, die Waffenhaltung zum Landesschutze, die Einklagung nichtpeinlicher Sachen bei dem Rathe, den Bürgerrechts-Verlust wegen Entlaufens aus dem Gefängnisse, die Strafe des Steinetragens bei Raufereien von Weibern und Mägden, die Ahndung „üppiger und liederlicher Tänzer", die Unfälle in befreieten Häusern, die nächtlichen Ruhestörungen, die unstatthaften Gelage der Zünfte und jungen Bursche, die jährliche Pflichtablegung der Innungsmeister bei dem Rathswechsel, die Austragung von Irrungen und Streiten der Gewerke durch den Stadtrath, die nur mit dessen Vorwissen zulässigen Liegenschafts-Veräusserungen, die Aufnahme von Recessen oder Verträgen der Bürger durch den Stadtschreiber auf dem Rathhause, endlich das unbefugte „Einfallen" in die von Anderen auf dem Markte oder sonst begonnenen Kaufgeschäfte.

Nur die revidirten Statute sind, und zwar in einem modernisirten Texte gedruckt bei *Eilers* a. a. O. S. 146—50. (38 §§.) Ueber das Alter derselben vgl. *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. I Nachträge S. 673.

Eigentliche Privilegien besitzt der uralte, von Einigen*) für das „burgwardium belizi" Otto's III., welches oben auf Belitz gedeutet worden, gehaltene und jedenfalls schon 1298 zur Stadt erhobene Ort durchaus nicht. Doch wirft eine Urkunde Herzog Rudolph's I. von Sachsen v. 9. März 1348 [*Eilers* a. a. O. S. 40, 41], worin derselbe seinem durch Brand und Feindes-Einfälle herabgekommenen „oppidum Beltitz" zur besseren Aufnahme das bisher zum dortigen Kirchenlehen gehörig gewesene Vorwerk „Papendorp" gegen gewisse Natural- und Geldprästationen der „cives" an den Pfarrer, eigenthümlich überträgt, wenigstens einige Streiflichter auf die Verfassungszustände der Stadt in jener Zeit, wie denn namentlich darin des „schultetus" und „jus et judicium schultaticum" erwähnt wird. Im J. 1359 endlich finden wir „Beltiz" unter den neun Städten, welche mit ihrem Landesfürsten, dem Herzoge Rudolph II. von Sachsen, einen Verein („Entracht") zu gemeinsamer Verfolgung des das wittenbergische Gebiet beunruhigenden Raubgesindels gebildet haben (*Eilers* a. a. O. S. 216—18).

*) Vgl. *v. Raumer* in v. Ledebur's Archiv Bd. VIII (1832) S. 56.

LXXV. Bensheim.

(Grossherzgth. Hessen.)

J. *Heckler*, Beitrag zur Geschichte der Stadt Bensheim und ihrer Umgebung mit besonderer Rücksicht auf das Kloster Lorsch, Darmstadt 1852. 8.⁰ Vgl. auch K. *Dahl*, Hist.-topogr.-statist. Beschreibung des Fürstenthums Lorsch, Darmstadt 1812. 4⁰, S. 200—218.

1 **956**, März 5. König Otto I. gestattet dem Kloster Lorsch, in dem ihm gehörigen Orte Bensheim einen Markt zu errichten — „ob interventum dilectae conjugis nostrae Adelheidae, venerabili sanctae Laureshamensis ecclesiae abbati Gerbodoni ad utilitatem fratrum ibidem Deo deservientium in quadam ejusdem coenobii villa, quae Basinesheim dicitur, publicas mercationes fieri concessimus." *Cod. Laureshamens. dipl.* Tom. I Nr. LXXI p. 122; *Heckler* a. a. O. Anh. Nr. 1 S. 117.

2 **1320**, Apr. 20. Erzbischof Peter von Mainz thut den Schöffen, Rathmannen und Bürgern in Bensheim zur Darnachachtung kund, dass ihrer Stadt gleich den übrigen mainzischen Städten von des Kaisers und Reichs wegen alle Rechte und Freiheiten zukämen, in deren Genuss sich überhaupt die Städte des Reichs befänden:

„Petrus dei gratia sancte Moguntine sedis archiepiscopus, sacri imperii per Germaniam archicancellarius, prudentibus viris, scabinis, consulibus et civibus in Bensheim, fidelibus suis dilectis, graciam suam et omne bonum. Noveritis, quod predictum opidum nostrum Bensheim et alie omnes civitates et municiones ecclesie nostre Moguntine a dominis Romanis imperatoribus et regibus sunt taliter liberate, quod omnibus juribus et libertatibus plene gaudere possunt et debent, quibus civitates imperii gaudent et fruuntur. Et hec vobis sub sigillo nostro describimus, ut secundum ea vos regere valeatis. Datum Magoncie decimo sexto kalendas Maji, anno domini millesimo trecentesimo vicesimo." *Dahl* a. a. O. UBuch S. 83 Litt. C; *Heckler* a. a. O. Anh. Nr. 2 S. 117.

3 **1346**, Nov. 28. Erzbischof Heinrich III. von Mainz bestätiget Bensheim's Privilegien. [S. oben Nr. XL, 1 S. 60.]

4 **1346**. Derselbe verleiht Bensheim und zehn anderen Städten seines Erzbisthums freies Ein- und Auszugs-Recht. *Heckler* a. a. O. Anh. S. 126. (Extr.)

5 **1372**, Aug. 25. Erzbischof Johann I. von Mainz confirmirt die Freiheiten und Rechte seiner Stadt Bensheim. (R.) *Heckler* a. a. O. S. 104.

1375. Das Domcapitel in Mainz gestattet mit Wissen Erzbischof Adolph's der Stadt Bensheim, dass sie dreissig Morgen ihrer Almende an die einzelnen Bürger verkaufe. *Heckler* a. a. O. Anh. Nr. 4 S. 118. 6

1434, Aug. 6. Erzbischof Dietrich von Mainz bestätiget „den wisen luden, den Burgermeistern, Scheffen und den Burgern gemeynlichen seiner stat zu Bensheim .... alle soliche gnade und fryheite, die seine Vorfarn Ertzbischove und Capittel zu Mentz getan und geliehen hant." *Dahl* a. a. O. S. 84 Litt. E. 7

1434. Derselbe wiederholt das Privileg [nr. 4] v. 1346 für Bensheim. (R.) *Scriba*, Hess. Regesten Abthl. IV Heft 1 S. 10 nr. 2740. 8

1459, Jul. 20. Erzbischof Dietrich [von Isenburg] zu Mainz confirmirt der Stadt Bensheim (zugleich mit Heppenheim) alle ihr von seinen Vorgängern, sowie dem Capitel zu Mainz verliehenen Gnaden und Freiheiten. *Dahl* a. a. O. S. 57 Litt. J. Vgl. *Heckler* a. a. O. S. 105. 9

Bensheim, 765 bereits erwähnt, ursprünglich dem Kloster Lorsch gehörig, seit dem XIII. Jhdt. aber im Besitze des Erzstifts Mainz, welches jedoch damit mehrfache Verpfändungen, z. B. an die Grafen von Katzenellenbogen 1349 und im folgenden Jhdt. an die Kurpfalz, vorgenommen, erscheint im J. 1318 zuerst urkundlich als „oppidum" bezeichnet, und wird gewöhnlich den Städten beigezählt, welche nach Frankfurt am Main ihren Rechtszug hatten, wiewohl sich hiefür oder für eine Bewidmung Bensheim's mit frankfurtischem Rechte keine Zeugnisse auffinden lassen. Dagegen war Bensheim selbst Oberhof für Zwingenberg bis in das XVI. Jhdt., und vermuthlich auch für Auerbach an der Bergstrasse. Vgl. H. B. *Wenck*, Hessische Landesgesch. Bd. I S. 81; *Thomas*, Oberhof S. 120, 21.

Beraun. LXXVI.

(Oesterreich, Böhmen.)

1350, März 9. König Karl IV. bestätigt den Bürgern der Stadt Beraun einen Freiheitsbrief — „certa jura seu immunitates" — König Wenzel's II. v. 29. Aug. 1302, worin Letzterer „civibus et universitati civium dicte civitatis Veronensis presentibus et futuris" sieben mit Namen aufgeführte Dorfschaften mit allen Rechten, Zinsen und Lasten, gegen bestimmte Reichnisse an die königliche Kammer, für immer zugeeignet, und den Bürgern die Freiheiten der Altstadt Prag — „antique seu majoris civitatis Pragensis, tam in judiciis quam in aliis

eorum contractibus" — verliehen hatte. *Pelzel*, Kaiser Karl der Vierte Thl. I, UBuch Nr. CXXX S. 134, 35 (mit Text S. 289).

Beraun gehörte im XII. Jhdt. zur Zupa von Tetin und war der Sitz des die Rechtspflege leitenden Cudar's. Im XIV. Jhdt. dagegen treffen wir es vom Zupen-Verbande gelöst, als königliche Stadt mit eigenem Magistrate. Vgl. Fr. *Palacky*, Gesch. von Böhmen Bd. II Abthl. 1 S. 21; Abthl. 2 S. 26.

LXXVII. Berching.

(Bayern, Franken.)

1 **1309**; Jul. 18. König Heinrich VII. befreit die Bürger und sonstigen Einwohner des „oppidum Berchingen" (zugleich mit jenen von Eichstätt) von der Ladung an auswärtige Gerichte. *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. V p. 157*)

2 **1381**. Bischof Rabno (Raban) von Eichstätt begnadet seine Stadt Berching dahin, dass, wenn ein Bürger von da einen Andern entleibt, der Schuldige mit seiner Person und Habe gleich einem Bürger Eichstätt's bei dem bischöflichen Gerichte bleiben solle. (R.) *Jahresbericht* XVIII des histor. Vereins f. *Mittelfranken* (1849) S. 52.

Ueber das ursprünglich vielleicht stiftbambergische und im XI. Jhdt. als Entschädigungsgut an das Bisthum Eichstätt gekommene Städtchen Berching s. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 692, 93.

LXXVIII. Berga.

(Grossherzgth. Sachsen-Weimar.)

1427. Heinrich von Weida, Herr von Berga, ertheilt seinem Städtchen einen umfassenden Rechtsbrief, betreffend: die Zusammensetzung des städtischen Rathes; das Verhältniss des Ortes zum Schlosse, d. h. zur Herrschaft, in Ansehung der Jurisdiction und Lehnbarkeit; das Innungswesen; die Abhaltung von Wochen- und Jahrmärkten; die den Häusern anhaftenden Brau- und Bierschankrechte; die Art und Zeit der Ablieferung der herrschaftlichen Grundzinsen und sonstigen Reichnisse; das städtische Weichbild und die Ausschliessung Fremder vom Eigenthums-Erwerbe und Pfandbesitze an den darin gelegenen Realitäten; die Unzulässigkeit einer Haftverhängung über Bürger, Fälle peinlicher Vergehen ausgenommen; die dem Schlossherrn von den Bürgern zu leistenden Frohnen; endlich die den Letzteren zustehenden Fischerei-, Jagd-, Weide- und Forst-Gerechtsame.

Die Urkunde ist noch ungedruckt; ihren Inhalt stellt *Limmer*, Voigtland Bd. III S. 810, 11 in 9 §§. dar.

*) Vgl. unten den Art. „Eichstätt."

Bergedorf. LXXIX.

(Hamburg-Lübeck.)

1275, Febr. 25. Herzog Johann von Sachsen-Lauenburg verleiht den Bewohnern von Bergedorf das Recht jener von **Mölln** d. i. das lübische Recht*), damit zugleich Bestimmungen über den Gerichtsstand und das Zwangsverfahren in Schuldsachen seiner Hörigen verknüpfend —: „Noverint ergo presentes et posteri, quod nos bona et libera voluntate opidanis in opido Berierdorp nunc manentibus vel ad manendum postmodum intrantibus tale jus, quale cives nostri de **Molne** dignoscuntur habere, perpetualiter erogamus, non volentes, quod ab aliquo advocatorum nostrorum sive aliis vasallis nostris vel successoribus dictum jus aliquatenus infringatur. Volumus etiam, ut servi nostri, si qui sint, dictis opidanis coram advocato nostro super debitorum incusatione respondeant et judicio stent. Quod si non fecerint, possunt de nostra licentia, si venerint ad oppidum, occupari, donec ab actore secundum justitiam vel amicitiam se absolvant. Et qui coram nostro judice semel debitum fassi fuerunt, ad expurgationem ejusdem nequaquam ammodo admittentur. In cujus libertatis recompensationem decem marcas Hammanburgenses annis singulis nobis dabunt." [Bestätigt durch Herzog Erich im J. 1305.] Gedruckt in J. C. H. *Dreyer's* Einleitung zur Kenntniss der geistl. und bürgerl. Verordnungen des Raths zu Lübeck (1769) S. 598 flg. und in *Lappenberg's* Hamburger UBuch Bd. I Nr. DCCLVIII S. 625, 26 (nach dem Originale). Vgl. *Michelsen*, Oberhof S. 47.

Bergedorf an der Bille, Hauptort des gleichnamigen Amtes, kam durch den s. g. perleberger Vertrag v. 1420 aus den Händen der sachsen-lauenburgischen Herzoge in den gemeinschaftlichen Besitz von Lübeck und Hamburg, welche es mit vereinter Waffengewalt den Ersteren abgenommen hatten.

Bergzabern. LXXX.

(Bayern, Pfalz.)

1286, Apr. 21. König Rudolph I. gewährt auf Bitten der Grafen Eberhard und 1

*) Vgl. unten den Art. „Mölln."

Walram von Zweibrücken dem Dorfe derselben mit Namen „Zabern“ Freiheiten, wie sie [die elsassische Reichsstadt] **Hagenau** hat, und einen Wochenmarkt. (R.) Fürst *Lichnowsky's* Regesten z. Gesch. des Hauses Habsburg Thl. II S. CLXXXIII flg.

1312, Dez. 20. Graf Eberhard von
2 Zweibrücken verlautbart nebst den Schöffen und der Gemeinde („der stete“) von Zabern einen in einer Streitsache zwischen letzterer und dem Kloster Clingenmünster über Buteil und Hauptrecht durch fünf Schiedmänner abgegebenen „bescheid“ des Inhalts, dass a) Gemeinde und Bürger „keine buteil schuldig“ seien, aber b) „ein ielich mensche sancte Michahelis sin houbtreht geben solle, daz in der friheide (d. h. im Immunitätsbezirke des Klosterhofes) gesessin ist zu Zabern.“ *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. V (1854) S. 317.

Ueber die Schicksale des uralten, im XII. Jhdt. den Grafen von Saarbrücken, im darauf folgenden jenen von Zweibrücken, hienach dem gräflichen Geschlechte von Veldenz gehörig gewesenen, und 1385 theils im Kaufswege theils durch Lehns-Auftragung an die Pfalzgrafschaft bei Rhein (unter Kurfürst Ruprecht I.) gekommenen Ortes s. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 338 flg. *Häusser's* Gesch. der Rheinischen Pfalz Bd. I S. 187.*)

LXXXI. Berlin.

(Preussen, Mittelmark.)

J. Chr. *Müllers* und G. Gttfr. *Küsters* Altes und Neues Berlin (fortgesetzt von Küster allein), IV. Abthl. Berlin 1737—69 fol. E. *Fidicin*, Historisch-diplomatische Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin, V Theile das. 1837—42. 8⁰. [Enthält in den Thl. II, IV ein berlinisches Urkundenbuch und im Thl. III S. 183—428 „Berlinische Regesten von 949 bis 1550.“]

Ausser diesen beiden Fundamentalwerken vgl. noch W. *Mila*, Berlin, oder Geschichte des Ursprungs, der allmähligen Entwickelung und des jetzigen Zustandes dieser Hauptstadt, in Hinsicht auf Oertlichkeit, Verfassung, wissenschaftliche Kultur, Kunst und Gewerbe, Berl. u. Stettin 1829. 8.⁰ C. E. *Geppert*, Chronik von Berlin von Entstehung der Stadt an, III Bde. das. 1839—41. 8.⁰ E. *Fidicin*, Berlin historisch und topographisch dargestellt, das. 1843. 8.⁰ *Ders.*, Die Hauptmomente aus der Geschichte Berlins, das. 1858. 8.⁰ W. *Riehl* und J. *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg mit dem Markgrafthum Nieder-Lausitz in ihrer Geschichte und in ihrem gegenwärtigen Bestande, nach amtlichen und anderen Mittheilungen, Berl. 1861. 8.⁰, S. 83 flg.

Ueber die Urgeschichte Berlin's allein s. endlich K. F. *Klöden*, Ueber die Entstehung, das Alter, und die früheste Geschichte der Städte Berlin und Kölln, ein Beitrag zur Geschichte der Germanisirung slavischer Gegenden, Berl. 1839. 8.⁰ E. *Fidicin*, Die Gründung Berlins, das. 1840. 8.⁰ A. *Mehring*, Ueber das Alter der Städte Berlin und Köln, Berl. 1841. 8⁰.

Berlin ist aus der Verschmelzung zweier ehemals selbständig gewesener Städte zu einem einheitlichen Gemeinwesen hervorgegangen. Die ältere derselben, **Cöln**, wohl uranfänglich eine wendische Fischer-Colonie, erscheint bereits in der ersten Hälfte des XIII. Jhdts. als ein ansehnlicher, mit einer Pfarre („deren „plebanus“ 1238 als Urkundenzeuge genannt wird) versehener Ort, und holte vermuthlich seit 1232 das Recht gleich den übrigen Städten und Flecken der Lande Teltow, Glin und Neu-Barnim bei dem Schöffenstuhle zu Spandau. **Berlin** dagegen, jünger als Cöln und wahrscheinlich eine deutsche (niederrheinische) Ansiedlung, wird zuerst 1244 als Sitz eines Probstes erwähnt, nimmt aber von da an einen so raschen Entwicklungsgang, dass wir schon 1252 seine Zollfreiheiten und 1253 sein gesammtes Stadtrecht im Wege der Bewidmung auf andere Städte übertragen finden.

1261, Nov. 21. Markgraf Otto von
Brandenburg verleiht „civitati suae Colo- 1
niensi apud aulam Berlin miricam, quam olim dominus Rudolphus miles de Ystralowe possederat ...., cum omni jure et utilitate, quomodo ipse habuit, sylvis, pascuis, banderiis [1]) et aliis attinentiis jure haereditario perpetuo possidendam.“ *Fidicin*, Beitr. Thl. II Nr. I S. 1. Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 49 flg.

1272, Jun. 18. Die alten und neuen
Rathmannen zu Berlin gewähren den 2

*) Von **Berleburg** (Preussen, Westfalen) kann nur die Urkunde Erzbischof Konrad's von Cöln v. 30. März 1258 angeführt werden, worin derselbe bezeugt, dass das Kloster Grafschaft dem Grafen „Zifridus de Widegenstene“ und dem Edlen „Adolfus de Grascaph“ gegen eine von Letzteren anzuweisende Ewigrente „proprietatem tocius montis, in quo civitas berneborg [in novo constructa] est sita“, jedoch nur in dem Umfange, als zur Befestigung der Stadt erforderlich, also ohne die „homines, agri, molendina aliaque bona eidem civitati circumjacentia et ecclesie in Grascaph pertinentia“ erblich überlassen habe. *Seibertz*, UBuch Bd. I Nr. 309 S. 385 mit Diplomat. Familiengeschichte der Dynasten und Herrn im Hrzgth. Westfalen (1855) S. 91, 92.

1) Wildbann, Jagdgerechtigkeit.

Bäckern daselbst „werk vnn gülde", indem sie sogleich Bestimmungen über das Eintrittgeld bei der Aufnahme in die Innung, die jährliche Wahl zweier geschwornen Meister und deren Obliegenheiten bezüglich der Brodbeschaffung für die Stadt, die Ablegung von Fähigkeitsproben („wi dat werk wynnet, di sal vor des meisters oven baken, dat men besyet, ofte he syn werk kan"), den Erbgang der ehelichen Söhne in „dat halve werk vnn gülde" des Vaters, endlich das Pfändungs- und Rügerecht der Gildemeister gegen ungehorsame „cumpen", sowie die Zuständigkeit des Rathes bei schwereren Vergehen derselben und die Theilung der „broke" zwischen der Stadt und der Innung hinzufügen. [Nur in jüngerer deutscher Fassung erhalten.] *de Ludewig* Reliq. MSS. Tom. XI p. 625; *Küster*, A. u. N. Berlin Thl. IV Sp. 239—42 (Note). Neudeutsch b. *Klöden* a. a. O. S. 87 flg.

3 **1280**, März 22. Die „consules civitatis Berlin apud Coloniam" ertheilen der Kürschnergilde — „opus artis pelliparie" — eine strenge zu beobachtende „ordinacio", namentlich den Marktverkehr fremder Pelzhändler und die Erwerbung des Innungs- und Bürgerrechts von Seite der Söhne verstorbener fremder und heimischer Meister betreffend. Mit altdeutscher Uebertragung bei *de Ludewig* l. c p. 632 und *Küster* a. a. O. Sp. 251, 52 (Note); blos latein. b. *Fidicin* a. a. O. Nr. II S. 2, 3. Vgl *Klöden* a. a. O. S. 90 flg.

4 **1280**, Apr. 4. Die markgräflichen Brüder Otto, Albrecht und Otto von Brandenburg verkaufen und überlassen „civitati Berlin ad suos reditus augmentandos decem talenta Brandenburgensis monete annuatim solvenda de moneta in Berlin, cum proprietate et omni jure ... sine omni exactione et conamine pro certa pecunie quantitate ... perpetuo possidenda et in usus civitatis, prout consulibus ejusdem expedire videbitur, utiliter convertenda." *Küster* a. a. O. Sp. 134, 35.

5 **1284**, Jun. 2. Der Rath der Stadt Berlin bringt zu allgemeiner Kunde, dass er mit den Meistern der Schuhmachergilde übereingekommen sei, dass die Verleihung der „Ingynge" an neue Genossen nur „ex gracia et consilio consulum, ita quod consules super opus sutorum sint in plenitudine potestatis", erfolgen könne, wobei zugleich die Aufnahmsreichnisse festgesetzt werden; dass ferner bei jeder „morghenspracke" nebst den zwei Gildemeistern auch zwei Rathmannen gegenwärtig sein sollten — „protestantes omnia, que asseruerint, possibilia utilia esse et honesta"; dass „excessus de aliquo falso opere ... secundum arbitrium civitatis et consulum" zu ahnden, sowie fremden oder einheimischen Bewerbern um die Innungsrechte — „si sint probi et honesti" — keinerlei Hindernisse von Seite der Meister „causa odii vel aliis aliquibus" entgegenzustellen seien, indem sonst der Rath ohne Zustimmung jener die Aufnahme zu gewähren vermöge; dass man endlich den Leder-Ankauf in keiner Weise beschränken dürfe. Mit altdeutscher Version bei *de Ludewig* l. c. p. 617, 623 sq. und *Küster* a. a. O. Sp. 227—30; latein. bei *Fidicin* a. a. O. Nr. III S. 3, 4. Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 91 flg.

1284, Aug. 19.[2]) Der Rath zu Berlin bestätiget „veteribus calciamentorum operatoribus" — „den oldbuters" — d. i. Schuhflickern die „libertates, quibus de primeva constructione civitatis perfruebantur", insbesondere in drei „articulis" den Umfang ihrer gewerblichen Befugnisse und die Leistungen bei der Aufnahme in das Gewerk (darunter auch „unum sollidum ad faciendum sepulchri sarchofagum" — „tu maken des graves bare") näher bestimmend. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 66, 67 (latein. und deutsch.) Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 95 flg. 6

1288, Apr. 10. Rath und Gemeinde von Berlin erklären in Ansehung des Schneider-Gewerks, dass a) dasselbe die gleichen Rechte geniessen solle, wie die Schneider zu Brandenburg von jeher gehabt — „quod nostris dilectis nobis sartoribus prope nos in nostra civitate Berlyn morantibus, qui a nobis suam tenent justiciam, damus libertatem astandi eo jure et perfruendi, quo sartores civitatis Brandenborg a primeva ejusdem civitatis constructione perfruerunt" — ferner wie es insonderheit b) bei dem Eintritte in die Innung, mit dem Feilhalten auf den Jahrmärkten, und mit den Söhnen der von auswärts zugewanderten Gewerksgenossen zu halten sei; endlich c) „quod nullus sarcire debeat, nisi primo acquisierit [concivium], id quod dicitur burscaph", sowie dass derjenige, welcher „furando vel falsificando excesserit, ejiciendus erit a gulda." Mit deutschem Texte bei *de Ludewig* l. c. p. 636 und *Küster* a. a. O. Sp. 263—66 (Note); blos latein. bei *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. IV S. 5, 6. Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 96 flg. 7

1288, Mai 24. Markgraf Otto von Brandenburg lässt eine genaue „distinctio limitum, que vulgariter eine Marksceidt nuncupatur", zwischen Berlin und der Dorfschaft Rosenfelde vornehmen. *Fidicin* a. a. O. Nr. V S. 6, 7. Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 356 flg. 8

1289, Mai 29. Rath und Gemeinde Berlin's geben den Wollenwebern („tex- 9

2) Das Datum ist aus dem deutschen Texte zu berichtigen.

toribus, per quos pannus solet operari") die Freiheit, gegen Ladungen ungehorsame Innungsgenossen zu pfänden, und untersagen alle Ungebührlichkeiten wider die Meister. *Küster* a. a. O. Sp. 282 (Note, latein. und deutsch); *Fidicin* a. a. O. Nr. VI S. 7 (latein.) Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 98.

10 **1295**, Oct. 28. Rath und Gemeinde der Stadt Berlin schreiben den Wollenwebern Satzungen über die Ausübung ihres Gewerbes, und die sonstigen Verhältnisse ihrer Innung vor. *Küster* a. a. O. Sp. 279—82 (lat. u. deutsch); *Fidicin* a. a. O. Nr. VII S. 7—9. Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 98—101.

11 **1298**, Sept. 28. Markgraf Otto von Brandenburg bestätigt den Rathleuten und Bürgern zu Berlin die von den früheren Fürsten ihnen verliehenen, zum Theile besonders namhaft gemachten Freiheiten, Gnaden und Gewohnheiten, und überlässt denselben käuflich einen näher beschriebenen Flosszoll — „discretis viris consulibus et dicte eorum universitati appropriavimus contulimus, et presentibus appropriamus et confirmamus libertates, gratias et consuetudines ab antiquis Marchie principibus traditas et concessas; ac specialiter omnia et singula municipalia jura, que Nedderlaghe nominant, in Berlin et in Colne, ab omnibus et singulis bona sua deponentibus percipienda; censusque mansorum, arearum ac locorum forensium tempore nundinarum, proprie stede pennighe, ibidem pacifice absque molestatione qualibet perpetuis temporibus justo proprietatis titulo possidendos. Insuper recognoscimus lucide protestantes in his scriptis, quod predictis nostris dilectis consulibus et eorum communitati in Berlin vendidimus theolonium, quod nos et progenitores nostri percipere consuevimus annuatim de lignis deducendis per opidum Copenik, que vlote vulgari nomine nuncupantur, et navibus quibuslibet, que hactenus theolonium solvere consueverunt, que inter aggerem molendinorum Berlin (et) Vorstenwold opidum per Copenik devehuntur, pro ducentis et viginti talentis Brandenburgensis monete usualis et communis, de qua pecunie summa nos contentos reputamus, utpote nobis in numerata pecunia a dictis nostris Burgensibus persoluta, quod theolonium sepe dictis nostris Burgensibus contulimus et perpetuali jure proprio possidendum". *Mylii* Corp. Constitutt. Marchicar. Thl. VIa S. 1; *Küster* a. a. O. Sp. 144, 45; *Gercken*, Fragmenta Marchica Thl. III Nr. IX S. 20—22; *Buchholtz*, Versuch einer Geschichte der Churmark Brandenburg Thl. IV Anhang S. 139 flg.; blos in jüngerem deutschen Texte b. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 52—54.

1307, März 20. Markgraf Hermann von Brandenburg verlautbart die von den beiden Städten Berlin und Cöln vor ihm unter sich getroffene Uebereinkunft in Ansehung ihrer gemeinschaftlichen Raths- und Schöffenwahl, Strafgelder-Verwendung und Dienstleistung für die Herrschaft, von welcher Gemeinschaftlichkeit aber die Befestigung, die aus jeder Stadt eigner Zinseinnahme allein bestritten werden soll, eine Ausnahme macht: 12

„Nos Hermannus, Dei gratia Brandenburgensis et Lusatie marchio et dominus de Hennenberg, recognoscimus et ad universorum presentium pervenire cupimus notionem, quod honesti viri et providi, cives nostri in Berlin et in Colonia, nostri dilecti et fideles, hic coram nobis sunt uniti et concordati, quod ex civitate Berlin due partes consulum singulis annis eligantur, et tercia pars consulum in civitate Colonie etiam singulis annis eligatur, et cives nostri de civitate Colonie illas duas partes consulum eligant in civitate Berlin, et cives nostri de Berlin terciam partem consulum singulis annis in Colonia eligere non recusent. De scabinis vero sic extitit ordinatum, quod in ambabus civitatibus septem scabini eligantur, videlicet quatuor ex civitate Berlin et tres ex Colonia, et per cives de Colonia illi quatuor in civitate Berlin eligantur, per cives vero in Berlin illi tres scabini in Colonia eligantur vice versa. Prenominati vero scabini apud officium et in officio eorum ulterius, quam per spacium trium annorum, non maneant seu perdurabunt. Sunt etiam concordati invicem, quod quidque cives de Berlin in eorum civitate de excessibus [3]) eorum valeant procurare, ut cum illo civitatem Berlin debeant meliorare, et ad hoc cives de Colonia bono zelo juvare non obmittant. Quidque etiam probati cives de Colonia de excessibus in civitate eorum placitaverint, cum illo civitas eorum debet meliorari; ad hoc cives nostri de Berlin juvabunt, in quantum poterunt et valebunt. Si vero civibus predictis servicium aliquod imposuerimus, prenominatum servicium de tributo communi ambarum civitatum, quod Menheit nuncupatur, nobis et nostris facere non obmittant. Et prefati cives cum censu civitatis Colonie predictam civitatem Coloniam muniant atque firment; cives civitatis Berlin eandem civitatem Berlin simili modo cum censu civitatis Berlin predicte muniant et meliorabunt [4]).

3) Deutscher Text: „von gededingeden broken".

4) Die Stelle „Si vero civibus predictis servicium .... meliorabunt" fehlt in Hdschr. des Rechtsbriefes.

In cujus rei testimonium presens dedimus scriptum, sigilli nostri munimine roboratum. [Testes.] Datum Spandow per manum Slotekini, anno millesimo trecentesimo septimo, feria secunda post diem Palmarum." *Küster* a. a. O. Sp. 4, 5; *Buchholtz* a. a. O. S. 159 flg.; in jüngerer deutscher Form bei *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 69, 70 (neu-deutsch das. Thl. III S. 65, 66).

13 **1309**, Mai 14. Markgraf Waldemar von Brandenburg ertheilt den Bürgern zu Berlin und Cöln die Zusicherung, sie bei allen „jura et libertates, quibus hactenus usi sunt, atque (que) publicis literarum instrumentis eis super hoc traditis demonstrare poterint," belassen zu wollen, ihnen zugleich „universa privilegia ipsis super hujusmodi juribus ac libertatibus a predecessoribus liberaliter indulta" neuerlich bestätigend. Es sollte auch diese Erklärung für Waldemar's Neffen, den unter seiner Vormundschaft stehenden Markgrafen Johann, wenn er zu den gesetzlichen Jahren gekommen sein würde, gültig und bindend sein. *Buchholtz* a. a. O. S. 168 flg.; *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. III Bd. I S. 14, 15.

14 **1311**, Apr. 25. Die Rathleute zu Berlin überlassen den daselbst befindlichen Fleischern („carnifices, knokenhouwers") und ihren Erben gegen Vierteljahrszins die „macella civitatis — di vleisch tzarnen der stad", und bestimmen, wie es bei Verkäufen derselben in Zukunft zu halten, und dass, „si aliqua enormitas verberum aut verborum inter macella de aliquo acciderit — ofte enge swerlicheit an slege oder worden bynnen der scharnen von ymande geschege", der Rath hierüber zu richten competent sei. Latein. und deutsch bei *de Ludewig* l. c. p. 619 sq. und *Küster* a. a. O. Sp. 257, 58 (Note); blos deutsch bei *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 63, 64. Vgl. *Klöden* a. a. O. S. 101 flg.

15 **1317**, Apr. 15. Markgraf Waldemar confirmirt den Bürgern seiner Städte Berlin und Cöln — „omnia jura sibi ex antiquo data a predecessoribus ejus, que literis patentibus seu usuali actu poterunt edocere", ihnen dazu gewährend „prerogativam specialem, quod nullus civium ipsorum trahi nec conveniri debeat extra fossata civitatum ipsarum pro exigentia juris reddenda quoquomodo." Hierauf wird dann noch weiter von ihm hinzugefügt: „Eciam volumus, quod Judei inhabitantes suam civitatem in excessibus committendis per furtum et sedicionibus et volneribus et aliis plagis quibuslibet juri astare debebunt coram prefecto ipsarum civitatum, prorsus nichil interponentes. Item proficimus dictos nostros cives in eo, quod quicunque portum opidi nostri Oderberge applicaverint cum suis mercimoniis quibuscunque, dummodo satisfecerint usualibus juribus et justiciis reddendis, quod ipsius bona ex tunc vehendo transponere poterint, quocunque docuerint pro sua utilitate. Iterum volumus, quod nostri vasalli cujuscunque condicionis censeantur, pro manuali actu excessuum sive in volneribus aut tuberis vel livoribus irrogandis, judicio prefecti ibidem astare debebunt in hujusmodi excessuum reddenda ratione. Super omnia, si conditor cunctarum rerum dedit plenos ubertatis annos et fertilitatis, ita quod copia frumentorum superhabundat ad educendum, sicut quondam fuit consuetum, tunc communes ipsarum civitatum inhabitatores, qui ad hoc sufficere possunt, hanc educere possunt plena libertate, nullis eorum in eo quoquo modo preferendis." *Mylius* a. a. O. S. 2 flg.; *Küster* a. a. O. Sp. 172, 73; in deutscher Fassung bei *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 56, 57.

1319, Jan. 12. Markgraf Waldemar übereignet seinen Bürgern von Berlin und Cöln gegen Befreiung von einer Forderung die „villa Rosenvelde . . . cum agris cultis et incultis, pratis, pascuis, lignis, supremo et inferiori judicio, curruum servicio et quovis alio servicio reali et personali, cum jure patronatus, cum precaria tota denariorum et frumenti, cum universis ejus debitis, limitibus, ac plane cum omnibus intra ipsos limites contentis", indem nur zwei und zwanzig schon früher an eine Kirche verschenkte „mansi" davon ausgenommen werden. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XII S. 14, 15 (mit Thl. III S. 83 lit. c). 16

1319, Sept. 30. Herzog Rudolph von Sachsen, als „tutor" von Waldemar's hinterlassener Wittwe Agnes, bestätigt den Städten Berlin und Cöln „universa et singula jura ac omnes libertates et consuetudines", welche sie bereits zu Markgraf Otto's des Langen Zeiten, wie dessen Rechtsbrief [v. 1298 nr. 11] ausweist, gehabt hatten, erneuert ferner das Privileg des ausschliesslichen Gerichtsstandes der Bürger vor dem „prefectus civitatum", überhaupt die Competenz dieses und des städtischen Gerichtes (der „consules et scabini") näher bestimmend, und verordnet weiter, a) dass den Bürgern der genannten Städte, welche „bona feodalia" haben, sowie deren gesetzmässigen Erbfolgern, diese Lehngüter von den Lehensherrn ohne Widerspruch gegen Entrichtung der festgesetzten Gebühr belassen, b) die „precarie et contributiones" der Bürger über das unter Markgraf Otto bestandene Mass, d. h. einen Jahresbetrag von 150 Mark brandenburgischen Silbers, niemals erhöht, c) desgleichen die Bürger „ad ulla obsequia, tamquam milites et vasalli", nie herangezogen und genöthiget 17

werden sollen; dass sodann d) die „pauperes cives civitatum premissarum cum suo frumento non minus quam divites suo tempore, cum decreverint, civitatem Honburch [Hamburg] ac reliquas civitates frequentent navigando“, dagegen e) Ritter und Vasallen weder offen noch im Geheimen Handel mit Kaufmannswaaren betreiben dürfen; dass f) die Münzmeister Denare bestimmten Gehaltes zu prägen und sammt den Zöllnern „de questionibus et impeticionibus ipsis objiciendis et objectis in eorum propriis causis coram prefecto civitatum“ Recht zu nehmen haben; dass g) dem „villanus in rure commorans“ nur für seinen eigenen Bedarf zu brauen — „facere brazium“ — erlaubt, und h) Niemanden gestattet sei, dem Landmanne Pferde und Vieh, welche bei ihm Bürger ausgethan haben, wegen rückständigen Jahreszinses abzupfänden; dass i) alle unrechtmässigen Zölle und Geleitsgelder („ducatus“) aufgehoben und beseitigt; endlich k) die Juden in den vorgenannten Städten nicht berechtigt sein sollten, „indebitam usuram et inconsuetam“ zu nehmen, „sed eam tantummodo, que est ab antiquis temporibus racionabilis approbata“, desgleichen die schweren Denare von den leichten auszusondern oder neue Denare und Silbergeld zu machen, indem, wer sich solches zu Schulden kommen lasse, und sei es auch ein Christ, „debet pro falsario omnimode reputari.“ *Küster* a. a. O. Sp. 155—58; *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XIV S. 17—20.

18 **1320**, Jan. 1. Die markgräfliche Wittwe Agnes überlässt schenkungsweise den Rathmannen ihrer beiden Städte Berlin und Cöln „ad exactionem et alias indigencias ipsorum supplendas omnes suos vulgares, hoc est communes Iudeos, propriam hereditatem in dictis civitatibus non habentes[5]) .... ita sane quod non debent mandatis nec jussionibus alicujus aut judiciis, quocumque nomine censeatur, exceptis preceptis et judiciis supradictorum consulum, obedire.“ *Fidicin* a. a. O. Nr. XV S. 20, 21. Nach einer abweichenden Copie bei *Küster* a. a. O. Sp. 131, 32 und deutsch bei *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 55, 56.

19 **1321**, Aug. 24. Berlin und Cöln treten dem zur Aufrechthaltung der dem Herzoge Rudolph von Sachsen geleisteten „huldynghe“ auch nach seinem Tode bis „tu der muntscaf syner kyndere“, und insbesondere bei Ueberziehung des Landes „metter macht“ fremder Herren geschlossenen, sowie auf gemeinsame Schutzmassregeln wider Räuber, Mörder, Brenner und andere Missethäter gerichteten märkischen Städte-Bündnisse bei. *Buchholtz* a. a. O. Thl. V Urk.-Anh. S. 35; *Fidicin* a. a. O. Nr. XVI S. 21—23.

1322, Aug. 13. Die Rathmannen von 20
Berlin und Cöln [sammt jenen von Brandenburg] treffen mit den markgräflichen Münzmeistern von Berlin [und Brandenburg] ein Uebereinkommen bezüglich des Gehaltes und Werthes der zu prägenden „Penninge“. Ph. W. *Gercken*'s Vermischte Abhdl. aus dem Land-, Lehn- und dtsch. Rechte Thl. I (1771) S. 122 flg. L. F. *Höfer*, Auswahl der ältesten Urkunden in deutscher Sprache im k. geh. Staats-Archiv zu Berlin (1835) Abschn. II Nr. 79 S. 157. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 436, 38, 39.

1323, Mai 10. Herzog Rudolph von 21
Sachsen überlässt den Städten Berlin und Cöln alle gegenwärtig und in künftigen Zeiten allda wohnhaften Juden sammt den daran sich knüpfenden Rechten und Nutzungen. *Gercken* a. a. O. S. 183.

1327, Jul. 15. Markgraf Friedrich, 22
der Strenge, von Meissen [Kaiser Ludwig's IV. Eidam und seines Sohnes, Markgraf Ludwig's, „tutor et adjutor“] verspricht der Stadt Berlin auf den Fall, dass sie mit dem übrigen märkischen Lande an ihn kommen sollte, dieselbe „by allen recht, by aller Vryheit und by aller guden Gewonheit, de se gehat by den olden Marggreven zu Brandenburg und by Marggreven Ludewig sinen Swager, de se mit briefen bewiesen möghen“, bewahren zu wollen. *Gercken*, Fragmenta Marchica Thl. IV Nr. XII S. 23, 24; *Riedel* a. a. O. Hptthl. II Bd. VI S. 57.

1328, Jun. 2. Markgraf Ludwig zu 23
Brandenburg bestätigt seinen Bürgern von Berlin und Cöln „al ire vriheit, al ire len, al ire erve, al ire Recht, al ire eigen, geistlich und wertlik, al ire guden wonheit, al di gnade vnd al dat sie in rechten weren hebbin, an velde, an marke, vp lande vnd in der stat“, überhaupt „alle redelke stucke, di sie bewisen mögen mit alden oder mit nyen breven, die en gegeven sin von den fürsten von Brandenborch“, erklärt sie „vri alles vnrechtes tollen vnd geleides vp watere vnd vp dem lande“, vergönnt ihnen die mit den übrigen Städten in der Mark eingegangene und beschworene „enunge“ zu halten, verspricht zugleich, sie „zu laten bi ereme rechte, als et von aldere heft gestan“, sowie Niemanden zu gestatten „si tu hinderende an live noch an gude, an iren luden noch an irme rechte mit ienegeme

5) Der *Küster*'sche Text hat hier: „omnes Iudeos, divites et egenos, in dictis civitatibus hereditatem propriam habentes“ — „alle yoden, arme vnd rike, dy in dy steden eygen erfgud hebben oder nicht hebben.“

vnrechte“, gebietet dann seinem Vogte oder „Ammechtmanne“, dass er das einem Bürger „vmme sculde“ eines Ritters oder Knappen vor dem Landrichter auf erhobene Klage zugesprochene Pfand „vtpande“, widrigenfalls der Kläger selbst wohl „sulk pant irvolgen möge mit sulkeme Rechte, dar di stat mede besat is, als ere breve spreken“, und begnadet endlich die genannten Bürger „durch sunderlke truwe, die sie kegen in bewieset hebbin“, dahin, dass sie künftig ihm und seinen Nachkommen „vor lenwere“ blos drei Vierlinge brandenburgischen Silbers „io von dem stucke“, d. i. einzelnen Lehengute, zu entrichten gehalten sein sollen. *Küster* a. a. O. Sp. 158—60; *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XXII S. 28, 29.

24 **1331**, Nov. 19. Die Bürgermeister zu Berlin geben den Woll- und Leinewebern daselbst und zu Cöln für ihre Gehülfen — „operarii, knapen“ — umfassende „statuta“, deren fast durchgehends polizeilicher Inhalt unter Anderem sich auf das Verbot des Spielens, namentlich „cum histrionibus et buvonibus“, die Bestrafung verschiedener Vergehen, wie Verläumdung, Diebstahl, Bigamie, das Rügegericht der „meysterknapen“ u. s. w. bezieht. Gedruckt ist „der Knapen briff“ b. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 73—75.

25 **1335**, Oct. 14. Die alten und neuen Rathmannen von Berlin und Cöln erlassen Strafstatute gegen den Aufwand im Frauen- und Jungfrauen-Putze, bei Hochzeiten und Kirchgängen, ferner gegen das zu lange Verweilen in den Tavernen und Bierschenken, sowie „bosten oder dowelen höger den up vif Schilling“, indem auf jede Uebertretung eine Geldbusse von 10 Mark gesetzt wird. *Küster* a. a. O. Sp. 351, 52.

26 **1337**, Jul. 4. Kaiser Ludwig IV. bestätiget in dankbarer Anerkennung der ihm und seinem nachbenannten Sohne bewiesenen Treue „universitati (civium in Berlyn) omnes libertates, gratias sive privilegia ab antiquis Marchie principibus, et precipue a Ludowico marchione, imperatoris primogenito, aut ab ipsius fratribus eorumque heredibus traditas et concessas, sive inter illas gratias libertates sive exemptiones aut municipalia jura sint, que Niderlag nominentur, prout ipsis juste et rite sunt tradite vel concesse, ... volens, ipsas per omnia inviolabiliter observari.“ Lat. b. *Küster* a. a. O. Sp. 142, deutsch b. *Fidicin* a. a. O. S. 54, 55.

27 **1338**, Sept. 10. Die brandenburgischen Markgrafen Ludwig und Stephan geben auf den Fall des Erwerbs der Mark den Bürgern zu Cöln und Berlin die Versicherung, „eos omni juri, quo . . . fruebantur ab antiquo, debere commanere, ipsum quidem jus sic solitum, quodcunque fuerit, ipsis non evacuando, non diminuendo“, und dehnen dieses Versprechen auch auf ihre abwesenden Brüder aus. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XXVII S. 35, 36.

1340, Oct. 16. Die Rathmannen und 28
Bürger der Stadt Magdeburg erklären, dass sie die Bürger von Berlin und Cöln in Ansehung ihres Handels „fördern willen mit gudem flite, wo sy können und mögen, und sie to- und aff kommen und fahren laten to irer Stadt und sie bliven laten by alle deme Rechte, friheit und gewonheit, deren sie von older (zu Magdeburg) gebrucket hebben, und en de betern unde nicht ergeren scholen.“ *Küster* a. a. O. Sp. 189, 90.

1343, Apr. 7. Die Rathmannen der 29
„olden stad“ Berlin erlassen für die zur Schlächterei und zum Fleischverkaufe „vmme oren jerliken tyns“ berechtigten Juden eine Reihe darauf bezüglicher „artikele“. Lat. b. *de Ludewig* l. c. p. 639 sq.; deutsch b. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 67—69.

1345, Jul. 25. Markgraf Ludwig von 30
Brandenburg überträgt „judicium et prefecturam civitatum suarum Berlin et Coelne, dum primum per decessum Henyngi Sculteti ibidem vel de quibuscumque causis vel casibus legitimis vacaverit, . . . cum singulis et universis suis pertinenciis . . . . et duobus frustis annuorum reddituum in theloneo civitatum predictarum sitis, ad predictum judicium spectantibus“ an Tyle Brücke und dessen Erben „justo pheodi tytulo, omnimodo jure, forma, utilitate, fructu, commodo et honore.“ *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XXXII S. 39 - 41.

1348, Sept. 21. Der „falsche“ Markgraf 31
Waldemar von Brandenburg gelobt den Bürgern seiner Städte Alt-Berlin und Köln, zu „halden alle ire rechticheit, gnade vnde vriheit vnde ire guden gewonheit, dy sy van aldere von den Herren gehat hebben“, und ihnen dieselben zu bessern und nicht zu „ergern“, worauf er noch weitere, die märkischen Städte überhaupt angehende, z. B. deren Erleichterung in der Beherbergungslast bei Heerzügen, sowie die ihnen zuständige Rechtshandhabung über fürstliche Diener bei „redeliken broken“ betreffende Zusicherungen beifügt. *Küster* a. a. O. Sp. 160—62.

1348, Sept. 22. Derselbe hebt auf Er- 32
suchen Herzog Rudolph's von Sachsen die bis dahin von den Bürgern zu Berlin und Cöln an die berliner Mühlen entrichtete Abgabe auf, bestätiget die genannten Bürger im Besitze ihrer Lehngüter, und sichert ihnen noch andere Begünstigungen wegen des erlittenen Brandunglücks zu. *Gercken* Vermischte Abhdl. Thl. I S. 206.

33 **1350**, Apr. 30. Die Herzoge Rudolph der Jüngere und Albrecht von Sachsen, ferner die Fürsten zu Anhalt, Albrecht und Waldemar versprechen der Stadt Berlin, welche ihnen gehuldiget, dass sie dieselbe nach ihres Oheims, des Markgrafen Waldemar Ableben bei allen ihren Rechten und Gewohnheiten belassen, ihr die erstmalige Belehnung umsonst ertheilen, endlich unrechten Zoll und Geleite abschaffen wollen, worauf noch verschiedene, die gemeinsamen Angelegenheiten der verbündeten Mark-Städte berührende Punkte zwischen letzteren und den erwähnten Fürsten vereinbart und beziehungsweise wechselseitig zugelobt werden. *Gercken* a. a. O. S. 186 flg.

34 **1351**, Jul. 22. Markgraf Ludwig (der Aeltere) von Brandenburg vergibt den Bürgern seiner Städte Berlin und Cöln, „dat si sick von ihme gekehrt hebben von böser Anwysunge an den Mann, den me nennet Marggraven Woldemar", verspricht, sie „by aller ihrer Rechtigkeit, Vriheit vnd anderer Gewohnheit, dy si mit Briefen bewiesen mögen", zu behalten, desgleichen bei allen vor dem Abfalle bereits besessenen Lehen und Erbgütern, und die inzwischen eingetretenen Besitzänderungen in ersteren „ane Gifft" zu bestätigen, gelobt endlich, seine und seiner Mannen und Hofleute beweisbare „redlicke schulden tho gelden." *Küster* a. a. O. Sp. 7—9; *Gercken*, Cod. dipl. Brandenburg. Tom. II p. 378 sq.

35 **1352**, Jan. 4. Markgraf Ludwig der Römer ertheilt den vorgenannten Bürgern aus gleichem Anlasse einen übereinstimmenden Verzeihungs- und Rechtsbestätigungsbrief, darin auch die Zusicherung gewährend, dass er ihre Städte weder „versetten pandes", noch „sundern van deme lande", noch diejenigen, „dy van ime Gud hebben", verweisen wolle. *Gercken* l. c. p. 384 sq.

36 **1361**, Jan. 2. Auch Markgraf Otto von Brandenburg stellt für seine Städte Berlin und Cöln wegen ihres Zusammenhaltens mit dem falschen Markgrafen „Woldenberghe" (wie hier Waldemar geheissen wird) eine mit der vorstehenden gleichlautende Versöhnungs- und Confirmations-Urkunde aus. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XLIV S. 54—56.

37 **1363**, Febr. 19. Die markgräflichen Brüder Ludwig der Römer und Otto verlautbaren ein mit den Rathmannen und Bürgern ihrer Städte Berlin und Cöln getroffenes Uebereinkommen, gemäss welchem Letztere die Ersteren von einer Schuld zu zwölfthalbhundert Mark und den dafür bestellten Pfändern ledig und los erklären und zugleich versprechen, die mitverpfändet gewesenen, eingesessenen Juden „in der Stede Erven vnd Hüsern bliwen" und Rathsschutzes geniessen lassen zu wollen, während ihrerseits die Markgrafen den beiden Städten für die nächsten achtzehn Jahre die „Orböde" zu 150 Mark auf 50 Mark ermässigen. *Küster* a. a. O. Sp. 13—15.

1363, Aug. 8. Dieselben thun den Bürgern Berlin's die Gnade, dass sie dieselben 38
„wollen lassen bie aller rechticheit, vriheit und gnaden, und sunderlich bie dem wortzinse, bie den stede-pennyngen, huben zinse und bie der nyderlage, und bie allen rechten, die sie haben zu Berlyn und zu Cölen." *Küster* a. a. O. Sp. 142, 43.

1366, Jul. 13. Kaiser Karl IV. bestätigt den Städten Berlin und Cöln ihre Frei- 39
heiten und Rechte. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 241 nr. 151.

1367, Febr. 2. Die „Consules ambarum civitatum Berlin et Cölln" verbieten bei nam- 40
hafter, im Wiederholungsfalle bis zur Stadtverweisung auf Zeit eines Jahres steigender Strafe die „emptiones seu venditiones periculosas, quod plebetenus dicitur Schadekoep", d. i. die Aufkauferei. *Küster* a. a. O. Sp. 190, 91.

1369, Mai 31. Markgräfin Katharina von Brandenburg gelobt auf den Fall des To- 41
des Markgraf Otto's, ihres liebwerthen „fridels vnd vrundes", wenn jene Lande der Mark, deren Bewohner ihr „tu leipgedinge gehuldet hebben", in ihren Besitz gekommen sein würden, Rath und Bürger der Städte Berlin und Cöln „bie aller rechticheit, genaden, vriheit, nut, vrome vnd in aller guder wonheit, die sie von older gehat hebben vnd noch hebben, laten" und „sie alle yrer rechticheit ieghen aller manlich vordedingen" zu wollen. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XLVIII S. 62, 63.

1370, Jun. 13. Die Rathleute von 42
Berlin und Cöln vereinbaren „quosdam articulos pro corrigendis excessibus, reformandis juribus ac libertatibus conservandis", betreffend den allgemeinen Grundschoss, den blos in den Rathskellern statthaften Verschleiss fremden Bieres, das ausschliessliche Braurecht der Bürger, die Strafen der Uebertreter dieses „statutum", welchen die für sie Bittenden gleichgehalten werden sollen, endlich die Gebühren „pro civilitate acquirenda." *Küster* a. a. O. Sp. 151—53; *Fidicin* a. a. O. Nr. LI S. 65—67.

1373, Aug. 27. Kaiser Karl IV. con- 43
firmirt seinen Bürgern der Städte Berlin und Cöln „alle ire freiheit, alle ire rechtikeit, und alle ire alde gewonheit, und will sie lazzen und behalden bi eren und gnaden, dar sie in vergangen zeiten sind gewesen, . . . in halden alle ire briefe, die sie haben von Fursten und Furstinnen, und . . . sie sunder allerley hindernuzz lazzen und behalden . . .

by allen yren eygen, lehen und erben, alss sie daz vor haben gehabet und besezzen", insonderheit nicht gestattend, „daz sie oder ire nachkomelinge vzz ire stäte geladen werden, an umb hanthefftige tate", indem sie nur „zu rechte stan sullen fur irem schulten". Auch verheisst ihnen der Kaiser die wörtliche Erneuerung der etwa „vergangenen" Briefe, sowie „daz sie den ewigen Pfenninge, den sie gekeuffet haben, ewiclichen behalden sullen." *Küster* a. a. O. Sp. 164, 65.

Um den aus den schlechten Münzzuständen in der Mark Brandenburg erwachsenden Gefahren für Handel und Wandel zu steuern, vereinigten sich vierzehn märkische Städte, Berlin und Cöln an der Spitze, um das Recht der Pfennigprägung käuflich vom Landesherrn an sich zu bringen. Markgraf Otto verkaufte denselben nun auch wirklich mittels Urk. v. 24. Juni 1369 (*Küster* a. a. O. Sp. 136 flg.) für 6500 Mark brandenburgischen Silbers das Recht, in den Münzstätten zu Berlin und Frankfurt a. d. O. sowohl stendalische Pfennige, als auch s. g. Scherfe oder halbe Pfennige zu schlagen, und verlieh sogar den erwähnten Städten, damit sie die hiefür erforderlichen Geldsummen leichter zu beschaffen vermöchten, verschiedene Befreiungen, z. B. für zwei Jahre von Schoss, Steuer und Bede. (Urk. v. 26. Juni 1369 b. *Gercken*, Cod. dipl. Brandenburg. Tom. V p. 106.). Da nun die von den Städten zu prägende Münze nicht, wie vorher, in jedem Jahre erneuert wurde, so dass immer die Bevölkerung die neu-geschlagenen Stücke gegen die alten mit Verlust einwechseln musste, so nannte man jene Städtemünze den „ewigen Pfennig." Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 442 flg.

44 **1373**, Aug. 27. König Wenzeslaus von Böhmen, Markgraf zu Brandenburg und Herzog in Schlesien, ertheilt seinen Bürgern zu Berlin und Cöln einen mit dem vorstehenden völlig gleichlautenden Rechtsbestätigungsbrief. *Küster* a. a. O. Sp. 162—64.

45 **1378**, Aug. 6. Markgraf Sigismund zu Brandenburg desgleichen. *Küster* a. a. O. Sp. 165—67.

46 **1381**, Oct. 20. Derselbe spricht die Bürger von Berlin und Cöln, weil sie „grossin schadin vnd grosse note von des fewers wegen genomen", für eine Reihe von Jahren, nämlich jene von Berlin auf fünf und die von Cöln auf drei, „fri vnd ledig von der Orbete wegen, die sie ime von rechte pflichtig sint ierlichen czu gebende", jedoch so, dass nach Ablauf dieser Zeit „igliche stat ire Orbete im vnd in sine Kammer entwerten vnd geben sal, als von aldir ist recht vnd gewonheit." *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. LIX S. 85, 86.

47 **1382**, Sept. 27. Derselbe ermahnt die Städte Berlin und Cöln, unter welchen eine „czwidracht" entstanden war, zur Aussöhnung und Aufrechthaltung ihrer einheitlichen Rathsverfassung — „das ir des eynwirt, vnd eynen Rat habit in beidin Stetin, vnd eyntrechtig werdit vmb alle ding vff die wort, das euwer Wesunghe beyderseit dester richtiger werde." *Gercken* l. c. Tom. IV p. 411.

1391, Febr. 25. Markgraf Jobst von Mähren ertheilt dem Verkaufe des „Schultessen Ampts zu Berlin vnd zu Coln mit allen gerichten, oberisten vnde nyderisten, czinsen, gulden, rechten, nützen, erungen vnd allen anderen zugehörungen" von Seite Tyle Brucke's an den Rath der genannten Städte seine Zustimmung, indem er noch diejenigen Rechte, welche ihm selbst als Markgrafen zu Brandenburg an dem fraglichen Amte gebühren, gnädiglich hinzufügt — Alles, „yn solicher masse vnd als verre, als er des Irleuchten fursten hern Sigmundes, kuniges zu Vngarn etc., willen dortzu gehaben möge." *Fidicin* a. a. O. Nr. LXXXVIII S. 110, 11. 48

1393, Febr. 2. Berlin und Cöln schliessen sich dem märkischen Städtebunde wider Ruhestörer und Strassenräuber an. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 274, 75 Nr. 234. 49

1393, Jun. 2. Pabst Bonifaz IX. gibt den „Proconsules et Consules" und der gesammten Gemeinde „opidi Berlin et Coln" die beruhigende Versicherung, dass der Aufenthalt excommunicirter Personen innerhalb des Stadtgebietes der „divinorum officiorum celebratio et sacramentorum ecclesiasticorum ministratio" daselbst nicht nachtheilig sein solle, wenn man nur für die Entfernung besagter Leute aus der Stadt alsbald von Raths wegen Sorge tragen würde. *de Ludewig* l. c. p. 613 sq. (mit der Jahrzahl 1297); *Küster* a. a. O. Thl. I S. 431, 32. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 63 Note 1. 50

1394, Aug. 14. Berlin und Cöln gehen mit Brandenburg, Ratenow, Nauen und Spandau ein engeres Bündniss gegen Räuber, Mordbrenner, Echter, Woldenberger[6]) und andere offenbare Missethäter in der Mark ein. *Gercken* l. c. p. 417 sq. 51

1395, Jun. 20. Markgraf Wilhelm von Meissen bestätiget den Städten Berlin und Cöln ihre Freiheiten, Rechte und Gewohnheiten ganz in derselben Form, in welcher es Karl IV. 1373 [nr. 43] gethan hatte. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 278 nr. 243. 52

1397. **Stadtbuch von Berlin** in sieben Büchern, in seiner ersten Anlage jedenfalls in dem vorausgestellten Jahre vollendet, aber von da an durch fortgesetzte Einträge und Vermerke bis zum Ausgange des XV. Jhdts. 53

6) Allgemeiner Ausdruck für Verbrecher überhaupt.

erweitert, grossentheils gedruckt in *Fidicin's* Beiträgen Thl. I S. 1—268 [nebst Register S. 269—79], ausführlich, jedoch nur bis zum Schlusse des ersten Buchs, commentirt in K. F. *Klöden's* Erläuterung einiger Abschnitte des alten Berlinischen Stadtbuches, Stück I—III (Programme der Gewerbschule) Berlin 1838—40. 8°.

Ueber die schon bei J. Gttl. *Gonne*, De commento Speculi Suevici exercitatio (Erlang. 1753. 4°.) §. XVII p. 26, 27 erwähnte, aber von da ab bis 1826 vermisst gewesene Handschrift des Stadtbuchs und ihre Schicksale s. C. A. *v. Kamptz's* Jahrbb. f. d. Preuss. Gesetzgebung Bd. XXVIII S. 339—43, XLII S. 279 flg., XLVI S. 3—5; *Fidicin* a. a. O. S. XIV—XVII.

Alter, Quellen, Inhalt und Charakter des Werkes betreffend vgl. *Fidicin* a.a.O. S. XII flg. [mit Thl. III S. 556] und in den alleg. Jahrbb. Bd. XLVI S. 5—35; L. E. *Heydemann*, Die Elemente der Joachimischen Constitution (1841) S. 169 flg.; *Hälschner's* Gesch. des Brandenb.-Preuss. Strafrechtes S. 54 flg.; O. *Stobbe's* Gesch. d. Dtsch. Rechtsquellen Bd. I S. 367 nr. 2; *Homeyer*, Sachsenspiegel (1861) S. 66 nr. 19, Richtsteig Landrechts S. 69 nr. 2, Stadtbücher S. 18 nr. 3.

Es beginnt das Stadtbuch mit einer Zusammenstellung von Formularen a) für die „orvedia, orveide" und b) für die verschiedenen von den Bürgern bei Erwerbung der „burscap", ferner den städtischen Beamten und Bedienstigten bei Uebernahme ihrer Aemter und Dienste zu leistenden Eide [S. 1—6], woran sich das „registrum des bukes" [S. 7—9] anreiht. Hierauf folgen:

Buch I: Verzeichnisse der städtischen Einkünfte — „heren tol, nederlage, stedegeld tu den dryen jaremarkten, plasgeld vp deme holtmarkte, werken tyns, hus- vnd budentyns, mertens tyns, rudentyns, worttyns, huven-, cavelen-, garden- vnd wesentyns, rente von der stadt dorpere" (S. 10—37) — sowie der „loen" oder Besoldungen des Stadtschreibers, der Marktmeister, Thorwärter, Heidereiter, Wagenknechte, des Büttels u. a. m. (S. 37—44), nebst angehängten Statuten [„hyr stan beschreven der stat rechticheit vnd gebod, di sunder twank nicht werden geholden, wen twank geft ere"] über Gewinnung des Bürger- und Gilderechts und Vererbung desselben auf die Kinder, über Mass und Gewicht, Bier- und Weinschank, Leichen-, Hochzeit- und Kindtauffeiern, städtische Bewaffnung, Jagen in der Stadtheide, Anheftung von Schmähbriefen am Schandpfahle, Nothwachen der Bürger, Einschränkung der Vorkäufer, Höker und Fremden bezüglich des Markthandels, Strafen der Verläumdung, gefährlichen Drohung, unmässigen Kegel- und Würfelspiele sowie Beschimpfung „an kelre vnd an steden"; ferner über Testamente, Verkauf geistlicher Renten, Auflassung („vpfart vnnd affart") bei Liegenschafts-Veräusserungen, Viehhut, Unzulässigkeit des Brauens in den „Buden" und Wegmiethens des Gesindes eines Anderen, Pflichten des Schafhirten, Berichtung eines „manslechtigers" und „vorvesteten" gegenüber der Stadt, Wasser- und Weidenutzung, Grösse der „stad broke", endlich über die gemeinschaftliche Rathsverfassung und Verwaltung der Städte Berlin und Cöln (S. 44—51).

Buch II: „Vtschrifte der heren-priuilegia vnd ander handvestungen" (S. 52—75), nämlich a) landesfürstliche und päbstliche Freiheits- und Gnadenbriefe für die Städte Berlin und Cöln (unter Einfügung des oderbergischen Niederlagsprivilegs v. 1313), beginnend mit dem J. 1289; b) Gildebriefe und Gewerbs-Satzungen des Rathes aus den J. 1272 bis 1489; c) Verträge des letzteren über städtische Grundstücke und Gerechtigkeiten (Rentenverkäufe) aus dem Zeitraume 1364—1498. Die unter a, b bezeichneten Stücke, von *Fidicin* nur zum Theile vollständig, zum anderen Theile blos in Regestenform mitgetheilt, und S. 270, 71 in chronologischer Reihenfolge zusammengestellt, haben der Mehrzahl nach bereits im Vorhergehenden ihre Erwähnung gefunden.

Buch III: „Dat dritte gesette des bukes holt schepen rechticheit, di getogen sint ut anderen rechtbukern" — Schöffenrecht, eigentliches Stadt-Rechtsbuch (S. 77—175).

Diese dritte und wichtigste, ein selbständiges Werk für sich bildende Abtheilung des Stadtbuchs, gleich anderen ähnlichen Stadtrechtssammlungen mit der Absicht allmäliger Fortbildung und Vervollständigung angelegt — „vnd wes man von wisen luden mer rechtes dervragen kan, dat schrive man hirin, bet dit bukeken vullenkome an guden rechte" (S. 83) — begreift ausser einem grösseren mit der Ueberschrift „Utgetogen recht steit hir" versehenen und einem Reimprologe zu 27 Versen beginnenden Einleitungs-Abschnitte, worin vornehmlich vom Reichsstaatsrechte und der Rechtspflege gehandelt wird (S. 77—93), fünf weitere Hauptabschnitte, deren Inhalt sich im „Registrum" (S. 8) in folgender Weise angegeben findet[7]): „Dat irste wiset vt vmme schuld vnd schaden (S. 93—113), dat ander vmme erve vnd erb-

7) Vgl. auch S. 92. *Fidicin* theilt das Ganze in VII Abschnitte, indem er die Einleitung als Abschn. I bezeichnet, und den Abschn. IV in zwei (V, VI) zerlegt.

gud (S. 113—125), dat drudde vmme handteftige daet (S. 126—142), dat virde is vmme frouwen vnd ioden rechticheit (S. 142—149; 149—153), dat vefte is vmme allerhande recht, dat in den vir gesetten vor nicht is geschreven, vnd man sal dat meren an rechte, als wie man dat dervragen mach" (S. 153—175).

Was nun die Quellen der Rechtssammlung betrifft, so sind diese nach den in neuerer Zeit hierüber angestellten gründlichen Untersuchungen:

1) Das Landrecht des Sachsenspiegels, welches in den zahlreichen grossentheils wörtlich, aber in geänderter, d. h. dem vorhin angedeuteten Systeme angepasster Artikel-Ordnung daraus eingerückten Auszügen den Grundbestandtheil des gesammten Buches bildet;

2) der Richtsteig Landrechts, dessen Kapp. 31 §. 3, 32 §§. 1—3, 37, 43 §§. 4 flg., 44, 45, 49, 50 im letzten Abschnitte theils wortgetreu wiederholt, theils umschrieben, überarbeitet oder wohl auch abgekürzt angetroffen werden;

3) das brandenburgische sowohl Territorial- als insbesondere Stadt-Recht, da **Brandenburg** die „hogeste dingestad in der marke" (S. 163) und mithin auch der Oberhof für Berlin gewesen ist, wie es denn z. B. auch in der Eidesformel für die neu-gekorenen Schöffen allda heisst: „aver gebreke iuwe ordel vnd recht, so wil gi dat halen in dy rechtrike stad tu Brandenborch, na iuwer cumpen rade." (S. 3.) Es tritt jedoch im Stadtbuche das altbrandenburgische Recht weniger positiv, d. h. in speciellen Hinweisungen auf dasselbe, als vielmehr negativ, d h. in den dadurch bewirkten Modificationen der oben unter 1 genannten Hauptquelle erkennbar hervor, indem nur einigemal, und zwar in dem vom Erbrechte handelnden Abschnitte II S. 123 und in den „Frouwen recht" überschriebenen Satzungen des Abschnitts III S. 142[8]) das „Brandenburgische Recht" in seiner Gegensätzlichkeit zum Sachsenrechte ausdrücklich namhaft gemacht wird.

Abgesehen von diesen drei Hauptgrundlagen lassen sich übrigens auch einzelne Stellen des berliner s. g. Schöffenrechts auf die Glossen des römischen und canonischen, sowie des sächsischen Landrechts (vgl. z. B. Abschn. V S. 169, 70 „von gesatten rechte, di weder naturlich recht syn" mit Gl. z. sächs. Landr. III, 42 a. E.) zurückführen.

Buch IV: „Buyk der overtredungen, liber excessuum", Mittheilung von 135 theils ausführlich berichteten, theils nur in Kürze registrirten peinlichen Straffällen, von der Mitte des XIV. Jhrts. bis zum J. 1448 (S. 176—211).

8) Vgl. *Heydemann* a. a. O. S. 172 flg. 176 flg.

Buch V: Raths-Urkunden über verschiedene Rechtsgeschäfte, hauptsächlich Rentenverkäufe (S. 214—249).

Die **Bücher VI, VII** waren dann zur Eintragung der Zinsgüter-Verpfändungen und Bürgerrechts-Verleihungen bestimmt, wurden aber wohl alsbald durch ein eignes Versatzbuch und eine s. g. Bürgerrolle verdrängt.

1398, Oct. 13. Markgraf Jobst von 54
Mähren bestätigt den Rathmannen zu Berlin und Cöln den Genuss des Zolles zu Köpenik, den sie „vormals von Offen von Slywen czu In für 100 schok grosschen gelöst haben", auf so lange, bis er (der Markgraf) diese Summe ihnen „widergeben oder betzalen" würde. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XCV S. 119.

1399, Jan. 25. Derselbe ertheilt den 55
Städten Berlin und Cöln einen mit der Sigismund'schen Handfeste v. 1378 [nr. 45] gleichlautenden Confirmationsbrief. *Küster* a. a. O. Sp. 167, 68.

1399, März 23. Die „Ratmanne tu 56
olden Berlin, olt vnd nie", bestätigen den „oltschumekeren" daselbst „ire rechticheit, die en van aldere van iren vorfarn, Ratheren tu Berlin, sin gegeven, beschreven vnd mit der Stat groteste Ingesigile vorsigelt", auf deren fleissiges Bitten „mit eyme nighen brive, wente ire olde gar brechafftig begunde tu worden", und genehmigen dabei noch einige weitere „redelike gesette" des Gewerkes. Bemerkenswerth sind im Gildebriefe nur folgende Bestimmungen: „Wert, dat eyn bederve man storve vt dem werke, sine bederve frouwe solde dat werk beholden na sine dode, went dat sie zich voranderte, vnd so muchte sy die gulde beholden nach der kumpane willen. — Og sal neyn kumpan in der gehegeden morgensprake neyn lenger messir bie zich draghen, wen dar he sin brot mede snyden wil, vnd dat eyn redelich brotmetzser sy. — Vortmer wi der ergenanten kumpane werk wynnen wil, der sal eyn vnberuchtiget bederve man sin, vnd sal dat beweren vnd bewizen mit der Stat brive oder dez dorpes, dar he nylingest gewonet odir gedinet het. — Og wert dat ennich irer werkgenoten zich vorgrepe an stucken, die widder ere weren, dez sie em openbar overgan mogen, die sal sin werk vorloren hebben." Die übrigen Satzungen betreffen vornehmlich die gewerblichen Befugnisse der s. g. Altflicker, sowie die Bedingungen für den Eintritt in ihr „werk" und den Verlust desselben. *Fidicin* a. a. O. Nr. XCVI S. 120—22.

1399, Jun. 9. Berlin und Cöln schliessen 57
sich dem von den Städten „in der Nuwenmarke zue Brandemburg" Behufs der Wahr-

ung ihrer Freiheiten, Gerechtigkeiten und alten Gewohnheiten, sowie gegenseitigen Vertheidigung eingegangenen Bunde an, wobei insbesondere auch verabredet worden, dass die verbündeten Städte alle miteinander „by eren vnd by **Brandenburgschen** rechte wollen blyben, also sy alle dor mete begnediget syn von alder vnd von besettzunge der lande.“ *Fidicin* a. a. O. Nr. XCVII S. 123—125 (mit Thl. III S. 280—82 Nr. 251, Inhalts-Angabe).

58 **1400**, Jul. 13. Markgraf Jobst sichert Berlin (nebst andern genannten und ungenannten Städten) Aufrechthaltung der alten Zollgerechtigkeiten und Nichtbeschwerung mit neuen Zöllen zu. *Gercken* l. c. Tom. VI p. 583.

59 **1401**, Mai 24. Derselbe bestätiget den Städten Berlin und Cöln [sowie den übrigen in der hier noch als „nüwe Mark“ bezeichneten Mittelmark] die Befugniss, missethätige markgräfliche Mannen nach Stadtrecht richten zu dürfen. *Gercken* l. c. p. 584.

60 **1401**, Nov. 21. Pabst Bonifaz IX. gebietet auf Ansuchen des Rathes der Städte Berlin und Cöln allen geistlichen Richtern, da Ladungen der Bürger und Einwohner jener Städte „extra ipsum opidum et ejus districtum, eciam quandoque ad loca non tuta, ad que propter guerras in illis partibus notorie ingruentes absque rerum et personarum periculis non pateat accessus“, wie sie bis dahin häufig vorgekommen, höchst nachtheilig und beschwerlich seien — „ut nullus ordinarius, officialis aut archidiaconus seu delegatus aut subdelegatus, vel alius quicunque executor seu conservator a sede apostolica vel ejus legatis deputatus seu deputandus, seu ejus commissarius ex officio ..... aliquem seu aliquos ex opidanis personis, incolis et habitatoribus antedictis communiter vel divisim extra opidum prefatum seu ejus districtum super quibuscunque causis, bonis, juribus, accionibus seu rebus aliis, ipsis opidanis personis, incolis et habitatoribus invitis, in causam trahere aut ad judicium valeat evocare, sic tamen quod coram propriis judicibus in dicto oppido teneantur legitime stare juri.“ Nur in Folge eines ausdrücklich dieses „indultum“ aufhebenden Auftragsbriefes an den Richter soll eine solche Ladung gerechtfertigt erscheinen. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. XCIX S. 126—28.

61 **1409**, Sept. 25. Markgraf Jobst thut den Bürgern seiner Städte „zu dem Berlyn vnd Kolen“ die Gnade „als eyn Marggraf zu Brandemburg“, dass sie „alles Jr gut vnd kauffmanschafft, als offte vnd dicke sye wollen, vnd Jn das bedurfft sein wirdet, zu freyenwolde oder zu fynowo oder anderstwo, wo Jn das allerfredlichste vnd bequemlichste ist, . . . vssschyffen sollen vnd mögen.“ *Küster* a. a. O. Sp. 176, 77.

62 **1411**, Jul. 3. König Sigismund bestätigt als Markgraf zu Brandenburg die Freiheiten und Rechte seiner Städte Berlin und Cöln. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 290 nr. 281.

63 **1412**, Jul. 6. Burggraf Friedrich von Nürnberg confirmirt ebenfalls, als oberster Verweser der Mark Brandenburg, die Freiheiten und Rechte Berlin's und Cöln's. (R.) *Fidicin* a. a. O. S. 291 nr. 284.

64 **1413**, Nov. 30. Derselbe verordnet in gleicher Eigenschaft, „daz vorder nymand mer, manne oder frouwe, Riche oder arme, Junge odder alt, Burger, Burgerynne vnd Jnwonere der zweyer Stede Berlin vnd Colln den Andern nicht vor geistlich rechte heischen, vordern noch laden sol laszen, vmb kein schulde vnd werltliche sache, — sunder wer zu den anderen icht zu sprechen odder zu vordern het, der sol des ton vor den werltlichen gerichten in den egenanten Steten, do sich ydermann an begnogen laszen sol.“ Dem Uebertreter ist eine „pene“ von 30 Gulden angedroht. [Einiges in der Urkunde ist dunkel] *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CIII S. 131, 32.

65 **1415**, Dez. 21. Derselbe als Markgraf (Kurfürst) zu Brandenburg bestätigt den Bürgern seiner Städte Berlin und Cöln „alle Jre fryheite, alle Jre rechtikeite vnd alle Jre gewonheite“ ganz in derselben Form, wie dies durch Markgraf Jobst im J. 1399 [nr. 55] geschehen war. *Küster* a. a. O. Sp. 168—70; *Monum. Zoller.* Bd. VII Nr. CCCCLXVII S. 361, 62.

66 **1423**, Febr. 24. Die alten und neuen Rathmannen der Stadt Berlin treffen mit den „waterhern vnd buren gemeynlich van Stralow vmme die toge vnd fischereye vp die see vnd vp dy langken“[9]), besonders hinsichtlich der Zeit des Fischfangs, ein Uebereinkommen. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 253, 54 mit Thl. III S. 298, 99 nr. 310.

76 **1423**, Nov. 27. Markgraf (Kurfürst) Friedrich I. von Brandenburg entscheidet in einem Streite der Bürger zu Berlin und Cöln, betreffend die Entrichtung des Schosses von den im Besitze von Gemeindegliedern befindlichen Lehengütern, dahin, dass „alle die, die Lehengutere haben oder gewinnen, dieselben Lehengutere hinfuro nach datum ditz Brieffes, allsz offte sich dass geburete, nicht hoher alsz die helffte davon, alsz lieb

---

9) „Langken, die Seiten des Wassers, wo man zu fischen pflegt.“ *Fidicin*.

sie die dann in derselben zyte habenn, verschossen sullen, sonder alle wiederrede vnd ohn gefherde." *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CIX S. 143, 44.

68 **1431**, Febr. 1. Die Rathmannen zu Berlin und Coln vereinigen sich mit jenen von Brandenburg und Frankfurt a. d. O. zur gemeinsamen Wahrung ihrer Freiheiten, Rechte und alten Gewohnheiten, insbesondere zur Abwendung etwaiger Verletzungen ihrer privilegia de non evocando durch eine geistliche oder weltliche Herrschaft, sowie zu gegenseitigem Schutze wider Räuber, unter dem Versprechen gemeinschaftlicher Tragung der deshalb entstehenden Kosten, und Festsetzung des Sonntags Trinitatis als jährlichen Zusammenkunftstages der Verbündeten innerhalb einer der genannten (nach bestimmter Ordnung wechselnden) Städte. *Fidicin* a. a. O. Nr. CXIV S. 152—54.

69 **1432**, Jun. 28. Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Cöln bezeugen urkundlich eine „med rade, witschapp vnde vulbort irer virwerken vnde gemeynen borgere" zwischen ihnen und den Bürgermeistern und Rathmannen von Berlin unter Vermittlung jener der Städte Brandenburg und Frankfurt a. d. O. über verschiedene Streitpunkte, betreffend a) die Wahl und Geschäfte des Raths und der Schöffen, b) die Jahr- und Wochenmärkte, c) das Gemeinde-Bürgerrecht, d) die Verfassung der Gewerke und Innungen, endlich e) dingliche z. B. Weide- und Holzgerechtigkeiten, zu Stande gekommene „eynunge", deren wichtigste Bestimmungen (a, c, d) nachfolgende sind:

„Thum irsten vmme den kor des Radis vnde Schepen sin wy med en eyn gewordin, dat dy Borgermeister vnde Radmanne van beyden steden nach oren eyden scholen Radmanne vnde Schepen kysen, nemelich tu Berlin twelfe twe Borgermeystere, teyn Radmanne vnde vir Schepen, tu Cölnn sesse eynen Borgermeyster, viff Radmanne vnde drey Schepen. Worde in dem kore ennyge twydracht, wy denne dy meysten stymmen hat in deme kore, den schol men kysen tu deme Rade odder tu der Schepenbangk. — Dyselven Radmanne scholen gan vpp deme Radhuse by der langen bruggen; dar schal men alle tinsse vnd schot von beyden Steden vpnemen vnde vtgeven, dar van beyde Stede buwen, war des grottz nod is nach rade des Radis, vnde alle saken, nut vnde fromen beyder stede beraden vnde handeln. Worde in deme Rade ennyge twidracht vmme etlike saken, wes denne dy meyste lut by oren eyden besluten, dar schal it by bliven. — Upp dem sulven Radhuse by der langen bruggen scholen Richtere vnde Schepen beyder Stede dingk hegen vnde richten tu allen virteyn Nachten, wan des tyd is. — Ever sin wy eyn worden, wy eyn Borger is tu dem Berlin, dy schal ok hebben dy Borgerschapp tu Cölnn, desgeliken wy eyn Borger is tu Cölln, dy schal ok hebben dy Borgerschapp tu Berlin. — Vortmer dy werken, ynnungen vnd gulden in yslike Stad scholen bliven an sich noch older gewonheit so lange, oft men dy werken, ynnungen vnde gulden, dy nicht sin geeynet, vorder muchte eynen nach rade vnde willen des Radis van beyden Steden. Vnde wy eyn werk wil hebben tu Berlin, dy schall tu Berlin wonen, desgelyk wy eyn werk wil hebben tu Cölnn, dy schal tu Cölnn wonen. Dy selven werke scholen bliven by oren tinssen, dy sy van older gegeven hebben; dy scholen sy bringen vpp dem Radhuse by der langen bruggen, wan des tyd is." *Gercken* l. c. Tom. V p. 114—18. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 304, 5 nr. 331.

1433, Febr. 10. Markgraf (Kurfürst) Friedrich I. von Brandenburg spricht die Bürger der Städte Berlin und Cöln des Zolls und Geleites in der Mark zu Brandenburg (sechs benannte Orte ausgenommen) frey und ledig, und behält zugleich sich und seinem Rathe etwaige „zwytracht zwischen ine vmb die zölle" zur Verhandlung und Bescheidung vor. *Küster* a. a. O. Sp. 177—80; *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CXV S. 154—57. 70

1439, Jun. 6. Die Rathmannen der Städte Berlin und Cöln vertragen sich mit jenen der Stadt Spandow „vmme sulke twydrechte, dy tusgen en wente hertu gewest syn van nederlagen, tollen vnde sust ouk van vischtollen." *Fidicin* a. a. O. Nr. CXXI S. 168—70 (mit Thl. III S. 311, 12 nr. 352). 71

1440, Nov. 19. Markgraf (Kurfürst) Friedrich II. von Brandenburg begnadet die Städte Berlin und Cöln mit einem, jenem v. 1415 [nr. 65] völlig inhaltsgleichen Rechtsbestätigungsbriefe. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 315 nr. 362. 72

1442, Febr. 26. Derselbe beurkundet, dass Vierwerke und Gemeinde der Städte Berlin und Cöln mit den Bürgermeistern und Rathmannen daselbst in Streit und Zwiespalt gekommen, indem sie von der etliche Zeit bestandenen Vereinigung beider Städte „mit einem eintrechtigen Rate", wenn sie forterhalten würde, „schaden vnd verterb besorgt" hätten. Es seien nun die alten Bürgermeister und Rathmannen, nachdem die gewünschte gütliche Ausgleichung nicht erzielt worden, vor ihm (dem Kurfürsten) erschienen, hätten ihre Verantwortung auf der Gewerke und Gemeinde Beschuldigungen ihm vorgetragen, und in der Letzteren Gegenwart demüthiglich, unter einstweiliger 73

„Aufsagung" des Rathstubles und Ueberantwortung der Schlüssel zu den Stadtthoren, ihn gebeten, „der stete notdorft zu bestellen" und einen anderen Rath zu setzen, worauf denn auch die vier Werke und die Gemeinde ihn, als ihren natürlichen Erbherrn, sofort angerufen und ersucht hätten, „die gebrechen vnde schelungen gnediglichen zu erkennen, vnde die benannten beide stete, vnde doch sunderlichen eine itzliche stat besundern, der Herschaft zu eren vnd zu nutze vnde den obgnanten steten beiden zu frommen, vnd von Vermeidung willen grosers schadens vnde vnwillens, der davon kommen mochte, mit gesunderten Rate versorgen zu wollen, so das ein Rat zu Berlin vnde der annder Rat zu Coln gekorn, bestetiget, vnd die brive itzlicher stat besundern, als oft vnd dicke des not geschicht, ane gift vnd ane gabe gegeben werden sollten." Auch wolle für die Zukunft „eine gute gewonliche wiese, wie sich igliche stat mit verwandelunge vnd versetzunge ires Rates nu vnd zu ewigen tzieten hirnochmals halten sulten", festgestellt werden, welcher die Gemeinde „ane widdersprache getruwelichen gute folge zu thun" gelobe. Durch dieses Alles sei nun der Kurfürst bewogen worden, aus besonderer Gnade, zugleich in seines Bruders, Markgraf Friedrich's Namen, den beiden Städten Berlin und *Cöln* „mit irer aller wissentschaft, volbort vnd gutem willen" die namentlich bezeichneten Personen zu Bürgermeistern und Rathmannen für das nächstfolgende Jahr zu kiesen und zu setzen, und werde den Gewerken, Bürgern und Inwohnern die Weisung ertheilt, jenen gehorsam zu sein und zu bleiben. [Gewählt wurden aber für Berlin zwei Bürgermeister und zehn Rathmannen; für Cöln ein Bürgermeister und fünf Räthe.]

Weiter wird hierauf bestimmt: 1) „eine igliche Stat von den genannten beiden steten sol iren besundern Rat vnd sunderlich regiment nu vnd zu ewigen tziten haben vnd beholten". Nach Abfluss des Amtsjahres, für welches der Kurfürst selbst gewählt, solle daher „ein iglich Rat zu Berlin besundern vnd zu Coln auch besundern annder fromme bederwe lute sunderlichen auss den vier wercken zuvoran vnd auss den gemeinen burgern noch obin geschriebner antzal an ire stad auf alle noch folgende Jare [d. h. immer auf ein Jahr, aber für alle Zukunft] zu Burgermeistern vnd Ratmann, wie sie das für das beste erkennen, kiesen, nach guter Vernunft vnd bi iren Eiden, doch also, das sie keinen befrundten rat nicht kiesen", und die gekorenen sollten dem Landesfürsten und in dessen Abwesenheit seinem Hauptmanne in der Neumark mit Namen beschrieben werden, damit er darüber die Bestätigungsbriefe ertheilen, beziehungsweise die nicht als „nutze oder bequeme" erkannten „verandern vnd anndere in deren stete setzen" könne. Ehe als diese landesherrliche Bestätigung erfolgt, sollten jedoch die Neugewählten „in den Ratstul nicht gehen, sich auch des Rates nicht gebruchen, noch vor Borgermeistere vnd Ratmann aussgeben." 2) Dem antretenden Räthe und den vier Werkmeistern habe der abgehende Rath — „der sin Jar aussgesessen had" — in jeder der beiden Städte „reddelich Rechnunge zu tun vnd zu pflegen von allem Jnnemen vnd Aussgeben, was in von der stete wegin intzunemen vnd ausszugeben geboten wirdet". 3) Die bis dahin eingeführt gewesenen „Sechtzenman, die dann mit dem alten Rate der stete sachen in rates wiess mit bewust vnd gehanndelt hatten", sollten „auf dismal ganntz ab sin vnd von den reten der Stete blieben." 4) Alle „Verschribungen vnd buntnisse, die obgenannte alte burgermeistere, ratmann vnd alle ire fürfarn vnd die genannten stete bynnen oder aussen der Herschaft Lannden" eingegangen, sollten „keine kraft oder macht mehr haben" „und Räthe und Gemeinden von Berlin und Cöln „sich nu hinfurder zu ewigen tzieten mit nymande in keine wiese nicht verschriben, vereinigen noch verbinden, vnd auch keine nuwe Aufsasse machen oder tun, das geschee dann mit der Marggraven zu Brandenburg wissen, folbort vnd gutem willen." *Küster* a. a. O. Sp. 20—27. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 319, 20 nr. 371.

An demselben Tage gelobten dann die Bürgermeister, Rathmannen, Vierwerke und Gemeinden von Berlin und Cöln, die vorstehende landesfürstliche Verordnung, welche wortgetreu wiederholt wird, „in allen beschreven vnd berurden stücken, puncten vnd articlen stede vnde vaste to ewichen tyden vnverbroken holden" zu wollen. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CXXVI S. 180—86.

1442, Aug. 29. Bürgermeister, Rathmannen, Vierwerke, Innungsmeister 74
und Gemeinde der beiden Städte Berlin und Cöln treten dem mit ihnen wieder versöhnten Markgrafen (Kurfürsten) Friedrich II., dessen Bruder Friedrich „dem Jungsten", sowie allen deren Erben und Nachkommen, eine näher beschriebene umfassende Baustelle[10]) in der Stadt Cöln ab, und überlassen ihnen ferner „datt Radhuess tusschen den genanten beyden steden vp der Sprew vnd die oversten vnd neddersten gerichte in den genannten oren beyden Steden Berlin

10) Zur Anlage eines Schlosses.

vnd Coln vnd darto dy nedderlage vnd wes to den sulven oversten vnd neddersten gerichten vnd to der nedderlage wente here to gehoret hett ..... to hebbene, to beholdene vnd to gebruken na oren Nutt vnd fromen, Richter to settene vnd to entsettene na orem vnd na orer erven vnde nakomen willen, wo en dat bequeme sy, alse dat alles ok vor by der herschop der Marggraveschopp to brandenburg gewest is", jedoch unter dem Vorbehalte, dass die Bürger der beiden Städte selbst „ore kopmanschop vnd gut nicht vornedderlagen derffen". Ausserdem erkennen die im Eingange genannten Rathleute etc. von neuem ihre gegenüber dem Markgrafen bezüglich „der ordnunge des Rades" eingegangenen Verpflichtungen an, versprechen für sich und ihre Nachkommen, dieselben zu halten, und überhaupt „der herschop des Marggravedhoms tho brandburg willige, underdenige vnd gehorsam borger vnd undersaten to sien vnd to bliven", und bestätigen schliesslich, dass ihnen die Markgrafen den (vom Johanniter-Orden der Stadt verkauften) Tempelhof sammt Dörfern und Gütern, jedoch unbeschadet der Herrschaft an den ihr hierauf zustehenden Gerechtigkeiten („Rossdinste, Wagendinste, lagere, herwegene, lantbeden") vereignet haben. G. W. *v. Raumer*, Cod. dipl. Brandenburg. contin. Thl. I S. 207—9. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 320, 21 nr. 372.

75 **1442**, Sept. 1. Kurfürst Friedrich II. erklärt bei Gelegenheit der Bestätigung der ihm vom Rathe der Städte Berlin und Cöln präsentirten Stadtgerichtsschöffen und nach Entgegennahme ihres eidlichen Angelobens, stets von ihres gnädigen Herrn und der Herrschaft wegen getreulich ihrem Amte vorzustehen, als sich das durch Recht gebühre: dass es dem Rathe zukomme, die Schöffen zu kiesen, wenn es nöthig sei, doch „das sie von der Herrschafft oder von irem richter alletzyt angenommen vnd bestetiget werden, vnd auch ... der Herschafft behegelich sin, item die Herschafft alletzyt macht habe, gerichtess schribere zu setzen vnd zu entsetzen, wie Iren gnaden das bequeme" sei. *v. Raumer* a. a. O. S. 213.

76 **1443**. **Cölner Stadtbuch** — „ex diversis registris pro civitatis utilitate collectus per Nicolaum Molner altaristam, per tunc notarium" — angelegt in Folge der Sonderung der Stadtverwaltung Cöln's von jener Berlin's, und „verschiedene Eidesformulare, Einnahme- und Ausgabe-Register des Raths von Cöln, Statuten über Innungs- und Gewerksangelegenheiten, sowie mehrere Verträge" enthaltend, beschrieben bei *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. XVII—XX, welcher auch einzelne Bruchstücke daraus in seinen Noten zum berliner Stadtbuche, z. B. S. 2, 4, 17, 21—26, 28, 38, 45, 47 hat abdrucken lassen.

1444, Jan. 22. Markgraf (Kurfürst) Friedrich II. entscheidet in einem Streite zwischen dem Schuhmacher-Handwerke zu Berlin und Cöln und jenem in Frankfurt a. d. O. dahin, „das die gnanten schumacher von Berlin vnd Coln mit iren gemachten schuen, stiefeln vnd anderen sachen, di sy in irem hantwerke pflegen zu machen, den Jarmarkt in der fasten vff Reminiscere nu vnd zu allen geziten alle iar ierlichen vnd wenne in das ebene, bequeme vnd not ist, zu Frankenforde besuchen vnd dar zu markte sten, glich andern steten vmbe Frankforde belegen, vnd die dar verkouffen sollen vnd mogen; vnd doch so sal das den schumachern zu Frankenforde von anderen schumacheren vsz andern vnseren Steten, die denne vormals biszhere gein Frankforde zu Jarmarkten nicht gehort noch getzogen haben, keinen schaden brengen." *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CXXX S. 192, 93. 77

1444, Apr. 16. Derselbe kommt mit dem Rathe, den Vierwerken und der Gemeinde der Stadt Cöln in Ansehung der von letzteren ihm abgetretenen „badstove by der langen bruggen, die denne der stat Colen eigendom was vnd ewige Jerliche tzinsse, tzwey schogk gelts, daruff liggende hatte", dahin überein, dass er dem erwähnten Rathe als Entschädigung die Einhebung des landesfürstlichen, auf den Gütern in und beziehungsweise vor der Stadt ruhenden Ruthen-, Wort- und Hubenzinses, des letzteren aber nur zu einem Drittheile, auf so lange gestattet, bis die Zuweisung anderer zwei Schock Geldes jährlichen Ewigzinses möglich sein würde. *v. Raumer* a. a. O. S. 214. 15. 78

1448, Apr. 8. Die Rathmannen von Berlin und Cöln erlassen in Uebereinkunft mit dem Schuhmacher-Gewerke daselbst „van des velkopes vnde lederkopes wegen, dar in vorgangen tyden vele errunge ane herkomen is", ein Statut, worin zugleich ein früheres „gesette der schumaker van beyden steden" über die Aufnahme „lediger gesellen" und auswärtiger Meister in die Innung erneuert wird. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 264—66. 79

1448, Mai 25. Bischof Stephan zu Brandenburg und andere Stände der Mark bringen zwischen Markgraf (Kurfürst) Friedrich II. und den Städten Berlin und Cöln „von solichs unwillens wegen, der sich zwusschen In an beyden syten erhaben vnd gemacht hatt", eine Sühne unter nachstehenden Bedingungen zu Stande: a) die Bürger und Bewohner beider Städte und ihre Nachkommen sollen die „zweine brieffe" vom J. 1442, betreffend die Rathssonderung und 80

Ueberlassung von Besitzthümern und Gerechtigkeiten der genannten Stadtgemeinden an den Landesfürsten [nr. 73, 74] „nu hinfurder mehr in allen iren stücken, punckten, artickeln vnde Innhaldungen vnverbrochenlich zu ewigen tzeiten on alle widerrede, Innsage vnd hilffrede getruwlichen halden“; sollen ferner b) „von stundt an on alle behelffunge vnd on alle widerrede die gewer dess Slosses vnd gebuwes, des gerichts, der kure vnd bestetunge des Ratstules, vnd das huess vff der Sprew“ dem Markgrafen einräumen und abtreten, die Mühlen wieder herausgeben, den „blocktzuhen vff der muren abebrechen“, endlich den Zoll, die Niederlage und andere Gerechtigkeiten zu ewigen Zeiten „on alle verhinderunge“ den Landesherrn und seine Erben gebrauchen lassen. Dagegen will c) der Markgraf den beiden Städten den Tempelhof sammt Zubehörung, jedoch unbeschadet den herrschaftlichen Gerechtigkeiten und mit Ausnahme der Lehngüter, ausantworten. d) Zur Ausgleichung der übrigen Anstände[11]) soll alsbald eine neuerliche Ladung der Einwohner Berlin's und Cöln's nach Spandau erfolgen, übrigens alle „veyhde vnd zweytracht“ zwischen den Städten und dem Kurfürsten „gentzlichen gesonet vnd gerichtet“ seyn. *v. Raumer* a. a. O. S. 209—11.

Unter dem 19. Juni 1448 gelobten hierauf vor den Herren, Mannen und Städten der Neumark zu Brandenburg die Gemeinden von Berlin und Cöln noch besonders, die Punkte a, b der vorstehenden Urkunde zu erfüllen, sowie überhaupt dem Markgrafen getreue, gehorsame und unterthänige Bürger sein zu wollen. *v. Raumer* a. a. O. S. 211, 12.[12])

81 **1452**, Jun. 23. Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Berlin geben der „lynewefer kumpenye“ ein Innungs-Gesetz, z. B. die Vorbedingungen des Meisterrechts-Erwerbs, die Arbeits-Beaufsichtigung durch vereidigte Zunftgenossen und die Bestrafung gefundenen Unrechts „na derkentenisse des Radis“, die „broken“ für Ungehorsam gegen die Innung und diejenigen, welche „in orer bure- vnde morgensprake sich an ymande med worden odder werken vorgripen“, das Verbot „nye gesette to setten odder vinden in orer kumpenyen ... hinder beweten vnde willen des Radis“ etc. betreffend. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 263, 64.

82 **1453**, Mai 23. Die Gildebrüder der Schiffleute zu Berlin errichten für sich einen „apen bryff“, von der Besetzung der Priesterstelle bei ihrem Altare, womit auch jene des „gulde Scryffers“ verbunden sein soll, von der Leichenbegleitung bei Todesfällen innerhalb der Gilde, von der Vertheilung des Gildebiers, von der Ahndung gegen Gildegenossen verschuldeter Misshandlungen und übler Nachreden u. A. handelnd. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CLI S. 233, 34.

1473, März 8. Kurfürst Albrecht von Brandenburg bestätigt den Städten Berlin und Cöln ihre Rechte und Freiheiten in der seit Karl IV. 1373 [nr. 43] beliebten Weise. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 365 nr. 520. 83

1476, Apr. 23. Derselbe beanstandet das vom Rathe zu Berlin und Cöln eigenmächtig abgeänderte Bürgereids-Formular, als früheren Verträgen zuwiderlaufend, und schreibt das von ihm gewünschte von Neuem vor. *v. Raumer* a. a. O. Thl. II S. 19. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. I S. 2 Note 1. 84

1480, Dez. 5. Markgraf Johann von Brandenburg schlichtet einen zwischen den Fischern zu Berlin und Cöln einer- und den Bewohnern des spandauer Kiezes anderseits über die Kahnfischerei ausgebrochenen Streit. *v. Raumer* a. a. O. S. 34. 85

1483, März 12. Kurfürst Albrecht von Brandenburg entscheidet in einer von den Bürgermeistern und Rathmannen der Städte Berlin und Cöln an ihn gebrachten Beschwerdesache, betreffend das Niederlagsgeld für Handelsgüter zu Oderberg. *Mylius* a. a. O. S. 13. Vgl. *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 375 nr. 554. 86

1484, Dez. 25. Kurfürst Johann von Brandenburg verpfändet dem Dietrich Jäger zu Berlin für 200 Gulden das Stadtgericht daselbst, dergestalt, dass derselbe bis zu der, ein Vierteljahr zuvor angesagten Rückzahlung der Summe Stadtrichter sein und sich des Gerichtes gleich seinem Vorgänger bedienen solle. *v. Raumer* a. a. O. S. 79. 87

1486, Apr. 11. Derselbe bestätigt die Rechte der Städte Berlin und Cöln, indem er insonderheit denselben die Belassung des ewigen Pfennigs, die Nichtveräusserung von der Mark und die Befreiung ihrer Bewohner von den Ladungen vor auswärtige Gerichte neuerdings zusichert. (R.) *Fidicin* a. a. O. S. 381 nr. 566. 88

1486, Jun. 18. Die Rathmannen zu Berlin und Cöln vereinbaren unter sich auf Veranlassung des Kurfürsten ein Statut, betreffend die Abfassung einer neuen Fleischer-Ordnung, die Wegjagung unwürdigen Bettelgesindels aus der Stadt und Kenntlichmachung der berechtigten Bettler durch Abzeichen, sowie der unehrbaren Frauenspersonen durch eine eigenthümliche Kopfzier, endlich die Verweisung unehelich zusammenwohnender Leute, wenn sie sich nicht priesterlich ein- 89

11) Vgl. Urk. v. 1448 b. *Fidicin* a. a. O. Thl. II Nr. CXL, CXLI S. 200 flg.

12) Vgl. auch *Fidicin* a. a. O. Nr. CXLII S. 214—18.

segnen lassen sollten, aus der Stadt. (R.) *Fidicin* a. a. O. nr. 567.

90 **1487**. April 17. Kurfürst Johann verleiht das bisher im Besitze Dietrich Jägers [nr. 87] befindlich gewesene Unterstadtgericht in Berlin für 400 Gulden rheinisch dem Hofrichter Peter Brakow dortselbst auf Lebenszeit mit der Weisung, des Gerichtes getreulich zu warten, über alle Brüche und Fälle dem Kurfürsten Anzeige und Berechnung zu erstatten, die ihm von Amtswegen zukommenden Gerichtsgebühren ausgenommen, welche er sogleich für sich zu erheben befugt sein solle. *v. Raumer* a. a. O. S. 80.

91 **1499**, März. 10. Kurfürst Joachim und Markgraf Albrecht von Brandenburg confirmiren den Bürgern der Städte Berlin und Cöln alle bisher genossenen Freiheiten und Rechte, insbesondere auch jene des ewigen Pfennigs und des ausschliesslichen Gerichtsstandes vor ihrem Schulzen. (R.) *Fidicin* a. a. O. Thl. III S. 390 nr. 596.

LXXXII. Berlinichen.

(Preussen, Neumark.)

1 **1278**, Jan. 25. Die Markgrafen Otto und Albert von Brandenburg überweisen „Henrico dicto Toyte civitatem suam novam Berlyn locandam, concedentes eidem tercium denarium, id est partem terciam omnium, que proveniunt de judiciis, de censu, de molendinis, de edificiis, theatro videlicet et macellis et aliis edificiis singularibus, que pro usu communis civitatis construuntur, de ortis humuli sive ortis aliis universis, quam terciam partem locationis, que Besitzinge dicitur, nomine possidebit. Molendinum autem, quod ante fundationem civitatis predicte fuit ibi, censum ejus et pactum idem Henricus possidebit (a marchionibus), sicut antea, titulo feodali.“ *v. Raumer*, Cod. dipl. Brandenburg. contin. Thl. I S. 14; *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII S. 63. Vgl. dazu *Klöden*, Berlin S. 73, 74; *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 428.

2 **1348**, Sept. 26. Markgraf Ludwig von Brandenburg bestätiget die Lagerholz-Berechtigung der Bürger von Berlinichen in der landsberger Haide. *Riedel* a. a. O. S. 78.

3 **1349**, Jan. 1. Derselbe ermässiget den vorgenannten Bürgern die ihm zu entrichtende „pensio annua“ (Urbede). *Riedel* a. a. O. S. 79 *).

*) Eine Bestätigung der „gerechtigkeitt vndt briefe“ für sieben neumärkische Städte, darunter „Berlin“, durch Markgraf Otto v. J. 1364 s. in *Gercken's* Cod. dipl. Brandenburg. Tom. V p. 193, 94.

1486 (?) Kurfürst Johann von Brandenburg bestätiget der Stadt Berlinichen alle 4
ihre „privilegia vnd brieve“, insbesondere die „in vergangen krigszleuften in vorczeit, die Marggrave Fridrich der elter mit den Stettinschen vnd pomerschen herrn gehatt heft, eyns deyls von den feynden genamenen, ock eins deyls verbranten, also von handen gekamenen, sambt allem orem eigendom, oren fryheiten, gerechtigkeiten, gnaden, olden herkomen vnd guden gewonheiten.“ *Riedel* a. a. O. S. 88, 89.

1499, März 20. Kurfürst Joachim und Markgraf Albrecht wiederholen den vorstehenden Confirmationsbrief. *Riedel* a. a. O. S. 91, 92. 5

Berlinichen hatte übrigens in früheren Zeiten Straussberg und seit 1317 Soldin (s. diesen Art.) zu seinem Oberhofe.

Bern. LXXXIII.

(Schweiz, Kt. Bern.)

Stadt- [und theilweise zugleich Kantons-] Geschichte: *Conrad Justinger's* (in den J. 1384—93, 1411—26 Stadtschreibers zu Bern) Berner Chronik von Anfang der Stadt Bern bis in das Jahr 1421, herausgeg. von E. *Stierlin* und J. R. *Wyss*, Bern 1819. 8⁰. — *Valerius Anshelm's*, genannt *Rüd* (aus Rotweil, seit 1520 Stadt-Arzts zu Bern), Berner Chronik von Anfang der Stadt Bern bis 1526, herausgeg. von E. *Stierlin* und J. R. *Wyss*, VI Bände Bern 1825 flg. 8⁰. — *Michael Stettler's* (geb. 1582) Schweitzer Chronic oder Annales — sonderlich seither erbawung der Loblichen Statt Bern (Bd. I), das. 1627 fol.

Beat Rudolff *Tscharner's* Historie der Stadt Bern, II Theile Bern 1765, 66. 8⁰. Rod. *Walthard*, Description Topograph. et Histor. de la Ville et des Environs de Berne, Berne 1827. 8⁰. A. *v. Tillier*, Geschichte des eidgenössischen Freistaates Bern, V Bde Bern 1839 flg. 8⁰.

Rechtsgeschichte: S. L. *Lerber*, Praelectio de fontibus juris patrii, in celebri Bernatum Academia pro cathedra juridica vacante habita die 27 Maji 1748. Nunc secunda vice recusa, Bern. 1788 [N. Titelbl. 1795] 8⁰. Gttl. *Walther's* Versuch zur Erläuterung der Geschichten des Vatterländischen Rechts, Bern 1765. 8⁰. *Dess.* Geschichte des Bernerischen Stadtrechts. Bd. I: Ursprung der Stadtrechte, Bern 1794. 8⁰. (Nur zum kleinsten Theile hierher gehörig.) S. L. *Schnell*, Bemerkungen über den Ursprung und die Ausbildung des bernischen Civil-Rechts (aus dem Beobachter), o. DO. 1808 kl. 8⁰. Fr. *Stettler*, Staats- und Rechtsgeschichte des Kantons Bern, Bern und St. Gallen

1845. 8°. K. G. *König*, Beiträge zur bernischen Rechtsgeschichte, Heft I Bern 1860. 8°.

Quellensammlung: Urkunden für die Geschichte der Stadt Bern und ihres frühesten Gebietes bis zum Schluss des XIII. Jhdts. Gesammelt durch K. *Zeerleder*. Herausgeg. von desselben Erben, Bd. I—III, Bern 1853, 54. 4to. [Im Bd. III blos Siegel-Abbildungen.] — Eine Regestensammlung gibt *Walthard* l. c. p. 237—58; eine vollständige chronologische Uebersicht der berner Stadtsatzungen v. 1218 an J. *Schnell* in der Ztschr. f. schweizer. Recht Bd. VIII (1860) Abthl. „Rechtsquellen" S. 119 flg.

1 **1218**, Apr. 15. König Friedrich II. bestätiget „Sculteto, Consilio et universis burgensibus de Berno in Burgundia" sowohl ihre hergebrachten städtischen Gerechtsame und Freiheiten, unter wörtlicher Wiederholung der denselben durch Herzog Berchtold V. von Zähringen bei Gründung der Stadt im J. 1191 verliehenen, die Rechte von Freiburg im Breisgaue übertragenden Handfeste, als auch ihre sonstigen, in den Rathsbüchern enthaltenen oder künftig darin aufzunehmenden Gemeindesatzungen — „Quum Berctoldus dux Zeringie burgum de Berno construxit cum omni libertate, qua Chuonradus Dux **Friburgum in Briscaugia** construxit et libertate donavit secundum jus **Coloniensis** civitatis, Heinrico Imperatore confirmante, et cunctis principibus corone Romani Imperii, qui aderant, consentientibus, Notum fieri volumus vobis et universis praesenten paginam usque in evum inspecturis, quod nos auctoritate regie celsitudinis Ipsum burgum de Berno et universos burgenses ibidem nunc commorantes et postmodum illuc transmeantes in nostrum et Imperii Romani dominium recepimus et defensionem, imperpetuum vos liberos facientes et posteros vestros. — — — Demum omnia suprascripta jura et libertates, nec non et illa omnia, per que et in quibus Chuonradus dux Zeringie **Friburgum in Briscaugia** construxit et libertate donavit secundum jus **Coloniensis** Civitatis, Juramento prestito cum xiicim nominatissimis ministerialibus suis super Sancta Sanctorum et insuper manu dextera sua data in manum liberi viri nomine Juramenti, quod ipse et posteri sui ipsis semper eadem jura inviolabiliter observarent, nec ulla ratione infringerent; nec non et illa jura et libertates, que Berctoldus dux quondam dominus vester vobis dedit et confirmavit, et insuper omnia Jura et libertates, que in Rodalibus vestris et Friburgensium continentur, vel illa, que adhuc pro communi utilitate et honore Civitatis vestre et honore Imperii conservando et augmentando, rescriptis et Rodalibus vestris communi et sano consilio decreveritis apponenda, vobis et cunctis posteris vestris Auctoritate Regia concedimus et confirmamus."

Berchtold V. [1]), „der wunderlich herzog von Zeringen" [2]), seit 1186 mit dem Rectorate über Burgund bekleidet, hatte, um mit verstärkter Macht dem ihm widerwilligen Adel begegnen zu können, den auf reichsgehörigen Grund und Boden angelegten Ort Bern, welcher unter der Regierung Berchtold's IV. der ihn zierenden Münsterkirche ungeachtet doch nur noch die Bedeutung einer „villa" (1173) an sich getragen [3]), mit Mauern umgürtet und zur Stadt erhoben, sowie unzweifelhaft zugleich der neuen Bürgergemeinde einen Stiftungs-Brief, welcher deren politische Verfassung und gesammtes Rechtsleben nach dem Muster von Freiburg ordnen sollte, zugefertigt, und zwar diess Alles unter ausdrücklicher Genehmigung Kaiser Heinrich's VI., da die Worte „Heinrico Imperatore confirmante" in der Handfeste v. 1218 unmöglich auf die vorher erwähnte Gründung Freiburg's im Breisgaue bezogen werden können. Nachdem aber mit Berchtold V., als er am 18. Febr. 1218 starb, der Zähringer Mannsstamm erloschen, so kam Bern, einer früher von Ersterem mit dem Könige zu Frankfurt a. M. getroffenen Uebereinkunft gemäss, an das deutsche Reich zurück, und Friedrich II. beeilte sich, der bereits ansehnlich gewordener, neben einer kräftigen Bürgerschaft auch zahlreiche ritterliche Familien umfassenden Reichsstadt ihre Rechte und Freiheiten in der s. g. aurea bulla zu confirmiren, ihr insbesondere darin die Zusicherung gebend: „promittimus etiam vobis et posteris vestris firmiter, quod ipsum burgum de Berno cum omni honore et jure ad ipsum pertinente in nostro et Imperii tenebimus dominio, et eum nunquam nec vos feodaliter, venditione, permutatione vel alio modo alienabimus, nec subtrahemus a nostra vel Imperii Romani potestate."

In dieser Weise finden wir die Urgeschichte Bern's in den meisten einheimischen Chroniken [4]) vorgetragen, so namentlich von

1) Vgl. die Schrift „Berchthold V. Herzog von Zähringen, der Erbauer Bern's, das. 1847. 8°.

2) Oberrheinische Chronik, hrsgeg. von F. K. *Grieshaber* (1850), S. XII, XIII.

3) *Herrgott*, Genealogia dipl. Aug. gent. Habsburg. II, 189.

4) Vgl. auch Klingenberger Chronik (hrsgeg. von A. *Henne von Sargans*, 1861, S. 54, 55): „Anno d. Mclxxxj an dem nünden tag nach sant va-

C. *Justinger* (a. a. O. S. 11, 13, 14, 16), dessen auch über das Wesen der Handfeste sich verbreitende Mittheilung hier eine Stelle finden möge:

„In dem Jar 1191, da ward die vorgenannt Stadt Bern zu stiften angefangen von Herzog Berchtolden von Zeringen und wurden viel Hüser gebuwen mit dem Holz, das uf der Hofstatt stund, — — — — und von Gunst und Liebe wegen, so er hatt zu der Stadt Bern und zu den erbaren Lüten, die durch Schirms, Friden und Friheit willen sich darin gemacht hatten und gezogen waren, warb er an Küng Heinrichen, einen römschen Küng, darnach an Keiser Friderichen, einen römschen Keiser und Küng zu Sicilien, wie dass er die Stadt Bern, die er gestift hätte in Burgunden, dieselbe mit aller der Friheit, so Herzog Cunrad von Zeringen die Stadt Friburg im Brissgäuw gestift hätte, nach allem Rechten der Stadt von Cölne, in sinen und des heiligen römschen Richs Schirm und in sunderlich Gnade nemmen und empfachen wollt, und die Stadt Bern mit sundern Gnaden und Friheiten wollt begaben. — Also mit guter Vorbetrachtung und mit Rat und Gehellung des Richs Fürsten ward die vorgenannt Stadt Bern in Burgenden an das Rich empfangen, und ze Stund da ward die Stadt und alle die Burger, die darinne warent und noch immer mehr darin kament, fri und ledig gelassen aller Eigenschaft, damit sie vorhin gebunden warent; auch lobte ihnen Küng Fridrich, römscher Küng, für sich und alle sine Nachkommnen, dieselbe Stadt Bern von dem römischen Rich nimmermer zu entfrömden, weder mit Verkouffen, mit Verwechslen, noch andren Dingen; sundern sie bi dem Rich lassen beliben und der Eren sich fröwen, als ander Städte des Richs getruwen. Er gab auch der Stadt gross Friheit über Hut und Hare zu richten, ihr Aempter zu besetzen, ihr Erbe und Erbfälle uszurichten, und ein eigen Müntz zu han und viel ander Sachen, und gab ihnen darüber Brieff und Insiegel, das man nempt die Handveste, mit siner künglichen Majestat güldinen und anhangenden Insigel versiglet, nach allem ihrem Willen und Gefallen, und ward die Handveste geben zu Frankfurt, da man zalt 1218."

Nur V. *Anshelm* (a. a. O. Bd. I S. 67) findet es „gloublich, dass ein lobliche Stadt Bern älters Herkommens sye, dann von disem letsten von Zeringen; wann nit wohl zu ermessen, dass sie in sieben und zwanzig Jahren so stark söllt syn worden, dass sie sich in Mitten unter ihren so starken Fienden, on Schirm des wytländischen, unmüssigen Keisers hätte mögen erbuwen und erhalten; sunder dass der rych und verhasst Zeringer habe das vest und wohlgelegen Städtle und Schloss Nydegg, unter nüwem Nam Bern gesterkt und gemehret, und nach sinem Tod ans Römisch Rych heim lassen fallen. Dahar die Burg Bern und ihre Burger ihren Schirm und erste Fryheit nit vom Landesfürsten von Zeringen, sunder von oberen Herren, dem Römischen Keiser Heinrichen und Fridrichen hand empfangen, von allen Nachkommen Römscher Keiseren und Küngen bestät, und je nach Nothdurft gebessert und gemehret."

Der Inhalt der — seit *Walther* in LIV Artikel getheilten und von ihm mit kurzen lateinischen Aufschriften versehenen — Handfeste beurkundet eine gewisse systematische Anordnung, indem sich darin drei Hauptabschnitte sondern lassen, wie bereits *Justinger* anzudeuten scheint; es begreifen nämlich a) die Artt. 1—25 die Bestimmungen über die öffentlichen Rechtsverhältnisse der Gemeinde und persönlichen Freiheiten der Stadtbürger, b) die Artt. 26—39 strafrechtliche und criminalprocessualische Gegenstände, wie Aufruhr, Heimsuchung, Tödtung und Wundung, Vergewaltigung, Schmähung, Verkauf geraubter Sachen, ferner Verhaftung, Anklage-Recht gegen Mörder, Zweikampf, Aechtung; endlich c) die Artt. 40—52 das Privat-, vornehmlich eheliche Güter- und Erbrecht. Im Art. 53 folgt dann noch eine Satzung über die Bussen, welche das auswärtige, leider! ungenannte „majus judicium", als über dem gewöhnlichen Schultheissengerichte in Bern stehend, wider Verletzer der in der Handfeste enthaltenen Rechte verhängt, und im Art. 54 als Schluss die oben mitgetheilte königliche General-Confirmation.

Abdrücke der Handfeste v. 1218 bieten: *Walther*, Versuch S. 134—349 [mit ausführlicher Erläuterung]; *Dreyer*, Beyträge S. 49—64; *Lerber* l. c. Ed. II append.; S. L. *Schnell*, Theoretisch-praktischer Commentar über das positive Civilrecht des Kantons Bern (Bern 1811. 8°.) S. 529 flg.; *Schreiber*, UBuch der Stadt Freiburg im Breisgau Bd. I Abthl. I Nr. II S. 25—42; *Gaupp*, Dtsch. Stadtrechte B. II S. 44—57 (mit histor. Einleitung S. 38—43); *Zeerleder* a. a. O. Bd. I Nr. 113 S. 182—89; *König* a. a. O. S. 4—16. Blos den Eingang und Schluss (mit Artt. 1 und 54) der Urkunde geben *Schöpflin*, Hist. Zaringo-Badensis Tom. V Nr. LXXIX p. 146—48 und

lentins tag huob hertzog berchtold von zeringen die statt bern an ze buwen. Der hertzog erwarb ouch denen von bern gross fryghelt an keysser fridrichen künig ze sicilien mit siner guldin bull vnd insigel".

Huillard-Bréholles, Hist. dipl. Frid. Tom. I P. II p. 541—43.

Ein Facsimile des Originaldiploms mit angehängtem Majestätssiegel in Gypsabguss hat G. A. *Matile* besorgt; das letztere findet sich auch abgebildet bei *Zeerleder* a. a. O. Bd. III Tafel 5 Nr. 13.

Eine angeblich schon im XIV. Jhdt. auf Befehl des Rathes veranstaltete Verdeutschung der Handfeste steht an der Spitze des noch ungedruckten „berner Satzungs-Buchs", d. h. einer im XVI. Jhdt. vom Gerichtsschreiber Hans von Rütte in amtlichem Auftrage angelegten Sammlung der durch die Stadtbehörden in dem langen Zeitraume von der ersten Ausbildung des städtischen Regiments bis 1539 erlassenen Civil- und Polizeigesetze [5]). Diese Uebertragung wird in der *Helvetischen Bibliothek*, Stück IV (Zürich 1736. 8°.) S. 1 flg. und bei S. L. *Schnell* a. a. O. angetroffen. Eine neu-deutsche, sich getreu dem Urtexte anschliessende Uebersetzung dagegen hat *König* a. a. O. S. 17—30 seinem Abdrucke angefügt.

Endlich eine Inhalts-Darstellung des Privilegs zugleich mit kritischer Berichtigung des lange als Norm befolgten *Walther*'schen Copial-Abdruckes aus dem Originale gibt S. L. *Schnell*, Bemerkungen S. 1—14.

2 **1254**, Nov. 2. König Wilhelm verspricht „Sculteto, consiliariis et universis civibus de Berne" auf deren Bitten — „quod singula et universa jura vestra, libertates seu consuetudines bonas vobis illesas conservabimus, prout indulte vobis sunt ab Imperatoria Majestate", sowie dass er niemals die Stadt „ad alicujus suggestionis scrupulum titulo donationis, Inpheodationis seu etiam obligationis" vom Reiche veräussern werde, vielmehr Willens sei, dieselbe immer in seinem und des Reichs „dominium" zu erhalten. *Solothurner* Wochenblatt f. 1828 S. 140; *Zeerleder* a. a. O. Nr. 332 S. 451, 52.

3 **1255**, Mai 7. Graf Adolph von Schwalenberg-Waldeck, „Sacri Imperii procurator generalis per Germaniam constitutus", trägt „ex parte serenissimi domini sui, Romanorum Regis" dem Grafen Peter von Savoyen auf, die Stadt Bern (nebst Murten und Hasle) gegen Graf Hartmann von Kyburg und andere Reichsfeinde „consiliis et auxiliis oportunis" zu unterstützen, mit Zusicherung voller Entschädigung von Seite des Königs bei etwaigen Verlusten. J. E. *Kopp*, Urkk. z. Gesch. der eidgenöss. Bünde Bdch. II Nr. 30 S. 104; *Zeerleder* a. a. O. Nr. 338 S. 456.

1268, Sept. 9. Rath und Gemeinde der Stadt Bern erneuern mit dem Grafen Philipp von Savoyen, dem Bruder und Nachfolger Peter's, das mit Letzterem bestandene Reichs-Protectorat. *Zeerleder* a. a. O. Bd. II Nr. 513 S. 6 flg. 4

1274, Jan. 15. König Rudolph I. bestätigt „Civibus Bernensibus — — privilegium clare recordationis quondam Friderici ultimi Romanorum Imperatoris, predecessoris sui, super quibusdam juribus et bonis consuetudinibus pridem eis exhibitum." *Solothurner* WBl. f. 1827 S. 422; *Zeerleder* a. a. O. Nr. 607 S. 125. 5

Am Tage darauf spricht Rudolph die berner Bürger von aller Schuld und Ahndung wegen der zur Zeit der Reichsvacanz an sich gezogenen und in ihren Nutzen verwendeten Reichs-Gerechtigkeiten und Einkünfte, desgleichen auch von der in diesem Zeitraume von ihnen verübten Zerstörung eines „Castri ad imperium spectantis, siti in ipsa Bernensi civitate" (des s. g. Herzogshauses) frei. *Zeerleder* a. a. O. Nr. 608 S. 126.

1291, Aug. 9. Graf Amadeus V. von Savoyen nimmt „loco Imperii illos de Berno in dominium suum et protectionem" auf — „donec citra Renum Romanorum Rex vel Imperator venerit in alsaciam, et effectus fuerit potens in illis partibus, tenendo basiliam, ipsosque habere voluerit." *Zeerleder* a. a. O. Nr. 833 S. 372 flg. [Die Anerkennungs-Urkunde der Stadt Bern von demselben Tage s. *das.* Nr. 834 S. 373 flg.] 6

1293, Jan. 11. König Adolph bestätigt den Bürgern von Bern auf ihr Ansuchen das Fridericianische Privileg sammt allen darin begriffenen Rechten und guten Gewohnheiten — „omnia prorsus jura et bonas consuetudines, que ipsis Civibus nec non Civitati nostre Bernensi a prenotato Friderico predecessore rite ac provide sunt indulta, in tempore scilicet, quo resedit hujusmodi concessionis auctoritas penes eum." [Grösstentheils blose Wiederholung von nr. 5] *Zeerleder* a. a. O. Nr. 846 S. 389. 7

1293, Jan. 11. Derselbe ertheilt den Bürgern von Bern die Gnade: „quod pro tempore, cum vacabit imperium, judicem vel judices possint constituere seu valeant ordinare, qui super delictis, que requirunt penam sanguinis, cognoscant, diffiniant et judicent, prout dictaverit juris ordo." *Solothurner* WBl. f. 1827 S. 443, *Zeerleder* a. a. O. Nr. 848 S. 391. 8

1293, Jan. 11. Derselbe erneuert den berner Bürgern die (bereits in der Handfeste v. 1218 Art. XXIII zugestandene) Freiheit: „quod nullus hominum, cujuscunque status, 9

5) Vgl. darüber A. *Renaud's* Lehrb. des gem. Dtsch. Privatrechts Bd. I (1848) §. 17 Noten 15, 17 S. 46, 47 und J. *Schnell* in der Ztschr. a. a. O. S. 129 flg.

conditionis vel preeminentie extiterit, popularis vel nobilis, vel quicunque, sive censeatur masculus vel femella, predictos cives nostros Bernenses, quamdiu parati extiterint coram nostro sculteto Bernensi, qui pro tempore extiterit, justitie reddere complementum quibuscunque querelantibus super quacunque questione criminali vel civili, extra oppidum Bernense ad aliquem judicem forinsecum presumat aliqualiter evocare, nisi nos vel curie nostre judex aliquem vel aliquos eorundem civium ad examen nostre cognitionis duximus evocandos.“ *Solothurner* WBl. f. 1827 S. 443, *Zeerleder* a. a. O. Nr. 849 S. 391 flg.

An demselben Tage verzieh auch, gleich seinem Vorgänger im Reiche, König Adolph der Bürgerschaft von Bern alle während des Zwischenreichs begangenen Eigenmächtigkeiten. *Zeerleder* a. a. O. Nr. 847 S. 390.

10 **1294**, Jun. 20. Bischof Peter von Basel, der elsassische Landvogt Gottfried von Merenberg und die beiden Ritter Kuno von Berchein und Hartmann von Ratzenhausen stiften zwischen „Joclin vnn allen den iuden vnn jüdinne von Berne“ einer- und dem Schultheissen, Rathe und der Gemeinde daselbst andererseits ein „ding vnn tegdinge“, wonach die Juden die Bürger aller Schuld frei und ledig erklären, sich anheischig machen, Briefe und Pfänder zurückzugeben, und das Versprechen leisten, der Gemeinde 1000 Mark Silbers und dem Schultheissen die Hälfte dieser Snmme berner Gewichts gewähren zu wollen. *Zeerleder* a. a. O. Nr. 867 S. 410.

11 **1294**, Aug. 1. König Adolph ertheilt vorstehender Richtung seine Bestätigung. *Zeerleder* a. a. O. Nr. 868 S. 411. Vgl. V. *Anshelm* a. a. O. S. 70.

Ueber den Judentumult zu Bern, welcher zu dem hier in Kürze erwähnten Vergleiche Anlass gegeben, ist Näheres in den Chroniken nicht zu finden. Vermuthlich stand das Ereigniss mit der von C. *Justinger* (a. a. O. S. 38—41) zum J. 1288 berichteten „Märe“ von der jämmerlichen Ermordung eines Christen-Kindes durch die Juden zu Bern in Zusammenhang.

12 **1295**, Febr. 3. [6]) Die s. g. Sechzehner — „sedecim burgenses in Berno de quatuor partibus seu terminis civitatis a communitate concivium concorditer electi et constituti“ — geloben eidlich, stets nach Vermögen den Schultheissen und Rath sowie die Gemeinde mit guten und treulichen Rathschlägen und sonstiger Hülfeleistung „super judiciis omnibusque aliis ad justitiam et veritatem pertinentibus debito et modo legitimo ducendis et tenendis, et super civitatis gravaminibus, injuriis, molestiis, dampnis et incommodis sollerter provisuris, et specialiter super indiscretionibus penitus corrigendis tam intra quam extra terminos civitatis“ unterstützen zu wollen. Wer diesem zuwiderhandelt, soll als „perjurus“, sofern er durch zwei aus dem Collegium überführt werden kann, auf Zeit eines Jahrs die Stadt räumen, und vor seiner Rückkehr zehn Pfund berner Heller zum Stadtbaue erlegen. Im Falle einer durch Ausweisung oder Tod entstehenden Lücke haben die übrigen fünfzehn ein neues Mitglied zu wählen („rogare et eligere“). Bei den Verhandlungen und Aburtheilungen endlich soll man sich stets „secundum sentenciam et favorem majoris partis“ richten. *Zeerleder* a. a. O. Nr. 877 S. 420 flg.

1295, Febr. 3. [Der s. g. Ratstuber- 13
brief]. Die von den Sechzehnern einstimmig gewählten zweihundert Bürger sichern in gleich-feierlicher Weise auch den Ersteren ihren Rath und Beistand zu, sich im Falle des Entgegenhandelns denselben Nachtheilen unterwerfend, und erklären hiebei, dass die Sechzehner, so oft es ihnen im Interesse der Stadt erforderlich erscheine, „vadant et sint apud scultetum et consules tam intra quam extra terminos civitatis, ubi scultetus et consules congregentur seu convenerint, super aliqua seu aliquibus causis placitaturi seu etiam tractaturi.“ *Zeerleder* a. a. O. Nr. 878 S. 422—24.

Bis zum Ablaufe des ersten Jahrhunderts seit seiner Gründung finden wir in dem Gemeinwesen Bern's eine dreistufige Gewalt ausgebildet, nämlich 1) jene der „universitas burgensium“, der Gesammtcommune, welcher nur die wichtigeren städtischen Angelegenheiten zur Berathung und Bescheidung vorbehalten waren, wie insbesondere die Erlassung neuer Satzungen, sowie die Wahl des Rathes, des Schultheissen und der sonstigen gemeindlichen Beamten; 2) jene des grossen Rathes der „quinquaginta consiliarii“, und 3) jene des engeren Raths der „duodecim consules s. consiliarii“, welcher mit den Functionen einer Verwaltungsbehörde auch die Thätigkeit des Schöffenamtes vereinigte, und nach beiden Richtungen hin unter der Oberleitung des „scultetus“, Schultheissen, stand.

Da nun, wie in den meisten anderen städtischen Republiken, so auch in Bern allmälig alle bedeutenderen Aemter, und nicht minder die Mehrzahl der Rathsstellen gleichsam zu erblichem Besitze in die Hände der edlen Geschlechter gelangt waren, so sahen sich die hiedurch in ihren Rechten gekränk-

6) Nach burgundischem Style; nach deutschem: 1294, Febr. 19.

ten übrigen Bestandtheile der Stadtgemeinde nach einem Mittel um, jenes Uebergewicht des Adels abzuschwächen. Sie fanden ein solches in dem in der Urkunde nr. 12 zum Erstenmale hervortretenden Sechzehner-Collegium, dessen Mitglieder gleich den Rathmannen alljährlich zu Ostern, aber nur aus den Bürgern, und zwar je vier aus jedem Stadtviertel gewählt werden, und dem Rathe bei allen Verhandlungen von höherem politischen Interesse unterstützend zur Seite stehen sollten, und als dessen „caput et senior" von der Stadtgemeinde selbst der „domicellus" Johannes von Bubenberg [7]) bezeichnet wurde. Nachdem sich dann um dieselbe Zeit [nr. 13] auch der Fünfziger-Rath zu vierfachem Umfange erweitert hatte, und die Berufung zu seinen Rathssitzen ausschliessliches Recht der Sechzehner geworden war: so erfasste alsbald der reformirende Geist den ganzen Gemeindeorganismus, und wir begegnen daher von da an folgender Neugestaltung des städtischen Regimentes: 1) die allgemeine Bürger-Versammlung tritt immer mehr in den Hintergrund zurück, so dass die Nothwendigkeit ihrer Zusammenkünfte nur noch auf vereinzelte, höchst seltene Vorkommnisse beschränkt erscheint; an ihrer Stelle sehen wir regelmässig 2) den grossen Rath der Zweihundert seine Thätigkeit entfalten, während 3) die gewöhnliche ordentliche Führung des stadtgemeindlichen Haushalts sammt der Rechtspflege noch bei dem Zwölferrathe (welcher später auch eine Vermehrung seiner Gliederzahl erfährt) und dem Schultheissen verbleibt, nur dass Ersterem jetzt 4) in allen wichtigeren Dingen der Sechzehner-Ausschuss sich mitberathend und mitbeschliessend beigesellt.

Als zwei neue Institutionen der gemeindlichen Verfassung kamen übrigens noch hinzu: a) die Deputation der „Heimlicher", deren Aufgabe in der Wahrung der dem grossen Rathe zustehenden Gerechtsame bei den Verhandlungen des engeren Raths bestand, und b) die vier „Venner". Es waren dies ursprünglich die Bannerträger der von den einzelnen Stadtquartieren gestellten Waffen-Mannschaften, und wurden nach einer sich allmälig entwickelnden Uebung aus den vier, allein zunftartig gestalteten Gewerken der Pfister (Bäcker), Gerber, Metzger und Schmiede genommen. Im Verlaufe der Zeit nahmen jedoch die Venner die Stellung und Autorität politischer Repräsentanten ihrer betreffenden Stadtviertel gegenüber dem Rathe an und erlangten hiemit einen nicht unerheblichen Einfluss auf das öffentliche Gemeindeleben, der sich noch höher steigerte, als ihnen in jüngerer Zeit auch die Controle über die Rechnungsführung des Stadt-Säckelmeisters und dann überhaupt die oberste Direction des Finanzwesens übertragen ward. Auch die genannten vier Innungen sehen wir aber alsbald insofern zu höherer Bedeutung emporsteigen, als sie es nun als ein ihnen gebührendes Vorrecht betrachten konnten, dass die Hälfte des Sechzehner-Ausschusses aus ihnen nach gleichheitlicher Vertheilung hervorgehe, so dass also nur noch für die andere Halbscheid eine freie Wahl übrig blieb.

1296, Febr. 10. Ludwig von Savoyen („dominus Vaudi") verpflichtet sich, die Stadt Bern zehn Jahre lang wider Jedermann, mit Ausnahme des Grafen Amadeus von Savoyen, seines Bruders, und des Grafen von Burgund, mit Waffen-Hülfe und Rath zu unterstützen. *Solothurner* WBl. f. 1829 S. 390, *Zeerleder* a. a. O. Nr. 892 S. 436. 14

1298, Nov. König Albrecht wiederholt den vom Könige Adolph den Bürgern der Stadt Bern ertheilten Rechtsbestätigungsbrief von J. 1293 [nr. 7] *Solothurner* WBl. f. 1828 S. 443, *Zeerleder* a. a. O. Nr. 912 S. 468 flg. 15

1300, Apr. 29. Derselbe gibt auch seinerseits zu dem im J. 1294 zwischen den Juden zu Bern, „Camere sue servi", und der Bürgerschaft allda — „super excessibus per eosdem judeos, ut dicitur, perpetratis" [8]) — abgeschlossenen Sühnvertrage [nr. 10] seine Zustimmung. *Zeerleder* a. a. O. Nr. 926 S. 484. 16

1309, Apr. 11. König Heinrich VII. bestätiget den Bürgern der Stadt Bern ihre gesammten Rechte und Freiheiten, insbesondere auch jene, welche ihnen Friedrich II. verliehen hat. *Solothurner* WBl. f. 1828 S. 499. 17

1315. Rath und Bürger von Bern „lösen von dem Grafen Hugo von Buchegg die Einkünfte des Zolls zu Bern ein, welche diesem von Kaiser Heinrich VII. wegen der ihm in Italien geleisteten Dienste verpfändet worden waren." (R.) *Stettler*, Staats- und RGesch. S. 80. Vgl. *Anshelm* a. a. O. S. 71. 18

1322, Apr. 16. König Friedrich der Schöne erneuert den Bürgern der Stadt Bern ihre Befreiung von Ladungen an auswärtige Gerichte. *Solothurner* WBl. f. 1828 S. 37. 19

7) Ueber dieses edle Geschlecht vgl. E. v. *Rodt*, Die Feldzüge Karls des Kühnen, Bd. I (1843) S. 263 flg.

8) In der Confirmations-Urkunde König Adolph's v. 1294 (nr. 11) heisst es dagegen: „super excessibus perpetratis contra Judeos et Judeas Bernenses a civibus Bernensibus."

20 **1322**, Apr. 18. Derselbe confirmirt den berner Bürgern alle Rechte und guten Gewohnheiten, vornehmlich die ihnen durch Friedrich II. verbrieften. *Das.* S. 38. Vgl. V. *Anshelm* a. a. O. S. 72.

21 **1348**. König Karl IV. verspricht den beiden Städten Bern und Solothurn, „die Münze zu Bern ohne der Burger von Bern und Solothurn Rath und Willen niemanden zu verleihen, so lang er lebe.“ (R.) *Stettler* a. a. O. S. 80.

22 **1365**, Mai 6. Kaiser Karl IV bestätiget dem Rathe und der Bürgerschaft von Bern ihre Rechte und Freiheiten, unter wörtlicher Transsumirung der Fridericianischen Handfeste v. 1218. Ungedruckt; die Abweichungen des Transsumts vom Originale gibt *König* in den Noten zu seiner Ausgabe des letzteren an. [Vgl. *dessen* Vorbemerk. S. 1.]

Ueber die von Karl IV. der Stadt Bern ertheilten Privilegien bemerkt V. *Anshelm* a. a. O. S. 75: „Im Jahr 1363 ist Keiser Karl der Viert, zum Babst gan Avinion ryttend, gan Bern kommen, hat einer Stadt Bern guldin Handveste mit guldiner Bull, item gethane Rychs-Losungen bestät, und ihre Fryheiten, wie begehrt, gemehret. Namlich sie gefryt, sich an denen zu rächen, die sie wider Rechtsbott schädigen. Item indert dryen Mylen umb ihre Stadt schädliche Lüt ze fahen, und nach ihr Stadt Rechte ze richten und ze strafen. Item indert sechs Mylen umb ihre Stadt alle des Römischen Rychs Verpfandungen und Lehen an sich ze lösen und ze nutzen. Item indert dryen Mylen umb ihr Stadt Gleit ze geben (on Lohn). Item keinem usseren weltlichen Gericht zu gehorsamen.“

Anders spricht sich dagegen hierüber *Tscharner*, Historie Thl. I S. 74, 75 aus: „Im jahr 1373 erlaubte kayser Karl der stadt Bern Aechtere zu enthalten, wie auch alle des Reichs pfandschaft bey 6 meilen um die stadt an sich zu lösen; versprach, ihre münz und die münz von Solothurn sein lebenlang niemanden hinzuleihen, und bestätigte sie in der besizung der Reichslehn Laupen, Hasli und des kaufhauses in der stadt; wie auch zweifelsohn der mühlen und andrer radwerken an der Matten. Bestätigte ihnen auch ihre alten freyheiten, und gab noch mehrere dazu.“

23 **1373**, März 7. Rath und Bürgerschaft der Stadt Bern erklären alle von den Handwerker-Gesellschaften sich selbst gegebenen Satzungen für aufgehoben, und überhaupt die Errichtung zunftartiger Verbindungen für verboten, was durch Rathsordnung v. 8. Aug. 1392 wiederholt ausgesprochen wird. (R.) *Stettler* a. a. O. S. 45.

1384, Febr. Die Bürger insgemein 24
der Stadt Bern beschliessen, nach erfolgter Absetzung des gesammten Rathes, zur Wiederherstellung eines geordneten Gemeinwesens: 1) es solle alljährlich die Hälfte, oder wohl auch, wenn es nöthig erschiene, ein noch grösserer Theil des Rathes durch Ausscheidung von Mitgliedern und Einwählung neuer an deren Stelle geändert, dabei aber stets darauf geachtet werden, dass nicht zwei Brüder zusammen im Rathe sässen; 2) desgleichen sollten nach Vorschrift der Handfeste auch sämmtliche mit Einkünften verbundene Aemter einem jährlichen Wechsel unterliegen, jedoch dem Rathe und den Bürgern vorbehalten bleiben, hievon aus Zweckmässigkeitsgründen eine Ausnahme zu machen, d. h. Einzelne im Besitze ihrer Stellen dauernd zu belassen: 3) der „gemeine und grosse Rath“ solle zweihundert ehrbare Männer umfassen, welche durch die Venner und diejenigen, „so bei ihnen sässen“, d. i. die Sechzehner, aus den Handwerkern der Stadt zu wählen seien; 4) die neu-erkorenen Rathleute müssten aber sofort am Tage nach der Wahl der Gesammtgemeinde zur Bestätigung vorgeschlagen werden; endlich 5) das unter dem Namen „Böspfenning“ bis dahin entrichtete Wein-Ungeld habe für die Zukunft aufzuhören. (R.) *Stettler* a. a. O. S. 45. 81.

Bemerkenswerth ist das fast völlige Schweigen der Chroniken über diese wichtigen Ereignisse, dessen Grund vielleicht in einer Andeutung *Tscharner's* (a. a. O. S. 83) seine Aufhellung findet. Dieser äussert nemlich bezüglich des offenbar die vorerwähnten Rathsschlüsse bezeichnenden „Schirmbriefs“, dass nicht leicht zu entscheiden, ob „die kopeyen davon, so hin und wieder gefunden würden, zuverlässig seyen.“ Nur V. *Anshelm* a. a. O. S. 77 berührt in auffällig-aphoristischer Weise [„da Gelt ussgeben, aber ein Ufruhr angerichtet und die Rhät entsatzt, auch den bösen Pfennig abthät. Und demnach 1384 wit Fryung Keiser Wenzels gross Tellen[9]), von grosser Schuld wegen, ufgelegt“] den Vorfall und seine Folgen.

1397. König Wenzel bestätigt der Stadt 25
Bern ihre von seinen Vorfahren am Reiche erhaltenen Freiheiten und erweitert dieselben durch neue. (R.) Vgl. V. *Anshelm* a. a. O. S. 76, 77: „Gab auch, — dass eigne Lüt usser der Stadt Bern gesessen, kein Erbgut in der Stadt Bern ziehen möchtint; — dass einer Stadt Bern Lüt, ins Keisers Dienst, in allen Rychstädten fry gehalten syn sölltint; dass

9) Ausserordentliche Umlage oder Steuer. *Stettler* a. a. O. S. 82. Vgl. auch *Justinger* a. a. O. S. 208, 9. —

ein Schultheiss alle der Stadt Bern zugehörende Lehen ze lychen[10]) habe; dass ein Stadt Bern vom keiserlichen Hofgericht gefryet, vor ihr Stadt uf fryem Bann ein fry Landgricht sölle halten, und da umb Houpt und Hand nach keiserlicher und ihrer Stadt Fryheit und Recht richten. Dise Fryheit hat Kaiser Sigmund erlüttret und bessret." *Tscharner* a. a. O. S. 95. „Vom kayser Wenzeslao erhielten die Berner, dass sie weder vor einen römischen könig noch vor sein hofgericht könnten geladen werden; er verliehe ihnen das hochgericht in ihrer stadt und ganzem gericht, und bestätigte die Freyheiten, so sie von vorigen kaysern bekommen hatten."

26 **1401**, August 28. König Ruprecht „nimmt die Stadt Bern im Ochtelant in den Reichsschutz und bestätigt ihre Privilegien." (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 49 nr. 883.

27 **1408**. Der Rath und die Bürgerschaft der Stadt Bern führen das im J. 1384 [nr. 24] abgeschaffte Wein-Ungeld zu einem Pfennige von jeder eingebrachten Mass, um der grossen Auslagen willen, welche in Folge des Brandunglücks vom J. 1400 noch immer auf der Gemeinde lasteten, und zwar vorläufig nur auf die nächsten drei Jahre, wieder ein. (R.) *Stettler* a. a. O. S. 81.

28 **1414**, Jul. König Sigismund bestätigt der Stadt Bern ihre Rechte und Freiheiten. (R.) V. *Anshelm* a. a. O. S. 79; *Mich. Stettler's* Chronic S. 109, 10; *Aschbach's* Gesch. K. Sigismunds Bd. I S. 388. [*Tscharner* a. a. O. S. 101 führt eine Sigismund'sche „bestätigung der freyheiten" der Städte Zürich, Bern und Solothurn vom J. 1413 an.]

29 **1415**. Derselbe verleiht der Stadt Bern, nachdem sie sich auf seine Aufforderung hin der Einnahme der österreichischen Besitzungen im Aargau unterzogen hatte, die Befugnisse, 1) auf Alle, so in ihren Twingen sitzen, nicht allein zu des Kaisers und Reiches Nutzen, sondern auch zu der Stadt und Bürger Nothdurft, einen gemeinen Landkosten (ein s. g. Reisgeld) zu legen, ferner 2) alle Twing-Angehörigen, so oft bemeldte Stadt in des Kaisers und Reichs Diensten und zu ihrer eignen Nothdurft mit ihrem Banner ausziehe, anzuhalten, diesem ohne jegliche Widerrede zu folgen; endlich 3) dieselben auch an ihre hohen sowie Land-Gerichte vorzuladen und ihnen allda Recht zu sprechen. (R.) *Stettler*, Staats- u. RGesch. S. 42, 78, 79, 82.

30 **1438**, Apr. 14. — „Des Jahrs Ostermentag hat eine wyse Stadt Bern, in Ansehen glychsams und gemeinsams Regiments, Satzung gemacht: dass all ihr Aempter in Stadt und Land, Schultheiss, Seckelmeister, Grossweibel, Vögt etc. im dritten Jahr söllten geänderet werden. Dass die vier Venner uss den Viertlen der Stadt, eines Handwerchs oder nit, edel oder unedel, söllten erwehlt werden, und deren jährlich zwen, einer oben und einer unten in der Stadt, geänderet werden. Dass dieselben Venner, am grünen Donstag, zu Besatzung des Regiments, jeder uss sinem Viertel sölle nemen vier Mann, sines Handwerchs nur Einen, und von Einem Handwerch nit über zweeu. Dass auch kein Burger nit über zwo Stuben haben, noch wyter Gut-Jahr oder Schenke, auch sine Sühn oder Fründ nit in kein andere geben söllte."[11]) V. *Anshelm* a. a. O. S. 80.

Für die im XV. Jhdt. entwickelte Zusammensetzung des Rathskörpers in seinen verschiedenen Abstufungen sind die von V. *Anshelm* (a. a. O. S. 135 flg. 226 flg. 265 flg. 380 flg.) mitgetheilten Personen-Verzeichnisse von Wichtigkeit. Ueber den Raths- und Bürgereid, nach der Formulirung v. 1477, s. V. *Anshelm* a. a. O. 229, 30.

1442, Oct. 17. König Friedrich III. 31
„bestätigt die Privilegien der Stadt Bern im Uechtland." (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 129 nr. 1201. [V. *Anshelm* a. a. O. S. 81 und *Mich. Stettler*, Chronic Thl. I S. 140b verlegen diesen Confirmations-Act in das folgende Jahr.]

1472. Der Stadt Bern Rath und Bür- 32
gerschaft bewilligen dem Jost von Bregenz, dass er innerhalb ihres Gebietes aller Orten, wo es ihm beliebe, nach Gold und anderen Metallen suche und Bergwerke anlege. *Tillier* a. a. O. Bd. II S. 468.

Ueber eine jüngere Freiheits-Ertheilung „Schätz und Ertz ze graben" (1482) s. V. *Anshelm* a. a. O. S. 314, 15.

1479. Pabst Sixtus IV. verleiht der 33
Stadt Bern die Befugniss, Goldgulden zu prägen, welche an Gewicht, Gehalt und Form den rheinischen Goldgulden gleich sein sollen. (R.) *Stettler*, Staats- u. RGesch. S. 81.

1486. „Diss Jahrs hat ein Stadt Bern 34
allen Salz-Gewerb von sonderen Kouflüten an sich gezogen, den in ihr Stadt und Länder zu verlegen" — d. h. den Salzhandel zum Regal gemacht (R.) V. *Anshelm* a. a. O. S. 407.

1487, Jan. 6. Der römische König Ma- 35
ximilian I. bestätiget der Stadt Bern wohl-

---

10) Verleihen.

11) „Kein Bürger solle auf mehr als zwey Gesellschaften zünftig seyn; auch sollen seine Söhne und Verwandte so wenig, als er, an andere Zünfte Geschenke machen, um sich so eine hervorragende Gunst unter der Bürgerschaft zu erwerben." *Stierlin* u. *Wyss*.

hergebrachte Rechte und Freiheiten. (R.) V. *Anshelm* a. a. O. S. 413, 14.

Sehr gross ist die Menge der vom berner Rathe in Gemeinschaft mit den Bürgern erlassenen Specialverordnungen, von welchen ein beträchtlicher Theil sich in dem, von J. *Schnell* [Ztschr. f. schweizer. Recht Bd. IX, 1861, Abthl.: „Rechtsquellen" S. 3—11] nach seinem Inhalte genau beschriebenen, leider! noch ungedruckten Stadtbuche zusammengetragen findet. Sie berühren mehr oder minder alle Zweige des Rechts, so namentlich:

I, das öffentliche Recht, z. B. Verbot der Verleihung der Bürger-Gerechtsame an Juden und „Lamparter" (1427);

II, das Privatrecht, z. B. väterliche Gewalt (1437), Ehevogtschaft des Mannes (1387), letztwillige Verfügungen von Ehegatten (1409, 1417, 1419), Stellung der Kauffrauen (1367), Testamente auf dem Siechbette (1344), Beschränkung der Liegenschafts-Vergabung an todte Hände (1356);

III, das Strafrecht, z. B. Todtschläge, von Fremden an einheimischen Bürgersöhnen begangen (1391), Wundungen (1418, 1496), Brandstiftungen (1448), Frevel auf Kirchhöfen (1370), Verläumdung (1463), Kuppelei (1357), Betrug bei Verpfändungen (1367);

IV, den Process, z. B. Sicherheitsleistung bei Klagen (1403), Beeidigung der Zeugen (1434), Eides-Zuschiebung (1427), Urtheilsscheltung (1386), Folgen ungehöriger Berufungen (1470); endlich

V, die Gewerbe- und Sitten-Polizei. Von vielen hier einschlägigen Rathsschlüssen, betreffend z. B. die Gotteslästerung und das leichtfertige Schwören, die „schmachliche Kleidung", den Vorkauf und Wucher, die Handwerks-Missbräuche und Kirchweihexcesse u. a. m. nahm V. *Anshelm* Auszüge in seine Chronik (Bd. I S. 162, 227, 259, 307, 315, 330, 351, 386, 408, 437; II S. 11, 70, 196, 226 flg.) auf. Eine eigene „Polizei-Ordnung" der Stadt Bern wurde übrigens bereits am 1. Aug. 1464 publizirt.

Ausserdem müssen noch hier die zahlreichen Schutzbündnisse und Friedensverträge („treuga s. concordia, pax s. concordia, confederatio" etc.) erwähnt werden, welche Bern mit benachbarten Herrschaften und Städten, z. B. den Grafen von Neuenburg und Montbéliard (1388), den Bürgern von Biel, Freiburg i. Ue., Laupen, Luzern, Murten, Solothurn, Zürich etc. eingegangen hat, und deren Darstellung einen ziemlichen Raum in den Chroniken füllt. Die Urkunden sind theilweise gedruckt, z. B. bei *Zeerleder* a. a. O. Bd. I Nr. 258 S. 372 flg. II Nr. 558, 630 S. 55 flg. 153, bei *Trouillat*, Monuments de Bâle Tom. IV Nr. 245, 247 p. 512, 515 ss.; ein Verzeichniss gibt *Tscharner* a. a. O. S. 406—8.

Das wichtigste Bündniss Bern's war übrigens dessen „ewiger Bund mit den Waldstädten Uri Schwyz und Unterwalden", d. h. dessen (freilich vielfach eigenthümlicher) Anschluss an die Eidgenossenschaft, welcher am 7. März 1353 erfolgte. Vgl. J. E. *Kopp's* Amtliche Sammlung der älteren eidgenössischen Abschiede (Luzern 1839. 4°.) Beil. Nr. 19 S. XXX—XXXVI mit *Blumer's* Staats- und RGesch. der schweizer. Demokratien Thl. I S. 331 flg.

Endlich eine Uebertragung des Rechtes der Stadt Bern fand bei den, zum berner Gebiete gehörigen Städten Kirchberg (1288) und Unterseen (1402), dort durch förmliche Bewidmung, hier durch gemeindliche Annahme statt, worüber das Nähere an den betreffenden Orten vorkommen wird.

Bernau. LXXXIV.

(Preussen, Mittelmark.)

„*Beyträge* zur Geschichte der Stadt *Bernau*" in den Historischen politisch-geographisch-statistisch- und militärischen Beyträgen, die Königlich-Preussische und benachbarte Staaten betreffend, Berlin 1781—83. 4.°, Thl. I S. 213—40, Thl. II (Bd. 2) S. 442—55 *); A. F. *Riedel* „Geschichte der Immediatstadt Bernau" in v. Ledebur's Archiv Bd. XIII (1834) S. 193 flg.; E. *Fidicin*, Geschichte des Kreises Nieder-Barnim [Territorien Bd. I Nr. II, 1857] S. 1—22. Vgl. auch *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 310 flg.

Eine Uebersicht der Privilegien und sonstigen auf dem Rathhause verwahrten Original-Urkunden der Stadt Bernau geben die all. *Beyträge* Thl. II S. 443—47.

1406, Oct. 30. Markgraf Jobst von Mähren bestätiget den Rathmannen und der Stadt zu Bernaw, nachdem durch Abbrennen ihres Rathhauses „In etliche ire briefe von füres note wegen ouch vorbrandt sein vnd vortorben . . . zu einer widerstattung ires schadens vnd nemlichen tzu einer sicherheit vnd beweisunge ires eygenthumes, irer freiheiten vnd gerechtigkeiten", diese insgesammt von Neuem, insbesondere auch den Besitz der „dorfsteten lubenitz vnd Lindow mit Acker, geruret vnd vngeruret, mit wassern, wesen, holtzen, gerichten, obersten vnd nidersten, vnd mit allen zugehorungen, 1

*) Als Verfasser wird J. C. C. *Oelrichs* vermuthet.

als sie das von alder gehabt vnd besessen haben.“ Weiter fügt er dann noch hinzu: „Ouch wollen wir sie behalden bey solichen Czollen, als sie von alters besessen haben. Ouch wollen wir sie behalden bey dem Schultzen Ambacht, als wir In das vorschriven haben. Ouch vmb den schaden vnd vorlust der brive vnd beweisunge des vorgenanten ires eigenthumes, freiheiten vnd gewonheiten wollen wir, das In das nicht solle zu schaden komen. Ouch sollen sie bleiben bey solichen rechten vnd gnaden, als ander vnsere Stete in der marke zu Brandenburg gesessen seyn.“ *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XII S. 167, 68. Vgl. *Fidicin* a. a. O. S. 18.

2 **1409**, Dez. 4. Die Gilde der Schuhmacher zu Bernau gibt sich neue Statute, insbesondere die Aufnahme in das Gewerke betreffend. Die wichtigere Satzung lautet:

„In godes namen amen. Met vrighen willen vnde vez ganczer volbort meyster vnd guldebrüder der scumeker werks tu olden bernow. Wy gheven vnde hebben ghegheven vnzen kyndern dat halve werk vnze deyl, knecht vnde juncvrowen, yngeborn kyndern. Is dat zy tu samene gegheven werden oder vnderlang nemen, zo solen sy hebben dat ganeze werk vnze deyl. Vortmer oft eyn van buthen oder eyn vrompt scumaker hyr yn thoge vnde neme eyne juncvrowe vte vnzem werke, dy scal hebben dat halve werk, vnd wan he dat werk wynt, zo scal he geven eyn vyrt hasselnote tu den negesten michaelis daghe. Vortmer wert, dat eyn vrompt scumeker hyr yn thoge, dy kynder hedde, dy hyr nycht yngeborn zyn, dy scole dat werk wynnen: vnd ys, dat he zy leret, zo scal he dun, alze lereninghen recht sy. Dat alle desse stucke vorghenumet gantz vnd vaste gheholden werden, zo hebbe wy vnze Ingezegel gedrucket an dessen bryf. Ghescreven na godes bort dusent yar vyr hundert yar, yn dem negenden jar, an sunte barbaren daghe der hilghen iuncvrowen.“ *Riedel* a. a. O. S. 168, 69.

3 **1411**, Jul. 3. König Sigismund von Böhmen confirmirt den Bürgern von Bernau „alle ire freyheite vnd alle ire gerechtikeyte vnd alde gewonheite.“ *Riedel* a. a. O. S. 169.

4 **1415**, Dez. 20. Desgleichen Markgraf (Kurfürst) Friedrich (I.) von Brandenburg. *Riedel* a. a. O. S. 170.

5 **1441**, Nov. 8. Desgleichen Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg als Vormund seines unmündigen Bruders Friedrich's des Jüngeren. *Riedel* a. a. O. S. 176.

Weitere gleichlautende Confirmationsbriefe liegen noch von den Kurfürsten Albrecht 1472, Johannes 1486 und Joachim [nebst Markgraf Albert] 1499 vor. Die unbedeutenden Specialprivilegien Bernau's dagegen betreffen lediglich die Bier-Ausfuhr. Vgl. Urkk. v. 1423, 1451 und 1464 bei *Riedel* a. a. O. S. 173, 180, 182 mit *Fidicin* a. a. O. S. 8 nr. 2.

„Bernow, Alt-Bernow“ scheint uranfänglich ein wendischss Dorf gewesen zu sein, welches die Enkel Albrecht's des Bären, die brandenburgischen Markgrafen Johann und Otto, in der ersten Hälfte des XIII. Jhdts. zur Stadt erweiterten. Eine Befestigung des Ortes mit Mauern fand jedoch erst im XV. Jhdt. statt. Dass Bernau schon bald nach Erhebung zum städtischen Gemeinwesen mit dem spandauer Rechte bewidmet worden sei, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Bernburg. LXXXV.

(Hzgth. Anhalt-Bernburg.)

1410, Sept. 28. Die Räthe und Bürgerschaften der Alt- und Neustadt zu Bernburg kommen unter sich überein, dass in Zukunft für beide Stadtgemeinden ein gemeinsamer Rath bestehen solle: „als wy yn beiden Steten reide begnadet sin van Gote vnd vnsen Herrn van Anhalt mit einem Gerichte, mit einer Rechticheit vnd Freyheit, vnd ock to allen Tüden hebben eynen Wilkor tosammen geholden, vnd vns ny vnder eynander verlaten, Gut vnd Arch, Genut vnd Vorlust to deme dickesten male tosammen geleden, vnde Gesinde vnd Dynere mit eynander geholden, des hebbe wy nu mit Lyve in deme Namen Gotes to nut vnd to fromen der Herscaft von Anhalt, der Stede to Bernburg, vnd des gantzen Landes vns furder voreynet vnd vorbunden, dat wy ewiliken willen gantz eynig sin, vnd eynen Rad hebben, vnd wat den Steden jenich anrüret, dat wil wy tosammen gnyten vnd entgelden. — — Vnd vppe dat dise gutlicke eynige eweliken werde geholden vnvorbrocken ane Geferde, so hebbe wy vorgnannte Radmanne, Schepen, Innygesmeister vnd wy Borger Gemeine, Arm vnd Ricke, beider Stede tosammen gan vp dat Radhuss in der Aldinstad, vnd hebben dat alle mit vpgerichten Vingern Liflicken to den Hilgen gesworen, vnd vnse Rad heft aldus gedan.“ J. Chr. *Beckmann's* „Accessiones historiae Anhaltinae“ (Historie des Fürstenth. Anhalt Thl. III) S. 114, 15.

Berncastel. LXXXVI.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1291, Mai 29. König Rudolph I. verleiht auf Bitten des Erzbischofs Boemund von 1

Trier dem Städtchen („oppidum") desselben, mit Namen Berncastel, Recht, Ehre und Gewohnheit gleich anderen des Reiches Städten, jedoch mit dem Vorbehalte, dass hiedurch der peinlichen Gerichtsbarkeit des Erzbischofs kein Abbruch geschehen solle. (R.) *Böhmer*, Reg. Rud. S. 154 nr. 1118 (Ausg. v. 1844).

2 **1451**, Jan. 14. Erzbischof Jacob I. von Trier bewilligt den Bürgern seiner Stadt Berncastel auf sechs Jahre die Erhebung einer Wein-Accise, deren Ertrag zum Stadtbaue verwendet werden soll. (R.) A. *Görz*, Regesten der Erzbischöfe von Trier S. 192.

Berncastel — „Beronis Castellum" — ging nach dem Erlöschen des Geschlechts der Grafen von Castell an der Blies, unter deren Vogtei es gestanden hatte, in jene des Grafen Heinrich von Salm über, welcher dann im J. 1280 seine Rechte an dem Städtchen kaufsweise dem Erzbischofe Heinrich II. von Trier abgetreten hat. *Schannat-Bärsch*, Eiflia illustrata Bd. III Abthl. I^b S. 396—404.

LXXXVII. Berneck.

(Bayern, Franken.)

J. Gttl. *Hentze*, Berneck, ein historischer Versuch, Bayreuth 1790. 4., S. 3 flg. 21 ff. 33 flg. [Die S. 37 flg. beigefügten Urkk. I—VII. beziehen sich blos auf die lehen- und grundherrlichen Verhältnisse an der Stadt.] G. K. *Adler*, Berneck und seine nächsten Umgebungen, 2. Aufl. Bayreuth 1844. 8.⁰, S. 12 flg. 19 flg. Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 568, L. *Braunfels*, Die Mainufer S. 31—35.

1375, Jun. 16. Burggraf Friedrich von Nürnberg bewilligt den durch eine Feuersbrunst zu merklichem Schaden gekommenen „purgern vnd armen lewten der stat zu Pernek, vnd auch der vorstat daselbest" für die nächsten „zukunftigen sechs Jare" Befreiung von „zinse, stewre, bete, dinste vnd frone." *Monum. Zoller.* Bd. IV Nr. CCCI S. 332.

Weitere Privilegien des von den Walpoten an das meranische Haus, von diesem 1248 an die Grafen von Orlamünde, endlich von letzteren 1338 an die Burggrafen zu Nürnberg gekommenen und zuerst in der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts. als Stadt urkundlich bezeichneten Ortes [1357 „die veste vnd Stat zu Bernek", 1397 „Pernek haws vnd Stat", 1403 „wernecke Slose vnd Stat", s. *Hentze* a. a. O. S. 44, 28 Note e, 30 Note l.] aus der Zeit des Mittelalters sind nicht vorhanden.

Bernstadt. LXXXVIII.

(Preussen, Schlesien.)

Zimmermann's Beyträge zur Beschreibung von Schlesien Bd. IV (1785) S. 248—59.

1266. [**1264**?] Herzog Heinrich III. von Schlesien überträgt dem Erbrichter Wilhelm zu Reichenbach die Vogtei und das Erbrichteramt in der „civitas Ligniza [1]) quondam dicta, nunc autem Fürstenwald nuncupata", damit er diesen, bis dahin dürftig gebliebenen und vernachlässigten Ort — „locum tam pauperem et neglectum" — mit Eifer fördere und hebe, und verleiht zugleich der Stadtgemeinde, um auch seinerseits ihr aufzuhelfen, a) das „jus Teutonicum [2]), b) ein ansehnliches, neunzehn benannte „villae" und „dominia" begreifendes „territorium", sowie ausserdem noch c) verschiedene Freiheiten, nämlich das Meilenrecht — „intra spacium milliaris nullus artifex erit penitus nec taberna" —, den Genuss gewisser Weidegrundstücke, Waldungen und Seen, endlich den Fischfang (in allen Gewässern) binnen einer halben Meile ober- und unterhalb der Stadt. J. J. *Füldener's* Histor. und rechtl. Anmerkungen über das Compendium Pandectarum juris Lauterbachio-Schützianum (Breslau 1727 — 36 8.⁰) Stück III S. 476 flg.; *Tzschoppe* und *Stenzel*, Urkundensammlung Nr. LX S. 368 flg. [mit S. 105, 112, 182, 187, 188.]

An die Stelle des vermuthlich gar nie in Gebrauch gekommenen Namens „Fürstenwalde" scheint frühe der, angeblich vom Markgrafen Berthold, der heiligen Hedwig Vater, sich herleitende und durch dessen Enkel Heinrich den Frommen eingeführte Namen „Bernstadt — Berolstadium" getreten zu sein, welcher der Stadt bis zur Gegenwart geblieben ist. Von weiteren Privilegien werden nur zwei Herzog Konrad's von Schlesien aus den J. 1313 (Wiederholung jenes von 1266) und 1319, Zuwendung von zehn Hufen Ackerlandes und andere Freiheiten betreffend, und ein Gnadenbrief der herzoglichen Brüder Albrecht, Georg und Karl „wegen des Bierschanks und Ausschroots" v. 1499 von *Zimmermann* a. a. O. S. 248, 49 erwähnt.

Bernstein. LXXXIX.

(Preussen, Neumark.)

1487, Jul. 13. Die Gebrüder Hanns von Waldow, „ervseten to Bernstein", be-

---

1) *Zimmermann*: „lignea"

2) Eine ungedruckte alte Verdeutschung des Rechtsbriefs übersetzt: „Fränkisches Recht."

stätigen und gewährleisten der genannten Stadt, damit sich dieselbe „van Rove vnd Brandt vnd gantzer Verstörunge an Müren, an Doren, an Husern in langen vörsten Kriegen" erholen möge, „alle gnaden vnd Rechtigkeit, so alsz sie tho vörne gehat hebben vnd begiftiget syn gewesen von vörsten tho vörsten vnd von hern tho hern an holtung, watern, an ackern, an Wesen, an Gresinge, an grentzen, an Aller Nuttsamheit", nehmen aber dagegen von den Stadtbewohnern Dienste für die Herrschaft, sowohl bei der Feldwirthschaft — „tho helpende alle Jahr dre tage mit ehrer haue vndt plögen, tho plögende in ene sammende vnsen Acker vppe deme felde tho Bernsten, vndt enen dach des Jahres in deme oweste, wann vnsz dat behöft, wenn wy en darumb tho seggen" — als auch bei dem Schlossbaue — „vörder wann wy behöfft hadden tho bawende, so schölen die Börger vns helpen timmern vnd bören" — in Anspruch. Schliesslich werden dann noch die Fischereirechte der Gemeinde in der Stadt Gewässern näher bestimmt. *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII S. 89, 90.

„Berensten, Bernstein", bereits 1290 als „civitas" urkundlich bezeichnet, und schon im Anfange des folgenden Jhdts. im Besitze einer ausgebildeten Rathsverfassung [1328 „Ratmann vnd gemeine von der Stad tu Bernstein"], wechselte fortwährend seine Stadtherrn, indem es bald in brandenburgischen Händen, bald in jenen der Herzoge von Stettin (Pommern) befindlich war, bis es endlich an die Familie von Waldow gelangte. Doch geschah dieses in Ansehung der Stadt *selbst* erst 1537, und zur Zeit der Abfassung vorstehenden Rechtsbriefes waren die Aussteller desselben nur Herrn des Schlosses Bernstein, welches sie 1485 erworben hatten. Vgl. *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 429 flg.

XC. Beuthen am beuthner Wasser.

(Preussen, Schlesien-Oppeln.)

Zimmermann, Beyträge zur Beschreibung von Schlesien Bd. II (1783) S. 210–15, macht nachfolgende (noch ungedruckte) Rechtsbriefe der Stadt Beuthen [Oberbeuthen] namhaft:

1 **1251**. Herzog Wladislaus von Oppeln erklärt den [bereits 1230 von ihm mit Mauern, sowie 1233 mit einer Pfarrkirche versehenen] Ort „Biatobriczie", welcher jedoch dem Kreuzherrn-Kloster zu Miechow in Polen verpfändet sei, für eine Stadt und gibt derselben **deutsches Recht**.

2 **1472**. Herzog Konrad der Weise zu Oels — welchem Fürstenhause seit 1421 die halbe Stadt Beuthen gehörte — begnadet deren Bürger dahin, dass sie allein und sonst Niemand innerhalb der Stadt Handel treiben dürfen.

1475. Herzog Heinrich von Münsterberg, Fürst zu Kosel, bestimmt für 3
seine Stadt Beuthen, a) dass der Rath allda mit muthwilligen Schuldenmachern in aller Strenge verfahren solle; b) dass die städtischen Kaufleute von den in Beuthen selbst gefertigten Handelswaaren keinen Zoll zu geben brauchen; endlich c) dass die Stadtgemeinde einen offenen Keller für fremde Biere und Weine einrichten dürfe.

Beuthen an der Oder. XCI.

(Preussen, Schlesien-Liegnitz.)

Chr. D. *Klopsch*, Geschichte des Geschlechts von Schönaich. Heft I, die Geschichte der Stadt Beuthen und der dazu gehörigen Castellanei bis 1591 enthaltend, Glogau 1847. 8.⁰

1332. König Johann von Böhmen gestattet den Bürgern der (theils durch Kauf, theils durch Eroberung im J. 1331 an ihn gekommenen) Stadt Beuthen, um sie in ihrem Wachsthume zu fördern, dass sie „den Markt zu Glogau frei und unentgeltlich beziehen" können. (R.) *Klopsch* a. a. O. S. 10.

Es ist dieses das einzige uns erhaltene Privileg der Stadt Beuthen (Niederbeuthen), da dessen übrige, im Anfange des XVII. Jhdts. noch vorhanden gewesene Freiheitsbriefe seitdem spurlos verschwunden zu sein scheinen. Einen kleinen Ersatz hiefür, nämlich nicht unbedeutende Aufschlüsse über die städtischen Einrichtungen, insbesondere die Raths- und Gerichtsverfassung Beuthen's, bieten uns jedoch:

a) der Recess über die Theilung der Stadt (sowie Glogau's) zwischen Kaiser Karl IV. und Herzog Heinrich V. von Schlesien, Herrn zu Glogau und Sagan, v. 9. Febr. 1360 [*Klopsch* a. a. O. Anh. Beil. I S. 92–94 mit S. 12]. Hier werden α) die Fleisch-, Brod- und Schuhbänke zu „Butun, wie die gegen den Mittag ligen", dem Kaiser, und „die andern Bennecke gelegen zu Butun gegen der Oder" dem Herzoge zugesprochen; ferner β) bestimmt: „was Vnfugs zu Butun geschehe, die soll man richten in dem tail, do die Vnfuge darinne geschehen wehr, vnschedlich dem Erbrichter seinem Rechte"; γ) sodann „der alte Voigt zu Butun mit seinem Erbe" auf den herzoglichen, und „der junge Voigt zu Butun" sammt drei bezeichneten Höfen auf den kaiserlichen Antheil verwiesen; endlich δ) die Schule der Stadt als beiden Vertragsparteien „gleich gemeine" erklärt.

b) Das von *Klopsch* a. a. O. S. 15—36 genau beschriebene „**Stadtbuch**“, welches die vor dem Rathe errichteten Verträge und Testamente, sowie übrigen gepflogenen Verhandlungen, z. B. Urphedeleistungen, Geldsühnen wegen begangener Todtschläge u. s. w. aus dem Zeitraume von 1470 bis 1518 enthält. Den Anlass dazu gab der Bürger und „Herr zu Beuthen“ Andreas Neumann, welcher in dem zuerst bezeichneten Jahre ein aus eignen Mitteln angeschafftes Buch dem Stadtrathe mit der Zweckbestimmung zum Geschenke macht, dass darin sowohl seine (des Schenkers) eigne Sachen, wie Käufe und Verkäufe, Pachtungen und Verpachtungen, Quittungen, Verzichte etc., als auch alle vor dem Rathe vollzogenen Rechtsacte und Geschäfte eingetragen werden sollten. Vgl. auch *Zimmermann's* Beyträge zur Geschichte von Schlesien Bd. X S. 135.

XCII. Beverungen.

(Preussen, Westfalen.)

P. *Wigand*, Der Corveysche Güterbesitz, aus den Quellen dargestellt, Lemgo 1831. 8.⁰, §§. 15, 16 S. 35—42.

1 **1332**, Nov. 24. Bischof Bernhard von Paderborn und Abt Robert von Corvey treffen unter sich über das [zwischen Heristal und Burg Blankenau an der Weser auf dem Grunde und Boden der unter corveyer Patronat stehenden Kirche von Beverungen] zu erbauende und bereits im Baue begriffene „castrum Beverungen“, beziehungsweise über die beiderseitigen Rechte daran ein Uebereinkommen, worin zugleich in Ansehung des unter dem Schlosse gelegenen abteilichen Meierdorfes festgesetzt wird: a) dass dasselbe, künftig zur Stadt fortgebildet, sodann als solche beiden Vertragstheilen gemeinschaftlich gehören solle — „oppidum construendum cum omnibus juribus erit commune Paderbornensi et Corbeiensi Ecclesiis; idem intelligitur de molendinis, telonio, conductu, naulo aliisque quibuscunque jurisdictionibus, spirituali exclusa“; b) dass aber schon jetzt der Abt die Hälfte des Dorfes — „medietatem totius officii seu villicationis suae in Beverungen cum proprietate, item medietatem pensionis, jurium, jurisdictionis, feudorum, redituum, obventionum in agris cultis et non cultis, pascuis, pratis, silvis, aquis, mancipiis, piscationibus, molendinis et fructibus universis“ — dem Bischofe und der Kirche zu Paderborn abtrete und überlasse. N. *Schaten*, Annales Paderbornenses Ps. II p. 271—74.

2 **1417**. Erzbischof Dietrich von Cöln, als gleichzeitiger Bischof von Paderborn, und Abt Dietrich von Corvey ertheilen ihren „Luden und leven Undersaten beider Kunne wonachtig to Beverungen, junk und alt“ die Bewilligung, dass sie „seck to vestende, to beterende und to sterkende, solen und mogen von dem selven Dorpe Beverungen eyne Stad maken, und dat myt eyner steynern Muren umbeweren und vestenen myt steynen Porten und Tornen, alze beste konnen, up dat des beide Stichte gebetert und gemeert werden.“ Zu diesem Behufe erklären die genannten Stadtherrn ihre Leute für „gefreyget“ und verleihen denselben städtische Gerechtsame. L *Tross*, Westphalia Jahrg. II (1825) Stück 27, 28; *Wigand* a. a. O. S. 37. (Extr.)

Das noch in demselben Jahre durch die oben bezeichneten Personen dem Orte gegebene Stadtrecht ist bis jetzt ungedruckt geblieben. Vgl. *Wigand's* Archiv f. Gesch. Westphalen's Bd. I Heft 3 S. 37.

1469. Verzeichniss der von den Einwohnern Beverungen's ihrem „Heren to Corveye“ zu prästirenden Geld- und Naturalleistungen an „Hervestbeden, Holtyngkgeldern, Wekenvyschen, Rottegeden, Schepelhure, Hoff- und Fastelavendes-Honern, Gardentegeden“ u. s. w., mit den am Schlusse angefügten beiden erwähnenswerthen Bestimmungen: „Item, so wen dat kommet, dat dat Stychte und dat Cappittel eynen Abbet keiset, dan moten de van Beverungen huldigen so wal alse deme Byschope to Paderborne. Item wen de van Beverungen eynen Rad kysen unde setten, de Rad de moden loven unde sweren myme Heren to Paderborne unde myme Heren to Corveye, eyme juwelikem to syme rechte.“ *Wigand*, Güterbesitz. Urkunden Nr. 9 S. 222—24. 3

Biberach. XCIII.

(Württemberg.)

J. D. *Wechsler*, Versuch einer kurzen Sammlung Topographisch-Historisch-Statistischer Nachrichten von der des H. R. R. Stadt Biberach, Ulm 1792. 8.⁰ Vgl. auch *Hugo*, Mediatis. S. 35 flg. *Schmid*, Reichsstädte S. 34 flg. — Die ziemlich zahlreichen Freiheitsbriefe Biberach's [s. *Wechsler* a. a. O. S. 48 flg. 114 flg.] findet man theilweise im „Gründlich-Historischen *Berichte* von der Kayserlichen und Reichs Landtvogtey in Schwaben“, II Thl. 1755. fol., vollständiger aber bei *Lünig*, RA. Thl. XIII S. 181—204 und *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Th. I S. 184—97 abgedruckt.

1282, Mai 17. König Rudolph I. bestätigt den Bürgern von Biberach alle Gna- 1

den, Freiheiten und Rechte, welche denselben von seinen Vorfahren am Reiche bis zur Absetzung Friedrich's II. verliehen worden waren — „ipsis (civibus de Biberaco) omnia privilegia, gratias, libertates et jura eis ab imperatoribus et regibus Romanis, nostris predecessoribus, usque ad tempora clare memorie quondam friderici secundi, Romanorum imperatoris, et per eundem fridericum ante latam in ipsum depositionis sententiam indulta, tradita et concessa, quibus hactenus sunt gavisi, rata habemus ex gratia et presentis scripti patrocinio liberaliter confirmamus. Nulli ergo omnino hominum liceat, hanc paginam nostre confirmationis infringere vel ei in aliquo ausu temerario contraire, quod qui attemptare forte presumpserit, gravem nostre majestatis offensam se noverit incursurum.“ *Hugo* a. a. O. Urk. 6 S. 215, 16. Vgl. dazu *v. Stälin*, Wirtemberg. Gesch. Thl. II S. 662 und wegen der Datirung *Böhmer*, Reg. Rud. S. 113 nr. 671 (Ausg. v. 1844).

Biberach, dessen erste Anfänge in der zum Gardachgaue gezählten, nachher halbtheilig in den für den Bischof Samuel von Worms gefreiten wimpfener Bezirk eingerechneten „villa Biberaha“ (827, 856) zu suchen sind [1]), kam unter Kaiser Friedrich I. an das hohenstaufische Haus. Unter seinem mächtigen, durch besondere Beamte — „ministri de Biberach“ 1239, 1240 — gehandhabten Schutze scheint sich nun der Ort rasch zu städtischer Bedeutung emporgeschwungen zu haben, da wir bereits im J. 1258 dessen „communitas civitatis“, mit eigenem sigillum bekleidet, bei einem öffentlichen Rechtsacte thätig antreffen. Auch mag die Stadt schon in dieser Zeit mit kaiserlichen Freiheitsbriefen begnadet worden sein, da das Privileg v. 1282 auf solche hinweist. Dieselben sind jedoch wahrscheinlich verloren gegangen.

2 **1312**, Apr. 13. König Heinrich VII. verleiht den Bürgern von Biberach auf deren Ansuchen alle Freiheiten und Rechte, womit die Bürger von Ulm von seinen Vorgängern, von Kaisern und römischen Königen, begnadet worden sind — „ipsorum devotis supplicationibus inclinati, omnes justas et honestas concessiones, libertates, jura et gratias concedimus et praesentis scripti patrocinio confirmamus, quae dilectis civibus nostris in Ulma a divis imperatoribus et regibus Romanorum, nostris praedecessoribus sunt tradita et concessa, jure imperii semper salvo.“ *Lünig* a. a. O. S. 181; *Moser*, a. a. O. S. 184 (Extr.); *Schmid* a. a. O. Urk. IV S. 349.

In Folge des vorstehenden Bewidmungsbriefes erbuten sich die Bürger von Biberach vom Rathe zu Ulm ein Weisthum über die hier bestehenden Freiheiten und Rechte, welches ihnen dann auch in einer Urk. v. 11. Dez. 1312 zugefertigt wurde. Dasselbe kann jedoch erst unter dem Art. „Ulm“ näher gewürdiget werden.

1331, Jan. 20. Kaiser Ludwig IV. bestimmt in Berücksichtigung der hierüber in der Stadt Biberach bis dahin bestandenen „gepresten“, wie es mit dem Beweise bei Klagen der Bürger „vf einen schädlichen Mann inne der Statt, Land oder Lüten“, namentlich der Eid-Hülfe der Mitbürger hiebei, künftig zu halten sei. *Lünig* a. a. O. S. 184 (nr. VI mit der JZ. 1341). Vgl. *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 76 nr. 1243. 3

1331, Mai 27. Derselbe sichert „dem Amman, dem Rath vnd den Burgeren gemeinclichen zu Biberach“ urkundlich zu, dass er „sye nicht versetzen, verendern noch verkhoffen sulle von dem Riche umbe kheinerley Not vnd Gebresten, di das Rich angat.“ *Lünig* a. a. O. S. 183 (nr. III). 4

Das Jahr 1343 entzündete auch in Biberach einen Aufruhr der Zünfte gegen die Geschlechter, dessen Endresultate *Johannes Vitoduranus* in seinem Chronicon ad a. 1344 [2]) in nachfolgender Weise berichtet: „Anno Domini mcccxliv, in quadragesima vel citra, universitas oppidi Swevie dicti Bibrach plures cives pociores, ab antiquo communitati, sed tunc noviter nocivos et adversarios factos et inventos, ut fertur, in furore, quo contra eos vehementer exarserunt, de oppido expulerunt. Quorum domus advocatus imperatoris Ludwici, residens in Ravenspurg, auferens inperio vendicavit; frumenta quoque eorum et alias res mobiles eorum confiscavit, eas in castrum oppidi memorati abducendo.“ Vgl. *v. Stälin* a. a. O. Thl. III S. 221, 22.

1344, Febr. 1. Der kaiserliche Landvogt in Ober-Schwaben, Friedrich Hontbiss von Ravenspurg, beurkundet, dass „sin gnädiger Herr der Kayser mit sinen offen Briefen, die er aigentlich verhört vndt gesehen habe, dem . . . Amman vnd den Räthen ze Bieberach die Gnad vnd Gwalt geben vnd gethan . . ., also dass sie all Stöss, Krieg vnd Vfflöff, die in derselben Stadt Bieberach vfstand vnd geschehent, vnderstan vnd vssrichten söllend“, zugleich verfügend, dass man „in der Richtung gehorsam sin“, und dass „wie es der Amman vnd der Rath oder der mehr Thail des Raths richtendt, das stet bliben vnd nieman dar- 5

1) Vgl. v. *Stälin* a. a. O. I, 316, 385. *Wirtemberg.* UBuch I, 148.

2) Ausg. von G. *v. Wyss* (1856) S. 210.

wider sin soll in kain weg." *Lünig* a. a. O. S. 184 (nr. VII); *Bericht* Thl. II Nr. 29 S. 33, 34.

6 **1348**, Febr. 1. König Karl IV. gibt dem Rathe und den Bürgern von Biberach „ein Müll-Statt, dass sie die bawen vnd auffrichten, wo sye wollen vnd wo es in allerbequemblich ist bey Biberach, also dass sye andern Mühlin den Leuthen ze Schaden jr Wasser nicht nemme noch beschwölle." *Lünig* a. a. O. (nr. VIII); *Moser* a. a. O. S. 185. (Extr.)

7 **1355**, Dez. 9. Derselbe als Kaiser begnadet Amman, Rath und Bürger der Stadt Biberach dahin, „dass niemandt die letzteren, vmb welcherley Sachen das wäre, laden, ansprechen oder beklaghen soll an dehainer andern Stat vnd anderstwo, weder für ain Land-Gericht noch dehain ander Gericht vsswendig der Statt, noch für das Hoff-Gericht, den vor jren Richter in der Statt ze Biberach, da man auch Recht von ihnen nemmen soll, als denn daselbst geurtailet würt." Von anderen (incompetenten) Gerichten gefällte Urtheile sollten keine Kraft haben, „es were dann, dass iemanden, der da claget, das Recht versaget oder wider Recht vnd Gewonheit verzogen wurde." *Lünig* a. a. O. S. 184, 85; *Bericht* Thl. I S. 239. (Extr.)

8 **1370**, April 23. König Wenzel von Böhmen gibt dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern zu Biberach auf den Fall des Ablebens Kaiser Karl's, seines Vaters, für sich und seine Erben und Nachkommen auf dem böhmischen Throne die Versicherung, die Stadt „in jhren erberen Besietzungen, Rechten, guten Gewonheiten, Freyheiten, Güteren vnd Nutzen" wider jede Beschädigung und Kränkung bis zur künftigen Wahl eines Reichsoberhauptes mit seinem Beistande unterstützen zu wollen. *Lünig* a. a. O. S. 185.

9 **1373**, Oct. 24. Kaiser Karl ertheilt dem Bürgermeister, dem Amman und den Bürgern der Stadt Biberach „nachgeschrieben Gnaden: zu dem ersten, dass sye die gewonlich Stüre, die sie jährlich vns vnd dem Reiche pflichtig vnd schuldig sein zu geben, fürbass mer sullen vns gelten vnd bezahlen an guten Hällern, alse von Alter vntz herkhommen ist. Auch geben vnd verschriben wir den vorigen von Biberach sechs Jahr nach einander zu zählen nach Datum diss Brieffs alle Juden, die sye iezundt haben oder in Zeiten gewunnen, vnd wollen, dass sye fürbass dieselben Juden beschützen, beschirmen vnd versprechen mögen gleich anderen eingesessen Burgeren zu Biberach; vnd dass auch dieselben Juden nicht schuldig, gebunden noch pflichtig sein sollen, vor iemandt dess Rechten gehorsamb zu sein vnd Recht zu thuen, denne alleine vor der Statte Ammanne von Biberach, vnschedlich vnss an vnseren Rechten. Auch sollen vnd mögen die vorgenanten von Biberach auf alle die Gut, die in der Statt oder bie der Stete zu Biberach Markhe vnd Gebiet gelegen sein, Stüre vnd Bete[3]) sezen vnd die auch davon nemmen, die von Alter Bete vnd Stüre geben haben oder die durch Recht geben sullen. Auch thuen wir den vorgenanten von Biberach die Gnade, dass sye sullen vnd mögen, ihre Statt zu bessern, vnz an vnser Widerrueffen einen Zoll machen vnd sezen in der Statt zu Biberach, wie sye das zu Rate werdent, dass ihn dis fueglichen seye, vnd den Zoll aufheben vnd nemen, vnd in der Statt Nuz wenden vnd kheren, ohne Widerrede vnd Hindernusse allermänniglichs." *Lünig* a. a. O. S. 185, 86. Einzelne Stellen daraus bei *Moser* a. a. O. S. 186 und im *Berichte* a. a. O. S. 119.

1374, Dez. 21. Pfalzgraf Friedrich bei Rhein, Herzog in Bayern, erlaubt und vergönnt als „Landvogt zu oberen Schwaben — — an statt vnd von wegen seines Herrn des Kaisers [Karl's IV] vnd von seinen haissen" dem Bürgermeister, Rathe und den Bürgern der Stadt Biberach, „dass sye ein Zunfft in ihr Statt ordnen vnd machen sullen vnd och die halten vnd haben in aller der Mainung vnd masse vngevärlichen, als der Burgermeister, der Rath vnd die Burger gemainlich der Statt zu Ravenspurg die Zunfft in ihr Statt haltendt vnd geordnet habendt." *Lünig* a. a. O. S. 186, 87; *Bericht* Thl. II Nr. 47 S. 47. 10

1377, Aug. 13. Derselbe gönnt und erlaubt ferner bis auf Widerruf und noch ein halb Jahr darüber dem Rathe und den Bürgern zu Biberach, auf „dass sy ihr Statt destbass vestigen, buwen vnd besseren mögen — dass sy wol Juden, ainen oder mer, als manigen sy denne went, zu jn in jr Statt vzer anderen Steten, wo sy die denne vfbringen mugen, ze Burgeren empfahen, innemen vnd geheimmen mügen; vnd dass, welch sy denn also ze Burgeren empfahent vnd innement, die in dess Richs Schirmen vnd Gnaden sin sollten", hiebei zugleich bestimmend, was für diesen Reichsschutz „dieselben Juden, alle vnd jeglicher besunder, alle Jar ze rechter Stüre richten vnd geben sullen". *Lünig* a. a. O. S. 187. 11

1398, Jan. 3. König Wenzel confirmirt den Bürgern von Biberach die ihnen von seinen Reichsvorgängern und besonders von seinem Vater, Kaiser Karl IV., zugestandene Freiheit, dass „niemand, wer der 12

3) L. „Bote."

sey, sy alle besamt oder besunder, noch jhre Statt, noch dehein jhr Burger, noch niemand, der der gemainen Statt zu versprechen stet, Lüth oder Gute, für deheinerley Landt-Gericht oder ander Gericht, noch für das Hoff-Gericht laden, fürtreiben oder haischen soll, vmb was Sache das sey, denne allein die vorgenante von Biberach vnd jhr Gut für jren Amman in der Statt zu Biberach, vnd die jhenen, die jn vnd jren Burgeren zu sprechen stand, in die Gericht, do sye denne gesessen sint oder dafür sie gehören." *Lünig* a. a. O. S. 188.

13 **1401**, Aug. 11. König Ruprecht bestätigt die Privilegien der Stadt Biberach. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 40 nr. 738.

14 **1401**, Aug. 11. Derselbe confirmirt der Stadt Biberach die ihr von früheren Kaisern und Königen verliehenen Freiheiten, insbesondere dass keiner ihrer Bürger „vm totslege, die vff dem lande beschehen sint", vom königlichen Landvogte bestraft werden dürfe, und dass sie diejenigen, welche „vngetat, frevele, ez sy falsche, diebstal, meyneide oder ander missetat, in ir stat begangen hant, alwegen selb straffen vnd büssen mögen", bestätiget ferner der Stadtgemeinde den ihr von den Grafen Konrad und Friedrich von Helfenstein eingeräumten Pfandbesitz an dem „Ammenamte" daselbst, sowie ihre Ungelds- und Zollgerechtigkeiten, und nimmt sie endlich in den Schutz und Schirm des Reiches. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 743.

15 **1401**, Aug. 14. Derselbe erneuert der Stadt Biberach das Wenzel'sche priv. de non evocando [nr. 12]. *Lünig* a. a. O. S. 188, 89; *Moser* a. a. O. S. 186, 87. (Extr.)

16 **1401**, Aug. 14. Derselbe thut dem Bürgermeister, Rathe und den Bürgern der Stadt Biberach die Gnade, dass sie über „alle schädliche Lüte, Mortbrenner, Rauber, Diebe oder wie die genannt sint . . . vmbe jhr Missetat nach Urthail vnd Vssprechen dess Merenteils des Raths", sowie über „verbotene oder verkhündete Aechter", wenn solche in ihre Stadt kommen und Kläger allda gegen sie auftreten würden, „nach jhrer Statt Gewonheit vnd Recht" richten, im Falle aber, dass Niemand „zu solchen Aechtern clagen wolte", dieselben wohl „enthalten" dürfen, und ferner dass ihnen an ihrer gewöhnlichen Steuer durch „Quit-Brieff"[4]) kein Nachtheil zugefügt werden solle. *Lünig* a. a. O. S. 189, 90; *Moser* a. a. O. S. 187, 88.

17 **1401**, Aug. 14. Derselbe verleiht dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern der Stadt Biberach „solich Fryheit vnd Gnade . . ., dass ein jeglicher jhr Burgermeister, der jezund ist oder fürbass da gesetzt würdet, einem jeglichen Amman zu Biberach, der in dem Ambt daselbst genomen vnd erwelt wirdet, den Bann über das Blut zu richten verlichen sol vnd mag mit vollen Gewalt, darumb, dass von Versumniss solicher Sache schedlich Lüte in yr Missetat nit gesterkht vnd desto fürderlicher zu yn möge gerichtet werden, vnd soll diese Friheit weren sechs gantz Jare, die negsten nach einander, vnd darnach als lange, biss das widerruffen." *Lünig* a. a. O. S. 189 (nr. XVII); *Moser* a. a. O. S. 187.

18 **1438**, Jun. 30. König Albrecht II. ertheilt der Stadt Biberach einen allgemeinen Privilegien-Bestätigungsbrief. (R.) *Lünig* a. a. O. S. 304 (nr. VI, 7).

19 **1442**, Febr. 1. König Friedrich III. bestätigt in gleicher Weise den Bürgern der Stadt Biberach — „doch sinem loblichen haws Oesterreich an sein Herscheffften vnd gutern, ob sy der icht innhietn, vnvergriffenlich" — ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 52 nr. 448.

20 **1442**, Aug. 10. Derselbe gibt der Stadt Biberach eine neuerliche General-Bestätigung ihrer Privilegien. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 108 nr. 969.

21 **1486**, Oct. 11. Kaiser Friedrich III. „ändert die Gewonheit und das Herkommen der Stadt Biberach, vermöge welcher die Enkel zu der Erbschaft ihrer Grossältern mit den Geschwistern ihrer Väter und Mütter nicht zugelassen wurden, dahin ab, dass künftig die Enkel zu solchen Erbschaften nach Ordnung der gemeinen geschriebenen Rechte zugelassen werden." *Chmel* a. a. O. S. 727 nr. 7865.

22 **1487**, Febr. 22. Derselbe erneuert den Bürgern von Biberach ihre vom Könige Ruprecht erhaltene Freiheit [nr. 16], schädliche Leute zu fahnden und deren Missethaten zu strafen. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 733 nr. 7946.

23 **1488**, Jul. 18. Derselbe verändert und bessert der Stadt Biberach, um so deren „getrewen vnd nuzlichen Dienst in Heerzugen vndt Veldt", insbesondere die „riterlichen vnd kekhlichen" Thaten ihrer Hauptleute und Mannschaft im flandrischen Kriege König Maximilian's zu belohnen, „jhr Wappen vnd Cleinet." *Lünig* a. a. O. S. 196, 97; *Moser* a. a. O. S. 190. (Extr.)

Eine Reihe weiterer Privilegien-Briefe (v. 1333, 1415, 1444, 1471 b. *Lünig* a. a. O. S. 183, 190, 191, 195 und *Moser* a. a. O. S. 185, 188–90) betrifft das im J. 1258 gestiftete Spital der „Sondersiechen" zu Biberach und dessen specielle Rechte und Freiheiten.

4) *Haltaus*, Glossar. col. 1498.

Die Satzungen des Rathes, von welchen einzelne nach *v. Pflummern's* handschriftlichen „Annales" *Wechsler* a. a. O. S. 87, 88, 157, 158 gelegentlich anführt, enthielt das „alte Statutenbuch", über welches jedoch nähere Notizen fehlen.

Endlich bewidmet mit dem Rechte Biberach's finden wir die Reichsstadt Buchau am Federsee, wovon unter diesem Artikel eingehender zu handeln ist[5]).

XCIII. Biel.

(Schweiz, Kt. Bern.)

„Die Stadt Biel, nach ihrer Uranlage und ächten ursprünglichen Verfassung, bis zu ihrer gewaltsamen Umwandlung und Verunstaltung im Eingang des 17. Jhdts., ein Beytrag zur Staatsgeschichte des Schweizerlandes", o. DO. 1795. 8⁰. Chr. W. *Binder*, Geschichte der Stadt und Landschaft Biel in ihrem Zusammenhange mit der Geschichte der Eidgenossenschaft, III. Bdch. Biel 1834. 8⁰ C. A. *Bloesch*, Geschichte der Stadt Biel und ihres Panner-Gebietes, III Theile Biel 1855, 56. 8⁰. Vgl. auch *Trouillat*, Monuments de Bâle Tom. II p. LXIV ss. (Trouillat's Werk kann zugleich als Urkundenbuch der Stadt Biel gelten.)

A. Rechtsbriefe und Statute.

1 **1234**. Berchtold, Herr von Neuenburg verpfändet seine reichsvogteilichen Gerechtsame über Biel — „advocatiam, quam habebat jure feodali a venerabili domino Henrico (II.), Dei gratia Basiliensi episcopo, in burgo de Biello" — an das basler Hochstift. *Trouillat* l. c. Tom. I Nr. 365 p. 541. Vgl. *Blösch* a. a. O. Thl. I S. 53 flg.

2 **1275**, Nov. 26. König Rudolph I. verleiht aus besonderer Neigung zu dem Bischofe von Basel, Heinrich IV. (von Isena), den Bürgern seiner herkömmlich so geheissenen „Stadt" Biel alle Freiheiten und Rechte von **Gross-Basel**:

„Rudolfus, Dei gratia Romanorum rex semper augustus, villico, consulibus et universitati civium in Byela graciam suam et omne bonum. Cum ob specialem dignacionem et dilectionem, quam ad karissimum principem nostrum Henricum, Dei gratia episcopum Basiliensem, ob laudabilia et utilia obsequia, quae imperio nostro et nobis fidelissime impendit, habere intendimus, vos et castrum ac oppidum in Byella, quod volgari consuetudine civitas vocatur, graciis et favoribus specialibus prosequi cupimus, concedendum tenore presentium et etiam indulgendum, quod omni privilegio et libertate ac jure, quibus cives et **maior civitas Basiliensis** utuntur, gaudeatis integraliter et fruatis in futurum. Nulli ergo hominum liceat hanc nostrae concessionis gratiam infringere, vel ei ausu temerario contraire; quod si facere praesumpserit, gravem nostrae indignacionis se noverit incursurum offensam. Datum Basileae VI Kal. Decemb. Indictione quarta. Anno Domini M. CC. LXX quinto, regni vero nostri anno tercio."

Abdrücke: *Gerbert*, Cod. epistol. Rudolphi I., Auctar. diplom. P. III Nr. VI p. 244; *N. Schweizer. Museum* Jahrg. 1794 Heft 8 S. 596; *Stadt Biel* (1795) Beyl. I S. 157, 58; Chr. Fr. *Morel*, Abrégé de l'histoire du cidevant Evêché de Bâle (Strasb. 1813. 8.⁰) p. 168; *Solothurner* Wochenblatt f. 1828 S. 525; *Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 204 p. 263, 64; K. *Zeerleder*, Urkk. f. d. Gesch. der Stadt Bern Bd. II Nr. 654 S. 176. Deutsch b. *Binder* a. a. O. Bdch. I S. 25 und *Blösch* a. a. O. S. 60.

1296, Jan. 7. Bischof Peter [I. Reich von Reichenstein, † 5 Apr. 1296] zu Basel vereinbart mit dem Rathe seiner Stadt Biel, und zwar zuvörderst nur für die Dauer eines Jahres, eine Reihe grösstentheils strafrechtlicher, nämlich vorzugsweise die Bussen für gewisse Vergehen bei Einheimischen und Ausleuten, sowie die Stadtverweisung betreffender Satzungen, s. g. erste Handfeste: 3

„Wir Peter von Gottes gnaden bischoff zu Baselle, durch frid und durch gnade unserre stette von Byelle haben uffgesezt dise eynunge, die hernach geschriben standt, und habendt das geton mit des rattes wille unserre vorgenannten stette von *Byelle*, und sind also: §. 1. Wer den andern ze tod schlecht, der sol niemer komen in die statt, ist das er entrinnet; und weler burger den andern verwundet mit geweffender handt, der gibt iii pfund, und ist fünff wochen von der statt, unnde nennen (?) de gewefendte handt, was er in die handt nimmet, damitte er den andern verwundet; und wundet ein ussman einen burger mit gewefendter handt, der gibt fünff pfund den burgern, und ist ein halb jar uss der statt. §. 2. Und schlecht ein burger ein andern burger mit gewefender handt, oder grifft in sonst frefenlich an, der gibt den burgern ein pfund, und ist fünff wochen von der statt; und wurde ein burger uf den anderen dringende frefenliche, und also, das man in hube, der gibt den burgeren x schil. und ist viertzehen tage von

[5]) Ueber die Theilnahme Biberach's an den verschiedenen Städtebündnissen des XIV. Jhdts. s. *Wechsler* a. a. O. S. 64—67.

der statt. §. 3. Und rettete ein burger dem anderen die wort, die der rat für scheltwort erkennet, der gibt zehen schilling, und ist viertzehen tage von der statt. §. 4. Und schlecht ein ussman einen burger mit gewefenter hand, oder grift in sonst frefenlich an, der gibt den burgern dry pfund, und ist dry manode von der statt; und wurde ein ussman uf ein burger dringende, so frefenlich, das man in hube, der gibt ein pfund, und ist zwen manode von der statt; und spricht er im scheltwort, so gibt er ein pfund, und ist zwen manode von der statt. §. 5. Und umbe den heimsuch, den ein burger dem anderen tut, gibt er als vil, als umbe die wundaten; und ouch ein ussman gegen dem anderen als vil umbe den heimsuch, als umbe die wundaten. §. 6. Und wan die burger ussfarend mit ir banier, alle diewile so sy uss sind, so wärt die einung under den burgeren rechte als in der statt. Und wär von der panier goht, der gibt fünf schillinge, und wär wider heim godt one urloub ee die banier, der gibt zehen schilling, und ist ein manot von der stat. §. 7. Und was kriege in der stat erhaben werdend, werdend die gespart [1]) vor der stat, die gebend also vil da usse, als in der stat. §. 8. Und wär den anderen ladet vor der stat tor, der gibt fünf schilling, und ist siben tage von der stat. §. 9. Und umb dise einunge got dem richter noch dem klegere irs rechtes nit abe, und wem die stat wirt verbotten, der sol nit wider darin komen, ee das er sich mit dem kleger geschlichtet und mit den burgeren. §. 10. Wir setzen och uf, das ein burger den andern mag klagen von der stat umbe gulte ze rehten tagen, ob man sins gutes so vil nit findet, da von man in richten möge. §. 11. Und wem och die stat mit gerichte verbotten wurde, belibe der da inne one des richters und des rates urlob, oder gieng er har wider in, so er uss keme, one der vorgenanten urloub, des richters und des rates, den sol der richter gehalten und der rat, und wellen so vil mer, wer wider in die stat keme daruber, so sy im verbotten wurde mit gerichte, oder er verschuldet nach der vorgenenten einunge forme, das er da usse solte syn, wenn der wider in kumet, wie viel er dene uss der stat ist gewesen, damit hat er nit geleistet, und uber sine andre busse, die im da vor geschriben stand, die er tun sol dem kleger und der stat, so fahet sin zil da usse ze sinde recht vor an, als ob er nie nit geleistet hete. §. 12. Und umbe dise eynunge und dise gesetzede stot es an des rates bescheydenheit uf irn eid, und wellen, das dise einunge und dise gesetzede stette beliben untz sante Johannes tage des teüffers, dem nehsten, der an ze komende ist, und da von uber ein jar. §. 13. Und durch datz dise einunge stetty beliben, als sy dar uber geschriben stond, so hand wir vorgenanter bischof Peter von Basell unser ingesigele mit unserer vorgenanten stette ingesigeln von Byell geheissen henken an disen gegenwurtigen brief. Datum et statutum, anno Domini MCC nonagesimo sexto. Crastino Epiphanie Domini." *Trouillat* l. c. Nr. 464 p. 599—601 [leider! nach einer nicht völlig correcten Copie a. d. XVII. Jhdt.] Vgl. *Blösch* a. a. O. S. 67, 68.

1300, Sept. 26. Bischof Peter II. (von 4
Asphelt) zu Basel wiederholt vorstehende Handfeste, deren Geltung auf zwei Jahre, welche von „Sant Michels Mess" 1300 beginnen sollen, festsetzend. *Trouillat* l. c. Nr. 553 p. 732.

1305, Mai 1. Derselbe erneuert die bie- 5
ler Handfeste — „in einzelnen Punkten abgeändert, in andern genauer bestimmt, in mehreren Beziehungen ergänzt, in Hinsicht auf die Strafbestimmungen geschärft" — für weitere fünf Jahre. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 81.

1309, Jul. 1. König Heinrich VII. 6
bestätigt dem „oppido et castro Byello" unter Hinweisung auf die Begnadungen seiner Vorgänger im Reiche, „ut ejusdem libertatis gratiis et juribus gaudeat ac fruatur, quibus civitas **Basiliensis** ex gratia et indulsione imperatorum et regum Romanorum frui dinoscitur et gaudere." *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 84 p. 150, 51.

In Folge ihrer, auch durch die Könige Adolph und Albrecht I. wiederholten Bewidmung mit dem basler Rechte im Rudolphinum v. 1275 [nr. 2.] empfing die Stadt Biel auf Verwendung ihres Rathes von jenem der Stadt Basel zweimal beglaubigte Abschriften von Freiheitsbriefen der Letzteren zugefertigt, nämlich a) am 26. Aug. 1304 drei solche Copien von Urkunden der Könige und Kaiser Friedrich II. (1227), Rudolph I. (1274) und Albrecht I. (1298), betreffend die Fähigkeit der Bürger zum Ritterlehen-Besitze und die Nichtpfändbarkeit derselben für Schulden des Bischofs oder sonstiger dritter Personen; und b) im November 1365 vier solche Copien von den oben im Art. „Basel" unter nr. 32—35 (S. 140, 41) aufgeführten Rechtsbriefen Karl's IV. a. d. J. 1357. Vgl. *Blösch* a. a. O. S. 75—80, 123 flg.

1310, Sept. 29. Johann von Bären- 7
fels, der Pfleger des Bisthums Basel und Richter am weltlichen Gerichte, setzt mit

1) Erhalten, fortgesetzt?

Willen des Rathes und der Bürger von Biel eine neue — die bisherige Handfeste bestätigende und mit zeitgemässen Zusätzen vermehrende — Einung auf, welche jedoch nur bis zu des Bischofs Otto [von Granson] Rückkehr aus Italien Gültigkeit haben sollte. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 84.

8 **1315**, Jun. 15. König Friedrich der Schöne confirmirt auf Bitten des (seiner Partei anhangenden) basler Bischofs Gerhard von Wippingen den Bürgern von Biel neuerlich den Genuss der Freiheiten und Rechte der grösseren Stadt Basel. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 88.

9 **1327**, Jul. Bischof Hartung (Mönch) von Basel bewilligt seiner Stadt Biel zur Belohnung ihrer Anhänglichkeit zwei Jahrmärkte zu je vier Tagen, den einen im Monate Juni, den anderen im October, mit der Zusicherung, dass er Alle, welche auf diesen Jahrmarkt kommen oder von demselben zurückkehren würden, schützen und vertheidigen wolle, so weit die Grenzen seiner Herrschaft reichten. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 91, 92.

10 **1329**, Apr. Bischof Johann I. [von Chalons] zu Basel bestätigt und bekräftigt aufs Neue seiner Stadt Biel „alle Freiheiten und guten Gewohnheiten, und alle deshalb von seinen Vorfahren an dem hohen Stifte Basel ausgestellten Briefe." (R.) *Blösch* a. a. O. S. 93.

11 **1336**, Jul. Bischof Johann II [Senn von Münsingen] zu Basel confirmirt auf Ansuchen des Rathes von Biel der Stadt ihr Jahrmarkts-Privileg v. 1327 [nr. 9], dabei zugleich gelobend, dass er „alle übrigen Rechte und guten Gewohnheiten, wie man dieselben in früheren Zeiten besessen und benutzt habe, und zwar namentlich auch das Recht, von dem ausgeschenkten Weine ein Umgeld zu beziehen, treulich achten wolle." (R.) *Blösch* a. a. O. S. 96, 97.

12 **1347**, Jan. 5. Derselbe bestätigt seiner Stadt Biel — welche ihm nach längeren durch Schiedspruch beigelegten Zwistigkeiten Huldigung geleistet — die Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten, wie sie die Bürger von Kaisern und Königen erhalten haben. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 105.

Schon in dem Schiede Graf Ludwig's von Neuenburg v. 1. Jul. 1346 war ausgesprochen, dass die Bürgerschaft von Biel bei ihren bisher besessenen und benutzten Freiheiten und Rechten verbleiben solle. Vgl. *Blösch* a. a. O. S. 103, 4.

13 **1352**, Nov. 27. Bischof Johann II. von Basel setzt sich mit dem Grafen Rudolph von Neuenburg, Herrn zu Nidau, wegen der beiden Theilen zu Biel zustehenden Gerechtsame, vornehmlich in Ansehung der Behandlung gefangener Diebe, ausserdem noch in Beziehung auf Geleit, Brückengeld, Zölle u. s. w. aus einander. *Trouillat* l. c. Tom. IV Nr. 14 p. 53. Vgl. *Blösch* a. a. O. S. 113 flg.

1352, Dez. 29. Der genannte Bischof 14
gibt den Bürgern seiner Stadt Biel eine neue, die s. g. zweite Handfeste, theils blose Wiederholung der früheren Einungen [nr. 3, 5, 7], theils auf den inzwischen zu letzteren ergangenen Raths-Verordnungen beruhend, welche beiden Materialien hier vereinigt, erläutert und wohl auch mit neuen Vorschriften, z. B. wie es mit den Gütern gerichteter und entwichener Todtschläger zu halten und in wieweit ein Erbgang in solche statthaft sei (§§. 1, 2); welche Nachtheile den die Wahl in den neuen Rath ausschlagenden oder eine Rathsversammlung versäumenden Bürger treffen sollen (§. 14); über die vom neu gekorenen Rathe und vom Meier sich gegenseitig bezüglich der Aufrechthaltung der Handfeste zuzuschwörenden Amtseide (§. 15), erweitert erscheinen. Ungedruckt, aber in deutscher Bearbeitung (15 §§.) bei *Blösch* a. a. O. S. 106—9.

Es blieb übrigens die Handfeste v. 1352, welcher Bischof Johann am 12. Jan. 1353 noch einen, die Rückkehrs-Befugniss Ausgewiesener bei Feindes- und Feuersgefahren statuirenden Zusatz beigefügt hat, nicht nur das ganze Mittelalter hindurch, sondern sogar bis herab auf die neuere Zeit „das Grundgesetz, an welches der Meier, der Rath, die Bürger und die ganze Gemeinde gebunden waren." *Blösch* a. a. O. S. 168. Vgl. auch *Stadt Biel* (1795) S. 19.

1365, Nov. 10. Bischof Johann III. 15
(von Vienne) zu Basel bestätigt der Stadt Biel die Freiheiten, Privilegien und Rechte, welche sie in früheren Zeiten von Kaisern, Königen oder Fürsten erhalten hat, sowie alle Gebräuche und guten Gewohnheiten, wie sie bisher in Uebung gewesen sind. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 124.

1376, Jun. 10. Derselbe gewährt der 16
Stadt Biel, um sie, welche durch Brand und Raub so schwer und freventlich verwüstet worden, in der Wiedererbauung ihrer Häuser zu erleichtern — „bona et jura quecunque, quibus inherere dinoscitur seu inheret jus patronatus ecclesie parochialis opidi, una cum suis utilitatibus, redditibus et pertinentiis universis", über welche bereits im Besitze und Genusse der Stadtgemeinde befindlich gewesenen Rechte und Güter von nun an dieselbe frei nach Belieben zu verfügen und selbst Pfand- und Veräusserungsverträge abzuschliessen befugt sein soll. *Trouillat* l. c. Nr. 164 p. 354, 55. [Ueber die für

Biel unheilvollen Jahre 1367—1375, auf welche gegenwärtige Urkunde hinweist, s. *Blösch* a. a. O. S. 124—34.]

17 **1380**, März 12. Derselbe verleiht seiner fast gänzlich zerstörten und entvölkerten Stadt Biel zu einiger Aufhülfe, nachdem er sie zuvörderst als dem Hochstifte gehörig und deren Bewohner als bischöfliche Unterthanen feierlich erklärt hat, eine Reihe von Gnaden, dabei zugleich sowohl die Bewidmung mit dem gross-basler Rechte wiederholend, als auch alle Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten, welche den Bürgern Biel's frühere Kaiser, Könige und Bischöfe bewilligt hatten, neuerdings bestätigend. [Ungedruckt, aber wörtlich wiederkehrend in der Urkunde nr. 20] Inhalts-Darstellung b. *Blösch* a. a. O. S. 135, 36.

18 **1382**, Aug. 24. Heinrich von Masmünster (de Maisonwal), nach Bischof Johann's III. Tod zum Bisthumsverweser bestellt, gelobt für sich und seinen Nachfolger eidlich der Stadt Biel, dass er ihre althergebrachten Freiheiten, Privilegien, Gewohnheiten und Rechte bestätige, dieselben unverbrüchlich halten und niemals vermindern oder schmälern, vielmehr mit aller Macht beschützen, endlich Stadt und Schloss einem rechtmässig erwählten Bischofe erst dann übergeben wolle, wenn auch dieser obige Freiheiten, Privilegien, Gewohnheiten und Rechte bestätigt und zu halten versprochen haben werde. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 139, 40.

19 **1383**, Jul. 1. Der neu-erwählte Bischof von Basel Imer [von Ramstein] confirmirt „omnes libertates, franchisias, privilegia, usus, consuetudines et jura civium de Biello." *Trouillat* l. c. Nr. 201 p. 432, 33.

20 **1388**, März 12. Derselbe bestätigt vom Neuen den Bürgern und Einwohnern der Stadt Biel — „qui episcopi et ecclesiae Basiliensis sunt et erunt homines ligii, justiciabiles et fideles subjecti pro se et eorum heredibus ac singulis successoribus ibidem futuris", — um sie für ihre getreuen Dienste zu belohnen, alle „gratias, libertates, immunitates, privilegia, exemptiones et franchisias", indem er nachfolgende Freiheiten und Begünstigungen besonders hervorhebt: 1) die Bürger von Biel sollen sammt ihren Nachkommen — natürlich unbeschadet den von Alters hergebrachten „juribus ordinariis" der bischöflichen Kirche — „liberi, franci, quitti et exempti ac exonerati ab omni tallia, impositione et exactionibus quibuslibet, omnique jugo servitutis", ferner 2) auf den Stiftsliegenschaften, woran sie ehedem „usumfructum et usagia" gehabt, vollkommen weideberechtigt, sowie 3) befähigt, „feoda per nobiles teneri consueta, sive sint feoda homagiorum vel feoda castrensia, et quaecumque alia" zu erwerben, dann auch 4) unpfändbar sein um einer Handlung oder eines Geschäftes des Hochstiftes oder Bischofs willen; sie sollen 5) von Fällen der Rechtsverweigerung abgesehen, nicht geladen oder belangt werden dürfen „in palatio generali seu provinciali judicio, in vulgari teutonico dicendo landgericht, nec coram aliquo quocunque judice alieno, praeterquam coram villico de Biello", vor welchem sie jedoch in Rechtshändeln jeglicher Art sich stellen müssen; 6) dieser Meier soll auch in allen städtischen Gerichten den Vorsitz führen und Bürger als „consules", wie es bisher üblich gewesen, an der Seite haben; 7) das Meieramt selbst aber blos an einen „homo ecclesiae Basiliensis" vergeben werden; 8) die Bürger zu Biel sollen „omnes et singulas has francesias, libertates, privilegia, immunitates et jura, quae habet et quibus gaudet civitas Basiliensis major", geniessen, und auch 9) alle übrigen von den Königen, Herzogen, Kaisern und Bischöfen herrührenden Freiheiten, sowie „jura etiam, bonos usus et laudabiles consuetudines, quae et quas ab antiquis habuerunt temporibus et quibus usi fuerunt", desgleichen 10) „omnem potestatem, jurisdictionem, bonos usus et laudabiles consuetudines" des Meiers, der Rathmannen und der Gemeinde bestätigt und erneuert erhalten; 11) die Anordnungen hinsichtlich des Stadtbanners und der Bannerträger („vexilla, vexillatores seu vexilliferi") und jegliche Aenderungen hierin sollen dem Meier, dem Rathe und den Bürgern zukommen; 12) alle Bewohner des „jenseits dem Schlosse gelegenen" Landstriches, wie bisher, zur Stadt Biel gehören und „sub bannerio seu vexillo illius opidi" stehen, daher den Bürgern Hülfe leisten, so oft diese „pro utilitate seu necessitate ecclesiae Basiliensis" aufgeboten werden; auch sollen 13) die „villici seu officiarii, quibuscunque nominibus censeantur, ultra Petram scissam existentes", d. i. in dem vorhin bezeichneten Landstriche, dem Meier von Biel untergeben und seiner Befehle und Weisungen gewärtig sein; 14) die Privilegien, Freiheiten und Begnadungen, welche Biel oder die übrigen Städte, Länder und Leute der basler Kirche vom Bischofe Johann von Vienne ehedem empfangen haben, sollen, insofern sie „praemissis indulgentiis, libertatibus, privilegiis, francisiis, articulis seu ordinationibus praejudicare possent seu eosdem articulos in toto vel in parte infringere", hiemit widerrufen und für nichtig erklärt sein; endlich 15) die Thorschlüssel der Stadt durch Meier, Rath und Gemeinde geeigneten Personen zur Obhut an-

vertraut werden. Uebrigens soll dem Hochstifte an seinen ordentlichen Gerechtsamen, Einkünften, Besitzthümern, Renten und Gefällen, überhaupt allen Herrschafts- und Eigenthums-Befugnissen durch diesen Rechtsbrief kein Schaden zugehen, und alles Vorstehende nur „autoritate Papae et Imperatorum in omnibus semper salva" zu Recht bestehen, sowie auch nochmals den Bürgern von Biel vollkommener Schutz im Genusse aller vorgedachten Freiheiten und Gerechtigkeiten zugesichert wird.

Abdrücke: *Stadt Biel* (1795) Beyl. II S. 160 — 72; *Binder* a. a. O. S. 49 — 59; *Trouillat* l. c. Nr. 239 p. 498 — 503. Inhalts-Darstellung b. *Blösch* a. a. O. S. 143—46.

21 **1393**, Septbr. 22. Bischof Konrad (Mönch) zu Basel gelobt der Stadt Biel bei seiner Fürstentreue, sie bei ihren Freiheiten, Rechten und guten Gewohnheiten zu schützen und ihr dieselben nur zu mehren nicht zu mindern. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 156.

Einen Versicherungsbrief gleichen Inhalts hat von da an jeder neu-gewählte und päbstlich bestätigte Bischof von Basel sofort nach der Besteigung des bischöflichen Stuhles der Stadt Biel ausgefertigt. Vgl. *Blösch* a. a. O. S. 158 (1401), 196 (1418), 200 (1423), 210 (1437), 226 (1451), 240 (1458), Thl. II S. 15 (1478).

22 **1405**, Febr. 14. Der basler Bischof Graf Humbert von Neuenburg erlaubt dem Meier und Rathe von Biel, zur Herstellung der noch immer schadhaften Mauern und Thürme ihrer Stadt an einem näher bezeichneten Platze Steine zu brechen. (R.) *Blösch* a. a. O. Thl. I S. 181.

23 **1411**, Jul. 25. Derselbe verpfändet der Stadt Biel seinen Zoll allda auf Wiederlosung. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 182.

24 **1434**, Jan. 10. Kaiser Sigismund bestätigt der Stadt Biel alle Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten, welche sie von seinen erlauchten Vorfahren, namentlich Rudolph I., Albrecht I. und Heinrich VII., einst bewilligt erhalten hatte. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 208.

25 **1468**, Nov. 17. Bischof Johann (von Venningen) zu Basel verleiht seiner Stadt Biel die Malefizgerichtsbarkeit, dabei bezüglich der Bussen und Kosten näher bestimmend, dass künftighin 1) bei todeswürdigen Verbrechen und Selbstentleibungen innerhalb der Stadt Zielen der Bischof zwei Drittheile und die Stadt einen, sowohl von den Bussegeldern als von dem nachgelassenen Gute, bei anderen schweren Vergehen, z. B. Mass- und Gewichtsfälschungen aber der Bischof und die Stadt je die Hälfte der Strafe erhalten, 2) die gleiche Theilung dann auch bei kleineren Delicten zwischen dem Meier und dem Rathe stattfinden, und ebenso 3) in demselben Verhältnisse jede Partei die Kosten der Urtheils-Vollstreckungen tragen solle; dass aber 4) bei Verbrechen, welche ausserhalb der Stadt Zielen begangen worden, die Busse allein dem Bischofe gebühre, welchem auch 5) das Rathhaus und die Richtstätte für die Zwecke der peinlichen Rechtspflege stets von den Bürgern zu überlassen seien. (R.) *Blösch* a. a. O. S. 242.

1484, Nov. Bischof Kaspar (ze Rhyne) 26
von Basel vergleicht sich auf einem Sühntage zu Bruntrut mit Rath und Gemeinde der Stadt Biel a) wegen des der Letzteren für ewige Zeiten zu überlassenden Zolles auf dem Lande, und b) wegen Einräumung des Burgplatzes zur Anlegung eines städtischen Zeughauses. (R.) *Blösch* a. a. O. Thl. II S. 16.

1493, Sept. 25. Zwischen dem genann- 27
ten Bischofe und der Stadt Biel ertheilen Bürgermeister und Rath von Basel einen Schiedspruch dahin: „da Bischof Imer denen von Biel ihre Rechte und Freiheiten geordnet; da von ihm und allen seinen Nachfolgern stets Ritter und Edelknechte zu Meier gewählt worden seien: so sollten die von Biel bei ihren Rechten, Freiheiten und guten Gewohnheiten verbleiben, und müsse ihnen ein geborener Edelmann, welcher des Stiftes Mann sei, zum Meier gegeben werden, wie denn das von Altem her und bis auf jetzt gekommen sei." *Blösch* a. a. O. S. 21, 22.

1495, März 23. Bischof Kaspar von 28
Basel ertheilt mit Zustimmung seines Capitels dem Rathe und den Bürgern der Stadt Biel die Erklärung und Zusicherung, „dass zu dem Meieramte in vorkommenden Fällen entweder ein geborener Stiftsedelmann oder ein Mitglied des kleinen Rathes gewählt werden solle." *Blösch* a. a. O. S. 22.

Um des besseren Verständnisses der verzeichneten Rechtsbriefe willen möge noch am Schlusse eine gedrängte Uebersicht der gemeindlichen Verfassung Biel's während des Mittelalters — auf Grundlage der ebenso eingehenden als lehrreichen Erörterungen von *Blösch* a. a. O. Thl. I S. 61 flg. 165 flg. 310 flg. Th. II S 22 flg. — eine Stelle finden.

Hier treffen wir nun seit den frühesten Zeiten als obersten Beamten einen vom Bischofe zu Basel in Folge seiner stadtherrlichen Gewalt, zuweilen allerdings mit Beachtung der Wünsche der Bürgerschaft, aus der Zahl der stiftischen Dienstmannen ernannten und alljährlich neu bestätigten sowie durch einen s. g. Amtsbrief legitimirten „villicus" oder „Meier" an, welcher in der Rathsversammlung „den Stab führte",

die dem Bischofe zu leistenden Treue-Eide entgegennahm, und in Verbindung mit den Rathmannen die Rechtspflege, namentlich in Strafsachen, ausübte.

Die eigentliche Stadt-Obrigkeit war aber der anfänglich aus zwölf, später aus doppelt so vielen Mitgliedern („consules") zusammengesetzte s. g. kleinere oder engere Rath, welcher im Anfange eines jeden Jahres halbtheilig, d. h. durch Austritt und beziehungsweise Neuwahl der einen Hälfte, gewechselt wurde An seiner Spitze standen ursprünglich ein, nachmals zwei Bürgermeister, aus dem Gremium selbst gewählt und insonderheit mit der Verwaltung des Gemeindegutes, der Besorgung der Einnahmen und Ausgaben betraut. Handelte es sich jedoch um die wichtigsten städtischen Angelegenheiten, z. B. Abfassung neuer Statute, Besetzung gemeindlicher Aemter, Unternehmung eines Kriegszugs, Beilegung von Zunftstreiten etc., so ergänzte sich jener kleinere Rath durch Beiziehung von vierzig weiteren Bürgern zum s. g. grossen oder gemeinen Rathe, plenus consulatus. Endlich die Wahl des mit der Oberleitung des städtischen Militärwesens bekleideten Venner's lag stets der gesammten Gemeinde ob, welche sich zu diesem Behufe Vorschläge vom engeren und grossen Rathe einbringen liess. Auch trat dieselbe einmal des Jahres, im Monate Januar, zur Feier der Huldigung und Regimentsbesetzung zusammen, bei welcher Gelegenheit die Handfeste und der bischöfliche Freibrief durch den Stadtschreiber verlesen und allseitig beschworen zu werden pflegten.

Endlich der städtischen „Gesellschaften" oder Zünfte waren in älterer Zeit nur sechs, nämlich jene der Pfauen (von ihrem Wappenbilde so geheissen und alle Ritter und Edlen, welche keinerlei Handwerk betrieben, umfassend), der Waldleute d. i. Zimmerer, Maurer, Schlosser und Schmiede, der Metzger, Gerber, Pfister und Rebleute gewesen. Nachher kamen zu diesen noch die Weber, Küfer und Fischer hinzu. Im XV. Jhdt. hat sich jedoch eine andere Ausscheidung in acht Innungen entwickelt und festgesetzt, indem wir als eine neue jene der Schuhmacher auftauchen, dafür aber die der Weber und Küfer als selbständige Gesellschaften untergehen sehen. In noch höherem Grade hatte sich übrigens der ursprüngliche Charakter dieser Verbindungen, welche z. B. im XIII. Jhdt. fast ausschliesslich als die Trägerinnen der gewerblichen Polizei erschienen waren, seit dem XIV. Jhdt. umgestaltet, indem sie von da an eine überwiegend militärische Bedeutung annahmen, so dass ihre Lebensaufgabe hauptsächlich in dem s. g. Bannerdienste gefunden ward. Jede Gesellschaft besass aber ihre eigene Stube, wo sie sich versammelte, ferner einen Obmann als Vorsteher, und eine Casse, die s. g. Reisbüchse, aus welcher namentlich auf Kriegsfahrten die Solde bestritten wurden.

B. Rathsstatute.

Bereits gegen den Ausgang des XIV. Jhdts. hatten Meier, Rath, Bürger und Gemeinde von Biel eine officielle Sammlung der bis dahin zu Stande gekommenen und noch anwendbaren Einzel-Verordnungen mit der Bestimmung veranstaltet, dass die darin begriffenen „Rechte und Satzungen von diesem Tage hin immer und ewiglich in ihrer Stadt Biel für ein gemeines Recht stät und fest gehalten und gehabt werden sollten." Diese s. g. **„Stadtsatzung"** umfasst aber 40 Artikel nachstehenden Inhalts: 1—8. Gatten- und Kinder-Erbfolge bei erster und zweiter Ehe; 9. freies Vergabungsrecht in Ansehung des liegenden und fahrenden Gutes, nur durch die Vorschrift beschränkt, dass die rechten Erben auf solche Weise nicht völlig enterbt werden dürften; 10. Baulast bei Leibgedingen; 11. Ahndung der Verletzungen städtischer Baugebote; 12. Nachbarpflicht in Bezug auf Mauerbauten; 13. Weinpfennig für die Bauherrn; 14—16. Güter-Ersitzung binnen Jahr und Tag, zwei und fünf Jahren; 17. Besserung bei unrechtmässigen Besitzstörungen; 18. Busse wegen „Tagung" eines Bürgers vor auswärtigen Richtern oder Angreifung und Bekümmerung des Ersteren mit fremdem Gerichte; 19. Strafe desjenigen Bürgers, welcher gegen einen Mitbürger einen Dritten „zu Tage führt"; 20. Kosten der „Tagedingung" um Eigen, Erbe oder andere Sachen; 21. Besserung bei Verwundungen von Bürgern „ausserhalb der Stadt Zielen"; 22. Bestrafung für Scheltworte, sowie 23. für ungewöhnliches Schwören, 24. für „verborgen Harnischtragen", 25. für Garten- und Weinbergs-Diebstähle und Erbrechungen von Zäunen, Thüren und Schlössern, 26. für eigenmächtiges Einnehmen von „Stadtgut", 27—29. für Feuer-Verwahrlosung; 30. Folgen des „Ausschwörens von der Stadt"; 31. Frevel „ausserhalb der äussern Zielen"; 32. Aufgebung des städtischen Bürgerrechts; 33. Vorbedingung für den Rathssitz; 34. Vormundschaftsführung durch Rathsleute und Weibel; 35. Fristen, wenn eine Frau „an einen Vogt dinget"; 36. Währschaft vor Gericht; 37. Erbringung einer „Kundschaft" (Zeugenbeweis); 38. Busse bei gerichtlicher Pfandgabe nicht-

eigener Sachen; 39. Rechte des Lidlohns; 40. Folgen gebrochener „Trostung" (Sicherheitsleistung).

Das Stadtrecht ist im Original-Texte noch ungedruckt; eine hochdeutsche Uebertragung desselben (nach der in des Stadtschreibers Hans *Serjant* Documentenbuch auf dem bieler Archive enthaltenen Abschrift) gibt *Blösch* a. a. O. Thl. I S. 169—77.

Im XV. Jhdt wurde dann eine Reihe mittlerweile ergangener Rathsverordnungen in der Form von Zusätzen der Hauptsammlung angefügt. Diese Nachträge beziehen sich z. B. auf die stracke Execution bei gichtigen Schulden unter fünf Schillingen (1425), auf die Folgen des Bruches eines an Eidesstatt geleisteten Treugelübdes (1440), auf die Bussen und sonstigen Rechtsnachtheile des Betrugs bei einer Eheschliessung (1450), auf das Retracts- oder Zugrecht der „nächsten Freunde bis an das vierte Glied" bei Verkäufen von Liegenschaften und Renten „im Twing und Banne der Stadt Biel gelegen" (1460) u. a. m. *Blösch* a. a. O. S. 314—16. (7 §§.)

Aber auch die zahlreichen, ausserhalb der beschriebenen Hauptsammlung uns erhaltenen Specialstatute aus dem XIV. und XV. Jhdt. bieten für die Verfassungs- und Rechtsgeschichte Biel's, namentlich für die Erkenntniss der Organisation und Verhältnisse des Rathes, des gemeindlichen Steuer- und Abgabensystems, der gewerblichen Zustände und des Gesellschafts- oder Innungswesens, der militärischen Einrichtungen und Anstalten etc., ein sehr reichhaltiges Material, wie schon die bei *Blösch* a. a. O. S. 105, 118, 211 flg, 230, 312, 316—19 und Thl. II S. 23, 29, 30 gegebene Aehrenlese daraus hinlänglich zu überzeugen vermag.

C. Bündnisse und Verträge.

Unter den politischen Conföderationen, welche Biel mit benachbarten Schweizerstädten und Herrschaften in nicht unbeträchtlicher Anzahl nach und nach eingegangen hat, stehen jene mit der Stadt **Bern** als die bei weiten einflussreichsten oben an. Es gehört aber das erste dieser Bündnisse dem J. **1279** (Sept.) an. Meier und Rath zu Biel einer- und Schultheiss, Rath und Gemeinde von Bern andererseits geloben und sichern sich hier gegenseitige Unterstützung bei Befeindungen, Anerkennung des ordentlichen Gerichtsstandes der beidertheiligen Bürger, Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu Frienisberg („Aurora") für Fälle, welche an den ordentlichen Gerichten nicht entscheidbar sein würden, endlich Einschränkung der Pfändungen, und zwar zunächst nur für die nach Weihnachten folgenden fünf Jahre zu:

„Nos Richardus miles, villicus de Biello, consules et communitas eiusdem loci notum facimus universis, quod nos unanimi consilio nostro adunavimus nos et confederavimus nos juramento a nobis prestito corporali cum illis de Berno, videlicet sculteto, consulibus et communitate ejusdem loci, a presenti die usque ad proximos natales Domini, et a dictis natalibus Domini in quinque annos continue subsequentes, tali forma: quod eosdem in jure, usagio et investituris suis bona fide, durante dicto termino, manutenere debemus, defendere et juvare, exceptis domino nostro episcopo basiliensi et kapitulo ejusdem loci, domino rege Romanorum, pueris suis, impendere contra omnes consilium, auxilium et favorem. Item statutum est inter nos, quod si aliquis nostrum contra aliquem vel aliquos de Berno habuerit, durante dicto termino, aliquam actionem, nos de ipsis in justicia sua jus nostrum prosequi debemus et tenemur per tres dies continue subsequentes, secundum jura et consuetudines eorundem. Illud idem facere debent in justicia nostra e converso. Si autem difficile quid inter nos et ipsos emerserit, ita quod plane in justicia nostra et justicia ipsorum concordari seu terminari nequeat, nos et illi de Berno debemus apud Auroram convenire ad diem, que fuerit inter nos et ipsos recollecta. Ibidem quelibet pars debet accipere et eligere duos de consulibus suis, et dicta discordia debet per ipsos quatuor jure, amore vel concordia terminari. Item statuimus ne aliquis nostrum aliquem ipsorum pignoret, nisi fuerit suus fide jussor et debitor. In hujus rei testimonium nos predicte communitates de Biello et de Berno sigilla nostra apposuimus huic scripto. Datum mense septembris, anno Domini M°. CC°. LXX°. nono." *Solothurner* WBl. f. 1828 S. 524; *Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 242 p. 318. 19; *Zeerleder* a. a. O. Bd. II Nr. 718 S. 240, 241 (mit beigefügter jüngerer Verdeutschung).

Im J. **1297** (Juli 8) haben dann Biel und Bern den vorstehenden Vertrag auf neun Jahre erneuert, sich zu wechselseitigem Schutze mit Rath und That wider Jedermann, mit Ausnahme des Bischofs von Basel, seiner Kirche und der dazu gehörigen Leute, verpflichtend und dabei die Bestimmung treffend, dass bei vorkommenden Streitigkeiten Aarberg der Schiedsort und vier „judices", je zwei aus dem „consilium" der einen und anderen Stadt gewählt, das Schiedsgericht sein sollten. Für den Fall sich hier ergebender Stimmengleichheit wird danach wei-

ter festgesetzt: „si ipsi pariter discordarent, tunc villicus noster et scultetus in Berno, qui pro tempore fuerint, esse debent persona media et communis, et quibus duobus ipsi duo consentirent, ordinatio vel recognitio illorum debet a partibus hinc et inde firmiter observari. Et hoc finem habere debet infra quindenam proximam, postquam actio seu querimonia fuerit inchoata“ — soferne nämlich der Meier und Schultheiss den Parteien nicht „dies ulteriores“ gewähren wollten, indem jene überhaupt bei Stimmengleichheit anordnen können, „quicquid eis secundum amorem vel justitiam videbitur expedire.“ Ferner wird bestimmt: „Statutum est vero inter ipsos et nos, quod aliquis nostrum coram judice vel judicio ecclesiastico aliquem ipsorum non debet convenire medio tempore nec citare. Preterea conventum est inter nos, quod aliquis nostrum conjuratorum nostrorum de Berno aliquem impignorare non debet, nisi ipsius debitorem vel fidejussorem. Pro debitis autem, de quibus fieret negatio, ad eorum venire debemus judicium et ibidem nobis et quilibet nostrum infra tres dies proximos justitie complementum facere tenebuntur.“ Schliesslich wird bei heiligem Eide getreuliche Festhaltung aller verabredeten Punkte zugesichert. *Trouillat* l. c. Nr. 501 p. 647—49; *Zeerleder* a. a. O. Nr. 903 S. 455 flg.[3]).

Nochmals erneuert wurde das vorstehende Bündniss auf zehn Jahre am 3. Oct. 1306, am 25. Apr. 1336 und im Febr. 1344, dann aber auf ewige Zeiten am 23. Jan. 1352. *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 55 p. 107—9; Tom. IV Nr. 7 p. 20—23 mit *Blösch* a. a. O. S. 95, 101, 114 flg.

Ausser Bern waren es vorzüglich noch Freiburg im Uechtlande, Solothurn und Murten, sowie die Grafen von Neuenburg und Mümpelgard, mit welchen Biel sich theilweise öfter wiederholende Schutzverträge abschloss. Man findet sie in chronologischer Uebersicht zusammengestellt in der Schrift: *die Stadt Biel* (1795) Beyl. IV S. 189 flg., ausführlicher geschildert aber b. *Blösch* a. a. O. Thl. I S. 96, 99, 100, 116, 161 u. s. w.

Endlich seit dem J. 1478 gehörte die Stadt Biel, zum Danke für ihre in den Burgunderkriegen bewährte Treue in den Bund aufgenommen, der helvetischen Eidgenossenschaft an. Vgl. *Binder* a. a. O. S. 86—100, *Blösch* a. a. O. S. 252—310, Thl. II S. 9, 10.

3) Die im Wesentlichen, bis auf die Personen, gegen welche Hülfe und Schutz nicht geleistet werden soll, inhaltsgleiche Urkunde Bern's v. 1. Jul. 1297 theilt *Trouillat* l. c. p. 648 (note) mit.

Bielefeld. XCIV.

(Preussen, Westfalen.)

E. A. F. C. (*Culemann*), Dritter Theil Ravensbergischer Merckwürdigkeiten, Worin insbesondere von der Stadt Bielefeld aus lauter beglaubten Urkunden gehandelt wird, Minden 1752. 8°. Vgl. auch P. F. *Weddigen's* Hist.-geogr.-statist. Beschreibung der Grafschaft Ravensberg in Westphalen, Bd. II (Leipz. 1790. 8°.) S. 3—30; *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. II S. 383—86.

1287, Mai 18. Graf Otto III. von Ravensberg bestätiget seiner Stadt Bielefeld 1
das ihr von seinen Vorfahren verliehene münsterische Recht, dabei zugleich die Zusicherung gebend, dass wider ihre Bürger wegen begangener Verbrechen nur in dem städtischen Gerichte mit Untersuchung und Urtheil verfahren werden solle, welches Alles Graf Otto IV. durch Urkunde v. 16. Jul. 1326 erneuert:

„Universis ac singulis presencium continenciam inspecturis vel audituris pateat evidenter, quod nos Otto comes de Ravensbergh, Bernhardus prepositus ecclesie Schildesensis eius frater, Margareta comitissa ad preces scabinorum et civium nostrorum in Bilvelde privilegia ipsis abolim a progenitoribus nostris data, cum ex vetustate perierint, de consensu heredum nostrorum sub sigillis nostris iuxta formam subscriptam presentibus duximus innovanda: Otto, Dei gracia comes de Ravensberge, omnibus presens scriptum visuris vel audituris salutem et cognoscere veritatem. Quoniam ab interitu mortalium vive vocis deficit probatio, necesse est, ut actus hominum temporales litterali testimonio confirmentur. Noverint igitur universi, quod nos comes prenominatus civitatem nostram Bilevelde ab antecessoribus sive a progenitoribus nostris esse recognoscimus libertatam, hanc vero libertatem, fratre nostro domino Lodewico ecclesie sancti Johannis Osnaburgensis et Scildecensis preposito et uxore nostra domina Hadewige comitissa ac omnibus heredibus nostris consentientibus, ratificavimus et ratificamus per presentes literas perpetuo duraturam. Item jus civile civitatis *Monasteriensis*, quod eciam prenominata civitas nostra habuit a dictis antecessoribus nostris, cum connivencia heredum nostrorum confirmavimus et confirmamus firmiter in hiis scriptis, volentes ut eadem civitas nostra Bile-

velde et omnes eiusdem civitatis cives sive burgenses semper regantur et gaudeant dicto jure. Hoc insuper expresso: si aliquis vel aliqui de prefatis civibus excessum commiserint, seu indignationem nostram aut heredum nostrorum incurrerit vel incurrerint, ita quod ipsi vel ipsis a nobis sive a heredibus nostris pro aliquo forefacto culpa inponatur, contra illum seu illos personaliter vel per officiales nostros coram iudicio vel consulibus sepe dicte civitatis nostre secundum iuris sententias procedemus, prorsus civibus Bileveldensibus iniuriam vel violenciam aliquam nullatenus inferendo. Ut autem omnia supradicta a nobis et ab omnibus heredibus ac successoribus nostris inviolabiliter observentur, presentem paginam inde conscriptam civitati nostre Bilevelde et universis civibus ibidem dedimus, sigillis videlicet nostro et fratris nostri domini Lodewici prepositi ac uxoris nostre domine Hadewigis comitisse, necnon filii nostri domini Hermanni Tungariensis prepositi roboratam. Datum et actum Bilevelde anno Domini millesimo ducentesimo octuagesimo septimo XV kalendas Junii. — Innovatio huiusmodi facta est in crastino divisionis apostolorum anno incarnationis dominice millesimo tricentesimo vicesimo sexto."

Gedruckt zuerst im „*Jus Statutarium Civitatis Bilefeldiensis*, Oder Bielefeldischen Stadt-Recht und Bürger-Sprache, sammt beygefügter Policey-Ordnung, wie auch einigen von Hoher Landes-Obrigkeit gnädigst confirmirten Privilegien und Freyheiten", Bielefeld 1685. 4°., Nr. I S. 6—12; dann bei *Culemann* a. a. O. S. 27, 28 und *Wilmans*, Westfäl. UBuch Bd. III Abth. I Nr. 173 S. 91.

Nach den Andeutungen von *Wilmans* (a. a. O. S. 90) hatte Bielefeld bereits vom Grafen Otto II. von Ravensberg — der auch Münze und Zoll dortselbst vom Reiche zu Lehen trug (*Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. III Abthl. I Nr. 60 S. 158, 59) — in den J. 1220—1226 städtische Rechte, und zwar jedenfalls schon nach dem Vorbilde Münster's, empfangen, und dann diese Verleihung Graf Ludwig zwischen 1226 und 1249 zum ersten Male confirmirt. Die vorstehende Urkunde enthält mithin die zweite und dritte Bestätigung. Dieser war nun das vom münsterischen Stadtrathe für Bielefeld in Gestalt eines Weisthums ausgefertigte „civile jus, quod exercetur in civitate Monasteriensi" mit dem Schlusssatze: „Preterea legem, quam habet Civitas Monasteriensis, plenarie habebit Bilefelde" und der hierauf bezüglichen Confirmations-Clausel: „Et nos Otto comes de Ravensberghe, Bernhardus prepositus ecclesie Schildecensis, ejus frater, Margareta comitissa pro nobis et heredibus nostris premissa omnia sub sigillis nostris appensis presentibus approbamus et irrefragabili confirmatione ad preces civium nostrorum in Bilevelde innovavimus. Anno Domini millesimo CCCmo vicesimo sexto, in crastino divisionis apostolorum" (*Jus. Statut.* S. 19, *Culemann* a. a. O. S. 32, 33, *Wilmans* a. a. O. S. 93) beigefügt. Es erscheint jedoch angemessener, das wichtige Document unter die Rechtsbriefe der Stadt Münster einzureihen.

1309, Jul. 16. Graf Otto von Ravens- 2
berg erlässt in Gemeinschaft mit dem Rathe und Richter („judex") der Stadt Bielefeld neue Satzungen a) über den Gewandschnitt — „ut nullus sartor vel lanifex aut hujusmodi professionis in nostro oppido supra dicto de panno incidendo vel vendendo aliqualiter se praesumat intromittere, nisi prius officio suo seu exercitio sartoris vel lanificis praehabito penitus resignato"; sowie b) für die Kaufleute-Gilde zum heil. Johannes — „cum ipsorum fratrum assensu et favore" —, nämlich über den Betrag und die Vertheilung der bei dem Eintritte in die „confraternitas" zu entrichtenden Gebühren und über die Strafgewalt, welche der Genossenschaft gegenüber ihren Gliedern bei allen nicht in „laesiones injuriosae" übergehenden „excessus" derselben zusteht. *Culemann* a. a. O. S. 253, 54.

1346, Oct. 1. Markgraf Gerhard von 3
Jülich — an welchen „de Herscaph tho Ravensberghe" durch Vermählung mit Gräfin Margaretha, Graf Otto's IV. Nichte, gekommen war — ertheilt, wie den übrigen Ständen des Landes, so insbesondere auch „beyden Steden tho Bilevelde, der alden Stat un der nyen Stat, Ridderen unde Knechten unde den meynen Borgheren" daselbst die Zusicherung, sie „bi al eren Rechte unde bi erer alden Wohnheit tho laten." *Culemann* a. a. O. S. 35—37.

1381, Nov. 22. Herzog Wilhelm zu 4
Jülich und Berg, Graf von Ravensberg und Herr zu Blankenburg, verleiht dem Rathe und den Bürgern seiner „nuwer Stat tu Bylevelde" die Gnade, „dat welch Man in derselven Stat wonet off hernaemals daryn ze wonen queme, he sy Paffe oder Leye, Dienstman oeder Huisman, de Wickbold Guit hedde, dat were Huiss, Garden, Lant oder Weddeschat, off dede he Kopenschop*) binnen dem vurschreven Slosse, so wilch de were . . ., dat de myt yn geve Schattinge, en Waken, graven en allen Pflicht doe, dat des Wickboldes Guitz, dat he as-

*) Verbessert nach der Urk. v. 1417.

dan hait oder besetet, recht is nae Geboere." *Culemann* a. a. O. S. 40, 41.

5 **1393**, Febr. 9. Bischof Ruprecht von Paderborn — Herzog Wilhelm's Sohn und Verweser der Grafschaft Ravensberg — gelobt „den Borgermeisteren, Raede unde den Borgeren gemeynliken der Oldenstad to Bylevelde . . . in guden Truwen", die ihnen von seinen Ahnen und insonderheit von seinem Vater gegebenen „Breve by erer Macht unde se ock by eren guden Gewonden unde Rechte laten to willen." *Culemann* a. a. O. S. 41, 42.

6 **1395**, Sept. 26. Graf Adolph zu Ravensberg thut „der olden unde der nyen Stad to Bylevelde" das gleiche Versprechen. *Culemann* a. a. O. S. 43.

7 **1402**, Mai 6. Graf Wilhelm zu Ravensberg [erwählter Bischof von Paderborn] verheisst desgleichen sowohl den beiden Stadtgemeinden zu Bielefeld, als überhaupt „den Mannen, den gemeynen Borchmannen unde Undersaten der Herscop to Ravensberge", sie unter Aufrechthaltung ihrer Briefe „by eren guden olden Ghewonden unde Rechte unde Sede" belassen zu wollen. *Culemann* a. a. O. S. 44, 45.

8 **1417**, Febr. 24. Derselbe bestätiget seiner „Nyenstat to Bilvelde" den Rechtsbrief v. 1381 (nr. 4). *Culemann* a. a. O. S. 45, 46.

9 **1423**, Apr. 8. Derselbe sichert der Stadt Bielefeld, welche ihm „ene gutlicke Bede van eren Luden und Guden", ohne hiezu verpflichtet zu sein, bewilligt hatte, neuerdings Belassung bei ihren Rechten und Gewohnheiten, sowie Haltung „erer Breve und Preveleye, de se hebt van des Greven Vorvaren und Elderen, van Artikelen to Artikelen und van Worden to Worden" zu. *Culemann* a. a. O. S. 46, 47.

10 **1429**, März 18. Herzog Adolph zu Jülich und Berg, Graf zu Ravensberg, gelobt, die Briefe seines Vaters und seiner übrigen „Elderen ind Vorvarene" für die Herrschaft insgesammt sowohl als für die beiden „Stede to Bilvede" insbesondere unverbrüchlich zu halten, und die „Borchmanne, Rittere, Knapen, Papen, Untersaten ind Borgere vorschreven by oren Rechte, Sede ind Gewonheit to latene", die weitere Erklärung hinzufügend: „Vortmer ys dairan gedegedinget, verfenge wy uns **), offte unsse Amptlude in Namen, in Kogen, in Swynen, in Schaepen, dat solle wy bewaren, als wy beste kunnen, dat des nicht en schee; und geschege yd over, so sole wy ofte unsse Ametlude oren Schaden richten ind gelden in Vruntschop ofte myd Rechte, also als eyne olde Gewonheit ys gewest ind Sede; doch so en solen se uns dairumb nicht to den Eren sprecken ind schuldigen, also dat wy unse Ere ind unsse Breve dairan vorbroken hebben." *Culemann* a. a. O. S. 47–49.

1429, März 18. Derselbe verspricht, 11
dass er auch die von seinem Bruder, Grafen Wilhelm zu Ravensberg, der Herrschaft und der Stadt Bielefeld gegebenen Briefe „gentzlichen, so die gelegen syn, wille halden", und dessen Schulden, welche er „schuldich is desen vorbenanten bynnen der Herschaff van Ravensberge, wie die genompt syn, van Lofte, van Sneringe ***), van Updracht, van Ampts wegen . . . . . . guetlicken entrichten ind bezalen" werde. [S. nr. 12.]

1437, Dez. 2. Herzog Gerhard, Graf 12
von Ravensberg, sichert den Angehörigen seiner Herrschaft, und insbesondere den Bürgern seiner beiden Städte zu Bielefeld die Aufrechthaltung aller von seinen Vorfahren herrührenden Privilegien-Briefe, mit einziger Ausnahme des wörtlich eingerückten von Herzog Adolph (nr. 11), sowie ihrer Rechte, Sitten und Gewohnheiten ganz in derselben Weise zu, wie dies der letztgenannte Fürst in seinem ersten Rechtsbriefe v. 1429 (nr. 10) gethan hatte. *Culemann* a. a. O. S. 49–51.

1442, März 28. Herzog Gerhard über- 13
lässt den Bürgermeistern, dem Rathe und der ganzen Gemeinheit seiner „alden Stat zo Bylvelde" einen zwischen der Nicolaus-Kirche und dem Rathhause gelegenen Platz „mit aller Rechticheit . . . zo Urber ind zo Besserynge yrer gemeynen Stat". *Culemann* a. a. O. S. 51, 52.

1452. Derselbe „schenkt der Stadt Biele- 14
feld das Recht, von den freyen Einwohnern, Bürgern und Bürgerfrauen das Heergewette und Gerade zu heben, welches vorher ein gräfliches Einkommen war." (R.) *Weddigen* a. a. O. S. 29.

Das Recht, „exuvias, que vulgo Gerahde vel Heergewette nuncupantur, in oppido Bilefeldensi antiquitus observatas — Herwardia et exuvias, que Gerade vulgariter dicuntur" zu erheben, war, wie die darauf bezüglichen Verwahrungsclauseln in den Urkunden der Grafen Otto und Bernhard von Ravensberg für die Klöster Marienfelde v. 1320 und Herzebroch v. 1343 [b. *Kindlinger*, Gesch. der dtsch. Hörigkeit S. 373, 432] beweisen dürften, eine nicht unbedeutende Finanzquelle für die Stadtherrschaft gewesen.

**) Emendirt aus der Urk. v. 1437.

***) „Snerinch Penninghe, redditus cerevisiales." Vgl. *Culemann* a. a. O. II, 62, 63. Sollte aber nicht „Sveringe" (Eidschwur) zu lesen sein?

Daher konnte sogar Graf Bernhard 1339 der Gräfin Margaretha „de Gerade to Bylevelde in der olden Stad unde in der nyen alzo, alze se de Herscap pleghet to nemene“, zur Leibzucht anweisen. (*Culemann* a. a. O. Thl. II, 1749, S. 69). Nach vorstehendem Regeste überliess nun Graf Gerhard seine Einkünfte aus dem fraglichen Rechte schenkungsweise an die Stadt Bielefeld selbst. Es scheint aber diese Liberalität nur von vorübergehender Wirkung gewesen zu sein, da erst Herzog Wilhelm von Jülich und Berg mittels Privilegs v. 15. Nov. 1507 (*Culemann* a. a. O. Thl. III S. 58, 59) seinen beiden Städten Bielefeld, damit sich dieselben „in gudem Bouwe ind Wesen underhalden mogen . . . uff underdenicklich Ansuechen ind bede“ des Raths und der Bürger und Eingesessenen allda „verwillicht, zugelaissen ind overgeven hait erfflich ind ewincklich sinen Anfall ind Gerechtigkeit der Herweyde ind Gerade, de eme bynnen den vurgenanten beyden Steden Bilevelde anfallen mochten, so dat na deser Zyt zu ewigen Dagen bynnen desen Steden vurschreven nyemantz egeyne Herweyde off Gerade eme oeder yemants anders geven oeder hantreichen sullen, ind de Gudere . . . na deser Zyt Erffgudere syn sullen, also (dat) wer zu den Erffguderen berechtigt is, de ouch zu den vurbenombden Guderen vur Erffgudere berechtiget syn ind blyven sullen.“

15 **1452**. Herzog Gerhard „gibt den Bielefeldern die Erlaubniss, den Lutterbach an, in oder durch die Stadt zu leiten. (R.) *Weddigen* a. a. O.

16 **1476**, März 14. Herzog Wilhelm zu Jülich und Berg, Graf zu Ravensberg, confirmirt dem Rathe und der Gemeinde beider Städte Bielefeld alle ihnen von seinen Vorfahren verliehenen und beziehungsweise bestätigten „Privilegien, Gnaiden, Vryheiden, Rechte, alt Herkomen, Sede ind gude Gewoende“, mit dem Versprechen, sie im Genusse derselben „gentzlich zo laissen ind vestlich zo behalden.“ *Culemann* a. a. O. S. 52, 53.

17 **1485**, Oct. 17. Derselbe verleiht den Bürgermeistern, Schöffen, Rathmannen und der ganzen Gemeinde seiner beiden Städte Bielefeld „umb Besseronge ind Upkommunge wille derselven“ aus besonderer Gnade und Gunst „eynen vryen Erff-Jairmarckt . . . zo erfflichen ewigen Ziden“, mit folgenden näheren Bestimmungen: „dat der Erffvry Jairmarck van nu vortan alle Weege alle Jaire up sent Leonardus Dach syn sall, ind de Vryheit des Marcks sall angain, duiren ind wairen dry Daige vur ind dry Daige na dem vurgenanten sent Leonardus-Daige, so dat ein jeglicher, der sulgen vryen Jairmarck versoichen wirdet zo gelden oeder zo kouffen myt synre Have (ind) Gude, ind allerleye Kopmenschafft zo Bylvelde alsdan brengen wirdet, sullen, Luide ind Gude, allet vry unbekommert syn, an ind affkomen, faren, blyven ind Velicheit †) haven; doch ussgescheiden, off yemantz zo dem Jairmarcke vurschreven queme, die Vyande ††) oder weder Uns, unse Lande, Lude ind Undersassen gedain hette, de sien ussgescheiden, de en sullen der vurschreven Vryheit nyt gebruichen. Weren ouch eynige Lude, de up den vurgenomten Marckdaige yemantz eyniche Kopmanschafft off Gueder affborchden, up Zyt ind Stunde sy eyns wurden zo betzailen, ind den Zail-Dach nyt en hielden noch en betzailden, de en sullen umb der verborgder Kopmanschaft ind Guider willen darna der vurschreven Vryheit nyt gebruichen, bis zer Tzit dat sy dat geborchde Gut irst bezalt hetten. Der Arme sall also wail gelden ind verkouffen, as der Ryche, idt sy vyll off wenich, ind mallich mit laissen, ind nyemals gheynen Vurstann darinne hain, so wes eyn yeder na syme Gebuere betzailen kan.“ Schliesslich gelobt der Herzog bei fürstlichen Treuen und Ehren, bei dieser seiner „Erffvryonge des Erff-Jairmarcks“ die Stadt Bielefeld „erfflichen ind umber zo laissen ind zo behalden.“ *Culemann* a. a. O. S. 258, 59.

1488, Dez. 24. Derselbe bestimmt seinen beiden Städten Bielefeld „zu Nutzen und Besserung“, insonderheit zur Förderung ihrer Vertheidigungsmittel an Thürmen, Mauern, Büchsen, Pulver („Krut“), Pfeilen etc., dass in dem um Bielefeld gelegenen Amte Sparenberg und seinen Weichbilden, Dörfern, Kirchspielen und Bauerschaften keine Bäcker, Brauer, Höcker, Gewandschneider, Schuhmacher, Schröder und Krämer sein sollen, ausgenommen in jedem der drei dahin gehörigen „Wibbolde, alsse Halle, Borgholtzhausen ind Werter“ zwei Brauer und zwei Bäcker „vor das Wibbold, darinnen sie wohnen, zu brauen und zu backen“, welche mithin über dasselbe hinaus im Kirchspiele nur an kranke und nothdürftige Leute eine Viertels- oder halbe Tonne Biers und für höchstens zwei Schillinge Brod zu verkaufen berechtigt seien, ferner in jeglichem der vorbenannten Weichbilde ein Schmied, ein Schuhmacher und ein Schneider, jeder nebst einem „Knechte fürs Handwerk zu gebrauchen“, sowie endlich ein Höcker, „Botter, Käse, Häring, Stockfisch ind Proviande 18

†) Sicherheit.
††) Feinde.

in eintzeln tho versellende"; dass aber, was sonst in den drei Weichbilden, sowie überhaupt in den Dörfern, Kirchspielen und Bauerschaften an Bier, Brod, Butter, Fischen, Leinwand und Wollen-Sachen für den Lebensbedarf von Nöthen sei, von Jedermann, und namentlich auch von den „Taberners" zu Bielefeld geholt und gekauft werden müsse. *Culemann* a. a. O. Th. II S. 126—28.

19 **1489**, März 15. Derselbe schenkt dem Rathe und der Gemeinde seiner Neustadt Bielefeld einen, nach seinem Umfange genau beschriebenen, bis dahin geschlossen gewesenen Raum „den upzomachen, de Stat vurschreven damit zo vestende, ind des zo yren Nutzen, Urber ind Vestniss . . . zo gebrugchende ind zo havende." *Culemann* a. a. O. Th. III S. 54.

20 **1489**, Nov. 15. Derselbe gelobt dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Bielefeld, welche ihn im verflossenen Jahre mit einer Beisteuer zu den im s. g. brabantischen Kriege erwachsenen Kosten unterstützt hatten, in dankbarer Anerkennung dieser Gabe, an dieselbe „der vurschreven Beden ind Geldgifften geyne mer zo gesinnen noch vorder damit zo beschweren, idt en were dan Saiche, dat he (der Herzog) van dem Romischen Keyser ind Romischen Koenynck geliche anderen Fursten des Richs, synen Genoissen, vorder beswert oeder belust wurde zo dienen." *Culemann* a. a. O. S. 55.

XCV. Biesenthal.

(Preussen, Mittelmark.)

E. *Fidicin*, Geschichte des Kreises Ober-Barnim [Territorien Bd. II Nr. II, 1858] Beilage I S. 78—88; *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 292.

1 **1315**, Dez. 24. Markgraf Johann von Brandenburg bestätigt den Bürgern seiner [um das vermuthlich von Albrecht dem Bären herrührende Castell allmälig erblühten] Stadt Biesenthal die ihnen von seinem Vater, dem Markgrafen Hermann (vor 1307), und von seinen übrigen Vorfahren (vielleicht bis auf 1250 zurück) verliehenen Freiheiten, dabei insbesondere a) von den Grenzen der unter städtischer Gerichtsbarkeit befindlichen Flurmarkung und des gemeindlichen Weidebodens, b) von der Marktgerechtigkeit, und c) von den Grundabgaben der Bürger an die Herrschaft handelnd:

„In nomine Domini amen. Scripture testimonio redduntur lucida, que oblivionis nubilo sunt obscura. Hinc est, quod nos Johannes, Dei gracia marchio Brandenburgensis et Lusatie, hujus pagine claritate transmittimus et commendamus memorie sempiterne, quod universas libertates civitati nostre Biezdal ac civibus presentibus et futuris in ipsa habitantibus datas ab illustri principe domino Hermanno, quondam marchione Brandenburgensi, nostro genitore clare memorie, nec non ab aliis nostris progenitoribus ipsi civitati et civibus concessas confirmavimus, et easdem ipsis solempniter per presentes literas donamus sub modis et condicionibus infra scriptis. Primo ergo distinctiones dicte civitati indultas inchoamus hoc modo: Per descensum fluenti de winische flieth*) usque ad molendinum antiquum**), de hoc molendino usque ad semitam, que ducit versus Lancke; intra hanc distinctionem universa ligna et gramina pertinent ad civitatem nostram predictam titulo proprietatis; sed agri siti trans semitam, qui dicuntur Morgenlande, nostri sunt. Item de illis agris in myrica usque ad montem, qui dicitur Janeswerder, et de hoc usque ad distinctionem semitarum, que ducunt versus Rulevestorpe et versus Melne, et abinde usque ad rivulum, et de rivulo retrorsum usque ad Polizmollen, et de hoc per descensum fluenti usque ad Samites Brucke, scilicet ad pratum, quod dicitur Barndorpes Wisch, situm infra predictas distinctiones, iusticiam dicte civitatis cives nullam habent. Item de Samitt usque ad Kuncenberg, de hoc usque ad stagnum Johannis de Bune: intra has predictas distinctiones pascua pecorum et gramina ad omnem usum et commodum dicti cives cum quiete pacifica possidebunt et habebunt. Item in parva merica Biezdal habebunt facultatem liberam fodiendi kien et secandi ligna jacentia et graminum usum in eadem habebunt, preterquam in nostro prato, quod trahit originem de illo fluento et terminatur in loco, ubi Sammitesche vlieth cadit in fluvium Vinowe. Insuper in magna merica Werbelin habent usum liberum graminum et pastum pecorum seu porcorum, que dicitur mast, et usum jacentium lignorum usque ad semitam, ducentem versus Liwenwalde, quandocunque ipsis expedit atque libet. Confirmamus insuper forum eorundem in civitate et omnes libertates, quas ab antiquo habuisse noscuntur. Insuper universi inhabitantes dictam civitatem, sive fuerint condicionis militaris vel cujuscunque alterius, equo modo ut cives de bonis suis hereditariis ibidem facere tenebuntur, et hujus pretextu dicti cives in signum libertatis predicte omni anno de bono ipsorum animo nobis, vel ubi assignaveri-

*) Jetzt Dänitz-Fliess.
**) Jetzt Mahlstadt.

mus, dabunt quatuor talenta Brandenb. et unum lapidem bone cere. Et ut hec omnia robur perpetue firmitatis capiant, nostro pendenti sigillo muniri fecimus presens scriptum. (Zeugen.) Actum et datum Spandowe per manum Hermanni de Luchow, anno Domini MCCC°. quinto decimo, feria quarta ante nativitatem Domini nostri." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XII S. 208, 9; übersetzt und erläutert b. *Fidicin* a. a. O. S. 80, 83 flg.

2 **1442**, Jan. 22 Kurfürst Friedrich von Brandenburg confirmirt seiner [durch die Hussiten, 1432, fast gänzlich zerstört gewesenen] Stadt Biesenthal ihre „privilegia vnd furstenbriefe." *Riedel* a. a. O. S. 213.

3 **1486**, Jun. 6. Kurfürst Johann von Brandenburg bestätiget gleichfalls den Bürgern Biesenthal's „ire freyheiten, gnaden vnd gerechtigkeiten." *Riedel* a. a. O. S. 216.

XCVI. Bietigheim.

(Württemberg.)

1364, Aug. 28. Kaiser Karl IV. ertheilt den Grafen Eberhard dem Greiner und Ulrich von Württemberg auf deren Bitten die Bewilligung, aus ihrem Dorfe „Butinkeim" eine mit Mauern, Thürmen, Pforten, Erkern und Gräben befestigte Stadt zu machen, daselbst Stock und Galgen und alles Hochgerichte, „daz blut vnd daz leib vnd gut antriffet", aufzurichten, sowie einen Wochenmarkt zu haben, zugleich den Bürgern „alle die friheit, recht vnd gnade vnd ouch gebrüchunge aller guter gewonheit, die da hat die Stad zu **Stukarten**", verleihend. *Reyscher*, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. XI, 2 S. 260, 61*).

Ueber die älteste Geschichte dieses im „Enzingow" gelegenen, einem edlen Geschlechte gleichen Namens („de Butincheim, Butingkon") gehörig gewesenen Ortes vgl. *Sattler*, Histor. Beschreibung von Würtemberg Thl. II S. 130 flg.; *Reyscher* a. a. O. S. 257 flg.

XCVII. Bingen.

(Grossherzgth. Hessen.)

Annales Bingenses, das ist Chronick oder zeitregister der uhralten statt Bingen am Rhein, von ihrem herkommen, auch wass sich in, und bey auff etliche meil umb dieselbe gegend denckwürdig zugetragen, auss alten und neüwen scribenten und Historicis zusammengetragen, und in diesse ordnung bracht durch *Joannem Schollium*, pictorem, quondam Bingensem, nunc vero Moguntinum Civem. Anno Domini MDCXIII. Zum erstenmal nach Hdschr. herausgeg. von Ed. *Sander*, Mainz 1853. 8°. Vgl. auch *Schaab*, Geschichte der Stadt Mainz Bd. III S. 316—397.

Die Urkunden Bingen's findet man grossentheils, freilich ohne alle diplomatische Genauigkeit, ja! nicht selten bis zur Unverständlichkeit fehlerhaft, abgedruckt in der Deductionsschrift: „Abgedrungene unterthänigste *Spolienklage* des Stadtrathes und der Bürgerschaft zu Bingen wider ein Hochwürdiges gnädiges Dom-Capitel zu Mainz", 1790 fol. — Verzeichnet und nach ihrem Inhalte dargestellt sind dieselben in H. E. *Scriba's* Hess. Regesten, Abthl. III: Rheinhessen 1851 [vgl. S. 350 Col. b] und vollständiger in der Musterarbeit A. J. *Weidenbach's*: Regesta Bingensia inde ab anno LXXI. usque ad annum MDCCLXXXXIII. Regesten der Stadt Bingen, des Schlosses Klopp und des Klosters Rupertsberg, aus gedruckten und ungedruckten Quellen bearbeitet, Bingen 1853. 4°.

983, Jun. 14. Kaiser Otto II. bestätiget dem Erzbischofe Willigis von Mainz seine Rechte „infra et extra Pinguiam civitatem, in omnibus rebus ubicunque positis, vel cujuscunque beneficio detentis, illuc jure pertinentibus", sowie „bannum sub territorio ejusdem civitatis et in locis contiguis, dehinc eum bannum, quod vulgariter Bannpennick dicitur, . . . ceterasque utilitates omnes in moneta, vinetis, mancipiis utriusque sexus, curtibus, edificiis, silvis, venatu omnique silvatica utilitate, pratis etiam et pascuis, aquis, aquarum decursibus, piscationibus et naulo ab utrisque fluviis et Reno et Nava accipiendo." *de Gudenus*, Cod. dipl. Tom. I p. 12—14. Vgl. *Schaab* a. a. O. S. 326 flg., *Weidenbach* a. a. O. S. 3 nr. 35. 1

1254, Mai 29. „Anselmus scultetus, milites, scabini et universi cives pinguenses" schliessen mit der Stadt Mainz — „cum terrarum pericula et viarum discrimina nonnullos ex (civibus) suis jam per multum temporis discursum destruxerint penitus, et plerosque bonos et idoneos traxerint in ruinam, ut innocentes opprimerentur sine calculo rationis, ad obviandum hujusmodi tempestatibus . . . propter culturam pacis et justicie observationem" — einen Bund zu gegenseitiger Hülfe mit Rath und That „contra quoscunque injuriam irrogantes", und zwar so, „ut non solum majores inter eos hoc communi presidio gratulentur, verum universi minores cum majoribus, clerici, laici et judei, qui convixerint commorantes, hac 2

*) Vgl. oben den Art. „Asperg" nr. 3 S. 63.

tuitione perfrui debeant in eternum." Insbesondere verabreden aber die Parteien: „Preterea omnia jura civilia in sententiis, judiciis, nec non in universis aliis justiciis et ungeltis ac[1]) theloneis in civitatibus et districtu nostro tanquam nostris exhibebimus invicem equa lance, ita quod hiis iidem existendo nostri concives una nobiscum perenniter contentur, que profecto invicem rite observabimus sine dolo, et similiter juravimus et observabimus hec omnia sine dolo vice versa." Schliesslich wird noch die gütliche Beilegung oder rechtliche Entscheidung etwa entstehender Streitigkeiten („questiones") einem Schiedsgerichte von acht auf Lebenszeit, und zwar aus beiden Städten zu gleichen Theilen zu wählenden „viri consules fide digni et jurati" übertragen, mit der Bestimmung, dass Lücken in diesem Collegium von dem Rathe der betreffenden Stadt durch Nachwahlen auszufüllen seien. *Schunck*, Cod. dipl. (1797) p. 19 sq.; K. A. *Schaab*, Gesch. des grossen rheinischen Städtebundes Bd. II (1845) Urk. Nr. 7 S. 13—15; *Böhmer*, Cod. dipl. Moenofrancofurt. Thl. I S. 102, 3. (Extr.) Deutsch b. *Schaab*, Mainz a. a. O. S. 337 und besser von *Sander* in seiner Ausg. von *Scholl's* Ann. Bing. S. 118, 19 (Note). Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 15 nr. 145.

3 **1282**, Mai 14. Der Schultheiss, der Meier und die Bürger der Stadt Bingen wenden den Hospitalbrüdern vom Orden des heil. Franciscus daselbst den üblichen Abstrich von dem zu Markt gebrachten Getreide, und zwar mit der näheren Bestimmung zu, dass a) von jedem Malter Frucht oder Samen, welches täglich verkauft wird, künftig zwei Griffe an die Brüder gereicht, b) von dem Gesammtertrage aber dann durch jene 20 Malter Korn dem bei der Hospital-Kapelle angestellten Priester jährlich gegeben werden sollen. *Spolienklage*, Anl. S. 1. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 19 nr. 195.

4 **1304**, Apr. 14. Die Schöffen und Bürger der Stadt Bingen belehnen die Dorf-Gemeinde Oberheimbach (Oberhambach)[2]) mit dem „die Struth" geheissenen Stadtwald-Theile, unter Vorbehalt des halben Fällholzes und gegen Verpflichtung der Belehnten, der Stadt Bingen alljährlich zu Lichtmess 3 Mark frankfurter Währung zu leisten, und im Falle des Bedürfnisses auf eigne Kosten bewaffnete, beziehungsweise berittene Hülfsmannschaft zu stellen, sowie bestimmte Utensilien zur Befestigung zu liefern. *Spolienklage*, Anl. S. 75. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 22, 23 nr. 226 (mit S. 31 nr. 327).

1357, Jan. 26. und Febr. 9. „hatt ErtzB.
Gerlacus die statt Bingen begabt mit dem ungeld von wein und korn, damit sie ihre statt im bauw besser erhalten könten, mit verwilligung dess Capitulss, doch sollen die von Bingen jehrlich Rechnung darüber thuen, wohin sie solchess angewand, lauth brieff etc. datum zu Elfeld [Eltvil], donnerstagss vor [die Hauptausfertigung nach] purificationis anno domini 1357." (R.) *Scholl*, Ann. Bing. S. 164. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 29 nr. 305. 5

1365. Erzbischof Gerlach von Mainz setzt seinen Juden zu Bingen den Vicedom Ulrich im Rheingau zum Richter mit der Befugniss, im Falle seiner Abwesenheit vom Lande für sich einen Anderen als Richter zu bestellen, und verordnet weiter zu Gunsten der Ersteren, dass dieselben bei keinem anderen Gerichte verklagt, und gegen sie vom „Pferner" zu Bingen keine Ladungs- oder Bannbriefe angenommen oder vollstreckt werden dürfen; dass, wenn jemand einen Juden mit Worten oder Werken misshandeln würde, diesen jeder Bürger von Bingen, der dabei stand und es hörte, zu beschützen verpflichtet sei; dass, wenn ein Jude einen Auswärtigen zu Bingen anhalten wollte, ohne dass sofort ein Richter zur Stelle wäre, der nächste Bürger, welchen der Jude darum anspreche, den Fremden anhalten solle, bis ein Richter erscheine, wer solches aber unterlasse, des Erzbischofs Gebot gebrochen habe; dass, wer einen Juden schlage oder steche, keinerlei Geleit geniesse; dass endlich die erzbischöflichem Amtleute eifrigst bemüht sein sollen, den Juden zu ihren Schuldforderungen und Sachen zu verhelfen, sowie dieselben zu schützen und zu schirmen. F. J. *Bodmann*, Rheingauische Alterthümer (1819) S. 557. Vgl. *Sander* zu *Scholl's* Ann. Bing. S. 167; *Weidenbach* a. a. O. S. 30, 31 nr. 320. 6

1381, Apr. 18. Erzbischof Adolph von Mainz bestätigt seiner Stadt Bingen einen vollständig eingerückten Rechtsbrief Erzbischof Gerlach's v. 13. Nov. 1356, die Bestellung des Stadtgerichts und des Rathes zu Bingen mit sieben Personen betreffend, und fügt die Bewilligung hinzu, im Gerichte und Rathe abgegangene Mitglieder durch eigne freie Wahl zu ersetzen (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 33 nr. 349a. 7

1385, Dez. 26. Derselbe begnadet die Bürger seiner Stadt Bingen dahin, dass in den nächstfolgenden fünf Jahren daselbst 8

1) B. „nec".
2) Ueber dieses mit der Stadt Heppenheim verbürgerte kleine Dorf s. *Dahl*, Beschreibung des Fürstenth. Lorsch S. 195.

nur solcher Wein verzapft werden dürfe, welcher in der Gemarkung der Stadtgemeinde selbst gebaut worden ist. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 34 nr. 355.

9 **1394**, Jul. 30. Erzbischof Konrad II. von Mainz ertheilt der Stadt Bingen dasselbe Privileg für den Zeitraum von drei Jahren. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 35 nr. 372.

10 **1401**, Aug. 17. Erzbischof Johann II. von Mainz bestätigt der Stadt Bingen „ihre alten Privilegien, Freiheiten, Rechte, Gnaden und guten Gewohnheiten, besonders, dass sie nach altem Herkommen bei Schöffenurtheil bleiben soll, nur mit Vorbehalt der zwischen dem Rathe und der Gemeinde vor Zeiten geschlossenen Einigung", und fügt noch zu ihren Gunsten zwei Verbote, nämlich a) des Ausführens von Holz aus dem Stadtwalde ohne der Bürger Bewilligung, und b) des Einführens von (auswärts gekelterten) Weinen in die Stadt, hinzu. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 36 nr. 385.

Scholl, Ann. Bing. S. 174, macht aus diesem Rechtsbriefe ein Privileg und eine die Wein-Einfuhr (jedoch blos bei Zapfwirthen und nur für die Zeit „so lang alss under den burgern wein feil ist") beschränkende „ordnung", welche beide er dem J. 1398 zuschreibt.

11 **1410**. Der Rath von Bingen lässt sich, in Voraussicht ausbrechender Zwistigkeiten zwischen dem Könige und dem Erzbischofe von Mainz als dessen Wahlgegner, von den Gemeinde-Aeltesten der in der Stadt zollfreien Nachbardörfer: Winzenheim, Bretzenheim, Aspisheim, Genzingen, Lonsheim, Münster, Sarmsheim und Rümmelsheim die von deren Einwohnern zu leistenden Bau- und Wachdienste nach genau bestimmter Vertheilung auf die fünf Stadtthürme urkundlich zusichern. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 39 nr. 408.

12 **1414**, Jul. 13. Erzbischof Johann II. von Mainz verlängert mit Consens seines Capitels die der Stadt Bingen nach dem grossen Brandunglücke v. 14. Aug. 1403 bewilligte zwölfjährige Befreiung „von allen Schatzungen, Beeden und Steuern" auf weitere zwölf Jahre, damit die begonnene Wiederherstellung der Häuser und insbesondere des Schlosses nunmehr vollendet werden könne. (R.) *Weidenbach* a. a. O. nr. 417. [Ueber die erwähnte Feuersbrunst s. *Scholl*, Ann. Bing. S. 176, 77 mit *Sanders* Note 1.]

13 **1416**, Febr. 5. Derselbe und sein Domcapitel verlautbaren einen in ihrer Streitsache über die Oberherrlichkeit und oberste Gerichtsbarkeit in der Burg und Stadt Bingen — welche Erzbischof Konrad II. im J. 1392 seinem Dechanten und Capitel, jedoch ohne Gülten und Gefälle, verschrieben und überlassen hatte [3]) — durch den würzburger Bischof Johann als gewählten Schiedsrichter ertheilten Ausspruch des wesentlichen Inhalts, dass a) „vorgenante beide partien die stat zu Bingen in einer gemeinen glubde und huldunge ynnhaben und schirmen", b) in künftigen Rechtsstreiten der ersteren aber das Gericht zu Bingen competent sein, und „was dann dasselbe nach ansprach und antwert zum rechten erkennen und sprechen würde . . ., von beiden partien gehalten werden", endlich c) „wer es umb solche sache, das sich die Scheppen doselbst des rechten nicht vereynigen mochten", fünf namentlich bezeichnete Schiedmänner sich der Urtheilsfällung unterziehen sollten. *Würdtwein*, Nova Subsid. dipl. Tom. IV Nr. CXI p. 360—70.

1420 — „hatt dass Thum Capitul von Meintz ein wecksel getroffen mit Ertz-Bischoff Conraden [III.], der gab ihnen die statt Bingen und das schloss, Klopp genand, dagegen gaben sie die dörffer Hoheim, Birgstatt, Gaubischeim und Flersheim halb, und wurd solchess vom Römischen stuhl bestettiget, doch hatt ihm der Ertz-Bischoff vorbehalten weingärten und ander gefell zu Bingen, die in den Saal fielen und ein landschreiber pflegt auffzuheben. hirauff [4]) wurd ein Amptmann vom Capitul gegen Bingen gesetzt . . . . der soll Gott und allen Heiligen schwören, dem Thum Capitul zu Meintz und niemand anderss zu gewarten mit der statt und schloss Klopp, die selbige sambt den Inwohnern treülich verwahren, verthätigen und beschirmen nach vermögen gegen männiglich . . . . Item ess soll der Ambtmann gehen in rath, aber in gegenward des Rathss schwören, dass er nichtss auss dem Rath wolle offenbahren, ess wäre dan sach, dass der Rath etwass wider dass Thum Capitul handelt." *Scholl*, Ann. Bing. S. 179, 80. Vgl. *Schaab* a. a. O. S. 358, 59. 14

1420, Mai 25. Das mainzer Domcapitel confirmirt seiner Stadt Bingen ihre Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten: 15

„Wir Johann Weyse, Dechant, und Kapitel des Dumes zu Mentze bekennen und thun kund offinbar allen und yglichen, die diesen Brief immer ansehin oder horin lesen, das wir angesehen haben frundliche Frundschaft, Willen und Gunst, die wir alle Tzyt gehat han und wir noch han zu unsir Staid Binge, darumb und auch sonderlich umb von Nuze und Dinste, die wir von dieselbe un-

3) Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 35 nr. 365.

4) Erst am 3. Nov. 1420. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 40, 41 nr. 431.

ser Staid jn zukünftigen zyten haben mogen, und auch von besondirn gnaden, haben wir mit rechten wissen und guten beraden derselbin unsir Staid und darzu allen Inwonern der egenanten unsir Staid, iz sin pfaffen odir Lyen, Edellute, Maier odir Burgmann, Dinstmann, Hofmann, Scholteise, Scheffen, Burgern und Inwonern, bestedigt und bestedigen mit Craft diesss brives alle und Igliche ir derselben unsir Staid rechte, fryheiten, gnade, redeliche und alde lobeliche herkomen, gewonheit, wie sie die von alter her by unsirn Heren Erzbischoffen erbenlich hergebracht hant, mit allen alten lobelichen herkomen, doch in allen sachen unschedlich uns und unsers Capitels Herlichkeide, rechten und fryheiden, geistlich und werntlich, usgescheide alle arglisten und Inrede. Des zu Urkunde han wir Johann Weyse, Dechant, und Capitel des Dumes zu Mentze vorgenant unsirs Capitels gross Ingesiegel an diesen brieff gehangen. Datum Anno domini Millesimo quadringentesimo vigesimo. In vigilia Pentecostes." *Schaab* a. a. O. S. 359, 60.

16 **1423**, Jul. 2. Erzbischof Konrad III. von Mainz bestätigt der Stadt Bingen — sich im Gegensatze zu dem Vertrage v. 1420 [nr. 14] und zur Ansicht der Bürger daselbst noch immer als den Stadtherrn betrachtend — ihre Privilegien, Freiheiten und guten Gewohnheiten. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 41 nr. 436.

17 **1424**, Sept. 7. Derselbe überlässt dem Capitel zu Mainz in Wirklichkeit, nun endlich den Tauschvertrag v. 1420 [nr. 14] mindestens theilweise vollziehend, gegen die dort bezeichneten Dorfschaften die halbe Stadt Bingen sammt der Hälfte des Schlosses Klopp, dabei bezüglich der ersteren insonderheit festsetzend: a) den Amtmann daselbst möge das Capitel aus der Mitte der Domherrn selbst ernennen; b) dieser solle, so oft es nöthig, in den Rath zu Bingen gehen, aber c) beiden Parteien, dem Erzbischofe wie dem Capitel, eidlich zusichern, jeder „mit der Hälfte der Oeffnung und der Gülten zu gewarten"; d) das Schultheissen-, Meier- und Faut-Amt, sowie das Schöffengericht in der Stadt habe halb der Erzbischof und halb das Capitel zu besetzen, und sei endlich auch e) beiden Theilen von der Bürgerschaft zu huldigen. *Bodmann* a. a. O. S. 915. Vgl. *Sander* zu *Scholl's* Ann. Bing. S. 183, 84; *Weidenbach* a. a. O. nr. 439.

18 **1434**, Aug. 29. Das Capitel zu Mainz erklärt, dass durch seinen tauschweisen Erwerb Bingen's an der Stadt althergebrachten Reiss- und Folge-Pflichten gegen das Rheingau[5]) nichts geändert worden sei. *Bodmann* a. a. O. S. 61.

1437, Apr. 29. Dasselbe verleiht der Stadt Bingen einen mit der Confirmationsurkunde v. 1420 (nr. 15) übereinstimmenden Rechtsbestätigungsbrief. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 43 nr. 466. 19

1438, Dez. 15. Erzbischof Dietrich von Mainz tritt im Tausche, dessen nähere Bedingungen ausführlich beurkundet sind, seinen Antheil an der Stadt Bingen und dem Schlosse Klopp vollends gar dem Capitel ab, sich in der Stadt selbst nur den s. g. alten Saal, welchen er jedoch blos an schlichte Leute oder Bürger veräussern darf, ferner das Münzhaus und sechs jüdische Familien sammt Gesinde — welche Jüdischheit, so man halten soll „zum Gedächtnisse des Leidens unsers lieben Herrn Jesu Christi", Dechant und Capitel in der Stadt Bingen zu schützen und zu schirmen verbunden sind, es wäre denn, dass sie in die Strafe des geistlichen Rechts fielen — ausdrücklich vorbehaltend. *Bodmann* a. a. O. S. 917, 18. Vgl. *Sander* a. a. O. S. 184, 85. 20

1446, Jun. 13. Das Domcapitel zu Mainz entscheidet zwischen dem Dechanten und Capitel des St. Martinsstiftes zu Bingen einer- und dem Bürgermeister, Schultheissen, den Schöffen und dem Rathe allda andererseits bezüglich einer Reihe strittiger Punkte dahin, dass a) die neue Dechanei keine Beede und Schatzung zu entrichten habe, b) der städtische Richter und Vogt nicht befugt sei, in die Höfe und Häuser der Stiftsgeistlichen zugehen; c) der Weinschank einem geistlichen Hofe an seiner Freiheit keinerlei Nachtheil bringen solle, endlich d) geistliche Personen nicht vor das Gericht in Bingen geladen werden dürften. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 45 nr. 483. 21

1450. Erzbischof Dietrich von Mainz untersagt den in Bingen wohnhaften Lombarden den ferneren Aufenthalt daselbst, weil durch sie die Stadt in die drückendste Armuth gerathen sei, und das Domcapitel fügt seinerseits die Zusicherung bei, von nun an keinem Lombarden mehr in Bingen Aufnahme und Wohnung gestatten zu wollen. *Bodmann* a. a. O. S. 716. 22

Seit der Mitte des XIV. Jhdts. hatten nicht nur mehrere lombardische Händler-Familien gegen erhebliche Abgaben auf längere Zeiträume, z. B. von 10 Jahren, die Befugniss zur Niederlassung und zum Betriebe merkantiler Geschäfte in Bingen, sondern

5) Bingen gehörte von Alters her zum Lande „Ringkawen." S. Urk. v. 1459 b. *Bodmann* a. a. O. S. 499.

sogar besondere, ihren Gerichtsstand, ihre Testirfreiheit u. a. m. betreffende Freiheitsbriefe, namentlich von den Erzbischöfen Gerlach, Johann I. und Adolph von Mainz in den J. 1363 Nov. 10., 1371 Jul. 28., 1377 Oct. 17 [*Schunck's* Beiträge zur Mainzischen Geschichte Thl. I S. 73 flg.] erhalten. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 28 nr. 297, S. 29 nr. 302, S. 30 nr. 317, 19, S. 32 nr. 337, S. 33 nr. 343.

23 **1457**, Jun. 24. Erzbischof Dietrich von Mainz widerruft das an die Jüdischheit in Bingen erlassene Gebot, eine besondere Kleidung und sie kennzeichnende Ringe tragen zu müssen. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 46 nr. 503.

24 **1459**, Dez. 11. Das mainzer Capitel bestätigt der Fassbindermeister-Zunft zu Bingen ihre alte (schon 1341 errichtete) Ordnung [6]), vornehmlich die Beschränkung des Handwerks-Betriebs auf die Innungsgenossen, die von einem Meister vorauszusetzende Fertigkeit, die Nichtaufnahme von Knechten, welche von ihren Meistern in Unfrieden weggingen, von Seite anderer Meister, die Dauer der Lehrzeit und Grösse des Lehrgelds betreffend, welchen Satzungen der Amtmann zu Bingen noch die Bestimmung beifügt, dass Fremde nur am Mittwochen Fässer in der Stadt feil halten dürfen. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 46, 47 nr. 505.

25 **1460**, Oct. 30. Dasselbe ertheilt auch den alten Gebräuchen der Schneider- und Tuchscheerer-Brüderschaft in Bingen seine Bestätigung. Bemerkenswerth sind in dem Zunftbriefe besonders die Vorschriften, dass a) auch der sein Handwerk aufgebende oder mit einem anderen Berufe vertauschende Meister dennoch in der Brüderschaft bleiben, ferner b) der um das Meisterrecht sich Bewerbende, abgesehen von dem Nachweise ehelicher Abkunft, eine Meisterprobe ablegen müsse, darin bestehend, dass er in Gegenwart von dazu bestellten Meistern vier Stücke Werk schneide, ohne sich an einem zu verfehlen, indem er sonst weiter zu lernen habe; endlich c) dass der neu aufgenommene Meister gehalten sei, binnen Jahresfrist einen Harnisch zu seinem Leibe zu bestellen und fortan diesen zu bewahren, indem er mit der Entäusserung des Harnisches auch das Recht zum Betriebe seines Handwerks verlieren solle. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 47 nr. 514.

6) Dieselbe war zugleich eine Vereinbarung Bingen's mit Speier, Worms, Oppenheim, Frankfurt, Mainz und Kreuznach.

1471. Weisthum über die Mannwerke [d. i. dem Domcapitel lehnbare Weinberge] zu Bingen mit folgenden Hauptartikeln: „§. 1. Die Mannwerke sind geheisen um deswillen, weil, wer die hat, unser Herrn, der Domherrn, Mann und ihnen verbindlich sint, als ein Mann seinem Herrn schuldig ist. §. 2. Item soll ein jeglicher Mannwerker alle Jahr in dem Herbst sein Wein, der ihm gebeut von seim Mannwerk zu geben, ohne allen Intrag geben und denselben antwurten in meiner Herrn Hof und dazu von jglichem Mannwerke einen Tornus [7]). §. 3. Item wer ein Mannwerk hat, der soll solches unvertheilt lassen, als dass solches allezeit bei ihm bleibe und in einer Hand gefunden soll werden. §. 4. Item wann sich begebe, dass ein Mannwerker oder mehr abgingen von Todes wegen, und Erben hinterliessen, es seie Mann oder Frauensperson, so soll solich Mannwerk gefallen auf den ältesten und nächsten Erben unvertheilt, und der oder die sollen Mannwerker sein, und sollen solche Erben das Mannwerk nicht verkaufen. §. 5. Item so ein Mannwerker, Manns- oder Frauensperson, abginge von Todswegen und keine Kinder hätten, so soll solch Mannwerk unsern Herrn verfallen sein als ander Mannlehn.“ Uebrigens mussten der Kauf und Verkauf von Mannwerken vor dem Meier als „Mannwerksrichter“, dem Kellner in dem Hofe und zwei Mannwerkern feierlich unter Entrichtung gewisser Gebühren, z. B. des „Bodwyns“, vollzogen, durften ferner Mannwerke wegen Schulden des Besitzers nicht verpfändet werden, waren die Mannwerker von allen Zöllen in Bingen befreit u. s. w. *Schaab* a. a. O. S. 367—69. (Extr.) Inhalts-Darstellung b. *Weidenbach* a. a. O. S. 48 nr. 518. 26

1474, Febr. 25. Das mainzer Capitel erlässt eine neue Ordnung über den von den Vieh-Unterkäufern in Bingen zu bezahlenden Zoll, die Pflichten der Zöllner und den Eid der Zollknechte. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 49 nr. 524. 27

1481, Febr. 24. Die Meister vom Gewerke der Wollen- und Leinweber zu Bingen geben sich mit Zustimmung von Amtmann, Bürgermeistern und Rath daselbst ein Zunftstatut, sich hauptsächlich auf die Bestellung von vier Büchsenmeistern zur Besorgung der Brieflade und Kasse, die Aufnahme als Meister und die dabei zu leistenden Gaben in Geld und Wein, die Leichen- 28

7) Turnos, 24 Kreuzer im heutigen Werthe betragend.

feiern für verstorbene Zunftgenossen, die Zahl der Webstühle, welche ein Meister regelmässig haben darf, beziehend, und noch nachfolgende Strafnormen anfügend: „Wenn die Meister beisammen sind, so soll keiner dem andern fluchen oder Lügen strafen in ernstem Muthe, bei Strafe von einem Viertel Wein; ergibt er sich aber in Gnade, so sei seine Strafe nur ein halb Viertel. Zöge einer freventlich im Streit oder Zorn ein Messer, einen Degen oder Anderes, das von Eisen gemacht wäre, so soll er dem Handwerk einen Gulden bezahlen. Wer am Gebote verkorlich ein Eid schwört, oder Uebels spricht von unserm Herrgott, Marien seiner lieben Mutter oder den lieben Heiligen, der soll einen Gulden Strafe bezahlen.“ Schliesslich wird dann von der Theilnahme der Zunftbrüder an den kirchlichen Processionen gehandelt. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 49, 50 nr. 531.

29 **1485**, Jun. 29. Erzbischof Berthold von Mainz ertheilt in einem Streite zwischen der Stadt Bingen und dem mainzer Capitel einen rechtlichen Ausspruch des Inhalts: a) der Amtmann sei befugt, das Spiel zu verbieten und Zuwiderhandelnde, jedoch nur bis zum Betrage von zehn Gulden zu rügen, welche zwischen dem Amtmanne und dem Stadtrathe gleichheitlich zu theilen seien; b) an Sonntagen dürften keine Rathsversammlungen stattfinden; c) Bürger oder Einwohner von Bingen, welche sich in ein auswärtiges Schutz- und Geleitsverhältniss begeben hätten, sollten bis zum nächsten Martinstage dieses wieder lösen; d) der Bord-Zoll habe fortzubestehen, ausgenommen von solchem Holze, welches ein Bürger Bingen's für eignen Bedarf im Schwarzwalde selbst aufkaufen würde; e) ohne Wissen des Amtmann's sei jede Losgebung von Uebelthätern zu unterlassen; f) bei Zänkereien und Raufhändeln solle man „nit wegen dess Rathss, sondern wegen dess Hochw. Thum Capitulss fried gebitten“; endlich g) die Jagd sei ein Regal und darum die Bewohnerschaft von Bingen verbunden, sich des Jagens zu enthalten. (R.) *Scholl*, Ann. Bing. S. 205, 6; *Weidenbach* a. a. O. S. 50 nr. 537.

Der letzte Punkt (g) des erzbischöflichen Bescheids erregte in Bingen grosses Aergerniss, und hatte, da die Bürgerschaft demselben mit trotziger Anmassung selbsthülflich entgegentrat, für die Stadt sehr traurige Folgen, indem der mit bewaffneter Macht herangeeilte Erzbischof sämmtliche Rathleute, Schöffen, Richter und Beamte ihrer Stellen entsetzte, zum Theile auch in's Gefängniss warf oder verbannte, und überhaupt eine totale Reform des städtischen Regiments nach freiester Willkür vornahm. Vgl. Jo. *Trithemii* Annales Hirsaugienses Tom. II (1690) p. 526; *Scholl* a. a. O.; *Weidenbach* a. a. O. S. 50, 51 nr. 541.

Bemerkenswerth ist die ebenfalls diesem Jahre zugehörige Einführung eines gemeinschaftlichen Gerichtssiegels zu Bingen durch Erzbischof Berthold, während bis dahin jeder Richter oder Schöffe den vor ihm vollzogenen Kauf- oder Pfandbriefen, sowie sonstigen Urkunden sein Privatsiegel aufzudrücken berechtigt war. Vgl. *Sander* zu *Scholl* a. a. O. S. 206 Note 1.

1486, Dez. 1. „Bürgermeister, Rath 30
und Bürger der Stadt Bingen bekennen eidlich, dass, nachdem Irrungen zwischen ihnen und dem Domcapitel entstanden sind, deren Schlichtung dem Erzbischofe Berthold übertragen sei, sie dessen Entscheidung annehmen und halten wollen, sowie sie sich weiter verpflichten, das Capitel stets als ihre Oberherrschaft anzuerkennen, und Folge und Dienste ohne Widerrede getreulich zu leisten.“ (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 51 nr. 542.

Von dieser „Verschreibung und Verpflichtung“ wurden jedoch die Bürger von Bingen durch Urkunde Erzbischof Berthold's v. 5. Jan. 1489 [*Spolienklage*, Anl. S. 25] wieder entbunden.

1488, Jan. 26. [**„Der Stadt Bingen Ordnung“**.] Erzbischof Berthold von Mainz 31
verleiht der Stadt Bingen zur endlichen Beilegung der immer noch zwischen ihr und dem mainzer Capitel in Ansehung der stadtherrlichen Gerechtsame vorhanden gewesenen Zwistigkeiten, mit Zustimmung beider Betheiligten, neue, die Raths- und Aemter-Verfassung sowie den Gewerbsverkehr regelnde Statute:

„Wir Berthold, von Gottes Gnaden des heiligen Stuls zu Mentz Ertzbischoff, erkennen und thun kund allermanniglich, als Irrung und Zwietracht zwischen den ehrwürdigen und ersamen, unsern lieben Andächtigen Dechant und Capitel unsers Dumstiftes zu Mentz an eyner und den ersam unsern lieben getreuen Burgermeister, Rath und ganzer Gemeinde der Stadt Bingen ander teyls gewesen seint, Oberkeit, Regiment und anders daselbst berurend . . . derohalben wir in eygner Person geyn Bingen komen seint, haben mit sampt unsern treflichen rethen, auch etlichen der unsern uss den ampten unsers Landes im Rynkowe, in Beywesen Dechants, Schulmeisters und andrer von des egenanten Capitels wegen darzu geordnet, nach Jederteyl genugsamer Verhörnng solich sachen ermessen, gütlich abgeredet und genzlich entscheiden uff eyn Ordnung, die wir mit Wissen und willen der obgenannt Dechants und

Capitels setzen, machen und beden teylen in schriftlicher Urkunde übergeben, die auch angenommen, vollzogen und gehalten werden soll."

Inhalts-Uebersicht: I. Eid des vom Capitel als Stadtherrschaft gesetzten Amtmanns (Oberschultheissen). II. Eid der drei mit der Rechtspflege betrauten Stadtbeamten: des Schultheissen, Meiers und Vogtes, wenn sie das Capitel „in den Gerichtsstuhl setzt." III. Sitz- und Stimmrecht derselben, sowie des Amtmanns im Rathe. IV. Zusammensetzung des letzteren; Wahl der zehn „Rathsgesellen" aus den zehn Bruderschaften auf Lebenszeit; Eidesleistung derselben in die Hand des Amtmanns Namens des Capitels. V. Jährliche Bestimmung der beiden Bürgermeister, des einen aus den Rathleuten nach gewissem Turnus der Zünfte, des anderen aus der Gemeinde durch den Amtmann; Eid und Obliegenheiten der Bürgermeister. VI. Wahl der beiden, die Einhebung und Verrechnung der Ungelder besorgenden „Baumeister." VII. Verwahrung der Beede- und Ungelds-Büchse. VIII. Alljährliche Festsetzung der Beede und Vertheilung derselben zur Erleichterung der Pflichtigen auf die vier Frohnfasten. IX. Aufsicht über das grosse und kleine Stadtsiegel, den Urkunden- und Privilegien-Schrein. X. Die vierzehn Schöffen des Stadtgerichts; Eid derselben; Ergänzung der Schöffenbank bei Todesfällen durch das Capitel; Zeit und Dauer der Gerichtshegung. XI. Ahndung des Ungehorsams gegen dreimaliges Gerichtsvorgebot; Gerichtssiegel; Gerichtsbuch zur Einschreibung der Urtheile und verbrieften Rechtsgeschäfte. XII. Frevelgericht des Amtmanns. XIII. Mannwerksgericht [s. oben nr. 26]. XIV. Bürger-Eid. XV. Zusammenkünfte der Bruderschaften. XVI. Eid und Verpflichtungen des Stadtschreibers, und XVII. des Büttels; ferner XVIII. der Mütter, Schröter und Stadtknechte, XIX. des Procurators, XX. der „Wachtgebieter", XXI. der Scharwächter, XXII. der Salzmütter. XXIII. Ausschliessliches Wildbanns-Recht des Domcapitels im Walde und in der Gemarkung von Bingen, daher Beschränkung der Bürger daselbst auf blose Holz-, Wasser- und Weide-Nutzung des Stadtwaldes [s. oben nr. 29g]. XXIV. Pflichten der Förster, XXV. der Feldschützen, namentlich in Beziehung auf die Wein-Anlagen, XXVI. der Unterkäufer und Aufschläger in Ansehung des Handels mit Häringen und anderen Fischen, XXVII. der Wein-Unterkäufer, XXVIII. der Weinglockenläuter, besonders bei Feuers- und Feindesgefahr, XXIX. der Feldgeschwornen, XXX. der Tuchstreicher, XXXI. der Bäcker, XXXII. der Bender (Küfer), XXXIII. der Dorfgeschwornen zu Weiler, XXXIV. des Spital-Kellners, XXXV. des „Hausknechts zum halben Haus", XXXVI. der die Stadt umgehenden „Auswächter", XXXVII. des Baumeister-Schreibers, XXXVIII. der Metzger-Geschwornen und Metzger, XXXIX. der Fischgeschwornen und Fischhändler, XL. der Salz-Unterkäufer, besonders hinsichtlich der Ueberwachung der Einfuhr auswärtiger, z. B. von Cöln oder aus den Niederlanden hergebrachter Salze. XLI. Eid der binger Handwerker-Knechte. XLII. Verpflichtungen der Garköche, sowie XLIII. der Hocken und Vorkäufer; Verbot des Aufkaufs und der Gemeinschaftskäufe der Letzteren. XLIV. Einführung fremder Weine. XLV. Zoll von Bord- (Floss-) und Bauholz.

[Schluss:] „Item es sollen auch dem obgenannten Dechant und Capitel und ihren Nachkommen in allen und jglichen obbeschrieben und andren Sachen . . . in der Stadt zu Bingen und ihrer Zugehörung, ir Gebott, Verbott, Herrlichkeit, Recht, Freiheit, Oberkeit und Gerechtigkeit vor- und uffbehalten sein, doch so fern ihre Gebotte [nicht] wieder diese Ordnung und entscheid seint. Und darauf [sollen] auch alle und jgliche Verträge, Entscheid und Ordnung durch unser Vorfarr und die genannt Dechant, Capitel und andre geschehen, gemacht und betedingt, derselben Stadt zu Bingen Regiment und Polycei berurend, nichts ussgenomen, gantz toid, kraftloss und unmächtig sein, und nit mehr gebraucht werden. — — Gegeben zu Aschaffenburg am Samstag nach St. Sebastianstag Anno domini milesimo quadringentesimo octuagesimo octavo."

Den einzigen, übrigens durchaus ungenauen Abdruck der Stadtordnung bietet die *Spolienklage*, Anl. S. 2—24, wonach Eingang und Schluss nebst den Rubriken der (36) Artikel *Schaab* a. a. O. S. 363 flg. mitgetheilt hat. Eine vollständige, fast einem Abdrucke gleichkommende Darstellung des Inhalts der (45, hier irrthümlich auf 46 gebrachten) Artikel gibt aber *Weidenbach* a. a. O. S. 51—54 nr. 543.

1488, Jan. 26. Das Domcapitel zu Mainz gewährleistet in Form eines Freiheitsbriefes dem Rathe und der Bürgerschaft zu Bingen Sicherheit an Leib und Gut, Belassung bei Schöffen-Urtheil und Recht, Unverhaftbarkeit, ausgenommen in Fällen todeswürdiger Verbrechen, und freien Wegzug aus der Stadt, soferne nicht ungetilgte Schulden im Wege stehen. *Spolienklage*, Anl. S. 24. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 54 nr. 544. 32

1490, Jan. 4. Dasselbe gibt dem Schuhmacher-Gewerke (mit Einschluss der 33

s. g. Altrusser) zu Bingen ein neues Zunftstatut, vornehmlich die Geld-, Wachs- und Kannengabe der Neuaufgenommenen und die Ablösung der ihnen im ersten Jahre obliegenden Knechtsdienste, die Vorbedingungen des Eintritts in die Zunft, die Zahl der gestatteten Gesellen und Lehrlinge, sowie zulässigen Verkaufsstätten auf dem Schuhmarkte und im Kaufhause, den Lederhandel der „Lauwer" (Lohgerber), die Zeit der Feilhaltung, die Strafe des Ausbietens untauglichen Leders betreffend. Bemerkenswerth sind die beiden Satzungen, dass der Aufnahms-Bewerber nicht nur den Beweis seiner eigenen Ehelichkeit, sondern auch jenen, dass er mit einer ehrbaren, ehelichen Frau verheirathet sei, erbringen müsse, und dass, wenn eines Meisters Wittwe zu weiterer Ehe schreitet, ihr Mann wie eines Meisters Sohn angesehen werden solle. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 54, 55 nr. 553.

34 **1490**, März 15. Erzbischof Berthold von Mainz fügt seiner Stadtordnung v. 1488 [nr. 31] den erläuternden Zusatz bei, „dass diejenigen, welche sich in Bingen als Bürger aufnehmen lassen wollen und nachfolgende Herren haben, denen sie mit Leibeigenschaft und nicht weiter verwandt wären, solchen nur zu Leibbeede und Fastnachthühnern, und nicht weiter verpflichtet seien." *Spolienklage*, Anl. S. 25. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 55 nr. 554.

35 **1492**, Oct. 14. Derselbe legt die zwischen seinem Capitel und der Stadt Bingen bei Durchführung der Stadtordnung v. 1488 entstandenen Streitigkeiten durch nachfolgenden Bescheid bei: a) in der Stadt Bingen dürfe kein Bier gebraut oder gezapft werden; b) die zu Mehlwägern zu nehmenden Personen müssten des Lesens und Schreibens kundig sein; c) den Bürgern sei erlaubt, an allen Wochentagen in ihren Häusern und Läden feilzuhaben, mit Ausnahme des Mittwochs, an welchem blos auf dem Kaufhause Leder und Tuch verkauft werden könnten; d) die vierzehn Schöffen sollten nebst den zehn aus den Zünften Gewählten, und ferner dem Amtmanne, Schultheissen, Meier und Vogte den Stadtrath bilden; e) Holz aus dem städtischen Walde dürfe nirgends anderswohin, als in die Stadt selbst, ausgeführt werden; f) in den Hesseln sei nur mit des Amtmanns Genehmigung Holz zu fällen gestattet; endlich g) die Geistlichen hätten, wenn sie ihren Pfründe-Wein verkaufen und sich dafür andere Trinkweine anschaffen würden, davon das gewöhnliche Ungeld zu entrichten. *Spolienklage*, Anl. S. 26—31. Vgl. *Weidenbach* a. a. O. S. 55, 56 nr. 560 mit *Sander* zu *Scholl's* Ann. Bing. S. 213 Note 1.

1498, Mai 30. Das mainzer Capi- 36
tel gewährt der Stadt Bingen zum Zwecke baulicher Wiederherstellung die Erhebung eines Einfuhrzolles von fremden Weinen, doch so, dass nur die eine Hälfte des Ertrages auf den Bau der Thürme, Stadtthore, Mauern und Gräben verwendet, der übrige Theil aber an das Capitel abgeliefert werden sollte. Auch wird verordnet, dass solche Weine von den Wirthen in Bingen nicht angekauft und verzapft werden dürften, sondern wieder aus der Stadt wegzuführen seien. (R.) *Weidenbach* a. a. O. S. 56 nr. 568.

Erwähnenswerth ist noch die häufige Betheiligung der binger Handwerks-Bruderschaften an den im XIV. und XV. Jhdt. zu Stande gekommenen Zünfte-Bündnissen der oberrheinischen und anderer nahe gelegenen Städte, vornehmlich zum Zwecke der Wahrung alter Gebräuche und der gleichmässigen Reglung des Verhältnisses zwischen den Meistern und Knechten. Erhalten und veröffentlicht sind solche Verbundsbriefe der Bäcker v. 1352 (*Böhmer*, Cod. dipl. Moenofrancofurt. Th. I S. 625—27), der Schmiede v. 1383 (*Böhmer* a. a. O. S. 760, 61) und der Schneider v. 1457 (*Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XIII, 1861, S. 162—165).

Bischofsburg. XCVIII.

(Ostpreussen.)

1395, Oct. 17. Bischof Heinrich (Sorenbohm) von Ermeland ertheilt der um sein gleichnamiges Schloss neu gegründeten Stadt Bischofsburg die ihre Feldmark, sowie die Freiheiten und Reichnisse der Bürger bestimmende Handfeste. (R.) *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. VI S. 209 m. Note 4; *Töppen's* Historisch-comparative Geographie von Preussen S. 198.

Bischofstein. XCIX.

(Ostpreussen.)

1349, Dez. 17. Bischof Hermann von 1
Ermeland bestätigt die Handfeste des pogesanischen Vogts Bruno von Luter v. 21. Nov. 1346, mittels welcher dieser dem Schulzen Johannes von Roghusen und dessen Erben die „locacio ville Schoneflys" (sive Strowangen) unter Zuweisung von sechsundsechzig Hufen Landes mit bestimmten Gerechtigkeiten übertragen hatte, und fügt dem confirmirten Inhalte des Rechtsbriefes noch einige weitere Begnadungen, z. B. eine Erstreckung der Zinsfreijahre und die Erlaubniss zur Anlage eines zweiten Schenkhauses

(„taberna") im Dorfe, hinzu. Cod. Dipl. *Warmiens.* Bd. II Nr. 73 S. 74, 75.

2 **1385.** Der ermeländische Bischof Heinrich (Sorenbohm) verleiht der auf der Stelle des Dorfes Strowangen neu errichteten Stadt Bischofstein die ihren Grundbesitz und die sonstigen städtischen Freiheiten und Rechte normirende Handfeste. (R.) *Töppen*, Historisch-comparative Geographie von Preussen S. 198.

3 **1481.** Der Bischof von Ermeland Nicolaus von Thüngen erneuert der Stadt Bischofstein nach einer Feuersbrunst, welche sie betroffen, ihre Handfeste. (R.) *Töppen* a. a. O. Note 878.

C. Bischofswerda.

(Kgr. Sachsen.)

Chr. *Heckel*, Historische Beschreibung der Stadt Bischoffswerda, Vormahls durch Michael *Puschen*, Archi-Diaconum, zusammen getragen *), Nunmehro aber continuiret, vermehret, und an vielen Orten, wo man nöthig befunden, geändert und verbessert, Dressden 1713. 4⁰. K. W. *Mittag*, Chronik der königlich sächsischen Stadt Bischofswerda, nach Acten des dasigen Rathhauses und nach Urkunden des kgl. sächs. Haupts-Staats-Archivs, des Meissner Stifts-Archivs und des geh. Finanz-Archivs bearbeitet (unter Einrückung aller wichtigeren Documente in den Text), Bischofswerda 1861. 8⁰.

1 **1406**, März 17. Bischof Thimo (von Kolditz) zu Meissen gestattet „den meysternn vnd dem Handtwergke der Peltzemacher inn seiner Stadt Bischoffwerde, nachdeme also andere seine vorfahrenn solches gethan habenn vnnd gegebenn solche freyheytt, ... das sie es haldenn mögenn vff ihrem Handtwergke inn aller weyse mit Freyheytten vnnd allenn genachdenn [1]), als es inn andern Stedtenn, die vmb vnd vmb gelegenn, vnnd es sey inn des Königs von Böhmen oder des Marggrafenn tzu Meyssen oder anderswo, gehaltenn wirdt, darumb das sie ihres Handtwergks desto bass gewartenn vnnd geprauchenn mögenn vnnd die Stadt Bischoffwerde (sich) desto bass gebessernn magk." [Als Transsumt im Bestätigungsbriefe Bischof Johann's IX. von Meissen für die Kürschner v. 9. Nov. 1556 gedruckt bei] *Mittag* a. a. O. S. 130.

Am gleichen Tage erhielten auch die Schuhmacher, nebst den Metzgern das älteste Gewerk der Stadt, aus den Händen Thimo's eine Confirmation ihrer Innungsartikel, welche aber noch ungedruckt ist [2]). Vgl. *Heckel* a. a. O. S. 166, *Mittag* a. a. O. S. 116, 168.

1406, Jun. 6. Der römische König Wenzeslaus, welchen Bischof Thimo zu Meissen „demutichlichen vnd mit fleisse" gebeten hatte, dass er seiner Stadt Bischofswerda, „denselben burgern vnd Inwonern einen neuen Jarmarckt, der alle Jare an der heiligen dreivaltikeyttage vnd die zwen tage Montag vnd Dinstag dornach volgende sein vnd werden sol, zu leihen, zu bestetigen vnd auch zu freyen gnedichlichen geruchte", verleiht in Erfüllung dieser Bitte, „durch besserunge willen der egenannter Stat zu Bischoffwerde vnd der Burger vnd Inwoner doselbst ein sulchen Jarmarckt vf die obgeschrieben zeite . . . also das (sic) den in allen Rechte vnd freyheit, als ander des Kunigs vnd des Reichs fursten Jarmerkte, in ihrer Stete haben, vnnd der gebrauchen sollen vnd mögten, von allermenniglich vngehindert, vnschedlich doch andern Steten, in der nahe gelegen, an iren Jarmarckten, ob der eine vf solche tage auch Jarmarckte hette." Schliesslich wird noch das allgemeine Gebot hinzugefügt, „die egenannten Burger vnd Inwoner vnd die Stat zu Bischoffwerde an sulchem Jarmarckte nicht zu hindern oder zu irren, noch auch alle vnd ygliche Kauffleute vnd sust allermenniglich, die zu oder von sulchem Jarmarckte mit irer Kauffmannschafft vnd gerete ziehen." *Mittag* a. a. O. S. 104, 5. 2

1433, Apr. 19. Bischof Johann IV. von Meissen bestätigt die Innungs-Gerechtsame der gemeinschaftlichen Zunft der Schmiede, Schlosser, Rade- und Stellmacher in Bischofswerda. (R.) *Heckel* a. a. O. S. 169, *Mittag* a. a. O. S. 173. 3

1484, Jul. 20. Bischof Johann V. von Meissen „confirmirt das Statutum wegen der Weiber dritten Theils und der Gerade, folgenden Lauts: Wiewohl nach Sächsischen Rechten mancherley Stücke zur Grade gehören, und nach Absterben einer Frauen oder Jungfrauen der nechsten Gespinnin folgen und gebühren sollen, so soll doch mit unser Willkühr nicht mehr folgen, denn das beste Paar Kleider mit dem Silberwercke, so davon bey Lebzeiten einer Frauen oder Jungfrauen getragen oder gesehen ist, item 4

*) Die Chronik von *Pusch* war nach dessen Tod 1658 im Drucke erschienen.

1) D. i. Gnaden, wenn nicht „gemachdenn" (Bequemlichkeiten, Nutzungen) oder gar „gewohnden" (Gewohnheiten) zu verbessern sein sollte.

2) Dasselbe gilt von den Innungsprivilegien der Schuhmacher aus den J. 1422, 1477 u. 1499.

ein paar Betten, ein paar Küssen, ein paar Leylach und ein Schlaff-Pfiehl, so ferne alle diese Stücken da sind; was nicht da ist, kan man nicht geben." *Heckel* a. a. O. S. 32, 33; G. A. *Hofmann*, Statuta localia oder ausführl. Beschreibung der Gerade und des Heergeräths in Ober- und Niedersachsen (1733) Thl. II S. 229.

5 **1486**, Febr. 20. Kaiser Friedrich III. erlaubt dem Bischofe Johann V. von Meissen auf dessen Bitte die Errichtung eines weiteren Jahrmarktes zu Bischofswerda, welcher am Sonntage „nach Crispinitag" stattfinden soll — „also dass derselbe Jarmargt, auch alle vnd igliche personen, so den mit irem Gewerbe vnd Handel besuchen vnnd darzu vnd davon ziehen, alle gnade, freiheit vnnd rechtigkeit haben, vnd sich der freihen, gebrauchen vnd genyessen sollen vnd mogen, dy ander Jarmargk in dem heiligen Reich haben, gebrauchen vnd geniessen von recht oder gewohnheit, von allermenniglichen vnvorhindert, doch dem kaiser vnd dem Reich an irer keiserlichen Obirkeit vnnd sust andern Jarmergten, in zweien meilen weges vmb Bischoffswerde gelegen, an iren rechten vnnd gerechtigkeiten vnvorgreiflich vnnd vnschedelichen." Zugleich wird Jedermann — „in was wirden vnd status oder wesens der sei" — angewiesen, den Bischof von Meissen und dessen Nachfolger „an dissen keiserlichen gnaden, freiheiten, gonnung vnd erlawbung, auch an Vbung vnd gebrauchen des gemelten Jarmargts nicht zu hindern noch zu irren", bei Vermeidung keiserlicher Ungnade und einer Geldstrafe von 40 Mark löthigen Goldes. *Mittag* a. a. O. S. 105, 6.

6 **1491**, Febr. 7. Bischof Johann VI. von Meissen ertheilt dem Leinweber-Gewerke zu Bischofswerda den ersten Innungsbrief. (R.) *Heckel* a. a. O. S. 168; *Mittag* a. a. O. S. 124, 178 [mit schwankenden Angaben des Tags der Ausfertigung].

7 **1491**, Febr. 24. Johannes Königsberg und Thammo Loser, Doctores und Domherrn zu Meissen, legen eine zwischen ihrem Bischofe (Johann VI.) und „Burgermeister, Rathman vnnd Gemeynde zcw Bischoffswerde des Stette Geldes halben von dem newen Jarmarg daselbst" entstandene Irrung in der Art bei, dass sie „bereden vnd beteydingen", es solle künftighin das Marktgeld in einer verschlossenen Lade bei dem bischöflichen Official in Stolpen aufbewahrt werden, und dieser den einen und der Rath den anderen Schlüssel zur Casse führen; es habe ferner binnen vierzehn Tagen von diesem Recesse an der Stadtrath das kaiserliche Privilegium über den Jahrmarkt im Originale dem Bischofe zur Einsicht vorzulegen und zugleich demselben eine Copie des Rechtsbriefes zu überlassen. *Mittag* a. a. O. S. 107, 8.

Bischofswerda („Bisscoueswerde"), unter diesem Namen bereits in Urkunden v. 1227 und 1253 erwähnt, gehörte, soweit die geschichtlichen Nachrichten darüber zurückreichen, stets zu dem Gebiete der meissner Kirche, deren Bischof Witigo I. auch den Ort im J. 1286 mit Mauern befestigt und hiemit den Grund zu seinem Eintritte in die Reihe der Städte gelegt haben soll, wiewohl in dieser Beziehung nur soviel als quellenmässig beglaubiget angenommen werden darf, dass jedenfalls in der ersten Hälfte oder um die Mitte des XIV. Jhdts. Bischofswerda schon städtische Rechte und Einrichtungen besessen haben muss. Denn in dem Confirmationsbriefe Bischof Johann's I. über die Stiftung des heil. Kreuz-Altars daselbst v. 3. Mai 1361 erscheint nicht nur der Ort mit dem Namen „stad" bekleidet, sondern es wird auch seiner „fleischbencke vnd brotbencke", sowie der städtischen „geswornen vnd Ratmanne" Meldung gethan. Im J. 1392 begegnet uns dann zum ersten Male an der Spitze dieser „Ratlute vnd geswornen" ein „Burgermeister" (welchem in jüngerer Zeit noch ein zweiter und dritter beigesellt wurden), sowie die Stadtgemeinde im Besitze eines eigenen „ingesegele". Vgl. *Mittag* a. a. O. S. 14, 18 flg., 23 flg., 44 flg., 152—81.

Das älteste Stadtgesetz Bischofswerda's ist übrigens unzweifelhaft die durch Bischof Johann VI. gegebene „ordnunge" (ordinatio sive statutum) v. 1503, fast durchaus polizeiliche Bestimmungen enthaltend (*Mittag* a. a. O. S. 52—54). Denn wenn *Heckel* a. a. O. S. 32 berichtet, diese vom Rathe „mit Einwilligung der gantzen Bürgerschafft auffgesetzten Statuta wegen des Geschosses, gesetzter Biere auffn Häusern, item wie es mit Hochzeiten, Gevatterschafften, überzeitigen Biertränckern, Nachtschreyern und Spielen zu halten", seien bereits vom Bischofe Thimo i. J. 1405 confirmirt worden, so gebricht es dieser Behauptung an jedem Unterstützungspunkte, und steht dieselbe sogar mit dem Eingange des Statuts im Widerspruche.

Bischofswerder. CI.

(Westpreussen.)

1331, Jan. 13. Bischof Rudolph von Pomesanien und das Capitel seiner Kirche ordnen mittels der üblichen Handfeste die Grundbesitz-, Nutzungs-, Abgaben- und Gerichtsverhältnisse der [vom Ersteren im J. 1325 *) neu-gegründeten] „civitas bischoff-

*) *Petri de Dusburg* Cronica terre Prussie

werder wulgariter nominata", indem sie zuvörderst den Bürgern daselbst „pro communi utilitate quam eciam pro area civitatis" zehn und eine halbe Hufe Landes „Jure culmensi fruentes omnimoda libertate", und dazu noch weitere acht, von denen der Kirche jährlich zu Martini sechs Mark üblicher Münze „nomine census" entrichtet werden sollen, anweisen, ferner den vierten Theil des „census de bancis panum, de maxcellis carnium et de bancis calceorum" nebst der Hälfte des Badstubenzinses, unter Vorbehalt des übrigen Theiles für die Kirche, überlassen, und ausser obigem Reichnisse noch einen Hofzins zu sechs Denaren landläufiger Münze, jährlich ebenfalls am Martinstage zahlbar, auflegen. Dabei wird der Bürgerschaft sowohl im Flure der „villa petirwiez" (hier aber neben den Insassen des Dorfes), als auch „in campo civitatis" die Viehweide zugesprochen, und in den Seen Dulgen, Gorin und Trupil (im letzteren freilich nur theilweise), desgleichen im Flüsschen Ossa an der dem Stifte gehörigen Uferseite das Fischereirecht „secundum Jus culmense", jedoch blos „cum instrumentis minoribus" eingeräumt. Das Stadtgericht und die Schulzen-Wahl hingegen sollen dem Bischofe und der Kirche zustehen, endlich, wenn Zweifel in der Rechtsprechung auftauchen, die nöthigen Rechtsbelehrungen in der Stadt Marienwerder eingeholt werden — „Insuper judicium civitatis nobis reservamus et ecclesie, providendo annuatim de sculteto, prout nobis placuerit et utilitati congruerit civitatis. Ceterum si de aliqua sentencia judiciaria illata vel inferenda aliquod dubium emerserit, volumus, quod de hoc dubio nostra civitas videlicet insula' sancte marie specialiter consulatur." *Voigt*, Cod. dipl. Pruss. Bd. II Nr. CXXXVIII S. 181, 82.

CII. Bischofzell.

(Schweiz, Kt. Thurgau.)

1350, Jul. 21. Bischof Ulrich von Constanz bestätigt den Bürgern seiner Stadt Bischofzell ihre alten, hier in neuerlicher Verbriefung zusammengefassten Gewohnheiten und Rechte, betreffend: das Marktrecht der Häuser, die Bussen für Todtschläge und Wundungen, die Freizügigkeit der Bürger, die Förmlichkeiten bei Hausverkäufen, die Jahres-Reichnisse der auswärtigen Händler, das Verbot der Güter-Veräusserungen zum Schaden der Zinsgläubiger, die Aufstellung eines Zöllners, endlich die Pfeffergült von Hofstätten.

P. III cap. 360 [Ed. M. *Töppen* in SS. rer. Pruss. I, 193].

„Wir Volrich von gottes gnaden bischof ze Costenz tuen kunt vnd ze wissend allen, daz wir durch nutz vnd nothdurft vnsers gotzhus ze Costenz vnd sunderlichen durch nutz vnser lieben getrüwen, der burger vnserer statt ze bischofscelle, dise nachgeschriben gewonheit vnd recht, die si von alter vntzher gehebt hant vnd behalten, wellen, daz si dü hinnanhin halten vnd haben, als hienach geschriben stat: §. 1. Des ersten swas hüser ze marktrecht [1]) ligent, si sient herren alder armer lüte, dü sont stür vnd wacht geben, als andrü hüser, dü ze marktrecht ligent. §. 2. Es sol enhain herre von sinem aigenn mann erben nach sinem tode dehain hus noch enhain ligendes guot, das ze marktrecht lit. §. 3. Wäre ouch daz dehain burger den andern burger ze tode schluoge, der ist vns alder vnsern nachkomen, die denn bischof ze Costenz sint, ze buosse gevallen zehen pfunt Costenzer pfenning, vnd der statt ze bischofscelle fünf pfunt pfenning derselben müns, vnd sol si(ch) damit gerichtet [2]) han. §. 4. Wäre ouch, daz ain gast ainen bürger ze tode schluoge, der ist vns alder vnsern nachkomen ze buoss gevallen drissig pfunt pfenning, vnd der statt ze bischofscelle zwanzig pfunt pfenning der egedachten müns, vnd sol si(ch) damit gerichtet han. §. 5. Wäre ouch, daz ain gast ainen burger wundete, alder ain gast den andern gast, der sol vns alder vnsern nachkomen ze buoss geben fünf pfunt pfenning, vnd der statt ze bischofscelle drü pfunt der egenanten müns. §. 6. Wäre ouch, daz dehain burger von der statt ze Bischofscelle ziehen wolte, also daz im da nit fügte ze sind, es sige von geuchschaft [3]) alder von andern sachen, der het sin gewalt, vnd sölen wir noch enhain vnserer nachkomen noch die burger ze bischofscelle in daran nit sumen, vnd ist ouch denn sines aydes ledig. §. 7. Wäre ouch, daz dehain burger, es sigend mann alder frowen, sin hus verkoufen welte, alder sus von im geben welti, wenn er denn zwene ander burger bi im haben mag, die och hus vnd hofe in der statt ze bischofscelle hant, so het er im es gevertiget. §. 8. Es ist ouch gewonlichen, daz die geste, die ze bischofscelle ze bank stant, järlich gebent ze wisat ainen schilling guoter Costenzer pfenninge; da haben wir angesehen die gettrüwen dienst, die vns die

1) Vgl. oben S. 12 Note 1.

2) „Richten", häufiger: „verrichten", bedeutet hier: vergleichen, sühnen, erheischt aber dann die Emendation des „si" in „sich".

3) Ein dunkler, wahrscheinlich verunstalteter Ausdruck. Vielleicht ist einfach „geschäft" zu verbessern.

burger ze bischofscelle dick tund vnd getan hand, vnd haben si bi demselben recht gelassen beliben. §. 9. Es sol ouch enhain burger sin hus alder sin guot von im geben durch schirmes willen, daz er es sinen gülten [4]), den er gelten sol, emphrömde; wele es darüber tuot, das het enhain kraft, vnd wele das tuot oder der es nimet, der sol die buoss geben, die darüber gesetzt ist, vnd als wir alder vnser nachkomen darüber erkennen, vnd als sich ouch die burger ze bischofscelle darüber erkennent. §. 10. Wir wellen ouch, daz wir vnd vnser nachkomen ainen zoller in der vorgenanten vnser statt ze bischofscelle setzen solen vnd im das selb ampt empfehlen, der vns denn vnd vnserm gotzhus ze Costenz vnd der vorgedachten vnsrer statt ze bischofscelle fuglich vnd ouch nutzlich dunket. §. 11. Vns hant ouch die vorgenanten vnser burger ze bischofscelle ermanet, daz es von alter recht sige vnd gewonlich gewesen sige vntzher, daz man den pfefer, der ab hofstetten zu bischofscelle gat [5]), geben sol je ze sant Martins tag, vnd sol man den pfefer alder pfenning geben, weders ainer wil, vns ald vnsern nachkomen, als der pfefer gang hat in der ballen acht tag vor sant Martinstag vnd acht tag darnach. — Vnd ze waren vnlogenbaren vrkund aller dirre vorgeschriben dinge geben wir den egenanten vnsern burgern der statt ze bischofscelle disen brief mit vnserm hangenden insigel besigleten, der ward ze costenz geben des iars da man von gotz geburt zalte drüzehen hundert vnd fünfzig jare an sant Maria Magdalenen abent."

Gedruckt b. J. A. *Pupikofer*, Geschichte des Thurgaus, Ite Hälfte (Bischofzell und Zürich 1828. 8⁰.) Urk. Nr. 47 S. 86—88.

CIII. Bisenz.

(Oesterreich, Mähren.)

1 **1214**, Jan. 3. Markgraf Heinrich „qui et Wladizslaus" von Mähren, von dem Wunsche erfüllt, das Marktdorf Bisenz zu befestigen und zur Stadt zu erweitern, entbindet dessen Einwohner für dreissig Jahre von den ihnen obliegenden Geld- und Getreidereichnissen, gestattet ihnen die Aburtheilung der leichteren Vergehen im Ortsgerichte nach dem von Breslau erhaltenen Rechte und eigenem alten Herkommen, und weist denselben endlich einen Wald zu willkürlicher Verwendung, sowie zwei Hufen Landes zum Unterhalte ihres Geistlichen an, damit die Genehmigung einer Freimühle verbindend: „Ideo volens villam forensem nomine Bizince muro forti construere et ita ampliare, ut honore et prerogativa ceterarum nostrarum civitatum congauderet, relaxamus et penitus remittimus ad triginta annorum spatium ipsis civibus de Bisince censum denariorum et mensuras annone, que serenissime domine regine Bohemorum nomine Constantie annis singulis persolvere debebant. Item volumus, ut ex nunc et in futurum omnes culpe in ipsa civitate juxta jus, quod a civitate Brezislaua acceperunt, et antiquam consuetudinem judicentur, preter graves culpas, que coram nobis vel nostris judicibus debent judicari. Item silvam, que vulgariter dicitur Dubraua, ipsis tradimus extirpandam vel in usus suos retinendam, secundum quod sibi placuerit, quam circumeundo positis acervis, qui kopci vel granicie dicuntur, limitavimus. Item concedo ipsis molendinum libertatum, item duos mansos ad usum sacerdotis, qui pro tempore fuerit." *Boczek*, Cod. dipl. et epist. Moraviae Tom. II Nr. LXIV p. 75, 76; *Erben*, Regesta dipl. nec non epist. Bohemiae et Moraviae P. I Nr. 550 p. 257. (Extr.) Vgl. *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 7.

1223, März. Der Böhmenkönig Ottakar „qui et Premizl", als Herzog von Mähren, wiederholt und bestätigt das vorstehende Privileg der Stadt Bisenz mit dem Beisatze: „Videntes itaque, qualiter prefati cives malignorum incursu et ignis voragine ad magnam egestatis pressuram sint delapsi, ipsis prefati privilegii tenorem regia auctoritate confirmantes, in restaurum civitatis sue proventus telonei nostri ibidem in Bisince per decennii curriculum concedimus benigne, et indulgemus, ut omni jure et libertate gaudeant, que civitati Brezislaue sunt concessa." *Boczek* l. c. Nr. CXLVII p. 149, 50. Vgl. *Bischoff* a. a. O. 2

Bittburg. CIV.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1262. Graf Heinrich II. von Luxemburg freiet seine Bürger von Bittburg nach dem Muster jener von Echternach, indem er nur bezüglich einzelner, dem Rechtsbriefe der Letzteren angehöriger Artikel Abänderungen und beziehungsweise Zusätze, betreffend das Verfahren bei Verwundungen, die Bannwälder, die Abgaben der Weinhändler, die Aufstellung von Sicherheitswachen in der Stadt, die Leistung von Botenfrohnen für den Grafen von Seite der Bürger und deren militärische Dienste, ausspricht:

„In nomine sanctae et individuae trinitatis nos Heinricus, comes Lucelburgensis

4) „Gülte", gelte, Gläubiger.

5) Vgl *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins II, 201, 2, XIII, 42.

Rupensis et marchio Arlunensis, notum esse volumus universis Christi fidelibus, tam praesentibus quam futuris, quod paci et quieti burgensium nostrorum de Bittburgh providere satagantes, ipsos burgenses ad modum burgensium **Epternacensium** et sub libertate **Epternacensis**, quibusdam dumtaxat articulis exceptis, qui hic inseruntur, libertatis privilegio duximus honorandos. — Actum et datum in Lucemburg anno domini MCCLXII."

Gedruckt b. *Bertholet*, Histoire de Luxembourg, Tom. V „Preuves et Pièces Justificatives" p. LVIIa, jedoch leider! mit Hinweglassung der „articuli excepti", von welchen nur eine französische Uebersetzung im Texte des Werkes (Tom. cit. P. III. Livr. XL chap. 21 p. 152, 53) gegeben wird. Vgl. auch H. *Leo*, Zwölf Bücher Niederländischer Geschichten, Thl. I (1832) S. 522 mit S. 519, 20.

Bittburg, im Bidgaue (pagus Bedensis) gelegen, besassen die Grafen von Lützelburg als stift-triérisches Lehen. Doch unterlag die Stadt nicht nur wiederholten Verpfändungen, z. B. an Trier selbst durch König Johann von Böhmen 1345, an die Herrn von Schleiden und von diesen 1454 an Graf Ruprecht von Virneburg, sondern sie ward auch einmal in andere Hände, nämlich an Herzog Ludwig von Orleans 1406, zu Lehen gegeben. Aus allen diesen Zwischenverhältnissen gelangte aber Bittburg immer wieder in luxemburgischen Besitz zurück. Vgl. *Schannat-Bärsch*, Eiflia illustrata Bd. III Abthl. I[b] S. 452—69.

CV. Blankenberg.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1450, Dez. 13. Herzog Gerhard von Jülich und Berg, Graf zu Ravensberg, bestätigt seiner Stadt und seinen Bürgern zu Blankenberg die in einem vollständig (aber in jüngerer Verdeutschung) eingerückten Privileg Graf Heinrich's zu Sayn und seiner Gemahlin Margaretha vom J. 1245 — „darvon der besigelt principal heufft brieff affhendigh gemacht vnnde verlohren ist worden" — enthaltenen „vreiheit, recht, herkomen vnd puncte", z. B. die Bürgeraufnahme, die Unzulässigkeit kämpflicher Ansprachen an Eingebürgerte in Blankenberg, die Wahl und das Zeugniss der Schöffen, die Einhaltung der zugewiesenen Marktstände, den Verkauf und die Verpfändung des Erbes, die Klagen um Hofzins, die Busse für Faustschläge, die Rügung von Scheltworten, die Befreiung von Hauptrecht und Buteil, die Nichtladung der Bürger vor auswärtige Gerichte, die Belangung solcher, die auf Wanderungen begriffen sind, die Verschiebung von richterlichen Vorgeboten am Markttage, die Schoss- und Dienstfreiheit der Ausserstadtgüter u. a. m. berührend, und gelobt „in guiten trewen vnd bey sinen Furstlig Ehren" für sich, seine Erben und Nachkommen, die Bürger und Gemeinde seiner Stadt Blankenberg bei allen diesen „sachgen vndt puncten zu evigen dagen" gänzlich belassen und behalten zu wollen. Das inserirte Privileg v. 29. Sept. 1245 lautet:

„Wir Heinrich Grave zu Seine vndt Mettell meine Ehelige Haussfraw doin kundt allen denjenigen, die diessen brief sehen vndt lessen hoiren, dat wir mit guitten Willen, mit gesundtem leive vndt mit Rahtt vnser Burghmans vndt gunst, vndt vmb libdte vnser Burger zu Blanckenbergh hafen jn gegefen vndt verleinht alsulche Recht vndt freyheit, (§. 1) dat ein Jeglicher, der zu Blanckenbergh in wilt fahren vndt ein Burger werden will, dat der Burger werden magh vndt der Stadt Rechtt enpfangen sonder einigerley Hindernüss. §. 2. Vort han wir ihn verlinht Rechtt vndt Freyheit, dat ein jeglicher Burger, der zu Blanckenbergh jnnen wohnet vndte derselbigen Stadte Rechtt hatt, dat den Nieman zu Kamp heischen en mach, et were dann ein Burger, der dat dede vmb einen Doitschlagh mit offenen Wunden, off vmb Noitzucht, off dat he geroffi vndt missegehandelt wurde [1]) mit gewalt in seim Hawss. §. 3. Vortt so en magh gein aussgesessen Man einigen Burger umb einige Daidt zu Kamp heischen. §. 4. Vort so en sall ghein Scheffen gesatt werden, die Scheffen von der Stadt en kiessen ihn. Vnndt alss sey ihn gekoren hant, so sollenht sey kommen vor den Heren vonn der Stadt, vndt der Her sall den stadigenn ann sein Statt sonder allerley Gaufe [2]); vndt alss dat gescheiht ist, so sall er den Scheffen jr Recht bekennen. §. 5. Vortmehr *so sall zu Blanckenbergh* gehein gezugh geschehen, id en sey oufermitz den Scheffen vndt Beykentnis für ihn gescheiht. §. 6. Vortmehr were sache, dat einigh Mensch qwemen zu Blanckenbergh zu Jair Martt, alss langh der Jair Martt wehret, so sall he stann an der stat, die im beweist wirdt; vndt as her enthwigen wirdt, so sall he gefen einen pfenningh zu Colln. §. 7. Vort so en magh gein Man sein Erf verkauffen noch versetzen, id en sey mit gehengnus vnd gezeuge der Scheffen. §. 8. Vort were einigh Bürger von seiner Node wegen baussen der Stadt, der sall niet ge-

---

1) Im Abdrucke heisst es: „off dat he gestrafft vndt vniffell gehandelt wurde".

2) Gabe, Geschenk.

zogen werden zu einigem Gericht vmb Hoeffzins; vndt were zu Blanckenbergh Hoffzins fordert an dem, der in ime von Recht schuldigh ist, vnd ihme dess nit werden eine mach, beclagt he jenenn darumb zu Blanckenbergh, dem vurderen sall man ein entlich vnvertzogen Regte widerfahren lassen. §. 9. Vort wer sach, dat ein Burger den andern mit einer Vaust schloge, den schlagh sal he im mit funff schilinck Coltz pagamentz besseren. §. 10. Were aber sach, dat ein ander Man, der nit Burger en were binnen der Statt, einen anderen einen Vaustschlach geve, der sall dem Richter vnd dem Gerichte mit funff schillingh besseren. §. 11. Vort so sall ein jeglich aussgesessen burger zu Blanckenbergh zu Gericht gann von schuldt wegen vann krege vnnd scheldtwordten. §. 12. Were vort me sache, dat ein Burger vp einigen einige scheldt ergeinge, vndt er kundt in dar zu nit brengen, dat he im genoich dede, dat ergencknuisse sal he behalden mit Kunschafft der Scheffen für eime anderen Gerigt; vnd were dan sache, dat der schuldige vor dem höchsten Gerigt enschuldigen wolte vann dem ergencknusse, so sall in der Burger zeugen mit zwen Scheffen, vnd sal behalden. §. 13. Vort welche Mensch zu Blanckenberch wonhafftig ist vnd alda stirft, ann dem en sal gein Man Houfftrecht off budelen forderenn; ohne allin sein gudt, dat he lest, dat sal seinen regten Erbenn bliben. §. 14. Vort binnen der Statt vann Blanckenbergh en sal man gein Gericht besitzen, dat geheischen ist Landtfeste [3]). §. 15. Noch gein burger en sal gezogenn noch gebodt werden vor einig Gericht vmb einige Missdat baussen die Statt, id en were dann ergenn ein aussgesessen burger, dat he vp in ergangen hedte. §. 16. Were vort me sache, dat einiger binnen der Statt, off dar en baussen binnen dem Burchbande, einigen Krege machet, offe dat he einen wonte, off gewalt dede enbausen dem Schultis van der Statt, off dat he seine Handt mit gewalt an Jemant schloege vmb einige stücke, den sullenn die Burger haldenn mit der macht vnd sullen ire portzen schliessen, vnnd sollen ihn dan vor vnss brengen; van dem en sall nemantz mehr regiren, dan der Schultis mit vnserem Radt. §. 17. Were fort mehr sach, dat einigh Burger wandelen werde vann Steden zu Steden, dem en sal [man] fur einigem Gericht [nit] zu spregenn, im en were van erst zu Blanckenberch entlich versagt. §. 18. Vort auff den dinstagh, alss zu Blanckenbergh Jar Mart ist, so en sall man geinigen Burger geboden zu Gericht vnnd vf die Zeit, as zu Blanckenbergh Jar Mart ist; man sall in fristen vp den negsten tag, dat he dan kome fur dat gericht vnd verantwortte sich. §. 19. [Dar] vber willen wir, dat geiniger vnsser amptleude einigem Burger seines gudts icht mit gewalt neme, off mit gewalt icht weder seinen willen doe. §. 20. Vort willen wir, dat zu Blanckenberch alle gefaringe Dinck [4]) af sein. §. 21. Vnd gein burger sal geschoss gevenn vann dem gude, dat hey hett bausen der Statt, vnd vp dem gude sall niemantz Herberch nemen wider ihren willenn. §. 22. Vnnd fort fur einige schuldt off vmb einige saiche sal man van irem gude, dat sey baussen der Statt hant, geinige pende gevenn noch nemen. §. 23. Vnndt wir sagen mit kurtzen Wortenn, dat gein Burger vnss geinigen Deinst donn en sall, dat he bausen der Statt hat. — Aller disser furwerden vndt saichen seint getzugh Johan, Graf Heinrich, Simon vnd Eberhartt gebrüder vann Spanheim, vort vnse Burchmans mit namen Lodwich Walipoede, Gerhart vnd Arnoldt gebrüdere van Ravensberch, Rurich vann Gevertzhagen, Gobel van Oitgenbach, Heinrich Kerstgens Sonn, Heinrich Wipartz Sonn, Gobell vnd Dederich vann der Portzen, Ernst vom Vernenberch, Heinrich vann Hepenich, Richwein van Funffzell, Degn Heine vann Pleiss, Theil vann Geisslar, Herman van Winten, Johan van Fulstorp vndt andere vill guder Leude. Vnd zu mehrem glauben diesser gegenwärtiger Karten aller diesser fürgeschreven Sagenn, so hann wir vnnse Ingesegell vnnd Ingesegell der Gebrüder van Spanheim fürschreven don hangen ann diessen Brieff, vnd stedigen, der gegefen ist, do man schriffe Dausent zwey Hundert funff vndt viertzigh Jair auf S. Michels Dag dess heiligen Engels."

Gedruckt, jedoch sehr incorrect, nach einer Abschrift v. 1607, in W. *Aschenberg's* Niederrheinischen Blättern, Bd. V (Dortmund 1805. 8°.) S. 334—39.

Blankenburg. CVI.

(Schwarzburg-Rudolstadt.)

Chr. *Schlegel*, De nummo Comitis Blanckenburgensis epistola, Jenae et Arnstadii s. a. 4°., p. 17 sq. L. F. *Hesse*, Geschichte des Schlosses Blankenburg, Rudolstadt 1820 fol. *Ders.* in dem Werke „Thüringen und der Harz mit ihren Merkwürdigkeiten, Volkssagen und Legenden" Bd. I (Sondershausen 1839. 8°.) S. 170—85. A. L. J. *Michelsen*,

3) Landgericht.

4) Was hierunter zu verstehen, kann ich nicht enträthseln.

Rechtsdenkmale aus Thüringen, Lief. III (Jena 1859. 8°.) S. 231—33.

1 **1456**, Sept. 30. Graf Heinrich XXXV. zu Schwarzburg, Herr zu Arnstadt und Sondershausen, bestätigt den „ratismeistern, ratmannen vnde gantzer gemeyne siner stad Blangkenberg“ auf deren Bitte, da ihre alten Rechtsbriefe durch Brand zu Grunde gegangen, „yrer stad gewonheyt vnde alt herkomen“, betreffend: den Umfang der dem Rathe zukommenden Strafgewalt [„was zcweitracht adir irthumbs sich mochte in der stad ratishuses fryheit, es were med scheltworten, kannenwerffin, slaen adir rouffen, wie sich das machte, dorüber sal der rait zu Blangkemberg macht habn das zu entscheidene, zu büssene vnde zuentrichtene, doch vsgeschlossin wunden vnde todtslege vnde auch was ere vnde lümunt anrürthe.“]; die Befreiung der nicht an den Hals gehender Verbrechen und „echliger“ *) Wunden schuldigen Bürger oder in Bürgerhäusern weilenden Fremden von der Verhaftung, sowie der Güter von Bürgern vom Arreste, diese seien denn „vff fluchtigen fusse“; das Verbot der Einführung „fromder getrencke“ in die Stadt, um sie „daselbest zu schengken adir zu vorwechseln“; die althergebrachten gemeindlichen Wasser-, Fischerei- und Holzgerechtsame, den Besitz der Wassergräben, und die fernere Einhebung des Zolles zu Blankenburg; endlich die Ausmessung der Gerichtsbussen — „darmede sal man das gein die borgere zu Blangkemberg halden med der busse zuteilene in allermosse, so man das vor dem gerichte in vnser stad **Rudolfstad** gein die borgere daselbest phliet zuhaldene.“ *Michelsen* a. a. O. nr. 1 S. 234, 35 (in 8 §§).

2 **1470**, Sept. 25. Graf Heinrich XXXV. zu Schwarzburg confirmirt auf Ansuchen der „rethe vnd gemeyne siner stad Blangkinberg“ deren „statrechte vnd gewonheyte“ in Ansehung der Erbfolge unter Eheleuten: „§. 1. Zcum ersten wan zcwey eelich zusammen komen in vnsir stad Blangkinberg, vnd wirtschafft zu kirchen vnd strassen volbracht habin, allis, das sie zusammen gebracht hetten adir ymmer mehir gewinnen, sal eyns das andir domit beerbin, ap eyns das andire überlebite; vnd stirbet der man ehir dan dy frouwe, was dan der man lassit an erbegute, an eygen vnde farndir habe, das sal der frouwin volgen, dywile sie an irem wietwenstule sietzet. Daran mogen sie yre kinder keyns behindern. Würde sich abir dy frouwe widdir vorandirn, hiesschen dan dy kint teyl, des sal sie yn nicht weygern, vnd so dy kint eynich teyl zuvor weg genomen hetten, sollin sie allis widdir inbringen, vnd das domit fordir nach lute des stadbuchs zu **Rudolfstad** haldin. Desglich sal es auch so gehaldin werden, ap dy frouwe ehir storbe, dan der man. §. 2. Wer es auch, ap in der selbigen vnsir stad werin adir werdin witwer adir witteweryn, vnde sich nicht widdir vorelichin weldin adir mochten, vnd vssewends der stad rechte erbin hetten, den solch anfal im rechten geborte: dy sollen vff solch gud vnsir borgir werdin, wie sie in dy stad zcihen, solch erbe vnde gud zu besietzene; vnde werde solch erbe vnde gud den selbigen veyle, das sollin sie in vnsir stad vnsirn borgeren adir eynem vswirdigen, der doruff zcihen vnd borger werdin wolde, widdir vorkouffen; doch das derselbe vnsir borger alsvil dafür gebin sal, als eyn vswirdiger. §. 3. Auch wer es, ap ymande in vnsir stad von vnsirn borgeren sin gud veyle wurde, so sal eyn borger dem andirn das auch vorkouffen adir an eynen andirn, wende der in vnsir stad zcihen vnd borger werdin wolde.“ *Michelsen* a. a. O. nr. 2 S. 235—37.

1488. Graf Günther XXXVI. zu Schwarzburg bestätiget dem Rathe zu Blankenburg, welcher ihm vorstehende „zcwene vorsigelte brive“ vorgelegt hatte, „sulche yrer stat recht, privilegia, gewonheit, altherkomen vnd fryheit“, den Inhalt der beiden Urkunden wörtlich wiederholend. *Michelsen* a. a. O. S. 231, 232. (Extr.) 3

In den durch Graf Albrecht zu Schwarzburg genehmigten Statuten der Stadt Blankenburg v. 25. Jul. 1594 wird auf obige Confirmation vom J. 1488 im Eingange ausdrücklich verwiesen. Doch müssen diese jüngsten Statute als eine durchgehends neue und selbständige Bearbeitung des städtischen Rechts erachtet werden, wie am auffälligsten eine Vergleichung ihres Titels *(IX)* „von Erbfällen vnd Succession *derselbigen*“ in 7 Artikeln mit der unter nr. 2 mitgetheilten Urkunde zu beweisen vermag. Vgl. *Walch's* Beyträge zu dem dtsch. Recht Thl. V. Nr. III S. 75—116, bes. S. 93–96.

Blankenburg verdankt seinen Ursprung dem im Orlagaue gelegenen, bereits 1137 urkundlich erwähnten festen Schlosse „Greifenstein“ oder Blankenburg, und befand sich gleich diesem stets im Besitze der vom Reiche damit belehnten Grafen von Schwarzburg, deren eine Linie sich davon die „Blankenburgische“ nannte. In dem Belehnungsbriefe König Ludwig's IV. v. 22. Jan. 1323 (*Schlegel* l. c. p. 26) wird schon der bei dem „Castrum Planckenburgk“ gelegene gleichnamige Ort als „oppidum“ bezeichnet.

*) Vermuthlich gleichbedeutend mit „ächtig“ d. h. mit der Acht bedroht.

CVII. Blankenhayn.

(Grossherzgth. Sachsen-Weimar.)

C. *Ackermann*, Geschichtliche Nachrichten über die Stadt und Herrschaft Blankenhain, aus archivalischen und andern Quellen zusammengetragen, Jena 1828. 8°., S. 9—35.

1451. Herzog Wilhelm III. von Weimar bewilligt dem Grafen Ludwig I. von Gleichen [Blankenhain] auf dessen Bitten, dass in seinem Burgflecken Blankenhain an jedem Mittwochen ein Wochenmarkt abgehalten werde. C. *Sagittarii* Historie der Grafschafft Gleichen (Franckf. a. M. 1732. 4°.) S. 276.

Blankenhayn hatte ursprünglich einem bereits im XII. Jhdt. genannten edlen Geschlechte gleichen Namens gehört, kam aber, nachdem dieses 1416 im Mannsstamme erloschen war, durch die Vermählung der Tochter des letzten Besitzers mit dem Grafen Heinrich von Gleichen in die Hände dieser Familie, welche jedoch 1420 die Lehenherrlichkeit des Erzstifts Mainz über Herrschaft und Burg Blankenhayn anerkennen musste. [*Sagittarius* a. a. O. S. 184.] In dem unheilvollen Bruderkriege Kurfürst Friedrich's von Sachsen und Herzog Wilhelm's von Weimar, 1446—1450, sehen wir Blankenhayn, dessen Burgherr sich dem Ersteren angeschlossen und somit den Zorn des Letzteren auf sich geladen hatte, schwere Drangsale erleiden, so dass das erwähnte Wochenmarkts-Privileg, überhaupt der einzige Rechsbrief des Fleckens oder Städtchens, einem heilenden Balsam verglichen werden kann, welchen der wieder versöhnte Landesfürst auf dessen noch brennende Wunden gelegt hat.

CVIII. Blaubeuren.

(Württemberg.)

Sattler, Histor. Beschreibung von Württemberg, Thl. II S. 140—54; J. D. G. *Memminger*, Beschreibung des Oberamts Blaubeuren, Stuttg. u. Tübing. 1830. 8°., S. 118 flg. Die hierher gehörigen Urkunden findet man nebst historischer Einleitung bei *Reyscher*, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. XII S. 298—366.

1 **1267**, Dez. 24. Pfalzgraf Rudolph von Tübingen setzt die dem Benedictiner-Kloster in der Stadt Blaubeuren zustehenden Gerechtsame in Gestalt eines „statutum" fest — „ut Abbas et Conventus de hominibus monasterio suo jure proprietatis vel censualitatis pertinentibus, etiam in civitate Blaburn residentiam habentibus, jus mortuarium, quod vulgo val et hobreht dicitur, ammodo percipiant sine contradictione qualibet, non obstante statuto vel consuetudine civitatis, quod utique spontanea voluntas civium loci nobiscum nichilominus annuit et concessit. Servos quoque cenobii, quos in expensis continuis habuerint, ubique in dicta civitate intra muros vel extra residentes ab exactione collectarum, quod vulgo stiora dicitur, vigiliis et quibuscunque serviciis aliis quietavimus, favore civium nobiscum unanimi concedente. Indulsimus insuper dictis Abbati et Conventui, ut, siquis civium ejusdem loci puerum suum censualem vel proprium monasterii extraneo, id est non censuali vel proprio, forte copulare voluerit, cum licentia Abbatis hoc faciendum esse. Alioquin tamquam transgressor ad Abbatis gratiam tenebitur emendare. Villani quoque, si per indebitam copulam in civitatem suos parvulos copulaverint, penam, quam dominus Abbas illis inferre duxerit, sustinebunt. Si quis vero rusticorum sub doli specie dictam intraverit civitatem, visus querere subterfugia, ut, si forte in illa decesserit, substantiam rerum suarum cum Abbate pro debito partiatur, statuimus, ut talis cum tota rerum substantia exiens jam emendet." Ungenau gedruckt b. Chr. *Besold*, Documenta rediviva monasteriorum, praec. in Ducatu Wirtemberg. sit., Tubing. 1636. 4°., p. 918, und danach b. *Reyscher* a. a. O. Nr. 1 S. 304—6.

1381, Febr. 23. Die verwittibte Gräfin Anna von Helfenstein gewährt für sich 2
und ihre Kinder, mit Rath und Zustimmung des Grafen Konrad von Helfenstein, als Erbvogts ihres Sohnes Johann, ihren „Burgern gemeiniglich, Allen, Reichen vnd Armen, der Statt zu Blawbeyren, Inn- vnd Vssgesessen Burgern" die Gnade und Freiheit, dass sie mit jeder anderen „schatzsteur", als der jährlich in näher bestimmten Beträgen am Georgitage zu entrichtenden Abgabe von allem liegenden und fahrenden Gute — ausgenommen „harnasch, bette, betgewandt, gewende vnd ander Haussrath one allein Silbergeschirr" — für ewige Zeiten, und selbst auf den Fall, dass durch Verkümmerung, Verkauf oder Versatz die Stadt Blaubeuren „In ain ander Handt keme", verschont werden sollten, jedoch so, dass dabei „alle anndern gewaltsame, gewohnheiten, rechte, ampten vnd alle andern sachen, als die herschaft das von allter vnzherbracht habe", insbesondere „das gewohnlich Vngellt", sowie ferner was „aigenleüt irer Herrschaft billich vnd von rechts wegen erberlich . . . mit gewenlichen diensten, bewen, raisen, herfarten, zwingen, bennen, gerechten vnd mit allen andern sachen" zu leisten und zu warten schuldig, der Gräfin von Helfenstein völlig

gewahrt und vorbehalten blieben. Dagegen wird aber auch „beredt vnd bedinget", dass alle diejenigen Bürger von Blaubeuren, welche dieses zur Zeit obiger Begnadung gewesen seien, „mit Irem Leib vnd gutt by der herrschafft zue Helffenstein pleiben vnd von In nimermer geweichen noch ziehen sollten", sie müssten denn der „vorgeschryben fryheit vnd gnade . . von Schazsteur weegen vberfarn werden, dass man mer vonn In neme oder begerte, alls vorgeschriben stett", in welchem Falle ihnen unbenommen sei, „zu varend, wohin sie wend, es sy in der hern von Osterreich Stett oder in des Reichs stett"; während solche, die erst nach jener Zeit vom Lande oder aus andern Städten nach Blaubeuren übersiedeln und hier Bürger werden würden, wohl wieder „dannen varn vnd ziehen" dürften, „wenn In fürbass nit mer füeglich were, da zue pleiben", vorausgesetzt, dass sie nicht etwa der Stadt oder ihren Mitbürgern sich „verbürgt", und darum noch rechtliche Obliegenheiten zu erfüllen haben sollten. Wer „Vnrecht vsssteuere", dessen Habe werde der Confiscation und dem Ausverkaufe unterworfen, und falle der aus dem letzteren gemachte Gewinn „ane den buwe" halb der Herrschaft und halb der Stadt zu". Schliesslich wird noch den Bürgern der Stadt Blaubeuren zugesichert, dass man sie „bey allen rechten vnd gewonheiten, alls es von alter vntzherkomen ist, pleiben lassen" werde. [Vorstehendes Privileg hat unter wörtlicher Wiederholung desselben Graf Ludwig von Würtemberg, welcher vom Grafen Konrad von Helfenstein die Stadt Blaubeuren mittels Kaufcontractes v. 7. Jan. 1447 an sich brachte, am 6. März des genannten Jahres confirmirt und gleichfalls das Versprechen beigefügt, die Bürger von Blaubeuren und ihre Stadt „bey allen vorgeschriebnen Gnaden, freyheiten vnd Rechten geruehiglich vnd getrewlich" belassen zu wollen.] Ohne die Confirm. v. 1447 b. *Reyscher* a. a. O. Nr. 4 S. 308—12, mit der Confirm. b. H. F. *Kerler*, Urkunden zur Geschichte der Grafen von Helfenstein, Ulm 1840. 8°., Nr. XI S. 34—38.

Ueber den eben bemerkten Kaufvertrag, im Auszuge bei *Kerler* a. a. O. Nr. X S. 33, 34 gedruckt, und die ihm vorhergegangenen Ereignisse, vgl. *Kerler's* Geschichte der Grafen von Helfenstein nach den Quellen dargestellt, Ulm 1840. 8°., S. 101 mit S. 97 flg. und *v. Stälin's* Wirtemberg. Gesch. Thl. III S. 492, 93.

3 **1418.** König Sigismund verleiht der Stadt Blaubeuren zwei, an Francisci und Johannis Baptistae zu haltende Jahrmärkte. (R.) *Sattler* a. a. O. S. 148; *Memminger* a. a. O. S. 120.

1471, Jun. 28. Kaiser Friedrich III. gibt der Stadt Blaubeuren einen neuen verbesserten Wappenschild. *Chmel*, Reg. Frid. S. 607 nr. 6234. (Extr.) 4

Blekede. CIX.

(Hannover.)

1310, Apr. Herzog Otto von Braunschweig und Lüneburg verleiht den Bürgern zu Blekede das Recht der Stadt **Lüneburg**, begnadet Erstere mit umfassenden Wald-, Wasser- und Weide-Gerechtsamen, und bestätigt ihnen eine alte Gewohnheit bezüglich der Wedde im Vogtsdinge:

„In nomine domini amen. Dei gratia Ottho, Brunswicensis et de Luneborch dux, discretis viris et sibi dilectis, Ludolfo Grawerve, Thiderico Grevingis, Nicolao pistori, Reynero sutori, consulibus modernis in Blekede, et ipsorum posteris in perpetuum salutem in domino et sincerum affectum omnis boni. Solent avaricie cecitas et dampnande ambitionis improbitas, quorundam animos occupantes, eos in illam temeritatem impellere, ut, que sibi de jure interdicta noverint, conentur exquisitis fraudibus usurpare. Eapropter cupientes futuris obviare erroribus, vobis nunc et futuris civibus Blekede commorantibus, ut expeditius muniendo ipsum opidum nostrum vacare valeatis, ipsis vobis et singulis vestrum jus civitatis nostre **Luneborch** perpetuo donamus in theloneis, mensuris, modiis, ulnis, libris et cujuslibet alterius generis juribus. Sane quidem donamus etiam vobis libere usum nemorum, aquarum, pratorum, paludum, lignorum infructilium, quomodo eis usi sunt antecessores vestri primitus Blekede commorantes, et ultra Albeam de paschuis porcorum vestrorum, quos in propriis aedibus vestris nutritis, intra disterminationes Blekede opidi memorati. Ceterum autem, ut *liberior facultas* vobis sit muniendi vos, eximimus vos et vestros posteros ex nunc et per quinquennium immediate sequens ab omnibus exactionibus, petitionibus et onere portarie liberos et solutos. Permittentes etiam, quod pro excessu majori, qui dicitur wedde, in judicio nostri advocati facto persolvatis tantum quatuor solidos, prout apud vos hactenus est consuetum. Ut autem vobis haec donatio nostra libertatis vestre a nobis et nostris heredibus illesa in perpetuum et rata maneat, vobis et posteris vestris, ut premittitur, presens scriptum nostrum inde confectum sigilli nostri appensione munitum duximus concedendum. [Zeugen.] Datum Blekede, anno domini millesimo trecentesimo decimo, in septimana paschae."

Abdrücke: J. F. *Pfeffinger's* Historie des Braunschweig-Lüneburgischen Hauses Thl. I (1731) S. 376, 77; *Origines Guelficae* Tom. III p. 859; *Riccius*, Entwurff S. 167. (Extr.) Vgl. dazu W. *Havemann*, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg, Bd. I (1853) S. 633 m. Note 6.

Das Weichbild Blekede, mit seinem Schlosse der Mittelpunkt eines kleinen danach benannten Territoriums, scheint aus einer frühen wendischen Ansiedlung hervorgegangen zu sein, wie denn namentlich Wilhelm von Lüneburg in der höchst merkwürdigen Urkunde v. 28. Aug. 1209, worin er seinen niemals realisirten Plan kundgibt, zunächst Blekede eine neue Stadt mit Namen „Löwenstadt" zu gründen und ihr alle Rechte einer freien Stadt, wie sie einst **Bardewick** *) besessen hatte, zu verleihen, von einem „slavischen Blekede" spricht — „civitatem novam Lowenstat nominatam in fundo et proprietate nostra edificari statuimus, tale jus libertatis eidem conferentes, quale libere civitates habere solent, quale etiam **Bardewig**, dum esset in statu suo, dinoscitur habuisse. Sane ipsius, quod in vulgari dicitur wigbelede, limes protenditur .... in australi parte usque ad sclavicum Blekede." [H. *Sudendorf*, UBuch z. Gesch. der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande Thl. I, 1859, Nr. 5 S. 4]. Uebrigens war der Aufschwung Blekede's, welches besonders als Zollstätte eine Rolle in der Particulargeschichte spielt, zur Stadt nur von vorübergehender Dauer, und längst ist der Ort wieder zur Bedeutung eines blosen Fleckens herabgesunken. Bemerkenswerth ist endlich noch die aus vorstehender Urkunde sich erweisende Thatsache, dass Blekede zur Zeit der Ertheilung des Privilegs bereits im Besitze eines, und zwar theilweise aus den Gewerken besetzten Rathes sich befunden hat.

CX. Bochold.

(Preussen, Westfalen.)

Nunning, Monumentorum Monasteriensium Decuria prima, Mon. X „Bucholdia" p. 244—303. Eine Sammlung bocholder Freiheitsbriefe und Statute, einer Papier-Hdschr. des XV. Jhdts. mit dem Titel „Stadt Boicholt privilegien- und Statuten boick" entnommen, ist in *Wigand's* Arch. f. Gesch. Westphalens Bd. II (1828) S. 339—60 abgedruckt. Doch beziehen sich einige der darin befindlichen Documente, wie die wichtigen Copiae privilegiorum v. 1309 und 1457 [Urkk. III, IX S. 343, 352 flg.], nicht auf Bochold allein, sondern auf das ganze Bisthum Münster.

1 **1201.** Bischof Hermann II. [von Katzenellenbogen] zu Münster ertheilt seinem Orte Bochold Weichbildrecht — „noverint igitur tam moderni quam futuri, quod ville nostre Epenebocholte id juris, quod vulgo wicbilede dicitur, perpetua donatione concessimus. Verum quia hoc sine consensu Suederi de Dingede, cujus comitie predicta subjacebat villa, minime fieri debuit, hanc cum eo fecimus transactionem, ut predicto juri suo in ipsa villa renunciaret et pro eo in recompensationem judicium civile reciperet, quale est aliarum civitatum nostrarum, Monasterii *), Coesfelde et ceterarum." *Nunning* l. c. p. 260, 61; *Wigand* a. a. O. Urk. I S. 340, 41; *Wilmans*, Westfäl. UB. Bd. III Abthl. 1 Nr. 3 S. 4.

„Das „judicium Bocholhe" treffen wir als münsterisches Lehen später im Besitze der „milites de Ringenberg." Urk. v. 1257 b. *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. III Abthl. I Nr. 77 S. 197. Vgl. v. *Ledebur's* Archiv Bd. X S. 44.

2 **1221** [**1222**], Jan. 17. Bischof Dietrich [von Ysenburg] zu Münster bewidmet seine Stadt Bochold mit dem **münsterischen** Rechte und setzt ihr **Münster** als Oberhof — „quod opidum nostrum in Boecholte, intra terminum nostri episcopatus situm, cum jugibus et cotidianis insultibus hostium esset expositum, vidimus, quod sine nostro solatio subsistere non posset, unde moti piis civium predicti opidi precibus favorem nostrum, quoniam eosdem sincere diligimus, circa ipsos in tantum inclinavimus, ut opidum jam dictum cum habitatoribus ipsius aliqua speciali prerogativa extolleremus. Placuit ergo nobis et ex liberalitate nostra eisdem indulsimus, ut simili eodemque jure in omnibus et per omnia gaudeant et regantur, quo civitas **monasteriensis** cum suis habitatoribus infra ambitum civitatis uti consuevit et gubernari. Si autem super eodem jure cives predicti opidi ad aliquod dubium deducantur, **Monasterium** accedant, solutionem sue dubietatis a judice nostro et a scabinis illius loci et burgensibus accepturi." *Nunning* l. c. p. 262, 63; *Wigand* a. a. O. Urk. II S. 341, 42; *Wilmans* a. a. O. N. 174 S. 93, 94.

3 **1336**, Apr. 21. Bürgermeister und Schöffen der Stadt Bochold vereinbaren mit den Rathmannen und der gesammten Gemeinde daselbst eine „constitutio seu ordinacio" **), wie es mit dem Ersatze

*) Vgl. Chr. *Schlöpken*, Chronicon oder Beschreibung der Stadt und des Stiffts Bardewick, Lübeck 1704. 4°., S. 203—18.

*) N. Monasteriensium.

**) In den Abschriften führt das Statut den

der von den Bürgern bei Heerfahrten erlittenen Schäden zu halten sei. Als Grundprincip wird an die Spitze gestellt: „quod quicunque opidanus . . . ad percussionem campane agitando vel quomodolibet aliter de consensu et mandato illorum, qui tunc temporis scabini fuerint ejusdem opidi, aut aliorum ad hoc substitutorum, dictum opidum pedester vel equester exierit, qui pro tunc in campo per captivitatem vel per deteriorationem, que vulgariter verdervinge dicitur, vel amissionem equorum aut aliarum rerum suarum dampna aliqua propter hoc inciderit, ille habebit emendam et refusionem dampnorum hujusmodi a communitate dicti opidi, ita videlicet, quod tota ejusmodi opidi communitas dicta dampna cum ipso et ipse cum dicta communitate quoad partem se tangentem secundum debitam proportionem quantitatis bonorum suorum proportionabiliter tollerabunt“. Nach näherer Ausführung der hiebei zu beobachtenden „modi et conditiones“ folgt dann am Schlusse die Bemerkung: „insuper si quisquam opidanus dicti nostri opidi, qui deterioraverit aut amiserit equos aut res suas alias modo premisso, in campo fuerit interfectus, aut etiam postea alio modo ante relevationem aut restaurationem seu refusionem hujusmodi sibi factam decesserit, extunc heredibus ejusdem interfecti vel aliter decedentis fiet relevatio vel restitutio seu refusio, secundum quod sibi debuisset fore facta; sed ipsi heredes nihil habebunt pro persona taliter interfecti.“ *Nunning* l. c. p. 296, 97; *Wigand* a. a. O. Urk. IV S. 344—46.

1382, Dez. 21. Bischof Heidenreich zu Münster gibt dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Bochold um des mannigfachen Schadens und Verlustes willen, welchen sie wegen des Hochstifts erlitten, die „ewyge genade vnde oerlof, dat se mogen laten tymmern ene wyndemollen en bynnen oeren wycbolde ofte bynnen oere stadt to boecholte, vp welker stede em dat ghedelikest ist, vnde de Rente vnde vpkome, vrucht vnde verval der moelen vpboeren vnde kieren moegen to der vorscreven stad to boecholte vnde erer nut, noet vnde bederf na oeren raede vnde guedduncken.“ *Nunning* l. c. p. 265, 66; *Wigand* a. a. O. Urk. X S. 356, 57.

4 **1393**, Aug. 24. Bürgermeister, Schöffen, Rath und Gemeinde von Bochold verfügen auf Grund einheitlich gefassten Beschlusses, dass, wenn Jemand einen Bürger daselbst „myt geweltliken saken, als myt veden“ angriffe, und von ihm kein Recht nehmen wollte, der letztere aber sich darüber bei Bürgermeister und Schöffen der Stadt beklagen und allda „to vnvortoegeden rechte“ erbieten würde, nach Ablauf von „veirtennacht“ dem Bürger ohne Verzug zu seinem Rechte verholfen werden solle. *Nunning* l. c. p. 298; *Wigand* a. a. Urk. V S. 346, 47.

1441, Juni 13. Der münsterische Bischof Heinrich (von Mörs) verleiht seiner 6
Stadt Bochold „vmme maniges truwen denstes wyllen . . . eyne ghunstlike genade vnde vryheit vp enen wekemarked“, allen Besuchern desselben vom Mittwochen („quedensdag“) Mittag bis zum Freitage um dieselbe Zeit freien Aufenthalt, sowie friedlichen Zu- und Weggang verheissend, wovon nur die „yn duiften, of vor aepenbaeren doetslach of moerd begrepenen“, ferner die „vredeloes“ Erklärten, und endlich die mit dem Stifte in Fehde Befindlichen eine Ausnahme machen sollen. Ausserdem wird bestimmt, wie Friedbrüche, von Auswärtigen und Einheimischen während der Marktzeit begangen, zu ahnden seien, und zugleich den Amtleuten darüber zu wachen befohlen, „dat niemand ghestlick of werltlick, hoveman of huisman myt synem veele guede andere markede sueken sal . . . ., he en hebbe den marked to boecholte eirst versocht, wtgesacht Jaer markede vmmelanck gelegen, de mach een yuwelick versoeken na synen wyllen.“ Ueberhaupt sollen Amtleute, Richter und Frohne zu Bochold in ihre dem Bischofe zu leistende „huldinge“ das Gelöbniss mitaufnehmen, „dat se dese genade vnde vryheyt vppe desen wekemarked na al oere macht holden vnde bewaren“ wollen. Schliesslich wird noch den von Bürgermeistern, Schöffen und Rathmannen später etwa zu beschliessenden Anordnungen, „daer se desen wekemarked vnde vryheyt mede verbeteren mochten“, dieselbe „stanthaftichkeit“ zugesprochen, als wenn diese „puncte . . . gelyck yn dese breve mede begrepen vnde besegelt“ wären. *Wigand* a. a. O. Urk. VI S. 347—49.

Die besonderen Strafsatzungen über Marktfriedensbrüche wurden durch einen s. g. Transfixbrief desselben Bischofs v. 19. Jul. 1448 wieder aufgehoben — „verwandelt vnde verandersaetet.“ *Nunning* l. c. p. 267, 68; *Wigand* a. a. O. Urk. VII S. 349, 50.

1453, Sept. 22. Der münsterische Bischof Walram (von Mörs) gestattet seiner 7
Stadt Bochold, „to ewygen tokoemenden tyden tot oer bar nut vnde beteringe in oeren drey vryen Jaermarkeden van peerden, rynderen vnde van swynen, de daer dan ver-

seltsamen Titel: „Een aeverdracht, wo wtgeboedet word, dat de stad syn hoest heer ys.“

koft weerden, de wyle de vrye Jaermarkede staen vnde dueren, de Koepsyse [die schon längst üblich gewesene Kaufs-Accise] dubbelt eder twivoldich to nemen, gelyck men de buten den drey vryen Jaermarkeden eenvoldich to nemen vnde to boeren plecht." *Nunning* l. c. p. 269, 70; *Wigand* a. a. O. Urk. VIII S. 351, 52.

8 **1462**, Apr. 24. Vier gewählte Schiedmänner entscheiden zwischen dem S. Klara-Jungfrauen-Kloster einer- und den Bürgermeistern, Schöffen und Rathleuten zu Bochold andererseits, da dieselben „vnder syck twyachtich vnde vneens weeren vmme den herwagen ter stades behoef to voeren", ausführlich darüber, wann der Heerwagen („currus armamentarius"), und auf wie lange er zu stellen, von wem die Kosten des ihn führenden Knechtes („famulus") zu tragen, endlich welche Gegenstände zur Ausrüstung des Wagens erforderlich seien. *Nunning* l. c. p. 287, 88 [m. p. 295, 96, wo der erste Halbtheil der Urk. in lateinischer Fassung steht], *Wigand* a. a. O. Urk. XI S. 357, 58.

9 **1481**. **Stadtrechtsbuch** — „Hier beghinnen policien plebisciten of Statuten vnde olde gewonten der Stad Boecholte binen Wicbolde" – in LXXXIX Abschnitten nebst Anhängen. Es ist dieses „bök" ursprünglich wohl nur eine Privatsammlung der „articuli vnde puncten van older insettinge of van older gueder gewonten, de anders geholden werden bynnen wycbolde, dan na den beschreven Landrechte, by namen dat Spiegell van sassen", und als in der „hoevetstad Munster", geweseu, und besteht daher eines Theils in einer Aufzeichnung des bis dahin unschriftlich gebliebenen Localherkommens, z. B. über Erbfolgeverhältnisse [Art. 1—7 „so held men dat von older gueder ghewonten"], zum anderen Theile in einer Zusammenstellung der städtischen Privilegien (z. B. Art. 48), Rathsstatute und Willküren, von welchen die vermuthlich älteren undatirt, aber an den Eingangsformeln — „yst gesaetet, yst gewylkörd vnde gesätet, ys men oever komen van oldes" — erkennbar, die anderen jedoch mit Jahreszahlen versehen sind, und in den Zeitraum von 1435 bis 1481 fallen. Vgl. Artt. 38, 56, 61, 62, 63, 68, 69, 73, 74, 79—82, 84, 86, 88, 89. Die Anhänge beziehen sich auf die verschiedenen städtischen Abgaben, wie „wynsyse, biersyse, grote syse vnde toll, bötersyse, wechgheld", und geben zum Schlusse eine Verordnung vom J. 1489 über die auf „erfsaken" ruhenden Renten und Pfandrechte, deren bösliche Verschweigung oder Veräusserung, und die Straffolgen hievon.

Umfassende Auszüge aus dem Stadtrechtsbuche hatte bereits *Nunning* l. c. p. 252—58; 266, 67; 279—82 bekannt gemacht, worauf *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. II S. 612—16, die Vorrede [„Dit ys prologus ofte voerrede"] und Schlussreime [„In den jaere cristi des groten heren, Viertienhundert een vnde tachtentich, gode to eeren, Synt dese satinghen ghesat by een, To gelaeten van allen vnd ghemeen"], sowie die Art. 1—7 u. 53 [eig. 55] nebst der, jedoch weder vollständigen noch diplomatisch getreuen, Rubriken-Angabe veröffentlicht hat. Zum ersten Male vollständig gab dann die Rechtssammlung *Wigand* a. a. O. Bd. III Heft 1 Nr. 1 S. 1—42 (Anhänge S. 42—52) heraus.

Bochum. CXI.

(Preussen, Westfalen.)

J. Died. *v. Steinen*, Westphälische Geschichte Thl. III (1757) S. 135—460; C. A. *Kortum* „Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum" in P. Fl. *Weddigen's* Neuem Westphälischen Magazine zur Geographie, Historie und Statistik Bd. II (1790) Heft V S. 49 flg. 105 flg. 189 flg.

1321. Graf Engelbert von der Mark verkündiget das in neue, verständlichere Form gebrachte alte Stadtrecht von Bochum — „decrevimus ipsis et eorum posteris antiquum jus civitatis nostrae in Bochem enucleare, innovare et publicare, prout ab antiquis temporibus dinoscitur introductum, habitum et usitatum". Den Hauptinhalt der sich hier anknüpfenden „juris articuli" machen dann die Gerechtsame des Schultheissen und städtischen Raths („consilium oppidanorum"), namentlich seine Jurisdictions- und Strafbefugnisse, sowie handelspolizeiliche Vorschriften, z. B. über Mass und Gewicht, Bierbrauerei, Messgebühren der „oppidani negotiatores" u. s. w. aus. Bemerkenswerth sind nur folgende Stellen: 1) „Qui etiam jurgia vel alia verba litigiosa levia contra alium dixerit, dabit pro emenda quatuor denarios et persolvet; et qui hujusmodi emendas facere contradixerit, cogetur ire ad vincula supra civitatem, et in illis detinebitur, donec emendam fecit condecentem; qui autem causa paupertatis dictos excessus ad pecuniam emendare nequiverint, cujuscunque sexus fuerint, portabunt lapides pro emenda." 2) „Insuper schultetus et oppidani . . . possunt inter se facere constitutiones et inhibitiones omni tempore eisdem competente tenendas sub poena trium solidorum et infra, et easdem, cum ipsis placuerit, revocare. Item de omnibus causis, quas schultetus civitatis . . . habet

et potest judicare, quilibet oppidanorum . . . coram ipso schulteto et non alibi de suo cooppidano debet facere quaerimoniam et movere.“ *) 3) „Volumus etiam, ut iidem oppidani et cives nostri suis areis sitis infra Bochem et pascuis suis, que Veüde dicuntur, utantur in omni eo jure, sicut antiquitus habuerunt.“ 4) „Recognoscimus insuper praesenti scripto, si aliquis ipsorum moritur, cujuscunque sexus vel juris fuit, quod demonstrator seu expositor haereditatis illius, si fuerit servilis conditionis, possit tantum cum duobus suum facere juramentum, ubicunque fuit hoc necesse.“ 5) „Item recognoscimus, quod dicti oppidani ad secutionem **) proscriptorum quorumcunque non tenentur sequi ultra metas truncorum pacis, qui fredepähle dicuntur, nisi causa nobis imminere specialiter videatur; propter quod tenentur et adstricti sunt astare judicio in prolatione omnium sententiarum, quandocunque fuerint requisiti.“ *v. Steinen* a. a. O. S. 220—23; *Kortum* a. a. O. S. 66 flg.

CXII. Bockenem.

(Hannover.)

Fr. *Buchholz*, Geschichte von Bockenem, mit einem Urkundenbuche, Hildesheim 1843. 8°.

1 **1300**, Oct. 16. Die gräflichen Brüder Konrad und Johann von Woldenberg verleihen ihren Bürgern zu Bockenem das Recht: „so welkere vri gut kofthe ond et ein jar in sinre werre hedde, keme jenich, de dat gut an spreke mit beteremme reichte, dat he bewisen mochte, de scolde geneme sin geilt weder geven, dat he uppen heligen beholden welde, dat et eme gekostet heddet; un we dat gut in der werre hedde, de scolde so der herscup ver scillinge von der hove geven to sinte michaelis dage.“ Zugleich wird der Stadt Bockenem das **hildesheimische**, und in Ansehung der Wetten das **goslarer** Recht („gosleres wedde“) gegeben. *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 4 S. 129 [mit Gesch. §. 6 S. 9, 10].

2 **1314**, Apr. 6. Bischof Heinrich II. von Hildesheim ertheilt einem von den „Consules et opidani in Bokenum de communi beneplacito“ errichteten „statutum sive ordinatio — quod quicunque, cujus etiam status aut conditionis existat, cum ipsis in dicto opido commoretur, qui agros in campis ipsius opidi habeat, quos coli fecerit de eodem, talis contribuere debeat secundum formam dicti statuti ad muniendum ac firmandum opidum memoratum; et si quis id facere denegaret, is permitti non deberet amplius, ut sua bona de dicto opido coleret aut suam annonam ad ipsum duceret quoquomodo“ — seine Genehmigung. *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 6 S. 130, 31.

1349, Febr. 4. Bischof Heinrich III. von Hildesheim erklärt auf Bitten des Rathes von Bockenem mit Zustimmung seines Capitels „alle de borghere, de no wonhaftich sin in der Stad to Bokenum, un alle öre Kindere, de van ön komen möghen“, insoferne sie ihm und dem Stifte (Kloster) Lamspringe bis dahin hörig gewesen, für frei, und lässt „se un alle öre kindere ledich un los van alleme dönste un van aller plight, de se plichtigh waren to dönde vor anderen ghemeynen Börgheren, de wile dat se to Bokenum wonaftich sin.“ *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 8 S. 132. [Dazu Gesch. §. 8 S. 12.] 3

Das in der Urkunde erwähnte Kloster Lamspringe *) entsagte übrigens seinen Hörigkeits-Ansprüchen an die bockenemer Bürger erst im J. 1433. Vgl. *Buchholz* a. a. O. §. 16 S. 29 mit Urk. Nr. 16 S. 150, 51.

1394, Sept. 9. Bischof Gerhard von Hildesheim entscheidet in einer Streitsache zwischen Heinrich Crusecop zu Bockenem und dem Rathe und der Bürgerschaft daselbst, betreffend die Mittragung der Gemeindelasten, dahin: „dat eyn jewelk, de dar wonet un noch to wonende qweme, de to der wapenen nicht gheborn en weren eder uns un unsem Stichte mit der Wapenne nicht en deneden, mit on scullen schoten, waken un allerleie pflicht don, ghelich andern unsen borgern, alse dar eyn wonheit is.“ *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 17 S. 151. 4

1412, März 31. Bischof Johann III. von Hildesheim gestattet dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Bockenem, „eine Landwehr to graffende unde de tovestende, to betsernde unde to ziemende van der Nete dor den Dalmerberg, by den Königswege hen **), also ferne alse des behoff is, unde by namte de Landwer to Dalem“, wozu an demselben Tage die Pfandinhaber des Schlosses Woldenstein, Ludolph von Walmoden und Ludolph von Sellenstädt, in besonderer Urkunde ihre Einwilligung geben. *Buchholz* 5

*) *St.* „monere.“

**) *St.* „sectionem.“

*) Ueber dasselbe s. *Lüntzel*, Hildesheim II, 156 flg. 542 flg.

**) Dieses unter dem Namen der „Dahlumer Landwehr“ urkundlich vorkommende Befestigungswerk begann bei dem Einflusse der Beffer in die Nette, durchschnitt den Dahlumer Berg, am s. g. Königswege hin verlaufend, und endete bei dem oberhalb des Dahlumer Thurmes befindlichen Holze, ward aber erst um die Mitte des XV. Jhdts. vollendet.

a. a. O. Urkk. Nr. 14 [a, b] S. 148, 49 [mit Gesch. §. 15 S. 24, 25].

6 **1425**, Nov. 15. Bischof Magnus von Hildesheim befreit die Stadt Bockenem für die Zeitdauer seiner bischöflichen Regierung von aller Schatzung oder Beede, verspricht dieselbe sammt ihren Meiern und Leuten bei ihren alten Freiheiten und Gnaden zu bewahren, sowie von seines Stifts Amtleuten oder Pfandvögten mit keinen bis dahin ungebräuchlichen Diensten und Auflagen beschweren zu lassen, und sichert ihr sogar die möglichste Erleichterung in Ansehung der von den früheren Bischöfen den Bürgern aufgebürdeten Lasten zu. (R.) *Buchholz* a. a. O. §. 16 Note 31 S. 25, 26.

7 **1446**, Jun. 3. Derselbe bestätiget dem Rathe und der Gemeinde zu Bockenem die ihnen von der früheren Herrschaft, den Grafen von Woldenberg, sowie von den voraufgegangenen Bischöfen bewilligten Freiheiten, Rechte, Gnaden und Gewohnheiten, namentlich auch die Ziehung gescholtener Schöffenurtheile an den Rath, mit dem Versprechen, sie hiebei belassen zu wollen:

„Van godes gnaden Wy Magnus Bisschop to Hildensen bekennen openbar in dessen breve vor uns und unse Nakomelinge, so alse unse leven getruwen, de Rad und gantze meynheit to Bokenem gevryet, begnadet und privilegirt sind van der Herschop to Woldenberghe, dar se midt an uns und unse Stichte gekomen sind, und oek als se van vnsen vorffaren, uns und unsem Stichte privilegirt und begnadet sin — by alsodanner vryheyt, rechtigeit, gnaden unde wonheyt wille wy und unse Nakomelinge se vortan beholden und laten, und nemeliken myd den gheschuldenen ordelen; so dat se dar ane wandel und ane broke bliven moghen und schullen, und wy noch unse Nakomelinge enwillen noch enschullen se daren boven nicht vorder besweren neyerleye wiis one jenigleye geverde, unde wy willen se by allir vryheit, gnaden und privilegien laten vnd gensliken darby beholden, als se dat langhe tiid her und jn olden jaren gehat und geholden hebben, und bestedighen se so vortmer to holdende. Dusses to irkantnisse hebbe wy unse Ingesegel an dessen breff gehengen laten, de gegeven is na godes bort verteynhundert jar und in dem sesse und vertingesten jare des ffrydages negst vor pingsten." *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 15 S. 149, 50 [mit Gesch. §. 16 S. 25–28, bes. Note 32].

8 **1447**, Jan. 8. Bischof Magnus räumt seiner Stadt Bockenem das Recht der freien Rathswahl ein:

„Wy Magnus van Goddes gnaden Bischopp to hildensem bekennen openbar in düssem breve vor uns und unse nakommen, dat wy, umme nud unde vromen willen unser Stad to bokenum, den vorsichtigen Borgemesteren und Rade darsulves, unsen leven getruwen, unde uns unde unsen Stichte tom besten, erlovet und verwillet hebben, dat se megen kesen achte manne ute den gilden***) und menheyt to Bockenum, de deme Rade uppe düsse tid helpen kesen na eyden unde hulden eynen vulmechtigen und vulstedigen Rad, de uns und unsem Stichte unde der Stat to Bokenum nütte und bequeme sy. Unde sodaen gekoren Rad scholde denne by vuller macht wesen und bliven, unde vorder van gilden unde menheyt van des kors wegene, alse wy on to düsser tid erlovet hebben, unbesweret und unbemoyget bliven. Unde de Rad mogen denne vorder alle jar den Rad to Bokenum kesen, setten und ensetten ane de vorbenumde gilden und menheyt, unde dat denne vorder holden, alse dat van alder wente her to gewesen is. Und darby wille wy unde unse nakomen se by vuller Macht beholden und hebben, des to bekantnisse unse ingesegel witliken heten hengen unden an düssen breiff, de gegeven is na goddes gebort verteynhundert jar dar na in dem seven und vertigesten Jare des sondages na der hilgen drigen könige dage." *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 18 S. 151, 52 [mit Gesch. §. 19 S. 33].

1488, März 15. **Stadtrecht von Bockenem** — 9
„dusse vorgeschreven Artikell vnd Koer hebben de Radth Gildemesters vnd ganze gemeinheit bevesteth . . . Vnd Js geschein vp vnsem Radthuse Anno Dm. Mcccclxxxviij Am Sonnovende vor Letare" — vermuthlich durch den damaligen Bürgermeister Henning Wilhelm oder wenigstens auf dessen Anregung hin verfasst, und in XXXVII (38) Artikeln ausser polizeilichen und criminellen auch einige privatrechtliche Bestimmungen, z. B. über Ersitzung binnen Jahr und Tag, Nähergeltung bei Pacht und Miethe, Theilung der zu neuer Ehe schreitenden Wittwe mit ihren ersteheIichen Kindern, Blutsfreundschafts-Retract, Veräusserungen an Geistliche etc., enthaltend, gedruckt in Th. *Hagemann's* und F. *v. Bülow's* Practischen Erörterungen aus allen Theilen der Rechtsgelehrsamkeit, fortgesetzt von E. *Spangenberg*, Bd. X (Forts. Bd. II, 1837) Anh. Nr. II S. 222–25. Vgl. F. B. *Grefe*, Hannovers Recht [3. Aufl. des Leitfadens, Hannov. 1860, 61. 8°.] Thl. I §. 58 S. 158. (Ausg. 2, Götting. 1838–45. 8°., Thl. I §. 52 S. 136.)

1492, Oct. 20. Bischof Berthold von 10

***) Ueber die seit 1383 errichteten bockenemer Gilden s. *Buchholz* a. a. O. §. 22 S. 37.

Hildesheim bestimmt, dass jeder Bürger von Bockenem nach der Stadt Gewohnheit schwören solle, dass er, wenn er Bockenem verlassen würde, einen Einwohner von da nirgends anders, denn vor einem Richter im hildesheimischen Lande, belangen wolle, weil es sich gebühre, dass der Kläger dem Beklagten an die Stätte folge, wo dieser gesessen. (R.) *Buchholz* a. a. O. §. 16 S. 28, 29.

Bockenem, 1131 zuerst als eine im ostphalischen Ambergaue gelegene villa urkundlich erwähnt, gehörte im XI. Jhdt. der Abtei Gandersheim, welche den Ort 1152—1188 den Grafen von Woldenberg (ehedem wohl Wiltingerode) zu Lehen gab. Von diesen gelangte er dann 1314, inzwischen zur Stadt fortgebildet, mit Genehmigung der Aebtissin von Gandersheim in den Feudalbesitz des Hochstifts Hildesheim, bei welchem die Stadt von da an bis zum Ausgange des Mittelalters verblieb. Nicht ohne Bedeutung für die Entwicklungsgeschichte der Stadt waren übrigens deren Streitigkeiten

a) mit der öfter genannten Abtei Gandersheim wegen der (nachmals mit Bockenem völlig verschmolzenen) villa Hacchem, Hachum. Der die Zwistigkeiten endlich beilegende umfangreiche Schiedspruch v. 26. März 1391 ist wegen seiner eingehenden Begründung aus dem „landrechte" und „lenrechte", nämlich den beiden Theilen des Sachsenspiegels †), sowie aus dem „ghemenen Keyser rechte" und dem „gheistliken rechte", für die Lehre vom Eigenthumserwerbe, vornehmlich durch Ersitzung ein dogmengeschichtlich höchst beachtenswerthes Actenstück. *Buchholz* a. a. O. Urk. Nr. 12 S. 135—47 mit Gesch. §. 12 S. 16—20.

b) mit den Edlen von Bortfeld, welche seit 1399 Pfandbesitzer des städtischen Gerichts zu Bockenem waren, aber im J. 1463, nachdem sie bereits 1456 sich mit dem Rathe daselbst über ihre beiderseitigen Gerechtsame in der Stadt gütlich aus einander gesetzt, und Letzterem gegen sein Versprechen, sie „an deme gerichte und vogedie bynen der stadt Bokenum" unbehindert zu lassen, auch Anerkennung seiner gemeindlichen Gewalt — „so dat der Rad darsulfes to örer Behoeff rade over ore borgere" — zugesichert hatten, ihre Pfandrechte am Gerichte gänzlich für 900 rheinische Gulden und 8 halbe Gulden an die Stadt überliessen. *Buchholz* a. a. O. Urkk. Nr. 7, 20 S. 131, 154 flg. mit Gesch. §. 20 S. 33—35.

†) Allegirt und theilweise wörtlich eingerückt werden: *Landr.* I, 28, 29; II, 14, 15, 24, 43, 44, 74; III, 47; *Lehnr.* 6, 40.

Bodenwerder. CXIII.

(Hannover.)

1287, Jan. 29. Ritter Heinrich von Homburg ertheilt seinem Städtchen Bodenwerder, um dessen Wachsthum zu fördern, einen umfassenden, die gemeindlichen Einrichtungen und Freiheiten der Bürger, die Bussen für Verbrechen und geringere, namentlich gewerbliche Uebertretungen, endlich auch einige processualische und privatrechtliche Puncte, insonderheit Vergabung und Erbfolge in den Nachlass eines Fremden, normirenden Rechtsbrief: 1

„Henricus dei gratia miles, nobilis vir de Homburch, omnibus hanc litteram audituris pariter et visuris salutem in eo, qui est omnium justus judex. Quoniam est consonum rationi, subjectis nobis plebibus providere in hiis, in quibus civili quandoque pregravantur judicio minus juste, ut fiant excedentibus leviora, que satisfacere volentibus hactenus fuerant graviora: notum igitur esse volumus universis presentibus et futuris, quod utilitati et commodis intendentes oppidi nostri, quod Bodenwerdhere nuncupatur, ut eo facilius in temporalibus recipiant incrementum incole oppidi supradicti, hec eis jura concedimus observanda. §. 1. Inprimis advocatus ejusdem oppidi cum consensu domini, qui pro tempore fuerit, a civibus eligetur, et civium unus erit. §. 2. Si civis concivem suum acuto leserit instrumento, octo talenta vadiabit, que omnia judicio persolvuntur. §. 3. Si quis sine acuto lesus fuerit instrumento, et testibus poterit hoc probare, lesor xxx solidos, v leso v judici et xx civibus. vadiabit. Si vero probare non poterit, juramento se, qui impetitur, expurgabit. §. 4. Si civis percusserit alienum, v solidos, duos judici duos leso unum civibus, vadiabit. §. 5. Si civem leserit alienus, xxx solidos, civibus xx leso v judici v, dabit. §. 6. Si quis alii alapam dederit manifestam, leso talentum, judici x solidos, et civibus dat talentum. §. 7. Qui alteri manum amputarit, manum perdet, collum collo nihilominus recompenset. §. 8. Si quis pro homicidio exierit civitatem, uxorem et liberos illius nullus ledat corpore sive rebus; si placuerit ipsis, liberi discedent, venditis hiis, que habent. §. 9. Alienus civem, civis civem non inpetat cum duello. §. 10. Alienus non testabitur super civem nisi consulibus cum duobus. §. 11. Qui perdiderit res per furtum, deprehenso fure integraliter eas recipiet, judicato fure per judicem atque cives. §. 12. Si civis vendere voluerit domum suam et recedere, impediat nullus eum. §. 13. Si braxatrix statutam

mensuram minoraverit, tres solidos, unum judici, civibus duos, dabit. §. 14. Pistoris, si excesserit, similis erit pena. §. 15. Carnifex excedens a consulibus corrigatur; si non emendaverit, v solidos, judici unam partem, civibus duas, dabit. §. 16. Si carnes non sanas habuerit, judex tollet illas ipsumque v solidis sibi et civibus condempnabit. §. 17. Si quis conqueritur et dicit, se testimonium producturum, nec possit, judici solidos duos dabit. §. 18. Qui armisono clamore cives provocaverit sine causa, judici solidos v dabit. §. 19. Si quis conciviuin impetitur ab aliquo nomine cujuslibet servitutis, si consenserit, domino suo stabit debita servitute; si negaverit, liber erit prestito juramento. §. 20. Si quis pro aliquo excessu exierit civitatem, si redire voluerit, cum consulibus gratiam domini impetrabit, et quod judici dederit, ejus erit. §. 21. Qui coram judicio bona sua uxori ejus et pueris dederit, et judici pacis solidum in testimonium dederit, post mortem illius hereditatem suam nemo nisi uxor et pueri ejus tollent. §. 22. Qui intraverit civitatem et morari voluerit, arma, que habuerit, hospiti suo presentabit; si noluerit, auferantur ei et vendantur, et precium judicis et civium erit. §. 23. Homini depauperato vendere sua licet, si non coram judicio uxori et pueris suis dedit. §. 24. Si in civitate mortuus fuerit alienus, hereditas ejus a judice reservetur, donec heres illius veniat, qui justitia eam postulet et requirat; si infra annum et diem nullus venerit, hereditas judicis ex tunc erit. §. 25. Qui pacem domus infregerit, octo talenta judicio vadiabit. §. 26. Qui id, quod silfrichte vocatur, commiserit, xxx solidos, x judici, civibus dat xx. §. 27. Dominica post Bartholomei et post Galli omnibus liberum forum erit usque in nonam horam tertie diei, nisi fori violaverit libertatem; quod qui fecerit, mortis sentencie subjacebit. §. 28. Si quis convictus fuerit, pensionem, que scoth vocatur, debitam non dedisse, nulli super eo, sed solis consulibus respondebit. §. 29. Nullus civem nostrum pro injusto pondere, modio, ulna aut mensura accusare poterit aut gravare, nisi in manibus illius fuerint deprehensa; hic, qui fuerit, cum domino et consulibus hoc componet. §. 30. Si quis coram nostro judice sibi voluerit judicari, alii ibidem secundum justitiam respondebit. §. 31. Qui aliquem concivem nostrum de traditione vel convicio infamem reddiderit et suspectum, si convictus fuerit super illo, xxx solidos, v judici, v leso, civibus dat xx; si convinci non poterit, expurgabit se juratoria cautione. §. 32. Quilibet profugus pacem habebit in domo sua vel alterius, donec justitia extrahatur; qui violentiam illi fecerit, capite puniatur. §. 33. Quilibet civium semetipsum aut concivem suum, si necesse habuerit, eripere a judicis poterit potestate sub obligacione domicilii sive domus. §. 34. Iudex nullum nostrorum concivium potest de aliquo convincere vel gravare, nisi cum tribus civibus probare poterit contra ipsum. §. 35. Si quis in civitate aliquid emere vel vendere voluerit, theloneum nullum dabit. §. 36. Si quis apportaverit vinum, cervisiam aut medonem, sine consensu consulum per mensuram vendere non licebit; obtento vero consensu, de mensura vini, que ame vulgariter nuncupatur, denarios sex persolvet, de cupa cervisie vel medonis solidum unum dabit. §. 37. Si quis domum voluerit edificare, in positione liminis infra se et vicinum suum duos consules vocitabit, quorum testimonio fundamentum edificii sui ponet, sine vicini sui aree detrimento; quodsi secus fecerit, xxx solidos judicio et civibus vadiabit. §. 38. Si quis sepem probabiliter injuste posuerit, pro qualibet sude tres solidos vadiabit judicio et civibus antedictis. §. 39. Si quis in hospicio alicujus civis aliquos denarios consumpserit in expensis, et hospite inscio et invito abire voluerit, sine vara hospiti ipsum detinere licebit, quousque illi satisfecerit de expensis; quodsi domum ejus exierit, insequi ipsum potest, donec recipiat, quod est suum. §. 40. Si autem domum alicujus profugus intraverit, in eadem eundem judicio obligabit. §. 41. Si artifices manuum, ut sunt textores lanificii vel sutores, in suis officiis vendendis excesserint, a consulibus judicantur. — Ut autem omnia hec prescripta robur optineant perpetue firmitatis, presens scriptum cum consensu heredum nostrorum sigillo nostro decrevimus communire. [Testes.] Acta sunt hec anno domini millesimo ducentesimo octogesimo septimo, quarto kalendas Februarii."

Abdrücke a) in den *Origines Guelficae* Tom. IV p. 495, 96 nr. 20; b) in D. E. *Baringii* Clavis diplomatica, Ed. 2. Hanover. 1754. 4°., Diplomatar. Nr. I p. 477 — 79; c) in *meinen* Stadtrechten d. MAlters S. 28—30.

1357, Jun. 15. Die Junker Siegfried und Rudolph, edle Herren zu Homburg bestimmen mit Einwilligung ihrer rechten Erben, sowie des Rathes und der „ghansen menheyt ires Wiebeldes to deme Bodenwerdere — dat dat ammecht der Lynenwevere schal hebben dit recht vn sate: we dit ammecht winnen schal, de schal geven vnseme Heren Gode ver pund wasses to oreme lechte, vn sunte Nycolawesse twey pund wasses, vn os vorbenomeden heren to 2

Homborch vn vsen rechten erven teyn schillinghe pennighe, deme Rade, de na der teid sittende is, teyne, den Lyneweveren teyne, de in dusseme vorsprokenen Wicbelde ghinghe vn gheve sint. Dar to schal he gheven in ore Kompanie eynen tover beres vn ver schapene kese. We ok dit werk leren wil, wane he dat besteyt to lerende, so schal he gheven eynen tover beres vn twene schapene kese. Ok schal dat vorscrevene ammecht mit anderen ammechten in dusseme wicbelde bliven bi oreme Rechte, dat se hebbet vn hebbet ghehat, ane dat hir vore screven is." Schliesslich geloben noch die Herrn zu Homburg „dusse vorscrevenen ding stede vn vast to holdende." *Scheidt*, Cod. dipl. zu v. Moser's Einleit. in das Braunschweig-Lüneburgische Staats-Recht (1759) Nr. LIV S. 642 — 644.

3 **1403**, Sept. 1. Graf Moriz von Spiegelberg verspricht den „Ratmesteren, Ratmannen vnde der gantzen Meynheit to dem Bodenwerdere", nachdem ihm diese auf Geheiss seines Oheims, Herrn Heinrich's zu Homburg, Huldigung gethan haben, si „by eren guden olden Wonheiden, Vriheiden vnd Rechten" belassen zu wollen. *Orig. Guelf.* l. c. p. 513 nr. 46.

CXIV. Bönnigheim.

(Württemberg.)

Reyscher, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. XIV „Stadt und Amt Bönnigheim" S. 422—72 [Geschichts-Skizze mit urkundlichen Beilagen]; K *Klunzinger*, Geschichte des Zabergäus und des jetzigen Oberamts Brackenheim, Abthl. I (Stuttgart 1841. 8°.) S. 78 flg.

1 **1388**, Jun. 18. Die vier Edelleute Diether von Gemmingen, Eberhard von Neiperg, Wilhelm von Sachsenheim und Werner von Neuhausen errichten unter sich einen mit dem nächsten Johannistage in Wirkung tretenden und auf die Dauer von zwei Jahren berechneten „Burgfrieden" in Beziehung auf die von ihnen gemeinschaftlich besessene Burg und Stadt „zu Bunnenkein", worin sie sich gegenseitige getreuliche Hülfe bei Gefahren für Leib und Gut, sowie den zu dem Viertel-Antheile eines jeden einzelnen s. g. Ganerben gehörigen Bürgern, armen Leuten und Hintersassen Wahrung ihrer Rechte und Schadloshaltung bei Verlusten in Folge der Einlassung benöthigten fremden Waffenvolkes zusichern, zugleich aber auch aussprechen, dass alle genannten Stadtbewohner, wenn sie etwas „mit einander zu schaffen hetten", oder wenn „vfflauffe" zwischen ihnen entständen, dem Gerichte und „der stat reht zu bünnenkein" unterworfen sein sollten. *Reyscher* a. a. O. Nr. 1 S. 425—27. Vgl. dazu *Klunzinger* a. a. O. S. 84 flg.

Bönnigheim im Zabergaue, schon 793 als „villa", bereits 1284 aber mit dem Namen „civitas" in Urkunden erwähnt, befand sich im XIII. Jhdt., und zwar anfänglich als kloster-lorschisches, nachher als erzstift-mainzisches Lehen im Besitze des durch Albert von Rosswag gegründeten Geschlechtes der Edlen „de Bunnenkein", von welchen es im Erbgange an die stammverwandte Familie der Dynasten von Magenheim gelangte. Nachdem jedoch Konrad von Magenheim im J. 1288 den Ort an König Rudolph I. verkauft hatte, wurde er von Letzterem 1291 an seinen Sohn, den Grafen Albrecht von Löwenstein, verliehen, dessen Nachkommen ihn dann im XIV. Jhdt. den Markgrafen von Baden überliessen. Diese scheinen sich aber in dem mit dem Besitze verknüpften vasallitischen Verhältnisse zu den Bischöfen von Mainz nicht behaglich gefühlt zu haben. Denn alsbald treffen wir — ein Ereigniss, welches in jenem Zeitalter keineswegs zu den seltenen zählte — die Stadt Bönnigheim im gemeinsamen Besitze der in vorstehendem Documente genannten vier s. g. Ganerben an, welche daraus eben soviele, völlig von einander gesonderte und nach den Namen der einzelnen Theilherrn bezeichnete Herrschaftsgebiete machten. Bei diesem Zustande verblieb es nun das ganze Mittelalter hindurch, ja! noch weit über die Grenzscheide desselben hinaus, nur dass der Antheil Werner's von Neuhausen schon bald nach dem Burgfrieden v. 1388 an das Erzstift Mainz heimgefallen und von Letzterem bis 1575, wenn auch zeitweilig verpfändet, doch nicht reinfeudirt worden ist.

1452, Jan. 31. Erzbischof Dietrich von Mainz — eigentlich der Pfandbesitzer vom erzstiftischen Stadttheile Albrecht Späte — und Ritter Reinhard von Neiperg, Berthold und Schwarz-Fritz von Sachsenheim, Konrad und Hanns von Gemmingen vereinbaren unter sich, um den in ihrem Schlosse „Bonnickein" und der Stadt daselbst vorgefundenen mancherlei Gebrechen abzuhelfen und eine bessere „regirunge" herzustellen, nachfolgende, die städtische Verfassung und Verwaltung, insbesondere die Besetzung und Wirkungskreise der verschiedenen Gemeinde-Aemter betreffende „ordenunge vnd satzunge", mit dem für sich und ihre Nachkommen hinzugefügten Vorbehalte, jene Bestimmungen nach Gutdünken aufzuheben, zu mehren und zu mindern: 2

„§. 1. Jgliche parthie sal vss yrem vier-

teil einen geben vnd setzen, ein Richter zu sin; dieselben vier Richtere sollent globen vnd zu den heiligen sweren, nach Irer besten verstentniss zu welen achte Richtere, nemlich vss yedem vierteil zwene Richtere, die sie beduncket dem gerichte nucze vnd beqwemlich sin, dadurch ein gantz gerichte gesaczt werde, (so das) dieselben auch Scheffen vnd richtere sind vnd bliben sollen Ire leptage vss, es enwere dann, das sie sich mit übeltatten verwircketen, oder alters oder andere gebrechlichkeit darczu würden, das sie zu Richtern vntügelich weren. §. 2. Item so dicke der Richtere einer abegeet oder zu einem Richtere vntügelich würde, als obgeschrieben steet, sollen die andern Richtere gemeynlich von vnserntwegen vss dem vierteil, daruss der gestorben oder vntugelich wurden ist, einen andern kiesen, vnd das tun, als dicke des noit geschicht. §. 3. Item von des Schultheissen wegen sal gehalten werden also, dass man alle Jare vss einem Iglichen vierteil einen Schultheissen machen vnd setzen sall. Der sall auch das Jare Schultheisse sin, vnd sal also von Jare zu Jare vmbgeen, damit kein vierteil fürteil für den andern habe. §. 4. Item wer zu Buwmeyster gesaczt vnd gekorn wirdet, dem sollen die Burgere vnd Inwonere zu des Slosses gescheffien, so dicke des noit geschicht, gehorsam sin, vmb was er gebüdet, es sy zu dem Buwe oder ander bestellunge zu dem Slosse. Wer darczu nit gehorsam were, den mag er büssen, doch nicht über ein pfunt heller, nemlich zehen Thorness für ein pfunt; vnd was also davon zu busse gefellet, sal man wenden an den buw desselben Slosses. §. 5. Item was von dem vngelde Jerlich gefellet, davon sal man lonen der Stat knechten, Thürnhütern, Phortenern vnd schützen, vnd was übrig ist, sol man dem Buwmeyster verrechenen vnd entwirten; das sol dann der Buwmeister fürter wenden vnd keren an der Stat buwe, geschütze, nutz vnd notturfft. §. 6. Item sal man die phorten abendes vnd morgens zu rechter czyt vff vnd zu sliessen, vnd bi nacht keinen burger oder Inwonere vss oder inlassen, es geschee dann in biwesen des Schultheissen vnd der Burgermeystere. §. 7. Item sal man die wachte vnd muren bestellen mit fromen gedingten wechtern, vnd sol der Schultheissen oder der Bürgermeystere eyner zu czyten, so des noit ist, oder In von vns ganerben, einem oder mer, befolhen wirdet, vmbgeen, zu sehen vnd horen, das die wechtere wachen, vnd die wachte in redlicher Ordnunge gehalten werde. §. 8. Item so man Jerlichen von der Stat gefellen vssgabe vnd Inname rechenunge thun wil, so sal solich rechnunge gescheen für dem Buwmeystere, vnd sol man darczu nemmen den Schultheissen vnd vss iglichem vierteil einen Richter vnd einen von der gemeynde, vff das die Rechenunge mit der zerunge desten füglicher zugee, der die dann fürter verrechenen sal. §. 9. Item sal man hegen zweyhundert morgen waldes an den enden, da die welde allerwechsselichst sin, vff das, ab vnser Statt oder Bürgere schaden an brande nemen, da got für sy, oder susst buwholtz zu Irer notdurfft bedürffen würden, das man das fünden und haben moge, solich holtz nymant hauwen sol one laube eins Bawmeysters, eins Schultheissen vnd der Burgermeystere. §. 10. Item wer dem andern keuffen, verkeuffen oder verphenden wil, oder susst schuldig ist, das sollen sie fürnemen vnd vsstragen nach rechte vnd gewonheit der Stat Bonnickeim. §. 11. Item vff das ein burger den andern nicht lichtlich vnd vmb vnendeliche sache mit gerichts leuffen zu schaden brenge, so sal der Schultheisse ye zu vier wochen ein gerichte haben vnd nicht mer vngeverlich; doch wer es, das ein burger oder mee gerichts bedürffen würden, so sol In ein Schultheisse gerichte machen vmb fünf schilling heller, vnd welicher da vnrecht gewynnet, der sol solich gerichte gelt geben; doch herjnn vssgenommen fremde lüte, den man dann da rechts helffen sal, wie das von alter herkommen ist. §. 12. Item sollen die bürgere von tage zu tage daran griffen vnd Ire husünge, schüren, stallunge vnd wonunge, vnd besunder wer von Nüwem einen buw machet, der sal den mit ziegeln decken, uff das die burgere vnd Innwonere für schaden vnd brande destebass verhütt vnd versorget werden. §. 13. Es sol vnd mag auch ein Schultheisse vnd die Burgermeystere zu einer iglichen czyt, so sie des ein notdurfft sin bedüncket, worffel spiel verbieten; vnd were das brichet, der sal verfallen sin für czwene schillinge pfenninge. Dieselbe busse sal dem Schultheissen gefallen vnd zusteen. §. 14. Item über soliche vorgerürte satzunge vnd ordenunge sol vnd mag vnser Iglicher Ganerbe einen bürger in seinen vierteil, der stræfflich were vnd gefunden würde, straffen, wie In bedüncket, das nach verhandelten sachen ein notdurfft si."

Abgedruckt ist die s. g. Ganerben-Ordnung b. *Reyscher* a. a. O. Nr. 2. S. 428–30, nach ihrem Inhalte dargestellt b. *Klunzinger* a. a. O. S. 90, 91.

Boitzenburg. CXV.

(Mecklenburg-Schwerin.)

1267, Jul. 24. Die Grafen Gunzelin 1

und Helmold zu Schwerin bestätigen ihren „börgeren vnde Inwohnern to Boyssenborg“, welche jene „mit fründlicken vnd innigen Bede hebben angefallen, dat Se vnde ere Nakommelinge mochten brucken sodanne Schickinge des Rechten, alss de Statt **Lübecke** brucket in allen offseyzenden Sacken vnd Sentencien“, in Erfüllung dieser Bitte „vmme Winnunge vnde Nüttigkeit“ der gegenwärtigen und künftigen Bevölkerung die „Schickinge des Rechten der Statt vorbenohmt to ewigen Tyden in allen werklichen Sacken vestiglich to holdende“, indem sie nur die Ausnahmsbestimmung hinzufügen, dass die gräflichen Amtleute, „he sy Münter, Töllner edde Jöde, wohnende in der Stadt Boyssenborg“, nicht „vor deme Richtere dessulven Lübeschken Rechtens“, sondern allein bei dem landesfürstlichen Gerichte zu antworten schuldig seien, es müsste sich denn um gewöhnliche, während der Abwesenheit der Herrschaft eingeklagte Schuldforderungen handeln. Schliesslich wird noch verordnet, dass zollpflichtige Bürger, Einwohner und Gäste nur „mit willen vnde vulbort“ des gräflichen Zöllners von der Stadt Boitzenburg „fahren effte affwesen“ dürfen. [Wiederholt im J. 1333.] Nur in jüngerer Verdeutschung des 1709 verbrannten Originals erhalten und nach einer archivalischen Abschrift hievon gedruckt in den *Bützow'schen Nebenstunden* Thl. V S. 17, und bei *v. Kamptz*, Cod. dipl. Juris prov. Megapolitani [Civil-Recht der Hzgth. Mecklenburg Thl. I Abthl. II, 1806] Nr. IX S. 118, 18. Vgl. *Michelsen*, Oberhof S. 57.

Durch Privileg des Grafen Nicolaus [Clawes] von Schwerin vom J. 1300 ward dann die Anwendung des **lübischen** Rechts in Boitzenburg auch auf „datt Rhum buten der Statt, geheten die Hude“ erstreckt. *v. Kamptz*, Civil-Recht Thl. I Abthl. I (1805) §. 112 Note 1 S. 163.

2 **1422**, Febr. 26. Herzog Albrecht von Mecklenburg setzt die Gerechtigkeiten der deutschen Schiffer-Gilde zu Boitzenburg in Ansehung der Floss- und Schifffahrt mit der Bestimmung fest, dass gegen solche, welche sich Eingriffe in diese Rechte anmassen, nach **lübischem** Rechte verfahren werden solle:

„Wy . . . günnen vnd geven . . . vnsen Burgheren to Boitzenborch, de nu sint, vnde allen eren Nachkämelingen to ewigen tyden, da de von Düdeschen Lüden echt vnde recht gebaren sindt, vnde sündt in dem Scipwerck dersülves, dat ze vnde alle ere Nakämelinge möghen flöten vndt vören vppe den swarten water vnde anderss nemande, sünder de Rath vnde dat Scipwerck wyl em dat sünderghen geven. Vortmer scal nemand förder vlöten edder mit scepen varen, wenn bet vppe de zee to Bandekow, sünder he sy burger vnde bur to Boitzenborg, vnde sy von Düdeschen Lüden echt vnde recht gebaren vnde nicht wendischk; vnde weret, dat wo hyr en bawen mit Scepen vor edder vlötede uppe den vorbenannten Schwartzen water över de zee to Bandekow, de do nicht von Düdeschen Lüden echt vnde recht gebaren were, vnde were nicht in de Scipwerke dersülves, den mögen vnse Voget vnde Raht to Boitzenborch vnde de jenen, de do in dem Scipwerck sind, töwen vnd hinden, Scip Gut vnde Lüde, vnde de mit em varen, also en **lübsch** Recht ist, buten vnde binnen, wor dat schege; vnde weret dat dar brock affquemen, de behulde wy vns vnde vnsern Erven allenn. Hyr tho scal vnse Voghet vnsem vorbenannten Rade to behülpen wesen, dat dyt also schee.“ *v. Kamptz*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. X S. 120, 21.

Boitzenburg war bis gegen das Ende des XIV. Jhdts. blos „ein offen Fleck“ gewesen, erlangte aber von da an, vornehmlich als Haltstätte der von Lüneburg kommenden wismarer Salzhändler, welchen sogar die erste Umziehung des Ortes mit Mauern zugeschrieben wird, allmälig die Bedeutung einer Territorialstadt. Vgl. *B. Latomi* Genealochronicon Megapolitanum ap. *de Westphalen*, Monum. ined. rerum Cimbric. Tom. IV col. 318; M. J. *Beehr*, Res Meclenburgic, ed. J. E. *Kapp* (Lips. 1741. fol.), L. VIII cap. 33 col. 1758, 59 (nr. XII).

Bonn. CXVI.

(Preussen, Rheinprovinz.)

B. *Hundeshagen*, Die Stadt und Universität Bonn am Rhein mit ihren Umgebungen, das. 1832. 8⁰. K. A. *Müller*, Geschichte der Stadt Bonn, das. 1834. 8⁰. Ueber die römischen Anfänge Bonn's allein s. Fr. *Ritter*, Die Entstehung der drei ältesten Städte am Rhein, oder Urgeschichte von Mainz, Bonn und Cöln, Bonn 1851. 8⁰.

1167. Erzbischof Rainald von Cöln ertheilt der „Bonnensis ecclesia“, d. i. dem St. Cassius-Stifte zu Bonn, „ea die, qua pretiosos martires Cassium, Florentium, Mallusium a suis cubilibus extulit, . . . jus habendi solempnes nundinas in ipsa translatione per triduum et sine exactione thelonei in perpetuum.“ *Günther*, Cod. dipl. Rheno-Mosell. Thl. I Nr. 183 p. 388. 1

Bonn — „Bunna, Bonna, Verona“ *) —

*) Ueber diese alte Bezeichnung Bonn's s. *Lersch* in den Jahrbb. des Vereins von Alterthumsfreunden im Rheinlande f. 1841 Heft I S. 1 flg.

aus einem im IV. Jhdt. zwar zerstörten, aber unter Kaiser Julian erneuerten Drusus-Castelle, das noch in den Stürmen der Völkerwanderung selbst den Angriffen der Hunnen, Franken, Sachsen und Normannen zu widerstehen vermochte, hervorgegangen, gelangte als eine bereits ansehnliche und daher sogar zu Königs-Congressen und Synoden geeignet befundene „villa" im J. 954 unter Erzbischof Bruno an die cölner Kirche, deren Vorsteher von da an bei ihren nicht seltenen Zwistigkeiten mit den Bürgern ihrer Hauptstadt im „burgum Bunnense" ihren Aufenthalt nahmen, und wohl vorzüglich aus diesem Grunde alsbald den ihnen lieb und unentbehrlich gewordenen Ort nicht nur erweiterten, sondern auch mit mancherlei Rechten und Freiheiten auszeichneten. Einen Anfang zur städtischen Entwicklung von Bonn enthält mithin schon die in der vorstehenden Urkunde erwähnte Marktverleihung; vollendet hingegen sehen wir die Erhebung Bonn's zur Stadt erst im nächstfolgenden Documente.

2 **1243**, März 18. Erzbischof Konrad [von Hochstaden] zu Cöln thut kund, dass er zur Förderung der Ehre und des Nutzens seiner Kirche und zu künftigem Schutze der Bevölkerung von Bonn gegen Nachtheile, wie sie solche bisher durch feindliche Angriffe erlitten, den genannten Ort zu befestigen beschlossen habe, und ertheilt zugleich dessen Einwohnern, in dankbarer Anerkennung ihrer Treue, die Bestätigung der hergebrachten Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten, sowie — jedoch mit dem Vorbehalte des Gerichtes und der üblichen Zoll-Einkünfte — Befreiung von allen Auflagen, die gewöhnliche Herbstbeede zu hundert Mark cölnisch allein ausgenommen, an welcher Begnadigung übrigens auch alle diejenigen Theil haben sollten, welche erst nachher in die Stadt von auswärts als Bürger übersiedeln würden:

„In nomine sancte trinitatis amen. Conradus dei gratia sancte Coloniensis ecclesie minister, sacri imperii per Italiam archicancellarius, universis christi fidelibus tam futuris quam presentibus in perpetuum. Pastoralis debitum officii nos invitat, ut ad ea, que honorem ecclesie respiciunt pariter et utilitatis augmentum, intendamus sollicite, eosque ampliori prosequamur gratia et favore et in suis conservemus juribus, quos nos et ecclesia nostra in devotionis constantia et puritate fidei habuimus promptiores. Presentium igitur testimonio literarum tam futurorum quam presentium notitie cupimus declarari, quod nos pro ecclesie Coloniensis honoris pariter et utilitatis augmento, attendentes etiam, quod milites, scabini et populus bunnensis, fideles nostri, multa sustinuerunt dampna, eo quod frequenter essent hostibus expositi, ut ab hujusmodi dispendiis liberi permanerent, de dilectorum nostrorum priorum Coloniensium assensu et fidelium nostrorum consilio opidum bunnense fossatis et muris duximus muniendum. Ut etiam in eorum fidelitatis recompensationem sibi nostram adesse sentiant gratiam per effectum, militibus, scabinis et populo prefatis nunc existentibus et in posterum degentibus indulgemus et gratiam concedimus, ut libertatibus, juribus ac honestis consuetudinibus hactenus in ipso opido secundum sententiam scabinorum obtentis pacifice gaudeant et quiete, et si quid forte in hiis defuerit vel minus observatum fuerit, supplere cupientes, ipsis plenam auctoritate beati petri et nostra, ut predictis omnibus gaudeant, concedimus libertatem. Nobis et nostris successoribus specialiter reservatis videlicet judicio, theloneo nostro debito et consueto, et ut tantum semel in anno tempore autumpnali centum marcas colonienses pro peticione nobis et nostris persolvant succesoribus, ita ut nihil aliud ab ipsis penitus exigatur, quantumcunque ipsum opidum augmentatum seu etiam fuerit diminutum, sed ab omni alia exactione et peticione in perpetuum sint immunes. Insuper omnes aliunde venientes, qui ipsum opidum inhabitare veniunt et jus concivium suorum voluerint observare, ea per omnia gratia gaudere volumus et libertate, qua nunc gaudent manentes in opido prenominato et que a nobis eisdem est concessa. Ut autem hec rata permaneant et a nobis et nostris successoribus in posterum inconvulsa observentur, presentem paginam conscribi et nostro et ecclesie coloniensis sigillis fecimus communiri. [Zeugen-Angabe.] Datum per manum notarii nostri magistri Gotschalci canonici s. Marie ad gradus in colonia, anno d. Mill. CC. XLIII., XV. kal. Aprilis, pontificatus nostri anno sexto." *Lacomblet*, UB Bd. II Nr. 284 S. 148. Vgl. *Müller* a. a. O. S. 61; *Arnold* in der heidelberger krit. Ztschr. f. d. ges. RWiss. Bd. I S. 335, 36.

1285, März 29. Erzbischof Siegfried von Cöln entscheidet in einer zwischen den Schöffen und der Gemeinde seiner Stadt Bonn über die Beedepflicht entstandenen Zwistigkeit, und verordnet bei dieser Gelegenheit, dass künftig in der Stadt ein aus zwölf, jährlich neu zu wählenden Gliedern zusam- 3

[mit *v. Sybel's* Gegenbemerkungen in *Schmidt's* Ztschr. f. Geschichtswiss. Bd. V S. 187, 88] und *Lepsius* in Förstemann's N. Mitthl. aus dem Gebiet hist.-antiquar. Forschungen Bd. VII (1843) Heft 1 S. 130 flg.

mengesetzter **Rath** bestehen solle, dessen amtliches Verhältniss zur Bürgerschaft, sowie insbesondere civilrichterliche Gewalt näher bestimmt wird:

„Syfridus dei gratia sancte Coloniensis ecclesie archiepiscopus, sacri imperii per Italiam archicancellarius, universis christi fidelibus presens scriptum visuris rei geste cognoscere veritatem. Cum nos ex officii nostri debito non solum in spiritualibus teneamur curam gerere gregis nobis commisse, verum etiam in temporalibus debitores simus providere rei publice, nostrorumque defectus supplere subditorum; hinc est quod, cum inter scabinos ex una parte, et majores ac universitatem opidi bunnensis ex altera, fideles nostros, super solutione peticionis nostre, videlicet centum marcarum coloniensium denariorum nobis et successoribus nostris singulis annis in dicto opido faciende, questio verteretur, dictis scabinis dicentibus, se ad solutionem centum marcarum predictarum non teneri, majoribus et universitate in contrarium asserentibus, ipsos scabinos ab ipsa solutione non debere esse solutos: tandem cum super hujusmodi solutione centum marcarum coram nobis diu altercatio moveretur, a partibus hincinde in nos sub certa pena extitit compromissum. Nos itaque hujusmodi compromisso propter pericula, que inter nostros verosimiliter poterant ex hujusmodi discordia provenire, evitare volentes in nos recepto, priorum coloniensium, fidelium nostrorum, et aliorum jurisperitorum consilio et matura deliberatione prehabitis, inspectis etiam et diligenter examinatis instrumentis et privilegiis domini Conradi felicis memorie, quondam archiepiscopi coloniensis, antecessoris, et ecclesie coloniensis sigillis communitis, in nomine domini arbitrando pronunciamus et diffinimus, quod universi et singuli infra opidum bunnense vel extra ipsum opidum infra tamen terminos banni, prout ipse terminus banni per vineas et agros opidanorum bunnensium distinguitur, habitantes, jure et libertatibus dicti opidi gaudentes ac bona et hereditates possidentes, dictas centum marcas proportionabiliter tempore autumpnali semel in anno, secundum magis et minus, prout uniuscujuscunque suppetunt facultates seu bona et hereditates, pro rata solvere tenebuntur; et si aliqui aliqua bona infra opidum bunnense seu infra terminos banni predicti comparaverint, hujusmodi bona seu hereditates ad ipsos cum onere transibunt, et ipsi de dictis bonis onera qualiacunque opidi bunnensis portare tenebuntur. Volumus tamen bona ecclesiarum et monasteriorum, que hactenus non solverunt, ab hujusmodi solutione fore libera et exemta. Preterea cum populus in opido bunnensi de die in diem augmentetur et multiplicetur, et necesse sit, ut personas certas et fidedignas habeat inter se, per quas jura et libertates ipsius opidi regantur et conserventur; nos attendentes in hoc ipsius opidi non modicum commodum et profectum, de consensu capituli nostri et consilio fidelium nostrorum ordinavimus et ordinamus et sic in perpetuum a nobis et a nostris successoribus volumus observari, quod opidani majores universitatis duodecim personas vel infra, legales et fidedignas, eligant infra opidum, qui sciant et possint melius ac utilius preesse et prodesse rei publice et negotium ipsius opidi rite disponere, prout honori ipsorum ac utilitati ipsius opidi videbitur expedire. Quidquid autem consilium predictum sic electum et assumptum pro communi bono et utilitate utiliter egerit seu ordinaverit, universitas in omnibus et per omnia obtemperabit, consentiet et observabit; quod si aliquis de opidanis predictis hiis, que statuerint seu ordinaverint consiliarii predicti, rebellis inventus fuerit, manum nostram contra talem usque ad satisfactionem apponemus. Volumus etiam, quod duodecim persone predicte, vel due ex ipsis, testimonium veritatis in omnibus causis coram ipsis gestis vel ostensis, videlicet super debitis et aliis causis civilibus, preter causas sanguinis, in judicio nostro bunnensi infra opidum bunnense, vel extra ipsum opidum, prout terminus sive bannus judicii nostri bunnensis se extendit, dicere et ferre possint et in quacunque causa civili, prout est premissum, et si consiliarii, qui pro tempore fuerint, testimonium tulerint, non erit locus inficiationi contra dictum eorundem, sed ipsorum testimonio stabitur, et scabini super eo ferent sententias, et judex noster bunnensis, qui pro tempore fuerit, secundum hoc procedet et judicabit. Volumus insuper, ut duodecim persone predicte pro tempore assumende ad exequendum omnia premissa fideliter sub juramento fidelitatis nobis prestito sint obligati. Licitum autem erit opidanis majoribus predictis, hujusmodi personas seu consilium elapso anno mutare vel alias in loco ipsarum instituere, vel omnes seu aliquas personas de priori consilio tolerare vel sustinere, prout magis videbitur expedire, ita tamen ut, si qui in posterum substituendi fuerint in locum predictorum, ad fidelitatem nobis teneantur sub prestito juramento. Ut hec autem firma permaneant et in perpetuum a nostris successoribus inconvulsa, presentem literam in testimonium super hiis nostro et ecclesie nostre Coloniensis sigillis duximus roborandam. Et nos capitulum coloniense sigillum nostrum in te-

stimonium presentibus duximus apponendum. Datum Colonie, feria quinta proxima post festum annunciationis b. Marie virginis, anno d. Mill. CC. LXXXV." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 799 S. 471, 72.

4 **1311**, Apr. 19. Erzbischof Heinrich II. von Cöln befreit seine Bürger zu Bonn von der Entrichtung der Rheinzölle — „quod ipsi scabini et opidani nostri Bunnenses, infra opidum nostrum Bunnense commorantes et residentes, de frumento et aliis rebus suis, que navigio in ascensu et descensu Reni Bunnam adduxerint et ibidem excusserint et absque fraude retinuerint infra Bunnam, necnon et de vinis crementi ipsorum, que extra opidum Bunnense in alvium Reni deducuntur, nullum thelonium in Reno deinceps solvant vel solvere teneantur, dum tamen ante omnia suo proprio juramento declarent, hoc absque omni dolo et fraude ad se et ad suos usus et non alterius pertinere; quod quidem juramentum per ipsos opidanos nostros thelonariis nostris prestari volumus in casibus supradictis." *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 101 S. 73, 74.

5 **1420**, März 25. Erzbischof Dietrich von Cöln begnadet die Stadt Bonn dahin, dass deren Bürger zu Godesberg und Godorf von ihren für den Hausgebrauch bestimmten Waaren keinen Zoll zu zahlen brauchen. (R.) *Müller* a. a. O. S. 89 Note 181.

6 **1450**. Derselbe verleiht seiner Stadt Bonn einen am St. Katharinen-Tage beginnenden Jahrmarkt. (R.) *Müller* a. a. O. S. 90 Note 184.

7 **1475**, März. 21. Kaiser Friedrich III. gewährt, in dankbarer Würdigung der ihm von Bürgermeister, Schöffen, Rath und Gemeinde der Stadt Bonn in vergangenen Zeiten, und besonders während seines Krieges mit den Herzogen von Burgund geleisteten treuen und nützlichen Dienste, den Bürgern und Einwohnern allda: a) Befreiung vom bonner Zolle für „yegliche Kaufmannsschatz vnd alle zolpare Ware, so den Rhein ab- oder auff, zu Wasser oder zue Lande gein Bonne brachtt vnnd daeselbst verkaufft oder widder dannen gefhurtt wirdet"; und b) die Befugniss, „den Weisspfenigh, so biss hieher von einem yeglichen Pferdt, das daeselbst hinbracht, genommen ist wordenn, auch von einem yeden ledtigen Scheff vnnd Nachen, so dahin gefhurt wirdet, . . zu nehmmen, vnd die Statt mit Mewer, Thörn, Greben vnd andern Notturfft damit zu pawen vnd zu bewharen"; dabei zugleich c) verordnend, wie es künftig zu halten sei, wenn geistliche Personen Erbgüter entweder durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden und auf den Todesfall zugewendet erhalten, oder im Geblüts-Erbgange überkommen würden — „vnd damitt dieselb Statt, so auss ettlichen Vrsachenn bissher in Abnemmen vnnd Verwuestungh kommen ist, wiederumb in ein recht ordenttlich Wesen geprachtt werde, haben Wir auss Römisch kayserlicher Macht Vollkommenheit geordennt, gesetzt vndt gemachtt, dass dieselben vonn Bonne all vnd yeglich geistlichen Personnen, so welttlich Erb vnd Gutt, in dem Gerichtzzwank zu Bonn gelegenn, durch Gifftungh, Gäbe, Geldungh, Testament oder einigh andern Wege oder Behendickeit, wie dass ihmer erdacht werden mochte, in jhr Gwaldtsamb gebracht hetten, wo vnd wie sy dess erfarn, für sich erfordern vnd begeren an sy mugen, dass sy dieselben Erb vnd Gutter in zweyen Jaeren den nechsten, nach dem solch Erforderungh an sy beschicht, wiederumb in welttlich Hende wenden; welich dess aber vber solch Erforderungh nach Ausganck derselben Zeitt nitt [getan] hetten, alssdan sollen dieselben Erb vnd Gutter on alle Furwortt verfhallen sein, zwen Theil einem Erzbischoffen zu Collen, so zu Zeiten ist, vnd dem Stifft daeselbst, vnd dass Dritteil der Statt Bonne. Was auch weltlicher Erb und Gutter in Erbweise vff geistlich Persoen fhallen, die mugen dieselben geistlich Persoen jr Leben lanck inhabenn, nutzen vnd gepranchen, vnd so langh sie die also innhaben, davon alle Recht vnd Mittleyden habenn, als ander Leyenspersoen daselbs; vnd so sie mit Thoet vergangen sint, alssdann sollen dieselben Erb vnnd Gutter in zweyen Jaeren den negstenn nach dem, dass durch die vonn Bonne ervordertt wirtett, auch wiederumb in weltliche Hende gewendet vnd gestellet werden, oder aber einem Erzbischoven zu Collen vnd der yetzigen Statt Bonne in vorgeschriebener Massen hengefhellen, damitt nach ihrem Wille vnd Gevallen zu handtlenn." Schliesslich wird dann noch d) den Bonnern zugestanden, jedem Erzbischofe von Cöln solange den Einzug in ihre Stadt zu verweigern, bis ihnen derselbe „zuvor solich obgeschrieben vnd all ander jr Gnadt, Freyheitt vnd previlegia . . . confirmirt vnd bestett" habe, sowie die Zusicherung ertheilt, dass sie in ihren „Rechten, Ordtnunghen, Satzunghen, Statuten, Gnadten, Freyheidten, privilegien" etc. von Niemanden „verhindert noch geirrt" werden sollen, wie denn auch ein hierauf bezügliches allgemeines Gebot mit Androhung einer Pön von 100 Mark löthigen Goldes für Uebertretungsfälle hinzugefügt wird.

Gedruckt a) in den *Materialien* zur geist- und weltlichen Statistik des *niederrheinischen* und *westphälischen* Kreises, Jahrg. II Bd. I

(1783) S. 293—98; b) bei *Müller* a. a. O. S. 94—98.

Ausserdem empfing Bonn noch eine Reihe genereller Rechtsbestätigungsbriefe, z. B. von König Karl IV. unmittelbar nach seiner Wahl zum Gegenherrscher Ludwig's IV. i. J. 1346 (*Müller* a. a. O. S. 81), von Erzbischof Cuno von Trier als Verweser des Erzbisthums Cöln unter Engelbert III. v. 1367 (*Görz*, Regesten der EB. von Trier S. 100), von Erzbischof Hermann von Cöln v. 1475 und 1480 (*Müller* a. a. O. S. 92 Note 189) u. s. w. Ueber Bonn's Bündnisse mit anderen Rheinstädten, wie Andernach, Boppard, Coblenz, Wesel a. d. J. 1301, 1359, 1367 vgl. *Müller* a. a. O. S. 77, 84, 85.

CXVII. Bopfingen.

(Württemberg.)

Hugo, Mediatis. S. 36 flg.; *Schmid*, Reichsstädte S. 38 flg. Die Freiheitsbriefe Bopfingen's werden zum grösseren Theile bei *Lünig*, RA. Thl. XIII S. 209—18 und *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 206—14 angetroffen.

1 **1274**, Febr. 26. König Rudolph I. verbietet der (hier zum ersten Male urkundlich erwähnten) Stadt Bopfingen nebst vier anderen Städten, hörige Leute des Grafen von Oettingen und seiner Getreuen zu Bürgern aufzunehmen:

„Rudolphus, Dei gratia Romanorum rex semper augustus, de Dinckelspuhl, de Auffkirch, de Nordlingen, de Bopfingen et de Harburg civibus universis, dilectis fidelibus suis, gratiam suam et omne bonum. Ex parte nobilis viri comitis de Oettingen fuit propositum coram nobis, quia nonnunquam accidit, quod tam ipsius quam suorum fidelium servilis conditionis homines nulla petita licentia vel obtenta, imo ipso inscio fraudulenter et occulte ad civitates convolant, et per jura civitatum suis debitis servitiis se subtrahunt et subducunt; unde petivit, sibi et suis fidelibus super his salutari remedio subveniri. Quapropter, ut in quiete sine turbatione et offensa nobilium subsistere valeatis, volumus et mandamus, quatenus nullum suum vel fidelium suorum servilis conditionis hominem concivium vestrorum conditionibus vel juribus ascribatis, aut in vestrum civile consortium assumatis, nisi plane constiterit, quod de sui sit domini voluntate. Datum Hagena IV Kal. Martii, regni nostri anno primo." *Materialien* zur *Oettingischen* älteren und neueren Geschichte Bd. III Stück II (1773) S. 153, 54.

2 **1331**, Nov. 23. Kaiser Ludwig IV. thut „dem Rath vnd den Burgern gemeinlichen zu Bopfingen ... ein solch Genade .... dass niemand keinen Bau bauen noch thun soll vor ihrer Statt, wer er sey, es wäre dann als vil, dass er gleiche Bürden mit den in der Statt tragen vnd leiden wolle, es sey an Steuren, an Wachten vnd an andern Sachen", welche Gnade so lange währen soll, bis sich zeigt, „ob es der Statt schädlich sey oder nicht." *Lünig* a. a. O. S. 209; *Moser* a. a. O. S. 209.

1373, März 15. Kaiser Karl IV. befreit die Bürger der Stadt Bopfingen von Ladungen an auswärtige Gerichte. (R.) *v. Stälin*, Wirtemberg. Gesch. Thl. III S. 312. 3

1376, Jul. 29. König Wenzel bestätigt die Rechte und Freiheiten der Stadt Bopfingen. (R.) *v Stälin* a. a. O. S. 317 Note 4. 4

1397*), Dez 25. Derselbe verleiht dem Rathe und der Bürgerschaft zu Bopfingen die Freiheiten und Gnaden: a) „dass sie alle schädliche Leuth, in welchen Landen die sind, auf dem Lande, da nicht geschwohrne Hals-Gerichte sind, wohl fahen, vnd die ohne Entgeltnusse ander Gerichte in ihr Statt Bopfingen führen mögen, vnd auch zu den richten vnd Vrtheil über sie sprechen nach Erkanntnuss dess mehrn Theils dess Raths"; dass ferner b) ihre Stadt, wenn derselben Jemand „mit dem Rechten zusprechen" würde, durch den Bürgermeister und zwei Rathsglieder „allwegen an allen Städten vnd zu allen Teydingen vnd Tagen zu dem Rechten wohl vertretten vnd verantworttet" werden solle; c) dass „fürbass mehr kein ihr ingesessen Burger, weder Frauen noch Mann, niemand, wer die denn sind, keines Falls mehr schuldig sey zu geben, in keinerley Weg"; d) dass Bürgermeister und Rath „einen jeglichen ihren Burger vm alle Missethat wohl straffen vnd bessern mögen"; e) dass Niemand „in ihrem Feld vor ihr Statt oder auf ihrem Graben keinerley Bäu machen noch bauen dürfe wider ihren Willen"; endlich f) dass sie nach Belieben eine Mühle errichten können, jedoch „andern Mühlinen, vnterhalb vnd oberhalb gelegen, an ihren Wasserflüssen vnschädlich." Dabei wird Jedermann geboten, Bürger und Stadt bei den vorgenannten Freiheiten und Gnaden „nicht zu hindern oder zu beschwehren", Zuwiderhandelnden aber ausser des Reichs Ungnade eine Strafe von 50 Mark löthigen Goldes angedroht; sodann die Bürgergemeinde von Bopfingen „vm alle vergangen Sachen" in des Kaisers und Reichs „besonder Hulde vnd Genade" genommen und ihr „Handhabung, Schutz und Beschirmung bei dem heiligen Reiche" zugesagt, sowie am Schlusse noch eine Bestätigung 5

*) So *v. Stälin* a. a. O. S. 369.

und Confirmation „aller vnd jeglicher ihrer anderen Freyheit, Privilegia, guten Gewohnheit, Briefe vnd auch Recht, als sie bissher die genossen vnd gebraucht“, beigefügt. *Lünig* a. a. O. S. 209, 10. [mit der JZ. 1398.]

6 **1398**, Jan. 6. Derselbe gibt dem Rathe und den Bürgern [neuerdings, s. nr. 3] die Freiheit und Gnade, „dass niemand, wer der sey, sie all vnd ihr Statt gemeinlich, noch kein ihr Burger besonder, noch niemand, der der gemeinen Statt noch ihren Burgern zu sprechen steht, es seyn Leuth oder Gute, für keinerley Land-Gericht oder sonst Gericht, wes die seynd, oder wo die gelegen sind, oder auch für dess Reichs Hof-Gericht laden, fürtreiben oder haischen solle, vm was Sache das sey, ohn allein für ihren Ammann in der Statt zu Bopfingen, es wäre dann, dass dem Kläger Recht daselbst versagt oder wider Bescheidenheit gefährlich verzogen wurde“, und dass diesem zuwiderlaufende Ladungen, Berichte und Rechtsurtheile „kein Krafft noch Macht haben sollten.“ *Lünig* a. a. O. S. 210, 11; *Moser* a. a. O. S 209, 10.

7 **1398**, Jan. 8. Derselbe erlaubt der Stadt Bopfingen, für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus bis zum Widerrufe, dass ihr Bürgermeister jedem neu erwählten Ammanne daselbst „den Bann über das Blut zu richten verleihe mit vollem Gewalt, darumme dass von Versaumnuss solcher Sache schädlich Leuthe in ihrer Missethat nicht gestärcket, vnd desto förderlicher zu ihn möge gerichtet werden.“ *Lünig* a. a. O. S. 211.

8 **1401**, Aug. 15. König Ruprecht bestätigt und wiederholt den vom Könige Wenzel der Stadt Bopfingen 1397 verliehenen Rechtsbrief (nr. 5), ohne jedoch seiner Existenz zu erwähnen, indem er lediglich die beiden Zusätze einschiebt: [ad b] dass, „wenn der gantze Rath das Rechte vertretten vnd thun solte, man die Rechte-Tage zu ihn gen Bopfingen in die Statt bescheide, das Rechte darinnen zu thun, vnd die, welche das Rechte nemmen wollen, Friede vnd Geleite zu denselben Tagen vnd wider von dannen haben“, sowie [ad d] dass durch die Ausübung der Strafgewalt von Seite des Rathes die Rechte des Reichs-Amtmannes in keinerlei Weise beeinträchtiget werden sollten. *Lünig* a. a. O. S. 211, 12; *Moser* a. a. O. S. 210, 11 (Extr.), beide mit Datirung v. 14. Aug. Vgl. *Chmel*, Reg. Rup. S. 44 nr. 825.

Ueber die Theilnahme Bopfingen's, welches seit seiner Lösung aus der nur wenige Jahre bestandenen Oettingischen Pfandschaft (1352) in seiner Reichsunmittelbarkeit nicht mehr gefährdet worden, an den schwäbischen Städtebündnissen des XIV. Jhdts. und die Folgen hievon s. W. *Vischer* in den Forschungen zur Dtsch. Gesch. Bd. II Regesten nr. 1, 41, 48, 102, 114, 136, 159, 174, 182, 183, 207, 234, 248, 249, 271, 272, 281, 382, 387.

1401, Aug. 15. Derselbe erneuert der Stadt Bopfingen, und zwar für ewige Zeiten, das unter nr. 7 erwähnte Wenzel'sche Blutbann-Privileg. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 826. 9

1413, Aug. 4. König Sigismund confirmirt den Bürgern Bopfingen's ihre gesammten Rechte und Freiheiten. (R.) *v. Stälin* a. a. O. S. 398 Note 2. 10

1434, Aug. 9. Derselbe als Kaiser wiederholt den unter nr. 9 aufgeführten Rechtsbrief. *Lünig* a. a. O. S. 213; *Moser* a. a. O. S. 211, 12. 11

1438, Oct. 7. König Albrecht II. ertheilt den Bürgern von Bopfingen [sowohl allein, als in Verbindung mit anderen schwäbischen Reichsstädten, die „mit den von Ulm in eyning sind“] eine allgemeine Rechts-Bestätigung. (R.) Fürst *Lichnowsky's* Regesten z. Gesch. des Hauses Habsburg Thl. V S. CCCXLVIII nr. 4035, 36. 12

1440, Sept. 4. König Friedrich III. gibt in gleicher Form der Stadt Bopfingen eine General-Confirmation ihrer Privilegien. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 13 nr. 115, 16. 13

1468, Oct. 19. Derselbe confirmirt auch nach seiner Kaiserkrönung der Stadt Bopfingen auf ihre Bitten und zur Entschädigung für den ihr verursachten Kriegsaufwand, nochmals „alle vnd jeglich Freyheit, Gnad, Gabe, Privilegia vnd Handvesten, vnd insonderheit solch Freyheit, damit sie vnd ihr Burger für dess Reichs Hofgericht zu Rotweil vnd ander Landgericht vnd Gerichte gefreyet vnd privilegirt seynd, mit samt ihren Gewohnheiten vnd Statuten, die sie redlich herbracht vnd gebraucht haben“, überdies die neuen Begnadungen, hinzufügend, a) dass, wer immer eine Forderung an die Stadtgemeinde haben würde, das Recht vor der Stadt Ammann und vier Rathsgliedern von vier benachbarten Reichsstädten, welche zusammen eine Commision bilden, suchen und sich hieran „benügen lassen“, sowie b) dass der Stadt frei stehen solle, „zu ihrer Nothdurft etlich Jahr-Märckt vnd ander Ordnung von neuen zu erheben, aufzurichten vnd zu setzen.“ *Lünig* a. a. O. S. 213, 14; *Moser* a. a. O. S. 212. (Extr.) 14

Boppard. CXVIII

(Preussen, Rheinprovinz.)

Chr. *v. Stramberg*, Das Rheinufer von Coblenz bis zur Mündung der Nahe, histor. und topograph. dargestellt, Bd. IV [des Rheinischen Antiquarius Abthl. II Bd. 5], Coblenz 1856. 8⁰., S. 249 flg. 563 flg. Vgl. auch

N. *Vogt's* Rheinische Geschichten und Sagen Bd. III S. 147 flg. und *Günther*, Cod. dipl. Rheno-Mosell. Thl. II S. 47 flg. III S. 67 flg. — Eine wichtige Ergänzung des im letztgenannten Werke enthaltenen boppardischen Urkundenschatzes gibt P. *Wigand*, Wetzlar'sche Beiträge f. Gesch. und RAlterth. Bd. II (1845) Nr. V „Die Privilegien der Stadt Boppard" S. 83—93.

1 **1252**, Nov. 5. Die Bürger von Boppard treffen mit jenen von Cöln eine Uebereinkunft bezüglich des Verfahrens wider Schuldner und sonst zu gewährender Rechtshülfe:

„Universis tam futuris quam presentibus presentem paginam inspecturis nos scultetus, milites, cives ac universi, sub jurisdictione et judicio civitatis Bopardiensis constituti, tenore presentium protestamur et manifeste cupimus esse notum, quod considerata utilitate, commodo et bono communi inde provenienti, nos cum judicibus, scabinis ceterisque civibus Coloniensibus compromisimus et concordavimus in hunc modum: quod nullus civium Bopardiensium aliquem civium Coloniensium existentem in Bopardia pro debitis aliquibus, nisi tantum principalem debitorem suum, vel debitore defuncto proximum heredem ipsius ac fidejussorem debitorum ejusdem, trahere in causam poterit coram nostro judicio aut debebit. Preterea si aliquis predictorum de Colonia habet causam contra aliquem ex nostris concivibus, illi faciemus secundum sententiam scabinorum nostrorum justitiam expeditam, quam si facere tardaremus, predicti cives Colonienses pro defectu justitie tribus vicibus per litteras suas nos monebunt, et etiam quarta vice ex habundanti, super hoc poterunt nostros arrestare concives, vel pignora nostra capere et tenere, que tamen in certum locum ponentur nec distrahentur, sed tenebuntur, quousque conquerenti fuerit satisfactum. Ut autem premissa omnia observentur a nobis, in testimonium eorundem presentem paginam exinde conscriptam et sigillo civitatis Bopardiensis sigillatam tradidimus civibus Coloniensibus supradictis. Actum et datum anno d. M. CC. quinquagesimo secundo, feria tertia post festum omnium sanctorum." *Günther* a. a. O. Thl. II Nr. 151 S. 258; *Lacomblet*, UB. Bd. II Nr. 385 S. 206, 7.

2 **1253**, Jul. 22. Die bopparder Bürger schliessen einen ähnlichen Vertrag („generalis concordia"), besonders die Stellung vor Gericht — „in jure utrobique, loco debito et antiquo civili" — und die Beschränkung der Arrestationen, sowie gerichtlichen Ladungen auf den Hauptschuldner, Bürgen und Erben des Ersteren betreffend, mit der Stadt Coblenz ab. *Günther* a. a. O. Nr. 158 S. 263, 64.

1274, Oct. 6. König Rudolph I. verbietet den Bürgern Boppard's die Uebergabe 3
steuerpflichtiger Güter an Kirchen und Klöster [was König Albrecht I. am 25. Apr. 1299 wörtlich wiederholt]:

„Rudolphus Dei gratia Romanorum Rex semper augustus. Ad universorum notitiam cupimus pervenire, quod nos fidelium nostrorum civium Bopardiensium commodis intendere cupientes, statuimus et presentis decreti munimine confirmamus, quod quicunque civis Bopardiensis bona precariam solvere debentia in personas ecclesiasticas sive claustra seu venditionis titulo seu legationis ac elemosynarum nomine transferre voluerit, ipsa bona vendat suo proximo vel concivi, et pretium tradat claustris vel personis claustralibus, quibus volet. Si vero contra hoc nostre majestatis statutum quis civium predictorum bona precariam solvere debentia in personas ecclesiasticas et ecclesias transferre presumpserit quoquo modo, ipsa bona transibunt cum honere, hoc est quod de ipsis bonis ab eorundem possessoribus debita et consueta non minus quam ante precaria persolvatur. In cujus rei testimonium presens scriptum nostre majestatis sigillo duximus roborandum. Datum Wesalie II. non. octobris, indictione tertia, anno domini M. CC. LXXIV regni nostri anno primo." *Günther* a. a. O. Nr. 258 S. 390, 91.

1274, Oct. 6. König Rudolph I. ver- 4
bietet auf Bitten und zu Gunsten der Bürgerschaft von Boppard — „quod nullus suorum concivium habens extra civitatem eandem dominum sive dominos, cui seu quibus in censu annuo teneatur, ab ipsis dominis ad quodcunque servitium aliud, quam ad censum debitum exsolvendum compelli de cetero debeat aut artari", indem er zugleich die nöthigen, darauf bezüglichen Verhaltungs-Massregeln für den „officiatus seu scultetus Bupardiensis" beifügt. *Günther* a. a. O. Nr. 262 S. 397, 98.

Diese Verfügung hat König Adolph am 1. Juni 1293 dem Amtmanne oder Schultheissen zu Boppard neuerlich eingeschärft. *Böhmer*, Reg. Adolph. S. 169 nr. 134 [Ausg. v. 1844].

1291, Aug. 23. Schultheiss, Mini- 5
sterialen und Schöffen der Stadt Boppard vereinbaren unter sich eine Erneuerung der alten Gerichtsordnung, und verknüpfen damit einige, gleichfalls nur aus dem alten Rechte wiederholte Bestimmungen über Wahl und Zusammensetzung des Rathes:

„In nomine domini amen. Ne facta modernorum, que digna sunt memoria posterorum, frustrentur oblivione vel ignorantia, decet et expedit ea sigillorum et scripti munimine vivoque testimonio perhennari. Hinc est, quod nos Conradus scultetus, ministeriales et scabini opidi Bopardiensis notum esse volumus universis, quod nos convenimus in unum simul non ad instituendum nova jura, sed ad innovandum antiqua, que hactenus aput nos fuerunt et durabunt in futurum, quod omnia jura, que secundum sententias exquiruntur coram judicio, ministeriales dicent et sententiabunt cum scabinis, et similiter scabini una cum ministerialibus; et ne defectus judicii habeatur, qui haberi poterunt, dicent summas, aliorum absentia non obstante. Insuper dum scultetus judicium exequitur, videlicet cum debita vel aliqua bona alicui coram judicio per summas adjudicabuntur, ministeriales, qui cum ipso ad judicandum ire voluerint, portionem equalem recipient cum scabinis, et dum sententie requiruntur, scultetus ministeriales monere debet per huldam quam fecerunt, scabinos vero per suum juramentum. Preterea dum defectus scabinorum unius vel plurium fuerit, alter vel alii per ministeriales et scabinos concorditer eligantur; ita quod alii sine aliis ad electionem non procedant. In principa*libus* quoque diebus judicialibus, qui secundum vulgares wissenthafte Dinck nuncupantur, si aliquis excessus vel defectus tam universitatis quam imperii fuerit, ministeriales cum scabinis et scabini cum ministerialibus accusabunt, hoc adjecto, quod in proferendis summis, civitatibus et villis, que jura apud nos requirunt et ex antiquo jure requirere debent, convocatis tam ministerialibus quam scabinis pariter sententiabunt, nec una pars sine reliqua proferre summas poterit vel debebit. Et si summe per ministeriales et scabinos concorditer prolate fuerint, ipsis est astandum. Sed siquis contravenire voluerit vel reclamare, quoad jus, quod sibi suffragari videtur, poterit reclamare. Ex antiqua consuetudine statutum est etiam, quod duo de numero ministerialium duas claves ad commune sigillum opidi Bopardiensis pertinentes, et unus de numero scabinorum tertiam fideliter conservabunt. Preterea ordinamus et statuimus. et quod fuit ab initio, quod quicunque consules vel persone ad consilium Bopardiense pertinentes eligi contigerit, due partes de numero militum et ministerialium, tertia vero de numero civium et scabinorum assumentur. Item ordinamus, nec antiquo juri dissonat, quod quicunque eligitur in scabinum, dabit ministerialibus et scabinis convivium, qui interesse voluerint vel venire. Super qua conventione et ordinatione fleri fecimus duo paria litterarum unius tenoris, utrique parti unum, et utrumque sigillari sigillo communi opidi Bopardiensis una cum sigillo venerabilium virorum canonicorum ecclesie Bopardiensis, quod ad preces utriusque partis presenti ordinationi et conventioni est appensum . . . Datum et actum anno domini millesimo ducentesimo nonagesimo primo, in vigilia beati Bartholomei apostoli, presentibus quam pluribus fidedignis.“ *Günther* a. a. O. Nr. 339 S. 480—82. Inhalts-Darstellung bei *v. Stramberg* a. a. O. S. 567 flg. [S. unten nr. 18.]

1305, Apr. 3. König Albrecht I. erklärt, um hiedurch seinen Bürgern von Boppard eine Gnade zu erweisen, dass bürgerliche mit Adeligen verehelichte Personen durch diese Vermählung keinen Anspruch auf Steuerfreiheit der von ihnen vorher bereits besessenen Güter erwerben sollten: 6

„Nos Albertus dei gratia Romanorum rex semper augustus. Ad universorum sacri imperii Romani fidelium notitiam volumus pervenire, quod nos, ut prudentes viri, cives de Bopardia, fideles nostri dilecti, exactiones et sturas impendendas eisdem communius et levius nobis et imperio expedire valeant, hanc ipsis de benignitate regia gratiam facientes, volumus et mandamus, quod nulli eorum, sive masculini sive feminini generis aut sexus existant, eo quod cum nobilibus aut militaris conditionis sive status hominibus matrimonium contraxerunt vel in futurum contrahent, in tantum debeant supportari, quin de bonis suis omnibus teneantur servire et contribuere cum eisdem, juxta quod ante hujusmodi contractum matrimonii de ipsis bonis servire et contribuere consueverunt, presentium testimonio litterarum nostri sigilli robore signatarum. Datum apud Oppenheim iij. non. april. anno domini M. CC. quinto, regni vero nostri anno septimo.“ *Günther* a. a. O. Thl. III Nr. 23 S. 114.

1305, Sept. 15. Die bopparder Stadtgemeinde wählt vier und zwanzig Personen „ex militibus, ministerialibus, scabinis et opidanis“ mit dem Auftrage aus, dieselben sollten — „forestum seu marcham districtus circumeuntes“ — die wahren, an vielen Stellen widerrechtlich beengten Grenzen der städtischen Gemarkung aufsuchen und herstellen. *Günther* a. a. O. Nr. 24 S. 114—16. 7

1309, Sept. 28. König Heinrich VII. thut den Bürgern der [seit dem Beginne des XIII. Jhdts. und bis dahin reichsfrei gewesenen] Stadt Boppard *) zu wissen, dass er seinem Bruder, dem Erzbischofe Balduin 8

*) Und zugleich jenen von Wesel.

von Trier, die „gubernatio“ über ihr Gemeindewesen anvertraut habe, und fordert sie auf, dem Erzbischofe „tanquam gubernatori et advocato“, sowie seinem etwaigen Substituten zu gehorchen. *Günther* a. a. O. Nr. 37 S. 129.

9 **1312**, Jul. 18. Derselbe verpfändet kurz nach seiner Kaiserkrönung Boppard und Wesel für 12,000 Pfund Heller an den vorerwähnten Erzbischof von Trier, welchem er für die Zeitdauer der Pfandschaft, ausser dem Besitze, auch die „potestas instituendi et destituendi advocatos et alios officiales in eisdem (opidis)“, ferner die Erhebung und Verwendung aller „sturae, exactiones et collectae tam cristianorum quam judeorum“, sowie den Bezug der gesammten Nutzungen — „regalibus et vasallorum fidelitatibus exceptis“ [s. nr. 10] — zugesteht, jedoch mit dem Bemerken, dass eine Erhöhung der Steuern und Abgaben über das herkömmliche Mass nicht statthaben dürfe. Auch behält sich der Kaiser „theloneum Reni et monetam in opidis memoratis, et quod eadem opida et castra pro eo et imperio guerram faciant, cuicunque et quotienscunque voluerit“, ausdrücklich vor. *Günther* a. a. O. Nr. 53 S. 148—50.

10 **1314**, Dez. 2. König Ludwig IV. bestätiget die vorstehende Pfandgabe der Städte Boppard und Wesel an Trier, nimmt aber nunmehr auch die früher dem Reiche vorbehaltenen Regalien, Münze und Zoll, sowie die „jurisdictio de Galgenscheid prope Bopardiam cum suis universis pertinentiis“, gegen eine weitere Anleihe von 22,000 Mark Heller, in die Verpfändung auf. *Günther* a. a. O. Nr. 62 S. 160—62.

11 **1318**, Oct. 15. Derselbe sichert der Stadt Boppard, ungeachtet ihrer Verpfändung an Trier, die Aufrechthaltung der von den Kaisern und Königen verliehenen und bewilligten Rechte, Gewohnheiten, Ehren und Freiheiten zu:

„Nos Ludowicus, dei gratia Romanorum rex semper augustus, ad universorum notitiam volumus pervenire, quod, licet nos opidum Boparden venerabili Baldewino, Trevirorum archiepiscopo, suo successorum suorum et ecclesie sue nomine obligaverimus, nostre tamen intencionis existit et volumus, ut ipse et successores sui predicti predictum opidum et opidanos gaudere permittat eisdem juribus, consuetudinibus, honoribus et libertatibus eorum, quibus nos et predecessores nostri, imperatores et reges Romanorum, eos gaudere permittere tenebamur. In cujus rei testimonium presentes conscribi et nostre majestatis sigillo jussimus communiri. Datum in castris apud Wiesebaden idus octobris anno domini millesimo trecentisimo decimo octavo, regni vero nostri anno quarto.“ *Günther* a. a. O. Nr. 95 S. 186; *Wigand* a. a. O. nr. 1 S. 86.

Am 3. Oct. 1318 hatte Ludwig IV. die „cives Bopardienses“ von dem ihm Namens des Reiches geleisteten „fidelitatis homagium“ entbunden und angewiesen, dem Erzbischofe Balduin von Trier zu huldigen; da jedoch die Bürger sich weigerten, die von ihnen begehrte Huldigung zu leisten, so gestattete der König durch Urk. v. 14. Oct. 1318 dem genannten Kirchenfürsten, die Stadt Boppard mit Fehde zu überziehen („diffidare“), indem er ihm sogar seinen Beistand hiezu in Aussicht stellte. *Günther* a. a. O. Nr. 92—94 S. 184—86. Dass es jedoch dem Könige mit seinem hier zur Schau getragenen Grolle gegen die alte Reichsstadt nicht völlig Ernst gewesen, zeigt die vorstehende Urk. nr. 11. Vgl. A. *Dominicus*, Baldewin von Lützelburg, Erzbischof und Kurfürst von Trier (Preisschrift), Coblenz 1862. 8⁰., S. 173 flg.

1326, Jul. 14. König Ludwig IV. genehmigt, dass sich die Bürger von Boppard mit jenen von Bacharach, Diebach und Caub „verbunden haben vnd verbinden, in ze helfen, vnd si in her wider, ze allen iren Noeten auf Recht, ane wider ir rechte Herschaft.“ *Günther* a. a. O. Nr. 141 S. 239, 40. 12

1326, Nov. 10. Der Rath von Coblenz ertheilt in einer Streitsache zwischen der Stadt Boppard und dem Erzbischofe Balduin von Trier einen Rechtsspruch, welcher auch den für die Verfassungsgeschichte Ersterer wichtigen Satz enthält: „Item me sprechin wir, dat di von Boparte keynen gesworen Rait haven solen, ane vnses Herren Wille von Trire, si enkunnen dan bewisen, dat si in von Aldirs haven gehaft, e si an vnsen Heirren quemen.“ *Günther* a. a. O. Nr. 148 S. 247—50 [in VIII Artt.]; *v. Stramberg* a. a. O. S. 571, 72. 13

1337, Oct. 29. Die „Rittere, Dinstlude, Scheffene, Burgere vnd alle die Gemeinde“ der Stadt Boppard verlautbaren, nachdem eine heftige Judenverfolgung daselbst stattgefunden hatte, nachstehende „mit geluder Glocken in guter Truwen“ gelobte Artikel: a) es solle künftig Niemanden an seinen Leib und sein Gut ohne Gericht und ohne des Erzbischofs von Trier und seines Amtmanns Willen gegriffen, vielmehr allen im bischöflichen Schirme und Geleite befindlichen Personen, Christen und Juden, Schutz und Hülfe geleistet, wer aber etwa einem Juden diesen Schutz nicht gewähre, als „truwelos, erlos vnd meineidig“ erachtet werden; b) es solle die Stadt behülflich sein, die Urheber der wider die Ju- 14

den verübten Frevel dem Bischofe und seinem Amtmanne „mit Libe vnd mit allem iren Gute" zu überantworten, oder wenigstens die Habe solcher, und namentlich der „vorfluchtigen", an Erstere abzuliefern; c) jede Judenschuld solle bezahlt werden, „wa man die Schulde kuntlich kan gemachen mit brieven, oder mit zwein Scheffenen, oder mit zwein andern biderben Mannen"; d) dem Bischofe und seinen Amtleuten solle überhaupt für immer gegen Jedermann Beihülfe zugesagt sein; e) auch solle dem Amtmanne in Allem mit Rath und That geholfen, des Bischofs Gericht — geistliches und weltliches — gefordert, und was derselbe an Pfändern innehabe, nicht entfremdet werden; f) die Bürger „ensollen auch kein Gebot, Gesetze oder Vorbot machen oder setzen in der Stat zu Boparten, die irme Herren oder sime Stifte an iren Penten, die sie itzunt innehabint, oder anders geschaden mochten, oder sie gehindern an iren Gerichten, geistlich oder werntlich"; endlich g) es sollten frühere Briefe und „Verbuntnisse" mit dem Bischofe „ganz und stete, in aller irer Macht vnvorwandilt" bleiben. *Günther* a. a. O. Nr. 224 S. 347—50; *Stramberg* a. a. O. S. 573—75.

15 **1355**, Mai 13. Die Stadt Boppard trifft mit Coblenz und Wesel Vereinbarungen über die Stellung und Rechte, welche die Bürger der einen Stadt in der anderen einnehmen und geniessen sollen. (R.) *v. Stramberg* a. a. O. S. 575, 76.

16 **1356**, Oct. 4. Schultheiss und Gemeinde von Boppard thun kund, dass Erzbischof Boemund von Trier ihrer Stadt für die Dauer seines Lebens die Erhebung eines Ungelds gestattet, sich jedoch hievon ein Drittel vorbehalten habe. (R.) *v. Stramberg* a. a. O. S. 576.

17 **1357**, Febr. 23. Kaiser Karl IV. bestätigt den Edelleuten und den Bürgern der Stadt Boppard ihre althergebrachten Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten, mit dem Versprechen, künftighin die Bürger allein oder Einzelne von ihnen durch keinerlei besondere Begnadungen bevorzugen zu wollen — „setzen vnd wollen wir mit wolebedachtem mute, mit rechter wizzen vnd mit keiserlicher mechte vollenkomenheit, das beyde, die Edeln leute vnd ouch die Burger gemeinlich zu Boparden, off bede seiten by allen iren Rechten, fryheiten, gnaden vnd gewonheiten, als sie die von alter vntz her gehabt haben, gentzlichen haben vnd der gebrouchen vnd ouch daby bliben sullen; vnd meinen vnd wollen ouch den obgenannten burgern gemeinlich noch dheinen besonder furbaz in dheinen zeiten keinerley friheit geben oder tun, sunder si sullen alle mit eynander tun vnd leyden, als das von alter vntz her kumen ist, vnschedelich vns vnd dem Reiche an vnsern rechten." *Wigand* a. a. O. nr. 2 S. 87, 88.

1422, März 8. König Sigismund erneuert und genehmiget auf Ansuchen der „vasalli territorii Bopardie ... quandam ipsorum litteram super ipsorum juribus confectam" — nämlich die wörtlich eingerückte s. g. Schöffengerichts-Ordnung v. 1291 [nr. 5] — „in singulis suis punctis, clausulis et intentionibus ..., volens, ipsam perpetuam obtinere roboris firmitatem." *Wigand* a. a. O. nr. 3 S. 88—91. 18

1430, Aug. 9. Erzbischof Ulrich von Trier — als Landesherr Boppard's, welches durch die Verzichtleistung König Wenzel's auf die Wiedereinlösung der Stadt aus dem Pfandverbande im J. 1376 seine Reichsfreiheit für immer eingebüst hatte — confirmirt seinen Bürgern daselbst alle ihre Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten. (R.) *Görz*, Regesten der EB. von Trier S. 160. 19

1468, Jun. 1. Kaiser Friedrich III. bestätiget „seinen vnd des Reichs lieben getrewen, Burgermeister Ratte vnd burgern gemeinelich der Statt zu Bopparten", auf deren demüthige Bitte „alle vnd yeglich ire gnade, freyheit, Recht, briefe, privilegia, alt herkomen vnd gutt gewonheitte, die ire vordern vnd Sy von Romischen Keysern vnd Kunigen loblich erworben vnd harbracht haben ..., meynend, setzend vnd wollend, dasz die in allen Jren puncten, artigkeln, maynungen vnd begreiffungen ganntz stet beleiben, der auch also gebrauchen vnd geniessen sollen vnd mugen zu geleicher weise, alsz ob die alle von wort zu wortte in disem Keyserlichen briefe begriffen vnd geschriben weren", und fügt das allgemeine Gebot hinzu, die „obgenanten von bopparten" hieran bei Vermeidung schwerer kaiserlicher Ungnade nicht zu hindern oder zu irren. *Wigand* a. a. O. nr. 4 S. 91—93. 20

1471, Jul. 20. Derselbe verordnet in Folge eines Streites zwischen Erzbischof Johann von Trier und der auf Zollfreiheit pochenden Stadt Boppard zu Gunsten des Ersteren, dass „hinfurter alle vnd yeglich Kauffmansgut, es sey Hering, Stockfisch, Saltze, Oley, Wachs, Tuch, Ysen oder ander Ware, wie die auch sein möchte, die zu Wasser oder zu Lannde inne oder fur die Stat Boppart gefurt, vnd darinne oder dabey furbas verkauft oder von dannen gefurt wirdet", bei Boppard verzollt werden müsse, wonach sich „alle vnd yegliche Kauffleute, Schefflude vnd Verachter" zu richten hätten. *Günther* a. a. O. Thl. IV. Nr. 323 S. 609, 10. 21

22 **1479**, Jun. 2. Derselbe „erklärt, dass die von Boppard nicht schuldig seien, einem Erzbischof von Trier die Pflicht zu thun, es habe derselbe dann vordersamst die Regalien und Lehen empfangen.“ (R.) *v. Stramberg* a. a. O. S. 577.

23 **1479**, Jun. 2. Derselbe erneuert und bestätigt den Bürgern der Stadt Boppard ihre gesammten Privilegien, nämlich einerseits ihre Befreiungen von der Ladung an auswärtige Gerichte, von Wasser- und Landzöllen, von Kriegsdiensten, ausgenommen für Kaiser und Reich, andererseits ihre althergebrachten Rechte der Schöffenkür [mit Bezugnahme auf nr. 18], der Fischerei, der Verbesserung der städtischen Befestigungswerke, der Anlegung von Mühlen u. s. w. (R.) *v. Stramberg* a. a. O.

24 **1491**, Jul. 29. Erzbischof Johann II. von Trier überlässt die Hälfte des Weinschank-Ungelds der Stadt Boppard, und gestattet ihr die Verdoppelung der Accise und die Aufstellung eines zum Gebrauche der Bürger dienenden s. g. Hauskrahnen. (R.) *v. Stramberg* a. a. O. S. 578.

25 **1495**, Jun. 27. Der römische König Maximilian I. confirmirt den Bürgern von Boppard auf deren Bitten ihre sämmtlichen Freiheiten, Privilegien und guten Gewohnheiten, sie insbesondere (nach dem Vorbilde des Fridericianischen Privilegs v. 1479, nr. 23) dahin begnadend: a) dass sie, sowie überhaupt alle Einwohner zu Boppard von Niemanden um irgend einer Sache willen vor ein Hof-, Land-, westphälisches oder anderes auswärtiges Gericht geladen, sondern nur vor ihrem Rathe oder dem städtischen Gerichte belangt, und namentlich auch wegen nicht-kirchlicher Liegenschaften vor kein geistliches Forum gezogen werden sollen, es wäre denn, dass man dem Kläger das Recht versage oder verzögere; b) dass sie „im Reich zu Boppard“ *) mit keinem Wasser- und Landzolle von Wein, Korn, Frucht und anderen Waaren beschwert, sondern in dieser Beziehung auch fernerhin, wie vor Alters, da Boppard noch nicht verpfändet war, behandelt werden sollen; c) dass sie bei Fehden und Kriegen im Reiche zu keinerlei Sache und Dienst heranzuziehen seien, so lange nicht der König selbst oder das heilige Reich bedroht erscheine; d) dass sie fürderhin ausser der Versetzung vom Reiche nicht pfandbar, und nur zu solchen Leistungen, worüber sie Brief und Siegel gegeben, Jemanden verbunden sein sollen; e) dass sie jederzeit nach alter Gewohnheit die erforderliche Schöffenzahl wählen und mit der „Handlung des Gerichts“ es halten mögen, wie ihnen König Sigismund [nr. 18] bestätiget, und dass die von ihnen gekorenen Schöffen auf den gewöhnlichen Eid hin vom Schultheissen ohne Weigerung angenommen werden müssen; f) dass sie sich der Salmenwasser und anderer Fischerei im „Reich zu Boppard“ in althergebrachter Weise gebrauchen dürfen; g) dass die der Stadt gehörige Dorfgemeinde Weiler den bisher gehabten Weidgang und Viehtrieb ohne Hinderniss fortgeniessen solle; h) dass die „im Reich zu Boppard“ gelegenen Immobilien künftig nur vor dem offenen Gerichte der Stadt gültig übertragen und verschrieben werden können; i) dass in der Stadt und deren Bann befindliche liegende Güter, auch wenn sie in geistliche Hand gelangen, noch, wie bis dahin, abgaben- und dienstpflichtig bleiben sollen, hinfüro aber Niemand mehr Macht habe, solche Liegenschaften durch Kauf, Wechsel, Gab noch in anderer Weise in geistliche Hände zu wenden; dass ferner Personen geistlichen Standes Testamente und Geschäfte „in geistlichen Sachen“ nur mit baarem Gelde thun, im entgegengesetzten Falle aber, oder wenn Cleriker weltliche Güter durch Sterbfall überkämen, innerhalb Jahresfrist dieselben den Bürgern zum Verkauf gestellt oder sonst zur Hälfte in die königliche Kammer, zur anderen vom Rathe von Boppard eingezogen werden sollen [nr. 3]; k) dass dem Kloster Marienberg seine Beholzungsgerechtigkeit in den bopparder Wäldern gewahrt, der Holzhieb aber an die Erlaubniss des Rathes der Stadt gebunden sein solle; l) dass die Kessler daselbst, wie von Alters her, gehalten werden sollen; m) dass Ritterschaft und Rath zu Boppard, wann es ihnen nöthig dünke, zu gemeinem Nutzen Ordnungen, Statute und Satzungen machen und ihre Befolgung bei Strafe gebieten, dagegen die Bürger und Einwohner der Stadt und Dörfer für sich allein keinerlei Sondervereinigung, Versammlung oder Conspiration, bei Ahndung an Leib und Gut, unternehmen dürfen; n) dass, wenn bei Pflichtsäumigkeit des Schultheissen der Pfandherr, darum angegangen, nicht abhelfend einschreiten würde, der Rath zu Boppard, so lange die Stadt uneingelöset sei, von des Reichs wegen Macht haben solle, in den Sachen Befehle zu erlassen und selbst zu handeln, bis vom Pfandherrn ein neuer Schultheiss gesetzt werde, der sich halte und thue, wie gebührt; o) dass alles, was nach der Verpfändung durch die Erzbischöfe von Trier zur Beschwerung der Stadt und zu Abbruch ihrer Freiheiten, Privilegien und guten Gewohnheiten geschehen, kraftlos sein

*) Ueber diesen Begriff s. die Bemerkung zu Art. „Aachen“ S. 4a.

solle; p) dass den von Boppard zur Abwendung künftigen Unraths und Schadens gestattet sei, für bessere Befestigung ihrer Stadt mit Mauern, Thürmen, Bollwerken, Gräben u. a. m. zu sorgen, sowie auf dem Rheine zu ihrem Nutzen Mühlen nach Bedarf und einen Hauskrahnen zu errichten; q) dass das Gerichtsgeld nur 6 Weisspfennige bei Forderungen zu einem Gulden an Werth betragen, armen Leuten aber Ziel und Frist zur Bezahlung gegönnt werden soll; endlich r) dass die Kosten gerichtlicher Verhandlungen immer die Parteien dem Rathe zu erlegen haben, von ersteren aber wieder der nach Rechtsspruch unterliegende Theil allein die Kosten tragen müsse. In modernisirter Form bei *v. Stramberg* a. a. O. S. 578—82.

26 **1495**, Aug. 26. König Maximilian I. widerruft die von der Stadt Boppard bei Gelegenheit nachgesuchter Bestätigung „irer Gnaden, Freiheiten, Privilegien, alten Herkomen vnd guten Gewonheiten" unwahrer Weise als dazu gehörig angezeigten und darauf hin [in nr. 25] von ihm erneuerten, erweiterten, erklärten und confirmirten „Puncten, Artikel vnd Stuck", sofern sie wider Kaiser und Reich oder wider den Kurfürsten von Trier und sein Stift sein sollten, bestimmend, dass alle diese „Stucke, Puncte, Artikel vnd Begreyffungen tod ab krafftlos vnd vnpundig" sein sollten. *Günther* a. a. O. Nr. 397 S. 719—22.

27 **1496**, Sept. 29. Derselbe nimmt die Stadt Boppard — „da sie ihm und dem heiligen Reiche unmittelbar zugehöre und ihm deshalb gebühre, dieselbe bei Recht und Billigkeit zu handhaben" — in seine und des Reichs besondere „Gnad, Verspruch, Schutz und Schirm", sichert ihr den Genuss „aller Gnad, Freiheit, Ehre, Würde, Vortheil, Rechte und Gerechtigkeit" gleich anderen des Reiches Städten zu, und gebietet allen seinen Unterthanen, die genannte Stadt bei Strafe von 40 Mark Goldes in ihren Freiheiten nicht zu hindern und zu irren. (R.) *v. Stramberg* a. a. O. S. 582.

Die von da an entsponnene blutige Fehde zwischen dem Kurfürsten Johann II. von Trier und den durch ein offenes Manifest v. 12. Apr. 1497 ihm entgegengetretenen Bürgern Boppard's, welche übrigens, wie vorauszusehen gewesen, den Kürzeren zogen und die verlangte Huldigung am 5. Juli 1497 dem Erzbischofe als ihrem Herrn — allerdings „beheltlich dem Roemischen Ryche des widderkauffs ader widderloesunge (der Stadt) nach besag Keyserlicher vnd Koniglicher brieve" — in solenner Form leisten mussten, schildert nach den handschriftlich vorhandenen, ausführlichen Berichten Peter *Meyer's*, unter Einmischung der dahin gehörigen Actenstücke *v. Stramberg* a. a. O. S. 582—629.

1498, Jun. 28. Erzbischof Johann II. von Trier kürt und setzt seiner Stadt Boppard eilf (mit Namen aufgeführte) Schöffen, welche ihm und dem Stifte von Trier — „als lange Bopart vnd was mit Bopart vom heiligen Rich dem itzt genanten stifft verschriben ist, vom selbigen Ryche vngeloset sint vnd blybent" — Huld und Treue in besonderen Briefen eidlich angeloben müssen. *de Hontheim*, Hist. Trevirens. dipl. Tom. II p. 520; *v. Stramberg* a. a. O. S. 623, 24. 28

Mit dieser willkürlichen Aenderung der Stadtverfassung ist der eigentliche Grundpfeiler der gemeindlichen Freiheit und Selbständigkeit Boppard's nach zweihundertjährigem Bestande gefallen, und dasselbe, indem man bis dahin wenigstens noch einen Schimmer von Hoffnung auf Rückkehr der einstigen Herrlichkeit zu bewahren gewusst, nun vollends und für immer zur trierischen Provinzialstadt herabgesunken.

Borken. CXIX.

(Preussen, Westfalen.)

Nunning, Monumentorum Monasteriensium Decas prima, Mon. IX „Borckena" p. 167—243.

1249, Sept. 20. Bischof Otto II. von Münster bewilligt der Stadt Borken einen Jahrmarkt und sicheres Geleit für die denselben Besuchenden — „Noverint universi, quod nos ad instantiam scabinorum et concivium in Burecken ponimus liberum et annale forum, singulis annis apud Burecken observandum in vigilia beati Michaelis, ipso die Michaelis et in crastino Michaelis, et in festo beati Remigii, hinc illos, qui ad predictum forum accesserint, sub nostram protectionem recipientes, prestantes eisdem accedendi et recedendi securum conductum, volentes, ut in predicta vigilia beati Michaelis sit forum pecorum apud locum jam prenominatum." *Nunning* l. c. p. 235, 36; *Wilmans*, Westfäl. UB. Bd. III Abthl. I Nr. 504 S. 269. 1

1280, Dez. 15. Bischof Everhard von Münster verzeiht den Bürgern in Borken gewisse Rechtsübergriffe, welche sie sich zu Schulden kommen liessen, und bestätiget ihnen ihre von seinen Vorgängern herrührenden Privilegien — „omnibus civibus in Borken excessum perpetratum in quadam sententia ab eis confirmata condonamus, et excessum, quem fecerunt infra munitionem nostram Borken per nimiam extensionem cujusdam sepis, pro qua ipsos in causam 2

trahi fecerant; omnemque excessum, quem habuerunt ratione quorundam ortorum, quos extra portas dicte munitionis fecerant in palude, eis similiter condonamus, indulgentes eisdem civibus omne jus sive justitiam, quam a temporibus reverendi patris ac domini Theodorici episcopi bone memorie ac omnium successorum suorum, nostrorum predecessorum, juxta tenorem privilegiorum suorum habere consueverunt." *Nunning* l. c. p. 171; *Wilmans* a. a. O. Nr. 1113 S. 583.

3 **1297**, Sept. 21. Derselbe gewährt — „scabinis et civibus oppidi sui in Borken liberum forum, quod vulgariter vriemarcket dicitur, ad habendum et tenendum ibidem quolibet anno in perpetuum per quatuor dies continuos, videlicet pro vigilia beati Georgii martyris, ipso die et ejus crastino, quod est dies beati Ludgeri", und stattet diesen zweiten Jahrmarkt mit den gewöhnlichen Freiheiten — „prout juris est et consuetudinis, libertates" — aus. *Nunning* l. c. p. 237.

4 **1346**, März 13. Richter, Bürgermeister und Schöffen — „judex, magistri opidanorum ceterique scabini" — der Stadt Borken genehmigen den Tuchmachern daselbst die Errichtung einer Gilde — „ordinant et faciunt lanificibus opidi Burken unam ghildam" — zugleich näher festsetzend, wie es mit der Aufnahme in dieselbe und den dabei zu entrichtenden Gebühren, ferner mit der Bestrafung von Ordnungswidrigkeiten in der Verfertigung der Tücher, sowie gewisser Vergehen der Gildenossen — „de rixis et verbis opprobriosis, qui dixerit irato et serioso animo ad alium: mentiris, vel: nequam, dabit sex denarios ghylde predicte" —, endlich mit der Vertheilung der in solchen Fällen zuerkannten „emende, vulgariter bröcke dicte" — zu halten sei. *Nunning* l. c. p. 218, 19.

5 **1420**, Jul. 21. Die Fleischhauer-Gilde zu Borken beurkundet den Bürgermeistern und Schöffen der Stadt ihre „olde Gewonheit vnd recht" in Ansehung des Viehschlachtens und Fleischverkaufes. *Niesert*, Münsterische Urk.-Samml. Bd. III S. 223—25.

Ueber die alte Freigrafschaft Borken, deren Hauptgerichtsstuhl in der Stadt befindlich war, vgl. *Nunning* l. c. p. 176 sq. und *v. Ledebur's* Archiv Bd. X (1833) S. 47—49.

CXX. Borna.

(Kgr. Sachsen.)

Joh. *Winckler*, Bornische Chronica, Welche Anno Christi 1670 In einer Lateinischen Oration angefangen, und dem Drucke übergeben, Nunmehr aber übersetzet und vermehret worden von Seb. *Kühn*, Chemnitz 1688. 4°. Rob. *Wolfram*, Chronik der Stadt Borna, mit Berücksichtigung der umliegenden Ortschaften, Borna 1859. 8°., S. 1—26, 75, 79 flg.

1430. Bischof Hugo von Naumburg 1
befreit die Bürger der [ihm verpfändeten] Stadt Borna wegen der grossen Verluste und Schäden an Gebäuden, Getreide und Hausgeräthe, welche sie im Hussitenkriege[1] erlitten, damit sie nun „desto bas wieder gebauen vndt sich wieder zur nehrung schicken können vndt mögen", auf neun ganze Jahre von der „Jährlichen Renthe", welche sie „halb vff Walpurgis vnd halb vff St. Michaelistagk .... von der Stadt wegen pflichtigk zu geben seyndt." *Wolfram* a. a. O. S. 256. (Extr.)

1454. Delegirte Räthe des Bischofs 2
von Naumburg stiften zwischen den Bürgermeistern, Rathmannen und der Gemeinde zu Borna einerseits und dem Vogte daselbst, Kaspar von Hogenist, nebst etlichen Fuhrleuten andererseits, in Folge entstandener Irrungen über das [im Privilegienbuche zum J. 1470 als landesfürstlich „confirmirtes und bestätigtes herkommen vndt Gerechtigkeit" der Stadt bezeichnete] Weggeld — indem nämlich wegen mehrmaliger „wandelunge der montze" auch bei dieser Abgabe zuerst eine Abminderung und dann wieder eine Erhöhung eingetreten war — einen Vergleich, worin u. A. die Grösse des Wegegelds von Wagen mit vier und drei Pferden, sowie von Karren festgesetzt wird. (Aus dem 1434 begonnenen alten Stadtbuche.) *Wolfram* a. a. O. S. 340, 41 Note **). [Extr.]

1470. Die Herzoge Ernst (Kurfürst) 3
und Albrecht, Gebrüder, zu Sachsen gewähren der Braugenossenschaft in Borna in Beziehung auf den Bierverkauf das Meilenrecht, wovon nur sechs im Umkreise einer Meile um die genannte Stadt gelegene Orte ausgenommen und als brauberechtigt erklärt werden, und bestimmen ferner: „es solle auch kein Handwercker, Schuster noch Schneider, Leineweber, Becker, Fleischhauer vndt ander dergleichen, binnen einer Meilen weges vm Borne gesessen, kein Handwergk üben noch treiben, sondern die gantz abstellen, ausgeschlossen Schmiede, die man vmb erbauunge des ackerwergks alsso weit nicht entpehren magk." *Wolfram* a. a. O. S. 302, 3; 346. (Extr.)[2])

---

1) Vgl. *Winckler* a. a. O. S. 10 flg. 48 flg. (mit unrichtiger Zeitangabe); *Wolfram* a. a. O. S. 19.

2) Eine gute Erörterung über das Gewerbswesen in Borna gibt *Wolfram* a. a. O. S. 347—56.

4 **1482.** Die genannten herzoglichen Brüder verleihen dem Stadtrathe von Borna die Ober- und Erbgerichte in und vor der Stadt. (R.) *Wolfram* a. a. O. S. 198.

5 **1490.** Die Rathmannen der Stadt Borna nehmen von Hans Podmer seligen „das hergerete [3]), wie nach folgent: das beste pfert gesatelt vnnd gezewmet vnnd sein swert, sein schilt vnd sein bester harnisch, den er gehabt hat czw seine leibs, vnnd sein tegelich kleider vnnd ein bette dem ersten dem besten, eyn Kissenn, zwey becken, ein hantqweling, eyn Kesselein vnnd ein Kessel hagken." *Wolfram* a. a. O. S. 307 Note *).

6 **1495.** Die Töpfer-Innung zu Borna erhält eine Zunftrolle. (R.) *Wolfram* a. a. O. S. 356 †).

CXXI. Bozen.

(Oesterreich, Tyrol.)

Beda *Weber*, Die Stadt Bozen und ihre Umgebungen, Bozen 1849. gr. 12. M. *Koch*, Beiträge zur Geschichte der Stadt Botzen, v. DO. und JZ. 4°. Vgl. auch J. *v. Hormayr*, Tirol im Mittelalter [Sämmtl. Werke Bd. I, 1820] S. 260 flg. und *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 8, 9.

1 **1190**, Jun. 24. Bischof Konrad von Trient erlässt auf den Grund eines von den beiden Gemeinden Bozen und Keller (Gries) zur Regelung ihrer streitigen Rechte über Weide, Wald, Strasse, Feldwege, Bewässerung und Wasserleitung [„totum commune, scilicet pascua, nemora, stratas, semiteria, aquaria, rizalia aquarumque ductus"] erbetenen und durch zwölf „boni homines jurati ex utraque communitate" abgegebenen Gutachtens ein Statut — „carta communitatum plebium de Bolzano et de Keler" — nachfolgenden Inhalts: „Quod nemo miles, burgensis vel rusticus aut alius presumat intromittere vel ulterius inpedire aliquid de jam dicto comuni [1]), sicut a prefatis juratis est consignatum; et quando de eodem comuni secare voluerint, comuni consilio secare debent post festum sancti Johannis baptiste et non antea; et prima die, quando comuniter secare ceperint, tam miles quam burgensis et rusticus, tam dives quam pauper, duos tantum secatores habeant et non plures. Quicunque vero talem constitutionem infringere presumpserit, et de predicto comuni aliquid de cetero intromiserit vel impedierit, si miles vel burgensis fuerit, L librarum veronensium bando [2]) subjaceat; si vero rusticus fuerit, X librarum bando subjaceat, et qui prescriptam monetam vel tantum valens non habuerit, quicquid apud eum inventum fuerit, sibi auferatur. Si autem aliquis ex precepto vel consensu domini sui predictum pactum in aliquo fregerit vel violaverit, X libras solvat, et dominus ejus, ex cujus precepto vel consensu hoc fecerit, L librarum bando subjaceat. Preterea quicunque miles, burgensis aut rusticus aliquod nemus de sepedicto comuni succenderit, penam et amputacionem manus incurrat, vel eam competenti precio a domino episcopo redimat. Omnium vero predictorum bandorum due partes reddantur domino episcopo tridentino, et tercia pars comiti de Tiral. Et promisit prefatus dominus episcopus pro se suisque successoribus et predictus Enricus Supan pro domino suo comite Adelpreto de Tiral, quod nulli, qui predictum pactum refregerit vel violaverit, bannum predictum dimittent."

Gedruckt in J. *v. Hormayr's* Gesch. der gefürsteten Grafschaft Tirol Thl. I Abthl. II (1808) Nr. 51, 52 S. 145—48 und in R. *Kink's* Codex Wangianus (1852) Nr. 39 [Dipl. XLIX] S. 99—102.

1208, Febr. 7. Bischof Friedrich von Trient bestätiget die durch gewählte Commissäre auf ihren Eid ertheilte Kundschaft („manifestationes sub districtu sacramenti et fidelitatis") über die dem trienter Bischofe und dem Grafen von Tyrol in der Stadt Bozen zustehenden Gerechtsame [„carta de jure comitis de Tirol apud Bolzanum"]: 2

„Tenor qualium talis est, videlicet quod ille, qui est gastaldio [3]) tridentini episcopi in Formiano, ille etiam debet esse sultaiz tirolensis comitis apud Bauzanum; et quando gastaldio de Formiano et justiciarius comitis perceperint et denunciaverint placitum legale, scilicet placitum, quod teutonice appellatur ealaeichding, ad partem Bauzani seu in comitatu ibi pertinente, omnia que ipsi acquisierint, quindecim dies ante predictum placitum et XV dies post, equaliter dividere

3) Ueber das Heergeräthe nach dem bornaer Statute v. 1559 s. *Wolfram* a. a. O. S. 307 (Text).

†) **Bottwar** oder **Grossbottwar** (Württemberg) hat keine dem Mittelalter angehörige Privilegien und Statute, sondern nur im XVI. Jhdt. aufgezeichnete Rechtsgebräuche. *Reyscher*, Samml. altwürttemb. Statutar-Rechte Nr. XV, 4 S. 484—91. Doch lesen wir in einem alten Unterpfandsbuche (saec. XIV), das u. A. auch „der Stat Botwar alt recht vnd ehafften" enthält: „Zu wissen, dass alt stat recht gewert bis im jar alss man gezelet von der Geburt Cristi 1458 jar. Im Selbigen hat unser gnediger Her dass alt statrecht abthon mit gnedigem bevelch sich furohin stutgarter recht zu gebruchen." Vgl. G. *Kübler*, Chronik der Stadt Grossbottwar, das. 1861. 8°., S. 11 flg.

1) Gemeindeeigenthum.

2) Geldstrafe (bannus).

3) Verwaltungsbeamter. *Kink* a. a. O. S. 11, 12.

teneantur. Et de omnibus bannis [4]), que gastaldio de Formiano vel ejus scarius [5]) lucratus erit, due partes tirolensi comiti et tercia tridentino episcopo per racionem dari debentur; et unum bannum, scilicet secundum bannum de racione comitis, suo sultaiz de Formiano detur. Latrones vero capti cum omni eo, sicuti capti erunt, comiti tirolensi vel suo sultaiz de Formiano representur, et justitiam super eos facere tenetur. Universas mensuras tam in burgo, quam extra burgum, idem comes componere et statuere debet et super eas raciones faciat. Quicquid racionis pluvio [6]) pertinet, comiti expectat, exceptis tribus caratis vini, que de illo pluvio dari debentur ponti de Balzano. Comes vero vel ejus sultaiz pro illo pluvio non de racione, sed voluntarie et per bonam usitatem, ad placitum suprascriptum ministeriales case dei, ut eum adjuvent ad judicium, honorare debet. Et ille, qui est gastaldio in Formiano, ille eciam debet esse justiciarius apud Bauzanum, tam in burgo quam extra burgum; et ita fuit apud quondam dominos episcopos Adelpretum, Salomonem, Albertum, Conradum. Gastaldio autem de Formiano racionem [7]) apud Bauzanum tantum sub albero [8]) juxta parochiam facere presumat per dominum episcopum et comitem tirolensem, quantum ad suum officium gastaldionis de Formiano et sultaiz tirolensis comitis pertinet."

Gedruckt bei *v. Hormayr*, Kritisch-diplomat. Beyträge zur Geschichte Tirols im MAlter, Bd. II Urk. Nr. XCVII S. 221—23 und in *Kink's* Cod. Wang. Nr. 92 [Dipl. CCXXI] S. 161—64. Vgl. dazu R. *Kink's* Akadem. Vorles. über die Gesch. Tirols bis zur Vereinigung mit Oesterreich (Innsbruck 1850. 8⁰.) S. 281; J. A. *Tomaschek*, Ueber die ältere Rechtsentwickelung der Stadt und des Bisthums Trient (Wien 1860. 8⁰.) S. 19.

3 **1210**, Febr. 12. Schiedspruch („laudamentum") über die Wein-Verzollungspflicht der Bozner: „quod non debent dare theloneum ad partes Bauzani de suo vino et de illo vino, quod nascitur in eorum allodiis vel feodis aut pignoribus; sed de illo vino, quod per eos vel per alios portatur ad revendendum, bene debent et tenentur dare teloneum domino episcopo ad partes Bauzani, videlicet de illo vino, quod non nascitur in eorum allodiis vel feodis et pignoribus." *Kink*, Cod. Wang. Nr. 82 [Dipl. XCIII] S. 185, 86.

1211, Jul. 6. Bischof Friedrich von Trient — „interdixit universis burgensibus tam absentibus quam praesentibus in burgo Balzani comorantibus, scilicet sub poena librarum mille denariorum veronensium, quod nullus eorum sine ejus verbo debeat efficere vel venire militem, et etiam quod nemo eorum suam domum sine ejus verbo alicui militi vendere non presumat, sub eadem poena mille librarum." *v. Hormayr*, Geschichte a. a. O. Nr. 89 T. 219, 20. 4

1224, Jan. 20. Bischof Gerhard von Trient überträgt auf Hilprand von Lugognano eine bei der St. Marien-Kirche gelegene Baustätte — „ita quod habeat potestatem et auctoritatem aedificandi ibi casamenta et aedifitia casamentorum ad suam voluntatem, et illa ab episcopatu tenere ad usum et consuetudinem aliarum domorum mercatus Bolzani, et cum omni jure et honore illius mercatus", *v. Hormayr*, Geschichte a. a. O. Nr. 113 S. 266, 67. 5

1234, Jul. 24. Weisthum über die dem Grafen von Tirol in Ansehung der Eisackbrücke, des Tuchhandels, des Masses und des „legale judicium sive Etaidinc" in Bozen zustehenden Rechte. *v. Hormayr*, Beyträge a. a. O. Urk. Nr. XCIII S. 203—6. 6

1238, Aug. 3. Bischof Albert von Trient belehnt den Heinrich [Ulrich?] von Aselengo [9]) und den Konrad von Greiffenstein „de justicia [burgi] Bozani integrali, secundum quod ad eam pertinet", bis zum nächsten St. Genasiusfeste, beziehungsweise mit der Hälfte auf die Dauer eines Jahres, wenn ihm nicht eine Verlängerung belieben sollte, ohne für sich und seinen Nachfolger dafür ein Gegenreichniss zu fordern — „et contulit in eos plenum jus et potestatem jus faciendi de omni eo, quod quondam alii sui justitiarii soliti erant facere, et banos accipiendi, et omnia alia servicia honorifica, que ad ipsam justiciariam de jure spectare debent. Promisit etiam ipse dominus episcopus, per se suosque successores ipsis, domino Ulrico et conrado, ipsam gastaldiam sive justiciariam integraliter, prout eis contulerat, deffendere et warentare ab omni homine cum ratione sub ypoteca rerum sui episcopatus, et dedit eis licentiam, sua auctoritate tenutam [10]) intrandi vel non, et Henrico de Griffenstein, quod ducat in tenutam, et precipiat burgensibus Bozani omnibus, cuilibet in pena C librarum veronensium, qui ipsis ju- 7

4) Bannum, Reichniss für die Abhaltung des Gerichtstages. *Kink* a. a. O S. 462.

5) Gemeindevorsteher. *Kink* a. a. O. S 13.

6) Weinsteuer (?).

7) Racionem facere, Recht sprechen.

8) Baum.

9) Vermuthlich der Ulricus de Hazelpergo s. Alsberg der Urk. v. 9. Aug. 1238 b. *v. Hormayr*, Geschichte a. a. O. Nr. 151 S. 333 flg.

10) Gewere. *Tomaschek* a. a. O. S. 9.

stitiariis adstare et ab eis rationem accipere et facere debeant, nulla ratione vel interdicto secularis potestatis contraveniente." *v. Hormayr*, Geschichte a. a. O. Nr. 150 S. 331–33.

8 **1239.** Weisthum über die Vertheilung der Baulast an der Eisackbrücke — „jus pontis Ysarci." *v. Hormayr*. Beyträge a. a. O. Nr. XCIV S. 206–9.

9 **1256**, Dez. 8. Bischof Egno von Trient verwandelt den durch Feuersbrunst und Ueberschwemmung zu grossem Schaden gekommenen Bürgern und Einwohnern „im Burgfriden Botzen" ihre „Stewr oder Cult" in einen Jahreszins von 1000 Pfund Berner. [Nur in der vom Notare Friedrich Slegl 1556 angefertigten Verdeutschung erhalten.] *v. Hormayr* a. a. O. Nr. XCVI S. 214–20.

10 **1292**, Mai 4. Albert von Formiano und Friedrich von Treuenstein geben im offenen Gedinge vor dem neuen Hospitale zum heiligen Geiste in Bozen eine „per laudum curie et astantium judicio" bestätigte Erklärung über die beiden allgemeinen Rechtstage, welche Herzog Meinhard von Kärnthen als „comes Tyrolis" abzuhalten befugt, und über die auf denselben zu beobachtenden Strafbestimmungen bezüglich begangener Tödtungen und Verwundungen ab: — „videlicet, quod prima die in legali seu generali judicio, cum per viatorem seu preconem publice in ecclesia parochiali plebis sancte Marie in Bozano ipsum judicium generale fuerit denunciatum, quod tunc prima die omnes nobiles, magnates et ministeriales, residenciam habentes in plebe Bozani et plebe Chelre [Gricz], et similiter domini de Wanga et de Furmiano, licet non sint residentes in dictis plebibus Bozani et Chelre, tam(en) de jure et antiqua consuetudine tenentur prima die, sicuti alii nobiles et ministeriales, sine aliquo precepto aut citatione comparere, et racionem omnibus impetentibus eos [et] justicie facere tenentur complementum. Et simili modo, quod burgenses et cultores et alii homines et persone in dictis plebibus residenciam habentes omnes prima die etiam sine denunciacione aliqua eis facta debent comparere; sed ipsi burgenses et cultores pro debitis et possessionibus eorum non tenentur in generali judicio stare intra, sed solummodo astare prima die et eciam aliis sequentibus duobus diebus dicto domino duci suisque heredibus et eorum substituto, qui vices suas et suorum heredum in dicto generali judicio gessit. Et si quis predictorum non comparuerit prima die sine precepto, hec est pena eis imposita ex antiquo, videlicet quod nobiles et ministeriales quinquaginta libras parvulorum denariorum dicto domino duci solvere sint astricti, quilibet ipsorum, qui non comparuerunt; burgenses vero libras parvulorum viginti quinque; rustici et cultores libras parvulorum quinque. Et quidquid prima die perfectum aut inceptum coram domino duce vel ejus vicario non fuerit, hoc aliis duobus sequentibus diebus debet audiri et terminari ex jure, sicuti prima die, hoc solo excepto, quod prima die non debent citari, sed sine aliqua citatione tenentur comparere ac eciam respondere; sed sequentibus duobus diebus, si quis eos inpetere voluerit, debent citari. Et quod memoratus dominus dux habet potestatem liberam, hoc generale judicium constituendi duobus vicibus in anno, videlicet infra festum S Martini et nativitatem domini nostri Jesu Christi, et similiter in mense Madii omni anno. Et quicunque alterum occiderit, ille idem etiam occidi debet et personam amittere; hoc salvo, si ad graciam proximorum et parentum illorum vel illius, qui interfectus fuerit, pervenerit, personam amittere non debet, sed nichilominus graciam domini ducis acquirere, prout melius poterit. Item pro vulneribus sic fuit obtentum et sententiatum, videlicet, quod pro quolibet simplici vulnere, de quo sanguis emanaverat, reus solvere debeat dicto domino duci libras parvulorum viginti quinque et vulnerato similiter viginti quinque libras parvulorum, tali eciam condicione imposita, videlicet, quod si per aliquod vulnus factum in membris ille, qui vulneratus fuerit, contractus aut assidratus[11]) fuerit, quod vulgariter dicitur Leme, ille idem, qui hoc fecerit, pari pena in membris puniatur, si ad graciam illius, qui sic in membro vulneratus fuerit, et amicorum suorum et domini ducis praedicti pervenire non poterit. Item quod pro amissione cujuslibet membri ille quidem reus consimile membrum amittere debet, nisi tunc graciam illius, qui membrum perdidit, et domini ducis praedicti, ut premittitur, acquirere poterit; insuper quod memoratus dominus dux liberam habet potestatem et ex antiquo habuit ipse, et ejus precessores, quod in legali judicio, et etiam quandocunque voluerit in anno, absque generali judicio, de mensuris omnibus, cujuscunque generis fuerit, et similiter de omnibus maleficiis, quocunque nomine dici possunt, ipse et ejus vicarius plenam potest et debet facere justiciam." *v. Hormayr*, Geschichte a. a. O. S. 498–501.

1319, März 1. Herzog Heinrich von 11
Kärnthen, Graf von Tirol und Görz, überlässt einer Anzahl von Kaufleuten aus Florenz „casanas suas et mutuum in Bozano,

11) Sideratus, gelähmt. Vgl. E. *Osenbrüggen*, Das Strafrecht der Langobarden (1863) S. 73.

una cum domibus, ortis et canipis sibi pertinentibus, sitis apud sanctam Affram" auf drei Jahre für 120 Mark guter Münze jährlich, zugleich zu ihren Gunsten bestimmend, „ut in Bozano et ejus districtu et prope eciam Bozanum per unum miliare Teotunicum nullus omnino debeat mutuum dare vel exercere pro lucro", und fügt noch eine Reihe von Verordnungen über den Gerichtsstand dieser „prestatores — in causis criminalibus aut civilibus", über deren besondere Pfandrechte, über die Nichthaftung des einzelnen „conductor" für die strafbaren Handlungen seiner Genossen u. s. w. hinzu. Schliesslich wird denselben auf ihren Handelsfahrten „per omnes dominii districtus" Schutz und Sicherheit für Personen und Güter, sowie Verschonung mit öffentlichen Lasten, namentlich jeder „culta vel Stiura", garantirt. *v. Hormayr*, Tirol im Mittelalter [Sämmtl. Werke Bd. II, 1821], Urk.-Buch Nr. LIX S. cxx—xxii.

12 **1363.** Herzog Rudoph IV. von Oesterreich bestätigt der Stadt Bozen alle ihre hergebrachten Freiheiten. (R.) *Bischoff* a. a. O. S. 9.

CXXII. Brackel.

(Preussen, Westfalen.)

Ein brackeler Diplomatar bietet *Wigand's* Archiv f. Gesch. u. Alterthskde. Westphalens Bd. IV (1831) Nr. I „Die Urkunden der Stadt Brakel" S. 1—7; Bd. V (1832) Nr. III „Zur urkundlichen Geschichte der Stadt Brakel" S. 155—76; Bd. VI (1834) Nr. VI „Brakelsche Urkunde" S. 274—77.

1 **1244**, Jun. 10. Die „advocati in Brakel", Ritter Berthold, Wernher und Hermann, überlassen den Stadtbürgern von Brackel die den Ort umgebenden Gräben zu freier Benützung, namentlich auch zur Fischzucht — „fossata circa predictum oppidum in Brakel civibus ipsius oppidi libera damus a jure, quo videbamur ea possidere, sive ex ipsis piscinas faciant vel aliud, quod videbitur eis expedire; nullus nostrum seu aliquis ex parte nostri contra ipsorum voluntatem et favorem eos in prefatis fossatis molestabit." *Wigand* a. a. O. Bd V nr. 1 S. 156.

2 **1259**, Sept. 9. Die Ritter Wernher und Hermann von Brackel bestätigen ihren Bürgern zu Brackel, welche durch Einäscherung eines grossen Theils der Stadt erheblichen Schaden gelitten, ein von den Vorfahren der Aussteller ertheiltes Privileg, betreffend die Minderung der im Vogtdinge und täglichen Gerichte zu erkennenden Bussen — „ut, si rancor aliquis vel insultatio a prefatis oppidanis usque ad effusionem sanguinis qualemcunque emerserit, aut etiam qualicunque casu contingente aliquis in judicio nostro sollempni, quod vulgariter dicitur Vogething, in penam sexaginta solidorum fuerit condempnandus, ipsos reos non amplius quam ad tres solidos graves ad emendationem compellere possent nec deberent. Insuper etiam penam cottidiani judicii usque ad tres denarios relaxaverunt." *Wigand* a. a. O. Bd. IV S. 179. 80.

3 **1281**, Dez. 16. Ritter Hermann von Brackel und seine Söhne Berthold und Wernher versprechen „fide militari data" der Stadtgemeinde zu Brackel („universitas civitatis"), welche ihnen zur Wiedererlangung ihrer Burg 80 Mark auf Ansuchen bewilligt haben, dieses „castrum" niemals zu verpfänden und zu verkaufen, sowie auch keinerlei der Stadt übelgesinnten Leuten darin Aufenthalt und Schutz zu gewähren, auch selbst endlich in keiner Weise die Bürger zu belästigen, so lange diese nicht etwa Veranlassung zu einem Widerstande gäben. Würde dem Vorstehenden entgegengehandelt werden, so solle — „quod et de communi consensu predictorum opidanorum et consilio ordinatum" — der den Ausstellern gehörige Theil der Stadt mit allen Pertinenzen und Rechten auf deren Blutsverwandte, Ritter Bernhard und Burchard von Asseburg, übergehen. *Wigand* a. a. O. Bd. IV nr. 1 S. 2. 3.

4 **1289**, Sept. 25. Bischof Otto von Paderborn sichert der Stadtgemeinde zu Brackel Aufrechthaltung ihrer alten Rechte, Befreiung von der Hülfeleistung in seinen Privatfehden, sowie Unterlassung neuer Häuser-Anlagen zum Nachtheile der Bürger innerhalb des Pfarrsprengels zu:

„Nos Otto dei gratia Paderbornensis ecclesiae episcopus, decanus totumque capitulum ibidem universis praesentia visuris cupimus fore notum, quod attendentes favorem et dilectionem nobis ostensam in subjectione et fidelitate nobis facta, nos et successores nostri promittimus bona fide discretis viris, judici consulibus ac communitati oppidanorum in Brakle omnia eorum jura antiqua sui oppidi, sicut olim a suis dominis habuerunt pacifice et quiete, et volumus illibata in perpetuum observare et gaudere pariter de eisdem. Item praedicti burgenses de Brakle non erunt nobis et ecclesiae nostrae astricti ad juvandum in aliqua guerra privata, si nos specialiter contingeret, nisi hoc de communi et omnium dominorum suorum consensu procederet [1]) et assensu, vel nisi saltem hoc nobis essent facturi de favore et speciali gratia. Caeterum promittimus in his scriptis dictis burgensibus, infra limites parochialium

---

1) So 1310; *W.* „praedict."

dicti loci nulla nova aedificia quaecunque construere in eorum praejudicium vel gravamen. In cujus promissionis et confederationis testimonium sigilla nostra duximus praesentibus apponenda. Datum Paderborn. anno domini MCCLXXX nono, septimo kalend. octobris." N. *Schaten*, Annales Paderbornenses P. II p. 166, 67; *Wigand* a. a. O. Bd. IV Nr. 2 S. 3, 4.

5 **1309**, März 1. Ritter Burchard von Asseburg und Knappe Hermann von Brackel setzen die Rechte, insbesondere Strafbefugnisse der in Brackel bestehenden Kaufmannsgilde fest:

„Nos Burchardus miles dictus de Asseborg et Hermannus de Brakele famulus presentium serie literarum ad noticiam presentium quam futurorum cupimus pervenire, quod maturo consilio prehabito et ob petitiones mercatorum in Brakele jus inferius annotatum mercatorum societati, que vulgariter hanse dicitur, damus et dedimus in his scriptis, scilicet ut quicunque de novo societatem eorum intrare voluerit, is dabit societati quindecim solidos denariorum in Brakele legalium, de quibus nobis sive dominis oppidi Brakele tres solidi cedunt tantum. Insuper dabit decanis dicte societatis sex denarios et talentum cere, et per hoc solutus est ratione ingressionis hujus societatis a qualibet pensione dominorum. Pueri autem horum, qui in societate sunt, si prefatam societatem intrare voluerint, in antiquo jure ipsorum permanebunt. Ceterum cum dicti mercatores fuerint congregati, si in sedibus et congregatione ipsorum aliquis excessus inter ipsos ex furore vel iracundia, qui dicitur vulgariter en uplop aut en hest mot, ex casu evenerit, hunc excessum corrigere poterunt, ut per hoc in nostram jurisdictionem sive dominorum oppidi Brakele non excedant. Si eciam aliqui forenses aut de ipsorum societate dictos mercatores in eorum arbitriis et statutis niterentur impedire, hos corrigere possunt, absque gravamine nostre jurisdictionis, cum mulctis ab ipsis super hoc positis et statutis. Hec omnia et singula ratificamus pariter et probamus, dantes super eo presens scriptum perpetue valiturum, nostris sigillis roboratum. Actum et datum dominica, qua cantatur Oculi mei semper ad dominum, anno ejusdem MCCC. nono." *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 2 S. 156, 57; *meine* Stadtrechte S. 33, 34 Not. 6.

6 **1310**, Dez. 3. Bischof Dietrich von Paderborn erneuert die vom Bischofe Otto im J. 1289 [nr. 4] der Stadt Brackel verbrieften Zusicherungen. *Schaten* l. c. p. 222, 23.

7 **1315**, März 30. Die „domini in Brakele", Ritter Burchard von Asseburg und Knappe Hermann von Brackel, verleihen den Bewohnern ihrer Stadt in Ansehung des Heergeräthes und der Gerade „jura hujusmodi, quemadmodum cives paderbornenses habent . . . scilicet, si quis civium moritur, qui tenetur a se harwadium vel exuvias, quod dicitur apud populum gerade, ministrare, hec pre omnibus pueris propriis et legitimis, et deinde in linea proximis debent . . . ministrari", und bestimmen die Gebühren des Eintritts in die „hanza pistorum." *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 3 S. 158.

1316, Jan. 6. Hermann „domicellus de Brakele", nebst Gattin, Söhnen 8
und übrigen Erben, bestätigt dem Rathe und der Bürgerschaft in Brackel „antiquum jus et consuetudinem antiquitus sine aliqua contradictione hucusque quiete pacifice habitam libere et possessam, videlicet disponendi, ordinandi, statuendi de pane, cerevisia et carne in eorum oppido", den Inhalt dieses alten Rechts und Herkommens zur Vermeidung etwaiger Zweifel neuerlich dahin zusammenfassend, dass a) die Bürger die Braugerechtigkeit und den Bierverschleiss, die „proconsules et consules" aber, entsprechend ihrem geleisteten Amtseide, die Befugniss der zeitgemässen Regulirung des Schenkmasses („mensuram cerevisiae vel cannam statuant ac statutam revocent, prout ipsis secundum eventum temporis videbitur expedire") über sich haben, Fälschungen hierin jedoch der Stadtherrschaft zur Abwandlung vorbehalten bleiben; und b) dass desgleichen Rathmannen und Bürger Verordnungen „de pistura panis et carnium venditione" erlassen und nach Bedürfniss wiederaufheben; endlich c) dass alle verfallenen Brod-, Bier- und Fleischvorräthe dem Rathe und der Stadtgemeinde, und auch zu deren Competenz die Uebertretungen der erwähnten „ordinationes" und „statuta" gehören sollen. *Schaten* l. c. p. 234, 35; *Wigand* a. a. O. Bd. IV Nr. 3 S. 4–6.

1321, Nov. 9. Bischof Bernhard von 9
Paderborn gibt seinen Bürgern in Brackel in Gestalt eines Privilegs das Versprechen, „ipsos seu eorum aliquem in oppido praedicto receptos et commorantes non debere per eum vel quemque alium impeti vel conveniri ultra jus eorum, quod ipsis ab eorum dominis indultum esse dinoscitur a temporibus retroactis", indem er ihnen wider jeden Angriff auf ihr altes Recht seinen wirksamen Beistand und Schutz zusichert. *Wigand* a. a. O. Bd. IV Nr. 4 S. 6, 7.

1322, Oct. 17. Derselbe erklärt mit Zu- 10
stimmung seines Capitels dem Bürgermeister, den Rathmannen und der „meynet der burgere" seiner Stadt Brackel, dass er auf jeg-

liche Ansprache wider die Bürger, namentlich wegen Leibeigenschaft oder Wachszinsigkeit, abgesehen jedoch von den ihm vom freien Gute gebührenden Leistungen, verzichte, und auch die Bürger — die neu aufgenommenen wenigstens, nachdem sie Jahr und Tag unangefochten in der Stadt gesessen — gegen derartige Ansprüche Dritter zu vertheidigen gesonnen sei —: „Wy hebben vortegen vnde vortien . . . van aller ansprake, die wy eder vnse vorvaren an den burgeren to brakle sementlichen eder sunderlichen, die in der stat tu brakele nu tu borgeren entfangen sin vnde gewesen hebbet went vppe desen dach, vnde an iren vorvaren vnde an iren wiven vnd iren kinderen, wiven oder mannen, hadden eder noch hebbet, van eygendumes wegene, dat vulsculdich hetet, eder van wastinses wegene, boven iren rechten wastins, eder van vrien, ane van ires vrien gudes wegene, ob sie des gebruken. Vnd ensale wy eder vnse nakomelincge sie eder ire kindere vnde nakomelincge vmbe dese sake numberme besculdigen eder bedeghedincgen, vnde latet sie der ansprake ewelichen ledich vnde los. Were ouch, dat sie vnse vorgesprokenen borgere, die went vppe desen dach to brakele burgere gewesen hebbet vnde noch sin, ire vorvaren, wif vnde kindere, als hy vorgescreven ist, anders ieman vmbe diese vorgesprokenen sake sculdigen eder bedegedincgen wolde, eder ire nakomelincge, weder den sole wy vnde vnse nakomelincge sie vordegedincgen vnde by in bliven alles rechtes, als sie et van alders in irer stat hebbet here bracht, er sie in dat stichte to paderborne quemen, als wy vnsen holden burgeren tu rechte plichtig sin. Were ouch, dat sie vnse burgere van brakle nu vortmer van dieseme dage iemanne to borgere vntfencgen, die vns, vnsen heren van deme Capitele, Closteren eder Kerken des stichtes, denestmannen, mannen eder burchmannen des stichtes nicht tu ne horde eder nicht mede tu donde ne hedde, vnde dar inne besete jar vnde dach ane rechte bysprake, wolde den anders ieman bedegedincgen eder sculdigen vmbe diese vorgesprokenen sake, we die were, weder den sole wy vnde vnse nakomelincge sie vnde ere nakomelincge vordegedincgen, vnde by in bliven al ires rechtes, als wy vnsen holden burgern sculdich vnd plichtich sin." *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 5 S. 160—62.

11 **1322**, Oct. 18. Derselbe erklärt, durch eine Zwistigkeit zwischen dem Rathe und der Bürgerschaft zu Brackel, von welcher letzteren sich Einzelne den Beschlüssen des Ersteren „mit vnbesceydenheit weder settet", veranlasst, zu dessen Gunsten: „welich irer burgere dat nu vortmer dede, die sich darweder sette mit vnbesceydenen worden eder werken, des die burgermestere vnde die ratman alt vnde nye over quemen durch nut vnde bederf irer stat vnde irer herscaf mit vnser volbort, die sal dat deme rade vnde der stat beteren, vnde wanne dat an vns gebracht wirt van deme rade, des sole wy by deme rade bliven, vnde helpen vnde verdegedingen sie weder den, die dat dede." [Wiederholt durch Bischof Balduin 1341.] *Wigand* a. a. O. Bd. V. Nr. 4 S. 159.

1325, Jun. 24. Derselbe und sein Domcapitel „stedigen vnde vornigen alsogedan recht, alse de stat von Brakele von erer olden herscaph hevet oldenes herebracht, des en Herman van Brakele vnde sine Erven bekennet vnde en dat bebrevet hebbet", versprechen den Bürgern, gegen Jeden, welcher sie darin kränken würde, ihnen beizustehen, verlangen aber auch dafür von denselben, dass sie „na dusseme dage nemenden to borgere vntfan, de deme biscoph, den heren vonne Capitele, closteren, kerken oder dynestmannen des stightes von Paderborne nicht to ne hore." *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 6 S. 162, 63. 12

1341, März 30. Rath und Gemeinde von Brackel führen bei sich das vom Rathe zu **Paderborn** vereinbarte und ihnen mitgetheilte Statut über Heergeräthe und Gerade ein: 13

„Aldus sint wi Borgermestere vnde Rad mit vulborde vnde wilkore vnser ghemeynhet to **Paderborne** over kumen, herwede vnde gherade to nemende vnde tho ghevende vnder vsen borgheren: Wor en herwede vorstervet, dar scal de ghene, de dat to rechte nomen mach, ghan in dat hus, dar dat herwede inne vorstorven is. Deme scal men antworden alle de gheschapenen cledere, de tho des mannes live horden, de dar vorstorven is, gordele, vingherne, clenode van brazen vnde ander clenode, des he tho sinen clederen, de tho sinem live horden, tho brukende plach, vnde anders nicht. Vortmer vorstervet eyn gherade, zo scal de Pape, vrowe efte juncvrowe, de tho der gherade hort, gan in dat erfhus, deme eder der scal man antworden alle gheschapene cledere, strickitte vnde al ander clenode, des de vorstorvene vrowe tho erme live vnde eren clederen to brukende plach, vnde anders nicht. Dit hebbe wi weder vs ghewilkort, vnde vor eynen zede gheholden dor makes vnde vredes willen in vser stad. Wi ne seghet aver dat nicht vor en ghemene recht. — Vnde wi Borgemestere, Rad vnde ghemenhet des slotes to Brakele wilkort mit semently-

ken vulborde endrechtelyken dit vorsprokene recht over vsich vnde over vse kyndere vnde al vse nakomelinghe in vseme slote to brakel evelyken to hebbende vnde to holdende, sint dat wi der stad van Paderborne rechtes an dussen vorsprekenen stucken to rechte bruken scholen. Vnde dit is bescreven vnder vses slotes groten yngezegele des vrydages vor Palmen na der bort vses herren godes drutteynhundert jar in dem eynen vnde verthigesten jare." *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 7 S. 163, 64; *meine* Stadtrechte S. 34, 35 Note 9.

14 **1343**, Nov. 24. Bürgermeister, Rath und Gemeinde der Stadt, sowie die Bewohner des Schlosses Brackel kommen eidlich überein, a) dass sie insgesammt ihren Herrn „willet gerne don allit, dat ze bilken vnde van rechte en doen schollen"; und b) dass „de van der Meynheit" insbesondere gerne und ohne Widerstand „wulburden" wollen, was „der Rad vnde de wisheyt van der Meynheyt [2]) overkomet van der Stad wegene". *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 8 S. 164, 65.

15 **1345**. Die Städte Brackel und Wartberg geloben sich gegenseitig „an edes stad . . . bit midwintere over vir jar" Hülfe gegen Alle, welche einer von ihnen Unrecht zufügen würden, und zwar entweder „Tageleistung" d. i. gütliche Vermittlung des Streites, oder, wenn es bereits „to orlogende" gekommen sein sollte, bewaffneten Beistand, wobei noch über einige einschlägige Punkte, z. B. wie es mit den gemeinsamen „reysen", mit dem Geleite „vorvangener" Leute, mit der Aufnahme neuer Glieder „in dit vorbunt" gehalten werden solle, Abrede getroffen wird. *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 9 S. 165, 66.

16 **1358**, Aug. 13. Die Stadt Brackel geht mit den „beiden steden to Wartberg, ald vnd nye", sowie mit der Stadt Paderborn ein weiteres Schutzbündniss ein, welches ausser den im vorstehenden schon enthalten gewesenen „stucken vnd arteclen" noch insbesondere die wechselseitige Zusicherung begriff: „Weret, dat got nicht enwille, dat unse here van Paderborn afginge van dodes weghen, vnd eyn twikor gesche, so enscolde disser stede vorgescreven neyn der heren neyn entfan to eme heren, et enwere mit willen der anderen driger stede. Dan worde eyn here gekoren eyndrechtliken, alz got jo wille, deme mochte eyn juwelik disser ver stede en entfan to eme herren, alzo verre alz he se laten wolde by ereme rechte vnd ander wonheit, vnde by alle eren erren, alz se dat hedden hergebracht. Enewolde aver de herre disser verer stede eyne eve mer by ereme rechte vnde alder wonthet vnd by eren erren nicht laten, alz se dat hedden hergebracht, des scolde eyn juwelik disser ver stede der anderen eve den anderen truweliken bystan ane argelist." Am Schlusse wird zwar jeder Verbündeten einseitige „vpsegunge" zugestanden; es soll aber, wenn auch eine solche erfolgen würde, die Conföderation demungeachtet noch ein Jahr lang fortbestehen. *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 10 S. 166—68.

17 **1361**, Aug. 14. Bischof Heinrich von Paderborn verspricht, seine „liven vnde getruwen borgere van Brakele by aller vryheyt vnde eren vnde by alleme rechte laten" zu wollen, welche ihnen sein Stift vnd seine Vorfahren verliehen, und „en ok de brive, de se en hebbet gegiven, stede vnde vast to holden." *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 11 S. 168, 69.

18 **1379**. Derselbe und sein Capitel versetzen für 172 Mark Silbers der Stadt Brackel ihren Antheil am „gogerichte", ihre zwei Theile der weltlichen Gerichte und der „vorhure", d. i. des Anstandshandlohns bei Gutskäufen, ferner ihr Hanse- oder Gilde-Recht d. h. ihre aus den Innungen fliessenden Einkünfte, und endlich ihre Antheile an den weltlichen Gerichten „up der breden" vor Brackel. *Wigand* a. a. O. Bd. V S. 173, 74 nr. 5. (Extr.)

19 **1385**, Febr. 13. Bischof Simon von Paderborn, an dessen Stift durch das Aussterben des Geschlechts „der van Bracle" der jenem noch gehörig gewesene dritte Theil des Schlosses gleichen Namens gefallen ist, thut mit Einwilligung seines Capitels dem Rathe und der Bürgerschaft zu Brackel nach geschehener Huldigung die Gnade, „dat se in den guden, de se hebbet van der herscap van Bracle vnde de an dat stichte to Paderborn vorstorven sint, vnde de se in eyme sunderliken breve solen bescreven geven, solen roweliken inne sittende bliven na heltnisse vnde vtwisinge erer breve, de se dar vp hebbet van der herscap van Bracle", ihnen auch bezüglich der übrigen, unter obigem Drittheile nicht begriffenen, von den vormaligen Stadtherrn herrührenden Güter Förderung und Vertretung verheissend. *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 12 S. 169, 70.

20 **1414**, Sept. 22. Erzbischof Dietrich von Cöln — anfänglich neben dem nicht consecrirten Bischofe Wilhelm, dann nach dessen Rücktritt, 1416—1463 allein „administrator episcopatus Paderbornensis" [3]) — verspricht der Stadt Brackel, sie „by allen

2) Pleonastische Bezeichnung des Rathes.

3) Vgl. *Schaten* l. c. p. 513, 15, 19, 21 sq.

privilegien, vryheiden, guden alden gewonden, Eren ind reichten laissen ind behalden" zu wollen, bis er und das Capitel zu Paderborn die nothigen Verbriefungen darüber unter einander ausgefertigt haben würden. *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr 13 S. 170, 71.

21 **1422**. Schiedspruch in einer Streitsache der Stadt Brackel mit den van der Asseburg, unter Anderem die Verpflichtung dieser, der Ersteren alljährlich „to vorhandelagen eynen bullen, geheten eyn osse, to nutte eren kogen, vnde eynen beyren to nutte eren swynen", sowie die Obliegenheit der Bürger, bei „krigh eder orleghe der van der Asseborgh eir eghen lude" auf ein halbes Jahr bei sich einziehen zu lassen, ohne von ihnen irgend welche Dienste „sunder wachte" zu verlangen, aussprechend. *Wigand* a. a. O. Bd. V S. 175, 76 nr. 9.

22 **1439**, Apr. 10. Bürgermeister, Räthe und Gemeinde von Brackel erneuern die „huldinghe, eyde, loffte vnde tosaghe", welche sie dem Erzbischofe von Coln „na inhôlt der vtgesneden Cedelen" geleistet haben, und erklären, dass sie sich wegen der (nicht näher bezeichneten) fünf Artikel, worüber noch zwischen ihnen und dem Erzbischofe Zwietracht bestehe, „gutlyken vordregen, rychten vnd voreynygen" wollten. *Wigand* a. a. O. Bd. V Nr. 14 S. 171, 72.

23 **1476**, Apr. 10. Bischof Simon III. von Paderborn ändert zuvorderst auf Bitten von Rath und Gemeinde zu Brackel a) deren Statut v. 1341 über Heergeräthe und Gerade [nr. 13], insoweit darin verordnet war, dass in Ermanglung von „erven vth der rechten linien" jene Vermogenstheile der Stadt anfallen sollten, dahin ab, „dat dan sodanne verschenen herwede vnd gerade nicht de Raid to brakell, sunder de neyste erve van dem blode hebben, nemen vnd boren mochte", vorausgesetzt dass diese nächsten Blutsfreunde „nyne vthlude entsynt"; gestattet ferner b) die Verwendung des von den Händlern in der „fryenkermissen" zu entrichtenden „Stedegelts" zu der Stadt Nutzen, und erlaubt endlich c) in Ansehung baufälliger Gebäude, deren Wiederherstellung „eyn dels van armode der Erven, des anderenn dorch swaren tynss, darmede se so hoe vnd swaer belastet synt", unmöglich geworden, dass die Bürger von Brackel „sodanne verfallene huser vnd tymmere, de wygboldes gudere synt, vmme eer gewoyntlik schott vnd Stades plicht, de enne na Stades rechte vnd gewoynde darinne verbleven vnd vnbetalt synt, myt rechte vnd Stades gerichte indegdingen, de voert bebuwen, vnd ere Stad darmede rusten, tzyren vnd betteren mochten, indeme de rechten erven eddir de darinn tynss vnd verscrevinge hebben, der nicht tymmeren eddir bebuwen willen, dat men enne tydlick tovoren verwitlikenn vnd affeschen sall." *Wigand* a. a. O. Bd. VI S. 274 —176 [4]).

Brackel, als „villa Brecal" bereits 836 erwähnt, gehörte ehedem nebst dem castrum Hinneburg dem Ministerialen-Geschlechte der „von Brakle". Durch Vermählung der letzten Erbtochter desselben mit einem Grafen von Eberstein kam jedoch Stadt und Burg in den Besitz des ebengenannten Hauses, und ein Zweig hievon mag sich dann eine Zeit lang nach dem neu-erworbenen Burgorte den Namen „von Brakle" beigelegt haben. Nach 1250 treffen wir aber Schloss und Stadt zur Hälfte als Pfandschaft in den Händen der Ritter von Asseburg, eines den Dynasten von Brakle verwandten Geschlechtes, an, und die beiden Familien üben nun bis in das zweite Decennium des XIV. Jhdts. herein die stadtherrlichen Gerechtsame gemeinsam aus. Hier beginnen jedoch diese in der immer mehr erstarkenden Landeshoheit des Stiftes Paderborn, dessen Bischofe zugleich die Lehensherrn über Brackel waren, und als solche nach dem Erlöschen des Brackel-Ebersteinischen Mannsstammes um 1385 den dadurch eröffneten Antheil des Schlosses (d. h. der Stadt und Burg) sowie später 1413 (1423?) das Uebrige an sich zogen, allmälig unterzugehen, wovon namentlich die beiden Urkunden v. 1322 Zeugniss geben. Endlich mag noch erwahnt werden, dass Brackel der Sitz eines Gogerichts gewesen und eine Münzstätte und Rulandssäule besessen hat. Vgl. H. *Hamelmann*, Opp. genealogico-hist. de Westphalia et Saxonia inferiori [ed. E. C. *Wasserbach*, Lemgov. 1711. 4°.] p. 670; *Scheidt*, Anmerk. und Zusätze zu Moser's Einleit. in das Braunschweig-Lüneburg. Staatsrecht S. 232 flg.; *Zöpfl*, Alterth. Bd. III S. 280 flg.

Brackenheim. CXXIII.

(Württemberg.)

Reyscher, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. XIV „Stadt und Amt Brakenheim" S. 508—53.

1280. König Rudolph I. verleiht der Stadt Brackenheim alle Rechte und Freiheiten, welche die Reichsstädte Esslingen und [Schwäbisch-] Hall geniessen. (R.) J. M. *Rebstock's* Beschreibung des Hzgths. Württem- 1

4) Aus einem brackel'schen „Stadtbuche" theilt eine von den Grenzen des Gogerichts handelnde Stelle v. *Ledebur*, Archiv IX, 181 flg. mit.

berg, Stuttg. 1699. 8°. S. 141; *Klunzinger*, Zabergäu Abthl. II S. 13.

2 **1351**, Jun. 30. Die Grafen Eberhard und Ulrich zu Württemberg gestatten den Geistlichen — „allen den Phaffen vnd die Phaffen namen hant“ — der Stadt und des ganzen Amtes Brackenheim freie letztwillige Zuwendung und Vererbung ihres Nachlasses — „wir wellen vnd geloben für vns vnd für alle vnser Erben, daz wir noch chain vnser Vogt noch Amptman si nach irem tode an chain irem gute, daz si lauzzent, ez si varnde oder eigen, weder angriffen noch bechummern sullen, vnd gebieten allen vnsern Amptleuten, daz si denselben Pfaffen dehainen Gewalt tun noch sich chains gewaltes annemen an denselben guten, die si lauzzent nach irem tode, noch si daran nicht irren bi vnsern hulden, wann daz si ez lauzzen vallen vnd darchomen, da si ez bi lebendem libe hinschaffent oder da ez durch reht hinvallen sol.“ *Reyscher* a. a. O. Nr. 1 S. 514, 15.

Brackenheim hatte einst dem alten Herren-Geschlechte von Magenheim gehort, gelangte aber von diesem halbtheilig im Wege der Vererbung an das gräflich Hohenberg'sche Haus, welches wieder im J. 1321 seinen Antheil käuflich dem Grafen Eberhard von Württemberg überliess. In der zweiten Halbscheid desselben Jhdts. erwarb dann Württemberg auch die andere Hälfte Brackenheim's hinzu, welche bis dahin noch im Magenheim'schen Besitze verblieben war. Vgl. *Sattler*, Histor. Beschreibung von Würtemberg Thl. I S. 178 flg.

CXXIV. Bräunlingen.

(Baden.)

1 **1442**, Sept. 10. König Friedrich III. bestätigt den Bürgern der [breisgauisch-habsburgischen] Stadt „Brunlingen“ die Freiheiten und Rechte, „die sj von römischen kaisern vnd kunigen vnd herczogen zu Osterrich haben.“ (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 124 nr. 1108.

2 **1467**, Febr. 11. Schultheiss, Rath, und Gemeinde der Stadt Bräunlingen verkaufen ihre „aigen badstuben mit hus, mit hof und mit aller ihr zugehörd, die gelegen ist zu Brulingen in der statt“, und fixiren dabei die dem Bader für seine einzelnen Dienstleistungen — Scheeren, Badgeben, Schröpfköpfe („winttusen“) setzen — gebührenden Geld- und Naturalabgaben („scherkorn“). *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XII (1861) S. 164—66.

CXXV. Brandenburg.

(Preussen, Mittelmark.)

Joach. *Frommen's* Beschreibung der Stadt Alt-Brandenburg, das. 1727. 8°. [Neue, von Gottschling besorgte und mit Anmerk. bereicherte Ausgabe der früheren lateinisch-deutschen „Nomenclatura rerum Brandenburgi memorabilium“, ib. 1679. 8°.] Casp. *Gottschling*, Beschreibung der Stadt Alt-Brandenburg, das. 1732. 8°. G. A. R. *v. Rochow*, Geschichtl. Nachrichten von Brandenburg und dessen Alterthümern [mit Urkk.-Anhang], Brandenb. 1821; N. Aufl. 1840. 12°., S. 1—28. M. W. *Heffter*, Geschichte der Kur- und Hauptstadt Brandenburg von den frühesten bis auf die neuesten Zeiten, mit Benutzung des Stadt- und Stiftsarchives und anderer gedruckter und ungedruckter Urkunden, Potsdam 1840. 8°. Vgl. auch *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 192 flg.*)

Die zahlreichen Rechtsurkunden Brandenburg's, bis dahin in verschiedenen, namentlich den *Gercken*'schen Sammelwerken zerstreut, hat zum ersten Male *Riedel* in seinem Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. IX zu einem Ganzen vereinigt. Ein, wenn auch nicht vollständiges, doch höchst beachtenswerthes Verzeichniss mit Auszügen enthielten bereits *Fincke's* neustädtische Gymnasial-Programme „Von Alterthümern der Stadt Brandenburg“ Nr. I—V, das. 1749—53. 4°., wieder abgedruckt in A. Fr. *Büsching's* Magazin für die neue Historie und Geographie Thl. XIII (1779) S. 415 flg.

Brandenburg, ein uralter Burgort, bald in germanischen bald in slavischen Händen, tritt mit geschichtlicher Bestimmtheit erst in den Zeiten Heinrich's I. (927), welcher ihn erobert und seine wendische Bevölkerung zum Christenthume genöthigt, sowie unter Otto I., welcher allda ein Bisthum gegründet hat, hervor. In dem Stiftungs- und Dotirungsbriefe für das letztere vom 1. Oct. 949 — gedruckt in Ph. W. *Gercken's* Stifts-Historie von Brandenburg (Braunschw. 1766. 4°.) S. 335 und A. *Schröder's* Kurzem Abrisse einer Geschichte der hohen bischöflichen Stifts- und Domkirche zu Burg-Brandenburg, das. 1837. 8°., S. 38 flg., sowie bei *v. Rochow* a. a. O. Anh. Nr. 1 S. 97 flg., in deutscher Uebertragung bei *Rochow* a. a. O. S. 100 flg. und *Heffter* a. a. O. S. 39 flg. — wird bereits „Brendunburg — in Marchia Geronis [1]) situm, in terra Sclavorum, in pago Heveldun“ als „civitas“ bezeichnet, was mindestens auf schon existirende gemeindliche Verhältnisse zu deuten sein dürfte. Doch

*) Die Literatur des XVI. und XVII. Jhdts. verzeichnet *Heffter* a. a. O. Einleit. S 14—16.

1) Vgl O. v. *Heinemann*, Markgraf Gero, eine histor. Monographie, Braunschw. 1860. 8°., S. 61 flg.

währte es der Errichtung eines bischöflichen Stuhles in Brandenburg ungeachtet noch lange, bis der heidnische Götzendienst daselbst völlig der christlichen Gottesverehrung weichen musste. Erst nachdem Markgraf Albrecht der Bär, der Adoptivsohn des letzten wendischen Fürsten (Knjäs) Pribislaus, welcher nach seiner Taufe sich Heinrich nannte, in Folge des mit diesem abgeschlossenen Erbgedings, nicht ohne mancherlei Kämpfe (1141—1157), endlich zum festen und ruhigen Besitze Brandenburg's gelangt war, sehen wir daselbst mit den zurückkehrenden Bischöfen christliche Sitte und Bildung allmälig einziehen.

1 **1170.** Markgraf Otto I. von Brandenburg bewilligt auf einem Land- und Gerichtstage den Bürgern seiner gleichnamigen Stadt, auf deren ihm vorgetragene Bitte und nach eingeholtem Gutachten der anwesenden Edelleute, innerhalb seines ganzen Gebietes zollfreien Handelsverkehr, blos bezüglich des Fisch-Verkaufes eine Beschränkung hinzufügend — „cives nostros brandeburgenses, ad sinum misericordie nostre concurrentes et gratiam nostram impetrantes, ab omni exactione telonei ex hoc, nunc et in perpetuum absolvimus. Accidit autem, ut prenominatus marchio, sedens in castrum suum Havelberg ad placitum suum, quod vulgo dicitur bottinhc, pro tribunali e baronibus suis inquisivit, quod castrum principatus ejus specialiter principale nomen teneret? Surgens quidem unus de primis consilii et palacii domini marchionis, nomine Borchardus, pro omnibus et pre omnibus circumsedentibus respondit: pre ceteris castris tocius marchie Brandeburg; gloriosum ejus nomen est et famosum: regale castrum, cambera imperialis, sedes episcopalis. Eapropter deliberato a marchione et primatibus ejus communi consilio, civibus brandeburgensibus libera emendi et vendendi per omnem terram dicioni nostre subjectam data est potestas absque teloneo. Generaliter autem teloneum de piscibus non remisit, nisi tantum de allecibus, murenis et lassis. Quicunque hanc perpetuam istius confederationis violaverit stabilitatem, brandenburgensis marchionis et ejus successorum incurrisse noverit offensionem." *Gercken's* Fragm. Marchica Thl. III Nr. I S. 1, 2; *Buchholtz*, Versuch einer Gesch. der Churmark Brandenburg Thl. IV Anh. S. 17; *v. Ledebur*, Neues Archiv Bd. I S. 45 flg.; *v. Rochow* a. a. O. Anh. Nr. 2 S. 103 flg. [mit deutscher Uebersetzung S. 106 flg.]; *Riedel* a. a. O. S. 2. Vgl. dazu *Heffter* a. a. O. S. 155—57.

2 **1275**, Sept. 1. Die brandenburgischen Markgrafen Johann II., Otto IV. und Konrad I. verleihen den „incolis veteris civitatis sue Brandenburg . . omnem censum provenientem de L mansis . . . eidem civitati adjacentibus, recipiendum ac ad usus suos perpetuo possidendum." *Gercken* a. a. O. Thl. I Nr. XII S. 23, 24; *Buchholtz* a. a. O. S. 102; *Riedel* a. a. O. S. 3.

In dem zwischen dieser und der vorausgegangenen Urkunde liegenden Zeitraume eines vollen Jahrhunderts haben sich um das alte, auf der s. g. Dominsel gelegene castrum s. burgum [urbs] Brandenburg, über welches ein „castellanus s. burggravius" als Träger des Blutbannes und ein markgräflicher „advocatus" für die übrige Justizverwaltung gesetzt waren, an den beiden Ufern der Havel zwei selbständige Bürgergemeinden ausgebildet, nämlich am rechten Gestade unterhalb der Marienkirche des Harlungerbergs die aus dem einstigen Wendensitze, späteren Marktdorfe (1217 „villa forensis") Parduin hervorgegangene Altstadt, von welcher hier die Rede ist, auf dem linken Ufer aber, in der s. g. Zauche, die seit 1196 ummauerte Neustadt, deren erste Anfänge in einer als „deutsches Dorf" bezeichneten germanischen Fischer-Ansiedlung zu suchen sind. Beide entfalteten in völliger Sonderung von einander ihre bürgerliche Verfassung; nur scheint der Fortgang dieser politischen Entwicklung in der Neustadt ein rascherer, als in der Altstadt gewesen zu sein, indem wir hier erst 1294, dort aber schon 1267 „consules" und „scabini" neben den Schulzen („praefecti") urkundlich erwähnt antreffen.

1280, Jul. 10. Die oben genannten Markgrafen schenken ferner ihrer Stadt Brandenburg den Grundschoss („Worttyns") von den Baustellen — „universam pensionem sive censum arearum, quam in ipsa civitate (marchiones) dinoscuntur hactenus habuisse." *Gercken* a. a. O. Thl. III Nr. VI S. 16, 17; *Riedel* a. a. O. S. 4. 3

1295, Apr. 24. Die Markgrafen Otto IV. und Konrad I. entbinden die Bewohner ihrer Altstadt Brandenburg von aller Schoss- und Beedezahlung — „libertatem donavimus . . . ita quod a predicte civitatis nostre inhabitatoribus presentibus et futuris, si qui videlicet ad inhabitandum eam undecunque ingressi fuerint, . . . nec per nos, quoad viximus, nec per heredes nostros presentes aut posteros, vel advocatorum aut officialium nostrorum quoscunque debeat aliqualis exactio, precaria sive consagittatio extorqueri quomodolibet aut requiri; sed talia nec non his similia, quocunque censeantur nomine, antedictis civibus nostris perpetuo relaxamus." *Gercken* a. a. O. Thl. I Nr. XXI S. 35—37; *Riedel* a. a. O. S. 6. 4

5 **1315**, Jul. 25. **Markgraf Johann V. [VI?] schlichtet die Streitigkeiten, welche in seiner Neustadt Brandenburg zwischen den Metzgern und Juden daselbst über Schlächterei** und Fleischverkauf entstanden waren, indem er insbesondere verordnet: „quod nullus Judeus advena, hospes vel alienus mactare ibidem presumat, nisi prius ibidem civis effectus fuerit et receptus burgensis.“ *Lentz*, Marg-Gräflich-Brandenburg. Uhrkunden Bd. II S. 929; *Riedel* a. a. O. S. 11. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 194 m. Note 2.

6 **1315**, Nov. 3. Derselbe bestätiget seiner Neustadt Brandenburg die erhaltenen Schenkungen und Freiheiten, vornehmlich den ihr verliehenen Königsbann, erhebt dieselbe zum Oberhofe für die gesammten markgräflichen Lande, nimmt deren Bürger in seinen besonderen Schutz, gewährt ihnen einen ausschliesslichen Gerichtsstand vor Schultheiss und Stadtrichter, sowie Strafgewalt in gewissen Vergehensfällen, ferner Bau-, Weide- und Fischerei-Gerechtigkeiten, und begnadet sie endlich mit der Exemtion von allen Ladungen an auswärtige Gerichte:

„In nomine sancte et individue trinitatis amen. Nos Johannes, dei gratia Brandenburgensis et Lucasie marchio, recognoscimus tenore presentium publice protestantes, quod [2]) progenitores nostri illustres pie memorie, marchiones quondam Brandenburgenses, civitatem nostram Brandenburch specialiter diligentes, ipsam pre ceteris elegerunt eamque multis libertatibus et prerogativis specialibus decorarunt. Nos itaque (§. 1) donationes [3]) ac libertates dictorum nostrorum progenitorum approbantes, singulas presentibus confirmamus, tum quia ipsa civitas nostra pre omnibus fulget banno regio, qui vulgo dicitur koningesban [4]), tum quia nostri principatus titulum recepimus ab eadem, tum quia totum nostrum dominium ab eadem nostra civitate traxit originem, tanquam a fonte rivuli derivantur. §. 2. Damus igitur predicte nostre civitati Brandenburch hanc prerogativam specialem, ut omnes nostre civitates et opida, per totum nostri dominii circuitum site, in suis juribus inquirendis [5]) et servandis ad ipsam civitatem Brandenburch confluant, et jura sua, tam consulum quam scabinorum, ab eadem recipiant, habeant, postulent, requirant. Mandamus igitur finaliter statuentes et volentes, ut jura, que scabini et consules seu jurati [6]) predicte civitatis provido et maturo diffinierint et dederint consilio, nullus omnino reclamare valeat aut presumat. §. 3. Insuper volumus districtius statuentes et arbitrantes, ne nos ipsi nec aliquis heredum nostrorum vel successorum aut consiliariorum aut advocatorum aut officialium seu potentum nostrorum alicui infra muros seu jura civitatis ejusdem violentiam faciat vel inferre audeat seu attemptet. §. 4. Immo volumus, ut unusquisque in civitate gaudeat suo jure, polleat et fruatur, ab omni nostra impetitione seu heredum nostrorum nec non officialium nostrorum seu potentum nostrorum vel cujuscunque [7]) coram sculteto seu civitatis judice incusatus se expurget, prout juris ordo postulat et requirit. §. 5. Insuper volumus et omnibus nostris potentibus et officialibus sub optentu nostre gracie precipimus districtius prohibentes, ut nullus ipsis burgensibus seu alicui civium predicte civitatis aliquam inferat vel faciat violentiam extra civitatem in aliquo loco per totius nostri dominii terminos. §. 6. Immo volumus, ut quicunque in predicta nostra civitate dignoscitur civis esse seu burgensis, coram sculteto vel judice civitatis ejusdem jus faciat et recipiat, omni contradictione et excusatione qualicunque procul motis [8]). §. 7. Volumus etiam et concedimus burgensibus predictis, ut ipsi omnes excessus, qui fuerint in ipsa civitate perpetrati nocturno tempore vel diurno, exequantur, corrigant et judicent, qui hanthaftegke dat dicuntur proprie apud volgus. §. 8. Deinde volumus et plenam concedimus potestatem [9]) eisdem burgensibus nostris, ut quecunque edificare potuerint vel voluerint, infra muros civitatis edificent, dummodo cum ipsis edificiis civitatem emendent et in usus convertant reipublice civitatis [10]). §. 9. Ceterum damus sepedicte civitati et liberum concedimus campum seu spacium a civitate usque ad vallem, que vocatur Bornelake [11]), ut in ipso spacio pascua suis pecoribus habeant licite et quiete. §. 10. Insuper volumus, ut

2) G. „quod quia.“

3) Ausser den Zuwendungen von Einkünften [nr. 2, 3] hatten die Brandenburger inzwischen schenkungsweise auch bedeutendes Grundbesitzthum erworben, so 1295 durch die Markgrafen Otto IV. und Konrad II. die „villa Luckenberge cum omnibus suis attinentiis . . . . tali jure, quod stat reht dicitur in vulgari“, und 1305 durch Woldemar und Otto IV. die Altstadt-Bürger den Wendkiez und den Beezsee mit allen Gerechtsamen, Beeden und Gerichten. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 188.

4) Ueber den hiemit zusammenhängenden Ruland s. *Zöpfl*, Alterth. III, 282, 83.

5) G. „requirendis.“

6) G. „jura“.

7) G. „vel cujuscunque conditionis fuerint.“

8) Der §. 6 fehlt bei G.

9) G. „voluntatem.“

10) G. „quicunque edif. poterit vel voluerit . . . edificet . . . emendet . . . convertat.“

11) G. „Bornluke.“

pecora predictorum burgensium per omnes civitatis valvas et singulas [12]) exeant et ibidem in campis pascant, quandocunque ipsis burgensibus necesse fuerit et videbitur expedire, dummodo villarum [13]) per hoc fructus [14]) et segetes non ledantur. §. 11. Volumus etiam et liberam eisdem damus facultatem, ut ipsi burgenses ad reparationem vie, que dam dicitur, et pontis ejusdem constructionem seu conservationem ante [15]) valvam molendinorum civitatis ejusdem nichil faciant vel facere teneantur. §. 12. Demum etiam volumus et plenam concedimus potestatem [16]) piscatoribus et singulis memorate civitatis inhabitatoribus, ut per totius aque descensum et ascensum usque ad locum, qui vurstede [17]) nominatur, utantur piscatura et licite fruantur, que smalvischerye vocatur, quando et quotienscunque ipsis videbitur expedire. §. 13. Ceterum volumus, ut sepedicti burgenses edificent, teneant et reparent locum in fossato ejusdem civitatis edificatum, qui theutonice vlotrenne [18]) nuncupatur, et omnes fructus, qui civitatem attingunt, ab eodem [19]) recipiant et in ipsius civitatis usus distribuant et commoda [20]), sicut hactenus consueverunt. §. 14. Preterea volumus, dictos nostros burgenses gaudere privilegio gracie specialis, ut cum sedes cathedralis dicte adhereat civitati, nullus burgensium civitatis ejusdem aut a viris religiosis aut a clericis aut a laycis aut a personis, cujuscunque conditionis fuerint, extra civitatem predictam evocetur aliqualiter [21]) vel citetur [22]), sed [23]) in castro vel in civitate respondeat juris via, nisi quis contra eos vel aliquem ipsorum in Romana curia judicem obtinuerit specialem. — Hec omnia et singula damus et concedimus dicte nostre civitati Brandeburch et burgensibus ipsius presentibus et futuris, sicut ab antiquis habuerunt temporibus, perpetuo possidenda. Et ut hec omnia a nobis et nostris heredibus et successoribus maneant dictis nostris burgensibus et civitati penitus inconvulsa, nostro sigillo de certa nostra scientia muniri fecimus presens scriptum in seculorum secula valiturum. Testes quoque sunt illustris domina Anna ducissa Wratislaviensis, nostra genitrix honoratissima [24]), nobilis vir Henricus comes de Luchow, Slatiko [25]) dapifer noster, Busso Gruwelhut [26]), Christianus de gherardistorp, Henricus de Cracow, Petso de Lossowe, Borchardus de Berthensleve [27]), Busso de Mylow [28]), Henningus de Vorland [29]) cum multis aliis fide dignis. Actum et datum Spandowe per manum Johannis plebani de garlyz [30]), nostri capellani, anno domini M°. CCC°. quinto decimo, feria secunda post festum omnium sanctorum."

Gedruckt b. *Gercken* a. a. O. Thl. III Nr. XV S. 34—37, besser bei *v. Rochow* a. a. O. Nr. 3 S. 108—113 [mit beigefügter Verdeutschung S. 114—118] und *Riedel* a. a. O. S. 12, 13. Inhalts-Darstellung mit Bemerkungen bei *Heffter* a. a. O. S. 194—96.

Der im Eingange der Urkunde [31]) erwähnte Schöffenstuhl zu Brandenburg, vermuthlich in der zweiten Hälfte des XIII. Jhdts., unter den Fürsten des Askanischen Hauses, aus dem alten Landgerichte hervorgegangen, und bereits im Richtsteige Landrechts Kap. 50 §. 2 mit seinem charakteristischen Namen „klinke bi brandenborch" [32]) bezeichnet, sowie als die „hogere dingstat in der nien marke" hervorgehoben, hatte seinen Sitz zwischen der Alt- und Neustadt in einem im Havelflusse auf Pfählen erbauten Hause, zu welchem durch das mitten auf der Brücke befindliche, mit einem Riegel („klinke") versperrte Thurm-Gatter der Weg führte, und war unzweifelhaft für beide Städte gemeinschaftlich, wie sich denn auch die Beisitzer fortwährend „Scheppen beyder Stede Brandenburg" zu nennen pflegten. Als unmittelbar daselbst sich Rechts erholende Städte lassen sich ausser Spandau, Berlin und Straussberg noch Rathenow, Nauen, Falkenburg, Neu-Landsberg an der Warthe [33]) und Neu-Brandenburg nachweisen. Durch die drei zuerst aufgeführten Städte, welche selbst angesehene Oberhöfe waren, erlangte aber das in Brandenburg entwickelte, auf sächsisch-

12) Die Worte „et singulas" fehlen bei G.
13) G. „illarum."
14) G. „sitarum."
15) G. „ad."
16) G. „voluntatem".
17) G. „Fürstede." Ueber das Wort (Fähreplatz) s. *Heffter* a. a. O. S. 83.
18) G. „Flötrenne". Es bedeutet: Schiff-Schleuse.
19) G. „eadem."
20) G. „commodum."
21) Fehlt bei G.
22) G. „ejicitur."
23) G. „similiter."
24) G. schiebt als Zeugin eine „honoratissima Catharina" ein.
25) G. „Stotiko."
26) Der Zuname fehlt bei G.
27) G. „Barthensleue."
28) G. „Linou."
29) Bei G. verstümmelt: „Vol."
30) G. „Görlitz."
31) Diesen, nämlich die §§. 1, 2, führt *Fromme* a. a. O. S. 169 als ein selbständiges Privileg an.
32) Jüngere Hdschr. [z. B die göttinger b. *Unger*, Richtes Stig S. 101 Z. 6] haben: „zu der linden pey Brandenburg". Dieser LA. folgt *Sachsse*, Beweis-Verfahren (1855) S. 185.
33) Wegen Alt-Landsberg s. oben S. 30b. (Nr. XX a. E.)

magdeburgischer Grundlage beruhende Schöffenrecht[34]) allmälig eine noch weitere Ausdehnung, so dass es das eigentliche Stammrecht für die gesammte Mittelmark wurde.

Vgl. J. W. B. *v. Hymmen*, Beitr. z. jurist. Lit. in den preuss. Staaten, Samml. I S. 180, 211; V S. 181; *v. Kamptz* in Mathis' allgem. Jurist. Monatsschrift f. d. Preuss. Staaten Bd. XI (1811) S. 64—69 und Provinzial- u. statutar. Rechte Thl. I S. 33, 34; *Riedel*, Die Mark Brandenburg im J. 1250 Thl. II S. 378 flg.; A. *Zimmermann*, Versuch einer histor. Entwickelung der märkischen Städteverfassungen Thl. I S. 164 flg.; *Heffter* a. a. O. S. 176—80; *Heydemann*, Die Elemente der Joachimischen Constitution, Anh. „Vom Brandenburgischen Schöppenstuhle" S. 403 flg.; *Homeyer*, Der Richtsteig Landrechts S. 511—13.

7 **1319**, Oct. 14. Herzog Rudolph von Sachsen[35]) ertheilt „den Ratmannen vnde den Borgeren ghemeyne van Oldenbrandenborch" die Versicherung, alle ihre durch Handfesten, Briefe oder „met oldtesten luden" erweisbaren Freiheiten und sonstigen Dinge aufrecht erhalten zu wollen. *Riedel*, Cod. dipl. Brand. a. a. O. S. 15.

8 **1320**, Oct. 3. Derselbe thut in einem Zwiste der „Nyenstadt tu Brandenburch" mit der „oldenstadt", betreffend den Fischmarkt, die Lehmgruben, den Wochenmarkt, den Jahrmarkt, die Gilden, die Weingärten und deren Verschotung u. a. m., einen entscheidenden Ausspruch. *Riedel* a. a. O. S. 17, 18.

9 **1321**, Nov. 2. Die beiden Stadtgemeinden zu Brandenburg vergleichen sich mit einander über verschiedene Punkte, z. B. die Abhaltung der Wochenmärkte, den Gewerbsverkehr der Gewandschneider, die Uebersiedlung von der einen Stadt in die andere etc. angehend. *Riedel* a. a. O. S. 18, 19[36]).

10 **1323**, Mai 31. Der römische König Ludwig IV. gestattet seinen Bürgern in der Altstadt Brandenburg, „ut duos vel tres Judeos residentes habeant ad utilitatem et profectum ejusdem veteris civitatis, qui sub eorum semper et in perpetuum sint et subhabitent protectione", und verspricht für sich, seine Erben und Amtleute, diese Juden mit keinerlei Abgaben („contributio, exactio et actio") oder sonstigen Lasten beschweren zu wollen. *Gercken* a. a. O. Nr. XX S. 47, 48; *Riedel* a. a. O. S. 20, 21.

11 **1323**, Aug. 5. Derselbe überlässt seiner Altstadt Brandenburg das Eigenthum an der zwischen den beiden Städten, der alten und der neuen, gelegenen Damm-Mühle, sowie das „judicium summum, quod vulgariter overste gerichte nuncupatur", auf dem die Stadtmarkung berührenden Beezsee. *Gercken* a. a. O. Nr. XXI S. 48—50; *Riedel* a. a. O. S. 21.

1324, Jan. 29. Markgraf und Kurfürst Ludwig der Aeltere von Brandenburg, mit 12
der Regierung über die Mark von seinem königlichen Vater betraut, ertheilt den Rathmannen der Altstadt die Zusicherung, ihnen „omnem gratiam per dominum Lodevicum Romanorum regem factam et suis literis confirmatam" bestätigen zu wollen, mit der Bemerkung, dass er es bereits gethan haben würde, „si copiam illarum habuisset literarum." *Gercken* a. a. O. Thl. I Nr. XXXVI S. 66; *Riedel* a. a. O. S. 22.

1324, Febr. 2. Derselbe confirmirt dem 13
Rathe und den Bürgern der Altstadt Brandenburg alle ihre von den früheren brandenburgischen Markgrafen herrührenden „jura, gratias, donationes, libertates, consuetudines approbatas, proprietates, pheuda .... nec non ipsas literas seu privilegia perpetua et personalia." *Gercken* a. a. O. Thl. III Nr. XXII S. 50, 51; *Riedel* a. a. O. S. 23.

1324, Febr. 4. Derselbe bestätigt der 14
Neustadt Brandenburg den Johanneischen Rechtsbrief v. 1315 [nr. 6], dessen Inhalt unter Beifügung einiger Zusätze — z. B. über die Vererbung der Lehen an die gewöhnlichen „heredes, habentes duntaxat annos rationis capaces et maturos"; über die Aufrechthaltung der Steuer- und Frohnfreiheit derjenigen Allodialgüter, in deren also geeigenschaftetem Besitz sich die Bürger bereits zu den Zeiten des Markgrafen Woldemar befunden hatten etc. — wörtlich wiederholend. *Riedel* a. a. O. S. 23—25.

1324, Jun. 26. König Ludwig IV. con- 15
firmirt der Neustadt Brandenburg für sich und im Namen seines Erstgebornen, des Markgrafen Ludwig, „omnia privilegia, libertates, jura et scripta, antiquitus a marchione Woldemaro et prioribus marchionibus Brandenburgensibus tradita et concessa", mit der besonderen Erklärung — „quod civitas cum contingentibus murorum edificiis et toto suo ambitu atque fundo a nullo principe ecclesiastico, archiepiscopo, episcopo vel inferioris gradus prelato vel persona, nec etiam seculari, rege, duce vel inferioris status comite, domino vel barone, in feodum descendit, sed immediate ad sacri romani imperii regum ac principum collationem et feodum pertinebit." *Gercken* a. a. O. Nr. XXVI S. 58, 59; *Riedel* a. a. O. S. 27, 28.

34) Von dem reichen Schatze an Schöffensprüchen des brandenburgischen Stuhles sind bis jetzt nur wenige Bruchstücke in den *v. Kamptz*'schen Jahrbb. f. d. Preuss. Gesetzgebung Bd. XXXIV S. 226—35 veröffentlicht worden.

35) S. oben S. 184[b] nr. 17.

36) S. oben S. 185[b] nr. 20.

Die Tendenz dieses wichtigen, durch Abgeordnete von dem damals in Frankfurt befindlich gewesenen Könige erbetenen Gnadenbriefes war die Aufhebung der seit 1196 bestandenen, aber längst zur Last gewordenen Lehnsabhängigkeit der Neustadt vom Erzstifte Magdeburg. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 208, 9.

16 **1324**, Aug. 22. Markgraf Ludwig der Aeltere schenkt seiner Neustadt Brandenburg die Beede aus fünf benannten Dörfern und bewilligt ihr den Fortbestand der bereits unter den alten Markgrafen als eine gute Gewohnheit und Gerechtigkeit besessenen Zollfreiheit für alle Habe und Kaufmannschaft, Fische ausgenommen, im gesammten markgräflichen Gebiete. *Riedel* a. a. O. S. 25, 26 [37]).

17 **1335**, Jun. 9. Derselbe erlässt für die Bürger der Neustadt Brandenburg eine „constitutio" über die ihnen nunmehr allein obliegende und aus einer ihnen gestatteten Zoll-Erhebung zu bestreitende Bau-Unterhaltung der „via que damm dicitur" und der „aggeres infra pontes ad molendina spectantes." *Riedel* a. a. O. S. 32, 33. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 213.

18 **1335**, Jun. 9. Derselbe verleiht der Neustadt Brandenburg die Befugniss, fünf Juden zu halten, sowie das s. g. Meilenrecht in Ansehung des Malzens, Brauens und Gewandschnittes: — „condonamus, quod habeant secum in civitate libere quinque Judeos in subsidium et emendationem civitatis, volentes etiam, ut universi et singuli eandem nostram civitatem ad trium milliarium spacium in villis circumsedentes nulla habeant aridaria [38]) neque brasium faciant aut negocia exerceant, que ad jura civitatis dignoscuntur pertinere, sed ad civitatem ipsi tabernarii confluant, cerevisiam et brasium ibi afferendo; contraria facientes inventi a dictis nostris burgensibus cum nostrorum potentium adjutorio compescantur et ad emendam compellantur. Volumus etiam, ne aliquis in tota orbita [39]) dicte nostre civitatis adjacente ad trium milliarium spacium pannum aut pannos scindat aliquales, nisi habens unionem pannicidarum nostre predicte civitatis. Si quis secus faciens inventus fuerit, emendam pro suo excessu consulibus et pannicidis nostre memorate civitatis erogabit." *Riedel* a. a. O. S. 33. Dazu *Heffter* a. a. O. S. 213, 14.

1335, Oct. 25. Die „consules civitatis *Kyritz*" erklären in ihrer Stadt alle Bürger der Altstadt Brandenburg zollfrei. *Riedel* a. a. O. S. 33, 34. 19

1338, Sept. 10. Die Markgrafen Ludwig der Aeltere und Stephan versprechen, und zwar zugleich im Namen ihrer abwesenden Brüder, den „fideles sibi dilecti suarum civitatum nove et antique Brandenborch cives, milites et militares eidem civitati circumsedentes, jam existentes et eorum successores", sie bei allem bisher genossenen Rechte, ohne Verkümmerung oder Minderung desselben, belassen zu wollen. *Gercken*, Cod. dipl. Brandenburg. Tom. VIII Nr. XI p. 401; besser b. *Riedel* a. a. O. S. 36 und Bd. XII S. 491. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 215. 20

1338, Oct. 17. Markgraf Ludwig der Aeltere setzt Grösse und Zahlungszeit der von der Neustadt Brandenburg an ihn zu entrichtenden Urbede fest — „ut nos et ipsi simus magis certi, ipsis hanc gratiam fecimus et facimus per presentes, quod nobis, heredibus et successoribus nostris dare debent et debebunt singulis annis xl marcas argenti Brandenburgensis et ponderis, in festo vero beate Walpurgis xx et in festo beati Marci totidem, quas dictis temporibus dabunt et pagare tenentur expedite omni ratione postposita seu remota." *Gercken* l. c. Tom. II Nr. CCCXXIII p. 550; *Riedel* a. a. O. Bd. IX S. 36. 21

1342, Oct. 26. Die Rathmannen von Berlin, Cöln und Spandau bringen zwischen der Alt- und Neustadt Brandenburg in einer den Wochen- und Fischmarkt betreffenden Streitigkeit einen Vergleich zu Stande (was sich am 10. März 1343 wiederholt). *Riedel* a. a. O. S. 37, 38. 22

1348, Aug. 17. Der falsche Markgraf Waldemar bestätiget der Altstadt Brandenburg, nachdem sie ihm gehuldigt, „alle ire Rechtichheit, genade vnde vriheit vnde ire gude wonheit", und sichert derselben Nichtscheidung vom Lande, Nichtüberbürdung mit „Herberge vnd Vergestung" von Kriegsvolk, Strafrechts-Befugniss wider bruchhafte markgräfliche Diener „nach der staat recht", Zulassung von Bündnissen mit anderen Städten zu gemeinsamem Widerstande gegen ungerechte Angriffe, endlich Nichterrichtung von „borchwarden vnd vesten im lande" ohne der Stadt Rath und Willen zu. K. Fr. *Klöden's* Diplomat. Geschichte des Markgrafen Waldemar von Brandenburg Bd. III S. 473 flg.; *Riedel* a. a. O. S. 43. 23

1355, März 11. Markgraf Ludwig der 24

37) Ueber einige auf landesfürstlicher Liberalität beruhende Besitzerwerbungen der Altstadt Brandenburg — „civitatis, que tamquam caput ceteris civitatibus tamquam membris jura atque normam juste vivendi ex diutina et approbata atque prescripta consuetudine distribuit" — aus dem J. 1324 s. *Heffter* a. a. O. S. 207.

38) Malz-Darren.

39) Umkreis.

Römer ertheilt der **Altstadt** Brandenburg — welche gleich der Neustadt bei Waldemar treulich ausgehalten hatte, bis er sie selbst ihres Huldeeides entband und an ihre rechtmässige Landesherrschaft verwies — das Versprechen, sie „by aller alden rechtikeid, vriheid vnd wonheid . . . vnd by seepenrecht, radesrecht, schultenrecht vnd by alle dem rechte, dat sie hebben, dat die stede sin gewone van en tu holen“, ferner „alle riddere vnd knechte vnd burgere, di by den herren, die in diessem kriege ir herren sin gewest, bet an diessen hutigen dag mit yn der vorgenanten alden stad Brandenborg sin blyven“, bei ihrem Gute, „dat sie hebben gehat vor dem kriege, dat sie bewiesen mogen mit briefen vnd mit guter bewiesunghe“, und zwar so, dass sie für dieses eine Mal „ane gift“ belehnt werden sollen, belassen, auch „alle vpstote, twidracht, krieghe, rouf, brant, schade, geistlik und werltlig, mort, gewalt, ansprake, vordechnisse, die in dessem orloyge gewesen is, gentzliken vorgeven“ und keinem Gerichte unterziehen zu wollen. Insbesondere sollen gegen die Stadt bezüglich der während des Krieges verfallenen „phlege“ keine weiteren Ansprüche erhoben, derselben ihre bisherigen Besitzungen an Holz, Wasser, Weide u. s. f. ungemindert erhalten, und „redelike briefe, die voroldert sin . . . oder hantvesten, die vernuunghe bedorffen, . . . ane allerleye gift“ erneuert werden. Endlich will der Markgraf die Stadt „nicht vervesten, sunder, were et, dat he heres kraft vuren muste, dat her legen by der stad, dat et ok seker lige, na der ratmanne rade.“ Eine gleichmässige Verbriefung Markgraf Otto's wird in Aussicht gestellt, sobald derselbe in das Land kommen würde. *Gercken* l. c. Tom. VI Nr. LXXVI p. 485, 86; *Riedel* a. a. O. S. 48, 49.

Dieselben Versicherungen gab der Markgraf gleichzeitig auch der **Neustadt** Brandenburg. *Fincke*, Programm von 1753 S. 8 flg.

25 **1363**, Jul. 31. Kaiser **Karl IV.** bestätigt der **Altstadt** Brandenburg alle ihre von den früheren Markgrafen, namentlich Ludwig dem Aelteren, Ludwig dem Römer und Otto, herrührenden Handfesten und Briefe, und dazu „alle ir freyheit, recht, haldung, ubung vnd gut vnd erlich gewonheit.“ *Riedel* a. a. O. S. 52, 53.

26 **1364**, Jul 1. Markgraf **Ludwig** der Römer verspricht den beiden Städten Brandenburg, „dat er sy vorbat nymmermer van den landen der Marke tu Brandenborg versetten noch verpenden wolle noch en scholle“, mit dem besonderen Bedeuten, dass sie sich auch eine derartige Verpfändung, würde sie jemals erfolgen, nicht gefallen zu lassen brauchten. *Riedel* a. a. O. S. 54. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 222.

1365, Jun. 27. Markgraf **Otto** wiederholt für die **Neustadt** Brandenburg den ihr von Ludwig dem Römer im J. 1355 ertheilten Rechtsbrief [nr. 24]. *Riedel* a. a. O. S. 55. 27

1365, Jun. 27. Derselbe sichert auch der **Altstadt** Brandenburg zu, sie „bi allen eren rechten, vriheiten, gnaden vnd allen guten gewonheiten“ belassen zu wollen. *Riedel* a. a. O. S. 55, 56. 28

1373, Aug. 27. Kaiser **Karl IV.** bestätigt der **Altstadt** Brandenburg [und in besonderer Urkunde auch der **Neustadt**] alle Rechte, Freiheiten und alten Gewohnheiten, insbesondere dass ihre Bürger und deren Nachkommen nicht „vs irer stad geladen werden ane vmb handhafftige tat, sunder zu rechte stan sullen vor irem Schulten.“ *Riedel* a. a. O. S. 58, 59. 29

Ganz gleichlautende Confirmations-Urkunden von demselben Tage stellte der eilfjährige König **Wenzel** aus. *Riedel* a. a. O. S. 59, 60. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 223, 24.

1378, Aug. 10. Markgraf **Sigismund** gibt den beiden Städten Brandenburg einen mit dem ersten Theile des Privilegs v. 1355 [nr. 24] conformen Zusicherungsbrief. *Riedel* a. a. O. S. 60, 61. 30

1386, Dez. 15. **Lippold von Bredow**, Hauptmann der neuen Mark, verpfändet im Namen Markgraf Sigismund's den Rathmannen der **Neustadt** Brandenburg für hundert Schock böhmischer Groschen das oberste Gericht daselbst, sowie das höchste und niederste Gericht in dem zur Neustadt gehörigen Kieze sammt allen Nutzungen und Pertinenzen. *de Ludewig*, Reliq. MSS. Tom. IX p. 544; *Riedel* a. a. O. S. 66, 67. 31

1388, Jan. 19. König **Sigismund** ertheilt vorstehendem Verpfändungsacte seine Genehmigung. *Riedel* a. a. O. S. 67. 32

1388, Sept. 8. Markgraf **Jobst**, Herzog von Mähren, begnadet die **Altstadt** [und in eigener Ausfertigung auch die **Neustadt**] Brandenburg mit einem, dem Privilege v. 1373 [nr. 29] inhaltsgleichen Confirmationsbriefe. *Riedel* a. a. O. S. 68, 69. 33

In diese Zeit fällt auch die erste Anlage von **Stadtbüchern** in Brandenburg, indem ein solches in der Neustadt bereits 1386, in der Altstadt aber erst um 1394 eingeführt wurde; von beiden haben sich übrigens nur Bruchstücke erhalten. Ueber deren Inhalt s. *Heffter* a. a. O. S. 229.

1395, Jun. 25. Markgraf **Wilhelm** 34

von Meissen — welchem sein Schwager, Markgraf Jobst, im J. 1394 die Mark verpfändet hat[40]) — gibt ebenfalls den beiden Städten Brandenburg mit jener v. 1388 [nr. 33] übereinstimmende General-Confirmationen ihrer Rechte und Freiheiten. *de Ludewig* l. c. p. 556 sq.; *Riedel* a. a. O. S. 71, 72.

35 **1396**, Jan. 2. Derselbe gestattet den Bürgern der Neustadt Brandenburg, daselbst „cyne Landwere tzu machen", und überlässt ihnen zu diesem Behufe die „Dorfstad zu der Grobene [Gröben] mit allen nutzen vnd zubehörungen, die darzu vor Alters gehöret haben." *Gercken*, Fragm. March. Thl. III Append. Nr. IV S. 191, 92; *Buchholtz* a. a. O. Thl. V Anh. S. 164; *Riedel* a. a. O. S. 73, 74. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 237.

36 **1398**, Apr. 3. Die Alt- und Neustadt Brandenburg treffen unter sich ein Uebereinkommen, wie es mit der Vertheilung und Tragung der Kriegslasten, sowie der Repartirung von „fromen vnd schaden" bei Heerfahrten in Zukunft gehalten werden solle. *Riedel* a. a. O. S. 76, 77. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 238.

37 **1399.** Markgraf Jobst bestätiget — nach der im J. 1398 erfolgten Wiedereinlösung der Mark — den beiden Städten Brandenburg ihre Rechte und Freiheiten (R.) *Fincke's* Programm v. 1750 S. 11.

38 **1400**. Derselbe erneuert der Altstadt insbesondere ihre Zollfreiheit in den markgräflichen Landen. (R.) *Heffter* a. a. O. S. 240[41]).

39 **1411**, Jul. 3. König Sigismund confirmirt der Alt- und Neustadt Brandenburg — nachdem sie ihm durch eine Botschaft zu Ofen den Huldigungseid geleistet hatten — in zwei, nach der Form von nr. 34 abgefassten Rechtsbriefen ihre gesammten Gerechtsame und Gewohnheiten. *Riedel* a. a. O. S. 86, 87. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 250.

40 **1412**, Jul. 12. Desgleichen Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg — welchem Sigismund die Belehnung mit der Mark ertheilt und zuvörderst die oberste Verwesung des Landes mit der Stellung eines Statthalters übertragen hatte. *Riedel* a. a. O. S. 87. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 251—53[42]).

41 **1422**, Sept. 27. Bürgermeister und Rathmannen der Altstadt Brandenburg verleihen den „lakemakern", welchen sie eine „walkmolne" in ihrer „Borchmolne" erbaut haben, eine Gildeverfassuug, worin vornehmlich auch die Rechte der Wittwen von Innungsmeistern, sowie die Bedingungen der Aufnahme in die Gilde („adelbrieff") festgesetzt werden *Riedel* a. a. O. S. 118, 19.

1424, Apr. 30. „Statuta vnd wercks- 42
gerechtigkeit des Schusterwerks vnd der Lohegervergülde" in der Altstadt Brandenburg in 24 §§., unter anderen in Ansehung des Eintrittes in die Gilde im §. 22 die Bestimmung enthaltend: „Es soll auch niemandt vnser werck rühren, her sey den wercks werdigk vnd bringe vns seinen rechten bortsbrieff, von dützscher vnd nicht wendischer art oder eigen lüden erlike vnd rechte gebohren, nach loveliken Brucke der olden Stadt Brandenburgk." *Riedel* a. a. O. S. 121—25.

1427, Aug. 15. Markgraf Johann er- 43
theilt zur Beilegung der „spenne, irrsall, czwitracht vnd schelung" zwischen dem Rathe einer- und den Gewerken, Gilden und der Bürgerschaft der Neustadt Brandenburg andererseits wegen der Rathswürde einen Bescheid dahin, dass in den nächsten vier Jahren alljährlich bei dem Wechsel der Rathsglieder sechzehn Personen aus den Gewerksgilden und der Bürgerschaft, „auss iczlichem teile gleich anczall", den übrigen Rathsgeschwornen hinzugesellt werden sollten, und dass vor diesem Collegium „ein vulkommen redlich rechnung von allem iren jnnemen vnd auszgeben desselben jars" abzulegen sei. *Riedel* a. a. O. S. 129, 30.

1440, Nov. 12. Markgraf (Kurfürst) 44
Friedrich I. stellt für die beiden Städte Brandenburg die üblichen allgemeinen Rechtsbestätigungsbriefe (wie nr. 39, 40) aus. *Riedel* a. a. O. S. 151, 52.

1451, Nov. 27. Kurfürst Friedrich II. 45
bestimmt für die Schöffen beider Städte Brandenburg, was ihnen bei peinlichen Klagen von den Klägern, und bei Einsetzung eines „butengast" in ein Stadterbe an Sporteln gebühre." *Riedel* a. a. O. S. 172.

1454, Jan. 20. Derselbe entscheidet in 46
einem Streite der Neustadt Brandenburg mit dem Domcapitel wegen Ausübung der Gerichtsbarkeit in Rechtsfällen, welche sich auf der Havel, den Dämmen, Häfenplätzen und Werdern derselben zutragen. *Riedel* a. a. O. S 180, 81.

1455, Jul. 23. Derselbe vergleicht sich 47
mit der Bürgergemeinde der Neustadt Brandenburg in Ansehung der „arche vnd Scheffardt." *Riedel* a. a. O. S. 186, 87.

1457, Oct. 2. Derselbe gestattet seiner 48
Altstadt Brandenburg, dass a) auf allen offenen freien Jahrmärkten daselbst Gewand

40) Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 236 m. Note 1.

41) Vgl. auch oben S. 191a nr. 58.

42) In diese Zeit fallen auch bemerkenswerthe Rechtsstreite der Neustadt mit dem Domcapitel [1412, 1416] und mit der Altstadt [1420]. Die Actenstücke theilt *Riedel* a. a. O. S. 88—95, 97; S. 101, 109, 112 flg. mit.

nach der Elle ausgeschnitten werde; dass b) der Rath die Gewandschneidergilde in der Stadt allezeit nach redlicher gewohnlicher Weise (mit Vorstehern) bestellen; endlich c) dass nur ein Bürger der Stadt in und ausserhalb derselben zum Betriebe des fraglichen Gewerbs zugelassen werden solle. *Riedel* a. a. O. S. 189, 90 [43]).

49 **1459**, Mai 20. Derselbe verpfändet der Altstadt Brandenburg für 400 rheinische Gulden wiederkäuflich das dortselbst befindliche oberste Gericht. *Riedel* a. a O. S. 192, 93.

50 **1473**, Dez. 3. Der Rath der Altstadt Brandenburg versieht die Brauergilde daselbst mit einem Innungsstatute, welchem noch „stucke van dem kindelbyer, kerckgange, Hochtidt offte wirtschapp" beigefügt werden. *Riedel* a. a. O. S. 211 — 14.

51 **1486**, Apr. 12. Kurfürst Johann (Cicero) gibt den beiden Städten Brandenburg die herkömmlichen Confirmationsbriefe (wie nr. 44) über ihre Rechte und Freiheiten. *Riedel* a. a. O. S. 232.

52 **1490**. Derselbe genehmiget die vom Rathe und den Gewerken der Neustadt Brandenburg getroffene Uebereinkunft, dass zur „Burgersprach" nur mehr „die vir gewercke vnnd die virtzig gekorn mann vonn den gemeinen borgern" geladen werden sollten — „dann wir nicht wollen gestatten, das die gewercke vber vnnser Rete Inn Stettenn regirenn." *v. Raumer*, Cod. dipl. Brandenburg. contin. Thl. II S. 83; *Riedel* a. a. O. S. 241, 42. Vgl. *Heffter* a. a. O. S. 286.

53 **1492**. „Statuta Schabinorum", besonders von den Taxen bei Eigen- und Erbe-Upgiften, bei Einschreibungen in das Schöffenbuch („Schepen buck") oder Vorlesungen aus demselben, bei peinlichen Klagen und Erbnahmen, sowie ferner von den Gebühren für das „ordellspreken" u. s. w. handelnd, und mit zwei Anhängen: a) „weme dy dinst horet", d. i. von den an die amtirenden Schöffen zu entrichtenden Naturalleistungen, b) „des Schrivers eydt" versehen. *Riedel* a. a. O. S. 243 - 45.

CXXVI. Braubach.

(Nassau.)

1 **1276**, Dez. 1. König Rudolph I. verleiht dem Edlen Gottfried von Eppenstein auf dessen Bitten für seinen Ort Braubach dieselben Freiheiten, welche andere Städte des Reiches geniessen:

„Rudolfus, dei gracia Romanorum rex semper augustus, universis Romani imperii fidelibus graciam suam et omne bonum. Volentes nobilem virum Gotfridum de Eppinstein, dilectum nostrum fidelem, ut premium merito respondeat, gracioso favore prosequi, ejus supplicationibus favorabiliter inclinati, oppidum suum Brubach, in littore Reni situm, eisdem libertatibus, quibus alie civitates imperii sunt dotate, ex plenitudine regie potestatis dotamus et libertamus, nostro et imperii in omnibus jure salvo; volentes et precipientes, ut in antea liberi opidi nomen, tytulum atque jura sibi debeat vendicare. In cujus testimonium presentes literas majestatis nostre sigillo jussimus communiri. Datum Wiene kal. Decembr., indictione V, anno domini millesimo ducentesimo LXXVI, regni vero nostri anno quarto." *Joannis* Spicileg. I p. 307; *Senckenberg*, Selecta jur. et hist. Tom. II p. 593.

1288, Jun. 2. Derselbe gewährt dem Grafen Eberhard von Katzenellenbogen auf dessen Ansuchen für seinen Ort Braubach die Wochenmarkts-Gerechtigkeit nebst allen Freiheiten, Gnaden und Rechten der Reichsstadt **Oppenheim** — „Sane cum ad hoc in oportunis locis forum septimanale consueverit statui, ut in eis ementium atque vendentium procuretur utilitas et alterius commoditas augeatur: nos reipublicae bono statui cupientes assiduo incremento salubriter providere, nobilis viri Eberhardi comitis de Catzenellinbogin, fidelis nostri dilecti, ob grata que nobis impendit obsequia et adhuc impendere poterit gratiora, devotis supplicationibus inclinati, in villa sua Brubach, utpote loco ad id apto et habili, septimanale forum feria quarta perpetuo duximus edicendum. Volentes et presentis edicti serie mandantes, quod omnes et singuli, qui in dicto foro pro hujusmodi emptionis et venditionis commercio exercendo confluxerint, in personis et rebus nostra et imperii speciali protectione congaudeant et forensium privilegio libertatum. Preterea volumus predicto Eberhardo gratiam facere specialem; omnes libertates, gratias et jura, quibus oppidum nostrum **Oppenheim** gaudet, memorate ville Brubach ex plenitudine potestatis regie concedimus et donamus." H. B. *Wenck*, Hessische Landesgesch. Bd. I UBuch Nr. LXXVIII S. 54. 2

Das Privileg v. 1288 ward noch durch Rudolph selbst am 25. Sept. 1289 [s. *Böhmer's* Reg. Rud. S. 144 nr. 1000], dann sammt dieser Confirmation in je zwei Urkunden von den Königen Adolph 1294 und Albrecht I. 1300 bestätiget. *Wenck* a. a. O. (Text) S. 352 Note 1.

Schloss und Stadt Braubach befanden

---

43) Ein gleiches Privileg führt *Heffter* a. a. O. S. 267 vom J. 1465 an.

sich in den ältesten Zeiten im Eigenthume der Salischen Grafen des Niederlahngaues, und es wird insbesondere um das Jahr 948 der Graf Konrad Kurzpold als Besitzer der Burg erwähnt. Im XIII. Jhdt. treffen wir aber den Ort in den Händen der Herrn von Eppenstein, welche ihn vermuthlich in Folge des Erlöschens des Arnstein'schen Hauses an sich gebracht und dann den Pfalzgrafen bei Rhein zu Lehen aufgetragen haben. Ob nun schon damals die pfälzische Belehnung der Eppensteiner eine auch die Grafen von Katzenellenbogen mitumfassende coinvestitura gewesen sei oder nicht, ist völlig räthselhaft, und nur soviel gewiss, dass in der zweiten Hälfte des XIII. Jhdts. die von Eppenstein den Besitz des Ortes allein gehabt haben, bis um 1283 Schloss und Stadt durch Einlösung einer daran haftenden Pfandschaft an den in der Urk. nr. 2 genannten Grafen Eberhard von Katzenellenbogen gelangt sind, welcher sich jedoch erst 1293 vom Pfalzgrafen Ludwig mit dem „castrum Brubach et opidum situm desubtus, videlicet in pede montis castri predicti, cum omnibus juribus et pertinentiis eorundem" förmlich belehnen liess. Diesem verlieh dann auch im J. 1301 (Nov. 12) König Albrecht das Recht, eine Meile rings um die Burg Silberbergwerke anlegen zu dürfen. Die projectirte Errichtung einer Rheinzollstätte in Braubach — welche sogar schon Graf Hermann II. von Henneberg durch König Wilhelm 1252 zu Lehen empfangen hatte (*Joannis* l. c. p. 457) — scheint, jedoch nie zur Ausführung gekommen zu sein. Vgl. *Wenck* a. a. O. S. 349—52 mit UBuch Nr. LXXXIV, CVII S. 58, 71.

CXXVII. Braunau.

(Oesterreich, Böhmen.)

1348, Aug. 16. König Karl IV. erweist dem Abte und Convente des Klosters Braunau die Gnade, dass er den Bürgern und Bewohnern der gleichnamigen Stadt desselben alle Rechte, Gewohnheiten, Ehren, Freiheiten und Auszeichnungen zugesteht, deren sich die königlichen Städte **Königgrätz** und **Glatz** *) bis dahin zu erfreuen hatten:

„Karolus dei gracia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex. Notum facimus universis, quod inspectis multiplicibus et studiosis obsequiis nec non constantis pietatis puritate, quibus religiosi, abbas et conventus monasterii Brwnoviensis et predecessores ipsorum devoti nostri dilecti nostram celsitudinem nec non clare memorie illustrem Johannem, quondam Boemie regem, genitorem nostrum dilectum, sunt dignis honoribus venerati seque student exacte diligencie cura pervigili et continuato fidelitatis ac devocionis amore regio nostro conspectui reddere graciores: ad ea, que prosperitatem et uberem statum ipsorum aspiciunt, tanto se nostra celsitudo pronioribus graciis inclinare dignatur, quanto devocionis ipsorum flagrancia sinceriori fidelitatis affectu nostris se applicare consuevit obsequiis et honori. Eapropter, ut predicti abbas et conventus monasterii Brwnoviensis et successores ipsorum felicibus incrementis proficiant, et se sub alis nostre proteccionis intelligant singularibus graciarum presidiis insigniri, decernimus et perpetuo sancimus edicto, quod oppidum eiusdem monasterii Brunow nuncupatum, situm in metis versus poloniam, universi quoque cives, incole et habitatores ipsius presentes et posteri, mares et femine, juvenes et adulti, ex nunc in antea omnibus juribus, consuetudinibus, honoribus, libertatibus et graciis, quibus regie civitates utpote **Grecz** et **Glacz** actenus frete sunt, perpetuis temporibus gaudere debeant et potiri, et sub umbra regie majestatis in ipso oppido et extra, ubicunque locorum fuerint, ab omnibus fidelibus nostris tamquam ceteri regales homines et nominatim dictarum civitatum **Grecz** et **Glacz** in judiciis et extra ac omnibus et singulis agendis ipsorum in quacumque causa et negociis quibuscumque omni sinceritatis affectu et promocione tractari, et ejusdem juris, libertatis et gracie haberi, teneri et ubilibet reputari, quibus supradicte civitates actenus frete sunt et hodie pociuntur. Mandamus igitur universis capitaneis, camerariis, subcamerariis, judicibus, justitiariis, juratis et universitatibus locorum et civitatum regni nostri, qui pro tempore fuerint, fidelibus nostris dilectis, ne predictos abbatem et conventum monasterii sepefati adversus premissorum continenciam impedire presumant aut in aliquo penitus molestare, ymmo verius studeant eosdem favorabiliter promovere, sub pena indignacionis nostre, quam qui secus attemptare presumpserit, se cognoscat graviter incursurum. Presencium sub nostre majestatis sigillo testimonio literarum. Datum Zittavie anno domini millesimo trecentesimo quadragesimo octavo, indictione prima, XVII kalendas Septembris. Regnorum nostrorum anno Romani tercio, Boemie vero secundo." *Pelzel*, Kaiser Karl der Vierte Thl. I, UBuch Nr. XLV S. 50, 51. Vgl. *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 9, 55.

*) Vgl. unten diese beiden Artikel.

CXXVIII. Braunsberg.

(Oesterreich, Mähren.)

1269, Dez. 6. Bischof Bruno von Olmütz überweist die beschlossene Gründung der Stadt Braunsberg seinen Richtern Berthold von Staritz und Heinrich von Freckendorf, verleiht denselben zum Lohne für ihre Mühen gewisse Freihöfe, eine Freimühle mit zwei Mahlgängen, eine Badstube und eine Anzahl von gewerblichen Freibänken, sowie auch auf dem anliegenden platten Lande Freihufen und Freimühle, und bestimmt zugleich den freien Boden für die Weideplätze der Bürger. Ausserdem erklärt er Braunsberg zum Obergerichte für die benachbarten Dorfschaften in wichtigeren Rechtsfällen, und verleiht den Locatoren und Bürgern der neuen Stadt das **magdeburgische** Recht, über dessen Inhalt in **Troppau** die nöthige Belehrung erholt werden soll. Endlich wird noch der Antheil der Locatoren an den Gerichtsbussen und die Zahl der Zinsfreijahre für Stadt- und Dorfbewohner festgesetzt, und zum Schlusse einer Allod-Schenkung an den im Eingange benannten Richter Berthold Erwähnung gethan:

„In nomine domini amen. Ut ea, que fiunt in tempore, simul non labantur, cum litterarum immortalitate solent commendari. Notum igitur sit omnibus tam presentibus quam futuris, quod ego Bruno dei gracia Olomucensis episcopus ad emendationem mearum hereditatum et meam et Olomucensis ecclesie utilitatem proposui construere civitatem, quam construendam et locandam confero fidelibus iudicibus meis scilicet Bertoldo iudici de Staritz et suo socio Henrico iudici meo de Vreccendorf, ut, sicut mihi promiserunt, civitatem, quam Brunsperch nuncupavi, fideliter debeant construere et locare. Ego autem in remuneracionem laborum, quos facient dictam civitatem construendo, et eorum fidelis servicii, quod semper diligenter inspexi, confero sextam curiam liberam preter duas curias liberas, quas principaliter cum aliis libere possidebunt. Confero eciam eisdem fidelibus meis molendinum unum cum duabus rotis liberum ipsis et eorum successoribus in perpetuum libere possidendum. Addo eciam eisdem fidelibus meis eorumque successoribus stubam unam balniariam libere possidendam. Debent autem ipsi fideles iudices mei quatuor macellas liberas, quatuor bancos, in quibus panes solent vendi, eciam quatuor bancos, in quibus calcei solent vendi, liberos obtinere ipsi eorumque successores in perpetuum libere possidendum. Preter maiorem graciam eisdem inpendendo confero in villa civitati adiacenti, quam locabunt, sextum mansum liberum et molendinum liberum cum sola rota molari. Debent etiam obtinere mei cives ad pascua pecorum eorum liberos duos mansos et villa adiacens similiter ad pascua unum mansum liberum obtinebit. Preterea volo, ut ad ipsam civitatem meam scilicet Brunsperh adiacentes ville scilicet Staritz et Vreccendorf et Brunswerde et passecov, et si quid in terminis prescriptis adhuc poterit collocari, spectare teneantur, scilicet in iudicio maiori, quod est pro homicidio, pro adulterio, pro furtu et singulis, quibus ville ad civitatem quamlibet spectare consueverunt, cum in villis pro vulneribus, vel quicqnid alcius est, non debeat iudicari. Ut autem sepe dicti iudices mei circa huiusmodi civitatem construendam eo fidelius laborent, ius eis et omnibus civibus meis confero **Meydburgense**. Addo eciam supradictis iudicibus meis fidelibus tercium denarium de omnibus culpis iudiciariis. Confero eciam supramemorate civitati mee civibusque in ea habitantibus per duodecim annorum spacium libertatem, ville autem adiacenti libertatem per spacium sedecim annorum, expletis autem xii annis liberis volo, ut de qualibet curia in civitate sex nummi persolvi teneantur; de villa autem expleta libertate, ut de aliis villis, persolvere tenebuntur. Preterea, ut promisi, quod meis civibus ius **Meydburgense** doceatur apud **oppaviam** tenorem obtinere. Preterea soli Bertoldo iudici meo confero allodium civitati mee adiacens libere et liberaliter possidendum. Et ut hec donacio stabilis et in statu semper incholomi perseveret, presentem cartulam sigilli mei munimine tradidi roboratam testibus mediantibus, qui prefate donacioni, cum fieret, assisterunt, quorum nomina hoc in . . . nuncupantur. Dominus Henningus (et) filius ejus. Dominus Conradus (et) filius eius. Dominus Ditricus de Zell. Dominus Bruno de Spenchove, et alii quam plures fide digni. Acta sunt hec in Ketcer anno domini M. CC. LXIX. in die beati nicholai.“ *Boczek*, Cod. dipl. et epist. Moraviae Tom. IV Nr. XXVIII p. 33, 34. Vgl. *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 9.

Braunsberg. CXXIX.

(Ostpreussen.)

1280, März 29. Bischof Heinrich von Ermeland verleiht seinen Bürgern in Brauns- 1
berg unter dem Namen der Stadt Braunsberg alle Hufen, welche er selbst in näher bezeichneten Grenzen angewiesen hat, mit allen Nutzungen, nur Biberjagd, Metalle und Salz ausgenommen, nach **lübischem** Rechte zu ewigem Besitze; bestimmt, was zur Stadt-

freiheit gehört und was die übrigen Hufen jährlich zu zinsen haben; bindet die Anlegung von Mühlen an besondere Erlaubniss; gibt die Gerichte innerhalb der Stadt dieser erblich unter Zuweisung von zwei Drittheilen der daraus fliessendem Gefälle; gewährt den Bürgern das gesammte lübische Recht, ferner freien Fischfang im bischöflichen Theile des frischen Haffs und in der Passarge, freien Markt, freie Verfügung über ihre nicht lehnbaren Grundbesitzungen, freie Wahl der Stadtoberen und die Befugniss zur Anlegung von Verkaufsbänken; verbietet endlich die Veräusserung von Plätzen oder Erben an geistliche Orden, setzt die Dotirung der Katharinenkirche fest, und sichert zum Schlusse der Stadt selbst auf den Fall ihrer späteren Verlegung an eine andere Stelle die Aufrechthaltung aller vorstehenden Gerechtsame zu.

„Istud est privilegium civitatis et civium in brunsberg rescriptum de verbo ad verbum: In nomine domini amen. Quoniam humane condicionis operacio per mobilitatem temporis sepius transijt et mutatur, ideo necessarium est et perutile, ut mansura facta hominum scripto et voce testium roborentur. Nos igitur Henricus, dei gracia warmiensis episcopus, notum facimus universis et singulis presentibus et futuris, ad quos pervenerit presens scriptum: Quod nos reformacioni terre nostre per apostasiam pruthenorum acriter heu destructe quantum possumus intendentes, dilectis civibus nostris in brunsberg ipsorumque legittimis heredibus et successoribus, nostri capituli de consilio et consensu, racione et nomine civitatis brunsberg omnes mansos, qui sunt aut haberi poterunt intra et infra metas civitatis ejusdem, que granice wlgariter nominantur prout ipsas propria in persona distinximus et in nostra presencia fecimus consignari, et ad hos mansos totam paludem, que est et continetur inter campum civitatis et silvam Rosenwalde wlgariter nominatam, cum omni usu et utilitate excepta venacione castoris et lucris terre, auro videlicet et argento, sale et cujuslibet generis metallo, jure Lubicensi, hoc est eo jure videlicet quod est in civitate Lubek dicta, eternaliter ac perpetuo contulimus et a festo sancti Martini anno proximo venturo ad decem annorum spacia libere possidendos. Ita tamen, ut expleta eadem libertate cives et incole civitatis memorate nobis et nostris successoribus singulis annis in festo sancti Martini unum fertonem denariorum monete usualis pro omni jure et servicio de quolibet manso, qui infra granicias civitatis inventus fuerit, solvere teneantur occasione aliqua non obstante. Micius tamen cum ipsis agere volentes, ab hijs mansis omnibus excipimus centum mansos inter metas vel granicas ejusdem civitatis contentos, quos prememorate civitati et civibus pro pascuis et comodo civitatis et ad hos singulariter eciam paludem memoratam eternaliter ac perpetuo contulimus libere possidendos. Horum autem mansorum mete gades vel granice, ne lis error vel dubium super hijs inposterum oriatur, taliter distinguntur. Primo videlicet incipiendo in ripa fluvii Seria dicti illo in loco, ubi rivulus dividens bona dominorum canonicorum et campum civitatis Seriam influit, et eundum rivulum ascendendo usque ad granicam versus villam velou situatam, inde postea tendendo ad hunc locum, ubi Ruffa aqua magna fluit de palude, et ulterius ad granicam sitam super rivulum prope Sunnenberg decurrentem, qui bona domini prepositi et campum ad civitatem pertinentem dividit in hoc loco. Item ibidem in eadem granica incipiendo et cum eodem rivulo descendendo procedendum est ad viam, que transit fossatum, quod lantwer wlgariter nominatur. Inde postea ad paludem memoratam. De qua postea ad granicam inter campum civitatis et villam magnam Cleynou comportatam. Inde iterum ad granicam super ripam serie situatam est tendendum. Et hec est distinccio metarum vel granicarum illa in parte, ubi civitas est locata. Item postea in illa parte serie incipiendo in granica, que est circa dumum vel rubum spinarum, et procedendo ad viam, que protenditur versus villam Russin ad metam vel granicam, que est inter pratum dominorum fratrum et campum civitatis aliquociens memorate. Inde postea ad campum vel ad agros ad allodium nostrum pertinentes. Et ibidem de fossato, quod ibi protenditur, tres funes mensuratorum versus paludem perpetuo damus et conferimus civitati et civibus liberos possidendos. Item incipiendo in meta vel granica, que dividit campum civitatis et agros ad nostrum allodium pertinentes, ad granicam, que in ripa serie est ultra pontem versus civitatem, ut granica ibi posita ostenderit; est postea revertendum. Et hec est distinccio metarum seu granicarum ex illa parte, ubi civitas non est sita. Et quidquid infra dictas metas, granicas, gades vel terminos est et continetur, sive sint ex ista parte fluminis vel ex illa, sive in silvis, campis, aquis, pascuis fuerit et in pratis, quidquid sit et in quocumque fuerit, hoc ipsis civibus et civitati tali forma conferimus et donamus, ut in quoslibet usus fructus et utilitates redigere ac convertere valeant, possint et debeant sue ac nostre pro comodo civitatis. Verumptamen hoc excepto, ut nullus infra granicas memoratas molendinum

aliquod edificet vel aliquod obstaculum in aquis faciat, nisi requisita et obtenta nostra licencia speciali. Preterea ut argumento rei pateat manifesto, quod nos omni intencione qua possumus sepedicte civitatis nitimur ad profectum, antedicte civitatis civibus in stratis publicis, in viis, in semitis, in quocunque et ubicunque fuerit infra granicas civitatis, judicandi et judicii auctoritatem et potenciam perpetuo conferimus, et ad hoc judicium hereditarium civitatis. Ita tamen, ut quidquid judicatum fuerit et de judicio cesserit, quod de hoc nobis et nostris successoribus pars tercia dirivetur, et cives dicte civitatis habeant duas partes. Et ut omnia suo ordine, prout acta vel gesta fuerint, explicentur, harum duarum parcium unam idem cives jure locacionis perpetuo possidebunt, alteram vero titulo empcionis, quam pro suis comparaverunt denarijs apud Johannem Flemingum, nostra et nostri capituli de voluntate libera et consensu. Et preter hec adhuc in signum dileccionis, favoris et gracie specialis omnibus incolis, habitatoribus et civibus dicte multociens civitatis perpetuo concedimus et donamus, ut in stagno recenti, quantum ad nos pertinet, et in Seria similiter piscari possint et debeant cum omni genere instrumenti, excepto tamen eo quod in Seria nullus illo instrumento, quod alsak dicitur, piscari audeat, vel obstacula faciat, nisi ex nostra licencia singulari. Et non tantum civibus, immo omnibus nostris hominibus firmiter prohibemus, ne quis in seria illa in parte, ubi stagnum influit, aliquo instrumento piscari audeat vel presumat, ne per motum continuum piscium aditus retardetur. Deinde ut omnia breviter concludentur, sepedictis civibus et civitati omne jus Lubicense ex toto et integraliter conferimus et donamus, ut forum liberum habeant die, qua ipsis terre et territorio ac civitati videbitur expedire; ut suas hereditates, que non fuerint feodales, possint vendere, emere, commutare, dono dare, resignare, recipere, nobis irrequisitis, coram judice et judicio hereditario civitatis; ut scoltetum, scabinos, consules, seniores nobis irrequisitis possint eligere, statuere, destituere, prout ipsis sue civitati videbitur expedire*); ut macella panis, carnium, sutorum, pellificum, penesticorum cameras, et omnem censum possint emere vel construere sue pro fructu et comodo civitatis. Et licet quibusdam asperum videatur, tamen nos ipsis civibus promittimus volentes inviolabiliter observari, ut nullis viris religiosis areas vel hereditates dare vel vendere infra granicas civitatis debeamus contra velle communitatis et consensum. Inter hec omnia nolentes esse immemor ecclesie parochialis sancte Katherine ejusdem civitatis, cui tenemur ex debito providere eidem ecclesie, sex mansos proximos ex illa parte molendini arnoldi versus castrum domine nostre pro dote eidem ecclesie assignamus, ita tamen ut hij sex mansi inter centum mansos liberos, quos civibus dedimus, debeant numerari. Demum ut de contingentibus nichil penitus obmittatur, prememoratis civibus in hijs scriptis promittimus, conferimus et donamus, ut si forte civitas in alium locum posita fuerit, quod in loco, quo posita fuerit, omnia jura sua, que primo habuit, integraliter debeat obtinere. Ut autem hec omnia ex consensu nostri capituli pro utilitate terre nostre ordinata inviolabiliter perseverent et robur obtineant perpetue firmitatis, presentem super hoc literam conscribi et nostro ac nostri capituli sigillo fecimus roborari cum testibus subnotatis: domino Henrico preposito, domino Gotfrido plebano elbingensi et nostro canonico, domino Johanne, item domino Johanne, canonicis nostris, domino Martino nostro capellano, Johanne et Alberto fratribus nostris, Brulando advocato, Wernero de Russin et alijs multis viris fidedignis, quorum tamen nomina non sunt scripta. Datum anno domini millesimo ducentesimo octuagesimo quarto kalendas aprilis in castro domine nostre. [Datum rescripti anno domini M⁰ cc⁰ xc⁰ iiij. pridie idus Octobris.]"

Zweimal gedruckt: a) nach der Original-Copie der confirmatio priv. v. J. 1294 im Cod. Dipl. *Warmiens.* Bd. I Nr. 56 S. 97—101; b) nach einer weiteren Erneuerung durch Bischof Heinrich III. Sorenbohm v. 18. Mai 1376 bei *Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. Bd. II Nr. VI S. 6—9.

Braunsberg — Brunsberg, der Sage nach zu Ehren des heiligen Bruno so geheissen — scheint bereits um 1241—51 erbaut worden zu sein, und soll sein erstes Stadtprivileg 1249, sowie 1255 das lübische Recht erhalten haben. Doch ist über die frühesten Geschicke des Ortes tiefes Dunkel ausgebreitet. Erst von dem Momente an, da Braunsberg, im Kriege des Deutschordens wider die abgefallenen Preussen völlig zerstört, durch die Thätigkeit lübischer Ansiedler unter der Leitung des Johannes Fleming, eines Bruders des ermeländischen Bischofs Heinrich I., im J. 1276 wieder aus seinen Trümmern erstanden und alsbald zur Bedeutung einer „civitas" [Urk. v. 1278 im Cod. Dipl. *Warmiens* a. a. O. Nr. 54 S. 93] zurückgekehrt

*) Das Gymnasial-Programm von *Lilienthal*, Geschichte des Magistrats der Altstadt Brandenburg, das. 1842. 4⁰., konnte leider! hier nicht verglichen werden.

ist, legt dessen Geschichte mit der urkundlichen Beglaubigung auch ihren halb-mysteriösen Charakter ab. Vgl. C. *Hennenberger's* Erclerung der Preüssischen grössern Landtaffel oder Mappen, Königsp. 1595 fol., S. 36; Chr. *Hartknoch's* Alt- und Neues Preussen, Franckf. u. Leipz. 1684 fol., S. 384, 85; *Voigt's* Geschichte Preussens Bd. I S. 289; II S. 407 flg.; *Töppen's* Hist.-comparative Geographie von Preussen S. 196 und in den SS. rerum Pruss. Bd. I S. 119 Note 2.

2 **1318**, Sept. 27. Bischof Eberhard von Ermeland übergibt dem „Bartuschem balneatori de Brwnsberg viro utique in suo opere honesto et ab omnibus commendato", sowie dessen rechten Erben sein in der Stadt gelegenes Bad sammt angrenzendem Raume gegen einen jährlichen, in Hälften zu Ostern und Michaelis zahlbaren Zins von 4 Mark, mit der Bedingung, dass der Bischof und seine Leute („familia") unentgeltlich das Bad benützen dürfen, und dass über alle im Badhause begangenen Frevel nur der bischöfliche „judex" zu urtheilen habe. Cod. Dipl. *Warmiens.* a. a. O. Nr. 188 S. 323 flg.

3 **1328**, Oct. 14. Bischof Jordan von Ermeland bestätiget auf Bezeugung von drei glaubwürdigen Männern hin der Stadt Braunsberg: „quod dominus Heinricus olim predecessor civitati et oppido decem et septem mansos in palude versus Russin [Rossin] contulerit et donaverit ipsosque mensurari fecerit in eadem, nec non disponente domino demum extrema die preventus et morte, nullas super hoc literas aut privilegium aliquod civitati concesserit vel munimen", und bestimmt hierauf die Grenzen — „gades et limites paludis magnae inter Rosenualt et Clenoviam." Nach einem Transsumte Bischof Johann's v. 1. Apr. 1423 im Cod. Dipl. *Warmiens.* a. a. O. Nr. 240 S. 400—03.

4 **1345**, Aug. 19. Bischof Hermann von Ermeland ertheilt einen Erläuterungsbescheid über zwei im Privileg Heinrich's I. v. 1280 [nr. 1] enthaltene, zwischen dem Rathe und der Bürgergemeinde streitig gewordene Artikel, betreffend die Hufen-Zuweisung, sowie die Schultheissen-, Schöffen- und Rathswahl, wobei zugleich für künftige Zweifelsfälle dem Bischofe die „declaracio" reservirt wird. Cod. Dipl. *Warmiens.* Bd. II Nr. 49 S. 53—57.

Dass übrigens die Rathswahl schon im folgenden Jahre wieder zu Zwistigkeiten geführt habe, zeigen die nicht unwichtigen Rathsschreiber-Notizen im Cod. Dipl. *Warmiens.* a. a. O. Nr. 81 S. 84.

Beachtung verdient auch das *das.* Nr. 305 S. 303 flg. mitgetheilte Verzeichniss der in dem Zeitraume von 1344 bis 1359 neu aufgenommenen Bürger — „qui successivo tempore et ex novo jus civile, quod wlgariter borgirrecht adir burschaft dicitur, et alia jura suis comparaverunt pro denariis in presencia consulum"

1398, Sept. 1. Bischof Heinrich III. 5
von Ermeland beschliesst mit Beirath seines Capitels, die beiden Städte Neu- und Alt-Braunsberg, welche er, unter Anullirung des der ersteren vom Bischofe Hermann (von Praga) über ihre Freiheiten bei der Gründung (1338 oder 1348) gegebenen Privilegs, im J. 1394 vereinigt hatte, wieder völlig von einander zu trennen, und den Bürgern der neuen Stadt eine neue, jedoch ihrer früheren ganz ähnliche Handfeste zu verleihen, deren Inhalt er nun im Nachfolgenden beifügt. Zuvörderst wird hier die bereits durch Hermann angewiesene städtische Feldmark nach Umfang und Grenzen nochmals genau bestimmt, und mit zehn Hufen Acker- und eilf Morgen Moorlandes — „excepto cuiuslibet generis metallo" — bereichert, deren freien Besitz „jure Lubecensi" mit Verwendung des Ertrags zu eigenem Nutzen die Stadt für ewige Zeiten haben soll. Dabei behält jedoch der Bischof seinem Capitel einen Freihof in der Stadt, sowie sich selbst und seiner Kirche eine Reihe von Reichnissen — Frucht- und Wachszinse —, desgleichen für den „plebanus" von Braunsberg eine von den Rathmannen Namens der Gemeinde zu entrichtende Geldspende „pro annona missali" vor. Als eine besondere Begnadung wird hierauf den Bürgern die peinliche Gerichtsbarkeit, unter Vorsitz und Leitung des Vogts, Burggrafen oder sonstigen bischöflichen Beamten, mit Ueberlassung von zwei Drittheilen der Einkünfte daraus zugesprochen — „uberiorem insuper eis graciam facere cupientes, volumus, ut per advocatum seu burggrabium nostrum ibidem vel unum ex eorum concivibus, quem ipsis ad hoc deputaverimus, in omnibus, excessibus, ad manum eciam et ad collum se extendentibus, judicent, sic quod eos non opporteat communem ecclesie nostre advocatum per longiora terre spacia requirere, causa simili occurrente; sic tamen, quod quicquid de judicio in dicta civitate provenerit, terciam partem ad nos et successores nostros, et alias duas partes ad predictos cives pertinere volumus, unam videlicet locacionis jure et aliam empcionis titulo, quam nostro ad hoc accedente consensu a predicte civitatis fundatoribus, magistro Elero videlicet et filiis Bernhanis ac Arnoldo Lange, pro certa pecunie summa compararunt." Ausser obigem Antheile an den Gerichtsgefällen beansprucht übrigens der Bischof auch noch von allen „de pretorio, macellis panis, carnium, sutorum, car-

nificum, pellificum, penesticorum et pannicidarum cameris" zu leistenden Bestandgeldern und sonstigen Zinsen jeder Art den dritten Theil. Dafür wird aber wieder den Bürgern auf allen zum Kirchengute gehörigen oder innerhalb der Stadtmarkung befindlichen Gewässern freier Fischfang mit beliebigen Werkzeugen, den „ahlsack" ausgenommen, für den Bedarf des eigenen Tisches, und endlich auch die Befugniss zugestanden, Rathleute und Geschworne („consules et juratos"), freilich nur mit Gutheissung des Bischofs oder seines Vogts, zu wählen und, wenn es nöthig werden sollte, wieder abzusetzen. *Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. Bd. IV Nr. CXXIII S. 181, 82. Vgl. dazu *Lilienthal* in den Neuen Preuss. Provinzial-Blättern Bd. I (1853) S. 434 flg.

CXXX. Braunschweig.

(Hzgth. Braunschweig.)

Ch. Ph. *Ribbentrop*, Beschreibung der Stadt Braunschweig, II Theile das. 1789—1791. 8°. [Hierher gehört Thl. I Einleit. S. I—CXV.] C. L. Fr. *Lachmann*, Geschichte der Stadt Braunschweig, seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Jahres 1815, das. 1816. 8°. [Abschn. I, II S. 1—151.] E. Ferd. *Vogel* „Einige Andeutungen zur Geschichte von Braunschweig" in (C. W. *Sack's*) Alterthümern der Stadt und des Landes Braunschweig, das. 1841. 4°. S. I—LXX. [Hierher gehören Abschn. I—IV S. I—XLIII.] W. *Assmann*, Die Stadt Braunschweig, das. 1841. 8°., S. 1—33. Herm. *Dürre*, Braunschweig's Entstehung und städtische Entwickelung bis in den Anfang des dreizehnten Jhdts. (Obergymnasial-Programm), das. 1857. 4°. *Desselben* Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter, das. 1861. 8°. C. W. *Sack*, Kurze Geschichte der Stadt Braunschweig, das. 1861. 8°. Vgl. auch W. J. L. *Bode* „Geschichte des Bundes der Sachsenstädte bis zum Ende des Mittelalters mit Rücks. auf die Territorien zwischen Weser und Elbe" in den Forschungen zur Dtsch. Gesch. Bd. II (1861) S. 203—92, bes. S. 270 flg.

Die älteren Chroniken und sonstigen Quellen der braunschweigischen Stadtgeschichte verzeichnet *Dürre* a. a. O. Einleit. S. 2—9. Hervorzuheben ist für gegenwärtige Zwecke nur: *Shigt-Bók der Stad Brunswyk**). Zur Ergänzung von G. G. Leibnitii Scriptt. rerum Brunsvic. herausgeg. von K. F. A. *Scheller*, Braunschw. 1829. 8.

*) Eine in den J. 1513, 14 zusammengetragene Geschichte einzelner Bürger-Aufstände und anderer wichtigen Stadtereignisse.

Rechtsgeschichte insbesondere: W. J. L. *Bode* „Ueber die Statute der Stadt Braunschweig" in Hagemann's pract. Erörterungen aus allen Theilen der Rechtsgelehrsamkeit, fortgesetzt von E. Spangenberg Bd. IX (1831) Nr. XXII S. 123—36. C. W. *Sack* „Handel und Gewerbe der Bewohner Braunschweigs in älteren Zeiten" in seinen Alterthümern S. 83—152. Herm. *Dürre* „Die Stadtvogtei zu Braunschweig" im Archive des histor. Vereins für Niedersachsen, N. Folge Bd. II (1847) S. 171—93.

Eine reiche Fülle von städtischen Rechtsurkunden Braunschweig's hatten bereits die drei nachbenannten älteren Werke dargeboten: a) Ausführlicher Warhaffter Historischer Bericht, die Fürstliche Land- vnd Erbstadt Braunschweig, Auch der Hertzogen zu Braunschweig vnd Lüneburg Wolfenbüttelschen Theils darüber habende Landesfürstliche Hoch-Obrig- vnd Gerechtigkeit etc. betreffend [gewöhnlich als „*Braunschweigische Händel*" bezeichnete Deductionsschrift], III Theile, o. DO. 1607, 8. fol. — b) Ph. J. *Rehtmeier's* **) Braunschweig-Lüneburgische Chronica, Oder Historische Beschreibung der Durchlauchtigsten Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, III, Tomi, Braunschweig 1722 fol. — c) J. Fr. *Pfeffinger's* Historie des Braunschweig-Lüneburgischen Hauses, III Theile, Hamburg 1731—34. 8°.

Diese sind jedoch nunmehr durch die beiden, in jüngster Zeit erschienenen, mit grosser Sorgfalt und diplomatischer Treue bearbeiteten Quellenwerke, nämlich:

α) H. *Sudendorf's* Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande, Thl. I—III, Hannover 1859—62. 4°.

β) *Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.* Bd. I: Statute und Rechtebriefe 1227—1499. Herausgegeben durch den Archiv-Verein zu Braunschweig [unter der Leitung von Ludw. *Hänselmann*], Braunschw. 1862. 4°.

— von welchen das letztere eine vollständige Sammlung des ganzen mittelalterlich-stadtrechtlichen Materials von Braunschweig umfasst — so ziemlich entbehrlich geworden. Vgl. über dieses F. *Frensdorff* in den göttinger gel. Anz. 1862 Stück 20 S. 785—97; *v. Sybel's* Histor. Ztschr. Bd. V (1863) Heft 2 S. 510 flg.

A. Privilegien (Huldebriefe) und Verträge.

Dass die Gründung Braunschweig's in die letzten Decennien des IX. Jhdts zu setzen,

**) Die eigentlichen Verfasser sind M. Heinr. *Bünting* und Joh. *Letzner*.

und die erste Anlage einer „villa" neben der älteren, von unbekannter Hand erbauten Burg Thoncguarderoth (Dankwarderode) dem Herzoge Bruno aus dem Geschlechte der Liudolfinger zuzuschreiben sei, welcher dann dem neu geschaffenen Orte auch seinen Namen gegeben („Brunonis vicus"), darf als historisch erwiesen angenommen werden. Eben so gewiss ist aber, dass erst Heinrich der Löwe den bis dahin noch unbefestigten und überhaupt unansehnlichen Burgflecken, in welchem er am liebsten verweilte, um die Mitte des XII. Jhdts. zur wirklichen Stadt erhoben, mit Mauern und Gräben versehen, und zu einem innerlich geordneten bürgerlichen Gemeinwesen durch Verleihung von Rechtssatzungen gefördert habe. Die einem ritterbürtigen Vogte untergebene „civitas Bruneswich" bestand übrigens in dieser Zeit nur aus zwei Weichbildern, der alten Stadt („urbs") mit der Burg, vor welcher der Herzog zur Versinnlichung seiner Jurisdictions-Gerechtsame den „Lovenstein", die Löwensäule [1]), aufgestellt hatte, und dem von dem ältesten, mit grünen Zäunen eingehegten Stadtgraben so geheissenen Hagen („indago").

1 **1199**, Jan. König Otto IV. nimmt die Bürger von Braunschweig in seinen Schutz und erklärt sie innerhalb des ganzen Reiches für zollfrei — „burgensium nostrorum de Brunsvic . . . . personas et res in nostre serenitatis defensionem suscepimus, eosque ab omni exactione ac telonio per universos imperii fines regali munificentia liberos et absolutos esse volumus." *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 435; P. *Leyser*, Hist. Comit. Wunstorpiens. (1726) p. 22—24; *Origines Guelficae* Tom. III p. 760, 61. Vgl. *Dürre*, Gesch. S. 81.

2 **1227** [Apr. — Jul.?] Der braunschweigische Herzog Otto I. das Kind bestätiget die durch seinen Grossvater, Heinrich den Löwen, dem Weichbilde Hagen von dessen Gründung an allmälig verliehenen Rechte und Freiheiten [§§. 1—13], dieselben mit einigen neuen Begnadungen [§§. 14, 15] vermehrend:

„Notum sit omnibus hanc paginam videntibus, quod hec sunt jura et libertates jndaginis, quas burgenses a prima fundatione ipsius civitatis ab illustri vjro heinrico duce saxonie atque bawarie obtinuerunt. §. 1. Naves de brema usque bruneswic liberum atque expeditum semper habeant ascensum; et bruneswic deposita earum sarcina et soluto jbidem [2]), absque omni jmpedimento usque zhellis, a zhellis usque bremam libere descendant. §. 2. Si autem casu jnfortunato aliqua jn aqua mergi aut quocumque modo periclitari contingat, domini rerum propter hoc nullam jncidere debent penam vel culpam, set rebus suis ab aqua ereptis et locatis aut venditis jndempnes omnino recedent. §. 3. Item burgenses advocatum unum de suis concivibus eligant, et quicquid ille per judicia conquisierit, ejus tercia pars curie [3]) presentabitur; due partes ad usus et necessitates civitatis convertantur. §. 4. Item quicumque aliquem jn civitate vulneraverit aut sanguinem ejus fuderit, et de hoc convictus fuerit, judici sexaginta solidos et leso xxx conponet. §. 5. Item si quis alapam alteri dederit, iiii^{or} solidos judici et leso xii vadiabit, nisi forte se per justiciam valeat expurgare. §. 6. Item nullus alium pro aliquo excessu ad judicium duelli vocare aut cogere poterit. §. 7. Item quicumque pro aliquo excessu proscriptus fuerit, uxor et pueri ejus atque omnia bona sua pacem habebunt, quousque idem proscriptus redeat atque cum civitate componat. §. 8. Quicumque annum et diem in civitate manserit sine alicujus impeticione, de cetero liber permanebit. §. 9. Item quicumque domum aut aream aut quamlibet aliam rem jn civitate emerit, et annum et diem pacifice possederit, et pax ei secundum jus civitatis facta fuerit, nullus eum de cetero super eadem re poterit inquietare. §. 10. Item quicumque exul sive advena jn civitate mortuus fuerit, bona sua jn potestate burgensium manebunt usque ad finem anni; quod si medio tempore aliquis supervenerit et secundum justiciam bona illa obtinuerit, ei presentabuntur; sin autem, tercia pars bonorum ad usus ecclesie sancte Katerine [4]) presentabitur, due partes altera cedat judicio altera derogabitur pauperibus. §. 11. Item burgenses jus habeant sacerdotem eligendi, et dominus civitatis jus eundem investigandi et presentandi. §. 12. Quicumque extra civitatem manens alicui burgensium teneatur in debito, si viderit eum jn civitate, assumat secum bodellum et eum detinebit; si autem bodellum habere non possit, cum duobus suis concivibus cum poterit detinere et ad judicium pertrahere. §. 13. Item quicumque miles, clericus aut rusticus in civitate alicui teneatur jn debito et solvere noluerit, bene licebit eum in civitate detinere

1) *Zöpfl*, Alterth. III, 278—80.

2) Der Name einer von den fremden Schiffern zu entrichtenden Gebühr ist hier offenbar ausgefallen.

3) D. i. dem Herzoge, nicht, wie *Sack* will, dem Rathe.

4) Auch hierin möchte eine, erst der Zeit Otto's angehörige Neuerung sich erkennen lassen, da die Existenz der Katharinenkirche bis zum J. 1224 urkundlich nicht bewiesen zu werden vermag.

et res suas occupare, quousque debitum solvat aut per sententiam evadat. §. 14. Item burgenses suos consules habeant, sicut habere consueverunt, quorum consilio civitas regatur. §. 15. Item burgenses Lunenborch et alias, quocumque ad nostram juris dicionem declinaverint, ab omni exactione absoluti manebunt.“ *Sack*, Alterth. S. 88, 89 [mit deutscher Uebersetzung]; *Dürre*, Progr. S. 31; *UBuch der St. Br.* S. 1, 2 (mit Facsimile). Vgl. *Dürre*, Gesch. S. 62, 64, 69, 95; *Frensdorff* a. a. O. S. 787, 88.

3 **1228**, Sept. 13. König Waldemar II. von Dänemark gewährt der Stadt seines Neffen für die diesem geleisteten treuen Dienste Handelsschutz und Befreiung ihrer Bürger vom Zolle und Strandrechte in seinen Landen — „burgenses de Brunswig, ubicunque eos infra regni nostri terminos negotiandi causa devenire contigerit, sub nostra protectione suscepimus et esse voluimus liberos a telonio; et si eosdem forte sinistro casu contingente naufragium pati contigerit, volumus et mandamus, ut quaecunque salvare possint de naufragio, libere possideant, nec ullus officialium nostrorum sive quicunque alius ipsis aut bonis ipsorum aliquam injuriam irrogare praesumat.“ *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 468; *Orig. Guelf.* Tom. IV p. 111, 12. Vgl. *Dürre*, Gesch. S. 97.

4 **1230**, Nov. 10. König Heinrich III. von England bewilligt den „homines de Brunswic“ freien Verkehr in seinem Reiche. *Orig. Guelf.* l. c. p. 116. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 98.

5 **1231**. Der Vogt, die zwölf Rathmannen und die Bürger Braunschweig's verleihen den Goldschmieden der Altstadt das Gilderecht — „aurifabris in antiqua civitate operari volentibus magisterium operis sui dedimus et concessimus eternaliter possidendo, ut nullus contra voluntatem et licentiam in opere eorum operando se intromittere presumat, nisi prius statutam eorum justiciam ad voluntatem ipsorum eis persolvat.“ *Sack*, Alterth. S. 100 [mit Facsim. auf Taf. XII]; *UBuch der St. Br.* Nr. III S. 7, 8.

6 **1240**. Der herzogliche Vogt zu Braunschweig, Hermann von Borsne, ertheilt Namens seines Herrn, Herzog Otto's, den Bürgern der Alten-Wik („de veteri vico“) die Innungs-Gerechtigkeit — „quandam gratiam vendendi, que vulgariter dicitur inninge, . . . ita ut dictam gratiam nullus habeat, nisi tantum sit de consensu et voluntate burgensium prenominatorum.“ *Rehtmeyer* a. a. O. III S. 1830, 31; *Orig. Guelf.* l. c. p. 183; *UBuch der St. Br.* Nr. IV S. 9, 10. Vgl. *Dürre*, Gesch. S. 99.

7 **1245**. Herzog Otto I. verleiht den Bewohnern der Alten-Wik und insbesondere den Tuchmachern allda, die gesammten Innungsrechte der *Altstadt*, und ausserdem überhaupt „per omnia tale jus, quod habent burgenses *antique civitatis*, ut illud servent perpetuo in universum.“ *UBuch der St. Br.* Nr. V S. 10. Dazu *Dürre* a. a. O. S. 100.

1245–**1252**. [1227?] Derselbe ertheilt 8
den, vermuthlich durch die Bürger selbst, in ein „besccrevenes recht“ vereinigten alten Satzungen und Gewohnheiten Braunschweig's — nämlich des Hagens, der Alt- und der inzwischen hinzugekommenen Neustadt — mittels Anhängung seines Siegels die landesfürstliche Anerkennung und Bestätigung.

Dieses s. g. **Ottonische Stadtrecht**, gewöhnlich, jedoch ohne zureichende Gründe, bis in das J. 1227 hinaufgerückt und für eine zum Zwecke der öffentlichen Kundmachung angefertigte Verdeutschung eines lateinischen Originals angesehen, von anderer Seite sogar in seiner Aechtheit angefochten, darf wohl, wie sich schon aus dem Eingange und aus der getroffenen Auswahl der in die Sammlung aufgenommenen Normen erkennen lässt, auf den leitenden Grundgedanken zurückgeführt werden, „die Einmischungen des herzoglichen Vogts in die Rechtspflege an feste Bestimmungen der Art zu binden, wie sie dem Rathe und der Bürgerschaft am gedeihlichsten waren.“ Von den 66 bunt gemischten Artikeln begegnen einige, nämlich 5, 6, 10, 15, 17, 19, 41, 54, 56, bereits in den Jura indaginis [nr. 2] §§. 5, 6, 10, 12—14. Der Inhalt der übrigen bezieht sich aber auf gewisse Verbrechen, wie Todtschlag, Wundung, Hausfriedensbruch, Diebstahl, Raub und deren Bestrafung (4, 5, 7–10, 27, 28, 32); auf civil- und criminalprozessualische Gegenstände, z. B. Schuldbeweis, Fristgesuche bei halsrührigen Sachen, Gastgerichte, Dingpflichtigkeit der Bürger, Ordal des heissen Eisens, Ueberführung des Nothzüchters mit Schreimannen etc. (2, 11–14, 21, 45, 58, 59, 62, 63, 65); auf einzelne Hauptmaterien des Privatrechts, namentlich Anevang (23, 24, 26), Gewährschaft bei Pferdekäufen (25), Pfandnahme (30, 31, 52), Erbforderung „vthgegifteter“ Kinder (33), Verlust des Wartrechtes durch Heirath ohne der Eltern Willen (34), Beisitz der Wittwe (35), Morgengabe (37), Schenkungen der Frau an den Mann (38), Heergeräthe und Gerade (43, 44), Förmlichkeiten der Erbkäufe (64); endlich auf einige Punkte des Polizei-, Gewerbs- und Finanzwesens, wie Aufwand bei „bruthlichten“ (20), Befriedung auswärtiger Kaufleute (57), Zölle (46–51) u. a. m. Ausserdem werden noch alle weiteren, von Heinrich dem Löwen [„von ires alden her-

ren tiden"] herrührenden Gerechtsame der braunschweigischen Bürger, sowohl im Allgemeinen [„an allen saken"], wie auch insonderheit jene „an lande vnde an watere", als durch die Gnade des jetzigen Stadtherrn bestätiget erklärt (60, 66).

Abdrücke b. *Rethmeyer* a. a. O. I S. 465—467; in den *Orig. Guelf.* l. c. p. 107—11; in *meinen* Stadtrechten S. 36—41; der beste mit Facsim. im *UBuche der St. Br.* Nr. II S. 3—7. Ueber Entstehungszeit, Charakter und Inhalt s. *Dürre* a. a. O. S. 95, 96; *Frensdorff* a. a. O. S. 788—90.

9 **1248** (?). Rath und Bürgergemeinde von Stade sichern den in ihre Stadt kommenden oder von da heimkehrenden Bürgern Braunschweig's („tanquam suis burgensibus") Schutz und Vertheidigung wider Alle, die sie an Leib oder Gut böslich schädigen würden, sowie für den Fall in Stade selbst ausbrechender Unruhen („inimicitia") rechtzeitige Benachrichtigung hievon zu — „ut de rebus vestris, si quas in civitate nostra habetis, prout vobis placuerit, ordinabitis." *Rehtmeyer* a. a. O. S. 481.

Aehnliche Schutzbriefe Bremen's (1256) und Hamburg's (1258) s. b. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 493, 94. Vgl. überhaupt *Dürre* a. a. O. S. 100, 103 flg.

10 **1249.** Die Vögte, Rathleute und Bürger von Stade „erneuern den Bürgern und Kaufleuten Braunschweigs die Zusage freien Verkehrs, wie sie denselben bis dahin gehabt hatten." (R.) *Dürre* a. a. O. S. 100.

11 **1254**, März 26. Die Grafen Johannes und Gerhard zu Holstein, Stormarn und Schauenburg ertheilen „universis mercatoribus de Bruneswic [de Medeburg, nec non aliorum oppidorum et circumjacentium civitatum" d. i. aus den „verbündeten Städten Niedersachsens"] auf deren Ersuchen die Begünstigung — „quod ab omni exactione et theoloneo in Hamborch solvendo, undecunque illuc perveniant, perpetuis temporibus liberi erunt et immunes." Doch sollen Letztere gehalten sein, von gewissen Handels-Artikeln dem gräflichen „theoloneareus et exactor" die in einem eingefügten Tarife vorgezeichneten Zollgebühren, und zwar bei Strafe des neunfachen Ersatzes der absichtlich oder aus Vergessenheit vorenthaltenen Beträge, zu entrichten. Eine etwaige Fehde der Grafen mit dem Herzoge von Braunschweig endlich entzieht das von Ersteren den Kaufleuten gewährte sichere Geleit nur nach einer vierzig Tage zuvor geschehenen förmlichen Aufkündigung. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 493. Vgl. dazu *Sack*, Alterth S. 91; *Dürre* a. a. O. S. 103, 4.

12 **1260—1270.** Die „sutores et alii operarii preparantes corium ad calcios in Brunesvik" theilen auf Veranlassung ihres Herzogs dem Vogte und den Rathmannen zu Lüneburg „jus suum in corio preparando et operando", d. h. die altherkömmliche Behandlungsweise der verschiedenen Lederarten mit, die Bemerkung hinzufügend — „Quicumque istud inter nos non observat, secundum nostram, quam statuimus, justiciam est puniendus; illam justiciam inter vestros operarios pro vestra poteritis ordinare et statuere voluntate. Si quis vero contradixerit, derogat veritati." *Sudendorf*, UBuch Thl. I Nr. 53 S. 36.

1265, Oct. 10. Die Herzoge Albrecht und Johann von Braunschweig erneuern in 13
fast wörtlicher Wiederholung das von ihrem Vater, Otto I., der Stadt Braunschweig bestätigte „bescreven recht" [nr. 8]. *UBuch der St. Br.* Nr. VI S. 10—14.

1268, Oct. 16. Herzog Albrecht — 14
in dessen alleinigen Besitz ungeachtet der diesem entgegen lautenden Abrede im Theilungsvertrage mit Johann vom J. 1267 die Stadt Braunschweig gekommen war — confirmirt den Wollentuchmachern des Weichbilds Hagen ein von Heinrich dem Löwen herstammendes, nachmals aber durch Kaiser Otto IV., Pfalzgraf Heinrich und Herzog Otto I. bestätigtes Privileg, betreffend den Gewandschnitt und die Gerichtsbarkeit der Zunftmeister — „Noverint ergo presentes ac posteri, nos a quibusdam senioribus ac discretis de Indagine veraciter intellexisse, quod dum Henricus pie recordationis dux Bawarie et Saxonie Indaginem Bruneswich primo fundaret et construeret, ac ei jura burgimundii et libertates daret, sicut fieri solet, talem graciam specialiter superaddidit, ut omnes habitantes in Indagine memorata, qui solent pannum laneum preparare, pannum licite possint incidere in domibus suis et vendere, vel in foro, aut ubicunque melius eis placet. Habebunt tamen duos magistros, qui judicabunt omnem excessum, qui in illo officio fuerit inventus; et si illi magistri judicare non valerent, eo quod ab aliquibus pertinaciter inpedirentur, ad nostrum judicem illud deferent judicandum." *UBuch der St. Br.* Nr. VII S. 14. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 106.

1269, Nov. 18. Die gesammten 15
Rathmannen Braunschweig's — nämlich der Altstadt, des Hagens und der Neustadt — beschliessen unter eidlicher Erhärtung für ewige Zeiten, sich in Beziehung auf Berathung städtischer Angelegenheiten und Verwendung der Einkünfte zu einer einheitlichen Gemeinde zu vereinigen, treffen Bestimmungen über den Weinverkauf in den

drei Weichbilden, und setzen endlich die Zahl der aus jedem derselben zu kiesenden Rathsglieder fest — „sub juramenti sacramento perpetuis temporibus firmiter observandum decrevimus, ut in una domo conveniamus, pariter habituri consilium super causis civitatis universe. Redditus eciam et collecte tocius civitatis ad communes usus et expensas reponentur in unum, ut ex una et communi bursa civitatis comoda disponantur. — — — Novi quoque consules pro tempore singulis annis eligentur sic: septem in antiqua civitate, cum quibus tres de prioribus, quos elegerint, illo anno remanebunt in consilio; in Indagine quatuor eligentur, et duo de prioribus cum ipsis manebunt in consilio; in nova civitate eligentur tres, et unus de prioribus remanebit cum ipsis. Et ita erunt in universo viginti consules, qui inter alia jurabunt expresse, unionem hujusmodi firmam et stabilem observare." *UBuch der St. Br.* Nr. VIII S. 15. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 106 flg.

16 **1293**, Febr. 19. Herzog Heinrich von Braunschweig ertheilt den neustädter Wollentuchmachern dieselben Innungsrechte, welche die Bürger des *Hagens* seit alten Zeiten genossen haben. *Rehtmeyer* a. a. O. III S. 1843; *UBuch der St. Br.* Nr. X S. 16.

17 **1293**, Oct. 19. Derselbe bestätigt der Schmiedezunft („fabrili officio") in Braunschweig ihr althergebrachtes Recht. *UBuch der St. Br.* Nr. XII S. 17.

Das letzte Decennium des XIII. Jhdts. war für Braunschweig mit schwerem Unheile angefüllt, denn nicht nur Rath und Gilden sehen wir in Zerwürfniss, sondern auch die landesfürstlichen Brüder, die Herzoge Albrecht und Heinrich, in einem, die inneren Verhältnisse der Stadt vielfach berührenden Erbstreite begriffen.

Wie das *Shigt-Bôk* I S. 5—19 ausführlich berichtet, hatten 1292 „de gildemäster under sik einen bund unde forstrikkinge mid lovden unde eden gemaked, tein jar lang ein by deme anderen to blivende, ... uppe dat ein iderman mer na deme dage scholde sinen regten bekomen, dat wente to der tyd nigt beschên mogte." Die nächste Folge hievon war aber, dass die Innungen „satten unde koren sik sulven fan jüwelkes gilde einen, so dat orer twölve was; de scholden raden unde rigten over de gemeinen gildebroder, unde de rad nigt mer, deme wolden se nigt länger underdänig wäsen." [S. 6]. Wirklich masste sich auch dieser auf dem s. g. Löwenthurme förmlich constituirte Zünfte-Ausschuss, da Herzog Heinrich, der Günstling und folglich Gönner der Gilden, dem Treiben desselben unthätig zusah, eine Reihe der dem Rathe zustehenden Gerechtsame, so namentlich die Einhebung der „broken" straffälliger Bürger an, zog sich aber auch durch unkluge Strenge in Ausübung der Marktpolizei den Unwillen der Gemeinde in dem Masse zu, dass, nachdem sich diese selbst dem alten Rathe wieder angenähert hatte, am Margarethentage 1293 ein bewaffneter Aufruhr zum Ausbruche kam, welchem erst zu Anfang des folgenden Monats die Vermittlung des Herzogs und ein am 5. Aug. 1293 abgeschlossener „fordragt tushen dem rade unde den uprôrschen gilden" ein Ende machte. Gemäss demselben sollte den Gildemeistern mit Ersterem an der Berathung der gemeindlichen Angelegenheiten und an der Rechtspflege (also am gesammten städtischen Regimente) eine gleiche Theilnahme gebühren, dem alten Rathe jedoch ausschliesslich sowohl die Anschaffung der Kriegsausrüstung als auch die Bewahrung der Thorschlüssel vorbehalten bleiben. Dem Anstifter neuer „twidracht" aber wird angedroht, dass „syn lyv unde gud scholde stân in des rades gewald." *Shigt-Bôk* S. 9, 10; *UBuch der St. Br.* Nr. XI S. 16. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 117.

Allein die Thätigkeit der Zunftgenossen im Rathe, insonderheit in Bezug auf commerzielle Fragen, z. B. den Kornhandel, erregte ebensowohl, als die schlau berechnete Parteinahme derselben für Herzog Heinrich gegenüber seinem Bruder Albrecht, alsbald neue Missstimmung in der Gemeinde, und führte bereits gegen Ende des Jahres 1293, sowie zu Pfingsten 1294 neuerliche Unruhen herbei, so dass endlich Heinrich selbst einzuschreiten sich gedrungen fühlte. Während eines dreitägigen Waffenstillstandes vermittelte er daher zwischen den feindlichen Elementen eine Sühne, nach welcher „fan den twölven [gildebroderen] sesse avtreden, unde sesse fan den radespersonen wedder in de stidde treden scholden, uppe dat de rad nigt gänsliken so werde bygelägd, ok dat der gilde ore reigemente nigt byster worden." *Shigt-Bôk* S. 13.

Aber auch dieser Vergleich theilte das Schicksal des früheren. Nach vierzehn Tagen schon sassen die sechs Gildemeister wieder „up orer olden pallas" (dem Löwenthurme) und „namen ore olde wise wedder fore, unde gingen darmede umme, dat se wolden den rad gans fornigten, unde dat shot unde tins upnemen." [Das. S. 14.] In dieser kritischen Lage wandte sich nun Herzog Albrecht um Hülfe an die Hansa, deren Mitglied seit wenigen Jahrzehenten Braunschweig geworden war, und verlangte von dem Bunde, die widerspenstige Genossin zu

Frieden und Ordnung zurückzuführen. Da aber die hierauf wirklich angestrebten Sühneversuche erfolglos blieben, so beschlossen endlich die Hansastädte auf einem lübecker Tage, wie wir aus der darüber ausgefertigten Zuschrift an Hildesheim v. 24. Juni 1294 ersehen, dass mit der wider ihre Obrigkeit aufgestandenen Gemeinde — „ne dicti malefactores de sua pertinacia et rebellione commodum videantur reportare" — aller Verkehr abgebrochen werden solle — „primo, quod nullus mercator juris nostri in flandria, hollandia vel brabancia in hospicio, quo quispiam Brunsvicensium fuerit hospitatus, stare debeat seu commorari, se a participacione dictorum Brunsvicensium penitus abstinendo; item quod in nulla civitate seu loco, in quibus quispiam Brunsvicensium presens fuerit seu moram traxerit, et infra mensem post ejus exinde recessum, aliqui panni vendi, comparari seu commutari debeant quovismodo." Und zwar solle dieses, vornehmlich den Wollentuchhandel der Braunschweiger, den ihre Aufnahme in die Hansa zu hoher Blüthe gebracht hatte, gänzlich lähmende Verbot so lange in Kraft bleiben, „donec dicti transgressores excessibus emendatis reconciliacionis graciam meruerint optinere." C. F. *Sartorius*, Urkundl. Geschichte des Ursprungs der dtsch. Hanse, herausgeg. von J. M. *Lappenberg*, Bd. II (1830) Nr. LXXIV S. 167, 68.

Die Wirkung dieser Massregel entsprach der Erwartung nicht. Aber es bereitete sich auf anderem Wege eine, freilich um so trübere Katastrophe vor. Herzog Albrecht, über die Hartnäckigkeit seines selbstsüchtigen Bruders entrüstet, begehrte nun im Juli 1294 energisch von demselben die Herausgabe des vorenthaltenen Erbtheils, für den Fall der Weigerung mit dem Schwerte drohend — und hielt Wort. Von diesem Momente an verschmolzen die städtischen Wirren und die Bruderfehde zu einem einzigen blutigen Kampfe. Albrecht gewann die Oberhand, und zog als Sieger in die Stadt ein, welche Heinrich flüchtend verlassen hatte. Die Rädelsführer aus den Gilden, welche mehr aus Rathlosigkeit als Mangel an Muth ihr gewagtes Spiel verloren geben mussten, unterlagen, insoweit es ihnen nicht glückte, aus den Mauern der Stadt zu entkommen, dem Blutgerichte des Herzogs, welcher den alten Rath wieder einsetzte und die Huldigung der Bürgerschaft entgegennahm.

Das gespannte Verhältniss zwischen den fürstlichen Brüdern selbst bestand übrigens unverändert fort, nur dass jetzt in Heinrich „deme hertoge van deme Grubenhagen", wie man ihn nach seinem zum Wohnsitze gewählten gleichnamigen Schlosse bei Eimbeck zu nennen pflegte, den Bürgern Braunschweig's statt des gedemüthigten inneren ein neuer und schlimmerer äusserer Feind auftauchte, gegen welchen alsbald die Stadt in einem Bündnisse mit Albrecht vom 22. Oct. 1296 vor ferneren „injurie et violentie" Schutz suchen musste. In diesem wichtigen Actenstücke gewährte der Herzog den Bürgern u. A. auch die Zusicherungen, keine Sühne („sona") mit seinem Bruder „ipsis exclusis" eingehen, im Falle seiner Gefangennahme ein Drittel des Lösegeldes der Bürgerschaft überlassen, sowie dieselbe bei allen dinglichen und sonstigen Gerechtsamen bewahren zu wollen — „volumus similiter burgenses nostros in Bruneswich conservari in bonis pheodalibus, theoloneis ac juribus aliis quibuslibet intra muros et extra, cum omni plenitudine et integritate, qua ipsi et antecessores sui nostrorum predecessorum illustrium principum temporibus sunt gavisi, cupientes eos singulos ac universos benigne et fideliter pro toto nostro posse tueri in omnibus, ut tenemur jura ipsius civitatis Bruneswich meliorare, manutenere et fideliter conservare." Ausserdem ward darin zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten zwischen dem Herzoge und den Bürgern ein S c h i e d s g e r i c h t eingesetzt, und für „dissensiones aut discordiae inter ducis ministeriales et ipsos burgenses", welche innerhalb der Stadt sich ergeben würden, der herzogliche „m a r s c a l e u s" zum Richter bestellt. *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 592, 93; *UBuch der St. Br.* Nr. XIV S. 18, 19. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 122.

Einige Monate früher (am 4. Mai 1296) hatte auch Albrecht dem braunschweiger Rathe zur Deckung eines von demselben empfangenen Darlehns „omnem pensionem et censum, quem habuit in civitate sua Brunswich, scilicet quidquid de judiciis, advocaciis, teloniis, monetis, specialibus judiciis, quidquid de distinctis suis oppidis S a c c o [5]) et v e t e r i v i c o poterit derivari", pfandweise überlassen („obligavit corporali possessioni"), dabei insbesondere näher bestimmend, wie es mit den Gerichtseinkünften des Vogts („qui ex parte ducis presidebit judicio . . . et jura civitatis, sicut moris est, manutenebit, et servabit consuetudines approbatas") und den Mühlen-Reichnissen zu halten sei, sowie dass die früheren mit dem Rathe eingegangenen „placita et condicta" nichts desto weniger in Kraft bleiben sollten. *UBuch der St. Br.* Nr. XIII S. 17, 18.

---

5) Der Sack, das im XIII. Jhdt. entstandene fünfte und jüngste Weichbild, zwischen der Altstadt, der Neustadt und der Burg gelegen.

In diesem Vertrage könnte eine der Ursachen gefunden werden, welche dem günstigen Verhältnisse der Bürgerschaft zum Herzoge Albrecht mit einem Male am Ausgange des XIII. Jhdts. eine überraschende Wendung gegeben haben, so dass Letzterer neuerdings als Feind vor den Thoren Braunschweig's erschien, um mit bewaffneter Macht den Eintritt in die Stadt sich zu erzwingen. Mit diesen immerhin dunklen Ereignissen hatten sich aber auch die Feindseligkeiten zwischen den herzoglichen Brüdern sowohl, als zwischen ihnen und der Stadt völlig erschöpft, und die Versöhnung kam endlich zu Stande. Die Hauptpunkte des uns blos verstümmelt erhaltenen Sühnbriefes v. 1299, welchen hundert Bürger der Altstadt und ebenso viele aus den anderen Weichbilden beschworen haben, waren: 1) die Stadt solle den Herzogen und ihren rechten Erben fortan verbleiben, Erstere den Letzteren wider allermänniglich helfen, und nimmermehr denselben „dor nenerhande not" entfremdet werden; 2) desgleichen hätten die Herzoge der Stadt ihren Beistand zu leisten und sie zu „vordegedingen to al oren noden, also se en plichtich sin ere recht to beterende vnde nicht to ergherende"; 3) die Stadt selbst sowohl, als alle Dienst- und Burgmannen sammt dem Gesinde der Herzoge sollen „bi alsodaneme rechte, also bi ires eldervader tiden hefft gewesen", gelassen, und ihnen 4) ein „marscalc in der stat to Brunswic, dar se vmme scult er clage irvolgen", nach alter Gewohnheit gesetzt werden; 5) bezüglich der Münze und Zölle seien den Herzogen die Rechte, welche deren Grossvater gehabt, wieder herzustellen; 6) angehend die gemeindliche Verfassung, solle „en rad sitten in der Oldenstad, eyn in der Nigenstad vnd eyn in dem Hagen", diese drei Räthe aber sollten „sweren na der hertoge eren vnd der stat vromen, also oldinges wonheyt hefft gewesen"; 7) die frommen Stiftungen für das Seelenheil der im Aufruhre gefallenen Gildebrüder, namentlich die Widmung eines Altars in der Kapelle zum heiligen Geiste, seien zu vollziehen; 8) „de lude, de vordreven waren, wedder in to setten to alleme rechte"; 9) Schulden „to der hertoge nod vnd der stad not" von den Bürgern „mit sampder hand endrechtliken to gelden", und auch der von der Stadt aus Noth verkaufte Zins zu entrichten, „bet dat se den wedder kopen"; endlich 10) der Schoss von der Alten-Wik und dem Sacke zur Aufhülfe der Bürgerschaft zuzuwenden. Für etwa sich ergebende „tweyginge" wird ein Vermittlungsrath, bestehend aus zwei Rittern, vier Bürgern der Altstadt und fünf „van der anderen partie", geschaffen, welcher seinem Eide gemäss „dat verscheden sal an minne eder an rechte binnen achte dagen." *UBuch der St. Br.* Nr. XV S. 19—21. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 124.

Von jetzt an stand Braunschweig wenigstens nominell unter der gemeinschaftlichen Herrschaft der beiden herzoglichen Brüder.

1304, Nov. 22. Herzog Albrecht erweist den getreuen Bürgern zu Braunschweig die Gnade, dass er seinen gesammten Vasallen verbietet, Bürger, welche von ihnen Güter zu Lehen trügen, mit diesen einem Afterlehensherrn geringeren Standes zu überlassen — „cum racioni sit consonum et juri consentaneum ac a nostris militibus, viris prudentibus, in nostra curia approbatum, quod nullus dominus vasallum suum eo invito alienare valeat, ipsi vasallo illum, qui inferioris condicionis existat, quam ipse dominus sit, pro domino assignando; hinc est, quod . . . volumus, ut nullus noster vasallus, sive nobilis sive ministerialis existat, burgensem aliquem in Bruneswic, si jam inpheodaverit seu inpheodare contigerit in futurum, ipsum burgensem vasallum suum alienet de bonis, que ab ipso tenet in pheodo, ad hominem deterioris condicionis, quam idem dominus existat, ut ab illo pheodum recipiat remittendo." *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 594; *Scheidt*, Adel, Mantiss. docum. Nr. C S. 423; *UBuch der St. Br.* Nr. XVIII S. 25, 26. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 128. 18

1305, Dez. 21. Derselbe wiederholt den neustädter Wollentuchmachern das unter nr. 16 aufgeführte Privileg. *UBuch d. St. Br.* Nr. XIX S. 26. 19

1309, Jan. 26. Herzog Heinrich verleiht den „unionibus vulgariter dictis gilden cerdonum et sutorum" in der Alt- und Neustadt, sowie im Hagen die Gnade („hoc juris beneficium"), dass alle von deren „magistri et capitanei" bisher errichteten oder in Zukunft zu errichtenden Innungs-Statute die landesfürstliche Genehmigung, als wären sie vom Herzoge selbst erlassen, haben sollen, so dass es Niemanden zustehe, wider der Gildemeister Willen jene zurückzuziehen oder daran zu ändern. *UBuch der St. Br.* Nr. XX S. 26, 27. 20

1314, März 17. Herzog Otto („der Gestrenge") von Lüneburg verbrieft dem braunschweiger Rathe auf dessen Bitte die Zusicherung: „manumisimus, libertavimus et presentibus libertamus omnes et singulos cives ejusdem civitatis Bruneswich, tam masculos quam feminas, cujuscumque condicionis exstiterint et existant, qui prout veri cives nunc ibidem morantur et per annum et diem, quod vulgariter dicitur, jar vnd dage, 21

in jam dicta civitate sunt morati, omnesque filios et filias eorundem presentes et futuros ab ipsis in perpetuum descendentes, ab omni jure, si quod nobis et nostris heredibus in personis, possessionibus et rebus ipsorum quibuscunque competebat et competere potuisset." Auch wider die von Seite seiner Vasallen etwa zu gewärtigenden „impeticiones super aliquo jure servitutis" will der Herzog die Bürger Braunschweig's in Schutz nehmen, und würde zwischen ihnen einerseits und dem Herzoge, seinem Sohne, seinen Erben oder Vasallen anderen Theils „super predicta libertate" jemals ein Streit oder Zweifel sich erheben, so soll es einzig und allein darauf ankommen, „quicquid super hac dissensione et briganda[6]) due persone in consilio extunc in civitate Bruneswich existentes in verbo veritatis dixerint." *Emminghaus*, Corp. Juris Germ. I Nr. 121 S. 56, 57; *UBuch der St. Br.* Nr. XXII S. 29, 30. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 132.

22 **1318**, Oct. 28. [**Erster s. g. Huldebrief.**] Herzog Otto „der Milde" gewährleistet seinen Bürgern zu Braunschweig nach empfangener Huldigung, dass er und seine Erben niemals die Anlage eines „closters oder convents mit gheystliken luden, mannen oder vrowen, . . . binnen der stat vnde der muren to Bruneswich, vnde ok buten der stat, also verne also ere vedrift is", gestatten wollten; dass die Bürger der Alt- und Neustadt, des Hagen's und der Alten-Wik bei der Gnade und dem Rechte, „dat de scholen vri wesen van allerleye ansprake", verbleiben, desselben Rechtes aber auch diejenigen geniessen sollten, welche „na desseme dughe, also disse bref ghegheven is, in de sulven vorseghedeu ver stede der stat to Bruneswich voren vnde borghere worden, vnde openbare dar weren iar vnde dach ane ansprake", wogegen einen binnen dieser Zeit Angesprochenen „de rat to neneme borghere hebben scolde, he ne hedde sek vorliket mit der herscap"; dass der Herzog und seine Erben „de vif stede der stad to Bruneswich beschermen vnde vordeghedingen willen vnd scolen al eres rechtes vnde erer vriheyt, alse se oldinges von iren elderen ghehad hebben vnde hebbet, vnde ere recht beteren vnde nicht ergheren" [7]); dass alle Klagen wider Bürger vor dem herzoglichen Gerichte angebracht werden müssten; dass die vorgenannten Bürger der fünf Weichbilde ihre Rechte wohl nach Gutdünken verbessern möchten, unbeschadet der herzoglichen Gewalt, sowie dass „wur dar neman ene clage, dar ne neman richten" dürfe[8]); dass dieselben Bürger und ihre Güter im ganzen Lande und allen Schlössern des Herzogs zollfrei bleiben; dass ferner in der Stadt und binnen ihrer „vedrift" der herzogliche Vogt, zwischen den „mannen vnde borgeren" aber der Marschalk richten[9]), und die Dienstmannen keinen Bürger „mit lengude an enen anderen herren, de beneden eme si, wisen" sollten[10]); dass endlich die Bürger bei allen von den früheren Fürsten erhaltenen Rechten bewahrt und ihnen diese „ganz vnd stede" gehalten, sowie wider jede „Vorunrechtung" geschirmt werden sollten. *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 623, 24; *UBuch der St. Br.* Nr. XXIII S. 30, 31. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 133 flg.

1323, Mai 20. [**Zweiter Huldebrief.**] Die Herzoge Heinrich („de Graecia"), Ernst, Wilhelm und Johann — Söhne Heinrich's des Wunderlichen — erneuern der Stadt Braunschweig das vorstehende Privileg mit einigen eingeschobenen Zusätzen über den Lehensbesitz und freien Gütertransport der Bürger, die Stellung des herzoglichen Gesindes zu denselben in Rechtssachen, die Nichtübung einer „sulfrichte" von Seite der Herzoge wider missethätige Bürger, ausgenommen sie „worden begrepen vppe dher hanthaftegen daet enes dotslages", den Reinigungseid bei Beschuldigungen der Stadt („wil oc jenech man dhe stad sculdeghen, dath to eden ghedelet wert, dhes mogen se twene radman afnemen mit ereme rechte") u. a. m., sowie mit der allgemeinen Zusicherung, alle von den früheren Herzogen, namentlich Heinrich, herrührenden „breve . . . dher stad vnde der borgheren to Bruneswic ganz vnde stede to holden, sunder jenegherleye redhe." *Rehtmeyer* a. a. O. S. 532, 33; *UBuch der St. Br.* Nr. XXV S. 32, 33. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 136. 23

1342, Apr. 14. Der Rath der Stadt Braunschweig gelobt den lüneburgischen Herzogen Otto und Wilhelm, vermuthlich um des häufig gestörten Wegfriedens willen, ihnen während der nächsten drei Jahre gegen Jedermann, die übrigen Herzoge von Braunschweig und den Grafen Konrad von Wernigerode ausgenommen, mit seinen Schlössern „behulpen to wesen", und auf Erheischen mit fünfzig gewappneten Mannen — dreissig „mit orssen vnde mit helmen" und zwanzig „mit ledeghen hingsten" — unter seinem Banner zu folgen, vorausgesetzt dass er ihnen „nicht helpen en kunde minne eder rechtes", wobei noch bestimmt wird, dass 24

6) Aeltere Abdrücke: „dissensione extirpanda."

7) Aus dem Sühnbriefe v. 1299 §. 2.

8) Ebendas. §. 5.

9) S. Bündniss v. 1296.

10) S. nr. 18.

etwa hierüber entstehende Zwistigkeiten vor ein aus je „twen vrunden" der beiden Parteien und einem beiderseits gekorenen „overmanne" gebildetes Schiedsgericht gebracht werden sollten. *Sudendorf*, UBuch Thl. II Nr. 10 S. 7. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 139.

25 **1345**, Febr. 15 [11]) [**Dritter Huldebrief.**] Die Herzoge Magnus I. und Ernst — Herzog Otto's des Milden Brüder — erneuern den Bürgern sämmtlicher „vif stede oerer stad to Bruneswich" (indem jetzt auch der „Sack" den anderen gleichgesetzt wird) die im Freiheitsbriefe ihres genannten Bruders [nr. 22] enthaltenen Rechte, unter Beifügung des im Privileg v. 1323 [nr. 23] hinsichtlich der Bürgerlehen ausgesprochenen Grundsatzes. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 631, 32; *Sudendorf* a. a. O. Nr. 94 S. 59, 60; *UBuch der St. Br.* Nr. XXIX S. 37, 38.

26 **1345**, Febr. 16. Dieselben überlassen wiederkäuflich (pfandweise) dem braunschweiger Stadtrathe für 690 Mark reinen Silbers „advocaciam suam in Brunszwic, sicut Otto dux quondam in Brunszwic ipsis eandem vendidit ac dimisit, necnon specialia judicia sua, scilicet veterem vicum et Saccum, cum inhabitantibus ibidem, ita videlicet, quod inhabitantes ibidem obedientes et subjecti erunt ipsis [consulibus] in collecta, que vulgo schot dicitur, seu contribucionibus aliis quibuscumque ac omnibus articulis et casibus et juribus, quibus burgenses eorum ipsis sunt subjecti." *Rehtmeyer* a. a. O. S. 632; *Sudendorf* a. a. O. Nr. 95 S. 60, 61; *UBuch der St. Br.* Nr. XXXII S. 40, 41.

Die im Documente erwähnte Verpfändung der Alten-Wik und des Sackes durch Herzog Otto gehört dem J. 1325 an. Vgl. *UBuch der St. Br.* Nr. XXVI S. 33, 34.

27 **1345**, Febr. 16. Dieselben wiederholen desgleichen die von ihrem verstorbenen Bruder Otto vollzogene „vorsettinge oeres huses to der asseborch" sammt dem „richte vnde goding" zu Altvelt und anderen Besitzungen und Gerechtigkeiten an den Rath der Stadt Braunschweig, das Versprechen hinzufügend, dass „de borchmanne to der asseborch scolet on [den borgheren an deme Rade vnn der stad to Brunswic] don ene rechte borchhude vnn borchvrede". *Sudendorf* a. a. O. Nr. 97 S. 61, 62.

28 **1345**, Mai 15. Herzog Magnus [12]) gewährt dem Juden Jordan von Helmstädt und dessen Erben befriedeten Aufenthalt in der Stadt Braunschweig („to wonende an vseme vrede") und „al dat recht, dat sine ioden to Brunswik hebben, dat neman, weder Jode noch kerstene, se ne scal beklaghen, wenne vor der scole, dar se hebbet beter recht der scult to entgande, wenne ieman vppe se to bringende"; setzt ferner ihre jährlich an Michaelis und Ostern fälligen Zinse mit der Zusicherung fest, „se nicht vnredeliken to bescatten", entbindet sie von der gemeinen Judenbeede, und verspricht endlich denselben, sie gegen die übrigen braunschweigischen Fürsten zu beschirmen. *Sudendorf* a. a. O. Nr. 118 S. 73, 74; *UBuch der St. Br.* Nr. XXXIII S. 41. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 142.

29 **1345**, Mai 29. Derselbe verpfändet dem Rathe und den Bürgern zu Braunschweig auf drei Jahre seinen „deyl der munitye darsulves." *Sudendorf* a. a. O. Nr. 121 S. 75; *UBuch der St. Br.* Nr. XXXIV S. 42.

Diese Münzverpfändungen wiederholten sich, hie und da mit Veränderung der Zeitdauer, im Laufe des XIV. Jhdts. öfter, so 1348, 1357, 1360, 1369. An ihre Stelle traten nachher (1370, 1371) allgemeine Verpfändungen der herzoglichen Einkünfte „an der vogedie, an der muntye, an den joden vnde an den molen" oder nur „an der vogedie vnde an der muntye." *UBuch der St. Br.* Nr. XXXVI, XL, XLIII, XLVII – IX S. 42, 48, 51, 55—57.

30 **1346**, Dez. 6. Herzog Magnus nimmt die „gemeynen joden to Brunswig in sine beschermnisse", und verspricht, dieselben „bij rechte to beholden." *Sudendorf* a. a. O. Nr. 197 S. 113; *UBuch der St. Br.* Nr. XXXV S. 42.

31 **1349**, März 23 [13]). Derselbe verordnet auf Grund einer von den Juden zu Braunschweig mit ihm gepflogenen Theidigung, dass ein Jude, welcher „mit ener missedat berochtiget eder besproken worde", nur dann „sin recht vmme liden" möge, wenn er durch zwei Christen und zwei Juden, „de vnbesprokene lude weren", des Verbrechens überführt, oder „vppe der openbaren hanthaftighen dat begrepen" würde, die anderen Juden aber solches niemals entgelten sollten. *Sudendorf* a. a. O. Nr. 307 S. 165, 66; *UBuch der St. Br.* Nr. XXXVII S. 42, 43.

32 **1349**, März 27. Abgeordnete des Herzogs Magnus und des Rathes der Stadt Braunschweig legen einen zwischen beiden Theilen entstandenen Zwist — dessen Veranlassung die Belastung der städtischen Meier auf dem Lande mit Beeden, sowie der Bürger selbst mit Zöllen durch die herzoglichen

---

11) So richtig *Dürre* a. a. O. S. 140. Die Herausgeber der UBücher nehmen den 14. oder 8. Febr. an.

12) An ihn war nämlich in der Landtheilung v. 17. Apr. 1345 [*Sudendorf* a. a. O. Nr. 104 S. 64—67] die Stadt Braunschweig gekommen.

13) Nach der LA. bei S. „feria sexta post Letare": März 27.

Beamten gewesen — in der Art bei, dass der Herzog die Rechte der Bürger anerkennt und denselben „ein holder gnädiger Herr" sein zu wollen verspricht. (R.) *Dürre* a. a. O. S. 144.

33 **1361**, Jun. 29. [**Vierter Huldebrief.**] Die Herzoge Albrecht und Johann (Jan) von Grubenhagen — an den Hoheitsrechten über die Stadt mitbetheiligt — erneuern für die Stadt Braunschweig das Privileg der Söhne Heinrich's des Wunderlichen v. 1323 [nr. 23] mit unbedeutenden Abänderungen. *UBuch d. St. Br.* Nr. XLIV S. 51—53.

34 **1367**, Sept. 1. [**Fünfter Huldebrief.**] Herzog Otto „der Quade" von Göttingen ertheilt aus demselben Grunde der Stadt Braunschweig einen mit dem voranstehenden völlig inhaltsgleichen Freiheitsbrief. *UBuch der St. Br.* Nr. XLV S. 53, 54.

35 **1367**, Oct. 26. [Der s. g. **kleine Huldebrief.**] Herzog Magnus II. „mit der silbernen Kette" verheisst — bei Uebernahme der Mitregentschaft neben Herzog Wilhelm in Lüneburg — dem Rathe und der Stadt Braunschweig, um der seinem Vater (Magnus I.) erwiesenen günstigen Dienste willen, treuliche Vertheidigung und Belassung bei ihren Gnaden und Rechten zu allen Zeiten; Nichtbeschwerung ihrer „meyere mit bede eder mit denste eder ienegerleye wis", sowie überhaupt Verschonung der Bürger und ihrer Angehörigen mit jeder schädlichen „nyen sattunghe"; Aufrechthaltung des ihnen gebührenden Gerichtsstandes; Anerkennung des eidlichen Zeugnisses zweier Rathmannen als Auskunftsmittels bei zweifelhaften Gerechtsamen des Stadtrathes („were ok, dat ienigh schelinghe tuischen os vnde deme rade to Brunswich velle, wat denne twene man vte deme rade mit oreme rechte behelden, dat ore olde wonheyt vnde recht hedde ghewesen, dar scolde we se bi laten vnde bi beholden"), sowie des Reinigungseides zweier Glieder aus dem Rathe bei Beschuldigungen des letzteren; Förderung und nicht „Kränkung" ihrer Rechte; endlich Bestätigung aller herrschaftlichen Huldebriefe und sonstigen Privilegien. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 639, 40; *UBuch der St. Br.* Nr. XLVI S. 54, 55.

36 **1371**, Febr. 14. [**Sechster Huldebrief.**] Herzog Magnus II. — durch seines Vaters Tod im J. 1369 zur Herrschaft im Lande Braunschweig gelangt — begnadet die Stadt Braunschweig mit einem, die Privilegien v. 1323 [nr. 23] und 1367 [nr. 35] unter unerheblichen Modificationen zusammenfassenden, nur mit wenigen Zusätzen, z. B. über die processualischen Folgen der Rechtsverzögerung bei dem Marschalls-Gerichte, erweiternden Confirmationsbriefe *UBuch der St. Br.* Nr. L S. 57—59.

1371, März 12. Derselbe erlaubt dem 37 Rathe und den Bürgern zu Braunschweig, „dat se moget dat Water, de Ocker, maken vnde rümen edder rümen laten, also, dat se vnde de ore, vnde we des behovet, varen moget myt Schepen wente to Zelle, wedder vnde vord, vngehindert vnde vnbeschadet", zugleich die Zusage beifügend, dass die Schifffahrt durch keine Mühlen- und andere Flussbauten gehemmt, durch keine Zölle erschwert, bei „gruntroringe" keinen Güterverlusten unterworfen, endlich, was das Schiff und die Ladung betrifft, selbst dann nicht aufgehalten werden solle, wenn etwa „vppe den Schepen dotsclach, schende, edder wunden, edder ander sülfgerichte gedan" würde. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 649, 50.

1374, Febr. 3. **Siebenter Huldebrief** der 38 Herzoge Friedrich und Bernd (Bernhard), der Söhne des 1373 im Kampfe gefallenen Herzogs Magnus II., sich in Fassung und Inhalt dem Ottonischen Privileg v. 1367 [nr. 34] annähernd. *UBuch der St. Br.* Nr. LI S. 59—61.

1374, Mai 17. **Achter Huldebrief** des Her- 39 zogs Ernst, des Sohnes von Magnus I. und Bruders von Magnus II., welchem ebenfalls gewisse Rechte in der Stadt Braunschweig zugestanden, weswegen er sich von deren Rath und Bürgern huldigen liess. Das Privileg ist, von einigen unwesentlichen Zusätzen abgesehen, blose Wiederholung von nr. 38. *UBuch der St. Br.* Nr. LII S. 61—63.

Zum zweiten Male erfüllten in den J. 1374 und 1375 die Stadt Braunschweig alle Gräuel eines blutigen Bürger-Aufstandes, welchen das *Shigt-Bok* (II S. 21—32) als „Shigt des Rades" bezeichnet hat. Diesmal galt es nichts Geringeres, als dem in seiner schroffen Abgeschlossenheit von den übrigen Ständen längst verhassten Patriziate das städtische Regiment zu entwinden und einen volksthümlichen Rath — „van allen ammeten, also id en behagede" — einzusetzen. Die Schwäche der durch die misslichen Verhältnisse im Fürstenhause selbst vielfach gelähmten herzoglichen Gewalt machte es den Empörern leicht, in den gesammten Weichbilden der Stadt — mit einziger Ausnahme der ihren Geschlechterrath mit aufopfernder Treue beschirmenden Alten-Wik — einen rasch zum Endziele führenden Aufruhr zu organisiren. Der alte Rath, verschiedener Ränke [„nige funde"] und Uebergriffe, namentlich in Ansehung der Steuer-Auflagen, beschuldigt, unterlag; sechs ehrwürdige Häupter fielen als Opfer blinder Pöbelwuth unter dem Henkerbeile, und die „shigtmäkers satten

sik sülven in der doden stidde vnde der fordreven.“ Aber bei allem Uebermuthe fühlten die neuen Rathsherrn doch nur zu bald, wie unhaltbar ihre Stellung sein würde ohne fürstlichen Schutz. Sie wandten sich daher an Herzog Otto von Wolfenbüttel und erlangten von ihm um schweres Geld am 27. Mai 1374 die vertragsmässige Zusicherung, dass er sie in Fällen der Noth mit bewaffneter Hand vertheidigen und schirmen werde. Allein als die Tage der Gefahr kamen, hielt der Herzog der ringsum befehdeten Stadt sein verkauftes Fürstenwort nicht. Auch die am 10. Aug. 1374 erzielte Versöhnung mit den eigenen Landesherrn, den Herzogen Friedrich und Bernhard, vermochte zwar die aufgeregten Gemüther und erwachten Gewissen zu beruhigen; denn die Fürsten erklärten im Sühnebriefe: „alle Unwille vnd twidracht, de twischen vns vnd vnsen leven getruwen, deme Rade vnd den Borghern to Brunswigk wente an desse tyd gewesen is, scal genzliken vnd all by wesen, vnd hebbet (we) vns des mit oen wol bericht, vnd by namen vmme de Schicht, de geschen is twischen deme olden Rade vnde der meynheit to Brunswik, dar enschulle we vnde vse Erven den Rad vnd de Borgere to Brunswik vnd nemands mer vmme andegedingen, vnd nenerleye Ansprake an yemande darumme don.“ [*Rehtmeyer* a. a. O. S. 661.] Allein auf die immer trüber sich gestaltenden äusseren Verhältnisse der Stadt vermochte dieses Ereigniss keinen Einfluss mehr zu äussern. Jene erreichten vielmehr den höchsten Grad, als sich wieder die Hanse zur Rächerin des in seinen althergebrachten Rechten gekränkten Patriziats aufwarf und Braunschweig aus ihrem Bunde hinausstiess. „De stad word swak“ — bemerkt hier das *Shigt-Bôk* — „de rad vnde borgere worden arm, so dat se mosten vpsätten sware zise, molenpennig, vnde dat shot, dat se mosten fan der mark geven twige agte pennige vnde agte nige shilling to foreshote [14]), vnde darenboven, wan de rad geldes bedarv hadde, so moste ein islik rades-persone eine mark vtläggen. Vnde dat stod so hen in dat sevede jar, dat de slägte darbuten vnde de binnen der stad Brunswyk to beident siden mode worden. Ok in der tyd forstorv der shigtmäkers fele, de de forgingen an live vnde an gude.“ Erst als der braunschweigische Rath, welcher übrigens schon seit 1376 wieder mit Männern aus den Geschlechtern besetzt erschien, endlich, nachdem selbst des Kaisers Fürsprache fruchtlos gewesen, im J. 1380 unter den schwersten und beschämendsten Demüthigungen die Wiedereinsetzung seiner Bürger „in ore kopmansregtigheid“, d. h. die neuerliche Aufnahme in die Reihe der Hansestädte, durchgesetzt hatte, kehrte in die friedlose und an Vermögenskräften völlig erschöpfte Stadt mit dem neu belebten Verkehre auch Wohlstand und Ordnung allmälig zurück. Vgl. *Dürre*, Gesch. S. 151—68.

1384, Febr. 16. **Neunter Huldebrief** Her- 40
zog Friedrich's von Grubenhagen, den Bürgern in den fünf Weichbilden Braunschweig's die im Huldebriefe der Herzoge Albrecht und Johann v. 1361 [nr. 33] begriffenen Rechte mit einigen unwesentlichen Worteinfügungen und einem, die Beihülfe zur Verfolgung „orer mortbernere eder orer stratenrövere“ betreffenden Zusatze wörtlich erneuernd. *UBuch der St. Br.* Nr. LV S. 78, 79.

1384, Apr. 23. Sechzig und einige Bür- 41
ger der Stadt Braunschweig aus den Geschlechtern „vorenen seck nu van Sante Johannes Daghe to Middensommere an vort over eyn Jar, also dat orer eyn deme andern schal behulpen wesen, oft se na desser tydt buten der Stadt jement vorunrechtegede“, zugleich Bestimmungen über die innere Organisation der von „Hovetlüden“ geleiteten rein-militärischen „Selschop“ — welche den Namen der **„Lilienvente“** erhielt — hinzufügend. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 666. Vgl. *Ribbentrop* a. a. O. S. LXXXI flg. *Lachmann* a. a. O. S. 113 flg. *Dürre* a. a. O. S. 173 flg.

In das Jahr 1384 fallen auch die ersten Anfänge der grossen von Braunschweig mit den Städten Goslar, Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben abgeschlossenen Landfriedens-Einigung, sowie der Befestigung des städtischen Gebietes durch s. g. Landwehren. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 174—77.

1385, März 23. Der römische König 42
Wenzeslaus begnadet die Bürger von Braunschweig und der übrigen im obigen Bündnisse befindlichen Städte dahin, dass bei Vorladungen derselben, es sei nun von zwanzig, dreissig, minder oder mehr, an das Land- [Friedens-] Gericht — „zween aus dem Raht von derselben Stadt, daraus sie geladen werden, die Geladene verantworten und ledigen mögen vor dem Land-Gericht nach Land-Friedens-Recht, und sechs unverlegener Mann, die den Land-Friede geschworen haben, zu ihn nemen sollen.“ *Rehtmeyer* a. a. O. S. 657. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 175.

1386, April 1. Die braunschweigischen 43
Herzoge Friedrich [15]) und Bern-

14) Vorschoss, Vorschuss.

15) Von einer früher durch ihn allein mit

hard[16]), des Herzogs Magnus Söhne, „berichten sek fruntliken vnde wol myt deme rade to Brunswigk aller schulde vnd schelinge, de twisschen on gevallent sind wen an dussen dach“, versprechen den Bürgern, „se by gnaden, bi rechte vnde by orer wonheit laten“ zu wollen, bestätigen ihnen das Recht der Getränke-Auflage und des Korn-Ausfuhr-Pfennigs (die fürstlichen Bauern, sowie die Pfaffen, Ritter und Knechte davon ausnehmend), behalten sich zur Anlage einer Wassermühle auf der „Ghiseler heyd“ die besondere Genehmigung vor, und sichern endlich dem Rathe und der Bürgerschaft Vertheidigung ihrer Rechte und Nichtkränkung der früheren von der „herscopp to Brunswigk“ empfangenen Briefe zu. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 668. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 181, 184.

Den gleichzeitigen und gleichlautenden Sühn- und Schutzbrief Herzog Friedrich's von Grubenhagen, des Sohnes Herzog Ernst's, theilt das *UBuch der St. Br.* Nr. LVI. S. 79, 80 mit.

44 **1390**, Mai 19. Pabst Bonifaz IX. entbindet die Bewohner der Stadt Braunschweig (sowie von Halberstadt und Hildesheim) von Ladungen an auswärtige (geistliche) Gerichte, „dummodo infra opidum ipsum sint parati, conquerentibus exhibere justicie complementum coram judice competenti“, d. h. vor dem durch den Diöcesanbischof ernannten Official[17]). *UBuch der St. Br.* Nr. LXXI S. 195.

45 **1390**, Mai 22—24. Herzog Friedrich von Braunschweig bestätiget seiner gleichnamigen Erbstadt gegen ein von ihr erhaltenes Darlehen von 300 Mark neuerlich alle derselben früher ertheilten Rechte und Freiheiten. (R.) *Dürre* a. a. O. S. 184.

46 **1392**, Aug. 1. Derselbe nimmt seine Stadt Braunschweig in den mit Bischof Gerhard von Hildesheim, Bischof Ruprecht von Paderborn, Herzog Otto von Lüneburg, Landgraf Hermann zu Hessen, Herzog Friedrich von Grubenhagen, sowie mit den beiden oben genannten Brüdern Bernhard und Heinrich „geloveten frede“ mit der Zusicherung auf, dass „ore Privilegia, gnade, Fryheit, olde wonheit vnde Recht . . . mit düssem Frede nicht verbroken werden, sunder by aller örer macht bliven scullen.“ *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 673, 74. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 183.

1399, Sept. 18. Derselbe überlässt dem 47
Rathe und den Bürgern zu Braunschweig für 410 Mark wiederkäuflich (pfandweise) seinen „veerden deel des Möhlentinses vnde Gülde an allen Möhlen to Brunschwig.“ *Braunschw. Händel* Thl. I S. 116; *Rehtmeyer* a. a. O. S. 676, 77. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 184 flg.

1400, Jul. 17. **Zehnter Huldebrief** der Her- 48
zoge Bernhard und Heinrich [der Brüder des ohne männlichen Erben verstorbenen Herzogs Friedrich] von Braunschweig, bis auf wenige Zusätze und Wort-Einschiebungen dem siebenten Huldebriefe von 1374 [nr. 38] sich annähernd. Die Zusätze betreffen die Bürgerlehen (§. 16 „Ok en wille we des nicht, dat jenich vnser man sek jenich gud lenen late, dat vnse borghere vnd borgersschen to Brunsswich in oren lensschen weren hebben“) und die Nichtaufnahme der Stadt feindlich gesinnter Leute von Seite der Fürsten (§. 20). *Rehtmeyer* a. a. O. II S. 686, 87; *UBuch d. St. Br.* Nr. LVII S. 80—82.

1400, Jul. 17. Herzog Heinrich er- 49
theilt den Bürgern Braunschweig's die Zusicherung, sie bei dem etwaigen früheren Ableben seines Bruders Bernhard belehnen zu wollen „ane ghave vnde wedersprake mit alsodaneme gude, alse jowelk irer van der Herscap to Brunschwich hebben scall, vnde van sineme Vader ghehat hefft, vnd van sineme brodere Hertogen Bernde nu hefft“, vorausgesetzt, dass rechtzeitig um die Lehensreichung nachgesucht werden würde — „were aver dat id der borgere welk mit vorsate verhelde, dat he sin gud binnen jare vnde daghe nicht entfenghe, vndt ön ok nein echt nod daran en hinderde, dass en scolde one de Rad nicht vordegedinghen.“ *Rehtmeyer* a. a. O. S. 714.

1400, Sept. 24. **Eilfter Huldebrief** des 50
Herzogs Otto (Cocles) von Göttingen, Wiederholung des Huldebriefs Otto's des Quaden v. 1367 [nr. 34], nur erweitert durch Beifügung zweier Artikel, den Beistand in Verfolgung von „rechtin mordberneren adir rechtin straszinrouberen“ (§. 21) und die Nicht-Bewilligung einer Auflassung oder Incorporirung der „parren in der staid zcu Brunswig bynnen der müren“ in fremde Hand durch des Herzogs „fetern vnde gaenerbin“ (§. 22) betreffend. *UBuch der St. Br.* Nr. LVIII S. 82—84.

1401, Apr. 18. **Zwölfter Huldebrief** Her- 51
zog Erich's von Grubenhagen, in einer Verbindung des die Grundlage bildenden Friedrich'schen Huldebriefs v. 1384 (nr. 40)

Braunschweig abgeschlossenen Sühne steht die Urk. v. 8. Jul. 1384 b. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 667.

16) Der dritte Bruder, Herzog Heinrich, tritt in selbständiger Urkunde (*Rehtmeyer* a. a. O. II, 713) obigem Sühnbriefe bei.

17) Vgl. dazu die beiden Urkunden desselben Pabstes über Anordnung des Officialats in der Stadt v. 1391 und 1395 im *UBuch der St. Br.* Nr. LXXII, LXXIII S. 195—202.

mit einzelnen Sätzen des Ottonischen v. 1400 (nr. 50) und des Magnus'schen Freiheitsbriefes v. 1367 (nr. 35) bestehend. *UBuch der St. Br.* Nr. LIX S. 84, 85.

52 **1402**, Sept. 25. König Ruprecht gibt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Braunschweig um der ihm und dem Reiche geleisteten treuen und genehmen Dienste willen die besondere Gnade und Freiheit, „daz zwene vsz dem rat der stat zu Brunswig, die derselbe rat darczu schiecket vnd yn daz enphielhet, verstên, verantworten vnd entledigen mogen die rete, burgere vnd jnnewonere der stat zu Brunswig, als sie mit der muren begriffen sint samentlich oder besunder, an des richs hoffgeriechte, an allen vnd iglichen lantgeriechten vnd andern werntlichen geriechten, sie sin heimlich oder offinbar, für die die obgenanten burgermeistere, burgere vnd jnnewonere der stat czu Brunswig geheischen oder geladen worden vmb welcherley hande werntliche sache daz were, ane allermenglichs hinderniss vnd wiederrede" [s. nr. 42], und bestätiget die alten Freiheiten in Beziehung auf die Bürger-Lehen. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 690; *Lünig*, RArchiv Thl. XIV S. 221; *UBuch der St. Br.* Nr. LXVI S. 190, 91. Vgl. *Chmel*, Reg. Rup. S. 76 nr. 1322; *Dürre* a. a. O. S. 188.

53 **1404**, Jun. 14. Die Herzoge Bernhard und Heinrich gestatten dem Rathe ihrer Stadt Braunschweig die Anlegung einer Steingrube auf dem Lindenberge bei Thiede. (R.) *Dürre* a. a. O. S. 187.

54 **1412**, März 13. Herzog Bernhard und sein Sohn Otto gewähren dem Rathe und den Bürgern der Stadt Braunschweig die Freiheit und Gnade, „dat se pennige mogen munten, maken vnde smeden laten, wanne vnde wu dicke one dat beqweme wesen duncket, myt alsodannen merken vnde tekenen, alse one dat begweme were, de ghinge vnde geve wesen schullen jn alle dem lande to Brunswigk, alse dat drittich schillinge eyne brunswigkesche mark weringe gelden schullen", und die Herzoge verzichten zugleich auf alle „rente" und „sleyschat" aus dieser Pfennig-Prägung. W. J. L. *Bode*, Das ältere Münzwesen der Staaten und Städte Niedersachsens, Braunschw. 1847. 8°., S 187 flg.; *UBuch der St. Br.* Nr. LXIV lit. A. S. 185, 86.

Aehnliche Verzichtsbriefe auf das Münzrecht stellten die Herzoge Heinrich und Wilhelm von Lüneburg am 11. Mai, Otto (Cocles) von Göttingen am 4. Juli, Erich zu Salzderhelden am 25. Juli, und Friedrich zu Osterode am 15. Aug. desselben Jahres aus, sämmtlich gedruckt im *UBuch der St. Br.* a. a. O. litt. B—E S. 186 — 89. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 191—93.

1415, Febr. 1. König Sigismund begnadet Rath und Bürgerschaft zu Braunschweig, deren Bitten entsprechend, mit der Befreiung von Ladungen an auswärtige Gerichte — „proconsulibus, consulibus, incolis et universitati Brunswicensi . . . . ., ut in quibuscunque causis mere civilibus et etiam criminalibus extra dictum opidum Brunswicense ad quecunque seu qualiacunque forensia et secularia juditia publica vel privata in spetie vel in genere, salvo nostre ad majestatis audientiam, trahi seu evocari nequeant, quinymmo ibidem in dicto opido, si et in quantum actori vel actrici justitia manifeste denegata non fuerit, juxta dicti opidi municipalia jura et imperialia statuta juri et diffinitioni stare debeant, indulgemus et auctoritate romana regia de plenitudine romane regie potestatis concedimus per presentes. Volumus tamen et eadem auctoritate decernimus, quod unicuique coram sibi competente judice et non suspecto jus, prout equitatis et ordo dictaverit rationis, ministretur, obstaculis semotis quibuscunque, nostris et imperii sacri juribus semper salvis." *Rehtmeyer* a. a. O. S. 700, 01; *Lünig* a. a. O. S. 222; *UBuch der St. Br.* Nr. LXVII S. 192, 93. 55

1415, Febr. 2. Derselbe bestätiget und erneuert den „burgermeisteren, reten vnd burgeren gemeinleich der stat ze Brunsweich . . sinen vnd des reichs lieben getruen" auf deren durch eine „erber vnd mechtige botschaft" ihm vorgetragenes demüthigliches Gesuch „alle vnd igleiche ire gnade, frijheite, rechte, gute gewonheite, brieve, privilegia vnd hantvesten, wie die von worte ze worte lutend vnd begriffen sind, die sy von sinen vorfarn, römischen keisern vnd kungen, vnd den hertzogen von Brunsweich vnd Lunenburg vnd sust andern fursten vnd herren erworben vnd redlich herbracht haben", verspricht, die Bürger „dabey ouch gnedicleichen hanthaben, schirmen vnd beliben lassen" zu wollen, und fügt schliesslich ein hierauf bezügliches Gebot an alle Fürsten, Grafen, Freie, Ritter, Knechte und Amtleute hinzu. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 701; *UBuch der St. Br.* Nr. LXVIII S. 193 [18]). 56

1417, März 18. Derselbe ertheilt dem uralten Privilege der braunschweigischen Stadtgemeinde, dass Jeder, welcher Jahr und Tag unangefochten innerhalb der städtischen Mauern seinen Wohnsitz gehabt, als Freier gel- 57

18) Ueber den die J. 1413 — 1415 umfassenden „Papenkryg" s. *Shigt-Bôk* Nr. III S. 33—48 und *Dürre* a. a. O. S. 197—205.

ten solle, seine neuerliche Bestätigung — „welich menschen, sy sin menlichs oder wiplichs geslechtes, jn die vorgenante stat Brunswig geczogen, vnd dorinn ein jare vnd einen tag oder mere offenlich, huslich oder heblich gesessen vnd gewonet haben, oder furbass in dieselben stat Brunswig ziehen vnd dorinn eyn jare vnd einen tag offenlich, huslich oder heblich siczen oder wonen werden, also das sy von den herren oder lüten, sy sin geistlich oder werntlich oder welicherley wesens die sind, die dann meynen eygenschaft vf denselben menschen czu haben, in denselben eynem jar vnd einem tag nit gevordert oder angesprochen werden, dieselben menschen alle vnd igliche sollen nach solichen jare vnd tag von solicher eygenschaft embunden, frij vnd ledig sin, vnd ouch als andere burgere zu Brunswig, der vordern frij burger daselbs von alter her gewest sind, gehalden, geahtet vnd genant werden, von allermenigclichen vngehindert, doch herinn vsgenomen vnverrechent amptlute vnd kneht vnd megde, die vmb genant lone vnd rente gedinget weren, vnd solich czijte nit vssgedienet hetten. Was ouch menschen sich in die vorgenante stat heimlichen stelen, vnd dorinn offenlich, huslich oder heblich jar vnd tag nit siczen, die sullen der vorgeschriben vnser kunglicher gnade nit geniessen.“ *Braunschw. Händel* Thl. II S. 939 flg.; *UBuch der St. Br.* Nr. LXXV S. 203–5.

58 **1422**, Sept. 13. **Dreizehnter Huldebrief** Herzog Otto's (von Grubenhagen) zu Osterode für „seine“ [d. h. die nur noch in gewissen Rechtsbeziehungen zu ihm stehende] Stadt Braunschweig. Den Hauptinhalt desselben bilden die, jedoch mit mannigfachen Modificationen und Einschaltungen wiederkehrenden Huldebriefe der Herzoge Bernhard und Heinrich v. 1400 [nr. 48] und des Herzogs Erich von Grubenhagen v. 1401 [nr. 51]. Dazwischen eingefügt finden sich neue landesfürstliche Zusicherungen, betreffend das Präsentationsrecht zur Pfarrkirche und die Verleihung geistlicher Lehen (§§. 2, 3), die „rechtschedinge“ bei Zwistigkeiten zwischen dem Herzoge und den Stadtbürgern (§. 12), das Verfahren, wenn Letzteren obliegt, dem Herzoge und dessen Erben gegenüber „öre breve edder privilegia tho bewisende“ (§. 15), die Verschonung der Bürger mit Pfändung und Arrest, ausgenommen sie weigerten sich „rechtes tho plegen“, sowie die Unzulässigkeit einer Schuldhaftung des einen Bürgers für den anderen, er müsste denn „der sake mede sulffschuldig“ sein (§§. 24, 25), die Beschränkung des Wehrdienstes der Bürger auf „bedreplike saken, de des hertoges personen, landt vnd lude, frigheit vnde recht anrorende wehren“ (§. 33), endlich die Einräumung „einer primarien vnde der ersten bede“ an den Rath zu Braunschweig in Fällen einer vom Herzoge zu vergebenden „provestie, parkercke edder canonie“ (§. 34). *UBuch der St. Br.* Nr. LXXVII S. 209–12.

1422, Sept. 13. Derselbe verspricht bei 59 der Huldigung den Bürgern von Braunschweig zugleich, denjenigen von ihnen, welche im Besitze grubenhagischer Lehen seien, ohne Gabe die Belehnung zu erneuern. (R.) *Dürre* a. a. O. S. 208.

1423, Nov. 16. Die Prälaten, die 60 Ritterschaft und die Städte des Landes Braunschweig bringen, zur rechtlichen Entscheidung in einer schwebenden Streitsache zwischen den Herzogen Bernhard, Otto und Wilhelm einer- und dem Rathe der Stadt Braunschweig andererseits nach Vereinbarung der Parteien [19]) aufgefordert, zwischen denselben einen Vergleich zu Stande, in Folge dessen zuvörderst die Herzoge der Stadt versprechen, sie bei allen ihren Rechten und Privilegien zu lassen und zu beschützen, wogegen aber auch diese das Beste der Herrschaft in alen Stücken suchen und fördern solle. Ausserdem wird näher bestimmt, wie es mit der in den Händen der Stadtgemeinde befindlichen Warneburg bei Schladen, mit den im Streite befangenen vier Mühlen, mit der Münze und den Zöllen, bezüglich der städtischen Meyer u. s. w. nunmehr zu halten sei. (R.) Inhalts-Darstellung bei *Rehtmeyer* a. a. O. III S. 1853, 54. Vgl auch *Dürre* a. a. O. S. 206.

1424, Jun. 1. Pabst Martin V. ertheilt 61 auf Bitten des braunschweiger Rathes dem Sigismund'schen privilegium de non evocando [nr. 55], welches wörtlich eingerückt ist, „robur apostolice confirmationis“, den Verletzern jener Freiheit „indignationem omnipotentis dei et beatorum Petri et Pauli apostolorum“ androhend. *UBuch der St. Br.* Nr. LXXVIII S. 212, 13.

1425, Mai 27. Herzog Bernhard und 62 seine Söhne Otto und Friedrich erlauben dem Rathe und den Bürgern Braunschweig's am Oeselberge bei Neindorf auf ewige Zeiten Steine und Kalk zu brechen, und diese Gegenstände, sowie Holz und Schiefer auf der Ocker bis zur Stadt zollfrei zu führen, jedoch die Auflage beifügend, dass von jeder Schiffsladung ein Centner Steine zu Wolfenbüttel abgegeben werden müsse. (R.) C. *Bege*, Chronik der Stadt Wolfenbüttel (das. 1839. 63 8.) S. 210; *Dürre* a. a. O. S. 207.

19) Vgl. *Braunschw. Händel* I, 404.

63 **1425**, Aug. 24. Die Stadt Braunschweig bewilligt dem Herzoge Bernhard auf den Zeitraum von drei Jahren die Erhebung einer Kuh- und Hafer-Beede von den städtischen Meiern. (R.) *Dürre* a. a. O.

64 **1428**, Mai 13. Herzog Otto (von Grubenhagen) überlässt im eigenen und in seiner Vettern, der Herzoge Heinrich, Ernst und Albert, Namen dem Rathe und den Bürgern zu Braunschweig den „halven markettollen bynnen Brunswig mit alle siner nut vnde tobehoringe na wonheit vnde rechte, den to hebbende vnde des to brukende to ewigen tijden, vnde vortyet aller herscopp, egendomes vnde besittinge daran." *UBuch der St. Br.* Nr. LXXX S. 214, 15. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 208 [20]).

In den J. 1425—1428 begegnen einige Ereignisse, welche allerdings den Schein verbreiten, dass eine Einreihung Braunschweig's in die Zahl der Reichsstädte im Werke gewesen sei. Allein auf eine bereits „factisch errungene Reichsstandschaft" aus jenen Thatsachen zu schliessen, wie *Dürre* a. a. O. S. 211 gethan hat, ist offenbar gewagt und bedenklich. Denn jene mehrmals wiederholte Heranziehung Braunschweig's zu allgemeinen Reichsangelegenheiten lässt sich auch hinlänglich durch die hervorragende politische Stellung der alten Welfenstadt im deutschen Norden erklären.

65 **1434**, Aug. 11. Sigismund wiederholt als Kaiser die der Stadt Braunschweig im J. 1415 ertheilte General-Confirmation ihrer „gnaden, friheite, rechte, guten gewonheite, brieve, privilegia vnd hantfesten" [nr. 56] unter Beifügung einer „pene" zu 25 Mark löthigen Goldes, welche denjenigen, der „da widdertete", treffen soll. *Braunschw. Händel* Thl. II S. 941; *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXI S. 215, 16.

66 **1435**, Jul. 3. **Vierzehnter Huldebrief** Herzog Otto's des „Hinkenden" oder „Grossen" [eines Sohnes des im J. 1434 verstorbenen Herzogs Bernhard], begreifend a) den grössten Theil des Huldebriefs der Herzoge Bernhard und Heinrich v. 1400 [nr. 48]; ferner b) eine Reihe von Artikeln und Einschiebseln aus dem Ottonischen Huldebriefe v. 1422 [nr. 58]; endlich c) die bemerkenswerthe neue Satzung im §. 32: „Ok schullen alle de jenne, de der borgere meygere sin, se sin lad edder eghen edder wat eghendomes edder behoringhe se sin, fry wesen de tjid over so alse se ore meygere sin, vtghesecht beddemund vnde budelinghe, de der plichtich sin." *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXII S. 216–19.

1436, Jun. 27. Pabst Eugen IV. erneuert die von Martin V. bereits dem Privileg Kaiser Sigismunds über Nichtladung der braunschweigischen Bürger an auswärtige Gerichte (nr. 55) ertheilte, aber inzwischen vielfach unbeachtet gebliebene „confirmatio." *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXIII S. 219, 20. 67

1436, Dez. 4. Kaiser Sigismund gewährt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Braunschweig, auf deren Vorbringen, „wie in denselben landen vmb sy gelegen gross posheit geschehen mit strassrauben, mortprennen, diebereyen, mordereyen vnd schynderey vnd ander vnfuren, dadurch manicherley leut grosse schaden vnd verderben leiden, ... von keiserlicher gewalt vnd miltikeit vnd von notdurft wegen der strasse vnd anderer vrsach willen . . . . . dise freiheit vnd gewalt, das sy soliche misseteter vnd schedlich leute mogen angreiffen, vffhalten, erlangen vnd vahen lassen, in welichen launden oder gebieten man soliche haben oder erkriegen kan oder mag, vnd das dann zwen oberste burgermeister der egenanten stat, die dann zu zeiten sein werden, oder ir ayner, oder wen sy samentlich oder besunder einem pidermanne das bevelhen werden, von keiserlicher macht wegen vber solich schedlich leut richten mogen nach gebure jrer missetat zu hawt, zu hore vnd zu dem tode, mit gericht vnd recht. — — — Sy sollen vnd mogen ouch soliche gefangen vnd schedlich leut durch alle lantgericht vnd andere gericht furen vngehindert von allermeniclich, allein stet, merckte vnd gemaurte sloss, die jr aigen halsgericht haben, dodurch sollen sy nicht furen, sunder fur vnd vmb die egenanten stete, merckte vnd sloss vsswendig hyn mogen sy sy wol furen, vnd doran sol sy nyemand jrren." *Rehtmeyer* a. a. O. S. 723; *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXIV S. 221. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 218, 19. 68

1438, Oct. 15. König Albrecht II. erneuert und bestätiget der Stadt Braunschweig auf deren Bitten ihr althergebrachtes „wapen vnd kleynod", nämlich „einen wissen schilt vnd darjnn einen erhaben roten lewen mit eynem vfgeworffen tzagel vber sich vber des lewen rucke gestrecket", dessen sie „zu felde vnd an allen andern enden zu schimphe, zu ernste vnd zu herenschildes rechte jren lehenrechten zu folgen" sich bedienen sollen. *Braunschw. Händel* Th. II S. 703, III S. 1447; *Rehtmeyer* a. a. O. II S. 723, 24; *Lünig* a. a. O. S. 223; *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXV S. 221—23. 69

1438, Oct. 22. Derselbe „vernüwet vnd 70

---

20) Ueber die in den Zeitraum von 1423—27 fallenden Städte-Einigungen zur Wahrung des Landfriedens, an welchen sich Braunschweig betheiligt hat, s. *Dürre* a. a. O. S. 208—10.

confirmirt“ dem Rathe und den Bürgern der Stadt Braunschweig, in Erfüllung ihrer demüthigen Bitte, alle Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten [wie in nr. 65], und „sünderlichen eynen brieff, den sie von konige Ruprechte vber jre lehenrechte, als sie ertzelt, erworben vnd herbracht haben.“ *Braunschw. Händel* Thl. II S. 702, 709; *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXVI S. 223, 24.

71 **1440**, Apr. 24. **Fünfzehnter Huldebrief** Herzog Heinrichs des Friedfertigen von Lüneburg, den zehnten Huldebrief v. 17. Jul 1400 [nr. 48] wörtlich, jedoch mit Einschaltung einiger theils neuer (die „geistliken lene“ betreffender, §. 5), theils den Huldebriefen v. 1422 und 1435 [nr. 58, 66], aber in modifizirter Fassung, entnommener Bestimmungen, wiederholend. *Braunschw. Händel* Thl. I S. 100, 489; *Rehtmeyer* a. a. O. S. 725 (Extr.); *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXVII S. 224—26.

Herzog Heinrich, der Sohn des im J. 1416 verstorbenen Herzogs Heinrich des Frommen von Lüneburg, hatte im Theilungsvertrage mit seinem Bruder Wilhelm v. 23. Nov. 1432 Land und Stadt Braunschweig auf seinen Antheil erhalten und die Regierung sofort angetreten. Doch waren die ersten Jahre derselben in Ansehung der Stadt Braunschweig nicht völlig dem Beinamen entsprechend, womit die spätere Geschichte den Herzog Heinrich kennzeichnete. Denn aus dem J. 1438 ist uns ein Sühnebrief (v. 16. Jul.) erhalten, welcher von den bis dahin zwischen dem Herzoge und den Bürgern vorgefallenen „scheel vnd gebreck“ redet und einen Vergleich der beiden Parteien hierüber — „einem jowelcken an sinen Rechtigheiden, gnaden vnde Privilegien vnschedelick“ — sowie die Versicherung des Herzogs enthält, „sine leven getruwen, den Rad to Brunswig vnd de ore truweliken vordegedingen, beschutten vnde beschermen to willen to Rechte, wur on des behoef vnd nod is.“ (*Rehtmeyer* a. a. O.) Diese Zwistigkeiten, sowie die Geldnoth des Herzogs und einige Fehden desselben mögen die Veranlassung zu der langen Hinausschiebung des Huldeactes gewesen sein. Uebrigens standen immer noch auch dem Herzoge Wilhelm [von Calenberg] einzelne Rechte in der Stadt Braunschweig zu, weswegen ihm diese ebenfalls huldigen musste. Vgl. A. U. *Erath*, Hist. Nachricht von den im alten und mittlern Braunschw.-Lüneb. Hause insbes. zu H. Wilhelms des älteren und H. Wilhelms des jüngern Zeiten getroffenen Erbtheilungen (Franckf. u. Leipz. 1736. 4º.) S. 54 flg.

72 **1445**, Jul. 12. Der Rath der Stadt Braunschweig „jn allen viff wicbelden“ und die „mestere der wantsnider, der lakenmeker jn dem Hagen, der lakenmeker jn der Nyenstad, der lakenmeker jn der Oldenwick, der scowerten [21]) vnde der gherwere, der knokenhauwere, der smede, der wesseler, der goltsmede, der beckenwerten [22]), der becker, der kramer, der scrader [23]) vnde der korsenwerten [24]), vnde de gemeynen gildebrodere van alle dussen vorscreven gilden“, und die „hovetlude der menheit vnde gantze menheit jn allen viff wicbelden“ vereinbaren unter sich — um den in der Stadt ausgebrochenen Zwistigkeiten und Unruhen ein Ende zu machen — gänzliche Straflosigkeit aller Gilden- und Gemeindegenossen „van des gebrekes wegen, dat gewesen hefft wente an dusse tijd“, und ausserdem noch eine Reihe, auf die innere Verfassung und Verwaltung der Stadt bezüglicher Satzungen, deren wichtigste, die Wahl und Gerechtsame des Rathes betreffend, hier eine Stelle finden mögen:

„§. 2. Wan de tijd is, dat me den rad wandelen schal, alse jo vmme de dre jar, so schullen de mestere vnde de gesworen van den gilden kesen radmanne bij oren eyden vth orer gilde, de jenne de one duncken der stad nutte vnde beqweme wesen, alse dat van alder gewesen ist. §. 3. Ok schullen de menheit jn allen wicbelden hovetlude kesen jn jowelker burscupp [25]) twene, vnde de hovetlude schullen jn jowelkem wicbelde kesen bij oren eyden radmanne van der menheit, . . . vnde in dussem kore schal de mynste deyl dem meysten deyle volghen. §. 4. Ok schullen de rad vnde radsworen de borgermestere kesen, eyn jowelk in synem wicbelde — — —, vnde wan de rad allsus gekoren is, was denne de rad radet vor der stad beste, des schullen de gilde vnde de menheit dem rade bibestan . . . §. 5. Ok en schullen neyne twey brodere noch de vadere myt dem sonen jn des rades eyden sitten edder radsworen sin jn eynem wicbelde. §. 6. Ok schullen nene twe brodere noch de vader myt dem sonen eynes jares jn den eyden sitten jn allen viff wicbelden. §. 7. We ok eynes borgermesters dochter edder suster neme edder hedde to der ee, der dochter man edder suster man en scholde me to neynem borgermestere kesen, dewile dat de vader edder de swager jn des rades eyden sete.

21) Schuhmacher.
22) Verfertiger von messinger Becken.
23) Schneider.
24) Kürschner.
25) Die Stadt zerfiel damals in 14 Bauerschaften.

§. 8. Desgelijk twiger broder kindere, edder de broder myt des broders sonen, edder twiger suster kindere, edder suster kindere vnde broder kindere, edder twiger suster menne en schullen nicht beide borgermestere sin jn eynem wicbelde. §. 9. We vnecht is edder van eynem vnechten geboren, edder eyne husfruwen neme edder hedde to der ee, de vnecht were edder der or vader edder moder vnecht geboren were, den scholde me jn den rad nicht nemen. §. 10. Ok en schall de rad neyn nye gesette setten vppe de gilde noch vppe de menheit, edder veide don, se en deden dat myt witscupp, willen vnde vulborde der mestere van allen dussen vorscreven gilden vnde der hovetlude van der menheit. §. 11. Ok en schullen de gilde vnde de menheyt neyn nye gesette setten vp den rad, se en deden dat myt witscupp vnde vulborde des rades. §. 12. Vnde wes de rad myt den gildemesteren vnde myt den hovetluden der menich enich wert, dat schal me holden, vnde dat echtedingk schal me holden, vnde dat nicht wandelen, jd en sche myt willen vnde vulborde des rades, der gildemestere vnd der hovetlude der menheit. §. 13. Vnde wes de rad myt dem mereren deyle dusser vorscreven gildemestere vnde der hovetlude der menheit enich wert, des schult de anderen volgen. §. 23. Ok en schal de rad neyne rente vorkopen, wer [26]) liffgedingk offte weddeschat, jd en schege myd vulborde der jenner, de de rad vnde radsworen dar to geschicket hedden. §. 24. Ok schullen de seven, de der gemeynen stad gud entfanget, alle jar eyns rekenen vor allen borgermesteren vnde vor den kokenheren [27]). §. 25. Vnde der gemeynen stad schat vnde gelt schal me besluten myt viff sloten; der slotele eynen scholde vorwaren eyn borgermester jn der Oldenstad, den anderen eyn borgermester jn dem Hagen, vnde den dridden slotel scholde vorwaren eyn borgermester jn der Nyenstad, vnde de anderen twe slotele willen dusse vorscreven dre wicbelde bevelen, den eynen slotel eynem borgermestere jn der Oldenwick, vnde den anderen slotel eynem borgermestere jn dem Sacke, den de rede jn den sulven wicbelden dar to schickeden, de wile de Oldenwick vnde de Sack dussen anderen vorscreven dreu wicbelden togedan vnde vorpendet sin, alse se nu sin. §. 26. We na dusser tijd rente edder tins kofft an husen bynnen der stad, dat schal me scriven jn der stad bouck vppe pennige, drittich nige schillinge vor de mark. §. 29. Wolde ok de rad wene holden in studiis, dat scholden wesen vnser borger kindere echt vnde recht geboren, de sek wol regerenden. We vnecht geboren were, deme en schal me des rades leen nicht lenen. §. 30. Worde eyn borger offte borgersche vnreyne, deme schal me geven de provende to sunte Lenarde vmme godes willen, so vorder alse dar eyn provene leddich were [28]). §. 33. Kemet ok, dar god vor sij, dat der stad krich wedderstode, so dat des noth worde, dat me de borgere vppe perde vnde knechte to holdende setten moste, so scholden de rede der viff wicbelde vth orem rade vnde radsworen dar wene to schicken, alse nemliken de rad jn der Oldenstad viff personen, de rad jn dem Hagen veire, de rad jn der Nyenstad dre, de rad jn der Oldenwick twene, vnde de rad jn dem Sacke twene. Dar schal me to schicken vth jowelker gilde eynen man van den mesteren, vnde vth jowelkem wicbelde eynen man van den hovetluden der menheit. Vnde dusse scholden dar samptliken over to hope komen vnde darupp raden, dat se de borgere setteden perde vnde knechte to holdende na malkes mogelicheit vnde legenheyt, so dat dar nemant ane vorsconet en worde. §. 34. Vnde de seven sittende borgermestere jn den viff wicbelden scholden dusse sesteyn personen vth dem rade vnde de gildemesters vnde de hovetlude der menheit, de darto geschicket sin, ok setten perde vnde knechte to holdende, offt se dat vermochten. §. 35. Ok en schullen de gilde noch de menheit neyne breve van sijk scriven ane vulbord des rades, jd en were, dat id orem ammechte edder knechten anliggende were. 36. Weret ok, dat breve gescreven worden an jennige gilde edder an de menheit, de breve mogen se lesen; sind se dem rade anlangende, so schal me se bringen dem sittende borgermestere jn orem wicbelde. §. 37. Ok mogen dusse vorscreven gildemestere vnde hovetlude der menheit to hope gan [29]), wan on des noth is. §. 38. Weret ok, dat in vortiden jennige vordrachtbreve gegeven weren twisschen dem rade, den gilden vnde der menheit, de en scholden nu mer neyne macht hebben, vnde scholden

26) Wedder, weder. —

27) Der „Küchenrath", ein Ausschuss von Raths-Aeltesten, welcher sich zur Erledigung eilender und zur Zeit noch geheim zu haltender Angelegenheiten auf Ladung der Bürgermeister in der s. g. Rathsküche in der Neustadt zu versammeln pflegte. *Dürre* a. a. O. S. 307.

28) Aussätzige wurden in das St. Leonhard's-Hospital aufgenommen. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 589—91.

29) Sich versammeln.

vormiddelst dussem breve gans vornichtiget vnde dot wesen, vtgenomen breve edder scrifft, de antreden eyner jowelken gilde edder menheit rechticheyt. §. 30. De rad schal eyne jowelke gilde vnde menheit jn allen viff wiebelden beholden vnde laten bij oren vryheyden vnde gnaden, de se hebben van den fursten, van dem rade, offte van older wonheyt."

Gedruckt zuerst in den *Braunschw. Händeln* Thl. I S. 90 flg. und in Andr. *Knichenii* Epopsis Dauthinae hypotyposeos et summariae delineationis quaestionis, utrum lib. S. R. Imp. civitates jura principis in suis rebuspubl. obtineant (1607. 4°.) p. 183 sq., besser im *UBuch der St. Br.* Nr. LXXXVIII S. 226—29. Ueber die Geschichte des Aufstandes und des vorstehenden Recesses „de nu unde do ward geheten de grote breiv" vgl. *Shight-Bók* Nr. IV („Shigt der vnhorsamen Borger") S. 49—53, *Dürre* a. a. O. S. 219—22. Nicht völlig richtig ist die Darstellung *Lachmann's* a. a. O. S. 137 flg.

73 **1446**, Jul. 4. König Friedrich III. bestätigt [30]) auf ihm vorgetragene Bitte der Stadt Braunschweig „all vnd yeglich jr gnad, freiheite, brife, privilegia vnd besunder die [zuvor wörtlich eingerückten] freyheite, so sy von kunig Albrechten (1438, nr. 70) . . . erworben haben, vnd darzu all ander jr rechte, gut gewonheit vnd herkomen, die sy bisher redlichen behebt, gebrauchet vnd herbracht haben", unter Beifügung eines allgemeinen, jetzt vornehmlich auch an alle „richter, hofrichter, lanntrichter, vrteilsprecher, vogte, phleger, burgermeister, rete vnd gemeinden" gerichteten Schutz- und Schirmgebotes [31]). *Braunschw. Händel* Thl II S. 709; *Rehtmeyer* a. a. O. S. 726, 27; *UBuch der St. Br.* Nr. XC S. 231, 32.

74 **1453**, März 11 [32]). Herzog Heinrich verkündet den „vmme allen vnwillen, gebreck vnde schel", welche zwischen ihm, seinen „denren vnde knechten" und dem Rathe zu Braunschweig gewesen sind, unter den Parteien abgeschlossenen Vertrag, wonach a) die „amptlude vnde vogede" den bisher von den Bürgern zu Wolfenbüttel und in den anderen herrschaftlichen Städten erhobenen „wintollen vnde wagenschillingh" nicht mehr in Zukunft „esschen edder nemen", b) die Meier auf den Höfen der braunschweiger Bürger nur von diesen „vmme ore maldere, tynse vnde schuld", wie von Alters her üblich gewesen, nicht aber auch von den Amtleuten, Vögten und Dienern gepfändet werden sollen; c) die Meier der Bürger „van orem gude theen mogen . . to rechten tijden, vth eynem dorpe ofte gerichte in dat andere bynnen der herschopp, ane broke vnde gave", dagegen aber auch d) die Bürger ihre Meier „to rechten tijden", und bei unredlichem und ungebührlichem Verhalten der Letzteren jederzeit nach Belieben — „to bijtiiden affsetthen" dürfen; ferner e) den Bürgern und ihren Meiern des Landes „frige strate, noch water offte weyde nicht vorboden" sein soll, Fälle nothwendigen Zwanges ausgenommen; desgleichen f) eines Bürgers Gut niemals, „de wile he nicht rechtes en weygert", mit Beschlag belegt, und g) ein Bürger lediglich, wenn er „begrepen worden vp handhaftiger daet eynes openbaren dotslages", vor Gericht gebracht oder sonst verhaftet werden darf; endlich h) der Herzog die Versicherung gibt, die Meier der braunschweiger Bürger mit Forderungen von Kühen, Schafen, Schweinen und Pferden fürderhin nicht beschweren zu wollen. Schliesslich wird noch besonders bestimmt, dass „dusse vordracht vnschedelick wesen schal allen anderen oren fryheyden, rechticheyden, wonheyden vnde privilegien", welche die Stadt von ihren früheren Fürsten bestätigt empfangen hat. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 728; *UBuch der St. Br.* Nr. XCI S. 232, 33. Inhaltsübersicht b. *Dürre* a. a. O. S. 229.

1454, Oct. 30. Johannes, Truchsess von Beyerrod, Pfalzgraf des königlichen Hofes und des kaiserlichen Consistorii, ertheilt dem Rathe der Stadt Braunschweig die Befugniss, fünfzig öffentliche Notare zu ernennen. (R.) *Dürre* a. a. O. S. 229, 230. 75

1459, Jul. 1. Die Herzoge Bernhard und Otto von Lüneburg gestatten vertragsweise den Bürgern von Braunschweig, „dat men von Brunswigk schepen mach ane jemandes vorbedent wente to Bremen, dat water nedderward allerleye Ware, vthgesecht Solt vnd nene Iserne, vnde dat men van Bremen dat water vpwart schepen mach wente to Brunswigk ane jemandes vorbedent allerleye ware, vthgesecht allerleye Bergerfisch vnde Heringk"; doch soll man von allen zu Wasser verschifften Gütern den bisher entrichteten Zoll und das übliche „Willegelt" geben, und wollen diese Reichnisse 76

30) Eine frühere Bestätigung K. Friedrich's, namentlich einen Brief K. Ruprecht's „vber ire lenrechte" [v. 1402 nr. 52] betreffend, v. 13. Nov. 1442 erwähnt *Chmel*, Reg. Frid. S. 130 nr. 1223.

31) Das königliche Special-Vollzugs- und beziehungsweise Schutz-Mandat v. 5. Juli 1446 an den Landesfürsten, sowie den Grafen Ulrich von Regenstein und die Bischöfe von Hildesheim und Halberstadt s. in den *Braunschw. Händeln* III, 1443.

32) *Dürre* datirt den Vertrag von Laetare 1454.

die Herzoge niemals „verhogen“. *Rehtmeyer* a. a. O. III S. 1321. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 231, 32.

77 **1461**, Mai 5. Herzog Friedrich der Fromme und dessen Söhne Bernhard und Otto der Kriegerische von Lüneburg vereinigen und vertragen sich mit dem Rathe der Stadt Braunschweig über die von Schiffs- und Wagen-Transporten auf der Route von Braunschweig nach Bremen und umgekehrt zu Celle zu leistenden Zölle, Geleits- und Willegelder. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 1321, 22.

78 **1461**, Jun. 25. Herzog Friedrich bestätigt die von seinen genannten beiden Söhnen im J. 1459 mit Rath und Bürgerschaft zu Braunschweig eingegangenen und „vorgesegelten Vordrachte vmme de Waterfard van Brunswik wente to Bremen [nr. 76] in alle oren stücken vnde artikelen.“ *Rehtmeyer* a. a. O. S. 1322. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 232.

79 **1463**, Jan. 28. Pabst Pius II. erneuert dem Rathe und der Gemeinde der Stadt Braunschweig das bereits von den Päbsten Bonifaz IX. und Martin V. anerkannte und bestätigte Sigismund'sche Privileg, „ut in quibuscunque causis civilibus et eciam criminalibus extra dictum opidum ad aliqua foranea secularia judicia publica vel privata in genere vel in specie ad judicium evocari seu trahi non possent“. *UBuch der St. Br.* Nr. XCII S. 233—36.

80 **1473**, Dez. 20. [**Sechzehnter Huldebrief.**] [33]) Herzog Wilhelm „de Elder“ — Herzog Heinrich's des Friedfertigen älterer Bruder — verträgt sich bei des Letzteren Tod gütlich mit dem Rathe der Stadt Braunschweig „vmme alle schel, gebreck vnde sacke“, welche bisher zwischen ihnen gewesen ist, und verspricht, da man ihm Wolfenbüttel und die anderen Burgen des Landes sammt Zubehörungen, sein „Angevelle vnde Oldevederlicke Erve, ingeantwordet“ habe, für sich und seinen Sohn, den Rath zu Braunschweig, „ore medeborger vnde de orn geystlick vnd werltlick binnen vnde buten Brunschwick to laten by oren Privilegien, gnaden, rechtigheiden, friheiden vnde olden wonheit“, dieselben „to beschutten vnde beschermen vor vnrechter gewaldt“, sowie endlich ihnen die vom Herzoge Heinrich „overgevene Landbede“ nach Ausweis der versiegelten Briefe darüber „rowelicken volgen to laten.“ *Rehtmeyer* a. a. O. II S. 749, 50. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 239.

81 **1476**, Febr. 17. **Siebenzehnter Huldebrief** [34]) Herzog Wilhelm's des Aelteren für die Stadt Braunschweig, blose Wiederholung jenes vom J. 1440 [nr. 71]. *UBuch der St. Br.* Nr. C S. 239—41.

1482, Jun. 21. Pabst Sixtus IV. bestätiget ebenfalls der Stadt Braunschweig Freiheiten wegen Nichtladung ihrer Bürger vor auswärtige Gerichte. *Vaterländ. Archiv f. d. Gesch. Niedersachsen's* Jahrg. 1835 S. 217 flg.; *UBuch der St. Br.* Nr. CIV S. 243, 44. 82

1483, Jun. 1. Die Herzoge Wilhelm der Jüngere und Friedrich — Herzog Wilhelm's des Aelteren Söhne — geben in dem s. g. kleinen [**achtzehnten**] **Huldebriefe** ihrer Stadt Braunschweig die Versicherung, dieselbe bei allen aus ihres Vaters und ihrer übrigen Vorfahren Zeiten herrührenden Privilegien, Gnaden, Gerechtigkeiten, Freiheiten und alten Gewohnheiten belassen, vor „unrechter gewalt“ beschützen und beschirmen, sowie niemals verlassen zu wollen. *Rehtmeyer* a. a. O. S. 757. 83

1487, Aug. 5. **Neunzehnter** (grosser) **Huldebrief** Herzog Wilhelm's des Jüngeren, jenen seines Vaters v. 1476 [nr. 81] fast wörtlich wiederholend. *UBuch der St. Br.* Nr. CVIII S. 247-49. 84

1488, Febr. 5, 6. Der Rath zu Braunschweig errichtet mit den, um der beabsichtigten neuen Münzordnung willen ihm feindlich entgegengetretenen Gildemeistern, sowie aus der Mitte der Zünfte und Gemeinden gewählten „fulmägtigen“, zur Beilegung des Zwistes, einen **Recess** in 75 Artikeln, dessen Erfüllung eidlich zugesichert wird. Als eine wesentliche Verfassungs-Neuerung wird darin der Vierundzwanziger-Ausschuss eingeführt: 85

„So scholde de doktor [35]) av, de rad scholde neinen doktor hävven. Darfore scholden by deme rade sitten fer unde twintig man ut den gilden unde meinheid. — De 24 man schult sitten nägest deme borgermäster, unde fan den 24 schul five syn in dem hemeliken rade, in juwelkem wykbelde einen, unde schult mede gan to allen radeslagen, benomelken sunte Autors lag [36]), unde to deme nigen rade, unde shult hävven de nut des rades personen, schottelen, fishe, wildbrad unde borger-pennig. — Hyr midde satten se ok in dat recess der 24 man oren eid, unde lüdde aldus: Dat ji de borgermästere helpen kesen, unde kämerers sätten,

33) Es ist dies der s. g. kleine Wilhelmische Huldebrief.

34) Der s. g. grosse Wilhelmische Huldebrief.

35) Der bisherige rechtsgelehrte Beistand des Rathes.

36) Das grosse Raths-Festmahl zu Ehren des heil. Autor als Stadtpatrons fand jährlich am Freitage vor Johannis statt. *Dürre* a. a. O. S. 340.

unde alle amte [37]) binnen unde buten na juwen fyv sinnen der stad to bate, dâr juwe nut nigt inne soken; unde dem rade helpen raden, gilde unde meinheid in endragt to holdende, unde nein ding besluten fan feide, münte edder jennigerleige räkenshop, edder nige upsate, de de schädelik syn, it en she, ji en spreken torügge mid gilde und meinheid; unde to rade gan, wan des van noden is, alle amte sätten helpen mit twen personen, dar sy borgermäster edder kämerer utgeläsen, utbesheden borg-heren unde stal-heren, dat ju also God helpe!"

Von diesem (ersten) Recesse ist nur der im *Shigt-Bôk* Nr. V S. 39—84 mitgetheilte — ob auch ganz verlässige? [*Hänselmann* im UBuche der St. Br. S. 251] — Auszug auf uns gekommen. Ueber Veranlassung und Inhalt des Vertrags s. *Dürre* a. a. O. S. 246—48.

86 **1488**, Apr. 20. Der Rath, die Vierundzwanzig, die Gilden und deren Meister, die Hauptleute und die ganze „meynheit" in den fünf Weichbilden der Stadt Braunschweig verkünden einen neuerlichen, unter ihnen verabredeten „recessesbref" in 106 grossentheils schon im ersten Recesse enthalten gewesenen, hier aber überarbeiteten und vermuthlich auch in eine andere Ordnung gebrachten „gesatten", welche sich, abgesehen von dem Hauptthema, der durch die Aufnahme des Vierundzwanziger-Collegs umgestalteten Organisation des städtischen Regiments [s. vorz. §§. 12, 66, 89, 90—92, 99, 100], über eine buntgewürfelte Reihe das Münzwesen, die Gemeinde-Verwaltung, die Gerechtsame der Bürger, die Rechtspflege, die Polizei und selbst das Privatrecht betreffender Punkte in grosser Ausführlichkeit verbreiten. Von den Satzungen der letzteren Kategorien verdienen besonders jene über die jährliche Vorlage des „gerichtes boucks" durch den „richtescriver in juwelck wickbelde bij den radt, offt jenigen borger etlicker artikell nodt wore jn des richtes bocke vortekent, dat he de to sinem besten daruth leren vnde soken mochte" (§. 76), ferner über die Tracht der „vnerlicken fruwen" (§. 54), und über die Vererbung des einem Kinde binnen 18 Jahren angestorbenen „herwede", wenn „dat sulve kindt bynnen achteyn jaren vorstorve" (§. 74), beachtet zu werden. Gedruckt im *UBuche der St. Br.* Nr. CXI S. 252—59. Vgl. dazu *Dürre* a. a. O. S. 250, 51.

87 **1490**, Nov. 30. Der Rath, die Meister und gemeinen Brüder der **Gilden**, die Hauptleute der „meynheit" und die „gantze gemeynheit in allen viff wickbelden" Braunschweig's kommen überein, unter Abschaffung des Vierundzwanziger-Ausschusses und überhaupt des gesammten Recessbriefes v. 1488 den s. g. „grossen Brief" v. 1445 [nr. 72] und die darin begriffene Regimentsverfassung wieder herzustellen:

„§. 3. Wij schullen vnde willen ok sampt vnde bisunderen voretmer ernstlicken holden vnde holden laten dat stadtrecht vnde dat echtedingk, alze idt erst var deme recess jm begripinge gewesen is. §. 4. Ok schall vnnsser eyn deme anderen vnde de sine wedder komen laten bij sine frijheit, wonheit, olde herkoment, herlicheit vnde rechticheit, gelick he tovoren gehadt hafft. §. 5. Ok willen vnde schullen wij gilde vnde meynheit jn tokomenden tijden neyne vorsegelinge don, jdt en sche myt witschupt, willen vnde fulborde des rades. §. 6. So denne bij dren jaren vorgangen veervndetwintich manne von vns gilden vnde meynheiden bij vns den radt gesat woren, des sin wij samptlicken avereyngekomen vmbe der stadt vnde vnses besten willen, dat de schullen avesin, so dat me der nu meer nicht hebben en schall. §. 7. Ok schall de nye recessesbreff in dussen vorgangen dren jaren gemaket vnde varsegelt geworden jn alle sinen stucken vnde artikellen machtlos vnde nicht bindende sin, vnde dar vp heppen wij de gilde vnde meynheit mit wolbedachtem mode vnde ripem rade vnde gudem frigen willen den vorbenanten recess vns deme rade overgeantwardet, den gensslicken to vornichtende. §. 10. Ok schullen vnse borgere jn eynem juwelken wickbelde yo eyr yo lever nye borgerede don to merer bestendicheit dusser handelinge, vnde sick vartmer na deme rade alze gehorssam borgere holden vnde schicken. §. 12. Ok is farder vorlaten, dat wij de radt, gilde vnde meynheide schullen vnde willen vortmer holden den vardrachtbreff in allen sinen artikellen vnde puncten, de twisschen vnsen vorfaren vnde vns yn vortijden jm jare do me screff dusendt veyrehundert jm viffvndevertigesten jare, amme dage der hilligen juncfruwen suncte Margareten besproken, befulbordet vnde varsegelt is, stede, vast vnde vnvarbroken woll to holdende [38])." Zugleich wird Straflosigkeit und Vergessenheit alles während des Aufstandes Geschehenen (§§. 1, 2) zugesichert.

37) Auch die „hoved man unde deners" konnten nur „mit fulvorde der 24 mann" ernannt werden.

38) Der grosse Brief v. 1445 ist hier wörtlich eingerückt.

Gedruckt findet sich der bis auf das Transsumt, sowie den Eingang und Schluss vollständig auch in das *Shigt-Bôk* a. a. O. S. 120—22 aufgenommene „nige Breiv, do Hollandes regimente ein ende nam" nach dem einzigen von den 20 Ausfertigungen noch vorhandenen Originale im *UBuche der St. Br.* Nr. CXII S. 259, 60. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 252—54.

88 **1498**, Aug. 9. Herzog Heinrich der Aeltere [Sohn und Nachfolger Herzog Wilhelm's des Jüngeren] erlaubt dem Rathe zu Braunschweig, a) „twe frye markede alle jar to hebben vnde holden", mit der Zusicherung, die Marktbesucher gegen Entrichtung des „wontliken tollen" zu beschützen und zu beschirmen; sowie b) eines neuen Münzfusses bei der Pfennig-Prägung sich zu bedienen, so dass demungeachtet „de sulve munte jn allen sinem furstendome gelick jn der stadt Brunswigk ginge vnde geve sin schal." *Bode*, Münzwesen S. 197; *UBuch der St. Br.* Nr. CXIV S. 265, 66. Vgl. *Lachmann* a. a. O. S. 142.

II. Statute.

A. Stadtrecht im engeren Sinne.

Von demselben, welches im Ottonianum [nr. 6] gleichsam seinen Ausgangspunkt hat, liegen vier allmälig entstandene officielle Sammlungen vor, nämlich

a) die neustädter — „van dheme rechte" — aus dem beginnenden XIV. Jhdt., eine theils erweiterte, theils durch Ausscheidung veralteter Satzungen verkürzte neue Redaction des im J. 1265 wiederholten Ottonischen Stadtrechts in 68 §§., von welchen die §§. 37—45, hauptsächlich Erbrecht betreffend, und 65—68 einen „charakteristischen Fortschritt im Rechte bekundende" Zusätze sind. Abdruck im *UBuche der St. Br.* Nr. XVI S. 21—24. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 127; *Frensdorff* a. a. O. S. 790, 91.

b) die altstädter v. 1349 (d. h. kurz vor oder spätestens in diesem Jahre entstanden) in 90 §§., eine zur öffentlichen Vorlesung [„pronuntiatio"] in der alljährlichen Bürgerversammlung bestimmt gewesene Ausfertigung der städtischen Statute, von welcher nur ein kleiner Theil des Inhalts sich auf die Sammlung a, auf ältere Verträge (z. B. v. 1293) und vorausgegangene Specialverordnungen (s. unten E, b. c.) stützt. Abdruck im *UBuche der St. Br.* Nr. XXXIX S. 44—48. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 143.

c) die vermehrte altstädter aus den J. 1350—1380 in 154 §§., durch Einschaltung zahlreicher jüngerer, theilweise datirter Rathsbeschlüsse in den Text der Sammlung b hervorgegangen. Abdruck im *UBuche der St. Br.* Nr. LIII S. 63—75.

d) das grosse „stadrecht" aus dem ersten Decennium des XV. Jhdts. (1400—1403), auf dem Ottonianum in der unter a bemerkten Gestaltung als Hauptquelle, sowie den Zusatzbestimmungen der Sammlungen b, c und verschiedenen, zum Theile bereits in b benützten Einzelstatuten als Ergänzungsquellen beruhend, und in XXXIV rubrizirten Titeln (293 §§.) nach einigen allgemeinen, gleichsam einleitenden Bestimmungen (I) über die Gerichtsbarkeit, namentlich des herzoglichen Vogtes, die Kraft und Vereinbarung der Rathsschlüsse, die Geltungsgrenzen des Stadtrechts („Der stad recht wend alzo verne alze ore veweyde went vnde de lantwere"), und die „seven sake" in der Herren Huldebriefen, einzelne durch praktische Bedeutsamkeit hervorragende Materien:

α. des Gemeinderechts, z. B. VIII „van husffrede, stadffrede vnde van ffryheyt", XXI „van tollen", XXII „van der ynninge vnde van den gilden", XXV „van schote vnde stadplicht", XXVII „van der burschop", XXXIV „van dem gemeynen der stad";

β. des Privatrechts, z. B. XI „van anevange perde vnde anders gudes", XIV „van delinge" [Erbtheilung], XV „van herwede", XVI „van erve to nemende", XX „van vormunderen", XXVIII „van gift vnde van testamenten" etc.

γ. des Strafrechts, z. B. VI „van broken", X „van der vestinge", XII „van deven, duve vnde van rove", XXVI „van myshandelinge des rades" etc.

δ. des Prozesses, z. B. „van vorbedene vnde van clage", III „van antwordene vor rade vnde richte", IV „van tughen", V „van eyden", XXIII „van veme vnde wroge" etc.

darstellend. Das Stadtrecht ist uns übrigens in einem älteren und jüngeren altstädter, ferner in einem neustädter und in einem säcker Codex erhalten. Den zuletzt erwähnten (v. 1432) hat, freilich sehr incorrect, *Bode* in den prakt. Erört. a. a. O. Anh. Nr. II „der stad wilkore unde recht to brunswik" S. 542—70 veröffentlicht. Einen neuen, auf den älteren altstädter Cod. v. 1402 basirten und die Varianten der übrigen MS. in Noten anzeigenden Abdruck enthält das *UBuch der St. Br.* Nr. LX S. 102—26 mit Einleitung von *Hänselmann* S. 101 flg.

Das mit der Ueberschrift „Düt ist dat erste Brunswicksche Stadt-Recht dat von Hartigen Otten bewilliget unde van Keiser Frederich bestediget ist anno 1232“ bei *Leibnitz*, Scriptt. rerum Brunsvic. Tom. III Nr. XVII p. 434—46 aus einer, jetzt zu Hannover befindlichen Pergament-Hdschr. abgedruckte Stadtrecht ist offenbar eine dem Ende des XIV. Jhdts. angehörige, auf der Grundlage des Ottonischen Rechtsbriefes entstandene Privatarbeit. Vgl. *Bode* in den prakt. Erört. a. a. O. S. 135 flg.; *Kraut*, Grundriss des Dtsch. PRs. (4. Ausg.) S. 69; *Dürre* a. a. O. S. 7 (nr. 12); *Hänselmann* a. a. O. S. 4.

B. Das Echteding.

An das Stadtrecht reiht sich das „echte dingh“, auch „sunderlik vorbod vnde echtedingh“ überschrieben, an, eine ebenfalls im Anfange des XV. Jhdts. (um 1400) angelegte und fortwährend durch Einschaltungen und Nachträge erweiterte Zusammenstellung polizeilicher [und zum kleinen Theile privatrechtlicher 38)] Satzungen zu dem Zwecke der öffentlichen Verkündung. Diese musste nämlich verordnungsgemäss 39) des Jahres zweimal in den fünf Weichbilden an die vor den Rathhäusern versammelten Bürgergemeinden geschehen, das erstemal in der Woche nach dem Sonntage Quasimodogeniti und das anderemal in der nächstfolgenden Woche nach Michaelis, beidemal vermuthlich in den vier ersten Wochentagen, und zwar am Montage in der Altstadt, am Dienstage im Hagen, am Mittwoch in der Neustadt, am Donnerstage in der Altenwik und im Sacke. Die Sammlung begreift aber XXX mit Ueberschriften versehene und in ein „register“ gebrachte Abschnitte zu 128 §§., und einen meist in datirten Rathsschlüssen aus dem Zeitraume von 1407—1443 bestehenden Anhang zu 51 §§., von welchen vornehmlich die Bestimmungen über „Mekelere“ (§§. 167—70) der Beachtung würdig sind.

Das Echteding ist in 4 Codd. erhalten; von diesen hatte bereits *Bode* a. a. O. Anh. Nr. II S. 522—42 den säcker Text edirt; der altstädter Cod. A dagegen liegt dem auch die übrigen MS. genau berücksichtigenden Abdrucke im *UBuche der St. Br.* Nr. LXII S. 127—45 (mit Einleitung von *Hänselmann* S. 126 flg.) zu Grunde.

C. Der Ordinarius.

Das dritte, umfangreichste, zugleich aber auch für die Rechts- und Sittengeschichte bedeutsamste Rechtsbuch Braunschweig's ist der s. g. „Ordinarius Senatus Brunsvicensis“ in CXLVII mit Aufschriften versehenen und registrirten Artikeln, zu Ostern des Jahrs 1408 auf Befehl des Rathes zusammengetragen. Seinen Inhalt und seine Bestimmung deuten die Eingangsworte in nachfolgender Weise an: „Dyt is der ordinarius des rades to Brunswik, den leyt de ghemeyne rad scryven na Cristi vnses heren gebort verteynhundert iar, darna im achteden iare to paschen, vnde hir is inne ghescreven de handelinghe des rades, alse wat de rad van tyden to tyden to donde heft: alse den rad to settende, oere ammechte to settende, ghesynde to holdende, vnde wat eyn iowelk van synes ammechtes vnde denstes weghen to donde hebbe, vnde wat de rad don schulle in sunderliken tyden dat iar over, alse dat nu begrepen is. Dyt bok schal me antworden dem borghermester in der Oldenstad, vp dat he seen möghe, wat he to reden by dem rade bringhen schulle, vp dat des rades handelinghe vnverborghen vnde vnvorgeten blyve, wat oene gheboere to donde, vnde deste beteren vortgangk hebbe.“ Danach wird in dem Buche, welches uns in einem klaren und ausführlichen Bilde die gesammte Verfassung Braunschweig's im beginnenden XV. Jhdt. vor Augen stellt:

a. von der alle drei Jahre wiederkehrenden Einsetzung „des drefoldighen rades in iowelkem wykbolde“ und dem Rangverhältnisse der Bürgermeister zu einander, I—VI;

b. von den städtischen „ammechten“, welche Mitglieder des Rathes selbst zu verwalten haben, z. B. jenen der „camerer, winheren, richteheren, buwmestere, musemestere 40)“ u. s. w., XII—XIX;

c. von der Stellung, welche der „ghemeine“ Rath, der s. g. Küchenrath und die Rathsgeschwornen neben den Räthen der fünf Weichbilde einnehmen, XX—XXVII;

d. von den Versammlungen („van tohopegande“) der Rathscollegien, XXVIII—XXXIV;

e. von den verschiedenen Deputationen aus der Mitte des Rathskörpers, z. B. „den vive, de de tins edder gud kopen edder vorkopen, den seven büdelheren 41), den geyteheren“ 42) u. a. m., XXXV—XLV;

---

38) z. B. XII. „von Testamenten.“

39) Vgl. *Ordinarius* capp. 119, 131 mit *Dürre* a. a. O. S. 308.

40) Aufseher über die Rüstkammer.

41) Beutelherrn, zur Finanzverwaltung beigeordnet.

42) Giessherrn über die Münze gesetzt.

f. von den durch den Rath zu besetzenden öffentlichen Stellen [der Vögte, Vormünder oder Alterleute [43]), Opfermänner [44]), Mäkler etc.], ferner der Bürgeraufnahme und Huldigung XLVI—LXXIII;

g. von den Bedienstigten (z. B. „der stad syndico"), namentlich niederen Dienern („vtryderen, scryveren, stalwerdern, haverwerdern" etc.) und Handwerkern des gemeinen Rathes, LXXIV—XCI,

h. von den „burmesteren, boden, froneboden, wechteren, wachmestern, dorwerderen etc." und überhaupt dem „ghesynde" der Räthe in den Weichbilden, XCII—CXIV; endlich

i. von den Geschäften und Verrichtungen, welche dem Rathe zu bestimmten Zeiten des Jahres obliegen, z. B. Rechenschafts-Abnahmen, Löhnungen und Geschenkespenden etc., CXIV—CXLVII, gehandelt.

Der Ordinarius ist nur in Abschriften aus dem XVII. Jhdt. auf uns gekommen, und nach der im braunschweiger Stadtarchive befindlichen zuerst b. *Leibnitz* l. c. p. 446—82, dann aber „mit Verbesserung augenfälliger Fehler und möglichster Herstellung der Orthographie des XV. Jhdts." im *UBuche der St. Br.* Nr. LXIII S. 145—84 abgedruckt worden. Ueber Bedeutung und Inhalt s. *Dürre* a. a. O. S. 7. 8 (nr. 15), 191, 299—311.

D. Gerichtsordnungen.

1) Vehmgerichtsordnung, d. i. Vorschrift über das Verfahren in dem seit 1312 eingeführten, ursprünglich nur für Diebstahls-Klagen, später auch über Mord und Gewaltthat competent gewesenen „vemedinge" in 21 §§., gedruckt b. *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 626, 27, correcter im *UBuche der St. Br.* Nr. XXI S. 27—29. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 130 flg.

2) Schiedgerichtsordnung, einige kurze Verhaltungsnormen für die zur Entscheidung von Rechtsstreiten unter Stadtbürgern vom Rathe immer auf zwei Jahre aus den fünf Weichbilden gewählten acht, später neun Sühnemannen enthaltend, und zuerst um 1320 (in 7 §§.) abgefasst, dann aber im Laufe der zwei nächstfolgenden Decennien, jedenfalls vor 1345, durch Einschiebung einiger Sätze, u. A. einer lateinischen Bemerkung über die Wahl des Sühnerathes und den Eid, welchen die „electi ad officium faciendi concordias" zu leisten haben, erweitert. Abdruck der beiden Redactionen im *UBuche der St. Br.* Nr. XXIV, XXVIII S. 31 flg. 36 flg. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 131, 32.

E. Special-Rathsstatute:

a) Von dem Herwede (6 §§.) v. 1303, bestimmend, welche Stücke zur Ausrüstung eines braunschweiger Bürgers zu zählen und daher einer besonderen Erbfolge unterworfen seien. Gedruckt bei *Leibnitz* l. c. p. 434, und in theilweise abweichender Form im *UBuche der St. Br.* Nr. XVII S. 25.

b) „Van deme dobelspele", zwei Verordnungen zu 9 und 6 §§. aus der Zeit um 1340, gegen das zu hohe (d. h. fünf Schillinge übersteigende) Spielen gerichtet, welches gewöhnlich mit Verweisung aus der Stadt geahndet wird. Gedruckt im *UBuche der St. Br.* Nr. XXVII S. 34—36. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 668 flg.

c) Von der Hochzeitsfeier, zwei Statute wider den hiebei eingerissenen Luxus; das eine „van der brutlachte vnde brudbade" überschrieben und 12 §§. umfassend, gehört der ersten Hälfte des XIV. Jhdts., das andere mit der Aufschrift „Wu me dat mit den bilachten holden schall" in 7 §§. dem letzten Drittel des XV. Jhdts. an. Gedruckt im *UBuche der St. Br.* Nr. XXXVIII, CVI S. 43 flg. 245 flg. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 664—67.

d) „Van deme tollen, van der mate vnde van der waghe, van den beckeren", drei Statute aus dem Anfange des XIV. Jhdts., betreffend die Zollsätze für Handelswaaren (50 §§.), das gesetzliche Mass und Gewicht, endlich das je nach den Kornpreisen wechselnde Normalgewicht der verschiedenen Gattungen Brods, sämmtlich ungedruckt. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 128.

e) Von der Rathswahl v. 3. Jan. 1360 (für die Altstadt) und v. 19. Dez. 1453, abgedruckt im *UBuche der St. Br.* Nr. XLI, XCIII S. 49, 236.

f) Von der Zollfreiheit der neu aufgenommenen Stadtbürger, zwei Statute v. 11. Febr. 1484, abgedruckt *das.* Nr. CV S. 244, 45.

g) Von der Münze, sechs dem Zeitraume von 1477—1499 angehörende Verordnungen, abgedruckt *das.* Nr. CI, CII S. 241; CVII S. 246 flg.; CIX S. 249 flg.; CXV, XVI S. 266 flg. Vgl. auch *Shigt-Bôk* Nr. VI „Fan der Pagemünte" S. 168 flg.

F. Eidformulare.

Eine grosse Anzahl solcher aus dem XIV. und XV. Jhdt., bestimmt für alle Raths-

43) Verwalter des Kirchenvermögens.

44) Aufseher über die Kirche und ihre Geräthe.

und sonstigen städtischen Aemter und Dienste, sowie die neu recipirten Bürger, später auch für die verschiedenen wissenschaftlichen und gewerblichen Berufstände („des apotekers eyt, des docters in der artzedie eyt, doctoris sc. juris juramentum, de nie bruwereed" etc.), findet man jetzt gedruckt im *UBuche der St. Br.* Nr. XLII S. 49—51; LIV S. 76, 77; LX S. 86—100; LXXXIX S. 230, 31; CX S. 250, 51; CXIII S. 261—65. Ueber die s. g. Eidbücher s. *Dürre* a. a. O. S. 4 (nr. 19), 189, 90.

Zum Schlusse möge hier noch die Huldigungsordnung („Modus omagii dominis nostris ducibus in Brunswic faciendi") v. 1345, auch die Formel des Huldigungseides (§. 4) enthaltend, und gedruckt b. *Rehtmeyer* a. a. O. I S. 630, 31 und im *UBuche der St. Br.* Nr. XXX S. 38, 39 (in 9 §§.), Erwähnung finden. Vgl. *Dürre* a. a. O. S. 141, 143.

CXXXI. Bregenz.

(Oesterreich, Vorarlberg.)

G. R. *Schimmer*, Hist.-topograph. Beschreibung von Bregenz, Wien 1852. 12°. A. W. *Grube*, Bregenz am Bodensee, das. 1858. 12°. Vgl. auch M. *Merkle*, Vorarlberg, aus den Papieren des in Bregenz verstorbenen Priesters F. J. *Weizenegger*, Abthl. II (Innsbruck 1839. 8°.) Nr. XIV: „Die Herrschaft Bregenz" S. 264—80.

Die Rechtsurkunden von Bregenz sind noch sämmtlich ungedruckt. Nur nachfolgende, zum Theile freilich blos auf des Priors P. Franz *Ramsperg's* „Historischer und bewährter, aus glaubwürdigen Authoribus und Briefen geschöpfter Relation von der Land- und Grafschaft, auch uralten Stadt, und in specie dem Kloster Bregenz ab urbe Brigantina condita usque ad annum 1600 et ultra" (MS. v. 1656), allerdings der Hauptquelle für die Geschichte der Stadt, beruhende Regesten lassen sich namhaft machen:

1 **1330**. Kaiser Ludwig IV. ertheilt den Bürgern der Stadt Bregenz das Recht, an jedem Montage einen Wochenmarkt zu halten. *Merkle* a. a. O. S. 272, 73.

2 **1408**, März 28. König Ruprecht verleiht auf Bitte des älteren Grafen Hugo, sowie der gräflichen Brüder Wilhelm und Hugo von Montfort, Herren von Bregenz, ihrer Stadt folgende Freiheiten: „1) von des holczwerckes wegen . . . were yn ein gemael holcze neme on yren willen, das der, als dicke daz geschehe, dem, des dasselbe holcze gewest ist, vnd den schaden genomen hette, zehen pfunt pfenninge verfallen sin sulle ane alle mynnernisse; 2) die Freiheit von fremden Gerichten, das königliche Hofgericht und das von Rotweil ausgenommen; 3) offene Aechter zu behalten." *Chmel*, Reg. Rup. S. 156 nr. 2525. Vgl. *Merkle* a. a. O. S. 273, 276 *).

1409. Graf Hugo von Montfort und 3
dessen Sohn Ulrich gewähren den Bürgern zu Bregenz, welche sich während der Belagerung ihrer Stadt durch die Appenzeller **) überaus treu und anhänglich gezeigt hatten, freien Zug und eine Ermässigung ihrer Steuern. *Merkle* a. a. O. S. 276 ***).

Das von König Friedrich III. erwähnte privilegium de non evocando v. 4. Dez. 1442 bezieht sich nicht auf die Stadt Bregenz, sondern auf die „Gemeinde des Bregenzerwaldes." Vgl. *Chmel*, Reg. Frid. S. 134 nr. 1264.

Breisach. CXXXII.

(Baden.)

P. *Rosmann* und Faustin *Ens*, Geschichte der Stadt Breisach, mit einem Vorwort von Dr. *Weiss*, Freiburg im Breisgau 1851. 8.° [Ein Verzeichniss der Urkunden, welche im Archive zu Breisach aufbewahrt werden, mit Angabe ihres Inhaltes, s. das. S. 467—77.]

1275, Aug. 25. König Rudolph I. 1
verbrieft den Bewohnern der Stadt Breisach, auf dass sie eines friedlichen Lebens geniessen mögen, eine Reihe von Satzungen, vornehmlich strafrechtlichen Inhalts, daneben jedoch auch in Kürze das Erbrecht, die Rathswahl, den freien Wegzug, die Rhein-Stapel- und Zollgerechtsame, die Lehensbesitz-Fähigkeit der Bürger Breisach's etc. berührend, und bestätigt schliesslich deren sämmtliche ehrbare und redliche Gewohnheiten:

„Rudolphus Dei gratia Romanorum rex semper augustus. Regie majestatis ordinatio, de qua leges manant, per quam consuetudines subsistunt, subscripta jura suis contradidit incolis, ut his contenti pacatam vitam habeant, eorumque contemptores legum examine puniantur. §. 1. Si quis infra bannum burgi Brisach homicidium commiserit, capite plectetur. Qui si effugerit, domus ejus funditus destruetur [1]) et infra annum non reedificabitur, omnisque possessio ejus tam mobilium quam inmobilium infra

*) Unrichtig wird übrigens hier der Begriff „Aechter" erklärt.

**) Vgl. *Merkle* a. a. O. III, 161 flg.

***) Mehrere gräflich-montfortische Freiheitsbriefe sind verloren gegangen, und ist daher ihr Inhalt unbekannt. *Merkle* a. a. O. II, 276.

1) *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 62 flg.

bannum burgi Brisach sita nostre cede(n)t potestati, nec unquam regressus ei in civitatem concedetur; finito anno heredes ejus tres libras judici et decem nobis persolvent, et licentiam reedificandi habebunt. Si vero ad judicium veniens se innocentem dixerit, nisi per duellum convictus fuerit, expurgatione prestita liber et indempnis erit. §. 2. Quacunque etiam hora noctis vel diei de homicida judici querimonia fuerit oblata, continuo judex, per sonitum campanarum universitate civium convocata, judicium, sicut prescriptum est, faciet de ipso. §. 3. Si quis auxilium evadendi homicide prestiterit, poena plectetur, qua reus puniendus erat, preter hoc, quod sine pulsatione campanarum judicium de ipso fiet. Quod si auxilium fugienti prestitisse negaverit, nisi similiter per duellum convictus fuerit, expurgatione prestita absolvetur. §. 4. Si quis infra bannum burgi aliquem vulneraverit, manu plectetur, et tanquam homicida sine spe redeundi a burgo ejiciatur. Si autem ad judicium, quod sonitu campanarum sicut de homicida fieri debet, veniens se fecisse negaverit, nisi duello convincatur, expurgatione prestita absolvetur. §. 5. Si cives burgum aliqua occasione communiter exierint, pacem, quam in burgo tenebant, eundo redeundo inviolatam servabunt, et violatam eo modo, quo in burgo, emendabunt. §. 6. Quicunque predictum burgum inhabitantes cives loci bannum burgi exierint, preterquam in negotio civitatis, et alter alterum occiderit vel vulneraverit, tres solidos judici et tres injuriam passo emendabit, nisi forte evidens et notorium fuerit, quod prius inimicitias sibi gesserit, verba salutationis sibi denegando; tunc enim judicium, quod de homicidis et vulneratoribus suprascriptum est, de ipso sumetur. §. 7. Quicunque predictum burgum inhabitant, viri et femine tanquam ejusdem conditionis matrimonium contrahent, et femine sicut viri in hereditatem succedunt parentum. §. 8. Si qui duellum inierint, loricati et duobus gladiis muniti pugnabunt. Qui in duello victus fuerit, arma sua judici resignabit vel pro quolibet genere armature tres libras componet. §. 9. In burgo Brisach singulis annis duodecim eligentur, qui de communi utilitate fideliter disponent. Quorum si aliquis pro judicio munus exegerit vel exactum receperit, et de hoc per duos suos complices convictus fuerit, dejicietur a consortio ipsorum nec in perpetuum ad burgi consilium admittetur. Qui duodecim etiam hoc honore fruentur, ut si quis advena domum cujusquam eorum hospes intraverit, quamdiu secum steterit hospes, a nemine in judicio Brisacensi super aliquo debito debeat conveniri. Unusquisque etiam eorum liber erit anno illo duorum solidorum census nostri, qui ab omnibus burgensibus predicti burgi nobis annis singulis debentur. §. 10. Si quis burgensium infra burgum vel extra nostram gratiam demeruerit, non eum in persona vel rebus offendemus, nisi prius legitimis induciis citatum et ordine judiciario convictum vel confessum. Pro gratia vero nostra recuperanda decem libras nobis, judici tres, et ei, quem lesit, tres persolvet. Postquam vero victus vel confessus fuerit, statim judex de bonis suis ad valorem earundem sedecim librarum sub nostra custodia sequestrabit. Inducias tamen habebit pro nostra gratia recuperanda sex hebdomadarum et trium dierum, quibus expletis, si gratiam nostram non fuerit consecutus, omnia bona sua in banno burgi Brisach sita nostre cedent potestati. Quod si judex alicujus odii occasione se sibi gravem reddiderit e burgo recedendo vel alias se subtrahendo, ut sibi nomine nostro dicta pecunia infra debitum terminum non solvatur, reus ipsam pecuniam in manus eorum duodecim, qui de consilio fuerint, nomine nostro offeret et sic gratiam recuperabit. §. 11. Si quis infra bannum burgi aliquem burgensium armata manu invaserit, sive percutiat sive non, gratia nostra carebit. §. 12. Si quis aliquem burgensium ad terram dejecerit, a nostra gratia sit alienus. §. 13. Si quis infra bannum burgi aliquem de burgensibus propria domo vel aliena malignandi animo, quod vulgo dicitur heimbsuchen, quesierit, gratia nostra carebit. §. 14. Si strepitus vel tumultus ob incendia, rixas vel ob aliquem alium casum emerserit, quicunque illic arma aliqua gestaverit, preter clypeum, ferreum pilleum et securim, tres libras judici emendabit; nisi guerra vel insultus hostium in bannum provenerit, et ad resistendum eis communiter exierint. §. 15. Si quis alteri probrose conviciatus fuerit, judici decem solidos, universitati burgensium decem et convicia passo decem persolvet. §. 16. Si quis incola hujus burgi egestatis causa vel alia necessitate a burgo recedere voluerit, libere recedat. §. 17. Infra burgum Brisach et Argentinensem civitatem nullus erit portus, qui vulgo dicitur ladtstatt, nisi apud Brisach. §. 18. Ab exactione thelonei burgenses per nostri Rheni districtum absolvimus. §. 19. Infra Rheni nostri terminos sub nostri conductus securitate negotiabuntur. §. 20. Omnes homines statuta burgi secum volentes servare recipient. Quod si forte alicujus proprium hominem receperint, si ante annum expletum a die receptionis sue a suo domino repetatur, et suus esse jure debito comprobetur, eidem domino

suo reddetur. Post annum vero expletum dictus dominus, si in provincia fuerit, repetendi nullum habeat facultatem. §. 21. Quidquid infra ambitum Rheni supra Brisach ad duo miliaria et inferius ad unum fuerit rhinvellic, ad ipsum burgum pertinebit. §. 22. Preterea supradictis civibus de Brisaco ex liber(ali)tate regia concedimus, ut possint habere feuda et possidere secundum consuetudinem feudorum. §. 23. Item ipsis civibus omnes honestas et rationabiles consuetudines confirmamus, jure imperii in omnibus supradictis excepto. — Ut autem hec omnia inviolabiliter observentur, presentem paginam conscribi et regie majestatis sigillo fecimus insigniri, statuentes, ut nulla persona humilis vel alta his nostris statutis obviare presumat. Ad majorem etiam confirmationem hi, qui aderant testes, subscripti sunt. [Zeugen-Angabe.] Acta sunt hec anno dominice incarnationis milesimo ducentesimo septuagesimo quinto, indictione tertia, regnante domino Rudolfo Romanorum rege serenissimo, anno regni ejus secundo. Datum apud Brisach octavo kalend. Septembris feliciter Amen."

Das s. g. jus civile urbis Brisacensis ist gedruckt bei *Schöpflin*, Hist. Zaringo-Badensis Tom. V Nr. CLIV p. 257—61 und in *meinen* Dtsch. Stadtrechten S. 42—44. Eine Inhalts-Darstellung geben *Rosmann* und *Ens* a. a. O. S. 172—76. Ueber das cölnische Rechtselement im breisacher Stadtprivileg s. *Böhmer*, Reg. Rud. S. 72 nr. 200.

Breisach war im XI. Jhdt. einer der Hauptsitze der Zähringer. Schon seit den Zeiten Heinrich's IV. finden wir jedoch das Hochstift Basel im Besitze erheblicher Gerechtsame über den Ort, welche dem Bisthume zu verschiedenen Malen durch die deutschen Könige, so namentlich durch Friedrich II. mittels Urk. v. 12. Sept. 1218 (*Trouillat*, Monuments de Bâle Tom. I Nr. 313 p. 473), bestätiget worden sind, und allmälig einen Umfang annahmen, dass sich die basler Bischöfe wohl als die Herren der Stadt ansehen konnten. Da aber einen Theil dieser Rechte, beziehungsweise der Stadt, die deutschen Könige vom Hochstifte zu Lehen trugen, indem bereits König Heinrich VI. im J. 1185 auf diese Weise „medietatem curtis Brysach et medietatem montis Brysacensis" empfangen hatte: so entstanden hiedurch zwei gesonderte Herrschaftsverhältnisse, ein grund- und ein lehenrechtliches, über die Stadt, von welchen übrigens das letztere nach dem Erlöschen des Zähringer Hauses mit Berthold V. in Folge der treuen Anhänglichkeit Breisach's an die Staufische Dynastie über die Grundherrlichkeit Basel's ein solches Uebergewicht erlangte, dass sich gewissermassen der Schein einer völligen Reichsangehörigkeit über die Stadt verbreitete. Diesem trat jedoch die Bürgerschaft, als ihr König Wilhelm zugemuthet, ihn als ihren neuen Herrn anzuerkennen, in einer Urk. v. Nov. 1250 mit einem energischen Proteste entgegen, indem sie erklärte: „— nos munitionem et montem, quem inhabitamus, cum pertinenciis suis ad jus et proprietatem Basiliensis ecclesie pertinere recognoscentes, venerabili domino nostro Bertholdo, divino favore nunc episcopo Basiliensi, ac per ipsum ecclesie Basiliensi promittimus bona fide, quod, si serenissimum dominum nostrum Fridericum, Romanorum imperatorem, qui hactenus ab ipsa Basiliensi ecclesia dictam munitionem in feodum habuisse dinoscitur, eatenus humiliari contingat, quod civitates nobis conjurate [2]) recesserint ab eodem, quemcunque sibi dominum preter prelibatum dominum nostrum ejusque filium Conradum, dei gratia Romanorum in regem electum, eligentes, ex tunc ipsi reverendo patri Basiliensi episcopo suisque successoribus, tamquam dominis nostris, fideliter curabimus adherere, nunquam nos alicui domino, nisi Basiliensi ecclesie, submittentes, ad quod nos et successores nostros tenore presentium obligatione constringimus litterali." (*Rosmann* u. *Ens* a. a. O. S. 465, 66; *Trouillat* l. c. Nr. 404 p. 585.) Und als nun wirklich mit Konrad IV. das Staufische Fürstenhaus erloschen, huldigte auch consequent die Stadt Breisach dem basler Bischofe Berthold II. (1254), welcher, wie es scheint, das als gefährlich erkannte Feudal-Verhältniss sofort auflöste und später (1262) durch Vermittlung seines Coadjutors, Heinrich von Neuenburg, die neuerliche Bestätigung der hochstiftischen Eigenthumsrechte an Breisach (s. oben S. 133 nr. 14) aus der Hand König Richard's erzielte. Demungeachtet erhob zehn Jahre später Graf Rudolph von Habsburg mit bewaffneter Macht Ansprüche auf Breisach. Doch wusste denselben Bischof Heinrich von Neuenburg 1264 durch das kluge Erbieten zu einer Abfindungssumme von 900 Mark Silbers (*Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 101 p. 141) einstweilen noch zu begegnen, worauf „scultetus, consules et universitas civium de Brisacho, Constanciensis dioecesis" neuerdings ihre Angehörigkeit zur basler Kirche beurkundet und dem Bischofe Namens der ersteren das „fidelitatis juramentum" geleistet haben. (Urk. v. 23. Juni 1264 [3]).

2) Der s. g. oberrheinische Städtebund.

3) *Rosmann u. Ens* a. a. O. S. 466 theilen diese Urk. mit der JZ. 1274 mit.

b. *Trouillat* l. c. Nr. 102 p. 142.) Als jedoch bald danach Rudolph den deutschen Königsthron bestiegen, fand es der neue basler Bischof, Heinrich von Isny, für rathsam, seinem mächtigen Gönner und Freunde zu Gefallen die gesammten Rechte des Hochstifts über Breisach an das Reich abzutreten. Von da an zählte nun ersteres zu den reichsunmittelbaren Städten, und empfing in dieser politischen Stellung den vorstehenden inhaltsreichen Rechtsbrief. Vgl. *Rosmann* u. *Ens* a. a. O. S. 119 flg. 141 flg. 158 flg. 164 flg. 170 flg. Dazu s. noch *Trouillat* l. c. Tom. II p. L—LII; *Hugo*, Mediatis. S. 37 flg.

2 **1312**, Jan. 2. König Heinrich VII. ertheilt dem Rathe der Stadt Breisach (zugleich mit jenen der Städte Neuenburg, Colmar und Schlettstadt) den Befehl, das Einlager von Geisseln zu Gunsten Graf Eberhard's von Württemberg in ihren Mauern nicht zu dulden, da Letzterer „non aequum, sed inconveniens" begehre. [Hier tritt Breisach zum ersten Male in der deutlich erkennbaren Eigenschaft einer Reichsstadt auf.] *Herrgott*, Genealogia dipl. Aug. gentis Habsburg. Tom. II p. 604; *Sattler*, Gesch. des Hzgths. Würtenberg unter der Regierung der Graven Bd. II S. 95.

3 **1315**, März 28. König Friedrich der Schöne verordnet, es solle, so oft ein römischer König oder Kaiser mit Tod abgehen würde, die Burg zu Breisach dem Rathe allda zur Obhut anvertraut werden. (R.)*)

4 **1315**, Apr. Derselbe gestattet den Bürgern von Breisach, ihre Stadt mit Mauern zu umgeben und zu befestigen (R.)

5 **1330**, Jun. 11. Der Schultheiss, der „meister", der Rath und die Bürgergemeinde von Breisach verbünden sich mit Herzog Otto dem Kühnen (König Friedrich's Bruder) von Oesterreich und dessen Helfern „gegen allermengelichen vnd mit nammen gegen hertzogen Ludwig von Peyern [Kaiser Ludwig IV.], gegen sinen dienern vnd helfern den krieg vs, der zwischent in ist", wobei Otto den Breisachern eine Reihe von Zugeständnissen macht, und dieselben überhaupt bei ihren Freiheiten, Rechten und Gewohnheiten zu bewahren verspricht: — „so hat vns der vorgenant vnser herre, der hertzog gelobt, das er die wile enkein sture an vns muten sol. Er sol vns och die Juden lassen. Och sol die burg in der stat zu Brisach stan vnd bliben in des rats gewalt. Vnd were, dass der selbe vnser herre, der hertzog, durch siner notdurft oder durch andere sache willen vs dem lande varen wolte, so sol er vns ein siner diener oder helfer geben, der vns wol füget, vnd der vns besorge von sinen wegen nach vnserre notdurft. Were och, ob wir dekeinen bu an vnserre stat zu Brisach nach vnserre notdurft tun oder machen wölten, dar an sol er vns niht irren. Dar nach so hat er vns gelobt, daz er vns bi aller vnserre friheit, rechten vnd guter gewonheit sol beliben lassen, als vnserre stette reht ist, vnd sol vns dar an in enkeinem weg irren noch symen." Mit Erläut. b. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XIII S. 91—93.

1330. Kaiser Ludwig IV. bestätigt der Stadt Breisach α) das Recht der Erhebung von Zoll und Ungeld, β) die Freiheit von der Entrichtung der von Rheinfelden bis Strassburg bestehenden Rheinzölle, und γ) die Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit. (R.) 6

1331, Mai 3. Derselbe verpfändet[4]) Breisach (nebst anderen Rheinstädten) für 20,000 Mark Silbers an die Herzoge Albrecht und Otto von Oesterreich [welche Pfandschaft bis zum J. 1415 in Wirkung bleibt] *Hugo* a. a. O. S. 38. 7

1331, Jun. 3. Herzog Otto von Oesterreich verspricht aus Anlass vorstehender Verpfändung dem Schultheissen, den Räthen und den Bürgern der Stadt Breisach, dass er „in stete haben welle vnd behalten die friheit, recht vnd gnade vnd all ir brief vnd ouch gewonheite, die sie von kaysern vnd künigen herbracht habent, vnd sunderlich all die gnade, die in sin lieber herre vnd kayser Ludewig von Rome geben hat." (R.) 8

1331. Der Schultheiss, der Rath und die Bürger der Stadt Breisach vereinbaren unter sich Satzungen über die Verwaltung des Gemeindegutes, die Wahl der Rathleute, die Verwahrung der Stadtschlüssel u. a. m. (R.) 9

1346. Kaiser Ludwig IV. befreit die Bürger der Stadt Breisach von Ladungen an auswärtige Gerichte. (R.) 10

1346, Oct. 18. Derselbe befiehlt den Grafen Ludwig und Friedrich zu Oettingen, seinen Landvögten im Elsasse, ferner allen Nachfolgern derselben, sowie den Räthen der elsassischen Städte, „sine vnd des riches burgen ze Brysach ze schirmen vor allen den, die si ze vnrecht wellent . . . besunder . . . vor allen den, die si angriffen vnd pfenden wellent für sinen oheim von Oesterrich, wan si . . . daz rich also angehorent, daz er nit welle, daz si für sinen obgenan- 11

*) Die einfach mit R. bezeichneten Regesten beruhen auf dem *Weiss*'schen Urk.-Verzeichnisse bei *Rosmann* u. *Ens* a. a. O. S. 467 flg.

4) Vorbereitet ward diese Verpfändung bereits durch den Versatzbrief an Herzog Otto und dessen Reversurkunde v. 1330.

ten oheim von Oesterrich pfantbar si." *Rosmann* u. *Ens* a. a. O. S. 469.

12 **1348**, Mai 26. König Karl IV. erneuert die unter nr. 7 aufgeführte Pfandverschreibung Breisach's (und der übrigen drei Rheinstädte) durch seinen Vorgänger im Reiche an die österreichischen Herzoge. (R.) *Bader* in Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV S. 463.

13 **1353**, Nov. Derselbe ertheilt den durch König Heinrich VII. im J. 1309 der Stadt Breisach verliehenen Satzungen und Freiheiten, vermuthlich blos einer Confirmation des Rudolphinum v. 1275 (nr 1)[5]), seine Bestätigung. (R.)

14 **1365**. Kaiser Karl IV. gibt der Stadt Breisach „ganze macht vnd vollkommenen gewalt, daz si die strassen im Brysköw befinden vnd bewaren sullen wider alle böse vnd übeltetige lüte". (R.)

15 **1369**. Herzog Leopold III. von Oesterreich verspricht für sich und im Namen seines Bruders, Herzog Albrecht's, den Bürgern der seinem Hause „von dem heiligen riche ze rechtem werendem pfand versatzten vnd in pfandeswise ingeantworteten Statt Brisach — durch sunder gnad vnd liebe — daz er in stete haben welle vnd ouch behalten sulle alle friheit, recht vnd gnade, alle brieffe vnd gute gewonheit, die si von römischen keisern vnd küngen vnd ouch von sinen vordern herbracht habent." Nach einem Vidimus v. 1407. (R.)

16 **1380**, März 23. König Wenzel bestätigt der Stadt Breisach die ihr von den früheren Kaisern verliehenen Freiheiten und Zollgerechtigkeiten. (R.)

17 **1381**, Mai 22. Die elsassischen Reichsstädte erklären, dass Breisach für Oesterreich um keinerlei Sache pfandbar sein solle. (R.)

18 **1403**, Sept. 6. Der römische König Ruprecht erneuert gleichfalls die Ludwig'sche Verpfändung Breisach's [nr. 7] an die österreichischen Herzoge. (R.)

19 **1403**, Sept. 6. Derselbe bestätigt die Privilegien der Stadt Breisach und ertheilt ihr neue Gnaden, nämlich 1) in der Stadt und im Burgbanne Ungeld und Zölle zu setzen und aufzuheben, sowie hohe und niedere zu vermindern und zu vermehren, wenn es die Nothdurft der Stadt erfordert; 2) schädliche Leute zu richten und zwei Meilen rings um die Stadt her aufzugreifen; endlich 3) offene Aechter aufzunehmen. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 91 nr. 1553.

20 **1403**, Sept. 8. Derselbe bestätigt den Bürgern von Breisach die Freiheit von der Ladung an fremde Landgerichte. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 1558.

1415, Jun. 3. König Sigismund „vernewet, bevestnet vnd bestettigt" auf demüthige Bitten „den Burgermeistern, Rat vnd Burgern gemeinlich der Stat tzu Brisach" um ihrer dem Könige und der Herrschaft von Oesterreich erwiesenen getreuen und willigen Dienste wegen „alle vnd igliche Jre gnade, fryheite, rechte, gute gewonheite, alt herkommen, pfantschaft, tzolle, brieve, privilegia vnd hantvesten, die Ire vordern vnd sy von sinen vorfarn an dem Rich, Romischen keysern vnd künigen, vnd der herschaft von Osterrich erworben, behalten vnd redlich herbracht haben, in allen iren innehaldungen, gesetzen, puncten vnd artikeln, wie die von wort zu worte luten vnd begriffen sind in iglicher wyse, als ob sy alle vud igliche sunderlich in disem vnserm brieff beschriben vnd begriffen weren", mit der Bestimmung, „das sy furbas daby belyben sollen, vnd des ouch in allen enden gebruchen sollen vnd mogen, von allermenielich vngehindert." Zugleich wird den Breisachern die Versicherung gegeben, dass sie „von dem riche nymmermere empfremdet vnd vergeben werden sollen in dheinwysz, es sy dann das sy der herschaft von Osterrich widergeben wurden." Schliesslich folgt noch das allgemeine Gebot, die Stadt bei ihren Rechten und Freiheiten zu erhalten, und sie in deren Geltendmachung nicht zu hindern oder irren. *Hugo* a. a. O. Urk. 9 S. 219 21 21

1415, Jul. 21. Derselbe erklärt, dass (nach gelöster österreichischer Pfandschaft) Breisach wieder zum Reiche gehörig sein und nicht mehr davon veräussert werden solle. (R.) *Hugo* a. a. O. S. 38. 22

1425, Sept. 28. Derselbe überträgt dem Abte von St. Trudpert[6]) das Recht, der Stadt Breisach (sowie auch für Freiburg und Endingen) vollwirksame Beglaubigungen von Urkunden auszufertigen. (R.) 23

1429, Jan. 19. Herzog Friedrich von Tyrol, Herr im Breisgaue, verspricht der ihm (vermuthlich bereits 1427) verpfändeten Stadt Breisach, sie bei allen hergebrachten Rechten und Freiheiten zu belassen, die besonderen Gnaden hinzufügend, dass a) die Stadt für ihn nicht Pfand sein, b) wider ihren Willen nicht veräussert, und c) nicht genöthigt werden solle, Juden zu halten. (R.) 24

1440. König Friedrich III. bestätigt den Bürgern Breisach's ihr privilegium de non evocando. (R.) 25

1442. Derselbe bestätigt der Stadt Brei- 26

5) Vgl. den rotweiler Vidimus v. 1372. (R.)

6) St. Trudpert oder St. Ruprecht, Kloster im Münsterthale. *Mone's* all. Ztschr. XIII, 335.

sach „alle vnd igliche ir gnad, rechte, frihait, hantvest, brieve, privilegia vnd pfandschafft, die in von romischen kaisern vnd kunigen . . . vnd herczogen ze Oesterrich . . . gegeben sind, vnd sunderlich den zoll auf dem Rein, den si von alter vnczher ingenomen vnd genossn, auch ir altherkomen vnd gewonheit, vnd mit namen solh ir altherkomen vnd gewonheit, so sy langzyt herbracht haben, . . . darin in aber von den burgern von Basel vnpillich intrag vnd irrung beschehn ist vnd noch beschicht, als sy maynen, als offt drey scheff man auf ain scheff den Rein herab von Basel fur Brisach furen, daz dann zu Brisach auf dasselb schepff zwen scheffman vnd nur ainer von Basel, vnd so zwen von Basel, aber ainer von Brisach vnd nur einer von Basel, die dasselb scheff furbazer fur Brisach furen, genomen werden, damit die leutt auf dem Rein vnder Brisach nicht schaden empfahen, vnd das auch von denselben scheffen vnd andern kaufmanscheffn, die auf dem Rein gegen Brisach komen, zoll gegeben werde, als dann von alter herkommen ist.“ Ausserdem gewährt der König den Breisachern noch die Gnade, dass in ihren näher bezeichneten „aygen awen vnd wayden“ Niemand ohne ihr Wissen und Wollen „holcz abslahen oder viech haltn oder in daran dhein hindernus, irrung oder ingriff nicht tun oder zuziehen sol in dhein weg.“ *Chmel*, Reg. Frid. S. 137, 38 nr. 1315. (Extr.)

27 **1469**, März 7. Die Schifferzünfte zu Breisach und Strassburg vergleichen sich nach stattgefundenen Zwistigkeiten über die beiderseitige Ausübung des Personen-Transports auf dem Rheine. *Mone's* all. Ztschr. Bd. IX S. 399, 400.

Im J. 1469 wurde Breisach vom Herzoge Sigismund von Oesterreich an Karl den Kühnen, Herzog von Burgund, verpfändet, und Rath und Bürgerschaft angewiesen, dem neuen Pfandherrn zu huldigen. Dieses geschah jedoch erst, nachdem Karl der Stadt die Zusicherung ertheilt hatte, sie bei ihren alten Rechten und Freiheiten belassen zu wollen. *Rosmann* u. *Ens* a. a. O. S. 246, 47.

28 **1493**, Apr. 1. Der römische König Maximilian I. verleiht der Stadt Breisach das Recht, auf Simon und Judä einen neuen Jahrmarkt zu halten, indem er zugleich den althergebrachten, welcher am Feste der Kreuzerhöhung stattfindet, neuerlich bestätiget. (R.)

CXXXIII. Brekerfeld.

(Preussen, Westfalen.)

1396. Graf Dietrich von der Mark befreit die Bürger der Stadt Brekerfeld von Gerichten und Verhaftungen ausserhalb des Weichbildes (§§. 1, 2), sowie von allen nicht als Landessteuern erscheinenden Schatzungen (§. 11), und fügt noch Bestimmungen über Bestrafung „veghtliker Saken“, insbesondere des „doitschlags“ (§§. 3, 4), über Ansprache eingebürgerter, vordem leibeigen gewesener Fremdlinge durch ihre frühere Herrschaft (§. 6), über Wochenmarkts-Freiheit (§. 7), über Competenz des Stadtgerichts bezüglich auswärtiger Schuldner der Bürger (§. 8), über die Erbfolge (§§. 5, 9, 10), endlich über die Verfassung, Wahl und Gerechtsame des Raths (§§. 12—16) hinzu. Von rechtshistorischer Bedeutsamkeit sind nur nachfolgende Sätze:

„§. 5. Ok so hebben wy unsen lieven borgeren gegunt: wert, dat erer wellich storve binnen Brekelvelde, de sall erven op syne rechten erven, et sy eghte off uneghte, an dat neste lyff; ind weme dat erve dan vervellet, de sal dat erve ind gut besitten binnen unser vorscreven stad Brekelvelde. §. 9. Ok so hebbe wy een gegund der gnade: so weme erfftal anstervet binnen Brekelvelde, de dar bewont is, de hussraed, de toe der erfftal gehoret, de sall by dem huse blyven, ind nit uit dem huse gescheden wesen. §. 10. Ok so hebbe wy een gegund: da man und wyff toesamen sittet in eghteschop und kinder toesamen hebbet, off id gevelle, dat der eyn sterve, id were man off wyff, de ander, de dar levendich blivet, wert dat sick de verandersaten wolde, de magh delen met synen kindern ind geven oen dat guid gelike halff, dar deghine uyth gestorven is, ind de andere helfte da magh hey sich mede gaden, an wene hey will. Ind wan hey dan nit langer en is, so sall syn gud vallen, dar idt mit rechte vallen sall, das is to weten: an de leste kinder soe balde as an de ersten. §. 13. Ok so en sollen nyne twe brödere borgermestere off ratlüde wesen to eynem mahl. §. 15. Ind off idt gevelle, dat de borgermestere ind ratlüde nit eindrachtig werden konden der saken, de sey under een to doinde hedden to erer stadts behoyff, so hebben (wy) een gegunt, so war de meste hoip van den ratlüden met der borgermester eyn henfellet, dat id dar hen gaen salle.“

Gedruckt in J. Died. *v. Steinen's* Westphälischer Geschichte Thl. III S. 1269—72.

Bremen. CXXXIV.

(Freie Stadt.)

Chr. Nik. *Roller*, Versuch einer Geschichte der Kaiserl. und Reichsfreyen Stadt

Bremen, IV Theile das. 1799—1803. 8⁰. Carsten *Miesegaes*, Chronik der freyen Hansestadt Bremen, III Theile das. 1828—1833. 8⁰. Joh. Herm. *Duntze*, Geschichte der freien Stadt Bremen, IV Bände das. 1845—1851. 8⁰. Vgl. auch *Hugo*, Mediatis. S. 38—41; *Watermeyer* im Rechtslexikon Bd. II S. 474 flg.; *Barthold*, Gesch. der dtsch. Städte Thl. I S. 56, 89, 107 flg.; II S. 14, 177 flg.; IV S. 107—13, 212—14, 252 etc.

Die älteren Chroniken — theilweise edirt in J. M. *Lappenberg's* Geschichtsquellen des Erzstiftes und der Stadt Bremen, das. 1841. 8⁰. — sowie die übrigen ungedruckten und gedruckten, auf Bremen sich beziehenden historischen Schriften des XVI—XVIII. Jhdts. verzeichnet *Miesegaes* a. a. O. Thl. I Einleit. S. 8—36.

Rechtsgeschichtliche Specialliteratur: Herm. *Conring*, Gründlicher Bericht von der Landesfürstlichen Ertzbischöfflichen Hoch- vnd Gerechtigkeit über die Stadt Bremen, Anno 1652. 4⁰.*) J. Ph. *Cassel*, Histor. Abhdl. von den Gesetzen der Freien Reichsstadt Bremen, Frankf. u. Leipz. 1764. 4⁰. Herm. *v. Post's* Histor. Nachrichten von der Regiments-Verfassung und dem Rath der Kaiserl. freien Reichsstadt Bremen, samt dem Jahrbuch der Bürgermeister und Rathsherren aus ungedruckten Urkk. gesammlet. Mit Anmerk. und einem Anhang von Dokumenten ans Licht gestellet von J. Ph. *Cassel*, Bremen 1768. 4⁰. Ferd. *Donandt*, Versuch einer Geschichte des Bremischen Stadtrechts. Mit einer Einleit. über die Entstehung und Fortbildung der Bremischen Verfassung bis zum J. 1433, II Theile Bremen 1830. 8⁰.

[Roland.] A. G. *Deneken*, Die Rolands-Säule in Bremen, Berlin 1808. 8⁰. *Zöpfl*, Alterth. Bd. III §. 29 S. 175—91. *Denkmale* der Geschichte und Kunst der freien Hansestadt Bremen, hrsgeg. von der Abtheilung des Künstlervereins für Bremische Geschichte und Alterthümer, Abth. I Lief. 1 (Bremen 1862. 4⁰.) S. 21—28.

[Handel, Gewerbe und Münze.] J. Ph. *Cassel*, Nachricht von einigen Freiheits-Briefen, welche der Stadt Bremen zur Beförderung ihrer Handlung im XIII. Jhdt. ertheilet worden (Progr.), Bremen 1766. 4⁰. *Ders.*, Urkunden von einigen Verträgen, welche die Stadt Bremen zum Besten ihrer Handlung in vorigen Zeiten mit etlichen bes. Hanse-Städten aufgerichtet (Progr.), Bremen 1767. 4⁰. Vict. *Böhmert*, Beiträge zur Geschichte des Zunftwesens [„Urkundl. Gesch. der bremischen Schuster-Zunft mit Seitenblicken auf die Geschichte des bremischen Zunftwesens überhaupt"], gekrönte Preisschr., Leipz. 1862. 4⁰. J. Ph. *Cassel*, Bremisches Münz-Cabinet, II Theile Brem. 1772. 8⁰. *Grote's* Münzstudien. Neue Folge der Blätter f. Münzkunde Nr. VIII (1862): „Die Bremer Münzgesetze des 14. Jhdts." S. 202—28.

Von den zahlreichen Werken, in welchen sich bremische Stadturkunden gesammelt finden, genügt es für gegenwärtigen Zweck ausser *Lünig* und *Moser* hervorzuheben: a) *Assertio libertatis* reip. Bremensis, Das ist Der Kayserl. vnd dess Heil. Röm. Reichs Freyen Stadt Bremen Ehren-Freyheit- vnd Standts Rettung [vom Bürgermeister Heinr. *Meier*, † 1679], Bremen 1646. 4⁰. — b) J. Ph. *Cassel*, Bremensia. Bremische historische Nachrichten und Urkunden, II Bände Bremen 1766, 67. 8⁰. — c) *Dess.* Sammlung ungedruckter Urkunden. Bremen 1768. 8⁰.**)

An ihre Stelle tritt jetzt das allen wissenschaftlichen Anforderungen genügende „*Bremische Urkundenbuch*, im Auftrage des Senats der freien Hansestadt Bremen herausgeg. von D. R. *Ehmck*", Bd. I Lief. 1, 2, Bremen 1863. 4⁰.

Die eigentlichen Rechtsquellen werden am Besten abgedruckt in der „Vollständigen Sammlung alter und neuer Gesez-Bücher der kaiserl. und des heil. Röm. Reichs freien Stadt Bremen, aus Original-Hdschr. herausgeg. von Gerhard *Oelrichs*", Bremen 1771. 4⁰. (mit rechtsgeschichtlich wichtigem Vorberichte S. I—L) angetroffen, wozu des Herausgebers „Glossarium ad statuta Bremensia", Francof. ad M. 1767. 8⁰., als eine beachtenswerthe Ergänzung sich darstellt. Endlich eine hochdeutsche (freilich nicht völlig gelungene) Uebersetzung eines Theiles der Stadtrechtsquellen bietet das Werk: „Grundgesetze der Kaiserl. und Reichsfreyen Stadt Bremen, enthaltend die Tafel und die neuesten Statuten, die Neue Eintracht, die Kündige Rolle und verschiedene Eidesformeln. Aus der niedersächsischen Urschrift übersetzt, mit einem historischen Vorbericht und einem vollständigen Sachregister versehen von Ch. N. *Roller*," Bremen 1798. 8⁰.

787, Jul. 14 [1]). König Karl der 1
Grosse gründet „in Wigmodia in loco Bremon vocato super flumen Wirraham ecclesiam et episcopalem cathedram."

In dieser in *Adami* Gest. Hammaburg.

*) Auch in Opp. omn. (1730) Tom I p. 844—984.

**) Erwähnt müssen auch werden die „Privilegia Archiecclesiae Hammaburgensis" in Erp. *Lindenbrogi* SS. rerum Germ. septentrional. (Francof. 1630. fol.) p. 143—202.

1) Die Datirung ist in den älteren Abdrücken der Urk. schwankend. Ueber obige s. *Böhmer's* Reg. Karolor. S. 15 nr. 131.

eccl. pontific. Libr. I cap. 13 [2]) erhaltenen, aber, wenn auch ihrem Inhalte nach glaubwürdigen, doch in der Form zweifellos unächten Urkunde — oft gedruckt, z. B. in *Baluzii* Capitular. reg. Franc. Tom. I col. 245—48, bei *Roller* a. a. O. Thl. III S. 246 flg., *Miesegaes* a. a. O. Thl. I S. 179 flg., *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. II S. 4, W. *v. Hodenberg*, Die Diöcese Bremen und deren Gaue (1858) III S. 3 flg., im *Brem. UBuch* Nr. 1 S. 1, 2 (Extr.); deutsch b. *Miesegaes* a. a. O. S. 169 flg., *Duntze* a. a. O. Bd. I S. 51 flg. und F. W. *Wiedemann*, Gesch. des Hzgths. Bremen (Stade 1863. 8°.) S. 16 flg. — wird des Ortes Bremen zum ersten Male gedacht. Die Lit. über die Aechtheitsfrage s. bei *Miesegaes* a. a. O. S. 177, 78 Note 2 und *Ehmck* a. a. O. S. 2 Note 1.

2 **888**, Jun. 9. König Arnulph bestätigt der bremischen Kirche ihre Freiheiten, dabei insbesondere bestimmend: „super hec etiam percussuram numorum et negotiandi usum in eodem loco Brema nuncupato fieri permittimus, sicut dudum ecclesie ejusdem rectoribus in Hamapurg concessum fuisse, sed propter infestationes paganorum nunc inibi esse non posse, comperimus, sitque in potestate episcopi provisio ejusdem mercati cum jure telonii.“ Nach dem im stader Archive aufgefundenen Originale b. *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. XXII S. 33 und im *Brem. UBuch* Nr. 7 S. 7—9.

3 **937**, Jun. 30. König Otto I. erneuert den zur hamburger Diöcese gehörigen Klöstern in Bremen „omnes concessiones, quas concesserant anteriores Francorum reges .... videlicet, ut nullus judex publicus vel quaelibet judiciaria potestas aliquam sibi vindicet potestatem in supradictorum hominibus monasteriorum, litis videlicet et colonis, vel eos aliquis capitis banno ob furtum vel quocumque banno constringat, aut aliquam justiciam facere cogat, nisi advocatus archiepiscopi, quamdiu eos corrigere valuerit. Quod si quisquam illorum incorrigibilis extiterit, ut ab eo corrigi non valuerit, tunc ab advocato isdem presentetur judiciariae potestati, ceteri vero in subditione archiepiscopi permaneant. Si vero aliquis ex libertis voluerit jamundling [3]) vel litus fieri aut etiam colonus ad monasteria supradicta cum consensu coheredum suorum, non prohibeatur a qualibet potestate, sed habeat licentiam nostra auctoritate.“ Ausserdem wird noch der erzbischöfliche Heerbann „super libertos et jamundilingos monasteriorum supradictorum“ besonders anerkannt. *Lindenbrog* l. c. p. 151 sq., *Miesegaes* a. a. O. Thl. II S. 13—17, *Lappenberg*, Hamburg. UBuch a. a. O. S. 40 flg., *Brem. UBuch* Nr. 9 S. 10, 11. (Extr.) Deutsch b. *Miesegaes* a. a. O. S. 5—12. Vgl. dazu H. *Ahasveri* Diss. qua Diploma Ottonis Magni a. DCCCCXXXVII. illustratur, Goetting. 1793. 4°., ferner *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 24—33, 62; *Zöpfl* a. a. O. S. 184 flg.

Der Inhalt vorstehender Urkunde wird zu einem Theile von König Otto II. am 27. Oct. 967, und vollständig durch denselben als Kaiser am 27. Sept. 974 wiederholt und bestätigt. *Brem. UBuch* Nr. 12, 13 S. 13 flg.

966, Aug. 8. Kaiser Otto I. gibt dem 4
Erzbischofe Adaldag von Hamburg „construendi mercatum in loco Bremun nuncupato licentiam“, überlässt ihm „bannum et theloneum necnon monetam totumque, quod inde regius rei publicae fiscus obtinere poterit“, und unterstellt sogar „negotiatores, ejusdem incolas loci, suae tuitionis patrocinio . . . precipiens hoc imperatoriae auctoritatis precepto, quod in omnibus tali patrocinentur tutela et potiantur jure, quali ceterarum regalium [4]) institores urbium.“ *Lindenbrog* l. c. p. 150; *Miesegaes* a. a. O. S. 79—81 (dtsch. und lat.); *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. XLIII S. 48, 49; *Brem. UBuch* Nr. 11 S. 12. Vgl. dazu *Donandt* a. a. O. S. 23 (Note 42), 35; V. *Böhmert* a. a. O. S. 1, 2.

Erneuert finden wir obiges Privileg (nebst den übrigen „concessiones“ der Könige für die hamburgische Kirche) durch Otto III. am 16. März 988, durch König Heinrich II. am 25. Mai 1003 und von demselben nach seiner Kaiserkrönung am 20. Nov. 1014. *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. XLIX, LVI, LXI S. 55, 62, 64 flg.; *Brem. UBuch* Nr. 14—16 S. 15 flg. (Extr.)

1035, Oct. 16. Kaiser Konrad II. ver- 5
leiht dem Erzbischofe Bezelin von Bremen — „mercatum in eodem loco cum theloneo, nomismatibus nec non omnibus utilitatibus ad mercatum pertinentibus . . . ea videlicet lege, ut bis in anno omnes, qui illuc causa mercandi veniant, una vice septem dies ante pentecosten, secunda vice similiter septem dies ante festivitatem sancti Willehadi [5]) ibidem corporaliter requiescentis annuale mer-

2) *Pertz*, Monum. SS. VII, 288 sq. [J. C. M. *Laurent's* Uebers., 1850, S. 16 flg.]

3) Mündling, Muntmann.

4) Dass auch Bremen selbst eine königliche Stadt gewesen sei, folgt hieraus keineswegs. [*Ehmck*.] Die Confirm. v. 1014 nahm dafür die Worte auf: „quali majorum videlicet civitatum institores.“ Vgl. *Donandt* a. a. O. I, 51.

5) D. i. vor dem 8. November.

catum illic habeant", zugleich bestimmend, dass der genannte Erzbischof auch den Bann haben solle „super omnes hos illuc venientes, ut illic eundo et redeundo habeant pacem", mit dem Beifügen, „ut si in hoc statuto tempore ex illuc venientibus aliqua te meritas evenerit, inde jusitiam faciendi neque dux neque comes neque aliquis hominum preter ipsum suosque successores licentiam habeant." *Assert. lib. Brem.* S. 536, 37; *Lindenbrog* l. c. p. 157; *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. LXVIII S. 69; *Brem. UBuch* Nr. 19 S. 18—20.

6 **1111**, Mai 14. Kaiser Heinrich V. bestätigt der Stadt Bremen „illa jura, que sancte recordationis Karolus imperator ad instantiam peticionis sancti Willehadi, primi Bremensis ecclesie antistitis, ac ceteri . . . Romanorum imperatores eidem civitati Bremensi concesserunt", und gewährt dem Rathe und den Bürgern daselbst noch die besonderen Gnaden und Freiheiten a) der Befreiung von Ladungen an auswärtige „judices seculares"; b) der Schutzgewalt und Gerichtsbarkeit über die „strata regia scilicet Wyzera ex utraque parte littoris a civitate . . . usque ad salsum mare"; c) des auszeichnenden Kleiderschmuckes der Rathmannen — „ut proconsules et consules ipsius civitatis Bremensis . . . se ac eorum vestes et indumenta auro et vario opere, ut militibus est concessum, possint et valeant adornare et ad ornatum ferre" — was als eine Belohnung der von den Bremern im Heere Gottfried's und Baldewin's bei der Eroberung Jerusalem's geleisteten Waffenthaten bezeichnet wird; endlich d) der Zierung des Rulandbildes mit dem Reichswappen — „et in signum hujusmodi libertatis licenciamus eisdem, quod in eorum civitate Bremensi possunt ymaginem Rolandi ornare clippeo et armis nostris imperialibus." *Assert. lib. Brem.* S. 357—59; *Lünig*, RArchiv Thl. XIII S. 218; *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 214; *Miesegaes* a. a. O. Thl. I S. 244—47; *Emminghaus*, Corp. Jur. Germ. I Nr. 48 S. 19, 20; *Brem. UBuch* Nr. 28 S. 30—32 [6]). Deutsch b. *Miesegaes* a. a. O. S. 234—42. Inhalts-Darstellung b. *Duntze* a. a. O. S. 276, 77.

Das berühmt, oder vielmehr berüchtigt gewordene bremer Privileg von 1111, welches uns lediglich in einem jüngeren Transsumte erhalten ist, hatte unzweifelhaft im beginnenden XIV. Jhdt. in Bremen wie Hamburg das Ansehen eines völlig glaubwürdigen Documentes genossen. Denn es berichtet die „Cronica bremensis" des *Gerhard Rynesberch* († 1406) und *Herbord Schene* († nach 1411) zu dem J. 1307, es habe sich damals ein bremischer Bürger bei Gelegenheit eines Streites mit einem Bürger aus Lübeck, der darauf hinauslief, welcher der beiden Städte der Vorrang gebühre, auf die fragliche Urkunde berufen und deren Inhalt in nachfolgender Weise vorgetragen: „Die van Bremen hebbet ere radheren vnde borghere mede ghehat in der groten herevart, do seligher dechtnisse hertoch Gotfryt van Bulyon dat hilghe land wan, dar de van Lubeke nemende mede en hedden. Do behelden die van Bremen in erer weddervart van deme romesschen keysere boven alle die keyserliken vryheyt, die sunte Wilhad en van conyng Karle irworven hedde, dre herlike stucke, der sick die van Bremen eweliken vrouwen moghen. Dat erste stucke, dat alle die ghennen, die to Bremen to rade gat, moghen golt vnde bunt dreghen; dat ander, dat men den rad, die borgere vnde die inwonere binnen Bremen vor nenen vrygen stooll mach laden, wo ze vor ereme heren rechtes pleghen willen; dat derde, dat sie des conynges vryge strate, die Wesere, scullen myt ereme heren vordeghedinghen vry vnde quyt van Bremen an wente in die solten zee. Ne wolde noch en kunde ere here en dar nicht to helpen, so scullen sie dat allene doon. To ener betuchnisse desser dryger stucke, so hebbet sie de genade, dat sie Rolande moghen des keysers scilt vorehengen. Desser stucke hebbet sie en privilegium myt des keysers ingheseghele beseghelt, dat vele romesscher conynge na ghestedeget hebbet". Darauf habe der erwähnte Bürger von Bremen die Rathleute gebeten, „dat sie eme dat privilegium wolden don, dat sie hadden van keyser Hinricke. Do vragheden sie eme, wie eme van deme privilegio seghet. Do sprack hie, dat hie dat wol over manige iare hord hedde van synem heren, hern Hilgendorpe. Do segede die rad: si ne deden eme dat privilegium nicht, men sie wolden eme gherne geven een vidimus des sulven brieves vnde(r) ereme (seghele), vnde wolden en gherne mede scriven, wanner yement to Bremen queme van Hamborch, deme wolden sie den rechten breef gerne wysen." Die Copie sei nun wirklich dem hamburger Rathe vorgelegt und von demselben als vollgenügende „bewysinge" anerkannt worden. *Lappenberg's* Geschichtsquellen S. 75, 76, 79, 80 [mit S. 60]. Dazu J. *Grimm* in den berliner Jahrbb. f. wissenschaftl. Kritik Jahrg. 1841 Bd. II Nr. 101 Sp. 804, 5.

Allein in späterer Zeit trat man mit immer grösserer Entschiedenheit der Aechtheit

6) Die weiteren Abdrücke verzeichnet *v. Post* a. a. O. S. 96.

des Freiheitsbriefes v. 1111 entgegen, und wenn sich auch anfänglich die Controverse immerhin von politischen Tendenzen influirt und getragen darstellt, indem das oldenburgische Haus, und nachher die erzbischöfliche Curie, sowie Schweden ein Interesse darin fanden, jenes ihnen unangenehme Actenstück zu beseitigen: so wurde doch alsbald die Streitfrage auf den rein wissenschaftlichen Boden verpflanzt, wo dem ziemlich seichten Vertheidigungsversuche *Goldast*'s [7]) gegenüber namentlich *Conring* [8]) und J. J. *Winckelmann* [9]) mit allen Gründen, welche Geschichte, Diplomatik und Chronologie an die Hand gaben, die Unterschiebung der Urkunde darzuthun sich bemühten. Das Unternehmen glückte, und die von ihnen ausgesprochene Ansicht beherrscht, so zu sagen, selbst noch die gegenwärtige Zeit, welche hauptsächlich in der Datirung des Privilegs — „Datum et actum Maguncie, II. ydus Maji, indictione quarta, anno domini millesimo C⁰. XI." — einen unwiderleglichen Fingerzeig der Unächtheit erkennen will, da im J. 1111 den ganzen Monat Mai der Kaiser auf italischem Boden zugebracht, also nicht eine Urkunde in Mainz auszufertigen vermocht habe. Specifische Anhaltspunkte dafür, dass das Diplom in einen späteren Monat des Jahrs 1111, z. B. den September oder October, welchen beiden allerdings zu Mainz ausgestellte Rechtsbestätigungsbriefe Heinrich's angehören, oder in das von ihm wenigstens zur ersten Hälfte in Mitteldeutschland verlebte Jahr 1110 zu setzen sei, mangeln aber gänzlich. Von wem freilich, und zu welchem Ende und zu welcher Zeit die Fälschung vorgenommen worden sei, sind noch ungelöste Fragen. Vielleicht lässt sich die Urkunde auf eine noch im XII. Jhdt. entstandene chronikalische Aufzeichnung zurückführen, in welcher der Verfasser die wichtigsten, theils auf wirklichen kaiserlichen Gnadenbriefen beruhenden, theils nur im Herkommen seiner Zeit begründeten Bürger- und Rathsfreiheiten übersichtlich zusammenstellen wollte, und dabei, wie wir das ja auch in den Rechtsspiegeln des Mittelalters mehrfach antreffen, sich erlaubte, was er als besonderes Motiv für eine oder die andere jener Auszeichnungen aus dem Volksmunde erfuhr, also hier den Kreuzzug von 1096, welchen vielleicht die Sage an die Stelle der Romfahrt v. 1111 gesetzt hatte, einzuflechten. Dass unter den hiebei vorgelegenen ächten Freiheitsbriefen auch der Ottonische von 937 [nr. 3] gewesen sein werde, versteht sich von selbst. Nach 1186 mag man dann, durch den Fridericianischen Confirmationsbrief zu einer näheren Recherche nach den älteren Privilegien Bremen's veranlasst, auf obige Aufzeichnung gekommen sein, und ihre Brauchbarkeit erkennend, wohl auch im Vertrauen auf die Richtigkeit ihres Inhalts, den schwer empfundenen Mangel der Original-Privilegien dadurch zu ersetzen versucht haben, dass man jene Compilation in die äusseren Formen eines kaiserlichen Diploms einkleidete. Gerade hieran scheiterte aber die Kunst des Fälschers, welcher dabei mit ebenso plumper Ignoranz in Ansehung der Curialien, als leichtfertiger Kritiklosigkeit in den Zeugen-Fictionen verfahren ist. Ob nun das also geschaffene Trugwerk anfänglich für sich als selbständige Urkunde existirt, oder ob man auch noch den weiteren Schritt auf der Bahn des Fälschens gewagt und gleichsam als den schützenden Rahmen um das Gebilde demselben sofort die Wilhelminische Confirmation und Transsumtion beigedichtet habe, lässt sich nicht entscheiden. Vgl. überhaupt *Miesegaes* a. a. O. S. 249 flg.

Eine andere Ansicht hat *Zöpfl* in seiner unseren Gegenstand berührenden Erörterung [a. a. O. S. 176—81, 183, 185] wenigstens andeutungsweise ausgesprochen. Nach ihm soll „die Urkunde K. Otto's I. von 937 die Grundlage des Privilegiums K. Heinrich's V. von 1111 (1110), und daher Letzteres wohl in seiner ächten Form im Wesentlichen nichts anders sein, als eine Bestätigung dieser ottonischen Urkunde." Er statuirt mithin ein ächtes Privileg von 1110 oder 1111, welches aber zwischen 1186—1252 einem Fälschungsprocesse unterliegen musste und in demselben zu Grunde ging. Allein aus der auf uns gekommenen unächten Urkunde, namentlich dem ihren ersten Hauptartikel bildenden privilegium de non evocando lässt sich meines Dafürhaltens auf einen genetischen Zusammenhang ihrer ächten Vorlage mit dem erwähnten Ottonianum in keiner Weise schliessen, wie denn überhaupt die Annahme eines ächten Heinrich'schen Freiheitsbriefs aus den J. 1110 oder 1111 eine höchst gefährliche Hypothese ist.

Eine die Streitfrage vielleicht endgültig abschliessende Ausführung steht von *Ehmck* in dem versprochenen Aufsatze „über die kaiserlichen Privilegien Bremens" als Beilage zum ersten Bande des bremischen Urkundenbuchs zu erwarten.

7) „Vindiciae diplomat. Bremenses" b. *de Westphalen*, Monum. ined III, 1971—2015.
8) Gründl. Bericht Cap. IX p. 864 sq.; „Dubia" b. *de Westphalen* l. c. col. 2015—36.
9) „Exsequiae Rulandi Bremensis" b. *de Westphalen* l. c. col. 2035—2154.

7 **1158**, Apr. 22. Kaiser Friedrich I. bestätigt die Ottonischen Klöster-Privilegien von 974 und 988 sammt den durch Kaiser Konrad II. im J. 1035 verliehenen Markt-, Bann-, Zoll- und Münzgerechtigkeiten der Erzbischöfe in der Stadt Bremen [nr. 3—5]. *Lindenbrog* l. c. p. 181, 82; *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I S. 193 flg.; *Brem. UBuch* Nr. 48 S. 52, 53. (Extr.) Vgl. *Donandt* a. a. O. S. 51 (Note 77), 64.

8 **1159**. Erzbischof Hartwig von Hamburg setzt auf Bitten der „cives Bremenses" die Grenzen ihrer Gemeindeweide — „terminos pascuorum" — urkundlich in Form einer „constitucio" fest. Nic. *Staphorst*, Hist. eccles. Hamburg. dipl. Tom. I P. 1 p. 553; *Brem. UBuch* Nr. 49 S. 53—55. Vgl. *Donandt* a. a. O. S. 88 flg. (Note 117).

9 **1181 — 1183**. Erzbischof Siegfried von Hamburg [1178—1184] befreit „universitatem civitatis et multitudinem eorum, qui ad hec sua littora peregrinam vertunt navem, . . . debito cujusdam exactionis, quod sleischat [10]) dicitur", sowie ferner von der „hansa [11]), que ad eum respectum habuit." *Sartorius-Lappenberg*, Urkundl. Gesch. der dtsch. Hanse Bd. II Nr. V S. 8, 9; *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. CCLXI S. 235; *Brem. UBuch* Nr. 58 S. 66, 67.

10 **1186**, Nov. 28. Kaiser Friedrich I. bestätiget den Bürgern der Stadt Bremen die einst von Karl dem Grossen dem ersten Bischofe Willehad daselbst zugestandenen Rechte, insbesondere aber jene, welche sich auf den Freiheits-Erwerb durch Jahr und Tag dauernden Stadtaufenthalt, sowie auf das Heergeräthe und die rechte Gewere an Weichbildgütern beziehen: „concedimus eis et civitati Bremensi confirmamus illa jura, que sancte recordationis Karolus imperator ad instantiam petitionis sancti Willehadi, primi Bremensis ecclesie antistitis, eidem civitati concessit, videlicet hec. §. 1. Siquis vir vel mulier in civitate Bremensi sub eo, quod vulgo dicitur wicpilethe, per annum et diem nullo impetente permanserit, et siquis postea libertati ejus obviare voluerit, actori silentio improbationis imposito, liceat ei dicti temporis prescriptione libertatem suam probare, excepta omni familia Bremensis ecclesie et omnium ecclesiarum ad eam sue rationis jure pertinentium. Siquis autem hujusmodi hominem impetierit, primum in ingressu cause fidejussores congruos ponat, et si in propositione sua procedere non potuerit, impetito et judici componat, utrique secundum jus suum. §. 2. Ad hec, siquis sub wicbilithe mortuus fuerit, suum herewede sub imperatoria potestate per annum et diem permaneat, sub expectatione legitimi heredis, qui illud hereditario jure debeat obtinere. §. 3. Preterea siquis aliquam hereditatem acquisierit in civitate Bremensi sub wicbilithe, et eam per annum et diem nullo impetente possederit, ipse propior et magis idoneus habeatur ad probationem obtinende hereditatis, quam actor ad auferendum, exceptis omnibus areis ecclesie Bremensis et reliquarum ecclesiarum, que suo jure dinoscuntur ad eam pertinere; nisi forte dominus aree eam vendiderit in propria persona vel certi nuntii sui ab eo commissa procuratione." *Assert. lib. Brem.* S. 261—264; J. H. *Eggeling*, De Wicbiletho dissert., Brem. 1700. 4°., p. 12 sq.; *Lünig* a. a. O. S. 219 flg.; *Moser* a. a. O. S. 215 (Extr.); *Roller* a. a. O. Thl. III S. 270 flg.; *Miesegaes* a. a. O. S. 313—16; *Donandt* a. a. O. Bd. II S. 12—15; *Emminghaus* a. a. O. Nr. 61 S. 25, 26 (Extr.); *Brem. UBuch* Nr. 65 S. 71—73. Deutsch b. *Miesegaes* a. a. O. S. 310—13 und *Duntze* a. a. O. S. 347—49.

1187—88. Die „universi Bremensis civitatis concives" beklagen sich bei Friedrich I. über die ihnen von ihrem Erzbischofe (Hartwig II.) angesonnenen unmässigen Hülfssteuern — „cum enim pretextu necessitatis sue auxilium a nobis peteret, [nisi] pro possibilitate nostra ducentas ei marcas de communi persolvamus, nos gratie sue plenitudinem non habituros esse comminatur." (Undatirt.) *Brem. UBuch* Nr. 70 S. 81, 82. 11

Die zu Gunsten der Beschwerdeführer ausgefallene Erwiederung des Kaisers s. *ebendas.* Nr. 71 S. 82.

1191 – 1207. Graf Arnold von Altena und sein Sohn Eberhard — „ducatum civibus Bremensibus eundi et redeundi per totam terram suam pacificum concedunt." *Brem. UBuch* Nr. 90 S. 105. 12

1206. Erzbischof Hartwig II. von Bremen erlässt „ex capituli sui majoris ac ministerialium suorum burgensiumque ejusdem civitatis sue consilio" zum Besten der Letzteren eine „constitucio" des Inhalts: „ut cujuscumque mulier sub jure civili, quod wulgo wicbeletd vocatur, mortua fuerit, muliebres ejus reliquias, que wulgo wifrad nominantur, nullus vir aut mulier auferre de cetero aut requirere presumat, set in possessione integraliter reliquie remaneant." *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 113 flg.; *Donandt* a. a. O. S. 19 flg.; *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. CCCLV S. 313; *Brem. UBuch* Nr. 103 S. 122, 23. Vgl. Th. *Berck*, Ueber das Bremische Güterrecht der Ehegatten (1832) S. 316 flg. 13

10) Kielgeld.

11) Handelsgebühr.

14 **1213**, Jul. 26. König Johann von England thut seinen Amtleuten und Getreuen zu wissen, „quod concessit hominibus (Ottonis) karissimi nepotis sui, domini Romanorum imperatoris, de Brema litteras patentes ejusdem imperatoris secum deferentibus testificantes, quod homines ejus sint de eadem villa, quod negocientur in terra Anglie cum navibus, rebus et mercandisis suis, quamdiu regi placuerit, faciendo inde rectas consuetudines.“ *Brem. UBuch* Nr 107 S. 127, 28.

15 **1217**. Erzbischof Gerhard I geht mit der Stadt Bremen zur Beilegung der zwischen ihnen seit lange bestandenen Feindseligkeiten einen Sühnevertrag („concordia“) ein, worin er der Letzteren die „jura civitatis, que civitas habuit a tempore archiepiscopi Hardvici secundi usque ad presens“, bestätiget und auf den Fall, dass Jemand eines dieser Rechte beanstanden sollte, der Stadtgemeinde zugesteht, dass „duo ex burgensibus fideliores jurejurando confirmare debent secundum jus civitatis“. Ausserdem wird bezüglich alles zuvor wider den Erzbischof oder gegen die Stadt begangenen Unrechtes „securitas que dicitur orvethe“ verabredet, und den Bürgern in Ansehung ihrer bis auf des Erzbischofs Zeiten ausgeübten Handelsgewerbe („mercatio“), sowie besessenen Pfänder („vadimonia“) oder Lehengüter („beneficia“) die fernere Ausübung und beziehungsweise Innehabung zugesichert. Der Erzbischof selbst beschwört durch einen Stellvertreter aus der Zahl seiner Ministerialen die Erfüllung des Gedings, sowie sich mehrere Edle und Dienstmannen endlich verpflichten, den Erzbischof im Falle der Vertrags-Verletzung mahnen, und, wenn dieses nichts fruchten würde, selbst und insgesammt der Stadt ihren Beistand leisten zu wollen. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 115—17; *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. CDVII S. 358, 59; *Brem. UBuch* Nr. 109 S. 129, 30. Deutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 395 flg. Vgl. *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 106, 7, 25.

16 **1219**, Sept. Herzog Heinrich von Sachsen, Pfalzgraf bei Rhein, Heinrich's des Löwen Sohn, tritt die (vermuthlich seit dem J. 1202 in seinem Besitze befindlich gewesenen) Rechte „in teloneo, moneta et advocatia Bremensi“ in einem Vergleiche mit Erzbischof Gerhard II. von Bremen an dessen Kirche wieder ab. *Assert. lib. Brem.* S. 785 — 87; *Lappenberg* a. a. O. S. 375 flg.; *Brem. UBuch* Nr. 118 S. 140 flg. (Extr.) Vgl. *Miesegaes* a. a. O. Thl. II S. 347 — 50, *Donandt* a. a. O. S. 46 — 49, *Duntze* a. a. O. S. 401.

17 **1220**, Jun. 9. Die Bremer schliessen mit der „terra Rustringia“ einen Vertrag ab, worin das beiderseitig einzuhaltende Verfahren gegen Verbrecher und säumige Schuldner näher bestimmt, und festgesetzt wird, dass „sedecim conjurati de terra et sedecim conjurati de civitate bis in anno convenient Elsflete, videlicet in festo Walburgis et in nativitate sancte Marie virginis, quicquid questionis ortum fuerit, per consilium utriusque partis decisuri.“ *Cassel* a. a. O. S. 207 flg.; *Brem. UBuch* Nr. 119 S. 141—43.

1225, Nov. 15. Erzbischof Gerhard II. 18
von Bremen — „ad dilectionem burgensium Bremensium theloneum, quod a transeuntibus per aggerem Vorde [Bremervörde] factum accipere consuevit, predictis burgensibus liberaliter condonat.“ *Cassel* a. a. O. S. 117, 18; *Brem. UBuch* Nr. 138 S. 159, 60.

1226, vor Sept. Derselbe trifft mit der 19
Stadtgemeinde von Bremen, welche ihm zur Erbauung des „castrum Lancwedele“ ihren Beistand zugesagt, die Uebereinkunft: „1) quod castrum ibidem edificatum Bremensi ecclesie perpetuo remaneat, nulla compositionis transactione illud ab ecclesia alienante; 2) quod ibidem nullo temporis processu fieri debet theloneum, sed omnibus transeuntibus, tam de civitate Bremensi quam aliis, via debet patere ab omni theoloneo, pedagio et exactione in terra et in aquis expedita; 3) quod nullum gravamen de prenominato castro civitas Bremensis patietur.“ Auf den Fall der Nichterfüllung dieser Zusicherungen von Seite des Erzbischofs oder seiner Nachfolger soll die Bürgerschaft „a juramento fidelitatis[12]) et ab omni obsequio, quod jure tenetur prestare archiepiscopo“, entbunden, zugleich aber auch jeder „successor“ auf dem erzbischöflichen Stuhle gehalten sein, die Aufrechthaltung vorstehender Punkte des Uebereinkommens der Stadt „ante obedientiam a canonicis eidem faciendam et ante juramentum fidelitatis successori tam a ministerialibus quam burgensibus prestandum“ mit besiegeltem Briefe zu gewährleisten. *Cassel* a. a. O. S. 119 flg.; *Brem. UBuch* Nr. 142 S. 164, 65.

1228, Jul. 16. Der dänisch-slavische 20
König Waldemar II. verleiht auf Bitten Erzbischof Gerhard's II. den bremischen Bürgern und allen übrigen Bewohnern seiner Diöcese das Recht, „ut si ipsos in terminis regis pati naufragium contigerit, licentiam habeant colligendi res suas et omnia, que a marinis fluctibus possint salvare, sive navem sive ipsas res suas, precipiens, ne quis

12) Ueber die hier erwähnte Huldigung s. *Donandt* a. a. O. I, 106 flg.

eos in hoc inpediat.“ *Cassel*, Nachricht von einigen Freiheits-Briefen Nr. I S. 7; *Brem. UBuch* Nr. 149 S. 170, 71.

21 **1233**, März. 9. König Heinrich genehmiget auf Bitten seiner getreuen Bürger von Bremen die von ihrem Erzbischofe (Gerhard II.) verfügte gänzliche Aufhebung aller „telonea et exactiones omnimode, que non ex debito et antiquo jure habeantur.“ *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 461; *Brem. UBuch* Nr. 171 S. 203, 4.

22 **1233**, vor März 22. Erzbischof Gerhard II. von Bremen gewährt oder erneuert den bremischen Bürgern, auf dass sich dieselben der Heerfahrt gegen die vom Pabste für Ketzer erklärten Stedinger, wozu jene unter der Zusicherung der Sündenvergebung „tam mandato apostolico quam imperiali“ aufgefordert worden, um so sicherer unterziehen und darin dem Erzbischofe Hülfe leisten mögen, verschiedene Rechte, insbesondere betreffend: die Abschaffung ungerechter Schiffahrtszölle und Münzen, die Befreiung der auf den ausserstädtischen Bürgergütern bestellten Vögte von Abgaben und Beeden, die Entbindung der bremischen Handelsleute von der Kriegsfolge für den Erzbischof, ausgenommen jene „qui vel tamquam ministeriales vel tamquam homines ecclesie ab ecclesia sunt infeodati“, den Gewer-Eid in Rechtsstreiten über Weichbildgüter und Weichbildrecht („jus civitatis“) – „si quis ipsos cives Bremenses super illis bonis communitatis impetere voluerit, juramento duorum civium Bremensium, qui vulgariter wichman dicuntur, poterunt eadem bona pocius in judicio obtinere, quam aliquis ab eis evincere possit“; die Competenz des Vogtes in Schuldforderungssachen zwischen Dienstmannen des Hochstifts und Bürgern; die Unstatthaftigkeit neuer Burganlagen auf der Strecke von der Feste Hoye bis zum Meere ohne der Bürger Bewilligung; den Drittantheil der Letzteren an der im Stedinger-Kriege[13]) zu erwartenden Beute an Land und Geld, endlich das Verfahren bei etwaigen Raubanfällen auf die Bremer von den neu zu erbauenden Schlössern aus. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 122 flg.; *Brem. UBuch* Nr. 172 S. 204–8. [Ueber den s. g. Stedinger-Krieg vgl. *Duntze* a. a. O. S. 403 flg. 441 flg.]

23 **1246**, Jul. 31. [Die s. g. „**Gerhard'schen Reversalen.**“] Rath und Gemeinde der Stadt Bremen bekennen sich dem Erzbischofe Gerhard II. gegenüber für schuldig, in der Schaffung neuer Willküren die Grenzen ihrer Befugnisse überschritten und die erzbischöflichen Gerechtsame gekränkt zu haben. Sie sichern ihm daher, um dessen Huld wieder zu gewinnen, die künftige Anerkennung und Wahrung seiner gesammten Rechte und Freiheiten zu, erklären die bis dahin zum Nachtheile der erzbischöflichen Jurisdictionsgewalt errichteten Willküren für aufgehoben und versprechen, in Zukunft die neu zu vereinbarenden Statute der Genehmigung des Kirchenfürsten zu unterstellen. Dabei finden noch einige andere wichtige Punkte im Verfassungs- und Rechtsleben der Stadt, sowie in der Stellung des Erzbischofs zu derselben, betreffend z. B. die vogteiliche Gerichtsbarkeit, die stadtherrlichen Gewerbs-Einkünfte, die Besitzverhältnisse bei Vogtei- und capitelischen oder sonstigen kirchlichen Litengütern, die Rathswahl, die Immunitätsrechte der erzbischöflichen Curie und der Domherrnhöfe, ihre Erledigung.

„Universis Christi fidelibus presentem literam audituris consules Bremenses et commune totius civitatis Bremensis in perpetuum. Facta perpetuo duratura non debent tantum propter lapsum temporis, qui oblivionem inducit, stipulationibus firmari, sed expedit, quod scriptis perpetuis muniantur. Hinc est, quod sciat presens etas et future posteritati per presentes literas innotescat, quod nos probabili errore, ut nobis videbatur, hactenus decepti quedam statuta, que vulgariter vocant willköre, in prejudicium venerabilis domini nostri Gerardi archiepiscopi et totius ecclesie Bremensis fecimus secundum nostre beneplacitum voluntatis, propter quod offensam domini nostri archiepiscopi incurrimus manifestam. Verum cum nos per multos bonos viros, intercessores pro nobis, tractatum pluri(e)s habuissemus de sua gracia obtinenda, in hoc convenimus omnes et singuli, quod jura et libertates tam in spiritualibus quam in temporalibus, in civitate Bremensi et extra, que tangunt dominum archiepiscopum, capitulum, clerum, nobiles et ministeriales, et universos mediate vel immediate ad jurisdictionem domini nostri archiepiscopi pertinentes, integre de cetero relinquemus. §. 1. Omne illud, quod willköre vocatur, et precipue chartam, quam conscribi in prejudicium jurisdictionis sue fecimus[14]), removentes, et nunquam de cetero statuta aliqua vel willköre, nisi hoc fiat de consensu et voluntate domini nostri archiepiscopi, faciemus; in hoc omnes nihilominus consentientes, quod universa facta, que per juris ordinem debent discuti vel

13) Vgl. *Donandt* a. a. O. I, 236 flg. (Note 377).

14) *Donandt* deutet diese Worte auf Stat. v. 1303 III, 4.

moveri in civitate Bremensi, in pretorio [14]) tantum coram advocato vel judice domini nostri archiepiscopi per justas sententias terminentur, que sententie talem habent finem, videlicet si is, a quo inquiritur sententia, dubitat vel ignorat sententie qualitatem, primo juret, quod ipsam [15]) nesciat invenire, et quod nemo presens sit, qui possit vel velit eum docere, ut inveniat sententiam antedictam, et post suum juramentum petat inducias ad certum terminum, infra quem consilium consulum et aliorum discretorum valeat requirere, ut in certo termino, ad maximum infra octo dies, ad pretorium sententiam referat antedictam, a qua si est appellandum, immediate ad presentiam domini nostri archiepiscopi appelletur, et appellans sententiam suam, ut justum fuerit, prosequatur. §. 2. Item si aliquis in pretorio domini nostri archiepiscopi vadiaverit manifeste, judex vel advocatus cum honestis viris, qui judicio interfuerunt, secundum quod consuetudo omnium judiciorum se habet, suum vadimonium poterit in judicio, si necesse fuerit, comprobare. §. 3. Item ministeriales coram domino nostro archiepiscopo, secundum quod jus eorum requirit, de omni querela in pretorio respondebunt. §. 4. Item omnes homines [16]) domini archiepiscopi, capituli, ecclesiarum, nobilium et ministerialium non debent in pretorio conveniri super debitis, nisi prius coram suo domino sint conventi, et tunc conquerenti faciat dominus justitiam infra mensem, alioquin ex tunc in pretorio poterunt conveniri. Et e converso fiat de hominibus burgensium nostrorum, si aliquis contra eos aliquid habuerit questionis. §. 5. Item litones ecclesie, sive sint domini nostri archiepiscopi, capituli, ecclesiarum, nobilium, ministerialium, qui [17]) de ecclesia Bremensi debent merito possideri, prescribi non possunt in civitate Bremensi, nisi [18]) singulis annis, singulis diebus, tanquam primo Bremam intraverint, valeant conveniri. §. 6. Item jus speciale, quod dominus noster archiepiscopus habet in textoribus, et denarios, quos habet in carnificibus, pistoribus et aliis officiatis et in tabernis, sicut sui juris est, de cetero sine impedimento quolibet retinebit [19]). §. 7. Item super furto, quod frequenter fit in mensura, **iniquis ponderibus, et aliis, que libre et statere exigunt equitatem,** judex vel advocatus cum consulibus judicet [20]), et proventus exinde emergentes dividant, ut justum est. §. 8. Item omnem compositionem facti vel violentie per juratos civitatis et non per testes alios, qui [21]) necesse habeat, comprobabit. §. 9. De omni lesione, vulnere vel violentia manifesta, si lesus nollet vel [non] auderet prosequi causam suam, advocatus actorem ad prosequendum querelam suam compellet secundum justitiam [22]). Si vero actor profugus fuerit quocunque modo et factum esset manifestum, advocatus reum per testes idoneos convincet. §. 10. Item burgenses nostri, qui colunt vel habent bona advocatie domini nostri archiepiscopi, faciant de iisdem bonis, sicuti alii homines in bonis advocatie sue manentes. §. 11. Item bona litonum et alia bona, que ad prebendam capituli et aliarum ecclesiarum pertinent, ubicunque sint sita, non debent de cetero contra voluntatem domini possideri, nisi dominus, qui habet bona in sua possessione, de predictis bonis prestet warandiam. Et si dominus bonorum justo modo desierat bona possidere, successor suus ad utilitatem prebendarum faciat de predictis bonis, quicquid ei secundum justitiam videbitur expedire. §. 12. Item dominus noster archiepiscopus nobis in hoc consentit, quod si aliquis burgensium nostrorum super debitis et aliis querelis, que jus feudale et possessiones extra wickbold positas non contingunt, conveniri debeat in pretorio domini archiepiscopi et non alias respondeat [23]), ibidem justas sententias recepturus. §. 13. Item novus modius deponetur, et servabitur vel mensurabitur antiquus. §. 14. At hec, que [et] predicta sunt, et alia, que scriptis non possunt comprehendi, cooperabimur bona fide, ut judicium pretorii secundum vigorem justitie timeatur, et ad majoris roboris firmitatem de consensu domini nostri archiepiscopi a nobis taliter est conventum, quod si quis nostrum ordinationi vel facto consulum et discretorum civitatis [24]) de consilio domini nostri archiepiscopi provide ordinato presumpserit reclamare, idem de consilio domini nostri archiepiscopi taliter puniatur, quod alii poena consimili territi domino archiepiscopo et consulibus non audeant de cetero reclamare. §. 15. Item consules de

14) D. i. das erzbischöfliche Gericht, *Donandt* a. a. O. I, 80.

15) Edd. „ipsum.“ Vgl *Donandt* a a. O. I. 150 m. Note 219.

16) *Donandt* a. a. O. I. 93.

17) Edd. „quae, que.“

18) „Sondern . . vielmehr.“ *Donandt* a. a. O. S. 81 flg.

19) Dazu *Donandt* a. a. O. S. 214, 219. Tabernae sind „Verkaufsbuden.“

20) Dazu *Donandt* a. a. O. S. 82, 213.

21) Edd. „quae, que“

22) *Donandt* a a O. S 181 Das in den Edd. fehlende „non“ ist offenbar zu suppliren.

23) *Donandt* a. a O. S. 94, 95.

24) Ueber die „discreti“ s. *Donandt* a. a. O. S. 338, 39.

cetero, sicut fiebat antiquitus [25]**), a communibus burgensibus eligentur. §. 16. Item immunitatem ecclesiasticam, quam fides catholica** servat, ubique locorum de cetero volumus observare, ita videlicet, quod nec de curia domini nostri archiepiscopi nec de curiis canonicorum nec aliis infra civitatem Bremensem, ubi debet ecclesiastica immunitas observari, quicquid etiam fecerit, violenter aliquem extrahemus, nisi is, qui de jure judex ecclesiasticus immunitatis illius existit, hoc efficiat judicio competenti [26]). §. 17. Et ut predicta futuris temporibus non scindantur, in hoc consensimus, quod consules nostri, qui singulis annis pro tempore fuerint, ante omnia jurabunt, se antedicta firmiter servaturos [27]). — Et ut presens scriptum omnibus temporibus sit perpetuum munimentum, sigillis venerabilis domini nostri sepedicti Gerardi Bremensis archiepiscopi et venerabilium dominorum Alberti, Prussie Estonie Livonie archiepiscopi et in iisdem partibus apostolice sedis legati, Arnoldi, Semigallie episcopi, et majoris capituli Bremensis, nec non comitum Ottonis de Oldenburg, Henrici de Hoya, et sigillo civitatis Bremensis ipsum scriptum duximus muniendum. Acta sunt hec in Lesmona anno gratie millesimo ducentesimo quadragesimo sexto, indictione quarta. Datum in Brema II kalendas Augusti, pontificatus anno venerabilis domini nostri Gerardi Bremensis archiepiscopi secundi vicesimo septimo" [28]).

Abdrücke in der *Assert. lib. Brem.* S. 82—86, bei *Lünig* a. a. O. S. 220—22, und bei *Donandt* a. a. O. Thl. II S. 24—28.

Die in der *Assert.* S. 87—93, und danach von *Cassel*, *v. Post*, S. Chr. *Lappenberg*, *Gildemeister* und *Oelrichs* [29]) wider die Authenticität des Documents, welches sie als eine „erst im XVI. Jhdt. fabrizirte Urkunde" angesehen wissen wollen, erhobenen Bedenken hat *Donandt* a. a. O. S. 29—38 ebenso vorurtheilsfrei gewürdigt als gründlich und überzeugend widerlegt, so dass auch der neueste Geschichtschreiber Bremen's, *Duntze* a. a. O. S. 453, sich für die „wohl nicht zu bezweifelnde Aechtheit" der Reversalen erklärte.

Es sind dieselben aber schon darum von ganz besonderem rechtshistorischen Interesse, weil sie uns den ersten tieferen Blick in die Verhältnisse des darin als fertige Rechtsinstitution hervortretenden **städtischen Rathes** zu werfen erlauben, während die vorausgegangene Entwicklung des letzteren in ein schwer zu lichtendes Dunkel gehüllt erscheint. Zwar hat die Annahme von *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 60, 120, 125, welchem auch *Hegel*, Gesch. der Städteverfassung von Italien Bd. II S. 433 beipflichtet, dass nämlich schon die von Erzbischof Hartwig II. (1184—1208) der Stadt ertheilten, leider! für uns verloren gegangenen „jura civitatis", deren Gerhard I. im Vertrage v. 1217 [nr. 15] gedenkt, hauptsächlich auf die Einführung eines Gemeinderathes, sowie die im Gerade-Privileg v. 1206 [nr. 13] genannten „burgenses", nach deren „consilium" sich der Erzbischof gerichtet haben wollte, als Rathmannen zu deuten seien, einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich, wenn man den Ausbildungsgang des Rathes in anderen, namentlich bischöflichen Städten jener Zeit vergleichend in's Auge fasst. Allein sichere, d. h. örtlich-urkundliche Spuren eines Rathscollegiums in Bremen bietet uns erst das J. 1225 dar. Hier finden sich nämlich in dem Freibeitsbriefe wegen des Vorder-Zolles [nr. 18] die „consules Alardus de Wunnesthorpe, Heinricus de Borkem, Walterus Ottonis filius, Heinricus de Verda, Rodulfus Osterlandi filius, Ludolfus de Nienburg, Luderus de Riden" mit dem Beisatze „et ceteri consules" als Zeugen namhaft gemacht. Seine Versammlungen hielt der Rath damals in der, ausserdem auch als Kaufhaus benützten „domus theatralis" (1229). Später scheint das Gebäude dieser zweiten commerziellen Bestimmung entzogen und blos noch zu den Rathsverhandlungen und zur Rechtsprechung verwendet worden zu sein. Von da an begegnet es daher unter den Namen „domus consulum (1247), domus consularis sexedra" (1285). Vgl. E. *Förster*, Denkmale Deutscher Baukunst Bd. VII (1861) S. 69; *Ehmck* zum Brem. UBuch Nr. 150 S. 173 Note 4.

Nicht zu übersehen ist übrigens, dass unter Gerhard's II. Regierung die bekannte Fridericianische Constitution v. 1232, betreffend die Aufhebung der in den Bischofsstädten „ab universitate civium sine archiepiscoporum vel episcoporum beneplacito" eingesetzten „consilia et magistri civium seu rectores" [*Pertz*, Monum. LL. Tom. II p. 285 sq.; *Gaupp*, Dtsch. Stadtrechte Bd. I S. 32—35; *Brem. UBuch* Nr. 168 S. 198—200], auch in Bremen, und zwar in besonderer Originalausfertigung für das Erzbisthum, Eingang gefunden hat.

24 **1248**, Jul. 27. **Rathmannen und Bür-**

25) *Donandt* a. a. O. S. 244 Note 393.

26) *Donandt* a. a. O. S. 91.

27) *Donandt* a. a. O. S. 109 mit Note 159.

28) Die Reversalen wurden im J. 1503 (Juni 20) durch den Cardinal **Raimund** „auctoritate legationis" nochmals bestätigt. *Assert. lib. Brem.* S. 668—70.

29) Die Citate s. bei *Donandt* a. a. O. S. 23, 24 Note 33.

gergemeinde Bremen's verlautbaren einen zwischen ihnen und dem Erzbischofe **Gerhard** II. auf des letzteren Lebensdauer über die Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit (durch den erzbischöflichen Vogt), insbesondere die Bestrafung der Angriffe auf Ehre und Leib einer Person sowie die Theilung der verhängten Bussen unter den genannten Parteien zu Stande gekommenen Vertrag nachfolgenden Inhalts:

„Consules et tota universitas civitatis Bremensis omnes in perpetuum scire volumus tam presentis quam future etatis Christi fideles, quod dominus noster archiepiscopus Bremensis Gerardus secundus nobiscum convenit in hunc modum. §. 1. Quicunque burgensis alium burgensem verbis probrosis aggressus fuerit et ipsum leccatorem [30]) vocaverit, dimidiam marcam dabit. Si vero amplius honorem suum verbis leserit, dabit marcam. §. 2. Si ipsi alapam dederit ad maxillam, dimidiam marcam dabit. §. 3. Si ipsum ad terram dejecerit, dabit marcam. §. 4. Si quis etiam burgensis gladium vel cultellum evaginaverit ad nocendum, gladium vel cultellum perdet, insuper dimidiam marcam dabit. §. 5. Si vero vulneraverit, dabit marcam. Si eum debilitaverit in aliquo membro, dabit duas marcas. Si autem mutilaverit aliquis aliquem, quatuor marcas dabit. §. 6. Si vero eum occiderit, justo judicio, si deprehenditur, punietur. §. 7. Si profugus fuerit, proscribetur. Et si cum actoribus composuerit, pro reditu dabit domino archiepiscopo et nobis triginta marcas; et si illas dare non poterit, Bremam de cetero non intrabit. §. 8. Si aliquis in defensione sua gladium vel cultellum evaginaverit, non emendabit, si defensionem suam per testes idoneos poterit probare. §. 9. Si quis vero istos excessus minores non poterit emendare, virgis publice cedetur et civitatem abjurabit. §. 10. De isto statuto excipiuntur illi, qui post compositionem domini nostri archiepiscopi factam civitatem Bremensem tradere voluerint et cremare, si hoc per testes idoneos probari [poterit], et servi, qui servitio sunt aliis obligati; excipiuntur etiam hi, qui in tertia linea sunt conjuncti [31]). §. 11. Poene istorum excessuum habebit dominus noster archiepiscopus medietatem et nos mediam partem. §. 12. Illud statutum in nullo minuet judicium pretoris, nisi [32]) coram advocato domini nostri archiepiscopi contra delinquentes, secundum quod justum fuerit, procedatur. §. 13. Hec, que dicta sunt, temporibus vite domini archiepiscopi nostri prefati durabunt. — In hujus rei memoriam presentem literam sigilli nostri apensione fecimus roborari. Datum Breme anno gratie MCCXLVIII, secunda feria post festum beati Jacobi apostoli" [33]).

Abdrücke b. *Conring*, Gründl. Bericht Cap. XXII p. 936; *Lünig* a. a. O. S. 222; *Donandt* a. a. O. Thl. II S. 277—80; Uebersetzung b. *Duntze* a. a. O. S. 456, 57; Erläuterung b. *Donandt* a. a. O. S. 280—93.

1252, Aug. 17. Graf **Florentius von** 25
Holland, Bruder des römischen Königs Wilhelm (Willekinus), bestätiget den Bürgern von Bremen [und Stade] alle ihnen vom Letzteren zu Antwerpen verliehene „gratiam et libertatem." *Cassel*, Bremens. Bd. II S. 279, 80.

1252, Sept. 28. König **Wilhelm**, vor 26
welchem der bremische Bürgermeister Heinrich Woltmann „quoddam privilegium per felicis recordationis Henricum (V.) imperatorem civibus Bremensis civitatis datum et concessum [nr. 6] produxit et exhibuit ac de verbo ad verbum legi fecit [34]) . . . . humiliter supplicans, ipsum privilegium per regem confirmari et propter ipsius antiquitatem et fragilitatem innovari exemplari et transumptum fieri de eodem", gibt diesen Bitten nach — „ac omnia et singula jura supra dicta et alia jura, quae a regis antecessoribus ipsis sunt concessa, eis concedit et confirmat", indem er zugleich den Bürgermeistern, Rathmannen und Bürgern der Stadt Bremen in seinem gesammten Gebiete seinen und des Reiches Schutz und den friedlich-ruhigen Genuss der vorerwähnten Gnaden und Freiheiten, unter strengem Verbote aller Hinderung und Beschwerung hierin, zusichert. *Conring* a. a. O. Cap. IX p. 865 sq.; *Lünig* a. a. O. S. 222, 23; *Miesegues* a. a. O. Thl. I S. 247—49. Deutsch *das.* S. 242—44 und b. *Duntze* a. a. O. S. 468, 69.

Ueber die nicht zu bezweifelnde Unächtheit des Rechtsbriefes s. die Bemerkungen zu nr. 6 und die dort angeführte, auch hier her bezügliche Literatur.

1254, Apr. 19. Graf **Johannes von** 27
Oldenburg geht mit den Bürgern Bremen's zur Beseitigung von Zwistigkeiten einen Vergleich („complanacio sive composicio") ein, darin den Letzteren unter Anderem versprechend: „Per omnem districtum nostrum burgenses Bremenses ab omni theloneo sive

30) „Lecker", Schlemmer. *Diefenbach*, Glossar. Lat.-Germ. S. 322.

31) *Donandt* a. a. O. I. 81 Not. 30, 31.

32) „Sondern" [s. oben Note 18]. Vgl *Donandt* a. a. O. I, 79 flg.

33) Die §§. 1—9 bilden die Quelle der Stat. v. 1303 im Abschnitte „van notwere" Art. 2, 3, 5—7, 14 (*Oelrichs* a. a. O. S. 33 flg. 42. 43).

34) Hier ist das Priv. v. 1111 wörtlich eingerückt.

pedagio perpetuo liberi permanebunt. — Item stratam regiam a salsa lacu usque ad civitatem Bremensem tam per vias aquestres quam terrestres in utraque parte Wisere cum omni possibilitate nostra pacificabimus. Item si qui burgenses in terra nostra bona habuerint, sive sint propria sive libera sive feodata, et si in eis ab aliquibus obstaculum paciuntur, tunc super ipsa bona venire debent, et presentibus nobis eadem bona, prout justum est, perdere vel optinere. Eodem jure nos et nostri homines in Brema gaudebimus. Item si in nostris terris quis proscriptus fuerit, in civitate manere non debet; et si in civitate sententiam proscriptionis perpessus sit aliquis, in terris nostris non debet permanere. — Item omnes nostre municionis, civitates, urbes et castra burgensibus Bremensibus ad commoda sua patebunt; similiter nobis et nostris hominibus civitas Bremensis. Item quicunque burgenses indebite gravare voluerit, nos contra illos preter archiepiscopum Bremensem cum omni robore nostro burgensibus debemus assistere; similiter burgenses nos cum navibus suis contra quoslibet preter archiepiscopum Bremensem debent adjuvare." Schliesslich wird noch verabredet: „si vero predictorum articulorum aliquis infractus fuerit, proinde infra quatuordecim dies in Ochmunde conveniemus, non separandi, nisi sit amice vel juste complanatum"[35]). *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 37—41. Inhaltsübersicht b. *Duntze* a. a. O. S. 469, 70.

28 **1255**, März 17. Rath und Bürger von Bremen gestehen auf Antrag der Gräfin Margaretha von Flandern und ihres Sohnes Guido den in das Gebiet der Stadt eingewanderten „mercatores Flandrie" gewisse Freiheiten zu. *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. Nr. XXIII S. 69—71.

29 **1255**, Apr. 19. Die Kirchen- und Gemeindevorstände Ostfriesland's („Emesgonie et Nordencium") beurkunden, dass der zwischen ihnen und der Stadt Bremen „diabolo suadente" ausgebrochen gewesene Zwist „perpetua composicione" beigelegt sei, vereinbaren aber doch mit Letzterer auf den Fall neuerlicher Misshelligkeiten nachfolgende, meistens strafrechtliche Satzungen: „§. 1. Si casu sinistro emergente aliquis ex nostratibus pacem spoliando infregerit, spolium restituet et cum amicis suis centum marcis Monasteriensis monete (marca per xii solidos numerata) in dimidio anno post spolium excessum suum emendabit, ad quod compellemus eundem; cujus emende medietatem civitas Bremensis et terre nostre decani consulesque recipient. Alioquin parrochia, de qua nephas perpetratum esse dinoscitur, tam diu divinis, sicut per arbitrium elegerimus, carebit, donec spolium sit restitutum et centum marce jam dicte persolute. §. 2. Item quicunque de nostratibus ex infortunio, sive extra terram sive intra terram, aliquem de Bremensibus occiderit, si dijudicatur in illa, sequetur emenda; si vero dijudicatus non fuerit, xvi marcis prefate monete occisum reddet. §. 3. Item si quispiam ex nostratibus quempiam de burgensibus Bremensibus mutilaverit, debilitaverit, vulneraverit, alapas dederit, vel alio quocumque modo inhoneste tractaverit, ubicumque locorum acciderit, prout justicia ejusdem loci requirit, emendabit. §. 4. Item si ab archiepiscopo Bremensi seu ab aliquo suo in civitate Bremensi constituto nostratibus aliquod perturbacionis irrogatur, hic eciam emendatum habere volumus, et e converso. §. 5. Si abbas vel decani seu alii prelati terre Emesgonie Bremenses aliquatenus infestaverint, hic Bremensibus, sicut dictum, emendabitur. §. 6. Videat eciam quilibet, cum quo mutuum contrahat, quia, si accredit solvere non valenti, dummodo justitia non denegetur, eidem nullas occupaciones seu perturbaciones hinc inde decrevimus sustinere, et licet quidam excedant et satisfaciant, quia homines sumus et non angeli, tamen propter hec composicionem prefatam volumus observare, ut sic pace perpetua gaudeamus". *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 211—14.

1258, Jun. Erzbischof Gerhard II. 30
von Bremen, sein Capitel und seine Ministerialen, ferner Graf Johannes von Oldenburg und der Rath sammt der Gemeinde der Stadt Bremen vereinbaren unter sich durch Vermittlung Bischof Simon's von Paderborn ein gegenseitiges Sühne-, Friedens- und Schutzbündniss, wobei insbesondere sowohl dem Erzbischofe, seiner Kirche und deren Angehörigen, als auch der Stadt die Aufrechthaltung aller „jura et libertates" von den übrigen Paciscenten zugesichert, und weiter festgesetzt wird, wie es bei Schädigungen des Erzstifts und der Stadt durch die Rüstringer gehalten werden solle. Für künftige Verletzungen vorstehender „ordinatio seu dilectionis unio" setzt man einen aus „canonici, ministeriales et consules civitatis" gebildeten Ausschuss nieder, welcher die Aufgabe erhält, binnen vierzehn Tagen die Uebertreter „jure vel amicitia mediante" zu richten. *Lappenberg*, Geschichtsquellen, Beilage III S. 179—81.

1258, Dez. Rath und Bürger von 31

35) Wiederholt ward dieser Vergleich im J. 1261. *Cassel*, Samml. S. 43 flg.

Cöln („Judices, scabini, consules et jurati universique cives Colonienses“) legen die zwischen ihnen und der Stadt Bremen bis dahin, hauptsächlich über die Behandlung kaufmännischer Darlehnsschulden, bestandenen Streitigkeiten dadurch bei, dass Erstere allen Schadensersatz-Forderungen und sonstigen Klagansprüchen gegen bremische Bürger völlig entsagen („renunciamus et effestucavimus“) und zugleich geloben: „quod quicunque ex civibus [Coloniensibus] mutuum concesserit vel debitum crediderit alicui civi Bremensi, inde non possit neque debeat alium arrestare aut pignora alia propter hoc capere, nisi rei et debitoris tantummodo principalis, ne propter hujusmodi pignorum captiones nova in posterum altercacio vel discordia odiosa resurgat.“ *Cassel*, Urkk. von einigen Verträgen Nr. I S. 4, 5.

32 **1259**, Mai 15. Vogt, Rathmannen und Bürger von Hamburg vereinigen sich mit jenen von Bremen über das beiderseits wider flüchtige Schuldner der anderen Partei zu beobachtende gerichtliche Verfahren — „concivibus vestris in civitate tale jus concedimus et libertatem, ut quicunque de civitate vestra profugus et occulte recesserit, concivibus vestris debitis obligatus, et ad civitatem nostram confugerit, et si illud debitum a probis viris et veridicis in presencia consulum vestrorum juramento fuerit declaratum, et id ipsum per literas vestras patentes nobis fuerit insinuatum, per tale testimonium reum volumus esse convictum. Et eodem jure omnes conburgenses nostri in civitate vestra perpetuo gaudere debebunt.“ *Lappenberg*, Hamburg. UBuch Bd. I Nr. DCXXXVIII S. 524 flg.

Wörtlich wiederholt am 3. Febr. 1297. *Cassel*, Urkk. von einigen Verträgen Nr. VI S. 10.

33 **1259**, Sept. 2. Erzbischof Hildebold von Bremen bestätiget der Stadt Bremen alle von Gerhard II. bereits vorgefundenen oder erst von ihm herrührenden Rechte und Gnaden — „civitati Bremensi indulsimus et omnino servari volumus, ut omnibus juribus suis et graciis, in quibus venerabilis pater dominus Gerardus archiepiscopus Bremensis, noster predecessor, in introitu sui episcopatus ipsam invenit, et temporibus suis ipse emendavit, libere ac perpetuo gaudeat, et jus ejus in nullo articulo imminuere volumus, sed modis omnibus adaugere et emendare.“ Für Fälle etwaiger Verletzungsversuche wird wieder [s. nr. 22] der Bewährungseid zweier „Wichmanne“ angeordnet. [Wörtlich wiederholt am 14. Aug. 1262.] *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 128, 29.

Demselben Jahre werden auch die zweifellos unächten, und erst dem XVI. Jhdt. angehörigen oder mindestens mit Sicherheit lange nach 1433 zu setzenden s. g. **Hildeboldischen Concordate** zugeschrieben. Nach dem Wortlaute des Actenstückes soll Bischof Hildebold „mit den Rahtmannen vnd Wiesesten der Gemeinheit tho Bremen sick vereiniget haben, dat he vnd sine Nachkömling ehre olden Gerechticheit tho ewigen dagen in der Stadt Bremen vnd vp dess Könings fryen Straten van Bremen wente in de solten See sonder jemandes edder der van Bremen Insperr schölen hebben vnd holden“, dass dagegen aber auch der Bischof den „Richte Vaget“ in der Stadt Bremen nur „vth den gemeenen Börgern vnd anders nargen kesen vnd setten“ dürfe, worauf mit grosser Ausführlichkeit von der Gerichtsbarkeit dieses eben erwähnten Vogtes, namentlich den „Echtedingen“ — den allgemeinen, wie besonderen „tho Kistenpandes Recht vnde tho Wickboldes Recht“ —, und von dessen Gerechtsamen, vornehmlich Einkünften, z. B. dem Königszinse („Ock schall de Vaget van wegen dess Könings Gerechticheit alle Jahr vp St. Martens Dach by Sünnenschine den Köningetinss entfangen, vnde de den nicht vthgifft by dem Sünnenschine, deme schall de Tinss dubbelt vpschlan, so vaken de Klocke schleit, de Hane kreyet, de Wint weyet, Sünne vnde Maen, Ebbe vnde Floet vp vnde dael geyt“), gehandelt wird. Abdrücke in der *Assert. lib. Brem.* S. 743–49 (in 34 §§.) und bei *Lünig*, RArchiv Thl. IX S. 443–45. Inhaltsübersicht b. *Duntze* a. a. O. S. 488 flg. Wegen der Aechtheitsfrage s. *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 131 Note 188.

1260, März 12. Erzbischof Hildebold von Bremen und Graf Johannes von Oldenburg treffen mit der Stadt Bremen und der „terra Rustringie“ ein Uebereinkommen des Inhalts, „quod nullus omnino hominum inter villam Bleketen (Blexen) et civitatem Bremensem ex utraque parte Wisere castrum aut municionem, nisi de consilio et voluntate civitatis Bremensis et terre Rustringie, construere debebit.“ *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 214–16. 34

1263. Der Rath der Stadt Bremen verleiht den Tuchhändlern daselbst ein Gildeprivileg, ausser anderen z. B. den Umfang des Gewerbes und den halbjährigen Budenwechsel betreffenden Bestimmungen insbesondere das Zugeständniss des Wohnsitzes innerhalb der Stadtmauern — „et quia pannicide in hac civitate et in aliis civitatibus sunt de melioribus, propter hoc debent esse urbani et mercimonia non exercere nisi honesta“ — enthaltend. J. Ph. *Cassel*, Nachr. von der Societät der Tuchhändler in Bremen, das. 1763. 4°., S. 5. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 501 flg. 35

36 **1265**, Aug. 4. Herzog Erich von Jütland gewährt den mit Handelswaaren nach seiner Stadt Schleswig oder sonst in irgend einen Theil seines Gebietes friedlich kommenden bremischen Bürgern „veniendi, morandi et redeundi securum conductum et fidelem“, mit der Zusicherung doppelten Ersatzes auf den Fall einer durch seine Unterthanen begangenen widerrechtlichen Entwendung —. „dummodo iidem cives (Bremenses) tam manifeste contra non excesserint, quod tali gratia merito sint privandi.“ *Cassel*, Nachricht von einigen Freiheits-Briefen Nr. II S. 8.

37 **1267**, März 19. Rath und Stadtgemeinde zu Hameln ertheilen den Rathmannen und Bürgern Bremen's die Zusicherung: „ut nullus burgensium vestrorum in civitate nostra de cetero debita solvat aliorum, nisi forte pro aliquo fidejusserit vel alicujus hereditatem receperit; item . . . quod quodcunque coram vobis cum probis viris et honestis fuerit racionabiliter testificatum, quod hoc idem coram nobis testificatum firmiter habeatur.“ *Cassel*, Urkk. von einigen Verträgen Nr. II S. 6.

38 **1269**, Sept. 29. Rath und Bürgerschaft der Stadt Bremen geht mit dem Lande Wursten einen Vertrag ein, betreffend das Verhalten gegen Schiffbrüchige, die Bestrafung der Verbrecher, die freie Fahrt auf der Weser u. s. w. *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. S. 726 flg.

39 **1271**, Febr. 5. Der Graf von Hoya bewilliget dem Erzbischofe von Bremen, „quod omnes per Wiseram et terminos sui districtus vel alibi transeuntes cum mercimoniis suis seu aliis rebus, quocunque nomine censeantur, quas ad Bremensem civitatem deducere voluerint, secure et libere pertranseant, . . . de quacunque etiam sint civitate vel terra“, fügt jedoch hinzu, dass, würde sich wider ihn eine handeltreibende Stadt Kränkungen erlauben, er hievon den Erzbischof und die Bürger Bremen's benachrichtigen wolle, „ut per ipsos assequatur emendam“, dass aber, wenn er bei versagter Genugthuung etwa solche Feindseligkeiten vergelten sollte, dies nicht als ein Bruch des von ihm zugesicherten Friedens und Schutzes angesehen werden dürfe. *Cassel*, Bremens. Bd. II S. 280, 81.

40 **1273**. Der Rath zu Bremen überlässt den Gilden die Gerichtsbarkeit, insbesondere Strafgewalt über ihre Angehörigen, nur jene Fälle ausnehmend, in welchen ihm selbst „wegen der mit dem Erzbischofe zu theilenden Brüche“ kein Begnadigungsrecht zusteht. Von da an setzen auch die Gilden die Aufnahmsreichnisse fest und alljährlich neue Vorsteher ein, welche aber vor den alten (d. i. des Vorjahres) dem Rathe und der Stadt einen Pflichteid zu schwören haben — „Men scal weten, dat in der sulven 42
tyt wart den ampten van deme rade geven ere eghene gherichte, utesproken dar die rad nene ghenade an don ne mach. Unde hulpen do vinden allen mogeliken broke unde ammet winninge. Unde hulpen ock die ersten mestere setten, unde wo die olden mestere die nygen alle jar scolet to sweren laten yo deme rade unde der stad to ereme rechte.“ *Rynesberch* und *Schene*, Cronica bremensis zu dem J. 1273 (*Lappenberg's* Geschichtsquellen S. 74 m. Note 37). Vgl. *Donandt* a. a. O. S. 230; *Duntze* a. a. O. S. 513; V. *Böhmert* a. a. O. S. 6, 7.

1274, Dez. 13. Der Rath der Stadt 41
Bremen verleiht „communicato consilio discretorum virorum et totius civitatis assensu quibusdam burgensibus suis, videlicet hiis qui nigros calceos operantur“ — den „Schwarteschomackeren“ — „perpetuam fraternitatem“, im Gildebriefe u. A. auch bestimmend: „quod si qui de dicto officio deceptiones operati fuerint, evidenter ab officio saepe dicto deponantur.“ Nur bruchstückweise als Transsumt späterer Gilderollen erhalten und gedruckt b. *Oelrichs* a. a. O. S. 414, 15 und V. *Böhmert* a. a. O. Urk. 3 S. 69 [mit S. 15].

Das Schuhmacher-Gewerbe in Bremen theilte sich bis gegen das Ende des XIV. Jhdts. in zwei Aemter („officia“), in jenes der Corduaner („allutarii“), welche nur hellfarbiges Leder verarbeiteten, und in das der „sutores“, welche blos schwarze Schuhe verfertigten. Die ersteren werden urkundlich bereits 1240 erwähnt, in welchem
Jahre der Deutschordens-Komthur Hartmann 43
berichtet, dass arme und arbeitsunfähige Corduaner der Stadt Bremen in dem Ordenshospitale daselbst Aufnahme und Verköstigung finden sollten — „de consensu confratrum nostrorum in Brema manencium, ad idoneorum intervencionem virorum et consuete gratie intuitu, omnibus alutificibus [36]) civitatis
ejusdem, quos expressius Cordewanarios no- 44
minamus, perpetuo contulimus, ut quicumque ex eis opus proprium fuerit operatus et postmodum tanta fuerit infirmitate seu paupertate vel senectute sive alia quacumque necessitate depressus, quod nec operari valeat nec sustentari, in infirmarium domus theotonice in Brema suscipiendus sit et enutriendus. Hiis autem talem pre ceteris gratiam contulimus, quoniam domus ejusdem

36) „Allutifices s. allutores“ heissen eigentlich die Lohgerber.

plantatores primitus extiterunt." *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 525, 26; V. *Böhmert* a. a. O. Urk. 1 S. 67 (mit S. 13). Dazu s. *Duntze* a. a. O. S. 448—50.

42 **1279**, Aug. 7. König Magnus von Norwegen verleiht den um des Handels willen in sein Reich kommenden Kaufleuten von Bremen auf Ansuchen des Rathes daselbst „quasdam immunitates", darunter insbesondere diese: „quod ad excubias nocturnas non cogantur; quod perjuri et alii infames persone contra eos in causis nullatenus in testes producantur; quod sint liberi a tractione navium, nisi fuerint adeo magne, ut ipsorum et aliorum commune auxilium merito exigatur, quo casu amicabiliter et sine ulla exactione ad hoc requirantur; quod naufragium patientes libere fruantur rebus suis, quas dei auxilio et suis laboribus optinere potuerint et salvare, nec aliquis eosdem ausu temerario invadere presumat, quousque ab eis pro derelictis habeantur; quod nullus ipsorum offerens seu exhibens ydoneos fidejussores deveniendo ad judicium et parendo juri pro quocunque debito vel delicto in carcerem vel vincula detrudatur, nisi tales sint, ut secundum justitiam debeant capite plecti vel manus amputari", am Schlusse zugleich den gesammten Richtern des Reichs gebietend, „ut cives Bremenses et res eorum ad regnum Norwegie declinantes quadam amoris prerogativa pertractent et honorent, eisdem conquerentibus sine difficultate justitiam exhibendo, oppressores eorum aspere corrigendo et omnem favorem et gratiam ampliando, ubicunque licite potuerint et honeste." *Cassel*, Nachricht von einigen Freiheits-Briefen Nr. III S. 10 — 12 (Inhalts-Uebersicht S. 9, 10).

43 **1284**, Jun. 25. Herzog Waldemar IV. von Süder-Jütland gewährt den Bewohnern Bremen's „veniendi ac recedendi pro mercimoniis suis [emendo vel vendendo] ad civitatem Sleswik plenam securitatem et conductum." *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 6, 7; *Schleswig-Holstein*. Urkundensamml. Bd. I Nr. XXXIV S. 512.

44 **1288**. Erzbischof Gyselbert verleiht den Bremern Zollfreiheit, Schutz und Geleit auf der Wumme und das Recht des Torfstichs an den beiden Ufern des Flusses zu eigenem Gebrauche. (R.) *Duntze* a. a. O. S. 547, 48.

45 **1289**. In diesem Jahre „quam Giselbertus [Erzbischof Gyselbert] met dem rahde tho Bremen von wegen ener ordonantien in der Statt Bremen tho hope, also datt de raht in den weltliken dingen scholl de vullmacht hebben und de Bischop scholde sik allene in der Statt met dem Kerken regiment bekümmern." [R.] Nach Joh. *Renner's* Chronik *Duntze* a. a. O. S. 558 flg. V. *Böhmert* a. a. O. S. 6.

1291, März 27. Vorsteher und Gemeinde („Sculteti, Oldermanni totaque universitas") des Landes Würden verpflichten sich solidarisch, und zwar unter Vermittlung der Grafen Otto und Johann von Oldenburg, indem sie eine bereits 1285 mit dem Rathe und der Bürgergemeinde von Bremen geschlossene aber inzwischen wieder gebrochene „composicio sive orveyde" eidlich erneuern: „quod nunquam de cetero spoliare debent nec detinere spoliatores nec eos consilio vel auxilio promovere; item si aliquam navim Bremensem periclitari contigerit, nichil de his, que ad litus terre (Wordensis) procelle jactaverint, sibi usurpare debent", wobei für den Fall des Zuwiderhandelns ausser vollem Schadensersatze eine Sühnebruchs-Busse von 400 Mark Silbers, halb den Grafen von Oldenburg und halb dem bremer Stadtrathe zahlbar, zugesichert wird. *Cassel* a. a. O. S. 216—18 mit *dess.* Progr. „Histor. Nachrichten von der Reichsstadt Bremen ehmaligen Verbindung mit dem Lande Würden (Bremen 1770. 4°.) §. 4 S. 6 mit Urk. I S. 10. 46

Das vierzehn Dorfschaften umfassende Ländchen Worden oder Würden, dessen Bewohner dem ostfalischen Stamme zugehören, bildete in früheren Zeiten einen Bestandtheil der Grafschaft Stotel, gelangte aber im J. 1218 durch Heirath an die Grafen von Oldenburg, welche dann 1316 das Land der Stadt Bremen zu Pfand gaben. *Cassel's* all. Progr. §§. 1—3, 5 S. 2—5, 7.

1291, Mai 4. Die Sechzehnmänner und die Gemeinde des Rüstringer-Landes setzen wegen Mangelhaftigkeit der zwischen ihnen und der Stadt Bremen von den Vorfahren her bestehenden „privilegia pro conservatione pacis et concordie", da namentlich darin in Ansehung von Vergehen nicht deutlich genug enthalten ist, „qualiter actor reum convincere et reus evadere deberet", im Wege des Uebereinkommens mit den Rathmannen und Bürgern von Bremen eine neue Ordnung fest, wie insbesondere a) in Verbrechensfällen („super excessu aliquo") bezüglich der Ueberführung des Schuldigen — „si negaverit, actor eliget duodecim viros in quadrante[37]) illo manentes, ubi reus moratur, existentes sub juramento, vel qui fuerunt prius sub juramento terre (Rustringie), quorum si duo vel plures cum juramento dixerint, eis taliter constare de hujusmodi excessu, quod ratio- 47

37) Gemeindebezirk.

nabilius videatur eis, quod emendet, quam quod per juramentum evadat, emendabit secundum quod . . . in privilegiis continetur; per unum autem de dictis duodecim reus convinci non poterit, sed tunc manu sua propria se poterit expurgare"; b) in allgemeinen Civilklagsachen („questiones") auf dem „placitum terre, quod Achte vocamus", endlich c) bei Geldschuldforderungen („super debitis") zu verfahren sei, wenn ein bremischer Bürger der Kläger und ein Rüstringer der Beklagte ist. *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. S. 733, 34.

48 **1292**, Jul. 15. König Erich von Norwegen sagt den zu Schiff in sein Reich kommenden bremer Bürgern, ihren Gütern und ihrem Gefolge („familiis") seine „protectio et gracia specialis" zu, die Häringfänger noch ausserdem dahin begnadend, dass sie „pro qualibet lesta [38]) allecium quinque denarios novorum et legalium sterlingorum [39]) pro theloneo solummodo persolvant, ubi alii mercatores ad arbitrium ballinorum (regis) theolonea consueta exsolvunt in piscatura supradicta." Den Beamten, welche eine höhere Abgabe von den genannten Bürgern für den Häringfang verlangen würden, soll dieses als „gravis majestatis offensa" ausgelegt werden. *Cassel*, Nachricht von einigen Freiheits-Briefen Nr. V S. 15, 16.

In einem späteren Privileg v. 21. Jul. 1294 ermässigte Erich den Häringfangs-Zoll der hier als „familiarissimi et speciales amici" bezeichneten Bremer auf drei Pfennige für die Last, was dann König Hakon im J. 1299 (Aug. 23.) bestätigt hat. *Cassel* a. a. O. Nr. VI, VII S. 18, 19.

49 **1294**, Jul. 6. König Erich und sein Sohn Herzog Hakon (Haquin) von Norwegen stiften bei Tunsberg unter sich, ihren Unterthanen, sowie den Bürgern Bremen's auf der einen, und den Städten Lübeck, Riga, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswalde, Anklam, Kampen und Stettin auf der anderen Seite einen Vergleich, dahin gehend, dass alle zwischen den Parteien noch obschwebenden Streitigkeiten bis zu bestimmten Zeitpunkten ordnungsmässig ausgetragen und nach Recht entschieden werden, ferner die genannten Städte mit den Bewohnern von Bremen eine „vera concordia et stabilis amicitia, ubicunque convenerint" beobachten, auch jene wie diese die sämmtlichen „libertates et immunitates, quas hactenus ullo tempore liberius habuerunt", in gleicher Weise künftig geniessen sollten.

Hierauf werden die den Bewohnern der erwähnten Städte, welche der Handel als Gäste nach Norwegen führen wird, zugestandenen „ampliora privilegia" im Einzelnen namhaft gemacht. Sie betreffen z. B. die Ausladung der Kaufmannsgüter, die Abgaben von den Getreideschiffen, die Nachlass-Ausantwortung an auswärtige Erben („si quis autem infra regnum Norwegie decesserit, bona sua debent heredi vel ejus procuratori legitimo restitui, super hoc testimoniales patentes civitatis literas deferenti, de qua fuerat, qui decessit, infra annum et dimidium post diem obitus decedentis"), die Entbindung vom Liegegelde („ledangr"), die freie Unterbringung von Handelswaaren in Bürgerhäusern, die Schiffsvermiethung, die Bürgschaftsleistung eines „super causa pecuniaria vel levi crimine, pro quo certa pecunia solet solvi", Beklagten durch „domestici et compatriotae", die Exemtion von dem Nachtwachedienste und von dem „in cista scrutinium, nisi contra eum de falso probabilis oriatur suspicio vel de furto", die Aufstellung der öffentlichen Wage, die Ausschliessung des Strandrechts, die Delicte der Schiffleute und die dabei stattfindende „legalis expurgatio", den Klagenbeweis [„item in civili vel terminali causa [40]), quando actor intencionem suam fundare voluerit et testes producere, non nisi bone fame et ydonee persone in testimonium admittantur"], endlich die Wirkung der einem Kaufe beigefügten „arra, quam vulgariter vocant feste penig" bei späterer „evictio". Uebrigens wird der Genuss dieser Freiheiten auf Seite der genannten Städte davon abhängig gemacht, dass dieselben auch sämmtliche den Unterthanen des Königs zugestandenen Vorrechte, sowie überhaupt alle Punkte der mit Letzterem eingegangenen „compositiones" strenge beobachten. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 7—16. Deutsch in J. P. *Willebrandt's* Hansischer Chronick (Lübeck 1748 fol.) Abthl. III S. 8—10.

1296. „Decretum est et statutum a consulibus civitatis Bremensis, quod quicunque acquirere voluerit jus civium in civitate eorum, quod burscap vulgariter appellatur, illum consules recipere debent, quo facto interrogabunt eum, in qua parochia fecerit mansionem, qua cognita destinabunt litteras suas ad sacerdotem illius parochiae, ut ipse suis significet parochianis publice de am- 50

38) Last, ein auch am Rheine begegnendes Schiffsladungsmass.

39) Ueber den Werth dieser Münze im XIII. und XIV. Jhdt. in den holländischen und deutschen Städten s. *Mone's* Ztschr. f. Gesch. des Oberrheins VII, 261—64.

40) Im Abdrucke bei C. fehlt „causa."

bone[41]) tribus diebus dominicis, quod talis ex nomine in civem Bremensem noviter sit receptus; et si aliquis eum velit impetere super jure servitutis, quod hoc faciat infra annum et diem, quod si dominus ejus neglexerit et tunc elapsis anno et die a tempore receptionis talis civis dominus ipsum impetere non valebit, et talis pro libero habebitur, sicut decet." Aus dem alten Bürgerbuche v. 1289 bei *Oelrichs* a. a. O. Vorbericht S. VIII Note m. Vgl. *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 234; *Duntze* a. a. O. S. 572.

51 **1297**, Febr. 2. Graf Otto von Oldenburg verkauft dem Rathe der Stadt Bremen für 20 Mark Silbers „omnes piscationes suas similiter et suorum hominum, que ware vulgariter appellantur, in fluvio Ochtmunde existentes, vel in fossato, quod Stilgrave dicitur, aut in Stille a loco, qui Holtbrake vocatur, usque ad pontem dictum Cattenescher Brugge", so dass die bisherigen Fischerei-Berechtigten nur noch mit Netzen dortselbst den Fischfang, soweit es ohne Hemmung des Wasserlaufes geschehen kann, ausüben dürfen. Dem Zuwiderhandelnden wird ausser der Wegnahme seiner Werkzeuge noch Verlust aller seiner Güter angedroht, wovon der vierte Theil dem Stadtrathe zufallen soll. Endlich den Schluss bilden einige Bestimmungen über die den beiden Vertragstheilen von nun an zustehenden Rechte der Flussbett-Erweiterung und Brückenanlage. *Cassel* a. a. O. S. 46—48.

52 **1300**, Jul. 26. Der bremische Stadtrath versieht die Riemerschneider-Gilde — „ut officium corrigiariorum in statu debito conservatum sine nota falsitatis valeat commodius exerceri" — mit einer die Eintritts- und Lehr-Gebühren („quicunque discit artem eorum, nisi sit filius illius, qui talem scit artem, dabit duos solidos, quorum unum habebit societas, alter vero ad ecclesiam sanctae Mariae dabitur ad candelas"), sowie die Bussegelder für gewisse Uebertretungen, z. B. das unstatthafte Gesellen-Ausdingen vor dem Dienstziele, die betrügliche Anfertigung schwarzen Riemenwerkes aus Schafleder, und für tadelswürdige Arbeit überhaupt („dummodo magistri illius operis, qui pro tempore fuerint, opus hujusmodi fuisse falsum, super suum recipiant juramentum") festsetzenden Zunftrolle. V. *Böhmert* a. a. O. Urk. 4 S. 72 mit S. 18.

53 **1300**, Sept. 6. Der Rath der Stadt Bremen gibt für das Schuhmacheramt („officium allutariorum") neue Statute, betreffend: die Aufnahmsreichnisse; den Uebergang des Zunftrechts auf die Söhne und Töchter; die Unterlassung gewisser trügerischer Missbräuche im Betriebe des Handwerks; die Unzulässigkeit des Gesellen-Wegmiethens sowie der Unterweisung von Leinwebers- und Lastträgerssöhnen im Schuhe-Verfertigen; das Verbot unanständiger Auf-Aufführung im „convivium, quod Giltschap dicitur" und der Schmähung der „magistri" im „colloquium, quod Morgensprake dicitur"; die Nicht-Hinderung eines Gewerbsgenossen „in emendo, nisi aliquis arrhas, quae vocantur Godespenning, dederit super re emenda, qui dictam rem prae aliis obtinebit"; die Ausschliessung von der Gilde wegen Verbrechens, namentlich Meineids und Diebstahls; die Folgen der Uebertretung gegenwärtiger Vorschriften, insbesondere auch von Seite der „magistri . . . (qui) in duplo emendabunt"; die Geschäftsfortsetzung der Wittwen durch Gehülfen — „statuimus insuper et praefatis allutariis hanc gratiam concedimus, ut ipsis defunctis eorum uxores famulos ejusdem artis in locum maritorum defunctorum substituant ad exercendum opus eorum, quamdiu in viduitate voluerint permanere"; endlich den Verkauf von unverarbeiteten schwarz gefärbten Häuten. [Nur als unvollständiges Transsumt erhalten und gedruckt bei] *Oelrichs* a. a. O. S. 415—17; V. *Böhmert* a. a. O. Urk. 3 S. 69, 70 mit S. 15, 16.

1301, Jun. 9 und 16. Die Rathleute von Hannover vereinigen sich mit jenen von Bremen zur Aufrechthaltung ihres bisherigen guten Einverständnisses dahin, dass in ersterer Stadt über Bürger aus letzterer, deren „nuncii" und Güter „pro debitis alienis" eine „arrestatio" nur nach voraufgegangener Benachrichtigung der „domini consules Bremenses . . . quod creditori fuisset in civitate Bremensi justitia denegata" verhängt, dagegen um eines Schadensersatz-Anspruches an den Erzbischof, seine Vögte und Leute willen eine solche Haft- oder Beschlagnahme gar nicht gestattet, vielmehr der bremer Stadtrath unter Darlegung der Verhältnisse zur „refusio dampnorum" veranlasst werden solle. *Grupen*, Origines Hanover. S. 157, 58; *Cassel*, Urkk. von einigen Vertr. Nr. III S. 7, 8; *UBuch der Stadt Hannover* Thl. I Nr. 79, 80 S. 76—78. 54

1303, Dez. 1. Die Rathmannen der Stadt Bremen fassen in Vereinbarung mit der Gemeinde den Beschluss, dass von ihnen unter Zuziehung von sechzehn, zu gleichen Theilen aus den vier Kirchspielen zu wählenden Bürgern die Rechte der Stadt in ein Buch zusammengeschrieben werden sollen. „Tho na godes bort ghegan waren thusund iar threhundert iar unde twe iar, an theme dridden iare thes naghesten daghes 55

41) Kanzel.

sint andreas tho wurden the ratmannen[42]) . . . thes to rade mitter menen stad, dhat se wolden ere rechte bescriven, also als ed eweliken scolde bliven to holdende al ghelike them armen alse them riken. Dhar hebbet the ratmanne unde the mene stad sesteyn man, ut ieweliken verdel vere[43]) .... thesse sesteyn man hebbet dhat gesworen mitten ratmannen unde mitter menen stad, ordele unde al recht mitten ratmannen to vindende unde to bescrivende unde thar bi eweliken to blivende, also wolde dhat ienigh man wether stan hemliken ofte oppenbare, dhat se scolen weren rike unde arme mit live unde mit gode also, also se hebbet ghesworen."

Dieses **erste bremische Stadtrecht** — „statuta antiquissima; dhat Stades bok van Bremen" — kam nun auch, und vermuthlich schon im Laufe der zwei nächstfolgenden Jahre, nämlich vom Februar 1304 bis zu Ende 1305, unzweifelhaft vor 1307, wie der Artikel „van den vorfesteden luden"[44]), welcher die durch den Mord an Arend von Gröpelingen veranlasste Patrizier-Ausweisung (s. g. Verbannungstafel) v. 1307[45]) zum Inhalte hat und sich als eine jüngere Einschaltung in den fertigen Text zu erkennen gibt, beweisen dürfte, wenigstens insoweit zu Stande, als es sich dabei nach der den Redactoren zugetheilten doppelten Aufgabe blos um Sammlung und Niederschrift des vorhandenen localrechtlichen Stoffes handelte, nämlich in den unten näher zu beschreibenden Abtheilungen I—III, während der Abschluss des ganzen Werkes mit der auf neuer weisthumartiger Rechtsfindung beruhenden Abtheilung IV bis in die Mitte des zweiten Jahrzehents hinein sich verzögerte, so dass erst das Jahr 1315 als das eigentliche Vollendungsjahr anzusehen sein möchte.

Gedruckt findet sich das älteste bremer Stadtrecht nach einem jüngeren archivalischen MS., aber unvollständig und fehlerhaft, in Chr. RFreih. v. *Nettelbla's* Greinir, Nachlese von alten und neuen, fremden und eigenen, einheimischen und ausländischen Abhandlungen, Anmerkungen, Urkunden, Actis publicis etc., welche das römische, päbstliche, Lehn-, Statuten- und Staatsrecht betreffen (Frankf. a. M. 1763—65. 4°.) Stück III Nr. II S. 46—108; besser nach der Original-Hdschr. bei *Oelrichs* a. a. O. „Statuta Bremensia antiquissima de anno MCCCIII ex autographo descripta, accedit varians eorundem lectio in caeteris statutorum Brem. codicibus ut et in statutis Hamburg., Stadens. et Rigens. cum iis convenientibus" S. 1—302[46]). Einen ausführlichen, höchst schätzbaren Commentar zu den drei ersten Abthl. des Stadtrechts mit auszugsweisem Textabdrucke gibt *Donandt* a. a. O. Thl. II S. 55—276, 280—307, 309—353. Ueber die Entstehung und Quellen s. *Cassel*, Abhdl. von den Gesetzen §. 13 S. 25—30; *Oelrichs* a. a. O. Vorbericht S. III–XXIV; J. Fr. *Gildemeister* „Ueber das älteste Gesetzbuch der Stadt Bremen" in J. *Smidt's* Hanseat. Magazine Bd. VI (Bremen 1802. 8°.) S. 244 flg.; *Donandt* a. a. O. S. 38—54, 307 flg., 353—83; *Duntze* a. a. O. Bd. II S. 14—23; O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Bd. I S. 511, 12.

Was nun die einzelnen Bestandtheile des Stadtrechts insbesondere angeht, so enthielt die erste Abtheilung[47]) ursprünglich mit Einschluss des oben in seinen Hauptsätzen eingerückten Prologs (Art. I) blos X Artikel, von welchen Art. II die Streitschlichtung zwischen Bürgern durch Rath und Aldermänner, die Artt. III—X aber eheliches Güter-, Vormundschafts- und Erbrecht zum Gegenstande haben. Sie prägen sämmtlich originär-bremisches Rechtselement aus, indem der Art. II eine völlig neue Rathssatzung zu sein scheint, während sich die übrigen Artikel vielleicht auf die bereits vor den Gerhard'schen Reversalen (nr. 23) vorhanden gewesenen Willküren, jedenfalls auf uraltes örtliches Gewohnheitsrecht zurückführen lassen. Die zweite Abtheilung[48]) mit der seltsam gewählten Ueberschrift „Van notwere" bietet in XV Artikeln grösstentheils strafrechtliche Bestimmungen, z. B. über Frauen-Nöthigung, Messerzücken, Real- und Verbalinjurien, Beherbergung friedloser Leute, falsches Zeugniss, dar, und hat den oben nr. 24 aufgeführten Gerhard'schen Vertrag v. 1248 zur Grundlage. Diese beiden Abtheilungen sind unzweifelhaft die älteste Partie des Stadtrechtsbuches und könnten wohl in einer vor 1303 veranstalteten officiellen oder Privataufzeichnung den Gesetz-Redactoren schon vorgelegen haben.

Die dritte Abtheilung[49]) zu XXX Ar-

42) Die Namen der 14 Rathsherrn werden hier aufgeführt.

43) Auch diese 16 Namen gibt die Stelle an.

44) Bei *Oelrichs* a. a. O. S 60—62; auch bes. gedruckt b. *Cassel*, Bremensia I, 308—11.

45) Ueber die gräuliche Mordgeschichte s. *Rynesberch* u. *Schene*, Cronica brem. z. J. 1307 S. 82 flg., *Miesegaes* a. a. O. III. 27 flg., *Donandt* a. a. O. I, 251 flg.

46) Ein Facsimile der Hdschr. gibt *Oelrichs* auf Tab. I. —

47) *Oelrichs* S. 15 flg.

48) *Oelrichs* S. 33 flg.

49) *Oelrichs* S. 44 flg.

tikeln ist überschrieben: „Hir beghinnet dhe Statuten" und hebt mit den Worten an: „Tho na godes bort waren ghegan thusund iar threhundert iar unde thre iar, an theme verden iare in theme hileghen daghe to lechmissen tho wart dat ghesed van den ratmannen unde van then sesteynen unde van der menen stat." Ihren Inhalt bilden aber in bunter Mischung Vorschriften über die Namhaftmachung des Käufers in Handfesten, Gleichstellung der Lohndienste leistenden Stadtbewohner mit Fremden, Unstatthaftigkeit der Veräusserungen von Weichbildgütern an Geistliche, Unvereinbarkeit des Bäcker- und Brauer-Gewerbes, Kirchengangs-Feier der Frauen, Frist- und Friedverleihung des Rathes, Reichnisse bei der Bürger-Aufnahme, gewaltsame Entführung von Frauen und Jungfrauen, Unzulässigkeit des Erwerbs fremdherrlicher Vogteien, Zölle und Güter von Seite eines Bürgers, Voraus-Berechtigung des mit dem Sohne abtheilenden Vaters, Restituirung beraubter Bürger, Pfandvorrechte der Vermiether, Wirkung verbriefter Rentenkäufe u. s. w. Ob nun diese Satzungen als Einzelstatute ihrem Ursprunge nach erst dem bezeichneten Jahre 1304 und den nächstfolgenden angehören, oder ob die der Abtheilung vorgesetzte Jahrzahl nur auf die Vereinigung aller obigen Verordnungen zu einem Ganzen zu beziehen, mithin das Alter der letzteren ein höheres sei, ist bestritten. Die zweite Ansicht spricht *Donandt* a. a. O. S. 307, 8 aus, und sie scheint sich einigermassen dadurch als die richtigere zu bewähren, dass man doch kaum annehmen kann, es habe der Rath in verhältnissmässig sehr kurzer Zeit seine gesetzgeberische Thätigkeit so verschiedenartigen, nicht einmal durch eine einheitliche Grundidee zusammengehaltenen Materien zugewendet, dass vielmehr der Gedanke näher liegt, die Commission, welche nun den Impuls zu einer gewissen Beschleunigung der ihr obliegenden Arbeit in sich fühlte, habe aus dem bereits vorhandenen Statuten-Vorrathe nach einer nur oberflächlichen Sichtung eine Anzahl solcher Verordnungen zusammengerafft, von denen schon der erste Anblick überzeugen musste, dass sie noch zeitgemäss und wichtig genug zur neuerlichen Einschärfung seien.

Endlich die vierte Abtheilung [50]) mit dem Rubrum: „Hir beghinnet dhe menen ordele" umfasst in CXXVI systemlos an einander gereihten Artikeln eine Sammlung von „Entscheidungen ganz allgemeiner Rechtsfragen". Es sind aber theils Reminiscenzen aus der einheimischen Gerichtspraxis, vermuthlich einem älteren Urthelsbuche oder einer Privataufzeichnung von Schöffensprüchen entnommen, theils Auszüge aus hamburgischen Rechtsquellen, welche hier begegnen. Die letztere Eigenschaft tragen namentlich die Artikel oder Ordele LXVIII—CXI und CXIII [51]), strafrechtliche und processualische Gegenstände, Gesindewesen, Erbgüter und Schuldverhältnisse betreffend, an sich, in welchen aus den hamburger Statuten v. 1270 die Satzungen I, 5ᵇ, 7, 9, 21; IV, 8; VI, 13, 15, 16, 18—20, 22; VII, 4, 19; VIII, 1—5; IX, 9—14, 16—18, 20—25; X, 5; XII, 1, 2, 4—9, 12 und aus den Statuten v. 1292 die Satzung C, 23 bald unverändert, bald mit geringeren oder grösseren Modificationen wiederkehren, so dass man mit *Lappenberg*, Hamburg. RAlterth. Bd. I Einleit. §. 7 S. LXXX nr. 4 von einer „ums J. 1307—1315 geschehenen partiellen Annahme des hamburgischen Rechtes zu Bremen" sprechen kann. Auf welche Weise aber diese denkwürdige Reception vermittelt worden und ob dieselbe, wie *Donandt* a. a. O. S. 374—79 auszuführen versucht hat, wirklich auf Rechnung des im J. 1297 in Bremen als Bürger aufgenommenen „heren henrike van hamborch", eines der sechzehn Raths-Beigeordneten bei dem Legislationsgeschäfte, zu setzen sei, ist unmöglich zu bestimmen, und nur so viel dürfte als unzweifelhaft sich herausstellen, dass hinsichtlich jener aus dem hamburger Rechte entlehnten Stücke ein bloses Reproduciren aus der Erinnerung, woran *Donandt* denkt, unmöglich stattgefunden haben kann, vielmehr nach der ganzen Art und Weise der Herübernahme eine schriftliche Vorlage in den Händen der Redactoren gewesen sein muss.

Dem also compilirten Rechtsbuche schaltete man alsdann im Verlaufe der Zeit die neu-ergangenen Rathssatzungen bis zum J. 1424, sowie Ordele aus der Periode 1330—1363 (nebst noch einzelnen jüngeren Ursprungs) auf den zu diesem Zwecke offen gelassenen Folien [52]) ein und setzte dem Ganzen ein Verzeichniss der Artikel- und Ordel-Anfänge [„Dhit is dhat erste anbeghin dhes stades boke van Bremen, dhar ere recht steyt an bescreven"] voraus [53]).

In die Jahre 1303—1315 fällt auch die Annahme des älteren hamburgischen „schiprechtes" (Schiffrechts) — jedoch mit Hinweglassung des Art. XIX und einer Modification im Art. II — in der Stadt Bremen. Abgedruckt steht dasselbe nach dem ältesten

50) *Oelrichs* S. 67 flg.

51) *Oelrichs* S. 104 flg. 133 flg.

52) *Oelrichs*, Vorbericht S. XVI flg.

53) *Oelrichs* S. 5—10.

Cod. bei *Oelrichs* a. a. O. S. 291—302, nach jüngeren MS. bei N. G. *de Post*, Spec. inaug. de cura Bremensium circa rem nauticam, Gotting. 1780. 4⁰. (App.) und *Pardessus*, Collection des loix maritimes antérieures au XVIII siècle Tom. III p. 517 ss. Vgl. *Lappenberg*, Hamburg. RAlterth. a. a. O. §. 15 S. CXLII; *Duntze* a. a. O. Bd. II S. 20 flg.

56 **1304**. Rathleute und Gemeinde der Stadt Bremen schliessen durch erwählte „ordinatores" mit den Richtern, Rathmannen und der gesammten Bevölkerung des Landes Wursten („terre Wortzacie") einen Fried- und Sühnvertrag unter Festsetzung ausführlicher Bestimmungen über die Behandlung Schiffbrüchiger, die Bestrafung gewisser Verbrechen, wie des Raubes, der Wundungen, der Tödtung, der Körperverstümmlungen („pro amputacione auris V marcas, pro vulnere capitali I marcam, pro stoclemede VI marcas, pro helpende lemede III marcas, pro vulnere circa pectus III fertones, pro carneo vulnere dimidiam marcam, pro effusione sanguinis III solidos"), über Darlehen und Schuldbeweis, Benützung der Weserstrasse, freie Handelsübung u. s. w. ab. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 218—22.

57 **1305**, Aug. 22. Rath und Gemeinde von Bremen setzen das „jus speciale allutorum, qui lingua materna Lore vocantur", fest. Der Inhalt der Gilderolle bezieht sich auf die Aufnahmsgebühren; die Nachfolge der Söhne in das väterliche Gewerbe, sowie die Fortsetzung desselben durch die Wittwe, „quamdiu non fuerit uxorata, per servos suos; si vero virum duxerit, qui opus allutorium ante non fuerat aggressus, ipse tunc de novo opus idem pro precio pretaxato aggredietur, et si prius, quam viduam duxerit, opus fuerat adeptus, tunc sine precio ipsum officium, si voluerit, exercebit"; den Häutehandel der Schuhmacher; die Geschäftsausübung durch Gehülfen in Fällen der Abwesenheit oder sonstigen Verhinderung — „si quemquam ejusdem officii operarium in peregrinationem ire contingat, vel si senectute vel infirmitate deprimatur aut captivus detineatur vel aliquo alio impedimento prepediatur, tunc pro se virum vel servum negocia sua peragentem statuere liberam habeat facultatem"; die Ahndung feuergefährlicher Unterbringung der dürren Lohe; das Verbot des Ankaufs von Häuten und Rinde ausserhalb der Stadt auf dem Lande; die Strafen für Versäumniss der „interloquutoria quam Morgensprake vocamus" und für Ungebührlichkeiten in derselben; die Bussen für zu Markt gebrachtes schlechtes Leder; die Beschränkung des Verkaufs aller, auch der von auswärts eingebrachten Gerbereiwaaren auf das bestimmte Kaufslocale und die für den Lederhandel der Stadtgerber daselbst angeordneten Wochentage u. a. m. V. *Böhmert* a. a. O. Nr. 5 S. 72, 73 mit S. 18.

1305. Herzog Otto von Braunschweig genehmiget eine zwischen den 58
„milites" von Bederkess, Lünenberge, Wersabe, Hude, Blumenthal und Hagen einerseits und den Bürgern der Stadt Bremen anderseits zu Stande gekommene, auch die beiderseitigen „adjutores" mitumfassende „compositio et sona." *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 223, 24.

1306. Meye Tamana und die sechzehn „conjudices" des Landes Astringen 59
vereinbaren mit der Stadt Bremen zur Beilegung einer zwischen ihnen in Folge eines Mordanfalles und verschiedener Grenzräubereien längere Zeit bestandenen Zwistigkeit eine Reihe von Friedens- und Sühne-Artikeln meist criminalrechtlichen Inhalts (z. B. „Nullus eciam Astringus in Brema ponetur in truncum, nisi pro furto aut spolio manifesto"), aber auch das Verfahren wider Schuldner, den freien Handelsverkehr, die Rechte Schiffbrüchiger bezüglich ihrer aus den Wellen geretteten Habe etc. berührend. *Cassel* a. a. O. S. 225—29.

1308, Aug. 13. Der bremer Rath verleiht dem „officium allutariorum, qui 60
Cordewanere vulgariter appellantur . . . . ut idem melius et laudabilius exerceatur", ein neues Zunftprivileg, wonach Niemand, den Fall des Erbganges ausgenommen, ohne Nachweis eines schuldfreien Vermögens von mindestens acht Mark das Gilderecht erlangen soll, wenn er es aber erworben hat, genugsame Bürgschaft („sufficientem creditorem") dafür aufbringen muss, „quod infra annum et diem nemini concivium bona sua deferat aut deducat"; wonach ferner der zum Hökeramte („officium penesticum") sich wendende Schuhmacher seiner Gildengerechtsame, insonderheit auch seiner Ansprüche auf Verpflegung „in domo sancti spiritus" (s. nr. 41) verlustig erklärt wird. [Als unvollständiges Transsumt erhalten.] *Oelrichs* a. a. O. S. 417, 18; V. *Böhmert* a. a. O. Nr. 3 S. 70 mit S. 16, 17.

1310, Aug. 6. Die Vorsteher des Harlinger-Landes — „enunciatores terre Her- 61
lingie et eorum conjudices universi" — gehen mit der Stadt Bremen einen dem oben namhaft gemachten der Astringer (nr. 60) an Inhalt ähnlichen Friedensvertrag ein. *Cassel* a. a. O. S. 234—38.

1310, Sept. 7. Desgleichen die Vor- 62
stände des ostfriesischen Landes Norden — „Hunno dictus Omenga, orator terre Nordensis cum suis cocis et consulibus." [Eben-

falls wie nr. 60] *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 223, 24; *Cassel* a. a. O. S. 230—34.

63 **1311.** Die Grafen Johann und Christian von Oldenburg und Delmenhorst setzen sich mit dem Rathe zu Bremen in Ansehung der Unterhaltung der von letzterer Stadt nach dem „castrum“ Delmenhorst führenden „strata communis“ in einem Vertrage aus einander. *Cassel* a. a. O. S. 49, 50. Vgl. *Duntze* a. a. O. Bd. II S. 79.

64 **1316**, Jun. 24. Der „amministrator spiritualium et temporalium ecclesie Bremensis“ Johannes (Sohn Herzog Otto's des Strengen von Lüneburg) ertheilt den bremer Bürgern die besondere Zusicherung, „quod toto tempore amministracionis omnibus juribus et libertatibus, quas . . . Hildeboldi et Ghizelberti quondam archiepiscoporum Bremensium temporibus habuerunt, libere gaudeant et fruantur, nec eaedem libertates et jura in posterum aliquomodo infringentur.“ *Cassel* a. a. O. S. 132, 33. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 73 flg.

65 **1321**, Jul. 22. König Magnus von Norwegen und Schweden gestattet wieder den Bremern, seinen Groll gegen dieselben gänzlich aus dem Herzen verbannend, „quod ad terminos et ad portus regni Norwegie et Swecie pro suis negociis secure valeant in posterum applicare“. *Cassel* a. a. O. S. 16, 17.

66 **1322**, Dez. 24. Der Rath der Stadt Bremen schafft mit Beirath der „discreciores“ und Zustimmung der ganzen Gemeinde „fraternitates, que vulgariter giltscope vocantur, propter varias et inutiles expensas, quas communis populus civitatis in dictis fraternitatibus existens consumpsit“, völlig ab, beschliesst, das, was jenen Brüderschaften während ihres Bestandes durch Mildthätigkeit an Vermögen („eleemosynas“) zugefallen, dem „hospitale situm in civitate“, nämlich dem St. Jürgen-Gasthause [54]) zuzuwenden, und erklärt endlich die vormaligen „magistri, qui vocantur ghildemestere, de predictis fraternitatibus“ als unverantwortlich für diesen Aufhebungsact, mithin auch unbelangbar im geistlichen wie weltlichen Gerichte. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 466, 67. Deutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 108, 9.

67 **1324**, Jun. 5. Die Richter der friesischen Seelande zu Upstallboom verlautbaren einen zwischen Rath und Bürgerschaft von Bremen einer- und den „Frisones terre Rustringie“ anderseits wegen Erschlagung eines Rustringers zu Stande gekommenen Aussöhnungsvertrag, wonach die beiden Parteien — „quod cives Bremenses et Rustringi erant et manebunt una gens et unus populus“ — sich wechselseitige Anerkennung ihrer „litere et privilegia“, und im Falle wiederkehrender Zwistigkeiten gänzliche Enthaltung von jeder Fehde, sowie Verletzung an Leib und Gut, endlich, wenn eine gütliche Ausgleichung unmöglich sein würde, die Austragung der Streitsache vor den „judices terrarum selandiarum (Frisie) in Upstallesbome“ zusagen. Sollte es aber doch zu einer Waffen-Entscheidung kommen, so wollen die genannten Richter dem angegriffenen Theile wider den befehdenden den kräftigsten Beistand leisten. M. *v. Wicht*, Ostfriesisches Landrecht (Aurich 1746. 4°.), Vorbericht S. 112 Not.; *Cassel* a. a. O. S. 239—41. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 113.

1324, Aug. 10. Die beiden General- 68
vicare des Erzbischofs Jonas von Bremen, Bischof Nicolaus von Verden und Dietrich von Xanten, Domherr zu Cöln, versprechen urkundlich, „quod consules et cives Bremenses singulos et universos per totum vicariatus tempus gaudere et perfrui permittere volunt omnibus et singulis juribus, consuetudinibus et libertatibus, in quibus . . . Gherardi et aliorum archiepiscoporum Bremensium temporibus extiterunt, et que vel quas hactenus habuerunt, nec jurium, consuetudinum et libertatum predictarum aliquam quodammodo infringent.“ *Cassel* a. a. O. S. 133, 34.

1328, Apr. 17. Erzbischof Burchard 69
[Grelle] von Bremen bestätiget dem Rathe und den Bürgern Bremen's für die Zeitdauer seines Lebens den ungeschmälerten Fortgenuss aller zur Zeit der früheren Erzbischöfe besessenen und von diesen aus Gnade verliehenen „jura et libertates.“ *Cassel* a. a. O. S. 134, 35.

1330, Jan. 14. Der Rath, die Wei- 70
sesten und die Gemeinde der Stadt Bremen beschliessen eine neue **Rathswahlordnung**:

„Do na godes bort waren gan dusent iar unde dre hundert iar, in deme thrithegesten iare in dem achteden daghe to twelfthen [55]), do wurden de ratman unde de wisesten mit der meneheyt der stat to rade dor nutteheyt der stat. §. 1. So welc man, de des werdich were, de ratman wolde werden, de schal wesen borgere, vry boren unde echte boren, unde veyr unde twintich iar olt. De scal losen ene marc gheldes der stat van den renten, de dar ute stat, de schal he unde sine erven upboren also manich iar, also he manighe marc heft utegheven; so

54) Ueber dieses s. *Cassel's* Bremensia II, 57—260.

55) D. i. der Dreikönigetag als der zwölfte nach Weihnachten.

schal de rente los wesen der stat. §. 2. De ratman de scal hebben erves also vele, dat id wert si twe un drittich marc; dat scal sin eghen sin binnen user stat. §. 3. Oc scal he holden eyn perd drigher marke wert to des stades behof in deme iare, wanne he sit in des stades stole. §. 4. He scal sic oc herliken [56]) holden. Wer et oc also, dat he sic unherliken handelde, des men ene vortughen mochte, also in dessen boke bescreven steyt, de scal nen ratman mer wesen. §. 5. So welk ammetman [57]) ratman wolde wesen, de scal sines ammetes vortighen unde nen ammet oven. §. 6. Oc ne scal nen man ratman wesen, de wastins ofte hovet tins eder ervedeil [58]) ghift. Breke dit ienich man, unde worde he des vortucht mit twen borgheren unbesproken eres rechtes, dat scal he beteren der stat mit twintich marken, unde nen ratman mer wesen. §. 7. Aldus scolen oc beteren de ghene, de nicht vri boren ofte unechte boren sin. §. 8. Vort meyr hebbet de ratman mit vulbort der wisesten dor herliker sede willen unde eyndracht dat gheset, so welc man na dessen daghe kumt in den rat, de scal eyn denest [59]) don den ratmannen, de mit em sittet in den rade. §. 9. Oc ist dat gheset, so wellic verdendeyl vorsterft van den ratmannen uppe neghen man, sterft eyn man van den neghenen, de achte, de dar levendich blivet, de scolen bi eren ede enen anderen guden man ute deme silven verdendele kesen, dar de andere is ute storven. §. 10. Were dat oc also, dat de achte mit deme kore nicht overeyn ne droghen, so wes den sesse van den achten overeyndreghet, dat scolet de anderen twe vulborden. §. 11. De ghene, de dar wert ghekoren in des doden stede, de scal oc der stat inlosen ene marc gheldes van des stades rente, de dar ute stat. §. 12. Aldus scal ment holden in allen verdendele desser stat, mit dessem underscede, dat in sunte Stephanes verdendele dre man van den neghenen scolen wonen buten der natelen [60])."

Gedruckt in *v. Post's* Nachrichten v. d. Regiments-Verfassung, Beil. A. S. 65, 66 und b. *Oelrichs* a. a. O. S. 63, 64. Neudeutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 121, 22. Vgl. dazu *v. Post* a. a. O. S. 22 flg.; *Roller* a. a. O. Thl. II S. 23 flg.; *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 253—57, 299, 303 flg., 332; V. *Böhmert* a. a. O. S. 8, 9.

Die eigentliche ratio dieses wichtigen Statuts gibt der §. 9 zu erkennen, wonach das Rathscollegium allmälig wieder auf die Normalzahl Sechsunddreissig zurückgebracht werden sollte, von welcher jedes der vier Kirchspiele zu U. L. Frauen, zu St. Ansgar, zu St. Martin und zu St. Stephan, die zugleich als politische Stadtbezirke galten [61]), neun Glieder aus seiner Mitte zu stellen habe.

Es war nämlich der alte rein-patrizische Zwölferrath wohl bereits vor dem Schlusse des XIII. Jhdts. [1289], jedenfalls im ersten Decennium des folgenden [1306] dadurch in eine neue Gestaltungs-Phase eingetreten, dass aus dem Grundsatze, die durch den Rath auf ein Jahr gleichheitlich aus den vier Quartieren gewählten zwölf Rathmannen sollten nach Ablauf eines Trienniums wieder wählbar sein, die Lebenslänglichkeit der einmal durch Wahl begründeten Rathswürde ableitete, und darum sogar nach und nach die Erneuerung des Wahlactes in jedem vierten Jahre als überflüssige Förmlichkeit hinwegfallen liess. Factisch war daher hiedurch der Zwölferrath in einen Sechsunddreissiger-Rath (33 consules und 3 proconsules) umgewandelt, von welchem jedoch immer nur während der Dauer eines Jahres ein Drittheil, also die alte Zwölfzahl, sich in Function als sitzender oder regierender Rath befand. Treffend charakterisirt *Donandt* a. a. O. S. 250 diese Einrichtung als „in der Mitte liegend zwischen den Ansprüchen der Geschlechter und denen der übrigen Bürger. Beide brachten dabei ungefähr gleiche Opfer, und hatten daraus im Ganzen gleiche Vortheile. Der Gemeinde blieb ihr Wahlrecht verloren, und das war ein Sieg der Geschlechter; aber der Rath verpflichtete sich streng, gleiche Zahl aus jedem Quartiere zu wählen, und das musste zu einer Aufhebung des ausschliesslichen Anspruchs der ritterlichen Bürger führen, weil aus ihrer Mitte wohl nicht immer fähige Männer in jedem Quartiere wohnten."

Diese Rathsverfassung erhielt sich nun, der grossen Patrizier-Vertreibung vom J. 1307

56) Standesgemäss.
57) Gildengenosse.
58) Buteil.
59) Mahlzeit.
60) So hiess das aus der eigentlichen Stadt in die (seit 1307 ebenfalls ummauerte) St. Stephans-Vorstadt, welche aber nicht identisch war mit dem Stephans-Viertel, indem ein Theil desselben noch innerhalb der ursprünglichen Stadtmauern lag, führende Verbindungsthor sammt der anstossenden Strasse.

61) Ueber Bremen's Eintheilung in drei „parrochie" durch Erzbischof Gerhard II. s. dessen Urk. v. 1229 im *Brem. UBuche* Nr. 150 S. 171 flg. Wegen des hinzugefügten vierten oder Stephani-Kirchspiels vgl. *Donandt* a. a. O. S. 243.

[s. oben S. 330] ungeachtet, bis 1329 in Gültigkeit. Von da an begegnen wir aber in den Fasti consulares ad a. 1330 — 1332 einem verdreifachten, ja selbst noch darüber hinaus bis zur Zahl 114 erweiterten Stadtrathe. Diese auffällige Vermehrung beruhte übrigens keineswegs auf ordnungsmässiger legislativer Einführung, sondern sie war das Ergebniss eines, leider! in den Quellen nicht deutlich geschilderten Anmassungs-Actes der Innungen, welche, wie eine alte glossenartig unserem Statute v. 1330 beigefügte Notiz nach richtiger Erklärung uns berichtet, dem Rathe das Selbstergänzungsrecht, das er sich bis dahin immer noch zu bewahren gewusst hatte, aus den Händen entwanden („den raet vorjageten van der köre") und ihm neue Glieder aus den vier Quartieren eigenwillig aufdrangen, so dass diese zu den vorhandenen Sechsunddreissigern mit völlig gleicher Berechtigung hinzutraten. Hiemit hatten nun die Zünfte das längst angestrebte Ziel der Rathsfähigkeit erreicht, und jeder entfernte Versuch, dieselbe ihnen wieder zu entreissen, wäre ein im höchsten Masse gefährliches Wagniss gewesen. Daher finden wir nicht nur in einem undatirten, aber unzweifelhaft dieser Zeit angehörigen Statute (*v. Post* a. a. O. Beil. B. S. 67, *Oelrichs* a. a. O. S. 85) des grossen Rathes zu 108 Gliedern als einer thatsächlich bestehenden Verfassungs-Institution Erwähnung gethan; sondern die hier in Frage stehende Rathsverordnung setzt auch die Befähigung der Innungsgenossen zum Rathsstuhle als Princip des Stadtrechts voraus, und fasst nur die unerlässlichen Vorbedingungen der Wählbarkeit, nämlich a) eheliche Geburt, b) vollkommene persönliche Freiheit, c) Alter von 24 Jahren, d) Grundansässigkeit im Weichbilde, e) Unbescholtenheit des Rufes[62]), und f) Aufgebung des zünftigen Gewerbes, sowie die mit dem Eintritte in den Rath zu erfüllenden Obliegenheiten in Kürze und übersichtlich zusammen.

71 **1334**, Apr. 28. Richter und Bevölkerung des Rüstringer-Landes sichern dem bremer Rathe auf den Fall, dass Jemand zu ihrem beiderseitigen Schaden an der Weser ein „castrum" zu bauen unternehmen würde, ihre Beihülfe zum Widerstande, sowie für die das Land durchziehenden bremischen Handelsleute sicheres Geleit und Schutz wider Beraubung oder sonstige Unbill zu. *Cassel* a. a. O. S. 243, 44.

72 **1339**, Aug. 15. Der Rath der Stadt Bremen gibt dem Krämer-Amte („institorum officium") allda ein Innungsgesetz, worin zuvörderst die Aufnahms- und Wiederaufnahms-Gebühren [„quod quicunque institor vel institrix nulla necessitate cogente institorum officium dimiserit vel illud renunciaverit, ita quod officium ipsum per annum non exercuerit, si eodem anno elapso ad jam dictum officium redire decreverit, dabit tanquam de novo officium aggressus unam marcam argenti bremensis inter consules et institores equaliter dividendam"], ferner die von einem Zunftgenossen, welcher die auf ihn gefallene Wahl zum „magister officii" ausschlägt, zu entrichtende Busse, sodann die Zeiten des offenen Feilhaltens „in foro vel in ecclesiis ac cimiteriis"[63]) und die Strafen der Zuwiderhandelnden geregelt, den Amtsmeistern gegen alle „contra predicta statuta facientes" das Recht der Pfandnahme, nöthigenfalls — „propter excedentium rebellionem" — unter Mitwirkung der städtischen Frohnboten („judices civitatis)[64]) zugestanden, endlich sämmtlichen Zunftgenossen „pondera equa et a dimidio enea et signo civitatis signata" zur Benützung im Gewerbe vorgeschrieben werden. Die Befolgung letzterer Anordnung sollen die Amtsmeister durch zweimal des Jahres anzustellende Prüfungen des Gewichtes überwachen und dabei entdeckte Delicte dem Rathe zur Bestrafung anzeigen. *Oelrichs* a. a. O. S. 411 — 13. Inhalts-Darstellung b. *Duntze* a. a. O. S. 141.

1345 (?). Rath und Wittheit der 73
Stadt Bremen bestimmen auf Grund vorher eingeholter Belehrung den Silbergehalt der künftig auszuprägenden Münzen. *Oelrichs* a. a. O. S. 66. Vgl. *Donandt* a. a. O. S. 221; *Duntze* a. a. O. S. 154.

1348, Jan. 13. König Magnus von 74
Schweden und Norwegen erweist den seine Häfen zu Bergen besuchenden „civitatensibus Bremis" die Gnade, dass sie über die althergebrachten Abgaben — „theloneum et tributa" – hinaus Nichts weiter zu entrichten, namentlich während seiner Lebenszeit den vom Könige Hukon eingeführten Anfahrtszoll nicht zu bezahlen haben, und erlässt an seinen „thezaurarius Bergensis" und dessen Unterbeamten die darauf bezüglichen Verfügungen. *Cassel* a. a. O. S. 20, 21.

1349, Sept. 28. Rathmannen und 75
Wittheit zu Bremen beschliessen die Erneuerung des bereits zu Ende des XIII. Jhdts. in einem Statute anerkannten Grundsatzes, dass „we na deseme daghe, he si borghere eder gast, voghet wert in der stad, de en

62) Um „boses ruchtes" willen verlor man das Recht „tho rade tho gan." *Oelrichs* a. a. O. S. 13.

63) *Donandt* a. a. O. S. 99 Not. 132, 134.

64) *Donandt* a. a. O. S. 83 Note 106[b].

scal borghere nicht mer wesen noch werden na deme daghe, dat he der voghedie vortyet." *Oelrichs* a. a. O. S. 87. Vgl. *Donandt* a. a. O. S. 132—38, *Duntze* a. a. O. S. 161.

76 **1350**, Jan. 6. Erzbischof Gottfried von Bremen ertheilt seiner Stadt Bremen und deren Bürgern die Gnade, „ut apud jura, libertates, gracias et privilegia, quibus ab antiquo . . . usi sunt, permaneant eisdemque libere gaudeant et fruantur", das Versprechen hinzufügend, sie in keinem Punkte dieser Rechte und Freiheiten zu verkürzen, vielmehr ihnen letztere zu verbessern und zu vermehren. Im Falle einer etwa versuchten Rechtsminderung aber sollen zwei s. g. Wichmannen die angegriffenen Freiheiten und Gerechtsame auf ihren Eid nehmen und hiedurch der „evictio" entziehen. *Cassel* a. a. O. S. 471, 72.

77 **1350**, Febr. 2. Die Rathmannen und „menen borghere" von Verden versöhnen sich mit „der stad und den borgheren tho Bremen", und wollen in allen Dingen, soweit es mit der Ehre verträglich, der Letzteren „vaste unde truwe Vrunde ane yenicher hande arghelist wezen un blieven." *Cassel*, Urkk. von einigen Verträgen Nr. V S. 9.

78 **1351**, März 6. Die Decane und Capitel des Domstifts, der St. Willehads- und St. Ansgars-Kirchen zu Bremen vereinigen sich mit dem Rathe daselbst über ein Statut, wie bei dem Verkaufe der Häuser der ihre Meierstätten verlassenden „coloni", namentlich in Ansehung der „taxatio edificiorum" zu verfahren sei. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 135—38.

79 **1358**, Dez. 26. Die Stadt Bremen, seit 1356 von der Hansa ausgeschlossen, erlangt unter gewissen Bedingungen, deren Erfüllung zugesichert wird, die Wiederaufnahme in den Bund und den Fortgenuss der „libertates et privilegia communium mercatorum de Hanza Theutonicorum sacri Romani imperii." *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. Nr. CLXXXVIb. S. 454, 55. Vgl. dazu *Duntze* a. a. O. S 175—78.

80 **1359**, Apr. 30. Die gräflichen Brüder Gerhard und Johann zu Hoya gehen mit der Stadt Bremen „na langer twidrachte und schele" einen Vergleich ein, betreffend a) die Aufnahme von „egenen Luden, Erve-Vogeth-Luden und Borgmanne-Luden" zu Bürgern, b) die Wegnahme in die Herrschaft Hoya getriebenen bremischen Viehes, c) die Beilegung unter den Parteien entstehender „Schele" durch Schiedleute, endlich d) die in der genannten Grafschaft gelegenen bürgerlichen Erbegüter und Pfandschaften („weddeschatt"). *Cassel* a. a. O. S. 472—75. Vgl. *v. Post* a. a. O. §. 19 S. 28; §. 22 S. 34, 35.

1362, Apr. 25. Erzbischof Albert II. 81
von Bremen [ein Sohn des Herzogs Magnus von Braunschweig] bestätiget „consulibus et communi civitatis Bremensis . . . antiquum jus suum, libertates, gracias et privilegia, quibus usi fuerunt temporibus predecessorum", auf den Fall einer etwaigen Verletzung jener Rechte und Freiheiten den altherkömmlichen Bewährungseid zweier „consules seniores" genehmigend. *Cassel* a. a. O. S 159, 60.

1365, Nov. 22. König Waldemar III. 82
von Dänemark gewährt zwölf (mit ihm wieder ausgesöhnten) Hansestädten, darunter Bremen, auf den Zeitraum von sechs Jahren verschiedene Freiheiten auf Schonen, z. B. den Tuch- und Linnen-Handel auf den Jahrmärkten, die Aufnahme von „ghesten, de van der hense sin, up eren Vitten" (Fischerdörfern) und die Anlage von drei „vrighen krueghen" daselbst, endlich den Fortgebrauch eigenen Fischgemässes („schuten, waghene"), wonach sich die Fischerei-Abgabe richten soll. *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. Nr. CCXXIV S. 575, 76 mit Nr. CCXXII S. 574.

1366, Sept. 26. Erzbischof Albert II. 83
versöhnt sich, unter Beirath seines Vetters Herzog Wilhelm's und seines Bruders Herzog Ludwig's von Lüneburg, „umme allerleye schele und twidracht" mit der Stadt Bremen und deren „Helperen", den Grafen von Oldenburg und von Delmenhorst. Das Schloss Stotel und die Hälfte des Schlosses zu Thedinghausen werden an den Rath und die Bürger von Bremen sammt der Vogtei, der halben Mühle, allem Rechte und sonstiger Zubehörung restituirt; die genannten Bürger „wedder ingewehret in all ere ghud, dat sy Erve ghud, Lehngud edder Weddeschat"; dem Stadtrathe alle ihm abgenöthigten „breve" zurückgegeben, und derselbe und die bremer Bürger „lehdich unde loss" erklärt „all der Ede, Lofftes unde Breve, de en in dessem Orloghe affgedrunghen" worden. Insbesondere will aber der Erzbischof „de Raetmann, Borghere unde Stad van Bremen lathen by alle erem olden Rechte, Vryheit, Breve, Wonheyt und Zeden, dar se by wesen hebbet by siner Vorvaren tyden", und verspricht zugleich, die von ihm aus der Zeit vor seiner Bischofsweihe herrührenden Urkunden der Bürgerschaft unter seinem grossen Insiegel zu erneuern. Ausserdem wird noch gegenseitig die künftige Aufrechthaltung des Landfriedens zugesagt, mit der Bestimmung, dass „we na desseme daghe den Landtvrede meer brekt, deme men volghen schall na dess Landtvredes Rechte"[65]).

65) Zwei weitere hierher gehörige erzbi-

Assert. lib. Brem. S. 706—8; *Lünig* a. a. O. Thl. XI S. 445 flg.; *Du Mont*, Corps dipl. du droit des gens Tom. IIª p. 64.

Die Geschichte des in vorstehender Urkunde erwähnten, als ein letzter Ausläufer der unglücklichen Fehde mit den Grafen von Hoya sich darstellenden blutigen Aemter-Tumultes (der s. g. „grande Cumpanye") in den J. 1365, 66 — eines der schwärzesten Blätter in den Jahrbüchern Bremen's und ein unaustilgbarer Schandflecken im Herrscherleben Albert's II., dessen Ehr- und Ränkesucht, gepaart mit leichtfertigem Uebermuthe, hier selbst vor einem Bündnisse mit dem schnödesten Verrathe nicht zurückscheute, da es galt, seine eigennützigen Pläne zu verwirklichen — erzählen, grossentheils auf der Grundlage von *Rynesberch's* und *Schene's* Cronica brem. S. 112—17, *Miesegaes* a. a. O. Thl. III S. 32—40, *Donandt* a. a. O. Thl. I S. 263—75 und *Duntze* a. a. O. S. 190—93, 207—12. Einen kurzen Ueberblick gibt V. *Böhmert* a. a. O. S. 8.

Die politischen Resultate dieses Aufstandes waren übrigens im Ganzen sehr unbedeutend. Denn abgesehen von der schon nach wenigen Wochen wieder aufgehobenen neuen Rathsbesetzung mit über hundert meist den Zünften angehörigen Männern, lässt sich nur die Einführung der s. g. Morgensprachsherrn als eine neue und dauernde Frucht jener gewaltigen Tage betrachten. Es ward nämlich beschlossen, dass von nun an alle Aemter der fortwährenden Ueberwachung des Rathes, ausgeübt bezüglich jedes einzelnen Amtes durch ein dazu bestimmtes Rathsglied, welchem noch ein „Herr ausser dem Eide" beigegeben werden solle, zu unterstellen seien. Bewährte sich nun auch anfänglich diese Einrichtung als ein geeignetes Mittel, die gefährlichen Elemente im Inneren der Aemter zu ersticken und diese dem Rathswillen fügsamer zu machen, so büsste doch das Institut, nachdem man demselben auch eine lucrative Seite abzugewinnen gelernt und begonnen hatte, nur zu bald seine ursprüngliche Kraft wieder ein. Vgl. *v. Post* a. a. O. §. 21 S. 32.

Mit dem J. 1366 heben auch die zahlreichen Verpfändungen erzstiftischer Grundbesitzungen (z. B. der Vogtei zu Langwedel 1366, 1373, 1376; der Herrschaft und des Schlosses Stotel 1375, des Schlosses und Weichbildes Wildeshausen sammt Vogtei und Amt 1376, des von der Stadt 1375 wieder eingelösten Schlosses und der Vogtei Thedinghausen 1377) an den Rath zu Bremen durch Erzbischof Albert II. an, worüber die Urkunden sich b. *Cassel* a. a. O. S. 160, 169, 174, 180, 184, 191 abgedruckt finden.

1369, Aug. 11. Die Richter und die gesammte Bevölkerung des Wurster-Landes erneuern ihr Friedens- und Schutz-Bündniss mit dem Rathe und der Stadtgemeinde Bremen's, zuvörderst in ausführlichen Artikeln verabredend, wie es bei Schiffbrüchen bremischer Kauffahrer mit den gelandeten Frachtgütern zu halten, sowie bei räuberischen Angriffen auf bremische Bürger gegen die Thäter zu verfahren sei. Ausserdem wird den Bremern für ihre Personen und Sachen zu Land und zu Wasser Vertheidigung wider jegliche Unbill und die Austreibung der „pyratae seu spoliatores super Wiseram" aus dem wurstener Lande, endlich auch „si aliquam navem Bremensem in arena excitari vel poni contigerit", Beistand zur Flottmachung des Fahrzeuges zugesichert. *Cassel* a. a. O. S. 246—49. 84

1369 (?) Der Rath der Stadt Bremen — welcher Erzbischof Albert II. für 250 Mark auf die Zeitdauer seines Lebens die Münze sammt der Wechselbude zu Pfand gesetzt hat — erlässt neuerliche Bestimmungen über die Schwere und den Feingehalt der künftig zu schlagenden Münzen und die durch eine Rathscommission vorzunehmende Prüfung der geprägten Stücke. *Cassel*, Münzcabinet Thl. II S. 26 mit S. 5 flg.; *Grote* a. a. O. S. 202 flg. Vgl. auch *Donandt* a. a. O. S. 221, 22. 85

1370, Dez. 24. König Albrecht von Schweden nimmt Rathmannen und Bürger von Bremen „unde alle ere ghud unde alle ere knechte unde denre. . . an sinen heghe unde in sinen vrede unde bescherminghe", verspricht, sie „bi older rechticheyd in allen enden sines rikes, id zi tho watere eder to lande, beholden" zu wollen, und ertheilt seinen „ammetlüden", vorzüglich Vögten, die darauf bezüglichen Verhaltungsmassregeln. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 22, 23. 86

1376, Jan. 7. Der Rath der Stadt Hannover billiget den Bürgern von Bremen eine Reihe von Vortheilen, die Benützung des Wasserwegs mit Schiffen zwischen beiden Städten, die dabei zu entrichtenden Reichnisse (Zölle), und die Kornfuhren nach Bremen betreffend, zu. *Cassel*, Urkk. von einigen Vertr. Nr. IV S. 8, 9. 87

1380, Oct. 9. Graf Otto von Delmenhorst verpfändet den Rathmannen und Bürgern der Stadt Bremen für 324 löthige 88

schöfliche Documente desselben Jahres über die Rückgabe der weggenommenen „breve vnde handtvestinghe" (Sept. 26.) und über die Befreiung der Stadt von einer stipulirten Baarleistung zu 20,000 bremer Mark (Oct. 6.) s. ebenfalls in der *Assert. lib. Brem.* S. 708—10 und b. *Lünig* a. a. O. S. 746, 47.

Mark, und zwar wiederlöslich zu allen Weihnachten, „de helfte slotes, wycbeldes, richtes, tolne un molen tho Delmenhorst unde de helfte der helfte der herschup tho Delmenhorst“ nebst weiteren Landzubehörungen — „dat, id zi an lüden, an holte, an bruke, an gheest, an mersch, an watere, an vischerie, an wischen, an weyde, an ackere, buwet unde ungebuwet, an tegheden, unde in allem rechte und unrechte, vryliken myt make unde unbeworen tho bezittene.“ *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 62—66 [66]).

89 **1381**, Febr. 5. Graf Otto zu Hoya „vorenet un vrentschuppet“ sich mit dem Rathe und der „Meenheyt“ der Stadt Bremen „in desser wize, dat he ere vyande nicht werden en scholet, de wyle dat he levet.“ *Cassel*, Bremens. Bd. II S. 287, 88.

90 **1381**, Oct. 31. Der „Provest der Kerken tho Hamborch“ Bernhard von Schauenburg sichert dem Rathe und der „Meenheyt“ der Stadt Bremen bestmögliche Vertretung gegenüber dem „Stichte tho Bremen“, Belassung „by al eren olden rechten, vryheyden, woenheyden unde zeden“, und Aufrechthaltung der vom Erzbischofe Albert II. und dessen Vorfahren gegebenen Briefe, sowie vom Ersteren herrührenden Pfandschaften — „zathe an sloten, alze an deme Langwedele, Tedinghuzen, Wyldeshuzen unde Stotle [s. nr. 83] na utwizinghe der breve, de ze dar up hebbet“ — in einem Vertrage zu. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 152, 53.

91 **1382**, Apr. 29. Die Rathmannen zu Bremen verkünden allen Fürsten, geistlichen und weltlichen Herrn, Rittern, Knappen, Städten und Weichbilden „quoddam statutum de duabus liberis nundinis forensibus in civitate Bremensi perpetuis temporibus duraturum“. Danach sollen für ewige Zeiten in Bremen alljährlich zwei je acht Tage währende „vrye markede“, der eine beginnend vierzehn Tage nach Pfingsten, der andere am Tage St Dionysii, gehalten werden. Während dieser Zeit mag Jedermann binnen der Stadt „wantsnyden unde andre have unde kopenscup allerleye, de he darbrynght, kopen und vorkopen“, und, wenn er von auswärts gekommen, acht Tage lang vor und ebensoviele nach jedem Markte sicheres Geleite geniessen, er müsste denn „de velicheyt vorbreken bynnen der stad“ oder darinnen „vorvestet“ werden, sowie auch von dieser Vergeleitung ausgenommen sein sollen: der Stadt „openbare vyande, kerkenbrekere, mordere, velschere, deve, de myd den openbaren schyne erer undaet begrepen worden in der Stad, unde de borghere doet geslagen unde vangen hebben, dat nicht bezunet is.“ Schliesslich werden die Empfänger dieses Statuts „denstliken“ gebeten, dasselbe ihren „underzaten unde borgheren tho kundegen unde wytlik unde openbar tho maken“, sowie die Besucher der Märkte zu fördern. *Oelrichs* a. a. O. S. 11—13. Vgl. dazu *Donandt* a. a. O. S. 215; *Duntze* a. a. O. S. 243, 44.

1384, Dez. 17. Die Grafen Otto und Johann zu Hoya bekennen, von den Rathmannen zu Bremen ein Darlehn von 80 schweren Mark empfangen zu haben, wofür sie den bremer Bürgern u. A. nach Kräften Beistand gegen Schädigungen und innerhalb der gräflichen Lande befriedeten Aufenthalt („un dar scholen ze velich wezen“) versprechen. *Cassel*, Bremens. Bd. II S. 288—90. 92

1386, Febr. 9. Graf Erich von Hoya bekennt, den Rathmannen zu Bremen 200 rheinische Gulden schuldig zu sein, wofür er denselben ähnliche Schutz-Zusicherungen macht. *Cassel* a. a. O. S. 293—95. 93

1386, Febr. 22. Graf Otto von Hoya, welcher mit dem Rathe und der Stadt Bremen wegen seiner „eghenen Lüde“ in „scheel un twydracht“ gerathen war, legt den Zwist durch nachfolgende mit den Bremern getroffene Uebereinkunft bei: — „dat wy nene borghere noch borgherschen, eder de wonachtich ys bynnen Bremen, umme eghendum noch van eghendomes beclaghen willet, noch unze erven eder nemend van unzer weghene beclaghen laten. Ok zo schal de raed van Bremen na dessem daghe unde na uthgift desses breves nummer meer unze ichte unzer erven eghenen lude ofte unze eraftigen vogetlüde tho borgheren ofte tho borgerschen nicht entfan noch gheleyden ofte velighen bynnen erer stad, dar ze yd weten. Were ok, dat yd ane weteus schude, zo moghe wy ofte unze erven amptman zenden tho Bremen vor den raed un laten de lüde vor en vorklaghen, un nemen dar zulves van en alzo vele, alze de raed sprikt, dat recht ys. Unde were ze ok gheveleghet van dem rade ichte gheleydet, des moghet ze neten, un de velicheyt schal en de raed yo upzegghen bynnen den neghesten veer weken dar na, wenne unze eder unzer erven amptman de claghe erst vor en ghedaen heft, unde zo en schal de raed van Bremen ofte nemend dar en bynnen lengher velighen ichte geleyden, wann eer de veer weken ghesleten zind, uthghesproken de vryen markede tho Bremen, der mach al man gheneten.“ *Cassel* a. a. O. S. 290—92. 94

1387, Mai 4. Erzbischof Albert II. 95

66) Zwei weitere hierher bezügliche Documente s. b. *Cassel* a. a. O. S. 66—71.

erlaubet mit Zustimmung seines Capitels „umme Nutticheyt des menen Copmannes" dem Rathe und der „Meenheyt" der Stadt Bremen, „eyne brugghe to slande un to makende over de Lessmene unde eynen dam, de van der brugghen gha wente uppe de gheest, wor id en beheglikeste unde bequemeste is", wobei zugleich bestimmt wird, dass „de rad den tolnen, de tho der brugghen hort, up boren shal, eder weme ze dat bevalet, alzo langhe, wend ze dat upgeboret hebbet, dat de brugghen, berchvrede [67]) unde dam unde buw ghekostet hebbet". Sind diese Auslagen gedeckt, so soll der ferner zu erhebende Zoll nach Hälften zwischen dem Erzbischofe und Rathe getheilt werden. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 197—202. Vgl. *Miesegaes* a. a. O. Thl. I S. 194—96 [68]).

96 **1387**, März 30. Der Münzer Heinrich aus Romunde schliesst mit dem Rathe der Stadt Bremen einen Vertrag über die Ausmünzung von Witten, Swaren und Pfenningen („Bremern") ab. *Cassel*, Münzcabinet Thl. II S. 9; *Duntze* a. a. O S. 502 flg.; *Grote* a. a. O. S. 210 flg.

97 **1388**, Dez. 31. Der Rath der Stadt Bremen genehmiget den beiden Schuster-Innungen „propter bonum pacis, concordiae et unionis", unter Bestätigung der jeder bis dahin verliehenen „articuli", die Vereinigung in Ein Amt — „quod dicta quondam duo officia debeant unum officium duntaxat, videlicet allutariorum, perpetuis temporibus permanere, et officium allutariorum haberi, reputari et etiam nominari" —, dabei die Aufnahmsgebühren in dasselbe festsetzend und noch eine Reihe neuer, hauptsächlich den Gewerbsbetrieb, sowie die Bussen und Strafen für Ungebührlichkeiten („si calcei aut ocreae [69]) evidenter falsi fuerint, officiatus, qui eos fecit, de officio manebit perpetuo amotus, et ipsi calcei et ocreae falsi in foro juxta kakum [70]) publice comburentur") betreffender Satzungen, mit der Schlussbemerkung: „praesens etiam litera non praejudicabit duabus nundinis forensibus per nos institutis, quas secundum earum institutionem volumus liberas permanere", hinzufügend. *Oelrichs* a. a. O. S. 419—21; V. *Böhmert* a. a. O. S. 70, 71 mit S. 17.

98 **1391**, Jan. 19. Pabst Bonifaz IX., an welchen sich die Rathleute der Stadt Bremen Behufs der Einführung einer freieren, d. i. nicht mehr auf das Kirchspiel des zu ersetzenden Mitgliedes beschränkten Raths-Ergänzungswahl mit der Bitte um Entbindung von dem bei dem Eintritte in den Rathsstuhl geleisteten, auf Wahrung jener „antiqua et approbata ac hactenus observata consuetudo" gerichteten, daher der fraglichen Neuerung entgegenstehenden „corporale juramentum" gewandt haben, willfährt dem Gesuche, „autoritate apostolica indulgens, ut aliquo seu aliquibus ex proconsulibus vel consulibus praedictis pro tempore existentibus cedente vel decedente aut cedentibus vel decedentibus, superstites ex iisdem proconsulibus et consulibus, ad quos loco eorundem sic cedentium vel decedentium, aliorum proconsulum vel consulum ad hujusmodi regimen idoneorum electio et assumptio pertinuerit, alium seu alios idoneum seu idoneos virum seu viros ex dictis quatuor vel quibuscunque aliis parochiis, plateis, stratis seu vicis vel locis dictae civitatis praedictum numerum [trium] proconsulum et [triginta trium] consulum supplendo eligere et assumere, ipsique superstites ac sic electi et assumpti, ut praefertur, eidem civitati praeesse ipsamque regere et gubernare libere possint, prout proconsulibus et communitati praedictis melius et utilius pro hujusmodi regimine et gubernatione ipsius civitatis visum fuerit expedire, consuetudine et juramento et aliis in contrarium editis non obstantibus quibuscunque." *Assert. lib. Brem.* S. 275, 76; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 224, 25. Deutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 248—50. Vgl. *v. Post* a. a. O. §. 20 S. 29 flg.; *Cassel*, Abhdl. von den Gesetzen S. 31; *Donandt* a. a. O. S. 291 flg.

1391, Dez. 13. Der Rath zu Bremen 99
ertheilt den Goldschmieden daselbst ein Innungsstatut. (R.) *Miesegaes* a. a. O. Thl. III S. 177.

1396, März 4. König Wenczeslaus 1
bestätiget auf Bitten der „proconsules et consules ac cives Bremenses", seiner und des heiligen Reiches lieben Getreuen, denselben „quoddam privilegium a domino Wilhelmo, Romanorum rege . . . . ipsis et civitati Bremensi datum, traditum et concessum" [nr. 26], welches wörtlich eingerückt sich findet, mit dem Beifügen, dass dasselbe „in omnibus suis punctis, clausulis, sententiis et articulis" für ewige Zeit unantastbar und bei Kraft bleiben solle. *Conring* a. a. O. Cap. IX; *Lünig* a. a. O. S. 225, 26. Deutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 266 - 68.

1396, März 5. Erzbischof Otto II. von 2
Bremen erweist sofort nach Besteigung des bischöflichen Stuhles den „Borgermeisteren, Raedmannen unde der Ghemeenheit siner Stad tho Bremen unde den eren alsodanne

67) Befestigter Thurm, Warte.
68) Die Rechnung über die Bauführung hat Albert durch Urk. v. 26. Nov. 1388 bestätigt. *Cassel* a. a. O. S. 203, 4.
69) Stiefel.
70) Pranger.

gnade, dat se by al eren olden rechte, zeden, wonheit, vriheit unde privilegien scholen bliven, dar besitten unde vryliken bruken in aller wys, also se by siner vorfaeren tyden ghehat, beseten unde ghebruket hebbet", verspricht, diese Rechte und Freiheiten nicht zu mindern, sondern in allen Stücken zu „stedeghen unde vormeren", und bestimmt endlich auf den Fall etwaiger Kränkung oder Verletzung derselben, dass alsdann „twe der oldesten Raedlude to Bremen negher sin mit erem rechte to beholden der stad olde recht, zede, wonheit, vryheit unde privilegia, den . . . jemand en de ierghene mede to krenckende oft to vorbrekende." *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 486, 87. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 261.

3 **1398**, Dez. 13. [**„De Ordinantie, Kesinghe unnd Schickinge des Rades."**] Bürgermeister und Rath der Stadt Bremen vereinbaren mit der ganzen Wittheit daselbst „umme mennigherleye nutticheyt erer stad" eine neue Rathsordnung. Danach soll a) der Rath in Zukunft unveränderlich aus vierundzwanzig Personen, nämlich vier Bürgermeistern und zu gleichen Theilen denselben zugeordneten zwanzig Rathmannen bestehen. b) Bei Abgang eines Rathmannes soll sofort am ersten Tage nach dem Begräbnisse oder Austritte, wenn dieses nicht etwa „en grot hilghe dach" sein oder eine andere sehr wichtige Angelegenheit hindernd im Wege stehen würde, eine Rathsversammlung gehalten, und von jedem Bürgermeister mit seinen fünf Rathmannen Einer aus ihrer Mitte geloost[71]) werden, also dass der „gheloteden" vier sind; „den veren schal men desset statutum lezen; wanner en dat ghelezen is, so schullen zee ere vinghere dar up legghen unde zweren, dat zee desse articule holden willen unde den kore alzo enden, alzo hir na screven steyt, dat en god zo helpe unde de hilghen." c) Hierauf haben dieselben, eingeschlossen im Rathszimmer und jedem Besucher, den „oversten boden" ausgenommen, unzugänglich, „by der sunnen enen in des doden edder in des ghennen stede, de den Rad heft upgheheven, den allernuttesten unde besten, den zee weten in der gantzen stad", zu kiesen, und zwar in der Art, dass wenigstens Stimmenmehrheit, welche nöthigenfalls bei Gegenüberstellung von zwei zu zwei oder Abgabe von vier verschiedenen Wahlstimmen durch Zuziehung eines fünften Wählers aus der Wittheit gleichsam künstlich erzielt wird, entscheiden soll. d) Der Gekorene muss „in den ersten twen jaren, wanne he zyd in dem Rade, kemerer wezen des Borgermeysters unde des Rades, dar eme mede tho zittene bored"[72]). e) Die früheren Vorschriften über Alter, Geburt, Stand, Vermögen, Leistungen etc. der Rathscandidaten und beziehungsweise neu-gewählten Rathsglieder bleiben im Wesentlichen bestehen. f) Im Falle des Ablebens eines der vier Bürgermeister „schulen zyne vyff heren, dar he mede zeten heft, enen Borgermester wedder kezen by erem ede ute der gantzen witticheyt, de en allernuttest unde best vor de stad dunket wezen, to alzulken tyden, alze men enen Radman plecht to kezene, unde wes de meste deel der korheren vordrecht, des schal de mynneste deel volghen; so schal men enen Radman wedder kezen in des Borgermesters stede, alze hir vorescreven is." Endlich g) einem bei Lebzeiten freiwillig ausgeschiedenen Bürgermeister oder Rathsgenossen sollen die mit dem aufgegebenen Amte verbunden gewesenen Jahres-Emolumente, so lange er lebt, ungeschmälert verbleiben. Gedruckt b. *Cassel*, Abhdl. von den Gesetzen, Anh. I S. 74—77 und *Oelrichs* a. a. O. S. 147—51. Neudeutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 269—71. Vgl. dazu *Donandt* a. a. O. S. 292-96, 298, 300, 310, 316, 318, 327, 332, 339.

Im vorstehenden Statute wird häufig der „gantzen witticheyt" Erwähnung gethan. Regelmässig ist nun hierunter das Corpus der während eines Jahres nicht im Eide sitzenden zwei Drittheile der Rathmannen im Gegensatze zum regierenden Rathe zu verstehen. Einmal dagegen, nämlich in der von den Obliegenheiten eines neugewählten Rathmannes handelnden Stelle („Dar na schal he bynnen dem ersten jare, alze he in dem rad to zittene kumpt, der gantzen witticheyt, de to Rade gat, enen denst don") scheint der Ausdruck auf den gesammten Rathskörper mit Einschluss der fungirenden Glieder — nicht aber auch der s. g. Weisesten oder Sechzehner — gedeutet werden zu müssen.

1403, März 18. Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Bremen beurkunden eine „vruntlike" Vereinigung mit den „Hovetlingen unde den Kerspellüden menliken to Langworden" des Inhalts, dass sie Letztere „to eren Denren entfangen hebben" und sie treulich vertheidigen, daher auf 4

71) Vgl. G. *Homeyer*, Ueber das germanische Loosen (Berl. 1854. 8°.) S. 20, 21.

72) In einer and. Hdschr. lautet die Stelle: „unde schal in deme iare, alse eme dat boren mach, en half iar kemmerer wesen." Vgl. *Donandt* a. a. O. S. 321.

ihr Anrufen ihnen Mannschaft „to helpe schicken" wollten, welchen aber die Langworder „koste un teringhe" zu leisten gehalten seien; doch solle ihnen zu diesem Behufe im Bedürfnissfalle Brod und Bier aus der Stadt „umme ere penninghe" geliefert werden. Würde hingegen Bremen die Hülfe jener von Nöthen haben, so solle entsprechend dem Obigen auch die Tragung der Zehrkosten der Stadt obliegen. Endlich wird noch den Langwordern die leihweise Ueberlassung der den Bremern gehörigen „bliden, bussen un werke" [73]), sofern sie ihrer benöthigt sein sollten, gegen genugsame Sicherstellung „myt ghyzelen edder myt ghuden panden", sowie die Abgabe des erforderlichen „salpeters . . . umme ere ghelt" zugesagt. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 249, 50.

5 **1406**, Jan. 18. Die „sestein Ratgever . . . unde de Landlüde meenliken des Landes to Wursten . . . vorenen, vorsonen unde vorfrunden syk mit dem Rade unde gantzen Meenheyt der Stad to Bremen umme allen schele unde tvidracht, de twishen en ghewesen heft", indem sie lediglich die Artikel der früheren Sühn- und Schutzverträge [nr. 56, 84] mit theilweisen Erweiterungen erneuern. *Cassel* a. a. O. S. 251—258.

6 **1408**, Mai 6. Die Grafen Moriz, Dietrich und Christian VII. von Oldenburg legen ihre Zwistigkeiten mit Rath und Stadt Bremen gütlich dadurch bei, dass sie den bremischen Bürgern Befriedung ihrer Güter und Leute im Grafschaftsgebiete, sowie Befreiung von allen Zöllen; Schutzvertretung bei etwaiger Gefangennahme und Beistand gegen jegliche Beschwerung und Verunrechtung; Ausweisung aller Seeräuber; ungehinderten Besitz der im Oldenburgischen gelegenen „ervegude", welche Bremer „in eren weren" haben, „dat sy ervetael, leengud, coep edder weddeshat"; Nichterrichtung von Schlössern und Festen und Nichtbesetzung von Kirchen an der Weser, „van der Hoyen an wente in de Solten Zee"; Beschirmung bremischer Kaufleute „up des Königes strate, alze der Wessere, unde an beyden zyden der Wessere to lande unde to watere, van der Solten zee wente to der Stad to Bremen" gegen Beschädigungen; ferner die Befugniss, Schiffe auf das Land „uppe pale edder zand" zu setzen; Beistand in der Fehde mit den Friesen und Oeffnung der Stadt Oldenburg, der „borghe, veste unde land"; freien Fischfang auf der Hunte, und schliesslich für den Fall neuerlicher Zwitracht oder einer Verletzung vorstehender Stücke eine binnen den nächsten vierzehn Tagen zu bewerkstelligende Zusammenkunft „to der Ochmunde", welche nur mit einer Aufhebung des Zwistes „in fruntshuppe edder in rechte" endigen darf, unter eidlicher Bestärkung („mit upgerichteden vingeren stavedes edes to den hilghen") zusichern. *Mencken*, Scriptt. rer. Germ. Tom. I p. 597 sq.; *Cassel* a. a. O. S. 76 — 81. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 301 flg.

In die J. 1405—1410 fällt die Erbauung des neuen bremer Rathhauses. Vgl. A. G. *Deneken*, Geschichte des Rathhauses in Bremen, das. 1831 8°., S. 6—8; *Miesegaes* a. a. O. Thl. III S. 179—82; *Duntze* a. a. O. S. 286 flg.

1416, März 5. Rath und ganze Witt- 7
heit der Stadt Bremen vereinbaren ein neues Vormundschaftsgesetz, hauptsächlich bestimmend, dass künftig über jedes einer Bevormundung bedürfende Bürgerkind zwei Vormünder aufgestellt werden sollen — „en de negheste van des vaders weghene unde en de negheste van der moder weghene", welchen „ghebornen (bornen) vormunden" der Vater noch einen dritten („ghekornen, kornen") beizufügen berechtigt sei, und dass dieselben „jewelkes jares der kindere vrunden, twen van vader weghene unde twen van moder weghene den negesten, enes rekenschup dou schullen van der kindere ghude, dewyle se dar vormunde bedorven eft de vrund dat van en esschen." Währen soll übrigens die Vormundschaft bei „den juncvrouwen, wente se to vyffteyn Jaren komen, unde den knechten to achteyn jaren" [74]) Oelrichs a. a. O. S. 84, 85. Vgl. *Kraut*, Vormundschaft Bd. I S. 224; II S. 37 (Note 12), 51 (Note 7).

1420, Jul. 25. Der römische König Si- 8
gismund befiehlt den Bürgermeistern und Rathmannen der Stadt Bremen, das Land zu Butenyaden zwischen der Jade und der Weser, nachdem es „manige zyte und jare in kryge, unfryde und in unraste in im selber gelegen" hatte, „mit sinen inwonern, gerichten vnd andern zugehorungen zu regieren und zu bewaren", bis er oder seine Nachfolger im Reiche es widerrufen würden; doch soll hiedurch keinem im Lande Gesessenen irgendwie Gewalt geschehen, vielmehr „allermänniglich, er sy ryke oder arme, vff sin erve und gut kommen, und vor den andern sicher und frydlich sitzen und wonen"; auch sollen die nicht „in minne

73) Stein- und Feuer-Schleudergerüste, Büchsen, Belagerungs-Werkzeuge.

74) Wiederholt in den Stat. v. 1433 Nr. XVII b. *Oelrichs* a. a. O. S. 457 flg.

oder frundtschafft" zu erledigenden Klagsachen „nach desselben Landes Butenyaden Rechte gescheyden werden." *Assert. lib. Brem.* S. 460, 61; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 226; *Duntze* a. a. O. S. 311, 12.

9 **1421**, Jul. 3. Die „swornen Rathgever undt Bur menliken des Dorpes tho Lehe" begeben sich für die nächsten zehn Jahre in den Schutz und Schirm des Rathes der Stadt Bremen, und versprechen, dafür alljährlich am Johannistage 20 bremer Mark „sonder vortoch" entrichten zu wollen. *Cassel* a. a. O. S. 258, 59.

10 **1423**, Sept. 1. Erzbischof Nicolaus erklärt „de van Bremen tollen vrig to Delmenhorst, utgesproken den verdendeel des tollens, den syne moder ere liftucht schal hebben." *Cassel* a. a. O. S. 490, 91.

11 **1424**. Der Rath zu Bremen erhebt einen Schoss („scot")[75]) von den Bürgern. (R.) *Miesegaes* a. a. O. S. 190; *Duntze* a. a. O. S. 331, 340.

12 **1425**, Nov. 18. Erzbischof Nicolaus schafft „na rade, vulborde un bede" des Capitels und Rathes der Stadt Bremen, „umme rechtverticheit, sekerheit, vurderinge unde untholdinge des gemeenen copmans un al der jenner, se syn vrowen edder man, se syn to vote, to perde, to wagene, to karen, ofte wo ze sin, de de strate tom Langwedele sokende werden . . . . allerleye angst, vare, walt, afsettinge, ummestortinge[76]), grundroringe, wo men dat nomen wil", gänzlich ab, und verspricht für sich und seine Nachkommen, keinerlei „biddelgelt, dinggelt, wandgelt" oder sonstige „gave" vorsätzlich zu erheben oder erheben zu lassen, indem im Falle des Zuwiderhandelns der Rath von Bremen befugt sein solle, das unrechtmässig Abgeforderte „den amptlüden tom Langwedele drivolt aftomanen." *Cassel* a. a. O. S. 154—56. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 326—28.

13 **1427**, Aug. 6. König Erich von Schweden thut den Bürgermeistern und Rathmannen zu Bremen brieflich zu wissen, dass, obgleich ihre Stadt aus der Reihe der „Henzestede" ausgestossen worden, dennoch jeder Bürger, welcher von ihnen in das schwedische Land und Reich kommen würde, daselbst „velichet wesen scal", wie auch des Königs Unterthanen derselben Sicherheit in Bremen geniessen sollen. *Cassel* a. a. O. S. 24—26. Neudeutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 351, 52.

1428, Jan. 24. Die „gantze Meenheit der Stad to Bremen" schafft „mit vul- 14
bord des Rades umme mannichvaldigher groten noot willen" ein neues Statut über die Zusammensetzung und Wahl des Rathes, an der Spitze eine Erneuerung des ältesten Verfassungsprincipes, „dat dar scullen wesen twe Borghermestere unde twelf Radmanne" aussprechend.

Das Gesetz begreift zwölf Artikel mit den Ueberschriften: „I. van der köre; II. wo de Rad twye des jares half utgheit; III. wo de negen loteden den Rad kesen schullen; IV. wo de ghekorene Rad tho schweret; V. wo de Rad to middensomer half uth geit; VI. en Radman scal wesen borgher, echt unde fri gheboren; VII. wen de korene Radman nicht mach to sweren; VIII. efte en Borghermester storve, de wile he in deme ede sethe; IX. wo en ghekoren Radman der stad ene halve mark geldes maket; X. wo sick de Sesteyne vorwandelt; XI. de Kemeryge scal bi deme Rade wesen; XII. en Radman scal holden en perd van festein marcken."

Die wichtigsten Bestimmungen des Statuts sind übrigens: a) es sollen von nun an blos zwei Bürgermeister und zwölf Rathmannen sein, von welchen die eine Hälfte „uppe der oversten banck", die andere „uppe der nedersten banck in dem radstole" ihre Sitze hat; b) nach Ablauf eines halben Jahres, nämlich am Freitage nach dem Dreikönigefeste und am Freitage nach Johannis, soll immer die zweite Hälfte gänzlich austreten und deren Stelle die erste Hälfte einnehmen, in die dadurch entstandene Lücke aber sofort c) eine Neuwahl von sechs Rathmannen nebst einem Bürgermeister, und zwar in der Art stattfinden, dass die aus den Eiden gegangene Hälfte „sick lotet uppe dre man, unde ute den sesteynen unde ute den achte oldermans ses man loten scal, der dre ute den copman unde dre ute den ammeten wesen scullet", worauf dann die neun vom Loose Bestimmten, auf das ihnen vorgelesene „Statutum" vereidiget, „bi der sunnen" einen Bürgermeister und sechs Rathleute zu kiesen haben; doch soll man d) „binnen der dridden linee nene maghe in den Rad kesen, to samende to sittende", und hiebei „de machtale anrekenen, dat brödere dat erste lith si." Auch kann e) ein ausgeschiedener Rathmann innerhalb desselben Jahres nicht

75) Ueber die Geschichte dieser bereits 1315 als herkömmliches Reichniss („contributio, que schot dicitur") in Bremen urkundlich erwähnten Abgabe s. A. G. *Deneken*, Ueber die unter dem Namen des Schosses und der monatlichen Collecten in der Reichsstadt Bremen übliche Vermögenssteuer, Brem. 1798. 8°. Vgl. auch *Lappenberg's* Geschichtsquellen S. 105 Note 84.

76) Diese Ausdrücke beziehen sich vermuthlich blos auf die möglicherweise gewaltsame Anhaltung und Durchsuchung der Waarentransporte.

wieder gewählt werden. f) Die Wahl der Bürgermeister, im Falle dass einer der im Eide sitzenden hinwegsterben sollte, sowie jene von Rathleuten bei durch den Tod entstandenen Lücken geht am nächsten Werktage nach der Beerdigung in der oben beschriebenen Weise vor sich. g) Am gleichen Tage nach der Constituirung des neuen Rathes soll sich auch das Sechzehner-Colleg „voranderen . . . in desser wise, also dat van den sesteynen achte scullen afgan, ute yewelken verdendele twe", für welche Ausgeschiedenen durch Bürgermeister und Rath mit den acht gebliebenen Sechzehnern und den acht Altermännern die erforderliche Ergänzungswahl, nämlich von „twe guden man ute yewelken verdendele" vorzunehmen ist. h) Der Kämmerer soll aus der Zahl der Rathmannen von der oberen Bank durch das Loos hervorgehen. i) Die Vorbedingungen der Rathswahlfähigkeit erscheinen gegenüber den früheren Satzungen vereinfacht, indem namentlich das Aufgeben des zünftigen Gewerbes nicht mehr verlangt ist; auch die mit der Wahl verknüpft gewesenen Auslagen sind bis auf das Pferdehalten abgeschafft. Verpflichtung endlich, die Wahl anzunehmen, besteht nicht; doch muss die Ablehnung sogleich erklärt werden, und haben dann „de sulven neghene, de ghekoren hebbet, bi deme sulven ede bi der sunnen so manigen wedder to kesen, also der is, de nicht to sweren moghet."

Abdrücke bei *v. Post* a. a. O Beil. C. S. 67—72 und *Duntze* a. a. O. S. 355 - 58 [77]). Vgl. dazu *v. Post* a. a. O. §. 25 S. 38—40; *Donandt* a. a. O. S. 297; 335, 36; *Watemeyer* a. a. O. S. 477, 78, V. *Böhmert* a. a. O. S. 8, 9.

15 **1428**, März 11. Der (in Folge vorstehenden Statuts gebildete neue) Rath sammt der ganzen Meinheit der Stadt Bremen geht mit den „olden Radheren, de in vortiden in dem Rade gheseten hedden, . . . umme allerleyge schele unde tosaghe, de malk uppe den anderen to seggende hedde, van der Stad weghene", unter eidlicher Erhärtung einen Sühnvertrag — „sone, vorenynge und vruntscup" — ein, wonach alle gegenseitigen Verunglimpfungen „quit, doot und vergeven wesen" sollen, und „we desse voreninge breken wolde", mit Leibesstrafe bedroht, sowie zugleich vereinbart wird, dass, wer die Stadt auswärts „beswaren" würde, so dass sie z. B. ihrer Hansa-Rechte verlustig ginge oder wohl auch „gestliker edder werltliker achte" unterläge, vom Rathe „in syn hogheste" gerichtet, etwaiger „Anverdigunge" der Stadt „van des olden Rades wegene" durch Herren, Städte oder sonstige Personen aber nach aller Macht von Rath und Meinheit entgegengetreten werden solle. *v. Post* a. a. O. Beil. D. S. 73, 74 (mit §. 26 S. 41, 42); *Duntze* a. a. O. S. 359, 60 [78]).

1428. [**Zweites bremisches Stadtrecht.**] Der 16
Rath der Stadt Bremen beschliesst (selbstverständlich mit der ganzen Meinheit) und bewirkt eine dem Geiste der neuen Verfassung entsprechende Revision des Stadtbuchs von 1303 [nr. 55]. Diese neue Statutensammlung zerfällt in fünf Bücher, deren Inhalt am Schlusse des vorausgeschickten Registers in Kürze folgendermassen angedeutet wird: „dat erste Booc [in LVII Capp.] van statuten, van denste, van scaden; dat andre booc [in LVII Capp.] van sibbe, van wiebelde, van ervecope; dat dridde booc [in XLI Capp.] van sculde, van claghe, van tughe; dat verde booc [in XLI Capp.] van gerichte, van ungherichte, van vredebrake; dat vifte booc van mengenden stucken, de de heren allen telen tho settet." Es umfassen aber die vier ersten Bücher blos diejenigen, in dem früheren Stadtrechte enthalten gewesenen, überhaupt noch als anwendbar befundenen Statute, welche den Jahren 1303 — 1305 angehören und vom Rathe in Gemeinschaft mit der Bürgerschaft errichtet sind, wogegen die erst in den Jahren 1308—1426 allmälig dem alten Stadtbuche einverleibten Satzungen, als unter aristokratischem Einflusse, d. h. einseitig vom Rathe und der Wittheit ohne Zuziehung der Gemeinheit, verfasst, hinweggelassen wurden. Als fünftes Buch endlich finden wir mit dem Rubrum „van der schikkinge" (Capp. I — XIV) die Rathsordnung v. 24. Jan. [nr. 14], und mit der Ueberschrift „van der sone" (Capp. XV — XXI) den Sühnvertrag v. 11. März desselben Jahres [nr. 15] angefügt.

Der Codex dieses zweiten Stadtbuchs wurde im J. 1618 durch den Rathsherrn Matthäus Chyträus auf der Kämmerei-Kammer zu Bremen wieder aufgefunden, und steht (nebst einigen Zusätzen aus einer zweiten, minder correcten Hdschr.) abgedruckt b. *Oelrichs* a. a. O. „Statuta Bremensia antiqua de anno MCCCCXXVIII ex autographo descripta" S. 303 — 406. Vgl. dazu *dessen* Vorbericht S. XXV — XXIX und *Duntze* a. a. O. S. 360—62.

77) Auch b. *Oelrichs* a. a. O. S. 397 flg. (Vgl. unten nr. 16.)

78) Auch b. *Oelrichs* a. a. O. S. 404 flg. (Vgl. nr. 16.)

Bei dem rein-demokratischen Verfassungswerke des Jahres 1428 sehen wir zum ersten Male das Collegium der Aelterleute (seniores) eine in das politische Leben der Stadt tiefer eingreifende Rolle spielen. Denn ursprünglich hatte dasselbe — wahrscheinlich nach dem Vorbilde des Kaufmannsrathes zu Bergen organisirt — lediglich die Vertretung des Handelsstandes in seinen gesammten Interessen zur Aufgabe, und ward daher ausschliesslich in Mercantilangelegenheiten, wohin übrigens auch die Schifffahrt und was damit zusammenhing, z. B. die Legung von Tonnen und Baken, sowie die Einhebung von Commercial-Abgaben (Schoss, Accise etc.), gerechnet zu werden pflegte, vom Rathe zugezogen und mit seiner Meinung gehört. Die älteste Geschichte des Collegiums, dessen Gliederzahl zeitweise wechselte und welches sich durch eigene Wahl ergänzte, ist in einiges Dunkel gehüllt. Doch fallen unzweifelhaft dessen erste Anfänge ziemlich weit zurück, wenn auch der auszeichnende Namen und der wirkliche Repräsentativ-Charakter erst im Laufe des XIV. Jhdts. zur Entstehung kamen. Vgl. F. A. *Meyer* „Blicke in die Geschichte der Elterleute" im Bremischen Magazine Jahrg. I (1831) Heft 5 S. 204 flg.; *Duntze* a. a. O. S. 280 flg.

17 **1433**, Apr. 9. [**„De Tafel edder Eendracht."**] Gekorene „Schedeslüte", darunter die Grafen Johann und Otto von Hoya, ferner Cleriker (insbesondere die Pröbste zu St. Ansgar und St. Stephan, Johannes Rode und Didericus Bolleer) und Rathmannen aus Bremen, sowie auch Rathsglieder, Doctores und Canonici aus Lübeck, Hamburg, Wismar, Lüneburg und Stade, bringen zwischen dem alten Rathe und seinen Freunden einerseits und dem neuen Rathe sammt der ganzen Meinheit, den Bürgern und Inwohnern zu Bremen auf der anderen Seite in Ansehung aller bis dahin gewesenen Zwistigkeiten eine Aussöhnung zu Stande, dabei „desse nascrevene stucke eendrachtlyken vorschedend": 1) eine Aufhebung früherer „Eendracht unde Ede" ist „umme bestendicheit der statt unde umme des menen besten willen na utwysinge gestlikes unde werlykes rechtes" zulässig und vom Rathe gegenüber dem Pabste, Kaiser und sonst Jedermann zu verantworten. 2) Alle zwischen beiden Parteien vorgefallenen „schelinge, unwille, claghe, ansprake, twydracht, angest, vare, unlove" sollen „gensliken afgedan, versonet, gescheden unde hengelegt wesen, unde nemand . . schal den anderen . . darumme haten, feyden, hinderen, beschedigen", bei Vermeidung höchster Strafe, sofern er „des mit seven vullenkomenen luden in erem rechte vortuget wurde", sowie der Güterconfiscation und Friedloslegung im ganzen Erzstifte und allen Hansestädten, wenn er „vorfluchtig" sein sollte. 3) Alle aus der Stadt Gewichenen „moghen wedder inkamen . . . in eren stat unde ere velichheit, iewelik na siner acht unde werde, unde bruken erer erve unde guder." 4) „Entweldiget gud . . . unde was an eren husen unde buwete vorerghert is, schal men en wedder vorbeteren van der stad menen guderen", und desgleichen „wes ok van eren beweghliken guden an der stad behuf gekomen is", aus dem Gemeindevermögen „wedder richten". Für solche Privat-Entschädigungen soll die Frist bis Johannis laufen. 5) Vom neuen Rathe unter der Stadt Siegeln vollzogene Amtsacte bleiben „by vuller macht", es wären denn Verpfändungen von Gütern des alten Rathes oder derjenigen, die um seiner willen Bremen verlassen hatten; diese Pfandverbände sind in der vorher bezeichneten Frist aus Stadtmitteln zu lösen und die Objecte derselben freizumachen. 6) „De olde Rad scholen van stund an in des rades stol sitten gan, unde dar sitten vor einen vulmechtigen Rad, unde scholen treden in de stad schulde, unde de na legeliken yden, so se erst kunnen, van der stad menen gudern betalen, unde dar schal de Rad, de de nyge Rad aldus langhe geheten was, en unde de menheit rekenschup van don, twischen hir unde sunte Johannes dage vorscreven." 7) „De Rad, de nu bestediget werd, schal mit todaet der menheit der stad beide boke, old unde nyge, overseen unde in en bok bringen, alse dat nuttest unde best vor de menheit unde vor de stad van Bremen is." 8) „De menheit, kopman unde ampte scholen by eren olden lofliken seden, wonheit, vryheit unde rechte jo blyven unde dar nergen ane geenget werden." 9) Beschwerden über die Gerichte wegen der Eintracht sollen vom Rathe mit der Meinheit vertreten und das zu Leistende aus dem Stadtgute gedeckt, ferner 10) Schäden, Kosten und Zehrungsauslagen, welche beide Theile getroffen, gemeinschaftlich getragen werden. 11) Zur Zeit Abwesende haben binnen acht Tagen nach der Heimkehr vor dem Rathe die „vorscreven stucke unde artikele" zu beschwören, und sollen 12) dieselben „to ewigen tyden unverbroken geholden werden." Der Uebertreter verfällt der schwersten Ahndung, beziehungsweise, wenn er entkommen würde, so „schal de Rad sik holden an syn gud, id sy beweglik edder unbeweglik; ok en schal he in deme stichte van Bremen unde in ne-

ner Hanse 'stad velig wesen edder geleide hebben, unde wor man eme vinde unde anqueme, so schal me en vor enen meeneder richten" [79]).

Gedruckt im Auszuge in der *Assert. lib. Brem.* S. 660 — 62, vollständig b. *Lünig* a. a. O. S. 227—29, *v. Post* a. a. O. Docum. 1 S. 104—11 und *Duntze* a. a. O. S. 399—404. Neudeutsch b. *Roller*, Grundges. S. 1 flg.

Die der „Tafel" vorausgegangenen trüben Ereignisse, namentlich den Auszug des Alt-Rathes (1429), den Vasmer'schen Verrathsprocess (1430) und den Sigismund'schen Achtspruch (1431), worin die Motive zu dem vorstehenden Sühn- und Schiedbriefe zu suchen sind, erzählen der anonyme *Continuator cronic. bremens.* in *Lappenberg's* Geschichtsquellen S. 159—68; *v. Post* a. a. O. §§. 27—31 S. 42—49; *Donandt* a. a. O. S. 192—98; *Miesegaes* a. a. O. Thl. III S. 43—56; *Duntze* a. a. O. Bd. II S. 373—88.

Eine Folge des Verfassungsstreites von 1429—1433 war aber, dass von da an der städtische Rath wieder aus vier Bürgermeistern und vierundzwanzig Rathmannen für alle Zukunft bestehen sollte. Die erstmalige Zusammensetzung in dem letzterwähnten Jahre erfolgte dann in der Art, dass zu den wiedereintretenden 16 Gliedern des alten Rathes (die übrigen waren theils gestorben theils freiwillig zurückgetreten) 9 Mitglieder des neuen Rathes genommen und zur Ergänzung 3 weitere Glieder durch Neuwahl bestimmt wurden. Vgl. *v. Post* a. a. O. §. 32 S. 49—51; V. *Böhmert* a. a. O. S. 10.

18 **1433**, Aug. 25. [**Drittes bremisches Stadtrecht.**] „Do na godes bord weren vorgan Dusent verhundert iare unde in deme dreundedrittigesten iare des negesten daghes na sunte Bartholomei des hilghen Apostels do worden de Radmanne myt der witheyt unde vulborde der gantsen menheyt [80]) tho Bremen des to rade, dat se wolden ere Recht bescriven in alder wise, also hir na bescreven steyt, also alse dat ewychliken scolde bliven to holdende alghelike den armen alse den riken", fügten jedoch wohlweislich die clausula salvatoria: „desse wilkore unde settinge de scolen unses heren rechte nicht mynneren" hinzu.

Dieses letzte „Stades Bok van Bremen" zerfällt in zwei Abtheilungen, nämlich A) „dat erste stucke der Statuten [81]) in CVI Abschnitten („statuta") und einem Anhange [82]): „Desset sind de vif stucke, dar de Rad uene gnade ane don en scholen unde scholet de richten, wonner se de vreschen"; B) „dat ander bok van den menen Ordelen [83]) in CII Abschnitten („Ordele"), und hat ein vollständiges Register [84]) an der Spitze. Das Werk stellt sich, obwohl der in der Tafel v. 1433 §. 7 enthaltene Schiedspruch auf eine Revision und Vereinigung des alten und neuen Stadtbuches gelautet hatte, doch nur als eine den jüngsten Zeitverhältnissen angemessene Ueberarbeitung des ältesten oder ersten Stadtrechtes v. 1303 dar, welchem man aber die in der Zwischenredaction v. 1428 aus besonderem Grunde hinweggelassenen Novellen der J. 1304 — 1426 wieder einverleibte. Als bedeutsame Abänderungen jenes ersten Stadtbuchs erscheinen nur a) die völlige Ausscheidung von 60 Artikeln; b) die Hinzufügung von einigen neuen Bestandtheilen, und zwar α. der Tafel oder Eintracht v. 1433, welche das Stat. I „dit is de schedinghe der heren unde stede" [85]) bildet; β. des Publications-Patents zum neuen Stadtbuche im Stat. II [86]); γ) der neuen Rathsordnung im Stat. III [87]) mit dem bereits oben angedeuteten Principe „de schickinge des Rades schal na desseme daghe wesen uppe achtundetwintich personen, der scolen wesen ver Borgermestere unde verundetwintich Radmanne" als Eingang; δ. der Ordele 4, 5 des Anhanges zum ersten Buche, endlich ε. der Stat. XXXI, XXXII, LXXXIX, XCII, XCIII, XCIX und Ordele I—III, LIII. Vgl. *Cassel*, Abhdl. von den Gesetzen §. 14 S. 30—33; *Oelrichs* a. a. O. Vorbericht S. XXIX XXXIII mit Index III S. 859—64; *Duntze* a. a. O. S. 405—7.

---

79) Die Tafel („alte Eintracht") blieb neben der „niewen Eendracht" v. 1534 (b. *Lünig* a. a. O. S. 229—33, *v. Post* a. a. O. S. 111—21; *Duntze* a. a. O. III. 146—53; neudeutsch b. *Roller*, Grundges. S. 202—28) fortwährend eine der Hauptgrundlagen der bremischen Verfassung. Vgl. A. G. *Deneken*, Die Bremischen Bürgermeister Daniel von Büren der ältere und Daniel von Büren der jüngere, Bremen 1836. 8°., S. 16 flg.; F. *Donandt*, Zur Gesch. der Demokratie in der bremischen Verfassung mit Berücksichtigung der neuesten Ereignisse, Bremen 1848. 8°., S. 32; F. *Wurm*, Verfassungsskizzen der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg. Brem. u. Hamb. 1841. 8°., S. 41.

80) Die Meinheit scheint also nicht, wie dies früher der Fall gewesen und ihr nach der Tafel §. 7 auch diesmal zugestanden hätte, unmittelbar an der neuen Gesetz-Redaction sich betheiligt zu haben.

81) *Oelrichs* S. 438—97.

82) *Oelrichs* S. 498—501.

83) *Oelrichs* S. 502—50.

84) *Oelrichs* S. 428—37.

85) *Oelrichs* S. 438—45.

86) *Oelrichs* S. 445, 46.

87) *Oelrichs* S. 446—49.

Abgedruckt findet sich das Stadtrecht v. 1433 in *Pufendorfii* Observatt. Tom. II Append. Nr. III p. 21—103, und correcter b. *Oelrichs* a. a. O. „Statuta Bremensia nova de anno MCCCCXXXIII ex autographo descripta" S. 425—550. Eine neuhochdeutsche Uebertragung gibt *Roller*, Grundges. S. 3—103.

Im Beginne des XVII. Jhdts. brachte der kurpfälzische Rath und ehemalige Professor zu Heidelberg, Dr. jur. *Henrich Krefting*, seit 1605 Bürgermeister der Stadt Bremen, leider! aber schon im J. 1611 verstorben, ein hochgelehrter, durch seinen „discursus de republica Bremensi" in XXII Capp. auch um die politische und Rechtsgeschichte Bremen's vielfach verdienter Mann, die Statute v. 1433 in eine systematische Ordnung, zuerst in vier Capiteln („de processibus, contractibus, successionibus, delictis et criminibus"), dann in sechs Titeln zu 245 Artikeln („de jure publico; de processibus; de contractibus vel quasi, servitutibus et aedificiis; de testamentis et donationibus; de successione ab intestato; de criminibus et delictis vel quasi et poenis"), und fügte dem Texte eine erklärende, übrigens meist aus dem römischen Rechte geschöpfte Glosse bei. Die Absicht Krefting's hiebei war, für diese s. g. Statuta reformata, in welchen die mit den neueren Zeitansichten unverträglichen und sonst veralteten Satzungen weggelassen worden, die Sanction des Rathes und der Meinheit zu erwirken. Allein obgleich man die öffentliche Vorlesung des Projectes durch den Secretär Kaspar Glandorp auf dem Rathhause vor versammelter Bürgerschaft (am 3. Dez. 1606) gestattete, so blieb doch die förmliche Erhebung des Werkes zum Gesetzbuche nur ein frommer Wunsch. Demungeachtet verdient es aber „als ein Beleg der damaligen Rechtsansicht", namentlich in seinen privatrechtlichen Abschnitten, alle Beachtung. Gedruckt findet man diese Krefting'sche Redaction des bremischen Stadtrechts (und zwar mit der Eintheilung in vier Capitel) bei J. Chr. *v. Oetken*, Corpus Constitutt. Oldenburgicarum P. VI (1722) Nr. CXVII S. 228—361 [88]). Es ist jedoch diese Ausgabe, da sie unvollständig und fehlerhaft, überdies auch die Glosse ohne Unterscheidungsmerkmale mit dem Texte vermengt erscheint, fast gänzlich unbrauchbar. Vgl. *Cassel's* Bremens. Bd. II Thl. II (1767) Nr. V „Histor. Nachrichten von dem Leben und Schriften Herrn Henrich Krefting" S. 423—60, bes. §. 11 S. 455—58; *Oelrichs* a. a. O. Vorbericht S. XXXVI; *Berck*, Güterrecht §. 3 S. 6, 7 mit §. 1 S. 2; *Duntze* a. a. O. Bd. III S. 482—87.

1435, März. 11. Herzog Christian 19
von Schleswig und Holstein, Graf von Oldenburg, Erbe zu Norwegen [89]), gewährt dem Rathe und der ganzen Gemeinheit der Stadt Bremen auf deren Versicherung hin, den Städten Lübeck, Wismar, Rostock und Sunde sammt allen ihren Anhängern und Verwandten in dem ausgebrochenen Kriege mit Dänemark „yn keynerleye wege forderung, hilff noch zufor gar nicht thun, sundern allein irer narung und kaufmanschafft gepruchen to wollen", durch die dänisch-norwegischen Gebiete „auf wasser und lande myt iren schieffen, haben, gütern und volck, so sie darauf haben würden", freien, „velichen" und ungehinderten Durchzug und Handelsbetrieb, soferne nämlich „ein jeder schiepper und seefahrer auf seinem schieff eine genugsame Certification haben" sollte, dass er keine für die genannten Städte bestimmte Ladung bei sich führe, und gestattet ferner, dass die bremischen Schiffer statt förmlicher See- und Passbriefe blos einfache, von ihrem Rathe ausgefertigte Vorweisbriefe zur Legitimation gebrauchen dürfen. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 27—31.

1435, März 25. Die „schwaren unde 20
gemene Kerspellude to Lee" erlangen vertragsweise gegen jährliche Entrichtung von 20 bremer Mark, wovon aber die Hälfte dem Amtmanne des Schlosses zu Bederkesa zufallen soll, auf sieben Jahre von den Bürgermeistern und Rathmannen der Stadt Bremen „vruntlicke Beshirmynghe undt Vorbiddinge" zugesichert. *Cassel* a. a. O. S. 263, 64.

1436. Der Rath der Stadt Bremen ord- 21
net zur Deckung der grossen Kosten, welche aus der (am 3. März genannten Jahres wieder aufgehobenen) Reichsacht und anderen damit zusammenhängenden Umständen erwachsen sind, eine Accise an, welche erst 1450 wieder aufgehoben wurde. (R.) *Duntze* a. a. O. Bd. II S. 640, 45.

1445, Nov. 1. Bürgermeister und 22
Rathmannen der Stadt Bremen gehen mit jenen der Städte Stade und Buxtehude wider Erzbischof Gerhard III. (Gerd) von Bremen, durch welchen sie „an eren Privilegien, Vryheiden, Rechtigheyden, Zeden unde Wonheiden vorkortet, gheenghet unde benowet" worden, ein Bündniss ein, sich darin gegenseitig versprechend, dass sie, sollte jenes Missverhältniss fortbestehen, sämmtlich des genannten Bischofs „Vygende werden unde eme myt aller erer macht vygentliken

88) Auszüge b. Chr. L. *Runde*, Deutsches eheliches Güterrecht (1841) Anh. Nr. II S. 454—65.

89) Nachher König von Dänemark und Norwegen.

don . . . unde truweliken by eenander blyven“, und im Falle, dass sie „myt eren Heren to veyden unde vorvanghe quemen“, die ihm abgenommenen Schlösser und die sonstigen „wynste“ in der Art theilen wollten, dass die eine Hälfte auf Bremen und die andere auf die beiden übrigen Verbündeten kommen solle. *Cassel*, Urkk. von einigen Vertr. Nr. IX S. 14—16. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 451.

23 **1446**, Jul. 8. Herzog Philipp von Burgund, Lothringen, Brabant, Limpurg u. s. w. erklärt, dass er sich mit der Stadt Bremen [nach dem mit ihr geführten Seekriege v. 1445] völlig ausgesöhnt habe, und diese „zoene“ auch die Stadt Stade und den Grafen von Oldenburg „vervangen ende begrypen“ soll. Hierauf werden die näheren Bedingungen dieser Aussöhnung, z. B. Regelung der beiderseitigen Entschädigungsansprüche durch die Städte Zwolle und Harderwyk als „Zegslüde“ und Zütphen als „Overman“, Freigebung des Handels in beider Parteien Ländern, Loslassung aller Gefangenen, Einstellung fernerer Feindseligkeiten etc. ausführlich namhaft gemacht. J. Ph. *Cassel*, Merkwürd. Versönbrief Philipp Herzogs von Burgund mit der Stadt Bremen vom J. 1446. [Einladungsschr.], Bremen 1768. 4°., S. 9—15 (Veranlassung §§. 1—3 S. 3—7, Inhaltsdarstellung der Urk. §. 4 S. 7, 8). Vgl. auch *Duntze* a. a. O. S. 439.

24 **1448**, Jun. 23. Die „hovetlinghe“ von Jever [90]) und Krypense in Ostfriesland verpflichten sich dem „ersamen Rade tho Bremen, eren leven Heren und Frunden“, aus Dankbarkeit wegen der von ihm in einer Fehde empfangenen Hülfeleistung, zur getreulichen Beschirmung aller nach Bremen zu Wasser oder Land „myt erer Kopenscup un Handteryngen“ ziehenden Kaufleute, indem sie auf den Fall, dass sie „hirune brockaftich wurden . . . sodanne Gebrek un allen Schaden, dar van gekomen, in Rechte oft Vruntscuppen wedder richten, gelden unde betalen wyllen nae seggene des genanten Rades to Bremen“, erklären aber zugleich, dass alle früher dem Letzteren gegebenen „Breve“, d. h. verbrieften Zusicherungen ähnlichen Inhalts, „by vuller Macht blyven sholen.“ *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 264—67.

1450. Der Rath der Stadt Bremen „vorramet unde vordraghet“ die erste „**kundige Rolle**“, eine Zusammenstellung von CXLVII meist kürzeren Satzungen („stucken“), deren Inhalt sich über alle Zweige der städtischen Polizei, am ausführlichsten über Gewerbe und Markthandel, daneben aber auch über einzelne Punkte des Bürgerrechts (z. B. VI, VII), des Criminalrechts (I „Sammelinge, den Rad to vordruckenne“; IV „bedichten ofte besinghen van heren, Juncfruwen unde Vruwen unde anderen guden luden“; XXVI Gartendiebstahl; LIII Fälschung; CXIX „Wundinge und Dotschlage“), des Privatrechts (IX Weichbilds-Renten; X Veräusserung von Liegenschaften: „hus, molen, rente ofte erve“; XII Unfähigkeit „gestliker Lude ofte beleender personen to Testamentariese edder to Vormunden“; XXXIX Abtheilungspflicht der zu neuer Ehe schreitenden Wittwe gegenüber ihren Kindern), sowie endlich des Gerichtswesens (III) verbreitet. 25

Diese Verordnungssammlung wurde nun „oldem Gebruke und gewohnheit nah“ alljährlich am Sonntage Laetare nach geendigter Predigt den durch ein eignes Proclam hiezu eingeladenen Bürgern und sonstigen Stadtbewohnern, früher von der s. g. Laube über dem Eingange zum Weinkeller, später von der Gallerie des zu diesem Behufe mit einer grossen, den Salomon'schen Rechtsspruch darstellenden Tapete geschmückten Rathshauses aus, durch den ältesten Stadtsecretär vorgelesen — „abgekündigt.“ Hieraus erklärt sich aber der eine Bestandtheil ihres Namens, während der Ausdruck „Rolle“ von der Beschaffenheit der das Gesetz umfassenden Pergamenturkunde [91]) herrührt, welche — wie wir das auch bei den Juden und Römern antreffen — zusammengerollt in einem Schreine verwahrt wurde. *Duntze* a. a. O. S. 465—70.

Einen Abdruck der auch als „apenbare Bursprake“ bezeichneten kundigen Rolle nach der im Raths-Denckelbook [92]) enthal-

90) Jever [erst im J. 1536 zur Stadt erhoben] ist der uralte Hauptort Oestringen's, oder vielmehr — wie dies in der Zeit obigen Vertrags unter dem kräftigen Häuptlinge Tanno Düren (Duirssen) der Fall war — der drei Länder Oestringen, Rüstringen und Wangerland. Vgl. Chr. Fr. *Strackerjan*, Beiträge zur Geschichte der Stadt Jever (Bremen 1836. 8°.) S. 6—25. In den hier (Anh. Nr. I, II S. 178 flg.) abgedruckten Urkk. v. 1449 und 1461 treten die in unserem Documente genannten Personen grösstentheils auch handelnd auf.

91) *Duntze* erwähnt eines im bremer Archive befindlichen sauber geschriebenen Exemplares, das $11^1/_2$ Ellen lang und $^1/_2$ Elle breit ist.

92) Ueber dieses auf den Vorschlag des Bürgermeisters Johann von Walle hin 1395 begonnene Buch, in welches alle wichtigen, leicht in Vergessenheit kommenden Stadt-Ereignisse, insbesondere auch die Veränderungen im Rathscollegium, die Baurechnungen, die Forderungen und

tenen Abschrift gibt *Oelrichs* a. a. O. S. 717—745. Vgl. dazu *dessen* Vorbericht S. XLII—XLIV.

26 **1453**, Febr. 3. König Jacob von Schottland sichert den in sein Reich kommenden bremischen Handelsleuten bezüglich ihrer Schiffe und Waaren seinen Schutz und Schirm zu. J. Ph. *Cassel*, Merkwürd. Urkk. eines Vertrags zwischen Jacob II., König von Schottland, und der Stadt Bremen von den J. 1445, 1446 und 1453 (Einladungsschr.), Bremen 1769. 4°., S. 15.

27 **1455**, Apr. 23. König Christiern von Dänemark und Norwegen etc. nimmt „alle Inwoners unde ghemenen Kopvarenden Man der Stad Bremen, dat sy denne to Watere edder to Lande, mit eren Lyven, Kopenschuppen unde Guderen in sine sunderges Gnade und Beschermiuge, in unde durch sine Rike unde Gebede to komende, to vorkerende unde wedder to varende, alse denne na geloveliker Wonheit unde ok na Lude dersulven Stat Bremen Privilegie, van sinen Vorvaderen beholden, sedelik unde wontlik is, welke Privilegia, wo de ok in der besten wise den Vorgerorden . . . van Bremen unde ereme Kopmanne to Troeste unde to Gude best luden unde inholden mogen, alle gnadichliken belevet, toghelaten, gevulbordet unde bestediget“ werden. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 32—34. Neuhochdeutsch b. *Duntze* a. a. O. S. 475, 76.

28 **1457**, Apr. 4. Die Grafen Otto und Friedrich zu Hoya versprechen dem Rathe zu Bremen, dass „de ghemene Copman, de de stad von Bremen vorsocht myt siner Copenschup . . to Water unde to Lande . . . dorch de Herschup unde Gebede (der Greven) up sinen rechten sedeliken unde wontliken tollen . . . in guder Velicheit, gheleyde unde beschermynge varen moge“, und dass, soferne sie einem solchen Kaufmanne „jenige Ware af koften ofte kopen wolden“ zu eignem Bedarfe, sie „des van stund nae Ghewerde der Ware dem Copmanne, als se ghelden mach, myt reden Ghelde vornogen scholen unde willen.“ *Cassel*, Bremens. Bd. II S. 296—98.

29 **1457**, Jun. 3. Der „Radgheve in deme Lande to Buthenyade“, Redeleff Acke, welchem der Rath zu Bremen erlaubt hatte, „den Koldenwerf, sin vaderlicke Erve to buwen“, erklärt, nach vorgängiger Zusicherung, die bremischen Kaufleute, Bürger, Einwohner und Beisassen zu Wasser und zu Land „bevreden, beshermen und vordeghedingen“ zu wollen, für sich und seine Brüder, dass sie der Stadt „huldigede Manne“ sein, und mithin an derselben Feinden „nae erer Macht vyantliken doen“ würden, und dass die genannte Erbburg Koldenwerf den Bremern „ere opene Hus wesen“ und Tag und Nacht „to eren Nuden unde Noden“ stehen solle. *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. S. 267—69. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 482, 83.

1461, Jul. 21. Graf Moriz zu Oldenburg und Delmenhorst bestätiget dem Rathe und der Stadt Bremen „so danne Privilegia old unde nyge, als sine Elderen ene vorsegelt unde ghegheven, bestediget unde bevestiget hebben“, und verspricht für sich und seine Erben, die vorberührten „Privilegien, stucke, puncte unde alle Articule to holden“, und „nummermer dar entjegen to donde.“ *Cassel* a. a. O. S. 86, 87. 30

In dasselbe Jahr fällt ein Vertrag Bremen's mit dem oben genannten Grafen, worin Ersterem Zollfreiheit in Delmenhorst, Letzterem aber für seine delmenhorster Unterthanen die gleiche Exemtion in der bremer Zollstätte Wartthurm zugesprochen wird. (R.) *Duntze* a. a. O. S. 645.

1463, Jun. 14. Graf Gerhard (Gerd) zu Oldenburg und Delmenhorst ertheilt den Bremern eine mit der vorigen [nr. 30] gleichlautende Privilegien-Confirmation. *Cassel* a. a. O. S. 88, 89. 31

1466, Mai 6. Der Rath der Stadt Bremen veröffentlicht durch Anschlag am Rathhause eine Verordnung darüber, wie hoch man künftig die im städtischen Verkehre cursirenden Münzsorten z. B. „Oldenburger, Rhinsche gülden, Arnoldus-, Ulrickes- unde Postulaten-Gülden, grote sulver pennenghe genompt Stüver . . . upbören unde uthgeven“ solle, wobei die Anwerthung in bremer „Marken“ und „Schwaren“ geschieht. *Assert. lib. Brem.* S. 367, 68; *Duntze* a. a. O. S. 505, 6. 32

1472, Jun. 16. Rathgeber und Einwohner des Butjadinger-Landes vereinigen sich mit dem Rathe und der Stadt Bremen dahin, dass sie Letzterer auf den Fall, dass sie Jemand „wolde overfallen, vorunrechten unde versulfwelden, id weren Heren, Forsten, Stede, Dudeshe ofte Vresen, ofte id weren, we de weren, tho Water unde to Lande“, Vertheidigung und Hülfe mit aller Macht und nöthigenfalls Oeffnung ihres Landes „Buthen Jade to vlucht to eren nuden unde noden“ zusagen. *Cassel* a. a. O. S. 270, 71. 33

1472, Aug. 15. Die Rathgeber und „ghemene Meente“ im Stadlande gehen mit Bremen eine der vorstehenden inhalts- 34

Schulden der Gemeinde etc., unter der Leitung des Stadtkämmerers, später der Hansegreven eingetragen werden mussten, vgl. *v. Post* a. a. O. §. 22 S. 33; *Duntze* a. a. O. S. 262, 63.

gleiche Verbindung ein, dabei nur noch besonders den Schutz der Bremer „myt erer veylen Have unde Copenschup“ hervorhebend. *Cassel* a. a. O. S. 271—73.

35 **1473**, Jul. 24. Kaiser Friedrich III. gebietet der Stadt Bremen bei ihren Pflichten und bei „Verliesung aller ihrer Gnaden, Freyheiten, Briefen, Privilegien, Rechten und Gerechtigkeiten, so sie von ihm und dem heiligen Reiche oder sonst jemand anders habe“, zu dem wegen des bevorstehenden Türkenkrieges abzuhaltenden Reichstage „gen Augspurg eine treffliche Bottschafft mit vollmächtigen Gewalt zu schicken“. *Lünig* a. a. O. S. 233, 34; *Duntze* a. a. O. S. 516, 17.

Die rechtshistorische Bedeutung dieser Urkunde besteht allein in der aus ihr unwiderleglich hervorgehenden Thatsache, dass Bremen, welches bereits in den Reichsmatrikeln v. 1431, 1467 und 1471 als Reichsstadt begegnet, in dieser Qualität auch vom Kaiser anerkannt wurde. Noch im XVII. Jhdt. berief sich daher der Rath hauptsächlich auf vorstehendes Einberufungsschreiben, um den Anfechtungen Erzbischof Friedrich's (eines dänisch-norwegischen Prinzen) gegenüber die Reichsunmittelbarkeit Bremen's darzuthun. Vgl. *Duntze* a. a. O. S. 515, Bd. III S. 596—99. Ausserdem s. *Hugo* a. a. O. S. 40, 195.

36 **1486**, Sept. 9. Die Geschwornen und gemeinen Kirchspielleute zu Lehe erneuern das mit dem Rathe von Bremen im J. 1435 getroffene Uebereinkommen [nr. 20] auf weitere zwanzig Jahre. *Cassel* a. a. O S. 273, 74.

37 **1489**. Der Rath der Stadt Bremen nimmt eine Revision und Erweiterung der bis dahin gebrauchten Bursprake, namentlich in ihrem gewerbspolizeilichen Theile (vgl. z. B. Artt. XXXVIII — XLIII Weinhandel, LXXVIII—XC Knochenhauer), jedoch auch durch Einschaltung anderer zeitgemässer Bestimmungen (z. B. über Schosszahlung IX, X; Verheurung von Weichbildgütern an Geistliche XVI; Testamente XVIII; Wundungen unter Gästen LI; Stadtfrieden LII; Sonntagsfeier LIX etc.) vor — **zweite kundige Rulle.**

Gedruckt a) nach einer Niederschrift v. J. 1539 in CCI Artikeln b. *Pufendorf* l. c. p. 104—31; b) nach einer gleichzeitigen, aber auf dem letzten Blatte auch noch Nachträge aus dem J. 1510 enthaltenden Hdschr. mit CCXXV Artikeln b. *Oelrichs* a. a. O. S. 635—716. Vgl. *Duntze* a. a O. Bd. II S. 536 flg.

38 **1491, Jun. 15. [„Der scrodere breff“.] Bürgermeister, Rathmannen und ganze Wittheit der Stadt Bremen gewähren der „ghemeynen selschup des scroder ampts“ verschiedene Freiheiten, insbesondere zuvörderst aussprechend, „dat nymandt, he sy, wo he sy, in der stadt unnde dar ere vroene geyt, nighe wullenwerck uppe sick sulves snyden ofte neggen schall, sunder he ne sy in der scrodere selschup unde sy der stadt borgere“. Der weitere Inhalt bezieht sich dann auf die Vorbedingungen zum Erwerbe des Gilderechts — Meisterstück, Lieferung „eyner hakenbussen, eyner knypkerne, von veer punth bussen krudes myt eyner ledderen tasschen unde veer punth blygs to der stadt behoff“, Besitz eines „harnsch, yserhoedt unde eynes krevet“, Abgabe von einer bremer Mark und 4 Pfund Wachs „to ener lucht“ an die Gilde —; ferner auf die Bestrafung verdorbener oder verschnittener Kleiderwaaren; die Feier der altherkömmlichen Feste; die Stellung von acht Schützen für die Stadt; die Morgensprache; die Theilung der von der Zunft zu erkennenden ein halb Pfund nicht übersteigenden „broken“ zwischen den „heren unnde den mesteren des amptes“; die Ahndung ordnungswidriger Arbeit nach den einzelnen „stucken werckes, der men eme overtugen mach edder dar he nicht vor sweren wil“; die Unzulässigkeit einer weiter gehenden Beschatzung durch die Gilde, „dan alse id wenthen herto eyn zede ghewest is“; die Taxe für die verschiedenen Arten männlicher und weiblicher Kleidungsstücke, u. a. m. V. *Böhmert* a. a. O. Urk. 18 S. 81, 82 [mit S. 21, 22].**

39 **1499**. [Der **„Bartschererbrief“**.] Bürgermeister, Rathmannen und Wittheit zu Bremen verleihen „de rechtichheit undt vrygheit . . . der Salschup der Barberer undt Wundenartzten . . . ., dat erer nicht mer denn achte Meistere darna wesen schölen, de . . . van stundt an tho der Statt beste twe haken bussen, dartho twintig punde krudes und twintig punde lode, derwile undt so lange se dussdane rechtichheit undt vrigheit bruken, up er egen kost schölen holden“, und dass im Falle des Hinwegsterbens eines der acht Meister nur mit des Rathes Wissen und Zustimmung die Stelle einem Anderen, der sie zu besitzen begehrt, gegeben werden, und dieser für „sine vrygbreve“ der Stadt eine Hackenbüchse, zehn Pfunde Pulvers und ebenso viel Hagel entrichten solle, wobei jedoch vom Rathe ausbedungen wird, dass ihm, wann es das Beste der Stadt erheische, d. h. im Falle eines Wasser- oder Landkrieges, von der Gilde Einer geschafft werden müsse, welcher mit dem Heere auf der Stadt Kosten ausziehen, einen Sold empfangen und „van den wunden lüttik ofte groht vor sine arbeit einen mögeliken pennigh“ bekommen möge. *Duntze* a. a. O. S. 565—69.

Ueber einige weitere, dem XV. Jhdt.

angehörige Rathsstatute und Verträge s. *Duntze* a. a. O. S. 480, 504, 509, 511, 522, 524, 532, 533, 540, 645, 647, 648.

Die auf die Verhältnisse der Stadt Bremen zu den umwohnenden Adelsfamilien, z. B. der van Oumunde, van der Hude, van Schönenbeke, van Lünenberghe, bezüglichen Documente des XIV. und XV. Jhdts. endlich findet man zum Theile bei *Cassel*, Samml. ungedr. Urkk. (Abschn. VI) S. 275 flg. abgedruckt.

CXXXV. Bremgarten.

(Schweiz, Kt. Aargau.)

1 **1309**. Die Herzoge von Oesterreich und Steiermark, sowie Landgrafen des Elsasses Friedrich, Leopold und deren Brüder ertheilen ihrer Stadt Bremgarten eine Handfeste, darin lediglich den Stiftungsbrief Konrad's von Zähringen für **Freiburg im Breisgau** v. 1120 mit veränderter Reihenfolge der Artikel und wenigen, fast durchgehends unwesentlichen Modificationen wiederholend.

Es beginnt aber die Handfeste mit folgenden einleitenden Worten: „Universis Christi fidelibus presens scriptum inspecturis Fridericus, Lupoldus et fratres eorum, duces Austrie et Stirie, landgravii Alsatie, in perpetuum. Cum ordo rationis et equitatis, imo totius mundi consuetudo bona utilis, que pro lege habetur, quemlibet sua jura tueri edoceat, nec privilegio dignitatis abuti, cum hoc cujusdam ignavie seu negligentie esse videatur: nos, qui non destructores vel transgressores, imo potius conservatores et pro viribur defensores cupimus, angelo magni consilii auxiliante, paternarum traditionum vocari et esse, presentibus et futuris, quos nosse fuerit opportunum, duximus notificandum, et ne ex temporis mobilitate seu vetustate oblivione, que plerumque mortalibus prejudicare in multis videtur, ministrante ad nihilum redigatur, per hoc instrumentum memorie posterorum committendum."

Hierauf folgen mit der Uebergangsformel „in nomine domini" die Artikel des **freiburger** Rechtsbriefes in nachstehender Ordnung und mit den beigefügten Abänderungen *).

Art. XVIII (§. 1). — XIX (§. 2 „reconciliationes *fieri non permittat*"). — XVI (§§. 3, 4, letzterer lautend: „Omne testimonium duobus *ydoneis testibus est producendum* et hoc de visu et auditu"). — VII (Ohne besondere Ziffer: „Si qua disceptatio vel questio inter burgenses orta fuerit, de consuetudinario et legitimo jure omnium mercatorum *et maxime* Coloniensium *terminabitur* judicio"). — XX (§. 5 „hoc cum propria manu" ohne „juramento"). — IX (§. 6 „in *propria* area . . . *mali* fecerit, *inpunitum erit*"). — XXI (§. 7). — XXII (§. 8[a] „idem *actor* . . . testibus *de vulneratione* convictus fuerit, *v lib. emendabit leso et omne damnum, quod causa vulnerationis inciderit, ipsi leso refundet, insuper domino meo v lib. emendabit*"). — X „Si vero evaserit . . . subjacebit" (§. 8[b] „Si *homicida auffugerit* . . . domino prius lx sol; *praedictus* vero reus"). — XXIII (§. 9). — XXIV (§§. 10—13: „si convinci *potest* . . . *altercaverint* . . *sine* concordia . . si *postea*"). — XIII (§. 14 „Omnis qui *venit ad* hunc locum, libere sedebit . . . dominus autem relinquet *eum aut* deducet *eum*; si *vero* servus dominum negaverit, dominus septem proximioribus cognatis *suis* probabit, eum esse servum suum, coram domino et habebit eum"). — XIV (§. 15 „*penam* non subibit . . . domini *sui* amisit"). — XXV (§. 16 „*iste* . . *reddet* . . *postea* . . satisfaci*et*"). — XXVI (§§. 17, 18 letzterer beginnend: „Si *burgensis* extraneum . . . septiman*is* . . . post *quos dies*"). — XXVII (§. 19). — XXVIII (§§. 20, 21 „*fuisse* ablatam . . . si autem *is*, in cujus potestate . . . *querere* per comitiam nostram . . . varandiam"). — XXIX (§. 22). — XXX (§. 23). — XXXI §. 24 „Si quis *burgensis* . . . septiman*is* . . . dispone*t* . . *quam* non licet . . . infra jam dictum terminum . . . non *meruerit*, per domum *propriam* . . . ultra montana *ierit*"). — XXXII (§§. 25—27 „ita tamen quod *unus quisque* . . . si *quis* autem alter . . . non ex*igerit* . . . preten*derit*"). — XXXIII (§. 28 „Reni"). — XXXIV (§§. 29, 30 „Nul*lus* . . . *assensu*"). — XXXV (§. 31 „Scultetum *et lictorem* . . . *comes* ratum etc."). — Zwischen XXXV und XXXVI finden sich nun die im s. g. freiburger Stadtrodel Artt. XI—XIV **) enthaltenen Zollsatzungen als §§. 32, 33 und zwar in der Art eingeschoben, dass der §. 33, beginnend mit den Worten: „Hec autem sunt jura theloniarii", zuerst den Art. XII bis zu „souma mellis iv den.", dann den Art. XIII vervollständigt: „Melius thelonium dabit quilibet alienus; qui a burgense rem in civitate positam emerit, mediam thelonii partem dabit; si vero vendens et emens alieni sunt, ambo dabunt integrum

*) Die römische Ziffer ist die Artikelzahl des freiburger, die arabische die des bremgartner Rechtsbriefes, dessen Abweichungen vom ersteren innerhalb der Klammern hervorgehoben werden. Das Jus *Frib.* wird übrigens nach dem *Gaupp*'schen Abdrucke citirt.

**) *Gaupp*, Dtsch. Stadtrechte II, 29. 30. Die Varianten im Art. XII sind unerheblich.

thelonium", hierauf die Endworte von Art. XII „De centenario cupri iiii den.", und zum Schlusse den Art. XIV „Monacus seu Clericus vel ministerialis domini non dabit thelonium in hac Civitate" begreift. — XXXVI, XXXVII (§. 34 „po*tu*erit . . . suscipi*et* cum libra qua . . . restitu*et* . . . *se* probaverit . . . abstul*er*it"). — XXXVIII (§. 35 „vel majorem habuerit *mensuram*"). — XXXIX (§. 36). — XL (§. 37 „tenetur"). — XLI (§. 38 „proprium non obligatum valens marcam"). — IV ***) [§. 39 „Quicunque burgensis carens herede legitimo moritur, omnia bona sua consules diem et annum in sua tenebunt potestate. Si infra hoc spatium heredum suorum aliquis cum testimonio venerit, omnia pleniter habebit. Si nullus heredum suorum venerit, una pars pro remedio anime sue, altera domino, tertia dabitur ad munitionem civitatis"]. — XLII (§. 40). — XLIII (§. 41 „et e converso" beidemal). — XLIV—XLVI (§. 42 „neuter de proprio . . . in heredita*te* succed*et*"). — XLVII (§. 43 „nunquam *sibi* de jure persolvet"). — XLVIII (§. 44 „an*nos*"). — XLIX (§. 45). — L (§. 46). — LI (§. 47 „si copiam hab*et*). — LII (§. 48 mit dem Beisatze „nisi de quo dictum est"). — LIII (§. 49). — LIV (§. 50 „*quid* dicit debere *ei*"). — LV (§. 51 „duobus *urbanis*"). — LVI (§§. 52, 53 „*tam* actori").

Schluss der Handfeste: „Ut autem hec supra scripta jura firma, rata et illibata in perpetuum maneant et observentur, hanc paginam sigillis videlicet Friderici, Lupoldi et fratrum ipsorum et nostro †) duximus roboranda. Anno domini millesimo trecentesimo viiii, indictione septima."

Die vorstehende Vergleichung des bremgartner Rechtsbriefes mit seiner Quelle ergibt übrigens, dass bei Ausfertigung des ersteren nicht der ursprüngliche reine Text des freiburger Gründungsbriefes v. 1120, sondern eine jüngere, sprachlich modificirte Redaction desselben, ähnlich jener, welche dem Verfasser des s. g. Rodels vorgelegen hatte, benützt worden ist.

Gedruckt findet sich die bremgartner Handfeste nach dem Originale des Stadtarchivs, mit Ergänzung des mangelnden Anfanges und Schlusses, sowie einzelner Textlücken aus der Copie im städtischen Freiheiten-Buche, b. H. *Kurz* und Plac. *Weissenbach*, Beiträge zur Geschichte und Literatur, vorz. aus den Archiven und Bibliotheken des Kantons Aargau, Bd. I (Aarau 1846. 8°.) S. 239—46 [m. S. 98]. Die versprochenen „Erörterungen" des Herausgebers (Weissenbach) sind nicht gefolgt.

2 **1442.** König Friedrich III. bestätigt der Stadt Bremgarten „vber ir frihait vnd gnad, recht, brieve, privilegia, hantvest, bruck zolle, merckt vnd gut gewonheit, die sy von romischen kaisern vnd kunign, vnd nemlich kaiser Sigmunden herbracht" hat, noch insbesondere die Exemtion ihrer Bürger von Ladungen an auswärtige Gerichte. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 137 nr. 1310.

***) Vgl. *Rodel* §. 24 S. 31, 32.

†) D. i. der Stadtgemeinde.

Breslau. CXXXVI.

(Preussen, Schlesien.)

M. *Peter Eschenloër's* [Stadtschreibers, † 1481] Geschichten der Stadt Breslau oder Denkwürdigkeiten seiner Zeit vom J. 1440 bis 1479 *). Herausgeg. von J. G. *Kunisch*, II Bände Bresl. 1827, 28. 8°. — *Nikolaus Pol's* [Predigers, † 1632] Jahrbücher der Stadt Breslau (von 965 bis 1623). Zum erstenmale aus dessen eigener Hdschr. herausgeg. von J. G. *Büsching* und J. G. *Kunisch* **), V Bände Bresl. 1813—1824. 4°. — Nicol. *Henelii* Breslographia, hoc est Vratislaviae Silesiorum metropoleos nobilissimae delineatio brevissima, Francofurt. 1613. 4°. ***)

(J. K. *Roppau's*) Beschäftigungen mit Breslau, dessen Geschichte und Merkwürdigkeiten, Stück I (bis 1420) Bresl. 1788. 8°. — Samuel Benjamin *Klose*, Von Breslau. Dokumentirte Geschichte und Beschreibung. In Briefen, III Bände (Bd. II und III je in 2 Theilen), Bresl. 1781—83. 8°. †). Dazu J. E. *Beinling's* Register, das. 1860. 8°. — F. W. *Zimmermann*, Beschreibung der Stadt Breslau [auch in dessen Beiträgen z. Beschreibung von Schlesien Bd. XI], Brieg 1794. 8°. — K. A. *Menzel*, Geschichte der Stadt Breslau. Ein Beitrag zur Kenntniss der Entwickelung des deutschen Bürgerthums, Berlin 1824. kl. 8°. — E. *Philipp*, Geschichte der Stadt Breslau, das. 1831. 8°. — *Bürkner* und *Stein*, Geschichte der Stadt Breslau von ihrer Gründung bis auf die neueste Zeit, III Theile Bresl. 1851—53. 8°. — Von den

*) Vgl. J. G. *Kunisch*, De Petro Eschenloero ejusque commentariis, Vratislav. 1826. 4°. und *Ehmck* im Bremer Sonntagsblatte Jahrg. 1859 Nr. 2—4.

**) *Kunisch* besorgte blos den letzten Band.

***) Die bedeutend vermehrte zweite Ausg. v. 1653 blieb ungedruckt. Vgl. J. G. *Kunisch*, De N. Henelii Breslographia, Vratisl. 1841. 4°.

†) Im ersten Briefe (Bd. I S. 5 — 25) gibt *Klose* eine vollständige kritische Uebersicht der älteren Literatur über die breslauische Geschichte.

zahlreichen kleineren, auch historische Umrisse enthaltenden Topographien ist nur F. R. *Fischer's* Geschichte und Beschreibung von Breslau, das. 1846. 8⁰. [S. 1—43] hier hervorzuheben.

Cultur- und Rechtsgeschichte insbesondere: S. B. *Klose's* Darstellung der inneren Verhältnisse der Stadt Breslau vom J. 1458 bis zum J. 1526, Namens des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens herausgeg. v. G. A. *Stenzel* [Scriptt. rerum Silesiacarum Bd. III; Sammlung von Quellenschriften zur Gesch. Schlesiens Bd. I], Bresl. 1847. 4⁰. — Colmar *Grünhagen*, Breslau unter den Piasten als deutsches Gemeinwesen, Bresl. 1861. 4⁰. —

Ein Regesten- und Urkundenbuch zur Geschichte Breslau's, worin namentlich die städtischen Freiheitsbriefe vollständig sich verzeichnet finden, enthalten die vom breslauer Stadtschreiber *Franciscus Köckritz*, genannt *Faber* oder auch „der kleine Magister" († 1565), verfassten, aber ungedruckten „Origines Vratislavienses" — hie und da unter anderen Titeln, z. B. als „Chronik, Collectanea, Sammlung der Privilegien" aufgeführt. Es muss jedoch das Werk in Ansehung der Diplome des XIII. und XIV. Jhdts. mit grosser Vorsicht benützt werden, da sich in die verdeutschten Extracte der lateinischen Urkunden zahlreiche und erhebliche Unrichtigkeiten eingeschlichen haben. Hier war von dem Buche leider! nur eine dem XVIII. Jhdt. angehörige, überdies uncorrecte und defecte Copie zur Hand. Vgl. über die Arbeit *Klose*, Dokum. Gesch. Bd. I S. 9 flg.; K. G. *Kries*, Hist. Entwickelung der Steuerverfassung in Schlesien (1842), Vorr. S. XI flg; H. *Skutsch*, Bibliotheca Silesiaca (1861) S. 28 nr. 562.

Gedruckt findet man breslauische Stadturkunden in grösserer oder kleinerer Anzahl b. *Lünig*, RArchiv Thl. XIV (Part. spec. Contin. IV Thl. II Fortsets.) S. 230—357, J. Gttl. *Drescher*, Schlesische diplomatische Nebenstunden, Stück I Bresl. 1774. 4⁰. und in *Tzschoppe's* und *Stenzel's* Urkundensammlung. Verzeichnisse geben Chr. *Rungii* Notitia historicorum et historiae gentis Silesiae, Ps. I (1775) Sect. III Cap. III §. 2 und *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. I S. 528 flg.

Von hoher Bedeutung für die Geschichte des Verfassungs- und Rechtslebens der Stadt Breslau sind ausserdem noch a) die Stadt- und Gerichtsbücher, registra literarum scabinorum 1345—1507, libri excessuum s. signaturarum 1386—1805, libri traditionum, resignationum et donationum [testamentorum] saec. XV—XIX etc., geschildert von P. *Laband* in der Ztschr. des Vereins f. Geschichte und Alterthum Schlesiens Bd IV (1862) Heft 1 Nr. 1 S. 1—22. Und b) die Rechnungsbücher, deren wichtigstes, mit dem seltsamen Titel des „armen Heinrich" versehen und einen Zeitraum von fast sechzig Jahren umfassend, Colmar *Grünhagen* im Cod. dipl. Silesiae Bd. III: „Henricus Pauper, Rechnungen der Stadt Breslau von 1299—1358, nebst zwei Rationarien von 1386 und 1387, dem Liber Imperatoris vom J. 1377 und den ältesten breslauer Statuten" (Bresl. 1860. 4⁰.) mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben hat.

1224. Herzog Heinrich I. von Schle- 1
sien übereignet dem Kloster Trebnitz, als seine Tochter in dasselbe eingetreten, ausser mehreren „ville" und verschiedenen Einkünften, „etiam tabernam in Vratislavia in fine pontis et unam mensam ad macellum, ut . . . in utroque tam in taberna quam macello nullus aliquod jus habeat preter claustrum." *de Sommersberg*, Siles. rerum Scriptt. Tom. I p. 830. Vgl. *Grünhagen*, Breslau S. 6.

1242, März 10. Herzog Boleslaus 2
von Schlesien gibt dem vorgenannten Kloster Trebnitz für dessen auf alten Privilegien beruhende Bezüge aus den breslauer „taberne et macelle" die Summe von 21 Mark „de censu kamerarum suarum in Wratislavia", mit dem Bemerken: „Hec enim commutatio facta est propter locationem civitatis Wratislavie, quam jure Teuthonico locavimus, sine qua commutatione predicta locatio nullo modo perduci poterat ad effectum." *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. XXII S. 304, 5. Vgl. *Grünhagen* a. a. O. S. 7, 9.

Bis 1241 erscheint Breslau — bei Thietmar von Merseburg bereits als Bischofs- und Herzogssitz („Wortizlava") erwähnt, später eine der drei Hauptstädte Polens, in der zweiten Hälfte des XII. Jhdts. endlich von den Piastischen Herzogen Schlesiens zur Residenz erkoren — nach äusserer wie innerer Gestaltung als eine rein-slavische Stadt. Nachdem jedoch dieselbe in dem oben bezeichneten Jahre von den Mongolen auf ihrem Verheerungszuge durch die schlesischen Lande mit Feuer und Schwert fast gänzlich vernichtet worden: sehen wir auf den Trümmern alsbald — 1242 bis 1245 [1]) — eine neue Stadtanlage („novella") und in derselben ein Gemeinwesen mit durchgehends deutschem Elemente sich entfalten. Den Kern der neuen Bevölkerung bildeten nämlich „Theotonici", welchen dann die Landesfürsten in Ansehung des Grundbesitzes, der

1) *Stenzel's* SS. rerum Siles. I, 107.

Dienste und Reichnisse, der Stände, der Behörden für Rechtspflege und Verwaltung etc. eine den Communal- und Jurisdictions-Einrichtungen ihrer Heimath sich annähernde Verfassung unter dem üblichen Namen des „jus Theotonicum" verliehen haben. Dieses wichtigen Ereignisses der Umwandlung der Slavenstadt, als welche Breslau noch in der Urk. nr. 1 sich darstellt, in eine deutsche Stadt durch Aufnahme deutscher Ansiedler und deutscher Gemeinde-Institutionen wird nun in der Urk. nr. 2 gedacht.

3 **1261**, Dez. 16. Die Herzoge Heinrich III. und Wladislaus von Schlesien gestatten ihrer Stadt Breslau auf Bitten der Bürger daselbst den Gebrauch des **magdeburgischen** Rechts — „intendentes commodo ac honori civitatis nostre Wratislaviensis, petentibus nostris civibus, jus civitatis *Maydeburgensis* infra districtum sive murum civitatis nostre [2]), prout infra specificatur desideratum jus, eisdem atque eorum posteris concessimus indulgendo, annuentes eis omnia, que ad civitatis honorem sunt, instruere desuper et fundare" —, jedoch unter Herabsetzung der magdeburger Gerichtsbussen („pena major atque minor") zu 60 und 8 sol. auf die Hälfte und Hinzufügung einiger selbständigen Bestimmungen („quedam privata a jure Magdeburgensi"), betreffend: die Abhaltungszeit des herzoglichen Vogtdings, die Aufgebung der früher streitig gewesenen Ansprüche auf die Fleischbänke und Vorstadtgärten von Seite der Herzoge, die Erstreckung der städtischen Gerichtsbarkeit und des Gemeinde-Bürgerrechts auf die „homines in aggere beate Marie [3]) mansionem habentes et in vico beati Mauricii [4]) commorantes omnesque curias sive ortos habentes ante civitatem infra fossata prime locacionis", die Ueberlassung der Viehweide auf den Oderwiesen (vor dem Nicolai-Thore) an die Stadtbewohner, die einjährige Schossfreiheit der mit ihren Familien in Breslau sich häuslich niederlassenden Fremden (wobei aber die herzoglichen Münz-, Zoll- und Tuchkammereinkünfte, sowie Jurisdictionsgerechtsame besonders vorbehalten werden), endlich die Aufhebung aller „privilegia que super locacionem civitatis Wratislaviensis antea emanaverunt."

Gedruckt bei *Lünig* a. a. O. S. 230, 31; *Drescher* a. a. O. S. 60—62; *Gaupp*, Das alte Magdeburg. und Hallische Recht S. 252—55; *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. LVII S. 364—66. Inhalts-Darstellung sammt Auszug b. *Klose*, Dokum. Gesch. Bd. I S. 494—98. Vgl. auch *Grünhagen* a. a. O. S. 9, 14, 15.

Von dem Privileg v. 1261 existirt auch eine zweite, kürzere Ausfertigung, in welcher die gleichsam eine selbständige Rechtsurkunde bildenden Sätze „Nos vero cum jam commodo civitatis et honori, prout debuimus, intenderimus — — — — eorum commodis et pecoribus perpetuo valitura", sowie die Bestimmung über die künftige Ungültigkeit der vorausgegangenen Gründungsfreiheiten hinweggelassen sind. Welche der beiden Redactionen die ältere, welche die jüngere, und was der Grund der zwiefachen Ausstellung des Bewidmungsbriefes gewesen sei, dürfte kaum mehr zu enträthseln sein. Abgedruckt findet man den abgekürzten Text b. *Gaupp* a. a. O. Anhänge Nr. I, 3 S. 331—33. Vgl. dazu *dessen* Bemerkungen S. 333, 34 u. 211, 12.

Im unmittelbaren Zusammenhange mit dem Privileg v. 1261 steht nun die demselben Jahre angehörige, aber jedenfalls seiner Verleihung vorhergegangene **erste Rechtsmittheilung der Schöffen und Rathmannen zu Magdeburg** an Herzog Heinrich III. und die breslauer Bürgerschaft („Tabula Wratislaviensis"). Dieses „durch bete Herzogen Heinriches unde der Burgere von Brezlauwe" gegebene und dahin übersandte, im obersächsischen Dialecte abgefasste Weisthum umfasst zwei völlig selbständige Bestandtheile, nämlich

A. in den §§. 1—LIV eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen des Stadtrechts von Magdeburg, wohl zum Theile nach einer schriftlichen Vorlage, theilweise aber gewiss auch nur aus dem Gedächtnisse niedergeschrieben. Der Inhalt betrifft: die Rathskür und die Gewalt der Rathmannen; das Burding und die Busse für Versäumung desselben; die Strafen des „meinkoufes" sowie unrichtigen Scheffels, Masses und Gewichtes; die Gerichtsbarkeit und das Gewette des Burggrafen und Schultheissen; das Verfahren bei Vergehen mit „Schreimannen"; die „Vornachtung" der Klage wegen Wundung; das Güterrecht der Ehegatten; die Kinder-Erbfolge; die rechte Gewere; die Vergabungen „am Suchebette"; die Zahlfrist bei Gewette und Wergeld; die Succession in der Seitenlinie; die Procedur bei Anschuldigungen wegen Körperverletzung; die Gerade; die Auflassung im gehegten Dinge;

2) D. i. innerhalb der Altstadt; später erfolgte eine Ausdehnung auf die Vorstädte, und im J. 1277 auf die Viehweide.

3) Die vorher dem Marienkloster Augustiner-Ordens gehörig gewesene s. g. Sandinsel wurde 1261 durch Heinrich III. und Wladislaus der Stadt und deren „consules" zugeeignet. Vgl. Joh. *Heyne*, Dokum. Geschichte des Bisthums und Hochstifts Breslau Bd. I (1860) S. 460 m. S. 233 flg.

4) Die s. g. Moriz-Vorstadt.

das „Notrecht“[5]) und die Folgen der Nichtgeltung einbekannter Schulden; den Zeugenbeweis und Selbsiebnereid; das fräuliche Leibgedinge; die Erbtheilung unter Kindern; die Güter-Befrohnung; die Wegfahrtshinderung um der Schulden willen; die Urthelsschelte; den Beweis eingegangener Sühnen und Orveiden, das Schöffenzeugniss und die Wirkungen der Gerichtlichkeit von Rechtshandlungen; das Kampfordal bei Verbrechen, namentlich Schlägen, Frauen-Nöthigung und Heimsuchung; das Anrecht der königlichen Gewalt auf erblose Verlassenschaften; die Verfolgung wegen Todtschlags; den gerichtlichen Eid; den Anevang; die Guts- und Erbs-Ansprache; die Unstatthaftigkeit eines Klagezwanges; den Erbgang in das Vermögen Verfesteter; den mütterlichen Schossfall; die Vormundschaft; die Freiheits-Anfechtung; die Spielforderungen; die Bürgschaft; die Verletzung in Nothwehr; endlich die Sprache der Klagebeantwortung, wenn die Streittheile „beide von windischer Art sin here komen unde doch nine Winede sin“.[6]) Und

B. in den §§. LV — LXIV eine Reihe fast wörtlich dem Landrechtsbuche des Sachsenspiegels [B. I Artt. 22 §§. 4, 5; 23 §§. 1, 2 a. E.; 24 §§. 1, 3, 4; 25 §§. 1—3; 62 §§. 9—11; 63 §. 1], und zwar nach einer bereits gemehrten Textgestaltung [7]), entnommener Stellen über Heergeräthe, Vormundschaft, Gerade, Erbe, Theilrecht des Pfaffen, Rechte „begebener“ Kinder, Aufeinanderfolge der Urtheile, Gespräche der Parteien, Vorsprecher bei Gericht und kämpflichen Gruss, welcher letzte Artikel jedoch auffallender Weise mitten im Zusammenhange abbricht, so dass es den Anschein gewinnt, als habe man eine grössere Auswahl von Stücken aus dem Sachsenspiegel beizuschreiben die Absicht gehabt, diesem Plane aber, vielleicht wegen Mangels an Zeit, plötzlich entsagen müssen.

Nach dem §. LXIV folgt dann die gewöhnliche Abschliessungsformel mit Angabe des Jahres und Unterschrift der bei der Rechtsweisung thätig gewesenen acht Schöffen und acht Rathleute.

Im Laufe der zwei folgenden Decennien (1261 — 1283) wurden nun dem magdeburger Schöffenbriefe weitere Auszüge aus dem sächsischen Landrechte, nämlich als §§. LXV — LXXII aus B. I Artt. 63 §§. 2—5; 64; 65 §§. 1 — 3, sowie ferner sieben andere, vermuthlich ebenfalls magdeburgischen Localrechtsquellen entlehnte Satzungen angefügt. Sie verbreiten sich weitläufig über den gerichtlichen Zweikampf, und ausserdem noch über Rechtlosigkeit, Verfestung, peinliches Verfahren, Vertretung des Sohns durch den Vater bei zu Hals und Hand gehenden Sachen, Thierschäden, Knechtlohn, Schuldklagen, Gewährschaft im Processe. Diese Erweiterung erfolgte übrigens unzweifelhaft ohne Genehmigung des Herzogs[8]), indem sich der breslauer Rath eigenmächtig an den magdeburger Schöffenstuhl um Ertheilung eines Ergänzungsweisthums gewandt, und, nachdem ihm von dort seine Bitte erfüllt worden, die empfangenen Zusatznormen auf der Kehrseite des Originals eingeschrieben haben mag.

Abdrücke b. *Gaupp* a. a. O. S. 230—49; *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. LVI S. 351—63. Vgl. dazu *Gaupp* a. a. O. §. IV S. 48—69; H. *Mühler*, Dtsch. Rechtshandschriften des Stadtarchivs zu Naumburg (1838) S. 4, 5, 10, 11, 24—26; O. *Franklin*, Magdeburger Weisthümer für Breslau (das. 1856. 8⁰) S. 7—10; O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. Rechtsquellen Abth. I S. 515, 16; *Homeyer*, Des Sachsensp. erster Theil (1861), Einleit. §. 11 nr. 1 S. 61. Ausserdem s. noch K. Fr. *Klöden*, Dipl. Gesch. des Markgrafen Waldemar von Brandenburg Bd. I S. 393.

Gegen die durch Alex. *v. Daniels* [De Saxonici Speculi origine ex juris communis libro Suevico Speculo perperam nominari solito, Berol. 1852. 8⁰., p. 41 — 44, 285; Alter und Ursprung des Sachsenspiegels, Berl. 1853. 8⁰. S. 24—26; Spiegel der deutschen Leute, Berl. 1858. 8⁰., S. 58—73], freilich nur im Interesse seiner bekannten Ideen über die Entstehung des Sachsenspiegels, aufgestellte und mit zahlreichen Scheingründen unterstützte Behauptung, dass das angebliche magdeburger Schöffenweisthum ein unterschobenes Machwerk des breslauer Rathes aus dem J. 1283 und zwar zu dem Zwecke angefertigt worden sei, um Herzog Heinrich IV. zur Anerkennung und Sanction der darin begriffenen Rechtssatzungen zu vermögen, oder dass — was die letzterwähnte Schrift als die neueste „Ueberzeugung“ des Verfassers ausspricht — „die Scriptur sogar erst aus der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts. herrühren könne, und dass sie ihre äussere Einrichtung nur dem Anschluss an die Confirmationsurkunde Herzog Heinrich's IV. verdanke“, haben die Aechtheit des Documentes G. *Homeyer*, Die Stellung

5) *Zöpfl's* Alterth. I, 344 flg. —

6) Vgl. *Sächs.* Land-R. III, 71.

7) Sie wird von G. *Homeyer*, Die Genealogie der Handschriften des Sachsenspiegels (Berlin 1859. 4⁰.) S. 109 zu Classe I Ordnung II gerechnet.

8) S. unten Urk. v. 1283 nr. 18.

des Sachsenspiegels zum Schwabenspiegel (Berl. 1853. 8°.) S. 23—27; E. Th. *Gaupp*, Germanistische Abhdl. (Mannheim 1853. 8°.) Nr. IV S. 118—25 und O. *Franklin* a. a. O. S. 11—13 in Schutz genommen, und dürfte nunmehr die Debatte als geschlossen angesehen werden können.

4 **1263**, Apr. 9. Herzog Heinrich III. von Schlesien überlässt seinem Getreuen Gerhard von Glogau „insulam suam inter sancti Adalberti et sancti spiritus ecclesias et muros arcis sue Wratizlaviensis atque ripam fluminis Olawe, jure **Magdeburgensi**, quemadmodum ipsa Wraczlavia est locata, locandam“ — d. h. die Anlage der s. g. Neustadt und deren Aussetzung nach magdeburgischem Rechte, dabei näher bestimmend, dass die Bewohnerschaft derselben fünf Jahre lang von Martini an gänzlich abgabenfrei, nachher aber dem Herzoge zu solchen Leistungen („serviciis“), wie andere Städte „locate jure consimili“, verpflichtet sein; dass ferner der Vogt Gerhard, eben in Anbetracht der ihm anvertrauten „locacio“, von den Gerichtsgefällen den dritten Theil beziehen, auch die Rechtspflege „in maximis et gravibus atque minimis causis“ gleich dem breslauer Erbrichter ausüben, endlich in Ansehung der Badstube, der Krämerbänke, der einen Ohlaumühle und sonst noch alle den übrigen fürstlichen „judices in eodem jure locati“ gewöhnlich zukommenden Gerechtsame („justitie“) für sich und seine Nachfolger erblich und mit freier Verfügungsgewalt geniessen und gebrauchen solle. Als Transsumt in der Bestätigungsurkunde Herzog Heinrichs V. v. 9. Aug. 1290 erhalten und mit dieser gedruckt b. *Drescher* a. a. O. S. 62, besser b. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. LXXX S. 405, 6. Vgl. *Klose*, Dokum. Gesch. Bd. I S. 499, 500; *Grünhagen* a. a. O. S. 10 flg.

5 **1263**, Oct. 5. Derselbe erklärt: „quod, licet civitati nostre Wratislaviensi et civibus nostris dilectis in ea manentibus, quos speciali semper prosequimur gratia, ad communem ipsorum utilitatem jura **Magdeburgensia** contulerimus, tamen ipsis adhuc de speciali nostra munificentia, de maturo baronum nostrorum consilio gratiam facere volumus specialem, eisdem largitione perpetua concedendo, quod omnes milites, vasalli, feudales, nobiles, quicunque fuerint in districtu nostro Wratislaviensi residentes aut alibi, qui ad predictam nostram civitatem pervenerint, conventi in judicio civitatis (d. i. vor dem Vogteigerichte) pro debitis pecunialibus et omnibus causis criminalibus, spoliis, rapinis, incendiis, quibuscunque vocentur nominibus, coram judice hereditario predicte nostre civitatis tenebuntur et debent sine contradictione qualibet respondere; ita tamen, quod prefati nostri milites et vasalli, postquam ad predicte civitatis judicium pervenerint, de eodem judicio secundum formam juris se trahere poterunt, et ad nostram curiam, si necesse fuerit, appellare.“ *Lünig* a. a. O. S. 231; *Riccius*, Entwurff S. 195 (Extr.). Vgl. *Pol's* Jahrbb. Bd. I S. 71ᵃ, *Klose* a. a. O. S. 499, *Grünhagen* a. a. O. S. 22, 23.

1266, Mai 17. Derselbe verkauft drei 6
breslauischen Bürgern für 300 Mark Silbers die 24 Fleischbänke auf dem Neumarkte unter Festsetzung der davon einzuhebenden Zinse und mit der beigefügten Versicherung, dass er weder innerhalb der Stadt noch binnen einer Meile um dieselbe eine neue Fleischbank errichten wolle. (R.) *Klose* a. a. O. S. 500, 501.

1266, Jun. 2. Derselbe und sein Bru- 7
der Herzog Wladislaus [Erzbischof von Salzburg] überlassen, und zwar gleichfalls käuflich, ihren Bürgern in Breslau das „thelonium forense civitatis ejusdem in omnibus rebus cujuscunque generis et nominis, in curribus omnium lignorum, in mensis telae et aliarum rerum qualiumcunque, et simpliciter in omnibus forensi thelonio subjacentibus ab antiquo, excepto solum, quod ad (ducum) monetam dinoscitur pertinere“, ferner die Zölle innerhalb zwei Meilen von der Stadt, namentlich auf der Weida, in Schweinern, Protsch und Hundsfeld („Psepole“), sowie in Lissa („Lesnicz“), Gohlau („Galowo“) und Mochbern („Muchobor“), wo auch künftig keine „taberna“ mehr angelegt werden soll, und fügen die Erklärung bei: „ab istis etiam theloneis in Wratislavia omnis homo, habens jus fori vel non, liber erit; licet autem predicti cives nostri his theloneis tanquam re empta libere possent uti, cesserunt tamen omni juri, quod in his habere poterant, voluntate bona et pura propter deum et bonum commune.“ *Lünig* a. a. O. S. 231, 32; *de Sommersberg* l. c. p. 322 (uncorrect). Vgl. *Pol* a. a. O. S. 71ᵇ; *Klose* a. a. O. S. 501; *Grünhagen* a. a. O. S. 15, 97.

1266, Jun. 10. Derselbe verkauft end- 8
lich auch noch, mit Rath und Zustimmung seines vorgenannten Bruders, an zwei breslauische Bürger siebenundvierzig und eine halbe Krämerbuden [s. g. Reichkrame] zu freier Benützung und Verwendung, so dass sie davon jährlich fünf „fertones“ Zins beziehen dürfen, und verspricht zugleich, die fraglichen Buden weder vermehren noch an andere Orte verlegen zu wollen. (R.) *Pol* a. a. O., *Klose* a. a. O., *Grünhagen* a. a. O. Vgl. dazu *Tagmann* „Zur Geschichte der Reichkrämer-Societät in Breslau“ im Jahres-

berichte der schles. Gesellschaft für vaterländ. Kultur" Jahrg. 1854 S. 223 flg.

9 **1269**, Jul. 26. Erzbischof Wladislaus von Salzburg [s. nr. 7], als Vormund seines Neffen, Herzog Heinrich's IV. von Schlesien, erlaubt den Besitzern der Ohlaumühlen, „pro ipsorum perpetua utilitate ex aqua Odra usque in aquam Olaviam fossatum habere, ut ex eo perpetualiter cursus aque pateat in predictorum molendinorum subsidium et juvamen." *de Sommersberg* l. c. p. 328.

10 **1271**, Dez. 31. Herzog Heinrich IV. von Schlesien gestattet seinen Bürgern zu Breslau auf deren Ansuchen die Errichtung von sechzehn „stationes, in quibus panes vendi consueverunt", und verfügt, dass der Zins dieser Brodbänke auf immer der Stadt zufliessen und zum Baue und Unterhalte der Brücken verwendet werden solle. (R.) *Pol* a. a. O. S. 74b; *Klose* a. a. O. S. 520, 21.

11 **1272**, Jan. 31. Derselbe bestätigt auf vorgetragene Bitte seiner Stadt Breslau alle von Zeit ihrer Gründung an durch seine Vorfahren, namentlich seinen Vater und Oheim den Bürgern daselbst verliehenen „privilegia, jura, donationes, concessiones"; gewährt ihr überdies das s. g. Meilenrecht — „volumus et omnino prohibemus, ut nullum forum, nulle camere mercatorum, in quibus panni venduntur vel inciduntur[9]), nulle institc vel crami institorum [10]), nulli pistores, nulla scamna, in quibus panes vel calcei venduntur, nulli carnifices, nulla macella carnium, nulla taberna, excepta sola ultra pontem, ad spacium unius milliaris a predicta nostra civitate Vratislaviensi per circuitum tam ex ista quam ex altera parte Odrae fluvii in prejudicium nostre civitatis construantur" —; verordnet, dass jeder Neubau, um ihn gegen Feuersgefahr[11]) zu sichern, nur aus Steinen und Lehmziegeln aufgeführt, aber auch künftig von keiner „curia", sie sei gross oder klein, eine grössere Abgabe erhoben werden solle, „nisi quantum ipsius area vacans in suo situ consuevit solvere ab antiquo"; gestattet ferner, allen inner- und ausserhalb der Mauern bis zu den äusseren Gräben hin gelegenen, in eigener Nutzung befindlichen oder zinsbar verstifteten Grund und Boden, mit Einschluss der Viehweide und Wasserleitung, zum Vortheile der Stadt, sofern es ohne Verluste Anderer geschehen kann, von Jedermann ungehindert, zu Bauanlagen zu verwenden; gesteht sodann zur Hebung der Bewohnerzahl Allen, welche von auswärts nach Breslau kommen würden, um sich allda wohnhaft und grundsässig („pro residentia ac hereditate") anzusiedeln, den Genuss der von den Herzogen ihrer genannten Stadt bewilligten „jura et beneficia", sowie „libertatem ab exactione unius anni" zu; und bestimmt endlich, „ut omnes casus, qui contingunt in pascuis pecorum ejusdem civitatis, sive sint vulnera, homicidia, stupra, vel qualiacunque emerserint, ab ipsa civitate et suis legibus judicentur", unbeschadet jedoch der ordnungsmässigen Ziehung der Sache an die herzogliche „curia." *Lünig* a. a. O. S. 232, 33. Deutsch b. *Klose* a. a. O. S. 522—24. Vgl. *Grünhagen*, Breslau S. 15, 38.

1273, Sept. 29. Derselbe erlaubt, um 12
den Zustand seiner noch an vielen Bequemlichkeiten Mangel leidenden Stadt Breslau zu verbessern, dem Rathe daselbst a) die Errichtung von zweiunddreissig Brod- und ebensovielen Schuhbänken; führt ferner b) das „officium, quo vasa de curribus ad alia loca trahuntur, quod schrotamt vulgo appellatur", d. i. das Recht des Rathes, Wein und Bier in ganzen Fässern zu verkaufen und den Schenkwirthen und Consumenten gegen Gebühren, von welchen nur die herzogliche Hofhaltung befreit sein soll, zuzuführen, und desgleichen c) die Bleiwage, d. h. die Befugniss, alles in die Stadt zum Verkaufe gebrachte Blei gegen bestimmte Taxe auf der Stadtwage zu wiegen, in Breslau ein; gewährt d) den Bürgern die umfassendsten Baugerechtigkeiten, sowie e) die Einnahme des Innungsgeldes, welches jedoch nicht mehr als 3 Virdunge für den in das Gewerk neu Eintretenden betragen [„Item concessimus prenotatis civibus, ut id habeant, quod Inonghe vulgariter appellatur, sed non carius quam pro III fertonibus vendi debet"], und zu einem Drittel der Zunft, im Uebrigen aber nebst den sonstigen Beiträgen der Stadtgemeinde, zum Brücken- und Strassenbaue und ähnlichen Zwecken verwendbar, zugekehrt werden soll; dehnt f) die Zollfreiheiten der innerhalb der Mauern Gesessenen auf die Grundbesitzer um die Stadt herum aus; bestätiget g) der Bürgerschaft alle zur Zeit Herzog Heinrich's III. genossenen Gerechtsame, und bestimmt endlich h) dass die von den Brodbänken, welche aus besonderer fürstlicher Begünstigung einzelnen Bürgern erbeigenthümlich überlassen worden, eingehen-

---

9) Die s. g. Tuchkammern. Vgl. F. H. *v. d. Hagen*, Gesch. und Beschreibung des Breslauer Tuchhauses, Bresl. 1821. 8°. und *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 9 Note 1.

10) Die s. g. Reichkrame, s. nr. 8 und *Grünhagen* a. a. O. Note 2 mit Register s. v. „Cramus" S. 167.

11) Im Anfange des Jahrs 1272 war nämlich Breslau von einer Feuersbrunst fast gänzlich zerstört worden. *Pol* a. a. O. S. 74b, *Klose* a. a. O. S. 521, 22.

den Jahrzinse in die Stadtkasse fliessen und die bei der baulichen Erweiterung der Stadt übrig bleibenden Bodenräume der Gemeinde gehören sollen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 524—26. Vgl. *Grünhagen* a. a. O. S. 16, 31, 32, 84, 107, 108.

13 **1274**, Apr. 18. Derselbe verordnet, dass Jeder, welcher innerhalb der Mauern der Stadt Breslau mit Haus, Hof („curia") oder sonstigen Besitzungen angesessen, er sei Ritter, Canoniker oder Ordensgeistlicher, nach der Festsetzung des Vogts und der Schöffen die „collecta" zur Instandhaltung der Stadtmauern unweigerlich entrichten müsse, die Versicherung beifügend, dass Niemand von dieser Leistung entbunden werden solle. *Henelii* Breslograph. p. 37. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 526, 27; *Grünhagen* a. a. O. S. 77.

14 **1274**. Derselbe gibt seiner Stadt Breslau (vielleicht nur bestätigungsweise), um ihr Aufblühen zu befördern, das Niederlagsrecht, hievon alle übrigen Städte seiner Herrschaft, namentlich Neisse, ausschliessend, und erneuert den Breslauern zugleich das im vorhergegangenen Jahre verliehene Privileg der Bleiwage [nr. 12, c] — „statuimus, ut in nullis civitatibus nostro sub dominio constitutis, tam Nisse quam aliis, nulla penitus mercimonia deponantur, quia omnem depositionem cujuslibet mercature generis, quod vulgariter nyderlage nuncupatur, in predicta nostra civitate Wratislaviensi perpetualiter volumus observari. Insuper volumus, ut pensa plumbi non alias preterquam ibidem habeatur perpetuo exercenda, excepto eo quod in civitate Franckevort usque ad festum beati Nicolai nunc instans predicta pensa teneatur." *Lünig* a. a. O. S. 312; *de Sommersberg* l. c. Tom. III p. 90, 91. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 526; *Grünhagen* a. a. O. S. 98, 99.

15 **1276**, Apr. 28. Derselbe verleiht neuerlich seinen Bürgern zu Breslau in Ansehung der „pascua pecorum, que vyweyde vulgariter nuncupantur", alle von seinem Vater und Oheime denselben bereits zugestandene Freiheiten und Jurisdictionsrechte — „ita nos etiam prefatis civibus pascua prelibata cum omnibus utilitatibus, judiciis, juribus quibuscunque ad eadem pertinentibus dedimus et contulimus libere hereditarie perpetuo possidenda." *Lünig* a. a. O. S. 233.

16 **1277**, Sept. 2. Derselbe confirmirt den Bürgern von Breslau die gesammten durch Heinrich III. und Wladislaus ihnen ertheilten Privilegien; bestätigt denselben ihre Rechte bezüglich der zu beiden Seiten der Oder gelegenen „wyweyde", insbesondere dass alle daselbst sich ereignenden Rechtsfälle, kleine wie grosse, nirgend anders als in der Stadt Breslau abgeurtheilt werden sollen; und gewährt ihnen endlich, auf deren Nutzen eifrig bedacht, „omnimodum facultatem", von allen Waaren und namentlich von den Lebensmitteln („victualia") jeglicher Art Maas und Preis („metam et valorem") festzusetzen, was alljährlich durch die jeweiligen „consules" zu geschehen habe. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. LXVIII S. 390, 91. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 77b; *Klose* a. a. O. S. 534, 35; *Grünhagen* a. a. O. S. 18.

1281, Mai 4. Derselbe bringt die Vogtei über die Stadt Breslau von dem bisherigen (vermuthlich nicht-adeligen) Erbvogte 17
Heinrich, welcher das Missfallen des Rathes auf sich gezogen hatte, tauschweise gegen Ueberlassung des Dorfes Lukowicz an sich, und erlässt darauf hin, um künftigen für die Bürgerschaft beschwerlichen Amtsübergriffen der Vögte vorzubeugen, eine Reihe von Satzungen über die in der Vogtei enthaltenen Gerechtsame:

„In nomine domini amen. Cuncta negotia, que fiunt in tempore, ne simul labantur cum tempore, necesse est voce testium nec non literarum testimonio perhennari. Inde est quod nos Henricus, dei gratia dux Silesie et dominus Vratislaviensis, ad universorum tam presentium quam futurorum deferre cupimus notionem, quod fideles consules civitatis nostre Vratislaviensis, videlicet Zacharias, Engilgerus [12]), Petrus Colneri, Arnoldus Colneri [13]), Dithmarus Ruthenus, Conradus de Lembere [14]), cum tota universitate ejusdem civitatis coram nobis constituti sepius proposuerunt, quod Henricus, advocatus hereditarius dicte civitatis nostre, ipsos in multis causis et negotiis cum non contingentibus indebite aggravaret. Nos vero cupientes predictis nostris consulibus et civibus in remedio succurrere opportuno, nostro baronum maturo habito consilio, propter bonum pacis commodum et utilitatem nostre civitatis jam dicte, cum predicto Henrico advocato commutationem fecimus, dantes sibi villam nostram Lukowicz pro advocatia et curia sua prope murum sita, sibi suisque successoribus jure hereditario in perpetuum possidendam. Ita quod predicti nostri consules et cives possent esse ab aggravatione indebita perpetuo liberi et soluti, et scirent in futuro, qualia jura ipse prefatus advocatus, quicunque esset, deberet habere

12) *Klose* hat beide zuerst aufgeführte Namen als Vor- und Zunamen einer einzigen Person angesehen, welchen Irrthum *Grünhagen* a. a. O. S. 18 Note 5 berichtigt.

13) *L.* „Corneli"; *Pol* „Culneri".

14) Löwenberg.

pariter et tenere: unde volumus, ut quicunque se trahit vel traxerit ad judicium nostre curie, quod advocatus sepedictus nihil debeat habere in ulla causa, nisi quantum ipsum contigerit in perceptione triginta solidorum. Preterea volumus, ut quicunque nostram emerit advocatiam seu a nobis habuerit, non gravet aliquem pro quacunque causa, que ad collum vel ad manum se extendit, ultra decem marcas usualis ponderis et monete, de quibus advocatus provincialis tollet duas partes, advocatus siquidem hereditarius tantum suam tertiam partem tollet. Insuper addicimus, si alique cause emerserint magne vel parve intra muros civitatis vel extra, sive in pascuis seu in hereditatibus spectantibus ad spacium civitatis, et in judicium curie nostre vel ad nostram presentiam de civili judicio tracte fuerint vel deducte, ibidem scabini nostre civitatis Vratislaviensis sedere debeant et dare sententias et secundum jus civitatis judicare; salva tamen nostra majori pena, que ad nos pertinet atque spectat, et nostro judice presidente. Ut autem hec nostra donatio habeat robur perpetue firmitatis, hanc paginam nostro sigillo duximus consignandam. Actum et datum Vratislavie per manus Baldwini notarii curie nostre, anno domini M. CC. LXXXI quarto nonas Maji, presentibus his dominis Petro prothonotario nostro, Radzlao Dremlica, castellano in Retschen, Pacoslao marschalco nostro, Nenkero, Simone Gallico, Nicolao Rufo et aliis quamplurimis fide dignis."

Gedruckt b. *Lünig* a. a. O. S. 233, 34; deutsch b. *Drescher* a. a. O. S. 49, 50. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 540, 41 und bes. *Grünhagen* a. a. O. S. 23—25.

18 **1283**, Sept. 12. Herzog Heinrich IV. bestätigt seiner Stadt Breslau alle „in locacione civitatis" derselben von seinem Vater verliehenen „jura, statuta seu constituciones Magdeburgenses." Es begreift aber die Urkunde ausser dem die Rechts-Confirmation aussprechenden Prooemium sechs ausscheidbare Bestandtheile, nämlich A., die §§. I—LXIV des Schöffenweisthums v. 1261 mit den Schlussworten: „Hec sunt jura, que in instrumento autentico felicis memorie patris nostri ducis Heinrici conscripta diligenter invenimus et per eundem indulta civibus antedictis"; B., die gnadenweise Sanction der „juris articuli", welche die Ausfertiger des Schöffenbriefs, „per negligenciam aut ignaviam . . . propter cedule brevitatem" hinweggelassen, die Breslauer aber eigenmächtig („indiscretis usi consiliis") nachgefordert und dem Originale „in alio latere instrumenti ejusdem temere" beigeschrieben hatten; C., diese, die §§. LXV—LXXIX des Weisthums bildenden Zusätze selbst; D., die Gesammtbestätigung aller „suprascripta jura atque statuta, prout presenti pagine sunt inscripta", jedoch „salva semper . . . interpretacione, quam dux Heinricus una cum duce Wladyzlao in derogacionem quorundam articulorum predicti juris interponere decreverunt ad commodum et profectum civitatis et civium predictorum, prout in instrumento ipsorum super hoc confecto legitime continetur"; E., eben diesen, die Abänderungen des magdeburgischen Rechts enthaltenden Rechtsbrief v. 16. Dez. 1261 [nr. 3] nach seinem vollständigen Wortlaute; endlich F., die neuerliche Einschärfung aller jener „in obrogacionem juris Maydeburgensis" gegebenen Bestimmungen nebst üblicher Schlussformel, sowie Angabe der Ausstellungszeit, der Zeugen (darunter eines „magister Jacobus legum doctor") und des vollziehenden Notars [15]).

Abdrücke: a) in der *Sammlung* allerley bisher ungedruckter Urkunden, Nachrichten und Abhdl. zur *Preuss.* Geschichte Bd. II (Danzig 1748. 8°.) Stück IX S. 548 flg. — b) in J. E. *Böhme's* Diplomat. Beyträgen Thl. I S. 32, 33. — c) b. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. LXXVI S. 400, 401. — d) bei *Gaupp* a. a. O. S. 250—56. Vgl. dazu *Klose* a. a. O. S. 542 flg., *Gaupp* a. a. O. S. 51 flg. 208—12, 256—58 und Fr. *Ortloff* in Schunck's Jahrbb. der jurist. Lit. Bd. X (1829) S. 288—94.

1290, Jul. 22. Herzog Heinrich V. 19
von Schlesien-Breslau verbessert und bestätigt, „cum post solum deum per carissimos et fideles cives Wratislavienses pariter et per terrigenas Wratislavienses ducatum Wratislaviensem et dominium consecutus esset, dignum fore censens, ut beneficia beneficiis recompenset", den Bürgern seiner Stadt Breslau „sub prestito juramento concessiones omnes, donaciones, jura et privilegia", welche sie von seinen Vorfahren und namentlich bei der ersten „locacio" erhalten hatten, darunter hauptsächlich das Meilenrecht in Bezug auf Kaufkammern und Krame, Bäcker, Schuhmacher, Fleischer, Schenkwirthe und sonstige Handwerke hervorhebend, und macht auch seine Erben oder Nachfolger mit einem Eide verbindlich, diese Freiheitsbestätigung nicht zu brechen, indem er zugleich alle Privilegien oder Schenkungen, welche von ihm oder seinen Nachkommen aus Unwissenheit oder Vergessenheit zum Nachtheile der Stadt

15) Ueber das Siegel an der Urkunde s. J. G. T. *Büsching*. Descriptiones authent. nonnullorum sigillorum medii aevi in tabulis Silesiacis repert., Vratisl. 1824. 4°., p. 2 c. tab. II Nr. II.

Breslau ertheilt werden sollten, um obigen Eides willen für ungültig und unwirksam erklärt. (R.) *Pol* a. a. O. S. 84b; *Henel* l. c. p. 39; *de Sommersberg* l. c. p. 332; *Klose* a. a. O. S. 563, 64 [16]).

1290. Der Rath der Stadt Breslau er-
20 lässt „in der bedrängten Zeit nach dem Tode Heinrich's IV., wo die Bürger dem zum Erben designirten Herzog von Glogau ihre Thore verschlossen“, einen öffentlichen Aufruf an die gesammte städtische Bevölkerung zur Wachsamkeit und Vertheidigung der Stadt gegen Verrath. Dieser älteste Rathserlass, nur in einem grösseren Bruchstücke mit einem offenbar durch unkundige Abschreiber sehr verderbten Texte auf uns gekommen, lautet: „Heu mortuo duce et capite perdito nos ipsi diligentem custodiam et vigilias teneamus, sicut diligitis corpus, res et honores. Civitas est plena hominibus et non possunt expelli. Hospites malos expellatis circa patebulum et per noctem non teneatis; spolia fiunt extra civitatem, vobis manifestamus et conquerimur, et exploratores, et non possumus prohibere. Date nobis consilium et auxilium, qualiter expellentur. Percepimus, quod civitas esset [et fuit] tradita. Et debebant viginti esse cum capitaneo suo ante quamlibet domum lapideam, quilibet habeat suum gewer, gladios, fustes, lanceas. Defendite vitam vestram. Non vultis in valvis jacere nocte et non vigilare? Qui non jacebit in valva, fertonem dabit, qui non circulabit in civitate, dabit dimidium fertonem, sive pauper sive dives, sive lantman sive civis, seu sit nesic [17]). Qui est qui undique vadit in civitate et damnum facit, destruetur in rebus et in corpore. Volumus, quod quilibet hospes [18]) habeat in domo suo balistas, arcus et lapides super domos suos et habeat gereit et parata arma ejus cura. Volumus etiam, quod quatuor vigiles sint inter quamlibet valvam, et quibus precipitur vigilare per noctem, si non vigilabit, dabit dimidium fertonem. Lapides debent duci super valvas et murum; acquiremus vectores, qui adducent super domus civitatis, et de cujus domo fiet aliquod damnum, suspendetur cum hospitibus cum uxore et pueris. Unde custodite. Multa mala fiunt per malas mulieres; decrevimus illas domos frangere, si non . . . . . .“ Gedruckt b. *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 150, 51 [mit S. XV, XVI]; in deutscher, zum Theile freilich etwas willkürlicher Uebertragung b. *Klose*, Darstell. der inneren Verhältnisse S. 192 (z. J. 1290). Vgl. *Grünhagen*, Breslau S. 90, 91.

1291, Jan. 23. Herzog Heinrich V. 21
beschliesst, um seine Stadt Breslau vor feindlichen Angriffen besser zu schirmen, „de communi consilio consulum civitatis Wratislaviensis“, den Fluss Ohlau mittels Anlegung eines Verbindungsgrabens „circa dictam civitatem ducere.“ (R.) *de Sommersberg* l. c. p. 332; *Klose*, Dokum. Gesch. Bd. I S. 565.

1295, Nov. 8. Die Schöffen von **Mag-** 22
deburg nehmen „mit der Ratmanne unde der Stat Volge unde Wilkore“ eine neuerliche Aufzeichnung von Rechtssatzungen vor, welche sie „durch Liebe unde Vruntschaft zu Rechte geben unde senden iren lieben Vrunden, den Burgern der Stat Wrezlaw.“ Dieses **zweite Rechtsweisthum**, dessen unmittelbare Veranlassung im Dunkeln liegt, umfasst XXIII meist kurze Artikel, von welchen blos einzelne in einem Zusammenhange mit der Rechtsmittheilung v. 1261 [nr. 3] stehen, während die übrigen weder auf diese noch auf den Sachsenspiegel direct zurückgeführt werden können. Ihr Inhalt betrifft das Forum und Verfahren bei Klagen „umbe Gelt“; den Zahltermin für Wergeld, Busse und Gewette [19]); die Wirkungen der Befrohnung; die Ansprache abgestohlener und geraubter Mobilien, namentlich den Anevang bei entwendeten Pferden [20]); die Schuldforderung „nach toter Hant“; den Beweis einer Nothwer-Wundung im „Orhap“ [21]); den Entschuldigungseid des Vaters für den „binnen sinem Brote“ befindlichen Sohn [22]); den Rechtsgang bei Anklage von Frauen, welche „in hanthafter Tat an Totslage oder an kamphberer Wunde begriffen“ werden; die Erbtheilung unter „zwierhande echten Kinderen“; die Verunglimpfung eines Schöffen im gehegten Dinge „uf der Bank mit unbillichen Worten“ [23]); die Klage und Verfestung bei Todtschlägen und Körperverletzungen [24]); das Verhältniss der Bürgenstellung zum Wergelde; den Selbsiebnereid „biderver“ Männer bei Tagstreiten und nächtlichen Verbrechen [25]); das Vorsprecher-Amt; die Frauen-Rade [26]); die Unstatthaftigkeit eines „Ellenden-Schwurs“ in peinlichen und Schuldsachen; die Kraft des

16) Vgl. auch oben nr. 7, 11.

17) *Klose* scheint „resic“ gelesen zu haben und übersetzt „Reisig“. Das Wort ist offenbar verunstaltet.

18) Hauswirth, Hausbesitzer.

19) Anders im Weisth. v. 1261 §. 19.

20) Weisth. v. 1261 §. 44.

21) Vgl. Weisth. v. 1261 §. 53.

22) Vgl. dess §. 75.

23) Vgl. dess. §. 32.

24) Vgl. dess. §. 13.

25) Vgl. dess. §. 27.

26) Vgl. dess. §. 58 Z. 2.

gerichtlichen Eidgelobens bei Vergehen; die Unfähigkeit von Kindern zu „Degedungen, sie ne komen alrerst zu iren Jaren; den Einhandeid und das Gezeugniss bei Störungen der Gewere; endlich die Befreiung der magdeburger Bürger, „die wile daz sie rechte Tegedinge halden nach der Stat Rechte unde sich vor irem Herren dem Bischophe, dem Burchgreven unde dem Scultheizen zu Rechte erbieten nach der Stat Rechte“, von jeder Ladung „in ein ander Gericht buzen der Stat.“

Abdrücke bei *Gaupp* a. a. O. S. 259 - 65, *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. XCVI S. 428—32. Vgl. dazu *Gaupp* a. a. O. §. V S. 69 flg., *Ortloff* a. a. O. S. 295 - 98, *Stobbe* a. a. O. S. 516, 17.

23 **1303.** „Die Schuster zu Breslau erwirken eine Bestimmung, dass nur zwanzig Schuhflicker sein sollten, die nur an Markttagen und der Erntezeit vier Wochen lang feil halten, keine neue Schuhe anfertigen, sondern nur alte besohlen, keine rothe Riemen um die Schuhe machen, und nur einen Gross- und einen Kleinknecht halten durften.“ *Grünhagen*, Breslau S. 33.

24 **1305**, Oct. 27. Herzog Boleslaus III. von Schlesien bestätigt den Bürgern seiner Stadt Breslau, um dieselbe in Aufnahme zu bringen, alle von seinen Vorgängern herrührenden auf die „camere sub mercatorio“ (d. i. die Tuchkammern) bezüglichen, sowie übrigen ihnen verliehenen Rechte und Freiheiten, mit der Versicherung, sie im Genusse solcher nicht schmälern, sondern erhalten zu wollen, und verordnet, dass der Gewandschnitt lediglich den [patrizischen] Besitzern der [gleichsam das Recht tragenden] Tuchkammern, sonst aber Niemanden, namentlich nicht den Neustadtbürgern, den Nonnen (d. i. wollenwebenden Beghinen), den Krämern und Reichkrämern, erlaubt sein solle, indem die Zuwiderhandelnden unnachsichtlich den althergebrachten an den Herzog oder seinen „magister camere“ und die Bürgerschaft zu entrichtenden Geldbussen verfallen würden, sowie dass nunmehr blos drei Personen zum gemeinschaftlichen Kaufe eines ganzen Tuch-Stückes zusammentreten dürften. (R.) *Klose* a. a. O. S. 595, 96. Vgl. dazu *Grünhagen* a. a. O. S. 64, 65.

25 **1305**, Oct. 27. Derselbe bestimmt, wie es, wenn ein breslauer Bürger ausserhalb einer „publica gwerra“ in die Gefangenschaft eines auf Erpressung ausgehenden „maleficus“ gerathen sollte, mittlerweile mit der Verwahrung seines Vermögens an Fahrniss und Liegenschaften — des in der Stadt befindlichen durch die Rathmannen — zu halten sei. (R.) *Klose* a. a. O. S. 596.

26 **1306**, Febr. 17. Derselbe verlautbart einen mit seiner Zustimmung durch gewählte Schiedmänner (darunter sieben „consules civitatis“) in der zwischen Rath und Gemeinde von Breslau einer- und dem Erbvogte Wernher Schartelzan und seinem Sohne Dietrich allda andererseits anhängig gewesenen Streitsache, deren Gegenstand die städtischen Baugerechtigkeiten, die Viehweide-Nutzungen und die Zunft-Aufnahms- und Strafgelder („Innunge . . . Kür“) gebildet hatten, abgegebenen Schiedspruch, des Inhaltes, dass Wernher und Dietrich allen früher erhobenen vermeintlichen Ansprüchen, wie sie wirklich bereits gethan, entsagen und die Stadt nicht weiter mehr in ihren Angelegenheiten „verbo aut opere“ hindern sollten; dass künftig „unus tantummodo advocatus sive judex hereditarius in civitate Wratizlavie esse debet, qui solum nudum tercium denarium de judicio obtinebit“; dass endlich Wernher und Dietrich sich jeder „inimicitie aut controversie“ gegen die bei dem obberührten Streite Betheiligten, sowie jeglicher Anstiftung neuer Zwistigkeiten zwischen der Alt- und Neustadt Breslau', woraus Nachtheil und Gefahr für Gemeinde und Rath erwachsen würde, gänzlich zu enthalten schuldig seien. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. CVI S. 478—80. Vgl. dazu *Grünhagen* a. a. O. S. 26.

1306, Sept. 2. Derselbe — nun in eigner Person in einem Streite der Altstadt-Bürger mit jenen der Neustadt, welche letzteren von ersteren der Verletzung ihrer Gerechtsame und Privilegien in Ansehung des Grundbesitzes und Gewerbebetriebes beschuldigt worden und auch allerdings nicht im Stande waren, die Rechtmässigkeit ihrer Ansprüche urkundlich nachzuweisen, da die gütliche Beilegung des Zwistes um der Abwendung von Unglück und Gewaltthat willen wünschenswerth erschien, zum Schiedsrichter angenommen — ertheilt nach längerer Berathung mit seinen Baronen nachfolgenden Bescheid: „— salvis omnibus juribus, privilegiis, donationibus antique civitatis Vratislavie, que a nostris progenitoribus ipsis ad commoda sunt concessa, secundum tenorem privilegiorum nove civitatis, ut deinceps omnis controversia et rancorositas penitus conquiescat, volumus et mandamus, ut omnes hereditates ultra antiquum cursum fluvii Olavie, prout in originali privilegio ipsius nove civitatis expressius declaratur, ad cives Vratislavienses antique civitatis cum omnibus juribus revertantur; omnis structura camerarum, cramorum, macellorum, scamnorum, in quibus panes vel calcei venduntur, et pannorum incisio in perpetuum cesset a tempore supra dicto. Insuper no- 27

lumus et omnino prohibemus residentiam cerdonum, fabrorum, sartorum, sutorum, seu omnium aliarum artium mechanicarum, quocunque nomine censeantur, etiam cujuscunque operis exercitium, preter solos textores, qui ibidem debent et poterunt licite residere, exceptis istis, que sequuntur. De concessione et gratia principali ipsis concedimus quinque tantum pistores, qui panes supra fenestras in domibus suis vendant, et quinque tabernas et nunquam plures, et unum parvifabrum pro instrumentis textrinis corrigendis, que predicta pro necessitate inhabitantium et advenientium de gratia similiter arbitramur. Ipsis vero etiam licebit se et suam familiam vestire cum pannis, quos fecerint, nulli quicquam vendentes et hoc proborum virorum testimonio comprobante(s). Qui autem contra nostrum judicium, ordinationem sive arbitrium secus fecerint, primo secundo et tertio penas totiens incurrent duarum marcarum monete et ponderis usualis, de quibus duabus marcis due partes nobis, tertia autem Vratislaviensibus civibus persolvantur. Si qui vero pluries contra hanc nostram ordinationem et arbitrium excesserint, rei et obnoxii nobis et nostris successoribus tenebuntur, prout a nostra clementia et nostrorum successorum gratiam poterunt invenire." *Lünig* a. a. O. S. 235, 36. Inhaltsdarstellung b. *Klose* a. a. O. S. 597—99 und *Grünhagen* a. a. O. S. 63, 64.

28 **1309**, Mai 23. Die Herzoge Boleslaus III. und Heinrich VI. von Schlesien schenken den breslauer Bürgern die Fischerei am neuen Damme gegen das St. Vincenz-Kloster hin bis zur Oder, wie solche bis dahin den Herzogen zugestanden hatte. *Drescher* a. a. O. S. 64. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 600.

29 **1309**, Dez. 24. Dieselben nebst ihrem dritten Bruder Wladislaus verkaufen den Rathmannen der Stadt Breslau für 200 Mark königlicher Denare den Weida-Flusszoll, sowie die Zölle bei Lissa, Galowe und Ohlau, so dass die Bewohner genannter Stadt, welchen Standes sie auch sein mögen, an allen jenen Orten künftig nur mehr von Karrenladungen, deren Werth sich höher als 10 Mark königlicher Denare beläuft, den altherkömmlichen Zollsatz entrichten, im Uebrigen aber zollfrei sein sollen. Die Zöllner werden bei schwerer Strafe angewiesen, dieser „frommen Schenkung" nicht entgegenzuhandeln. (R.) *de Sommersberg* l. c. p. 335, *Klose* a. a. O. S. 601 [27]).

30 **1310**, März 30. Die Herzoge Boleslaus III. und Heinrich VI. bestätigen der Stadt Breslau alle seit den ältesten Zeiten von ihren Fürsten empfangenen Rechte und Freiheiten. *Drescher* a. a. O. S. 65.

1310, Apr. 28 [28]). Dieselben sammt Wladislaus wiederholen vorstehende Privilegien-Confirmation. *Drescher* a. a. O. S. 66. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 94ª, *Klose* a. a. O. S. 602, 3. 31

1311, Nov. 8. Herzog Heinrich VI. — 32
welchem durch die Theilung mit seinen beiden Brüdern die Stadt Breslau zugefallen — confirmirt nun auch für sich allein derselben alle von seinen Vorfahren ihr zu Nutzen und Ehre verliehenen Rechte und Freiheiten, dabei besonders hervorhebend, „civitatem suam Wratislaviensem fore caput, a quo tanquam ab origine aliis civitatibus suis justitia debeat emanare." *Drescher* a. a. O. S. 67. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 608, 9; 612, 13.

1311, Dez. 13. Derselbe bestätigt auch 33
der Neustadt Breslau alle Rechte und Freiheiten, wie sie solche von der Zeit ihrer Gründung an durch die Herzoge von Schlesien erhalten hatte, zuvörderst aber die „macella venalium rerum, carnificum, pistorum, sutorum et quorumlibet talium . . . . non obstante eo, si predicti cives nostri tempore adolescencie illustris principis ac dilecti fratris nostri domini Boleslai, ducis Slesie ac domini de Brega, aliquem defectum percipere in suis juribus videbantur; omnibus talibus circumscriptis volumus eorum jura inviolabiliter observari, omni contradictionis scrupulo postergato." *Klose* a. a. O. S. 613, 614. (Extr.)

1313, Jul. 14. Derselbe bestimmt zu 34
Gunsten seiner Bürger von Breslau, dass in allen die Viehweide oder den Anger vor der Stadt betreffenden, bei dem „civile judicium" oder „judicium curie" oder vor dem Herzoge selbst zur Verhandlung kommenden Grundstreiten die städtischen Schöffen nach dem Stadtrechte, jedoch unter dem Vorsitze des herzoglichen Richters und mit Wahrung der dem Herzoge gebührenden grösseren Pön, das Urtheil finden sollten. (R.) *Klose* a. a. O. S. 614.

1314. „ist von den Rathmannen, Schöp- 35
pen und ganzen Gemeinen beschlossen, der Kur der zwölf Rathmannen [deren eine Hälfte nämlich aus den patrizischen Familien und deren andere aus den Zünften genommen werden sollte] stät zu bleiben." *Pol* a. a. O. S. 96ᵇ. Vgl. *Grünhagen* a. a. O. S. 40, 41.

1314. Die Rathleute von Breslau ent- 36
scheiden als dazu gewählte Willkürrichter

27) Ueber weitere ähnliche Zollverkäufe der schlesischen Herzoge s. *Klose* a. a. O. S. 601, 2.

28) *De Sommersberg* l. c. führt dieses Privileg mit dem Datum „Prid. Kal. Apr." auf.

einen Rechtsstreit zwischen der Stadtgemeinde einer- und den Klöstern auf dem Sande, zu St. Clara und St. Matthiä andererseits, betreffend die Odermühlen. (R.) Inhaltsangabe b. *Klose* a. a. O. S. 615, 16.

Aus dem Zeitraume von 1300 bis 1315 sind uns auch zwei beachtenswerthe **Rathsverordnungen** erhalten, deren Inhalt sich auf die bei Vernachlässigung gewisser Bürgerpflichten und Polizeigebote eintretenden, namentlich im Burdinge [29]) zu erkennenden Geldbussen bezieht, wie denn besonders die zweite, vermuthlich jüngere Satzung (in 13 kurzen §§.) an sich nichts weiter, als ein zum Gebrauche in dem genannten Gerichte verfasster Straftarif ist. Von dem ersteren Statute mit den Eingangsworten „(P)ene statute sunt" liegt uns allem Anscheine nach blos ein Fragment vor, und zwar in einer durch Corruptionen theilweise bis zur Unlesbarkeit entstellten Textform. Doch kehren seine Vorschriften bis auf einzelne, z. B. über die Geldstrafen, welche die „consules non venientes" und der „non veniens ad geburdinc" zu entrichten haben, fast wörtlich im zweiten Statute wieder. Dieses letztere lautet aber:

„Hec sunt pene in geburdinc facte: 1. In valvis non jacentes seu pro se suos consanguineos ponentes dimidium ferto(nem) dabunt. 2. Item non vigilans dabit i scotum, cui precipitur; et si non vigilabit, unum dabit scotum, et precipietur sibi vigilare sicut prius, et sic ad infinitum. 3. Item quodlibet pecus destruens intrans fossata seu pueri intrantes dabunt i quartam. 4. Item pro fimo non educto ubilibet i scotum. 5. Item cui nuncius mittitur, etsi domi [30]) est, dimidium scotum. 6. Item i scotum pro workov [31]), in quocunque sit, seu in ferinis [32]), piscibus, lignis, carbonibus. 7. Item de injusta mensura sive in cervisia vel medone i fertonem. 8. Item ponentes ligna in plateas vel in forum struem lignorum dimidium fertonem, nisi cum lignis velit edificare; tunc aliquantulum possunt jacere, sed non diu. 9. Item pro igne i m(arcam). 10. Item fenum non ducatur, nisi ad octo dies; et si ultra, dabit dimidium fertonem. 11. Item ementes pisces infra miliare extra civitatem, vel quocunque sit, dabunt i scotum. 12. Item accusatus in tribus causis tribus vicibus, a triplici viro jure dampnabitur, sed si prius in aliquibus parsum est, jam non nocebit ei. 13. Item ducentibus aquam ad ignem de quolibet plaustro dimidium scotum [33])."

Gedruckt b. *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 191, 92; theilweise übersetzt b. *Klose*, Darstell. der inneren Verhältnisse S. 191, 92.

1318, Jan. 31. Herzog Heinrich VI. 37
überlässt kaufweise, indem er dadurch zugleich eine alte Schuld von 150 Mark abträgt, einer (aus acht benannten Gliedern bestehenden) Goldschmieds-Familie zu Breslau die „crematio seu purificatio argenti sue civitatis Wratislaviensis", den s. g. Brenngaden daselbst, sammt allen Nutzungen und Einkünften und mit dem Rechte freier Verfügung [34]). *Drescher* a. a. O. S. 71. Vgl. *Klose*, Dokum. Gesch. Bd. I S. 617, *Grünhagen*, Breslau S. 108.

1321, März 12. Derselbe überträgt „ad- 38
vocatiam provincialem seu judicium provinciale, hoc est duos denarios [35]), qui ducem in judicio provinciali contingunt in nova civitate prope muros civitatis Wratislaviensis, [advocatis hereditariis] dictis Schertelzianis, Joanni, Conrado et Jacobo, eorumque heredibus legitimis de gratia speciali jure hereditario perpetuo possidendam seu possidendos." *Lünig* a. a. O. S. 237 nr. XI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 620, *Grünhagen* a. a. O. S. 26 [36]).

1323, Mai 3. Derselbe verordnet auf An- 39
suchen des Rathes zu Breslau, um die falschen Eidangaben bei der Geschoss-Leistung für die Zukunft abzuschneiden, dass jeder Bürger, welcher sich eines solchen falschen Eides schuldig machen würde, „sub pena donationis sex denariorum" [37]) für immer aus Stadt und Fürstenthum verwiesen werden, dass aber in dem diese Straffälle beurtheilenden Schöffengerichte auch die Geschwornen (der Innungen) anwesend sein sollen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 620, 21; *Grünhagen* a. a. O. S. 44.

1326, Jun. 28. Derselbe bestätigt den 40

29) Ueber dieses s. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S 224 flg.

30) Stat. I „inhemis."

31) Vorkauf.

32) Wildpret.

33) Ueber die Werthe der namhaft gemachten Münzen s. *Grünhagen*, Register z. Henr. Paup. S. 169b s. v. „Moneta."

34) Einen eigenen Eid für das „amecht des Brengadens" s. bei *Grünhagen*, Henr. Paup. S. 154 nr. 4.

35) Der dritte Theil der Gerichtseinkünfte gehörte ohnehin zu dem Einkommen des Stadtvogtes.

36) Ueber einen hierauf bezüglichen, durch magdeburger Schöffenurtheil entschiedenen Rechtsstreit in der Schertelzan'schen Familie (1324) s. *de Sommersberg* l. c. p. 336 u. *Klose* a. a. O. S. 622, 23.

37) „Einem solchen Meineider hat man vor Zeiten einen Beutel, darinnen sechs Heller gelegen, an den Hals gehänget und verwiesen." *Pol* a. a. O. S. 100b.

(bereits 1324 abgeschlossenen) Verkauf der Erbvogtei über die Stadt Breslau von Seite Jacob Schartelzan's [38]) an den Rath (Namens der Bürgergemeinde) für 420 Mark, und verleiht dem Letzteren aus besonderer Gnade die Befugniss, nach Belieben einen Richter als Vorsitzer im Schöffengerichte ein- und wieder abzusetzen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 625, 26. Vgl. *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 50, 51 Note 2 und Breslau S. 45 m. Note 2.

41 **1327**, Jan. 13. Derselbe verleiht seinen Bürgern zu Breslau eine Reihe von Begünstigungen, betreffend die Form der Beeidigung der neu-gekorenen Rathmannen, den Wegfall der bis dahin üblich gewesenen Ausscheidung des Erbes in Vater- und Muttertheil, und die Exemtion der genannten Bürger vom Zaudengerichte in Schuldklagsachen: „— elargimur publice per presentes, (§. 1) quod annis singulis novi consules in civitate nostra Vratislaviensi per antiquos electi idem juramentum, sicut nobis juramentum illud jurarunt, prius jurare deinceps antiquis nostris consulibus tenebuntur. §. 2. Insuper ad memoriam cum diligentia revocantes, quod dissensionis ac controversie multiplex materia inter predictos nostros bone fidei cives Vratislavienses pro portione, que vulgariter muterteil und vaterteil nominatur, sepius est suborta, propter bonum pacis volentes rancoris scrupulum quoad hoc penitus suffocare inter cives nostros prius nominatos, eandem matris et patris partem per presentes totaliter irritamus, concedentes sepe dictis constantis fidei nostris civibus Vratislaviensibus, imo maritis et mulieribus legitimis eorum, utriusque sexus et etatis hominibus eorumque posteris universis, quod villas predia allodia et generaliter omnia bona eorum, tam mobilia quam immobilia, que in ducatus nostri dominio habent pro presenti et habituri sunt in temporibus futuris, tenere habere et possidere debent, quoad hanc predictam portionem, que muterteil und vaterteil vocatur, consequendam, eo jure, quo in civitate nostra Vratislaviensi prenarrata habent tenent et possident bona sua, exclusis tamen illis bonis, que nomine feudi possident cives nostri, in quibus pro nobis et nostris successoribus feudum cum nostro jure et dominio specialiter reservamus. §. 3. Addicimus tamen prehabitis, gratia pretacta facta civibus non obstante, quod omnium bonorum predictorum, que extra civitatem in terra nostra possident, presentatio resignatioque debet fieri coram nobis; dominium vero et jus, quod nobis in eisdem bonis convenit, per hujusmodi gratiam a nobis nolumus removeri. §. 4. Etiam ex fidelium nostrorum multiplici querela advertentes, multos in czuda [39]) et jure Polonicali pro debitis, expensis et sumptibus minus debite fatigari, predicte civitati nostre Vratislaviensi deliberato animo duximus erogandum, quod nullus pro debitis in jure, lingua et czuda Polonicali questionem movere aut respondere de cetero alteri debeat quoquam modo.“ *Lünig* a. a. O. S. 236, 37. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 625, 26; *Grünhagen* a. a. O. S. 46.

1327, Jan. 13. Herzog Heinrich VI. gibt seiner Stadt Breslau eine neue, um Missverständnissen vorzubeugen [„ne Latinum eloquium gratie nostre presentibus subscripte dubium in exponendo ingerat, aut in intelligendo simplicibus prestet aliqualiter difficultatem, ne etiam verborum intricatio audientibus tedium parturiat quoquo modo“] in deutscher Sprache („in ydiomate theuthonico“) abgefasste, XXXV „articuli“ begreifende Zollrolle. *Grünhagen*, Breslau Beilage 2 S. 119—22 mit S. 102—5. Vgl. auch *Klose* a. a. O. S. 625. 42

1327, Jan. 6—13. Derselbe erlässt für die Bürger seiner Stadt Breslau eine Verordnung über die vermögensrechtlichen Wirkungen der Entführung, sowie der Verehelichung von Frauenspersonen ohne Verwandten-Consens, und über die Stadt- und Landesverweisung als Folge des (wenn auch gesühnten) Todtschlages: — „§. 1. Wirt ein mayt adir ein weip mit gewalt inpfurit, vnd di mayt adir das weip danoch wider hie blibit mit dem, der sy inpfurit hat, dy sal darbin vnd inperin alles jr guts vnd erbis, das sy hat adir sy anersterbin mac, dewile derselbe intfurer lebit; desselbin ires guts vnd anevallis shal sich die stat vnderwindin, der vrowin vnd iren kindirn adir irin nehstin erbin zu behaldene bis noch des inpfurirs tode. §. 2. Neme abir ein maidt adir ein weip ane ire negstin vnd wiczegistin frunde rat einin man von iris selbis willin, dy shal inperin alle irs gut vnd anevallis, diewile das se lebit. Gewinnet abir se kindir, di sollen is habin noch irre mutir tode. Diewil abir di vrowe lebit, so shüllin sich die ratmanne czw Wretslaw von der stat wegin iris guts vnd anevallis vnderwindin zu behaldene der 43

38) Dieser hatte nämlich, nachdem 1324 eine Erbtheilung in seinem Hause über die Vogtei in der Art vollzogen worden war, dass die Vorrechte und Einkünfte des Amts in vier Theile geschieden wurden, durch Verzicht der anderen Erbberechtigten, ¾ der Vogteigefälle in seiner Hand vereinigt.

39) Ueber dieses alt-slavische Landgericht s. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S. 79 flg.

vrowin kindirn adir irin negstin erbin. §. 3. Dornoch geben wir och den vorgenantin vnsirn getruwin burgern vnd der stat zw Wretslaw von gnadin vnd sonderlicher gonnst, ob von vngshicht, do got nicht welle, ein man den andirn czu tode sluge, vnd ab derselbe morder sich vmme den todslac berichte kegin den sachwaldin, das er doch noch der berichtunge obir czwei jar zw der stat noch zw des landis hulde widir mage komin." *Klose* a. a. O. S. 626—28. Vgl. *Grünhagen* a. a. O. S. 46, 47.

44 **1327**, März 26. Die Rathmannen der Stadt Breslau beurkunden, nachdem sich bei ihnen die „ersamen luete ire burger, di cromer algemeine" daselbst über „manchirhande gebrechin an irre cromerie" beklagt hatten, „noch rate unde lere irer eldistin" in Form eines Weisthums („rede") eine Reihe bestehender Satzungen über den Handel mit „speczerie" (namentlich „seife, alune, komil, lakericze, oley, rys, mandil") und mit Waaren, „di man mit der elin snidit", sowohl für die städtischen Ganz- und Halbkrambesitzer, darunter besonders „die armin cromer", als auch für die Gäste, sich jedoch hiebei ausdrücklich vorbehaltend, dass „di Ratmann czu allin geczitin sullin gewaldik sin, di vorgenantin sachin czu merin vnde czu minrin noch dem, das sich die dink schickin, in den landin vnde in der stat." *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 96, 97. Vgl. dazu *dessen* Breslau S. 47, 101, 2.

45 **1327**, Apr. 6. König Johann von Böhmen bestätiget an demselben Tage, da ihm durch Vertrag mit Heinrich VI. das Herzogthum Breslau als böhmisches Lehen zufällt, und zwar mit einem, auch seine „successores regni Boemie" verpflichtenden Eide, den „consules wratislavienses nomine totius universitatis wratislaviensis civitatis" auf deren Bitten a) das Privileg Herzog Heinrich's V. „qui ventrosus dicebatur" von Schlesien v. 22. Jul. 1290 [nr. 19], unter wortgetreuer Einrückung desselben, und b) alle übrigen der Stadt Breslau durch den eben genannten Fürsten, sowie dessen Vorfahren und Nachfolger verliehenen „donationes, concessiones, jura et privilegia"[40]). *Lünig* a. a. O. S. 238, 39. Vgl. *Grünhagen*, Breslau S. 60.

46 **1327**, Apr. 10. Derselbe gewährt den Bürgern der Stadt Breslau die Freiheit, alle ihnen erb- und eigenthümlichen Grundbesitzungen, also mit Ausnahme von Lehengütern, vor dem Burggrafen und den Rathleuten ohne Gebühr rechtsbeständig übereignen zu können. (R.) *Klose* a. a. O. Bd. II Thl. I. S. 102. Vgl. *Grünhagen* a. a. O. S. 61.

1327, Aug. 2. Herzog Heinrich VI. 47
ertheilt, um dem durch Nachlässigkeit der Bäcker zuweilen entstehenden Brodmangel („quod sepe habens numisma dativum debito nostro Wratislaviensi charactere figuratum, panem pro sua necessitate venalem non reperit") für die Zukunft vorzubeugen, dem Rathe zu Breslau aus besonderer Gnade die Befugniss, a) so oft es ihm nützlich und erspriesslich zu sein scheine, einen freien Markt anzusetzen, und dann denselben nach Gutdünken auch wieder aufzuheben; ferner b) am Sonntage die Abhaltung eines Brodmarktes zu gestatten, beziehungsweise solchen wieder einzustellen, womit jedoch der Stadt an ihrer althergebrachten Freiheit des regelmässigen Donnerstags-Brodmarktes nichts benommen werden solle — „ut non solum esse et vivere, sed bene esse et bene vivere in civitate nostra in perpetuum conservetur." (R.) *Pol* a. a. O. S. 104[a]; *Klose* a. a. O. Bd. I S. 628, 29; *Grünhagen* a. a. O. S. 47.

1327, Aug. 9. Derselbe gibt den drin- 48
gend geäusserten Wünschen der vor ihm „sanis mentibus et in bona suorum valetudine corporum" erschienenen Räthe [„consules, jurati, seniores"] und Gemeinden der Alt- und Neustadt Breslau, sie in Ansehung ihrer Rechte, Gesetze und Gründungsfreiheiten zu Einem Gemeinwesen zu vereinigen, nachdem die „cives civitatis nove Vratislavie adeo innitebantur, quod omnibus privilegiis super fundatione novè civitatis, locatione, legibus et juribus ab antiquo habitis et confectis voluntarie renunciarint et privilegia eadem in manus . . . consulum antique civitatis presentialiter obtulerint, ita (ut) si aliqua in postremo tempore instrumenta in lucem producerentur de dicte nove civitatis juribus, legibus et locationibus, nullius debeant esse reputationis perinde nec vigoris", unter Beirath seiner Getreuen nach und bestimmt: „novam civitatem, cives, incolas ejus et totam inibi universitatem cum omnibus suis pertinentiis, juribus, legibus, fundatione, locatione et greniciis, quibus fuit a civitate antiqua disjuncta usque modo, transferimus in jura, leges, fundationem, locationem et grenicias predicte nostre civitatis antique Vratislavie de nostre liberalitatis munificentia singulari, omniaque eorum privilegia super locatione, legibus et juribus per dictam novam civitatem habita, nostre antique civitatis consulibus presentata, aut si que negligenter, accidentaliter aut scienter

40) Am gleichen Tage confirmirte König Johann auch die Privilegien des Fürstenthums Breslau, darin allerdings der Bürger der Hauptstadt, z. B. ihres priv. de non evocando, besonders gedenkend. *Klose* a. a. O. II[a], 100 flg. *Grünhagen* a. a. O. S. 60.

fuerint occultata, totaliter irritantes eorumque efficaciam, quam hucusque dicte litere habuerant, simpliciter anullantes; cupientes, qui sibi actibus in omnem diem communicant, ut nostros cives et incolas utriusque civitatis predicte, sub una et eadem juris regula in perpetuum contineri. Sic enim in nostro principatu et monarchia mali possunt ab eorum excessibus poenis congruis melius coherceri, bonique ob eorum meritum laudis premio coronari, et in dictis civitatibus pax tranquillitasque magis persistere in perpetuum poterit et manere. Nam ad amicitie pacis et concordie foedera exigitur, connutritos eisdem legibus et juris regulis obedire." *Lünig* a. a. O. S. 237, 38. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 103b; *Klose* a. a. O. S. 629, 30; *Grünhagen* a. a. O. S. 45.

49 **1327**, Oct. 2. Herzog Heinrich VI. schafft auf Bitte der Bürger zu Breslau zu deren Gunsten den Zoll bei dem Waida-Flusse für Reitende und Fussgänger, Wagenfuhren und Treibvieh ab. (R.)[41]) *Klose* a. a. O. S. 630, 31.

50 **1328**, Jul. 26. Derselbe überlässt dem Rathe der Altstadt Breslau — „cupiens suorum progenitorum inherere vestigiis, censum hereditarium nove sue civitatis . . . pro reparatione ac structura pontium . . ., ex unione, qua dictas civitates suas, antiquam nempe et novam, de beneplacito suo ac speciali benevolentia fecit adunari." *Lünig* a. a. O. S. 239. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 631; *Grünhagen* a. a. O. S. 46.

51 **1329**, Jan. 13. Lukas von Waldow und seine Ehefrau Margaretha verkaufen die Erbvogtei in der Neustadt sammt allen Zubehörungen und Nutzungen an den Rath und die Bürgerschaft zu Breslau, welchem Verkaufs- und Auflassungsacte Herzog Heinrich VI. seine Bestätigung ertheilt. *Drescher* a. a. O. S. 72. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 631.

52 **1331**, Aug. 16. König Johann von Böhmen erlaubt dem Rathe („magistro civium, consulibus et juratis") der Stadt Breslau, „ut omnes et singulos spoliatores, predones ac invasores personarum aut rerum violentos, infames etiam aut proscriptôs tabulis annotatos captivare, occupare seu arrestare, ac judicare in vita vel in morte secundum justitiam valeant", und zwar mit dem Beifügen, dass, wenn etwa die Gefangennahme eines solchen Missethäters wegen Uebermacht seines Herrn oder sonst aus einer gewissen Scheu nicht sofort geschehen könne, das Versäumte bei jeder künftig sich darbietenden günstigen Gelegenheit nachgeholt werden dürfe. *Lünig* a. a. O. S. 236 nr. IX[42]). Vgl. *Klose* a. a. O. Bd. II Thl. 1 S. 105, 6. Ueber die Unrichtigkeit der im Liber magn. priv. und bei Lünig dem Documente beigesetzten Jahrzahl 1320 s. *Grünhagen* a. a. O. S. 67.

1331, Sept. 1. Derselbe gibt, um den Sittlichkeitszustand in Breslau zu heben, den Rathmannen der Stadt die Vollmacht, „ut universis civibus et incolis civitatis ejusdem ac singulis ipsam civitatem intrantibus, cujuscunque dignitatis, preeminentie, status seu conditionis existant, cultellos enses et gladios ac arma alia qualiacunque inhibeant in perpetuum, omnesque eos, qui contra eorum inhibitionem dicta offendicula gestaverint, modo, quo eis expedire videbitur, punire possint et debeant"[43]), und fügt noch die Bewilligung eines „pro melioratione et reparatione stratarum viarum pro muris civitatis Vratislaviensis existentium" verwendbaren Wagenpfennings hinzu. *Lünig* a. a. O. S. 240 nr. XVII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 107, 8. 53

1331, Oct. 19. Derselbe ertheilt dem breslauer Stadtrathe die unbeschränkte Erlaubniss, alle von Bürgern und anderen Personen (**Schutzgenossen, Fremden**) „ausu temerario" verübten „excessus seu insolentias aut enormitates" auf das strengste zu ahnden, und ferner „si quis *pro*scriptorum in ipsa civitate Vratislaviensi vel extra civitatem deprehensus vel inventus fuerit, quod de ipso judicium facere poterunt, quantum justitia persuadebit." *Lünig* a. a. O. S. 239, 40 nr. XV. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 106b; *Klose* a. a. O. S. 108; *Grünhagen* a. a. O. S. 67, 68. 54

Es ward hier in der Schlussstelle die durch Pol und Klose beglaubigte LA. „*pro*scriptorum" aufgenommen, wonach der Rechtsbrief zwei völlig selbständige Privilegien criminellen Inhalts begreift. Dagegen findet sich bei Lünig die Variante „*prae*scriptorum", und hienach würde nur von einer einzigen in der Urkunde enthaltenen Befugniss des Rathes gesprochen und der Sinn obigen Textes mit Grünhagen dahin gedeutet werden müssen, dass der Rath einen jeglichen Frevler und Missethäter mit aller Strenge bestrafen möge, „selbst wenn man ihn ausserhalb der Stadt ergreift."

1331, Oct. 19. Derselbe befreit die breslauischen Bürger ihren Bitten entsprechend von dem Waarenzolle in Königsbrück, anstatt dessen sie nur noch von jedem Zugpferde einen Groschen prager Münze ent- 55

41) Dasselbe spricht ein Priv. König Johann's v. 8. Apr. 1327 aus. *Klose* a. a. O. IIa, 102.

42) Der Eingang bis zu den Worten „in vita vel in morte secundum" steht auch bei *Grünhagen*, Henr. Paup. S. 97 nr. 111.

43) Vgl. *das.* S. 57 Note 1.

richten sollen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 108, 9; *Grünhagen* a. a. O. S. 101.

56 **1336**, Febr. 1. Derselbe erlässt eine Verfügung über die Mahlmetze der Müller in Breslau. (R.) *Klose* a. a. O. S. 112, 13.

57 **1336**, Febr. 2. Derselbe erneuert die schon früher in Briefen und mündlich („viva voce") ausgesprochene Aufforderung an Bürgermeister und Rath der Stadt Breslau, „in facinorosos et malos ac delinquentes quoslibet" mit angemessenen Strafen — „ita ut pena unius sit ceteris in exemplum" — zu verfahren, jedes der Rechtshandhabung entgegenstehende Hinderniss zu beseitigen, „et presertim ad resistendum partialitatibus, unde nonnulla interdum scandala oriuntur, (et) si que insurgerent in civitate, ad tranquillandum eas hinc inde, prout honori et commodo (civitatis) visum fuerit utilius expedire." *Lünig* a. a. O. S. 240 nr. XVI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 106, 7; *Grünhagen* a. a. O. S. 73, 74 m. Note 3.

Diese mit keiner Jahrzahl versehene Urkunde haben Lünig und Klose unter die Documente aus dem J. 1331 eingereiht, obwohl ihr Inhalt nicht recht dahin passen will. Grünhagen hat aber noch andere erhebliche Gründe aufgefunden, welche es höchst wahrscheinlich machen, dass der Rechtsbrief erst dem J. 1336 angehöre, und will daher die darin erwähnten, der Ruhe und Ordnung gefährlichen Parteien-Spaltungen auf den wenige Jahre früher (1333), theilweise um der drückenden Steuerlast willen ausgebrochenen und mit drei Bluturtheilen geendigten Tuchmacher-Aufruhr wider den patrizischen Rath und dessen Privilegien gedeutet wissen. Ueber diesen Aufstand s. *Klose* a. a. O. Bd. I S. 633 flg.; *Grünhagen* a. a. O. S. 69—73 mit Beil. I S. 116—18.

58 **1337**, Jan. 7. König Johann schafft in Breslau das jus Polonicum völlig ab, unter Wiederholung der bereits zehn Jahre früher durch Herzog Heinrich VI. [nr. 41] den dortigen Bürgern zugestandenen Befreiung vom Zaudengerichte. S. *Stryk*, Diss. de jure Silesiorum Saxonico, Hal. Magdeb. 1704. 4°, Cap. II §. 9. Vgl. *Klose* a. a. O. Bd. II Thl. I S. 115.

59 **1337**, März 26. Derselbe erlässt „pro commodo et necessitate terre sue" eine Reihe von Satzungen, darin auch besonderer Zoll- und Jurisdictions-Gerechtsame seiner Stadt Breslau ausführlich gedenkend: — „Propter viarum emendationem circumquaque ad unum miliare civitatem Vratislaviensem per quatuor annos continuos de quolibet curru onerato intrante et exeunte Vratislavia unus parvus denarius recipiatur. Item si aliquis canonicorum vel clericorum, cujuscunque status aut dignitatis existat, per aliquem laicum in rebus vel persona offenderetur, vel si forte inter ipsos questio mota fuerit pro quibuscunque causis criminalibus vel civilibus debitorum et decimarum, exceptis causis, que ecclesiastica sacramenta tangere dinoscuntur; si tunc dictus laicus offensor in civitate Vratislaviensi resideat et pro satisfactione et emendatione consules civitatis ejusdem requirantur, qui si clerico leso sufficientem et rationabilem satisfactionem ordinaverint: extunc clericus predictus molestatus contentari omni modo debet, et deinceps nullam spiritualis judicii in dictum laicum inferre debet sententiam aut gravamen. — — Item si vasalli aut terrigene terre Vratislaviensis ad ipsam civitatem Vratislaviensem pervenerint, ibidem pro causis, que contra eos moventur, coram judice et judicio civitatis tenebuntur respondere." *Lünig* a. a. O. S. 312, 13. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 115—18.

1337, März 29. Derselbe hebt auf Vorstellung des Rathes zu Breslau das bis dahin dreimal des Jahres abgehaltene Vogt-Ding, als den Rechten der Bürger nachtheilig, gänzlich auf, und schafft den bei Forderungen „nach todter Hand" (d. i. gegen Erben) üblich gewesenen Eid der Gläubiger mit sechs Schwurgehülfen für die Zukunft ab. (R.) *Klose* a. a. O. S. 118. 60

1337, Jun. 16. Derselbe verleiht der Stadt Breslau zur Förderung ihres Handels einen Jahrmarkt, den Bürgern die Festsetzung der Abhaltungszeit überlassend, und erklärt alle den Markt besuchenden Kaufleute acht Tage lang für ihre in die Stadt und aus derselben gehenden Waaren zollfrei (R.) *Klose* a. a. O. S. 118, 19. 61

1337, Oct. 16. Derselbe überträgt dem Rathe von Breslau den ausschliesslichen Salzverschleiss in der Stadt. (R.) *Klose* a. a. O. S. 119. 62

1338, Jul. 11. Derselbe bestimmt, dass Jeder, welcher in der Stadt Breslau und namentlich auf den Fleischbänken daselbst Erbzinse hat, er sei geistlich oder weltlich, in der Stadt oder ausserhalb derselben wohnhaft, mit Ausnahme der auf dem Lande lebenden Vasallen, zur Mittragung der bürgerlichen Lasten verpflichtet sein soll. (R.) *Klose* a. a. O. S. 120. 63

1338, Jul. 11. Derselbe verordnet, dass Testamente und Vermächtnisse, worin im Fürstenthume und in der Stadt Breslau gelegene Erbgüter oder Zinsen an eine Kirche oder an Geistliche vergeben werden, nur durch die gehörige Bestätigung des Erbherrn Kraft und Gültigkeit erhalten sollten. (R.) *Klose* a. a. O. S. 120, 21. 64

65 **1339**, Apr. 28. Derselbe erlässt an seinen Landeshauptmann zu Breslau die Weisung, dass er von den Bürgern allda „cujusdam occasione emptionis, venditionis, expositionis seu modo quocunque bonorum sive hereditatum quarumcunque commutationis, que capitaneus conferre et ratificare habet“, künftighin keinerlei Geldreichnisse mehr sich leisten lasse — „indignationem gravissimam, si secus fecerit, incursurus“, den weiteren Befehl noch hinzufügend, „ut prefatos cives Wratislavienses in omnibus eorum juribus, immunitatibus, privilegiis sive literis antiquis et novis ac gratiis omnibus . . . favorabiliter conservet.“ *Lünig* a. a. O. S. 241 nr. XIIX. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 121, 22.

66 **1339**, Mai 5. Derselbe begnadet die Bürger von Breslau dahin, dass jeder Bewohner der Stadt seinen noch minderjährigen Kindern und Erben einen Vormund nach Belieben setzen dürfe, dass aber dieses, wenn Jemand ohne Ernennung eines Vormunds versterben würde, den Rathmannen zustehe, welche auch befugt sein sollten, ausschweifende und verschwenderische Mündel zur Besserung und Ordnung anzuhalten. (R.) *Klose* a. a. O. S. 122. Vgl. auch *Pol* a. a. O. S. 113ª.

67 **1339**, Aug. 9. Derselbe ändert auf Ersuchen der Bürger von Breslau das daselbst geltende **magdeburgische** Recht in zwei Punkten, nämlich a) bezüglich der Erbfolge der Enkel durch Einführung des Repräsentationsrechts derselben, und b) in Ansehung der Gerade ab:

„In nomine domini amen. Nos Johannes dei gracia Boemie rex ac Lucemburgensis comes tenore hujus scripti universorum memorie perpetue commendamus: §. 1. Quod quamvis dilecti nostri consules et cives Wratisslavienses pro jure **Maydeburgensi**, quo utuntur, habeant, quod pueri puerorum mortuis parentibus ab avis et avabus nullam sumpserunt devolucionis porcionem, hoc erronium jus et deviam conswetudinem, precibus eorum possibilibus et honestis moti, volentes removere et perpetue revocare, de benignitate regia et ob bonarum rerum incrementum volumus, concedimus et donamus, ut pueri puerorum utriusque sexus mortuis parentibus equam et consimilem, quantum parentes eorum contingere posset, ab avis et avabus divoluciriam sumere debeant porcionem [44]). §. 2. Preterea jus seu consuetudinem, videlicet quod receptores seu receptrices parafrenalium vulgo gerad dictorum in eorundem perceptione in civitatis Wratisslaviensis districtu sive dicione minus congrue, ut expertum est, receperunt, taliter statuimus et sanccione perpetua sanccimus, ut quivis receptor aut quevis receptrix dictorum parafrenalium, cujuscunque status aut condicionis existat, extra civitatem sive in civitate Wratisslaviensi aut districtu et territorio ejusdem, in omnibus bonis non alia modo parafrenalia a civibus nostris Wratisslaviensibus recipere debebit, nisi secundum jura et recepcionis conswetudinem dicte civitatis nostre Wratisslaviensis, nunc et tempore perpetuato. In quorum omnium testimonium et robur perpetuo valiturum presentes litteras concribi fecimus, et nostri majoris sigilli appensione ex certa nostra sciencia jussimus communiri. Datum et actum Wratisslavie in vigilia beati Laurencii martiris, anno domini millesimo trecentesimo tricesimo nono.“

Gedruckt nach dem Originale b. E. Th. *Gaupp*, Das Schlesische Landrecht oder eigentlich Landrecht des Fürstenthums Breslau v. 1365 an sich und in seinem Verhältnisse zum Sachsenspiegel dargestellt, Leipz. 1828. 8⁰., §. 9 S. 94, 95 [nebst Bemerk. S. 96–98] und daraus in *meinen* Stadtrechten S. 48, 49. Eine altdeutsche Uebersetzung des Rechtsbriefes mit irrthümlich beigefügter Jahrzahl 1344 theilen *Böhme*, Diplomat. Beytr. Thl. IV S. 190 und auszugsweise *v. Kamptz* a. a. O. S. 529 nr. 11 mit; in abgekürzter Form findet sich das Privileg verdeutscht in einer handschriftlichen breslauer Rechtssammlung, woraus dasselbe ebenfalls *Gaupp* a. a. O. S. 240 [s. auch *meine* Stadtrechte S. 49] veröffentlicht hat: „Von Kyndern mogeschafft. Johannes vonn gottes genadenn konig tzu Behem hat gegebenn eyn priuilegium den burgernn tzu Bresslaw, das kyndes kynd nympt gleyche erbe mit den kyndernn ann der eldirnn stadt, vnnd dy gerade szal auff dem launde genommenn werden von den burgernn gleyche alsso in der stadt bresslaw. M° CCC° XXXIX Jare.“ Vgl. auch *Klose* a. a. O. S. 122, 23.

1340, Mai 23. König Johann gestattet den breslauer Bürgern auf ihre Bitten den Wiederkauf des von ihm an Arnold von Kreuzburg und Nikolaus von Krakau nebst Genossen rücklösbar verkauften Zolles zu Breslau und Lissa, mit der Weisung, dass hier künftig von ein- und ausgehenden Waaren keinerlei Zölle mehr erhoben werden sollen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 131. 68

1341, Sept. 25 [45]). Markgraf Karl von 69

44) Vgl. Glogauer RBuch Kapp. CLXIV–VI in *Wasserschleben's* Samml. deutscher RQuellen I, 22, 23 m. Einleit. S. IX.

45) So *Böhmer*, Reg. Ludov. Addit. II S. 344

Mähren — welchem als ihrem künftigen Erbherrn die breslauischen Bürger auf Befehl König Johann's [46]) bereits gehuldiget hatten — bestätiget denselben „sub juramento prestito“ alle von früheren Fürsten seit Erbauung der Stadt empfangenen „donaciones, concessiones, immunitates, libertates, jura et privilegia“, das Versprechen, welches er schon in die Hände seines Vaters mit feierlichem Eide geleistet, erneuernd, dass er Breslau niemals von der Krone Böhmen trennen oder veräussern wolle. *Boczek-Chytil*, Cod. dipl. et epistol. Moraviae Bd. VII Nr. 358 S. 255, 56. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 172.

70 **1341**, Oct. 16. König Johann „trägt dem Landeshauptmann zu Breslau auf, von den Juden daselbst jährlich sechzig Mark an St. Walpurgistag, und zwar bis zehn Jahr durch, zum Baue der Mauern einzutreiben.“ (R.) *Klose* a. a. O. S. 133.

71 **1341**, Dez. 1. Derselbe regelt die bei Zins-, Renten- und Erbkäufen breslauischer Bürger an den „terre notarius“ zu entrichtenden Gebühren. (R.) *Klose* a. a. O. S. 133.

72 **1342**, Jun. 1. Markgraf Karl von Mähren als Statthalter in Breslau gibt den Bürgern daselbst — „ob commiserationem incendii perpessi“ [47]) — die Erlaubniss, a) vierzehn Jahre lang den vorher [nr. 68] vom Könige abgekauften und hiedurch abgeschafften Zoll wieder erheben, und b) ebenso lange alle „utilitates et profectus“ [vermuthlich gewisse landesherrliche Einkünfte von der Stadt] geniessen zu dürfen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 175.

73 **1342**, Jul. 3. König Johann erlässt aus demselben Grunde — „quod civitas nostra, que inter alias civitates illarum partium erat edificata magnifice et constructa et alias nobilissima et insignis, casu fortuito noviter est combusta, et in combustione hujusmodi preter edificiorum consumptionem in bonis mobilibus vestris in ipsa civitate consistentibus subiistis irreparabilia et innumerabilia detrimenta . . . . ut civitas nostra ad statum felicem et prosperum auctore domino celeriter reducatur“ — den Bürgern seiner Stadt Breslau für ewige Zeiten „servitium annuum clx marcarum grossorum denariorum Pragensium, quod pecunia monetalis vulgariter nuncupatur, . . ducibus dicte civitatis debitum annuatim et in duobus terminis solvi annis singulis consuetum, videlicet medietatem in beati Michaelis et reliquam in beatorum apostolorum Philippi et Jacobi festivitatibus.“ *Lünig* a. a. O. S. 241, 42; deutsch b. *Klose* a. a. O. S. 136, 37.

1343, März 31. Derselbe bestimmt in 74
seinem Organisations-Edicte für das breslauer Landgericht, dass die Hälfte der daselbst fungirenden „scabini“ durch die Rathmannen der Stadt Breslau aus den mit Lehen oder Erbe auf dem Lande angesessenen Bürgern gewählt, und dass von den Landschöffen in zweifelhaften Rechtsfragen die nöthige „informatio“ bei den „consules Wratislavienses“, als „ad prestandum jura scabinis“ bevollmächtigt, eingeholt werden solle. Nach einem Raths-Vidimus v. 22. Nov. 1655 gedruckt b. *Drescher* a. a. O. S. 1 flg. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 116b; *Klose* a. a. O. S. 138, 39.

1343, Oct. 27. Derselbe gibt den Bür- 75
gern von Breslau die Versicherung, dass, wenn Jemand allda vom Könige einen der Stadt verdächtig erscheinenden oder nachtheiligen Brief erhalten und dieser um des Wohles der Stadt willen unbefolgt bleiben würde, hiedurch die Bürgerschaft der königlichen Ungnade nicht verfallen solle, und verfügt zugleich, dass der Rath junge Leute, welche aus Widerspenstigkeit und Hartnäckigkeit den Vorstellungen und Geboten ihrer Eltern und Vorgesetzten nicht Gehorsam leisten, ohne Besorgniss und Furcht, so oft es ihm nothig dünke, nach Verdienst züchtigen und zur Besserung anhalten möge. (R.) *Klose* a. a. O. S. 140, 41.

1343, Oct. 31. Derselbe confirmirt den 76
Rathmannen der Stadt Breslau auf deren Bitten das Jurisdictions-Privileg [nr. 5] Herzog Heinrich's III. von Schlesien v. 1263. (R.) *Klose* a. a. O. S. 141.

1343. Derselbe ertheilt der Stadt Bres- 77
lau die Gnade, dass a) der Rath künftig aus zweiunddreissig Personen bestehen und jedes Mitglied desselben lebenslänglich im Amte bleiben solle [48]), es wäre denn, dass wichtige Ursachen den Austritt Einzelner nöthig machten oder der Rathsstuhl irgendwie von ihnen verwirkt würde, in welchen Fällen das übrige Collegium die Lücken mit tauglichen Männern auszufüllen die Macht habe; dass b) die durch Heinrich VI. den Rathmannen verliehene Befugniss, den Erbvogt der Stadt ein- und abzusetzen [nr. 40], unverändert fortbestehen, und endlich c) denselben auch überlassen sein solle, bezüglich der Innungen und Küren der Zechen [49]) nach weiser Leute Rath zu der Stadt Nutzen und

---

nr. 42; dagegen nimmt *Klose* den 22., *Chytil* den 24. Sept. an.

46) Vgl. *Klose* a. a. O. S. 132, 33; 172.

47) Vgl. *Pol* a. a. O. S. 115, *Klose* a. a. O. S. 135, 36.

48) Bis dahin bestand nämlich der Rath aus acht jährlich wechselnden consules.

49) Handwerks-Genossenschaften.

Ehre Verfügungen zu treffen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 141, 42. Vgl. *Grünhagen* a. a. O. S. 74.

78 **1344**, Dez. 2. Markgraf Karl von Mähren[50]) und Herzog Johann von Kärnthen, des Königs Johann Söhne, bestätigen den Breslauern das oben unter nr. 75 aufgeführte Privileg ihres Vaters. (R.) *Klose* a. a. O. S. 178.

79 **1345**, März. 12. Hensel von Mollnsdorf überlässt käuflich der Stadt Breslau seinen Theil der Vogtei oder des Erbgerichts, sowohl in der Alt- und Neustadt, als auch in den Vorstädten, „cum gladii potestate, mero et mixto imperio, omnibus proventibus, utilitatibus, honoribus et honorationibus" zu beständiger Inhabung und freier Verfügung. (R.) *Klose* a. a. O. S. 150.

80 **1345**, Aug. 12. König Johann weist dem Rathe von Breslau für ein Darlehn zu 1400 Mark die von der Judenschaft daselbst und in Neumarkt zu entrichtenden Zinse und Abgaben an, welche er bis zu völliger Tilgung der Schuld einnehmen solle. (R.) *Klose* a. a. O. S. 152.

81 **1345**, Sept. 27. Derselbe erlaubt dem breslauer Rathe zur Erleichterung der städtischen Schuldenlast, und um die Wiederherstellung der schadhaften Stadtmauern zu fördern, a) alle auf dem mit der Stadt verbundenen Juden-Friedhofe über und unter der Erde vorfindlichen Steine, trotz etwaigen Widerspruchs der Judenschaft, welcher übrigens Stillschweigen auferlegt wird, auszugraben, wegzuführen und in seinen Nutzen zu verwenden; ferner b) den inzwischen um des Gemeinwohles wegen aufgehoben gewesenen Stadtzoll, und was damit zusammenhängt, wieder anzuordnen und einzuheben, und fügt sowohl für sich und seine Nachfolger das Versprechen der Unabänderlichkeit, als auch an seine Söhne und Beamten den Befehl bei, die Breslauer in der Ausübung obiger Rechte nicht zu hindern oder stören zu lassen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 152, 53.

82 **1346**, Febr. 15. Derselbe bestimmt, dass in allen Fällen, da sich in den Privilegien und Rechtsbriefen der Stadt Breslau Lücken und Fehler ergeben sollten, eine Commission von sechs Personen, und zwar drei von den königlichen Vasallen des Fürstenthums Breslau gewählte Rathmannen dieser Stadt und drei vom breslauer Rathe gewählte königliche Lehensleute zusammenzutreten und als wahre Stellvertreter königlicher Gewalt jene Mängel und Fehler zu beseitigen haben: — „Decernimus ac eciam edicto perpetuo sanccimus, quod, quociens-cunque et quandocunque in privilegiis et litteris dilectorum nobis consulum et civium Wratislaviensium fidelium nostrorum graciam vel justiciam continentibus aliquales defectus in quibuscunque punctis seu clausulis ipsorum reperti fuerint seu poterunt inveniri, mox auctoritate nostra, quam virtute presencium ad infra scripta concedimus specialem, communitas vasallorum nostrorum Wratislaviensis districtus tres de numero consulum civitatis debebunt eligere; et consulum universitas tres de congerie vasallorum eligent vice versa, qui sex rite et racionabiliter sic electi arbitrio communi, potestate regia, quam ipsis in hac parte copiosius delegamus, omnem hujusmodi defectum, sive sit in litteris vel tenoribus earundem, quascunque materias videatur respicere, sive sit in sessione banci scabinalis, in ordine judicii, aut juramentis prestandis, vel aliis juribus et utilitatibus instaurandis, statutis condendis, commodis procurandis, vel in quibuscunque aliis causis vel negociis, quibus specialiter nominibus appellantur, debebunt tenebuntur et poterunt juxta fidelitatem suam, qua nobis et corone regni nostri fore videntur astricti, et juxta prudenciam ipsis a deo collatam, ubi juxta premissorum continenciam opus extiterit, pro suo beneplacito pari consensu et voto communi fideliter emendare. Gratum eciam ratum et illesum ab omnibus servari mandamus et volumus, quicquid correctum emendatum seu declaratum fuerit per eosdem."

Nach dem Originale zum ersten Male vollständig gedruckt b. *Gaupp*, Schles. Landrecht S. 63—65 (mit Erläut. S. 65—70), und danach in *Eichhorn's* Dtsch. Staats- und RGesch. Thl. III S. 363, 64; nach einem Raths-Vidimus v. 1655 b. *Drescher* a. a. O. S. 3 flg. Grössere Auszüge aus der Urk. gaben bereits J. A. *de Friedenberg*, Abhdl. von denen in Schlesien üblichen Rechten Thl. I (1738) S. 32 und *Klose* in den Neuen literar. Unterhaltungen, Jahrg. 1774 S. 72, 73, welcher auch in seine Dokum. Gesch. Bd. II Thl. I S. 154, 55 eine ausführliche Inhalts-Darstellung aufgenommen hat. Vgl. noch *Gaupp* in der Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. III S. 77 flg.

In die Regierungszeit König Johann's gehören auch a) eine kleine Statutensammlung in lateinischer Sprache zu XXXIII Artikeln, wovon uns jedoch nur das Register erhalten ist. Der Inhalt bezieht sich auf Gerichtswesen und Polizei, in letzterer Hinsicht namentlich Gewerbe und Handel, Stras-

50) Einige weitere gleichzeitige Confirmationen Johanneischer Rechtsbriefe durch Karl allein s. bei *Boczek-Chytil* a. a. O. Nr. 565, 566 S. 413—15.

senreinigung, Baupflichten etc. Einzelne Rubriken stellen übrigens die Satzung selbst dar, so z. B. nr. XXVII „domus in incendio si frangentur, civitas solvet, et nullus curret ad ignem cum injustis defendiculis"; nr XXVIII „male mulieres cum signo civitatis signentur." b) Einige Eidesformulare für die Rathswähler (vielleicht auf die Verordnung Johann's vom J. 1343, nr. 77, bezüglich), die neu-gekorenen Rathmannen und die Schöffen in deutscher Sprache. Die Actenstücke a und b findet man in *Grünhagen's* Henricus Pauper S. 152, 53 abgedruckt; eine theilweise Uebersetzung von a gibt *Klose*, Darstell. der inneren Verhältnisse S. 192, 93 [mit der JZ. 1335].

83 **1347**, Sept. 8. König Karl IV. macht den Rathmannen von Breslau die besondere Auflage, die Beobachtung der durch die früheren schlesischen Herzoge und König Johann der Stadt verliehenen Satzungen, Rechte und Gewohnheiten von Seite aller Bewohner, der Armen wie Reichen, strengstens zu überwachen, und jeglicher Zwietracht innerhalb der Bürgerschaft durch kluge Massregeln entgegenzutreten. (R.) *Klose*, Dokum. Gesch. a. a. O. S. 178, 79.

84 **1347**, Sept. 8. Derselbe befiehlt ferner dem breslauer Rathe, „den Juden auf ihre Klagen mit allem Fleiss aus königlicher Vollmacht (auctoritate Regia) zu Recht zu verhelfen, und ihnen ihre Auflagen und Collekten, nach Gutbefinden, vermöge ertheilter freier Macht, zu erhöhen oder zu vermindern." (R.) *Klose* a. a. O. S. 179.

85 **1348**, März 22. Derselbe verleiht der Stadt Breslau auf Bitten ihres Rathes eine generelle Confirmation aller ihrer Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten. (R.) *Pol* a. a. O. S. 122a; *Klose* a. a. O. S. 180; *Boczek-Chytil* a. a. O. Nr. 762 S. 533.

86 **1349**, Oct. 7. Derselbe überlässt der Stadt Breslau wegen erlittenen Brandschadens die den Juden [51]) daselbst gehörigen Häuser, Liegenschaften und beiden Synagogen, angeschlagen auf 400 Mark, zu willkürlicher Verwendung, beziehungsweise zum Verkaufe, jedoch mit dem Beifügen, dass letzteren Falls der über jene Taxe erzielte Ueberschuss sowie überhaupt alle verborgenen Gelder, Kleinodien und Pfänder von Juden, welche man etwa entdecken würde, in die königliche Kammer fallen sollten. (R.) *Klose* a. a. O. S. 184, 85. Vgl. dazu *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 78 Not. 2, S. 100 Z. 16, 17.

1349, Oct. 8. Derselbe ertheilt dem Hauptmanne und Rathe der Stadt Breslau den Befehl, die an der Oder neuerlich erbauten „obstacula vulgariter wehr dicta" wieder zu entfernen, „prout utilitati ipsius civitatis et industrie in hac parte melius videbitur expedire." *Lünig* a. a. O. S. 313 nr. CII. 87

1349, Dez. 8. Derselbe stellt unter Aufhebung des von seinem Vater (1343) eingeführten Zweiunddreissiger-Rathes die dem Gemeinwohle zuträglichere alte Rathmannen-Zahl für alle Zukunft wieder her: 88

„Karolus dei gratia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex. Tenore presentium recognoscimus universis, regiam nostram celsitudinem providis et solertibus documentis fidelium et dilectorum nostrorum consulum Wratislaviensium realiter fore clarius informatam, quod consilium Wratislaviense et tota civitas nostra ibidem penes octo consules antiquo more electos potioribus viguerit commodis, quam juxta triginta duos novella electos consuetudine, per felicis recordationis illustrem Joannem, olim Boemie regem, genitorem nostrum servata. Quamobrem justis et devotis eorum precibus inclinati ex solita nostre celsitudinis clementia annuimus et favemus propter instaurationem meliorationis dicte nostre civitatis Wratislavie, ut amodo electio triginta duorum consulum in octo solito priori modo per predictos nostros consules in perpetuum reservetur [52]), nolentes per hoc juribus, libertatibus et immunitatibus eorum in aliquo derogari, presentium sub nostro sigillo testimonio literarum. Datum Legniz anno M⁰ CCC⁰ XLIX, regnorum nostrorum anno tertio, octava Decembris." *Lünig* a. a. O. S. 242 nr. XXI. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 122; *Klose* a. a. O. S. 185, 86.

1349, Dez. 23. Derselbe gestattet den breslauer Bürgern, neben dem auf die Sonntage festgesetzten freien Brodmarkte, wenn es ihnen diensam erscheinen würde, nach Gutbefinden auch an den Donnerstagen einen solchen abzuhalten. (R.) *Pol* a. a. O. S. 122b; *Klose* a. a. O. S. 186. 89

1350, Febr. 21. Derselbe erlaubt der Stadt Breslau — „que pluries per incendium sive ignis voraginem graviter dampnificata dinoscitur, et ex nostri, immo etiam clare memorie genitoris nostri occasione, plerisque oneribus debitorum extitit aggravata" — die Anlage von zwölf neuen Fleischbänken, deren Zinse in den Nutzen der Stadt ver- 90

51) Es hatte vermuthlich deren Verfolgung im Zusammenhange mit der allenthalben ausgebrochenen Pest auch in Breslau bereits begonnen. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 123a.

52) Vielleicht „resecetur".

wendet werden dürfen. (R.) *Pol* a. a. O. S. 123[b]; *Klose* a. a. O. S. 192.

91 **1352**, Febr. 10. Derselbe bestätigt neuerlich der Stadt Breslau alle ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Klose* a. a. O. S. 196.

92 **1352**, Febr. 10. Derselbe befiehlt dem breslauer Rathe, „alle und jede Bürger und Kaufleute, aus welchem Lande oder Fürstenthume sie auch wären, die das Bürgerrecht bei ihnen verlangten, wenn sie nur in gutem Rufe ständen, zu ihren Mitbürgern nach ihren Gewohnheiten und Gebräuchen aufzunehmen, ohne sich an die Einwendungen und Widersprüche irgend eines Fürsten oder Herrn deswegen zu kehren." (R.) *Klose* a. a. O. S. 197.

93 **1352**, Febr. 11[53]). Derselbe verleiht den Rathmannen und Bürgern zu Breslau, um ihrer sowohl ihm selbst als seinem Vater bewährten Treue willen, für immerwährende Zeiten a) „forum, dationem, emtionem, venditionem ac dispositionem cujuslibet salis", ferner b) die Stadtwage und c) das „officium vectionis vasorum" [s. nr. 12] d. i. das Schrotamt, sammt allen dazu gehörigen Gerechtsamen, Nutzungen und Einkünften „ad usus utiles civitatis", die Weisung an seine Beamte hinzufügend, die Bürgerschaft im Genusse dieser Rechte bei Vermeidung königlicher Ungnade nicht zu hindern oder hindern zu lassen. (R.) *Pol* a. a. O. S. 124[a]; *Klose* a. a. O. S. 197, 98.

94 **1352**, Febr. 22. Derselbe ermächtiget Rath und Bürgergemeinde in Breslau auf den Fall, dass König Casimir von Polen ihrem Handel nach seinen sowie den preussischen und russischen Ländern Hindernisse entgegenstellen würde, zu Repressalien wider denselben —: „Fideles dilecti! si magnificus Casimirus, rex Polonie illustris, vos et mercatores civitatis vestre, cohabitatores vestros, in processibus itinerum vestrorum et mercationum vestrarum exercitiis versus regnum suum Polonie et ad partes Prussie et Russie aut alibi ubicunque impedierit seu impediri fecerit, et in rebus seu corporibus molestari: ex tunc damus et concedimus vobis et cuilibet vestrum plenam licentiam et potestatem omnimodam, regnicolas et homines dicti regis, cujuscunque conditionis existant, praesidio quorumlibet officialium nostrorum in omnibus partibus nostre ditionis . . . arrestandi, occupandi et detinendi rebus et personis, donec vobis et vestrum cuilibet injuriam seu molestiam passis seu passo de omnibus gravaminibus et damnis fuerit integraliter satisfactum"[54]). *Lünig* a. a. O. S. 313, 14. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 124[b]; *Klose* a. a. O. S. 198, 99.

1352, Mai 14. Derselbe begnadet die — noch immer unter den Nachwehen der grossen Feuersbrünste leidende, überdies mit beschwerlichen Brückenbauten belastete — Stadt Breslau dahin, a) „quod omnia et singula ligna combustibilia et pro edificiis valentia, dum ad ipsam civitatem in aqua Odere pervenerint, ibidem pro utilitate incolarum ipsius civitatis et reformatione edificiorum sine deductione aliqua cujuscunque hominis, cujuscunque etiam status seu conditionis existat, debeant finaliter remanere, nisi fortassis quis super eo consulum civitatis predicte obtinuerit licentiam specialem"; und dass b) „officiales regii in Wratislavia . . . redituum potentes . . . thelonium regis in aqua Odere prope civitatem, quod de lignis solvitur, dum exponi fuerit opportunum, nulli alteri, preterquam consulibus ibidem in Wratislavia pro xx marcis Polonicalibus duntaxat, regi singulis annis solvendis, exponere vel locare audeant vel presumant, regalis gratie sub obtentu, non obstantibus quibuscunque literis per regem per importunas petentium preces vel per oblivionem dandis in posterum." *Lünig* a. a. O. S. 243 nr. XXIII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 199, 200. 95

1354, Jul. 12. Derselbe gestattet allen Adeligen und sonstigen Einwohnern der Bezirke von Breslau und Neumarkt, und insbesondere den Bürgern der beiden gleichnamigen Städte, ihre innerhalb der vorerwähnten Districte gelegenen „bona allodialia" in Erbpacht zu geben („in emphiteosin locare") und darauf „pro terre augmento et communis boni utilitate" neue „ville" zu errichten, wodurch jedoch den fraglichen Gütern an ihren bisherigen Freiheiten Nichts benommen werden soll. *Lünig* a. a. O. S. 242 nr. XXII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 203. 96

1355, Oct. 8. Kaiser Karl IV verfügt an den Hauptmann und Rath der Stadt Breslau, sowie an seine übrigen Untergebenen „propter liberum piscium et navigantium meatum, ... quod ex nunc inantea omnia et singula obstacula infra civitates Bregensem et Krossinam[55]) per quascunque personas . . . in dicto flumine Odere locata, facta vel posita seu habita vel possessa . . . ad latitudinem xvi ulnarum et unius palme passum et usque ad fundum aque pro communi utilitate omnium aperta esse debeant, et sine reclamatione et impedimento quoli- 97

---

53) Nach *Pol*: Febr. 1.

54) Vgl. auch Karl's Schreiben an die Deutschordens-Komthuren v. 24. Febr. 1352 (*Klose* a. a. O. S. 199).

55) Brieg und Krossen.

bet aperiri et perpetuis temporibus debent remanere aperta." *Lünig* a. a. O. S. 314.

98 **1356**, Aug. 12. Derselbe bestätigt nochmals den Bürgern seiner Stadt Breslau „omnia privilegia, literas, jura, gratias, consuetudines, donationes, concessiones, statuta, immunitates et libertates, que et quas a clare memorie illustribus quondam principibus et ducibus Wratislaviensibus, dominis eorum, et ab illustri Johanne quondam Boemie rege obtinuerunt hactenus, in omnibus suis tenoribus, sententiis, punctis et clausulis de verbo ad verbum, prout scripta seu scripte, observata seu observate sunt", das Versprechen der Untrennbarkeit aller unter irgend einem Titel von den böhmischen Königen erworbenen „terre, civitates, castra, oppida, munitiones, ville et districtus Polonie . . . a civitate, ducatu, dominio et territorio Wratislaviensi, regno et corona Boemie", sowie der künftigen Bestätigung aller Rechte und Freiheiten der Stadt, so oft es die jeweiligen Rathmannen derselben nachsuchen würden, wiederholt hinzufügend. [Mit goldener Bulle.] *de Sommersberg* l. c. Tom. I p. 909, 10. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 126[b]; *Klose* a. a. O. S. 205, 6.

99 **1359**, Jan. 19. Derselbe verleiht seiner Stadt Breslau und deren Bewohnern, vornehmlich Handelsleuten, ob ihrer treuen Ergebenheit und unermüdlichen, ihm und seinem Vater gegenüber bewährten Dienstbeflissenheit — „talem libertatem, quod videlicet prefati mercatores civitatis Vratislaviensis universas merces suas, cujuscunque valoris, speciei seu conditionis extiterint, versus et in civitatem Pragensem et abinde non depositas seu relegatas ducere, tenere, transducere et abducere possint et valeant, sub omni emunitate, jure, libertate consuetudine seu gratia, sicut civis Pragensis valeret agere de suis propriis mercibus, privilegio principis, consuetudine sive jure." *Lünig* a. a. O. S. 243, 44. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 211, 12.

1 **1359**, Jan. 19. Derselbe erlässt für die Stadt Breslau eine Satzung über Erbfolge der Ehegatten und Abschwörung eingeklagter Geldschulden.

Von diesem wichtigen Privileg, dessen Inhalt *Klose* a. a. O. S. 186, 87, jedoch zu dem J. 1349, mittheilt, findet sich in dem s. g. rechten Weg[56]), einem breslauer Rechtscodex aus dem Ende des XV. Jhdts., Lib. G cap. 16 eine auszugsweise Verdeutschung, welche lautet: „Gratia Karoli etc. Stirbt eynem manne sein elich weyb, was denne noch **magdeburg.** rechte gerade mochte geheyssen, wo das were, das sal bey deme manne bleybin als andir gut vnd farnde habe. Stirbt aber der man vnd lest ein elich weyb, was do denne gerade heysset noch **magdeb.** rechte, die sal volgen der frawen, vnd wenne die frawe gestirbt, so sal es nymmer gerade geheissen, sunder farnde habe, vnd sal fallen vorbas an iren nehsten geerben, sy sint knechte ader meyde, wo sie gesessen sein bynnen adir bussen der stat breslau gerichte. Stirbt ein burger, der nicht elich weib hat, vnd lest er waete vnd gerade yn der stat gerichte tzu Breszlaw adir andirswo, wo das were, das sal furbas erfallen gleich anderm gute vnd farnde habe an seynen nehstin erbin, sie sint knechte adir meyde, wo sie gesessen sein bynnen adir bawssen der stat gerichte. Auch wollin wir Karl etc., alleyne es wider **Magdeburgisch** recht ist, von sunderlichen gnaden, das ein itzlich man, der yn der stat Breszlau gerichte beclagit wirt vmb schult von geldis wegen, das er der clage entgehin moge mit seynes eynes hant, ap er thar uff den heiligen, ane getzewg." *Laband*, Schöffenrecht S. 83, 149 (Noten.) Vgl. J. Chr. Fr. *Meister*, Ueber die Aufnahme und über die fortdauernde Gültigkeit des Sachsenrechts in Schlesien (Bresl. 1808. 8°.), Anlage F. (von *Reiche*) §. 9 S. 130.

1359, Jan. 25. Derselbe erlaubt den breslauer Rathleuten und Bürgern die Anlage und 2
Einrichtung einer Bleiche im Stadtgebiete mit allen Rechten, Freiheiten und Begnadigungen, welche derartige Anstalten in Schwaben und anderen Gegenden herkömmlich geniessen. (R.) *Pol* a. a. O. S. 128[a]; *Klose* a. a. O. S. 212, 13.

1359, Jan. 25. Derselbe erklärt alle 3
zu dem Fürstenthume, Bezirke und der Stadt Breslau gehörigen Güter und Einkünfte für untheilbar und unveräusserlich. (R.) *Klose* a. a. O. S. 213.

1359, Febr. 8. Derselbe entscheidet ei- 4
nen zwischen dem Rathe der Stadt Breslau und dem St. Vincenz-Kloster daselbst über des letzteren Holzzollfreiheit entstandenen Rechtsstreit. (R.) *Klose* a. a. O. S. 213. 14.

1359, Febr. 10. Des Kaisers Bruder, 5
Markgraf Johann von Mähren, sichert den Breslauern auf den Fall, dass Ersterer ohne männliche Nachkommen versterben und daher die böhmische Krone an Letzteren gelangen sollte, Bewahrung und Beschirmung bei allen Freiheiten, Rechten und löblichen Gewohnheiten zu, in deren Genuss sie sich unter Kaiser Karl oder in den Zeiten König Johann's befunden haben. (R.) *Klose* a. a. O. S. 214, 15.

56) Vgl. H. *Böhlau* in der Ztschr. f. Rechtsgeschichte Bd. I (1861) S. 242 nr. 3; *Laband*, Schöffenrecht, Einleit. S. XXX.

6 **1359**, Febr. 11. Kaiser Karl IV. lässt den Rathmannen, Schöffen, Geschwornen und Aeltesten der Stadt Breslau die Weisung zugehen, in der Rechtsprechung bei dem städtischen Gerichte die unter König Johann üblich gewesene und von ihm genehmigte Ordnung festzuhalten, sowie für die Ausführung der richterlichen Entscheidungen Sorge zu tragen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 215.

7 **1360**, Febr. 28. Derselbe gestattet, um dem Mangel an Goldmünze abzuhelfen und den Handel zu fördern, dem Rathe zu Breslau — „quod liceat dictis consulibus in ipsa civitate Wratislaviensi monetam auri sub figuris, signis et impressionibus monete auri, que in majori civitate Pragensi fabricatur, aut sub aliis signis et impressionibus ad ipsorum voluntatem cudere, dum tamen ipsa moneta vero pondere, charactere et puritate in auro ad instar dicte monete auri, que in prefata civitate Pragensi cuditur, minime defraudetur, cum omni eo jure et modo, prout cetere monete auri alibi in dicto regno Bohemie quomodolibet fabricantur. Eo tamen signanter expresso, quod de omnibus fructibus a dicta moneta provenientibus due partes regi et camere regie Bohemice cedere debeant . . . ., tertia vero parte eorundem fructuum dictis consulibus pro usibus civitatis prefate integraliter et omnimode remanente.“ *Lünig* a. a. O. S. 244, 45; *Glafey*, Anecdota Nr. XLV p. 77 sq. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 216—18.

8 **1350—1360**. [**Breslauer Schöffenrecht**, „liber civitatis, jus Magdeburgicum Wratislaviae usitatum, Bresslich Statrecht“.] Um die Mitte des XIV. Jhdts. erfolgte zu Breslau eine (vermuthlich officielle) Zusammenstellung und Systematisirung des gesammten, sowohl in den von Magdeburg eingeholten Weisthümern v. 1261 und 1295 [nr. 3, 22], als auch in zahlreichen jüngeren Schöffensprüchen von dort enthaltenen Rechtsstoffes. Das Werk, mit dem Privileg Herzog Heinrich's IV. von Schlesien v. 1283 [nr. 18], worin der Stadt Breslau das magdeburgische Recht bestätigt wird, beginnend, zerfällt in fünf Bücher, von welchen wieder jedes der drei mittleren in der ältesten Hdschr., nämlich dem breslauer Stadtarchivs-Codex A., in zwei „partes“ zerlegt erscheint. Es handeln aber

Lib. I. „de consulibus s. senatoribus“, von der Wahl, sowie den Rechten und Pflichten des Rathes (Kapp. 1—24);

Lib. II. „de scabinis et judice“, nämlich in P. I (Kapp. 1—14) von den Schöffen und ihren Urtheilen, in P. II (Kapp. 1—74) von den verschiedenen Gerichten, wie jenen des Vogts, Schultheissen und Burggrafen, dem Verfahren und der Zuständigkeit derselben, den Schiedleuten, dem kämpflichen Grusse, der besonderen Jurisdiction in Lehen- und Dienstmannen-Sachen u. a. m.;

Lib. III. „de vulneribus, homicidiis et injuriis“, von den Klagen wegen Körperverletzung, Tödtung, Wegelagerung, Nothzucht [P. I Kapp. 1—38] und sonstiger Widerrechtlichkeiten [P. II Kapp. 1—20], sowie von den Geldschuldklagen und verwandten processualischen Gegenständen [Kapp. 21—106], endlich von der Acht [Kapp. 107—12];

Lib. IV. „de resignationibus, dotaliciis, devolutionibus et tutoribus“, nämlich in P. I (Kapp. 1—35) von den Güterverfügungen der Gatten, der Abschichtung und Ausstattung der Kinder, den Ehe- und Erbverträgen, in P. II (Kapp. 1—64) von der Morgengabe, dem Leibgedinge, der Gerade, der Erbfolge, Erbschaftsklage und Erbtheilung, sowie Disposition über ererbte Liegenschaften, dem Verhältnisse der Voll- und Halbgeburt, dem Nachlasse unehelicher und dem Erbrechte legitimirter Kinder, der Beerbung Verfesteter, endlich dem Rechte der Vormundschaft;

Lib. V. mit der Ueberschrift „incipiunt jura communia“ in 18 Kapp. von verschiedenen, in die vier vorausgegangenen Bücher nicht wohl aufnehmbar erachteten Materien, z. B. dem Gottespfenninge, dem Viehkaufe, dem Aufbewahrungsvertrage, dem Versatze fremder Habe, der Grundverpachtung um Zins, der Verleugnung von Zöllen u. s. w.

Den Hauptbestandtheil dieser fünf Bücher bilden nun von Magdeburg eingeholte Schöffenurtheile; denn der Rechtszug Breslau's nach jenem gefeierten Oberhofe blieb, der mancherlei politischen Wandelungen Schlesien's im XIV. Jhdt. ungeachtet, das ganze Mittelalter hindurch und noch weit über dessen Grenzen hinaus unverändert fortbestehen [57]), wie die zahlreichen handschriftlichen, nur zum kleinsten Theile gedruckten Sammlungen solcher magdeburg-breslauischen Rechtssprüche zur Genüge beweisen. Eingestreut zwischen die Schöffenurtheile finden sich a) die einzelnen Sätze der Weisthümer v. 1261 und 1295; b) Privilegien, welche Bestimmungen des magdeburgischen Rechts derogiren, daher in den Rubriken durch „gracia est contra“ angedeutet, sowie endlich c) hie und da auch auf eine locale „willekore“ [vgl. z. B. Lib. III P. 2 cap. 26] Bezug genommen wird. Uebrigens wurden dem Codex A von einer zweiten Hand hinter allen Büchern und Abtheilungen, und von einer dritten Hand

57) Vgl. O. *Franklin* a. a. O. S. 20 flg.

am Schlusse der beiden letzten Bücher des Schöffenrechts Zusätze, ebenfalls aus Sammlungen von Schöffen-Entscheidungen geschöpft, beigefügt.

Ausgabe: Das Magdeburg-Breslauer systematische Schöffenrecht aus der Mitte des XIV. Jhdts. Herausgeg. von Paul *Laband*, Berlin 1863. 8⁰. In der „Einleitung" S. IX—XLII wird ausführlich von der Entwicklung des breslauischen Rechts unter magdeburger Einflüssen und den verschiedenen unsystematischen Sammelwerken, welche damit im Zusammenhange stehen, wie den heinrichauer, oppelner und brieger Codd. [S. XI—XX], hierauf von dem hier in Frage stehenden systematischen Schöffenrechte, dessen Hauptcodex A. und übrigen MS., namentlich der Rhediger'schen Hdschr. (S. XXI—XXIX), endlich von der Bedeutung und Entstehungszeit (S. XXIX—XXXIV), dem Inhalte (S. XXXIV—XXXIX) und der gegenwärtigen Textgestaltung (S. XXXIX, XL) gehandelt. Genaue „synoptische Tabellen" (S. 195—218) gewähren eine Vergleichung des Schöffenrechts mit seinen Quellen und mit verwandten Rechtswerken. Vgl. über die treffliche Ausgabe F. *Frensdorff* in den götting. gel. Anz. Jahrg. 1864 S. 44—52.

Das breslauer Schöffenrecht wurde übrigens nicht nur in seiner Heimatsstadt selbst noch im XVI. Jhdt. vielfach benützt, wie die in den Anfang dieser Zeit (1527—1534) fallenden s. g. Statuten von Breslau — herausgegeben von C. *Wendroth* in der Ztschr. des Vereins für Gesch. u. Alterthum Schlesiens a. a. O. Nr. III S. 50—104 [mit Einleit. S. 39—49 und Nachtrag S. 104—13] — wenn auch unzweifelhaft eine blose Privatarbeit, doch zu beweisen vermögen, indem sie mit der Aufschrift „Statuta und Privilegia" [*Wendroth* a. a. O. S. 83 flg.] eine grosse Anzahl dem Schöffenrechte entnommener Satzungen darbieten; sondern erlangte auch ausserhalb des breslauer Weichbilds in anderen schlesischen Städten, ja selbst in fremden Ländern, nämlich jenen des Deutschordens als Grundlage des „colmischen Rechts", Ansehen und Geltung [58].

9 **1361**, Jul. 30. Kaiser Karl IV. gestattet den Bürgern von Breslau, „ut vendere possint quibuscunque personis fidelibus utriusque sexus census temporales, ad tempora vite emptorum hujusmodi de camera universitatis civium predictorum emptoribus amministrandos eisdem . . . salva semper conditione et potestate reemendi census hujusmodi ab emptoribus eisdem et a quolibet eorum." *Lünig* a. a. O. S. 245 nr. XXVI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 218, 19.

1362, Mai 13. Derselbe gibt ferner den Breslauern „plenam, meram et liberam potestatem cudendi et faciendi monetam hellensium in civitate Vratislaviensi et omnes obventiones, utilitates et fructus exinde provenientes in ipsius civitatis emendationem et meliorationes libere convertendi; in quorum hellensium superficie pro charactere ab uno latere leo et ab alio ducatus Vratislaviensis aquila imprimentur", zugleich verfügend, dass solcher Heller, wenn sie „boni et dativi", im ganzen Fürstenthume Breslau zwölf für einen „grossus" genommen werden sollen. *Lünig* a. a. O. nr. XXVII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 219 [59]). 10

1365, Nov. 30. König Ludwig I. von Ungarn sichert in seinem Reiche auf Kaiser Karl's IV. Bitten den „cives, hospites et mercatores de civitate Vratislaviensi cum rebus mercimonialibus procedere consueti" in Ansehung der Entrichtung von „tricesime et tributa" dieselben Gnaden, Auszeichnungen und Freiheiten, deren sich die prager und nürnberger Kaufleute „ex privilegialis concessionis annuentia" zu erfreuen haben, ferner Verschonung mit allen sonstigen Beschwerungen und freien Handelszug „sub regia protectione et tutela speciali" zu. *Lünig* a. a. O. S. 245, 46. [*Klose* a. a. O. S. 237 führt noch ein zweites gleichlautendes Handelsprivileg König Ludwig's für Breslau v. 30. Aug. 1365 an.] 11

1367, Aug. 19. Kaiser Karl IV. bestätiget zwei, in seinem Auftrage durch Bischof Johannes von Olmütz und Probst Burghart vom Wysehrad zwischen dem breslauer Rathe und St. Vincenz-Kloster a) bezüglich der Besitz-Grenzen, und b) hinsichtlich des Marktes zu Kossinploth zu Stande gebrachte Vergleiche. (R.) *Klose* a. a. O. S. 242—46. 12

1367, Sept. 22. König Wenczeslaus von Böhmen confirmirt der Stadt Breslau auf Ansuchen der Rathmannen und Bürgergemeinde daselbst alle „Privilegien, Briefe, Gnaden, Freiheiten, Rechte und löblichen Gewohnheiten", welche sie von den böhmischen Königen Johann und Karl, seinem Grossvater und Vater, empfangen oder bestätigt erhalten hat. (R.) *Klose* a. a. O. S. 246. 13

1369, Febr. 24. Die magdeburgischen Schöffen bezeugen der Stadt Breslau, dass sie sich a) seit undenklichen Zeiten des Rechtes von Magdeburg bedient, sowie b) stets nach letzterer Stadt ihren Rechts- 14

58) Vgl. unten die Artikel „Kulm" und „Namslau."

59) Ueber den merkwürdigen Siegelfälschungs-Process in Breslau vom J. 1364 s. *Klose* a. a. O. S. 222—36.

zug gehabt habe, und erneuern c) ein den Breslauern ehemals — ob schon vor 1306, ist zweifelhaft — ertheiltes Weisthum über die Dienstmannen und deren Gerichtsstands-Verhältnisse:

„Coram celsitudine imperialis majestatis et gloria ceterisque omnibus, quorum interest vel ad quos presens scriptum pervenerit, nos scabini civitatis Magdeborch, lucide protestamur, civitatem Wratislaviam longevo tempore, cujus memoria aput nunc viventes non exstat, jure opidano seu civili **Magdeburgensi** fuisse subjectam, ita videlicet, quod, qnandocunque ambiguitatis quid super jure civili Magdeburgensi aput vel inter cives Wratislavie civitatis exortum fuerat, recurrendo ad nostram civitatem diffinitam sentenciam ab antecessoribus nostris et a nobis hucusque obtinebant. Atque inter varias nostri juris sentencias ipsis olym datas et transscriptas dedimus eciam ipsisdem jus nostre civitatis in hec verba: Sunt aput nos viri spectabiles, ministeriales scilicet, qui in vulgari nostro nominantur dynstlute, duplicis generis. Primi sunt, qui sub se et sub suo omagio tenent et habent milites et clientes; hii, si coram nostro judice in nostra civitate a quoquam conventi fuerint, coram ipso non tenentur respondere, dummodo promittant et caucionem faciant, quod coram domino nostro vel suo judice ad hoc constituto certo die compareant actori faciendo justicie complementum. Alii sunt simplices milites, clientes famuli villani ceterique tales persone seculares. Hii omnes coram nostro judice in nostra civitate, si ab ipso ad judicium citati seu evocati debite fuerint, respondere tenentur et facere, quidquid fuerit juris. In hujus testimonium evidens, quod istud jus nostrum sic antiquatum per nosque ac nostros antecessores observatum, hoc scriptum nostro appendenti sigillo roboratum est. Anno domini M°. CCC°. LX° nono, ipso die beati Matye apostoli."

Gedruckt b. *Gaupp*, Das alte Magdeb. und Hall. Recht, Anh. II nr. 8 S. 347, 48 [60]); deutsch b. *Klose* a. a. O. S. 246—48.

Der letzte, die Ministerialen betreffende Theil der Urkunde, besonders gedruckt b. *Stobbe*, Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. XVII S. 415, ging in deutscher Uebertragung in die breslau-magdeburgischen Schöffenrechts-Sammlungen des XIV. Jhdts. über, so in jene des heinrichauer Codex [*Gaupp* a. a. O. S. 350], des brieger Codex [*Böhme*, Diplomat. Beytr. Thl. VI S. 119 Abs. 8] und in die systematische des breslauer Archivs-Codex A., Lib. II P. 2 cap. 73 S. 51, 52. Doch ist im letzterwähnten Werke ein durch Auswerfung des den Worten „dummodo promittant et caucionem faciant" entsprechenden Zwischensatzes „wenne sie mussen vor vnsirm richter gewis machen" völlig, auch dem Sinne nach, corrumpirter Text enthalten [61]). Vgl. noch *Gaupp* a. a. O. S. 349.

1370, Jan. 30. Kaiser Karl IV. ent- 15
scheidet in einer Streitsache zwischen dem „capitulum ecclesie Vratislaviensis" auf der einen und dem Landeshauptmanne, dem Rathe und der Bürgergemeinde zu Breslau auf der anderen Seite, betreffend die weltliche Jurisdictionsgewalt über die „familiares et subditi laici" des Bischofs und Capitels, sowie höheren Clerus, nach genauer Erwägung der Verhältnisse beider Gegner dahin, dass die bezeichneten Hausgenossen und Gesindeleute „in dicta civitate Vratislaviensi, que est murata, et infra ambitum civitatis ejusdem vel extra ubicunque delinquentes et contrahentes, reperti tamen in ipsa civitate et infra ejus ambitum seu quomodolibet arrestati vel per alios remissi, debeant per prefatos capitaneum, consules, judices, scabinos, juratos et commune dicte civitatis judicari et juxta quantitatem delicti vel contractus corrigi et puniri, et non debeant nec teneantur ad dictorum episcopi, prepositi, decani, scholastici aliorumque prelatorum, canonicorum et capituli judicium, eorundem examen, cognitionem et punitionem remitti quovis modo." *Lünig* a. a. O. S. 246 — 51. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 133a; *Klose* a. a. O. S. 253 — 55 [welcher auch S. 248—53 die Veranlassung und den ganzen Verlauf dieses durch Einmischung Pabst Urban's V. sehr weitläufig gewordenen Prozesses umständlich berichtet].

1370, Mai 27. Derselbe erlässt zu sei- 16
ner Stadt Breslau Nutzen und Besserung das Verbot, „das keynirleye geistlich man adir priester noch czyns geld noch hewser keufen solle vorbas mer in der eegenandten unser stat czu Bresslaw ane unser, unser erben und der Cronen czu Böheimb besundir gelob und geheisse; were abir, das keyn geistlich man keynerleye gülte, czinse adir hewser ane unser und des kunigrikes czu Böheimb besundir gelob in vorgangen cziten gekouft hette, der sal es wedir vorkeufen ane alle wedirrede, als her unser und des kunigrikes czu Böheimb schwere ungnade vormeyden welle; wenne die stat und der

60) Die bei *v. Kamptz* a. a. O. S. 529 nr. 13 namhaft gemachten älteren Abdrücke geben die Urkunde unvollständig, nämlich mit Hinweglassung der sententia de ministerialibus.

61) Ebenso im *alt-kulmer* Rechte II, 88 S. 50 (*Leman*).

grund unser und des kunigrikes ist, so wellen wir, dass das vorgeschrebene gebot und geheysche onvorruckef genczlich gehalden werde." *Lünig* a. a. O. S. 252 nr. XXX. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 256.

17 **1373**, Aug. 18. Derselbe befiehlt seinem „Urberer auf dem Berge" (Bergrentmeister), die mit Gold, Silber und anderen Handelswaaren aus Polen, Schlesien und sonstigen fremden Ländern kommenden breslauischen [62]) Bürger, sofern sie nur die altherkömmlichen Abgaben entrichten würden, ungehindert und ohne Aufschlagung ihrer Ballen [durch Böhmen] ziehen zu lassen, da es überhaupt seine ernstliche Neigung sei, dass sie bei ihren alten Rechten, Freiheiten und Gewohnheiten verbleiben mögen. *Lünig* a. a. O. nr. XXXI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 290.

18 **1374**, Aug. 17. Derselbe gestattet dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Breslau, alljährlich einen Jahrmarkt, und zwar nach freier Wahl entweder am St. Elisabeth-Tage oder an jenem der heiligen Apostel Simon und Judas abzuhalten, welchem dieselben Rechte und Freiheiten zustehen sollten, wie sie mit dem von Alters gehabten Mittefasten-Markte verbunden waren. *Lünig* a. a. O. S. 252, 53. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 134b und *Klose* a. a. O.

19 **1377**, Jan. 19 und 27. Derselbe gesteht den breslauer Bürgern in Prag bis auf Widerruf Handelsfreiheit gleich den prager Bürgern zu. (R.) *Klose* a. a. O. S. 263.

In besonderer (zugleich das vorstehende Privileg wiederholender) Urkunde v. 26. Jan. 1377 geben Stadtrichter, geschworne Bürger und Schöffen sammt der ganzen Gemeinde der Gross-Stadt Prag auf Wunsch oder vielmehr Befehl des Kaisers zu jener Begnadung der Breslauer ihre Einwilligung. (R.) *Klose* a. a. O. S. 263, 34.

20 **1378**, Dez. 21. König Wenczeslaus erneuert den von seinem [inzwischen verstorbenen] Vater, Kaiser Karl IV., im J. 1356 den Breslauern verliehenen Confirmationsbrief [nr. 98] in allen seinen Clauseln, Artikeln und Punkten, mit Hinzufügung gleicher Verheissungen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 268—70.

21 **1383**, Sept. 28. Derselbe wiederholt das Privileg der Bürger Breslau's v. 1373 [nr. 17], das Vollzugsmandat zunächst an den Münzmeister „auff den Chutten" [Kuttenberg] und dessen Strass-Reiter richtend. *Lünig* a. a. O. S. 253 nr. XXXIII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 287 [63]).

62) Die Urkunde erwähnt auch noch der Bürger von Schweidnitz.

1386, Jun. 15. Derselbe genehmiget den Ankauf des — seit 1385 [64]) im Besitze des Hofgesinde-Dieners Hanns Pencker gewesenen — Oderwasserzolls von Seite der Rathleute und Bürger zu Breslau, also dass dieselben den genannten Zoll mit allen Nutzungen und Gefällen erblich und ewiglich besitzen, jedoch in keiner Weise erhöhen oder sonst verwandeln sollen. *Lünig* a. a. O. S. 254 nr. XXXV. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 288, 89. 22

1387, Nov. 13. Derselbe bewilliget der Stadt Breslau einen freien Fleischmarkt. (R.) *Klose* a. a. O. S. 289. 23

1387, Dez. 23. Derselbe verbietet den Kaufleuten von Wien und aus Oesterreich, welche den Breslauern und anderen Unterthanen des Königs auf der Handelsstrasse von Böhmen nach Venedig mancherlei Hinderung in den Weg gelegt, insolange den Durchzug mit ihrer Kaufmannschaft, „wy dy genant sy, trucken adir nass", durch Böhmen, Polen und seine übrigen Gebiete, bis den Breslauern und anderen königlichen Unterthanen „die Strassen gegen Venedig ungehindert durch der Herzoge von Oesterreich Lande offen werden", und alle bis dahin zugefügten Schäden ersetzt sind. *Lünig* a. a. O. S. 254, 55. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 290, 91. 24

1388, Mai 8. Die Breslauer vereinigen sich auf den vorstehenden Rechtsbrief hin mit dem Rathe und der Bürgerschaft der grösseren Stadt Prag zu gemeinsamen Repressalien gegen die Bürger Wien's, indem sie verabreden, Alle, welche aus Böhmen, Polen oder Mähren Kaufmannschaft nach Oesterreich und von dort zurückführen, durch Wegnahme ihrer Waaren „hindern und irren" zu wollen, wobei zugleich von Seite der Prager den Bürgern von Breslau die Aufrechthaltung des Privilegs Kaiser Karl's IV. v. 1377 [nr. 19] zugesichert wird. (R.) *Klose* a. a. O. S. 291, 92. 25

1388, Dez. 5. König Wenczeslaus bestätigt auf Ansuchen der breslauer Rathmannen und Bürger die unter König Johann [s. nr. 68] erfolgte Abschaffung der Zölle. (R.) *Klose* a. a. O. S. 292. 26

1389, Jun. 8. Derselbe ertheilt dem Rathe zu Breslau die Erlaubniss, „den Ueberschuss der königlichen Renten von der Stadt 27

63) Ueber den auch die Stadt mitberührenden s. g. Pfaffenkrieg in Breslau (1381, 82) s. *Klose* a. a. O. S. 271 — 77; *Fischer* a. a. O. S. 13. 14; *Heyne* a. a. O. Bd. II (1864) S. 256 flg.

64) Vgl. *Lünig* a. a. O. S. 253, 54 nr. XXXIV.

zug gehabt habe, und erneuern c) ein den Breslauern ehemals — ob schon vor 1306, ist zweifelhaft — ertheiltes Weisthum über die Dienstmannen und deren Gerichtsstands-Verhältnisse:

„Coram celsitudine imperialis majestatis et gloria ceterisque omnibus, quorum interest vel ad quos presens scriptum pervenerit, nos scabini civitatis Magedeborch, lucide protestamur, civitatem Wratislaviam longevo tempore, cujus memoria aput nunc viventes non exstat, jure opidano seu civili Magdeburgensi fuisse subjectam, ita videlicet, quod, quandocunque ambiguitatis quid super jure civili Magdeburgensi aput vel inter cives Wratislavie civitatis exortum fuerat, recurrendo ad nostram civitatem diffinitam sentenciam ab antecessoribus nostris et a nobis hucusque obtinebant. Atque inter varias nostri juris sentencias ipsis olym datas et transscriptas dedimus eciam ipsisdem jus nostre civitatis in hec verba: Sunt aput nos viri spectabiles, ministeriales scilicet, qui in vulgari nostro nominantur dynstlute, dustituto certo die compareant actori faciendo domino nostro vel suo judice ad hoc committant et caucionem faciant, quod coram ipso non tenentur respondere, dummodo procivitate a quoquam conventi fuerint, coram entes; hii, si coram nostro judice in nostra suo omagio tenent et habent milites et cliplicis generis. Primi sunt, qui sub se et sub justicie complementum. Alii sunt simplices milites, clientes, famuli, villani ceterique tales persone seculares; hii omnes coram nostro judice in nostra civitate, si ab ipso ad judicium citati seu evocati debite fuerint, rit juris. Inosujus testimonium evidens, quod respondere tenentur et facere, quidquid fueistud jus nostrum sic (sit) antiquatum per nosque ac nostros antecessores observatum, hoc scriptum nostro appendenti sigillo roboratum est. Anno domini M°. CCC°. LX° nono, ipso die beati Matye apostoli."

Gedruckt b. *Gaupp*, Das alte Magdeb. und Hall. Recht, Anh. II nr. 8 S. 347, 48[60]); deutsch b. *Klose* a. a. O. S. 246—48.

Der letzte, die Ministerialen betreffende Theil der Urkunde, besonders gedruckt b. *Stobbe*, Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. XVII S. 415, ging in deutscher Uebertragung in die breslau-magdeburgischen Schöffenrechts-Sammlungen des XIV. Jhdts. über, so in jene des heinrichauer Codex [*Gaupp* a. a. O. S. 350], des brieger Codex [*Böhme*, Diplomat. Beytr. Thl. VI S. 119 Abs. 8] und in die systematische des breslauer Archivs-Codex A., Lib. II P. 2 cap. 73 S. 51, 52. Doch ist im letzterwähnten Werke ein durch Auswerfung des den Worten „dummodo promittant et caucionem faciant" entsprechenden Zwischensatzes „wenne sie mussen vor vnsirm richter gewis machen" völlig, auch dem Sinne nach, corrumpirter Text enthalten[61]). Vgl. noch *Gaupp* a. a. O. S. 349.

1370, Jan. 30. Kaiser Karl IV. ent- 15
scheidet in einer Streitsache zwischen dem „capitulum ecclesie Vratislaviensis" auf der einen und dem Landeshauptmanne, dem Rathe und der Bürgergemeinde zu Breslau auf der anderen Seite, betreffend die weltliche Jurisdictionsgewalt über die „familiares et subditi laici" des Bischofs und Capitels, sowie höheren Clerus, nach genauer Erwägung der Verhältnisse beider Gegner dahin, dass die bezeichneten Hausgenossen und Gesindeleute „in dicta civitate Vratislaviensi, que est murata, et infra ambitum civitatis ejusdem vel extra ubicunque delinquentes et contrahentes, reperti tamen in ipsa civitate et infra ejus ambitum seu quomodolibet arrestati vel per alios remissi, debeant per prefatos capitaneum, consules, judices, scabinos, juratos et commune dicte civitatis judicari et juxta quantitatem delicti vel contractus corrigi et puniri, et non debeant nec teneantur ad dictorum episcopi, prepositi, decani, scholastici aliorumque prelatorum, canonicorum et capituli judicium, eorundem examen, cognitionem et punitionem remitti quovis modo." *Lünig* a. a. O. S. 246—51. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 133[a]; *Klose* a. a. O. S. 253—55 [welcher auch S. 248—53 die Veranlassung und den ganzen Verlauf dieses durch Einmischung Pabst Urban's V. sehr weitläufig gewordenen Prozesses umständlich berichtet].

1370, Mai 27. Derselbe erlässt zu sei- 16
ner Stadt Breslau Nutzen und Besserung das Verbot: „das keynirleye geistlich man adir priester noch czyns geld noch hewsser keufen solle vorbas mer in der eegenandten unser stat czu Bresslaw ane unser, unser erben und der Cronen czu Böheimb besundir gelob und geheisse; were abir, das keyn geistlich man keynerleye gülte, czinse adir hewsser ane unser und des kunigrikes czu Böheimb besundir gelob in vorgangen cziten gekouft hette, der sal es wedir vorkeufen ane alle wedirrede, als her unser und des kunigrikes czu Böheimb schwere ungnade vormeyden welle; wenne die stat und der

60) Die bei *v. Kamptz* a. a. O. S. 529 nr. 13 namhaft gemachten älteren Abdrücke geben die Urkunde unvollständig, nämlich mit Hinweglassug der sententia de ministerialibus.

61) Ebenso im *alt-kulmer* Rechte II, 88 S. 50 (*Leman*).

grund unser und des kunigrikes ist, so wellen wir, das das vorgeschrebene gebot und geheysche onvorrucket genczlich gehalden werde." *Lünig* a. a. O. S. 252 nr. XXX. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 256.

17 **1373**, Aug. 18. Derselbe befiehlt seinem „Urberer auf dem Berge" (Bergrentmeister), die mit Gold, Silber und anderen Handelswaaren aus Polen, Schlesien und sonstigen fremden Ländern kommenden breslauischen[62]) Bürger, sofern sie nur die altherkömmlichen Abgaben entrichten würden, ungehindert und ohne Aufschlagung ihrer Ballen [durch Böhmen] ziehen zu lassen, da es überhaupt seine ernstliche Meinung sei, dass sie bei ihren alten Rechten, Freiheiten und Gewohnheiten verbleiben mögen. *Lünig* a. a. O. nr. XXXI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 260.

18 **1374**, Aug. 17. Derselbe gestattet dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Breslau, alljährlich einen Jahrmarkt, und zwar nach freier Wahl entweder am St. Elisabeth-Tage oder an jenem der heiligen Apostel Simon und Judas abzuhalten, welchem dieselben Rechte und Freiheiten zustehen sollten, wie sie mit dem von Alters gehabten Mittefasten-Markte verbunden waren. *Lünig* a. a. O. S. 252, 53. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 134, und *Klose* a. a. O.

19 **1377**, Jan. 19 und 27. Derselbe gesteht den breslauer Bürgern in Prag bis auf Widerruf Handelsfreiheit gleich den prager Bürgern zu. (R.) *Klose* a. a. O. S. 263.

In besonderer (zugleich das vorstehende Privileg wiederholender) Urkunde v. 26. Jan. 1377 geben Stadtrichter, geschworne Bürger und Schöffen sammt der ganzen Gemeinde der Gross-Stadt Prag auf Wunsch oder vielmehr Befehl des Kaisers zu jener Begnadung der Breslauer ihre Einwilligung. (R.) *Klose* a. a. O. S. 263, 64.

20 **1378**, Dez. 21. König Wenczeslaus erneuert den von seinem [inzwischen verstorbenen] Vater, Kaiser Karl IV., im J. 1356 den Breslauern verliehenen Confirmationsbrief [nr. 98] in allen seinen Clauseln, Artikeln und Punkten, mit Hinzufügung gleicher Verheissungen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 268—70.

21 **1383**, Sept. 28. Derselbe wiederholt das Privileg der Bürger Breslau's v. 1373 [nr. 17], das Vollzugsmandat zunächst an den Münzmeister „auff den Chutten" [Kuttenberg] und dessen Strass-Reiter richtend. *Lünig* a. a. O. S. 253 nr. XXXIII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 287[63]).

1386, Jun. 15. Derselbe genehmiget den Ankauf des — seit 1385[64]) im Besitze des Hofgesinde-Dieners Hanns Pencker gewesenen — Oderwasserzolls von Seite der Rathleute und Bürger zu Breslau, also dass dieselben den genannten Zoll mit allen Nutzungen und Gefällen erblich und ewiglich besitzen, jedoch in keiner Weise erhöhen oder sonst verwandeln sollen. *Lünig* a. a. O. S. 254 nr. XXXV. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 288, 89. 22

1387, Nov. 13. Derselbe bewilligt der Stadt Breslau einen freien Fleischmarkt. (R.) *Klose* a. a. O. S. 289. 23

1387, Dez. 23. Derselbe verbietet den Kaufleuten von Wien und aus Oesterreich, welche den Breslauern und anderen Unterthanen des Königs auf der Handelsstrasse von Böhmen nach Venedig mancherlei Hinderung in den Weg gelegt, insolange den Durchzug mit ihrer Kaufmannschaft, „wy dy genant sy, trucken adir nass", durch Böhmen, Polen und seine übrigen Gebiete, bis den Breslauern und anderen königlichen Unterthanen „die Strassen gegen Venedig ungehindert durch der Herzoge von Oesterreich Lande offen werden", und alle bis dahin zugefügten Schäden ersetzt sind. *Lünig* a. a. O. S. 254, 55. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 290, 91. 24

1388, Mai 8. Die Breslauer vereinigen sich auf den vorstehenden Rechtsbrief hin mit dem Rathe und der Bürgerschaft der grösseren Stadt Prag zu gemeinsamen Repressalien gegen die Bürger Wien's, indem sie verabreden, Alle, welche aus Böhmen, Polen oder Mähren Kaufmannschaft nach Oesterreich und von dort zurückführen, durch Wegnahme ihrer Waaren „hindern und irren" zu wollen, wobei zugleich von Seite der Prager den Bürgern von Breslau die Aufrechthaltung des Privilegs Kaiser Karl's IV. v. 1377 [nr. 19] zugesichert wird. (R.) *Klose* a. a. O. S. 291, 92. 25

1388, Dez. 5. König Wenczeslaus bestätigt auf Ansuchen der breslauer Rathmannen und Bürger die unter König Johann [s. nr. 68.] erfolgte Abschaffung der Zölle. (R.) *Klose* a. a. O. S. 292. 26

1389, Jun. 8. Derselbe ertheilt dem Rathe zu Breslau die Erlaubniss, „den Ueberschuss der königlichen Renten von der Stadt 27

---

62) Die Urkunde erwähnt auch noch der Bürger von Schweidnitz.

63) Ueber den, auch die Stadt mitberührenden s. g. Pfaffenkrieg in Breslau (1381, 82) s. *Klose* a. a. O. S. 271—77; *Fischer* a. a. O. S. 13. 14; *Heyne* a. a. O. Bd. II (1864) S. 256 flg.

64) Vgl. *Lünig* a. a. O. S. 253, 54 nr. XXXIV.

zum Baue der Stadtmauern und Thürme zu verwenden.“ (R.) *Klose* a. a. O. S. 293.

28 **1395**, Jan. 7. Derselbe, gebeten, einen zwischen den Rathmannen, Kaufleuten, Handwerkern und der Gemeinde zu Breslau ausgebrochenen Zwist, dessen Beseitigung seinen zu diesem Behufe abgeordneten Räthen nicht gelungen war, selbst mittels eines Bescheides beizulegen, thut dieses durch eine Reihe von Satzungen, betreffend a) den Fleischmarkt, b) die beiden Brodmärkte, c) das Bäcker-, Brau- und Gastungsgewerbe in der Neu- und Vorstadt, d) den Gewandschnitt der Tuchmacher, e) die Rathswahl und Rechtsprechung — „Ouch bevehlen und gebieten wir ernstlichen und vestiglichen bey unsern hulden dem Rahte czw Breslaw, der yezund ist, das sie czw der czeyt, als man den Raht vorkeren sol (und) einen andern Raht kyzen, uf den tag, als es gewonlichen ist, keyne bekandte luete, sie seynd der geschlechter adir nicht czu gewissen czeiten, alsz sie der gewonhei hetten, an den Raht seczen, sunder solche luete kyzen, die unsz, der Stad, armen und reichen, nuczlichen und fueglich seyn, und die luete unvorzogenlichen uszrichten; wenne, geschee das nicht, so wollen wir selber einen Raht seczen adir das czue tun unsirm Hewbtmann bevehlen. Furbas so wollen wir, das dem armen als dem reichen ein gleych recht gesprochen werde und ouch das recht nymand vorzogen mit keynerleye infelle noch mit sunderlichen rechten, es seye gnade, willköre adir andir sunderliche rechte; sundir was einem recht sey, das das dem andern ouch sey. Doczue so meynen wir, das der Richter und das Gericht der aldin Stat bestellen, das die luete in der newen Stat und der Vorstat bewaret werden sunderlichen des rechtis, das keyne unfure in den selben steten geschee“ — ; f) die Gerichtsbeiwohnung eines Beamten des Königs wegen des diesem gebührenden Sporteln-Antheils, g) die Fleisch- und Brodbänke in der Vorstadt, h) den Rückfall der für Hofbauten bestimmten und nicht verwandten Geldsummen in die königliche Kammer, i) die Competenz der Landgerichte zu Breslau und Namslau, endlich k) die Ablösung der auf Häusern haftenden Kaufrenten. Dabei wird noch die Zurücknahme aller wider diese Satzungen verstossenden Freiheiten und Gnaden, sowie die Unschädlichkeit vorstehender Normen in Beziehung auf vorher angebrachte und noch nicht entschiedene Klagen ausgesprochen, die allgemeine Pflicht des Gehorsams gegen den Rath eingeschärft und schliesslich die Beobachtung gegenwärtiger Ordnung bei Vermeidung strenger Strafe vorgeschrieben. Gedruckt (jedoch uncorrect) in J. J. *Weingarten's* Fascicul. diversor. jurium (Nürnberg 1690. fol.) Buch II od. Beylagen zu Buch I S. 30, 31; in der *Brachvogel*'schen Continuation Thl. III (1717) Nr. 140 S. 683 flg. Inhalts-Darstellung b. *Pol* a. a. O. S. 147[b] und *Klose* a. a. O. S. 294—97.

1396, März 9. Derselbe widerruft „den 29
Artikel der Ladung ins Landrecht gen Neumarkt, vor drei Jahren gegeben, also dass fürbas mehr niemand den andern, der gesessen ist auf dem Lande oder in den Städten, die gelegen sind in den Weichbildern zu Breslau und zum Neumarkt, laden solle auswendig hin, denn gen Breslau, und wo einerlei Briefe darwider gegeben worden oder noch gegeben würden, sollen (sic) keine Kraft haben.“ (R.) *Pol* a. a. O. S. 148; *Klose* a. a. O. S. 298.

1396, März 9. Derselbe verfügt, dass 30
Gaben oder Bescheidungen nirgends anderswo, als in den Gerichten, unter welchen der Vergabende gesessen, vorzunehmen, im entgegengesetzten Falle aber keine Wirkung haben, sowie dass weltliche Sachen vor weltlichen und geistliche vor geistlichen Gerichten zu verhandeln seien. J. G. *Uber* „Statutarische Rechte der Stadt Breslau“ [b. *Zimmermann* a. a. O.] S. 549. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 298.

1396, März 9. Derselbe verordnet, dass 31
jeder Bürger und Einwohner Breslau's sein Malz in den drei städtischen Odermühlen bereiten lasse, und dass nur im Hopfenhause der Stadt, und sonst nirgends, Hopfen gekauft werden dürfe, für jeden Fall des Zuwiderhandelns eine Mark Groschen als Strafe androhend. (R.) *Klose* a. a. O. S. 298, 99.

1396 [März 9?] Derselbe erlaubt den 32
breslauer Tuchmachern den Ellenschnitt, unter Festsetzung einer Abgabe (zu einem Groschen von jedem ausgeschnittenen Tuche) an den Landeshauptmann. (R.) *Klose* a. a. O. S. 299.

Von einer Reihe wichtiger, dem Zeitraume 1335 - 1380 angehöriger Polizei-Verordnungen, hauptsächlich die Hochzeitsfeste, den Kleiderluxus, sowie gewerbliche und bauliche Verhältnisse angehend, gibt eine ausführliche Inhaltsschilderung *Klose*, Darstell. der inneren Verhältnisse S. 192—99, 201 flg.

1404, Jul. 29. König Wenczeslaus 33
bestätigt der Stadt Breslau die ihr von seinem Vater, ihm selbst und anderen Fürsten über ihre Rechte, Freiheiten, Gnaden und guten Gewohnheiten verliehenen Privilegien, Handfesten und Briefe. (R.) *Klose*, Dokum. Gesch. a. a. O. S. 307.

1405, Jan. 10. Derselbe erlaubt dem 34

Rathe und den Bürgern der Stadt Breslau, einen verpfändeten Kammerzins zu ewiglichem Genusse und Gebrauche einzulösen. *Lünig* a. a. O. S. 255, 56; F. M. *Pelzel*, Lebensgeschichte des K. Wenceslaus, Thl. II (1790) S. 104. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 308, 9; *Chmel*, Reg. Rup. (Anh. II) S. 185 nr. 18.

35 **1406**, Sept 26. Derselbe befiehlt dem Rathe und der Gemeinde zu Breslau, das Kloster auf dem Sande in seinen Mühlengerechtigkeiten zu schützen und zu schirmen, und den Bürgern der Stadt das Malzmahlen in den Klostermühlen nicht zu verbieten. (R.) *Klose* a. a. O. S. 310.

In dieselbe Zeit (19. Sept.) fällt ein, zu den grossen Ereignissen des Jahres 1418 gleichsam das Vorspiel bildender Volksaufstand wider die Rathsherrn, welche von der „rasenden und unsinnigen" Menge „mit grossem Unfuhr und Ungestüm . . . abgethan" und durch andere, bei dem Volke beliebte Personen ersetzt wurden. König Wenzel ahndete diese vorschnelle That dadurch, dass er „der Stadt die Kur und alle Privilegia genommen, darzu 8000 Mark Groschen zur Pön auferlegt hat." Schon im folgenden Jahre (1407) widerrief er jedoch die verhängte Entziehung der Privilegien, indem er sogar den Breslauern ihre gesammten Rechte und Freiheiten confirmirte. Eine völlige restitutio in integrum der Bürger erfolgte übrigens erst durch die nachfolgende Urkunde. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 152, 53, *Klose* a. a. O. S. 310 flg.

36 **1409**, Jul. 18. König Wenczeslaus wiederholt der Stadt Breslau die (bereits 1404 ertheilte] General-Confirmation aller Rechte, Gnaden, Freiheiten und löblichen guten Gewohnheiten, und gibt ihr die im J. 1406 zur Strafe abgesprochene Befugniss freier Rathswahl auf ewige Zeiten zurück: — „wiewol das ist, das wir die ehegenanten Rathmanne und Burger czue Bresslaw der Kore und Wale, jerlichen den Rath bey in in der Stadt czu bestellen, als sie das von Alders her getan haben, von der Czweitracht wegen, die czwischen den Burgern und Inwonern daselbst gewesen ist, entwert haben, yedoch sint wir nu dieselbe Cweytracht czwischen in genczlichen entschieden und hingelegt haben, so haben wir von besundern unsern Gnaden den ehegenanten Rathmannen und Burgern czu Bresslaw die ehegenante Kore und Wal, den Rath bey in in der Stad jerlichen mit erbern frommen Lueten, die uns und der Gemeyne der Stat czu Bresslaw, arm und reich, nucze und gut seyn, czu bestellen nach Erkenttnus irer Ayde, bei Behaltnus ihrer Recht und Freyheit, von newes wieder gegeben, und geben in die wieder gneziglichen mit Crafft diez Brieves und kuniglicher Macht czu Beheimb Vullenkomenheit, czu haben, czu halden und derselben Kore und Wal furbasz mer ewiglichen, von uns, unsern Erben und Nachkomen, Kunigen czu Beheimb, und sunst allermeniglichen ungehindert, geruhiglichen czu gebrauchen." *Lünig* a. a. O. S. 256, 57. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 311, 12.

1411, Jun. 15. Derselbe gibt den Rath- 37
mannen und Bürgern zu Breslau [Neumarkt und Namslau] die Weisung, in ihren Städten öffentlich ausrufen zu lassen, „das furbas mer kein geistlich Man einen werntlichen Man in geistlich Recht ziehen, laden ader bethedigen, und nemlichen auch keine werntliche Sache mit keinerleye Auffgabe in Geschäffts Weyse geistlich machen solle, sunder das man ein iczliche Sache richte und ende in dem Rechten, dorinne man sie billichen und von Rechtswegen richten und enden sol." *Lünig* a. a. O. S. 256 nr. XXXVIII [mit der irrigen JZ. 1409.]. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 312, 13.

1412. Derselbe verleiht der Stadt Bres- 38
lau einen neuen, am Sonntage nach Bartholomäi zu haltenden Jahrmarkt. (R.) *Pol* a. a. O. S. 155[b].

1416, Febr. 1. Derselbe wiederholt die 39
von Kaiser Karl IV. [nr. 10] den Breslauern gegebene Erlaubniss der Ausprägung von Hellern, unter Herabsetzung des der königlichen Kammer zufliessenden Schlagschatzes von sechzig auf dreissig Mark Groschen polnischer Zählung. *Lünig* a. a. O. S. 257, 58. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 323.

In demselben Jahre begegnen auch noch mehrere Erlasse König Wenzel's an den breslauer Rath, die Bestrafung der aufrührischen und überhaupt dem letzteren ungehorsamen Bürger an Leib und Gut betreffend. *Klose* a. a. O. S. 324.

1417. König Wenczeslaus bestätigt 40
der Stadt Breslau alle von seinen Vorfahren als Herren derselben herrührenden Privilegien, Rechte und Freiheiten, zugleich anordnend, dass künftig vier aus den Kaufleuten und vier aus den Zünften (Zechen) alle städtischen Zinse und Renten einnehmen, und wieder mit der Rathmannen Wissen und Willen zum Nutzen und Frommen der Stadt ausgeben sollen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 324, 25.

Den blutigen Bürger-Aufruhr des 17. bis 21. Juli 1418, veranlasst wahrscheinlich durch eine neue, sehr übel gedeutete Geschoss-Auflage des Raths, beendigt erst unter Sigismund mit der am 4. März 1420 vollzogenen Enthauptung von 23 Bürgern, erzählen *Pol* a. a. O. S. 158 — 64 und *Klose* a. a. O.

S. 328—30, 341—48. Vgl. auch *Roppau's* Beschäftigungen mit Breslau S. 79 flg.

41 **1420**, März 14. Der römische König Sigismund als König von Böhmen, für das Wohl und Gedeihen der Städte seines Reichs, vor allen jedoch Breslau's — „quae velut altera sedes et caput ejusdem regni est, fonsque legalitatis irriguus, affluentia praelarga derivans in alias, sine qua etiam hujusmodi civitates velut acephalae forent, cujusque coetus civium, tanquam regula morum, exemplar et speculum moralitatis humanae vitae jubarque splendidum, inter alias quaslibet civitates emicuit“ — eifrigst besorgt und vornehmlich „civitatis Vratislaviensis praedictae, quae post quorundam ejus incolarum machinationes et rabies, quibus in nonnullos ex proconsulibus ibidem absque demeritis suis, imo causis, nuper saevire et rumores suscitare ausi sunt, in intolerabilia fere damna atque debita lapsa est, reformationem, recuperationem et restaurationem, utque sub suo felici regimine revirescat et incrementis proficiat salutaribus, ex cordis sui desideriis affectans“, bestätigt dem Rathe und den Bürgern Breslau's „universa et singula eorum jura, privilegia, gratias, libertates, concessiones, donationes, literas, immunitates, honores et utilitates, quae et quas iidem proconsules et cives a Boemiae regibus atque ducibus Silesiae, praedecessoribus, obtinuerunt et obtinent, in omnibus suis articulis, punctis, tenoribus et clausulis, de verbo ad verbum, prout scripta seu scriptae sunt, ac si tenores omnium praesentibus forent inserti et de ipsius jure vel observantia seu ritu vel consuetudine mentio specialis fieri deberet, nec non laudabiles consuetudines et observantias, quibus hactenus uti consueverunt et utuntur“, insbesondere aber drei Rechtsbriefe, welche die Breslauer von König Johann von Böhmen, sowie dem Herzoge Heinrich IV. von Schlesien erhalten hatten — „quarum sigilla in dictis rumoribus ab ipsis literis rapta sunt.“ Diese ungeachtet der Siegelverletzung confirmirten und wörtlich eingerückten Privilegien sind aber jene aus den Jahren 1272, 1327 und 1339 [nr. 11, 45, 65]. Das Sigismund'sche Privileg steht gedruckt b. *Lünig* a. a. O. S. 259, 60 (jedoch ohne den Text der drei inserirten Urkunden). Vgl. *Klose* a. a. O. S. 349, 50.

42 **1420**, März 21. König Sigismund bestätigt den breslauischen Kaufleuten das durch König Ludwig I. von Ungarn im J. 1365 verliehene Privileg [nr. 11], dass sie in seinem Gebiete gleich den Pragern und Nürnbergern freie Handelsübung haben sollten. *Lünig* a. a. O. S. 258. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 353, 54.

43 **1420**, März 30. Derselbe gibt den Zünften und Zechen zu Breslau eine Handwerksordnung, meist polizeilichen Inhalts. (R.) Mittheilungen daraus b. *Klose* a. a. O. S. 354 und Thl. II S. 373, 74.

44 **1421**, Apr. 25. Derselbe gestattet den Breslauern freien Handelszug nach Venedig und von da zurück, wie er solchen auch den Nürnbergern zugestanden hatte. (R.) *Klose* a. a. O. Thl. I S. 360.

45 **1422**, Jan. 13. Derselbe befiehlt dem Rathe zu Breslau, Alle, welche sich allda niederlassen wollen, aufzunehmen und zu schützen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 360.

46 **1422**, Apr. 14. Derselbe erweist den Rathmannen und der Gemeinde zu Breslau die Gnade, „daz sy ire müncze mit dem präge und zeichen verkeren megen auf ein ander präge, wie In denn das am besten sein beduncken wirdet; doch daz das korn bey seinem grad und wirden beleibe, als sie das vormalsz bishero geschlagen haben“; sowie „daz sy nu furbasz von der wage, der sie czu der stat nücze gebrauchen, yo von einem yczlichen steine, was ware denn do gewegen wirt, einen heller irer müncze nemen und heyschen sollen und megen.“ *Lünig* a. a. O. S. 260 nr. XLIII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 360, 61.

47 **1422**, Apr. 16. Derselbe verordnet, dass Alle, welche in der Stadt Breslau ihren Unterhalt haben und suchen, auch mit der Stadt leiden sollen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 361.

48 **1422**, Sept. 7. Derselbe befiehlt „allen und yglichen kaufflueten (und) furmannen, die kaufmanschafft in das Furstentum czu Breszlaw bringen, dass sie und deren yglicher, alsbalde sie das Furstentum czu Breszlaw berüren, gewonlich ungeldt und czolle geben und czu der Stat czu Breszlaw czufaren sollen, und das nicht lassen“ — bei einer Busse von 20 ungarischen Gulden, zahlbar an die Rathmannen zu Breslau. *Lünig* a. a. O. S. 315 nr. CVI. Vgl. *Klose* a. a. O.

49 **1422**, Nov. 19. Derselbe gebietet den sämmtlichen Einwohnern der Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer, insbesondere der darin befindlichen Städte, dass sie das gleich den Breslauern ihnen zur Auflage gemachte aber schuldig gebliebene Ungeld „gancz der vorgenanten Stat czu Bresslaw bezalen und furbasz von irer habe und czu allen czeiten gleich den von Breszlaw solich ungeld richten und geben sollen, als lieb In sei gröszern schaden czu vermeyden.“ *Lünig* a. a. O. S. 315, 16 nr. CVII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 361, 62.

50 **1422**, Dez. 22. Derselbe erklärt die Rathmannen der Stadt Breslau, um sie für ihre Mühe zu entschädigen und zu der

Stadt Diensten desto williger zu machen, als künftighin geschossfrei. *Lünig* a. a. O. S. 261 nr. XLIV. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 362.

51 **1422**, Dez. 22. Derselbe bestätigt der Stadt Breslau den Besitz und Genuss der wieder neu erbauten Ohlau-Mühlen und Kuttelhöfe, bestimmt das Innungsrecht der Wollenweber und deren Obliegenheiten in Ansehung der Tuchbereitung, ertheilt den vom Rathe revidirten Statuten und Gesetzen seine Genehmigung, verspricht den Rathmannen und Bürgern Verschonung mit ungebührlichen Lasten oder Geldforderungen, und fügt endlich den allgemeinen Befehl hinzu, den Rath an seinen Rechten, Gnaden und Freiheiten in keiner Weise zu hindern oder zu irren. (R.) *Klose* a. a. O. S. 362, 63. Vgl. auch *Pol* a. a. O. S. 167ª.

52 **1423**, Jan. 12. Derselbe gestattet dem breslauer Rathe, wegen Erweiterung der Stadt und Befestigung der Neustadt, alle Erben und Häuser der letzteren abmessen zu lassen und mit dem gewöhnlichen Schosse zu belegen. (R.) *Pol* a. a. O. S. 167ᵇ; *Klose* a. a. O. S. 363, 64.

53 **1425**, Jun. 20. Derselbe erlässt für das Fürstenthum Breslau verschiedene, z. B. die Leistung der Berna und gerichtliche Anmeldung von Liegenschaftskäufen betreffende Satzungen, dabei auch für die Stadt Breslau besonders bestimmend, dass a) kein Bürger von da den anderen um Schuld oder ähnliche Ansprüche vor ein geistliches Gericht laden, vielmehr, wenn es nicht „Sachen in Mannschaft" seien, vor dem Rathe und Stadtgerichte Recht suchen; dass man ferner b) nur einem Mitbürger Gabe und Zinse reichen, ein Nicht-Bürger aber, welchem solche um einer Schuld willen oder im Erbgange zufielen, dieselben binnen Jahr und Tag wieder veräussern oder das Bürgerrecht gewinnen; dass c) die Stadt wider ihre Privilegien lautende Geleits- und sonstige Briefe, ohne darum in Ungnade zu fallen, zurückweisen, endlich d) in Verbindung mit dem Landeshauptmanne Leuten, welche aus anderen Gebieten um des Schutzes und Schirmes willen nach Breslau ziehen, und von ihren früheren Herrn an ihren Gütern gehemmt und bekümmert werden würden, Vertretung und Rechtsschutz angedeihen lassen solle. (R.) *Klose* a. a. O. S. 372, 73.

54 **1425**, Jun. 20. Derselbe erneuert und confirmirt den Rathmannen und Bürgern zu Breslau „funff hantfesten und privilegia, die in dem nechsten Auflauf verloren und entfremdet sind, ... in allen puncten, clauseln artikeln und meynungen." Diese „treffliche privilegia, Ire recht und friheit antreffund, von derselben gemein vertragen, verruckt, zurrissen und verloren" sind aber:

„§. 1. daz alle sachen, die unsern Mannen in unserm kuniglichen hove werden furbracht, nicht lenger vor In hengen und by In bleiben sollen, dann an den dritten recht tag; und ob sy sich in derselben sachen mit recht nicht mochten vereynen, so sollen dieselben mannen, die in gehegter Bank zu gericht siczen, drey usz den Ratmannen zu Breszlaw, die manschafft von uns in dem lande zu Breszlaw haben, und die Ratmannen drey ausz gemeynen mannen des landes kiesen, und was die Sex mit dem meisten teil der manne, die daselbs zu gericht siczen, fur recht finden wurden in dem nechsten recht tag dornach, das sollen die Man, die zum rechten siczen, an dem dritten ding tage zu hand dornach volgund fur recht geben und sprechen, und das sol nicht lenger verczogen werden. §. 2. Item das ander privilegium, das die Burger von Breszlaw fur keyne andere oder fremde gerichte geczogen noch angesprochen werden sollen, weder umb schult noch umb andere sachen; dann wer zu In ichts zusprechen hett, der sol das tun vor irem Richter zu Breszlaw, und do sol Im unverczogentlich recht widerfaren; wurde aber dem clager das verczogen, so mag er seines rechten warten nach des landes gewonheit, als von alders herkomen ist. §. 3. Item das dritte Privilegium, dorynne die vorgenannten von Breszlaw gefreyt sein, das ein hauptmann, der czu Breszlaw zu czeiten hauptman ist adir sein wirt, keynen Burger von Breszlaw sol noch mag verburgen odir mit Burgschafft verbinden, noch auch eynicherley gewalt tun und anlegen. Sunder was die Manne, die zu gericht siczen, in solichen sachen vor recht erkennen, doran sol der hauptman ein genug haben, und sol das also halden, als das von alders gehalden ist, das nymand unrecht geschee. §. 4. Item die vierde handfesten, daz allen, die durch irer missetat willen vorschriben werden, und wider das gericht in der Acht frevenlich verharten, ire weiber und kinder folgen sollen, doch also, wer daz dieselben weib und kinder solichen Echtern behausung, hilff und furdrung in der Stat zu Breszlaw teten; und daz dieselb Echtere von der Acht nicht sollen entbunden werden, sy machen sich dann rechtfertig von solicher missetat, als recht ist, und sy richten sich dann ee fruntlich mit dem, wider wen Sy uberfaren und ubelgetan haben. §. 5. Item das fünffte privilegium, daz nyemand in dem furstentum und Stat zu Breszlaw dem andern entsagen und keinen gewalt czufugen solle; sunder

weliche zueinander ichts zusprechen haben, die sollen das tun vor dem lantgericht, und doran sollen Sy an beyden teylen genug haben bey einer pene des hohsten rechten. Dorezu, das man allė ubelteter, als Brenner, Rawber und andere bose leutte, wie man die mit sundern worten benennen mag, die unser Furstentume und lande Breszlaw und Newmarkt angreiffen und beschedigen, forvolgen aufhalden und fahen sol, und die gen Breszlaw furen oder an der stat, do Sy gefangen werden, uber sy richten, als von alders Recht gewest ist, also daz In ein pein nach irem verdienen aufgelegt werde; und daz alle unsere Manne in unserm vorgenanten Furstentume und lannden und auch doumb gesessen, wenn Sy umb hilff angerufft werden, mit iren gebawern dorezu helfen sullen bey einer busz Czehen Mark Behmischer groschen."

Gedruckt bei *Gaupp*, Das Schles. Landrecht S. 201—6. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 373, 74.

55 **1425.** Derselbe entbindet die Bürger zu Breslau für ewige Zeiten von dem Quatember-Kopfgelde zu einem Groschen böhmischer Münze jährlich. (R.) *Klose* a. a. O. S. 375.

56 **1425.** Derselbe verlegt die Raths-Köre vom Aschermittwochen auf den Mittwoch nach dem Sonntage Quasimodogeniti. (R.) *Klose* a. a. O. [59]).

57 **1426**, Febr. Derselbe überlässt zur Tilgung einer Schuld an den Herzog Konrad von Schlesien-Oels die „gult, rente, Erbczinss vnd stewr", welche die Stadt Breslau alljährlich in die königliche Kammer zu zahlen pflichtig und deren Betrag 400 Mark Groschen prager Münze war. *Böhme*, Diplom. Beytr. Thl. III S. 158—60.

58 **1428**, Jul. 11. Derselbe gönnt und erlaubt dem Rathe und allen Einwohnern der Stadt Breslau, „dasz sie ir yglicher und ire erben alle ire hove im weichbilde zu Breszlaw gelegen, die yczund gebawet sein, basz befesten und bawen mogen, und mit gemeuer, thürmen und graben bessern und erheben, alsz In das allernüczlichist seyn wirdet, von allermennielich ungehindert." *Lünig* a. a. O. S. 261 nr. XLIV. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 176; *Klose* a. a. O. S. 379, 80.

59 **1428.** Derselbe bestätigt den Breslauern den [von König Wenczeslaus verliehenen, aber längere Zeit nicht abgehaltenen] Bartholomäi-Jahrmarkt, den ihn besuchenden Kaufleuten für Leib und Gut freies und sicheres Geleite zusagend. (R.) *Klose* a. a. O.

1429, Sept. 22. „sent czu Rate wurden die Ratmanne, die czu derselben czeit gesessen haben, mit sampth den Scheppin und sie alle fierundczwenczik, eyn newe buch czumachen, doryn man seczen und beschreiben sal alle Orteil, die von hynnen czu Magdeburg gekowfft und geholet werden, zu eyme ewigen gedechtnisse und auch zu nucze und stewre der hernochkomennen herren und Schepphin, das sie ire houpte nicht dorffen mwhen und denn der gleich snelle mogen hirynne finden beschrieben." *Gaupp* a. a. O. S. 256—68 [welcher den noch auf dem Stadtarchive zu Breslau vorhandenen Codex beschreibt und VI Rechtsfälle daraus mittheilt]; O. *Franklin* a. a. O. S. 30, 31. 60

1429, Sept. 23. König Sigismund gestattet allen seinen und des Reichs Unterthanen, insbesondere den Breslauern, freien Handelsverkehr mit den Venedigern. (R.) *Klose* a. a. O. S. 381, 82. 61

1431, Apr. 12. Derselbe gewährt den Breslauern in den Städten Schweidnitz, Striegau, Jauer, Löwenberg, Bunzlau und Hirschberg, deren Bewohner in Breslau bis dahin keinen Zoll entrichten durften, ebenfalls bis auf Widerruf völlige Zollfreiheit. *Lünig* a. a. O. S. 262 nr. XLVI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 394, 95. 62

1431. Rath und Gemeinde zu Breslau vereinbaren ein Statut, dass in der Neustadt künftighin Häuser nicht mehr aus Stein, sondern nur aus Holzwerk und Lehm aufgeführt, und am Rossmarkte auf dem Ohlau-Ufer gegen die Mälzer zu gar keine Gebäude mehr errichtet werden dürfen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 395, 96. 63

1433, Oct. 31. Kaiser Sigismund thut und gibt den Rathmannen und Bürgern und der Stadt Breslau „durch ire czierheit und eren willen dise besundere gnade, gunst und friheit . . . ., dasz sie furbas mee ewiclich in irem Insigel rotes wachs gebrauchen und mit rotem wachs sigeln sollen und mogen, von allermenniclich ungehindert." *Lünig* a. a. O. S. 262 nr. XLVII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 403. 64

1434. Derselbe befreit alle Bewohner des Königreichs Böhmen und der zugehörigen Lande, besonders jene von Breslau, von Ladungen an fremde, ausserhalb Böhmens gelegene Gerichte. (R.) *Klose* a. a. O. S. 420. 65

1436, Sept. 29. Derselbe gibt den breslauer Rathmannen die Gewalt, dass sie „den rawbern und beschedigern, wenn und wo das geschicht, in andere furstentume und lande nachvolgen mogen und sollen und die angreiffen und auffnemen, wo und an welchen enden sie die erfaren und ankomen 66

59) In eigenthümlicher Verbindung stellt *Pol* a. a. O. S. 170 die sämmtlichen Privilegien des Jahrs 1425 dar.

mogen, und In tun nach irem verdienen und ausweysunge des rechten." [1509, 1533 bestätigt.] *Lünig* a. a. O. S. 263 nr. XLVIII. Vgl. *Pol* a. a. O. S. 185ᵇ; *Klose* a. a. O. S. 421, 22.

67 **1439**, Jan. 19. König Albrecht II. bestätigt der Stadt Breslau auf deren Bitten alle ihre „Freiheit, Gnade, Rechte, Gerichte, Briefe, Privilegien, Handfesten, Gaben und Verleihungen, gute Gewohnheiten, löbliche Statute und Herkommen", insbesondere aber diejenigen Rechtsbriefe, welche in König Sigismund's Confirmations-Urkunde v. 1420 [nr. 41] enthalten waren. (R.) *Klose* a. a. O. S. 435, 36.

68 **1439**, Febr. 26. Derselbe, vorher von dem Gedanken erfüllt, das von König Sigismund in der Stadt Breslau, welche „durch der kleglichen aufflauff und andrer freveler missehandlung willen in groszen unrat und treffentliche schuld gefallen was", eingeführte Ungeld von Kaufmannsschatz, Bier, Getreide, Wolle, Vieh und Meth wieder „abzulassen", aber bald überzeugt, dass das „nicht gesein mochte", nachdem er die Stadt in grösserer Schuldenlast, als je zuvor, in Folge des böhmischen und polnischen Kriegs gefunden hatte, ordnet die Erhebung des erwähnten Ungelds von Neuem an, auf dass der Stadt Schuld damit ausgerichtet und deren Bestes getreulich bestellt werde; dabei jedoch die von Kaiser Karl IV. ertheilten Zollbefreiuungsbriefe „nach irer laute und inhaldunge" ausdrücklich als fortwirkend erklärend. Bemerkenswerth sind noch aus dem Sigismund'schen Ungelds-Privileg die allen Bürgern zugestandene Befugniss, Bier zu brauen und zu schenken, sowie das „der gemeinen Stat zu Breszlaw" bestätigte althergebrachte Recht, allein „Malvasier, Romani, Reinval [60]), Welschwein und andere solche schwere Wein" zu verkaufen. *Lünig* a. a. O. S. 263, 64 nr. L. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 437, 38.

69 **1439**, Febr. 26. Derselbe confirmirt und erneuert die von Sigismund gegebene Handwerksordnung, nr. 43. [R.] *Klose* a. a. O. S. 438, 39.

70 **1439**, März 4. Derselbe gibt den Rathmannen zu Breslau volle Macht, die an Bürger und sonstige Bewohner allda verkauften städtischen Zinse und Renten um eben die Summe, als sie von jenen erworben worden, wieder zur Stadtcasse einzulösen, sofern die Mittel hiezu vorhanden sein würden. (R.) *Klose* a. a. O. S. 439.

1439, März 4. Derselbe „empfiehlt und gönnet" um der mancherlei Gebrechen willen, welche er in der Ausübung des Geldwechsels zu Breslau wahrgenommen, den Rathmannen der genannten Stadt, „dasz sie furbas mee das genante allerleye wechsel [61]), wie man das benennen mag, zu der Stat nucze und fromen haben und bestellen sollen, wie In das allerbeste beduncket und zu statten mag komen, von allermenniclich ungehindert", und dass, „ob yemand, es sey gast oder inwoner, damit umbgienge oder das der Stat zu schaden treiben wolte, den oder die die eegenanten Ratmanne darumb straffen und büszen mögen." *Lünig* a. a. O. S. 263 nr. XLIX. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 439, 40. 71

1440, Nov. 1. Königin Elisabeth, Albrecht's II. († 27. Oct. 1439) Wittwe, bestätigt der Stadt Breslau, auf Ansuchen ihrer Rathleute und Bürger, die derselben durch Sigismund (der Königin Vater) und Albrecht verliehenen Freiheiten, „besonders die Einrichtung, Wahl und Ansetzung" der Landeshauptleute und des Rathes, „sowie diese von den vorgenannten Königen angeordnet und bestimmt worden, ohne das mindeste hierin abzuändern." (R.) *Klose* a. a O. S. 444. 72

1441, Mai 13. König Wladislaus von Ungarn und Polen ertheilt „civibus et omnibus incolis civitatis dictae Vratislaviensis . . . cum omnibus ipsorum mercibus seu mercantiis, quibuscunque dicantur nominibus, et bobus in et per regnum Poloniae civitatesque, puta Cracoviensem, Poznaniensem, Sandomiriensem, Lublinensem et quascunque alias adusque in ducatum Lithuaniae ac regnum Hungariae ire, equitare et fluitare, plenam et omnimodam perpetuis temporibus libertatem, juribus tamen regalibus per omnia semper salvis." *Lünig* a. a. O. S. 265 nr. LI. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 444, 45. 73

1446, Nov. 12. Der Rath der Stadt Breslau vergleicht sich mit dem Bischofe Konrad daselbst bezüglich des dem Capitels-Clerus zustehenden, aber von den Rathmannen (1444) verletzten Rechts, in dem der Domkirche erbeigenthümlichen Keller schweidnitzer Bier zu haben und auszuschenken. (R.) *Klose* a. a. O. S. 472—74. 74

1452, Dez. 6. König Wladislaus (Posthumus, Albrecht's II. Sohn) von Böhmen gebietet den geschwornen Mannen im Lande von Neumarkt — da ihr Land- und Stadtgebiet mit dem breslauer unter einer und derselben Herrschaft und Hauptmannschaft 75

60) Wein aus Rivoli im Veronesischen. J. *Grimm*, Vorrede zu Rössler's Altprager Stadtrecht S. VI flg.

61) Geldwechsel in Münzen aller Arten und Länder. Vgl. J. *Falke*, Die Geschichte des dtsch. Handels I, 282 flg. S. auch unten nr. 86, 87.

gelegen, und auch sonst „alle Zöge und Beruffungen von Neumarkt nach Breslau, wo der oberste Stuhl in Schlesien ist, gingen" —, die vor dem sitzenden Rathe in Breslau ausgefertigten Machtbriefe (Processvollmachten) als „ganz volständig und kräftig ohne alle Inträge" bei ihren Gerichten zuzulassen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 481, 82.

76 **1455**, Jan. 6. Derselbe ertheilt der Stadt Breslau eine Generalconfirmation ihrer Freiheiten, Gnaden, Rechte, Verleihungen, Gewohnheiten und Statute. (R.) *Klose* a. a. O. S. 490, 91.

77 **1455**, Jan. 30. Derselbe wiederholt den der Stadt Breslau durch König Albrecht II. im J. 1439 gegebenen Ungelds-Brief. [nr. 68.] *Lünig* a. a. O. S. 265, 66 nr. LII. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 491.

78 **1455**, Jan. 30. Derselbe gestattet den Rathmannen und der ganzen Gemeinde seiner Stadt Breslau auf deren demüthige Bitte — „als dann die ungetrewen juden und jüdinne wider das heilige sacrament unsers lieben Herrn Jesu Christi in unser Stat czu Breszlaw gehandelt haben, dem heiligen cristenlichen glawben zu schmachheit, darumbe sie auch gelieden haben nach irem verdienen, und mit unserm geheysse vortrieben seyn" — „dasz nu furbas mer kein jude oder jüdinne in derselben Stat Breszlaw ire wonunge oder wesen zu ewigen czeiten nicht haben sollen in keyne weys", und gebietet darum dem Rathe und der Bürgerschaft daselbst, „dasz sie der obgenanten jüdischeyt ire wonunge in eegenanter Stat Breszlaw zukünfftig nimmermer nicht gönnen oder gestatten sollen." *Lünig* a. a. O. S. 266, 67. Auch b. J. J. *de Weingarten*, Vindemia judicialis, Norimberg. 1692. 4°., p. 833. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 491, 92.

79 **1456**, Aug. 5. Derselbe befiehlt den Städten Schweidnitz und Jauer, allen ihren Kaufleuten zu verkünden, „dasz sie hinfür mit irem handel und kaufmanschafft keyn andern jarmarkt auf den sant Johannestag besuchen, dann den jarmarckt czu Breszlaw, bey vermeidung der (königlichen) ungnade". *Lünig* a. a. O. S. 267 nr. LV.

Einen gleichzeitigen und gleichlautenden Befehl haben auch die Städte Budissin, Görlitz und Zittau erhalten. *Lünig* a. a. O. nr. LIV. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 504.

80 **1457**, Nov. 21. Vor König Wladislaus und seinen Räthen wird zu Prag eine Streitsache zwischen den Städten Breslau und Görlitz, betreffend die Zoll- und Ungeldfreiheit der letzteren in Breslau, verhandelt. Ausführliche Schilderung der Parteien-Vorträge b. *Klose* a. a. O. S. 510—20.

81 **1460**, Jan. König Georg Podiebrad[62]) genehmigt die ihm durch eine Botschaft nach Prag überbrachten Friedens-Artikel des breslauer Clerus und der Rathmannen und Stadtgemeinden von Breslau und Namslau, darin unter anderem auch die gesammten Privilegien, Begnadungen, Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten, sowie Besitzungen und Güter, Nutzungen, Zinsen und Renten der genannten Städte im Allgemeinen, und insbesondere deren Recht, von Niemanden aus der Stadt vor ein ander Gericht gezogen, gefordert und gerufen zu werden, endlich die „freie Rats-Köre, als die Stat Bresslau aus Privilegien und Gewonheit hat, und auch die Zölle und die Hauptmannschaft, die die Stat von etlichen Königen gehabt hat", ausdrücklich bestätigend. P. *Eschenloer*, Geschichten Bd. I S. 156, 57; *Pol* a. a. O. Bd. II S. 36 nr. 2; *Klose* a. a. O. Bd. III Thl. I S. 107, 8.

1469, Jun. 15. König Matthias von Ungarn und Böhmen, Herzog in Schlesien und Breslau, bestätiget dem Rathe und den Bürgern der Stadt Breslau — um ihres treuen Festhaltens am christlichen Glauben und Widerstandes gegen die böhmischen Ketzer willen — alle Freiheiten, Gnaden, Rechte, Gerichte, Privilegien, Handfesten, Gaben und Verleihungen, welche ihnen die früheren Könige von Böhmen und Herzoge von Schlesien vor Zeiten gegeben, sowie die Briefe, welche in König Sigismund's Confirmation begriffen sind, und dazu noch ihre guten Gewohnheiten und löblichen Statute und Herkommen. (R.) *Klose* a. a. O. Bd. III Thl. II S. 73—75. 82

1469, Juni 15. Derselbe erneuert den Breslauern den Albrecht-Wladislaw'schen Ungelds-Brief v. 1439 und 1455 [nr. 77]. *Lünig* a. a. O. S. 267, 68 nr. LVI. Auszug b. *Klose* a. a. O. S. 75. 83

1470, Dez. 13. Derselbe verordnet für Breslau, dass bei Errichtung von Testamenten allemal zwei Rathmannen nebst dem städtischen Notare zu mehrer Bekräftigung und Bestätigung gegenwärtig, in anderer Art gemachte Testamente aber ohne alle Kraft und Gültigkeit sein sollen. G. F. *Bukisch*, Observatt. theoret.-pract. ad jus statutarium Wratislaviense, P. I [Wratisl. 1669. 4°.] Art. V p. 77; A. B. *Waltheri* Silesia Diplomatica [Bressl. 1742. 4°.] Thl. II Abth. 2 S. 287; *Uber* a. a. O. S. 563. Vgl. *Klose* 84

62) Ueber das politische Verhalten Breslau's gegenüber Georg Podiebrad („Girsik"), dessen Geschichte den grösseren Theil der *Eschenloer*'schen Denkwürdigkeiten füllt, s. M. *Jordan*, Das Königthum Georgs von Podebrad, Leipz. 1861. 8°., S. 16—45.

a. a. O. S. 117 und in der Darstell. der inneren Verhältnisse S. 241, 42.

85 **1470**, Dez. 13. Derselbe erlaubt der Stadt Breslau, „ut ipsa amodo deinceps semper et omni tempore illos omnes, qui domos, redditus et proventus in eadem habent, ratione hujusmodi bonorum ad subeundas secum communes exactiones secundum illorum facultatem arctare et compellere possit atque valeat.“ *Lünig* a. a. O. S. 269, 70. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 117, 18.

86 **1470**, Dez. 13. Derselbe erlässt für den Rath der Stadt Breslau Bestimmungen über Münze und Geld-Wechsel. *Lünig* a. a. O. S. 270, 71. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 118, 19.

87 **1471**, Mai 16. Derselbe überlässt dem breslauer Rathe die bis dahin gleichsam nur für die königliche Kammer (welcher der Schlagschatz zufloss) geübte Münzprägung nach Ausgang von zwei Jahren in Ansehung der Groschen und Heller zu eigenem Nutzen, gibt ihm für die Zukunft die Wahl des Gepräges anheim, und gestattet endlich, „dasz die genanten von Breszlaw alleczeit, wenn sie das vor das beste erkennen werden, die wechsel halten und ordnen mögen auf allerley alde münceze, auch auff das gold, von allermennielich ungehindert.“ *Lünig* a. a. O. S. 269 nr. LVII [mit der irrigen JZ. 1470]. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 123—26.

88 **1471**, Mai 17. Derselbe begnadet die breslauer Bürger dahin, dass a) alle wider ihre Freiheiten, Rechte oder Gewohnheiten „ausbrachte Briefe oder Befelung nicht kraft noch macht haben, sonder sie bei Iren Freiheiten, Rechten und gutten Gewonheiten bleiben sollen“; und b) dass „zu Breslau niemands vor eigene Geldschulde Geleite noch keinerlei Sicherheit haben“ möge — „denn wer zu Breslau wonen oder sust do sein wil, der sal sich halden als ein gut Man, das er solcher Freiheit und Sicherheit nicht durfe“ — wobei jedoch dem Rathe die Befugniss vorbehalten wird, aus besonderen Gründen Jemanden zu „geleiten“, damit er sich mit seinen Gläubigern „entsezzen und vorrichten“ könne. *Klose* a. a. O. S. 126, 27. (Extr.)

89 **1475**, Febr. 19. Derselbe gibt der Stadt Breslau, jedoch mit der ausdrücklichen Versicherung, im Uebrigen ihren Privilegien, Rechten und Gewohnheiten durchaus keinen Abbruch thun zu wollen, eine neue Ordnung der Rathswahl. (R.)

„S. Kön. G. satzte eine neue Ordnunge, wie man fortan alle Tage am Aschtage einen neuen Rat solte kisen, dadurch, als er meinete, die Stat wieder solte zunemen. Solche Köre gingen also zu, dass am Mitwoche vor Fastnacht alle Kaufleute uf das Rathaus m[illegible]n kommen, und aus inen vier und zwanzig kisen. Und diselben 24 Gekorne darnach am Freitage vor dem Aschtage kommen uf das Rathhaus, und kisen auch vier und zwanzig aus den Zechen, und dise acht und vierzig darnach am Aschtage mit samt den Ratmannen und Schöppen kisen einen neuen Rate. Zum ersten siben Ratmanne, wan der König behilde ime Macht, den achten als den eldisten zu setzen und abzusetzen, darnach die eilf Schöppen mit eingelegten Zeddeln, als das in dem Privilegio, darüber gegeben, klärlich ausgedrucket ist.“ P. *Eschenloer* a. a. O. Bd. II S. 334, 35. Eine ausführlichere Inhalts-Darstellung gibt *Klose* a. a. O. S. 251—54.

1475, Febr. 22. Derselbe verfügt auf 90
erhobene Beschwerde des breslauer Rathes hin, a) dass die Bürger und Einwohner zu Breslau „umb alle solche geldschulde, die von dem gebawer-volcke, mannen und frawenbilden, wonende in den weichbilden Bresslaw, Newmarckt und Namsslaw, zu Bresslaw gemacht und geborget werden, . . . dieselben ire schuldiger in der Stadt Bresslaw vor das Mannrecht oder Landgerichte laden mögen“, welche Gerichte alsdann ohne Verhinderung von Seite der betreffenden Erbherrschaften die Streitsache entscheiden sollen, „wan ja billich, wo man schulde machet, dasz man sie daselbest sol bezalen, und sonderlich, als zu Bresslaw der Ober-Gerichtsstul aller obberürten dreyer weichbilde ist“; und b) dass die Landschöffen zu Neumarkt „die machtbrive und machtlüte, die czu Bresslaw vor dem Rate, vor der Hawbtmanschafft oder vor den Scheppen oder vor den gesworen Mannen an den steten, da es krafft und macht hat, gesaczt oder gegeben werden, zu recht aufnemen und zulassen sollen, bey vormeidung schwerer ungnade.“ [nr. 75.] *Lünig* a. a. O. S. 271, 72. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 257.

1477, Aug. 7. König Wladislaus 91
von Böhmen fordert in einem Schreiben Bürgermeister, Rath und Gemeinde von Breslau auf, ihm als ihrem rechten Erbherrn treu und gehorsam zu sein und alle Huldigung und Pflicht zu thun, mit dem Versprechen, dass er, „so sie solches tun würden, sie in allen Gnaden bei allen Rechten, Freiheiten, alten guten Herkommen und Gewonheiten . . . behalden, schützen und schirmen wolle vor allem Gewalt und Unrechten, als ihr gnediger Herre, als denn das seinen königlichen Wirden wol gebüre“[63]). *Eschenloer* a. a. O. S. 359, 60. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 267.

---

63) Das hierher bezügliche Mahnschreiben Kaiser Friedrich's III. an die Breslauer v. 13 Juni 1477 theilt *Eschenloer* a. a. O. S. 358, 59 mit.

92 **1479**, Aug. 10. König Matthias verordnet zur Ergänzung des von ihm erneuerten und confirmirten „privilegium und saczung kunig Sigmundes" v. 1425, betreffend die Commission der Sechsmänner [nr. 54[b]], unter Wiederholung eines Theiles jenes Rechtsbriefes, a) um der Rechtsverzögerung am königlichen Gerichtshofe, worüber Klagen eingelaufen waren, zu steuern: „am ersten, wann dieselbigen gesworneu mann unnseres kunigklichen hofs zw Bresslaw, die gericht siczend nach allder guten gewonheit und recht, alle virzehentag die recht nit siczen wurden und darinn aufzog machten, und so sy dann dornoch durch unnsern hawbtmann zw Bresslaw, der yczunder ist oder in kunftigen Zeytn wirt, ersucht und ermonet werden, dy gericht zu bestellen und zwsiczen, und sy das an redliche ursach nit tun und darinn ungehorsam sein wurden, das dann Unnser hawbtman, der yczender ist oder in zukünftigen Zeyten sein wirdet, dyselben ungehorsamen straffen und puessen sol"; und b) um die vollständige Besetzung des Gerichts im Sinne des erwähnten Sigismund'schen Privilegs leichter möglich zu machen: „ap under den Ratmannen zw Bresslaw nit solch drey Ratmanne weren, die manschafft von unns in dem lannd zw Bresslaw hettn, so sollen die Manne und rechtsiczer in unnserm kunigklichen hove ebenberurt annder drey Ratmann zw Bresslaw ausz dem Rat kisen. Und ap dy mannen . . . dem nicht also nachgingen und auch nicht ainigs welten werden, wie das geschehen mocht, und welten also dy sachen aufzihen und annders tun, dann in dem obgemelten privilegio noch nach diser unnser aussaczung und befelhniss begriffen ist, wellen wir und seczen, das Sy von stat an ein yder in sunderheit zway marck groschen sullen vorfallen und vorpflicht sein zugeben on alle widerred, ain marck unnserm hawbtman in unnser kunigklich kamer, und dy annder dem teil, das also wider diser unnser ordnung und des rechten verzogen wirt, zubezalen, bey der pfenndung, die unnser hawbtman . . . helfin sal." *Gaupp*, Schles. Landrecht S. 207—11. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 287—91.

93 **1480**, Mai 8. König Matthias bestätiget das von seinen beiden Bevollmächtigten („Anwälden"), dem Bischofe Johannes von Waradein und Edlen Georg von Stein, mit dem Rathe und der Gemeinde der Stadt Breslau bezüglich des anstatt der bisherigen Steuer dem Könige abzugebenden Theiles vom Getränke-Aufschlage getroffene Uebereinkommen, wonach der Letztere während der nächstfolgenden zehn Jahre von jedem Gebräue Bier 18 und von jedem Eimer „geringen" Weines, nicht aber auch der in das städtische Weinhaus gehörigen „schweren" Weine, 12 Schilling Heller beziehen, „solch Geld, das also hierinnen im gebüren wird, zu Schutz und Schirm derselben Land um Bresslaw und zu Befriedung der Strassen, und sonst nindert hin, kehren", aber Niemanden versetzen oder verschreiben, endlich die Stadt Breslau künftighin von aller „Steuer, Bete, Berne oder Gabe, wie man die benennen möchte" befreit sein soll. *Lünig* a. a. O. S. 272, 73[64]); *Klose* a. a. O. S. 295—96.

Die oben genannten königlichen Anwälte entschieden auch am 2. Febr. 1480 einen Streit zwischen dem breslauer Rathe und Herzog Friedrich von Liegnitz über die am Ohlauflusse auszuübenden Wasser-, namentlich Mühlen-Gerechtigkeiten. *Klose* a. a. O. S. 299—302.

94 **1481**, Jul. 26. König Matthias verleiht dem Rathe und den Bürgern von Breslau zu den drei durch die früheren Könige und Fürsten ihnen bewilligten Jahrmärkten zu Mitfasten, Johannis und am Elisabeth-Tage — „zu ergetzlichkeit irer trewen dienste und erlittenen schaden" — noch einen vierten Jahrmarkt, welcher „eines jeden jares an dem ersten und nechsten Tage nach dem heiligen Creutz-Tage Exaltationis und die nechsten acht Tage darnach volgende" stattfinden und für die Besucher „alle die Gnade, Freyheit, Urtel, Herkommen und Gewohnheit haben und halten" soll, wie die übrigen drei Jahrmärkte; jedoch „andern Städten daselbst umb an iren Jahrmärkten, ob sie die auf den ehegemeldten des heiligen Creutz Tag von alders her ouch hetten, unvergreiffenlich und unschädlich"[65]). *Lünig* a. a. O. S. 273, 74.

95 **1481**, Jul. 28. Derselbe setzt, um die seinen „tributarii seu theoloniatores in regno Hungariae" zur Last gelegten Zollbeschwerungen der nach Ungarn[66]) Handel treiben-

64) Im *Lünig*'schen Abdrucke steht die Zeitangabe: „am Abend St. Andreä 1479", unter welchem Datum wahrscheinlich die königlichen Commissäre zu Breslau den nach langen Unterhandlungen (*Eschenloer* a. a. O S. 402, 3) zu Stande gebrachten Vertrag mit der Stadt ausgefertigt haben. Denn die spätere Abfassung des königlichen Confirmationsbriefs geht aus dem Begleitschreiben des Königs v. 8. Mai 1480 (*Klose* a. a. O. S. 293—95) deutlich hervor.

65) Ueber Streitigkeiten der Brieger mit den Breslauern in Folge des neuen Jahrmarkts s. *Klose*, Darstellung der inneren Verhältnisse S. 148 flg.

66) Das Handelsprivileg K. Ludwig's I. von Ungarn v. 1365 [nr. 11[b]] hat Matthias 1484 erneuert. *Lünig* a. a. O. S. 275 nr. LXIV.

den breslauer Bürger für die Zukunft abzuschneiden, zu Gunsten der Letzteren fest, „quod in illis possessionibus, in quibus pons habetur, de singulo curru ipsorum civium unus florenus, ubi vero pons non tenetur, medius florenus et nil amplius de caetero exigatur.“ *Lünig* a. a. O. S. 274, 75.

96 **1485**, Apr. 7. Derselbe verordnet für Breslau in Ansehung der Errichtung letztwilliger Verfügungen zur Zeit der Pest oder anderer ansteckender Krankheiten — seine Satzung v. 1470 [nr. 84[b]] in einem Punkte ergänzend — „so in zeit obbestimmter läuffe die Rathmanne aus obvermeldten ursachen sich besorgten, und zu den kranken, jr Testament zuhören und aufzunemen, selbst nicht komen möchten oder wolten, dass sie dann an jrer stat andere zwo erber und glaubwürdige personen aus jren Burgern daczu geben und schaffen sollen und mögen, die bei dem eyde, damit sie dem Kunige und der Stat verbunden sein, die getrewlich verhören, auffmerken, und wie die gemacht und beschlossen weren, dem Rate einbekennen und überantworten, ohne arge list ungeverlichen.“ *Bukisch* l. c. p. 78; *Klose*, Dokum. Gesch. a. a. O. S. 325—27 (Extr.) mit Darstell. S. 242.

97 **1487**, Jun. 13. Die Rathmannen der Stadt Breslau beschliessen, dass die den neuen Jahrmarkt am Kreuzerhöhungsfeste (nr. 94) besuchenden Einwohner von Schweidnitz, Jauer, Striegau, Hirschberg, Lemberg, Bunzlau, Bolkenhain und aus anderen zu ihnen gehörenden Städten von dem auf den drei übrigen Jahrmärkten altem Herkommen gemäss zu entrichtenden Bauden- oder Stätegelde frei sein sollen. (R.) *Klose*, Darstell. S. 149, 50.

98 **1490**, Jan. 18. König Matthias fordert den breslauer Bischof Johannes brieflich zu einer Verfügung auf, dass die Bürger der Stadt Breslau nicht mehr wider ihre Privilegien und Gewohnheiten in weltlichen Rechtssachen zum Erscheinen vor dem geistlichen Richter (Official) gedrungen werden sollten. (R.) *Klose*, Dokum. Gesch. a. a. O. S. 364, 65.

99 **1490**, März. 1. Derselbe bestätigt die zwischen den Städten Frankfurt an der Oder und Breslau mit Zustimmung Kurfürst Johann's von Brandenburg[67]) abgeschlossenen Vergleichs-Artikel, betreffend das „jus depositionis mercium“ und damit verwandte Handelsverhältnisse. *Lünig* a. a. O. S. 318, 19.

1 **1490**, Aug. 19. König Wladislaus von Böhmen confirmirt der Stadt Breslau das vom Könige Johann im J. 1337 ihr verliehene wörtlich wiederholte Zoll- und Jurisdictions-Privileg [nr. 59[a]]. *Lünig* a. a. O. S. 320, 21 nr. CXIV.

1490, Oct. 14. Derselbe erlässt an die 2
Fürsten zu Teschen, Ratibor und Liegnitz, desgleichen an alle Stände, Beamte und Einwohner im Herzogthume Ober- und Nieder-Schlesien, wie auch in den Markgrafthümern Ober- und Nieder-Lausitz die Weisung, die auf Privilegien und altem Herkommen beruhende Niederlags-Gerechtigkeit der Breslauer durch Niemanden überfahren zu lassen, sondern Jeden, der freventlich dawider thäte und handelte, zu bestrafen. *Lünig* a. a. O. S. 320 nr. CXIII.

1491, Nov. 20. Derselbe erlaubt dem 3
Rathe und der Gemeinde von Breslau, sechs lehenbare Dörfer zu gemeiner Stadt für ewige Zeit und mit freiem Verfügungsrechte zu erwerben, doch mit der Bedingung, dass jene Dorfschaften, sollten sie an auswärtige Adelige oder fremde Städte verkauft werden, wieder „in den alten Stand zu Lehenrecht“ zurückkehren müssen. (R.) *Pol* a. a. O. S. 162[b]; *Klose* a. a. O. S. 421.

1492, Dez. 31. Die Rathmannen der 4
Stadt Breslau ertheilen „deme namhafftigen Magistro Johanni Behr“ die Vollmacht, sie, ihre Stadt, Mitbürger und „Samlunge“ bei den westfälischen Freigerichten, insbesondere „dem Gericht und Stul czu Brackel bey Dorthmunde gelegen“, vor welches sie vermuthlich wegen verweigerter Rechtshülfe „uff ansuchen und furbringen eynis genant Wellernickel“ [eines görlitzer Bürgers und Vehmschöffen mit Namen Nikel Weller, welcher 1485 wegen Zauberei verurtheilt worden war] zu öfteren Malen Ladungen erhalten hatten, zu vertreten, nöthigenfalls daselbst persönlich zu erscheinen, der „keyserlichen Majesteten brieff und der lobelichen Cronn czu Behmen und der Stat Breslaw gegebene unnd vorlihene privilegia vorczubrengen“, und auf Grund derselben wider jede Gerichtsbarkeit der erwähnten Freigerichte über die Stadt Breslau zu protestiren. E. Th. *Gaupp*, Von Fehmgerichten mit besond. Rücksicht auf Schlesien, Breslau 1857. 8°., S. 78—80 mit S. 68 flg.

1494, Mai 4. König Wladislaus be- 5
fiehlt dem breslauer Rathe die Wiederanlegung solcher durch Ablösung eingezogener Zinskapitalien, welche von den Vorfahren „zu löblichen Stiftungen“ bestimmt gewesen waren; doch soll „die alte Hauptsumme“ bei der neuerlichen Ausleihung nicht erhöht werden. (R.) *Klose* a. a. O. S. 428, 29.

---

67) Die Consensurkunde v. 2. Febr. 1490 steht b. *Lünig* a. a. O. S. 317, 18.

6 **1494**, Mai 5. Derselbe gibt dem Rathe zu Breslau die Freiheit, für seine zu gemeinem Nutzen unternommenen Bauten, so oft es ihm in künftigen Zeiten füglich und bequem sein würde, nach bestem Erkenntnisse „Gärten, Gründe, Aecker und Sitze, die da so nahe dabei angelegen sind, es sei von Geistlichen oder Weltlichen", ohne Jemands Hinderung nehmen und gebrauchen zu dürfen. (R.) *Klose* a. a. O. S. 429, 30.

7 **1496**, Aug. 15. Derselbe bestätiget der Stadt „alle und iczliche privilegia, rechte, gerichte, alle czugehörunge und freyhaiten derselben, och geleytte, czolle, hantfesten, czulassungen, alle gaben, die en von seynen vorfarn und Im an den czollen Hundisfeld und Hunnern [68]) oder sust andern gegeben, czuirkant und czugelossen sein, koufe, nuczunge und geniss, willekören, statuta, gewonheiten, altherkomen, die en von keysern, konigen und herczogen in Slezien samptlich und sünderlich vorlihen und gegeben seint; besundirn die brive und privilegia im uflauff zurrissen und vorleczt, so vil derer yn konig Sigmundes confirmatien yngeruckt, und och in statuten, registern und buchern befunden werden und vorhanden sint"; ferner die von alten Zeiten hergebrachte Anwendung des Landsiegels zu Lehensacten in der Hauptmannschaft zu Breslau, sowie den Vorgang der städtischen Schuldforderungen vor jenen anderer Gläubiger; und genehmiget ausserdem noch folgende Satzungen: „welch witwe sich aus bemelter stat vorheyraten würd, und also ir gut und habe, die czur stat gehort hetten, mit der stat derohalb gelitten, entwenden, sunderlichen angesehen, dasz och solch gut dorynne und bey irworben were, dasz der drite tail solches gutes der stat und gemeynem nutcz czu gut vorfallen sey. Dessgelichen ap eyne ane irer eldern ader nagsten frunde willen und nachlossen sich vorloben und vorheyraten würd, dasz och, wo sie nicht vater und mutter hette, der dritte teyl an die stat gefalle; wo sie abir noch eldern habe und dieselben ir nichts vorpflicht weren tzu geben, und so sie gelich nach irer eldern tode was irvolget, dass derselbe drite tail gleychwol gemeynem nucz czu gut kome." Schliesslich wird noch den Breslauern „auf der Lachen, da vormalen die Oder gerunnen und geflossen ist", und auf dem neuen Graben, „so weit derselbe zu behaltunge des Oderflusses sich erstreckt", für alle Zeiten freie Fischerei eingeräumt. Ausführliche Inhalts-Darstellung mit Auszügen b. *Klose* a. a. O. S. 433—36.

1496, Aug. 18. Derselbe confirmirt dem Rathe und Gemeinde zu Breslau eine „alte gute gewonheit", ihnen „solch privilegium und begnadung auff newes gebend . . ., dasz die stat Bresslaw ingemeyne und die burger doselbist insunderheit von iren gütern uff dem lande mit den mannen derselben weichbilde keinerley ufflag geben noch einigerley beschwerunge tragen sollen noch schuldig sein zu ewigen czeiten, sunder alleyne mit der stat Bresslaw leyden." *Lünig* a. a. O. S. 275, 76. Vgl. *Klose* a. a. O. S. 436, 37. 8

1496, Aug. 19. Derselbe bestätigt der Stadt Breslau nochmals das oben nr. 1c aufgeführte Johanneische Privileg v. 1337. (R.) *Klose* a. a. O. S. 437. 9

1497, Sept. 22. Derselbe gebietet den Rathmannen zu Breslau — „dass ir als unser amptlüte keinen Geistlichen zu ainicherley vormundschafft uff dem lande noch in der stat, noch anders weltliche vorsorgung oder geschäffte, ander lüte belangende, czulasset, sundern der kinder oder ander notdürfftiger lüte nehsten weltlichen fründe, die so hoch aufm lande oder in der stat beerbit seint, als sich die güter der kinder oder der, so sie in vorsorgung haben, uszstrecken, zu vormunden kyset und vorordnet, und, wo die nicht vorhanden weren, ander erbar frome lüte darczu haldet, uf dasz die armen lüte und kinder, den also vormunder und vorsorger gegeben werden, in irem gute nicht abbruch entfinden." *Lünig* a. a. O. S. 276 nr. LXVI. 10

1499, Jan. 13. Derselbe bestätigt die Testaments-Verordnungen des Königs Matthias aus den J. 1470 und 1485 [nr. 84, 96b]. *Walther* l. c. p. 289. Vgl. *Bukisch* l. c. p. 79; *Vater*'s Repertor. der Preuss.-Schles. Verfassung Bd 1 (1800) S. 256 nr. 3. 11

Ausserdem verdankt Breslau dem XV. Jhdt. eine besonders reiche Anzahl von Statuten und Verträgen der einzelnen „Zechen" oder Innungen, so dass eigentlich erst in diesem Zeitraume die zünftische Verfassung in Bresslau als zum völligen Abschlusse gediehen angesehen werden kann. Einen höchst lehrreichen Inhalts-Ueberblick der vom Rathe genehmigten Willküren, nämlich der Grobschmiede 1456, Nadler [„Noldner"] 1456, 1468, Zimmerleute 1457, Kürschner [„Korsner"] 1458, 1478, Gürtler [„Gorteler] 1458, 1461, 1462, Kannegiesser 1464, Tuchscherer 1468, Barbierer 1468, Färber 1468, Beutler 1468, Manns- und Frauentaschner 1469, 1471, 1483, Huter 1475, Steinmetzen und Maurer 1475,

68) Vgl. das Zollaufhebungs-Privileg des Königs Wladislaus v. 1491 b. *Klose* a. a. O. S. 441, 42.

Tischler 1481, Tuchmacher 1481, Riemer 1482, Binder [„Botteuer und Becherer"] 1486, Töpfer 1487, Bader 1487, Lautenschlager, Trompeter, Pfeifer und Fiedler 1487; sowie ferner wichtiger zwischen verschiedenen Zechen über ihre Gewerbsgerechtsame abgeschlossener **Verträge**, z. B. zwischen den Stadtfleischern und Dorfmetzgern („Geissler") v. 1462, Gürtlern und Löschfärbern v. 1472, Parchnern und Färbern v. 1475, Tuchmachern und Seifensiedern 1484; endlich einzelner in Handwerkssachen, z. B. 1469 durch König Matthias für alle Gewerbe, 1471 vom Rathe hinsichtlich der Fähigkeit der Barbierer, in andere Zechen einzutreten, ertheilter **Bescheide** bietet *Klose* in der Darstellung der inneren Verhältnisse S. 112—127; 135, 36.

Ueber die Bewidmung anderer schlesischer Städte (Brieg, Goldberg, Grossglogau, Grottkau, Haynau, Liegnitz, Neisse, Neumarkt, Oberglogau) mit dem Rechte von Breslau und die, auch über Schlesien hinaus, z. B. bis nach Olmütz, sich erstreckende Oberhofs-Autorität des breslauer Schöffenstuhles vgl. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S. 115 flg. 218; O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Abthl. I S. 536, 37.

CXXXVII. Bretten.

(Württemberg.)

J. H. *Andreae*, Bretta-Creichgoviae illustrata, Heidelberg. 1769. 4°. S. Fr. *Gehres*, Bretten's Kleine Chronik, Esslingen 1805. 8°., S. 1—33. Vgl. auch *Widder*, Beschreibung der Kurfürstl. Pfalz am Rheine Thl. II S. 188—99; J. *Bader*'s Badenia Jahrg. I S. 163 flg.

1 **1282**, Aug. 23. Herzog Konrad II. von Teck gestattet den Mönchen des Cisterzienser-Klosters Herren-Alb: „quod, quicquid in frumento, vino seu ceteris rebus quibuscunque in civitatem nostram Bretheim duxerint vel duci fecerint, omnimodam habeant libertatem inducendi, educendi, vendendi vel alienandi, prout ipsis videbitur, expedite libere et sine omni solucione thelonei, exactionis vel vngelt, a quibus semper erant exempti, non obstantibus qualibuscunque juribus, inhibicionibus, constitucionibus, consuetudinibus aut preceptis, que a nobis possent aliqualiter in posterum adinveniri, omni dolo et fraude penitus exclusis." *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. II (1851) S. 218, 19.

Bretten — „Bredeheim, Bretheim, Bretheim etc." — im VIII. und IX. Jhdt. in den Urkunden des Klosters Lorsch [1]) als „villa" des Kraichgaus erwähnt, soll bereits von König Konrad III. 1140 mit Mauern befestigt worden sein. Auch tritt es um diese Zeit als der Hauptort des sogar danach benannten „comitatus Breteheim" [1122, 1161] [2]) hervor, indem dessen Grafen daselbst ihren Wohnsitz hatten. Im XIII. Jhdt. finden wir dann Bretten als metz'sches Bischofslehen im Besitze der beiden verwandten Grafenhäuser von Eberstein und Zweibrücken [3]). Doch scheint dasselbe, inzwischen von der „villa" (1207) zur „civitas" vorgeschritten, kurz vor 1282 an Herzog Konrad von Teck verpfändet worden zu sein, welche Pfandschaft übrigens nur wenige Jahre bestanden haben kann, da wir schon 1295 [4]) dem Grafen Heinrich von Zweibrücken, einem Tochterenkel Graf Otto's I. von Eberstein, wieder als Herrn des Städtchens begegnen. Ueber die inneren städtischen Einrichtungen Bretten's in dieser Periode lassen sich nur wenige zerstreute Anhaltspunkte in den Quellen antreffen. Sie zeigen uns an der Spitze der cives einen „scultetus", dem 1283 zehn „consules", 1295 zwölf „jurati judices" zur Seite stehen [5]). Bedeutende Gerechtsame in der Stadt Bretten endlich genoss das vom Grafen Berthold von Eberstein und seiner Gemahlin Uta 1148 gestiftete „cenobium de Alba (dominorum), Spirensis dyocesis, Cysterciensis ordinis" [6]).

1300, Apr. Die Grafen Heinrich und 2
Otto von Zweibrücken und die „universitas in Brethein" vereinigen sich mit dem Kloster Herren-Alb in Ansehung der diesem gehörigen „curia in Wishovein" zur Beilegung einer Zwistigkeit dahin: „quod fratres seu incole predicte curie habere debent et possunt quadraginta quatuor boves arantes, viginti equos cum pullis eorum, triginta hertrinder, oves centum quinquaginta, porcos septuaginta, que omnia pecora perpetuo sine omnium contradictione debent et possunt uti pascuis, viis, inviis, almendis, in silvis et campis, in tota marchia Brethein, sicut et pecora civium ibidem; pastores vero monachorum observare debent in silvis et campis seu pascuis, quod vulgo dicitur einunge [7]), quod cives sibi ipsis constituerint,

1) Cod. dipl. *Laureshamens.* Tom. II Nr. 2263—71.

2) *Wirtemberg* UB. I, 350; II, 135.

3) G. H. *Krieg von Hochfelden*, Gesch der Grafen von Eberstein in Schwaben (1836) S. 38 flg. 51.

4) *Mone* a. a. O. II, 381.

5) *Mone* a. a. O. XV, 265.

6) *Mone* a. a. O. I, 96.

7) Uebertretungsstrafe.

sine dolo et fraude, et nulli speciali statuto subjacebunt, nisi quod communiter ab omnibus civibus observatur.“ *Mone* a. a. O. Bd. II S. 472, 73.

3 **1300**, Apr. Dieselben verkaufen ihre sämmtlichen in der „marchia Bretheim“ gelegenen Mühlen an das Kloster Herren-Alb; geben hiebei die Zusicherung „quod omnes inhabitantes ipsa molendina seu quibus ipsi monachi eadem locaverint, liberi sint perpetuo ob omni exactione, stiure, bete, dorlose[8]), wath[9]), usziehen[10]), et ab omni genere servitutis nove consuetudinis vel antique, et tamen nichilominus semper et ubique locorum in marchia Bretheim uti debent et possunt pratis, silvis, almendis, viis, inviis, campis, comunitatibus et comoditatibus universis; si vero molitores seu familia eorum in aliquibus excesserint, vel quecumque alia persona in eisdem molendinis vel in terminis eorum forefecerint, ipsa forefacta vel emende non ad nos nec ad nostros, sed ad ipsos monachos perpetuo pertinebunt“; machen sich ferner verbindlich, in der fraglichen Gemarkung weder selbst Mühlen anzulegen oder zu erwerben, noch solches Anderen zu gestatten, und verpflichten zugleich „omnes suos cives sive predictam civitatem inhabitantes, quod ad nulla quam ad predicta molendina molant sine speciali licencia monachorum, nec quisquam pannum in aliquo molendino preparet, quod vulgo dicitur walcken, preterquam in molendinis prelibatis“, hinzufügend: „quicumque vero tam in molendo quam in walcken ex inhabitantibus civitatem hoc statutum transgressus fuerit, pro qualibet vice quinque solidos hallensium dabit pro emenda monachis antedictis, pro quibus dandis eis cooperari tenebimur, quandocumque fuerimus requisiti“; räumen alsdann ganz dieselben Rechte auch der Klostermühle zu Weisshofen ein, und gewähren endlich allen übrigen inner- und ausserhalb Bretten's und seiner Markung gelegenen Besitzungen der Mönche von Herren-Alb, unter Verzicht auf jegliche Ansprüche an dieselben „perpetuam libertatem“, indem sie nicht minder alle von den Vorfahren dem Kloster verliehenen Gnaden und Freiheiten, jedoch mit der beigesetzten Bemerkung: „nec ipsi monachi in predicta marchia Bretheim aliqua bona de cetero comparabunt sine nostra licencia speciali“, bestätigen und erneuern. *Mone* a. a. O. S. 473—75 [mit S. 475—77].

Die in den vorstehenden Urkunden enthaltenen Freiheiten des genannten Klosters und seiner Mühlen zu Bretten und Weisshofen wurden mit theilweise wörtlicher Wiederholung durch Graf Heinrich I. von Eberstein am 2. Nov. 1318, und Markgraf Rudolph IV. von Baden am 29. Nov. 1330, sowie in abgekürzter deutscher Form durch Pfalzgraf Ruprecht I. bei Rhein am 16. April 1336 — in deren Hände successive die Stadt Bretten durch Tausch, Verkauf und Verpfändung gelangt war — confirmirt. *Mone* a. a. O. Bd. V (1854) S. 462 flg.; Bd. VI (1855) S. 204, 221.

1379 (?) Der Vogt „her Wyprecht von Helmstad“ zu Bretten „beschreibt den alten zol daselbs“, wie er von Pferden, die „follen last mit gewande oder kremerie, leder, wurtze, grawe duch, linwat“ ziehen und tragen, ferner von Packfuhren, Schmalztonnen, Käse-, Pech- und Unschlitt-Karchen, Eisen-Transporten u. s. w. theils in Geld, theils in Waaren (wie bei Käsen und Pechkuchen) entrichtet werden soll. *Mone* a. a. O. Bd. I (1850) S. 172, 73. 4

1402, Nov. 14. König Ruprecht bewilligt der Stadt „Bretheim“, um sie in der Unterhaltung der Strassen und Brücken zu erleichtern, die Erhebung eines [neuen] Zolles, und zwar zum Betrage von 2 Pfennigen bei Wagen und von 1 heidelberger Pfenning bei „Karchen.“ (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 78 nr. 1352. 5

1492. Kurfürst Philipp von der Pfalz verleiht seiner Stadt Bretten das Recht, alljährlich vier öffentliche Jahrmärkte, darunter den Laurenzi- oder Schäfermarkt, abzuhalten. (R.) *Gehres* a. a. O. S. 30. [*Andreae* l. c. §. V p. 6 setzt dieses Privileg in das J. 1422, *Widder* a. a. O. S. 198 in das J. 1490.] 6

Brieg. CXXXVIII.

(Preussen, Schlesien.)

K. F. *Schönwälder*, a) Geschichtliche Ortsnachrichten von Brieg und seinen Umgebungen, II Theile das. 1845, 46. 8°. — b) „Die ehemalige Verfassung der Stadt Brieg“ im Einladungs-Programme zur Oster-Prüfung des Gymnasiums das., 1850. 4°., S. 1—14. — c) Die Piasten zum Briege oder Geschichte der Stadt und des Fürstenthums Brieg, III Bändchen Brieg 1855, 56. 8°. [Hierher gehören nur Bdch. I S. 20—311.] Vgl. auch *Zimmermann*'s Beyträge zur Beschreibung von Schlesien Bd. I (1783) Stück 5 S. 51—87.

Ein vollständiges, im XVII. Jhdt. officiell angelegtes bis 1622 reichendes brieger Regestenbuch theilt aus dem Archivs-Origi-

8) Thorlohn, Thorabgabe.
9) Wachtpfenning.
10) Waffendienst ausserhalb des Wohnortes.

nale *Böhme*, Diplomat. Beyträge Thl. I Nr. III „Urkunden - Inventarium der Stadt Brieg" S. 9—16 mit, und fügt demselben S. 17—32 einen Abdruck von 6 wichtigen Documenten, sowie Thl. IV Nr. II S. 104—8 als Supplement, aus dem Magistrats-Urbarium v. 1750, eine theilweise hierher bezügliche Uebersicht der Handwerke in Brieg und ihrer Privilegien hinzu. Die Hauptquellen des Stadtrechts enthält auch *Tzschoppe*'s und *Stenzel*'s Urkundensammlung. Endlich finden sich noch einige rechtshistorisch bedeutsame Actenstücke veröffentlicht b. K. F. *Schönwälder*, „Urkunden zur Geschichte des Hedwigstiftes und des Gymnasiums zu Brieg" im Gymnasial-Oster-Progr., 1848. 4⁰., S. 1—25.

1 **1250.** Herzog Heinrich III. von Schlesien beurkundet die Aussetzung der Stadt Brieg — deren Anlage nach eingetretener Verhinderung der drei ursprünglich damit betraut gewesenen Personen, des Schulzen Heinrich von Reichenbach, des Gerkin von Goldberg und Orthlif, nun dem von Letzterem präsentirten Konrad Nyza unter Gestattung besonderer Vortheile übertragen wird — nach **deutschem Rechte**, und zwar jenem der Stadt **Neumarkt**, bestimmt sowohl die Herrschafts-Einkünfte und die den Locatoren an den Grund- und Gerichtsgefällen gebührenden Antheile, als auch die den künftigen Bewohnern der neuen Stadt aufzulegenden Leistungen und Abgaben sowie einzuräumenden Fischerei-, Holz-, Jagd-, Weide-, Handels- und Gewerbsbefugnisse, erklärt Brieg zum Oberhofe für alle innerhalb einer Meile um dasselbe gelegenen Dorfschaften, und gibt endlich die Zusicherung, die Stadt zur Abwehr feindlicher Gewaltthaten binnen zwei Jahren befestigen zu wollen: — „omnibus tam presentis temporis quam futuri esse volumus manifestum, quod civitatem nostram in Alta ripa Heinrico de Richenbach sculteto, Gerkino de Auro et Orthlifo **jure Theutonico** locandam contulimus, terre nostre accedente consilio et providencia sapientum, eo videlicet jure, quo civitas **Noviforensis** fundata est pariter et locata. Omnibus ad predictam civitatem ad manendum venientibus sex annorum libertatis indulsimus facultatem, ut nec ad alicujus rei soluciones nec ad expediciones infra predictum terminum compellantur, nisi tunc tocius terre periculum proclametur. Ipsis locatoribus sexta cedit curia cum solucione annuali, tertius in judicio denarius, nobis duo. Aque cursus infra et supra ad spacium miliaris ad piscandum liber est cunctis ibi manentibus. Ligna etiam ad construendum edificia incidere dedimus, ubi unquam inventa fuerint. Ex ista parte Odre venari lepores relaxamus. Ex utraque parte aque sex mansos magnos pro pascuis pecorum civitati asscribimus supradicte. Infra terminum libertatis jam concesse omnibus ibi manentibus fora sua per terram nostram agere damus absque theolonei exactione. Polonus vel cujuscunque ydiomatis homo liber domum ibi habens jus Theutonicum paciatur, nullo obstante casu vel superbia rebellante. Civitas singulis annis de tabernis solvere debet domino duci xx marcas. In ipsa civitate dominus habet decem macella carnium suis usibus valitura, judex reliqua et alii cives, quibus ipse ea concessit. Concedimus inquam [1]) eis infra terminum aque prescripte molendina construere, quotquot possunt. Bancci, in quibus calcei et panes venduntur, cedunt judicio indefesse. Insuper ipsis forum ibidem annuale ponere concedimus pro cunctorum beneplacito voluntatis. Infra unius milliaris ductum nullam esse volumus tabernam, per quam ipsis libertas prestita succidatur. Omnes ville site infra spacium miliaris unius ab ipsa civitate jura sua requirere debent juris sentencia [2]) promulgante. Ad devitandum igitur pericula graviora et ad ostium pravorum sevicias reprimendas infra duos annos civitatem munire promisimus divina clemencia providente. — Exorto disturbio inter locatores alii mortui sunt, alii egestate oppressi pro sue partis locacione pecuniam receperunt. Novissimus vero locatorum, Orthlifus videlicet, ad nos accedens nobis humiliter supplicavit, ut nos eidem predictam hereditatem vendere concederemus, nos de persona certificans, videlicet de Conrado, presencium exhibitore, dicto Nyza [3]), cujus nos presenciam ac familiaritatem multum pre ceteris amplexantes, jam dictam hereditatem eidem emere concessimus libere ac pacifice ei suisque heredibus perpetuo valituram, addicentes [4]) ei curie solucionem, in qua pecora occiduntur, et duas stubas balniales hereditarie possidendas."

Abdrücke bei *Böhme* a. a. O. Thl. I S. 17, 18 und danach bei *Gaupp*, Das alte Magdeburg. und Hall. Recht, Anh. I nr. 1 S. 327—30; besser nach dem Stadt-Archivs-Originale b. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. XXXII S. 318, 19. Uebersetzung in J. G. *Knie*'s und *Melcher*'s Geograph. Beschreibung von Schlesien (1827 — 30) Abthl. II Bd. I S. 153 flg. Inhalts-Darstellung in *Klose*'s Dokum. Gesch. von Breslau Bd. I S. 488 flg. und b. *Schönwälder*, Piasten Bdch. I S. 68 flg.

1) Vermuthlich: „etiam".
2) Vielleicht: „sentencias".
3) *B. G.* „Esyza."
4) *T.* „addicientes."

Brieg, in welchem ältere Schriftsteller schon die Todesstätte Kaiser Valentinian's, den die Cassiodorische Chronik „Brigitione" (370) sterben lässt, erkennen wollten, obwohl dieser Ort an der Donau zu suchen ist, weist in seinen Uranfängen auf eine Hofburg („castrum, curia") der schlesischen Herzoge mit Namen „Visokebreg" [*wysokibrzeg*, alta ripa, Hochufer] zurück, an deren „claviger" oder Schlosskämmerer noch im J. 1235 die wallonischen Colonisten in Würben („Romani in Wirbno sedentes") nach Erlangung der „libertas Theuthonicalis" alljährlich ihre Grundabgaben („de quolibet manso mensuram tritici, mensuram avene") zu entrichten hatten [5]). Ob auch bereits ein eigener Burgflecken vorhanden war, ist zweifelhaft, man müsste denn als solchen eine kleine Fischer-Ansiedlung, für deren Dasein einige Gründe sprechen, ansehen wollen. Dagegen darf als historisch gewiss behauptet werden, dass an der Stelle der nachmals sich entwickelnden Stadt Brieg im beginnenden XIII. Jhdt. zwei Dörfer, ein fürstliches, in jüngerer Zeit „Bregensis villa, Briegischdorf" geheissen, und das den Hospitalbrüdern vom heiligen Geiste in der Neustadt Breslau gehörige Malkowicz (jetzt Rathau), welches letztere erst Heinrich III. von dem genannten Stifte erwerben musste, um seine auf Gründung einer deutschen Stadt gerichteten Pläne realisiren zu können, gestanden hatten. Wie dieser Erwerb geschehen, sagt uns eine wichtige Urkunde v. 1251 [6]), worin der Herzog erklärt: „quod ingruente quadam necessitate, propter quam differre non valuimus, videlicet locatione civitatis in Alta ripa et villarum adjacentium, quas eidem absolvere promisimus, quandam nos facere commutationem oportuit cum quadam villa fratrum de sancto spiritu, que Malkowicz dicitur, que predicte civitati satis fuit contigua. Ita videlicet, quod ipsa carere non potuimus, aliam ipsis dedimus loco ejus, que Zambovice [7]) vulgariter appellatur, ut in die novissimo non valeremus de illata injuria incusari dei omnipotentis judicium metuentes."

Uebrigens stellt sich die unter nr. 1 mitgetheilte Urkunde keineswegs als der originäre Locationsbrief Heinrich's III. dar; sondern sie enthält nur in den bis „Exorto disturbio etc." reichenden Worten als ersten Hauptbestandtheil ein grösseres, aber auffallender Weise die Zahl der der jungen Stadtgemeinde vom Fürsten zugewiesenen Ackerhufen [8]) übergehendes Bruchstück des Fundations-Privilegs, welches unfehlbar in die Jahre 1248 und 1249, nicht aber weiter zurück, da Heinrich III. erst 1248 das Herzogthum Schlesien empfing, gesetzt werden darf. Mit Konrad Nyza [vielleicht aus Neisse] ging dann Heinrich, nachdem er denselben im Besitze der von ihm käuflich erworbenen Erbvogtei bestätigt hatte, einen neuen Locations-Vertrag, dessen Bestimmungen, eingeleitet durch einige geschichtliche Notizen über die Schicksale der früheren Locatoren, den in aphoristischer Kürze gefassten Schluss des Documentes bilden. Vgl. *Schönwälder*, Ortsnachrichten Thl. I S. 24—26, 84—86, 89, 90, 291; II S. 1, 2, 61, 62; Piasten Bdch. I S. 64—81.

1274, März 10. Herzog Heinrich IV. von Schlesien thut kund, dass mit seiner Zustimmung der Erbvogt Wilhelm zu Brieg zum Heile seiner Seele alle Schuhbänke in der Stadt sammt den Nutzungen und Zinsen davon Behufs der Wiederherstellung der Oderbrücke der Bürgermeinde geschenkt, und desgleichen für die Zukunft die bei Eidesleistungen üblichen Gerichtsgebühren [den s. g. Eidpfenning] gänzlich erlassen habe, welche Zugeständnisse dann Herzog Heinrich V. im Jahr 1294 von neuem bestätigt. (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 90, 103. 2

1292, März 17. Herzog Heinrich V. von Schlesien erneuert die — schon unter Heinrich III. im J. 1264, jedoch ohne genauere Bezeichnung des Objects erfolgte — Ueberlassung des Waldes „Leubusch" mit allen Nutzungen an Holz, Weide, Jagd und Honig, sowie mit gänzlicher Freiheit von Diensten, an die Bürger der Stadt Brieg. (R.) *Schönwälder*, Ortsnachrichten Thl. I S. 317. 3

1309, Juni 20. Die herzoglichen Brüder Boleslaus III. von Brieg und Heinrich VI. von Breslau gestatten den Bürgern der Stadt Brieg, an der Stelle, wo ehedem die Schuhe verkauft wurden, zwölf Krame zu errichten und dieselben zins- und dienstfrei zu besitzen. (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 151. 4

1310, Oct. 21. Dieselben sichern der Stadt Brieg die Durchfahrt aller von Ohlau gegen Neisse, ferner von Schurgast und Löwen in's brieger Land, endlich von Neisse nach Breslau gehenden Güterwagen, die eigenwillige Abweichung von dieser Route mit Pfändung und fürstlicher Ungnade bedrohend, sowie überdiess die unbeschränkte Ausübung der Blei- und Kupferwage zu. (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 152, 53. 5

1314, März 28. Herzog Boleslaus III. verspricht den Bürgern der Stadt Brieg, sie 6

5) *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. XVIII S. 301.

6) *Klose* a. a. O. S. 489—91.

7) Das Dorf Sambowitz, 2 Meilen von Breslau.

8) S. unten nr. 8.

künftighin mit keinerlei Auflagen beschweren zu wollen, und fügt eine General-Confirmation aller ihrer Privilegien hinzu. (R.) *Böhme* a. a. O. Thl. I nr. 11.

7 **1314**, Mai 15 [9]). Derselbe verspricht ferner, dass niemals Bürger und Einwohner von Brieg, sowie sonstige unter städtischer oder erbvogteilicher Jurisdiction stehende Personen um irgend einer grossen oder geringen Streitsache willen vor den Herzog oder seine Richter geladen werden sollen, es sei denn, dass sie vorher vor dem Erbvogte Hildebrand oder seinen Nachfolgern auf gehörige Ladung sich eingefunden und der Gerechtigkeit vollkommen Genüge gethan hätten, wobei es jedoch dem Kläger oder Beklagten unbenommen bleibe, auf seine Kosten das herzogliche Hofgericht zu bestellen, nur dass hiedurch der Erbvogt an dem ihm gebührenden Antheile nicht verkürzt werden dürfe. (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 155, 56.

8 **1314**, Nov. 10. Derselbe bestätiget der Stadt Brieg die ihr von seinen Vorfahren, und zwar, wie sie durch ihre Privilegien dargethan, seit der ersten Gründung, entweder ganz oder nach gewissen Antheilen zugewiesenen villae: Briegischdorf, Rathau, Schüsselndorf, Schreibendorf, Paulau und Garbendorf mit allen herzoglichen und Jurisdictions-Gerechtsamen, mit Geschoss, Zinsen, Münzgeld, Getreide, Ehrungen, Diensten, Fuhren, Beden und sonstigen Leistungen und Abgaben, welche man jetzt schon erdacht habe oder künftig erdenken möge, jedoch unter näherer Festsetzung der von jeder dieser Scholtiseien an die Stadtgemeinde zu prästirenden Ritterpferdsdienste und Hufenreichnisse. (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 147, 48 mit Ortsnachrichten a. a. O. S. 85—87.

9 **1315**, März 1. Derselbe gibt der Stadt Brieg die Versicherung, in Zukunft niemals neue Fleischbänke über die bestehende Anzahl und zur Beschwerung der Bürger errichten zu wollen, und erlaubt den Inhabern solcher Bänke, in deren Besitz ihre Söhne und Erben, auch wenn sie das Fleischergewerbe nicht erlernt haben sollten, alsdann jedoch mit Beigebung von Fleischerknechten, welche jene im Kaufe und Verkaufe unterweisen könnten, ungehindert einzusetzen, sowie die Bänke nach Belieben an Dritte, welche der Metzgerei kundig und ehrbaren Wandels, feilzubieten. (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 151.

10 **1315**, März 28. Derselbe ertheilt dem Verkaufe von 10 Mark Zinsen aus den Kaufkammern und 1 Mark Zinsen aus den vier Mühlen zu Brieg von Seite des Erbvogts Hildebrand daselbst an den Abt des Stiftes Heinrichau [10]) seine Genehmigung. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 13.

1316, Nov. 12. Derselbe ratifizirt die 11
von dem brieger Bürger Werner Trinkenicht in seinem letzten Willen zu seinem, seines Weibes und seiner Vorfahren Seelenheil ausgesprochene Bestimmung, dass, nachdem der Testator um 40 Mark üblicher Münze den Fusszoll in Brieg an sich gebracht habe, künftig alle Fussgänger, welche die Stadt passieren, für das, was sie tragen oder auf Karren führen, an den Herzog oder dessen Nachfolger keinen Zoll mehr zu entrichten brauchen. (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 153.

1317, Mai 28. Derselbe verkauft der 12
Stadt Brieg für 60 Mark Königsgroschen den Zoll zu Ohlau, so dass alle Bürger zum Briege oder welche sonst daselbst Bürgerrecht geniessen, wenn sie gegen Ohlau hin oder von da zurück bewegliche Habe führen, keinen Zoll mehr geben dürfen. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 17.

1317, Dez. 5. Derselbe verlegt den 13
Holz- und Waarenzoll bei dem Schlosse Cölln an der Stober zu Gunsten der Stadt Brieg an die Oderbrücke daselbst, und erklärt die Einwohner genannter Stadt, welche an dieser Brücke Holz, Salz, Wachs, Ziegel, Kalk und andere Waaren welchen Namens immer kaufen oder verkaufen, ohne sie die Brücke abwärts weiter zu führen, für zollfrei, während für auswärtige Holzkäufer die Zollsätze beigefügt werden. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 16; *Schönwälder* a. a. O. S. 153.

1318. Die Rathmannen der Stadt 14
Brieg errichten einige, „die Kramer und Krämerei belangende" Willküren. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 18.

1320, Febr. 3. Herzog Boleslaus III. 15
bestätigt den von Johannes, des ehemaligen Erbrichters Jesco Sohn, mit Nicolaus, dem Sohne Hildebrand's, abgeschlossenen Kaufcontract über die Hälfte des „judicii hereditarii in Brega", welche Letzterer (bereits im Besitze der anderen Hälfte befindlich) und seine beiden Brüder Johannes und Peter mit aller Zubehörung und von jeglichem Dienste frei gegen Zahlung von 120 Mark üblicher Münze erbeigenthümlich und mit dem Rechte beliebiger Verfügung innehaben mögen, und verbindet damit noch — „tam propter merita quondam Hildebrandi prenotati quam etiam ipsius Nycolai" — die Verleihung des bis dahin nach seinem vollen Ertrage in die

9) So nach *Böhme*; Mai 17 nach *Schönwälder*.

10) Ueber dieses ansehnliche bei Münsterberg gelegene Cisterzienserstift s. J. *Heyne*'s Dokum. Geschichte des Bisth. Breslau I, 258 flg. 383 flg. 944 flg.

herzogliche Kammer geflossenen Stadt-Erbzinses an den besagten Nicolaus und dessen Brüder, ohne sich irgend welches Recht daran oder den Rückgriff vorzubehalten — „nos quoque . . . concedimus, damus, donamus sibi suisque fratribus dicte civitatis censum hereditarium cum omni utilitate et usufructu nos contingentem, tenendum et adhabendum, nullum prorsus jus, dominium seu quamcunque repeticionem nobis cum nostris successoribus in eodem relinquentes, sed sibi et suis fratribus ipsorumque successoribus perpetuo valiturum." *Böhme* a. a. O. S. 18, 19. Vgl. dazu *Schönwälder* a. a. O. S. 156.

16 **1322**, Jul. 20. Derselbe genehmiget, dass die Bürger der Stadt Brieg von den Erbrichtern Nicolaus und Peter [nr. 15] um 250 Mark die Erbvogtei sammt zugehörigen Einkünften und dem Erbzinse kaufweise an sich bringen: — „ad universorum tam presencium quam futurorum noticiam litterali testimonio volumus devenire, quod nostra constituti in presencia Nycolaus et Petrus fratres, judices hereditarii civitatis nostre Bregensis, de bona ipsorum voluntate maturoque ipsorum amicorum accedente consilio, judicium hereditarium dicte civitatis Bregensis cum omnibus utilitatibus et usufructibus ad idem ab antiquo pertinentibus nec non cum hereditario censu ibidem intra murum et extra murum olim nos contingente juste et racionabiliter vendiderunt civibus civitatis ante dicte pro ducentis marcis et quinquaginta marcis pecunie usualis, et coram nobis Gerhardo brasiatori, tunc magistro civium eorundem, resignaverunt justo empcionis tytulo, liberum ab omni servicio et exemptum, nemine reclamante. Quam quidem empcionem, inter prefatos tam racionabiliter celebratam, ratam et gratam habentes contulimus prefato Gerhardo dicte civitatis judicium hereditarium cum omnibus suis utilitatibus et pertinenciis supradictis ad manus civium civitatis sepedicte tenendum et adhabendum perpetuoque libere justo empcionis tytulo jureque hereditario possidendum et ad usus placidos juxtaque [quod] ipsis commodius et utilius expedire videbitur, convertendum vendendo, donando pro ipsorum beneplacito voluntatis." *Böhme* a. a. O. S. 19. Vgl. *Schönwälder* a. a. O. S. 156, 57.

17 **1324**. Derselbe beurkundet, dass ihn seine „Burgere zu dem Brige" 11) unter Vorlage eines Buches, „do inne geschriben stunden alle dy Recht, dy in der edele Furste, Herzoge Heynrich (V.) von Bretzlav unde von Legniz, sin Vatir, so im Got gnade, gegeben hatte **noch der Stat Rechte zu Bretzlav**", gebeten haben, ihnen „di selben Recht bestetigen unde bevesten" zu wollen mit seinen Briefen, und dass er nun auch um ihrer getreuen Dienste willen jener Bitte zu willfahren gesonnen sei, und darum seinem Schreiber Konrad von Zessow befohlen habe, „das her in alle dy selben Recht undir des Herzoges Ingesigil beschriben gebe, als her sy in dem Buche beschriben vunden hat." Der Inhalt dieses Buches, welches mit der Bewidmung Brieg's mit dem **„Stat Rechte zu Bretzlau"** durch Herzog Heinrich IV. (1266—1290) und der Bestätigung jener Rechtsübertragung durch Heinrich V. im J. 1292 „sich anhebet" [§. 1], erstreckt sich, nachdem der §. 2 die Anwendung des **breslauischen** Rechts nochmals in der speciellen Richtung auf den städtischen Rath ausgesprochen hat — „zu dem ersten Mole gebe wir unsen Ratluyten alle dy Recht zu behertene unde zu behabene, dy unse Ratluyte in unsir Stat zu **Bretzlau** haben" — in systemloser Aufeinanderfolge der Satzungen (§. 3—35) über die gemeindliche Verfassung, namentlich die Gerechtsame des Rathes und der geschwornen Handwerksmeister, sowie die Obliegenheiten z. B. Reichnisse der Bürger; ferner über polizeiliche Gegenstände, wie Spiele, Hochzeitsschmausereien Fälschung des Getränkemasses u. a. m., endlich über einige Punkte des Privatrechts und Processes, wie Erbtheils-Verlust bei elterlich-unconsentirter Verehelichung von Frauenspersonen, Seelgeräths-Errichtung siecher Leute, Schuldklagen wider Fremde etc., und endet mit der ernstlichen Weisung, „disen Gesetzen, dy bestetiget syn", bei Vermeidung „hertlichen Gerichtes" und an die Stadt zu leistender Besserung gehorsam zu sein (§. 36).

Abdruck bei *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. CXXV S. 504—9; neudeutsche Uebersetzung mit Erläuterungen bei *Schönwälder* a. a. O. S. 91—102.

1326, Jun. 19. Herzog Boleslaus III. confirmirt der Stadt Brieg alle ihre Privilegien und Rechte. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 21. 18

1327, Jun. 20. Derselbe erneuert die Verleihung des **breslauer** Rechts an die Bürger seiner Stadt Brieg —: „so gebe wir unde lyen von unsir angeborn furstlichen genadyn unsir vor genantyn stat [czu] dem Brige und alln unsin getruven burgern, dy darynne wonen, myt der stat dinen, adir dar in kumen, **Breczlaus recht**, daz di selbe stat Breczlaw hat unde dy burger darinne haldin und habin von genadyn unde mit rechte, also glicher wyes alles daz recht habe wir unsin getruen burgern czu dem Brige gereychet unde be- 19

11) Und auch zugleich die Bürger von Grottkau. [S. diesen Art.]

steteget czu habyn unde czu haldin, ouch unsirm andir undirtan mit czuteylen ebeclichen ymmirme.“ *Böhme* a. a. O. S. 19, 20; *Gaupp* a. a. O. Anh. I, 2 S. 330, 31; *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. Nr. CXXXI S. 515. Neudeutsch b. *Schönwälder* a. a. O. S. 157.

Aus Veranlassung vorstehender Bewidmungs-Erneuerung haben nun die Rathmannen (Schöffen und Geschwornen) von Breslau in zwei zu diesem Behufe unter der Stadt (grösstem) Insiegel ausgefertigten, von den acht Rathsgliedern [12]) unterzeichneten und vom 20. Aug. 1327 datirten Abschriften „irin libin vrûndin, den bürgern der stat czu dem Brige mit willen und mit wizzin iris herrin herczogin Boleslauis [13]) — daz recht, daz di stat czu wreczlau hat von rechte unde von genadin“, nämlich die beiden **magdeburgischen Schöffenweisthümer** von 1261 [mit Hinweglassung der zwischen den Artt. LXIV und LXV befindlichen Schöffen-Unterschrift] und von 1295 mitgetheilt. Es stehen diese Urkunden vollständig abgedruckt b. *Böhme* a. a. O. S. 20—29, 29—32. Bloss die Schluss-Unterfertigungen des breslauer Rathes geben *Gaupp* a. a. O. S. 257, 267 und *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S. 432 Note 2. Vgl. *Schönwälder* a. a. O. S. 158.

20 **1328.** Herrzog Boleslaus III. ertheilt der Stadt Brieg die Bewilligung, „dass alle Sachen, die künftig sich erheben möchten von den Bürgern in der Stadt oder in der Stadt Rechte an Todtschlägen, Verwundungen, Lähmungen, Nothzügen, Wegeliegen, an Erbe und Gute oder um allerhand Sachen, sie seien gross oder klein, in der Stadt Brieg binnen der Mauer nach dem Stadtrecht sollen gerichtet werden und nirgends anderswo. Sollte sich aber ein Bürger oder ein anderer Mann zu Hofe ziehen, mit welcherlei Sache es wäre, die soll unser Hofrichter in der Stadt binnen der Mauer richten und nirgends anderswo, und die Stadtschöppen sollen demselben Zuge folgen und die Sache urtheilen nach der Stadt Recht. Sollte sich aber jemand vor den Fürsten ziehen, so soll der Fürst auf dem Hause zu Brieg oder binnen der Stadtmauer, wo er seinen Hof hat, richten, und die Stadtschöppen zu dem Briege sollen dem Zuge folgen und urtheilen dieselbe Sache nach dem Stadtrechte zum Briege. Wenn der Fürst aber dieselbe Sache dem Hofrichter befiehlt, so soll dieser das Gericht setzen binnen der Stadt an der rechten Dingstadt, und die Stadtschöppen sollen urtheilen nach dem Stadtrechte zum Briege, auf dass kein Mann busshaft werde vor uns oder unserm Hofrichter über ein Duzend Schillinge künftig.“ In modernisirtem Auszuge b. *Schönwälder* a. a. O. S. 163.

1328. Derselbe wiederholt das Privileg 21
Herzog Heinrich's V. von 1292 [nr. 3], die Ueberlassung des Leubusch-Waldes an die Stadt Brieg betreffend. (R.) *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 317.

1329, Jan. 25. [14]) Derselbe bestätiget 22
der Stadt Brieg die von seinen Vorfahren herrührende Freiheit vom Weinzinse sowohl in den Weinkellern als in den Häusern. (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 152.

1329, Febr. 12. Derselbe entbindet die 23
Bewohner der Stadt Brieg und der dazu gehörigen Dörfer von Ladungen vor das herzogliche Hofgericht. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 28.

1333, Mai 26. Derselbe verkauft dem 24
brieger Rathe das Dorf Gross-Leubusch mit allen Zubehörungen und frei von Abgaben und Diensten. (R.) *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 318.

1333, Sept. 6. Derselbe sichert der 25
Stadt Brieg — nachdem sie ihm eine Summe Geldes zur Auslösung seiner Burgen vorgeschossen — für die Zeit seines Lebens Verschonung mit gemeinen und besonderen, nur einzelne Personen treffenden Steuern und Schatzungen, sowie beschwerlichen Beden zu. (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 149.

1339, Oct. 15. Derselbe, seine beiden 26
Söhne Wenczeslaus und Ludwig und seine Gemahlin Katharina bestätigen der Stadt Brieg für ewige Zeiten die auf Begnadung der früheren Herzoge beruhende Freiheit, dass in den vier Stadtdörfern Briegischdorf, Schüsselndorf, Paulau und Schreibendorf und deren Grenzmarken über Verbrechen und sonstige grosse und kleine Rechtssachen der herzogliche Vogt keine Jurisdictionsgewalt, also auch nicht den Vorsitz im Gerichte haben soll. (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 164.

1339, Oct. 15. Dieselben verleihen der 27
Stadt Brieg die weitere Gnade, dass auf ihren Gütern die jährlichen „Dreidinge“ in Zukunft nur von den städtischen Richtern gehalten werden sollen. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 32: *Schönwälder* a. a. O.

1340, Febr. 24. Herzog Boleslaus III. 28
bestimmt zu Gunsten der Stadt Brieg, „dass man Weinscauld in drei Tagen zahlen soll

12) In der Rechtsurk. I sind am Ende nur sieben Rathmannen aufgeführt, weil der achte, Hermann Schryber, sich unmittelbar nach dem Texte des Weisthums, oberhalb der Schlussformel, unterzeichnet hat.

13) Der herzoglichen Genehmigung ist nur in Urk. I ausdrücklich erwähnt.

14) So nach *Schönwälder's* Angabe: „VIII Cal. Febr.“ *Böhme* und *Zimmermann* datiren die Urk. v. 22. Febr.

oder das Pfand dafür in drei Tagen verkaufen mag; und wem sonst redliche Schuld mit Recht erfordert wird, dass man das Pfand dafür verkaufen mag, und nicht länger als zum nächsten Rechten halten darf." (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 33.

29 **1342**, Febr. 1. Derselbe gibt den Briegern das neuerliche Versprechen, sie nicht mehr mit Steuer-Auflagen beschweren zu wollen. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 35. Vgl. *Schönwälder* a. a. O. S. 150.

30 **1342**, Oct. 25. Derselbe verordnet, „dass keine fremde Biere, sie haben Namen, wie sie wollen, wider den Willen der Rathmannen in die Stadt Brieg sollen eingeführt, verschenkt oder auf andere Wege verkauft werden, sondern dass man sich nur allein des briegischen Bieres gebrauchen solle." (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 34.

31 **1342**, Dez. 24. Derselbe ertheilt dem Rathe zu Brieg die Erlaubniss, „an eine oder mehrere Personen, nur nicht an Geistliche, 60 Mark jährlichen Zinses auf ewig oder auf gewisse Zeit zu verkaufen." (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 150.

32 **1344**, Sept. 28. Derselbe wiederholt das Bier-Einfuhr-Verbot v. 1342 [nr. 30] mit dem Zusatze, dass darunter das Einlegen fremder Biere zum eigenen Hausgebrauche nicht begriffen sei. (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 152.

33 **1345**, Nov. 10. Derselbe bestätigt alle Rechte der Stadt Brieg, die Versicherungen hinzufügend, dass er a) gegen den Willen des Rathes Personen, welche Letzterem oder den städtischen Statuten zuwiderhandeln, in die Stadt nicht einlassen, ferner b) die Stadt nicht schliessen, und c) am Amte der Rathmannen Nichts ändern, sowie auch d) die Stadt-Erbvögte nicht eigenmächtig absetzen wolle. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 38.

34 **1348**, Jan. 8. Derselbe und seine Gemahlin Katharina bewilligen dem Rathe der Stadt Brieg, 200 Mark jährlichen Zinses theilweise oder ganz, wie es ihnen das vortheilhafteste zu sein scheine, zu veräussern, indem zugleich der Herzog die etwaigen Käufer im Genusse der Einkünfte weder zu hindern noch zu beschweren verspricht. (R.) *Schönwälder* a. a O. S. 150.

35 **1349**, Aug. 28. Dieselben überlassen den Rathmannen zu Brieg für eine ihnen als Bürgen aufgebürdete fürstliche Schuld bis zu völliger Erstattung der in Folge hievon getragenen Auslagen den Brücken- und Wasserzoll samt dem Salz-Urbare [15]) der Stadt mit allen Rechten und Nutzungen. (R.) [16]) *Schönwälder* a. a. O. S. 154, 55.

1358. Der Rath zu Brieg beschliesst die Anlegung eines (des ersten) Stadtbuchs — : „Anno currente domini millesimo CCCLVIII tempore Consulatus Heynkonis Jenkowitz, magistri civium, et sociorum ejus, videlicet Petri Grunyngyn, Nicol. Molsteyn, Petzkonis Jegerdorf, Hermanni Czabtzicz et Nicol. Conradi iste liber est ad causas et ad placita editus per Nicol. Czulcz civitatis notarium in Brega, quia ea, quae tractabantur coram consulibus, post multum temporis oblivionis rubigine fluctuabantur et iste est primus liber civitatis." Es enthält aber das noch vorhandene brieger Stadtbuch a) Rathsschlüsse; b) Gerichts-Urtheile in peinlichen und bürgerlichen Sachen; c) Verträge, namentlich Rentenkäufe, und Vergabungen, endlich d) in jüngeren Anhängen Achts- und Strafverzeichnisse, Kirchenbau-Rechnungen, Register über die von den Gewerbsbänken fälligen Zinse u. s. w. [17]). Vgl. *Schönwälder* a. a. O. S. 160 flg.; *Homeyer*, Stadtbücher des MAlters S. 76, 77. 36

1363, Mai 21. Herzog Ludwig I. („der Gerechte") von Schlesien-Brieg verleiht den Gewandschneidern zu Brieg in Ansehung ihrer Kaufkammern die Gnade, dass Niemand ohne Besitz einer solchen heimlich oder öffentlich Tuch verkaufen oder ausschneiden dürfe. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 44. 37

1368, Jan. 14. Derselbe bestätiget den Verkauf des Dorfes Klein-Leubusch mit Zubehör, Einkünften und Nutzungen von Seite Heinzko's, eines Sohnes des ehemaligen Hofrichters, an die Stadt Brieg; erlaubt, das Dorf mit Alt-Leubusch zu verbinden und sammt Gerechtigkeiten, Schatzungen und Diensten dem Stadtgebiete einzuverleiben; behält sich jedoch hiebei vor, dass im Falle des Weiterverkaufes durch die Bürgerschaft die Auflassung vor dem Herzoge erfolgen und dessen frühere jurisdictionellen und sonstigen herrschaftlichen Rechte an dem Dorfe wieder aufleben sollen. (R.) *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 318, 19. 38

1377, Jul. 4. Derselbe wendet nach Rath seiner Vasallen und mit Zustimmung der Gemeinde-Vertreter und Bürger von Brieg, zum eigenen, sowie seiner Vorfahren und seines erstgebornen Prinzen Seelenheil, gewisse nach Lage und Umfang näher bezeichnete städtische „domos, mansiones, areas et habitationes . . . . liberas ab omnibus ex- 39

15) Ueber „urbora, urbarium", Ertrag, s. *Grünhagen*, Henricus Pauper S. 172.

16) Vgl. auch hiezu die Urk. v. 1363 b. *Schönwälder* a. a O. S. 203.

17) Viele interessante Notizen aus dem Stadtbuche hat *Schönwälder* seinen Schriften einverleibt.

actionibus et ab omni pretio vigilum, nec non ab omnibus oneribus quarumcunque exactionum pecunialium aut tributi, laborum aut servitiorum, quibuscunque nominibus possint nominari" dem Dechanten und Capitel der Collegiatkirche der heiligen Hedwig in Brieg zu immerwährendem Besitze und zu Wohnstätten für die Canoniker und übrigen Stifts-Cleriker, und zwar mit der Bedingung zu: „quod dicti canonici capitulumque dictae ecclesiae sanctae Hedwigis atque clerici, eorum familia seu inquilini, in saepedictis domibus, habitationibus, areis et curiis habitantes, non debeant aliquod opus mechanicum nec aliquas urbarias [18]) exercere, neque propinare aliquos potus, nec quidquam talium facere, quod in detrimentum civitatis dictae vergere videatur." Als Entschädigung für diese Abtretung des Stiftsplatzes sollen dem Rathe und der Stadtgemeinde von Brieg nach Massgabe des besonders darüber ausgefertigten Briefes [nr. 41] „quaedam (ducis) bona villae Lubusche districtus Bregensis adjacentia" überlassen werden. Bürgermeister und Rathmannen zu Brieg erklären aber „ob reverentiam sanctae ac beatae Hedwigis patronae suae praeelectae .... cum scitu et consilio maturo suorum Seniorum, Juratorum, Scabinorum, magistrorum operariorum, videlibet pannicidarum, textorum, carnificum, brasiatorum, pistorum, sutorum et sartorum totiusque communitatis dictae civitatis consensu" zu vorstehender Schenkung nach deren ganzem Inhalte, also insbesondere auch in Rücksicht auf die Abgaben- und Lasten-Freiheit der der Hedwigskirche zugeeigneten Häuser, Höfe und Bauräume ihre einstimmige Genehmigung. *Schönwälder*, Hedwigstift Nr. 3a S. 6, 7 [aus dem ältesten Stadtbuche.] Vgl. dazu *dessen* Ortsnachrichten Thl. II S. 187 flg.

40 **1377**, Jul. 7. Derselbe verfügt unter Beirath seiner Lehensleute und mit Zustimmung des Rathes und der Gemeinde von Brieg, dass für die Zukunft, um der Bäckerzunft allda eine bessere Nahrung zu sichern, die bisherigen 65 Brodbänke auf die nie mehr zu erhöhende Anzahl von 42 vermindert werden sollen. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 46; *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 204.

41 **1377**, Jul. 24. Derselbe übereignet der Stadt Brieg und deren „armen Leuten zum Leubusch", theils um des Feld-Mangels der Letzteren willen, theils zur Schadloshaltung der Bürger für die von ihnen bewilligte Befreiung der zu dem Hedwigstifte gehörigen Dechants- und Domherrn-Häuser von Schoss und Gülte [nr. 39], ein nach seinen Grenzen (welche der Herzog „selber geritten und gegrenzt hat") genau bezeichnetes Stück des leubuscher Waldes „mit allen Nutzen und Genüssen, mit all dem das in den Grenzen lit, mit Weiden, mit Holze, mit Wasser und mit aller Zugehörunge, nichts ausgenommen." *Schönwälder*, Hedwigstift Nr. 3b S. 7, 8.

1384, März 25. Derselbe verlautbart den 42
in seiner Gegenwart durch die Gebrüder Franzko und Nikolaus Koch, Bürger von Neisse, und den breslauer Bürger Nitzscho Bertram vollzogenen Verkauf des Dorfes Schöneiche und der unter gleichem Namen mitbegriffenen Güter sowie des Erbgutes auf dem Neitberge sammt Höfen, Gärten, Gebäuden und aller Zubehör an die Rathmannen von Brieg um eine bestimmte, bereits geleistete Geldsumme, ertheilt dem Kaufcontracte seine Genehmigung, und verordnet, dass, sollte der Rath jene zu den übrigen Stadtgütern geschlagenen Liegenschaften weiter veräussern, die Auflassung vor dem Herzoge geschehen müsse, damit er jene, wie früher, nach dem Lehenrechte, unter Aufrechthaltung der herzoglichen Gerechtsame, namentlich auch des Zinses von 4 Pfund Pfeffer, welche das Erbgut auf dem Neitberge alljährlich zu Michaelis in die herrschaftliche Küche zu liefern hatte, an die neuen Erwerber verleihe. (R.) *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 328 flg.

1392. Derselbe verleiht den „erbern 43
Herrn der Kirchen S. Hedwigen des Thumbs zum Brege . . . vollkommne Macht und ganze vollkommentliche Freiheit, welschen Wein, Rheinfall [19]), Osterwein [20]) oder welcherlei Wein das ist, Schweidnitsch Bier und alle anderlei Bier, bei welcher Stadt oder Landen sie wellen, und allen anderlein Trank, der zu trinken tauglich ist, kein auszunehmen, in ihre Häuser und Keller zu legen, und in des Thumbs Reinen und Grenzen und nach inwendig des Thums unter en selber, unter Prälaten, Thumbherren, Vikarien und allen andern der eigentlichen Kirche Dienern und och mit dem . . . täglichem Hofgesinde und Dienern [des Herzogs, seiner Erben und Nachkommen] zu trinken, um gereit Geld oder off en Rabis [21]) oder Kerb, wie sie das zu rathe werden"; ferner „den egentlichen Trank um er eigen Geld zu verehren in die Stadt zu Brege erbern Leuten, Priestern und Laien, Geistlich und Weltlich, und eren Freunden und Mitgliedern, eren Trank in der Stadt zu Brege zu trinken, als dick und oft sie das gelüst, nach erem Wil-

18) Erwerbsgeschäfte.

19) S. oben S. 382 Note 60.

20) Oesterreichischer Wein.

21) Rabisch, Kerbholz.

len"; verbietet aber dem Capitel dagegen, „einem weltlichen Menschen, Bürger, Gebauer, Inwohner, Mitbürger oder Bürgerinne desselben Tranks off dem Thume noch in die Stadt zu verkoffen, off den Kerb noch um gereit Geld zu schenken." *Schönwälder*, Hedwigstift Nr. 7 S. 15, 16.

44 **1394.** Die Rathleute der Stadt Brieg geben zu vorstehender herzoglichen Begnadung des Capitels der St. Hedwigs-Kirche, „von Gebote und Geheisse des Fürsten unbedungen, sonder vom rechten Gutweiss mit Rathe und Geheisse der Aeltesten, Geschwornen, aller Handwerksmeister und der ganzen Gemeine willentlichen und einträchtiglichen ihre Gunst und Willen." *Schönwälder* a. a. O. Nr. 8 S. 16, 17.

45 **1398**, Sept. 4. Herzog Ludwig I. überträgt kaufsweise mit Wissen seines Sohnes Heinrich, „Erblinges zum Briege", die Landvogtei in der genannten Stadt für ewige Zeiten an den Rath und die Bürger daselbst „mit aller Herrschaft und Gewalt und allen fürstlichen Rechten also weit und fern, als der Stadt Gebiete hat begriffen, dazu die Strassen und Wege, die in der Stadt Gebiete liegen, darauf zu richten mit voller Macht ohne alles Hinderniss, so dass der Fürst und seine Landvögte und Anwalde keine Gewalt zu richten haben sollen, weder in der Stadt Gebiete noch auf den Strassen, die dazu gehören, sondern die Bürger zum Briege die Landvogtei haben sollen." (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 204, 5. Vgl. *Böhme* a. a. O. nr. 50.

46 **1401**, Oct. 1 [22]). Herzog Ludwig II. [„der Erlauchte"] von Brieg etc. bestätigt seiner gleichnamigen Landeshauptstadt alle vom Zeitpunkte ihrer Aussetzung an empfangenen und besessenen Rechte, Handfesten und Briefe, insonderheit auch den Gebrauch des **magdeburgischen** Rechts. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 51; *Schönwälder* a. a. O. S. 224.

47 **1407**, März 11. Derselbe gibt der Stadt Brieg, welche ihm in seiner Nothdürftigkeit, indem sie selbst von ihren Stadtrenten zu diesem Behufe Zinse veräusserte, Geldhülfe geleistet, das Versprechen, „fürbass Stadt und Inwohner aller Beschwerung mit Beden, Ungeld und Gezwang von Geldes wegen gänzlich zu überheben und von ihnen nichts zu heischen, denn seine rechten jährlichen Renten und Zinsen, die sie ihm von Alters her schuldig waren", zugleich gelobend, „mit Gottes Hülfe die von der Stadt versetzten Stadtzinsen wieder einzulösen", was im Falle seines Todes die Obliegenheit seiner Nachfolger sein solle. (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 226.

22) Nach *Böhme*: „am Tage Thomae", 21. Dez.

1409, Jun. 5. Derselbe erklärt zu Gunsten des Rathes der Stadt Brieg, dass er 48
„Gaben und Verreichungen, so von dato dieses Briefs bey den Stadt-Gerichten oder vorm Raths-Tische geschehen, wiewohl selbige für der Lehenshand hätten geschehen sollen, für kräftig und unverbrüchlich halten wolle." (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 58.

1409, Jun. 29. Derselbe ertheilt seinen 49
getreuen Bürgern zu Brieg „in Betracht der mannigfaltigen Dienste, damit sie ihm beigestanden, in Betracht der grossen Steuer von 1000 Schock Groschen, womit sie ihm in grosser Nothdurft beigestanden hätten, damit er bei dem Lande zu Goldberg bleiben möchte", die Versicherung, „sie fernerhin in keiner Weise zu beschweren mit Bede, Ungeld, Bezwang und Schatzung." (R.) *Schönwälder* a. a. O. S. 226.

1412, Mai 24. Derselbe entbindet die 50
Bürger von Brieg „all des Geschosses, Münzgeldes und (der) Zölle, so er auf der Stadt Brieg gehabt, wegen der Bezahlung der Schulden und Verschreibung der Zinse, so vorhin dem Herzoge von der Stadt gethan und geschehen sind." (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 59.

1413, Juli 14. Derselbe verkauft der 51
Stadt Brieg ein weiteres Stück Waldes „jenehalb der Oder bey Leubisch gelegen", sammt allen Nutzungen, Herrlichkeiten und Freiheiten. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 60; *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 319, 20.

1414, Oct. 19. Derselbe ermächtiget 52
die Stadt Brieg, die von ihm wiederkäuflich versetzten Wälder „an sich zu lösen, sie zu gebrauchen und zu geniessen." (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 61.

1417, März 9. Die „magistri consulum, 53
consules, scabini, operarii et operariorum magistri" der Städte Brieg, Kreuzburg, Pitschen und Konstadt stellen den Vicarien der breslauer Domkirche ein urkundliches Bekenntniss des Inhalts aus, dass sie an Letztere zu Nutz und Frommen Herzog Ludwig's II. einen jährlichen Zins von 12 Mark auf alle ihre Güter und Renten verkauft haben [23]). J. *Heyne*, Dokum. Gesch. des Bisthums Breslau Bd. II (1864) S. 306 Note 1 m. S. 307 flg.

1422, Febr. 24. Herzog Ludwig II. 54
gibt dem Rathe und den Bürgern von Brieg die neuerliche Zusage, dass er sie „nimmer-

23) Ueber weitere in den Zeitraum 1413—1420 fallende Schuldzuweisungs-, Anerkennungs- und Entschädigungsurkunden Ludwig's II., welche Brieg allein oder die vier obengenannten Städte zusammen betreffen, vgl. *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 228, 29.

mehr mit keinerley Steuer beschweren" wolle. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 62.

55 **1443.** Herzog Nicolaus von Oppeln [Gemahl der Prinzessin Magdalene, einer Tochter Herzog Ludwig's II., † 30. Apr. 1436] bestätigt der Landschaft und Stadt Brieg alle ihre Privilegien, Handfesten und übrigen Gerechtigkeiten. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 63.

56 **1444**, Mai 6. Die herzoglichen Brüder Johann und Heinrich, Herrn zu Brieg und Hainau, ertheilen der Stadt Brieg die Zusicherung, dass dieselbe „zur Tröstung für den mannigfachen Schaden, welchen sie von den Taborern und ihren Helfern, dazu von ihren Feinden in dem Ueberfall erlitten, bei allen ihren alten Rechten bleiben solle, wie beide Fürsten bei der empfangenen Huldigung ihr versprochen hätten; und sollten ihr bei der Beschädigung durch die Taborer und im Anfalle Briefe abhanden gekommen sein, so solle sie der darin enthaltenen Privilegien nicht entbehren, sondern sie nach alter Gewohnheit vollkommen geniessen, als wären die alten Briefe unverloren." (R.) *Schönwälder*, Piasten a. a. O. S. 260.

57 **1474,** Nov. 29. König Matthias von Ungarn bestätigt der Stadt Brieg das Privileg, „dass alle nach Breslau bestimmten Kaufmannsgüter, welche aus Oberschlesien, Polen (Krakau), Ungarn (über Teschen und Jablunka) und über Neisse (durch Mähren von Trentschin) kämen, also auf beiden Haupthandelswegen, Briegisches Pflaster berühren sollten." (R.) *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 269.

58 **1481**, Aug. 26. Herzog Friedrich I. von Schlesien, Herr zu Liegnitz, legt die zwischen dem Scholasticus des Kreuzstifts zu Breslau (Dr. Fabianus) und dem Rathe zu Brieg wegen des Stadtdorfes Schüsselndorf entstandenen Irrungen und Zwistigkeiten, unterstützt vom breslauischen Bischofe Rudolph, mittels Bescheides dahin bei, dass 1) über alle Blutsachen, wie Todtschläge, Lähmungen, Kämpferwunden, Nothzucht und was sonst das Leben berührt, die Stadt zu richten, und auch jährlich von jeder Hufe $^1/_2$ Mark Zins gewöhnlicher Münze zu erheben habe, dagegen 2) alle anderen herrschaftlichen, richterlichen wie realen Gerechtigkeiten dem Stifte zustehen sollten; dass ferner 3) jede der beiden Parteien der anderen die beabsichtigte Abhaltung eines Gedinges einige Tage vorher ankündigen müsse, und zwar zu dem Ende, damit die Brieger von dem stiftischen Dinge wegblieben, der Scholasticus aber durch Ladung seiner Leute das städtische Ding bestellen könne; dass endlich 4) an gemeiner Landarbeit zu der Stadt Nothdurft auch die „armen Leute" des Stiftes Theil zu nehmen gehalten seien. Inhalts-Uebersicht b. *Schönwälder*, Ortsnachrichten a. a. O. S. 119, 20.

1499, Sept. 11. Die herzoglichen Brüder Friedrich II. und Georg von Schlesien, Herrn zu Liegnitz, confirmiren den Rathmannen und Bürgern ihrer Stadt Brieg alle und jede Privilegien, Handfesten, Briefe, Rechte und Gerechtigkeiten. (R.) *Böhme* a. a. O. nr. 72. 59

Brilon. CXXXIX.

(Preussen, Westfalen.)

Geschichtliche und insbesondere auch rechtshistorische Notizen über Brilon gibt J. S. *Seibertz*: a) in Wigand's Archiv f. Gesch. u. Alterthskde. Westphalens Bd. II (1828) Heft 3 S. 242—49, unter Beifügung eines Verzeichnisses der briloner Privilegien; b) in den Statutar- und Gewohnheitrechten des Hzgths. Westfalen S. 218—20; und c) in den Quellen der Westfälischen Geschichte Bd. II (Arnsberg 1860. 8°.) Nr. II „Die alten Rathsbücher der Stadt Brilon 1497 und 1595" S. 20-57, wo u. A. auch eine Uebersicht der städtischen Freiheiten nach einem Protokolle v. J. 1595 (S. 98 flg.) mitgetheilt ist.

Einen Abdruck aller bedeutenderen Rechtsbriefe bietet das *Seibertz*'sche Urkundenbuch; die das briloner Localrecht bildenden Statute, Willküren und Präjudizien findet man in der Brochüre „Die *Statutarrechte* der Stadt Brilon", das. 1837. 8°., zusammengestellt.

Die ersten Privilegien Brilon's („Briloin, Brylon") aus dem zweiten Decennium des XIII. Jhdts. sind für uns verloren gegangen. Sie rührten von dem Erzbischofe Engelbert I. (dem Heiligen) von Cöln her, welcher die anfänglich magdeburgische [1]) und nachher paderbornische, aber im Afterlehnsbesitze eines nach dem Orte sich nennenden Dienstmannengeschlechtes befindlich gewesene uralte „villa" kaufsweise seinem Erzstifte erworben und zur Stadt erhoben hat, weil ihm wohl der Platz ganz besonders geeignet erschienen war, zu einer Schutzwehr des Landfriedens in seinem Herzogthume zu dienen [nr. 1]. Bei dieser Gelegenheit empfing nun Brilon jene Freiheiten und Rechte, die wir bereits 1220 von Engelbert selbst auf Medebach übertragen finden [2]). Bald lassen sich auch in Brilon die Hauptmerkmale einer stadtge-

---

1) Dipl. a. 973 in *Seibertz*'s UBuch Bd. I Nr. 12 S. 13—15.

2) S. unten den Art. „Medebach".

meindlichen Verfassung, „consules“ [3]), später mit einem „magister consulum“ an der Spitze [4]), urkundlich wahrnehmen. Endlich hinsichtlich des Verhältnisses Brilon's zu den cölner Metropoliten als seinen Landesherrn, deren Rechte auf die Stadt übrigens von Seite Paderborn's keineswegs ganz unbestritten blieben [s. nr. 2, 3], gibt das westfälische Marschall-Amts-Register aus dem Ende des XIII. Jhdts. sub art. „Brylon“ [5]) die genauesten Aufschlüsse. Danach war Brilon der Sitz eines erzbischöflichen Vogtgerichts, sowie eines „judicium Gograviatus super decem parochias“, und mit Zinsreichnissen, Zehenten („Holttenden“) und Steuern („petitio“) an die Herrschaft belastet.

1 **1251**, Jan. 4. Erzbischof Konrad von Cöln befreit die Bürger Brilon's vom Femgerichte —: „ad vestrum opidum, cujus fundum venerabilis predecessor noster, olim dominus Engelbertus archiepiscopus recolende memorie, a quondam Gernando et Hermanno militibus justo emptionis titulo comparavit, eo ampliorem satagentes extendere sinceritatis affectum, quo specialius loci hujus munitionem ipsi ecclesie Coloniensi proficuam, paci quoque et tuitioni patrie oportunam prefatus quondam archiepiscopus, prudens quidem paterfamilias, rationabili consideratione previdit, ecce preter cetera libertatis seu etiam gratiarum beneficia vobis ab ipso nostro predecessore concessa bonasque consuetudines hactenus observatas, vos et vestros perpetuo posteros de nostri consensu capituli ea cupimus et annuimus libertatis prerogativa gaudere, quod illud occultum judicium, quod vulgariter vehma seu vridinch appellari consuevit, nullo unquam tempore contra vos aut e vobis aliquem infra ipsum debeat opidum exerceri, salvo nobis et nostris successoribus alias nostro judicio seu jurisdictione, quam hactenus infra opidum ipsum et extra dinoscimur habuisse.“ *Seibertz*, UBuch Bd. I Nr. 269 S. 336, 37.

2 **1256**, Aug. 23. Derselbe schliesst mit dem Bischofe Simon von Paderborn einen, hauptsächlich den Besitzstand der beiden Bisthümer betreffenden Friedensvertrag ab, worin u. A. von Letzterem die Herrschaftsrechte Cöln's über Brilon ausdrücklich anerkannt werden — „item oppidum Brielon idem archiepiscopus sine omni inquietatione et contradictione ipsius ecclesie [Paderburnensis] possidebit, quemadmodum sui predecessores bone memorie Engelbertus et Heinricus archiepiscopi possederant.“ N. *Schaten*, Annales Paderbornenses Ps. II ad a. 1256 p. 85; *Seibertz*, UBuch a. a. O. Nr. 297 S. 369 Z. 30–34.

1257, März 29. Pabst Alexander IV. überträgt drei Geistlichen die Untersuchung, sowie rechtliche Bescheidung der von Seite der paderborner Kirche gegenüber dem Erzstifte Cöln auf die Stadt Brilon erhobenen Ansprüche, indem das Capitel zu Paderborn dem römischen Stuhle vorgestellt habe: „quod, cum nobilis vir . . . comes de Waltegge villam de Brilon, quam a Padeburnensi ecclesia tenebat in feudum, quondam Hermanno et Gernando de Brilon fratribus, ministerialibus ipsius ecclesiae, in feudum concessisset, iidem fratres, dictis episcopo et capitulo irrequisitis omnino, sine quorum consensu villam eandem alienare non poterant nec debebant, villam ipsam bonae memoriae . . . Coloniensi archiepiscopo pro suo voluntatis libito vendiderunt; quam idem archiepiscopus occupatam detinet in eorundem episcopi et capituli ac dictae ecclesiae praejudicium et gravamen.“ *Seibertz* a. a. O. Nr. 301 S. 374, 75. 3

1272, Jun. 26. Erzbischof Engelbert II. von Cöln verleiht den Bewohnern seiner Stadt Brilon die besondere Gnade: „ut homines, qui in opido nostro Brilon predicto se transferre voluerint ad manendum, extra opidum a quoquam conveniri non possint judicio seculari nec ipsorum bona aliquatenus arrestari, sed infra opidum coram judice nostro, qui pro tempore fuerit, unicuique ipsos ex quacunque causa impetenti facient justitie complementum.“ *Seibertz* a. a. O. Nr. 357 S. 440. 4

1289, Nov. 6. Bürgermeister und Rathleute der Stadt Brilon schreiben in einer „ordenerung effte vpsaith“ die Bedingungen für die Aufnahme in „de broederschaff der Koepluden offte kremers by en tho Brilon“, insbesondere die hiebei zu entrichtenden Reichnisse in Geld und Wachs vor, und verbieten Allen, welche nicht zur Innung gehören, „niegg wand tho vorkopende . . . vth ghenohmen den daghen als Jarmarket ist.“ Nur in einer jüngeren deutschen Uebersetzung erhalten und gedruckt in *Wigand*'s alleg. Archiv Bd. IV Heft 3 S. 265, 66; bei *Seibertz* a. a. O. Nr. 428 S. 518, 19. 5

1290, Jul. 19. Erzbischof Siegfried von Cöln bestätiget „scabinis, consulibus ac universitati opidi Bryloin“ alle Rechte, Freiheiten und gute Gewohnheiten —: „volumus, quod vos universi et singuli juribus, privilegiis, libertatibus et bonis consuetudinibus hactenus in oppido Briloin observatis gaudeatis et eisdem utamini, prout usque ad 6

3) Urk. v. 1248 b. *Seibertz* a. a. O. Nr. 255 S. 318.
4) Urk. v. 1282 *das.* Nr. 400 S. 487.
5) *Das.* Nr. 484 S. 616.

hec tempora usi estis et gavisi." *Seibertz* a. a. O. Nr. 436 S. 534.

7 **1290**. Bürgermeister und Rath zu Brilon „proconsul et consules opidj brylonensis" – beurkunden „de communi voluntate consilio ac arbitrio universorum coopidanorum suorum" ihr **Stadt-Recht**. Zum ersten Male nach dem im briloner Stadtarchive befindlichen, auf einer grossen Pergamenthaut niedergeschriebenen und mit dem grossen Stadtsiegel versehenen lateinischen Originale gedruckt bei *Seibertz* a. a. O. Nr. 434 S. 525—29. Auszüge, nämlich die vom ehelichen Güter- und Erbrechte handelnden §§. 1, 9, 14, 17, 18 gibt *ders.* in den Statutar- und Gewohnheitrechten, Beilagen Nr. 31 S. 419—21.

Die §§. 1—8 der hier angenommenen Zählung, bis auf den ein Privileg Erzbischof Siegfried's von Cöln („quod cunctj burgenses brylonensis oppidj habitatores liberj manebunt a pensionibus cerocensualibus et exactionibus omnibus extraneorum dominorum, cujuscunque juris seu conditionis antea fuerint dominio subjugati, nisi forte velit aliquis propter salutem anime sue dare, quod sibi videatur utile et consultum"[7]) enthaltenden §. 6. sämmtlich mit der Eingangsformel: „laudamus, eligimus, arbitramur ac arbitrando statuimus" anhebend, bilden die eigentliche älteste Stadtwillkür, deren schriftliche Redaction in das J. 1290 fällt. Ihr Inhalt betrifft vornehmlich Erbfolge und Grundbesitz. Die übrigen 11 §§., theilweise auch erbrechtliche Fragen behandelnd, sind jüngerer Nachtrag der von Zeit zu Zeit ergangenen Rathsbeschlüsse, von welchen aber nur ein einziger (§. 14) mit Angabe des Datums — „Item statuimus inter nos et eleginus anno domini M. CCC. tricesimo proximo die dominico ante ascensionem ejusdem" – eingerückt ist. Dieser und der §. 16 sind übrigens im Originale durchstrichen, und durch die etwas modifizirten §§. 17—19 ersetzt.

Dem lateinischen Urtexte hat dann *Seibertz*, UBuch a. a. O. Nr. 435 S. 530—33 eine alte, dem XV. Jhdt. angehörige Verdeutschung, beginnend mit: „Dyt hyr nah geschreven Ist vnser Stad Brylon wonde ind recht" aus dem briloner Stadtbuche[6]) beigefügt. Die in der lateinischen Aufzeichnung cassierten §§. 14 und 16 fehlen darin ganz, wogegen am Schlusse eine Rathswillkür von 1522 über das Verbot des Verkaufes „erffhabiger guder" in „vthwendyche" Hände angehängt ist.

8 **1294**, Mai 21. Erzbischof Siegfried begnadet Rath und Bürger von Brilon — „quia edificationi et structure castri aldenvels[8]) una cum marescalco westfalie et aliis burgensibus et amicis fideliter insistebant" — mit der Zusicherung, dass ihnen bei etwaigen „guerre vel dissensiones" zwischen der Stadt und dem Erzbischofe oder seinen „officiales" von dem genannten Schlosse aus keinerlei Schäden zugefügt werden sollen. *Seibertz*, UBuch a. a. O. Nr. 448 S. 549.

1302, Sept. 30. Erzbischof Wigbold von Cöln befreit um der Gefährlichkeit der Wege willen seine Bürger zu Brilon von allen Ladungen an auswärtige Gerichte in weltlichen Rechtssachen: — „Indulgemus vobis, ne ab officiali nostro Coloniensi vel aliquo nostra auctoritate vel etiam a quovis nostro subdito possitis extra dictum oppidum in judicium evocari; sed volumus, ut cause vestre in dicto oppido per nostros judices decidantur, nisi adeo sint spirituales et mere, quod nequaquam per laicos discuti valeant vel decerni." *Seibertz* a. a. O. Bd. II Nr. 499 S. 14, 15. 9

1354, Sept. 15. Erzbischof Wilhelm von Cöln erneuert der Stadt Brilon das ihr von Engelbert II. im J. 1272 (nr. 4) gegebene privilegium de non evocando. (R.) *Wigand's* Archiv Bd. II S. 248. 10

1354, Sept. 15. Erzbischof Wilhelm ertheilt den Bewohnern von Brilon ferner die Gnade — „quod nullus videlicet marscalcus aut officiatus (archiepiscopi) vel alius quicunque nomine ipsorum ligna aliqua structibilia seu alia in silvis et nemoribus dictorum opidanorum propriis et hereditariis, in districtu Brilon situatis, . . . decetero secare aut secari facere possint vel debeant, nisi hoc faciant de speciali illorum licentia, jussu vel mandato." *Seibertz* a. a. O. Nr. 738 S. 441, 42. 11

1362, Febr. 6. Bürgermeiser und Rathmannen zu Brilon verkünden eine „mit willen der gansen meynheyt" errichtete neue Waffen- und Heerdienst-Ordnung, darin zugleich die Strafen für Uebertretungen derselben, namentlich diejenigen, welche „wegh vloghen er de strit vorloren worde" und deren „lif vnd gut in der stades haynt stan sal", festsetzend. *Wigand's* Archiv Bd. IV Heft 3 S. 268, 69 [mit kurzer Erläuterung von *Seibertz* das. S. 251, 52]; *Seibertz*, UBuch a. a. O. Nr. 769 S. 486, 87. 12

1369, Nov. 7. Erzbischof Cuno von 13

7) Ueber dieses vgl. *Wigand's* Archiv II, 249.

8) Aldenvels, die alte Burg Heinrich's des Löwen bei Brilon, war von EB. Siegfried neu befestigt und den Brüdern Stephan und Konrad von Horhusen wiederlöslich übertragen worden. *Seibertz*, Diplom. Familiengeschichte der Dynasten und Herrn im Hzgth. Westfalen S. 32.

Trier bestätiget als „Vicarius generalis Ecclesie Coloniensis“ den Bewohnern von Brilon „omnes et singulas libertates, gratias, privilegia ac bonas et laudabiles consuetudines, per dominos archiepiscopos Colonienses eis quomodolibet rite et rationabiliter concessas vel concessa.“ *Seibertz*, UBuch a. a. O. Nr. 806 S. 561, 62.

14 **1388**, Jun. 24. Erwählte Schiedmänner bringen zwischen dem Grafen Heinrich zu Waldeck an einem und dem cölner Stifte und „den van Brylon gemeynlich“ am anderen Theile in Ansehung der Grenzmarken der beiderseitigen Besitzungen eine „scheidunge“ zu Stande. *Seibertz*, a. a. O. Nr. 878 S. 666, 67.

15 **1406**, Jul. 12. Engelbrecht von Plettenberg und seine Söhne verkaufen an den Priester Heinrich Bruns und seine rechten Erben ihren „halven wartyns in der stad to Brylon . . . Errfliken vnd Ewelike to hebbende.“ *Seibertz* a. a. O. Bd. III Nr. 907 S. 23, 24.

16 **1415**, März 26. Bürgermeister und Rathleute zu Brilon vereinbaren eine „wilkor“, wonach ihre Bürger, welche „sake effte ansprake hadden tho der stad effte tho den Borgern effte Borgers Kindern“, nur vor ihres gnädigen Herrn von Cöln Richtern in Brilon oder auf dem Rathhause allda vor Bürgermeister und Rath Recht suchen und nehmen sollen.“ *Seibertz* a. a. O. Nr. 914 S. 33, 34.

17 **1417**, Febr. 2. Die „geselschoph der Schutten (Schützen)“ zu Brilon gibt sich ein Gilde-Statut, dessen „articule ind punthe“ hauptsächlich die Aufnahmsreichnisse, Obliegenheiten und Ungehorsams-Bussen zum Gegenstande haben. *Seibertz* a. a. O. Nr. 917 S. 37, 38.

18 **1428**, Jun. 29. Bürgermeister und Rathleute zu Brilon geben der „broderschop vnd gheylle der Schomecker vnd Loere“ — der Schuster- und Lohgerber-Gilde — „kore vnd sate“, dass nämlich a) Niemand, welcher nicht zur Gilde gehört, ausser den näher bezeichneten „kermessen“ mit Schuhen oder Leder handeln; b) kein Gildebruder bei Verlust seiner Innungsrechte „roffe gud“ kaufen, oder c) an den „hilligen dagen“ bei offenem Laden feil haben; ferner d) vorkommende Uebertretungen „vnd unhorsamheit“ der Gildegenossen das „ampt“ selbst „van guder alder gewonde . . . in sinem samet kumme rechtverdigen“, endlich e) der die Aufnahme in die Gilde Begehrende, abgesehen von der Zurücklegung bestimmter „lehre jar“ und der Prästation gewisser, quantitativ genau festgesetzter Gaben in Geld und Wachs — „echt vnd gerecht geboren, fry ledig vnd los vnd nemandes eeghen sin“ solle. *Seibertz* a. a. O. Nr. 924 S. 47—49.

1435, Aug. 15. Erzbischof Diedrich II. 19
von Cöln befiehlt den „Burgemeistern ind gemeynden“ seiner Stadt Brilon, alle diejenigen, „die syn geistlich off werentlich, die Rente ind gulde an den ledigen ind verwoesteden Hoevesteden in siner Stat Brylon haven“, anzuhalten, „die Hoevestede weder zu buwen bynnen den neisten zo komenden tzwen Jairen“, damit die Stadt nicht „gewoestet“ und das Erzbisthum um „schot ind deinst“ gebracht werde, und erlaubt auf den Fall der Erfolglosigkeit dieser Massregel dem Rathe und der Gemeinde zu Brilon, jene „woeste hoevestedt“ an sich zu ziehen und zu eigenem „nutze ind vrber“, jedoch ohne Benachtheiligung der Dienst- und Schoss-Gerechtsame des Stifts, zu „buwen ind bewonnen“, vorausgesetzt nämlich dass die ehemaligen Besitzer der fraglichen Hofstätten nicht etwa der Stadt „yren buwe beleichten“ d. i. die Auslagen dafür ersetzen wollten, in welchem Falle man denselben „die husere laissen in die pensien da van“, wie vor der Verödung, zuweisen solle [9]). *Seibertz* a. a. O. Nr. 936 S. 74.

1448, Jul. 23. Derselbe bewilligt dem 20
Rathe und der Gemeinde von Brilon bis auf Wiederruf die Erhebung einer Accise („zyse“) und fügt sofort einen Tarif derselben bei. *Seibertz* a. a. O. Nr. 953 S. 109.

1458, Mai 10. Godertz van Me- 21
schede und seine Hausfrau Regula verkaufen an Rath und Gemeinde von Brilon zwei „gesmedde bussen“ (geschmiedete Büchsen) mit aller Zubehör für 7 Groschen und 11 rheinische Gulden, und sichern den Käufern „to allen tyden rechte gude vullenkomen warschop vor allerleie Ansprake ind vor allen gerychten, beyde geistlykes ind wertlykes rechten“, zu. *Seibertz* a. a. O. Nr. 963 S. 125.

Die Stadt Brilon sehen wir übigens auch im Laufe des XIV. und XV. Jhdts. sich betheiligen:

a) an den politischen Einungen im Herzogthume Westfalen sowohl zur Erhaltung des Landfriedens, als auch zu gegenseitigem Schutze der Ritterschaft und Städte wider Feinde (s. g. Erb-Land-Vereinigungen), z. B. von 1325, 1326, 1344, 1437, 1463, 1479;

b) an der vom Erzbischofe Diedrich II. im J. 1452 mit den Rittern, Städten und „un-

9) Im J. 1450 trat an die Stelle obiger Verfügung ein Privileg EB. Diedrich's II., welches noch ungedruckt, seinem Inhalte nach aber mit dessen Privileg für die Stadt Rüden v. 12. Oct. 1430 völlig übereinstimmend ist. (S. den Art. „Rüden.“)

dersassen“ seiner Lande vereinbarten „ordinancie“ oder „ordeninge“ zur Förderung der Rechtspflege;

c) an der gemeinsamen Ritter- und Städte-Ordnung über die Grösse der künftig für „hande densten vnde arbeden“ zu bezahlenden Löhne von 1423; endlich

d) an der um des zu hoch gestiegenen Curses des Goldguldens willen von den westfälischen und märkischen Städten im J. 1493 abgeschlossenen Münzconvention.

Abdruck sämmtlicher Urkunden b. *Seibertz* a. a. O. Bd. II Nr. 610, 615, 691 S. 208, 215, 334; Bd. III Nr. 941, 969, 980; 959; 921; 998 S. 88, 132, 147; 117; 43; 193.

Viel interessantes Material für die Verfassungs-Geschichte Brilon's bieten auch die s. g. **Rathsbücher** dar. Das erste ist leider! verloren gegangen; das zweite, begonnen im J. 1497 und bis tief in das XVI. Jhdt. hineinreichend, gelangte nicht vollständig zur Ausführung; endlich ein drittes führt den Titel „Directorium vnd Repertorium dero Stadt Brilon notigsten Stücken . . . . einem jeden regierenden Burgermeister vnd Rathe auch Liebhabern dero Stadt Wolfart gantz notig zu wiszen“, und hat den Stadt-Secretär Heinrich Crop (Kropf) zum Verfasser, welcher dabei das älteste Rathsbuch benutzte und sogar theilweise ausschrieb. Es gehört dieses letzte Werk dem J. 1595 an. Den hauptsächlichen Inhalt aller dieser Rathsbücher bilden I.) Wahl-Instructionen, z. B. für die Wahlen der „Kornoten“ oder Kurherren, der Rathmannen, der Zyseherren u. s. w.; II.) Eidesformularien für die genannten Aemter sowohl als für die neu-aufgenommenen Bürger, die verschiedenen städtischen Handwerker und Tagarbeiter etc.; III.) Verordnungen, z. B. v. 1453 „van den Beckeren, wu dat se sich holden ind nah gnder olden Gewonheit backen sullen“; IV.) Verzeichnisse der jährlich gewählten Rathsglieder, der erkannten Brüchten und Bussen, der Urphede-Leistungen u. a. m.; V.) Pacht- und andere vor dem Rathe vollzogene Verträge und Rechtsacte; VI.) „deductiones limitum, Schnadtzüch oder Antzeyggungen dero Schnadt, dero Stadt Brilon Holtz- vnd Veltmarken, wie sie begriffen vnd jetzo gehalten wirdet“; VII) Notizen über Abgaben, Renten und wirthschaftliche Gegenstände. Auszüge aus dem zweiten und dritten Rathsbuche theilt *Seibertz*, Quellen a. a. O. S. 58 flg., 71 flg., 88 flg. mit.

CXL. Brixen.

(Oesterreich, Tyrol.)

F. A. *Sinnacher*, Beyträge zur Geschichte der bischöflichen Kirche Säben und Brixen in Tyrol, Bd. I—VI, Brixen 1821—28. 8⁰. [Zugleich Geschichte der Stadt Brixen mit theils vollständig theils auszugsweise dem Texte einverleibten Urkunden.] Vgl. *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 12—14.

1179, Sept. 16. Kaiser Friedrich I. 1
verleiht auf Bitten Bischof Heinrich's III. von Brixen — „ecclesie et civitati Brixinensi licentiam et potestatem habendi theloneum, pedagium et quelibet alia jura, que ad bonum sui statum et gloriam relique civitates consueverunt ab imperiali gratia postulare et tenere, scilicet judiciorum civilium et dominicalis banni honorem, usus molendinorum et habendi fori facultatem loco et tempore civitati congruo“, und gewährt ausserdem noch dem genannten Bischofe „jus et usum et potestatem constituende monete, sive voluerit in civitate sive extra ipsam, ubi prudentium suorum consilio magis oportunum videbitur ad profectum et bonum usum civitatis et adjacentis provincie et ipsius episcopi et suorum successorum utilitatem.“ *Lünig*, RArchiv Thl. XVII S. 1090, XXI S. 992 (Extr.); J. *v. Hormayr*'s Gesch. der gefürsteten Grafschaft Tirol Thl. I Abthl. II Nr. 22 S. 87, 88; *Monum. Boic.* Vol. XXIX p. 431, 32. Deutsch b. *Sinnacher* a. a. O. Bd. III S. 596, 97. Vgl. R. *Kink*'s Vorles. über die Gesch. Tirols S. 227, 28.

1370, Aug. 13. Kaiser Karl IV. bewil- 2
ligt „durch sunderlicher bete willen“ Bischof Johann's zu Brixen „seiner Stat zu Brichsen ainen Wochenmarckt uff den Montag“, hiebei verfügend, „das derselbe Marckt alle recht, freiheit, gnade vnd gewonhait haben soll in aller der mazze, wirden vnd beschaidenhait, als ander Wochenmerckte herkomen sein mit rechte oder mit gewonhait, wie man des mechte mit sunderlichen Worten nennen.“ *Sinnacher* a. a. O. Bd. V S. 460, 61.

1380, Apr. 20. Bischof Friedrich von 3
Brixen verkündet in seiner Hauptstadt die auf sein Geheiss abgefasste, d. h. aus den alten Rechten und Localgewohnheiten geschöpfte **Stadtordnung** — „Das sind der Stat recht zu Brichsen, Als si mit alter gewonhait herchomen sind“ — in LXXIX Artikeln, welche z. B. von den Eiden der Bürger bei der Huldigung und Einsetzung neuer Richter; von der herrschaftlichen Steuer; von Kaufcontracten; von öffentlichen Gerichtshandlungen; von dem Feilhaltungsrechte fremder Kaufleute und deren Abgaben; von der Bestrafung gewisser Vergehen, namentlich der Todtschläge; von den Grenzen des Stadtgerichts; von der Jurisdiction des Domcapitels über seine Zins- und Dienstleute; von der Ergreifung der Missethäter und dem Ver-

fahren gegen solche; von den keine gerichtlichen Verhandlungen gestattenden Feiertagen; von der Fleischtaxe der Metzger; von dem Kramhandel; von der Ernennung des Frohnboten und seiner Besoldung; von den Gerichtsplätzen; von verbotenen oder beschränkten Vermögens-Dispositionen; von den Zollfreiheiten der Brixener; von der Aufnahme neuer Bürger und Einwohner; vom Weinschanke; vom Kornhandel; von den Bäckern und Müllern; von der Viehweide in der Umgebung der Stadt; vom Hirtenlohne; von den Arbeitspreisen der Schmiede, Gerber, Schuhmacher und Schneider; endlich von den der Stadt und mehreren benachbarten Landgemeinden obliegenden Beiträgen zum Unterhalte der Stufler- und Kestlaner-Brücke handeln. Inhalts-Angabe mit wenigen Auszügen b. *Sinnacher* a. a. O. S. 511—14.

4 **1403**, Nov. 11. Bischof Ulrich von Brixen nimmt den Juden Isak Gansman und dessen Schwager Samuel nebst ihren Dienern und sonstigem Hausgesinde auf zwei Jahre in seine Stadt Brixen — „darin zu leihen vmb gesuch vnd jr gewerb zu treiben mit chaufmannschaft" — unter Ueberlassung eines Hauses gegen jährlichen Zins von 40 Ducaten und Zusicherung sonstiger Ledigung „von aller ausrais, hüttung, stewer, hauszins, wacht, arbait in dem graben vnd an der mawr", sowie mit ausführlicher Vorzeichnung der ihnen zukommenden besonderen Rechte, vornehmlich in Bezug auf Handel, Pfandnahme, fleischliche Vergehen (jüdischer Männer mit Christenfrauen) und Zeugniss im Processe, endlich mit dem beachtenswerthen Beifügen auf, dass auch die nach jenen in die Stadt komnenden Juden „alle obgenante recht, artikl vnd freyhait" haben und geniessen sollen. *Sinnacher* a. a. O. Bd. VI S. 25—28; *Bischoff* a. a. O. S. 12 flg.

5 **1443**, Aug. 14. Der römische König Friedrich III. verleiht auf Vorbringen Bischof Georg's von Brixen, „wie in seiner statt vnd gericht vil frevil vnd vnzucht beschechen auf trostung sollicher freyung, so der Brobst und sein Convent zu der Neuenstifft in irem Closter daselbs mainen ze haben, darinn, die solich frevil vnd vnzucht begeen, fliehen", dem genannten Bischofe und seinen Nachkommen die Gewalt, „dasz er vnd sie den, so solich frevil vnd vnzucht daselbs zu Brichsen in der stat vnd gericht begeen vnd flüchtig werden, in welche gericht vnd ende das sey, zu frischer tat mügen nacheylen lassen, vnd wo die also ergriffen werden, wider gen Brichsen füeren vnd die da nach gelegenheit der tath berechten." *Sinnacher* a. a. O. S. 256, 57.

6 **1461**, Nov. 5. Herzog Siegmund von Oesterreich, Graf zu Tirol, bestätigt seinen getreuen Bürgern der Stadt Brixen alle Gnaden und Freiheiten, welche ihnen sein Vater und seine Vorfahren ertheilt hatten, und gebietet seinen Amtleuten, die genannten Bürger hiebei zu handhaben und zu schützen. (R.) *Sinnacher* a. a. O. S. 518.

Bromberg. CXLI.

(Preussen, Provinz Posen.)

1346, Apr. 19. König Casimir III. von Polen gibt dem Johannes Kiessilhuth und seinem Genossen Konrad „aream una cum planicie sub castro Bidgoscza*) vulgariter dicto vacuam et desertam pro locando seu plantando foro aut oppido jure theutonico Maideburgensi ibidem habendo et servando, quod oppidum Kunigesburg debet nominari", verleiht den genannten Locatoren und ihren Nachkommen „advocatiam in eodem oppido temporibus perpetuis jure haereditario libere tenendam, habendam, regendam, possidendam, vendendam, commutandam, donandum et, prout eorum advocatorum ac successorum ipsorum visum fuerit voluntati, convertendum", bestimmt ferner die mit der Vogtei verbundenen Gerichts- und Gewerbs-Einkünfte („in venditoriis pannorum, institis mercatorum, bancis panium, carnificum, sutorum et quorumlibet in ipso oppido mercantium, stubarum balneorum") und was hievon ihm selbst als Landesherrn gebühre, sowie die den Vögten zukommenden Freihufen, und setzt endlich die von den Bürgern der neuen Stadt am Lichtmesstage zu entrichtenden „census" und deren Vertheilung fest. Hierauf wird von der Errichtung gemeindlicher Willküren, der Münzgerechtigkeit der Stadt, der Verleihung der Schul- und Glöcknerdienste, dem Rechtszuge nach Leslau und an das burggräfliche Gericht im Schlosse Bidgoszcz gehandelt —: „Admittimus etiam, ut ipsi advocati omni anno in eodem oppido cum consulibus et consensu nostri burgrabii Bidgostiensis constitutiones faciant pro utilitate oppidi nostri ad compescendos rebelles, et lucrum inde provenieus in tres dividetur partes, de qua divisione nobis una, advocatis secunda et tercia consulibus pars cedet. Et pro dicti oppidi melioratione damus dicto oppido nostro monetam facere debere et habere; census tamen sive fructus de moneta ipsa proveniens ad nos et successores nostros ex toto pertinebit. Admittimus insuper, ut dicti advocati scholas et campanan-

*) Bydgoscz ist noch jetzt der polnische Name Bromberg's.

tia **) in dicto oppido existentia cum consulibus conferant propter deum, de consensu tamen et voluntate plebani. Ceterum volumus, quod si contigerit, ut per aliquem querulantem aut respondentem sententia aliqua inventa per scabinos argueretur, non alias extunc quam per consules dicti oppidi ipsa sententia debet declarari; et nisi sufficerent, tunc ad consules **Wladislavienses** ***) pro sentenciae hujusmodi declaratione recurretur. Contingente autem, quod si de judicio dicti oppidi per quempiam de civibus ad castrum nostrum Bidgostiense appellaretur, causa hujusmodi appellacionis per burgrabium nostrum jure **theutonico Maidcburgensi** debet audiri et terminari, sed non tamen simplex querela." Nach genauer Angabe der „granicies et metae oppidi Konigesburg" (wobei die förmliche Absteckung der Grenzlinien den Vögten überlassen ist) werden dann die gesammten Grundbesitz-Verhältnisse und Realgerechtsame der Vogtei sowohl wie der Stadtgemeinde, unter besonderer Hervorhebung der Mühlen-Anlegung, des Gold- und Silber-Bergbaues, des Holzbezugs und der Schifffahrt auf der Drba, ausführlich regulirt, und die rechtlichen Entscheidungen in Weg- und Wasser-Streitigkeiten, mit Ausnahme jener, welche den Drbafluss betreffen und dem Burggrafenamte vorbehalten bleiben, dem Vogtsgerichte zugewiesen. Schliesslich schafft noch der König das polnische Recht völlig ab, befreit die Vögte, Bürger und sonstigen Bewohner der Stadt und ihres Gebietes von jeder auswärtigen Jurisdiction, jene der königlichen Hofrichter ausgenommen, namentlich auch in allen peinlichen Sachen, und bedingt sich als Gegenleistung für diese Begnadungen auf den Fall eines künftigen Heerzuges die Stellung bewaffneter Mannschaft von Seite der Stadt-Vögte aus — „in dictos autem advocatos et eorum progenies ac omnes dicti oppidi cives, et prout ipsum oppidum est circumquaque limitibus sive graniciebus signatum et distinctum, graciam regiam effundere volentes ampliorem, omnia jura polonicalia et omnes angarias et perangarias seu qualescunque consuetudines polonicales, quibuscunque vocitentur nominibus, removentes per omnia et in totum eximimus. Praeterea eximimus et penitus absolvimus praelibatos advocatos et eorum successores cum omnibus et singulis civibus praedicti oppidi et hominibus in graniciebus manentibus ab omni et quolibet impedimento, judicio et jurisdiccione regni nostri pallatinorum, castellanorum, judicum, officialium quorumlibet nostrorum, sic, quod coram eis et eorum altero pro causis quibuscunque ac offensis seu lesionibus et injuriis, quaestionibus magnis aut parvis, minime respondebunt, nisi coram dictis advocatis suis. Ipsi cives et homines ad oppidum praedictum pertinentes et advocati aut eorum successores coram nobis vel nostro judicio regio cittati prius per literam nostro sigillo regali insignitam de se querulantibus, suo tamen **theutonico** jure **Maidcburgensi**, respondere tenebuntur. In causis autem criminalibus, puta furti, homicidii, mutilationis, incendii, sacrilegii, dictis nostris advocatis cum scabinis seu juratis practacti oppidi nostri judicandi, sentenciandi, condemnandi et puniendi secundum exigenciam saepe dicti juris **Maideburgensis** damus, conferimus et tribuimus omnimodam et totalem facultatem, hoc autem adjicientes, quod praedicti advocati aut eorum successores libertate, quam eis cum nostro praedicto oppido concedimus, elapsa, nobis et nostris successoribus in quaslibet expediciones unum hominem galeatum et alium in levibus armis, in bonis spadonibus, quando et quoties per nos aut nostros capitaneos requisiti fuerint, mittere sunt astricti."

Nach dem Transsumte in einem Bestätigungsbriefe Casimir's IV. gedruckt in L. *Rzyszczewskii* et A. *Muczkowskii* Cod. dipl. Poloniae Tom. II (Varsav. 1848—32. 4°.) Ps. 2 p. 694 sq., und daraus in H. *Wuttkii* Specim. II. codicis diplomat. urbium magni ducatus Posnaniensis (Lips. 1861. 4°.) Nr. XXIV p. 8—11.

Bruchsal. CXLII.

(Baden.)

Mone „Zur Geschichte von Bruchsal vom 13. bis 15. Jahrh." in der Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. VII (1856) S. 281—85. Vgl. auch J. *Bader*'s Badenia Jahrg. II S. 270 flg.

1056, Mai 6. Kaiser Heinrich III. schenkt „ad altare genitricis Dei, quod est Spire . . . . quandam sue proprietatis curtem Bruoselle [1]) dictam cum foresto ad eandem curtem pertinente Luzhart nominato, in pago Cragowe [Kraichgau] et in comitatu Wolframmi sitam", sammt aller Zubehör und Nutzung. *Remling*, UBuch zur Gesch. der Bischöfe zu Speyer Bd. I („Aeltere Urkunden") Nr. 43 S. 44, 45. 1

**) Glockenwerke?

***) Ueber Jungen-Leslau (Inowrazlaw) als Oberhof der Landschaften Kujavien's seit dem Ende des XIII Jhdts. vgl R. *Röpell*, Ueber die Verbreitung des Magdeburger Stadtrechts im Gebiete des alten Polnischen Reichs ostwärts der Weichsel (Bresl. 1857. 8°.) S. 292.

1) Ueber den Namen s. F. J. *Mone*'s Celtische Forschungen (1857) S. 53.

2 **1190.** (?) Bischof Ulrich II. von Speyer „castrum suum in Bruchsel, quod gravissimis expensis construxit, et advocaciam ejusdem loci a comite Cuonrado de Calwe, qui eam in beneficio habuit, cccc. marcis redemptam, et vineas, quas partim emit partim plantavit, et quaecunque alia bona ibidem habuit, per manum advocati, quem ad hoc elegit, gloriose Dei genitrici Marie et capitulo majoris ecclesie in Spira pro remedio anime sue in proprietatem dat .... hec autem ita constituens, ut nullus unquam successorum aliquid de predictis bonis quacunque specie alienandi ab ecclesia Spirensi valeat removere.“ *Dümgé*, Regesta Badensia Anh. Nr. 103 S. 149; *Remling* a. a. O. Nr. 109 S. 125.

3 **1248**, Nov. 12. Bischof Heinrich II. von Speyer befreit das Kloster Herren-Alb und dessen Grundholden, sammt allen ihnen gehörigen Gütern und Sachen „ab omni theloneo sive exactione, que vulgariter dicitur vngelt, quod sibi (episcopo) ex eis de civitate sua Spirensi et oppido suo Bruchsel vel suis successoribus posset provenire [Wiederholt im Mai 1270.] *Mone*'s all. Ztschr. Bd. I S. 124 (Extr.), 372. (R.).

4 **1298**, Oct. 22. Schultheiss und Bürgergemeinde von Bruchsal erkennen die Unterthänigkeit ihrer Stadt gegenüber den Bischöfen von Speyer an:

„Noverint universi, quibus nosse fuerit oportunum, quod nos scultetus, jurati ac universitas civium in Bruchsella recognoscentes, quod nos et nostri antecessores a retroactis temporibus dominio et potestati venerabilis in Christo domini nostri, episcopi Spirensis, semper subjecti fuimus, sumus et in antea esse debemus, nostram subjectionem in hiis scriptis de voluntate omnium et singulorum pro nobis et nostris successoribus confitemur et protestamur publice sub hac forma, quod libertates quascunque sive exempciones, si quas habuimus, seu forte nobis visum fuit, ut eas habere deberemus in predicta civitate Bruchsella, penitus abdicamus et eisdem libertatibus et eciam consuetudinibus, ex quacunque causa ad nos vel ad nostros successores provenerunt [2]), renunciamus simpliciter et in totum, confitentes, quod venerabilis dominus noster Fridericus [3]), dei gracia nunc Spirensis episcopus, et similiter suus successor, quicunque fuerit in eadem dignitate, super nos et nostros successores in civitate Bruchsella predicta residentes et ibidem de jure sibi servientes jura, statuta, ordinaciones et consuetudines ibi tenendas instituere, ordinare et similiter easdem immutare, minuere sive augmentare poterit, secundum graciam sue celsitudinis, per se ipsum vel officiatum vel per officiatos suos, quos illic ordinaverit, quando et quociens hoc sue dignitati placuerit seu videbitur expedire, sive hoc in magno fuerit vel in parvo. Et nos scultetus, jurati ac universitas prescripti profitemur obligando ad hoc nos et nostros successores, quod si aliquis vel aliqui ex nobis contra statuta seu mandata domini nostri predicti seu sui officiati, que super nos publice statuta fuerint vel commissa, quippiam facere presumpserint aut se eisdem mandatis opposuerint, mandata hujusmodi non curando nec ea observando, in talem penam ex hoc incidit, quod de perdicione tam corporis quam rerum suarum omnium reus factus est, ita quod dominus noster, quicunque tunc pro tempore fuerit, corpus et res talis transgressoris vel talium sibi accipiet pleno dominio possidenda. Si eciam quis ex nobis civibus predictis requisitus fuerit a predicto domino nostro seu suo officiato, ut ad convincendam alicujus maliciam ipsis per nos auxilium impendatur, quicunque in hoc rebellis seu inobediens extiterit, hic penam corporis et rerum incidet et incidit antescriptam. Ad hec omnia tenenda et inviolabiliter observanda scultetus, jurati ac universitas predicti sponte nos et nostros successores astringimus et obligamus sub corporali sacramento, quod de hoc in animas nostras prestitimus, et sub pena corporis et rerum antescripta. Et ne inposterum super nostris promissionibus et submissionibus hic prescriptis aliqua insurgat calumpnia, presentem litteram testimonialem conscribi fecimus et eam sigillo civitatis Bruhselle predicte voluimus communiri. Actum et datum anno domini M°. cc°. nonagesimo octavo, feria quarta proxima post Luce ewangeliste.“ *Mone*'s all. Ztschr. Bd. VII S. 286, 87 (nach einem speyerer Vidimus v. 1333).

1314. Bischof Emicho zu Speyer und 5
sein Domcapitel gestatten „sculteto, consulibus caeterisque juratis oppidi Bruchsselle, ut ipsi locum dictum ze den stangen under den stegen situm juxta antiquum castrum, infructuosum, inutilem et paludinosum, qui vulgariter dicitur ein almende, inter se et oppidanos sive incolas dicti oppidi dividere seu distribuere possint secundum communem utilitatem omnium incolarum et civitatis praedictae, . . . hac conditione adjecta, quod dicti scultetus, consules, jurati seu oppidani dictum locum sive partem ejus ad culturam seu ad fertilitatem et ad utilitatem redactam nullis clericis sive religiosis aut aliis personis quibuscunque in parte vel in toto vendere debent aut alias alienare a dicto oppido

2) Pervenerint?
3) Friedrich von Bolanden, 1272—1302.

quovis modo; sed apud cives et incolas civitatis supradictae, sicut superius expressum est, perpetuo debet remanere.“ *Remling* a. a. O. Nr. 500 S. 471.

6 **1342**, März 15. Bischof Gerhard von Speyer verleiht dem bruchsaler Bürger Anselm Metzelin (Sohn) und dessen Erben „von nu sant Michels tag, der schirst kumpt, uber 10 jar sin ungelt zu Bruchsel jerlichen umb 200 libr. hall., der er alle vierteil jars 50 libr. bezaln sol, und sin heymburg-ampt[4]) da selbens ze Bruchsel auch als lange jerlichen umb 10 libr. hall. uf s. Nyclaus tag zu bezaln und ze reichen ze Bruchsal in der stat an furzug und an allez verziehen“, zu ungehindertem Besitze und Genusse „mit allen rehten, nutzen, vellen und gewonheiten, die dar zu hörent, als sie von alter her komen sint.“ *Mone*'s all Ztschr. Bd. VIII S. 287, 88.

7 **1362**, Jun. 28. Schultheiss, Richter und Bürgerschaft der Stadt Bruchsal geloben mit heiligen gestabten Eiden, dem Bischofe Gerhard von Speyer und seinen Nachfolgern als ihren „rehten eygen herren“, dem Stifte zu Speyer und den bischöflichen Amtleuten „undertenig und gehorsam in allen sachen“ sein zu wollen, verzichten auf alle etwaigen „friheit, rehte oder gewonheit, mit den sie da wider getun mohten, gar und gentzlichen“, und versprechen, a) mit Niemanden, weder mit Fürsten noch mit Städten, sie seien „frie oder eygen“, gegen den Bischof und das Stift Schutzverträge einzugehen; b) ohne der genannten Herrschaft „willen, wissende, heisse und verhengnisse . . . eweclichen niemer keine gesetzede, statut, gezünft, gesellesschafft, bruderschafft, büntnisse oder nüwe gewonheit“ unter sich oder mit anderen Leuten zu errichten; c) dagegen „waz gesetzede, statute oder ordenünge“ der Bischof oder sein Stift oder ihre Beamten in der Stadt Bruchsal machen würden, „festeclichen ze halten ane alle widerrede“; endlich d) jeder Aufforderung zur Hülfe von Seite ihres gnädigen Herrn, seines Stiftes oder ihrer Amtleute getreulich Folge zu leisten — indem der diesen „stugken, pünckten oder artikeln“ Zuwiderhandelnde, „er si arm oder riche . . . truweloz, erloz und meyneidig, und darzu dem egenanten herren zu Spire vervallen sin sol mit lip und gut.“ *Mone*'s all. Ztschr. Bd. VII S. 287—89.

1366, Apr. 12. Kaiser Karl IV. bestätiget auf Bitten Bischof Lamprecht's von Speyer 8
die Verlegung des bis dahin im Stiftsdorfe Auwesheim (Oewisheim) „alle jar vff den sonntag Laetare in der vasten vnd darnach zwene die nehesten tage, die darnach aller schirst volgent“, abgehaltenen Jahrmarktes — da „die lute desselben dorfs den vorgenannten jarmarckt nicht schirmen mochten, wann das egenannt dorff vngemuret ist vnd vnbevestenet“ — in die Stadt „Bruxal“, mit allem Rechte, als er zu Auwesheim gewesen ist. *Remling* a. a. O. Nr. 637 S. 644, 45.

1405, Febr. 13. König Ruprecht „erlaubt 9
seinem Kanzler, dem Bischofe Raban von Speyer, den Jahrmarkt in seiner Stadt Bruchsal, der alle Jahre am Sonntag Laetare durch zwei Tage gehalten wird [nr. 8], wegen besseren Vertriebs der Waaren am Sonntag Oculi, und zwar durch vierzehn Tage zu halten.“ (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 117 nr. 1937.

1405, Febr. 14. Derselbe gestattet auf 10
Ansuchen des eben genannten Bischofs der Stadt Bruchsal für den Zeitraum von vier Jahren die Erhebung eines Weggelds. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 1938.

1429, Jun. 24. Schultheiss und Bür- 11
ger-Gemeinde der Stadt Bruchsal bestimmen, dass alle zu deren Gericht, Markung und Stab gehörigen Güter, welche bisher steuerbar, dienstbar und bethaft gewesen, mit diesen Lasten stets, in was immer für Hände sie auch übergehen möchten, beschwert bleiben, und davon blos vier Höfe, darunter der (bischöfliche) Kammerhof, ausgenommen sein sollen. (R.) *Mone*'s all. Ztschr. Bd. VI S. 29.

1430, Febr. 25. Bischof Raban von 12
Speyer verkauft den Bürgern der Stadt Bruchsal seine Badstube „genannt die nuwe batstube . . . in rechter eigenschaft wise“, sich davon einen wöchentlichen Zins von 6 Schilling Pfennigen, in Vierteljahrsterminen zahlbar, stipulirend, und zugleich bestimmend, wie es mit dem Holzbezuge des künftigen „bestenders und beders“ gehalten werden solle. *Mone*'s all. Ztschr. Bd. II S. 287, 88.

1430, Apr. 23. Derselbe ertheilt einen 13
Bescheid zwischen seinen Bürgern zu Bruchsal und jenen von Utenheim (Philippsburg), betreffend die Zinsbarkeit der im Walde Lusshart [s. nr. 1] gelegenen Reut- oder Neubruchwiesen. *Mone*'s all. Ztschr. Bd. III S. 179—81.

1434, Febr. 16. Derselbe verpfändet 14
der Stadt Bruchsal für eine Darlehnsschuld zu 700 Gulden das Eckerich im Kammerforste und in der Waldung Hart „zu der vorge-

4) Der Heimburge oder Sambler war der Rentmeister, d. h. Gefäll-Einnehmer und Rechnungsführer der Gemeinde, und hatte in der Regel auch den Vollzug der Auspfändungen bei den in der Abgaben-Entrichtung säumigen Gemeindegliedern über sich. *Haltaus*, Glossar. col. 856—59; *Zöpfl*'s Alterth. I, 9 m. Note 17.

nannten stad gehörig.“ (R.) *Mone's* all. Ztschr. Bd. VII S. 291.

15 **1443**, Dez. 16. Schultheiss und Gemeinde der Stadt Bruchsal verordnen, „dass Niemand steuer-, bet-, vogt- und dienstbare Güter weder an Erben noch an Dritte versetzen oder verkaufen dürfe, wenn er sich nicht verpflichte, die Bet davon zu bezahlen, und diese Bedingung solle in jeden solchen Vertrag ausdrücklich aufgenommen werden.“ (R.) *Mone's* all. Ztschr. Bd. VI S. 29, 30.

16 **1446**, Mai 29. Abt und Convent des Benedictiner-Klosters Gottsaue bei Durlach im speyerer Bisthume verkaufen an Schultheiss, Bürgermeister und Richter der Stadt Bruchsal gewisse näher bezeichnete Grundzinse mit der Bestimmung, dass dieselben „an das almusen (Armenspital) zu Bruchsal zu ewigen gezijten gehorig sin“ sollen. *Mone's* all. Ztschr. Bd. VII S. 291, 92.

17 **1452.** Formel des von einem Schultheissen zu Bruchsal bei Uebernahme des Stabes zu schwörenden Hulde- und Treue- sowie Amts-, namentlich Richtereides. *Mone* a. a. O. S. 292, 93. (6 §§.)

18 **1466**, Dez. 10. Bischof Matthias von Speyer bewilliget dem Bürgermeister und Rathe, den Bürgern und der Gemeinde seiner Stadt Bruchsal auf die nächsten vier Jahre die Erhebung von „ungelt und sture“, in ausführlicher „ordenunge und satzunge“ die Beträge der Abgabe tarifartig festsetzend, und bestimmend, dass die durch eigens hiezu bestellte und vereidigte „erberlute“ in jedem Jahre eingenommene Geldsumme „in der statd gemeyn nutze angeleyt, und jerliche gult, die die statd gibt, damit abgekauft, oder ander schinbarlich nutze, doch mit des bischofs wissen und willen, damit geschafft“, aber auch dem Letzteren oder den von ihm dazu abgeordneten Beamten „genugsam rechnunge von aller inename und ussgabe eines jeden jars“ durch den Rath oder aus dessen Mitte und „uss der gemeyn“ gewählte Commissäre gelegt werden soll. *Mone* a. a. O. S. 293—96. (26 §§.)

19 **1472**. Derselbe gibt seiner Stadt Bruchsal zu deren „nütze, frommen, besserunge, uffgangk, und zu verhuten merern zukunftigen schaden und unrat“ eine zweite „ordenunge“ wegen des Ungelds, welche „nit lenger wehren soll dan fünfzehen jare die nehsten nach datum diss briefs nach einander volgende, und zu s. Jorgen tag schirstkunftig anfangk han“, und theils blos die Vorschriften der Ordnung v. 1466 mit sachgemässen Modificationen und Zusätzen (§§. 11—15, 17—20, 23, 25, 28, 29) wiederholt, theils völlig neue Bestimmungen (§§. 1—10, 16, 22, 24, 26, 27, 30) enthält, so namentlich z. B. über die Verwendung der Abgabe sich dahin aussprechend: „Item und was von solichem ungelt jerlich gefullen wirt, das alles soll allein in gemeynen nutze der statt, wie obgemelt, gekert werden, und wir wollen uns des nit underziehen oder zu unsern handen nemmen, doch das die gemein statt mit sollichem ungelt nit zu hoche beswerct werde. Was dan von dem ungelt gefelt, des sollen dru theil gefallen zu abelosunge der gülte, und das vierde theil zu stüer zu der bete der tusent gulden, die (die) von Bruchsall jerlichs geben.“ [5]) *Mone* a. a. O. S. 297—99.

Bruck an der Laitha. CXLIII.

(Oesterreich, Land unter der Ens.)

C. J. *Klose*, Bruck an der Laitha vom Anfange der historischen Kenntniss bis auf die gegenwärtige Zeit und seine Merkwürdigkeiten, Wien 1855. kl. 8⁰. — Die s. g. Gabbriefe Bruck's, sämmtlich noch ungedruckt, findet man in Regestenform theilweise [nr. 9—11] von E. *Birk* im Archive f. Kunde österreich. Geschichtsquellen Bd. X (1853) S. 392 nr. 612—14 und danach b. *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 14, 15; vollständig aber b. *Klose* a. a. O. S. 27—29, 49—52 zusammengestellt. Es sind folgende:

1276. König Rudolph I. bewilligt der Gemeinde der (aus der uralten „villa Aschersbruck“ bereits unter Leopold dem Glorreichen als „civitas“ hervorgegangenen) Stadt Bruck für ewige Zeiten aus den Mauth-Gefällen einen jährlichen Zuschuss von 20 Gulden, um damit Baubedürfnisse zu befriedigen und namentlich Brücken und Wege herzustellen. 1

1318. König Friedrich (der Schöne) entbindet die Bürger von Bruck, welche ungarische Bauweine verführen, von der Leistung der „tricesima“ *). 2

1359. Herzog Rudolph IV. von Oesterreich gesteht der Stadt Bruck in Ansehung ihres Handelsverkehrs mit Wien bedeutende Freiheiten zu. 3

1369. Herzog Albrecht III. von Oesterreich verordnet zu Gunsten der Stadt Bruck, dass der Bürgermeister, der Stadt- und der 4

5) D. h. der vierte Theil der Ungelds-Einnahme soll einen Beitrag zu der von der Stadt jährlich an die bischöfliche Kammer zu entrichtenden Bede oder Grundsteuer bilden.

*) Der s. g. Dreissigst oder Dreissigstzoll. Vgl. A. *Michnay's* und P. *Lichner's* Wörterverzeichniss zum Ofner Stadtrechte (1845) S. 275 flg.

Judenrichter, sowie alle übrigen Amtleute daselbst mit der gemeinen Stadt leiden und die städtischen Abgaben entrichten sollen.

5 **1372**. Derselbe gestattet den Bürgern der Stadt Bruck, Wein zu schenken und mit dem eigenen Producte auswärtigen Handel zu treiben.

6 **1410**. Herzog Ernst von Oesterreich bestätiget dem Bürgermeister, Richter und Rathe zu Bruck die ihnen von den früheren österreichischen Fürsten verliehenen Freiheiten und gibt der Stadt einen Wochenmarkt.

7 **1437**. Herzog Albrecht V. von Oesterreich verleiht den Bürgern zu Bruck einen Jahrmarkt, welcher am St. Urbans-Tage stattfinden und einer Freiung von vierzehn Tagen vor und ebensovielen nach dem erwähnten Feste geniessen soll, weswegen auch insbesondere alle während dieser Zeit gekauften und verkauften Waaren und Güter für zoll- und mauthfrei erklärt werden.

8 **1462**. Die gräflichen Brüder Johann und Sigismund von St. Jörgen und Pösing**), welchen Schloss und Herrschaft Bruck sammt aller Zubehörung von Kaiser Friedrich III. seit 1459 wiederlöslich versetzt ist, befreien Bürger und Gemeinde der Stadt Bruck auf ewig von der Abgabe des Neuntels von ihren auf ungarischem Boden, im Gebiete der genannten Grafen gelegenen Weingärten.

9 **1463**, Jan. 11. Kaiser Friedrich III. gewährt der Stadt Bruck einen zweiten am Sonntage vor Mariä Geburt abzuhaltenden Jahrmarkt, ebenfalls mit einer vierzehn Tage zuvor und vierzehn Tage danach umfassenden Freiung [s. nr. 7].

10 **1463**, Jan. 11. Derselbe begnadet die Stadt Bruck mit dem Niederlagsrechte bezüglich aller durch dieselbe passierenden, sowie zwischen der Donau und dem Neusiedler-See transportirt werdenden „khaufmannschaft", und zwar mit allen Befugnissen anderer österreichischer Niederlagsorte.

11 **1463**, Jan. 11. Derselbe erlaubt den Bruckern, unter genereller Confirmation ihrer Freiheiten und Privilegien, a) ungehinderten kaufmännischen Verkehr in allen österreichischen Landen, b) mauth- und zollfreie Handelsfahrt, und c) Absatz ihrer in Ungarn gezogenen Bauweine in Wien.

12 **1475**. König Matthias von Ungarn genehmigt die freie Ein- und Ausfuhr von Weinen in seinem Reiche von Seite der brucker Handelsleute.

1494. Der römische König Maximilian I. bestätiget der Stadt Bruck alle durch 13
König Ladislaus und die Herzoge von Oesterreich ihr ertheilten Gnaden und Freiheiten.

Bruck an der Mur. CXLIV.

(Oesterreich, Steiermark.)

J. *Graf*, Begebenheiten und Schicksale der Stadt Bruck an der Mur, k. k. Kreisstadt in Obersteiermark, Bruck 1852. 8⁰. — Eine Sammlung der Rechtsbriefe Bruck's erschien u. d. T.: „Privilegien der Kreisstadt Bruk. Aus dem Joanneum's Archive." Herausgegeben von Jos. *Wartinger*, Graz 1837. 8⁰. Es werden hier nach einer, kurze historische Notizen über die Stadt enthaltenden Vorerinnerung (S. III — VIII) 49 Urkunden aus den J. 1277 — 1793 (S. 1 — 83) mitgetheilt, von welchen dann am Schlusse des Werkchens (S. 84 - 92) eine genaue Inhalts-Uebersicht gegeben ist.

1277, Aug. 25. König Rudolph I. 1
verleiht den Bürgern von Bruck — um ihren Ort des Namens einer Stadt würdig zu machen — Rechte und Freiheiten gleich anderen Städten im Reiche, bestätiget ihnen die vom Herzoge Friedrich (dem Streitbaren 1230—1246) herrührenden Salzhandels-Gerechtigkeiten, und fügt endlich noch eine nicht unerhebliche Begnadung in Ansehung der Mauth und Zölle hinzu —: „Noverit igitur presens etas et futura posteritas, quod nos, integre fidei puritatem, qua cives nostri de Prukha erga nos et imperium choruscare noscuntur, gratiosius attendentes et propter hoc magnopere cupientes, ut a suis miseriis et erumpnis, quas propter malitiam temporis hactenus sunt perpessi, sub nostro felici regimine relevati, per nostram munificentiam in statum debitum reformentur, universa jura, libertates et consuetudines, quas alie civitates nostre et imperii obtinent, eisdem liberaliter indulgemus, volentes, ipsum locum nomine et honore oppidi seu civitatis perfrui perpetuo et gaudere. Ex affluentia quoque gratie specialis predictis civibus quedam jura, sicut illa ab illustre quondam Friderico clare memorie duce Austrie et Styrie dicto oppido noscuntur indulta, de benignitate regia confirmamus, statuentes videlicet, infra Rottenman et Prukham, non alibi, depositiones salium fieri, quod vulgariter dicitur niderleg, neque sales cuppis intrudi seu vestiri, quam in oppido memorato. In augmentum quoque gratie singularis eisdem civibus favorabiliter indulgemus, ut a civitate

**) Durch K. Friedrich III. zu den ersten Magnaten Ungarn's erhoben und mit besonderen Privilegien, namentlich jenem der Sieglung mit rothem Wachse ausgezeichnet (Urk. v. 19. Jun. 1459). *Chmel*, Reg. Frid. S. 372 nr. 3716.

predicta ad tres rastas[1]) tam in terris quam in aquis merces suas et quascunque res alias deducentes a cujuslibet exactione telonei sive mute liberi sint penitus et immunes." *Wartinger* a. a. O. Nr. 1 S. 1—3; auszugsweise danach in *meinen* Stadtrechten S. 57 flg. Altdeutsch in J. *v. Hormayr's* Taschenbuch f. d. vaterländ. Gesch. Jahrg. 1841 S. 113 flg.

Confirmirt sehen wir diesen Rechtsbrief unter wörtlicher Wiederholung seines gesammten Inhalts durch die österreichischen Herzoge Albrecht I. am 21. Apr. 1293, Rudolph III. am 13. Jul. 1299, Friedrich am 23. Dez. 1307 — ferner in deutscher Fassung durch Albrecht II. am 17. März 1358 und Rudolph IV. am 25. Febr. 1360. Abdruck aller dieser Urkk. b. *Wartinger* a. a. O. Nr. 2, 3, 4, 7, 8 S. 3 — 10, 12—19.

2 **1320**, Aug. 10. Der römische König Friedrich erweist seinen Bürgern von „Prugg in Steyr . . . In vnd Ir Stat zu pesserung vnnd zu fürderung die besundern gnadt . . ., das Sy ewigclichen alle Jar zu Sant Mertenstag ainen Jarmarckht haben sollen vnd mügen, mit aller Freyheit, mit allen Rechten vnnd mit aller gewonhait, als die Burger zu Gratz vnd zu Leobn an Ir Kirchtag Ir Jarmarckht alle Jar haben." *Wartinger* a. a. O. Nr. 5 S. 10, 11.

3 **1347**, Sept. 15. Herzog Albrecht II. von Oesterreich bewilliget der Bürgerschaft Bruck's drei Bierbrauer und das Recht, denselben „aufzusetzen, wievil Sy habern prewen sollen zu dem Monat", ermächtiget ferner den Richter und „die zwelf des Raths zu Prugg", den Weinwirthen das Schenkgemäss vorzuschreiben, und weist endlich die „an dem Pierprewen oder an dem Weinschenckhen" verwürkten Bussen („Wandl") dem Rathe zu, dass er sie „an die Stadt leg zu Pesserung." *Wartinger* a. a. O. Nr. 6 S. 11, 12.

4 **1360**, Febr. 18. Herzog Rudolph IV. von Oesterreich verordnet, dass die bei Bruck gesessenen und gen Bruck ziehenden Salz- und Getreide-Saumer ihre Waare in der genannten Stadt „niederlegen vnnd da verkhauffen vnnd nicht fürbasz damit faren", auch überhaupt „die gewöndlich Strasse vnnd wege, als die von Allter heerkhomen sindt", einhalten sollen, bei Vermeidung der „nach des Landts zu Steyr Recht vnnd gewonheit" eintretenden Geldbussen. *Wartinger* a. a. O. Nr. 9 S. 19, 20.

5 **1361**, Dez. 20. Derselbe begnadet seine Bürger zu Bruck dahin: „welliche vnnser Stette oder Märckhte in der ehegenannten Statte zu Prugg Mautt vnnd Zöll nicht gebent, das in denselben Stetten und Märckhten die Burger von Prugg von Jr Haab vnnd Kauffmanschafft auch weeder Maudt noch Zoll geben sollen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 10 S. 20.

1364, März 3. Derselbe erlaubt dem Richter und Rathe und den Bürgern zu Bruck die Erhebung eines Brückenzolles von „gefassten (geladenen) wagen" und „Sam Rossen", mit der Verfügung, dass, „wellches Jars In von demselben Zoll vber das, so Sy auf die Pruggen legent, Icht vberwurdt, Sy das der Stat anderstwo zu pesserung anlegen sollen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 11 S. 20, 21. 6

1365, Febr. 21. Derselbe befiehlt, um seine Bürger zu Bruck in Ansehung der ihm zu leistenden Jahressteuer zu erleichtern —: „was der sind, die Wisen, Ekher vnd Garten habent in dem Purckfridt daselbs ze Pruckh bey der Muehr, das dieselben davon dienen vnnd Steur geben vnnd raichen sollen in aller der masse, als das vnser Burger daselbs ze Prugg von Irn Eckhern, Wisen vnd Garten tunt, als lang, vntz das wir, vnser Brüeder oder vnser Erben es widerrueffen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 13 S. 22, 23. 7

1365, Febr. 22. Derselbe bestimmt ferner zu Gunsten seiner Bürger zu Bruck: „was Heüser sindt daselbst in der Stat, die vnnser Landtherrn, Ritter oder Knechte, Abbte, Pröbst oder ander Prelaten angehorent, das dieselben von den eegenannten Iren Heusern dienen vnd Steuer geben vnnd raichen sollen ewigclich, als das vnnser Burger daselbst zu Prugg von Iren Heüsern thuen, ausgenomen allain der, die vnnser Rattgeben sindt, die sollen von Iren Heüsern daselbsten nit Steur geben." *Wartinger* a. a. O. Nr. 12 S. 21, 22. 8

1365, Oct. 21. Herzog Albrecht von Oesterreich erneuert das der Stadt Bruck durch „Künig Friderich von Rom selig, sinen Vetter" ertheilte Jahrmarkts-Privileg [nr. 2]. *Wartinger* a. a. O. Nr. 15 S. 24. 9

1365, Oct. 22. Derselbe wiederholt die von Rudolph IV. den Bürgern von Bruck gewährte Mauth- und Zollfreiheit [nr. 5]. *Wartinger* a. a. O. Nr. 14 S. 23, 24. 10

1387, Apr. 26. Derselbe verlegt auf Bitten der Bürger zu Bruck ihren bis dahin am Freitage abgehaltenen Wochenmarkt, unbeschadet den damit verbundenen „gnaden, Freyhaiten, gewonhaiten vnnd Rechten", auf den Montag. *Wartinger* a. a. O. Nr. 17 S. 25, 26. 11

1393, Oct. 23. Derselbe thut dem Richter, dem Rathe und den Bürgern zu Bruck — „die gnad, was Erbs vnd güetter in Irem Purckhfridt ligend, das man davon mit In 12

1) Rasta, Rast, eine Wegstation, zwei Meilen betragend.

leiden vnnd stewern soll, was ze recht davon geburt; vnnd das auch daselbs zu Pruckh niemandt, Er sey gaistlich oder weltleich, mit In kainerley Kaufmanschafft noch Gwerb treiben noch arbaitten soll in keinem weeg on Irn willen vnnd gunst." *Wartinger* a. a. O. Nr. 18 S. 26, 27.

13 **1396**, März 17. Herzog Wilhelm von Oesterreich erlässt für die Bürger zu Bruck, welche ihm vorgestellt haben, „wie In an Iren Rechten, Freyhaiten, gnaden vnd Briefen . . . gross Infell vnnd Beschwerung beschehen, die In vnleidlich vnnd verderblich wären", nachfolgende als eben soviele Begnadungen erscheinende Bestimmungen:

„§. 1. Des Ersten mainen vnnd wellen wir, wer hintz In hab zesprechen, es sey vmb Erbgüetter oder sollch händl, die in Irem Purckhfridt ligent oder bestehend, das darum hintz in niemandt zurichten noch von In das Recht zuthuen hab, denn Ir Statrichter; wär aber der daran saumig, so soll es thain vnnser Lanndtschreiber in Steyer, alls es von Allter ist heerkhomben. Doch ausgenomen, was Sachen wir, vnnser Brüeder vnnd Erben wellen für vnns ziehen, vnnd auch vns vnvergriffenlich an vnnsern Gewellten. §. 2. Auch thuen wir In die gnad, Wer in derselben vnnser Stat vnnd in Irem Purckfridt ains Purckhrechts [2]) Jar vnnd tag vnversprochen an Nutz vnnd Gwer sitzet, das der auch on all Zuespruch vnnd Irrung fürbass dabey beleiben soll, als das von Alter ist herkhumben. §. 3. Wann auch in derselben vnnser Stat vnnd in Jrem Purkhfridt ain Burger stirbt vnnd Erben oder gellter hindter Im lässt, desselben Burgers Heüser, Güetter noch Erb sollen noch wellen wir, vnnser Brüeder noch vnnser Erben selber nicht behallten, noch von der hanndt yemandt leihen. Sonder die nechsten Erben oder die gelter sollen dabey beleiben, als von allter ist herkhomen, es wär dann, das kain Erb oder gellter da wär. §. 4. Wir mainen auch, was vnser Burger in derselben vnser Stat vnsern Juden gelltbrief gebent, vmb wen das ist, das darumb ain Statrichter vnnd Judenrichter mit einander sollen sigln, vnnd Ir Jetweder allain nicht, vnnd das auch Ir Statrichter daselbs darumb, was in dem Purckhfridt ligt, richten soll nach den Rechten. §. 5. Wir thuen In auch die genad, was vnser Juden heüser, Erbs vnnd gütter für Ir geldtschuldt in Ir gewalt bringent, vnnd die in derselben vnser Stat vnd in Irem Purckhfridt gelegen sind, das Sy die inner Jarsfrist hingeben vnnd verkhauffen sollen. Thätten Sy das nicht, so sollen dieselben Juden mit vnsern eegenannten Burgern davon leiden vnnd steuern." *Wartinger* a. a. O. Nr. 19 S. 27—29 (mit S. 87); *meine* Stadtrechte S 58, 59.

1404, Mai 30. Herzog Leopold von Oesterreich gestattet den Bürgern von Bruck — „sonnderlich zu Pesserung Ir Prugg vnnd anderer Ir Pew vnnd Notturften" — die Erhebung eines Brückenzolles, jedoch so, dass „alles Saltz auf Rossen oder Wägen ledig vnd frey vber dieselben Pruckhen vnnd Stat gehen vnnd gefüert werden soll." *Wartinger* a. a. O. Nr. 20 S. 29, 30. 14

1404, Oct. 8. Derselbe bestätiget den Bürgern seiner Stadt Bruck „all Ir Recht, Gesetzt, Freyhait vnnd gnad", welche sie von König Rudolph, den Herzogen Friedrich, Albrecht und Rudolph, sowie anderen Fürsten hergebracht haben, „nach Irer Briefen vnnd Handvessten lautt vnnd Sag." *Wartinger* a. a. O. Nr. 21 S. 30, 31. 15

1418, Apr. 19. Herzog Ernst von Oesterreich bewilligt den Bruckern den Salzvertrieb nach Untersteiermark, sofern sie nämlich „Maut vnnd Zoll, die davon zu recht gefallen", entrichten würden. *Wartinger* a. a. O. Nr. 22 S. 31, 32. 16

1418, Jul. 12. Derselbe bestimmt Bruck zum Niederlagsplatze für alle vom Auslande nach Steiermark kommenden Handelsleute — „die Schwaben vnd Gesst aus den Reichstetten vnnd von Saltzburg vnnd auch annder Gesst vnnd auswendig Leuth". *Wartinger* a. a. O. Nr. 23 S. 32—34. 17

1418, Sept. 11. Derselbe erneut und confirmirt seinen Bürgern zu Bruck vier (nicht näher bezeichnete) Briefe, „daran In weillend die hochgebornen Fürsten, Hertzog Ruedolf vnnd Hertzog Albrecht . . . vnnd Hertzog Wilhelbm . . . etlich Recht, Gesetzt, gnad vnnd Freyhait gegeben habent." *Wartinger* a. a. O. Nr. 24 S. 34, 35. 18

1422, Oct. 16. Derselbe gewährt dem Richter, dem Rathe und den Bürgern zu Bruck die Gnade, dass, obgleich „die Niderlegung von dort gen Grätz gelegt worden", der Jahrmarkt zu Bruck dennoch „fürbaser beleibe bey allen den Rechten vnnd Freyhaiten, die er vorgehabt vnnd mit gueter gewonhait herbracht hat . . ., doch das niemandt annder Tuech da verschneide, dann Burger aus steyrschen Stetten vnd Märckhten." *Wartinger* a. a. O. Nr. 25 S. 36, 37. 19

1428, Dez. 28. Herzog Friedrich von Oesterreich überträgt die durch Herzog Ernst den Bürgern zu Grätz „zu dem Paw vnnd pesserung derselben Stat" verliehenen „gnad der Fürfart, das ist, das Sy von ainem 20

---

2) D. h. ein Erbpacht- oder Erbzinsgut. Vgl. E. F. v. *Hess*, Das Burgrecht (Wien 1853. 8°.) S. 5.

Wagen, der da durch geet, nement 16 Phening, vnnd von ainem Fueder Saltz ain Helbling", nachdem er dies Privileg in Grätz „dannen genomen vnnd widerrüfft" hat, in aller der Masse auf Bruck, „damit dieselben Phening nun furbass daselbst zu Pruckh abgenomen vnnd dieselb Stat mit Rinckhmaurn, Thürn, Gräben vnnd sollichen Notturfften auch gebessert soll werden." *Wartinger* a. a. O. Nr. 26 S. 37, 38.

21 **1441**, März 24. Der römische König Friedrich III. bestätiget nochmals die vier, bereits im Rechtsbriefe v. 1418 [nr. 18] confirmirten Privilegien. *Wartinger* a. a. O. Nr. 27 S. 38—40.

22 **1441**, Dez. 14. Derselbe gestattet den Bürgern zu Bruck, von den die grätzer, judenburger und Semerings-Strasse passierenden „gefassten Wagen vnnd geladnen Sämb Rossen", wenn sie durch ihre Stadt gehen, 16 und beziehungsweise 2 Pfenninge „zu fürfart ze nemen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 28 S. 40, 41.

23 **1443**, Dez. 21. Derselbe überlässt von dem „den Burgern zu Grätz gelassenen und vergünneten" Fürfahrt-Gelde den Bruckern, welche es vormals innegehabt, auf zehn ganze Jahre „vnnd darnach vnntzt auf sein widerrueffen" die Hälfte, sie „zu haben vnnd der zugebrauchen, als vor heerkomen vnnd sollcher Fürfart recht ist." *Wartinger* a. a. O. Nr. 29 S. 41, 42.

24 **1460**, Oct. 16. Derselbe als Kaiser „bestettet, vernewet, bevestent vnnd confirmiert" den Bürgern zu Bruck „all vnnd Jedlich Ir Brief, gnad, Freyhait, Satzung, gerechtigkhait vnd alts heerkhomen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 30 S. 42—44.

25 **1461**, Sept. 9. Derselbe erlaubt dem Richter, dem Rathe und den Bürgern zu Bruck um des ihnen zugegangenen Feuerschadens willen „zu ergetzung desselben vnnd aufnemung gemainer Stat" auf ihre Bitte, „von ain Jeden gefassten Samb, von wann der daselbst durchtriben wirdet vnnd was der tregt, ain Phening zu Mautt zu nemen, vnnd dasselb geldt, was das bringen wirdt, zu der bemelten Stat Nutz vnnd frumen zu prauchen vnnd je zu Zeitten anzulegen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 31 S. 44, 45.

26 **1461**, Oct. 6. Derselbe gewährt der Stadt Bruck aus gleichem Anlasse „zusambt dem Jarmarckht, so Sy vor da zu S. Merten tag hatten" aus besonderer Gnade einen zweiten Jahrmarkt am Sonntage vor Pfingsten „mit fürstlicher Freyung viertzehen tag vor vnnd viertzehen tag hinnach zu halten", und legt demselben ausser der „Niderlegung" auch noch alle sonstigen Freiheiten, Ehren, Rechte und guten Gewohnheiten bei, „inmassen vnnd der obgemellt Jarmarckht zu Sant Merten tag daselbst gehallten wierdet." *Wartinger* a. a. O. Nr. 32 S. 45-47.

1471, März 12. Derselbe verordnet zu Gunsten der Stadt Bruck, dass alle durch dieselbe gehenden „gefassten oder vngefassten" Wagen „daselbst zu Pruckh nicht fürfaren, sonder albeg vber Nacht daselbst beleiben sollen", dass aber die nicht übernachten wollenden die Bürger „darumb aufhallten mugen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 34 S. 48, 49 27

1478, Jan. 10. Derselbe räumt dem Rathe und den Bürgern zu Bruck für die Zukunft freie Richter- und Rathswahl ein —: „wann sich die Zeit, darauf wir vnnserm gethrewen Pettern Karnmessen, vnnserm Burger daselbst zu Pruckh, vnnser Gericht daselbst verlassen haben, enden wierdet, mügen Sy dann hinfüran vntzt auf vnnser widerrueffen Järlich, oder wenn In das nott thett, ainen teuglichen Man aus In zu Richter daselbst zu Pruckh erwellen vnnd nemen; doch wen Sy also aus In je zu Zeitten zu Richter erwelen vnnd nemen werden, der soll vnns oder wem wir das an vnnserer Stat bevelhen, darumb glübd vnnd Aid thuen, vnnd, soverr Er vber das Pluet richten will, pan vnnd ächt brieflich oder vnnder Augen von vns zu Lehen empfahen. Ob auch ainer oder meniger aus dem Rathe daselbs abgienngen, so mugen Sy, als offt das zu Schulden khumbt, annder an derselben abganngen Stat erwellen vnnd in den Rath nemen; doch das Sy von denselben an vnnser Stat gewöndlich gelübd vnd Aid aufnemen." *Wartinger* a. a. O. Nr. 35 S. 49, 50. 28

1488, März 12. Derselbe „vergunnt vnnd erlaubt" dem Richter, dem Rathe und den Bürgern zu Bruck auf deren Bitten „als regirunder Herr vnd Landsfürst . . ., das Sy vnd Jr Nachkhomben nun füran aines jeden Jars ainen aus In, so dartzue teüglich ist, zu Burgermaister erwellen vnd Ime dasselb Burgermaister Ambt bevelhen, der das mit allen ehren, Rechten vnnd gueten gewonhaiten geniessen; auch Er, die bemellten Richter vnnd Räthe all Ir vnnd derselben vnnserer Stat Briefe vnnd Missive mit Rottem Wachs ferttigen vnnd das gegen menigelich gebrauchen mügen, daran In von niemandts Irrung than werden soll in kain weiss." *Wartinger* a. a. O. Nr. 36 S. 51, 52. 29

1493, Dec. 10. Der römische König Maximilian I. bestätiget der Stadt Bruck „all vnnd jeglich Ir Brief, gnad, Freyhait, Gesetzte vnnd gerechtigkhait", welche ihr die früheren Herzoge von Oesterreich und Steyer theils gegeben theils „bekrefftigt" und confirmirt haben. *Wartinger* a. a. O. Nr. 37 S. 53—55. 30

CXLV. Brückenau.

(Bayern, Franken.)

1310, Jul. 27. König Heinrich VII. verleiht der [vielleicht aus der fuldaischen Villa „Sinna", Sinnau, entstandenen, bereits 1260 ummauerten] Stadt Brückenau dieselben Freiheiten, welche die Bürger von Schweinfurt geniessen. (R.) *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. V p. 179. Vgl. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 814.

CXLVI. Brühl.

(Preussen, Rheinprovinz.)

„Chorographia der Stadt Brül" [von *Vogel*] im bonner Hofkalender f. d. J. 1781 (und daraus besonders). Vgl. auch F. E. *v. Mering*, Geschichte der Burgen, Rittergüter, Abteien und Klöster in den Rheinlanden, Heft I (Köln 1833. 8⁰.) S. 92–110.

1285, Apr. 27. Erzbischof Siegfried von Cöln ertheilt den Schöffen und Bürgern seiner Stadt Brühl eine Reihe von Freiheiten und Rechtssatzungen, betreffend insbesondere das Schöffenamt und die Wahl zu demselben (§§. 1, 2); die Wirkungen des Stadtaufenthalts von Jahr und Tag (§. 3); den gerichtlichen Zweikampf und die Kosten desselben (§§. 4–6); die Bussen bei gewissen Vergehen (§§. 7, 8) und einzelne Punkte des processualischen Verfahrens in Delicts- und Schuldsachen, z. B. Reinigungs- und Anklage-Eid, Ungehorsam gegen Ladungen, Schöffen- und Bürgerzeugniss etc. (§§. 9–16); den Weinhandel (§§. 17–20); die Victualien-Polizei (§. 21); die Gleichstellung der Erbbegüterten mit den Bürgern der Stadt in Ansehung der Abgabenpflicht (§. 22); die Unstatthaftigkeit einer Freiheitsberaubung der Bürger, den Fall einer Verbrechens-Ueberführung durch die Schöffen ausgenommen (§. 23); den städtischen Jahr- und Wochenmarkt (§§. 24, 25); den Gerichtsstand der Bürger (§. 26); deren Verpflichtung zur Waffenhülfe (§ 27); die Wirkungen der Neuansiedlung auf Grund und Boden in der Stadt (§. 28) und die Bürgeraufnahms-Gebühren (§. 29); die Abschaffung der Kurmede (§. 30); die kirchliche Freiung (§. 31); die Verletzung des Feld- und Waldeigenthums (§. 32); die landesfürstliche Steuer (§. 33); die Formulirung der Gerichtseide (§§. 34, 35); den Umfang des Bifangs (§. 36), endlich das Viehhaltungsrecht und die Selbstbewaffnungspflicht der Bürger (§§. 37, 38):

„Nos Syfridus dei gratia sancte Coloniensis ecclesie archiepiscopus, sacri imperii per Italiam archicancellarius, notum facimus universis, quod utilitati et commodo dilectorum fidelium nostrorum scabinorum et oppidanorum nostrorum in Brule fideliter intendentes, et ut dictum oppidum procedente tempore melioretur et crescat, ad petitionem predictorum scabinorum et oppidanorum de consilio fidelium nostrorum libertates eis concedimus infrascriptas. §. 1. In primis quod ipsi oppidani habeant potestatem eligendi septem scabinos nobis et ecclesie Coloniensi ac ipsis utiles, infra oppidum Brule commorantes, et quandocumque aliquem de predictis septem scabinis mori contigerit, seu propter crimen vel aliud nefas officium scabinatus demeruerit, scabini superstites, hujusmodi criminoso per sententiam scabinorum, prout justum fuerit, ab officio scabinatus amoto, possunt et debent eligere alium probum virum idoneum et honestum sub juramento eorum, de consilio sculteti nostri in Brule, in locum premortui vel amoti, et nos vel officiatus noster ibidem sic electum confirmabimus. §. 2. Item quod nullus scabinorum deponi possit se invito ab officio suo, nisi hoc propter crimen probabile ab eo commissum demeruerit. §. 3. Item quicumque homo cujuscumque conditionis intraverit oppidum Brule ad manendum, et moram fecerit ibidem continue per annum manendo, nos non permittemus eum deinceps impugnari, dummodo paratus sit domino suo debitum censum persolvere vel jus illud, quod hoverecht [1]) dicitur. §. 4. Item nullus oppidanorum in Brule vocari poterit ad pugnam sive duellum, nisi sit de vulnere aperto, quod offenwunde dicitur, vel de homicidio. §. 5. Item si committatur homicidium infra oppidum Brule, illi, qui sunt conquerentes, facient expensas circa pugiles [2]), vel ad alia que duellum requirit, si habeant facultates; si vero pauperes fuerint et hoc constiterit vel hoc juramento confirmaverint coram judicio, quod expensas nequaquam facere possint, nos vel noster officiatus hujusmodi expensas faciemus, et si hujusmodi homicidium pacificabitur, hoc fiet de licentia judicis. §. 6. Et idem fiet de vulneratis, qui ita fuerint vulnerati, quod dicitur offenwunde, quod duellum ita judicetur sicut pro homicidio, eo excepto, si fuit pacificatum de licentia judicis, quod propter hoc judex habebit quinque marcas, nisi velit aliquid remittere gratiose. §. 7. Item de eo, quod blutrunst dicitur, vadiabit reus ad graciam judicis septem solidos et sex denarios. §. 8. Item de minutis querelis judex non plus recipiet, quam decem vel

1) D. i. Besthaupt. *Haltaus*, Glossar. col. 938
2) Miethfechter.

octo denarios ad gratiam judicis, prout est premissum. §. 9. Item si quis oppidanus trahatur ad judicium de minutis querelis, se expurgare poterit sola manu. §. 10. Item si aliquis conqueratur de hoc, quod schymberthat [3]) dicitur, conquerens conducere debet judicem ad domum vel ad domos illius, qui hoc factum commisit, et judex eas secabit et confringet, et quicquid sub trabibus domorum fuerit, hoc erit judicis, nisi ille, cujus fuerit hereditas, hoc defendat jure suo. §. 11. Item quicumque conqueri volunt de hoc, quod dicitur hochgericht [4]), primo jurabunt tactis reliquiis coram judicio, quod nullum innocentem trahant ad judicium super hoc, nec causam illius facti imponent innocenti. §. 12. Item quod nullus oppidanus vocari debeat vel possit ad duellum sive pugnam, ubi hujusmodi non est delictum, quod dicitur schymberthat; sed possit se suo jure defendere melius quam alius eum vocet ad hujusmodi duellum sive pugnam. §. 13. Item si aliquis probare voluerit per testes in hujusmodi judiciis, probare hoc non poterit, nisi testimonio duorum scabinorum. §. 14. Item quod quilibet oppidanus tribus vicibus per nuncium ad hoc deputatum ad judicium debeat evocari, et si prima vice venire neglexerit vel in judicio non comparuerit, ex hoc nullam emendam judici facere tenebitur. Si vero secunda vice non venerit nec comparuerit, decem vel octo denarios tenebitur ad graciam judicis pro emenda. Et si tertia vice fuerit vocatus sub testimonio et non venerit nec comparuerit, ad graciam judicis quinque solidos solvere tenebitur judici pro emenda. §. 15. Item si aliquis hospes occupatur per judicem super debitis ac aliis minutis, ipse hospes absolvet se per jus statuti et recedet; si autem pro majoribus, quod hochgericht dicitur, occupatur, de hoc faciet juxta statutum oppidi memorati. §. 16. Item quod non admittantur testes super aliquibus querelis, nec testimonium aliquorum valeat, nisi scabinorum predicti oppidi, nisi forte de arbitrariis compositionibus et de rebus et de bonis in matrimonio promissis, vel de aliis causis spiritualibus, si hoc legitime per testes idoneos poterit probari. §. 17. Item quod nullus homo deinceps possit vel debeat ponere vinum, quod Banwin [5]) dicitur, ad vendendum in oppido predicto. §. 18. Item quod nullus communiter vendere possit vel debeat vinum ad brocam [6]), nisi oppidum ipsum inhabitet tanquam oppidanus et jura [7]) faciat, quecumque exigit oppidum predictum. §. 19. Item si aliquis forte oppidanus vinum alicuis extranei vendiderit infra oppidum pro mercede, ille tenebitur solvere quinque solidos et unam amam [8]) vini pro pena, et hujusmodi pene due partes cedent ad opus oppidi et tertia pars nobis vel judici nostro. 20. Item quod in predicto oppido deinceps erit mensura Coloniensis, et sextarius vini [9]) mensure predicte. Si bonum fuerit, non pretiosius vel carius quam pro quatuor denariis vel infra vendetur ad brocam; si autem penuria fuerit vini, quod vendi debeat, tunc secundum quod statuent scabini, ita quod sustinere possint ementes et vendentes, vinum taxabitur et emetur. §. 21. Item quod scabini de consilio oppidanorum predictorum statuent vendi panem et cervisiam, carnes, pisces, et alia quecumque victualia secundum quod videbitur expedire utilitati tam ementium quam vendentium; et quicumque ipsorum statuta non servaverit, solvet xviii denarios pro emenda, cujus emende tertia pars cedet judici nostro et alie due partes ad opus oppidi predicti. §. 22. Item quicumque hereditatem habuerit infra oppidum constructam, quod ille eque solvet proportionaliter cum suis conviciniis jura hereditatis et oppidi secundum quod oportet. §. 23. Item quod nullus oppidanus capi, captivitate vel carcere mancipari possit, nisi prius convictus fuerit per scabinos de eo, quod sibi imponitur, et eis mediantibus ista fiant. §. 24. Item quod nundine sint apud Brule annuatim, videlicet die dominico post exaltationem sancte crucis, et quod durent per tres dies continue, videlicet de sabbato antecedente et ipso die dominico et die sequenti; et volumus, quod ita libere sint nundine predicte, quod nullus ibidem veniens illis tribus diebus possit occupari, arrestari vel aliquo modo molestari, nisi excedat in foro predictis diebus per homicidium, vel furtum, vel per alios excessus emenda dignos. §. 25. Item quod in predicto oppido habeatur forum hebdomadale qualibet tertia feria in septimana, ita quod ibi vendantur et emantur annona, equi, panni, pecora et alia universa, que in communi foro emi vel vendi libere consueverunt.

3) Delictum evidens s. manifestum. *Haltaus* l. c. col. 1608.

4) Delictum majus, s. §. 15.

5) Weine, deren Ausschenkung ein ausschliessliches Recht des Erzbischofs ist.

6) Kannenweise zum täglichen Tischgebrauche. *Ducange-Henschel*, Glossar. I, 780ª.

7) Leistungen.

8) Ohm, als Weinmass. *Ducange-Henschel* l. c. p. 215ᵇ.

9) Ein Gemäss für den Weinschank, ungefähr $^1/_2$ Quart oder $^2/_3$ Mass begreifend. *Seibertz*, UBuch III, 541ª.

§. 26. Item quod nullus oppidanus infra terminum, qui dicitur Bivanc [10]), occupari poterit vel arrestari per aliquem judicem extraneum, sed si questionem habuerit contra aliquem oppidanorum predictorum, veniat infra oppidum predictum et querelam suam coram judice deponat ibidem et prosequatur. §. 27. Item quandocumque pro urgente necessitate nostra et oppidi campana banni [11]) pulsatur, illi, qui morantur infra terminum, qui vocatur Bivanc, venient sine mora in subsidium oppidi cum armis et aliis ad defensionem oppidi necessariis, et quicumque contumaciter venire neglexerit, ex hoc penam quinque marcarum incurret, quam requirere poterimus ab eodem. §. 28. Quicumque etiam oppidum predictum intrans ad manendum sibi hereditatem acquisierit ibidem, de ea solvet pro rata sicut alii oppidani hereditatem obtinentes. §. 29. Item quicumque intrare voluerit oppidum predictum ad habendum jus oppidi et oppidanorum, dabit pro ingressu tres solidos, de quibus cedent nobis duodecim denarii et duo solidi ad opus oppidi. §. 30. Item si aliquis oppidanorum ad presens manens in oppido Brule vel postmodum ad manendum veniens ibidem, tenens bona aliqua a curte nostra, si decesserit, non tenebitur dare pro equo suo meliori ratione juris, quod dicitur Corimede [12]), plus quam unam marcam, licet forte tempore obitus sui melior equus suus plus valeat quam unam marcam, et in optione heredum illius erit, si voluerint dare equum meliorem. §. 31. Item volumus quod nullus deinceps in dote ecclesie [13]) in Brule occupari, arrestari, detineri violenter vel invadi valeat quoquo modo, et si quis contra premissa venerit, nobis ad emendam competentem teneatur. §. 32. Item quicunque alteri partes agrorum suorum aratro suo desulcaverit vel sulcando abstraxerit, et arando agris suis sic attraxerit, sive in silvis partem silve alteri demensuraverit, tenebitur ad emendam quinque solidorum, nec propter hoc impeti poterit per judicium, quod Hohgericht [14]) dicitur. §. 33. Ipsi quoque oppidani nobis et successoribus nostris solvere tenebuntur nomine petitionis decem marcas in nativitate beate Marie virginis. §. 34. Item volumus, quod precones oppidi [15]) in Brule pronuntient verba juramenti in judicio ibidem sine captione et sub brevibus verbis competentibus, et sine narratione facti sive questionis actoris deducti in judicium coram nostro judice. §. 35. Item si precones in pronuntiatione verborum hujusmodi juramenti malignari vellent, nec modo debito verba juramenti dicere, ut superius est expressum, unus scabinorum oppidi predicti sine omni pena se intromittere poterit de verbis juramenti et corrigere verba preconis sine captione. §. 36. Item volumus et statuimus, quod terminus dictus Bivanc oppidi predicti sit intra Honningen, Weis, Surd, Godorf, Immendorf, Roggendorf, Meschenich, Engdorf, Geildorf, Badorf, Eckdorf et Vochum [16]), et homines commorantes infra villas predictas veniant in subsidium oppidanorum predictorum sub pena predicta, sicut superius plenius est expressum. §. 37. Item quod quilibet oppidanus in Brule poterit habere et tenere vaccas, boves et oves pro sua voluntate in oppido predicto, nec super hoc impeti poterit vel gravari a nobis vel judice nostro seu officiato nostro, qui pro tempore fuerit apud Brule. §. 38. Item volumus, ut quilibet oppidanus, qui posse habet, habeat et teneat platam [17]), loricam et alia arma sue persone congruentia; alioquin monitus infra quindenam si non habuerit, incidat penam quinque solidorum, qui cedent oppido memorato. In cujus rei testimonium et perpetuam firmitatem presens scriptum eisdem oppidanis dedimus sigilli nostri munimine roboratum. Datum feria sexta ante festum beatorum Philippi et Jacobi apostolorum, anno domini M. CC. octuagesimo quinto.“ *Lacomblet*, UBuch Bd. II Nr. 802 S. 473—75.

10) Die umschlossene Feldmark der Stadt. Vgl. G. L. *v. Maurer*, Einleitung zur Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadt-Verfassung (1854) S. 187 flg. m. S. 184—86; *Mone*'s Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins V, 260 flg. 267 flg.

11) „Campana, cujus pulsu populus citatur ad conventus publicos urbis“. *Haltaus* l. c. „Bann-Glocke“ col. 96.

12) J. *Grimm*, RAlterth. S. 364 flg.

13) D. i. auf kirchlichem Grunde und Boden.

14) Vermuthlich ist hier das Gogericht gemeint.

15) Städtische Gerichtsbeamte, welche bei der Eidesleistung als „Furstaber“ (*Haltaus* l. c. col. 567, 68; 1717—19) fungirten.

16) Diese Orte heissen: Hünningen, Sürdt, Engdorferhof, Vochem.

17) Brustharnisch (Plate.)

Bruel. CXLVII.

(Mecklenburg-Schwerin.)

1340, Jun. 24. Ritter Reimar von Plesse, „Erfzete to dem Brüle“, erhebt den Ort „tho eneme Stedeken und settet ymme Borghemestere und Radt“, bezeichnet ferner ausführlich die demselben zu überlassenden Triftwiesen, Gehölze und Gewässer mit den daran auszuübenden Gerechtigkeiten, namentlich des Holzschlags und der Fischerei, und bestimmt endlich, was der Herrschaft an den Gerichtsgefällen gebühren und wie es bei Ein- und Auswanderungen gehalten werden

soll — „und wer'th, dat dar wol wörde wundet, dat blotlöss hete, so schölen se darup hebben an deme Richte achte Schillinghe Lübsch, unde ick unde myne Erven behol-den dar teyn schillinghe ave; unde wer'th, dat dar wol wolde uth edder yn varen, de schal hebben des Rades willen, und my und mynen Erven den tollen geven, wenn se uth-faren" —, hieran die Schlussverheissung knüpfend: „Alle desse vorscrevene Privilegia und Vryheit scölen desse vorscrevene Borgheme-stere und Raht, ok Inwahnere dessen up-genömten Wykbeledes hebben qwyth unde vryghe jhelick andern Städten in unser gnädigen Heren Landen belegen. Alle desse vorscreven Articuln und Stücke und jaslik Besyt lave ik Reimar van Plesse, Ridder, wo baven beröhrt, vor my und myne Erven und Nakomelinghe den erbenömeden Borghe-mestere und Rade und gantzen Menheit stete und väst unverbraken wol tho holdende." *Dav. Franck's*, Des Alt- und Neuen Mecklen-burgs Sechstes Buch (1754) Cap. XII Urk. II S. 127, 28. Vgl. dazu *Beehr*, Res Mecleburg. L. VIII cap. 33 col. 1756 (nr. VI); *v. Kamptz*, Civil-Recht der Hzgth. Mecklenburg Thl. I Abthl. I §. 114 S. 167.

CXLVIII. Brünn.

(Oesterreich, Mähren.)

Chr. *d'Elvert*, Versuch einer Geschichte Brünns, das. 1828. 8⁰. und „Beiträge zur Geschichte der k. Städte Mährens, insbes. der k. Landeshauptstadt Brünn" in den Schriften der histor.-statist. Sektion der k. k. mähr.-schles. Gesellschaft des Ackerbaues, der Na-tur- und Landeskunde Bd. XIII, Brünn 1860. gr. 8⁰. — Gregor *Wolny*, Die Markgrafschaft Mähren, topographisch, statistisch und histo-risch geschildert, Bd. II „Brünner Kreis" Abthl. I (Brünn 1836. 8⁰.) S. 1—112, bes. S. 83—100 *).

Die Privilegien und sonstigen Rechtsur-kunden Brünn's — in chronologischer Reihen-folge übersichtlich b. *Wolny* a. a. O. S. 86 flg. und *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 15 —20 (hier nur bis zur Mitte des XIV. Jhdts.) zusammengestellt — enthält der *Boczek-Chytil*'sche Codex dipl. et epistol. Moravie, zur Zeit bis 1348. Eine selbständige Quellen-sammlung dagegen bietet das vorzügliche, den II. Band der „Deutschen Rechtsdenkmä-ler aus Böhmen und Mähren" bildende Werk E. Fr. *Rössler's*: Die Stadtrechte von Brünn aus dem XIII. und XIV. Jhdt. nach bisher ungedruckten Hdschr. herausgeg. und erläu-tert, Prag 1852. 8⁰., in dessen „Einleitung" auch die Grundzüge einer inneren Rechts-, namentlich Verfassungs-Geschichte von Brünn (S. XXIV—XXXI, CXIII—XXIII) angetroffen werden.

Ausserdem vgl. noch über die Quellen des brünner Stadtrechts: *Jura primaeva Mo-raviae*, colleg. ac notis illustrar. Benedictini Rayhradenses (cur. Alex. *Habrich*), Brun. 1781. 8⁰., „Observatt. praeviae in Jus Muni-cipale Brunense" p. 43 sq.; Jos. Wratisl. *v. Monse's* „Versuch über die ältesten Mu-nicipal-Rechte im Markgrafthum Mähren etc." in den Abhdl. der k. Böhmischen Gesellschaft der Wiss. Jahrg. III (Prag 1787. 4⁰.) Nr. III S. 75—155, und hieraus in erweiterter Ge-stalt besonders abgedruckt u. d. T.: Uiber die ältesten Municipalrechte der k. Stadt Brünn und dessen Bezirks. Nach einem Codex a. d. XIV. Jhdt. Mit beigefügten litterärischen, historischen und juristischen Anmerkungen über die ursprüngliche Sammlung der alten Gesetze, ihre Quellen und Fortpflanzung, Sitten, Gewohnheiten, Justizpflege und Spra-che etc. im Markgrafthum Mähren, Olmütz 1788. 8⁰.; O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Abth. I S. 525—28.

1243, Jan. König Wenzeslaus I. von Böhmen ertheilt seinen Bürgern von Brünn auf deren Bitten und aus Fürsorge für ihr Gemeinwohl „libertates et jura" — a) eine Erneuerung der ihnen von früheren Fürsten verliehenen Freiheiten, und b) eine geord-nete Aufzeichnung sowie Sanction ihres lo-calen, mit jenem der anderen österreichischen und mährischen Städte, namentlich dem wie-ner, vielfach übereinstimmenden Gewohnheits-rechtes, jedenfalls c) unter Einmischung zeitge-mässer Zusätze — in zwei selbständigen, aber unter gleichem Datum ausgefertigten und sich ergänzenden Rechtsbriefen, nämlich (A) dem „privilegium majus" zu 23 fast aus-schliesslich criminalrechtlichen Artikeln mit der Schlussandeutung, dass noch andere „le-ges, libertates et jura necessaria civitati" vorhanden seien, welche wegen Unzulänglich-keit des Raumes der Urkunde der König be-schlossen habe „in alio volumine plenius an-notare", und (B) dem „secundum privi-legium" zu 21 in verschiedene Rechtszweige eingreifenden Artikeln. Der specielle Inhalt dieses ältesten, im brünner Codex Joannis notarii (um 1353) als **„jura civitatis Brunnen-sis originalia"** bezeichneten, Stadtrechts lässt sich übrigens am Besten aus den in jüngeren Handschriften über den einzelnen Abschnitten 1

*) Ein Sonderabdruck erschien u. d. T. „Die k. Hauptstadt Brünn und die Herrschaft Eisgrub topographisch, statistisch und historisch geschil-dert", Brünn 1836. 8⁰.

befindlichen Rubriken erkennen, und es mögen daher jene des Textes im eben erwähnten Johanneischen Schöffenbuchs-MS.[1]) als besonders beachtenswerth hier eine Stelle finden:

[*Priv. A.*] „I. Hic notatur certitudo de incusatione homicidii perpetrati. II. Item de homicidio et invasione domus et omni reatu consimili. III. De proscripcione homicidiorum. IV. De proscripto. V. De homicidio quantum ad Vollaist. VI. Item de homicidio quantum ad Notwernde. VII. Item de vulneribus et membris nobilibus. VIII. De vulneribus dictis leem et membris ignobilibus. IX. De citatione temeraria. X. De vulneribus simplicibus. XI. De allegacione Notwer. XII. De vulneribus et juramento calumpnie. XIII. De proscriptis vulnerum. XIV. De libertate theloneorum. XV. De arcu et balista. XVI. De evaginato gladio die forensi. XVII. De debitis. XVIII. De furto sexaginta denariorum. XIX. De vulneribus, de quibus suspicio mortis habetur. XX. De oppressione mulierum et defloratione virginum. XXI. De oppressione vagarum mulierum. XXII. De falso testimonio et blasphemia. XXIII. De cultello Stechmesser. XXIV. Confirmacio primi privilegii“[2]).

[*Priv. B.*][3]) „I. Jura, leges et libertates secundi privilegii. II. Quod nullus exerceat violenciam in civitate. III. De libertate hominum et possessionum extra civitatem. IV. De juribus monete. V. De libera vendicione possessionis. VI. De aridariis. VII. De tabernis extra civitatem. VIII. De ludo taxillorum. IX. De nundinis. X. De relictis et bonis ipsorum[4]). XI. De testamento advenarum. XII. De testimonio leuchofer. XIII. De testimonio advene contra civem. XIV. De potestate juratorum. XV. De justa mensura. XVI. De decem talentis ad exequendas querimonias de hereditatibus. XVII. De fustigatione illius, qui non est de honestioribus. XVIII. Item de fustigatione honestorum. XIX. De persona levi et inhonesta verberata. XX. De alapa. XXI. De temeraria invasione domus, balistis et aliis armis prohibitis.“

Von dem Wenzel'schen Stadtrechte existirt endlich auch eine dem XIV. Jhdt. angehörige deutsche Fassung in 36 rubrizirten Abschnitten, welche sich aber nicht blos als einfache Uebersetzung, sondern bereits wegen Aufnahme nicht unerheblicher Abänderungen, z. B. in den §§. 2, 8 [= Priv. A. 1, 7], und Hinweglassung des von der Münze handelnden Artikels [Priv. B. 4] als eine Fortbildung des ursprünglichen Textes darstellt.

Abdrücke der Jura originalia: a) *de Senkenberg*, Visiones divers. de collect. LL. Germ., Append. II Moniment. IV[a] p. 297—311 nach dem hradischer Codex. b) *Jura primaev. Morav.* p. 40—58, zwei in Columnen neben einander gedruckte Textformen aus dem Cod. bibl. Rayhr. und einem Transumpt. cod. Pragens. c) *Boczek*, Cod. cit. Tom. III Nr. XXXII, XXXIII p. 12—19. d) *Rössler* a. a. O. Beilagen Nr. I S. 341—56 mit der über den Originaltext gesetzten deutschen Fassung. e) *Erben*, Regesta dipl. nec non epist. Bohemiae et Moraviae P. I Nr. 1069 p. 506—10. Ueber Inhalt und Bedeutung vgl. *d'Elvert*, Versuch S. 29 flg.; H. *Meynert*'s Gesch. Oesterreich's, seiner Völker und Länder Bd. III S. 209 flg.; *Rössler* a. a. O. Einleit. S. XXVII flg., *Bischoff* a. a. O. S. 15, 16[5]).

1276, Mai 28. Derselbe erstreckt die 2
Gerichtsbarkeit des brünner Stadtrichters auf die Bewohner der Vorstädte und sonstigen in Brünn sich aufhaltenden fremdherrlichen Unterthanen — „presentis privilegii tenore statuimus et concedimus civitati, ut Brunnensis judex, qui pro tempore fuerit, homines habitantes in suburbiis civitatis ipsius Brunne vel ipsi civitati immediate connexos de injuriis ac culpis, quas in ipsa civitate commiserint, mediante justitia valeat et debeat decetero sine contradictione aliqua judicare. Ita tamen, quod illud, in quo per eosdem judices Brunnensis civitatis rei condempnati fuerint, ipsorum cedat dominis, sicuti si essent per ipsos dominos aut eorum judices sententialiter condempnati.“ *v. Monse* a. a. O. (Separat-Abdruck in 8°.) S. 106; *Boczek* l. c. Tom. IV Nr. CXXVII p. 175, 76;

1) Mitgetheilt bei *v. Monse* a. a. O. [Separat-Abdruck v. 1788. 8°.] §. IV S. 8, 9 und danach in *meinen* Stadtrechten S. 55. 56.

2) Im *Rössler*'schen Abdrucke haben die Artt. 21 [als Theil von 20] und 24 keine eigene Nummern.

3) *Rössler* zählt im Texte des Priv. II. nur von Art 23 bis Art. 35, also blos 13 Abschnitte, indem er die Artt. 1, 4, 5, 12, 13, 18—21 unnummerirt gelassen, aus Art 10 aber zwei Abschnitte (§§. 29, 30) gemacht hat. Eine völlig abweichende Ordnung begegnet in dem durch *v. Senkenberg* veröffentlichten Cod. Hradicensis. Hier sind die Artt. 7—14 des Priv. II. als §§ 27—34 dem Priv. I zugerechnet, so dass das Priv. II blos die Artt 1—6, 15—21 als §§. 35—47 begreift. Ausserdem differiren noch der Schluss von Priv. I. und Eingang des Priv. II., sowie die sämmtlichen Artikel-Ueberschriften.

4) Ueber das hierin enthaltene Erbrechts-Privileg s. J. A. *Tomaschek*, Recht und Verfassung der Markgrafschaft Mähren im XV. Jhdt. (Brünn 1863. 8°.) S. 36.

5) Wegen der Otakar'schen Judenrechte v. 1268 s. unten z. J. 1348.

altdeutsch b. *Rössler* a. a. O. Nr. V, 1 S. 375 flg. und auszugsweise b. *Bischoff* a. a. O. S. 17.

4 **1278**, Sept. König Rudolph I. bestätigt seinen Bürgern zu Brünn ihre gesammten von Otakar herrührenden Freiheiten, Rechte, Gnaden und Gewohnheiten, erweitert erstere, namentlich durch Zeitverlängerung des Zollbezugs und der Zollbefreiung, sowie durch Exemtion vom Personal- und Realarreste, gibt der Bürgerschaft alle ehedem ihr gehörig gewesenen Grundbesitzungen zurück, untersagt dem Adel die Verübung von Gewaltthaten in der Stadt, und legt endlich den Juden daselbst gleiche Tragung der gemeindlichen Lasten mit den Bürgern auf — „civibus Brunnensibus confirmamus omnes et singulas libertates, jura, privilegia et consuetudines, que vel quas ex indulto quondam Otocari, illustris regis Bohemie, sine contradictione cujuslibet tenuerunt, ex quibus aliquas gratias ipsis factas presentibus ampliamus. Imprimis volumus, ut telonium, quod ad usus civitatis ejusdem dictus rex octo annis continuis, ut dicitur, deputavit, duodecim annis continuis ad usum civitatis pertineat, ad gratiam dicti regis annos quatuor apponentes. Hoc etiam statuimus, ne predicti cives per diversas civitates et loca imperii pro suis necessitatibus transeuntes, pretextu damnorum vel promissionum, a rege Bohemie quocumque factorum, per aliquem pignorentur in facultatibus vel personis. Illam etiam gratiam, qua per terras Bohemie et Moravie sine solutione telonii hactenus transierunt, ratam perpetuo robore volumus permanere. Ceterum si predicti cives probaverint legitimis documentis, quod due ville Curin et Streletz ipsis per regem Bohemie pro marcis trecentis et quinquaginta pignori fuerint obligate, nos eidem obligationi centum quinquaginta marcas apponimus, et sic pro quingentis marcis nexu pignoris tenebuntur. Insuper aree, que ad usum civitatis antiquitus pertinebant, ad eiusdem civitatis commodum revertantur sine prejudicio alieno. Ad hoc perpetua sanctione statuimus, ut nullus baronum seu nobilium terre infra muros civitatis in rebus aut personis ciuium aliquam violentiam perpetrare presumat. Cordi quidem nobis est, ut quecunque immunitas vel libertas eisdem civibus a munificentia regum Bohemie est collata et integra hactenus observata, jure perpetuo roborata subsistat, nec cujusquam ausu temerario ad injuriam nostri culminis temeretur. De Judeis quoque taliter judicamus, ut in civitatis oneribus una cum civibus sustinendis servatas hactenus consuetudines non offendant." [Die Urk. ist am Ende verstümmelt.] *Gerbert*, Cod. epistol. Rudolphi I., Libr. III Nr. XVI p. 162, 63; A. *Boczek*, Mähren unter K. Rudolph dem Ersten (Prag. 1835. 8⁰.) Beil. 1 S. 45, 46; *Chytil*, Cod. cit. Tom. V Supplement. Nr. LV p. 266, 67.

1278, Sept. Derselbe gewährt der „civitas Brunnensis" die Auszeichnung — „quod in ceterarum civitatum imperii numero collocetur . . . ., omni ea libertate et gracia gaudeat perfruatur, qua cetere civitates imperii de benignitate regia sunt gavise." F. J. *Bodmanni* Cod. epistol. Rudolphi I. (Lips. 1806. 8⁰.) p. 104; *Boczek*'s all. Abhdl. Beil. II S. 46, 47; *Chytil* l. c. Nr. LVI p. 267. 5

Brünn ist hier von dem für einen prunkvollen Empfang dankbaren Könige als Reichsstadt[6]) erklärt. Allein eine wirkliche Geltendmachung der reichsstädtischen Gerechtsame hat von Seite der Brünner eben so wenig, als eine officielle Anerkennung ihrer Reichsunmittelbarkeit von Seite des Kaisers und Reiches, jemals stattgefunden. Brünn hat thatsächlich stets nur für eine Landstadt gegolten.

1291, Jul. 13. König Wenzeslaus II. von Böhmen, Markgraf von Mähren, versieht seine Stadt Brünn mit einem Jahrmarkte — „nundinas sive forum annuale in predicta civitate Brunnensi decrevimus statuendum et statuimus . . ., ut a die sancti Galli capiens inicium idem forum continuo dierum quatuordecim spacio sine tractu stare ac durare debeat annuatim; . . . mercatores et hospites universi in accessu civitatis Brunnensis predicte quoad merces et personas ipsorum ab omni exaccione et tributo Brunnensis thelonei sint liberi et immunes." *Boczek*, Cod. cit. Tom. IV Nr. CCXCVIII p. 377, 78. Einen altdeutschen Text („Chunich Weneziabs hantvest von dem iarmarkt") gibt *Rössler* a. a. O. Nr. V, 2 S. 377. 6

1292, März 13. Derselbe verleiht seinen Bürgern zu Brünn verschiedene, Geschwornenwahl, Gerichtsstands- und Steuerverhältnisse, Zünfte, Marktverkehr und Räuberverfolgung etc. betreffende Freiheiten und Satzungen: 7

„Wenceziaus, dei gracia rex Bohemie, dux Cracovie et Sandomirie marchioque Moravie. Inter gloriosa regalis excellencie studia et digna preconiis opera illud nobis ad fastigia glorie nostre accedere non modicum arbitramur, dum fideles nostros ditamus beneficiis libertatum, pro quibus devocionis sinceritas multipliciter intercedit. Ea propter noscat tam presens etas quam successura posteritas futurorum, quod nos dilectorum nobis civium Brunensium, quos inter alios fideles nostros speciali gratitudine propter sue

6) Vgl. *Böhmer*'s Reg. Rudolph. S. 96.

devocionis merita prosequimur benigne, devotis supplicacionibus inclinati clementer damus et concedimus eis (§. 1.) plenariam potestatem, de unanimi consensu totius civitatis ejusdem inter se juratos seu consules [7]) viros fide dignos, qui eis omnibus communiter expedire videantur, semper circa octavas resureccionis domini nostri annis singulis eligendi, per annum tantummodo duraturos, nisi per reatum notorium eorum aliquis aut plures demereantur destitui ante annum; hoc nichilominus adjecto, quod cives predicti celebrata electione juratorum eorundem nobis eos, si tunc in terra Moravie presentes fuerimus, aut prothonotario nostro, sed in absentia nostra camerario, qui pro tempore fuerit, vice nostra, pro viris fide dignis et ydoneis presentabunt. §. 2. Concedimus etiam civibus eisdem, ut pro causis quibuslibet per beneficiarios quoscunque de possessionibus ipsorum et propter easdem extra civitatem ad judicia terre per citaciones aliquas non trahantur; eo dumtaxat excepto, quod si eorumdem civium aliquis hereditates alicujus sibi usurpare indebite aut metas hereditatis violare presumpserit, tunc pro huiusmodi duabus causis tantummodo ad terre judicium citetur. §. 3. Et cum ad solempnitatem nostre coronacionis dicti cives nostri in civitate specialem, et extra civitatem de bonis suis inpositam toti terre solverint generalem collectam [8]), ammodo, quandocunque tam civitati eidem quam toti terre eadem vice simul et semel inposita fuerit collecta, tunc ab eis contenti esse volumus collecta civitatis [9]). §. 4. Ad hec predicti cives illos nobiles terre Moravie, qui debita contraxerint apud eos, que decem marcas argenti excedent, quando quater in anno in quatuor temporibus ad tractatus [10]) suos in ipsam civitatem conveniunt, premissa citatione eos coram beneficiariis [11]) super suo debito conveniant; et si justitiam a beneficiariis nostris non fuerint consecuti, tunc camerarius noster, qui pro tempore fuerit, vices nostras super facienda ipsis justicia prosequatur. §. 5. Ceterum omnes domus nobilium in eadem civitate Brunnensi ad contribuciones [12]) impositas dictis ejusdem civitatis civibus volumus teneri, deductis solummodo illis nobilium domibus, quas a progenitoribus suis liberas habuerunt, aut que in dotibus ecclesiarum ab ipsis nobilibus possidentur. §. 6. Statuimus insuper et volumus, in ipsa civitate Brunnensi uniones aliquas decetero non haberi; sed singulis diebus fori universi incole quorumcunque locorum cum suis mercibus ad ipsam civitatem libere accedant. Aliis vero diebus accole in suburbiis civitatis ejusdem manentes in ipsa civitate tractent libere merces suas. §. 7. Liceat preterea dictis nostris civibus, ut eorum per hec commoda perpensius augeantur, illos predones, qui in terris nostris nulla dominia nec aliqua bona immobilia possident, propter excessus ipsorum notorios, qui nulla tergiversacione celari possunt, in civitate ipsa libere occupare et detinere ad obtinendam justiciam de ipsis. In quorum omnium testimonium et robur perpetuo duraturum presentes fieri et sigillorum nostrorum munimine fecimus liberaliter communiri. Datum Brune per manus magistri Johannis, Sacensis prepositi. Anno domini millesimo ducentesimo nonagesimo secundo, iii idus Marcii, indictionis quinte.“ *Boczek*, Cod. cit. Tom. IV Nr. CCCIII p. 385—87. Eine altdeutsche Uebertragung in 7 Artt. s. bei *Rössler* a. a. O. Nr. V, 3 S. 377—79. Vgl. dazu *d'Elvert*, Versuch S. 65 flg.; *Wolny* a. a. O. S. 87, 88; *Bischoff* a. a. O. S. 17, 18.

1293, März 11. König Wenzeslaus II. 8
überlässt der Stadt Brünn gegen Uebernahme gewisser Baulasten seinen Brückenzoll — „theloneum nostrum apud ipsam civitatem Brunnensem, quod Prukmaut vulgariter appellatur, eisdem civibus nostris liberalitate munifica in perpetuum liberaliter conferimus et donamus. Ita tamen, ut iam dicti cives nostri et eorum posteri universi pontes, vias, fossata, muros ad ipsam civitatem parare et reparare, ac pro melioratione qualibet eiusdem civitatis Brunnensis dictum theloneum annis singulis impendere perpetuo teneantur.“ *Boczek* l. c. Nr. CCCXII p. 396, 97; altdeutsch b. *Rössler* a. a. O. Nr. V, 4 S. 379, 80.

1297, März 25. Derselbe überlässt den 9
Bürgern von Brünn alle Bergwerke („montana“) im Umkreise von sechs Meilen um die Stadt — „sicut montes in Coloniam [13]), in Czalslaviam pertinent, et olim in Jglaviam pertinebant“ — zu freiem Betriebe auf Gold, Silber, Blei etc. (R.) *v. Monse* a. a. O. S. 142 nr. VI (Ausg. in 4to.); *Wolny* a. a. O. S. 88 m. Note 273.

1307, Febr. 2. König Rudolph von 10
Böhmen und Polen (König Albrecht's I. Sohn) erklärt die Bürger Brünn's „liberos a theloneo per Boemiam et Moraviam“, welches Privileg König Johann von Böhmen am 29 [23] Aug. 1312 bestätiget. Altdeutsch b.

7) Altdeutscher Text: „schephen und rat leut“.

8) A. T. „gemainen pern“ (berna). Vgl. *Tomaschek* a. a. O. S. 39 flg.

9) A. T. „losung“.

10) A. T. „lantgerichtgesprech“.

11) A. T. „amtleut“.

12) A. T. „losung“.

13) Kolin in Böhmen.

Rössler a. a. O. Nr. V, 6 S. 383, 84. [Das Original, wovon *Chytil* l. c. Tom. VI Nr. LXVII p. 48 ein bloses Regest gibt, ist noch ungedruckt.] Vgl. *v. Monse* a. a. O. S. 143 nr. VII. (Ausg. in 4to.)

11 **1307**, Oct. 17. Der römische König Albrecht I. confirmirt den brünner Bürgern alle „gracias, libertates, donaciones, privilegia et jura a Rudolpho, rege Bohemie, concessas et concessa", sowie die denselben durch Herzog Friedrich von Oesterreich erneuerten Gnaden und Schenkungen. *Chytil* l. c. Nr. X p. 9.

12 **1316**, März 31. König Johann von Böhmen schenkt der Bürgerschaft von Brünn das unter ihrer Beihülfe eroberte „castrum" Oborczan sammt allen Zubehörungen. (R.) *v. Monse* a. a. O. nr. VIII; *Wolny* a. a. O. S. 88.

13 **1319**, Dez. 23. Derselbe befreit die Bürger von Brünn bezüglich ihrer Erbgüter von der Königssteuer und landgerichtlichen Jurisdiction —: „civibus Brunnensibus . . . solempni tractatu super eo cum fidelibus regni nostri baronibus habito, de consilio et consensu eorundem ceterorumque nostrorum consiliariorum fidelium denuo concedimus eosque private legis gracia perpetuo valitura presentibus insignimus eisdem, quod dicti fideles nostri dilecti cives Brunnenses de omnibus ac singulis villis, allodiis aut agris seu de possessionibus quibuscumque, quas dicte civitatis nostre Brunnensis cives et quilibet eorum jam jure hereditario et proprietatis tenent et possident, et quas ipsos et quemlibet ipsorum justo titulo jure hereditario et proprietatis habere, tenere et possidere contigerit in futurum, Bernas seu collectas regales, generales vel particulares, nobis aut heredibus vel successoribus nostris, regibus Boemie, qui pro tempore fuerint, perpetuo solvere minime teneantur, a quarum solucione ipsos cives Brunnenses et quemlibet ipsorum eximimus et presentibus reddimus penitus absolutos; adicientes, quod in omnibus locis villarum, allodiorum seu aliarum possessionum quarumcunque, quas iidem dilecti fideles nostri cives Brunnenses jure hereditario et proprietatis habere et possidere contigerit in futurum, nullus nec summus camerarius nec zudarii nec provinciales judices Moravie quidquam jurisdiccionis vel auctoritatis in possessionibus, personis aut rebus inquilinorum aut accolarum earundem umquam quoquomodo sibi usurpare debeant seu aliquatenus attemptare; sed tantum judex civitatis Brunnensis, qui jam est, heredes seu successores ejus in perpetuum, judices civitatis Brunnensis predicte, qui pro tempore fuerint, in omnibus et singulis questionibus et causis, cujuscunque generis seu speciei, nature aut condicionis existant, nulla causarum quantumcumque ardua excepta, judicandi et actus judiciarios exercendi liberam habere debeant perpetuo potestatem." *Chytil* l. c. Nr. CLV p. 121, 22; altdeutsch b. *Rössler* a. a. O. Nr. V, 7 S. 384, 85.

1323, Sept. 8. Derselbe thut den brünner Bürgern die Gnade, dass nur von Hofstätten, nicht von Häusern gesteuert, auch von Seelgeräthen und Vermächtnissen Losung gegeben, und endlich blos unedles (graues und polnisches) Tuch auf die Landmärkte zum Verkaufe gebracht werden solle —: „statuimus firmiliter et volumus, ut (cives Brunnenses) de cetero non de hospiciis ipsorum, sed de areis tantum juxta earum valorem steuras et alias exacciones quascunque vel quecunque subsidia regi solvant aut solvere teneantur, nec ad dandum hujusmodi steuras, exacciones et subsidia, preterquam de areis ipsorum, sicut premittitur, per aliquem conpellantur. Volumus preterea, ut de hiis omnibus, que legata seu data sunt aut dabuntur sive legabuntur inposterum pro remediis animarum, dari debeat in exaccionibus quibuscumque, videlicet de qualibet marca tantum, quantum predicti cives de unaquaque sua marca dare debent et soliti sunt dare. Ceterum pro communi bono predictorum civium Brunnensium et omnium aliorum civium civitatum nostrarum Moravie expressius precipimus et striccius inhibemus, ut nullus mercator vel alter quicumque existens de dictis civitatibus Moravie extra ipsas civitates pannos videlicet de Ypra, de Gent, de Bruzle[14]) vel alterius cujuscunque speciei aut coloris, preterquam griseos et Polonicales, vendere vel ad vendendum incidere presumat." *Chytil* l. c. Nr. CCXL p. 179; altdeutsch b. *Rössler* a. a. O. Nr. V, 8 S. 385, 86. Vgl. *Wolny* a. a. O. S. 88, 89. 14

1325, Apr. 5. Derselbe genehmiget, erneuert und bestätigt den Bürgern zu Brünn „omnia et singula eorum privilegia . . . super quibuscunque juribus, libertatibus, graciis ac immunitatibus ipsis data", und fügt hierauf noch einige besondere „statuta" hinzu, betreffend die Verkaufszeit des Osterweines („vinum Australicum"); die Aufsicht auf das Metzenmass — „ut fraudulencia, que circa annonas in metretis cumulatis hucusque mensuratas consuevit fieri, ammodo sopiatur" —; 15

14) Vgl. *Rössler* a. a. O. Einl. S. IX. Statt „Bruzle" möchte vielleicht „Brugge" (Brügge, der Haupthandelsplatz des wallonischen Flanderns, s. *Falke*'s Gesch. des dtsch. Handels. I, 161) zu lesen sein? Uebrigens fehlt die Städte-Angabe im deutschen Texte.

die Gleichstellung der „homines Olomucensis episcopatus“ mit den brünner Stadtbürgern bezüglich der Rechtsprechung vor dem städtischen Gerichte „super quibuscunque accionibus et impeticionibus sive causis sibi competentibus“, besonders in Ansehung der „personalis occupacio vel rerum suarum arrestacio“; endlich die Aufnahme eines Fremden zum Bürger in Brünn und das dazu erforderliche „bonum et laudabile testimonium judicis et juratorum, cum quibus corporalem habuit residenciam“, sowie die ausserdem noch mögliche Leumunds-Erforschung. *Chytil* l. c. Nr. CCLXXXIII p. 219, 20; altdeutsch b. *Rössler* a. a. O. Nr. V, 5 S. 380—83 (in 5 Artt.) Vgl. *v. Monse* a. a. O. S. 144 flg. nr. XII. (Ausg. in 4to.)

16 **1328**, Nov. 11. Der Richter und die vier und zwanzig „nuiegen und alten geworn schephen“ der Stadt Brünn vereinbaren neue „geseczce“ für die Gewandschneider daselbst, hauptsächlich die Verpflichtung derselben zur „steure und losunge“ angehend. *Chytil* l. c. Nr. CCCLXXIV p. 288—90; *Rössler* a. a. O. S. 404—6. [6 §§.]

17 **1331**, Sept. 10. König Johann verordnet zum Nutzen seiner Stadt Brünn, dass in Zukunft zu Seelgeräthen nur baares Geld verwendet, ein Streit hierüber durch den Ausspruch zweier Schiedmänner, deren einen die Parteien und anderen die Schöffen kiesen, beigelegt, ferner das Gut der Geistlichen zur städtischen Losung und den sonstigen gemeindlichen Beschwerungen herangezogen, endlich von Clerikern keinerlei Stadtgut käuflich erworben werden soll:

„Nos Johannes, dei gracia Boemie et Polonie rex ac Lucemburgensis comes, ad universorum noticiam volumus tenore presencium pervenire, quod nos attendentes utilitatem civitatis nostre Brunnensis, et querelas litigancium seu questiones orientes [15]) ex causis diversis sopire volentes, sicut decet, statuimus, quod universi et singuli in dicta nostra civitate testamenta in extremis facere cupientes, non in possessionibus seu hereditatibus vel bonis quibuslibet, sed in parata dumtaxat pecunia [16]) liberam testandi habeant facultatem. Et si aliqua dubitacio sive questio inter partes ex verbis testatoris seu factis oriatur sive oriri quovis modo posset, extunc volumus, quod unus ex consulibus nostre civitatis ibidem, qui pro tempore fuerit, parte ex una, et alter discretus vir de parte litigancium parte ex altera eligantur. Qui dicti duo viri providi dubium seu questionem predictam declarare et diffinire, liberam nostra authoritate habeant facultatem, contradiccione parcium contra dictam declaracionem seu diffinicionem qualibet non obstante. Adicimus eciam, quod universa et singula bona per religiosos in dicta civitate empta vel quocumque alio titulo comparata vel acquisita per eosdem, non obstantibus privilegiis seu graciis quibuslibet, onera, collectas, subsidia et generaliter queque gravamina cum dicta nostra civitate portent, contribuant et sustentent in premissis omnibus, nunc et inantea, nostris juribus semper salvis; inhibentes districte, ne per aliquos religiosos, quocumque nomine censeantur, bona, que antiquitus ad dictam nostram civitatem pertinere dinoscuntur, emantur vel comparentur quoquo modo; quam empcionem, si contra presentem nostram inhibicionem attemptata fuerit, volumus penitus non valere. Harum testimonio literarum. Datum Prage IIII°. idus Septembris. Anno domini millesimo trecentesimo tricesimo primo.“ *Chytil* l. c. Nr. CDXXIX p. 328, 29; altdeutsch b. *Rössler* a. a. O. Nr. V, 9 S. 386, 87. Vgl. *Wolny* a. a. O. S. 99 mit Noten 280, 81.

1333, Sept. 21. König Johann bestimmt ferner zu Gunsten der brünner Bürgerschaft: „quod strata communis de Austria non debet transire per Lautschan [17]), sed per Brunam; Judei pro reparatione murorum et fossati civitatis debent contribuere quartam partem; cives de bonis, de quibus censuant monasteriis, bernam generalem solvere non tenentur; cives versus Boemiam possunt transire, per quamcunque stratam volunt.“ *v. Monse* a. a. O. S. 145 nr. XIV (Extr.) Vgl. *Wolny* a. a. O. 18

1340, Jul. 12. Markgraf Karl von Mähren confirmirt die gesammten „privilegia, jura, libertates et gracias“ der Stadt Brünn. *Chytil* l. c. Tom. VII Nr. 282 p. 204. 19

1345, Jun. 6. Derselbe gestattet „judici, magistro civium et juratis Brunnensibus“ die Aufnahme von Juden in ihre Stadt. *Chytil* l. c. Nr. 608 p. 444, 44. 20

1348, Febr. 12. Derselbe als König [Karl IV.] [18]) ertheilt der Stadt Brünn eine General-Bestätigung aller „privilegia, graciae, concessiones, donaciones et libertates, laudabiles quoque et approbatae consuetudines et jura, cujuscunque continencie et tenoris existant.“ *Chytil* l. c. Nr. 752 p. 549. 21

15) *Ch.* „oriencium“.

16) Altdeutscher Text: „an beraitem gelt“.

17) Lautschitz (Blucina). Vgl. *Wolny* a. a. O. Abthl. II S. 445, 46.

18) Ueber das Lebens-Verhältniss Mähren's zur böhmischen Krone s. die Urkk.-Regesten b. J. *Chytil* „Die Landes-Ordnungen des Markgrafth. Mähren“. [Schriften der histor.-statist. Section Heft IV, 1852] S. 173, 74.

22 **1348**, März 22. Derselbe verfügt, „quod communis strata de Austria, Hungaria et Polonia transire debet per Brunam.“ *v. Monse* a. a. O. S. 146 nr. XVI. (Extr.)

23 **1348**, März 23. Derselbe verordnet in Ansehung der Pfandgeschäfte der brünner Juden: „quod nullus deinceps Judeus moram trahens in civitate predicta pignus quodcunque post occasum solis a quibuscunque personis notis vel ignotis recipiat, ymmo eciam de die nec de equis, bobus, vaccis seu rebus aliis quibuscunque, de quibus, quod subtracte fuerint, suspicio haberetur, a personis ignotis seu suspectis hujusmodi se nullatenus intromittat, nisi sub duorum civitatis prefate testimonio juratorum.“ Dem Zuwiderhandelnden wird Strafe angedroht. *Chytil* l. c. Nr. 764 p. 554.

Diese Verordnung wurde dann nebst der Bestimmung des Johanneischen Privilegs v. 1333 über die Beisteuerpflicht der Juden zur Herstellung der städtischen Mauern und Gräben [nr. 18] als localrechtlicher Zusatz der mährischen Juden-Ordnung König Přzemisl Otakar's II v. 1268 in dem von *Boczek* benützten Cod. MS. jurium municipalium Brunhensium saec. XIV. beigefügt. In solcher Erweiterung finden sich die Jura et leges Judeorum abgedruckt b. *Boczek*, Cod. cit. Tom. IV Nr. XVI p. 17—21. Die Zusätze allein gibt auch *Bischoff* a. a. O. S. 17.

24 **1350**, Dez. 21. Markgraf Johann von Mähren (König Karl's IV. Bruder) befiehlt „edicto perpetuo valituro . . ., quatenus oppidani in Meneis[19]) et deinde Auspetz[20]), Poherlitz[21]), Eybantschitz[22]) et aliorum oppidorum et villarum inhabitatores et incole, qui in dicto oppido Meneis jura sua recipere hactenus consueverunt, ex nunc in antea perpetuis temporibus successuris jura et sententias causarum judiciariarum, super quibus deinceps dubium ortum fuerit apud ipsos, in civitate nostra **Brunensi**, in qua copia sapientum existit, et quam inter ceteras civitates terre nostre, cum sine ipsa ipse alie essent quasi acephale, interne dilectionis affectu prosequimur, querere recipere eisque regi sine quavis renitentia teneantur“, die etwaigen „contradictores et rebelles“ mit leiblicher Strafe und „rerum ad usus camere confiscatio“ bedrohend, sowie bezüglich aller „jura et sententie, que alibi, quam in dicta civitate Brunensi dictata et recepta seu dictate et recepte deinceps fuerint“, die völlige Ungültigkeit aussprechend. *v. Monse* a. a. O. S. 147—49 (der Ausg. in 4^to^.), S. 113—15 (des Sep.-Abdrucks in 8^o^.); *meine* Stadtrechte S. 54, 55.

Die vorstehende Urkunde hat nicht etwa erst die hohe Bedeutung des brünner Schöffenstuhls begründet, indem sie ja eben der tadelnswerthen Vernachlässigung desselben, wie sie der König in der Einholung von Urtheilen aus dem Auslande („in alienis partibus“) von Seite nachbarlicher Gemeinden erkannt hatte, für die Zukunft steuern sollte. Es genossen vielmehr damals schon die Schöffen des brünner Gerichtes das ausgedehnteste Ansehen, so dass dahin zahlreiche Orte, darunter auch viele Städte, wie ausser den im Documente selbst genannten z. B. noch Austerlitz, Bisenz, Gewitsch, Hradisch, Kremsier, Nikolsburg, Pohrlitz, Trebitsch, Ungarisch-Brod, Weisskirchen, ihren Rechtszug hatten[23]).

Eine nothwendige Folge hievon war aber die bereits im Anfange des XIV. Jhdts. beginnende Anfertigung von s. g. libri sententiarum, nämlich Sammlungen der bei dem Oberhofe zu Brünn ergangenen Rechtsweisungen und Urtheile. Die anfänglich reinchronologisch angelegten Spruchbücher, deren eines z. B. in die J. 1343—1349 fällt, genügten nun nach kurzer Zeit nicht mehr, da die rasch anschwellende Masse ohne Sichtung und innere Ordnung des Stoffes unmöglich bewältigt werden konnte. Wir sehen daher alsbald auf der Basis jener einfachen Sentenzenbücher und des gesammten übrigen stadtrechtlichen Materials von Brünn an Privilegien, Statuten und localen Gewohnheitsrechten grossartige, für das praktische Bedürfniss berechnete Sammelwerke („directoria, manipuli juris“) hervortreten, als deren bedeutendstes unstreitig der **Codex [librorum legum] Joannis notarii civitatis**, vollendet um 1353, nach anderer Ansicht zwischen 1340—1360 begonnen und 1365 beendiget, erscheint. Eine ängstlich genaue Beschreibung dieser kostbaren, 152 Blätter begreifenden und überdies mit reichen Initialgemälden gezierten Pergament-Hdschr. bildet den Inhalt der schätzenswerthen *v. Monse*'schen Abhandlung.

Es umfasst aber der Codex Joannis vier Hauptbestandtheile, nämlich

A. zwei Mauth- (d. i. Zoll-) Ordnungen, die eine in deutscher Fassung — „Daz ist di maut cze Brunne, di auf das

19) Menitz. *Wolny* a. a. O. Abthl. II S. 447 flg.
20) Auspitz. S. oben S. 93 u. *Wolny* a. a. O. Abthl. I S. 336 flg.
21) Markt Pohrlitz. *Wolny* a. a. O. II, 443 flg.
22) S. den Art. „Eibenschitz.“

23) Vollständige Verzeichnisse der in Brünn ihren Oberhof erkennenden Orte s. bei *v. Monse* a. a. O. S. 81, 82 [Sep.-Abdr. in 8^o^. S. 11, 12]; *Rössler* a. a. O. Einleit. S. CXVIII Note 1.

haus Spilberch gehort" (27 §§.) —, die andere in lateinischer Sprache („Hic notatur subempcio thelonei civitatis Brunensis") mit beigefügter Verdeutschung („Daz sint di recht der maut czu Brunne der stat", 7 §§.). Abdruck b. *Rössler* a. a. O. Beil. IV Nr. II S. 373–75, Nr. I [deutsch] S. 371—73.

B. das Wenzel'sche Stadtrecht v. 1243 — „Hic notantur privilegia civium de Brunna" — [nr. 1].

C. die eigentliche Spruch- oder Urtheilsammlung, „definitiones casuum forensium" oder, wie die vollständigere Ueberschrift im Codex lautet: „Sentencie subscripte diversis locis in Brunna jura sua requirentibus in scriptis sunt tradite; et ut facilius inveniatur, quod queritur, secundum alphabeti ordinem sunt distincte", irrthümlicher Weise schon im XV. Jhdt. als „Liber sententiarum Primislai qui postea dictus Ottogarus" (MS. K.), und danach noch in späterer Zeit, z. B. von *Dobner*, Monumenta Boemiae Tom. IV p. 209, 217, 218, 219 (in notis), als „Liber Primislai Otacari, Liber sententiarum Otacari" bezeichnet. Es wird hier nach der Reihenfolge des Alphabets (A—J, L—V) der ganze Rechtsstoff in der Art abgehandelt, dass sich je unter einem Buchstaben alle diejenigen Lehren, deren Hauptbezeichnung gerade mit jener Litera beginnt, als ebensoviele tituli oder capitula zusammengestellt finden. So stehen z. B. unter Lit. A die Titel: „de actionibus, accusationibus, advocatis, appellationibus, aquis, arbitris, armis, arrestationibus etc." und unter dem Titel „de advocatis" wieder die Unter-Rubriken (§§.) „de advocatis et prolocutoribus quantum ad officia; de advocatis et prolocutoribus quantum ad prohibitionem, excusationem et poenam; propter carentiam advocati est parti terminus prolongandus; de advocatis quantum ad salarium; advocato cooperator addi potest; utrum pars plures advocatos habere possit; advocati quandoque malefactoribus non dantur; de advocante pro se ipso propria voce"[24]). Die verarbeiteten Rechtsbescheide, von welchen übrigens nicht immer der Entstehungsort und die thatsächliche Veranlassung, sondern häufig nur der im Urtheile ausgesprochene Rechtsgedanke aufgeführt wird, sind sämmtlich bis auf die darin vorkommenden juristisch-technischen Ausdrücke in (vermuthlich freier) lateinischer Uebertragung, welche unzweifelhaft das ausschliessliche Werk des Compilators Johannes ist, mitgetheilt, und lassen als ihre Quellen a) das alte Stadt- und Landherkommen, b) die durch Wenzeslaus und nachfolgende Fürsten den Brünnern verliehenen Freiheitsbriefe, c) den Sachsen- und Schwabenspiegel, jenen z. B. in den §§. 174, 528[25]), diesen im §. 192[26]), endlich d) das römische und canonische Recht erkennen. Was nun insbesondere das im Schöffenbuche des Johannes begegnende römische Rechtselement angeht, so dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, dass einzelne Principien der Sammler schon in den Schöffen-Entscheidungen selbst vorgefunden hat, da ja die Bekanntschaft mit dem römischen Rechte in Mähren, wie überhaupt in den östlichen Territorien Deutschlands, in jener Zeit bereits ziemlich vorgeschritten war. Allein eben so sicher deuten andere Stellen des Werkes auf eine von jener der Schöffen unabhängige scientifische Ergänzungsthätigkeit hin, wie sich denn namentlich der Abschnitt „de servitutibus"[27]) als ein rein-theoretischer, im Geiste der mittelalterlichen Summae gehaltener Excurs über jene Lehre darstellt. Diese romanistischen (und selbstverständlich auch canonistischen) Einmischungen erscheinen nun als die eigene Zuthat des Compilators, welcher hiebei, wie *Rössler* a. a. O. Einleit. S. XXXVII, CXXIII—XXV auf das gründlichste ausgeführt hat, in den processualischen Abschnitten den Liber IV „de ordine judiciario" aus dem Jus regale montanorum des Gozzius von Orvieto (Urbevetanus)[28]) vor Augen gehabt haben mag. Ob ihm dagegen bei den civilrechtlichen Materien die Summae Azonis, Goffredi, Ostiensis unmittelbar vorgelegen hatten, oder ob dieselben nur mittelbar aus jüngeren ihnen nachgebildeten Rechtswerken (Summae Summarum) benützt worden sind, lässt sich mit Sicherheit nicht entscheiden. Vgl. *Rössler* a. a. O. S. CXX—XXII. Endlich

D. eine nach der Zeitfolge geordnete Zusammenstellung der der Stadt Brünn von den verschiedenen Landesregenten ertheilten Gnadenbriefe aus dem Zeitraume von 1268 bis 1353, mit der Aufschrift „Sequuntur privilegia regum aliorum." Angeschlossen finden sich noch eine Testamentsurkunde v. 1340 und zwei Erklärungen der brünner Stadtgemeinde v. 1366 und 1372, dass sie Markgraf Johann's Erstgebornen, Jodocus, als ihren Herrn künftig anerkennen

24) Eine Inhaltsübersicht der XIX Literae und ihrer Titel gibt *v. Monse* a. a. O. S. 84—138 [Abdr. in 8°. S. 14—103].

25) *Sächs. Landr.* I, 22 §. 2; II, 54.

26) *Schwäb. Landr.* 23.

27) *Rössler*'s Ausg. §§. 617, 18 S. 282—85.

28) Ueber dieses Buch s. G. *Wenzel*'s Hdb. des allgem. österreich. Bergrechtes (1855) S. 56—59.

wolle. Vgl. *v. Monse* a. a. O. S. 138 — 55 Abdr. in 8°. S. 103—23].

Ausser dem Johanneischen Schöffenbuche (Cod. *J.*) sind noch von den ähnlichen Arbeiten besonders hervorzuheben:

I. der Codex Viennensis saec. XV. (Cod. *H.*), wahrscheinlich nicht ausschliesslich auf dem eben beschriebenen Werke, sondern daneben noch auf einer älteren Original-Sammlung der brünner Schöffenurtheile beruhend, und mit einer Eintheilung in „Libri“, deren jeder einen Buchstaben begreift, und Unterabschnitte mit der Bezeichnung „Rubricae“, sowie ferner einem grossentheils aus den Institutionen geschöpften Prooemium und mehreren Anhängen versehen. Vgl. *Rössler* a. a. O. S. XLIII flg. Und

II. der Codex Wenceslai de Iglavia (Cod. *W.*) v. 1466, auf Befehl der Geschwornen „ex certis et approbatis jurium civitatis Brunnensis codicibus et libris“ von dem brünner, früher olmützer, Stadtschreiber und Notar Wenzel, unter Vorsetzung eines pomphaften Prologs zusammengeschrieben, übrigens nach Inhalt und Ausstattung dem Codex Joannis sich annähernd. Vgl. *Rössler* a. a. O. S. XLIV—XLVI [29].

Gedruckt wurde das eigentliche Sentenzenbuch (Bestandtheil C) schon zu Ende des XV. Jhdts. zu Brünn, s. l. et a. fol. Doch zählt diese Ed. princeps ausserhalb Oesterreichs zu den grössten typographischen Seltenheiten. Vgl. *Adauct. Voigt*, Acta Litteraria Bohemiae et Moraviae, Vol. I (Prag. 1774. 8°.) p. 27—50.

Eine neue Ausgabe, beruhend auf dem Cod. H. und einer sorgfältigen Vergleichung desselben mit dem Cod. J. und fünf anderen Codd., sowie mit dem alten Drucke, hat *Rössler* a. a. O. S. 1—338 veranstaltet, und hier dem „Schöffenbuche“ die Bestandtheile A, B und D, den letzten wenigstens zum grösseren Theile, als „Beilagen“ hinzugefügt [30]. Die Hauptabtheilung in Bücher blieb weg; dagegen ward die Unterabtheilung in „Capitula“ beibehalten, deren jedes in nummerirte Absätze (§§.) zerfällt. Die Zahl dieser, durch das ganze Buch hindurchgezählt, beträgt 730. Vgl. über die Herstellung des Textes und Einrichtung der Ausgabe *Rössler* a. a. O. S. LIII—LV.

Eine systematische Inhaltsdarstellung des Schöffenbuchs gibt *Rössler* a. a. O. S. LVI —XCIX; die privatrechtlichen und processualischen Materien allein erörtert J. *Weiske* „Bemerkungen über das Brünner Schöffenbuch, privat- und prozessrechtlichen Inhalts“ in der Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. XIV (1853) Nr. V S. 113 — 54. Ausserdem vgl. noch über das Werk *d'Elvert*, Gesch. der histor. Literatur von Mähren und Schlesien (Brünn 1850. 8°) S. 25 flg. 28, 70, 487 und Beiträge S. 496 flg.; *Bischoff* a. a. O. S. 19, 20.

1352, Nov. 2. Markgraf Johann von 25
Mähren hebt alle Zünfte („Czechen“) und Handwerker-Innungen in der Stadt Brünn, besonders jene der Fleischer, auf, und verordnet, dass der Verkauf des Fleisches künftig nur nach dem Gewichte geschehen solle. (R.) *v. Monse* a. a. O. S. 153 nr. XIX. Vgl. *d'Elvert*, Versuch S. 111 flg.

1353, März 24. Derselbe bestätigt den 26
Bürgern zu Brünn die Steuerbefreiung ihrer ausserhalb der Stadtmauern gelegenen Erbgüter. (R.) *v. Monse* a. a. O. nr. XX.

1353, Apr. 4. Derselbe verbietet — das 27
hierauf gerichtete Privileg seines Vaters erneuernd und erweiternd — allen geistlichen und adeligen Personen, in der Stadt Brünn zum Nachtheile der Bürger daselbst Häuser zu kaufen. (R.) *v. Monse* a. a. O. S. 154 nr. XXI; *Wolny* a. a. O. S. 90.

1355. Derselbe verbietet die Auslieferung 28
des von einem Pestkranken in Brünn errichteten Testaments an Fremde. (R.)

1357, Sept. 19. Derselbe begnadet die 29
Bürger „sue nove civitatis Brunnensis, quam erexit“, mit einem neuen am Sonntage vor Aschermittwoch beginnenden und vierzehn Tage hindurch währenden Jahrmarkte, dabei bestimmend, dass alle denselben besuchenden Kaufleute und Gäste während jener Zeit mauth- und zollfrei sein sollen. (R.)

1373, Jun. 23. Derselbe erneut den 30
Befehl, dass alle aus Oesterreich, Polen, Ungarn und anderen Ländern gegen Mähren kommenden Handelsleute ihren Weg durch Brünn nehmen, und namentlich die Oesterreicher nicht mehr über Lautschitz und Mönitz ziehen sollen. (R.)

1376, Apr. 22. Markgraf Jodok von 31
Mähren gestattet den Bürgern von Brünn, den Stadtrichter und sämmtliche Geschworne daselbst sowohl wählen als auch wieder absetzen zu dürfen, ohne dass hiezu die landesfürstliche Bestätigung in Zukunft erholt zu werden brauchte. (R.)

1377. Derselbe confirmirt das oben un- 32

29) Die übrigen MSS. nr. 5—30 verzeichnet und beschreibt *Rössler* a. a. O. S. XLVI—XLIX.

30) Die Beilagen richten sich nach der in einer brünner Archivs-Hdschr. aus dem Beginne des XIV. Jhdts. (*Homeyer*, Die dtsch Rechtsbücher des MAlters und ihre Hdschr. S 77 nr. 107) befolgten Ordnung. *Rössler* a. a. O. S. CXXVIII—XXXI.

31) Die sämmtlichen unter nr. 28—43 aufgeführten Regesten beruhen auf den Mittheilungen *Wolny's* a. a. O. S. 91, 95—98, 100.

ter nr. 22 erwähnte, von König Karl IV. im J. 1348 den Brünnern verliehene Durchzugs-Privileg. (R.)

In das XIV. Jhdt., vermuthlich die ersten Decennien desselben, fällt auch eine 74 Artikel begreifende Rechtssammlung mit dem, obgleich nur dem Art. 1 vorgesetzten, doch unzweifelhaft auch auf die nachfolgenden bezüglichen Rubrum: „Da neue müncz in dem lantwert[32], da hat man die vorgeschreben alten recht also ausgeleit, sam hernach stet.“ Dieses von *Rössler* a. a. O. Beil. II S. 356—67 veröffentlichte brünner Rechtsbüchlein, kaum auf officieller Redaction beruhend, stellt sich nun als eine Verarbeitung des iglauer Stadtrechts mit dem brünner, d. h. einzelnen Satzungen des Wenzel'schen Rechtsbriefs v. 1243 und jüngeren Localgebräuchen, dar, und beweist demnach zur Genüge, dass bereits um die Zeit des beginnenden XIV. Jhdts. das Recht der Stadt Iglau als Ergänzungsquelle des mangelhaften einheimischen in Brünn eine umfassende (wohl nur usuelle) Aufnahme gefunden hatte. Vgl. *Tomaschek*, Deutsches Recht in Oesterreich im XIII. Jhdt. (1859) S. 95, 96. Dazu s. noch *Rössler* a. a. O. Einleit. S. CXVII lit. b; *Bischoff* a. a. O. S. 16.

33 **1411**, Febr. 17. König Wenzeslaus bestätiget neuerlich die früher schon einmal auf Ansuchen Markgraf Jodok's von ihm confirmirten brünner Privilegien. (R.)

34 **1416**. Derselbe erlaubt den Bürgern zu Brünn, das Wasser aus dem Schwarzawa-Graben auf den oberen und unteren Marktplatz zu leiten. (R.)

35 **1424**, Nov. 20. Markgraf Albrecht von Mähren bestätigt der Stadt Brünn ihre Rechte und Freiheiten. (R.)

36 **1432**, Aug. 6. Derselbe überlässt der Bürgerschaft von Brünn die Salzkammer, die Salzmauth und die Taberne „darin man schänket wällisch Getränk und Schweidnitzer Bier“, ferner das Fassziehen und Getreidemessen zu Brünn — was alles bis dahin zu den landesherrlichen Einkünften gezählt hatte. (R.)

37 **1453**, Jul. 27. König Wladislaus [der Nachgeborne] von Böhmen gesteht dem brünner Stadtrathe die Befugniss der Sieglung mit rothem Wachse zu. (R.)

38 **1454**. Derselbe schenkt der Stadt Brünn, nachdem er die Juden daraus vertrieben, deren Häuser, Synagoge und Friedhof, um sie zu Wohnungen für Christen einzurichten, und spricht die brünner Bürger von allen an Juden zu bezahlenden Schulden los, dafür jedoch die Stadtgemeinde verpflichtend, den bis dahin eingehobenen Judenzins zu 60 Schock Groschen jährlich in die landesfürstliche Kammer abzuliefern. (R.)

1457. Derselbe gibt der Stadt Brünn das Recht, Heller und Pfennige mit dem Landeswappen, wie sie seine Vorgänger daselbst geschlagen, zu prägen und sich hiebei des alten fürstlichen Münzhauses zu bedienen. (R.) 39

1457. Derselbe erneuert und erweitert die der Stadt Brünn zustehenden Bergbau-Gerechtigkeiten. (R.) 40

1458. König Georg Podiebrad von Böhmen ertheilt der Stadt Brünn eine Generalconfirmation ihrer Gerechtsame und Freiheiten. (R.) 41

1463. Kaiser Friedrich III. verleiht den brünner Handelsleuten das Recht, venezianische Waaren durch alle kaiserlichen Länder zu verführen. (R.) 42

1498, Aug. 26. König Wladislaus von Böhmen ermächtiget die brünner Bürger, über ihr gesammtes Vermögen, Liegenschaften wie Fahrniss, durch letztwillige Verordnungen frei zu verfügen. (R.) 43

Brüx. CXLIX.

(Oesterreich, Böhmen.)

1273, März 26. König Otakar von Böhmen verleiht den Bürgern seiner Stadt Brüx verschiedene, das Niederlagsrecht, die Bannmeile und das Verfahren gegen säumige Schuldner betreffende Freiheiten: 1

„Nos Ottokarus, dei gratia rex Boemie, istius tenore pagine notum fieri volumus universis, tam presentibus quam futuris, quod nos circumspectione salubri civitatibus nostris providere salubriter cupientes, ut nostris temporibus eedem favente domino utilitatibus et commodis augeantur, ut civitas nostra Brux sub nostro felici regimine suscipiat incrementa, ejusdem civitatis civibus gratiose duximus concedendum, ut strata trans nemus per Wartham sive per Mutam cetereque omnes alie vie, que infra duorum spatium miliarium ex nunc sistunt, aut fieri valeant in futuro, ad ipsam civitatem nostram Brux tendant, et ut fiant et fieri debeant depositiones annone, pannorum, salis ceterarumque rerum venalium seu mercimoniorum quorumlibet in eadem, volentes ac tenore presentis privilegii firmiter statuentes, ut omnes illi theloneum dare te*neantur*, qui per Wartham seu per aliam quamcunque infra duorum spacium miliarium viam transierint aut mercimonia transvexerint, exceptis civibus et hominibus aliarum civitatum nostrarum, *et* in prefatam pergere civitatem debeant,

32) Die erwähnte Abänderung der grossi Pragenses war im Juli 1300 vor sich gegangen.

et exponere ipsa mercimonia venalia in eadem, et quod teneant eadem exposita per duos dies, et si ipsa infra prefatos duos dies vendiderint, bene quidem; si autem non potuerint vendere infra prefatum duorum dierum spatium, tunc deportandi ea, quocunque alias voluerint, plenam et liberam habeant facultatem. Ad habundatioris etiam gratie plenitudinem tenore presentis privilegii firmiter inhibemus et in posterum omnino volumus observari, ne in lacu et in omnibus ceteris villis in unius spacio milliaris ipsi Brux circumadjacentibus parentur brasia, braxetur cerevisia, et ne fiant aut fieri debeant aliqui manuales operarii, et ne aliqui emptionis vel venditionis contractus de annona, pannis vel sale in iisdem villis spacio in eodem ipsi civitati Brux circumadjacentibus debeant celebrari. Sed volumus, ut tales artifices mechanici et contractus hujusmodi de rebus prefatis in predicta tantummodo fieri debeant civitate, excepto duntaxat quod in lacu Jurncetim potest fieri de pane, carnibus et cerevisia venditionis contractus, nec non in Copiez una potest fieri fabrica et thaberna. Volumus autem isti de lacu Jurncetim et Copiez in prefata debeant civitate cerevisiam comparare. Inhibemus etiam, ut iidem villani in circumadjacentibus prefate civitati villis residentes non audeant annonam ultra nemus vel extra terram aliquam transportare vendendam, sed eandem annonam, quam vendere voluerint, ad prefatam civitatem Brux deferant et ibidem venalem exponant et per duorum dierum spatium expositam habeant, quam si infra prefatos dies vendiderint, bene quidem, si non, tunc transportandi eam venalem, quocunque sibi placuerit, liberam habeant facultatem. Concedimus etiam eisdem nostre civibus civitatis, ut omnes ac singulos debitores suos tam nobiles quam alios homines seculares regni nostri pro debitis quinque marcarum vel sub quinque marcis in ipsa civitate Brux debeant arrestare, ita quod ipsi per hujusmodi occupationem sui solutionem debiti valeant obtinere. In cujus rei testimonium et robor presens privilegium fieri et sigillis majestatis nostre fecimus communiri. Actum et datum Prage per manus magistri Henrici prothonotarii regni nostri, plebani in Gors, anno domini millesimo ducentesimo septuagesimo tertio, septimo calendas Aprilis."

Das Privileg Otakar's wurde in die Bestätigungen König Johann's v. 20. Jan. 1327 und Kaiser Karl's IV. v. 21. Jan. 1370 transsumirt, und steht mit diesen beiden Confirmationen gedruckt b. *Pelzel*, Kaiser Karl der Vierte Thl. II, UBuch Nr. CCCXIX S. 356–58.

1361, Aug. 5. Kaiser Karl IV. erlaubt den Bürgern zu Brüx die Errichtung eines Kaufhauses in ihrer Stadt — „civibus Pontensibus ex gratia speciali concedimus et indulgemus ad supplicem instantiam eorundem, quatenus ipsis liceat theatrum sive domum mercatoriam in civitate Pontensi construere ad utilitatem et commodum mercatorum ibidem, et censum, qui ex eadem domo provenire et colligi poterit, perpetuis temporibus ad murorum reparationem et alias indigentias communes sive necessitates civitatis deputare memorate." *Pelzel* a. a. O. Nr. CCCXVIII S. 355 [mit Text S. 696]. 2

1370, Jul. 6. Derselbe bestätigt „civitati Pontensi, alias Brux . . . omnes libertates et gratias" und fügt die Gewährung eines Jahrmarktes („nundinae sive annale forum") von achttägiger Dauer hinzu. *Pelzel* a. a. O. Nr. CCCXX S. 358, 59. 3

1376, Jan. 4. Derselbe erneuert der Stadt Brüx — und zugleich den weiteren königlichen Städten Chadan, Sacz und Lune — das s. g. Meilenrecht [s. nr. 1]. *Pelzel* a. a. O. Nr. CCCXXI S. 359, 60. 4

1425, Oct. 1. Landgraf Friedrich der Streitbare von Thüringen, Markgraf zu Meissen, Herzog in Sachsen, begnadet die Bürger der ihm durch König Sigismund verpfändeten Stadt Brüx dahin, dass a) dieselben „bi sollichen frieheiten, alden redelichen gewonheiten vnd gnaden, des sie danne keiserliche vnd konigliche brive haben", sowie auch bei ihren Gerichten belassen, b) von den bis dahin an den König gezahlten und nun an den Pfandherrn zu leistenden Jahrrenten für die nächsten vier Jahre befreit, auch in solange von aller Steuer und Bede entbunden, nach Ablauf dieser Zeit aber blos noch mit Einem Reichnisse, nämlich in den ersten vier Jahren zu 100, darauf zu 160 Schock Groschen belastet sein; dass es ferner c) in Ansehung des durch König Wenzel der Stadtgemeinde geschenkten Juden Michel und seiner Freiheiten bei dem darüber ausgestellten Briefe sein Verbleiben haben, die Bürger aber dafür alljährlich in die königliche Kammer sechs Schock Groschen entrichten; dass d) Schützen zu Fuss und Pferd in der Stadt gelegt, e) die Bürger derselben getreulich nach Vorschrift des Königs beschirmt, und f) mit „keinerley gedrengniss" von Seite des Burggrafen — sofern sie nur diesem „willich hulfflich beraten sind an allen sachen, bethen vnd czinsen" — beschwert werden sollen, worauf noch zum Schlusse der Landgraf die Zusicherungen gibt: „g) Auch wollen wir daselbs zcu Brux alle jar einen nuwen Rat seczen vnd bestetigen, vnd so offte wir 5

das thun, das das geschee, als sie das fur alder gewond sind. h) Wir wollen auch daran sin, das die strassen durch ire Stad gehn, als die vor alders dardurch gegangen haben, vnd sie darczu schüczen vnd schirmen nach vnserm vormogen. i) Vnd wanne vns vnd vnsern erbin solliche summe geldes gancz vnd gar vssgericht vnd bezalt sind nach lute vnd vsswisunge sollicher brieve, die vns konig Sigmund daruber gegeben had, so sollen sie darnach sollicher huldung, die sie vns vnd vnsern erben getan haben, ledig vnd los sin." J. Gttl. *Horn's* Lebens- und Helden-Geschichte Friedrichs des Streitbaren (Leipz. 1733. 4°), Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 310 S. 909—11 [mit Text Abthl. IX §. 10 S. 381].

Brüx, um eine uralte, der Aufsicht adeliger Castellane anvertraute böhmische Grenzburg angelegt, trat im XIV. Jhdt. in die Reihe jener königlichen Freistädte ein, welche nach Abstreifung des slavischen Zupenverbandes sich zu einer deutsch-gemeindlichen Verfassung, mit einem Rathe an der Spitze erhoben. Vgl. Fr. *Palacky*, Gesch. von Böhmen Bd. II Abthl. 1 S. 151, 159; Abthl. 2 S. 26.

CL. Brugg.

(Schweiz, Kt. Aargau.)

1284, Jun. 21. König Rudolph I. verleiht der Stadt Brugg eine bis auf „die Schöpfung des Friedkreises" mit dem **aarauer** Rechtsbriefe v. 4. März 1283 [s. oben S. 12, 13] im Inhalte völlig übereinstimmende Handfeste.

Nur die kurze Stelle über den Friedkreis findet man gedruckt im *Geschichtsfreund der fünf Orte* Bd. 1 (1844) S. 69, 70 Note.

CLI. Brumat.

(Elsass.)

J. G. *Lehmann*, Urkundl. Geschichte der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, Bd. I [die Gesch. der Dynasten von Lichtenberg enthaltend] Mannheim 1862, 63. 8°., S. 46—49.

1 **1336**, Sept. 22. Kaiser Ludwig IV. gestattet auf Bitten Hanemann's II., Herrn von Lichtenberg, dem Rathe und den Bürgern zu Brumat, „daz si ir veste Brumat vmbe muren vnd vmbe graben sullen vnd ein Stat dar vz machen sullen", und verleiht ihnen zugleich alle Gewohnheiten, Ehren und Rechte, welche die Stadt **Hagenau** geniesst. *Lehmann* a. a. O. S. 44. (Extr.)

2 **1347**, Dez. 13. König Karl IV. erneuert auf Ansuchen Simon's und Hanemann's II., Herren von Lichtenberg, die Uebertragung des **hagenauer** Rechts auf ihre Stadt Brumat. (R.) *Lehmann* a. a. O. S. 118.

Bruneck. CLII.

(Oesterreich, Tirol.)

Sinnacher's Beyträge zur Gesch. der bischöflichen Kirche Säben und Brixen in Tyrol Bd. III S. 471 flg. V S. 66, 153 etc.

1305, März 21. Bischof Johannes (Sax) von Brixen bietet den Bürgern zu Bruneck Nachlass der Steuern an, soferne sie „noch zimmern in dem Markte und vier Jahr mauern an der Ringmauer wollten, die Bischof Braun angefangen hat *), vier Klafter hoch." *Sinnacher* a. a. O. Bd. V S. 67. (Extr.) 1

1316, Apr. 3. Die geistlichen und weltlichen Stände des Hochstifts Brixen geben über die dem Bischofe [Johannes] im stiftischen Gebiete zukommenden Gerechtsame einen Ausspruch, insonderheit bezüglich des Gerichts zu Bruneck erklärend: „dass der Richter des Herrn Bischofs alldort die Gewalt hat, zu richten sowohl in der Stadt, als auch in beiden Dörfern, die man Ragen heisst, bei der Kirche und jenseits der Brücke, und dass die dort wohnenden in die Stadt steuern müssen, und dass bei der Wache sowohl die Handwerker als auch jene, die kaufen und verkaufen, ihre Dienste zu leisten verbunden sind. Wenn der Richter des Bischofs einen Missethäter dort ergreift und einkerkert, soll er darüber richten, wenn es auch zum Todesurtheile käme, in welchem Falle, wenn nämlich der Verurtheilte Ehre und Leben durch was immer für eine Todesart verlieren soll, der bischöfliche Richter den Verurtheilten vor die Stadt hinaus führen und ihn dem Landrichter des Herrn Grafen von Görz übergeben soll, der ihn mit jener Todesstrafe zu belegen hat, welche der bischöfliche Richter über ihn ausgesprochen. Der bischöfliche Richter zu Bruneck hat über Verwundungen und Schläge, die man plewt nennt, und über Schimpfworte in den besagten Dörfern ebenso vollmächtig zu richten, wie in der Stadt Bruneck." (R.) *Sinnacher* a. a. O. S. 102—6, bes. S. 104. 2

1371, Oct. 1. Kaiser Karl IV. verleiht dem gefürsteten Gotteshause zu Brixen und allen Bischöfen, seinen und des heiligen Reiches Fürsten, daselbst, sowie ihren Hauptleuten, Burggrafen, Pflegern, Richtern und 3

*) Bischof Bruno von Brixen hatte um 1257 Bruneck neu hergestellt und befestigt, wodurch langwierige Streitigkeiten mit den Grafen von Görz entstanden sind.

Bürgern zu „Praunegg“ die besondere Gnade, dass sie „fürbazzer allen leuten, die bey jn schaden tunt vnd vertailet werdent, . . . selber tun sullen oder schaffn ze tun den tod oder die pene, die über sie ertailet wird, vnd auch darzu einen nachrichter haben mügen, der solich gerichte volfüre, so das zeit vnd notdürftig wird, als recht ist“, weswegen ihnen auch ferner gestattet wird, „auzzerhalb der egenanten veste ze Praunegg an einer zimlichen stat auf dem lande, wa es in allerpest füget, auf des vorgenanten gotzhouses oder der purger ze Praunegg aigen einen galgen aufzerichten vnd ze sezen, damit sie vmb sollich schedliche leute, die daran gehören, das recht volfüren“; denn der Kaiser ist der Meinung und des Willens, „das vmb alle sachen, die daselbs ze Prauneggen yemanne an seinen leib oder an seine glieder gent, das recht vollefüret vnd geendet werde bey derselben statt ze Praunegg auf dem lande an zimlichen stetten von des obgenanten gotzhouses wegen, in namen des richters vnd der purgere ze Praunegg, die danne vber soliche schedliche leute gerichtet vnd ertailet habent, ohne alle geverde, vnd das sie darumbe fürbazzer niemmer mere soliche vertailte leute dem grafen von Görz noch seinen amtleuten antwurten bedurfen noch sollen“ [s. nr. 2]. Auch wird den Bruneckern gestattet, entronnenen und flüchtig gewordenen Beschädigern auf das Land allenthalben hin nachzusetzen, sie zu fahnden und in ihre Stadt zu führen, um hier über sie zu richten. Hinderungen in der Ausübung aller vorstehenden Rechte werden endlich mit des Kaisers Zorn und Ungnade, sowie einer „pene vnd pusse“ zu 100 Mark gewogenen Goldes bedroht **). *Sinnacher* a. a. O. S. 461—65; *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 21, 22.

CLIII. Bruntrut [Porrentruy].

(Schweiz, Kt. Basel.)

1 **1283**, Apr. 20. König Rudolph I. ertheilt dem basler Städtchen Bruntrut die Rechte und Freiheiten Colmar's und einen Wochenmarkt:

„Rudolfus, dei gratia Romanorum rex semper augustus, universis imperii Romani fidelibus presentes litteras inspecturis gratiam suam et omne bonum. Dignum judicat nostra serenitas, ut quos majora nobis fidelitatis ac devotionis commendant obsequia, **ampliora mereantur beneficencie ac gracie munera reportare. Hinc est, quod nos attendentes clarissima merita venerabilis Henrici Basiliensis episcopi, principis et secretarii nostri karissimi, quibus in extreme necessitatis articulo, dum fortuna solite felici**tatis vultum absentare minabatur a nobis, necnon in omnibus nostris negotiis peragendis feliciter tam clare experiri tribuit eximie sue legalitatis prestanciam, quod ipsum velut insigne signaculum locavimus in cor nostrum semper pre ceteris diligendum: oppidum suum Burnentrut [1]), tam novam quam veterem civitatem cum intersticio intermedio, ad precum suarum instantiam liberamus, atque eidem oppido, auctoritate nostra regia, eadem libertatis jura concedimus, quibus civitas nostra Columbariensis gaudet et hactenus est gavisa, hanc libertatem dicto oppido ex plenitudine potestatis regie confirmantes. Ita tamen, quod ex libertate predicta nobis et imperio in nostris hominibus, aut filiis nostris karissimis similiter in eorum hominibus, nullum omnino preiudicium generetur. Insuper in eodem oppido forum septimanale in singulis quintis feriis indicimus et statuimus, volentes, quod omnes et singuli, qui in dicto foro pro empcionis et vendicionis commercio confluxerint, in personis et rebus nostra et imperii speciali protectione congaudeant et forensium privilegio libertatum. In cuius rei testimonium presens scriptum exinde conscribi et majestatis nostre sigillo jussimus communiri. Datum apud Burnentrût XII° kal. maii. indictione XI^a anno Domini M° CC° LXXX° tertio, regni vero nostri anno decimo.“ [Nach dem Archivs-Originale gedruckt bei] *Trouillat*, Monuments de Bâle Tom. II Nr. 286 p. 377, 78.

1309, Febr. 13. Der Bischof Otto [von 2
Grandson] zu Basel bestätiget seiner „civitas in Burrendrut“ die vom Könige Rudolph herrührenden Gnaden und Freiheiten, den Bürgern daselbst ausserdem noch — „conveniendo et concordando taliter cum eisdem“ — zugestehend, „quod ipsi a collectarum solutione et a serviciis, que Dagwan vulgariter appellantur, nisi ea voluntarie impendere voluerint, de cetero sint immunes, et ad prestationem censuum solummodo de singulis areis infra muros civitatis Burrendrut, videlicet de qualibet mensura octo pedum in latitudine solidum unum, omnes incole civitatis predicte universaliter singuli, quolibet anno in festo beati Martini, proportionaliter habita ratione, secundum mensuram prehabitam teneantur, salvis etiam antiquis cen-

**) Im J. 1371 war Johannes von Lenzburg Bischof zu Brixen.

1) Die Benennungsweise des Ortes in den Urkk. ist eine höchst mannigfaltige: „Pons Ragentrudis, Pons Reyntru, Purrendrut, Purrentru, Ponrendru, Brunedrut, Bornendrut“ u. s. f.

sibus quibuslibet et juribus"; hierauf wird den Bürgern zur eidlichen Pflicht gemacht, den Bischof und die Kirche von Basel in allen ihren Rechten, sowie auch deren „munitiones et castra", so oft es nöthig sein würde, getreulich zu schirmen und zu schützen. *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 78 p. 141, 42. Vgl. *Bader* in Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV S. 372.

Die in der vorstehenden Urkunde enthaltene Befreiung der bruntruter Bürger a) von den „collectae" d. i. den zur mensa episcopalis zu entrichtenden Hornungs-, März-, Herbst- und Hühnersteuern, im Gegensatze zu Landbede, sowie b) von den „dagwan" d. h. eintägigen Frohnarbeiten [2]) stellt sich übrigens lediglich als eine Erneuerung des bereits durch Bischof Peter [Reich] von Basel den „oppidani de Burrendrut" hierüber verliehenen, aber bis auf einen kurzen Extract in einem alten archivalischen Kataloge verloren gegangenen Specialprivilegs v. 3. Oct. 1289 [*Trouillat.* l. c. Tom. II p. 464 not. 1] dar.

3 **1310**, Sept. 28. Bischof Gerhard (von Wippens) zu Basel wiederholt den Ottonischen Rechtsbrief [nr. 2]. *Trouillat.* l. c. Tom. III Nr. 91 p. 162.

4 **1325**, Apr. 30. Desgleichen Bischof Hartung. *Trouillat* l. c. Nr. 206 p. 351, 52.

5 **1328**, Jun. 27. Desgleichen der „rector et ministrator ecclesie Basiliensis" Johannes de Cabilone [Châlons], Bischof zu Langres. *Trouillat* l. c. Nr. 231 p. 383, 84.

6 **1336**, Jul. 16. Desgleichen Bischof Johannes [Senn von Münsingen] zu Basel. *Trouillat* l. c. Nr. 275 p. 445.

7 **1337**, Febr. 1. Derselbe bestimmt, dass die „fructus et obventiones indebiti, quod vulgo dicitur Umbgelt, oppidi Brunnentrut . . . in nullos alios usus, quam in edificia communia dicti oppidi, fossata ejusdem, reparationes pontium, murorum, moenium, turrium, munimentorum etc." verwendet werden sollen. *Trouillat* l. c. Nr. 281 p. 452, 53.

8 **1346**, Dez. 13. Derselbe erlaubt auf Ansuchen der „burgenses oppidi in Burntrut . . . pluribus debitis diversis creditoribus apud Lombardos [3]) et Judeos damnose et graviter obligati", dass sechs Jahre lang das Ungeld unter der besonderen Aufsicht von zwei „ex parte consulum veterum" gewählten Vertrauensmännern zur Tilgung jener Schulden verwendet, nach Ablauf der erwähnten Zeitperiode aber bis auf fünfzig Pfund guter marktläufiger Münze, welche ausschliesslich „pro reparatione et edificiis murorum, pontium et propugnaculorum dicti oppidi" bestimmt sein sollen, der freiesten Verfügung des Rathes überlassen werden möge. *Trouillat* l. c. Nr. 358 p. 587—89.

1350 (?) „Rôle des franchises et 9
des drois, desquels les bourgois de Pourrentruz et tous les habitans de la dite ville ont joïz et vsez anciannement et encour en joïssant", ein Weisthum in 9 §§., welches bei den drei jährlichen Dinghoftagen vorgelesen ward, und z. B. von der Haft-Freiheit der Bürger, der Verpflichtung derselben zur Leistung des „chevachie [4]) du monsignour de Basle", vom bischöflichen Geleitsrechte, von den Busseleistungen und deren höchstem Betrage [„60 sols de Baulois et une maille [5]), exceptez des trois cas, c'est à savoir pour larrecin, pour murtre et pour bouter fue"] [6]), vom Bastardenfalle u. a. m. handelt. *Trouillat.* l. c. Nr. 381 p. 629, 30.

1365, Nov. 14. Bischof Johann (von 10
Vienne) zu Basel bestätigt der Stadt Bruntrut den wörtlich wiederholten Freiheitsbrief Bischof Otto's v. 1309 [nr. 2]. *Trouillat* l. c. Tom. IV Nr. 101 p. 227, 28.

1382, Dez. 9. Desgleichen Bischof Imer 11
von Ramstein. *Trouillat* l. c. Nr. 197 p. 425, 26.

1384, Jul. 8. Der basler Stadtrath, 12
welchem der eben genannte Bischof Bruntrut verpfändet hat, gelobt und verheisst, die Bürger und Bewohner daselbst „bi allen frieheiten, rechten vnd guten gewonheiten" belassen zu wollen. *Trouillat* l. c. Nr. 210 p. 446, 47.

1385, Jul. 18. Pierre de Cly „chi- 13
valiers seigneur de Roiche dort", Herr zu Roche d'Or, welchem Bischof Imer ebenfalls Pfandrechte an seiner Stadt Bruntrut eingeräumt hat, confirmirt letzterer ihre „liberteiz, vs, droiz et anciainnes costumes" *Trouillat* l. c. Nr. 218 p. 457—59.

1386, Jul. 11. Graf Stephan von 14
Montbéliard und sein Sohn Heinrich, Herr von Orbe, an welche „li chastel et ville de Pourraintruy" in Folge eines Kauf-

2) „Tagwan, tagwen: actio diurna, opera cottidiana." Vgl. Fr. *Pfeiffer*, Das Habsburg-Oesterreich. Urbarbuch (1850), Anmerk. S 360.

3) Bruntrut hatte bereits 1337 einen Jahrmarkt, „nundinae". *Trouillat.* l c. Tom. III Nr. 280 p. 449 ss.

4) Cavagium, chevalligium. „droit payé par les vilains à leur seigneur en reconnaissance de leur sujétion." *Glossaire du droit Français* [hinter *Loysel*, Inst. coutum. éd. par *Dupin* et *Laboulaye*, 1846, Tom. II] p. 418b.

5) Macula, maila, „la moitié d'un denier." *Glossaire* p. 465.

6) Raub, Mord, Brandlegung.

contracts vom 5. Juli 1386 gekommen war, bestätigen den „bourgois, prudomes et habitanz . . . toutes leurs liberteiz, franchises, vs, costumes et droiz." *Trouillat* l. c. Nr. 225 p. 477, 78.

Im Besitze der Grafen von Montbéliard verblieb übrigens die Stadt Bruntrut bis zum J. 1461, in welchem dieselbe durch Bischof Johann von Venningen um die Summe von 22,500 Gulden dem Hochstifte Basel zurückerworben wurde.

1389, Jan. 18. Rechtsweisung über die Befugniss der Bürger von Bruntrut, zum Behufe der Stadtbauten in der Umgebung des Ortes und in den Waldungen „de la chastellenie de Poiraintru" Holz schlagen zu dürfen. *Trouillat* l. c. Nr. 248 p. 517 ss.

CLIV. Bublitz.

(Preussen, Pommern.)

Brüggemann, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. II S. 525—31. Vgl. auch A. *v. Balthasar*, Abhdl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärtigen Rechten §. 56 S. 49.

1350, Apr. 13. Bischof Johann von Camin bestätiget einen — bis auf Schluss und Zeitangabe vollständig wiederholten — Rechtsbrief seines Vorgängers Friedrich von Eickstädt [1329—1343], worin dieser der mit Zustimmung seines Capitels auf stiftischem Grunde und Boden durch Vermittlung von Paul Batzewitz und Gerhard Goldbeck angelegten [und nachher den Brüdern Popo und Vicco von Bortiskow zu Lehen aufgetragenen] Stadt Bublitz (Bubulz) den Genuss des **lübischen Rechts**, unter Zuweisung von **Colberg** als Oberhof, gestattet, die Grundeigenthums- und Jurisdictions-Verhältnisse zwischen den genannten Locatoren und der neuen Stadtgemeinde regelt, und noch bezüglich einiger anderen wichtigen Punkte, z. B. der Befestigung der Stadt, der Errichtung von Mühlen, des Patronats, Bestimmungen trifft.

Der Johanneische Confirmationsbrief — ursprünglich vermuthlich in lateinischer Sprache abgefasst — ist nur in einer ziemlich unbeholfenen deutschen Uebertragung als Transumt einer neueren Bestätigungs-Urkunde des Bischofes Franz von Camin v. 6. Mai 1604 abgedruckt in Mart. *Rangonis* Pomerania diplomatica (Francof. ad Viadr. 1707. 4⁰.), Dipl. X p. 206—10 und danach in *Lünig*'s RArchiv Thl. XVII [Spicileg. Eccles. Thl. II] Anh. Nr. X S. 13—15. Die Bewidmungsstelle allein geben *v. Balthasar* a. a. O. „Beylagen" Nr. LXIII S. 109; *v. Kamptz*, Die Provinzial- u. statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. II S. 125, und *Michelsen*, Oberhof S. 65, 66. Die Artikel der Fridericianischen Gründungshandfeste lauten aber:

„§. 1. Thom ersten funderen unde befastigen (wy) de stat mit **Lubeschem** rechte, des sick de börgere dare ewiglich bruken schölen unter vrigem Lubeschen richte und rechte, mit mate, schepele und münte, glycker wyse use Stat **Colberge** in bruckenisse hefft; uthgenamen en dat se in vordechtigen ordelen effte sententien an de stat **Colberg** appeleren müthen. §. 2. Wyder tho eygendome geve wy dersulvigen stat twe hundert hoven und twe see, als genomet Drebin und Clowen, die helffte in den twe see [1]) der stat und dat ander halve dele den possessoren [2]), alse Paul Batzevitzen, Gerhard Goldbecken und eren warhafftigen erven, in ewigkeit tho beholdende. §. 3. Darnevenst nah verlope tein jar hir na wille wy, dat diesulvige stat vullenkamener fryheit sich frewen schall. §. 4. Ock tho befestigende den umbgang mit graven xl voete wiet, mit hülpe und thodaeth der inwonere und börgere der stat, dar wy allenthalven tho gelegener tydt tho hülpe gedencken thokamen. §. 5. Ferner dat die früchte und nutbarcheide under den genomden tein jaren in den enden und deme eygendompte der stat de helffte des deils an de besittere schall kamen, und de andere helffte thor beteringe der börgere unde der stat tho gebören. Wen averst de teien jar vorbygan, schölen alle dinge der stat und börgern alleine eygentlick gebören. §. 6. Ok assigneren wy vorgenomeden besittern mit eren erven xxxii hoven und viii morgen wische im eygendompte gedachter belegen, qvitt und fry ane alle exaction, dat is, ane schott efte tinse, tho besitten; so [dat se] [3]) alle andere rechte der stetten derhalven sick hebben tho vorwaren und darvan thodonde. §. 7. Nahfolgig belenen (wy) desülvigen besittere van wegen user anropinge [4]) in der stat und erer eygenheit alse, dat se einen van sick sulvest efte einen andern nah rahde und volbort thom advocaten effte rechtes byverwandten constitueren und setten mögen, de dar mag richten alle werlicke und lesterlike saken. §. 8. Dese possessoren und besittere schölen ock an sick nemen und in ewigheit tho lengude hebben van uns alle excessus efte avertredinge van lx schillingen und darunder, uns ankamende na gelegen-

1) Bei *R. L.* unrichtig: in Dele dem See.
2) D. i. Locatoren.
3) Diese Worte sind wohl zu suppliren.
4) Anrufung, Bitte.

heid der klagende parte gemelter stat. §. 9. Glycker wyse middeler tydt der tein jar vorgenomet schölen de besittere de grotesten avertredinge tho straffende hebben; wen averst de tein jar vorby sind, schölen alle gerechtigkeite vullenkämliken uns und unsen nahkömelingen gebören und thoeygenen. §. 10. Noch wyder schölen die vaken gedachte possessoren hebben alle nut, frucht, plicht, pacht und hevinge in der möhlen [5]) up dat fleith Chutzene tho buwende durch de vorgenomden tein jar; wen averst de vorby sind, schall de helffte uns und de andere helffte den possessorn und eren erven thoeygenen. §. 11. Willen ock, dat keine andere möhle up dat effte andere fleite dar by noch benedden noch baven in dem eygendompte der stat [in] keinerley wyse gebuwet schall werden, so dat keine verhinderung efte mere uprichtunge in gedachtem fleite und strome noch van anderen geschehen möchte, da mit verhindert konne werden de nedderflöte des holtes, besonder qvitt und fry nedder thofloten ane jennigerleye anlage noch schüttinge edder twyunge [6]), so lange [bis dat] de flöte tho Cörlin gebracht werdt; so dar alsdan jemand dersulvigen en ansprake hebben würde, schall de here des holtes darvor antwort geven, so alse idt su lange her is geholden. §. 12. Dat jus patronatus averst effte de vederlike gerechtigkeit dersülvigen kercken uns und unsen nahkömelingen ewigliken vorthobeholden, des wy uns hiermit vorwaren."

CLV. Buch.

(Preussen, Altmark.)

1471, Nov. 25. Kurfürst Albrecht von Brandenburg verleiht den „Inwonnern sines stetiches Buck" die Gnade, „dat sy annders nyndert *) in nynen gerichten, wenne alleine im gericht to Buck, dar sy innen besetten sin, nymant anttwarden dorfen, noch in annder vthwendige gerichte getogen noch geladen, ock sy oder ere guter nicht bekomert . . . noch gesattet werden schallen, so verre **) sy in ere gerichte to Buck einem ydermann recht phlegen wollen." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XXII S. 502, 3.

5) *R. L.* schieben hier die offenbar auf einem Versehen des Uebersetzers oder Abschreibers beruhenden Worte: „und desulvige durch die x Jar" ein.

6) *R. L.* doevinge.

*) R. eyndgard.

**) R. vorder.

Ueber das „castrum et opidum Buch" (1340), gelegen bei Tangermünde, den Stammsitz des bis in den Beginn des XIII. Jhdts. urkundlich zurückreichenden altmärkischen Geschlechts der „milites, militares, nobiles de Buch s. Buk", vgl. *Homeyer*, Der Richtsteig Landrechts, Einleit. §. 3 S. 34—37.

Buchau. CLVI.

(Württemberg.)

Hugo, Mediatis. S. 42; *Schmid*, Reichsstädte S. 40, 41. Die Freiheitsbriefe der Reichsstadt Buchau am Federsee — im J. 1524 zum Behufe der Vorlage bei der kaiserlichen Commission in einen „*Extractus*" übersichtlich zusammengestellt — werden grösstentheils bei *Lünig*, RArchiv Thl. XIII S. 300—7 abgedruckt gefunden, wo auch (Nr. VII S. 304, 5) der erwähnte Privilegien-Auszug anzutreffen ist.

1347, Aug. 20. Kaiser Ludwig IV. 1
bestätiget und erneuert auf Bitten der Reichsäbtissin [1]) Anna zu Buchau „den burgeren vnd der stat daselben ir freyheit, recht, genade vnd guet gewonhait, alle vnd jeglichs, als sie die von romischen künigen vnd keiseren redlich herbracht vnd gehabt habent", und verleiht ihnen ausserdem die besondere Gnade, a) dass „wer hinz den burgeren die ze Buechaw am Feeder see gesessen sind, oder hinz ir chainen icht ze clagen habe oder ze sprechen, von in recht in der stat ze Buechaw vor jren amman forderen vnd nemmen sol, vnd daz si oder jr chainen nieman vf ander weltlich gericht vz der stat Buechaw vmb chainerleye werltlich sache nit laden oder ziehen sulle noch müge, es wer denne, daz man dem cleger recht verzog oder verzüge, so mag man si für ander gericht dan wol ziehen vnd laden"; sowie b) dass die aus der von Ellerbach'schen Pfandschaft durch die Bürgerschaft selbst wieder zum Reiche eingelöste Stadt „fürbaz niemermer von chainerleye not oder sache wegen von dem riche nicht entwendet, versatzt noch verpfendet" werden solle, worauf noch das allgemeine Gebot ausgesprochen wird, die vorgenannte Aebtissin sammt ihrem Gotteshause und die Bürger der Stadt Buchau „an den obgenanten genaden vnd bestettunge von des keisers vnd

1) Vgl. J. *Ficker*, Vom Reichsfürstenstande I, 333. Die Hauptnrkunde Kaiser Ludwig's für das „monasterium Buchau, quod constitutum est in honore sanctorum Cornelii et Cypriani" v. 22. Jul. 819 gibt jetzt vollständig das *Wirtemb.* UB. I, 94—96.

des richs wegene ze schirmen vnd ze schützen", unter Bedrohung etwaiger Irrungen und Beschwerungen mit „groz vngenad". Sehr uncorrect gedruckt b. *Lünig* a. a. O. S. 300 Nr. I und *Schmid* a. a. O. Urk. VI S. 350, 51, sowie auszugsweise b. *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 260 Nr. I.

2 **1401**, Aug. 13. König Ruprecht ertheilt der Stadt Buchau dieselben Privilegien und Freiheiten, welche die Stadt **Biberach**[2]) geniesst. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 42 nr. 769.

3 **1413**, Aug. 11. König Sigismund gewährt der Stadt Buchau „alle wochen ewiglich am sambstag ein marckht tag . . . mit aller der fryheit vnd gutem herkomen, als ander stette darumb gelegen mit jren marckht tägen haben, brauchen vnd geniesзen", und confirmirt ihr zugleich auf Ansuchen ihrer Botschaft „alle vnd igliche gnade fryheite, rechte, gute gewonheite, brieve vnd privilegia, als die von **Biberach** haben, wie die von wort ze worte lutend vnd begriffen sint, die sie von den vorigen romischen kaysern vnd kunigen erworben vnd redelich hergebracht haben." *Lünig* a. a. O. S. 300, 01 Nr. II; *Moser* a. a. O. S. 260, 61. (Extr.)[3]).

4 **1434**, Jan. Derselbe als Kaiser gibt dem Bürgermeister und Rathe sowie den Bürgern gemeinlich der Stadt Buchau eine Generalbestätigung aller ihrer Gnaden, Freiheiten, Rechte, Briefe, Privilegien und Handfesten. *Lünig* a. a. O. S. 301, 2 Nr. III.

5 **1438**, Jul. 5. Desgleichen König Albrecht II. *Lünig* a. a. O. S. 302, 3 Nr. IV.

6 **1442**, Oct. 1. Desgleichen König Friedrich III. (R.) *Extractus* v. 1524 nr. 4; *Chmel*, Reg. Frid. S. 127 nr. 1173.

7 **1474**. Derselbe als Kaiser wiederholt die früher der Stadt Buchau ertheilte Generalconfirmation, darin besonders ihrer von Kaiser Sigismund herrührenden Privilegien, sowie der Uebertragung der **biberacher** Freiheiten und Rechte erwähnend. (R.) *Extractus* v. 1524 nr. 5.

Aus demselben Jahre findet sich im *Extractus* v. 1524 nr. 7 noch „ein andere Freyheit von Kayser Friderichen" namhaft gemacht, „darinn angezeigt wird, wie die von Buchau sich der Freyheiten, wie die Statt **Biberach**, üben und gebrauchen mögen, und mit ausgedruckten nemblichen Dingen denen von Buchau zugelassen und gegeben wird, dass sie über einen ieden übelthätigen Menschen umb sein offenbahr Misshandlung nach des Reichs Recht uff ihrem Rathhauss richten, auch in ihrer Statt ziemlich und gebürlich Gebott und Verbott thun mögen, desgleichen Umbgelt, Müllin, Badtstuben, Marckht, Zöll und anders zu gemeinem Nutz aufrichten, auch alle Frevel mit oder ohne Recht zu straffen und büssen, und ein Land-Vogt daselbs zu Buchau weder Todtschläg, Diebställ, noch keinerley ander Straff zu thun Macht haben solle, dann allein die von Buchau, dass sie auch Glaitt zu recht geben mögen und sollen, auch ihre Burger, Inwohner, und die ihnen zu versprechen stehnt, mit frembden Gerichten, als dem Hoff-Gericht zu Rothwill, noch ander Hoff- noch Land-Gericht nit fürgenommen werden, und wer zu sundrigen Personen ihrer Burger zu klagen hett, der oder dieselben das thun sollen vor ihrem Gericht-Staab, es würde dann einem Recht versagt etc., und sunst mit gemeinlicher Bestättigung in herkommlicher Form, mit noch angehencktem Poen-Fall, nemblich dreyssig Marckh löttigs Golds." (*Lünig* a. a. O. S. 304, 5.)

1474, Mai 10. Kaiser Friedrich III. gebietet dem Bürgermeister und Rathe der Stadt Biberach: „das ir denselben von Buchaw auf ir oder ires anwalds begehren aller vnd ieglicher ewer gnaden, friheitten, brieffe, privilegien, rechten, guten gewonheitten vnd alten herkomen, so ir von vnseren vorvarn am riche, Römischen keiseren vnd konigen, vnd vns erworben vnd herbracht habet, vnd ir gebrauchet vnd geniesset, glawblich Transumpt, Vidimus vnd kundtschafft vnverzigend on alle verhinderung gebet vnd volgen lasset, damit sy sich darnach vf vszwisung der gemelten vnser vorvarn begabungen vnd vnser keiserlichen confirmation vnd bestettigung auch wissen zu gebrauchen. Daran tut ir vnser ernstliche mainung vnd gut gefallen." *Lünig* a. a. O. S. 303 Nr. V. 8

In Folge dieses Befehls theilte auch wirklich der Rath der Stadt Biberach sofort den Buchauern ein acht kurze Urkunden-Auszüge begreifendes „Registrum privilegiorum, exemptionum et confirmationum" [*Lünig* a. a. O. S. 303, 4 Nr. VI] zur Benützung mit.

Buchhorn *). CLVII.

(Würtemberg.)

Hugo, Mediatis. S. 42; *Schmid*, Reichsstädte S. 42–44. Dazu vgl. noch *v. Stälin*,

2) S. oben Nr. XCIII S. 208 flg.

3) Der *Moser*'sche Auszug enthält übrigens in d. W. „und des Reichs Statt Biberach hat" (Z. 6, 7) ein Missverständniss.

*) Nachdem das uralte, einst unter einem gleichnamigen mächtigen Grafen-Geschlechte gestandene, später welfisch-hohenstaufische, seit dem Verfalle der Staufen-Macht aber reichsunmittel-

Wirtemberg. Gesch. Thl. I S. 559 flg., II S. 267, 272, 662 etc. und C. W. *Schnars*, Der Bodensee (1859) Abthl. II S. 79—84. Die Rechtsbriefe Buchhorn's findet man bei *Lünig*, RArchiv Thl. XIII S. 307—40 grösstentheils, in einer kleineren Auswahl auch bei *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Thl. 1 S. 262—71 abgedruckt.

1 **1275**, Jun. 30. König Rudolph I. verleiht seinen Bürgern von Buchhorn verschiedene Freiheiten in Ansehung des Erbgangs, des Gerichtsstandes und der Aechtung, ordnet für alle in der Stadtmarkung Begüterten gleiche Steuerpflicht, sowie den Rechtszug nach **Ueberlingen** bei Berufungen an, sichert die Aufrechthaltung der bisherigen städtischen Gerechtigkeiten und Gnaden zu, und bestimmt endlich, wie es mit der Pfändung auswärtiger Schuldner gehalten werden solle —: „infra scriptas gratias ipsis [civibus de Buochhorn] liberalitate regia duximus faciendas. §. 1. Primo, quod volumus et pro jure statuimus observari, quod nemo civium civitatis predicte, sive masculus sive femina, in hereditate succedat alicui sive hereditariam percipiat portionem, nisi heres proximior et qui est de linea et sanguine decedentis. §. 2. Secundo, quod nemo decedentis bona sibi debet adtrahere eo jure, quod vulgariter [buteil] [1]) appellatur. §. 3. Tertio, quod nemo civium de Buochhorn extra civitatem in judicium est vocandus, nisi si fuerit causa spiritualis, quam per personam ecclesiasticam convenit terminari. §. 4. Quarto, quod nemo civium predictorum ab extranea persona ulla de causa proscriptionis sentencie poterit innodari [2]). §. 5. Item volumus et statuimus, quod, quicunque vel qualiscunque persona aliqua bona cujuscunque conditionis in districtu seu terminis civitatis de Buochhorn possidet, de his possessor una cum civibus de Buochhorn contribuet et serviet juxta bonorum, que possidet, facultatem. §. 6. Item statuimus et pro jure [civium de Buochhorn] [3]) volumus observari, quod quicunque civium de Buochhorn ab aliqua appellat sentencia, illam appellationem juxta jus et statuta civitatis de **Uberlingen** prosequetur, et quicquid sentenciatum fuerit a civibus de **Uberlingen**, illud ratum (et) [4]) a partibus est servandum. §. 7. Item volumus, civitatem et cives de Buochhorn in omni jure et gratia, qua apud nostros antecessores permanserunt, nunc et in antea permanere. §. 8. Item ex speciali gratia concedimus civibus sepe dictis, quod vadimonia debitorum suorum extra civitatem residentium pro suis debitis valeant occupare, ita tamen, quod ad id faciendum ministri seu judicis [5]) licentia requiratur."

Gedruckt, aber sehr incorrect bei *Lünig* a. a. O. S. 307 und *Schmid* a. a. O. Urk. VII S. 352, 53; sowie auszugsweise bei *Moser* a. a. O. S. 262, 63. [Einen correcteren Text-Abdruck hatte ich bereits in *meinen* Stadtrechten S. 141, 42 zu geben versucht.]

1299, März 18 [6]). König Albrecht I. gewährt auch seinerseits den Bürgern von Buchhorn eine Reihe theilweise neuer „jura et libertates", vornehmlich Gerichtszuständigkeit, Rechtsverhältnisse der Vogteileute, Ersitzung von Jahr und Tag, Ausschliessung der Ritter und todten Hände vom Grunderwerbe in der Stadt, Eltern-Erbfolge, Theilnahme an den Gemeindelasten, Bewidmung mit dem **überlinger** Rechte, Einrichtung eines Wochenmarkts betreffend: 2

„§. 1. Damus itaque predictis civibus (de Buochhorn) pro munere gratie specialis et statuimus, ut nullus judex publicus nec dux neque comes aut quilibet ex judiciaria potestate ipsos super possessionibus juri forensi [7]) ipsorum civitatis subjacentibus et aliis causis secularibus quibuscunque, nisi coram suo judice, poterit aliquatenus convenire. §. 2. Preterea proscriptio ducis, comitis vel alterius judicis ratione judicii cujuscunque ipsorum civium intrare non debet vel attingere civitatem. §. 3. Item si aliquis homo advocaticius [8]) in ipsorum civitate est residens, advocato de sua persona aliquod servitium facere non tenetur. §. 4. Si autem idem homo advocaticius viam carnis ingressus fuerit, universe ecclesie, ad quam spectare videtur, quidquid juris eadem ecclesia in his, qui sunt ejusdem conditionis, habere videtur, dabitur sine dolo. §. 5. Quicunque etiam aliquod ad forum [9]) pertinens predium ejusdem civitatis ratione emptionis vel here-

---

bare Städtchen Buchhorn, im J. 1803 in eine bayerische Landstadt umgewandelt, 1810 an Württemberg gekommen war, erhielt es, mit dem vormaligen Prioratsdorfe (und Schlosse) Hofen zu einer Gemeinde verbunden, den neuen Namen „Stadt und Schloss Friedrichshafen."

1) So möchte die in den bisherigen Abdrücken gelassene Lücke auszufüllen sein.

2) L. S.: *praes*criptionis . . . . in*notari*.

3) L. M. S. haben diese vermuthlich ganz auszuwerfenden Worte vor „et pro jure."

4) Fehlt bei L. M. S.

5) Ammann (Schultheiss). Vgl. oben S. 11[b].

6) Ueber die Datirung s. *Böhmer's* Reg. Alb. S. 210 nr. 154.

7) *Alte Uebers.*: „Gueth oder Besitzung in ihren Gärten oder Ettern gelegen." Also: Weichbildgüter.

8) *A. Ue.* „Vogtmann".

9) *A. Ue.* „in ihren Ettern."

ditatis per spatium unius anni et unius diei in quieta tenet possessione, ita quod, si infra terminum predictum secundum juris formam non contradicitur reclamando, illo non reclamante in provincia existente, de cetero id predium pacifice possidebit. §. 6. Nullus etiam miles nec monachus predium aliquod in civitate predictorum civium jure hereditario acquirere poterit nec tenere. Et si aliquod predium alicui cenobio vel aliis personis religiosis dabitur propter deum, infra terminum unius anni vendere tenentur; quod si facere neglexerint, ex tunc proprietas ejusdem predii ad heredes tradentis succedet libere et quiete. §. 7. Quicunque etiam puer cum rebus propriis a suis parentibus separatus sine carnali herede de hac luce emigrabit, eadem hereditas in patrem et matrem ejusdem cadet evidenter. §. 8. Si autem ibi parentes esse non videntur, tunc in proximum heredem, sive ille sit ex parte patris vel matris, de jure cadet hereditas antedicta. §. 9. Volumus insuper, quod universi et singuli in ipsorum oppido residentes tam in precariis quam in aliis serviciis cum ipsis civibus laborem portare communiter teneantur. §. 10. Addimus etiam eisdem civibus de gratia speciali liberaliter concedentes omnes gratias, libertates, jura universa et singula, quibus gaudent dilecti fideles nostri cives de **Uberlingen**, et quod nullus extraneus civem aliquem ejusdem civitatis inpignorare debeat ex causa ministri dicte civitatis aliqua exigente. §. 11. Et si libertates dictorum civium de **Uberlingen** in aliquo articulo contrarie fuerint alicui articulo libertatis predicte, que superius est expressa, in contrarietate hujusmodi predicti cives de Buochhorn, quantum ad illum articulum, in quo contrarietas fuerit, suas libertates per nos ipsis traditas, prout expresse sunt superius, observabunt. §. 12. Insuper eisdem civibus forum septimanale, videlicet feria quarta, de liberalitate regia duximus concedendum, volentes, quod omnes, qui ad dictum forum confluxerint et abinde ad propria redierint, plena pace gaudeant et forensium jurium libertate."

Schliesslich wird noch den Bürgern und sonstigen Bewohnern Buchhorn's die Zusicherung gegeben: „ut nullius civis aut hominis civitatem Buochhorn inhabitantis occasione obligationis facte nobili viro Hugoni comiti de Werdenberg . . . per inclite recordationis dominum Rudolphum, Romanorum regem, . . . pignora capi debeant aliquo modo vel teneri", und der allgemeine Befehl hinzugefügt, „quatenus nullus alicujus civis aut hominis de Buochhorn pretextu debitorum vel inimicitiarum competentium sibi in comitem supra dictum pignora capiat aut teneat quoquo modo."

Abgedruckt ist die Urkunde vollständig bei *Lünig* a. a. O. S. 308, 9, auszugsweise bei *Moser* a. a. O. S. 263, 64 und in *meinen* Stadtrechten S. 142, 43. Eine deutsche, übrigens schwerfällige und lückenhafte Uebersetzung des Rechtsbriefes theilt aus einem „Vidimus des Land-Gerichts im Hegew und in Madach" v. J. 1413 *Lünig* a. a. O. S. 310, 11 mit. Der Text ist jedoch hier durch Fehler theilweise bis zur Unverständlichkeit entstellt.

Das vorstehende Albrecht'sche Privileg spricht am Schlusse von einer durch König Rudolph vorgenommenen Verpfändung an Graf Hugo [Hügelin] III. von Werdenberg-Heiligenberg, den oberschwäbischen Reichsvogt und Landrichter [10]), ohne das Object derselben näher zu bezeichnen, während wieder *Johannes Vitoduranus* in seinem Chronicon ad a. 1291 [11]) einer am „oppidum" Buchhorn haftenden Pfandschaft Erwähnung thut, ohne genauer anzugeben, wer der Verpfänder und Pfandherr gewesen seien. Darf nun hier wirklich an eine Stadt-Verpfändung gedacht werden, welche *Hugo* a. a. O. entgangen wäre?

1310, Apr. 12. König Heinrich VII. bestätigt das vorstehende Privileg unter wörtlicher Wiederholung seines Inhaltes. (R.) *Lünig* a. a. O. S. 309 (nota); *v. Stälin* a. a. O. Thl. III S. 119. 3

1356, Jun. 29. Kaiser Karl IV. thut dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern gemeinlich von Buchhorn „solche genade, die vogetie, die stewr, daz amman ambt, daz vngelt vnd zolle daselbist, vnd waz darzue gehoret, niemer in keinen ziten furbaz hoer versezen, verschriben vnd verpfenden ze wollen, danne sye ze dieser zit versezet, verschriben vnd verpfendet sin." *Lünig* a. a. O. S. 309 nr. III. 4

1401, Aug. 11. König Ruprecht erlässt der durch Brandunglück zu Schaden gekommenen Stadt Buchhorn für die nächstfolgenden zehn Jahre die gewöhnliche Reichssteuer. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 40 nr. 742. 5

1401, Aug. 14. Derselbe bestätiget und erneuert der Stadt Buchhorn „alle jre rechte, fryhait, guet gewonhait, handtvesten vnd brieffe, die sye von Romischen kaisern vnd künigen . . . herbracht vnd erworben hat", mit dem beigefügten Versprechen, sie hiebei behalten und bleiben lassen zu wollen. *Lünig* a. a. O. S. 309 nr. IV. 6

1401, Sept. 12. Derselbe bewilliget dem Rathe und der Bürgerschaft zu Buchhorn, 7

10) Vgl. über ihn *v. Stälin* a. a. O. III, 77.

11) Ausg. von G. *v. Wyss* (1856) S. 30.

„dass ein jeder Bürgermeister dem Ammann daselbst den Blutbann verleihen möge für zehn Jahre und darnach bis zum Widerruf.“ (R.) *Chmel* a. a. O. S. 53 nr. 945.

8 **1401**, Sept. 12. Derselbe wiederholt die unter dem 11. Aug. 1401 [nr. 5] ausgesprochene zehnjährige Befreiung der Buchhorner von der Reichssteuer. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 946.

9 **1413**, Aug. 4. König Sigismund ertheilt der Stadt Buchhorn eine allgemeine Confirmation „aller vnd jeglicher jrer gnaden, fryheithe, rechte, guete gewonheite, briefe, privilegia vnd handvesten.“ *Lünig* a. a. O. S. 311 nr. VI

10 **1413**, Dez. 14. Derselbe als Kaiser gewährt dem Bürgermeister und Rathe zu Buchhorn „dise besundere gnade, das sye hinfür in künfftigen zeithen vber alle vnd jegliche belumbte, vbeltetige vnd schedlich lüte (mit namen rauber, morder, dieb) nach jrer verschuldung vnd missetat in jrer statt zue Buchhorn richten, vnd in den dingen tun vnd faren sollen vnd mügen, als sich dann sollichs rechtlich heischen wirdet von allermenigklich vngehindert.“ *Lünig* a. a. O. S. 312 nr. VII; *Moser* a. a. O. S. 264. (Extr.)

11 **1438**, Jun. 29. König Albrecht II., welchen Bürgermeister, Rath und Gemeinde der Stadt Buchhorn gebeten haben, dass er ihnen „alle vnd jegliche jre gnad, fryhait, recht, handveste, brieve vnd privilegia, die jnen gegeben sint von Romischen kaysern vnd künigen . . ., vnd nemblich künig Rudolphen seel. gedechtnüsse, der sye vff die stat **Vberlingen** befreyet vnd begnadet vnd darnach bestettiget hat, also dass sye aller der rechten vnd fryhaite gebrauchen sollen vnd mügen, als dieselb statt **Vberlingen** gebrauchet“, erneuern und confirmiren möge, kommt diesem Ansuchen durch Ertheilung einer Generalbestätigung mit Beifügung eines allgemeinen Schutzgebotes und Bedrohung etwaiger Verletzungen obiger Freiheiten und Gerechtsame mit schwerer Ungnade und Geldstrafe willfährig nach. *Lünig* a. a. O. S. 312, 13.

12 **1452**, Aug. 26. Kaiser Friedrich III. wiederholt die vorstehende Privilegien-Confirmation. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 299 nr. 2928.

13 **1487**, Nov. 6. Der römische König Maximilian I. ertheilt der Stadt Buchhorn ebenfalls eine allgemeine Bestätigung ihrer Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten — ohne aber hiebei der Verleihung des überlinger Rechts besonders zu erwähnen. *Lünig* a. a. O. S. 316 nr. XI.

Ausserdem empfing noch Buchhorn, zum Theile in Folge seines Beitritts zu dem schwäbischen Städtebunde (W. *Vischer* in den Forschungen zur Dtsch. Gesch. Bd. II S. 67) eine Reihe von Rechtsconfirmationen mit den übrigen Reichsstädten Schwaben's gemeinschaftlich, so z. B. 1348 durch König Karl IV. (*Vischer* a. a. O. S. 121 flg.), 1367 durch Burggraf Friedrich von Nürnberg als des heil. Reichs Landvogt in Oberschwaben (*v. Stälin* a. a. O. Thl. III S. 299), 1377 durch König Wenzel (*Vischer* a. a. O. S. 132), 1442 durch König Friedrich III. (*Chmel* a. a. O. S. 112 nr. 1012.)

Buchloe. CLVIII.

(Bayern, Schwaben.)

1354, Mai 8. König Karl IV. begnadet die Bürger Heinrich Herbort und Konrad Anesorge zu Augsburg*) für die ihnen vom Hochstifte daselbst verpfändete Stadt Buchloe mit Markt-Gerechtigkeit und Blutbann —: „sie sullen vnd mügen in irre Stat zu Puchelon alle wochen an der Mitwochen ewiklich einen freien Markt haben, vnd eins in dem Jare einen freyen Jarmarkt; der sich anheben sol vnd beginnen an dem achten tag nach sand Michels tag, vnd sol weren drei tag nach einander, den sie vsruffen vnd kundigen sullen vnd mugen anderswo in vnsern vnd des Richs vnd in andern Steten, vnd demselben markte geben vnd gunnen wir aller der recht, freiheit vnd gewonhait, der die vorgenanten vnsir und des Richs Stete Jarmerkte haben vnd gebruchen. Wir geben auch von besundern gnaden vnsir kuniglichen maiestat in vnd iren erben vnd nachkumlingen zu haben vnd ze (be)sitzen in derselben Stat zu Puchelon mit gewalt ze richten vbir hals vnd hant vnd andir sachen, die gewonlich sint zu richten wertlicher gewalt, vnd daselbens einen Stok und galgen ze setzen vnd haben, vnd bannen vnd bestetigen von kuniglicher gewalt demselben gerichte alle diu recht vnd gute gewonhait, die weltlich gerichte billich haben sullen.“ *Monum. Boic.* Vol. XXXIII b p. 216, 17. 1

1363, März 19. Karl IV. wiederholt als Kaiser für Bischof Marquard von Augsburg — an welchen inzwischen die Stadt Buchloe aus der Pfandschaft zurückgekehrt war — die im Privileg v. 1354 (nr. 1) enthaltenen Zugeständnisse, mit dem Beifügen: „wir haben im ouch me (die) sundir genad getan, daz alle, die [Burger] in der vorgenanten Stadt Puchelon furbaz wer- 2

*) Die Herwart und Onsorg gehörten zu den angesehensten Patrizier-Familien Augsburg's.

den vnd ietzund sint, alle die Recht sullen haben, die die Burger haben in der Stat zu **Fuezzen** . . . ., vnd daz man die in der weize zu Burgern empfahen muege, als wir seiner vorgenanten Stat zu **Fuezzen** vnd den luten, die do Burger ytzunt sint oder hernach werden, vor ouch (die) genad zue enpfahen getan haben, vnd ouch in der weize, als vnser Burger von **Auspurg** recht haben, Burger ze empfahen." *Monum. Boic.* l. c. p. 336, 37.

Einige geschichtliche Notizen über den jetzt nur mehr als Marktflecken erscheinenden Ort gibt Pl. *Stumpf*, Bayern S. 952, 53.

CLIX. Buchsweiler.

(Elsass.)

Th. *Klein*, Das Städtchen Buchsweiler und die Bergveste Lützelstein, Topogr.-histor. Schilderungen, Mühlhausen 1858. 12⁰., S. 7–26.

1301, Sept. 26. König Albrecht I. bestätiget auf Bitten des elsässischen Landvogts Johannes I. Herrn von Lichtenberg, den Bürgern seines Städtchens „Buchswilr" die ihnen von König Rudolph I. ertheilten (aber nicht näher bekannten) Rechte und Freiheiten. (R.) *Böhmer*, Reg. Alb. S. 227 nr. 353; *Lehmann*, Urkundl. Gesch. der Grafschaft Hanau-Lichtenberg Bd. I S. 82.

Der Ort Buchsweiler („Buschwilre" 1178), eigentlich erst durch Ludwig IV. im Beginne des XIV. Jhdts. zur wirklichen Stadt erhoben, gehörte ursprünglich den Bischöfen von Metz, von welchen ihn die Edlen von Lichtenberg zu Lehen empfingen. Im J. 1480 kam das Städtchen in den Besitz der Grafen von Hanau, welche davon später (1570) den Namen „Grafen von Hanau-Lichtenberg und Buchsweiler" sich beilegten.

CLX. Buck.

(Preussen, Pr. Posen.)

1357, Jun. 6. Herzog Boleslaus von Polen bestätiget und erfüllt den letzten Willen seines verstorbenen Bruders, des Herzogs Premislaus, worin dieser der St. Peters-Kathedrale zu Posen zuwendet „villam suam, quae Buk vocatur, integraliter cum civitate et capella et cum omnibus hominibus ibidem habitantibus . . . ., cum moneta, theloneo et cum tabernis, et cum pleno jure et dominio . . . ., dans eidem civitati et hominibus destinatis in officium sacrorum plenam et omnimodam a prewod [1]), straza [2]), a powoz [3]), a naraz [4]) et ab omnibus aliis exactionibus, solutionibus, petitionibus et a qualibet exactione libertatem, decernens eam esse ita privilegiatam et liberam, ut sunt omnes aliae villae antiquae ecclesiae Poznaniensis." Aus Ed. *Raczynskii* Cod. dipl. majoris Poloniae (Posnan. 1840. 4⁰.) p. 51 bei H. *Wuttke*, Specim. I. cod. dipl. urbium magni ducatus Posnaniensis (1860) Nr. VI p. 10, 11.

1) Ueberfahrts-Last.

Budweis. CLXI.

(Oesterreich, Böhmen.)

M. *Millauer*, Ueber die Erbauung der k. befreiten Berg- und Kreisstadt Budweis, Prag 1817. 8⁰.

1339, Apr. 28. König Johann von Böhmen befreit die „cives Budywoicenses" 1
auf zwei Jahre „ab omnibus exactionibus, contributionibus, solucionibus, subsidiis et angariis quibuscunque, ac specialiter a berna regia generali." *Boczek-Chytil*, Cod. dipl. et epistol. Moraviae Tom. VII Nr. 231 p. 167.

1341, Apr. 18. König Karl IV. — 2
eigentlich König Johann — gestattet den Bürgern der Stadt Budweis: „quatenus duos Judeos et eorum familias sibi in dictam civitatem ab aliunde possint assumere, et eosdem sub solutione competentis census, quem in communem usum et utilitatem ipsius civitatis converti vult, secum possint et debeant confovere." Den in Folge hievon sich in Budweis niederlassenden Juden wird zehnjährige Abgabenfreiheit in Aussicht gestellt. *Pelzel*, Kaiser Karl der Vierte Thl. I UBuch Nr. CI S. 108.

1351, Mai 7. König Karl IV. begna- 3
det die Bürger von Budiegowicz dahin, dass die Kaufleute, welche von Freistadt kommen — „czahlowa, genz se niemeczky Freinstadt gmenuge" —, durch Budweis fahren und daselbst ihre Waaren drei Tage lang feilbieten müssen; dass in der Stadt alle Jahr ein Markt drei Tage lang und mit eben den Freiheiten, wie zu **Prag**, gehalten; in den benachbarten Dorfschaften Netolicz, Wodnian und Moldauteyn keinerlei Zoll angelegt, sowie eine Meile weit um Budweis kein Bierwirth, Bäcker, Schuhmacher oder sonstiger Handwerker zugelassen werden solle; dass endlich die Bürger vor keinem anderen Gerichte, als jenem ihrer Stadt, zu erscheinen verpflichtet seien. In böhmischer Sprache b. *Pelzel* a. a. O. Nr. CCXII S. 215–17 mit Text S. 331.

2) Wachdienst und Wachgeld.
3) Frohnfuhren, Vorspann.
4) Ein Reichniss aus der Heerde?

4 **1450**, Sept. 9. König Friedrich III. ertheilt Namens seines Vetters, des Königs Ladislaus von Böhmen, den Budweisern die Erlaubniss, sich an die Stelle des alten Stadtrathes einen neuen frei und ohne Mitwirkung eines königlichen Beamten zu erwählen:

„Wir Friderich von gotes gnaden Romischer kunig, zu allen zeiten merer des reichs, herczog zu Osterreich, zu Steyr, zu Kernten und zu Crain, grave zu Tirol etc. embieten den fursichtigen burgermeister vnd rate der statt zum Budweis, vnsern lieben getreuen, vnser gnad vnd alles gut. Lieben getreuen! Als wir euch vormals von wegen unsers lieben vettern kunig Laslaes, als eins kunigs zu Beheim, ewrs herren, bevolhen vnd macht gegeben haben, einen rat vnd schepfen in der statt bei euch zu setzen, das ir dann also getan, vnd durch solch setzung die statt, als wir vernemen, die zeit auss wol versorgt habt, das vns zu gutem gegallen von euch komet; nu habt ir yetzund zu vns ewr erber bottschaft gesandt, vnd vns gepetten, solichen ratt bey euch nu zu vernewen, das vns dann durch guter vrsach vnd ewrer bett willen auch gefallen hat, derwarten, das auch ettlichen in dem rate solich müe vnd sorgfaltikeit solang nit zu swer werde; darumb in solichem gutem getrauen, das wir zu euch haben, so bevelhen wir euch von des obgenanten vnsers lieben vettern wegen, vnd geben euch auch vollen gewalt, zu disem male vnd auf solich zeit, als dann gewönlich ist, einen newen rat zu setzen vnd zu erwellen von solichen erbern leuten, damit dann vnser lieber vetter, wir, auch die gancze statt vnd gemein, reich vnd arm, versorgt sein, die dann auch mit solichen gelubden vnd eiden verpunden werden, als das pillich vnd recht ist; vnd tuet darinne, als wir euch des gancz getrauen, wann wir darumb keinen amptman zu euch haben sennden wollen, sonder wir haben vnser getrauen in euch als fromme vnd getreue leut setzen wollen; vnd wir gepieten darauf euch, der ganczen gemeinde zum Budweis, reich vnd arm, vnsern lieben getreuen, ernstlich vnd vesticlich von wegen vnsers egenanten vettern, das ir solichem newen rate, der in obgeschribner masse geseczt wirt, vollichlich gehorsam vnd gewertig seit vnd euch dawider nit setzet in dhein weise, als dann pillich vnd recht ist. Daran tuet ir vns vnd vnsern vettern ein sonder gefallen, das wir gen euch gnedichlich wollen erkennen. Geben zu der Neuestatt am newndten tag des monads September, nach Christi gepurd virtzehn hundert vnd im funftzigisten, vnd vnsers reichs im ainleffiten jare.“ Fr. *Palacky*, Urkundl. Beiträge zur Gesch. Böhmens im Zeitalter Georg's von Podiebrad [Fontes rer. Austriac. Abthl. II Bd. XX], Wien 1860. 8°., Nr. 11 S. 11, 12.

Wenige Jahre nachher (1453, Dez. 2) verlieh König Ladislaus seine „konigliche stat Budweis mit aller gerechtigkeit, nucz, rent vnd czugehorungen“, allein „alle lehen, geistlich vnd weltlich“ ausgenommen, und mit Vorbehalt des Oeffnungsrechts in der Stadt für sich, seine Nachkommen und Amtleute, dem edlen Herrn Heinrich von Rosenberg auf dessen Lebenszeit, jedoch mit der Bestimmung, dass Letzterer „dieselben stat vnd inwoner obir ir gewondlich zins, rent vnd gult nicht besweren“ solle. Die Bürger von Budweis fühlten sich aber durch diese Ueberlassung an eine neue Herrschaft nichts weniger als angenehm berührt; sie scheinen sogar bei Kaiser Friedrich III. deshalb Beschwerde erhoben zu haben. Denn unter dem 13. Mai 1454 legte dieser seinem Vetter Ladislaus eindringlichst an's Herz, „die obgenanten von Budweiss bey im an enndrung zu halten.“ Vgl. die Urkk. b. *Palacky* a. a. O. Nr. 58, 72 S. 68, 83 flg.

Büderich. CLXII

(Preussen, Rheinprovinz.)

1389. Der Rath zu „Buederick“ erlässt eine Verordnung über Viehschlachten und Fleischverkauf, darin u. A. die bemerkenswerthe Bestimmung aussprechend: „Item soe en soll hy in gheenerhande vleisch blasen noch wynt in brengen myt monde noch myt geenerhande zaeken.“ *Wigand*'s Archiv f. Gesch. u. Alterthskde. Westphalens Bd. IV (1831) S. 406, 7. [Extr.] 1

1393. Graf Adolph von Cleve ertheilt durch seinen Richter den Schöffen von „Buederick“ die Befugniss, „dat sy segelen moegen alle brieve van Erve und van scholt, als gewontlick is gewest; uthgenamen, dat men genen geistliken luyden geenerhande Erve off affthyns*) to segelen sall, noch gene brieve besegelen en sall, daer enich man syn erve myt argelist verkofft, up dat hee syn scholt nyet betailen en dorffte, noch nymant syn erven myt argelist onterven en sall.“ *Wigand* a. a. O. S. 405. 2

1417. „Ordnongh und plebiscithen Burgermeyster, Schepen und Raidt und gemeynte der Stadt Buederick“ — Statutensammlung mit dem vorgesetzten Jahre beginnend und „meist Verwaltung, Einkünfte, Zölle und polizeiliche Gegenstände betref- 3

*) Erffthyns?

fend" — bis auf eine Satzung über das Wiegen des Mahlgetreides auf der Stadtwage, welche *Wigand* a. a. O. S. 404, 5 seiner kurzen Beschreibung des Rechtsbuchs angefügt hat, noch ungedruckt.

CLXIII. Büdingen.

(Grossherzgth. Hessen.)

1353, Apr. 22. Heinrich von Isenburg, Herr zu Büdingen, ertheilt den Bürgern seiner Stadt Büdingen [1]) die Gnade, dass sie an Bede und Schatzung von nun an nicht mehr denn jährlich 80 Pfund Heller ihm und seinen Erben entrichten sollen. Gedruckt in der Deduct.-Schrift „Vertheidigtes Eigenthum und Besitz der Steuergerechtigkeit der Ganerben zu Staden" Beyl. Nr. 20 S. 19 [2]). Vgl. *Scriba*, Hess. Regesten Abthl. II S. 114 nr. 1474 *).

CLXIV. Bülach.

(Schweiz, Kt. Zürich.)

J. *Utzinger* „Alemannische Zustände und Entstehung Bülachs" im Neujahrsblatte für Bülach v. 1862 S. 1—16.

1483, März 9. Bürgermeister und Rath der Stadt Zürich bestätigen auf ihrer „lieben vnd getrüwen schultheissen rates vnd gantzer gemeind zuo Bülach" botschaftlich vorgetragene Bitte denselben etliche „inn geschrifft gesetzte . . . artikel vff Ir alt harkomen vnd brüche", d. h. eine Reihe grösstentheils mit den Bestimmungen des winterthurer Stadtrechts aus dem XIII. Jhdt **) übereinstimmender Satzungen über Schuldverfolgung, Güterverhältnisse der Eheleute, Erbfolge, Eigenthums-Klage, Vormundschaft, Freiheits-Erwerb durch einjährigen Stadtaufenthalt, Bestrafung gewisser Vergehen, besonders der Wundung mit Waffen und der Heimsuchung, Lehens-Succession, Morgengabe, Abzugsgeld u. a. m. Die XXVI Artikel des „verschriben Stattrecht dero von Bülach bussen erben vnd ander dingen" lauten aber:

„I. [1]) Des ersten ist, das der schultheiss einem ze husse vnnd ze hofe gat vmb gült, der belibt vnnser statt zürich drü pfund schuldig; gat er im aber nit ze huss vnd ze hofe, vnnd nimpt inn der cleger ze gaste [2]), so ist er vnnser statt nützit schuldig. II. [3]) Wer ouch der ist, der ze gaste gegeben wirt, über den hat der cleger gewalt, das er im sin guot nemen mag, wa er es findet vssert-halb dem frid kreisse; was er aber sines guottes findet innerhalb dem frid kreisse, das sol er nit selber nemen; im sol es geben der schultheiss oder sin knecht. III. [4]) Sy hand ouch das recht, das eins jetlichen burgers wib vnd kind, wannen er gewibet hat, genoss ist ze erben, als ob sy vnnser werind. IV. [5]) Ouch das ein jeklichs irs burgers wib, dero man nit ein koufman, ein wirt oder ein werbender man gewesen ist, ob er vor iro abgat, einenn driteil sins verlassnen varendens guots erben vnnd davon einen dritteil bezalen sol; ob er aber werbent, wie vorstat, gewesen ist, das denn vsser sinem varenden guot die schuldner bezalt söllen werden, vnnd ob da, so das bescheche, ichzit über wurde, das denn das der frowen werden sölte. V. [6]) Vnnd das enkein ir burger sin zinseigen, das er geerpt hat von sinem vatter, oder welchen weg es inn angefallen ist, ee das er sin elich wib geneme, mag geben sinem elichen wib in keinen weg, dann zuo libding. VI. [7]) Doch wer der ist, der dem andern sin eigen anspricht, der sye burger oder nit, der sol vnns verbürgen drü pfund, vnnd dem, so er das eigen anspricht, ouch drü pfund; vnnd mag er das eigen nit beheben, so sol er geben die sechs pfund, die er, als vorgeschriben ist, verbürget hat. Vmb dieselben eigen sol ouch niemand richten, wann zuo den zwey gedingen ze weinechten vnd ze österen, vnnd sol ouch nieman vmb die selben eigen clagen an geistlichem noch an weltlichem gericht, wann vor vnns oder vnserm richter. VII. Vnnd das hüsser vnnd schüren, sy habint muren oder nit, vnnd somen ligend

---

1) Ueber das s. g. Landgericht zu Büdingen s. E. *Wippermann*'s Urkundl. Gesch. des Büdinger Waldes, Heft I (1852) S. 61 flg.; F. *Thudichum*, Die Gau- und markverfassung in Deutschland (1860) S. 74 flg.

2) Diese seltene Schrift zu benützen, war mir nicht vergönnt.

*) Bühl (Baden) war bis zum Schlusse des Mittelalters ein bloses Dorf mit Marktgerechtigkeit. Aus einer „Ordnung der policy zu Bühell" v. 1488 zu 96 Artikeln theilt *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VII, 267 flg. einige Stellen mit.

**) Die Vergleichung desselben (*W.*) geschieht in den folgenden Noten nach dem *Gaupp*'schen Abdrucke [Dtsch. Stadtrechte I, 138—47].

1) W. III, 9.

2) Ueber die beiden aufgeführten Massnahmen wider Schuldner: Abpfändung der Habe und Gebung zu Hand und Halfter s. Fr. *v. Wyss* in der Ztschr. f. schweizer. Recht VII, 11 Note 1.

3) W. III, 10.

4) W. III, 11. [„Wannen", von woher.]

5) Vgl. W. III, 12.

6) W. III, 13.

7) W. III, 14, 15.

vnnd nit farend guot sin sol. VIII.[8]). Was dehein ir burger by sinem elichen wibe zinnseigens oder ledig eigens kouft, habent sy mit einandern kind, dero eigen ist es vnnd iro beider libding. IX.[9]) Ist aber das sy on lib erben sind, weders denn vnder inen von todes wegen abgat, so sol das annder, so inn leben ist, das eigen, das sy mit einandern koufft hand, erben, vnnd das tuon, wa hin es wil. X.[10]) Ist ouch das ein man vnnd ein frow elich zuosamen komend, was denn ir jetwedr eigens ze dem andern bringet, belibent sy on lib erben, machent sy das eigen nit einandern, das wirt ledig iro jetweders erben nach ir tode; machent aber sy es einanndern, so hat ir jetweders das eigen, das im gemacht ist, zuo libding vnntz an sinen tode, vnnd fallet denn wider an die rechten vnd nechsten erben. XI[11]). Gewynnend aber sy liberben mit einandern, an die fallet das eigen ledenclich, es sye gemacht oder nit. XII.[12]) Was ouch deheinen iren burger eigens von sinem vatter oder von sinen vordern anfallet, hat der by zwey elichen frowen kind, vnnd hat er das eigen dekeynem sinem wib gemacht, stirbt er, so falt es an sine kind gemeinlich, so er hinder im verlaset. XIII.[13]) Wellcher vatter siner kinden muotter das ligend guot macht, vnnd das an sy fallet, wenn sy nach sinem tod abgat, das denn söllich guot an die kind, von dero muotter es darkomen ist, fallen vnnd sy das erben söllen, vnnd ob die nit wärend, dem nach an die kind, die der andren muotter by irem vatter werend. XIV.[14]) Wo ouch einer iro burger von disser zit scheidet vnd von todes wegen abgat, lasset der kind, die vogtbar sind, ist das der kinden nechster vatter mag, der ir vogt sin sölte, inen ze vogte vnnütz ist, denn git der schultheiss vnnd rat zuo Bülach vff den eide einen pfleger über ir guot. XV.[15]) Were aber das die kind enkeinen mag hetten, der ir vogt sin sölte, denen git ouch der schultheis vnnd rat einen vogt vff den eid, vnnd muoss der dem rat gehorsam sin, wider ze reitene der kinden guott. XVI.[16]) Unnd das sy ouch nieman zuo recht ston söllen, der inen ir eigen anspricht, vnnd vnder inen gesessen vnnd ouch burger zuo Bülach sye, wann vor vnns dem burgermeister vnnd rat zuo zürich. XVII.[17]) Ouch das wir obgenanten von zürich keinen, der inderthalb dem frid kreisse zuo Bülach sesshafftigist, fallen[18]) söllen; es were denn, das einer, der dar inn sturbe, dheinen erben hette gelassen noch sinem tode vnnd also on erben absturbe, das dann wir den selben fallen vnd erben söllen vnnd mögen. XVIII.[19]) Vnd das ouch alle die, so in dem frid kreisse sind, man vnd wib, sün vnnd töchtern, ze der ee kommen mügent mit allen lüten, an die sy gefallent, in ander stette vnd von anndern stetten, welicher küne sy sind, vnd sol inen die vngenossame vnser von zürich herschaft enkein schad sin. XIX.[20]) Vnd das ouch, wer ir burger ist oder wirt, vnnd in ir statt verjaret vnd vertaget on sines herren ansprach in landes sinde, des eigen (er) ist, der sol darnach iemer mer deheinen herren dienstes gebunden sin, wann vns dem obgenanten burgermeister vnd rat der statt zürich. XX.[21]) Welicher ouch vnnder inen einen mit gewaffneter hand wundet, der sol vnns vilgenanten, dem burgermeister vnnd rat der statt zürich fünff pfund geben, oder man sol im die hannd abschlachen ze bessrung vnd ze buosse. XXI.[22]) Vnnd wer ouch vnder inen ein fräfli tuot, die man richten sol, one die hie obgeschriben sind, der sol vnnser statt zürich geben drü pfund, oder die statt miden ein ganz jar. XXII.[23]) Vnnd die lechen, so die genannten von Bülach hand von vns dem burgermeister vnnd rat der statt zürich, harrurende von vnnser statt graffschafft kyburg, söllent ir elich töchteren, ob dehein sun da ist, erben als ir süne. XXIII.[24]) Ouch wer der ist, der von den sachen, wie vorgeschriben stat, vnser vorgenanten von zürich hulde verlüret, des lib vnnd guot sol ein schultheis zuo Bülach in vnnsern gewalt züchen vnnd behalten on ir gnade, vnnd sol nit anders ab im richten. XXIV.[25]) Sy hand ouch zerecht vmb die heimsuochy, wer der ist, der den anndern fräffenlichen heimsuocht innret dry fuossen vor siner tuor sines husses, der hat verschult ein heimsuochy vnnd sol die buessen mit dry pfunden dem cleger, vnnd vnnser statt zürich ouch mit dry pfunden. XXV. Vnnd ob ouch zwey

8) W. III, 17.
9) W. III, 18.
10) W. III, 19.
11) W. III, 20.
12) W. III, 21.
13) Vgl. W. III, 22.
14) W. III, 23.
15) W. III, 24.
16) Vgl. W. I, 2.
17) Vgl. W. I, 5.
18) „Vallan", den Fall („val") d. i. den Sterbfall oder das Besthaupt nehmen.
19) W. I, 7.
20) W. I, 8.
21) W. I, 10a.
22) W. I, 10b.
23) W. II, 3
24) W. III, 1.
25) W. III, 4.

eliche mentschen einandern etwas zuo morgengab machent vnd gebent, vnnd die eliche kind by einandern hand, wenn denn das, dem die morgengab gemacht ist, von todes wegen abgat vnd stirbet, das solliche morgengab an iro beider elichen kinde, die sy by einandern hand, fallen söllen; ob aber sy nit elich kinder hinder inen verliessen, das es dann an iro beider rechten vnnd nechsten erben fallen sölle. XXVI. Vnnd wer zuo den obgenanten den vnnsern von Bülach züchet, by inen verjaret vnd vertaget, vnnd dem nach widerumb von inen ziechen wil, das der den abzug geben vnd der ouch ingezogen werden sölle."

Nach einer Urbars-Abschrift mit Anmerkungen gedruckt in J. *Schauberg's* Ztschr. für noch ungedruckte Schweizerische Rechtsquellen, Bd. I (Zürich 1844. 4°.) Nr. XIII S. 87—90.

CLXV. Büren.

(Preussen. Westfalen).

W. *Spancken* „Privilegien und Statuten der Stadt Büren" in *Wigand's* Archiv f. Gesch. u. Alterthskde. Westphalens Bd. III (1828) Heft 3 Nr. III S. 29—48.

1 **1195.** Bischof Bernhard II. von Paderborn und die Gebrüder Berthold und Thietmar, Edelherrn von Büren, gehen mit einander einen Vertrag ein, wonach Letztere „totum predium suum, quod Buren proprietario jure habebant, consensu et collaudatione legitimorum coheredum suorum ecclesie Patherburnensi rite contulerunt in proprium cum omnibus ad ipsum pertinentibus", der Bischof dagegen die von jenen mit seiner Zustimmung angelegte Stadt Büren sammt Münze, Zoll und Zehent den genannten Dynasten, unter gewissen Vorbehalten, zu Lehen gibt: „Jidem fratres civitatem nostra auctoritate et consensu edificaverunt, quam cum moneta sua et theloneo et minuta decima, scilicet illius ambitus et de nutrimentis animalium, ipsis in feodum concessimus. Hec eciam civitas ad mandatum et servicium Patherburnensis episcopi erit in perpetuum, sicut Wartberc et Patherburn. — Si Patherburnensis episcopus guerram cum comite de Arnesberg habet, intrabit civitatem Buren, quotiens et quamdiu voluerit, cum numero armatorum pro suo arbitrio [1]). — Capellam in eodem loco dedicavimus constructam eique proprium pastorem perpetuo deputavimus, cujus parrochia intra fossatum civitatis limitata est, ita quod extra munitionem non extendatur. Archidyaconus tribus vicibus in anno synodalem et episcopalem jurisdictionem exercebit in eadem capella [2]), et qualibet vice xviii denarios gravis monete pro sua procuratione accipiet. Insuper quociens voluerit, pro consuetudine archidyaconorum ibidem synodabit; sed que prescripta est, procuracionis erit annua summa." N. *Schaten*, Annal. Paderborn. P. I p. 904, 5 [3]). Vgl. *Seibertz*, Diplomat. Familiengeschichte der alten Grafen von Westfalen S. 134, 35.

1260, Apr. 19. Graf Engelbert von der Mark sichert den „burgenses de buren" für ihre Personen und Güter „protectionem et conductum" zu — „ita videlicet, quod in terminis nostre jurisdictionis a nobis vel ab amicis nostris nullum sentiant impedimentum vel gravamen, nisi aliquoties inter nobiles viros dominos de Buren et nos oriatur discordia, quod absit; tunc predictos cives de Buren ad octo dies, priusquam aliquod dampnum eis inferatur a nobis, debemus premunire, et nostrum conductum durante illa discordia denegare." *Spancken* a. a. O. Nr. 3 S. 39, 40. 2

1268, Nov. Die Edelherren von Büren Berthold und Berthold die Aelteren sammt ihren Söhnen gleichen Namens erklären einen zwischen ihnen und ihren „opidani de büren" über den Brau-Bussepfennig entstandenen Streit für beigelegt und aufgehoben, und überlassen es den Letzteren — „ipsorum arbitrio et conscientie" —, eine neue „ordinationem cervisie et ejusdem excessuum, secundum quod visum fuerit eorum profectui civitatis expedire", herzustellen. Zugleich wird den Bürgern von Büren ihr ausschliesslicher Gerichtsstand vor dem städtischen Richter und Rathe in allen Frevelsachen garantirt —: „Preterea conferimus eisdem, quod quemcunque excessum quis eorum inciderit infra opidum vel infra ambitum reliquarum [4]) ipsorum, qui burermarke dicitur, neque a nobis neque ab aliquo de familia nostra extra opidum ad aliquod placitum vel judicium, quod ghoding [5]), woghetding vel wrigding in vulgari nuncupatur, ali- 3

1) Vgl. Urk. v. 1326 in *Wigand's* all. Archive a. a. O. Heft 3 S. 216 Z. 21—30.

2) S. unten Stadtrecht von Büren (nr. 9) S. 28.

3) Die der bischöflichen Urkunde entsprechende Gegenurkunde der Herrn von Büren theilt ebenfalls *Schaten* l. c. p. 906, 7 mit. Vgl. auch Dipl. a. 1382 b. *Schaten* l. c. II, 418 sq.

4) Vielleicht: „rubetorum." S. unten nr. 5.

5) Das Gogericht befand sich im Anfange des XIV. Jhdts. in den Händen der Grafen von Bentheim. Vgl. *Kindlinger*, Münster. Beitr. III[a] nr. 125 S. 334.

quoties vocetur; sed actor coram judice et consulibus civitatis plenam justitiam consequetur, nisi forsan eorum quis inciderit in eis, que ad nostrum spectant advocatiam, vel ad bona nostra propria vel nostrorum libertinorum [6]) videantur pertinere." *Spancken* a. a. O. Nr. 4 S. 40, 41.

4 **1270**, Febr. 2. Die edlen Herrn Berthold der Jüngere und sein Sohn Berthold von Büren erklären, zugleich auch im Namen der übrigen Angehörigen ihres Hauses sowie mit Verbindlichkeit für die künftigen Erbfolger, in einer auf ihr Bitten von den Bischöfen zu Paderborn und Osnabrück nebst vier Edelleuten untersiegelten Urkunde, dass ihre „dissentio seu werra" mit den Bürgern in Büren „de consilio nobilium quorundam provintie sue quam libere voluntatis arbitrio in unitatem pacis et amicitie constantiam hoc compositionis videlicet articulo" verwandelt worden sei: „quod a munitione castri nostri in Buren siti vel a nobis ipsis aut a nostris in posterum successoribus aut a nostris kastellanis idem castrum inhabitantibus muri opidi nostri Buren predicti aut ipsum opidum, et e contrario castrum nostrum sepedictum ab opidanis prenominatis in nullis eorum partibus infra vel extra muros debeant infestari aliqualiter aut turbari", worauf noch für die während jenes Zerwürfnisses „in loco ante castrum sito, qui Vriheit vulgariter appellatur, aut quibuscunque aliis in locis" von den Bürgern verübten Rechtswidrigkeiten denselben völlige Verzeihung zugesichert wird. *Spancken* a. a. O. Nr. 5 S. 41—43.

5 **1296**, Nov. 10. Die Stammesvettern Berthold und Berthold, edle Herrn von Büren, gestehen ihren Stadtbewohnern zu Büren in Folge freundlichen Uebereinkommens verschiedene, insbesondere Gerichtsstands-, Holzungs-, Weide- und Fischerei-Gerechtigkeiten zu: „Si nos vel filii nostri aut nostri hereditarii successores predictos opidanos nostros inpetere seu incusare decreverimus, ex quibuscunque etiam causis illud proveniret, extunc ab ipsis in opido buren ante cellarium [7]) tantum recipere volumus et debemus, qua(ntum)cunque per proconsulem [8]) et consules in buren pro jure diffinitum fuerit et monstratum. Etiam si opidani nostri in buren nos vice versa inpetere voluerint, tunc nos prosequi tenebuntur judici [9]), prout dictaverit via juris. Item ex beneplacito et voluntate omnium heredum quinque nemorum seu rubetorum [10]), dictorum teutunice marke, ipsis talem contulimus gratiam et presentibus conferimus evidenter, quod ipsi sine omni excessu in eisdem nemoribus seu rubetis, dictis marke, ligna quecunque secare licite poterint et inducere, uti pro sua necessitate ipsis fuerit oportunum. Vero si lutarii seu custodes nemoris, dicti scarende [11]), constituti fuerunt, tunc plaustrum [12]) accusare, quod dicitur wroghen, possunt ad sex denarios, ut est juris. Item dedimus et contulimus eisdem opidanis nostris campos communes pascuales, dictos vulgariter woldemeyne, prout in territorio nostre jurisdictionis fuerunt universaliter situati. Similiter piscationem ad eorum utilitatem in cunctis fluminibus aquarum in eadem jurisdictione nostra fluentium, duntaxat aquis, ab antiquis temporibus ad usus nostre piscationis specialiter pacificatis, exceptis et exclusis." Mit beigefügter Verdeutschung aus dem XIV. Jhdt. b. *Spancken* a. a. O. Nr. 6, 7 S. 43—46.

1306, Jul. 28. Dieselben schaffen im 6
Vereine mit Bürgermeister und Rath zu Büren eine alte Gewohnheit, wonach die „denarii, qui de excessibus et negligentiis vigilum sive custodum murorum de nocte factis derivari sueverunt, ad bursam consulum huc usque specialiter spectaverunt", gänzlich ab, dafür die zweckmässigere „ordinatio" erlassend, dass jene Strafgefälle künftig „in usus universitatis" verwendet werden sollten. Weiter wird noch bestimmt, dass die Rathmannen „in subsidium et restaurum expensarum, quas sepe pro universitate faciunt, de denariis cervisie, qui universitati solent solvi, tantum in qualibet ebdomada semel tollant, quantum de una cervisie braxatura poterit derivari." *Spancken* a. a. O. Nr. 8 S. 46, 47.

1316. Die obengenanten Edelherrn 7
von Büren bestätigen mittels Anhängung ihres Siegels auf Bitten ihrer Bürger zu Büren ein von diesen vereinbartes, oder vielmehr von den **Lippstädtern** — „lippenses, ubi dicti cives nostri de aliis suis juribus experiri solent ab antiquo" — überkommenes Statut über Heergeräthe und Gerade, wonach a) „patre defuncto filius, qui inter divisos senior extiterit, hereditatem patris sui, que

6) Ueber diese Bezeichnung der Stadtbürger als „schöffenbar freier oder Freistuhls-Leute" s. *Seibertz*, UBuch III, 530[a].

7) *Alte Uebers.* „vor deme kellere."

8) *A. Ue.* „borghemester."

9) Judicio.

10) *A. Ue.* „büssche." Hierunter sind meist im Gemeindebesitze befindliche „Nieder- oder Hackwaldungen mit Stangenholz" zu verstehen. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins II, 15.

11) Ueber die Scharleute (Scharmeister, Scharmannen, Scherne, scharatores) s. *Seibertz* a. a. O. S. 539[a].

12) Holzfuhr.

herwede dicitur, principaliter solus tollet, et si tantum unus sit, (qui) indivisus in possessione bonorum patris inventus fuerit, hereditatem predictam idem tollet", sowie ferner b) „filia major etate, que indivisa a bonis paternis in possessione bonorum patris sui post obitum matris inventa fuerit, radewagio sue matris premortue potietur, et si una talis extiterit, eadem hujusmodi radewagium sibi tollet." [In lateinischer und abgekürzter deutscher Fassung der Copie des ältesten bürener Stadtrechts, s. nr. 9, angehängt und danach mitgetheilt von] *Spancken* a. a O. Nr. 1 S. 33, 34; Nr. 2 S. 39.

8 **1373**. Berthold, Herr zu Büren und Ritter Friedrich von Brenken „gheven der Stayt tho Büren vn den borgern to büren dat recht vn de ghenade alzo, were't dat vnser borghere eder vnser borgischen irwillich affghinge van dodes weghen, so sol men gheven vnde nemen herwede vnde gherade in alle der wyse, alse men gherade vn herwede **tho der Lippe** ghevet vnde nemet [nr. 7], al vnses rechtis vn vnser erven daran al vnvorgheven, wat vns dar aff vorvelle, alzo alze wy dat vor ghehat hebbet." *Spancken* a. a. O. Nr. 9 S. 47, 48.

9 In die Schlussjahre des XIII. oder den Anfang des XIV. Jhdts., jedenfalls in den Zeitraum von 1295—1320, fällt eine officielle, von der Stadtherrschaft genehmigte, lateinisch geschriebene (später, etwa in der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts., wenn nicht erst im folgenden, auch in das Deutsche übertragene) Aufzeichnung des bürener Stadtrechts, zu einem Theile wohl meist ältere einheimische Gewohnheiten und Rathsstatute, zum anderen aber aus dem **lippstädter** Rechte v. 1240, jedoch mit erheblichen, und zwar nicht blos sprachlichen Modificationen, hinübergenommene Satzungen begreifend. In letztere Kategorie gehören namentlich die §§. 3 (L. 10), 4—7 (L. 1—4), 9 (L. 5), 11, 12 (L. 6, 7), 13—16 (L. 11—14), 23, 25 (L. 16). Der buntgemischte Inhalt der kleinen Rechtssammlung bezieht sich übrigens sowohl auf die wichtigsten gemeindlichen Verhältnisse und bürgerlichen Freiheiten, als auch auf einzelne Hauptpunkte des Straf-, Privat- und Processrechts. Die interessante Rechtsurkunde lautet:

„Cum res gesta mandatur literis, universa [13]) prevenitur et litis occasio aufertur successori. Sciant ergo presentes et posteri, quod nos Bertoldus et Bertoldus, patrueles, domini in buren, moti favore et dilectione incolarum nostre civitatis, jura hujusmodi, scilicet jura **lippensium**, que patres nostri beate memorie ipsis pie indulserunt, recognoscimus et rata tenemus. Inter que primum est hoc. §. 1. Si quis errans in fide utpote hereticus, vel quis agens de traditione [14]) nostra vel concivium suorum vel civitatis deprehensus fuerit et convictus, judicabitur; vel etiam (si) metu vite fugam inierit, cuncta bona sua et res sue cedent judici. §. 2. Item si nocturne fiunt insidie, vel aliquis manu armata in propria domo investatus proclamaverit, judicis est judicare. §. 3. Item si civis concivem edificando vel sepiendo turbaverit, vicini, si possint, componant; si non, consulibus referatur conponendum. Et si aliquis communem stratam edificando turbaverit, judicis est cum consulibus judicare. §. 4. Item omnis effusio sanguinis facta sine acumine armorum [15]), quam non sequitur lesio membri, consulum est judicare; si sequitur lesio membri, judex judicabit. §. 5. Item si aliquis pistrando vel aliis, que ad escam vel potum pertinent, excesserit, consules judicabunt. §. 6. Item civis concivem extra civitatem in causam non trahet, nisi jure sibi prius denegato; nec civis in concivem arma proclamabit. §. 7. Item si civis concivem occiderit et fugam inierit, vel deprehensus fuerit, judicatur; si domum vel res alias habet, non judicantur, sed suis cedent heredibus. §. 8. Item si quis se ipsum interfecerit, bona sua cedent judici. §. 9. Item in die jacobi, quum [16]) annuale forum est, duobus diebus ante et duobus post, (et) in die andree, uno die ante et uno post, nullus judicio adstringitur, nisi in presenti excedat vel exterminatus deprehendatur. §. 10. Item solempnitates, ut pasca, nativitas domini, pentekostes, festivitates domine nostre, dies dominici (et) apostolorum, sexte ferie post nonam [17]), sabbata a judicio habent libertatem. §. 11. Item si concivi quicquam furatum fuerit, civibus suis significabit, et si infra civitatem invenitur, secundum jus requirenti reddetur, et judicis nulla pars est; si furtum in civitatem delatum fuerit, due partes requirenti dabuntur, tercia judici. §. 12. Item si quis in civitate anno et die sine objectione [18]) resedit, postea ab impulsante se melius potest excusare, quam confundi [19]). §. 13. Item si quis concivis moritur et caret

13) Vielleicht: controversia?

14) *A. Ue.* „werkende in vorrade".

15) *A. Ur* „sunder scherpinghe der wapene".

16) Statt des offenbar falschen „quin" im Abdrucke.

17) Der Freitag nach Christi Himmelfahrtstag (dem heiligen oder schönen Nontage).

18) *A. Ue.* „sunder bysprake."

19) *A. Ur.* „dan dat he dar aff vordrincht werde."

herede, substantiam ejus consules conservabunt, et infra annum et diem legitime [20]) requirenti secundum jus reddetur; si non requiritur, nobis assignabitur. §. 14. Item quisquis civium cum filia vel sorore vel alia tercio gradu sibi juncta virum fornicantem deprehendat, sibi eam desponset, et vir, si noluerit, ei pro infamia [21]) decem marcas dabit. §. 15. Item omnibus advenis et habitatoribus thelonei libertas est concessa. §. 16. Item si civi judex pro vadio gravis [22]) fuerit, duobus nummis [23]) se absolvat; et si civis civem testibus convicerit, vel actor in probatione ceciderit, sex nummos de vadio solvet [24]). §. 17. Item si quis pensionem nostram debito die non solverit, quatuor solidos vadiabit et solvet, nisi gratiam adhibeamus. §. 18. Si judex in curiam pro contumacia [25]) vel domum venerit, de vadio quatuor solidorum duos nummos dabit. §. 19. Item si civis moritur, qui tenetur [26]) in herwede et radhe, cives inter se, si possunt, ordinent, et si volunt, judicem advocent, et aliquid dent, si velint; si extraneus exigat, fidejussores ponat, ne conservator infra diem et annum vexetur, et exigens in gratia judicis manebit. §. 20. Item si conjugatorum alter obierit et superstes velit contrahere, mediam partem pueris assignabit; si non vult contrahere, pueri parentem non impedient. §. 21. Item si pueri parentibus orbati fuerint et cognatis, consules bona reservabunt, donec sibi valeant providere. §. 22. Item si civis bone fame agrum civis sulcaverit vel fruges succiderit, cum eo sine judice, si vult, componat; si suspectus est, judex judicabit. §. 23. Item possumus statuere judicem consilio civitatis. §. 24. Item si aliquis excedit, jure civitatis erimus contenti. §. 25. Item civitas libera est ab advocatie placito, a banno regis, a libera re [27]). §. 26. Item civis non-concivem debitorem occupare potest cum concive, donec copiam judicis habeat. §. 27. Item concedimus, quod que ponderantur (et) mensurantur in funiculis [28]), consules possunt judicare. §. 28. Item non patiemur clericum in synodo celebranda, nisi summum propositum tribus vicibus in anno [29]) certo tempore indicto. §. 29. Item nullus citabitur ab episcopo vel preposito extra civitatem (vel) ab aliquo clerico, quia cuilibet in nostra synodo volumus responderi. §. 30. Item si examinantur denarii [30]), consules intersint cum judice, ne monetariis injusticia contingat. §. 31. Nullus civis concivem accusare debet coram dominis nostre civitatis. §. 32. Item emens domum dabit domino nostro duodecim denarios, ut judex conferat domum ad jus, quod vocatur wicbilede, et emptor post annum et diem melius potest optinere, quam aliquis eum gravare. §. 33. Item qui habet plenam aream, in inventione crucis dabit duodecim nummos et unum de aqua et pascuis, que nostri parentes civitati contulerunt, quod cives melius possunt secundum jus civitatis optineri quam gravari [31]). §. 34. Item civibus nostris licet in gracia deducere legede [et] uneholt [32]) de marka brenken, heddenstorp, heperne, sidinckhofen [33]), wene; similiter et achter ekkern [34]). §. 35. Nullus civis labores alterius acquiret. §. 36. Item si civis in judicio dominorum nostrorum bone fame fruges nescienter deduxerit, cum judice componat et judici quatuor solidos vadiabit secundum jus civitatis. §. 37. Item si noncivis excedit se verberando et potest convinci hospite vel actore tercio [35]), satisfaciat secundum jus civitatis. §. 38. Item januis clausis igne tecto quemcunque hospes deprehendit, potest eum convincere, de quocunque excessu placet, si vult, ceteris vicinis significabit, et si ab hospite occiderit [36]), non tenetur emendare."

Mitgetheilt nach einer Perg.-Copie aus der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts. von *Spancken* a. a. O. Nr. 1 S. 29—33, welcher dann auch die alte deutsche Uebersetzung Nr. 2 S. 34—39 beigefügt hat.

Büren. CLXVI.

(Schweiz, Kt. Bern.)

1288, Jan. Heinrich, Herr von

20) *A. Ue.* „van rechte". [Im Abdrucke: „legitimum".]

21) *A. Ue.* „vor dat gherochte".

22) *A. Ue.* „to swar in eyme pande".

23) *A. Ue.* „pennynghe".

24) *A. Ue.* „so mach de schuldeghe an pande sik losen myt sees pennighen".

25) *A. Ue.* „vmme vorsümynghe des gherichtes".

26) *A. Ue.* „der dar wat schuldich wer".

27) *A. Ue.* „van vrygen Dynghe". Eine seltene Bezeichnung des Frei- oder Femgerichts.

28) *A. Ue.* „in strenghen".

29) Vgl. oben nr. 1 (Note 2).

30) Büren war Münzstätte. S. oben nr. 1 mit *v. Ledebur*'s Archiv IX, 236.

31) *A. Ue.* „vppe dat de borgher best moghen na rechte der stad werden behalden, dan vorzwerd."

32) Liegendes Brennholz. Vgl. G. L. *v. Maurer*'s Markenverfassung (1856) S. 134.

33) *A. Ue.* „Hepen, Sydinghusen".

34) Uebriggebliebene Eckeriche.

35) Die *a. Ue.* hat „vnd mochte werden vorwünnen myt einem werke eder myt dren werkeren"; ihr scheint daher ein anderer Text zu Grunde zu liegen.

36) Wahrscheinlich: occisus fuerit.

Strasberg [Chorherr zu Solothurn und Kirchherr zu Grenchen] bestätiget für sich und seine Erben „burgensibus suis de Burren et eidem ville" die denselben bereits von seinem Vater Berchtold von Neuenburg, Herrn zu Strassberg und Büren, verliehenen, oder vielmehr der Gründungs-Handfeste Herzog Berchtold's IV. von Zähringen für Freiburg im Uechtland (v. 1177) entnommenen Rechte.

Vollständig gedruckt nach einem Perg.-Vidimus v. 11. März 1536 bei K. *Zeerleder*, Urkk. f. d. Gesch. der Stadt Bern Bd. II Nr. 799 S. 323—35. Nur Eingang und Ende geben *Dreyer*, Beyträge S. 66 und *Gaupp*, Stadtrechte Bd. II S. 116.

In deutscher, fast wörtlicher Uebertragung wurde der bürener Rechtsbrief durch Graf Rudolph IV. von Neuenburg-Nydau und Frohburg am 4. Mai 1375 erneuert, was sich noch einmal, nachdem Büren an Bern gekommen war, durch den Schultheissen und Rath letzterer Stadt am 11. März 1586 wiederholte.

CLXVII. Bürgel.

(Grossherzgth. Sachsen-Weimar.)

H. Bas. *v. Gleichenstein*, Burgelinensis Abbatiae Primitiae, Oder Kurtze Historische Beschreibung Der vormahligen berühmten Abtey- und Closter Burgelin, Mit Beyfügung derer benöthigten Documenten, Jena 1729. 8⁰., S. 1—10, 26—29, 34—41, 52—77.

1 **1328**. Landgraf Friedrich der Ernste von Thüringen confirmirt der Stadt Bürgel ihre Privilegien. (R.) *v. Gleichenstein* a. a. O. S. 26 *).

2 **1386**, Jun. 15. „Raczmeister, Ratlute vnd dy gancze Gemeine der stad zcum Burgeln" erklären den Landgrafen Friedrich, Wilhelm und Georg von Thüringen in Bezug auf die dem Abte und Gotteshause zu Bürgel zu leistende „hulde vnd gelobde", dass sie besagtem Abte, „wen her in iren rat bestetiget", nur in solcher Weise und nicht anders „zcu sime rechten" huldigen würden, als wie sie auch ihren Herren, den Markgrafen, und der Stadt „zcu irme rechte" huldigten, d. h. mit Vorbehalt aller den Letzteren zustehenden Gerechtsame. J. Gttl. *Horn's* Lebens-Gesch. Friedrichs des Streitbaren, Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 40 S. 671, 72 [mit Text S. 392].

3 **1431**. Der Abt des Klosters Bürgel, Heinrich von Kauffungen, erhebt bei dem Landgrafen Friedrich (dem Sanftmüthigen) von Thüringen, Herzog in Sachsen, ausführliche Beschwerde gegen Rathsmeister, Rathmannen und Gemeinde der Stadt Bürgel, welche Letzteren die Rechte des Klosters in Ansehung der Lehen und Zinsgüter, der Gerichtsbarkeit [durch eigenmächtige Errichtung von Pranger und Halseisen], des Weinschanks u. s. f. beeinträchtiget und ausserdem noch andere Kränkungen, namentlich durch Gefangennahme des mit Einhebung des Jahrmarktzolles beschäftigten abteilichen Richters, dem Stifte zugefügt hätten, worauf sich auch die Angeschuldigten mit umfassender Gegenrede vernehmen lassen. *v. Gleichenstein* a. a. O. Document. Nr. XXII S. 46—73.

1460, Sept. 8. Herzog Wilhelm zu Sachsen erweist dem Rathe und den Bürgern zu Bürgel die Gnade, „dass sie und alle ihre Einwohner hinfort ewiglich, so sich von Todesfällen begiebet, kein Heergewette oder Gerade aus oder in derselben Stadt Bürgel nicht geben noch nehmen, sondern des übrig vertragen seyn und bleiben sollen, und sich darmit halten in aller Maass, als sich in der Stadt Jena damit gehalten wird." Joh. *Schmidt*, Aeltere und neuere Gesetze, Ordnungen und Circular-Befehle für das Fürstenth. Weimar Bd. VII S. 255 nr. 1. 4

*) Dieses Regest ist nicht ganz unverdächtig. Vgl. *v. Gleichenstein* a. a. O. S. 13.

Bütow. CLXVIII.

(Preussen, Pommern.)

Reinh. *Cramer*, Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow, II Theile [I. Geschichte, II. Urkundenbuch], Königsberg 1858. 8⁰. Hierher gehören bes. Thl. I S. 91—95.

1439, März 21. Der Hochmeister des Deutschordens Paul von Russdorf erneuert auf Ansuchen der Bürger und Einwohner der Stadt Bütow, welchen ihre vom Hochmeister Heinrich Dusmer von Arfberg herrührende ursprüngliche „handfeste vber (de) Ire Stadt Butaw vnd vbir Ire freiheit, die sie daselbist haben [v. 11. Juli 1346], vorsewmnisses vnd wassers halben were vorturben", denselben die in der verloren gegangenen Urkunde enthalten gewesenen Rechte und Freiheiten. 1

Die „Stad czu Butaw" wird darin „den Erbarn mannen hannos beschorn vnd grote Johan czu Colmischem rechte ewiclich czu besitczen vsgegeben", und dabei in Ansehung der städtischen Flurmark, der Gerichtsbarkeit und der daraus erfliessenden Gefälle, der Bestandgelder von den Gewerbebänken, der Hofreichnisse und Freihöfe, des Mühlen- und Wasserbaues, der Geleitgabe und der Zinsfreijahre Nachfolgendes festgesetzt:

„Wir wellen, das dieselbe stad butaw haben sal xxxij huben czu Irer freiheit mit allem nutcze, also als sie der stad von vnsern brudern seyn begrenitczet vnd beweiset, vnd vff der selben freiheit sal die stad geleget werden, vnd das gerichte in der Stad vnd Ir freiheit vorleyen wir den vorgenanten besetczern hannus vnd Johan vnd Iren waren erben vnd nochkomlingen, ane landstrassen gerichte, das wir vnsir herlichkeit czu richten behalden, vnd was do der stat von gerichte gevellet, des sal der dritte pfennig vns vnd vnsern brudern gehoren, vnd der dritte den richtern, vnd der dritte der selben Stad. Ouch wellen wir, das von dem czinsse, der do gefellet in der stad von allen kouffbencken, gewantbencken, brotbenken, fleischbenken, schubenken, kramen vnd bathstoben, einteil vns vnd vnsern brudern, das ander der stad, das dritte den vorgenanten besetczern hannus vnd Johan vnd Iren Erben sal gevallen; was aber buwssen der stad vff der stad freiheit czinsses werden mag, der sal czu der stad nutcz geboren. Is sal ouch eyn itczlich gancz hoff In der stat behalden in die breite vier messrutten vnd sechse in die lenge, vnd der gantcze hoff sal haben eynen gantczen garten, der halbe hoff eynen halben garten. Der pfarrer in der stad sal haben eynen gantczen hoff frey vnd eynen garten. Die vorgenanten besitczer hannus vnd Johan jo der man sal haben eynen gantczen hoff frey vnd eynen garten. So von den andern hofen in der stad sullen die Inwoner jo (von) dem hofe sechs prewsche pfennige vnd von dem halben hofe als vil vns vnd vnsern brudern geben alle Jor uff sente Mertens tag. Ouch behalde wir vns vnd vnsern brudern frey stete molen czubuwen vnd wasser czuleiten, wo is vns gevellet vff der stad freiheit, vnd eynen rosgarten, der do ist begraben. Wir vorleyen ouch den richtern vnd rathluwten in der stad, das sie mogen geben leuten, die broche getan haben, geleite in Irer stad drei tage vff eyne berichtunge mit vnsir bruder rathe. Vnd von sunderlicher gnad geben wir derselben stat freiheit von sente Martens tage, der nest czukunfftig ist, vber newn Jar; wenn die newn Jar vs syn, so sal die stat czinssen von den hofen, als hyvor geschreben stet.“ *Cramer* a. a. O. Thl. II (Abthl. II Lit. B, 1) S. 158—60.

2 **1439**, März 21. Der vorgenannte Hochmeister Paul von Russdorf erneuert ferner auf Bitten der Bürger und sonstigen Bewohner Bütow's, auf Grund „der handfesten buche“ des Ordenspflegers daselbst, eine zweite, ebenfalls „varsewmnisses vnd feuwers halben verwarlosete vnd abehendig brachte“ Dusmer'sche Rechtsurkunde vom 13. Juli 1346, wonach die bereits im vorhergegangenen Privilege erwähnten Locatoren Hannus Beschorn und grote Johan „hundert huben bey der stad freyheit czu Butaw czu besitczen czu **Colmischem rechte**“ unter nachfolgenden Bedingungen erhalten:

„Der hundert huben geben wir czu der wedeme dem pfarrer in der stad czu Butaw sechs huben frey ewiclich gote czu lobe, vnde den vorgenanten besetczern hannus beschorn vnd grote Johan vnd eren wor erben vnd nachkomlingen vierczen huben frey, also bescheidenlich, das sie vnd ere erbe vnd nachkomlinge vns vnd vnsern brudern davon sullen schuldig seyn czuthun eynen platen *) dienst czu reisen, czu landweren, festen czu buwen, brechen oder czu bessern, wo vnd wie dicke sie von vnsern brudern das irheischen werden wider alle vnser vnd vnser lande finde. Wir vorleyen ouch vnd geben den vorgenanten besetczern hannus vnd Johan vnd eren erben vnd nachkomlingen das Scholtisampt vnd das gerichte bynnen den grennitczen der hundert huben, ane landstrassen gerichte, das wir vnser herlichkeit czu richten behalden. Was ouch von der scholtissen gerichte do gefellet, das sal den scholtissen das dritte teil gefallen vnd die andern czweyteil vnsern brudern. So von den andern achczig huben sollen Ire besitczer vns vnd vnsern brudern geben jo von der huben j marc prewscher pfennige alle Jar uff sente Mertens tag. Ouch sullen sie wassir, was bynnen Iren grennitczen der hundert huben, is sey see ader flies, haben frey czu gemeynem nutcze. Von sunderlicher gnad vorlien wir den vorgenanten besitczern hannus vnd Johan vnd eren erben freiheit czufischen czu irem tische in dem See Goris genant mit allem cleinen geczew, ane mit grossem garne vnd hecht angele, damit sie nicht fischen sullen. Wir geben ouch den vorgenanten besitczern hannus vnd Johann vnd Iren erben vnd den andern besitczern der vorgesprachenen huben newn Jar freiheit von sente Mertens tage, der nu nest kompt; wenne die ausseynt, so sullen sie dienen vnd czinsen, als hyvor geschreben stet.“

Schliesslich bemerkt dann noch Paul von Russdorf, dass sein Vorgänger, der Hochmeister Winrich von Kniprode, aus besonderer Gnade den Zins der Bütower um 4 Scot **) für jede Hufe ermässiget habe, so dass derselbe nur noch 8 Scot betrage, was hiemit auch bestätiget werde. *Cramer* a. a. O. (Lit. B, 2) S. 161—63.

---

*) Kriegsdienst mit Harnisch.

**) S. oben S. 123 Note 1.

Eine neue, dann öfter confirmirte Handfeste empfing Bütow erst durch Herzog Bogislaw X. von Pommern im J. 1519. Vgl. *Cramer* a. a. O. (Lit. B, 5 flg.) S. 164 flg.

Bütow, dessen erste Anlage — wenn auch nicht das Werk des Obotriten-Fürsten Buto — jedenfalls bis in das XI. Jhdt. hinaufzurücken ist, erscheint zur Zeit der Besitzergreifung des gleichnamigen Ländchens durch den Deutschorden als ein unansehnlicher Flecken, welcher sich an die von dem Marschalle Henning Beer und seinen Söhnen erbaute Burg anlehnte. Der Erhebung des seit 1335 auch als Pfarrsitz urkundlich bezeichneten Ortes zur Stadt durch die Handfesten v. 1346 [s. nr. 1, 2] ungeachtet gelangte übrigens Bütow niemals zu schirmenden Ringmauern oder anderer Befestigung, da das vom Hochmeister Konrad von Jungingen im J. 1400 zunächst der Stadt angelegte und stark bewehrte Ritterschloss, welches später der Amtssitz des Pflegers wurde, eine eigentliche Schutzbedeutung für die Bürgergemeinde nie gewann.

CLXIX. Bützow.

(Mecklenburg-Schwerin.)

1 **1236**, Jun. 13. Bischof Brunward von Schwerin setzt „die scheide (greintzen) des Butzowischen Stadtfeldes" fest, erweitert dasselbe durch Hinzugabe einiger Grundstücke, und bestimmt in Ansehung der Mühlen, „so vnter der Stadt oder an den wehrder derselben gebawet werden", dass davon „der halbe teil zum bischofflichen Tische, die andere helffte den Butzowern gehören solle". (R.) *Meklenburg. UBuch* Bd. I (1863) Nr. 456 S. 453, 54 *).

2 **1302**, März 10. Bischof Gottfried und das Domcapitel zu Schwerin verlautbaren und bestätigen einen zwischen Ritter Johann von Cernyn und dem Rathe und der Gemeinde „civitatis seu opidi Butsowensis" abgeschlossenen Kaufcontract, betreffend: „villam dictam Cernyn, sitam inter civitatem ipsam et villam Perkove, cum hereditate et redditibus, cum judicio quolibet, tam minimo quam maximo, tam eo quod ad res et ceteras correptiones, quam eo quod ad truncationem membrorum aut necem corporum se extendit, cum omnibus ejusdem ville attinentiis, agris, pratis, pascuis, silvis, palludibus, viis, inviis et generaliter cum omni commodo, usu et fructu, libertate et dominio, sicut predictus Joannes de Cernyn eam noscitur possedisse", machen jedoch mit Zustimmung der Stadt den Vorbehalt, dass ohne des Bischofs und Capitels Einwilligung von obigen Gütern Niemanden „extra communitatem Butsowensem" Etwas verkauft werden dürfe; dass ferner „in terminis ipsorum bonorum nulla in perpetuum munitio construetur"; endlich „quod proscriptus per totam terram Butsowensem in terminis dictorum bonorum similiter sit proscriptus." F. A. *Rudloff*, Cod. dipl. hist. Megapolitan. medii aevi Fasc. I Nr. LXI p. 167—70. (Lat. u. deutsch.)

*) Das lateinische Original ging verloren; nur ein regestartiger deutscher Extract ist auf uns gekommen.

Bukow. CLXX.

(Preussen, Mittelmark.)

1465, Apr. 29. Kurfürst Friedrich zu Brandenburg begnadet auf Bitten Yost's von Segeser (Ziegesar) dessen „stetichen zu bukow" mit Jahr- und Wochenmärkten — „also das der erste Jarmarckt des suntages nach sant walpurgen tage, vnd der ander des sontages vor michaelis darnchst folgende jerlichen, vnd auch der gemeyn wochenmarckt alle wochen vffen donerstag hinfurder ewiglichen sein, bliben vnd gehalten moge werden." [Wörtlich wiederholt durch Kurfürst Johann am 15. Dez. 1489.] *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XX S. 295, 308.

Geschichtliche Notizen über das Städtchen geben *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 371, 72.

Bunzlau. CLXXI.

(Preussen, Schlesien.)

[E. G. *Fechner*,] Die Geschichte der Stadt Bunzlau zur Kenntniss der vergangenen Zeit für Bürger und Landleute *), II Theile. Bunzl. 1787. 8⁰. Vgl. auch S. J. *Ehrhardt's* Neue diplomat. Beyträge zur Niederschles. Geschichte und Rechten (Bresl. 1773. 4⁰.) S. 212—38; *Zimmermann's* Beyträge zur Beschreibung von Schlesien Bd. VI (1786) S. 153—65; J. G. *Bergemann* „Geschichte des Bergbaues um Bunzlau" in v. Ledebur's Archiv Bd. I S. 346—49.

Die wenigen aus dem Hussitenkriege geretteten mittelalterlichen Rechtsurkunden

*) Ihrer nächsten Bestimmung ungeachtet ist die vornehmlich auf den älteren Chroniken Friedrich *Holstein's* [bis 1600] und Christoph *Buchwälder's* [1600 — 1639] beruhende Schrift nicht ohne wissenschaftlichen Werth.

des alten Burggrafensitzes Bunzlau (Boleslavecz) sind bis auf einzelne Bruchstücke noch ungedruckt.

1 **1346**. Herzog Boleslaus von Schlesien-Liegnitz ertheilt sieben Städten, darunter Bunzlau, das Recht, in ihren Gerichtssprengeln gegen Friedensstörer, Räuber, Diebe und Mordbrenner ein peinliches Verfahren zu eröffnen, und sie selbst am Leben zu strafen. (R.) *Tzschoppe* und *Stenzel*, Urkundensammlung S. 220 **).

2 **1361**. Herzog Bolko zu Schweidnitz und Jauer verkauft an die Städte seiner beiden genannten Fürstenthümer, darunter Bunzlau, das Recht, zehn Jahre lang goldene und silberne Münzen zu prägen. (R.) *Fechner* a. a. O. Thl. I S. 25.

3 **1431**. König Sigismund befiehlt den Bunzlauern, welche bis dahin in Breslau zollfrei Handel treiben durften, eine gleiche Befreiung von Waaren-Zöllen auch den breslauer Handelsleuten in Bunzlau einzuräumen. (R.) *Klose*, Von Breslau Bd. II S. 394; *Zimmermann* a. a. O. S. 157.

4 **1438**. König Albert von Böhmen verleiht der Stadt Bunzlau einen freien Salzmarkt, und verfügt, dass „alle Dominia und Gemeinen im Weichbilde ihr benöthigtes Salz von der Stadt kaufen sollten." (R.) *Zimmermann* a. a. O. S. 159.

5 **1445**. König Wladislaus von Böhmen bestätigt und erneuert den Bürgern von Bunzlau auf ihre Bitte, da denselben ihre sämmtlichen Rechtsbriefe und Handfesten während der letzten Kriegs-Ereignisse durch Feuer zerstört worden waren, alle Gerechtigkeiten und Freiheiten, insonderheit a) freie Fischerei sowohl an beiden Ufern des Bobers als auch in den übrigen fliessenden Gewässern eine Meile ober- und eine Meile unterhalb der Stadt; b) freie Jagd in Heiden, Wäldern und Büschen, ebenfalls im Umfange einer Meile rings um die Stadt; c) freien Salzmarkt; d) das Recht der Aburtheilung der in benachbarten fürstlichen und herrschaftlichen Gebieten aufgegriffenen Räuber; e) die zollfreie Ein- und Ausfuhr von Kaufmannsgütern in Breslau; f) freien Handelszug der nach Sachsen, Meissen und Thüringen gehenden bunzlauer Kaufleute über Görlitz, mit Umgehung anderer, im Wege gelegener, sonst vorgeschriebener Zollstätten; g) ausschliessliche Berechtigung der Bürger zum Gewandschnitte, Weinschanke und Fell-Aufkaufe innerhalb des Weichbilds; h) das s. g. Meilenrecht in Bezug auf Brodverkauf und Brauerei; i) freie Verwendung des Lese- und Dürrholzes, sowie im Falle einer Feuersbrunst Bezug des nöthigen Bauholzes aus den königlichen Waldungen; endlich k) die Abhaltung dreier Rüge-Dinge im Jahre von Seite der Schulzen und Schöppen jener zum bunzlauer Weichbilde gehörigen Dörfer, über welche dem königlichen Hofrichter die obere Gerichtsbarkeit zusteht ***). Schliesslich wird allen obrigkeitlichen Personen geistlichen und weltlichen Standes, unter Androhung schwerer Ungnade und einer Strafe von 40 Mark löthigen Goldes für etwaige Uebertretungen, die Weisung ertheilt, die Bunzlauer im Genusse der vorgenannten Freiheiten und Gerechtsame nicht zu irren und zu hindern. (R.) *Zimmermann* a. a. O. S. 159, 60; *Fechner* a. a. O. S. 23, 24.

Das bedeutsamste Privileg Bunzlau's fällt übrigens aus den Grenzen des Mittelalters hinaus; es ist der Freiheitsbrief des Königs Wladislaus v. 1504 über Rathskür, Sieglung mit rothem Wachse und Abhaltung zweier Jahrmärkte. Vgl. *Fechner* a. a. O. S. 81, 82.

Burg. CLXXII.

(Preussen, Provinz Sachsen.)

Martin *Schmidt*, Versuch einer richtigen Historie der Stadt Burg, Magdeb. 1747. 4°. Ueber den Ruland zu Burg s. *Zöpfl*'s Alterth. Bd. III S. 264. flg.

1301, Jul. 18. Erzbischof Burchard II. von Magdeburg gewährt „civibus suis in Borch hanc graciam et libertatem . . ., quod quicunque, sive miles sive femina sive clericus sive famulus, in civitate Borch manere seu mansionem facere voluerit, eo ipso civis ibidem effici et fieri debet et debebit, ita videlicet, quod in eadem civitate sedere et se tenere debet et debebit ad jura predicte civitatis Borch, que siquidem jura Stadrecht vulgariter nuncupantur, volens nichilominus, quod predicta civitas Borch et cives ibidem gaudeant et fruantur illis et eisdem juribus et libertatibus, quibus a prima fundacione ejusdem civitatis iidem cives freti sunt hactenus et gavisi." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. X S. 454. 1

Das Städtchen Burg genoss übrigens seit frühen Zeiten in Magdeburg durch Vergünstigung der dortigen Erzbischöfe bedeutende Handelsgerechtsame. Hierauf beziehen sich die nachfolgenden drei Urkunden:

a) das Privileg EB. Wichmann's v. 1176, worin derselbe bestimmt: „ut in curia, que ecclesie s. Joannis in monte perti- 2

**) Ueber ein hierher bezügliches Städtebündniss v. 1384, woran sich Bunzlau betheiligt hat, s. *das.* S. 243 Note 3.

***) Vgl. *Tzschoppe* und *Stenzel* a. a. O. S. 221.

net et foro civitatis Magdeburgensis commode adjacet, mercatores de burch et reliqui transalbini mercatores et negotiatores, qui venalia in pannis seu in aliis hujusmodi rebus in civitatem afferunt, se recipiant et res suas in domo ipsius curie vendant, congrua edificiorum commoditate eis disposita in eadem curia." *Riedel* a. a. O. S. 447. Auch nebst deutscher Uebersetzung b. *Hoffmann*, Gesch. der Stadt Magdeburg Bd. I S. 507, 8 (mit S. 490).

3 b) Das Privileg EB. Adelbert's II. v. 3. Dez. 1224, worin dieser den Tuchhändlern von Burg den erblichen Besitz des [nach Zerstörung des ursprünglichen Gebäudes durch Brand] auf eigene Kosten neu-errichteten Kaufhauses — „domus prope cimiterium forensis ecclesie sita, que cop hus de Burch in vulgari dicitur" — unter Auflegung der Verbindlichkeit, „quod de quolibet panno, qui in ipsa domo vendetur, dimidium denarium, sicut prius, archiepiscopo et successoribus ejus persolvant", zusichert, zugleich verordnend, „quod nullus in ea cum eisdem burgensibus judicandi aliquam habeat potestatem, preter nuncium archiepiscopi ad hoc specialiter deputatum." *Riedel* a. a. O. S. 448. Auch in *Smalian*'s Gründl. Wiederlegung des von Leipzig angemassten Strassen-Zwangs gegen Magdeburg (1748), Beyl. Nr. XIV S. 55, 56. Vgl. *Hoffmann* a. a. O. S. 173.

4 c) Das Privileg EB. Ruprecht's v. 1262, worin den „burgensibus de Borch" der bis dahin von ihnen zu Magdeburg „tam pro mercibus venditis aliquibus quam pro emtis" entrichtete Zoll — „excepto censu theatri, husmede dicto vulgariter, qui est de panno dimidius denarius unoquoque" — für die Zukunft nachgelassen wird. *Riedel* a. a. O. S. 450. Auch bei *Smalian* a. a. O. Nr. XV S. 57, 58. Vgl. *Hoffmann* a. a. O. S. 184.

CLXXIII. Burg auf Fehmarn.

(Schleswig.)

1 **1443**, Febr. 6. Die Kämmerer und Geschwornen des Landes Fehmarn[1]) vereinbaren mit Bürgermeister und Rath „tho der Borch" auf Grundlage einer von zwölf, zu „fründlichen Degedings-Mannen unde vollenkomenen Schedes-Lüden" erkorenen erbgesessenen Männern abgegebenen Rechtsweisung gewisse Normen, in wieweit in genannter Stadt das Landrecht[2]) und in wieweit das **lübische Recht**, namentlich bezüglich der Erbfolge in „liggende Gründe und stahnde Stöcke", in das „fahrende Guth" und in „dat Harnisch" (Heergeräthe), ferner in Ansehung von Verwundungen und Todtschlägen, endlich in Schuldklagsachen anzuwenden sein solle. [„Articulen und Sacken drepende in dat Lübsche unde ock in dat Landrecht", 11 §§.] *de Westphalen*, Monum. ined. rerum Cimbric. Tom. IV Nr. XXX Dipl. 25 col. 3233—36.

Wann in Burg das lübische Recht eingeführt worden sei, lässt sich mit Bestimmtheit nicht angeben. Doch muss dies jedenfalls im Anfange des XVten, wenn nicht gar schon zu Ende des XIV. Jhdts. geschehen sein, da „de Vehmersche Breff" d. i. ein an den Grafen Heinrich von Holstein gerichtetes Rathsschreiben v. J. 1406 [b. *de Westphalen* l. c. Dipl. 22 col. 3230, 31] bereits die Bitte der Bürger enthält, der Graf möge sie „by deme Lubeschen Rechte lethen und beholden, alzo he ehn beseghelt hebbe", d. h. womit er sie in einem besiegelten Briefe bewidmet habe. *Michelsen*, Oberhof S. 49, 50.

1490, Aug. 19. König Johann von Dänemark, Norwegen und Schweden bestätiget den Bürgern von Burg den Gebrauch des **lübischen Rechts** in einer Reihe näher bezeichneter Fälle, und gestattet ihnen die Befestigung ihrer Stadt mit Wall und Thürmen —: „Int erste schöllen und mögen se dar hebben und holden **Lübisch Rechte** mit allen Freyheiden und Gerechtigkeiten, alse **Lübisch Recht** Gewahnheit is; und in der Stadt schöllen stedes wesen 12 Personen des Rades, sunderheit 2 Bürgermeistere und 10 Rath-Lüde, und de schollen richten ein recht **Lübisch Recht**, so se't höchst und allerbest besinnen können, und wem dat nicht behaget, de mag dat schelden vor dem Rhade tho **Lübeck** und vorwiesen dat Ordel vor 3 Mk. und 4 ssl. Und den Stadt-Voigt schall man setten stedes mit der Herschop und des Rades tho Borg Eindracht und Willen. Sundermehr mag de Rathe tho Borg richten ein **Lübisch Recht**, so ferne ere Wische und Weyde kehren und ehre Havene quit und frey tho beholdende. — — — — — — — — Und effte jemals hernamahls jenigen Mordt edder Doetschlag tho Borg dohn worde, so schall de Doetschläger nimmermehr wedder in de Stadt kamen, idt sy dan, dat wy, unse Erven effte Nakömlinge von Gnade wegen ene sonderige Vorbeede vor ehme dahn werden. Ock ge- 2

1) Das Land Fehmarn befand sich seit 1437 im Pfandbesitze Lübeck's. Vgl. *Dreyer*'s Samml. vermischter Abhdl. II, 1023—30.

2) Das „beschreven Recht des Landes to Vemeren" v. 1326 s. bei *Dreyer* a. a. O. S. 1019—22.

ven und tholaten wy den Börgern tho Borg, dat se ümme langes de Stadt einen Thun macken und also mit Dornen befesten mögen, dat men by Nachtschlapender Tydt in und uth der Stadt nicht kamen konne. Ock were, dat jemand were, de jegen den Rahd wesen wolde und dohn edder macken jenigerley Verbund wedder ehre **Lübsche Rechte**, dar willen wy dem Rade inne byständig wesen und helpen ehme sodahnes afkehren." *de Westphalen* l. c. Dipl. 31 col. 3245—47.

CLXXIV. Burgdorf.

(Schweiz, Kt. Bern.)

1 **1267**, Aug. 23. Graf Hugo von Werdenberg als gesetzlicher Vormund der unmündigen Tochter seines Oheims, Graf Hartmann's des Jüngeren von Kyburg, Anna, erneuert aus freiem Willen „omnia jura, que primus fundator apud Burcdorf instituit, ut et ea jura, que nobilis domina Elyzabet comitissa junior, relicta prefati avunculi, prefatis civibus de Burcdorf contulit", mit Hinzufügung des eidlichen Versprechens, er werde „dictos cives de Burcdorf in prefatis juribus tenere, defendere pro viribus et tueri." J. E. *Kopp*, Urkk. zur Gesch. der eidgenöss. Bünde Bdch. II Nr. 64 S. 130; *Zeerleder*, Urkk. f. d. Gesch. der Stadt Bern Bd. I Nr. 494 S. 647.

Die Urkunde nr. 1 erwähnt zweier vorhergegangener Rechtsbriefe. Von diesen scheint der erstere, die Gründungshandfeste, von Herzog Berchtold V. von Zähringen (1186—1218) herzurühren, welcher den alten, jenseits der Aar an der Emme gelegenen Ort Burgdorf durch Verbindung mit der unterhalb seines Schlosses angebauten Dorfschaft Holzbrunnen erweitert, mit Mauern befestigt und zu einer Stadt erhoben hat, auf dieselbe aber dann die von seinem Vater, Berchtold IV., der neu-angelegten Stadt Freiburg im Uechtland (1179) verliehenen Rechte und Freiheiten übertragen haben mag. Der Inhalt dieses für uns verlornen Privilegs, worin der Bewidmung mit dem freiburger Rechte gewiss ausdrücklich gedacht war, dürfte sich grösstentheils aus der späteren Handfeste v. 1273 [nr. 4] erkennen lassen. — Der zweite Rechtsbrief zeigt uns Burgdorf im Besitze des gräflichen Hauses von Kyburg, an welches die Stadt nach dem Erlöschen des Zähringer Mannsstammes (1218) erbfolgeweise gekommen war, bestand aber wohl nur in einer Confirmation der Berchtoldischen Fundations-Artikel in ähnlicher allgemeiner Fassung, wie sie in den Urkunden nr. 1—3 begegnet.

1270, Apr. 1. Graf Rudolph von Habsburg und Kyburg, Landgraf des Elsasses — „burgenses de Burtorf singulos et universos bona fide promisit et presenti scripto promittit, prestito super hoc juramento corporali, in omni bona consuetudine tenere et firmiter observare, prout privilegia ipsorum super hoc confecta plenius continere videntur." *Kopp* a. a. O. Nr. 66 S. 131. 2

1273, Febr. 24. Derselbe gibt den Bürgern von Burgdorf das neuerliche, gleichfalls durch einen körperlichen Eid bestärkte Versprechen: „quod eorum jura, statuta bonasque consuetudines, et alia omnia, que in privilegio a nobili domina Elizabeth juniore, comitissa de Kiburc, eis dato plenius continentur, firma et rata habebit omni tempore et habere curabit, immo illa omnia defendere eciam et manutenere vult jugiter bona fide; volens quoque unumquemque de civibus dicti loci, sive sit pauper sive dives, in suo jure conservare et tueri fideliter." *Kopp* a. a. O. Nr. 67 S. 131, 32. 3

1273, Sept. 29. Graf Eberhard von Habsburg und dessen Gemahlin Anna, des verlebten Grafen Hartmann des Jüngeren von Kyburg Tochter, ertheilen „dilectis suis burgensibus de Burgdorf et eidem ville de Burgdorf" eine ihre bisherigen „jura statuta" zusammenfassende und bestätigende Handfeste, deren Inhalt zum einen kleineren Theile die gemeindlichen Einrichtungen („scultetus, preco, duodecim jurati, seniores s. consules") und bürgerlichen Gerechtsame betrifft, zum anderen umfassenderen Theile aber sich, im engsten Anschlusse an die **freiburg-üchtländische** Gründungsurkunde, ohne jedoch derselben zu erwähnen, über verschiedene Hauptmomente des Straf- und Privat-, vornehmlich Ehe-, ehelichen Güter- und Erbrechts, ferner des gerichtlichen Verfahrens und der städtischen Polizei, namentlich im Bereiche des gewerblichen Verkehrs, mit grosser Ausführlichkeit verbreitet. Vollständig nach einer Copie des Archivs-Originals gedruckt bei *Zeerleder* a. a. O. Bd. II Nr. 601 S. 106—18; blos Eingang und Schluss gibt *Kopp* a. a. O. Nr. 69 S. 135. 4

1274, Jun. 14. Schultheiss, Rath und Bürger zu Freiburg (im Uechtlande) fertigen dem Schultheissen, dem Rathe und der Gemeinde von Burgdorf auf deren Bitten ein aus „irre steti hantvesti" geschöpftes, d. h. dem Geiste des freiburger Rechts entsprechendes Weisthum über verschiedene zweifelhafte, in der burgdorfer Handfeste unbeantwortet gelassene Rechtsfragen zu, betreffend z. B. die gegenseitigen Erbverhältnisse durch den Vater letztwillig abgetheilter Stiefgeschwister, die Succession des 5

Enkels in „sins enins guoti", die Befugnisse einer Ehefrau, wenn ihr Gatte die ihr zugewandten Güter — „ier eigin an husi aldi andirme guoti dar nach virkoufit aldi virsetzit ani dis wibis willin", die Besserung des Mannes für seine Frau, welche „biutit vnzucht einem burgeri mit wortin aldi mit werkin" etc. *Kopp* a. a. O. Nr. 70 S. 136; *Zeerleder* a. a. O. S. 119.

6 **1316**, März 17. Die gräflichen Brüder von Kyburg, Probst Eberhard zu Amsoltingen und Landgraf Hartmann von Burgund, der Gräfin Anna Enkel, bestätigen „universis et singulis burgensibus suis utriusque oppidi de Burgdorff, videlicet veteris et novi, quod vulgo dicitur Holzbrunno, nunc presentibus et in posterum usque in evum futuris, et eisdem oppidis Burgdorff, veteri et noviter constructo vulgo dicto Holzbrun" die bis auf die Schlussstellen wörtlich in 198 §§. wiederholte Handfeste v. 1273 (nr. 4).

Abdrücke a) in *Dreyer*'s Beyträgen S. 68—94; b) in Gttl. *Walther*'s Gesch. des Bernerischen Stadtrechts Bd. I Beylagen Nr. X S. LXVI—XCV; c) in *Gaupp*'s Stadtrechten Bd. II S. 117—42.

7 **1384**. Graf Berchtold von Kyburg und dessen Neffen, die Grafen Ego und Hartmann, verkaufen der Stadt Bern um 37,800 Goldgulden nebst Thun auch Burg, Feste und Stadt Burgdorf sammt allen Gerichten und der vollen Herrschaft, jedoch mit dem Vorbehalte, dass an den daselbst bestehenden Freiheiten, Rechten und Gewohnheiten Nichts geändert werde. (R.) *Stettler*, Staats- und RGesch. des Kantons Bern S. 30; *Ztschr. f. schweizer. Recht* Bd. VIII S. 113 nr. 4.

8 **1460**, Mai 22. Schultheiss und Rath zu Burgdorf gehen mit der Stadt Bern einen Vertrag ein, wodurch Ersteren die niedere Gerichtsbarkeit in der burgdorfischen Herrschaft Gutenburg mit dem Bemerken zugesichert wird, dass „demnach auch einer Stadt Burgdorf an vorgeschriebenen Enden und Twingen die Appellation um alle handrechtliche Ansprachen, gleich anderen Twingherren, gehöre." (R.) *Stettler* a. a. O. S. 59, 60.

9 **1467**, Dez. 4. Schultheiss und Rath zu Burgdorf beschliessen, wie es in Ansehung der Gerichtsbarkeit, Schuldbetreibung und einiger anderen Punkte künftig zwischen ihnen und den Gerichten des Ehrenlandes Emmenthal gehalten werden solle. (R.) Alleg. *Ztschr.* a. a. O. S. 161, 62.

CLXXIII. Burghausen.

(Bayern.)

J. G. B. *Huber*, Geschichte der Stadt Burghausen in Oberbayern. Aus urkundlichen und andern Quellen bearbeitet, das. 1862. 8⁰., S. 1—158. [Eine tüchtige, durch den auszugsweise dem Texte einverleibten Urkundenschatz höchst werthvolle Arbeit.] Vgl. auch J. N. *Buchinger*'s „Notizen über die Stadt Burghausen von 1326 bis 1650" im Oberbayer. Archive Bd. II S. 414—24; Pl. *Stumpf*'s Bayern S. 103, 4; L. *Rockinger* in der Bavaria Bd. I S. 838—42.

1306. Herzog Stephan I. von Niederbayern überlässt dem Otto Granns[1]) die Gerichte in der Stadt Burghausen, demselben anheimgebend, ob und welchem seiner Söhne er sie zuwenden wolle. (R.) *Huber* a. a. O. S. 32. 1

1307, März 21. Der Rath der Stadt Burghausen gibt derselben eine **Criminal- und Polizeiordnung** — „hie sint geschriben sogetanev recht vnd saetze von der ler vnd von der raete der pesten burger von der stat ze Burchausen, vn wellent si also staet behalten" — in vierzehn Artikeln nachfolgenden, grösstentheils schon aus den Ueberschriften ersichtlichen Inhalts: 2

„I. Des ersten setzent sie vmb vntzucht, wie man den puzzen schule, der ein vntzucht tut. [Handelt von Verwundung, Tödtung, Maulschlag und Heimsuchung, Messer- und Schwertzücken, verbotenen Worten und Diebstahl, dabei im Allgemeinen bestimmend: „swelch chint hinder zwelif jaren ist, dez vntzucht schol niemand richten won vater vnd mueter."] II. Dar nach setzent si von nachtetzen[2]), vn swer dem andern seinen diener entwirist[3]). [Verbietet zuvörderst auch das Borgen der Leitgeben, welche „dehaines burgers chinde noch von dehainem seinem anwalt[4]) nicht mer phantes weren scholen, wen als er oberhalb der gürtel ist enphangen".] III. Darnach setzent si vmb die pechen. IV. Dar nach setzent si vmb die fragener. [Spricht im Eingange von den „ab dem graben oder ab der purchmawer oder ab den zewn" begangenen Vergehen, und am Schlusse vom Getreidehandel.] V. Dar nach vmb di aufleger[5]) vnd vmb die saltzheren. VI. Dar nach vmb die fleischacher. VII. Dar nach vmb die leitgeben. VIII. Dar

1) Ueber das Geschlecht der Grannse vgl. W. *Hund*'s Bayrisch Stammen Buch (1585) Thl. I S. 208 flg.

2) Nächtliches Abweiden von Grundstücken [*Schmeller*'s Bayer. Wörterbuch I, 133]. *Huber* las „slachtetzen."

3) Vor Ablauf der Dienstzeit („eer seiner zeit") wegdingen.

4) Bevollmächtigter.

5) Güterschaffner, welche für die Auf- und Abladung der Waaren sorgen. *Schmeller* a. a. O. II, 450.

nach vmb vnrede[6]) vn vmb haimlich chäuffe, vn waz der richter nemen schul vmb vliezzet wunden. [Handelt auch von der Competenz bei Unzuchtsklagen und der Bestrafung von „vntzuchten gein den xii" d. i. wider den Rath.] IX. Dar nach von den wolleslahern vn von dem graben[7]) tuech. X. Darnach vmb notwer, vn swer gevlohen chumt, vn ob der richter wider die burger wär, vn vmb gelait. [„§. 1. Swelich man oder weip sich wert notwer seins leibes, vnd daz bringen mag, als recht ist, der schol sein nicht engelten. §. 2. Swelich man einen andern man vindet bei seinem weip vnd begreifet, swaz er dem manne oder der frawn tuet, des schol er nicht engelten. §. 3. Swelch man gevlohen chumt in ein burgers haus, da schol der richter noch sein chnecht nicht fürbaz chomen, won für das haus, vnd schol den wirt vadern, ob er daz recht welle tuen von dem flüchtigen manne; wil aber der wirt daz recht nicht tuen von im, so schol in der richter auz dem haus nemen; mag in aber der wirt vorbringen an sein geworheit[8]), des schol er nicht entgelten gein dem richter. §. 4. Ob der richter den xii burgern[9]) wider ist irs gebotes vnd ir geschaeftes, daz schulen si bereden mit dem richter; hilft daz nicht, so (schulen si)sten vntz an den vitztum[10]), von dem vitztum[10]) an den hertzogen. §. 5. Swer versitzet[11]) daz fürgebot, der ist schuldich dem richter xii den., vnd nach dem phant xii, vnd swer vergwizzet[12]) vmb gült, xii. §. 6. Jz schol auch dehain richter nicht gelaitz geben vmb gült oder vmb anders nicht, won mit der burger vrlaub oder mit des gescholen[13]) vrlaub. §. 7. Jz ist auch verboten auf truchem land alle plätze[14]); swer daz pricht, der ist schuldich dem richter xxx, der stat xxx, dem scherigen[15]) ii. §. 8. Swelch haus stat in der rinchmawr mit vnvertigen fräwelein, wellent si sich nicht bezzern nach des pharrers rat oder nach der xii rat, so schol iz dew gemain zestören."] XI. Dar nach vmb fewer vnd vmb brant. XII. Dar nach vmb vnchauf[16]) vn vmb phantung. [Nimmt auf einen älteren, verloren gegangenen „hertzogen brief" über das Selbstpfändungsrecht der Bürger wider ihre „auf dem gaew gesezzene gelter" Bezug, und setzt auch die zu vertrinkende Busse der bei Aufgeboten „durch der stat not" nicht Erscheinenden fest.] XIII. Dar nach swer dem andern icht schadens tuet in gärten vnd in wisen vn an aigen. XIV. Hie ist daz ende. [Handelt noch von der Strafe der Beulenschläge und den Pflichten des Wirths gegen seinen Gast, worauf zum Schlusse die Zeitangabe folgt: „Daz di Saetze geschehen vnd geschriben sint ze Burchausen, des ist, da von Christes geburt waren tausent jar, drew hundert jar, dar nach in den sibenten jar, an sant Benedicten tag."]

Nach dem Originale (im Besitze des oberbayerischen histor. Vereins) gedruckt b. *Huber* a. a. O. S. 141—47.

1309, Apr. 11. Die Herzoge Otto III. (König von Ungarn) und Stephan I. von Niederbayern verbieten dem Kloster Raitenhaslach auf erhobene Beschwerde der Bürger Burghausen's, welche ihnen in den letzten Tagen der Noth so wesentliche Dienste geleistet, für alle Zukunft den Betrieb von Wein- und anderem Handel, da hiedurch den genannten Bürgern erheblicher Schaden zugehe. (R.) *Huber* a. a. O. S. 33. 3

1309, Apr. 11. Dieselben untersagen desgleichen ihrem „mutario in Purchusa", über welchen sich die Bürger daselbst ebenfalls beschwert hatten, „quod propinationes exerceat et jam diu extra ducum scitum exercuerit juxta consuetudinem mercatorum", die fernere Ausübung des angemassten Schenkrechts. J. N. G. *v. Krenner's* Anleitung zu dem näheren Kenntnisse der baierischen Landtage des MAlters (1804) S. 3. [Extr.] 4

1320, Nov. 25. Die niederbayerischen Herzoge Heinrich XIV., Otto IV. und Heinrich XV. begnaden ihre Bürger zu Burghausen um ihrer „getreuen, willigen vnd beraiten dienst" willen dahin, dass „wer ir richter ze purhausen iezo ist oder fürpas würt, mit khainenn vnzeitlichen wandeln sie nicht sol beschweren." *Huber* a. a. O. S. 35. (Extr.) 5

1321, Apr. 30. Herzog Heinrich XIV. gibt den Bürgern zu Burghausen das urkundliche Versprechen, er werde „nieman in der stat ze Purchausen freyen noch freibrief gebn vmb gelt, on den rat ze fragen, ob dem- 6

6) Schlimme oder Schmährede.
7) Grau.
8) Gewahrsam, sicherer Aufenthalt. *Schmeller* a. a. O. IV, 126.
9) D. i. dem Rathe.
10) Ueber diesen landesfürstlichen Beamten s. *Huber* a. a. O. S. 137.
11) Nicht befolgen.
12) Caution leisten.
13) Gläubiger.
14) Die Stelle scheint verderbt zu sein. Es ist hier offenbar an das Verbot von Trink- und Spielplätzen zu denken, welches z. B. auch im münchner Stadtrechte v. 1346 Art. 342 (*Auer* S. 133) sich findet: „Man verpeut all trunchen plaetz mit spil."
15) Gerichtsbote.

16) Verkauf unter dem Marktwerthe.

selben der freyung not sei oder nicht." *Huber* a. a. O. S. 36. (Extr.)

7 **1322**, März 7. Die oben (nr. 5) bezeichneten drei herzoglichen Brüder von Niederbayern verleihen ihrer Stadt Burghausen, unter Bestätigung aller früheren Privilegien derselben, die sämmtlichen Rechte und Freiheiten, welche die Stadt **Landshut** geniesst. (R.) *Huber* a. a. O.

8 **1332**, März 27. Der Rath der Stadt Burghausen gewährt dem [durch Friedrich Mautner von Katzenberg[17]) gestifteten] Vorstadt-Spitale für ewige Zeiten Befreiung von allen städtischen Steuern. (R.) *Huber* a. a. O. S. 41.

9 **1322**, Mai 21. Herzog Otto IV. (an welchen durch die regensburger Theilung vom 23. Aug. 1331[18]) Burghausen gekommen war) bestätiget dieser seiner Residenzstadt alle ihre bisherigen Privilegien, Rechte und Freiheiten. (R.) *Huber* a. a. O. S. 40.

10 **1333**, Apr. 28. Kaiser Ludwig IV. bestimmt (Namens seines Vetters, Herzog Otto's IV.), dass alles von Hallein kommende Salz bis Burghausen[19]) nur zu Wasser (auf der Salzach), und erst von hieraus auf der Achse weiter in das Land befördert werden dürfe. (R.) *Huber* a. a. O. S. 43.

11 **1335**, Apr. 6. Herzog Heinrich XIV. (der Aeltere) von Niederbayern verleiht, beziehungsweise erneuert seiner Stadt Burghausen verschiedene, die Unterhaltung und Besorgung der Thürme und Thore, die bürgerlichen Testamente, die Geleitgabe um Gelds willen, die Heranziehung der blosen Beisassen zu den gemeindlichen Lasten, die Mauth- und Brückengeld-Freiheiten der Bürger zu Oetting und Hohenwart, endlich die Pfändung zahlsäumiger Schuldner betreffende Begnadungen, und fügt noch eine allgemeine Bestätigung der sonstigen städtischen Rechte und Privilegien hinzu. (R.) *Huber* a. a. O. S. 44, 45.

12 **1339**, Sept. 24. Die Herzogin Margaretha (Heinrich's XIV. Wittwe)[20]) confirmirt auch ihrerseits alle bisherigen Privilegien Burghausen's, insbesondere das Recht der Stadt hervorhebend, dass daselbst nur ein Landeingeborener das Amt eines Pflegers bekleiden solle. (R.) *Huber* a. a. O. S. 46.

13 **1341**, Jan. 6. Dieselbe erlässt ferner den Bürgern von Burghausen für alle stadt- und privateigenen Güter bei der schärdinger Mauthstätte die Hälfte des Zolles. (R.) *Huber* a. a. O.

14 **1341**, Jan. 6. Dieselbe befreit in gleicher Weise die Bürger Burghausen's bei der in ihrer Stadt selbst befindlichen Mauth für Alles, was ihnen gehört, es mag Kaufmannschaft, Arbeit, Salz, Wein, Getreide oder was sonst immer sein, vom halben Mauthgelde. (R.) *Huber* a. a. O. S. 46, 47.

15 **1341**, Apr. 17[21]). Kaiser Ludwig IV. (welcher, nachdem Heinrich's XIV. Sohn, Johann, unbeerbt gestorben war, mit Oberbayern die niederbayerischen Lande wieder vereinigte) bestätigt der Stadt Burghausen alle ihre Rechte und Freiheiten, namentlich jene, welche sich auf Mauth und Steuern beziehen. (R.) *Huber* a. a. O. S. 47.

16 **1343**, März 25. Derselbe thut den Bürgern zu Burghausen die Gnade, dass Alle, die aus dem weilharter (wildhuter) Gerichte[22]) um Erbe und um Eigen zu klagen haben, das Gericht „auf der wies bei Purkhusen" zu suchen haben sollen. (R.) *Huber* a. a. O. S. 48.

17 **1343**, März 25. Derselbe verordnet zu Gunsten der Bürger von Burghausen, dass alle beladenen und unbeladenen Wagen und Karren, welche von Oetting, Hohenwart und Stammham nach Reichenhall („Hall") oder nach anderen Orten fahren, Burghausen passieren müssen. *Huber* a. a. O. S. 48. (Extr.)

18 **1345**, Mai 9. Derselbe erklärt, dass die (ausserordentliche) Hülfe und Steuer, worüber sich soeben sein Vizthum mit der Bürgerschaft von Burghausen in Unterhandlung befinde, Letzterer an ihren verbrieften Gerechtsamen keinen Abbruch thun solle. (R.) *Huber* a. a. O. S. 49.

19 **1345**, Jun. 1. Derselbe bewilliget seiner Stadt Burghausen den St. Galli-Jahrmarkt und rüstet denselben mit allen jenen Freiheiten, Rechten, Sicherheiten und sonstigen „stukhen" aus, „als der jarmarckht stet, den sy auf Sannt Jacobs tag jerlichen von sinen vorvaren seligen her gehabt", da-

17) Ueber diesen „berühmtesten Bürger der Stadt" vgl. *Huber* a. a. O. S. 38 flg.

18) L. *Rockinger's* Einleitung in die altbaier landständischen Freibriefe (1853) §. 20 S. 62.

19) In Burghausen finden wir schon im XIII. Jhdt eine „depositio salium", welche zu den Streitpunkten zwischen den Herzogen und Erzbischöfen von Salzburg gehört zu haben scheint. Urk. v. 1275 (§. 9) in *Wittmann's* Monum Wittelsbac. Abthl. I Nr. 117 S. 286

20) Dieselbe hatte auf „Burchausen, burg vnd stat mit gantzer maut vnd mit dem vngelt daselben, die stiwer vnd daz gericht" einen Theil ihrer „widerlegunge vnd morgengab" angewiesen erhalten. Urk. v. 21. Mai 1344 b. *Wittmann* a. a. O Abthl. II Nr. 311 S. 380.

21) A. *Buchner*, Gesch. von Bayern V, 501 und *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 135 nr. 2144 datiren die Urkunde vom 27. Februar.

22) Weilhart heisst der auf der rechten Innseite gegenüber Burghausen bis Braunau sich hinziehende Landstrich.

bei besonders Allen, welche zu diesem Markte reiten, fahren oder gehen würden, für die acht vorhergehenden und acht nachfolgenden Tage sicheres Geleit verheissend. *Huber* a. a. O. S. 49. (Extr.)

20 **1346**, Apr. 25. (?) Derselbe erneuert das Gebot [nr. 10], dass alles aus dem Salzburgischen nach Bayern gehende Salz zu Schiff über Burghausen eingeführt werden müsse. (R.) *Huber* a. a. O. S. 50.

21 **1349**, Jul. 22. Die kaiserliche Wittwe Margaretha erfreut die Stadt Burghausen mit einer General-Confirmation ihrer Freiheiten und Handfesten. (R.) *Huber* a. a. O. S. 51.

22 **1353**, März 29. Dieselbe weist wegen schweren Brandunglücks, das ihre Stadt Burghausen betroffen hatte, dem Rathe allda eine Brandsteuer zu 100 Pfund salzburgischer Pfennige an. (R.) *Huber* a. a. O. S. 51.

23 **1355**, Mai 6. Dieselbe eignet den Bürgern von Burghausen „durch besondere gunst vnd lieb" zu denselben aus ihrem (der Kaiserin) Antheile an der burghausener Mauth zu dem Zwecke, „daz sie die stat mit turn und mit andern pauen vnd auch die prugg daselbst desto bezzer befrieden vnd bewaren sollen vnd mögen", 100 Pfund passauer Pfennige zu. *Huber* a. a. O. S. 52. (Extr.)

24 **1356**, Jul. 19. Herzog Stephan I. von Bayern-Landshut[23]) ertheilt seiner Stadt Burghausen eine Generalbestätigung aller ihrer Rechte und Freiheiten. (R.) *Huber* a. a. O. S. 52.

25 **1376**, Apr. 19. Desgleichen Kurfürst Otto, Stephan's I. Bruder, nebst dessen drei Söhnen, den Herzogen Stephan II., Johann und Friedrich. (R.) *Huber* a. a. O. S. 55.

26 **1376**, Aug. 8. Desgleichen Kurfürst Otto für sich allein, nachdem ihm wahrscheinlich erst nachträglich von den Bürgern Burghausen's gehuldiget worden war. (R.) *Huber* a. a. O. S. 56.

27 **1387**, Jun. 7. Herzog Friedrich von Bayern-Landshut gibt dem burghausener Stadtrathe das widerrufliche Recht, wider die Bürger mit Besserung und Strafe zu verfahren, jedoch so, dass die anfallenden Bussegelder lediglich zum Baue, d. i. zum Unterhalte der Befestigungswerke, der Stadt verwendet werden dürfen. (R.) *Huber* a. a. O. S. 57.

28 **1387**, Jun. 24. Derselbe (zugleich in seiner Brüder Namen handelnd) erlässt für die nächstfolgenden acht Jahre der Stadt Burghausen, bis auf einen kleinen nicht mehr verfügbaren Theil, die Jahressteuer, ebenfalls zu dem ausdrücklich bezeichneten Zwecke, damit hievon die Mauern „von der wur bis an den weyssen turn" in Stand gesetzt werden mögen. (R.) *Huber* a. a. O. S. 57, 58.

1388, Apr. 11. Derselbe verzichtet ferner für sich und seine Brüder auf die bis 29
dahin von den Bürgern zu Burghausen noch entrichtete halbe Mauth, indem er diese Beträge gleichfalls zur Befriedigung baulicher Bedürfnisse, namentlich zur Herstellung der Brücken, Wege, Thore etc., bestimmt wissen will. (R.) *Huber* a. a. O. S. 59.

1391, Apr. 24. Derselbe entbindet seine 30
Stadt Burghausen vom Wein-Ungelde, mit dem Versprechen, sie gleich der Stadt Landshut nie mehr mit einem solchen beschweren zu wollen. (R.) *Huber* a. a. O.

1392, Dez. 13. Derselbe bestätiget — 31
nachdem er in der Theilung vom 25. Nov. dess. Js. „das land zu nidern Bairn" ungeschmälert auf seinen Antheil erhalten hatte[24]) und somit alleiniger Herr von Burghausen geworden war — der genannten Stadt ihre sämmtlichen Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten, ihr noch insbesondere die Befugniss, böse Schuldner im ganzen Lande, wo sie gerade getroffen werden, pfänden zu dürfen, in demselben Masse, wie solche die Bürger von Landshut geniessen, zugestehend, beziehungsweise erneuernd. (R.) *Huber* a. a. O. S. 60.

1402, Febr. 12. Herzog Heinrich der 32
Reiche von Bayern-Landshut confirmirt den Bürgern von Burghausen alle ihre Gerechtigkeiten und Freiheiten. (R.) *Huber* a. a. O. S. 66.

1404, Jun. 20. Derselbe dehnt die Ge- 33
richtsbarkeit des Stadtrichters zu Burghausen, und somit den Burgfrieden der Stadt, auch über die ausserhalb der Mauern „von dem Chrawselsperg auf dem Lintach unterhalben des Rains bis an den höhenperg und an das Atal" gelegenen, bis dahin unter Oettingischer Jurisdiction befindlich gewesenen Bürger-Güter aus; doch soll die Zuständigkeit des burghausener Gerichts über dieselben erst nach dem Ableben der Herzogin Wittwe Magdalena (der Mutter Heinrich's[25]) beginnen. (R.) *Huber* a. a. O. S. 67.

1441, Jun. 20. Derselbe lässt den Bür- 34
gern von Burghausen die in den drei nächst-

23) Er hatte Burghausen „burg vnd stat mit der mautt vnd wass dartzu gehört" in Folge der nach der Haupttheilung vom J. 1349 vorgenommenen Untertheilung v. 1353 erhalten. Vgl. *Rockinger's* all. Einleit. §. 24 S. 72—75, bes. 74 Z. 22, 23.

24) Vgl. die Urk. in *Rockinger's* all. Einleit. §. 25 S. 75 — 81 und dazu *Buchner's* Gesch. VI, 141 flg.

25) Diese starb schon am 17. Jul. 1404.

folgenden Jahren fällig werdenden Stadt-, wie Landsteuern, und zwar die ersteren aus dem besonderen Motive nach, weil ihm die Bürger zur Erlangung der päbstlichen Bulle, welche ihm und seinen Nachkommen die Verleihung der Kirchenpfründen zu Mehring und Burghausen gestattet, behülflich gewesen seien. (R.) *Huber* a. a. O. S. 82.

35 **1450**, Oct. 4. Herzog Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut bestätiget den Burghausern, „weil sie zu allen zeiten an dem haus von Bayrn jrer rechten Herrschaft wol vnd recht getan als frum piederleut", deren gesammte Freiheiten, darunter besonders den jährlichen Bezug von 20 Pfund Heller aus dem herzoglichen Kasten Weilhart und das zu ihren Gunsten erlassene Verbot des Weinverkaufs von Seite des Klosters Raitenhaslach. (R.) *Huber* a. a. O. S. 91.

36 **1453**, Jul. 30. Kammerer und Rath der Stadt Burghausen versehen die Kürschner daselbst auf ihr Ansuchen, um den Gebrechen des Gewerbes zu steuern, mit einer Zech- und Handwerks-Ordnung, darin z. B. die Vorbedingungen zur Erlangung des Meisterrechtes, die Vorrechte der Söhne und Töchter von Meistern, die Unzulässigkeit der Lichtarbeit an gewissen Festvorabenden u. s. w. festsetzend. (R.) *Huber* a. a. O. S. 92, 93.

37 **1460**, März 16. Herzog Ludwig gewährt der Stadt Burghausen, in Erfüllung der an ihn gebrachten Bitte von Kammerer, Rath und Bürgerschaft, einen weiteren Jahrmarkt, welcher am St. Philippstage abgehalten werden soll. (R.) *Huber* a. a. O. S. 95.

38 **1467**, Jul. 19. Die „Schützenmeister vnd all Schiessgesellen gemainiklich der State vnd Slosse zw Burkhawsen" beurkunden „mit gunst willn vnd wissen" des Kammerers und Rathes daselbst, sowie unter der Stadt gemeinem Insiegel ihre „alten rechte vnd gewonhaite" in 15 Artikeln — gedruckt b. *Huber* a. a. O. S. 99—102.

39 **1469**, Apr. 24. Herzog Ludwig verbietet „denen von Burghausen jede Beachtung der westfälischen Gerichte." (R.) *Huber* a. a. O. S. 103.

40 **1470**, Nov. 9. Herzog Ludwig's fünfzehnjähriger Sohn Georg, dem als künftigem Thronerben schon bei des Vaters Lebzeiten gehuldiget wird, bestätigt aus diesem Anlasse der Stadt Burghausen alle Rechte, Herkommen, Privilegien und guten Gewohnheiten. (R.) *Huber* a. a. O. S. 103.

41 **1478**, Jun. 15. Kammerer und Räthe der Stadt Burghausen erlassen auf Ansuchen der Bäcker, welche sich über verschiedene Missstände in ihrem Handwerke, „damit sy erarmet", beschwert hatten, eine neue Bäckerordnung, welche sich hauptsächlich über die Gebühren bei dem Eintritte in die Zeche, über die Lehrlinge und deren Lernzeit, sowie über den Brod-, Mehl- und Grieshandel auswärtiger, z. B. passauer und schärdinger Fuhrleute und Bäcker verbreitet. Inhaltsangabe b. *Huber* a. a. O. S. 107, 8.

1480, Apr. Dieselben geben auch den Webern zu Burghausen auf deren Andringen — „damit sie der Stadt vnd ihres Handtwercks Ehre vnd Nutz betrachten mögen" — eine umfassende Zunftordnung, worin insonderheit verordnet ist, „dass sowohl der Verkauf der Waaren, als auch der Fürkauf des benöthigten Stoffes von den Kaufleuten gemeinsam vom ganzen Handwerk besorgt werden müsse", und „nur wer seine Tücher nach Oesterreich, Venedig, Welschland und an die Etsch selber verführen wolle, es thun möge." Inhaltsangabe b. *Huber* a. a. O. S. 109, 10. 42

1481, Jul. 17. Dieselben setzen ferner auch für die Schuhmacher in Burghausen nach deren Verlangen eine namentlich das Meisterstück und die Eintrittsreichnisse betreffende Handwerksordnung fest, durch welche jedoch einem (nicht näher bekannten) „Briefe" Herzog Heinrich's, also einem früheren Zunftprivileg, kein Abbruch geschehen soll. Inhaltsangabe b. *Huber* a. a. O. S. 112. 43

1483, Jul. 5. Bürgermeister[26]) und Räthe der Stadt Burghausen erlauben den Zimmerleuten allda, eine Zeche und Bruderschaft in ihrem Handwerke aufzurichten, und schreiben derselben zugleich die bezüglich der Aufnahme in die Zunft, der Gastarbeit fremder Gesellen und Meister, der Haftung des Gewerbsherrn für schlechte Leistungen der einem Rathe oder Bürger geliehenen Gehülfen, der Grabgeleitung verstorbener Brüder etc. zu beobachtenden Satzungen vor. Inhaltsangabe b. *Huber* a. a. O. S. 113. 44

1488, Dez. 13. Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut erklärt, dass, nachdem ihm „auf sein fleissiges Ersuchen" die Bürger zu Burghausen eine Umlage auf Wein, Meth und Bier, und zwar „von einem jeden landshuter Eimer vier landshuter Mass" bewilligt hätten, ein Drittel dieses Umgelds die Gemeinde selbst zu ihrer Stadt Nothdurft behalten dürfe, und dass überhaupt jene Umlage ihren Freiheiten und ihrem alten Herkommen unnachtheilig sein solle. *Huber* a. a. O. S. 116. (Extr.) 45

1494, Febr. 3. Der herzogliche Hofmeister Hanns Ebran zu Wildenberg gibt 46

---

26) Desselben wird hier zum ersten Male gedacht.

aus Auftrag des Herzogs den beiden Wächtern am St. Georgsthore zu Burghausen eine vorzüglich auch ihr Verhalten bei Feuersbrünsten und Aufläufen in der Stadt regelnde Dienst-Instruction. Inhaltsübersicht b. *Huber* a. a. O. S. 120, 21.

CLXXIV. Buttelstedt.

(Grossherzgth. Sachsen-Weimar.)

Eine Sammlung der Freiheitsbriefe und Statute Buttelstedt's aus dem XIV – XVII. Jhdt., wie sie insgesammt durch Herzog Ernst August von Sachsen am 27. Sept. 1736 erneuert und confirmirt worden sind, findet sich (leider! in modernisirter Form und nicht völlig correct) abgedruckt in Joh. *Schmidt's* Aelteren und neueren Gesetzen, Ordnungen und Circular-Befehlen für das Fürstenthum Weimar Bd. VII (1803) „Statuten der Stadt Buttelstedt" S. 295—340. Vgl. dazu J. Ehrenfr. *Böhme*, Ueber die Buttelstädt'schen Statuten, Leipz. 1775. 4°., Th. F. *Sachse*, Hdb. des Grosshzgl.-Sächs. Privatrechts (1824) §. 46 S. 48, A. H. *Völker*, Hdb. des Grosshzgl. Sächs. Privatrechts (1855), Einleit. §. 9 S. XXII.

1 **1334**, Oct. 4. Landgraf Friedrich zu Thüringen, Markgraf zu Meissen und im Osterlande, Herr an der Pleiss, gibt den Bürgern seiner Stadt Buttelstedt [1]) die Freiheit: „daz gemeinigklich alle diejenigen vnd iglicher besunder, vzwendig vnser stat Buttelstedt, die vnder vns in vnsen steten vnd gerichten sint gesessen, kremerie vnd koufmannschaft oder ander verkouflich ding, da mit sie den marckt daselbest zu Buttelstedt suchen, arbeiten vnd vben, gabe, bete, pflicht, dienst vnd aller beschwerden ganz fry, vertragen vnd vberhaben sullen sin", zugleich alle Amtleute vnd Vögte anweisend, die genannten Bürger „by den vorliehen vnd gegeben friheite vnd begnadunge" bleiben zu lassen. *Schmidt* a. a. O. S. 295, 96.

2 **1431**, Nov. 1. Landgraf Ludwig der Aeltere zu Hessen, welchem Rathsmeister, Rath und Bürger der Stadt Buttelstedt auf Geheiss ihrer Fürsten „eine rechte Erbhuldigung gethan haben" [2]), verspricht den genannten Bürgen auf den Fall, dass sie an ihn oder seine Erben kommen würden, dieselben „bei allen ihren Rechten, Ehren, Würden und allen guten Gewohnheiten und Herkommen" belassen, die an die Stadt von ihren Herren zu Sachsen, Thüringen und Meissen verschriebenen oder etwa noch zu verschreibenden Renten „unverrückt halten", sowie Erstere und ihre Bürger von jeder durch Letztere bereits bewirkten oder künftig zu bewirkenden Schuld-Verpfändung „gütlich entnehmen und entledigen" zu wollen. *Schmidt* a. a. O. S. 296, 97.

1454, Jul. 3. (?) Herzog Wilhelm zu Sachsen verleiht „der ganzen Gemeine" zu 3
Buttelstedt Stadtrecht und Bürgerrecht — „dass fürbass und zu ewigen Zeiten sie sich des Stadtrechts und Bürgerrechts zu freuen und zu gebrauchen, mit allen Ehren, Würden, Freyheiten, Rechten, Herkommen und Gewohnheiten, nichts ausgenommen, sondern in allermassen, als die vormals von unsern Eltern, Vettern und Vorfahren unsers Fürstenthums Thüringen sel. Gedächtnuss den unsern von Weissensee [3]) gegeben, sie damit begnadet, befreyet, bestätiget, und dieselben Begnadung und Freyung bey uns bis auf diese Stunde und Zeit hergebracht und bestätiget sind, also dass die obberührten von Buttelstedt sich solcher Begnadung, Freyung, Stadtrechts und Bürgerrechts von denen von Weissensee aufgericht halten, sich auch des, als so oft ihnen das noth ist oder würdet, an denselben von Weissensee, als sichs gebühret, erholen sollen und mögen" [4]) — und bestimmt noch ausserdem in Ansehung der neu einzuführenden städtischen Verfassung: „So wollen wir auch den genannten von Buttelstedt hinfort alle Jahr einen neuen Rath, den sie auf ihre Eyde jedes Jahr kiesen und uns verzeichnet senden werden, als andern unsern Städten, in unserm offenen Brief bestätigen, doch in solcher Zahl, mit Nahmen zweene Rathsmeister, zweene Cämmerer und zweene Marktmeister." *Schmidt* a. a. O. S. 297, 98.

1482, Dez. 20. Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht, Gebrüder, zu Sachsen 4
erneuern und bestätigen „den Rathsmeistern und Räthen, auch ganzer Gemein ihrer Stadt Buttelstedt", nach empfangener Erbhuldigung, auf deren Anrufen und Bitten „alle ihre Privilegien und Verschreibung . . . . über ihr Stadtrecht, Jahrmarkt und Wochenmarkt, dazu alle ihre Freiheiten, Gerechtigkeit, Statuten, Gesetze, Gewohnheiten und

1) Zu Buttelstädt war im Mittelalter einer der vier Dingstühle Thüringen's, welcher die Grafschaft Kevernburg und den Synodalbezirk Erfurt umfasste. Vgl. *Schultes*, Director. diplomat. II, 113 Not. *); *Völker* a. a. O. §. 6 S. XII.

2) In Folge der bekannten sächsisch-hessischen Erbverbrüderung v. 1373. Vgl. *Eichhorn*, Dtsch. Staats- u. RGesch. III, 145 (Note).

3) S. unten den Art. „Weissensee".

4) Weissensee'sche „Sprüche" erbrechtlichen Inhalts für Buttelstedt, vermuthlich a. d. XVI. Jhdt., s. bei *Schmidt* a. a. O. S. 338—40.

Herkommen", mit dem Versprechen, sie hierin „getreulich handhaben, schützen und vertheidigen zu wollen." *Schmidt* a. a. O. S. 298, 99.

5 **1489**, Febr. Kurfürst Friedrich und Herzog Johann, Gebrüder, zu Sachsen, confirmiren desgleichen der Stadt Buttelstedt bei Gelegenheit der Erbhuldigang „alle ihre Privilegien und Verschreibungen . . . ., Freyheiten, Gesetz, Gewohnheiten und Herkommen." *Schmidt* a. a. O. S. 300.

6 **1491**, Dez. **„Alt Stadt Recht vnd Gewohnheit** der Stadt Buttelstedt", eine in dem vorbezeichneten Jahre begonnene officielle Sammlung meist polizeilicher, doch daneben auch einzelne andere Punkte, z. B. die Lehnsreichung des Rathes, die Nichtverpfändbarkeit der Bürgerhöfe, die Jahr- und Wochenmärkte und deren Freiheiten, den Beweis bei verneinten „geldhafften" Schulden, die Unzulässigkeit von Rednern und Vorsprechern bei dem Marktgerichte etc. berührender Satzungen (34 §§.) — gedruckt b. *Schmidt* a. a. O. S. 322—30.

Die bei *Schmidt* a. a. O. S. 331—36 hierauf folgende **„Ordnung und Schickung des Raths und der Rathsmeister**, wie die zu setzen und wie es mit ihnen und ihrem Gesinde soll gehalten werden nach Weichbilds Ordnung, auch von den Eyden der Gemeine und der Räthe, auch ihres Gesindes" dürfte gleichfalls noch dem Ausgange des XV. Jhdts. angehören. Bemerkenswerth sind die beiden ersten Artikel des Statuts: „Erstlich, Alle, die man pfleget an Rath zu setzen im Weichbild, die sollen alle aus einem rechten Ehebette gebohren seyn, und an Ehren frey und ungeschwächt, in ihren rechten Leimund, sittig, weise, bey ihn selber und nicht ein Trunkener; für Unkeuschheit soll er sich hüten, item für Wucher, zu voraus aber für denen, die Verwirrer, haderer und zänkisch seyn. Zum andern, Sollen zweene ehrbare Männer aus den Handwerken in den Rath erkieset werden und nicht mehr, dass ihre Innung nicht zu sehr gestärket werde."

CLXXVI. Buttstedt.

(Grossherzth. Sachsen-Weimar.)

1410. **„Stadt-Gesetze**, so alle und jedes Jahrs besonders nach der Huldigung und gelobten Gehorsam dem Rathe und ganzer Gemeine dieser Stadt vorgelesen werden sollen, auch sich ein Jeder darnach zu halten wisse" — ein vom Stadtvogte und den Raths-Companen angeordneter Statuten-Extract „ex Libro judiciali sive Legum municipalium" in 35 Artikeln, welche z. B. von verschiedenen Vergehen, wie Todtschlägen in der Trinkstube, auf dem Rathhause oder in dem Stadtkeller, Verwundungen, Mordwaffen-Tragen, und deren Bestrafung; von der Aufnahme „auswürdischer" Leute zu Bürgern; von der Verlosung der Gewandschneider und Kramer-Stände in den Jahrmärkten; vom Einlegen fremder Biere; vom Garküchen-Betriebe; vom Ausplaudern („irre tragen in Dörfern, in Gassen oder Schenken") gemeindlicher und nachbarlicher Angelegenheiten, bedroht mit der seltsamen Strafe, dass der Schuldige „zur Busse eine halbe Gerten Steineweges pflastern lassen soll"; von der Feilhabung finnigen oder Sauen-Fleisches; von der Schafehaltung und dem Saat-Hüten mit Schafen; vom Rechstroh-Hohlen; von der Abschaffung neuer, den Aeckern schädlicher Wege; vom Verbote der Theilnahme von Kindern an Hochzeiten und Gastereien; von der Besichtigung des von auswärts eingebrachten Fleisches durch die „Vormünder von der Stadt wegen"; vom Getreide-Verkaufe „unter dem Wische"; vom Weinschank an Jahrmärkten und Festen; vom Vor- und Aufkaufe sowie der Einmischung in fremde Kaufgeschäfte; vom Freundschafts- und Gespelle-Rechte (retractus gentilitius et ex jure congrui) bei Veräusserung liegender Güter; von Holz- und Zaun-Freveln; von der Reinlichhaltung der Strassen u. a. m. handeln. In modernisirter Form abgedruckt in Joh. *Schmidt*'s Aelteren und neueren Gesetzen, Ordnungen und Circular-Befehlen für das Fürstenthum Weimar Bd. VII S. 341—48.

Butzbach. CLXXVII.

(Grossherzgth. Hessen.)

1321, Aug. 10. König Ludwig IV. gewährt dem Edlen Philipp dem Jüngeren von Falkenstein für seinen Ort Butzbach, welcher gefreit wird, die Rechte der Stadt **Frankfurt**: 1

„Ludowicus, dei gratia Romanorum rex semper augustus, nobili viro Philippo juniori de Falkenstein, fideli suo dilecto, gratiam suam et omne bonum. Regia celsitudo, fidelitatis tue obsequia aspectu gratuito inspiciens, dignum judicat te potiori gratia prevenire, ob quod volentes tibi facere gratiam, villam tuam Butspach de plenitudine potestatis regie libertamus, jura, quibus oppidum **Franchenfurt** gaudet et utitur, concedentes eidem, presentium testimonio literarum nostre majestatis sigilli robore signatarum. Datum in Franchenfurt iv. idus Augusti, anno domini millesimo trecentesimo vicesimo primo, regni vero nostri anno septimo." H. B. *Wenck*, Hessische Landesgesch. Bd. II UBuch Nr. CCLXXXI S. 280.

2 **1349**, Aug. 19. König Karl IV. erhöhet dem Edlen Johannes von Falkenstein und dem Bruderssohne desselben Philipp, Herren zu Minzenberg, und ihren Erben „den zol vnd weggelt, den sie ze Butspach in irem stetlein emaln von einem jeglichen geladen wagen sehs haller, vnd von dem karren drey haller genumen habent, . . . also, daz sie nu fürbaz alweg von einem jeglichen geladen wagen, der daselbs ze Butspach durchget, xii haller, vnd von einem geladen karren vi haller ze zolle vnd ze weggelt vfheben vnd nemen sullen vnd mugen, . . . damit sie weg, prukk vnd stege in der stat vnd auzzerhalb machen vnd pessern sullen." *Wenck* a. a. O. Nr. CCCLXI S. 369, 70.

3 **1356**, Jan. 10. Derselbe als Kaiser überlässt an die vorgenannten Edlen von Falkenstein, Herrn zu Minzenberg, „den zol vnd daz geleitt ze Butsprach, von jedem pferde sehs alder haller zu nemen vnd vfzeheben", indem er den hieraus zu erzielenden Ertrag an einer Forderung, welche Letztere gegen ihn haben, abgezogen wissen will, und die Rechnung und Reitung darüber dem Schultheissen von Oppenheim, Heintzen zum Jungen, aufträgt. *Wenck* a. a. O. Nr. CCCLXXV S. 384, 85.

4 **1368**, März 18. Der Edle Philipp, Herr zu Falkenstein und zu Minzenberg, des heil. röm. Reichs Kämmerer, setzt in einer Reihe von „Articuln" die gegenseitigen Verhältnisse zwischen ihm und seinen Erben als Stadtherrn und den Bürgern zu Butzbach in nachfolgender Weise fest: 1) die genannten Bürger sollen künftig nicht mehr, als „alle jar vff St. Martinstag 200 pfund heller Wetterawischer werunge dienen vnd geben", das erste Jahr nach Datum dieses Briefs ausgenommen, in welchem sie 85 Mark zu entrichten haben, darüber hinaus aber „keines jars vmb beede, geschosz oder steuwr hoher getrungen oder gezwungen werden, wan sie sollen damit ewiglich frey sizen nach Franckfurter freyheit, alsz ouch dieselbe stat Butzbach mit des kayssers briefen gefreyet ist." 2) Der bisherigen Pferdelieferungen in Kriegsfällen „solen sie furbaz entladen vnd darzu vnbezwungen", dafür jedoch der Herrschaft „zu jren kriegen getruwelich beholffen sin vnd jre lande, lüte vnd gut helffen entschütten [1]), vnd mit der klocken vsziehen, alsz dicke es not geschicht", und man sie dazu „heischet". 3) Die Ausschenkung des Bannweins von Seite des Grundherrn in der Stadt unterbleibt, und verspricht ferner der Letztere, 4) „keine neuwe gebott [2]) vortme ze machen anderst, alsz sine altern vnd er biszhero gehabt habent", desgleichen auch 5) „keine burger in der vorgenanten statt me ze freyen, dan vier, mit namen einen centgrafen daselbst, einen hunner vogt [3]) vnd zwen ander sine diener", so dass, „wan einer vnder den vieren abgehet vnd verfellet, danne ein ander an sine statt gesetzt vnd gefreyet" werden möge. Uebrigens wird 6) eine Pfändung dieser gefreiten Personen [4]) durch die Bürgermeister „vmb der statt not", vorbehaltlich der herrschaftlichen Rechte, für statthaft erklärt. 7) Wald- und Feldfrohnen der Bürger sollen für die Zukunft aufhören. 8) Welcher derselben „ouch von Butzbach keren vnd faren wil", sol dazu befugt sein und für sich und seine Habe stadtherrliches Geleite geniessen. 9) Auf Bürger-Gut „vffm lande" [5]), welches bis dahin „zu dienst hette gelegen", kann auch fernerhin von den herrschaftlichen Amtleuten „mögliche beede nach summen der beed vnd möglichkeit des guts" unter Mitwirkung der Bürgermeister gesetzt werden. Dagegen sollen 10) die Bürger, wenn etwa der Stadtherr „einigen bürgerlichen bauw vnderstünde zu bauwen", demselben „darzu keine steuwr tun".

Abdrücke des Rechtsbriefs bei *Senckenberg*, Selecta jur. et hist. Tom. VI p. 590—95 und *Wenck* a. a. O. N. CCCCXIII S. 436, 37.

1478, Jul. 18. Graf Philipp von Katzenelnbogen bestätiget den Bürgern der 5
Stadt Butzbach ihre von den Grafen und Herren von Falkenstein und Minzenberg herrührenden Privilegien. (R.) *Wenck* a. a. O. Bd. I UBuch Nr. CCCLXIII S. 264 [mit Text S. 529].

1492, Oct. 21. Kaiser Friedrich III. 6
verordnet, dass Bürgermeister, Rath und Einwohner der Stadt „Butspach" nicht vor westfälische oder andere fremde Gerichte geladen werden, sondern dass gedachter Bürgermeister und Rath als Beklagte vor dem Bürgermeister und Rathe der Stadt Frankfurt, die übrigen Bewohner aber blos vor dem Stadtrichter in Butzbach zu Recht stehen sollen. *Archiv* f. *hess.* Gesch. u. Alterthumskde Bd. I (Darmst. 1837. 8⁰.) S. 427.

Ueber die Geschichte des uralten, bereits im VIII. Jhdt. als „villa Botisphaden,

1) Defendere. *Haltaus*, Glossar. col. 342. Der Abdruck bei *S.* hat „entscheiden".

2) *Zöpfl*, Alterth. II, 15.

3) Der „hunno" des Mittel- und Niederrheins. Vgl. Fr. *Thudichum*, Die Gau- und markverfassung in Deutschland (1860) S. 22 flg. — *S.* liest: „Hüner-Vogt."

4) So verstehe ich die Stelle „auch mögen sie [*S* die] Burgermeister pfänden."

5) *W.* „gut Pfande."

Botinesbach" urkundlich auftretenden Ortes, und dessen ob des häufigen Wechsels der Stadtherrn (Hanau, Falkenstein, Eppenstein, Solms-Braunfels, Katzenelnbogen, Hessen) und der damit zusammenhängenden Theilungen eigenthümliche Schicksale vgl. J. J. *Winkelmann's* Beschreibung der Fürstenth. Hessen und Hersfeld (Bremen 1711. fol.) S. 185—90 und G. *Landau*, Beschreibung des Gaues Wettereiba (Kassel 1855. 8⁰.) S. 76—79. Die betreffenden Urkunden verzeichnet *Scriba*, Hess. Regesten Abthl. II nr. 2152, 2413, 2445, 2452, 2508, 2517 S. 168, 188, 190, 191, 196, 197. Wegen des Rechtszugs Butzbach's nach Frankfurt endlich s. *Thomas*, Oberhof S. 125, 26.

CLXXVIII. Buxtehude.

(Hannover.)

1 **1328**, Jul. 3. Erzbischof Burchard [Grelle] von Bremen gewährt dem — durch seinen Vorgänger Giselbert [von Bronkhorst] im J. 1287 zur Stadt erhobenen und vielleicht schon bei dieser Gelegenheit mit dem Rechte von Stade bewidmeten — Orte Buxtehude als Zeichen besonderer Gunst den Fortgenuss des genannten Rechtes — „Nos vero predictos cives cupientes specialibus graciis ac privilegiis ampliare, ipsis dimittimus et donamus justum jus Stadensis nostre civitatis". J. H. *Pratje*, Die Herzogth. Bremen und Verden Samml. IV (1760) S. 194 flg. Vgl. dazu *de Grothaus*, Introduct. histor. in Statuta Stadensia (1766) §. 8 p. 10, 11.

In unmittelbarer Folge dieser Bewidmung wurden nun officielle Abschriften der stader Statute v. 1279 zum Gebrauche in Buxtehude angefertigt, und es sind uns zwei solche, die „statuta Buxtehudana" enthaltende Codices bisher näher bekannt geworden, beide, wie es scheint, auf einer Textform des stader Stadtrechtes beruhend, welche sich enger, als die bis jetzt veröffentlichten, an das Ordeelbok von Hamburg angeschlossen hatte (*Lappenberg*, Hamburg. RAlterth. Bd. I, Einleit. §. 7 S. LXXIX nr. 2), und ausserdem durch zahlreiche, freilich meist sprachliche Abweichungen von ihrer Grundlage *) gewissermassen eine selbständige Recension derselben ausprägend. Die eine und ältere Handschrift (Codex major) lag bereits *Senckenberg* [Selecta jur. et histor. Tom. VI p. 269—71 u. Praefat. p. 76, 79, 80, 82 ss.] vor, welcher daraus eine Anzahl ihr eigenthümlicher Satzungen „von Hurerey", vam Ehebroke" [p. 86—90] mittheilt. Die zweite, jüngere Handschrift (Codex minor) hingegen, durch originelle Summaria oder Rubriken über den einzelnen Abschnitten ausgezeichnet, sonst aber wenig vom Cod. major verschieden, wurde durch *Schlüter* in v. Duve's Ztschr. f. Gesetzgeb., RWiss. und Rechtspflege im K. Hannover Bd. I Heft 3 (Lüneburg 1823. 8⁰.) S. 39—92 vollständig edirt. Ueber beide MS. vgl. *de Grothaus* l. c. §§. 19, 20 p. 24—27 und *Schlüter* a. a. O. S. 34—38.

Eine hochdeutsche Uebertragung der Statute von Buxtehude mit beigefügten Bemerkungen hat den dortigen Syndicus und früheren Stadtsecretär zu Stade, Christoph *Schwannemann* (1569—1653), zum Verfasser. Die Arbeit blieb aber ungedruckt. *Schlüter* a. a. O. S. 35 Note a.

1345, Aug. 15. Erzbischof Otto wiederholt den Rechtsbrief v. 1328 [nr. 1]. *Pratje* a. a. O. S. 195, 96. 2

1442. Desgleichen Erzbischof Gerhard III. **), jedoch in deutscher Fassung. (R.) *Pratje* a. a. O. S. 178 Z. 23. 3

1453, Febr. 21. Kaiser Friedrich III. befreiet Buxtehude von der Ladung vor „die freien Stüle der heimlichen Gericht in Westphalen" und sonstige auswärtige Gerichte. *Pratje* a. a. O. S. 203—7. Vgl. *Albers* in Spangenberg's N. vaterländ. Archive f. 1832 Bd. I S. 190 flg. 4

1464, Mai 24. Bischof Heinrich von Münster, Administrator des Stuhles zu Bremen, versichert die Bürger von Buxtehude seines Schutzes und „bewedemet se mit beschreben Stader recht vnd freyheite." *Pratje* a. a. O. S. 203. 5

Calau. CLXXIX.

(Preussen, Niederlausitz.)

J. Chr. *v. Schmidt*, Chronike der Creiss-Stadt Calau im Marggrafthum Nieder-Lausitz, benebst deren Statuten, Recessen, Privilegien und andern alten Urkunden, Lübben 1758. 4to. J. F. *Merbach*, Geschichte der Kreis-Stadt Calau im Markgrafthume Niederlausitz, Lübben 1833. 8⁰. 1

1397, Apr. 14. Markgraf Jost zu Brandenburg und Mähren [1]) verspricht, „die

*) Diese Varianten gibt *v. Grothaus* in seiner Ausg. der stader Statute unter dem Texte (mit vorgesetzter Litt. B) an.

**) S. aber oben S. 346 nr. 22.

1) Von König Wenzel zum Statthalter über die Lausitz ernannt und als solcher auch

stat Calow vnd die burger daselbist vnd alle inwonere . . . by allen iren rechten, lehen vnd keuffen vnd anfellen, friheiten, genaden vnd guten gewonheiten, wie sy die bisher gehabt haben von allen iren herren, die ire herren gewest seynd in den marggraftumben zu Lusicz, vnd sunderlichen alln lehen vnd gnade vnd geistlike ordnunge, die der hohgeborne fürste, hertzog Bolcke zu Slesien vnd marggraf zu Lusicz vnd herre zu der Swidnicz [2]) . . . getan haben oder noch tun, lassen vnd behalden" zu wollen, und gelobt zugleich der genannten Stadt und deren Bürgern, dass, „ob sich das land zu Lusicz vorfiele vnd köme an seinen vettern, den konig zu Ungern, vnd er die stat vnd burger zu Calow vmb solche gelobde, die sie dem marggrafen getan haben, anreden oder manen würde", er (der Markgraf) sie „des verantwurten, vortreten vnd benennen wolle", widrigenfalls „die eigene stat vnd burger zu Calow solicher huldunge vnd gelobde", die sie Letzterem gethan haben, von ihm „ledig vnd loss" sein sollten. *v. Schmidt* a. a. O. „Beylagen" Nr. XXV S. 294, 95.

2 **1397**, Apr. 14. Derselbe wiederholt die der Stadt Calau im ersten Theile der vorigen Urkunde [nr. 1] gegebene Zusicherung, hebt die Differenzen („vnderscheid"), welche zwischen dem Rathe, den Gewerken und der Gemeinde hinsichtlich der Zulassung zu einem Handwerke obgewaltet hatten, durch eine Resolution des Inhalts, „daz nymanden der rat zu keynen gewercke nicht lassen sol, er bringe denne schrifftliche kunde seiner geburt, als ein yglich hantwerck angehoret", völlig auf, fügt eine Reihe von Vorschriften für die Tuchmacher, Schuster, Fleischer und Bäcker, betreffend die bei Ausübung ihrer Gewerbe zu erfüllenden Obliegenheiten, hinzu, und handelt endlich in ausführlicher Satzung von der Verfassung, insonderheit Zusammensetzung und amtlichen Thätigkeit des städtischen Rathes —: „ouch ob etwan gebruch were an dem küre des rats, so sol der rat von selbs denne vor andern kysen vs den gewantsnydern, schustern, fleischern vnd beckern, die dorczu tügen an der geburt vnd vnvorsprochen sint, nach irem besten vermögen. Wenn sie denne also gekoren haben, so sol der alde rat berechnen dem newen; wenn denne der alde rat mit dem newen berechent hat, so sol der alde rat denn weichen vnd den newen czulassen; ouch sollen vs dem alden rat drey bliben siczen, vnd dy sol der newe rat wider kysen, vnd einen burgermeister nach alder gewonheit. So sollen die gewercke vnd gancze gemeyne dem burgermeister vnd dem rat gehorsam sein, vnd waz sy gebieten vnd vorbieten, ganz halden; vnd wer doran bruchhafftig wirt, den sol der rat büszen. Ouch sol der rat, waz er gebeut oder vorbeut, selbs halden. Ouch sol niemands mer brewen, wen im vfgeseczt ist by der vorwilligunge, da denn gescheen ist; wer das nicht hielte, der sol dem rat die busze geben nach irme erkandtnis. Ouch sol der rat vfsehen haben vf valschen gewichte, kurcze elen, kleyne masze, vnd dorüber straffen. Ouch sol kein mittburger den andern czwingen zu geistlichen vnd werltlichen rechte vswendig der stat, es sy denne, daz sy der rat der stat nicht entscheiden kan." Bei allen „obbemeldten stucken, wilkür vnd fryheiten" soll die Stadt belassen und im Genusse derselben von den lausitzischen Vögten und allen anderen Amtleuten geschützt werden. Transumirt in das Privileg des Königs Matthias v. 1474 [nr. 5]. *v. Schmidt* a. a. O. Nr. XXIV S. 290 – 92.

1410, Aug. 26. Bürgermeister und Rathleute zu Calau geben dem Tuchscherer Valten, ihrem Mitbürger, dafür, dass er, als sie vor das heimliche Gericht in Westfalen geladen worden [3]), hingereist und ihre Sache mit glücklichem Erfolge geführt, sowie der Stadt auch noch vor dem Schlosse Strupize getreuliche Dienste geleistet habe, das Versprechen, so lange eines seiner Kinder oder einer seines Geschlechts am Leben sein würde, keinen „scherer" in Calau aufzunehmen. (R.) J. G. *Worbs*, Inventar. dipl. Lusatiae infer. Bd. I S. 218 nr. 624. 3

1460, März 12. König Georg Podiebrad von Böhmen thut dem Bürgermeister, den Rathmannen und der ganzen Gemeinde seiner Stadt Calau auf deren Bitten, um des Schadens willen, „der jn brandes halben entstanden ist", und damit „sie jr stat brücken dester bass gebauen vnd gehalten möchten", die besondere Gnade, „dass sie nun hinfür von einem jeglichen wagen pferd, das vber dieselben jr Brucken gehet vnd da von man dem zöllner zu zollen pfleget, auch einen Luckischen heller [4]) zu zollen nemen sollen vnd mögen, von allermen- 4

von König Sigismund von Ungarn bestätigt. *Merbach* a. a. O. S. 72, 217.

2) Manche wollen Bolko blos als Landvogt der Lausitz angesehen wissen. Vgl. *Merbach* a. a. O. S. 68.

3) Ueber das Ereigniss vgl. den Auszug aus den Raths-Acten b. *Merbach* a. a. O. S. 265, 66. Valentin Scherer begegnet uns übrigens später (1419 – 1449) als Bürgermeister der Stadt. *Merbach* a. a. O. S. 252.

4) Vgl. *Merbach* a. a. O. S. 290.

niglich vngehindert", worauf noch Vogt, Hauptleute, Unterthanen und Getreue im Lande zu Lausitz ernstlich angewiesen werden, „die stat Calow an solchem zolle nicht zu irren." *v. Schmidt* a. a. O. Nr. XXVI S. 295, 96.

5 **1474**, Dez. 21. König Matthias von Ungarn und Böhmen bestätiget der Stadt „Calo" alle und jegliche ihre Rechte, Gerichte, Privilegien, Briefe, Willkühren, Freiheiten, Gnaden und gute Gewohnheiten, und insbesondere das wörtlich eingerückte Privileg Markgraf Jost's v. 1397 [nr. 2]. *v. Schmidt* a. a. O. Nr. XXIV S. 289—93.

6 **1497**, Jun. 17. König Wladislaus von Ungarn und Böhmen confirmirt seiner Stadt Calau, auf Ersuchen der an ihn gesandten Botschafter, alle und jegliche „Privilegia, Statuta, alte vnd gute Gewohnheit, Gnade, Recht vnd Freyheit", namentlich aber „ein Brieff ausgangen vom Marggraffen Jobsten" [nr. 2], dessen Inhalt auszugsweise mitgetheilt wird; erneut den Bürgern ferner „jren Jarmarckt, den sie allewegen vnd vber Menschen gedechtniss vff Sontag nach Nativitatis Mariae gehalten vnd gehabt"[5]; bestätiget denselben „seines vorfahrenden Königs Matthiassens seel. Begnadigungs-Brieff" [v. 1474, nr. 5]; mindert ihnen „jre Jar Renthe[6]), als das sie ime nun forthin zu ewigen gezeiten nicht mer denn järlichen xxxv Schock Schwerd - Groschen zureichen vnd geben schuldig seyn sollen", und gewährt endlich der Stadt die s. g. Meilengerechtigkeit — „wollen auch, das in vnd vnder einer Meil weges kein Krüger noch andere nicht mältzen noch brawen sollen, sonder wer in der weite einer Meil weges Bier schencken oder verkauffen will, der soll allewege gut vnd geringe Bier in dieser vnser Stat Calau holen[7]); desgleichen sollen in vnd auff eine Meil kein Handwercker, Schuster, Schneider, Becker, Fleischer, vnd vngeferlichen wie alle Handwercker Nahmen haben, ausgenomen alte Stroh Passler vnd Pflugscharschärffer, vnd auch alle Handthierunge vnd Kauffmannschafft nicht gebrauchet noch gelitten werden. Würde sich aber jemand des alles oder eines teils zu gebrauchen vntersten, so sollen vnd mögen solches die von Calau mit hülffe vnsers Voigdts . . . weren, vnd der Vbertreter alsdann von vnserm Voigdt darumb gestrafet werden." *v. Schmidt* a. a. O. Nr. XXVII S. 296—300.

5) Vgl. *Merbach* a. a. O. S. 196.
6) Der s. g. Schoss. Vgl. *Merbach* a. a. O. S. 283, 84.
7) Vgl. *Merbach* a. a. O. S. 193.

Calbe an der Saale. CLXXX.

(Preussen, Pr. Sachsen.)

J. H. *Häveckers* Chronica und Beschreibung Der Städte Calbe, Aken und Wantzleben Wie auch Des Closters Gottes-Gnade Des Hertzogthums Magdeburg, Darbey allerhand alte Documenta, Nachrichten und denckwürdige Begebenheiten, mit grossen Nutz zu lesen befindlich, 2. Aufl., Halberstadt 1720. fol., S. 1—103. Ueber den Ruland in Calbe s. *Zöpfl*, Alterth. Bd III S. 240 flg.

965, März 28. Kaiser Otto I. schenkt zu seinem und seiner Eltern Seelenheil, sowie den Bitten Erzbischof Wilhelm's von Mainz entsprechend, der Kirche des heiligen Moriz in Magdeburg — „curiam juris regni sui[1]), que vocatur Calva, in pago Northuringorum sitam . . . cum omnibus appendiciis", und überlässt den Ort „ex suo jure et dominio in jus s. Mauricii martyris atque venerabilium archiepiscoporum, qui pro tempore fuerint rectores ejusdem sancte ecclesie." *Hävecker* a. a. O. S. 6. 1

1288, Jan. 23. Erzbischof Erich von Magdeburg übereignet den Bürgern von Calbe die Hälfte der bei ihrer Stadt gelegenen Brücke — „civibus nostris in Calvis nobis dilectis de unanimi capituli nostri consensu et libera voluntate medietatem pontis siti apud ipsam civitatem, que ad nos nostramque ecclesiam pertinere dignoscebatur, dimittimus tradimus et donamus in jus proprium et proprietatem perpetuam, renunciantes omni juri, quod nobis in predicto ponte nostreque ecclesie competebat." *Hävecker* a. a. O. S. 86, 87. 2

1311, März 21. Erzbischof Burchard von Magdeburg legt „definitione et ordinatione" eine zwischen Rath und Gemeinde von Calbe und dem Kloster Gottesgnade[2]) über die von letzterem für die Benützung der Saale-Brücken an die Stadt zu leistenden Entschädigungsreichnisse („unum chorum siliginis ratione telonii") entstandene Zwistigkeit, nach Aufforderung der Streittheile, dahin bei: „quod prepositus et conventus predicti dare et solvere debeant octo markas argenti universitati et consulibus memoratis, et quod ipse prepositus cum per- 3

1) In einer Ottonischen Urk. v 961 [*Hävecker* a. a. O. S. 5] erscheint die „civitas que dicitur Calva" als Zehententrichtungs-Stätte der „Teutonici et Sclavi". Calbe war also damals ein Burgort, in welchem ein kaiserlicher Rentmeister seinen Sitz hatte.
2) Ueber dieses Prämonstratenser-Mönchskloster s. *Hävecker* a. a. O. S. 103 flg.

sonis, animalibus, curribus et aliis omnibus rebus suis ad ipsam ecclesiam spectantibus per utrumque pontem et vias ipsas contingentes eosdem liberum deinceps habebunt transitum, nulla prorsus ab eis exactione vel solutione telonii requisita; hoc etiam adjecto, quod si in aliqua sui parte pons uterque vel alter eorum, seu vie, per quas est aditus ad eos, refectione indigeant, quandocunque consules et universitas talia suis expensis et laboribus faciant reparari, nullam a preposito et conventu contributionem aut subsidium ad eos, refectionem et reparationem predictas nullatenus erogent, cum de pecunia octo marcarum jam ipsis soluta debeant stare omnino contenti. — — Insuper si pontem unum aut utrumque per impetum fluminis aut alio modo quocunque destrui contingeret seu casu aliquo deperire, ita quod solum per navigium transitus superesset, tunc consules et universitas prefati personas, animalia, currus et res quascunque alias dicte ecclesie absque omni exactione et solutione pretii facient transportari.“ *Hävecker* a. a. O. S. 87.

4 **1314**, Jun. 6. Erzbischof Burchard gibt ferner „consulibus et universitati civium in oppido Calvis“ die Zusicherung, dass das von ihm innerhalb der Stadt erbaute Schloss, dessen Anlage auch den Schutz und die Sicherheit der letzteren bezwecke, der Bürgerschaft keinerlei Beschwerung, Unannehmlichkeit und Beeinträchtigung ihrer Gerechtsame verursachen solle — „cum itaque curiam nostram in oppido Calvis non tantum pro nostris commoditatibus sed etiam pro vestra defensione et securitate duximus construendam, nequaquam volumus, quod in vestram redundare debeat lesionem; eapropter nos una cum capitulo nostro tenore presentium promittimus, quod de dicta curia nulle vobis vexationes et turbationes inde debeant provenire, nec ex eo jura vestra, que hactenus habuistis, in aliquantum perturbari“ —, und erklärt, dass auch seine Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle „ad ea, que promissa sunt super civium commoditatibus et juribus conservandis, debeat inviolabiliter obligari“, und dass die Ausantwortung des Schlosses von Seite seines jeweiligen Besitzers an einen neu-eintretenden Erzbischof nicht erfolgen dürfe, „nisi prius presens litera et contenta in ea civibus fuerint pro observatione inviolabili innovata.“ *Hävecker* a. a. O. S. 9, 10; *Riccius*, Entwurff S. 220. (Extr.)

5 **1364**, März 28. Erzbischof Dietrich von Magdeburg gestattet den Rathmannen und Bürgern zu Calbe, im Wege des Uebereinkommens, dass sie die chemals gewesene Saalbrücke wieder bauen mögen, behält sich aber bis dahin die Fähre „vnd die flote“ mit allem daraus erwachsenden Nntzen vor, dabei der Stadt die Gnade zusichernd, dass man Fussgänger, die zu Calbe angesessene Bauern und Bürger sind, so oft sie es begehren und bedürfen, unentgeltlich über den Fluss setzen werde. Die wieder hergestellte Brücke sollen dann die Bürger gebrauchen und benützen, wie es denselben die früheren erzbischöflichen Briefe, namentlich jener Erich's [nr. 2], in Ansehung der alten Brücke zugestanden hatten. *Hävecker* a. a. O. S. 87, 88 (Extr.) mit S. 86b.

1455, Apr. 26. Rathmannen, Innungsmeister und Bürgergemeinde der Stadt Calbe gehen mit Erzbischof Friedrich von Magdeburg einen Vergleich des Inhalts ein, dass Erstere dem Letzteren überlassen „eine nye brügge over die Saale by Calve to buwen . . . vnd der ok mit aller gerechtigkeit to gebruken“, insbesondere von allen Bürgern und Einwohnern zu Calve, „die ever dy brücke fahren, von einem jeglichen vt vnd wedder to husz einen olden groschen, vnd von den, dy ever ryden, von einem jowliken einen halven olden groschen to nemen.“ *Hävecker* a. a. O. S. 88. 6

Calkar. CLXXXI.

(Preussen, Rheinprovinz.)

Egb. *Hoppens* Kurtze Beschreibung des Landes sampt angehängter Genealogia der Graffen und Hertzoge von Cleve, Cleve 1655 [N. Aufl. Wesel u. Eisenach 1781] 8⁰., Cap. XV; W. *Teschenmacheri* Annales Cliviae, Juliae, Montium etc. [ed. J. Chr. *Dithmarus*, Francof. et Lips. 1721, fol.] p. 147. Auf letzterem Werke beruhen die im Nachfolgenden ohne Schriftverweisung angeführten Regesten.

1347, Jul. 20. Graf Johann I. von Cleve bestätigt und erweitert seiner Stadt Calkar ihre von den früheren Fürsten herrührenden Privilegien. (R.) 1

1347, Aug. 16. „Burghermeyster, raet, scepen ende ghemeyn stat van Kalkar“ vereinigen sich mit dem „hoghen edelen man“, dem Grafen Johann I. von Cleve, ihrem Herrn, in Ansehung ihrer von ihm und seinen Vorfahren empfangenen „brieve unde hantvesten . . . up dat punt, dat van den tollen spreict“, dahin: „alzo dat wy van alle onse ghude, dat onse ende onser burgher is, zamelicken oft vnser enichs, dat wy to water den Ryn up of neder vuren solen, wy slitent*) binnen sinen lande of daer buten, onsen voerscreven here ende 2

*) Slyten, verbrauchen.

sinen arven to Buderic tollen solen ende anders nirghent in ghenen tollen, dye oen toebehoren, al arghelist buten bescheyden." *Lacomblet*, UBuch Bd. III Nr. 444 S. 358.

3 **1368**, Dez. 8. Graf Adolph (I.) von der Mark — welcher das clevische Land durch seine Mutter Margaretha, des Grafen Dietrich IX. von Cleve Tochter, erbweise überkommen hat — verleiht seiner Stadt Calkar a) eine Bestätigung der ihr von den vorausgegangenen einheimischen Grafen zugestandenen Freiheiten, betreffend z. B. die Verwandten-Succession [„et irste geven wy oin vnd vorleenen, so wenner een burger tho Calcar storff, so sal, die oin die neiste is van witliker maegschap, des dooden erff boeren"], die Zölle, die Nutzungen an Wasser und Weide, die Bürgeraufnahme [„Egen luide sal men nit vfnemmen tho eime burger"] u. a. m.; ferner b) eine Reihe neuer Begnadungen, welche sich hauptsächlich auf die völlig unabhängige Wahl der städtischen Obrigkeiten und das Verfahren in den Gerichten beziehen. (R.) **) *Teschenmacher* l. c.; *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. III S 45, 46 nr. 3.

4 **1401**, Dez. 9. Graf Adolph II. von Cleve fügt den auch seinerseits confirmirten Rechten der Stadt Calkar eine erweiterte Zollbefreiung ihrer Bürger, sich vermuthlich auf die gesammten clevischen Lande erstreckend („libertatem teloniorum Clivensium"), hinzu. [R.]

5 **1449**, Febr. 20. Herzog Johann I., des Vorigen Sohn, ertheilt den Privilegien Calkar's eine generelle Bestätigung. (R.)

6 **1470**. Derselbe bestimmt, wie es in seiner Stadt Calkar mit den „geltbrocken", namentlich bei Verwundungen, z. B. „blauw off blonde ***) slege, stözze ende worffe myt eyner gesweerder †) handt", insonderheit wenn dergleichen Körperverletzungen „bynnen der vryheidt eynes wekemarkes" und in der Stadt „kermys", wo sie doppelter, oder „up einen Jaermarkt" begangen worden sind, in welchem Falle sie dreifacher Busse unterliegen, sowie mit der Theilung dieser Strafgelder zwischen der Herrschaft und Stadtgemeinde gehalten werden solle.

Einen Auszug aus diesem ungedruckten Rechtsbriefe enthält das Privilegien- und Statutenbuch der Stadt Wesel v. 1528 mit dem Rubrum: „woe men die Broeken thoe Kalkar groeten sall", und diesen theilt in einigen Probestücken *Wigand* in seinem Archive f. Gesch. u. Alterthumskde. Westphalens Bd. IV Heft 4 S. 405 flg. mit.

1486. Herzog Johann II. von Cleve bewilligt der Stadt Calkar einen Wochenmarkt, welcher regelmässig an jedem Donnerstage, in dem Falle aber, dass auf diesen ein kirchliches Fest treffen würde, an dem vorausgehenden oder nachfolgenden Tage abgehalten werden soll. (R.) 7

In die letzten Decennien des XIV. oder das erste Decennium des XV. Jhdts., jedenfalls vor 1417, in welchem Jahre Graf Adolph II. von Cleve auf dem costnizer Concil durch König Sigismund die Herzogswürde erlangte, ist eine uns erhaltene umfangreiche **Statutensammlung** der Stadt Calkar zu setzen, deren Eingang lautet: „Wei Scepene toe Kalkar tügen, dat die Stadt vnd Buirger the Kalkar gevriet sein avermitz Privilegien vnd verkaire ††) Rechten, die onse voirvadern mit waerachtige konden ann ons gebracht hebben, die van warden thot woirden hier na beschreven staen", und welche in CXCVII Titeln grösstentheils Communal- und Polizei-Gegenstände behandelt, daneben aber auch das Straf- und Privatrecht, letzteres in den Titeln XII, XIII, XXIX, XXXIV — IX, L, CXV, CXXXIV wenigstens in einzelnen Hauptmaterien, z. B. Magschafts- und Gatten-Erbfolge, „Hergewaide und Reidtguidte" (Gerade), „Lehne und Lyffgewinsguedt", Wiedervermählung der Wittwe, Collationspflicht bei „scheidinge off deylinge", eheherrliche Mundschaft („een man is syns Wyffs vnd oirer twyer goider Vormunder"), Leibzucht („Vrouwen Tuicht") und Morgengabe etc.. berührt. Es ist dieses wichtige Denkmal mittelalterlichen Rechts noch ungedruckt; nur die oben bezeichneten privatrechtlichen Titel hat (ob auch vollständig?) in einem leider! völlig unkritischen Abdrucke *v. Kamptz* a. a. O. S. 44, 45 nr. 2 veröffentlicht.

Callies. CLXXXII.

(Preussen, Neumark.) *)

1303, Sept. 14. Die Markgrafen Otto, Konrad, Johann und Woldemar von Brandenburg weisen ihrer Stadt Callies eine Feldmark nebst Weideland an — „centum et quatuor mansos in agris et quinquaginta mansos in pascuis pecorum jure aliarum civitatum perpetuo possidendos" — überlassen den Bürgern die dazwischen gelegenen

**) Es ist nicht unmöglich, dass Graf Adolph zwei Privilegien unter gleichem Datum erlassen hat, welche *Teschenmacher* in ein Regest vereinigte.

***) Beulen- und blutende Schläge.

†) Bewaffnet.

††) Vielleicht: „wilkore"?

*) Eigentlich zur Provinz Pommern gehörig.

Gewässer zu immerwährender Benützung — „omnes autem aque inter predictos agros site extra mensuram debent esse et ad usus dictorum civium perpetuo similiter pertinebunt" —, und begnaden endlich die Stadtgemeinde mit sechsjähriger Abgabenfreiheit, derselben auch für diesen Zeitraum die Verwendung der Bussegelder für Communalbedürfnisse gestattend —: „Insuper prenominatos cives ob specialem favorem et eorum paupertatem respicientes a festo Martini nunc venturo per sex annos subsequentes a precaria, pachta et qualibet exactione liberos penitus esse volumus et solutos, et hiis sex annis durantibus, quidquid ipsis de excessibus evenerit, cum hiis suam civitatem emendabunt." *v. Raumer*, Cod. dipl. Brandenburg. contin. Bd. I S. 24, 25; *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII S. 101.

CLXXXIII. Calw.

(Würtemberg.)

Reyscher, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. XVIII „Stadt und Amt Calw" S. 589—627. Vgl. auch *v. Stälin's* Wirtemberg. Gesch. Thl. II S. 366 flg. [Grafen von Calw]; Thl. III S. 116, 290, 458, 655, 705, 712, 779; *Beschreibung* des KRs. Württemberg, Heft XL: „Beschr. des Oberamts Calw" [Stuttg. 1860. 8⁰.] S. 153 flg.

1454, Aug. 5. Graf Ludwig zu Würtemberg thut für sich und in seines unmündigen Bruders Eberhard Namen „den burgern gemainlich, rich vnd arm, siner statt zu Kalb", welche vornehmlich zur Hebung ihrer Jahr- und Wochenmärkte „ain nuw raut- vnd koufhus vff iren aigen cost vnd schaden dem gemainen man, der alsdann pfleget die märckt zusuchen, zu nutz vnd frommen gebuwen hand", die besondere Gnade und gibt ihnen die Freiheit, „das sie die nutzung, die von dem vorgenanten raut- vnd koufhus immer ewiglich werdent vnd gefallen, innemen, vnd die zu vnd in ir statt nutz vnd fromen mit wissen vnd willen der (gräflichen) amptlut daselbs keren vnd bewennden, vnd die mit kuntschaft derselben amptlut zu kalw an der statt verbuwen sollen", und begnadet hierauf die Bürger noch weiter dahin, dass sie von jeglichem aus ihrer Mitte, sowie von jedem Gaste oder „vsman", welcher zu Calw „an den kirchwihin das ist an den jarmarckten ain statt nimpt", hiefür ein festgesetztes Standgeld, desgleichen aber auch von allen, keine derartigen Miethbuden innehabenden Tuchhändlern, Lohgerbern, Schuhmachern, Sälzern und allen Händlern mit Eisen, Häringen, Leder, Getreide etc. bestimmte tarifartig angegebene Marktgebühren erheben dürfen. *Sattler*, Gesch. der Graven von Würtemberg Bd. II Beyl. Nr. 95 S. 157; *Reyscher* a. a. O. Nr. 1 S. 592—94.

Calw war bereits im Anfange des XIV. Jhdts. im Besitze des württembergischen Grafenhauses, wurde aber im J. 1349 durch die Grafen Eberhard und Ulrich wiederlöslich an die Abtei Hirschau verkauft. Wann es an Württemberg zurückgelangt ist, lässt sich mit genauer Zeitangabe nicht bestimmen; doch dürfte es noch im Laufe des XIV. Jhdts. geschehen sein.

Camberg. CLXXXIV.

(Nassau.)

1281, Aug. 27. König Rudolph I. freiet auf Bitten des Grafen [Gerhard III.?] von Diez das ihm gehörige Dorf Camberg, und verleiht letzterem die Rechte und Freiheiten, welche die Stadt **Frankfurt** hat. (R.) *Böhmer*, Reg. Rud. S. 108 nr. 618. 1

1300, Mai 29. König Albrecht I. erneuert auf Ersuchen des Grafen Gerhard IV. von Diez die seiner Stadt Camberg im vorigen Privileg [nr. 1] ertheilten Begnadungen. (R.) *Böhmer*, Reg. Alb. S. 221 nr. 291. 2

1365. Kaiser Karl IV. bestätiget, den Wünschen des Grafen Gerhard VII. von Diez entsprechend, Camberg in seinen städtischen Gerechtsamen, worauf erst Letzterer die genannte Stadt mit Mauern, Thürmen und Thoren versieht. (R.) C. D. *Vogel's* Histor. Topographie des Hzgths Nassau (1836) S. 259, 60. 3

Camenz. CLXXXV.

(Kgr. Sachsen, Ober-Lausitz).

J. Gttfr. *Bönisch*, Historische geographisch statistische Topographie der Stadt Camenz und der benachbarten Ortschaften, III Hefte Camenz 1824, 25. 8⁰. Vgl. auch J. B. *Carpzovii* Neueröffneter Ehren-Tempel Merkwürdiger Antiquitäten des Marggraffthums Ober-Lausitz (Leipz. und Budissin 1719 fol.) Thl. I Cap. XVIII S. 305—17.

Die mehrfach, namentlich in J. Chr. Gttl. *Budaei* „Codex diplomaticus Camentiensis" (II. Voll. fol.), handschriftlich gesammelten, aber bis jetzt nur zum kleinsten Theile gedruckten Rechtsbriefe von Camenz findet man vollständig und mit genauen Inhaltsangaben in dem *Verzeichniss Oberlausitzischer Urkunden*, Bd. I*), II S. 1—50 (Görlitz 1799—1805 u. 1824. 4to.) zusammengestellt.

*) Die beiden Abtheilungen des ersten Ban-

des werden mit I[a] (Hefte 1—4) und I[b] (Hefte 5—8) allegirt.

Camenz, 1213 zuerst urkundlich erwähnt, sehen wir von da bis zum zweiten Decennium des XIV. Jhdts. im Besitze der freien Herrn von Greifenstein, eines altedlen Geschlechtes, dessen Glieder neben andern Gütern auch das Castellans-Amt im „burgwardium" Camenz von den Herzogen und Königen von Böhmen zu Lehen trugen, und sich, nachdem der ihnen zugewiesene Burgwardsbezirk allmälig an räumlicher Ausdehnung zugenommen und hiedurch gleichsam die Bedeutung einer Burggrafschaft gewonnen hatte, dem Beispiele der Castellane von Starkenberg, Plonicz, Strehlen, Spremberg, Stein u. s. f. folgend, den Titel „burggravii de Kamenz" (1268) beilegten. Aus ihrer Mitte treten, als eingreifend in die Geschicke unserer Stadt, besonders Bernhard I. und II. hervor; von jenem († um 1249) wird berichtet, dass er sich die Vergrösserung seines Burgfleckens und hauptsächlich die Errichtung eines Gotteshauses daselbst habe angelegen sein lassen; von Bernhard II. aber, dass er, „nachdem die Stadt anno 1255 gantz und gar im Feuer verdorben, dieselbe erneuert, stattlich gebessert, desgleichen mit besondern Freyheiten begnadiget habe." [*Carpzow* a. a. O. S. 306a.] Den Inhalt dieses Freiheitsbriefes specialisirt dann *Bönisch* a. a. O. Heft II §. 205 S. 127 näher dahin, dass durch denselben die camenzer Bürger mit „Verminderung des Schutzgeldes, städtischer Verfassung, Ueberlassung des Brauurbars, Ertheilung neuer Innungsgerechtigkeiten" erfreut worden seien. Aber nirgends wird eine Andeutung gegeben, dass den Schriftstellern das fragliche Document selbst, im Originale, einer glaubhaften Copie oder einem Transumte, vorgelegen habe; vielmehr führt sogar Carpzow — auf dessen Autorität sich das *Verzeichniss* Bd. Ia S. 12 in seinem Regeste: „Bernardus de Camencz confirmat jura civitatis Camencz, d. Mcclv" stützt — als die einzige Quelle seiner Angabe die „Poligraphia" des Lorenz Peccenstein, sonach gewiss eine nichts weniger als authentische Grundlage an, während z. B. in S. *Grossern* Lausitzischen Merckwürdigkeiten (1714) Thl. I S. 38 zwar die übrigen Thatsachen des J. 1255 erwähnt werden, mit keiner Silbe aber eines Bernhard'schen Privilegs gedacht ist. Mithin dürfte die wirkliche Existenz desselben, wenigstens mit dem oben bezeichneten, schon an sich mit der Entstehungszeit nicht völlig vereinbaren Inhalte, gegründeten Bedenken unterliegen, und nur soviel als wahrscheinlich anzunehmen sein, dass die Entwicklung des städtischen Gemeinwesens in Camenz unmittelbar nach dem grossen Brande, unter dem fördernden Einflusse des Stadtherrn ihren Anfang genommen hat.

Als König Wenzeslaus von Böhmen 1253 mit Tod abgegangen, gelangten die oberlausitzischen Lande, welche seiner Tochter Beatrix (Bozena) für ihr herkömmliches „dotalitium" zu 10,000 Mark Silbers verpfändet waren, in Folge der Vermählung der Prinzessin mit Markgraf Otto III. von Brandenburg an das letztgenannte Fürstenhaus. Dieses wichtige politische Ereigniss erregte in den Bürgern von Camenz, welchen die Abhängigkeit von ihren bisherigen Stadtherrn unbequem zu werden anfing, den Wunsch, ihre Stadt unmittelbar unter die Schutzhoheit des Landesfürsten gestellt zu sehen. Sie scheinen daher eine darauf bezügliche Bitte an den Markgrafen Woldemar gebracht zu haben, wodurch sich dieser endlich bewogen fand, mittels Vertrages vom 12. Juli 1318 von Heinrich und Wedego von Camenz, den Repräsentanten der beiden Stammlinien, „Kamentz hus vnd stat", letztere von jedem Theile zur Hälfte, käuflich zu erwerben [1]). Da jedoch Woldemar bereits im nächstfolgenden Jahre starb, so übergab sich freiwillig die „marchia Budissinensis" mit den „civitates Budissin, Camencz et Lubowia" dem Könige Johann von Böhmen, welcher durch Urk. v. 31. Aug. 1319 [2]) dem Lande und insbesondere den drei genannten Städten die Zusicherung ertheilte, sie niemals auf irgend eine Weise, vornehmlich durch Verpfändung, Verkauf oder Tausch von der Krone Böhmen trennen zu wollen, und sich von letzteren feierlich huldigen liess, worauf ihm dann am 13. Sept. 1320 [3]) König Ludwig IV. „terram Budissinensem et civitatem Camentz cum universis pertinentiis et juribus suis habendas jure dominii, tenendas et possidendas perpetuis temporibus", jedoch unter Vorbehalt der dem Reiche gebührenden „fidelitatis obsequia, ut jus feudorum exigit", übertrug. Vgl. noch G. *Köhler*, Der Bund der Sechsstädte der Ober-Lausitz S. 4, 5.

1323, Aug. 22. König Johann von Böhmen erklärt die Bürger von Camenz im ganzen budissiner Lande für zollfrei —: „civibus nostris de Camentz . . . volentes graciam facere specialem, eos ab omni solucione thelonii per omnes districtus terre nostre Budissin perpetuo dirigimus eximen- 1

1) Die beiden Urkunden s. in G. *Köhler's* Cod. dipl. Lusatiae super. Bd. I Nr. CLIII, LIV S. 220—22.
2) *Köhler's* Cod. a. a. O. Nr. CLX S. 228 flg.
3) *Köhler's* Cod. a. a. O. Nr. CLXX S. 245 flg.

dos. Quare universis et singulis thelonariis et thelonia tenentibus in iisdem districtibus . . . precipimus et mandamus, ne a dictis civibus cum mercimoniis et rebus quibuslibet aliis procedentibus aliquid racione thelonii de cetero exigant et requirant." *Köhler*, Cod. dipl. Lusatiae super. Bd. I Nr. CLXXVIII S. 254.

2 **1343**, Mai. Derselbe bestätiget und erweitert die Rechte der Stadt Camenz. (R.) *Verzeichniss* Bd. 1ª S. 43.

3 **1356**, März 11. Kaiser Karl IV. ertheilt der Stadt Camenz, gleich den Städten Bautzen und Görlitz, das Versprechen, sie in keiner Weise dem böhmischen Reiche durch Veräusserung entfremden zu wollen. *Lausitzische* Monatsschrift f. 1795 Heft I S. 142.

4 **1356**. Derselbe verleiht der Stadt Camenz widerruflich einen freien Salzmarkt mit allen davon zu ziehenden Nutzungen. *Lausitzische* Monatsschrift f. 1793 Heft II S. 304.

5 **1364**, Febr. 25. Derselbe begnadet Richter, Rath und Bürger der Stadt Camenz — „welche zu irer losung vom Henrich, Bernhart, Balczer von Camenz ein teil geldes geben sollen" — dahin, dass a) dieselben „bey der chron vnd an dem Konigreich zu Behem ewiglich bleyben", ferner b) „bynnen eyner halben meilen eyne oder czwo howen lands koufen vnd in der stete recht haben", endlich c) „mit iren gutern ane allen zoll zu Budissin vnd in dem weichbilde dazu gehorend fharen" mögen. *Lausitzer* Monatsschrift f. 1795 Heft I S. 138.

6 **1379**, Nov. 7. König Wenzeslaus bestätiget dem Rathe und den Bürgern zu Camenz „alle vnd ygliche ire vnd der stat rechte, gerichte, gnaden, geseze vnd gute gewonheiten, vnd ouch alle briefe, privilegien vnd handfesten", welche sie darüber haben. *Verzeichniss* a. a. O. S. 108; *Bönisch* a. a. O. Heft II §. 229 S. 150. (Extr.)

7 **1383**, Mai 30. Derselbe bewilliget dem Stadtvogte zu Camenz, Hanns von Mühlheim, nachherigem Hauptmanne zu Budissin, das [wegen vormals geleisteter treuer Dienste ihm verliehene] Gericht zu Camenz „zu vorkauffen, zu vorsezen, zu vorwechseln vnd in seinen nucze zu keren." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 115. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 218 S. 140.

8 **1383**, Mai 30. Derselbe erlaubt insonderheit dem vorgenannten Hanns von Mühlheim, das Gericht zu Camenz auch an die Bürger daselbst zu verkaufen, „als im des fugen wirdet." (R.) *Verzeichniss* a. a. O.

9 **1395**, Dez. 13. Die „gevettern" Balthasar und Borso von Camenz verkaufen die Hälfte des ihnen in der Stadt Camenz gehörigen Zolles um 200 Mark Groschen an den Bürger Nickel Kummer allda. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 140.

1398, Aug. 24. König Wenzeslaus 10
befiehlt der Stadt Camenz und den übrigen Sechsstädten, „bey einsammlung der steuern sich nicht zu trennen, sondern die summen in eins zubringen vnd auf einmal zu entrichten." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 147. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 237 S. 158.

1399, Apr. 11. Derselbe gestattet dem 11
Rathe und den Bürgern zu Camenz, die „gelde, womit sie im czu hulfe vnd stewer komen sint, vnd die sie vsbracht haben oder noch nemen werden, vf die stat czu libe oder vf widerkawfe zu legen, also lange, das sie vber kurcze oder lange zceit (sic) wider ablozen, wenn sie das vermogen." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 150.

In die zweite Hälfte des XIV. Jhdts. 12
fällt endlich auch eine kleine, die Aufschrift „Das sint abir **der Statt Camenz gesetze vnde willekore**" führende Statutensammlung in 28 kurzen Artikeln, vornehmlich die Ahndung gewisser Vergehen, namentlich wenn sie in der Freiung begangen werden, ferner Güter-Veräusserung, Pfandschaft, Brau-, Malz- und Schenkrecht, Anlegung von Flurzäunen und Canälen, Viehhaltung, Spiele, Hochzeits- und Kirchgangsschmäusse sowie Fastnachtbiere der Frauen etc. betreffend. Beachtenswerth sind daraus nur folgende Stellen:

„Czu irsten male, wer yn frevel eyn messer zewet obir eynen andern, doruffe stet sechs groschen die busse. Wer dem andern frevenlichen yn sien hauss nachleufft, scheusst, wirft oder slet, wird er des obirwunden, als recht ist, der kan czu synen rechten nicht komen, vnd ist die hohste busse. Wegeloigt eyner dem andern vnd wirt des obirwunden mit redinlicher kuntschafft, der kan zu sienem rechte nicht komen, vnde ist ouch die hohste busse. Wer meyneyde schweret adir nymet mit vnrechte, wirt er des obirwunden, der vortreibet sich selbist. Wer dem andern frevenlich redet an syne eren vnd glimpfen, es sey man adir weip, vnd bekennet is vor gerichte, vnd kann das mit rechte zu em nicht brengen, der odir die ist der statt verfallen zehn schogk, vnd ist dem verletzten teil darumb geborlichen abtrag zu tun schuldig. — Eyn willich pfant sol man drey ding vfbitten; dornach sal em der scheppe teilen, wie ers mit seynem gewonnen pfande halten sal. — Gibet eynes dem andern vff an sulchen steten, do is kraft vnde macht hat, vnd wirt die vffgobe in jare vnd tagen nicht wedersprochen, so hatt die vffgobe kraft vnde gemacht. Eyns mag dem andern wol vffgeben also, daz sich das die vffgaben tut, der dinge

sobalde vorczeye vnd ewssere. — Im weynkeller vnd so weit das rathaws mit sampt dem nawen hawsse mit vier mawern begriffen hat, ist eyne vnbrechliche freyheit. Würde ymant darinne messer zien, mit kannen adir sust yrne mitte werffen, daruffe stet die busse eyne marg ane alle gnade vnd irlassung; würde abir ymant den andern wunden adir blutrünstig darin machen, die faust mit gnaden; würde er abir hochir brechen, das ginge em hocher an sien recht. Wer do lest spilen yn seinem hausse, do büst der wirt eyn schogk vnd eyn iczlicher spiler eyne marg, ane alle gnade vnd irlassung."

Einen (leider! ziemlich uncorrecten) Abdruck der Statute findet man b. *Bönisch* a. a. O. §. 234 S. 153—56.

13 **1406**, Apr. 5. König Wenzeslaus begnadet die Bürger und Einwohner seiner Stadt Camenz „von brandes vnd kriege wegen" dahin, „dass sie vier jar nacheinander allir bethe, stewer, hülfe, bern, rende, gülden vnd andir vssazunge queit, ledig vnd los seyn sollen." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 160. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 218 S. 141.

14 **1406** [1411?], Dez. 3. Derselbe befiehlt dem Rathe und den Bürgern zu Camenz, „das thor in der stat gein der vesten vber zu vermawern, vnd das nit zu offnen, es sey denn mit seinem wissen vnd willen." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 161.

15 **1412**, März 23. Derselbe gibt den Bürgern seiner Stadt Camenz, welche früher „sulche gewonheit gehabt, daz sy bey ön in der stat de ratmanne vnd scheppen gekoren, gesaczt vnd geschickt haben, als ofte das not gewesen ist", vor kurzem aber vom Könige, als er „leiblichen" bei ihnen in der Stadt verweilte, „von vnwillen wegen, den er zu ön getragen von ezlicher sachen wegen, darumbe sie in sine grozze vngenade komen waren, derselben chüre entweret" worden sind, auf demüthiges (durch Botschaft ihm vorgetragenes) Bitten „die vorige chüre des rats gnädiglichen wider", und bestätiget ihnen gleichzeitig „alle ire privilegien, handfesten vnd brive vber ire statrecht, gericht, geseze vnd gute gewonheiten." *Bönisch* a. a. O. §. 235 S. 156, 57. (Extr.)

16 **1419**, Dez. 27. (?) Der Vogt in der Lausitz, Hans von Polencz, verkauft den achten Theil des Zolles zu Camenz an den Rath daselbst. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 199. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 240 S. 160.

17 **1420**, Febr. 6. Der römische König Sigismund (als König von Böhmen und Ungarn) confirmirt der Stadt Camenz ihre Rechte und Freiheiten, und insbesondere den Salzmarkt. (R.) *Verzeichniss* Bd. I[b] S. 2; *Bönisch* a. a. O. §. 219 S. 142.

1426, Apr. 25. Derselbe bewilliget dem Rathe der Stadt Camenz, das daselbst befindliche feste Schloss („hus") dem Borso von Camenz abzukaufen, um es nach Belieben „zu haldin adir zu brechen" oder sonst „damit zu handeln, was dem lande vnd der statt nuzen wurdet." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 17; *Bönisch* a. a. O. u. §. 224 S. 145, 46. 18

1430, Jan. 6. Derselbe gebietet den Bürgern zu Camenz, dass sie wegen der „ketzer" (Hussiten) nicht in fremde Lande, sondern nach Budissin flüchten sollen. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 26. 19

1431, Apr. 27. Derselbe erlaubt den Rathmannen und Bürgern zu Camenz „wegen des verderblichen schadens, den sie von den verdampten ketzcern erlitten, einen czoll vffzulegen von pferden vnd rindern", zugleich verordnend, „daz iczlicher kouffman, der die strasse durch Budissin . . . czihen meinet, kein ander strasse suchen sol, dann durch die stat Camencz." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 29; *Bönisch* a. a. O. §. 267 S. 195. 20

1432, März 2. Der lausitzer Vogt Thimo von Colditz ertheilt dem Rathe der Stadt Camenz, welcher dem Borso von Camenz sein gleichnamiges Schloss mit Gärten und sonstiger Zubehörung abgekauft hat [s. nr. 18], hierüber die Belehnung. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 29. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 275 S. 199. 21

1432, Nov. 29. Borso von Camenz verkauft sein Schloss mit Hopfenbergen, Gärten etc. um 200 Mark Groschen an die Stadt Camenz, sich hiebei ausbedingend, dass ihm verstattet werde, auf Lebenszeit ein „freybawz" innerhalb der Stadt käuflich zu erwerben, worauf ihm auch der Rath zu Camenz das Zugeständniss macht, „den bawmgarten frey zu haben vnd ein freyhaus zu kaufen." 2 Urkunden. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 32. 22

1438, Dez. 9. König Albrecht II. (als Herr von Böhmen und Ungarn) ertheilt der Stadt Camenz eine allgemeine Bestätigung ihrer Privilegien, sowie eine specielle ihres Salzmarktes. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 48. 23

1455, Dez. 26. König Ladislaus (Posthumus) von Böhmen „concedit civitati Camencz annuas nundinas sive forum in secunda dominica post nativitatem Marie." (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 76. 24

1455, Dez. 27. Derselbe bestätiget alle Gnaden, Rechte und Freiheiten, sowie den Salzmarkt der Stadt Camenz. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 269 S. 195. 25

1457, Nov. 17. Derselbe wiederholt die allgemeine Privilegien-Bestätigung für Camenz. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 82. 26

1460, Mai 26. König Georg Podie- 27

brad von Böhmen stellt den Bürgern von Camenz die übliche Confirmations-Urkunde über ihre Privilegien und ihren Salzmarkt aus. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 87.

28 **1474**, Sept. 14. Desgleichen König Matthias von Böhmen und Ungarn. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 121.

29 **1476**, Febr. 23. Bischof Dietrich von Meissen [4]) gibt den Schuhmachern zu Camenz einen Innungs- oder Bruderschaftsbrief. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 129.

30 **1491**, Jul. 24. König Wladislaus von Böhmen confirmirt der Stadt Camenz „alle jre gnaden, recht, ober- vnd vntergerichte, willkühr, geseeze vnd statuten, mit nahmen, die gerade vnd heergerethe niemanden auswendig der stadt zu folgen, vnd den salzmarckt." (R.) *Verzeichniss* Bd. II S. 10.

31 **1498**, Aug. 25. Derselbe erlaubt den Bürgern von Camenz, dass sie, „vf was czeit vnd tag jn am bequemsten, jerlich einen jormarg halten" mögen. (R.) *Verzeichniss* a. a. O. S. 38.

Die meisten Rechtsurkunden der Stadt Camenz sind solche, welche entweder a) das Verhältniss derselben zu dem Achtsverbündnisse v. 1339 und zum löbauer s. g. Sechsstädte-Vereine v. 1346 [s. *Köhler*, Der Bund der Sechsstädte S. 13 flg. 19 flg.] betreffen, oder sich b) auf die im letzteren begriffenen Conföderationsstädte insgesammt beziehen (vgl. z. B. *Verzeichniss* Bd. I^a S. 58, 63, 64, 93, 114, 121, 130, 144, 145, 147, 148, 151, 153, 155, 168, 185, 188; I^b S. 4, 10, 14 u. s. w.), oder endlich c) blose Güter- und Orts-Zuwendungen „nach Stadtrechte" enthalten. Ueber letztere s. *Bönisch* a. a. O. Heft II §§. 241, 42 S. 160 flg. §. 283 S. 211 flg.

CLXXXVII. Camin.

(Preussen, Pommern.)

1276. Herzog Barnim I. von Pommern verleiht der Stadt (und dem Bisthume) Camin das lübische Recht. (R.) A. *v. Balthusar*'s Abhdl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärtigen Rechten §. 52 S. 47; *Brüggemann*'s Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. I S. 3.

Auf diese Bewidmung ist auch zu beziehen, was Th. *Kantzow*, Pomerania oder Vrsprunck, Altheit vnd Geschicht der Völcker vnd Lande Pomern etc. [herausgeg. von H. G. L. *Kosegarten*, Greifswald 1816, 17. 8°.] Bd. I S. 165 berichtet: „In dieser zeit war die stadt Camyn zum grösten teil noch wendisch, vnd haben auch noch wendisch recht gepraucht, aber herzog Barnim hat jr wendische recht in teutzsch recht verwandelt."

Canstatt. CLXXXVIII.

(Württemberg.)

J. D. G. *Memminger*, Cannstatt und seine Umgebung, Stuttg. 1812. 8°. *Dess.* Beschreibung des Oberamts Canstatt, Stuttg. u. Tübing. 1832. 8°. S. 9 flg. 133 flg. Vgl. auch *Sattler*, Histor. Beschreibung von Würtemberg Thl. I S. 66—80; *Reyscher*, Sammlung altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. XIX „Stadt und Amt Canstatt" S. 628—43 [Regesten, Geschichte, Urkunden].

1330, Dez. 11. Kaiser Ludwig IV. 1
freiet „durch besunder gnade vnd gunst, so er hat zu dem Edeln manne Vlrich (*III.*) Grave zu Wirtenberg, sinen lieben lantvogt in Elsazzen, von sinem Cheyserlichen gewalt . . . die Stat zu Chanetstat, also, daz sie alle diu recht, ere vnd gut gewonheit haben sulle vnd muge, als sine vnd dez Richs Stat zu **Esselingen**", dabei noch weiter „durch besundern vride vnd nutz der selben Stat" die Bewilligung aussprechend, „daz si den Lantag, den sie habend vor der Stat, in der Stat haben sullen vnd mugen . . . vf den tag, als er her von alter vor der Stat gewesen ist." *Sattler*, Gesch. des Hzgths. Würtenberg unter der Regierung der Graven Fortsetz. II Beyl. Nr. 74 S. 101; *Reyscher* a. a. O. Nr. 2 S. 633. Vgl. *v. Wächter*, Hdb. des im K. Württemberg geltenden PRs. Bd. I S. 38; *v. Stälin*, Wirtemberg. Gesch. Thl. III S. 193, 94.

Canstatt („Candestat, Canistat, Canninstat"), zuerst 708 urkundlich erwähnt, war nach der Römerperiode, welcher der Ort unstreitig seinen Ursprung verdankt, im Besitze der Herzoge von Alemannien, und nach der fränkischen Unterjochung dieses Landes wahrscheinlich Domäne der Karlingischen Könige gewesen. Später treffen wir Canstatt in den Händen der Grafen von Calw, von welchen es, einer weit verbreiteten, aber schwer zu begründenden Ansicht gemäss, in Folge einer Vermählung mindestens theilweise an das Welfische Haus gekommen sein soll. Schon frühe — nach Einigen im X. nach Anderen im XI. Jhdt., jedenfalls vor 1287 — befestigt und mit städtischen Gerechtigkeiten bekleidet, erscheint Canstatt überdies dadurch rechtshistorisch bemerkens-

---

4) Die Schuhmacherzunft war eine theilweise religiöse Genossenschaft und stand in einem kirchlichen Verhältnisse zum Bischofe von Meissen. Vgl. *Bönisch* a. a. O. §. 279 S. 207.

werth, dass es die uralte Dingstatt des Remsgaues war, woran noch das in der Urk. nr. 1 erwähnte, bis 1330 auf freier Ebene ausserhalb der Mauern gehaltene Land- oder Centgericht, dessen Verlegung in die Stadt sich der Landesfürst nicht ohne Genehmigung des Kaisers erlauben mochte, zurückerinnert. (Vgl. *Thudichum*, Die Gau- und markverfassung in Deutschland S. 17.) Wann Canstatt endlich an die Grafen von Württemberg gelangt sei, lässt sich mit bestimmter Jahrzahl nicht angeben. Unfehlbar fällt aber das Ereigniss in das XIII. Jhdt. hinein.

2 **1393**, Febr. 8. Graf Eberhard III. von Württemberg thut „den Schulthaissen, den Richtern vnd den burgern gemainlich siner Stat zu Kanstatt die genad, also daz sie einen Wochenmarckt vnd ainen Jarmarkt ainist in dem Jar wol mügen han vnd haben in siner Stat zu Kanstatt, alz sitt vnd gewonlich sint wochen marck vnd Jarmarck zu han in andern sinen Stetten", bestimmt, dass der Wochenmarkt an jedem Mittwochen, der Jahrmarkt aber am St. Matthäus-Tage stattfinden solle, und behält sich für den Fall, „daz der vorgenante wochenmarckt vnd Jarmarkt siner herschafft vnd sinen Stetten solichen schaden vnd komer bringen möcht, daz siner Herschafft nit nutzlich were", die Wiederabschaffung jener Märkte nach eigenem „bekantnus vnd willen" ausdrücklich vor. *Reyscher* a. a. O. Nr. 3 S. 633, 34.

3 **1413**, Nov. 7. Derselbe bestätigt den Bürgern Canstatt's den in der vorigen Urkunde [nr. 2] ihnen bewilligten Wochen- und Jahrmarkt, gestattet jedoch, letzteren auf Simonis und Judä zu verlegen. (R.) *Reyscher* a. a. O. S. 628, 29.

4 **1465**, Sept. 4. Kaiser Friedrich III. bewilligt dem Grafen Ulrich V. von Württemberg auf seine Bitte und um demselben den Kostenaufwand, welchen er als kaiserlicher Feldhauptmann gehabt hat, einigermassen zu vergüten, „daz er vnd seine erben zu der mule bey Canstat gelegen auf des heiligen reichs freyer strassen ein zolstat fürnemen, ordnen vnd haben, vnd an derselben zolstat von allen den, die zenntner gut*) daselbs durch- vnd fürfüren werden, von einem ross, so dasselb zenntner gut zeuhet, einen Reinischen guldein vnd einen alten turnesz, vnd von anderm gut, so nit zenntnergut genennet wirdet, von einem yeden rosz sechs pfenning der gemeinen landswerung daselbs zu zolgelt aufhebn vnd nemen sollen vnd mogen, in all weg vnd masse der wolgeborne Eberhart grave zu Wirttemberg vnd zu Mumppelgart . . . . . die zolle zu Vaihingen vnd zu Brackenheim hat vnd innenympt", wogegen aber die alten „vier wegzolle" zu Zuffenhausen, Feuerbach, Canstatt und Wangen für die Zukunft gänzlich wegfallen und auf der fraglichen Strasse von Niemanden mehr Wegzölle oder Geleitgelder gefordert werden sollen. *Sattler* a. a. O. Bd. III Beyl. Nr. 36 S. 49, 50; *Chmel*, Reg. Frid. S. 439, 40 nr. 4257. (Extr.)

1475, Oct. 13. Bürgermeister, Richter und ganze Gemeinde der Stadt Canstatt vergleichen sich mit den „hainbürgen**) 5
vnd gemainden" der in das Amt Canstatt gehörigen Dörfer zur Beilegung vorhanden gewesener „irrung vnd spenn", die Tragung des Landschadens und der Beholzung des Schlosses Württemberg betreffend, unter Mitwirkung und Anleitung gräflicher Beamte dahin, dass von dem Landschaden, in welchen die fragliche Holzleistung einzurechnen ist, sowie anderen Beschwerden die von Canstatt ihrem bisherigen Herkommen gemäss ein Viertel, und die von den Dörfern im Amte die übrigen drei Viertheile tragen sollen. *Reyscher* a. a. O. Nr. 4 S. 634, 35.

Cassel. CLXXXIX.

(Kurhessen.)

[F. C. *Schminke*,] Versuch einer genauen und umständlichen Beschreibung der Hochfürstlich-Hessischen Residenz- und Hauptstadt Cassel, das. 1767. 8⁰.*) (Mit besonders paginirten IX Beylagen). F. C. Th. *Piderit*, Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Kassel, das. 1844. 8⁰. Dazu vgl. noch J. Ph. *Kuchenbeckeri* Analecta Hassiaca, Collect. IV Nr. I „Historischer Bericht von dem Ursprung der Stadt Cassel, und einigen daselbst vor Zeiten üblich gewesenen Rechten und Gewohnheiten" S. 245 — 304; *Kopp's* Hessen-Cassel. Gerichts-Verfassung Thl. I S. 44, 71, 74, 79, 343, 416, 479 etc.; Guil. *Arnold*, Diss. de origine ac jure antiquissimo quarundam civitatum Hassiacarum, Cassell. 1849. 8⁰., §. 2 p. 21 sq. §. 3 p. 24 sq. und in der heidelberg. krit. Ztschr. f. d. ges. RWiss. Bd. I S. 336—38; G. *Landau*, Beschreibung des Hessengaues, Kassel 1857. 8⁰., S. 87 flg.; P. *Roth* und Vict. *v. Meibom*,

*) Handelswaaren, welche nur in grösseren, nicht unter einem Centner betragenden Quantitäten verfrachtet werden.

**) Vgl. oben S. 406 Note 4.

*) Von dieser auf Befehl Landgraf Friedrich's II. edirten Schrift erschien ein neuer, theilweise vermehrter Abdruck u. d. T. „Cassel in historisch - topographischer Hinsicht", Marburg 1805. 8⁰.

Kurhessisches Privatrecht Bd. I (1858) §. 18 S. 37 flg.

1 **1239.** Landgraf Hermann II. der Jüngere von Thüringen bestätiget seinen Rathmannen und Bürgern in Cassel auf deren Bitte die von den Erbauern des Ortes herrührenden, in einer aus Nachlässigkeit in der Aufbewahrung verloren gegangenen Handfeste verbrieft gewesenen Rechtssatzungen und Begnadungen, betreffend insbesondere die Straffolgen gewisser Delicte, die Wahrung des Haus- und Stadt-Friedens, den Gerichtsstand der Bürger im Processe über dingliche Gerechtigkeiten, die Bauholz-Bezüge der Ersteren aus den landesfürstlichen Waldungen, endlich den Schutz neu-angesiedelter Stadtbewohner:

„Hermannus, dei gracia junior lantgravius, universis presentibus et futuris hoc scriptum inspicientibus salutem in Christo Jesu. Noverit universitas vestra, quod consules cum universitate civium nostrorum in Casle [1]) in presencia nostra constituti, instituta juris et gracie ab antecessoribus nostris, constructoribus ville [2]) ejusdem, conscripta [3]) ex negligencia, quorum custodie commissa fuerant, se perdidisse conquerentes, iterato sibi conscribi suppliciter postulabant. Nos igitur precibus eorum inclinati et honori nostro, ne forte de se quicquam novi instituerent, providentes, prout petebant, priora instituta presenti scripto fecimus compilari. §. 1. Est ergo hec prima institucionis et gracie forma. Si quis forte stimulo invidie concitatus aut pro favore gracie nostre quicquam mali vel de solo vel de pluribus civibus nobis suggesserit, verba ipsius, ante quam villicum nostrum et scabinos super eisdem interrogatos audiverimus, non animadvertemus. §. 2. Secunda talis est, quod nec civis civem nec [de] extra civitatem manentibus quisquam aliquem memoratorum civium pro verbis contumeliosis vel aliis infamiis [4]), que quasi frivole habende sunt, evocare poterit. Sed evocacionem pro rapina publica factam aut propter evidentem adjacentis corporis interfectionem ratam esse volumus et irrevocabilem. §. 3. Tercia est, ut si quis forte per aliquem provocatus aut ebrius vel naturali furore repletus sanguinem cujusquam effuderit aut quempiam interfecerit, et locum transgressionis evadens in domo sua se receperit, vel si in domum alicujus civis fugerit, ab omni violenta impeticione securum esse volumus eundem. Si vero in recenti [5]) facto deprehensus fuerit pro sanguinis effusione, manu truncabitur, aut, si manum salvare voluerit, sexaginta solidos istius monete nobis exhibebit. Pro corporis interfectione civilem atque vulgarem sentenciam sustinebit. In domo propria sive aliena transgressor receptus die sibi prefixo juri stare caucionem prestabit. §. 4. Quarta, quicunque latro, fur aut predo, nobis ignorantibus existens, rebus suis dispositurus civitatem ingressus fuerit, violentam impeticionem securus non timebit; sed si quis contra ipsum quicquam tractare voluerit, in presencia judicis nostri, quod justum fuerit, exequetur. §. 5. Quinta, si duo vel plures inimici ad invicem existentes predicto modo civitatem ingressi fuerint, neuter ipsorum infra municionem in personam alterius ruere presumere debet, sed, si placuerit, coram villico nostro proponens, quod sententia dictaverit, exequetur. §. 6. Sexta, quicunque civium agros, areas vel qualescunque reditus infra villicacionem hanc comparaverit et in possessionem missus fuerit, nullus ipsum pro possessione tali ad alterius judicis presenciam trahat, sed in facie villici casliensis sibi satisfieri postulabit proponere volens [6]); si vero teste villico et scabinis actori negata fuerit justicia, in cujuscunque judicis nostri voluerit presencia, justiciam sibi fieri nostra postulabit auctoritate. §. 7. Septima, quicquid cives memorate lapse municionis aut in domibus ipsis reedificare voluerint, in silva nostra sine omni contradictione custodum nemoris edificia secandi nostra indulgemus auctoritate. §. 8. Octava, cujuscunque condicionis homo villam hanc sub civili forma mansurus ingressus fuerit, in nostra protectione confidens [7]) nullius violentam impeticionem expavescet, sed cuilibet proponenti sibi in forma judicii civili jure respondebit. Ne ergo aliquis successorum nostrorum has instituciones queat immutare, sigilli nostri appensione esse decrevimus roborandas. Hec autem scripta sunt anno domini millesimo ducentesimo tricesimo nono, principatus nostri anno primo [8]), Theodorico existente nostro villico in Casle et consulibus his, Berwico, Cunrado de Umbach,

1) Weitere urkundliche Namensformen sind: „Chasella, Chassalla, Cassela, Cassele, Cosle."

2) Cassel war ursprünglich ein Königshof, und heisst daher in den Documenten des X. und XI. Jhdts. stets „curtis" oder „villa." *Tietmar* ist der Erste, welcher von einer „civitas Cassalun" spricht.

3) „Circa annum 1150". *Arnold*, Diss. cit. §. 2 p. 23.

4) *Kuchenb.* „insaniis."

5) *Kuchenb.* „praesenti".

6) *Kopp* „nolens.

7) Vielleicht: considens.

8) Die nachfolgende Zeugen-Angabe fehlt in der wolfhagener Abschrift.

Helwico de Crumbach, Ludowico de Iringeshusen, Cunrado de Ramershusen, Zacheo, Ecberto, Godefrido, Gerlaco, Walthelmo, Widoldo et Orthwino."

Gedruckt, und zwar a) nach dem inzwischen verloren gegangenen Originale bei *Kuchenbecker* l. c. p. 262—65; b) nach der Abschrift, welche davon die „consules civitatis Casle" am 12. Oct. 1264 den „Burgenses in Wolfhain" (Wolfhagen)[9]) zugefertigt haben, bei *Kopp* a. a. O. Beylagen zu Stück I Nr. 11 S. 22—24 und *Arnold*, Diss. cit. p. 41—44. Inhalts-Darstellung mit Bemerkungen b. *Piderit* a. a. O. S. 19—21.

2 **1247**. Herzog Heinrich V. von Lothringen und Brabant (der Gemahl von Landgraf Ludwig's von Thüringen Tochter, Sophia, und Vater Landgraf Heinrich's I., des Kindes, von Thüringen und Hessen) gibt seinen „burgensibus de Cassel" die Zusicherung, den Inhalt der Hermann'schen Handfeste [nr. 1] aufrecht erhalten, sowie die Bürger in keinem Stücke gegen ihre Rechte beschweren oder verletzen zu wollen — „quod in nulla parte eos contra justiciam gravabimus vel laedemus." *Kuchenbecker* l. c. p. 266. Vgl. *Piderit* a. a. O. S. 34, 35.

3 **1316**. Landgraf Otto von Hessen erlässt zu Gunsten der durch das mündener[10]) Niederlagsrecht in ihrem Handel benachtheiligten Bürger von Cassel die Verfügung: „quod universi et singuli oppidani dicte civitatis Mundin civitatem Cassel cum suis rebus et mercimoniis transeuntes medietatem suarum rerum et mercimoniorum in dicta civitate similiter deponant, deposita tam diu maneat, quousque eandem vendere valeant, reliqua medietate deducta in loca et terminos, ad quos volunt; hoc statuto tam diu firmiter duraturo, quousque dicti oppidani de Mundin predicta sua statuta civibus (Cassellensibus) prejudicialia aboleant et deponant." *Kuchenbecker* l. c. p. 267, 68; *Schminke* a. a. O. S. 27, 28, 259, 60.

4 **1317**, Dez. 8. Derselbe nebst seiner Gemahlin Adelheid und ihren Erben verspricht den Bewohnern von Cassel, sie im Fortgenusse aller bisher ihnen zuständig gewesenen Rechte belassen, nur in bestimmten peinlichen Fällen dem Gerichte vorsitzen, auch keinerlei Verbote oder Gebote ohne der Schöffen [Rathmannen] Wissen und Beirath verkünden zu wollen, schliesslich noch hinzufügend, dass von Bürger-Aeckern, welche, nachdem sie längere Zeit verwildert gelegen, wieder in Bau genommen würden, keine Neubruch-Abgaben zu leisten seien:

„Nos Otto, dei gratia terre Hassie lantgravius, nos Alheidis landgravia nostrique heredes, quos pariter genuimus, recognoscimus manifeste, quod de speciali gratia et favore, quibus oppidanos nostros in Cassel prosequimur et favemus, quod universis juribus, quibus iidem oppidani nostri hactenus temporibus patris nostri sunt freti, ammodo nostris temporibus perfruantur. Insuper in dicto nostro oppido non debemus personaliter judicio presidere, nisi super recenti homicidio seu stupro vel in aliis casibus, quos forte noster officialis deficeret judicare. Etiam inhibitiones seu mandata in hoc sepe dicto oppido absque scabinorum scitu et consilio promulgare seu indicere non debemus. Item si rubeta, que olim agri extiterunt, contingerent innovari, que quidem rubeta essent nostrorum civium premissorum, in his novalibus seu agris innovatis ipsos nostros cives hoc ipso jure volumus perfrui, quod inantea ante rubetorum crescentiam habuerunt. In robur omnium premissorum nostrum sigillum, quo pariter utimur, presentibus est appensum. Datum anno domini millesimo trecentesimo decimo septimo, sexto idus decembris." *Kuchenbecker* l. c. p. 269, 70. Vgl. *Piderit* a. a. O. S. 51.

1336, Dez. 7. Kaiser Ludwig IV. erweist dem Landgrafen Heinrich (II.) von Hessen und dessen Erben die besondere Gunst, dass sie von seiner und des Reichs wegen in der Stadt Cassel eine Niederlage haben sollen und mögen, also „daz alle kouflüte, die darin komen, mit irer koufmanschaft drei tage da bliben solen, mit der bescheidenheit, daz jederman die selben drei tage darin koufen vnd verkoufen müge nach sinem fuge." J. Ph. *Kuchenbecker*, Von den Erb-Hofämtern der Landgrafschaft Hessen (Marburg 1744. 4⁰.) Beyl. Nr. V S. 29. Vgl. *Böhmer*'s Reg. Ludov. Addit. I S. 284 nr. 2805; *Piderit* a. a O. S. 59. 5

1337, Mai 6. Derselbe sichert den Bürgern der Alt- und Neustadt[11]) Cassel die Aufrechthaltung ihrer „fraternitates et uniones, quae einunge vulgariter dicuntur" mit der beigefügten näheren Bestimmung zu, „quod deinceps nulli res aliquas, dictas confraternitates seu uniones respicientes seu tangentes, in dictis oppidis aliqualiter emere aut vendere licebit, nisi prius prememorata videlicet fraternitate seu unione sibi comparata, et prout hoc moris existit, a dictis nostris oppidanis, qui super eo juxta rei 6

9) S. den Art. „Wolfhagen".
10) Vgl. den Art. „Münden."

11) Ueber die vor 1310 gegründete „nova civitas de Cassele superior", zu welcher dann 1326—30 noch die s. g. Freiheit als dritter Stadttheil hinzukam, s. *Schminke* a. a. O. §. 10, 11 S. 28 flg.

vendibilis statum et conditionem requirendi sunt, debite ac legitime acquisita." Doch soll hiedurch den besonderen Freiheiten der Wollenweber („lanificium") nicht geschadet werden. *Kuchenbecker* l. c. p. 277, 78; *Kleinschmid*, Samml. Fürstl. Hessischer Landes-Ordnungen Thl. I Nr. I S. 4.

7 **1337**, Dez. 5. Landgraf Heinrich II. von Hessen verbietet aus Anlass von Streitigkeiten, welche zwischen einigen Klöstern und der Bürgerschaft der Stadt Cassel entstanden waren, die Uebereignung von Erbgütern oder Renten aus solchen innerhalb der genannten Stadt an Klöster oder geistliche Personen:

„Nos Henricus, dei gratia lantgravius terre Hassie, universis tam presentibus quam futuris presentium literarum inspectoribus volumus esse notum, quod, cum hactenus quamplures dissensiones inter quedam coenobia et ipsorum personas regulares parte ex una nec non oppidanos nostrorum oppidorum in Cassel parte ex altera super quibusdam bonis hereditariis et censibus, que vel quos dicta coenobia et persone infra muros dictorum oppidorum et ipsorum terminos habere dinoscuntur, habite sint atque mote, pretextu cujus utraque pars non modicum se gravatam senserat, quibus dissensionibus imposterum optime cupientes precavere, statuimus deliberatione prehabita matura, nullo minus et per tenorem presentium firmiter statuentes: Ne quisquam de cetero etiam, cujuscunque status vel conditionis fuerit, bona sua hereditaria seu census, qui ex ipsis bonis derivari possent, infra muros et communitatem dictorum oppidorum et terminos decimales ipsorum sita, aliquibus coenobiis seu personis regularibus, ubicunque locorum sitis seu constitutis, aliqualiter vendat, seu ad ipsorum proprietatem per contractum quemcunque alium transferat vel adoptet. Contrarium vero facientes seu committentes poenam decem librarum denariorum monete currentis et usualis, quarum dimidietas officiariis nostris, alia vero dimidietas consulibus oppidi, in quo hujusmodi bona sita fuerint vel deexactionari contingat, cedere debebit, irremissibiliter incidere judicamus. Si quis autem bona sua hereditaria seu census coenobiis vel personis regularibus liberaliter donare decreverit, seu pie in remedium anime sue legare, hujusmodi sic donata vel legata, quocunque vocabulo vocentur, hii, in quos translata sunt, infra spatium unius anni prioris et sex septimanarum alicui de incolis dictorum oppidorum justo precio et congruo vendere tenebuntur. Quod si negligentia interveniente per tales hujusmodi venditio non procederet, ex tunc consules dictorum oppidorum de hujusmodi bonis se licite intermittere poterunt et debebunt, qui, ut premissum est, alicui de incolis ipsorum oppidorum dictorum bonorum liberam vendendi obtinebunt facultatem, preciumque justum, quod ex ipsis bonis seu censibus cedere poterit, coenobiis seu personis, quibus eadem bona fuerant legata seu donata, dicti consules ulterius presentare integraliter tenebuntur. Per presens autem nostrum statutum coenobiis et personis regularibus quoad bona eorum, que hactenus in dictis oppidis nostris et terminis eorum habuerunt, qui in omnibus gratiis et libertatibus eorum, prout hoc usque usa vel use sunt, persistere debeant, nullum prejudicium volumus gravari. In quorum premissorum testimonium et robur firmius has literas dedimus sigillo nostro majori, nostro et heredum nostrorum nomine, communitas. Sub anno domini millesimo trecentesimo tricesimo septimo, in vigilia beati Nicolai confessoris." *Kuchenbecker*, Anal. Hass. l. c. p. 278—80; *Kleinschmid* a. a. O. Nr. II S. 4. Vgl. *Piderit* a. a. O. S. 58.

1339, Apr. 17. Derselbe verlautbart 8
ein Uebereinkommen zwischen den Bewohnern von Alt-Cassel und den „oppidani novi oppidi ultra Fuldam ibidem", wonach während der Zeitdauer der an Gottfried von Grumbach und einige andere Bürger überlassenen Steuer-Einhebung die Bürger beider Städte „precariam suam simul et semel dare tenebuntur, hoc modo, quod oppidanorum dicti novi oppidi quilibet de sua marca juxta debitum congruitatis, prout illi de veteri oppido facient, dare seu pagare debebunt expedite", sowie auch den Neustadt-Bürgern erlaubt sein soll, „sub annis prescriptis inter se collectores precarie anno quolibet deputare et statuere"; wogegen „dictis annis expletis et elapsis ipsi oppidani novi oppidi oppidanis veteris oppidi amplius in datione precariarum in nullo conjuncti erunt vel adstricti." *Kuchenbecker* l. c. p. 282 sq.

1345, Apr. 17. Derselbe gestattet den 9
Bürgern Cassel's, die „agros extra libertatem in Cassel circum fossata sitos . . . ad faciendum ex ipsis hortos ab omni decima solutos et liberos jure hereditario perpetuis temporibus tenere et possidere . . ., ita videlicet, quod iidem oppidani ac heredes eorum de quolibet agro unam libram denariorum Cassellensium seu de dimidio agro decem solidos eorundem denariorum singulis annis in prima dominica quadragesime, qua cantatur Invocavit, pro censu annuo persolvere debebunt expedite." *Kuchenbecker* l. c. p. 281 sq. Vgl. *Schminke* a. a. O. §. 11 S. 30.

10 **1346**, Apr. 4. Derselbe gibt den Bürgern beider Städte Cassel, nachdem er mit deren Einverständniss für die nächsten sechs Jahre die Steuer-Einnahme zur Tilgung seiner Schulden an mehrere genannte Personen zu bestimmten Theilen, z. B. auch 10 Mark Silbers den „cives de Gottingenn", überwiesen hatte, die beruhigende Versicherung, er wolle während des erwähnten Zeitraums nichts weiter „nomine precarie petere seu extorquere ab ipsis consulibus et oppidanis." *Kuchenbecker* l. c. p. 283 sq. Vgl. *Piderit* a. a. O. S. 47, 48.

11 **1346**, Mai 7. Derselbe und sein Sohn Otto führen zum Behufe der Herstellung einer neuen Fulda-Brücke eine „ampliatio sui theolonii, quod de extraneis personis antiquitus solet derivari in Cassele", unter ausführlicher Bestimmung der Zollsätze, ein. *Kuchenbecker* l. c. p. 285—89.

12 **1372**, Mai 31. Derselbe verbietet allen Bürgern und Einwohnern der „dreier stette zu Cassel, der Aldenstat, der Neuenstat vnd der Freyheit", sowie überhaupt allen in den zu Cassel gehörigen Gerichten gesessenen Personen, ferner insonderheit den Mönche- und Jungfrauen-Klöstern, sowie den „pfaffen, begynnen (Beguinen) ader anders geystlichen leutten in den egenanten stetten vnd gerichten, leien vnd weltliche leutte — bürgere —, einen ader mer, vmb werltliche sache zu ladunge an geystlich gerichte adder zu banne ze bringen", es wäre denn, dass dem Kläger, nachdem er die Sache vor dem Schultheissen und Richter zu Cassel „erclagt vnd erfordert hatte, des rechten broch vnd ime des nicht geholffen" worden sein sollte. *Kopp* a. a. O. Beyl. zu Stück II Nr. 29 S. 59—61.

13 **1384**, Febr. 1. Landgraf Hermann („der Gelehrte") von Hessen ertheilt seinen „drei Städten zu Cassel" neue, theilweise auf das Kaiserrecht, d. h. den Schwabenspiegel [12]), hinweisende „Satzunge" (in 31 Artikeln), darin bestimmend, wie es künftig daselbst mit der Besetzung des Rathes, der Aufnahme von Bürgern, der Ausübung der Rechtspflege, der gerichtlichen Pfändung, vornehmlich bei Gästen, den Brüchten, Wetten und Bussen, der öffentlichen Errichtung von Rechtsgeschäften, der Entscheidung im Falle einer Meinungsverschiedenheit unter den Gliedern des Rathscollegiums, der Bestellung des Marktmeisters und seiner Beaufsichtigung von Wage und Gemässe, der Setzung und Entsetzung der Pförtner und der mit der Wachtkündigung beauftragten Bürmeister, der Anlage neuer Bauten an den Strassen, der Ahndung von Ruhestörungen, z. B. durch „eyn heilalgeschrey", dem Schwure der Stadtknechte, der amtlichen Einschreitung des Richters bei Missethaten, den Fürsprechern, den Innungen, dem Eide der Bürgermeister und Schöffen, endlich den Gewohnheiten im Verhältnisse zu den landesfürstlichen Gesetzen gehalten werden solle. Die bemerkenswerthesten Artikel der Hermann'schen Stadtordnung lauten aber:

„Dyt ist die sazzunge, die wir Herman, von gots gnadin lantgrafe zu Hessin von vnsir vnd vnsir erbin wegin seczen vnd machin in vnsen drew steden zu Cassel, vnd die zuhaldene by alle irn penen, alse die hienach geschrebin sten. 1. Czu dem erstin, daz wir Herman lantgrafe zu Hessin seczen vor vns vnd vnsir erbin eynen raid in vnsen steden zu Cassel, vnd den widder mogin entseczen nach alle vnseme willen gancz adir eyn teil, vnd daz tun, alse dicke vnd zu wilcher zyt vns daz ebin ist. 2. Ouch so en sal die gemeynheit keyne czwene gemeyne burgirmeistere kiesin noch habin. 3. Ouch so en sal man keynen nüwen burger enphaen, her sy wer her sy, ez en sy danne mit willin vnsir adir vnsses richters von vnsses geheissis wegin, vnd der sal swerin vns getruwe vnd holt zu siende. 4. Ouch so sal man richten, orteil sprechin vnd gerichte siczen nach keysirs rechte. 5. Ouch so en sal der raid, daz sin die schepfin, by sich keyn orteil lengir behalden, danne von eyme gerichte bis zu dem andirn; so sollen sie daz orteil widder inbrengin vnd vzsprechin by dem eyde, den sy getan han. 6. Ouch waz sache vor gerichte kumet, die ensollin die schepfin vff dem rathuse nicht richten, ez en sy mit vnssme vnd vnsir erbin willen. 7. Ouch ist ez, daz ein orteil gefundin adir gesprochin wirdet, daz man schelden wil adir schildet mit beruffunge, die sal man tun zu vns vnd zu vnssme rade, vnd nyrgen andirs. Vnd wer dan andirs tede, der sulde ez verbuszin dem richtere, vnd darbit des gerichtis. 8. Ouch die orteile, die da endunge gebin in den sachin, sie werdin gesprochin von vns vnd vnssme rade, adir von dem rade, daz sind die schepfin der stede, die sal man zu stunt schriben in ewey büchere; daz eyne sal bliben by dem rade, daz ander by dem richter. 9. Ouch so sal man ezügin vnd geczügnisse leiden [13]), alse keysers recht vzwisit. 10. Ouch sal man den gesten richten von eyner sonnen zu der andirn, vnd waz en gerichtit wirt, des sal

12) Vgl. *Kopp* a. a. O. (Text) §§. 25, 26 S. 44—47.

13) Leiten. Vgl. *Homeyer* z. Richtsteig Landrechts Cap. 45 §. 3 Not. 23 S. 291.

man en helfen des nesten tagis darnach, als ez gerichtet ist. 11. Ouch so sal man phenden vnd phande gebin vnd darmydde gebarin nach keisirs rechte. 17. Ouch alle wilkore vnd alle vorgift sal keyne macht han, sy en gesche danne vor gerichte adir mit volbort des gerichtis, vzgenomen, daz man gode gibet, vnd daz sal man gebin vnd halden nach keysers rechte [14]); ez en were danne, daz vnsir eldern adir wir adir vnsir erbin daz andirs verbriefet hetten adir nach verbriefetin. 18. Ouch in allen dingin, die da geschen in dem rade, da der raid, daz sint die schepfin, nicht eintrechtig ynne ist, daz sal der schultheizze vfnemen von beiden syten vnd vor vns brengin, so wollin wir sie dar vz scheiden mit rechte. 27. Ouch mag der richter richten obir missetat alleyn, daz dar keyn klegir en ist; sundern her sal die missetat irwisen vff die misstedige lüde, alse keysers recht [15]) vzwiset. 28. Ouch so en sal nymant, her sy ratsmeister adir schepfe, vorspreche sin adir raid gebin, der an gerichte zu teydingin hat, in vnssen steden zu Cassel, by dem eyde, den her getan hat, vnd by pyne [nach] keisers rechte; want sie selbir recht vnd orteil teilen an gerichte. 29. Ouch sollin viere gesworn vorsprechin sin an vnssme gerichte zu Cassel vnd nicht mer, die vnsir burger vnd andirs der geste wort halden sollin, den man in ir eyde gebin sal, daz sie ydermans wort sprechin sollin vor gerichte, vnd ir iglicher siner party vor sin getruwelich, alse verre en synne vnd witze lerit, vnd daz durch lieb adir durch leit nicht [16]) laszin. Vnd wes wort her sprechit, der sal yme sess hessche pfeninge gebin vnd nicht mer, vnd sal yme darmidde laszin gnügin by dem eyde, den her darobir getan hat. Vnd wes wort sie also sprechin, dem sollin sie die gericht tage al vz wartin, vnd wir vnd vnsir erbin adir vnsir schultheizze von vnssis geheissis wegin mogin sie seczin vnd entseczin, alse dicke vns daz ebin ist. 30. Ouch so sal alle innunge vffin vnd abegetan sin dry jar vmb des willen, daz die vnssen verstorbin sin in den steden, vnd vmb eyns gemeynen nuczis willen, daz sich ander lüde in die stat wenden. Vnd mag ouch eyn iglicher in syme huse kouffin vnd verkouffin. Vnd wan die dry jar verlouffin sin, so mogin wir widder innunge gebin vnd tun nach vnssem willen, vnd diewile des nicht geschiet, so en sal keyne innunge sin adir keyn hantwergksmeister. 31. Dyt ist der eyt, den die burgermeister vnd die schepfin vnsir stede zu Cassel sweren sollin alse dicke, als man sie seczit: Daz wir lantgrafen Hermanne vnd syne rechtin erbin by syme rechte behalden sollin vnd dem gerichte, daz der egenante vnser junkher vnd syn erbin han in den steden zu Cassel, yme vnd sinen erbin da getruwe zu zusiende, vnd die sazzunge, die her gesaczt hat von siner wegin vnd siner erbin, adir nach seczit, her adir syn erbin, en zuhaldene, vnd yme vnd sinen erbin getruwe vnd holt zusiende, vnd nymande verbundin sin, dann yme vnd sinen erbin, als vns got helfe vnd die heilgin. 31. Ouch so en sal keynerley gewonheit mer sin in den steden zu Cassel, die widder daz recht sin adir widder disse geseeze, die hir vor geschreben steen, wy lange adir wy korz sie herbracht syn, vnd widder die geseeze, die wir adir vnsir erbin noch seczende worden adir sesten."

Gedruckt bei *Kleinschmid* a. a. O. Nr. IV S. 5–7. Ueber Veranlassung und Endzweck dieser Stadtordnung s. *Piderit* a. a. O. S. 61–63.

1402, Nov. 2. Landgraf Hermann „begnadiget sine burgir die gewandsnyder vnde koufflude, die in der ynnunge sin zu Cassel, . . . eyner Innunge vnde bruderschaff", d. h. mit neuen, vornehmlich die Aufnahme in die Gilde und die damit verbundenen Reichnisse, die Ausübung des Gewerbes und die Beschränkungen hiebei, den Uebergang der Innungsrechte auf Wittwe und Kinder, die Autonomie und Pfändungsbefugnisse der Zunftgenossen, die Wahl ihrer Meister, die Beerdigungfeier etc. betreffenden Satzungen, deren erheblichste nachfolgende sind: „zum ersten, wer in der ynnunge sin sal ader wel, der sal sin eyn bidderbe man, sine ere wole beward han, vnde sal nymandes eygen sin. Ouch wer in der ynnunge sin wel vnde koufen sal, vnde kan er eyn hantwergk, daz sal er von stund vorloben, sweren vnde nidderlegen, die wile er sich der ynnunge vnde gilde gebraichen wel, vsgenummen agkerlude vnd muntzer. — Ouch ensal keyn lynenweber keyn lynenwand virkouffen gesten ader anders ymande zu Cassell, die da vz andern steten vnde sloszen sin, sie enthabin sie dan erste geboden den koufluden, die in der innunge sin, ab sie die kouffin wulden, vnde sollin ouch keyn lynnenwand snyden nirgen in keine wiz, dan vff frihen jarmergkeden [17]). Wilch lynen- 14

14) Vgl. *Schwäb.* Landrecht Cap 323. (L.)

15) Vgl. *Schwäb.* Landrecht Cap. 97 pr. (L.)

16) So berichtigt den Text *Kopp* a. a. O. S. 431 Z. 14.

17) Cassel selbst soll nach *Lauze's* handschriftlicher Chronik (*Arnold*, Diss. cit. p. 27 not. 47) von König Ludwig IV. im J. 1336 mit vier Jahrmärkten und vielen darauf bezüglichen Freiheiten begnadigt worden sein.

weber daz virbreche, der sulde vnsser vnd vnser erbin gnade darummb erwerben. — Ouch wilch gewandsnyder die gylde haid vnd abe gehit von dodes wegen, des eldiste son sal die gilde losen vnde kouffen mit anderhalbin gulden ader werunge davor, als zu Cassel genge vnd gneme ist, vnde vns vnde vnssern erbin eyn halb fürteil wins, iglichem gyldemeister eyn stobichen[18]) wins, vnde tzwey phund wasses zu iren lichten. Vnd wilcher in der gilde ist vnde keyne libeserben had, vnde abe gehit von todes wegen, des ehliche husfrauwe sal die vorgenante gilde halb habin von irs huswirtes wegen; vnde waz sie tochter haid, die sollin ouch die gilde halb habin vnde damidde virerbit sin, vnde daz ander halbe teil kouffen. Ouch mogen die gewandsnider en selbis zu getwange güde gesettze vnder en machen, die widder vns ader vnsser erbin nicht ensin, vnde von den, die die broche brechin, die sal man nemen, die sie dan daruf settzen, vnde sollen des von vns macht habin; vnde solche broche sollin vns vnd vnssern erbin tzweiteil, vnde en daz dritteil[19]). Ouch wan sie virboddet werden, wilche zieden das not ist vnder eynander, wer dan nicht kommed, der sal virbrochen habin sess phenge, die sollin gefallen zu iren lichten. Ouch wan sie iren knecht heissen phenden vor ire broche, wilcher die pande werte, der sal noch eyns alse vele gebin zu den vorgenanten lichten. Ouch sollen sie alle jar gildemeister kisen vff sendte Claus abind, die da zusehin sollin, daz alle ding deste bass gehalden werden." — Am Schlusse wird dann noch verfügt: „Ouch ensollen der, die in dusser innunge sin, nicht me sin, dan sesstzig, vnde nicht daruber. Were ouch, daz eyner ader me dusse innunge virbrechen vnnd nicht enhilden, als vorgerurt ist, der ader die sulden der innunge nicht me habin, vnde ir recht darane virwirgked han. Wer ouch, daz sie alle dusse innunge virbrechen, so sulden sie alle dusse vorgenante innunge virloren han, vnde sulde dusser briff dan ouch keyne macht han. Ouch ensal nymand keyn gewand sniden in vnsserme gerichte zu Cassel anders, dan als vorgeschrebin sted. Ouch ensollin sie vorbass me nymande in die innunge nemen, ez ensie dan mit vnssin adir vnssir erbin wissen vnde willen." Gedruckt bei *Schminke* a. a. O. Beyl. Nr. VII S. 22—27[20]).

1413, Jun. 29. Landgraf Ludwig I. („der Friedfertige") von Hessen stellt theil- 15
weise die Verfassungszustände Cassel's, wie sie vor Landgraf Hermann II. (bis 1384) gewesen waren, wieder her, indem er a) das Privileg v. 1339 erneuert und bestätigt, sowie b) demselben noch zwölf weitere, für die Bürgergemeinde vortheilhafte Artikel hinzufügt. Diese letzteren betreffen: die Unzulässigkeit jedes von Seite der Amtleute den Bürgern aufzulegenden Zwanges „sua venalia vendere super pignora importuna, que forte vendentes recipere abhorrerent", indem selbst bei etwaiger Besetzung der Stadt mit Heeresmacht „quelibet venalia juxta taxationem duorum ydoneorum scabinorum ... debent vendi super fidejussores et pignora, que tunc competere videbuntur" (9); die Ueberlassung der Habe eines flüchtigen Todtschlägers an dessen Frau und gesetzmässige Erben ohne irgend eine Beschwerung durch den Richter (10); die in bestimmten Waldtheilen den Bürgern zustehenden Weide- und Zaunholzgerechtigkeiten (11), sowie die Befugniss der Ersteren, nach Befriedigung ihrer Gläubiger und Bezahlung der zuerkannten Gerichtsbussen nach Belieben in einer anderen Stadt sich niederzulassen — wobei auch den von anderen Wohnplätzen nach Cassel Uebersiedelnden eine „honorabilis in quibuslibet promotio" zugesichert wird (12); den Schutz des Geblütserbrechts wider jede Verkümmerung — „quod propinquiores heredes cujuslibet civis hujus civitatis in bonis, quibus de jure debent succedere, non debent aliqualiter impediri" (13); das Verbot jeden Vorzugs in Ansehung des Einkaufs von „comestibilia, que in foro publico hujus civitatis vendenda conspectibus hominum offeruntur" (14); die Abgabenfreiheit aller „allodia, curtes seu agri, qui jure ex hac civitate coluntur" (15); die Ausschliessung von Bürgern vom Schultheissenamte — „ut nullus in hac civitate civium ad villicatorum officium seu scultetie officium statuatur ob hoc, ne forte gratia vel odio seu elatione quoad concives suos equitas judicii possit ledi" (16); die Verwendung der im angrenzenden Forste befindlichen Hutplätze (unter gewissen Vorbehalten, z. B. der Eichellese, für die Hofverwaltung) zu Almenden, „pro communibus pascuis" (17); die Unterwerfung der landesfürstlichen Amtleute in Ansehung der Gerichtsbussen unter die Aussprüche der Stadtschöffen (18); die den Bürgern schon längst [nr. 2] zugesicherte Verschonung mit allen „contra justitiam" ver-

18) Das Viertel Weins begriff $1/4$ Logel oder $1/16$ Ohm, und das Stübchen 4 Mass.

19) Vielleicht ist „boren, geboren" zu ergänzen.

20) Im J. 1421 soll dann Landgraf Ludwig jeder Gilde zu Cassel über ihre Freiheiten einen besonderen Zunftbrief gegeben haben. Vgl. *Schminke* a. a. O. §. 17 S 39.

laufenden Belastungen (19); endlich die gleichfalls bereits früher [nr. 9] zugestandene, hier lediglich erneuerte Umwandlung der ausserhalb der Stadt gelegenen Grundstücke in Gartenland unter Festsetzung eines mässigen Jahreszinses (20).

Die 12 Zusatz-Artikel sammt dem Schlusse findet man gedruckt b. *Kopp* a. a. O. Beyl. zu Stück I Nr. 12 S. 24 - 27; eine genaue Inhaltsübersicht gibt *Piderit* a. a. O. S. 69 – 71.

16 **1413**, Jul. 5. Landgraf Ludwig I. ertheilt der Stadt Cassel noch ausserdem eine allgemeine Zusicherung in Bezug auf die Aufrechthaltung ihrer althergebrachten Freiheiten:

„Wir Ludewig, von gots gnaden lantgrave zu Hessen, bekennen vffintlich in diessem brieffe vor vns vnd alle vnsse erben, daz wir vnssen lieben getruwen burgermeistern, scheffin vnd der gantzen gemeynde vnd steden zu Cassel woln stede, veste vnd vnvorbruclich halden sulche gnade, friheide vnd wirdekeide, als sy gehad haben byss here von alle vnssern aldern. Vnd were ez, daz brieffe funden worden, dy ire eyde vnd truwen globede rürten, dy en abegedrungen vnd by vnssers vater vnd heren, hern Hermans, lantgraven zu Hessen seligen, zeyten gegebin weren, dy selbin briffe sollen vortme keyne macht haben vnd gentzlich toid sin, vssgescheyden soliche brieffe, dy daz gerichte antreffen, daz etzwanne vff dem markede gescheen ist [21]) von solichen burgern vnd luten, die an dem selbin gerichte mid rechte irclaget, irwunnen vnd virwiset sin. Dez zu orkunde han wir vnsser furstliche ingesigel an diessen briff lassen hencken. Datum Cassel ipso die beati Vdalrici sub anno domini M° CCCC^{mo} tredecimo." *Schminke* a. a. O. Beyl. Nr. III S. 5, 6.

1423, März 28. Landgraf Ludwig er-
17 lässt ferner für „Burger, Burgersche vnd Inwoner zu Cassel . . . Satzunge vnd Gebotte", wie es hinsichtlich der Eheverlöbnisse, Kindtaufen und Hochzeiten oder „Wirthschafften" in genannter Stadt zu halten sey, über Sponsalien darin besonders bestimmend: „dass sich niemand, were der sey, mit iren kindern, mundig oder vnmundig, die sie vnter irer gewalt han, vertrawen noch zur heyligen ehe greiffen sall hinder derselben kinder eltern odder formunde, als sie keine eltern hetten, wissen vnd willen; wer das verbreche, der adder die sollen vns vnd vnsern erben das verbussen vnd verfallen sein mit dreyen lottingen marken silbers, vnd darzu vnser stadt Cassel verloben vnd verschweren drey gantze jare darein nicht zu kommen. Vnd wer das kindt, das sich also sonder wissen vnd willen seiner eltern adder der formunde vertrawet hette, gantz vnd voll mundig, so solt es mit derselben busse, nämlich dreyen lottingen marken silbers auch verfallen sein vnd darzu vnser stadt Cassel auch verloben vnd verschweren drey jare darein nicht zu kommen. Vnd sollen die eltern demselben irem kinde, das sich also hinder ine vertrawet hette, kein erbteil noch keinerley nit schuldig sein zu geben, dieweil sie leben, sie wollen es dan mit willen tun; ausgeschieden töchter, die poben ire vier vnd zwentzig jare kommen weren vnberatten, die sollen damit, ob sie sich hinder iren eltern vertrawten, vngebrochen han ane geverde. Geschee auch, dass sich sonst zwey vertrawen vnd zur heyligen ehe griffen, die vnter irer eltern oder formunder gewalt nicht weren, wer die weren, die sollen das thun kuntlich in gegenwertigkeit vnd in beywesen irer nehisten vnd freunde, damit man solche ehe geweysen muge. Wer das verbreche, der adder die, wer die weren, sollen vns das verbusen irer iglich mit dreyen marcken loddiges silbers vnd darzu vnser stadt Cassell verloben vnd verschweren drey gantze jare darein nicht zu kommen." *Kuchenbecker* l. c. Collect. IX p. 234 — 37; *Kleinschmid* a. a. O. Nr. V S. 9, 10. Vgl. *Piderit* a. a. O. S. 73, 74.

1444, Oct. 7. Landgraf Ludwig ver- 18
einbart endlich mit Bürgermeister und Rath zu Cassel eine — hierauf feierlich „vnter der glocken vor dem Wein-Kellr vff der trappen" verkündete — „vffrichtige Ordnunge", sich hauptsächlich beziehend: a) auf die Ladungen vor geistliche Gerichte in weltlichen Sachen [22]). Diese werden, da „manichfeltiglich seümnis vnnd gebrechligkeit Gottes Dinstes, mancherley vngeburligkeit, kost vnnd schaden" den Bürgern und Einwohnern daraus erwachsen, sowohl den Laien als auch den Clerikern bei namhafter Geldbusse untersagt, es müsste denn der Schutz des weltlichen Richters unerreichbar sein. Selbst bürgerliche Rechtssachen unter Priestern und geistlichen Leuten werden an die landesfürstlichen Gerichte mit der Zusicherung: „des sol man sie vergnügen bynnen viertzehen tagen, darnach mit pfanden adder mit gelde", und mit besonderer Solennisirung des Eides — „ist es, das ein priester Eyde thun soll vnd wil, so sol man senden nach eyme priester; derselbe priester sal mit ime bringen ein Messebuch vnnd aff die heylgen Evangelien sal der priester schweren in gegenwertikeyt zweier

21) Vermuthlich ist hier das peinliche Gericht gemeint, das auf dem Marktplatze vor dem Rathhause gehalten ward.

22) Vgl. Priv. v. 1372 nr. 12.

addor dreier priester, [deren] einer ime den Eyde geben sal" — gewiesen; b) auf die summarische Procedur im Gastgerichte; c) auf die gerichtliche Güterabtretung — „das man zu Latine nennet Cedere bonis" — zahlungsunfähiger Schuldner an die als Kläger aufgetretenen Gläubiger; d) auf das Verhalten der „zu Banne kommenden" geistlichen und weltlichen Personen, welche „zu stund die Stadt Cassel rumen vnnd nicht widder darin kommen sollen, sie bringen dann mit sich eine Absolucion", wobei jedoch bestimmt wird, dass einem „mit vnrechte zu Banne kommenden" der Schultheiss und Rath zu Cassel „zu seinem rechten beystendig sein" mögen; e) auf die Verhandlung und Beilegung von Streitsachen zwischen Stadtbewohnern vnd landgräflichen „mannen adder dienern" vor dem Landesherrn selbst oder seinem Marschalk; f) auf das Einbringen von Ladebriefen oder Bannbriefen in weltlichen Sachen in die Stadt; endlich g) auf die Bestrafung des Würfelspiels um Geld oder Geldeswerth, sowie der Gestattung solcher Spiele im Hause oder der Wohnung.

Gedruckt aus dem vom Stadtschreiber M. Johannes Cleman herrührenden städtischen Copialbuche b. *Kopp* a. a. O. Beyl. Nr. 13 S. 29 — 34. Vgl. *dessen* Text, Stück I §§. 46, 47 S. 79 flg. und *Piderit* a. a. O. S. 71—73.

19 **1489**, Mai 19. Landgraf Wilhelm I. der Aeltere von Hessen gewährt den Casselern a) die Befugniss, „dass iglicher Burger oder Burgersche zu Cassell, Wittwer oder Witwe, nach irem Wiln, Lust vnd Gefallen bynnen oder bussen Cassell, in den heimischen oder andern Landen, wie ine durch Gott, den Heyligen Geiste zugegossen wird, freien, sich verandern vnd desgleich ire Kindere, die zum Hochwirdigen Sacrament der Heiligen Ehe zugreiffen gemeint, wie den nach ihrem besten vnd ine aller bequemlichst vnd nutzelichst sein mag, verloben, vergeben, vertrauen, darin nach irem Willen faren vnd thun mugen"; setzt ferner b) die Abgaben an die Landesherrschaft von den Biergebräuen, sowie das Preis-Maximum für das Stübchen Bier fest, und gestattet c) Jedem, „frembt Biere mit sampt guten Freunden im Hause, da das Biere lege, zu drincken vnd nicht daraus zu schencken adder zu verkeuffen, es were dan, das es krancke Leute begerten, dene soll es zu Erquickunge vnd Genesung irer Kranckheit zu verkeuffen adder zu vergeben nicht versagt werden", womit zugleich d) alle früheren, das Brauwesen und den Bierschank betreffenden „Brive vnd Sigill" für „tode, krafftloss, machtloss vnd von Unwirden" erklärt sind. *Kuchenbecker* l. c. Collect. IX p. 237 — 40. Vgl. *Piderit* a. a. O. S. 85.

Dem XV. Jhdt. gehört auch eine casseler Rechtsaufzeichnung an, von welcher sich im Archive des St. Petersstiftes zu Fritzlar eine in das Ende des eben gedachten Zeitabschnittes fallende Copie mit dem Titel findet:

> „**Statuta vnde Privilegia der Staidt Cassel,** sso durch die durchluchtigen hochgebornen Fürsten vnde Herren Herrn Lantgraffen zu Hessen, Graffen zu Catzenelnpogen, zu Zeegenhain, Dietz vnde Nydde, vss sunderlichen Genaden vnd Gunst vss Genaden gefryet, bevestiget, restituyrt vnde confirmyrt."

Diese vermuthlich officielle Rechtssammlung zu 37 §§. umfasst aber drei Bestandtheile, nämlich

A. in den §§. 1 — 9 den Hermann'schen Rechtsbrief vom J. 1239 [nr. 1] in einer sich jedoch nicht immer strenge dem Originale anschliessenden und zuweilen offenbar unrichtigen Verdeutschung, sowie mit Einschiebung eines Artikels (§. 3) über die gegen casseler Einwohner nur bedingungsweise statthafte Personalhaft;

B. in den §§. 10 — 24 die Zusätze des Ludwig'schen Rechtsbriefes vom J. 1413 [nr. 15], ebenfalls in deutscher Fassung und desgleichen mit bemerkenswerthen Einschaltungen über Bussetheilung (§. 20) und Appellation (§. 21); endlich

C. in den §§. 25 — 37 eine Reihe von Satzungen sehr gemischten Inhaltes, z. B. über Schöffen- und Bürgermeisterwahl, Behandlung von Streitsachen zwischen der Landesherrschaft und der Stadt Cassel oder einzelnen Bürgern der letzteren, Pfandnahme insonderheit an Liegenschaften, Errichtung neuer Stadtgesetze, Meilenrecht, Verfahren bei Eingang von geistlicher Gewalt herrührender Mandate, eidliche Bestätigung vorhandener Localgewohnheiten durch den Rath, Verpflichtungen der Brauberechtigten u. a. m. Diese Artikel mögen auch einem oder mehreren landesfürstlichen Privilegien entnommen sein, welche in dem Zeitraume von 1413—1425, nicht aber später der Stadtgemeinde gegeben worden, da die im §. 25 enthaltene Bestimmung über die Besetzung der Bürgermeisterstellen unzweifelhaft dem Jahre 1425 vorausgegangen sein muss. Denn nach den aus dem Cleman'schen Copialbuche von *Kopp* a. a. O. Beyl. Nr. 13 S. 28, 29 mitgetheilten, zuweilen sogar (z. B. von *Piderit* a. a. O. S. 71) für eine „Erweiterung der Statuten von 1413" angesehenen Bruchstücken von Protokollen über die im J. 1425 vollzogenen Magistratswahlen war in diesem Jahre sowohl die Wahl der Räthe („nach den hant-

werken vnnd Buerschaffen"), als auch jene der „gemeynen Burgermeister" ganz frei in den Händen der Stadt, indem die „vff Sonnabende vor dem Süntage Vocem Jocunditatis" vom Raths-Collegium und den Bürgermeistern unter Leitung des Aeltesten derselben zu dem Amte gekorene oder nach der Ansicht, „das vil Verwandelung nicht gut sei", wieder gewählten Personen wohl lediglich der landesfürstlichen Bestätigung bedurften.

Die Statute hat zuerst G. *Landau* in der Ztschr. des Vereins f. hessische Gesch. u. Landeskunde Bd. IX Heft 2—4 (1862) Nr. IX „Beiträge zur hessischen Ortsgeschichte, 1. die Statuten der Stadt Kassel" S. 360—67 bekannt gemacht. Sie lauten:

„Ludewig, von Gots Genaden Lantgraffe zu Hessen, wunschen Heyl in Christo allen den, die disse Statuta vnde Priuilegia sehen adder horen lesen, vnde thun hyr mit wissen, das vor vnss erschenen syn der Raidt vnde gancz Gemeyn vnser Staidt Cassel vnde haben anbraicht in Clagen, wie dass sie durch etliche Personen vnde Verwerer erer Statuten vnde Privilegien, alss sie von vnseren Vorfaren gehabt vnde herbrocht haben, verlustig vnde beraubt worden syn, vnss darumb oitmotlich gebeten, sie dar myt gnediglich zu restituyren. Die wyll wyr nu vnsser Staidt vnde Burger der Moisse geneyget syn, vnd aber sie vnder sich selbst keyne Nuwerunge vorbringen adder vfftichten mochten, so haben wyr den gemelten Rath vnde Gemeyn vnser Staidt Cassel die Genade gethan vnd daruff eyn Fryheite vnde Privilegia laissen zusamen schryben vnde settzen, alssdan vnser Vorfaren ene gegeben haben, dieselbigen auch myt Crafft diss Brieffes bestediget in Form vnde Maisse, alse hyrnoch volget: [A.] §. 1. Zum ersten, wilcher vss Hass, Nyth adder Vnwillen bewegt wurde, also das er, vnss zugefallen, vff eynigen Burger etwas anbrechte, sulch wullen wyr an Erfarunge vnsers Schultheissen vnd Scheffen in keynem Weg gleuben adder annemen. §. 2. Das keyner dem anderen von Burgeren adder Vsswoner vmb eynig Scheltwort adder ander Lettzung wulle zu Felde eysschen sal; so aber sulchs gheschege, wollen wyr das als eyn Raub adder Totschlag vnwidderrufflich halten vnd geacht haben [23]) etc. §. 3. Wyr vnd vnser Amptlude sullen vnd wullen Nymants in vnser Staidt Cassel gefenglich annemen adder in Gefengknisse settzen, an Wissen vnd Willen Burgemeister vnde Raidts. §. 4. Wer ess Sache, das ymants dem anderen vss Zcorn, Hass adder Drungkenheit bludig verwunte adder toidt schlüge, vnde der Tedter darvon in syn eygen adder aber eyns ander Burgers Huss queme, vnd also vff der Handt Taidt nicht [24]) begriffen wurde, dem sagen wyr alda Fryheit zu, sall vnss auch Versicherunge thun, rechten Antwurten zu thun; so er aber vff der Taidt begriffen, als dan sall er vor den Bluidtrust vnss vnd der Staidt Cassel myt eyner syner Hende vorfallen syn, adder aber das selbe mit sechzig Schillinge der Muntze zu losen haben, aber vor den Toidtslag sal er noch Landts Gewonheit als eyn Morder [25]) gestraifft werden. §. 5. Wilcher Diep adder Reuber an vnseren Wissen in disse vnser Staidt queme, der sall von vnss gefryheit sin, vnde wer zu enn Ansproche vormeynt zu haben, das sal vor vnserm Gericht myt Recht vssgefuret werden. §. 6. Wo auch zwene adder meher (die) vnther sich vneynss weren vnde in disse vnser Staidt quemen, der selben sal keyner dem andern bynnen vnser Staidtmuren vnderstehen zu frebeln, sonder, so es eme gefelt, vor vnseren Richter adder Rade darumb beclagen vnde myt Recht vorzunemen. §. 7. Wilch Burger auch zum anderen vmb Ecker, Howe, Schult adder Zynse, vor Cassel gelegen adder daby fallend, zu sprechen hat, solchs sal er thun vor Borgemeister vnde Raith, vnde keyn vsslendische Vorderunge ersuchen, ess were dan Sache, dass eynem by vnss dess Rechten Wegerunge gethan wurde. §. 8. Wan auch vnser Burger der gemelten vnser Staidt Cassel an irer Staidt Muren adder Festenunge, adder eyn iglicher vor sich selbs an synem Huss vnd Wonunge buwen wullten, mogen sye zu solcher Noitturfft vnde gemeynen Nutz in vnserm Kauffunger Walt Holcz hauwen an alle Insage vnde Wegerunge der Holczfurster, die dan ye zu zythen von vnser wegen sin werden. §. 9. Wer auch in disser vnser Staidt zu wonen begerte, vnde sich burgerlich vnder vnss zuwerden vertruwet, sall dess von vnss vor Gewalt beschürmet werden, vnde dess sich vor vnsserm Richter myt Form des Rechten entschuldigen. — [B.] §. 10. Es sall auch keyner Burger in disser vnser Staidt von vnseren Amptluthen, die dan ye zu Zythen sin, genotiget werden, yne selbest adder ymants anders vff vnbequeme vnd vngenugsam Pfande zu burgen widder synen Willen. §. 11. So auch ymants vnser Burger durch Zorne adder Vnwillen beweget wurde, vnde ymants toidt schluge, vnde darumb landtrumig wurde, adder eyner sich

23) Ganz anders im Priv. v. 1239 §. 2, dessen Text der Uebersetzer offenbar missverstanden hat.

24) Das Wörtchen „nicht" fehlt im MS.

25) Die Worte „als eyn Morder" sind vom Uebersetzer eingeschoben.

selbers thoidte [26]), ydoch sollen die selben Wyb, Kynder adder Erben synes Guts ende Erbes zuverlyesen mit nichten verfallen syn. §. 12. Auch sullen die genanten vnser Burger Fryheit haben, yre Noisser [27]) vnde Vehe zu weyden vnd zu dryben in Hecken, Felt vnde Büsschen zusschen den Kauffunger vnde Habicks Welden, vnd auch dar yn Welden [28]) zu eren Zunen zuhauwen guten Willen haben. §. 13. Es sall auch nymandts von vnseren Burgeren verhindert werden, in andere Stedde zu ziehen vnde zu wonen, also dass er zuvoran sin Schuldener vnde Schult vnde verfallen Pflicht bezalet habe [29]). §. 14. Es sail auch nymans von vnseren Burgern an synen erblichen Anfellen verhindert werden. §. 15. Wass auch von Essenspyse vff den Margk zu Cassel feyl kompt, sollichs sail eynem iglichen zu keuffen gemeyn sin. §. 16. Auch wilche Vorwergke, Meygerhoffe adder Ecker vss vnser Staidt Cassel gebuwet werden, sullen myt keynerley Schatzung adder ander Vermerunge besweret werden. §. 17. Auch sall keyn Burger vss vnser Staidt Cassel zu vnserm Schultheissen adder anderem berechtem Ampt gesetzt werden, da myt von eme nymants durch Gunst, Hass adder ander Erhabung geletzt adder besweret werde. §. 18. Auch sall der Forst vor Cassel eyn gemeyn Weyde sin, vss gnomen der Ecker- vnd Eigel-Wass [30]), den wir vnss hyr in vorbehalten wullen. §. 19. Auch sullen vnsser Amptluthe vnde Schultheissen zu Cassel, die da ye zu Zythen sin werden, in der Busswysunge vnd Rechtsprechen des Radt da selbest benuget syn, vnde sie in erem Recht sprechen nicht bedrangen adder hynderen [31]). §. 20. Was auch Busse in Cassel gefellet, sall halb vnss vnde halb an den Staidt-Nutz gefallen. §. 21. Es soll von dem Raith zu Cassel nymant vor gesprochener Ortel an vnss adder ymants anders appellyren: wer da wydder thut, sall vnss vnd dem Rathe myt zehen rynschen Gulden, yn glich zu teylen, verbussen, vnde myt der Sache widder vor den Raith zeu Orteln remittyrt vnde geweist werden. §. 22. Wyr geredden auch vnsen lyeben getruwen Burgern zu Cassel, sie nicht zu besweren adder wydder eynig Gerichtikeit adder Institucion vnde alt Gewonheit zu belestigen. §. 23 Welcher Burger auch unser Ecker eynen vor der Fryheit adder Aldenstaidt, die vnser Elderen vnde wyr enhe vnd eren Erben erblich zeugestalt haben, vor eynen Garthen in hetten, der sall Zenhent fry sin, als das sie vnd ere Erben vnss vnd vnser Erben alle Jar vff den Sontag Innocauit von iglichen Acker geben sollen eyn Pfundt Gelts casselscher Were vnde von eym halben Acker zehen Schillinge derselben Muntze. §. 24. Wyr wollen auch hyr myt, wan die gemelten vnser Burger adder ere Erben sollich Garthen, wenig adder vyll, halb adder ganez vergeben, verkauffen, verbuten, vfftragen, vormyden wulten, in was Wyse vnde Gestalt das gescheen wurde, das solt myt Wissen vnde Willen vnsers Schultheissen gescheen. Wo aber solchs anders vorgnomen wurde, alse dan wollen wyr solchs crafftloiss vnde nichtig orteilt haben. [Des zu Kundschaff] haben wyr vnser Insigel hyran thun hengken. Datum Cassel ipso die beatorum Petri et Pauli Apostolorum sub anno Millesimo quadringentesimo tredecimo. — [C.] §. 25. Es sollen auch vnser Rath vnde Scheffen zu Cassel ganczen Gewalt vnde gute Macht haben, Scheffen zu kyesen vnde zu erwelen, so dicke das Noit ist. Dess glichen sollen sie auch gute Macht haben vfs Burgermeister Ampt ye zu Zyten czween adder dry Personen anzugeben, dar vss dan vnde vnder der selbigen ye zu Zyten eyner von vnss sal bestediget vnd zugelaissen werden. §. 26. Wyr adder vnser Erben wullen adder sollen auch nicht gestaden, der glichen auch nymants von vnsern Wegen zuloissen adder vergunnen, vnseren Raidt adder Gemeynde zu Cassel vor frempt adder vsslendissche Gericht zu laden, fordern adder heisschen, besundern wass Zweydracht adder Gebrechen zusschen vnss vnde den vorgenanten von Cassel entstunde adder begebe, das wyre vmb Guthe, Erbe, adder wilcherley Sache das geschege; solchs sullen vnde wullen wyr gentzlich an allerley Vsszoge adder Myttel blyben by vnseren Prelaten, Ritterschafft vnd Stedden vnsers Furstenthumbs zu Hessen, vnd wie vnss alsodan die selben darumb scheyden myt Recht adder Fruntschafft, myt Wissen vnde Willen, daran sall vnss woil benugen, vnde wollen das gantz vnde stede halten. §. 27. Wer es auch Sache, das wyr eynige Action adder Forderunge gegen eynen adder meher vnser Burger adder Inwoner zu Cassel hetten adder gewynnen wurden, sollich Sach sullen vnd wullen wyr blyben vnde rechtfertigen

26) Der Satz „adder . . . thoidte" ist in dem *Kopp*'schen latein. Texte des Priv. v. 1413 §. 10 nicht enthalten.

27) Noss, zahmes Thier. *Adelung*. Wörterb III, 522.

28) Priv. v. 1413 §. 11: „manipulos virgarum dictos wellen."

29) Das Priv. v. 1413 § 12 handelt auch von der Einwanderung Fremder in Cassel.

30) Wuchs, Ernte.

31) Der Satz „vnde sie . . . hynderen" fehlt im Priv. v. 1413 §. 18.

laissen durch Burgemeister vnde Raidt doselbest, vnde was die als dan also myt enen scheyden myt Recht adder myt Fruntschafft myt vnserem Wissen vnde Willen, daran sall vnss woil benugen. §. 28. Auch ensollen wyr, vnser Erben adder Amptluthe nit gestaden, das ymants von vnsern Burgern adder Inwonern zu Cassel adder in andern vnsern Stedden, Schlossen, Dorffen, Landen vnde Gebyethen gepfandt adder verhindert werde, es sey dan der selb Schuldiger vnd auch das von eme Rechts gewegert wurde. §. 29. Wyr adder vnser Erben, der glichen vnser Amptluthe, sullen adder wullen auch nymants gonnen adder gestaten vnsern Burgern zu Cassel ihrer Guther, wo die gelegen sin, zuverbieten, ess sy dan Sache, das solche Guther myt rechter Clage ingefordert vnde erstanden weren vor dem Gerichte, do solche Guther dingpfligtig vnde gelegen sin. §. 30. Es mogen auch eyn erber Raith zu Cassel ye zu Zythen erlich, zemliche vnde nutzliche Ordenunge vnde Statuten machen, die auch gebyeten vnde halten. §. 31. Auch sullen wyr vnde wullen vnser vnde gemeyn Stadt Cassel nyt besweren myt nuwen Zollen, Vffsatz adder jerlicher Pflicht in keynerley Wysse. §. 32. Item den Adel vnd die von der Ritterschafft vmb vnser Schult an Gericht vnde Noitrecht[32] zu pfenden, der glichen auch vor vnser Beyr, wohin vnde wem solchs verkaufft wyrt. §. 33. Item das nymant vff eyn Myle Weges vor Cassel bruwen, backen, der glichen keyn Hantwergk zu gebruchen gestadt werden soll. §. 34. Item das Saltz, Senff, Schusseln vnde Krusen[33] eynem yden zu Cassel, wem solchs geliebet, zu gebruchen (vnd) zu verkauffen vergunt werde. §. 35. Item das kein geistlich Mandat soll angnommen werden adder eroffenet, dan vff der Cantzely, alles noch alter Gewonheit der Staidt Cassel. §. 36. Item, was auch vnser Raith zu Cassel, alt vnd nuwe, vff ere Eyde sagen, das es alt Recht vnde Gewonheyt sy, das sollen vnde wullen wyr ene gleuben, vnde sie daran nichts behyndern. §. 37. Vnde gegen disse angezeugte Fryheit, Gunst vnde Genaden, sal eyn solcher Inwoner zu Cassel, der da bruwet, von iglichem Gebruwe vnss eyn halb Fuder Byers vor ffünffczehen Albos[34] vff vnser Schloss verkauffen, vnde (so) man solch Byer, also von den Brueren gelibbert[35] wyrt, nicht genugsam reichen wulle, alssdan sullen die von Cassell vss gemeynem Seckel nochfolgen, vnde in solchem Kauffe vnser Schloss vnd keyn ander Orthe adder Ende, wie die weren, myt Bier versehen, doch also, das wyr hyrby vnde neben allen Monat durch das Jare eynen Gebruw thun wollen vnde sollen, vnd darumb auch vnseren Burgern vnd gemeyner Staidt vor solche Byer ye zu Zythen vnd Vnverhaltunge[36] Bezalunge verschaffen vnd gescheen laissen, wie dan solchs von altem Herkommen, Gebruch vnde gehalten worden ist, vnde sie darubber nyt besweren laissen."

Eine zweite casseler Rechtsaufzeichnung 21
mit der Aufschrift: „Alt Gewohnheit und Stadt-Recht zu Cassel in Erbfällen, geschrieben in der Stadt-Buch und durch Fürsten zu Hessen gebotten, Anno a Nativitate Christi Millesimo Trecentesimo" hat *Kuchenbecker* l. c. Collect. IV p. 291—304 „ex codice Bibliothecae Uffenbachianae" abdrucken lassen. Sie zerfällt in zwei Abschnitte, nämlich I. „wann einer ohne Testament stürbt" (p. 291—301), und II. „was Erb-Gut und fahrend Haab ist" (p. 301—3), worauf es am Schlusse heisst: „In allen andern Erbfällen hierin nicht beschrieben, soll das gemein Recht gehalten werden. Item diese obgeschriebene Articul und Erbunge soll Statt haben und vor Stadt Recht zu Cassel gehalten werden, wann einer gestorben ist ohne Pact oder Testament oder letzten Willen. Wo aber Testament oder Wille oder Pacta gemacht oder gesatz seyn (als recht ist), solch Testament oder letzter Wille oder Verträge sollen gehalten werden nach Ordnung der Rechten. Geschrieben 1529. Diese vorgeschrieben Stadt-Recht hat fleisslich besichtiget, bevestiget und glossiret mit Geistlichen und Weltlichen Rechten der Ehrwürdiger und Hochgelahrter Herr Widdekindus Bruchner, der Freyen Künste und Geistlichen Rechten Doctor, Canonicus dieses Stiffts Sancti Martini zu Cassel." Dieser fast durchgehends an das römische Recht sich anlehnende Aufsatz ist übrigens unfehlbar eine Privatarbeit des beginnenden XVI. Jhdts., welcher allerdings die in der casseler Gegend geltend gewesenen particulären Rechtsgebräuche, namentlich jene, die sich auf die Gatten-Succession bezogen, zur Grundlage gedient haben. Vgl. *Schminke* a. a. O. S. 266, 67; *Kopp* a. a. O. §§. 38, 42, 43 S. 71, 74—76.

Ueber den casseler Schöffenstuhl als Oberhof für die meisten Städte des s. g. Niederfürstenthums, wie Allendorf an der Werra [s. Nr. XIII S. 19], Grebenstein, Hom-

32) Ueberführung mit Eid. *Zöpfl*, Alterth. I, 344 flg.
33) Krüge.
34) Albus = 9 Pfennigen.
35) Libbern, liefern.

36) Vnverhalten?

berg, Liechtenau, Spangenberg, Witzenhausen und Wolfhagen s. *Schminke* a. a. O. S. 264, 65; *Kopp* a. a. O. §. 266 S. 343.

CXC. Caub.

(Nassau.)

1324, März 23. König Ludwig IV. als Pfalzgraf bei Rhein verleiht seiner Stadt Caub (und dem Dorfe Weisel) Freiheiten, wie sie die Stadt **Boppard** hat. (R.) *Oefele*, Rer. Boic. Scriptt. Tom. I p. 748; *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 41 nr. 707.

Geschichtliche Notizen über die im J. 1277 kaufsweise von Philipp II. von Falkenstein an die Kurpfalz gekommene, vornehmlich als Rheinzollstätte *) berühmt gewordene Stadt „Chube, Chaube, Cube, Kuve" bieten *Widder*, Beschreibung der Kurfürstl. Pfalz am Rheine Thl. III S. 400–414; C. D. *Vogel*, Histor. Topographie des Hzgths. Nassau S. 79 flg.

*) Vgl. *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IX, 389 (Not. 5).

CXCI. Celle.

(Hannover.)

L. C. *Bilderbeck* „Entwurf einer kurtzgefassten Nachricht von dem Ursprung der Stadt Zelle, Von deren alten Legibus und Statutis; Imgleichen von dieser Stadt Reformation zur Evangelischen Lehre", hinter dessen Buch: Zellisches Stadt-Recht, Aufs neue übersehen, und mit verschiedenen neuen Anmerkungen erläutert etc., 2. Aufl. Zelle 1739. 4°., S. 1–20. J. H. *Steffens*, Histor. und diplomat. Abhandlungen in Briefen, mit Documenten, Stammtafeln etc. versehen, Zelle 1763. 8°. [Von dieser ausschliesslich die Geschichte Celle's und seiner nächsten Umgebung betreffenden Schrift gehören namentlich hierher die Briefe II, III, VII — X.] E. *Spangenberg*, Histor.-topogr.-statist. Beschreibung der Stadt Celle im Königreiche Hannover, das. 1826. 8°., S. 29–43, 96–99 etc. Alle Werke enthalten zugleich Abdrücke von Urkunden.

1 **1288**, Oct. 7. Die „consules in Cellis ceterique cives" kommen mit den Bürgern von Hannover dahin überein, dass sie einem, im Verdinge bei Letzteren stehenden Arbeiter in den (zwischen beiden Städten gelegenen) Wald-Eisenschmieden, wenn er sich nach Celle wenden sollte, keinerlei Lebensmittel verkaufen wollen, so lange er noch hannöverischen Bürgern verschuldet sein würde — „quod nullus civium nostrorum [Cellensium] debet amministrare vel vendere cibaria alicui nemorano fabro, qui suevit fabricare burgensibus de Honovere et ad nostros cives se convertit, nisi prius suis creditoribus in Honovere accomodata persolverit universa." Auf den Fall des Zuwiderhandelns wird aber weiter verabredet: „Si quis vero ex nostris civibus, postquam sibi innotuit, fabrum illum teneri burgensibus supra dictis in debitis accomodatis, presumpserit eidem vendere sua cibaria vel res alias quascumque, aut debet mox cessare ab amministracione hujusmodi vel solvere debitum, quod suus creditor de Honovere a fabro illo duxerit exigendum." In zwei Ausfertigungen, einmal mit vier und das anderemal mit fünf im Eingange genannten Rathmannen (vielleicht des alten und des neuen Rathes) gedruckt im *Vaterländ. Archive* des histor. Vereins f. Niedersachsen Jahrg. 1844 S. 155 flg. 157 flg. und im *UBuche* der Stadt *Hannover* Thl. I Nr. 52, a. b. S. 52, 53. Die eine Ausfertigung (mit vier Rathleuten) s. auch b. *Grupen*, Origines Hanoveran. S. 155 und *Steffens* a. a. O. S. 77, 78 mit Erläut. S. 84–87.

1301, März 11. Herzog Otto der Gestrenge von Braunschweig-Lüneburg verleiht den Bürgern zu Celle einen grösstentheils mit dem, schon seit 1294 bei ihnen eingeführten **braunschweigischen** Stadtrechte [1]) übereinstimmenden und überdies auf letzteres als Ergänzungsquelle verweisenden Rechtsbrief in 37 Artikeln straf- und privatrechtlichen sowie processualischen Inhalts: 2

„1. Swelich voghet enen richter set an sine stat, swat vor eme ghelent wert, dat scal wesen geliche stede, als it de hertoghe silve dede [2]). 2. Swelich broke gheschüyt in der stat sunder blotwunde vnde dotslach vnde duve, des nimt de stat twene dele vnde de voghet den drüdden del. 3. Dar nen wapen ruchte [3]) wert ghehort vn nen cleghere is, dar ne mach de voghet nicht richten. 4. De wunde sal wesen ledhes langh, nagheles dep [4]), dar vmme men enen man

1) In den Noten zu dem nachfolgenden Abdrucke der s. g. Leges Cellenses bezeichnet: O. das Ottonische Stadtrecht für Braunschweig a. d. J. 1245–52; AJ. die Erneuerung desselben durch die Herzoge Albrecht und Johann v. 1265; endlich N. das Stadtrecht im Rechtsbuche der Neustadt. Die Citate beziehen sich auf die Abdrücke im *UBuch der St. Br.* Bd. I S. 3, 10, 21 flg.

2) O. §. 1.

3) Edd. „rechte". Vgl. J. *Grimm*, RAlterth. S. 634

4) Vgl. *Goslar*. Stat. (Göschen's Ausg.) S. 31 Z. 22.

vorvesten mach. 5. Swelich man beschriget wirt vor gerichte, kumpt he vore vnde bedet he enes dinghes, so beholt he dat neiste echte dingh, vnde aver en echte dingh, vnde to deme dritten dinghe mot he antworden [5]). 6. Swelich erve vorstervet an der stat sunder erve, dat dot men an ghemene hant, vnde halt it jar vnde dach; ne kumpt dar vnder nen erve, so is it des richtes [6]). 7. Swelich man is borghere in der stat jar vnde dach, den ne mach neman vorderen [7]). 8. Redhe ne ghipht men nicht. 9. Swelich man begriphet enen misdedighen man, den mot he wol bringen an der borghere huchte [8]) sunder gherichte, vnde nicht laten sunder richte. 10. Vredhe vnde ban behalt en man mit sines enes hant. 11. Swe enen oder [9]) borghere sculdeghen wel, dhe scal ene sculdeghen vor deme vogede an der dinghbank binnener stat. 12. Der stat gemene ne mach nicht vorjaren [10]). 13. Swelich man erve hevet to pande, but he it vp, he scal it halden seven weken; but he it vpander warve, so halt he it hode vnde morghene. To deme dridden male wert he is ghewoldeghet [11]). 14. Swelich man enen gast anspricht vmme scult, dene mot he wol vphalden, wante he dat richte hebben moghe [12]). 15. Vmme nicht bekant gut scal de vrone den man halden, wante deme cleghere recht geschehe. 16. En man mach wol borghen sinen hals vor gerichte, hevet he enes pundes werth erthaftes godes [13]). 17. De vrone mot wol richten uppe twelfften halven penningh. 18. Swelich man den andern beclaghet vmme orslach vor gerichte, bekant es jene, he wettet deme voghede ver schillinghe vnde deme sakewolden twelff schillinghe [14]). 19. Meynen hasnen [15]) ne mach neman behalden, knape oder maghet, he ne si an des mannes brode, so mach he vif schillinghe behalden; jene manne moghe des vullenkomen mit goden lüden, dat he eme sin lon vorgulden hebbe [16]). 20. Hevet en man husghelt, he mot wol dar vmme panden vor sinen tins sunder gerichte [17]). 21. En man mach wol sinen hals vorwerken, vnde nicht siner erven anwardinghe noch sin got [18]). 22. Wirt en man mit rechte overvestet vnde beteret he den sakewolden, de voghet ne mach ene boven dre punt nicht ghedwinghen [19]). 23. Swelich man sech tughes beropt vmme gelt, vnde is eme borst wirt, he ne darf deme richte nicht wethen ane ver schillinge [20]). 24. Swar so lude to samene sin, wirt dar en man gewundet mit en wunde, vnde wel he mer lude dar bespreken dan den sakewolden, se moghen es bat antgan mit ires enes hant, dan it jene vppe se bringhen moghe [21]). 25. Swelich man den husvrede breket, de hevet to rechte sinen hals vorboret [22]). 26. Swelich borghere vor deme voghede vnde vor der stat nenes rechtes ne wel pleghen, de ne scal nen recht hebben in der stat [23]). 27. Swelich borghere en andern man vp halt vmme scult mit sinen borgheren, of he des richtes nicht ne hevet tho deme male, he ne darf deme voghede nicht dar vmme wetten [24]). 28. Of en man sin hus vt setten wel, dot he dat vor den borgheren, it is liche stede, also he it dede vor deme voghede [25]). 29. Swelich man copht en perth, de andere scal ene waren vor stareblint, vor stedeghen, vor vnrechten anevanghe [26]). 30. Swelicker hande wetdescat en man an siner were hevet, dene mot he bat behalden, wan en jeman antvoren moghe; men ne spreke dar an duve oder rof [27]). 31. Swelich borghere meygere hevet, de sin toln vri, also he silve [28]). 32. Hevet en borghere kinder, de ne moghen ene nicht to delinghe dwinghen, de wile dat he levet [29]). 33. Swelich maghet antveret wedher eres vader vnd erer moder willen, de ne hevet an ere erve nicht to wardende [30]). 34. Swelich kopman kumpt an de stat mit sime gude, de scal hebben gheliken vrehde, also en borghere; mer sinen

5) Vgl. O. §. 12.
6) N. §. 39.
7) O. §. 42.
8) Haft.
9) Ist wohl zu streichen.
10) N. §. 65.
11) O. §. 52.
12) Vgl. AJ. §. 14. [„Wante", bis.]
13) N. §. 66. („erfhafteges gudes.") Erthaft = liegenschaftlich.
14) O. §. 10.
15) „Meyne hasne (mene asne, menasne, menasle)" Dienst- oder Lidlohn. *Haltaus*, Glossar. col. 1339, 40. Die Edd. haben „Neynen hasnen", was bereits P. für eine „lectio corrupta" erklärte.
16) Vgl. O. §. 45.
17) O. §. 30.
18) O. §. 11.
19) Vgl. O. §. 29.
20) O. §. 3.
21) O. §. 7.
22) O. §. 8. Vgl. E. *Osenbrüggen*, Hausfrieden (1857) S. 81.
23) O. §. 13.
24) O. §. 15.
25) O. §. 22.
26) O. §. 25.
27) O. §. 31. [„Wan" für das irrige „von" der Edd. nach P.]
28) O. §. 49.
29) O. §. 36.
30) O. §. 34.

rechten toln scal he gheven[31]). 35. Swat en man eime gaste ghelden scal, kumpt es vor gerichte, he scal eme ghelden hode vnde morghen[32]). 36. Et nes nen borghere dinghes plichtich, wane dries an deme jare[33]). 37. Swelich vorduvet got dat richte behalt, kumpt de sakewolde na, dat richte behalt den dridden del; ne kumpt de sakewolde nicht, dat richte behalt it allet[34]). — Boven dit bescrevene recht, dat we herthoghe Otto vsen borgheren von Tzelle beseghelet hebben gegheven, so gheve we en al **Bruneswikesch** recht, swat ses bevraghen moghen, alse se des bedhorven. Datum anno domini M. CCC. primo, feria quinta post Oculi mei"[35]).

Gedruckt bei *Leibnitz*, Scriptt. rerum Brunsvicens. Tom. III p. 483, 84; *Bilderbeck* a. a. O. S. 13—17; *Pufendorf*, Observatt. Tom. II Append. Nr. II p. 12—20 (mit Anmerkungen). Vgl. *Spangenberg* a. a. O. S. 96.

In den von E. *Spangenberg* im Neuen vaterländ. Archive Bd. III S. 122 flg. veröffentlichten und daraus in der Beschreibung der Stadt Celle S. 32—35 auszugsweise wiederholten Bruchstücken einer celler Chronik a. d. XV. Jhdt. wird von Herzog Otto, dem Gründer Neuencelle's, welcher bereits 1293 zur Hebung seiner am linken Allerufer, dem Kloster- und Schifferorte Alten-Celle gegenüber entstehenden neuen Anlage Allen, die sich daselbst anbauen würden, „dat vullmächtige borgerrecht, vryfleth by den markentholl tor rechten waterfleth, weyde vnd tribenrecht" und sonst mancherlei Freiheiten verheissen haben soll, noch insbesondere berichtet: „A. D. worre dat Bronswyk vnde dat Luneborger Stadtrecht vom Hertoge Otto vollbort, vnde darna recht vht gespraken allen vnd allemanken to Nyen-Tselle, vnde ys von der tydt sulkes gericht vp keener tydt to Olden-Tselle geholden, als vaken gedahn ys." Wohl vorzüglich auf diese oder ähnliche Chroniken-Angaben gestützt haben nun ältere Schriftsteller, an deren Spitze M. *Merian*, Topographia Ducatus Brunsvico-Luneburg. p. 215, dann von Juristen vornehmlich C. J. C. *Engelbrecht*, Diss. de genuinis decisionum juris fontibus in terris Brunsvico-Luneburgicis Spec. I (Helmstadt 1719. 4°.) p. 31 und *Riccius* a. a. O. S. 159, die Behauptung oder mindestens Vermuthung ausgesprochen, Celle sei uranfänglich mit dem lüneburgischen Stadtrechte bewidmet gewesen. Allein es fehlt dieser Ansicht an jedem historischen Unterstützungspunkte. Ja sie widerlegt sich sogar sowohl durch die Worte des Chronisten als auch durch die Beschaffenheit der vorstehenden Statute vom J. 1301 von selbst. Denn dort ist von einer gleichzeitigen Verleihung der beiden Stadtrechte von Braunschweig und Lüneburg an Celle, nicht von einer successiven die Rede, welche auch bei dem verhältnissmässig kurzen Zeitraume von 1290, da Otto seinen neuen Stadtanbau begonnen, bis 1301 kaum denkbar sein würde; im Rechtsbriefe v. 1301 aber tritt ebenso unverkennbar einerseits das längere Eingebürgertsein des braunschweigischen Rechts in Celle hervor, als andererseits alle Spuren eines Einflusses des lüneburgischen Rechts mangeln, eine Erscheinung, welche, wäre wirklich das letztere der unmittelbare Vorgänger des braunschweigischen oder gar mit diesem zugleich übertragen gewesen, unmöglich angetroffen werden könnte. In der alten Chronik beruht daher die fragliche Notiz von einer Doppel-Bewidmung Celle's auf einem, aus der politischen Stellung desselben zu Lüneburg erklärlichen Irrthume, und nur soviel darf als unzweifelhaft angesehen werden, dass im J. 1294 die erste Verleihung des braunschweigischen Rechts an die Stadt Celle durch Herzog Otto in einer für uns verloren gegangenen Urkunde erfolgt sei. Vgl. Th. *Hagemann*, Miscellaneen zur Erläut. des Cellischen Stadt- und Bürger-Rechts (Celle 1799. 4°.) S. 1 flg.; *Spangenberg*'s Beschr. S. 96 m. Note 1.

1353, Mai 25. Herzog Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg gibt seiner Stadt „tho Zelle . . dre jar markede alle jhar vnde einen weken marke alle weken ewigliken tho holdende vnde tho hebbende, alse hirna shreven is: de eine jar markedt schall anstan des sondages vor sünte Walbürgsdage, vnde de andere in dem hilgen dage sünte Mauricii vnde sine selshop, de dridde des sondags vor sünte Martins dage. Jewelek jarmarked shall waren dre dage alle thid, vnde de weken marked shall wesen des sondages. Dütt hebbe wy gedan dorch bede willen vnser borger tho Tzelle vnde der erer vnde der vser mit wellen, vp dat me in vser stadt tho Tzelle alle ding, gut vnde kopenshop, id sy welker hande vnde welkerley id sy, beredert[36]) vnde desto 3

31) O. §. 57.
32) O. §. 58.
33) O. §. 59. [„Dries" für das unrichtige „dues" der Edd. nach P.]
34) O. §. 61.
35) Noch im J. 1447 sollen diese Satzungen vom Herzoge Friedrich dem Frommen erneuert und bestätigt worden sein. *Riccius*, Entwurff S. 160.

36) Bereit, vorräthig.

bequemelicker veyle finde, eime jewelken minschen vriglicken tho kopende vnde tho verkopende vnde tho versellende[37]). Vnde neymandt shall den anderen shuldigen, besetten edder hindern vme pfennig shult edder vme pfenning . . in der stadt tho Tzelle binnen den vorbenomeden jar markedes dagen. Vnde alle, de desse jar markede vnde weken markedt dage soken, de shullet tho vnser stadt tho Tzelle med eren dingen vnde med erem gude vnde med erer kopenschop vrieg vnde vehlich kamen vnde wedder einwechthen, sunder tollen, den shullet se geven van allen dingen vnde allen gude vnde van aller kopenshap, alse id is aldinges vnde nu ein wonheit is gewesen vnde is. Vnde sunderliken alle ding vnde gud, de tho vser stadt tho Tzelle des kopes vnde der versellung willen gebracht werden vnde dar beligged edder tho beholdende dan werdet, idt sy orlich[38]) edder nein orlich, de shallet hebben de sülven vehlicheit vnde zekerheit, de vse börgere ding vnde gud tho Tzelle wentehere tho had hebben vnde hebbet." Zugleich werden beschränkende Massregeln für die Bewohner der „vogedie to Tzelle" in Bezug auf ihren Handelsbetrieb ausserhalb der Stadt, sowie für die Bürger Celle's selbst das Verbot hinzugefügt, mit ihren Waaren „kerkmissen vnde kerkwegingen"[39]) in der Herrschaft Celle auf drei Meilen im Umkreise zu besuchen. Endlich ergeht noch an Vögte, Amtleute und Unterthanen die Auflage, „dat se dese vorbescreven stücke holden vnde nicht enbreken", indem auf den Fall des Zuwiderhandelns der Verlust der landesfürstlichen Huld angedroht wird. *Steffens* a. a. O. Beyl. G. S. 233—35.

4 **1378**, Jun. 6. Die braunschweig-lüneburgischen Herzoge Wenzeslaus, Albrecht und Berend ertheilen dem Rathe ihrer Stadt Celle die Gnade, dass „binnen der Stadt nur in dem Stadtkeller unter dem Rathhause Wein und fremdes Bier feil gehalten, verzapft und geschenkt werden" dürfe. (R.) *Spangenberg* a. a. O. S. 99 [§. 4 nr. 1].

5 **1412**, Febr. 5. Die Herzoge Heinrich und Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg bestätigen den Bürgern zu Celle das Jahr- und Wochenmarkts-Privileg v. 1353 [nr. 3], indem sie jedoch auf Ansuchen des Stadtrathes den auf den St. Moriztag anberaumten Jahrmarkt „vp den sondagen na der hymelvart vnser leven frawen" verlegen, und fügen noch eine allgemeine Confirmation der der Stadt Celle von den Herzogen Otto und Wilhelm verliehenen Freiheitsbriefe hinzu. (R.) *Spangenberg* a. a. O. S. 141.

Celle hatte, wie sich nach seiner Bewidmung mit dem Rechte von Braunschweig von selbst verstand, auch in letzterer Stadt seinen Oberhof. Einige Rechtsbelehrungen des braunschweiger Rathes an jenen von Celle aus dem XIII. und XIV. Jhdt., Erbfolge und letztwillige Verfügungen betreffend, theilt aus dem leider! noch wenig bekannten „liber ms. memorandorum et sententiarum eines ehrbaren Raths der Stadt Braunschweig de anno 1375—1527" *Spangenberg* a. a. O. S. 302 flg. mit.

Endlich mit dem Rechte der Stadt Celle bewidmet finden wir Soltau. (S. unten diesen Art.).

37) Uebergeben, verschaffen.
38) „Orlog", Krieg, Fehde.
39) Kirchweihen.

Cham. CXCII.

(Bayern, Oberpfalz.)

Jos. *Lukas*, Geschichte der Stadt und Pfarrei Cham, aus Quellen und Urkunden*) bearbeitet, Landshut 1862. kl. 8⁰., S. 1—186. Dazu vgl. noch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 460 flg., *Muffat* in der Bavaria Bd. II[a] S. 467 flg. Einiges enthalten auch J. R. *Schuegraf*'s Skizzen einer Handelsgeschichte der Stadt Cham, Regensb. 1849. 8⁰.

1293, Sept. 29. Herzog Otto III. von Niederbayern thut den Bürgern von Cham[1]) die Gnade, dass a) Niemand in ihrer Stadt, sollte ihm auch deshalb ein landesfürstlicher Freibrief verliehen sein, Steuerfreiheit beanspruchen könne; desgleichen b) Niemand ausser dem herzoglichen Sachwalter einem Schuldner ohne des Gläubigers Einwilligung das Geleite in die Stadt geben, vielmehr die Sache stets „nach der „stat gewonhait" entschieden werden solle; dass endlich c) Niemand für seine Schulden in der Stadt Freiung haben möge, es wäre denn, dass der Herzog einem seiner Diener oder einem bedrängten Bürger eine solche mittels Brie- 1

*) Die Haupt-Rechtsbriefe Cham's werden, obwohl dem Verf. der wichtige, von *Schuegraf* gesammelte „Codex dipl. Chambensis" (MS.) vorlag, leider! doch nur in neudeutscher Uebertragung mitgetheilt.

1) Der uralte Ort („Chambe, Kamb, civitas Kambiensis"), bereits im X. Jhdt. als Münze-Platz berühmt und städtisch befestigt, war nach dem Aussterben der Markgrafen von Vohburg, welche seit dem XI. Jhdt. auch die „marchia apud Chamb" und somit die Stadt selbst („novum forum Chambe") innegehabt, zwischen 1204 -- 1209 erbgangsweise an Herzog Ludwig den Kelheimer, und in der Theilung v. 1255 an Niederbayern gekommen.

fes gewährt hätte, in welchem Falle man ihm „nach der zwelffer rat“ Freiung geben soll, damit er ferner Steuer und Dienste zu entrichten und in seiner Gemeinde zu bleiben vermöge. Neudeutsch b. *Lukas* a. a. O. S. 61.

2 **1319**, Jun. 15. Schultheiss, Rath und Gemeinde der Stadt Nürnberg bezeugen auf Grund der bei „erbergen leuten, die bei dem alter sint“, eingezogenen Erkundigungen dem Richter, dem Rathe und den Bürgern „ze Camb“, dass Letztere „von alter allwegen in Nurnberg zolfrey sint gewest, also daz je der erste nach sant Michelstag, der herkumt in die stat zu Nurnberg, soll schenken dem zolner in der stat ein pfunt pfeffer vnd zwen wisse handschu vnd ein wisses stebelein“ [2]); sie versprechen, dieses Recht der Chamer auch in Zukunft anerkennen zu wollen, sofern nur auch den Nürnbergern in Cham die gleiche Berechtigung zugestanden werden würde [3]). *Lukas* a. a. O. S. 155, 56.

3 **1324**. Die niederbayerischen Herzoge Otto IV., Heinrich XIV. und Heinrich XV. bestätigen der Stadt Cham den unter nr. 1 erwähnten Ottonischen Freiheitsbrief vom J. 1293. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 65.

4 **1331**, Jul. 2. Heinrich XV. („der Natternberger“), durch die im vorgenannten Jahre vollzogene Landtheilung alleiniger Herr von Cham, verordnet, um die von den Bürgern daselbst ihm geleisteten willigen und treuen Dienste zu belohnen, dass, wenn einer seiner Amtleute, namentlich sein Kastner oder Zöllner, ein bürgerliches Gewerbe in der Stadt ausüben will, derselbe auch in Ansehung der Steuern, Wachtdienste und sonstigen Lasten einem Bürger gleichgehaltan werden soll. (R.) *Lukas* a. a. O.

5 **1331**, Jul. 5. Die oben genannten drei Herzoge von Niederbayern geben der in Folge der eingetretenen Theilung für ihre Gerechtsamen bangenden Stadt Cham die gemeinschaftliche Zusicherung, dass jeder von ihnen die Handfesten der Bürgerschaft in Acht nehmen werde, dass aber, würde dieses nicht der Fall sein, die Stadt, wenn sie sich eigenmächtig an ihre Briefe hielte, dessen unentgolten sein solle, wobei noch Herzog Heinrich XIV. insonderheit verspricht, die Freiheiten der Stadt gegen seine Gemahlin Margaretha [4]) und deren Vater, den Böhmenkönig, zu vertreten. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 66.

1332. Herzog Heinrich XV. begnadet seine Stadt Cham dahin, dass, wer allda Bürgerrecht hat, sowie mit Haus und Gewerbe angesessen ist, Bier brauen und schenken darf; doch soll er gehalten sein, so lange die Schenkzeit währt, sein sonstiges Handwerk auszusetzen. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 181 flg. 6

1335, Mai 3. Herzog Heinrich XIV. [5]) gebietet seinen Mauthnern zu Bogen, die chamer Bürger mit allem ihren Handelsgute, es sei Wein oder Trockenes, welches sie „hindurch oder herdurch über den wald oder über die marche“ [6]) führen, ohne Wägung und mauthfrei „nach alter gewonheit“ vorbei passieren zu lassen. Neudeutsch b. *Lukas* a. a. O. S. 158 (66, 67). 7

1335. Derselbe erlässt den Bürgern zu Cham, nachdem sie für ihn eine Schuld von 200 Pfund regensburger Pfennige gedeckt haben, auf zwei ganze Jahre die Entrichtung der Stadtsteuer. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 67. 8

1336, Dez. 8. Derselbe gewährt seiner Stadt Cham zum Danke und zur Entschädigung für die ihm im s. g. kärnthischen Erbfolgekriege geleistete erhebliche Geld-Unterstützung Ansprüche auf den landesfürstlichen Zoll zu Cham für den Zeitraum von 24 Jahren. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 68. 9

1336, Dez. 8. Derselbe verleiht überdies den Bürgern von Cham, theils aus der in vorstehender Urkunde erwähnten Veranlassung theils um eines von ihnen empfangenen Darlehns willen, auf unbestimmte Zeit Freiheit von allen Steuern. (R.) *Lukas* a. a. O. 10

1341, März 9. Kaiser Ludwig IV. — an welchen nach dem Erlöschen der niederbayerischen Linie (1340) Cham gefallen war — ertheilt dem Rathe und den Bürgern daselbst für sich, seine Erben und alle Nachkommen im Lande zu Bayern, in Gestalt eines Rechtsbriefes eine umfassende **Stadtordnung**, worin Nachfolgendes bestimmt wird: 11

§. 1. Von allen Bürgern und deren Gesinde sowie den zum Burgfrieden gehörigen Leuten soll man Recht in der Stadt nehmen, und den landesherrlichen Beamten nicht zustehen, Strafe und Gnade gegen der Bürger Willen auszusprechen. **§. 2.** Angesessene Männer können von der wegen schwerer Schuld oder Inzicht wider sie zu vollziehenden Haftnahme auf der Zwölfer Rath hin durch Bürgenstellung entbunden, und dürfen alsdann von den Amtleuten an ihrer Habe in keiner Weise belästigt oder beschwert

2) Vgl. oben S. 68 Note 4.

3) In gleichem Verhältnisse stand auch Cham zu Regensburg und Breslau.

4) Cham gehörte nämlich zu dem ihr ausgesetzten Witthum.

5) Nach Heinrich's XV. Tod Herr von Cham.

6) Der s. g. bayerische Wald und die Grenze gegen Böhmen.

werden. §. 3. Ueberhaupt darf nur wegen Vergehen mit bewaffneter Hand, nicht wegen bloser Wortbeleidigungen, eine Verhaftung von Bürgern oder sonstigen Stadtangehörigen eintreten. §. 4. Bei allen vorfallenden Delicten sollen aber die Personen, welche Augen- und Ohrenzeugen gewesen, gerichtlich vernommen, und dann nach der Aussage der Mehrzahl derselben gerichtet werden. §. 5. Ist Jemand wegen böser Reden oder Thaten einmal, sei es auch im Auslande, gestraft worden, so vermag wegen derselben Uebertretung eine nochmalige Bestrafung nicht Platz zu greifen. §. 6. Desgleichen soll der Verletzer, wenn zwischen ihm und dem Verletzten wegen der unziemlichen Rede, Handlung oder Blutrunst vor Anstellung einer Klage eine gütliche Vereinbarung stattgefunden hat, von da an des Vergehens unentgolten bleiben. §. 7. Entfernt ein „leitgebe“ Jemanden wegen Trunkenheit oder unzüchtigen Betragens gewaltsam aus der Schenke nach Fug und Hausehre, so trifft Ersteren oder seine etwaigen Helfer keinerlei Ahndung. §. 8. Wer einem Bürgerssohne, ehe sich derselbe verheirathet und zu seinen Jahren kommt oder seiner selbst Brod ist, ein Darlehn zum Trunke oder Spiele gibt, geht dessen verlustig. §. 9. Auch soll ein solcher Schuldner von Niemanden, selbst nicht vom Bürgerknechte, höher gepfändet werden, als der Werth der Baarschaft, die er bei sich führt, und seines Kleides über dem Gürtel beträgt. §. 10. Bei zu harten Strafaussprüchen des Richters in Delictssachen der Bürger hat der Rath festzusetzen, was man dem Richter als Wandel gebe, und Letzterer soll sich daran genügen lassen und eine Zahlungsfrist von 14 Tagen gewähren. §. 11. Ueber 65 Pfund regensburger Pfennige[7]) darf jedoch ein Wandel nicht hinausgehen, abgesehen von den drei todeswürdigen Verbrechen. §. 12. Auch soll über diese der herzogliche Vicedom, dagegen in allen anderen die Bürger betreffenden Sachen der Richter urtheilen. §. 13. Den Letzteren sowohl, als auch den Schultheissen und Frohnboten setzt die Bürgergemeinde selbst, den Richter wenigstens in der Art, dass sie dem Landesfürsten oder seinem Vicedome drei Männer für das Amt in Vorschlag bringt. §. 14. Für auf Borg verkaufte Ess-, Trank- und andere Handelswaaren mag man Alles „an gewer“ (zu Faustpfand) nehmen, nur nicht zerdrückte Kelche, blutiges Gewand und ungewurftes Getreide; auch die Annahme dieser Dinge soll jedoch straffrei bleiben, wenn man den Nachweis erbringt, dass man „dhain frais daran gewisst vnd an geverde genomen“ habe. §. 15. Von zinstragenden Häusern in der Stadt muss jeder Eigenthümer, er sei edel oder unedel, Pfaffe oder Laie, gleich den Bürgern steuern und dienen. §. 16. Bilden Liegenschaften innerhalb des Burgfriedens den Gegenstand eines Seelgeräthes, so sollen sie binnen Jahresfrist von dem Vollzuge des Geschäfts an in die Hände von Bürgern oder anderen (weltlichen) Personen gegeben und von den Besitzern die gewöhnlichen bürgerlichen Lasten getragen werden. §. 17. Dieselben Lasten sollen aber auch auf den ausserhalb der (jetzigen neuen) Stadt im Burgfrieden gelegenen oder zur alten Stadt gehörigen Wiesen, Aeckern und Gärten ruhen. §. 18. Stirbt ein Bürger, eine Bürgerin oder sonst Jemand in der Stadt unbekindet und ohne Geschäft, so gehört der Nachlass den nächsten Verwandten; ward hingegen ein Geschäft errichtet, so fällt die Habe dahin, wohin sie vermacht worden, und sollen die Amtleute darin keine Hinderung thun. §. 19. Den Satzungen und Geboten der Bürger zum Frommen der Stadt muss Folge geleistet und jede Ueberfahrung vermieden werden. Wer sich dennoch eine solche zu Schulden kommen lässt, den mag der Rath nach eigenem Ermessen strafen; doch gebührt ein Theil der Strafsumme dem Richter. §. 20. Nicht minder haben die Bürger die Gewalt, diejenigen ihrer Mitbürger, welche nicht recht steuern und auf solchem Truge ertappt werden, selbst zu bestrafen, ohne dass sich die landesherrlichen Amtleute darein mischen dürfen. §. 21. Den Zwölfen des Rathes kommt es zu, sich und andere Mitbürger an Geld und Habe ohne Frohnboten zu pfänden, während die übrigen Stadtbürger zu Pfandnahmen den Frohnboten beiziehen müssen. §. 22. Schenken und brauen soll Niemand im Gerichte Cham, als nur der Besitzer einer rechten Taferne. §. 23. Endlich alle Rechte, Ehren, Freiheiten und Gewohnheiten, sowie alle von des Kaisers Vorfahren herrührenden Briefe darüber werden der Stadt Cham und deren Bürgern neuerlich bestätiget. In modernisirter Fassung bei *Lukas* a. a. O. S. 69—73.

1341, März 16. Kaiser Ludwig IV. 12
setzt die Zeitdauer der von Heinrich XIV. ohne Begrenzung den Bürgern von Cham verliehenen Steuerfreiheit [nr. 10] auf sechs Jahre fest[8]), zugleich verordnend, dass in

7) Nach der Berechnung von *Lukas*, welcher das Pfund zu 18 fl. anschlägt, 1170 fl.

8) Später wurde die Befreiung durch Ludwig, um des grossen Brandunglücks willen, das 1344 die Stadt Cham betroffen, um 3 Jahre verlängert *Lukas* a. a. O. S. 75.

Zukunft nicht mehr denn 100 Pfund regensburger Pfennige alljährlich als Stadtsteuer gegeben werden sollen. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 73, 74.

13 **1347**, Jun. 24. Derselbe erlaubt den Bürgern zu Cham, ihre Gemeinde durch freie Aufnahme von Landbewohnern zu erweitern, aber auch solche Personen, welche ihnen nicht füglich sind, sie seien edel oder unedel, aus der Stadt nach Belieben hinwegzuweisen; untersagt ferner seinen Amtleuten die Beschlagnahme von Sachen, die sich im Besitze der Stadt oder in Verwahrung der Bürger befinden; räumt Letzteren den Mitgenuss der zum Buchberge gehörigen Waidungen neben den von Alters her Berechtigten ein, und gebietet endlich seinen sämmtlichen Beamten, die chamer Bürger in der Ausübung dieser Freiheiten zu beschirmen. Neudeutsch b. *Lukas* a. a. O. S. 76.

14 **1347**, Nov. 4. Die drei älteren Söhne Kaiser Ludwig's IV., die Herzoge Ludwig V. der Brandenburger, Stephan I. und Ludwig VI. der Römer von Bayern, bestätigen der Stadt Cham alle ihre Rechte und Freiheiten, dabei derselben insbesondere Verschonung mit übermässiger Einlegunng von Kriegsvolk, ferneren Nachlass der Steuer und Vereidigung des landesfürstlichen Richters auf die Rechte der Stadt zusichernd. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 78.

15 **1348**, Jan. 25. Die Herzoge Ludwig V. und Stephan I. gewähren der Stadt Cham; auf dass sie sich völlig von dem 4 Jahre vorher erlittenen Brandschaden erholen könne, zehnjährige weitere (d. h. nach Ablauf der bereits von Kaiser Ludwig bewilligten Frist beginnende) Steuerbefreiung, jedoch die Auflage hinzufügend, dass nach Anweisung des Vicedoms in Straubing 300 Pfund regensburgischer Pfennige von den Chamern für die Befestigung ihrer Stadt aufgewendet werden müssten. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 79.

16 **1348**, Jan. 25. Dieselben überlassen ferner den Bürgern zu Cham, um sie für die im letzten Kriege geleisteten erheblichen Dienste zu belohnen und zu gleichen anzueifern, ebenfalls auf den Zeitraum von zehn Jahren den Genuss des Marktzolles, sowie die Einnahme gewisser Schenkgefälle, namentlich des unter dem Namen „leitgift“ bestehenden Trankungeldes. (R.) *Lukas* a. a. O.; *Muffat* a. a. O. S. 468 Not. 1.

17 **1349**, Oct. 21. Herzog Stephan I. von Niederbayern bestätiget den Bürgern zu Cham bei Gelegenheit der von ihnen empfangenen Huldigung alle bisherigen Rechte und Freiheiten. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 80.

18 **1352**, Mai 30. Die Herzoge Stephan I., Albrecht I. und Wilhelm I. von Niederbayern verpfänden Stadt und Gericht Cham sammt einigen andern Stücken ihres Territoriums, und zwar mit allen Rechten, Ehren, Diensten, Nutzungen und Gilten, sowie mit aller Herrschaft, an ihre Vettern, die Pfalzgrafen bei Rhein für die Lösungssumme von 60,000 Gulden. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 81. Vgl. *Muffat* a. a. O. S. 469.

1359, März 10. Pfalzgraf Ruprecht I. der Aeltere bei Rhein, als Pfandherr der Stadt Cham [9]), verleiht derselben das Recht, von jedem mit Salz, Wein oder anderer Kaufmannschaft beladenen Wagen zum Baue und zur Ausbesserung der städtischen Brücken und Wege vier Jahre lang [10]) einen regensburger Pfenning als Zoll zu erheben. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 83. 19

1404. Pfalzgraf Johann (von Neumarkt) ertheilt der ihm huldigenden Stadt Cham einen allgemeinen Confirmationsbrief. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 87. 20

1405, Aug. 15. Derselbe und König Ruprecht setzen den Jahresbetrag der s. g. Zwanzigpfennig-Steuer für die Stadt Cham auf die Summe von 1600 Gulden fest. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 87. 21

1421, Nov. 24. Pfalzgraf Johann bestimmt, dass in der Stadt Cham das Näher- oder Einstandsrecht vom Tage der Zufertigung des Kaufbriefes durch den Schultheissen an noch Jahr und Tag geltend gemacht werden könne. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 88. 22

1435, Mai 9. Derselbe bewilligt seiner von neuem Brandunglücke schwer heimgesuchten Stadt Cham eine acht Jahre währende volle Steuerfreiheit. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 95. 23

1438, März 10. Derselbe verleiht in Anbetracht der täglich sich zutragenden Missethaten, Räubereien und Diebereien den Bürgern seiner Stadt Cham die Freiheit, dass, wenn ein schädlicher Mann allda oder im Gerichtsbezirke genannter Stadt ergriffen werden sollte, dessen Verschuldung sich als so schwer erwiese, dass er das Leben verwirkt und den Tod verdient habe, und wenn der Angeschuldigte vor zwei oder mehreren Schöffen des Rathes die That bekennen würde, der landesherrliche Richter sammt den Schöffen über ihn ein Urtheil sprechen soll. Neudeutsch b. *Lukas* a. a. O. S. 95, 96. 24

---

9) Nominell waren über „Kamb die stat, das gerichte, mawt vnd zöll vnd waz dartzu gehort“ noch immer die Herzoge von Niederbayern die eigentlichen Landesherrn. Vgl. Theilungs-Urk. v. 3. Juni 1353 b. *Wittmann*, Monum. Wittelsbac. II, 427.

10) Im J. 1366 wurde dieses Zollrecht bis auf Widerruf zugestanden.

25 **1438**, Apr. 16. Derselbe verfügt, dass die im Widerspruche mit den Freiheiten der Bürger von Cham [11]) neu-errichteten Brau-, Malz- und Schenkhäuser im chamer Gerichtssprengel sofort abgethan werden sollen, und verbietet Jedermann, sowohl Pflegern und Pfarrern als auch Bürgern, die Einkehr, Tagleistung und Zehrung darin, bei Strafe von einem Pfunde regensburger Pfennige für den Uebertretungsfall. Neudeutsch b. *Lukas* a. a. O. S. 182—84.

26 **1440**, März 31. Herzog Albrecht III. von Bayern-München bestätiget als Erbherr der Pfandschaft bei seiner Zusammenkunft mit den ihm die böhmische Krone anbietenden Gesandten in Cham den Bürgern allda ihre Freiheiten. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 98.

27 **1444**, Jun. 11. König Christoph von Dänemark, Schweden und Norwegen, Pfalzgraf Johann's Sohn, ertheilt der Stadt Cham über ihre Rechte und Freiheiten einen allgemeinen Bestätigungsbrief. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 99.

28 **1445**. Derselbe erlaubt den Bürgern zu Cham, in ihrer Stadt ein Salz- und Getreide-Haus zu erbauen. (R.) *Lukas* a. a. O.

29 **1451**, Jun. 27. Pfalzgraf Otto I. (von der Mosbacher Linie) confirmirt der Stadt Cham, nachdem sie ihm Huldigung geleistet, ihre Freiheiten. (R.) *Lukas* a. a. O.

30 **1451**, Jul. 21. Desgleichen Herzog Ludwig der Reiche von Bayern Landshut, auf Grund seines Erbrechtstitels. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 100.

31 **1454**, Jul. 22. Kammerer und Rath der Stadt „zu kammb" legen eine „zwischen den Ersamen Maistern vnd gesellen des hanntwerchs der pecken" daselbst „von gebrechtenswegen, den sie auf peden tailen miteinander gehabt haben, als von kost, Lonns vnd annder sachen wegen" entstandene Zwietracht und Irrung unter Beihülfe „der Ersamen Knecht des hanntwerchs von Regenspurg vnd von Straubing", d. h. von sechs Deputirten des Bäckergewerkes beider Städte, dadurch bei, dass sie „die Arttikel vnd gesetz . . ., als dann von alter ye vnd ye also herkomen, auch der Stat (Cham) Recht vnd gewonhait ist, nach Innhallt vnd aufweisung der allten zetel, die si (dem Rathe) furbracht haben", neuerlich beurkunden und einschärfen. Abdruck b. *Lukas* a. a. O. S. 176—79.

32 **1461**, Jun. 13. Herzog Ludwig der Reiche gestattet den Bürgern von Cham in Anbetracht ihrer unverdrossen willigen Dienste, welche sie seinen Vorfahren und ihm gethan, einen weiteren Jahrmarkt für ewige Zeiten; derselbe soll am Sonntage vor St. Thomas abgehalten werden, und den übrigen (drei) alten Jahrmärkten (Messen) der Stadt [12]) in Rechten und Freiheiten vollkommen gleichstehen; Allen, welche dazu oder davon reiten, fahren oder sich sonst begeben würden, wird für die acht voraus- und acht nachgehenden Tage bezüglich ihrer Geldschulden — sofern nämlich diese nicht während des Marktes selbst contrahirt wurden — Sicherheit und Geleite zugesagt, wovon jedoch begangene Frevel ausgenommen sein sollen. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 162.

1490. Kurfürst Philipp von der Pfalz, 33
welchem im J. 1477 Pfalzgraf Otto seine Lande letztwillig zugewendet hat, bestätiget der Stadt Cham auf den Fall, dass sie zu Folge jener testamentarischen Bestimmung wirklich dereinst in seinen Besitz kommen würde, ihre gesammten Privilegien, was er dann nach Otto's Ableben 1499 definitiv wiederholt. (R.) *Lukas* a. a. O. S. 107, 8.

Chemnitz. CXCIII.

(Kgr. Sachsen.)

J. Chr. *Leonhardt* et Dav. *Francke*, Res memorabiles urbis perantiquae ac celebris Chemnicii, Lips. 1709. 4°. *Historische Nachricht* von den Denckwürdigkeiten der Stadt Chemnitz, das. 1734. 8°. A. Dan. *Richter*, Umständliche aus zuverlässigen Nachrichten zusammengetragene Chronica Der an dem Fusse des Meissnischen Ertzgebürges gelegenen Königl. Pohln. und Churfl. Sächss. Stadt Chemnitz, nebst beygefügten Urkunden, Thl. I. Dresden 1755, Thl. II St. Annaberg 1754. 4°. C. G. *Kretzschmar*, Chemnitz wie es war und ist, das. 1823. 8°. Vgl. auch K. *Limmer*, Pleisnerland Bd. I S. 15, 22, 47, 48, 151, 232—34, 252, 398, 499 etc.; Bd. II S. 712 flg.

Die älteren Schriftsteller führen Chemnitz mit zwei inhaltsreichen königlichen Gnadenbriefen in die Geschichte ein. Durch den ersteren, von Otto III. im J. 994 gegeben, soll den Bürgern der Stadt Befreiung von allen nicht althergebrachten Abgaben und Lasten, sowie namentlich dem Aufgebote zur Heerfahrt ausserhalb des Landes, ferner die hohe und niedere Gerichtsbarkeit, die Jahr-

11) Ueber einen auf die Braufreiheiten der Chamer bezüglichen Rechtsstreit (1480) berichtet *Lukas* a. a. O. S. 184.

12) Ueber diese, von welchen die „Sand Görgen Mezze" bereits 1321 urkundlich erwähnt wird, vgl. *Lukas* a. a. O. S. 160 flg.

und Wochenmarkts-Gerechtigkeit, der Getreidehandel, endlich die Jagd und Fischerei im ganzen Umkreise; durch das andere Privileg Friedrich Barbarossa's vom J. 1153 hingegen zu den vorstehenden Freiheiten auch noch die Entbindung von allen Zoll- und Mauthgebühren auf den meissnischen Märkten, die Tragung von Kolben und Vollharnischen sowie anderen Kriegszierden im Felde, die Aufnahme von Ritterbürtigen zu Rathmannen und die Sieglung mit rothem Wachse zugestanden worden sein. Vgl. Laur. *Peccensteinii* Theatrum Saxonicum, Beschreibung der fürnembsten Könige, Chur- vnnd Fürsten, Graffen, Adelicher Geschlechter, Herrschafften, Stiffte etc. in Obersachsen, Jehna 1608. fol., P. III S. 74; *Leonhardt* et *Francke* l. c. aph. VII p. 12, 13; *Richter* a. a. O. Thl. II S. 5 (nr. 3), 7 (nr. 10).

Allein diese Freiheitsbriefe entbehren aller historischen Beglaubigung, und die denselben zugeschriebenen Auszeichnungen und Befugnisse der chemnitzer Bürger sind, soweit sie überhaupt nicht blos in der Phantasie der Autoren existiren, offenbar durch die von den Chroniken wiederholte Sage aus späteren Jahrhunderten in die Anfangsperiode der Stadt hinaufgerückt worden.

Dagegen treten uns die ersten Keime einer Entfaltung städtischen Wesens des uralten, im östlichen Gaue Chutici gelegenen Ortes Kempnitz (d. i. Steindorf) [1]) aus der Urkunde König Konrad's III. v. 13. März 1143 entgegen, worin derselbe das von seinem Vorgänger, Lothar, im J. 1125 errichtete s. g. Bergkloster Benedictiner-Ordens zu Chemnitz bestätigt, dem Abte und Convente das Recht der Abhaltung eines öffentlichen Marktes im genannten Orte einräumt und allen hier wohnenden Leuten freien Handelsverkehr durch das ganze Reich gestattet. J. J. *Mascovii* Commentar. de rebus imp. Rom. Germ. sub Lothario II. et Conrado III. (Lips. 1750. 4°.) p. 364; *Schultes*, Director. diplomat. Bd. II S. 34—36 nr. 158.

Chemnitz war aber damals Reichsdomäne und entwickelte sich wohl von da an in raschem Fortgange zur Reichsstadt. In dieser politischen Stellung blieb es ungefährdet bis gegen das Ende des XIII. Jhdts., mit welchem Zeitpunkte die Verpfändungen ihren Anfang nahmen. Die erste derselben, durch König Adolph am 11. Mai 1292 vollzogen, brachte Chemnitz sammt dem übrigen südlichen Pleisnerlande in die Hände König Wenzel's von Böhmen (*de Ludewig*, Reliq. MS. Tom. V p. 435); doch kann diese Pfandschaft, wie die nachfolgende Urk. nr. 1 beweist, nur kurze Zeit gewährt haben. Vgl. *Hugo*, Mediatis. S. 42, 43.

1308, Jun. 11. Landgraf Friedrich I. 1
mit der gebissenen Wange von Thüringen sichert der Stadt Chemnitz, welche ihn für die Zeit bis zu beendigter Wahl eines neuen Reichsoberhaupts [2]) zu ihrem Schirmherrn erkoren hat, seinen Schutz, sowie Aufrechthaltung ihrer Rechte, Gewohnheiten und Ehrenvorzüge zu:

„Nos Fridericus, dei gratia Thuringie landgravius, Misnensis et Orientalis marchio, recognoscimus tenore presentium litterarum, quod vacante imperio prudentes et discreti viri, magistri, consules civium et consulares, et universitas civium in Kempniz nos in tutorem defensoremque specialiter elegerunt, nobis cum conditione, prout sequitur, obedientiam et reverentiam debitas promittentes, quod, quandocunque aliquis, quocunque nomine censeatur, per veros imperii electores unanimiter ad imperium seu in regem Romanum rite et rationabiliter assumtus fuerit et electus, predicta civitas et cives a fidelitate et obedientia nobis promissis sint liberi sine contradictione qualibet et soluti. Hinc est, quod predictam civitatem cum omnibus ejusdem incolis in nostram protectionem et graciam recipimus specialem, volentes ipsos ab omnibus impugnantibus aut impugnare volentibus fideliter defensare; promittentes nihilominus, omnes predicte civitatis incolas, christianos et judeos, in omnibus juribus, honoribus, consuetudinibus et dignitatibus a retroactis temporibus habitis, non minuendis sed potius augmentandis, inviolabiliter conservare. In cujus rei certitudinem predicte civitati has nostras patentes literas duximus erogandas, nostri sigilli munime roboratas. Datum et actum Andisleyben [3]) anno MCCCVIII, iii. id. Junii." *Leonhardt* et *Francke* l. c. aph. VIII p. 13, 14; *Richter* a. a. O. Thl. II S. 11, 12. Vgl. *Limmer* a. a. O. Bd. I S. 480, 81.

Wenige Jahre nachher, durch Urk. v. 1. Apr. 1311, wurde Chemnitz nebst Altenburg und Zwickau vom Könige Johann von Böhmen als Reichsvicar für die Summe von 2000 Mark Silbers an den oben genannten Landgrafen Friedrich, und zwar zunächst

1) Diesen slavischen Namen tragen auch andere Ortschaften; so findet sich ein oberlausitzisches Dorf Kemnitz bei Bernstadt. Vgl. J. Chr. *Peschel*, Gesch. von Kemnitz (Zittau 1861. 8°.) S. 12.

2) König Albrecht I. war am 1. Mai 1308 ermordet worden und blieb der Thron bis zum 27. Novemb. erledigt.

3) Alsleben.

blos auf den Zeitraum von zehn Jahren, zu Pfand gesetzt, und hierauf im J. 1312 von der chemnitzer Bürgerschaft dem Pfandherrn förmlich gehuldigt. Als jedoch König Ludwig IV. dem Nachfolger Friedrich's jene Verpfändung in den J. 1324, 1326 und 1329 — unter fortwährender Erhöhung der Pfandsumme — ohne Hinzufügung einer Zeitgrenze bestätigte, ging allmälig die Reichsunmittelbarkeit der Stadt Chemnitz für immer verloren. *Mencken*, Scriptt. rerum Germ. Tom. II col. 960, 86, 87, 88. Vgl. *Richter* a. a. O. S. 12, 14, 15; *Hugo* a. a. O. S. 43.

2 **1316**, Apr. 8. König Ludwig IV. ernennt für das einer Verbesserung der Rechtshandhabung dringend bedürftige Pleisnerland und die darin gelegenen Reichsstädte, darunter Chemnitz — „civitatibus nostris et imperii, videlicet Zwiccowe, Altenburg et Kemniz, nec non toti terre Plisnensi, judicis ac juris executione longo tempore [4]) viduatis" — seine Vögte, die Edlen Heinrich den Aelteren und Heinrich den Jüngeren von Plauen und Heinrich von Gera zu „judices provinciales", unter Beifügung des Befehls an die Bewohner der genannten Städte und Landestheile, den eingesetzten Richtern Gehorsam und Beistand zu leisten. *Mencken* l. c. Tom. III col. 1083; *Richter* a. a. O. S. 13, 14. Vgl. *Limmer* a. a. O. S. 499.

3 **1334**, Jan. 19. Landgraf Friedrich II. („der Ernsthafte") von Thüringen bestätigt dem Rathe und der Bürgergemeinde zu Chemnitz das althergebrachte s. g. Meilenrecht, zugleich Allen, welche in der durch eine Feuersbrunst zu Schaden gekommenen und entvölkerten Stadt ihren Wohnsitz nehmen würden, seinen sonderlichen Schutz und möglichste Förderung in ihren Gewerben verheissend:

„Fridericus, dei gracia Thuringie lantgravius, Mizsenensis et Orientalis marchio dominusque terre Plizsenensis, prudentibus viris, consulum rectoribus, consulibus juratis nec non universitati civium seu opidanorum in Kempnitz bonam ac favorabilem ad singula voluntatem. Fervor allectionis ignite, quo vos et dictam civitatem seu opidum non inmerito causis ex quampluribus circumplectimur, nos admonet et inducit, ut vobis largiflua beneficiorum donativa, maxime ea, que laudabilis et prescripta fulcit consuetudo, nostri principatus patrocinio autentico multipliciter inpendamus. Quam ob rem illam videlicet consuetudinem, que tabernas, fabricas ac ceterarum mechanicarum arcium practicas juxta Kempnicense opidum predictum per unum miliare circumcirca vetat exercere [5]), tamquam bonam et honestam reputantes, eam presentis tenoris oraculo confirmamus, laudamus, ratificamus, approbamus; inhibentes universis et singulis et singulariter universis nostre firmiter ingratitudinis sub offensa, ne infra unius miliaris intervallum, a tramite Kempnitz circumquaque computandum, tabernas, fabricas, sutorias, sartorias ac artes alias manuales inantea quovis modo exerceant seu per quempiam faciant exerceri, illis duntaxat exceptis, qui longissima temporis prescriptione poterunt se tueri. Ceterum ut sepedicte civitatis ac opidi status, que ignis pro dolor voragine miserabiliter est deserta, locupletetur [6]) ac inhabitancium multitudine in melius reformetur, universos ingredi sepedictam civitatem volentes, undecunque veniunt, singularis tuitionis affici volumus prerogativis, eos tamquam fideles nostros in negociis suis atque causis efficaciter quibuslibet favoribus prosequendo. Et ut premissa nostre concessionis beneficia inconvulsa permaneant atque salva, presentem desuper scribi fecimus litteram nostrique majoris sigilli funiculo roborari. Actum et datum Dresden sub anno dominice incarnacionis millesimo tricentesimo tricesimo quarto feria quarta ante diem beatorum Fabiani et Sebastiani martirum." *Histor. Nachricht* S. 32; *Wilkii* Ticemannus, Dipl. CLXXXXIII p. 231; *Richter* a. a. O. S. 15, 16.

1352, Apr. 23. Die Landgrafen Frie- 4
drich III. und Balthasar von Thüringen lassen dem Rathe und den Bürgern ihrer Stadt Chemnitz an den 145 Schock, welche sie bis dahin jährlich zu entrichten hatte, 30 Schock nach — „alzo daz sie vns fürbaz mer hundert vnd funffzcen schock, damitte sie nun in vnser register geschriben sint, yerlichen zcu rechter iarbete geben sullen." *Richter* a. a. O. S. 16, 17.

1356, Jul. 24. Dieselben geben „den 5
bescheidn burgern gemeinlichen zcw Kempnitz" die urkundliche Versicherung: „daz wir von in vnd der stadt daselbens sulcher beten, altz sie vns itzunt zcw steyre vnsir schulde wylliglich erlaubet vnd gegeben haben, nymmermer ewiglich gemeinen noch gevordrn sullen, noch sie hinnevort mit sulcher bete in keine wiss beswerden wollen." *Richter* a. a. O. S. 17.

1358, Nov. 15. Dieselben vermindern 6
die oben (nr. 4) bezeichnete Steuersumme den Bürgern von Chemnitz um weitere 15 Schock, wofür ihnen diese aber „ire gemeine vnd viehweide abetreten vnd ane hindernisse

---

4) Seit 1307.

5) *R.* exerceri.

6) *R.* locupletur *W.* locupletate.

volgen lazen wullen zcw einer bleiche"[7]). Würde jedoch diese wieder eingehen, so sollen die Bürger die volle Jahrbete, wie früher, wieder entrichten und den Weideboden zurückempfangen. *Richter* a. a. O. Thl. I S. 241, 42; besser Thl. II S. 18.

7 **1412**, Mai 2. Landgraf Friedrich IV. („der Streitbare") von Thüringen gewährt seiner Stadt Chemnitz auf deren Bitte „eynen frien jarmarckt, der sich alle Jar vff den ersten sontag nach allerheiligen tage anheben, vnd acht tage, die nechst nach eynander volgen, weren soll", und dazu, was „eynes frien jarmarcktes recht vnde gewonheit ist", jedoch mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass dadurch der bis dahin jährlich abgehaltene Markt „vff sente Jacobse tage nicht abgetan sy noch wiederuffen." *Richter* a. a. O. Thl. II S. 22, 23.

8 **1414**. Derselbe (Pfalzgraf zu Sachsen) gibt zur Beilegung der zwischen dem Rathe und der Gemeinde seiner Stadt Chemnitz entstandenen Zwistigkeiten derselben neue Satzungen („eynen sacz") über Innungswesen, Kriegsbanner der vier Stadttheile, Rathswahl und Schosspflicht, welche künftighin bei Vermeidung „swerer vnghunst" gehalten werden sollen:

„§. 1. Czum ersten seczen vnd wollin wir, das alle ynnunge der handwercke, die sie bisher gehabit habin, genczlichin abe syn vnd ouch nicht meister habin sullen; sundern zcusampne mogin sie gehin mit willen des rates. §. 2. Ouch sullen sie keyne vffsecze noch ynnunge machin hinder dem rate; wurde yr ouch ichtes gebruch adir nod, das sullen sie sich an den rate irholin. §. 3. Wer ouch yn eyme handwercke meister werdin wil, der sal czu den kerczen desselben handwerckes czwei pfund wachsis gebin. §. 4. Ouch sullen die rethe vier bannyr lassen machin, ab der die stad gereite nicht had, vnd sullen vs iglichem virteile der stad zcwene kiesin, eynen vs dem rate vnd eynen vs der gemeyne, vnd sal man jo zcwen eyn bannyr befelen, ob das der stad odir vnser herschafft nod geschee, die die bannyr vorstehen vnd vorwesin nach vnser herschafft vnd der stad besten. §. 5. Ouch seczen wir, das furdermer drie burgermeister vnd drie rete nach vnserm rate syn sullen, die der alde rat sol kisin vnd wir sie bestetigen sullin, also daz y ober das dritte jar eyn burgermeister mit synen eitgenossin sicze, als verre sie das vmb vns vnd vnser herschafft behaldin. §. 6. Wir wollen ouch, das alle jar vier vs der gemeyne in dem rate siczen; so sullin ouch zcwene vs dem aldin rate in dem nuwen rate siczen bliebin, vff das sie dem nuwen rat solcher gescheffte, alz das vorgangene jar in dem rate gehandelt syn, deste bas vnderrichten mogin. §. 7. Ouch sol furdermer eyn iczlichir schossin von allir syner habe, woran her die had, vnd von allen synen gewerbe. §. 8. Was ouch der rat furdermer geschosses nymet, das sullen sie von manne zcu manne berechin."

Verstümmelt abgedruckt in J. Gttl. *Horn*'s Lebens- und Helden-Gesch. Friedrichs des Streitbaren, Hauptsamml. derer Urkk. Nr. 205 S. 807 und b. *Richter* a. a. O. S. 23. Inhalts-Uebersicht mit Auszug b. *Riccius*, Entwurff S. 279, 80.

1415—1429. Willkür — wie sie auch „die in Leipzig halten" — über die Gerade, bestätigt durch die Landgrafen Friedrich IV. und Wilhelm von Thüringen, mit der Bestimmung, dass diejenigen, welche entgegenhandeln, dem Rathe zur Strafe zehn Mark oder gute Schock bezahlen sollen. [Aus einem alten Rathhaus-Register in modernisirtem Style mitgetheilt von] *Richter* a. a. O. S. 24, 25. 9

1423. Landgraf Friedrich IV. (als Kurfürst von Sachsen: I.) verkauft dem Rathe zu Chemnitz für die Summe von 2556 Gulden „alle seine gerichte daselbst zu Kempnitz, oberste vnd niderste, obir hals vnd hand . . . obir alle schulde, mit allen buszen, wetten, geniszen, tzugehorung, zinsen, renten vnd seinen tzoll, den man nennet die orber, mit allen tzugehorunge, also wie seine eltern vor alders gehabt vnd gebraucht haben", nachdem bis dahin der Rath von diesen Gerichts-Einkünften nur zwei Drittheile pachtweise, nämlich gegen jährliche Entrichtung von 71 Schock messingener Groschen freiberger Münze in die landesfürstliche Kammer, innegehabt hatte. *Limmer* a. a. O. Bd. II S. 712, 13. (Extr.) 10

1449, Oct. 17. Der Abt Johannes und der Convent des Benedictiner- oder Bergklosters zu Chemnitz sagen die Bürger daselbst auf Grund schiedsrichterlichen Spruches gegen Bezahlung von 40 Schock Groschen von allen alten Diensten, bestehend in „vmbphluge, eyden[8]), snetern, garten- 11

7) Ueber die Bleichen, die von alten Zeiten her in Chemnitz eine bedeutende Rolle spielen, so dass bereits 1048 eines „Bleichamts" daselbst erwähnt wird [*Limmer* a. a. O. I, 151], gaben die landgräflichen Brüder Friedrich III., Balthasar und Wilhelm im J. 1357, und der Letztgenannte allein im J. 1390 der Stadt besondere, nicht näher bekannte Privilegien (*Richter* a. a. O. II, 17, 21). Es gehört auch die Urk. v. 6. März 1367 b. *Richter* a. a. O. I, 116 flg. hieher.

8) „Eyde, egde", Egge.

heuern vnd gartenpfennigen" für alle Zukunft los. *Richter* a. a. O. S. 121—23.

12 **1449**, Sept. 29. Kurfürst Friedrich II. von Sachsen entscheidet durch seine Räthe zwischen dem vorerwähnten Abte Johannes und dem Bürgermeister und den Geschwornen der Stadt Chemnitz „etliche spenne, gebrechen vnd irrthum vmb den dritten teil des wertlichen gerichts daselbst, das des furgnanten aptes fürfarn vnd closter etzwann der herschafft von Waldenberg abgekaufft hant, . . . in fruntlichkeit" dahin, dass regelmässig in allen gewöhnlichen Rechtssachen von Einwohnern oder Fremden, die vor dem Gerichte zu Chemnitz verhandelt werden, Abt und Kloster den dritten Pfenning haben, dagegen Fälschereien an Ellen- und Getreidemass, Garn, Butter, Oel u. s. f., worüber die chemnitzer Bürger „noch irer gewonheit bissher gericht" haben, auch ferner zur Competenz der Letzteren gehören und diese davon dem Abte nichts abzugeben schuldig sein sollen. Doch wird auf den Fall, dass dem Kurfürsten „synlich wurde, anders daruff czu sprechen", jede beliebige Abänderung vorbehalten. *Richter* a. a. O. S. 126—28.

13 **1465**, März 26. Kurfürst Ernst und dessen Bruder Herzog Albrecht von Sachsen confirmiren den Bürgermeistern, Rathmannen und der ganzen Gemeinde ihrer Stadt Chemnitz und deren Nachkommen „alle yre vnd der Stadt Privilegia, Rechte, Freyheite, Begnadigung, Altherkommen, Gewonheit, Brieve vnd Vorschreibunge", und versprechen für sich und ihre Erben, jene „dabey handhaben, schützen vnd vor mennig-lich vnbeschwert vnd vnvorbrechlich behalten" zu wollen, jedoch nur, soweit dieses unbeschadet den landesfürstlichen „Gerechtigkeiten vf derselben ihrer Stadt Kempnitz" geschehen könne. *Richter* a. a. O. S. 45, 46.

14 **1470**, Nov. 23. Dieselben erneuern der Stadt Chemnitz auf erhobene Beschwerde des Rathes, dass wider der Ersteren Befreiung „sich etliche Zeit auf etlichen Dörfern (innerhalb der Bannmeile) etliche Handwercker, Schuster, Schneider, Becker, Leinweber vnd andere dergleichen wieder gesutzt vnd ihre Handwercke allda geübet hätten, nit zu kleinen Schaden vnd Abbruch der Bürger der Stadt", das s. g. Meilenrecht [nr. 3], so dass Letztere dasselbe „auch von gemeinen Landrecht haben sollten", sie insbesondere dahin befreiend und begnadend: „dass hinfürder um Chemnitz in einer Meile wegs, als weit die Meilen gemeiniglich auf allen Seiten genannt vnd geachtet seyn, kein Kretschmar brauen noch maltzen, auch kein ander noch frembde Bier, denn Chemnitzer Bier schencken, auch kein Handwercker, Schuster, Schneider, Leinweber vnd ander dergleichen kein Handwerck üben noch treiben, auch kein Saltzmarck gehalten solle werden . . . doch vnschädlich andern Marckten, vm sie liegende, an ihrer Gerechtigkeit, die sie bey sich in den Märckten haben." Zugleich wird den Amtleuten zu Chemnitz geboten, Rath und Gemeinde allda „bey solcher Gnade vnd Freyheit" zu beschirmen [9]). *Richter* a. a. O. S. 46—48. Vgl. *Leonhardt* et *Francke* l. c. aph. XI p. 15, 16.

Christburg. CXCIV.

(Westpreussen.)

1288, Apr. 7. Der Comthur Helwig zu Christburg ordnet die amtliche Stellung, namentlich die Gerichtsbarkeits-Verhältnisse des Schultheissen daselbst, und bestätigt der Stadt den Gebrauch des culmischen Rechts: 1

„Frater Helwicus, commendator in Cristburg, universis cristi fidelibus presentem paginam inspecturis eternam in domino caritatem. Noverint tam presentes quam futuri, quod nos fratrum nostrorum consilio et consensu Bernhardo, nostro fideli sculteto, suisque heredibus quatuor mansos liberos cum judicio civitatis Cristburg contulimus jure hereditario possidendos. Porro duas partes mulctarum judicii predicte civitatis nostre domui assignabit; terciam vero partem sibi suisque heredibus inviolabiliter observabit. Verumtamen Pruteni in prefata civitate non manentes nostris judiciis in suis causis quibuscunque sint astricti. Sciendum eciam, quod de qualibet area vel orto supradicte civitatis vi. denarios usualis monete singulis annis eorum possessores pro censu domui nostre dabunt, quorum denariorum jam dictus Bernhardus suique successores terciam partem reservabunt. Mansi quoque triginta, qui ad sepedictam civitatem attinent, judicio ejusdem subjacebunt. Volumus eciam consuetudines, libertates ac jura culmensia in sepedicta civitate inperpetuum observari. Ne igitur circa premissa nostre donacioni et protestacioni dubium cuiquam oriatur, presentem litteram sibi dedimus sigilli nostri munimine roboratam, testibus subnotatis fratre hermanno sacerdote, fratre engelhardo, fratre bertoldo de erfa, fratre Johanne de Waldesere. Datum Cristburg anno domini millesimo ducentesimo octuagesimo octavo, VII° idus Aprilis". *Voigt*, Cod. dipl. Pruss. Bd. II Nr. XVI S. 19, 20.

9) Dieses Privileg ward 1541, 1587, 1662 erneuert.

2 **1290**, Nov. 20. Der Hochmeister des Deutschordens in Preussen, Meinhard, verleiht auf Bitte des Schultheissen und der Bürger zu „Christburg", ihnen gleich den Bewohnern anderer Städte eine Aufzeichnung ihrer Rechte, wonach sie sich namentlich im weltlichen Gerichte zu halten vermöchten, zu gewähren — „quatenus ipsis aliquod jus assignaremus, secundum quod se possent regere in judiciis secularibus exercendis et aliis consuetudinibus et libertatibus, sicut et alii incole nostrarum civitatum, quoniam hactenus in incerto positi nullum haberent jus sibi finaliter deputatum" — diesem vernunftgemässen und billigen Gesuche entsprechend, „jus **Meydeburgense**, ut eo jure et libertate se senciant et gaudeant privilegiatos, quo et terra Culmensis", und fügt noch einige weitere Freiheiten, betreffend die Personen- und Waaren-Ueberfahrt auf dem Drausensee, sowie die Fischerei „in flumine sirgun" d. i. im Siring- oder Sarungsee (aus welchem die Passarge fliesst) hinzu. *Voigt* a. a. O. Nr. XXI S. 24, 25.

3 **1298**, Jul. 1. Der Comthur Heinrich zu Christburg gestattet den Bürgern allda mit Zustimmung des Landmeisters, Graf Meinhards von Querfurt, a) die Einrichtung eines Tuchkaufhauses, „mercatorium ad incidendos pannos seu ad vendendum integros qualescunque" —, dessen Jahreseinkünfte zu 12 Mark zwischen der Gemeinde und dem Ordenshause nach Hälften getheilt werden sollen, wobei zugleich der Gewandschnitt auf den Dörfern und an jedem anderen Orte der Stadt untersagt, und für den Fall, dass „absque civium culpa notabili aut in parte vel in toto (mercatorium) exustum fuerit seu alio modo quocunque graviter distructum", eine Baubeihülfe von Seite des Ordens zugesichert wird; b) die Anlegung von Schuhbänken, „scampna calciamentorum", mit einem, wie oben theilbaren, Bestandgelde zu 6 Mark jährlich, wobei wieder zum Wohle der Stadt verfügt ist: „nulli extra libertatem civitatis residenti liceat de cetero in civitate vel foro ejusdem civitatis calceos venundare." *Voigt* a. a. O. Nr. XXXVIII S. 46, 47.

4 **1304**, Dez. 16. Der Deutschordensmeister Konrad Sack erneuert den Rechtsbrief über das christburger Schultheissenamt v. 1288 [nr. 1], dabei die Zahl der vier Freihufen um einen „quintum mansum juxta pontem Thome liberum" vermehrend. *Voigt* a. a. O. Nr. XVI S. 20.

5 **1316**, Jun. 11. Der Comthur zu Christburg, Luther von Braunschweig ändert die im vorstehenden Rechtsbriefe enthaltene „concessio" auf Bitten der Bürger von Christburg dahin ab, dass anstatt des Kaufhauses denselben die Errichtung von Fleisch- und Brodbänken, sowie einer Badstube zugestanden, und hiebei bezüglich der Vertheilung der Einkünfte das frühere Princip beibehalten, dagegen in Ansehung der Mittragung der Baulast von Seite des Ordens in Fällen einer von den Bürgern unverschuldeten Beschädigung der fraglichen Gewerbsstätten die Zusicherung gegeben wird, dass die Brüder des Ordenshauses „in media parte burgensibus ferre subsidium tenebuntur." Zugleich wird ferner ein von den Bürgern zu Christburg mit dem Ordensbruder Sieghard von Schwarzburg *) eingegangener Kaufvertrag über einen 8 Mark betragenden „census de ortis et brasiatoriis stubaque balnearia" und 7 Ackerhufen, dessen Verbriefung („littera confirmacionis") bis dahin noch abging, unter Festsetzung der von den Grundstücken zu entrichtenden Geld- **) und Wachsreichnisse dergestalt urkundlich bestätiget, „ut tam predicti burgenses quam eorum successores censum prenotatum una cum mansis prelibatis perpetuo percipiant, teneant et possideant cum omni utilitate." *Voigt* a. a. O. Nr. LXXIV S. 90—92.

Einige geschichtliche Notizen über Christburg gibt *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 182. Das Gericht daselbst bildete eine Art von Oberhof für die umliegenden Dorfschaften. *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. VI S. 593.

Chur. CXCV.

(Schweiz, Kt. Graubündten.)

Chr. *Kind*, Die Stadt Chur in ihrer ältesten Geschichte, das. 1862. 8°. Die Rechtsurkunden bieten a) der „Codex probationum" hinter Ambr. *Eichhornii* Episcopatus Curiensis in Rhaetia sub metropoli Moguntina chronologice ac diplomatice illustratus, typ. San-Blasian. 1797. 4°.; b) Th. *v. Mohr*'s Codex diplomaticus, Sammlung der Urkunden zur Geschichte Cur-Rätiens und der Republik Graubünden (fortgesetzt von Conradin *v. Moor*), Bd. I—IV, Cur 1848—63. 8°.

836, Jan. 8. Kaiser Ludwig der Fromme 1
gibt dem Bischofe Verendarius von Chur — „in curia civitate theloneum ab itinerantibus" zurück. *Schoepflin*, Alsatia diplomat.

---

*) Dieser wird im Documente selbst unter den „testes" als „commendator in Grudencz" bezeichnet.

**) Der u. A. hier erwähnte „culmensis denarius" ist in einen „coloniensis den." zu verbessern. J. *Bender* in der Ztschr. f. Gesch. Ermlands I, 610 Not. 3.

Tom. I p. 77; *Grandidier*, Hist. de l' église de Strasbourg, Tom. II Pièces justif. Nr. 109 p. CCIII ss.; *v. Mohr* a. a. O. Bd. I Nr. 22 S. 36—38.

2 **952**, März 12. König O t t o I. übereignet, vielmehr bestätiget, dem Bischofe Hartbert von Chur und seiner Kirche — „omne teloneum ab itinerantibus [1]) et undique confluentibus emptoribus atque de omni negotio in loco curia peracto de quo semper consuetudo fuerat teloneum [2]) exactandum, ... quod olim [s. nr. 1] jam totum ad ipsam ecclesiam ex integro cum preceptis regalibus fuerat contraditum.“ *Eichhorn* l. c. Cod. prob. Nr. XIX p. 25, 26; *v. Mohr* a. a. O. Nr. 49 S. 70, 71.

3 **958**, Jan. 16. Derselbe schenkt ferner, vermuthlich auf Fürbitte seines Sohnes Luitolf, der Kirche von Chur unter Bischof Hartbert d i e h a l b e S t a d t C h u r sammt Zubehör, sowie den ganzen Zoll und die Münze daselbst — „ob aeternam mercedem .... quasdam res juris nostri in recia curiensi in comitatu adalberti comitis [3]) in loco et civitate curia sanctae dei genitrici mariae et sancto Lucio confessori Christi ibidem requiescenti, qui est caput curiensis episcopii, precepto contradimus, hoc est d i m i d i a m p a r t e m i p s i u s c i v i t a t i s cum tali districtione et jure, sicuti hactenus ad nostram pertinebat potestatem, et sicut homines ipsius totius provinciae censuales ac liberi debitores sunt, cum aedificiis in muro et assiduis vigiliis et custodiis intus et foris, et cum omni sua pertinentia in curtilibus et structuris, et ecclesiam scti. laurentii, et cum omnibus legitimis ad eandem civitatem pertinentibus. — — Theloneum vero omne, quocunque modo a negotiatoribus exigatur in ipso loco, et integritatem monetae similiter ad ipsam ecclesiam condonamus perpetualiter habendum ac juste fruendum episcopis ibidem omnibus.“ *Eichhorn* l. c. Nr. XXII p. 28 (mit der JZ. 959 und unrichtiger Ausfüllung des lückenhaften Textes); *v. Mohr* a. a. O. Nr. 53 S. 75 – 77.

4 **960** (?) Derselbe als Kaiser überlässt tauschweise dem Hochstifte Chur den in der gleichnamigen Stadt gelegenen Königshof — „in vico curia c u r t e m nostram r e g a l e m nominatam, quam comes noster ipsius loci adalbertus in beneficium hactenus a nobis obtinuit“ — nebst aller Zubehörung an Grund und Boden, Gebäuden und Hörigen, blos einige Weinberge und Forste ausgenommen. *Würdtwein*, Nova subsid. dipl. Tom. III p. 372; *v. Mohr* a. a. O. Nr. 56 S. 79 – 81.

988, Oct. 20. König O t t o III. erneuert 5
und bestätiget auf Antrag Bischof Hildibold's von Chur die seiner Kirche von den Kaisern Otto I. und II. verliehenen Rechtsbriefe („praecepta“), und stellt insbesondere d i e S t a d t C h u r — „ipsam curiensem civitatem cum tali districtione et jure, sicut antiquitus ad regiam pertinebat potestatem, ... et cum omnibus ad eandem civitatem pertinentibus in teloneo, moneta et banno, et cum omni censu a liberis hominibus solvendo in ipso comitatu curiensi“ — unter seinen Schutz. *v. Mohr* a. a. O. Nr. 69 S. 98—101.

1005, Mai 28. König H e i n r i c h II. 6
wiederholt zu Gunsten Bischof Ulrich's von Chur den vorstehenden Rechtsbestätigungs- und Schutzbrief. *v. Mohr* a. a. O. Nr. 74 S. 106—8.

1036, Jan. 26. Desgleichen Kaiser K o n- 7
r a d II. für Bischof Hartmann von Chur. *Eichhorn* l. c. Nr. XXXIII p. 38, 39; *v. Mohr* a. a. O. Nr. 83 S. 116, 17.

1040, Jan. 23. Desgleichen endlich Kö- 8
nig H e i n r i c h III. für Bischof Thietmar von Chur. *v. Mohr* a. a. O. Nr. 88 S. 125, 26.

1050, Jul. 29. Der eben genannte Bi- 9
schof T h i e t m a r ertheilt aus Vollmacht des Königs dem Werkmeister, dem Rathe und der Gemeinde der Stadt Chur nachfolgende Vorschriften über die B e s t r a f u n g d e s T o d t s c h l a g s — „dass wer den andern zu Chur in seinen Gerichten leiblos machte, sei Mann oder Weib, soll man baar gegen baar ohne alle gnad richten; wurde der thäter aber nit ergriffen, hat er dannoch des Bischofs huld verlohren, und die grosse buess, das ist 60 markh, jehe 8 pfund Maylisch für ein markh zu rechnen, verfallen, darvon gehört dem Bischof 20, der Stadt 20 und den Vögten 20 markh; und wo der thäter in des Bischofs Gericht in eines Jahres 6 Wuchen und 3 Tag frist, ohne des Bischofs huld ergriffen, richt man Paar gegen Paar, als ob er an der that, allda der Todschlag beschehen, handgehabt were.“ Nur in dieser neueren Verdeutschung erhalten und gedruckt bei *v. Mohr* a. a. O. Bd. III Nr. 2 S. 7, 8.

1300, Jul. 8. König A l b r e c h t I. be- 10
willigt dem Bischofe Sifrid von Chur die Erhebung eines Weinungelds in der Stadt Chur — „ad servandam conscientiam tuam inspecta ecclesie tue indigentia, tibi auctoritate regia tenore presentium indulgemus, ut Ungeltum in civitate Curiensi a tuis predecessoribus in-

1) M „iterantibus.“

2) Hier muss wohl ein Zeitwort, etwa: recipiendi, supplirt werden.

3) Es gehörte dieser Adalbert dem Geschlechte der v o n A c h a l m u n d G a m e r t i n g e n an. Vgl. Conr. *v. Moor* in der „Rätia“, Jahrg. I (1863) S. 109. Ueber die churrhätischen Grafschaften überhaupt s. auch O. *Stobbe*, De Lege Rom. Utinensi (1853) §. 4 p. 13—17.

stitutum licite recipere valeas in utilitatem predicte tue ecclesie convertendum ad tempora vite tue." *v. Mohr* a. a. O. Bd. II Nr. 95 S. 163.

11 **1349**, Dez. 27. König Karl IV. gibt um der „getrewen willigen und steten dienst" willen, welche der ehrwürdige Ulrich, Bischof zu Chur dem Reiche bereits geleistet hat und noch leisten mag, „im und seinen nachkommen, bischöfen ze Kur, und demselben gotzhaus ewiclichen daz Ungelt in der stat zu Kur mit allen nutzen, an welchen sachen die gelegen sein." *v. Mohr* a. a. O. Nr. 329 S. 329 S. 407, 8.

12 **1354**, Mai 12. Derselbe verordnet aus besonderer Huld für Bischof Ulrich von Chur in Ansehung der in sein Bisthumsgebiet und namentlich seine Hauptstadt kommenden Fremden — „edicto perpetuo . . . ut universi et singuli adventitii [4]), de quibuscumque nationibus sacro imperio pertinentes, in civitate quoque Curiensi nec non opidis vel vallibus sepedicte Curiensis ecclesie residentes, vel qui ad dicta loca causa residendi ibidem advenerint in futurum, eidem episcopo et successoribus suis ac ipsi ecclesie Curiensi servire debeant et teneantur omnimode in justitiis et aliis observationibus, juxta omnem ritum et consuetudinem ceterorum propriorum hominum dicte ecclesie hactenus observatam, quamdiu in eisdem locis suam fecerint mansionem. Si vero iidem adventitii ex quibuscumque causis ab inde ad alia loca quecumque decreverint se transferre, hoc facere poterunt libere, salvis rebus eorum omnibus pariter et personis, cum et quotiens ipsorum placuerit voluntati." Dem Uebertreter dieser Verfügung wird ausser der königlichen Ungnade noch eine Geldbusse von 100 Pfund reinen Goldes angedroht. *v. Mohr* a. a. O. Nr. 335 S. 418, 19.

13 **1359**, Jan. 25. Derselbe als Kaiser gestattet dem Bischofe Peter zu Chur, um denselben für die erlittenen schweren Kriegsschäden und insonderheit für die auf Einlösung des Hauses zu Fürstenburg verwendeten 6000 Gulden einigermassen zu entschädigen, „dass er von dem Zolle, den er hat in der Stat ze kür, alle nutze, die er oder sein vorvorder einvaltiglich genomen und ufgehaben haben, furbass zwivaltiglich nemen und ufheben sulle und müge . . . also lang, biss derselbe Bischof oder sein Nachkomen die vorgenannten Sechs tausent Gulden, do er das Haus ze furstenburg umbgeloset hat, gentzlich und gar ufgehoben" haben würde, worauf dann „die gegenwertig gnod abe sein und keyn kraft mehr haben, und (man) fürbass denselben zol nemen sol, als das von alter gewonlich ist gewesen." Störungen des Bischofs in der Ausübung vorstehenden Rechts bedroht der Kaiser mit seiner und des Reiches „grosser ungenad und busse." *v. Mohr* a. a. O. Bd. III Nr. 78 S. 117, 18.

1368—1376. Fragment eines alten **Stadtbuchs** von Chur, enthaltend Gemeinde-Beschlüsse, Rathssatzungen und Gerichtsbescheide z. B. über Wiesengerechtigkeit und Viehpfändung, Einläutung des Vogtgerichts, Verköstigung der dabei fungirenden Schreiber und Weibel, 12jährigen Grundbesitz „inrent der rinkmur", Rossweide, insbesondere auch des Bischofs und seines Vogtes, Mühlenrecht, Abgaben der Bürger, Viehhaltung der Metzger, Schafzucht, Holzverschleppung, Breite der Wassergraben, Umwandlung von Aeckern in „nüw wisen", Umfang der „burger waid", Unterhaltung der Brücken in der Stadt und deren Umgebung, Rechte und Pflichten der städtischen Beamten, vornehmlich der sechs „aitswerer", des „proveiden" [5]) und des „cantzlers", Obliegenheiten der bischöflichen „maiier" etc. Gedruckt bei *v. Mohr* a. a. O. Nr. 138 S. 208—15. 14

1382, Aug. 5. Rath und Bürger der Stadt Chur legen unter Vermittlung Bischof Johann's und etlicher Chorherrn seiner Kirche eine Zwistigkeit mit Probst und Convent des St. Lucius-Gotteshauses, betreffend die althergebrachte „gemain offen strasse und weg" über die Wiesen des Letzteren, durch gütliche Uebereinkunft bei. *v. Mohr* a. a. O. Bd. IV Nr. 50 S. 60—62. (Extr.) 15

1422, Sept. 9. Dreizehn Schiedmänner, darunter vier höchst angesehene Bürger aus Zürich, ertheilen zur Beseitigung der „stösse, spenn vnd misshellung", welche zwischen Bischof Johann IV. von Chur einerseits und „den ehrsamen weisen, dem werkmeister, den raethen vnd gemeinen burgern" allda am anderen Theile entstanden waren, „nach anklag, kundschaft, furlegung, red vnd wiederred" einen Rechtsspruch, betreffend: §. 1. die dem Bischofe, jedoch nur mit Wissen und Willen der Bürgerschaft zustehende Setzung und Entsetzung des Vogts; §. 2. die Unterstützung des Letzteren im Richteramte durch die aus dem Rathe ihm beigegebenen „Rechtsprecher"; §. 3. die Rechte des Bischofs in Ansehung des Amans-, Vizthums- und Kanzler-Amtes; §. 4. die beabsichtigte Umwandlung der bis dahin 16

4) M. „Adventii."

5) Der „Proveid, Pervaid, Prophet" (d. i. ille qui providet), der spätere s. g. Profectrichter, ein Polizeibeamter.

bestandenen Werkmeisterwürde in die eines wirklichen Bürgermeisters; §. 5. die Rathswahl; §. 6. das städtische „Umgeld"; §. 7. das Kaufhaus; §. 8. das bischöfliche Geleitsrecht und die vorübergehende Ausübung desselben durch den Rath; §. 9. die Münze; §. 10. die vom Bischofe beanspruchte Rossweide auf den Stadtwiesen (wobei auf das „Stadtbuch"[6]) Bezug genommen ist); §. 11. die Verleihung der „Portery", d. i. des Pförtnerdienstes durch die Bürger; §. 12. die Besetzung der Veste Aspermont von Seite des Bischofs „mit des Capitels und gemeinen Gotteshauses Rath"; §. 13. die Bevormundung von Wittwen und Waisen, „wo die dann mit ihren nächsten freunden nit mögen bevogtet noch darmit besorget werden", durch den Rath nach der Stadt Herkommen und Rechtungen; §. 14. die Bewahrung eines Fremden-Nachlasses durch Letzteren während Jahr und Tag — „Item von herkommender lüten wegen, das syen wib oder mann, die bey ihnen absterben, vnd bey ihnen nit erben hand, darrin sie etwas irrsal hand gehebt von des gutes wegen, das sie hinter ihnen liessen, sprechen wir aus nach kundschaft, red vnd wiederred also, wenn ein solch fremd person bey ihnen abstirbt, dass dann der werkmeister vnd die räth zu Chur desselben aberstorbenen gut zu ihren handen sollen nehmen vnd besorgen, dass es hinter ihnen liege ein jahr, sechs wochen vnd drey tag nach ihr stadt herkommen, um das, ob in dem ziel jemand käme, der das gut mit recht zu ihm zoge vnd recht dazu hätte, dass dem vnd denselben ihr recht vollangen möge; kömt aber also niemand in dem ziel, der das gut mit erb vnd recht also inziehet, so sollen dann die ehgeschriebenen werkmeister vnd die räth vnserm ehgenannten herrn dem bischof dasselb gut inantworten vnd geben, als auch von alter her ist kommen" —; §. 15. den städtischen Markt; §. 16. die Aufstellung eines Nachrichters; §. 17. die Austragung weltlicher Streitsachen zwischen dem Bischofe und den Bürgern vor dem weltlichen Gerichte; §. 18. die Tilgung früherer, nämlich von Hartmann herrührender Bischofs-Schulden; §. 19. die gütliche Ausgleichung wechselseitiger Schädigungen der Parteien, wie sie in der jüngstvergangenen Zeit vorgekommen waren; §. 20. die Erstattung der dem Bischofe und dessen Leuten, sowie dem Kunz von Randeck hinweggenommenen Güter; §. 21. die Versöhnung der „vf der vesti begriffenen" mit denen von Chur; §. 22. das Verfahren bei etwa in Zukunft wieder entstehenden Zwistigkeiten, endlich §. 23. die Wahr- und Stäthaltung gegenwärtigen Spruches „mit allen stucken, punkten vnd artikeln vnd begreiffungen" von Seite beider Theile bei „rechter poene vnd buss" von 1000 rheinischen Gulden an Gold und Gewicht." *Eichhorn* l. c. Nr. CXVIII p. 140—46 (mit Text p. 125 sq.).

6) S. oben nr. 14.

1428, Febr. 14. Die Herren Dietegen und Nuttlin von Marmels, sowie Ritter Rudolph Schüler von Castelmur geben in Verbindung mit „dem Commune Oberhalbsteins", nachdem die Bürgergemeinde von Chur sich neuer Verletzungen der Gerechtsame des Bischofs, wie sie im Schiede v. 1422 (nr. 16) festgesetzt worden, schuldig gemacht, und namentlich Ulrich von Tux gegen die Person des Bischofs mit öffentlich gesprochenen „Schalkworten" gefrevelt hat, zwischen den beiden Parteien einen neuerlichen Spruchbrief, vornehmlich entscheidend, wie es mit der Besetzung des kleinen Raths durch den Bischof, der Bannweins- und Salzgerechtigkeit desselben, seiner Strafgewalt über Chorherren und Pfaffen, sowie überhaupt der Ausübung der Gerichtsbarkeit, der Ahndung der von Tux begangenen Vergehen, der Einsetzung des Vogts und der Amtleute, den bischöflichen Geldschulden etc. zu halten sei, am Schlusse dann noch aussprechend, „das der obgenannt spruch, so die von Zürch vnd die gotteshausleute vor diesem spruch gethan hand, bey allen sinen kraeften, puncten vnd artikeln bleiben solle, ohne männiglichs wiederred." *Eichhorn* l. c. cod. prob. Nr. CXIX p. 146—48 (mit Text p. 127). 17

Cleve. CXCVI.

(Preussen, Rheinprovinz.)

F. *Char*, Geschichte des Hzgths. Cleve seit der ersten histor. Kenntniss bis auf unsere Zeit, mit bes. Rücks. auf die Hauptstadt Cleve in volksthümlicher Darstellung, Cleve 1845. 8°. G. *v. Velsen*, Die Stadt Cleve, ihre nächste und entferntere Umgegend, vormals und jetzt, mit besond. Berücksichtigung des Alterthümlichen, Cleve u. Leipz. 1846. 8°., S. 9 flg. 55 flg. 88 flg. 268 flg. Dazu vgl. Egb. *Hoppens* Kurze Beschreibung des Landes Cleve Cap. XIII; *Teschenmacheri* Annales Cliviae p. 140, 41; Jac. *Schneider* „Cleve zur Zeit der Römer" in den Jahrbb. des Vereins von Alterthumsfreunden im Rheinlande Heft XXII (1853) S. 22 flg. Eine Quellenübersicht gibt *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. III S. 23—44.

1 **1242**, Apr. 25. Graf Dietrich VII. von Cleve und dessen Erstgeborener gleichen Namens verleihen den Bürgern in ihrer Stadt Cleve einen Gnaden- und Rechtsbrief, dessen Inhalt sich auf die Geblüts-Erbfolge; die Bestrafung gewisser Vergehen, namentlich der an Festtagen begangenen Gewaltthaten; die Befreiung der Bürger von den Rheinzöllen, dem Personal- und Realarreste, der Ladung an auswärtige Gerichte und dem Marktzolle auf allen inländischen Jahrmärkten; die Aufnahme neuer Bürger und die Befugniss der Aufgenommenen, binnen Jahresfrist den Wohnort wieder zu ändern; die Verpflichtung der Stadtgemeinde zum Heerdienste und bei Ausheirathung fürstlicher Töchter zur Leistung einer Beisteuer, gegen Zugeständniss freier Wasser- und Weide-Nutzung; den Grundzins von den Heerdstätten; die Aufstellung eines städtischen Richters und die Schöffenwahl bezieht. *Lacomblet*, UBuch Bd. II Nr. 265 S. 136, 37. [Vgl. unter nr. 2.]

2 **1348**, Jan. 1. Graf Johann von Cleve erneuert das vorstehende Privileg mit einigen, besonders das Heergeräthe, die Wahl der Schöffen, des Frohnboten und der Geschwornen, endlich die Erhebung einer Accise betreffenden Zusätzen und mit Beifügung des Versprechens, die Bürger Cleve's bei allen ihren Freiheiten, Rechten und alten Gewohnheiten belassen zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 451 S. 362, 63. Auszug bei *Kamptz* a. a. O. nr. 2 S. 23.

Der Dietrich'sche Rechtsbrief mit den Abänderungen und Erweiterungen des Johanneischen lautet aber *):

„In nomine sancte et individue trinitatis [*domini*] amen. Nos Theodericus comes Clivensis et Theodericus filius noster primogenitus notum esse volumus [*Nos Johannes comes Clivensis notum facimus*] omnibus [*universis*] presens scriptum inspecturis [*visuris et audituris*], quod fide data et juramento prestito omnibus burgensibus nostris in oppido nostro Clive [*Cleve*] mansuris, amicorum nostrorum (ex) consilio, talem contulimus libertatem, ut dum aliquem ipsorum mori contigerit, proximus sibi linea consanguinitatis hereditatem ipsius libere percipiet [*percipiat*] nullo contradicente. *Et si talis decedens equum vel equos et arma habuerit et reliquerit, hujus equus melior et arma in locum mansionis dicti defuncti, quod theutonice up der were dicitur, remanebunt.* Si forte nullus ibidem fuerit heres legitimus, a villico nostro spatio unius anni et sex septimanis hereditas defuncti conservetur, infra (dictum) terminum requirenti et secundum juris formam probanti assignanda. Si vero nullus heres medio tempore requisierit, ad comitis dominium [*ad dominium nostrum*] devolvetur. Adicimus etiam, ut si quis feria sexta, sabbato seu die dominico aut die celebri manus in aliquem miserit violentas, pro tali facto viginti septem solidos parvorum denariorum pro tempore usualium in gratia nostra persolvat, privatis vero diebus tres solidos dicte monete. Ceterum si quis alium gladio, lancea, cultello aut aliquo letifero instrumento leserit, centum solidos dicte monete in gratia nostra persolvat. Item si quis aliquem mutilaverit vel occiderit, dimidietas bonorum cedat comiti. [*Item si quis aliquem manu, pede truncaverit, simili pena puniatur.*] *Si quis vero aliquem occiderit, hic homicida occidetur, et medietas bonorum suorum dominio nostro in gratia deputetur.* Volumus etiam omnes mercatores predicti oppidi nostri [*opidi Clevensis*] per alveum Reni *et Waly* ascendendo vel descendendo (in) nostris terminis *videlicet* Orsoy, Smithusen, Huissen, Nymegen *et in locis, ubi dicta theolonia in futurum poterunt seu contigerit transponi*, a telonio liberari. Statuimus etiam, ut nullus in terminis nostris personas eorum [*burgenses nostros Clivenses*] vel res [*bona eorum aut res*] obligare *seu arrestare* presumat; quod si quis actionem contra eos [*sed si quis contra eos occasionem*] habuerit, ad dictum oppidum, jus civile ibidem postulaturus et accepturus, adveniat, *nisi aliqua promiserint aut promisissent, que contra eos testimonio scabinorum poterunt approbari, super quibus facient id quod jus dictaverit et sententia scabinorum.* Si quis vero extra terminos nostros ipsos ledere presumpserit, *eos* pro modulo nostro defendemus. Concessimus etiam dictis *nostris* burgensibus ad nundinas terminorum nostrorum euntibus a telonio liberari [*libertari*]. Decrevimus etiam, ut nullum nisi ad octo dies [*ad unum mensem*] examinatum recipiant in concivem; item ut nulla mancipia servili conditione nobis attinentia, aut aliquos advocatie nostre pertinentes, aut vasallis aut ministerialibus nostris *seu quibuscunque aliis servili conditione* attinentes, nisi de communi tam nostra quam eorum [*ipsorum*] voluntate admittant; ab omni exactione *qualicunque*, *etiam sub*

---

*) Im nachfolgenden Abdrucke bildet der Text v. 1242 die Grundlage; die Abänderungen desselben im Priv. v. 1348 und die Zusätze des letzteren sind durch Cursivschrift, jene mit Einschaltungszeichen, diese ohne solche, kenntlich gemacht. Die einfach inclavirten Worte ohne Cursivschrift fehlen im Rechtsbriefe v. 1348. Blose Umstellungen einzelner Worte sind nicht angemerkt worden.

quacunque forma verborum nominata, ipsos *nichilominus* absolventes *et libertantes*. Et proinde terram nostram contra hostium incursus *pro eorum posse* defendere promiserunt, et propriis expensis sex septimanis, si necesse fuerit, in terminis nostrorum [*in finibus terminorum nostrorum*] nobis servituri. Cum vero [*sed cum*] filios nostros militari vel filias nostras maritari contigerit, supplemento condecenti ad id nobis consecuturos [*obsecuturos*] liberaliter devoverunt, quapropter aquas et pascua libere concedimus eisdem **). Item quicunque in dicto oppido jus civile acquisierit, anno et sex septimanis evolutis cum bonis suis manendi vel recedendi liberum habeat arbitrium. Item de areis *adhuc* limitandis, que centum et quadraginta pedes in longitudine et quadraginta quatuor in latitudine capient, sicut de areis ab antiquo limitatis, duo pulli et sex denarii Colonienses [*pagamenti legalis et dativi*] in die (*b.*) Stefani prothomartyris persolventur. Ad commodum etiam (sepe) dictorum burgensium *ipsis* judicem statuemus, *qui nobis ac ipsis prestabit juramentum juxta sententiam scabinorum judicandum*, et ipsi de sua voluntate conscabinos eligent [*et ipsi suos scabinos, preconem* et *juratos dicto opido necessarios eligent de sua voluntate* ***)]. *Concessimus etiam eisdem, ut suam azisam diminuere et augmentare poterunt ad eorum utilitatem et profectum, nostro consilio mediante* ****). *Promittimus etiam dictis nostris burgensibus omnia et singula privilegia, libertates, jura, antiquas consuetudines a nostris predecessoribus ipsis indultas et concessas irreprehensibiliter et inviolabiliter observare, fraude et dolo in premissis penitus et quolibet premissorum remotis et exclusis.* Hujus rei testes sunt jurati: Theodericus et Theodericus fratres Myssen, Wilhelmus de Ysenborg etc. Datum anno gratie M. CC. XLII. die Marci evangeliste. [*Acta sunt hec Cleve, in presentia et sub testimonio nobilium et proborum virorum nostrorum consulum, videlicet domini Ottonis de Cleve prepositi s. Gereonis in Colonia, domini Theoderici de Hornen domini de Cranenburch, consangwineorum nostrorum, d. Arnoldi de Arkell, d. Everardi de Ulfft etc. militum, Theoderici Lecker, Swederi de Zaerbruggen et Henrici de Gruithuis, armigerorum, ceterorumque fidelium nostrorum et amicorum ad premissa vocatorum et rogatorum. In cujus rei testimonium et majorem firmitatem presens privilegium nostro sigillo duximus sigillandum. Datum anno domini Millesimo trecentesimo quadragesimo octavo, die circumcisionis domini nostri Jesu Christi.*]“

**) Hier findet sich im Priv. v. 1368 der Zusatz a.

***) Priv. v. 1368 Zus. b.

****) Priv. v. 1368 Zus. c.

1368, Dez. 21. Graf Adolph I. von Cleve bestätiget und wiederholt seinen Bürgern in der Stadt Cleve das Privileg vom J. 1348, jedoch in deutscher Fassung und mit Einfügung von drei neuen Artikeln, nämlich a) über die Wasser-, Weide- und Wege-Gerechtigkeiten der Bürger —: „wy hebe oik verleent ind gegheven onsen lieven burgeren voirgenoemt water inde weyde, as van onsen moelendyck onder onse burch tot Warthuisen an die molen toe, ind alle andere gemeynten weyde ind water, die sy hyr toe gebruict ind gehadt hebn, soe wair die gelegen syn, ind die strate van der stat aver die Duyffelstrate, oyren rintwech, vry ind kommerlois oyr quycke te gaen op des hertougen walt, as dat recht ind gewoenlick hyrtoe is ind geweset hevet“; b) über die Aemterwahl —: „Wy hebe oik togegheven ind gegonst, dat sy alle jair op den sonnendag, as men singet Misericordia domini, veertyen nacht na Paischdag, kyesen moigen enen burgermeyster, scepen ind raide, baide, geswaren ind andere amptluyde“; c) über den Bannwein. Die erbrechtliche Eingangsstelle (§. 1) nebst den Rubriken der §§. 2 — 17 theilt *v. Kamptz* a. a. O. S. 24, die drei Zusatz-Artikel allein *Lacomblet* a. a. O. S. 363 Noten 1—3 mit. 3

1448, Sept. 24. Herzog Adolph II. von Cleve confirmirt den Rechtsbrief seines Vaters für die Stadt Cleve vom J. 1368. (R.) *v. Kamptz* a. a. O. 4

In die Regierungsperiode Herzog Adolph's II. (1417—1448) dürfte auch die Abfassung des überaus wichtigen **clever Stadtrechts- oder Schöffenbuchs** zu setzen sein. Dasselbe begreift, ausser einem mit einigen Reminiscenzen aus dem römischen Rechte (§. 3 J. de just. et jur. I, 1) ausgeschmückten Prologe, CCLXXXI (eigentlich CCLXXX, da *v. Kamptz* nach LXXV sofort LXXVII folgen lässt) theilweise wieder in §§. sich auflösende, mit Rubriken versehene Titel, deren Zahl jedoch in anderen Hdschr. auf CCLXXVII oder gar blos CCLXIII vermindert erscheint, und stellt sich schon nach dem Wortlaute der erwähnten Vorrede als eine officielle Sammlung des in der Stadt Cleve damals gültig gewesenen Rechtsmaterials dar. Als Quellen des Werkes werden a) die „sunderlinge Privilegien der Edeln Herren“ von Cleve, auf welche mehrmals besonders (Titt. LXX, LXXX) hingewiesen ist, b) die älteren städtischen Gesetze und Willküren, sowie c) die „ewige Gewoenten“ namhaft gemacht. Unter diesen

letzteren hat man sich jedoch auch jenes ungeschriebene gemeine Land- oder Kaiserrecht des Mittelalters zu denken, welches in den Rechtsspiegeln und Richtsteigen seinen Ausdruck gefunden, wie denn wirklich das clever Schöffenbuch in einer Reihe von Bestimmungen sich fast wörtlich an den Sachsenspiegel anschliesst. Betreffend die innere Anordnung des Stoffes im clever Stadtrechte, so scheint dem oder den Verfassern desselben anfänglich das römische Institutionen-System (*Gaji* Inst. I, 8; §. 12 J. de jure natur. I, 2; fr. 1 D. de stat. hom. I, 5) vorgeschwebt zu haben, indem es im Tit. I heisst: „dairomb is tho weten in den yerste, alsoe alle Recht, dar men gebruikt, thoebehoirt enther der Person off den Guide off der vorderynghe", worauf dann sofort mit dem jus personarum begonnen wird. Allein wir sehen alsbald diese dreitheilige in eine mehrgliederige Eintheilung — die freilich auch nicht mit strenger Consequenz festgehalten wird — übergehen, so dass sich im Schöffenbuche acht Hauptabschnitte oder Theile ausscheiden lassen; nämlich

I. (Titt. 2—53): öffentliches Recht. Hier wird von den städtischen Aemtern und der Wahl zu denselben, den Gerechtsamen der Bürger z. B. auch in Ansehung der Jahrmärkte, desgleichen ihren Pflichten, namentlich Steuern und Diensten, gehandelt.

II. (Titt. 54—82): Privatrecht. Hier finden sich die Lehren von der Vormundschaft †), insonderheit „van des wyves Voirmünderschap", von den „eygenen Luden en oiren Rechten", von der „Maisschap", von der Erbfolge, von der Morgengabe und „Lyfftucht", von den Theilungen, vom „Heergeweyde en vordell", von der Wittwenstuhls-Veränderung, endlich vom „onderscheyde der Kinderen" mit grosser Ausführlichkeit besprochen.

III. (Titt. 83—120): Civilprocessrecht nebst verwandten Materien, wie Wedden und Pfändungen.

IV. (Titt. 121—50): Strafrecht und peinliches Gerichtsverfahren. Es wird hier zum Schlusse auch von den „treweloyssen, rechteloysen, echteloysen Luden" gehandelt.

V. (Titt. 151, 52): Rechtsverhältnisse der Dienstmannen und Zinsleute.

VI. (Titt. 153—72): Forderungs- und Schuldrecht. Es finden sich hier Bestimmungen über Kauf und Verkauf, Verheuerung und Miethe, Erbpacht (emphyteusis), Gesellschaft, Bürgenstellung, Spiel, Darlehen, Zahlung, Verjährung u. s. w.

VII. (Titt. 173—267): Gegenstände gemischter, meist polizeilicher Natur; endlich

VIII. (Titt. 268—81): Sammlung verschiedener Amts- und Dienst-Eide.

Bis in die neuere Zeit waren nun von dem clever Schöffenbuche nur vereinzelte Bruchstücke, die gelegentlich in älteren Abhandlungen mitgetheilt worden sind, zu unserer Kenntniss gelangt. Daher ist es *v. Kamptz* a. a. O. nr. 6 S. 24—43 zum grossen Verdienste anzurechnen, dass er nicht nur eine vollständige Inhalts-Uebersicht des Werkes, sondern in derselben auch den Abdruck des Prologs und der Titel I, LIV §. 3, LVI, LX §§. 3—18, LXI—LXXXII, CLI gegeben, und uns hiedurch mit dem Charakter und der Reichhaltigkeit der Rechtssammlung näher bekannt gemacht hat. Eine Reihe von Satzungen des VII. Theiles über Gilden, Mass und Gewicht, Fleischhandel, Wagegeld, Accise u. a. m. wurde auch von *Bergrath* in den Annalen des histor. Vereins für den Niederrhein Jahrg. 1860 Heft 8 veröffentlicht.

Uebrigens hatten in Cleve mehrere Städte und Dorfschaften der Umgebung ihren Oberhof. Es äussert sich hierüber das Schöffenbuch unter der Aufschrift: „Steden, Doerpen, die men schuldich is onse stadt- vnd Lantz Rechten to wiesen" dahin: „vnd deit sein die Steden Huissen, Cranenborgh, Vdhem, Griethuisen vnd Gogh, die Dörper Kellen, Qwalburch, Riederen vnd goten Houwe, vnd dese is men schuldich onssen stederecht vnd Landrecht tho wiesen, vnd voirt wiss tho werden, off men des niet weiss en is." (*v. Kamptz* a. a. O. S. 43.)

Clingen. CXCVII.

(Schwarzburg-Sondershausen.)

A. L. J. *Michelsen*, Rechtsdenkmale aus Thüringen Lief. II (1853) Nr. IV S. 179—88. Vgl. auch J. Chr. *Olearii* Rerum Thuringicarum Syntagma (1704) Thl. I S. 46 flg.; K. *Limmer*, Osterland S. 272.

1353—1412. „Der Stat gesetze tzu Clingen", eine Rechtssammlung von 55 meist kurzen Artikeln, welche zwei nach Entstehungszeit und Inhalt von einander verschiedene Abtheilungen, gleichsam zwei selbständige Statute bilden. Die erste Abtheilung (Artt. 1—24) gehört, bis auf die ein landesfürstliches Privileg („der stad friheit") über Vergehen im öffentlichen Keller vom J. 1408 enthaltende Schlussstelle, wahrscheinlich den Anfangsdecennien der zweiten Hälfte

---

†) Ueber die clevische Bezeichnung des Vormunds mit „Ruecker, Ruker" (von rochen, curare) s. *Kraut*, Vormundschaft I, 9, 406.

des XIV. Jhdts. an, wie es denn auch in der Ueberschrift heisst: „Anno Domini M. CCCLIII. inceptus est iste liber.“ Sie verbreitet sich grösstentheils nur über erbrechtliche Verhältnisse, namentlich auch Kinder- und Gatten-Succession, indem blos einzelne Bestimmungen anderen Inhalts, wie z. B. über den Schuldbeweis durch „lykauffs vnd weynkauffes lüthe“ (1), die Klagverantwortungsfrist (4), die Verlegung der Hauseinfahrt durch Holz (16) u. a. m., sich darunter eingemischt finden. Die zweite Abtheilung (Artt. 25–55), mit einem eigenen, aber jenem des ersten Statuts gleichlautenden Rubrum versehen, ist jüngeren Ursprungs und vermuthlich zwischen 1408 und 1412 hinzugefügt worden. Sie lässt sich im Gegensatze zur anderen Abtheilung als Strafordnung bezeichnen, indem darin hauptsächlich von Todtschlägen, Wundungen, Hausfriedensbruch, „frevelichen waffengeschreye“, Widersetzung gegen den Richter, eigenmächtigem Schworen ohne Erlaubniss des Letzteren, Schwertziehen, Auflauf („geczog“) in der Stadt, Mordwaffentragung, Scheltung „vf deme kerchhofe edder yn der kerchen“, Sühnebruch etc., und daneben von geringeren Uebertretungen, z. B. der Strassen-Reinigungs-Gebote, der Verordnungen über die Beherbergung unehrlicher Personen und über die „byer glocke“, gehandelt wird. Abdruck b. *Michelsen* a. a. O. S. 189–98.

Michelsen (a. a. O. S. 182 flg.) hat nun die Ansicht ausgesprochen, dass die soeben näher beschriebenen s. g. clingener Statuten in einem sehr nahen genetischen Zusammenhange mit dem alten Rechte der zum Amte Clingen gehörig gewesenen schwarzburgischen Stadt Greussen stehen dürften, ja! dass vielleicht geradezu unter der „Stadt zu Clingen“ die Stadt Greussen verstanden werden müsse. Erwägt man nun, dass a) Clingen in den Urkunden des XIV. Jhdts. durchaus nur als „Sloz vnd Vleck“, dagegen „Marctgrussen“ als „Stad“ sich bezeichnet findet; dass b) die von *Walch* [Beyträge zu dem dtsch. Recht Thl. VII S. 61–242] herausgegebenen „Statuta oppidi Greussen renovata, aucta, confirmata“ vom J. 1556 auch zu Grossenehrig, Clingen und in den zum Amte Clingen gezählten Dörfern Gültigkeit gehabt haben, aus welchem Umstande wohl gefolgert werden kann, dass auch der Geltungsumfang des früheren greussener Stadtrechts ein gleicher gewesen sein möchte; endlich c) dass die erwähnten jüngeren Statute von Greussen in einer Reihe von Bestimmungen, so insbesondere in Buch IV. Artt. 1, 54—56, 74, mit den clingener Stadtgesetzen (Artt. 24, 25; 16; 47; 46; 54) völlig übereinstimmen: so erscheint es nicht zu gewagt, die s. g. clingener Statuten für das ältere, im ganzen Amte Clingen angewandte greussener Stadtrecht zu erklären.

Ueber die Geschichte und Statuten von Greussen s. F. W. *Sternickel's* Chronik der Stadt Greussen, Sondershausen (1829) 4°., Abschn. II–V S. 2–10.

Coblenz. CXCVIII.

(Preussen, Rheinprovinz.)

W. A. *Günther*, Topographische Geschichte der Stadt Coblenz von ihrem Entstehen bis zum Schlusse des 18ten Jhdts., Coblenz 1813. 8°. Chr. *v. Stramberg*, Coblenz, die Stadt, historisch und topographisch dargestellt, IV Bände das. 1851 — 56. 8°. [Bilden des Rheinischen Antiquarius Abthl. I Bd. 1—4.] Die Rechtsurkunden von Coblenz geben *ab Hontheim* in der Hist. Trevirens. dipl. und *Günther* im Cod. dipl. Rheno-Mosellan.; eine kleine Sammlung solcher aus dem XIV. und XV. Jhdt. theilt auch A. F. J. *Liel* in v. Reisach's und Linde's Archiv für Rheinische Gesch. Thl. II (Coblenz 1835. 8°.) S. 95—123 mit. Kritisch-zuverlässige Texte sind in der Fortsetzung von H. *Beyer's* Urkundenbuch zur Geschichte der, jetzt die Preussischen Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien, Bd. I (bis 1169) Coblenz 1860. 8°., zu erwarten.

1 **1018**, Dez. Kaiser Heinrich II. schenkt der trierer Kirche unter Erzbischof Poppo den Königshof Coblenz und die Abtei im Trechirgaue sammt Zoll, Münze und aller sonstigen Zubehörung — „treverensi aecclesiae, cui venerabilis archiepiscopus Boppo preesse videtur, quandam nostri juris curtem nomine confluentiam [1]) et abbatiam [2]), sitas in pago trichire, in comitatu vero Berchdoldi comitis, cum theloneo et moneta et cum omnibus eorum pertinentiis . . . seu cum omni utilitate . . . tradimus atque firmiter donamus.“ *ab Hontheim* l. c. Tom. I p. 354; *Beyer* a. a. O. Nr. 293 S. 344. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 5 S. 14, 15.

2 **1104**, Jun. 5. Kaiser Heinrich IV. bestätigt auf Bitte Erzbischof Bruno's von Trier dem St. Simeons-Stifte daselbst den

1) Weitere quellenmässige Benennungen: „Confluentes s. castellum Confluentis [s. F. N. *Klein*, Ueber die altrömischen Confluentes und ihre nächste Umgebung am Rheine und an der Mosel, Cobl. 1825. 8°.]; Construentes super Mosellam, Covelenzé.“

2) Das St. Florins-Kloster in Coblenz. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 3 S. 11, 12.

Bezug des demselben durch Erzbischof Poppo überlassenen **Wasser- und Landzolles zu Coblenz** — „theloneum confluentie a domno Poppone archipresule treverensi fratribus s. Symeonis antiquitus traditum, sicut idem venerabilis Bruno archiepiscopus ab ejusdem scabinis loci Berewicho, Godeberto, Erenberto, Wichardo et universa familia cum fidelitate admonendo, quid a singulorum locorum navibus quidve in eodem loco thelonei antiquo jure solveretur, diligentissime exquisivit et, ut ita in posterum eternaliter permaneat, sua episcopali auctoritate confirmavit" —, indem er zugleich den auf erwähnter Schöffenweisung beruhenden Zolltarif („thelonei summa"), sowie einige angefügte, die **Handwerker zu Coblenz** betreffende Verordnungen — „Pistores ipsius loci, quicunque sint vel undecumque sint, qui ibi panem vendiderint, omni dominica dabunt panem unum theloneario vel ad xiiii dies i obolum. Sutores aliunde venientes non audebunt ibi calceos vendere absque licentia thelonearii vel ipsius ministri. Sutores ipsius loci ter conveniunt ad placitum injussi, et unusquisque tunc dabit denarium unum et in festivitate s. Martini v denarios. Dabitur autem eis census sutorum aliunde venientium a festivitate s. Marie usque ad festivitatem s. Martini. Pro hoc autem dabunt theloneario et viii senatoribus bonum pastum. Thelonearius autem dabit eis vi sextaria vini et caseum, qui manu una possit levari" — genehmiget. *ab Hontheim* l. c. p. 482; *Beyer* a. a. O. Nr. 409 S. 467—69. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 8 S. 20, 21.

3 **1162.** Erzbischof **Hillin von Trier** erneuert und confirmirt den „canonicis ecclesie s. symeonis . . . theloneum **confluentie** tam universaliter de navibus quam de ipso foro (nr. 2) . . . sub hac nimirum modica et sola exceptione, quod in festivitate b. Marie ekonomus archiepiscopi dimidietatem thelonei habebit per unum diem integrum et duos dimidios." *ab Hontheim* l. c. p. 598; *Beyer* a. a. O. Nr. 634 S. 693, 94.

4 **1182.** Erzbischof **Arnold I.** von Trier bestätiget einen zwischen dem St. Simeonsstifte und **der Bürgerschaft von Coblenz**, welche einen Theil der Zoll-Einnahme für sich „ad civitatis edificia" in Anspruch nahm, hierüber zu Stande gekommenen Vergleich, wonach an Letztere das Stift 60 Mark als Abfindung ein- für allemal auszahlen soll. *ab Hontheim* l. c. p. 613.

5 **1253**, Jul. 25. Erzbischof **Arnold II.** von Trier beurkundet, dass ihm die Grafen **Walram und Otto von Nassau** ihre **Vogtei über Coblenz** — welche sie nämlich als Erben der Grafen von Arnstein von der Pfalzgrafschaft bei Rhein zu Afterlehen trugen — zu Pfand gegeben haben —: „quod nos advocaciam in Confluentia cum omni jure, honore, fructu et appendiciis ejus, jure feodali descendentem ab ecclesia Trevirensi, a viris nobilibus Waleramo et Ottone, comitibus de Nassowe, nomine dicte ecclesie Trevirensis pro sexcentis marcis coloniensium legalium denariorum . . . titulo pignoris recepimus in hunc modum, quod si advocaciam redimere voluerint . . . propriis denariis, intra festum beati Martini et beate Walburgis . . . poterunt liberare." *ab Hontheim* l. c. p. 629; J. J. *Reinhard's* Jurist. u. Histor. Kleine Ausführungen Thl. I (1745) S. 318, 19; *Kremer*, Originum Nassoicar. P. II Nr. CLVII p. 292, 93. Dazu s. *Günther*, Gesch. §. 5 S. 14—16.

1258, Febr. 15. Derselbe bewilligt den Canonikern des St. Castors-[3]) und St. Florins-Stiftes, sowie den „milites et burgenses Confluentini", dass sie das „theloneum apud Confluentiam, quod vulgariter **ungelth** dicitur, . . . post solutionem debitorum, que nunc contraxerunt", d. h. nach Rückerstattung eines 1254 von den Deutschordens-Brüdern[4]) aufgenommenen Darlehns-Capitales, „in edificatione opidi Confluentini", nämlich zur Fortsetzung der bereits im J. 1252 begonnenen, aber immer noch unvollendeten Befestigungsarbeiten, verwenden, jedoch auch nach freiem Ermessen diese Abgabe gänzlich aufheben dürfen. *Günther*, Cod dipl. Thl. II Nr. 179 S. 290, 91 mit Gesch. §§. 16, 17 S. 37—41. 6

1264. Erzbischof **Heinrich II.** von Trier ertheilt den coblenzer **Juden** ein Privileg, worin er insbesondere dieselben „ab omni genere servitutis liberos dimisit et dimitti precepit." [Die Urkunde ist nur aus dem darüber ausgestellten Reverse des Schultheissen Marsilius von Trier und der Gebrüder von Paffendorf vom 25. Jan. des bezeichneten Jahrs erkennbar. Diesen theilt *Günther* Cod. dipl. a. a. O. Nr. 212 S. 337 mit.] 7

1275, Sept. 20. Derselbe verlautbart einen Vertrag der Bürgergemeinde zu Coblenz mit dem Deutschorden daselbst, betreffend die Anlegung eines Weges und Thores. *Hennes*, Cod. dipl. ordinis S. Mariae Theutonic. (1845) S. 210. 8

1275, Sept. 29. Derselbe „verleiht den 9

3) Ueber die vom EB. Hetti im IX. Jhdt. erbaute „basilica S. Castoris" s. A. J. *Richter*, Sanct Castor zu Coblenz, 2. Aufl. das. 1854. 8°. Das Stift hatte bereits 1252 Weinberge zur Stadtbefestigung abgetreten.

4) Der Deutschorden soll im J. 1212 in Coblenz aufgenommen worden sein; der erste Comthur („praeceptor") wird 1231 urkundlich erwähnt.

in der Vorstadt des Stolzinfels wohnenden Leuten dieselben Freiheiten, welche die coblenzer Bürger haben.“ (R.) *Görz*, Regesten der EB. von Trier S. 53.

10 **1276**, Jun. 4. Der Probst, Dechant und das ganze Capitel zu Trier bewilligen der „universitas Confluentina“ eine „assisyam seu collectam, que vngelt vulgariter nuncupatur, . . . ad fabricam, structuram seu munitionem muralem oppidi Confluentini pro necessitate evidenti et utilitate ac defensione communi per quinquennium [5]) et non ultra numerandum.“ *Günther*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. 273 S. 416, 17 mit Gesch. §. 18 S. 41 flg.

11 **1281**, Mai 24. Die Erzbischöfe zu Mainz und Cöln und der Deutschordensmeister zu Coblenz geben als gekorene Schiedsrichter in dem durch den Burgbau Erzbischof Heinrich's von Trier zwischen ihm und der coblenzer Bürgerschaft ausgebrochenen, bis zum blutigen Aufstande gediehenen Streite eine Entscheidung des Inhaltes, dass a) sowohl dem Erzbischofe die Fortsetzung seiner Burganlage an der Moselseite der Stadt bei dem Ueberfahrtsthore, als auch den Bürgern die Vollendung ihrer Befestigungswerke erlaubt sein sollte; dass ferner b) die Stadtgemeinde den Erzbischof als ihren Herrn anzuerkennen, demselben Gehorsam zu leisten, alle zu dessen Nachtheil eingegangenen Bündnisse aufzuheben und keine solche künftig mehr abzuschliessen, desgleichen ihm alle geistlichen und weltlichen Gerechtsame, welche er bis dahin in der Stadt genossen, fernerhin zu belassen; dass aber auch anderseits c) der Erzbischof gehalten sei, den Bürgern und Schöffen ihre wohlhergebrachten Rechte zu wahren und jene in Ausübung derselben nicht zu hindern. *ab Hontheim* l. c. p. 814 sq. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 20 S. 45—48; *v. Stramberg* a. a. O. Bd. IV S. 563, 64.

12 **1298**, Jul. 16. Erzbischof Boemund von Trier ertheilt — „opidanis Confluentinis exactiones seu cysiones, quod vngelt vulgariter appellatur, tollendi et recipiendi circa refectionem murorum suorum et aliorum dicti opidi necessariorum plenam auctoritatem“; doch soll die Abgabe mit dem Zeitpunkte Martini 1299 wieder aufhören. *Günther*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. 378 S. 528, 29.

13 **1300**, Jun. 12. Ritter, Schöffen und sämmtliche Bürger der Stadt Coblenz beschliessen einstimmig, um der Einigkeit und der Ehre der Stadt willen, dass in Zukunft Einige aus dem Ritterstande, Einige aus dem Schöffengerichte und Einige von der Bürgerschaft den Rath und Vorstand der Stadt bilden, als solcher Namens der gesammten Gemeinde dem Erzbischofe von Trier Gehorsam schwören, dessen Rechte wahren, sowie auch die Gerechtsame der Bürger und ihre alten Gewohnheiten aufrecht erhalten sollen. (R.) *Günther*, Gesch. §. 26 S. 57; *v. Stramberg* a. a. O. Bd. III S. 730, 31.

1300, Jul. 15. Erzbischof Diether von Trier bestätiget vorstehendes Statut, zugleich allen Gelöbnissen, welche Erzbischof Heinrich wider der Stadt Coblenz Recht und Gewohnheit von ihr erzwungen hatte, entsagend sowie die ihm und den Bürgern im Schiede v. 1281 (nr. 11, *a*) zuerkannten Befugnisse ausdrücklich vorbehaltend —: „Nos Dietherus, dei et apostolice sedis gratia archiepiscopus Trevirensis, . . . cum perdilecti nostri fideles ministeriales ceterique opidani Confluentie . . . quasdam compromissiones justas statuerint et ordinaverint, . . . nos dictas literas presentibus nostris literis eisdem annexis confirmamus. . . Insuper renuntiamus omnibus literis per reverendum patrem nostrum quondam domnum Henricum, nostrum predecessorem, a dictis opidanis nostris contra jus et bonam consuetudinem ipsius opidi et opidanorum nostrorum violenter et minus juste impetratis. . . . Possumus tamen castrum nostrum in Confluentia edificare . . ., ita quod portas et muros opidi Confluentini edificare et construere poterunt. Actum Monast. Meinvelt. feria sexta post festum beate Margarethe virginis, anno domini millesimo trecentesimo.“ *Günther*, Gesch. §. 26 S. 57, 58 m. Note 1. (Extr.) 14

1300, Dez. 11. Erzbischof Diether gestattet ferner den „Burgern algemeyne von Covelenze“, nach Beilegung einer zwischen diesen und ihm bestandenen „zwiunge“, dass sie sechs Jahre lang ein Ungeld erheben und „in nuz vnd bu der stede von Covelenze vnd des stifthis von Triere keren“, aber auch während dieses sechsjährigen Zeitraums „zu eclichme jare hundirt marg pennege, also zu Covelenze genge vnd gebe sint“, verabreichen sollen. *Günther*, Cod. dipl. Thl. III Nr. 5 S. 93, 94 [6]). 15

1302, März 1. König Albrecht I. gibt ebenfalls zu dem Gemeindebeschlusse v. 1300 [nr. 13] seine Genehmigung. (R.) *Günther*, Gesch. §. 26 S. 57. 16

1303, Sept. 15. Ein Schiedsgericht, aus geistlichen und weltlichen Männern be- 17

---

5) Die Abgabe wurde aber bis zum J. 1287 entrichtet.

6) Ueber das Bündniss mit Andernach etc. v. 1301 s. oben S. 44 nr. 6. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 27 S. 58—60.

stehend, an dessen Spitze Bruder Gerard von Jülich, „Doctor Decretorum, ordinis Hospitalis sancti Johannis Jerosolomitani", thut in einer Streitsache zwischen Erzbischof Diether und den Bürgern zu Coblenz einen Ausspruch. Danach soll a) der genannte Erzbischof die Stadt Coblenz bei ihren bewährten Rechten und Gewohnheiten belassen und sie gegen Jedermann schützen und vertheidigen, ferner keinen ihrer Feinde in irgend eine seiner Befestigungen wissentlich aufnehmen und darin behalten, sowie einen Bürger an seiner Person und Habe niemals angreifen, „nisi secundum jus et consuetudinem in Confluentia hactenus approbatam et per judicium scabinorum ibidem." Dagegen sollen sich b) die Bürger von Coblenz dem Erzbischofe unterwerfen und ihm und seinen Nachfolgern „fideles amici" sein; sie sollen im ungeschmälerten Genusse der ihnen in der Stadt zustehenden Rechte, und ebenso auch der Erzbischof im Genusse der seinigen bleiben; sie sollen ferner dem Letzteren „salvis juribus et consuetudinibus eorum" wider seine Feinde beistehen und keinem in ihre Stadt Aufnahme gewähren. Ausserdem wird noch c) festgesetzt: „quod consules, qui nunc sunt, cessent, et officium sive auctoritas consulatus deinceps in Confluentia nullatenus habeatur, nisi de voluntate et consensu domini archiepiscopi et opidanorum dicti opidi communiter procedat; poterunt tamen opidani predicti inter se convenire, quando et quotiens eis videbitur expedire, et de bono statu opidi ordinare; poterunt etiam idem dominus castrum suum in Confluentia et dicti opidani muros et portas ipsius opidi edificare et reedificare, prout eis videbitur expedire." Endlich werden noch d) gewisse Rechtsbriefe und Statute ausser Kraft gesetzt, und e) den in Folge des fraglichen Zerwürfnisses ausserhalb der Stadt Verweilenden sichere Rückkehr zugesagt, wie denn überhaupt aller Hader und Zwist für die Zukunft gänzlich abgethan sein soll. *Günther*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. 16 S. 109—11. Dazu *dessen* Gesch. §. 28 S. 61 flg.

18 **1304**, Jun. 21 [7]). Erzbischof Diether verspricht der Stadt Coblenz — die sich in besonderer Urkunde[8]) seiner Gewalt („tam jurisdictioni spirituali quam temporali ac aliis quibuslibet suis juribus") unterworfen hat —, sie im freien Genusse ihrer bisherigen Gerechtsame zu belassen — „promittimus, dictum opidum nostrum et opidanos ejusdem gaudere et frui libere suis juribus in dicto opido et ejus districtu, secundum quod sub predecessoribus nostris, archiepiscopis Treverensibus sunt hactenus usi retroactis temporibus et gavisi." *Günther*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. 19 S. 112.

1307. Die Stadt Coblenz nimmt die „universitas Judeorum" daselbst gegen einen Jahreszins zu 20 Mark „de cimiterio eorundem" und die Verpflichtung, eine Accise von gekauften und verkauften Sachen zu entrichten, in das Bürgerrecht auf. (R.) *Günther*, Gesch. §. 31 S. 66, 67 mit Note 1. 19

1309, Sept. 13. König Heinrich VII. gestattet auf Bitten Erzbischof Baldewin's von Trier der Stadt Coblenz „utpote loco ad id habili et apto annuale forum incipiendum et frequentandum a vigilia nativitatis beate virginis usque ad festum sancti Remigii subsequens annis singulis perpetuo", und sichert allen diesen Jahrmarkt besuchenden Käufern und Verkäufern für Leib und Gut seinen und des Reichs Schutz zu. *Günther*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. 35 S. 127, 28. 20

1317, Mai 15. „Nobiles, milites, scabini et universitas opidi Confluentini" beschliessen in feierlicher Versammlung die Anlegung eines Strafbuches — „volentes igitur, quod in presente libro fures, latrones, qui pro rebus et bonis aliquem occidunt, raptores ac vinearum excisores per notarium communitatis juratum conscribantur, et qui ad actus civiles per ipsorum facinora perpetrata minus sunt apti et dispositi, ne mali et boni pari jure gaudere videantur, sed suam pro meritis recipiant portionem." *Günther*, Gesch. §. 32 S. 68 flg. 21

1337, Aug. 20. Erzbischof Baldewin von Trier verleiht den „nobiles, militares et bone nationis viri", welche in der Stadt Coblenz ihren Wohnsitz haben, die Gnade, dass sie in ihrer Behausung durch weltliche Richter wegen Schulden nicht in Haft genommen werden dürfen. (R.) *Günther*, Gesch. §. 31 S. 67; *Görz* a. a. O. S. 80. 22

1347, Jul. 17. Derselbe weist seinen „lieben getruwen burgeren zu Cobillenze, dye binnen der stat wanheftig sin vnd zu leste vor Grensoye[9]) gevangen worden vnd geschäzt, vmbe sunderlich gnade vnd gunst . . . zu volleist ires gevegnisse vnd sonderlich zu gezuge vnd zu harnesche vnd zu wapene . . . dry dusent cleyne gulden von florenze" an [was er im J. 1350 in gleicher, von der Zolleinnahme zu leistender Summe 23

7) *Günther*, Gesch. §. 28 S. 63 Note 1 führt eine gleichlautende Urk. v. 30. März („feria 2 post pascha") 1304 an.

8) Bei *Günther* a. a. O. S. 62 Note 1.

9) Bei Wiedereroberung der durch Reinhard von Westerburg weggenommenen trierischen Burg Grensau.

wiederholt]. *Günther*, Gesch. §. 35 S. 75 flg. Note 2. (Extr.)

24 **1359**, Apr. 2. Kaiser Karl IV. erlaubt dem Erzbischofe Boemund von Trier „Gott zu lob vnd zu eren vnd für gemeynen nutz der pilger, die zu vnser frawen zu Aachen wallen, der koufflüte vnd ander lüte", auf der [von dessen Vorgänger Baldewin um das J. 1344 erbauten] coblenzer Moselbrücke — „wan sie an etlichen enden zerbrochen vnd ouch noch nicht vollenclich ist volfüret, als sie solte" — einen Zoll, von deu sie passierenden Personen sowohl als von dem darüber getriebenen Viehe, zu erheben und einzunehmen — „also was man davon vfhebt, daz das genzlichen kome zu baw vnd volbringung der eegenanten brucken". Uebrigens soll diese „genade" nur 66 Jahre, und nicht länger währen. *v. Stramberg* a. a. O. Bd. IV S. 628, 29. (Extr.) Vgl. *Günther*, Gesch. §. 34 S. 73 flg. [10])

25 **1362**, März 1. [**Das erste Weisthum von Coblenz.**] Die beiden Bürgermeister Wernher Sack Wepeling und Heinrich Erkelin von Coblenz bekräftigen unter Beistand anderer ehrbaren Männer vor zwei „vffinbaren gesworen schriberen des Roemsschen Riches" (Notarii publici) und vor Zeugen im Bürgerhofe (Rathhause) Monreal mit „vff die heiligen" gelegten Händen die in einem „papyr beschreben Artikele" über die „recht, friheit vnd gewonheit derselben stede zu Covelentze", betreffend:

I. das Verhältniss des landesherrlichen Amtmanns zur Bürgerschaft — „keyn vnsers heren amptman ensolent nyt gryfen noch tasten binnen vnser stat noch bynnen vnsers heren gerechte zu Covelentze an keyns mans lyff noch goit, it ensy erdeilt mit ordeil der scheffen daselbes oder mit dem rade, vnd derselbe amptman, der zu zyden ist oder wirt, der sal vns allewege behalden by rechte, friheide vnd gewonheid, als wir alle wege herkomen sin, vnd daz sal der amptman zu den heiligen sweren zu done, ee wir yn entphien"; II. die Nichtladung eines Bürgers durch seinen Mitbürger „buszen der stat, it enwere dan mit eynre appellacien, daz er sich eyns ordels beroffen mach"; III. die Beschränkung der Bekümmerung auf Klagen „vmb eigen vnd umb erbe", sowie die Anbringung letzterer „in den gerechten, da daz goit gelegen ist"; IV. die Stellung des Geblüterbrechts zu jenem aus einem letzten Willen — „wa eyn mentzsche eyn testament macht vnd stirbet, da sal der neeste erbe in daz gode verbliben syzen, bys yt yn mit rechte angewonnen wirt, vnd da by sal die erben daz gerechte als lange behalden"; V. die Befugniss des Stadtrathes „alle heymail vnd alle eynungen [11]) zu sezen, hoyn vnd nyden", indem blos zu jenen „van den wonden vnd van den waiffen" die Beistimmung des Amtmanns erforderlich sein soll, und die Berechtigung des Erzbischofs auf ein Drittheil der Bussegelder; VI. die Beaufsichtigung von Mass, Gewicht und Brod durch Bürgermeister, Amtmann und Schöffen; VII. die Unstatthaftigkeit einer amtlichen Vorladung oder Nöthigung zur Zeugschaft „sunder den cleger"; VIII. die Unzulässigkeit einer Arrestverhängung über Bürger wegen Todtschlags „als lange als der gewonte den atem hait", und das Verfahren gegen Weib, Kinder und Gesinde eines Todtschlägers; IX. die Ausschliessung von Bürgern, die nicht „yre ere haint", vom Schuld- und Criminalzeugnisse im weltlichen Gerichte; X. die rechtliche Unmöglichkeit einer kämpflichen Ansprache, „der dode ensie geenwertich da"; XI. die Einsperrung und Behütung ergriffener Diebe; XII. die Unterbringung der „vor schult" Verhafteten „in des froneboden huys; XIII. das Verbot eigenmächtiger Zinspfändung; XIV. die Verzellung wegen Friedbruches; XV. die Nichtgestattung der Gefangennehmung eines Bürgers „vmb doitslach oder vmb keyne bruche, die hie in der stat begangen oder gedain hait, in eyme anderen gerechte"; XVI. die nothwendige Entfernung des Amtmanns aus dem Stadtrathe, sobald sich die Verhandlungen auf Angelegenheiten zwischen dem Erzbischofe und der Bürgerschaft beziehen — „eyn iglich amptman sal abegaen van vnser stede rade, als sich die sache triffet tusschen vnsern heren van Triere ind vns"; XVII. das Gebot, „eynen man vor schult nyt zu furen buszen des heren gerechte"; XVIII. das Verfahren, „so wa eyn man ober eynen rauber oder morder schrue" [12]); XIX. die Geleitung des Amtmanns durch bewaffnete Diener — „eyn yelich amptman in vnser stat sal salff viertem synre dienere mit swerten gaen vnd nyt me"; XX. die Geldleistung statt Eidschwurs bei geringfügigen Rechts-

10) Ueber einige in die J. 1360, 61 fallende Bündnisse der Coblenzer mit anderen Rheinstädten, sowie dem Pfalzgrafen bei Rhein vgl. *Günther*, Gesch. §. 38 S. 79 flg.

11) „Heymail" [d. i. Gerichtsbann, Gericht, s. *Noordewier*, Nederduitsche Regtsoudheden, 1853, p. 373, 396] ist die eigentliche Gerichtsbusse; „Eynung" [s. *Zöpfl*, Alterth. I, 23 flg. 169] die mit einem Verbote verknüpfte Strafsatzung.

12) Ein interessantes Actenstück über die Beschreiung eines Mörders durch drei vom Erzbischofe von Trier an das Gericht zu Coblenz gesandte Diener vom J. 1459 s. in J. *Grimm's* Weisth III, 827 flg.

sachen „pluderwerck"; XXI. die Gastgerichte; XXII. die „heymsoiche"; XXIII. die Beseitigung von Collisionen der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit des Erzbischofs — „want vnse here geistlich vnd werntliche gerechte zu Covelentze ynnehait, so ist it in eynre guder gewanheit herkomen, so wa daz gebot van deme froneboden e geschege, dan die ladunge, so sal die sache an werintlichem gerechte vorganck han; geschege aber die ladunge e, so sal die sache an geistlichem gerechte vorganck hain"; XXIV. die Zollfreiheiten der coblenzer Bürger; XXV. die Verzollung der Marktgüter; XXVI. den Heerdienst der Stadtgemeinde für den Erzbischof und das Hochstift — „ouch hain wir alle wege van vnsen vurfaren horen sagen, daz wir den dienst plegen zudone mit der sonnen vsz vnd mit der sonnen weder yn vff eynen dach"; XXVII. das Wald-Eigenthum der Stadt; XXVIII. das Weinverzapfungsrecht des Landesherrn; endlich XXIX. die Aufrechthaltung aller Rechte und Gewohnheiten der Bürgerschaft und den durch den jeweiligen Bürgermeister „van der burger vnd der stede wegin" zu leistenden Huldigungseid [13]).

Abgedruckt bei *Liel* a. a. O. Nr. 1 S. 99—106. Eine ausführliche Inhalts-Darstellung gibt *Günther*, Gesch. §. 50 S. 101—07. [Vgl. unten nr. 28].

26 **1363**. Erzbischof Cuno von Trier vergleicht sich mit der coblenzer Bürgerschaft im Betreffe der städtischen Accise dahin, dass ihm „sal komme by das halbteil des vngelts zu Covelentz vnd man jn darin zu stont sezen sal, wie bischoff Baldewin da in sasz." (R.) *Günther*, Gesch. §. 40 S. 82—84.

27 **1366.** Die Bürgergemeinde von Coblenz beschliesst auf dem Rathhause Monreal, dass der städtische Rath in Zukunft aus einem Schultheissen, aus acht Edelleuten, aus vier Schöffen, aus zehn Bürgern und aus vierzehn von den Handwerken zusammengesetzt sein solle. (R.) *Günther*, Gesch. §. 41 S. 84 flg.; *v. Stramberg* a. a. O. Bd. III S. 731.

28 **1388**, Apr. 9. [**Das s. g. zweite Weisthum von Coblenz**.] Der alte und neue Rath, der Schultheiss, die Schöffen, Ritter, Knechte und gemeinen Bürger, „der meyste vnd der beste hauff van Covelentze", kommen unter sich überein, die vom Erzbischofe Cuno von Trier ihnen angesonnene Huldigung dem noch bei dessen Lebzeiten gewählten Nachfolger Wernher von Falkenstein zu leisten, soferne ihnen dieser sowohl als auch Cuno „irre stede recht, fryheit vnd herkomen, als sie dat van alders hetten her bracht van der zyt, der nyman gedencken moichte", unter Zusicherung der Aufrechthaltung, mit beiderseits besiegeltem Briefe confirmiren, insbesondere aber „etzlichen Artikelen begryffen van der stede recht vnd fryheide, die herna geschreven steent", die Bestätigung ertheilen würden. Diese hervorgehobenen zwölf Artikel haben aber zum Inhalte: I. die Heerfolge („vszferte") der Stadt „zu des stifftes node", sowie die Verschonung derselben mit anderen Schatzungen und Diensten; II. die Nicht-Verbindlichkeit der Bürgerschaft, dem Erzbischofe „schutzen zu lihen", indem die wohl hie und da vorgekommene Schützenstellung „nyt van rechte" sondern „vmb fruntschafft" geschehen war; III. die Unstatthaftigkeit der Ertheilung eines Geleites, „vurwerte", an Schuldner der Bürger, es sei denn deren Wünschen gemäss; IV. die „allewege herbrachte" Berechtigung der Gemeinde, ihre Mauern, Thürme und Gräben selbst zu machen und zu bessern, „vnd der stede nütz da myde zu dun"; V. die Unzulässigkeit eines Zeugniss-Zwanges bei „anspraichen an werentlichem gerechte"; VI. die Behandlung wegen gewisser Uebertretungen und leichterer Delicte in Haft genommener Personen, je nachdem dieselben Bürger sind oder nicht — „item so hain wir eyn recht, daz zu welcher zyt dat man winclocke ludet, wen eyn bürgermeyster oder der stede knechte vyndent ane liecht, oder wer die wirte oversizet boven iren willen, oder dreit messer, swert, spees oder kluppil, oder sweret bose vngewenliche eide, oder stichet oder sleit eyne wünde, dat man den nymet vnd sluszet in das halsysen bys des morgens; triffet aver die busze, die hie verschuldiget hait, an den heren vnd an die stat, sa lievert man yn des morgens in die burch; ist is aver eyn burger, den sleit man nyt in das halsysen, dan man sal yn roegen an der heynreiden [14]) vnd sal sine busze davan nemen; ist is aver vmb des burgermeysters eynunge, dat eyn fremde man also in dem halsysen steit, den mach eyn burgermeyster des morgens vszlasen bussen den amptman, als verre die roegen rechtlich an yn bracht werdent, is sie dag oder nacht"; VII. die Münzprüfung; VIII. die Freiungszeiten [15]) für Schuldner und

13) Der Bürgermeister empfing hiezu von Rath und Gemeinde eine besondere Vollmacht. S. diese b. *Günther*, Gesch. §. 39 Note 1 S. 81, 82.

14) Die „jurati quos heimrat vocant, qui dicuntur heemradi (heymraden, heemradere)" bildeten eine Art collegialisch organisirter Polizeibehörde. Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 866; *Noordewier* l. c. p. 382.

15) Es sind diess die Prediger-, Frauen-

die Ausschliessung der „mordere“ und „budelsnydere“ vom Genusse solcher Freiung; IX. die Nicht-Verzollung des einheimischen Weingewächses an der Rheinzollstätte zu Capellen [16]) und an der Moselzollstätte; X. die Schweinemast in den Stadtwäldern; XI. die Einlegung von Bürgersöhnen durch deren Väter „vmb züchtunge“, sowie anderer Leute „vmb der stede eynunge“ in den Thurm; endlich XII. die „besserunge“ bei begangenen Todtschlägen, welche der Erzbischof nicht nehmen soll, „dem kleger ensy van erste gnoich geschiet; is enwere dan sache, daz keyn kleger were, so sulde der amptman clayn vnd moichte auch dan die besserunge van vnsers heren wegen nemen vnd vff den manslechtigen vertzigen, vnd sal vnse here numme darzu dun.“ Abdruck b. *Liel* a. a. O. Nr. 3 S. 109 – 16 [der zwölf Artikel insbes. S. 110–13]; Inhalts-Darstellung der Artt. II—VII und XI b. *Günther*, Gesch. §. 50 S. 107 — 9 nr. 30 – 36 [17]). Vgl. auch *dessen* §. 51 S. 109, 10.

Am 10. Apr. 1388 liess sich dann Wernher von Falkenstein nach feierlichem Einritte in die Stadt herbei, vor versammelter Gemeinde in die Hände des coblenzer Bürgermeisters Simon von dem Burgedor das Gelübde der Aufrechthaltung aller Rechte und Freiheiten der Stadt Coblenz zu leisten, worauf ihm gehuldiget wurde. Die Acte hierüber theilen *Günther* a. a. O. §. 43 S. 88 — 91 und *Liel* a. a. O. S. 116 – 18 mit.

29 **1396.** Erzbischof Wernher von Trier verordnet in Folge eines Streites, welcher zwischen Rittern, wohlgebornen Leuten und etlichen gemeinen Bürgern zu Coblenz einerseits und den Metzgern und Schuhmachern der Stadt andererseits entstanden war, wie es in Zukunft mit dem Fleisch- und Schuh-Verkaufe auswärtiger Metzger und Schuster in Coblenz gehalten werden solle. (R.) *Görz* a. a. O. S. 124.

1398, Oct. 6. Derselbe setzt neuerlich, 30
unter theilweiser Abänderung der vorstehenden Verordnung, die Wochen- und Jahrestage fest, an welchen ausserstädtische Metzger und Schuhmacher in Coblenz ihre Waaren zu Markt bringen und feilhalten dürfen. (R.) *Günther*, Gesch. §. 46 S. 95, 96.

Dem Schlusse des XIV. Jhdts. oder viel- 31
leicht auch erst dem Anfange des folgenden, jedenfalls der Zeit nach 1393 gehört eine coblenzer Rechtssammlung zu XXVII Artikeln an, welche eines Theils die Gerechtsame des Erzbischofs von Trier in der Stadt, namentlich in Ansehung der Jurisdiction, des Ungeldes und Zolles, der Beede und Schatzung, zum anderen Theile aber die „friheit, gnode, gewoinheit vnd herkomen der stede vnd burger“ von Coblenz zum Inhalte hat. Sie ist leider noch ungedruckt und blos nach der kurzen Charakteristik b. *Günther* a. a. O. §. 52 S. 110, 11 bekannt.

1400, Aug. 25. Erzbischof Wernher 32
erlässt für die weltlichen Gerichte in Coblenz, um die an denselben bemerkten Unordnungen zu beseitigen, eine neue, verbesserte **Gerichtsordnung**, „handelnd in vielen weitläuftigen Artikeln von dem Kläger, seinen schriftlichen Beweisstücken und seinem Eide, vom Eide der Scheffen, vom Anwalde oder Vorsprecher, vom Urtheile und Verkündung desselben, von Klagen wider Schuldner, von Gerichtssiegelung der Urkunden, von Klagen der Juden wider Christen, von Verwundungen u. s. w.“ [Un-
gedruckt.] *Günther*, Gesch. §. 47 S. 96. 33

Verschieden hievon ist die ebenfalls noch unedirte coblenzer **Schöffengerichtsordnung** aus dem XV. Jhdt., von deren Inhalt uns *Günther* a. a. O. §. 84 S. 167 – 69 und *v. Stramberg* a. a. O. Bd. III S. 734, 35 eine gedrängte Uebersicht bieten. Sie musste im J. 1515 der neuen Schöffenordnung Erzbischof Ri-
chard's weichen. 34

1406, März 17. Rath und gesammte Gemeinde zu Coblenz vereinbaren eine Willkür „vmb die wailgeborn lude“, d. h. darüber, wie die in die Stadt vom Lande bereits eingezogenen oder in Zukunft übersiedelnden Adeligen und Ritterbürtigen, namentlich wenn sie sich mit coblenzer Bürgerinnen vermählen würden, je nachdem sie dortselbst Kaufmannschaft treiben oder nicht, in Hinsicht auf bürgerliche Rechte und Lasten zu behandeln sein sollen. (R.) *Günther*
a. a. O. §. 48 S. 97, 98. 35

1410, Oct. 13. Erzbischof Wernher bestätigt die von seinem Amtmanne und der Bürgerschaft zu Coblenz gegebene neue Verordnung über den Fleischhandel, worin die Befugnisse der auswärtigen Metzger, im Gegensatze zur Verordnung v. 1398 [nr. 30]

---

und Barfüsser-Kirmessen und die vom Vorabende des Festes Mariä Geburt bis zum nächsten Gerichtstage nach St. Remigius währende „Friheit zu Covlenntz“, bei deren Beginn „die froenbotten ein hulzenn cruitz mit eim schwerde vnd einer hant darann gehangen [*Zöpfl*'s Alterth. III, 30, 85, 337 flg.] vff Sanct Florins hoeff vnd vff Sanct Castors hoeff vffstellten“. *Liel* a. a. O. Nr. 2 S. 106.

16) Nach dem „castrum Capela“ hatte im J. 1368 EB. Cuno den coblenzer Rheinzoll verlegt; von dort übertrug ihn dann um 1393 EB. Wernher nach Engers. *Günther*, Gesch. §. 42 S. 85, 86

17) *Günther* hatte nämlich bei seiner Darstellung des Weisth. v. 1362 eine Hdschr. vor sich gehabt, welche 36 Artikel, d. i. ausser den 29 auch im *Liel*'schen Abdrucke befindlichen noch 7 umfasste, die im s. g. zweiten Weisth. begegnen.

bezüglich der Zeit beschränkt, auch dieselben zum pfundweisen Verkaufe und zur Beobachtung einer bestimmten Fleischtaxe verpflichtet werden. (R.) *Günther* a. a. O. §. 46 S. 96; *Görz* a. a. O. S. 134.

36 **1418**, Oct. 19. Erzbischof Otto [von Ziegenhain] zu Trier gelobt nach empfangener Huldigung der Stadt Coblenz „by forstlicher truwen, sie zu laissen by rechte, fryheide, gnade, herkomen vnd alder guder gewanheit, die zu bessern vnd nyt zu ergern“ [18]). *Liel* a. a. O. Nr. 4 S. 118—21, bes. S. 120. Vgl. *Günther* a. a. O. §. 58 S. 122.

37 **1423**, Aug. 20. Derselbe „bewilligt für die an den Donnerstags- und den drei Kirmess-Markttagen ein- und ausgehenden Waaren Accisefreiheit.“ (R.) *Görz* a. a. O. S. 152.

38 **1423**, Dez. 21. Derselbe überlässt der Stadt Coblenz die Nutzniessung seiner halben Accise-Einnahme zu 4000 Gulden, sowie den vierten Theil der Renten und Gefälle seines Zolles zu Engers auf so lange, bis hiedurch die der genannten Stadt von seinem Vorgänger zu Pfand gesetzte andere Hälfte der Accise zu 4000 Gulden wieder eingelöst sein würde. (R.) *Günther* a. a. O. §. 60 S. 125.

39 **1424**. Derselbe genehmiget dem Rathe der Stadt Coblenz die Abbrechung der alten Fleisch-Scharren und die Erbauung von acht und zwanzig neuen. (R.) *Günther* a. a. O. §. 59 S. 124.

40 **1432**, Aug. 14. Der Rath zu Coblenz versieht die Leinen- und Wollenweber der Stadt mit verbesserten, z. B. die jährliche Erneuerung und Vereidigung der vier Altmeister, die ihnen zukommende Besichtigung der zum Färben bestimmten Tücher, die Vorbedingungen der Aufnahme in das Gewerbe, die Verbleiung und Besieglung der guten Tücher mit dem Stadtwappen, die Unstatthaftigkeit des Wegdingens von Knechten und Wollkämmern, die Verloosung der Marktbuden, sowie insbesondere die Vermeidung gewisser Unziemlichkeiten in der Tuchbereitung betreffenden Handwerks-Satzungen. Inhalts-Uebersicht b. *Günther* a. a. O. §. 64 S. 132—34.

41 **1434**, Dez. 25. Erzbischof Ulrich von Trier [19]) ratificirt die vom Stadtrathe zu Coblenz unter Mitwirkung des landesherrlichen Kellners zu Ehrenbreitstein vorgenommene Verpachtung der beiden coblenzer Weinkrahne auf zwölf Jahre. (R.) *Günther* a. a. O. S. 132 [20]).

1442, Aug. 30. König Friedrich III. gestattet dem trierer Erzbischofe Jacob von Sirk: „daz furbas in seiner vnd seines stifftes stat Coblentz alle jar ain jarmarkt sein vnd gehalten werden, vnd der sich anheben sol an des heilgen krewtztag exaltationis, vnd wern die nachsten viertzehen tag lang darnach, nemlich bis auf sand Michelsabent vnd allen den tag gar aus, vnd auch alle vnd yegliche kauffleute vnd ander leute, die dartzu vnd davon ziehen vnd den suchen, alle die gnad, freiheit, rechte, fried, geleite, schirm, redlich gewonheit, ordnung vnd herkomen haben, der auch gebruchen vnd geniessen sullen, der vnser vnd des reichs stat Franckfurt mit iren jarmerkten, vnd die leute, die davon vnd dartzu ziehen vnd die suchen, gebruchen vnd geniessen von recht oder gewonheit von allermennielich vngehindert; doch vnschedlich allen vnd yeglichen steten, merkten vnd dorffern vmb die egenante stat Coblentz gelegen an iren jarmerkten vnd wochenmerkten.“ *Günther*, Cod. dipl. Thl. IV Nr. 196 S. 419, 20. 42

Die Bewidmung von Coblenz mit dem frankfurter Rechte reicht in die erste Hälfte des XIV. Jhdts. zurück. Coblenz zählt nämlich zu den 29 trierischen Städten, welchen Kaiser Ludwig IV. im J. 1332 die Gnade verliehen hat: „ut omni jure, honore et honesta consuetudine, quibus oppidum Frankenfort est munitum, gaudeant et utantur“ (*ab Hontheim* l. c. p. 119; *Thomas*, Oberhof S. 119, 127). Allein eine eigentliche Rückwirkung dieses Privilegs auf die Gestaltung des statutarischen Rechts in Coblenz lässt sich eben so wenig, als ein constanter Rechtszug letzterer Stadt nach dem frankfurter Schöffenstuhle als ihrem Oberhofe für das Mittelalter wahrnehmen.

1454. Der Rath der Stadt Coblenz erlässt eine neue Verordnung über die von den Schneidern zu liefernden Meister- oder Probestücke. Inhalts-Angabe b. *Günther*, Gesch. §. 68 S. 138. 43

1460, Jul. 30. Erzbischof Johannes II. von Trier entbindet auf die Dauer seines Le- 44

---

18) Dass derselbe dieses sein Gelübde nicht ganz erfüllt habe, beweist die nach seinem Tode (1430) von der coblenzer Bürgerschaft an das trierer Capitel gebrachte umfassende Beschwerdeschrift. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 59 S. 122 flg.

19) Ueber die zwiespaltige Bischofswahl Ulrich's von Manderscheid und Jacob's von Sirk (1430), welcher Pabst Martin V. mit der eigenmächtigen Erhebung des speierer Bischofs Raban auf den Stuhl von Trier entgegengetreten, s. *Günther*, Gesch. §§. 61—63 S. 126 flg.; *Aschbach*, Gesch. K. Sigismunds III, 186 flg.; *Souchay*, Gesch. der Dtsch. Monarchie III, 660 flg.

20) In diese Zeit fällt auch eine nicht unwichtige, jedoch nur auf die Tage der Anwesenheit K. Sigismund's in Coblenz berechnete Polizei-Ordnung, deren Inhalt *Günther* a. a. O. §. 65 S. 134—36 schildert.

bens die coblenzer Bürger in Ansehung ihres Ausfuhrweines und ihrer nach den benachbarten Kirmessen fahrenden Marktnachen vom Zolle. (R.) *Görz* a. a. O. S. 211.

45 **1462**, Aug. 28. Derselbe belegt alle in der Stadt Coblenz zum Verkaufe kommenden Waaren, sowie alle daselbst auszuschenkenden (nicht zapffreien) Weine mit einer gemeinen Accise, wovon in den nächsten zwölf Jahren der Stadt zwei Drittel, nachher die Hälfte zum Zwecke baulicher Verbesserungen zufallen sollen, während den übrigen Ertrag der Erzbischof für sich bezieht. Zugleich wird das in anderen Orten abgeschaffte Stapelrecht der Stadt Coblenz zugewiesen. *ab Hontheim* l. c. Tom. II p. 444; J. J. *Scotti*'s Samml. der Gesetze und Verordnungen im vormaligen Churfürstenth. Trier Thl. I (1832) S. 156. Vgl. *Günther*, Gesch. §. 71 S. 141 flg.

46 **1469**. Der Stadtrath zu Coblenz beschliesst und beginnt die Anlage eines Bürgerbuches. Vgl. darüber *Günther* a. a. O. §. 74 S. 147—49.

47 **1470**. Derselbe gibt der Bruderschaft der Hutmacher neue Handwerks-Artikel, z. B. die Vorbedingungen des Eintritts (Bürgerrecht und Besitz eines Harnisches), die Zahl der einem Meister gestatteten Knechte, die Ausschliessung der Letzteren vom Gewerbe, wenn sie während ihrer Dingzeit ohne Urlaub vom Meister weggehen, das Einkaufgeld der Lehrlinge und die Zahl der Lernjahre, die Dauer der gewöhnlichen Arbeitszeit etc. betreffend. Inhaltsskizze b. *Günther* a. a. O. §. 75 S. 150, 51.

48 **1472**, Jan. 25. Erzbischof Johannes II. von Trier bestätigt mit kaiserlicher Genehmigung der Stadt Coblenz den von Petri Kettenfeier bis zu dem Tage vor Mariä Himmelfahrt [Aug. 1—14] währenden Jahrmarkt, und verträgt sich mit der Bürgerschaft wegen Errichtung eines Krahnens und eines Kaufhauses, wegen Einführung einer gemeinen Wage, sowie wegen der Accise. (R.) *Görz* a. a. O. S. 235.

49 **1473**. Der Rath der Stadt Coblenz lässt drei Ordnungen über die Wachen auf den Thürmen und an den Thoren, sowie über das Verhalten bei Feuersbrünsten und bei Kriegsgeschrei ausgehen. (R.) *Günther* a. a. O. §. 77 S. 155 flg.; *v. Stramberg* a. a. O. Bd. III S. 733 flg.

50 **1473**. „Ordenonge des ersamen Raitz von Covelentz lobelichen von Alders herkomen ordiniret . . . . angezeichnet in dem Jare vnsers hern M. CCCC. LXXIII. durch den erbern Johan von Hoingen [Hönningen] Scheffen zu Covelentz", eine umfassende Privataufzeichnung über die magistratische Verfassung in Coblenz während des XV. Jhdts., insbesondere über die Zusammensetzung des Raths, die jährliche Erneuerung, Installirung und Beeidigung desselben, die Zahl der Rathstage und Dauer der Sessionen, die vom Rathe zu leistenden Neujahrsgeschenke, Kleider-Reichnisse und Weingaben, die ihm hauptsächlich obliegenden Amtsgeschäfte, wie Eichung und Stemplung der Masse, Verpachtung des Ungelds und der kleinen Accise, die Wahl der Bürgermeister, die Jahrgehalte derselben sowie der übrigen städtischen Bedienstigten u. a. m. [Ungedruckt.] Inhalts-Uebersicht b. *Günther*, Gesch. §. 76 S. 151—55; *v. Stramberg* a. a. O. Bd. III S. 731—33.

1480, Jan. 25. Erzbischof Johannes II. 51
von Trier erneuert seiner Stadt Coblenz die vierzehntägige Jahrmesse im Monate August, und verleiht auch dieser für die genannte Zeit sowie für die acht vorhergehenden und acht nachfolgenden Tage alle Freiheiten, wie sie die Frankfurter geniessen. (R.) *Görz* a. a. O. S. 250. [*Günther* a. a. O. §. 80 S. 162 erwähnt ein Messprivileg v. 1479; dasselbe scheint aber identisch mit jenem v. 1472, nr. 48, zu sein und die JZ. 1479 auf einem Irrthume zu beruhen.]

1486. Der Stadtrath zu Coblenz er- 52
lässt für die Bäcker in der Stadt eine Verordnung über Preis und Gewicht des Roggenbrodes und über die Befugniss, auch Pfaffenbrod zu backen. Inhalts-Angabe b. *Günther* a. a. O. §. 81 S. 164.

Coburg. CXCIX.

(Hzgth. Sachsen-Coburg.)

G. P. H. (*Hönn*), Sachsen-Coburgische Historia in zweyen Büchern, mit verschiedenen alten Urkunden illustriret, Franckf. u. Leipz. 1700. 4°., Buch I Capp. XXX—XL S. 186—241; Buch II (Chronik in Regestenform mit vielen vollständig eingerückten Documenten) S. 1—129*). Vgl. auch J. Fr. *Gruneri* Opusc. ad illustr. hist. Germ. pertin. Vol. II (1761) Nr. I: „Antiquitates Coburgenses" p. 1—104, inpr. p. 12 sq.; *Lotz* in Ersch und Gruber's Encyklopädie der Wiss. und Künste Sect. I Thl. XVII Art. „Coburg" S. 141 flg.

Die Urkunden und sonstigen Rechtsquellen Coburg's finden sich zerstreut in ver-

*) Eine neue berichtigte und vermehrte, d. h. bis 1792 fortgesetzte, Ausgabe der Hönn'schen „Chronik" (wie hier das gesammte Werk betitelt wird) besorgte Chr. Fr. *Dotzauer*, II Theile, Cob. 1792—1806. 4°.

schiedenen Werken abgedruckt. Ausser *Hönn* gehören hierher: J. Gerh. *Gruner*, Histor. statist. Beschreibung des Fürstenth. Coburg Saalfeldischen Antheils, Thl. I, II. Cob. 1783, 84. 4⁰; J. A. *v. Schultes*, Coburgische Landesgeschichte des Mittel-Alters mit einem Urkundenbuch, Cob. 1814. 4⁰; *Dess.* Sachsen-Coburg-Saalfeldische Landesgeschichte vom J. 1425 bis auf die neueren Zeiten, Abthl. I. Urkundenbuch, Cob. 1818 4⁰; J. A. *Ortloff*, Statuten der Herzogl. Sächsischen Residenzstadt Coburg, das. 1818. 4⁰.

1 **1315**, Jul. 12. König Ludwig IV. gestattet dem Grafen Berthold VII. von Henneberg, in drei seiner Städte, darunter Coburg, ein mässiges Ungeld einzuführen und dessen Ertrag zur Befestigung der genannten Orte zu verwenden — „pro fortificatione oppidorum suorum Choburg, Kuenigeshoven et Smalkhalden . . . sibi vngeltum aliquod moderatum juxta consciencie sue arbitrium in eisdem oppidis suis instituendi et faciendi colligi de rebus singulis, impedimento seu contradictione quorumlibet cessante, de speciali gracia et plenitudine potestatis regie duximus indulgendum, dantes sibi has litteras majestatis nostre sigillo munitas in testimonium super eo." *Gruner*, Beschr. Thl. II S. 193; *Schultes*, Dipl. Gesch. des gräfl. Hauses Henneberg Thl. II UBuch. S. 21, 22; K. *Schöppach*, Hennebergisches UBuch Thl. I Nr. CXIV S. 62, 63.

Die Herrschaft Coburg mit dem gleichnamigen Hauptorte, dessen erste Anfänge in dem alten „burgum Choburg"[1]) (1057) und dem daneben gelegenen, allmälig zur Vorstadt gewordenen Flecken „Trufalistat" (1207) zu suchen sind, war nach dem unbeerbten Ableben des Grafen Poppo von Henneberg (1291) an das brandenburgische Haus gefallen. Die Nachkommen Markgraf Hermann's überliessen jedoch (1314) den grössten Theil ihres s. g. Landes zu Franken — der Markgraf Johann von Brandenburg und die Herzogin Anna von Breslau insbesondere ihre „stete zu Koburg, zu Esefelt vnd zu der Neuwenstat vf der heyde"[2]) — kaufsweise an den oben genannten Grafen Berhold VII., während der Sohn desselben, Graf Heinrich, bereits im J. 1312 den übrigen (etwa vierten) Theil durch Heirath an sich gebracht hatte. In den durch die zwiespaltige Königswahl verursachten Wirren des XIV. Jhdts. wusste es dann Berthold dahin zu bringen, dass ihm die Belehnung mit „sime neuren lande, daz er gekouft hat vnd von dem ryche ze len get", zuerst von König Friedrich im J. 1320, hierauf aber auch einer längst empfangenen Zusicherung gemäss von König Ludwig IV. zu Theil wurde. *v. Schultes*, Coburg. Landesgesch. des MAs. S. 41, 43—45.

1323, Nov. 1. Graf Berthold VII. von Henneberg sichert das ihm durch König Ludwig IV. [nr. 1] zugestandene Ungeld für immerwährende Zeiten seiner Stadt Coburg zu Nutz und Besserung zu: 2

„Nos Bertholdus, dei gratia comes de Henneberg, publice recognoscimus universis et singulis, ad quos pervenerit presens scriptum, quod habita matura deliberatione et consensu unanimi Heinrici, primogeniti nostri dilecti, ungeldum oppidi nostri Coburg, nobis per serenissimum dominum nostrum, dominum Ludovicum, Romanorum regem, hereditarie collatum, ipsi oppido nostro pro sui melioratione et usu dedimus et damus, tradidimus et tradimus, et in ipsum libere transferimus in his scriptis, nolentes omnimodo ipsum ungeldum nobis, ut antea, aliqualiter usurpare, sive etiam, quod nostri heredes aut posteri sibi ullo unquam usurpent tempore, sed quod ipsum prefato nostro oppido pro suo usu et melioratione perpetuis debeat remanere temporibus, presenti scripto jubemus, volumus et dictamus. Et ne prefati nostri oppidi cives in premissorum ratihabitione in futuro contingat, quod absit, aliqualiter defraudari, nos eidem presentes pro evidenti testimonio dedimus et damus nostri et prefati nostri primogeniti sigillo. Nosque Heinricus prefatus comes junior nos cum genitore nostro prehabito consilio presentibus astringimus ad perpetuam et firmam observantiam premissorum, nostrum sigillum ipsis pro evidentia appendentes. Actum et datum Schleusing anno domini MCCCXXIII in dominica proxima post Simonis et Judae." *Hönn* a. a. O. Buch II S. 49, 50.

1331, Jun. 14. Kaiser Ludwig IV. freiet dem Grafen Berthold VII. von Henneberg seine Stadt Coburg und verleiht derselben alle Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten der Stadt Schweinfurt: 3

„Wir Ludwig von Gottes gnaden Romischir cheysir, zu allin zitin ein merer des richs, vorjehin offinlichin an diesin gegenwertigin briefe vnd tun kund allin den, die in sehin vnd horint lesin, daz wir durch gutin willin, besundere gnade vnd gunst, die wir lange zit zu dem edelin mannen Gravin Bertholde von Henninberch, vnsirm libin heimlicher, gehabt habin vnd habin, durch bete

1) Vgl. B. *v. Zehmen*, Die Veste Coburg, Gotha 1856 8⁰.

2) Urk. v. 1316 b. *Schöppach* a. a. O. Nr. CXIX S. 65.

vnd ouch durch des getruwin dinstis willin, den er vns dicke getruwelichin vnd nutzlichin bewisit vnd getan hat, haben wir im gevriet vnd vrien die stat zu Coburch, vnd verleihin gebin vnd bestetigin ir alle die recht vnd gute gewonheit, die die stat zu **Swinfurthe** gehabt, wenne her hat vnd ouch hat, also daz sie derselben rechte, frihhitin vnd ouch der gewonhit furbas an hinderniss geniszin vnd gebruchin mag, gleichen wise also die vorgenante stat **Swinfurthe**, vnd gebitin vestiglichin bey vnsirn huldin allin vnsirn vnd des riches mannin, getrewin vnd ambtluthin, daz si die vorgenant stat zu Coburgk bey den obgenantin gnadin, die wir ir williglichin vnd von vnsir gutin gewissin getan habin, lassin blibin vnd sie daran nicht hindern, sunder daz sie si schirmin getruwelichin, alse ir not ist vnd wirt, vnd si nicht daran beschwerin noch niemand hindirn lassin, als verre als sie ez irwerin mügen, an geverde. Vnd darubir zu eime sichirn vrchunde gebin wir in diesin brief versigelt mit vnsirm cheysirlichen insigel. Der ist gegebin zu Nürnberg nach Gots geburt dreutzehin hundirt jar, darnach in dem ein vnd drizzigstin jare an sanct Vitus abind, in dem sibintzehindin jare vnsirs richs vnd in dem vierdtin des cheysirtums." *Hönn* a. a. O. S. 63, 64.

4 **1333**, Jul. 10. Derselbe wiederholt auf Bitte Graf Heinrich's VIII. von Henneberg die im vorigen Privilege enthaltene Begnadung seiner Stadt Coburg — „vnd haben sie gevriet vnd vrien sie ouch von vnserm cheysirlichen gewalt, vnd geben in alle die vriunge, ere, recht vnd al gut gewonheite, als vnser vnd des richs stat **Swinfurth** von alters herkomen vnd gefriet ist, vnd wollen, daz niemand dar wider si oder tue by vnsern vnd des richs hulden." *Hönn* a. a. O. S. 65.

5 **1370**, Oct. 12. Markgraf Friedrich der Streitbare zu Meissen, Landgraf in Thüringen [welcher als Gemahl Katharinens, der zweiten Tochter Graf Heinrich's VIII., in der Theilung vom J. 1353 Coburg erhalten hatte], gibt dem Bürgermeister und den geschwornen Bürgern zu Coburg in Folge eines mit denselben getroffenen Uebereinkommens die Zusicherung, dass weder Conz der Münzmeister noch irgend ein anderer Bürger allda, er sei reich oder arm, „von dieser zit inwendig ewigen jaren nechst an einander folgenden . . . nimmer von den stat gesezen, gewonheiten noch rechten" frei gegeben oder begnadet werden solle. *Hönn* a. a. O. S. 87, 88; *Gruner*, Beschr. Thl. I S. 372.

6 **1422**, Mai 11. Bischof Johann II. von Würzburg weist die gesammten Pfarrer Coburg's bei Strafe der „suspensio ab ingressu ecclesiae" an, innerhalb sechs Tagen „magistros civium, scultetum, consules, proconsules, judices, rectores, scabinos ac ceteros officia publica in dicto opido Coburg habentes" in seinem Namen auf das ernstlichste „publica, alta et intelligibili voce"[3]) zu ermahnen, dass sie den Zinsenwucher („usuras nephandissimas utriusque testamenti pagina condempnatas") der in ihrer Stadt wohnenden „Judei perfidi" möglichst unterdrücken, und diese nöthigenfalls durch Zwangsmittel anhalten sollten, „quatenus signa manifesta videlicet clipeos de panno rubeo aut alterius coloris ante pectus ad latitudinem et longitudinem[4]) unius palme in aperto continuo portent, ut sic per qualitatem habitus seu signi evidenter a opidanis distinguantur, cognosci valeant et discerni"; ferner in gleicher Weise allen Bewohnern der Stadt an das Herz zu legen: „ne alicui Judeo usuram exercenti dominium[5]) aut habitationem concedant, locent, vendant[6]) aut alias qualitercunque inhabitare permittant" — „ne alicui Judeo vel Judee pro mercede vel alias qualitercunque servire[7]) presumat, quoniam cristianorum et Judeorum mores in nullo concordant, ipsique Judei de facili ob continuam conversationem et assiduam familiaritatem ad summam superstitionem et perfidiam simpliciter animos inclinare[8]) consueverint" — „ne dictis Judeis de pecuniis sub pignoribus, literis, fidejussoribus vel alias qualitercunque ipsis mutuatis vel concessis in parte vel in toto satisfaciant vel persolvant, aut alias cum ipsis Judeis seu aliis quibuscunque hominibus se componant publice vel occulte quovis quesito colore, sed hujusmodi pecunias episcopo aut commissariis vel officialibus ejus ad hoc deputatis vel deputandis officialiter tradant[9]) et assignent." *v. Schultes*, Coburg. Landesgesch. des MAs., UBuch Nr. CIV S. 106, 7.

In den ersten Zeiten seiner Regierung, 1412—1422, hatte Bischof Johann von Brunn ziemlich humane Gesinnungen gegen seine israelitischen Unterthanen kundgegeben, wenn sich auch nicht leugnen lässt, dass dieser Freundlichkeit eine starke Dosis von Eigennutz beigemischt gewesen. Plötzlich sehen wir aber den Gönner und Beschützer der

3) Wohl zunächst also durch Kanzelvorträge.

4) *Sch.* „signis manifestis . . clipeis . . . latitudinis et longitudinis".

5) Vielleicht ist: domum zu lesen.

6) *Sch.* „vendunt".

7) *Sch.* „fuere".

8) *Sch.* „inclinari".

9) *Sch.* „tradunt".

Juden in einen Erzfeind derselben umgewandelt, wie uns denn namentlich diese auffallende Metamorphose in einem Bündnisse Johann's mit dem Bischofe von Bamberg und den Markgrafen von Brandenburg entgegentritt, welches genau betrachtet auf nichts mehr und nichts weniger hinauslief, als auf eine völlige Ausrottung der Juden in Franken [10]). In die Periode dieser Gesinnungsänderung fällt nun auch der obige kirchliche Erlass, welcher mit dem vorerwähnten Vertrage nicht nur gleichen Geist athmet, sondern sogar eine gewisse äussere Uebereinstimmung in einzelnen Sätzen erkennen lässt. Dass beide Actenstücke auf einen sehr trüben, durch den drückendsten Judenwucher gleichsam verpesteten Zustand des Volkslebens hinweisen, und am Ende hierin auch eine gewisse Berechtigung finden, unterliegt keinem Zweifel. Ebensowenig kann aber andererseits in Abrede gestellt werden, dass sie, und insbesondere der Erlass v. 1422 in seiner Schlussbestimmung, zur Charakteristik Bischof Johann's, dem die Zeitgenossen masslose Verschwendung vorwerfen, einen vielsagenden Beitrag liefern.

Ob übrigens Johann's Massregel gegen die Juden in Coburg von irgend einem Erfolge gewesen sei, ist höchst zweifelhaft. Jedenfalls zog sie eine Auflösung der israelitischen Gemeinde daselbst unmittelbar nicht nach sich, da uns im zunächst darauf gefolgten Jahre 1423 eine Urkunde Markgraf Wilhelm's des Reichen von Meissen [11]) begegnet, worin der coburger Judenschaft die Befugniss zugestanden wird, einen eigenen Todten-Acker (vor dem s. g. Judenthore) für sich anzulegen. *Gruner*'s Beschr. Thl. II S. 38.

Nach Wilhelm's Tod (1425) scheinen sich jedoch die Verhältnisse der Juden in Coburg geändert zu haben. Wenigstens deutet darauf eine Urkunde Herzog Wilhelm's des Tapferen von Sachsen, welchem in der Theilung mit Kurfürst Friedrich II. vom J. 1445 die s. g. fränkischen Ortslande oder die Stadt und Pflege Coburg zugefallen waren, unfehlbar hin. In diesem Schreiben an seinen Schösser Hanns Schütz v. 30. Jul. 1447 eröffnet nämlich diesem der Herzog, dass er dem Rathe und der Gemeinde zu Coburg „vmb merung willen Gots dinste" zugesagt und gegönnt habe, „ein gotshuse vsz der judenschule zu machen, darzu er in dann den judenkirchof mit andern zugehorungen gegeben habe." *v. Schultes* a. a. O. Nr. CV S. 115 mit Text S. 153, 54. Es musste also wohl die coburger Judenschaft als Commune bereits eine mächtige Erschütterung erlitten haben.

1433. Die herzoglichen Brüder Friedrich II. und Siegmund von Sachsen (Kur- 7
(Kurfürst Friedrich's I. des Streitbaren Söhne) gestatten dem coburger Rathe, zur Abtilgung einer erheblichen, durch Bau-Ausgaben erwachsenen Schuldenlast „das ehe bevor und biss auff diese Zeit eingenommene Ungeld noch 6 Jahr lang auffheben und solches billichen Dingen nach mindern oder mehren" zu dürfen. (R.) *Hönn* a. a. O. S. 100.

1438. Kurfürst Friedrich II. von Sach- 8
sen überlässt dem Bürgermeister, dem Rathe und der ganzen Gemeinde seiner Stadt Coburg — weil sie vier Häuser „zu satzung des newen kauffhauss" gekauft und mit ihrem eigenen Gelde [vermuthlich aber noch nicht vollständig] bezahlt hatten, und damit sie ihren Markt und ihre Gassen mit Steinen reinlich besetzen und bepflastern sollten — noch für weitere zwanzig Jahre die Einnahme des Ungeldes mit dem Rechte, es mehren und mindern zu können. Doch soll es nach Ablauf obiger Zeitfrist wieder bei dem alten Ungelde verbleiben und gegenwärtiger Concessionsbrief dem Kurfürsten oder seinen Nachkommen alsdann zurückgegeben werden. (R.) *Hönn* a. a. O. S. 102.

1453, Apr. 10. Herzog Wilhelm der 9
Tapfere von Sachsen erstreckt die im vorigen Privileg (nr. 8) der Stadt Coburg zugestandene weitere Ungelds-Einhebung zu den beiden dort angeführten Zwecken noch „vff zweintzig jare negst nach einander volgent vnd nicht lenger; . . . vnd wenn solche zwenzzig jare vnsser begnadung vmb vnd vergangen sind, so sol das vngelt wieder bey dem alten vngeld bleyben, vnd die vnsern von Coburg sollen alsdann vnss vnd vnsern erben diesen vnssern brief mit sampt vnssers bruders briefen, die sye von des vngeldts halben am ersten vber sechsz jar, vnd darnach vber zwentzig jar erworben haben, widergeben, dye auch alsdann an sich selbs vncrefftig vnd machtlos seyn sollen." *v. Schultes* a. a. O. UBuch Nr. CXII S. 116, 17.

1453, Apr. 11. Derselbe genehmiget 10
dem Rathe und der Gemeinde zu Coburg auf deren Bitte, in der Vorstadt vor dem Spitalthore, vornehmlich zum Besten der Handwerksleute, welche „zu offtmahle hindernus halber ihrer handwerck zu wartten nicht am tage vnd noch minder bei nacht, so die thore versperret werden, zum bade in die stadt kommen mögen, sich zu reinigen",

---

10) Vgl. L. *Heffner*, Die Juden in Franken (1855) S. 19—22.

11) Er hatte in Folge einer Mutschierung mit seinem Bruder Friedrich Coburg seit 1411 im alleinigen Besitze.

eine Badstube, „wo die am besten gelegen vnd füglichen seyn will, zu bauen vnd fürbas zu der vorstädter nothdurfft bade darinne zu haben, doch also, dass man, so die badstube gebauet würdet, einen bequemen zinss mit wissen vnd rathe der ambtleut darauf setzen, der dem herzog gleich halb jährlichen werde vnd die andere helffte dem rathe der stadt zu gute folgen soll", wozu sich noch der Erstere daran die Hälfte der Lehen vorbehält. *v. Schultes*, Sachs.-Cob.-Saalfeld. Landesgesch., UBuch Abthl. I Nr. XV S. 26, 27; *Ortloff* a. a. O. S. 19, 20 (Note).

11 **1453**, Apr. 12. Derselbe erlaubt dem Rathe und der Gemeinde zu Coburg, zur völligen Abzahlung ihrer grossen, durch Krieg und schwere Zeitläufte in der Tilgung gehemmten Stadtschulden auf Wein und Getreide noch zwanzig Jahre lang eine Accise zu legen, neben welcher jedoch die gewöhnliche jährliche Schossleistung fortbestehen soll —: „Darum haben wir in solche gnad vnd willen getan vnd beweyset, das sie solche auffsatzung des weins vnd korns noch auff zwantzig jare, die allernechst von dato diess briefs nach einander folgen werden, bey ine in vnser stadt haben, tun vnd gebrauchen sollen, die meren oder mindern mögen, wie sie das ye zur zeyt nach gelegenheyt der jarleufft dem gemeynen volck zu ertragen vnd vnser stadt nutzpar vnd austraglichen seyn erkennen werden; angesehen, wie man zu yzlicher zeyt weyn vnd kornn eingekeuffen mag, dass dye weyn keuffer[12]) iren weyn wieder ausschencken vnd die becken ire brod backenn, dass sye iren zimlichen gewyn vnd narung daran gehaben mogen, vnd nicht sye, sondern der gemein man, inwoner vnd gast, die weyn vnd brod pflegen zu kauffen, solche auffsatzung vnd beschwerung tragen. Vnd ob der rate mit wissen vnd vollworte der gemeynde mer auffsetze auff andern handel gemachen mögen, die dem gemeynen volck so wenig schedlichen seyn, als die obgerürte auffsetze, des sollen sye oben genante zwenzig jare aus hirmit auch gemechtigt seyn. Wir begnaden sye auch vnd verschreiben das alles, wie oben gerürt ist, gnediglich vnd genwertiglich in vnd mit krafft dies briefs, doch also, dass solich geld von den obgeschrieben auffsetzen getreulich einbracht, auch ye vber das ander jare vnverhalten ein gemeyne steuer oder geschoss auff alle die vnsern von Coburg gesatzt, eingenommen, an vnser statt schuld vnd nutz gelegt, vnd jerlichen durch ein alten rate, so der ausgeht durch antrettung eines newen rats, demselben newen rate in beywesen vnser ambtleut von allen eynemen vnd ausgaben kuntlichen vnd redlichen berechent werden soll, dadurch vnser stadt versorget, aus schulden gefürt vnd wieder in gedyen vnd gut wesen gesetzt würd. Aber diese vnser gnade, freyheit vnd vorschreibung, den vnsern von Coburg getan, soll vns vnd vnsern erben vnschedlichen vnd vnvergreiflich seyn an vnsern gerechtigkeiten, dye vnser fürstlich wesen berüren, on geverd." *Hönn* a. a. O. S. 115—17.

1453. Derselbe confirmirt der Stadt Co- 12
burg alle ihre von Kaisern, Königen und seinen Vorfahren herrührenden, beziehungsweise anerkannten Privilegien, Rechte und Gewohnheiten. (R.) *Hönn* a. a. O. S. 117.

1466, Apr. 17. Derselbe bewilliget dem 13
Rathe von Coburg — nachdem die Vorstadt vor dem Spitalthore am Palm-Abende das Unglück gehabt hatte, fast ganz ein Raub der Flammen zu werden, um der schwer betroffenen Gemeinde eine Aufhülfe zu schaffen — die Abhaltung eines zu den drei bestehenden hinzukommenden vierten Jahrmarktes, welcher an jeglichem Neujahrstage stattfinden und gleich den anderen Zoll- und Geleitsfreiheit geniessen soll. (R.) *v. Schultes*, Sachs.-Cob.-Saalfeld. Landesgesch. Abthl. I S. 16 mit UBuch S. 28, 29 Not. 1.

1466, Apr. 17. Derselbe gewährt, eben- 14
falls aus Anlass des vorerwähnten traurigen „verhengknüsses", der coburger Stadtgemeinde, „vnverbrandten vnd verbrandten", auf deren „bethliches anruffen vnd ersuchen ... diese hernach gerürte freyheit", nämlich:

„§. 1. sollen die vnvorbrandten vnd vorbranden frone vnd steuer die nechst folgenden sieben jare gefreyet vnd vbrig seyn; desgleichen die vorbranden der folg, ausgescheiden ob sich daussen in vnserm orte lands zu Francken was begäbe vnd angefochten wurd mit vberzugen, so solten sie nach jrer vermöge mit helffen das zu waren; wird aber in vnsern landen zu Thöringen vnd anders hie disseit waldes oberzüge gescheen, so solten die vnverbrandten darzu hierein folgen. Susten sollen sie vnd die vorbranden ander folge die sieben jar vs gefreyet vnd verhoben seyn vnd bleiben. §. 2. Item die vorbrandten sollen jrer erbzinsse von heussern, äckern, wiesen, weingartten vnd andern gärtten ein jar das allernechst folgende frey seyn, aber vsgehinde desselben jars sollen sie vns die erbzinss von äckern, wiesen, weingartten vnd andern gärtten wieder geben, vnd von den heussern der erbzinss noch sechs jare die nechsten darnach gefreyet vnd vortragen bleiben. §. 3. Item vmb die neuntzig gülden jarrente, die sie

12) *H.* „dass sye weyn kauffen."

jerlich vff vnser getan verweisung Hartmans von Längefeld weib reichen, wurde nun dieselbe fraw bey den sieben jaren mit todte abgeen, so solten die vnsern von Coburg von der zeit jres todts bisz furt die sieben jar vs derselben neuntzig gülden gefreyet seyn; aber dieweil sie lebet, sollen sie jr die reichen. §. 4. Item wir wollen zu jeglichen verbrandten hofstatt ein schock bauholtz geben vnd folgen lassen nach anweisung vnser amtleut. §. 5. Item wir wöllen durch vnser ambtleut mit denjenen, die da pflegen zu füren, reden lassen, von den furen einen ziemlichen lone zu nemen. §. 6. Item wir haben vnserm schosser befohlen, den verbranten ein zal getrayds vff wiedergeben zu leihen, vnd das von jne wieder zu gefallen verburgt zunehmen. §. 7. Item alsz die vnsern von Coburg gebeten haben, die freyen heusser, bey jn gelegen, mit vnser stad zu leiden lassen, zeichen wir darinn vs der viccarey heusser, die Er Christan Hugonis gehabt hat, der ebtissin von Hoffstet heusser, Heintzen Buchers hauss vndt des Satlers seligen hauss, die frey bleiben sollen; aber was darüber ander heusser vor bey jn frey gewest sind, sollen furder vff ewigkeit mit vnser stadt leiden als ander schoszbar heusser.“ *v. Schultes* a. a. O. Nr. XVIII S. 27, 28 (mit Text Abthl. I S. 16).

15 1466, Jun. 13. Herzog Wilhelm schreibt endlich der Stadt Coburg, um Competenz-Conflicten zwischen dem Rathe allda und den landesherrlichen Amtleuten, wie sie bereits vorgekommen waren, für die Zukunft vorzubeugen, eine neue **Gerichts- und Strafordnung** vor:

„Wir Wilhelm, von Gotts gnaden hertzog zu Sachszen, landgrave in Döringen vnd marggrave zu Mieszen, nachdem vns vnser lieben getreuwen burgermeister, rethe vnd gemeynde vnser stadt Coburg, wie dasz durch vnser ambtleute zu Coburg mancherley sull furgenommen werden wider jr alt herkommen, auch wiederumb vnser ambtleute, wie dieselben von Coburg sich vast sachen vnser oberkeit vnd gerichten zu nahe vber alt herkommen vndersteen, beydersied angelaufen, ersucht vnd fürbracht haben; bekennen vnd wullen kundt sein allermänniglichen, dass wir vs bewegung vnsers fürstlichen gemüts vnd als der, der[13] nicht allein geneigt ist, sein selbs herrlichkeit vnd oberkeit zu behärten, sunder auch der seinen vnd zuvoran derjenen, die allezeit in steter getreuwelicher vbunge vfrichtig funden sind, bey jren gehabten vnd loblich herbrachten freiheiten, gerechtigkeiten vnd herkommen zu behalten vnd handhaben, gnediglich in den handel geseen, gedeyen vnd gut wesen der gemelten vnser stadt, auch gemeinen nutz betracht, vnd in eigner person her gein Coburg gefugt, vnd nach ferner verhörung der ding gnugsam erkundt, mit vollwort der vnsern von Coburg diese erklerung getan, ordnung vnd sazzung gemacht haben, erkleren, ordnen vnd sezzen furder auf ewigkeit vnverruckt zu halten geinwertiglichen mit diesem brieve, inmassen hernach geschrieben stet:

§. 1. Zu erst als vnser voyt von Coburg mit den genanten rethen irrig gewest ist des punctes halben, das ein jeglicher, der vor stadt gericht zu tunde gehabt, vs der banck einen fürsprechen vnd etliche der schöpffen in sein gespreche genommen, damit offt die banck bloss gestanden hat, tun wir erklerung, sezen vnd ordnen auch, das hinfurt alle vnser burger zu Coburg, die vor vnserm stadt gericht zu handeln haben, jeglicher für sich einen fürsprechen vnd zwene zum gespreche vs der banck nemen sol vnd nicht mer; dieselben sollen wieder in die vrteil geen, als offt das nod geschicht. Gewinnet aber jemandt vswertigs, der nicht burger zu Coburg[14]), vor dem stadtgerichte zu tunde, so mag der vswertig cleger einen fremden fürsprechen mit sich brengen, oder, ob er des nicht hette, dann einen fürsprechen vs der banck nemen; desgleichen auch der antwortter; aber in jr gespreche sullen sie beede keynen vs der banck ziehen. Wil aber der gast zwene vs der banck zu seim gespreche haben, der sol man jm gönnen, vnd als dan seinem widerteil, dem burger, auch zwen vs der banck, ob er wil, in sein gespreche nemen lassen. §. 2. Item vff das auch vil vfflaufen, misshendel vnd zwytracht zwischen[15]) vnsern burgern vnd innwonern zu Coburg, die geringer straff halben dester leichtfertiger darzu seyn möchten, hinfort verwart vnd gemieden mögen werden, so ordenen vnd sezen wir, welcher den andern mit schlechten[16]) scheltwortten vbergibt, sol vns zu busz sechtzig pfennig vnd dem cleger auch als vil geben. §. 3. Item, welcher den andern schiltet oder[17]) an sein ere redet, vnd doch kein beweissunge darinn belautet wird, sol vns mit der obgeschrieben busz zwyfach vnd desgleichen dem cleger verbüszt werden. §. 4. Item, scheltwort,

13) So *O.*; bei *Sch.* fehlt das zweite „der.“

14) *O.* „der nicht b. z. C. ist, als cleger mit einem burger zu Coburg.“

15) *O.* „zu entstehen“.

16) Fehlt bei *O.*

17) *O.* „vnd“.

die ere berüren vnd beweissunge dargesezet wird, sol vns mit zehn pfunden vnd dem cleger mit halp als vil werden verbüszt. §. 5. Item, welcher ein fried, der von vnser vnd der stadt wegen geboten wird, vorbrichet, der sol vns zehen pfund, vnser stadt auch so viel, vnd dem cleger fünf pfund [18]) zu busze geben, vnd pliebe die tat, domit der fried gebrochen wird, noch in jrem werte [19]). §. 6. Item, wer die geleit, so vnser stadt Coburg zu jren jarmerkten vnd andern zeiten von vnsern eldern seligen vnd vns gegeben seint worden, vberfüret mit wortten oder wercken, es seyn ein burger gein eyn vswertigen oder ein vswertiger gein eyn burger oder innwoner oder zween vswertige gein einander [20]), sol verbüszet werden vns mit zehen pfunden, dem cleger fünff pfunden, ydem schepffen fünf pfunden, vnd darzu vns von jedem schöpffen zwir als vil, vnd die tat, so hand angeleget würde, in [21]) jrem werte steen; doch mit solchem vnderscheid, ob sichs begebe, das zu jarmerkten in gedrenge kremeren, schustern oder andern, die feilen kauff pflegen zu haben, etlich kleine ding, als ein par schuw, cremerie oder anders desgleichen durch vnredeliche [22]) frauwen freiheiten oder andern gezuckt [23]), vnd die kremer, schuster oder ander, die feile kouff hetten, des innen würden, das ire wieder nemen vnd den oder dieselben teter mit feusten slugen: das solt für keinen geleits bruch [24]) angezogen werden. §. 7. Item, wer den andern mit slegen vbergibt, vnd nit [25]) vlissende wunden erschinen, sol vns mit drithalben pfund vnd dem cleger ein pfund verbuszt werden. §. 8. Item, wer dem andern vlissende wunden slegt, das nicht ferch wunden [26]) sein, sol er vns verbuszen mit drithalben pfunden vnd dem cleger von jeder wunden eyn pfund vnd dem artzt lon. §. 9. Item, ein jegliche lemde sol vns verbuszt werden mit zehen pfunden, dem cleger auch als vil mit sambt dem artzt lon. §. 10. Item ferch wunden sol man vorbüszen inmassen als die lembde [27]). §. 11. Item, ob jemands etlich finger oder ein hand oder ein fusz gar abehauwen würden, wie manch glied damit hinginge, solt der teter vns zu busze für jeglich glied zehen pfund geben, vnd dem gelezten auch als vil zusambt dem artzt lon. §. 12. Item, ob jemand geworffen wirt, der wurff treff oder fele [28]), sol man vns mit zehen pfunden vnd dem cleger ouch so vil verbuszen. §. 13. Item, wer vor gerichte in gesprochen vrteil redet oder hinder dem gericht on laube redet, das sol man vns mit zehen pfunden [29]) vorbüszen; wird aber frevelich in die vrteil geredet, sol vns mit zehen pfunden, jeglichem schepffen mit fünff pfunden, vnd als manch schepff als manch weit vns mit zehen pfunden verbüszt werden. §. 14. Item, wer dem andern bey nacht in sein haus steigt vnd darüber betretten wird, damit sol man sich zum gericht halten. §. 15. Item, nachdem biszhere zu gezeiten vmb gescheener verhandlunge willen zu etlichen vnsern burgern zu Coburg gegriffen ist, sezen vnd ordnen wir, ob sich begibt, das sich zwen oder mer vnser gesessen burger zu Coburg mit slachen oder anders frevelich verhandelten, die zu der busz besezen seyn oder die verburgen kennen vnd wellen, desz sollen sich vnser ambtleute von jnen benugen laszen, es were dann, das die verhandelung halsz, hand oder ferch wunden berürte, vnd nicht burglich [30]) were. Darumb solten die teter zu recht angenommen vnd ingesezet werden. Verhandelten sich aber ledige handwercksgesellen oder ander, das nicht halsz, hand vnd ferch wunden berürte, vnd zu jrer busz nicht besezen weren, der auch zu geben oder dem rechten vorzustehen nicht verburgen konten oder wolten, die solt man dafür insezen bisz vff vorburgnus oder notdürfftigen vertragk der verhandlunge, wie oben gemelt ist. §. 16. Item, ab hinfurt vff getane verhandlung ymandt, den man richten wolt, ingesazt wurde, dobey solten zu vnser ambtleut erfordern die rate zwene irs rats schicken [31]), so man jn deshalb verhören wolt. §. 17. Item, alsz vnser amtleute mit dem rate irrig gewesen

18) Die Worte „vnser stadt auch . . . fünf pfund" fehlen bei *Sch.*

19) *O.* „nach iren werte".

20) Diese Stelle hat *O.*, indem er stets für „gein eyn". — gemeinen, gemein liest, gänzlich verunstaltet.

21) *O.* „zu".

22) *O.* „vnendeliche". *Sch.* vermochte das Wort in seiner Hdschr. nicht zu lesen.

23) So *Sch.*; „freiheit oder ander gezück" *O.* Vielleicht darf die Stelle in: „frevelich würde abhanden gerückt" verbessert werden.

24) *O.* „das solch fürkommen soll für geleitsbruch etc."

25) *O.* „mit".

26) *O.* „frech wunden". Ueber Ferch- d. i. Fleischwunden s. *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 233.

27) *O.* fügt noch die offenbar aus dem §. 11 irrthümlich hinübergezogenen Worte: „finger, hand vnd fuss abhaue" hinzu

28) *O.* „falle".

29) *O.* „vnd dem (l. den) schöpfen auch mit zehn pfund."

30) Verbürgbar, eine Bürgschaft zulassend.

31) Unrichtig hat *O.* „dabei solten zwey vnser amtleuthe erfordern der räte zwene jres rates schicken."

seyn vnser stadtknecht halben, dasz die, so des not were, gefangen befragen solten, sezen vnd ordnen wir, dasz die rete vnser stadt Coburg sich darnach richten sollen vnd allweg einen knecht haben sollen, der vff solch befragen warte, das vsrichte, vns vnd vnser stadt darzu eydhaftig sey, also, das sunst vnser stadknecht vnser vnd vnser ambtleut zu vnsern gerichten vnd gerechtigkeiten gehorsamlich auch gewartten sollen, alsz sich gebüret. §. 18. Item, wer dem andern fürsezlich wegelagt[31]), vnd des mit warheit vberkomen wirt, der sol vns mit zehen pfunden vnd dem cleger auch mit zehen pfunden verbüszen. Des alles zu vrkund vnd ewiger haltung haben wir vnser gross majestät innsiegel für vns, vnser erben vnd nachkommen wissentlich an diesen brieff tun henken. Geben zu Coburg vff freitag Antony Confessoris anno domini millesimo quadringentesimo sexagesimo sexto."

Abgedruckt, aber sehr incorrect, bei *Ortloff* a. a. O. Anh. S. 46—49, besser bei *v. Schultes* a. a. O. UBuch Abthl. I Nr. XIX S. 29—32. Vgl. *Hönn* a. a. O. S. 123.

16 **1482.** Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht von Sachsen, Brüder, bestätigen der Stadt Coburg ihre Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten. (R.) *Hönn* a. a. O. Buch I Cap. XXVI S. 169.

17 **1487.** Desgleichen Kurfürst Friedrich III. der Weise und dessen Bruder Herzog Johann von Sachsen. (R.) *Hönn* a. a. O.

18 **1490.** Dieselben erlassen ferner die Verfügung, dass wer in Coburg, ohne Bürger daselbst zu sein, ein städtisches Gewerbe betreibe, entweder binnen vier Jahren das Bürgerrecht erwerben, oder sich alles Handwerkes und insbesondere auch des Ausschenkens selbstgezogener Weine enthalten solle. (R.) *v. Schultes* a. a. O. Text, Abthl. I S. 24.

19 **1491**, Nov. 21. Dieselben bestimmen endlich aus Anlass gewisser im vorhergegangenen Jahre aufgetaucht gewesener, aber vorläufig durch einen Vergleich beigelegter Zwistigkeiten zwischen Rath und Gemeinde zu Coburg[32]), „dass zu besserer Verwaltung des Stadtvermögens aus der Bürgerschaft zwölf verständige und begüterte Männer, und zwar acht aus den Handwerken und vier aus der Gemeinde, gewählet und ihnen die Theilnahme am Stadtregiment mit übertragen, aber auch darauf gesehen werden sollte, dass keine nahen Verwandten im Rathe bei einander sitzen." (R.) *v. Schultes* a. a. O.

1499, März 1. Kurfürst Friedrich III. 20
verordnet, und zwar a) in Ansehung der Appellationen, um vornehmlich der Kostspieligkeit derselben in Folge der „Erholung des Rechten von ausswertigen Enden" entgegenzuwirken, „dass nun hinfür, wo sich Appellation von Burgern vnd Innwohnern zu Coburg begeben vnd fürgenommen werden, dass die zu Rechtvertigung von vnserm ytzigen vnd einem jeden zukünftigen Pfleger sollen angenommen, vnd Inhibition vnd was sich gepürt gegeben werden, vnd zu Rechtvertigung derselben Appellation Sachen soll der Pfleger den Parthen vfs fürderlichst fürbescheiden, vnd etliche verständige von vnsern Erber mannen[33]) vnd andern nach Gelegenheit vnd Gestalt der Sachen zu vnd neben sich nemen vnd setzen, vnd mit sambt denselben die Sachen notdürftiglich verhören, vnd nach genugsamer Verhörung erstlich guten Fleiss gebrauchen, die Parthen gütlich zu entrichten; wann aber die Gütlichkeit je nicht fürgang nehmen wollt, sie rechtlich entscheiden; vnd ob der Pfleger vnd Beysitzenden des Rechten darinnen nicht gnuglich kündig vnd verständig wären, alsdann sollen sie sich des bey vns vnd vnsern Räthen an vnserm wesendlichen Hoffe vnd nyrgend anders erlernen vnd erholen, dasselbig darnach den Parthen eröffnen, vnd darinn gescheen lassen, wie sich das nach Rechts Ordnung zu thun gebürt." b) In Ansehung des in der Stadt Coburg vorgefundenen alten Herkommens, „so in Aufrichtung Testament oder letzten Willen von Burgern oder Burgerynne bey ine, die von männiglichen gesundert vnd getheilt, auch nicht lebendig Leibserben haben, gehalten vnd gebraucht wirdt . . . . . . wo also bey ine von jren Burgern vnd Burgerynn Testament oder letzte Willen auffgericht, gemacht vnd verordent worden von dem, das sie zu testiren recht hetten, dass dieselben Testament vndt letzten Willen kräftig vnd mechtig lauts jrer herbrachten Gewohnheit sein sollen; würden aber die von yemand zuwiderfechten fürgenommen, solle von vnserm Pfleger, wie oberürt, gerechtvertigt vnd ausgetragen werden, vnd diese vnser Verordnung solle bis auf vnser Wiederruffen Bestand haben." Endlich c) in Ansehung der einem zu Co-

31) *O.* liest irrthümlich: „verklaget."

32) Ueber diese hauptsächlich durch die Ueberbürdung der Bürgerschaft mit Beede und Schoss, sowie die eigenmächtigen Geldaufnahmen auf Leibrenten und Erbzinse von Seiten des Rathes verursachten, einstweilen durch eine Deputation kurfürstlicher Räthe in Güte beigelegten Streitigkeiten s. *Hönn* a. a. O. II, 28.

33) Vom Adel. Vgl. *Hönn* a. a. O. II, 128.

burg mit geistlichem Lehen bekleideten, aber nach Weimar berufenen Cleriker vom Rathe bewilligten „absentz", dass hieraus dem Letzteren in Bezug auf andere von ihm belehnte Priester keinerlei nachtheilige Folgen erwachsen sollen. *v. Schultes* a. a. O. UBuch Nr. XXIII S. 37, 38.

21 **1499**. Kurfürst Friedrich III. begnadet den Rath der Stadt Coburg mit einer neuerlichen Verlängerung der „ehebevor ertheilten Freyheit wegen Einnahme und Gebrauch des Ungeldes noch auff 20 Jahr." (R.) *Hönn* a. a. O. Buch II S. 129.

CC. Cocheim.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1 **1363**, März 13. Erzbischof Cuno von Trier bewilliget der Stadt Cocheim die Erhebung eines Ungelds:

„Wir Cune von gots gnaden ertzbuschoff zu Trier tun kunt allen luden, daz wir in vnser statt zu Cochme eyn vngelt gelaicht ind gemaicht han, ind daselve vngelt hain wir derselven vnser statt halb von besundern vnsern gnaden zu buwunge ind zu anderm vrber derselven vnser stette gelaissen, ind daselb halb teil vngelts sullen sie mit willen vnser, vnser nakomen oder vnsers amptmannes, der ytzunt da ist ind herna zu zyten wirdet, bekeren ind bestaden an den buwe ind an ander der vurgenant vnser stette vrber. Des zu vrkunde hain wir vnser ingesigel an diesen brieff tun hencken, der gegeven ist zu Erembreitstein, da man zalt na Christi geburt drutzehenhundert jaire, darna in dem LXIII jaire des nehestin mitwochis an dem sondag so man singt in der vasten Judica." *Günther*, Cod. dipl. Rheno-Mosell. Thl. III Nr. 497 S. 710, 11.

Das uralte „castrum" Cocheim[1]) war durch die Königin Richenza von Polen im J. 1051[2]) an die rheinische Pfalzgrafschaft gekommen, nach dem Ableben des Pfalzgrafen Wilhelm († 1142) aber, welcher den höchst bedeutsamen cocheimer Schiffszoll („navale theloneum") zuerst 1130 dem St. Eucharsstifte zu Trier[3]) und wenige Jahre später (1136) der Abtei Springirsbach[4]) geschenkt hatte, dem Reiche zugefallen. Durch Urk. v. 22. Juli 1294[5]) gab nun König Adolph I. die Schlösser Cocheim und Clotten für eine Schuld von 6563 Mark dem Erzbischofe Boemund von Trier zu Pfand, und der allmälig zur Stadt sich entwickelnde Burg- und Zollort Cocheim verblieb von da an in trierischem Besitze, und ward ebenfalls gleich den anderen Städten des Hochstifts, insbesondere Coblenz [s. oben S. 505] in dem bekannten Privileg Kaiser Ludwig's IV. v. 1332 mit der Stadt Frankfurt Rechten, Ehren und guten Gewohnheiten begnadiget. Vgl. *Schannat-Bärsch*, Eiflia illustr. Bd. III Abthl. I[b] S. 225—40; *Günther* a. a. O. Bd. II S. 487 Note 2; *v. Stramberg* in Ersch und Gruber's Encyklopädie Sect. I Thl. XVII S. 151—53.

1415, Nov. 21. Erzbischof Wernher von Trier verfügt zu Gunsten seiner Stadt Cocheim, dass daselbst nur solcher Wein ausgeschenkt werden dürfe, welchen die Bürger selbst gebaut haben. (R.) *Görz*, Regesten der EB. von Trier S. 141. 2

1422, Mai 27. Erzbischof Otto von Trier befreit „burgermeistere, scheffene vnd gantze gemeynde der stat zu Cochme", welche sehr hart von der „pestilencie vnd sterben" heimgesucht worden, „von allen schetzungen vnd sturen" von liegenden Gütern für die nächsten zehn Jahre, „doch mit vorworten, daz sie yne, synen nakomen vnd stiffte mit gebode, dinsten, volgen, zinsen jarerenten, beden vnd gehoirsamkeide vndertenich sin vnd verbleiben, als sie dan bisher gewest sint, sunder alle widderrede." Uebrigens sollen auch diejenigen, welche erst im Laufe jenes Decenniums zu Bürgern in Cocheim aufgenommen werden, dieser Gnade und Freiheit theilhaftig sein. Schliesslich findet sich noch eine Bestimmung über die Erhebung und Verrechnung der in der Stadt „nutz, besserunge, buwe vnd vrbar" zu kehrenden „zyse" angehängt. *ab Hontheim*, Hist. Trevir. dipl. Tom. II p. 373 (ohne Datirung); *Günther* a. a. O. Thl. IV Nr. 107 S. 245—47. Vgl. dazu *Schannat-Bärsch* a. a. O. S. 228, 29. 3

1454, Jan. 21. Erzbischof Jacob I. von Trier gestattet den Bürgern von Cocheim die Abhaltung eines Wochenmarkts an jedem Dienstage mit den herkömmlichen Marktfreiheiten. (R.) *Görz* a. a. O. S. 200. 4

Diese Wochenmarkts-Freiheiten der Stadt Cocheim empfing dann durch Privileg Erzbischof Johann's II. v. 25. Juni 1460 der kurtrierische Burgflecken Treis an der Mosel[6]). *Görz* a. a. O. S. 211.

---

1) Der Name „Cuchuma, Chuchomo, Kuchema, Cocheme etc." wird von „goch, gog, coc, cuch", d. i., Ort, Wohnstätte, Ansiedlung abgeleitet. *J. Schneider*, N. Beitr. z. alten Gesch. u. Geogr. der Rheinlande I, 116 Note 10.

2) *Beyer's* Mittelrhein. UBuch Bd. I Nr. 335 S. 390 Z. 33, 34.

3) *Beyer* a. a. O. Nr. 469 S. 528, 29.

4) *Beyer* a. a. O. Nr. 490 S. 546.

5) *ab Hontheim*, Hist. Trevir. dipl. I, 828; *Günther* a. a. O. II, 501.

6) Im XIV. Jhdt. scheint Treis („Tris-villa,

5 **1470**, März 10. Erzbischof Johann II. von Trier wiederholt in zwei getrennten Rechtsbriefen die Privilegien Cocheim's v. 1415 (nr. 2) und 1454 (nr. 4) über Weinschank und Wochenmarkts-Gerechtigkeit. (R.) *Görz* a. a. O. S. 232.

CCI. Cölleda.

(Preussen, Pr. Sachsen.)

Fr. H. *Grüning*, Neue vervollständigte Chronik der Stadt Cölleda, o. DO. 1835. 4° *).

1 **1392**. Friedrich, Graf und Herr zu Beichlingen, verleiht seinem Orte Cölleda städtische Gerechtsame. (R.) *Grüning* a. a. O. S. 12, 13, 70.

Cölleda **), als „villa Collide" im Englingaue bereits 802 urkundlich erwähnt, befand sich im XIII. Jhdt. im Besitze eines gleichnamigen edlen Geschlechts, dessen Wohnort das benachbarte, nachmals verwüstete Wallendorf gewesen sein soll, muss aber schon vor dem J. 1300 von den Herrn von Cölleda an die Grafen von Beichlingen übertragen worden sein, denen das Dorf seine Erhebung zur Stadt verdankt. Uebrigens treffen wir neben den genannten Grafen auch noch das St. Benedicts-Nonnenkloster zu Cölleda und die Abtei Hirschfeld im Genusse erheblicher Gerechtigkeiten in der Stadt an. Ersterem entrichteten nämlich die Bewohner sowohl Getreidezinse als auch Rauchhühner von den Heerdstätten; den hirschfelder Aebten aber, welche seit dem beginnenden IX. Jhdt. das jus patronatus über die vermuthlich später eingegangene Peters- und Paulskirche in Cölleda ausübten, stand das Schultheissenamt daselbst, und zwar bis 1528 zu, in welchem Jahre es durch Kauf an Hans von Werthern gelangte. Endlich bemerkenswerth für die Sittengeschichte des Mittelalters sind noch die „gefryeten" d. h. geschossfrei erklärten „Sedelhöfe" Cölleda's, in welchen sich die „vier Selenbade" befanden. Vgl. *Grüning* a. a. O. S. 2, 12, 15, 66, 69.

2 **1490**, Juni 1. Die gräflichen Brüder Adam, Kaspar und Friedrich, Herrn zu Beichlingen treten an den Rath der Stadt Cölleda das ihnen bis dahin gehörig gewesene Kaufhaus sammt dem Gange, neben dem Rathhause auf der Stadt Schenkkeller gelegen, und eine Schaftrift mit einer 850 Stück zählenden Heerde ab, und erhalten dafür von dem Stadtrathe Befreiung ihrer Ländereien und Höfe vom Geschosse und ein Wiesenstück neben dem Teiche, die „neue Sorge" genannt, an dem Scheidegraben gegen Frohndorf zu gelegen. (R.) *Grüning* a. a. O. S. 72.

1490, Jun. 4. Die eben erwähnten Grafen und Herrn zu Beichlingen confirmiren die Statute der Stadt Cölleda, und erlauben insbesondere den Fuhrleuten, auch ausser den Markttagen in der Woche hölzerne Gefässe feil zu haben. (R.) *Grüning* a. a. O. 3

Cöln. CCII.

(Preussen, Rheinprovinz.)

I. Sammlungen von Urkunden und anderen Rechtsquellen: a) *Apologia Des Ertz Stiffts Cöllen* Sambt Beygefügten mit Num. 1 biss ad Num. 134 signirten beweisstücken Wider Bürgermeistern vnd Rahts dessen Haupt Statt Cölln Auf das Churfürstlich Manifest abgangenen Vermeinten gegenbericht. Bonn (1657) fol. — b) *Securis* ad radicem posita, Oder Gründtlicher Bericht loco Libelli, Worin der Stadt Cöllen am Rhein Ursprung und Erbawung klär- und umbständlich vorgestellet, auch ferner angewiesen ist, wasmassen dieselbe . . . . von denen Ertzbischoffen viele hundert Jahren ruhig beherrschet, in denen letzteren Zeiten aber für eine ungemittelte freye Reichs-Statt gantz irrig geachtet worden, und nunmehr dem Cöllnischen Ertzbischthumb, als dessen Haupt-Stadt, wiederumb beyzufügen [mit 175 Beilagen, verfasst vom Hofrathe Pet. Alex. *Bossart*], Bonn 1687, 1729. fol. — c) *Quellen* zur Geschichte der Stadt Köln. Herausgeg. von Lhd. *Ennen* und Gttfr. *Eckertz*, Bd. I, II (bis 1269), Köln 1860—63. 8° *).

Aus den unter a, b aufgeführten Werken, „zwei ungeniessbaren Deductionen zu Gunsten der vermeintlichen Landeshoheit des Erzstifts über die Stadt mit einer Anzahl beigedruckter Urkunden, welche zum Theil sogar absichtlich entstellt sind" [*Arnold*, Freistädte Bd. I Vorr. S. XIX], kehren die meisten Documente in *Lünig*'s RArchiv Thl. XIII

---

castrum") einen vorübergehenden Aufschwung zu städtischer Verfassung genommen zu haben, da es ebenfalls von dem oben erwähnten Ludwig'schen Bewidmungs-Priv. v. 1332 berührt wurde.

*) Eine frühere „Chronik der Stadt Cölleda" von M. Sal. Gttl. *Unger* war 1796 erschienen.

**) Der Name wird von *Unger* auf „cucullum" (Kapuze, Kutte für Kloster), von *Grüning* auf „coel, koll, goll" d. i. See, endlich von *Mone*, Celt. Forschungen S. 58 auf „colli, coil, coille" d. i. Wald zurückgeführt. Der von älteren Schriftstellern der Stadt beigelegte Name „Cölln an der Unstruth" ist historisch unbeglaubigt.

*) Vgl. Lit. Centralblatt f. 1861 Sp. 319 flg.; f. 1863 Sp. 1060 flg.

S. 341 flg. 1478 flg. Thl. XVI S. 321 flg. 916 flg. und in kleinerer Auswahl in *Moser*'s Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 272 flg. wieder. In diplomatisch genauen (meist den Originalien des Stadtarchivs entnommenen) oder wenigstens kritisch gesäuberten Texten treffen wir die cölner Haupturkunden zuerst in *Lacomblet*'s niederrheinischem Urkundenbuche an. Ueber die zahlreichen handschriftlichen Collectaneen stadtcölnischer Rechtsbriefe und anderer Actenstücke, besonders die „Farragines" der Gebrüder *Johann* und *Egid Gelenius*, welche in XXVIII (ursprünglich XXX) Folianten eine der reichsten Fundgruben für die Geschichte Cöln's bilden und nicht selten für die verloren gegangenen Urschriften den einzig möglichen Ersatz gewähren, s. *Lacomblet*'s Vorbericht vor Bd. I S. II—IV, X und *Quellen* Bd. I Vorber. S. XX—XXXII.

II. Geschichtsquellen. Von diesen kommen hier vorzüglich zwei Werke in Betracht:

a) Des Stadtschreibers [und Clerikers] *Meisters Godefrit Hagene* s. g. *cölnische Reimchronik*, eigentlich „Dyt is dat Boich van der Stede coelne" überschrieben, im XIII. Jhdt. wohl kaum vor 1280 verfasst, und von V. 688 an, bis wohin Sage und Legende überwiegen, vornehmlich die Kämpfe der Bürgerschaft mit den Erzbischöfen Konrad I. und Engelbert II., von einer gewissen Parteinahme für die Geschlechter abgesehen, mit „treuherziger Wahrheit" darstellend. Beste Ausg. von Everh. *v. Groote*, Cöln 1834. 8°. Ausserdem auch in J. W. *Brewer*'s Vaterländ. Chronik der Rhein-Provinzen Jahrg. 1825 S. 531, 591, 651 flg. Jahrg. 1826 S. 1, 61, 181, 241, 301, 361, 419, 479, 539, 659 flg. und bes. Cöln 1847. 8°. gedruckt. Vgl. *Arnold* a. a. O. S. XIX, XX; H. *Kurz*, Gesch. der dtsch. Lit. Bd. I (1857) S. 455 flg.

b) Die *Cronica van der hilliger Stat van Coellen* . . . hait gedruckt mit groissen ernst ind vlijss *Johan koelhoff* Burger in Coellen ind vollendet vp sent Bartholomeus auent des hilligen Apostels Anno [1499], fol. Von einer neuen Ausg. mit moderner Version neben dem Urtexte sind leider! nur die 14 ersten Halbbogen [Cöln 1818. 4°] erschienen. Die interessantesten Abschnitte des Buches hat „in einer treuen Uebertragung in die hochdeutsche Sprache" L. *Ettmüller* u. d. T. edirt: Pfaffentrug und Bürgerzwist oder die Kölner Erzbischöfe Konrad von Hochstetten und Engelbert von Falkenburg. Nach der Cronica der hilliger stat van Cöllen von 1499 bearbeitet und herausgegeben, Zürich u. Winterthur 1842. 8°. — Die s. g. Kölhof'sche Chronik, als deren Autor bald der Dominicaner *Hamelmann*, bald der Schulmeister Johannes *Stump* bezeichnet wird, beruht in ihren allein hierher gehörigen stadtgeschichtlichen Partien unzweifelhaft auf einheimischen Aufzeichnungen, von denen sich namentlich Godert Hagen's Reimchronik und Heinrich van Beeck's Agrippina oder s. g. Rathhaus-Chronik als vielfach benützt nachweisen lassen. Ersterer insbesondere schliesst sich der Verfasser bezüglich der Ereignisse in der zweiten Hälfte des XIII. Jhdts. fast pedantisch an (s. *v. Groote*'s Vorrede zu s. Ausg. S. XI), wie sich denn sogar ein grösseres Bruchstück daraus (Bl. ccxxxiij flg.) wörtlich eingerückt findet. Vom XIV. Jhdt. an dagegen scheint der Chronist zum Theile unmittelbar aus archivalischen Materialien, vornehmlich Urkunden, geschöpft zu haben, so dass sich in diesen Abschnitten das Werk zu einer selbständigen Grundlage der cölnischen Geschichte erhebt. Die darin sich kundgebende Freimüthigkeit rief übrigens auch gegen das Buch jene missgünstige Stimmung hervor, welche, in einen förmlichen Verfolgungsprocess von Seite des Raths, des Stadtclerus und selbst der Curie ausartend, dem Autor und Drucker Exil und Geldbusse, der Chronik aber Unterdrückung und Scheiterhaufen brachte. Endlich angehend die in letzterer begegnenden publizistischen Excurse, z. B. über die Einsetzung der sieben Kurfürsten, über die Reichsstädte und deren Privilegien und insbesondere „van vryheit der hilliger Stat Coellen in dem lycham off corpus des hilligen Roemschen Rychs" [s. Bl. cxxxvij—cxlix]: so bewegt sich hier der Verfasser ganz in den gleichsam stereotyp gewordenen, theilweise monströsen Anschauungen seiner Zeitgenossen, ohne auch nur einmal den Versuch selbständiger Forschung, wozu doch gerade Cöln einen überreichen Stoff geboten hätte, zu wagen. Im Ganzen dürfte sich hienach die Koelhof'sche Chronik — jedenfalls zu den bemerkenswerthesten Erscheinungen der historischen Literatur des XV. Jhdts. zählend — in Ansehung ihres inneren Werthes am Treffendsten mit den Worten W. *Wackernagel*'s [Gesch. der Dtsch. Litt. S. 347] charakterisiren lassen: „sie ist ein eigenthümliches Gemisch kritiklosen Aberglaubens und schon der gelehrten Kritik." Vgl. *Arnold* a. a. O. S. XX; *Kurz* a. a. O. S. 776 fl.; *Quellen* a. a. O. S. IX flg. XXVII flg.

III. Darstellungen der politischen [wohl auch Cultur- und Kirchen-] Geschichte der Stadt Cöln.

a) Von den älteren — meist b. J. *Hartzheim*, Bibliotheca Coloniensis, Col. 1747. fol. verzeichneten — Schriften genügt es, hier blos Steph. *Broelmanni* Epideigma s. specimen historiae veteris omnis et purae Civita-

tis Ubiorum et eorum ad Rhenum Agrippinensis oppidi, quod est Colonia Claudia Agrippinensis, Col. 1608. fol., und *Aegid. Gelenii* **) De admiranda, sacra, et civili magnitudine Coloniae Claudiae Agrippinensis Augustae Ubiorum urbis libr. IV., Colon. 1645. 4⁰ [wovon übrigens nur die von der Stadt-Entstehungs- und Geschlechter-Geschichte handelnden Libr. I, II p. 1—218 hierher gehören] namhaft zu machen.

b) Von den neueren und neuesten Bearbeitungen dagegen mögen hervorgehoben werden: (G. *Jacob*,) Köln und Bonn mit ihren Umgebungen, Köln 1828. 12⁰. J. P. *Mathieux*, Geschichte der Stadt Köln, das. 1845. kl. 8⁰. Chr. *v. Stramberg*, Antiquarius der Stadt Cöln, darstellend die wichtigsten und angenehmsten geographischen, historischen und politischen Merkwürdigkeiten der rheinischen Metropole von ihrem Ursprunge an bis zu den heutigen Zeiten, Bd. I Coblenz 1861, 62. 8⁰. L. *Ennen*, Geschichte der Stadt Köln, meist aus den Quellen des kölner Stadt-Archivs, Bd. 1, 2, Köln und Neuss 1863—65. 8⁰. ***)

F. *Wallraf*, Beiträge zur Geschichte der Stadt Köln und ihrer Umgebungen, Köln 1818. 8⁰. *Z. B.* [*Zum Bach*], Fragmente aus der Geschichte der Stadt Köln, das. 1825. 8⁰. F. E. *v. Mering* und L. *Reischert*, Zur Geschichte der Stadt Köln am Rhein, IV Bände, das. 1838—40. 8⁰. J. M. *Heberle*, Beiträge zur Geschichte der Stadt Köln, aus Hdschr. u. Urkk. gesammelt, eine Neujahrsgabe, Köln 1840. 8⁰. A. *Fahne*, Forschungen auf dem Gebiete der Rheinischen und Westphälischen Geschichte, Bd. I Heft 1 („der Cölner Dom und seine Umgebungen") u. 2 („die Cölner Gewandzunft"), Cöln 1854. 8⁰.

Das Meiste und Bedeutendste für die Stadtgeschichte enthalten übrigens die zahlreichen Monographien über Leben und Wirksamkeit einzelner Erzbischöfe und sonstiger Celebritäten von Cöln, so namentlich: *Aeg. Gelenii* Vindex libertatis ecclesiasticae et martyr S. Engelbertus, Colon. 1633. 4⁰. *Buenemann*, De S. Sigevino Coloniens. XLVI. archiepiscopo, ex medii aevi aliisque monumentis, Hannov. 1750. 4⁰. G. E. *Hamm*, Conradus ab Hosteden comes, Coloniensium archiepiscopus, Colon. 1771. 8⁰. *Ejusd.* Engelbertus comes a Falckenburg, Coloniensis et Ubio-Agrippinensis, archiepiscopus, Colon. 1771. 8⁰. Jac. *Burckhardt*, Conrad von Hochstaden, Erzbischof von Kölln, Bonn 1843. 8⁰. H. *v. Sybel* „Erzbischof Konrad von Hochstaden und die Bürgerschaft von Köln" in L. Lersch's Niederrhein. Jahrbuch f. Gesch. u. Kunst (Bonn 1843. 8⁰) S. 321—59. J. *Ficker*, Reinald van Dassel, Reichskanzler und Erzbischof von Köln, nach den Quellen dargestellt, Köln 1850. 8⁰. *Dess.* Engelbert der Heilige, Erzbischof von Köln und Reichsverweser, mit Urkk. und Beilagen, Köln 1853. 8⁰. O. *Abel* „die politische Bedeutung Köln's am Ende des zwölften Jhdts." [unter Philipp von Heinsberg] in der haller allgem. Monatsschrift f. Wiss. u. Lit. Jahrg. 1852 S. 443—65. A. *Müller*, Anno II. der Heilige, Erzbischof von Köln und dreimaliger Reichsverweser von Deutschland, Leipz. 1858. 8⁰. A. *Kaufmann*, Cäsarius von Heisterbach, 2. Aufl. Köln 1862. 8⁰., S. 26—77. Vgl. auch *v. Mering* u. *Reischert*, Die Bischöfe und Erzbischöfe von Köln nach ihrer Reihenfolge, II Bände, Köln 1842—44. 8⁰.

IV. Abhandlungen, welche die Verfassungs- und Rechtsgeschichte Cöln's betreffen: F. F. *Hausieren*, De civitatis Coloniensis origine, juribus et praerogativis, Colon. 1721. fol. G. E. *Hamm*, Respublica Ubio-Agrippinensis, Colon. 1747. 12⁰. *Ejusd.* Burggraviatus Ubio-Agrippinensis, Colon. 1750. 8⁰. *Ejusd.* Scabinatus Ubio-Agrippinensis, Colon. 1751. 8⁰. *Ejusd.* Advocatia Ubio-Agrippinensis, Colon. 1771. 8⁰. *Ejusd.* Stapula Ubio-Aprippinensis, Colon. 1774. 8⁰. — *Matheis Clasen*, Das edele Cöllen oder Beyträge zu einer Abhandlung von rittermässigen Cöllnern. Nebst Verzeichniss deren Herzogen, Grafen und auswärtigen Rittern, welche in Cöllen Bürgere gewesen und Bürgerlehen empfangen haben (V Stücke), Cöllen 1769. 8⁰. *Ders.*, „Hist.-diplomat. Beschreibung des Niederichs in Köln", in den Materialien zur geist- und weltlichen Statistik des niederrhein. u. westphäl. Kreises und der angränzenden Länder, Jahrg. I Bd. II (Erlangen 1781. 8⁰) S. 491 flg. Jahrg. III (1783) S. 120 flg. *Dess.* Erste Gründe der Köllnischen Schreins-Praxis mit Mustern und einer Untersuchung über das Alter der Köllnischen Schreinen, Kölln 1782. 4⁰. *Ders.*, Der Cöllnische Senat in den mittlern Zeiten, Cölln 1786. 8⁰. — C. A. *de Mastiaux* [propr. P. J. *Cramer*], Commentat. hist. de veterum Ripuariorum et praecipue eorum metropolis Coloniae statu civili et ecclesiastico a prima gentis origine ad annum MDCCLII., Bonn. 1784. 4⁰. [Deutsche Uebersetzung von Conr. *Aldendorf*, Bonn 1785. 8⁰]. F. E. *v. Mering*, Beiträge zur Gesch. der ehemaligen churkölnischen und altstadtkölnischen Verfassung bis 1798, nebst Anhang

**) P. *de Greck*, Leben und Wirken von Aegid. Gelen aus Kempen, Köln 1835. 8⁰.

***) *Ritter's* Abhdl. ist bereits oben S. 250 genannt.

über die Frei- und Vehmgerichte, sowie über die Einführung der Inquisitions- und Ketzergerichte in Bezug auf die Stadt Köln, das. 1830. 8⁰.

Viel Besseres, als sämmtliche hier namhaft gemachte Schriften, von denen nur die *Clasen*'schen einen wirklichen wissenschaftlichen Werth, die *Hamm*'schen dagegen bei leidenschaftlicher Einseitigkeit blos durch die reichlich eingestreuten Quellen-, namentlich Urkunden-Extracte einige rechtshistorische Bedeutung haben, bieten für die Entwicklungsgeschichte der cölnischen Raths-, Schöffen- und Gemeindeverfassung die unten zu nr. 11 angeführten Abhandlungen von *Eichhorn* und *Gaupp*, das Trefflichste unstreitig die gründlichen Erörterungen W. *Arnold*'s in seinem Werke über die deutschen Freistädte. Vgl. noch die vielfach Cöln berührende literärgeschichtliche Uebersicht b. E. F. M. *Lambert*, De primordiis et incrementis rerum municipalium Germanicarum Diss. hist.-crit., Hal. Sax. 1862. 8⁰., p. 5 sq.

V. Münz- und Handelsgeschichte: J. *Hartzheim*, Historia rei nummariae Coloniensis, Colon. 1754. 4⁰. H. Ph. *Cappe*, Beschreibung der cölnischen Münzen des Mittelalters, Dresden 1853. 8⁰. J. *Leitzmann*, Wegweiser auf dem Gebiete der deutschen Münzkunde od. geschichtl. Nachrichten über das Münzwesen Deutschlands, Weissensee 1865. 8⁰., S. 171—77. F. A. *Blümeling*, Ueber den Handel Köln's in den früheren Jahrhunderten bis auf die Zeiten der Hansa — Köln's Handel zur Zeit der Hansa — Ueber die Handelsverhältnisse Cöln's von den Zeiten der luxemburgisch-böhmischen Könige bis gegen Ende des XVI. Jhdts., 3 Programme, Köln 1840, 1845, 1854. 4⁰.

Cöln, aus der im J. 50 nach Chr. erfolgten Vereinigung einer römischen Militär-Colonie mit der ara s. civitas Ubiorum, also romanischen und germanischen Wurzeln entstanden und zu Ehren der Gemahlin des Germanicus, Agrippina, mit dem Namen „Colonia Agrippinensis (Agrippina)“ bekleidet[1]), blühte, von seiner Lage am Rheingestade, welche ihm eine gleiche Bedeutung für die Kriegsoperationen nach dem Norden wie für den commerziellen Verkehr mit dem Süden verlieh, begünstigt und überdies durch die seltene Ehre des „jus Italicum“ ausgezeichnet [fr. 8 §. 2 D. de cens. L, 15], schnell zu einer ansehnlichen Pflanzstätte für Kunst, Gewerbe und Handel empor. Trotz der vielfachen Unfälle, welche dann die mächtige Hauptstadt Nieder-Germanien's schon unter Vespasian durch den Aufstand der Bataver, noch mehr aber in den Stürmen der Völkerwanderung, welche sie einem Spielballe gleich bald in deutsche bald in römische Hände schleuderte, zu erdulden hatte, vermochte sie doch, als sie unter Aegidius in den dauernden Besitz der Franken kam, ihren alten Rang und Glanz in die neue Lebensperiode zu übertragen, und nicht nur unter den Merovingen als Hauptsitz der Ribuarier und Residenz austrasischer Herrscher, sondern auch unter den besonders sie schätzenden Karlingern ungeschwächt zu behaupten, bis gegen den Ausgang des IX. Jhdts. ein Normannen-Einfall die herrliche Rheinstadt fast völlig vernichtete. Nur die Scheu der Barbaren vor der schon in früher Zeit durch Legende und Sage gefeierten Marter- und Ruhmesstätte des Christenthums entriss wenigstens ihre Kirchen und Mauern der drohenden Zerstörung. Unter den sächsischen Königen trat in dem inneren politischen Leben Cöln's eine bedeutsame Wendung ein. Die freie Gemeinde der „civitas Colonia“ wurde, vermuthlich von Otto I., als dessen weltkluger und kriegsgeübter Bruder Bruno I. († 960) auf dem erzbischöflichen Stuhle sass, der Gerichtsbarkeit desselben unterworfen[2]), welches wichtige Ereigniss die *Cronica van Coellen* [Bl. cxxxiij[b]] in nachfolgenden Worten berichtet: „Jnd tzo d' tzijt dat die Sassen dat keyserliche sceptrum voirden ind hielden, so wart Coellen buschoffs gericht vnderworpen.“ Dass nun von da an die cölner Bürgerschaft, wie *Nitzsch* darzuthun versucht hat, ausnahmslos einer hofrechtlichen und ministerialen Abhängigkeit von dem Erzbischofe als Stadtherrn unterlegen sei, um erst allmälig wieder, durch diese Zwischenphase hindurchschreitend, als freie universitas civium hervorzugehen, kann ich als das Ergebniss ungezwungener Quellendeutung nicht ansehen. Mir scheint vielmehr der Fortbestand einer altfreien Gemeinde mit Aufrechthaltung ihres Schöffenthums ausser allem Zweifel zu liegen. Ob aber freilich jene Altbürgerschaft mit *Hegel* als eine eng begrenzte, d. h. auf einzelne Genossenschaften, wie in den Städten Flandern's, beschränkte, zu denken, oder ob *Arnold* beizupflichten sei, wenn er behauptet, die Cölner hätten sich der Unterordnung unter das Hofrecht gänzlich entzogen, lässt sich mit apodiktischer Bestimmt-

1) F. D. *Gerlach*, Tac. Germ. II, 1 S. 140 flg. Theilweise a. M. ist *Gaupp*, Stadtrechte I, 3.

2) Alte Verse [b. *Gelenius* de magnitud. Coloniae p. 43]: „Quod tenuere duces Germani, munere fratris Bruno jus gladii primus in urbe tulit.“

heit nicht entscheiden. Seltsam klingt übrigens die wie eine Ahnensage die älteren Geschichtswerke durchziehende Annahme, dass Kaiser Otto I. Cöln zur Reichsstadt erhoben habe. Jedenfalls erregte, was die Cölner von ihrer städtischen Freiheit sich bewahrt, die Eifersucht der Erzbischöfe. Daher finden wir von der Regierungsepoche Anno's II. (1055—1075) an die Geschichte der Stadt mit stets wiederkehrenden Zwistigkeiten und Kämpfen, Schiedsprüchen und Scheinversöhnungen angefüllt. Aber in allen diesen Wirren wusste sich die stolze Metropole den ihr durch den Mund des gläubigen Abendlands längst beigelegten Ehrennamen „sancta Colonia" zu erhalten, auf welchen ihr eine neue Berechtigung erwuchs, als Erzbischof Rainald van Dassel im J. 1164 die ihm bei der Besitznahme Mailand's von Kaiser Friedrich I. verehrten „tria munera preciosissima, videlicet corpora insignia beatissimorum trium magorum ac regum" der „alma urbs . . . sanctissima ecclesia civitasque Coloniensis" zum Geschenke gemacht hat [3]).

1 **989**. Erzbischof Everger von Cöln schenkt der St. Martins-Abtei [4]) daselbst unter Anderem auch „in urbe Coloniensi macellum omne et areas a porta frumenti usque ad occidentalem murum civitatis, et iterum a porta fori usque ad murum reni". *Lacomblet*, UB. Bd. I Nr. 123 S. 75; *Quellen* Bd. I Nr. 18 S. 472, 73. Vgl. *Arnold*, Zur Gesch. des Eigentums in den dtsch. Städten S. 46; *Fahne* a. a. O. Heft 2 S. 127 Note 28.

2 **1084**. Erzbischof Sigewin von Cöln überlässt derselben Abtei „theloneum de mercatu omni quarta feria totius anni et quicquid utilitatis inde predicta feria evenire poterit." *Quellen* a. a. O. Nr. 32 S. 492.

3 **1140**. Die „textores culcitrarum pulvinarium", Bettziechenweber, zu Cöln verkündigen die von ihnen mit Zustimmung des Vogtes Riculph, des Grafen Hermann, der „senatores" (Schöffen) und „meliores tocius civitatis" (eines bereits factisch bestehenden Bürgerrathes), sowie „vulgi etiam favore applaudente" (d. h. unter Beitritt der Handwerkergilden) im Bürgerhause in der Judengasse vollzogene Errichtung einer „fraternitas", welcher alle „textorici operis cultores . . . sive indigene sive alie(ge)nigene" freiwillig oder im Weigerungsfalle unter gerichtlichem Zwange [„cum rerum suarum detrimento"] beizutreten gehalten seien, hiebei zugleich erwähnend, dass „a communi bono ejusdem fraternitatis" der Verkaufsplatz der Hüllen- oder Falderweber („textores peplorum") trocken gelegt worden, weswegen derselbe auch beiden Zünften gemeinschaftlich bleiben müsse. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 366 S. 251, *Quellen* a. a. O. S. 329, 30. Vgl. dazu *Arnold*, Freistädte Bd. I S. 406; *Ennen's* Gesch. Bd. I S. 538 mit S. 629 flg.

Unter den als Zeugen des Instruments namhaft gemachten „viri illustres et tocius civitatis probatissimi" sind unzweifelhaft Glieder der Richerzecheit [s. unten nr. 11] zu verstehen. Vgl. *Nitzsch*, Ministerialität und Bürgerthum S. 18—21; *Ennen* a. a. O. S. 621.

1153, Juni 14. König Friedrich I. bestätiget bei Gelegenheit der Mittheilung eines die Veräusserungen und Lehnsreichungen von erzbischöflichen Tafelgütern verbietenden Reichshofs-Bescheides dem Erzbischofe Arnold II. von Cöln „teloneum urbis colonie et multa episcopalia servicia", den Zollbezug und andere Gefälle in benannter Stadt. *Schannat,* Vindem. lit. Tom. II p. 113 sq.; *Orig. Guelf.* Tom. III p. 430 sq.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 375 S. 258 flg.; *Quellen* a. a. O. Nr. 66 S. 539—42. 4

1154. Erzbischof Arnold II. von Cöln gestattet mit Genehmigung der „cives" [wohl der unter nr. 3 erwähnten „meliores civitatis"] den Bewohnern der „villa s. Pantaleonis" den Fortgenuss der althergebrachten Befreiung „tam a debito thelonei quam ab omni ejusmodi civilium collectarum exactione", und zwar bis zu dem Zeitpunkte der Vereinigung des Abteiortes mit der Stadt — „si quandoque vallo et muro civibus coadunentur, communi etiam civium jure teneantur." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 380 S. 263, *Quellen* a. a. O. Nr. 67 S. 542 flg. Vgl. *Arnold* a. a. O. Bd. II S. 139; *Nitzsch* a. a. O. S. 271. 5

1157 [5]). König Heinrich II. von England erlaubt, „ut homines Colonienses vendant vinum suum ad forum, quo venditur vinum francigenum" [6]). *Sartorius-Lappenberg*, Urkundl. Gesch. der Hanse Bd. II. Nr. I S. 3; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 522a S. 364 flg.; *Quellen* a. a. O. Nr. 69 S. 544. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 488 m. Note 4. 6

3) Vgl. *Breuer's* Vaterländ. Chronik 1825 S. 690 flg. und bes. H. J. *Floss*, Dreikönigenbuch; die Uebertragung der heil. Dreikönige von Mailand nach Köln, das. 1864. 8°., S. 1 flg. 113 flg.

4) Ueber dieselbe s. Antiquitates monasterii S. Martini majoris Coloniensis, quas ex codd. ms. primum eruit ac notis illustravit J. H. *Kessel*, Colon. 1862. 8°.

5) *Lacomblet* stellt die Urkk. 6—8 in den Zeitraum 1154—1189.

6) SL. francigranum, *Q.* franciginum. Es soll damit überhaupt ausländischer Wein bezeichnet werden.

7 **1157.** Derselbe weist seine Beamten an, die „cives et mercatores et homines Colonienses", wenn sie in die königlichen Lande kommen würden, an Leib und Gut wider jegliche Unbill zu beschützen — „quia homines et fideles mei sunt, et ipsi et omnia sua sunt in manu et custodia et protectione mea." *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. Nr. II S. 3, 4; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 522_b S. 365.

8 **1157.** Derselbe erlässt einen gleichen Schutzbefehl für die „homines et cives Colonienses", ihre Handelswaaren und sonstigen Güter, sowie ihr Haus in London, mit dem Beisatze, dass man die Cölner namentlich mit keinerlei neuen Auflagen, „consuetudines vel rectitudines", beschweren solle. *Sartorius-Lappenberg* a. a. O. Nr. III S. 4; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 523 S. 365; *Quellen* a. a. O. Nr. 68 S. 544.

9 **1159.** „Rectores, judices ac totus populus sancte Colonie", Burmeister, Schöffen und Zünfte von Cöln, fassen den einstimmigen und unabänderlichen Beschluss: „ut in cunctis fraternitatibus aut officiis, que civilem respiciunt justiciam, in x annis nemo magister aut officialis homo mutetur, innovetur aut aliquo modo substituatur", jede Verletzung dieser „constitucio" mit „anathema" und Geldstrafe bedrohend. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 398 S. 275 flg.; *Quellen* a. a. O. Nr. 73 S. 550 flg.

Die „rectores" sind unfehlbar die in anderen Documenten als „magistri parrochiarum" [Pfarrofficialen] bezeichneten Vorsteher der einzelnen auch weltliche Elemente kundgebenden Kirchspiele oder Burgenossenschaften, in welche die Stadtgemeinde sich auflöste; unter den „judices" aber glaube ich hier (gegenüber nr. 10) mit *Arnold* a. a. O. S. 411 die Schöffen verstehen zu müssen, welchen wohl nach Verwandlung ihrer blosen Beisitzerschaft in eine eigene collegiale Gerichtsbarkeit der Richtertitel zukam. Uebrigens war die Tendenz des vorstehenden Beschlusses offenbar nicht auf eine Reform des Innungswesens allein, sondern vielmehr darauf gerichtet, die Gesammtorganisation der parrochiae vor willkürlichen, unüberlegten Wandelungen zu bewahren. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 619, 20.

10 **1159.** Das St. Gereons-Stift[7]) zu Cöln schenkt ein durch seine Pfleger zu Marsdorf im städtischen Bannbezirke käuflich erworbenes Allod, nach vollzogener „exfestucatio" der dazu Erbberechtigten, dem Altare des Stiftsheiligen „legitimo donationis modo secundum jus coloniensis urbis per ipsos judices colonienses", unter Zeugschaft des „urbis prefectus, advocatus, subcomes, subadvocatus", ferner von zwei „telonearii", zwölf „senatores", sowie endlich aller „tam senatores quam senatorum fratres et coloniensis urbis potiores cives." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 399 S. 276; *Quellen* a. a. O. Nr. 74 S. 551 flg.

Die angeführte Urkunde, welcher schon darum, weil sie uns einen beachtenswerthen Ueberblick der cölner Aemter-Verfassung des XII. Jhdts. in wenigen Zeilen gewährt, hier eine Stelle einzuräumen war, erwähnt u. A. „judices colonienses" und „senatorum fratres". Dass nun unter den Ersteren nicht, wie in nr. 9, die Schöffen, sondern die beiden auch als Zeugen wieder begegnenden ständigen Stellvertreter des Burggrafen und adeligen Stadtvogts, nämlich der Untergraf (secundus comes) und Untervogt (secundus advocatus), zu verstehen seien, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen. [Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 631, 32]. Die Schöffenbrüder aber, welche sich neben den zur Hälfte mit Namen, zum anderen Theile blos unter dem Gesammtausdrucke „omnes senatores" aufgeführten Stadtschöffen noch besonders hervorgehoben finden, waren höchst wahrscheinlich nicht sowohl „Stellvertreter der Schöffen in geringen richterlichen Geschäften", wie nach *Hüllmann* auch *Burckhardt* a. a. O. S. 78 (Note) angenommen hat, als vielmehr „Beisitzer, welche zugleich damit die nächste Anwartschaft auf das Schöffenamt selbst verbanden." [*Wilda*, Gildenwesen S. 180 flg.; *Hegel*, Gesch. der Städteverfassung Bd. II S. 396; *Barthold*, Städte Thl. I S. 157.] Endlich die „cives" des Contextes und „potiores cives" der Zeugenangabe sind wohl identisch mit jenen „meliores civitatis", welche in der Urk. nr. 3 vorkamen.

1169, Mai. Der cölner Erzbischof Philipp von Heinsberg beurkundet, dass aus 11
Anlass eines zwischen dem Burggrafen Heinrich von Arberg und dem Edelvogte Gerhard von Eppendorf über den Vorsitz im Wizzigdinge und das Räumungsrecht bei Bau-Ueberschreitungen („vuorgezimbre") entstandenen Streites von den Bürgermeistern, Schöffen und Richerzeche-Genossen ein Weisthum begehrt, statt dessen aber von jenen aus ihrem (nur ungerne geöffneten) Urkundenschreine ein „privilegium, cujus scriptum vix ex nimia vetustate intueri poterat", producirt worden sei, worin zwar dem als „scoltetus" bezeichneten Vogte der Mitvorsitz in den gewöhnlichen Gerichtsverhandlungen zugestanden, dagegen aber als ausschliessliche Berechtigung des Burggrafen allein

7) Vgl. [G. E. *Hamm's*] Gesch. der Kirche zum heil. Gereon in Köln, das. 1824. 8°.

namhaft gemacht werde: a) das Präsidium im Wizzigdinge, auch als Erbeigen-Gericht; b) die auf Reichs-Bannverleihung an ihn[8]) beruhende Verhängung der Acht und Wiedereinsetzung der Aechter in ihre früheren Rechte — unter ausdrücklicher Wahrung des alten Schutzprivilegs der Bürger Cöln's wider auswärtige Ladungen; c) die an sich in den vogteilichen Geschäftskreis fallende Hegung der Blutgerichte unter erzbischöflichem Vorsitze; d) die Entscheidung über den Zweikampf sammt der Ueberwachung seines Vollzuges; e) der Viertheil des bei peinlichen Klagen der Bürger zu deren Abwendung vereinbarten Sühngeldes; f) das ganze Einkommen aus den unter a genannten Gerichten, während der Ertrag der Rechtsprechung im Hofgerichte (über Schuld- und Frevelsachen) zwischen dem Burggrafen und Vogte getheilt werden solle; g) die Abbrechung ordnungswidriger Bauanlagen [eines s. g. Vor- und Ueberbaues] auf erzbischöflichem Areale nebst dem Bezuge der hiebei den Schuldigen treffenden Busse von 60 Solidi; h) die Erhebung der von urthelsäumigen Schöffen zu leistenden Strafgelder; i) die Bestätigung und Einsetzung der vom Schöffen-Colleg zu seiner Ergänzung gewählten mangellos befundenen Individuen in ihr Amt unter Anfall der von den letzteren zu entrichtenden Antrittsgebühren; k) das Juden-Geleite nebst den von der Israelitengemeinde[9]) dafür alljährlich an Martini zu prästirenden Geld- und Pfeffer-Abgaben; l) das bei jeder Erneuerung des Münzbildnisses vom erzbischöflichen Münzmeister anzuweisende Reichniss von einer Mark neuer Denare; m) der althergebrachte Lehensbesitz an dem bei der porta Agrippina fälligen Wegzolle; endlich n) der Fortgenuss des bis dahin üblich gewesenen Antheils an der von den Bürgermeistern in jedem Amtsjahre abzugebenden Einkommensquote. Ausserdem erwähne noch die fragliche alte Rechtsurkunde einer von früheren Erzbischöfen herrührenden Begnadung der Bürger von Cöln in Ansehung des Waarenzolls, von welchem sie an allen Zollstätten des Bisthums entbunden sein sollten. Das oft angezogene „privilegium" selbst aber werde — „quia ... fere ex nimia vetustate et corrosione vermium extiterat consumptum" — auf Ansuchen des Burggrafen und der Schöffen vom Erzbischofe erneuert, und sei die Ausfertigung einer Urkunde darüber zur Abschneidung künftiger Zwistigkeiten zwischen dem Burggrafen und den Vögten, sowie etwaiger Beeinträchtigungen der Rechte des Ersteren und der „libertas civium Coloniensium" unter Anhängung des erzbischöflichen und Capitels-Siegels angeordnet worden.

Abdrücke: *Apolog.* Nr. 126 S. 328—32; *Secur.* Nr. 28 S. 191—93[10]); *Lünig*, RA. Thl. XVI S. 333—35; J. *Grimm*, Weisth. Th. II S. 741—44; *meine* Stadtrechte S. 67—70; besser (nach dem Stadtarchivs-Originale) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 433 S. 302—4; *Quellen* a. a. O. Nr. 76 S. 554—59.

Erläuterungen: *Eichhorn* in der Ztschr. f. geschichtl. RWiss. Bd. II (1816) S. 176—203; *Hüllmann*, Städtewesen Thl. II S. 398—413, 458 flg.; E. Th. *Gaupp*, Ueber Deutsche Städtegründung und Weichbild im MAlter (Jena 1824. 8°.) §. III S. 210—380; *Arnold*, Freistädte a. a. O. Bd. I S. 102 flg. 407 flg.; *Nitzsch* a. a. O. S. 15 flg. 119 flg. 272 flg.; *Ennen* a. a. O. S. 563—65, 567—72, 578, 582 etc.

1169. Erzbischof Philipp thut kund 12
und zu wissen, dass er die cölnische Stadtvogtei, welche bis dahin altem Rechtsbrauche nach alljährlich am Margarethen-Feste vergeben worden war, nunmehr auf Bitten Kaiser Friedrich's, Herzog Gottfried's von Brabant und anderer Getreuen, unter Zustimmung des cölner Capitels, dem zeitigen Vogte Gerhard Ritter von Eppendorf als ein erbliches Lehen überlassen habe, wobei zugleich der Umfang der vogteilichen Jurisdictionsgewalt mit wenigen Worten (aber in voller Uebereinstimmung mit dem Schiede nr. 11) angedeutet wird: — „concessimus eidem Gerardo et suis heredibus dictam advocatiam cum omnibus eidem attinentibus jure hereditario perpetuo ab ecclesia coloniensi in feodo tenendam, ita quod senior filius successorum suorum eandem obtinebit, pro qua idem Gerardus advocatus tam pro se quam pro suis successoribus ecclesie coloniensi et nobis homagium fecit. Et ut sciatur, dictus Gerardus advocatus et sui successores una cum burgravio civitatis nostre coloniensis in omnibus causis judicandis judicio presidebit, illis duntaxat exceptis, que vulgo witziggedinge[11]) dicuntur, quibus specialiter judicio presidere debet

8) Vgl. O. *Stobbe* in der Ztschr. f. dtsch. Recht XV, 88, 89 Note 10.

9) Das hohe Alter der cölner Judengemeinde beurkundet der Cod. *Theodos.* L. XVI Tit. 8 c. 3, 4, worin schon auf eine vollkommen entwickelte Synagogen-Verfassung mit „hieri, archisynagogi, patres synagogarum" hingedeutet wird. Vgl. *Mathieux* a. a. O. S. 18.

10) Ueber absichtliche Text-Verfälschungen in den Abdrücken der Apol. u. Secur. s. *Lacomblet* a. a. O. S. III. Note *).

11) *Lac.* witzgedinge.

burgravius memoratus et sui successores." [Nur in Copien des XV. und XVI. Jhdts. erhalten.] *Apolog.* Nr. 4 S. 5 flg.; *Secur.* Nr. 27 S. 191; *Lünig* a. a. O. S. 335; J. Th. *Brosii* Juliae Montiumque comitum marchionum et ducum annales (ed. A. M. *Mappius*, Colon. 1731. fol.) Tom. I p. 11; F. *Bondam*, Charterboek der Hertogen van Gelderland, Dl. I (Utrecht 1783—93 fol.) bl. 243, 44; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 434 S. 304; *Quellen* a. a. O. Nr. 77 S. 559 flg.

Bereits *Bondam* [l. c. bl. 244 not. h.] hat gegen die Aechtheit der Urk. nr. 11, freilich blos auf Grund einer einzelnen Zeugenunterschrift, Bedenken erhoben, und die hinsichtlich ihres Inhaltes allerdings für unverdächtig gehaltene Urk. nr. 12 aus gleichem Motive wenigstens für später, als 1169, nämlich erst in den J. 1182, 83 entstanden erklärt, in welchem letzteren Punkte ihm W. A. *van Spaen*, Inleiding tot de geschiedenis van Gelderland (1801—5) Dl. II bl. 162 beigetreten ist. Nachdem nun bis in die jüngste Zeit die deutschen Diplomatiker von diesen Anfechtungen keine Notiz genommen, hat sie K. Fr. *Stumpf* in seiner (aus den Sitzungsberichten der philos.-histor. Classe der k. k. Academie der Wiss. Jahrg. 1859 Bd. XXXII S. 603 flg. separat abgedruckten) Abhandlung „Zur Kritik deutscher Städte-Privilegien im XII. Jhdt.", Wien 1860. 8⁰, S. 6, 11—17, 20—22, 28—37 erneuert und auf der Basis einer ebenso gründlich-quellenmässigen als scharfsinnigen Untersuchung das Resultat gewonnen: „dass das gefälschte Cölner Stadtprivileg des Erzbischof Philipp's I. von 1169 höchst wahrscheinlich nach dem Musterdocumente desselben Erzbischofs für den Stadtvogt Gerhard, das jedoch nur zwischen den Märzmonaten des Jahres 1188—1189 ausgestellt sein könne, mit willkürlicher Veränderung des Datums und zwar zur Zeit der allgemeinen Empörung der Stadt unmittelbar nach der Ermordung des Erzbischof Engelbert's I. verfertigt worden sei, in der Absicht, seinen Nachfolger zur Entfernung der Engelbert'schen Bedrückungen und zur Wiederertheilung der angeblich uralten Freiheiten der Stadt zu zwingen"[12]). Vgl. auch *Sybel's* Histor. Ztschr. Jahrg. III (1861) Heft 1 S. 251—53. Gegen *Stumpf* trat jedoch L. *Ennen* für die Authentizität des Documents nr. 11 in die Schranken, zuerst in einer eigenen Brochüre: „Der Kölner Schiedspruch vom Jahre 1169, eine kritische Untersuchung über die Echtheit desselben", Köln 1860. 8⁰; dann in den *Quellen* a. a. O. S. 554 flg. Note 1; zuletzt in der Geschichte der Stadt Köln a. a. O. S. 561—63, und es lässt sich bei vorurtheilsfreier Abwägung der beiderseitigen Unterstützungsmomente nicht in Abrede stellen, dass jene der Gegner, theils paläographischer Natur, theils auf der Doppelsieglung der Urkunde, theils und vorzüglich endlich auf den Namen und Titeln der im Contexte sowie in der Zeugenreihe derselben begegnenden Persönlichkeiten beruhend, durch *Ennen's* Ausführungen mindestens abgeschwächt worden seien.

Offenbar muss nun bei Betrachtung der Controverse von der Urk. nr. 12 ausgegangen werden, deren Datirung vom J. 1169, nachdem dieselbe seit dem neuesten Abdrucke in den *Quellen* nicht mehr von der Autorität des Gelenius allein getragen, sondern noch durch zwei weitere Copien, darunter die einstige Vorlage des Gelenius selbst, unterstützt wird, umsoweniger eine eigenmächtige Abänderung gestattet, als ja auch der einzige etwa auffindbare Grund für eine solche, das Zerwürfniss zwischen Erzbischof Philipp und Kaiser Friedrich I., nicht früher, als 1184, erkennbar hervortritt[13]). Der erwähnte Belehnungsbrief, dessen der Urk. nr. 11 nachfolgende Entstehung bereits *Gaupp* a. a. O. S. 289—91 dargethan hat, stellt aber in seinen Schlussworten drei Thatsachen ausser allem Zweifel, nämlich a) dass in jener Zeit ein Interesse vorhanden gewesen, über den Umfang der burggräflichen Jurisdictionsgewalt eine Recherche zu pflegen, b) dass eine solche Nachforschung wirklich mit Erfolg unternommen, und c) die Hauptfrage so entschieden worden sei, wie wir sie in der Urk. nr. 11 beantwortet antreffen. Denn wäre das vogteiliche und burggräfliche Richteramt damals nicht Gegenstand einer erst kürzlich gelösten Streitfrage gewesen, so hätte unmöglich Philipp von Heinsberg einen Anlass gehabt, in dem Belehnungsdocumente dem Gerhard von Eppendorf gegenüber, welcher doch schon einige Zeit die Stadtvogtei bekleidet und also gewiss die darin enthaltenen richterlichen Gerechtsame genau kennen gelernt hatte, den kritischen Punkt, das Verhältniss zwischen jenem und dem Burgrafenamte in Ansehung der Rechtspflege, und zwar mit der Bemerkung „ut sciatur", d. h. auf dass nicht wieder neue Zweifel darüber sich erheben, besonders hervorzu-

12) G. *Waitz:* „Ich muss mich für die von Stumpf behauptete Unächtheit erklären, auch aus äusseren Gründen, nachdem ich durch die Gefälligkeit des Herrn Archivars Dr. Ennen das angebliche Original in Köln eingesehen." Forschungen z. Dtsch. Gesch. I, 162 Note 1.

13) Vgl. O. *Abel* in der allgem. Monatschr. a. a. O. S. 446.

wenden. Stehen nun die thatsächlichen Voraussetzungen der Urk. nr. 11 einmal fest, so kann aus der Form ihrer Entstehung kein Grund zur Anfechtung geschöpft werden. Denn dass schon im XII. Jhdt. bei publizistischen Controversen von einiger Importanz der Weg der Weisthums-Einholung kein ungewöhnlicher war, ist ebenso bekannt, als dass Rechtsweisungen eidlich abgegeben zu werden pflegten, weswegen das „jurare fecimus" in der Urk. nr. 11 nicht befremden kann. Dass aber die Zahl der hier namentlich unterfertigten Schöffen dieselbe ist, von welcher Erzbischof Heinrich I. in seinem Bestätigungsbriefe v. 1226 [nr. 45] die Gültigkeit einer „diffinitio ac sententia" bei Anständen über städtische Gerechtigkeiten abhängig macht, berechtigt — sofern man nämlich dem Beisatze „et ceteri scabini" gar keine Bedeutung beimessen will — immerhin eher zu dem Schlusse, dass Heinrich lediglich die bis dahin bestandene Uebung aufrecht erhalten wissen wollte, als zu der Annahme *Stumpf's*, dass darum der s. g. Schied v. 1169 der Heinrich'schen Periode angehören müsse. Die zum Weisthume aufgeforderten Gemeinde-Organe legten nun anstatt mündlichen Ausspruches dem Erzbischofe Philipp ein altes „privilegium" zu eigener Einsicht und Kenntnissnahme seines Inhalts vor — nicht etwa ein Sonderprivileg der Richerzecheit und in ihrem Gildeschreine aufbewahrt, wie *Fortuyn*, De gildarum histor. p. 121 und O. *Hartwig* in den Forschungen z. Dtsch. Gesch. Bd. I S. 162 annehmen, sondern unzweifelhaft eine die Stadt im Allgemeinen angehende Rechtsurkunde, da nicht abzusehen ist, wie in eine Handfeste über die singulären Freiheiten und Gerechtsame der Richerzeche eine ausführliche Darstellung der Befugnisse, insonderheit Competenzverhältnisse des Burggrafen und Vogtes Aufnahme hätte finden sollen. Aber es darf hier überhaupt nicht an ein Privileg im eigentlichen Sinne des Wortes gedacht werden. Denn da ein solches doch nur ein von früheren Erzbischöfen herrührendes sein könnte, so würde es fast undenkbar erscheinen, dass Philipp von Heinsberg gerade das fragliche Document nicht im eigenen Urkundenschranke gehabt oder mindestens gekannt haben sollte. Höchst wahrscheinlich ist sonach unter dem „privilegium" eine officielle Sammlung des städtischen Rechtsmaterials an Freiheitsbriefen (z. B. über Zollbegünstigung), Statuten und aufgezeichneten Gewohnheiten zu verstehen, vielleicht gar das älteste geschriebene Stadtrecht von Cöln, zu dessen Bestandtheilen dann auch jenes halb-mysteriöse „jus mercatorum Coloniensium" der freiburger Gründungsurkunde von 1120 gehört haben mag. Mehrere Stellen des Documents, vornehmlich aber die im Anfange desselben befindliche deutsche Gerichtsladungs-Formel lassen den Charakter des Rechtsbuches durchfühlen. Und wenn man erwägt, dass, wie anderswo, so wohl auch in Cöln die amtliche Stellung des Burggrafen gegenüber dem Stadtvogte hauptsächlich auf dem Wege des Herkommens sich allmälig fixirt haben dürfte: so liegt auch die weitere Annahme sehr nahe, dass das endliche Ergebniss dieser Entwicklung nicht durch stadtherrliche Privilegien, für die es kein Gegenstand mehr war, constatirt, sondern einfach durch Niederzeichnung im Schöffen- oder Stadtbuche actenmässig gemacht worden sei. Wie alt freilich jenes producirte Schriftwerk gewesen, ob seine gerühmte „nimia vetustas" und die bereits daran begonnene Würmerzerfressung auf zwei Jahrhunderte des Bestehens, wie *Arnold* will, oder nach der Meinung Anderer auf eine kürzere Vergangenheit schliessen lasse, bleibt ein ungelöstes Räthsel. Wenn man jedoch die Angabe des Documents selbst über die Beschaffenheit des s. g. Privilegs nicht geradezu für Lug und Trug erklären will, wozu ein vernünftiger Grund nirgends vorliegt: so kann unfehlbar wenigstens als der Entstehungs-Anfang der fraglichen Rechtsaufzeichnung das XI. Jhdt. betrachtet werden. Da nun der Erzbischof in den noch lesbar erhaltenen Stücken des Buches — die Verbleichung und Zernagung mag sich vielleicht nur auf die äusseren Blätter erstreckt haben — über diejenigen Punkte, worüber er einer Aufklärung bedurfte, die nöthige Belehrung vorfand, dabei aber auch die weiteren Auslassungen über die Wirkungskreise der beiden oft erwähnten Beamten, namentlich des Burggrafen, in dem Buche als zu bedeutsam erkannte, um sie nicht dem drohenden Verderbe zu entziehen; da ferner auch die Bürger Cöln's es dringend wünschen mussten, die burggräflichen Befugnisse, welche so leicht mit ihren verbrieften Freiheiten, z. B. bezüglich der Zölle, deren Erhebung vermuthlich auch der Burggraf zu controlliren hatte, in Collision gerathen konnten, genau begrenzt und festgestellt zu sehen, und darum auch ihrerseits durch die Schöffen dem Stadtherrn die Bitte um Erneuerung der fraglichen Artikel des alten Rechtsbuchs vortragen liessen: so gab Philipp seinem capellarius Ulricus die Weisung, einen Extract aus jener Sammlung, soweit eine Entzifferung ihrer Schrift möglich, anzufertigen, wobei es sich von selbst verstand, dass er zugleich über die Veranlassung dazu, überhaupt über den ganzen Vorgang, eine

Acte aufnehmen sollte. Der Vorsteher der Metropolitan-Kanzlei erfüllte nun diesen seinen Auftrag zunächst wohl in der Art, dass er einem einleitenden, gleichsam protokollarischen Berichte den Auszug in Form einer Declaratoria anreihte. Als man jedoch höchst wahrscheinlich bei der kurz darauf in's Werk gesetzten solennen Erbbelehnung des Stadtvogtes Gerhard sich jenes Documents als einer Informationsquelle bedienen wollte, und zu diesem Behufe das Schriftstück den beigezogenen Investiturzeugen zur Prüfung seines Inhalts vorgelegt werden musste, auch wirklich dann deren Approbation erhielt: so mag dieser Umstand den vorgenannten Kanzleibeamten bewogen haben, das Document nunmehr zum wirklichen Rechtsbriefe zu formuliren und dieser neuerlichen [d. i. der uns erhaltenen] Ausfertigung dieselbe Zeugenreihe beizufügen, welche auf dem Belehnungs-Instrumente figurirte, sowie auch das erzbischöfliche und domcapitelsche Siegel anzuhängen, da ja solche Doppelsieglungen, wie die cölner Urkunden v. 1174 und 1179 beweisen, um jene Zeit bereits in Uebung gekommen waren. Uebrigens scheint demungeachtet das als „privilegium" bezeichnete alte Rechtsbuch noch in der Mitte des XIII. Jhdts. vorhanden gewesen zu sein. Denn wenn im Schiede v. 1258 bezüglich der die magistri civium betreffenden „ordinationes" auf eine „littera super hoc conscripta" hingewiesen wird, so kann damit unmöglich die Urk. nr. 11, welche über die amtliche Stellung der Bürgermeister kaum ein paar Andeutungen enthält, wohl aber die darin ausgezogene und dadurch wieder in Erinnerung gebrachte alte Rechtssammlung gemeint sein.

So glaube ich die Entstehung des s. g. Schieds v. 1169 erklären zu können. Eine Versetzung desselben in die Zeit unmittelbar nach Engelbert's I. Ermordung muss ich entschieden zurückweisen. Denn einerseits widerstreitet ihr der Inhalt der Urkunde, welcher sich fast ausschliesslich in Erörterung der burggräflichen Gerechtsame bewegt, die gerade in den Zwistigkeiten Engelbert's mit der Stadt[14]) keine Rolle spielten, während wieder die von seinen Neuerungen getroffenen Verhältnisse, welche nach gewaltsamer Zurückführung in ihre frühere Gestaltung gegen ähnliche Reformbestrebungen des neuen Stadtherrn zu schirmen, das nächste und höchste Interesse der Bürger, insbesondere der Geschlechter sein musste, entweder gar nicht in Betracht gezogen oder blos im Vorübergehen berührt erscheinen. Allerdings wird am Schlusse von einer Wahrung der Freiheit der cölner Bürger gegen jegliche und namentlich von den Erzbischöfen herrührende Eingriffe geredet. Allein da derartige Zusicherungen auch in den friedlichsten Zeiten begegnen, so lässt sich daraus kein Schluss auf vorausgegangene Freiheitsverletzungen von Seite der Stadtherrschaft ziehen, wie denn überhaupt der Ausdruck „libertas" im vorliegenden Falle recht wohl eine einschränkende Deutung, nämlich nur auf die vorher im Texte speziell erwähnten Gerichts- und Zollbefreiungen zulässt. Anderseits drängt sich aber schliesslich noch die Frage auf, wozu bedurfte es in jenem kritischen Momente des vermessenen Schrittes einer Fälschung, da, um die Anerkennung allbekannter, durch eine lange Vergangenheit geheiligter Rechtszustände von Erzbischof Heinrich (I.) von Molenark nach jenem energischen Volksproteste gegen die Aenderungsversuche seines Vorgängers, wie er in der Verbrennung der Engelbert'schen „privilegia" sich kundgegeben, zu erzwingen, gewiss kein Verbriefungsbeweis von Nöthen war, und, wenn es auf einen solchen angekommen wäre, höchst wahrscheinlich das alte Stadt- oder Schöffenbuch noch selbst im Originale hätte producirt werden können.

Im s. g. Schiede v. 1169 tritt uns nun zum Erstenmale unter ihrem eigentlichen Namen [s. oben nr. 3] die zu den bedeutsamsten Erscheinungen der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte Cöln's zählende, vielbesprochene Richerzecheit („Rigirzegheide") oder Richerzeche („Richertzech") entgegen. Dass dieselbe, deren altehrwürdige Benennung *Hüllmann* willkürlich in „Richerwittheit" („Richer-wizzecheit") umgewandelt hat, nicht, wie er hieraus folgern will, ein amtlicher Ausschuss zur Handhabung der Jurisdiction über Erb und Eigen, oder, wie er gleichfalls an anderer Stelle behauptet, die in der inneren Stadt mit „reichsfreiem Eigenthume" angesessene, mithin reichsunmittelbare Bürgerclasse, oder nach *Clasen*'s Meinung die Gesammtheit der „emeritirten Magistri civium", und ebensowenig, wie noch *Schmid*, Reichsstädte S. 47 annimmt, ein „selbstgewählter", d. h. hinsichtlich seiner Wahl nicht unter erzbischöflichen Gewaltseinflüssen stehender Rath gewesen sei, darf nicht minder für ausgemacht gelten, als wie die gegen *Eichhorn* und *Gaupp* a. a. O. in gründlicher Weise von *Wilda*, Gildenwesen S. 176 flg. dargelegte Nichtexistenz eines genetischen Zusammenhangs der Richerzeche mit dem ordo decurionum (cu-

14) Vgl *Ficker*, Engelbert S. 87 flg.; *Ennen*, Gesch. II, 62—65.

ria) der Römerzeit [15]). Es lehrt uns vielmehr der schon von *Haltaus*, Glossar. col. 1535 richtig gedeutete Namen, dass es sich hier nur um eine aus germanischen Wurzeln entstandene Genossenschaft reichbegüterter Geschlechter, ein gildenartig abgeschlossenes Patriciat handeln könne, bei welchem übrigens als Grundlage seines Glanzes und Ansehens nicht gerade mit *Fortuyn* l. c. p. 121 das „praediorum dominium" anzusehen ist, sondern das hohe Alter der in ihren Anfängen zum Theile wohl bis in die Frankenperiode, wenn nicht gar weiter zurückreichenden Familien [16]), verbunden mit deren Verdiensten um die Blüthe des städtischen Grosshandels, dessen eigentliche Träger und Beschützer sie von jeher gewesen und auch selbst nach ihrem Uebergange zum ritterlichen Leben noch geblieben sind. Vgl. auch Th. *Mundt*, Gesch. der dtsch. Stände (1854) S. 314 flg.

An der Spitze der Richerzeche, welche als körperschaftliches Ganzes in den Quellen „fraternitas, officium, hierlicheide ind ampt" geheissen wird, stehen zwei „rectores s. magistri", von der Gilde aus ihrer Mitte alljährlich in der Art gewählt, dass immer Einer nach Ablauf des Verwaltungsjahres aus dem Amte treten und ersetzt werden musste. Diese Gildemeister waren aber zugleich auch in ganz natürlicher Folge ihrer Stellung zur Zeche und wieder der Stellung dieser in der Stadtgemeinde die Vorsteher der Gesammtbürgerschaft, und führen darum auch die auf dieses weitergreifende Amt bezüglichen Titel: „magistri civium, magistri scabinorum et civium". Unter beiden treffen wir sie (und zwar ebenfalls zum Erstenmale) im Schiede v. 1169 an; denn dass hier nicht die allerdings auch mit ersterem Namen hie und da urkundlich begegnenden, bereits oben zu nr. 9 betrachteten Kirchspielvorstände — „magistri, qui plebejum in parrochiis consilium et regimen obtinent" — gemeint sein können, leuchtet auf den ersten Blick ein. Die Gewalt der zwei Bürgermeister scheint übrigens im XII. Jhdt. noch eine ausschliesslich executive gewesen zu sein. Von dem Einkommen, welches ihre Amtsführung abwarf, hatten sie eine herkömmlich festgesetzte Quote in jedem Jahre an den Burggrafen und die Schöffen abzugeben, worauf das „jus et servicium" der Urk. nr. 11 (lit. n) zu beziehen ist. Vgl. *Hegel* a. a. O. S. 398, 99; *Gaupp*, Stadtrechte Bd. I S. XXXVII; *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 635.

Für die Mitglieder der Zeche dagegen kommen die quellenmässigen Bezeichnungen: „officiales, amptlude, heirren van der Rijcherzecheit" vor, und wir finden sie durch eine ihrem Range anpassende prunkvolle Kleidung, indem sie „golt ind bunt zo dragin" sogar verpflichtet waren, vor den übrigen Stadtbürgern ausgezeichnet. Sie schieden sich aber in zwei Kategorien, „verdiende amptlude, qui officia sua deservierunt" und „unverdiende" aus. Nur die ersteren waren die jeweiligen Repräsentanten der Genossenschaft im äusseren politischen Verkehre derselben, und bildeten als „consilium officialium de Richerzegheide", wie sie zuweilen in Urkunden bezeichnet erscheinen, das eine Hauptelement in der altcölnischen Raths-Entwicklung. Sie allein waren es daher unzweifelhaft, welche sich neben den beiden Vorstehern an dem Weisthume über die burggräflichen Gerechtsame betheiligten oder vielmehr betheiligen konnten, und nur in diesem Sinne mag wohl Arnold a. a. O. Bd. I S. 407 zu verstehen sein, wenn er von einem „Ausschusse der Altbürgergilde" redet, während Andere die „officiales" des Schieds auf die gesammten Mitglieder der Zeche (*Gaupp*, Städtegründung S. 222 —27), natürlich, was *Walter*, Dtsch. RGesch. Bd. I §. 232 S. 274 besonders betont, nur die stimmberechtigten, oder blos auf die Vorsteher (was lediglich bei irriger Auffassung der in der Urkunde zuerst genannten magistri civium möglich ist), oder endlich, wie *Nitzsch* a. a. O. S. 15—21 gethan hat, auf hofrechtliche Beamte des Bischofs im Gegensatze zu den fünf officiales curiae, welche vom Ministerialenstande sein mussten, gedeutet wissen wollen.

Ueber den administrativen Wirkungskreis der Richerzecheit, welche als erste und älteste Genossenschaft der Stadt auch fortwährend der wichtigste Factor in deren Verfassungs- und Verwaltungsleben blieb, geben uns erst die Rechtsaufzeichnungen des XIV. Jhdts., z. B. das in den *Quellen* a. a. O. S. 139—42 veröffentlichte Bruchstück ihrer Bruderschafts-Statute, nähere Aufschlüsse. Danach kamen ihr hauptsächlich fünf Rechte, nämlich a) die Besetzung der hervorragendsten Stadtämter, b) die Ertheilung der Weinbruderschaft, fraternitas vini, d. h. des der einfachen Burschaft gegenüberstehenden grossen, besonders auch die Weinhandelsbefugniss mitbegreifenden Bürgerrechts [17]), c) die

15) Vgl. die gute Zusammenstellung bei *Burckhardt* a. a. O. S. 77, 78 Note 45.

16) Ueber die Namen der cölner Geschlechter s. *Arnold* a. a. O. II, 203 flg.

17) Vgl. die hierauf bezüglichen Actenstücke in den *Quellen* I, 148 flg. 155 flg. und *Ennen* a. a. O. I, 534.

Verleihung von Zunftgerechtsamen an einzelne Handwerke, d) die Aufsicht über den gewerblichen Verkehr, namentlich über den Victualienmarkt, die Preise der Waaren, das Gemässe und Gewicht, endlich e) die Beschirmung und Vertretung der Handel- und Gewerbtreibenden in ihren Freiheiten und Gerechtigkeiten zu.

Genau betrachtet prägt somit die Richerzeche nach ihrem ganzen Wesen eine Verbindung von drei politischen Qualitäten aus. Sie ist: Patriciat, Rathsorgan, Commercialbehörde — oder, wie dies am Kürzesten J. L. *de Bruyn-Kops*, Diss. de origine ac juribus pristini concilii urbani in civitatibus quibusdam patriae (Lugd. Bat. 1847. 8⁰.) §. I p. 17 sq. in seiner Definition zusammenfasst: „collegium aristocraticum inter cives, quod politiam exercebat cum jure mercatus.“ Vgl. überhaupt *Ennen* a. a. O. S. 540—46.

Noch ein zweiter Punkt des Schieds v. 1169 zieht übrigens unsere Aufmerksamkeit auf sich: das „judicium quod wizzeht dinc dicitur“ nebst dem „judicium de hereditatibus infra Coloniam sitis.“ In Ansehung des ersteren sind nun die früheren Auffassungen desselben als eines Gerichts der „sapientes, Witzigsten oder Witzigen, Wissenden“ [*Hamm*, De republica Ubio-Agripp. §. LVI; *Haltaus* l. c. col. 2125 sq.; *Hüllmann* a. a. O. S. 403; *Eichhorn* a. a. O. S. 182—85; J. *Grimm*, RAlterth. S. 779], sowie als einer Strafe, „witze“[18]), übenden Gemeindebehörde [*Gaupp* a. a. O. S. 273, 74] allmälig in den Hintergrund getreten, um der unzweifelhaft allein richtigen Deutung des Ausdrucks, wonach darunter lediglich die an drei bestimmten Tagen des Jahres abgehaltenen, daher keiner Ansage bedürfend gewesenen Echtedinge, „tria placita legitima s. legalia“, zu verstehen sind, Platz zu machen. Die beste Unterstützung findet diese Auslegung in einer Urk. v. 1197, [nr. 24], worin des hier in Frage stehenden Gerichts unter der genaueren und deutlicheren Bezeichnung: „tria wizliche dinc“ Erwähnung geschieht. Vor das Echteding gehörten aber, und zwar schon nach einem allgemeinen Principe des germanischen Rechts, auch alle auf Liegenschaften bezüglichen Streitigkeiten, und es ist daher das judicium de hereditatibus offenbar kein anderes, als das wizzeht dinc selbst, so dass man nicht einmal mit *Arnold* a. a. O. S. 103 zur Erläuterung der Stelle darauf hinzuweisen braucht, dass Erbguts-Streite in grossen Städten, wo sie häufig vorkamen, auch in gebotenen Gerichten entschieden worden seien. Denn die Worte des Schieds sind wohl am einfachsten so zu interpretiren: „ausgenommen das Wizziggeding und zwar auch dann, wenn daselbst über Erbeigen Recht gesprochen wird.“ Zum Beweise hiefür kann das höchst bemerkenswerthe Niederichs-Weisthum aus dem XII. Jhdt. [*Clasen* in den Materialien Jahrg. I Bd. II S. 492 flg.; *Quellen* a. a. O. S. 223 flg.[19])] dienen, worin wir Folgendes lesen: „Hec sunt traditiones et leges nobis a patribus nostris et antecessoribus tradite et jura nobis relicta in parochia Nietherich. Comes et advocatus noster tria habent placita legalia, primum post natale Domini, secundum post pascha, tertium post nativitatem sancti Johannis Baptiste, determinatis diebus. In his placitis legalibus quilibet civium nostrorum, quidquid de hereditate sua tractare habent vel respondere impetenti, persolvent et determinabunt apud nos, non alibi, et hoc jure nostro. Si aliquis civium nostrorum domum aut hereditatem aliquam sibi comparaverit presente comite vel advocato, metretam vini ipsis persolvent in jus suum. Si autem ministri nostri, vicarii scilicet eorum, supersunt comparationi supradicte, ipsis denarius I persolvetur in jus suum et hoc nostro jure tenemus. Sed si quisquam civium nostrorum insuper bannum ab ipsis judicibus super hereditatem suam rogaverit, maldrinum avene persolvet. In his autem legalibus placitis XII senatores nostre parochie super hereditates nostras jura dicent et dijudicabunt, postquam episcopus aut suus potens nuntius eos interpellaverit. — Quicunque vero hereditatem aliquam inter nos comparaverit et nobis jura nostra persolverit, nostrum est illi succurrere et defendere contra quemlibet impetentem.“ Hiemit dürfte sich auch die Ansicht von *Nitzsch* a. a. O. S. 120, 21, dass das judicium de hereditatibus das allerdings in mehreren Urkunden den drei Echtedingen entgegengesetzte „buwedinc“ oder „budinc“[20]) gewesen, als unhaltbar widerlegen.

1171. Die „Coloniensium senatores“ erneuern den Kaufleuten von Dinant[21]) die von Erzbischof Friedrich I. herrührenden, vornehmlich auf ihren Kupferhandel bezüglichen Zollfreiheiten. *Lacomblet* 13

---

18) *Benecke-Müller*, Mittelhochdtsch. Wörterb. III, 783.

19) Vgl. dazu die Text-Verbesserungen aus dem Originale in Bd. II Vorwort S. X.

20) Die Rechtsnatur desselben ist überhaupt noch nicht hinlänglich beleuchtet. Vgl. L. H. *Euler*, Ueber die Verfassungs-Gesch. der dtsch. Städte, Beitr. II (Sep.-Abdr. aus dem Archive f. Frankfurt's Gesch. u. Kunst v. 1860) S. 15.

21) Uralte Stadt an der Maas, zur Provinz Namur des K. Belgien gehörig, in der Karlingerzeit berühmte Münzstätte.

a. a. O. Nr. 441 S. 308; *Quellen* a. a. O. Nr. 80 S. 563 flg.

14 **1174.** Erzbischof Philipp empfängt Behufs der Ausrüstung zu einer Romfahrt von den cölner Bürgern 1000 Mark und von Gerhard vor dem Hofe 600 Mark als Darlehn, wofür er den Ersteren seine gesammten Münzeinkünfte („omnes reditus, quos habet in moneta et quicquid in ea juris habet. . cum omni integritate"), dem Letzteren aber den Stadtzoll verpfändet. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 452 S. 318; *Quellen* a. a. O. Nr. 85 S. 570 flg.

15 **1175**, Juni. König Heinrich II. von England erneuert den im J. 1157 [nr. 7, 8] bezüglich der „cives et mercatores et homines colonienses" erlassenen Schutzbefehl. *Quellen* a. a. O. Nr. 86 S. 571.

16 **1178.** Die cölner Bürger gehen mit jenen von Verdun auf Rath der „senatores et prudentissimi civitatis Colonie" eine „pacis et concordie compositio", die Behandlung von Schuldsachen und die Zollverhältnisse der Verdüner in Cöln betreffend, nachstehenden Inhalts ein: „quatinus si quis Coloniensium virdunensi civi bona sua crediderit, ab eodem, cui credidit, et non a quoquam alio bona sua repetat, et nullus virdunensium civium pro aliquo debito suo Colonie vel duello vel aliquo manifesto judicio inpetatur; si vero debitor pecuniam, quam mutuo accepit, sicut justum est, reddere rennuerit, ipse creditor, si debitorem testimonio duorum virorum, qui scabini sint vel confratres scabinorum vel officiales, Colonie convincere potuerit, bona sua ei restituantur; sin autem, innocenciam negantis, sicut justum est, suscipiat. De theloneo vero in Coloniensi civitate nihil insoliti juris preter id, quod ab antiquitate statutum est, a virdunensibus exigatur." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 464 S. 326, 27; *Quellen* a. a. O. Nr. 90 S. 577, 78. Vgl. *Ennen,* Gesch. Bd. I S. 486.

Einen die Zollverhältnisse der „mercatores virdunenses" in Cöln genauer darlegenden Schöffenbrief aus der Zeit Erzbischof Philipp's, vielleicht dem J. 1178 selbst angehörig, geben die *Quellen* a. a. O. Nr. 107 S. 602.

17 **1178.** Erzbischof Philipp thut kund, dass er einen Streit zwischen den Bürgern von Cöln und von Gent über die Rheinschifffahrt — „quod cives de Gent per alveum Reni ad placitum suum navigio ascendere sibi licitum esse jure mercationis dicebant, cives vero Coloniae ascensum eis supra Coloniam jure suo negabant" — unter Zustimmung der cölner Stadtgemeinde in nachfolgender Weise entschieden habe: „concessimus universis mercatoribus de Gent tam modernis quam posteris, ut ascensus per alveum Reni eis ita pateat, quemadmodum ipsis et eorum antecessoribus ante motam litem patebat, adjicientes, ut hoc in perpetuum obtineant; haec inquam statuentes, utriusque civitatis jus salvum et intemeratum esse volumus." *Warnkönig*, Flandrische Staats- u. RGesch. Bd. I Urk. Nr. XV S. 40 flg.; *Quellen* a. a. O. Nr. 91 S. 578, 79. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 494, 95.

1179, Jun. 19. Pabst Alexander III. bestätigt in einer Generalconfirmation aller Privilegien des Erzstifts Cöln demselben insbesondere auch „monetam civitatis [Coloniae], telonium, forum et omne jus civile." *Apolog.* Nr. 3 S. 3—5 (Extr.); *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 336, 37. 18

1180, Jul. 27. Erzbischof Philipp geht mit den Bürgern der Stadt Cöln zur Beilegung eines „tum super vallo seu fossato, quod contra prohibicionem archiepiscopi ad civitatis municionem facere praesumpserunt, tum super edificiis, que in ripa, que linpat vocatur, et in foro seu in alio loco publico sine auctoritate predecessorum et ipsius edificata noscebantur" entstandenen Streites einen Vergleich ein, worin der Bürgerschaft gegen Erlegung von 2000 Mark und Uebernahme eines „annuus census" die Fortsetzung und Vollendung des beanstandeten Walles und Grabens, sowie der fernere vererbliche Besitz an den fraglichen Gebäuden gestattet, zugleich Näheres über die Bauform der neu zu errichtenden Häuser verordnet, dabei insbesondere die Beeinträchtigung des Lichtes der Nachbarn [„nullique licebit, aliquid eorundem edificiorum extendere vel elevare sic, ut vicini luminibus officiat"] und die Anlegung von Ausbauen und Erkern [„projectum, quod vulgo uzfanc dicitur"] nach dem Markte zu an Häusern, welche bis dahin solche nicht gehabt, untersagt, endlich von Seite des Erzbischofs allen „jura civium et civitatis nec non et bonae et rationabiles consuetudines, quas vel intra vel extra civitatem burgenses usque ad confectionem presentis carte habuisse noscuntur" — worunter doch wohl nur die Rechte und Gewohnheiten in Bausachen zu denken sein dürften — ausdrückliche Bestätigung ertheilt wird. *Clasen*, Schreinspraxis S. 67 flg.; *Wallraf*, Beitr. S. 116—19 (in beiden Werken unvollständig); *Lacomblet* a. a. O. Nr. 474 S. 333—35; *Quellen* a. a. O. Nr. 94 S. 582—85. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 651, 52. 19

1180, Aug. 18. Kaiser Friedrich I. genehmigt und bekräftigt vorstehenden Vergleich. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 475 S. 335, 36; *Quellen* a. a. O. Nr. 95 S. 585, 86. 20

Die vorstehenden Urkunden könnten

leicht den Schein verbreiten, als wenn Philipp von Heinsberg der Befestigung Cöln's nicht günstig gestimmt gewesen wäre. Allein, wenn auch die frühere Annahme, dass der jetzt noch die Stadt umgürtende grosse Mauerkranz sein Werk sei, längst gründlich widerlegt erscheint, indem vielmehr erst 9 Jahre nach dessen Tod dieser Mauerbau begonnen worden, so lässt sich doch nicht bezweifeln, dass gerade Philipp's Regierung die Stadt Cöln, wie überhaupt eine erhebliche Erweiterung ihres Umfangs, so namentlich den grössten Theil ihrer Wälle und Gräben, Thürme und Thore zu verdanken hat. Vgl. *Wallraf* a. a. O. S. 122—53; O. *Abel* in der allgem. Monatsschr. a. a. O. S. 450, 456.

21 **1190**, März 25. König Heinrich VI. bestätiget dem Erzbischofe Philipp in einer hauptsächlich dessen Münzgerechtigkeit betreffenden Urkunde („dominicalis pagina") auch die Gnade, „ut burgenses de civitate colonia et nussia et aliis oppidis, que coloniensis archiepiscopus libere tenet ad manus suas, sint de cetero apud werdam ab omni theloneo absoluti." *Apolog.* Nr. 5 S. 6, 7; *Secur.* Nr. 105 S. 284, 85; *Lünig* a. a. O. S. 338, 39; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 524 S. 365, 66; *Quellen* a. a. O. Nr. 106 S. 600—02.

22 **1193**, Jun. 28. Derselbe [nunmehr Kaiser] wiederholt bei einer andern Gelegenheit das dem inzwischen verstorbenen Erzbischofe Philipp — „tam ipsi archiepiscopo quam ecclesie et civitati coloniensi" — gegebene Privileg der Zollbefreiung bei Kaiserswerth, mit dem Beisatze, „ut burgenses . . . apud bopardiam nullum de cetero nisi antiquum persolvant theloneum." *Quellen* a. a. O. Nr. 108 S. 603—5.

23 **1194**, Febr. 6. Der englische König Richard thut seinen Beamten und Getreuen zu wissen, „quod nos quietos clamasse dilectos nostros cives de Colonia et mercandisam suam de illis duobus solidis, quos solebant dare de Gildhalla sua London, et de omnibus aliis consuetudinibus et demandis, que pertinent ad nos in London et per totam terram nostram in anglia", sowie dass die Cölner im ganzen Reichsgebiete freien Handelsverkehr haben sollten [22]). *Quellen* a. a. O. Nr. 109 S. 605. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 489.

24 **1197** [?] Burggraf Heinrich von Cöln verpfändet mit seiner Gattin Mathilde Einwilligung vor dem Schöffengerichte durch die Hand des Erzbischofs Adolph I. [von Altena, seit 1194] die cölnische Burggrafschaft („jurisdictionem comicie que burgraschaf dicitur") sammt Haus und Hof für 200 Mark auf vier Jahre an Simon (Schiderich) [23]), den Bruder Gerhard's genannt „inter macellos", und zwar „ea conditione, ut predicta domus cum curte sua et prefata jurisdictio tota cum omni fructu et utilitate preter id, quod ruminge dicitur, et preter tria wizliche dinc pignus sint predicti Symonis pro cc marcis. Quod si idem Symon vel moritur vel si non bene gesserit se in hoc officio erga scabinos seu erga civitatem, de peticione predicti Gerardi fratris, vel si ipse Gerardus decesserit, de peticione heredum suorum et de consilio scabinorum loco predicti Symonis alius idoneus substituetur." [Der Schluss, namentlich das Datum unlesbar.] *Quellen* a. a. O. Nr. 102 S. 594, 95. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 558 m. Note 1.

Die vier Pfandschaftsjahre werden in der Urk. von Epiphania 1187 an gerechnet. Da jedoch damit die Erwähnung Adolph's als Erzbischofs von Cöln unvereinbar erscheint, so liegt *Ennen*'s Vermuthung nahe, dass 1197 gelesen werden müsse.

1198, Jul. 12. König Otto IV. erneu- 25
ert in einer Güter-Restitutions- und Rechtsbestätigungsurkunde für das Erzstift Cöln den Städten desselben ein [nicht näher bekanntes] Heinrich'sches Zollprivileg — „burgensibus Coloniensibus, Susatiensibus et aliis oppidis et villis Coloniensis ecclesie tale jus prestamus et confirmamus, quod non aliud pedagium solvent per totum imperium, nisi secundum privilegii tenorem predecessoris nostri pie recordationis Henrici imperatoris." (Undatirt.) *Gelenii* Vita S. Engelberti p. 25; *Apolog.* Nr. 6 S. 8, 9; *Secur.* Nr. 106 S. 285; *Schaten*, Annal. Paderborn. Ps. I p. 915; *Lünig* a. a. O. S. 340, 41; *Orig. Guelf.* Tom. III p. 755; *Bondam* l. c. bl. 266; *Kindlinger*, Gesch. der Familie u. Herrschaft von Volmestein (1801) Bd. II S. 96 flg. [Gegen die gewöhnliche Datirung des Diploms vom J. 1204 s. *Böhmer*'s Reg. Otton. S. 159 nr. 2959].

1198—1200. (?) Den „canonici et sanc- 26
timoniales" von St. Gertraud zu Nivelle und von St. Marien und Begga zu Andenne [24]) wird urkundlich auf Grund rechtsgenügenden Zeugnisses von den cölner Schöffen und Schöffenbrüdern bestätigt, dass sie ihre alt-

22) Die Handelsverbindung Cöln's mit England war vornehmlich das Werk des aus der Verbannung zurückgekehrten Herzogs Heinrich des Löwen. O. *Abel* a. a. O. S. 451.

23) Ueber diese angesehene cölner Patrizier-Familie s. *Fahne* a. a. O. I, 60 flg.

24) Von den genannten Orten gehörte der eine zu Brabant, der andere zu der Grafschaft Namur.

hergebrachte [vermuthlich auf kaiserlichen Privilegien beruhende] Zollfreiheit zu Cöln in der Art wiederhergestellt und in Briefen niedergelegt haben: „ut videlicet colonie de vino prebende sue nullum in perpetuum persolvant thelonium, sed ab omni exactione liberrimi cum suis rebus permaneant." *Quellen* a. a. O. Nr. 114 S. 613, 14. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 614.

27 In das XII. Jhdt., höchst wahrscheinlich in den Zeitabschnitt von 1160 bis 1176, fallen die „jura ministerialia sancti Petri in Colonia ab antiquo ordinata et statuta." Es stellen sich dieselben als eine weisthumartige Aufzeichnung der von Alters her über die Heerfolgepflichten der Petersdienstmannen [der „beneficiati" und „non beneficiati"], namentlich bei Romfahrten des Erzbischofs, über das Verfahren im Falle einer unter Ersteren vorgekommenen Tödtung, über die Zweikämpfe („monomachiae") zwischen stiftischen und Reichsministerialen, über die Befreiuung jener von der geistlichen Gerichtsbarkeit, über die verschiedenen Dienstmannen-Aemter („officia curiae"), über die Ausstattung der „milites de familia" von Seite des Erzbischofs, über den Erbübergang des „jus serviendi" u. a. m. vorhanden gewesenen vertragsmässigen und gewohnheitsrechtlichen Bestimmungen in 12 theilweise umfangreichen, hie und da den Satzungen der s. g. constitutio de expeditione Romana sich annähernden Artikeln dar, und finden sich gedruckt b. *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. II Urk. Nr. 13 S. 68 flg.; *Walter*, Corp. juris Germ. antiq. Tom. III p. 799 sq.; *v. Fürth*, Ministerialen Anh. Nr. II S. 511 flg.; J. *Grimm*, Weisth. Thl. II S. 749 flg.; *Quellen* a. a. O. S. 211—17. Vgl. *Eichhorn*, Dtsch. Staats- u. RGesch. Thl. II §§. 223, 294 S. 73, 392; *v. Fürth* a. a. O. S. 254; O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Abthl. I S. 581; *Ennen* a. a. O. S. 435—37.

28 **1203**, Febr. 13. Erzbischof Adolph I. von Cöln macht „civium de dynant in thelonio coloniensi et in pondere, quod vulgo pundere dicitur, justiciam a temporibus Karoli regis ipsis hactenus observatam" neuerlich bekannt, „ne forte per temporum intervalla in oblivionem labatur." *Quellen* Bd. II Nr. 5 S. 6—8. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 615.

1204, Apr. 11. König Johann von
29 England nimmt die cölner Bürger, unter Ausdruck des Dankes für ihre seinem Neffen, König Otto IV., geleisteten treuen Dienste[25]), in seinen Schutz, und gestattet ihnen durch sein ganzes Land freien Handelszug, sich hiebei jedoch — unter Beseitigung des Richardschen Privilegs [nr. 23] — die vordem üblich gewesenen Abgaben an seine Casse vorbehaltend — „salvis tamen nobis debitis et antiquis consuetudinibus nostris, quas antecessores vestri et vos tempore antecessorum nostrorum regum Anglie fecistis et facere consuevistis." *Quellen* a. a. O. Nr. 9 S. 15. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 489.

1204, Dez. 25. Derselbe ertheilt „licen- 30
ciam hominibus Colonie, quod salvo et secure veniant et redeant per totam terram Anglie cum vinis et aliis merchandisis suis, faciendo inde rectas et debitas consuetudines, quamdiu ipsi fuerint in fidelitate et fide regis Ottonis." J. M. *Lappenberg*'s Urkundl. Gesch. des hanseat. Stahlhofes in London (1851), Urk. S. 6; *Quellen* a. a. O. Nr. 11 S. 16.

1205, Jan. 16. Erzbischof Adolph I. 31
von Cöln gibt seinen Münzern daselbst — „qui husgenoiz in volgari dicuntur" — die Versicherung, dass in Zukunft nimmer mehr wider ihren Willen ein Individuum ihrer Gilde aufgedrungen oder sonst ihr altes Recht und Herkommen verletzt werden solle, zugleich das Privileg hinzufügend, dass dieselben, solange sie dem erzbischöflichen Münzmeister „secundum jus monete" gehorchen und vor seinem Gerichte zu Recht stehen würden, vor kein anderes gezogen werden dürften. *Quellen* a. a. O. Nr. 13 S. 17, 18. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 430 flg.

1205, Dez. 23. Pabst Innocenz III. 32
„scabinis et universo populo Coloniensi . . . libertates antiquas et rationabiles consuetudines ab imperatoribus, principibus vel aliis legitime concessas et hactenus observatas . . . auctoritate apostolica confirmat." *Quellen* a. a. O. Nr. 16 S. 20.

1206. König Philipp geht mit den 33
Bürgern der Stadt Cöln [nach 18monatlicher schwerer Belagerung derselben] unter Vermittlung des Herzogs von Lothringen der Grafen von Geldern, Jülich, Berg, Hochstaden und Kuke (Kessele?), sowie des Vogts Hermann zu Boppard einen Sühnvertrag ein. Darin macht sich zuvörderst die Stadt anheischig, bei dem Pabste die Rehabilitirung des [um seiner Anhänglichkeit an den Staufen willen excommunicirten und durch Bruno von Sayn ersetzten] Erzbischofs Adolph betreiben, und bei günstigem Erfolge denselben als ihren rechtmässigen Herrn anerkennen, im entgegengesetzten Falle aber sich jenen Erzbischof, welchen ihr der König und die vorerwähnten „magnates terre" geben würden, gefallen lassen zu wollen. Der König anderseits will die gesammten

25) Vgl. die Urkk. des Pabsts Innocenz III. v. 1203, 1204 in den *Quellen* II, 13. 15.

von seinem Vater und Bruder herrührenden Rechte und Freiheiten der Bürger in einem „autentico privilegii" bestätigen. Auch sollen Letztere wegen der eigenmächtig erhobenen „indebita exactio in sale vel in vino seu quacumque alia re" und der hiedurch verursachten Vermögensschäden ohne Verantwortung bleiben, jedoch dafür auch allen Ersatzansprüchen wegen ihnen „occasione gwerre" erwachsener Verluste entsagen. Desgleichen lässt ihre aus eigenen Mitteln bestrittenen Mauerbauten der König aus Gnade fortbestehen. Wer sich vom Clerus oder Laienstande dieser Sühne anschliesst, soll an Gut und Leib geschützt, der Widerstrebende hingegen einem Reichsfeinde gleich für aufenthalts- und friedlos gehalten werden. Die von den Gegenbischöfen Adolph und Bruno verpfändeten Zoll- und Münzgefälle sind einzulösen; blos Dietrich von Eremporzen ist im Besitze seiner „pignora et beneficia in moneta" zu belassen. Endlich die Huldigung der Stadt gegenüber dem Könige wird auf den Sonntag Invocavit anberaumt und für die Erfüllung dieses Punktes von mehr denn 2000 Leuten ein Gewährreid geleistet. *Pertz*, Monum. Germ. hist. Legum Tom. II p. 209; *Quellen* a. a. O. Nr. 23 S. 26—28. Vgl. dazu O. *Abel*, K. Philipp der Hohenstaufe (1852) S. 196 flg. und *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 47—49 mit S. 36 flg.

34 **1207**, Apr. 30. König Philipp confirmirt der Stadt Cöln ihre bisherigen Zollbegünstigungen bei Boppard und Kaiserswerth, hebt für die cölner Bürger alle „thelonea injusta et de novo instituta omnesque indebitas exactiones ubique in imperio" auf, gestattet denselben, „ut ipsi in muris suis quascunque voluerint municiones de propriis rebus suis construendi liberam habeant facultatem", und erklärt endlich, dass ein von ihm dem Erzbischofe Adolph nach seiner Aussöhnung mit Letzterem [26]) verliehenes „privilegium de moneta coloniensi" in unwandelbarer Geltung bestehen solle. *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 17 S. 11, 12; *Quellen* a. a. O. Nr. 24 S. 28, 29.

35 **1207**, Aug. 3. Derselbe sanctionirt die durch Erzbischof Adolph den Hausgenossen der Stadt Cöln zugestandenen Rechte [nr. 31]. *Quellen* a. a. O. Nr. 25 S. 30, 31, und in deutscher Uebersetzung (vielleicht a. d. XIV. Jhdt.) *ebendas.* Bd. I S. 303, 4.

36 **1211**. Erzbischof Dietrich [von Heinsberg, Otto's IV. Günstling] zu Cöln bestätigt das Adolph'sche Zollprivileg der dinanter Bürger [nr. 28]. *Quellen* a. a. O. Bd. II Nr. 32 S. 37, 38.

1212, März 16. Kaiser Otto IV. — 37
„concedit ipsis civibus et confirmat, ut ad spacium trium annorum liceat ipsis sine alicujus contradictione pro munitione et opere civitatis coloniensis infra civitatem accipere denarium unum coloniensem de unoquoque maldro annone, que molitur, et simili modo de maldro annone, que braxatur." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 39 S. 21; *Quellen* a. a. O. Nr. 36 S. 41, 42.

1212, Nov. 30. Derselbe erneuert den 38
Bürgern Cöln's auf deren Bitten ihre Zollfreiheiten in Kaiserswerth, Boppard und Duisburg; doch soll jeder Betheiligte eidlich („sola manu juramento prestito") erhärten, dass er keine fremde Waaren führe. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 40 S. 21, 22; *Quellen* a. a. O. Nr. 37 S. 42, 43.

1213, Jul. 24. König Johann von 39
England erneuert (nach neunjähriger Suspension) das von seinem Bruder Richard den cölner Handelsleuten im J. 1194 gegebene Privileg [nr. 23]. *Lappenberg*, Stahlhof Urk. S. 8; *Quellen* a. a. O. Nr. 41 S. 47, 47. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. I S 490.

1216 [27]), Mai 6. König Friedrich II. 40
bestätigt den cölner Bürgern [jedoch erst, nachdem er die Erhebung des in seinem Gefolge befindlichen Grafen Engelbert von Berg auf den erzbischöflichen Stuhl durchgesetzt hatte] das unter nr. 22 angeführte Zollprivileg seines Vaters Heinrich VI. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 49 S. 25, 26, *Quellen* a. a. O. Nr. 48 S. 56, 57. Vgl. F. W. *Schirrmacher*, Kaiser Friderich der Zweite, Bd. II (1861) S. 8, 352.

1224, Jan. 20. Der römische König 41
Heinrich ertheilt ebenfalls dem vorerwähnten Zollfreiheitsbriefe seine Bestätigung. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 111 S. 61; *Quellen* a. a. O. Nr. 79 S. 90, 91.

1224, Aug. 23. König Heinrich III. 42
von England befiehlt, dass die cölner und andere vom Osten kommende Handelsschiffe im Hafen von „Jernemuth" (Yarmouth) einer „arrestatio" nicht unterliegen, sondern ungehinderte Abfahrt haben sollen. *Lappenberg*, Stahlhof Urk. S. 10; *Quellen* a. a. O. Nr. 81 S. 92.

1225. Die Bürgermeister von Cöln 43
ertheilen mit Zustimmung der „officiales de Richercegheide" den Filzhutmachern („operariis pilleorum, qui vulgo dicuntur vilcinhude") ihrer Stadt Zunftgerechtigkeit — „fraternitatem jure civitatis et modo conpe-

26) In Folge des Uebertritts Adolph's zur Hohenstaufischen Partei, welcher in Andernach 1204 erfolgt war.

27) Die Urkunde selbst hat das Ausstellungsjahr 1215. Vgl. aber *Ennen*, Gesch. II, 56 Note 3.

tenti tenendam, ita quod ipsi obedientes erunt et devoti officialibus predictis, et civitati et consilio officialium et civium in omnibus stabunt requisiti." *Quellen* Bd. I S. 330, 31. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 539.

44 **1225.** Der erwählte Erzbischof Heinrich I. von Cöln gibt seinen „Husgenozen" die Versicherung: „quod nos ipsos, quoad vixerimus, in omni jure et gratia, qua ipsi a tempore . . . Reynoldi archiepiscopi . . . ad nos pervenerunt, honorifice et benigne conservare debemus." *Quellen* Bd. II Nr. 90 S. 98, 99.

45 **1226.** Erzbischof Heinrich I. bestätigt der Stadt Cöln zur Abwehr von Rechtskränkungen sowie zu ihrer und seiner eigenen Beruhigung „omnia jura et libertates ipsorum nec non et bonas consuetudines, que omnia habuerunt usque ad tempus electionis . . . archiepiscopi Engilberti [I.]", jedoch sich ausdrücklich alle Gerechtsame vorbehaltend, welche die Kirche von Cöln und seine Vorgänger „infra bannum civitatis Coloniensis" bis zum erwähnten Zeitpunkte ausgeübt, und für Fälle einer hierüber oder über die städtischen Rechte entstehenden „dissensio vel questio" bestimmend, „quod . . ipsa per sentenciam scabinorum juratorum Coloniensium sub juramento commonendorum debeat diffiniri, dummodo eorum pronunciationi et consensui non pauciores intersint, quam septem, et eorum diffinitio ac sentencia rata observabitur." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 136 S. 73, 74; *Quellen* a. a. O. Nr. 94 S. 103. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 70.

Von dieser Urkunde existirt noch eine zweite Original-Ausfertigung mit veränderter Wortfassung, worin sich namentlich der Erzbischof „ad observationem omnium, que predicta sunt, juramento interposito" verpflichtet. *Quellen* a. a. O. Nr. 95 S. 104, 5 m. Note 1.

46 **1226**, März 4. Derselbe ertheilt seinen Münzern („Husgenozen") die Gnade: „quod si denarios, qui in moneta Coloniensi cuduntur, examinare decreverimus, sive quicumque alius pro sue voluntatis arbitrio ipsos voluerit examinare, eorundem examinatio monete nostro examinatori [28]) et non alii committetur." *Quellen* a. a. O. Nr. 96 S. 105, 6.

47 **1226**, Nov. 14. Pabst Honorius III. confirmirt den Schöffen und der Bürgerschaft von Cöln auf deren Ansuchen „libertates et immunitates antiquas et rationabiles consuetudines ab imperatoribus, principibus vel aliis legitime . . . concessas et hactenus observatas." *Quellen* a. a. O. Nr. 99 S. 108.

28) Ueber den exam. argenti s. *Ennen*, Gesch. I, 431.

1230. Erzbischof Heinrich I. von Cöln ertheilt dem von den Hausgenossen allda unter Erbieten zum Schwure in Anspruch genommenen, angeblich aus der ältesten Zeit herrührenden Rechte: „quod, cum aliquem vel aliquos ex eis sine filio laico legitimo decedere contingeret, liberam haberent facultatem unum vel plures eligendi et instituendi, prout eisdem monetariis videretur expedire", nach Rath der „priores et ministeriales" urkundliche Anerkennung und Bestätigung, unter einstweiliger Aussetzung der zur Zeit wegen der 40tägigen Fasten unstatthaften Eidesleistung bis nach der Oster-Octav. *Quellen* a. a. O. Nr. 121 S. 126. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 432. 48

1231, Jun. 19. König Heinrich verkündet, unter besonderem Ausdrucke seiner „specialis dilectio" zu den Bürgern Cöln's, „quos . . . in jure suo et libertate cupit promovere, defendere et pie conservare", einen in seiner Gegenwart zu Worms von den Reichsfürsten gefundenen Rechtsspruch des Inhalts: „quod predicti dilecti ac fideles nostri scabini et cives Colonienses nec ob debita nec ob promissiones archiepiscopi cujuscunque sancte Coloniensis ecclesie pro loco et tempore existentis aut alterius cujuslibet persone in personis vel rebus debeant dampnificari, detineri aut modo quocumque gravari." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 169 S. 87, 88; *Huillard-Bréholles*, Hist. Frid. Tom. III p. 443, 44; *Quellen* a. a. O. Nr. 122 S. 127. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 71, 72. 49

1211 — 1233. Die cölner Bürger schliessen mit den Abgeordneten Flandern's unter Vermittlung des Grafen Ferdinand von Flandern und Hennegau in feierlicher Weise („effestucatione et osculo") und eidlich einen Friedens- und Aussöhnungsvertrag, worin insbesondere die an die geschädigten Handelsleute (namentlich die Lischeboner-Compagnie) zu Cöln zu leistende Vergütungssumme, sowie für etwa nachfolgende Ersatzstreite zwischen Flämingern und Cölnern die Austragungsform näher bestimmt wird. *Quellen* a. a. O. Nr. 139 S. 143, 44. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 491, 92. 50

1235, Nov. 8. König Heinrich III. von England wiederholt den Johanneischen Freibrief v. 1213 [nr. 39] für die cölner Kaufleute. *Lappenberg*, Stahlhof, Urk. S. 12; *Quellen* a. a. O. Nr. 149 S. 152. 51

1235, Nov. 8. Derselbe thut seinen „ballivi" zu wissen, dass er die cölner Handelsleute sammt ihren Waaren in seinen Schutz genommen habe, und ertheilt den Ersteren die darauf bezüglichen Weisungen. *Quellen* a. a. O. Nr. 150 S. 152, 53. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 490. 52

53 **1236**, Mai. Kaiser Friedrich II. erneuert den Bürgern von Cöln das im J. 1216 verliehene Zollprivileg [nr. 40], welches von Wort zu Wort eingerückt ist, sanctionirt ferner die im Reichsschöffenspruche v. 1231 [nr. 49] anerkannte Unangreifbarkeit derselben wegen erzbischöflicher oder sonstiger fremder Schuldverbindlichkeiten und Zusagen, und bestätiget endlich „omnia jura eorundem scabinorum, civium et civitatis nec non et omnes bonas et rationabiles consuetudines, quas intra vel extra civitatem habuisse noscuntur.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 205 S. 107, 8; *Huillard-Bréholles* l. c. Tom. IV Ps. 2 p. 843, 44; *Quellen* a. a. O. Nr. 159 S. 160—62.

54 **1237**, Jun. Derselbe verkündigt eine auf dem Reichstage zu Speier zu Stande gekommene „sententia principum: quod [Coloniensis archiepiscopus] extra civitatem suam sicut et infra in jurisdictione ipsius, que banmile vulgariter dicitur, possit legitime judicio presidere et de sue jurisdictionis hominibus justa judicia exercere.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 215 S. 111; *Quellen* a. a. O. Nr. 164 S. 166. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 75.

55 **1237**, Dez. 24. Der Burggraf Heinrich von Cöln überlässt mit Rath und Zustimmung der Schöffen daselbst verkaufsweise den geistlichen und weltlichen Häuser-Besitzern „in vico, qui dicitur under gedemin[29]), officium sive jus suum, quod habet in demoliendo sive frangendo ea, que Colonie in domibus et edificiis sunt ante edificata, que vulgariter dicuntur vurgezimbere“ [nr. 11g, 24], für 50 Mark cölnischer Münze, „renuncians quoad hoc exceptioni non numerate et non tradite pecunie“, setzt aber hiebei zugleich fest, wie weit in die Strasse hinein auf der einen und bis zu welcher Höhe auf der anderen Seite in Zukunft gebaut werden dürfe. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 220 S. 113, 14; *Quellen* a. a. O. Nr. 166 S. 167, 68. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 572.

56 **1238**, März. Erzbischof Heinrich I. von Cöln spricht in Ansehung des inzwischen eidlich erhärteten Rechtes der Münzer, im Falle erblosen Todes eines Hausgenossen die eröffnete Stelle durch freie Selbstwahl auszufüllen, nunmehr definitiv seine Anerkennung aus [nr. 48]. *Quellen* a. a. O. Nr. 175 S. 175—77.

57 **1238**, Mai 1. Der erwählte Erzbischof von Cöln Konrad I. (von Hochstaden) macht seinen Münzern die feierliche Zusage: „quod nos, quoad vixerimus, ipsos non artabimus nec cogemus ad aliquem in eorum consortium recipiendum, sed in omni jure et libertate, quam hactenus habuisse dinoscuntur, conservabimus eosdem.“ *Quellen* a. a. O. Nr. 178 S. 179.

1238, Mai 26. Derselbe ertheilt zweien Privilegien seiner Münzer, nämlich den unter nr. 48 [56] und nr. 46 bemerkten, dem letzteren mit dem Beisatze, dass die „examinatio“ stets im Münzhause selbst geschehen müsse, eine neuerliche Bestätigung, und fügt noch die Bestimmung hinzu: „quod si dictos monetarios, qui Husgenoze appellantur, super aliquo jure ad monetam coloniensem pertinente convenire voluerimus, nullus contra ipsos sententiam proferet, nisi commonetarii colonienses, qui Husgenoze vocantur, a nobis tamen vel a nostris successoribus super hoc requisiti.“ *Quellen* a. a. O. Nr. 180 S. 180, 81. 58

1238, Mai. Derselbe verspricht den Bürgern von Cöln, welche mit ihm wegen Erhebung der „denarii qui dicuntur cerevisiales“ auf 3 Jahre ein Uebereinkommen getroffen, sie gegen jede hieraus ihnen etwa erwachsende „offensa vel mala voluntas“, sei es von Seite des Kaisers oder irgend eines Anderen, vertreten, sowie schadlos halten zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 230 S. 120; *Quellen* a. a. O. Nr. 181 S. 182. 59

1239 [30]), Jan. 7. Derselbe thut zu wissen, dass er die Stadt Cöln und deren Bürger von der Hälfte des Bierpfennigs, dessen voller Bezug ihm vom Kaiser gestattet worden, für die früher [nr. 59] vereinbarten 3 Jahre (wohl in der Absicht, damit der fragliche Betrag zu gemeindlichen Zwecken verwendet werden möge) entbunden habe. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 237 S. 122, 23; *Quellen* a. a. O. Nr. 192 S. 190. 60

1239, Febr. Derselbe bestätiget seiner Stadt Cöln „jura sua et consuetudines suas approbatas, specialiter etiam . . . consuetudinem antiquam et juri consonam, talem videlicet, quod nullus civis coloniensis pro delicto sive crimine infra Coloniam et terminos ipsius civitatis, qui dicuntur Burchban, commisso, vel quod dicatur commissum, extra Coloniam a nobis vel successoribus nostris in jus vocetur nec ab aliquo conveniatur; sed nos et successores nostri in palatio nostro Colonie presidere debemus et ibi secundum quod sententia scabinorum coloniensium dictaverit judicare.“ *Quellen* a. a. O. Nr. 194 S. 191, 92. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 81, 82. 61

1239, Mai 20. Pabst Gregor IX. gewährt den Cölnern die Gunst, dass sie in 62

---

29) L. undir gedemin.

30) Die Urk. hat die JZ. 1238. Vgl. aber nr. 65 mit *Lacomblet*'s Note 4.

Rechtsangelegenheiten durch „litterae apostolicae" wider ihren Willen an keine verdächtigen, nur mit Schwierigkeit und Gefahr zu erreichende Orte („ad loca suspecta, ad que propter viarum discrimina et inimicitias capitales secure accedere non valetis") geladen werden sollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 240 S. 124; *Quellen* a. a. O. Nr. 196 S. 193, 94.

63 **1239**, Jul. 15. Erzbischof Konrad I. gibt den Bürgern Cöln's, welche ihm „non ex debito, verum potius contra consuetudinem et jura civitatis de libera voluntate et mera liberalitate" bewaffneten Beistand [wider den Grafen von Berg und den Herzog von Brabant] geleistet hatten, die Zusicherung: „quod eis contra ipsorum inimicos et insidiatores assistemus et defensabimus eosdem", dabei ausdrücklich bemerkend, dass aus jener freiwilligen Hülfeleistung niemals eine Zwangspflicht hergeleitet, vielmehr den Bürgern der Genuss ihrer „privilegia, jura et consuetudines approbate" ohne Minderung gewahrt, ja sogar auf eine Mehrung ihrer Freiheiten Rücksicht genommen werden solle. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 242 S. 125; *Quellen* a. a. O. Nr. 197 S. 194, 95. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 82.

64 **1239**, Jul. 23. Derselbe wiederholt wörtlich (jedoch nun unter Mitsieglung des Capitels) das bereits im Februar des vorbezeichneten Jahrs den Cölnern gegebene Privileg [nr. 61]. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 243 S. 125; *Quellen* a. a. O. Nr. 198 S. 195.

65 **1240**, März 17. Derselbe erklärt, auf die ihm von Kaiser Friedrich „in obsidione Brixie anno domini mccxxxviii mense augusto" zugestandene Erhebung des cölner Bierpfennigs [s. nr. 60], nachdem er in Erfahrung gebracht, „se in eisdem denariis ex concessione dicti domini imperatoris nichil juris habere vel habere posse", völlig verzichten zu wollen, dabei nicht nur dem fraglichen Kaiserpatente selbst, sondern auch allen künftigen kaiserlichen „concessiones sive donationes et littere . . . super dictis denariis cerevisialibus" für Cöln [wohl hauptsächlich, weil solche leicht über dasselbe den Schein reichsstädtischer Bedeutung verbreiten konnten] alle Gültigkeit absprechend. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 246 S. 126, 27 m. Note 1; *Quellen* a. a. O. Nr. 202 S. 202.

66 **1240**, Jul. 7. König Konrad IV., den cölner Bürgern für ihre (auch durch ein besonderes Huldigungsschreiben kundgegebene) Treue und Anhänglichkeit an ihn, seinen kaiserlichen Vater und das Reich „puro corde grates referens uberes et attentas", empfiehlt dieselben den Grafen von Sayn und Geldern zur Beschirmung, verheisst ihnen auch seinerseits getreulichen Beistand gegen jedermänniglich, es seien geistliche oder weltliche Personen, welche sie eben um jener Anhänglichkeit willen irgendwie beschweren würden, und sichert ihnen endlich zum Lohne ihrer Verdienste um ihn seine Verwendung bei dem Kaiser — „quod patentes suas litteras habebitis, ita quod occasione nulla vos deseret, sed vobis aderit perpetua gratia et favore", zu. *v. Senckenberg's* Samml. von ungedruckten und raren Schriften Thl. IV S. 234; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 247 S. 127; *Quellen* a. a. O. Nr. 203 S. 202, 3. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 86.

1240, Jul. 27. Erzbischof Konrad I. bekennt, dass die Bürger von Cöln, welche ihm von jeher und insbesondere zur Zeit seiner Erhebung auf den erzbischöflichen Stuhl „favorem et diligentiam" bewiesen hätten, auch in seiner Fehde mit den Herzogen von Brabant und Limburg aus derselben beharrlichen Treue, und nicht etwa wegen des von ihm empfangenen Versprechens der „denarii qui vocantur winpenninge", mit Rath und Hülfe ihm zur Seite gestanden seien, daher er auf Vergeltung dieser Dienste stets bedacht sein werde. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 248 S. 127, 28; *Quellen* a. a. O. Nr. 204 S. 203, 4. 67

1240. Die „Erffgenoissen van deme goede vnd van dem Lande, dat gelegen ist im Sultzer velde", nämlich die Höfebesitzer der vor dem Weiherthore gelegenen, der Abtei St. Pantaleon lehenbaren Herrlichkeit Sülz, vereinbaren unter sich eine „eynunge", d. h. ein theilweise wohl nur altes Herkommen wiederholendes Hofstatut über ihre Stellung zum genannten Kloster und verschiedene die Feldwirthschaft, namentlich Schafzucht, das innere genossenschaftliche Verhältniss der Erbgesessenen, sowie die vogteiliche Gerichtsbarkeit über dieselben (im Weiherstrass-Bauergedinge) betreffende Gegenstände. Nach drei archival. Copien a. d. XIV. und XV. Jhdt. in 60 [auch einzelne jüngere Zusätze enthaltenden] §§. gedruckt in den *Quellen* a. a. O. Nr. 212 S. 210—19. Vgl. dazu das Vorwort das. S. VI und *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 598 flg. 68

1242, Mai. Kaiser Friedrich II. bestätigt den Rathmannen, Schöffen und Bürgern der Stadt Cöln ob ihrer Treue, Ergebenheit und Dienstbeflissenheit gegenüber ihm und dem Reiche „concessionis et indulgentie paginam, quam Chonradus Coloniensis electus eis indulsit", nämlich das vollständig in den Text aufgenommene Privileg v. 23. Jul. 1239 [nr. 64]. *Apolog.* Nr. 7 S. 9, 10; *Secur.* Nr. 71, 107 S. 238, 286; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 341; *Hansselmann*, Landes-Hoheit des Hauses Hohenlohe (Thl. II), 69

Beyl. Nr. LVIII S. 124, 25; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 267 S. 138; *Quellen* a. a. O. Nr. 222 S. 226, 27.

Die drei ersten Abdrücke geben irrthümlich statt Konrad's den Erzbischof Heinrich als Urheber des inserirten Freiheitsbriefes an und datiren letzteren vom J. 1229. Es wurde dieses alsdann Veranlassung, zwei Confirmationsbriefe Friedrich's II. v. 1242 auszuscheiden, wie *Böhmer*, Reg. Frid. (Ausg. II) S. 192 nr. 1025, 26 [31]) gethan hat, obgleich sich für das angebliche Henricianum v. 1229 nirgends, namentlich auch nicht im Priv. nr. 61, Anhaltspunkte auffinden lassen.

70 **1244**, Jul. 19. Erzbischof Konrad I. wiederholt das Münzerprivileg nr. 58. *Quellen* a. a. O. Nr. 238 S. 239, 40.

71 **1244**, Jul. Derselbe überlässt seinen Münzern zu Cöln „cubicula circa monetam sita cum omnibus suis attinentiis jure hereditario ad usus suos et monete in perpetuum possidenda.“ *Quellen* a. a. O. Nr. 239 S. 241.

72 **1246**, Sept. 5. Die Stadt Cöln schliesst — zur Wiederherstellung eines ungehemmten Handelsverkehrs im flandrischen Gebiete, vornehmlich im Gentischen — mit der Herzogin von Limburg (Gräfin von Berg) [32]) und deren Söhnen einen die wechselseitige Zurückgabe der abgenommenen oder mit Arrest belegten Güter und die Freilassung der Gefangenen festsetzenden Vertrag („treuga“), für dessen Erfüllung acht cölner Bürger als „fidejussores, qui . . . claustrum s. Apostolorum in Colonia ad jacendum intrabunt, inde non recessuri, donec premissa fuerint adimpleta“, die Gewährleistung übernehmen. *Quellen* a. a. O. Nr. 251 S. 253, 54. Dazu s. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 91, 92.

73 **1247**, Jun. 1. Die cölner Tuchweber oder Gewandschneider — „pannatores Colonienses, qui suos pannos incidunt, qui stant inter domum ykonis et monetam“ — bekunden „jura sua de domo civium et de officialibus de Richirzegheide hactenus perducta“, d. h. ihre Satzungen über Erwerb und Ausübung der Bruderschaftsrechte, unter Beifügung eines Verzeichnisses der Gildegenossen nach den sechs Kategorien der Wollenweber (pannatores), der Leinwandweber (linwatmengre), der Gewandausschneider (incisores vestium), der Stücktuchverkäufer (fratres integros pannos vendentes), der Wirthe und Unterkäufer (fratres hospitantes, submercatores), endlich der Tuchscheerer (schorren). *Quellen* Bd. I S. 335—38; *Fahne* a. a. O. Heft II S. 17—21. Vgl. dazu *dessen* Aufsatz: „die Cölner Gewandzunft mit einem Blick auf das Strassen- und Gewerbeleben im J. 1220“ a. a. O. S. 118—42, bes. S. 133—36; *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 537, 38.

1247, Oct. 9. König Wilhelm ver- 74
spricht den Bürgern von Cöln, sich für sie bei Pabst Innocenz (IV.) dahin verwenden zu wollen, „quod indulgeat eis, ut occasione litterarum suarum vel judicum delegatorum ab ipso . . . ad judicium extra Coloniam non trahantur, cum parati sint in civitate Coloniensi coram judicibus delegatis ab ipso cuilibet respondere“, noch die weitere Zusicherung beifügend, „quod, si contingit, nos exercitum ducere prope Coloniam, ulla vice cavere debemus, ne ipsorum curtes vel bona depopulatione vel vastatione aliqua non ledantur.“ *Lacomblet* a. a. O. N. 319 S. 166, 67; *Quellen* Bd. II Nr. 265 S. 265, 66.

1247, Oct. 9. Derselbe gibt ferner der 75
Stadt Cöln das Versprechen, a) sie bei allen ihren Rechten, Freiheiten und guten Gewohnheiten bewahren, b) von der Zollabgabe bei Boppard und Kaiserswerth entbinden, sowie mit allen unrechtmässigen Zöllen verschonen, c) bewaffnete Mannschaft, eine mässige Schutzwache, wie sie ihm gezieme, ausgenommen, in die Stadt nicht einlegen, d) desgleichen daselbst kein Heer zusammenziehen und keinen Hoftag („curia“) anberaumen, e) auch keinerlei Kriegshülfsgelder („subsidium“) den Bürgern abdringen, ferner f) deren Gerichtsstandsprivileg in Verbrechenssachen aufrecht erhalten, endlich g) die Errichtung von „munitiones aut castra in eorum prejudicium“ im Erzstiftsgebiete nicht gestatten, viel weniger solche Befestigungswerke selbst anlegen zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 318 S. 166; *Quellen* a. a. O. Nr. 266 S. 266, 67. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 96.

1247, Nov. 19. Pabst Innocenz IV. 76
drückt der „Coloniensis civitas, adeo famosa et celebris et quodammodo in Theutonie partibus singularis“ wegen ihrer dem römischen Könige [Wilhelm] bezeugten freundlichen Gesinnung und Ehrerbietung seine dankbare Anerkennung aus, sie zugleich („quia tamen non nocet immisso subdere calcar equo“) unter Verheissung einer „remissio peccaminum“ zum unerschütterlichen Ausharren „in ipsius regis devotione“ anspornend. *Pertz* l. c. p. 364; *Quellen* a. a. O. Nr. 268 S. 268.

1248, Jun. 7. Erzbischof Konrad I. 77
erklärt, von den Handelsgütern cölner Bür-

---

31) Ausg. I nr. 3534, 35.

32) Die auf kaiserliches Geheiss gegebene Geleits-Zusicherung Herzog Heinrich's von Limburg und einiger benachbarter Grafen und Herrn [1237—44, *Quellen* a. a. O. Nr. 296 S. 298 flg.] scheint sonach wenig respectirt worden zu sein.

ger zu Neuss, sowie überall unter- und oberhalb Cöln's keinen Zoll nehmen, und der Stadt bei Unbill und Gewaltthat ein gerechter Richter und Verfolger ihrer Feinde, aber auch ein Hort und Beschützer aller Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten sein zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 333 S. 174; *Quellen* a. a. O. Nr. 279 S. 283, 84. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 97, 98.

78 **1248**, Aug. 16 [33]). Derselbe thut brieflich kund: „quod nos de officiis monete nostre et magistratibus, quando ea vacare contigerit, nichil ordinabimus nec aliquem in eis locabimus, nisi de fidelium nostrorum civium Coloniensium, qui vulgariter Husgenoz appellantur, consilio et assensu." *Quellen* a. a. O. Nr. 280 S. 284.

79 **1249**, März 8. Die Bürger von Cöln gehen mit dem Grafen Adolph von Berg einen Vertrag des wesentlichen Inhalts ein, dass die Angehörigen und beziehungsweise Unterthanen der Parteien in den beiderseitigen Gebieten „in rebus pariter et personis contra quaslibet injurias seu vexationes indebitas" völligen Schutz geniessen, etwaige Zwistigkeiten unter den Vertragstheilen durch gemeinsame „consiliarii", und zwar „per viam amicabilem aut per sententiam juris justo ordine" beigelegt, geringfügigere Rechtshändel („negocia minuta") aber vor den gewöhnlichen Gerichten durch Schöffenurtheil, jedoch ohne jede Verzögerung, abgethan werden, endlich nach Cöln übersiedelte Leute des Grafen und umgekehrt in's Bergische eingewanderte Leute der Stadt Cöln ohne „pulsatio sive requisitio" bleiben sollen, wenn solche nicht binnen Jahr und Tag gegen sie angestellt worden ist. Diese „ordinatio" — noch durch eine (vermuthlich auf Anlass des Grafen) beigefügte Schutzclausel gegen „allirhande argelist" in deutscher Sprache verstärkt — soll bis zum Ableben des Grafen und von diesem Momente an noch ein Jahr lang in Wirksamkeit bleiben. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 357 S. 187, 88; *Quellen* a. a. O. Nr. 293 S. 294—96.

80 **1249**, Aug. 9. Erzbischof Konrad I., welcher über die „scabini Colonienses — quod injuste et indebite dicebantur fecisse electionem scabinorum, ac etiam . . . quasdam litteras, in quibus jura civitatis Coloniensis dicebantur contineri, asserebantur subpressisse" — den Kirchenbann verhängt hatte, zieht, nachdem die davon Betroffenen ihre Unschuld erwiesen, die „sententias excommunicationis" zurück — „volens ipsos scabinos in suo jure, quod in eligendis scabinis optinent, sicut hactenus habuerunt, et in aliis suis libertatibus confovere." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 351 S. 185; *Quellen* a. a. O. Nr. 285 S. 288, 89. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 101—3.

1249, Nov. 2. Die „judices, scabini 81
ceterique oppidani Gandenses" erklären den langjährigen Zwist ihrer Stadt mit der Stadt und Gemeinde Cöln für „de consilio discretorum virorum et ordinatione in perpetuum sopita et extincta", so dass daraus keinerlei Klage oder Misshelligkeit zwischen den cölner Bürgern und jenen der flandrischen und hennegauischen Städte in Zukunft mehr entstehen werde. *Quellen* a. a. O. Nr. 286 S. 289.

Darauf bezügliche Kundgebungen der Schöffen von Damm und Brügge (v. 12. Nov. 1249), sowie der Herzogin Margaretha von Flandern (v. 14. Nov. 1249) s. in den *Quellen* a. a. O. Nr. 287—89 S. 290 flg. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 103.

1251, Aug. 23. Die Stadt Cöln schliesst 82
mit dem Grafen Wilhelm von Jülich einen mit dem unter nr. 79 aufgeführten Uebereinkommen inhaltsgleichen Schutzvertrag ab. *Quellen* a. a. O. Nr. 299 S. 302—4.

1251, Dez. 13. Herzog Heinrich von 83
Lothringen thut kund, dass die zwischen ihm und den Bürgern Cöln's bestandene „querimonia sive querela" durch des Grafen Otto von Geldern Vermittlung beigelegt und ein freundliches Einverständniss für alle Zukunft in der Art erzielt worden sei, „quod cives et mercatores colonienses undique in terra (Lotharingie ac Brabantie) et dominio cum rebus suis et personis eundo, redeundo atque morando sine calumpnia et arrestatione salvi sint et securi, et e converso homines terre in civitate et libertate coloniensi, tam in aquis quam in terris, soluto theloneo debito et consueto"; dass man ferner vereinbart habe, dass, wenn cölner Bürger im Lothringischen Schulden contrahirten oder sonstige Verträge eingingen, sie daselbst „stabunt juri et sententie scabinorum sive secundum legem patrie tractabuntur", und desgleichen lothringische Unterthanen in Cöln, keineswegs aber auf Grund solcher Rechtsgeschäfte hier oder dort eine Beschlagnahme von Waaren oder Verhaftung der Personen stattfinden dürfe. Endlich solle diese „ordinatio" selbst in Zeiten einer etwaigen Fehde des Herzogs mit dem Erzbischofe von Cöln in Kraft bleiben und den beiderseitigen Handelsleuten auch alsdann das sichere Geleit und der Schutz ihrer Güter nicht fehlen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 377 S. 201, 2; *Quellen* a. a. O. Nr. 302 S. 307, 8.

---

33) Es ist dies der Tag nach der feierlichen Grundsteinlegung zum neuen Dome gewesen. Vgl. *Quellen* a. a. O. Nr. 278 S. 280 flg.

84 **1252**, Febr. 29. Graf Wilhelm von Jülich geht mit der Stadt Cöln — die mit ihrem Erzbischofe Konrad wegen gewinnsüchtiger Ausprägung geringhaltiger Münze (1251) sich in einem heftigen, bereits bis zum offenen Kampfe gediehenen Zwiste befindet — ein Bündniss „pro defensanda injuria, quam . . Conradus . . inferre nititur atque infert per monetam novam, quam indici [cudi?] fecit in prejudicium ecclesie Coloniensis, vasallorum ejusdem ecclesie, ac civitatis Coloniensis", ein, worin er der Stadt treuen und mannhaften Beistand wider jenen Rechtsübergriff zusichert, ihr verspricht ohne ihre Zustimmung keine „composicio vel treuga" mit dem Erzbischofe abzuschliessen, und endlich von aller bei gegenwärtigen Kriegswirren mit den Bürgern gemeinschaftlich gemachten Beute den Letzteren den halben Antheil zusagt. *Quellen* a. a. O. Nr. 303. S. 308 mit *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 104—7.

85 **1252**, Apr. (17.) Der Cardinal-Legat Hugo von St. Sabina und der Dominicaner-Lesemeister Albert [von Bollstädt][34]) ertheilen in einer „gravis discordia . . . super moneta ac aliis quibuscunque questionibus" zwischen Erzbischof Konrad einer- und den Schöffen und Bürgern Cöln's anderseits, in Folge eines Compromisses der Parteien und auf Grund der durch Albert vorher entworfenen Punctationen, einen **Schiedspruch**. Darin wird die neue Ausmünzung Konrad's als eine unrechtmässige bezeichnet, und für die Zukunft eine Erneuerung des Gepräges der cölnischen Münze [„monete Coloniensis numismatis renovatio"] durch den Erzbischof nur dann für statthaft erklärt, wenn er nach vollzogener Wahl auch die Bestätigung derselben erlangt haben, oder von einem im Dienste des Reichs unternommenen Römerzuge („de transalpinis partibus") heimgekehrt sein würde. Uebrigens solle stets nur ein einziger Bildniss-Stempel und dieser so angefertigt werden, dass man ihn von etwaigen Nachbildungen leicht zu unterscheiden vermöge („ad unicam descriptionem et ymaginem revertatur, et forma illius adeo fiat evidens et aperta, quod juxta ipsam de facili dinosci possit a quolibet omnis falsitas aliena"); auch müsse ferner von den hiemit geprägten Münzen eine volle Gewichtsmark zu 13 Schillingen und 4 Denaren[35]) im „sacrarium s. Petri majoris ecclesie" niedergelegt, und desgleichen eine zweite „bone fidei dictorum civium" anvertraut (also wohl im Stadtarchive aufbewahrt) werden, damit man hienach bei jeglicher neuen Ausprägung eine Prüfung auf Gehalt („puritas") und Gewicht anstellen könne. Alle ungerechten und den Privilegien der Bürger von Cöln zuwiderlaufenden Zölle zu Neuss oder anderswo sollen aufgehoben, aber auch die cölner Kaufleute gehalten sein, eidlich zu erhärten, dass sie keine fremde Waare („aliena bona, que de dicta civitate non sunt") unter dem Namen eigener mit sich führen. Dem Erzbischofe liege ob, die Bürger Cöln's „in libertatibus et juribus suis, que vel scripto vel antiqua et bona consuetudine usque ad ista tempora sunt obtenta, tam infra muros quam extra" zu beschirmen und zu vertreten, wogegen es aber auch der genannten Bürger Pflicht sei, dem Erzbischofe getreulich nach ihrem Eide „tam in judiciis quam in aliis juribus suis" Förderung zu thun. Alle während des Streites („werra") vorgekommenen Beschädigungen und Tödtungen sollen gegenseitig völlig vergeben, und darum keine weiteren Ersatzklagen und Racheverfolgungen („inimicitie") unternommen werden. Endlich solle die gegenwärtige Sühne und Einigung („compositio") ihre Wirkungen auf alle Einwohner der Stadt — „tam clerici quam laici sive etiam judei, qui muros et civitatem Coloniensem tempore dictarum discordiarum custodierunt", erstrecken. *Secur.* Nr. 72 S. 239; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 380 S. 203, 4; *Quellen* a. a. O. Nr. 306 S. 311—13. Vgl. dazu *Ennen* a. a. O. S. 114, 15.

Die Albertischen Punctationen („pronunciatio arbitrii") v. 1252, im Inhalte vollständig mit dem Schiede selbst übereinstimmend, stehen abgedruckt in den *Quellen* a. a. O. Nr. 304 S. 309—11.

Die „compositio provide facta et ab utraque parte sponte recepta" ward übrigens auf Ansuchen der cölner Stadtgemeinde durch Pabst Innocenz IV. mittels Urk. v. 12. Dez. 1252 [*Quellen* a. a. O. Nr. 314 S. 228, 29], worin der Schiedspruch wörtlich eingerückt erscheint, „auctoritate apostolica" confirmirt, aber auch, da viele Bürger selbst dem Schiede sich nicht fügen wollten, dem Dechanten von Osnabrück unter dem 16. Juni 1253 [*Quellen* a. a. O. Nr. 320 S. 334] der päbstliche Auftrag gegeben, die Widerspenstigen „ad observationem compositionis" mit kirch-

34) Ueber Leben und Schriften des Albertus Magnus (geb. zu Lauingen in Schwaben, 1260—63 Bischof von Regensburg, † 15. Nov. 1280) s. *Fabricii* Biblioth. lat. med. et inf. aet. I, 113 flg.; *Grässe*, Literärgeschichte des MAs. II, 2 S. 243—45; *Mathieux* a. a. O. S. 56 flg.; *Burckhardt* a. a. O. S. 53 flg.; *Ennen* a. a. O. II, 108 flg.

35) Vgl. dazu *Mone*'s Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins II, 401.

lichen Strafmitteln (nur nicht Bann und Interdict) anzuhalten. *Ennen* a. a. O. S. 116, 17.

86 **1252**, Apr. 27. Erzbischof Konrad I. verspricht allen im Vertrauen auf seine Beschirmung und Gnade nach Cöln kommenden und sich daselbst wohnlich niederlassenden Juden für ihre Personen und Güter seinen Schutz, wofür sie ihm aber alljährlich ein mit seinen Commissären zu vereinbarendes „servicium vel tributum" in zwei Terminen, zu Johannis und Weihnachten, zu entrichten haben. Vorderhand solle dieses Verhältniss zwei Jahre währen, wonach die Juden frei wählen dürften, ob sie wieder abziehen oder bleiben wollten; an ersterem seien sie jedoch auch „infra biennium", sofern sie nur die ganze Gebühr bezahlten, nicht gehindert; für den Fall des Bleibens behielte sich übrigens der Erzbischof die Wahl vor, ob er es bei dem bisherigen „annuum servicium" belassen oder dasselbe abändern wolle. Die Gerichtsbarkeit über die Juden angehend, so werde er ein „judicium seculare" nur in bestimmten Fällen — „utpote si alter in alterum commiserit furtum, falsarie crimen, vulnus apertum aut plagam que bligendait vulgariter appellatur, aut si aliquis ex ipsis excommunicatus in excommunicatione hujusmodi contumax steterit et rebellis, aut si Judeus adulterium cum Judea vel etiam Christiana muliere commiserit" — ausüben und zur Ueberführung des Thäters sowohl christliche als auch jüdische Zeugen zulassen — „ita tamen, quod nullus puniri debeat pro excessu alterius seu delicto." Eine Anklage wegen Verbrechens von Seite eines Juden wider einen anderen solle übrigens bei dem erzbischöflichen Gerichte nur „ad talionem se obligando" angenommen, und ein Jude von so üblem Leumunde, dass seine Glaubensgenossen selbst dessen „amotio extra suum consortium" begehren, auf ihr Verlangen aus der Stadt gewiesen werden. Endlich der „episcopus Judeorum" dürfe stets blos Ein Jahr seinem Amte vorstehen, worauf die Juden selbst einen tauglichen Nachfolger zu wählen befugt, hiebei aber an den Erzbischof eine Abgabe von 5 Mark zu leisten verbunden seien. *Quellen* a. a. O. Nr. 308 S. 321, 22. Vergl. dazu *Ennen* a. a. O. Bd. I S. 473, 74, 76.

87 **1252**, Aug. 9. Die „communitas campsorum Coloniensium, qui Husgenoze dicuntur" setzt „in communi colloquio" die verschiedenen Geldbussen fest, welchen der wegen Säumigkeit in der Bezahlung angekauften Silbers bei dem Münzmeister verklagte Genosse unterliegen soll, für den äussersten Fall des Ungehorsams gegen den Zahlbefehl des Ersteren die Ausschliessung des Schuldigen und seiner Erben aus der Münzergilde verfügend — „si autem sepedictus contumax utilitatem et jus suum requirere negglexerit, et sic per annum integrum et sex ebdomadas rebellis magistratui exstiterit, extunc ipse et heres suus de hereditate de moneta, que Husgenozschaf dicitur, in perpetuum eliminabuntur, nec umquam ipsam possidebunt." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 383 S. 206. Vgl. *Arnold*, Freistädte Bd. 1 S. 273, 77[36]).

1252, Dez. 9. Pabst Innocenz IV. 88
ertheilt den Cölnern auf deren briefliches Ansuchen die Gnade: „ut per apostolice sedis vel legatorum ipsius litteras . . . pro quacumque privata causa vel communi extra civitatem Coloniensem ad judicium evocari aliquatenus non possint absque speciali sedis ejusdem mandato, plenam et expressam de verbo ad verbum faciente de hac indulgentia mentionem." *Quellen* a. a. O. Nr. 312 S. 326, 27.

1252, Dez. 9. Derselbe weist den Abt 89
von St. Martin zu Cöln an, die etwaigen Verletzer vorstehender „concessio . . . per censuram ecclesiasticam, appellatione postposita" zu züchtigen. *Quellen* a. a. O. Nr. 313 S. 327, 28.

1252, Dez. 12. Derselbe bestätigt den 90
Bürgern Cöln's auf deren Bitten „libertates et immunitates ac jura ab imperatoribus et regibus Romanis ac etiam archiepiscopis Coloniensibus et aliis principibus fidelibus rationabiliter concessa nec non et consuetudines laudabiles et antiquas." *Quellen* a. a. O. Nr. 315 S. 229.

1253, Jan. 18. Derselbe begnadet fer- 91
ner die Bürger von Cöln dahin, dass sie insgesammt oder einzeln ohne päbstliches Specialmandat durch keinen Legaten oder Delegaten des römischen Stuhles mit „excommunicatio vel interdictum" belegt werden dürfen. *Quellen* a. a. O. Nr. 317 S. 331.

1253. Herzog Walram von Limburg 92
erklärt, die cölner Bürger auf dem geraden und gewöhnlichen Wege von Cöln bis Mastricht und Lüttich, hin und zurück, an Person und Habe („sive etiam cum sua prompta pecunia") schützen und sie sicher geleiten zu wollen, jedoch unbeschadet den ihm gebührenden Zöllen. *Quellen* a. a. O. Nr. 321 S. 321 S. 334, 35.

1255, Jan. 14. Die Stadt Cöln tritt 93
dem von Erzbischof Gerhard von Mainz mit mehreren Bischöfen, Edlen und Städten auf

36) Den in dasselbe Jahr fallenden Vertrag mit Boppard s. oben S. 256 nr. 1 und jetzt auch in den *Quellen* a. a. O. Nr 310 S. 324.

10 Jahre vom 13. Juli 1254 an geschlossenen Landfrieden („generalis pax terre“)[37]) als Mitglied bei[38]). *Böhmer*, Cod. dipl. Moenofrancofurt. Thl. I S. 93; *Quellen* a. a. O. Nr. 365, S. 365, 66.

94 **1255**, Febr. 24. König Wilhelm bestätigt den Bürgern von Cöln um ihrer von Zeit seiner Wahl an ihm erwiesenen Treue und Anhänglichkeit willen „omnes libertates eorum, jura et privilegia . . . . nec non et bonas et approbatas consuetudines et honestas.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 411 S. 223; *Quellen* a. a. O. Nr. 334 S. 343.

95 **1255**, Mai 21. Erzbischof Konrad I. von Cöln gestattet seinen getreuen „heredes monete coloniensis, qui vulgariter Husgenozen appellantur“, den jetzt lebenden und deren Erben: „quod quivis eorum in qualibet marca argenti, quam emerit, quatuor denarios colonienses acquirat“, jedoch die „percussio numismatis, que slegelscath vulgo dicitur“, sich und seinen Nachfolgern vorbehaltend. *Quellen* a. a. O. Nr. 354 S. 356.

96 **1257**, Mai 27. König Richard bestätigt der Stadt Cöln ihre sämmtlichen, von Kaisern, Königen und Erzbischöfen herrührenden Privilegien sowie überhaupt ihre Rechte und guten Gewohnheiten, einzelne „articuli“ daraus besonders hervorhebend, nämlich a) die althergebrachten Zollfreiheiten bei Neuss, Boppard, Kaiserswerth und Duisburg; b) die Sicherung gegen Verwüstungen durch königliche Truppen und die Befreiung von der Einlegung solcher, des Königs Leibwache ausgenommen, in die Stadt, desgleichen von der Abhaltung von Hoftagen daselbst; c) die Verschonung mit Heersteuern, d) Ladungen an auswärtige Gerichte, und e) eigenmächtigen Festungsanlagen innerhalb des erzstiftischen Gebiets; endlich f) die Exemtion der Schöffen und Bürger von jeglicher Haft und Beschwerung wegen erzbischöflicher Schuldverbindlichkeiten, sowie von der Stellung vor fremde Richter bei innerhalb des Burgbanns begangenen Vergehen durch den Erzbischof, welcher letzterwähnten Freiheit der König auch von seiner und seiner Nachfolger Seiten volle Anerkennung zusichert. *Apolog.* Nr. 11 S. 14—17; *Secur.* Nr. 108 S. 286, 87; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 342 flg.; *Moser* a. a. O. Nr. I S. 272—74; *Gebauer*, Leben und Thaten K. Richard's S. 343 flg. (fehlerhaft); *Lacomblet* a. a. O. Nr. 441 S. 239, 40; *Quellen* a. a. O. Nr. 372 S. 369—71. Vgl. *Burckhardt* a. a. O. S. 129 flg.; *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 123—25.

1257, Oct. 14. Die Stadt Cöln verträgt sich mit dem Grafen Adolph von Berg dahin, dass alles Rauben und Brennen gegenseitig eingestellt sein, das von einer oder der anderen Partei an sich genommene Gut erst nach Beilegung des Streites der Stadt mit dem Erzbischofe restituirt, jede der ersteren zu Schaden gereichende „vestenunge oppe lande ofte vppe wazzere“, Lager-Errichtung oder Flotten-Aufstellung von Seite des Grafen zu Deutz oder anderswo in seinem Gebiete unterlassen werden, ihm aber unbenommen bleiben soll, „bucen sime lande dieme erchebisschove van Colne cehelpen vehten inde striden, sunder roven inde bernen wieder die stat van Colne.“ *Lacomcomblet* a. a. O. Nr. 444 S. 241, 42; *Quellen* a. a. O. Nr. 387 S. 402. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 131, 32. 97

1258, März 18. Erzbischof Konrad. I. trifft mit der Stadt Cöln das Uebereinkommen, dass zwischen ihnen künftig, und zwar die nächsten zehn Jahre lang, die „denarii cervisiales“, sobald ihre Erhebung wieder frei geworden, nach Hälften getheilt werden sollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 450 S. 244; *Quellen* a. a. O. Nr. 385 S. 400. 98

1258, April 5. Derselbe macht bekannt, dass „foranei mercatores partium quarumcunque“ aus der Stadt Cöln, bevor sie daselbst etwas verkauft oder eingekauft haben, frei und unbelästigt wieder abziehen, sowie dass innerhalb der Stadt und des Hafens von Cöln Fremde mit Fremden in eigenen Waaren keinerlei Handelsgeschäfte treiben dürfen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 436 S. 237. 99

1258. [**Laudum Conradinum.**] Fünf erkorene „arbitri“, nämlich: der Dechant und Erzdiacon Goswin, die Pröbste von St. Severin und den heil. Aposteln, beide Namens Heinrich, der Domcustos und Probst der soester Kirche Philipp, endlich Bruder Albert, der Lesemeister von den Predigern, sämmtlich zu Cöln, ertheilen in dem Streite zwischen den Bürgern von da und dem Erzbischofe Konrad von Hochstaden einen umfassenden Schiedspruch. Die einzelnen, auf dieses für die Verfassungsgeschichte Cöln's hochwichtige Ereigniss bezüglichen Actenstücke sind aber: 100

37) Die Notifications-Urk. an Cöln s. in den *Quellen* a. a. O. Nr. 364 S. 364 flg.

38) An Cöln schlossen sich dann durch besondere Landfriedens-Bündnisse Graf Otto von Tecklenburg, das Allod Sinzich und die Städte Münster, Dortmund, Warendorf, Herford, Beckum, Ahlen, Neuss, Telgt, Verden, Cösfeld, Osnabrück, Attendorn, Borken, Soest und Lippstadt an. Urkk. v. 1255 u. 1260 in den *Quellen* a. a. O. Nr. 338—50 S. 347 flg.; Nr. 355, 359, 360, 412 S. 356, 361 flg., 429.

a) das Compromiss v. 4. Apr.[39]) 1258, mit den eidlichen Betheuerungen beider Parteien, „dat bescheit stede halden" zu wollen, b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 435 S. 236, 37 und in den *Quellen* a. a. O. Nr. 381 S. 376—78;

b) das Schwurmandat v. 4. Apr. 1258, der Auftrag der Stadt an den Bürgermeister Hermann und sieben genannte Bürger, für die Gemeinde zu beschwören, dass sie die zu erwartende „diffinitio sive sententia" der gewählten Schiedsrichter anerkennen und besiegeln wollen, *Quellen* a. a. O. Nr. 383 S. 379, 80;

c) die Punctation v. 4. Apr. 1258, einige Hauptmomente der beabsichtigten Sühne, namentlich die Aufrechthaltung des unter nr. 98 erwähnten Uebereinkommens und die Art und Weise der von der Stadt zu leistenden „bezzerunge", festsetzend, *Lacomblet* a. a. O. Nr. 434 S. 235, 36; *Quellen* a. a. O. Nr. 382 S. 378, 79. Endlich

d) der Schiedbrief v. 28. Juni 1258 selbst, mit der von Kaiser Karl IV. am 14. Oct. 1375 demselben ertheilten neuerlichen Bestätigung, jedoch uncorrect, in der *Apolog.* Nr. 13 S. 19—37 und *Secur.* Nr. 77 S. 242—59, sowie b. *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 515 flg., ohne die Confirmation, aber diplomatisch genau nach dem Stadtarchivs-Originale b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 452 S. 244—52 und in den *Quellen* a. a. O. Nr. 384 S. 380—400 abgedruckt.

Das laudum Conradinum, von Lacomblet mit Recht „Cöln's Magna Carta" genannt, begreift drei Bestandtheile in sich, nämlich die beiden Beschwerde-Libelle der Parteien und die schiedsrichterlichen Entscheidungen darauf. Was nun

A. die propositiones archiepiscopi Coloniensis in 53 §§. [*Lac.* S. 244—37, *Qu.* S. 381—86] angeht, so lassen sich dieselben — eingeleitet durch das an die Spitze gestellte Hauptprincip: „archiepiscopus . . in civitate Coloniensi est summus judex tam spiritualium quam temporalium" — unter vier Kategorien bringen, indem sie in ihrer Mehrzahl entweder a) auf die bei Besetzung des Schöffenstuhles und Handhabung der Rechtspflege sowohl in bürgerlichen, als vorzüglich auch peinlichen Fällen (z. B. in Delictsachen der Muntmannen, in Münzfälschungsprocessen) eingerissenen Missbräuche, oder b) auf die Eingriffe in die Competenz des erzbischöflichen Hofgerichts (über „ministeriales"), sowie der geistlichen, z. B. Synodal-Gerichte; oder c) auf die Pflichtversäumnisse und Gewaltsüberschreitungen der Richerzecheit und städtischen Obrigkeiten, namentlich Bürgermeister, dieser z. B. in Ansehung der Steuer-Auflage und Finanzverwaltung; oder endlich d) auf die Anmassung stadtherrlicher Gerechtsame, beziehungsweise Nichtachtung solcher sich beziehen.

B. In den propositiones civitatis Coloniensis zu 21 §§. [*Lac.* S. 247, 48; *Qu.* S. 387, 88] dagegen entwickelt die Stadtgemeinde ihre gravamina wider den Erzbischof. Man legt ihm darin vornehmlich a) Antastung der bürgerlichen Freiheiten, z. B. durch Verhaftung und Pfändung von Cölnern für seine Schulden, durch Zulassung von Ladungen vor auswärtige Richter und von Kampfausforderungen „pro causis frivolis"; b) Verschlechterung des einheimischen Münzwesens theils durch Ausprägung geringhaltiger Denare theils durch Nichtbeseitigung cursirender „adulterine monete"; c) Verletzung der uralten Rheinzoll-Privilegien der Stadt Cöln; d) derselben schädliche Begünstigung fremder Kaufleute; e) widerrechtliche Einziehung der Hinterlassenschaften von Bürgern durch den „camerarius archiepiscopi"; f) Anlegung von Befestigungswerken zum Nachtheile der Stadt; g) harte Behandlung der Juden; h) ordnungswidrige Einmischung in die Thätigkeit der Gerichte; i) Duldung von Weinschenken in den Immunitäten und Klöstern u. a. m. zur Last. Endlich

C. die diffinitiones arbitrorum, bei welchen ausdrücklich der Mitberathung von „jurisperiti et alii probi viri" Erwähnung geschieht, geben auf sämmtliche einzelne Beschwerde-Artikel, und zwar zuvörderst auf jene des Erzbischofs ohne Einhaltung der Reihenfolge der propositiones [*Lac.* S. 248—51, *Qu.* S. 388—96], und dann auf die bürgerschaftlichen, bis auf eine kleine Abweichung nach Ordnung der diesseitigen gravamina [*Lac.* S. 251, 52; *Qu.* S. 396—99], specielle Entscheidungen, deren Inhalt sich im Wesentlichen auf nachfolgende Sätze reduciren lässt: Das Schöffenamt solle niemals an minderjährige, uneheliche und an der Ehre bemakelte Personen oder gegen Entgelt verliehen, die Abgabe eines Urtheils nur bei ehehafter Entschuldigungsursache verzögert, jeder Uebergriff des weltlichen Richteramts in das geistliche vermieden, ein unredlicher und unehrbarer Richter nach Schöffenspruch vom Burggrafen und Stadtvogte, oder, wenn Letztere es versäumen, vom Erzbischofe entfernt, stets nur eine wirklich erledigte Stelle der Schöffenbank, diese aber dann ohne Verzug, neu besetzt, ein Urtheil gemäss allgemeinem Land- und Städtebrauche immer nach Stimmenmehrheit gefunden,

39) In den *Quellen* werden die Urkk. a—c vom 20. März datirt

und, wer bereits „in priori judicio" gesprochen, zum Urtheilen „in causa appellationis" nicht zugelassen werden. Mit dem Eintritte in das Schöffenamt solle ausser dem altherkömmlichen Festmahle zu acht Schüsseln kein weiterer Aufwand verbunden, und namentlich der verderbliche Gebrauch einer Kerzenaufzündung am hellen Tage und andere solche nutzlose Vergeudung abgeschafft sein. Dass dem Erzbischofe die „summa potestatis et rerum tam in spiritualibus quam in temporalibus" zukomme, stehe zwar fest; demungeachtet müssten jedoch sowohl in geistlichen wie in weltlichen Dingen Unterrichter, welche ihre Amtsgewalt von ihm herleiteten, und Beamte mit dem Titel „magistri civium" vorhanden sein, welche letzteren nach alter Gewohnheit durch die Richerzecheit gewählt und auf die Bewahrung gewisser schriftlich niedergelegter „ordinationes" (s. oben S. 524[a]) vereidigt würden. Handelten diese jenem Schwure gemäss, so gereiche solches der Stadt zum Wohle; im entgegengesetzten Falle aber begingen dieselben einen doppelten Meineid, den einen, insofern sie „in animas omnium civium" geschworen, den anderen, insoweit sie ihr eigenes Gewissen mit einem Eide gebunden hätten; die Urtheilsfällung darüber stehe alsdann dem geistlichen Richter und bezüglich des damit verknüpften „forefactum" dem sonst competenten (weltlichen) Gerichte zu. Weil aber von der Einwohnerschaft Cöln's über die schlechte Verwaltung der magistri civium vielfache Beschwerde erhoben und eine grosse Verwirrung hiedurch in das Gemeinwesen gebracht worden sei, wovon die Ursache darin zu liegen scheine, dass die Wähler nicht nach Verdienst, sondern vielmehr nach Gunst und Gabe ihre Wahl einrichteten, und die zu Bürgermeistern Erkorenen um der grossen an die Schöffen, die Richerzeche und andere bestimmte Personen zu prästirenden Reichnisse willen nachher aus ihrem Amte eine Erwerbsquelle zu machen genöthigt seien: so sollten künftighin jene, denen die Bürgermeisterwahl zustehe, einen körperlichen Eid ablegen, ohne Rücksicht auf Bitten, Vortheil und Verwandtschaft, lediglich nach Recht und gewissenhafter Erwägung die für das Stadtwohl geeignetsten Individuen bezeichnen zu wollen, und die Gewählten selbst blos noch die altüblichen Wein- und Wachs-Geschenke an den ausscheidenden Bürgermeister und die einzelnen Richerzeche-Genossen zu geben schuldig sein. Das Gleiche möge übrigens auch bezüglich der in den „burgerichten" zu Recht sitzenden „officiati in parrochiis" beobachtet werden. Die Gilden („fraternitates") aber sollten in der Wahl ihrer „magistri, per quos insolentes compescuntur", gänzlich unbeschränkt sein, daher hiezu auch Leute ausserhalb ihrer Mitgliedschaften nehmen dürfen. Dabei werden die bisherigen Befugnisse der Gilden, für ihre Handelsartikel eine Preisgrenze festzusetzen und von den Kaufgeldern der einzelnen Gildebrüder ein „commune lucrum fraternitatis" in Abzug zu bringen, für aufgehoben erklärt. Ferner sollten Gefangene ausschliesslich in den „clausure" des Erzbischofs verwahrt, Schuldverhaftete aber nach der festgesetzten Frist auf Grund eines Schöffenspruchs den Gläubigern überantwortet werden. „Homines archiepiscopi" dürfe man übrigens nur vor den Unterrichtern des Burggrafen und Stadtvogts zur Haft begehren oder verklagen. „Alle „confederationes et obligationes" der Bürger zum Nachtheile des Erzbischofs und der Kirche seien verboten, was sich aber nicht auch auf rechtmässige und unschädliche Einungen und Verträge beziehe. Ueber Zinsen, Meineid, Ehebrüche und sonstige Heirathssachen etc. sei allein das forum ecclesiasticum, dagegen über Streithändel an Festtagen oder in den Immunitäten, über Massfälschung und „meynkoyf" — Gegenstände, deren Rügung vor die Synoden gehöre — sowohl das geistliche als weltliche Gericht zu urtheilen competent. Statute und Verfügungen über Auflagen zum Schaden des Erzbischofs und der Geistlichkeit dürften niemals erlassen werden; sollten sich jedoch durch solche die Gilden und niederen Stadtbewohner („populares") beeinträchtiget fühlen, so stehe ihnen der Beschwerdeweg an das erzbischöfliche Gericht offen. Die Einnahme der Stadt solle unter die Aufsicht eines zu diesem Behufe von der Gemeinde gewählten Ausschusses aus den Schöffen, Zunftgenossen und übrigen Bürgern gestellt werden, dieser letztere drei Schlüssel zur Kasse führen, und viermal des Jahres vor zwölf Schöffen, ebensoviel Zunftmeistern und Bürgern Rechnung ablegen, den genannten Sechsunddreissigern aber zugleich über die Verwendung der fraglichen Einkünfte zum Besten der Stadtgemeinde zu wachen anvertraut sein. Die Zahl der Pfarrofficialen müsse unverändert beibehalten, und jede Benützung der „vie publice et etiam fossata" in und um die Stadt durch Privatpersonen unterlassen werden. Ueber kirchliche Personen und Güter dürften weltliche Richter nicht erkennen, bei zweifelhafter Zuständigkeit habe aber der judex ecclesiasticus zu entscheiden, „cum in omnibus spiritualia secularibus sunt anteponenda et leges etiam secularium principum sacros canones imitari non dedignentur." Für Rechtsverbriefungen solle es, jedoch unbeschadet

etwaigen Minderungen aus Nachsicht, bei den althergebrachten Gebühren bewenden. Oeffentlich eines Vergehens bezüchtigte Personen könne der Erzbischof auch ohne erhobene Anklage in Untersuchung ziehen und bestrafen. Rechtschaffene und erfahrene Männer aus ihrer Mitte „ad consilium civitatis" zu wählen, solle der Bürgergemeinde auch ferner zustehen, der von den ersteren zu leistende Eid aber zugleich darauf gerichtet sein, dass sie Nichts zum Nachtheile des Erzbischofs und der Kirche vornehmen wollten. Eine Geldausmünzung ausserhalb der „moneta Coloniensis" solle in Cöln nicht statthaben, weswegen die „nuncii" des Erzbischofs etwaigen Münzstücken mit abweichendem Gepräge nachzuspüren und solche durch Einschneiden unbrauchbar zu machen gehalten seien. Zum Silberaufkaufe hätten nur die erzbischöflichen „campsores" die Berechtigung. Die Juden in Cöln gehörten „ad cameram domini archiepiscopi." Das Verhältniss des Erzbischofs zur Bürgerschaft von Cöln betreffend, sei es des ersteren Pflicht, die letztere nach Aussen zu vertreten, gegen Ladungen an fremde Gerichte zu schützen, jede Beschädigung im Münzverkehre von ihr abzuwenden, bei ihren Zollvorrechten in Neuss sie zu bewahren, insbesondere auch für Aufrechthaltung gegenseitigen Friedens und für eine unparteiische Rechtshandhabung Sorge zu tragen. Endlich sollten die Bürgermeister und übrigen „potentes cives" in Ansehung des Bierbrauens, Brodbackens, Fleisch- und Fischhandels stets das „commune statutum civitatis" vor Augen haben und sich keinerlei Herabsetzung oder Hinderung bezüglich der herkömmlichen Abgaben daraus erlauben.

Ueber Entstehung, Inhalt und Bedeutung des Schieds v. 1258 vgl. *Burckhardt* a. a. O. S. 131—36; *Arnold* a. a. O. Bd. I S. 430—33; *Barthold*, Städte Thl. II S. 240—46; *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 32—39.

101 **1258**, Nov. 29. Die „Judices, scabini ceterique consules et jurati universique cives Colonienses" machen die näheren, in Geldleistungen bestehenden Bedingungen bekannt, unter welchen ihr Mitbürger Egid von Hoiern zwischen sich und der Stadt Cöln einer- und den Rittern von Coverna, Bassenheim und Liemere andererseits eine „reconciliatio" zu Stande gebracht hat. *Quellen* a. a. O. Nr. 388 S. 403.

102 **1259**, März 22. Die Städte Cöln und Utrecht schliessen nach langen Feindseligkeiten, auf Rath Erzbischof Konrad's I., des Decans Goswin und des Lectors Albert von Cöln, mit einander einen Fried- und Sühnvertrag ab, sich darin gegenseitig Unterlassung aller Rache wegen der von den betreffenden geistlichen Stadtherrn zugefügten Unbilden, sowie Schutzgeleite für Personen und Güter zusichernd, und ausserdem bestimmend, wie es mit Borgklagen zwischen Bürgern beider Städte gehalten werden solle. *Quellen* a. a. O. Nr. 391 S. 405, 6. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 139, 40.

1259, März 23. Dieselben beiden Städte einigen sich ferner dahin, dass bei Darlehens- 103
und sonstigen Schuldforderungen zwischen ihren Angehörigen nur der „debitor principalis" und Niemand anders mit Klage, Haft oder Pfändung in Anspruch genommen, und in Schuldsachen immer nach dem Rechte („justitia") des Klageortes verfahren werden, auch in Zeiten eines Krieges zwischen dem Bischofe von Utrecht und dem cölner Erzbischofe Leib und Gut der Bürger der einen Stadt in den Mauern und beziehungsweise dem Hafen der anderen Schutz und Sicherheit geniessen soll. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 463 S. 256, 57; *Quellen* a. a. O. Nr. 392 S. 406, 7.

Erneuert wurde vorstehendes Uebereinkommen, unter näherer Ausführung seiner einzelnen Hauptpunkte, am 31. Oct. 1262 [*Quellen* a. a. O. Nr. 437 S. 456—58], nachdem bereits vorher die Bürger der Stadt Oldenzaal (in der niederländischen Provinz Twente) demselben beigetreten waren. Urkk. v. 1. Jul. 1260 und v. Mai 1261 in den *Quellen* a. a. O. Nr. 413, 439 S. 430, 39.

1259, März 24. Erzbischof Konrad I. 104
entsetzt die sämmtlichen Hausgenossen zu Cöln sammt Münzmeistern und Münzprüfer, nachdem er sie zur Auslieferung ihrer Privilegien gezwungen, („ohne ordnungsmässiges Verfahren") mittels eines allerdings unter Beihülfe vieler geistlicher und weltlicher Herren, Schöffen, Gildebrüder und anderer Bürger gefundenen mehr Gewalt- denn Rechtsspruches, wegen angeblichen Missbrauchs ihrer Stellung und sonstiger strafwürdiger Handlungen, ihres Amts und spricht denselben den Genuss der damit verbundenen Lehen ab, sich die Wiederbesetzung der erledigten Aemter, sowie die eigentliche Ahndung der fraglichen Vergehen vorbehaltend — „usi consilio illorum, quos ad hoc duximus assumendos, omnes monetarios, qui vulgariter husgenoze dicuntur, propter eorum manifestos excessus a monetariorum officio, quod husgenoizschaf dicitur, et monete custodia amovemus, nec non magistros monete et eum, qui dicitur pruvere, ab eorum officiis similiter amovemus, et feoda, que habebant ratione dicte monete, abjudicamus singulis et universis, nobis et successoribus nostris jus monetarios seu husgenozen instituendi nec non, cum excesserint, removendi

in perpetuum reservantes. Insuper forefactum, quod commiserunt contra nos et nostram civitatem supradicti, nobis reservamus animadversione debita puniendum.“ *Apolog.* Nr. 12 S. 17, 18; *Secur.* Nr. 171 S. 369, 70; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 343, 44; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 464 S. 257, 58; *Quellen* a. a. O. Nr. 393 S. 407—9. Deutsch in der *Cronica van Coellen* Bl. cciv. Vgl. *Burckhardt* a. a. O. S. 141, 42 m. S. 132 Note 70; *Arnold* a. a. O. S. 434; *Ennen* a. a. O. S. 142, 43.

105 **1259**, März (?). Derselbe erklärt die bisherigen Besitzer der Rheinmühlen in Cöln, der ihnen zur Seite stehenden Unvordenklichkeit ungeachtet, für verlustig ihrer Mühlenantheile, und überweist die Mühlen zur Hälfte der Stadt als Eigenthum, zur anderen Hälfte der erzbischöflichen Kammer. (R.) *Ennen* a. a. O. S. 143 [aber ohne Angabe einer Quelle].

106 **1259**, Apr. 17. Derselbe entzieht auf Grund der von den Bürgern Cöln's vor seinem Pfalztribunale über die Räubereien, Bedrückungen, Nachlässigkeiten und Ungerechtigkeiten der Bürgermeister und Schöffen erhobenen Beschwerden, sowie der Unfähigkeit der letzteren, sich gegen diese Vorwürfe zu vertheidigen, und ferner nachgebend den inständigen Bitten der Rathmannen („consules“), Bruderschaften und ganzen Stadtbevölkerung, „ut eis justitiam de premissis debitam facere dignaretur“, nach gepflogener Berathung mit den Prioren und anderen Getreuen der cölner Kirche, dem Ludwig de Mulengazen, welcher das eine Bürgermeisteramt bekleidet, und sämmtlichen Schöffen, Bruno Cranz um seiner guten Amtsführung willen allein ausgenommen, „propter excessuum evidentiam, quibus se reddiderunt inhabiles et indignos, per sententiam diffinitivam“ ihre „officia magistratus . . . scabinatus“, den Schöffenbrüdern, Rectoren der Richerzecheit und Pfarrofficialen das gleiche Urtheil in Aussicht stellend, insofern sich Einzelne von ihnen hinsichtlich ihrer Amtsverwaltung „in non bono testimonio civitatis“ befinden würden, in welchem Falle diese ebenfalls von der ferneren Ausübung ihrer Aemter und von der Theilnahme an den „consilia civitatis“ ausgeschlossen sein sollten. Am Schlusse wird noch, nach Aufführung der zahlreichen Zeugen, die Bemerkung hinzugefügt: „In quorum omnium multitudine et audientia interrogari in palam fecimus et inquiri, si omnes in hanc sententiam consentirent, vel si aliqui dissentirent, ipsos, dummodo racionabile quid in contrarium proponerent, audire vellemus, et omnes una vociferatione apertissima responderunt, quod ipsam sententiam approbarent, et nullus affuit nec comparuit contradictor.“ *Apolog.* Nr. 14 S. 37—39; *Secur.* Nr. 29 S. 193, 94 u. Nr. 78 S. 250, 51; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 344, 45; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 465 S. 258, 59; *Quellen* a. a. O. Nr. 394 S. 409—11.

1259, Apr. 17. Derselbe bekleidet so- 107
fort anstatt der von ihm urthelsmässig abgesetzten Bürgermeister und Schöffen [„judices seu magistri civium et scabini“] *) damit die Stadt Cöln deswegen nicht unter einem längeren „defectus judicii et justitie“ zu leiden habe, vierundzwanzig kundige und ehrbare, mit Namen aufgeführte, theils den Geschlechtern theils den Gewerken angehörige Männer, unter Beirath und Zustimmung der Gemeinde, mit dem lebenslänglichen, nur durch „privatio propter excessus“ entziehbaren „officium scabinatus“, zugleich in dessen Besitz den nicht abgesetzten Bruno Cranz bestätigend, und bestimmt für Fälle künftiger Erledigungen von Schöffenstellen, dass bei deren Wiederbesetzung ausser den Schöffen selbst auch der jeweilige Erzbischof und die Gildenmeister mitwirken sollen — „preterea quocienscunque aliquem scabinorum amoveri vel mori contigerit, a nobis et successoribus nostris et scabinis nec non consilio fraternitatum communiter alius fidedignus et idoneus assumatur et absque contradictione qualibet de officio scabinatus, prout moris est, nulla interveniente prece aut precio, investiatur libere et sincere; scabini autem sic instituti et in posterum instituendi, ut dictum est, utentur jure scabinatus, quo uti scabini Colonienses se bene in ipso habentes officio consueverunt.“ Schliesslich wird noch besonders hervorgehoben, dass durch diese „sententia“ dem Schiede („privilegium“) v. 1258 an seiner Gültigkeit kein Eintrag geschehe. *Apolog.* Nr. 15 S. 39—41; *Secur.* Nr. 30, 79 S. 194, 251 flg.; *Lünig* a. a. O. S. 345, 46; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 466 S. 259, 60; *Quellen* a. a. O. Nr. 395 S. 412, 13.

Vgl. [zu nr. 106, 107] *Gaupp*, Städtegründung S. 320 flg. 333 flg.; *Burckhardt* a. a. O. S. 142—48; *Hegel* a. a. O. S. 396, 405 flg.; *Arnold* a. a. O. S. 434, 35; *Roth von Schreckenstein*, Patriziat S. 176 flg. *Barthold* a. a. O. S. 347, 48; *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 144—46.

Durch die Urk. nr. 107, mittels welcher Konrad seinen ebenso kühnen als schlau be-

---

*) Die LA. der älteren Abdrücke: „scabinorum“ verwarf schon *Gaupp* a. a. O. S. 316 Note 130. Wegen des Ausdrucks „judices“ s. *Ennen* a. a. O. I, 632.

rechneten Gewaltstreich gegen die Verfassung Cöln's, insbesondere das patrizische Regiment daselbst vollendete, sind unzweifelhaft drei wesentliche Neuerungen in Ansehung des Schöffenamts sanctionirt und auch sofort verwirklicht worden, nämlich a) die Einführung oder, was wahrscheinlicher ist, Wiederherstellung der Vierundzwanziger-Zahl; denn als der schmähliche Absetzungsact den Schöffenstuhl traf, zählte derselbe nur sechzehn, oder mit Einschluss des magister scabinorum siebenzehn Mitglieder; b) die Befähigung der Zunftgenossen, in das Schöffencollegium einzutreten, denn unter den neu-ernannten scabini treffen wir neben einem Grin, Overstolz, Wassenberg, Rodenkirchen, Weise etc. auch einen „Bodo braxator, Leo de foro piscium, Henricus theloncarius" und andere, unbedenklich Handwerkern zuzuschreibende Namen an; endlich c) die Aufhebung des bis dahin den Schöffen zugestandenen Cooptionsrechts, indem von nun an die Ergänzung des Schöffenstuhls bei Ausscheidung einzelner Mitglieder durch das Zusammenwirken dreier Factoren erfolgen sollte. Als eine durch die Urk. nr. 107 realisirte vierte Neuerung im gemeindlichen Organismus glauben *Burckhardt* und *Barthold* die „völlige Abschaffung der magistri civium" bezeichnen zu dürfen, worin sogar der erstere Schriftsteller den „klaren Beweis, dass Conrad's Angriff wesentlich gegen die Richerzecheit gerichtet" gewesen, erkennen will. Es lässt sich nun allerdings als feststehend annehmen, dass die Amtsentsetzung in nr. 106 auf die beiden Bürgermeister sich bezogen habe, indem der Name des zweiten — welchem man unfehlbar den Specialtitel eines magister scabinorum beilegen darf, da hierin eine besondere, von der bürgermeisterlichen getrennte Würde erblicken zu wollen, wie bereits *Gaupp* a. a. O. S. 315 flg. (wenn auch mit Anführung eines kaum haltbaren Grundes) dargethan hat, durchaus unzulässig erscheint — mit *Arnold* in der Reihe der sechzehn amovirten Schöffen zu suchen ist. Ebenso gewiss lässt ferner die Urk. nr. 107 die Stelle Ludwig's von der Mühlengassen unbesetzt. Allein da dasselbe Actenstück mit Einrechnung des Cranz fünfundzwanzig Schöffen-Namen nachweist, so ist auch hier wieder, da diese Schöffenzahl offenbar erst einer viel späteren Zeit angehört, der Meinung *Arnold*'s beizupflichten, dass darunter der Namen des magister scabinorum mit inbegriffen sei. Sonach liegt jedenfalls nicht eine totale Beseitigung des Bürgermeisteramtes, sondern lediglich die [temporäre] Reduzirung der beiden Träger desselben auf Einen in den fraglichen Urkunden ausgesprochen. Eine eigenthümliche Deutung scheint übrigens *Ennen* dem Documente nr. 107 geben zu wollen, wenn er sagt: „An die Stellen der durch Urtheilsspruch entsetzten Schöffen, Rathsherren und anderer Offizialen sowohl wie der wegen Mangels eines günstigen Zeugnisses entfernten wurden nun theilweise Zunftgenossen berufen." Denn von einer solchen weiteren Aemterverleihung, namentlich an Mitglieder der Gewerke, steht weder in der alleg. Urkunde, noch in den chronistischen Schilderungen jenes trüben Ereignisses Etwas zu lesen, man müsste denn unter den bei *Godefrit Hagen* V. 1230 flg. namhaft gemachten, angeblich zünftischen Schöffen, welche in der Urk. nr. 107 nicht vorkommen, jene plebejischen Rathsherrn und Offizialen verstehen wollen, was, da andere Lösungen des Räthsels viel näher liegen (*Burckhardt* a. a. O. S. 146 Note 32), immerhin sehr gewagt wäre.

Durch dieses eigenmächtige und regellose Verfahren wider den cölner Schöffenstuhl, welches in dem für die Verwaltung und Justizpflege der Stadt wichtigsten Amte an die Stelle erprobter Weisheit und Erfahrung — Unverstand und Eigendünkel setzte, daher auch von *Godefrit Hagen* V. 1254—58 mit dem beissendsten Hohne gegeisselt wird, hatte nun Erzbischof Konrad dem lange verhaltenen Grolle der niederen Bevölkerungsschichten gegen die Geschlechter alle Schleussen geöffnet. Bis zum wilden Fanatismus, der nur im Flammentode der Patrizier sich abkühlen wollte, gesteigert, brach alsbald der Pöbelhass in einem blutigen Aufruhre los [*Cronica van Cöllen* Bl. cciv—vii], als dessen Ende der Achtspruch Konrad's über fünfundzwanzig, auf dreimalige Ladung vor sein Gericht nicht erschienene, als „malefactores, contra quos excessus multiplices manifesti et graves publice proponebantur in judicio", bezeichnete Bürger aus den hervorragendsten Geschlechtern, welche darin nicht nur für „exleges" erklärt, sondern auch geradezu der Volkswuth („communis populi potestati") preisgegeben sind, angesehen werden mag. Urk. v. 1259 (1260) bei *Lacomblet* a. a. O. Nr. 467 S. 260, *Quellen* a. a. O. Nr. 401 S. 419, 20. Vgl. *Arnold* a. a. O. S. 436; *Barthold* a. a. O. S. 248, 49.

1259, Mai 7. Erzbischof Konrad I. — 108
„utpote qui cum virga regiminis pastoralis temporalis potentie robur et gladium ratione ducatuum sue ecclesie geminorum nosciturobtinere" — verfügt, unter Bezugnahme auf die „littera arbitrii" v. 28. Jun. 1258, dass a) auswärtige, nicht blos „causa peregrinationis" den Rhein auf- und abwärts schif-

fende, oder von der Maas herkommende Handelsleute die durch die „ville" Rodenkirchen ober- und Ryle unterhalb Cöln's bezeichnete städtische Bannmeile nicht überfahren, jeden Zuwiderhandelnden aber die dortigen Bürger altem Herkommen nach zu „hansin", d. h. mit Halm oder Faden zu binden, sowie im Widerstandsfalle mit Leib und Gut in Haft zu nehmen befugt sein sollen; dass ferner b) solchen Fremden der Aufenthalt in Cöln nur dreimal des Jahres nach üblichen Zwischenzeiträumen, und nie über sechs Wochen hinaus, und desgleichen der Verkauf gewisser Waaren blos im Grossen, z. B. von Pelzwerk und Zobel und Holländertuch („pannum transmosanum") nicht unter dem Werthe einer „koufmans marc" zu 11 sol. 3 den. cölnisch, von Gewürzen, wie Muskat, Kardemom etc. nicht unter zehn Pfunden, von Weihrauch, Alaun u. s. w. nicht unter einem Centner oder mindestens 25 Talenten erlaubt werde; dass c) die Bürger das für Waaren eingehandelte Silber nur an der cölner Münze umsetzen und kein solches aufkaufen sollen, es wäre denn um daraus Gefässe, Schmuck und Kunstgeräthe formen zu lassen, sowie auch die Goldschmiede dem Verbote nicht unterworfen seien; dass d) diese Bestimmung in gleicher Weise für die fremden Kaufleute, auch hier die Gold- und Juwelenhändler ausgenommen, zu gelten habe. Dazu wird noch, um alle Gefahren für die Eintracht und Ruhe des Gemeinwesens von Grund aus wegzuräumen, verordnet, dass e) kein Bürger Cöln's in Zukunft von irgend einem Landherrn [„ab aliquo terre nostre magnate"] oder sonstigen Angehörigen der cölner Kirche ein s. g. Handlehen („pecuniarum beneficium quod vulgo handlien dicitur") annehmen, und dass f) kein cölner Schöffe Münzer oder Wechsler sein oder „officium vel feodum, quod husgenozschaf vulgariter appellatur", erwerben dürfe, indem jede Verletzung dieser Vorschrift, wenn der Schuldige ein Schöffe, Schöffenbruder, Richerzech-Genosse oder Burmeister sein würde, mit unwiderruflicher Amtsentsetzung und Ausschliessung vom „consilium civitatis", bei Zunftgliedern („cives inferioris ordinis") aber mit Verlust des Gilderechts und Stadtverweisung auf ein Jahr, ebenfalls verbunden mit der Entziehung der Rathsfähigkeit, geahndet werde. *Secur.* Nr. 80 S. 252—54; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 469 S. 261—63; *Quellen* a. a. O. Nr. 396 S. 413—16. Vgl. dazu *Burckhardt* a. a. O. S. 148, 49; *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IX S. 27, 28; J. *Falke*, Gesch. des dtsch. Handels Thl. I S. 142, 43; *Ennen* a. a. O. S. 146, 47.

1259, Jun. 15. König Heinrich III. 109
von England erklärt, auf Ansuchen seines Bruders, des römischen Königs Richard, die Kaufleute des deutschen Reiches, namentlich die Bürger von Cöln, welche zu London die s. g. „gildehalla Theutonicorum" besitzen, insgesammt und einzeln beschirmen, sowie bei allen ihren Freiheiten und bisherigen Gebräuchen belassen zu wollen. *Quellen* a. a. O. Nr. 397 S. 417.

1259, Jun. 23. Bischof Heinrich von 110
Utrecht sichert den Bürgern von Cöln, nachdem ihr Streit mit jenen von Utrecht in Güte völlig beigelegt worden [nr. 102], zu Land und Wasser Schutz und Geleite zu. *Quellen* a. a. O. Nr. 398 S. 417, 18.

1259. Erzbischof Konrad I. stellt an 111
seine Stadt Cöln das Ansinnen, für sein mit den „Judei Colonienses" getroffenes Uebereinkommen die Bürgschaft durch „littere patentes" übernehmen zu wollen, indem er ihr dafür den Fortgenuss eines bestimmten nach dem erzbischöflichen Judenzinse sich berechnenden Emoluments — „ut videlicet ipsi judei, quandocunque nobis duobus in anno vicibus servicium vel tributum solverint, quotquot marcas nobis dederint, totidem quatuor solidos ad vestre opus civitatis vobis solvant" — gewährleistet. *Quellen* a. a. O. Nr. 402 S. 420, 21.

1260, Apr. 15. Derselbe und der Rath 112
und die Gemeinde („judices, scabini, consilium, fraternitates et universi cives") von Cöln einigen sich dahin, dass keine Partei für sich allein, sondern jede nur mit der anderen Zustimmung, einem der geächteten Bürger [nr. 107 a. E.] die Rückkehr in die Stadt erlauben solle, und verabreden zugleich, wie zich einerseits bei Fehden zwischen den „magnates terre" und dem Erzbischofe in Ansehung der Lieferung von Victualien und Waffen oder sonstiger Hülfeleistung die Stadt, und andererseits gegenüber ihren Feinden hinsichtlich der Beherbergung und gerichtlichen Verfolgung der Erzbischof zu verhalten habe, und wie ferner in Kriegszeiten mit den in die Stadt geflüchteten oder des Handels wegen eingebrachten Gütern zu verfahren sei. *Apolog.* Nr. 17 S. 45, 46; *Secur.* Nr. 82 S. 255, 56; *Lünig* a. a. O. S. 353; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 486 S. 271, 72; *Quellen* a. a. O. Nr. 411 S. 428, 29. Vgl. *Burckhardt* a. a. O. S. 152, *Ennen* a. a. O. S. 149.

1260, Dez. 17. Derselbe beschliesst in 113
Uebereinstimmung mit seinen Prioren, sowie dem Rathe, den Zünften und Bürgern von Cöln, in Ansehung der den geächteten (mit Namen aufgeführten) Patriziern gehörig gewesenen, aber „in signum con-

dempnationis" von der stadtherrlichen Gewalt eingezogenen „domus aut mansiones seu aree", von deren Zerstörung zur Vermeidung grosser Stadtverwüstung Umgang genommen worden, und der insonderheit dazu zählenden Rheinschiffmühlen, dass in Zukunft von allen daraus zu erzielenden Nutzungen und Einkünften die eine Hälfte der erzbischöflichen und die andere der städtischen Kasse zufliessen, darum aber auch gegen etwaige hierauf bezügliche Klagen („questio canonica vel civilis") oder Rechtsverletzungen die Vertheidigung von beiden Parteien gemeinschaftlich unternommen werden solle. *Apolog.* Nr. 16 S. 41—44; *Secur.* Nr. 81 S. 254, 55; *Lünig* a. a. O. S. 353—55; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 496 S. 279—81; *Quellen* a. a. O. Nr. 415 S. 431—34. Vgl. *Burckhardt* a. a. O. S. 155; *Arnold* a. a. O. S. 436, 37; *Ennen* a. a. O. S. 155, 56.

114 **1260.** (?) Die Meister und Deputirten „der bruderschaffe under den geddemen"[40]) zu Cöln vereinbaren unter sich eine Reihe von Satzungen darüber, wie gegen solche, welche von einem Zunftgenossen Gewand borgten, ohne ihrer Schuld genugzuthun, namentlich in Beziehung auf den Schuldbeweis („mit brieven ove mit levendichme urkunde") und die Entschuldigung des „scholtgemairs mit sime eide", zu verfahren sei, zugleich bestimmend, dass der diese „kure verbrechende bruder" im Falle der Ueberführung durch zwei seiner Genossen zur Strafe „sine bruderschaf verloren haven inde si niemer wieder haven muge." *Quellen* a. a. O. Nr. 416 S. 435, 36; *Fahne* a. a. O. Heft II S. 22—24.

115 **1262**, Febr. 15. Pabst Urban IV. erneuert das Innocenz'sche privilegium de non evocando der Cölner vom J. 1252 [nr. 88]. *Quellen* a. a. O. Nr. 430 S. 447.

116 **1262**, Jun. 9. Die Stadt Cöln gelangt durch Vermittlung des Herzogs Walram von Limburg und des Grafen Wilhelm von Jülich zum Abschlusse eines Freundschaftsbündnisses („vruntschaffe") mit dem Grafen Adolph VI. von Berg, worin festgesetzt wird, dass von keiner Seite die Errichtung einer Feste oder Burg, oder die Einlegung gewappneter Leute, oder die Aufstellung von „einich heirschif ofue einich strytlich schif van vienden" der anderen Partei auf dem Rheine in oder bei Deutz zugelassen werden, die Bürger von Cöln in der Grafschaft und umgekehrt die gräflichen Unterthanen in der Stadt Cöln zu Land und Wasser, an Leib und Gut vollen Frieden, desgleichen alle durchfahrenden Kaufleute freien Handelszug, und wider ihre Schuldner („scoltgemair") schleunige Rechtshülfe geniessen, endlich künftige Zwistigkeiten unter den Angehörigen beider Theile durch sechs benannte Schiedleute „up iren eit na rechte inde na wareide, ofue na sunlichen dingin binnin virzich dagin" abgethan werden sollen. Die Bürgschaft für die Festhaltung des Vertrags [und die Leistung der dafür dem Grafen von Berg von der Stadt zu entrichtenden 2000 Mk.] [41]) übernehmen, unter Verpflichtung zum Einlager bei den Mönchen vom Altenberge, fünfzehn (16?) cölner Bürger; die Verbürgung von gräflicher Seite sechzehn Edle. [Erneuert 1278.] *Lacomblet* a. a. O. Nr. 515 S. 289—91; *Quellen* a. a. O. Nr. 431 S. 448—51. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 165. flg.

1262, Jun. 9. Graf Adolph von Berg 117
bewerkstelligt zwischen den cölner und deutzer Bürgern ein auf gegenseitige Unterlassung jeglicher „lesio vel offensa" gerichtetes Uebereinkommen, dessen etwaige Verletzungen der Beurtheilung von sechs „mediatores" unterliegen, für welches aber sonst die in der „littera theotonica" (nr. 116) aufgeführten „sedecim (?) fidejussores civitatis" in der dort bezeichneten Weise die Bürgschaft übernehmen sollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 516 S. 291; *Quellen* a. a. O. Nr. 432 S. 451, 52.

1262, Jun. 16. Erzbischof Engelbert II. 118
[von Falkenburg] verkündet den zwischen ihm und der Stadt Cöln durch die edlen Leute Graf Otto von Geldern, Graf Dietrich von Cleve, Graf Wilhelm von Jülich, Herrn Walram von Jülich, Herrn Dietrich von Falkenburg und Junker Dietrich von Heinsberg zu Stande gebrachten Sühnevertrag, mit welchem alle „zweiunge inde urluge", die bis dahin unter den Parteien gewesen, ein Ende haben sollte. Der Erzbischof verspricht darin, die gesammten Punkte des Schieds v. 1258 [nr. 100] halten zu wollen, wogegen „wat sich sint dem brifve (und natürlich demselben entgegen) irloifen heit, id si bit brifven ofve sundir brifve ofve bit eiden", für nichtig erklärt wird. Von den Rhein-Kornmühlen, sie seien bereits der Stadt erworben („vergolden") oder erst von ihr aus Gemeindemitteln zu erwerben, soll derselben die eine Hälfte und die andere dem Erzbischofe gehören, und in gleicher Weise der Bierpfennig getheilt werden, es müsste denn Letzterer fixirte Wochenbeträge vorziehen. Die „assyse" darf die Stadt bis zur Leistung der mit Engelbert vereinbarten

40) S. nr. 73.

41) S. den Vergleich von dems. Tage, *Quellen* a. a. O. Nr. 433 S. 452 flg.

Sühnesumme von 6000 Mk. [42]) und Abtragung gewisser Schulden noch für sich erheben; lässt alsdann der Erzbischof die fernere Erhebung zu, so gebührt ihm der halbe Jahresertrag. Die Bürger, welche, [1259—60, s. nr. 107 a. E.] „uzer irme rechte gedain" worden, sollen den Genuss ihrer „renthen inde erve in buzen inde enbinnen" zurückerhalten, und, sofern sie und die Stadt zu der durch die Grafen von Geldern und Jülich und andere Herren festzusetzenden Besserung an Engelbert sich verstehen wollten, auch in Ansehung ihrer übrigen Rechte feierlich restituirt, im entgegenstehenden Falle aber an den König (und dessen Machtspruch) verwiesen werden; behagt ihnen auch dieser Weg nicht, so mögen sie ihr Recht suchen („wandelen up ir recht"), wo es beliebt. Was hingegen die ohne Rechtsverfahren ihrer Aemter entsetzten Patrizier — „die gude lude, die uzer irme amtte worden gedain, inde die unbedinget sint" — betrifft, so sollen dieselben „wider in ir amte kumen, ofve id den bruderschaffen inde den guden luden inde der gemeneden bevellit", wogegen die durch Urtheil entfernten nur auf Grund eines solchen wieder „des selven rechtes gebruchen" können. Endlich wird hiemit von jeglicher Seite allen Rechtsansprüchen „an doden inde van gevangenen" völlig entsagt und getreuliche Bewahrung der geschlossenen „sune" zugesichert. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 517 S. 291, 92; *Quellen* a. a. O. Nr. 434 S. 453—55. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 166, 67.

Ueber die der Sühne v. 1262 — für deren Aufrechthaltung Dietrich von Falkenburg in einem besonderen Versicherungsbriefe v. 11. Jul. dess. Js. [*Quellen* a. a. O. Nr. 435 S. 455] eine Art von Haftung übernommen hat — vorhergegangenen Ereignisse s. *Cronica van Cöllen* Bl. CCVIII—XVII; *Arnold* a. a. O. S. 437—39; *Barthold* a. a. O. Thl. II S. 259, 60; *Ennen* a. a. O. S. 158—64.

119 **1262**, Dez. 29. Graf Dietrich von Cleve trifft mit den Bürgern von Cöln ein freundliches Uebereinkommen, worin er letzteren in seinem Gebiete zu Land und Wasser, für Personen und Güter Geleite und Schutz, sowie bei gerichtlicher Belangung „expeditam et favorabilem justitiam" zugelobt, und für Fälle künftiger Zwistigkeiten ein Schiedsgericht angeordnet wird. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 522 S. 294; *Quellen* a. a. O. Nr. 439 S. 459, 60.

120 **1263**, März 22. Erzbischof Engelbert II. ertheilt den „officiati monete sue Coloniensis, qui volgariter Husgenozen dicuntur" die Weisung, „ut quamlibet marcam . . . in albedine et puritate juxta quatuor denarios faciant", wie dies bisher in Uebung gewesen sei. *Quellen* a. a. O. Nr. 447 S. 464.

1263, Mai 7. Graf Wilhelm von Jülich beurkundet, dass er und seine Nach- 121
kommen „ze Kolne burger worden sin inde wesen solen erffliche", und dass er und die genannte Stadt sich zu gegenseitiger Waffenhülfe, und zwar in der Art verbunden haben, dass er die Cölner „mit nuin ridderen inde mit vunfzien knappin mit den wapinnin up overdeckdin orsin", die Stadt aber ihn „mit vunfinzwenzich mannin gewapint van geslechten in Kolne mit overdeckdin orsin" in Kriegsfällen unterstützen solle. Etwaige „zweyinge" unter den Verbündeten werden einem Sühnerathe von drei Rittern und ebensovielen Bürgern vorbehalten. Endlich soll — „umbe diese vurworde inde diese vruntschaif truweliche ze haldene inde ze dune" — Graf Wilhelm von der Stadt Cöln eine auf ein Erbe gelegte jährliche Lehensrente von 100 Mk. Gelds beziehen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 530 S. 297—99; *Quellen* a. a. O. Nr. 449 S. 465—68. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 168—70.

Die Urk. nr. 121 bildet den Anfangspunkt einer das ganze XIII. Jhdt. umspannenden und noch darüber hinaus sich fortsetzenden Reihe von Verträgen, mittels welcher die Stadt Cöln, um eine Schutzwehr gegen die Eigenmacht und Ränke der Erzbischöfe zu gewinnen, unter der äusseren Form der Verleihung des Bürgerrechts (jus concivilitatis) benachbarte Herzoge, Grafen, Edelherrn und Ritter gegen Ueberlassung städtischer Rentenlehen [die übrigens später grösstentheils abgelöst wurden] sich waffendienstpflichtig machte. Unter jenen, welche zuerst in den J. 1263, 64 in das Verhältniss vasallitischer Edelbürger zur Stadt Cöln eingetreten sind, scheidet die ein besonderes Gewicht auf dieses Ereigniss legende *Cronica van Coellen* vier Landsherren, nämlich ausser dem Grafen von Jülich noch jene von Geldern, Berg und Katzenelnbogen, und drei Freiherren, nämlich die von Frenz (Vreintze), Isenburg und Rode aus. *Ettmüller* a. a. O. Cap. 38 S. 81, 82. Die Urkk. findet man jetzt am reichhaltigsten zusammengestellt in den *Quellen* a. a. O. S. 468—81, 508—12. Vgl. dazu *Ennen* a. a. O. S. 168—70; 177; 224, 25; 255, 56.

Im XIV. Jhdt. wusste übrigens Erzbischof Wilhelm von Cöln von König Karl IV. einen Gnadenbrief zu erwirken, worin dieser allen erzstiftschen Unterthanen,

---

42) Diese ward in einer besonderen Urk. von gleichem Datum dem Erzbischofe versprochen.

also gewiss insbesondere den Cölnern, unter Androhung von Bann und Acht verbot: „ne conspirationes, confederationes aut ligas inter se aut cum aliquibus civitatum, opidorum seu villarum et castellorum universitatibus vel cum quibusvis aliis personis singularibus, cujuscunque dignitatis, status vel conditionis existant, facere vel inire audeant quomodolibet aut presumant, quodque nullum ducem, marchionem vel comitem aut baronem seu alicujus notabilis potentie virum in suum concivem, burgensem aut opidanum recipiant quomodolibet vel assumant absque dicti archiepiscopi et successorum suorum consensu et licentia speciali", und zugleich „universas et singulas conspirationes, confederationes et ligas necnon civium burgensium vel opidanorum receptiones jam factas" für null und nichtig erklärte. (Urk. v. 18. Dez. 1353.) Allein Wilhelm selbst erbat sich wenige Jahre später die Wiederaufhebung dieses und noch eines zweiten Privilegs Karl's IV. vom gleichen Tage, wonach den Erzbischöfen freistehen sollte, auch ausserhalb Cöln's in Andernach, Bonn und Neuss Münzen zu prägen, so dass beide Begnadungen, wie der Bischof Johannes von Leutomischl als „sacre imperialis aule cancellarius" in einem Documente v. 4. April 1359 [*Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 541 S. 494 —96] beurkundet, „de registro cancellarie" getilgt worden sind.

122 **1263**, Aug. 25. Erzbischof **Engelbert** II. versöhnt sich abermals mit seiner Stadt Cöln. Er verspricht zuvörderst, den im vorhergegangenen Jahre abgeschlossenen Sühnvertrag allenthalben zu erfüllen und zu halten; nur solle abweichend hievon bezüglich der Accise den Bürgern das Recht zustehen, sie beliebig zu erhöhen und so lange einzunehmen, bis die im letzten Sühn-Instrumente besprochene Schuld abgetragen und die für gegenwärtige Sühne von den Cölnern zu entrichtende Summe von 1200 Mk. entrichtet sein würde. Dabei werden alle seit dem Albert'schen Schiede [v. 1258, nr. 100] und seit der Sühne v. 1262 von Päbsten, Königen und anderen Personen zu Schaden der Stadt und Bürgerschaft von Cöln erlassenen Briefe für gebrochen und todt erklärt [„in welcher Cassirung die vollständige Beseitigung jeder Theilnahme der Zünfte an dem Stadtregiment erkannt werden muss"]; die Aufrührer Wilhelm von der Hundsgasse und Hermann der Fischer sammt ihren Gesellen dem durch vier genannte Edle bis zum Remigiustage zu fällenden Strafurtheile, dessen Vollzug der Erzbischof und die Stadt auf sich nehmen, unterworfen; ferner die neusser Zollfreiheiten der Cölner bestätigt, alle Ansprüche auf Schadloshaltung an Stadt und Bürger aufgegeben, endlich Letztere „in alle irme rehte inde in ierre vriheide" gewahrt und beschirmt. Zu Wächtern über die Durchführung dieses Sühnübereinkommens sind aber die Grafen Otto von Geldern und Dietrich von Cleve, sowie die Herrn Dietrich von Falkenburg und Dietrich von Heinsberg nebst sieben erzstiftischen Dienstmannen aufgestellt. *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 534 S. 302, 3; *Quellen* a. a. O. Nr. 460 S. 482 —85. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 170, 71.

1263, Sept. 12. Der „**edele Vaith**" **Rütger** [**van Alpen**] zu Cöln geht mit **den Schöffen**, **dem Rathe** und **der Bürgerschaft** allda einen Vertrag ein, worin sich Ersterer für sich und seine Erben der Stadt gegen eine Summe von 300 Mk. Pfennige verbindlich macht, a) die Vogtei nimmermehr zu verkaufen oder an irgend Jemanden zu „bevelen" und zu versetzen, „id en si eime burgere van kolne mit gehenckenisse der scheffenen van kolne also, alse man dat bishere in guder gewonden ce kolne gehalden hait"; b) Stadt, Schöffen und Bürger von da zu „helpin halden inde huden in alle deme rechte inde in allen den vriheiden inde in den guden gewonden, die si van aldirs mit handvestingen in geschriehte inde sunder geschriehte here havent braht"; c) gegen Bedrückungen und äussere Angriffe getreulich nach Kräften, nöthigenfalls mit bewaffneter Hand, die Bürger zu schützen, jedoch so, dass alsdann in jeder von Letzteren bewirkten Sühne der Vogt mitbegriffen sein solle; endlich d) die von Alters her durch Schöffen-Urtheil entschiedenen Rechtssachen auch fernerhin auf diese Weise entscheiden zu lassen. [Das Ziel dieser Uebereinkunft auf Seite der Bürger war kein anderes, als dem Plane Engelbert's, welcher durch kaufweise Erwerbung der Vogtei über die Stadt diese sich völlig unterwerfen wollte, einen Damm entgegenzusetzen.] *Quellen* a. a. O. Nr. 461 S. 485 —88. 123

1263—1265. Die Schiede in den Engelbert'schen Händeln — zur Beilegung der immer wieder vom neuen sich erhebenden Zwistigkeiten zwischen dem Erzbischofe und der Stadtgemeinde von Cöln: 124

I. v. 16. Dez. 1263. Schiedmänner sind die Bischöfe Heinrich von Lüttich und Gerhard von Münster nebst den Grafen Otto von Geldern und Wilhelm von Jülich; den Cölnern wird u. A. Zollfreiheit im ganzen erzstiftischen Gebiete, Restitution aller seit Engelbert's Gefangennahme durch dessen Freunde den Bürgern abgenommenen Güter, Lösung des über Letztere [vom

Pabste Urban] verhängten Kirchenbannes, Unterlassung aller neuen Zwiespalt provozirenden Willkürlichkeiten von Seite des Erzbischofs etc. in Aussicht gestellt. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 537 S. 304—6; *Quellen* a. a. O. Nr. 462 S. 488—92.

II. v. 14. Mai 1264. Als Schiedleute erscheinen wieder die unter I genannten Personen, Gegenstand der Entscheidung sind einige seit dem vorhergegangenen Schiede neu aufgetauchte Anstände, worüber die beiden Parteien mit ihrer „clage inde antwerde" vernommen werden; berührt finden sich u. A. die erzbischöfliche Münze, die Gerechtsame an den Stadtmühlen, die Accise, die Braupfennige, die Zollfreiheiten der Bürger etc. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 542 S. 309—11; *Quellen* a. a. O. Nr. 469 S. 504—8.

III. v. 8. März 1265. Das Schiedsamt handhaben acht Geistliche, darunter der Chorbischof Albert (von Bollstädt), und neun Laien, an deren Spitze Graf Wilhelm von Jülich genannt ist. Den Hauptinhalt bildet die Festsetzung der [feierlichen und schmachvollen] Busse, womit die cölner Bürgerschaft ihr am Erzbischofe (durch Verhaftung desselben) begangenes schweres Vergehen sühnen soll. Erst der verbüssten Strafe folgt die Aufhebung des Interdicts und Bannes nach[43]). Ausserdem wird darin den Bürgern Schutz im ganzen Erzstifte, Wahrung ihrer „jura et privilegia, libertates et consuetudines approbate", insbesondere Zoll- und Gerichtsladungsfreiheiten, sowie der Fortbezug der „assisia" in bisheriger Weise — jedoch unter Enthebung des Clerus vom s. g. „mailpenning" — bis zur gänzlichen Tilgung gewisser Stadtschulden zugestanden, dafür aber auch jede Beeinträchtigung des erzbischöflichen Münzrechts untersagt. Alle in Folge des Streites gefangenen Bürger werden ihrer Haft entlassen. Etwaige Zweifel und Beschwerden, welche diese Sühne nach sich ziehen sollte, sind vom Grafen Wilhelm von Jülich und Ritter Gerhard von Landskrone zu prüfen und zu beseitigen. *Apolog.* Nr. 20. S. 50—59; *Secur.* Nr. 88 S. 260—65; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 355—60; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 550 S. 315—20; *Quellen* a. a. O. Nr. 475 S. 514—23.

Seine Unterwerfung unter vorstehenden Schiedspruch erklärt Engelbert II. in besonderer, die Hauptsätze desselben wiederholender Urkunde, deren Entstehung vor den 25. März 1265 zu setzen ist. *Apolog.* Nr. 21 S. 60—64; *Secur.* Nr. 89 S. 265—67; *Lünig* a. a. O. S. 361—63.

Im Zusammenhange mit dem Schiede III. v. 1265 stehen übrigens nachfolgende Actenstücke:

a) das Notificationsschreiben des Erzbischofs an Pabst Clemens IV. über die stattgehabte Beilegung der Streitigkeiten mit der Stadt Cöln v. 19. Juni 1265 [wahrscheinlich unabgesendet geblieben]. *Quellen* a. a. O. Nr. 478 S. 525, 26.

b) die Urkunde über Ernennung von zehn Schiedsrichtern zur Ausgleichung von Differenzen, welche in Folge des vorstehenden Sühnbescheides zwischen den Parteien entstehen würden, v. 19. Sept. 1265. *Quellen* a. a. O. N. 479 S. 526, 27.

c) der Spruchbrief Bischof Heinrich's von Lüttich und Graf Engelbert's von der Mark, als Stellvertreter der unter b genannten Zehnmänner [„cum iidem . . . in dictis suis per omnia non concordaverint"], betreffend die Vollziehung einiger Bestimmungen des Schieds III., v. 4. Oct. 1265. *Quellen* a. a. O. Nr. 480 S. 527—29.

d) der Gelobbrief Bischof Simon's von Paderborn und Graf Wilhelms von Jülich, worin sie die Sorge für die „consummatio compositionis" übernehmen und vorzüglich den Parteien eine gegenseitige Bürgenstellung zur Auflage machen, v. 4. Dez. 1265. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 557 S. 324, 25; *Quellen* a. a. O. Nr. 482 S. 530—32.

e) das eigentliche Mittheilungsschreiben Engelbert's an Clemens IV., die vollständige Aussöhnung mit den Cölnern nach empfangener Genugthuung („super captivitate et aliis injuriis illatis") betreffend, v. 11. Dez. 1265. *Quellen* a. a. O. Nr. 483 S. 532, 33.

f) das Berichtschreiben des Dominicaner-Priors Konrad zu Cöln an die Curie gleichen Inhalts v. 17. Dez. 1265. *Quellen* a. a. O. Nr. 484 S. 533.

Eine ausführliche Darstellung der gesammten Ereignisse und des Inhalts der aufgeführten Documente s. b. *Ennen* a. a. O. S. 171—87.

1266. Erzbischof Engelbert II. gibt 125
den Juden seiner Diöcese ihre alten, unbillig verkümmerten Freiheiten in Ansehung der Nichtverzollung von Leichenfuhren, der Beerdigung von Missethätern (soferne sie nicht im Judenbanne verstorben oder hingerichtet worden) auf dem Todtenacker vor den Stadtmauern, und der Freiung des letzteren zurück, dabei noch die Gleichstellung der Juden mit den Christen in Bezug auf die Entrichtung der „thelonea et pedagia"

43) Diese erfolgte auf Grund eines päbstlichen Vollmacht-Schreibens an den Domdechanten und den Prior der Dominicaner v. 3. Aug. 1266. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 564 S. 329; *Quellen* a. a. O. Nr. 491 S. 540.

und das Verbot der Betreibung von Zinsleihgeschäften durch „Cavwercini vel cristiani“ innerhalb der Stadt Cöln, damit hiedurch den Juden kein Nachtheil erwachse, aussprechend. [Das Privileg wurde in zwei Steintafeln eingehauen, welche sich in der Schatzkammer des Doms befinden.] *Quellen* a. a. O. Nr. 495 S. 543. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 327.

126 **1269**, Jun. 23. Die Stadt Cöln stellt für die bei der Mariengarten-Kirche neu gegründete Bruderschaft einen Priester zur Feier einer Wochenmesse „pro pace et concordia et communi statu seculi et civitatis Coloniensis ac etiam pro animabus fratrum et sororum defunctorum“ auf und weist demselben auf Grund eines „in communi colloquio matutino“, bei der Morgensprache, gefassten Gemeindebeschlusses die Einkünfte von vier vor der „halla carnificum“ gelegenen „bankae sive macella carnium“ auf immerwährende Zeiten „ad sustentationem“ zu. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 591 S. 345, 46; *Quellen* a. a. O. Nr. 508 S. 555, 56.

127 **1271**, Apr. 16. u. 20. Erzbischof Engelbert II. — aus der Feste Niedeggen an der Ruhr, worin er seit dem October 1267 als Gefangener des Grafen Wilhelm von Jülich eingekerkert gesessen[44]) war, unter Vermittlung Bruder Albert's gegen beträchtliches Lösegeld entlassen — erklärt, sich mit den Bürgern von Cöln völlig ausgesöhnt zu haben, indem er die Bedingungen dieser Sühne näher dahin ausführt: er will alle erlittene Unbill vergeben und jeglichen Hass und Groll wider die Stadt sowohl als einzelne ihrer Angehörigen aus seinem Innern verbannen, auch keinerlei Schadenersatz- und Schuldansprüche gegen die Bürger erheben, sowie nicht dulden, dass Stiftsvasallen wegen Tödtung und Gefangennahme von Blutsfreunden die Stadt angreifen und beschweren, welche vielmehr eines allseitigen Friedens sich erfreuen möge. Selbst für den erschlagenen eigenen Bruder Dietrich verspricht Engelbert keine Rache zu nehmen, und ein Gleiches wird auch dem Sohne des [im Bürgerkampfe v. 10. Jan. 1268 durch die Hand von Gottschalk Overstolz gefallenen] Edelvogts Rütger zur Auflage gemacht[45]). Die Cölner sollen im ganzen Erzbisthumsgebiete vor Unrecht jeder Art geschirmt, Befestigungen nicht näher an die Stadt, als seither der Fall gewesen, gerückt, die Zollfreiheiten zu Land und Wasser mit der einzigen (althergebrachten) Beschränkung, dass bezüglich des „theolonium Nussiense“ der bekannte Eid, nicht auch fremde Fracht an Bord zu haben, zu Neuss oder in Kriegszeiten zu Cöln zu leisten sei, aufrecht erhalten, und bereits in Güte beigelegte Streitigkeiten mit den Bürgern nimmermehr vor Gericht gezogen werden. Ueberhaupt will aber der Erzbischof in Zukunft bösen Einflüsterungen, welche ihn mit der Stadt verfeinden, durchaus sein Ohr verschliessen. Bis zu völliger Tilgung der Gemeindeschulden darf die bisherige „contributio, que assisia appellatur vulgariter“ von Gütern und Waaren forterhoben werden; nur sind jene der Fremden, Geistlichen und Kirchen mit dem s. g. „mailpenning“ und „birpenning“ zu verschonen. Ludwig von der Molengassen, Rigwin Grin, Wilhelm von Pulheim und deren übrige „complices“ unterliegen als Friedensstörer ewiger Verbannung aus dem Erzstifte; in Ansehung mehrerer des Verraths gegen Bürger und Stadt verdächtiger Cleriker — darunter „Theodericus sacerdos filius quondam Cristine cyrurgice“ — wird die gleiche Strafe, soferne sie sich nicht mit der Bürgerschaft versöhnen sollten, in Aussicht gestellt. Mit dem Stifts- und Capitels-Siegel verbriefte Forderungen der cölner Bürger an den Erzbischof sollen getreulich berichtiget, und Ersteren der zur Sicherheit eingeräumte aber wieder entzogene Genuss von Einkünften für so lange, bis sie volle Befriedigung erlangt, zurückgegeben werden. Wegen der um der Machtstärkung der Stadt willen erfolgten Aufnahme mehrerer „domini terre, nobiles et milites“ zu „concives“ unter Zuweisung von „hereditarii redditus“ [s. nr. 121] versichert Engelbert den erwähnten Grafen und Edlen sowohl als den Bürgern, weder Rache üben noch eine feindliche Gesinnung hegen zu wollen. Hinsichtlich der Rheinmühlen-Gefälle verbleibt es bei dem früheren Theilungsvertrage [nr. 118]. Für Vergehen, welche Einzelne „tamquam private persone“ an dem Erzbischofe begangen, haben nur diese die angemessene Busse zu tragen, nicht aber die „communitas seu universitas civitatis“ aufzukommen. Urkunden („membrane vel littere“), welche ohne der Stadt Wissen und Willen mit dem frevelhaft entwendeten alten Stadtsiegel ausgefertigt worden, erscheinen als ungültig und kraftlos. Bei künftigen Verbriefungen von Seite der Stadt aber darf lediglich das neue Siegel verwendet werden. Alle von

---

44) Die hierauf bezüglichen Urkk. v. 23. Oct. 1267 u. 15. März 1278 s. bei *Lacomblet* a. a. O. Nr. 573, 721 S. 333, 422 flg. u. erstere auch in den *Quellen* a. a. O. Nr. 499 S. 546.

45) Es schloss auch bald darauf Gerhard van Alpen mit der Stadt Cöln einen eigenen Blutsühne-Vertrag ab. Urk. v. 1271 b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 623 S. 367.

Engelbert und in dessen Namen wegen seiner Person zugefügter Kränkungen, namentlich seiner Gefangennahme, über die Stadt Cöln oder Bürger derselben gefällten Strafurtheile verlieren ihre Wirkung, und die einer „reconciliatio" bedürfenden Kirchen, Altäre und Friedhöfe werden mit Einschluss der dazu gehörigen Geistlichen reconciliirt. Endlich die Ueberwachung des Vollzugs der Sühne nebst der schiedsrichterlichen Beilegung etwa sich ergebender Anstände und Verletzungen nehmen, hiezu erkoren, Bruder Albert, vormals Bischof von Regensburg, Chorbischof Weinrich von Cöln, Graf Wilhelm von Jülich und Gerhard von Landskrone auf sich [46]). *Lacomblet* a. a. O. Nr. 607 S. 357—60. Inhalts-Uebersicht b. *Ennen* a. a. O. S. 205—7.

Ueber die dieser Sühne — „der letzten politischen Mittlerthat des grossen Albert" für sein „liebes Cöln" — vorhergegangenen, zum Theile blutigen Ereignisse, insonderheit den Zwist der Overstolzen und Weisen vgl. *Cronica van Cöllen* Bl. CCXVIII—XXXVI. [*Ettmüller* a. a. O. Capp. 32—42 S. 56—87]; *Mathieux* a. a. O. S. 92—104; *Barthold* a. a. O. Thl. II S. 262—67; *Ennen* a. a. O. S. 187—205.

128 **1271**, Mai 15. Die „opidani Daventrenses" treffen mit Rath und Bürgerschaft von Cöln ein Uebereinkommen, wonach bei Schuldverhältnissen zwischen beiderseitigen Angehörigen der Bürger der einen Stadt in der anderen nur dann gerichtlich angegriffen oder beschwert werden soll, „si reus principalis existat", es wäre denn, dass des Letzteren Heimatsbehörde dem fremden Kläger das Recht verweigerte. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 610 S. 361.

129 **1271**, Mai 20. König Richard verheisst den cölner Bürgern auf den Fall, dass Engelbert II. dem nach seiner Befreiung freiwillig geleisteten Eide zuwider den allgemeinen Frieden stören oder ungerechte und unstatthafte Zölle zu Land und Wasser begehren würde, hiegegen seinen und des Reiches Beistand." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 611 S. 361, 62. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 207.

130 **1273**, Oct. 28. König Rudolph I. — vier Tage zuvor von Engelbert II. in Aachen gesalbt und gekrönt — verspricht demselben, nicht eher den Rhein und die Mosel zu überschreiten, als bis er die Bürger von Cöln in dessen Gunst zurückgeführt, und des Erzbischofs und seiner Kirche Rechte in der Stadt „per medium justitie vel amoris" wiederhergestellt haben würde. *Apolog.* Nr. 22 S. 64, 65; *Secur* Nr. 158 S. 348; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 374; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 637 S. 374. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 509.

1273, Nov. 19. Derselbe erneuert den Bürgern von Cöln die beiden „durch die Prätensionen Engelbert's in Frage gestellten" (wörtlich eingeschalteten) Rechtsbriefe Kaiser Friedrich's II. v. 1242 (nr. 69) und 1236 (Nr. 53), schliesslich noch „omnia jura et libertates dictorum scabinorum, civium et civitatis Coloniensis nec non et omnes bonas et rationabiles consuetudines, quas infra civitatem et extra habuisse noscuntur", im Allgemeinen bestätigend. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 644 S. 376, 77. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 209, 10. 131

1274, März 1. Derselbe nimmt die cölner Bürger, seine und des römischen Reichs Getreue, „qui pacem generalem servare juraverunt et quibuslibet ipsis questionem movere volentibus paratos se offerunt stare juri coram nobis", in besonderen königlichen Schutz. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 655 S. 385, 86. 132

1274, März 2. Derselbe gewährt den „nuncii civitatis Coloniensis, quotienscunque necesse habuerint regiam curiam visitare, vocati vel etiam non vocati", sicheres Geleite. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 656 S. 386. Vgl. *Arnold* a. a. O. S. 443. 133

1274, März 2. Derselbe bestätiget den Cölnern die uralte Gewohnheit einer Accise-Auflage „super bona et merces suas et omnium concivium suorum laicorum." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 657 S. 386. 134

1274, Nov. 7. Derselbe stellt die „nobiles cives Colonienses" unter seinen Schutz und Königsfrieden, verspricht ihnen, keinerlei ungerechte Befehdung derselben, sei es von erzbischöflicher oder anderer Seite, zulassen zu wollen, so lange sie bereit sein würden „coram magnificentia regie majestatis stare juri eo loco quo tenentur", gewährt den Cölnern sowohl als den nach ihrer Stadt ziehenden fremden Kaufleuten freien Handelszug zu Land und Wasser, und sichert endlich Ersteren getreuliche Vertretung wider jeden Angriff auf ihre Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten zu. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 684 S. 399, 400. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 211. 135

1275, Juni 5. Erzbischof Sigfrid [von Westerburg] zu Cöln, welcher drei Tage vorher in Folge päbstlicher Ermächtigung den neuerlich über die Cölner wegen ihres Benehmens gegen Engelbert II. († 20. Oct. 1274) verhängten Kirchenbann gelöst hatte [47]), 136

---

46) Die nachgesuchte päbstliche Bestätigung des Sühnvertrags wurde wahrscheinlich verweigert. *Ennen* a. a. O. S. 207, 8.

47) Urk. v. 2. Jun. 1275 b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 671 S. 393.

gelobt der Stadt zur Aufrechthaltung des mit ihr eingegangenen Freundschaftsbündnisses, alle ihre „jura libertates necnon bonas et rationabiles consuetudines . . . ab imperatoribus, regibus seu archiepiscopis rationatiliter concessas, que et quas hactenus habuerunt et jam habent, novas similiter et antiquas, scriptas pariter et non scriptas", unverletzlich beobachten zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 672 S. 393, 94. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 214.

137 **1275.** Derselbe vereinigt sich mit Rath und Bürgerschaft von Cöln in Ansehung der — inzwischen wieder in die Hände ihrer früheren Besitzer zurückgelangten [nr. 105] — Rhein-Getreidemühlen dahin, dass a) das Einkommen daraus zwischen ihm und den s. g. Mühlenerben nach Hälften getheilt, b) in Zukunft die Zahl jener vom Rheine getriebenen Mühlwerke in Cöln auf 26 beschränkt, und c) dem Domcapitel anstatt der ihm früher gehörig gewesenen „vronemüle", ausser einer Entschädigung von jährlich 26 Malter Weizen, die Befugniss zugestanden werden solle, sich in jener oder einer anderen Rheinmühle allwöchentlich 50 Malter Getreide „sine multri recepcione" mahlen zu lassen. *Quellen* Bd. I (Nr. VII, 1) S. 317—20.

Die auf die Mühlen-Erbgenossen [48]) fallende Hälfte der Gesammt-Revenue („multrum s. emolumentum proveniens de molendinis") der 26 Rheinmühlen wurde übrigens im folgenden Jahre in 34 Antheile zerlegt, und hienach, nicht nach den Mühlen, an die Berechtigten repartirt. *Quellen* a. a. O. (nr. 3) S. 324. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 217, 18.

138 **1276**, Jun. 28. Die Städte Cöln und Soest treffen unter sich ein Uebereinkommen, wonach bei Darlehns-Forderungen nur der Schuldner selbst und Niemand anders klagweise angegriffen, und den Bürgern der einen Stadt, wenn sie im Nichtbefriedigungsfalle vor dem Gerichte der anderen auftreten, beziehungsweise an dasselbe „certum nuncium cum litteris" senden würden, „expedite justitie complementum" zu Theil werden soll. *Seibertz*, UBuch Bd. I Nr. 375 S. 459 flg.

139 **1277**, Apr. 30. Die Städte Cöln und Lüttich gehen ebenfalls mit einander ein „vinculum pacis, securitatis et amicicie" ein, wonach jede Contrahentin der anderen für ihre Bürger friedlichen und sicheren Aufenthalt, Schutz vor willkürlicher Pfändung und sonstiger Beschwerung, sowie bei wirklichen Rechtsverletzungen prompte Justiz zusichert. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 702 S. 410, 11.

1278, Dez. 9. Auch Nimwegen legt 140
seinen Zwist mit Cöln durch einen Aussöhnungsvertrag bei, welchem gemäss die Angehörigen der einen Stadt in oder vor der anderen „tamquam . . conburgenses" freien, sicheren Verkehr und schleunige Rechtshülfe geniessen, die Cölner aber vor den nimweger Schöffen um einer Borgschuld willen, Fälle von Rechtsverweigerung ausgenommen, nur den Hauptschuldner selbst, nöthigenfalls durch öffentlich accreditirte Bevollmächtigte, belangen, pfänden und verhaften lassen, etwaige Feindseligkeiten Cöln's mit dem Grafen von Geldern endlich keinen Einfluss auf das wechselseitige freundliche Verhältniss beider Städte, weil ja auch Nimwegen „ad Romanum imperium pertinere dinoscitur", äussern sollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 719 S. 420, 21.

1279, Aug. 16. Erzbischof Sigfrid 141
kauft den bis dahin im Lehensbesitze des Edlen Johannes von Arberg befindlich gewesenen „Comitatus Coloniensis, qui dicitur burggraschaf", an das Erzstift zurück. *Apolog.* Nr. 23 S. 65 — 67; *Secur.* Nr. 21 S. 185, 86; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 374, 75; *Gaupp*, Städtegründung etc. S. 262 flg. (Extr.); *Lacomblet* a. a. O. Nr. 727 S. 426, 27.

1281, Febr. 23. Graf Reinald von 142
Geldern, Herzog von Limburg, gewährt den cölner Bürgern, als wären sie seine eigenen Leute, in der geldrischen Grafschaft immerwährenden Verkehrs-Schutz zu Land und Wasser [49]). *Lacomblet* a. a. O. Nr. 747 S. 442, 43.

1284, Febr. 14. Abt, Rath und Ein- 143
wohner von Siegburg sichern den in die Stadt oder deren Burgbann („burdibannum") kommenden, sowie sich allda aufhaltenden Bürgern von Cöln für Gut und Leib Schutz gegen „injurie et violentie", den Genuss derselben Freiheiten und Rechte in und ausser den Gerichten, deren sich die Siegburger selbst erfreuen, und Verschonung mit allen Belastungen zu. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 795 S. 468.

1284, Mai. Die Schöffen der Stadt 144
(villa) Gent verkünden eine mit Cöln zu

---

48) Die Namen der „heredes molendinorum" zählt grösstentheils (32) die den s. g. Mühlenschrein eröffnende Urk. in den *Quellen* I, 322 flg. auf.

49) Einen gegenseitigen Verkehrsschutz-Vertrag zwischen Reinald und der Stadt Cöln v. 23. Febr. 1282 führt *Ennen* a. a. O. S. 226 an. Wie er sich zu nr. 142 verhält, ist unersichtlich.

Stande gekommene Vereinbarung des Inhalts — „quod nullus civis Coloniensis vel bona ipsius possunt arrestari ab aliquo de Gandavo [und umgekehrt kein genter Bürger von einem cölner] pro debito alieno, nisi fuerit fidejussor vel factus debitor principalis, vel possessor bonorum debitoris principalis vel fidejussoris." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 789 S. 465.

145 **1286**, Nov. 23. Graf Adolph von Berg und Heinrich Herr von Windeck, dessen Bruder, versprechen eidlich der Stadt Cöln, niemals zwischen Rindorp und Zudendorp [Rheindorf und Zündorf] am Rheingestade „aliquam munitionem sive castrum" anlegen, sowie fremden hierauf gerichteten Versuchen im Vereine mit der Stadt nach Kräften entgegentreten zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 820 S. 487. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 225.

146 **1287**, Jul. 12. Erzbischof Sigfrid entbindet die cölner Bürger auf seine Lebenszeit von allen Land- und Wasserzöllen, welche er künftig auflegen werde, den Zoll zu Andernach miteingeschlossen, sofern sie sich nämlich durch ein von einer benannten Commission zu Cöln gegen eidliche Versicherung erlangtes Certificat („intersignum") vor den Zöllnern darüber, dass sie blos eigene Güter führen, auszuweisen vermögen; verspricht denselben die Aufhebung des Strassenzolles bei der Stadt, sobald sein Krieg mit Brabant beendigt sein werde; schwört ihnen Wahrung ihrer „jura, libertates et bone consuetudines", sowie Zurückweisung aller ihn zu stadtfeindlichen Handlungen verleitenden Rathschläge und Unterlassung jeglicher „confederatio seu unio contra ipsos" zu, indem er die gleiche Aufrechthaltung seiner eigenen und der erzstiftischen Gerechtsame, Freiheiten und guten Gewohnheiten von Seiten der Bürgerschaft erwartet [50]), und erklärt endlich, bei gegen ihn und die Seinigen begangenen Verbrechen nur die Schuldigen selbst, und nicht die Gemeinde — es müssten denn, „judices, scabini, consilium et alii majores ipsius civitatis" an der Frevelthat betheiligt sein — zur Verantwortung ziehen zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 828 S. 491, 92.

147 **1287**, Sept. 16. Graf Florentius von Holland thut kund, dass er von den bisher den Cölnern abgenommenen unrechtmässigen Geleitsgeldern abstehen, und sich mit dem üblichen rechtmässigen Zolle, soferne er vollständig entrichtet werde, begnügen wolle. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 830 S. 493. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 224.

1288, Mai 5. Der cölner Edelvogt Gerard [van Alpen] erneuert das von seinem Vater Rütger der Stadt Cöln gegebene Versprechen [nr. 123]: „quod jurisdictionem nostram et advocatiam Coloniensem, quamdiu vixerimus, non vendemus, non alienabimus nec in manus alias transferimus quoquomodo", den Bürgern zugleich Treue und Anhänglichkeit, Beistand gegen Feinde, Warnung bei drohenden Gefahren, und gehorsame Vollziehung der Rathsbefehle zusichernd. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 842 S. 499. 148

Durch Urkunde von gleichem Datum leistet dann auch die Stadt dem Vogte das Versprechen, „ihn auf Lebenszeit als ihren Richter in den hergebrachten Gerechtsamen erhalten zu wollen." (R.) *Lacomblet* a. a. O. Note 1.

1289, Jun. 18. Erzbischof Sigfrid verkündet die zwischen ihm und der Stadt Cöln „super omnibus guerris et discordiis" vereinbarte „amicabilis compositio et ordinatio", wonach von den Parteien alle Zwistigkeit und Feindseligkeit völlig aufgegeben und jedem Rechte derselben auf Entschädigung wegen persönlicher Angriffe, verletzten Eigenthums, verübten Brandes und Raubes, erstürmter Burgen sowie verwüsteter Städte und Dörfer gegenseitig entsagt, vom Erzbischofe insbesondere aber gegenüber den cölner Bürgern auf alle Ersatz-Ansprüche wegen der ihm in der worringer Schlacht zugefügten Schäden, jedoch mit der Clausel: „salvis nobis bonis et redditibus nostris infra civitatem Coloniensem ablatis per ipsos cives et civitatem post conflictum habitum apud Woronc", Verzicht geleistet wird. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 870 mit 868 S. 517 mit 514 flg. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 250. 149

1289, Jun. 25. Graf Adolph von Berg, von Erzbischof Sigfrid und der Stadt Cöln zum Schiedsrichter bezüglich des in der Sühne [nr. 149] enthaltenen Schlussvorbehalts erkoren, entscheidet dahin: „quod ipsi cives Colonienses ab hujusmodi bonorum et reddituum ablatione quiti sunt penitus et soluti, et quod ipse dominus archiepiscopus Coloniensis super ipsis impetere non debeat neque possit eosdem in futurum." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 871 S. 517. 150

Gleich seinem Vorfahrer auf dem erzbischöflichen Stuhle hat auch Sigfrid das anfänglich beobachtete gute Einverständniss mit den Bürgern Cöln's nicht lange zu erhalten vermocht. Durch die Auflage neuer Zölle auf die Benützung der Reichsstrasse erbitterte er die Cölner, welche, die Gele-

50) Den hierauf bezüglichen Revers der Stadt von demselben Tage nach einem Vidimus EB. Gerhard's II. von Mainz v. 1290 theilen *Apolog.* Nr. 24 S. 67 flg., *Secur.* Nr. 92 S. 269 u. *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 387 mit.

genheit seiner Fehde mit Herzog Johann von Brabant und Graf Adolph VII. von Berg wahrnehmend, sofort auf der Letzteren Seite traten. Am 5. Juni 1288 kam es zum blutigen Treffen bei Worringen. Das Glück begünstigte die Bürger und die Freiheit ihrer Stadt; Sigfrid fiel als Gefangener in die Gewalt des Grafen von Berg. Diess die Ereignisse, welche zu vorerwähntem Sühnvertrage und Schiede führten, womit jedoch das unheimliche Drama noch keineswegs zu Ende gespielt war. Denn kaum fühlte sich Sigfrid von den Fesseln seiner Feinde befreit, als er auch schon, von Rom unterstützt, seine Rachepläne gegen Cöln in's Werk setzte, welche, nachdem bereits unter dem 18. Jan. 1290 Nicolaus IV. seinen Schützling der gegenüber der Stadt geleisteten Eide und Versicherungen, als gewaltsam abgedrungen, entbunden (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 879 S. 522 flg.), und zur gründlichen Erforschung der den Cölnern zur Last fallenden Schuld die Vernehmung von 26 Zeugen durch die Erzbischöfe von Mainz und Trier angeordnet hatte [s. die Actenstücke: *Apolog.* Nr. 25 S. 68 flg.; *Secur.* Nr. 159 S. 348 flg.; *Lünig* a. a. O. S. 388 flg.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 892 S. 531 flg.], wie vorauszusehen war, auf die Erwirkung des päbstlichen Bannstrahles hinausliefen. Er erfolgte am 16. Jul. 1290, um über 7 Jahre auf der Stadt zu lasten.

Ueber die angedeuteten Ereignisse vgl. ausser dem gleichzeitigen Hauptwerke, des Deutschordensbruders *Jan van Heelu* Rymkronik betreff. den slag van Woeringen [uitgeg. met opheld. en aenteken. van J. F. Willems, Brussel 1836. 4°.] noch *Heberle's* Beitr. Nr. I: „Die Worringer Schlacht" S. 1—28; *Mathieux* a. a. O. S. 105—115; *Barthold* a. a. O. Thl. III S. 94—104; *Ennen* a. a. O. S. 218—54.

151 **1292**, Oct. 11. König Adolph I. erneuert der Stadt Cöln die wörtlich eingerückten Rechtsbriefe nr. 131 und 134, unter beigefügter Generalbestätigung aller ihrer „privilegia, jura, libertates et bone consuetudines." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 934 S. 553, 54.

152 **1292**, Oct. 11. Derselbe „befiehlt allen denjenigen, welche sich gegen die Stadt Cöln zu beschweren haben, sich jeder Selbsthülfe und aller Gewaltthätigkeiten zu enthalten und ihr Recht vor dem königlichen Gericht zu suchen." (R.) *Ennen* a. a. O. S. 258.

153 **1296**, Aug. 18. Derselbe erklärt dem Erzbischofe Sigfrid — um ihn „von kriegerischem Vorgehen gegen die Cölner abzuhalten" — „quod dictante concordi sententia principum fidelium ac aliorum astantium . . . ipsos cives Colonienses proscribere tenebitur, quandocunque per archiepiscopum seu per certum nuntium ipsius patentes suas litteras super hoc deferentem fuerit requisitus." *Apolog.* Nr. 26 S. 75 flg.; *Secur.* Nr. 160 S. 351; *Lünig* a. a. O. S. 392; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 964 S. 570. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 258.

Obwohl schon am 2. Sept. dess. Js. von Sigfrid beantragt, kam übrigens diese Reichsächtung Cöln's nicht zu Stande [s. die Urk. in der *Apolog.* Nr. 27 S. 76, *Secur.* Nr. 161 S. 351, 52, *Lünig* a. a. O.], und durch den bald darauf (7. Apr. 1297) erfolgten Tod Sigfrid's von Westerburg und die Wahl des friedliebenden Wicbold von Holte zu seinem Nachfolger wurden der Stadt endlich wieder einmal Tage der inneren Ruhe und Erholung in Aussicht gestellt.

1298, Aug. 28. König Albrecht I. ertheilt dem Erzbischofe Wicbold von Cöln 154
die Gnade, dass Niemand aus seinen Städten (also insbesondere auch Cöln) vor das königliche Hofgericht geladen werden solle, es müsste denn eine Rechtsverweigerung vorliegen — „ut cives et opidani tui suis mercimoniis ac tuis [51]) servitiis commodius insistere valeant et esse intenti, tibi ex speciali gratia concedimus et indulgemus, ut nullus cives et opidanos tuos ad examen seu judicium curie nostre regalis per nostra vel justiciarii curie nostre edicta possit evocare et ad nostrum judicium trahere, nec ibidem teneantur comparere, quamdiu tu vel officiati tui conquerentibus vel conqueri volentibus parati fueritis justiciam facere expeditam." *Apolog.* Nr. 28 S. 76, 77; *Secur.* Nr. 165 S. 361; *Lünig* a. a. O. S. 392; correct b. *Lacomblet* a. a. O. S. 591 Note 2 (Extr.)

1298, Aug. 29. Derselbe bestätiget neuer- 155
lich die von Wort zu Wort wiederholten „privilegia", welche der Stadt Cöln sein Vater, König Rudolph, in den J. 1273 und 1274 [nr. 131, 134] verliehen hat. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1003 S. 591. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 264.

1299, Oct. 6. Graf Reinald von Gel- 156
dern erklärt, gegen die Cölner wegen der in der worringer Schlacht [s. zu nr. 149, 50] erlittenen Schäden und Kränkungen, sowie ihm vorenthaltenen Jahrgefälle auf jeden Anspruch verzichten, steten Frieden und Eintracht mit ihnen halten, und sie nach Massgabe des früheren Schirmbriefes [nr. 142] zu Land und Wasser schützen und vertheidigen zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1037 S. 611, 12.

51) ASLü. ejus.

157 In die letzte Hälfte des XIII., vielleicht auch erst in den Anfang des XIV. Jhdts. fällt eine deutsche Redaction der Rechte der St. Peters-Dienstmannen mit der Schlussnotiz: „Dit Reicht haint gemaicht Her Henrich van Alpheyn [52]) vnd Anthonys Johans Sun van Molenheym, vme dat, ove ire Herre in niet wale geluven en wille, dat sie dat bereit sint zu stedigen overmitz den Dienzt, den sie sente Petere haint gedain: want in ire Vadere dat wale erzalt haint, dat dat ire Reicht is.“ Dem lateinischen Texte gegenüber stellt sich der deutsche als eine formell und materiell ziemlich selbständige Arbeit dar, indem sowohl die Reihenfolge der Satzungen eine andere ist, als auch in deren Inhalt sich einzelne Abänderungen und Erweiterungen finden. Gedruckt b. *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. II Urk. Nr. 14 S. 84 — 90, und danach b *v. Fürth*, Ministerialen Anh. Nr. III S. 519 — 22, sowie in den *Quellen* Bd. I S. 220—23. Hier wird auch S. 217—20 ein weiterer Abdruck einer wahrscheinlich jüngeren Textgestaltung (ohne die oben mitgetheilte Schlussbemerkung) angetroffen. Vgl. die Literatur-Angabe zu nr. 27.

158 **1301**, Febr. 6. König Albrecht I. bestätiget nach dem Vorbilde seines Vaters, des Königs Rudolph, und anderer römischer Kaiser und Könige, den Cölnern ihre „jura, libertates et privilegia“, ihnen besonders gestattend, „ut eos, qui thelonia, exacciones et conductus in terra et aqua ab ipsis civibus Coloniensibus contra tenorem privilegiorum suorum extorquere presumpserint, compellere possint et debeant viis et modis, quibus expedit, ad observacionem inviolabilem consuetudinum, privilegiorum, libertatum et jurium eorundem.“ Zugleich verfügt er, dass den Bürgern Cöln's in Lahnstein, Coblenz, Andernach, Bonn, Neuss und Berke (Rheinberg) keinerlei Zölle abgefordert werden sollen, indem er ihnen auf den Fall, dass man diesem Verbote zuwider handeln würde, die Befugniss einräumt, „ut . . . ad personas et res exactorum et impositorum theloneorum hujusmodi respectum habeant et recursum“, und ihnen sogar wider solche Bedrücker seinen Beistand und Rath zusichert. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 2 S. 2. Vgl. dazu *Ennen* a. a. O. S. 267, 68.

159 **1302**, Oct. 23. Derselbe thut kund, dass Erzbischof Wicbold von Cöln und die Bürger daselbst sich gegenseitig die jede Verletzung ausschliessende Wahrung ihrer Rechte, Freiheiten, sowie guten und ehrbaren Gewohnheiten zugelobt haben. [Wiederholt am 3. Nov.] *Apolog.* Nr. 29 S. 77, 78; *Secur.* Nr. 166 S. 361, 62; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 398, 99. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 20 S. 13, 14 m. Note 1.

1302, Oct. 24. Erzbischof Wicbold gibt den Bürgern von Cöln zur Herstellung „vruntligen verbuntnisses gantzer hemeliggeit inde restliges vrieden vroligeit“ die Versicherung, „alle recht, vryheide, die in keysere, kunige inde ertzebischoffe van Kolne geduldiget hant inde gegeven, inde oich iere gude gewunede, die sy van alders herebracht haint inde die sy nu haint binnen Kolne inde da inbussen, unverbruchlig ze haldene“, bestätiget dieselben, und spricht insonderheit die genannten Bürger zu Wasser und zu Land „vry, los inde quyt . . . van allen tollen inde pedagien.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 22 S. 16. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 272, 73. 160

1302, Oct. 24. König Albrecht I. erklärt in Beziehung auf vorstehende Urkunde, dass die darin den Cölnern von Wicbold zugestandene Zollfreiheit nicht auch „ad futura thelonea, si qua ipsum archiepiscopum ex regia concessione adipisci vel obtinere contigerit“, ausgedehnt werden dürfe. [Am 28. Oct. wiederholt.] *Lacomblet* a. a. O. Nr. 23 S. 17. 161

1302, Dez. 29. Erzbischof Wicbold verspricht (zugleich auch für den Fall baldigen Todes im Namen seines etwaigen Nachfolgers) den judei Colonienses auf den Zeitraum von neun Jahren, welche mit dem Remigiusfeste 1302 zu laufen beginnen, Schutz und Geleite [53]), sowie Belassung „in omni gratia et libertate, tam in theloneis quam judiciis et causis aliis, . . . quibus hactenus sunt gavisi“, wofür sie ihm jedoch ein Jahrreichniss von 60 Mk. guter cölner Denare in zwei Zielhälften zu entrichten gehalten seien. Derselben Sicherheit und Freiheit sollen übrigens auch die erst während der bezeichneten neun Jahre nach Cöln übersiedelnden Juden bei gleicher Gegenleistung theilhaftig werden, und ausserdem jedem fremden Juden fünfzehn befriedete Tage zur Ueberlegung, ob er in Cöln seinen Wohnsitz aufschlagen wolle oder nicht, gewährt sein. Auch soll in Vergehensfällen nur der 162

52) Der ministerialis Heinricus (dominus) de Alpheym [van Alpen] wird sowohl im Calendarium der Domcustodie (*Quellen* II, 566) aus dem XIII. Jhdt., als auch in Urkk. des beginnenden XIV. Jhdts. angetroffen. Vgl. *Lacomblet* a. a. O. III, 74, 77 Note 1.

53) Ueber eine Erneuerung des Geleitsprivilegs durch Erzbischof Heinrich II. im J. 1321 s. *Lacomblet* a. a. O. S. 209 Note 1.

nach jüdischem Rechtsbrauche überführte Verbrecher selbst und kein Schuldloser für ihn die dem Verschulden angemessene Strafe leiden. Insonderheit wird dann noch den cölner Juden — unter gelegentlicher Erwähnung, dass dieselben mit 1200 Mk. dem Erzbischofe in seinen Geldnöthen beigestanden und zu dieser Vorschusssumme auch die später, aber während der neunjährigen Periode sich in der Stadt niederlassenden Glaubensgenossen „pro rata temporis" beizutragen hätten — in Ansehung der Zollreichung innerhalb des Stiftsgebietes völlige Gleichhaltung mit den Christen, Verschonung mit ungewöhnlichen Eiden, Beschirmung ihrer Grabstätte vor Verwüstung und getreuliche Wahrung aller ihrer päbstlichen, kaiserlichen und erzbischöflichen Privilegien sowie althergebrachten Gewohnheiten und Rechte zu dem Ende, „ut ipsi judei nostri sub alis et brachiis nostre protectionis in pace corporis, tranquillitate animorum et conservatione rerum quiete et pacifice pausantes, nostris temporibus salubrius et uberius recipiant incrementum", zugesichert. Die bürgschaftliche Gewährleistung für alles Vorstehende endlich übernehmen fünfzehn namentlich aufgeführte „cives Colonienses." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 24 S. 17, 18.

163 **1310**, Jul. 26. König Heinrich VII. bestätiget der Stadt Cöln ihre gesammten, von seinen Vorgängern im Reiche und den Erzbischöfen herrührenden „jura, privilegia et libertates ac gracias et bonas consuetudines." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 89 S. 65, 66. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 277, 78.

164 **1314**, Dez. 3. Erzbischof Baldewin von Trier verspricht den Bürgern von Cöln, ihnen wider Jedermann, welcher sie um der dem römischen Könige Ludwig bereiteten freundlichen Empfangnahme und geleisteten Huldigung willen angreifen, beschweren oder kränken würde, mit Rath und That beizustehen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 141 S. 105.

165 **1314**, Dez. 4. Desgleichen verheisst König Ludwig IV. selbst den Cölnern auf den Fall, dass ihnen irgend Jemand „pro eo quod nos verum Romanorum regem ad civitatem Coloniensem letanter venientem receperunt et fidelitatem nobis fecerunt" feindlich begegnen sollte, Schutz und Vertretung. (R.) *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 2 nr. 25; *Lacomblet* a. a. O. Note 2.

166 **1314**, Dez. 4. König Ludwig IV. bestätigt dem Rathe und den Bürgern von Cöln neben mehreren wörtlich eingerückten Privilegien Friedrich's II. und Rudolph's I. (nr. 69, 40, 53, 134) noch überdies alle Rechte und guten Gewohnheiten, dabei insbesondere hervorhebend, dass die genannten Bürger für Schulden und Versprechungen der Erzbischöfe und sonstiger Personen in keiner Weise in Anspruch genommen, mit Arrest beschwert, zu Schaden gebracht oder überhaupt belästiget, desgleichen vor kein Gericht ausserhalb der Mauern ihrer Stadt geladen [„quod vulgariter dicitur usheyschen"], ferner bei der Befugniss, nach Gutdünken „propter defensionem seu conservationem boni status civitatis" eine Accise anzuordnen, belassen, endlich mit der ohnehin durch Reichsschluss[54]) und Gesetze abgeschafften „pena naufragii" oder „gruntroringe" völlig verschont werden sollten, indem zugleich den etwaigen Verletzern dieser verbrieften Freiheiten die königliche Ungnade angedroht und den Verletzten das Recht zur Geltendmachung ihrer Schadensersatz- und Genugthuungs Ansprüche wider jene vorbehalten wird. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 142 S. 106, 7.

1314, Dez. 5. Derselbe genehmiget für alle Zukunft das alte Gewohnheitsrecht der 167
Stadt Cöln, „quod . . . nemo potest nec debet esse scabinus Coloniensis, nisi per scabinos Colonienses, qui officia scabinatus meruerunt, eligatur", unter Beifügung der Bestimmung, dass Letztere, wenn ein Burggraf als Vorsitzender des Schöffengerichts oder ein geeigneter Stellvertreter desselben nicht vorhanden sein würde, „inter se sub suis juramentis de uno scabino pro judice poterunt concordare, qui sub suo juramento secundum sententiam scabinorum Coloniensium sit justus judex", sowie dass auch die Einführung neu gewählter Schöffen in ihr Amt, im Falle dass dieselbe vorzunehmen der Burggraf, ungeachtet des Bedürfnisses und des Daseins des gesetzmässigen Alters von 25 Jahren, sich weigern sollte, sowie die Beeidigung jener auf ihre Urtheilspflichten durch die Mitglieder des Schöffenstuhls interimistisch erfolgen könne. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 143 S. 107, 8. Vgl. *Böhmer's* Reg. a. a. O. nr. 28; *Souchay*, Geschichte der Dtsch. Monarchie Bd. III S. 180.

1317, Nov. 10. Die Prioren und Prä- 168
laten der Stifts- und Klosterkirchen zu Cöln sammt dem übrigen Clerus daselbst

54) Offenbar ist hier die sentent. Wilhelmi regis de naufragiis a. 1255 (*Pertz*, Monum. Germ. hist. LL. II, 371; *Quellen* II, 343), worin das Strandrecht als „consuetudo detestabilis et perniciosa" bezeichnet wird, gemeint. Ein selbständiges Verbot der „gruntrur den Rein vnd den Matin auf vnd ze tal" sprach erst Ludwig IV. im J. 1336 aus. *Böhmer*, Cod. dipl. Moenofrancofurt. I, 537.

kommen dahin überein, dass von nun an die „venditio vini . . . in emunitatibus ecclesiarum Coloniensium ad broccam sive ducibulum [55]) cum clamore et manipulorum positione, sicut in publicis tabernis fieri est consuetum . . . . ne clerici, quod in jure probibitum est, tabernarii esse videantur", abgeschafft und nur noch ein stiller, äusserlich unerkennbarer Ausschank von Wein nach dem Klostergemässe [56]) erlaubt sein solle. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 164 S. 132, 33.

169 **1318**, Jan. 2. Graf Adolph VIII. von Berg erneuert mit einigen Abänderungen den von seinem Vorfahrer Adolph VI. im J. 1262 mit den cölner Bürgern eingegangenen, theils einseitige Zugeständnisse an Letztere, z. B. in Bezug auf Deutz, theils gegenseitige Concessionen, z. B. in Hinsicht auf Handelsfreiheit und Rechtsschutz, enthaltenden, hier aber von zwölf Rittern nochmals verbürgten Freundschafts-Vertrag [nr. 116], für Fälle künftiger Zwiste unter den Parteien ein Schiedsgericht von acht Personen, welche zur Hälfte Cöln zu ernennen haben soll, anordnend. [Noch viermal in den J. 1330, 1347, 1348 und 1373 wiederholt.] *Lacomblet* a. a. O. Nr. 167 S. 134—37 mit Note 1 S. 136 flg. Vgl. *Ennen* a. a. O. Bd. II S. 286, 87.

170 **1320**, Aug. 15. Graf Gerhard von Jülich, zum „middeleir inde soynman" zwischen dem cölner Erzbischofe Heinrich II. und der Stadt Cöln sammt ihren Helfern, Pfaffen und Laien, in der s. g. brühler Streitsache erkoren, verkündet den unter Beirath Bischof Johann's von Lüttich zu Stande gebrachten Schiedsspruch, welcher nach einer Reihe die Verleihung kirchlicher Aemter und Präbenden, sowie das Verhältniss des Erzbischofs zu der den Cölnern anhängig gewesenen Geistlichkeit betreffender Bestimmungen in Bezug auf die Feindseligkeiten mit der Stadt selbst festsetzt, dass zwischen ihr und dem Erzbischofe „eyne ganze inde eyne gemeyne inde eyne stede soynne" sein, die auf beiden Seiten gemachten Gefangenen losgegeben und den ihrer Lehen beraubten Mannen jene restituirt, ferner ausser dem bonner und andernacher Zolle alle übrigen als ungerecht und alle Geleitsgelder abgeschafft, und der Erzbischof nebst fünf genannten edlen Männern und sämmtlichen Amtleuten zur Anerkennung des Landfriedens in gesiegelten Briefen angehalten, Letztere insbesondere zur Beschirmung der Kaufleute und Wanderer, welche das erzstiftische Gebiet zu Wasser oder Land berühren, vor Verletzung und Beraubung verpflichtet werden sollten. Zur Sicherstellung bezüglich der Erfüllung aller dieser Punkte erhalten die Cölner Burg und Stadt Brühl als Pfand [57]). Ausserdem wird noch zur Tilgung der einzelnen Bürgern gegen den Erzbischof zustehenden Forderungen ein Theil der Zoll-Einnahme ausgeworfen und jedem Beschädigten nach gestellter Berechnung seiner Verluste Schadens-Ersatz zugesprochen. Endlich sollen sowohl der Erzbischof „haven inde behalden sine gerichte, geystelichen inde werentlichgen, sine heirschaf, guylde inde rente zu Kolne gerulichen inde vredelichen", als auch „die stat van Kolne inde de burgere gemeynlige syn inde bliven in iren vreden, eren inde in deyn guden gewoynden, die si herbracht haven, als si wairen vor diesem urloge." [Von Erzbischof Heinrich erst am 13. Oct. 1320 förmlich angenommen durch Untersieglung der Urkunde.] *Lacomblet* a. a. O. Nr. 180 S. 146—52. Dazu *Ennen* a. a. O. S. 298—301.

Erzbischof Heinrich II. von Virneburg (1304—1331), ein Mann von hoher geistiger und sittlicher Kraft, und für die Culturinteressen seines Landes eifrig besorgt, war bei der zwiespaltigen Königswahl v. $^{19}/_{20}$ Oct. 1314 durch seinen Bevollmächtigten, den Kurfürsten Rudolph von der Pfalz, für den habsburgischen Kroncompetenten in die Schranken getreten. Hiemit war aber das Zerwürfniss mit den Bürgern Cöln's, welche mit aller Entschiedenheit auf der Gegenseite standen und auch dieser Parteinahme die unter nr. 166, 167 aufgeführten Privilegien zu verdanken hatten, nothwendig gegeben. Dasselbe würde übrigens kaum in so ernstliche Feindseligkeiten ausgeartet sein, hätte nicht der Erzbischof selbst in einer fast frivolen, mit seinem Charakter kaum vereinbaren Weise den einmal angefachten Hass der Cölner zu nähren und zu steigern gewusst. So kam es, dass die Letzteren, nachdem sie dem am 22. Jun. 1317 von Ludwig IV. auf 7 Jahre gegründeten rheinischen Landfrieden (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 159 S. 118 flg.) beigetreten, schon am 3. Apr. 1318 die Hülfe der daran betheiligten oberrheinischen Städte wider Heinrich II. in Anspruch nehmen mussten (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 170 S. 139 flg.), welcher sich nicht nur Zollerpressungen erlaubte, sondern sogar von seinen gut bewehrten und bemannten Burgen aus auf Handelsgüter fahndete und förmliche Wegelagerung trieb. Der offene Kampf der Stadt und

55) S. oben S. 413 Note 6.
56) Ueber dieses s. *Ennen* a. a. O. I, 504, 5.
57) Die Pfandhut übernahm (1320, 1327) Ritter Kone von Vischenich.

der durch das Edelbürgerrecht an sie gefesselten Schutzgenossen gegen den Erzbischof brach los. Der Mittelpunkt desselben war das als Hauptraubstätte besonders verhasste erzstiftische Schloss Brühl [58]). Heinrich vertheidigte sich mit doppelten Waffen — mit dem Schwerte und dem Kirchenbanne, welcher die ihm widerspenstige Stadt züchtigen und entmuthigen sollte. Allein ein Theil des cölner Clerus entzog geradezu der Durchführung jener trüben Massregel seinen Arm, und selbst die Curie scheint das Vorgehen des Erzbischofs für übereilt und bedenklich angesehen zu haben, indem Innocenz XXII. auf die Beschwerde der Bürger hin die Sache drei ernannten geistlichen Commissären zur Prüfung anvertraute (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 176 S. 143 flg.). Dennoch wurden Bann und Interdict nicht eher wieder aufgehoben, als bis der Erzbischof durch Urk. v. 29. Jun. 1320, nach langwierigen, bereits 1318 begonnenen Friedenspräliminarien, endlich die Bescheidung der Streitsache in die Hände Gerhard's von Jülich, und zwar mit der Clausel niedergelegt hatte, dass Letzterer mit seinem Sohne Wilhelm und anderen geistlichen und weltlichen Herrn, sofern Heinrich dem Schiede keine Folge leisten würde, in Cöln einrücken und bis zur Erfüllung des Spruches den Bürgern zur Seite stehen sollte. Jetzt erst, am 30. Juni 1320, zogen die päbstlichen Commissäre die kirchlichen Strafen zurück, worauf es dann, sechs Wochen später, zu dem oben näher geschilderten Sühnbescheide wirklich kam. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 286 flg. m. *Lacomblet* a. a. O. S. 143 Note 1.

171 **1321**, März 14. [**Die s. g. Einung der beiden Räthe.**] Die „quindecim nunc sedentes in privato consilio civitatis Coloniensis s. quindecim domini de consilio arto" — der engere Stadtrath von Cöln — kommen mit den beiden „magistri civium", ferner mit sämmtlichen Gliedern des alten (abgetretenen) Rathes und mit den „octuaginta duo in communi consilio existentes" — einem hier zum ersten Male erwähnten [vielleicht aus den Burrichtern hervorgegangenen] weiteren oder äusseren Rathe — über nachfolgende, den Frieden und das Gemeinwohl bezweckende Statute überein: §. I. Bei einem gefährlichen „uployf" sollen sich, sobald der Verletzte den gerichtlichen Weg verfolgt, die „consules" jeder Einmischung enthalten; wollen aber jener oder seine Freunde bei Gericht ihr Recht nicht suchen, sondern persönlich Rache üben, dann mögen die Fünfzehn des kleineren Raths nach Gutdünken an die Parteien ein Friedgebot erlassen, und geschehe es, dass sich demselben der eine oder andere Theil nicht fügte, so soll es nun Sache des gesammten (engeren und weiteren) Rathes sein, für die Wahrung des Friedens und den Schutz des Bedrohten Sorge zu tragen; kommen dagegen beide Theile der Friedeweisung nach, so sollen sie dann entweder selbst unter Beiziehung ihrer Freunde in Güte den Zwist beilegen, oder solches einem Schiedmanne („superior") überlassen, beziehungsweise bei nicht zu erzielender Vereinigung dem engeren Rathe die Angelegenheit zur Entscheidung und Festsetzung der Busse nach Stimmen-Mehrheit anheimgeben, in welchem Falle jedoch bei etwa verweigerter Busse-Zahlung wieder der gesammte Rath die Sache an sich ziehen und die erkannte Strafe an Leib, Habe und Gut des Schuldigen vollstrecken lassen muss. §. II. „Famuli familie, inquilini vel leinmanni" sollen bei Erbittung richterlicher Hülfe, nicht aber auch in der Ausübung der Rache, den Beistand ihres „dominus" geniessen. §. III. Wer aus dem engeren oder weiteren Rathe gegenwärtigen Statutenbrief nicht annimmt und untersiegelt, erscheint zwar darum auch nicht an dessen Inhalt gebunden; allein ebensowenig wird er künftig mehr in eines der beiden Rathscollegien gewählt werden, und irgend Jemand mit ihm „per tempus, quod restat de decem annis, quibus consilium civitatis Coloniensis adhuc durabit", auf einer Rathsbank sitzen. §. IV. Wer um einer begangenen Missethat willen der Rache verfallen, um ein Friedgebot nachgesucht, soll eines solchen nur gegen zureichende Caution für die an den Verletzten nach Anordnung des Rathes zu leistende „emenda" sich erfreuen dürfen. §. V. Wer vom engeren Rathe gegenwärtige Urkunde bereits untersiegelt hat oder noch untersiegeln wird, übernimmt damit die Verpflichtung, alle darin enthaltenen Artikel zu beobachten, sowie in der Durchführung derselben den übrigen Rathsgenossen auf Erfordern getreulich beizustehen. Endlich §. VI. Majoritäts-Beschlüsse sind unabänderlich, es müssten denn zwei Dritttheile gegen ein Drittel die Abänderung verlangen [„Item statutum est, quod quando aliquid per majorem partem fuerit concordatum, quod hoc mutari non possit, nisi duo concordent contra unum"]. Uebrigens kann der engere Rath mit den Zweiundachtzigern die vorstehenden Satzungen zum gemeinen Besten der Stadt nach Gutbefinden mehren und mindern, sofern nur hiedurch dem Gerichte

58) Vgl. oben S. 412 flg.

zu Cöln an seinem Rechte kein Abbruch geschieht. Gedruckt bei *Lacomblet* a. a. O. Nr. 182 S. 152, 53. Vgl. *Barthold* a. a. O. Thl. III. S. 234.

Mit der in vorstehendem Documente angedeuteten Wandlung im Raths-Organismus fällt eine weitere Neuerung im cölner Rechtsleben, die Entstehung der s. g. **Eidbücher**, zusammen, deren nähere Betrachtung jedoch erst der geschlossenen Uebersicht der Urkunden des XIV. Jhdts. nachfolgen soll.

172 **1323**, Mai 15. Graf Reinald (Sohn) von Geldern nimmt die Bürger von Cöln „mid irme live inde mid irme goide“, insoferne sie zu Land oder Wasser seine Grafschaft berühren, gleich den eigenen Unterthanen „in sine huyde inde beschirmnisse.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 197 S. 169.

173 **1328**, Aug. 10. Graf Wilhelm von Holland etc. stellt die cölner Bürger auf Grund eines durch den aachner Canonicus Wenemar von Broke (in besonderer Urkunde) vermittelten Vergleichs wegen aller Schadenersatz-Ansprüche, insbesondere wegen der ihm zugefügten Weinzoll-Entziehung bei Remagen gänzlich klaglos, indem er sich für vollkommen befriedigt erklärt. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 235 S. 194.

174 **1330**, März 6. Die verdienten Amtleute der Richerzecheit erneuern und vervollständigen der Bruderschaft der Glocken- und Kannengiesser („duppengeissere“) auf ihre Bitte einen „alden breif“, betreffend die Obliegenheiten des Gewerkes in Ansehung der „reingheyde“ des Erzes, die Gildenverfassung, namentlich Meisterwahl und Statuten-Errichtung, die Bussen für Frevel und „wederstrevicheit“ u. a. m. *Quellen* Bd. I S. 386—90.

175 **1330**, Oct. 30. Erzbischof Heinrich II. von Cöln schliesst mit Rath und gemeinen Bürgern daselbst, zur endlichen totalen Beilegung der [ungeachtet des Gerhard'schen Schieds v. 1320, nr. 170, hauptsächlich wegen der Schuldverhältnisse des Ersteren und der brühler Pfandschaft, noch immer fortgeschleppten] Zwistigkeiten mit Letzteren, einen neuerlichen Sühnvertrag ab, worin er insbesondere der Stadt gegen gleiche Zusicherung von ihrer Seite für die Zeit seines Lebens getreuliche Bewahrung „aller der vriheit, eren inde rechten inde goder gewonden, die sy van alders herbraicht haint [59])“ zugelobt, den Bürgern verspricht, sie „ze beschirmen inde vürdern ze wasser inde ze lande, als ein getruwer heir sinen leven burgeren schuldich is ze doin“, und im Falle, dass sie Jemand „orlogen off enich unrecht an sy keren wolte“, ihre Verantwortung übernehmen und ihnen Hülfe leisten will, indem nun überhaupt bezüglich aller früher vorgefallenen Dinge jeder Unmuth und Zorn auf beiden Seiten ruhen soll. *Apolog.* Nr. 30 S. 78 — 82; *Secur.* Nr. 93 S. 270, 71; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 435—37; besser b. *Höfer*, Auswahl der ältesten Urkk. in dtscher. Sprache im k. geh. Staats-Archiv zu Berlin (1835) S. 237 flg. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 303—8.

1331, Dez. 28. Derselbe erklärt: weil 176
auf sein Ansinnen und zum Frommen seiner Kirche Rath und Bürger zu Cöln seine Juden daselbst „tamquam eorum concives“ für die nächstfolgenden zehn Jahre in ihren Schutz genommen und ihnen wider jegliche Gewaltthat Vertheidigung zugesagt hätten, wolle auch er die der gedachten Judenschaft ausgestellte [nicht näher bekannte] Geleitshandfeste [60]), wofür jene 8000 Mk. zur Einlösung der Burg Aspel und der Städte Rees, Xanten und Kempen hergegeben, während der gleichen Zeitfrist in allen Punkten stät und fest halten. Würde aber er oder sonst Jemand jene den Juden verbrieften Zusicherungen brechen und sich dann die cölner Bürgerschaft zur Vertreterin der gefährdeten Interessen aufwerfen, so solle hierin keine Pflichtverletzung gegen den Erzbischof und die Kirche gelegen sein. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 258 S. 209.

1331, Dez. 29. Derselbe wiederholt den 177
Wicbold'schen Judenbrief v. 1302 [nr. 162] mit einigen Abänderungen, z. B. Erhöhung der Jahressteuer auf 70 Mk., sowie bemerkenswerthen, „die Judenschaft zu Cöln zu dem Range und den Rechten einer politischen Körperschaft erhebenden“ Zusätzen über die Befreiung derselben von den Ladungen und Excommunicationen kirchlicher Gerichte und die Rechtshandhabung des jede Beschwerde über seine Urtheile ausschliessenden Synagogenrathes, dessen Competenz sich zunächst auf alle wider Juden geltend gemachte Schuldforderungen und die strafweise (von den bischöflichen Amtleuten wohl zu respectirende) Ausstossung unwürdiger Glieder aus der jüdischen Gemeinde beziehen soll, im Uebrigen aber noch mit den Worten beschrieben wird: „quod judeorum nostrorum magistratus in scolis eorum possit judicare tantum de hiis, que eorum ritum et legem contingunt, secundum judaicum jus

59) Eine ähnliche Zusicherung hatte Heinrich der Stadt bereits am 7. Sept. 1328 gemacht.

60) Später durch EB. Walram 1335, 1341 erneuert.

ipsorum, et hoc nemo debet eis inhibere.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 259 S. 209—11. Dazu s. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IX (1858) S. 263 flg.

178 **1332**, Apr. 14. Die Amtleute von der Richerzecheit geben den Meistern und Brüdern der Bruderschaft von dem Wollenamte von Kriechmarkt [61]) und Airburg („Orsburch“) [62]) ein Statut darüber, wie es zu halten sei, wenn von Gliedern der Innung Tuch, Garn oder Wolle Anderen auf Borg gegeben, und von diesen dann an Dritte, wie Bäcker, Brauer, Juden, zu Pfand gesetzt werden sollte. *Quellen* Bd. I. S. 381, 82.

179 **1332**, Jun. 9. Der neugewählte cölner Erzbischof Walram [Graf von Jülich] bestätigt seinen lieben Bürgern und der Stadt Cöln alle ihre Freiheiten und guten Gewohnheiten, zuerst nur unter seinem Secretsiegel [dann am 29. Mai 1333 auch unter dem grösseren erzbischöflichen Siegel]. R. b. *Ennen* a. a. O. Bd. II. S. 308, 9.

180 **1334**, März 29. Derselbe verträgt sich mit seinen Bürgern von Cöln „eynre ganzer steder hemeligeyde inde vruntschaf“, indem er letzteren zuvörderst zugelobt, sie „in alle der vrieyde, erin inde reichte inde goden gewoinden“, wie sie solche hergebracht und von ihm selbst urkundlich [nr. 179] bestätigt erhalten, unverbrüchlich zu bewahren, sowie dieselben zu beschirmen und zu befrieden an Leib und Gut, zu Wasser und zu Land im ganzen Erzstifte dies- und jenseits des Rheines, wogegen die Stadt ihm verspricht, wenn er befehdet werden sollte, seinen Feinden „engein spise geven, noch in raden noch helpin“ zu wollen, aber auch nicht zu verbieten, dass ihm dann auf seine Bitte Bürger der Stadt, „die guder hande lude sint van gesleichte“, Beistand leisten. Dieses Bündniss darf, so lange der Erzbischof am Leben ist, von keiner Seite aufgesagt werden. Würden sich nachmals zwischen den Parteien „eyngerhande vorderunge, clage, zwist of uploif“ erheben, so soll die Sache durch sechs benannte Schiedmänner „binnin die mantate (Mundat, Immunität) zu sente Mariengredin [63]) zu Kolne“ innerhalb acht Tagen beigelegt, und für die Ausführung solcher schiedsrichterlicher Sprüche von sechs Geiseln jederseits die Gewährschaft übernommen werden. *Apolog.* Nr. 31 S. 82—88; *Secur.* Nr. 94 S. 271 — 74; *Lünig* a. a. O. S. 441 — 44; *Höfer* a. a. O. S. 271 flg.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 278 S. 227—31.

Am 30. März 1334 wird dann von beiden Parteien Unterwerfung unter die Aussprüche jener „Geschwornen“ und Fernhaltung jedes Hasses und Zornes, jeder Verfolgung und Beschwerung der Letzteren oder ihrer Nachfolger im Schiedsamte noch besonders in einem Reverse (*Secur.* Nr. 95 S. 274, 75; *Lünig* a. a. O. S. 929, 30) angelobt, sowie am 29. Apr. dess. Js. von den sämmtlichen gegenwärtigen Gliedern des „enghin rades“ eine eventuelle Einlager-Pflicht für den Fall, dass einen gegen die Stadt lautenden Schiedspruch dieselbe trotz des bereits einen Monat gehaltenen Einlagers der Geiseln nicht in Vollzug setzen sollte, auf sich genommen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 280 S. 232, 33. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 310, 11.

1335, Febr. 12. Der Rath zu Venedig trifft eine Anordnung über Mercantilforderungen („represalia“) gegen „mercatores Collonie“ und den freien Handelszug derselben nach Venedig. *Mone's* all. Ztschr. Bd. V S. 18. 181

1338, Sept. 18. König Eduard III. von England erneuert und bestätigt den Richtern, Schöffen, Rathmannen und gemeinen Bürgern Cöln's alle ihre von früheren englischen Königen herrührenden Privilegien und Rechte, sowie sanctionirten guten Gewohnheiten, mit der an alle geistlichen und weltlichen Würdenträger und Beamte seines Reiches gerichteten Weisung, besagte Bürger im Genusse der vorerwähnten Freiheiten und Gerechtsame und aller sonstigen „carte“ in keiner Weise zu stören und zu verletzen. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 343, 44. [Gegen *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 265 nr. 301 nimmt *Ennen* a. a. O. S. 315 das Jahr 1339 als Entstehungszeit dieser Urk. an.] 182

1344, Mai 13. König Ludwig von Ungarn verfügt: „ut mercatores de sancta Colonia . . . in regnum nostrum cum eorum rebus mercimonialibus venientes non majus tributum in locis tributorum, nisi tantum quantum mercatores de Bohemia et de Moravia, solvere teneantur [64]). *Lacomblet* a. a. O. Nr. 403 S. 319 m. Note 2. 183

1344, Mai 14. Die cölner Gewandschneiderzunft gibt sich ein ausführli- 184

---

61) Griechenmarkt, weil angeblich die Griechen im Mittelalter hier ihr Tuch kauften.

62) Eine Vorstadt Cöln's. *Ennen* a. a. O. I, 647.

63) Die alte Stiftskirche St. Maria ad gradus.

64) Einen hierauf bezüglichen Vollzugsbefehl des „magister thavernicorum et vexilliferorum“ Laurentius an seine „famuli et tributarii“ v. 10. März 1345 s. b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 421. S. 333.

ches Innungs-Statut [„Punt und gesetze na ordeningen der bruder der bruderschaf der heren der gewantsneder vnder den Gedemen zu Colne“] in 61 rubrizirten Artikeln, betreffend z. B. die Bestimmung der Viermeister durch das Loos und die Dienstpflichten und Leistungen derselben, die Zahl der „verdeynden“ Brüder, den Zunftrath und dessen Zusammenkünfte, die Schreinsöffnung, die Bussen für Zunftvergehen, die Verleihung der Bruderschaft, namentlich auch an „liwaitmenger, wirde, schroder vnd schorren[65])“, den Eid der aufgenommenen Brüder, die Geldschulden derselben an den Schrein, die Gewandbeschauung, die Länge des bereiteten Tuches, die den Zunftgliedern erlaubten Gesellschaftsverträge u. a. m. Aenderungen des Inhalts des „buchs“ sollen lediglich „mit willen und mit ganzen verdrach zweier deile alle der verdeynder brudere“ zulässig, alsdann aber auch eingetragene Zusätze für das übrige „dirdeyl“ ohne Widerspruch verbindlich sein. *Quellen* Bd. I. S. 343—59; auch als Bestandtheil des „Buchs der Cölner Weberzunft“, welches *Fahne* a. a. O. Heft II S. 24 flg. mittheilt, S. 44 — 67 (mit Inhalts-Uebersicht S. 136—42) abgedruckt.

Solche umfassende Zusätze zum Hauptstatute aus den J. 1359, 1360, 1388, 1404, 1421, 1430, 1443, 1459, 1487 nebst einer Gerichts- und Executions-Ordnung v. 1343 finden sich im Weberzunft-Buche b. *Fahne* a. a. O. S. 67—94, zum Theile auch in den *Quellen* a. a. O. S. 360—67.

185 **1345**, Jul. 8. Kaiser Ludwig IV. erneuert den Cölnern das Privileg v. 4. Dez. 1314 [nr. 166] unter wörtlicher Wiederholung seines Inhalts. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 107 Note 1.

186 **1345**, Sept. 12. Prior und Convent des Augustiner-Klosters zu Köln erklären, dem Wunsche von Rath und Bürgerschaft daselbst entsprechend, alle ausserhalb der Mauern und des Bezirks des Klosters gelegenen und demselben bereits zugehörigen Häuser, Grundstücke („hereditates“) und Hausantheile in der Stadt, sowie alle etwa künftig noch unter irgend einem Titel zu erwerbenden Häuser, Grundstücke, Hausantheile oder Erbrenten baldmöglichst in gültiger Weise („effective, absolute et simpliciter“) veräussern zu wollen, wovon blos zwei Häuser, ein steinernes und ein hölzernes, in der Santkule ausgenommen werden. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 424 S. 336—38.

65) Leinwandhändler, Herbergswirthe für fremde Wollenweber, Schneider und Tuchscheerer. Vgl. oben nr. 73 und *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IX, 140 flg. Note 7—9.

Eine in der Hauptsache übereinstimmende Erklärung gab auch das Karmeliter-Kloster 1346 ab, während das Prediger-Kloster erst 1351 einer Veräusserungs-Verordnung EB. Wilhelm's sich fügte. *Lacomblet* a. a. O. S. 336 Note 2.

1349, Jan. 27. König Karl IV. ertheilt 187
dem cölner Erzbischofe Walram aus Anlass eines von der Stadt Cöln bei Ersterem nachgesuchten (übrigens nicht näher bekannten) Jahrmarkt-Privilegs die Zusicherung, dass weder durch dieses noch durch irgend welche andere von Kaisern und Königen der besagten Stadt verliehenen oder künftig zu verleihenden „privilegia confirmationes et concessiones“ dem Erzbischofe und seiner Kirche an deren hergebrachten Gerechtsamen, Freiheiten und Zuständigkeiten ein Nachtheil erwachsen, vielmehr allen die letzteren beeinträchtigenden oder abändernden städtischen Gnadenbriefen, sie seien bereits gegeben oder nicht, Kraft und Gültigkeit abgehen solle. *Apolog.* Nr. 33 S. 92—94; *Secur.* Nr. 110 S. 289, 90; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 472; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 466 S. 375.

1349, Febr. 8. Derselbe verspricht dem 188
Rathe und den Bürgern der Stadt Cöln, a) zwischen letzterer und Mainz keine neuen Zölle erheben, sowie überhaupt die alten nicht vermehren, b) die Cölner zu einer Heerfahrt niemals „per excommunicationis sententiam vel per quamcunque aliam causam“ aufbieten oder zu einem „servitium seu subsidium“ drängen, endlich c) dieselben gegen Jedermann vertreten und schützen zu wollen, welcher sie um der dem Könige gewährten Aufnahme und geleisteten Huldigung willen angreifen, beschweren oder irgendwie („spiritualiter vel seculariter“) kränken würde. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 467 S. 376.

1349, Febr. 8. Derselbe verspricht fer- 189
ner dem Rathe und den Bürgern Cöln's, sie niemals „ad confederationes, obligationes vel conditiones aliquas, sub quacunque etiam verborum forma et super quocunque etiam facto sive causa essent introducte vel introduci possent, cum ipso seu cum quacunque alia persona alta vel humili, cujuscumque etiam preeminentie, dignitatis, status, honoris vel conditionis existat, contra bonam eorum voluntatem ineundas sive faciendas“ drängen zu wollen, ihnen gestattend, „quod.. possint.., dum eis super hiis mentio fieret, licite contradicere et eas absque regis ira, indignatione, molestia et offensa penitus denegare.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 468 S. 377.

1349, Febr. 8. Derselbe gibt unter Ver- 190
mittlung des Markgrafen Wilhelm von Jülich den Cölnern die weitere Zusicherung,

dass er sie bei allen von Alters her besessenen und insbesondere den von seinem Vater König Johann ihnen genehmigten Rechten, Freiheiten und guten Gewohnheiten in den böhmischen und anderen seiner Gewalt unterworfenen Ländern („in quibuslibet locis nostre terre Boemie et alterius nostre potestatis") belassen, beziehungsweise diese Gerechtigkeiten, Privilegien und Gebräuche ihnen, wenn sie beschränkt oder ausser Wirkung gesetzt worden sein sollten, wieder herstellen wolle. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 469 S. 377, 78.

191 **1349**, Febr. 8. Derselbe erneuert endlich den Cölnern das (wörtlich wiederholte) Ludwig'sche Schöffenwahl-Privileg v. 1314, nr. 167. [R.] *Lacomblet* a. a. O. S. 107 Note 2.

192 **1349**, Aug. 11. Derselbe bestätigt dem Rathe und der Bürgerschaft der edlen Stadt Cöln — „que etiam ab antiquo nobilius fundata meruit per divos imperatores et reges Romanorum pre ceteris singularibus efferri libertatibus, exemtionibus etiam et emunitatibus in corpore juris clausis" — die ihm vorgelegten, eingesehenen und bei genauer Prüfung, namentlich der Bullen und Siegel, als ächt und makellos befundenen „indulgentias, ordinationes, concessiones, libertates et gratias, omnia jura et omnes bonas consuetudines, nova et antiqua, novas et antiquas, eisdem civibus ac civitati Coloniensi ab imperatoribus et regibus Romanis ... nec non ab archiepiscopis Coloniensibus indulta et indultas, concessa et concessas" nach ihrem gesammten Inhalte, insbesondere aber A. das Recht, wegen erzbischöflicher oder sonstiger fremder Schuldverbindlichkeiten nicht angehalten oder belästiget werden zu dürfen; B. das Recht, „quod . . . extra muros civitatis Coloniensis nullatenus evocentur aut citentur . . ., quod vulgariter dicitur uisheischen off laden"; C. das Recht, Behufs der Vertheidigung und Beschirmung der Stadt „assisiam et contributionem, tallias et exactiones" aufzulegen, dieselben zu ändern und zu erhöhen; D. das Recht, in der Stadt „nundinas sive forum generale" ein- oder mehrmahl des Jahres zu halten, und den die Messe besuchenden Handelsleuten sicheres Geleit und die sonst üblichen Marktfreiheiten zu gewähren; E. das Recht des Burgbanns und der Bannmeile [„libertatem Burchban et jus habendi banleucam, quod dicitur Banmile, circumcirca civitatem predictam per terram et per aquam; et quod possint in violencias committentes et delinquentes et alias circa hoc excedentes infra ipsam banleucam animadvertere et ipsos punire in ipsa civitate aut extra infra banleucam hujusmodi, ut ipsis civibus videbitur expedire"]; F. die Befugniss, zum Wohle der Stadt nach Bedürfniss „statuta municipalia et ordinationes quascunque" zu errichten und die errichteten wieder nach Gutdünken abzuändern; G. das Recht, die Mauern mit Thürmen zu befestigen und öffentliche und Privatgebäude beliebig anzulegen; H. die Befreiung von der „Gruntroring"; I. die Enthebung von den Zöllen; K. das Conradinische Stapelrecht [66]), sowie die weiteren in demselben Rechtsbriefe ausgesprochenen Verkehrs-Beschränkungen fremder Kaufleute in Cöln. — Jegliche Verletzung dieser vorstehenden Freiheiten wird mit des Königs Ungnade bedroht und der Rechtsverfolgung der Cölner preisgegeben, sowie allen mit jenen Gerechtsamen unvereinbaren „statuta locorum generalia et particularia facta et facienda", desgleichen Gewohnheiten, Privilegien und Begnadungen der Kaiser und Könige, bestehenden und künftig zu erwartenden, die Gültigkeit abgesprochen, es müsste denn in einem neueren Gnadenbriefe mit ausdrücklichen Worten eine speciell bezeichnete Freiheit der Cölner für aufgehoben erklärt sein. Auch wird Letzteren auf den Fall, dass sie um Bestätigung weiterer Rechte oder um Verleihung neuer Freiheiten bei dem Könige nachsuchen sollten, soweit möglich, Gewährung der Bitte im Voraus zugesichert, und schliesslich dem „violator premissorum" eine Strafe von 100 Pfund Goldes (wovon der eine Theil dem Fiscus der andere der Stadtcasse zufällt) in Aussicht gestellt. — Hierauf folgt die Angabe von zehn mit ihren Eingängen und Schlussdaten aufgeführten Urkunden, in welchen die Mehrzahl der oben unter A—K namhaft gemachten Befreiungen und Gerechtsame enthalten ist, nämlich:

I. das Priv. des römischen Königs Heinrich v. 20. Jan. 1224 [nr. 41];

II. das Priv. Kaiser Friedrich's II. v. Mai 1236 [nr. 53];

III. das Priv. desselben v. Mai 1242 [nr. 69];

IV. das Priv. Kaiser Otto's IV. v. 30. Nov. 1212 [nr. 38];

V. das Priv. König Richard's v. 27. Mai 1257 [nr. 96];

VI. die Urk. König Wilhelm's v. 8. März 1255 über den das Strandrecht aufhebenden Reichsschluss [Note 54 z. nr. 166];

VII. das Priv. König Adolph's v. 11. Oct. 1292 [nr. 151];

VIII. das Priv. König Albrecht's v. 6. Febr. 1301 [nr. 158];

66) Vgl. *Mone's* alleg. Ztschr. IX, 27 (Note).

IX. das Priv. Erzbischof Konrad's v. Juni 1248 [nr. 77];

X. das Priv. desselben v. 7. Mai 1259 [nr. 108].

Vollständig b. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 344—48, auszugsweise b. *Moser* a. a. O. S. 274—77 abgedruckt. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 319—21.

An demselben Tage wiederholt auch Karl IV. die beiden unter nr. 188, 189 näher betrachteten Versicherungsbriefe.

193 **1350**, Aug. 10. Herzog Stephan von Slavonien, Croatien und Dalmatien, des Königs Ludwig von Ungarn Bruder, befiehlt, unter Hinweisung auf die Verfügung des Letzteren v. 1344 (nr. 183), von den cölner Kaufleuten kein höheres „tributum seu telonium de bonis et rebus eorundem" zu erheben, als die „mercatores Pragenses" zu entrichten haben, dabei die für die Prager bestehenden Zollstätten sowohl als Zollsätze genau verzeichnend. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 488 S. 390, 91.

194 **1350**, Sept. 8. Erzbischof Wilhelm [von Gennep] bestätiget dem Rathe und den Bürgern Cöln's ihre Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 393 Note 1.

195 **1350**, Sept. 21. Derselbe erneuert den von seinem Vorgänger mit der Stadt Cöln am 29. März 1334 geschlossenen s. g. „groissen verbunt" [nr. 180] mit einigen erheblichen, die gegenseitige Unterstützung mittels bewaffneter Mannschaft in Fällen einer „Reise", Befehdung oder Belagerung betreffenden Erweiterungen. (R.) *Ennen* a. a. O. S. 335—37. Vgl. auch *Lacomblet* a. a. O.

Dass sich hiebei Erzbischof Wilhelm den ungeschmälerten Fortbezug der bisher erhobenen Zölle ausdrücklich vorbehalten habe, wurde unter dem 28. Sept. 1350 a) durch zwei notarii publici in lateinischer Urkunde (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 490 S. 394) und b) durch die „dedyngslude" des Vertrags in deutscher Sprache (*Secur.* Nr. 96 S. 257; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 930) ausdrücklich attestirt.

196 **1350**, Sept. 23. Derselbe verträgt sich nach der unter seinem Vorfahrer Walram (1349) auch in Cöln stattgehabten grossen Juden-Verfolgung — „want in der zyt unss vurvaren wilne heren Walraven . . . in allen steiden ind dorpen die jueden, so way sy gesessen wairen, van gelouffe der gemeynden erslagen ind doit bleven synt, ind yre guet ind yre have un genoymen ind gewoist is, also as dat al umb in dem lande schynber inde lantkundich is; inde want dergelych ouch in der zyt, dat unse vurscreven vurvare verscheyden was, ind ee uns van deme erntzenbuschdom van Coelne versien were, die jueden, die zu Coelne gesessen inde woenende wairen, alday by naichtz gelouffe . . . erslagen inde doit bleven sint [67]), ind yre guet ind yre have mit alsulchme ghelouffe ind mit ungeschichte buyssen wille ind zudoin des raitz ind der gueder luyde unser burger van Coelne, die dat up die zyt niet wale ghekeren enkunden, verbrant, ghewoest inde un genoimen is" — mit Stadt und Bürgerschaft von Cöln dahin, dass er zwar „alle dat guet, id sy an ghereidme guede [68]) of an erve of an varender haven, dat dieselve jueden zu Coelne gelaissen haint, id sy vunden of dat man noch vunden mach of erkrygen", als ihm „mit gerichte ind mit urdele" gebührend in Anspruch nimmt, aber doch von dem also gewonnenen Judengute der Stadt und den Bürgern von Cöln die ganze Hälfte „vrylichen inde sunder eyngerhande wedersprai-che" geben und folgen lassen will, „also dat sy mit deme halfscheide deselven guedis . . . doin mugen yren vryen wille." Mit der rechtlichen Bescheidung der aus der erwähnten „slaicht der jueden van Cölne" etwa sich ergebenden „ainspraichen ind vorderungen" wird übrigens ein aus zwei erzbischöflichen Räthen und ebensovielen Gliedern des städtischen Schöffenraths zusammengesetztes Austrags-Collegium beauftragt. Sollte sich jedoch Jemand an dessen Aussprüchen nicht genügen lassen, und entweder den Erzbischof oder die Stadt „urlogen" wollen, so geloben sich beide Parteien wechselseitigen getreuen Beistand, so oft es von Nöthen ist, und fügen das Versprechen hinzu, dass bei solchen Fehden kein Theil ohne den andern für sich allein „soene, vrede, bestant of bydinge, so wye man die nuemen mach of sal, ainegain" werde. *Apolog.* Nr. 34 S. 94 flg.; *Secur.* Nr. 172 S. 370 flg.; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 473 flg.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 489 S. 391—94.

Der Erzbischof liess sich übrigens nach vorstehender Uebereinkunft mit der Stadt zu grösserer Sicherheit von dem erzstiftischen Mannengerichte über seine Rechtsansprüche auf den Judennachlass ein Urtheil geben, und empfing auch zwei solche gleichlautenden Inhalts am 13. Nov. 1351 und 24. Febr. 1352, nämlich dahin gehend: „dat

67) Die in den Chroniken [*Cronica van Coellen* Bl. 243] berichtete Selbstverbrennung der cölner Juden am Bartholomäus-Abend 1349 erscheint urkundlich nicht beglaubigt. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 331 flg.

68) Baares Geld.

die vurschreven juden, die in sine gestichte gesessen waren, durch recht syn waren, sint he die juden vamme ryche zo lene het, ind he ind sine vurvaren der juden vamme ryche beleent waren", und dass daher „alsulch erve ind guet, as die juden gelassen haint, mit rechte syn is ind nyemans anders" (*Apolog.* Nr. 61 S. 152 flg.; *Secur.* Nr. 173 S. 372 flg.; *Lünig* a. a. O. S. 480 flg.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 508 S. 412, 13). Die Erfüllung des Vertrags v. 23. Sept. 1350 wurde aber hiedurch nicht im Geringsten beeinträchtiget. Man ernannte vielmehr den Ritter Johann von Horne und Bürger Edmund Birckelin van Beyen, beide zu Cöln, in der Art zu Vollzugs-Commissären, dass sie die Güter (Erben) der Juden veräussern und die dafür gelösten Kaufgelder zur einen Hälfte an den Erzbischof und zur anderen an die Stadt abliefern sollten. Revers v. 16. März 1352, *Secur.* Nr. 97 S. 275 flg.

197 **1351**, Mai 13. Bürgermeister, Schöffen, Rath und gemeine Bürger von Cöln schliessen mit jenen von Aachen, ferner dem Erzbischofe Wilhelm und dem Herzoge Johann von Brabant und dessen Sohn Godart ein zehnjähriges, die Lande zwischen Maas und Rhein von Andernach bis Xanten begreifendes Landfriedens- und Schutzbündniss. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 496 S. 399—405.

198 **1352**. — Richter, Schöffen, Rath „ind alle rede, die vur ind na in deme engen raide der stat van Coelne gesessen hain", schlichten einen zwischen „den bruederen van der bruederschaf der wullen gewant snidere under den geedemen an die eyne side ind den bruederen ind den susteren van der bruederschaf der wullen gewant mechgere van beyden huysen Airsburch ind Criechmart an die ander side" bestandenen Zwist „umb ire wullen gewant mit den reiffen ind zu sniede zu verkouffen" mittels einer „ewighen scheydungen" und einer „ewelichen saissinge", deren alljährlich einmal „in der morgenspraichgin, als eyn nuwe rait ingheit" zu kündigende Punkte vornehmlich den Handel mit „vreemden gewant, dat buyssen der stat van Cölne gemacht were", gegenüber dem „Coeltz gewant", ferner die Bezeichnung der eigenen Fabricate der airburger und kriechmarkter Webereien „an eyme ende mit eyme siegele, also dat dieghiene, die dat zu sniede verkouffent, dat besiegelde ende behalden suelin up dat beste, up dat men darmit gheyn contrefeit muege driven", dann die Verkaufsplätze, die Gewinnung der Brüderschaft „under den Geedemen" und die dabei gemäss alten Briefen zu prästirenden Gebührlichkeiten, endlich die auf Uebertretung vorstehender Artikel gesetzten Bussen zum Gegenstande haben. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 516 S. 419—21; *Quellen* Bd. I S. 367—70.

1353, Jun. 30. Gerlach Herr zu Isenburg schliesst mit den Erzbischöfen Wilhelm von Cöln und Baldewin von Trier, sowie mit der Stadt Cöln — mit dieser, nachdem er „umb den doitslach syns maghes, heren Ernstes van Mulnarke, wilne canonichs zume dome zu Colne" längere Zeit ihr Feind gewesen war — einen Sühnvertrag [69]). *Lacomblet* a. a. O. Nr. 522 S. 426, 27. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 345 flg. 199

1355, Oct. 6. Karl IV. bestätigt als Kaiser der Stadt Cöln auf deren Ansuchen die ihr bereits früher, da er noch König war, confirmirten Privilegien, mit goldener Bulle. (R.) *Ennen* a. a. O. S. 349, 50. 200

1355, Dez. 8. Derselbe wiederholt auf neuerliches Ansuchen des cölner Rathes den grossen Freiheitsbrief v. 11. Aug. 1349 [nr. 192], ebenfalls „sub bulla aurea." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 547 S. 455—57 [70]). Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 350, 51. 201

1356, Jan. 5. Derselbe erneuert die dem Erzbischofe Walram von Cöln am 27. Jan. 1349 gegebene Versicherung [nr. 187] nunmehr auch dem Erzbischofe Wilhelm. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 375 Note 1. 202

1356, Jan. 5. Derselbe fügt — „cum venerabilis Guilhelmus Coloniensis archiepiscopus . . . . et sui predecessores Colonienses archiepiscopi utile dominium civitatis Coloniensis virtute largitionum imperialium dudum obtinuisse noscantur et obtinent in presenti, et sit ad audientiam nostre majestatis adductum, qualiter dilectis nobis civibus Coloniensibus ac nostris et imperii sacri fidelibus quedam privilegia et litteras aliquando sub cereo sigillo sub titulo Romano regio, quo tunc utebamur, et demum sub aurea bulla typario nostre imperialis majestatis impressa sub cesaree dignitatis titulo innovando et de novo concedendo dederimus, per que seu quas, sicut plurimorum assertione comperimus, apparet eidem Coloniensi archiepiscopo, ecclesie et successoribus suis et aliis electoribus et etiam communibus principibus, tam ecclesiasticis quam secularibus, non modicum, ymo signanter no- 203

---

69) Eine völlige Beilegung dieser misslichen Streitsache, welche sogar dazu beigetragen hatte, dass Karl IV. über Cöln die Reichsacht verhängte, erfolgte erst durch einen Schied EB. Wilhelm's v. 7. Sept. 1353.

70) Die Anführung der 10 speciell beschriebenen Urkk. ist im Abdrucke weggeblieben.

tabile prejudicium generari" — den im Confirmationsbriefe v. 8. Dez. 1355 (nr. 201) bestätigten Freiheiten der Stadt Cöln entweder beschränkende Clauseln bei oder entzieht denselben gänzlich durch „revocatio, cassatio et annullatio" ihre Gültigkeit. So wird a) das Schutzprivileg gegen auswärtige Gerichtsladungen nur insoweit bestätigt, „dum tamen imperatori et imperio, Coloniensi archiepiscopo pro tempore et aliis sacri imperii principibus in suis et eorum juribus nullum dispendium generetur"; b) die auf die Messen und fremden Kaufleute bezüglichen Bestimmungen, sowie das „privilegium quod de banleuca loquitur" werden als besonders gefährlich und mit mancherlei Nachtheilen verbunden geradezu cassirt; c) dem „articulus qui dicit, qualiter supradicti cives Colonienses jura municipalia secundum approbatam, laudabilem et prescriptam consuetudinem loci condere possint", wird beigefügt: „id absque prejudicio sacri imperii ac Coloniensis ecclesie ac etiam aliorum principum quorumcunque favemus eisdem, dum tamen rationabilia sint et juri communi non obvient, et de et super re fiant ad eos pertinente, nec nobis, Coloniensi ecclesie aut aliis principibus prejudicent"; d) die Erlaubniss zur Anlegung von Thürmen und anderen festen Gebäuden wird als den Gerechtsamen des Kaisers und der Kirche Schaden drohend und die „publica utilitas" hindernd zurückgenommen, was in gleicher Weise auch e) mit der „absolutio theoloneorum", dem Niederlags- und Stapelrechte [„certum demorationis tempus mercatoribus indictum"] der Fall ist. *Apolog.* Nr. 35 S. 93—98; *Secur.* Nr. 111 S. 290—93; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 489 — 92; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 551 S. 260 — 63. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 351, 52.

Die „attestationes" der vier Kurfürsten von Mainz, Trier, Sachsen und der Pfalz bei Rhein über vorstehenden Revocations-Act v. 7. Jan. 1356 theilt die *Secur.* Nr. 123—26 S. 308 flg. mit.

Uebrigens scheint der im Anfange allerdings ernstlich gemeint gewesene Privilegien-Widerruf alsbald wieder in Vergessenheit bei dem Kaiser gekommen zu sein, wie sich dieses am deutlichsten in Ansehung des privilegium de non evocando wahrnehmen lässt, welches im Revinck'schen Rechtsstreite nach Ausweis des hofgerichtlichen Vorladungs-Erlasses an Cöln v. 13. Januar 1358 als nicht mehr bestehend, dagegen schon im Henne Stössel'schen Processe nach Ausweis des Hofgerichts-Bescheids v. 17. Aug. 1367 wieder als vollkommen wirksam — und zwar hier mit dem Erfolge, dass die die Cölner bedrohende Reichsacht von ihnen abgewendet blieb, erachtet wurde. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 352, 365 und wegen der Messen S. 585 flg.

1356, Aug. 20. Markgraf Wilhelm von Jülich leistet im Vergleichswege gegenüber der Stadt Cöln einen Verzicht auf alle Forderungen, „die he van syner jueden weegen, die in deme geschichte, dat in derselver stat geschach, do sich die jueden alda gemeynlichen verbranten, doit blieven, ind umb alsulch erve ind varende have, as sy da liessen, gehadt het." *Lacomblet* a. a. O. S. 412 Note 1. (Extr.) 204

1357, Aug. 15. Rath und Bürger von Cöln und von Aachen betheiligen sich an einem zwischen dem Erzbischofe Wilhelm von Cöln und dem Herzoge Wilhelm von Jülich über die Ausprägung gemeinschaftlicher Silbermünzen, deren „payement" und Werthsprobe durch die Wardeine getroffenen sechsjährigen Uebereinkommen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 574 S. 480—82. Dazu *Ennen* a. a. O. S. 354 flg. 205

1359, März 1. Die Stadt Cöln vereinigt sich mit den Städten Coblenz, Andernach und Bonn zu gemeinsamer bewaffneter Hintertreibung des vom Erzbischofe Wilhelm gehegten Plans, „den wert, de genant is Rolantzwert, zu bebuwen mit burghe ind anderre vestinghen, als meirre macht zu krigen des Ryns ind des Rynsstroimps", und die genannten vier Städte verabreden zugleich, im Falle dass die Bauwehrung sie wirklich „in eynghe vientschaf of oirloge" mit dem Erzbischofe verwickeln würde, die grossen Kosten dieses Kampfes dadurch decken zu wollen, dass sie dann „an sine toelle ind renten tasten sulen" und sich deren zu eigenem „urber ind behueff" unterwinden. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 589 S. 493, 94. Vgl. *Ennen* a. a. O. S. 356 flg. 206

1359, Sept. 7. Richter, Schöffen, Rath und gemeine Bürger von Cöln gehen mit den Städten Oberwesel, Coblenz, Andernach und Bonn „eyne eynunge ind eyne vruntschaff" auf zehn Jahre ein, hauptsächlich dahin zielend, „dat eyne yecliche stat vurgenant der anderre burgere bevryeden, beschirmen ind verantwerden sal gelych yers selfs burghere, ind dar enboven . . . eyne yecliche stat . . behalden sal yer reichte, vryheide, gesetzde ind gude gewoinde, die sy bisher gehadt ind herbraicht hait". Etwaige Zwiste und Stösse der einen confoderirten Stadt mit der anderen werden zur Entscheidung einem gemeinschaftlich niedergesetzten Collegium von Geschwornen zugewiesen, welches vorkommenden Falls binnen 4 Tagen „na manynge der stat, die clagende were" innerhalb der Mauern 207

derselben, jedoch „yeclich up yerre stat cost, der gesworen sie syn“, zusammenzutreten und in 14 Nächten den Zwist „eyndrechtliken of mit deme meysten parte, in minnen mit wist beyder partyen, of mit reicht up yeren eyt“ zu scheiden und zu schlichten haben. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 595 S. 499 — 502.

208 **1363**, Dez. 7. Erzherzog Rudolph IV. zu Oesterreich thut „allen koufleuten auz der [wirdigen und fuernemen] stat ze Choeln solich genad, daz si in sine land sicherlich gearbeitten mugen, also daz man auf wazzer und auf land sechzehen tuch von Choeln für einen saum [71]) neme, und sechzehen churze tuch von Lofen (Löwen) und vierzehen lange, und zwelfew von Dorn (Tournai) ouch fur ainen saum“, und gebietet allen seinen Haupt- und Amtleuten und übrigen Unterthanen, die genannten Kaufleute von Cöln bei dieser Gnade bleiben zu lassen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 648 S. 548.

209 **1363**, Dez. 28. Kaiser Karl IV. wiederholt der Stadt Cöln das bereits im J. 1349 [nr. 191] erneuerte Privileg König Ludwig's IV. über die Ergänzung des Schöffenstuhls v. 1314. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 107 Note 2.

210 **1364**, Aug. 14. Erzbischof Engelbert III. von Cöln bestätiget dem Rathe und der Bürgerschaft daselbst alle ihre Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten. (R.) *Ennen* a. a. O. S. 362.

211 **1365**, Apr. 7. Die Stadt Cöln wird in das von den Herzogen Wenzeslaus und Johann von Luxemburg, Lothringen, Brabant und Limburg mit dem Herzoge Wilhelm von Jülich und der Stadt Aachen am 11. Novemb. 1364 abgeschlossene, auf die Lande zwischen der Maas und dem Rheine berechnete Landfriedensbündniss — dessen Dauer anfänglich auf 5, nachher auf 10 Jahre festgesetzt worden — als Genossin aufgenommen. (R.) *Ennen* a. a. O. S. 362.

Das Landfriedens-Instrument selbst — welchem in seiner erneuerten Ausfertigung v. 7. Mai 1365 auch der Erzbischof von Cöln beigetreten — gibt *Lacomblet* a. a. O. Nr. 657 S. 555—60.

212 **1369**, Sept. 27. Die Stadt Cöln verbündet sich zum Schutze ihrer Rechte in dem zwischen ihr und dem Erzbischofe Cuno von Trier, (seit 1368) „mumber des gestichts van Coelne“, entstandenen Zwiste mit dem gleichfalls zur Vertheidigung seiner Rechte auf Zülpich gegen den genannten Erzstifts-Verweser veranlassten Herzoge Wilhelm von Jülich, wobei besonders bedungen wird, dass keine der beiden Parteien ohne der anderen Willen mit dem Gegner „dach, stunde, vrede noch bestant machen . . . noch geyne soyne noch scheidunge in eyncher wys angain“ solle. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 692 S. 594, 95.

1369, Oct. 18. Auf Grund vorstehenden „verbunts“ geloben sich die Stadt Cöln und Herzog Wilhelm von Jülich gegenseitig, dass, wenn es zwischen ihnen und dem cölner Administrator Cuno, dessen Nachfolger oder dem Erzstifte wirklich zum Kriege kommen sollte, die eine Partei der anderen auf eigene Kosten und Gefahr hundert „gelaygen [72]) ind nyet myn zu degelichem kriege“ stellen, sowie im Nothfalle „mit yrre maicht“ d. i. mit ihrer vollen Heeresmacht zu Hülfe kommen werde. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 693 S. 595 – 97. 213

Ueber die traurigen Vorgänge, welche die vorerwähnte Einigung herbeigeführt haben, und die beiden Urkk. nr. 212, 213 s. *Ennen* a. a. O. S. 371—75.

1370, Apr. 1. Erzbischof Friedrich III. (von Saarwerden) gelobt seinen Bürgern von Cöln, alle ihnen von Päbsten, Kaisern, Königen sowie seinen Vorfahrern auf dem erzbischöflichen Stuhle verliehenen und bestätigten Rechte und Freiheiten, sowie auch ihre guten Gewohnheiten stete, fest und unverbrüchlich halten zu wollen, und ertheilt denselben zugleich eine neuerliche Confirmation [73]). *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 1478; *Brewer,* Vaterländ. Chronik I S. 270, 71. 214

1373, Nov. 23. Kaiser Karl IV. erlässt an das gesammte Reich den Befehl, die cölner Bürger wegen Vertreibung der aufständischen Weber in keiner Weise zu beschweren: „Want die burgere der stat zu Cölne up dem Ryne, unse ind des rychs lieve getruwen, etwie viel yrre mitburgere ind weevere, die yn ind derselver stat scheedelich waren, na der stat rechte ind urdeile uss derselver stat zu Coelne gedreven ind verbannet haven; darumb so gebieden wir . . . ernstlich ind vestlich mit desem brieve, dat ir alle noch ure dienere dieselve burgere ind stat zu Coelne, yre 215

71) „Saum“ oder „Sam“, Pferdelast, war ein Quantitäts-Mass für Getränke sowohl als Weberei-producte, setzte aber bei letzteren natürlich voraus, dass auch die Ellenzahl und Tuchbreite des Stückes, deren 16 etc. auf einen Saum gehen sollten, genau bestimmt war. Vgl. *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IX, 139 Note 4.

72) Gleven, Speerbewaffnete.

73) Am 30. Apr. 1372 wiederholt. *Lacomblet* a. a. O. S. 695 Note 1.

lude, dienere noch gude durch willen der egenanten ussgedrevenre ind verbannenre burgere ind weevere uphalden, bekummeren, leydigen oder bescheidigen suelt noch laizzet mit gerichte of uss gerichte noch alsus in dheyne wys, als ir unse ind des rychs swere ungenade vermyden wilt." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 751 S. 645.

Der Weber-Aufstand zu Cöln in den J. 1369—1372 war unstreitig noch ein Ausläufer jenes mehr denn hundertjährigen Zünfte- und Geschlechterzwistes, dessen unseligen Einflüssen auf das gemeindliche Leben wir schon wiederholt begegnet sind, welcher aber in dem vorgenannten Tumulte des Wollenamtes gleichsam seinen Culminationspunkt erreicht hat. Die Anmassungen dieser reichsten und, da sie an mehr denn 30,000 Webstühlen einer beträchtlichen Menschenzahl Arbeit und Brod schaffte, gewiss auch mächtigsten Gewerbsgilde waren in der letzten Zeit, und namentlich seit der engeren Verbrüderung zwischen Meistern und Knechten vom J. 1369, zu einem solchen Umfange ausgewachsen, dass, nachdem sich zum Anschlusse an sie auch die übrigen Gewerke hatten verleiten lassen, dem nun unvermeidlich gewordenen Umsturze des städtischen Regimentes lediglich durch kluge Nachgiebigkeit von Seite der Geschlechter vorgebeugt zu werden vermochte. Die Wollenweber hatten nichts Geringeres, als Lostrennung des Rathes vom Schöffenthume, Aufhebung der Richerzecheit und Herstellung eines rein-zünftischen Stadtrathes angestrebt; sie erzielten dafür von den Patriziern in dem Vergleiche vom Monate Juli 1370 wenigstens das eine Zugeständniss, dass neben dem engeren Rathe der s. g. consules majores, bestehend aus je einem, immer für ein Jahr berufenen und dann seinen Amtsnachfolger selbst nominirenden Gliede von fünfzehn speciell namhaft gemachten Geschlechtern, noch ein zweiter grösserer Rath von fünfzig Handwerksgenossen als consules minores in Zukunft fungiren solle. Vgl. *Clasen*, Das edele Cöllen S. 96 — 99; der cöln. Senat S. 13, 14.

Allein ihres politischen Uebergewichts im städtischen Gemeinwesen jetzt erst völlig bewusst, fingen alsbald die Wollenweber an, durch den schroffsten Uebermuth die anderen Gewerke zu kränken und zu drücken. Diese fanden es darum ihrem Interesse angemessener, sich wieder an die Patrizier anzuschliessen, deren Joch, vor Kurzem noch so schwer empfunden, ihnen jetzt im Vergleiche mit der despotischen Willkürherrschaft der Weber mild und leicht erschien. Der mit diesem Schritte unabwendbar gewordene Bürgerkampf brach nun in seiner furchtbarsten Gestalt los, um mit einer gänzlichen Niederlage der Weber zu endigen. Ein grosser Theil derselben unterlag der Mordwuth der Verfolger; 33 Hauptverschworene starben unter dem Henkerbeile; gegen etwa 1800 sammt Frauen und Kindern ward Stadtverweisung und Vermögenseinziehung erkannt. Was übrig geblieben und nicht freiwillig nach Bonn, Andernach und Siegburg geflüchtet war, musste sich (am 19. Nov. 1372) dazu bequemen, dem cölner Rathe eidlich Gehorsam und Treue zu geloben.

Eine Schilderung dieser blutigen Ereignisse enthält das gleichzeitige Reimgedicht „die wever slaicht", von welchem ein Fragment zu 480 Versen *E. v. Grote* seiner Ausgabe Godefrit Hagen's S. 214 — 30 beigefügt hat, und welches in dieser Episode auch die Hauptquelle der *Cronica van Coellen* Bl. cclxxiij—vj gewesen zu sein scheint. Einige hierher gehörige, namentlich den Anlass zum Aufruhre betreffende Notizen gibt dann auch, freilich mit völlig demokratischer Parteifärbung, das s. g. nuwe Boych in den *Quellen* Bd. I. S. 423 — 25. Neuere Darstellungen s. bei *Hüllmann*, Städtewesen Thl. III S. 577 flg., *v. Mering* und *Reischert*, Zur Gesch. der Stadt Köln Bd. II S. 185 flg., *Mathieux* a. a. O. S. 119 flg., *Arnold* a. a. O. Bd. II S. 404—6, *Barthold* a. a. O. Thl. IV S. 96 —98.

1373, Dez. 29. Die Stadt Cöln erklärt, auf Bitten Erzbischof Friedrich's und 216
um mit demselben zu einem guten Einverständnisse zu gelangen, die cölner Juden (welche inzwischen aus ihren Asylen in die Stadt zurückgekehrt waren) für die nächstfolgenden, mit dem St. Remigius-Tage beginnenden zehn Jahre „zu samenburgeren... in beschirmenisse ind huede" annehmen und „van alre unreicht gewalt, die yeman an sy keirde of keren wolde, mit allen truwen gelych yren selfs burgeren sementlichen ind sunderlingen beschirmen, bewaren ind bevreden" zu wollen. Dabei wird von Seite der Stadt den Juden

I. besonders zugelobt: a) Anerkennung ihres Gerichtsstandes „in yrre scholen vur yrme busschoeve"; b) Schutz vor jeglicher „gewalt of drauwe" einheimischer und fremder Personen; c) Belassung bei den bisherigen Pfandgewohnheiten; d) Entbindung von Wachdiensten, Schatzungen und anderen Kriegslasten in Zeiten einer Stadtfehde, Nothfälle ausgenommen, in welchen ihnen namentlich, wie von Alters her, die Obhut über ein bestimmtes Thor obliegen soll; e) Eintritt der erst künftig, aber noch in-

nerhalb des Decenniums, aufzunehmenden Juden und Jüdinnen in dieselben „vryheide, privileye ind reichte"; f) zwangsweise Anhaltung derjenigen Juden, welche die durch „dat meyste part yrs capittels" angeordneten Umlagen ungehorsam verweigern würden, zur Zahlung durch den Rath; g) Ausschliessung der nicht zur „gemeynde der juetschaf" gehörigen Israeliten vom Genusse der jener zugestandenen Freiheiten; h) Aufrechthaltung der Befugniss Ersterer, einen die „gebur syns guts" nicht entrichtenden Genossen nach Urtheil der Mehrheit des Synagogenraths zu „verdryven"; i) Verschonung der Gesammtgemeinde und ihrer unschuldigen Glieder mit Ansprüchen auf „yre gut of yre gelt" wegen der einzelnen Juden, welche bei einem Auflaufe „hantdedich" gewesen sind, zur Last fallenden Vergehen; k) Zulassung des Verkaufs von „essender spyse ind dranck" an Juden während eines Freitags; l) Bewahrung derselben „in alle den reichten, guder alder gewoinden ind vryheiden, die yn van peessen, van keyseren, Roymschen conyngen ind van ertzenbuschoven van Coelne ind van der stat gegheven ind verlient synt van alders", gegen Leistung der vertragsmässig festgesetzten oder noch festzusetzenden Reichnisse („gelt ind gulde") an den vereinbarten Terminen, jedoch ohne dass die neu recipirten Juden für die Rückstände an „lyftzucht ind renten", welche von den „vurmails in der stat gesessen" gewesenen Glaubensgenossen herrühren, irgendwie zu haften brauchten. Weiter wurde dann noch in Ansehung der cölner Juden

II. bestimmt, a) dass die von solchen um begangener Missethaten willen zu zahlenden Besserungen und Bussen, sowie überhaupt alle jüdischen Abgaben, die altherkömmlichen Prästationen an den Erzbischof abgerechnet, zur einen Hälfte diesem, zur andern aber der Stadt zugehen; dass b) bei Betrugsklagen den beweisfälligen Kläger zur Strafe jene Folgen, welche den überwiesenen Beklagten getroffen haben würden, treffen; ferner c) von den jüdischen Eltern ausgestattete und abgeschichtete Kinder, „die sunderlingen mit naryngen umbgeyngen", auch selbständig um Aufnahme gegen eine mit dem Rathe zu verabredende Gebühr nachsuchen; d) die Wochenzinsen bei Darlehen von Juden in einem Pfennige von der Mark bestehen, endlich e) Geldvorleihen „up nasse bloidige pende, missegewede" und andere „kirchliche cleynode" denselben verboten sein sollten. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 572 S. 646—48.

217 **1374**, Apr. 5. Kaiser **Karl IV.** wiederholt den oben [nr. 215] angeführten Befehl, dass man die cölner Bürger „van des uploufs weigen, der zu anderen zyden daselfft zu Coelne geschiet is tusschen dem raide ind etzligen van der gemeynden" (den Wollenwebern) nicht zur Verantwortung ziehen dürfe, fügt jedoch hinzu, dass, wenn etwa ein Cölner von einem um jenes Aufstandes willen aus der Stadt Verbannten irgendwo in Anspruch genommen werden sollte, man alsdann beiden Theilen „na anspraichen ind na antwerden des rechten suele helpen, as dat gerichte wyst, vur dem dat geschiet ind gehandelt wirt." *Lacomblet* a. a. O. S. 645 Note 1. (Extr.)

1375, März 30. Die **Stadt Cöln** betheiligt sich aufs Neue an einem von ihrem Erzbischofe mit Herzog Wenzeslaus und Herzogin Johanna von Luxemburg, Herzog Wilhelm von Jülich und der Stadt Aachen auf vier Jahre abgeschlossenen, die zwischen der Maas und dem Rheine gelegenen Gebiete umfassenden Landfrieden. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 766 S. 658—66. 218

1375, Mai 1. Kaiser **Karl IV.**, welchem Erzbischof Friedrich III. sich beschwerend referirt hatte, dass Rath und Gemeinde von Cöln — „cujus civitatis utile dominium, superioritas, merum et mixtum imperium et omnimoda jurisdictio ad archiepiscopum Coloniensem pro tempore et ejus ecclesiam ex munificentia largitionum imperialium dudum et jam a tempore, cujus non extat memoria, pertinuerunt et dignoscuntur pertinere" — sich anmassten, innerhalb der Stadt alle Arten von Gefällen von Einheimischen wie Fremden zu erheben und in ihren eigenen Nutzen nach freiem Ermessen „in prejudicium dicti archiepiscopi et sue ecclesie contra sacrum imperium et rempublicam" zu verwenden, entscheidet und erklärt auf diese Vorstellung hin: „quod hujusmodi talliarum, angariarum, perangariarum, assisiarum, pedagiorum, collectarum et exactionum quarumcunque impositio vel indictio a jurisdictione temporali et superioritate dependeant et procedant, quam quidem jurisdictionem et superioritatem non ipsi cives sed archiepiscopus Coloniensis pro tempore nomine sue ecclesie in eadem civitate solus et in solidum et ab imperio immediate noscitur obtinere — — —, magistris civium, consulibus majoribus, communibus et universitati civitatis Coloniensis jus, facultatem et potestatem telonia, tallias, assisias, pedagia, collectas vel exactiones quascunque civibus et incolis civitatis ejusdem seu aliis quibuscunque eorum mercibus, rebus, possessionibus seu bonis imponendi, indicendi vel ab eisdem exigendi vel levandi non competiisse 219

nec competere quovis modo", weswegen auch den bereits angeordneten und eingehobenen Auflagen bezeichneter Art als unstatthaft und widerrechtlich die Gültigkeit abzusprechen sei. [Das Original fehlt.] *Apolog.* Nr. 39 S. 104—7; *Secur.* Nr. 113 S. 294, 95; Nr. 129 S. 313, 14; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 508, 9; *Moser* a. a. O. S. 277—79; *Lacomblet* a. a. O. S. 667 Note 1. (Extr.)

Die Urk. nr. 219 verräth bereits eine unheimliche Missstimmung des Erzbischofs gegen die Stadt — sie sollte nur zu bald in einen ernstlichen, drei Jahre (1375—1377) füllenden Kampf beider Parteien umschlagen. Die Schuld daran trugen diesmal die Schöffen. Nach dem Berichte im „nuwen Boych" [*Quellen* Bd. I S. 427], welchem hier wohl Glauben geschenkt werden darf, hatte der cölner Rath zwei seiner Schutzvertretung ungeachtet vom Greven Rembolt auf Mahnung der Schöffen in Haft genommene Juden wieder aus dem Gefängnisse entlassen, dies Vorgehen aber die Schöffen so verletzt, dass sie ihr Richteramt („dat hoegerichte") niederlegten. Um deswillen vom Rathe zur Verantwortung gezogen und an ihre verbrieften Obliegenheiten erinnert, glaubten sie dem sie bedrohenden Zwange nur durch freiwillige Räumung der Stadt entgehen zu können, und eilten nach Bonn, um sich dem Erzbischofe in die Arme zu werfen. Dieser, durch das Benehmen des Raths selbst gekränkt und wohl auch nicht unzufrieden darüber, dass sich ihm eine so günstige Gelegenheit darbiete, seinem lange verhaltenen Grolle gegen Rath und Bürger Cöln's Luft zu machen, veranlasst sofort auf die Beschwerden der Schöffen hin wegen der von der Stadt „an seinen und seines stifftes herlicheit, gerichte, greven, richteren, amptluiten und scheffenen" angeblich geübten grossen Gewalt und Ungerechtigkeit eine Vorladung zahlreicher Bürger von Cöln vor das kaiserliche Hofgericht [Urk. v. 6. Mai 1375, *Apolog.* Nr. 40 S. 107 flg. *Secur.* Nr. 115 S. 296. *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 509 flg.], und zugleich einen Gebotsbrief Karl's IV., dass die Stadt die vorgenannten erzbischöflichen Beamten und Schöffen sowie sonstigen Stiftsangehörigen in keiner Weise „an iren leiben noch guten noch an keynen andern sachen leydige, angriffe, hindere oder schedige, und sich der herlicheit, gerichte, gewalt und rechte des ertzbischoffs zu Colne mitnichte underwinde", indem jede Uebertretung dieses Befehls ausser grosser Ungnade noch eine Pön von 1000 Mk. löthigen Goldes nach sich ziehen werde. [Urk. v. dems. Tage, *Apolog.* Nr. 41 S. 108 flg. *Secur.* Nr. 114 S. 295. *Lünig* a. a. O. S. 510 flg. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 767 S. 666 flg.] Aus Dankbarkeit für sein freundliches Entgegenkommen liessen sich aber auch die dreizehn aus Cöln gefahrenen Schöffen heran,

1375, Jul. 12. dem Erzbischofe Fried- 220
rich III. auf seine Fragen und Bitten in einem **Weisthume** „syns gestichtz recht ind heerlicheit, die he zu Colne hait, zu sagen ind zu bescheiden." Danach gebühren ihm und seinem Stifte: a) alle Herrschaft und Gewalt sammt dem „hogerichte" zu Cöln; b) alle Gebote und Verbote, so dass die Amtleute von der Richerzecheit, „dat synt die ghiene, die yre burgermeisterampt verdient haint", blos noch über „veylen kouff" und „umb gemein beste" der Stadt nach altem Herkommen gebieten und Satzungen erlassen mögen; c) alle „gevenckenisse" d. h. Verhaftungen, unbeschadet jedoch dem Rechte einzelner Klöster in Ansehung der auf frischer That ergriffenen Missethäter und der wegen Schulden oder inliegender Erben Verklagten, sowie der Befugniss der Bürgermeister, „van schoult onder den burgeren ind van boessen ind bruchen van veylem kouffe, as dat van alders hercomen is", zu richten und zu verhaften; d) die Juden, die Münze, die Hälfte der Stadtmühlen, die Zölle, die Thore, die Salzmaasse, die Fettwage u. s. w.; e) die Rechtsprechung in Bausachen, vornehmlich über s. g. Vorgezimmer und Ueberbaue; f) die Legung unter Verschluss sowie Beseitigung einer Sperre, wobei jedoch mindestens zwei Schöffen hinzugezogen werden müssen; g) die Geleitgabe, welche jedoch nie bei missethätigen Leuten und überhaupt nur unter Mitwirkung von Schöffen stattfinden soll. Ausserdem lehrt das Weisthum, dass der Rath in keinem Falle einem Schöffenurtheile entgegenhandeln, noch geistliches oder weltliches Gericht hindern oder irren dürfe; dass die Amtleute in den Burhäusern fürder nur insoweit, als ihnen altherkömmlich zusteht, „oever erve ind schoult wysen" und „erve schriven solen", die Schöffen aber schuldig seien, dem erzbischöflichen Greven von Cöln allezeit und unverzögerlich „zu volgen an gerichte, as der greve des gesinnet mit der benniger clocken", desgleichen „die ungeboiden witzigegedinge zu halden", und dem Erzbischofe und dessen Nachkommen „yrs gestichtz recht zu yrre maningen, die he ynen darumb deit, as recht is, cleerlichen zu wysen... na yren besten sinnen." Endlich soll gemäss einer mit dem Erzbischofe getroffenen Uebereinkunft — „want die burchgraisschaff zu Colne vur langen zyden an dem gestichte zu Colne gewest is, ind ouch ee der zyt dat sy an dat gesticht

quam, van demselven gesticht roerte" — künftig in allen Sachen, „die an gerichte treffent", nur im Namen des Erzbischofs und nicht in jenem des Burggrafen gerichtet, und nur dem Ersteren und seinen Nachfolgern von den Schöffen, „die van nuwes vortme geweldhiget werdent, . . . of yren gewissen boiden recht urdel zu sprechen" geschworen werden. *Lacomblet* a. a O. Nr. 768 S. 667—69. Vgl. *Arnold* a. a. O. S. 408, 9.

Dieses Weisthum hat dann Kaiser Karl IV. am 14. Oct. 1375 auf Ansuchen des Erzbischofs mittels besonderer, dasselbe transsumirender Urkunde „cum omnibus et singulis articulis, punctis et clausulis contentis in eadem [litera] pro dominii, jurisdictionis et juris archiepiscopi pro tempore et ecclesie Coloniensis conservatione, defensione et salvatione duntaxat facientibus" [74]) approbirt und ratifizirt. Mit dieser kaiserl. Bestätigung abgedruckt: *Apolog.* Nr. 44 S. 113—17, *Secur.* Nr. 98 S. 276—78, *Lünig* a. a. O. S. 512—15, *J. Grimm's* Weisth. Thl. II. S. 745—49.

Dafür gab nun wieder an demselben Tage, an welchem ihm seine Gerechtsame von den aus Cöln verdrängten Schöffen eröffnet worden waren, nämlich

221 **1375**, Jul. 12. Erzbischof Friedrich III. den Letzteren über ihre herkömmlichen Befugnisse einen Versicherungs- und Gelobbrief, dessen wesentliche „punte ind artikele" im Nachfolgenden bestehen: „§. 1. In dem eirsten, dat dy scheffene zu Colne as vry syn sullen, as sy der burggreve, dat is nu zu verstain der ertzbisschoff van Colne [75]), gevryt hait ind as dat alwege van alders recht is gewest, dat is zu wissen, turnvry, wachvry, slosvry, schossvry ind mayncherkune ander dienste, geboide ind sachen, dar mit der rait of die burgere sie besweirt haint. §. 2. Item dat dat verschriven afgedain werde, damit sy in dem eitboiche verschreven synt buyssen iren willen, dat is also zu verstain, dat man den rait alle jairs kiessen sal, mit namen (den) vunfzein under den scheffene int vort under den gesleichten [76]), as dat van alders hercomen is, also dat man dat gerichte ind scheffendum da ynne mit enverparte. §. 3. Vort dat man eynen wyden rait keysen sal uyss den kirspelsluden, as man dat van alders plach zu doin, die ghein eytbouch noch eitbriff haven sal. §. 4. Vort dat man den rait nyt setzen noch lengen sal, id ensy mit willen ind gehenknisze der scheffene, as dat van alders hercomen is van der tzyt, dat der rait eirste vunden wart, also doch dat der scheffene zu dem mynsten vunffe in dem raide syn ind nyt darbeneden, ain den burgermeister, der alwege eyn scheffen syn sal, ast van alders hercomen is; also doch, dat diegene, die zum raide gekoiren werdent, yre eyde doin, dat sie dat gemeine beste vurkeren, raden ind werven sullen ind weder uns ertzbisschoff van Colne, unse nakomelinge ind unse gestichte, noch weder unse recht, gerichte ind herlicheit nyt werven of raden ensullen. §. 5. Vort dat dy scheffene quyt, los ind ledig syn sullen alre ansprachen, watkunne dy syn, die der rait den scheffene sementlichen of sunderlichen zuzesprechen hette of haven moechte van eynchen sachen, dy sich tusschen yn ergangen haint bis up diesen hudigen dag, ussgescheiden wisliche schoilt ind erve. §. 6. Vort dat dat groisze segel zu der Stessen [77]) ligen sal by allen der stede privilegien, van wilchen segel ind privilegien dy scheffene vurscreven die slussele haven sullen ind nyman anders. §. 7. Vort dat der tzweier rentmeister van Colne eyn eyn scheffen syn sal. §. 8. Vort dat den scheffene yre kamer up der burgerhuyss blive, also as sie alwege gehat haint. §. 9. Vort dat dy scheffene yre scheffen kuren behalden sullen ind keissen, as sy dat van alders bis her gebracht haint. §. 10. Vor dat man alle bruderschaff entphangen sal van dem ampte van der Richertzecheit, dat is van denghenen, dy yre burgermeisterampt verdient haint, also dat dat ampt in syme rechte blive, ast van alders hercomen is. §. 11. Ind wat broiderschaff of ampte yre confirmacien hatten van uns ertzbischoff of van unsen vurvaren ind gestichte, dat dat ouch in syme rechte blive. §. 12. Vort da die scheffene allwege boiden, die die scheffene ind den rait zusamen gebiedent, ind der stat schrivere zu keissen plagen, so wanne des der steide noit was,... dat dat gehalden werde, ast vurmails plag zo syn. §. 13. Vort dat die duymwage [78]) dem ampte van der Rychertzecheit blyve, as dy van alders gewest is. §. 14. Vort want uns die vurscrevene unse scheffene gesaicht haint, dat wir of unse greve, die zuer zyt is, van unser wegen ind nyman anders vurwerde [79]) zu Colne geiven moe-

74) Diese Schlussbemerkung fehlt im *Grimm*'schen Abdrucke.

75) S. Urk. nr. 220 a. E.

76) Vergl. nr. 215, Anmerk.

77) Haus in der zur St. Brigitten-Pfarrei im Inselrevier gehörig gewesenen Stessen-Gasse.

78) Ueber die Domwage s. *Ennen*, Gesch. I, 501.

79) Geleit. S. oben nr. 220 lit. g.

gen, so hain wir dat besorgt, umb zu verhueden mayncherkunne kroit, die dar in vallen moechte, ind willen vur uns ind vur unse nakomelinge, dat man gheynen misdedigen luden eynche vurwerde zu Colne geven sulle ind ouch dat man nyman anders eynche vurwerde geive, id ensy mit wyst ind van raide der scheffene of yre eyns deils, ast zu dem mynsten yre tzweier of dreier. §. 15. Vort dat nyman die scheffene van Colne mit gheinen sachen na dem dage, dat sy nu myt der stat van Colne gesoint werdent, beswerен noch ansprechen sal dan mit scheffene urdele, beheltnisse unss ind unsme gestichte unsre herlicheit, unss rechtes ind geistlichs gerichts. §. 16. Vort dat Costyn greve wedersprecbe sulghe wort, as he up der burgerhuys vur der gemeynden mit morgensprachen weder die scheffene hait gehat. §. 17. Vort want dy stat van Colne den vurscreven unsen scheffene yre erve ind gut besperet haint ind genomen, ind noch dach by dage nement ind besperrent, ind sy ires scheffens schryns ouch entweldiget hant, so wullen wir sy da ynne besorgen ind yn darzu helpen, dat sy sementlichen ind yre yeclich sunderlichen in allen yren stait widercomen, ind dat yn alle yre erve ind gut vry ind los wederwerde, ind vort dat yn sulche kost ind schaden, as sy darumb gehat haint ind noch haven, sullen gericht ind belaicht werden, welcher coste ind schaiden sy uns gelouft haint, dat sy darumb nemen sullen, dat uns zytlich ind bescheidelich dunket." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 769 S. 669, 70.

Zwei Tage später, nämlich

222 **1375**, Jul. 14. schliessen dann Erzbischof Friedrich III. und die vorgedachten dreizehn Schöffen mit Wiederholung der beiden unter nr. 221 und 220 betrachteten Rechts-Verbriefungen ein förmliches Bündniss mit einander ab, darin bestimmend, dass keine Partei ohne die andere mit der Stadt Cöln „eynghe soene of dadinge angain", und jede der anderen „mit raide ind mit daide truwelichen by zu stain ind zu helpen . . ., also dat manlich van ons partyen an syn recht kome ind dat behalde", verpflichtet sein solle. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 770 S. 670, 71.

Inzwischen hatte aber der Rechtsstreit des Erzbischofs gegen die Stadt Cöln, insbesondere gegen 89 benannte Bürger derselben, bei dem kaiserlichen Hofgerichte seinen ungestörten Fortgang genommen, und nachdem die Verklagten auf die dreimalige Ladung vor dasselbe nicht erschienen waren, erging hier unter dem 10. Sept. 1375 ein Urtheil, wonach die Schadens-Anwerthung des Klägers auf 200,000 Mk. Goldes als rechtlich begründet anerkannt und demselben wider die Bürger und in deren Erbe und Gut „anleyde und achte von rechte erteilt" worden ist. [*Lacomblet* a. a. O. Nr. 772 S. 672—74.] Zugleich erliess das Hofgericht unter demselben Datum an viele geistliche und weltliche Reichsfürsten, mehrere Reichsstädte, die Mitglieder des Landfriedens zwischen Rhein und Maas, sowie eine Anzahl von Rittern und Edlen Immissions-Mandate (*Apolog.* Nr. 42, 43 S. 109 flg. *Secur.* Nr. 116[a, b] S. 296 flg. *Lünig* a. a. O. S. 511, 12), deren wenigstens theilweise Vollstreckung mit fast wunderbarer Schnelligkeit erfolgt zu sein scheint, da noch desselben Tages der Erzbischof vom Ritter Johann von Buschveld zum Zeichen des erfüllten Auftrags einen Spanschnitt aus der cölner Stadtpforte zugesandt erhielt. [*Lacomblet* a. a. O. S. 672 Note 1 a. E.] Völlig realisirt ward übrigens die gegen die Cölner verhängte Execution erst durch den kaiserlichen Vollzugsbefehl v. 23. Oct. 1375, worin der Erzbischof und die Kirche von Cöln „in nutz ind gewer ind vollkommenen besess der statt van Collen ind alles erbes, gutts, eigenschafft, rente herlicheit ind recht der vorgenanten statt burgeren ind personen" eingesetzt wird. [*Apolog.* Nr. 46 S. 121 flg. *Secur.* Nr. 119 S. 301 flg. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 349 flg.] Ausserdem unterlagen die Bürger Cöln's auf Betrieb des Erzbischofs der Reichsacht, sowie später um der gegen die Abtei und Kirche zu Deutz verschuldeten Gewaltthätigkeiten willen dem päbstlichen Kirchenbanne.

In einer mehr oder minder engen Connexität mit den geschilderten Ereignissen stehen dann noch die nachfolgenden Urkunden:

1375, Oct. 14. Kaiser Karl IV. bestätiget auf Ansuchen Erzbischof Friedrich's III. 223
die von demselben ihm vorgelegten und als „integre et sigillate" befundenen vier, auf den Streit Erzbischof Konrad's mit den Hausgenossen und Schöffen zu Cöln bezüglichen „littere originales" aus den J. 1258 — 1260 [nr. 95, 96, 94, 102] nach ihrem gesammten Inhalte, soweit dieser dem Erzbischofe und der Kirche von Cöln zu ihrem Gedeihen, Heile und Schutze diensam sein sollte, indem er die vier Urkunden zugleich wörtlich transsumiren und das Transsumt mit dem Majestätssiegel versehen lässt. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 773 S. 674 (blos Eingang und Schluss).

1375, Oct. 20. Derselbe erklärt den von 224
ihm der Stadt Cöln am 28. Dez. 1363 verliehenen, beziehungsweise erneuerten [80])

80) Vergl. nr. 191.

Confirmationsbrief über das Schöffenwahl-Privileg König Ludwig's IV. v. 1314 [nr. 209] aus näher angegebenen diplomatischen Gründen — „stilus cancellarie nec in regula dictaminis neque modo loquendi servatus est, sed quodam abusu et multe inurbanitatis errore dictum pretensum privilegium peccat per totum, in materia notabiliter ut in forma, nec illud de nostra cancellaria credimus quomodolibet emanasse“ — für falsch und nichtig (obgleich sich die angeblichen Verfehlungen gegen den Kanzleistyl eben nur als die selbstverständlichen Differenzen zwischen den im J. 1314 üblich gewesenen Curialien und jenen vom J. 1363 darstellen, da das Ludwig'sche Privileg getreu nach dem Urtexte in die vermuthlich dem Kaiser gar nicht vor Augen gekommene Bestätigungsurkunde v. 1363 inserirt worden war). *Apolog.* Nr. 37 S. 100 flg.; *Secur.* Nr. 127 S. 311 flg.; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 527 flg.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 774 S. 674–76.

225 **1375**, Oct. 20. Derselbe erlaubt dem Erzbischofe Friedrich, dass im Falle sich künftig erhebender Feindseligkeiten, Kriegsstürme oder Fehden zwischen ihm und der Stadt Cöln, in Folge deren er selbst oder seine „judices ad hoc legittime deputati“ innerhalb der Stadt ohne offenbare Leibesgefahr dem Richteramte nicht vorzustehen vermögen würden, „ecclesia Coloniensis et ejus archiepiscopus existens pro tempore hujusmodi ordinarium suum judicium temporale in alium locum extra civitatem Coloniensem ad hoc aptum et tutum in Coloniensi diocesi libere transferre possit et valeat, ac ibidem velut judex ordinarius temporalis per se vel alium, scabinis suis Coloniensibus ad hoc vocatis ac desuper requisitis, hujusmodi judicio presidere, judicare et ipsum exercere plene et libere in quibuscumque causis et questionibus civilibus, criminalibus, mixtis seu alias etiam, signanter in causis appellationum interponendarum ad archiepiscopum Coloniensem pro tempore aut cameram ejus a sentenciis scabinorum Coloniensium predictorum, cum universis et singulis suis emergentibus, dependentibus et connexis, omni eo juris vigore, effectu, modo et forma, ac si tale judicium infra civitatem Coloniensem et quatuor bancos judicii temporalis ibidem vel in aula archiepiscopali Coloniensi juxta morem solitum existeret observatum.“ Vor dieses aus Cöln hinaus verlegte Gericht solle unter der gedachten Voraussetzung der Erzbischof oder sein bestellter Richter alle eines Vergehens Schuldigen aus der Stadt „usheischen“, sie daselbst aburtheilen, nach dem Stadtherkommen bestrafen („punire, quod vulgariter vorzelen dicitur“) [81]), sowie in Acht und Bann legen, desgleichen das für die Rechtshandhabung nöthige Personale, ohne dabei gerade auf Cölner beschränkt zu sein, durch Ernennung eines „vicecomes seu judex“ und Einsetzung neuer Schöffen, wenn es erforderlich werde, ergänzen dürfen. Den Schöffen der Stadt Cöln liege aber ob, auf Ansage des Erzbischofs oder seines Richters bei dem transferirten Gerichte sofort zu erscheinen und hier nach Rechtsbrauch Urtheil zu finden, widrigenfalls es in der Macht des Erzbischofs stehe, für den ungehorsam ausbleibenden einen oder mehrere aus der Mitte der Stiftsvasallen als Schöffen „cum plena judicandi et sentenciandi potestate et exercicio“ zu substituiren. Der vom Erzbischofe aufgestellte Richter müsse übrigens bei eintretender Sedisvacanz bis zur Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles im Richteramte verbleiben, es wäre denn, dass das cölner Capitel für gut fände, inzwischen einen anderen zu deputiren, welchen Falls die Schöffen unter diesem gerade so, als wenn der Erzbischof selbst oder der von ihm gesetzte Richter den Vorsitz führte, ihre Thätigkeit zu entfalten hätten. Endlich solle noch insbesondere der Erzbischof die Gewalt haben, „universos et singulos juramentorum suorum circa talia transgressores, secretorum dicti judicii, quod hail [82]) dicitur, revelatores, ac ecclesie Coloniensis et archiepiscopi pro tempore judicium subvertentes vel contra hujusmodi judicium temere facientes“, welche ohnehin nach der Strenge des Rechtes als „infames“ erschienen, auch „extra civitatem Coloniensem“ mittels Rechtsspruches ihrer Lehen, Güter, Aemter, Schöffengerechtsame und Ehren zu entsetzen, ohne dass dieser Befugniss das von den Kaisern den Bürgern und Einwohnern Cöln's verliehene Schutzprivileg gegen Ladungen vor auswärtige Gerichte und selbst „ad curiam imperatorie majestatis“ irgenwie Eintrag zu thun vermöge. Denn nur eine ganz verkehrte Auslegung fasse jenen Freiheitsbrief dahin auf: „quod videlicet pretextu dicti privilegii cives aut civitas Coloniensis per imperialem serenitatem super juribus imperii aut criminibus et excessibus commissis per eos, aut etiam super juribus, honoribus, jurisdictionibus, districtibus, terris et possessionibus aut rebus aliis, in quibus nostri et

81) Verzelen d. i. schwere Strafe zuerkennen. *Grimm*, RAlterth. S. 881.

82) Hail, hel d. i. Geheimniss. *Haltaus*, Glossar. col. 872.

imperii sacri principes electores et expresse archiepiscopus Coloniensis pro tempore forsitan ab eis injuriam paterentur, citati vel vocati legittime coram nobis aut imperiali judicio extra civitatem Coloniensem predictam comparere minime teneantur." Ueberhaupt sollten vorstehendes und alle übrigen kaiserlichen und königlichen Privilegien der Bürger und Stadt, „quantum in prejudicium sacri Romani imperii ac principum electorum ejusdem et presertim archiepiscopi Coloniensis pro tempore et ejus ecclesie et jurium eorundem in predicto vel quolibet alio casu vel articulo vergere noscuntur", für „cassa, nulla et irrita" angesehen werden. *Apolog.* Nr. 45 S. 117—21; *Secur.* Nr. 118 S. 299—301; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 525—27; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 775 S. 676—78.

226 **1376**, Mai 30. Derselbe verspricht dem Erzbischofe von Cöln, nach allgemeiner Zusicherung getreulicher Beschützung, Beschirmung und Verantwortung, in Bezug auf die Stadt Cöln insbesondere, dass er a) mit derselben „gheynreleye verbuntnisse oder eyninge . . . weder den vurschreven ertzebusschoff, syne nacoemlinge ind dat gestichte van Colne oder weder yre reichte, gerichte ind fryheit in eyngher wyse machen of angain", ferner b) ihr „keynreleye nuwe hantfeste noch privilegie geven, noch eynche alde brieve oder privilegie bestedigen", endlich c) bereits verliehene „wederroiffen ind vernyechten" wolle, „als verre as die dem vurschreven ertzebusschoffe ind syme gestichte in eyngher maissen schaden, hindernisse of achterdeil brengen muechten." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 779 S. 682.

Die über Cöln verhängte Reichsacht lastete mittlerweile immer noch auf den Bürgern, und Karl IV. gelobte sogar mittels Urk. v. 31. Mai 1376 [*Lacomblet* a. a. O. Nr. 781 S. 683 flg.], da dieselben „synen urtelen ind geboiten nyet gehoirsam ensynt ind sich mit vravele dar weder setzent, ind noch dach by dage gewalt ind unreicht an den ertzebusschoff zu Colne ind an syn gestichte kerent ind legent", ohne Friedrich's Wissen Stadt und Bürger nicht aus Acht und Bann zu thun, sie vielmehr, würden sie in ihrem frevelhaften Ungehorsame noch Jahr und Tag beharren, zu „privieren und zu setzen uss alre genaden ind uss allen reichten, privilegien ind vriheiden." Und in der That erklärte er auch, nachdem die Aechtungs-Angelegenheit nochmals von dem Reichsfürstenrathe zu Aachen, welchem Erzbischof Friedrich die erwirkten „achtebriefe" in Vorlage gebracht, in Erwägung gezogen und die Vollziehung des Achtserkenntnisses beschlossen worden war (Urk. v. 7. Jul. 1376, *Lacomblet* a. a. O. Nr. 784 S. 678 flg.), die Bürger und Bewohner Cöln's um ihrer „tam gravis pertinacia rebellionisque detestanda protervia" willen: „universis et singulis suis privilegiis, juribus, graciis, libertatibus, exemptionibus, statibus, honoribus, observanciis, usibus, officiis publicis, consuetudinibus, ungeltis, conductibus, emunitatibus et indultis . . . ., quibus usque presens gaudebant et actenus usi sunt, ... exutos et privatos, . . . omni prorsus fide, virtute, jure, fama, publicis officiis pariter et honore privatos ac tamquam lese majestatis crimine realiter irretitos, nec non tam in judicio quam extra, publice et occulte tamquam infames et inhabiles." (Urk. v. 4. Dez. 1376, *Apolog.* Nr. 47 S. 125 flg. *Secur.* Nr. 120 S. 302 flg. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 350 flg. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 789 S. 691 flg.)

Angebahnt wurde die Lösung der Reichsacht erst

1377. Febr. 16. durch die von Erzbischof Cuno von Trier und dem Johanniter-Ordensmeister Bruder Konrad von Brunsberg, als von den Parteien erkorenen „raytlyden, daydinxluden ind moitsoynren" bewerkstelligte Sühne zwischen dem Erzbischofe Friedrich III. und der Stadt Cöln, deren Hauptpunkte im Nachfolgenden bestehen: 227
§. 1. die Stadt soll den Erzbischof „vredlichen, ungehindert ind ungekroit by allen synen rechten, heirlicheiden ind gerichte geistlich ind werentlich" belassen, und desgleichen der Letztere die Stadt und Bürger „by alle yren rechten, privilegien ind vryheiden, da ynne he sy vunden hait"; §. 2. die von den Bürgern gefangen genommenen zwei Pfaffen soll man freigeben, jegliche Ansprache darob wider Erstere unterlassen und das über sie ausgesprochene „interdick relaxeiren"; §. 3. der Erzbischof soll den Bann von den Bürgern nehmen und ihnen „van allen sachen, die sich ergangen haynt", Absolution ertheilen; soweit er dieses aber nicht vermag, weil es den Pabst oder römischen Stuhl angeht, sich bei diesem durch „gunstliche brieve" und vertraute Boten für die Stadt verwenden; §. 4. die erwirkten „aichtbriefe" und sonstigen „in achterdeil der stede van Colne" durch den Erzbischof oder die Schöffen provocirten kaiserlichen Erlasse sollen „doyt syn ind geyne moege noch maicht vurbass me haven", und gleichfalls der Erzbischof dazu beitragen, dass eine förmliche Aufhebung der Acht von Seiten des Kaisers erfolge; §. 5. auch in Ansehung „der sachen van over Ryn in Westfalen lande as van deme stillen gerichte" soll der Erzbischof die cölner Bürger und ihre Helfer „quyt loss ind leidich machen"; §. 6.

desgleichen bleiben die Letzteren ohne Verantwortung für Alles, „wat geschiet ind begangen is in desen vurschrieven kriege myt rouve, myt brande, myt namen ind myt anderen geweltlichen sachen . . . bynnen termyne ind cirkle des verbuntz vamme lantfreden", und ihrer ferneren Theilnahme am Landfrieden in derselben Weise, wie sie vor dem Kriege daran Theil genommen hatten, steht Nichts im Wege; §. 7. die gegenseitig zugefügten Gewaltthätigkeiten werden mit einander aufgewogen, und sämmtliche Gefangenen freigelassen; §. 8. es empfängt ferner Jeder sein Erbe sofort unverkürzt zurück, nicht minder der Vasall sein Lehen, der Bürger seine „burgerschaf": §. 9. die neun aus Cöln entfernt gewesenen Schöffen sollen „na yrem inkomen . . . numberme gewrechen . . . an der stat in den burgeren van Colne sementlichen of yrre eynich besunder", und ebenso haben sich Letztere jeder Rache gegenüber den erwähnten Schöffen zu enthalten; §. 10. was vor Beginn des Krieges den Bürgern an Erbe oder Fahrniss durch die Schöffen abgenommen oder bekümmert worden war, und was diesen die Bürger abgenommen haben, muss restituirt werden, und sollen zu diesem Behufe zwei „gude man, das is tzwen van beiden partyen" nebst einem von ihnen gekorenen „overmann... zerstunt varen in eyne emunitate bynnen Colne, ind van dannen nyet scheiden, sy enhaven dese sachen geuyssert ind verslicht"; §. 11 auch der Erzbischof hat alles vor der Aechtung der Stadt an sich genommene Bürgergut sofort zurückzugeben; §. 12. und was noch insbesondere die beiden Schöffen Herrn Johann Gyr von Koveltzhoven und Herrn Gerhard von Benesis (van Lintgassen) [83]) angeht, so sollen dieselben, auch wenn sie nachmals ausserhalb des Stiftsgebietes ihren Wohnsitz aufschlagen würden, um der während des Krieges vorgefallenen Dinge willen die Bürger nicht „gekruden noch besweren", aber dafür auch von diesen unangefochten und unbelästigt bleiben, es müsste sich denn „umb sonderliche scholt, die kentlich were", handeln; „erve in gulde" mögen, soweit es thunlich, den genannten Schöffen ungehindert folgen. Endlich §. 13. in Betreff des **Gerichts zu Cöln und der Schöffenwahl** wird bestimmt: „dat die vurschrieven nuyn scheffene myt den anderen scheffenen, die nu bynnen der stat synt, van nu vort, wanne eynich scheffen aflyvich wirt, keysen sulen eynen anderen scheffen uss getzale der scheffenbrudere, den birfsten [84]), ersamsten ind den wysten, den sy under den haven moegen, de van den geslechten sy bynnen Colne ind de ouch dem scheffendoym zeymlich sy. Ouch sulen die vurschrieven scheffene van nu vort zu allen virtzien nachten zwene dage zu den mynsten uyssdyngen [85]) in dem gerichte an dem hoyve, den eynen van der hartscharen [86]) ind den anderen van kumber ind van alsulgen sachen, id enbeneme yn dan eehafte noyt. Item sagen wir, so wat erdinckuysse vur den scheffenen geschient, die sulen sy zer stunt zu gesynnen dergeeure, die dat antrift, verkunden in die schryn der geburhuyser, dae sich dat hin gebuyrt [87]); ind des gelichs soilen sy ouch doin uss yrme schryne, ind sy sulen alre manlich unvertzoegentlichen uss ind in yrme schryne lesen ind schryven. Ind vort solen sy dat gerichte bescheidlichen ind truwelichen hantyeren ind deme volgen in allen sachen, ind geyne vurdedinge myt yemanne darumb haven noch machen in eyntger wyse. Ouch so ensulen sy geyne gedinge van der burger wegen na essen halden, anders dan van den gesten. Ouch soilen die vurschrieven scheffene alle samen, as balde as die vurschrieven nuyn scheffene weder inkoment, dese vurschrieven punte van der scheffenkure ind van deme gerichte by yren truwen ind eyden, die sy van irs scheffendoms weigen gedain haynt, overmydtz yr offene

83) Nuwes Boych [*Quellen* I, 428]: „Ind nyet lange darna, do sij (die aus Cöln geflohenen Schöffen) vernamen, dat der Ertzebusschoff van Coelne zo vnsme gnedigen heren dem Roymschen keyser rijden wolde, Do schickden sij vnder yn zwene mit namen hern Johan van Coveltzhoyven vnd hern gerart van Benasys, die mit zo deme keyser reeden. Ind deden die Stat van Coelne laden vnd as verre brachten, dat die Stat vnd burger in die Achte quamen."

84) D. i. bidervsten. Die älteren Abdrücke haben aber „beerffsten", d. h. beerbtesten, begütertsten.

85) D. i. Recht sprechen.

86) D. h. in Strafsachen. Ueber „haramscara, harmschar, harmscar" vgl. *J. Grimm*, RAlterth. S. 681: „Man darf sich unter harmschar keine bestimmte strafe denken, es kann von jeder gelten, obgleich es einzelne urkunden vorzüglich auf die geiselung und das hund oder satteltragen beziehen." Vgl. auch *Zöpfl*, Dtsch. RGesch. S. 942 Note 90, *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 108.

87) Urtheile, welche eine Eigenthums-Aenderung bewirken, sollen von den Schöffen dem Vorstande derjenigen Geburschaft, in welcher die fragliche Realität belegen ist, zur Eintragung in das betreffende, auf dem Geburhause verwahrte Gerichtsbuch [zur Anschreinung] eröffnet werden. Vgl. *Fahne* a. a. O. I, 5—10.

besiegelde brieve, die sy darover geven sulen, geloven ind sweren vur sich ind yr nacomlynge stede ind vaste zu halden ind die also vortme zu doyn ind zu hanthaven sonder alle argelyst ind geverde. Item sagen wir, dat alle scheffene, die namails gekoren werdent, dese vurschrieven punte van der scheffenkure ind van deme gerichte, as sy geweldiget werdent, sweren sulen unsme herren dem ertzenbusschove van Colne vurschrieven ind synen nacomelingen ind des yr offen besegelde brieve geven. Ind zu desen sachen, as dat de scheffenkure ind dat gerichte de bass bestediget ind gehanthaft werden, sagen wir, dat der rait in die burgere gemeynlichen der stat van Colne unsme herren van Colne ind synen nacomlingen alle zyt as des noit is behulplich, bestendich ind beredich syn sulen, dat die van nu vort gehalden werden, so wie hievur geschrieven steit, ind dat gheyn gebrech noch versuymnysse darin envalle." Zum Schlusse geloben Erzbischof Friedrich einer- und Bürgermeister und Rath sammt übriger Bürgergemeinde zu Cöln andererseits, vorstehende „scheidunge ind moitsoynen stede vast ind unverbruchlichen zu halden zu ewigen dagen." *Apolog.* Nr. 48 S. 128—34; *Secur.* Nr. 121 S. 304—7; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 528—32; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 792 S. 695—89. Blos den §. 13 gibt *Moser* a. a. O. S. 288, 89.

Auf diese Sühne hin hob dann Karl IV. am 12. März 1377 die Klage und Acht gegen die Bürger von Cöln auf, was unter dem 6. April dess. Js. der zum Statthalter in Deutschland ernannte Sohn des Kaisers, König Wenzel, wiederholte und bestätigte. (*Lacomblet* a. a. O. S. 696 Note 2.) Die Zurückziehung der päbstlichen „excommunicationis sententia" dagegen erfolgte erst auf Grund eines an Erzbischof Friedrich ergangenen Mandatsbriefes Urban's VI. vom 18. Mai 1380 (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 847 S. 742) [88]).

Inzwischen hatte sich bereits Graf Wilhelm von Berg wegen der in dem letzten „offenen kriech" erlittenen Schäden, namentlich in Ansehung seiner „vaitdyen zu Duytze", mit der Stadt Cöln durch Vergleich v. 11. Mai 1378 (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 813 S. 715 flg.) in Güte aus einander gesetzt.

228 **1378**, Apr. 3. Die „brödere gemeynlichen der broderschaf van den viltzenhoeden bynnen Colne" geben sich unter ihrem „Overmeister" Constantin von Lysenkirchen umfassende Zunftartikel, betreffend z. B. die Wahl und Beeidigung der beiden Meister, die Aufnahme in die Bruderschaft und Gewinnung der Meisterschaft, die erlaubte Knappenzahl, die Dienstverlassung der Knechte binnen der Dingzeit, die Ausschliessung der Frauen von einem „werk, dat manne zo geburt", den Wollenankauf von Seite eines Gildebruders „in vrbir vremder lude", das Verbot aller „geselschaf" unter Zunftgenossen, die Eintrittsgelder, Lern- und Dienzeit der Lehrkinder, die Bedingungen des Bruderschafts-Erwerbs bei Söhnen von Gildebrüdern, die Unstatthaftigkeit des Feiltragens von Hüten, die Form der Knappenmiethe, die Beobachtung der Sonn- und Feiertage, die Unzulässigkeit des gleichzeitigen Gebrauches mehrerer Werkhäuser, die Beschränkung der s. g. Kerzenarbeit, die Fortsetzung des „amptes" durch die Wittwe mit Knechten, die Zahlfrist für Geldbussen, die Aushängung von Hüten zur Schau und die zu solchen verwendbaren „gestoffe — wolle of hayr off half eyn ind half ander", endlich das von neu aufgenommenen Brüdern zu leistende Gelöbniss der Festhaltung gegenwärtiger Satzungen. *Quellen* Bd. I S. 331—35.

1384, Mai 30. Königin Marie von Ungarn wiederholt und bestätigt den „cives de sancta Colonia et de civitate Hoy" das ihnen vom Könige Ludwig im J. 1344 gewährte [nr.183] und 1365 erneuerte Waarenzoll-Privileg. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 879 S. 772, 73. 229

1385, Nov. 11. Die Stadt Cöln geht mit Erzbischof Friedrich III. gegen Herzog Wilhelm von Berg, welcher das Erzstift, seinen Rechten, Privilegien und Freiheiten zuwider, mit „groissen swairen zollen up des Ryns stroyme" belastet hat, ein sie vornehmlich zur Stellung „gewapenter reysiger lude mit huwen ind glayen" verpflichtendes Kriegsbündniss ein. *Lacomblet* a. a. O. S. 794, 95 Note 1. (Extr.) 230

1386, Febr. 57. Herzog Wilhelm von Jülich trift mit dem Erzbischofe sowie der Stadtgemeinde von Cöln „umb den zol zu Duysseldorp up des Ryns stroyme ind umb die lantzolle in synem lande ind gebiede van dem Berghe, die he bynnen kurten jaren van nuves upgelacht hait", und zwar „umb zu verhueden groissen stois, krieghe in verderfnisse deser lande", ein gütliches Abkommen. Danach sollen vorerwähnte Zölle, die ersteren um das Drittel die letzteren um die Hälfte herabgesetzt, und, bis auf den nach altem Rechte in Fortbestand erhaltenen kaiserswerther, für das Erzstift und dessen 231

88) Durch Urk. v. 19. Apr. 1379 hatte Urban VI. das Interdict nur auf kurze Zeit suspendirt. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 835 S. 733 flg.

„underseissen geystlich ind werentlich“, insbesondere die Bürger und Eingesessenen der Stadt Cöln, zu ewigen Tagen „afgedain“ sein, „also dat sy ind yrre yelich ind yre dienere yre have ind yr gut, die sy selver of yre dienere ind gesynde vuerent, vur den vurschreven zollen zu wassere ind zu lande komen, varen ind wandelen moghen ind solen ind die ouch vueren vort ind weder zu allen ziden vry los ledigh ungetollet, ungehindert, ungekruet ind ungeletzet, ind op yre eyde, die sy of dieghene, die dat gut vuerent, darup doin solent, ind da ynne sy begryffen solen, dat alsulghe have ind gut, as sy vuerent, unsem herren van Colne of der steide of den yren, so wie die hievur mit underscheyde geschreven steent, zubehore ind anders nyeman, ind dat nyeman anders gheyn deyl noch reicht, wynninge noch wasdom daran enhave noch wardende sy, wilghe eyde man von yn unvertzoicht ind ungeletzet nemen sal.“ Diese Zollfreiheit sollen der Erzbischof und die Cölner auch in dem Falle geniessen, dass der vom Herzoge bezüglich seiner hier nicht aufgegebenen Zollgerechtigkeiten provocirte Schiedspruch ihm diese Rechte wirklich zuweisen würde. *Lünig.* a. a. O. Thl. XVI S. 532—34; *Moser* a. a. O. S. 289—92; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 901 S. 792—94 [89]).

232 **1391**, Febr. 8. Die „herren vanme Engen Raide nu zerzijt sitzende“ geben den Harnischmachern („sarworteren“) in Cöln „punte ind gesetze“ über den Gilde-Erwerb, die Lehrknechte, den Harnischverkauf ausserhalb der Stadt, den Einkauf von Eisenwerk, die Abmiethung von Gesellen, die Abendarbeitszeit, die Gehülfenzahl und die Vertheilung der anfallenden Bussegelder. *Quellen* Bd. I. S. 405—7.

233 **1392**, Apr. 22. Herzog Wilhelm von Geldern (Jülich) macht mit den „heren van den rade der stat van Colen ... eyn eyndrechticheit“, wonach kein Theil irgendwelche „geweltliche saken of vyentliche keren noch doen ensal“ gegen den anderen, vielmehr alle Streitigkeiten zwischen ihnen durch sechs (jederseits drei) gewählte Geschworene oder nöthigenfalls durch den Grafen Friedrich zu Meurs als „overman“ beizulegen, in Bezug auf „scholt of lyftocht“ aber, welche Angehörige der einen Partei an Bürger und Insassen der anderen zu leisten haben, die Cölner vor ihrem und desgleichen die Geldener vor ihrem Rathe zu belangen und unverzögerlich zu richten sind, endlich der Herzog innerhalb des nächsten Halbjahres zu Cöln die „burgerschap“ d. i. das Edelbürgerrecht empfangen [90]), und eines jeden Theiles Leuten im Lande des anderen „veyler koop“ gewährt werden soll. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 966 S. 489, 50 mit Note 1.

1392, Apr. 30. Graf Adolph von Cleve und Mark und dessen beide Söhne Adolph und Diderich vertragen sich mit Bürgermeister, Rath und gemeiner Stadt von Cöln dahin —: „dat wir geloiflich und vruntlich mit yn sitzen und syn soelen und nyet gegen sy doin sess jare lanck ..., und soelen yn van unsen landen und luden und unsen underseissen, der wir mechtig syn, veylen koup zulaissen comen dese vurgenante zyt lanck.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 967 S. 850. 234

Die letzten Decennien der Regierung Erzbischof Friedrich's von Saarwerden waren wieder durch ernste und blutige Händel mit der Stadt Cöln getrübt. Die ersten, gleichsam nur das Vorspiel zu der folgenden Tragödie bildend, gehören den J. 1392 und 1393 an. Der noch immer nicht überwundene Verdruss der Bürgerschaft über den halbverrätherischen Anschluss der Schöffen an den Erzbischof verleitete die Gewerke zu einer Reihe der masslosesten Gewaltschritte. Man zwang im August 1392 den Edelvogt, die Stadt zu verlassen, nahm eine Anzahl von Schöffenbrüdern und Gliedern des engeren Raths in Haft, entsetzte die Schöffen ihres Amts und der Bürgermeisterwürde, und bekleidete mit letzterer zwei Männer des Vertrauens vom weiteren Rathe. Ueberdies wurde das neue Münster zu Deutz in eine Burg umgewandelt, um gegen die von dieser Seite her die Stadt bedrohenden Angriffe des Erzbischofs Schutz zu gewähren. Es kam nun zwar schon bald wieder, nämlich

1339, Jun. 5. zu einer „vruntlichen scheydunge und saissonge“ bezüglich der vorerwähnten „zwiste ind zweyungen“ zwischen Erzbischof und Stadt, welche Graf Friedrich zu Meurs und die Ritter Friedrich zu Tomburg und Heinrich Rolmann von Dadenberg „as gemeyne dadinxlude“ zu Stande brachten und verkündeten. Die Punkte und Artikel dieses Sühnspruches, dessen unverbrüchliche Festhaltung sich beide Parteien am Schlusse noch ausdrücklich zugelobten, betrafen insbesondere a) die Competenz des geistlichen Gerichts 235

89) In die nächstfolgenden Jahre fällt die Gründung der Universität zu Cöln. Vgl. Urk. Pabst Urban's VI. v. 21. Mai 1388, *Lacomblet* a. a. O. Nr. 924^b S. 816 flg.

90) Dies geschah übrigens erst am 8. Mai 1393.

über Bürger — „zum eersten as van dem geistlichen gerichte is oeverdragen, so wanne dat eyn burger den anderen geladen hait, ind yem mit synen ladebrieven up dat huys geboiden wirt, synd dan die sachen, darumb die ladunge geschiet is, geystlich, so sal man de weder wysen in den sal; is eyver dat eyne manunge daroever gegangen is, of dat eynche anspraiche of libel gegeven synt, so solen eyver die sachen, sy syn geystlich of werrentlich, bliven yme sale“; b) das Verfahren bei Angreifung „eynes myssdedigen paffen, de beruchtiget were“; c) die „oeverbuwe am sale“, deren Wegnahme und künftige Unterlassung; d) den Fortbezug von „erftzal, rente ind gulde bynnen der stat“ von Seite des Erzbischofs; e) die Rückgabe der Orte Bachem und Effern an die Erbberechtigten; f) die Abgabe von den Windmühlen an den Stadtherrn; g) die Sicherstellung desselben und des Erzstiftes wegen der ihnen aus dem „begrif zo Duytze“ d. i. der oben erwähnten Burg-Anlage etwa erwachsenden Schäden; h) die erzbischöflichen Landzölle und Geleitsgelder, insbesondere jene, welche in Folge des Landfriedens zwischen Maas und Rhein aufgelegt worden sind und nun gänzlich wieder abgeschafft werden sollen; i) die Unterlassung jedes „nuwen burchligen buwes“ zwischen Neuss und Cöln sowohl von des Erzbischofs wie von jeder anderen Seite; k) die Wiederbelehnung derjenigen, welche um des entstandenen Zerwürfnisses willen „yre leen upgesacht hedden“, sowie die Verschonung Aller, welche „in eyner der vurgenanter partyen hulpen ind dyenste geweest“, mit Ansprüchen wegen der darin begangenen Handlungen, indem sie darob von Niemanden „gearchwilligt noch occasunet“ werden sollen; endlich l) die Verpflichtung des Erzbischofs, dass er, „of der Roemsche coenyng die stat onspreeche“ aus Anlass der gewesenen Zweiung, „die stat ind burgere van Coeln darumb nyet kroede noch laisse kroeden in syme lande.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 986 S. 874—76.

Allein obgleich in besonderer Urkunde desselben Tages die beiden Parteien ihre völlige Aussöhnung noch eigens declarirt, und für künftige Anstände eine schiedsrichterliche Austragung vereinbart hatten, obgleich ferner selbst wegen des so ärgernissvollen deutzer Burgbaues der Erzbischof milderen Gesinnungen Raum gegeben und für die Bürger, sofern sie sich zum Abbruche geneigt finden liessen, bei der Curie intercediren zu wollen zugesagt [91]): so konnte doch die Sühne v. 1393, da sie hauptsächlich nur in der Regelung von Nebenpunkten, wie ein solcher in diesem Momente z. B. die Jurisdictionsverhältnisse gewesen sind, sich bewegte, die eigentliche Wurzel des Streites, die Stellung des Schöffenthums zum Rathe, dagegen gänzlich unberührt liess, blos von vorübergehender Wirksamkeit sein. Es benützte aber die Stadt diese kurze Ruhezeit im Innern, um einige auswärtige Differenzen zu beseitigen, indem sie

1394, Jun. 6. mit Bischof Johann von Lüttich und den Städten Lüttich, Huy, 236
Dinant, Tongern und Saint Trond ein gütliches Uebereinkommen hinsichtlich aller in früheren Zeiten vorgekommenen Verletzungen („super rapina, incendio, arrestacione, detencione aut super quacumque alia causa“) erzielte, welchem sich dann das gegenseitige Gelöbniss anreihte, in Zukunft auftauchende Streitigkeiten ohne Anwendung irgendwelcher Gewaltmittel lediglich im Wege der „complanacio s. concordatio amicabilis“ unter sich aufzuheben. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 994 S. 880, 81.

Schon 1395 entzündete sich der Bürgerkampf von neuem. Diessmal hatte der Bürgermeister Heinrich vamme Stave, welcher nebst seinem Neffen, dem von König Wenzel zur Belohnung für seine schlauberechneten Schmeicheleien mit der Erbfreigrafschaft des s. g. Osterwerders bekleideten Ritter Hilger von der Stessen, an der Spitze einer patrizischen Verschwörung gegen die Handwerker stand, den Anstoss gegeben. Stave war vom grossen Rathe ob seines gemeingefährlichen Benehmens mit Stadtverweisung bestraft, durch Einige aus den Geschlechtern aber eigenmächtig nach Cöln zurückgeführt worden. Ueber diese Verhöhnung ihres Urthelspruches erzürnt erhoben sich die zünftischen Rathmannen und ihre Anhänger, liessen Stave auf dem Heumarkte enthaupten und dreizehn Patrizier auf Lebenszeit in den Thurm werfen. In ihrem dem Erzbischofe überreichten Klaglibelle v. 14. Juni 1396 [*Lacomblet* a. a. O. Nr. 1020 S. 905—7] rechtfertigten Bürgermeister, Rath und andere Bürger von Cöln diesen gewaltsamen Schritt, indem sie dem Hilger von der Stessen „heymliche verdrach und bose uneerliche upsetze“, dem unglücklichen Stave aber zum Hauptvorwurfe

91) Dafür gelobte wieder die Stadt Cöln dem Erzbischofe, dass, wenn sie „sulchen burchligen buw, als sy zu Duytze begriffen hait, behalden weulde“, daraus „yeme noch syme gestichte noch sinen undersaissen geyn schade . . geschien ensal mit yren wissen ind willen.“ Urk. v. 11. Jun. 1393, *Lacomblet* a. a. O. Nr. 988 S. 876.

machten, dass er sie zu jenem so schlimm aufgenommenen deutzer Burgbaue, wie überhaupt zur Auflehnung gegen den Erzbischof durch „syne valschen bedeckden reden und loegenmeren“ verleitet habe. Noch war aber mit dem geflossenen Blute die Flamme des Aufruhrs nicht gedämpft. Zum Letztenmale rafften die Geschlechter ihre ganze Kraft zusammen, um die ihren Händen bereits entgleitenden Zügel des städtischen Regiments wieder fester zu greifen. In der Nacht auf den 30. Juni 1396 sollte von der Airsburg aus ein Angriff auf die Gegner unternommen, den Eingekerkerten die Freiheit gegeben und der übermüthige Zünfterath in seine Schranken zurückgedrängt werden. Allein der Anschlag war verrathen worden. Das Volk stürmte den Versammlungsort der Patrizier, viele von ihnen wurden von der wüthenden Menge niedergemetzelt, andere zu Gefangenen gemacht; nur wenige verdankten einer schleunigen Flucht Leben und Freiheit. So hatte denn dieser unheilvolle Tag den Glanz und die Macht der edlen Geschlechter Cöln's, nachdem sie seit Jahrhunderten allen Stürmen getrotzt, mit einem Schlage vernichtet. Denn von jetzt an sehen wir die Leitung der städtischen Angelegenheiten ausschliesslich in den Händen der Zünfte, welche, nachdem sie sich der Schlüssel zu den Stadtthoren versichert hatten, die ersten Monate ihrer ungetheilten Herrschaft dazu benützten, die Theilnehmer am airsburger Complotte auf längere Zeit unter Einziehung ihres Vermögens, soweit es innerhalb Cöln's gelegen, aus dessen Mauern zu verbannen. Die Geschlechter, durch die zuletzt empfangene Lehre gewitziget, zogen einer nochmaligen Niederlage, die sie von der Wachsamkeit des neuen Rathes erwarten durften, nach einigen rasch vereitelten, kaum nennenswerthen Erhebungsversuchen, die ruhige Tragung ihres Schicksals vor. Die Verfassung Cöln's war und blieb von da an bis in die Zeiten der französischen Invasion (1796) eine rein-demokratische.

Vgl. Nuwes Boych in den *Quellen* Bd. I S. 431 flg.; *Cronica van Coellen* Bl. cclxxxiv flg.; *Clasen*, Das edele Cöllen S. 83—94; *v. Mering* und *Reischert*, Zur Gesch. der Stadt Cöln Bd. II S. 199 — 203, 254—64; *Mathieux* a. a. O. S. 124—27; *Barthold* a. a. O. Thl. IV S. 206—10; *Arnold* a. a. O. S. 410, 11.

Damit aber dem neu-geschaffenen Organisationswerke auch die nöthige Garantie seiner Dauer nicht fehle, verbanden sich

237 **1396**, Sept. 14. Bürgermeister und Rath der Stadt Cöln mit der „gemein alle gemeinlichen von allen vnnd jeglich ampten vnnd gaffelgesellschafften [92]), arm vnd reich, gesessen vnd wohnhafftig binnen der statt Cöllen…, vm der statt ehren vnd freyheit zu behalten, vnd ein gemein beste in allen sachen vorzukehren, vnd trewelichen zu besorgen, vnd vmb alle zwist, zweygung, zorn, hass vnd neid zu allen zeiten zu verhuten, vnd vmb ein gantze gemeinte freundtliche einträchtigkeit vnder sich zu machen, zu haben vnd zubehalten, vnd vnder einander binnen Cöllen in frieden vnd gemach restlichen vnd ehrlichen zu leben, zu sitzen vnd zu regieren zu ewigen tagen, ... vestlichen mit diesem brieffe bey solchen eyden vnnd gelobten, als sie darauff gethan haben“, zu einer Reihe von „puncten vnnd fürwardten“, welche zusammen am Schlusse als „**Verbundtsbrieff**“ bezeichnet werden.

Dieses bedeutendste Actenstück und sozusagen „Grundgesetz“ der jüngeren cölner Stadtverfassung begreift nun ausser dem Eingange zwanzig Titel oder Abschnitte mit nachfolgenden Aufschriften und wesentlichen Bestimmungen:

Tit. I. „Rahts authoritet vnnd gewalt in stattsachen.“ Die Aemter und Gaffeln geloben, dem jeweiligen Rathe „beyständig getrew vnnd holdt zu sein vnd jhn möglich vnd mechtig lassen bleiben vnd sitzen aller sachen; doch aussgescheiden diese puncten vnd sachen hernach geschrieben, die ein raht zur zeit in keinerley weiss nichts verlauben, vollenden noch vertragen soll anders, dann mit wissen, willen vnd vertrag der ganzen gemeindt vorss., das ist also zuverstehen: kein heerfahrt zu thun noch zubestellen; kein newe verbündnuss brieffe noch vertrag mit einigen herren oder stätten anzugahn oder zumachen in einiger weiss; noch auch mit einigerley erb oder leibzucht renten die statt Cöllen vorss. zu beschweren inn keiner weiss; vnnd auch vmb keine sach boven eine summa von tausend gülten zur zeit geng vnd gebe zu einem mahl inn einem jahr auszugeben, jemand zugeloben noch zuverbrieffen.“ Wo es dann eines solchen Consenses der Gaffeln bedarf, soll jede derselben zwei „jrer freunde, erbare leuth“ an den Rath schicken und bei der Beurtheilung der Sache Stimmenmehrheit entscheiden.

Tit. II. „Von des rahts eydt.“ Derselbe wird dahin fixirt: „gottes ehre vnnd

---

92) Ueber den seit 1396 die Bezeichnung der Zunft als „Bruderschaft“ in Cöln völlig verdrängenden Ausdruck „Gaffel“ (= Gilde) s. *Wilda*, Gildenwesen S. 179 m. Note 3; *Fortuyn*, De gildarum hist. p. 16, 17.

der statt ehre vnd freyheit zu behalten vnd ein gemein best vnd nutz trewelichen vorzukehren vnd zu besorgen", dann aber hinzugefügt: „auch so soll fortmehr ein vngescheiden vngetheilt raht sein vnnd sitzen gemeinlichen bey einander inn einem raht, das ist also zuverstehen, das kein enger noch weiter raht binnen Cöllen mehr sein noch sitzen soll, als vorzeiten gewest vnnd gesessen hat."

Tit. III. „Wie des rahts chur zugeschehen, vnd wie viel personen darzu auss der gaffelzunft zu erwählen." Es sollen 1) sechsunddreissig Rathspersonen und zwar in der Art gewählt werden, dass a) vier das noch durch einige andere Innungen, z. B. jene der Tuchscheerer und Weissgerber verstärkte Wollenamt, b) je zwei die fünf jetzt zugleich die Geschlechter mitumfassenden Kaufmannsgilden zum Eisenmarkt, zum Schwarzenhaus, zum Windeck, zum Himmelreich und zur Ahr [93]), c) desgleichen je zwei die sechs reinen Handwerkergilden der Gold- und Eisenschmiede, der Buntwerker oder Kürschner, der Brauer, Gürtelmacher und Fischer, endlich d) nur je einen die Schilderer oder Maler mit den Wappenstickern, Sattlern und Glasern, die Steinmetzen sammt den übrigen Bauhandwerkern, die Bäcker, die Fleischer, die Schröder (d. i. Schneider), die Schuhmacher mit den Riemern, die Harnischmacher nebst den Schwertfegern, Bartscheerern etc., die Kannegiesser mit den Hamachern (d. i. Seilern), die Fassbinder mit den Weinschenkern und die Ziechenweber sammt den Decklachen- und Leinewebern aus ihrer Mitte zu kiesen haben; 2) diese sechsunddreissig Rathsleute wählen hierauf aus der Gesammtbürgerschaft, also ohne auf die Aemter und Gaffeln beschränkt zu sein, noch dreizehn Rathsglieder hinzu, welches vollzählige Collegium alsdann 3) die ebenfalls ganz unbeschränkte Wahl der beiden Bürgermeister zu vollziehen hat. [Mit Einrechnung dieser umfasst sonach der gesammte Rathskörper einundfünfzig Personen.]

Tit. IV. Wie die rahts personen qualificiert vnd geschickt sein sollen." Auf den Fall, dass im Zeitpunkte der vorzunehmenden Rathskür „einig ampt oder gaffel . . . solche erbare, weyse leuht vnd burger vnder jn nicht hetten, zu raht zukiesen oder zuschicken, oder auch vmb redlicher sache willen zu raht nicht kiesen wolten", wird der jeweilige Rath, „der gekohren were vnnd seinen eidt gethan hette", für „mögig vnd mechtig" erklärt, durch freie Wahl aus den Gilden und der Gemeinde die Lücken auszufüllen, wodurch aber der betreffenden Gaffel an ihrem ferner auszuübenden Kürrechte durchaus Nichts benommen sein soll.

Tit. V. „Vnparteisch rahts chur zu halten." Bei der Wahl soll nicht auf Lieb und Leid, Freundschaft, Magschaft, Bitte u.s.w., sondern lediglich auf der Stadt Ehre und Freiheit und das gemeine Beste Rücksicht genommen werden.

Tit. VI. „Der raht zum halben jahr bis auff das dritte jahr abzugehen." a) Alle Halbjahr scheidet die eine Hälfte der Rathsleute aus und wird durch Wahl erneuert; b) jeder in den Rath Gewählte bleibt aber ein volles Jahr im Amte; c) der Ausgeschiedene wird erst nach Ablauf von zwei Jahren wieder wählbar.

Tit. VII. „Straff der sich dess rahts chur weigerde." Nur „leibes noth oder herren noth, das kündtlich were", entbindet von der Bürgerpflicht, die Wahl in den Rathsstuhl anzunehmen. Der trotz dreimaligen Aufbietens Ungehorsame soll „ein jahrlang nieder inn einem der statt thore liegen."

Tit. VIII. „Bastart, eygen vnd verbante leuht nicht inn raht zukiesen oder gifften vnd gaben zunehmen." Es soll insbesondere auch kein Rathmann „einigerley gabe, gelt, kleynot, myde, leibnuss oder geschenk mit einiger argelist oder behendigkeit . . ., vmb jemands wort oder bests im raht zuthun oder zusprechen, nemen oder empfangen."

Tit. IX. „Straff deren, so einem raht widerstreben." Ueber solche, welche in „gewältlicher weise" dem Rathe Widerstand leisten, und ihn „nicht mögig noch mächtig aller sachen sitzen" lassen, soll „offenbarlichen, als von missthätigen leuten, sonder einicherley verzug" gerichtet werden.

Tit. X. „Burger sollen in auffruhr der statt wimpel folgen", d. h. bei allen die Interessen von Rath und Gemeinde gefährdenden inneren Bewegungen einträchtig unter der Stadt Banner zu deren „nutz vrber vnd behuff", sowie zum Schutze des eigenen Leibs und Guts unverzüglich zusammentreten.

Tit. XI. „Straff der auffrührer in Cöllen." Dieselben soll „ein raht zur Zeit sitzende nach ausweisung der brüchen, das zeit vnd recht dunckt sein, offenbarlichen richten."

Tit. XII. „Ein erbar raht alle zwist

93) „Nach ihrem Gildenhaus, ihrer Trinkstube oder dem Platze, wo dies lag, so benannt." *Wilda* a. a. O. S. 259.

zurichten." Zänkereien und Schlägereien hat der Rath „nach recht vnd gewohnheit der statt Cöllen . . . nach inhalt der statt vnd eins rahts morgensprachen" zu ahnden, und „darumb soll niemand sein harnisch anthun noch gewapend darzu lauffen", indem auch einen solchen, der „den aufflauff mehrte", Strafe treffen würde.

Tit. XIII. „Heimliche verbündnusse verbotten bey höchster straff." Das Verbot ergreift alle heimlichen sowohl wie auch offenbaren „verbundnuss, parthey vnd vertrag", insoweit sie nicht durch gegenwärtigen Verbundsbrief selbst ihre Rechtfertigung finden sollten. Die Strafe ist übrigens nicht festgesetzt.

Tit. XIV. „Dass alle ampt vnd gaffeln sollen vngescheiden bleiben." Diejenigen Handwerkergilden, welche einer der im Verbundsbriefe organisirten zweiundzwanzig cölner Gaffeln als integrirende Bestandtheile unter Aufhebung ihrer zünftischen Selbständigkeit einverleibt worden sind, dürfen nimmermehr diese Verbindung lösen, um wieder als eigene Innungen „sich zu regieren vnd zuhalten."

Tit. XV. „Dass alle burger vnnd innwohner diesen verbundsbrieff zu beschweren." Alle diejenigen, „die nuh binnen Cöllen wohnen oder hernachmals binnen Cöllen zuwohnen kommen zu einigen zeiten", sollen „binnen den nechsten vierzehen nachten, nach dem das von jnen gesonnen wirt, ein ampt oder gaffel kiesen, darzu sie sich halten vnd verbinden, gleich wie andere darzu verbunden sein", und haben alsbald nach dieser getroffenen Wahl durch einen leiblichen Eid die stete und unverbrüchliche Festhaltung des Verbundsbriefes in allen seinen Punkten anzugeloben.

Tit. XVI. „Zu dem verbundsbrieff die ausswendige burger vnverbunden." Die Verbindlichkeit des ersteren hört für alle Zunft- und Gemeindeglieder auf, sobald sie „zu einigen zeiten baussen Cöllen zuwohnen quemen."

Tit. XVII. „Dass alle gaffelen eins diesen verbundsbrieff versiegelt zu haben." Jede der zweiundzwanzig Gaffeln soll ein mit ihren sämmtlichen sowie der Stadt Siegeln versehenes Exemplar der Urkunde für sich empfangen, „von wort zu wort inhaltende also, wie vor und noch darinnen geschrieben steht."

Tit. XVIII. „Ob der versiegelte verbundsbrieff verwarlost würde." Anstatt eines verbrannten oder an den Siegeln beschädigten oder zerrissenen Exemplars soll der betreffenden Gaffel ohne Widerrede. aber auf ihre Kosten eine neue Abschrift des Verbundsbriefes „in aller Form vnd weise, also wie dieser brieff von wort zu wort innhelt vnd besiegelt ist", zugefertigt werden.

Titt. XIX und XX. „Bestätigung des verbundsbrieffs mittel eyds. — Verbundsbrieff mit der statt vnd gaffelen siegel befästiget."

[Abdrücke.] Es existiren nun vom s. g. Unions- oder Verbundsbriefe zwei Textformen: eine ältere niederrheinisch-cölnische ohne Titelrubriken und eine jüngere mitteldeutsche mit Aufschriften über den einzelnen Abschnitten. Von beiden Redactionen liegen Ausgaben vor, welche aber sämmtlich auf die Originalausfertigungen des Actenstücks oder denselben nahestehende officielle Rathscopien des XIV. und XV. Jhdts. [94]) nicht zurückgeführt werden können, daher eine kritische Ausgabe des Urtextes als Bedürniss erscheint.

Die Separatdrucke, als deren letzter der cölner von 1621 (4°.) bezeichnet wird, gehören ohne Ausnahme zu den grössten typographischen Seltenheiten. Was dagegen die Abdrücke in Sammelwerken betrifft, so sind mir davon nachfolgende bekannt geworden:

a) im „*Abdruck vnd gemeinen Begriff* der Pollicey Ordnungen, Plebisciten vnd Statuten der alten löblichen Freyen Reichs Statt Cöllen", das. 1562 fol., Nr. LXXXII: „Nun folgt der Verbuntzbrieve" [95]).
b) in der u. d. T. „*Folgen die Statuta vnd Concordata* der Heil. Freyen Reichsstatt Cöllen" ohne DO. und JZ., vielleicht bald nach 1581, in 4°. edirten Gesetzsammlung, Abthl. B. S. 1 — 17 [96]).
c) in der neuen Ausgabe vorstehenden Buches mit der Aufschrift: „*Cöllnische Reformation*", Nürnberg [b. Sim. Halbmayer] 1621. 4°., Abthl. II. S. 1 — 17.
d) bei *Du Mont*, Corps dipl. du droit des gens Tom II^{a} p. 245 ss..
e) bei *Londorp*, Acta publ. Tom. XII [Libr. XIII Cap. LXXV] p. 170 sq.

---

94) Eine solche enthält z. B. der wichtige „Coloniensis Senatus codex" saec. XV., welchen *Endemann*, Keyserrecht, Einleit. S. XXXIX nr. 21 beschreibt.

95) So *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie III, 596. (nr. 1 a. E.)

96) Nach *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen II, 288 Note 3.

f) bei *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 352—57.
g) bei *Moser* a. a. O. S. 292—300, jedoch nur Auszug; endlich
h) in den *Materialien* Jahrg. I Bd. II Nr. I S. 3 — 22 (nach der Sonderausg. v. 1621) [97]).

238 **1397**, Jan. 6. König Wenzel verspricht, wider die gemeinen Bürger und die Stadt von Cöln „umb alle sachen, ufflewffe und geschicht willen", die vorher und bis auf den gegenwärtigen Tag binnen und ausserhalb Cöln's zu des Königs und heiligen Reichs Nachtheil geschahen, „keinerley recht, vorderunge, ansprache, ussheisschunge noch ladunge" vor das Hof- oder irgend ein anderes Gericht geltend zu machen, beziehungsweise vornehmen zu lassen, indem selbst alle vor oder nach diesem „kuniglichen maiestaitbrive" erlassenen oder noch zu erlassenden „brive, ussladunge oder gesetze... die wider diese gegenwertige brive und gnaden weren", der Gültigkeit entbehren sollen, vorausgesetzt nämlich, dass die Cölner dem Könige und Reiche „von denselben egenanten ufflewffen, geschichten, gefangen, und dovon gericht ist, gantze redliche underweisunge und volkumene benugung ertzeiget und getan haben" würden. Zugleich gebietet Wenzel allen Fürsten und Reichsangehörigen, in gleicher Weise die Stadt Cöln um obberührter Vorgänge willen nicht weiter, und zwar bei seiner und des Reichs schwerer Ungnade, zu beschweren oder in Anspruch zu nehmen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1027 S. 913.

239 **1397**, Jan. 6. Derselbe bestätiget „alle und igliche der stat von Colne privilegie, brive, freyheid, besess, herkumen und gute gewonheit." (R.) *Lacomblet* a. a. O. Note 1 mit nr. 240.

240 **1397**, Jan. 6. Derselbe fügt der wörtlich wiederholten vorstehenden Bestätigung die Zusatz-Erklärung hinzu, dass jene dem Erzbischofe und Stifte zu Cöln „an iren privilegien, rechten, freyheiden oder briven dheinen schaden oder hindernuss brengen solle." *Apolog.* Nr. 49 S. 134—36; *Secur.* Nr. 130 S. 314, 15; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 535; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1028 S. 914.

241 **1399**, Nov. 13. Drei benannte Schiedmänner ertheilen in einer Forderungssache zwischen Herzog Wilhelm von Berg und der Stadt Cöln auf Grund vernommener „anspraiche" und „antwerde" einen die Klagepunkte des Ersteren als ungerechtfertigt verwerfenden Bescheid. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1072 S. 952, 53.

Ausser den bis jetzt im Einzelnen betrachteten Rechtsurkunden gehören aber dem XIV. Jhdt., zum Theile wenigstens der Entstehung und Ausbildung nach, auch noch die nachfolgenden cölner Rechtsdenkmäler an:

I. die **Eidbücher**, s. oben zu nr. 171. Dieselben, eingeführt durch einen leider verlo- 242
ren gegangenen Rathsbrief, waren dazu bestimmt, die gesammten auf die Rathskür, Aemter-Verfassung und Stadtguts-Verwaltung bezüglichen autonomischen Satzungen, sowie überhaupt Alles, „was eine ausserordentliche Unverbrüchlichkeit haben sollte", so dass sich die neu eintretenden Rathsglieder eidlich dazu verpflichten mussten, in sich aufzunehmen, wie denn z. B. im Eidbuche v. 1321 der zweite oder Hauptabschnitt mit dem Rubrum: „Sequuntur articuli, quos domini Consules pro tempore residentes sub eorum Juramentis tenebuntur conservare et comittent observari" versehen ist. Nach längeren Perioden, z. B. nach 10, 20, 30 Jahren, wurde das Eidbuch erneuert, d. h. an die Stelle des bis dahin angewandten und jetzt abgeschlossenen ein anderes offenes gesetzt, in welches man zunächst den noch praktisch anwendbaren Stoff jenes früheren hinübernahm und dann zur Ergänzung desselben successive die im Laufe des Zeitraums entstandenen, materiell qualifizirten Rathschlüsse eintrug. So kam es, dass allmälig und besonders seit dem J. 1341 der Inhalt der Eidbücher eine gewisse Stabilität gewann, und dieselben nach und nach die im Exemplare vom J. 1321 ausgeprägte Aehnlichkeit mit den s. g. Stadtbüchern des Mittelalters völlig abstreiften, um sich im Innern wie Aeussern den eigentlichen Rechtsbüchern anzunähern. Uebrigens ist uns diese wichtigste Erkenntnissquelle der cölner Verfassungszustände, welche sich bis in das XVII. Jhdt. fortgepflanzt, erst durch den Abdruck der fünf ältesten Redactionen in den *Quellen* Bd. I., nämlich jener von

1321 . . . S. 1—15;
1341 . . . S. 15—37 [98]);
1372 . . . S. 41—55;
1382 . . . S. 55—63;
1395 . . . S. 63—76 [99]);

von denen jedoch nur die zweite in voll-

97) Diesem Abdrucke wurde bei der obigen Inhaltsdarstellung gefolgt.

98) Beigefügt sind (S. 37—41) einige Zusätze aus einem zweiten Exemplare des Eidbuchs v. 1341, darunter bemerkenswerthe Bestimmungen über die zwei „Juedenmeyster."

99) Darin u. A. ausführliche Bezugnahme auf die durch Heinrich van Stave und Hilger van der Stessen herbeigeführten Ereignisse (S. 68, 72).

ständiger Mittheilung zu 158 Artikeln, alle anderen blos in Auszügen vorliegen, näher bekannt geworden. Vgl. *Quellen* a. a. O. Vorbericht S. XXXIII flg. u. *Ennen* a. a. O. S. 491 flg.

243 II. Zahlreiche **„Ordinancien"**, Rathsverordnungen, gewerbspolizeilichen Inhalts, besonders ausführlich über die Messen („myssen") und den Weinhandel, das Kaufhaus („Halle, Koufhuys") und die städtische Wage sich verbreitend, theilweise gesammelt in den *Quellen* a. a. O. S. 85—138.

244 III. **Bruderschafts**- oder **Zunft-Satzungen**, z. B. des Wollenamts, der Linnenfärber, Decklakenmacher, Gürtler, Schilder und Sarwörter, *Quellen* a. a. O. S. 370 — 407. Endlich

245 IV. **Rathsstatute**, von welchen hier nur das umfassende Gesetz über die Unstatthaftigkeit der Veräusserung und Anschreinung weltlicher Erbgüter („erb, erbrenten, erbhäuser oder zinss") in geistliche Hände v. 2. Oct. 1383 (?), gedruckt in dem Buche „*Cöllnische Reformation*" (1621) Abthl. II S. 64—69, hervorgehoben werden möge [100]).

Hieran reihen sich dann noch mehrere weitere Rechtsaufzeichnungen verschiedenen Charakters, welche uns in den *Quellen* a. a. O. Nr. V „Gerichte und Schreine" S. 178 flg. in einer buntgemischten Zusammenstellung vorgeführt werden. Ausser dem Aufsatze über die obergerichtliche Procedur in peinlichen Fällen, namentlich bei Todtschlägen und Wundungen, mit eingestreuten Formeln (nr. 3 S. 180—86), sind besonders die Collectaneen aus Schöffenurtheilen entnommener Rechtsnotizen (nr. 4, 6, 7 S. 186 flg. 189 flg.) nennenswerth, welche auch einzelne privatrechtlich-wichtige Sätze, theilweise unter Bezugnahme auf das Kaiserrecht, darbieten. Aus ihnen Nachfolgendes als Probe:

1) „Wist dat is eyn keyser Reicht, dat geyne vrauwe dragen en mach bastart kynt [100]), dat vnterft off vntguet moege werden van deme gude, dat die moider hait ind dat yre is" [102]).

2) „Wist dat is eyn keyser Reicht, dat bastarden geyn gut zovallen mach van doide yrs vaders, id en sy, dat sy gevrijet syn vanme keyser."

3) „Wist dat is eyn keyser Reicht, so wa eyn bastart is ind die afflyvich wirt ind leest erve off gereyt gut, dat syn is, dat erstirft vp suster ind vp broider, off hee sy hait. Ind off der bastert suster noch broider nyet en hait, so erstirft dat gut vp syne nyesten. Want dem bastard geyn gut zo ersterven en mach van dem vader ind dem selven bastard syn gut was suyr ind swair worden gewonnen, darumb erstirft id an die nyesten" [103]).

4) „Wist dat is eyn keyser Reicht, so wat bastard sich mannent off wyvent zo reichter ee zo kirchen off zo straissen, dye kyndere, die van den bastarden koment, dat synt gereichte Gekyndere, dat synt der bastard nyesten, die geyn kynt en haint" [104]).

5) „Wist dat is eyn Reicht, so wa vader off moider deylent mit yren kynderen ind sich scheident van yn, stirft da eynich kynt, leest dat gut, dat erstirft vp syne Susteren ind broedere, ind uyet up vader off moider, ind ensynt da nyet Susteren noch broedere, so stirft id vp vader ind vp moder" [105]).

6) „Wist dat vur eyn Reicht, so wilch mynssche erve off varende have hait ind lygt der ghene zo bedde, off hait eyn beyn zobrochen, dat hee nyet gain noch stain en mach, so wat die mynsche gift ind macht, erve off varende have, in syme Testamente oevermitz Testamentiere off zwene Scheffen, dat hait volkomen macht" [106]).

Eine theilweise Darstellung des Inhalts dieser Quellenstücke findet man bei *Ennen* a. a. O. S. 432 flg. 436 flg. 492 flg. 504 flg.

1400, Oct. 5. Der römische König Ruprecht nimmt Bürgermeister, Rath und Bürgerschaft von Cöln dafür, dass sie „sich mit otmudigem willen ergeben und erboden hant, yme als eymen Romischen Konige bygestendig und gehorsam zu sin und zu werden, nach altem herkomen", in seinen und des heiligen Reichs Schirm, denselben versprechend, sie gegen Jedermann, der sie „umbe soliche gewillige gehorsam . . . uber lang oder uber kurtz argwenen, leidigen, schedigen, angriffen, kriegen oder anders anlangen worde", getreulich schützen und vertreten zu wollen, in welcher Zusage sich die Kurfürsten von Mainz, Cöln und Trier dem Könige anschliessen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1079 S. 956, 57. 246

1401, Jan. 6. Derselbe bestätigt die Freiheiten und Rechte Cöln's. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 3 nr. 48. 247

1401, Jan. 6. Derselbe erklärt, dass die von ihm unter gleichem Datum der Stadt 248

100) Vgl. *Arnold* a. a. O. II, 178.

101) Vgl. *Hillebrand's* Dtsch. Rechtssprichwörter S. 23 flg.

102) *Alte Recht und Bürger-Freiheiten* Art. 42.

103) *Alte Recht* etc. Art. 41 §. 1 [zu nr. 2, 3]. Vgl. *Wilda* in der Ztschr. f. dtsch. Recht XV, 293.

104) *Alte Recht* etc. Art. 41 §. 2. Dazu *Wilda* a. a. O. S. 292.

105) *Alte Recht* etc. Art. 39.

106) *Stat. et Concord.* v. 1437 Art. II §. 1.

Cöln ertheilte „bestetigunge jrer freyheit, rechte und brieff“ dem Erzbischofe, Stifte und der Pfaffschaft zu Cöln „an jren privilegien, rechten, freyheiden oder brieven keinen schaden oder hindernuss brengen“, und insbesondere auch die hiegegen von König Wenzlaw den Cölnern verliehenen Privilegien, Rechte, Freiheiten oder Briefe machtlos, nichtig und widerrufen sein sollten. *Apolog.* Nr. 50 S. 136, 37; *Secur.* Nr. 131 S. 315; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 570.

249 **1401**, Jul. 25. Derselbe trifft mit der Stadt Cöln ein Uebereinkommen, wonach ihm letztere bei dem nächsten Zuge in die Lombardei statt der gewöhnlichen Dienste eine Geldabfindung von 9000 Gulden rheinisch bezahlen, von jeder weiteren Leistung aber um ihrer Treue willen los und ledig sein soll. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 31 nr. 588 [107]).

250 **1406**, März 23. Der Erzbischof Friedrich von Cöln und die Stadt schliessen mit dem Jungherzoge Adolph von Berg durch sechs, beiderseits zur Hälfte ernannte Bevollmächtigte eine ihre Zwistigkeiten beilegende Sühne ab, worin unter Anderem Adolph von Berg verspricht, niemals zu gestatten, „dat eynge zolle zo wasser ind zo lande in dem lande van dem Berge van der stede van Colne ind yren burgeren ind ingesessenen gehaven werden na usswisonge derselver brieve.“ *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV. Nr. 45 S. 47 flg., bes. S. 49 Z. 24—26.

Diese Zollfreiheit der Cölner im Bergischen ward auch in dem Schiede Herzog Reynald's von Jülich zwischen EB. Friedrich und Herzog Adolph v. 19. Apr. 1411 (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 63 S. 68, 69) besonders hervorgehoben.

251 **1413**, Oct. 4. Der Bürger Constantin von Lyskirchen (genannt „Kostyngreve“) verkauft und überträgt in feierlicher Weise („mit halme ind mit munde“) die von seiner Familie (seit 1280) besessene, dem Erzstifte lehenrührige „graisschaft zu Airsbergh bynnen Colne“, d. i. den genannten Gerichtsbezirk im Gegensatze zum Niderich, „mit allen yren rechten, vryheiden, gulden, renten, nutzen, urbere, upkomen, vervellen ind allen yren zubehueren, nyet daane uyssgescheiden“, an Erzbischof Friedrich III. von Cöln. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 79 S. 87, 88.

252 **1413**, Nov. 11. König Sigismund bestätigt und erneuert der „vor andern stätten in Teutschen landen edler fundirten und mit mannigerhande freyheiten und ehren boven all mannigfaltig gezeichneten“ Stadt Cöln auf deren „von der brunne der rechtfertigkeit fliessende bede . . . alle und jegliche ire privilegien und brieffe . . . in allen iren tenoren, artickeln, puncten und clausulen.“ Nur deutsch b. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 1478, 79.

1414, Nov. 21. Derselbe ertheilt der Stadt Cöln eine neuerliche Privilegien-Confirmation, und gibt mittels besonderer Urkunde in Ansehung dieses Bestätigungsbriefes sowohl als bezüglich aller von irgend einem römischen Kaiser oder König den Cölnern verliehenen Freiheiten gegenüber dem neu-erwählten Erzbischofe Dietrich II. [von Meurs] ganz dieselbe Erklärung ab, wie sein Vorgänger in Nr. 248 gethan hatte. *Apolog.* Nr. 53 S. 141, 42; *Secur.* Nr. 133 S. 317; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 572, 273. 253

1414, Nov. 25. Derselbe bringt zwischen dem Kurfürsten Dietrich „electe confirmiert der kirchen zu Coelne“ und der Stadt Cöln eine „eynonge“ zu Stande, wonach insbesondere a) alle „vorderongen van bruchden“, welche weiland Erzbischof Friedrich und dessen erwählter Nachfolger gegen die Stadt oder diese wider jene bisher gehabt, gegenseitig aufgehoben werden; b) sämmtliche „soynebrieve ind verbuntbrieve“ zwischen Friedrich und den Cölnern für die nächsten zehn Jahre, mit einer einzigen Ausnahme, „in yrre ganzer macht blyven zo beyden syden . . . in alle der maissen, as of die brieve up hern Dederich electen confirmyerden sprechende weren“; c) Competenzconflicte zwischen dem „sall“ und „raithhuys“ (d. h. dem geistlichen und weltlichen Gerichte) durch zwei „gelierde paffen“, deren einen der Erzbischof und anderen die Stadt ernennt, zu untersuchen und zu beseitigen sind; d) „der elect confirmyert der stat van Coelne vur syme inkomen confirmacie yrre privilegien ind vryheiden geven sal in alle der wys, as wilne ertzbusschof Friederich yn vurzyden die gegeven hait“; sobald aber dieser Bestätigungsbrief ertheilt worden, die Festsetzung des Tags der Einführung erfolgen muss; endlich e) von den 30,000 Gulden, welche der König als ein aus der Hälfte des bonner Zolles rückzahlbares Darlehen von der Stadt Cöln empfangen wird [108]), 5000 Gulden dem Electen „vur eyn geschenke syns inkomens ind syns intfenknis“ zugesagt werden. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 90 S. 96—98. 254

1416, Jan. 13. Erzbischof Dietrich II. einigt sich mit der Stadt Cöln dahin, „dass diese dem Herzoge Adolph IX. von Berg die Freundschaft, den feilen Kauf 255

---

107) Vgl. auch *Chmel* a. a. O. S. 38 nr. 703.

108) Vgl. dazu die Urk. v. 1415 b. *Lünig* a. a. O. XVI, 573 flg.

und das Geleite aufsagen sollte, wogegen er sich verpflichtet, das Bollwerk zu Riel niederzuwerfen, sobald die Veste zu Mülheim zerstört sein werde, und sich mit dem Herzoge, bis dies geschehen, nicht söhnen, noch gestatten zu wollen, dass derselbe eine andere Veste am Rheinufer zwischen Nieder-Rheindorf und Zündorf errichte." (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 106 Note 1.

256 **1416**, Jul. 1. Dieselben vereinigen sich ferner dahin, dass sie durch gemeinschaftliche Anlage von Befestigungen („begriff, vestinge ind bollwerck") zu Deutz und Aufstellung einer „macht von reysigen zo perde, gewapenden luden ind schutzen zo voysse" den Herzog Adolph von Berg zwingen wollen, „die veste ind bollwerck zo Moelenheim" abzuthun und niederzulegen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 97 S. 104—6 [109]).

257 **1417**, Dez. 4. Herzog Adolph IX. von Berg wird nach Beendigung seines Krieges mit dem Erzbischofe von Cöln von neuem Edelbürger der Stadt Cöln mit einem Rentenlehen von 100 Gulden jährlich, und bei dieser Gelegenheit im Bürgerbriefe vereinbart, dass gegenseitig Freizügigkeit und feiler Kauf stattfinden, ein gerichtliches Verfahren nur gegen den Hauptschuldner selbst Platz greifen, endlich eine Klage wegen der alten bergischen Leibzuchtsrenten, sofern dieselbe nicht etwa schon anhängig gemacht, in Cöln künftig nicht mehr angehoben werden solle. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 121 Note 1.

258 **1417**, Dez. 14. König Sigismund bestätiget der „Judischeit van Cölne . . . alle yre redliche gnaden, privilegia, handfesten, brieve, rechte und gute gewonheiten, die dieselben Judischeit von dem erwirdigen Diederich ertzbischoff zu Cöllne etc., seinen vorfahren, dem capittel in der statt zu Cölne biss an diese zeit redelichen behalten, herpracht ind besessen hant", dabei die besondere Gnade hinzufügend: „dass sie niemandt, wer der sei, christen oder juden, von unser und des reichs wegen in keinerley heischung, forderung oder schatzung umb gelt oder gut und auch sunst an anderen dingen in diesen negsten zehen jaren, van datum disses brieffs anzuheben, ansprachen und beschweren solle oder möge in geyne wyss, es sei dan das wir unser keiserliche crönung in der zeit entfan wurden, das selbe recht, was uns dieselbe Judischeit dan von sulcher unser werdicheit thun solte, haben wir unss behalten." In Ansehung der Gerichtsbarkeit über die Juden wird dann noch am Schlusse bestimmt: „off jemand were, der were edel of unedel, christen oder juden, der [wider die] Judischeit gemeinlichen zu Cölne oder jrer einen besunder an leib oder gutter ichte hette zusprechen, dass sich der an der obgemelter statt zu Cölne mit scheffen urtheil ind gerichte, as doselbst gewonlich ist, begnugen lassen sulle; es weren dan sulche sachen, als morderey, dieberey ind desglichen, die man kunfftiglich über sie brengen mügte, und was uns darumb mit scheffen urtheill in dem obersten gerichte zu Cölne zugesprochen wurde, dass haben wir auch unss behalten [110])." *Apolog.* Nr. 59 S. 149, 50; *Secur.* Nr. 174 S. 373, 74; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 575.

1418, Jun. 12. Bürgermeister, Rath und Bürger Cöln's gehen mit dem Herzoge Adolph IX. von Berg [s. nr. 257] ein Waffenschutz-Bündniss wider den Erzbischof Dietrich und dessen Brüder auf den Fall ein, dass Ersterer den Verbündeten „an yrre vryheit, alden gewoenden ind herkomen eynich hinderniss of wederstant dede", den Herzog angriffe oder zum rechtlichen Austrage der Streitsache sich nicht heranlassen würde [111]). *Lacomblet* a. a. O. Nr. 109 S. 121—25. 259

1419, Mai 20. Erzbischof Otto von Trier legt vorläufig die zwischen den Erzbischöfen von Mainz und Cöln, dem Pfalzgrafen Ludwig bei Rhein und dem Herzoge Raynald zu Jülich und Geldern einer- und der Stadt Cöln andererseits wegen der Rheinschifffahrt [s. nr. 261] bestandene „viede, spenne ind zweyunge" in „gutlicheidt und mynne" bei, einen förmlichen Schiedspruch über die vier Streitpunkte dem Compromisse gemäss innerhalb des nächsten Monats in Aussicht stellend. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 117 S. 133, 34. 260

1419, Jun. 15. Derselbe thut nun wirklich „umb den stappel uff des Ryns strame und lynpade, umb die assisie bynnen Cölne, umb die verpelunge des Rinsstrame daselbs und umb das bolwerck zu Duytze" den oben angekündigten „usspruch." *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IX S. 25—27. 261

1419, Sept. 20. Derselbe entscheidet endlich auch in einer speciell zwischen 262

109) Ueber die Streitigkeiten Cöln's mit Berg s. *Mathieux* a. a. O. S. 132, 33. Die in der Sache ergangenen Entscheidungen v. 1416 (*Lacomblet* a. a. O. Nr. 99 S. 108—110) und 1417 (*Lünig* a. a. O. XIII, 357 flg.) enthalten ausser einer Bestätigung der cölner Zollfreiheiten im Bergischen durchaus Nichts, was die Stadt speciell angeht.

110) Vgl. dazu unten nr. 271.

111) Vgl. dazu K. Sigismund's Mahnschreiben an beide Parteien v. 14. Febr. 1419 u. 8. März 1422 b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 113 S. 129; Nr. 140 S. 160.

dem Erzbischofe Dietrich II. und der Stadt Cöln vorhandenen Zwistigkeit, und zwar dahin, dass a) kein Theil die Rechte und Privilegien des anderen verletzen, namentlich die Stadt jene des Clerus respectiren; b) der Erzbischof seine geistliche Jurisdiction nicht weiter, als seine Vorgänger, ausdehnen; c) wegen der Stadtaccise und Wegräumung des Pfahlwerkes im Rheine der Bescheid v. 15. Jun. in Kraft verbleiben; d) das deutzer Bollwerk nunmehr zum Abbruche kommen; e) die Stadt die dortige Judenschaft zur Entrichtung der 25,000 Gulden für die zugebilligten Geleitsjahre an den Erzbischof anhalten, und f) der Letztere die Juden nicht vor seine „Kammer" laden solle. Hinsichtlich der neuen, den beiden Parteien durch König Sigismund gewährten Privilegien wird endlich bestimmt, dass sie unangewendet bleiben mögen. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 134 Note 1 Z. 7 flg.

263 **1422**, März 8. König Sigismund erklärt zur Beruhigung des immer noch wegen der erzstiftischen Gerechtsame besorgten cölner Erzbischofs Dietrich aufs neue: „were es sach, dass unser vorfahren oder wir der statt zu Cöllen . . . einige freyheit, recht oder gnade gethan hetten, die dem ehegenandten ertzbischoffen zu Cöllen, seim stifft, seins stiffts phaffheit und undersassen gemeinlich oder sonderlich an iren rechten, freiheiten, herkommen und guten gewonheiten schädtlich weren, dass die kein crafft noch macht haben sollen in kein weiss, sonder wir thun die ab, vernichten die und sprechen die machtloss." *Apolog.* Nr. 60 S. 151 flg.; *Secur.* Nr. 134 S. 318; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 576.

264 **1424**, Jan. 5. Derselbe ermahnt den Rath und die Bürger von Cöln, den Erzbischof Dietrich „furbass bey seynen und seynes stiftes herlikeiten, fryheiten, gerichten, graven, richtern, amptluden, scheppfen, rechten, herkomen und lehen on hindernisse bleiben und der gebruchen zu lassen in alle der masse, als syne vorfaren und er die bissher ynnegehabt habent, und nemlich der judischheit bynnen Colne des kurfursten bestetunge denselben juden gegeben [112]) on allen intrag zu halden und zu schirmen", indem im Widersetzungsfalle die am Eingange des Briefes genannten Bürger und Rathleute zur Verantwortung vor des Königs Gericht gezogen werden sollen. *Apolog.* Nr. 62 S. 155—57; *Secur.* Nr. 175 S. 374, 75; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 360; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 155 S. 175, 76.

1437, Jun. 15. „**Statuta et Concordata** Der H. Freyen Reichs Statt Cölln, durch Burgermeistere vnd Raht, mit Raht aller Rähten vnd 44. sampt Gräff vnd Scheffen dess Hohengerichts nach dero wol herbrachten alten Statt Rechten mittels Eyds auffgericht, Anno Domini 1437. [Die welche durch die Röm. Kgl. Maiestatt vnd den Ertzbischoffen zu Cöllen in dero huldigungen mittels Eyds bestättiget worden.]" 265

Das Rechtsbuch beginnt mit einer Einleitung, welche aus drei Bestandtheilen zusammengefügt ist, nämlich a) einem seine Veranlassung, Entstehung und Zweckbestimmung in Kürze referirenden Proömium, b) drei Eidformularien für die Rathsherrn, Greven und Schöffen, Prothonotarien und Secretarien, auf Festhaltung dieser „Gesetze vnd Ordinantien" gerichtet, nebst einer dazwischen eingeschalteten Verordnung über die Handhabung derselben durch den Rath; und c) aus vier Huldigungsformularien für Rath und Bürgerschaft gegenüber dem Könige und Erzbischofe, sowie für diese gegenüber der Stadtgemeinde. Als Musterurkunden letzterer Art finden sich die Rechtsconfirmationsbriefe Sigismund's v. 11 Nov. 1413 [nr. 252] und Erzbischof Friedrich's III. v. 1. Apr. 1370 [nr. 188] in deutscher Uebertragung eingerückt.

Aus den unter a. erwähnten historischen Notizen erfahren wir nun, dass der cölner Rath von der richtigen Ansicht geleitet, dass „gegen newe gebräuch vnd auffstende newe busse gefunden, vnd die alten gesetz nach gelegenheit der zeit dickwerff verklert vnd verwandlet" werden müssen, eine Commission theils aus seiner eigenen Mitte theils aus Greven und Schöffen des hohen Gerichts zusammengesetzt und derselben den Auftrag ertheilt habe, „sich auff die alte gesetz vnd ordinantien der vorfaren, auch alte gewonheit vnn herkomen der statt zu besprechen vnd die wider zu erwecken, auffzurucken, zu läutteren, zu erklären, vnd auch etliche newe gesetz vnd ordinantien nach gelegenheit der handlungen, die sich nun täglichs erlauffen, zu verordnen." Auf solche Weisung hin seien dann auch wirklich von jenen „des Rahts vnnd dess Hohengerichts geschickten freunden . . . viel gute puncte vnd artickel in schrifft vergadert vnd dem Raht fürbracht" worden. Dieser habe sie dann unter Zuziehung der Vierundvierziger und der erwähnten Commissäre „fürter berahten vnd güttlichen vndersprochen", worauf man sich

112) S. oben nr. 258. Schon 1426 fand übrigens eine (vermuthlich unblutige) Vertreibung der Juden aus Cöln statt, und wurde ihre Schule in eine Capelle umgewandelt. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 177 S. 210.

endlich allgemein dahin geeinigt, dass „diese puncten ... zu ewigen tagen fest, stäht vnnd vnverbrüchlich binnen der statt vnd gebiete gehalten" werden sollten.

An diese Einleitung reiht sich mit der Rubrik: „Hernah volgen die Statuten vnd Concordaten der Stadt Cöllen" der Text des Rechtsbuches selbst an, bestehend in 137, zum Theile in mehrere Absätze zerfallenden Artikeln, welche gleich den Unterabschnitten mit Ueberschriften versehen sind. Es lassen sich aber im Rechtsbuche fünf völlig selbstständige, nur lose zu einem einheitlichen Ganzen verbundene Stücke oder Bestandtheile sondern, nämlich:

A. die eigentliche Statutensammlung. Artt. I—LXIV. Ihr Inhalt, welcher nur im Beginne einen Anflug systematischer Ordnung verräth, bezieht sich hauptsächlich auf das Gerichtsverfahren in den verschiedenen Instanzen; die Errichtung von Testamenten und Vermächtnissen; die Erbgüter, deren Vergabung und Veräusserung; die Succession unter Eheleuten (namentlich bei „gesammender hand"); die Theilungen zwischen Eltern und Kindern; die Eheschulden; die Eintragung in die Schreinsbücher; die Pflichten der Richteramtspersonen, z. B. Schöffen, Schreiber, Fürsprecher, insonderheit auch bei dem hohen Gerichte; die Bekümmerung und Pfändung; die Uebergabe von Erben und Erbrenten in geistliche Hände u. a. m. Ein Theil dieser Satzungen lässt sich auf die Eidbücher [z. B. Art. VII auf das EB. v. 1382 §§. 13 flg. S. 19 flg.] und die in den *Quellen* Bd. I S. 178—211 mitgetheilten Rechtsaufzeichnungen [z. B. Art. I, II, V auf *Qu.* S. 178, 191, 203, 208] zurückführen, wiewohl die stattgehabten Aenderungen sehr erheblich sind; ein anderer Theil dagegen, wohin namentlich die wichtigen Artikel (IX—XII) über das eheliche Güterrecht mit gesammter Hand [113]) gehören, dürfte als die modernisirende Formulirung uralter Observanzen zu betrachten sein. Einen romanistischen Einfluss verrathen nur die Artt. VI, wonach Besetzungen und Vergabungen von Erben binnen der Stadt blos bis auf die dritte Hand wirksam sein sollen, und XII §. 3 über die Erbannahme „sonder Inventarium" und „overmitz eines Inventarii."

B. die hier „vernewten alten gesatze", welche der Rath „vorzeitten mit greff vnnd scheffen des Hohen gerichts vertragen hat", Artt. LXV—LXXVIII. Sie betreffen vornehmlich die Bestrafung schwerer, meist politischer Verbrechen, z. B. der Strassenschänder, Räuber und Brenner; derjenigen, welche Stadtfeinde herbergen, wider den Rath Auflauf anstiften und zu Widerstand reizen (unter Hinweisung auf den Verbundsbrief v. 1396, s. Art. LXXII §. 2), „vhede vnd drewbrieffe von auswendigen herren werben" etc. Zum Schlusse folgen jedoch auch Bestimmungen über einige geringere Betrugs-Delicte, wie den rechtswidrigen Handelsbetrieb von Haussöhnen ohne der Eltern Consens [Art. LXXIII: „Senatus Consultum Macedonianum, von verbotten finantzi vnder burger vnd burgers kinder"], den Unterkauf, die „erblichen gifften vnd aufftrachten, so zu nachtheil der creditoren geschehen", und über rein-polizeiliche Vergehen der Gastwirthe.

C. die „Reformation der alte recht vnd morgensprache in Cöllen anno 1437 gudestag nach nativitatis Mariä von newem bestätiget etc.", Artt. LXXIX — CVIII. Auch ihren Inhalt bilden durchgehends Strafnormen, z. B. für unanständiges Benehmen bei Gericht, Nichtachtung der Friedgebote, Hausfriedensbruch und Heimsuchung, Realinjurien auf oder vor dem Rathhause, Wegelagerung, Verletzung der den Bürgern bezüglich der Ladung an fremde Gerichte zustehenden Freiheiten, Ausübung „weltlicher handthierung" und bürgerlicher Gerechtsame von Seite „geweiheter" Personen, Kuppelei, Rückkehr solcher, welche die Stadt „verlobt vnnd verschworen", Aufenthaltsgewährung an offenbare Feinde der Stadt, Blasphemie und Bilderschändung, Bigamie, Gatten- und Kinder-Entführung, zweifaches Eheverlöbniss, Heirath ohne der Eltern Einwilligung, endlich „geyler, leddiggänger vnd mulenstosser" d. i. vagirendes Gesindel.

D. die „Ordinantie auff die gerichte binnen der statt Cöllen", Artt. CIX—CXXIII. Dieselbe, auf den älteren „punten" in den *Quellen* Bd. I S. 233, 34 (16 §§.) beruhend, enthält keineswegs eine vollständige Gerichts- oder Processordnung, sondern gibt lediglich eine Reihe bunt gemischter Satzungen, welche bald näher bald entfernter das Gerichtswesen berühren; so insbesondere über das Verbot, Geld auf ein Gericht oder Amt zu leihen; das Alter der Schöffen und Amtleute; die Taxen für gewisse jurisdictionelle Acte; die Belohnung der Fürsprecher; die gewöhnliche Dauer der Gerichtszeit — bis zum Schlusse der „kirspels messe in der kirchen, so fern als zu der zeit kein bestimpte vhr an dem gerichte

113) *Euler* in der Ztschr. f. dtsch. Recht X, 16 flg. mit VII, 80 flg.

were"[114]); die Gebühren bei Urtheilsschel-tungen; die Unvereinbarkeit des Schreiber- und Fürsprecheramtes an demselben Gerichte; die Verwahrung des Gerichtsbuches durch den geschworenen Schreiber; die Abschaffung neuer „auffstende, damit die leuthe geschatzt würden", in dem Gerichte; die Beeidigung neu-gekorener Gerichtsbeamten auf „vorgenante puncten"; die Unstatthaftigkeit einer Geldvergütung für den Fortgenuss der Meisterschaftsrechte in den Geburhäusern; die Sporteln für Urkunden - Ausfertigungen und Schreinshandlungen. Endlich

E. die „Schrein - Ordnung", Artt. CXXIII—CXXIX, und die Satzung über „etliche vnkost vnd belohnung der schrein herren", Artt. CXXX—CXXXVII, welche letztere ebenfalls bis auf die beiden Schlussartikel einem älteren, in den *Quellen* a. a. O. S. 231, 32 veröffentlichten Statute entnommen ist.

Abdrücke der Statuta et Concordata: α) in dem *Abdruck vnd gemeinen Begriff* der Pollicey-Ordnungen" etc. (1562) S. 30 flg. Eine Uebersicht der Rubriken steht bei *v. Kamptz* a. a. O. S. 593 — 96; β) in der Sammlung „*Folgen die Statuta* etc." Abthl. I S. 1—111; γ) in der „*Cöllnischen Reformation*" (1621) Abthl. I S. 1 — 111; δ) in „*der Stadt Cölln Reformation und Ordnung* etc.", Nürnberg 1722. 4°., S. 1 flg.; ε) in der „*neuen Sammlung* sämmtlicher in der Preuss. Rheinprovinz für Rechtspflege und Verwaltung Geltung habenden Preuss. Gesetze und Verordnungen", Abthl. IV (*Trier* 1846. 12°.) Anh. S. 31 — 52. Hier ist jedoch nur der noch praktisch anwendbare Theil der Rechtssammlung aufgenommen worden, und fehlen daher die Stücke B und C bis auf einzelne Artikel gänzlich. Ausserdem finde ich noch eine Separatausgabe u. d. T. „Jus municipale Coloniense", Ed. II., Colon. 1762. 4°., erwähnt.

Ausführlich handelt von den Statuten v. 1437, ihrer Entstehung, Zusammensetzung und ihren Quellen *O. Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Abthl. II S. 289—91.

266 **1442**, Jun. 29. König Friedrich III. bestätigt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Cöln [115]) ihre gesammten Privilegien — „literas, quas super quibuscunque suis ac dicte civitatis juribus, libertatibus, honoribus, possessionibus, proprietatibus, exemptionibus et consuetudinibus, banno urbis et bannleuca, que volgariter burchban et banmile nuncupantur, judiciis, theloniis, nundinarum institutionibus et privilegiorum ad easdem concessionibus, vectigalibus, conductibus, monetis, obventionibus, censibus, proventibus, redditibus et aliis quibuscunque pertinentiis, rebus, utilitatibus et quibusvis emolumentis . . . obtinuerunt." *Chmel*, Reg. Frid. S. 78 nr. 642. (Extr.) Vgl. nr. 267.

1442, Jun. 29. Derselbe erklärt, dass die vorstehende, wörtlich inserirte „bestetigunge der fryheite, reichte und brieve" der Stadt Cöln, gemäss der Vorschrift „der gulden bullen" Kaiser Karl's IV. [116]), dem Erzbischofe Dietrich II. und seinen Nachkommen, sowie seinem Stifte und Clerus „an yren privilegien, rechten, fryheyden oder brieven deheynen schaden oder hyndernis brengen", und auch allen übrigen von des Königs Vorfahren oder ihm selbst den Cölnern verliehenen, beziehungsweise noch zu verleihenden Freiheits - und Gnadenbriefen, sofern sie jenen schädlichen Einfluss äussern würden, jede Kraft und Macht abgehen solle. *Apolog.* Nr. 66 S. 169 — 72; *Secur.* Nr. 137 S. 320, 21; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 583 — 85; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 248 S. 293, 94 [wo sich jedoch von dem eingerückten Confirmationsbriefe nur ein Auszug in Note 1 findet]. 267

1447, Sept. 1 [117]). Derselbe erlaubt, unter Bestätigung eines darauf bezüglichen „privilegium keyser Sigmunds", den Cölnern, „daz sy nu hinfür zu allen tzeiten offenbair achter und aberachter . . ., die essent spyse und tranck der stat Coln zufuren und bringen, mit iren dieneren und gutern essen und trincken antreffende und berürende, die sy von notturft mit yn furen oder habent, wol hausen, hoven und by yn in ire stat vor meinlichem frey und unbekummert enthalten und handeln lassen, und mit yn in den vorgenanten stucken, als essen, speyse und tranck anruerend, bynnen und buyssen Coln gemeinschafft haben, und denselben echtern und aberechtern und irm gute und dienern ir stat geleite fur meinlich geben mugen", ohne „von solcher gemeinschaft und geleidtz wegen" in des Königs und Reiches Ungnade zu fallen oder durch Briefe und Mandate „bekumbert oder ansprechlich gemacht wer- 268

114) Die älteren Puncte (§. 8) hatten: „as verre as zo der zyt eynich vayr an deym gerichte were."

115) Kurz zuvor (1440, März 5) hatte EB. Dietrich II dieselbe wegen Verhaftung einiger Geistlichen mit dem „ecclesiasticum interdictum" belegt. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 237 S. 281 flg.

116) *A. B.* cap. XIII „de revocacione privilegiorum."

117) Ein Priv. K. Friedrich's völlig gleichen Inhalts v. 25. März 1447 führt *Chmel*, Reg. Frid. S. 231 nr. 2269 an.

den" zu können. Diese Gnade und Freiheit sollte von Martini an fünf Jahre lang „krefftig und werhafft sein." *Chmel*, Reg. Frid., Anh. Nr. 72 S. XC; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 282 S. 339—41.

269 **1448**, Jan. 25. Erzbischof Dietrich II. von Cöln trifft, um den Klagen der Stadt Cöln über die Schöffen seines hohen Gerichts, dass nämlich bei demselben wegen der Zwietracht, die unter jenen bestehe, die Parteien völlig „rechtloss blieven ind sich nit gerichtz off rechtz gebrauchen off bekomen enkunten", mithin überhaupt „wenig ausrichtung geschehe", Abhülfe zu schaffen, als „overster dess gerichts" verschiedene Massregeln zur Verbesserung desselben in der Form und unter dem Namen einer **Schöffen-Satzung**, in der er zuvörderst durch eigene Ernennung den Schöffenstuhl „biss zu dem vollen gezalle van fünff vnd zwantzig personen" ergänzt, alsdann aber a) für den Fall künftig eintretender Lücken, wenn nämlich einer der gesetzten Schöffen „doitz halven aff gienge off sich dess scheffen ambts unwirdicht hette mit undugentlichen sachen", vorschreibt, dass die übrig bleibenden Schöffen binnen Monatsfrist „einen anderen verstendigen, ingeboren, geerfften ind ingesessen burger, der dem scheffenstoil bequem were, kiesen" sollten, welchen jedoch der Erzbischof oder sein etwaiger Statthalter „zu weldigen ind inzusetzen" habe. Würde nun die vorschriftmässige Anzeige der Wahl bei dem Stadtherrn unterbleiben oder der Gewählte von Letzterem als „unbequem" befunden werden, so könne der Erzbischof selbst nach eigenem Gutdünken ein geeignetes Individuum „zu dem scheffenthumb kiesen . . . sonder jemantz indragt off widderrede." Was hingegen b) die amtliche Thätigkeit der Schöffen, wider welche ja gerade die Beschwerden der Bürgerschaft gerichtet waren, angeht, so werden lediglich die in der Sühne v. 1377 §. 13 (nr. 227) hierüber enthaltenen Bestimmungen erneuert [118]). Am Schlusse verpflichten sich, unter Anhängung des Stadtsiegels, Bürgermeister und Rath von Cöln, die vorstehenden „scheffen saissungen ind alle puncten diess brieff in jhre gantze macht ungehindert lassen ind gentzlichen also halden" zu wollen, und übernehmen noch ausserdem hiefür die Städte Andernach, Bonn und Neuss die Gewährschaft. *Apolog*. Nr. 67 S. 173—79; *Secur*. Nr. 34, 102 S. 199 — 201 u. 280 — 82.

1452, Jun. 5. Kaiser Friedrich III. bestätigt der Stadt Cöln eine Reihe blos in ihren Eingängen und Schlüssen aufgeführter Privilegien [s. nr. 281], mit der in Bezug auf ihre Gerichtsladungs-Freiheiten zum Zwecke der Abwendung künftiger Verletzungen beigefügten Erklärung und Läuterung: „daz die obgenanten von Cölen und die iren für dheinen hofgerichte, lanntgerichte oder anderm gerichte, auch zu Nürmberg oder anderswo in dem reiche, wo die gelegen sin, nit schuldig sin sulln zu antworten oder zu rechte zu steen." *Chmel*, Reg. Frid. S. 295 nr. 2889. (Extr.) 270

1453, Sept. 9. Die Salzmesser — „saltzmudder" — zu Cöln verkünden einen vom Erzbischofe Dietrich ihnen unter demselben Datum über ihre alten Privilegien und Freiheiten ertheilten Bestätigungsbrief, worin zwar auch ihre Zahl, ihre Waffendienstpflicht gegenüber dem Erzstifte, ihr alljährlich am St. Cuniberts-Tag zu leistender Amtseid und die ihnen obliegenden Jahrs-Reichnisse in Salz und Wein festgesetzt werden, dazwischen aber, den eigentlichen Hauptinhalt bildend, ein sehr ausführliches „Register" über die von den Schiffen und Fähren, welche mit ihren Salz- oder wohl auch anderen Waaren-Ladungen auf dem Rheine Cöln berühren, zu entrichtenden Messgelder und damit verwandten Abgaben eingeschaltet ist. *Secur*. Nr. 170 S. 367—69; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 936—38. 271

1455, Apr. 28. Kaiser Friedrich III. erklärt, dass er auf Bitte Erzbischof Jacob's von Trier [119]) den gegen Bürgermeister, Rath, Schöffen und Gemeinde der Stadt Cöln um „vergess und übertretung", die wider Kaiser und Reich gescheheu [120]), bei dem Kammergerichte schwebenden Gerichtshandel „abgestellet, nachgelassen und vallen lassen habe", und die Cölner auch dieser und aller anderen Sachen halber „der ungnad, peen und fell", wie sie seiner „fiscal camer zugebürt hieten, ganz quitt und ledig sein sollten." *Chmel* a. a. O. S. 336, 37 nr. 3342. (Extr.) 272

1462, Mai 31. Bürgermeister und Rath der Stadt Cöln machen sich in einem Vertrage mit Herzog Johann von Cleve anheischig, a) dessen „ondersaissen" sowie 273

---

118) Einige mit dem Vollzuge der Schöffensatzung in Verbindung stehende Actenstücke (Eidformeln, Reversalien, Dimissorialien) finden sich in der *Apolog*. Nr. 68—70 S. 179 flg. u. *Secur*. Nr. 35—37 S. 201 flg.

119) Dieser durfte für die erwirkte Begnadigung laut kaiserlicher Urk. v. dems. Tage sich von den Cölnern 5000 Gulden rhein. auszahlen lassen. *Chmel* a. a. O. nr. 3343.

120) Worin diese bestanden, lässt sich nicht ersehen.

die der Abteien Werden und Essen, über welche der genannte Herzog „eyn vaegt is“, mit Leib, Habe und Gut „bynnen der stat Colne ind vort so wyt ind verre derselver statgebiede reyckt zu wasser ind zo lande, gunstlichen und truwelichen zu beschyrmen ind zu geleyden“, und nicht weiter zu behelligen, zu bekummern und zu beschweren, „dan eynen yederen vur syne eygen proper schoult off bruchde, ind yglichen up synen gewoenlichen zolle, assyse ind weichgelde“; ferner b) denselben Land- und Stifts-Angehörigen „veylen kouff“ auf den Stadtmärkten zu gönnen; endlich c) jedem Feinde des Herzogs, des Abts und der Aebtissin den Aufenthalt in der Stadt und deren Gebiet zu versagen. Ganz dieselben Zusicherungen werden auch von Seite Johann's den Cölnern gemacht. Etwaige „stoisse off zweionge“ aber, die sich nachmals aus vorstehender Uebereinkunft ergeben würden, sollen in Güte ausgeglichen werden, „diese „vruntliche vereynonge“ aber die nächstfolgenden drei Jahre hindurch währen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 322 S. 393, 94.

274 **1467**, Mai 26 [121]). Kaiser Friedrich III. trifft in Beziehung auf das hohe Gericht und die Gerichte Niederich und Airsberg zu Cöln für die Zeit, während welcher ein erwählter Erzbischof noch nicht die Regalien vom Reiche empfangen hat, interimistische Massregeln, eingekleidet in die Form eines Privilegs für die Stadt, über die Ausübung der peinlichen Jurisdiction sowohl als über die Besetzung der vacant gewordenen Greven- und Schöffenstellen —: „bekennen und tun kundt, daz uns durch glaublich anbringen und gemain gesuche und geschray fürkomen ist, wie yecz lanngezeit her in der wirdigen stat Cöllen in sachen leib, blut, ere und erbe antreffunt von greven und scheffen des hohengerichts und der gerichte Nyderrich und Airsperg zu sand Gereon und auf Aigelstein daselbs zu Cöln, die in leben weilent erczbisschofs Dietrichs nachstverschaiden [122]) durch in ingeseczt und geweltigt sein, nichts gericht noch procedirt werde, darumb daz der erwirdig Ruprecht, erwelter und bestetter zu Cöllen [123]), dem als burggraven derselben gericht, wenn er seine regalia hett, die zuversehen und zuverwesen gepürent, durch pruch der gepranchung seiner regalien, mit den er von uns und dem heiligen reich noch nicht belehent ist, richter noch greven zu seczen noch newe scheffen zu weldigen hat, so sein auch dazwischen ettlich der benanten scheffen mit tod abgangen, dardurch mit der rechten anzale nach altem herkomen der stat Cöllen und der obgenanten gerichtte in den bemelten sachen nicht gericht noch procedirt mug werden, solicher vorgemelter ursachen und geprechen halben übung der gerichtte die übeltat, so in dieser zeit biszher vil mer denn sunst erwachsen sein, ungestrafft beleib, und meniger dem anndern sein erib und gut frevenlich vorhalt und das recht verczíehe, die stat und gemain zu Cöllen deshalben rechtlosz und verirrt verlassen, auch die übeltetter in irer poszheit gesterckt werden und konhait nemen verrer übel zu tun, dadurch die benant stat Cöllen in irem regiment und wesen merklich vorleczt werde: alss haben wir .... betracht, daz uns aus kaiserlicher oberkeit gepürt zubestellen und darob zusehen, daz in der obgenanten stat Cöllen yglicher rechtens bekomen müge und die übeltat nicht ungestrafft noch ungepeinigt beleiben, und haben darumb ... den vorgenanten greven und scheffen, so yeczunt daselbs zu Cöllen an dem hohengericht und den vorgenanten anndern gerichtten sein oder kunfticlich ye zu zeittn sein werdent, erlaubt und vergönnet, erlauben und vergünnen, ... in auch samentlich und besunder bey einer peen, nemblich fünfftzig marck löttigs golds, uns die in unser kaiserlichen camer unablesslich zu bezalen, ernstlich und vestiglich gebietende, (§. 1) daz sie umb alsoliche verhindernus und gebrechen nun furbaser alleweg nach tod eines yglichen erczbischofs oder burggraven zu Cöllen, als lang der new erwelte und bestettigter zu Cöllen seine regalia von dem heiligen reich nicht emphanngn hat, noch zu Cöllen als ein erczbischove ingefürt ist, die vorgeschriben gericht besiczen und in allen sachen, auch leib und guet, erb und ere berurende, in derselben zeit richten, rechtsprechen und das vollenfüren mugen, in allermasze als ob soliche hindernus nicht were, und sie tun möchten, so ein erczbischove oder burggrave zu Cöllen nach seinn erlangten regalien und seiner infürung in soliches bevolhen hette. Wir günnen und erlauben auch (§. 2) den vorgemelten scheffen, in auch in obgeschribner masz und der peen vorgeschriben gebietend, daz sie nun fürbaz, wan der greven einer mit tod abgienge, oder daz der durch gepruch der regalien oder sonst durch dheinerley annder hindernusz, versaumbnusz, blodigkeit, weigerung oder verczug des erczbischofs oder burggraven zu einichen zeitn nicht gesaczt wurde, oder das der greve,

121) Die Abdrücke haben in der Datirung unrichtig „frytag“ (22. Mai) anstatt „eritag.“

122) Er ist am 13. Febr. 1463 verstorben.

123) Ruprecht, Sohn des Pfalzgrafen Ludwig des Bärtigen, wurde am 30. März 1463 gewählt.

der gesaczt were, sich weigerte oder verczüg in den vorgemeltten sachen recht zu tun und das zu volnfüren, oder durch forcht nicht tun dorffte, daz die scheffen alsdan auff begeren der stat Cöllen on einich verczug oder intrag einen aus in bey iren ayden welen und seczen sollen und mugen, der ein rechter richter und deszhalben unser statthalter sein und den gwalt habn solle, alles das zu tun, zu richten und zu volnfüren in den vorbenanten sachen, das ein recht greve oder vorschriben gericht durch einen erczbischoven oder burggraven eingesaczt tun möchte, alsz lang bisz daz der erczbischove ye zu zeitten oder burggrave die obgenante gerichtt besiczen und vorwesen, alsz sich gepürt. Ob sich auch (§. 3) begebe, wurde furbaz, daz der scheffen anzal nach altem herkomen nit völlig noch gnug were uber solich vorgeschribne sach zu richten und zu urtailen, oder daz einich von den scheffen, die nun zumal sein oder nachmals können werden, sich weigerten an den gerichtten zu siczen und mit den anndern zu richten und urteil zu sprechen, oder soliches nicht tun durfften: so sollen und mügen die anndere scheffen bey iren aiden und der obgeschriben peen von kaiserlicher macht und gwalt, die wir in mit disem brieff verleihen, uff furderung und begeren der stat Cöllen on einich verczug oder intrag an derselben statt annder scheffen, so vil der not were, aus fromen geboren, nach form der leczten scheffen inseczunge zu zeitten weilent erczbischoff Dieterichs des nechsten gescheen, erwelen und kysen, das sie auch auff dise zeit tun sollen und mügen bey iren ayden under der peen vorgeschriben. Und ob die auch (§. 4) durch gepruch der regalien oder sunst durch verseumnus, hindernus, blodigkeit oder verczug des erczbischofs oder burggraven zu vorwesunge der gerichtt, alsz obsteet, nicht eingesaczt oder gewelttiget wurden, alsdan sol der eltist scheffen den gwalt und macht haben, die wir im auch gebn in crafft disz brieffs, die yecz genanten erwelten scheffen, ein oder mer, so dick und desz not geschicht, zu vorwesung solicher gerichtt inzuseczen und zu geweltigen, mit ime bey iren aiden zu richten uber die obgenanten sachen, gleich und in allermaszen ob der oder die durch einen erczbischoffen oder burggraven zu Cöllen, der sein regalien hette, nach seinen infüren ingesaczt und geweltiget were, alsz lang bisz daz ein erczbischove, der seine regalia hette und zu Cöllen ingefüret were, kompt und dieselbe new erweltt und ingesaczte scheffen geweltiget und ingeseczet und ire aid von in nimbt, alsz gewondlich ist. Deszgleichen (§. 5) ob sich begebe, dass der greve, schultheis und die scheffen alle gemainlichen, so dazumal weren an den vorgenanten gerichtten oder an einichen der vorschriben gerichtten, sich weigerten die gerichtt zu besiczen, zu richten und urteil zu sprechen, oder soliches nicht tun dörffen: so sollen die vorgenante burgermeistere und rat der stat zu Cöllen, die alsdan einen siczenden rat repräsentiren, so offt desz in künfftigen zeitten not wirdet, den gwalt haben, den wir in auch von Romischer kaiserlicher macht mit disem brieff geben, aus irem rat oder aus annderen iren erberen burgeren an der scheffen statt annder greven, schultheis und scheffen, so vil der not were, zu erwelen und zu kysen, und die zu vorwesung solicher gerichtt inzuseczen und zugeweltigen, und gewondliche aid von in auffzunemen, die gerichtt zubesiczen und in der vorgenanten und alln anndern sachen, die an dieselben gerichtt gehörent, zu richten, urteil zu sprechen und die zu volnfüren, in allermasze ob die alle durch einen erczbischoven oder burggraven zu Cöllen, der seine regalia hette und zu Collen ingefürt were, ingesaczt und geweltigt weren, als lang bisz sie [mit den] ersten greven, schultheissen und scheffen die gerichtt besiczent, [und die] recht und richtung tun, als in gepurt, on geverde. Darinnen sol nicht irren noch hinderen dheinerley fryheite oder privilegien, so wider diser unser begnadung jemandts gegeben were oder dawider gepraucht werden möchten." *Apolog.* Nr. 72 S. 183 — 87; *Secur.* Nr. 33 S. 197, 98; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 361, 62; Auszug b. *Moser* a. a. O. S. 301 — 3 und die Eingangsstelle b. *Chmel* a. a. O. S. 510 nr. 5018.

Dieser wichtige Rechtsbrief wurde später, als dem Erzbischofe von Cöln und seinem Stifte „zu abbruch seiner freyheiten, privilegien, oberkeiten, herligkeiten, alten herkomen, gerechtigkeiten und gewonheiten gereichend" und überdies „gegen die „ordtnung der gülden bullen" verstossend, nebst zwei anderen Gnadenbriefen durch Kaiser Maximilian I. mittels Urk. v. 19. Sept. 1518 zurückgenommen. *Apolog.* Nr. 99 S. 254 flg.; *Secur.* Nr. 62 S. 224 flg.; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 656 flg.

1467, Nov. 29. Bürgermeister, Rath und gemeine Bürger von Cöln vereinigen sich mit dem Herzoge Gerhard von Jülich, um die lang zwischen ihnen bestandene „vruntschafft ind eyndracht vurder zo vestigen ind zu vermeirren", neuerdings über gewisse längst gegenseitig zugestandene Punkte, hauptsächlich betreffend: die Befriedung und Beschirmung der beiderseiti- 275

gen Angehörigen, die Verschonung derselben mit Bekümmerung für fremde, auch nicht bürgschaftlich übernommene Schulden, die unverzögerliche Gerichtsschutz-Gewährung bei Klagen, die Unstatthaftigkeit eigenmächtiger Befehdung und Beschädigung, Fälle einer Rechtsverweigerung ausgenommen, den freien Handelsverkehr u. s. w., wobei zugleich das Edelbürgerrecht des Herzogs in der Stadt Cöln ausdrücklich und als unentziehbar während der nächstfolgenden zehn Jahre anerkannt, damit der Lehensgenuss einer Jahresrente von 100 Gulden verbunden, und das früher dem Herzoge von den Cölnern bewilligte Darlehn zu 2000 Gulden um 5000 vermehrt wird. Die beiden Jungherzoge Wilhelm und Adolph sollen, sobald sie das Alter von fünfzehn Jahren erreicht, ebenfalls Edelbürger in Cöln sein und alsdann gegenwärtige Vereinbarung in allen Stücken auch für sich gelten lassen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 337 S. 420—22.

276 **1469**, Oct. 29. Herzog Karl der Kühne von Burgund erneuert auf Bitten der „burgimastri et consules civitatis Coloniensis nomine communium civium et incolarum ejusdem" das zwischen diesen und dem Herzoge Heinrich von Lothringen und Brabant im J. 1251 getroffene Uebereinkommen (nr. 83). *Cöllnische Reform.* (1621) Abthl. II S. 170—72. [Extr.]

277 **1469**, Nov. 2. Kaiser Friedrich III. verordnet und erklärt in Ansehung der Appellationen und Berufungen von Urtheilen der Gerichte, namentlich des hohen Gerichts der Stadt Cöln in Zeiten, da ein Erzbischof noch nicht mit den Reichsregalien beliehen sein sollte, dass derjenige, welcher sich „durch die greven und scheffen daselbs beswert sein vermeint und von solcher beswernusz . . . zu beruffen oder zu appellirn understeet, sein appellacion an den Romischen keyser [124]) . . . und sunst nynndert hin . . . tun und inlegen", im Uebrigen aber bezüglich der Form, Caution, Abweisungsbusse etc. es bei der Reformation Erzbischof Dietrich's sein Bewenden haben, endlich jede wider diese „kaiserliche erclerung" verstossende Appellation „ganntz ab, vernicht und crafftlos" sein soll. *Chmel* a. a. O. S. 570, 71 nr. 5803.

Auch dieser Rechtsbrief theilte das Schicksal jenes von 1467 (nr. 274).

278 **1473**, Jun. 5. Die Stadt Cöln geht mit dem Landgrafen Hermann zu Hessen als Erzbisthums-Verweser [125]), sowie dem Domcapitel, der Ritterschaft, den Städten und der Landschaft des Erzstifts [126]) ein Bündniss ein, worin zuvörderst von jeder Partei den Unterthanen der anderen Schutz und Schirm nebst freiem Handelsbetriebe zu Wasser und Land (vorbehaltlich der herkömmlichen Zölle und sonstigen Rechte) u. a. m. zugesichert, insbesondere aber verabredet wird, dass künftige „stoesse, zweionge, gebreche ader vorderonge" zwischen den Contrahenten durch beiderseits gewählte Freunde mittels schriftlich unter Siegel überschickten Rechtsspruches beigelegt, und der Stadt, wenn sie „myt gewalt, veheden oder hersscrafft overzogen, overfallen offt belachte wurde", von der anderen Partei binnen vierzehn Tagen zur Hülfe „duysent zo perde und duysent zo voess... guder werhafftiger manne myt irem harnesch, geleyen, hantbuyssen und armprusten wail zogerust, myt dryen off vier verstendigen erfaren heuftmanne geschickt" werden sollen. Dieses „fruntliche naberliche verstentnysse sall . . . duren und weren hundert jair lanck und vort darna solange bis idt van eyncher parthie upgesacht wurde", aber in keiner Weise den Briefen, Siegeln und Verschreibungen der Verbündeten von ihrer Macht etwas benehmen, oder der Stadt und dem Rathe, sowie den Bürgern und Eingesessenen Cöln's an „yren alden rechten, gewoenden und herkomen" Abbruch thun, namentlich die Cölner nimmermehr für den Erzbischof „pandbar noch vehede plichtich" machen, „want sie des durch mannigfeldige keyserliche und konigliche sententien, declaratien und pryvilegien gefryet synt [127]), als lantkundich und offenbair ist." Schliesslich erklären noch die Cölner, sich mit Erzbischof Ruprecht, mit welchem sie bis dahin „gebreche, yrrong und zweydracht" gehabt [128]), nicht eher „verdragen und scheiden, noch ouch geynen zokomenden heren des stiffts van nu vortaen annemen, entfangen noch zolaissen" zu wollen, „sy enhaven dan diese fruntliche verstentnyss und verdrach in allen yren stucken und artikeln confirmert, bestedicht und myt beleeft, vestenclichen zo halden und zo vollentzien, und des yre transfixbrieve . . . myt yren sie-

124) Vgl. unten nr. 281.

125) Derselbe war Probst zu St. Gereon gewesen und während der Kämpfe der Stadt mit EB. Ruprecht vom Domcapitel 1472 zum Administrator des Erzstifts gewählt worden.

126) Ueber die unter EB. Dietrich II. entstandene s. g. Landes-Vereinigung des Kurstaats Cöln s. *Mathieux* a. a. O. S. 133.

127) Vgl. Urkk. nr. 49, 53, 96 lit. f., 166 etc.

128) Vgl. *Mathieux* a. a. O. S. 135 — 37. Dazu *F. D. Häberlin's* Dtsch. Reichshistorie VI, 547 flg. 607 flg. VII, 21 flg.; *Souchay's* Gesch. der dtsch. Monarchie IV, 374, 377 flg.

gelen versiegelt.. geven." *Lacomblet* a.a.O. Nr. 366 S. 456—59.

279 **1473. Schrein-Ordnung**, eigentlich nur ein Verzeichniss der (angeblich „anno Domini 1056 in Cöllen angehabenen und auffkommenen") dreiundzwanzig Schreine, „darinn man schreibt erb und erbzal, erbliche zinss, leibzucht, rente, beyde geistlicher und weltlicher güter", mit beigefügter Anleitung zur Benützung, d. h. Anweisung, in welchen Schreinen man seine Erben und Erbrenten zu suchen habe, wenn man sie in den Büchern desjenigen Kirchspiels, worin sie gelegen sind, nicht finden sollte, sowie einigen kurzen Vorschriften a) über die in die Schreine zu intabulirenden Rechtsverhältnisse [Successionsfälle in absteigender Linie, Gatten-Testamente, Gifften, Vermächtnisse zwischen Eheleuten etc.] und b) über die Werths-Berechnung der in den Schreins-Aufzeichnungen begegnenden alten Geldarten. Angehängt erscheint am Schlusse ein Extract aus der Morgensprache v. 1385 [nr. 230]: „dass man kein erb noch erbrenten erblichen zubehalten an geistlichen schreiben soll; was aber der zeit die geistlichen vor 30 jar in possessione gehabt, sonder schrein oder brieffe, das mögen sie behalten."

Abdrücke in den beiden Sammelwerken „*Folgen die Statute*" und „*Cöllnische Reform.*" (1621) Abthl. II S. 74—82, sowie in der *trierer neuen Sammlung* a. a. O. S. 59—62.

280 **1474,** Jan. 15. Kaiser Friedrich III. verleiht den Bürgermeistern und dem Rathe von Cöln — nach langwierigen zwischen ihnen und den Erzbischöfen darüber bestandenen Streitigkeiten — die besondere Gnade, „daz nun hinfüro zu ewigen zeiten die gemelte stat Cöllen gold und silber auff den grad und wert münczen und schlagen lassen müge, wie die dan des reichs kurfürsten uff dem Rhein lassen münczen und schlagen, von allermennicklich unverhindert." *Cöllnische Reform.* (1621) Abthl. II S. 139—41; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 363; *Moser* a. a. O. S. 303, 4 (Extr.); *Schmid*, Reichsstädte, Urkk. Nr. VIII S. 353, 54 (mit Text S. 52).

Hieran knüpfen sich mehrere von der Stadt Cöln mit den Kurfürsten von Cöln und Trier, und nachmals auch mit dem Herzoge von Jülich abgeschlossene, zum Theile kaiserlich confirmirte Münzverträge, hauptsächlich die Prägung neuen Silbergelds betreffend, z. B. aus den J. 1474, 1481, 1493, 1494. Vgl. *Leitzmann* a. a. O. S. 176.

281 **1474,** Jan. 15. Kaiser Friedrich III. verfügt ferner, dass für die Zeit, in welcher nach Abgang eines Erzbischofs und Burggrafen zu Cöln der neugewählte Nachfolger seine Regalien und Lehen vom Reiche noch nicht empfangen und seinen Einritt [129]) als Erzbischof in die Stadt noch nicht gehalten haben werde, die Appellationen gegen Entscheidungen des hohen Gerichts sowie der Schöffengerichte zu Niederich und Airsberg „ligunder und annderer guter halben", welche bis dahin (nach der Anordnung v. 1469, nr. 277) unmittelbar an den römischen Kaiser zu geschehen hatten, bei dem Domcustos („tumbcuster") angebracht, und von diesem als des Kaisers „statthallter und richter" angenommen und vor ihm vollführt werden sollen. *Chmel* a. a. O. S. 662, 63 nr. 6829.

Es ist dieses der dritte Rechtsbrief, welchen Kaiser Maximilian aus den oben zu nr. 274 bemerkten Gründen im J. 1518 cassierte.

1474, Jan. 17. Derselbe verordnet noch ausserdem in Ansehung der Berufungen von den Gerichten der Stadt Cöln an das kaiserliche Kammergericht, dass 282
a) der Appellant „den burgermeistern und rate von stund an einen eide zu got und den heiligen sweren sol, daz er solh appellation nicht geverdlichen noch zu verlenggrung der sachen, sunder zu notdurfft seiner gerechtigkeit tue, und dieselb sein appellation in vier moneden, den nechsten nachdem die bescheen ist, im keiserlichen hove und camergericht anhenngig machen, eine keiserlich ladung darauf erwerben und der parthey verkunden welle"; dass ferner b) die „appellirend parthey der widerparthey caution und stetigkeit tun sol für die niderlag nach lautt der stat gesecze", widrigenfalls die Appellation „abe und nit sein" und das Urtheil zum Vollzuge kommen würde; dass c) blose kaiserliche „inhibicionbrieve" den Gang eines eingeleiteten Processes nicht aufhalten dürfen, „es were dann der keiserliche ladungsbrieve der widerparthey darvor geantwortt und verkundet, und des dieselben von Collne durch die appellirend parthey warlich bericht, als sich geburt"; dass endlich d) Appellationen, welche „vor dem entlichen urteil interponirt oder furgenomen werden mochten und die von gesetzenn des gemeinen beschriben rechtens... verboten sind", von den cölner Gerichten nicht zugelassen, vielmehr „von nichte sein" sollen, „ob die furgenomen wurden." Vollständig b. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 363, 64, auszugsweise b. *Moser* a. a. O. S. 304, 5 und *Chmel* a. a. O. S. 663 nr. 6831.

---

129) Ueber das hiebei in Cöln beobachtete Ceremoniell s. die alten Beschreibungen in der *Secur.* Nr. 58, 59 S. 218—22.

283 **1475**, Sept. 19. Derselbe, welcher zuvörderst ausführlich berichtet, wie er früher der Stadt Cöln ihre von den römischen Kaisern und Königen herrührenden Gnaden, Freiheiten und Privilegien, insbesondere dreizehn einzeln namhaft gemachte Rechtsbriefe von Otto IV., Heinrich, Friedrich II. (a, b), Wilhelm, Richard, Adolph, Albrecht, Karl IV. (a, b) und Sigismund (a – c), erneuert und bestätigt, dann aber in Erfahrung gebracht, dass diese Confirmation einem vorher auf „anbringen und underrichtung" der Erzbischöfe ausgesprochenen Widerrufe eines Theiles jener Freiheiten, wie er namentlich in einem aachner Briefe v. 18. Juni 1442 enthalten gewesen, widerstrebe, demungeachtet jedoch hierauf wiederholt der genannten Stadt „alle und ygliche gnad, freyheit, brieffe, privilegien etc." erneuert und bestätigt habe — erklärt, dass er — wahrscheinlich um dem schwankenden Zustande einmal ein Ende zu machen — nun nochmals den Bürgermeistern, dem Rathe, den Bürgern und der Gemeinde der vorgenannten Stadt Cöln, hauptsächlich in Anbetracht der von ihnen „itzo wider den herczogen von Burgund, als des reichs feindt und widerwertigen, dem heiligen reich und teutscher nation zu eren und guten mit darstreckung irer leibe und guet mercklich und unverdrossentlich" geleisteten Dienste, „alle und ygliche ir obberurte gnad, freyheit, brieve, privilegia, verleihunge, aussnemunge, recht, gerechtigkeit, alt herkomen und gute gewonheit, besonnder das privilegium, inen von weilent keyser Carl dem vierten . . . gegeben, mit den puncten der burban und banmeilen [131]), in allen und yglichen iren worten, punckten, clausulen, articulen, inhaltungen, meinungen und begreiffungen . . . . gnediglich vernewere, confirmire, befestige und bestetige, auch die obbeschriben widerrufung, vernichtung und abstellung mitsambt allen confirmatien und bestettungen, ob die einichen erczbischoffen zu Cöllen . . . gegeben weren oder noch aus vergessenheit oder in annder weys gegeben wurden, nachdem erczbischof Ruprecht zo Cöllen über des heiligen vatters des pabsts und des keysers hohe gebott den herczogen von Burgund zu abbruch und minderunge des heiligen reichs in dem stifft Cöllen bracht, ... genczlich widerumb auffhebe, cassire, abtue und vernichte", so dass die Cölner im Gebrauche und Genusse vorerwähnter Gnaden und Freiheiten, und „sunderlich der banmeile ausswendig der gemelter stat Cöllen von derselben stuttmawern biss gegen Godorp und fort in gleicher weite rundt umb die stat zu wasser und zu lannd . . . nu hinfür in ewigkeit unwiderrufflich . . . pleiben sollen und mögen von allermenniclich ungehindert." Am Schlusse fügt dann der Kaiser noch die wichtige Bestimmung hinzu: „Wir ordnen, seczen und ercleren auch, daz nu hinfür ewiglich die vorgenante stat Cöllen mit allen oberkeiten, herrligkeiten, freyheiten, privilegien, rechten und gerechtigkeiten allein uns und dem heiligen reich on mittel zugehörig und gewandt, auch die burgermeister, rat, burger und gemeyne daselbs gewondliche huldung und eyd, als sie die bizher einem romischen kunig nach alter gewonheit getan habent, tun, und hinfür ewigklich die erczbischove zu Cöllen burgermeister, rat, burger und gemeyne der gemelten stat Cöllen für sein burger und getrewen, noch auch dieselbe stat in seinen schrifften oder reden „seine stat" schreiben oder nennen sollen, und ob die genante von Cöllen biszher zu abbruch unser und des reichs oberkeit, herrligkeiten, recht und gerechtigkeiten aus vergessenheit oder in annder weisz einichen erczbischoven daselbs huldung oder eyd getan hetten, dieselbe soln doch crafftloss, unmächtig und unbundig sein und vort mer von inen oder iren nachkomen in ewigkeit nit getan werden." *Apolog.* Nr. 73 S. 187 – 92; *Secur.* Nr. 55 S. 215—18; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 366 – 68; *Moser* a. a. O. S. 306 – 8. (Extr.)

Die Endstelle des Privilegs drückt auf das unzweideutigste den ernstlichen Willen des Kaisers aus, Cöln wirklich den deutschen Reichsstädten beizugesellen. Allein er scheiterte an den nicht minder energischen Gegenbestrebungen Erzbischof Hermann's, so dass am Schlusse des Mittelalters die Frage der Reichsunmittelbarkeit noch als unentschieden angesehen werden muss. Vgl. *Arnold*, Freistädte Bd. II. S. 413.

1475, Sept. 25. Derselbe verordnet, dass 284 Niemand die Bürgermeister, Rathleute, Bürger, Gemeine, Einwohner und Zugehörigen der Stadt Cöln wegen der bei Belagerung der Stadt Neuss [132]) gegen Erzbischof Ruprecht geübten Gewaltthätigkeiten „anlangen, furheischen, bekummern, auffhalten,

130) Herzog Karl von Burgund war dem von allen Seiten verlassenen Erzbischofe Ruprecht von Cöln auf dessen Bitten mit grosser Heeresmacht zu Hülfe geeilt.

131) Priv. v. 8. Dez. 1355 nr. 201.

132) Die Literatur über diese den Zeitraum vom Juli 1474 bis zum Juni 1475 umfassende Belagerung s. unter dem Art. „Neuss."

noch darumb in einichem geistlichen noch weltlichen gericht, was namen das hette, wider sy, ir leib oder gut nichts fürgenomen, gehandlet, gerichtt, geurtailt, procedirt noch getan werden solle", und dass ferner ohne der genannten Bürgermeister und Rathmannen „wissen, vergünstigung und erlawbung" die innerhalb der Bannmeile und im Umkreise der Stadt „abgebrochenen und niedergelegten" Befestigungswerke niemals wieder aufzurichten seien. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 365, 66; *Moser* a. a. O. S. 305. (Extr.)

285 **1481**, Febr. 9. Der cölner Erbvogt Graf Gumprecht von Nuenar [133]) belehnt den Goedert Schall von Bell mit dem bereits von dessen Schwiegervater Hermann von Mauenheim und seinen Vorfahren lehnsweise besessenen Zolle „van allen fruchten und vort van allen anderen sachen, die zu Cöllne zu marte komen", so dass er auch „denselven toll vier tage in jeglichen wochen, mit namen: maendag, donnerstag, freydag und saterstag uphaven" darf. *Apolog.* Nr. 131 S. 342, 43; *Secur.* Nr. 168 S. 363, 64.

286 **1483**, März 14. Landgraf Hermann zu Hessen, seit 1480 als Hermann IV. Erzbischof von Cöln, bestätiget das während seiner Stifts-Verwesung am 5. Juni 1473 [nr. 278] mit der Stadt Cöln eingegangene Bündniss. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 456 Note 2.

287 **1485**, Dez. 6. Derselbe dehnt vorstehendes Bündniss mit der Stadt Cöln dahin aus, „dass sie sich gegenseitig mit ganzer Macht Hülfe leisten wollen." (R.) *Lacomblet* a. a. O.

288 **1486**, Febr. 13. Kaiser Friedrich III. erlaubt der Stadt Cöln, den ihr um der Dienste willen, welche sie wider Karl von Burgund dem Reiche geleistet hatten, zugestandenen Zoll von allen vor Cöln vorbei den Rhein auf- und abwärts gehenden oder in die Stadt kommenden Wein- und Waarensendungen für alle Zukunft ewig und unwiderruflich einzunehmen. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 723 nr. 7801.

Dieser neue cölner Rheinzoll erregte bei den benachbarten Fürsten grosses Aergerniss, und veranlasste alsbald mehrere Bündnisse unter denselben, wie z. B. Pfalzgraf Philipp's bei Rhein mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen v. 21. Jul. 1489, des Ersteren mit den Kurfürsten von Mainz und Trier v. 23. Jul. 1489, worin u. A. auch den Cölnern Geleit, Schutz und Schirm zu Land und Wasser innerhalb der betreffenden Gebiete aufgekündigt wurde. Da jedoch dieses Alles zu dem erwünschten Ziele, der Wiederabschaffung jenes gehässigen Zolles, nicht zu führen vermochte, thaten die drei erwähnten oberrheinischen Kurfürsten mittels Vertrags v. 30. Oct. 1489 den weiteren und energischeren Schritt und schlossen den Niederrhein gegen den neuen Zoll der Cölner bei Coblenz völlig ab, indem sie unter sich vereinbarten: „das der Ryne zu Covelentz versperret sin und hinfür nyemants gestattet werden sal, wyn, frucht nach ander gewar under Covelentz den Ryne uff noch ab zu furen. und damit der gemeyne kaufman nichts destmynder synen handel und gewerbe uff dem Rynstram overhalben Covelentz zu uben und ferner zu sinem nutze zu vertriben fuge und statt haben möge, soll alle geware und kaufmanschaft, so den Ryne hinabe biss geyn Covelentz gefuret wirdet, daselbs niddergelegt und dem kaufmann gegonnet werden, syn gut von dannen in die Nidderlande, auch widder heruff uss den Nidderlanden geyn Covelentz uff der Mosel oder zu wagen, weliche strasse ime fuglich und bequeme sin wirdet, zu furen und zu bringen. doch soll keynerley gut noch gewar gein noch von Colne gefurt noch an eyniche ander ende, von dannen das furter ghen Coln kommen solt, zu furen gestattet und soliches von einem yeden kaufmann dermassen getruwelich und ungeverlich zu halten mit glubden und eyden verpflichtet und berechtet, auch dieselb pflicht und berechtunge von unser obgenanten dryer kurfursten wegen uffgenommen werden." Diesem Uebereinkommen trat dann durch Urk. v. 5. Jul. 1490 auch Erzbischof Hermann IV. von Cöln bei. Kaiser Friedrich III. nahm sich jedoch der Cölner an, und erliess unter dem 2. Sept. 1490 an den Pfalzgrafen Philipp (ob auch an die übrigen Theilnehmer des Vertrags v. 1489, ist unersichtlich) die Weisung, bei Vermeidung schwerer Ungnade und Strafe „sin unbillich fürnemmen und handlung unverzogenlich abzustellen, den Rynstram durch die genanten von Collen und ander offen und fry, wie von alter her bescheen ist, gebrauchen, auch dieselben von Collen und die iren mit irer kaufmanschatz und gut zu und von der messe zu Franckfort und ander ende durch sin gebiete sicher und ungehindert wandeln und nach altem herkommen geleiten zu lassen, und hierinne ferner nit ungehorsam zu erschynen." In der Sachlage änderte sich durch diese kaiserliche Einmischung Nichts; der cölner Rheinzoll blieb — und auch der Groll über denselben blieb der alte. Die hierher gehörigen Urkk. und Re-

133) Die Grafen von Nuenar hatten die Erbvogtei von der cölner Kirche zu Lehen. *v. Mering*, Alt-Stadtcölnische Verfassung S. 37.

gesten gibt *Mone* in seiner Ztschr. Bd. IX S. 37 — 44. Vgl. auch *Lacomblet* a. a. O. Nr. 449, 50 S. 555—59.

289 **1487**, Jan. 9. Bürgermeister und Rath der Stadt Cöln geloben dem Erzbischofe Hermann IV. sowohl aus „sunderlicher gunst und zuneigung" zu demselben, als auch aus Dankbarkeit gegen des Kaisers Majestät, so lange Ersterer am Leben sei, ihm an dem Zolle vor der Stadt Linz am Rheine, womit er von Friedrich III. „versehen" worden, „kein beschwernis oder indrach thun", vielmehr gegen jeden, der ihn „an sulchem zolle vergewaltigen und verunrechten wulde", Hülfe und Schutz nach Kräften gewähren zu wollen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 434 S. 540, 41.

290 **1487**, Nov. 9. Die Stadt Cöln errichtet mit dem Erzbischofe Hermann und dem Herzoge Wilhelm von Jülich und Berg, um den seit einiger Zeit im Lande umher „uperstandenen swairen leuffen ind unordencklichen wesen zo wederstain", einen „verbundtzbrief", worin gegenseitige Waffenhülfe wider jeden, welcher eine der verbündeten Parteien „mit veden off sunder veden, mit oevertrecken, mit bestallungen, mit rouve, brande, name off ander gewalt antasten" würde, unter Beifügung näherer Vollzugsbestimmungen zugesichert wird. Doch nehmen alle Bundesgenossen den Pabst und Kaiser, und die einzelnen Conföderirten je eine grössere oder kleinere Anzahl benannter Personen aus, gegen welche eine solche Kriegshülfe nicht zu leisten sein soll. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 435 S. 542—44.

291 **1491**, Aug. 20. Bürgermeister und Rath der Stadt Cöln, welche bis dahin mit Erzbischof Hermann IV. über verschiedene Punkte der Gemeindeverwaltung und Rechtshandhabung „irrungen, gebrechen und zweyschelicheyt" gehabt haben, erzielen endlich nach vielen „guetlichen dadyngen under eynanderen" ein den Streit völlig schlichtendes und die beiden Theile vereinigendes Uebereinkommen, betreffend: a) den einstweiligen Gebrauch der „Franckforder werungen" bei Renten-Zahlungen an der Mühlentafel; b) die Leistung der verschriebenen 600 Gulden am erzbischöflichen Siegelamte im Saale; c) die Beseitigung der die Entrichtung des Bierpfennigs („gruyss") hemmenden „besweernysse"; d) die Gerichtstage und die Fristen der Urthelsweisung bei dem hohen Gerichte; e) die daselbst zu erhebenden Gebühren von „testamenten, vermechtenissen, ghifften oder updrachten", namentlich bettlägeriger oder gar an der „pestilentien" erkrankter Personen, ferner von Schuld- und anderen Contractsbriefen, sowie für die Beschauung eines Todten; f) das Verbot, von den Parteien im Processe „gaeve, bate ind genoss" zu nehmen; g) die Unterbringung und Verwahrung deponirter, insbesondere „gekummerder" Gelder; h) die Unstatthaftigkeit heimlicher Gerichtspfändungen; i) das Verfahren gegen diejenigen, welche Andere „umb scheltworde willen" angesprochen haben, während letztere „sulcher ansprachen durch ire geboider [134]) oder gedaene unschoult ledich und quyt gewyst" worden sind; k) die Aufrechthaltung der Dietrich'schen „reformatie" des hohen Gerichts, jedoch mit einigen Modificationen in Ansehung der Appellations-Caution und Bürgschaft; l) die Form des Vollzugs richterlicher Pfändungen; endlich m) die Durchführung der einmal bei dem hohen Gerichte anhängig gemachten Rechtssachen an besagter Gerichtsstelle, „soverne as id sachen weren, die alldae, und ouch geyne sachen weren, die bynnen raitzstat zo rychten gebuerent." *Apolog.* Nr. 76 S. 197 — 203; *Secur.* Nr. 38 S. 202—5; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 613—16; *Moser* a. a. O. S. 308 —12 (Extr.); *Lacomblet* a. a. O. Nr. 451 S. 559—61.

1492, Aug. 9. Erzbischof Hermann IV. besetzt in Gegenwart einiger Glieder des Domcapitels und anderer Räthe das hohe Gericht binnen der Stadt Cöln mit eilf genannten Individuen, einem Greven und zehn Schöffen, zugleich anordnend und bestätigend, „dat nu vort an soloh sin obgemelt hohengericht mit der zall von eilff personen bekleit, dabie verbliven, und nit weiter von im und sinen nachkomlingen gehoegert, sunder vurbass, wie jetzt gemelt, gehalden sulle werden." Ginge nun ein Schöffe mit Tod ab oder würde er „des scheffenstuels mit einicher overfarunge entwirdiget" oder vom Erzbischofe „dess absolvirt unnd verlassen", so haben alsdann die übrigen „binnen einem maende, nachdem ine solchs kundig und wisslich wurde, einen anndern verstendigen, geboren, geerfften unnd eingesessen burger der statt Cöllen, der dem gericht vurschriven bequeme were, zu kysen, unnd ire gedaene khuer binnen dem ehisten maende darnach volgende dem erczbischoffe zu verkundigen, mit fleisslichem beden, denselven . . . vor den scheffen zu weldigen und inzuseczen, wie sich das na recht und altem herkomen gezimpt und gebürt." Unterbliebe aber die Wahl oder deren Anzeige oder fände der Erzbischof den Gewählten 292

134) Kläger ?

„zu sinem gericht und scheffen unbequem", so kann Ersterer einen anderen, dem die oben angeführten Eigenschaften zur Seite stehen, frei nach Gefallen ohne Jemands Einrede mit der erledigten Stelle bekleiden. Sollte endlich der Greve von seinem Amte abtreten, in welchem Falle er jedoch immer noch im Schöffenstuhle verbliebe, und nun der Erzbischof einen neuen Greven ausserhalb des Schöffen-Collegiums ernennen — so dass also dieses jetzt zwölf Glieder begreifen würde — so muss, damit die gesetzmässige Eilfzahl sich wieder herstelle, bei dem nächsten Eröffnungsfalle eines Platzes auf der Schöffenbank derselbe unbesetzt belassen werden. *Apolog* Nr. 79 S. 206 — 8; *Secur.* Nr. 39 S. 205, 6; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 617, 18.

293 **1493**, Apr. 27. Kaiser Friedrich III., bei welchem sich der cölner Stadtrath durch Botschaft darüber beschwert hat, dass die ihm vermöge kaiserlicher Freiheiten zustehende Befugniss, „zu notdurfft gemeines regiments daselbs zue Cölln ordnung, saczung, gebot und verbot fürzunemen und zu tun", dadurch, dass Viele den über sie wegen ihrer Ueberfahrungen und Verbrechen erkannten Strafen und Bussen mittels Appellirens zu entgehen wüssten, zum grossen Nachtheile des Gemeinwesens vereitelt werde, verordnet und declarirt, dass Bürgermeister und Rath zu Cöln im Besitze und in der Ausübung oben bezeichneter Strafgewalt verbleiben, und „einig appellation, ob die zue flucht solicher straff und buss geverlichen darvon zu tun understanden, nicht zugelassen werden noch statt habn sollen." *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 368, 69; *Moser* a. a. O. S. 312, 13. (Extr.)

294 **1493**, Apr. 27. Derselbe, welcher in Erfahrung gebracht hat, dass bei dem hohen Gerichte in Cöln „mannich übelteter, die daselbs zu Cöllen betretten und umb übeltat gefangen und greff- und scheffen überantwortet, so stattlichen, als die notturfft erfordert, mit peinlicher marter nit gefragt, und desshalben auch aus gunst und anndern ursachen menniger daselbs ledig gelassen, der in andern gerichten umb solch sein übeltat, die durch frage an ime erfunden, mit recht gestrafft werde, darauss der gemelter stadt, wo das ferrer gestattet, zerrüttung und nachteil, die mit der zeit dem heiligen reich zu schweren unrat und schaden fallent, entstehen möcht" — verordnet und erklärt, „daz nu hinfür zu ewigen zeitten burgermeister und rat zu Cöllen . . . übeltetig und schedliche leut, auch die, so mit übeltat auss gegründten ursachen bei inen berüchtiget werden, durch die ire antasten, vahen, gevengklich halden, und so offt sy dess notdurfft bedünckt, mit peinlicher marter fragen, und alsdan dieselbe übeltetter den gemelten greffen und scheffen überantworten und ir sag und bekantnus anzeigen, sy furter darauff auch zu fragen, und welich solcher zeit bekantnus und verhanndlung nicht gestendig sein wolten, das den obgemelten burgermeistern und rat zu verkünden, einen oder zween der iren zu solcher frag, die, ob dess not wurde, wiederumb von newen zu tuen und zu hören, zu schicken, und wie die gemelte greff- und scheffen ein jede derselben bekantnus und sachen erfinden, daruff mit recht, als sich gebürt, vollenfaren und straffen sollen und mögen, on der gnanten von Cöllen und mennigklichs irrung, hindernus und widersprechen, und dieselben von Cöllen mit solcher rechtlichen straff ferrer, dan jetzt berürt ist, nichts zu handlen noch zu tun haben." Auch dem Erzbischofe und Capitel wird die Beobachtung dieser „kayserlichen saczunge, ordnung, declaration und ercleruug" besonders anempfohlen, und Jedem, der „frevenlich hiewider täte", eine Pön von 100 Mark löthigen Goldes, abgesehen von der schweren Ungnade des Kaisers und Reiches, angedroht. *Apolog.* Nr. 81 S. 210—12; *Secur.* Nr. 23 S. 187, 88; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 369, 70; *Moser* a. a. O. S. 313, 14. (Extr.)

Diesen in den älteren Abdrücken darum nur als „vermeintes Privilegium" bezeichneten Rechtsbrief sah sich übrigens der römische König Maximilian I. veranlasst, auf Erzbischof Hermann's an ihn erstatteten Bericht hin: „daz beyde gerichts zweng, geistlich und weltlich, auch der antast in der bemelten stadt Cöllen einem erczbischoff und seinem stifft, und sunst niemande anders in rechten gebüre und zustee, und solch der genanten burgermeister und rat zu Cöllen vorbestimbt antast und frag der übelteter ein newigkeit und wider eins erczbischoffs und seins stiffts herbracht oberkeit, freyheit, gebrauch und gerechtigkeit sey" — sofort wieder durch Urk. v. 28. Juli 1495 ausser Kraft und Anwendung zu setzen. *Apolog.* Nr. 83 S. 215 — 17; *Secur.* Nr. 24 S. 188, 89.

1495, März 2. Bürgermeister und Rath der Stadt Cöln legen verschiedene zwischen ihnen und Erzbischof Herman IV. bestandene „irrungen und gebrechen" durch einen gütlichen Vertrag bei, dessen Inhalt sich vornehmlich auf die Mühlentafel-Rechnung, die erzbischöfliche „vettenwage", die an die Brauer verpachtete „gruisse", die Besetzung des Rathsgerichtes mit zwei vom 295

38 *

Erzbischofe und Stadtrathe dazu zu ordnenden „Doctoyren innen rechten, de kunde, kundtschafft und beweiss hören sullen“, das althergebrachte Recht der „rumunge“ bei Bauübertretungen, die Salzmüdder, die Entrichtung der Stiftsgülten und Renten in der „newen schweren muntze“, sowie einige bereits im Vertrage v. 20. Aug. 1491 [nr. 291 litt. b—d, k] behandelte Streitpunkte. Bemerkenswerth ist die das Dasein eines bankähnlichen Instituts in Cöln unfehlbar voraussetzende Stelle: „Item die hohe börsse betreffend etc. sall man erfahronge doin luyde der lesten uissgeschneden verwhelden [135]) zedell ym jar eyn und nuntzig gemacht.“ *Apolog.* Nr. 75 S. 222—28; *Secur.* Nr. 169 S. 364—66; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 619—22; *Moser* a. a. O. S. 314—19.

296 **1495**, März 10. Der römische König Maximilian I. ertheilt der Stadt Cöln, und zwar ganz in der Form des Confirmationsbriefes seines Vaters v. 29. Juni 1442 [nr. 239], eine Generalbestätigung aller ihrer „privilegia et literae.“ Vgl. nr. 297.

297 **1495**, Apr. 4. Derselbe erklärt unter Bezugnahme auf die goldene Bulle, dass vorstehende (wörtlich wiederholte) Rechtsbestätigung für die Stadt Cöln, und desgleichen die ihr früher von seinen Vorfahrern verliehenen, sowie in Zukunft von seinen Nachkommen etwa zu verleihenden Confirmationen dem Erzbischofe Hermann und dessen Nachfolgern, dem Erzstifte und der Geistlichkeit desselben an ihren Privilegien, Rechten, Freiheiten oder Briefen „keinen schaden oder hindernus bringen, noch die in einigen puncten schwechen oder krencken“ sollten. *Apolog.* Nr. 84 S. 218—21; *Secur.* Nr. 141 S. 325, 26; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 622—24.

Mittlerweile hatten sich nun die alten Zwistigkeiten zwischen dem Erzbischofe und den Bürgern von Cöln, der kurz vorher vereinbarten umfassenden Sühnverträge ungeachtet, fortgesponnen. Maximilian sah sich veranlasst, die missliche Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, und beide Parteien „uff seinen küniglichen tag hergegen Fryburg, in meinung die sachen zu hören und gütlich zu vertragen“, also zur Erzielung eines Vergleiches, vorzuladen. Allein an der vollständigen Ausführung seines Vorhabens hinderte ihn die Ueberhäufung mit anderen Reichsgeschäften. Da es ihm aber doch höchst widerwärtig gewesen sein mag, dass Hermann bereits die Streitsache bei der Curie anhängig gemacht, so erliess er am 25. Juli 1498 [*Secur.* Nr. 126 S. 352, 53] an ihn das Gebot „mit seinem angefangenen rechten vor dem babstlichen stuell zu Rom gegen die state Collen und die jren . . . stillzustehen“, und zeichnete zugleich in genauer Reihenfolge die von den Parteien einzuschlagenden Vermittlungswege vor. Schon die erste Frucht des königlichen Erlasses — die durch Kurfürst Friedrich von Sachsen wenigstens in Ansehung der „gerechtigkeit der gruyt binnen Cöllen“ zwischen der Stadt und dem Erzbischofe zu Stande gebrachte Ausgleichung [Urk. v. 23. März 1500, *Apolog.* Nr. 86 S. 228—31; *Secur.* Nr. 167 S. 362, 63; *Lünig* a. a. O. Thl. XVI S. 626, 27; *Moser* a. a. O. S. 319—21] — gehört jedoch gleich der ganzen Beilegung der „irrung und spenn“ dem hier nicht mehr in Betracht kommenden XVI Jhdt. an.

Dagegen mag hier zum Schlusse noch eines wahrscheinlich auf der Grenzscheide des eben genannten und des vorhergegangenen Jahrhunderts stehenden Rechtswerkes, um seines nicht uninteressanten Inhaltes willen, ausführlicher gedacht werden. Es sind dies **„der Statt Cöllen alte recht und Burger freyheiten“** in 44 meist kurzen Artikeln mit nachstehenden Ueberschriften: 298

„1. Die statt Cölln ist ein freye reichsstatt, und jre burger freye konigliche burger. 2. Burger unverhört nicht zufangen noch zu thurnen [139]). 3. Wie die burger in excessen mit recht zubesprechen. 4. Underscheid dess geistlichen und weltlichen gerichts in Cölln. 5. Wie und welcher gestalt ein burger mit geistlichem gericht zubesprechen. 6. Straff der jenen, so der statt gerichte verachten. 7. Dass kein burger boven eyd und statt recht zubeschweren [nämlich „nicht zu tringen . . . zu einigen brieffen, siegeln oder eyden, die wider Gott und alle geistliche und weltliche beschrieben recht weren“]. 8. Appellation und protestationes den burgern zugelassen. 9. Dass kein burger boven recht mit ungebürlichem eyde zubeschweren [d. h. „dass man burger . . zu keiner zeit . . . tringen soll zu einigen eydten, damit jhnen jhr mund beschlossen wirdt, sich gegen jhre widerparthy mit recht oder sonst nicht zu verantworten“]. 10. Dass kein burger an leib und gut boven recht zubeladen. 11. Dass jedermäniglich den burgern zu jhren rechten dienen möge [also „dass man niemands verbieten soll, es weren doctoren, notarien, freunde oder mage in Cöllen, den burgern . . daselbst in oder zu jhren rechten nicht beyredig oder behülfflich zu seyn“]. 12. Burger so das leben ver-

135) *Sec.* vernottelten.

139) In den Thurm legen.

wirckt, bleibt den kindern das gut [„dasselbe dann auch gleichermassen mit den frawen gehalten werden soll"]. 13. Burger, so jhr ehr verloren, behalten jhre güter. 14. Dass kein burger boven statt recht zubeschweren [„man soll jederman unverhindert der statt recht und burger freyheit gebrauchen lassen; ob aber sonst jemands mit dem andern zuschicken oder zuthun hette, der mag jhn nach recht und gewonheit der statt Cöllen an den enden und stätten, da sich solchs zu recht heischt und gebürt, mit recht vornemen"]. 15. Dass durch ausswendige urtheil kein burger güter zuexequiren [„angesehen solchs in Cöllen ein gewalt und kein recht were"]. 16. Dass kein burger mit frembden richtern [d. i. mit „einigem richter, der sich selbst richter gemacht hett, und doch der sachen wie recht kein richter were"] zubeschweren. 17. Umb was sachen ein burger der statt zuverweisen. 18. Von dess rahts gewalt und authoritet. 19. In was sachen der burger häuser mit gewalt zueröffnen. 20. Wie ein burger den andern in leib und erffsachen mit recht zubesprechen. 21. Dass ein jeder burger in seinem hause frey, und die dieb auss- oder todtschlagen mag [„dann ein haussherr oder haussmann sol in seinem hause also frey sein, als ein keyser in seinem lande"]. 22. Vom angriff der geistlichen personen (d. h. missthätiger Leute innerhalb eines geistlichen Ordens, Stifts oder Gotteshauses) in Cöllen. 23. Dass kein frembder den andern binnen Cöllen fangen oder antasten soll. 24. Straff deren, welche zu Cölln brantschatz empfangen theten. 25. Von Freyheit (d. h. Bürgerfreiheits- und Stadtrechts-Erlangung) der eigen Leute zu Cölln [dadurch nämlich, „dass einig eigen mann in Cölln zuwohnen queme und hette also zu hauss und zu hofe jar und tag, von seinem herrn oder junckern, dess eigen er dann were, ungefordert, gesessen"]. 26. Straff deren, so der statt maur und vestung übersteigen. 27. Von freyheit der kramfrawen häuser in Cöllen [„dass man niemands in einem kindbett ... fangen noch greiffen soll"]. 28. Wie die burger einen missthätigen mann verhalten mögen. 29. Dass kein burger [„so ferrn dem kläger keins rechten geweigert, verzogen noch versagt worden"] mit ausslendischem gericht zubeschweren [„es were denn sach, dass solchs ubermitz einiger appellation ... geschehe"]. 30. Wie die erbliche einschreibung an den schreinen zugeschehn. „Item auch ist der statt recht und burger freyheit, dass man niemand, der an einig erb unnd erbzal geschrieben stünde, auss den schreinen schreiben soll, es were dann sach, dass solchs mit recht und urtheil erkanndt, oder sonst mit wissen und willen der jener, die daran geschrieben stunden, geschehen were, das ist eine von den höchsten freyheiten der statt Cöllen." 31. Wie die scheffen dess hohen gerichts ausswendige urtheil zuweisen. „Item auch ist der statt recht und burger freyheit, so war a u s s w e n d i g e u r t h e i l v o n d e n LXXII s c h e f f e n s t ü l e n an das hoch gericht binnen Cöllen gelegen geschuldigt werden [137]), die soll der scheffen desselben hohen gerichts in schrifften nach recht und gewonheit der statt Cöllen under jhren gemeinen scheffenthumbs siegel weisen und ausssprechen." 32. Das kein burger oder ingesessen schuld halben binnen Cöllen zu arrestiren. 33. Das keinem burger urkund (d. i. Auszüge „auss den gerichtsbüchern an ander gerichte oder an die schreine") an den gerichten zuweigern. 34. Wie die appellation an den churfürsten und keyser zugeschehen." „Item es sey zuwissen, obs sach were, dass einige urtheil beruffen würden an dem hohen gericht Niederich, Arssburg und sanct Gereon, und die beruffung dann geschehen were, wie recht und billich, an einen ertzbischoff als ein burggraven: so sol der burggraff die beruffung an sich nemen binnen der rechten zeit, und alsdann sol der burggraff vor sich bescheiden den richter, scheffen unnd bede parthyen mit jren vorsprechern, und sol dann hören ansprach und antwort und das urtheil, das der scheffen geweist hat, und auch der beruffung, die eine parthy gethan; dabei sollen auch sein ein theil der rahts herren, die dar zu geschickt werden, umb der statt recht und freyheit zuerhalten; und das sol man nicht allein stellen an doctoren und pfaffen, anders sol ein statt jhr recht unnd freyheit dardurch verliesen, sondern das sol geschehen vor den burggraven, vor seinen edlen männern und rähten in Cöllen; und wann das urtheil geweist ist von dem burggraven und seinen mannen, und jemand dess noch nit genügt, der mag es dann beruffen an ein Römischen könig oder keyser zur zeit, unnd was dann da geweist wirde, da sol und muss es bey bleiben." 35. Wie die testament und legaten [auch vermechnuss zwischen mann und weib] zu schreinen. 36. Das keinem burger sein gut ohn recht abzuschetzen. 37. Von Schuld, die mann und weib zusammen oder besonder machen [138]):

137) Die einzige Stelle über den ausgedehnten Wirkungskreis des cölner Oberhofes.

138) Vgl. zu diesem Artikel: *A. Schwarz*, Die Gütergemeinschaft der Ehegatten nach fränk. Rechte (1858) S. 18 (Note 32), 19 (Note 40) 20, 21 (Note 46).

„— welche schuld ein mann besonder macht, oder der mann mit dem weib samptlich machen oder gemacht hetten, dieweil sie bey einander als eheleut sitzen, gerast und geruth, unverscheiden und ungetheilt, die schuld sollen sie von jhren gütern zusammen bezahlen, als ferrn das rechtfertige schuld ist, die man zu bezahlen schuldig ist; und als der eheleut einig ableibich worden ist, so sol der letzt lebende von jhnen oder der sich der haab und güter underwinnet, die schuld bezahlen, gleich als fürstehet, und in diesen sachen sol dem mann noch dem weib kein behülff von hilichsgut zustaden kommen. Fort so sol noch mag kein weib, die in der verschrieben weiss mit jhrem mann sitzt, kein schuld machen ohne wissen und willen jhres manns. Item mann und weib, die zusammen sitzen als eheleut, da dann der mann sein besonder kauffmannschafft treibt und handthiert, dessgleichen auch das weib, und jedes sein gut besonder hat, machen sie samptlichen schuld, so sollen sie die samptlich bezahlen, und machen dann jrer eins besonder schuld, es were der mann oder die fraw, so sollen sie die auch besonder bezahlen, es were dann sach, dass sich jhrer ein, der nachbleibend von den eheleuten dess andern haab und güter nach seinem todt underwünde, so sol der, der das thet, die schuld mitverbunden unnd schuldig sein zubezahlen." 38. Straff, so ein burger den andern wider statt recht mit geistlichem gericht vorneme. 39. Von theilungen und erbung der eltern mit jhren kindern. „So wo vatter oder mutter theilen mit jhren kindern und sich von jhnen scheiden, stirbt dann einig kind und lässt das gut, das erstirbt auff seine brüder und schwester, unnd nicht auff vatter und mutter; und sein da nicht brüder und schwestern, so stirbt es widerumb auff vatter und mutter." 40. Der sein burgerschafft zu Cölln auffgesagt, mag wider burger werden mit fünff hundert marck. 41. Von erbung und versterbung der bastert kinder. 42. Ein moder macht keine bastert. 43. Von aufflösung dess keysers acht. 44. Sterbfall zwischen eltern und kinder. „Item recht, so der todt zweyer eheleut betth gebrochen hat, die kinder haben, und nach vatter und mutter todt einig kind stirbt, das gut dess kinds stirbt auff die lebendige hand vatters und mutters."

Es stellt sich nun die kleine Rechtssammlung als eine zum Theile auf ältere Privilegien [139]) und Schöffen-Aufzeichnungen [140]) basirte Privatarbeit dar, deren Entstehung mit *Stobbe* a. a. O. S. 291 zwischen die Jahre 1437 [vielleicht 1475] und 1506 oder gewiss 1513 zu setzen ist. Denn die Bestimmung des Art. 34, dass bei Berufungen gegen Urtheile des hohen Gerichts nicht bloss Doctoren und Geistliche zugezogen werden sollen, indem sonst der Stadt Rechte und Freiheiten (als jenen weniger bekannt) gefährdet sein würden, verräth offenbar eine den Hermann'schen Concordaten v. 1506 Art. II. [„wie die Facultet Doctores die Geistliche und Weltliche sachen entscheiden sollen"] [141]), und nicht minder der auf den „verbundbrieff" (von 1396) verweisende Art. 18 eine dem Jahre 1513, in welchem an die Stelle des erwähnten Verfassungs-Instruments der s. g. Transfix [142]) als eine Erklärung und Bestätigung des ersteren getreten ist, vorhergehende Zeitperiode.

Gedruckt findet man die s. g. alten Bürger-Freiheiten in den beiden Sammelwerken „*Folgen die Statuta* etc." und „*Cöllnische Reformation*" (1621) Abthl. II S. 46–64.

139) Vgl. z. B. Art. 1 mit Priv. v. 19. Sept. 1475 (nr. 283).

Cösfeld. CCIII

(Preussen, Westfalen).

Bernh. *Sökeland*, Geschichte der Stadt Coesfeld, das. 1839. 8.°, S. 1–82 mit Beil. S. 225 flg.

1197, März 12. Bischof Hermann II. 1
von Münster befreit nach vorher erlangter (einstweilen mündlich gegebener) Zustimmung des Abts und Conventes des Klosters Varlar die Bewohner der diesem gehörigen Ortschaft Cösfeld von der Vogtei-Gerichtsbarkeit sammt den damit verbundenen Abgaben, und verleiht ihnen Recht und Freiheit, wie die Bürger von Münster geniessen –: „Nos itaque [1]) villam in Cosfelt diliximus, fovimus et in multis promovimus, dispensatione nostre auctoritatis, consensu abbatis et conventus Varlarensis cenobii cives predictos cum tota villa Cosfelt ab universis advocatis et a regio banno liberos et solutos fecimus, et ab omni exactione advocacie, qua gravari possent, exemimus ad omnem

140) Vgl. z. B. Artt. 41–43 mit *Quellen* I. 187 flg. S. oben S. 581.

141) *Cöllnische Reform*. Abthl. I S. 114, 15 mit *Stobbe* a. a. O. S. 77 Note 54 (Abs. 1).

142) *Cöllnische Reform*. Abthl. II S. 18–49; *Materialien* Jahrg. II Bd. I Nr 5 S. 86–119. Vgl. über den Transfixbrief *Stobbe* a. a. O. S. 291, 92.

1) *K*.: ita qui.

justiciam et libertatem, qua cives Monasterienses sunt exempti; statuentes et firmissime stabilientes, si quis successorum nostrorum aut alterius professionis homo hanc nostram dispositionem humiliare et libertatem a nobis concessam civibus pretaxatis imminuere aut subvertere presumpserit, ut omnipotentis dei et apostolorum Petri ac Pauli iram incurrat, insuper auctoritate summi pontificis domini Celestini pape, Coloniensis archiepiscopi Adulphi metropolitani nostri et pariter nostra excommunicatur et perpetuo damnatus habeatur." *Kindlinger*, Münster. Beiträge Bd. III Abthl. 1 Nr. 37 S. 104—6; *Niesert*, Beiträge zu einem Münsterischen UBuche Bd. I Abthl. 2 Nr. CLXIX S. 471—74; *Erhard*, Regesta Westfal. Bd. II [Cod. dipl. Thl. II] Nr. DLIX S. 248.

2 **1197**, März 12. Der Abt des Klosters Varlar Jordanes erklärt mit Bezug auf vorstehendes „privilegium, quod Herimanus civibus in Cosfelt . . . sua liberalitate contulit, in quo a regio banno Varlarensis advocati liberos eos faciendo exemit", nun auch in verbriefter Form seinen Verzicht auf „omne jus, quod habebat in eligendo advocato super villam, que est in Cosfelt." *Niesert* a. a. O. Nr. CLXIX A. S. 474, 75; *Erhard* a. a. O. Nr. DLX S. 248, 49.

3 **1197**, Mai 28. Kaiser Heinrich VI. ertheilt in einem „ex sententia principum" gegebenen Privileg des Inhalts: „quod ad petitionem dilecti et fidelis nobis Herimanni monasteriensis episcopi villam in Cosfelth, que in monasteriensi diocesi sita est, et ejus cives a regio banno, quo artabantur ab advocato Varlarensis ecclesie, ad quam eadem villa respicit, eximimus", dem Hermann'schen Freibriefe [nr. 1] seine Bestätigung. *Niesert* a. a. O. Nr. CLXX S. 476 — 9; *Erhard* a. a. O. Nr. DLXII S. 249.

4 **1197** (?) Der genannte Abt Jordanes überlässt auf Bitten der Bürger von Cösfeld „regimen ipsius oppidi . . . scabinis inibi commorantibus", und zwar gegen ein Jahres-Reichniss im Betrage von einer Mark und das Versprechen, der Kirche zu Varlar niemals in unerlaubter Weise entgegentreten zu wollen. *Niesert* a. a. O. Nr. CLXIX B. S. 475; *Erhard* a. a. O. Nr. DLXI S. 249.

Die ersten Anfänge der Stadt Cösfeld sind in der in einer Urk. v. 1118 [b. *J. Niesert*, Münster. Urk.-Samml. Bd. IV S. 86 — 90] erwähnten „curtis Cosfeldensis" zu suchen, welche ursprünglich zum Familiengute des gräflichen Geschlechts von Cappenberg[2]) gehört hatte, vom Grafen Otto aber bei der Stiftung des Prämonstratenser-Klosters Varlar zur Fundirung desselben verwendet und den Mönchen übertragen worden war. Neben diesem Haupthofe wird nun schon frühe eine dorfartige Ansiedlung getroffen, deren Bewohner in der „marke Goplen" wasser-, hut - und holzberechtigt gewesen. Denn es heisst in dem alleg. Documente v. 1118, welches bestimmt war, den Beschwerden der gopler Markgenossen über den unwirthschaftlichen Holzschlag der Cappenbergischen Hofleute auf dem genannten Markboden durch einen Vergleich mit den Grafen Godefrid, Otto und Heinrich abzuhelfen: „sane et hoc decretum natum est, ut curtis in Cosfelt omnes eandem villam in Cosfelt tam inhabitantes quam adhuc inhabitaturos aqua et pascuis et lignornm sarmentis sua licentia tueatur, et sua sorte contenta nullam violentiam ipsam marke inhabitantibus in succisione lignorum inferat." Dieses Dorf Cösfeld stand aber unter der Gerichtsbarkeit der Edlen von Horstmar[3]) als varlarer Schirmvögte. Vgl. *Sökeland* a. a. O. §. 1 S. 3—7.

Als nun im J. 1197 Wigbold von Horstmar mit Tod abgegangen und das Kloster im Begriff war, vermöge der ihm zustehenden Gerechtsame einen neuen Vogt zu wählen, erfasste Bischof Hermann II. (Graf von Katzenelnbogen, 1174—1203), für die Förderung des städtischen Wesens und Bürgerthums in seinem Stiftslande eifrigst besorgt, die günstige Gelegenheit, das Kloster zur völligen Aufgebung seines Vogteirechts über die villa Cosfelt zu bewegen. Diese Verzichtleistung zu Gunsten des Bisthums lag unzweifelhaft bereits vor, als die Urk. nr. 1 zur Ausfertigung kam, und nur die nachträgliche Verbriefung ist in der Urk. nr. 2 enthalten. In nr. 3 erfolgte dann kurz hienach die kaiserliche Genehmigung des gesammten Rechtsvorganges. Vgl. *Sökeland* a. a. O. §. 2 S. 10—15; *Erhard's* Geschichte Münsters (1835) S. 112.

Wie sich jedoch die unvollkommen datirte Urk. nr. 4 zu den drei übrigen verhalte, darüber sind die Meinungen getheilt, indem jene in den allegirten Abdrücken zwischen nr. 2 und 3 eingeschaltet, dagegen von *Sökeland* a. a. O. S. 11 und *Walter*, Dtsch. RGesch. Bd. I. S. 288 Note 10 an die Spitze der Reihenfolge gestellt wird. Erwägt man nun,

2) Ueber die schwärmerische Begeisterung desselben für den von Norbert gegründeten Orden s. *Seibertz*, Diplomat. Familiengeschichte der alten Grafen von Westfalen S. 95 flg.

3) Vgl. über sie *Seibertz* a. a. O. S. 161—63.

dass die Urk. nr. 4 sich ausschliesslich auf die innere Organisation der städtischen Gemeinde bezieht, eine solche aber jedenfalls die äussere Entfaltung eines Ortes zur Stadt als vollendete Thatsache voraussetzt: so nehmen unfehlbar die Rechtsbriefe nr. 1—3 im Verhältnisse zu dem unter nr. 4 aufgeführten eine präjudicielle Bedeutung an, da durch jene erst die dem Aufsteigen Cösfeld's in die Reihe der münsterischen Landstädte bis dahin entgegengestandenen Hindernisse beseitigt worden sind. Hienach dürfte sich die Rangordnung der vier Documente so, wie im Texte angenommen worden ist, am meisten empfehlen.

Uebrigens verblieb Cösfeld, dieser Veränderung seines politischen Charakters ungeachtet, doch immer noch in einer gewissen Connexität mit dem Kloster Varlar. So bezieht dieses den in der Urk. nr. 4 ausdrücklich vorbehaltenen Areal- oder Wortzins („pensio") von den Wohnstätten der Bürger, und an den (vielleicht als die letzten Ueberreste der alten curtis Cosfelt anzusehenden) Stadtmühlen nebst zugehörigen Häusern behauptet es fortwährend [s. nr. 6 §. 1] Eigenthumsrechte. Vgl. *Sökeland* a. a. O. §. 1 S. 6, 7.

Endlich das den Cösfeldern in der Urk. nr. 1 verliehene münsterische Recht angehend, so war es unzweifelhaft dasselbe, welches die Stadt Bielefeld im J. 1287 durch Graf Otto von Ravensberg bestätigt erhalten hatte. (S. oben S. 219, 20.)

5 **1234**. Der Bischof zu Münster Ludolph von Holte befreit die cösfelder Bürger von Ladungen an auswärtige Gerichte —: „Notum esse volumus . . ., nos civibus nostris de Cosvelde perpetua tradicione ac voluntaria contulisse, quod per aliquam proclamationem nullus ipsos poterit evocare, nisi prius fuerimus requisiti, vel ibi fuerit delicti evidentia perpetrati" [4]). *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. CLXXI S. 480, 81; *Wilmans*, Westfäl. UB. Bd. III Abthl. I Nr. 318 S. 175.

6 **1246**. Die Stadt Cösfeld wird in das von den Städten Münster und Osnabrück in demselben Jahre zur Aufrechthaltung des Landfriedens und zum gegenseitigen Schutze ihres Handels abgeschlossene Bündniss als Genossin aufgenommen. (R.) *Sökeland* a. a. O. §. 3 S. 26.

7 **1248**, Apr. 25. „Thetmarus judex, scabini universitasque burgensium in Cosvelt" verlautbaren eine zwischen dem Gotteshause Varlar und ihrer Stadt („oppidum") zur Beilegung lange genährter Zwistigkeiten über die auf den varlarischen Mühlenhäusern ruhenden Gemeindelasten sowie die Zu- und Ableitung des Mahlwassers zu Stande gebrachte „ordinatio" nachfolgenden Hauptinhaltes: „Ecclesia varlarensis singulis annis dabit civibus oppidi nostri iii solidos monasteriensis monete in pascha, et ecclesia erit ab angariis et perangariis, hoc est ab omni onere personarum et rerum, libera et absoluta; eo excepto, quod inhabitantes duo molendina, si cives [5]) fuerint, cum aliis nostris civibus talliis et exactionibus de rebus propriis subjacebunt; si autem conversus [6]) fuerit, tantum tenebitur ad vigilandum et fodiendum [7]). Preterea si molendino necessarium fuerit, ut operam suam utilius et commodius possit exequi, meatus aque per fossam civitatis consilio scabinorum, qui ad presens haberi poterunt, circumferetur, et remittetur ad reparandum vel edificandum ipsum molendinum; et ne majus dampnum generetur ecclesie vel gravamen, predicti scabini, dum ad hoc invocati fuerint, non habent [8]) contradicere, sed emissionem aque in continenti fideliter procurabunt, prout ecclesie viderint expedire . . . . Predictam pensionem trium solidorum dat ecclesia in favorem et dilectionem nostri oppidi; nam jure communi immunis est omnis ecclesia ab omni onere personarum et rerum, quia primo sub lege mosaica, postea sub tempore gratie firmissime est libertata." *Niesert*, Urk.-Samml. Bd. IV Nr. LI S. 195—98.

1253, Jan. 25. Die Stadt Cösfeld und die Aebtissin Mechtildis sammt dem Convente des [Cisterzienser-Frauen-] Klosters Marienborn schliessen mit einander einen Vertrag, wonach das letztere in Ansehung seiner innerhalb des cösfelder Weichbilds bereits erworbenen, nicht aber auch der später noch zu erwerbenden Grundstücke völlig lasten- und abgabenfrei sein soll — „ab omni onere arearum et rerum suarum erit libera et absoluta, nec ad tallias vel exactiones neque ad fodiendum neque ad vigilandum de areis illis ammodo tenebuntur; sed si alias domos vel areas sibi post hec comparaverint vel forte dono receperint, inde sicut cetere domus civitatis [9]), que wicbilethe sunt, ad omnia supra dicta 8

4) Dieses priv. de non evocando erlebte zahlreiche Wiederholungen durch die nachfolgenden Bischöfe.

5) Also Pächter der Mühlen.

6) Ein als Mühlen-Verwalter aufgestellter s. g. Laienbruder.

7) Arbeiten am Stadtgraben.

8) Vermuthlich: debent.

9) Das Wort „civitatis" fehlt bei *W*.

erunt astricte" — sich aber auch anheischig macht, in Bedürfnissfällen den Cösfeldern auf deren Ersuchen einen bespannten Wagen zu stellen. *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. CLXXII S. 481 — 83; *Wilmans* a. a. O. Nr. 564 S. 303. Vgl. *Sökeland* a. a. O. S. 40.

9 **1261**. Die Bürger der Städte Cösfeld und Oldenzaal (in Over-Yssel) sichern sich gegenseitig Unterstützung und Schutz selbst auf den Fall zu, dass die beiden Stifter, welchen sie angehören, nämlich Münster und Utrecht, in einen Krieg oder eine Fehde mit einander verwickelt werden sollten. *Wilmans* a. a. O. Nr. 685 S. 358.

10 **1279**. Die Bürger Cösfeld's treffen ferner mit jenen von Vreden „zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs das Uebereinkommen, dass die Personen und Güter aus der einen Stadt in der andern nicht mit Arrest belegt, sondern die gegenseitigen Ansprüche und Forderungen vor Gericht geltend gemacht werden sollten." (R.) *Sökeland* a. a. O. S. 27.

11 **1293**. Die Stadt Cösfeld geht mit der Stadt Deventer ein jenem vom J. 1261 [nr. 9] ähnliches Freundschafts- und Schutzbündniss ein. (R.) *Sökeland* a. a. O. S. 26.

12 **1303**, Nov. 30. Bischof Otto III. von Münster erlaubt der Stadt Cösfeld auf Bitten ihrer Schöffen und Einwohner zum Zwecke der Vollendung eines begonnenen Mauerbaues gewisse Abgaben von Wein, Bier und Wollentuch zu erheben, und zwar vier Jahre lang, nach deren Ablauf die Bewilligung nichtig sein soll — „quod a festo Nicholai proxime nunc venturo ad quatuor annos continue se sequentes, authoritate nostra et temporali licentia, ad opus structure muri ibidem incepti perficiendi de qualibet carrata sive plaustro vini ibidem venditi duos solidos denariorum legalium et bonorum, de qualibet braxatura cervisie tres denarios, de quolibet laneo panno lato et integro a vendente denarium et ab emente denarium, et de stricto laneo panno, qui vulgariter smallaken dicitur, obulum [10]) ab emptore et obulum a venditore poterunt recipere, contradictione qualibet posterytata." *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. CLXXIII S. 483, 84. Vgl. *Sökeland* a. a. O. S. 23.

13 **1306**, Oct. 18. Derselbe verzichtet für die nächstfolgenden sechs Jahre auf den Bezug des Sterbfalls in der Stadt Cösfeld —: „ipsis concessimus et per presentes concedimus, quod si forte ex morte alicujus eorundem aliquod herwadium equi vel dextrarii [11]) erogandum fuerit, seu ad nos devolvi contigeri, dicti . . . oppidani ad praestationem sive erogationem hujusmodi herwadii minime teneantur, immo ipsum herwadium in decedentis seu defuncti domicilio permanere, jure tamen ministerialium nostrorum nobis salvo, quod nobis specialiter reservamus, presenti concessione nostra post sex annos proximos minime valitura" [12]). *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. CLXXIV S. 485.

1307, Febr. 26. Bischof Konrad von Münster bestätigt den Cösfeldern ihre gesammten „jura, libertates et consuetudines." *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. CLXXV S. 486. [Hier unrichtig von Oculi 1306 datirt, an welchem Tage noch Otto III. auf dem bischöflichen Stuhle sass. Vgl. *Erhard's* Gesch. Münsters S. 170 m. Note *).] 14

1314. Bischof Ludwig II. von Münster ertheilt seiner Stadt Cösfeld auf deren Bitten das Recht, „ihre Angreifer auch ausserhalb der Stadt mit Waffengewalt verfolgen und befehden zu dürfen." (R.) *Sökeland* a. a. O. S. 25. 15

1316. Derselbe gewährt den Bürgern von Cösfeld die Gnade, „quod nec persone nec bona eorum et successorum possint aut debeant foris per gladium arrestari." *Niesert*, Beiträge a. a. O. S. 488 Note. (Extr.) 16

1316. Derselbe gibt der Bürgergemeinde Cösfeld's die Befugniss, und zwar auf zwölf Jahre, eine Abgabe von allen feilen Waaren — „ordinationem, que vulgo scatinge dicitur, de rebus quibuslibet venalibus infra oppidum" — einzuführen. *Niesert* a. a. O. (Extr.) Vgl. *Sökeland* a. a. O. S. 25. 17

1334. Der Knappe Diderich von Ahaus und fünf andere benannte Edle verpflichten sich der Stadt Cösfeld zu lebenslänglichem Waffendienste. (R.) *Sökeland* a. a. O. S. 26. 18

1344 [13]), Jan. 21. Bischof Ludwig II. erlaubt den Bürgermeistern, Schöffen und der Gemeinde seiner Stadt Cösfeld, „zatinghe vnde syze tho settene vnde tho makene na yren vrigen willen binnen der stat tho cosvelde over ire borghere, yre lude vnde gut", 19

---

10) Von den rheinischen „obuli" (Heller) gingen im XIII. Jhdt. zwei auf den „denarius" (Pfennig). Vgl. *Mone's* Zeitschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VI, 255 flg.

11) Dextrarius ist das grosse und schwere s. g. Ritterpferd. *Mone* a. a. O. S. 138, 39, 62.

12) Schon 1309 wurde übrigens das Herwedde von Bischof Konrad im s. g. ersten Landes-Privileg für das ganze münsterische Stiftsgebiet abgeschafft. Vgl. *Sökeland* a. a. O. S. 24.

13) *Sökeland* a. a. O. S. 25 datirt die Urk. v. 1345.

jedoch nur auf so lange, bis die von der Stadt dem Stifte Münster gelichenen 200 Mk. Pfennige wieder zurückgeleistet sein würden. *Niesert,* Beiträge a. a. O. Nr. CLXXVI S. 487, 88.

20 **1345**, Dez. 18. Bürgermeister, Schöffen und Rath zu Cösfeld verkünden einen zwischen ihnen und dem durch drei Vertreter repräsentirten Gotteshause Varlar in einem Streite über die Schleussen bei den Klostermühlen zu Stande gekommenen Vergleich, dessen Hauptinhalt a) die Zuweisung von Fahrwegen und Fusspfaden Behufs der Unterhaltung und Benützung der Schleussen auf städtischem Grund und Boden, sowie b) die Festsetzung von Verhaltungsmassregeln für beide Parteien auf den Fall, dass entweder an den Klosterschleussen oder an denen der Stadt und ihrem Graben eine Baureparatur („tymmeringhe") nöthig werden sollte, ausmacht. Schliesslich ist dann noch die beiderseitige Versicherung hinzugefügt, dass, von vorstehenden verbrieften Punkten abgesehen, im Uebrigen „alle vorveste, hantveste und privilegia, de tusschen den heren van Varlare vnd der stat van Cosvelde gegeven synt, . . . vntobroken stede vnd vast in al ere macht blyven soelen." *Niesert,* Urk.-Samml. Bd. IV Nr. LIV S. 204—8.

21 **1347**, Jun. 13. Bischof Ludwig II. begnadet die Bürger Cösfeld's dahin, „dat se binnen erre stat tho Cosvelde, dar bet noch grut ine ghewesen heft, eyne grut maken ende setten möghen tho erre stades nüt ende behof, wo de scepenen ende den rade erre stades van coesvelde dat nütlikes ende bederlikes duncket wesen, ende dat se der grut möghen ghebruken erflike ende ewelike", bekennt übrigens dabei, dass er für diese Bewilligung von der Stadt als Gegengabe die Summe von 200 Mk. münsterischer Pfennige für sein Stift ausbezahlt empfangen habe. *Niesert,* Beiträge a. a. O. Nr. CLXXVII S. 489, 90.

22 **1352**, Mai 7. Heinrich von Kalvesbeke verspricht den „proconsules et consules opidi Cosveldini" — jedenfalls schon in Folge einer an sie geschehenen Verpfändung des zur Freigrafschaft Merfeld [14]) gehörigen Freistuhles Flammersheim im cösfelder Kirchspiele St. Jacob —, dass, sobald er die kaiserliche Belehnung mit dem „bannus vrygraviatus in Mervelde" erlangt haben werde, es in ihrer Wahl stehen solle, ob sie ihn auch zu ihrem Freigrafen am flammersheimer Stuhle annehmen, oder einen andern dazu machen wollten. *Niesert,* Beiträge a. a. O. Nr. XXVII S. 71, 72.

1367. Bischof Florentius von Münster erneuert den Cösfeldern das Privileg, 23
wonach sie diejenigen, welche ihrer Stadt durch Plündern und Rauben Schaden zugefügt haben, auch ausserhalb des Weichbildes mit bewaffneter Hand verfolgen, gefangen nehmen und sonst auf jede Weise benachtheiligen dürfen [nr. 15]. R. bei *Sökeland* a. a. O. S. 26.

1372, Jul. 25. Die Cösfelder betheili- 24
gen sich (nebst den übrigen Städten des Münsterlandes) an dem grossen westfälischen Landfrieden. *Haeberlin,* Analecta med. aev. p. 319—28 (bes. p. 323); *Kindlinger* a. a. O. Bd. I Urkk. S. 38 flg. Vgl. *Erhard,* Gesch. Münsters S. 181.

1378, Apr. 5. Godeke Cobbinck 25
und seine Ehefrau verkauffen an Bürgermeister und Schöffen der Stadt Cösfeld ihr „erve, dat nomet is dat hus to Holthusen, mit den twen richten, der een het dat buerrichte, dat ander dat holtgherichte", sammt allen Zubehörungen. *Niesert,* Beiträge a. a. O. Nr. CLXXVIII S. 491, 92.

1378, Febr. 19. Bischof Florentius 26
ertheilt der Stadt Cösfeld über das vorgenannte (in der Bauerschaft Harle gelegene) Gut sammt Gerichten, da der Verkäufer als Ministerial der münsterischen Kirche dasselbe „in feodo titulo ministerialitatis" besessen hatte, die Belehnung, und setzt zugleich die der bischöflichen Kammer „pro herwadio et hostiario" gebührenden Reichnisse fest, hiebei z. B. bestimmend, dass bei Todesfällen der jeweiligen Guts-Inhaber, sofern dieselben Pferde besessen, auch das beste Ross von Seite des cösfelder Stadtrathes abgeliefert werden müsse. *Niesert,* Beiträge a. a. O. Nr. CLXXIX S. 493—95. Vgl. *Sökeland* a. a. O. S. 36.

Dem Inhalte nach geht unzweifelhaft die Urk. nr. 25 der Urk. nr. 26 vor. Die Datirung steht aber damit im Widerspruche, indem die erstere am Tage nach Judica, die andern fer. vi post Valentin. ausgefertigt ist. Es lässt sich nun dieser Widerspruch vielleicht heben, wenn man — da von einer Verwechslung der Zeitangaben beider Dokumente doch kaum die Rede sein kann — annimmt, dass der Cobbinck'sche Erbveräusserungs-Akt erst längere Zeit nach seinem formrichtigen und darum rechtsverbindlichen Abschlusse in die vorliegende, unter nr. 25 aufgeführte Verbriefung gebracht worden sei, was nicht ausschliesst, dass eine andere Beurkundung des Geschäfts

14) Ueber diese und ihre sieben Freistühle s. *v. Ledebur's* Archiv X, 145—51.

dem Florenz'schen Investitur-Instrumente vorhergegangen sein könne.

27 **1385**, März 12. Die Brüder Bernhard und Heinrich von Merfeld [15]) versetzen [abermals, s. nr. 22] ihren „vryenstoel tho Vlameshem belegen myt all zinen vurvallen vnde ziner rechten thobehoringhe, myt allen brocken vnde vurvallen, de in den twen kerspelen to Cosvelde, alze tho zunte Lamperte [16]) vnde tho zunte Jacobe, vurvallen moghen", an Bürgermeister und Rath genannter Stadt für 300 „olde guldene schilden." *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. XXVIII S. 73—76.

Ueber die Verpfändung des Freistuhls „yn dem kerspele tho zunte Jacobe" allein wurde gleichzeitig eine Specialurkunde ausgefertigt. *Niesert* a. a. O. Nr. XXIX. S. 77, 78.

28 **1386**, Jul. 24. Herzog Wilhelm von Jülich und Berg ertheilt als Lehensherr der vorstehenden Freistuhls-Verpfändung seine Bewilligung, zugleich für die Bürgergemeinde von Cösfeld „in manstad" den Moriz Blome mit dem Freigrafenamte belehnend [17]). *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. XXXI S. 80, 81.

29 **1423**, Oct. 4. Hermann und Gerhard von Merfeld und deren Kinder erneuern vor dem Gografengerichte zu Harstehausen die pfandweise Ueberlassung ihres im Kirchspiele zu St. Jacob gelegenen Freistuhls an die Stadt Cösfeld. *Kindlinger* a. a. O. Bd. I Urkk. S. 98; *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. XXXII S. 81, 82.

Hiezu hatte schon vorher (am 1. Sept.) der münsterische Domherr Johann von Merfeld seinen agnatischen Consens gegeben. *Niesert* a. a. O. Nr. XXXIII S. 83.

Uebrigens scheinen sich die Herren von Merfeld das Recht der Besetzung des Freistuhls mit einem Freigrafen fortwährend reservirt zu haben, wie wir z. B. aus einer Urk. v. 1478 (*das.* Nr. XXXIX S. 100) ersehen, worin die Brüder Bernhard und Adolph der Stadt Cösfeld den Johann Lampe zum Freigrafen setzen, wie sie das auch sonst zu thun pflegen.

1427, Dez. 21. Bischof Heinrich II. [Graf v. Mörs] zu Münster erlaubt mit Zustimmung seines Capitels dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Cösfeld: „so als dat steynen cruce [18]) licht vp dat myddell oerss merkedes, dat sie dat mogen leggen laten an eyne sydt off an dat eynde oerss merkedes, beholtlick oen [19]) vnd alle oren nakomelinghen oerss rechtes vnd aller vriheit, de se van vnsen forfaren bet to hier van des cruces weghen gehabt hebn, sunder enigerhande arglist." *Niesert*, Beiträge a. a. O. Nr. CLXXX S. 496, 97. Vgl. dazu *Erhard*, Gesch. Münsters S. 229, 30. 30

1436. Derselbe spricht den Cösfeldern die Hälfte aller Beute zu, „welche sie in Abwesenheit des Bischofs und seines Banners den Landesfeinden abnehmen würden; während, wenn der Bischof und sein Banner zugegen, ihm die Beute ganz zufallen soll." (R) *Sökeland* a. a. O. S. 26. 31

Die übrigen Urkunden Cösfeld's aus dem XV. Jhdt. beziehen sich theils auf den Anschluss der dortigen Bürgerschaft an die im münsterischen Stiftsgebiete errichteten Städtebündnisse zu gegenseitigem Friedensschutze und zur Aufrechthaltung ihrer Freiheiten, z. B. v. 1445, 1447, 1456, 1486, worüber das Nähere der Art. „Münster" bringen wird, theils auf die Einmischung der Cösfelder in die verschiedenen in die erste Hälfte des genannten Zeitraums fallenden Landesfehden, die s. g. soester, welche der Stadt Cösfeld eine langwierige Reichsacht eintrug, und die s. g. münsterische, welche für die Cösfelder insbesondere der Sühnvertrag mit Diderich von der Horst im J. 1458 beendigte, theils endlich auf die Theilnahme Cösfeld's am Hansabunde. Vgl. *Sökeland* a. a. O. S. 29, 31—35, 44—54, 71—73.

Es ist darum hier nur noch aufmerksam zu machen auf **„der Stadt Cossfeldt Statuten, Ordnungen und Plebisciten**, welche von Olders vnd von Jaeren tot jaeren ingefoert vnd in Gebrueck geholden vnd jedes Jaers am Sondage nha Antonii von einem erwehleten Rahde tho Erholdinge bürgerlichen Gehorsams vnd gemeinen Nutte darsulvest afgelehsen sein, welche ein Erb Rahtt halden wollen bis sie oder ere Nakomelinge ein beters fin-

---

15) Die Zustimmung weiterer Interessenten enthält die Urk. v. 1385 b. *Niesert* a. a. O. Nr. XXX S. 78 flg.

16) Der flammersheimer Freistuhl erstreckte seine Competenz auch über die Landgemeinden des Kirchspiels St. Lambert. Vgl. *v. Ledebur's* Archiv a. a. O. S. 147, 48.

17) Eine spätere solche Genehmigung und Lehensreichung durch Herzog Adolph von Berg vom J. 1429 s. bei *Kindlinger* a. a. O. Bd. I Urkk. S. 100.

18) Vor diesem Marktkreuze pflegte die cösfelder Bürgerschaft einem neu-angetretenen Bischofe von Münster als Landesherrn zu huldigen und von ihm die übliche Bestätigung ihrer Privilegien zu empfangen. Vgl. auch *Zöpfl's* Alterth. III. 30, 85.

19) *N.* vmb.

den." Dieselben sind nach einem prachtvollen Pergamentcodex des cösfelder Stadtarchivs aus dem Ende des XVII. oder dem beginnenden XVIII. Jhdt. von *Niesert* in der Urk.-Samml. Bd. III (1829) Nr. III S. 145—94 edirt worden, nachdem schon vorher *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. II (§. 642 nr. 3) S. 621—23 eine Uebersicht des Inhalts (der Rubriken) der einzelnen Capitel mit einigen spärlichen Auszügen mitgetheilt hatte.

Das Rechtsbuch, eingeleitet durch die lateinischen Worte: „Placens est et expediens videtur scabinis et consulibus in Cossfeldia, ut omnis ordinatio in hoc libro notata scabinis noviter electis anno quolibet novae electionis praelegantur et per juramentum ipsorum ea firmiter observentur, nisi meliorem ordinationem inveniant" (S. 149), umfasst in dem kurzen Prooemium zu 3 §§. und in 43, oder eigentlich, da die Zählung sofort von 4 auf 8 springt, 40 Kapiteln eine Reihe allmälig zusammengetragener, meist auf älteren datirten Rathssatzungen, von welchen viele dem XV., einzelne noch dem XIV. Jhdt. angehören, beruhender Bestimmungen über die stadtgemeindliche Verfassung, die Pflichten und Gerechtsame der Bürger, einzelne privatrechtliche Punkte, z. B. Pfandbestellung, Vergabungen an Geistliche, Schichtung bei zweiter Ehe, Vormundschaft, das Gilden- und Gewerbswesen, sowie die mannigfaltigsten Gegenstände der Polizei. Die ihrer Entstehung nach in die Zeit vor Ausgang des Mittelalters fallenden Statute sind aber:

1344 (Proem. §. 3): über den Bürgerrechts-Verlust eines ausserhalb der Stadt weilenden in Folge Ungehorsams gegen die „jura municipalia."

1349 (Cap. 8): über den Erwerb der „borgerschaft."

1359 (Cap. 26): über das Verbot von Spielen, „daer men geldt mede verloese."

1380 (Cap. 28): über die Ausschliessung eigenhöriger Leute vom Ankaufe eines „wibboltserve."

1394 (Cap. 29): über die Veräusserung „erffliker gulden."

1411 (Cap. 33): über die zwei Wochenmärkte nnd den auf dieselben beschränkten Kornhandel.

1411 (Cap. 34): über die Unstatthaftigkeit des Kaufes von „roeffguedt" und die „broeken" bei Uebertretung dieses Verbots.

1412 (Cap. 9): über den zehnten Pfenning von den „versterf güdern."

1420 (Cap. 10): über Schuldeinklagung wider auswärts sich aufhaltende Bürger.

1421 (Cap. 37): über das Verhalten bei Bauführungen.

1424 (Cap. 30): über betrügliche Verkäufe von Weichbilds-Renten.

1424 (Cap. 32): über den Gerichtsstand für Schuld- und Gült-Forderungen.

1427 (Cap. 12): über die Competenz der cösfelder Gerichte, die Streitsachen zwischen Bürgern und Nichtbürgern [§. 1], sowie das Forum der Rathspersonen und Stadtdiener [§. 2].

1427 (Cap. 16ª): über die Setzung „vnbewechlicher" und „beweglicher pande."

1432 (Cap. 16ᵇ): über die Unzulässigkeit einer Harnisch- und Waffen-Verpfändung.

Dass noch mehrere von den undatirten Capiteln ihrem Ursprunge nach bis in das XV. Jhdt. zurückreichen, ist unzweifelhaft, und dürfte dies namentlich von der Mehrzahl der im Cap. 2 „die morgensprake" enthaltenen eilf Artikel anzunehmen sein. Eine besonders hervortretende Annäherung des Inhalts an das münsterische Recht oder eine ausdrückliche Verweisung auf dasselbe begegnet nirgends. Nur wird im Cap. 29 von „markpenningen, als in der stadt van Münster genge vnd geve sien", gesprochen.

Niesert hat übrigens dem Statutenbuche noch zwei grössere Bruchstücke cösfelder Rechtssammlungen aus zwei dem XIV—XVI. Jhdt. angehörigen Bürgerbüchern beigefügt [20]), nämlich

A. einige Rathsverordnungen über die Fleischhauer und Gerber (1391), den Marktverkehr, die Befolgung der jura municipalia von Seite der Bürger ausserhalb der Stadt*), die „denarii patrinorum" oder Pathengeschenke (1376), die „brutlachten, kyndelbeere und beghencknysse", ferner Geldspiele *) und Wein- und Speisegaben an Kindbetterinnen (1389), den Ankauf geraubten Gutes * (1411), die Bürgerschafts-Gewinnung der Frauen (1349), und den Erwerb von „wigbolde erve" durch „eighene volschuldighe lude" *) (1380). Urk.-Samml. a. a. O. Nr. IV S. 195—205.

B. einige Satzungen des Stadtrathes v. 1403 über Hochzeiten und Kindtaufen und die „vrouwen in dem krame", sowie „dabelen vnd andere spele" *), v. 1412 über das „dorschen vme ghelt", endlich v. 1416 über den Fleischverkauf in der „scharnen." Urk.-Samml. a. a. O. Nr. V S. 205—9.

---

20) Die auch im Statutenbuche befindlichen Bestandtheile sind durch ein Sternchen kennbar gemacht.

Eine gute Uebersicht der „Verhältnisse und Verfassung" der Stadt Cösfeld in der letzten Hälfte des XV. Jhdts. (und im XVI.) findet man b. *Sökeland* a. a. O. §. 5 S. 54 —78.

CCIV. Cöslin.

(Preussen, Pommern.)

Chr. W. *Haken*, Versuch einer Diplomatischen Geschichte der Kgl. Preuss. Hinterpommerschen Immediat- und vormaligen Fürst-Bischöflichen Residenzstadt Cösslin seit ihrer vor fünfhundert Jahren erlangten Städtischen Einrichtung, nebst Fortsetzung, Lemgo 1765—67. 4⁰. Vgl. auch *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. II (1784) S. 497—518.

1 **1214**, Oct. 23. Herzog Bogislaw II. von Pommern schenkt das Dorf Cossalitz dem Kloster Belbuck, zugleich den durch letzteres im genannten Orte angesiedelten, nicht der herzoglichen Kammer zugehörigen Leuten Abgaben- und Frohn-Freiheit gewährend — „quod villam unam, que Cossalitz vocatur, juxta Cholin in Cholebergensi territorio constitutam, contulimus ecclesie sancti Petri in Belboch cum omnibus suis pertinentiis libere et tranquille perpetuis temporibus possidendam. Preterea quoscunque homines non pertinentes ad dominium nostrum vel fratris nostri Kazimari ad eandem villam induxerit possidendam, de omni exactione et servicio damus eisdem hominibus libertatem." *v. Dreger's* Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. XLV S. 81; *Haken* a. a. O. Cap. I §. 6 S. 9 (Note); *Hasselbach's* und *Kosegarten's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I S. 233, 34.

2 **1266**, Mai 23. Bischof Hermann zu Camin überlässt den — seit 1248 seinem Stiftsgebiete zugehörigen, zur Stadt bestimmten — Ort Cöslin an Marquard und Hartmann (Behufs der Durchführung städtischer Einrichtungen) zum Besitze, indem er zugleich die für das Communalbedürfniss erforderliche Hufenzahl anweist, der neuen Bürgergemeinde die Anlegung einer Mühle, Holz-, Weide- und Fischereigerechtigkeiten, sechsjährige Abgabenfreiheit, ein Drittel der Vogtei- und Gerichtsgefälle, freien Bauholzbezug, im Nothfalle während der sechs Freijahre selbst ausser der Stadtmarkung, sowie den Genuss des **lübischen Rechts** gestattet, endlich überhaupt den neuen Ansiedlern alle mögliche Förderung zusichert:

„Hermanus dei gracia Caminensis ecclesie episcopus omnibus hanc litteram intuentibus salutem in eo, qui est omnium vera salus. Quum ea, que racionabiliter fiunt, oblivionis nubilo sepius obducuntur per momenta temporum successura, ideo necesse est, ut talia scriptis et dictis testium roborentur, ne factum precedencium ignoret posteritas futurorum. Noverint igitur presentes et futuri, quod Marquardo et Hartmanno civitatem Cussalin vocatam ad possidendum contulimus sub hac forma. Centum mansos adjecimus ipsi civitati, de quibus mansis contulimus triginta mansos cum omni libertate ipsis possessoribus ac eorum heredibus perpetuo possidendos. Insuper decem mansos in silva, que bochwalt vocatur, dicte civitati duximus conferendos. Preterea infra agros prefate civitatis concessimus possessoribus ipsius facultatem edificandi molendinum. Libertatem eciam dedimus ipsi civitati in lignis, pratis, piscacionibus infra terminos agrorum; extra terminos vero cum slywad et magnis retibus prohibemus eosdem piscari, cum minoribus autem instrumentis, videlicet stoknette et hujusmodi, piscandi eisdem civibus liberam concedimus facultatem. Amplius autem prefate civitati donantes libertatem sex annorum, nobis advocatiam et judicium omni juris plenitudine reservamus, preter tertiam partem, quam ad usum civitatis volumus pertinere. Si vero infra terminos agrorum esset carencia lignorum edificalium, potestatem eis dedimus, quousque durat libertas ipsius civitatis, secandi ligna, ubicunque possunt attingere illa. **Jus** eciam **Lubecense** predictam volumus habere civitatem. Quicunque voluerit sequi hos duos possessores ad possidendam civitatem nostram, illum, prout tenemur, volumus libenter in omnibus promovere. Hujus rei testes sunt dominus Henricus comes de Kirchberghe, dominus Henricus custos Caminensis, dominus Gerhardus custos Colbergensis, Walterus, Gunterus, Hyldebrandus canonici Colbergenses, Thidericus advocatus in Colbergh, Theodoricus quondam advocatus ibidem, et alii quam plures clerici et laici fide digni. Ut autem hec omnia firmitatem ac robur obtineant perpetuum, presentem paginam exinde confectam nostri sigilli munimine jussimus roborari. Datum apud Buccoviam anno domini M⁰. CC⁰. LXVI⁰. x. kal. junii, pontificatus nostri XII⁰."

Gedruckt bei *v. Dreger* a. a. O. Nr. CCCXCII S. 499, 500 und mit vorausgeschickter deutscher Uebersetzung bei *Haken* a. a. O. §. 10 S. 11 — 13, wo sich auch §§. 11—15 S. 13—18 [und an anderen Stellen, z. B. S. 39, 65, 85, 93] ausführliche Erläuterungen des Inhalts finden.

1274, Febr. 2. Derselbe gewährt den Rathleuten und Bürgern seiner Stadt Cös- 3

lin die Befugniss, die kleine Rodesse in den Jamenschen See zu leiten und daran Mühlenwerke anzulegen, bedingt sich jedoch von letzteren nach Ablauf von sechs Freijahren die Hälfte der Einkünfte aus —: „indulsimus et licenciavimus dilectis nobis consulibus ac civibus universis opidi nostri Cussalin educendi et deducendi in propriis laboribus et expensis fluvium, qui dicitur parvus Rodesse, usque in stagnum Jamene, et in eodem fluvio edificandi et construendi molendina [1]) ac alia commoda tam nobis ac ipsis utilia, his adjectis condicionibus, quod media pars proventuum seu reddituum ipsorum molendinorum ac aliarum utilitatum, que in dicto fluvio fieri poterunt a loco, quo eductus fuerit, usque in stagnum Jamene, predicto opido et alia media pars integraliter nobis cedat. Preterea dedimus eisdem libertatem solutionis a festo beati Martini nunc venturo ad sex annos proxime subsequentes.“ *Haken* a. a. O. §. 16 S. 19 Note **).

4 **1287**, Apr. 29. Derselbe schenkt der cösliner Bürgergemeinde den Burgacker (das nachmals s. g. Borchland) sammt aller Zubehörung, jedoch mit einigen Vorbehalten und der Bestimmung, dass auch das Frauenkloster darauf Weiderecht geniessen solle —: „campum castrensem burgensibus nostris in Cussalin cum omni jure, fructu et utilitate, silvis et lignis, pratis et omnibus pertinentiis ad jus et proprietatem civitatis ejusdem dedimus perpetuis temporibus possidendum, octo mansis exceptis, quos nostris usibus reservamus, et decem mansis similiter aliis exceptis, quos sanctimonialibus ibidem degentibus [2]) perpetuo dedimus possidendos, ita tamen quod in his mansis et pascuis sicut et aliis pascuis civitatis tam santimonialium quam burgensium pecora pascantur communiter libere sine rixa.“ *Haken* a. a. O. S. 19, 20 Note ***) mit Cap. III §. 11 S. 40.

5 **1291**. Bischof Jaromar von Camin bestätiget seiner Stadt Cöslin die im Privileg v. 1266 [nr. 2] enthaltenen Freiheiten, eine neue Bauholz - Gerechtigkeit hinzufügend: „damus consulibus et civibus in Cussalyn dilectis nostris licentiam secandi ligna in silva, que dicitur Bergete, ubicunque ad nos pertinet, ad blankas et pontes construendos et alia edificia necessaria civitatis pro municione civitatis, cum alibi non habeant, ubi possint lignorum convenienciam invenire.“ *J. C. Dähnert's* Pommersche Bibliothek Bd. IV S. 221; *Haken* a. a. O. Fortsetz. S. 21.

6 **1298**. Bischof Peter von Camin confirmirt gleichfalls der Stadt Cöslin den Hermann'schen Freiheitsbrief v. 1266 [nr 2]. *Dähnert* a. a. O. S. 220 flg.

7 **1310**, Apr. 23. Fünf „mediatores placitorum“, darunter der Abt Johannes von Buckow und die beiden „magistri civium“ zu Cöslin, schlichten einen Streit zwischen Rath und Bürgerschaft daselbst einer- und dem Junfrauenkloster allda anderseits. In dieser „composicio et ordinacio“ wird a) vom letzteren auf das gegenüber der Stadt geltend gemachte Jahrreichniss zu zwei Drömt Korn, von dieser aber auf das dem Kloster in Folge einer Stiftung des Ritters Marquard [3]) obliegende „servitium“ einer jährlichen Seelenmesse am Peters- und Paulsfeste verzichtet; b) das lange dem Kloster vorenthaltene Ummelanth'sche Vermächtniss - Grundstück endlich demselben vom Rathe gegen Uebernahme gewisser Damm - und Brückenbaulasten zugeeignet; c) ein alljährlicher Orbeden-Beitrag von klösterlicher Seite als zweifellose Verpflichtung anerkannt [„insuper predictis consulibus pro conjectatione [4]) vel contribucione civium quatuor solidos slavicalium denariorum [5]) reddere tenebimur annis singulis in perpetuum omni dubio amputato“]; ferner d) dem Kloster die Anlage eines „secretum accessorium“ zunächst einem Stadtgebäude, aber auch wieder nur für das Gegenversprechen, einen „vigilem nocturnas vigilias in custodia civitatis observantem“ unterhalten und „de bursa propria“ bezahlen zu wollen, erlaubt; e) den Rathsherrn die Aufnahme „in fraternitatem ecclesie“, d. h. der Einschluss in alle „misse, oraciones, psalteria, jejunia, eleemosine, vigilie, castigationes corporum et omnia alia spiritualia bona, que in sanctimonialium ecclesia vigiliter peragentur domino adjuvante“ für die Lebenszeit und nach dem Ableben zu-

---

1) Ueber die Schicksale der darauf hin entstandenen zwei Mühlen, deren eine alsbald wieder eingegangen zu sein scheint, während die andere 1289 in den Erbbesitz des Bürgers Johannes und 1294 durch Verkauf desselben an das Kloster Buckow gelangte, s. *Haken* a. a. O. Abth. II Kap. III §§. 14—16 S. 93—95.

2) Das St. Marienkloster Cisterzienser-Ordens hatte Bischof Hermann 1270 selbst gestiftet. Vgl. *Haken* a. a. O. Abthl. III Cap. I §. 4 S. 138.

3) Vielleicht desselben, dessen in der Gründungshandfeste (nr. 2) erwähnt wird.

4) *H.* consectatione.

5) Nämlich ¼ Mark od. 48 Pfennige wendischer d. i. pommerischer Herzogsmünze. Vgl. *Kosegarten*, Pommersche Geschichtsdenkmäler I, 47. 50.

gesichert; f) in Ansehung letztwilliger Bestimmungen zu Gunsten des Klosters eine jede „delegatio nomine testamenti“, soweit die Zuwendung „in denariis, argento seu vestibus vel aliis rebus mobilibus quibuscunque“ bestehen würde, mithin „mansis civitatis adjacentibus omnino exceptis et domibus et areis in civitate situatis“, für statthaft und gültig erklärt, sowie schliesslich g) von den Klosterfrauen das ihren Grund und Boden berührende Stück der [sonst allenthalben schon vollendeten[6])] Stadtmauer — „si alibi juris teuthonici est, quod moniales claustrales et incluse in civitatibus morantes versus suam hereditatem murare debeant“ — zum Ausbaue übernommen. *Haken* a. a. O. Abthl. III Cap. I §. 6 Note**) S. 144, 45 m. Text S. 142, 43.

8 **1313**, Febr. 2. Bischof Heinrich (Wachholt) von Camin beurkundet, dass er zur Beseitigung lange fortgesetzter Differenzen des Grafen Otto von Everstein und seiner Erben mit dem Rathe und der Bürgergemeinde Cöslin's, deren Ursache die vom Ersteren besessenen und urbar gemachten, von ihrer Lage oberhalb der Stadtfelder so geheissenen Oberschläge („methe que overslag dicuntur in vulgari“) gewesen seien, einen Kaufvertrag unter den Streittheilen zu Stande gebracht habe, in Folge dessen der Graf für 270 Mark slavischer Pfennige die erwähnten Grundstücke, deren Grenzen zugleich näher bezeichnet werden, an die Bürger überlasse; dass ferner, und zwar ebenfalls auf seinen (des Bischofs) Rath, die Cösliner auch das Vorwerk („villa“) Gorband sammt aller Zubehör von dessen bisherigem Besitzer Peter Swenza[7]) [bereits 1308] käuflich zum grossen Vortheile des caminer Stifts und Gebietes an sich gebracht hätten, welcher Kauferwerb nun unter Vorbehalt der Jagdgerechtigkeit für den Bischof [„venacionem quoque ferarum omnium, videlicet cervorum, capreolorum, leporum aliarumque ferarum omnium nobis et nostris successoribus reservamus, inhibentes, ne quispiam in distinctionibus memoratis venacionem aliquam vel alicujus generis venacionis formam audeat exercere“] feierlich mit Beifügung einer Grenzbeschreibung des Besitzthums Gorband bestätigt wird; dass endlich die Bürger von Cöslin, hauptsächlich um der gefährlichen Lage ihrer Stadt willen — „nam quasi in fine terre nostre sunt positi“ — jene vom Bischofe Hermann bei der Zuwendung des Burgackers im J. 1287 [nr. 4] sich selbst reservirten acht Hufen („octo mansi, qui borchland dicuntur“) nunmehr als einen Zuwachs ihrer Stadtmarkung, und zwar mit Zustimmung des Capitels als ein Geschenk erhalten sollten. *Haken* a. a. O. Abthl. I Cap. III §. 8 Note **) S. 37, 38 m. Text S. 36, 37.

1331. Der caminsche Bischof Friedrich von Eickstädt gibt seiner Stadt Cöslin, deren Glück und Wachsthum als eine Herzenssache bezeichnend, das Dorf Jamund sammt allem, was dazu gehört, zu eigen — „donavimus ad proprietatem pagum Jament cum omnibus suis attinentis, agris cultis et incultis, pratis, pascuis, nemoribus et silvis, aquis, juribus et jurisdictionibus et libertatibus, quibus hactenus ipsam ecclesiam nostram Camin noscitur habuisse, perpetuis futuris temporibus possidendam, abdicantes a nobis, quicquid nobis competit et competere potuit in eodem pago.“ *Haken* a. a. O. Abthl. II Cap. III §. 4 Note **) S. 87 [Extr.] mit Text S. 86. 9

1337. Derselbe bestätigt der Stadt Cöslin den Erwerb des Vorwerks Gorband [nr. 8], unter Regulirung der inzwischen zweifelhaft gewordenen Grenzen des neuen Besitzthums. *Haken* a. a. O. Abthl. I Cap. III §. 8 Note ***) S. 38 [Extr.] mit §. 2 Note *) S. 32. 10

1337, Jun. 30. Ritter Jasko von Slawe[8]) erklärt, in einer Streitsache zwischen den Canonikern der caminer Kirche und den ihnen angeschlossenen Bürgern von Cöslin auf der einen und dem Bischofe von Camin und den Bürgern Colberg's auf der anderen Seite neutral bleiben, d. h. keiner Partei Hülfe leisten zu wollen, wogegen er für den Fall, dass der Zwist nach völliger Beilegung vom neuen ausbrechen sollte, den Cöslinern gegen Empfang gleicher Zusage seinen vollen und getreulichen Beistand „contra quoslibet volentes eisdem indebite injuriari“ zusichert. *Haken* a. a. O. Abthl. II Cap. IV §. 7 Note *) S. 105. 11

1353. Bischof Johannes von Camin gibt zu dem (bereits zwanzig Jahre früher erfolgten) Ankaufe des halben jamundschen Sees sammt Zubehörungen von Seite der Stadtgemeinde zu Cöslin seinen Consens, dabei bestimmend, dass, wenn deswegen Klage entstehen sollte, die Bürger nur vor ihrem eigenen Gerichte Recht zu nehmen haben. (R.) *Haken* a. a. O. Cap. III §. 5 S. 87—89 mit Cap. II §. 3 S. 66. 12

6) Vgl. *Haken* a. a. O. Abthl. I Cap. II §. 1 S. 22.

7) Er war Erzkanzler des Königs von Polen, von welchem er eine pomerellische Woywodschaft zu Lehen trug. Vgl. *Haken* a. a. O. Abthl. II Cap. III §. 5 S. 87, 88 m. Note **).

8) Aus dem Geschlechte Svenza.

14 **1356.** Derselbe ertheilt ferner seine Genehmigung zu dem im J. 1353 über zwei Drittheile der anderen Hälfte des Sees bei Jamund sammt dem Strande und allen daran haftenden Gerechtigkeiten [„litus, quod dicitur strand, cum duabus partibus piscature fructus, utilitatis dominii et omnis juris superioris et inferioris, manus et colli, cum his que in alto et basso inter super et subter terram apparent et sunt et in futurum fieri possunt"] zwischen den Brüdern Ulrich und Vico von Barthusewitz und der Stadt Cöslin abgeschlossenen Kaufcontracte. (R) *Haken* a. a. O. §. 6 S. 89, 90 mit Cap. II §. 11 S. 75, 76.

1368, Febr. 4. Der zum Schulmeister in Cöslin ernannte Thomas („Tyme") Flemming übernimmt dafür unter gewissen näher bezeichneten Bedingungen die Vertretung der Rathleute und Bürger daselbst im geistlichen Gerichte: „reconnosco per presentes, quod contra acceptationem [9]) scolarum a dominis meis consulibus in Cossalyne arbitratus sum et promitto, quod si aliquis dominorum meorum proconsulum vel consulum fuerit ad judicium spirituale vocatus, illum seu illos sub eorum expensis et equis volo et debeo defensare, nullo tamen sallario ab eisdem postulato. Sin vulgares cives ejusdem civitatis Cussalyn debeo defendere eodem jure spirituali, sub eorum expensis et equis fiat, sallario michi salvo [10]), cujus tamen sallarii moderacio ad ordinacionem pertinere debet dominorum meorum consulum predictorum. Si vero ego vellem a dicto servicio declinare aut dicti domini consules alium ad dictum servicium collocandum decreverint, ex tunc unus alteri hoc per quartale unius anni antea debet intimare." *Haken* a. a. O. Abthl. III Cap. V §. 3 S. 230, 31.

15 **1410**. Bischof Magnus von Camin sichert den Bürgern von Cöslin die Belassung „by aller rechtecheyt vnde vrygheit, de zee hebben ... an dem werlicken rychte der voghedye, also dat gheweset is van oldes", und den Fortgenuss ihrer Jagdgerechtsame zu. (R.) *Haken* a. a. O. Abthl. II Cap. II §. 4 Note **) S. 68 mit §. 15 S. 79.

16 **1422**. Bischof Sigfried (Bock) von Camin verleiht den Cöslinern über ihre Rechte und Freiheiten einen Confirmationsbrief. (R.) *Haken* a. a. O. Abthl. I Cap. I §. 17 S. 20 [11]).

17 **1429**. Derselbe bestimmt für die im Besitze des Klosters Buckow befindliche grosse Stadtmühle zu Cöslin den Gehalt der künftig zu brauchenden Mahlmetze. (R.) *Haken* a. a. O. Abthl. II Cap. III §. 15 S. 94.

18 **1447**, Febr. 8. Bischof Henning (Iven) von Camin erklärt, dass er bei der Huldigung mit dem Rathe von Cöslin sich dahin vereinigt habe, denselben „myt den van Colberghe nycht entwey holden edder entwey bringhen" zu wollen, und verspricht daher, die unter Bischof Sigfried zwischen beiden genannten Städten „na der twedracht, de ze vnderlanghes hadden van des krighes wegen", zu Stande gebrachte „endracht ... stede vnde vast thu holden in thukamenden tyden." *Haken* a. a. O. Cap. IV §. 7 Note ***) S. 106 m. §. 8 S. 106, 7.

19 **1459**, Mai 14. Derselbe begnadet „borghemester, radtmanne, werk vnde menheyt" der Stadt Cöslin um ihrer der caminer Kirche erwiesenen treuen Dienste willen dahin, dass sie oder Einen aus ihrer Mitte Niemand „butent laden, citeren edder tho rechte esschen", vielmehr über jegliche wider sie erhobene „thosprake edder klaghe" der bischöfliche Official in Cöslin „mechtig wesen schole tho richtende", dabei noch verfügend, dass, wenn Jemand von dessen Gericht „appelleren vnde eyn ordel schelden wolde", er seine Berufung an den Bischof zu richten habe. *Haken* a. a. O. Cap. II §. 3 Note **) S. 66, 67.

20 **1464**, Mai 8. Derselbe überlässt dem Rathe zu Cöslin für 1200 Mark Finkenaugen [12]) Pfennige wiederkäuflich die „vogedie" über die Stadt „met aller erer thobehorung vnde anvalle, met dem hogesten vnde sydesten vnde met allem rychte [13]) an hand vnd halss." *Haken* a. a. O. §. 4 S. 67.

21 **1471.** Die Stadt Cöslin betheiligt sich an dem auf zwanzig Jahre vereinbarten Schutzbündnisse der pommerischen Städte. (R.) *Haken* a. a. O. Cap. IV §. 8 S. 107.

22 **1480.** Bischof Marinus [de Fregeno oder de Trigo] von Camin bestätiget den Cöslinern den Besitz des „werliken rychtes der voghedye", ihre Jagd- und Schiffahrts-Gerechtsame („dat ze ere ghuder vppe eren stranden moghen quit vnnd vrigh schepen to water yn vnnd vth"), sowie ihre Befreiung von auswärtigen Gerichten („vnde wy edder vnse principal yffte vnse official scolen numande vth Cosslin citeren van borg-

9) *H.* conacceptationem.

10) *H.* salus.

11) Hier werden noch vier Generalbestätigungen der cösliner Privilegien aus den J. 1447, 1480, 1486, 1498 aufgeführt.

12) Es sind dies die oben Note 5 erörterten denarii slavicales. Vgl. *Leitzmann*, Wegweiser S. 49.

13) *H.* rechte.

hern yffte inwanern"). *Haken* a. a. O. Cap. II §. 5 S. 68, 69; Cap. I §. 5 S. 55, 56; Cap. II §. 15 S. 79.

23 **1480**, Mai 22. Herzog Bogislaf X. von Pommern versöhnt sich mit der ihm feindselig und gewaltthätig entgegengetretenen Stadt Cöslin, nachdem sich deren Rath und Bürger zu verschiedenen erheblichen Geldreichnissen und anderen Leistungen, sowie zu einer demüthigenden Abbitte verstanden hatten. Inhalt des Vergleichs b. *Haken* a. a. O. Cap. IV §. 13 S. 112 mit §. 12 S. 111.

CCV. Colberg.

(Preussen, Pommern).

J. Fr. Wachsen, Hist.-diplomat. Geschichte der Altstadt Colberg, durch viele eingestreuete Original-Urkk. in ein Licht gesetzet, Halle 1767. 8⁰., Abthl. I S. 1—39 *). *W. Reinhold*, Chronik der Stadt Colberg, 2. Aufl. das. 1860. 8⁰. Vgl. auch *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. II S. 462—97.

1 **1255**, Mai 23. Herzog Wartislaw III. von Demmin verleiht unter Mitwirkung Bischof Hermann's von Camin der ausserhalb der Burg Colberg entstandenen, nun zur Stadt zu erhebenden deutschen Ansiedlung das **lübische Recht**, gewährt ihr fünf Freijahre, eine Feldmark zu hundert Hufen, Fischerei in der Porsanta und Ostsee, sowie gleichfalls auf fünf Jahre umfassende Bauholz-Gerechtigkeiten; setzt ferner den Pfannenzins von der Sülze je nach der Grösse der Koten auf vier und acht Pfunde Salz und alles Gemäss sammt dem Zolle nach dem greifswalder Fusse fest; überlässt der neuen Stadtgemeinde auch noch den an der Meerseite gelegenen Wald bis zum Gewässer Unest, und weist endlich die Bürger in zweifelhaften Rechtsfragen Behufs der Einholung aufklärender Bescheide an den Rath von **Greifswalde**:

„In nomine sancte et individue trinitatis. Hermannus dei gracia Caminensis ecclesie episcopus et Wartizlaus eadem gracia dux Diminensis omnibus in perpetuum. Ut ea, que per nos et fideles nostros racionabiliter fuerint ordinata, robur optineant et vigorem, volumus, ut sic in eis veritas elucescat, ne modernorum ac successorum versucia locum habeat in eisdem. Hinc est quod notum esse volumus tam presentibus quam futuris, quod nos civitatem nostram Cholberch Theutonicis **jure Lubicensi** quinque annis liberam donavimus possidendam, ut eodem jure eademque in perpetuum gaudeant libertate. Centum mansos, qui coli possunt, eidem assignavimus civitati. Quicquid eciam nobis pertinere dinoscitur in pascuis et paludibus infra Porsantam et Regam, memorata civitas perpetualiter optinebit. Piscacionem quoque in fluvio Porsanta et salsi maris, in quantum attingere possunt, liberam civitati donavimus sepedicte; insuper omnes clausuras in fluvio Radi et Porsanta, que ad opus civitatis nocive fuerint, duximus destruendas. Preterea burgensibus nostris ad edificia ligna incidendi, ubicunque voluerint, per quinquennium dedimus libertatem. De censu sartaginum hujus civitatis [1]) sic statuimus, quod parva sartago persolvet singulis annis iiii pondera salis, de majori vero sartagine, cum ipsa uti contigerit, viii pondera persolventur; et hic census a nobis seu ab advocatis nostris nunquam minui poterit vel augeri. Ceterum modius, qui in civitate Gripswalt habetur in annona sale et aliis cum thelonio, idem [2]) in nostra civitate habebitur. Preter hec civitati nostre dedimus nemus illud, quod apud mare civitati adjacet, perpetuo, quantum ad usum lignorum, usque ad aquam, que Unest vulgariter est vocata. Si vero super aliquo articulo civilis consuetudinis sive juris dicte ville civibus dubium oriatur, pro diffinitione ejusdem articuli ad consules civitatis **Gripeswalt** est recurrendum. Hujus rei testes sunt milites nostri: Bispranus [3]), Nicolaus, advocatus in Gripeswalt; Fridericus de Indagine, Johannes de Keseltin [4]), consules de Gripeswalt; Jacobus de Trebetowe, Johannes Palbiz [5]), Wasmodius, Hildebrandus de Luneborch, Conradus Balbus, Johannes Vole, Arnoldus de Wittenborch, Emelricus, Johannes de Lubeke, Bernardus, Hinricus sartor [6]), consules de Cholberg. Acta sunt hec anno domini M⁰CC⁰LV⁰. Ne autem super premis-

*) Der ganze übrige Inhalt betrifft die Kirchen-, Capitels- und Kloster-Geschichte.

1) Die „Tuguria salis", Salinen der Colberger, finden wir schon in einer Urk. v. 3. März 1251 (in *Hasselbach's* u. *Kosegarten's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I Nr. 455 S. 920, 21) erwähnt. Sie begegnen später im Besitze einer Rittergesellschaft, welche im J. 1302 durch ein Statut körperschaftlich organisirt, zwei Salzgrafen als Richter hatte.

2) *W.* thelonis ibidem.

3) *W.* Bispraus.

4) *W.* Kest.

5) *W.* Palm.

6) *R.* Sartoris.

sis in posterum dubium oriatur, hanc paginam sigillorum nostrorum inpressione roboratam dicte civitati nostre Cholberg in testimonium validum erogamus. Datum Cholberg X°. kal. junii per manum Johannis notarii, indictione duodecima."

Abdrücke bei *v. Dreger*, Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. CCLXV S. 374 — 76 und *Wachsen* a. a. O. §. 4 S. 27—29; Auszug in M. *Rangonis* Pomerania diplomat. (1707) p. 168, 69. Vgl. dazu *Barthold's* Gesch. von Rügen und Pommern Thl. II S. 508 und Gesch. der dtsch. Städte Thl. II S. 289.

Colberg erscheint in vorstehendem Privileg mit dem lübischen Rechte bewidmet, und betrachtete in Folge hievon auch fortwährend den Stadtrath zu Lübeck als seinen eigentlichen Oberhof, wie dies namentlich die in ziemlicher Zahl uns erhaltenen lübecker Erkenntnisse aus dem XV. Jhdt. für Colberg [vgl. *Michelsen*, Oberhof S. 351 u. d. W. „Colberg"] darzuthun vermögen. Die Handfeste v. 1255 verweist aber die Colberger auch noch an den greifswalder Rath. Dass nun hiebei nicht gleichfalls ein jurisdictioneller, sondern lediglich ein consultativer Verband zwischen beiden Städten ursprünglich beabsichtigt war, unterliegt nach den Worten der betreffenden Stelle keinem Zweifel. Unfehlbar war nämlich die Tendenz des Gründungsbriefes darauf gerichtet, das colberger Stadtrecht in seiner weiteren über das lübische hinausgehenden, also mehr selbstständigen Entwicklung (z. B. der stets überwiegend örtlichen gemeindebürgerlichen Verhältnisse) in einen genetischen Zusammenhang und sonach materiellen Einklang mit dem Rechte anderer bedeutender Pommernstädte, zunächst Greifswalde's, zu bringen. Allein nach der Anschauungsweise jenes Zeitalters konnte die Wirkung der fraglichen Bestimmung keine andere sein, als dass man in Colberg nun auch den Rath von Greifswalde als zweiten Oberhof ansah, nach welchem man in schwierigen Prozessen seinen Rechtszug nehmen dürfe, und dass dieses hie und da geschehen sei, beweist das interessante Actenstück v. 5. Febr. 1297 im *UBuche der Stadt Lübeck* Thl. I Nr. DCLVIII S. 591—93. Hier legen die Rathmannen zu Colberg einen peinlichen Fall [die Anklagesache gegen einen gewissen Stromberg wegen Mordes], worüber bereits der Oberhof zu Lübeck ein Urtheil gefällt hatte, nach weiteren deshalb gepflogenen Verhandlungen, und nachdem das hienächst ergangene Erkenntniss des colberger Gerichts von den Anklägern gescholten worden, nunmehr zum Rechtsspruche dem greifswalder Rathe vor — „cujus rei gracia dilectos nostros de consilio socios ad vestre discrecionis judicium transmittimus, exorantes, quatenus discussione diligenti inter vos habita, quid de hiis vobis justum visum fuerit, distinguatis, cum vos fontes nos vero justicie rivuli defluentes."

1266, Febr. 12. Herzog Barnim I. von 2
Pommern gestattet den Bürgern der Stadt „Cholberch" den zollfreien Häringsfang — „ante exitum Parsande in salsum mare et in portu ipsius Parsande usque ad civitatem ipsam et ubique in salso mari, in quantum se ejusdem civitatis termini juxta mare salsum in agris, pascuis et campis extendunt." *v. Dreger* a. a. O. Nr. CCCLXXXIV S. 491, 92.

1274, Jan. 6. Derselbe verkündet, dass 3
Alle, welche an den Küsten seines Landes Schiffbruch leiden würden, für ihre Personen und Güter Schutz und Freiheit haben sollten, und befiehlt hiebei dem Rathe und den Bürgern von Colberg insonderheit, in der Erfüllung jener Schutz-Zusage ihn zu unterstützen — „commisimus etiam et in mandatis dedimus diligentibus consulibus et burgensibus nostris in Cholberg, quod si aliquis predictos naufragos indebite molestare presumet in aliqua parte rerum ipsorum, ipsos una nobiscum fideliter defendendum et tuendum." *Rango* l. c. p. 331.

1276. Derselbe und dessen Sohn Bo- 4
gislaf, „duces Sclavorum", übereignen um eine Kaufsumme von 3500 Mk. Silbers dem Bischofe Hermann von Camin und seiner Kirche „civitatem et terram Cholberg [7]) . . . . . cum advocatia et omni jure, quod habuisse dignoscitur eo tempore, quando Casimarus et Borko milites [8]) burgravii erant in castro Cholberg, et cum aquis, fluminibus, rivulis, pratis, pascuis, piscariis, theloniis, pedagiis, stagnis, salinis, aurifodinis, argentifodinis, ferrifodinis, cum juribus omnibus et utilitatibus", dabei jedoch den Colbergern den Fortgenuss ihrer bisherigen Freiheiten vorbehaltend — „reservando dicte civitati et terre omnia privilegia, que ipsis contulimus vel a nostris predecessoribus habuerunt, insuper libertatem vectigalium viarum terrestrium et fluvialium cum libertatibus omnibus, quas burgenses et terre predicte inhabitatores in nostro dominio habuerunt, antequam predictam civi-

---

7) Ueber den Umfang der colbergischen Castellanei (terra s. provincia Colbergensis) s. *Wachsen* a. a. O. §. 3 S. 24 flg.

8) Ueber diese zwei letzten Castellane Colberg's, denen 1277 auch eine genaue Feststellung der Grenzen des colberger Ländchens aufgetragen worden, vgl. *Wachsen* a. a. O. §. 6 S. 34, 35.

tatem et terram venderemus." *Rango* l. c. p. 165—68.

5 **1305**, Sept. 15. Rath und Gemeinde (consules ac commune") der Stadt Colberg und der Abt Nathan von Belbuck nebst seinem Convente vergleichen sich in Ansehung der zweifelhaft gewesenen Grenzen ihrer beiderseitigen Grundgebiete (unter Beibehaltung der vorgefundenen „cruces seu arbores malbome communiter dicte, distinctionis signa malbome vulgariter vocata"), sowie über die Benützung des Blotznitz-Flusses zum Fischfange und zur Schifffahrt. *Wachsen* a. a. O. §. 5. Note a S. 30—32.

6 **1313**. Bischof Heinrich von Camin verkauft mit Consens seines Capitels den Colbergern zwei innerhalb ihres Stadtbezirkes gelegene Mühlen unter Hinweisung auf das im Allgemeinen gültige, daher auch bezüglich jener anwendbare **lübische Recht** — „et hec molendina sicut alie hereditates intra civitatem Colbergensem site subjacebunt **juri Lubecensi**, in quo jure quantum ad prenarrata neque per nos neque per successores nostros neque per capitulum Caminense jam dicta civitas et ejus incole detrimentum aliquod vel impugnationis materiam cujuslibet patientur." *Schoettgen* et *Kreysig*, Diplomatar. et Scriptt. hist. Germ. Tom. III p. 24; *Michelsen* a. a. O. S. 66. (Extr.)

7 **1364**, Mai 1. „De rahtmanne tho Colberg olde ind nige syn des tho rade worden, dat nymand schal hoven edder lengot hebben binnen dem rade, edder buten dem rade, de use borger wesen willen edder syn buten der stadt richte, dorch sonderlicker not willen ind schaden, de dar aff kamen syn der stad ind den landen [9]), dat me ock nemand tho borgere schal nemen, he en sy der hoven ind lengöder quidt. Weret dat se wo holde, de erer nich entberen edder lossen wolde, de schal se bevaren ind schal use borger nich syn, aldewile dat he de hoven ind dat lengot hefft. . . . . Tho dissen stucken hebbe wy us vorbunden, de nu im rade syn, mit usen eyden. Desgliken scholen don alle de jenen, de nakomende syn, wen sick de raht verniget, ind scholen datsülve schweren, up dat dit gesette ewig blive." *Rango* l. c. p. 230, 31. Dazu *Barthold*, Gesch. v. Rügen und Pommern Thl. III. S. 296, 97 Note.

8 **1410**. Bischof Magnus von Camin verpfändet der Stadt Colberg die Hälfte der Vogtei daselbst für 774 Mk. Silbers. (R.) *Wachsen* a. a. O. §. 9 Note *) S. 39.

9) Einige solche trübe Ereignisse führt das Statut, gleichsam zu seiner Motivirung, selbst auf.

1466, Jan. 1. Herzog Erich von Pommern, welcher mit „rade, werken und mente der stat Colberge" in „scheelinghe, unwillen und twedrachtiger sake" gelebt, entsagt seinerseits aller feindseligen Gesinnung gegen dieselben und verspricht ihnen, sie zu „beschermen unde verdegedingen to water edder to lande, wor en des not unde behueff", gleich seinen eigenen Unterthanen, wogegen ihm dann die Colberger ihrerseits geloben, dass sie ihn, sein Land und seine Leute „mit morde, rove, brande, griepende nicht willen antasten ift argern." Alle künftig zwischen den Sühntheilen etwa entstehenden Streitigkeiten sollen schiedsrichterlich „dorch vründtschopp edder rechte" beigelegt und zu diesem Zwecke die Städte Neu-Treptow und Belgard als Gerichtsorte von den Parteien aufgesucht werden. Endlich „ifte de van Colberg ock missedede, apenbare rövere, mordbernere, kerken-berovere bekrefftigeten unde richteden", will ihnen der Herzog mit den Seinen „dar to helpen unde ze dar tho stercken", sowie er auch noch für sich und seine Nachkommen die Zusage beifügt, den Beschädigern und Feinden der Stadt Colberg niemals Unterkunft, Förderung und Beistand zu gewähren. *Rango* l. c. p. 233—36. 9

1488, März 16. Bischof Benedict von Camin bestätigt der Stadt Colberg ihre Freiheiten und Eigenthumsrechte am Salzberge, überlässt ihr ein näher bezeichnetes Stück des Meeresstrandes sammt Zubehör, und bestimmt, wie es mit den gestrandeten Gütern künftig gehalten werden solle: — „wy hebben angesehen groten willen unde velen truwen deinst user leven getruwen borgermeistere unde rathmannen unde mende user stat Colberge unde . . . . . . bestedigen unde confirmeren ere privilegia, friegheit, eigendome, de se van olders her hebben gehat in unde an deme Zoltberge vor der vorscrevenen user stat Colberge belegen unde noch hebben. Vort mehr so geve wy densülven usen leven getruwen börgermeistern und rathmannen unde mende user vorscrevenen stat Colberge quid unde vrygh den vorigen strand by dem meere van der olden Rege an bet uppe dat ūterste auver des fleetes geheten Unest, wiet unde breth, mit aller thobehöringe, richte, rechte unde gerechtigheit, mit dem högesten und sidesten, zo se dat tho langen tiden van olders her, ock begifftigunge user vorfarde, in langer besittinge gehat hebben. Unde wat dar vor gude und waare in den strand schleid van unwedders wegen, idt kame drin, wo idt dar kame, dar skal sick nemand van den usen, manne edder stede und undersaten 10

effte wol anders, verhoden und dat antasten unde wegnemen by synem högesten; men dat alle scholen de vorstendere der havene, van dem rade dar tho gesettet, nemen tho sick in bewaringe, deme seefarenden manne tho gode, deme dat syne iss. Isset dat idt is unverderfflike waare, de scholen se deme kopmanne tho gude na holden jar unde dag. Isset dat he binnen der tidt kumpt dar thor stede, so skal me eme sodanig gutt vriegh wedder geven, men des allene van beholden möglick und redelick bergegeldt. Isset averst verderfflike waare, de skal me verköpen un de pennige dem seefarenden manne tho gude verwaren, und wen he kumpt, so skal me eme idt tho keren, men desgliken mögelick und redlick bergegeld beholden. Weret dat da nemand na deme gude kummt, so skal me dat keren tho nüttigcheit und beteringe der havene de mede tobuwende.“ *Rango* l. c. p. 331, 32. Vgl. *Brüggemann* a. a. O. S. 484.

11 **1489**. Derselbe gestattet den Colbergern, an ihren zahlsäumigen Schuldnern auf dem platten Lande innerhalb des Stiftsgebietes Privatpfändung zu üben. (R.) *Brüggemann* a. a. O. S. 485.

12 **1498**. Bischof Martin von Camin ertheilt der Stadt Colberg über ihre gesammten (von 1255 an empfangenen) landesfürstlichen Privilegien einen Confirmationsbrief. [R.] *Rango* l. c. p. 169.

Colberg war der Oberhof für das camin'sche Städtchen *Bublitz*. Vgl. oben Nr. CLIV S. 429.

CCVI. Coldiz.

(Königreich Sachsen.)

Abrah. Thammii (consulis et scribae) „Chronicon vetustissimae arcis et urbis Coldicensis“ b. *J. B. Mencken*, Scriptt. rer. Germ. Tom. II col. 663—754. *Joh. Kamprad* „Chronica der Stadt Colditz“, in dessen Leisnigker Chronica [Leisnig 1753. 4⁰.] Cap. XXIII S. 515—98. *C. A. Jahn* „Kurze Geschichte der Stadt Colditz“ in *Weisse's* Musäum f. d. Sächs. Geschichte, Litteratur und Staatskunde Bd. II Stück 1 (Leipz. 1795. 8⁰.) S. 96—105. *H. F. Bellger*, Histor. Beschreibung der Stadt Colditz, nach zuverlässigen Quellen bearbeitet, Leipz. 1832. 8⁰.

1404—1431. Die Bürger der Stadt Coldiz fassen a. ihre noch anwendbaren älteren Gemeindestatute [Nr. I, II, III, VI, VII], vornehmlich die Bürgermeister- und Rathswahl, die städtische Straf- und Polizeigewalt, die Gebühren der Richter, Schöffen und Frohnboten für gewisse Amtshandlungen, die Reichnisse an den Stadthauptmann, Pfarrer und das Kloster Buch, die Scheunen-Zinse und das Markt-Stättegeld, das Raths-Heergewedde, die Pfändung bei Bagatellforderungen mit dem Büttel, die Bussen wegen Feuer-Vernachlässigung etc. betreffend; ferner b. locale Observanzen über Gatten-Erbfolge [Nr. IV], sowie c. einige vor langer Zeit mit der Nachbarstadt Leissnig vereinbarte Bestimmungen [Nr. V] über gegenseitige Verkehrs- und Gerichtsverhältnisse in die im Nachfolgenden mitgetheilte neue **Willkür** zusammen:

„[Nr. I.] Dis sint dy wilkore, dy dy borger vnd die gancze gemeyne gewilliget han: §. 1. beyde arm vnd riche han kuset alle jar jerlichen eynen burgermeister off eyn jar. So sal bey syn arm vnd riche, dy do burgerrecht habin, an dem nehisten frytage nach dem afftirdinge [1]), alzo nach wynachten. • Den burgermeister, den man kuset, alzo obin geschreben stet, den bestetiget vns eyn houbetman hy czu Coldicz vnd syne kumpan van unser genedigen herschafft wegen, van den alden von Coldicz, dy dysse arme stat domete begenadt, daz wir der herschafft nicht endorffen besuchen vnd nach geruge tun [2]). Off dyselbige zcyt gebit man deme houbetmanne eyn halb schog grosschen zcum nuwen jare. Vnd wen man kuset zcu eyme burgermeister, der sal sich des nicht weren, vnd wer das wedirspreche vnd nicht tun welde, der ist der stat darinne vorvallen. Man kuset ratmanne mit des burgermeisters rate ouch ane wedirrede. Ouch wer do bey der köre nicht enwere, der do burgerrecht hette, one loube des burgermeisters, der ist ouch der stat vorvallen iij grosschen. Man kuset alterlute [3]) vnd bruckemeyster alzo selbist ane wedirrede. §. 2. Ouch sal nymant straffen [4]) eynen siczenden rat, her wisse es denne besser; weys her des nicht besser, her ist der stat ouch darynne vorvallen. §. 3. Ouch hat dy stat zcu richtene obir alle vnzüchte vnd waffinrouffte [5]) and obir alle scheltwort, obir veltschaden, obir holczhüb, obir reyne, das do lyt zcu statrechte. Allis dys oben vnd nachgeschreben haben wir ge-

1) Vgl. *J. Grimm*, RAlterth. S. 837 mit *O. Stobbe*, Ztschr. f. dtsch. Recht X, 96.

2) *Sächs.* Land-R. I, 2 §. 4; *Richtst.* Landr. I §. 4.

3) Altarleute, Kirchenpfleger.

4) In seinen Urtheilen oder Beschlüssen tadeln.

5) *J.* aytzüchte vnd wassirloufte.

hat von den edeln hern von Coldicz bys off dysse czyt; dornach haben wirs gehabt von vnsirm genedigen hern margraven Wilhelm, deme got tet genade bys her off disse czyt. §. 4. Ouch haben dy burger spel zcu vorbieten vnd ouch zcu erloubene. §. 5. Ouch hat dy stat zcu richtene obir alle vnrechte masz vnd obir vnrecht gewichte vnd obir alle vnkouffe. §. 6. Ouch wer zcu der ruge nicht enqueme, der ys der stat vorvallen off das rathus drey grosschen. §. 7. Ouch wer eckere adir erbschafft in lehen nympt, der sal dem richter eyn grosschen gebin vnd dem scheppen eyn grosschen. §. 8. Wer ouch des statknechtis bedarff in wigbilde, der sal ym gebin zcwene heller zcu gebitene in der stat vnd bynnen wigbilde [6]; sundir dy drey grosze ding sal her gebiten vmesust, wer sin bedarff im wigbilde. Abir wer vzwendig deme gerichte siczet, der sal deme knechte gebin eynen grosschen zcu gebot. Wer ouch zcu den erbirn [7]) wyl laszen gebiten, der sal dem knechte gebin sechs heller desehalben des wassirs, sundir genehalben des wassirs eynen grosschen. §. 9. Eyn meteburger gebit in geheget bangk zcu wyssenunge czweene heller in wigbilde. Wer in deme gericht siczet, der gebit vyr heller zcu wyssenunge.

[Nr. II.] Nu hörit vnnd vornemit dy willekor, dy dy burger vnnd dy gancze gemeyne vor alder gewilliget haben: §. 10. Czum ersten das nymant bey nacht sal derren [8]); wer das bricht, der sal der stat eyn schog grosschen gebin. §. 11. Wer ouch vor den betet [9]), der sal ouch der stat eyn schog gebin off das rathus. §. 12. Wer ouch bruwet, der sal mit den bruwern off stehen vnnd selbir bey der pfannen syn; tut her des nicht, so ist her der stat eyn schog grosschen vorvallen [10]). §. 13. Ouch sal des nachtes nymant mit wysschen [11]) gehen; wer das tut, der ist der stat eynen virdung [12]) vorvallen. §. 14. Wer ouch ein pfant vorseczet vor brot adir byr, der sal ys löszen bynnen virczen tagen; löszet her is nicht, das sal yeme keinen schaden tragen. §. 15. Dy stat gebit dem houbetmanne off vnser genedigen herschafft yrer renthe drey schog grosschen vnd xxij grosschen off walpurgis. §. 16. Man gebit deme pfarrer von sente Niclaus vssen vor der stat [13]), in der kirchen redelichen messe zcu halden alle tage in der wochen sundir den dornstag, czwey schog off walpurg vnd ji off michelis. §. 17. Man gebit den münchen czu Buche in deme closter viij schillinge grosschen off martini, vnd laszen das selber holen alle jar [14]). §. 18. Diz sint dy czinsse der stat off gute mertinstag von den scheunen alle jar: Heinrich Heincze czinnset i gr., Tewirkouff czinnset i gr., Nickel wagner czinnset ij gr., Ebirhart czinnset i gr. §. 19. Ouch hat dy stat zcu nemen alle jar jerlichen stetegelt in der ffasten off dem markte. §. 20. Wenn ouch ein meteburger sterbit vnd keynen son nach sich liesze, so sal der rat das hergewette fordern ane ynsprache der schwertmegen adir nehisten frientschafft.

[Nr. III.] Dise wilkor haben vnser voreltern gewilliget vnd gehalten, dobey sy dy herschafft vertediget hat: §. 21. Wer ouch deme andirn schuldig ist vndir eyme grosschen, der mag en darume nicht beschuldigen vor gerichte; sundir mit deme botel mag her en darume pfenden, wil here nicht enperen.

[Nr. IV.] Ouch haben wir eyne alde gewanheit gehabit van aldir vnd mit vnsir alden czu der czyt vnd mit volwort der ganczen gemeyne: §. 22. Wo czway eliche mensche zcusamen komen alzo man vnd wyb, yr eine störbe, vnd yr eyne hat des andirn betthe beschritten, do syn dy güter halb sin, was her hat adir verrir gewinnet. §. 23. Sterbit dem mane das wyb, so beheldit der man das beste cleyt mit gesmeyde, is sy gold adir silbir an dem besten cleide, is sy mantel adir rogk; adir löse ys ym abe nach werdin. Desgliken behelt ouch das wyb des manes cleyt das beste nach syme tode [15]).

[Nr. V.] Eyne gute alde gewanheit habin vnsir alden obirtragen vnd gewilliget mit den von Lysse-

6) Der Abdruck hat hier die völlig unverständlichen Worte: „in der stat vnd synen heiligen abunt.

7) Auf das herrschaftliche Schloss?

8) Malz dörren.

9) D. i. bittet. (*Jahn* nimmt „beten" hier für: fluchen.)

10) Der §. 12 ist im Stadtbuche durchstrichen und darum im Abdrucke *Jahn's* hinweggelassen worden.

11) Strohbündel.

12) D. i. ¼ Mark.

13) Vgl. über diese Kirche *Beliger* a. a. O. S. 32, 121.

14) S. auch *Schoettgen* et *Kreysig*, Diplomatar. et SS. hist. Germ. II, 259.

15) Diese Erbrechtsgrundsätze lassen sich noch in der von der Herzogin Sophie von Sachsen am 7. Febr. 1619 bestätigten neuen coldizer Willkür [gedruckt b. *Kamprad* a. a. O. S. 563—68 und *Schott*, Sammlungen zu den Dtsch. Land- und Stadtrechten Thl. II S. 239—46] wieder erkennen.

nig, vnsen liben nachbern vnd guten gunern, vnd mit yren eldisten, das vor langer czyt bis her hat gestanden, vnd nach hoffen mit yn alleczyt gutlich czu halden: §. 24. das dy vnsern meteburger keynen czal noch slegeschacz sullen gebin in irer stat, noch dy yren hye zcu Coldicz, vnd ouch keyn stetegelt sullen gebin, ys kouffen adir vorkouffin dy vnsen dort adir dy yren hye czu Coldicz [16]). §. 25. Ouch was dy van Lyssenig hye vor gehegiter bangk habin zcu schicken, des gebin sy zcu gebote adir zcu wyssenunge alzo vyl, alzo wyr, was laut vor gericht geschyt. Ouch sullen sye keynen puwern vs desin gerichte zcu Coldicz zcu Lyssenig vorkumern noch vffhalden [17]). Dese obgeschrebene gewanheit wolln wyr off beyde syten alleczyt gutlich halden.

[Nr. VI.] Ouch habin vnsir alden eyne willekor gewilliget vnd obirtragen vorczyten mit den alden vnd der ganczen gemeyne arm vnd rich: §. 26. Wo adir zcu weme fuwer vskomet, vnd daz nicht beschriet, der ys der stat ein schog grosschen vorvallig of das rathus; beschriet her ys selbir adir dy synen von synetwegen, so sal her der stat eynen virdung gebin [18]).

[Nr. VII.] Ouch ist dy gancze gemeyne arm vnd rych gemeynecklich eyne worden: §. 27. Wo adir zcu weme das fewer vskomet, sso sal derselbe wert adir wirtynne nicht vs syme husze wychen bynnen vir wochen, sundir yn syme husze blyben. Do sal eme denn keyn leyt von nymande geschen. Wenn dy vir wochen vskomen, kan her sich denne mit der stat nicht vordragen, sso sal her syn bestes denken."

In einem sehr fehlerhaften Abdrucke mitgetheilt von *Jahn* a. a. O. S. 89 — 94 [mit einigen Erklärungen S. 94—96 u. Stück 2 Nr. VIII S. 224 flg.]. Vgl. dazu *Herschel* im Anzeiger f. Kunde der Dtsch. Vorzeit, Jahrg. 1859 Nr. 7 Sp. 241, 42.

Bis zum Beginne des XV. Jhdts. befand sich Coldiz im [anfänglich lehensweisen, nachmals eigenthümlichen] Besitze eines aus dem Avensberg'schen Grafenhause abgezweigten Reichsdienstmannen-Geschlechtes, welches sich nach dem vom Grafen Wiprecht von Groitzsch wohl bald nach 1080 erbauten castrum Coldiz: Herrn von Coldiz nannte. Ihnen, „den alden von Coldicz", wie es in der *Willkür* Nr. I §. 1 heisst, verdankt unzweifelhaft der wendische Burgflecken seine Erhebung zur „civitas", als welche er bereits in einem Verkaufsinstrumente v. 1265 [*Schoettgen* et *Kreysig* l. c. p 190 Nr. XLVII] begegnet, sowie die Zuwendung eigener Strafgerichtsbarkeit und anderer nicht unbedeutender Freiheiten. Allein schon 1394—1395 traten, jedoch mit Wiederkaufsvorbehalt auf acht Jahre, die Herren Wenzel, Albrecht, Thymo und Georg, des Vollhardt von Coldiz Söhne, ihre Stadt sammt dem dazu gehörigen Ländchen an die Landgrafen von Thüringen und Meissen, Wilhelm und Balthasar ab, und als nun die erwähnte achtjährige Zeitfrist abgelaufen war, überliessen 1404 die genannten Brüder Albrecht und Georg Stadt und Gebiet von Coldiz erblich an den Markgrafen Wilhelm von Meissen, dessen die alleg. *Willkür* §. 3 als des zur Zeit ihrer Entstehung regierenden Stadtherrn gedenkt. Da aber derselbe bereits 1407 mit Tod abgegangen ist, so muss der Bestandtheil Nr. I der *Willkür*, wenigstens in der in das Stadtbuch v. 1431 übergegangenen Fassung, zwischen die Jahre 1404 und 1407 gesetzt werden. Vgl. *Jahn* a. a. O. S. 95 Note 3.

Die übrigen Stücke der *Willkür* bezeichnen sich in ihren Eingängen selbst als älteren Ursprungs, und ihr Inhalt gibt keinen Grund, an diesem ihren höheren Alter zu zweifeln.

Endlich möge hier noch auf die drei aus dem alten Stadtbuche von *Herschel* a. a. O. Sp. 242—44 mitgetheilten Urkunden aus dem XV. Jhdt. über Stiftung von Seelbädern („zelebath, zelgerethe zcu der badestuben, zelbad") in Coldiz, wo dieselben sogar mit der Rechtsnatur von Reallasten auf Gärten und Aeckern hafteten, hingewiesen werden.

---

16) Diese „von uhralten Zeiten her" stammende „nachbarliche Vereinigung" [*Kamprad* a. a. O. Cap. XI S. 166] beider Städte hat die Kurfürstin Margaretha, Herzog Ernst's von Oesterreich Tochter, welcher ihr Gemahl Friedrich der Sanftmüthige Coldiz zum Leibgedinge gesetzt hatte, „bey Zeit ihrer Witthums-Regierung" [1464—86], und zwar im J. 1481 „durch beyderseits ertheilete schriftliche Privilegia gnädigst confirmiret, und denenselben jederzeit nachzuleben verordnet, nemlich: dass die Bürger von Leisnig mögen zu Colditz kauffen und verkauffen, dürffen keinen Zoll, Schläge-Schatz, noch Stätte-Geld geben; Desgleichen wiederum die von Colditz zu Leisnig auch Freyhung haben." [*Kamprad* a. a. O. Cap. XXIII S. 575.] Ein freier Marktverkehr bestand übrigens auch zwischen Coldiz und dem Amtsstädtchen Lausigk, mit welchem ausserdem noch die Coldizer 1446 einen Vertrag wegen des Bierbrauens abgeschlossen haben. *Kamprad* a. a. O.

17) Vgl. *Kamprad* a. a. O. Cap. XI S. 166 Z. 27—32.

18) *Glosse z. sächs.* Land-R. II, 51 (Ausg. v. 1545 Bl. cxliiii). Vgl. *Jahn* a. a. O. S. 96 Note 7.

CCVII Colmar.

(Elsass.)

Th. F. X. Hunkler, Geschichte der Stadt Colmar und der umliegenden Gegend, das. 1838. 8⁰. *C. G. Sand*, Geschichte der Stadt Colmar von ihrer Gründung an bis 1850, das. [und Leipz.] 1854. 8⁰. *X. Mossmann* „Recherches sur l'ancienne constitution de la commune à Colmar" im Bulletin de la société pour la conservation des monuments historiques d'Alsace, Série II Vol. I Part. 2 [Paris et Strasbourg 1863. 8⁰.] p. 26—80.

Eine vollständige Stadt- und Rechtsgeschichte Colmar's enthält übrigens auch *A. W. Strobel's* „Vaterländische Geschichte des Elsasses" in den Thl. I—III (2. Ausg. Strassburg 1851. 8⁰.); einen Ueberblick der wichtigsten politisch- und rechtshistorischen Ereignisse *J. F. Aufschlager's* „Elsass" Thl. I (Strassb. 1825. 8⁰.) S. 82—206 *).

Das urkundliche Material findet man grösstentheils in *J. D. Schöpflini* Alsatia diplomatica, II Pts., Mannhem. 1772—75 fol., abgedruckt. Nur eine kleine Anzahl von Rechtsbriefen bietet *Lünig*, RArchiv Thl. XIV S. 712 flg.

Colmar [Columbaria, Columbra, Colmaria], zum ersten Male im J. 823 als eine Karlingische Krondomäne — „fiscus nomine Columbarium" — urkundlich erwähnt, bestand im IX. und X. Jhdt. aus zwei vermuthlich umfangreichen Königshöfen (curtes) und der um dieselben allmälig erwachsenen „villa" sammt der dazu gehörigen „marcha Columbariensis." Der obere Herrenhof, „curia superior", war, und zwar unzweifelhaft durch kaiserliche Schenkung, in den später (1003) von Heinrich II. bestätigten Besitz des im Waadtlande und der Diöcese Lausanne gelegenen Klosters Peterlingen (Payerne) gelangt, während den unteren Herrenhof, „curia inferior", gleichfalls auf alten Rechtstitel hin die constanzer Kirche inne hatte. Die Bevölkerung des Ortes konnte daher lediglich zwei Elemente: Königsleute und Stiftshörige begreifen. Aus der Ersteren Mitte treten aber die, den ersten Keim des späteren colmarer Stadtadels enthaltenden Dienstmannengeschlechter, „milites de Columbaria", bereits erkennbar hervor. Im beginnenden XIII. Jhdt. scheint nun Colmar schon einer solchen Bedeutung sich erfreut zu haben, dass der elsassische Landvogt Albin Wolfhell (Wölfelein) es für zweckmässig hielt, den Ort mit einer Mauer zu umgeben, was etwa in dem Zeitraume von 1214 bis 1220 geschehen sein dürfte. Von jetzt an treffen wir neben den „milites", welche übrigens ihre hervorragende Rolle auch in dem neuerblühenden Gemeinwesen keineswegs verleugneten, als thätig bei den Communalgeschäften „burgenses" an. Doch wirkten die grundherrlichen Gerechtsame des Abts von Peterlingen und Bischofs von Constanz über Colmar noch lange ungestört fort, bis auch hier das Streben der immer mehr als politische Einheit („communitas") sich fühlenden Bürgergemeinde nach Unabhängigkeit zuvörderst zu den allenthalben ersichtlichen Conflicten mit der kirchlichen Grundherrschaft, alsdann zu einem einstweilen beschwichtigenden Abkommen, und endlich fast unbemerkbar zur Abschüttlung des mit städtischer Freiheit unverträglichen Joches hinführte. Einen vorbereitenden Schritt hiezu erkennen wir in der nachfolgenden Urkunde, womit daher Colmar in das Gebiet der Rechtsgeschichte eingeführt werden möge. *Schöpflin* l. c. P. I Nr. LXXXV p. 69; CLXXXIII p. 146 (R.); CCCXXXVI p. 284, 85; DCLXXV p. 474 mit *Mossmann* l. c. p. 27, 28. Vgl. auch *Hunkler* a. a. O. S. 7—21; *Hugo*, Mediatis. S. 45.

1226, Jul. Neun gewählte Schiedsrichter ertheilen „domino Waltero de Sigolseim in justicia presidente" in einem zwischen der „communitas Columbariensis" und der „ecclesia Paterniacensis" lange bestandenen Streite über die beiderseitigen Grundgerechtigkeiten, Jurisdictionsbefugnisse und Gefällbezüge in der Stadt Colmar einen Ausspruch nachfolgenden Inhalts: — „Curia superior Columbariensis de cetero libere obtinebit prata duodecim falcium [1]) in publicis pascuis et ante diem in messibus [2]), sicut habere consuevit. Recuperabit etiam Paterniacensis ecclesia, quousque oportunitas se ingeret, jurisdictionem ipsius civitatis Columbariensis ad ipsam pertinentem cum pertinenciis suis, et ipsa communitas Columbariensis super hoc consilium et auxilium fideliter prestabit eidem. Ipsa vero communitas bannum, cornarias [3]), the- 1

---

*) Die Annales Colmarienses [1211—1305] und das Chronicon Colmariense [1218—1303], beide am Besten in *J. Fr. Böhmer's* Fontes rer. Germ. Bd. II (1845) S. 1—43, 44—96 [vgl. dazu Vorrede S. IX flg. XII flg.] gedruckt, gewähren dem Rechtshistoriker in Ansehung Colmar's nur eine sehr geringe Ausbeute.

1) D. i. mit zwölf Frohnschnittern oder Frohnmähern. Vgl. *Ducange-Henschel*, Glossar. III, 199.

2) D. h. auf Bauäckern in der offenen Zeit.

3) Getreide-Abgabe. *Ducange-Henschel* l. c. II, 604 sq.

loneum burgensium intus et extra morantium, redemptionem porcorum eorundem tempore glandis [4]) et silvarum pascua, que negata non fuerunt a curia supradicta, ad censum sexaginta quinque solidorum retinebit, qui super medietatem domus pannorum in foro site et casalis [5]) ab imo usque ad summum assignantur eidem in perpetuum memoriale; ita tamen, quod si in futuro tocius census dicte domus excreverit, curia medietatem percipiet incrementi. Dicta quoque communitas tam jura ecclesie Paterniacensis quam curie Columbariensis ad ipsam pertinentis manutenebit et defendet fideliter pro posse suo. Et jura omnia foresteriorum ecclesie integre remanebunt. Adjectum est supradictis, quod si prior vel certus nuncius curie de debitoribus suorum censuum querimoniam moverint, et dicti debitores post trium dierum continuam citationem nec comparuerint nec satisfecerint, nuncius in ipsa civitate Columbariensi in continenti pignorabit et pignora curie assignabit. — — — Hoc etiam debet sçiri, quod, quousque prior superioris curie vel ejus nuncius coram judice petet justiciam de aliquo, ante omnes audietur." Diese „composicio" erkennen schliesslich die (hier zum ersten Male begegnenden) „consules" von Colmar, zwölf an der Zahl, theils „milites", theils andere Edle, theils burgenses", sammt der übrigen Stadtgemeinde als rechtsbeständig und für sich verpflichtend an. *Schöpflin* l. c. Nr. CCCCXLII p. 356, 57.

2 **1255**, März 10. König Wilhelm bestätigt den Colmarern ihre gesammten Rechte und Freiheiten —: „sincere fidei puritatem et devotionis affectum, quem dilecti fideles nostri cives Columbarienses ad sacrum Romanorum imperium hactenus gessisse noscuntur, diligentius attendentes, ipsis omnia jura, libertates et privilegia dudum a divis imperatoribus et regibus Romanis, predecessoribus nostris, juste ac pie concessa liberalitate regia confirmamus, promittentes ea omnia inviolabiliter observare ac facere ab universis et singulis observari, et presenti edicto districtius inhibentes, ne quis ipsos contra nostre confirmationis tenorem impedire presumat." Dem Zuwiderhandelnden wird schwere Ungnade angedroht. *Schöpflin* l. c. Nr. DLIX p. 413; *Zeerleder*, Urkk. f. d. Gesch. der Stadt Bern Bd. I S. 452 (Note).

Das vorstehende Privileg setzt es ausser allen Zweifel, dass Colmar, welches in der Hohenstaufischen Periode, wie sein bewaffnetes Auftreten in den Händeln mit Ruffach in den J. 1246 — 1248 und seine Theilnahme am elsassischen Landfrieden v. 1247 [6]) erkennen lassen, einen raschen und mächtigen Aufschwung genommen hat, bereits von den Kaisern aus dem genannten Geschlechte, schon aus Dankbarkeit für die ihnen erwiesene Treue, mit verschiedenen Freiheiten begnadiget worden sei, deren Verbriefungen jedoch verloren gegangen oder noch im Staube irgend eines Archivs verborgen sein mögen. Vgl. unten Anmerkung zu nr. 7.

1278, Dez. 29. König Rudolph I. 3
gibt [vermuthlich auf Vorstellung und Bitte des Schultheissen Sigfrid von Gundolzheim [7])] seinen getreuen Bürgern zu Colmar über ihre gesammten, von ihm bestätigten Rechte eine **Handfeste**. Ihr Inhalt betrifft: die Strafe der Tödtung (Art. 1), die Zeugschaft vor Gericht (2, 5, 6, 31, 37), die Besserung für Injurien (3), die Unstatthaftigkeit eines Klagzwanges (4), die Einholung auswärtigen Spruches von rechtsverwandten Städten und die Benützung des **„rehts von Kolne"** [mithin auch des Schöffenstuhls daselbst als Oberhofs] bei Zweifeln in der Urtheilsfindung (7), die Güterverhältnisse der Ehegatten (8, 34, 35), die Heimsuchung (9), den gerichtlichen Zweikampf (10, 39), die Ansprache und Bekummerung eines Bürgers vor fremden Richtern (11), die Verwundungen von Colmarern durch Landleute (12), die Besetzung des Schultheissen-Amtes (13), die Bürgerrechts-Verleihung an einen Eigenmann (14), die Gewere von Jahr und Tag (15), den Gerichtsstand der Bürger (16) [8]), die bewaffneten Angriffe und Raufhändel (17 — 20), die Klagsachen zwischen Stadt- und Landbewohnern (21), die Verpfändung fremder Habe (22), die Vindication gestohlener Waaren (23), die Busse für widerrechtliche Fahndungen innerhalb der Stadt (24), die Abschaffung des Sterbfalls (25), die Wirkungen des Strafverlusts der königlichen Huld (26), die Heerfahrtspflicht der Bürger und die Vergehen während einer Reise (27),

4) Schweinemast.

5) Vielleicht: Tuch- und Kaufhaus. [Casa, Bude.] Ueber die mannigfachen Bedeutungen von „casale" s. *Ducange-Henschel* l. c. II, 212 und *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VIII, 10 Note 7; X, 19.

6) Vgl. *Strobel* a. a. O. I, 543.

7) Derselbe hatte nämlich nach den Annal. Colmar. eine Reise an Rudolph's Hof zu Wien (wo auch die Handfeste ausgestellt ist) unternommen, und war im Anfange des Jahrs 1279 nach Colmar zurückgekehrt. *Mossmann* l. c. p. 30, 31.

8) Eines eigenen priv. de non evocando K. Rudolph's für Colmar von demselben Tage erwähnen. *Hunkler* a. a. O. S. 31 und *Strobel* a. a. O. II, 122.

die Aufsicht über Maass und Gewicht (28), den Meineid (29), die Nichthaftung der Bürger für die von Einzelnen aus ihrer Mitte ausserhalb der Stadt verschuldeten Beschädigungen (30), die Dispositionen der Kinder über das ihnen angefallene Vater- und Muttererbe (32), die Lehensfähigkeit der Bürger (33), die Veräusserungen und Spielverluste der Haussöhne (36), die Freiheiten der Edelbürger (38), den Wegzug aus der Stadtgemeinde (40), die Stellung der Ausbürger (41), die Rechtskraft der Rathsverbriefungen (42), sowie die Befugniss der Bürger, sich nach Bedürfniss Statute („einunge") zu geben (43). Schliesslich versichert noch der König die Bürger von Colmar für ihren Geschäftsverkehr im ganzen Reichsgebiete seines Schirms und Geleites (44).

Die Urkunde ist nach dem im colmarer Archive aufbewahrten (deutschen) Originale bis auf die Artt. 8, 34, 35, welche *Euler* in der Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. VII S. 84—86 abdrucken liess, noch nicht edirt, und blos die Differenzen des Textes von jenem des Rechtsbriefs v. 1293 [nr. 7] findet man zusammengestellt b. *Arnold* in der heidelberg. Krit. Ztschr. f. d. ges. RWiss. Bd. I (1853) S. 134. Dagegen hat eine vom Originale, jedoch mit modernisirter Schreibweise, durch Mathias *Huffel* im J. 1730 genommene Abschrift *Trouillat*, Monuments de Bâle Tom. II Nr. 234 p. 299 — 310 veröffentlicht und unter der deutschen Fassung die vom kaiserlichen Notare Joh. Georg *Bruat* im J. 1733 gefertigte französische Uebersetzung beigefügt.

Ueber das Rudolphinum, insbesondere dessen Entstehungszeit vgl. noch *Böhmer's* Reg. Rudolph. S. 97, 98 nr. 470. [Weiteres s. unten zu nr. 7.]

4 **1281**, Nov. 7. König Rudolph I. stellt das Capitel des St. Martins-Münsters [9]) zu Colmar unter seinen besonderen Schutz, und verfügt, dass dasselbe alle Ehren, Vortheile und Nutzungen geniessen soll, wie die Bürger von Colmar — „quod ipsi [prepositus, decanus totumque capitulum Columbariense] omnibus honoribus, commodis et utilitatibus gaudeant, quibus gaudent cives nostri de Columbaria seu hactenus sunt gravisi." *Trouillat* l. c. Nr. 263 p. 345.

5 **1288**, Apr. 2. Derselbe nimmt das „hospitale pauperum in Columbaria" in seinen und des Reichs besonderen Schutz, und verleiht demselben und seinen Pfründnern „omnes libertates, jura et privilegia", welche das „hospitale pauperum apud Argentinam" von früheren Königen oder auf anderem Wege erhalten hat. *Schöpflin* l. c. P. II Nr. DCCLVII p. 39.

Darauf hin erstatten dann am 23. Apr. 1288 die Pfleger des Spitals zu Strassburg über die Asyl- und Jurisdictions-Gewohnheiten desselben, wie sie ihm „von des meisters und des rates gnaden" allda bestätiget worden, an die Stadt Colmar einen Bericht nachfolgenden Inhalts: — „svenne jeman den anderen ze tode slug oder in wundete, daz man deme numme nach volgete, denne unce an des spittals tor, ob er entran in den spittal. Ist ouch daz deme schultheissen oder den richtern dehein gevangen entran in den spittal, der mac volgen ouch nuwen unce an des spittals dor; hinin enhabent si kein getwang. Was ouch daz jeman sin gut vlohte in den spittal, das enfromde kein richter dinne. Die des spittals brudere sint, die enbiclaget nieman vor weltlicheme gerihte." *Schöpflin* l. c. Nr. DCCLIX p. 40. Vgl. dazu *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 123.

1291, März 26. König Rudolph I. erlaubt den Bürgern von Colmar, das ihrer Stadt als Gemeindegut gehörige, theils urbar gemachte theils noch öde liegende Ried unter sich — „pro personis singularibus sui oppidi capacibus, prout equitas dictavit et expostulavit rerum ordo" — nöthigenfalls unter Auflage von „pensiones" zu vertheilen. *Schöpflin* l. c. Nr. DCCLXXI p. 47. 6

1293, Febr. 21. König Adolph erneuert der Stadt Colmar den bis auf wenige Abweichungen wörtlich wiederholten Rudolph'schen Rechtsbestätigungsbrief v. 1278 [nr. 3] *): 7

„Adolf von gotes gnaden romescher kunic und allewege merende ist. der tut ze wissende mit diser gegenwirtiger hantfeste allen die des riches getruwen sint iemerme diu ding die hie nach geschriben stant. Kuneclicher hohte betrahtunge unde fursihtikeit, von der diu reht fliezzent und mit der allu reht gestan mussent und sulnt, diu sol billiche betrahten und fursehen, das si des getruwen soliche reht mache und gebe, davon die guten und die unschuldigen lute in

9) Siehe über dieses *Hunkler* a. a. O. S. 163—84.

*) Der nachfolgende Abdruck gibt den Text der Handfeste getreu aus dem Originale [nach der davon durch J. Fr. Böhmer genommenen, mir freundlichst zur Benützung übersandten Abschrift, deren wichtigere Varianten gegenüber den bisherigen Edd. bereits *Arnold* a. a. O. S. 134 verzeichnet hat], und in den Noten s. die Abweichungen der Rudolph'schen Handfeste (*Rud.*) v. 1278, sowie b. die entsprechenden Artikel des freiburger Gründungsbriefes (*Fr.*) v. 1120.

fridelicheme gemache bliben, und uf die ubeln und die schadeber sint soliche rache und gerihte valle als ir missetat verschuldet. Dar umbe han wir unsern getruwen burgeren von Colmere von unsern gnaden und von des riches gewalt iemerme gegeben und bestetet solichu reht, als hie nach geschriben stat.

1. Swer in der stat und in dem banne ze Colmere iemanne libelos tut, deme sol man das houbet abeslahen. Ist aber das er entrinnet, so sol man sin hus, da von er burger ist, und alles das gut, daz er het in dem banne ze Colmere, in unser gewalt ziehen und sol niemerme wider in die stat komen [10]. Kunt aber der den man arcwenic hat umbe die manslaht fur gerihtte und wil unschuldic sin, er entwerde denne mit eime kamphe beret, daz er schuldic si, so sol er lidic und unschuldic bliben. Unde swenne ieman libelos wirt getan in deme banne ze Colmere, als da vor gesprochen ist, ze swelher zit oder swenne daz geclaget wirt, so sol man die gloken stürmen, und sol den schuldigen fur laden als gewonlich ist, und sol der schulthesse das rihtten nach der burger urteil. Were aber ieman, der dem selben der den manslaht tut hulfe, daz er entrunne und hin köme, wirt er des mit dem kamph beret, so sol das selbe gerihtte uber in gan, das uber ienen gegangen solte sin, der da schuldic ist.

2. Ist das dekein burger den anderen fur gerihtte ladet, das er sin gezuc si umbe deheinre slahte sache, die er mit ime bezugen wil, der sol fur komen und sol ime sines rehttes helfen, oder sol aber sweren an den heilegen, das er da mitte niht enwisse, und tut er des niht, swas denne der, der sin dinc mit ime wolte bezugen, schaden zuhet, den sol er ime abe tun.

3. Swer den anderen smechlichen schiltet, der sol ime zehen schillinge besseren, und dem rihtter zehen schillinge, und der stette zehen schillinge [11].

4. Wirt dekein criec zwischent den burgeren, dar umbe sol weder der stette herre noch der rihtter niemanne twingen, daz er das clage, und sol es och weder der herre noch der rihtter clagen. Wirt es aber dem herren oder dem rihtter geclaget, so mac der herre oder der rihtter wol bereden, das es ine geclaget wurde, und och die halsune [12].

5. Dekein lantman mac gezuc sin wider einen burger, niwan das ein burger wider den anderen gezuc sol sin [13].

6. Man mac ein ieglich ding bezugen mit zwein ersamen burgeren, also das si das ding, des si gezug sint, sehen und horen [14].

7. Wirt dekein missehelle under den burgeren an gerihtte umbe dehein urteil ze sprechende, so mugen si wol umbe das selbe urteil, obe si wellent, komen an die anderen stette, die och iru reht hant, oder man sol es enden nach **der reht von Kolne**, obe si wellent, und swer da unreht gewinnet, der sol die coste gelten, die dar uf gat [15].

8. Ein ieglich burger mag geben und vercoufen swaz er het bi sins wibes lebende; swenne aber sin wip erstirbet, hat si denne kint verlassen, so mag er niemanne das selbe gut, das ist eigen und erbe, weder gegeben noch vercoufen, niwant mit der selben kinde willen, obe si ze iren tagen komen sint. Ist aber daz er ein ander elich wip nach der ersten nimet, so mac er des nicht getun [16].

9. Swer den anderen in sime huse, da er inne sezhaft ist, frevenlich suchet, swaz ime der da inne tut, da sol dekein gerihtte nach gan [17].

10. Dekein lantman mac dekeinen burger kemphen niwan mit des burgers willen.

11. Ist das dekein burger den anderen vor eime fromeden rihtter bekumbert und ansprichet, swaz der da von schaden nimet, den sol ime der clager abe tun, und sol unserme rihtter dar zu einen frevel besseren. Ist aber daz er schaffet, daz er gevangen wirt, so hat er unse hulde verlorn [18].

12. Geschehe daz ein lantman einen burger verwundete oder iagete, swenne daz unserme rihtter gekundet wirt, so sol er deme selben lantmanne enbieten, das er soliche missetat bessere, und tut er des niht,

---

10) *Rud.*: Ist aber daz er entrinnet, so sol man ime sin hus, da von er burger ist, niderbrechen, und sol daz hus innewendig eime iare nieman wider buwen; und alles daz gut, daz er het in dem banne ze Colmer, daz sol man in unser gewalt ziehen, und sol niemerme wider in die stat komen. Wenne aber dazselbe iar uz kunt, so sulen sin erben uns zehen phund geben und unserme rihter driu phund, und sulen urlob han dasselbe hus wider ze machende, obe si wellent. Vgl. *Fr.* 10.

11) Vgl. *Fr.* 52.

12) *Fr.* 19. [Halsune — „occulte reconciliationes."]

13) *Fr.* 16ª.

14) *Fr.* 16ᵇ.

15) *Fr.* 7. [Die LA. „nach der reht von K o l m e r" bei *Sch. G.* ist längst als irrthümlich beseitigt. Vgl. *Arnold* a. a. O. S. 133.]

16) *Fr.* 20. [„Die Worte: „das ist eigen und erbe" fehlen im *Rud.*]

17) *Fr.* 9.

18) *Fr.* 25.

swenne er dar nach in die stat ze Colmere kunt, swaz ime denne der selbe burger tut, da sol er dekeine besserunge umbe tun [19]).

13. So geloben wir den burgeren von Colmer, daz wir in dekeinen schulthessen geben sollen, niwant der ein burger da si und och bi in gesessen si.

14. Si mögen och ze burger enphahen allerhande lute, swannan si komen. Enphahent si aber dekeines herren eigen man, und der selbe herre innewendic landes ist, und sinen man innewendic einre iares frist nih wider fordert, so sol er dar nach burger bliben. Fordert aber er in innewendic der iares frist wider und beredet mit zwein (nehesten) sinen nehesten sippeteiln, das er in anhöre, so sol man in ime wider lassen [20]).

15. Swas gutes ein burger iar und tag in siner gewalt gehebet hat, dar umbe sol in nieman da nach ansprechen, ob eht iener innewendic landes ist, der in dar nach ansprechen wil.

16. Wir tun och unsern burgeren [von] Colmere die gnade, daz si vor nieman sollent ze rehtte stan, niwant ze Colmere in der stat vor unserme rihtter, es ensi denne umbe ê oder umbe wucher oder umbe pfantgut [21]).

17. Swelch burger den andern ertvellic machet, oder der den andern mit gewaffenter hant ubellichen anloufet, oder do ein burger den anderen vahet oder schaffet, daz er gevangen wirt, oder dekein heimsuche frevenlich tut, die hant unser hulde nicht [22]).

18. Swelch burger einen lantman slehet oder rouffet in der stat ze Colmer, der sol drie schillinge ze besserunge geben.

19. Swer in der stat ze Colmere dekein geweffene treit frevenlich und ubellich, und obe ein geschelle wurde, daz er zu sinen frunden also geweffent köme, der hat unser hulde nicht.

20. Swer in der stat ze Colmere mit gewaffenther hant den anderen anloufet, ist das daz er in sleht, so hat er unser hulde nicht; ist aber daz er in niht ensleht, so hat er einen frevel verschuldet [23]).

21. Wirt dekein lantman von eime burgere beclaget umbe dekeine schulde, vergiht er der schulde [24]), so sol es der clager an deme rihtter wartten vierzehen naht, und so die vierzehen naht us koment, so sol der schuldener deme richtter drie schillinge bessern, unde sol ern denne deme cleger wider antwirten, und sol das mit solicher gewarsamin tun, das ime von dem clager dekein schade noch dehein ubel wider vare. Ist aber das er der schulde [25]) niht vergiht, so sol in des rihtters botte des anderen tages an das gerihte antwirten, und swaz denne uber in erteilt wirt, das sol er liden [26]).

22. Swer dem anderen sines gutes iht versezzet und der selbe gegenwirtig ist, des das gut ist, und es niht widerredet, der sol es och dar nach niht widerreden und sol stete beliben [27]).

23. Vindet ieman bi dem anderen dekein sin gut, das ime verstoln oder genomen ist roupliche oder diepliche, das ensol er niht angrifen niwan mit gerihte, und sol vor gerihte behaben mit deme eide, das es sin si. Sprichet aber der, bi deme es funden ist, das er es uf eime offenen markete koufte und es weder diubic noch roubic enwiste, und daz er ienen niht erkande, von dem er es gecoufte, dar umbe sol man sinen eit nemen, und sol in umbekumbert lassen. Wil aber er des selben gutes sinen weren han, so sol ime der rihtter vierzehen naht frist geben, das er den selben suche, swa er in vinden möge, das er des selben gutes vor gerihte sin wer si. Mag er sin niht vinden, so sol der diube besserunge uber in gan [28]).

24. Swer in der stat ze Colmere an grifet iemanne und vahet, ez geschehe denne mit gerihte, man vinde denne diube oder false munze bi ime, der sol driu phunt ze besserunge geben [29]).

25. Ist dekein burger ze Colmere, der einen herren an höret, swenne der erstirbet, so sol sin hus frowe und sine kint deme selben herren irs gutes nihtes geben, niwan als ir wille ist [30]).

26. Swer unser hulde umbe dekeine sine missetat verluset, der sol drie tage unde [31]) sehs wochen an libe unde an gute fride han, bediu in der stat und uswendic

19) *Fr.* 26.
20) Vgl. *Fr.* 13.
21) *Rud.*: Und sol och nieman dekeinen unsern burger umbe dekein sin gut ansprechen, niwan ze Colmer in der stat vor unserme rihter. [Die drei Ausnahmsfälle fehlen.]
22) *Fr.* 23.
23) Die Worte von „ist das daz er in sleht" an lauten im *Rud.*: er slah in oder entu, der hat unser hulde niht.
24) *Rud.* fügt hier „nit" bei.
25) Fehlt im *Rud.*
26) Vgl. *Fr.* 27.
27) *Fr.* 27.
28) *Fr.* 28.
29) *Fr.* 29.
30) *Fr.* 30.
31) Die Worte: „drie tage unde" fehlen im *Rud.*

der stat, und sol mit alleme sime gute schaffen, swas sin wille ist, ane sin hus und ander sin gut, das er hat innewendic dem banne ze Colmere. Ist aber das er innewendic drin tagen und [32]) sehs wochen unser hulde niht wider gewinnet, so sol man in twingen ze besserunge mit deme huse und mit dem selben gute, daz er in dem banne het. Wolte ime aber unser rihter ze strenge sin, so mac er das selbe hus und och sin gut lidigen und lösen mit zehen phunden basiler, die er uns sol geben oder unserme rihtter, und sol denne unser hulde han [33]). Ist aber unser rihter innewendic landes niht, so er mit ime uber ein wolte komen, so sol ime der rat ander drie tage und [34]) sehs wochen tag geben in deme selben rehte als é umbe unser hulde ze erwerbende, und sol gewalt haben in der stat ze Colmere ze blibende, ob er wil, so er unser hulde gewinnet, oder var, svar er welle, mit liebe und mit gute [35]).

27. Svenne die burgere mit ein ander ein reise varent, swas denne einre dem anderen tut, das sol er besseren rehtte als ob es in der stat geschehe, unde swanne man den burgeren gebute gemeinlich mit ein ander us ze varende, swer denne blibet, der hat unser hulde niht [36]), in irre denne ehaftige not, oder der schulthesse und der rat erlouben ime denne ze blibende [37]).

28. Alle die masze, da mitte man veile dinc misset, und allu diu gewege, da mitte man silber oder golt wiget und ander veile ding wiget, dar uber sol der schultheisse und der rat zwene biderbe burger setzen, das die bewaren, das bediu die mes und die gelöte reht sin, und swa dekein unreht mes oder dekein unreht [38]) gelöte funden wirt, da mitte man koufet oder vercoufet, daz sol man als den fals [39]) besseren [40]).

29. Swer einen burger zihet, daz er meineide si, mac er des niht bereden mit siben burgeren, daz das war si, so sol er unser hulde verlorn han. Ist aber das er des meineides beret wirt, so mac er dar nach niemer deheins mannes gezuc werden, und sol darzu ein unhulde bessern, und sol dennoch ieneme, deme er mit sime meineide sin gut abe swuor, allen sinen schaden abe tun [41]).

30. Vert dekein burger uz der stat von Colmere und tut uswendic iemanne dekeinen schaden ane des schulteissen und des rates wissende, und kunt der selbe innewendic drier tage wider in die stat niht, so suln die burger dar umbe niemanne dekeine besserunge tun.

31. Dekeins burgers sun mac niemans gezug sin umbe dekeine sache, die wile er under zwelf iaren ist [42]).

32. Dekeins burgers kint, dem antweder vatter oder muter stirbet, mugen dekeinre slahte gut, daz si erben solten, deme geben, das dennoch lebende blibet, vatter oder muter, diu selben kint sin denne zu iren tagen komen, daz si funfzehen ieric sin [43]).

33. Dar zu tun wir unsern burgeren die gnade, daz si allerhande leben enphahen und haben mügen.

34. In der stat ze Colmere sol ein ieglich frowe irn elichen man erben, und der man sin eliche husfrowe [44]).

35. Gewinnet ein burger von Colmere maniger eliche husfrowe und gewinnet och von den kint, sulnt ieglicher muter kint das gut erben, das ir da was [45]).

36. Dekeins burgers sun von Colmere, der under des vatter oder der muter gewalt dennoch ist, der mag irs gutes niemanne niht gegeben noch verspilen noch in dekeine wis in enpfuren. Swie er aber daz tete, so sol mans deme vatter oder der muter wider geben. Und swer ime dekein gut lihet, des ist vatter und muter unschuldic ze geltende [46]).

37. Sweme ein tag wirt gemachet ze bezugende vor gerihte, der sol sine gezuge da han; hat er ir da niht, der sol den schaden han.

38. Swas edeler lute ze Colmere burger sint, die uns dienent, als edele lute ze rehte sulnt, die sollent mit den anderen burgeren dekein gewerf noch dekeine stüre geben.

39. Wirt dekein kampf ze Colmere für sich gande, so sol der kemphen iewederre

---

32) Wie unter 31.

33) Statt des Satzes: „Wolte ime aber . . . . unser hulde han" fügt das *Rud.* den vorausgehenden Worten unmittelbar bei: und sol mit allem anderm sime gute ledigliche varen swar er wil.

34) Wie unter 31.

35) *Fr.* 31. Vgl. dazu *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 116 flg.

36) Anstatt „der hat unser hulde nicht" heisst es im *Rud.*: dem sol man hus und hof nider brechen.

37) *Fr.* 32 Lin. 3 flg. (Gaupp.)

38) Fehlt im *Rud.*

39) *Rud.* als die diube.

40) Vgl. *Fr.* 38.

41) *Fr.* 42.

42) *Fr.* 48.

43) Ueber diesen Alterstermin s. *Kraut*, Vormundschaft I, 132—34.

44) *Fr.* 43.

45) *Fr.* 45.

46) *Fr.* 47.

einen halsberch an haben und zwei swert, und swederre da sigelos wirt, der sol deme rihtter alles sin geweffene geben, oder für ieglich geweffene sunderlich driu phunt.

40. Swelch burger ze Colmere durch armut oder durch das, daz er sin ding anderswa wenet bas schaffen, von der stat ze Colmer anderswar varen wil, den sol man lassen varen mit libe und mit gute vridelich, swar er varen wil; und ist das die burger iht gelten sollent, so sol er in helfen [47]), als es in an gezuhet.

41. Wir verbieten och, daz nieman deheinen usburger twinge, das er ze Colmere leiste und da seshaft si ze den ziten, so es billich und gewonlich ist, niwan der schultheisse und der rat von Colmere oder die herren, den sie dienen solten, obe si niht burger werent.

42. Unde swas ein burger mit sinen kinden und mit sinen erben uber ein komet vor deme schulthessen und vor deme rate, und och ir brieve und ir ingesigel dar uber geben, das sol stete sin.

43. Uber dis alles mögent die burgere von Colmere uber sich selben einunge setzen, als si dunket das es in selben und der stette nutze si.

44. Dar zu nemen wir die burgere von Colmere alle sament in unsern und des riches schirm und geleite, das si fridelich und sicherlich varen mugen umbe ir gescheffede ane aller slahtte zol [48]), als verre so des riches gewalt reichet.

Und daz dise vorgeschribenen ding stete und ganz belieben, so hiessen wir dissen brief schriben und mit unserme kunechlichen ingesigele besigeln [49]). Dirre brief wart gegeben ze Rothwil an deme samestage nach sant Valentins [50]) tag, do man zalte von gotes geburte zwelf hundert driu und nunzic iar in deme ersten iare unsers riches."

Abdrücke: a) *Schöpflin* l. c. Nr. DCCLXXXV p. 55—58; b) *Gaupp*, Stadtrechte Bd. I. S. 114—22 mit Einleit. S. 112 flg.

Uebersetzungen: a) Eine lateinische entstand bereits im J. 1325 durch den Rath von Colmar, ward dann 1338 durch Hugo Johannes de Bonacuria (Boncourt), einen Geistlichen und zugleich „notarius publicus et juratus curiae Bisuntinensis", abgeschrieben, und 1373 nochmals von dessen Amtsnachfolger Simon Lapoy de Fay in beglaubigter Copie ausgefertigt. Man findet diese Uebertragung, welcher übrigens der Art. 1 fehlt, gedruckt b. *Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 419 p. 530—41. Als Probe möge der wichtige Art. 7 hier eine Stelle finden: „Si autem discordia oritur inter burgenses in judicii figura pro sententia ferenda, tunc ipsi cives, si eis placuerit, possunt occasione ejusdem sententiae appellare ad alias civitates, quae etiam praedictae civitatis Columbariae jura tenent; vel ipsa causa terminari debet secundum jura civitatis **Coloniensis**, si ipsi volunt."

b) Eine französische Uebersetzung aus der letzten Hälfte des XIV. Jhdts., daher auch sprachlich höchst beachtenswerth, theilt aus einer Papierrolle des bruntruter Archivs ebenfalls, und zwar unter der vorerwähnten lateinischen Version, *Trouillat* l. c. mit, und lautet hier der Art. 7: „Item se acuns discors se muet entre les borgois devant le juge, pour rapourter sentence, adonc cils moimmes bourgois, si lour plait, pouhent par occasion de lai dite sentence apeler les jugements des atres citez tenant les droitz dou dit Columbier, ou celle moimmes cause se doit desterminer selonc les droitz de lai citey de **Coloigne**, se il wellent." Endlich

c) eine neu-deutsche, freilich nicht allenthalben gelungene Uebertragung in 46 Artt. gibt *Hunkler* a. a. O. S. 32—44, während eine gute Inhalts-Uebersicht *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 123, 24 bietet.

Ein genetischer Zusammenhang des vorstehenden Rechtsbriefes (und seines Vorgängers v. 1278 nr. 4) mit der Gründungshandfeste **Freiburg's** im Breisgau v. 1120 ist längst anerkannt, und wenn man insbesondere die zweite Hälfte der colmarer Urkunde, namentlich die Artt. 22—36 in's Auge fasst, worin sogar mit Ausnahme einer kleinen Abweichung dieselbe Reihenfolge der Bestimmungen, wie in der freiburger Urkunde Artt. 27 — 48, beobachtet wird: so unterliegt es kaum einem Zweifel mehr, dass bei der Abfassung der ersteren die letztere vorgelegen haben müsse. Als ebenso unbestreitbar darf aber ferner angenommen werden, dass jene materielle Uebereinstimmung der beiden Handfesten ihren Grund in der Bewidmung Freiburg's und Colmar's mit dem **cölnischen** Rechte habe. In welchem Zeitpunkte jedoch dieses bedeutungsvolle Ereigniss für Colmar eingetreten sei, ist bisher keineswegs zur Genüge festgestellt. Dass nun im Rudolphinum v. 1278 (Art. 7) die fragliche Rechtsverleihung nicht enthalten, leuchtet auf den

47) *Rud.* helfen gelten.

48) Im *Rud.* fehlen die Worte: ane aller slahtte zol.

49) Die Verleihung des *Rud.* war in Gegenwart mehrerer geistlicher und weltlicher Reichsfürsten und anderer „viel edeler liute" vollzogen worden.

50) Die gewöhnliche Datirung v. 15. Febr. beruht auf irriger Berechnung.

ersten Blick ein, wenn man erwägt, dass hier eigentlich den Colmarern nur die Wahl zugestanden wird, in schwierigen und zweifelhaften Streitsachen entweder bei dem entfernter liegenden und darum beschwerlicher anzugehenden Oberhofe zu Cöln oder bei dem Schöffenstuhle einer näher gelegenen Stadt, welche ebenfalls im Besitze des cölner Rechts sich befindet, das erforderliche Urtheil einzuholen, ein Zugeständniss, das unfehlbar die Uebertragung des jus Coloniensium auf Colmar als eine längst geschehene Thatsache voraussetzt. Es dürfte daher die Vermuthung sich rechtfertigen lassen, dass das in Rede stehende Factum der ersten Hälfte der Regierungsperiode Friedrich's II. angehöre. Denn da in diesen Zeitraum die Entwicklung des Zwölferrathes in Colmar zu setzen ist, so liegt die Annahme sehr nahe, dass diesem ersten Schritte zum inneren Aufbaue des städtischen Gemeinwesens der zweite, nämlich die Beschaffung einer festen Rechtsgrundlage für die Bürger, rasch nachgefolgt und zu diesem Behufe die Bewidmung mit dem cölnischen Rechte, in dessen Genuss sich die Zähringischen Städte so behaglich fühlten, vom Reichsoberhaupte erstrebt worden sei. In Folge hievon mögen dann Rath und Gemeinde von Colmar an Freiburg als die nächstgelegene Stadt mit cölner Recht die Bitte gerichtet haben, über die Hauptsätze des letzteren ihnen eine Belehrung zu ertheilen, und die Freiburger entsprachen diesem Gesuche durch Zufertigung einer Abschrift (oder etwa eines Extracts) ihres wahrscheinlich zum grössten Theile aus dem cölner Rechte geschöpften Stiftungsbriefes. Durch Verbindung desselben in seinen für Colmar anwendbaren Bestandtheilen mit Zusätzen aus den hier vorhanden gewesenen Privilegien und Localgewohnheiten entstand nun alsbald ein selbständiges colmarer Stadtrecht, welches sich (gewiss aber erst nach 1255) in einer officiellen deutschen Redaction fixirte. Diese ward dann dem Könige Rudolph, als er sich zur Bestätigung der Freiheiten und Gerechtsame Colmar's bereit finden liess, zu diesem Zwecke in Wien unterbreitet, und von ihm auch wirklich, sowie im J. 1293 neuerlich durch König Adolph confirmirt. In dieser Weise äusserlich abgeschlossen wurde nun das colmarer Recht eines der wirksamsten Vermittlungsorgane der Ausbreitung seines Mutterrechts, des cölnischen, im Elsasse, in Schwaben und in der Pfalz, indem wir jenes schon nach seiner ersten königlichen Sanction auf Bruntrut (1283, s. oben S. 427), nach seiner zweiten aber auf Kaisersberg (1293), Türkheim a. d. Fecht (1312), Münster im St. Georgenthale (im XIV. Jhdt., zum zweitenmale 1354) und Dattenried (1358) ausgedehnt antreffen. Ja! selbst Freiburg i. Br. empfing im J. 1282 durch ein Privileg König Rudolph's die „libertates et jura" anderer Reichsstädte nach dem Muster von Colmar, was zu dem Schlusse berechtigt, dass letzteres damals ausser den wenigen in seiner Handfeste v. 1278 begegnenden eigenthümlichen Satzungen wohl auch noch ein weiteres ungeschriebenes Recht bereits besessen habe. Vgl. *Merkel*, De republ. Alamann. p. 89 [XVI, 1]; *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Abth. I S. 547; *Osenbrüggen* a. a. O. S. 15.

1310, Sept. 25. König **Heinrich VII.** 8
veranlasst den Rath zu Colmar, den Abt und Convent von Päris[51]), wie bereits andere Städte des Elsasses gethan, in das colmarer Bürgerrecht („jus civitatis") aufzunehmen. *C. L. Hugo*, Sacrae antiquitatis monumenta hist. dogmat. diplomat., Tom. I (1725) p. 290.

1315, März 20[52]). König **Friedrich** 9
(der Schöne) bestätigt den Bürgern Colmar's ihre Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten, überlässt denselben zur Abtragung der von ihnen im Dienste des Reiches gemachten Schulden für immer das Ungeld, sowie er sie auch auf zwei Jahre von den Reichssteuern entbindet, und verspricht überdies, im Bedürfnissfalle die vorstehenden Zugeständnisse noch erweitern zu wollen: — „ipsis (sculteto, consulibus et universitati civium Columbariensium) omnia privilegia, libertates, jura, gratias et bonas consuetudines ab imperatoribus et regibus, nostris predecessoribus, sibi datas scriptis presentibus confirmamus, et ut iidem cives Columbarienses ab onere debitorum causa servicii nostri et imperii contractorum melius releventur, ungeldum civitatis sue ipsis perpetuo concedimus in usus sue civitatis utiliter convertendum, et ipsos ab omni exactione collectarum et sturarum usque ad biennium continuum volumus esse liberos et solutos; nolentes hanc gratiam sibi factam de cetero dispendium aliquod generare, sed lapso biennio predicto contentari debemus servitiis, que nostris predecessoribus hactenus facere consueverunt. Insuper si strenuis viris Johanni sculteto Columbariensi et Cunrado de Wit-

51) Ueber diese 1138 gestiftete im Thale von Orbei colmarischen Bezirks gelegene, im XV. Jhdt. dem Kloster Maulbronn incorporirte Cisterzienser-Abtei s. *Aufschlager* a. a. O. Thl II S. 105.

52) *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 165 nr. 15 vermuthet, dass in dem Datum der Urk. statt: xiii Kal. Apr. — xiii Kal. Mart. gelesen werden müsse.

tenheim rationabiliter videbitur dicte civitati quidquam amplius necessarium fore fieri pro eisdem, hoc ad consilium eorundem promittimus ampliare harum testimonio litterarum.“ *Schöpflin* l. c. Nr. DCCCLXXXVII p. 112. Vgl. *Mossmann* l. c. p. 42.

10 **1323**, Jun. 4. König Ludwig IV. gewährt dem Rathe und den Bürgern zu Colmar auf deren Ansuchen die besondere Gnade: „ut in Teinhaim curia vobis contigua nullum thelonium persolvatis, donec hujusmodi gratiam ad nos duxerimus revocandam.“ *Schöpflin* l. c. Nr. DCCCCXXIII p. 129, 30. Vgl. *Mossmann* l. c. p. 42, 43.

Das hier als Reichszollstätte namhaft gemachte Dorf Deinheim mit eigenem Rathhause und Gerichte gehörte ursprünglich den Colmarern, welchen auch, nachdem es mittlerweile von den österreichischen Herzogen an die Edlen von Hattstatt verpfändet worden war, im J. 1319 Herzog Leopold erlaubte, den Ort wieder einzulösen und mit ihrem Stadtgute zu verbinden. Da jedoch die Folge hievon eine Reihe blutiger Händel mit den genannten Edelleuten gewesen, so sahen sich die Bürger Colmar's veranlasst, unter Entschädigung der Ersteren mit 200 Mk. Silbers das Dorf gänzlich zu zerstören und dessen Einwohner in ihre Stadtmauern aufzunehmen. *Hunkler* a. a. O. S. 98, 99.

11 **1330**, Mai 12. Kaiser Ludwig IV. verzeiht „sculteto, magistris civium, consulibus et universis civibus civitatis sue in Columbaria“, dass sie ihm bisher nicht als ihrem wahren Herrn „racione imperii“ den schuldigen Gehorsam geleistet haben, nimmt dieselben wieder zu Gnaden auf und tilgt alle für sie aus jenen Vorgängen entstandene „maculam et infamiam.“ *Schöpflin* l. c. Nr. DCCCCXLIII p. 141. Vgl. *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 186, 87.

Das vorstehende Actenstück — auch dadurch bemerkenswerth, dass es das erste königliche Diplom ist, worin der in anderen Urkunden bereits seit 1296 begegnenden Bürgermeisterwürde zu Colmar Erwähnung geschieht (*Mossmann* l. c. p. 38—40) — beweist zur Genüge, dass, nachdem das Treffen bei Mühldorf (1322) die elsassischen Städte längst der Partei Ludwig's von Bayern zugelenkt (*Strobel* a. a. O. S. 157), und auch Colmar angefangen hatte, sich der Gunst desselben in einzelnen Begnadungen (nr. 10) zu erfreuen, doch hier noch immer eine dem Habsburger günstige Faction in Thätigkeit gewesen sein müsse, welcher es gelungen, die vollständige Unterwerfung der Bürgerschaft gegenüber Ludwig IV. durch mancherlei hemmende Umtriebe bis zum Tode König Friedrich's (13. Jan. 1330) zu verzögern.

1330, Aug. 19. Kaiser Ludwig IV. 12
entbindet die Bürger Colmar's in dankbarer Anerkennung ihrer ihm und dem Reiche gebrachten Opfer für die nächstfolgenden zwei Jahre von jeglicher Bezahlung von Judenschulden. (R.) *Mossmann* l. c. p. 44.

1331, Febr. 16. Derselbe „versetzt dem 13
Johann von Rappoldstein jährlich 60 Mark Silber von den Juden in Colmar und 300 Pfd. Heller von dem Ungeld daselbst um 1100 Mark Silber.“ (R.) *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden in Deutschland Thl. I S. 34 nr. 72.

1331, Apr. 29. Derselbe weist dem Ul- 14
rich von Rappoldstein wegen der von ihm bei Gelegenheit der Belagerung Colmar's durch Herzog Otto von Oesterreich geleisteten Dienste und hiebei erlittenen Pferde-Verluste 400 Mk. Silbers als Belohnung und Entschädigung in der Art zu, dass er bis zu diesem Betrage die nächstfällige Reichssteuer der Städte Colmar, Schlettstadt, Breisach, Neuenburg und Mühlhausen einheben, und die Bürger derselben, wenn sie etwa sich weigern würden, ihm „der stewr ze berichten an allen fürzoch unde irrunge“, an ihrem Gute darum „anzegrifende unde ze pfenden, wie ez im allerbast fuget“, die Macht haben solle. *Schöpflin* l. c. Nr. DCCCCL p. 144.

1331, Mai 27. Rath und Bürger- 15
schaft zu Colmar setzen — nach gänzlicher Vertreibung der die Ruhe und Ordnung in der Stadt noch immer gefährdenden beiden politischen Parteigenossenschaften der Rothen (für die Habsburger) und der Schwarzen (für Ludwig von Bayern) — für die nächsten fünf Jahre den s. g. **Neuner-Rath** ein. Derselbe soll ermächtiget sein, in allen künftigen Nothfällen das Wohl der Stadt zu berathen und in deren Interesse zu handeln, und ist daher jeder Bürger verpflichtet, ihm in Allem, was er für gut finden würde zu verordnen, Gehorsam zu leisten. Doch erheischen seine Beschlüsse, um vollziehbar zu sein, Einstimmigkeit; fehlt diese, ist die Sache dem Rathe zur Entscheidung und Ausführung anheimzugeben. Wer von den Neun seinen eidlich übernommenen Verpflichtungen während der Dauer seiner Amtsführung nicht nachkommt, hat allen dadurch verursachten Schaden zu ersetzen, verliert für immer sein Bürgerrecht, und wird für „êlos, erlos und meineide“ erklärt. Sollten die verbannten Parteigänger oder einer von ihnen mit der Stadt sich versöhnen und dahin zurückkehren, so darf demungeachtet der Rath in der Mehrzahl seiner Glieder nur aus solchen ehrbaren Männern bestehen, welche jeder Ver-

bindung mit den heimgekehrten Parteigenossen ferne geblieben sind. Würde es aber einer oder der andere der letzteren wagen, um seiner Vertreibung willen an einem der Neun oder sonst einem Bürger Colmar's Rache zu üben, so soll männiglich dem Angegriffenen Beistand leisten oder den Strafen verfallen, welche auf einen Eidbruch gesetzt sind. Bei dem Ableben eines der Neun wählen die übrigen unter Mitwirkung der Zunftmeister [53]) und Rathleute einen Ersatzmann. Zwölf Tage nach Weihnachten, da der Gemeinderath erneuert wird, haben auch die Neun im Vereine mit den Meistern der Gewerbsgilden für diese neue Vorsteher, ferner die vier Bürgermeister, die vier Bauherrn und die Steuer-Einnehmer zu kiesen, und sich dabei ebenfalls von allen Persönlichkeiten entfernt zu halten, welche zu den beiden Parteien gehören. Die Steuereinnehmer sollen von 3 zu 3 Monaten über ihre Geschäftsführung Rechnung ablegen. Von den vier Bürgermeistern darf immer nur Einer, und zwar für die Zeitdauer eines Vierteljahres, in Function sein. Auch nach der Rückkehr der einen oder anderen exilirten Partei in die Stadt wollen nichtsdestoweniger die Bürger daselbst allein das gemeindliche Regiment in Händen haben, und namentlich über die Schlüssel und das Siegel der Stadt, sowie über die Glocken von St. Martin frei verfügen. Jeder hiegegen gerichtete Versuch soll mit Gewalt zurückgedrängt werden. Uebrigens hängt die Wiederaufnahme der Rothen und Schwarzen in die Stadt von dem Gutbefinden des Rathes ab. Derjenige, dem die Heimkehr gestattet wird, hat zuvörderst jedem Farbenzeichen seiner Partei zu entsagen, auf gegenwärtiges Statut über die Einsetzung des Neunerrathes einen Eid zu leisten, und im Falle der Verletzung desselben sich einer neuerlichen Verbannung nebst Confiscation aller Güter zu unterwerfen. Schliesslich beschwören noch die treue Erfüllung der hier unter sich vereinbarten Satzungen einerseits die erkorenen und namentlich bezeichneten Mitglieder des Neuner-Collegiums (von welchen vier den Geschlechtern angehören), andererseits der Schultheiss, Bürgermeister, Rath und die Bürgerschaft von Colmar, dabei sich insbesondere gegenseitig zugelobend, die Aufrechthaltung der neuen Einrichtung mit Leib und Gut, Rath und That unterstützen zu wollen. [Ungedruckt.] Inhalts-Darstellung b. *Mossmann* l. c. p. 44, 45.

Von der gegen die beiden Parteien ergriffenen Gewaltsmassregel setzte der colmarer Stadtrath sofort den Kaiser in Kenntniss. Dass es denselben übel berühren musste, auch seine eigenen Anhänger völlig gleich mit den Gegnern behandelt zu sehen, versteht sich von selbst. Dennoch gab er seinem Unmuthe keinen offenen Ausdruck, sondern deutete in dem Antwortschreiben auf den Rathsbericht lediglich darauf hin, wie gern er die Rückberufung seiner Partei sehen und wie er, wenn es dazu kommen sollte, eifrigst besorgt sein würde, eine Verständigung der beiden feindlichen Factionen zu erzielen und hiedurch eine etwaige Erneuerung der Zwistigkeiten von vorneweg abzuschneiden. Es heisst nämlich in dem erwähnten Schreiben d. d. Regensburg 15. Juli 1331: „als ir uns an iurn briefen enboten habt, daz ir unser partie und die wider partie auz iurer stat geslagen habt, und daz ir daz durch gut uns und auch iu getan habt, sult ir wizzen, sind daz in guter mainung geschehen ist, daz wir dann daz wol gut lazzen sein. Doch sehen wir gern, daz ir die Swarzen wider in die stat nemt. Mocht des awer nicht gesein, und daz ir wenet, daz ez uns und iu ze schaden chomen müg, biten wir iuch, daz ir daz also lazzent sten in einem guten ding, untz wir iu unser erber potschaft darumb senden, daz wir zehant wellen tun. Und wellen ouch, daz ir in der frist mit den Roten dhein taydung nemt noch tut untz an unser botschaft. Waer awer daz ir die Swartzen in iur stat wider naemt die weil, so wolten wir schaffen, daz si mit ein ander verricht wurden lieplich, und daz furbaz dhein stözz zwischen in mer geschaehe.“ (*J. Fr. Boehmer*, Fontes rer. Germ. Bd. I. S. 212.)

Der Wunsch des Kaisers ging übrigens eher, als er vermuthen mochte, in Erfüllung. Schon am 4. Oct. desselben Jahrs kam auf seine einem Befehle gleichzuachtende Anregung zwischen Schultheiss, Bürgermeister, Rath und Gemeinde von Colmar einer- und den beiden ausgewiesenen Parteien andererseits bezüglich aller in den letzten Wirren zugefügten Gewaltthätigkeiten und Schäden ein Sühnvertrag zu Stande, dessen Verletzung mit Verlust der Ehre, des Bürgerrechts und kaiserlichen Schutzes bedroht ward, und worin man zugleich das Statut vom 27. Mai in einzelnen Punkten ergänzte und modifizirte. So sollte insbesondere die Rathserneuerung und Bürgermeisterwahl am Dreikönigsfeste, und zwar allein durch die Zunftmeister vorgenommen werden, und ein Drit-

53) Die „magistri zunftarum,“ Meisterluete“ werden in Colmar seit 1293 historisch erwähnt, urkundlich aber zuerst 1304 angetroffen. *Mossmann* l. c. p. 40—42.

theil der gewählten Rathsglieder den in die Stadt zurückgekehrten Parteien angehören dürfen, welchen letzteren dafür aber auf das ernsteste eingeschärft ward, sich neuerlicher Conspirationen zu enthalten und den Rathsverordnungen zu fügen. *Mossmann* l. c. p. 46, 47.

Das Neuner-Collegium blieb übrigens demungeachtet in Wirksamkeit, und wurde sogar nach Ablauf seiner ersten Mandatszeit am 27. Mai 1336, unter Beibehaltung von sieben Mitgliedern aus dem J. 1331, für die nächstfolgenden fünf Jahre erneuert. *Mossmann* l. c. p. 47.

16 **1331**, Jun. 11. Herzog Otto von Oesterreich gibt dem Schultheissen, dem Rathe und den Bürgern zu Colmar, welche ihm als Reichsvicar gehuldigt haben, dafür die Zusicherung: „daz wir in stet haben wellen und behalten alle die friheit, rechte, gnad und alle ire brief und gute gewonheit, die si von keisern und künigen herbracht haben, und sunderlichen alle die gnad, die in unser lieber herr, keyser Ludewig von Rom, in kuniglichen oder keyserlichen gewalt gegeben hat, und soln in die mit nichten ubertreten, und soln sie getrewlichen versprechen und fürdern an aller stat als ein getruwer pfleger des heiligen romischen riches, und soln ouch daz tun, wan unser vicariat ampt anget.“ *Lünig* a. a. O. S. 712, 13.

17 **1333**, Oct. 19. Kaiser Ludwig IV. erlaubt den Colmarern, „uff win, korn und uff allen koffschaft [koffschacz?], wie der genant ist“, wenn jene Gegenstände in die Stadt eingebracht werden, einen Zoll zu legen. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 48; *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 221.

18 **1333**, Oct. 30. Derselbe verpfändet Colmar (nebst vier anderen elsassischen Städten) für 3,100 Gulden an den Markgrafen Rudolph von Baden. *Schöpflin*, Hist. Zaringo-Badensis Tom. V p. 414 [54]).

19 **1334**, Jun. 23. Die zwölf oberrheinischen Reichsstädte, darunter Colmar, gehen mit den edlen Herren von Geroldseck „ein luter stete süne“ für ewige Zeiten wegen aller ihnen durch letztere „von dez krieges wegen, do Swannowe, Erstheim und Schutter zerbrochen wurdent“, bis auf gegenwärtigen Tag an Leuten oder an Gütern zugefügten Schäden ein. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. VI (1855) S. 430, 31.

20 **1336**, Dez. 14. Schultheiss, Burgermeister und Rath zu Colmar geloben eidlich dem Bischofe von Basel, seine und seiner Richter „briefe und gebot laszen künden und halten“ zu wollen in ihrer Stadt, jedoch mit der Bedingung, dass man auch in Basel, „wa ein leige den andern ladende wirt usser die stat oder drin, umb soliche sache, ob der er oder sin richter nüt rihten sullent“, den Kläger an seinen ordentlichen Richter weise, es müsste denn der Beklagte oder dessen „furweser“ es vorziehen, vor dem Richter, welcher ihn geladen hat, Recht zu nehmen. *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 276 p. 445, 46.

1338, Mai 19. Die Stadt Colmar 21
vereinigt sich mit den übrigen Städten des Elsasses, dem Bischofe Berthold von Strassburg und anderen einheimischen Edelleuten zur gemeinsamen Unterdrückung der ausgebrochenen Judenverfolgung [55]). *Lünig* a. a. O. Thl. VII S. 12.

1338. Kaiser Ludwig IV. setzt der 22
Stadt Colmar für eine alte Schuld im Betrage von 400 Pfund Heller die gesammten Judengüter allda zu Pfand. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 225.

1342, März 2. Die Schultheissen, 23
Meister, Räthe und Bürger der Städte Colmar, Mühlhausen, Münster, Türkheim, Kaisersberg, Reichenweiler und Bergheim verabreden mit den Herren von Rappoldstein, die vom Bischofe von Basel in demselben Jahre geschlagene, mit unverhältnissmässig hohem Werthe bekleidete Münze („der funf schillinge und drü pfunt uf die marc sol gan und zwene nüwe für funf alte pfenninge“) als beschwerlich und nachtheilig, „so ferre ir gebot, gerihte und gewalt gat, niht ze nemmende noch ze entphahende in deheinen weg heimlich noch offenlich für eine gemeine noch gewonliche müntze“, sowie allen aus dieser Massregel für sie etwa erwachsenden Schaden gemeinschaftlich tragen zu wollen. *Schöpflin*, Alsat. dipl. l. c. Nr. DCCCCXCV p. 174, 75 [56]).

1343, Dez. 11. Kaiser Ludwig IV. 24
stellt die Abtei Päris, nachdem er die Vogtei darüber dem Heinrich von Rappoldstein abgesprochen, auf Bitte „derselben geistlichen lute“ unter den Schutz der Städte Strassburg und Colmar, sich jedoch eine weitere

---

54) In den Zeitraum 1333–35 scheint auch ein kaiserliches Privileg für Colmar, die Veräusserung von Gemeindegütern gestattend, zu gehören. *Mossmann* l. c. p. 48.

55) Ueber die Judenhetze im Elsasse, namentlich in Colmar, und den s. g. König Armleder, welcher die göttliche Sendung erhalten haben wollte, die Juden zu verjagen, s. *Strobel* a. a. O. II, 223 flg.

56) In die J. 1342–1345 fällt auch die Theilnahme Colmar's an mehreren städtischen Schutz-Einungen, dem grossen Landfrieden des Elsasses und der s. g. Landesrettung. Vgl. *Strobel* a. a. O. II, 239 flg. *Mossmann* l. c. p. 54—56.

Aenderung für den Fall, dass die neuen „schirmer also tetend, daz si im und dem chloster nut fugeten“, ausdrücklich vorbehaltend. *Schöpflin* l. c. Nr. MI p. 177, 78.

25 **1347**, Nov. 15. Der strassburger Dechant Johannes Herr von Lichtenberg bestätiget in Vollmacht König Karl's IV. den Bürgermeistern, Rathmannen, Zunftherrn und Bürgern von Colmar a) die von ihnen bisher zur Erhaltung des inneren Stadtfriedens getroffenen oder in der Folge noch zu treffenden polizeilichen Massregeln; b) die Ernennung von drei Bürgermeistern, mit Gestattung einer Ergänzungswahl im Falle des Ablebens eines derselben; c) die von der Bürgerschaft beliebte Zusammensetzung des Rathes, in der Art nämlich, dass je sechs Rathleute aus den beiden höchsten Zünften, den s. g. Trinkstuben [57]), die übrigen zwölf aus der Mitte der „gemeinen lute“ genommen werden sollten; d) die alljährliche Wahl von Zunftmeistern, welche jetzt den zweiten gleichberechtigten Bestandtheil des Rathskörpers ausmachen, durch die einzelnen Innungen, und fügt e) die Erklärung bei, dass, wenn der Schultheiss der Stadt sein Amt nicht in Person ausüben wolle, er dasselbe nur an die Stadtgemeinde selbst, aber sonst an Niemanden überlassen dürfe. Ausserdem wird noch f) der Stadt der Fortgenuss des Ungeldes gewährleistet, g) deren „gewerfe“ und Reichssteuer auf 800 florenzer kleine Gulden (200 Mk. Silbers), zahlbar alljährlich an Martini, jedoch erst nach Verlauf von fünf Jahren, fixirt; h) den colmarer Bürgern auch bei einem Aufenthalte ausserhalb der Stadt ihre Befreiung von den Landgerichten aufrecht erhalten, und i) in Ansehung ihres Verfahrens wider die Juden volle Straflosigkeit neuerlich zugesichert, endlich k) das besondere Versprechen ertheilt, dass über die vorstehenden Bestätigungen und Erklärungen der Stadt eine Handfeste des römischen Königs selbst ausgewirkt werden sollte. Ungedruckt; Inhaltsdarstellung b. *Mossmann* l. c. p. 49, 50.

26 **1347**, Dez. 12. König Karl IV. confirmirt nun auch selbst den Colmarern a) die neue Gemeindeverfassung, welche sie sich gegeben haben, nämlich die Einsetzung der drei Bürgermeister, die Bildung des Rathscollegiums, jedoch mit der näheren Bestimmung, dass von den zwölf stubenmässigen Gliedern acht alter Sitte gemäss dem Adel angehören müssten, und die Vereinigung der Zunftmeister mit dem Rathe zu einem Ganzen, dieses Alles für die nächsten zehn Jahre; sowie b) die Zusicherung in Betreff des Schultheissenamtes. *Mossmann* l. c. p. 50.

27 **1347**, Dez. 17. König Karl IV. verspricht ferner den Städten Colmar, Schlettstadt, Mühlhausen, Münster, Türkheim, Kaisersberg, Oberehenheim und Rossheim, deren „flissige bette“ gnädiglich erhörend, dass er sie um ihrer getreuen Dienste willen „sich selber und dem riche unverendert und ungescheiden nüt enweg geben oder versetzen“, sondern „alle by einander behaben“ wolle. *Schöpflin* l. c. Nr. MXXI p. 188.

28 **1349**, Apr. 22. Derselbe sichert den Bewohnern Colmar's, welche an der Judenverfolgung [58]) sich betheiligt und der Güter der Gemordeten bemächtiget hatten, unter der Bedingung, dass sie sich deshalb mit dem Landvogte des Unter-Elsasses, Johann von Vinstingen, in der von diesem vorzuschreibenden Weise auseinandersetzen würden, Entbindung von aller Verantwortung und Strafe zu. (R.) *Strobel* a. a. O. Thl II S. 277; *Mossmann* l. c. p. 51 (note).

Der Landvogt gab auch wirklich schon unter dem 29 April die Erklärung ab, dass ihm die Stadt Colmar die zur Bedingung ihrer Amnestirung gemachte Genugthuung (durch Auslieferung des den getödteten Juden von den Bewohnern abgenommenen Geldes und Gutes) vollständig geleistet habe. *Mossmann* l. c.

29 **1349**, Sept. 16. Derselbe thut den Colmarern zu wissen, dass auf den ihm gebührenden Halbtheil an dem Stadt-Ungelde Johann von Rappoldstein laut vorgelegter Briefe jährlich zu Lichtmess 100 Pfund basler Pfennige zu fordern berechtigt sei, und gebietet daher, den Letzteren „bei denselben seinen rechten bleiben ze lazzen und in daran nicht ze irren.“ *Schöpflin* l. c. Nr. MXXXIX p. 197.

30 **1354**, Apr. 15. König Karl IV. fordert die Stadt Strassburg auf, ihm zwei aus ihrem Rathe nach Kaisersberg zu senden, damit er daselbst unter ihrem Beistande „sulche krieg und zweiung, die zwischen den steten Colmar, Sletzstatt, Düringheim und Münster etzwielange geweret haben, verrichten“ könne. *Schöpflin* l. c. Nr. MLV p. 204.

31 **1354**, Aug. 28. Derselbe gebietet den Reichsstädten des Elsasses, darunter Colmar, unter sich ein „verbuntnis“ zu ge-

57) Die eine derselben „zur Krone“ stellte in Folge hievon, aber erst am 7. März 1348, eigene Eid-Reversalen aus. *Mossmann* l. c. p. 51—53.

58) Es ist hier an die massenhafte Verbrennung der Juden zu Colmar im s. g. Judenloche, eines der greuelvollsten Ereignisse jener Zeit, zu denken.

meinsamer Beseitigung von „gebreste oder geschelle, daz in den vorgenanten stetten .. ufstünde oder geschehe von lüten bi inen in derselben stat oder uswendig gesessen", zu errichten, wodurch jedoch den conföderirten Orten und ihren Bewohnern an „allen iren rehten, fryeheiten und guten gewonheiten" keinerlei nachtheilige Folgen erwachsen sollen. Das Bündniss hat, so lange der König lebt, und nach dessen Tod noch das nächste Jahr in Kraft zu bleiben. *Schöpflin* l. c. Nr. MLXII p. 207—9. Vgl. *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 289—91.

32 **1354**, Dez. 10. Der Pfalzgraf bei Rhein und Kurfürst Ruprecht I. gibt als Landvogt des Elsasses dem Rathe und den Bürgern der Stadt Colmar die Versicherung, „alle fryheit, recht und gute gewonheit und alle jre brieffe, die si hant von keysern und von künigen, und besunderlichen die brieffe und die gnaden, die si hant von . . . kunig Karlen, stet halten und nicht uberfaren zu wollen, die weil er sines eegenanten des romischen künigs Karl vicari" sein werde. *Lünig* a. a. O. Thl. XIV S. 713.

33 **1354**. König Karl IV. erlaubt dem Rathe zu Colmar, über die Gemeindegüter nach bester Einsicht zu verfügen. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 317.

34 **1355**. Derselbe verbietet dem Rathe zu Colmar, wegen einfacher Verwundung den Thäter mit dem Tode zu bestrafen. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 392.

35 **1355**. Derselbe erlaubt der Stadt Colmar, zur Tilgung ihrer Schuldenlast eine Zeit lang den s. g. Pfundzoll (vier Pfennige von jedem Pfunde verkaufter Waaren) zu erheben. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 48.

36 **1355**. Kurfürst Ruprecht I. von der Pfalz gestattet den Colmarern, von jedem Sacke Weizen, Gerste und Korn, welcher innerhalb der Mauern und des Weichbildes der Stadt gemahlen wird, einen Mahlzoll von drei Pfennigen zu nehmen. (R.) *Hunkler* a. a. O.[59]).

37 **1356**, März 13. Der elsassische Landvogt Burggraf Burkard von Magdeburg setzt zu Colmar, um seiner Amtspflicht gemäss allen Gefahren vorzubeugen, welche durch Unordnung und Zwistigkeiten in der Stadt dem Reiche sowohl als einzelnen Personen erwachsen könnten, das Collegium der Dreiundzwanziger ein. Von diesen sollten zwanzig Glieder aus den ebensovielen Zünften, aus jeder einer durch die Zunft selbst, zwei Glieder aber durch den Rath aus dem Schoose der edlen Geschlechter, und zwar hier die friedfertigsten, die man zu finden vermag, sämmtliche Mitglieder übrigens wahrscheinlich auf Lebenszeit, gewählt werden. An ihrer Spitze soll dann ein Meister stehen, welchem die Leitung der Geschäfte und die Berufung der Versammlungen zukommt, und diesen Vorstand haben die übrigen Zweiundzwanzig unter Beihülfe der Rathmannen aus der Mitte der gesammten Stadtgemeinde zu kiesen. Der neuen Obrigkeit ist jeder Bürger ohne Unterschied einen Eid zu schwören und bei Vermeidung ewiger Verbannung sowie des Verlusts aller Rechte und Güter Gehorsam zu leisten schuldig, was insonderheit den Edlen unter der Aufforderung, ihre Siegel an die Satzungs-Urkunde zu hängen, eingeschärft wird. Alljährlich bei der Rathswandlung soll die Aufrechthaltung der neuen Institution durch Rath und Gemeinde noch besonders eidlich angelobt werden. [Ungedruckt.] Inhaltsangabe b. *Mossmann* l. c. p. 56, 57. Vgl. *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 392.

Diese Neuerung im städtischen Regimente erregte bei den Patriziern grosse Unzufriedenheit, welche sich bereits 1358 in einem von ihnen hervorgerufenen offenen Aufstande (der s. g. Schebeler) gegen den Rath Luft machte. Der Reichsvicar, Herzog Rudolph von Oesterreich, griff darauf hin mit einem aus Lehensleuten und elsassischen Landfriedenstruppen gebildeten Heere Colmar an, erzwang sich hier den Einlass, und dämpfte sofort durch energische Massregeln die Unruhen. Schon am 22. Januar 1358 erging ein die Anstifter des Tumults verurtheilender Rechtsspruch. Sie wurden aus der Stadt verwiesen und ihr Versammlungshaus abgebrochen. Bezüglich der Zurückgebliebenen erliess Herzog Rudolph unter Mitwirkung des Bischofs von Strassburg und Abts von Murbach am 29. Januar 1358 eine Reihe, zugleich eine Aussöhnung und Vergleichung zwischen jenen und der in hohem Grade gereizten Gegenpartei bezielender Bestimmungen. Danach sollten u. A. alle Einwohner Colmar's, gleichviel welchen Standes, nach zurückgelegtem vierzehnten Lebensjahre alljährlich einen besonderen Eid leisten, dem Landvogte, Schultheissen, Rathe und den sonstigen Stadtobrigkeiten gehorchen und mit Rath und That beistehen zu wollen; die Handwerker bei etwa ausbrechenden Unruhen sich, sobald die Sturmglocke ertönt, unter ihren Zunftbannern sammeln, und der Oberzunftmeister alsdann seine gesammte Waffenmannschaft dem Bürgermeister zur Verfügung stellen, um so die das Reich, die

59) Ueber die in die J. 1352, 53 fallenden blutigen Händel Colmar's mit den Edlen von Wittenheim s. *Mossmann* l. c. p. 53, 54.

Stadt und die Bürger bedrohende Gefahr abzuwenden; jede Auflehnung gegen obrigkeitliche Verwaltungsmassregeln untersagt, und nur der Kaiser, der Landvogt, der Schultheiss, die Bürgermeister und Rathmannen befugt sein, bei etwaigen amtlichen Fehlgriffen eine Untersuchung zu pflegen und Strafe zu verhängen; neuerlichen Aufständen innerhalb der Stadt die zuletzt erwähnten Regiments-Organe kräftigst entgegenwirken und die Begünstiger solcher Unordnungen vom Schultheissen gemäss den städtischen Gewohnheiten gerichtet; ferner die Schenke „zu den Zscheppelin" und alle übrigen neu eröffneten Vereinigungsplätze der Aufständischen geschlossen werden und es so lange bleiben, als nicht der Kaiser oder Landvogt ihre Wiedereröffnung gestatten; endlich jeder, welcher sich eines Bruches der vorstehenden Verfügungen schuldig machen würde, als meineidig, ehr- und rechtlos erscheinen, sein bewegliches und liegendes Vermögen binnen der Stadt und ihrer Bannmeile dem Reiche verfallen, und keinem geistlichen oder weltlichen Reichsstande, insbesondere keiner Stadt des Reiches erlaubt sein, ihm ein Asyl zu gewähren, ungerechnet die Ungnade des Kaisers und Feindschaft des Landvogts. Schliesslich sicherte noch Herzog Rudolph der Stadt Colmar seinen steten Beistand gegen die Schuldigen zu, und schrieb einer Anzahl von Edlen die Ausstellung besonderer Reversalen und die Erlegung einer Caution bei dem Stadtrathe vor. Es erzeugten aber diese von Karl IV. am 29. Juni 1358 zu Nürnberg genehmigten Massnahmen nur neuen Unwillen, und schon 1359 verweigerten mehrere Adelige, Ritter und Bürger den Satzungen von 1358 ihren Gehorsam. Man verfuhr daher mit der angedrohten Strenge gegen sie, zog aber das Verbannungsurtheil zurück, nachdem sie die Erfüllung der Gebote der neuen Stadtordnung eidlich zugesagt hatten. Vgl. *Mossmann* l. c. p. 58—63.

38 **1360**, März 15. Der erwähnte Burggraf Burkard von Magdeburg gibt darauf den Colmarern eine neue **Stadtordnung**. Danach soll a) der Rath aus 30 Mitgliedern, nämlich 8 Patriziern, 2 Edelbürgern aus der Reihe derjenigen, welche die Pacificationsacte v. 1358 mitunterfertigt hatten, und 20 Handwerkern bestehen; b) die Zunftmeister behalten neben dem Rathe ihre frühere Stellung und ihr Mitberathungsrecht; c) bei der zu Pfingsten stattfindenden Rathswandlung werden auch drei Bürgermeister erwählt, zwei davon aus den 20 zünftischen und der dritte aus den 10 übrigen Rathmannen; d) jeder Bürgermeister ist nur vier Monate in Function, und zwar so, dass die Verwaltungszeit des patrizischen zwischen den Functionsperioden der beiden bürgerlichen in Mitte zu liegen kommt; über dem fungirenden Bürgermeister soll aber der ebenfals zu Pfingsten aus der Zahl der Zunftmeister mit Einstimmigkeit zu wählende „oberste Zunftmeister" (Obermeister) stehen; würden freilich über dessen Wahl die dazu Berechtigten sich nicht einigen können, so haben sich mit ihnen der Landvogt und der Rath zu verbinden, und nun entscheidet blose Majorität der Stimmen; f) von den Zünften stehen acht Behufs der Aufrechthaltung der inneren Ordnung und Ruhe unter dem besonderen Befehle des obersten Zunftmeisters, die übrigen zwölf zu gleichen Theilen unter der Leitung der drei Bürgermeister; g) bei Abgang des Ersteren während seiner Amtszeit ist sofort eine Ersatzwahl vorzunehmen; h) im Falle des Ablebens des Kaisers verbleiben allen genannten Stadtbeamten ihre Aemter bis zu dem Zeitpunkte, da die Stadt Colmar das neu gewählte Reichsoberhaupt anerkannt und ihm gehuldiget hat. Diese Ordnung soll für alle Zukunft in der Stadtgemeinde beobachtet, und alljährlich zu Pfingsten von Jedermann beschworen werden. Desgleichen behält es bei den früheren Rudolph'schen Verfügungen, den kaiserlichen Briefen und Bürgerschafts-Reversalen sein Bewenden, und soll bei etwaigen Verletzungen der ersterwähnten durch Edle oder Bürger an den Landvogt berichtet werden [60]. [Ungedruckt.] Inhalts-Uebersicht b. *Mossmann* l. c. p. 63—65.

1361, Aug. 15. Kaiser Karl IV. bestätigt vorstehende Organisations-Satzungen für Colmar, indem er sie als auf seinen Befehl gegeben anerkennt und hinzufügt, dass dem Obermeister das Recht zustehen solle, jederzeit nach Gutbefinden die Zunftmeister zusammenrufen („besenden") zu dürfen. (R.) *Mossmann* l. c. p. 65. 39

1361. Derselbe „befreit die Güter der colmarer Bürger von der Confiscation." (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 51; *Strobel* a. a. O. S. 391 [61]). 40

1362. Die Stadt Colmar verbündet sich mit achtzehn Bischöfen, Aebten, Grafen 41

60) Diese Verfassung ist mit wenigen Modificationen bis in die Zeiten Ludwig's XIV. in Gültigkeit geblieben.

61) Ueber die demselben Jahre angehörigen Verpfändungen der Steuer und des kaiserlichen Ungelds-Antheils zu Colmar durch Karl IV. an Burkard Sporer von Eptingen s. die Urkk. b. *Glafey*, Anecdot. Nr. CCCCXCVII, XCVIII p. 623—25.

und Herren des Elsasses sowie dreizehn Städten zu gemeinsamen Schutz- und Vertheidigungsmassregeln gegen das „unvertige voulk, die semelich boese arge ding und widerwertig leben hiettent." (R.) *Strobel* a. a. O. S. 341 flg.

42 **1362**. Die Colmarer treffen mit den benachbarten Gemeinden und Grundherrschaften, welche Wiesen auf dem städtischen Ried besitzen, das Uebereinkommen, dass alles abgemähte Heu vor der Einscheunung nach Colmar gebracht, hier abgeladen und drei Tage hindurch [wohl zum Kaufe] aufgelegt werden solle. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 393.

43 **1363**. Kaiser Karl IV. verordnet, dass Bürger von Colmar wegen begangenen Todtschlages am Leibe bestraft, deren Güter aber nur dann, und zwar bloss zu zwei Drittheilen eingezogen werden sollen, wenn sie der Vollstreckung des gegen sie ergangenen Urtheils durch die Flucht sich entziehen würden. (R.) *Strobel* a. a. O.

44 **1370**, Oct. 16. Derselbe erlässt an den Landrichter im Ober-Elsasse und seine Beisitzer den Befehl, die den colmarer Bürgern verliehene Gnade der Befreiung von landgerichtlichen Ladungen [62]) zu beachten, und demgemäss „fürbass mer keinen bürger von Colmar, wo die sizen, für sich zu heischen oder zu laden", indem zugleich alle bisher geschehenen derartigen Ladungen oder gegen jene Freiheit verstossenden Urtheile für nichtig erklärt und künftige Zuwiderhandlungen mit Ungnade und Geldbusse [10 Pfund Goldes] bedroht werden. *Lünig* a. a. O. S. 713, 14.

45 **1370**. Derselbe entbindet die Bewohner Colmar's von aller geistlichen Gerichtsbarkeit, was dann Pabst Innocenz IX. bestätiget. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 51; *Strobel* a. a. O. S. 391.

46 **1371**, Aug. 20. Rath und Gemeinde von Colmar lösen den der constanzer Dompropstei gebührenden halben Stadtzoll durch Zusicherung einer Jahresrente von 60 florenzer Gulden in Gold an den Probst und dessen Nachfolger ab. *Mone's* alleg. Ztschr. Bd. VII S. 188—90. (Extr.)

47 **1376**, Apr. 23. Kaiser Karl IV. erlaubt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Colmar „von mancherleye gebrechin und schaden wegen, den sie haben von der müntze, die man slehet zu Basel und in den kreyssen dorumb", bis auf Widerruf „gute gebe und geneme silberyne pfeninge slahen ze lassen, als sie die müntze nutze und gut dunket, doch mit iren sunderlichen zeichen und geprege", und fügt ein allgemeines Verbot jeder Hinderung und Irrung unter Androhung schwerer Ungnade hinzu. *Schöpflin* l. c. Nr. MCLXXXV p. 273. Vgl. A. *v. Berstett*, Versuch einer Münzgeschichte des Elsasses (1840) S. 7 flg.

1376, Jun. 26. Derselbe bringt sein den Colmarern verliehenes Privileg, „dass niemand ir leib, ir gut laden solle oder heischen auff kein landgericht, sondern wer zu in icht ze sprechen habe, recht von in nemen solle vor irem schultheissen", da dieser Freiheit von dem Landrichter im Ober-Elsasse öfter entgegengehandelt worden, neuerlich bei dem letzteren und seinem Gerichte in Erinnerung, Uebertretungen mit der Reichsacht und einer Geldstrafe von 20 Pfund Golds bedrohend. *Lünig* a. a. O. S. 714. 48

1376. Derselbe verleiht dem Rathe zu Colmar die Befugniss, den Bürgern allda nach Belieben ein Gewerf aufzulegen. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 391. 49

1378. Derselbe verfügt zu Gunsten der Stadt Colmar, dass keinem Oberlandvogte des Elsasses für sich allein erlaubt sein solle, gegen den Willen der genannten Stadt von ihrem Rathe geächteten Individuen den Eintritt in das colmarer Gebiet zu gestatten. (R.) *Strobel* a. a. O. 50

1378. Die Stadt Colmar geht mit Schlettstadt ein Bündniss zum Schutze gegen Lothringen ein. (R.) *Schöpflin*, Alsatia illustrata Ps. II p. 384 (§. DCCVI). 51

1379, Aug. 14. Die Stadt Colmar schliesst, um ungewöhnlichen Forderungen und Zumuthungen zu entgehen, mit Hagenau, Schlettstadt, Weissenburg, Mühlhausen, Oberehenheim, Rossheim und Seltz ein Landfriedensbündniss, um sich bei dem Reiche zu erhalten und alle in dieser Beziehung entstehenden Gefahren gemeinsam abwehren zu können. Dabei wird verabredet, dass keine der acht conföderirten Städte für sich allein handeln solle, vielmehr in allen wichtigen Dingen an einen zu bestimmten Zeiten sich versammelnden Ausschuss von neun Mitgliedern, dem auch die Aufnahme neuer Bundesgenossen zugestanden ist, berichten müsse. Auch wird vereinbart, dass Niemand in den vorbezeichneten Städten gegen das Interesse des Bundes von irgend einer Seite her Geschenke oder Würden annehmen dürfe. *Schöpflin*, Alsat. dipl. l. c. Nr. MCXCV p. 277, 78. Vgl. *Strobel* a. a. O. S. 402; *Gyss*, Hist. de la ville d'Obernai (1866) Tom. I p. 130, 31. 52

1382, Jul. 13. König Wenzeslaus gebietet dem [durch Herzog Leopold von 53

62) Das hier angezogene priv. de non evocando Karl's IV. scheint noch ungedruckt zu sein. Vgl. auch Nr. 48.

Oesterreich eingesetzten] Landvogte im Ober-Elsasse, dass er „mit dem selben landrichter und den rittern, die da recht sprechen in dem selben landgerichte", vorsehe, dass die Reichsbürger zu Colmar bei ihren „brieffen, freyheiten, rechten und gnaden", betreffend deren Entbindung von Ladungen an das oberelsassische Landgericht, geschützt bleiben, und dass über sie und ihre Soldner nicht mehr allda gerichtet werde. *Lünig* a. a. O. S. 714, 15.

54 **1382.** Der Rath zu Colmar — welchem bereits im J. 1370 die Verwaltung des Kirchenguts des St. Martinsmünsters daselbst übertragen worden war — bestimmt in Ansehung der zur genannten Kirche gehörigen Leute, dass bei Todesfällen die Erben das beste Gewand des Verstorbenen, ferner dessen bestes Pferd sowie den etwa vorhandenen Harnisch an die Kirche abgeben oder mit Geld, und zwar das Pferd mit zehn, den Harnisch mit vier Gulden lösen sollten. (R.) *Strobel* a. a. O. Thl. III S. 52.

55 **1384.** König Wenzeslaus verleiht den Colmarern das Recht, Reichsächter zu beherbergen. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 51, 52; *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 430.

56 **1388.** Derselbe gibt dem Rathe zu Colmar die Erlaubniss, zehn Jahre lang auf die allda befindlichen Juden eine besondere Schatzung zu legen. (R.) *Schöpflin*, Alsatia illustr. l. c. p. 368 (§. DCLXXVIII); *Strobel* a. a. O. S. 430, 31.

57 **1390**, Sept. 11. Bürgermeister, Rath und Gemeinde von Colmar treten dem vom Bischofe Friedrich von Strassburg, Abt Rudolph von Murbach, Probst Walther von Rheinau und den Stadträthen von Basel, Mühlhausen, Münster und Türkheim wider die „unredlichen umbziehungen" des Landgerichts im Ober-Elsasse errichteten Bündnisse bei, worin insbesondere vereinbart worden, dass künftigen unberechtigten „bekümmerungen oder heischungen" von Seite des genannten Landgerichts mit Hinweisung auf die „freyheiten und gnaden" begegnet, und über etwaige „stösse und spenne", die aus solchen Anlässen entstehen, ein aus fünf „erber gemeinen man" zusammengesetztes Austragsgericht entscheiden solle. *Schöpflin*, Alsat. dipl. l. c. Nr. MCCXVII p. 288, 89. Vgl. *Strobel* a. a. O. S. 426 flg.

58 **1392**, März 21. Der colmarer Rath erlässt eine Ordnung für das „growtücher und webers antwerck", worin vornehmlich bestimmt ist, wie dick und wie lang man graues und weisses Tuch machen und bereiten solle — zu welchem Behufe eine Commission von fünf beeidigten Beschauern aus der Zunft aufgestellt wird — und wie die „besserunge" der Uebertreter jener Vorschriften zwischen der Stadt und Zunft zu vertheilen seien. *Curiosités d'Alsace*, Année I (Colmar 1861. 4°.) p. 66 - 68.

1395, Apr. 14. Colmar betheiligt sich 59
an dem vom Landvogte, Graf Emich von Leiningen, mit den elsassischen Reichsstädten bis zu Ende des Jahres 1396 in Ehenheim abgeschlossenen Waffenschutz-Vertrage („getruwe und früntschafft"). *Schöpflin* l. c. Nr. MCCXXIX p. 295. (Extr.)

1395, Oct. 13. Colmar nimmt auch 60
an dem (von König Wenzel befohlenen) elsassischen Landfrieden Theil. *Schöpflin* l. c. Nr. MCCXXX p. 295, 96.

1397, Oct. 18. König Wenzeslaus 61
befreit die Bürger Colmar's und ihre Hintersassen von allen Ladungen, Bekümmerungen und Urtheilen bei dem königlichen Hofgerichte und anderen auswärtigen Land- und sonstigen Gerichten, indem er verfügt, dass jede Klage gegen sie bei dem Schultheissen oder vor dem Richter zu Colmar, es wäre denn, dass daselbst dem Kläger oder der Klägerin „kundlich und offentlich recht widersaget würde", anzubringen sei, ausgenommen, ob der König selbst „zu in ichts zusprechen hette." Etwaige diesem Verbote zuwiderlaufende Ladungen, Forderungen und Erkenntnisse sollten gleich den Rechten, worauf sie sich beziehen, „gäntzlich todt und abseyn." *Lünig* a. a. O. S. 715.

1397. Derselbe erneuert das von seinem 62
Vater den Colmarern im J. 1378 wegen der Aechter gegebene Privileg, nr. 50. [R.] *Hunkler* a. a. O. S. 51.

1399. Die Bürger von Colmar [sammt 63
jenen von Schlettstadt] gehen den Herzog von Lothringen gegen Zusicherung eines jährlichen Tributs von 100 Gulden um seinen Schutz an. (R.) *Strobel* a. a. O. Thl. III S. 47.

1400. König Wenzeslaus überlässt 64
auf den Zeitraum von zehn Jahren der Stadt Colmar die Hälfte des von ihr seit Karl's IV. Zeiten an den königlichen Fiscus für die Einhebung und Selbstverwendung des Ungelds jährlich zu leistenden Reichnisses von 300 Pfund Heller. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 49; *Strobel* a. a. O. S. 53.

1401, Apr. 21. König Ruprecht be- 65
stätigt der Stadt Colmar ihre Privilegien und Freiheiten. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 18 nr. 359.

63) Vorher hatte sich Colmar gleich Hagenau und Schlettstadt geweigert, die Juden zur Entrichtung der an den Reichsfiscus zu leistenden s. g. Judensteuer anzuhalten, und war deswegen (1386) in die Reichsacht erklärt worden.

66 **1401**, Sept. 28. Derselbe gibt der Judengemeinde in Colmar einen Freiheitsbrief. (R.) *Wiener* a. a. O. S. 57 nr. 28.

67 **1404**, Mai 18. Derselbe ertheilt den in den Städten des Elsasses, namentlich Colmar, angesessenen Juden verschiedene Freiheiten. (R.) *Wiener* a. a. O. S. 61 nr. 50.

68 **1406**, Oct. 16. Derselbe nimmt die Juden in den elsassischen Städten, darunter auch die colmarer, auf vier Jahre in seinen Schutz. (R.) *Wiener* a. a. O. S. 64 nr. 66.

69 **1407**. Derselbe verpfändet das Schultheissenamt zu Colmar für 1010 Gulden an Herrn Eppo von Hattstatt. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 64.

70 **1408**, Apr. 5. Derselbe geht mit Colmar und den übrigen elsassischen Reichsstädten ein Bündniss ein, um „den fremden und wilden läuffen", die sich in der letzten Zeit in jenen Gegenden hatten wahrnehmen lassen, entschieden entgegentreten und die Ordnung und Ruhe wieder herstellen zu können. *J. Wenckeri*, Collectan. jur. publ. (1702), Continuat. desz Berichts von den Auss-Burgern S. 3—19. Vgl. *Strobel* a. a. O. S. 80, 81.

71 **1414**, Jul. 29. König Sigismund verpfändet dem Pfalzgrafen Ludwig bei Rhein für eine Schuld von 21,000 Gulden (neuerdings, da dies schon 1413 geschehen war) die Reichsstädte im Elsasse, darunter Colmar, so dass dieselben „ir gewenliche stüre, die sie . . . den keysern vnd konigen vnd dem riche jerlichenn pflichtig sind zu geben, eines jeglichenn jares vff des selben pfaltzgraven quitantzen antworten vnd bezalen, vnd sust auch inn aller sachen nach vsswysunge des . . . versatzungs brieffs gehorsam syn sollen." *Hugo*, Mediatis. Urk. 10 S. 221—23. Vgl. *Gyss* l. c. p. 207.

72 **1414**, Aug. 23. Derselbe erneuert die von seinen Thronvorgängern der Stadt Colmar [und den übrigen elsassischen Reichsstädten] gegebene Zusicherung der Unveräusserlichkeit vom Reiche, indem er für sich und seine Nachfolger verspricht, die genannten Städte „noch jre järliche stewr . . . mit jren zugehörungen nimer versetzen, verpfenden, vereussern, hingeben vnd entfrembden, sonder die selbe stat stewr . . . mit jren zugehörungen by dem heiligen riche fürbass mer vnversatzt bleiben lassen" zu wollen, und gebietet allermänniglich, die erwähnten Städte in den bezeichneten Gnaden und Freiheiten nicht zu hindern oder dawider zu beschweren, sondern sie dabei getreulich zu handhaben, zu schirmen und zu erhalten. *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 46, 47 (mit der irrthümlichen JZ. 1410); in französ. Uebersetzung b. *L. Laguille*, Hist. de la province d'Alsace (1727) P. II preuv. p. 72, 73.

1417 [64]). Derselbe wiederholt den Rechtsbrief Kaiser Karl's IV. v. 1378 [Nr. 50, 62] für Colmar, die Aufnahme von Aechtern durch den Oberlandvogt betreffend. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 51. 73

1418, Jul. 1. Colmar und die anderen Reichsstädte des Elsasses versprechen und geloben dem Könige Sigismund, unter Bezugnahme auf dessen (vermuthlich unmittelbar vorher mündlich erneuerte, und erst nachher, Nr. 75, urkundlich redigirte) [65]) Zusicherung, dass sie auch ihrerseits sich „by dem riche vestiklich vnd vnverbrochenlich halten wellent." *Schöpflin* l. c. Nr. MCCLXXVIII p. 330, 31. 74

1418, Jul. 18 [66]). König Sigismund verspricht neuerdings den elsassischen Reichsstädten, darunter Colmar, sie selbst und was ihnen zugehört, „niemer zu ewigen ziten von dem heiligen Romischen riche verkouffen, versetzen, verpfänden oder in keine wise, domit dieselben stette von dem vorgenanten riche geteilet oder empfrömdet möchtent werden, hingeben oder verändern zu wöllen." *Schöpflin* l. c. Nr. MCCLXXX p. 332, 33; französisch b. *Laguille* l. c. p. 72, 73. 75

1422, März 24 [67]). Derselbe schärft das von seinen Vorfahren am Reiche, insonderheit Karl IV., der Stadt Colmar ertheilte, aber inzwischen von Amtleuten und Richtern in Städten und Dörfern häufig vernachlässigte privilegium de non evocando allen auswärtigen Beamten und Richtern bei schwerer Ungnade und einer Uebertretungsbusse von 20 Pfund Golds neuerlich und ernstlich ein. *Lünig* a. a. O. Thl. XIV S. 716. 76

1422. Derselbe verleiht den Bürgern von Colmar die Vergünstigung, dass innerhalb ihrer Mauern Niemand, welcher mächtiger als die Stadt selbst ist, Eigenthum durch Kauf erwerben dürfe. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 154. 77

1424, Oct. 23. Der Landvogt, Pfalzgraf Ludwig bei Rhein, genehmigt einen zur Beilegung ausgebrochener Zwistigkeiten zwi- 78

64) In dieses Jahr fällt auch eine Herabsetzung der colmarer Stadtsteuer von 750 auf 500 Gulden. *Strobel* a. a. O. S. 154.

65) Dass unter dem „küniges brief" die Urk. nr. 72, wie *Schöpflin* l. c. p. 331 not. z will, zu verstehen sei, ist schwerlich anzunehmen.

66) *Aschbach*, Gesch. K. Sigmunds IV, 525 führt eine Urkunde gleichen Inhalts vom 11. Juli an.

67) *Aschbach* a. a. O. III, 442 datirt die Urk. vom 14. Aug., hält aber, sofern deren Ausstellungsort zutreffen würde, das Ausfertigungsjahr für unrichtig.

schen dem Rathe und der Gemeinde zu Colmar von den Streittheilen errichteten Vergleich, hauptsächlich die Abschaffung eines neuen Ungelds [68]), den Eid des Obermeisters bei seinem Amtsantritte, die Ehrengaben des Rathes an hohe Gäste, die alljährliche Verkündung (Vorlesung) des „rechtbuchs" am Sonntage nach der Erneuerung des Stadtrathes u. a. m. betreffend, und fügt zu Folge der ihm beiwohnenden Machtvollkommenheit noch eine Reihe weiterer Bestimmungen über die künftige Verwaltung des Stadt-Einkommens durch die Zunftmeister, die Repartirung der Steuer und die Objecte der Besteuerung, über die Beeidigung der Zunftoberen, über das bei Kriegsfällen und anderen erheblichen Ereignissen vom Rathe aufzustellende Dreizehner-Collegium und seinen Wirkungskreis, über die Form der Procedur und Urtheilsfindung bei dem Rathe u. s. w. hinzu. Inhaltsangabe b. *Mossmann* l. c. p. 67—71.

79 **1425**, Apr. 24. Die Stadt Colmar schliesst mit den Städten Freiburg, Breisach und Basel, sowie dem Landgrafen des Ober-Elsasses (Namens der herzoglichen Wittwe Katharina von Oesterreich) einen Münzvertrag ab, darin zunächst die Einsetzung eines eigenen Münzrathes und die gemeinschaftliche Tragung der Prägungskosten vereinbarend. Gedruckt in A. *v. Berstett's* Münzgeschichte des Zähringen-Badischen Fürstenhauses (1846) S. 235—41. Vgl. *Mone's* alleg. Ztschr. Bd. II S. 404, 419 flg.

80 **1425**, Sept. 15. König Sigismund erlaubt den Bürgern der Reichsstadt Colmar, das von König Ruprecht im J. 1407 [nr. 69] an die Familie von Hattstadt verpfändete Schultheissenamt daselbst „mit allen sinen fällen und zugehörungen" einzulösen und selbst zu verwalten. *Schöpflin* l. c. Nr. MCCXCIII p. 340.

Diese Verwaltung des Amtes ward durch die vier Bürgermeister in der Art ausgeführt, dass nach bestimmter Reihenfolge immer Einer derselben die laufenden Geschäfte zu besorgen, dann aber auch, damit er nicht zu stolz werde, den drei andern im Range nachzustehen hatte. Uebrigens war Friedrich III. eifrig bemüht, das Schultheissenamt in seine eigenen Hände zu bringen, was ihm jedoch vermöge der energischen Gegenschritte der Stadt nicht gelang. Vgl. *Strobel* a. a. O. S. 154. 398.

1430. Der Pfalzgraf Ludwig bei Rhein 81
und dessen Bruder Herzog Stephan sprechen in einem Streite der Stadt Colmar mit Ulrich von Rappoldstein der ersteren das Eigenthum am s. g. Niederwalde schiedsrichterlich zu. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 156 flg.

1431, Mai 19. König Sigismund ge- 82
bietet dem Bischofe Wilhelm von Strassburg, die bis dahin zu Hittenheim, Matzenheim und Ruffach zum Nachtheile der Städte Hagenau und Colmar erhobenen, von den letzteren in ihrer Rechtmässigkeit durchaus bestrittenen Zölle und Geleitsgelder einstweilen bei Strafe von 100 Mark löthigen Goldes (welche halb dem königlichen Fiscus und halb den genannten Stadtgemeinden zufallen soll) nicht mehr einzunehmen, zu fordern und zu heischen, bis die fragliche „sache von den czöllen und geleite" im Hofgerichte „mit den rechten usgericht und geredet würdet." *Schöpflin* l. c. Nr. MCCC. p. 346, 47.

1436. Kaiser Sigismund gestattet dem 83
Rathe der Stadt Colmar, auch diejenigen innerhalb ihres Gebietes gelegenen Güter, in deren Besitz künftig Edelleute gelangen würden, mit einer Abgabe zu belegen. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 157.

1437. Derselbe verfügt, dass den zu 84
Colmar gesessenen Juden nicht erlaubt sein solle, in der Stadt und deren Gebiet liegende Güter zu erwerben oder einem Bürger Geld darzuleihen. (R.) *Strobel* a. a. O.

1437, Sept. 29. Der vom Kaiser mit 85
der Landvogtei im Elsasse betraute Pfalzgraf Ludwig bei Rhein gelobt dem Schultheissen, den Bürgermeistern, dem Rathe und den Zunftmeistern der Stadt Colmar nach empfangener Huldigung, sie getreulich zu beschirmen und bei allen ihren Rechten, Freiheiten, Gnaden und guten Gewohnheiten, sowie Handfesten und besiegelten Briefen zu belassen, dabei besonders erklärend, dass jene vollzogene Huldigung „nicht in pfandwise" geschehen sei, und Niemand „um dienste noch von anderer sachen wegen brieff noch schuld" erhalten solle, „darumb er die stadt Colmar oder die leute, so dartzu gehörent, ansprechen" möge. *Lünig* a. a. O. S. 716, 17.

1441, Mai 12. König Friedrich III. 86
bestätigt den Colmarern ihre Privilegien (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 28 nr. 263.

1442. Derselbe gewährt den Bürgern 87
Colmar's die Gnade, dass alle ihre in auswärtigen Gebieten gelegenen Güter von den dortselbst üblichen Abgaben befreit sein

68) Die Städtemeister zu Colmar hatten in demselben Jahre den Versuch gemacht, nach dem Vorgange von Strassburg eine neue Wein-Auflage einzuführen, scheiterten aber mit ihrem Plane an dem Widerwillen der Bürgerschaft, des Adels und Clerus. *Strobel* a. a. O. S. 154 flg.

sollen. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 398. Vgl. *Hunkler* a. a. O. S. 52 flg.

88 **1443**, Apr. 7. Derselbe ertheilt der Stadt Colmar einen Confirmationsbrief über ihre Rechte und Freiheiten, unter Beifügung des grossen Majestätssiegels. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 144 nr. 1404.

89 **1453**, Oct. 4. Derselbe als Kaiser bestätiget die Freiheiten und Gerechtsame Colmar's vom neuen. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 314 nr. 3121.

90 **1470**, Febr. 20. Die „rot- und wissgerwerknecht" zu Colmar errichten unter sich eine „bruderschaft" im Barfüsserkloster daselbst, in einer beigefügten „ordenunge" die nöthigen Vorschriften über Begräbniss und Seelenmessen bei Sterbfällen, die Pflichten der Kerzen- und Büchsenmeister, das von den Brüdern zu leistende Wochen- und Fronfastengeld und die Bestrafung der Zahlsäumigen, die Besserung bei Fluchreden, Schlägereien und Raufereien, bei Hazardspielen [„spile ob des henckers schibe"], Wirthshausschulden und fleischlichen Vergehen, die Unterstützung siecher, der Leibsnahrung bedürftiger Handwerksgesellen durch Darlehen, die Vorbedingungen der Zulassung fremder Knechte zur Arbeit u. a. m. festsetzend. *Mone's* alleg. Ztschr. Bd. XVIII S. 20—24. (16 §§.)

91 **1478**. Kaiser Friedrich III. gestattet den Colmarern, an der Fecht im Gregorienthale zur Bewässerung oder Entwässerung ihrer Wiesen die geeigneten Wasserleitungen anzulegen [69]). (R.) *Schöpflin*, Alsat. illustrata l. c. p. 370 (§. DCLXXX); *Hunkler* a. a. O. S. 53; *Strobel* a. a. O. S. 399.

92 **1493**, Aug. 12. Colmar nimmt an einem von König Maximilian I. mit den Bischöfen von Strassburg und Basel, sowie mit den gleichnamigen Städten nebst Schlettstadt zum Zwecke gegenseitiger Hülfeleistung „in utraque Rheni parte" abgeschlossenen Bündnisse Theil. *Du Mont*, Corps dipl. Tom. III^{b} p. 311; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII. S. 18.

93 **1494**. König Maximilian I. erneuert den Colmarern den Concessionsbrief seines Vaters, die Benützung des Fechtflusses zur Wiesencultur betreffend, nr. 91. (R.) *Hunkler* a. a. O. S. 53.

94 **1496**. Auf einem zu Schlettstadt von den Städten der Landvogtei Hagenau abgehaltenen Rechtstage wird ein zwischen dem Stadtrathe von Colmar und den Bäckerknechten daselbst entstandener Zwist in der Art beigelegt, dass ein grosser Theil der letzteren, welcher aus Ungehorsam und Uebermuth die Stadt verlassen hatte, zur Strafe gezogen, und das Verhältniss der Gesellen zu den Meistern des Handwerks für die Zukunft durch eine neue Ordnung zweckmässig geregelt wird. (R.) *Strobel* a. a. O. S. 487.

Von dem Dasein einer geschlossenen Statutensammlung Colmar's aus der Zeit des Mittelalters ist zwar bis jetzt nichts bekannt geworden. Dennoch dürfte, dass eine solche vorhanden gewesen, kaum zu bezweifeln sein, da das im XVI. Jhdt. gedruckte (reformirte) Stadtrecht [70]) wiederholt, namentlich in seinem Titel XXVI von der Erbfolge zwischen Eltern und Kindern [vgl. *d'Acon de Lacontrie*, Ancien Statutaire d'Alsace, 1825, p. 7—12], auf uralte Gewohnheiten und Gebräuche zurückverweist, und doch schwerlich angenommen werden darf, dass man dieselben, welche aus den ältesten colmarischen Rechtsbriefen blos in schwachen Rudimenten hervortreten, in ihrer späteren Fortbildung mehrere Jahrhunderte lang unredigirt und unaufgezeichnet gelassen habe.

Die Reichsunmittelbarkeit Colmar's überdauerte übrigens den Ausgang des Mittelalters. Erst 1672 musste sie — allerdings schon durch den westphälischen Frieden preisgegeben — französischem Despotismus weichen. *Hugo*, Mediatis. S. 73—75.

Conitz. CCVIII.

(Westpreussen.)

Isaac Gottfr. *Goedtke*, Geschichte der Stadt Conitz, Worinnen So wohl Von derselben Benennung, Ursprung, Erbauung, Rechten, Freyheiten, Gütern und andern hierzu gehörigen Sachen, Als auch Von denen Kriegen, Belagerungen, Brand-Schaden, Pest-Zeiten und andern denkwürdigen Begebenheiten mehr gehandelt wird: Alles aus geschriebenen und andern glaubwürdigen Urkunden genommen, Dantzig (1724) 4°. S. 1—51. *Brillowsky* „Geschichte der Stadt Conitz" in den Preuss. Provinzialblättern (Königsberg 1829. 8°.) Bd. I. S. 497—506; II. S. 313—24, 444—54; III. S. 39 — 55, 221—47. Vgl. auch *Töppen's* Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 234.

69) In diese Zeit, 1480, fällt auch die Erbauung des Kaufhauses zu Colmar.

70) Exemplare sind sehr selten; eine Reformation des colmarer Municipalrechts ohne DO. und JZ. befindet sich auf der darmstädter Bibliothek.

1 **1346**, Mai 14. Der Hochmeister des Deutschordens H e i n r i c h T u s m e r verleiht der (um 1205 gegründeten, nachher zur Comthurei Schlochau gehörigen) Stadt Conitz 31 Hufen Waldes bei Deutschenhof erblich und zinsfrei zum Holzschlage und zur Weidenutzung, jedoch mit der Bestimmung, dass dortselbst auch die Heerden des Ordenshauses aufgetrieben werden dürfen, und dass eine nach ihrer Lage näher beschriebene Hufe aus der Zahl der den Bürgern zugewendeten zum Triftwege für deren Vieh dienen solle:

„In nomine domini amen. Nam omnia, quae fiunt in tempore, a memoria hominum labuntur cum tempore, si non testium litterarumque testimonio fuerint perennata, unde noverint universi praesens scriptum audituri seu visuri, quod nos frater Henricus Tusmer, ordinis fratrum hospitalis b. Mariae domus Theutonicae magister generalis, de maturo fratrum nostrorum consilio voluntate et consensu damus, conferimus liberaliter et donamus fidelibus nostris civibus et civitati Conitz propter eorum fidelia servitia, nobis et ordini nostro multoties exhibita et adhuc exhibenda, eorumque veris haeredibus et successoribus triginta mansos et unum mansum nemorum circa bona Duyzenhoff dicta, sicut eis per fratres nostros assignati sunt et demonstrati, quos quidem mansos ad agriculturam exponere non debent, sed tantum ad usum lignorum et pascuorum cives reservare jure perpetuo libere et hereditarie possidendos; dimittentes etiam ipsos cives a solutione quatuor marcarum, quas de eisdem mansis annis singulis dedisse debuissent, penitus liberos et solutos. Adjicimus tamen et volumus, quod fratrum nostrorum pecora et pecudes cum pecoribus civium communia habere debent pascua in bonis supradictis, de praedictis vero mansis cives civitatis ejusdem unum mansum pro via pecorum suorum obtinebunt a granitiebus libertatis suae circa granities bonorum Nizwantz deorsum usque ad bona supradicta. In quorum testimonium et robur perpetuae firmitatis praesentes dedimus appensione nostri sigilli roboratas. Datum et actum in Schlochow anno MCCCXLVI post pascha dominica cantate“ [1]). *Goedtke* a. a O. §. 8 S. 21, 22.

2 **1360**, Apr. 29. Der Hochmeister W i n r i c h v o n K n y p r o d e überlässt den Bürgern der Stadt Conitz a) die Mühle Tunkelshayn zu erblichem und ewigem Besitze mit allen Nutzen und dem Rechte, sie zu bauen und das vorbeifliessende Gewässer zu ihrem Betriebe zu verwenden, sowie mit dem Zugeständnisse an den Lehensmann daselbst, „zcu vischen mit cleynem gezeuw czu sinem tische in dem mültiche“; b) den „Widirberg bobin der mül Tunkelshayn von Dobislaus gräntzen bis an der stat vrieheit, als her yn von den brudern bewiesit ist“; endlich c) hundert Hufen Landes, vor der Stadt gelegen, von deren jeglicher dem Hause Schlochau jährlich 3 Scheffel Roggen, ebensoviel Gerste und Haber und 2 Scheffel Weizen gezinset werden. *Goedtke* a. a. O. §§. 7, 9 S. 18, 19, 26. (Extr.)

1371, Juli 23. Derselbe erlaubt seinen Bürgern zu Conitz, „czu buwnde zcwene wintmolen vff erer vryheit, vff das das sye eren czins deste bas mögen gebn, den sye vor habn gegebn“; und zwar sollen sie „von dissen czwen wintmolen cinsen czwene marck pffennge gewonlicher muntze dem kumthur zcu Slochow alle jar vff sendte Martins tacg des bischoffs“ *Goedtke* a. a. O. §. 9 S. 25, 26. (Extr.) 3

1382, Juni 5. Der Comthur zu Schlochau, K o n r a d v o n W a l r o d e, überlässt mit Zustimmung des vorgenannten Hochmeisters und des Ordens den „inwonern“ der Stadt Conitz die bei der angeordneten Boden-Abmessung „in ure veltmarkt bobin ure hubentzal fundenen ix oberigen hubin . . ., vf das sie eren czins deste bas gegeben mogen“, und bestimmt, dass, wenn bei künftigen Vermessungen m e h r Uebermass gefunden werden würde, sie das auch dazu haben sollten, wenn man aber w e n i g e r finden würde, der Orden nicht verpflichtet sei, das Mangelnde zu ergänzen („czu dirvollen“). *Goedtke* a. a. O. §. 9 S. 25. (Extr.) 4

1446, Dez. 15. Der Hochmeister K o n r a d v o n E r l i c h h a u s e n schenkt seiner Stadt Conitz um der Dienste willen, welche sie dem Orden während des Einfalles der Hussiten („der vngeloubigen ketzer“) in sein Gebiet und in der Zeit der Belagerung von Conitz durch jene [2]) getreulich geleistet hat, auf ihre Bitte den vormals zum Schlosse Schlochau gehörig gewesenen s. g. Stadt-Hof —: „Wir haben myt wolbedachten mutte, rate, willen, wissen vnd vulbort vnser metegebietiger den ebenumpten vnsrn 5

1) Die Urkunde war ursprünglich deutsch abgefasst.

2) Ueber den Hussiten-Krieg s. die Extracte aus *Simon Grunow's* preussischer Chronik b. J. D. *Titius*, Nachricht von den Gelehrten, welche aus der Stadt Conitz des Polnischen Preussens herstammen, nach Herrn Hofrath Goedtken's Grundlage abgefasset, Leipzig 1763. 4°., §. 1 S. 1 — 4 und J. *Voigt*, Gesch. Preussens VII, 621 flg.

lieben getruwen burgermeistern[3]), rathmann, gantzen gemeyn und inwonern der vorgenanten vnser stadt Conitz, ihren erben und nachkomen, den eberurten vnsrn hoff in der vorgemelten vnser stadt Conitz vnd hynder der wedeme gelegen, in seyner brete vnd lenge vnd also, als wir vnd vnser orden den bisher besessen vnd gehabt haben, verlehent vnd gegeben, verlehnen vnd geben en den ouch in crafft disses brieffs, frey von tzynsse vnd in massen, als sie die andern ihre erbe vnd gutter bynen der stadt gelegen haben vnd besitzen zcu **Collmisschem** rechte [4]) erblich vnd ewiglich zcu besitzen." *Goedtke* a. a. O. §. 8. S. 23, 24.

6 **1466**, Sept. 23. König Kasimir IV. von Polen erklärt, die Stadt Conitz bei allen von dem Deutschorden ihr verliehenen Rechten und Freiheiten belassen, ihr dasjenige, was sie vorher wider ihn begangen, nicht ferner gedenken, vielmehr sie gleich seinen anderen Städten in Gnade und Beschirmung halten zu wollen:

„Kazimirus van gotis gnade konig tzu Polan, gross forste in Lithawin, in Rewssin, Prewssin, herre vnd erbeling etc. Bekennen vnd thun kunth offenbar vor allen den, die diesin vnsirn offenen brieff horin odir sehen lesenn, dass wir die stadt Conytz vnd alle eynwoner derselben genannten stadt vnnd des lands dortzu gehorende, geistlich vnd wertlich personen, welln loessn by allen iren rechten, gnaden vnd privilegien, die sie habn van dem hern homeister vnd seynem orden, vnd daz en die vnvorbruchlich solln gehalden werden van vnns vnd allen vnsirn amptlewtn vnnd allen den vnsirn; vnd ap sich keynerley sachen van en in vorgangenn tzeitn vorlauffn hettn, wye die geschen weren, dye wedir vns adir dye vnnsirn gewest weren, die wellen wir en fort nymer tzu argk gedenken an leib noch an gut, noch nymandt van vnnsirn wegn, vnd wellen sie halden in vnsir gnaden vnnd beschirmung gleich andern vnnsirn steten noch iren alde herkomen vnnd gewonheit. Czu merer sicherheit haben wir vnnsir ingesegill an diessm brieffe loessn anheengen, der gegeben ist czu Thorn am dienstage neeste noch santh Mathei apostoli et ewangeliste tage, noch Cristi geborth tawsent vierhundirt vnd in dem sechsten vnd sechtzigsten jare. Dominus Rex per se." *Goedtke* a. a. O. §. 13 S. 34, 35.

Dem in der Mitte des XV. Jhdts. von den preussischen Städten mit Landschaft und Adel gegen den Deutschorden geschlossenen Bündnisse war (1450) auch Conitz beigetreten. Allein verschiedene Gründe, zunächst wohl die Erinnerung an die zahlreichen von den Hochmeistern empfangenen Wohlthaten, bewogen den Bürgermeister Heinrich Swentener, auf dem Bundesconvente zu Elbing in Anwesenheit des päbstlichen Legaten die Wiederabnahme des conitzer Stadtsiegels von der Bündniss-Acte zu verlangen, womit nun Conitz factisch von dem Bunde ausgeschieden erschien. Diese Rückkehr zur alten Treue gegen den Ordensstaat kam jedoch den Conitzern theuer zu stehen. Kasimir IV., welchen die Stände gedrängt hatten, „ihre Unterwerfung gegen Bestätigung und Mehrung ihrer Rechte und Freiheiten anzunehmen" [5]), belagerte die widerspenstige Stadt, und zwang sie endlich nach langer hartnäckiger Gegenwehr 1466 zur Unterwerfung. Schon war auf Antrag der polnischen Reichsstände die völlige Zerstörung von Conitz beschlossen — als plötzlich der König sich eines Besseren besann und der geängstigten und gedemüthigten Stadtgemeinde seine Verzeihung, seinen Schutz und den Fortgenuss ihrer Privilegien und Gerechtigkeiten in der vorstehenden Urkunde zusicherte [6]).

1472. König Kasimir IV. verleiht der Stadt Conitz noch einen weiteren Jahrmarkt. 7
(R.) *Goedtke* a. a. O. §. 13 S. 35.

1499 (?). Der Rath der Stadt Conitz beschliesst und verordnet, „dass keynerley 8
handtwerckesman nicht mhe zal burgerecht haben noch dyzer zceit, zo sy verstorben zeyn, dy nu vor der stadt wonen zcwyssen den slegen vnd deme thore, das do das Slochawesche thoor heest, noch vor erkeyne thore, vnd besunderlich zo zal keyn leyneweber do nicht burgerecht haben." (Aus dem alten Rathsbuche des genannten Jahrs.) *Goedtke* a. a. O. §. 10 S. 28.

Höchst beachtenswerth sind die von *Goedtke* [a. a. O. §. 14 S. 36, 37] beschriebenen alten **Rathsbücher** der Stadt Conitz. Das erste wurde im J. 1466 angelegt und spricht sich selbst über seinen Endzweck im Eingange in nachfolgender Weise aus:

„In der jartzal vnsers HErn tusent vierhundert vnd dornoch im sechs vnd segesten jar anhebende, haben wir nochgestelte burgermeister vnd rathmane von Conitz, als Heyn-

3) Deren wählte die Stadt seit 1436 drei in den Rath. *Goedtke* a. a. O. §. 14 S. 32.

4) Ursprünglich war Conitz mit dem **lübischen** Rechte bewidmet gewesen. *Michelsen*, Oberhof S. 77.

5) *Barthold*, Gesch. d. dtsch. Städte IV, 279.

6) Ueber den Huldigungseid, welchen die Stadt dem Könige leistete, s. *Goedtke* a. a. O. S. 35.

rich Swentener, Albrecht Wythard, Niclas Marlow, Jürge Donner, Herman Leppyn, Hans Harmethe, Jacob Tzinbrucke vnd Lorentz Tzappe, tzu herzen genommen vnd eygentlichen mit ryfem rahte betrachtet vnd dirkant, wy das vyle sachen vnd handelungen, dy vor deme rathe alle jerlich vnd tegelich geliebart vnd gehandelt werden, do ernste vnd grosse macht ane lyeth, vs des rathis gedechtniss komen. Dis hindert vnd benympt nu anders nicht, denne die offte vnd jerliche entsatzunge vnd der natürliche tod des rathis. Vff das das dis nu gewandelt werde vnd alle sachen wol tzu gedechtniss werden gebracht, vnd nicht mit deme rathe vorsterben, noch in vorgessenheit komen, seyn wir eyns wurden, das man alle sachen, do etwas grosse macht ane lyeth, in dis buch, das eyn buch des gedechtnis sal heissen, sullen worden geschryben, by vnsern getziten vnd by eyns jchlichen tzukompftigen rathis getziten tzu langen jaren, mit sulcher vnd nomelicher vndirscheit, das eyn iclich rath alle jerlich sich by namen sal varne an in dis buch lassen schriben, vff das man mag wissen, ab man die sachen wurde vornemen wellen, by welchs rathis getziten die sachen weren geendet, berichtet vnd gelendet."

Der Inhalt der Rathsbücher, im ältesten bis auf das Jahr 1436 zurückgehend, bezieht sich vornehmlich auf peinliche und bürgerliche Rechtssachen und die Verhältnisse der städtischen Gewerbe. So sind namentlich in jenem v. 1466 die alten Zunftbriefe und Rollen der Leineweber, Fleischer, Schuhmacher, Schmiede und anderer Innungen zusammengeschrieben.

CCIX. Constanz.

(Baden.)

Gabr. *Bucelini* Constantia Rhenana lacus Potamici metropolis sacra et profana. Urbis longe antiquiss. et nobiliss. descriptio topo-chrono-stemmatographica, Francofurt. 1677. 4°. (Hierher gehört hauptsächlich die „chronologia Constantiensis" P. II p. 57—368.) J. Fr. *Speth*, Dreytheilige Beschreibung der Stadt Constantz, das. 1733. 4°. (Th. I S. 21 flg. Thl. III. S. 181—334.) Ph. *Eberlin*, Versuch einer pragmatischen Geschichte der Stadt Konstanz am Bodensee, das. 1788. 8°., S. 5—31. [Neue Aufl., anonym u. d. T. „Neue Chronik der Stadt Konstanz", das. 1798. 8°. erschienen.] *Lender*, Beiträge zur Geschichte des bürgerlichen Lebens der Stadt Constanz im Mittelalter, das. 1838. 8°. Josua *Eiselein*, Geschichte und Beschreibung der Stadt Konstanz und ihrer nächsten Umgebung, Konst. 1851. 8°. J. *Marmor*, Geschichtliche Topographie der Stadt Konstanz und ihrer nächsten Umgebung, mit besonderer Berücksichtigung der Sitten- und Kulturgeschichte derselben, Konst. 1860. 8°. (C. B. A. *Fickler's*) Führer duch die Stadt Konstanz und die Alterthumshalle im Kaufhause, das. 1864. 8°., S. 11 — 28. Vgl. auch C. W. *Schnars*, Der Bodensee Abthl. II S. 183 flg.; *Hugo*, Mediatis. S. 46 flg.

Als Urkundensammlung ist der auf der städtischen Kanzleistube aufbewahrte Pergament-Codex mit der Ueberschrift: „Dis ist die taffel, darinn abgeschrifftenn geschriben stand der Statt Fryhaiten, Reformation, och ettlicher richtung, och von den Stüren, Dotationes ettlicher Pfrund, och wie man ettlichen küngen geschworen und geschenkt hät, och von der Statt zöll und vngelt" u. s. w. (173 Blätter fol.), obgleich viele Documente nur in deutscher Uebersetzung darin vorliegen, doch von grosser Bedeutung *). Vgl. *Marmor* a. a. O. S. 199.

Unter den älteren Chroniken von Constanz ist die grosse handschriftliche des Bürgermeisters Christoph *Schulthais* mit dem Titel: „Beschreibung der Statt Costantz" in VIII. Folianten bis zum J. 1567 reichend, um ihrer quellenmässigen Gründlichkeit willen die wichtigste. Eine Zusammenstellung der constanzer Jahrbücher von fünf verschiedenen Verfassern, die Zeit von 307 bis 1466 begreifend, findet sich in *Mone's* Quellensammlung der badischen Landesgeschichte Bd. I (1848) S. 310—49 abgedruckt.

1155, Nov. 27. Kaiser Friedrich I. erneuert bei Gelegenheit der ausführlichen Bestätigung des constanzer Bisthums-Besitzes, auf Verwendung Bischof Hermann's (von Arbon), der Stadt Constanz das ihr bereits von früheren deutschen Herrschern ertheilte Privileg, dass weder er — Friedrich — noch einer der künftigen Kaiser und Könige nach Constanz kommen oder von der Stadtgemeinde Dienste begehren solle, es sei denn, dass ihn der Bischof berufen, oder dass er um des Gebetes willen oder auf einer nothwendigen Reise die Stadt berühren würde —: „Ad hec statuimus, ut nec nos nec aliquis successorum nostrorum regum seu imperatorum locum Constantiam adeat, vel statuta servitia exigat, nisi vocatus ab episcopo vel orationis causa vel itineris necessitate ve- 1

*) In den Regesten wird der Codex mit TA. citirt.

niat, quod a predecessoribus nostris eidem loco collatum esse constat." *Neugart*, Cod. dipl. Alemann. Tom. II Nr. DCCCLXVI p. 86—90, inpr. p. 89; *Dümgé*, Regesta Badens. Nr. 92 S. 139.

Constanz (schwäbisch: Kostenze, Costantz, Costentz, Costenntz; böhmisch seit den Zeiten des Concils: Costnitz) ist unzweifelhaft aus einem in der zweiten Hälfte des IV. Jhdts. angelegten Römercastelle (Julian's oder Gratian's) hervorgegangen, und, obwohl während der Völkerwanderung fast gänzlich zerstört, doch nach derselben bald zu neuem Aufschwunge gekommen, als zwischen 560 — 580 der alte Bischofssitz von Vindonissa um der grösseren Sicherheit willen dorthin verlegt worden war. Daher nennen die Karlingischen Urkunden den Ort bereits „urbs, oppidum, civitas [1])", damit unfehlbar andeutend, dass wenigstens die ersten Vorbedingungen für eine städtische Entwicklung schon gegeben waren. Im X. Jhdt. besass bereis Constanz, wie wenigstens Ekkehard [2]) andeutet, schützende Mauern. Dass nun in dieser Periode die Bevölkerung des Ortes, von dem zahlreichen Stiftsclerus abgesehen, lediglich aus Dienstmannen und Hörigen des Bischofs bestanden habe, versteht sich von selbst. Allein eben so gewiss ist, dass aus ihrer Mitte sehr frühe eine handeltreibende Classe von Bewohnern sich hervorhob, welche in Folge des lebhaften Kaufverkehrs mit Italien, namentlich Venedig, rasch zu Reichthum und Ansehen gelangend, auch alsbald eine politisch bevorrechtete Stellung im Gemeinwesen gewinnen musste. Der sanct-gallener Codex traditionum weist uns drei solcher constanzer Handelshäuser aus dem X. Jhdt. mit Namen nach — die „Abeli, Chomuli, Woveli" [3]).

2 **1192**, Sept. 24. Kaiser Heinrich VI. bestätiget die vom Bischofe Diethelm von Constanz vor ihm anerkannte, bis auf König Dagobert's Zeiten zurückgeführte Steuer-Freiheit der Bürger genannter Stadt für immerwährende Zeiten, bei einer Strafe von 100 Pfund Goldes den Bischöfen und Vögten daselbst jede Anfechtung oder Verletzung dieser Befreiung verbietend:

„In nomine sancte et individue trinitatis. Heinricus sextus divina favente clementia Romanorum imperator augustus. Imperatorie majestatis nostre circumspecta discretio dignum attendit, ea, que ordine judicii in presentia nostra discussa sunt et diffinita, litterali memoria ad posteros transmittere, ne processu temporum ex oblivione aliqua propter malignorum proterviam aliquatenus debeant retractari. Ea propter noverint universi fideles imperii nostri tam presentes quam futuri, quod fidelis noster Diethelmus, constantiensis episcopus, ex postulatione burgensium constantiensium, qui collectam vel peticionem, quam in eos facere voluit, ipsi negabant, ad nostram apud Leodium accedens presentiam, causa diu per iustitiam inter eos ventilata, coram majestate nostra et principibus imperii recognovit, quod civitas et burgenses contantienses ex privilegiis et concessione antecessorum nostrorum divorum augustorum, regis Dagoberti et aliorum, nullam petitionem seu collectam ipsi episcopo vel advocato civitatis vel successoribus suis facere debeant. Quam recognitionem gratam habentes, de plena voluntate et favore predicti episcopi burgensibus et civitati constantiensi hanc libertatem perpetuo iure imperiali auctoritate concedimus et presenti pagina confirmamus. Statuimus igitur et districte precipimus, ut nec presens episcopus Diethelmus vel advocatus vel aliquis eorum successorum hanc libertatem burgensibus et civitati constantiensi concessam aliquo tempore attemptare audeat vel infringere. Quod siquis facere presumpserit, centum libras auri pro pena camere nostre componat. Ad cujus rei certam in perpetuum evidentiam presentem paginam inde conscribi et maiestatis nostre sigillo iussimus communiri. Hujus rei testes sunt Hermannus monasteriensis episcopus, Lotharius leodiensis electus, Theodericus traiectensis prepositus, Baldewinus comes Flandrie, Gerhardus comes de Lon, Otto comes de Gelren, Theodericus comes de Hostaden, Theodericus comes de Cleve, Burchardus comes de Zolre, Deithelmus de Creien, Cuno de Mincemberc, Henricus de Lutra pincerna, Wernherus de Arbona, Heinricus et Rudolfus de Wintertur, Heinricus de Anewilere, Conradus de Hugoldeshoven et alii quam plures. Signum Domni Heinrici sexti Romanorum imperatoris invictissimi. Acta sunt hec anno dominice incarnationis M.C.XC.II. indict. X. regnante domino Heinrico sexto Romanorum imperatore gloriosissimo, anno regni eius XXIII, imperii vero secundo. Datum apud Leodium VIII. kalend. octobris." *Dümgé*, a. a. O. Nr. 105 S. 150; *Lender* a. a. O. S. 35—37 mit S. 17.

1198 — 1205. König Philipp ertheilt einem zwischen dem Bischofe Diethelm 3

1) Vgl. v. *Stälin*, Wirtemberg. Gesch. I, 275 Noten 4—6; E. *Dümmler*, Das Formelbuch des Bischofs Salomo III. von Konstanz (1857) S. 41, 130.
2) Casus S. Galli b. *Pertz*, Monum. SS. II, 110.
3) J. *Falke*, Die Gesch. des dtsch. Handels I, 84.

von Constanz und dem Grafen Manegold von Rordorf „de libertate navigii apud Constanciam quod pontomium (l. pontonium) vulgo appellatur“ auf Grund eines „arbitrium canonicorum et ministerialium constanciensis ecclesie“ abgeschlossenen „concordatum solempne“, wonach der Erstere gegen gewisse vom Letzteren gemachte Zugeständnisse auf das Recht der Zwangsfähre und des Bezugs von Zöllen und Nutzungsgebühren von der durch Manegold neu angelegten Rheinbrücke verzichtet [„episcopus relaxavit servitutem pontomio et fide data in manus comitis promisit, quod nec pontomium revocaretur in servitutem neque per pontem ultra renum apud Constanciam edificatum transeuntes aut theoloneorum superindictionibus aut aliquibus preciorum vexationibus ullo umquam tempore inquietaret“], da jene Gerechtigkeiten der Bischöfe auf Reichsbelehnung beruhten, die zur Gültigkeit der Verzichtsleistung erforderliche königliche Bestätigung — „auctoritate regia approbamus atque confirmamus libertatem datam pontomio, presertim cum in recompensacione facta ecclesie melioracio inveniatur; precipue quoque sub comminacione gracie nostre interdicimus, ne aliquis episcoporum constanciensis ecclesie libertatem hanc captione aliqua audeat infringere nec superinducere theloneorum detestandas vexationes, sic ut liber et absque precio omnibus pateat transitus ultra pontem apud Constanciam edificatum, nisi militibus raisam ducentibus, quibus nullo modo concedatur transitus, si propter privatorum transire voluerint vastacionem.“ C. B. A. *Fickler,* Quellen und Forschungen zur Geschichte Schwabens und der Ost-Schweiz (Mannheim 1859. 4°.) Urk. XXXIV S. 70—72. Vgl. *Marmor* a. a. O. S. 20, 21.

4 **1240**, Apr. 19. Bischof Heinrich I von Constanz erlässt für seine Münze⁴) daselbst (sowie für jene zu St. Gallen, Radolphzell, Ueberlingen, Ravensburg und Lindau) eine Reihe den Silberkauf und das Verbot eines „winkof“ hiebei, den Geldwechsel und die Beschränkung seines Betriebes auf den monetarius, die Bestrafung des Beschneidens und Fälschens von Münzstücken, das Verfahren an der „tabula concambii“ u. a. m. betreffender „observantiae s. statuta“. *Neugart* l. c. Nr. DCCCCXXX p. 172—74. Deutsch in TA. Nr. 132.

5 **1241**, März. Kaiser Friedrich II. bestätigt den Constanzern die ihnen durch Heinrich VI. im J. 1192 [nr. 2] confirmirte Abgaben-Freiheit. *Houillard-Bréholles,* Hist. Frid. Tom. V. P. 2 p. 1103.

1249, Jul. 9. König Wilhelm verspricht den Bürgern von Constanz —: „quod advocaciam Constanciensis civitatis nostre in parte vel in toto nunquam a nobis vel imperio alienabimus vel alienari titulo donationis, infeudationis, vendicionis seu obligationis aliquatenus patiemur.“ *Hugo* a. a. O. Urk. 11 S. 224. 6

1254, Jul. 30. Derselbe wiederholt den constanzer Bürgern die Zusicherung, die Vogtei über ihre Stadt nie vom Reiche veräussern zu wollen. (R.) *Mone*, Anzeiger f. Dtsch. Alterth. 1837 Sp. 371; *Marmor* a. a. O. S. 159. 7

1255, Nov. 4. Derselbe gestattet den Bürgern von Constanz, Behufs besserer Besorgung ihrer äusseren und inneren Angelegenheiten in Zukunft einen Rath [wie er allerdings seit mehreren Jahrzehnten thatsächlich bestanden zu haben scheint, nr. 10] an der Spitze der Gemeinde zu haben —: „ut dilecti fideles nostri universi cives constantienses nostra Romani imperii negocia et etiam civitatis constantiensis liberius gerere valeant, et vigilantius et melius saniore consilio, cum necesse fuerit, exercere, ipsis habendi concilium de cetero civitatis . . . tenore presentium plenam concedimus facultatem.“ *Lender* a. a. O. S. 18 Note 42. (Extr.) 8

1255, Nov. 5 (?) Derselbe gewährt den Constanzern die Freiheit, dass über einen Bürger aus ihrer Mitte kein Ritter oder Edelmann richten solle. (TA. Nr. 60.) *). 9

1255, Nov. 29. Der Abt Berchtold von St. Gallen verlautbart die von ihm durch „schidlüte“ zwischen Bischof Eberhard II. von Constanz sammt Capitel und Pfaffheit einer- und den Bürgern daselbst andererseits zu Stande gebrachte „süne“ oder Richtung, worin theils festgesetzt ist, in welcher Weise die in jüngst vergangener Zeit von den Letzteren dem Bischofe, z. B. „an dem graben vnd der vesti ze Gotlieben“ zugefügten „fräfli vnd schaden“ auszugleichen seien, theils das Verhältniss der Gotteshaus-Dienstmannen, der Klosterhöfe und Häuser zu U. L. Frau und St. Stephan, der bischöflichen und domcapitelischen Amtleute, die nicht etwa „alligen kouff mit linwat, mit wachs, mit pfeffer u. s. w. triben“, sowie der auf dem Keln- und Vorstenhofe sammt den dahin gehörenden Hofstätten sitzenden Colonen etc. zur Stadt in Bezug auf „stür 10

4) Das Münzrecht der constanzer Bischöfe wird gewöhnlich auf eine Verleihung Ludwig's des Frommen zurückgeführt. J. H. *Müller*, Dtsch. Münzgeschichte I, 150.

*) Die einfach so bezeichneten Regesten verdanke ich gütiger Vermittlung des Hrn. Dr. *Marmor*.

vnd wacht" geregelt wird. Insbesondere findet sich aber darin erwähnt, dass die Bürger von Constanz ihren durch die Urk. nr. 8 bestätigten, aber die Gerechtsame des Bischofs kränkenden Befugnissen in Ansehung eines Stadtrathes völlig entsagt, und in dieser Hinsicht den Zustand, welcher vor 40 Jahren gewesen, wieder hergestellt hätten —: „die burger hand den rat abgetan vnd stät [stant]in dem rechte, als vor viertzig jaren, ė ir rat hie wurde; nemend sy darüber einen rat, dunket vnsern herren den bischoff, das im daran vnrecht beschähe, das sol er klagen, wo er welle." Endlich wegen der Stadtthore entscheidet die Richtung: „Vmb alle thor, die zer statt Costentz sint, vnd vmb die ketten an das thor vff der brugge, darumb sol es stan, als es daher gestanden ist, vnd sollen die burger jetliches thor slüssel bevelhen biderben lüten, da sy vnser herr der bischoff wisse, das man in vnd die sinen vss vnd in lasse, wenn ers bedurffe. Gnögt im das nicht, vnd will er darumb clagen vor dem kunig oder vff der pfallenz, sperrind im die burger mit gewalt, so sol er clagen, wa er wil. Vmb das thor vff der brugge vnd vmb die mur in dem Sew sol es stan, als es daher gestanden ist. Dünkt aber vnsern herren den bischoff, das er zu den zwein recht habe, so sol er vf der pfallenze ze Costentz vor des gotzhus dienstman vnd von den burgern recht nemen darumb; ob er des nicht enwil, so sol er für den kunig varn, vnd wen er dahin wil, so sol ers den burgern vorhin sagen einen manod, vnd söllen sy dahin varn vnd sollen im darumb antwurten, vnd sollen da die burger alle die were han, die sy han mügen mit rechte. Wa man ime des mit gewalt vorgüt (weigert), so sol er gaistliche gericht suchen." (Deutsch in TA Nr. 118.) Stellen b. *Lender* a. a. O. S. 18 m. Note 43; *Marmor* a. a. O. S. 243.

11 **1256**. Bischof Eberhard II. und sein Capitel kommen mit der Stadtgemeinde von Constanz dahin überein, dass die nach einer Feuersbrunst neu aufzubauenden Häuser, obgleich die abgebrannten „fürschutze" gehabt, doch keine solche erhalten, auch keinerlei Laubengaden, Umläufe und Erker auf die Strasse gehen sollten, vielmehr die Anbringung solcher nur an den Thürmen, Thoren, Ringmauern sowie gegen das Wasser hinaus zu gestatten sei. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 220 Note 2.

12 **1258**. Pabst Alexander IV. begnadigt das [im J. 1225 durch Heinrich von Bitzenhoffen und Ulrich Blarer gestiftete] grosse oder „merer" Spital zum heiligen Geiste in Constanz dahin, dass es herrenloses Gut und letztwillige Schenkungen bis zum Werthe von 30 Mark Silbers erwerben dürfe. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 220.

1274, Jan. 25. König Rudolph I. bestätigt der Stadt Constanz ihre Freiheiten, 13
insbesondere jene [nr. 2, 5], dass der Bischof nicht befugt sei, die Bürger mit einer Schatzung zu belegen (TA. Nr. 1.)

1275, Jun. 25. Derselbe erneuert das 14
alte Steuerfreiheits-Privileg [nr. 2, 5] der Constanzer allein. (R.) *Mone*, Anzeiger a. a. O. Sp. 371.

1284, Jul. 1. Derselbe entbindet die 15
Bürger der Stadt Constanz von den Vorladungen an auswärtige Gerichte —: „quod videlicet iidem cives a nullo judice ad alicujus instanciam super quacunque actione extra civitatem trahi aut coram aliquo judice valeant conveniri, quam coram judice constantiensi [5]), sic tamen, si idem judex conquerenti facere justiciam [6]) sit paratus et iidem cives ipsi judici paruerint et non recusaverint stare juri." Aufgenommen nebst einer undatirten Bestätigung König Adolph's in das Formelbuch K. Albrecht's I., veröffentlicht von J. *Chmel* im Archive für Kunde österreich. Geschichtsquellen, Jahrg. 1849 Bd. I Nr. 59 S. 301, 2.

1293, Jan. 30. König Adolph I. con- 16
firmirt die Freiheiten der Stadt Constanz. [TA. Nr. 55.]

1296, Mai 25. Graf Ulrich von Hel- 17
fenstein sichert den constanzer Bürgern sein Geleit zu, „svenne sie durch sin lant varent vf alder nider", und will dieselben „schirmen, ir lip vnd ir gut, vor aller maneliche." *Mone's* Ztsch. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV. S. 58.

1296. Bischof Heinrich II. verpfändet 18
das Amt des Stadt-Ammanns zu Constanz für 131 Mark Silbers einem Bürger daselbst. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 299.

1298, Sept. 28. König Albrecht I. er- 19
neuert der Stadt Constanz das privilegium [nr. 15] de non evocando. (TA. Nr. 9.)

1298, Sept. 30. Derselbe erklärt, dass 20
die Stadt Constanz von Niemanden verpfändet werden dürfe. [TA. Nr. 7.]

1299. Derselbe erlässt der Stadt Con- 21
stanz wegen erlittenen Feuerschadens auf zwei Jahre die Reichssteuer. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 220 Note 2.

1301 (?) Graf Egon, Herr von Frei- 22
burg im Breisgau, versichert brieflich den Bürgermeister, Ammann und Rath zu Constanz „vff einer strasse vnd in sinem geleit"

---

5) Im Adolph'schen RB.: „civitatis constantiensis."

6) Im Abdrucke wohl irrthümlich: instanciam.

des vollkommensten Schutzes vor „leit vnd vngemach, so verre er mit libe vnd mit gute erzugen mag“, so dass „si vnd mengelich in sinem geleit friden habent vnd ane sorge varen mügent“; zugleich beklagt er sich aber, dass ihn constanzer Bürger „vmbe tribent mit geistlichem gerichte vmbe diu ding, diu gerihtet sint“, und fordert Abhülfe durch Ertheilung eines Tages zwischen Constanz und Freiburg zur Beilegung solcher Anstände. *Mone's* Ztschr. a. a. O. S. 55.

23 **1302**. Sept. 10. Derselbe und Ritter Johannes Snewelin zu Freiburg legen die bis dahin zwischen den Bürgern und „koflüten“ allda und zu Constanz bestandenen „missehelli vnd krieg vnd klage“ durch eine „schidunge“, unter Festsetzung einer von den Constanzern an Freiburg zu entrichtenden Vergleichssumme, völlig bei. *Mone's* Ztschr. a. a. O. S. 56, 57.

24 **1302** (?) Graf Egon und dessen Sohn Konrad versprechen sammt ihrem Vetter Heinrich von Fürstenberg innerhalb ihrer Gebiete den Constanzern und deren Eidgenossen „schirm vnd geleit“, wollen jeden Schaden, welcher Letztere hier treffen sollte, ihnen vergüten, und wenn dieselben etwa noch weitere Wünsche hegen würden, die darüber von jenen selbst geschriebenen Briefe „geren mit iren ingesigeln besigeln.“ *Mone's* Ztschr. a. a. O. S. 57.

25 **1306**. Bischof Heinrich II. gibt seiner Stadt Constanz in einem Reverse das Versprechen, binnen der folgenden eilf Jahre „keine andere Münze prägen zu lassen, als welche der Stadtmünze ähnlich sei.“ (R.) *Marmor* a. a. O. S. 266 Note 3.

26 **1309**, Mai 17. König Heinrich VII. begnadet die Bürger von Constanz dahin, dass sie weder für das Bisthum noch für irgend Jemand anders pfandbar sein sollen. [TA. Nr. 32.]

27 **1310**, Jul. 26. Derselbe erklärt die cives Constantienses in dankbarer Anerkennung ihrer ihm geleisteten Dienste bis zum nächstkommenden Martinifeste und von da noch auf ein Jahr „ab omni exactione seu stura . . . liberos et solutos.“ *Hugo* a. a. O. Urk. 12. S. 224, 25.

28 **1312**, Mai 24. Rath und Bürger von Constanz verbinden sich mit jenen von Zürich, St. Gallen und Schaffhausen auf vier Jahre, vom nächsten Johannistage beginnend, zu gegenseitigem Schutze mit Rath und That „wider allermänchelichem, der in mit gewalte vnd wider dem rechten vnfuoge pruefet alder tuot[7].“ *Kopp*, Urkk. z. Gesch. der eidgenöss. Bünde Bdch. II. Nr. 141 S. 194—96.

1313, Oct. 5. Die Herzoge Friedrich und Leopold von Oesterreich nehmen die Stadt Constanz in ihren Schutz und Schirm. [TA. Nr. 119.] 29

1315, Apr. 8. König Friedrich der Schöne befreit die Bürger der Stadt Constanz, nachdem sie von einem schweren Brandunglücke betroffen worden, für die nächstfolgenden fünf Jahre von der Entrichtung der gewöhnlichen Steuern. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 220 Note 2. 30

1315, Apr. 11. Derselbe begnadiget die Stadt Constanz neuerdings dahin, dass sie in keiner Weise jemals für den Bischof und seine Kirche Pfand sein dürfe. (R.) *Böhmer-Ficker*, Reg. Ludov. S. 382 nr. 306. 31

1317, Apr. 26. Derselbe erlässt den Juden zu Constanz wegen geleisteter Dienste auf die nächstfolgenden vier Jahre die Steuern. [TA. Nr. 14.] 32

1324, Jan. 6. Bischof Rudolph III. (Graf von Montfort) ertheilt dem Rathe und der Bürgerschaft der Stadt Constanz gegen Empfang zweier Geldreichnisse zu 60 und 30 Mark reinen Silbers und gesetzlicher Währung die beiden Zusicherungen, dass er a) die Münze in eilf Jahren [s. nr. 25] nicht ändern, sowie auch in dieser Zeit keine neuen von den bisherigen im Gewichte und sonst abweichenden Pfennige prägen, und b) die Markthaltung [8]) auch künftighin an den herkömmlichen Stadtplätzen erlauben wolle — „concedimus, ut forum emendarum ac vendendarum rerum et mercimoniorum sic remaneat in consuetis locis ejusdem civitatis, que est [sunt?] tempore date presentis litere.“ (R. aus der TA. Nr. 121) *Marmor* a. a. O. S. 266, 317. 33

1330, Aug. 6. Kaiser Ludwig IV. „verschafft dem Eberhard Grafen zu Nellenburg auf die Juden zu Constanz 1000 Pfund Heller drei Jahre lang einzunehmen von ihrer gewöhnlichen Steuer.“ *Wiener*, Regesten zur Gesch. der Juden in Deutschland Th. I. S. 34 nr. 69. 34

1330. Aug. 29. Derselbe confirmirt der Stadt Constanz das (unter nr. 2 mitgetheilte) Heinrich'sche Privileg über Steuer-Befreiung v. 1192. (R.) *Böhmer - Ficker*, Reg. Ludov. S. 361 nr. 3297. 35

7) Wiederholt am 27. October 1347 (*Tschudii* Chronic. Helvet. I, 376a) und 9. Aug. 1358 (*Lünig*, R.-Archiv XIII, 21). Ueber die weiteren Schutzbündnisse, woran bis 1340 Constanz Theil genommen, vgl. W. *Vischer* in den Forsch. z. Dtsch. Gesch. II, 115 flg. (nr. 2, 3, 4, 5, 9, 13).

8) Marktgerechtigkeit muss Constanz bereits im J. 999 gehabt haben. S. unten Art. „Villingen“ nr. 1.

36 **1331**, Dez. 24. Derselbe gestattet dem Rathe und der Bürgerschaft der Standt Constanz, ein Ungeld zu erheben und in eigenen Nutzen zu verwenden. [TA. Nr. 13.] Vgl. *Lender* a. a. O. S. 19 Not. 47a.

37 **1333**, Aug. 28. Derselbe bestätiget den Constanzern ihre Befreiung von auswärtigen Gerichtsladungen, nr. 19. [TA. Nr. 3.].

38 **1340**, Jun. 17. Constanz nimmt an dem durch Kaiser Ludwig IV. zu Nördlingen errichteten Bündnisse und Landfrieden Theil [9]). W. *Vischer* in den Forsch. z. Deutsch. Gesch. Bd. II. S. 181 flg.

Im J. 1342 beginnen auch in Constanz die Kämpfe zwischen den Zünften und Geschlechtern, welche letztere — 117 an der Zahl [10]) — bis dahin ausschliesslich die Rathsämter innegehabt hatten. Der erste Angriff am 12. Januar schien die ehrgeizigen Wünsche der Gewerbe zu erfüllen; es gelang ihnen, den Mann ihres Vertrauens, Bartholomäus zum Burgthor, auf den Bürgermeisterstuhl, und aus jeder der 19 Zünfte einen Zunftmeister in den Rath zu bringen, worüber entrüstet die Geschlechter sofort freiwillig zu Pfingsten die Stadt verliessen. Allein bereits am St. Jakobs-Abend kehrte, von den Zunftmeistern der Weinschenken und Bäcker selbst dazu veranlasst, die Mehrzahl der Patrizier in die Stadt zurück, und wurden, wie *Schulthais* sagt, „die alten Räthe und die alten Geschlechter hernach in sieben Monaten gewaltiger und mächtiger, als sie vor dem je gewesen.“ *Marmor* a. a. O. S. 238, 39. Vgl. auch *Speth* a. a. O. S. 215, 16; *Lender* a. a. O. S. 27; *Eiselein* a. a. O. S. 19—22.

Wenige Jahre später (am 3. März 1348) fand dann in Constanz eine Grauen erregende Verbrennung der Juden statt. *Mone's* Quellensamml. a. a. O. S. 315a.

39 **1349**, Apr. 28. König Karl IV. erneuert der Stadt Constanz das Privileg, dass keiner ihrer Bürger mit Ladungen an fremde Gerichte beschwert werden solle. [TA. Nr. 12.]

40 **1353**, Oct. 15. Derselbe erlaubt ferner um der „ehehaften kuntlichen noit vnd gebrechen der brucken ze Petershusin ze Kostnitz vber den Rein“ willen der Stadt und den Bürgern von Constanz, seinen und des heiligen Reichs lieben Getreuen, drei Jahre lang vom nächstkommenden St. Martinstage an einen Zoll „ze nutze vnd bezzerungen derselben brucken“ von allen geladenen Karren und Wagen, von „iglichem grozen viehes haubt“, von Salz- und Brod-Schiffen, endlich von Getreide und Handelswaaren „aufzeheben vnd inzenemen.“ [Erneuert 1360, 1393.] *Lender* a. a. O. S. 37, 38; *Mone's* Ztschr. Bd. IV. S. 22 mit Bd. IX S. 393 flg.

1357, Oct. 5. Derselbe als Kaiser bestä- 41
tiget dem Hochstifte Constanz unter dessen Bischof Heinrich III. seine gesammten Regalien, Privilegien und Freiheiten, hiebei bezüglich des Verhältnisses der Reichsstadt zum Bischofe Nachfolgendes festsetzend: „Jura autem, que dictus episcopus in prefata civitate habere dignoscitur, sunt hec imprimis, ut quilibet episcopus Constantiensis pro tempore existens in sua dioecesi seu castris fabricare monetam argenteam, denarios Constantienses vel hallenses usuales et dativos valeat; itemque dictus episcopus Constantiensis in prefata civitate habeat ministrum [11]) et omnes officiales seculares constituere et ponere, atque omnia judicia secularia ab eo et ad eum tanquam a vero domino immediate dignoscuntur dependere et pertinere. Itemque curie episcopi, canonicorum et clericorum civitatis Constantiensis nec non abbatum monasteriorum Petershausen, Creuzlingen [12]), et prelatorum (subscriptorum) et eorum familiarium debent esse libere immunes et exemte ab omni steura, ungelto, impositione et vexatione quacunque magistrorum et consulum dicte civitatis Constantiensis, et emunitate ecclesiastica gaudere debeant. Itemque magistri, consules, cives et inhabitatores dicte civitatis, qui ad annos discretionis pervenerunt, episcopos pro tempore existentes, rite legitime et canonice confirmatos, tanquam eorum veros dominos in temporalibus et spiritualibus, absque omni contradictione in dicta civitate Constantiensi teneantur reverenter recipere ac eis fidelitatis et subjectionis juramenta prestare. Itemque dictus episcopus et Constantiensis ecclesia nec non monasteriorum abbates in Petershausen, in Creuzlingen et prelati (subscripti) nec non omnes et singuli comites, barones, milites et nobiles, cu-

9) Weitere Landfriedens- und sonstige Schutzbündnisse der schwäbischen Reichsstädte, woran Constanz sich betheiligt hat, bis zur grossen Conföderation v. 1376 aus den J. 1349, 1356, 1359, 1362 gibt *Vischer* a. a. O. nr. 34, 41, 48, 57 an.

10) Diese Zahl war übrigens, wie es scheint, grossem Wechsel unterworfen. So ergab eine Bürgerzählung im J. 1468 nur „50 Mann von den Geschlechtern“ [*Marmor* a. a. O. S. 302, 3], während die späteren Wappenrollen eine erhebliche Vermehrung, z. B. jene v. 1547 bis zu 158 Geschlechtern, zeigen. Vgl. *Roth von Schreckenstein* im Anzeiger f. Dtsch. Alterth. 1856 Sp. 78 flg.

11) Ammann, *Mone's* Zeitschr. IV, 133. 144.

12) Ueber beide Klöster s. *Eiselein* a. a. O. S. 212.

juscunque dignitatis vel preeminentie existant, qui a nobis et sacro imperio nec non ab ecclesia Constantiensi seu monasteriis (subscriptis) feudati fuerunt, homines utriusque sexus ipsis jure serviendi pertinentes in civitate Constantiensi vel in aliis civitatibus sub imperio constitutis, etiamsi ejusmodi homines in dictis civitatibus in cives reciperentur, in hereditate suorum hominum succedere, legata et jura recipere possint et debeant sine quacunque magistrorum et consulum dicte civitatis Constantiensis contradictione. Volumus etiam, quod prefati magistri, consules et cives civitatis Constantiensis nullum ungeltum nec [13]) nova telonia imponere vel recipere debeant nec novos [14]) consiliarios constituere absque episcopi sueque Constantiensis ecclesie consensu et voluntate, sed ipsum et Constantiensem ecclesiam in moneta, ungelto, telonio, emendis sive hominibus jure serviendi pertinentibus libere et absque omni contradictione et impedimento gaudere permittant [15]).“ *Lünig*, RArchiv Thl. XVII S. 159—62. Vgl. *Marmor* a. a. O. S. 166, 67; 243. Note 3.

42 **1360**, März 24. Der Abt Berthold zu Salmansweiler [16]) und sein Convent kommen mit dem Ammanne sowie grossen und kleinen Rathe der Stadt Constanz dahin überein, dass letztere für 1300 Pfund guter und gangbarer Heller auf das s. g. „schwere Ungeld“ vom Weinschanke der Mönche verzichten und diesen „freien und vollen Gewalt geben, dass sie mit allem ihrem Wein, Korn, Salz und mit anderm ihrem Gut werben und schaffen mögen mit Verkaufen und mit andern Dingen ungefehrlich in aller Weise, als andere Burger zu Costenz, wie es ihnen füget und was ihr Will ist“; auch die Abteileute für abgaben-, wacht- und dienstfrei erklären, endlich in Zukunft nur von den Häusern und Zinsen des Klosters, mit Ausnahme seines „Hofes zu Costenntz“, die gewöhnlichen Steuern erheben zu wollen versprechen. Extr. aus TA. Nr. 153 b. *Marmor* a. a. O. S. 257, 58.

43 **1362**, Jan. 21. Kaiser Karl IV. errichtet mit Rath seiner Fürsten und Getreuen „ein lant gericht daselbs zu Costentz . . . vnd gibt och demselben lantgericht alle die recht fryhait vnd gnad, die das lantgericht zu Rotweil in Swaben hat.“ [TA. Nr. 43.] Vgl. *Lender* a. a. O. S. 23 Note 59.

1367, Mai 26. Burggraf Friedrich von Nürnberg als Landvogt von Oberschwaben [17]) verspricht den Constanzern [sowie den übrigen Reichsstädten seiner Landvogtei], sie bei ihren Rechten und Freiheiten belassen zu wollen. (R.) *Fischer* a. a. O. S. 126 nr. 61. 44

1367, Oct. 31. Kaiser Karl IV. überlässt pfandweise für 400 Gulden dem Johannes Inderbund die [bereits von dessen Vater Ulrich seit 1360 für 200 Gulden innegehabte] Vogtei über die Stadt Constanz. (TA. Nr. 46.) Vgl. *Lender* a. a. O. S. 31; *Marmor* a. a. O. S. 159. 45

Am 10. Dezember 1370 erhoben sich zu Constanz die Zünfte zum zweitenmale wider den Rath, indem sie bewaffnet unter ihren Bannern von letzterem die Auslieferung der Thorschlüssel, Stadtsiegel, Rechtsbriefe und Rathsbücher begehrten, und, da man diesem Ansinnen nicht entsprach, die Häuser der Patrizier stürmten. Nach fünf schweren Tagen erzielten diese endlich ein gütliches Uebereinkommen mit den Empörern, welche sich damit begnügten, dass aus ihrer Mitte Konrad Mangolt zum Bürgermeister gewählt ward. Die Folge dieses Aufstandes war nun, dass am Osterabende 1371 Burggraf Friedrich den Zwist durch Anordnung einer Theilung des städtischen Regimentes zwischen den Geschlechtern und den Zünften beilegte, und dass nachher Pfalzgraf Friedrich bei Rhein den Aufständischen gegen Leistung einer bis Lichtmess 1372 fälligen Strafsumme von 9000 Goldgulden die kaiserliche Verzeihung für diesen Friedbruch auswirkte, welche Karl IV. am 21. Mai 1371 urkundlich ertheilt hat. *Mone's* Quellensamml. a. a. O. S. 317 flg. Vgl. *Speth* a. a. O. S. 222—24; *Lender* a. a. O. S. 27, 28; *Eiselein* a. a. O. S. 24, 25.

1372, März 31. Bischof Heinrich III. von Constanz versöhnt sich mit den Bürgern daselbst unter Anerkennung ihrer durch die s. g. falsche Carolina [nr. 41] gekränkten Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten. [TA. Nr. 122.] Vgl. *Lender* a. a. O. S. 20. 46

1374, Febr. 8. Der oberschwäbische Landvogt, Herzog Friedrich von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, gibt den Reichsstädten in Schwaben, darunter Constanz, die Zusi- 47

13) Fehlt bei L.

14) L. non.

15) Ueber die Zwistigkeiten der Stadt mit dem Bischofe Heinrich III., welche aus Veranlassung obigen „auf Schleichwegen erworbenen“ Kaiserbriefes sofort entstanden sind, so dass dieser 1365 ausser Wirkung gesetzt werden musste, s. *Lender* a. a. O. S. 20, *Eiselein* a. a. O. S. 23, 24.

16) Ueber das 1134 gestiftete Cisterzienser-Reichsstift Salem s. *Mone's* Ztschr. I, 315 flg.

17) Vgl. Urk. v. 31. März 1367, *Monum. Zoller.* IV, 118 flg.

cherung der Wahrung ihrer Freiheiten. (R.) *Vischer* a. a. O. S. 129 nr. 77.

48 **1374**, Oct. 4. Kaiser Karl IV. erneuert das priv. de non evocando (nr. 37) der constanzer Bürger. [TA. Nr. 46.]

49 **1375**. Herzog Friedrich von Bayern überlässt pfandweise für 400 Gulden dem Rathe zu Constanz die Vogtei über die Stadt, damit auf dessen Ansuchen den Bürger Konrad Mangolt belehnend. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 159.

50 **1376**, Jul. 4. Constanz betheiligt sich an dem bis Georgi 1380 geschlossenen Bündnisse von dreizehn schwäbischen Reichsstädten, gerichtet wider alle Herren und Städte, welche die Verbündeten „angriffen, bekümberen, drengen oder beschädigen wölten an iren rechten, freyheiten, briefen oder guten gewonheiten, die sie haben von roemischen keysern vnd kunigen, oder es were mit schatzunge, mit versetzent oder vmb ander sachen . . ., nieman vsgenomen ane allayn dem hayligen riche syniu recht ze halten vnd ze tuond an alle geverde [18])." *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 27.

51 **1377**, Mai 31. König Wenzeslaus nimmt auf Geheiss Kaiser Karl's IV. Constanz [und die übrigen schwäbischen Reichsstädte] nach Aufhebung der über sie erkannt gewesenen Acht wider in seine „gnade holde vnd gunst" auf — was dann Karl selbst durch Urk. v. 15. Juni desselben Js. bestätiget. (R.) *Vischer* a. a. O. S. 132 nr. 94. Vgl. *Speth* a. a. O. S. 224, 25.

52 **1377**, Mai 31. König Wenzeslaus confirmirt ferner der Stadt Constanz [und den übrigen Reichsstädten Schwabens] ihre Freiheiten, und gibt denselben das Versprechen, dass sie in keiner Noth des Reiches versetzt werden sollten. *Wegelini* Thesaur. rer. Suev. Vol. II p. 48 nr. XLIX; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 29.

53 **1379**, Jul. 21. Bischof Heinrich III. beurkundet, dass er um die Summe ven 200 Goldgulden wiederlöslich „vergeben vnd abgelassen hat alle fälle, geläse, vngnosam [19]) vnd hoptrecht, die im von mannen als von frowen in derselben statt ze Costentz untz gevallen sind vnd och hinterhin gevallen mögend." [TA. Nr. 48.] Vgl. *Lender* a. a. O. S. 20 Note 49b.

Erneuert ward vorstehendes Zugeständniss durch Bischof Nicolaus II., etwa 1384—86, bestätigt durch König Wenzeslaus 1387. Vgl. *Lender* a. a. O. S. 20, 21.

1384, Jun. 14. Nicolaus II. (Freiherr von Riesenburg) ertheilt bei Besteigung des bischöflichen Stuhles zu Constanz der Bürgerschaft daselbst in Ansehung ihrer gesammten Rechte und Freiheiten einen Anerkennungsbrief [20]), darin insbesondere die Zusicherung gebend, das städtische Ammann-Amt an Niemand anders, als an einen eingesessenen Bürger, verleihen zu wollen. (TA. Nr. 80.) Vgl. *Marmor* a. a. O. S. 169. 54

1384, Sept. 27. König Wenzeslaus thut den Bürgermeistern, Zunftmeistern, Räthen und Bürgern der Reichsstadt Constanz bis auf Widerruf die besondere Gnade: „were das sache, das ein wertlich man vff dem lande oder sust in solichem gemeynen oder beschriebenen bösen lümden odir missetat erfunden odir von yn ergriffen worde, darumbe er den tod von solicher missetat imglichen verdient odir verschuldet hatte, vnd sich des der rat zu Costentz vff ire eyde erkenten, so mogen vnd sullen sü denselben vffhalden, vorechten vnd auch zu desselben missetetigen leibe richten, als recht ist; vnd die egenanten bürgermeistere, rete, czunffmeistere, burger vnd rat zu Costenz sullen daran nicht gestreckt, verbusset odir missetan haben gen vns, dem heilgen Romischen reiche, odir sust gen dermalige hovegerichte, lantgerichte odir andere gerichte in dheinen weis." *Hugo* a. a. O. Urk. 13 S. 225, 26. 55

1384, Sept. 27. Derselbe confirmirt der Stadt Constanz ihre gesammten Rechte und Freiheiten. [TA. Nr. 78.] 56

1384. Herzog Leopold von Oesterreich, Landvogt in Oberschwaben, belehnt den Konrad Mangolt neuerdings [s. nr. 49] mit der Vogtei in der Stadt Constanz. (R.) *Lender* a. a. O. S. 31; *Marmor* a. a. O. S. 159. 57

1387, März 20. König Wenzeslaus ertheilt der Stadt Constanz [nebst zahlreichen anderen Städten] die Zusicherung, sie bei allen ihren von ihm und seinen Vorfahrern am Reiche empfangenen Freiheiten, welche er zugleich confirmirt, erhalten zu 58

18) Erneuert unter Hinzutritt weiterer Reichsstädte 1377 und 1382. *Vischer* a. a. O. S. 188, 194 flg. Ueber die inzwischen liegenden Bündnisse v. 1378, 1379, 1381, 1382, an welchen Constanz Theil hatte, s. *dens.* nr. 115, 136, 159, 174. Neue Conföderationen folgten dann in den Jahren 1384, 1385 (nr. 207, 234), bis endlich Constanz am 5. Mai 1389 auch dem grossen allgemeinen Landfrieden K. Wenzel's beitrat (nr. 335).

19) Ueber diese Reichnisse s. *Grimm's* R.-Alterth. S. 364, *Mone's* Ztschr. VII, 130.

20) Einen ähnlichen Versicherungsbrief empfing von da die Stadt von jedem neu eintretenden Bischofe, z.B. in den Jahren 1399, 1413, 1436. 1466, 1475. [TA. Nr. 171, 83, 104, 139, 154.]

wollen [21]). *Datt*, De pace imp. publica p. 59.

In Folge eines am 19. Juni 1389 entstandenen dritten „ufflowffs", welcher aber „nit den alten geschlächten ze lait", vielmehr lediglich „ettlichen von den zünfftn ze lait beschah, die sich vil gewaltz an noment im rat und in der statt", was „die gemaind gar übel verdross", nämlich den obersten drei der Gewandschneider, Krämer und Weinschenken, wurden die beiden Bürgermeister, der Vogt und der Ammann, desgleichen 38 Zunftmeister, 9 adelige Rathleute und noch einige andere Personen ihrer Raths- und Amtsstellen entsetzt, sowie gegen verschiedene als schuldig befundene Individuen zeitweise Verbannung und Geldbusse erkannt. Hierauf ward der Rath neu besetzt, und zwar „nach der zal, alz ir vormalz was gewesen, der warent 40, warent halb von den geschlächten vnd halb von der gemaind." Später vergrössserte man jedoch das Rathscollegium, „wan sy satztent von iedwederm tail 70 man." *Mone's* Quellensamml. a. a. O. S. 326. Vgl. auch *Speth* a. a. O. S. 229, 30.

59 **1393**. Jan. 7. König Wenzeslaus überträgt dem Rathe und den Bürgern zu Constanz auf zwölf Jahre und danach bis auf Widerruf den Schutz über die in der Stadt wohnenden Juden, unter Zuwendung der Hälfte der von denselben ausser dem Judenpfennige zu entrichtenden Abgaben an die Gemeindecasse —: „Darumb so haben wir mit wolbedachtem mute, gutem Rate und rechten wissen denselben Burgern ze Costentz söliche Juden, die yetzend by In sind, oder hienach zu Inen komen werdent, bevolhen und bevelhen In die in kraft ditz Briefs von Römisch küniglicher mächte, also das sy dieselben Juden in der Statt zu Costentz halten, innemen und vor gewalt schützen und schirmen söllen und mögen, zwölff gantze Jar von Datum ditz Briefs nach einander zu zallen, und darnach als lang wir oder unser nachkomen an dem Riche Römische Keyser und kunige das nicht widerrüffen, doch also vornemlichen, was sy sölicher Juden gemeinlichen oder sunderlichen in der egenanten frist geniessen, es wäre von Stüren, Bätten, oder in welcherleye Uffsätz das geschähe, das söllen sy uns und unsern nachkomen an dem Riche by Iren guten träwen halb antwurten und hantreichen, und das ander halbteil mögen sy in Iren und der Stadt ze Costentz nutze und fromen wenden und keren, als sy das gut dunken werdet. Und des söllen wir Iren Worten gelöben, ausgenomen der Juden pfening [22]), den uns und unsern nachkomen ain jetlicher Jude und Jüdinne zu Costentz gesessen, die in das zwölffte Jar komen sind, alle Jar zuvoran in unser kamer antwurten söllen, on sumnuss und Widerrede uff die nehsten Wihenächten, und fürbass jerlichen uff dieselben Zyt." Schliesslich bestimmt noch der König, „das alle Fürsten, Herren, Ritter, knechten, Fröwen und Aepte, die under ihm und dem Riche gesessen sind, von sölicher Schuld, die sy den Juden, die yetzund by In gesessen sind, untz her schuldig gewesen sind, Alles schadens, süches und Wuchers gentzlichen und och des Hoptgeldes halben Weg sollen ledig und los sind [23])." Extr. aus TA. Nr. 24 b. *Marmor* a. a. O. S. 108, 9 Note 1.

60 **1393**, Jan. 12. Derselbe erneuert auch seinerseits den Constanzern die Freiheit, dass sie nicht an auswärtige Gerichte geladen werden dürfen, nr. 48. (TA. Nr. 35.)

61 **1400**, Jul. 24. Derselbe bestimmt zu Gunsten der Stadt Constanz, dass Bürger daselbst, sowie Vogtei- und Eigenleute und Hintersassen nur vom Vogte und grossen Rathe gerichtet werden sollen. [TA. Nr. 36.]

62 **1400**. Bürgermeister und Rath der Stadt Constanz vereinbaren mit jenen zu Schaffhausen einen „müncz brief", Bestimmungen über die Bestellung eines Münzmeisters und von vier oder fünf „gesworen schowern" und „versuchern", über die Schwere der zu prägenden Silbermünze, über die Grösse des Schlagschatzes, über das Verbot des Silberkaufes von Seite des Münzmeisters, seiner Gesellen und Knechte, über den Geldwechsel u. a. m. enthaltend. *Mone's* Ztschr. Bd. VI S. 287—91. (26 §§.)

63 **1401**, Aug. 14. König Ruprecht bestätigt den Constanzern ihre Privilegien und Freiheiten. (TA. Nr. 37.) Vgl. *Chmel*, Reg. Rup. S. 42 nr. 783.

64 **1401**, Sept. 12. Derselbe bewilliget der Stadt Constanz, und zwar unwiderruflich für die nächsten zehn Jahre, von da an aber widerruflich, dass ihr Bürgermeister dem Am-

21) Dafür sicherten die fraglichen Städte dem Könige auch ihre Unterstützung zu. *Lünig* a. a. O. XIII, 45.

22) Es ist dies der durch Ludwig IV. eingeführte s. g. güldene Opferpfennig. Vgl. O. *Stobbe*, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters (1866) S. 31.

23) Schon durch die berüchtigte Uebereinkunft K. Wenzel's mit den schwäbischen Reichsstädten wegen der Judenschulden und Aufnahme von Juden v. 12. Juni 1385 [s. *Vischer* a. a. O. S. 154—58 nr. 240, 43, 44, 48—50, 55] war auch Constanz vielfach berührt worden. Vgl. noch O. *Stobbe* a. a. O. S. 32 flg. 133 flg.

manne den Blutbann verleihen möge. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 53 nr. 947.

65 **1403**, März 2. Derselbe verbietet dem constanzer Rathe und den andern Städten am See, welche mit Constanz in Einung sich befinden, Eigenleute der Reichsklöster und Geistlichen zu Bürgern zu empfangen und aufzunehmen, indem er an die erwähnten Städte gesinnet, „daz si sich solicher vssburger, die si also empfangen vnd ingenomen hant, genczlich entslagent vnd vrloubent, vnd der ouch in solicher massen keinen furbasser zu burger emphahent oder vffnement, noch sie ader daz yre versprechent oder verantwurtent, ess were dann, daz si stetiges by in in des heyligen richs stetden sesshaft vnd wonende weren.“ *Mone's* Ztschr. Bd. VIII S. 22.

66 **1405**, März 6. Herzog Friedrich von Oesterreich erklärt in Ansehung seines mit der Reichsstadt Constanz und benachbarten Ländern geschlossenen Schutzbündnisses, dass dasselbe zwar, wie darin festgesetzt worden, nicht gegen den römischen König Ruprecht, ferner den Markgrafen von Baden, den Herrn von Württemberg, das Bisthum und Capitel zu Chur und die von Rotweil Wirkung haben solle, dass er aber, wenn die Genannten oder Jemand von ihrer wegen die Stadt Constanz „treiben oder drengen wolt von freyhaiten, rechten oder guten gewonhaiten, saczungen, gaben oder anders“, zu solchem Beginnen in keinerlei Weise Beihülfe leisten wolle. *Mone's* Ztschr. Bd. XI S. 27—29.

67 **1406**. Bischof Marquard von Constanz verpfändet der Stadtgemeinde daselbst für 1800 Goldgulden den allda bestehenden Pfundzoll (vom wöchentlichen Garnmarkte), um mit der erhaltenen Summe das Schloss Klingenau wieder an das Hochstift zu bringen [24]). (R.) *Eiselein* a. a. O. S. 29, 239.

68 **1408**, Apr. 1. König Ruprecht erhöht, in Anbetracht der getreuen Dienste, welche ihm die Bürger von Constanz gegen die Appenzeller und deren Eidgenossen geleistet haben [25]), die Schuldsumme zu 2000 Gulden, für welche der genannten Stadt der Rheinbrückenzoll vom Reiche zu Pfand gesetzt worden, um weitere 1000 Gulden. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 157 nr. 2534; *Mone's* Ztschr. Bd. IX S. 392 (Note).

69 **1408**, Apr. 1. Derselbe befreit die Bürger der Stadt Constanz von Ladungen auswärtiger Richter. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 2533.

1408, Apr. 2. Derselbe vermindert aus dem unter nr. 68 angegebenen Grunde für die nächsten zehn Jahre die jährliche Reichssteuer der Stadt Constanz von 600 auf 400 Pfund Heller. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 2535. 70

1408, Apr. 2. Derselbe gibt ferner der Stadt Constanz die Befugniss, alle Uebelthäter und schädlichen Leute „nach orteil vnd vsssprechung des meres teils des rats daselbe“ richten zu lassen. [TA. Nr. 26.] Vgl. *Chmel* a. a. O. nr. 2536. 71

1413, Sept. 15. König Sigismund ertheilt der Stadt Constanz sowohl zur Abschneidung mancher Schwierigkeiten als auch um der dem Kaiser und Reiche oft bewährten Treue und Dienstbeflissenheit ihrer Bürger willen die Gnade, „dass dem Bürgermeister, der dann zu zyten daselbs ist, der Gewalt gegeben werde, mit diesem Briefe, einem jeglichen Vogt daselbs ze Costentz den Bann zu verlihen, als offt das not ist, als lang, bis das die vorgenannte Vogty nach Ir Brief lut und sag von in erlediget und erlöset ist.“ Extr. aus TA. Nr. 51 b. *Marmor* a. a. O. S. 159, 60. 72

1417, Jul. 2. Derselbe, gegen Venedig wegen seiner fortgesetzten, selbst päbstlicher Sühneversuche spottenden Feindseligkeit wider das Reich auf das höchste erbittert, übersendet durch einen Boten dem Rathe und der Bürgerschaft der Stadt Constanz [26]) die Weisung: „daz ir alle vwere koufflüte, burger, vndersassen vnd vntertane heissen vnd die strenglich darzu halten, vnd in ouch by verlierunge ir libe, guter, kouffmanschafft vnd habe gebieten sollet, daz sie die strassen gen Venedi fürbas gentzlich myden, vnd ouch keinerley gescheffte noch handelunge in kouffmanschaft oder andern dingen mit Venedigern oder den iren haben, noch die iren haben lassen in dhein wiss“, dabei die Confiscations- und sonstige Strafen-Androhung näher ausführend [27]). *Schöpflin*, Alsatia dipl. P. II. Nr. MCCLXXIX p. 331, 32. 73

1417, Oct. 20. Derselbe verleiht der Stadt Constanz auf Grund der vom Rathe an ihn gestellten acht Bitten und in Anbetracht der ihm von ihren Bürgern während seiner Hofhaltung daselbst zur Zeit des Conzils erwiesenen „gehorsamen, willigen vnd trüwen 74

---

24) Nach *Marmor* a. a. O. S. 167 geschah in diesem Jahre die Einlösung des Pfundzolls von Seite des Bischofs.

25) Vgl. *Roth von Schreckenstein*, Reichsritterschaft I, 539—53.

26) Dessgleichen an Strassburg und Basel.

27) Wichtige den Handel, namentlich Wechselverkehr der Constanzer mit Venedig betreffende Urkk. aus den J. 1404—7 theilt *Mone*, Ztschr. IV, 28 flg. mit.

dienste, behütungen vnd bewarungen", sowie der Gemeinde durch den appenzeller Krieg verursachten „grossen kosten vnd arbeiten - - - zu sonderlichen iren eeren dise nachgeschribne gnad vnd fryheit: — Als si in der vorgenanten statt Costentz einen jarmarckt lange zit gehabt habend, dass derselb jarmarckt ein mess fürbass mer sin vnd von jederman geheissen werden, vnd vierzechen tag aneinandern wären sol, vnd mit allen vnd jetlichen rechten, gnaden vnd fryheiten gehalten werden sol, als dann derselb jarmarckt bisshar gehalten worden ist, von allermengklichen vngehindert. Item, dass dieselben burgermeister, rät vnd burger der statt zu Costentz mit rotem wachs all ir brief fürbass mer versiglen mogend. Item, dass so si zu feld ligend, oder sunst wa si ligend oder wa si wellend, trummeter halten vnd haben mögend. Item, dass si vff irn vnd der statt Costentz panner ein roten schwantz [28]) setzen machen, vnd also zu veld oder wa si wellend furen mögend one hindernuss, ansprach vnd irrung aller luten. Ouch habend wir inen die besunder gnad vnd fryheit getan vnd gegeben, tund vnd gebend inen die von Romischer künigklicher macht mit disem brief, dass ein jegklicher des richs vogte ze Costentz vmb solich sachen, die das hoch gericht, stock vnd galgen antreffend, in der vorstatt zu Petershusen inwendig dem thor vnd graben derselben vorstatt richten sollend vnd mögend, vngehindert von allen landgrafen, landtrichtern vnd von allermengklichen. Item vnd vff das, dass die vorgenant statt Costentz dester bass in wesen belib, vnd dass vns vnd dem rich die vorgenanten burger desterbass dienen mogind, darumb habend wir von der eegenanten künigklichen macht gesprochen vnd gesetzt, sprechend vnd setzend mit disen brief, was güter, es sigend wisen, hüser, weingärten, höf, holtzer, velder oder andere, vor sechs vnd zweintzig jaren in der statt Costentz stüren gelegen oder wesen sind, dass die ouch in derselben stür fürbass beliben sollend, on mengklichen hinderung, intrag vnd widersprechen, vssgenommen dero, die mit irem willen vss solcher stür kommen sind." Jede Hinderung oder Irrung der Constanzer im Genusse vorstehender „gnaden vnd fryheiten" wird bei Verlust der königlichen Huld und einer Pön von 25 Mark löthigen Goldes (halb für den Fiscus halb für die Stadt) strenge untersagt. Aeg. *Tschudii* Chronicon Helvet. Thl. II S. 79, 80. Vgl. *Speth* a. a. O. S. 22; *Marmor* a. a. O. S. 316, 17.

28) D. i. Troddel oder Quaste.

1417, Oct. 20. Derselbe verpfändet der Stadt Constanz für zwei ihm gegebene Darlehen zu 1600 und 1500, also in Summe 3100 Gulden „sin vnd des richs landtgerichte zu Winterthur vnd den wildbann im Turgow der landtgrafschafft [29]), vnd ouch die vogty zu Frowenveld mit allen vnd jegklichen iren vnd ir jegklich gerechtigkeiten, eeren, rechten, vällen, gelässen, bussen, nutzen, zinsen, diensten, gülten vnd zugehörungen", so dass nur dem Könige und seinen Nachkommen, aber Niemanden anders, die Auslösung der Pfandschaft jederzeit gestattet sei, und thut den Constanzern die besondere Gnade, „dass si das vorgenant landt gericht in der vorgenanten landt grafschafft halten vnd sitzen lassen mögend, an welchem end si wellend." Als Landrichter soll der vom Könige auf Lebenszeit ernannte Diethelm von Welhusen im Amte belassen werden, hievon abgesehen aber die fernere Wahl eines Landrichters, welcher „allzit den bann vber das blut ze richten haben sol", der Stadt Constanz anheimgegeben sein. *Tschudi* a. a. O. S. 80, 81. 75

Die hier genannten vormals Habsburgischen Besitzungen waren, nachdem Herzog Friedrich von Oesterreich in Folge seiner Anhänglichkeit an Pabst Johann XXIII. mit Acht und Kirchenbann belegt worden, an das Reich gefallen. Sigismund fügte übrigens vorstehender Verpfändung nachträglich noch das Versprechen bei, so lange er lebe, jene Pfandstücke nicht mehr einlösen zu wollen. Sofort, nämlich noch im Jahr 1417, ernannte dann der constanzer Rath den Patrizier C. Mangolt zum Obervogte in Frauenfeld. *Pupikofer*, Gesch. des Thurgaus, Hälfte I S. 247; *Lender* a. a. O. S. 33, 34; *Marmor* a. a. O. S. 54, 55.

1417, Dez. (?) [30]). König Sigismund verleiht der Stadt Constanz auf deren Vorstellung, mit Rücksicht auf die eben erwähnte Verpfändung, die Freiheit und Gnade, „dass ein jetlicher vogt vnd vntervogt, so dieselben burgermeister, rät vnd burger der statt zu Costentz gegenwärtig vnd künftig zu der landtgrafschafft im Thurgöw vnd vogty zu Frowenveld setzend, den gewalt vnd den bann halten vnd haben sol in der landtgrafschafft vnd vogty allenthalben, als weit dieselbig landtgrafschafft vnd vogty langet vnd ze richten hat, als das an uns harkommen 76

29) Die Grenzen derselben lassen sich aus einer Kundschaft v. 1393 b. *Marmor* a. a. O. S. 57 erkennen.

30) *Aschbach*, Gesch. K. Sigmunds III, 475 setzt die Urk. in das J. 1430.

vnd gehalten ist vber das blut zu richten, vnd dass ein jegklicher burgermeister zu Costentz, der je dann ist vnd wird, den gewalt ouch haben sol, als wir im ouch den jetz empfelchend vnd gebend, dass er von vnser vnd des richs wegen einem jetlichen vogt vnd vntervogt der landtgrafschafft im Turgöw vnd vogty ze Frowenvelden, diewil die zu dero von Costentz panden stand, den gewalt vnd den bann vber das blut ze richten, verlichen mag vnd sol, als offt das jetz vnd hinnach ze schulden kumpt." *Tschudi* a. a. O. S. 81, 82.

Bei *Aschbach*, Gesch. K. Sigmunds Bd. IV S. 524 wird eine Urk. v. 4. Juni 1418 erwähnt, worin Sigismund der Stadt Constanz befiehlt, die ihr zu Pfand gesetzte Vogtei über Frauenfeld gegen die Verpfändungssumme an Herzog Friedrich von Oesterreich zurückzugeben, und es soll auch am 24. März 1425 diese Restitution durch den König selbst erfolgt sein (*Aschbach* a. a. O. S. 530). Allein nur die Land-Vogtei über den Thurgau vermochte Friedrich durch seine Bemühungen bei dem Könige zurückzuerlangen, während das Land-Gericht und die Frauenfelder Vogtei den Constanzern noch längere Zeit, nämlich bis 1499, freilich unter fortdauernden Zwistigkeiten mit der helvetischen Eidgenossenschaft, deren Beilegung mittels einer Richtung v. 20. Januar 1483 vergeblich Bischof Otto III. von Constanz angestrebt hatte, verblieben. *Pupikofer* a. a. O. S. 248 flg. 313; II S. 2; *Marmor* a. a. O. S. 56.

77 **1423**, Sept. 20. Constanz betheiligt sich an dem auf zehn Jahre geschlossenen schwäbischen Münzvereine. *v. Berstett*, Münzgeschichte des Zähr.-Bad. Fürstenhauses S. 233—35 (m. S. 150 flg.); *Mone's* Ztschr. Bd. VI. S. 274—85.

78 **1425**, März 13. Pfalzgraf Ludwig IV. bei Rhein gebietet seinen Amtleuten, die zur nächsten frankfurter Fasten-Messe durch seine Lande ziehenden Kaufleute aus der Stadt Constanz, sofern sie nicht „in des richs achte sint" und „sunderlich geleitsbrief han, sicher faren vnd kommen zu lassen, vnd sie auch zu geleyten", sofern sie solches begehren würden. *Mone's* Zeitschr. Bd. IV. S. 58, 59.

79 **1429**, Apr. 21. König Sigismund gestattet dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern zu Constanz, „dass sie fürbass zu Frauenfeld einen Vogt, der dazu tüchtig ist, setzen und entsetzen, und dieselbe Stadt Frauenfeld versprechen und in ihren Schirm nehmen sollen und mögen, durch Frieds willen derselb Land, als lang und sie das in Pfandsweise inhaben", noch weiter die blos erneuerte [nr. 76] Gnade hinzufügend, „dass ein jeweiliger Bürgermeister daselbst allezeit einem Vogte, den sie da setzen werden zu Frauenfeld, den Bann über das Blut zu richten an des Kaisers Statt verleihen möge." Extr. aus TA. Nr. 90 b. *Marmor* a. a. O. S. 55.

Im J. 1429 brachte ein neuerlicher Kampf zwischen den Geschlechtern und Zünften, überdies begleitet von einem „gelöff vber die Juden", grosse Verwirrung und mancherlei Trübsal in die Stadt Constanz. Als Anstifter dieses Aufstandes muss der Alt-Bürgermeister Heinrich Ehinger, also ein Mitglied des Patriziats, angesehen werden. Die Sache war bereits dahin gediehen, dass die Geschlechter nebst Bischof Otto III. und seinem Capitel sich nach Schaffhausen begaben, um hier das Bürgerrecht anzunehmen. Da kam aber gerade König Sigismund nach Ueberlingen, und „schickt" — wie die alte Chronik (*Mone's* Quellensamml. a. a. O. S. 332-34) erzählt — „nach alten vnd nuwen räten gen Vberlingen von Costentz, vnd da sy dar koment, do vieng er sy vnd ward gross ding da. Also verhort der kung einen nach dem andern vnd och die geschlächt. Nun dar nach musten die von Costentz im in geben all ir brief vnd frighait vnd all schlüssel vnd gewalt vnd och schweren dem küng, vnd also nach red vnd widerred do ward die statt von Costentz gebüsst vmb 38,000 guldin, vnd wurdent in all ir vssbürger abgesprochen, vnd wurdent ettlich gebüsst vmb gut vnd der vil, ettlich ewenklich von allem gewalt, das was Ulrich Ehinger, Wanner, Poltzhuser, Gumposs, Zollikofer, Winterberg, vnd die gerwer vnd die weber von ir zünfften genomen. Item also wurdent och die zunfft gemindrot vnd wurdent zehen zunfft gemacht von allen zunfften; vnd ward der rat och gemindrot, also daz die gemaind sol zehen man da habn vnd die geschläcbt zehen, vnd zu den zwaintzgen sol man haben ainen burgermeister, ainen vogt, ainen ammen, vnd älli jar ainen von den geschlächten vnd den ander von der gemaind, vnd also järlich wechslen."

Die erwähnte Sigismund'sche Richtung v. 13. Dez. 1439 ward nun wenige Tage später auf dem Kaufhause männiglich verkündet und darauf durch eine hiezu verordnete Raths-Deputation von sieben Personen die strafweise erkannte Reduction der 20 Zünfte auf die Hälfte vollzogen. Bestehen blieben jene a) der Kaufleute, b) der Fleischer, c) der Schuhmacher, d) der Schmiede, e) der Bäcker, f) der Fischer, g) der Schneider, h) der Käufler [„Mertzler], i) der Schiffer und k) der Winzer [„Rebleute"], von wel-

chen b, d, e und k die „grossen" Zünfte bildeten. Den zehn genannten wurden dann die anderen zehn Zünfte in der Art einverleibt, dass die Leinweber (35 Meister an der Zahl) zu $^3/_7$ unter a und zu $^4/_7$ unter i, die Gerber unter b, c und h, die Goldschmiede unter a, die Krämer unter b, die Zimmerleute und Küfer („Binder") unter d, die Weinschenken unter e, die Wollweber unter f, die Kürschner unter g, endlich die Scheerer und Bader unter i Aufnahme fanden. In Ansehung der Leinweber und Gerber sprach übrigens die Richtung noch besonders aus, dass aus ihrer Mitte kein Glied mehr in den Rath gewählt werden dürfe.

Vgl. *Speth* a. a. O. S. 285—92, *Lender* a. a. O. S. 28—30, *Eiselein* a. a. O. S. 98—101, *Marmor* a. a. O. S. 236, 37; 239—41.

80 **1431**, Sept. 8 (?) Bischof Otto III. löst das im Pfandbesitze Ulrich Ehinger's befindliche constanzer Stadt-Ammanns-Amt wieder ein. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 299.

81 **1433**, Aug. 31. Die Reichsstadt Constanz nimmt an der „veraynung" der Ritterschaft vom St. Georgen-Schilde im Hegau mit sechs Städten am Bodensee und Rheine, betreffend den Kornwucher, die Aufsicht über die Märkte, die Arbeitslöhne und die Viehzucht, Theil. *Mone's* Ztschr. Bd. VI. S. 397—403 (27. §§.). Vgl. *Roth von Schreckenstein*, Gesch. der Reichsritterschaft Bd. I S. 639 flg.

82 **1433**, Oct. 23. Kaiser Sigismund ertheilt den Constanzern eine Bestätigung ihrer städtischen Freiheiten. (TA. Nr. 99.)

83 **1436**, Jan. 14. Derselbe gibt der Stadt Constanz, als Inhaberin des Landgerichts im Turgau, für die Einwohner dieser Grafschaft Freiheit von fremden Gerichten. (R.) J. A. *Tomaschek*, Die höchste Gerichtsbarkeit des deutschen Königs und Reichs im XV. Jhdt. (1865) S. 92.

84 **1436**, Apr. 7. Derselbe erlässt an die Stadt Constanz eine Verordnung wegen ihrer Pfahlbürger. (TA. Nr. 100.)

85 **1436**, Apr. 7. Derselbe confirmirt den Constanzern ihre auf Nichtverpfändung durch das Reich, Gerichtsbarkeit, Steuerfreiheit u. s. w. bezüglichen Privilegien. (TA. Nr. 102.)

86 **1436**, Dez. 21. Derselbe bestätigt der Stadt Constanz nochmals alle ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 200 nr. 9.

87 **1438**, Jun. 30. König Albrecht II. ertheilt der Stadt Constanz ebenfalls eine Generalbestätigung ihrer Freiheiten, welche er dann am 6. Jan. 1439 wiederholt. [TA. Nr. 105, 6.]

88 **1441**, Jul. 16. König Friedrich III. confirmirt desgleichen der Stadt Constanz ihre gesammten Privilegien und Pfandschaften, was er am 2. Dez. 1442 wiederholt. [TA. Nr. 107, 109.] Vgl. *Chmel*, Reg. Frid. S. 35 nr. 308.

1442, Jul. 12. Derselbe erlaubt, „das 89
ein gemainer rate daselbs zu Costentz nu hinfür ain iglich.. klayne vnd geringe sach, die dann nit notdurfftig ist durch einen gemainen rate vszzerichten, nach seiner besten verstanntnus vnd nach gelegenheit der personen vnd sachen a i n e r m y n n e r z a l e vnd (von) p e r s o n e n v s z i r e n r a t e s f r u n d e n macht habe zu befelhen, also das die alsdann gewalte haben, die nach notdurfft vnd billickait einer iglichen solichen sache vszzerichten, das ouch so krefftig volstrecket vnd gehaldn werden sol, als ob das ain gemainer rate daselbs gehanndelt vnd getan hette [31])." *Chmel* a. a. O. S. 81 nr. 667. (Extr.) Vgl. *Marmor* a. a. O. S. 167, 68.

1466, Juni 18. Derselbe ertheilt nach 90
seiner Kaiserkrönung der Stadt Constanz eine neuerliche Bestätigung ihrer Freiheiten und Rechte. [TA. Nr. 138.] Vgl. *Chmel* a. a. O. S. 466 nr. 2528.

1468, Jun. 15. Derselbe gestattet dem 91
constanzer Rathe, „das Landgericht in Thurgau, welches früher immer nur durch Freie besetzt wurde, dem jeweiligen Reichsvogte in Costentz zu übergeben." [TA. Nr. 155.] *Marmor* a. a. O. S. 55.

1469, März 15. Derselbe bewilligt dem 92
Rathe zu Constanz, dass er das bis dahin „an des heiligen Reichs freier Strass" gehegte Landgericht in Zukunft, sofern es Krieg, Unwetter oder andere Umstände nothwendig machen sollten, im städtischen Rathhause halten möge. [TA. Nr. 143.] *Marmor* a. a. O. S. 55, 56.

1493, Dez. 10. König Maximilian I. 93
bestätigt der Stadt Constanz ihre Rechte und Freiheiten. [TA. Nr. 175.]

1495, April 24. Derselbe ertheilt 94
d e n e n v o n d e n G e s c h l e c h t e r n zu Constanz einige Vorschriften bezüglich ihres Grosshandels, z. B. mit Leinwand, Juwelen, Gold und Silber, Wein und Harnischen, dabei insbesondere hervorhebend, dass, wer etwa „sein Gut zu einem in den Zünften legen und mit ihm Gemeinschaft haben" wolle, solches thun möge, aber sich auch der Gewohnheit und dem Rechte der fraglichen

31) *Eiselein* a. a. O. S. 98 spricht irrthümlich von einer im J. 1443 durch Friedrich III. erfolgten „Zurückgabe des Stadtammangerichts an die Bürgerschaft, welches seit Kaiser Karl IV. den Bischöfen zu besezen eingeräumt" gewesen sei.

Zunft unterwerfen müsse. *Marmor* a. a. O. S. 313. (Extr.)

94 **1497**, Febr. 11. Derselbe verlangt vom Rathe zu Constanz, dass er die Ehefrau Kaspar's von Randeck, welche vom Gotteshause Petershausen ein an der Rheinbrücke dortselbst gelegenes Haus zu Leibgeding gekauft hatte, sowie jeden, der „solich obberurt ir behausung innehaben" würde, „weder zu burgerpflicht noch mit ander beswerung nit andringen" möge. *Mone's* Zeitschr. Bd. VIII S. 23.

95 **1498**, Dez. 13. Derselbe fordert Rath und Bürger von Constanz unter Bedrohung mit der Reichsacht und Aberacht sowie seiner königlichen Ungnade auf, dem schwäbischen Bunde beizutreten und zu demselben zu schwören. (R.) *Marmor* a. a. O. S. 56.

95 **1499**, Juni 10. Derselbe gewährt der Stadt Constanz auf Ansuchen ihres Rathes, nachdem dieselbe schon länger als seit Menschengedenken auf Grund kaiserlicher Begnadung das Recht, kleine „Haller, Pfennige und Schillinger" zu prägen, ausgeübt hatte, nun die weitere Freiheit, „silberne Münze, grosse und kleine, sammtlich oder sonderlich, wie sie je zu Zeiten gelegenheit und Nothdurfft bedingt, unter dem Wappen der Stadt und darob dem Reichsadler, auf Gewicht, Korn und Aufzahl, damit sich die in ihrem Werthe dem Gulden, so des Kaisers und des heiligen Reichs Churfürsten am Rhein, geistliche und weltliche, schlagen, vergleichen, schlagen und münzen zu lassen." [TA. Nr. 190.] *Marmor* a. a. O. S. 267.

Anhang: Stadtrecht und Rathsordnungen.

Schon in der ersten Hälfte des XIII. Jhdts. mag Constanz ein geschriebenes Stadtrecht besessen haben, da die um 1271 entstandene Handfeste der Stadt Sanct-Gallen, welche in Constanz ihren Oberhof hatte, auf eine von da herrührende Rechtsvorlage hinzuweisen scheint. In späterer Zeit, vielleicht in der Regierungs-Periode König Rudolph's I. und aus dessen Hand, empfing Constanz einen s. g. Richtebrief. Dieser ist nun zwar verloren gegangen; allein sein Inhalt lässt sich aus jenem der Stadt Schaffhausen vom J. 1291 mit ziemlicher Genauigkeit wieder erkennen, indem letztere Urkunde „so sehr konstanzisches gepräge trägt und oft so sehr nur auf die verhältnisse von Konstanz anwendbar ist, dass die vermuthung gar nicht unterdrückt werden kann, man habe den konstanzer brief geradezu kopirt, wenigstens bis zu §. 56[32])". Wie sich aber zu den zwei genannten Richtebriefen der dritte ihnen genetisch verwandte, nämlich der züricher, verhalte, ob er, natürlich in seiner ältesten Redaction, als Ausgangspunkt und Basis der beiden anderen anzusehen[33]), oder ob die gesammte Trias auf eine ihnen gemeinsame, unbekannte Grundlage zurückzuführen sei[34]), lässt sich nicht bestimmen.

Neben diesen selbständigen localen Rechtsquellen gebrauchten übrigens die constanzer Gerichte unzweifelhaft auch das gemeine alemannische Recht als Urtheilsnorm, mit welchem sich dann schon frühe römische und canonische Rechtsgrundsätze, wie dies bei einer unter überwiegend clerikalischen Einflüssen vorschreitenden Rechtsentwickelung kaum anderes erwartet werden kann, vermischt zu haben scheinen. Ein Bild von der Beschaffenheit des Rechtszustandes in Constanz und den benachbarten Landen, namentlich dem unter constanzer Jurisdiction befindlich gewesenen Thurgau, im beginnenden XV. Jhdt. dürfte sich aus dem auf der städtischen Kanzlei zu Constanz bewahrten, durch Johann Frauenlob aus Bischoffszell [„Jo. Frowenlob de cella episcopali"] im J. 1449 angefertigten Codex juris[35]), dessen Inhalt eine seltsame Compilation aus dem Schwaben- und Sachsenspiegel, dem Kaiser- d. i. römischen und dem päbstlichen Rechte darstellt, gewinnen lassen.

Endlich für alle wichtigeren Verhältnisse des gemeindlichen Lebens und Verkehrs wurde in ausreichender Weise durch zahlreiche, zum Theil umfassende Specialverordnungen des Rathes gesorgt. Aus solchen magistratischen Statuten, welche bereits im XIII. Jhdt. ihren Anfang genommen, und anderen vorgefundenen Rechtsaufzeichnungen, darunter wohl auch jenem ältesten Stadtrechte, dessen oben gedacht ist, hat nun der constanzer Stadtschreiber *Chunrat Sachs* im J. 1389 u. d. T. „Satzungsbuch vs satzbücher, concepten vnd registern genommen vnd zusamen bracht" eine Art von Rechtsbuch compilirt, welches insbesondere beachtenswerthe Bestimmungen strafrechtlichen Betreffs, z. B. über Bestraf-

---

32) So Joh. *Meyer*, Der Schaffhaus. Richtebrief (1857), Vorw. S. 13, 14.

33) Ansicht *Bluntschli's*, Staats- und R.-Gesch. von Zürich I, 234, 35.

34) Ansicht Joh. *Meyer's* a. a. O. und *Marmor's* a. a. O. S. 247 Note 2.

35) Vgl. *v. Lassberg*, Der Schwabenspiegel S. L, LI; *Marmor* a. a. O. S. 198, 99.

ung und Sühnung von Todtschlägen[36]), enthält.

Eine jüngere Sammlung „aller Satzungen, auch Ordnungen der Statt Costanz", bis zum J. 1548 reichend, hat den Rathsschreiber *Georg Vögeli* zum Verfasser[37]).

Der bei weitem grössere Theil dieser Rathsschlüsse dagegen blieb ungesammelt und wird zerstreut theils in den Raths-Protokollen theils in einer Reihe officieller handschriftlicher Sammlungen, z. B. dem alten Rathsbuche, dem Ordnungsbuche (a. d. XV. Jhdt.), dem älteren Zunft- und jüngeren (seit 1436 begonnenen) Handwerker-Verordnungsbuche, dem alten Bürgerbuche, dem Münzbuche, dem Stadtbaubuche, dem Statutenbuche der Schiffleute, dem *Schulthais*'schen Formelbuche[38]) etc. angetroffen, daher es denn höchst verdienstlich ist, dass uns *Mone* in seiner „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins" durch Mittheilung wichtiger Stücke oder Auszüge aus jenen archivalischen Collectaneen wenigstens mit den interessantesten Partien dieses fast colossalen Rechtsmateriales bekannt zu machen sucht. Was er in dieser Weise bereits veröffentlicht hat, betrifft aber:

I. die Communal-, namentlich Raths- und Aemter-Verfassung, z. B. die Aufnahme in das städtische Bürgerrecht 1378, 1379 (VIII, 48), die Ausschliessung der Zunftmeister von den Rathsversammlungen 1396 (XV, 44), die Besoldung der Stadtboten (XVI, 398).

II. Das Militärwesen der Reichsstadt. (VI, 173; XVI, 442 flg.)

III. Das Münzwesen 1404 (VI, 292).

IV. Das Zunftwesen, z. B. die Unvererblichkeit der Zunftgerechtsame 1379; die Nicht-Zulassung der „alten geslaht" und der „vssburger" zu den Zünften 1386, 1428; die Entfernung schlechtgesitteter „antwerk kneht" aus den Innungen 1389, den Uebertritt von einer Zunftgenossenschaft in die andere 1396; die Wahl der Zunftmeister 1428 (XV, 42 flg.) u. a. m.

V. Das Gewerbswesen für sich, z. B. das Verhältniss der Handwerksmeister und Gesellen zu einander 1386 (IX, 143); die Zahl der einem Meister gestatteten Gehülfen (XIII, 150); die Unzulässigkeit einer Vereinigung mehrerer Handwerke in derselben Person (XIII, 159); die speciellen Befugnisse einzelner Gewerbe, wie der Schneider (XIII, 150, 158), der Schuhmacher (XIII, 157), der Färber (IX, 185), der Müller (XIII, 274), der Schiffer (IX, 392), der Wollenspinnerinnen (IX, 173) u. s. w.

VI. Den Handel, namentlich mit Leinwand, 1283, 1288 (IV, 20, 48) und Wollentuch 1390, 1400 (IX, 181); Ellen, Maas und Gewicht (XIII, 156) etc. Endlich

VII. polizeiliche Gegenstände der mannigfachsten Art, z. B. die Hochzeitsfeiern 1444 (XIV, 491), die Spiele und den Kleiderluxus der Frauen, sowie das Dienstbotenwesen (VII, 64 flg.); die Gesundheitspflege, daher die Pflichten der Aerzte, Apotheker und Hebammen (XII, 146, 151) u. a. m.[39]).

Am Ausgange des Mittelalters zählte Constanz noch zu den freien Reichsstädten. Allein wegen Nichtannahme des Interims als „ungehorsam und widerspenstig" von Karl V. geächtet und dadurch schutzlos dem Untergange preisgegeben, musste es wohl das einzige sich darbietende Rettungsmittel ergreifen und dem Hause Habsburg „als vorderösterreichische Provinzialstadt" sich unterwerfen. Es geschah dieses am 15. Oct. 1548, worauf am 26. Jan. 1549 dem römischen Könige Ferdinand die feierliche Erbhuldigung [s. die Urk. b. *Eberlin*, Versuch S. 103—14] von Bürgermeister, Rath und Bürgerschaft geleistet ward. Vgl. *Hugo* a. a. O. S. 47, 48 u. bes. J. *Marmor*, Die Uebergabe der Stadt Konstanz an's Haus Oesterreich im J. 1548, aus dem Archive der Stadt Konstanz, Wien 1864. 8⁰.

CCX. Corbach.

(Waldeck.)

L. *Curtze* und F. *v. Rheins*, Geschichte und Beschreibung der Kirche St. Kilian zu Corbach, Arolsen 1843. 8⁰., S. 1—16. Vgl. auch L. *Curtze*, Geschichte und Beschreibung des Fürstenth. Waldeck (1850) S. 290 flg., 503, 527 flg., 581, 640.

Eine Urkundensammlung enthält die Deductionsschrift: „Der Stadt Corbach Warhaffter *Gegenbericht* Ihres begrundten Rechtens, Freyheiten, Privilegien, Gewonheiten vnd Gerechtigkeiten" etc., Cassel 1622. 4⁰., Documenta vnd Beylagen S. 135—84.

1188, Apr. 6. Bischof Bernhard II. 1
von Paderborn verleiht den Bürgern von

36) Vgl. *Lender* a. a. O. S. 32 Note 82.

37) *Marmor* a. a. O. S. 200.

38) Ueber diese und andere Bücher s. *Marmor* a. a. O. S. 204, 5.

39) Von einzelnen, die Gewerbe betreffenden Rathsordnungen handelt auch *Marmor* a. a. O. S. 208 flg. 222 flg. 277, 286 flg. 290 flg.

Corbach auf Bitten Graf Widekind's von Waldeck, sowie der Gebrüder Gottschalk und Johannes von Mühlhausen das Recht von Seest, insbesondere daraus hervorhebend, dass eine vom corbacher Richter entschiedene oder beigelegte Rechtssache nicht mehr an einen höheren Richter gezogen werden dürfe:

„Bernhardus secundus [1], dei gratia Pathebornensis episcopus, civibus in Curbike [2]) ad perpetuam prosperitatem et pacem amen. Quia quosdam actus hominum, qui perpetua videntur indigere memoria, nubes oblivionis plerumque solet involvere, dignum duximus contra captiosas malignantium insidias literarum proferre remedia, ne ex celebri lapsu temporum nostras constitutiones aliquod oporteat sentire detrimentum. Sciat igitur presens etas et cognoscat universa posteritas, quod civibus in Curbike ad petitionem fidelis nostri Widekindi, advocati ecclesie nostre, legem talem et talia jura contulimus, qualibet consuevit uti Sosacia. Tenor juris hic est: quodcunque negocium coram preposito suo terminatum fuerit sive per justitiam sive per misericordiam, ratum manebit, ita ut ad altiorem judicem non transferatur [3]). Hactenus enim in tali gratia permanserunt, ut omnes, qui sinodali justitie illius ecclesie sunt obedientes, ex quacunque occasione ad altiorem judicem non vocentur, nisi prius in eadem ecclesia in causam ponantur, cum ceteris subsequentibus. Ut autem hec civilia jura civibus in Curbike firma semper et illesa consistant, rogante nos comite eorum Widekindo, advocato ecclesie nostre, postulantibus quoque duobus fratribus Godescalco et Johanne [4]), qui multum juris in eodem oppido noscunt, sub anathematis interminatione firmiter et districte mandamus, ne ullus unquam hanc constitutionem nostram debita factam solemnitate audeat infringere et prefatos cives indebita molestatione gravare. Acta sunt hec anno ex incarnatione domini M.C.LXXXVIII. indictione vii, viii idus aprilis in cena domini, presidente sancte Romane ecclesie domino Clemente III^o., regnante domino Friderico serenissimo augustorum, sub domino Conrado Maguntine sedis archiepiscopo, anno ordinationis nostre primo. Testes hujus rei sunt Nicolaus abbas de Lisanithehe [5]), Altmannus major prepositus, Volbertus decanus, Henricus scholasticus, Lambertus cellerarius, capellanus Theodoricus, Rodolphus, Gerhardus [6]); nobiles: Albertus comes de Everstein et filius ejus minor Albertus, Sigebado de Dwergen, Hermannus Bierkule [7]) et frater ejus Bernhardus; ministeriales: Wernherus de Brakele, Hermannus de Ossdagessen et minor Hermannus filius ejus, Wezzelus de Helmere et alii quam plures." *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 413, 14 (ungenau).

Corbach erscheint zuerst urkundlich in einem Documente v. 980 (*Falke*, Cod. traditt. Corbeiens. p. 270) als „villa Corbechi in pago nihtherse et in comitatu asichonis comitis sita", welche Kaiser Otto II. dem Abte Liudolph von Corvey tauschweise überträgt. Corvey mag aber nur kurze Zeit im Besitze des Orts geblieben sein; denn im Jahr 1036 finden wir schon „Curbike" als „dominicalis curtis", zu welcher die „quatuor vorewerc Dalwic, Anasi, item Anasi, Lengevelde" gehören, unter den Stiftsgütern von Paderborn, welches diesen Dinghof vermuthlich einer Schenkung Heinrich's II. an Bischof Meinwerk verdankte. (*Falke* l. c. p. 461.) Auch noch in der Zeit der Ausfertigung vorstehender Urk. nr. 1 waren die paderborner Bischöfe die eigentlichen Herrn der wohl schon mehrere Jahrzehnte früher, etwa um 1150, mit Mauern umgebenen und so zur Stadt vorgeschrittenen Dorfschaft. Doch befand sich dieselbe im Lehensbesitze der Grafen von Schwalenberg, oder, wie sie sich seit Widekind II. 1189 nannten, „de Waldekke", als paderbornischer Kirchen-

1) Bernhard II. von Oesede, † 1203.

2) Ueber die Schreibformen des Ortsnamens: „Corbechi, Curbike, Curbeki, Corbyke, Curbac, Coerbegke" s. *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 13 Note 2.

3) *Susat.* justic. a. 1120 §. 6.

4) Ueber das Geschlecht der „milites de Molnhusz s. Mulhusen", welches noch im XIV. Jhdt. urkundlich begegnet, s. *Curtze* a. a. O. S. 235, 36.

5) Ich zweifle keinen Augenblick, dass: „de Herswithehusen" gelesen werden müsse. Es ist dieses das um 1140 gestiftete Cistercienser-Kloster Hardehausen im Bisthume Paderborn. Vgl. *Bessen*, Gesch. des Bisth. Paderborn I, 152. Der Abt Nicolaus von Hardehausen wohnte auch der vom Grafen Widekind vor seinem Weggange nach Jerusalem (im Kreuzheere Friedrich Barbarossa's) an die paderborner Kirche vollzogenen Güter-Verpfändung v. 1189 als Zeuge bei. *Falke*, Cod. traditt. Corbeiens. p. 220, 463.

6) Die sieben genannten Personen gehören dem paderborner Domcapitel, Dietrich als Hauscaplan des Bischofs (wenn nicht etwa das „capellarius" des Drucktextes in „camerarius" zu verbessern ist), Rudolph und Gerhard vermuthlich als canonici an.

7) Vielleicht: Boleke? Ein Hermann Boleke begegnet in einer paderborner Urk. v. 1194 (*Preuss* und *Falkmann*, Lippische Regesten II, 11 nr. 474e) und ist vermuthlich identisch mit dem Hermann Bokko eines Documents Bischof Bernhard's II aus den J. 1186—1203 (*das.* I, 106 nr. 105).

vögte [8]). Dieses Feudalverhältniss bestand, wie aus einem dasselbe regelnden Vergleiche Bischof Wulbrand's mit den Grafen Volkwin und Adolph vom J. 1227 [9]) hervorgeht, in der ersten Hälfte des XIII. Jhdts. noch unverändert fort, scheint aber hierauf, und zwar um 1270, durch förmliche Verzichtleistung Corvey's und Paderborn's auf alle Gerechtsame über die „civitas Corbeke" gelöst worden zu sein [10]). Unter dem Schutze und Einflusse des waldeckischen Grafenhauses erweiterte sich nun Corbach in sehr erheblicher Weise, so dass schon 1227 neben dem „vetus oppidum" die „nova munitio" hervortritt. Auch entfaltete sich jetzt in der s. g. Altstadt, wo bereits im XII. Jhdt. mit dem bischöflichen judex ecclesiasticus ein weltlicher Richter concurrirte, eine vollständige städtische Verfassung, indem allda 1228 „consules", 1243 ein „sigillum sancti Kiliani et civium de Curbac" [11a]), 1255 ein „magister consulum" begegnen. Gleiche Einrichtungen hat dann etwas später, von 1265 an, das „novum opidum Corbike" erhalten. Ob übrigens Corbach zum Hansabunde gehört habe, ist höchst zweifelhaft [11b]).

2 **1271**, März 27 (?) Die gräflichen Brüder A d o l p h, G o t t f r i e d und O t t o III. v o n W a l d e c k sichern gelegenheitlich den corbacher Bürgern Fortgenuss der hergebrachten Rechte und besonderes Wohlwollen zu —: „Annuimus etiam in his scriptis, quod dilecti burgenses nostri de Corbeke ipso jure, quod sub temporibus patris nostri et avi nostri bone memorie habuerunt, de cetero gaudeant, nec hoc in aliqua parte diminuemus, imo ipsos omni dilectione gratia favore semper et benevolentia prosequemur." *Gegenbericht*, Doc. Nr. I S. 137,38; *Kuchenbecker*, Analect. Hass. Coll. VIII S. 383, 84. Vgl. dazu *Curtze* a. a. O. S. 581; 604, 5.

3 **1282**. Graf O t t o III. von Waldeck bestimmt in Ansehung des H e r w e d e s und der G e r a d e in seiner Stadt Corbach, dass das erstere, wenn daselbst ein Bürger sterbe, dessen Sohn, oder in Ermangelung eines solchen dessen nächster Blutsfreund innerhalb der Stadt, und die Gerade bei dem Ableben der Mutter zunächst die Tochter und nach dieser die nächste weibliche Verwandte erhalten solle. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 528.

1282. Der R a t h der Stadt Corbach verfügt, dass, wenn Jemand daselbst dem Gotteshause ein Gewand schenken wolle, hiegegen diejenigen, welchen die Gerade gebühre, keinerlei Einsprache zu erheben berechtigt sein sollten. (R.) *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 35, 64. 4

1300. Die Bäcker in der Stadt Corbach empfangen einen [1325, 1348, 1370 erneuerten] vornehmlich die Beitrittsgebühr, die Rügegewalt über Vergehen, die Theilnahme der Zunft an der Bürgermeisterwahl und die Gewichtsaufsicht betreffenden Gildebrief. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 425. 5

1301, Aug. 13. Graf O t t o III. von Waldeck erklärt die Aufnahme P a d b e r g i s c h e r Hörigen von Seite der Stadt Corbach für unstatthaft —: „si opidani nostri in Curbeke aliquos de predictis hominibus [pertinentibus Friderico et Godescalco, fratribus de Patberg, et ipsorum veris et justis heredibus] reciperent vel tenere vellent, hoc contra nostram est et erit, si fecerint, penitus voluntatem." *Seibertz*, UBuch Bd. II Nr. 493 S. 9., 6

1309 Febr. 21. Graf H e i n r i c h V. von Waldeck fragt im Vereine mit R a t h und S t a d t g e m e i n d e v o n C o r b a c h bei den „consules in Susato", als dem altüblichen Oberhofe für Corbach [„cum nos ex antiquo et a primeva constitutione civitatis nostre Corbicensis pro juribus nostris ad vos et ad jura vestre civitatis recurrere consueverimus"] an, wie es nach dortigem Rechtsgebrauche mit dem Vermögen eines „vorvlüchtig" gewordenen und dann für „vredelos" [12]) erklärten Todtschlägers gehalten werde. *Haeberlin*, Stat. Susatens. lat. (1740) p. 12; *Emminghaus*, Commentar. in jus Susatense antiquiss. (1755) p. 17, 18. 7

1336. Derselbe erlässt für sein Land und seine Städte, darunter Corbach, eine Verordnung über die Grösse der Arbeits-, Tag- und Gesindelöhne. Inhalts-Angabe b. *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 39, 40. m. Note 1. Vgl. auch *Curtze* a. a. O. S. 283. 8

1348. Die L e i n e w e b e r zu Corbach werden mit einem Zunftbriefe versehen. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 293. 9

1350. Die S c h n e i d e r zu Corbach erhalten gleichfalls zünftische Einrichtungen. (R.) *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 15. 10

1366, Mai 17. Graf H e i n r i c h VI. (der 11

---

8) Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 602–4. Ueber das fragliche Grafengeschlecht s. *Alten* in der Zeitschr. des historischen Vereins f. Niedersachsen Jahrg. 1859 S. 1–64; L. *Weiland*, Das sächsische Herzogthum unter Lothar und Heinrich dem Löwen (1866) S. 45 flg.

9) Vgl. *Varnhagen's* Grundlage der Waldeckischen Landes- und Regentengeschichte (1825) S. 287 Note f.

10) *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 25 Note.

11a) *Dies.* a. a. O. S. 42, 43.

11b) *Dies.* a. a. O. S. 35 Note 1.

12) Durch dieses Wort ergänzt E. den defecten Text der Urkunde.

Eiserne) von Waldeck gibt seinen Bürgern und Leuten zu Corbach die urkundliche Versicherung, dass „alsothane geschicht vnd vngefoge", als genannten Städten, nämlich der Alt- und Neustadt, von ihm und seinen Freunden am vergangenen Dienstage vor Mitfasten „geschehen vnnd widderfahren" sei [13]), denselben künftighin nie mehr von ihm und den Seinigen „geschehen oder widderfahren" solle. *Gegenbericht*, Doc. Nr. II. S. 138. Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 605.

12 **1367**, Mai 14. Die Grafen Otto IV. und Heinrich VI., Vater und Sohn, von Waldeck erlauben ihren Bürgern in beiden Städten zu Corbach, in dieselben oder davor „tho errem nutze vnnd tho errem behoffe" verschiedene, zum Theile genannte Bäche und Quellen zu leiten. *Gegenbericht*, Doc. Nr. III S. 139.

13 **1369**, Jun. 13. Graf Heinrich VI. von Waldeck bekennt, dass er die Bürger beider Städte Corbach vertheidigen und verantworten wolle, „als ein herr seine burgere tho recht verdedingen vnd verantworten soll", und fügt das Versprechen bei, dieselben „by alle jrme alden rechte, dat se hebben gehat von sinen aldern wenther", zu belassen. *Gegenbericht*, Doc. Nr. IV. S. 139, 40.

14 **1370**, Jan. 5. Derselbe versichert den Bürgern beider Städte Corbach in Anbetracht, dass sie ihm eine vor kurzem angesonnene Steuer „volgig" geleistet hatten, sie „vmb alsolche beden nicht mehr bidden", ihnen überhaupt keine neue Abgaben auflegen zu wollen; gestattet denselben, Mühlen in beliebiger Anzahl „bei eren graven oder in eren graven oder bey de stadt" zu errichten und „tho erem behoffte" Wasser dahin zu leiten, sowie ohne alle Hinderung ihre Stadt zu „vesten vnd buwen binnen vnd buten", wie es ihr Nutzen erheischet; und sagt endlich den Corbachern wider ihre „sondere feinde" nach Kräften seine Hülfe, Verantwortung und Vertheidigung „tho rechte" zu. *Gegenbericht*, Doc. Nr. V. S. 140, 41.

15 **1370**. Die Brüderschaft („fraternitas") der Schlächter zu Corbach bekommt einen Gildebrief, welcher dann 1390 und 1431 erneuert wird. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 432, 33.

16 **1374**. Die Stadt Corbach betheiligt sich an einem von dem Grafen Heinrich von Waldeck und den Städten Sachsenhausen und Wildungen mit dem Erzbischofe von Cöln vereinbarten Landfriedens-Bündnisse. *Haeberlin*, Analecta med. aev. p. 330.

1377, Sept. 30. Die Rathleute beider 17
Städte Corbach vereinbaren unter sich eine Ordnung, wonach in Zukunft beide Gemeinden nur mehr Einen Rath, ein gemeinsames Rathhaus und eine gemeinschaftliche Stadtschule haben sollen, dabei noch weiter festsetzend, wie es alsdann mit der Rathswahl und Besetzung der Rathsämter, mit der Schosszahlung und einigen anderen Punkten der Stadtverfassung zu halten sei:

„Wir Henrich meyer borgermeister, Johans knevel, Conraid wettenden, Hermann polen, Bertold kremers, Hermann wiegerimhus, Regenhard wegeschild, Diderich frome, Hermann strott, Werner pundich, Schwicker vnd Cort schmiedewindt ratlude in der aldinstat to Corbeke to der tyd, vortmere wir Ditmar santbarch borgermeister, Johans van wegevelde, Diderich wiedepe, Cort milde, Ermbracht hilderich, Gerecke van emsse, Typele schwelenveld, Hans hesporn, Hermann vierling, Henne windberg, Waltter vnd [14]) Tyle clockener, ratlude in der nigenstat to Corbeke, bekennen semetlike vnd doin kunt allen den, de dussen bref nun edder herna sient odir horent lesen, dat wir myd gudem willen, myd wiscap vnd myd raide vnser wysheit van beyden steden vnd myd ganczer vulbort vnser gemeynde vnd to nutze vnd durch des besten willen eyndrechtig sint worden dusser artikele, de herna gescryven staen: §. 1. Des ersten, dat ein rait sal syn eweliken vber beyde stede to Corbeke van twellff man, vnd den sal man setten, as hiena gescryven steyt. §. 2. Vortmer sal men buwen eyn meynklich rathus by den torn tusschen den steden to Corbeke, do nu vlubers hus steyt, vnd do nu die mawr is tusschen den steden; des sal de eyne want blyven to der nigenstat wart. Do sullen de ratheren van den steden to Corbeke vffe sitten vnd raden vnd richten, wat en gebort. §. 3. In dat selve rathus sullen twe tür ghan, ene tür van der aldenstat vnd ene tür van der nigenstat; de tür to der aldenstat sal men in der aldenstat sluten, de tür to der nigenstat sal men in der nigenstat sluten. §. 4. In dem rathus vnd dar ane en sal neine velinge syn. Ouch vnden in dem rathuse sal men richten deghelikes, alse in den steden to Corbeke is gewest went here. Vnd weme men dar vor richte boidet, de sy van der aldenstat edder van der nygen, de sal dar ynne antworten. Ouch wan sich de borger gemeynklichen van den steden besprecken wollen, dat sal men in deme sulven

---

13) Graf Heinrich hatte Corbach „vnversehens mit Kriegsmacht vberzogen vnd einbekommen, auch zwantzig vier der vornembsten Burger als Geysselen nach Landaw weggeführet." *Gegenbericht* S. 11.

14) Fehlt im Abdrucke.

huse doen. §. 5. Ouch wan de ratheren van den steden van dem huse wollen ghan, vnd ouch wan dar gerichtet is vnden in deme huse, vnd wan sich de borgere gemeynkliohen dar besproken hebben, so sal men dat hus tosluten. §. 6. Ouch is man overkomen, dat nicht dan ene scole sal syn in den steden to Corbeke. De sal syn vff der aldenstat. Dan men sal alwegen, wor men singen mot, der scoler van der nigenstat veir odir sehs dar senden to der misse; vnd wat scoler to dem sange sittet, de van der nigenstat sint, de suln des helgen avendts to der vesper syn, vnd des helgen daghes to der metten, misse vnd vesper syn vff der nigenstat, vnd eyn magister van der scole sal etzliche dar midde senden, de den chor vorwaren. §. 7. Vortmer sal men einen niggen rat setten an sente Mathias avendt. So sullen de alden borgermeister vnnd ratlude senden to sehs gilden, dat de sehs gilde sehse dar senden de wittigisten, de se vnder sich hain, vth juwelicher gilde enen; vnd der rat sal vorboiden vt den buelüden van der alden stat enen vnd vt den buelüden van der nygen stat enen; de achte suln twene to sich nemen vt deme raide, de teyn sullen denne sweren an de hilleghen, daz se wollen setten enen rat, de den steden to Corbeke nutte sy, as se ere witze vnd ere sinne leren an arghelist. Vnd den rat sal men setten an sente Mathias avendt vnd vtkündigen an sente Mathias dage; vnd der ratheren myd den borgermeisteren suln syn tweleff [15]). §. 8. Ouch suln de sulven teyn setten, we borgermeister vnd sin gesell sal syn. Ouch sullen de selven teyn twe rekenman [16]) setten, vnd suln de ouch twene vt der alden stat dar to ernennen, de buwmeistere sint, vnd twene vt der nygen stat der sulven gelike. De sullen laten buwen, wat de borgermeistere vnd de rat myd en overeenkompt, wo dat nut, behoff vnd noit is den steden to Corbeke. Vnd de suln darby wesen vnd waren, dat [ez] na rade vnd na witscap des borgermeisters vnd des rades [ghesche], vnd doin dar rekenunge aff deme borgermeister vnd deme rade. §. 9. Ouch wan men scot gift, da suln se by syn vnd waren [de] buemeisterscap, vnd dat se also by dem scotte syn, alse de borgermeister vnd de rat en dat bevilhet, an arghelist. Vnd wen man dar to settet, de sal dat waren syne tyd ane wedderspreken. §. 10. Al markede, kermesse vnd velinge suln syn vnd bleven alse vor; vnd alle gelde suln bleven in erme werde alse vor; ouch as men is overkomen myd der wage des vlesches; ouch beyde gotshuse bleven by ereme rechte alse vor, vnd alle wake bleft alse vor. §. 11. De mawr tusschen den steden de sal men waren myd buwen, wa se des noit vnd behoff is, als de ander vthen mure. §. 12. Ouch were dat eyn nigge rat vnnd de alde rat vnd de wysheit mit witscap der gemeynheyt wat vunden, dat nutte were vnd gud den steden to Corbeke, dat ensolde an dussen vorgescryven artikelen nicht hindern, ane dat eyn, dat eyn rat vnd eyne scole, as vorgescreven is, alwege to ewiger tyd sal wesen vnd bleven in den steden to Corbeke vnvorscheyden vnd vnvorbroken. Vnd dat eyn rat vnvorscheyden eweliken bleve in beyden steden to Corbeke, dat sal eyn rat eweliken dem rade, de nah eme kumpt, staven in ere eyde, de se to dem rade doin; vnd dar enboven sal nyeman wat nyges vinden, dat volgig vnd bestendig solle syn. §. 13. Eyns ratmans pert dat sal to minsten sehs mark werd syn na achtunge des borgermeisters vnd des rades. Wer ez, dat van vngelüke dat pert sich ergerde dar na, wan ez geachtet were, dat en solde deme ratman an sime eyde nicht schrenken. Ging ez eme ouch aff van vngelüke, so sal der borgermeister vnd rat des macht hain, ob he solle eyn anderwedder keuffen edder nicht. §. 14. Ouch de perde, de de borgermeister vnd rat halden, de suln staen an der stat noit, vnd dar vmme dat de perde an der stat noit staen van des rades wegene, so sal dem borgermeister vnd deme rade gevallen de zyse, de do gevellit van wyn vnd bere, borger gelt vnd stettegelt von veyr penninge vnd dar vnder vnd segell gelt. §. 15. Ouch sal de borgermeister vnnd de rat macht hain to schencken, wa ez den steden nutte is, ane arghelist. §. 16. Fuer vnd liecht sal men gelden van der stede wegene, dat men vff deme rathuse verdoit, vnd wan men reidet an der stat noit, so due man, als dat herkomen is. Dar vmme dat alle stucke vnd artikele vorgande in aller wyse, alse vorgescryven sint, stede vnd vaste werden gehalden eweliken ane arghelist, so hebben wir borgermeister vnd rat vorgenant von beyden steden der sulven beyden stede ingesegell laten vestigliken an dussen briff hangen. Datum anno domini M. ccc. lxx. septimo, in octava Michaelis archangeli." Gedruckt (in moderner Fassung) im *Gegenberichte*, Doc. Nr. VI S. 141—45. Vgl. *Curtze* und *v. Rheins* a. a. O. S. 15 flg. 63 flg.

15) Diese Form der Rathswahl bestand noch 1434. Vgl. *Waldeckische* gemeinnützige Ztschr. II, 373 flg., *Curtze* a. a. O. S. 231.

16) Die späteren Pfennigmeister. Der Abdruck hat: „Rakelman".

18 **1383.** Der Rath der Stadt Corbach kommt mit jenen der übrigen waldeckischen Städte dahin überein, dass man demjenigen, welchem Herwede und Gerade angestorben, dafür eine halbe Mark Pfennige geben möge. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 528.

19 **1383** (?) Die Rathleute beider Städte Corbach vereinbaren eine Satzung über den bei Kindtaufen und Hochzeiten zu machenden Aufwand, insbesondere die Gevattergelder, den Kirchgang, die Schüsselzahl beim Hochzeitsschmausse, die Ehrengaben der geladenen Gäste und die Geschenke der Brautleute an Andere betreffend. (R.) *Curtze* und *v. Rheins* a. a. O. S. 64, 65.

20 **1395.** Graf Heinrich VI. von Waldeck ertheilt der Stadt Corbach eine Ordnung über das Verfahren gegen zahlsäumige Schuldner, namentlich die wider solche zu vollstreckende Pfändung und Verhaftung. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 528.

21 **1397**, Jun. 12. Graf Heinrich VII. [des vorigen Sohn] von Waldeck gibt den Bürgern beider Städte Corbach, nachdem sie ihm „eyne rechte huldunge gethan habin", die Versicherung: „darvmme wollin wir sy laissin vnde behaldin by al yrme rechte, fryheid vnde gutir aldin ghewonde vnd sy verthedingen, alse eyn herre getruwin borgere ztu rechte thun sal." *Gegenbericht*, Doc. Nr. VII S. 145; *Curtze* a. a. O. S. 305.

22 **1429**, Nov. 11. Derselbe Graf Heinrich VII. von Waldeck, jetzt neuerer Linie [17]), und sein Sohn Wolrad (I.) beurkunden, dass sie sich in Ansehung der Fehde, worin sie zur Zeit mit Adolph von Grosseke und Anderen begriffen, mit Bürgermeister, Rath und „gemeynschafft" der Stadt Corbach dahin vereinbart hätten, es solle, was letztere und deren Freunde mit den Grafen, ihren Amtleuten und Anhängern gemeinsam den Feinden abgewinnen oder an Gefangenen erlangen würden, zur Hälfte den Corbachern verbleiben, und sonst mit der Beute verfahren werden, „alse von alders bueterecht is gewest"; was hingegen die Bürger für sich allein ohne Mitwirkung der Grafen oder ihrer Amtleute, oder was diese ohne Zuthun der Corbacher gewinnen und erwerben würden, das solle auch ausschliesslich der betreffenden Partei zufallen. *Gegenbericht*, Doc. Nr. XIV. S. 153, 54.

23 **1440.** Der corbacher Rath verordnet, dass die in beiden Städten wohnhaften und mit einem nach Herkommen geschosspflichtigen Hause und Hofe angesessenen Geistlichen zur Zahlung der Abgabe gleich den anderen Bürgern gehalten sein sollen, indem, wer sich dessen weigern würde, hiedurch seines Bier-Brau- und Schankrechtes, sowie des Schutzes für seine in- und ausserhalb der Stadt gelegenen Güter verlustig gehe. (R.) *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 58.

1441, Oct. 16. Graf Otto III. von 24
Waldeck [Landauer Linie] verspricht den Bürgern von Corbach nach empfangener Huldigung derselben für sich und seine Erben, jene „by al yren alden rechten, fryheiden, gnaden vnd gutir aldir gewonheide lassen vnd behalten, vnd ehn dy bessern vnd nicht avenemen", auch die genannten Bürger „truwelichen schuren [18]), schirmen vnd vertedingen" zu wollen, „alse ein herre syne treuwen burgere zu rechte thun sol." *Gegenbericht*, Doc. Nr. VIII S. 146.

1441, Oct. 16. Derselbe erklärt einen 25
von den Bürgermeistern und Rathleuten der Alt- und Neustadt Corbach und der Gemeinheit beider Städte alt und neu seinem „alden vatter", dem Grafen Otto II. von Waldeck († um 1369) [19]) ausgestellten, wörtlich eingerückten Brief, worin die genannten Bürger bekennen, eidlich gelobt zu haben, dass sie ihr Schloss Corbach oder sich selbst „nummerme sullin wenden odir keren" von dem Grafen Otto und seinem Sohne Heinrich, ihren Herren, sowie deren rechten Erben, jedoch mit der Einschränkung, dass, wenn ein Bürger mit seinem Gesinde oder mehrere „vss dem vorgeschrebin slote Corbeke wolden varen odir van dar varen" damit Gelübde, Eid und Ehre nicht verbrochen sein sollte, für „todt vnd machtloiss", und verspricht die Zurückgabe der Urkunde, „ob he dy gevinden mögte". Zugleich spricht er die Corbacher aller übrigen Briefe „huldigunge antreffende, dy sy synen alderen oder yme vor gifft disses brieves gethan vnd gegeben habin, . . . gentzlich queit leddig vnd loiss, biss vff solche brieve, ayde vnd gelobde, da mit sy yme vnd synen rechten libes [vnd] lens erbin huldunge gethan haben". *Gegenbericht*, Doc. Nr. XII. S. 150—52. [20]).

---

17) Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 605, 6: „alte Landauische und neuere Waldeckische Linie."

18) Bergen, schützen.

19) Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 605.

20) Zwei bemerkenswerthe Raths-Urkunden aus dieser Zeit (1441, 1443) über die von der Stadt Corbach bei Geburtsfällen und Vermählungen im gräflichen Hause „na aulden herkomen" an die Landesherrschaft zu entrichtenden Eingebinde [„36 worpe Kilianer. . in eyn wyt Doek gebunden"] und Brautgaben („to Vulleat des Berades") in Geld theilt *Curtze* a. a. O. S. 304, 5 mit.

26 **1442**, Apr. 20. Die Grafen Heinrich VII. und Otto III. von Waldeck bestätigen den „ersamin von Corbach“ ihre alt-herkömmliche Freiheit und Gnade, dass sie bei Befehdungen der gräflichen Lande und Leute „nicht fhede phlichtig“ seien, vielmehr „wer sy mit eren fheden“ wolle, eine „eygen fhede odir verwarunge an yn thoe odir thun laisse.“ *Gegenbericht*, Doc. Nr. XIII S. 152, 53.

27 **1443**. Die Gilden der Bötticher, Steinmetzen, Zimmerleute und Wagner zu Corbach errichten unter sich Statute über die Stiftung eines Kirchenlichts, die Begräbnisse der Zunftgenossen, die den Vorstehern zukommenden Strafentscheidungen bei Raufhändeln und andern Uebertretungen, endlich die Ahndung des Zutrinkens im Brüderhause. Inhalts-Angabe b. *Curtze* a. a. O. S. 293 Note 5.

28 **1451**. Der Rath der Stadt Corbach beschliesst eine neue Ordnung über den Aufwand (die Schüsselzahl und Gevatterspenden) bei Kindtaufen. Inhalts-Angabe b. *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 65.

29 **1454**, Nov. 27. **Weisthum**, bei Abhaltung des Vogt- und Freidings im altstädtischen Weinhause unter der Leitung des Gografen Hermann zu Stande gekommen. Die auf sechs gestellte Ordeils-Fragen, unter Vertagung einer derselben, erfolgten Rechts-Weisungen betreffen a) die Competenz des Vogtsgerichts, b) die vorschriftsmässige Breite der verschiedenen Wege, der „koniges strate, lantstrate, noedweghe“; c) die Bussen derjenigen, welche in einer zur Zuständigkeit des Vogtsgerichts gehörigen Sache „brochafftich“ geworden, z. B. „den faersteyn edder kam vmme ereden myd vorsate“ [21]); endlich d) die „brocken“, welche auszusprechen sind, „wor twene scheppen an daz ffrigerichte komen weren vnd hedden gelovet de sache to fordernde“, sich aber „dan scheden buten de heren vnd den greven“, d. h. wenn zwei Freigerichtsschöffen sich bereits in einen Rechtsstreit mit einander eingelassen haben, dann aber mit der Erklärung hervortreten, sich aussergerichtlich verglichen zu haben. J. *Grimm*, Weisth. Thl. III S. 79, 80. Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 515, 16 [22]).

30 **1459**, Nov. 4. Die Grafen Walrav und Otto IV. („gevettern“) von Waldeck treffen bezüglich ihrer Fehde mit „allen von Haxtehusen“ über die Beutetheilung mit Bürgermeister, Rath und Gemeinde beider Städte Corbach ein mit jenem von 1429 [nr. 22] völlig inhaltsgleiches Uebereinkommen, indem hier nur noch der Zusatz beliebt wird, dass die Corbacher, wenn sie das „in sökunge off jagt“ Erkriegte oder Gewonnene „mit eren nicht behaldin mögten, . . . gentzlichen macht habin sullen, das weder ztu kerende.“ *Gegenbericht*, Doc. Nr. XV S. 154, 55.

1475, Nov. Graf Otto IV. trifft für seine 31
Fehde mit Graf Johann zum Retberge, Arend von Schörleberge und Anderen mit den Städten Corbach dieselbe Verabredung. *Gegenbericht*, Doc. Nr. XVI S. 155—57.

1477. Graf Philipp II. von Waldeck 32
(älterer Eisenberger Linie) erneuert die Gilderolle der Wollenweber-Brüderschaft zu Corbach. Es wird darin u. A. von der Bestrafung der Verarbeitung verfälschter Wolle, dem Verbote des Verkaufs ungezeichneter Tücher, und der Ueberwachung der Gildebrüder hinsichtlich der Befolgung des Statuts durch zwei „Dechanten“ gehandelt. (R.) *Curtze* a. a. O. S. 443.

1483, März 18. Die gräflichen „Gevet- 33
tern“ Otto IV. und Philipp II. von Waldeck, Letzterer zugleich als Vormund seines unmündigen Vetters Heinrich thun kund, dass sie mit ihren Städten Corbach über alle bis dahin vorhanden gewesenen Anstände, insbesondere aber über nachfolgende „puncte vnd articule . . . luterlichen vnd gentzlichen vereiniget vnd verscheiden“ seien: a) wie es künftig, „nachdem dass sich die müntz over de helfte geschwecht vnd genedert“ habe, mit der an die Herrschaft zu leistenden „jerlichen erffgülde vnd beede“ gehalten werden solle, wobei die Befugniss der Corbacher anerkannt wird, „nu forter mer zu müntzen vnd zu schlahen vierlinge, hellinge, pennige [23]).... nach yrem willen, nutze vnd wolgefallen“, jedoch unter der Voraussetzung, dass damit keine „verergerung der bezalung der beede vnd erffgülde“ beabsichtiget und der herkömmliche Schlagschatz gegeben werde. b) Wie ferner das städtische Gericht in Corbach zu besetzen und zu halten [24]), sowie die daraus erfliessenden Strafgefälle und Gebühren zwischen dem Rathe und der Herrschaft zu theilen seien: „Item vmb vnsir gerichte by en in yrem rahthuse ist beredt, daz vnser richter des gemelten vnses gerichts drey gerichte der wochen sitzen sol, vnd die obgenanten burgermeister vnd raht sollen zween vss dem raht by dem gemelten vnserm richter stellen vnd

21) Vgl. J. *Grimm*, RAlterth. S. 547. [„Wandstein, Faerstein, Kamm“, Grenz- oder Markstein.]

22) *Curtze* a. a. O. S. 551 erwähnt noch eines zweiten alten corbacher Weisthums, wie es scheint, zum Theile strafrechtlichen Inhalts.

23) Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 457, 461; *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 26 (Note).

24) Vgl. *Curtze* a. a. O. S. 528.

sitzen lassen, die mit helffen zusehen vnd verwaren, daz einem yeglichen gleich vnd recht nach dess gerichts wyse vnd herkomen wedirfaren vnd gedeyen müge. Vnd sollen ouch die gemelten burgere vnd raht von der städte wegen zween gelobdte vnd geschworen vorsprechen zu dem gericht haben vnd halten, als das gewöntlich vnd herkomen ist gewesen biss an disse zyt. Vnd darumb sollen wir den genanten bürgermeister vnd rath von dem gemelten vnserm gericht fallen lassen die helffte aller brüche vnd buten, wat de darvon gefallen vnd vffkomen, vssgescheyden ob ymandts in der heren gnade gewyset worde; das wollen wir alleyne zuthunde han. Vnd ob ymandts boben düsse drey gerichte vorgerört ein nohtgericht haben wolte, das mag ein yglicher suchen vnd kauffen, alse das süsslang gewöntlich vnd herkomen ist gewest. Vnd ob ymandts von düssen gerichtshendelen einen gerichtsscheyn vnd bekantnusse haben wolte, waz davon gefalle, sollen ouch die genanten burgermeister vnd raht yren antzal da von haben, nemblichs den dirten pennig. Vnd wir sollen vnd wollen ouch vnsern richter, den wir ytzo oder hiernach, so das not geschee, setzen werden, mit vnsern amptlüden vor burgermeister vnd raht in zyten syende vff yr rahthuss lassen brengen, syne gerechtikeide zu thunde, so dat gewöntlichen vnd von alders ist herkomen.“ c) Wie — dem Stadtgerichte gegenüber — das landesfürstliche Vogtgericht [25]), vornehmlich im Falle der Verhinderung des einen oder anderen Grafen als Gerichtsherrn an der Theilnahme, gehegt werden solle, und welche Beihülfe der corbacher Rath zur Vollstreckung der hier ergehenden Urtheile durch Ueberlassung der Stadtknechte als Organe der Auspfändungen (womit jedoch arme Leute, die Brüchten und Bussen nicht bezahlen können, verschont bleiben müssen) zu leisten habe. d) Dass der Bezug der „zyse“ den Städten Corbach verbleiben möge. Was übrigens die Grafen an einzelne Bürger derselben zu fordern hätten, sollen sie „binnen den städten Corbecke, alse das ouch gewöntlich vnd herkomen ist“, wider die Schuldner einklagen. Alle vorstehende Punkte geloben die Grafen stäte und fest zu halten, ihre „lieven getruwen von Corbecke“ darum nimmermehr „tzu ewigen zyten zu betedingen noch anzubringen“, und dieselben auch sonst bei ihren Freiheiten sowie guten alten Gewonheiten zu belassen, „yn dy zuverbessern vnd nicht zu verringeren.“ *Gegenbericht*, Doc. Nr. XVII S. 157—61.

1487, Apr. 25. Die Grafen Otto IV., 34
Philipp II. und Heinrich VI. von Waldeck, insgesammt und jeder für sich besonders, bestätigen den beiden Städten Corbach den Fortgenuss ihrer „ziese“, bestimmen zur Beseitigung von Differenzen, welche Graf Philipp mit den Cratzensteinern wegen der Geleitgebung in den genannten Städten gehabt hat, wie es künftig mit der mündlichen oder schriftlichen Ertheilung von „geleyde off sekerheide“ in Corbach gehalten, und dass hiedurch in keiner Weise den Bürgern allda an ihren Ehren, Eiden und dem alten Herkommen zu nahe getreten werden solle, indem dagegen verstossende Geleits-Verleihungen sofort wieder „avetzustellen“, darüber ertheilte Urkunden aber „vnbatlich“ sein würden, und versprechen endlich, die Städte Corbach „zo ewigen tagen by al der verschrybunge, herkomen, fryheit, privilegien, rechten vnd guter alder löveliker beschreven off unbeschreven gewonheit sonder intracht vnverachtet laten, vnd dar ynne kein affbrock, sonder verbetterunge thoin“ zu wollen. *Gegenbericht*, Doc. Nr. XVIII S. 161—64.

1487, Mai 2. Die Grafen Otto IV. und 35
Heinrich VI. von Waldeck erklären in Bezug auf einen von ihnen zwischen der Stadt Corbach einer- und den Cratzensteinern, Hunolden und Everden sammt deren Anhängern andererseits erzielten „fründtlichen guitlichen scheid vnd verdracht erer gebrecken vnd gespenne“, dass dieser Vergleich den Corbachern „an eren ayden, ehren, alt herkomen vnde stadtboken vnhinderlich vnd vnschedelick noch tho nahe syn vnd blieven“ solle, und zwar selbst auch dann, wenn die Bürger um des gewünschten Gelingens der „voreynigunge“ willen etwas ihren Rechten und Ehren zuwiderlaufendes zugegeben haben würden. *Gegenbericht*, Doc. Nr. XI S. 149, 50.

Eine Statuten-Sammlung hat Corbach bereits im Mittelalter besessen. Sie war nicht auf einmal, sondern successive stückweise entstanden, indem man namentlich auch die wichtigeren Beschlüsse und Ordnungen des Stadtrathes, wie dies z. B. mit den unter nr. 18, 28 erwähnten der Fall gewesen, darin aufzunehmen pflegte. Leider! haben sich nur Fragmente dieser ältesten Statute (auf dem Stadtarchive in Arolsen) erhalten. Vgl. *Curtze* u. *v. Rheins* a. a. O. S. 13 Note 4.

Im XVI. Jhdt. kam dann ein neues corbacher Stadtrecht zur Entstehung, dessen Inhalt, wie es scheint, hauptsächlich die lo-

25) Der Abdruck hat hier irrthümlich statt „vogedinge“ — vorgedinge.

calen Observanzen, namentlich Eherechtsgebräuche umfassen sollte. Es wurde in das [vermuthlich verloren gegangene] Stadtbuch von 1589 eingetragen. Nur die Abschnitte über Vormundschaft, andermalige Bestattung, Einkindschaft und Erbnehmung der Güter unter Eheleuten, welche Aem. L. *Hombergk zu Vach* seiner Commentat. juris Hass. spec. de successione conjugum, Marburg. 1781. 4°., Nr. X p. 234—37 einverleibt hat, sind hiedurch auf unsere Zeit gekommen. Vgl. F. *Weigel*, Einleitung in das Waldeckische Landesrecht (1846) S. 101 m. S. 49, 50.

CCXI. Corvey.

(Preussen, Westfalen.)

P. *Wigand*, Geschichte der gefürsteten Reichs-Abtei Corvey und der Städte Corvey und Höxter, Bd. I Abthl. 1, 2, Höxter 1819. 8°., bes. Abthl. 1 S. 221 flg. *Dess.* Corveyscher Güterbesitz (1831) §. 47 S. 168 flg.

940, Apr. 19. König Otto I. verleiht dem Abte Folcmar [1]) zu Corvey die Gnade, dass Alle, welche zu dessen Kloster und der um dasselbe erbauten Stadt (gleichen Namens) ihre Zuflucht nehmen und allda sich mit Geschäftsbetrieb niederlassen würden, von der gaugräflichen Gewalt eximirt, lediglich unter dem Banne des Abtes stehen sollen —: „concessimus, ut omnes abbates, qui super monachos in nova corbeia [2]) deo sanctoque stephano protomartiri et vito famulantes constituentur, et nunc qui eis pre est folcmarus abbas, bannum habeant super homines, qui ad prefatum coenobium et ad civitatem circa illud constructam confugere debent et in ea operari, hoc est in pago auga in comitatu rethardi et in pago netga in comitatu dendi et hamponis et in pago huetigo in comitatu herimanni [3]), nullus horum aut aliqua iudiciaria potestas super prefatos homines potestatem ullius banni, quam burgban vocant [4]), habeat, nisi ipsius monasterii abba et cui ipse vult committere.“ *Falke*, Cod. traditt. Corbeiens. p. 209, 10; *Martene* et *Durand*, Vet. scriptt. et monument. ampliss. collect. Tom. I col. 283, 84.

Es ist dieses die einzige Urkunde, welche den Ort Corvey in seiner Eigenschaft als Stadt berührt. Denn die Ausdrücke „civitas Corbeia“ [Monum. Corbeiens. ed. Ph. *Jaffé* p. 44], „urbs Corbejensis“ etc. in den Chroniken und anderen Quellen müssen regelmässig entweder auf den an Umfang stadtähnlichen Gebäudecomplex der Abtei als solcher sammt Thürmen und Mauern oder auf deren Territorium bezogen werden, wie letzteres namentlich in der wichtigen Urk. v. 1356 über die „limites ad exemtionem et emunitatem ecclesie corbejensis spectandi“ (*Wigand*, Gesch. Abthl. 2 S. 203, 4) der Fall ist, wo in den Worten „in nova creatione et constitutione jurium municipalium in oppidis nostris infra ambitum urbis corbejensis servandorum“ sich offenbar die Einzelorte und das Gesammtgebiet des Stifts entgegengesetzt erscheinen, wenn nicht etwa vor „infra“ ein *et* zu ergänzen und dann wieder unter der „urbs“ der eigentliche Klosterbau nebst Zubehör zu verstehen sein sollte.

Uebrigens währte die städtische Bedeutung Corvey's blos bis in das XIV. Jhdt. Denn wenn in der Urk. Abt Heinrich's v. 1360, mittels welcher derselbe „censum annualem in quondam opido Corbeja de areis ibidem ubilibet cedentem, in vulgo dictum den worttyns“ verkauft, diese von *Wigand*, Güterbesitz a. a. O. S. 168, vorgetragene Lesart, woran kaum zu zweifeln, die richtige ist, also das Wörtchen „quondam“, welches in seiner früheren Mittheilung derselben Stelle in der Gesch. Abth. 1 S. 225 Note 20 *Wigand* hinweggelassen hat, in den Text gehört: so war damals bereits Corvey zum einfachen Dorfe, als welches es in den Documenten des XV. Jhdts. [„Dorp to Corveyge“] allenthalben begegnet, wieder herabgesunken.

1) Ueber den Abt Folcmar [916 — 942] s. *Wigand*, Gesch. 1, 111 flg.

2) Im Gegensatze zu seinem französischen Vorbilde, dem Benedictinerkloster Corbie bei Amiens (*Wigand*, Gesch. 1, 36, 41) so geheissen.

3) Ueber die drei genannten Gaue vgl. *Chron. Gotwic.* I, 552, 704, 638.

4) Des abteilichen Burgbannes [„prefectura urbis que vulgo dicitur burgban“] wird öfter in corveyer Urkk. Erwähnung gethan. Vgl. z B. die beiden Dipl. Cunradi III. a. 1147 b. *Falke* l. c. p. 907, 8.

Cottbus. CCXII.

(Preussen, Niederlausitz.)

Chr. *Manlii* „Commentar. rerum Lusaticarum“ Libr. I Cap. XIII in Hoffmanni Scriptt. rer. Lusat. Tom. I (1719) p. 122—24; J. G. O. *Richter*, Sammlung einiger Nachrichten von Cotbus und denen herumliegenden Orten; Stück I. „von der Stadt Cotbus Ursprung und Nahmen“, aus MS. und Uhrkun-

den, Cotb. 1730. 4°. J. J. *Seger*, Beytrag zur Historie der Stadt Cotbus, Guben 1748. 4°. J. F. *Beuch*, Geschichte und Beschreibung der Stadt Cottbus bis zum J. 1740. Aus der Hdschr. herausgegeben und mit Zusätzen vermehrt von J. *Bernoulli*, Berlin 1785. 8°. Vgl. auch *Worbs* „Gesch. von Cottbus" im neuen Lausitz. Magazin Bd. I (1822) S. 157 flg. *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 602—12.

Cottbus [Chosebuz, Kotthebucz], eine ursprünglich wendische, schon frühe aber mit deutschem Elemente versetzte Burg-Ansiedlung im Lusizi-Gaue, erscheint seit der zweiten Hälfte des XII. Jhdts. im Besitze eines altfränkischen Adelsgeschlechtes, welches mit der Castellanei des Schlosses und dem umliegenden Ländchen belehnt, von ersterem allmälig auch den Namen sich beilegte. Unter Thymo de Godebuz (1199 urkundlich erwähut) scheint sich dann der noch unansehnliche Burgflecken an Umfang erweitert und etwa zwischen 1216 bis 1225 die Eigenschaft und Rechte einer Stadt erworben zu haben. Einige politische Bedeutung gewann er übrigens unzweifelhaft erst im XIV. Jhdt., zum Theile durch seine günstige Lage an der lausitzisch-märkischen Commerzialstrasse, zu deren Hauptzollstätten Cottbus zählte. Denn hiemit stand das schnelle Aufblühen seiner Gewerbe im engsten Zusammenhange, von welchen namentlich die Leinweberei (s. nr. 2, 5, 6, 8) und die Bereitung feiner, den flandrischen nachgebildeter Wollen-Tücher, des s. g. Schöngewands, alsbald Wohlstand über die Bürger verbreiteten. Vgl. *Scheltz*, Gesammtgesch. der Ober- und Nieder-Lausitz Bd. 1 S. 495, 501, 548, 623.

1 **1339**, Aug. 10. Cottbus — zur Zeit böhmische Pfandstadt — tritt nebst Guben dem vom Könige Johann genehmigten schlesisch-lausitzischen Städte-Bündnisse [s. oben S. 160 a nr. 14] bei. Vgl, *Scheltz*. a. a. O. S. 563 Note 159, S. 567.

2 **1406**, Nov. 29. Hanns Herr zu Cottbus bestätigt mittels Privilegs die Ordnungen und Gewohnheiten der Leinweber in der Stadt Cottbus. (R.) *Manlius* l. c. §. VI p. 123 b; *Worbs*, Inventar. dipl. Lusatiae infer. Bd. I S. 216 nr. 616.

3 **1409**, Jan. 20. Derselbe verkündet eine mit den Mannen seines Landes und den Bürgern seiner Stadt Cottbus vereinbarte Feststellung der dem sächsisch-magdeburgischen Rechte als gemeiner Urtheilsnorm gegenüber beizubehaltenden alt-einheimischen Erbrechts-Gebräuche [1]):

„Wir Hanss herr zu Cottbus bekennen öffentlich vnd thun kund allen dene, die diesen brief sehen oder hören lesen, dass wir durch nutz vnd frommen vnserer herrschaft des landes vndt der stadt Cottbus mit vnsern lieben getreuen, beide mannen des landes gemeiniglich vnd bürgermeister rathmannen vnd der ganzen gemeinen zu Cottbus, eintrechtiglich zu rathe wurden sein, vnd haben die willkür des rechten, dere sich vnsere eltern vndt wir darnach mit den vnsern bis an diese zeitt gebraucht haben vnd gehalten, lassen abgehen, vnd haben mit wohlbedachten muthe, zeitlichen rathe vnd mit gutem willen der genannten vnser lieben getreuen mannen, rathmannen vnd der ganzen gemein des landes [vnd der stadt Cottbus gewilkührt vnd] gekoren vnd vns eintrechtiglich gegeben zu Sachsen recht, nemblich kiesen wir vns vnd geben vns zur Magdeburgischen rechte mit allen vnsern, dasselbe Magdeburgische recht fürbas mehr zu halten vnd zu gebrauchen, jedermann zu seinem rechte, sonder [2]) diese nachgeschriebenen [3]) artikel vnd stuck alleine ausgenommen. §. 1. Stirbet einem manne sein weib, so nimbt der [alleine einsame] mann zwei theyl des guets; stirbet aber ein mann, so nimbt die hausfrauw den dritten theil [des guttes]. §. 2. Stirbet ein mann vnd lest einen sohn, der sohn nimbt des vatern kleider; lesst er aber nicht einen sohn, so soll man die kleider theilen gleich dem andern guete. §. 3. Stirbet aber eine fraw vnd lest eine tochter, die tochter nimbt der mutter kleider; lest sie aber nicht eine tochter, so fallen die kleider an die nechsten [freunde] gleich anderm gut. §. 4. Vnd wenn man dem manne vnd der frauen ihre bettgerete abgerichtet, so soll das übrige alles, was da ist, in die theilung kommen gleich anderen guet. §. 5. Were es auch sache, dass [jemandt den andern beschuldiget nach todter handt,] was da ist vnter zehen schocken, kann er gehaben zwene vnversprochene männer, mit denen er [das beweisen kann, damit soll er] verfahren [4]). Dass wir das obgeschriebene recht (stette) ganz vnverbrüchlich mit alle den vnsern fürbas mehr [5]) halten (sollen vnd wollen, so) bestetigen wir das mit kraft vnd macht dieses briefes. Zur vrkundt vnd wahrer beste-

1) Die Grundlage des nachfolgenden Abdruckes ist der *Wilke*'sche Text; die inclavirten Worte sind Ergänzungen aus den andern Editionen.
2) W. sonderlich
3) W. vorgeschriebenen.
4) W. verfahre.
5) W. neber.

tigung haben wir genannter Hans herr zu Cottbuss vnser insiegell mit gutem wissen an diesen offenen brief hengen lassen. Gegeben zu Cottbuss nach Christi geburt tausend vierhundert darnach in dem neundten jahre am tage Fabiani vndt Sebastiani."

Abdrücke [sämmtlich nach jüngeren Abschriften]: J. S. *Steyer*, Dissert. qua constitutio Joachimi I. de successionibus a. 1527 lata notis illustratur (1733. 4°. Nov. edit. cum notis G. D. *Mülleri*, 1761. 4°.) p. 20 sq. ohne Prooem. und Schluss; *Mylii* Corp. Constitutt. March. Thl. VI. Abthl. 1 Nr. III Sp. 3—6; *Eisenberg* und *Stengel*, Beiträge z. Kenntniss der Justizverfass. in den Preuss. Staaten Bd. V S. 4—6; *Hoffmann*, Repertorium der Preuss.-Brandenburg. Landesgesetze, Fortsetz. I. Anh. S. 197 flg.; *Sammlung* der Provinzial- und statutar. Gesetze in der Preuss. Monarchie nach v. Kamptz Bd. III Nr. 240 S. 276 flg.; *Heydemann*, Elemente der Joachimischen Constitution S. 206—9 [Eingang u. §§. 1—4 mit Erläuterungen]; *Wilke*, Die Cottbusser Willkühr, Erbrecht nach dem Statute der vormaligen Herrschaft Cottbus, Cottb. 1860. 8°., Anlage 1 S. 42, 43. (Der Text wird hier nach einer Abschrift von 1636, „der einzigen bekannten, die einigermassen beglaubigt ist", gegeben. Vgl. S. 14, 15.)

4 **1424.** Hans Herr zu Cottbus und seine Erben begeben sich „mit irer stad Kothbus vnd mit allin iren slossin mannen vnd vndertanen" in den Schutz und die Vertheidigung Herzog Friedrich's von Sachsen. *Horn*, Lebens- und Helden-Gesch. Friedrichs des Streitbaren. Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 294 S. 892, 93. Vgl. *Worbs*, Inventar. dipl. a. a. O. S. 239 Nr. 701.

5 **1431**, Aug. 1. Reinhard Herr zu Cottbus confirmirt den von seinem Vater den Leinwebern der Stadt Cottbus verliehenen Rechtsbrief [nr. 2] unter Beifügung einiger Zusätze. (R.) *Manlius* l. c.; *Worbs* a. a. O. S. 245 nr. 720.

6 **1443**, Jun. 1. Luther Herr zu Cottbus gibt ebenfalls den besagten Leinwebern ein ihre Innungsartikel bestätigendes Privileg. (R.) *Manlius* l. c. §. VII; *Worbs* a. a. O. S. 256 nr. 772.

7 **1445**, Jun. 22. Die markgräflichen Brüder Friedrich der Aeltere und Friedrich der Jüngere von Brandenburg — in deren Besitz Schloss, Land und Stadt Cottbus durch Verträge mit Reinhard [6]) gekommen ist — geben ihren neuen Unterthanen das Versprechen: „das wir vnnsere manne vnd vnnse stat Kotbus by allen iren privilegien, briefen, friheiten, gewonheiten, by allen gnaden vnd gerechtickeiten, die sie bissher gehabt haben, lassen wollen vnd vnverbrochlich darby (zu) behalden on geverde." *v. Raumer*, Cod. dipl. Brandenburg. contin. Thl. I S. 205.

Schon durch Urk. v. 17. Dez. 1443 [*v. Raumer* a. a. O. S. 166; *Worbs* a. a. O. S. 257 nr. 766] hatte sich Reinhard Herr zu Cottbus in den Schutz der genannten brandenburgischen Fürsten unter dem Versprechen begeben, dass nach Abgang seiner Leibeserben sein Antheil an Schloss, Stadt und Land Cottbus, welches ja ohnehin, und zwar schon seit dem beginnenden XIV. Jhdt. vom Hause Brandenburg lehenrührig gewesen, an dieses heimfallen solle. Kurze Zeit darauf, unter dem 18. Juni 1445 verwandelte dann Reinhard jene Zusage in einen förmlichen Kaufcontract, indem er die cottbuser Herrschaft, wie sie sein Vater an ihn vererbt und was daran von seinem Vetter Luther, Herrn zu Cottbus, erbgangsweise auf ihn kommen würde, um 5500 Schock Groschen an den Markgrafen Friedrich den Aeltern von Brandenburg und dessen Bruder verkaufte, den richtigen Empfang dieser Summe bekannte, und Stadt, Schloss und Land anwies, jenen Huldigung zu leisten. [*Gercken*, Cod. dipl. Brandenburg. Tom. VIII Nr. CXII p. 672, 73; *Worbs* a. a. O. S. 260 nr. 771.] Der Huldigungsact wurde dann nach wenigen Tagen (22. Juni) von der Stadtgemeinde Cottbus feierlich vollzogen und zugleich auf die nächsten Erbfolger der regierenden Markgrafen, Johann und Albrecht, ausgedehnt. [*v. Raumer* a. a. O. S. 204.] Uebrigens ging schon im gubener Frieden v. 1462 das Recht des brandenburgischen Hauses auf Cottbus wieder verloren, indem „Cotbus slos vnd stat" an die Krone Böhmen gelangte und Markgraf Friedrich II. von Brandenburg sich dazu bequemen musste, den König Georg Podiebrad um die Lehensreichung darüber zu bitten, welche Ersterem auch am 5. Juni 1462 [*v. Raumer* in v. Ledebur's Archiv Bd. II S. 184, 85 nr. 3 mit S. 165] zu Theil ward. Vgl. noch E. L. *Wedekind*, Gesch. der Neumark Brandenburg (1847) S. 229—31.

1455. Markgraf (Kurfürst) Friedrich II. 8
von Brandenburg erneuert den cottbuser Leinwebern das von ihrem früheren Stadtherrn Luther [nr. 6] gegebene Innungs-Privileg. (R.) *Manlius* l. c. §. VIII p. 124; *Worbs* a. a. O. S. 271 nr. 811.

1464, Jun. 26. Derselbe gewährt und 9
bestätiget dem Bürgermeister und den Rathmannen seiner Stadt Cottbus auf deren Vor-

6) Das Geschlecht der Herrn von Cottbus starb (nach *Seger*) im J. 1475 aus.

stellung „von verstorbener güter wegen, die von fremden auswärtigen leuten aus dieser stadt weggebracht werden“, der letzteren „zu gute vnd besserung“, die Befugniss, „dass . . . von allen erb-gütern bey ihnen in der stadt verstorben, wer die fordert oder weg aus der stadt vnd aus dem weichbilde bringet, der darinnen nicht besezen ist, dass sie von demselben erbe allezeit den zehenden pfenning oder das zehende schock behalten, vnd in der genandten stadt bestes wenden und kehren sollen nach ihrem besten vermögen; wäre aber jemand im weichbilde vnd lande zu Cottbuss in ihr wilkühr besessen, der angestorben erbe in der stadt forderte, vnd er solches aus dem weichbilde nicht bringen wollte, dem sollen sie solches folgen lassen ohne beschwerunge des abzuges des zehenden etc., doch so bescheiden, dass man den bürgern zu Cottbuss, wenn erbe anstirbt auf dem lande in deme genandten weichbilde, [es] wieder in die stadt folgen lasse ohne beschwerung.“ J. C. C. *Oelrichs*, Beyträge zur Brandenburg. Geschichte (1761), Diplomat. Brandenb. Nr. XXXII S. 165, 66.

10 **1486**, Sept. 26. Markgraf Johann von Brandenburg nimmt die Bürger von Cottbus „in seine Pflicht, dass sie ihm und seinen männlichen Nachkommen, und wenn deren nicht sind, seinen Brüdern Friedrich und Sigismund getreu sein sollen.“ (R.) *Worbs* a. a. O. S. 307 nr. 942.

CCXIII. Crailsheim.

(Württemberg.)

J. H. *Hofmann*, Chronik von Crailsheim, (das.) 1810 kl. 8°., S. 1–6, 71–74; *Betz* „Das Aufblühen der Stadt Crailsheim unter der Herrschaft der Herrn von Hohenlohe im XIV. Jhdt. (1314 — 1388)“ in der Ztschr. des historischen Vereins für das wirtembergische Franken Bd. V Heft 1 (1859) S. 54 – 66. [Hier wird auch eine in Handschrift vorhandene crailsheimer Chronik von *Bauer* benützt.]

1 **1314**, Dez. 5. Der römische König Friedrich (der Schöne) belehnt den Craft von Hohenlohe um seiner treuen ihm und dem Reiche geleisteten Dienste willen mit der Veste Gailnau, der Stadt Crailsheim und dem Dorfe Hohenhart, wie solche Graf Konrad von Oettingen bei seinen Lebzeiten besessen hatte — „sane nobilis viri Kraftonis de Hohenloch, fidelis nostri, fructuosa et indefessa que nobis et imperio huiusque continuatione laudabili impendit servicia et in futurum impendere gratiora poterit pro oculis collocantes, sibi suisque heredibus, ut major imperio apud eos crescat devotio et augmententur servicia, castrum Geylenowe, opidum Kreylsheim ac villam Hohenhart cum omnibus suis juribus et pertinentiis, que quondam nobili viro Cunrado comiti de Oetingen, dum viveret, pertinebant, ex liberalitate regia duximus concedendos, a nobis et imperio feodali titulo perpetuo possidendos.“ *de Ludewig*, Reliq. MSS. Tom. II p. 265; J. F. *de Baumann*, Voluntar. imperii consortium inter Fridericum Austr. et Ludovicum Bav. (1735) p. 79; *Hansselmann*, Diplomat. Beweiss von des Hauses Hohenlohe Landes-Hoheit, Anh. Nr. LXXIX S. 433; *J. Rauchpar*, Oettingische Geschlechtsbeschreibung, hrsgeg. von J. P. *Lang* (1775) S. 54, 55.

1323, Febr. 26. Der römische König 2
Ludwig IV. erklärt, „daz er dem edeln manne Craften von Hohenloch . . . vmb den dienst, den er im getan hat vnd noch tun sol, versetzet habe vnd versetze Crewelshen die stat vnd Lare mit allem dem, daz darzu gehört, für zwei tusend phunt haller“. *Hansselmann* a. a. O. Nr. LXXXIV S. 435.

Crailsheim — „villa que nuncupatur Chrowelsheim in provincia que dicitur Franconia“ — zählte bereits im XII. Jhdt. zu den Besitzungen des St. Moriz-Stiftes in Augsburg [1]). Dasselbe verkaufte jedoch um 1289 sein „oppidum Crowelsheim“ an die Grafen von Oettingen. Auch diese vermochten aber den Ort nur wenige Decennien zu behaupten, da Graf Konrad III (genannt „Schrimpf“), welcher mit Württemberg verbündet, feindlich gegen Heinrich VII. aufgetreten war, im J. 1313 der Reichsacht verfiel und in Folge hievon aller seiner Güter verlustig ging [2]). Crailsheim, jetzt königliches Kammergut, kam bald darauf, wie die Urkk. nr. 1, 2 beweisen, im Wege der Verpfändung in den Lehensbesitz der Edlen von Hohenlohe. Zwar gab schon 1324 (Sept. 11) Ludwig von Hohenlohe dem Könige die briefliche Versicherung, dass Crailsheim nebst den anderen Pfandstücken, nämlich dem Burgstalle zu Lar und dem Dorfe Honhart, gegen Erlegung von 5000 Pfund Heller sofort wieder an das Reich freigegeben werden sollte (*de Freyberg*, Reg. Boic.

1) Urk. v. 1178 im *Wirtemberg.* UB. II, 191.

2) Vgl. Beyträge zur *Oettingischen* Geschichte Thl. II Samml. 2 (1776) S. 358 flg.

Vol. VI p. 144). Allein dieser Fall trat nicht ein; es wurde vielmehr die Pfandverschreibung an Craft von Hohenlohe nachher durch Kaiser Ludwig IV. zweimal, und zwar 1332 in Bezug auf „veste lant vnd gut" Crailsheim unter Zuschlag von 2000 Pfund Heller zur ursprünglichen Versatzsumme, und dann 1336 in Ansehung „des halben teils der stat zu Krawlsheim" unter Vermehrung des Pfandcapitals um weitere 500 Pfund Heller wiederholt. (*Hansselmann*, weiter erläutert- und vertheidigte Landes-Hoheit des Hauses Hohenlohe, Beyl. Nr. LXVIII, LXIX S. 137 flg.) Dieser Craft II. († 1344) und seine Gemahlin Adelheid († 1346), Graf Eberhard's von Württemberg Tochter, wandten aber dem neu erworbenen Orte, bei welchem nun auch einer Burg erwähnt wird, ihre besondere Gunst zu, so dass derselbe, bereits in der alleg. Urk. v. 1324 als „markt" bezeichnet, sich rasch zur Stadt vollends gar emporhob.

3 **1335**, Aug. 1. Kaiser Ludwig IV. erneuert dem Craft (II.) von Hohenlohe die Verpfändung verschiedener Städte-Zölle, darunter jenes „ze Krewlshaim", für 2000 Pfund Heller, „mit der beschaidenhait, daz er vnd sin erben die selben zölle inne haben vnd niezzen sullen mit aller der gewonhait, als er si vor inne gehabt hat vnd ingenomen hat." *Hansselmann*, Dipl. Beweiss, Anh. Nr. C S. 443.

4 **1338**, Febr. 21. Derselbe verleiht der aus besonderer Zuneigung für Craft von Hohenlohe gefreiten Stadt Crailsheim die Rechte und guten Gewohnheiten der Reichsstadt **Schwäbisch-Hall**:

„Wir Ludowig von gotes genaden romischer keyser, ze allen ziten merer des riches, verjehen offenlichen an disem brief, daz wir durch besunder genad vnd gunst, die wir haben zu dem edeln mann Kraften von Hohenloch, vnserm lieben getruwen, vnd durch der dienst willen, di er vns vnd dem rich getan hat vnd noch teglichen tut, sein stat Kraulsheim gefryet haben vnd fryen ouch mit disem brief von vnserm keyserlichen gewalt, vnd geben ir alliu diu recht und gut gewonheit, di vnser vnd des riches stat ze **Halle** hat, vnd dar vber ze einem vrkund geben wir disen brief versigelten mit vnserm keyserlichen insigel, der geben ist an samptztag vor sant Oswaldes tag nach kristes geburt driuzehen hundert jar, darnach in dem achten vnd dreizzigisten, in dem vier vnd zweintzigisten jar vnsers riches vnd in dem eynleften des keysertums." *Hansselmann* a. a. O. Nr. CIII S. 445.

5 **1347**, Nov. 21. König Karl IV. bestätigt dem Edeln Craft (III.) von Hohenlohe den Besitz und Fortgenuss der bereits seinen Vorfahren für 6000 Pfund Heller „eingesezten" Geleitsgerechtsame („gelayte") zu Crailsheim und in weiteren benannten und unbenannten Orten „mit allen nutzen vnd gewonheiten, als er vnd seine alt-vordere die geleyte genossen vnd inne gehabt haben", und zwar auf so lange, bis dieselben um die bezeichnete Summe vom Reiche wieder „geledigt vnd gelösst" werden würden. *Hansselmann* a. a. O. Nr. CXII S. 451.

Zu Ende des XIV. Jhdts. wechselte Crailsheim [Schloss, Burg und Stadt], nachdem es im J. 1379 eine schwere Belagerung durch die drei schwäbischen Bundesstädte Hall, Rotenburg und Dinkelsbühl rühmlich bestanden hatte, in Folge von Verpfändungen zweimal seine Herrschaft. Es gelangte nämlich im J. 1388 von Craft's III. Söhnen Ulrich und Friedrich von Hohenlohe an den Landgrafen Johann den Aelteren von Leuchtenberg, und dann 1399 von diesem an die Burggrafen von Nürnberg, in deren Besitz die Stadt während des übrigen Restes des Mittelalters verblieb. Vgl. Urkk. v. 7. Mai 1399 in den *Monum. Zoller.* Bd. VI Nr. L, LI S. 56—58.

Cranenburg. CCXIV.

(Preussen, Rheinprovinz.)

W. *Teschenmacheri* Annales Cliviae Juliae, Montium etc. p. 179 mit Cod. diplomat. Nr. XXIV—XXVI p. 16 sq.

1340, Nov. 12. Graf Dietrich VIII. von Cleve und sein Schwestersohn Dietrich von Horne, Herr zu Cranenburg, „approbiren en ratificiren ende vestigen" ihrer Stadt „Cranenborgh" [1]) und deren Bürgern alle von früheren Stadtherrn herrührende Freiheiten — „die selve vryheit van vnsen voirvaderen en alderen van alds gegeven en besegelt" — mit dem Versprechen, Bürger und Stadt bei denselben, wie sie der gegenwärtige Brief zusammenfasse, „in goider trouwen vast en stede tohalden", worauf nun die einzelnen Bestimmungen selbst sich anreihen, betreffend: a) den Erbgang — „dat, wanneer yemand van den borgeren sterft, dat dan syn neest van de rechte lynien geboeren syn erff baeren sall sonder yemants wederseggen; weer't sake, dat dair 1

1) Den Namen leitet *Teschenmacher* l. c. „a gruibus ad paludes, quibus adjacet, habitantibus" her.

geen witliek erfgename en were, so sall des doden erfnisse verwaert werden van onsen ambtman en jair lanck en sess weeken; queme yemandt binnen der voirgeml. tyt ende dat voirgeml. guyt eyschede en versochte ende na der forme des rechten bewese, dem sall die ambtman dat voirgeml. guyt averlaten; weer't oock sake, dat nyemandt binnen der voirgeml. tyt versochte, gelyck voirgeml. steet, so sal't gaen tot onser herlickheit"; b) die Bussen bei Gewaltthätigkeiten, vornehmlich an befriedeten Tagen, bei Angriffen mit todbringenden „instrumenten", Glieder-Verstümmelungen und Tödtungen; c) die Enthebung der cranenburger „coopluyde optreckende of nedertreckende den Rine" von der Waarenverzollung bei Orsoy, Grieth [2]), Hüssen und Nymwegen; d) die Unzulässigkeit einer Bekümmerung der genannten Bürger an Person und Gütern innerhalb der gräflichen Lande; e) die Verschonung derselben mit auswärtiger Gerichtsladung, denn „weer et sake, dat yemand myt oen te dedingen hadt, die sall komen tot der voirscr. stadt en dair syn recht begeeren et ontfangen"; f) die Verpflichtung der Stadtherrschaft, auch wider Misshandlung „buyten örn paalen" die Bürger „nae vermoigen" zu beschirmen; g) die Zollfreiheit der letzteren, wenn sie „tho marckte trecken", im ganzen clevischen Lande; h) die achttägige Probezeit derjenigen, welche städtische Bürger werden wollen, und die Voraussetzungen, unter welchen „eygen luyde . . . in enre medeborger rechten to nemen" sind; i) die Theilnahme der Bürger an der Landesvertheidigung — „hieromme hebben sy gelaeft onse landt tegen onse vyanden helpen beschermen op örs selfs cost sess weeken, off's noyt is, binnen onse paalen" [3]); k) die Reichnisse der Stadtgemeinde bei der Schwertleite eines Sohnes oder Vermählung einer Tochter im gräflichen Hause, wofür Wasser- und Weidegerechtigkeiten zugestanden werden; l) die Befugniss desjenigen, welcher durch Aufenthalt von einem Jahre und sechs Wochen „die borgrecht" in Cranenburg gewonnen hat, alsdann „onbelet to blyven off to varen myt syme guyde"; m) den altgebräuchlichen Hofstätte-Zins; endlich n) die Richter- und Schöffenwahl — „item sullen wy eenen richter setten tot ören nuttigheit onser stadt voirschreven, ind sy sullen dem mytschepen kiesen de sua voluntate." *Teschenmacher* l. c. Nr. XXIV p. 16, 17 (uncorrect).

Es war seit *Teschenmacher* (l. c. p. 149) eine allgemein verbreitete Ansicht [4]), welcher selbst jetzt noch hie und da das Wort geredet wird [5]), dass König Rudolph I. im J. 1290 (Jul. 5) Cranenburg als Beigabe zu Duisburg an Graf Dietrich VII. († 1305) von Cleve, und zwar „loco dotis", da sich Letzterer mit einer Nichte des Königs vermählte, für 2000 Mk. Silbers verpfändet habe, woraus man dann weiter folgerte, dass mithin Cranenburg vor der Mitte des Jahres 1290 eine Reichsstadt gewesen sein müsse. Allein nach *Hugo* [Mediatis. S. 184], welcher sich hiefür auf leider! nicht näher bezeichnete „archivalische Notizen" Lacomblet's beruft, ist diese Annahme eine irrige. Und es würde ihr, genau betrachtet, selbst schon die vorstehende Urk. nr. 1 entgegengehalten werden können. Denn nach derselben rühren diejenigen Freiheiten Cranenburg's, welche den städtischen Charakter eines Ortes zunächst auszuprägen und daher auch zu begründen pflegen, sämmtlich von den „voirvaderen en alderen" des Grafen Dietrich VIII. her. Muss man nun unfehlbar bei ersterem Ausdrucke doch wenigstens an den Grossvater des Privileg-Verleihers denken, so datirt sich die erste Gewährung städtischer Freiheiten an Cranenburg, oder, was wohl damit hier gleichbedeutend ist, die Erhebung des Ortes zur Stadt, auf Graf Dietrich VI., welcher zwischen Anfang Aprils 1274 und Ende Mais 1275 starb, zurück. Es muss also Cranenburg bereits vor dem J. 1274, jedenfalls vor 1290 im clevischen Besitze gewesen sein. Der Miturheber des in Frage stehenden Rechtsbriefes Dietrich van Horne, der eigentliche Stadtherr von Cranenburg — da seine Familie Land und Stadt im pfandweisen Lehensbesitze hatte (*Lacomblet*, UBuch Bd. III Nr. 458 S. 370), bis nach längerem Zerwürfnisse derselben mit dem Cleve'schen Hause ein Schiedspruch der Herzogin Johanna von Luxemburg v. 6. Dez. 1370 die Zurückgabe von „bourch stad ende land van Cranebourch mit alle hoirre toebehoiren mit rade ende mit onrade" an Graf Adolf von Cleve gegen Zahlung einer Summe von 37000 Goldschilden den Herren „van Pereweis" zur Pflicht machte (*Lacom-*

---

2) Im clever Priv. v. 1242 (1348) steht: „Smithusen", was vielleicht in: Gridhusen zu verbessern ist.

3) So habe ich den offenbar corrumpirten Text bei *T.* [„hebben *wy* gelaeft . . . in op *ons* selfs cost *dess laken* offs *Rycks* binnen onse paalen"] im Hinblicke auf das clever Priv. v. 1242 (1348) emendiren zu müssen geglaubt.

4) *Scheidemantel*, Repertor. des Ttsch. Staats- und Lehenrechts I, 625.

5) *Leitzmann*, Wegweiser S. 177.

blet a. a. O. Nr. 706 S. 604, 5) — war der Sohn Gerhard's von Horne und Perwis [aus dem alt-edlen, eine brabantische Nebenlinie bildenden Geschlechte der domini de Perweys s. Perves] [6]) und der Gräfin Irmgard oder Elisabeth von Cleve, einer Tochter Dietrichs VII. und der Habsburgerin Margaretha von Kyburg.

Uebrigens stellt sich der Inhalt der Urk. nr. 1 bis auf wenige kaum nennenswerthe Abweichungen als durchaus übereinstimmend mit dem Freiheitsbriefe Dietrich's V. für die Stadt Cleve v. 1242 [s. oben S. 495 nr. 1, 2] dar. Es ergibt sich hieraus die Vermuthung, dass bereits die erste Stadtrechts-Verleihung (sei es nun Dietrich's VII. oder schon seines Vaters und Vorgängers Dietrich's VI.) an Cranenburg lediglich in einer Uebertragung des clevischen Privilegs auf die neue Nachbarstadt bestanden habe, dieser älteste lateinische Rechtsbrief Cranenburg's aber verloren gegangen sei.

2 **1343**, Febr. 3. Ritter Dietrich van Horne, Herr von Cranenburg, bestätiget auf der Stadt Begehren und in Vereinbarung mit derselben die für die „geerffden“ und „huevener“ der um Cranenburg gelegenen deichpflichtigen Grundstücke von den früheren Grafen von Cleve gegebenen Satzungen über die Wahl der jährlich zu kiesenden sieben „heymraeden“ und die Aufstellung eines „dyckgreven“ durch die Stadtherrschaft [7]), über die Eide, Befugnisse und Obliegenheiten, insbesondere die Schauungen („schawe op den dycken“) beider Theile, über die Bussen („kören“) und Strafen bei Deichvergehen, namentlich wenn jemand „buyten des dyckgreve off des heymraets orloff die dyken ontwee groiff off thobreke“ und andere in das Deichwesen einschlägige Punkte, worauf am Schlusse Richter, Bürgermeister, Schöffen, Rath, gemeine Stadt und die „geerffden“ von Cranenburg unter Anhängung des gemeinen Stadt- und gemeinen Schöffen-Siegels geloben, „alle de versproecken voorwaerden mit oeren lieven heeren . . . vast vnd stede tho halden.“ *Teschenmacher* l. c. Nr. XXV p. 17—19.

1417 (?) Herzog Adolph I. von Cleve gestattet dem Rathe seiner Stadt Cranenburg die Erhebung einer Bier-Accise. (R.) *Teschenmacher* l. c. p. 179.

1481, Apr. 19. Herzog Johann I. von Cleve „confirmert, vestet ind stediget“ den „porteren“ [8]) seiner Stadt Cranenburg „alle vryheyden, rechten, alde gewoente ind herkomen, die syne voralderen ind voirvaderen oen hier voirmaels gegeven hebben, ind die sy her toe gebracht hebben van greve Diederik tyden, die syn beschreven en besegelt off onbeschreven ind onbesegelt“, indem er zugleich „in gueden trowen ind mit opgerechten vingeren ind mit gestaiffden eyde lyfflick aver den heyligen geswaeren“ für sich und seine Erben versichert und gelobt, „oen die voirschreven vryheyden, rechten, gewoente ind herkomen altemail ind een yegelyck sunderlingh vast, stede ind onverbreckelick te halden ten ewigen dage toe.“ *Teschenmacher* l. c. Nr. XXVI p. 19, 20. 4

Crefeld. CCXV.

(Preussen, Rheinprovinz.)

F. W. *Hammerstein*, Kurze Geschichte der Stadt Crefeld und ihres Bezirkes. Neue Aufl. durch E. von Hammerstein, das. 1844. 8⁰. A. *Rein*, Beiträge zur Geschichte der Stadt Crefeld und ihrer ehemaligen Besitzer, der Grafen und Herren von Moers bis zum J. 1600 (Progr.), Crefeld 1844. 4⁰. Herm. *Keussen*, Die Stadt und Herrlichkeit Crefeld, historisch-topographisch dargestellt, Hefte 1—5 (unvollendet), das. 1859—64. 8⁰. Vgl. auch H. S. *v. Alpen*, Gesch. des fränkischen Rheinufers (Cöln 1802. 8⁰.) Bd. II S. 518—44, bes. 528 flg.

Die kirchlichen und auf die äussere Stadtgeschichte bezüglichen Documente theilt *Keussen* a. a. O. „Anhang“ S I—LXII mit; die eigentlichen Rechtsbriefe Crefeld's dagegen haben *Lacomblet* und nach den Transsumten v. 1570 und 1575, jedoch auch mit Vergleichung der Originalien, in einem Festprogramme A. *Rein*: „Urkunde Hermanns Grafen von Neuenar und Moers über die Markt- und Stadtrechte von Crefeld mit den Verleihungs- und Bestätigungsurkunden der Kaiser Karl IV. und Maximilian II. aus den

6) J. *Ficker*, Vom Reichsfürstenstande I, 240.

7) Ueber den Dijkgraven und die viel früher begegnenden Heemraders und Heemraadschappen (1155 „conjurati quos heimerat vocant“) findet man gute rechtshistorische Notizen bei D. W. *Nibbelink*, Handvesten en oorkonden betrekk. de regtsgeschiedenis van den Zwijndrechtschen waard, Leiden 1860. 4⁰., Inleid. bl. VIII—XII.

8) Port, poirte Stadt; ghemene port Stadtgemeinde; poortrecht, vrihede der poirte, Stadtrecht, Stadtfreiheit; poorter, poerter, poirter Bürger. Vgl. *Noordewier*, Nederduitsche Regtsoudheden bl. 138, 39; *Beucker-Andreae*, De orig. juris municip. Frisici (1840) p. 372, 73, 74; 416, 43—45.

J. 1361, 1373, 1570 und 1575, mit der Deutschen Uebersetzung der Lateinischen Urkunden", Cref. 1852. 4⁰. herausgegeben.

1 **1361**, Apr. 14. Kaiser Karl IV. gestattet auf Verwendung Erzbischof Wilhelm's von Cöln dem Grafen Dietrich (IV.) von Moers, in seinem Orte Crefeld einen Jahrmarkt und Wochenmärkte einzurichten — „ut in villa sua Creinvelt [1]) dicta Coloniensis dyocesis annales nundinas necnon forum septimanale, sine tamen concursu et prejudicio circumjacentium civitatum et etiam opidorum, . . . ponere et indicere possit ac etiam instaurare, perpetuis temporibus duratura" —, dabei noch besonders bestimmend: „ut hujusmodi annales nundine ac septimanale forum more aliarum villarum illius provincie ab omnibus, qui ea visitare voluerint, libere visitentur, omnesque, qui villam ipsam ex causis premissis accesserint, tam accedendo et stando quam recedendo universis libertatibus, juribus et indultis fruantur et gaudeant, quibus alie ville in concessis sibi ab imperio nundinis ac foris septimanalibus perfruuntur de gratia, jure, consuetudine vel statuto." *Rein*, Urk. S. 3, 4; *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 613 S. 515, 16. Vgl. H. *Altgelt*, Gesch. der Grafen und Herren von Moers (1845) S. 18; *Keussen* a. a. O. S. 237—39 m. S. 222.

2 **1373**, Oct. 1. Derselbe gewährt dem Grafen Friedrich III. [2]) von Moers die Befugniss, seinen Ort Crefeld in eine befestigte Stadt mit mehrtägigem Wochenmarkte umzuwandeln, wobei zugleich deren Bewohnern die Ausübung aller sonst bei grossen und kleineren Städten im Reiche herkömmlichen Freiheiten und Gerechtigkeiten, wie z. B. in Ansehung der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit, zugestanden, der Besuch des städtischen Markts, insonderheit Viehmarkts Jedermann freigegeben, endlich dem Grafen und der Bürgerschaft erlaubt wird, von allen die Stadt passirenden Last-, Zug- und zum Verkaufe bestimmten Pferden Behufs baulicher Besserung und Befestigung Crefeld's einen Durchgangszoll zu erheben. Jede Verletzung und Hinderung vorstehender Rechte und Freiheiten wird mit einer zur Hälfte dem kaiserlichen Fiscus und halb dem Beschädigten zufallenden Geldstrafe von 1000 Mark Goldes bedroht.

„Karolus quartus, divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex, notum facimus tenore presentium, quod consideratis gratis fidelibus obsequiis spectabilis Fridrici comitis de Murse, nostri et imperii sacri fidelis dilecti, quibus majestati nostre a retroactis temporibus complacere curavit et complacere poterit uberius in futuris, sibi et heredibus suis auctoritate cesarea et de certa nostra sciencia graciosius indulgemus et tenore presentium damus plenariam et omnimodam potestatem, ut villam suam Creyvelt infra opida dicta Lynne et Kempen in opidum forense sive munitum erigere ipsumque, prout commodius sibi expedire videbitur, fossatis, muris, turribus, portis, propugnaculis, vallibus et aliis munimentis juxta eorum voluntatis beneplacitum munire et firmare, necnon ibidem diem forensem septimanis singulis in die dominico ab occasu solis diei sabbati usque ad ortum solis ferie secunde instituere et celebrari facere valeant atque possint. Decernentes auctoritate cesarea prefata, quod supradictum opidum Creyvelt et ejus incole omnibus juribus, consuetudinibus, emunitatibus, graciis, emolumentis, libertatibus, commodis, honoribus, jurisdictionibus, bailiis [3]), judiciis, cyppo [4]), patibulo sive furca [5]) et aliis penis, que jure statuto vel consuetudine solite [6]) sunt pro reatibus et maleficiis irrogari, et generaliter singulis conditionibus, quibus civitates et opida sacri imperii de jure seu approbata consuetudine frui et potiri consueverant et solent, quibus etiam appropriatis vocabulis designari valeant, sine diminutione qualibet potiatur; quodque omnibus hominibus, nobilibus, militibus, clientibus, civibus, scultetis, mercatoribus, rusticis et aliis, cujuscumque status seu conditionis existant, liceat prefatum opidum ad usus emptionis et venditionis quarumlibet rerum, animalium, pecudum et aliarum, cujuscumque ponderis numeri et mensure, cujuscumque etiam generis existant, absque omni impedimento pro ipsorum mentium beneplacito visitare. Ceterum de uberiori nostra gratia dicto comiti necnon civibus et incolis opidi de Creyvelt prefati gratiosius indulgemus, ut pro melioratione et fortificatione ejusdem opidi de quolibet equo mercatorum seu vectorum mercimonia ducente seu trahente et etiam exonerato venali per opidum ipsum sursum vel deorsum

1) Ueber den Namen „Creinvelt, Creyvelt, Creifelt, Crevelt" etc. und dessen verschiedene Deutungen s. *Keussen* a. a. O. S. 43—49

2) Ich folge hier *Altgelt* a. a. O. S. 20, 22; nach *Keussen* a. a. O. S. 233 — 35 ist es Friedrich II. gewesen.

3) Aemter, Amtsstellen.

4) Stock, Gefängniss. Vgl. *Walter*, Dtsch. RGesch. I, 355; II, 434.

5) J. *Grimm*, RAlterth. S. 683 Note *).

6) In den Transsumten: solita.

transeunte unum grossum Turonensem antiquum exigere et levare valeant atque possint, non obstantibus [7]) quibuscumque consuetudinibus, usibus, observanciis, statutis municipalibus, sive communibus et editis publicis sive privatis, quibus omnibus, sub quacumque verborum forma edita seu edite, expressa seu expresse consistunt, etiamsi de hiis jure vel consuetudine deberet in presentibus fieri mentio specialis, si et in quantum donationi sive largitioni presentis nostre gratie refragantur, expresse et de certa scientia derogamus. Inhibentes districte universis et singulis principibus ecclesiasticis et secularibus, comitibus, baronibus, ministerialibus, militibus, clientibus, vicariis, advocatis, officialibus, civitatum opidorum et locorum consulibus, scabinis, universitatibus et ceteris nostris et imperii sacri fidelibus, presentibus et futuris, ne adversus presentis nostre imperatorie largitionis indultum quavis temeritate sive quovis ingenio aut colore dictos comitem, heredes ipsius aut opidanos prefati opidi de Creyvelt impediant aut sinant vel faciant per quempiam quomodolibet impedire, sub pena mille marcarum auri, quas ab eo, qui contrafecerit, toties quoties contrafactum fuerit, irremissibiliter exigi volumus et earum medietatem imperiali nostro fisco, residuam vero partem injuriam passorum usibus applicari. Presentium sub imperialis majestatis nostre sigillo testimonio litterarum. Datum Prage, anno domini millesimo trecentesimo septuagesimo tertio, indictione undecima, kal. octobris, regnorum nostrorum anno XXVIII, imperii vero XVIIII." *Rein*, Urk. S. 5, 6; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 746 S. 641, 42. Vgl. *v. Alpen* a. a. O. S. 530; *Keussen* a. a. O. S. 241, 42.

3 **1373**, Oct. 30. Derselbe verleiht auf Graf Friedrich's von Moers inständiges Bitten dem „opidum Creyvelt" zwei Jahrmärkte von je siebentägiger Dauer, wovon der eine am St. Blasius-Tage, der andere am Feste der heiligen Vitus und Modestus stattfinden soll, unter Zusicherung freien Geleits und der sonst üblichen Jahrmarktsfreiheiten, sowie mit Einfügung der besonderen Bestimmung: „ut per omne tempus, quo nundinas ipsas observari decrevimus, ut prefertur, nullus mercator nullaque persona, cujuscumque status dignitatis aut condicionis existat, alium mercatorem aliamve personam, quecumque sit illa,... super quocumque debito vel quocumque contractu arrestare vel impetere possit aut etiam judicialiter convenire vel extrajudicialiter occupare, nisi debitum ipsum in dicto opido inter ipsas nundinas probetur fuisse contractum." *Rein*, Urk. S. 6 — 8; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 749 S. 644. Vgl. *Keussen* a. a. O. S. 242, 43.

Crefeld, zuerst im XII. Jhdt. urkundlich genannt, und vermuthlich in den frühesten Zeiten cölnisches Stiftsgut, aber etwa um 1226 auf dem Wege erzbischöflicher Belehnung sammt dem nächstliegenden Gelände in den Besitz der zugleich mit der gräflichen Gewalt darüber bekleideten Herrn von Moers gelangt, wird in der Urk. nr. 2 zum „opidum forense sive munitum" gefördert, worunter *Altgelt* a. a. O. S. 22 blos eine Umwandlung in einen befestigten „Marktflecken", *Rein*, *Lacomblet* und *Keussen* hingegen die wirkliche Erhebung zur „Stadt" verstanden wissen wollen. Allerdings ist nun der Begriff von „oppidum" ein durchaus schwankender [8]), und in der alleg. Urk. überdies unverkennbar in einen Gegensatz zu „civitas" gestellt, wenn auch wieder andererseits daselbst der Ausdruck „cives" einmal als Bezeichnung der bevorzugten Einwohnerschaft Crefeld's (gegenüber den übrigen „incolae") begegnet. Allein erwägt man, dass a) durch das Privileg nr. 2 unfehlbar der Ort in eine neue, höhere Phase seiner Entwicklung gebracht werden sollte, die Bedeutung eines blosen Marktfleckens demselben aber factisch schon durch die Urk. nr. 1 verliehen war; dass b) der Rechtsbrief nr. 2 entschieden das grössere Gewicht und den Nachdruck auf das darin dem Grafen Friedrich gewährte Ummauerungs- und Befestigungsrecht legt, die Errichtung von Mauern, Thürmen, Thoren u. s. f. aber, wenn sie auch hie und da bei blosen Märkten sich findet, doch in der Regel als das auszeichnende Merkmal der Städte betrachtet werden muss [9]); dass c) die dem Orte Crefeld in der Urk. nr. 2 nach dem Muster der übrigen „civitates et opida sacri imperii" zugestandenen Freiheiten und Rechte den Kreis der einem Marktflecken gewöhnlich zukommenden doch beiweiten überbieten; dass ferner d) im XV. Jhdt. Crefeld sich nach Bezeichnung und Einrichtung allenthalben als Stadt zu erkennen gibt, ohne dass nach 1373 ein neues, diesen Fortschritt verursachendes Privileg oder sonstiges politisches Ereigniss urkundlich erweisbar wäre; dass endlich e) der Ausdruck „oppidum" in der Rechtssprache des nachbarlichen Westfalen's und zwar in völlig gleichzeitigen Documenten ganz allgemein bei Orten, welche unzweifelhaft bereits als Städte anerkannt wa-

7) Im Originale: obstante.

8) Vgl. *Zöpfl*, Alterth. III, 65.
9) *Gaupp*, Stadtrechte I, 16, 17.

ren, wie Attendorn 1372, 1374, Menden 1372, Olpe 1373, Rüden 1372, 1377, Soest 1373, Werl 1371, gebraucht ist[10]): so dürfte es fast zur Gewissheit werden, dass die Absicht des Kaisers bei Ausstellung der Urk. nr. 2 darauf gerichtet gewesen sei, den bereits mit Marktgerechtigkeiten bekleideten Ort Crefeld auch in die Reihe der Städte aufgenommen zu sehen.

4 **1484**, Oct. 1. Graf Vincenz von Moers verpfändet die Stadt und Herrlichkeit Crefeld (nebst dem Schlosse Krakau) an seinen Eidam, den Grafen Oswald von dem Berge, wobei Letzterer und dessen Erben die Verpflichtung übernehmen: „in der vurscreven stadt, landt ind herlicheit scheffen ordell ind landtrecht wederfaeren zo laissen ind die burgher ind ondersaessen daselfs zo verdedingen, beschermen vnd verantworden na alle yre macht." *Keussen* a. a. O. Anh. S. XLII—LI[11]).

5 **1489**. Graf Vincenz von Moers trägt Land und Stadt Crefeld — dem vorerwähnten Pfandnexus [nr. 4] unbeschadet — dem Erzbischofe Johann II. von Trier zu Lehen auf, um durch denselben sofort wieder damit belehnt zu werden. (R.) *Görz*, Regesten der EB. von Trier S. 273. Vgl. *Keussen* a. a. O. S. 259.

Bis zum Ausgange des XV. Jhdts. verblieb Crefeld, da einzelne von Cleve darauf erhobene Rechtsansprüche am Mangel aller Beweise scheiterten, unter der Herrschaft des Mörs'schen Grafenhauses[12]). Dieses Verhältniss änderte sich jedoch durch den Verpfändungsact vom J. 1484 (nr. 4), dessen Wirkungen bis zum Schlusse des Mittelalters ungeändert fortwährten, da Oswald von dem Berge, nachdem er 1498 in die Reichsacht und dabei namentlich auch seines Pfand-Titels auf Crefeld und Krakau verlustig erklärt worden[13]), gegen den Vollzug des kaiserlichen Machtspruches an Karl von Egmont einen Schützer gefunden hatte. Vgl. *Keussen* a. a. O. S. 276.

10) *Seibertz*, UBuch II, 596, 602, 7, 11, 13, 14, 25.

11) Vgl. auch die gleichzeitige Urk., worin Graf Bernhard von Moers zu obiger Verpfändung seines Grossvaters consentirt, b. *Keussen* a. a. O. Anh. S. LII flg. —

12) S. übrigens die Urk. v. 16. Jan. 1493 b. *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 458 S. 568 flg. —

13) Urkunde K. Maximilian's I. v. 20 Jul. 1498 *das.* Nr. 480 S. 600.

Creglingen. CCXVI.

(Württemberg.)

O. F. H. *Schönhuth*, Creglingen und seine Umgebungen, Chronik und Beschreibung, Mergenth. 1846. 12°. Hier werden nachstehende noch ungedruckte Privilegien erwähnt:

1346. König Karl IV. ertheilt dem Orte Creglingen gleiche Stadt- und Marktgerechtigkeiten, wie die Stadt **Rotenburg** (an der Tauber) hat, sowie die Befugniss, Stock und Galgen aufzurichten. (R.) S. 5. 1

1418. König Sigismund gibt der Stadt Creglingen, aus besonderer Gunst gegen die Besitzerin derselben, Margaretha von Brauneck, und um der von ihren Voreltern dem Reiche geleisteten guten Dienste willen, die Erlaubniss, einen Wochenmarkt an jedem Samstage und zwei Jahrmärkte, den einen an Walburgis und den anderen an Simon und Judas, zu halten. (R.) S. 6. 2

Creglingen (Cregelingen, Chregelingen), zuerst in einer Schenkungs-Urk. Herzog Heinrich's VII. von Bayern für die Kirche zu Bamberg v. 13. Nov. 1045 als „predium in pago Tuvergowe in Comitatu Hecelonis comitis" erwähnt[1]), später nach mehrmaligem Wechsel der Herrschaft der Braunecker Linie des Hohenlohe'schen Geschlechtes[2]) zugehörig, gelangte nach dem Aussterben derselben im Mannsstamme mit Konrad II. (1391) durch einen Vertrag seines Tochtermannes, des Burggrafen Michael zu Magdeburg, mit dem Burggrafen Albrecht (Achilles) von Nürnberg v. 21. Dez. 1448 in den dauernden Besitz des Brandenburgischen Fürstenhauses. Vgl. *Schönhuth* a. a. O. S. 7—11.

Cremmen. CCXVII.

(Preussen, Mittelmark.)

Riedel, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I. Bd. VII S. 185—201 [Geschichte], 201—39 [Urkundenbuch]. Vgl. auch *Riehl* u. *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 181, 82; E. *Fidicin*, Die Territorien der Mark Brandenburg Bd. III Nr. I „Havelland" S. xv.

1298[1]), Mai 8. Die Markgrafen Otto IV., Konrad I., Heinrich III. und Jo- 1

1) *Wirtemb.* UB. I, 268.
2) v. *Stälin*, Wirtemb. Gesch. II. 544 flg.
1) L. irrthümlich: 1288.

hann V. von Brandenburg bestätigen den Bürgern von Cremmen den Moderbusch und ihre übrigen Grundbesitzungen — wovon durch den markgräflichen Vogt Hahn und den Knappen Ernst von Kalen eine für alle Zukunft unabänderliche Vermessung („dimensio sive ordinatio") vorgenommen worden — und erklären hierauf weiter: „item civitas Cremmen et burgenses habebunt sua jura et forum civitatis [2]) cum molendino Rossmolen, ut hactenus consueverunt; libertates etiam a nobis et a nostris progenitoribus sibi prius datas rationabiliter in perpetuum observabunt, dummodo nobis de quolibet manso tres solidos denariorum Brandenburgensium in festo sancti Martini singulis annis ministrabunt. Pro hujusmodi quidem libertate ac donatione et omnibus aliis articulis premissis pretacti burgenses nobis dederunt centum talenta et quatuor talenta denariorum Brandenburgensium paratorum." Bei *de Ludewig*, Reliq. MS. Tom. IX p. 505—7; *Gerken*, Fragm. March. Thl. III Nr. X p. 22—24; *Riedel* a. a. O. S. 201, 2 m. S. 192.

2 **1324**, Nov. 20. Markgraf Ludwig (der Aeltere) von Brandenburg ertheilt den Rathmannen und der Bürgerschaft zu Cremmen eine General-Confirmation aller ihrer „communia jura, libertates, proprietates, possessiones, donationes et gratie atque approbate consuetudines." *de Ludewig* l. c. p. 525, 26; *Riedel* a. a. O. S. 202.

3 **1355**, Febr. 24. Markgraf Ludwig der Römer verleiht dem Ritter Copke (Jacob) von Bredow und seinen Erben „mit einer samenden hand vnd rechten angefelle", auf Grund eines zwischen jenem und dem Marquard Luterbec abgeschlossenen Kaufvertrags, „Cremmen hawsz vnd stad" sammt dem Kietze und den dazu gehörigen Dörfern, zugleich die Bürger Cremmen's mit allen ihren Abgaben und Diensten an die neue Stadtherrschaft verweisend — „auch sollen die borger zu Cremmen nicht anstehn, mitt unsern steten eingerlei schosse, gebete oder pfligt vns zu thunde, wente sie sollen gentzlichen der von Bredow bleiben vnd ire sein." *Riedel* a. a. O. S. 203, 4.

Cremmen, aus einer uralten Veste und einem um dieselbe frühe entstandenen Wenden-Dorfe im Lande Glin (Ghelin) hervorgegangen, befand sich bis in den Anfang des XIV. Jhdts. im unmittelbaren Besitze der brandenburgischen Fürsten. Ihnen verdankte auch der Ort seine Erhebung zur Stadt, womit zwar schon vor 1298 begonnen worden zu sein scheint, welche aber gewiss erst in diesem Jahre und durch das unter Nr. 1 aufgeführte Privileg zu völligem Abschlusse gelangt ist. Dass hiebei der in der alleg. Urk. genannte Vogt „Gallus" — aus dem nachmals gräflichen Geschlechte von Hahn in Mecklenburg [3]) — nicht blos als Vollstrecker fremder Weisungen thätig gewesen sei, dass man ihn geradezu als den eigentlichen Gründer der städtischen Einrichtungen Cremmen's ansehen dürfe, findet in dem einen Hahn auf einer Henne darstellenden Wappenbilde der neuen Stadtgemeinde wenigstens einige Unterstützung. Um 1324 übergaben nun die Markgrafen Ludwig der Aeltere und Ludwig der Römer ihrem Beamten und Günstlinge, dem bayerischen Ritter Marquard von Lauterbach (Luterbec) [4]) zur Belohnung treuer Dienste das Ländchen und die Stadt Cremmen zu Lehen. Dieser verkaufte aber nach wenigen Decennien (1355) Cremmen sammt aller Zubehörung an die Familie von Bredow [5]), welche alsbald die markgräfliche Belehnung damit erwirkte [nr 3], und sich von da an bis in die Mitte des XVII. Jhdts. in diesem Feudalbesitze zu behaupten wusste. Wenn hiegegen *Buchholtz*, Versuch einer Gesch. der Churmark Brandenburg Thl. II S. 345, 46, die Stadt Cremmen seit dem J. 1288 [in welches er mit v. Ludewig die Urk. nr. 1 verlegt] als v. Bredow'sches Lehen ansieht, so beruht dieses offenbar auf einem Irrthume.

Crempe. CCXVIII.

(Holstein.)

A. C. *Lucht*, Einzelnes zur Geschichte Glückstadt's und Crempe's, Glückst. 1847 4°., Nr. III S. 15 flg. [Blos Notizen Sammlung aus älteren Autoren.] Vgl. auch *de Westphalen*, Monum. ined. rerum Cimbric. Tom. I col. 11, 1794, 1842, 1845, 1895, 1924, 1942, 43. — Die Schrift von J. F. C. *v. Colditz*, „Versuch eines Abrisses der Verfassung der Stadt

2) So verbessert *R.* den Text der älteren Abdrücke: sua ut (et) forum civilitatem."

3) Vgl. *Deutsche Grafen-Häuser* der Gegenwart I, 306 flg.

4) Marquard Luterpach (Lutterpech) begegnet in Urkk. aus den J. 1339 — 1352 anfänglich als „advocatus in Brandenburg", später als „marschalcus".

5) Vgl. *v. Ledebur's* Adelslexikon der Preuss. Monarchie I, 101 flg. III, 215; E. H. *Kneschke*, Neues allgem. dtsch. Adels-Lexicon II, 31 flg.

Crempe", Kiel 1817. 8°., bietet nur sehr wenige historische Andeutungen.

Die Rechtsbriefe Crempe's finden sich gesammelt im *Corpus* Constitutt. Regio-*Holsatic.* Bd. III Thl. II: „Verfassungen der Stadt Crempe" Abthl. 1 S. 273 flg.

1 **1271**, Mai 30. Graf Gerhard I. [plöner Linie oder von Itzehoe] zu Holstein vereinigt sich mit seinen „homines de opido Crempe" über den Fortgebrauch des **lübischen Rechts** in ihren Gerichten — „concordavimus, quod habebunt **jus Lubicense** in omnibus judiciis terminandum, sicut hactenus habuerunt" —; gestattet ihnen, „ut cum navibus suis sal ducentibus libere possint ire ad superiores partes aque Sturie et emere et reducere annonam, prout ipsis utile fuerit et expediens", so lange nämlich solches nicht von landesfürstlicher Seite „ob aliquam causam rationalem" untersagt werden würde, sowie auch gleich den „homines de Etzeho" die freie Holzverführung auf besagtem Stör-Flusse ohne Hinderung durch die Vögte; und trifft endlich mit den Crempenern eine Bestimmung über die Benützung des zwischen den Dörfern Nigenbroke und Walna befindlichen Moores — „de palude que moer vulgariter dicitur" —, insbesondere über die Weide darauf, sich hiebei vorbehaltend, dass, sofern er etwa in späterer Zeit eine Umwandlung jenes Moores in Saatland für gut befinden würde, er hiezu gegen Zahlung von 60 Mk. hamburger Münze an die Leute zu Crempe befugt sein solle. *Corp. Holsat.* a. a. O. Nr. 1 S. 275, 76.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass die vorstehende Urkunde in ihrem ersten Hauptpunkte nicht einen Rechtszustand in Crempe herbeiführen, sondern lediglich einen bereits existirenden für die Zukunft aufrecht erhalten wollte. In welches Jahr nun die ursprüngliche Bewidmung Crempe's mit dem jus Lubecense zu setzen sei, lässt sich ebensowenig mehr mit diplomatischer Genauigkeit bestimmen, als die Entstehungszeit des Ortes überhaupt, dessen städtische Entwicklung unfehlbar mit der Verleihung des lübischen Rechts ihren Anfang nahm. Zwar bieten ältere Historiker, namentlich *Lambertus Alardus*, die Nachricht, dass Graf Gerhard I. im J. 1260 die fragliche Rechtsübertragung vollzogen habe, und diese Annahme scheinen selbst noch einzelne neuere Schriftsteller, wie *Falck*, Handb. des Schleswig-Holstein. PRs. Bd. I S. 391, zu theilen. Allein, es gebricht dafür an jedem sichern Quellenzeugnisse. Uebrigens verblieb Crempe von da an bis in die neueste Zeit ununterbrochen im Besitze des lübischen Rechts [s. *v. Colditz* a. a. O. §. 33 S. 27], und betrachtete auch das ganze Mittelalter hindurch den Rath der Stadt Lübeck als seinen Oberhof, wie das Ordel des letzteren für den „raedt tor Krempe" v. 1492 b. *Michelsen*, Oberhof, Samml. Nr. 224 S. 292 am besten darzuthun vermag.

1306, Nov. 29. Die Grafen Johann II. und Gerhard II. zu Holstein bestätigen den Bürgern zu Crempe das **lübische Recht** — „recognoscimus, quod nos dilectis civibus nostris in Crempa [1]) **jus Lubecense** dedimus, quo libere frui debent perpetuo, sicut ipsis a nostris progenitoribus liberaliter est concessum, . . . inhibentes districte, ne quis ipsos contra ordinem et modum dicti juris audeat impetere et gravare quomodocunque." *de Westphalen* l. c. Tom. IV Nr. XXX, 9 col. 3215; *Corp. Holsat.* a. a. O. Nr. II S. 277. 2

1311. Graf Gerhard II. von Holstein gibt seiner Stadt Crempe besondere Freiheiten in Ansehung der Verhaftung auf frischer That ergriffener Missethäter: „cum in nostro opido paludensi scilicet Crempa sediciones et violentie plurime et intolerabiles oriuntur, ita quod quidam vulnerantur, quidam interficiuntur, quidam spoliantur, quidam raptum et hujusmodi causas criminales et violentias indifferenter perpetrantes crimine vero perpetrato ex fragilitate judicii, videlicet nostrorum advocatorum et consulum dicti opidi, discedunt violenta manu sepius et subsidio cognatorum: unde dicto opido jus civile confirmando concedimus annuentes, ut si quis civium vel rurensium reum in dictis criminalibus comprehenderit ledendo vel vulnerando afflixerit, in nos et in nostrum opidum jam dictum peccasse hunc et in nullo volumus penitus deliquisse, dummodo nostros famulos et dictos consules adjuvet fideliter et defendat." *Corp. Holsat.* a. a. O. S. 277, 78. 3

1320, März 3. Graf Johann II. von Holstein übereignet eine seinem Hause gehörige „fovea" (Grube) dem Rathe und der Stadtgemeinde zu Crempe. *Corp. Holsat.* a. a. O. S. 278. 4

1320, Jun. 8. Derselbe confirmirt den Crempenern [2]) „**jus Lubecense** . . . et omnem libertatem, quam autenticis literis in posterum demonstrare poterint evidenter, sicuti eisdem a progenitoribus [comitis] est concessum." *de Westphalen* l. c. nr. 12 col. 3217, 18; *Corp. Holsat.* a. a. O. S. 278. 5

1333, Jan. 31. Graf Johann III. von Holstein erlaubt dem Rathe und den Bürgern von Crempe, um grösserer Sicherheit 6

---

1) *W.* Crimpa.
2) *W.* civ. in Crymba.

vor Raub und Diebstahl willen ihre Stadt auf jede mögliche, ihnen zweckmässig erscheinende Weise — „plancis, que in communi dicuntur planken, cespitibus, lapidibus, fossis melioribus vel aliis quibuscunque modis poterint, prout ipsis videbitur expedire“ — zu befestigen, und insbesondere die Thore („exitus viarum et valvas dicte civitatis“) nach Belieben an geeigneten Orten anzubringen, jedoch so, dass er und seine Amtleute und Vögte bei dieser Befestigungs-Angelegenheit mit ihrer Meinung gehört werden müssten — „nobis et nostris officialibus nec non et advocatis pro eo munimine requisitis.“ *Corp. Holsat.* a. a. O. S. 278, 79.

7 **1363**, Nov. 7. Adolph VIII. von Holstein ertheilt den Rathmannen und der Stadtgemeinde zu Crempe über ihre von den früheren Grafen herrührenden Handfesten — „literas . . . super jurisdictione Lubecensi et quibusdam libertatibus collatas, non cancellatas, non abrasas, non abolitas, nec in aliqua parte sui vitiatas“, namentlich aber über die wörtlich eingerückten fünf Privilegien nr. 2 — 6, einen umfassenden Bestätigungsbrief. *Corp. Holsat.* a. a. O. S. 276—80.

CCXIX. Creussen.

(Bayern, Franken.)

Joh. *Will*, Crusiae urbis Burggrafiatus Norici supramontani antiquissimae historia, Baruth 1691. 4⁰. Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 620.

1358, Jan. 4. Kaiser Karl IV. gewährt dem Burggrafen Friedrich IV. zu Nürnberg die Befugniss, seinen Ort Creussen in eine Stadt umzuwandeln, zu befestigen, und daselbst einen Wochenmarkt einzuführen, wobei zugleich der neuen Stadt alle in den übrigen burggräflichen Städten und Märkten bestehenden Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten zugestanden werden:

„Wir Karl von gotes gnaden Romischer kayser, ze allen zeiten merer des reichs vnd küng ze behaim, bekennen vnd tun kunt offenlichen an disem brief, daz wir angesehen haben die steten getrewen dinst, die der edel Friderich burcgrafe ze Nürenberg, vnserr vnd des heilgen reichs lieber getrewer, mit seinen eltern vnd freunden vns vnd dem heilgen reich oft getrewelichen getan hat, vnd furbas tun wil vnd mag in kunftigen zeiten, vnd gunnen vnd erlauben im vnd seinen erben vnd nachkomen burcgrafen ze Nürenberg, daz sie vz irem dorf ze Kreusen eynen markt vnd stat machen vnd vfrichten mügen vnd sullen, vnd sie vestene vnd bewaren mit mauren, graben, turnen, brukken vnd mit allen andern sachen, so sie best mügen vnd in daz gefellet; vnd auch alle wochen do selbenst eynen markt haben vnd begene, vf welchen tag in daz allerbest gevellet. Vnd sullen auch die obgenanten markt vnd stat alle freyheit, recht, gnade vnd gute gewonheit haben vnd der gentzlichen gebrauchen vnd genizzen, die anderr des obgenanten burcgrafen stete vnd merkte haben vnd genizzen vnd in alleweiz gebrauchen. Mit vrkunde ditz briefes, versigelt mit vnsern keyserlichen insigel, der geben ist ze Prage, nach kristus geburt dreuzehenhundert jar vnd in dem acht vnd fünftzegesten jare, am nehsten donerstage vor dem obristen tage, vnserr reiche in dem zwelften, des kayserthums in dem dritten jare.“ *Monum. Zoller.* Bd. III Nr. CCCLXXXV. S. 330.

Die uralte Burg Creussen („Crusni, Crusin“), einstens der Stammsitz eines danach sich nennenden edlen Geschlechts, von welchem die Dynasten von Schlüsselberg ihren Ursprung ableiteten, gelangte bereits im XIII. Jhdt. in den Lehensbesitz des Zollerischen Hauses. Urk. König Konrad's IV. v. Oct. 1251 (*Monum. Zoller.* Bd. II Nr. LVIII S. 25): „quod nos supplicationibus Fr. [Friderici II.] burcgravii de Nurinberc ejusque uxoris, karissime neptis nostre, favorabiliter inclinati, tam ipsis quam suis pueris procreatis ab eis vel amodo procreandis castrum nostrum Crusen cum omnibus suis pertinentiis in rectum feodum duximus concedendum.“

Beachtenswerth ist noch das auf dem kgl. Archive zu Bamberg befindliche Landbuch „vber das Ampt Bayreuth, Creusszen vnd Francenbirg etc. aufgericht 1499 in der wochen nach kilianj“, worin auch (Bl. 306) einige Notizen über das Ungeld von Wein und Bier und andere Reichnisse der Einwohner Creussen's, sowie über die zur Stadt gehörigen Fischwasser u. a. m. begegnen.

Crimmitschau. CCXX.

(Königr. Sachsen.)

J. *Vulpius*, Crimmitschaviae celebritas oder Löblichkeit der Stadt Crimmitzschau, Weissenfels 1704. 4⁰. Gttl. *Göpfert*, Aeltere und neuere Geschichte des Pleissengrundes, oder Geschichte und Beschreibung der Städte Crimmitzschau und Werdau etc., Zwickau (1795) 8⁰., S. 25—182. Chr. Fr. *Kästner*, Chronik der Stadt Crimmitschau, das. 1853. 8⁰.

Ein crimmitschauer Diplomatar bietet

Göpfert a. a. O. „Sammlung von Urkk." S. 359—408.

1 **1414**, Jun. 13. Markgraf Wilhelm II. (der Reiche) von Meissen verleiht der ihn um Verbesserung ihrer gemeindlichen Zustände angehenden Stadt Crimmitschau die Freiheiten und Gewohnheiten der Stadt **Schmölln**, die erstere zugleich bei schwierigen Rechtsentscheidungen nach **Altenburg** als Oberhof verweisend:

„Wir Wilhelm von Gotts gnadenn landtgrave in Doringen vnnd marggrave zw Meyssenn etc. bekennen vnnd thun kundt offentlichen mitt diesem brive allen den, die ihn sehenn oder herenn lessenn: Als die stadt Crymitzschaw zw weichbilde ausgesetzt ist, vnnd mit solchen freyheitenn vnd gewohnheitenn nicht besorgett ist, als muglichen vnnd noth where, also seindt vor vnns kommen die burgere vnnd gemeine der genantenn statt Crymitzschaw, vnnd habenn vnns gebeten, das wir sie mit freyheitten begnadenn wollenn; das wir angesehenn haben ire bitt vnd haben ihnen von sonderlicher gunst vnnd gnade wegenn solche fryheitt vnndt gewohnheit, als die burgere vnndt die statt zw **Schmollenn** [1]) habenn vnnd gebrauchenn, gegebenn vnnd bestetiget. Vnd was recht oder vrteil vor sie bracht wirdet, der sie nicht wissen noch sich des verstehen, das sollen sie zw dem rathe zw **Aldenburg** suchenn vnnd sich des aldo erholenn, als dicke ihnen des noth geschicht, do man ihnen auch findenn vnd theilen soll, was recht ist. Vnnd geben vnd bestetigenn ihnenn auch die obenn geschriebenn recht, freyheitt vnnd gewohnheitt, die so furbass meher ewiglichen zw halten zw haben zw besitzenn vnd der czugebrauchenn in aller masse, als obenn geschriebenn stehet, gnediglich mitt diesem brive, an den (wir) unser insiegel zw bekenntnuss wissentlich haben lassen hengen. Nach Christi geburt vierzehnhundert ihar, dornach in dem vierzehenden ihare, am ehesten montag vor vnsers hern leichnamstage." *Göpfert* a. a. O. Dipl. VI S. 359, 60; *Kästner* a. a. O. S. 103, 4.

2 **1415**, Apr. 29. Derselbe verwandelt die bis dahin von wechselndem Betrage gewesene Bede der Crimmitschauer auf Ansuchen ihres Rathes in eine ständige Jahresrente zu 30 Schock Groschen freiberger Gepräges:

„Wir Wilhelm von gots gnadin landgrave in doringen vnd margrave tzu missin bekennen vnde thun kund mit disem briffe allin den, die yn sehin addir horen lesen, daz vor vns kommen sin die bescheidin richter vnd rad der stat krimptzschaw, vnser libin getruwin, vnd habin vns vorbracht, wie daz man bisher alle iar eyne bete von yn gefurdert vnd genomen habe, vnd wie man yn die satzte, alse mussen sie die reichin vnd geben, daz yn tzumale swer were, vnd habin vns gebetin, das wir sie mit eyner jarrente begnaden, vnd yn die also machin vnd sezzin wolden, die sie getragin vnd irreichin mochten, das sie wustin, dass sie alle jar reichin vnd gebin solden, vnnd solcher jerlich bete dorunte vbir tragin wurden. Habin wir angesehin ire bete vnd habin yn eyne jarrente gesatzt vnd sezzen yn die in crafft dieses briffes, also daz sie vnd alle ire nachkommen furbaz mer ewiglichin vns, vnsern erbin vnd nachkommen drissigk schok nuwer groschin friberger muntze alle jar, halb vff sente walpurgen tag vnd halb vff sente michils tag, tzu rechter jarrente reichin vnd gebin sollen, und habin dez tzu bekentnisse vnss insigel an disen briff wissintlichin lazsen hengin. Hiebey sein gewest vnd sind getzugen der edele vnd gestrenge er Albrecht, burggräffe von kirchberg, herre tzu kranchvelt, Gunther von Bunaw, er Busse Vitzthum vnd er Hans von Obirnitz vnd ander lutte genug, den wol ist tzu gloubin. Gegebin tzu Aldinburg nach Cristis geburd virtzinhundert jare dornach in dem funftzinden jare, am montage nach cantate." *Göpfert* a. a. O. Dipl. VII S. 360 [nach dem Originale]. Vgl. *Kästner* a. a. O. S. 30.

1453, Jan. 30. Kurfürst Friedrich II. 3
(der Sanftmüthige) von Sachsen, Landgraf in Thüringen und Markgraf zu Meissen, bestätiget seiner Stadt Crimmitschau den ihr vom Markgrafen Wilhelm [1414, s. nr. 1] gegebenen, wörtlich eingerückten Freiheitsbrief. *Göpfert* a. a. O. Dipl. VIII S. 361.

1464, Oct. 18. Desgleichen Kurfürst 4
Ernst und dessen Bruder Herzog Albrecht von Sachsen. *Göpfert* a. a. O. Dipl. IX S. 362.

1476, Dez. 4. Dieselben gestatten dem 5
zwickauer Bürger Hans Federangel als Pfandbesitzer von Crimmitschau, mit den Meistern und Genossen des Tuchmacher-Handwerks daselbst für letzteres eine neue Ordnung zu vereinbaren —: „Nachdem wir Hanse federanghel, vnnserm burger zu Czwickhaw vnnd lieben getrewen, vnnser sloss ampt vnnd stadt krimpschaw nach be-

1) Schmölln an der Sprotta im altenburger Osterlande. Die an Crimmitschau verliehenen schmöllener Rechte bestanden nach *Kästner* a. a. O. S. 103 in „gericht vber hals vnnd hand, oberst vnd niderst, in stat vnnd zugehörigen fluren, auch zcolle, zcinsse vnnd nutzunge." Vgl. unten den Art. „Schmölln."

sagung der brive ym darober gebin [2]) reht vnnd redelich verkauft, doch die wider zu vnns zukauffen behaldenn haben, hat vnns der gnant Hanns federanghel vernemen lassenn, das yn bedunkh ein nodtorfft zusein, das das hantwerkh der tuchmacher daselbs reformiret vnnd ein ordnung vnnder den maistern vnd handwergern desselbin handwerkhs gemacht wurde, inn welcher braite, lenghe vnnd wirdigung die tuch daselbs hinfüro gemacht, auch etlich des hantwerghs geordent, die sulchis alles beschenn, vnnd so sie das werkh also erfinden vnnd was vntuglich ist verlegenn, das alsdenn sulchwerkh, das tüchtig vnnd volstendig erkannd, mit pleien zcaichen versiegelt [werden sal], vnnd vns gebeten, vnser gunst vnnd willen darzu zugeben, das er mit rat des egnanten hantwerks sulch ordnung machen vnnd pleien zcaichen darzu orden muge: habenn wir des gnanten Hansen fedderanghels vleissig bete auch die pillichait, damit sulch tuch zu krimpschaw hinfur inn rechter wirde, langhe vnnd breite, als sich gepuret, gemacht, vnnd jederman inn kauffen vnnd verkauffen vnverkurczt werde, angesehenn, vnser gunnst vnnd volwort vnnd willen darzcu gegebin [3]), gebin auch vnnser volwort vnnd willenn zu sulcher ordennung vnnd besigelung, das er sulch obgenant ordenung vnd gesetz vnder den maistern der tuchmacher zu krimpschaw mit rat vnd willen der maister des handwerkhs machen, auch zcaichen, damit mann zu gezceugnuss, das das werkh rechtfertig ist, itzlich tuch, das rechtfertig ist vnnd tügtig [4]) erfunden wirt, besigelnn sal, orden mugen, dapei wir sie auch, ap yn das nod sein wurde, handhaben schützenn vnd verteidingenn wollenn keigenwertiglich vnd gnediglich mit vnnd in kraft dises brives, treulich vnnd ane geverde." *Göpfert* a. a. O. Dipl. XXXIV S. 407, 8; *Kästner* a. a. O. S. 88, 89.

6 **1488**, März 3. Kurfürst Friedrich III. und dessen Bruder Herzog Johann von Sachsen erneuern und confirmiren den Bürgern zu Crimmitschau auf deren Bitte die von den früheren Herzogen ihnen verliehene und beziehungsweise bestätigte „begnadunge mitt weichbilde . . . . . vnnd mit stattrecht als zu **Schmollenn** zugebrauchenn", sowie überhaupt alle Freiheiten, Gerechtigkeiten und Gewohnheiten, „die sie redlich erworbenn vnnd loblich gebraucht vnnd herbracht" haben, „also das sie, ihre erbenn vnd nachkommen die lauths voriger brive vnnd herkommen habenn, der genissenn vnnd gebrauchenn sollenn, von menniglichem vngehindertt", jedoch den genannten Landesfürsten an ihren „herligkeitten vnnd gerechtigkeitten, die sie bey ihnenn habenn sollen, vnvorgreifflich." *Göpfert* a. a. O. Dipl. X S. 363, 64.

Crimmitschau, aus einer alten Sorben-Ansiedlung im Gaue Plisni hervorgegangen, befand sich als Burgwart-Flecken mit einer allmälig germanisirten Bewohnerschaft bis zum Ende des XIII. Jhdts. im Besitze der Herren von Cremascowe oder Crimaschowe. Diese verschwinden jedoch seit 1291 aus der Geschichte, und an deren Stelle treten jetzt die ihnen stammverwandten Edlen von Schönburg, welche sich von da an auch „domini in Crimatzaw [5]), herren zcu krimtschouwe" nannten. Ihnen verdankte der Ort, wie aus Urk. nr. 1 unfehlbar hervorgeht, seine Aussetzung zu Weichbild, d. h. Fortbildung zu einem städtischen Gemeinwesen. Als nun 1413 Sigmund von Schönburg ohne Leibeserben mit Tod abgegangen, wurde Crimmitschau meissnisches Reichsafterlehen. Allein die Markgrafen übten nur wenige Decennien lang die stadtherrlichen Gerechtsame über Crimmitschau selbst aus. Denn von 1456 an erscheint dasselbe fortwährend in dritten Händen, zuerst bis 1462 als kursächsisches Lehen bei dem Reuss-Plauischen Hause, dann als Pfandschaft, und zwar zuerst des altenburgischen Amtshauptmanns Hans Metzsch, und dann seit 1474 des in der Urk. nr. 5 genannten Bürgers Hans Federangel von Zwickau, welcher danach auch als „capitaneus in castro Crymptschaw" in Documenten hervortritt. Nach Federangel's Ableben (1487) begegnet uns dessen Schwager, der „erbare junker, der gestrenge vnd erenveste" Kilian Schicker als Erbherr und Amtmann zu Crimmitschau, von welchem endlich (nach *Vulpius* erst im J. 1500, wahrscheinlich jedoch schon vor 1495) Kurfürst Friedrich III. (der Weise) die Stadt eingelöst hat. Vgl. *Göpfert* a. a. O. S. 25—41; *Kästner* a. a. O. S. 46—50; K. *Limmer*, Pleisnerland Bd. I S. 12, 52, 335, 338, 534, 617, 669, 672, 678 etc.

Cronach. CCXXI.

(Bayern, Franken.)

C. und H. *Stöhr*, Neue Chronik der Stadt Cronach, das. 1825. 8⁰. Vgl. auch Pl. *Stumpf*,

2) Urk. v. 1474 b. *Göpfert* a. a. O. Dipl. XI S. 364—70.

3) Das hier bei G. K. folgende „habin" glaubte ich streichen zu müssen.

4) Wahrscheinlich: tüglich.

5) A. *Michaelis*, Die staatsrechtl. Verhältnisse der Fürsten u. Grafen Herren von Schönburg (1861) S. 133.

Bayern S. 602 flg.; *Muffat* in der Bavaria Bd. III S. 713 flg.

1 **1122**. Kaiser Heinrich V. überträgt der bamberger Kirche sein Erbgut Cronach sammt aller beweglichen und unbeweglichen Zubehörung zu immerwährendem Eigenthumsrechte — „Notum sit . . „ quod quidam nomine Udalricus vir nobilis de Marheren tradidit predium suum nomine Chrana patri nostro beate memorie H. Romanorum imperatori, quod et nobis hereditario jure collatum super altare s. Georgii in Babenbergensi ecclesia per interventum Mathildis, dilecte conjugis nostre, aliorumque principum nostrorum tradidimus, Ottonis videlicet ejusdem ecclesie episcopi, Hartberti Brandenburgensis episcopi, Beringeri comitis, Ottonis palatini comitis. Per hoc autem legale perceptum perhenni jure in proprium delegavimus cum omnibus ejusdem predii pertinentibus...., eo tenore, quatenus prefatus venerabilis episcopus omnesque sui successores idem predium in perpetuum potestative possideant, teneant et quicquid eis placuerit, ad utilitatem sue ecclesie inde faciant." J. A. *Schultes*, Histor. Schriften (1798) S. 351; *Stöhr* a. a. O. Beil. A. S. 291, 292.

Die vorstehende Urkunde bezeichnet zuvörderst als einstigen Besitzer Cronach's den Fürsten Udalrich von Brünn (Mähren). Es war dieser ein Enkel Herzog Bretislaw's von Böhmen und der Babenbergerin Jutta oder Juditha, einer Tochter des nordgauischen Markgrafen Heinrich (Hezilo) [1]). Vermuthlich hatte letztere Cronach als Mitgift ihrem Gemahle zugebracht [2]), von welchem sich dann der Burgort auf Udalrich vererbte. Dieser, in einen unheilvollen Thronstreit, welcher ihn sogar zur Flucht aus Mähren genöthigt hatte, verwickelt, wusste sich nicht anders als dadurch zu helfen, dass er sich von Heinrich IV. zu Regensburg im J. 1101 um ansehnliche Geschenke die Belehnung mit dem Herzogthume Böhmen — wenigstens auf dem Papiere — erkaufte [3]). Unter diesen Geschenken befand sich nun auch Cronach, welches auf diesem Wege salisches Hausgut geworden und als solches durch die freigebige Hand Heinrich's V. an das Hochstift Bamberg unter dessen gefeiertem Bischof Otto I. gekommen ist. Bei der bambergischen Kirche verblieb von da an Cronach bis zur Auflösung des Reichsverbandes. Zwar sah sich Bischof Heinrich I. (1242—1257) gezwungen, Burg und Ort Cronach an Otto von Schwarzburg zu verpfänden, welcher nachher seine pfandschaftlichen Rechte an die Grafen von Orlamünde cedirte. Allein schon dem Bischofe Berthold glückte es, die letzteren nach heftigem Widerstreben zu einem Vergleiche zu bewegen, in Folge dessen sie sich dem Schiedspruche dreier edler Männer, darunter Graf Eberhard's von Schlüsselberg (v. 14. Dez. 1260), dass Cronach gegen Erlegung der Pfandsumme dem Hochstifte zurückzugeben sei, unterwerfen mussten [4]).

Bis zum Ausgange des XII. Jhdts. war nun Cronach ein bloses Dorf, dessen Mittelpunkt der Herrnhof, „curtis Crana" [5]) — die spätere „curia predialis episcopi" — bildete, und wo ein bischöflicher Vogt die Gerichtsbarkeit ausübte. Diese „advocatia in Cranacha" treffen wir übrigens vorübergehend im Pfandbesitze des Grafen Friedrich von Frensdorf, bis sie von demselben Bischof Otto II. (von Meran) im J. 1189 wieder einzulösen vermochte [6]). Um die Mitte des XIV. Jhdts. begegnet uns aber Cronach als Marktflecken und Zollstätte mit einem bischöflichen Zöllner als Einnahmsbeamten. So lesen wir im Hohenlohe'schen Rechte- und Grundbuche v. 1348 [7]): „notandum est.., quod in opido Cranach in universo sunt xlii et dim. aree, quarum quelibet servit Michahelis v den. babenb., et media area servit ii et dim. denar. in eodem festo. Item quelibet area eodem tempore servit v denar. babenb. pro jure dicto marchtrecht. Item quilibet mechanicus ibi residens dant per annum ix denar., quorum iii den. dantur walpurgis, iii Michahelis et tres in purificatione beate virginis. Item quodlibet macellum, que sunt jam numero xiiii, servit per annum x den. Nota, quod istud opidum non habet libram communem." Hierauf wird dann unter der Rubrik „Jura thelonei opidi Chranach" vom Salz- und Marktwaaren-Zolle, der Steuer, den Grundreichnissen und Fischerei-Abgaben, sowie unter der Aufschrift „Proventus seu census molendinorum ibidem" von den Mühlenzinsen und altherkömmlichen Vogteigeldern, die auf den ausserhalb des Ortes gelegenen „aree et orti" ruhen, gehandelt. Dass darin Cronach einmal auch als „civitas" und die Einwohner als „cives" be-

1) Vgl. M. *Büdinger*, Oesterreich. Gesch. I, 347.
2) Vgl. *Muffat* a. a. O. S. 632.
3) Vgl. B. *Dudik*, Mährens allgem. Gesch. II, 509 flg.
4) Vgl. *Stöhr* a. a. O. S. 73, 74.
5) Urk. v. 1152 *das.* Beil. B. S. 292.
6) *Das.* Beil. C. S. 292, 93.
7) Ausg. v. C. *Höfler* S. 127—30. (Vgl. oben S. 119.)

zeichnet sind [8]), berechtigt nicht, darum dem Orte schon für jene Zeit den Rang einer Stadt zu vindiziren, welchen wir selbst noch in der Urkunde König Wenzel's v. 1383 vermissen, mittels deren dem voigtländischen Hauptmanne Albrecht Colowrat der Auftrag ertheilt wird, acht benannte Bergschlösser und Dörfer, darunter Cronach, in Schutz und Schirm zu nehmen [9]). Erst in den unmittelbar nachfolgenden Jahren gelangte Cronach zu wirklichen städtischen Einrichtungen.

2 **1384**, Jun. 17. Bischof Lambert von Bamberg erlaubt den cronacher Bürgern, in den umliegenden hochstiftischen Waldungen das nöthige Holz zu Stadtbauten zu fällen und unentgeltlich abzuführen, jenen zugleich alle ihre von Alters hergebrachten Rechte, es sei an Holz, Wasser oder Feld, neuerlich bestätigend. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 76, 132.

3 **1384**. Derselbe verleiht der Stadt Cronach das Recht, einen geschworenen Rath zu haben, welcher, aus zwei jährlich neu zu wählenden Bürgermeistern und eilf Beisitzern bestehend, zu allen Heiligen schwören soll, Ruhe und Frieden in der Stadt handhaben, dieser und dem Stifte getreu sein, nur deren Nutz und Frommen werben und allen Schaden von ihnen abwenden zu wollen. Den Befehlen dieses Rathes soll die Gemeinde Gehorsam leisten, und wer sich dawider setzte, gestraft werden, als das billig ist. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 76, 124.

4 **1400**, März. 27. Bischof Albrecht III. von Bamberg erneuert der Stadt Cronach das oben [nr. 2] aufgeführte Lambert'sche Bauholz-Privileg. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 132.

5 **1400**. Derselbe bestätiget der Stadt Cronach das Eigenthum an den ihr von seinem Vorgänger auf dem bischöflichen Stuhle um erlittenen schweren Brandschadens willen schenkungsweise überlassenen Grundstücken. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 76.

6 **1400**. Derselbe bestätiget ferner den Cronachern den Besitz einiger zur Feste Rosenberg gehörig gewesener Burgäcker und Gärten. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 76.

7 **1400**. Derselbe gestattet dem Rathe der Stadt Cronach, zur Bestreitung nothwendiger Bauten ewiglich von allem Tranke, es sei Wein oder Bier, ein Ungeld zu nehmen. *Stöhr* a. a. O. S. 77. (Extr.)

8 **1400**. Derselbe wiederholt das Raths-Privileg [nr. 3] der Stadt Cronach vom. J. 1384. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 127.

1408. Derselbe bewilliget endlich der 9
Stadt Cronach, den von früheren Bischöfen an die Marschalk'sche Familie zu Ebersberg verpfändeten Zoll um 175 Gulden rhein. wieder einzulösen. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 77, 234.

1422. Bischof Friedrich III. von Bam- 10
berg ertheilt den Rechtsbriefen nr. 2 [4], 7 und 9 in drei gesonderten Urkunden seine Bestätigung. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 132, 188, 234.

1431. Derselbe befreit diejenigen Bür- 11
ger der Stadt Cronach, welchen bei dem Hussiten-Einfalle ihre Häuser niedergebrannt worden, für die nächstfolgenden vier Jahre von der Stadtsteuer, nicht aber auch von den Wacht-Diensten. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 133.

1431. Derselbe befiehlt, dass zu der 12
Behufs besserer Befestigung Cronach's vorzunehmenden Aushebung des Stadtgrabens alle Bewohner, auch die Vorstädter, Dienste leisten, und dass diejenigen bei besagtem Ueberfalle durch Feuer zerstörten Häuser, welche durch Wiederherstellung am bisherigen Platze zu nahe an die Mauern oder den Graben kommen würden, nicht mehr an dieser ihrer früheren Stelle, sondern in der Vorstadt erbaut werden sollten, damit in Zukunft die Feinde nicht leicht der inneren Stadt durch Feuer schaden oder die Mauern derselben übersteigen könnten. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 12.

1431. Derselbe verfügt, dass in Kriegs- 13
zeiten die Vorstadt-Bewohner von Cronach in die Stadt selbst eingelassen werden sollen. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 133.

1431. Derselbe erlässt für die Stadt 14
Cronach eine Vorschrift über den von neu eintretenden Rathsgliedern zu schwörenden Amtseid. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 127.

1431. Derselbe bestimmt, dass die Bür- 15
ger Cronach's regelmässig nicht vor ein auswärtiges Gericht gezogen werden mögen. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 132.

1435, Mai 10. Bischof Anton von 16
Bamberg bestätiget den Bürgern seiner Stadt Cronach auf deren Bitte die ihnen von den Bischöfen Albrecht III. und Friedrich III. verliehenen Gnaden, „gnade vnd satzung", nämlich a) „ein vngeltt vonn allem getranck, es sey wein oder pier, ye vonn einem fuder acht virtheil desselben getrancks zu nemen"; b) den um 175 Gulden rhein. an Ditze Marschalck's Vater selig von des Bischofs Vorfahren verpfändeten Zoll um die genannte Summe einzulösen, und c) in den bischöflichen Wäldern zu Cronach Holz zu schlagen, „was sie dess bedorffenn zupauen in dersel-

---

8) Vgl. *v. Maurer*, Gesch. der Dorfverfassung I, 134.

9) *Stöhr* a. a. O. S. 75, 76.

ben stat", sowie überhaupt d) „alle recht, es sey in holtz, wasser odir welde, alss sie dann von alttir herkomenn sein vnd die brife auch darüber gegeben eigentlich ausweisenn" — jedoch Alles nur insoweit hiedurch dem Bischofe, seinem Stifte und seinen Nachkommen an ihren „herligkeitten vnnd rechtin" kein Schaden zugeht [nr. 7, 8, 4] [10]).

17 **1435**, Mai 10. Derselbe confirmirt ferner etlichen Bürgern in seiner Stadt Cronach, welchen frühere Bischöfe gewisse „von in vnd irem stifft zu lehenn geindte vnd rurendte gute, die auch etlich burggut gewest sindt", erblich verliehen und überlassen hatten, und zwar „mit sollicher vnderscheide, das sie dieselben gutt innen habin sollin fürbasser zu statrecht zu Cronach, vnnd davon leiden mit der statt inn allenn sachenn, als von andern irenn gutenn, die zu statrecht ligenn", und dass „auch fürbasser dieselbenn lehenn vnnd gutter ewiglich bey demselben statrecht pleibenn vnnd ein bischove zu Bamberg . . . vnd die seinen inn kein ander einfelle oder hinderung an den obgenanten guttenn vnd lehenn machen noch thun sollen, wenn das sie die fürbas mit der stat Cronnach sollenn verschossenn vnd versteuernn, als ander ir guter, die zu statrecht ligenn" — auf Ansuchen dieser Besitzer die „obgeschribenn gnade" [nr. 6] [11]).

18 **1435**, Mai 10. Derselbe verleiht den Bürgern gemeiniglich seiner Stadt Cronach eine Reihe von Gütern zu Stadtrecht, welche sie „ewiglich bey der stat behaltinn vnnd davon nicht kommen lassenn", und wovon sie dem Bischofe und Stifte „mit steuer, pote vnnd andirn sachenn, die sich davon gepurenn, als von andern sollichenn gutternn, die zu statrecht ligenn, thun sollen." Dabei wird noch besonders verfügt: „ob imandt die itztgenanttenn gutire yeht in hett, die er von armut oder andern sachenn verkauffen muss, als offt dass nott geschee, der soltt die einem gesessenn bürger zu Cronnach verkauffinn, der dann davon thette inn der mas, als obgeschribenn stett." Endlich wird noch bei dieser Verleihung der übliche Vorbehalt bezüglich der sonstigen „lehenschafftenn vnnd rechte" des Bischofs und Stifts ausgesprochen [12]).

19 **1439**. Derselbe schlichtet eine zwischen den Stadt- und Vorstadt-Bürgern zu Cronach entstandene Zwistigkeit durch eine dahin gesandte Commission von fünf Räthen, bestehend nämlich aus dem Domherrn Wilhelm von Redwitz, dem Hofmeister Ritter Eberhard von Schaumburg und den Edlen Hermann von Aufsess, Hans von Gastans und Hans von Rotenhan, welche über die Hauptstreitpunkte: die Ausübung der Braugerechtigkeit, die Besetzung des Rathes und das städtische Rechnungswesen, eine gütliche Vereinbarung der Parteien zu Stande bringen. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 77.

1439, Apr. 6. Derselbe verordnet, dass 20
Bürgermeister und Rath zu Cronach alljährlich über alle Einnahmen und Ausgaben gemeiner Stadt in Gegenwart von vier inneren und zwei äusseren (d. i. der Vorstadt angehörigen) Viertelsmeistern Rechnung legen, und hiebei die letzteren verpflichtet sein sollten, alle sich ergebenden Anstände freimüthig nach bestem Wissen zu rügen. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 125.

1439, Apr. 6. Derselbe bestimmt für die 21
Vorstadt-Bewohner von Cronach, dass sie weder Wein noch Bier in ihren Wohnhäusern schenken, und zwar Gerste mulzen und mit dem Malze freien Handel treiben, aber bei Bereitung ihrer Biere nur das gemeine Brauhaus der inneren Stadt benützen und ihre Gebräue nirgends anders, als in dem für sie bezeichneten Hause einkellern und verkaufen dürfen. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 186.

1439. Derselbe gibt den Bäckern zu 22
Cronach die Vorschrift, dass sie ihr Brod nur in ihren Häusern, auf dem Markte und in den Brodbänken bei der St. Martinskapelle feil haben sollen, und bedroht die Zuwiderhandelnden mit Pfändung ihres Gebäckes und einer Geldbusse von 10 Pfund. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 159.

1464. Bischof Georg I. von Bamberg 23
erlässt, um die häufigen Streitigkeiten wegen der Fischereien in Cronach abzuschneiden, für die genannte Stadt eine Fischer-Ordung. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 78.

1476. Bischof Philipp von Bamberg 24
erneuert das Privileg Bischof Anton's für die Stadt Cronach v. 1435 (nr. 16) mit einigen erläuternden Beisätzen [13]).

1488, Aug. 30. Bischof Heinrich III. 25
von Bamberg verleiht seiner Stadt Cronach zu deren „auffnemung vnnd vmb fridts, auch gemeins nutz willen der vntirthan in derselben seiner stadt wohnendt" eine neue **Stadtordnung** — „ordnung vnnd satzung", hauptsächlich betreffend a) den Gewerbsverkehr, wie Brod-, Fleisch-, Salz-, Wein- und Bier-

10) Nach einer Abschrift auf dem kgl. Archive zu Bamberg.

11) Desgleichen.

12) Desgleichen.

13) Desgleichen.

Verkauf, und die bei Uebertretungen z. B. in Ansehung des Maasses eintretenden Geldbussen; b) die Feuer-Verwahrlosung und deren Bestrafung; c) die Hälftetheilung der aus Anlass vorstehender Delicte fällig werdenden Bussebeträge zwischen dem Bischofe und der Stadt; d) das Tragen von Messern, Degen und „geferlich wehr" bei Nachtzeit; die verschiedenen Arten von Wundungen — „fliesendt wundenn, lehme, verdeckte wundenn, ferlich schlack, schlechter schlagk"; die Heimsuchung — „welchir dem andirn in sein vier pfel laufft freventlich, sol an leib vnnd gut gestraft werdenn; welcher einen aus seinenn vier pfeln heischt, sol gepusst werdinn mit der hochstinn puss"; und die Störung der „geschwornen schauer odir setzer" in ihrem Berufe; e) die Vertheilung der in diesen unter lit. d) erwähnten Vergehensfällen Platz greifenden Bussen zwischen dem Bischofe und dem Rathe nach Dritteln, so dass Ersterem zwei Theile und Letzterem einer gebühren soll. Am Schlusse wird noch von Seite des Bischofs ein Vorbehalt aller „fridt gepot" und der damit zusammenhängenden Bussen hinzugefügt [14]). Vgl. *Stöhr* a. a. O. S. 133. 159 [17], 161, 186.

26 **1488**, Oct. 7. Derselbe ändert den Punkt e. der vorstehenden Statute (nr. 25) in nachfolgender Weise ab: „das wir den gemelten bürgermeistern vnd rathe zu Cronach vff ihr vleissig demütig bitte aus sundern gnaden vff vnser vnnd vnsir nachkommen widerrufenn vbir gemelt vnser ordnung vnnd satzung an ehgedachtenn pussen, die durch vrtel vnnd recht gepurt zuerkennen, als die dan mit sundirn worttin in vorgedachtir vnsir ordnung vnnd satzung ausgetruckt werdenn, den halbenn theil widerfaren vnnd volgen zulassenn bewilligt habenn, willigen das gegenwertiglich in craft ditz brieffs, doch das sie vnnd ire nachkommen solchin halbenn theil der stadt zu nutz vnnd zu notturftigenn beuen derselben stadt verbrauchin vnd je zu zeittenn mit andirn der stadt aufhebenn vnd nutzungen verrechen sollenn" [15]). Vgl. *Stöhr* a. a. O. S. 126 Note *).

27 **1495**. Derselbe bestätigt den Cronachern das ihnen seit früher Zeit zustehende Recht der Jahrmarkthaltung unter neuer Festsetzung der Marktzeit. (R.) *Stöhr* a. a. O. S. 236.

[Unter Bischof Veit II. von Bamberg erhielt Cronach im J. 1574 eine sehr ausführliche, auch das Civilrecht mitumfassende „confirmirte Stadtordnung", nach ihrem Inhalte näher beschrieben bei *Stöhr* a. a. O. S. 156 flg.]

14) Desgleichen.
15) Desgleichen.

Crossen. CCXXII.

(Preussen, Neumark.)

Gust. Ad. *Matthias*, Chronica der Stadt Crossen von der frühesten Vergangenheit bis auf die Gegenwart, mit erläuternden Anmerkungen herausgeg. von Carl *Range*, Crossen, 1849. 8°. *). E. L. *Wedekind*, Geschichte der Stadt und des Herzogthums Crossen, das. 1840. 8°. Vgl. auch *des Letzteren* Abhdl. „Krossen, eine alte polnische Kastellanei" in den *schlesischen* Provinzial-Blättern f. 1843, Octob.-Heft S. 340 — 47 und Gesch. der Neumark Brandenburg (1847) S. 49, 75, 91, 105—7, 111, 196, 241, 248—55; *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 529—33.

1318, Aug. 20. Markgraf Waldemar zu Brandenburg und Lausitz begnadet seine Stadt „Crossyn" nebst den Städten Guben, Sagan, Sommerfeld und Triebel „meyt eyme reichte vm yre vor veste luthe. Wo der eyn in eynir statt vor vestit weyrt vnde in der andirn vf gehaldyn, daz sy bezugin wollyn meyt yryn bryvin, da sal man glychir wise richtyn, ob richtir vnd schepyn vf yn gezworyn hettyn." *Wilkii* Ticemannus Dipl. CLXXXIV p. 222. Vgl. *Worbs*, Inventar. dipl. Lusat. infer. Bd. I S. 133 nr. 364; *Wedekind*, Neumark S. 107 m. Note 1. 1

Crossen, ein ursprünglich slavischer Ort und schon frühe ob seiner Festigkeit als Kampfstätte („castrum Crosno") berühmt, scheint um die Mitte des XII. Jhdts. zuerst durch seine dem Weinbaue günstige Lage deutsche Colonisten angelockt zu haben, welche ihm dann einen so raschen Aufschwung verliehen, dass er bereits im Anfange des XIII. Jhdts. — entweder schon 1203, wie *Riehl* und *Scheu* als „ziemlich gewiss" annehmen, oder 1217 nach der Meinung *Wedekind's* — durch Herzog Heinrich I. (den Bärtigen) von Schlesien mit städtischen Gerechtsamen in der Gestalt des jus Teutonicum bekleidet ward. Dem genannten Fürsten verdankte auch Crossen unzweifelhaft noch weitere Privilegien, wie namentlich Zins-, Dienst- und Zollfreiheiten. Denn mit solchen „secundum formam Crostensem" sehen wir im J. 1233 die neu gegründete Stadt Naumburg am Queis beschenkt [1]). Bis

*) Ueber andere alte Chroniken Crossen's s. G. G. *Küsteri* Bibliotheca. hist. Brandenburg. (1743) p. 828 §. VIII.

1) *Tzschoppe und Stenzel*, Urkundensammlung Nr. XIV S. 292 mit S. 96, 97.

in die Mitte des XIII. Jhdts. befand sich nun Crossen ununterbrochen in schlesischem Besitze. Um jene Zeit begannen jedoch die Verpfändungen, deren dritte v. J. 1294 die Stadt für längere Zeit unter den förderlichen Einfluss des brandenburgischen Hauses brachte. Insbesondere wurde Markgraf Waldemar, mit dessen Herrscherzeit unsere Regestenreihe beginnt, ein Gönner und Wohlthäter Crossen's, welches nebst anderen Gnaden auch das Recht eigner Gerichtsbarkeit, vermuthlich 1317, aus seiner Hand empfing. Nach dessen Tod (1319) kamen aber in Folge eines in demselben Jahre (am 10. Aug.) mit ihm von den Herzogen Heinrich IV. und Primko von Schlesien und Glogau abgeschlossenen Vertrages [b. *Wedekind*, Neumark S. 109 – 11] „Crossen hus vnd stat vnd alle di man, die daczu gehoren", nach vorher schon für den Fall unbeerbten Ablebens des Markgrafen den letzteren Fürsten geleisteter Huldigung, an Schlesien und zwar den erwähnten Heinrich IV., welcher sich nun in Folge der Theilung mit seinen vier Brüdern nach den ihm zugefallenen Landgebieten „Herzog zu Sagan und Crossen" nannte, zurück.

2 **1323.** Herzog Heinrich IV. zu Sagan und Crossen belehnt die Stadt letzteren Namens mit dem ihr von Heinrich von Wesenburg verkauften Dorfe Russdorf. (R.) *Wedekind*, Crossen S. 49.

3 **1330.** Derselbe bestätiget seiner Stadt Crossen ihre sämmtlichen Rechte und Freiheiten, darunter insbesondere auch die vom Markgrafen Waldemar von Brandenburg aus der Zeit seines Pfandbesitzes herrührenden Privilegien, und entbindet die crossener Bürger in ihren Streitsachen von der Competenz seines Hofgerichts. (R.) *Wedekind*, Crossen S. 49, 50.

4 **1337**, Sept. 5. „Sculteti et universitas consulum in Crosna et universitas totalis civium in Crosna" leisten auf Befehl der Herzoge Heinrich IV. und Heinrich V. von Schlesien und Glogau „homagium et fidelitatis juramentum" den Herzogen Konrad I. von Oels und Johann von Schlesien-Steinau auf den Fall, dass erstgenannte Landesfürsten „herede vel heredibus et mulieribus legitimis non relictis" versterben sollten. *Lünig*, Cod. Germ. dipl. Th. II Sp. 235; *de Sommersberg*, Siles. rerum. scriptt. Tom. III p. 126.

5 **1380.** König Kasimir von Polen — theils auf einen vermeintlichen Erbrechtstitel hin, da er Heinrich's V., des Eisernen, Tochter zur Gemahlin hatte, theils mittels bewaffneter Hand in den vorübergehenden Besitz Crossen's gelangt — gestattet daselbst den Juden Wohnplätze und Aufenthalt. (R.) *Wedekind*, Crossen S. 57.

1386. Herzog Heinrich VI. von Sagan, Schwiebus und Crossen ertheilt 6
seiner Stadt Crossen einen Salzmarkt und Salzzoll. (R.) *Wedekind*, Crossen S. 59.

1421, Mai 11. Herzog Wenzeslaus 7
von Sagan etc. erlaubt dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Crossen, „dass sie das Dorf Alt-Rehfeld haben und halten sollen der Stadt zu einer rechten Vorstadt ewiglich, also dass jeder Einwohner daselbst Bürgerrecht erhalten, aber keiner der Vorstädter Bier, fremdes und nicht fremdes, schenken soll." (R.) *Wedekind*, Crossen S. 63.

1430. Derselbe gibt der Stadt Crossen 8
„verschiedene Privilegien, z. B. über die Münze [2]), und das Lehnrecht über Tschausdorf." (R.) *Wedekind* a. a. O.

1431. Herzog Heinrich X. (der 9
Schöne) von Schlesien, Herr zu Grossglogau bestätigt seiner Stadt Crossen alle ihre Rechte und Freiheiten, noch gewisse Zoll-Erleichterungen hinzufügend. (R.) *Riehl* und *Scheu* a. a. O. S. 528.

1449. Derselbe schenkt seinem Bader 10
Hans Trachenburg die am Bober gelegene Badstube zu Crossen zins- und lastenfrei, mit der ihm auferlegten Verpflichtung, das Hofgesinde und den Hauptmann des Herzogs, sowie an jedem Mittwochen alle armen Leute umsonst darin baden zu lassen, dafür aber auch mit der Zusicherung, dass ihm aller Wasser-, nicht auch sonstiger Schaden am Bade ersetzt und das zu dessen Erhaltung nothwendige Bauholz aus dem Redenitz-Forste unentgeltlich geliefert werden solle. (R.) *Wedekind*, Crossen, S. 65, 66.

1460, März 7. Herzog Heinrich XI. 11
von Schlesien, Herr zu Grossglogau, confirmirt seinen Bürgern zu Crossen ihre gesammten Rechte und Freiheiten, dabei insbesondere die Münze und die althergebrachte Willkür bezüglich der Erbfolge:

„In gotes namen amen. Syntdeme alle ding von schwacheit menschlicher naturen mit der czeyt seynd vorgengklich, hierumb das die selben vs dem gedechtnus nicht werden gelassen, sunder mit offenbaren schrifften bestetiget vnd bekrefftiget, hierumb wir Heinrich, von gotes gnaden hertzog in Schlesien vnd herr zu Grossen Glogow etc., bekennen mit disem gegenwertigen offen brive vor allen, die in sehen oder horen lesen, das wir betrachtet vnd angesehen haben merckliche stete vnd willige dienste, die vns

2) Vgl. *Leitzmann*, Wegweiser S. 14.

vnsse getrewen liben burger zu Crossen haben getan vnd vns in kumfftigen czeiten noch tun mogen, vmb das sie vnser stat vnd ire ere wol mogen bewaren, das wir vnd alle vnsse nachkömlinge mit wolbedachtem mute vnd mit gutem willen vnd vnsser getrewen man rat wollen sie vnd alle ire getrewe nachkömlinge getrewlich vnd flissig behalden bei allen iren gerechtigkeiten, briven, freyheiten vnd gebrauchungen, keyner hande vsgenomen, die sie von vnssen liben vatern selgen vnd allen vnssen altvetern vnd obereldern gehabt haben. Darumb so haben wir von sunderlichen vnssen gnaden den vnssen obgenanten getrewen burgern czu Crossen bestettiget vnd czugeeygnet, bestettigen vnd czueygnen inen in crafft diez brives die müncze. Auch bestettigen wir den genanten vnssen getrewen liben burgern zu Crossen ire wilkür vnd gewonheit, nemblich so, alss sie in deme von alders nach sulcher irer wilkür in erblichen gutern czu halp vnd czu halp gesessen haben, das sullen sie noch haben. Desselbigen glichen sullen sie mit hergewette vnd gerade czu halp vnd czu halp siczen; im glichen teyle mit andern iren erblichen gutern. Auch ob eines dem andern, als man vnd weip, die nicht kynder mit eynander hetten, seines teyls an erblichen gutern hergewette oder gerade gunnen wolte vnd vffgeben vor gehegter banck, das sullen sie gancz haben von sunderlichen vnssen fürstlichen gnaden [3]), so das sulche vffgabe vnbetwungen sol czugehen, keines den andern in keyne weyse doczu sol twingen mit wortten noch mit wercken etc. Vnd dorumb wenn sich man vnd weip czur ee nemen, wie viel sie guter czusamen bringen oder iczlich bringet, so schiere ein weibsnam des mannes bette beschreytt, so sol das gut des mannes die helffte vnd auch der frawen die helffte sein. Gewinnen sie kynder mit eynander, stirbet der man, das weip sol nemen czuvor die helffte des guts vnd die kynder die ander helffte; haben sie aber nicht kynder mit eynander, vnd hette der man seinem weibe sein teyl nicht vffgegeben: so sol die fraw ire helffte czuvor behalden vnd des mannes erben oder nechsten die helffte seiner guter geben vnd folgen lassen. Desglichen sol es auch czugehen vnd gehalden werden, ob das weip stirbet. Vmb das, das dise gnade vnd bestettigunge, die wir den genanten vnssen liben getrewen burgern czu Crossen getan haben mit gutem willen, ieman nimmer turre oder begere czu brechen oder ergern, so haben wir inen disen briff gegeben vnd mit vnssem anhangenden insigel vndersigelt, nach vnsser getrewen manne rate, der gegeben ist czu Crossen am dienstag nach oculi, nach Christs geburt virczehen hundert vnd im neun vnd sechzigisten jaren. Dobey seynd gewest vnsse getrewen liben Melchior Woran, Balthasar Lest, Heincze von Waldow, Caspar Lemberg, Hans vnd Fritze Stabeno vnd ern Simon Newenwalde, pfarrer czu Beuthen, vnser schreyber, dem diser briff empfohlen war."

Vollständig, jedoch nach einer jüngeren modernisirten Copie und überdies sehr uncorrect gedruckt in *Mylii* Corp. Constitutt. March. Thl. VI Abthl. 1 Nr. VII Sp. 7—10 und danach in der *Sammlung* der Provinzial- und statutar. Gesetze in der Preuss. Monarchie nach v. Kamptz Bd. III. Nr. 248 S. 312 flg. Auszüge geben *Steyer*, Dissert. qua const. Joachimi I. de success. notis illustratur p. 25 und *Heydemann*, Elemente der Joachimischen Constitution S. 216 — 19) mit Erläuterung des Inhalts).

Nach den Aufzeichnungen des Schulrectors Johann *Procopius* († 1552) zu Crossen b. *Wedekind*, Crossen S. 68 bestätigte Herzog Heinrich XI. der eben genannten Stadt auch in demselben Jahre „ihre alte hergebrachte Herrlichkeit, als die Münze und den Zoll, item der Stadt Güter und Dörfer Rehfeld, Russdorf, Tschausdorf, Hundsbelle mit ihrem Zubehör, die Mühle und Gut Bodendorf, die Freiheit vom Zolle zu Crossen und von aller ungewöhnlichen Hofarbeit und Beschwerungen, und dass ein Jeder behalten soll, was er vor Alters gehabt in Wäldern und Haiden, in Wassern und Waiden, auch das Vorwerk auf dem Berge, das der Rath angekauft, und dass kein Handwerk innerhalb der Landmeile von Crossen soll getrieben werden. Noch wird unter diesen Privilegien die Stadt - Schenkengerechtigkeit erwähnt, oder das Recht, in dem Raths- und Stadtkeller fremde Weine und Biere zu schenken." Ob hier nun an ein von der Urk. nr. 11 verschiedenes Privileg Heinrich's XI. oder ob vielmehr die Sache so zu denken sei, dass Procopius nur specifiziren wollte, auf welche einzelne Gerechtsame und Freiheiten die General - Confirmation im Documente v. 1469 sich bezogen habe, muss dahingestellt bleiben.

1494, Oct. 31. Kurfürst **Johann von Brandenburg** gewährt den Bürgern seiner Stadt Crossen, welche „mercklichen schaden fhewres halben genomen", indem „in hauss, hoff, hab vnd gut dar in verbrant ist, freyung vnd schermung sechs jar nach dato dits bri- 12

3) Man deutet diese Worte auf einen Verzicht des Landesherrn auf sein fiscalisches Anrecht hinsichtlich erbloser Hinterlassenschaften.

ves nechst nach einander volgende, vnnd gibt in darczu sicher vehlich vnd vngeverlich glait vor alle vnd igliche ir schuldiger vnd glawbiger, vnnd befreyt sunderlich sie fur alle vnd igliche zins vnd gelt pfleg..., die inwendig sechs jaren nicht czu geben, auch fur alle vnd igliche ir glawbigern vnd schuldnern, nemlich der schult halben, so vor dem brant gemacht vnd betagt sind geweszen." *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. II. Bd. VI S. 130, 131.

Crossen war nach einem durch Heinrich's XI. Tod (1476) verursachten längeren Besitzstreite zwischen dem Brandenburgischen Hause, welchem Heinrich's Gemahlin Barbara angehörte, und dem Herzoge Johann II. von Sagan und Schwiebus, endlich im J. 1482 durch Vermittlung des Königs Matthias von Ungarn und Böhmen als Lehensherrn wiederkäuflich an Brandenburg gekommen[4]), und dann wenige Jahre später vom Kurfürsten Johann seinem Hauptmanne im crossen-boberbergischen Lande, dem Grafen Eitelfritz von Zollern, zu Pfand gegeben worden. Die Stadt hatte sich damals von dem grossen Brandunglücke her, welches sie am 27. Juni 1479 betroffen und gänzlich in Asche gelegt, noch wenig erholt, und scheint namentlich von einer schweren Schuldenlast gedrückt gewesen zu sein, wie sie der Wiederaufbau durch Feuer verwüsteter Orte immer nach sich zieht. Die neue Stadtherrschaft suchte daher den Crossenern hierin zu Hülfe zu kommen und als ein Zeichen dieser wohlwollenden Absicht stellt sich die zuletzt angeführte Urk. nr. 12 unserem Blicke dar.

CCXXIII. Culm.

(Westpreussen.)

In der Entwicklungsgeschichte Culm's müssen zwei Perioden, die Vorordenszeit und die Zeit nach 1232, ausgeschieden werden.

a. Aus jener steht nur die einzige Thatsache urkundlich fest, dass ein „castrum Colmen" existirt, viele Jahre lang aber von den Preussen zerstört gelegen habe, und dann vom Bischofe Christian dem Herzoge Heinrich von Schlesien im Vertrage v. 5. Aug. 1222 zur Wiederherstellung gegen die Zusage überlassen worden sei, dem Ersteren innerhalb der dazu gehörigen Ortschaft eine Residenz und ein Kloster zu errichten:

„Ego Conradus dei gratia dux Mazovie et Cyavie ... Christiano episcopo Prussie primo et suis successoribus pro eo, quod H(enricum) ducem Silesie, L. Vratislaviensem et L. Lubucensem episcopos crucesignatos et eorum barones ceterosque crucesignatos versus Prussiam, ad petitionem meam meorumque baronum, castrum Colmen *) per multos annos a Prutenis destructum et totaliter desolatum reedificare cum ejus bona voluntate permisit, partem predicti colmensis territorii .... cum utilitate libera et cum jure ducali ... liberrime donavi... Preterea autem in castro colmensi curiam propriam et conventum, qualem voluerit **), ipse episcopus Pruscie habebit." *Leibnitz*, Cod. juris gent. dipl. Prodrom. Nr. VIII p. 6, 7; *Dogiel*, Cod. dipl. regni Poloniae Tom IV Nr. II p. 2, 3; J. M. *Watterich*, Die Gründung des deutschen Ordensstaates in Preussen (Leipz. 1857. 8°.) Urk. Nr. 10 S. 233—35.

Diese erwähnten Gebäude sind auch jedenfalls entstanden und bildeten nebst den gewiss zahlreichen Wohnhäusern des bischöflichen Clerus und Dienstgefolges jene „civitas episcopalis", welche die Deutschordens-Ritter im J. 1232 mit Gewalt einnahmen und ausplünderten, ohne jedoch das dabei liegende aus seinen Ruinen kaum erstandene „castrum" schon wieder zu zerstören, indem dasselbe vielmehr, um künftig als Hauptordensburg des Landes zu dienen, dem Comthure Berlewin zur Obhut anvertraut wurde. Die bald hierauf aus dem Magdeburgischen nachrückenden Kreuzritter - Schaaren mögen nun, da sie sich um Culm und Thorn niederliessen, sofort zu einer beträchtlichen Erweiterung des ersteren Ortes geschritten sein; und dieser neue Anbau, womit wohl auch erst die Vollendung jener seit zehn Jahren betriebenen Restauration des s. g. Altenhauses durch Hermann Balk verbunden war, wird von den Chronisten als die eigentliche Gründung der Stadt Culm angesehen, dieselbe daher dem J. 1232 zugeschrieben. So in den Annales *Pelplinenses*, der Epitome gest. Prussie Canonici *Sambiensis*, der Chronik von *Oliva*; so ferner bei *Peter von Dusburg*, Chronic. Pruss. P. III cap. 8: „Cum his peregrinis, cum venirent Thorun, fratrer Hermannus magister aedificavit castrum et civitatem Colmensem anno

4) Vgl. die Regesten nr. 925 – 28 b. *Worbs*, Inventar. a. a. O. S. 303, 4 mit *v. Raumer* in v. Ledebur's Archiv II, 167 flg.

*) *Al.* Colman, Culmen.

**) Die Worte „et conventum, qu. vol." fehlen in den älteren Abdrücken.

domini mccxxxiii in eum locum, ubi nunc situm est castrum antiquum"; so endlich bei *Nicolaus von Jaroschin*, Kronike von Pruzinlant V. 4445—60:

„In sulchir wis manch pilgerin
vorzeich sich do der vrunde sin,
der undir deme cruze ouch
hin kein Pruzinlande zouch.
Und do ir gnuc zu Torun quam,
brudir Herman Balke nam,
der lantmeistir lobelich,
al di pilgerim an sich
und buwete mit den gestin
an undirlaz di vestin
Colmen burc unde stat,
da noch der alte Colmen stât,
in unsirs herrin jarin
do der vergangin warin
tusint und zweihundirt
drizig und zwei gesundirt" ***).

b. Um sieben Jahre später (1239) wurde die Stadt vom Schlosse Althaus getrennt und an einen östlichen Arm des Weichselstromes — „circa Vislam" — vorgerückt; bereits 1253 aber eine neuerliche und letzte Translocation der Stadt „supra montem de Visla", und zwar aus Anlass des gewaltigen Brandes, welcher einige Jahre vorher Culm fast gänzlich in Asche gelegt hatte, durchgeführt. Der neue Aufbau scheint bereits wieder an dem alten Platze im Flachlande nächst der Weichsel zum Theile vollendet gewesen zu sein, als plötzlich — so berichtet uns *Lucas David* — das durch die Anschwellung des Flusses geborstene Eis „in der nacht die Heuser vnd andere gebeude der halb neu erbauten stadt in Hauffen reiss, vnd, weil es bei der nacht in grosser eil geschahe, viel menschen auch im Schlaff sampt den gebeuden, viehe vnd allem guth hinwegk gefhüret, vorterbet vnd erseufft worden. Dieser vnfhall gab den andern, so blieben waren, vrsach, das gebeude vnd stadt auf den bergk zu rucken, damit sie nicht dergleichen durchs grosse gewesser der Weissel vorterbet wurden."

Von da an nahm Culm einen raschen Aufschwung. Doch vermochte es den politischen Rang der ersten Stadt des Landes, wofür es gesetzlich auf alle Zeiten erklärt worden war, über das XIII. Jhdt. hinaus dem rivalisirenden Marienburg gegenüber nicht mehr zu behaupten, wenn sich auch seine merkantile Bedeutung durch den Eintritt in den Hansabund, dem es sicher seit 1340 angehörte, einigermassen hob. Denn von besonderer Ausdehnung ist der Handelsverkehr der Culmer, wiewohl durch die Weichsel gefördert, niemals gewesen, da er fast nur die östlichen Nachbargebiete, Litthauen und Russland, berührte. Auf dem grossen Confönderationstage zu Cöln vom 11—19 Nov. 1367, welcher die Machtfülle und Wehrhaftigkeit der Hansa in staunenswerthem Maasse entfaltete, war auch die Stadt Culm als Bundesgenossin durch Ertmer von Hereke repräsentirt. Uebrigens währte die Betheiligung der Culmer nicht viel über hundert Jahre; denn bereits 1443 begegnet die urkundliche Notiz, dass „Culm nicht in die Henze gehort." Nominell figurirte allerdings noch 1603 Culm unter den Hansestädten des IVten oder danziger Quartiers ****).

Die Ausbildung der gemeindlichen Verfassung in Culm hatte einen durchaus regelrechten Verlauf. Zu dem „judex" und den „consules" der Handfeste nr. 1 gesellte sich schon in der nächstfolgenden ein „scultetus"; im XIV. Jhdt. formirten dann die städtische Obrigkeit: ein Bürgermeister mit zwölf Rathmannen und ein Schultheiss für die innere Stadt mit zehn Schöffen, welche zum einen Theile adeliger Herkunft, zum anderen dem Handelsstande angehörig sein mussten. Für den ausserhalb der Mauern gelegenen Stadtbezirk, die s. g. Freiheit, war ein eigner „judex libertatis s. foris civitatem" aufgestellt. Unter der Einwohnerschaft genossen, wie sich gewissermassen schon zeigte, die Kaufleute mancherlei Vorzüge. Sie waren gleich jenen zu Danzig in eine „Kompanei" geeinigt, welche ihr eigenes Gildehaus („Kompanhaus") und weitläufige Statute besass. Noch muss des päbstlichen Projectes v. J. 1387, in Culm ein „studium generale ad instar studii Bononiensis . . . tam in theologia et juris canonici ac civilis quam alia qualibet licita facultate" zu organisiren, gedacht werden. Das Vorhaben blieb unausgeführt.

Um die Mitte des XV. Jhdts. hob für Culm eine schwere bedrängnissvolle Zeit an. Verbündet seit 1440 mit den übrigen Städten und dem Landadel Preussen's gegen den Deutschorden, hatte es zwar auch im J. 1454 sich der Schutzgewalt König Casimir's IV. von Polen anvertraut †), welcher im s. g. Incorporations - Privileg v. 6. März dess. Js., wie allen Städtebürgern des Preussenlandes,

***) Sämmtliche Stellen in *Töppen's* SS. rer. Pruss. I, 270, 80; 677; 56; 353.

****) Vgl. *Sartorius - Lappenberg*, Urkundl. Gesch. der dtsch. Hanse I, 67 flg. II, 606 flg.; *Barthold*, Gesch. der dtsch. Hansa II, 177 flg. III, 447.

†) Urk. b. *Dogiel* l. c. Nr. CX p. 152, 53.

so auch den culmischen Bewahrung und Beschirmung bei allen hergebrachten Rechten, Freiheiten, Gnaden und Immunitäten feierlich zusicherte. Allein schon 1457 wurde Culm durch seinen Bürgermeister Hans Mazkau in die Hände des Ordens zurückgespielt, und musste, als es bald danach wieder in den Besitz Polen's gelangte, jene Treulosigkeit mit empfindlichem Rechtsverluste büssen. Von neuem zwischen den beiden feindlichen Mächten hin und her geschleudert, kam es endlich, zu einem fast bedeutungslosen Orte herabgesunken, durch Schenkung König Alexander's von Polen (1505) in das Eigenthum der culmischen Bischöfe, deren Hoheit die Stadt bis 1772 unterworfen blieb.

Vgl. J. *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. I S. 221; II S. 220, 33; III S. 295, 490, 522; IV S. 259; V. S. 194, 203, 312, 329, 334—36, 491—93; VI S. 704, 10; VIII S. 495 etc. Dazu s. noch Chr. *Hartknoch*. Alt- u. Neues Preussen S. 372—75; *Watterich* a. a. O. S. 102—4; *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 167 flg. 297 flg.

1233, Dez. 28. Der Hochmeister des Deutschordens Hermann von Salza und der Landmeister in Slavonien und Preussen Hermann Balk geben dem Culmerlande, zunächst nur dessen Städten Culm und Thorn, um der von den Bewohnern bei Vertheidigung des Christenthums und Förderung des Ordens erlittenen Drangsale willen, eine ihre Rechte und Freiheiten bestimmende Handfeste, deren Inhalt sich über nachstehende Punkte verbreitet: a) die den genannten Stadtgemeinden zukommende Richterwahl und die Theilung der Strafgelder zwischen dem Richter und Ordenshause; b) die den Städten anzuweisenden Grundbezirke und Fluss-Nutzungsrechte; c) den Gebrauch des **magdeburgischen Rechts** und die Angehung des culmer Schöffenstuhls als Oberhofs bei Zweifeln in der Anwendung des ersteren; d) die Schifferei- und Fährgerechtigkeiten der Städte und die dem Orden in dieser Hinsicht vorbehaltenen Befreiungen; e) die in Aussicht gestellte Vergrösserung der städtischen Flurmark durch Beifügung weiterer, bis auf den reservirten Bischofszehenten zinsfreier Huben, jedoch gegen Uebernahme der einstweilen zum Theil vom Orden getragenen herkömmlichen Wachdienste und sonstigen Gemeindelasten von Seite der Bürger; f) die Enthaltung des Ordens vom Ankaufe von Häusern und die Verbindlichkeit desselben, bei schenkweisem Erwerbe solcher die hergebrachten Reichnisse und Dienste zu leisten, was sich aber keineswegs auch auf die bereits dem Orden gehörigen Festungswerke in den Städten beziehen soll; g) die Dotirung der Pfarrkirchen in den letzteren sowie auf dem platten Lande und das hier dem Orden gebührende Patronatrecht; h) den Beweis durch Nachbarzeugniss bei Liegenschaftsstreiten; i) die Verschonung der Bürger mit ungerechter Schosszahlung, zwangsweiser Einquartirung und ungeziemenden Abgaben überhaupt, namentlich von ihren Gütern; k) den **flämischen** Erbgang bei den vom Orden den Bürgern zugewendeten Grundstücken und die jenem in Folge Vorbehalts daran zuständigen Fisch- und Biberfangs-, Salz- und Bergbau-Gerechtsame, unter Hinweisung auf das **schlesische Recht** in Ansehung der Gold- und auf das **freibergische Recht** bezüglich der Silberminen; l) die Benützung der Seen zur Fischerei, die Anlegung von Mühlen und die Ausübung der niederen Jagd durch die Bürger; m) die Voraussetzungen einer gültigen Veräusserung der vom Ordenshause herrührenden Realitäten von Seite der Besitzer, insonderheit der Theilverkäufe der Allode in Nothfällen, n) den Waffendienst der Bürger für den Orden, die an diesen zum Zeichen der Anerkennung seiner Grund- und Gerichtsherrlichkeit zu entrichtenden Geld- und Wachszinse, und die Wirkungen versäumter Zahlung und Leistung der Heerfolge (z. B. wegen Abwesenheit), sowie des Wegzuges aus dem Lande ohne Erfüllung der gegen den Orden vertragsmässig übernommenen Verpflichtungen; o) die von den Bürgergütern an den Bischof [von Culm] anstatt des Zehents zu gewährenden Getreide-Prästationen; p) die Landesmünze und deren blos nach je zehn Jahren statthafte Neuprägung; q) die allgemeine Anwendung des **flämischen** Ackermaasses; endlich r) die dem gesammten Culmerlande zugesicherte Zollfreiheit.

Die wenigen auf die Stadt Culm allein sich beziehenden Satzungen der Handfeste lauten aber: „Civitati Colmensi dedimus trecentos mansos **flamyngicales** sub monte et supra montem pro communibus ejusdem civitatis usibus ad prata, pascua et ad ortos [1], et flumen Wislam supra civitatem ad unum miliare et sub ipsa ad aliud cum omni utilitate, exceptis insulis et castoribus, ad communes civium ac eciam peregrinorum usus libere imperpetuum possidendum. — Statuimus autem, in eisdem civitatibus **jura Magdeburgensia** in omnibus sentenciis imperpetuum servari [2]), hoc indulto, ut, cum reus

---

1) *E. Ha.* adortus; *Ha.* ad hortos.
2) *Ha.* observari.

aliquis Magdeburgi in lx. solidis puniri debeat, hic in xxx. solidis Culmensis monete mulctetur, eodem modo in culpis aliis proporcionaliter observato. Si vero aliquis dubietatis scrupulus de jure judiciario vel [3]) de juris judiciarii-sentenciis civitatibus emerserit, in eisdem idem articulus a Colmensis civitatis consulibus requiratur, quia eandem civitatem metropolitanensem [4]) esse volumus aliarum, si que adhuc in dicta [5]) provincia construentur [6]). — Volentes preterea prefatis civitatibus habundancius provideri, Colmen [8]) civitati providimus [9]) centum et viginti mansos ... cum omni utilitate, excepto dumtaxat jure [10]) episcopali pro decimis exhibendo. — Parrochiam in Colmen dotavimus octo mansis juxta civitatem et aliis octoginta, ubi se sors obtulerit, assignandis" [11]).

Schluss der Handfeste: „Acta sunt hec in Culmine anno incarnacionis dominice millesimo ducentesimo tricesimo tercio quinto kalendas januarii." [Die Ortsangabe beruht auf einer Interpolation der jüngeren Abschriften, da die Originalurkunde unzweifelhaft „in thorun" ausgefertigt und nur zu Culm, als am Landes-Oberhofe, in Verwahrung genommen worden war. Als Entstehungsjahr sieht man seit *Schweikart* in den v. Kamptz'schen Jahrbb. f. d. Preuss. Gesetzgeb. Bd. XXVI S. 252 Note 17 und *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. II S. 237 Note 1 gewöhnlich das Jahr 1232 an, und diese Meinung theilt auch noch O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen Abthl. I S. 562 Note 37. Allein abgesehen davon, dass die Hochmeister die Datirungsweise der päbstlichen Curie befolgt haben, setzen es auch einzelne weitere Umstände, namentlich die Aufführung des Burggrafen Burchard von Magdeburg unter den Zeugen des Documents, ausser allem Zweifel, dass dasselbe erst im Dezember 1233 ausgestellt worden sei. Vgl. M. *Töppen*, Gesch. der Preuss. Historiographie, 1853, Anh. S. 279 und in den Scriptt. rerum Pruss. Bd. I S. 56, 57 Noten 3.]; *Watterich* a. a. O. S. 221.

Abdrücke der Handfeste: a) bei *Hartknoch*, Alt- und Neues Preussen S. 665—68; besser b) in E. *Hennig's* Ausg. von M. *Lucas David's* Preussischer Chronik [Königsb. 1812—17. 4°.] Bd. III S. 137—45, sowie c) bei J. H. *Hennes*, Cod. dipl. Ordinis S. Mariae Theutonic. Bd. I (1845) Nr. 87 S. 94—99. [Sie beruhen sämmtlich auf jüngeren Abschriften, so der Hartknoch'sche Text auf einer danziger Privatcopie, deren Glaubwürdigkeit jedoch gegen die Zweifel ihres Besitzers *Gaupp*, Das alte Magdeburg. und Hall. Recht S. 10 Note 7 in Schutz nimmt, und der Hennig'sche Abdruck auf einer „vsschrifft des ersten Priuilegs des Colmischen Landes" in dem königsberger Archivs-Codex „Colmische Priuilegia" v. 1431.] Inhalts-Darstellung bei *Voigt* a. a. O. S. 238—41.

1251, Oct. 1. Der Deutschmeister Eberhard [Graf] von Sayn [12]) als Statthalter des Hochmeisters [Heinrich von Hohenlohe] in Livland und Preussen erneuert unter zeugschaftlicher Mitwirkung der gesammten dortigen Ordensoberen, vermuthlich aus einem im Besitze derselben befindlich gewesenen Copialbuche [13]), den Bürgern von Culm und Thorn die bei einer Feuersbrunst in ersterer Stadt zerstörte Handfeste v. 1233 (nr. 1) nach ihrem gesammten Inhalte, jedoch mit mehreren zeitgemässen, von den genannten Gemeinden gebilligten Abänderungen. Von diesen bestehen die auf die Stadt Culm, — welche auch hier noch als „civitas capitalis ac dignior inter alias jam constructas et si que adhuc infra Wizlam, Ozzam et Driwanzam [14]) construentur" ausgezeichnet erscheint — speciell bezüglichen: a) in der an die Stelle der blosen Hubenzahl-Angabe getretenen vollständigen Beschreibung des städtischen Grundgebietes und seiner Grenzen; b) in dem Wegfalle der vom Orden den Culmern gegebenen Zusicherung, dass ihre Flurmark in Zukunft um 120 Huben erweitert werden soll; endlich c) in der Abminderung der Pfarrdotation um die Hälfte des ursprünglichen Betrags, nämlich auf „quatuor mansi juxta civitatem et alii quadraginta, ubi eis fuerint demonstrati". Es lauten aber: 2

A. der Eingang der Handfeste: „Frater Eberhardus dictus de Seyne, preceptor domus sancte Marie Theutonicorum per Alemanniam, vices [15]) gerens magistri generalis per Lyvoniam et Prusciam, universis Cristi fidelibus presentem paginam inspecturis

---

3) *Ha.* et.
4) *Ha.* metropolim.
5) *Ha.* praedicta.
6) *Ha.* constituentur.
7) *Ha.* providere.
8) *Ha.* Culmensi.
9) *Ha.* promisimus.
10) Fehlt b. *Ha.*
11) *E. He.* assignandum.

12) Ueber ihn s. *Hennig* a. a. O. S. 135 Note *).
13) An ein zweites *thorner* Originalexemplar der Hf. v. 1233 kann nach den Worten der Urk. v. 1251 nicht gedacht werden. *Voigt* a. a. O. III, 25, 26 Note 1.
14) Weichsel, Ossa und Drewenz.
15) *Al.* et vic. ger.

oraciones in domino Jesu Cristo. Noverit universitas vestra, quod nos, cum ad partes Pruscie pro negociis pluribus [16]) venissemus promovendis, inter alia que nobis diffinienda occurrerunt ibidem negocia cives Culmenses et [17]) Thorunenses turbatos invenimus pro eorum privilegio quondam eis a magistro nostro bone memorie, fratre Hermanno dicto de Salcza, et fratre Hermanno Balkone, primo eiusdem terre commendatore, donato et postmodum per incendium civitatis Culmensis amisso, cujus rei veritatem a fratribus nostris ac aliis viris honestis nos plenius cognoscentes, de communi consilio fratrum nostrorum ibidem existentium pariter et consensu dictos cives letificantes privilegium perditum ipsis restaurandum duximus in hunc modum."

B. Die Flurmark-Beschreibung: „Civitati Culmensi dedimus ad prata, pascua et alios usus communes a terminis cujusdam ville, que Ust [18]) appellatur, per descensum Wizle usque ad terminos cujusdam lacus, qui dicitur Rense [19]), et de ipso lacu ascendendo usque ad villam, que Rude [20]) vocatur, et juxta terminos ejusdem ville ad aliam villam Lunawe [21]) dictam, et sic directe ad viam, que ducit ad insulam sancte Marie [22]), per viam vero directe usque ad terminos cujusdam ville, que Grobene [23]) dicitur, et sic ulterius ad vallem, que Browina [24]) nuncupatur. Nec hoc tacendum est, quod liberum erit piscari sepe dictis civibus in predicto lacu, qui dicitur Rense, sicut et nobis. Preterea supra dicta bona tam in silvis quam in pratis et agris cum omni utilitate, quam domus nostra percipere posset exinde, dicti cives in perpetuum libere possidebunt. Flumen vero Wizlam a villa quadam, que dicitur Thopulna, per descensum usque ad lacum, qui Rense vocatur, cum omni utilitate, exceptis insulis et castoribus, ad communes usus piscandi predictis civibus et peregrinis duximus assignandum."

C. Der Schluss der Handfeste: „Quoniam igitur hoc privilegium per nos fratrem Eberhardum de Seyne est renovatum de consilio fratrum nostrorum, civiumque sepe dictorum consensu quedam in eo sunt mutata, articulis scilicet quibusdam exceptis et quibusdam interpositis, qui in privilegio non continebantur antiquo; ut autem hec nostra felix donatio firma et inconcussa permaneat nec in posterum ab aliquo possit infringi, cives quoque dicti super hác sui mutatione privilegii nullum penitus gravamen sustineant, presentem paginam sigilli nostri munimine roboramus. Hujus rei testes sunt fratres nostri Lodewicus provisor Pruscie [25]); Henricus commendator terre Culmensis; Henricus marschalcus; Henricus Stango in Cristeburch, Hartmundus in Elbingo, Mengotus in Balga, Zuhalo [26]) in Zantyr, Johannes in Culmine, Ravino in Thorun, Hertwicus in Redino commendatores, fratresque domus seniores Theodericus de Sulinge, Conradus de Norenberch, Volpertus de Marpurch, Henricus de Moguntia; seculares vero Johannes scultetus, Reiniko, Razo, Rudolphus, Ludeko, Eckehardus, Wasmundus [27]) cives Culmenses; feodales [28]) vero Hyldebrandus senior, Godefridus, Fridericus de Never [29]), Willehelmus, Hermannus scultetus in Thorun, Dithardus, Conradus, Lambertus, Lutfridus [30]) et alii quam plures tam religiosi quam seculares. Datum in Culmine anno incarnationis dominice millesimo ducentesimo quinquagesimo primo kalendis octobris."

Literatur der Handfeste von 1251 [vgl. *Schweikart* a. a. O. S. 253 flg. und *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. I S. 147 flg.]:

I. Text-Abdrücke: *Jura municipalia* Terrarum Prussiae et leges ad eas Terras privatim pertinentes (Dantisci 1578. 4°.) fol. A2—C3; *Privilegia* derer Stände dess Hertzogthumbs Preussen (Braunsberg 1616. fol.) S. 233 flg..; *Petri de Dusburg* Chronicon Prussiae c. Chr. *Hartknoch* (Jenae 1679. 4°.) p. 453—75; *Jura fundamentalia* Terrarum Prussiae (Dantisci 1728, 1733. 4°.) Nr. I fol. 1 sq.; Matth. *Dogiel*, Cod. dipl. Regni Poloniae Tom. IV (1759) Nr. XXIV p. 21—24; L. A. F. J. *v. Baczko*, Gesch. Preussens Thl. I (Königsb. 1792. 8°.) S. 379 flg.; J. V. *Bandtke*, Jus Culmense (Varsav. 1814. 8°.), Append. p. 283 sq.; J. M. *Schottky*, „Vorzeit und

16) *Al.* plurimis.
17) *Al.* ac.
18) Dorf Uszcz.
19) *Al.* Rensche. Es ist der bei dem Dorfe Rondsen gelegene Rensen-See.
20) Dorf Ruda.
21) *Al.* Lunaw. Dorf Lunau.
22) Marienwerder.
23) Dorf Grobno.
24) *Al.* Vronoina.
25) Landmeister Ludwig von Queden, 1249 — 52. Vgl. *Hartknoch* a. a. O. S. 281 flg.
26) *Al.* Euhalo. [Quhalo b. *Praet.* ist wohl Druckfehler.]
27) *Al.* Renico, Radolphus, Ludiko, Wasmodus.
28) Ueber diesen, einen Landadel bezeichnenden Ausdruck s. *Voigt* a. a. O. III, 496 Note 2.
29) *Al.* Neu. (Nach der Urschrift könnte auch „Nerv" zu lesen sein.)
30) *Al.* Jutfridus, Lutdechus.

Gegenwart", ein period. Werk für Geschichte, Literatur, Kunst und Dichtung, Jahrg. I Bd. I (Posen 1823. 8°.) Stück 2 Nr. XIII S. 196 flg.; A. C. v. *Vegesack*, Westpreussisches Provinzialrecht Bd. I (Danzig 1845. 8°.) S. 257–63; Cod. Dipl. *Warmiens.* Bd. I Nr. 28 S. 51–60. Blos die der erneuten Handfeste eigenthümlichen Bestandtheile gibt *Hennes*, Cod. dipl. a. a. O. Nr. 141 S. 137, 38.

Separatausgaben: J. C. *Kretzschmer*, Die Kulmische Handfeste, bei der sechshundertjährigen Feier ihrer Ertheilung übersetzt und erläutert, Marienwerder 1832. 8°., S. 23–36; K. Gtth. *Prätorius*, Versuche über die Culmische Handfeste, das älteste Grundverfassungsgesetz Preussens, unter der Regierung des teutschen Ordens. Nach dem Tode des Verfassers herausgeg. von W. Th. *Lohde*, Thorn 1842. 8°., Beilage S. 38–50.

Den ältesten Abdrücken scheint das thorner Original-MS., beschrieben b. *Prätorius* a. a. O. §. II S. 5, 6 zu Grunde zu liegen; *Hartknoch* dagegen hat eine danziger Copie benützt, und so einen höchst zweifelhaften und vielfach corrumpirten Text in die Wissenschaft eingeführt, dessen grobe Fehler bereits *Kries*, Memoria secularis diei, quo ante hos trecentos annos Prussia excusso tyrannidis Cruciferorum jugo in libertatem sese vindicatum ivit, Thoruni 1754. 4°, nachwies und verbesserte. Dennoch blieb die Hartknoch'sche Recension lange Zeit gleichsam massgebend, indem man sich begnügte nur die augenfälligen Irrthümer derselben auszumerzen. Ihr gegenüber versuchte zwar *Schottky* wieder, den reinen Urtext der thorner Hdschr. zu geben; allein es scheint ihm die Lesung desselben nicht vollständig gelungen zu sein, indem in seiner Mittheilung der Urkunde *Prätorius* a. a. O. S. 7, 8 Note **) eine Reihe von Verstössen und Wortauslassungen zu berichtigen gefunden hat. Erst dem Letztgenannten und den Bearbeitern des ermländ. UBuchs verdanken wir eine diplomatisch-getreue und somit zuverlässige Textherstellung.

II. Uebersetzungen. Von der Handfeste v. 1251 existirt auch ein alter deutscher Text, welcher, wenn auch die früher verbreitet gewesene Ansicht von einer Doppelausfertigung der Urkunde in beiden Idiomen, so dass Thorn das lateinische und Culm das deutsche Exemplar bekommen hätte [31], längst mit Recht als völlig unhaltbar verworfen worden, doch unfehlbar als eine officielle für den Raths- und Gerichtsgebrauch bestimmte Arbeit und als noch dem XIII. oder höchstens dem beginnenden XIV. Jhdt. angehörig erachtet werden darf. Vgl. *Schweikart* a. a. O. S. 253–55.

Ausgaben dieser Verdeutschung, freilich nach der Mode jener Zeit in modernisirtem Style, begegnen schon im XVI. Jhdt. Es sind dies nämlich a) eine *Ed. s. l. et a.* mit dem Titel: „Warhafftige abschrifft der Colmischen Handfest, der sthadt Colmen vnde thorn anfenglich anno 1250. 1 Cal. octo. gegeben Darnach sich alle diejenigen Richten müssen, denen jrgent ihn den Landen zu Preusen güttere zu Colmischem Recht gelihen sint, Vnde wie man beinahe in allen steden Richtere kisen sol, was vor busse inen eigent, Vnde mit was vor einem Rechte dieselbigen sthedte zu ewigen zeiten nimmer zu vorandren stadlich vorpriuilegiret, Zolfrey gemachet, vnde andren grossen freiheiten begnadiget In diesen geferlichen zeiten gantz nötig zu wissen" in kl. 4^to. Sie ward bis jetzt in zwei Exemplaren aufgefunden. Vgl. *Steffenhagen* in der Altpreuss. Monatsschrift v. R. Reicke und E. Weichert 1864 Heft VII S. 647; 1865 Heft V. S. 460. — b) Die zu Danzig bei Franz *Rhode* 1539. 4^to. erschienene Ausgabe, deren bereits M. Chr. *Hanow* „Geschichte des Culmischen Rechts" vor dem Jus Culmense ex ultima revisione (Danzig 1744, 1767; Leipz. 1754 fol.) S. 22, 263 flg. gedenkt.

Neuere Abdrücke nach alten Handschriften dagegen haben wir: α) nach dem b. P. *Lambecius*, Commentarii de augustiss. bibliotheca caesar. Vindobonensi Libr. II cap. 8 p. 833 [32]) beschriebenen, vermuthlich vom Orden selbst dem Kaiser zugesandten wiener Codex in J. Chr. *Gottsched's* Neuem Büchersaale der schönen Wissenschaften Thl. IX. (1750) Stück 2 S. 116 flg. und b. *Schottky* a. a. O. S. 208 flg.; β) nach dem codex Surlandicus s. Cellensis speculi Saxonici etc. [33]) in E. *Spangenberg's* Beyträgen zu den Teutschen Rechten des Mittelalters (1822) Nr. V. S. 205–12. Der Text beginnt: „Diz ist die handvestene des landes cholmen darnach sich alle die richten mugen, den irgen zu pruzen in dem lande gut zu cholmischem Rechte ist geligen", und enthält ausser dem Eingange 27 rubrizirte §§. Endlich γ) nach einer danziger Hdschr. XVIII. C. 48 [30 §§. nebst Vorrede und Schluss, aber ohne Rubriken] b. C. K. *Leman*, Das alte Kulmische Recht, mit einem Wörterbu-

31) Vgl. z. B. *Hellfeld's* Repertor. I, 1085 a.

32) *Homeyer*, Die dtsch. Rechtsbücher u. ihre Hdschr. (1856) Nr. 121 S. 79.

33) *Das.* Nr. 667 S. 156.

che herausgegeben, Berlin 1838. 8°., Nr. I. S. 1—12 (mit Vorrede S. xviii).

Neudeutsche Uebertragungen der Handfeste geben *Leman* in seinem Hdb. über das ostpreuss. Provinzialrecht, Heft I (Insterburg 1821. 8°.) S. 33 flg. und *Kretzschmer* a. a. O. S. 37—52.

III. Erläuterungen. Die ersten Anfänge einer solchen treffen wir in der „*Unterrichtunge*, wie man sich in den artikeln vnd clausulen der Colmischen Handfeste, auch in den artikeln die andere städte berühren, halten soll", welche sowohl in mehreren MSS. hinter der Handfeste selbst sich beigefügt findet, als auch zu Danzig bei Franz *Rhode* 1539. 4to. im Drucke erschien[34]). Aus späterer Zeit verdienen besonders die ausführliche Inhalts-Darstellung b. *Hartknoch*, Alt- und Neues Preussen S. 550 flg. und die reichhaltigen Bemerkungen über einzelne Hauptpunkte des Documents in *Voigt's* Gesch. Preussen's Bd. III S. 416, 17, 48, 91, 92, 99, 500, 516, 542; Bd. VI S. 637, 39, 44, 50, 65, 66, 80, 81 u. s. w., sowie in *dessen* übersichtlicher Darstellung der Rechtsverfassung Preussens während der Zeit der Ordensherrschaft, Marienwerder 1834. 8°., S. 3 flg. hervorgehoben zu werden.

Die culmer Handfeste, ein wichtiges Zeugniss über „den politischen Standpunkt des Ordens" und seine Tendenzen gegenüber den bischöflichen Hoheitsrechten (*Watterich* a. a. O. S. 104—6), enthält zwar in ihren beiden Redactionen auch mehrere Bestimmungen, namentlich am Schlusse, welche einen ganz allgemeinen landrechtlichen Charakter an sich tragen. Allein demungeachtet lag es unzweifelhaft in der Absicht ihrer Urheber, zunächst blos für die cives Culmenses et Thorunenses und die Bewohner der zu ihren Stadtgebieten gehörigen villae, soweit sie deutscher Herkunft waren, einen gemeinsamen Verfassungs- und Rechtsbrief zu schaffen, so dass also ihrer originären Natur nach die Handfeste als Stadtrecht sich darstellte. Hieraus erklärt sich aber, wie man noch gegen das Ende des XV. Jhdts. darüber Zweifel hegen konnte, ob die inzwischen in das Culmerland gekommenen und in Ortschaften, welche nicht s. g. Stadtdörfer waren, angesiedelten Deutschen befugt seien, sich gleich den oben bezeichneten Städte- und Landbewohnern der culmer Handfeste zu bedienen. Bei der grossen Importanz der Streitfrage scheint zu einem officiellen Bescheide gegriffen worden zu sein, und dieser lautete zwar allerdings dahin, „dass das privilegium sey gegeben nicht alleyne den bürgern, sondern auch den pilgrim vnd leenlüthen"; es geht jedoch aus der seltsamen Motivirung des Ausspruchs, welche im Ganzen auf eine völlig unzulässige Fiction [„vff die zit so kunde kein pilgrim noch leenlüthe vff dem lande gewonen vor den finden vnd ir wonunge was in den steten Colmen vnd Thorun, vnd woren alle metebürger der steten Colmen vnd Thorun"] hinausläuft und sich nur bezüglich des von den „herforten vnd dinsten" handelnden Artikels auf eine von den „ald elderen" überkommene Tradition beruft, augenscheinlich hervor, dass man sich von der Ansicht, die Handfeste sei eigentlich reines Stadtrecht, nur ungern entfernen mochte. Vgl. *Prätorius* a. a. O. S. 1, 2 Note *).

Dagegen ist von der culmer Handfeste („privilegium Culmense") als solcher wohl zu unterscheiden das (übrigens zum grössten Theile auf derselben beruhende) s. g. „jus Culmense", welches zuweilen auch pleonastisch als „deuces kolmisch recht" bezeichnet wird. Es begegnet uns unter vier, sozusagen quantitativ verschiedenen Gestaltungen, nämlich

1) als Städterecht, und zwar in den Bewidmungsbriefen für die nach und nach vom Deutschorden in Preussen gegründeten Städte, von welchen nur wenigen das lübische, der Mehrzahl, wie Bartenstein, Christburg, Fischhausen, Königsberg, Kreuzburg, Lessen, Preussisch-Holland, Rheden etc., das culmische Recht verliehen ward. Selbstverständlich konnten aber hier lediglich jene Bestandtheile der Handfeste als übertragen angesehen werden, deren Inhalt auch über Culm und Thorn hinaus auf die Lebens- und Verkehrsverhältnisse anderer bürgerlicher Gemeinden anwendbar erschien. Vgl. *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. III S. 486; IV S. 186.

2) als Territorialrecht, in dieser Bedeutung, wie ich glaube, hauptsächlich nur die auf das Unterthanen-Verhältniss, die Gerichtsbarkeit und die Reservatrechte der Landesherrschaft bezüglichen Vorschriften der Handfeste begreifend, und sich im Verlaufe der Zeit über den gesammten Ordensstaat, ja! selbst auswärtige von den Deutschherrn erworbene Landgebiete, z. B. bis nach Siebenbürgen, ausdehnend. Vgl. Fr. *Philippi*, Die deutschen Ritter im Burzenlande, ein Beitrag z. Gesch. Siebenbürgens (Kronstadt 1861. 8°.) S. 33 flg.

3) als Dorfrecht, den darauf ausgesetzten neuen Dörfern zunächst flämisches Hubenmaass und Erbrecht gewährend; endlich

34) Vgl. M. *Töppen* in der alleg. Altpreuss. Monatsschr. 1865 Heft V. S. 415, 417.

4) als **Grundsiedelrecht**, und zwar hier zuvörderst einen Gegensatz zu dem **altpreussischen Freilehensrechte** bildend, vor welchem das jus Culmense besonders zwei erhebliche Prärogativen voraushatte, den durch die Handfeste selbst auf ein festgesetztes Maass eingeschränkten, daher erleichterten Kriegsdienst, und die vermuthlich usuell entwickelte Befugniss der auf ihren Einzelhöfen oder grösseren dorfähnlichen Gütercomplexen sitzenden deutschen Grundherrn [Cölmer], über ihre Grundholden eigene Jurisdiction zu üben, welche sogar bei höherem Stande der Ersteren sich auf Verbrechen „an hals vnd an hant" zu erstrecken vermochte. Seit dem XV. Jhdt. finden wir dann das culmer Recht im obigen Sinne in eine neue Gegensätzlichkeit zu dem jetzt häufig bei Güterverleihungen in Anwendung gebrachten **magdeburgischen Lehenrechte**, welches in Ansehung der Prästationen weniger günstig, als ersteres, und von einer abweichenden Erbfolgeordnung bekleidet war, eingetreten. Vgl. *Voigt* a. a. O. Bd. VI S. 569—71, 598.

Dass aber das im XV. Jhdt. von seiner Heimat Schlesien her in das Ordensgebiet eingedrungene, das „Cölmisch Recht" oder kürzer „der Culm" geheissene Schöffenrecht mit der culmischen Handfeste und dem aus ihr hervorgegangenen jus Culmense nichts gemein habe, bedarf nach den gründlichen Untersuchungen von O. *Stobbe* in seiner Dissert. de jure Culmensi, Regimont. 1857. 4°., §§. 6—8 p. 15 sq. und in der Abhdl. „Das alte Kulmer Recht", Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. XVII S. 431 — 39 keine weitere Ausführung mehr.

Um nun nach vorstehender, als unumgänglich nothwendig erschienener Ausbeugung zur Handfeste v. 1233 (1251) und deren Verhältniss zur Stadt Culm insbesondere zurückzukehren, so stellt sich erstere, und zwar vornehmlich in den unter nr. 1 abgedruckten Artikeln als die **Gründungs-Urkunde** der jungen Gemeinde dar, wie sich einer solchen nachmals jede neu-angelegte Ordensstadt zu erfreuen hatte. Von den darin niedergelegten Bestimmungen sind aber drei von hervorragender Bedeutung und daher einer eingehenden Beachtung zu würdigen:

A. die **Uebertragung des magdeburgischen Rechts** auf Culm. Nach dem Wortlaute scheint man sich zwar ersteres in seiner Totalität gedacht zu haben, da auf dasselbe bezüglich der gesammten richterlichen Urtheilsfällung („in omnibus sententiis") verwiesen wird. Allein eine solche einheitliche Rechtsverleihung würde bei der eigenthümlichen Zusammensetzung der culmer Einwohnerschaft aus Zugewanderten der verschiedensten Länder und Gegenden kaum realisirbar gewesen sein. Bringt man daher die Summe der in der Handfeste selbständig oder durch Bezugnahme auf andere namhaft gemachte Quellen bestimmten Rechtsverhältnisse in Abzug, so bleiben nur die jurisdictionellen, also die Gerichtsverfassung, das richterliche Verfahren und die Wetten und Bussen als dem magdeburger Rechte unterworfen übrig, und diese Beschränkung scheint selbst in den der Hauptstelle nachfolgenden Worten angedeutet zu sein, worin von einer Ermässigung des magdeburgischen Straftarifs durch Abminderung seiner Ansätze um die Hälfte, weniger wohl aus Begünstigung der Culmer als um des Mangels an gemünztem Gelde willen, gehandelt wird. Uebrigens war die unmittelbare Consequenz aus jener Bewidmung, dass Culm nunmehr auch den magdeburger Schöffenstuhl als seinen ordentlichen Oberhof betrachtete, und sich dort das ganze Mittelalter hindurch, namentlich in allen wichtigen Gemeinde-Verfassungs-Fragen, wie noch unten an Beispielen gezeigt werden wird, entweder selbst Raths erholte oder solchen durch Vermittlung des Hochmeisters erbitten liess, ohne freilich immer vollkommen zufrieden gestellt zu werden. Vgl. *Voigt* a. a. O. Bd. VIII S. 77. Eine weitere Folge der fraglichen Bewidmung war aber noch, dass sich allmälig eine eigenthümliche (culmische) Form des magdeburgischen Rechts entwickelte, für welche auch die Bezeichnung: „jus Culmense" oder die vollständigere „jus Magdeburgense secundum terrae Culmensis consuetudinem" in Uebung kam. In derselben hat insbesondere das magdeburgische Recht in den meisten Städten Massovien's während des XIV — XVI. Jhdts. [1339 — 1523] Aufnahme gefunden. Vgl. R. *Röpell*, Ueber die Verbreitung des Magdeburger Stadtrechts im Gebiete des alten polnischen Reichs ostwärts der Weichsel (1857) S. 253 flg.

B. Die Anordnung eines **regelmässigen Rechtszuges von den Ordensstädten an den culmer Rath**, welchem die zweifache Befugniss, dunkle Rechtspunkte durch Weissthümer zu erläutern und angefochtene Urtheile oberrichterlich zu bescheiden, eingeräumt wird, und wobei hinsichtlich des örtlichen Umfangs dieser Berechtigung bereits der voraussichtlichen Vermehrung der Städtezahl im Ordensgebiete Rechnung getragen ist. Diese jüngeren Städte wurden dann auch meistens in ihren Fundationsbriefen entweder indirect durch Bewidmung mit dem „jus Culmense" im oben nr. 1 erörterten Sinne, oder direct durch die Anweisung,

„ire gestraften (gescholden) vrteil czu holen czu dem colmen“ mit letztgenannter Stadt in die fragliche Communication gebracht, was sogar allmälig auch bei Dörfern in Gebrauch kam. Uebrigens haben ausser jenen noch weitere Deutschordensstädte, deren Gerichte selbst für andere Oberhöfe gewesen, wie Marienwerder, wohin Bischofswerder, Osterode, wohin Hohenstein, Gilgenburg, wohin Neidenburg seinen Rechtszug nahm, sich in Culm als ihrem zwar nicht gesetzlichen aber herkömmlich bestimmten Oberhofe Belehrung und Urthel erbeten, wie sich denn dessen Thätigkeit schon frühe auch in benachbarte Gebiete (*Röpell* a. a. O. S. 292, 293) verbreitete. Als jedoch im J. 1454 die Culmer sich vom Ordensregimente losgesagt hatten, ging allmälig während des folgenden Decenniums die Oberhofs-Eigenschaft ihres Schöffenstuhls gegenüber den preussischen Städten und Dörfern verloren, und wir sehen nun die Altstadt Königsberg, welche selbst und zwar noch im XV. Jhdt. das culmer Gericht um ein Weisthum beschickt hatte, dessen Stelle einnehmen. Es berichtet hierüber der Verfasser der oben angeführten *Unterrichtung in der culmer Handfeste*: „dieselbige Stadt Colmen ist auff die Zeitt ein Heuptstadtt gesetzet worden, auch bis in den grossen Kriegk eine Heupstadt geplieben. Da aber das Landt zu Preussen im selben Kriegk getrennet und zertheilet ist worden, ist darnach auff dieser Seitten die Altestadt Königspergk vor eine oberste Heuptstadt, als vor Zeitten die Stadt Colmen gewesen, von der Oberkeitt verordenet worden, dahin man alle gescholttene Vrtheill aus den andren Stedten auff dieser Seitten hatt mussen appelliren vnd daselbst rechtfertigen lassen.“ Vgl. F. *Steffenhagen* „Der Kulmer Oberhof“ (aus Altpreussens Rechtsgeschichte Nr. III) in der Altpreuss. Monatsschr. Jahrg. III Heft 3 S. 229—42. Dazu s. noch *Voigt* a. a. O. Bd. VI. S. 593, 94 u. Rechtsverfassung Preussens S. 14 flg. Endlich

C. die Bestätigung des flämischen Rechts für die vom Orden den eingewanderten deutschen Familien zu Besitz und Anbau überlassenen Grundstücke, dabei insonderheit der flämischen Erbfolge in dieselben mit Gleichstellung beider Geschlechter und Abtheilung zwischen Wittwe und Kindern nach Hälften. Vgl. E. *de Borchgrave*, Hist. des colonies Belges qui s'établirent en Allemagne pendant le XII. et XIII. siècle (Bruxell. 1865. 4°.) p. 165—91.

Die culmer Handfeste bewahrte nun ihr Ansehen in den Ordenslanden während des ganzen Mittelalters. Noch im XV. Jhdt. finden wir auf ihre Bestimmungen, betreffend die Silbermünze und das flämische Ackermaass, Bezug genommen, und der wichtige Schlussartikel: „Absolvimus eciam totam terram predictam ab omni penitus thelonei exactione“ bildete gleichsam den Angelpunkt, um welchen sich der grosse Städtestreit über den s. g. Pfundzoll in den J. 1442 — 1446 drehte. Vgl. *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. VIII S. 331 u. S. 42, 71, 77, 97.

1252, Apr. 30. Herzog Sambor II. 3
von Pommern verleiht den Bürgern von Culm, in dankbarer Anerkennung ihrer während des Krieges mit seinem Bruder Suantepolc durch mancherlei Opfer ihm bewiesenen treuen Anhänglichkeit, völlige Zollfreiheit zu Wasser und zu Land durch sein ganzes Herzogthum für immerwährende Zeiten:

„Samborius, dei gratia dux Pomeranie, universis christi fidelibus presentem paginam inspecturis salutem in salutis auctore. Cum magna et plurima jam dudum dei permissione et fratris nostri persecutione passi simus incommoda, expedit, ut qui in tantis adversitatibus nostris tribulationis nostre fuere participes, jam dei adjutorio prosperis succedentibus consolationis eciam sint merito non expertes. Sane ad memoriam revocare conati, quanta fidelitatis constantia dilecti nobis cives de Culmine in tempore necessitatis nobis non sine corporum et rerum propriarum dispendio adheserunt, dilectionis eorum instigante fiducia, sinceris affectibus ad hec semper intendere cupimus, que ipsorum specialiter respiciunt commodum et honorem. Hinc est, quod universitatem vestram latere non possumus, quod consideratis hiis et pluribus aliis beneficiis, que dictorum civium liberalitas nobis exhibuit sepius cum effectu, volumus, ut sepedicti cives et omnes eorum successores in nostro dominio specialem deinceps prerogativam habeant libertatis. Quapropter ipsis generaliter, ut prediximus, indulgemus, ut cum rebus quibuslibet ad ipsos pertinentibus ad quosque fines sive loca dominii nostri, quod habemus vel habebimus in futuro, sive per aquas sive per terras sine omni thelonei exactione vel alio quocunque gravamine transire et redire imperpetuum valeant libere et secure. Item volumus, ut hoc ipsum non solum nostro sed et successorum nostrorum tempore firmiter observetur. Ne igitur ea, que prediximus, cum tempore transeunte simul in oblivionem transeant et mutentur, maxime cum testes idonei sint mortales, ea perpetue memorie conservanda conscripsimus et sigilli nostri munimine fecimus roborari. Hujus rei testes sunt fratres domus Theutonice: Heinricus mars(ch)alcus

et vices agens magistri Pruscie, Hartmudus in Elbing, Heinricus Stango in Christburc, Wasmudus in Zanthyr, Hertwicus in Radin commendatores, Burchardus de Hornhusen, Heinricus Suevus; cives quoque Culmenses: Ludico de Hallis, Wasmudus, Eckehardus, Heinricus Sigestap et quamplures alii fide digni. Acta sunt hec in Derscow in constructione ipsius castri anno domini millesimo ducentesimo quinquagesimo secundo, pridie kalendas maji.“ Gedruckt in *Hennig's* Lucas David Bd. III Anh. Nr. XII S. 23, 24 und in *Hasselbach's* u. *Kosegarten's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I Nr. 474 S. 946, 47; Auszug bei *v. Baczko* a. a. O. S. 390. Vgl. dazu *Voigt* a. a. O. Bd. III S. 29 m. Note 2.

Ueber den räumlichen Geltungsumfang dieses Privilegs erhob sich im XV. Jhdt. ein Streit, und es wusste Bischof Caspar von Pomesanien aus Chroniken und Documenten den Beweis zu führen, dass sich jene Zollbefreiung nur auf das Landgebiet von Mewe, wo Sambor damals geherrscht, keineswegs aber auf ganz Pommern, und namentlich auf Danzig bezogen habe und beziehe. Vgl. *Voigt* a. a. O. Bd. VIII S. 38, 39 m. Noten 1, 2.

4 **1253**, Aug. 4. Herzog Suantepolc II. von Pommern überlässt zum Beweise seiner Anhänglichkeit an den Deutschorden nach Beendigung des mit demselben geführten Krieges den Bürgern von Culm auf deren Bitten zwei der Stadt gegenüber liegende Werder [35]) käuflich zu immerwährendem Eigenthume — „duximus declarandum, quod nos heredum nostrorum accedente consensu ad peticionis instanciam dilectorum virorum, civium videlicet de Culmine, insulam sitam contra ipsam civitatem ex opposito majorem et minorem ipsis civibus titulo emptionis [36]) contulimus in veram proprietatem imperpetuum libere possidendam, cedentes omni juri, quod in utraque dictarum insularum hactenus habuimus vel dinoscimur habuisse, ita quod prefati cives et successores eorum nulla imposterum a nobis aut nostris successoribus super hiis possint vel debeant impetitione gravari.“ *Hennig* a. a. O. Nr. XIV S. 26, 27; *Hasselbach* u. *Kosegarten* a. a. O. Nr. 498 S. 973.

5 **1286**, Mai 25. Herzog Wladislaw von Lanziz und Cujavien gibt dem Comthur zu Thorn auf dessen Ansuchen die Zusicherung, dass die Kaufleute von dort und von Culm für ihren Handel nach Russland durch sein ganzes Gebiet wider jede Hinderung Schutz geniessen sollten, sich zugleich erbietend, denselben bis an die Grenzen seines Landes ein bewaffnetes Geleite gewähren zu wollen — „quod cives de Thorun et de Culmine, mercatores videlicet qui sunt in terra Russie, per terram nostram cum suis mercibus navigio sine inpedimento transire permitteremus . . ., hoc etiam addicientes, quod quicunque de civitatibus cum suis pannis et aliis rebus per terram nostram transire voluerint, secure transeant. Insuper . . volumus predictos mercatores in nostra custodia a villa que vocatur Slussow per nostram miliciam secure et quiete usque ad metas terre nostre conducere.“ *Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. Bd. II Nr. XII S. 16; *dess.* Gesch. Preussens Bd. IV S. 25 Note 2. (Extr.)

1298, Mai 23. Der Landmeister Preus- 6
sen's Meinhard von Querfurt ertheilt der „civitas Culmensis inter alias civitates terre sue principalis et capitanea“ um der löblichen Dienste willen, welche ihre getreuen Bürger zu wiederholten Malen dem Ordenshause geleistet haben und noch leisten, jedoch gegen eine von ihnen bereits empfangene, zu einem Allod-Ankaufe bestimmte Geldprästation, „jus licentiam ac facultatem liberam construendi et habendi intra ambitum fori civitatis mercatorium, scampna vel bancas seu casas institorum, calificum, pistorum, carnificum aliorumque quorumlibet artificum ad quascunque res vendendas, emendas seu servandas sub terra et supra terram, cum omni utilitate, fructu et censu, quem ad usum et profectum civitatis ibidem procurare et efficere poterunt inperpetuum, pleno jure libere et integraliter perpetuo possidenda.“ *Voigt*, Cod. a. a. O. Nr. XXXVII S. 45, 46; *dess.* Gesch. Bd. III S. 502 Note; Bd. IV S. 139 Note 1. (Extr.)

1311, Febr. 8. Der Ordens-Hochmeister 7
Karl von Trier erneuert den vom Herzoge Suantepolc mit den Culmern abgeschlossenen Kaufcontract über zwei Weichselwerder [nr. 4], unter beigefügtem Verzichte auf gewisse damals (vermuthlich in geheimer unschriftlich gebliebener Verabredung) dem Orden reservirte Gerechtsame an den fraglichen Flussinseln. (R.) *Voigt*, Gesch. Bd. IV. S. 277 m. Note 1.

1376. Der Rath der Stadt Culm grün- 8
det durch Ablassung einer Bodenfläche zu 80 Huben an Ackerleute das Dorf Schöneiche, und bestimmt in Bezug auf dasselbe, dass ein Ansiedler allda nicht über vier Huben zum Baue erhalten, jede mit einer halben Mark jährlich an die Stadt verzinsen, letztere die Gerichtsbarkeit im Dorfe regel-

35) Lippe und Nonnenkämpe.
36) *HK.* compositionis.

mässig ausüben, endlich der Rath den Dorfschulzen, und zwar immer auf ein Jahr, ernennen solle. (R.) *Voigt* a. a. O. Bd. V S. 306 Note 1 mit Bd. VI S. 708.

9 **1390.** Der culmer Stadtrath verordnet, dass die Gewerbbänke um festgesetzte Zinse stets nur auf Zeitdauer eines vollen oder gar blos halben Jahres verstiftet werden sollen, und behält sich dabei das Recht vor, einen Handwerker, welcher sich gegen die Verordnungen des Raths ungehorsam beweisen, oder wider Andere boshaft benehmen, oder endlich in seinem Geschäfte Betrügereien begehen würde, zur Strafe ohne weiteres seiner Gewerbbank verlustig zu erklären. (R.) *Voigt* a. a. O. Bd. V S. 338.

10 **1391 — 1393?** Der Hochmeister Konrad von Wallenrod erlässt für die Stadt Culm eine Ordnung über das Handwerkswesen, darin u. A. alle gefährlichen „satzungen adir samelungen", die Arbeits-Aussetzung an Werktagen [„ouch sal her nicht machen den montag noch keynen werkiltag czu vyertag ledik czu geen"] und das bösliche Weglaufen vom Meister strenge verbietend. (R.) *Voigt* a. a. O. Bd. V S. 464 Note 1. (Extr.)

11 **1441**, Febr. 6. Der römische König Friedrich III. erlaubt den um ihre Freiheiten und Gerechtsame besorgten Städten Culm und Thorn auf Ansuchen ihrer Räthe, dass sie sich „mit andern steten, auch rittern vnd knechten in Preussen" gegen Jedermann, welcher sie „wider ir recht, brieve, privillegi oder altes löblichs herkommen dringen, besweren, vergeweltigen, beschedigen oder ir habe vnd gut nemen wolte", in Zukunft, „als offt sy des notdurfft bedunckhen wirdet, verainen verpinden oder vertragen" mögen. *Du Mont*, Corps. dipl. Tom. III^a p. 181 [jedoch mit der JZ. 1451]; *Preuss. Sammlung* allerley bisher ungedr. Urkk. Bd. II (1748) Stück 6 Nr. XXIII S. 348—52.

12 **1452**, Dez. 15. Derselbe als Kaiser „bestettet, vernewet vnd confirmiret" den Bürgermeistern, Räthen und Gemeinden der Städte Culm und Thorn, welche ihn darum „durch ir erbar botschaft diemuticlich angerufft vnd gepeten haben", ihre gesammten „gnadbrieffe, privilegia vnd handfeste, in vnd iren vorderen vom kaiser vnd seinen vorfaren vnd vorderen, romischen kaisern vnd konigen loblicher gedechtniss, gegeben vnd vorliehen, auch ir alts loblichs herkommen", dabei „mainend, setzend vnd wollend, das die in allen iren stucken, puncten, artickeln vnd begryfungen gehalten werden vnd kreftig vnd vngebrochen beleyben vnd seyn vnd dowidder von nymand geton soll werden in keine wege, zu gleicherweis, als ob die von wort zu wort hierinne begriffen vnd geschrieben weren." *Preuss. Samml.* a. a. O. Nr. XXIV S. 352—54; *Lünig*, RArchiv Thl. XVI S. 19.

Neben den im Bisherigen ausführlich besprochenen Privilegien und Rechtsurkunden Culm's verdient übrigens noch eine weitere Reihe stadtrechtlicher Quellen aus dem Mittelalter hier wenigstens genannt zu werden. Es sind diese:

I. die grosse „**Willekor der stat Culm**" aus der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts., fast ausschliesslich polizeilichen Inhalts, noch ungedruckt, aber eingehend geschildert von *Voigt* a. a. O. Bd. V S. 700, 705 — 7, 713 — 19, 730, 752. Zur Probe daraus nur nachfolgende zwei Stellen: „Wir wellen ouch, wer czu vns kumt von bussin, der sal keyn erbe kowfen noch myten, her gewynne denne e syn borgerrecht, gebende das leczte geschos, das gewest ist. — Is sal nymand mit dem andern hoer spelen, wenn her gereytes geldis bey im hat, vnd nymand sal dem andern sine kleydere veczihen vmb spyl noch in in gevengnisse legen. Beclagt ymand den andirn vmb spelgeld, den sal man nicht richten." 13

Wohl zu unterscheiden von vorstehendem Statute ist übrigens die auf einem Städtetage, welcher am 23. April 1394 zu Marienburg abgehalten ward, vereinbarte und vermuthlich auch in Culm eingeführte gemeinsame Stadtwillkür für das ganze Ordensland [„der stedte wilkür"]. Wir besitzen dieselbe noch in einigen jüngeren, freilich vielfach modifizirten Abschriften für Königsberg. Vgl. *Voigt* a. a. O. Bd. VI S. 20, 21.

II. Die **Special-Willküren** oder **Rollen** der einzelnen Hauptgewerke der Stadt, nämlich der Tuchmacher, Leinweber, Wollenweber, Fleischer, Bäcker und Schneider. 14

Von denselben ist jene des erstgenannten Gewerbes aus der Zeit zwischen 1370—1390 die bedeutendste. Sie hat die Ueberschrift: „Dis sint di willekoren vnd di gesetze der weber vnd irre gewerken in der stadt zcum Colmen mit des komthurs vnd der ratlude wille, di sy halden sullen", und gibt zuvörderst Strafbestimmungen wider die mancherlei im Gewerbe vorkommenden Vergehen und Ordnungswidrigkeiten, z. B. die Bereitung von „valsch gewant", den Gebrauch „vngerechten gewichtes vnder den, die garn oder wolle kowfen oder vorkowfen", das „wirken by lichte", die Fertigung zu dünnen Tuches, die Färbung von Wolle und Garn mit Lohe u. s. f., worauf dann Vorschriften über den strenge einzuhaltenden Lohnsatz sowie über die Breite und Länge

der verschiedenen Tuchsorten („cleyne tuch, mitteltuch, vordirtuch") sich anreihen. Den Schluss bildet die allgemeine Verfügung, dass jede den culmer Tuchmarkt besendende Stadt ihre Waare „mit eyme blie der stat czeychin" versehen müsse. Gedruckt in *Voigt's* Cod. dipl. Pruss. Bd. III Nr. CXXXVIII S. 185—87; Inhalts-Uebersicht in *dessen* Gesch. Bd. V S. 339, 40.

III. Die **Sammlung magdeburgischer Schöffensprüche** für Culm, welche sich in dem schon oben (zu nr. 1) erwähnten, durch den culmer Stadtschreiber Konrad Bitschin gemäss Beschluss des Rathes im J. 1431 angelegten Stadtbuchs-Codex A, 78 des Archivs zu Königsberg mit dem Titel „Colmische Privilegia" Bl. 87 flg. niedergeschrieben findet. Sie begreift 72 „Magdeburgische geholte Urtel auff Unterschiedtliche Fragen", von welchen jedoch eines auf eine thorner Rechtssache und drei auf Danzig sich beziehen. Die ersten zehn sind datirt und gehören den J. 1338 und 1339 an; was nachfolgt, dürfte theilweise in die erste Hälfte des XV. Jhdts. zu setzen sein. Der culmischen Handfeste wird einmal, und zwar unter Einrückung einer Stelle des Urtextes, in Nr. 41 gedacht, sowie auch die dortselbst dem Rathe von Culm zugestandene Eigenschaft eines Oberhofes für das „prüsze land" in Nr. 15 ausdrücklich mit der beigefügten Declaration anerkannt, dass die Rathleute die ihnen zugesandten „briefe der beschuldenen urteil" keineswegs, wie es der Hochmeister begehrt habe, an denselben zu „entwerten" brauchten. Dagegen lässt sich von einer Kenntniss und Benützung des s. g. alten Culms nirgends eine Spur entdecken. Gedruckt sind von den Schöffensprüchen:

a) Nr. 1—7 b. *Gaupp*, Das Schlesische Landrecht S. 272—76. Es bilden diese sieben Stücke ein Ganzes; sie enthalten nämlich ein umfassendes Weisthum, welches die Magdeburger auf sieben von Culm aus vermuthlich gleichzeitig an sie gestellte Fragen am 28. Mai 1338 ertheilt haben. Die Veranlassung dazu ist leicht zwischen den Zeilen herauszulesen; es mögen eben, wie anderswo, so auch in Culm die Befugnisse der Ordensbeamten, des Burggrafen und Schultheissen, mit den althergebrachten Gerechtsamen des Stadraths in mancherlei Collisionen gekommen sein, welchen man auf vorbezeichnetem Wege in der schnellsten und ungefährlichsten Weise abhelfen zu können meinte. Allein die Bedeutung dieser Aussprüche des gefeierten Schöffenstuhls blieb nicht auf die Mauern von Culm beschränkt; berührten sie doch Interessen oder besser gesagt Uebelstände, welche fast in allen Städten jener Zeit gleichmässig vorhanden waren. Daraus erklärt es sich denn, dass wir das Weisthum auch in mehreren ausserculmischen stadtrechtlichen Sammelwerken wiederfinden. So steht es 1) in dem von *Gaupp* a. a. O. S. 224 flg. ausführlich beschriebenen schweidnitzer Rechtscodex, wonach der oben bemerkte Abdruck veranstaltet wurde; 2) in dem s. g. elbinger Rechtsbuche als Cap. 50 mitten unter Stellen aus dem Schwabenspiegel, aber undatirt; vgl. *Aem. Steffenhagen*, De inedito juris Germ. monumento, quod cod. MS. bibl. civit. Elbingensis continetur (Regim. Boruss. 1863. 8°.) p. 21 und *dessen* Abhdl. „Aus Altpreussens Rechtsgeschichte" in der Altpreuss. Monatsschr. Jahrg. II Heft 6 S. 552, 556; endlich 3) in dem s. g. Weichbildrechte der berliner Hdschr., welches *Wasserschleben*, Samml. deutscher Rechtsquellen Bd. I Einleit. §. 3 S. XV — XVII näher geschildert hat.

Inhalt des Weisthums: „§. 1. α) Ab ein ratman mag werdin abgesaczt.... Daz spreche wir vor eyn recht, daz dy rotmanne mogen wol rotmanne kysen czu eynem jare vnde eynen burgermeyster adir czwene vndir sich ouch czu eynem jare; vnd der burgreve hat keyne macht, daz her der gekoren rotmanne moge keynen abe geseczen vnd eynen andirn' wedir geseczen. — β) Wer andir schepphin sal kysin. Vnde dy schepphin sullen andir schepphin kysen, vnd dy si gekysin, dy sullen schepphin bliben, dy wyle sy lebin, vnd dy rotmanne haben keyne macht, daz sy schepphin kysin mogen von rechtis wegene, vnde dy selbin gekorn schepphin sal von rechtis wegene der burgreve stetegin. §. 2. α) Ab die rotman mogin wilkur machin.... Daz spreche wir vor eyn recht, daz dy rotmanne mogen wol mit irre gemeyne burgere wille willekore seczczin vndir yn by groser adir by cleyner buze, wy yn daz behagit, daz dy wille kure daz bescrebene recht nicht krenke; vnd daz mogen sy wol tun ane des burgreven wille. vnde dy rotmanne sullen macht habin, dy buze czu vordirn vnd czu behalden czu der stat nucze, vnde der burgreve vnd der schultheyse yn sullen keyn teyl dor an han. — β) Ab ein man die buze nicht gebin wil. §. 3. Von wan mase. §. 4. Von schadin des holczis. §. 5. Wi wyt einer ein gast sie geheissin. §. 6. Von besaczunge eins gastis gut. §. 7. Von saczunge geschoss."

b) Nr. 8—10, 13—55, 57—61, 63, 64, 70—72 b. O. *Stobbe*, Beiträge zur Geschichte des deutschen Rechts (Braunschw. 1865. 8°.) Nr. VI S. 94—124 mit einigen auch auf lit. a

bezüglichen einleitenden Bemerkungen S. 91—94.

16 IV. Der **„Liber proscriptorum“**, worin von 1340 an die in jedem Jahre vorgekommenen Straffälle — „proscripti pro homicidio [solche Morde kamen z. B. 1344 vier, 1345 sechs, 1346 acht, 1377 sechzehn zur Aburtheilung], pro vulneribus, pro fractura pacis domestice (hussuche, heymsuche), pro adjutorio homicidii, pro volleist homicidii, pro insidiis viarum, pro clauditate, pro defloratione virginis, pro noitzucht, pro quadam violentia in quadam virgine, pro incantatione, pro amputatione nasi, pro spolio unius anuli, pro furto palii“ etc. — verzeichnet wurden. Dieses Acht- oder Strafbuch findet sich auf dem geheimen Archive zu Königsberg aufbewahrt. Vgl. *Voigt* a. a. O. Bd. V. S. 45, 46 m. Note 1. Endlich

17 V. Der **„Liber scabinorum“** libertatis Colmensis — anno domini 1407 compilatus et inceptus, in quo libro continentur omnia acta in bannito judicio actitata, que per scabinos ad discuciendam inhabitatorum libertatem tam intra quam extra civitatem Colmensem in perhenne testimonium reservantur.“ Unter den mannigfaltigen im Schöppenbuche begegnenden Rechtsgeschäften sind besonders auch die Rentenkäufe bemerkenswerth. Vgl. *Voigt* a. a. O. Bd. VI S. 711, 12 mit Bd. V S 466 Note 1.

CCXXIV. Culmbach.

(Bayern, Franken.)

A. W. *Heckel*, Beispiele des Guten aus der Geschichte der Stadt Kulmbach sammt einer Chronik dieses Ortes als Einleitung, Bayreuth 1839. 8⁰., S. 7—116. Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 575 flg.; H. T. *Peetz* in der Bavaria Bd. III S. 553 flg.

Culmbach, vielleicht schon 966 („Culmnaha“), jedenfalls 1174 („Culminaha“) urkundlich erwähnt, gehörte im XIII. Jhdt. dem Meranischen Hause an, nach dessen Aussterben im J. 1248 der Ort erbgangsweise in den Besitz der Grafen von Orlamünde gelangte, welche ihm wahrscheinlich alsbald städtische Einrichtungen verliehen, da bereits 1284 „cives“ mit einem „senior“ an der Spitze in Culmbach angetroffen werden. Schon Graf Hermann von Orlamünde verpfändete jedoch am 8. Apr. 1290 sein „castrum Blassenberch cum civitate Chulmna“ für 400 Mark Silbers an den Burggrafen Friedrich III. von Nürnberg auf die Zeit eines Jahres von Walburgis an gerechnet (*Monum. Zoller*. Bd II Nr. CCCXLIII S. 191 flg.); und als dann später Graf Otto IV. von Orlamünde am 4. Apr. 1338 neuerlich seine Stadt „Kulmnach“ sammt einigen Dörfern und Aeckern und „allen den gut, gulte vnd nutze, die in dem zolle ze Kulmnach, als verre der geraichet, gelegen sint“, für 4000 Pfund Heller an den nürnbergischen Burggrafen Johann II., und zwar „mit dem gedinge“ zu Pfand gab, „daz er vnd sein erben die vorgenanten stat Kulmnach, gute vnd gülte, mit allen rechten ... innehabn vnd nizen sulle, als lange, vntz Otto oder sein erben diselbe stat vnd gut von in erledigen vnd erlösen vmb die vorgeschriben 4000 pfunt heller“ (*Monum. Zoller*. Bd. III Nr. LI, LII S. 43—49): so war damit der Grund zu dem wenige Jahre nachher wirklich erfolgten eigenthümlichen Uebergange Culmbach's an das Zoller'sche (Brandenburgische) Fürstenhaus gelegt.

1373, Jul. Burggraf Friedrich V. ertheilt den Juden seiner Stadt Culmbach einen über vier Jahre sich erstreckenden Schutzbrief gegen Beschwerung mit Steuern und Auflagen, dabei noch bestimmend, wie es hinsichtlich der Rechtsstreite zwischen Juden und Christen gehalten werden solle. (R.) — Die Urkunde ist völlig gleichlautend mit jenen von demselben Datum für die Judengemeinden von Bayreuth (S. 165 nr. 2) und Hof. Bei letzterem Orte wird das Privileg mitgetheilt werden. 1

1374, Jan. 25. Derselbe gewährt „den burgern gemeinlichen der stat zu Kulmnach die gnade vnd fryung“, dass sie „deynerley schaczung noch stewre schullen noch bedurfen geben noch reichen, von dysem tage bis auf den nesten sant walpurg tag, vnd von demselben sant walpurg tag vbir vyer gancze iar, die sich nach einander zuczelen vorgen vnd vorlauffen.“ *Monum. Zoller*. Bd. IV Nr. CCXXVIII S. 258. Vgl. dazu *Heckel* a. a. O. S. 117, 18 2

1381. Derselbe überlässt gegen 30 Tagwerk Feld und Wiesen zu Blumnau — später „das gülden Feld“ genannt — und zwar in 12 Antheile zerlegt, den Bürgern Culmbach's um geringen Zins zu Pacht, mit der Bestimmung, dass diese Grundstücke im Veräusserungsfalle nur an die Stadt selbst und handlohnfrei verkauft werden dürften. [R. aus dem Landbuche der Herrschaft Blassenberg v. 1398 und 1531]. *Heckel* a. a. O. S. 19, 20, 118. 3

Ausserdem möge nur noch bemerkt werden, dass sich die culmbacher Gerichtsschöffen in Rechtspunkten, deren sie „unweise“ waren, nach **Nürnberg** zu wenden pflegten, welches überhaupt, seitdem Culmbach eine burggräfliche Stadt geworden, auf

deren innere, namentlich gewerbliche Einrichtungen unverkennbar einigen Einfluss äusserte. Im J. 1403 endlich wurde Culmbach der Sitz des Hof- und Ritterlehen-Gerichts für das Markgrafthum oberhalb Gebürgs. Vgl. *Heckel* a. a. O. S. 26, 29, 30.

CCXXV. Daber.

(Preussen, Pommern.)

1461, Dez. 24. Ulrich, Berndt, Tüles und Hans von Dewitz „vernewen vnd versiegeln" dem Rathe und den Einwohnern ihrer Stadt „Dabern" ein deren gesammte Grundgerechtigkeiten, „als se vorher gehabt haben vnd nun noch hebben in iren feldmarken vnd scheiden .... mit water vnd mit weide, mit holten vnd mit wesen, mit muren vnd mit flietenden watern", begreifendes Privilegium, sich selbst hiebei „tho ires schlosses behoeff" zwei Gehölze, das Daber-Gewässer, sowie den Kiez und Burgacker, „alss er liegt in synen scheiden, darvon de rat vorschrewen tho der Daber orbör alle jar tho gebende pflichtig" ist, vorbehaltend, und gestatten ausserdem noch, dass „de rat schall hebben den bröck an hand vnd halse." [Nochmals durch Franz von Dewitz am 15. Sept. 1499 confirmirt.] *Dähnert*, Pommersche Bibliothek Bd. II S. 548, 49.

Die von Dewitz („Greven to Vorstenberghe") sind ein mecklenburgisches Adelsgeschlecht, welches wir seit der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts. im Lehensbesitze der „terra Doberen" antreffen. Wann dasselbe auch die stadtherrlichen Gerechtsame über den gleichnamigen Burgort erworben habe, ist ebenso ungewiss, als die Entwicklungsgeschichte des letzteren überhaupt, welcher in einer Feuersbrunst von 1539 seiner meisten Documente verlustig ging. Doch dürfte wenigstens ein Bruchstück seines Fundationsbriefes uns in der vorstehenden Urkunde erhalten sein. Gegen das Ende des Mittelalters (1497) vertauschte der „erbsessen to der Daber" Achim von Dewitz die Hälfte seiner Stadt an Herzog Bogislaw X. von Pommern. Allein schon sehr bald findet sich wieder die ganze Stadt in der Hand ihrer früheren Herrn vereinigt. Vgl. *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. II Bd. I S. 291 flg. G. *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern (1865) S. 100—104.

Ueber die (vermuthlich bereits im Mittelalter begonnene) Anwendung des schwerinischen und lübischen Rechts in der Stadt Daber s. A. *v. Balthasar's* Abhandl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärt. Rechten §§. 24, 58 S. 20, 50.

Dahme. CCXXVI.

(Preussen, Pr. Brandenburg.)

J. M. *Rinne*, Merkwürdigkeiten der Churfürstl. Sächss. Querfurthischen Stadt Dahme, nach den handschriftl. Nachrichten des ehemaligen hiesigen Rectors M. Joh. Christian *Krackow's* bearbeitet, bis auf die neuesten Zeiten fortgesetzt und herausgegeben, Dahme 1805. 4°. W. *Reinhold*, Chronik der Stadt Dahme und der Umgegend (mit Urkundenbuch), II Bände, Dahme 1845, 46. 8°. Vgl. auch J. W. *Neumann* in seinen [mit C. S. G. *Gallus* herausgeg.] Beiträgen z. Geschichts- u. Alterthumskunde der Nieder-Lausitz Lief. 1 (1835) S. 105 flg. *Scheltz*, Gesammt-Geschichte der Ober- und Nieder-Lausitz Bd. I S. 509 flg., sowie *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 161.

1265, Jul. 25. Die Ritter Richard der Aeltere und Jüngere, Herrn in Dahme, entbinden die Bewohner der genannten Stadt und der anliegenden Dörfer von allen Zöllen, und erstrecken diese Freiheit, der Bitte des Klosters Doberlug willfahrend, auch auf die Leute des bei Dahme gelegenen Dorfes Kemnitz:

„Universis Christi fidelibus presentem literam inspecturis Rychardus senior ac filius ejus Rychardus junior, milites ac domini in Damis, sue possibilitatis obsequium in perpetuum. Ne ea, que fiunt in tempore, eorum simul memoria decurrat cum tempore, convenit, ea autenticorum munimine scriptorum ad eternam rei memoriam perennari. Hinc est, quod notum esse cupimus tam presentibus quam futuris, quod, cum quasdam exactiones graves frequenter audiremus in negotio nostri thelonei in Damis, divino pulsati instinctu civitati nostre in Damis ac villis nostris adjacentibus talem contulimus libertatem, volentes, subditos nostros ab omni exaccione thelonei liberos perpetuo permanere. [*Hiervmme wollin wir, daz wizlich si allin keinwertigin vnd tzukünftigin, daz wir dicke vnd vil gehort habn, wie in dem geschefnisse vnsirs tzolles in vnser stat tzur Dame di lüte sere beswerit werdin. Nu hat vns got fon synen gnaden den sinn gegebin, daz wir daz tzu hertzin gnomen habn vnd habn vnser stat tzur Dame vnd den dörfirn*, (*di*) *dorvmm gelegin syn*, *vnsern vndirsezin*, *fryheit gigebn*, *vnd wollen*, *daz alle vnser vndirsezin von*

tzolle in vnser stat fry vnd ledig ewiclich sullen blybin.] Inter hec etiam ob reverentiam beate Dei genitricis Marie et de petitione religiosorum virorum, videlicet domini abbatis ac totius conventus in Dobirlug, cuidam ville predicti cenobii circa Damis site, que Kemenitz dicitur, talem donavimus libertatem, ut, si inhabitatores predicte ville ad forum nostre civitatis accedere contigerit cum quibusdam mercationibus [1]) vel vecturis seu negotiationibus, ipsos absque omni impedimento liberos ab omni exaccione thelonei volumus perpetuo permanere. [*Ouch han wir der hochgeloblin juncfrowin Marien, der mutir gotis, tzu lobe vnd tzu erin, vnd ouch durch bete willen des abtis vnd der samenunge tzum Dobirluge diselbin vriheit gigebin irem dorfe Kemenitz, daz by vnser stat gilegin ist, was di gebur doselbist in der vorgenantin vnser stat tzu schaffene habn mit koufene adir mit firkeufene, daz si des fon tzolle sullen ewiclich fry vnd ledig syn.*] Et ut predicta donatio a nostris successoribus perpetuo maneat inconvulsa, presentem literam nostri sigilli appensione roboratam eisdem in testimonium perennitatis decrevimus concedendam. Datum Damis anno domini MCCLXV viii calend. augusti. [*An sente Jacoves tage des heilgin apostiln.*] Hujus rei testes sunt dominus Johannes de Wildowe, dominus Hartmannus, dominus Rudolfus de Prowe, dominus Conradus Boemus et Otto plebanus de Rychd et alii quam plures.“ In lateinischer und deutscher Ausfertigung b. *de Ludewig*, Reliq. MSS. Tom. I Nr. LX, LXI p. 84—87. Vgl. dazu *Worbs*, Inventar. dipl. Lusatiae infer. Bd. I S. 82, 83 nr. 231 und *Reinhold* a. a. O. Bd. I S. 11.

2 **1417**, Apr. 10. Erzbischof G ü n t h e r II. v o n M a g d e b u r g erklärt, dass der zwischen der Stadt Dahme und den Dörfern Rietdorf und Gebersdorf gelegene Mosebruch sammt Zubehör auch künftighin, wie seit undenklichen Zeiten, von den genannten Gemeinden zur Koppelhut benützt werden solle:

„Wir Günther, von gottis gnaden erczbischoff zu Magdeburg, bekennen offentlich mit disem briefe, daz vns Jacob Behendorff, vnser ambtman czu Dahme vnd Jüterbog, vnd auch vnser manschafft vnd altsaszen czu Dahme, vnser lieben getrewen, vnterricht vnd angeweist haben, wie daz die viehe weyde genandt das mosebruch, czwusschen vnsir stadt czu Dahme vnd den dorffern Rietdorff vnd Gebersdorff gelegin, bey iren gedencken vnd ouch vor alters, als sie nie andirs gewust noch vernomen haben, eine gemeyne viehe trifft gewesen sey. Vnd darumb so wollen wir, daz der ėr genandte mosebruch mit sinen czugehorungen vnd wesen furbaz eine gemeyne viehetrifft vnd vieheweyde bliben sulle, in aller maszen er bisher gewesen ist, also daz die genandte vnser stadt czu Dahme vnd die dörffer Rietdorff vnd Gebersdorff das in allen redelichen vnd müglichen sachen czu irer notdurfft in gesambter weyse gebrauchen sullen vnd mügen, als sie bis an dise czeit getan haben, vnd irre ein teil sal dem andern darinne keinen verdriess tun mit worten noch mit wercken; sie sullen sich ouch vnter einander darinne ein teil das ander nicht pfenden in keine weyse on argelist. Mit vrkund diss brieffes vorsiegelt mit vnsern angehangen insiegel, der gegeben ist Gewühenstein nach gottis geburt vierczehnhundirt jar vnd siebenczehn [2]) jar am sonnabende nach sancti Vincentii tage des heyl. merterers.“ Als Transsumt der Bestätigungs-Urkk. EB. Albert's V. v. 1540 und Herzog Johann Adolph's v. Sachsen v. 1683 b. *Reinhold* a. a. O. Bd. II UBuch Nr. II S. 23, 24. Vgl. *Rinne* a. a. O. S. 193; *Reinhold* a. a. O. Bd. I S. 27.

1467. Erzbischof J o h a n n [der Bayer] v o n M a g d e b u r g erlaubt seiner Stadt Dahme, um deren Nahrungsstand zu heben, dass auch die in ihrer Umgebung wohnhaften W e n d e n, welche bis dahin von den Zünften ausgeschlossen waren, nunmehr zu den Handwerken gelassen werden dürfen. (R.) *Rinne* a. a. O. S. 33; *Reinhold* a. a. O. Bd. I S. 28. 3

1482, Oct. 8. Herzog E r n s t von Sachsen als A d m i n i s t r a t o r der K i r c h e z u M a g d e b u r g lässt durch drei seiner Räthe eine die Weide und Trift im Mosebruche [nr. 2] betreffende Zwistigkeit des Raths und der Gemeinde seiner S t a d t D a h m e mit der Dorfschaft und Bauer-Gemeinde G e b e r s d o r f mittels Schiedspruches beilegen, welcher dahin lautet: „dass die von der Dahme macht haben sollen, zu der stadt vnd irem nucze vf dem genanten mosebruche biss an der von Gebersdorff holz wessen zu machen, vnd sollen den von Gebersdorff, also lang derselbige grundt des mosebruchs biss an der von Gebersdorff holz begreifft, fünf ruthenbreit zu einer viehetrifft abemessen, daruff die von Gebersdorff hinforder zukünftig- 4

1) L. mercatoribus.

2) Im Abdrucke steht blos, wohl nur durch Versehen: „vierzehnhundert jahr.“

lich ire viehe treiben vnd eine freye viehe trifft haben sollen vnd mögen, von den von der Dahme vnd einem jederman vngehindert. Vnd ein iglicher innhaber der wessen, die also von den von der Dahme vf dem mosebruch, wie vor berürt, gemacht und angerichtet werden, soll hinter seiner wessen an der selben viehetrifft das also verwaren und vermachen, dass der von Gebersdorff viehe vff die wesen nicht kommen noch lauffen möge. Wuhe aber das von ihn oder einigen nicht also verwaret, vnd der von Gebersdorff viehe alsdan vf dieselbigen wesen, eine oder mehr, die, als oben berürt, nicht verwaret were, vngeferlich lauffen würde: so sollen die von Gebersdorff dess von den von der Dahme vngepfendet vnd redlos bleiben. Vnd die von der Dahme sollen auch die selben wesen jerlich nicht eher anheben zu hegen, dann vff den nechsten sontag nach Walpurgis, vnd darnach inwendig zehen wochen den nechsten soll ein iglicher besiczer der selben wesen sein gras gemeyet vnd ingebracht haben, vnd wen das nicht geschehen vnd jemand darinne lessig vnd seumig funden würde, dann sollen die von Gebersdorff allwege, so offte sich das begiebt, macht haben, mit irem viehe vff das mosebruch zu treiben gleich den von der Dahme, vngehindert vnd vngeferlich. Es sollen auch die von der Dahme den von Gebersdorff die weyde zu (in) irem gehölze vf dem mosebruche hegen also lange, alss ire wessen gehegt werden, wie vorberürt ist, vnd darnach mögen sie von beyden parthen vberein hüten ohne des andern insprache.“ Als Transsumt der Confirmations-Urk. EB. Albert's V. v. 1540 zweimal gedruckt b. *Reinhold* a. a. O. Bd. II UBuch Nr. I, VI S. 19—21, 50—52.

5 **1490**, Sept. 8. Erzbischof Ernst von Magdeburg ertheilt zur Beilegung von „irrungen, schäden vnd gebrechen“, welche zwischen der „erbaren mannschafft“, dem Rathe und der Gemeinde seiner Stadt Dahme einer-, und dem Kaspar von Löben „von wegen seiner vntersassen zu Bollensdorff“ anderseits „etlicher trifften halber die kleine gemeyne genant“ entstanden waren, einen Schiedbrief des Inhalts, dass a) „die obgenanten von der Dahme der genanten von Bollensdorff mark hinfürder zu ewigen zeiten meiden vnd daruff nicht treiben sollen“; dass b) die Bollensdorfer, wie früher, die s. g. kleine Gemeinde zur Huth für Pferde und Vieh, jedoch unbeschadet der Triftgerechtigkeit jener von Dahme, benützen, dafür aber c) an letztere jährlich zu Martini zehn Schäffel Haber „reichen vnd geben“ mögen. *Reinhold* a. a. O. Nr. X S. 63, 64.

Dahme (Thama, Dhame, Dame, Damm) war uranfänglich eine wendische Colonie, deren Familien sich vornehmlich vom Fischfange in dem gleichnamigen Flusse nährten, erhielt aber schon im Beginne des XIII. Jhdts. deutsche Bewohner und vermuthlich alsbald auch städtische Gerechtsame. Dass damit eine Uebertragung des weit verbreiteten luckauer Stadtrechts und namentlich seiner zünftischen Einrichtungen, z. B. bei dem frühe aufblühenden Tuchmacher-Gewerke, verbunden gewesen sei, wie *Reinhold* (a. a. O. Bd. I S. 24) annimmt, ist mindestens nicht unmöglich, wenn auch directe Beweise dafür fehlen. Es war übrigens Dahme der Hauptort einer kleinen niederlausitzischen Herrschaft, welche vor 1185 Reichsgut gewesen zu sein scheint, seit dieser Zeit aber in Folge Tauschvertrags dem Erzstifte Magdeburg gehörte. Im Lehensbesitze derselben treffen wir vom XII. Jahrhundert an die domini de Damis, deren Mannsstamm jedoch 1405 erloschen ist, worauf das Erzbisthum das Ländchen als eröffnetes Lehen einzog. Oefter wiederkehrende Verpfändungen und die kurze, von 1457 bis 1464 reichende Occupationsperiode König Georg Podiebrad's, welcher seine vermeintlichen Successionsansprüche auf das dahmer Gebiet nach dem Aussterben der Herrn von Dahme mit dem Schwerte verfolgend, sich desselben bemächtigt und den niederlausitzer Landvogt Albert von Postupitz damit belehnt hatte, abgerechnet, blieb nun Dahme magdeburgische Stiftsdomäne, bis es 1635 durch den prager Frieden an Kursachsen gelangte. Unter den Einwohnern der Stadt nimmt die s. g. ehrbare Mannschaft [3]), bestehend in den [ehedem ritterbürtig gewesenen] Besitzern der nächst dem Schlosse und von diesem abwärts gelegenen (später vier) Frei- und Lehengüter, eine bevorzugte, angeblich schon unter Erzbischof Günther II. (1414) durch ein eigenes Privilegium geschützte Stellung ein.

In eine lebendigere Rechtsentwicklung trat Dahme erst im XVI. Jhdt., und vorzüglich unter der kursächsischen Regierung ein, welcher letzteren es auch eine Bestätigung seiner ausschliesslich strafrechtliche und polizeiliche Vorschriften enthaltenden „Statuta, Ordnung und Articul“ v. 13. Oct. 1640 und 17. Aug. 1658 [4]) verdankte.

---

3) Vgl. *Rinne* a. a. O. S. 74 flg. und *Reinhold* a. a. O. Bd. I S. 26, 27, 71—76.

4) Gedruckt b. *Reinhold* a. a. O. Bd. II. UBuch Nr. IV S. 30—45.

CCXXVII. Dalenburg.

(Hannover.)

1289, Mai 29 — Juni 5. Herzog Otto der Strenge von Braunschweig und Lüneburg verleiht den sämmtlichen Einwohnern seiner Stadt Dalenburg die in Städten herkömmlichen Bürgergerechtsame und überdies alle Rechte, welche seine Vorfahren den Bürgern von **Lüneburg** zugestanden haben:

„Dei gratia Otto de Bruneswig et de Luneborg dux omnibus in perpetuum. Cum nihil sit, quod ex hominum memoria propter mutabilitatem temporis non evanescat, nisi scriptorum aut testium juvamine fulciatur, actus nostros dignos memoria futurorum scriptis roborare consuevimus ad cautelam. Hinc est, quod presens audiat etas et futura plenius intelligat et cognoscat, quia nos omnibus manentibus in civitate nostra Dalenborg dedimus jus burginandi, sicut solet in civitatibus observari. Insuper concessimus ipsis omnia jura, que burgensibus de **Luneborg** a nostris progenitoribus indulta dinoscuntur. Sane ut hec nostra donatio a nullo posterorum nostrorum infringi valeat aut mutari, presentem paginam inde conscriptam sigillo nostro muniri jussimus ad cautelam. Hujus rei testes sunt Hinricus de Weneden, Borchardus de Cramme, Rodolphus de Haren, Joannes de Etzedorpe milites; Joannes de Lobeke, Ulricus de Benevelde, Borchardus de Etzendorpe famuli, et alii quam plures. Datum Dalenborg anno domini millesimo ducentesimo octogesimo nono infra octavas pentecostes." Chr. L. *Scheidt*, Histor. u. diplomat. Nachrichten von dem hohen und niedern Adel in Teutschland (1754) S. 44.

In der einem Cod. saec. XIV. entnommenen Verdeutschung des Privilegs (*Scheidt* a. a. O. S. 45) lautet die Hauptstelle: „wente wy allen inwaneren blivenden [1]) in vnser stadt Dalenborg hebbenn gegeven burgerrecht tho ovende, als yth gewoentlick yss yn den steden tho holdende. Vort aver hebbe wy ene gegunneth vnde thogelathen alle gerechticheith, do vnse voroldere de burgere vnd inwanere van **Luneborg** worden erkenth mede begnadeth tho hebbende" [2]).

Der Burgort Dalenburg, bereits in der Landestheilung der Söhne Heinrich's des Löwen (1203) genannt, erscheint in der Urk. Herzog Otto's von Braunschweig über die Veräusserung der lüneburger Münze an seine Landschaft v. 6. Jan. 1293 [*Sudendorf*, UBuch Thl. I Nr. 122 S. 75 flg.] unter den „oppida" gegenüber den „civitates", und in der Urk. Herzog Ludwig's von Braunschweig v. 9. Dez. 1355 [*Sudendorf* a. a. O. Thl. II Nr. 533 S. 287—90], worin derselbe auf den Fall seiner Succession in die Herrschaft Lüneburg sammt dazu gehörigen Landen den Bewohnern letzterer die Bewahrung ihrer hergebrachten Rechte und Gewohnheiten zusichert, unter den „wikbelden" im Gegensatze zu den „steden" aufgeführt. Vgl. U. F. C. *Manecke*, Topogr.-histor. Beschreibungen der Städte etc. im Fürstenth. Lüneburg (Celle 1858. 8°.) Bd. I S. 360—62.

1) *Sch.* inwaner inblivender.

2) *Sch.* de vnse voroldern den burgeren vnd inwanern v. L.... tho hebbende recht."

Damgarten. CCXXVIII.

(Preussen, Pommern.)

A. G. *v. Schwarz* „Vom Ursprung der Stadt Damgard" in seiner Diplomat. Gesch. der Pommersch-Rügischen Städte S. 389—415. Vgl. auch O. *Fock*, Rügensch-Pommersche Geschichten aus sieben Jahrhunderten II (Leipz. 1862. 8°.) S. 116; *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 105 flg.

1258. Fürst Jaromar II. von Rügen gründet nächst dem Orte Damgor [Dammagora d. i. Eichenberg] eine deutsche Stadt, bestimmt deren Grundbesitz, zu welchem auch das alte Wendendorf selbst geschlagen wird, und verleiht der neuen Gemeinde die Gerechtigkeiten des Fischfangs im Binnenwasser bis nach Barth und des Heuschnitts auf der Pritzenitz-Wiese, den Gebrauch des **lübisch-stralsundischen** Rechts, vollständige Entbindung von Steuern und Abgaben, sowie endlich Zollbefreiung, und zwar für die Fremden, welche Damgarten durchziehen, auf 6 Jahre, dagegen für die Stadtbürger selbst bezüglich aller in Rügen gekauften und verkauften Waaren auf ewige Zeiten: 1

„Nos Jeromarus, dei gratia Ruyanorum princeps, universis presens scriptum inspecturis salutem in perpetuum. Cum modernorum actuum decursu temporis successivo oblivio facilis habeatur, ea, que in usum et profectum fidelium nostrorum liberaliter erogamus, scriptis memorabilibus dignum duximus inponenda. Hinc est, quod presentibus protestamur, quod nos fidelium nostrorum instructi consiliis novam in Damgur fundavimus civitatem, addentes ipsi proprietates pro posse adjacentes ac libertates deinde competentes. Donavimus ergo omnibus predictam civitatem

inhabitantibus, quidquid est intra [1]) terminos Slichtenmole [2]) et terminos Zale [3]) versus mare, cum agris utriusque ville Damgur et Puteniz, perpetuo possidendum. Villam quoque Slavitam [4]) jam dicte civitati proxime adjacentem, quocumque modo id disponamus, ipsius terminis liberaliter apponemus. Memoratis etiam inhabitatoribus nostre civitatis Damgur ab ipsa civitate Damgur usque in Bardt liberam contulimus piscaturam; ipsis quoque nostris civibus in Damgur [5]) superaddimus, quod in prato nostro Pritzenitze singulis annis feni possunt metere, quantum placet. Dedimusque sepedicte nostre civitati in communi jus tale, quale hij de **Lubeke** et hij de **Stralessund** nunc habent et hactenus habuerunt. Ipsam similiter ab omni peticione seu exactione concessimus in perpetuum fore liberam et exemptam. Quemlibet etiam in genere civitatem Damgur transeuntem sex annis a datione theolonei libertamus. Admittimus itaque, ut quilibet noster concivis jam dicte civitatis a majore usque ad minimum, quecunque vendiderit vel emerit in Ruya, a solutione theolonei perpetuo sit exceptus. (Zeugen.) Ut autem hec nostra donacio a nobis seu heredibus nostris ab omni dubietatis ac contradictionis scrupulo libera perseveret, presentem paginam sigilli nostri munimine duximus roborandam. Datum Stralessund anno domini M⁰. CC⁰. LVIII⁰." *v. Dreger's* Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. CCCVI S. 418, 19; *Dähnert*, Sammlung Pommerscher und Rügischer Landes-Urkk., Supplem. Bd. II (1786) S. 429 flg. mit alter Verdeutschung; *Fabricius*, Urkk. z. Gesch. des Fürstenth. Rügen unter den eingebornen Fürsten Bd. II Nr. LXX S. 40, 41 [als Transsumt einer Confirm. - Urk. Herzog Philipp's von Stettin v. 1540] m. Text S. 112 flg; *Meklenburg.* UBuch Bd. II (1864) Nr. 810 S. 114, 15. (Extr.) Vgl. dazu *v. Schwarz* a. a. O. §§. 11—14 S. 369—400.

2 **1323**, Nov. 1. Barold Mörder überlässt dem Fürsten Wizlaw IV. von Rügen „omnem proprietatem ac libertatem, quam in molendino Damgur, quod aqua movetur, habuit", sammt allen Rechten für 20 Mark gangbarer Pfennige. *v. Schwarz* a. a. O. §§. 21—23 S. 408—11 (mit deutscher Uebersetzung und Erläuterung).

1) *Dr.* infra.
2) *Al.* Slictemöle, Sclychtenmole, Schlechtmühl.
3) *Al.* Sale [jetzt Saal].
4) Slaviz oder Wendorf? Vielleicht ist *Dreger's* LA. „Slavicalem (slavicam) vorzuziehen.
5) Die Worte: „ab ipsa civitate... civibus in Damgur" fehlen bei *Dreger*.

1324. Ritter Heinrich von Dechow 3
räumt dem genannten Fürsten die Befugniss ein, auf seinen (des Ersteren) Gütern, insbesondere der Feldmark des Ortes Gotscalkesdorp, einen Graben anzulegen, und „per eadem fossata deducendi aquam ad molendinum in Damgur [nr. 2], ubicunque jam dicto principi vel suis heredibus utilius videbitur expedire." *v. Schwarz* a. a. O. §§. 25—27 S. 412—14 (gleichfalls mit Uebersetzung und Erläuterung).

Von 1328—1354 befand sich Damgarten (als Bestandtheil des barther Ländchens) im anfänglich pfandweisen und dann (seit 1348) lehenbaren Besitze der Herzoge Albrecht und Johann von Mecklenburg, kam aber dann in Folge des stralsunder Friedens wieder an Pommern zurück.

Damm. CCXXIX.

(Preussen, Pommern).

Casp. *Schneider*, Geogr.-histor. Beschreibung des Oder-Strohms (1742) S. 269 flg. *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Herzogthums Vor- und Hinter-Pommern Thl. I S. 184 flg. *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 108—13.

1249, Jun. 17. Der Slaven-Herzog Barnim I. empfängt vom Abte Abraham und 1
dem Convente des Klosters Colbatz das (diesem seit 1182 in Folge einer Schenkung Bogislaw's I. gehörige) Gut Damm sammt der Mühle und den Dörfern Trebus und Smirdeniz auf Lebenszeit zu Lehen, um daselbst eine Stadt anzulegen, und trifft hiebei zuvörderst über die Theilung der städtischen Einkünfte sowie der Hebungen aus der Mühle mit dem Kloster eine ausführliche Vereinbarung —: „notum esse volumus tam presentibus quam futuris, quod nos utilitati et prosperitati ecclesie Colbacensis cooperare et proficere cupientes, ad edificandam civitatem in proprietate ejusdem ecclesie, que Dambe nuncupatur, cum venerabili patre Abraham, abbate dicte ecclesie, et ejus conventu ordinis Cisterciensis convenimus in hanc formam, quod possessionem Dambe et piscacionis, que Clodenalanke dicitur, et molendini, quod nunc est, et ville Tribus cum omnibus pertinentiis suis et ville Smirdenis, cujus termini usque ad rivulum Cholsensta, qui parte australi ipsam villam preterfluit, extenduntur, cum pratis, silvis, agris cultis et incultis, cum omni jure a dicta ecclesia et predicto Abraham abbate in pheodum recipimus quoad vixerimus pos-

sidendum, proprietate sibi et sue ecclesie reservata; ita tamen ut omnium proventuum tam in civitate quam possessionibus nominatis, qui nunc sunt vel processu temporis possunt esse, in decima, in advocacia seu in maiori judicio vel minori, peticionibus, exactionibus, theloneo atque censu, vel si plura molendina in Plöna edificata fuerint et exstructa, seu in eisdem possessionibus aurifodine, argentifodine, ferrifodine, saline invente fuerint, vel redituum aliorum generis cujuscunque medietas nobis, quam diu vivimus, pertinebit, reliqua vero medietas tocius utilitatis et proventuum dictorum abbati et conventui libere remanebit. Exceptis proventibus molendini, quod nunc est Dambe constructum, in quo nos duas partes et ipsi terciam partem obtinebunt, nec non proventibus, qui vngelt vulgariter nuncupantur, qui nobis integraliter remanebunt. Porro omnes proventus et possessiones civitatis superius memorate post obitum nostrum, sive cum liberis sive sine liberis decedere nos contingat, ad sepedictam ecclesiam libere revertentur. Non licet nobis de nostre voluntatis assensu pariter et promisso de predictis bonis alienare quidquam vel in pheodum concedere seu transferre.“ Schliesslich werden dann noch die dem Kloster für seine Landabtretung zugedachten Entschädigungen, theils in Gerechtsamen, darunter z. B. Zoll- und Abgabenfreiheit [„fratres ecclesie sepius nominate cum eorum navibus atque rebus a solucione thelonei tam in civitate Dambe quam in omni nostro dominio et districtu, et ab omni exactione, quocunque nomine censeatur, liberos esse volumus et exemptos“], theils in Grundbesitzungen bestehend, namhaft gemacht. *v. Dreger's* Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. CXCIX S. 304—6; *Hasselbach's* u. *Kosegarten's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I Nr. 415 S. 865 flg.

2 **1255**, Jun. 28. Herzog B a r n i m I. bekennt bei Gelegenheit einer Generalconfirmation aller dem Kloster Colbatz zugehörigen Güter und Gerechtigkeiten noch einmal, den Ort Damm — „Dambe cum foro libero“ — von dort als lebenslängliches Lehen zu besitzen. *v. Dreger* a. a. O. Nr. CCLVI S. 376—78.

3 **1259**. Derselbe verzichtet in einem zur Beilegung eines Zwistes mit dem Kloster Colbatz eingegangenen Vergleiche dem letzteren gegenüber auf seinen Getreidebezug aus der Mühle zu D a m m, und räumt auch in dem bei genannter Stadt gelegenen See dem Kloster Fischereirechte ein — : „inprimis nos viginti choros [1]) annone in molendino Dambe ad dies vite nostre ab ecclesia nobis porrectos eidem abbati et conventui jure perpetuo resignamus. Nos etiam unam sagenam [2]) trahendi suis expensis in stagno, quod adjacet predicte civitati, eo duntaxat tempore, quando nostra trahitur sagena, concedimus libertatem. Dum vero nostra sagena fuerit absens, trahere non licebit.“ *v. Dreger* a. a. O. Nr. CCCVIII S. 420, 21.

1277. Derselbe „bekennt, dass er die Stadt Damm (oppidum, civitas Dambe) habe 4
befestigen lassen, und reversirt dem Kloster (Colbatz) seine Rechte an den Aeckern und der Mühle.“ (R.) *Kratz* a. a. O. S. 109.

1293. Herzog B o g i s l a w IV. (Barnim's 5
I. Sohn) „bestätigt der Stadt ihre Privilegien, den Gebrauch des **Lübischen Rechts**, sowie die Freiheit von Zoll und Ungeld und von dem an Colbatz zu entrichtenden Acker- und Häuserzins.“ (R.) *Kratz* a. a. O.

1297, Apr. 14. Herzog O t t o I. von 6
S t e t t i n [an dessen Linie Damm in der Landestheilung vom J. 1295 gekommen ist] verlautbart einen über verschiedene Anstände zwischen d e m A b t e v o n C o l b a t z und d e n B ü r g e r n d e r S t a d t D a m m abgeschlossenen Vergleich, betreffend die Aufgebung des von den Letzteren sich angemassten **lübischen Rechts** und die Zurücknahme des von Anfang an [vermuthlich durch Bewidmung Barmin's I.] besessenen **magdeburgischen**, ferner die Theilung der Gerichts-Einkünfte zwischen dem Landesfürsten, dem Kloster und dem Stadtschulzen, die Grösse und Vertheilung des Grund- und Heerdzinses, endlich die Untersagung von Abänderungen im Laufe des Mühlenwassers und am Stadtgraben, sowie von Hemmungen der Benützung derselben durch eigenmächtige Handlungen der Bürgergemeinde:

„In nomine domini amen. Nos Otto, dei gracia dux Slavorum et Cassubie, omnibus Christi fidelibus in perpetuum. Cum se deceat magnificencie principali, non solum suscepta regni gubernacula, ut in vigore pacti ab omnibus malignorum insultibus externorum inconcussa permaneant, verum eciam ut a subditis omnis controversiarum tollatur vomes, et materia ac seminatio pacis et concordie asbrigantur complexibus [3]), tam consilio et auxilio quam in voluntate contenta providere: hinc est, quod ad noticiam universorum tam presencium quam futurorum

1) Wispel.

2) Fischfang mit Netzen. *Ducange-Henschel*, Glossar. VI, 21c.

3) In einer *Dreger*'schen Copie lautet die Stelle: ac se mutuo pacis ac concordie astringant amplexibus.

tenore presencium devenire cupimus, nos formam composicionis quandam super quibusdam controversiis habitis inter dilectos nostros, videlicet inter dominum abbatem de Colbas et suum conventum parte ex una et burgenses de civitate Dambis parte ex altera, modo et forma ut consequitur edidisse. Inprimis quidem burgenses de predicta civitate Dambis derelicto **jure lubecensi**, ad quod tenendum et servandum se ingesserant, **jus magdeburgense**, quod a prima ipsius civitatis Dambis fundacione dinoscitur habuisse, et sicud primitus eisdem burgensibus a felicis recordacionis videlicet domino Barnym, patre nostro, cum consensu unanimi abbatis et conventus de Colbas habere est indultum, ex nunc et in antea observabunt. Item omnes proventus, qui de judiciis dicte civitatis evenerint, totaliter partientur, ut ejus pars una nobis, quoad vixerimus, pars altera conventui de Colbas, pars vero tercia schulteto, qui in prenotata civitate Dambis pro tempore fuerit, absque omni contradictione cedat libere et quiete. Item de pacto, quem prefate civitatis Dambis mansorum agricole annis singulis tenentur exsolvere, taliter duximus ordinandum, ut ipsi agricole quatuor solidos denariorum currentis monete de manso quolibet annis singulis pacti nomine, duos videlicet solidos nobis, quoad vixerimus, duos solidos predicto conventui de Colbas in festo beati Martini perpetuo solvere tenebuntur. Item de censu arearum in sepe dicta civitate Dambis taliter ordinamus, ut census antedictus in tres partes divisus, pars una nobis, altera conventui de Colbas cedat, et scultetus, qui in prehabita civitate Dambis pro tempore fuerit, tercie partis gaudeat porcione. Sane hoc specialiter memorie commendantes, quod de omnibus proventibus in jam dicta civitate Dambis nobis obtingentibus nihil vendere seu inpheodare nos liceat, cum antedictos proventus ad tempora vite nostre a predicta ecclesia Colbacensi habere termino [4]) dinoscamus. Item de meatu molendinorum in predicta civitate Dambis seu fossatorum taliter ducimus ordinandum, ut jam dicte civitatis burgenses nullis edificiis, exaggeracionibus aut aliquo quocunque obstaculo predictum aque coartabunt seu coangustabunt meatum, sed sicud ab antiquo fluxum in eadem civitate et juxta civitatem et in campo tenuit et cursum ceteroque litoris gaudeat alveo; et si alicubi pretacte meatus aque est obstructus, eum prefate civitatis burgenses cursui pristino emancipabunt. Ne vero supra scripte composicionis ordinacio et antedictorum articulorum confirmacio per nos promulgata ab aliqua parcium in posterum violetur, presens scriptum nostri sigilli munimine et sigillorum videlicet domini Bugeslai, nostri fratris, qui predicte composicionis et ordinacionis mediator exstitit, perficimus, necnon civitatis civium appensione curavimus roborandum. Testes hujus sunt Johannes comes de Gutzkow, magister Lambertus plebanus in Demyn, clericus Wulfoldus dictus de Below, Stango, Hinricus de Reno, Otto Drako milites, et alii quam plures fide digni. Datum per manum Johannis nostri notarii anno domini M^o. CC^o. nonagesimo septimo, quarto decimo kal. Aprilis." *Riedel* in den Baltischen Studien Jahrg. VIII Heft 2 (1842) S. 149—51 mit Inhaltsangabe S. 148, 49. Vgl. dazu *Brüggemann* a. a. O. S. 186, *Kratz* a. a. O. S. 110.

1299. Der Abt zu Colbatz „verträgt 7
sich mit seiner getreuen Stadt Damm wegen der Grenzen und der Anlage einer Mühle." (R.) *Kratz* a. a. O.

1305. Herzog Otto I. untersagt dem 8
Rathe der Stadt Damm die Erhebung von Zöllen auf den beiden zwischen Damm und Pynitz befindlichen Brücken, indem er für den Entgang dieser Einnahme die Gemeinde durch Anweisung auf seinen Zoll zu Stettin entschädiget. (R.) *Kratz* a. a. O.

1308. Derselbe bringt zwischen den 9
Städten Stettin und Damm, welche mit einander in eine Grenzstreitigkeit bezüglich ihrer östlich vom Ausflusse der Plöne gelegenen Gemeindewiesen gerathen waren, einen Vergleich des Inhalts zu Stande, „dass die Wiesen südlich des Flossgrabens der Stadt Damm, nördlich desselben der Stadt Stettin gehören sollten." (R.) *Kratz* a. a. O.

1311. Derselbe übereignet der Stadt 10
Damm „antiquum vicum", die s. g. olde Wieck. (R.) *Kratz* a. a. O.

1334. Derselbe überlässt der Stadt 11
Damm „locum Bestenebeke", um darauf ein Dorf anzulegen. (R.) *Kratz* a. a. O.

1397. Die Herzoge Swantibor und 12
Bogislaw VII. von Pommern gestatten den Bürgern von Damm, im Falle einer Hemmung und Störung ihrer freien Seeschifffahrt durch die Stettiner wider diese Repressalien zu üben. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 111.

In der zweiten Hälfte des XIV. Jhdts. finden wir Damm, urkundlich nachweisbar freilich nur einmal 1394 — unter den hansischen Städten des Pommerlandes. Vgl. *Barthold*, Gesch. der dtsch. Hansa Thl. II S. 228.

---

4) Vielleicht: tamen, tantum ?

CCXXX. Dannenberg.

(Hannover.)

H. *Sültemeyer* „Nachrichten zur Geschichte des Schlosses, auch der Stadt Dannenberg, von der ältesten bis zu der Zeit, wie sie zum zweitenmale dem Fürstenthume Lüneburg incorporirt wurde, nach den Orig.-Urkk. der Stadt-Registratur, auch andern vorhandenen Nachrichten" in *Spiel's* Vaterländ. Archiv Bd. II (1820) Stück 11 S. 209 flg.; Bd. III (1820) Stück 2 S. 19 flg., Stück 3 S. 27 flg. Vgl. auch *Manecke*, Topogr.-histor. Beschreibungen der Städte etc. im Fürstenth. Lüneburg Bd. I S. 191—97.

1 **1303**. Graf Nikolaus von Dannenberg [1]) verzichtet zu Gunsten Herzog Otto's von Braunschweig und Lüneburg gegen eine Leibrente von 40 Mark limburgischer Silberpfennige auf Schloss und Stadt Dannenberg und den Landstrich bis zur Elbe und Jetze —: „renunciavimus omni juri, quod in castro et civitate Danneberghe [2]) et in terra ab illa parte albie et ihesene habuimus usque modo, prefatum jus relinquentes integraliter et conplete (sepe) dicto duci habendum, dirigendum et in usus suos et heredum suorum pro suo beneplacito convertendum." *Orig. Guelf.* Tom. IV. praefat. p. 22; *Sudendorf*, UBuch Thl. I Nr. 172 S. 100, 101.

2 **1373**, Jun. 13. Herzog Magnus (mit der Kette) von Braunschweig und Lüneburg gibt dem Rathe seiner Stadt Dannenberg [3]) die Befugniss, ohne Einholung auswärtigen Spruches selbst Recht zu sprechen, setzt die Zahl der Rathsglieder auf acht fest, und ermächtigt diese, bei Todesfällen Ergänzungswahlen vorzunehmen, sowie Unwürdigen den Rathsstuhl zu entziehen:

„We Magnus, van der gnade goddis hertoghe to Brunswich vnd to Lüneborch, bekennen openbar in dessen breve vor vns vnd vnse erven vor alle den, de ene sehen eddir horen lesen, dat we vnse leven gethruwen ratmannen vnsir stat to Dannenberghe begnadet vnd vry ghegheven hebben, [dat se] eres rechtes, dat vor ereme ratstule vunden wert, nicht mer buten suken scholen, noch nymant, dy eres rechtis plichtich to sukende iz; we sik darenboven vorder berype, de scholde vnd schal an vns vnd an en ghebroken hebben, wat sy deme to vinden vor eynen broke; vnd wat sy vinden vor eyn recht, dat schal recht wesen. Ok hebb'n wy ghestediget achte ratmannen in dem ratstule vnsir vorbenumden stat to Dannenberghe, de blyven scholen vnwandilyken vnd scholen den stol ewich vn vredesam besitten, mid alsodanen vndirscheyde, wanne erer eyn vorstervet, alze we alle storflik sind, darna, wanne sin mantvorst [4]) iz vmme komen, so scholen se kesen eynen anderen an syne stede. Were ok, dat sick erer jenich vorbosede mit jenighen stucken, dy in bosheyt mochten furen, den schal man vte dem ratstule wisen vom stadin an, vnd so vort scholen se eynen anderen kesen in syne stede. To orkunde alle dessir vorschreven dinghe, dat we de stede vnd vast holden willenn, so hebb'n we vorbenande hertoghe Magnus vnse ynghesegil witliken ghehenghen laten an dessen bref, de ghegheven iz na goddiz bort drytteinhundirt jar in deme dry vnd seventigisten jare, des dinghesdagis an der pinghestweckenn." *Pufendorf*, Observatt. Tom. III App. Nr. X p. 413, 14.

Von da an das ganze Mittelalter hindurch bediente sich Dannenberg, ohne dass übrigens eine nachher oder früher geschehene förmliche Bewidmung nachweisbar wäre, des Rechts der Stadt **Lüneburg** und hatte auch daselbst seinen ständigen Oberhof, wie sich denn auch ein Rechtsspruch des letzteren für „Dannenberghe" der unter dem Namen „Donat" bekannten alt-lüneburgischen Statutensammlung [*Kraut*, Das alte Stadtrecht von Lüneburg S. 56, 57 nr. XLVI] einverleibt findet. Vgl. *Manecke* a. a. O. S. 194.

1426. Herzog Wilhelm der Aeltere 3
von Braunschweig und Lüneburg genehmiget den bereits 1389 von Seite Heinrich's und Otto's von Moltzen an die Stadt Dannenberg erfolgten Verkauf des Dorfes Bückau und eines Hofes in Liepe um 100 Mark lüneburgischen Gewichts. (R.) *Manecke* a. a. O. S. 194.

---

1) Ueber dieses seit 1158 urkundlich auftretende, reich begüterte Grafengeschlecht s. *Manecke* a. a. O. Bd. II S. 96 flg.

2) Auch in den [oben unter dem Art. „Dalenburg" s. E. S. 695 aufgeführten] Urkk v. 1293 und 1355, wenigstens in letzterer unzweifelhaft, wird Dannenberg den Städten beigezählt. Dass es aber danach wieder, wenn auch nur vorübergehend, blos als Flecken betrachtet worden sei, zeigt das Statut v. 1499 (nr. 4).

3) Kurz zuvor hatte Magnus „slot hus vnn stat to dannenberghe" den Herren von Salder verpfändet. Urk. v. 10. Apr. 1373 b. *Sudendorf*, UBuch Thl. IV Nr. 333 S. 238 flg.

4) Die Monatsfrist oder der Dreissigste. Vgl. J. C. Fr. *Schütz*, De die tricesimo P. I (1847) p. 15, 16 u. G. *Homeyer*, Der Dreissigste (1864) S. 197.

1499, März 21. Herzog Heinrich von Braunschweig und Lüneburg erneuert den „borgern vnd borgerschen, inwonern vnd inwonerschen siner stad Dannenberge . . . etlicke sate puncte vnd artikell", welche ehedem in der Stadt gültig gewesen, aber seit lange zum grossen Nachtheile der Gemeinde „vorachtet vnd nicht geholden" sind, befehlend, dass dieselben von nun an wieder von Jedermann „by der staed broke" beobachtet werden sollten. Es enthalten aber diese einst vom Rathe „to des blekes behoif" verfassten „gesette vnd statuta" nach einer ausführlichen Verordnung über den Aufwand bei Hochzeiten und Kindtaufen, in bunter Mischung Bestimmungen über Bierschank, Weinkauf bei Immobiliar-Verträgen, Beaufsichtigung von Maas und Gewicht, Anlegung von Steinwegen, Nachbarpflichten, Geldspiele, gewerblichen Verkehr, namentlich Getreide-, Vieh-, Höcker- und Fischhandel, Schweinemast, Fischerei, Häuserbau, Freihaltung des Marktplatzes und der Strassen von Steinen, Schiffszimmerei, Jurisdiction in Liegenschaftsstreiten, Verhütung von Feuersbrünsten, Pfändung für rückständige Abgaben, Bürger-Aufnahme, Vermeidung des Ankaufs gestohlener und geraubter Gegenstände, Wahrung des Friedens u. a. m.

Zur Probe nur folgende Stellen: „a) We eyn huss vorkoft vnnd de dat koft, de scholn legen malck twe schillinge to wynkope, vnnd juwelck schal to synem deyle sülf achtede wesenn; vnnd dat lach mach malck starkenn mit tween pennygen van dene jennen, de dar sittenn, forder schal me dat lach nicht sterken vnd ok nicht lengk sitten, by der staed broke; we over duth nicht enhelde mit vorsate, dat wil wy richten sunder gnade. — b) We dobelen leth in synen hwse ofte hove, dar me gelt mede wynen ofte vorlesen mach, de schal der staed broke brekenn; vnd neyn borger schal dobelen in vnseme bleke offte vppe dem vsen, dar we tobestellende hebben. — c) Ock sy ju witlick, dat ju de rath biddet vnnd but, dat nemand neyne stande erve ofte liggende grunde schal bryngen in de geistlicker acht [5]) ane des rades willen vnd fulbord. — d) Ok schole gy wettenn, leven frunde, dat borger kynder, de syck hir in der staed setten willen, se syn in gylde edder in wercken edder in der meynheit, we de syn, de scholen komen vor den rath vnd vnnsem gnedige herrn van Brunsswig vnd Luneborg huldigen vnnd vnnsem hovetmanne to synem gelde [6]), vnnd entfangen de borgerschop vnnd doen dem rade horsam. Were we, de deme so nicht doen enwolde, alsse we doch nicht enhopenn, den scholde men darumb straffen in der herschop vnd des rades gnade. — e) Ok, guden frunde, biddet de rath vnnd but, dat gy fredesam syn mit worden vnd wercken. Weret, dat vnnser borger seten in der taferne ofte eynes anderen frommen mannes hwse, edder were, war ed were, vnnd twyschelich wurden in kyfe [7]), dat schal eyn juwelck weren na synem vermogen. Weret, dat dar wunden wracht worden, de jennen, de dar by sittenn, scholen den hantdedigen toslaenn [8]) vnd dem rade antworden, he sy eyn borger edder nicht, dar wil se de rath to vordedingenn. We des nicht en deit, alss hir vor schreven is, de schal dat dem rade vorbotenn."

Am Schlusse werden nochmals alle vorstehenden Satzungen vom Landesfürsten „bewilliget, bevulbordet vnnd bestediget", und dem Rathe die Zusicherung ertheilt, dass man ihn „hir inn hanthaven, vordedingen vnnd truwelken by beholdenn" wolle. Gedruckt (jedoch ungenau) in A. E. E. L. *v. Duve's* Ztschr. f. Gesetzgebung, RWiss. und RPflege im K. Hannover Bd. I (1823) Heft 3 S. 23—30. Zu einigen §§. vgl. H. *Bodemeyer's* Hannoversche Rechtsalterthümer, Beitr. I (1857) S. 50, 67, 83, 92, 155.

Danzig. CCXXXI.

(Westpreussen.)

[Politische Gesammtgeschichte.] a. Schriftsteller des XV. u. XVI. Jhdts.: Casp. *Weinreich's* Danziger Chronik. Ein Beitrag z. Gesch. Danzigs, der Lande Preussen und Polen, des Hansabundes und der nordischen Reiche. Herausgeg. u. erläut. von Th. *Hirsch* und F. A. *Vossberg*, Berlin 1855. 4°. *). M. Casp. *Schütz*, Historia rerum Prussicarum, Warhaffte vnd eigentliche Beschreibung der Lande Preussen . . ., Darinnen auch die ankunfft vnd erbawung der Königl. Stadt Dantzig fleissig beschrieben vnd angezeiget wird, Eisleben 1569; Zerbst 1592; Leipz. 1599. fol. **) (Handschriftlich existiren von C. *Schütz* auch

5) Judicium. *Haltaus*, Glossar. col. 12.
6) Vielleicht: dat syne gelden.

7) Schelte, Wortstreit.
8) Festnehmen. [*D.* toifenn.]
*) Das Werk wird auch in den trefflichen Anmerkungen u. Excursen der Herausgeber der Kürze halber nur als „Weinreich's Chronik" allegirt.
**) Es wird im Verlaufe nach der Ed. v. 1599 citirt.

„Annalium Civitatis Gedanensis libri III.“, welche bis zum J. 1424 reichen.) — b) Autoren des XVII—XIX. Jhdts.: *Reinhold Curicke*, Der Stadt Dantzig Historische Beschreibung, Worinnen von dero Vhrsprung, Situation, Regierungs-Art, geführten Kriegen, Religions- und Kirchen-Wesen ausführlich gehandelt wird. Verfasset und zusammen getragen im J. Christi 1645, anitzo aber mit sonderbahrem Fleiss… in offentlichen Druck aussgegeben von *Georg Reinh. Curicken*, Amsterdam u. Dantzigk 1688. fol. (Eine „Vermehrung und Continuirung“ dieses auch artistisch schätzbaren Werkes durch Georg *Zobel* vom J. 1685, sowie beachtenswerthe Anmerkungen zu ersterem von J. A. v. *Rosenberg* liegen im MS. vor.) J. L. *Schuer*, Beknopte beschryving van de stadt Dantzig, Amsterdam 1735. 8⁰. (Auszug aus Curicke.) Dan. *Gralath*, Versuch einer Geschichte Danzigs aus zuverlässigen Quellen und Hdschr., III Bände, Königsberg 1789 — 91. 8⁰. *Chronik* der Stadt Danzig und des Hafens und der umliegenden Gegend, Weimar 1807. 8⁰. F. G. Gttl. *v. Duisburg*, Versuch einer histor.-topograph. Beschreibung der freien Stadt Danzig, II Bände das. 1809—17. 8⁰. ***) Gotth. *Löschin*, Geschichte Danzigs von der ältesten bis zur neuesten Zeit, mit beständ. Rücksicht auf Cultur der Sitten, Wissenschaften, Künste, Gewerbe und Handelszweige, zum zweiten Male bearbeitet, II Theile, Danzig 1822, 23. 8⁰. (Die erste Bearbeitung war in des Verf. „Gedana“ Jahrg. II v. 1815 und daraus in besonderem Abdrucke erschienen.)

Ausserdem vgl. noch *Hartknoch's* Alt- u. Neues Preussen S. 428 — 34, 589 flg.; *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. I S. 221, 376; II S. 254, 288, 337; III S. 269; IV S. 212, 289, 610; V S. 4, 344; VI S. 139, 280, 356, 714; VIII S. 38, 495, 536 etc.; *Barthold*, Gesch. der dtsch. Städte Thl. I S. 118; II S. 2, 174, 290; III S. 214; IV S. 149, 245 flg.; *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 228—31.

[Baugeschichte.] Th. *Hirsch*, Die Ober-Pfarrkirche von St. Marien in Danzig in ihren Denkmälern und in ihren Beziehungen zum kirchlichen Leben Danzigs überhaupt dargestellt, Thl. I Danzig 1843. 8⁰. ****). K. *Hoburg*, Geschichte der Festungswerke Danzigs, das. 1852. 8⁰. *Dessen* Geschichte und Beschreibung des Rathhauses der Rechtstadt Danzig, aus archivalischen Quellen, Danzig 1857. 8⁰.

[Handelsgeschichte.] E. *Panten* „Ueber die Gewerbs- und Handelsgeschichte Danzigs bis zum J. 1308“ in den Berichten über die Verhandlungen der kgl. sächs. Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig, philolog.-histor. Classe Bd. V (1853) S. 73—90. Th. *Hirsch*, Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte unter der Herrschaft des Deutschen Ordens, gekrönte Preisschrift, Leipz. 1858. gr. 8⁰. †). A. *Stein*, Die Geschichte der Juden zu Danzig, zum ersten Male aus hdschriftl. Quellen zusammengestellt, Danzig 1860. 8⁰. F. A. *Vossberg*, Münzen und Siegel der Städte Danzig, Elbing, Thorn, sowie der Herzöge von Pomerellen im Mittelalter, Berlin 1841. 4⁰.

[Rechtsgeschichte.] J. E. *von der Linde*, Tractat de origine, libris et auctoritate juris Romani et statutarii Gedanensis, Dantisci 1680. 4⁰. K. *Leman* „Geschichte der Danziger Statutarrechte“ in F. H. v. Strombeck's Provinzialrecht der Prov. Westpreussen, Bd. III: Die Statutarrechte der Stadt Danzig (Leipz. 1832. 8⁰.) S. VII flg. Ungedruckt sind: Eliae Constant. *a Treven-Schroeder* „Jus publicums Dantiscanum“ aus dem XVII. Jhdt. (worin eine systematische Zusammenstellung der danziger Freiheitsbriefe enthalten ist) und Gttfr. *Lengnich's* Abhdl. „Dantzig's Verfassung und Rechte“ aus der ersten Hälfte des XVIII. Jhdts.

Das überaus reichhaltige archivalische Material für die politische und Culturgeschichte Danzig's, verzeichnet bei *Hirsch*, HG. S. 69 — 71, ist in den oben namhaft gemachten neueren Arbeiten zwar bereits sorgfältig, aber doch erst zum kleineren Theile benützt. Von den für die Entwicklung des Privat- und Wechselrechts besonders wichtigen Grundzins-, Erb- und Rentenbüchern [s. *Homeyer*, Stadtbücher des MAs. S. 20 nr. 11], sowie Schöppenbüchern des XV. Jhdts. (v. 1426, 31, 36, 38, 39) und der nächstfolgenden Zeit hat neuerlich Max *Neumann* in seinen trefflichen Schriften: „Geschichte des Wechsels im Hansagebiete bis zum 17. Jhdt. nach archival. Urkk. bearbeitet“ (Erlangen 1863. 8⁰.) und „Geschichte des Wuchers in Deutschland bis zur Begründung der heutigen Zinsengesetze nach hdschriftl. und gedruckten Quellen dargestellt“ (Halle 1865. 8⁰.) einen höchst erspriesslichen Gebrauch gemacht und auch mehrere bisher unedirte Documente und sonstige Actenstüche abdrucken lassen.

Ein danziger Urkundenbuch, wozu in *Schmidt's* „Codex Diplomaticus Gedanensis“

***) Nur Bd. II gehört hierher.
****) Bezeichnung: MK.

†) Bezeichnung: HG.

Voll. I — III (MS.) eine nicht unerhebliche Vorarbeit geboten ist, fehlt leider noch.

I. Geschichts-Umriss.

§. 1. Danzig [„Gedanum, Gdancz, Dansk, Danteke, Dansike, Dantzik" etc.] [1]), vielleicht das „Gothiscdanzia" des Jordanes [2]), jedenfalls die „urbs Gyddanyze", welche der heilige Adalbert auf seiner Bekehrungsfahrt kurz vor seinem Ende (997) im Lande eines polnischen Herzogs angetroffen [3]), tritt zuerst um die Mitte des XII. Jhdts. aus seinem Dunkel als eine neben dem „castrum Gdansk in Pomerania" befindliche und bereits nicht unbedeutende slavische oder sembische Handelsniederlassung, über welche die Bischöfe von Cujavien und Lesslau gewisse Hoheitsrechte, namentlich jenes des Schiffszoll-Bezugs, ausübten [4]), in die Geschichte ein. Alsbald finden wir den Ort als Hofburg eigener, sich als „principes in Gdansk, domini in Danzike" bezeichnender Landesfürsten, welche später, etwa im zweiten Drittheile des XIII. Jhdts., ihre Gewalt über ganz Pomerellen auszudehnen wussten und stets eifrig bemüht waren, die Cultur ihres Gebiets durch die Gründung von Klöstern (z. B. zu Oliva) und die sich daran von selbst knüpfende Germanisirung der slavischen Bevölkerung zu heben [5]). Dass ihr Blick hiebei vor Allem auf Danzig gerichtet gewesen, versteht sich von selbst. Es geht eine alte Sage und sie hat sicher einen historischen Kern, dass um die bereits 1178 urkundlich erwähnten „tabernae castri de Gdanzk" [6]), eine Art von Kauf- und Schenkhäusern, sich deutsche Einwanderer wohnlich angesiedelt und von da aus einen schnell sich erweiternden Handel mit den Nachbarländern vermittelst der ebensobald gegen Stargard, Stolp und Dirschau hin in's Leben gerufenen Verkehrsstrassen [7]) in Gang gebracht haben, als dessen Hauptartikel Tuchwaaren (Burnit und Frisal) bezeichnet werden [8]), daher schon 1209 von einem beträchtlichen Einkommen aus dem danziger „theloneum quod datur de panno" [9]) die Rede ist. Mehr, als dieser Landhandel, mag aber jener zur See, besonders nachdem das im Strandrechte gelegene Hemmniss desselben durch die energischen Gegenschritte der weltlichen und kirchlichen Gewalt ziemlich beseitigt worden [10]), dazu beigetragen haben, die bereits vorhandenen, freilich noch unsicheren Keime einer städtischen Entwicklung Danzig's der allmäligen Reife entgegenzuführen. Unfehlbar darf dieser erste Wendepunkt in die Herrscherperiode Herzog Swantoplok's gesetzt werden, welcher den ernstlichen Gedanken, an seinem Hauptorte ein deutsches Gemeinwesen zu organisiren, in einer Urkunde für Oliva v. 9. Aug. 1235 in den Worten: „si aliquando civitas Gdanensis jure theutonico a nobis, sicut intendimus, vel a successoribus nostris exposita fuerit [11])" auf das deutlichste kundgab, und auch wirklich diesen Plan noch vor seinem Ende (1266) realisirt zu haben scheint. So umfasste denn seit dieser Zeit Danzig zwei von einander national wie politisch völlig gesonderte Communen, eine polnische und eine deutsche. Die erstere, meist aus Robbenfängern, Häringsfischern und Bernsteinsammlern zusammengesetzt, bewohnte vornehmlich das s. g. Hakelwerk und bewahrte in allen ihren Einrichtungen und Gebräuchen den altslavischen Typus [12]). Die das „commune ville de Gadancz" oder die „civitas Gedanensis" bildenden „burgenses theutonici" dagegen, deren Zahl in fortwährender Zunahme begriffen war, standen unter einem Schulzen [„Arnoldus antiquus scultetus de Gdansk" 1263], welchen Rathleute [„consules" 1274] in seiner Amtsführung unterstützten, und müssen schon bald eine ihre Freiheiten und Rechte verbriefende Handfeste („collata libertas" 1277) erhalten haben [13]). Dass damit, wie man gewöhnlich annimmt, eine Uebertragung des magdeburgischen Rechts verbunden gewesen, ist höchst wahrscheinlich. Zwar sandten bekanntlich die lübecker Rathmannen „ob honorem dilectionem et petitionem illustris domini S. ducis Pomera-

1) Ueber die zahlreichen Schreibweisen des Namens s. *Töppen*, SS. rer. Pruss. II, 820.

2) De rebus Getic. cap. 4 [Ed. C. A. *Closs*, 1861, p. 20].

3) *Pertz*, Monum. SS. VII, 593.

4) Dipl. a. 1148 in *Hasselbach's* u. *Kosegarten's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I Nr. 17 S. 39.

5) Vgl. C. G. *Fabricius*, Studien z. Gesch. der wendischen Ostseeländer Heft 2 (Berl. 1859. 8°.): „Die Herrschaft der Herzöge der Pommern zu Danzig und deren Ausgang", Abthl. I S. 43 flg.

6) *Hasselbach's* Cod. Pomeran. Dipl. a. a. O. Nr. 46 S. 111 mit *Panten* a. a. O. S. 83.

7) *Panten* a. a. O. S. 82 flg.

8) *Panten* a. a. O. S 82.

9) *Hasselbach's* Cod. Pomeran. Dipl. a. a. O. Nr. 214 S. 399.

10) *Panten* a. a. O. S. 80 flg.

11) *Hasselbach's* Cod. Pomeran. Dipl. a. a. O. Nr. 225 S. 494. Vgl. *Panten* a. a. O. S. 78.

12) *Hirsch*, HG. S. 8.

13) *Panten* a. a. O. S. 79 m. Noten 18 — 20; *Hirsch* a. a. O. S. 6 Note 5.

nie nec non pro dilectione et petitione civium de Danceke" im J. 1266 den letzteren eine Abschrift ihres Stadtrechts zu [14]), und es möchte darum den Anschein gewinnen, als sei dieser Zufertigung eine Bewidmung mit der „justitia Lubecensis" vorhergegangen, wie denn auch *Michelsen* [15]) eine Geltung derselben in Danzig vor dem culmischen Rechte nicht geradezu in Abrede gestellt wissen will. Allein wenn man erwägt, in welch' engem Verkehre damals das neu aufstrebende Danzig mit den Lübeckern gestanden, welche sogar daselbst ein eigenes Kauf- und Gerichtshaus („pallacium") besassen und mancherlei Vorrechte genossen [16]): so lässt es sich sehr wohl erklären, dass der danziger Rath ein nahes Interesse haben konnte, das lübische Recht genauer kennen zu lernen, ohne dass man deshalb nothwendig an eine förmliche Verleihung desselben an Danzig denken muss.

§. 2. Im J. 1266 starb Swantoplok. War es blos seiner Klugheit und Energie gelungen, die beiden durchaus gegensätzlichen Elemente seiner Stadtbevölkerung in leidlicher Friedensruhe zu erhalten: so musste um so unaufhaltsamer das längst drohende Zerwürfniss hereinbrechen, als seine beiden kraft- und tactlosen Söhne den väterlichen Thron theilten, und statt der Eintrachtsmahnung des sterbenden Vaters zu gehorchen, mit unseligem Bruderzwiste den Anfang ihrer Herrschaft besudelten. Zwar schien Mestwin II., nachdem er seinem jüngeren Bruder Wratislaw das feste Danzig abgedrungen hatte, in seinen habsüchtigen Wünschen befriedigt zu sein. Allein, um sich in dem rechtswidrigen Besitze zu behaupten, bedurfte er bei eigener Unmacht der fremden Machthülfe, und glaubte dieselbe in seiner Verblendung nirgends besser zu finden, als bei den brandenburgischen Markgrafen Johann II., Otto und Konrad, welchen er sogar für ihren versprochenen Waffenbeistand Stadt und Burg Danzig in Form einer Lehensauftragung zu Pfand setzte. Denn nur so sind offenbar die nicht völlig klaren Worte des Vertrags v. 1271 zu verstehen: „cum ad securitatem vite nostre ac prosperitatem status nostri vos elegerimus tamquam dominos et tutores, ... dominationi vestre gedanensem civitatem et castrum ejusdem loci vobis in proprietatem offerimus atque terram, unde sancte Katharine, patrone loci prenotati, ac sancte dei genitrici Marie sanctoque Nicolao cum omnibus sanctis bene veniatis et nostro domino Jhesu Cristo et precipue nobis et maxime burgensibus theutonicis fidelibus sepedicte civitatis gedanensis, prutenis quoque et nostris quibusdam specialiter fidelibus pomeranis" [17]). Die Folge dieses unüberlegten Schrittes war aber, dass nun die Markgrafen sofort sich der Stadt bemächtigten und anfingen, sich als deren eigentliche Herrn zu geriren, wie sie denn namentlich nicht unterliessen, das ihnen schmeichelnde Lübeck für mancherlei gute Dienste durch neue Verkehrsfreiheiten zu belohnen [18]). Als daher nach seines Bruders Wratislaw Ableben Mestwin in Danzig seinen Einzug halten wollte, um hier von da an zu residiren, fand er sich durch brandenburgische Truppen, welche die Stadt besetzt hielten, von deren Thoren zurückgewiesen. Nun erst das Thörichte jenes voreilig abgeschlossenen Vertrages erkennend, griff er nach dem einzigen Rettungsanker, der sich ihm darbot, indem er um die Unterstützung seines Verwandten, des Herzogs Boleslaw von Grosspolen, des Erzfeindes der Brandenburger, nachsuchte, durch welche es ihm auch glückte, Danzig den letzteren wieder zu entreissen. Er steckte die Burg, zum grossen Theile Holzwerk, in Brand, tödtete bis auf geringe Ueberreste die deutsche Besatzung, und liess auch die Bürger, welche dem brandenburgischen Krieger, ihrem Landsmanne, willfährig Vorschub geleistet, noch lange Zeit die Geissel seines Grolles fühlen [19]). Als nun im J. 1294 Mestwin II. kinderlos verschied, kam dessen Land seinem Willen gemäss wie nach Geblütsrecht an den Polenherzog Prezimislaw. Allein schon zwei Jahre darauf fiel der ritterliche Fürst durch Mörderhand, sein Gebiet den schwachen Händen Wladislaw Lotietek's hinterlassend. Das Signal zu einem blutigen Erbstreite war hiemit gegeben. Zwar gelang es Lotietek, sich einstweilen noch im Besitze Pomerellen's zu erhalten; ihm fehlten jedoch das Vertrauen der Bevölkerung, sowie die Sympathien des mächtigen Grundadels. Eine Partei des letzteren rief daher im J. 1308 die Markgrafen von Brandenburg, welche in diesem Kampfe schon von Anfang an als Thronprätendenten auf Grund der Convention v. 1271 hervorgetreten waren, in das Land. Sie säumten nicht, dem willkommenen Aufrufe zu folgen, und Danzig, dessen deutsche

---

14) *Dreyer*, Samml. vermischter Abhdl. I, 445.
15) Oberhof S. 77.
16) *Hirsch* a. a. O. S. 6.

17) *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. II Bd. I Nr. 144 S. 112 flg.
18) Urkk. v. 17., 18. Aug. 1272, *Lüb.* UBuch Bd. I Nr. CCCXXXIII, IV S. 314, 15.
19) Urk. v. 26. Jul. 1283 (Regest b. *Töppen*, SS. rer. Pruss. I, 803).

Bewohner im Vereine mit den Mönchen von Oliva auch diesmal die Stammesgenossen mit freudiger Begeisterung in ihren Mauern empfingen, ward eine schnelle Beute der markgräflichen Waffen. Nur die Burg blieb noch in Lotietek's Gewalt. Da aber derselbe die Unmöglichkeit fühlte, sich dortselbst noch länger mit der polnischen Mannschaft zu behaupten, so sprach er den Hochmeister des Deutschordens Siegfried von Feuchtwangen um seinen Beistand an. Dieser, die hohe Bedeutung Danzig's für seine Zukunftspläne wohl ermessend, liess sich auch gerne zur Hülfeleistung bereit finden. Ein zahlreiches Ordensheer erschien vor Danzig, warf sofort die Brandenburger aus der Stadt, tödtete ihre Anhänger unter der Bürgerschaft, wandte aber dann das treulose Schwert auch gegen diejenigen, deren Hülferuf es gefolgt war, wider die Polen, indem es ihnen die Burg entriss, um nun ungehindert der halb zerstörten und entvölkerten Stadt sich bemächtigen zu können. Nach wüthendem Strassenkampfe fiel denn auch Danzig in die Hände der deutschen Ritterbrüder. Es geschah dies am 14. Nov. 1308.

§. 3. Die ersten Decennien der Ordensherrschaft in Danzig gingen selbstverständlich ganz über der Heilung der Wunden hin, welche der verhängnissvolle Krieg der Stadt geschlagen hatte. Da der deutsche Theil derselben, im Gegensatze zu dem ziemlich verschont gebliebenen Hakelwerke, fast völlig wüste lag, musste man zuvörderst daran denken, für jenen wieder Colonisten zu gewinnen. Man suchte sie dadurch anzulocken, dass man ein grösseres Maas von Freiheiten in Aussicht stellte und den zur Ansiedlung gewährten Bodenraum durch Beifügung der mühsam den Sümpfen abgerungenen Mottlau-Niederungen beträchtlich erweiterte. So entstanden denn in kurzer Zeit successive drei neue Gemeinwesen: auf den Ruinen des altpomerellischen Danzig's um die St. Katharinenkirche die s. g. Altstadt, ohne freilich jemals über die Bedeutung eines Fleckens hinaus zu wahrem städtischen Range zu gelangen; etwas südwärts hievon die neue Stadt; endlich näher der Weichselmündung zu, an einer besonders merkantilistisch-günstigen Stelle die Jungstadt. Alsbald finden wir übrigens die beiden Schwestergemeinden von der neuen Stadt an Seelenzahl, Gewerbsbetrieb und Reichthum dergestalt überflügelt, dass letzterer der auszeichnende Namen „principalis urbs, primaria civitas, rechte Stadt, Rechtstadt" zu Theil ward. Ihre Blüthe stieg, als der Hochmeister Ludwig König von Weizau, nachdem es ihm gelungen, die Polen zum Verzichte auf Pomerellen (1343) zu zwingen und hiedurch den Segen eines dauernden Friedens dem erschöpften Ordenslande zuzuwenden, seine ganze fürstliche Gunst an die aufstrebende Rechtstadt verschwendete, welche von ihm mit deutscher Verfassung bekleidet, mit schirmenden Mauern befestigt, mit dem herrlichen Marientempel geschmückt wurde.

§. 4. Den höchsten Aufschwung nahm jedoch Danzig, nachdem es in den Hansabund eingetreten war. Ob dieses bereits vor dem XIV. Jhdt. geschehen sei, ist mit Sicherheit nicht zu bestimmen, denn urkundliche Beweise bieten sich uns erst seit 1368 — 70 dar. Jedenfalls zeigten sich aber die Folgen davon zunächst nicht sowohl in einem raschen Wachsthume der merkantilen Bedeutung Danzig's, indem hier das rivalisirende Thorn mit seiner Stapelgerechtigkeit geraume Zeit im Wege stand, als vielmehr in einer allmäligen Erkräftigung des politischen Selbstgefühles der Bürgergemeinde, welche nun den Muth gewann, das Joch der ihrer Autonomie feindlichen, ihrer Handelsgrösse neidischen Ordensherrschaft abzuschütteln. Es war dieses allerdings nicht das Werk eines Augenblicks. Denn so sehr auch der gehässige Pfundzoll, das drückende Abgabensystem, die Verschlechterung der Landesmünze, und mancherlei Gewaltthätigkeit, welche sich die Ordensoberen erlaubten, den letzten Rest von Vertrauen der Danziger gegen die Deutschritter zerstörten, so sehr auch der tannenberger Sieg des Polenkönigs Wladislaw Jagello im J. 1410, welcher ihm die Thore Danzig's geöffnet und die Stadt wenigstens für kurze Zeit in seine Schutzgewalt gegeben, das Ansehen der Hochmeister erschüttern musste: dennoch verstanden es dieselben, das morsche Gebäude ihres Regiments mit lauteren wie unlauteren Mitteln und Kunstgriffen bis in die Mitte des XV. Jhdts. fortzufristen. Aber der dreizehnjährige Krieg des preussischen Städte- und Adelsbundes, in welchem sich die deutsche Manneskraft und Bürgertugend der Danziger auf das glänzendste bewährte, brachte ihnen endlich den mit schweren Drangsalen und Opfern, mit grossen Verlusten an Menschenleben und Gütern erkauften Sieg. Schon im Beginne der Kämpfe unterwarf sich die Stadt Danzig durch Urk. v. 16 Jun. 1454, jubelnd über ihre endliche Befreiung „ab iniqua plurimumque anxiosa cruciferorum occupatione", der Oberhoheit König Casimir's IV., und gelobte ihm „subjectionem, assistentiam, reverentiam, fidelitatem obedientiamque perpetuis temporibus exhibendam", dabei noch überdies einen „census annuus" von 200 ungarischen

Gulden reinen Goldes, ferner „stationem trium dierum majestati ipsiusque curiensibus condignam et sufficientem", endlich den Aufbau und Unterhalt einer „curia solempnis" und in derselben sowohl einer „equistatia murata pro CC equorum locatione" als auch eines „promptuarium bonum pro repositione frugum regalium" für ewige Zeiten zusichernd [20]). Dafür dankbar, verfehlte denn der König nicht, der Bürgerschaft in inhaltsschweren Privilegienbriefen [nr. 64, 71, 73] ausser erheblichen Erweiterungen ihres Besitzthums, z. B. durch die Ueberlassung von Dirschau, das höchstmögliche Maas innerer gemeindlicher Selbständigkeit zu gewähren. Der thorner Frieden v. 19. October 1466 entzog zwar den Danzigern wieder einen Theil der ihnen 1454 zugesprochenen Nehring [21]), wofür sie nur unvollständigen Ersatz durch Ueberlassung des Ländchens Hela erhielten; allein er befestigte sie für alle Zukunft in dem Genusse der errungenen Freiheiten, und so ging Danzig aus dem langwierigen Kriege — wenn auch mit schweren einheimischen wie auswärtigen Briefschulden, deren Tilgung ausserordentliche Anstrengungen erheischte, belastet [22]), — doch mit der stets angestrebten Bedeutung eines von Polen weniger beherrschten als vielmehr nur geschirmten Freistaates hervor, welchem es vergönnt war, in den nun folgenden Jahrzehnten eines trotz der äusseren Wirren doch im Innern ungestörten Gemeinlebens die in sich aufgenommenen „Keime materieller und geistiger Blüthe zu gedeihlicher Entfaltung gelangen" zu sehen.

§. 5. Was aber fast schwerer in das Gewicht fiel, als diese politische, doch immerhin nur zunächst durch den persönlichen Charakter Casimir's IV. gewährleistete Entmündigung, war die Weltstellung im Handel, welche nun Danzig, nachdem die letzten Kriege seine Seemacht sozusagen gereift hatten, durch die Verbindung mit Polen und die energische Vertretung, die dessen Könige seinen commerziellen Interessen im Auslande, z. B. gegenüber Herzog Philipp von Burgund [23]), angedeihen liessen, errang. War es vorher, wie einst Elbing, die Metropole des preussischen Handels gewesen, so sehen wir jetzt alle merkantilen Verbindungsfäden zwischen dem Nordosten und Westen Europa's in den Contoren der danziger Grosshändler zusammenlaufen. Denn sie waren es vorzugsweise, welche, von zahlreichen ausländischen Factoreien — man erinnere sich nur an die Vittenlager auf Schonen [24]) — unterstützt, auf wohlgerüsteten Kauffahrern („krawels"), von denen z. B. der „Peter von Danzig" mit 350 Köpfen Bemannung einen historischen Ruf geniesst [25]), den fernsten Küstenplätzen des mittelländischen Meeres die Produkte der Heimath, Polen's und Litthauen's, namentlich Getreide, Holz und Pelzwerk zuführten, um dagegen feine spanische und französische Weine, das berühmte Baiensalz, Seidenstoffe, Tuchwaaren und Leinwand für die inländischen Märkte, Schlesien, Polen und Russland einzutauschen. Die hiedurch anschwellenden Reichthümer, verbunden mit einem durch vielseitige Connexionen mit den angesehensten rheinischen, westphälischen, flandrischen und holländischen Häusern noch gesteigerten Credit, mussten nun Danzig unter den deutschen Handelsstädten ein Uebergewicht verleihen, dass ihm wohl nur Lübeck, jedenfalls einflussreicher durch seine Beherrschung des erst völlig sich entfaltenden Wechselverkehrs, den Rang streitig zu machen vermochte. Damit war aber auch den danziger Kaufherrn die Macht in die Hände gelegt, in der hanseatischen Politik vielfach, namentlich gegenüber dem skandinavischen Norden, ihre eigenen Wege, wie sie der locale Vortheil dictirte, einzuschlagen.

§. 6. Werfen wir nun hienach einen Blick auf das innere bürgerliche Leben Danzig's während des Mittelalters, so prägt sich auch hier von den ersten Keimen gemeindlicher Entwicklung an in Allem der handelsstädtische Typus aus. Das eigentliche Hauptelement in der Bürgerschaft bildete daher stets der K a u f m a n n, als Kennzeichen dieser seiner hervorragenden Stellung ausser Schwert und Ehrengürtel noch den goldenen Ring mit der eingegrabenen Hausmarke („merke") tragend, mittelst welcher er seine Handelsartikel und Waarenballen zu signiren, sowie seine Willensacte durch Untersieglung zu bekräftigen pflegte. Diese „angeborne" Marke galt sogar dem Patrizier gleich seinem mit Schild und Helm gezierten Geschlechtswappen, so dass er sich jener statt des letzteren bediente oder in dieses

20) *Dogiel*, Cod. dipl. regni Poloniae Tom. IV Nr. CXII p. 154, 55.

21) Ueber diese s. A. F. *Violet*, Neringia od. Gesch. der Danziger Nehrung, Danz. 1864. 8°.

22) *Weinreich's* Chronik S. 4 Anmerk. 1.

23) Urk. v. 1456 b. *Dogiel* l. c. Nr. CXVI p. 158.

24) H. *Handelmann*, Die letzten Zeiten hansischer Uebermacht im Skandinav. Norden (1853) S. 21 flg.

25) *Weinreich's* Chronik S. 103.

die erstere hineinsetzte [26]). Unterstützt wurde übrigens der Handelsherr bei Ausübung seines Gewerbes, und zwar innerhalb des Hauses, im Gewölbe, Laden und Comptoire („kammer") durch Gesellen und Knechte, ausserhalb des Wohnortes dagegen durch bevollmächtigte „lieger", sowie er sich auch an die vom Rathe beeidigten, strenge haftbaren „mekeler" wenden konnte, um durch ihre Thätigkeit gegen Gottespfennig Geschäftsabschlüsse vermitteln zu lassen [27]). Es hatte aber der Kaufmannsstand, welcher wieder, je nachdem dessen Glieder überseeischen oder blosen Binnenhandel betrieben, in verschiedene Rangstufen sich sonderte, und allmälich auch die Seeschiffer, Brauer und Gewandschneider in sich aufnahm, seinen merkantilen wie socialen Vereinigungspunkt im Artushofe (curia regis Arthus) [28]), welcher — angeblich schon 1370—1379 gegründet, jedoch nach völliger Zerstörung durch eine Feuersbrunst 1476 wieder an anderer Stelle aufgebaut — während gewisser Tagesstunden als börsenähnliches Geschäftslokal, wo z. B. auch vereinbarte Contracte von den Stuhlschreibern notorisirt wurden, am Abende als Tanzboden, Zech- und Geselligkeitshalle diente. Die hier Verkehrenden bildeten eine grosse Genossenschaft unter Alterleuten, über welche wieder ein Ausschuss von vier Rathmannen unter dem Titel der Hofherren die Aufsicht führte. Die Aufnahme in die s. g. Artus-Brüderschaft setzte übrigens ausser Stadtangehörigkeit — die Eintretenden mussten „gemene aldtsessen burger vnd jnwoner desir stad" sein — vorzüglich noch einen unbemakelten Leumund voraus; daher nach der Artushof-Ordnung v. 1421 [29]) „kleffere, vorspeer vnd logener, de erbere lude an er ere sprecken vnd an ere gud schaden willen", ferner die „openbar beruchtigt wyff to der ee gewinnen" oder „to vnrechte mit eyme wyff sitten", sowie wer überhaupt „kegen er gedaen hedde", vom Besuche des Hofes ausgeschlossen waren, auch „openbar berüchtigt frauwen" von Niemanden daselbst zum Tanze gebracht werden durften. Gäste, soferne sie nicht etwa z. B. wegen obwaltender Feindseligkeiten zwischen ihrem Heimatlande und dem Deutschorden nur als „geleitet" im danziger Gebiete verweilten, konnten die Hauswirthe bei den Alterleuten anmelden und dann einführen. Doch galt dieses an sich nur von hanseatischen Kaufleuten, welchen man ausnahmsweise die Holländer auch noch nach ihrer Lossagung von der Hansa gleichstellte, während die Engländer thatsächlich erst gegen den Ausgang des Mittelalters hin in den Genuss der Theilnahms-Berechtigung gelangten, und sich dann sogar diese Auszeichnung — „dat se . . . so vryh ander koeplude vthe den hanzesteden deden, ock doen ende vpp koning artes hoff mede ghaen mochten" — auf einer antwerpener Tagfahrt v. 1491 nebst anderen Gerechtsamen von den danziger Abgesandten zusichern liessen [30]). Der Artushof schied sich aber in zwei Hauptbestandtheile, den kleinen und grossen Hof aus. Jener begriff die St. Georg's- und St. Brigitten-Brüderschaften, von welchen die erstere aus Mitgliedern der Geschlechter und des Rathes gebildet ward und eigene Statute (erneuert 1442) besass, die letztere lediglich aus Schöffen bestand [31]). Im grossen Hofe dagegen zählen wir sechs Bänke: die St. Reinholds-, die marienburger, die holländische, die Schiffer-, die Christoffer- oder Lübecker- und die Heilig-Drei-Könige-Bank, welche sämmtlich, wiewohl zum Theil erst 1481 urkundlich erwähnt, doch unfehlbar bereits in der Deutschordens-Periode zur Entstehung gekommen sind [32]). Mit der oben berührten St. Georgs-Brüderschaft ist übrigens die zweite Rathsgilde zum heil. Martin nicht zu verwechseln, welche einen vorwiegend religiösen Charakter an sich trug [33]).

§. 7. Neben dem Kaufmanne stehen, das zweite Element im danziger Gemeinwesen bildend, die Handwerker. Auch sie gebrauchten ihre Hausmarke als Meisterzeichen [34]), welches sie allen gelieferten Waaren anfügten, um damit gleichsam eine Bürgschaft für die Probehaltigkeit und Güte der Arbeit zu übernehmen. Zu einem grossen Theile waren nun die Handwerker „officiati", d. h. in Brüderschaften oder Innungen [„werk, gulde, ampt"] vereinigt, deren schon die hansischen Recesse aus der Ordenszeit (1378) sechzehn: „pistores, pannicide, bursatores, sutores, institores, pellifices, cerdones, sartores, lanifices, braxatores, doleatores, carnifices, fabri, cistifices, penestici, aurifabri" namhaft machen [35]), während die nachfolgende Zeit die Anzahl bis auf drei und zwanzig steigerte. Ihre innere Organisation beruhte

26) *Weinreich's* Chronik S. 127 flg.
27) *Hirsch*, HG. S. 226 flg. u. 220.
28) *Hirsch*, HG. S. 202 flg.
29) *Hirsch*, HG. S. 287 flg.

30) *Weinreich's* Chronik S. 123 flg.
31) *Hirsch*, MK. S. 158, 59.
32) *Hirsch*, MK. S. 163—67.
33) *Hirsch*, MK. S. 156 flg.
34) *Weinreich's* Chronik S. 131.
35) *Voigt*, Gesch. Preussens V, 339 Note 1.

durchgehends auf den uns in reicher Fülle, wenn auch nicht immer in der ältesten Gestalt erhaltenen, mehr oder minder umfänglichen, bald vom Rathe allein (wie in der Rechtstadt) bald von diesem mit Genehmigung des Hauscomthurs, bald endlich nur von letzterem für sich gegebenen Zunftrollen [nr. 17, 24—26, 31, 35, 37, 40—43, 53, 55, 57, 62, 65—67, 69, 75, 76, 83], deren ziemlich gleichförmiger Inhalt eine vorherrschend sittliche Richtung verfolgt, so dass, abgesehen von den Bestimmungen über die Aufnahme in den Zunftverband und die Requisite derselben, meistens Strafnormen wider gewerbliche Unredlichkeiten und unanständiges Benehmen bei den Morgensprachen oder sonstigen Zusammenkünften darin begegnen [36]). Daneben findet sich aber auch noch in den danziger Handwerks-Innungen mehr, als in jenen anderer Städte des Mittelalters, der originäre Geist der altgermanischen Gilde, jene seltsame Mischung convivaler und religiöser Elemente, des hier im s. g. Bruderbiere verkörperten Lebensgenusses mit frommer Christgläubigkeit, wie sie sich in den Stiftungen reich-dotirter Kapellen und Altäre kundgab [37]), ausgeprägt. Eine hervorragende politische Bedeutung dagegen vermochten die Gewerke in Danzig erst seit der Mitte des XV. Jhdts., von welchem Zeitpunkte an auch ihre Theilnahme an dem städtischen Regimente sich allmälig erweiterte, zu gewinnen, indem die früher, namentlich von der mächtigsten Gilde der Brauer gemachten Versuche, in die organische Entwicklung der bürgerschaftlichen Verfassung, freilich ebenso unzeitig als planlos, einzugreifen, nicht nur missglückten, sondern auch eine um so schroffere Bevormundung von Seite der Ordensregierung nach sich zogen, wodurch gerade jede freie Bewegung den Zünften abgeschnitten wurde. In diesem Sinne wirkten vornehmlich die marienburger Tagfahrten v. 13. Dez. 1381 und 18. Oct. 1385, und auch die Gewerksordnung v. 1417 (nr. 39), die Frucht des Aufstandes v. 1416, hatte keinen anderen Endzweck, als die durch die Einführung des s. g. Gewerks-Patronats völlig mundtodt gewordenen Innungen zu willenlosen Werkzeugen des Rathes herabzudrücken. In ihr scheint sich jedoch der Groll gegen erstere und die Besorgniss vor ihrer gefahrdrohenden Macht endlich erschöpft zu haben — sie blieb der letzte tödtliche Streich, welchen man nach den Lebenswurzeln der Zünfte zu führen gewagt hat [38]).

§. 8. Um nun zum Schlusse noch über den eigentlichen Grundpfeiler des danziger Verfassungsrechts, das Rathscollegium, einige Bemerkungen, wozu die vorstehende Erörterung gewissermassen den Uebergang gebahnt hat, anzuknüpfen, so finden sich Bürgermeister und Rathmannen bereits im XIV. Jhdt. unzweifelhaft in dreien der Hauptstadttheile, nämlich in der Alt-, Jung- und Rechtstadt; ob aber auch im Hakelwerke, möchte zu bezweifeln sein. Mir scheint vielmehr hier, ungeachtet des einmal im J. 1434 urkundlich auftauchenden „Bürgermeisters“ [39]), fortwährend eine mehr dorfartige Gemeindeverwaltung existirt zu haben. Im Rathskörper müssen nun der sitzende und der gemeine Rath ausgeschieden werden [40]). Ersterer bestand aus einem Bürgermeister, dessen „kumpan“ und einer Reihe von Rathleuten, deren Zahl z. B. in der Rechtstadt während der Ordensperiode regelmässig zehn betrug, und von welchen meist zwei als Kämmerer fungirten. Die Thätigkeit dieses engeren Rathes umfasste übrigens die gesammten inneren Communalangelegenheiten. Für den rechtstädtischen Rath war jedoch seit dem zweiten Drittel des XV. Jhdts. noch die besondere Aufgabe hinzugekommen: „alle zachen, die von schiffart vnd zeefarende sachen seyn, die in das wassir recht gehorn, zcu richten, wen das gemeyne lant sie domite begnadiget hat“; mit anderen Worten: das Rathscollegium der Rechtstadt Danzig ward in seinem engeren Ausschusse zugleich als das oberste Gericht für Preussen in seerechtlichen Streitsachen angesehen [41]). Der „gemeyne“ oder weitere (grosse) Rath dagegen, zusammengesetzt aus den gegenwärtigen und allen früheren Mitgliedern des sitzenden Raths, daher sich in Rathmannen „binnen und bussen rates“ zertheilend, und geleitet durch vier Bürgermeister, zwei regierende und zwei „dy des jares nicht entsiczen“, trat allwöchentlich einmal in ordentlicher, und so oft es sonst das Bedürfniss erheischte, in ausserordentlicher Weise zusammen. Er hatte die wichtigsten Gemeindesachen in Berathung zu ziehen und insonderheit den wahrgenommenen oder in Erfahrung gebrachten Gebrechen der Stadt möglichst abzuhelfen, besorgte und lenkte theils durch Abordnung von Sendboten aus seiner Mitte theils durch Ausfertigung in den „libri missivarum“ [42]) niedergelegter Sendschreiben den äusseren diplomatischen Ver-

36) *Hirsch*, MK. S. 168 flg.
37) *Hirsch*, MK. S. 377 flg.
38) *Hirsch*, HG. S. 293 flg.

39) *Hirsch*, HG. S. 9.
40) *Hirsch*, HG. S. 201.
41) *Hirsch*, HG. S. 57, 75 flg.
42) *Hirsch*, HG. S. 70 nr. 5.

kehr, versah die Kriegsschiffe und Handelsflotten mit tauglichen Befehlshabern, und redigirte endlich, was wohl zu den wichtigsten Geschäften seines Amtskreises zählte, die jährlich „in der fasten abzulesende" Stadt-Willkür, sowie ihm auch die erstinstanzliche Abwandlung aller Uebertretungen ihrer Gebote oblag, wozu einzelne der nicht-sitzenden Rathsgenossen zeitweise committirt wurden [43]). Gewechselt und ergänzt wurde das Rathscollegium durch die in jedem Jahre am St. Peterstage statthabenden Rathsküren, deren Ergebnisse einem officiellen, im Rathsarchive verwahrten Register einverleibt zu werden pflegten. Wähler waren ursprünglich die beiden Factoren der Gemeinde — Kaufleute und Handwerker. Seit dem XV. Jhdt. prägte sich jedoch dem Wahlgeschäfte im Aeussern mehr der Charakter eines Cooptionsactes auf, indem nun der Rath selbst die erforderliche Zahl neuer Mitglieder, und zwar auf Lebenszeit, d. h. so, dass sie nach ihrem Austritte aus dem sitzenden Rathe doch fortwährend noch im gemeinen Rathe verblieben, wenn nicht besondere Gründe einer freiwilligen oder nothwendigen Ausscheidung eintraten, sich zugesellte. Passiv wahlfähig hingegen erschienen factisch immer blos die Kaufleute, und wenn auch in früherer Zeit bei denselben zugleich auf den Wappenschild Rücksicht genommen worden war, so sehen wir doch alsbald den Vorrang der ritterlichen Abkunft dem rein-merkantilen des Betriebs überseeischer Handelsgeschäfte (§. 6) weichen, so dass von da an neben Männern aus den s. g. regierenden Geschlechtern (der Niederhof, Mandt, Feldstät, Rogge, Stade, Schwarzwald, Winterfeld etc.) auch Nicht-Patrizier, und zwar meist in der Ueberzahl, im Rathsstuhle sassen. Dieses sonach stets auf einer gewissen aristokratischen Basis beruhende Wahlsystem konnte niemals, so sehr auch die mehrfachen Volksbewegungen, von welchen Danzig gleich allen anderen Städten im Mittelalter heimgesucht ward, daran rütteln mochten, dauernd durchbrochen werden. Denn wenn auch die von einem sonst glaubwürdigen Chronisten [44]), aber eben nur durch ihn, bezeugte Thatsache wahr ist, dass nach dem Pfennig'schen Aufstande v. 1441 der Hochmeister den an die Stelle des abgesetzten Raths berufenen neuen aus allen Handwerkern genommen habe, so scheint doch die Wirkung dieses Gewaltschrittes nur eine ephemere gewesen zu sein, und die bald darauf ausgebrochenen van der Becke'schen Wirren v. J. 1416 [45]) verschlossen geradezu für immer den Gewerken — als den eigentlichen Trägern jenes Tumults — den Eintritt in das Rathscollegium.

§. 9. Mit der zweiten Hälfte des XV. Jhdts. unterlag nun die Rathsverfassung Danzig's einer durchgreifenden Umgestaltung. Wie nämlich die bisher gesonderten Stadttheile um jene Zeit zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt worden sind, so musste consequent auch eine Centralisirung der städtischen Verwaltung in einer einzigen obersten Gesammtbehörde stattfinden. Diese war aber selbstverständlich das Rathscollegium der Rechtstadt [46]). Doch konnte man bei der Durchführung der neuen Einrichtung nicht umhin, aus besonderen Gründen wenigstens in Ansehung des altstädtischen Rathes (der im J. 1454 neun Glieder mit einem Bürgermeister an der Spitze umfasste) von dem Verschmelzungsprincipe noch einstweilen abzusehen und einen Theil desselben, nämlich vier Glieder nebst einem Vorsitzenden (dem aber nicht mehr der Titel: Bürgermeister zukam), in seiner Sonderstellung, aber mit Unterordnung unter den rechtstädtischen Rath, fortbestehen zu lassen. Eine zweite Umwandlung, übrigens ganz anderer Art, da sie den mit ängstlicher Sorgfalt gehüteten aristokratischen Charakter betraf, drohte dem kaum neu-organisirten Rathe aus dem von Martin Kogge (1456) angezettelten Aufruhre [47]), indem eine endliche Einigung der streitenden Factionen nur dadurch erzielt zu werden vermochte, dass von dem bestehenden Rathe zwei Bürgermeister und zwanzig Rathleute ihrer Stellen entsetzt und anstatt der letzteren drei von der Schöffenbank und vier Kaufleute, ausserdem aber nur Handwerker [2 Brauer, 1 Schiffer, 1 Schneider, 1 Fleischer, 1 Bäcker, 1 Schmied, 1 Goldschmied, 1 Krämer und 1 Tischler] in den Rathsstuhl genommen wurden. Allein mit Kogge's Untergang (1457) hatte auch das Dasein dieses jungen demokratischen Rathes schnell sein Ende erreicht. Auf Wunsch der Bürgergemeinde, welche sich darin die Vermittlung der Hansa gefallen liess, wurden den abgesetzten Rathsherrn ihre Aemter restituirt, den neu-gekorenen die ihrigen grösstentheils wieder entzogen, und für alle Zukunft ausgesprochen, dass dem das Regiment führenden Rathe auch seine Wahlfähigkeit

43) *Hirsch*, HG. S. 201.

44) *Joh. Lindenblatt* [*von der Pusilie*], Jahrbücher, hrsg. von J. *Voigt* u. F. W. *Schubert* (1823) S. 420.

45) *Löschin*, Gesch. I, 65 flg.

46) *Löschin* a. a. O. S. 145.

47) *Löschin* a. a. O. S. 110—13.

unverkürzt gewahrt bleiben müsse. Und König Casimir IV. vollendete alsbald diese Neugestaltung des Rathes, indem er derselben in seinem Gnadenbriefe v. 1457 (nr. 71) die königliche Sanction ertheilte.

Das Schöffen-Collegium in Danzig, fast ganz in die Schicksale des Raths verflochten, bietet eine im Vergleiche mit andern Städten abnorme Entwicklungsgeschichte nicht dar.

II. Regesten.

1 **1312**, Febr. 10. Der Hochmeister des Deutschordens Karl von Trier bestätigt den „hachelwerkern vor dem huse" zu Danzig in einer Handfeste alle unter den alten Herzogen genossenen Gerechtigkeiten in Ansehung des Fischfangs und Bernsteinsammelns, indem er ihnen zugleich die Erfüllung althergebrachter Dienstobliegenheiten („servicium, quod ab antiquo sepedicti piscatores et eorum predecessores dominis terre Pomeranie servierunt") neuerlich einschärft. Ungedruckt. Vgl. *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. IV S. 289, 90; *Hirsch*, HG. S. 8, MK. S. 8 Note 2.

Eine Anerkennung der hier den alt-pommerellischen Einwohnern Danzig's confirmirten Rechte enthalten auch die etwas jüngeren Handfesten des Cisterzienser-Klosters Oliva. So heisst es namentlich in der s. g. kleineren des Hochmeisters Ludolph König von Weizau vom J. 1342: „addito, quod homines nostri, piscatores duntaxat Gedanenses, cum hominibus eorum [sc. monachorum] habebunt usum piscandi et lapidem ardentem, qui börnstein dicitur, colligendi, quem tamen abbas et fratres sui ement et juxta valorem solitum et consuetum pretium nostris vendent". *Preuss. Samml.* Bd. III Stück 2 S. 93 (mit Bd. II Stück 9 S. 515).

2 **1331**, Jan. 6. Der Komthur Albrecht von Ora zu Danzig übereignet den Fleischern der Rechtstadt, damit sie die Bürde des Zinses, zu dessen jährlicher Leistung sie verpflichtet waren, leichter zu tragen vermöchten, eine Hofstätte unter den Speichern Behufs der Errichtung eines Schlachthauses. (R.) *Hirsch*, HG. S. 308.

3 **1333**, Febr. 17. Der Deutschorden gründet, unter Zuweisung des Dorfes Schüddelkau, „pro alimonia et sustentatione pauperum infirmorum in Gdanczk civitate sua degentium" daselbst das Hospital des heiligen Geistes [1]). (R.) *Hirsch*, HG. S. 18.

1341, März 28. Der Hochmeister Dietrich von Altenburg entscheidet einen Streit zwischen der Rechtstadt Danzig und 4
der Stadt Elbing wegen Erhebung des s. g. Pfahlgelds [2]) dahin, dass dasselbe, insoweit es von den in das balgaische Tief einsegelnden Schiffen anfällt, den Elbingern, dagegen, insoweit es von den auf der Weichsel verführten Handelsgütern bezahlt wird, den Danzigern gehören soll — „videlicet quod prescripta pecunia pfalgelt vulgariter nominata proveniens de bonis, que in Balgam pervenerint, civibus in Elbingo, et pecunia eciam pfalgelt dicta proveniens de bonis, que supra Wyslam pervenerint, civibus in Danczk debet perpetuo cedere et derivari." *Casp. Schütz*, Hist. rerum Pruss. Bl. 94b (lat. u. dtsch.); *Curicke* a. a. O. S. 149; *Voigt*, Cod. dipl. Pruss. Bd. III Nr. XXII S. 36. Vgl. *dess.* Gesch. Preussens Bd. IV S. 578 und *Hirsch*, HG. S. 19.

1342, Jan. 13. Die Bürger der Rechtstadt Danzig kaufen den pommerellischen 5
Edelleuten von Russenczin, von Swincz und von der Katza in drei gesonderten Vertragsbriefen ihre innerhalb der Stadtfreiheit gelegenen Wiesen ab. (R.) *Hirsch*, HG. S. 18, 19.

1346, Sept. 8. Der Rath der Rechtstadt Danzig bestätiget dem Fleischerge- 6
werke allda den Besitz des ihm vom Komthure Albrecht im J. 1331 [s. nr. 2] verliehenen, nachher als „Küttelhof" bezeichneten Schlachtplatzes, mit Rücksicht auf die davon dem Orden sowohl als der Stadt zu entrichtenden Zinse. (R.) *Hirsch*, HG. S. 308.

1346, Sept. 28. Der eben genannte dan- 7
ziger Rath gründet auf städtischem Boden den Bauernort Neuendorf nach deutschem Rechte. (R.) *Hirsch*, HG. S. 23.

1348, Mai 25. Der Hochmeister Hein- 8
rich Tusmer legt eine Zwistigkeit der „geistlichen mane der prediger bruder czu Gdancz" [d. i. der Dominicaner von der St. Nicolaikirche] mit den „ratmanen, burgern vnd inwonern derselbin stat", betreffend das Besitzthum der Ersteren innerhalb des Weichbildes, a) durch genaue Bestimmung seines räumlichen Umfanges — hier zugleich eines Verzichts der Mönche auf alle sonstigen, ih-

---

1) Ueber dessen Verlegung im J. 1357 s. *Hirsch*, HG. S. 21.

2) Ueber dieses aus der pommerellischen Periode in die Ordenszeit vererbte Schiffsreichniss s. *Hirsch*, HG. S. 213.

nen bis dahin gehörig gewesenen Realitäten im Stadtbezirke erwähnend: „waz buzen desin vir wendin ist gelegen, das der vorgenanten prediger bruder hat gehort, dez haben sy sich vorczeyin eweclich, vnd daz selbe sal czugehen der stat czu Gdancz" — und b) durch Einräumung des Rechts, „daz sy daz flys Schedelitz genant ane der stat schaden in ir closter czu yrm nucze leiten vnd furen mogen obir den stat grabin yn eyner rynen", völlig bei, worauf noch schliesslich c) die Breite der Thore des Klosters und der Gassen, „do dy luthe wonen nest dem kloster", festgesetzt wird. *Hirsch*, MK. Beil. IV S. 9, 10.

9 **1348**, Jul. 19. Die Bewohner des Hakelwerks überlassen an Rath und Bürgerschaft der Rechtstadt Danzig die ihnen auf dem Grunde und Boden letzterer eigenthümlich zustehenden Liegenschaften käuflich für 50 Mark. (R.) *Hirsch*, HG. S. 8.

10 **1352**, Dez. 5. Der Komthur Kirsillies von Danzig gibt in einer Streitsache zwischen den Rathmannen daselbst und den um die Damm- und Mottlau-Sümpfe wohnenden Leuten den Bescheid, dass diese gehalten seien, von ihren Häusern ausser einem Kaufschosse auch noch den bei wirklichen Weichbilds-Erben herkömmlichen Grundzins an die Stadt zu bezahlen. (R.) *Hirsch*, HG. S. 20, 21 Note 92.

11 **1356**, Jan. 3. Der Gebietiger des Johanniter-Ordens entsagt auf Ansinnen des Hochmeisters in Preussen und des Rathes der Stadt Danzig den Besitzrechten der Johanniter auf ein dortselbst durch Henning von Wartenberg erbautes Haus. (R.) *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. V S. 222 Note 1.

12 **1361**. Der Hochmeister Winrich von Kniprode gewährt den Bürgern der Stadt Danzig in Ansehung des St. Dominik-Jahrmarktes [3]) die besondere Gnade, „dass den Frembden mit Frembden zu handeln nicht lenger als drey Tage frey sein solte, vnd nach verlauff der dreyer tage die Frembden mit Niemanden als Bürgeren zu handeln oder zu kauffen befüget" seien. (R.) Casp. *Schütz* a. a. O. Bl. 76a; *Curicke* a. a. O. S. 146, 47; *Gralath* a. a. O. Bd. I S. 86 mit S. 84 flg.

13 **1363**, März 4. Erwählte Schiedsmänner schlichten eine Zwistigkeit, welche im Betreffe verschiedener kirchlicher Amts- und Verwaltungsgeschäfte zwischen dem Pfarrer von St. Marien zu Danzig und dem Rathe allda entstanden war, darin u. A. auf die Beschwerde des Ersteren gegenüber den Rathmannen, „das sy testamente hinderen", sich in folgender Weise äussernd: „Hir vme dunket vns gut, daz nymant gute werk hindern sulle, alzo testamente to bescheydn dem pherrer adir der pharren; hett is ymand getan, der sal is bessern." *Jacobson*, Gesch. der Quellen des Kirchenrechts des Preuss. Staats Thl. I Bd. 1 Anh. Nr. XXIII S. 106—9; *Hirsch*, MK. Beil. I S. 1—5.

1365. Die „moleknechte [4]) czu danczk seczczen eynen willekor vestlichen czu haldene", sich fast ausschliesslich auf die häufiger vorkommenden sittlichen und gewerblichen Uebertretungen der Mühlknappen, namentlich des „brygers", und deren meist in Bier-Reichnissen bestehende Strafen beziehend und mit der vermuthlich einem Hochmeister-Gesetze entnommenen Bestimmung endigend: „Dys yst uwers heren gebot: Ab ymat sweret by dem namen gotis ader by syner martyl ader by synem thode ader by synem bluthe, ader sust boslich sprycht, der sal vns geben czu allen quatuortemperen eyn vyrtyl byrs. Vnd wandert her ê der czyt, her thu das selbe." Gedruckt [nach einer jüngeren Copie, welche einen Vertrag der Mühlknechte mit dem danziger Komthur Niclas Poster über das s. g. Härings- und Käsegeld vom J. 1452 vor dem Schlusse eingeschaltet enthält] b. *Hirsch*, HG. S. 331. 14

1374, Jan. 6. Der Komthur Siegfried Walpot von Bassenheim zu Danzig verordnet, wie es zur Zeit und insolange, als die Altstadt noch nicht städtische und Marktgerechtigkeiten haben würde, mit dem Schuhmacher-Gewerke allda, insonderheit seinem Jahreszinse, gehalten werden solle — : „So wolle wir dy wile, das dy alde stad zcu Danczk in sulcher werde ist, als sy noch ist, so sullen vns dy werke der schumecher, er sy luczel oder vele, alle ierlichs zcinsen in name eines rechten czinses of seinte Mertins tage des werden bisschofs zcwo marke pfennig gewonlicher muncze der lande. Ouch so wolle wir, das kein aldpusser [5]) me da wone, denne ener; der sol der ander diner sin vnn ire licht bewaren, dy si czu seinte Katherinen gote czu lobe vnnd der heligen juncfrouwen da burnen laszin. Bi dissem zcinse sullen sy bliben zcu Colmisz rechte, bis das wir ader vnss nachkomeling zcu rate worden, das wir 15

3) Ueber dessen Namen und Ursprung s. *Hirsch*, HG. S. 211.

4) Nämlich der grossen Kornmühle in der Altstadt, welche 1391 abgebrannt ist.

5) Ein s. g. Altflicker, welcher blos schadhaftes Schuhwerk ausbessern darf.

ene stad ader market worden machen. Wi wi denne dy selben schumecher an bencken ader an czinsen eren wolden, das sal sin noch vnszm wille; idoch so sullen disse schumecher vnn ire erben sin dy nesten behalden zcu sogetanem rechte vnn czinse, als da wird of gesaczt, ap sy wollen.“ *Hirsch*, HG. S. 71, 72 mit S. 10, 12, 327.

16 **1376**, Febr. 2. Derselbe überweist den bereits als Zunft erscheinenden Fleischern der Altstadt Danzig vier Hufen Wieslands, in der s. g. guten Herberge gelegen, zu einem Jahreszinse von 30 Mark. (R.) *Hirsch*, HG. S. 308.

17 **1377**, Aug. 24. Die „broder algemeyne van der lynnenweber gilde“ der Altstadt Danzig lassen durch ihre beiden „olderlude“ Peter Unrath und Hannus Lowenburk einen „bref eres werkes“ abfassen, welchen dann der Rath mit Anhängung seines Insiegels bestätiget, und dessen Satzungen vornehmlich die Aufsicht über die Leinwand-Fertigung [„so ys vns eyn ysern gegebin, dormede sullen de alderlude des werkes alle xiiii dage vmmegan, dat man dat lywant nicht breder sal maken afte smaler, denne also dat ysern todrecht“]; die Vorbedingungen der Werkgewinnung von Seite eines „knapen“, wie Bürgerrechts-Erwerb und Leumundsbeweis; die Besserung von Brüchen, namentlich solcher Handlungen, welche das friedliche Verhältniss unter den Zunftgliedern gefährden, z. B. der „heymeliken arbeyt“ und Wegmiethung („entspanen“) des Gesindes; die herkömmlichen Gilde-Reichnisse („quatertemper geld“); die Busse des Ungehorsams gegen Ladungen in das Zunfthaus durch den „werkes boden“; die Geldvorschüsse der Meister an ihre Gesellen gegen das Versprechen der Abarbeitung; die Strafe des Concubinats bei zugewanderten „knapen“ u. a. m. zum Gegenstande haben. *Hirsch*, HG. S. 338, 39 mit S. 319 flg.

18 **1378**, Mai 10. Der Komthur zu Danzig Siegfried Walpot von Bassenheim überlässt von dem Einkommen aus seinen Fleischbänken in der Altstadt 22 Mark jährlich dem Probste des Hospitals zum heiligen Geiste. (R. aus *Schmidt*, Cod. Dipl. Gedanens. Tom. I Nr. 19.) *Hirsch*, HG. S. 12 Note 35, S. 308.

19 **1378**, Jun. 29. Der Hochmeister Winrich von Kniprode gestattet der Rechtstadt Danzig auf Bitten ihres Rathes eine Frist von zwanzig Jahren zur Ausführung des ihr obliegenden Kaufhaus-Baues, damit sie dann um so sicherer den Zins an den Orden aufzubringen vermöge, indem zur Zeit der Gemeinde nach ihrer Angabe sowohl der Grund und Boden für das fragliche Gebäude, als auch die Geldmittel mangelten, um jenen zu erwerben. (R.) *Hirsch*, HG. S. 209.

1378, Jul. 2. [**Rechtstädtische Handfeste.**] 20
Derselbe erneuert der Rechtstadt Danzig die ihr vom Hochmeister Ludolph König von Weizau [zur Zeit des kalischer Friedensschlusses, 1342] verliehene, aber wohl bald danach verloren gegangene Handfeste, worin ausser der Bewidmung mit **culmischem Rechte** u. a. die Competenz des städtischen und deutschherrlichen Richters festgestellt, die Anlage einiger Dörfer mit deutschen Einrichtungen innerhalb des Stadtgebiets zur Vermehrung der gemeindlichen Einkünfte genehmigt, der Rechtszug nach Culm vorgeschrieben, Wochen- und Fischmarkts-Gerechtigkeiten zugestanden, die Besitzverhältnisse des Ordens einer- und der Stadt andererseits in eingehender Weise geregelt, endlich gegen ein Jahrreichniss von 170 Mark Pfennige an das Ordenshaus die sämmtlichen Revenuen aus dem Kaufhause und den Gewerbe-Bänken sowie sonstigen Zinse und Nutzungen, unter blosem Vorbehalte der Münze, des Wechsels und der gewöhnlichen Herrschafts-Gebühren, der Communalcasse überlassen werden:

„Wir brudir Winrich von Knyprode, homeister der brüdere des ordens des spitales sente Marien des duitschen huses von Jerusalem, durch sunderlicher bethe, vulkomener begerunge vnd redelicher sache willen vnsir getruwen, der ratlute vnd inwoner vnsir stadt Danczk, mit rechten wissen, rate, willen vnd vorhengnisse vnser mitgebitiger, haben en ere alde hantveste obir dy stat czu danczke, dy en bruder Ludolf konig, vnser vorfar seliges gedechtnisses, gegeben hatte, vornuwet durch merklicher vnd redelicher sache willen. Darumme (§. 1) vorlie wir vnd geben den vorgenanten, vnsir stad Danczk vnd eren inwonern vnd eren nachkomelingen allen eweclichen **Colmisch** recht[6]) vnd gerichte, alzo was in der stad adir vor der stat vf der burgere vriheit von gerichte vorbusset wirt, daz daz czweyteil vns vnd vnserm huse, daz dritte teil der stad vnd

6) Dass diese Bewidmung, natürlich abgesehen von der politischen Stellung der Stadt zum Deutschorden als Landesherrschaft (s. *Löschin*, Gesch. Danzig's I, 37, 38), hauptsächlich auf das Verhältniss zwischen Rath und Bürgergemeinde, welches ganz so, wie in Culm, geordnet und aufrecht erhalten werden sollte, zu beziehen sei, hatte bereits eine zur ersten Handfeste erschienene Declaratoria v. 31. Jul. 1346 ausgesprochen. *Hirsch*, HG. S. 20.

dem richter czu gehoren sal vnd gevallen. §. 2. Doch behalde wir wege vnd strassen bis an der stad thor vnser hirschafft zcu richten, da nymand gerichte obir haben sal, denne wir vnd vnsir brudir. §. 3. Ouch neme wir vs vnsir lute vff dem lande wonende, die man vmme alle sache vor vns sal beclagen, is en sey denne, daz sy in der stad adir vff der burgere vriheit mit hanthafftiger tat von den burgere irwuschit werdin, so sullen vnsir brudir nach gewonheit vnd nach rechte des landes obir dy selben richten, vnd was von besserunge do von gevellet, daz sullen czwey teil vnserm huse, daz dritte teil der stad vnd dem richter gevallen. §. 4. Ouch irloube wir den selben vnsern burgeren, eyn dorff adir czwey noch huben czal czu beseczen vff irer vriheit, vnd schulteissen dar in czu seczen noch eren willen, vnd geben en bynnen eren greniczen derselben dorffer, is sy eyns adir czwey, daz gerichte beyde gros vnde cleine, vnd waz da von gevellet, beide czu der stad nucz eweclichen; doch neme wir vs dy lantstrassen, dy wir vnser hirschaft czu richten han behalden. Waz abir vswennig der dorffer greniczen, wenne sy besaczt werden, von gerichte vff der stad vriheit gevellet, daz sal sin vnserm huse czwey teil, vnd der stad vnd dem richter daz dritte teil czugehoren, alz hir vor stet geschreben. §. 5. Ir gestraften orteil sullen sy holen czu **dem Colmen** [7]). §. 6. Ouch irloube wir durch gemeynen vromen, daz allermenlich, beyde bussen der stat vnd bynnen der stat, an deme markttage mogen vorkouffen brot, gancze syten fleisch, beyde gesalczen vnd grune, vff dem markte, vnd nicht czu houwen. §. 7. Ouch gebe wir den visschmarkt den vorgenanten vnsen burgern in dy stad eweclichen vry, daz sy den legen, wo her en allerbest bekumpt. Doch welle wir, daz keynerhande visch, her sy dorre adir grune, vf den vischmarkt gebrocht werde, her en werde erst vor vnsir hus gebrocht an die stat, do is den brudern gevellig dunket, vnd der hirschaft czu kouffe geboten (werde). So dan den visch dy brudir haben wellen, den sullen sy koufen vnd gelden nach synem werde; denne mag man tragen den anderen visch czu vorkouffen ane hindernis, wo man wil. Ane den visch, der do kumpt von allen heidzeen [8]), den mag man ane hindernis vff den markt brengen vnd vor vnserm huse nicht bewisen. §. 8. Wir wellen ouch, das kein vischer in der stat wonhafftig sy, is en sy denne mit vnsir bruder wille [9]). §. 9. Ouch so welle wir haben eyne brucke von vnserm huse in dy stad; dar vff moge wir buwen eyn bergfrid [10]) adir eyn torm nach der brudir rate vnd willen. §. 10. Des thores sullen vnsir brudir gewaldig sin vnd dar czu haben den slussel, vs vnd yn czu komen, wenne sy daz bequeme dunket, vnd vor dem thore bynnen der stad sal wesin eyne rume strasse, dy sullen dy burger beseczen vnd bewonen mit erbaren vnvorsprochenen leuten. §. 11. Ouch welle wir, daz czwusschen der statmuwere vnd den erben, kegen der muwer, allen enden vmme dy stat innewenig sal wezen eine strasse eyner ruten breit, vsgenomen daz teil der stat, daz kegen der muttelaw ist gelegen. §. 12. Vff desir siet dem wasser muttelaw genant, vff dem staden, do die stad gelegen ist, gebe wir en vnd bestetigen en den alden acker, den sy bis an disse czeit gehat han, vnd den anger vmme sente Gerdruden kirchhoff (ist) gelegen czu eyner vriheit eweclichen in sogetaner vndirscheit, daz derselbe anger von vns, vnsern brudern vnd von den burgeren sal vnbebuwet bliben. §. 13. Ouch so behalde wir vns langes den molgraben eyne moelstad, vier ruten lang vnd drittehalbe breit von dem wassir an czumessin, vff welchir syte vns daz bequemlich duncket, czwusschen der stad danczk neben der muttela vff bis an dez bisschoves gut vffwert kegen dem gebirge, alz is geet. Waz dar czwusschen ist der stad vnd des bischoffes gute, daz gebe wir en vnd eren nachkomelingen ouch eweclichen vreye. §. 14. Bynnen den greniczen neme wir vns vs czigilschunen czu seczen, daz sie vns vugen vnd daz darczu gehoret: ouch behalde wir vns, wege czu legen obir das selbe gut, wo is vns vnd deme lande bequemlich sy; den moelgraben durch dasselbe gut geende behalde wir vns vry ledig vnd vmbekumert. §. 15. Ouch behalde wir vns czuvor vs eyne hube czwusschen des bischoffes gut vnd der stad gelegen, wend wir vor an eyner andir stat deme bisschofe eine hube durch der stad wille han gegeben. §. 16. Vnd wen sy vff der anderen syten ir vyhe nicht geweyden mogen, so mogen sy ir vyhe lossen triben vff der gemeyne trifft bis an des closters

7) Die Rathmannen „czu Colmen" entschieden auch in einer Streitsache zwischen dem Rathe in Danzig und einigen Frauen und Jungfrauen daselbst, den Verkauf eines Zinses an den Ersteren von Seite der Erblasserin der Letzteren betreffend (1384, 85). *Voigt*, Cod. dipl. Pruss. Bd. V Nr. XXVII S. 29 flg.

8) D. i. kleinen Land- oder Binnen-Seen.

9) Dass Fischer nicht selten als Bürger in der Rechtstadt sassen, zeigt *Hirsch*, HG. S. 307.

10) Propugnaculum. Vgl. *Grimm*, Deutsches Wörterb. II, 543.

gut von der Olyven. §. 17. Nedenwendig der stat eynen gefugen holm[11]), der en vor dicke gelegin ist, ere pfert daruffe czu weyden, den lasse wir en vurbas eweclichen, also das sy kein gebuwede vf den vorgenanten holm sullen machen. §. 18. Andirsiet dem wasser muttela genant, do eyne lache[12]) brensa genant vellet in dy muttela, in dem orte sal eyne grenicze stehn vnd also tweres obir vurbas gen noch eyme treboum[13]), gericht vf dy lache, dy do roslache ist genant, dar ouch eyne geczeichente grenicze ist, dy der selbe vorgenant vorvar in sines selbes persone hat bewyset, vurbas by neben der roslache vffwert czu geende, dy lache czu der lincken hant tragende, vnd allen enden an das wasser bis an daz enge czwusschen der roslachen vnd dy lache smir genant, do sie allirnehest ist, nebin der smirlachen nedir, dy lache czur lincken hant lossende, bis an dy cleyne muttela, vnd also vurbas by der cleynen muttela, daz wasser rurende czur lincken hant, nederwert bis an dy groze muttela, von dannen von der grossen muttela nedirwert, dy muttela czur lincken hant blibende, bis an dy ersten greniczen, daz alles, alz hir vor geschreben stet, gebe wir den vorgenanten burgeren vnd eren nochkomelingen vry czu alle erem nutcze, ane daz wir vsgenomen habin. §. 19. Das vlys, dy grosse muttela, neme wir vs vry czu eyner strassen vnd czu vnserm nutcze; doch mogen dy vorgenanten burgere eyne brucke machen vnd halden von der stad obir daz wasser geende nedir vff ere vriheit. §. 20. Obir dy selbe vriheit neme wir vs dry wege, der wir nicht entperen mogen czu vnserm nutcze vnd dem lande. §. 21. Wir wellen ouch, daz bynnen eren greniczen der burgere beidersiet des wassers, ab imant, phaffen adir leyen, vrowen adir man[14]), begeben ader vnbegeben, ritter adir gebuwer, keyn gut, wezen adir welde adir waz is sy, binnen den vorgenanten greniczen erer vriheit [inne het][15]) vnd dy mit rechte mogen bewysen, das sy das behalden vngeschadt vnd vnvorterbet. §. 22. Von genaden vorlie wir doch den dicke genanten burgeren, daz sy den selben, dy gut bynnen erer vriheit haben, mogen das mit liebe abe kouffen adir wechselen mit der willen, der das selbe gut ist. §. 23. Dar czu gebe wir ouch der vorgenanten stad vnd eren inwonern eweeliche vischerie mit allerleye cleynen geczewe in der grossen muttela also verre, als ir gut keret vnd wendet an beyden staden, vnd an den anderen lachen, dy an ere vriheit stossen, ane allirhande stewunge[16]) vnd were vnd grosse czoggarne ader vlysgarne, der sy nicht haben sullen. §. 24. Wissen sal man ouch, daz man in der stad czu der wedeme behalden sal dem pharrer vry also wyt vnd also lang, als der grosten hoffstete eyn, dy in der stad ist. Abir sal man behalden by der wedemen czu eyner kirchen vnser lieben vrowen czu lobe vnd zu eren vnd czu eynem kirchhofe czweier seile[17]) lang vnd czweier breit; abir czu eyme spitale czu eren dem heilegen geiste sal bliben rumes vry in der stad czweier seile lang vnd czweier breit, daruff czu buwen. §. 25. Von allen desin vorgenanten guten vnd vriheit sullen der stad burgere eweclich alle jar vff sente Mertins tag des bisschofes gewonlicher muncze des landes geben hundirt marc vnd sebenczig marc phennyge vnserm huse. §. 26. Vurbas waz nuczes, vromen vnd czinses von kouffhus, brotbencken, fleischbencken, schubencken, kromen vnd batstoben komen mag, vnd alle den czins vnd nucz, den sy haben vnd nach gemachen mogen in alle der stad, der sal den vorgenanten vnsern burgeren alczumole eweglich czugehoren; vsgenomen muncze vnd wechsel vnd alle daz, daz der hirschaft czugehoret, das welle wir vns vnd vnserm huse behalden. §. 27. Dy vorgenanten kouffhus, brotbencke, fleischbencke vnd schubencke, kromen vnd batstoben[18]) sullen sy alleyne buwen (vnd), wenne daz not ist, bessern vnd buwen. §. 28. Dor von sullen sy vns ouch geben hundirt marc vnd sebenczig marc gewonlicher disses landes muncze alle ierlich eweclich vff sente Johannes des teufers vnsers herren tag, alcz her wart geborn. §. 29. Vnd ouch waz dem herren bisschoffe vor

11) D. h. einen bequemen Hügel oder Werder. Vgl. *Sanders*, Wörterb. der Dtsch. Sprache I, 781 b.

12) Ein teichartiges Gewässer.

13) Eine Wegsperre. Vgl. *Grimm* a. a. O. II, 1361.

14) *V.* vrowen namen.

15) *V.* ere vriheit. Die Worte „inne het" glaube ich ergänzen zu dürfen.

16) Stauung, Abdämmung.

17) Ein „seil" begreift 10 Ruthen, die Ruthe 3 Schritt, der Schritt 5 Fuss (culmischen Masses).

18) Es ist übrigens nicht bekannt, dass der Rath der Rechtstadt gleich jenem der Jungstadt während des Mittelalters Badstuben errichtet und verstiftet habe, indem vielmehr die drei urkundlich nachweisbaren Privateigenthum der betreffenden Baderfamilien gewesen sind. Dagegen gehörte die altstädtische Badstube dem Ordenshause und wurde z. B. im J. 1381 (Jun. 25) durch den danziger Komthur gegen 4 Mark Erbzins dem Niklas Wettirhan verliehen. *Hirsch*, HG. S. 301, 2.

den czenden gebort, daz sullen dy vorgenanten burgere vngehindert em beczalen. — Vff daz nymand wedir vnser vorlyunge vnd gobe spreche, so habe wir vnser ingesigel czu ewegem bekentnisse an desen briff gehangen, der gegeben ist czu Marienburg vff vnserm huse nach der jarczal vnsers herren Cristi tusend dryhundert in dem acht vnd sebenzigisten, am tage Processi et Martiniani der heiligen merterer. Geczüg sint vnser ersamen brudir in gote: brudir Rutcher von Elner groskomptur, Gotfrid von Linden marschalk, Baldewin von Franckenhofen treseler, Syfrid Walpode von Bassenheym kumpthur zu Danczk, Kune von Libensteyn, Johann von Schonefelt vnsere kumpan, vnd andere ersame leute." Nach drei alten Abschriften b. *Voigt*, Cod. dipl. Pruss Bd. III Nr. CXXIX S. 171—75. Vgl. *Lucas David's* Preuss. Chronik (herausgeg. v. E. *Hennig*) Bd. VII S. 105, 6; *Gralath* a. a. O. S. 78, 89; *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. V. S. 304, 327; *Hirsch*, HG. S. 19, 20, 21, 307.

21 **1380**, Jul. 4. [**Jungstädtische Handfeste.**] Der Hochmeister Winrich von Kniprode überlässt dem Lange Claus und Peter Sandowin, „die junge stat Danczke czu beseczen", hiebei die dem Orden, der neuen Stadtgemeinde sowie den beiden Locatoren zukommenden Gerechtsame, theils in bloser Wiederholung der Handfeste für die Rechtstadt v. 1378 [§§. 1—3, 5—8, 11; 13, 14, 16, 24, 26][19]), theils in selbständiger Weise festsetzend. Von den Bestimmungen letzterer Art sind besonders hervorzuheben: a) die Zuwendung eines Drittels der Geldbussen von den innerhalb der Stadt[20]) oder vor derselben auf der Bürgerfreiheit begangenen Delicten an die „beseczer"; b) die Arrondirung des städtischen Bezirks, dessen Hauptbestandtheile in dem (deutschen) Dorfe Zuchanke [Zigankenburg] und dem anstossenden (polnischen) Gute Rutke, welches, „ob is hernachmals veil werde, die junge stat vs koufen möge czu erer vrieheit", namhaft gemacht werden; c) die Normirung des Umfangs, der Zins- und Kaufschoss- [„vorlieb"-] Last der Stadthöfe; d) die Zueignung von Freihöfen an Lange Claus und Peter Sandowin, deren rechtmässige Erben und Nachkommen, „also daz sy vnbeswert vnd vnbekumert en vry bliben"; e) die Reservirung gewisser Stadträume für die Anlage eines Marktes, Kauf- und Rathhauses; endlich f) die Theilung der Einkünfte vom Rath- und Kaufhause, desgleichen von den Brod-, Schuh- und Fleischbänken, den Krambuden und Badstuben, sowie überhaupt aller Zinse und Nutzungen zwischen dem Ordenshause und den Bürgern der Jungstadt nach Hälften, wofür aber auch, „was an desin czinse czu buwen oder czu bessern were, das hus dy helfte vsstehen sal, vnd dy burgere dy helfte." Gedruckt (nach einer neueren Copie) in der *Preuss. Samml.* Bd. II Stück 9 Nr. XLI S. 553—58. Vgl. *Gralath* a. a. O. S. 90; *Hirsch*, HG. S. 14, 15.

1382, Apr. 23. Der Deutschorden überträgt die Verwaltung des Hospitals zum heiligen Geiste in Danzig dem rechtstädtischen Rathe. (R.) *Hirsch*, HG. S. 20. 22

1382, Nov. 14. Der danziger Komthur Siegfried Walpot von Bassenheim erklärt, den Rathmannen der Altstadt, welche mit Genehmigung des Hochmeisters Winrich von Kniprode ein Rathhaus gebaut, hiezu auf Geheiss des Letzteren 750 Mark vorgestreckt zu haben, und bestimmt, wie es mit dem Zinse davon, mit der Tragung der Reparaturkosten und mit den Einkünften aus den im unteren Theile des genannten Gebäudes angebrachten Buden und Kellern gehalten werden soll —: „Von deme selbin rathuse sulle wir adir vnsir ordin alle jare den zcins ganez ofhebin vnd behalden, alzo lange, bys das vns adir vnsirm ordin dy vorgenante summa des geldis wedir wirt bezcalet; dor noch alle jare jarlich vnd eweclich vns vnd vnsirm ordin der czins halb zcu gehorin zal, vnd dy andre helfte den ratmannen zcu der aldinstat nuccze. Vnd was das rathus besserunge bedarf, das sulle wir dy helfte vsgebin vnd dy ratmanne von der stat wegen dy andre helfte. Ouch von sunderlicher gunst vnd gnade zo gonne wir den, dy vndir deme rathuze yn den budin vnd kelleren wonen vmme eynen zcins, als sy mit den ratmannen obireyn komen, vrey schenkerye, wyn, most, methe, byr vnd was sye schenken wellen; der selbege zcins vns vnd vnsirm ordin ouch dy helfte zcugehorin zal, vnd dye andre helfte den ratmannen zcur stat nuccze." *Hirsch*, HG. S. 72 m. S. 12. Vgl. auch *Hoburg*, Rathhaus S. 6 Note 1. 23

1387. Die Rathmannen der „Jungenstat danczk" geben mit Einverständniss des Hauskomthurs dem Gewerke der Schmiede — „grop smyde, schiff smyde, clein smyde, korresmyde[21]), kuthelorre[22]), 24

19) Die §§. 13—23 kehren in der Hf. v. 1380 nur theilweise wieder.

20) Der Abdruck hat offenbar unrichtig: „bussen der stadt oder vor der stadt vf erer vrieheit."

21) Kurschmiede.

22) Nagelschmiede (Buthelores).

messir smyde, plethener[23]), vlaschen smyde, russlossir"[24]) — daselbst eine Bruderschafts-Rolle, welche vornehmlich von den Aufnahms-Bedingungen, den drei Meisterstücken, den Befugnissen und Pflichten der Aelterleute, Zuseher und Pfändner, sowie im beiweiten grösseren Theile ihrer Bestimmungen von den Bussen bei Unredlichkeiten im Gewerbsbetriebe und Verstössen gegen die Zunft-Disciplin handelt. *Hirsch*, HG. S. 341—43 (m. S. 325, 26).

25 **1387**. Der Rath von [der Rechtstadt] Danzig verleiht ferner der Brüderschaft der Bordingsführer (d. i. Kahnschiffer auf den Flüssen und Binnengewässern) ein Statut über ihre gesellschaftlichen Einrichtungen, darin auch verfügend, dass die Brüder, „wenn ihre Bordinge auf Sandbänke, Holzrahnen oder Stubben anrennen, sich gegenseitig mit Rath und That beistehen sollen." (R.) *Hirsch*, HG. S. 269.

26 **1388**. Die Meister und Gesellen des Maurer-Gewerks (in der Rechtstadt) zu Danzig vereinigen sich bei Gelegenheit der Stiftung eines Seelgeräthes zu einer Brüderschaft und geben sich eine [allmälig und zwar bis zum J. 1470 durch Beifügung neuer Artikel erweiterte] Rolle, die „fast nur die religiösen Interessen berücksichtigt", und u. a. die bemerkenswerthe Bestimmung enthält: „welch bruder addir swester vnser selegerete hot, der sal vnser czeychen vor seyme thore haben, vnde wenne her aws der wonunge czeichet, so sal her das czeychen awswyschen bey eynem phundt wachs." (R.) *Hirsch*, HG. S. 322 m. Note 214.

27 **1394**, März 15. Der Hochmeister Konrad von Jungingen gründet in der Altstadt Danzig den Elenden-Hof. (R.) *Hirsch*, HG. S. 10.

28 **1397**, Oct. 16. Der Komthur Albrecht von Schwarzburg zu Danzig verleiht den Beutlern der Altstadt daselbst die Loh- oder Ledermühle an der Radaune bei St. Gertraud gegen einen Jahrzins von 18 Mark und mit der Versicherung, dass die Handwerker der Alt- und Jungstadt in keiner anderen binnen einer Meile um Danzig gelegenen Mühle, als in der vorerwähnten, ihre Felle gerben lassen dürfen. (R. aus *Schmidt*, Cod. dipl. Gedanens. Tom. III Nr. 665.) *Hirsch*, HG. S. 15, 304.

29 **1398**, Jul. 2. Der Hochmeister Konrad von Jungingen gewährt dem Rathe und den Bürgern der Rechtstadt Danzig, welche noch immer mit der Herstellung eines Kaufhauses [nr. 19] nicht zu Stande gekommen, eine weitere Baufrist von zwölf Jahren. (R.) *Hirsch*, HG. S. 209.

1399, Febr. 26. Der danziger Komthur 30
Albrecht von Schwarzburg überlässt den Rathmannen der Altstadt um des gemeinen Nutzens und der Besserung ihrer Zustände willen einen Raum zur Anlegung eines Kalkofens[25]), und gibt ihnen zugleich die Freiheit, Kalk zu kaufen und zu verkaufen, wo und wohin sie wollen, wofür dieselben jedoch dem Orden jährlich 6 Mark Zins zu entrichten, sowie für den Elendenhof [nr. 27] und die St. Katharinen-Kirche je einen Ofen Kalk unentgeltlich zu brennen gehalten sein sollen. (R.) *Hirsch*, HG. S. 11 Note 31.

1399, Dez. 21. Das Gewerk der Schro- 31
ter oder Schneider mit Inbegriff der Gewandscheerer empfängt eine Rolle, hauptsächlich die Vorbedingungen für den Erwerb des Meisterrechts, namentlich die Meisterproben betreffend, aber daneben auch einzelne andere bemerkenswerthe Satzungen, z. B. über den Geschäftsbetrieb durch einen Gesellen, wenn der Meister in der Fremde weilt, darbietend. (R.) *Hirsch*, HG. S. 326.

1402, Jul. 16. Die polnischen Bewohner des 32
Hakelwerks treten an die Jungstadt Danzig einen Theil ihres am Radaunengraben bei dem neuen Damme gelegenen Grundgebiets zu Eigenthum ab, und zwar gegen eine vom Orden ihnen zugebilligte Entschädigung, bestehend a) in der Einräumung der an der grossen Mühle im Radaunen-Kanale[26]) gelegenen, zum Garn-Trocknen und Aufziehen der Schiffe besonders geeigneten Schildinsel, und b) in der Ertheilung der Befugniss, auf dem Mühlgraben aus- und einzufahren, die Kähne und Fischkästen aufzubewahren, an beiden Ufern anzulegen, und die Fische zum Kaufe auszubieten, — „fohrt mehr gonnen wir ihnen vnsern mohlgraben aus vnd einzufahren, vnd sie ihre sewe[27]) mit ihren fischen darinnen behalten, vnd auf beiden vberen frey anhalten, vnd ihre fische daselbst verkauffen." (R.) *Hirsch*, HG. S. 9, 307 Note 95.

1409, März 12. Der Rath der Recht- 33
stadt Danzig verleiht den Schlächtern daselbst acht Hufen Wiesengrund bei Neuen-

23) Plattner, Harnisch-Schmiede.
24) Russschlosser.

25) Andere ähnliche Verleihungen an die in ihrer ersten Entwicklung begriffene Altstadt erwähnt noch *Hirsch*, HG. S. 11 Noten 29, 32.
26) Ueber diesen s. *Hirsch*, HG. S. 14.
27) Seue sind kleine Fahrzeuge mit durchlöcherten Fischbehältern; davon hiessen die Fischer selbst: Seuner.

dorf [nr. 7] gegen 40 Mark Jahrzins, mit der Bestimmung, dass diese Bodenfläche in soviele Parzellen, als jeweilig Fleischbänke vorhanden [28]), zerlegt und jeder Bank ein solches Stück Wieslands zugetheilt werden solle. (R.) *Hirsch*, HG. S. 308.

34 **1410**, Aug. 5. König Wladislaw Jagello von Polen gewährt seiner Stadt Danzig [29]) in Anbetracht ihrer ihm erwiesenen Treue und zur Verbesserung ihrer Lage die Ertragshälfte von der königlichen Mühle daselbst und eine erhebliche Vergrösserung des Grundbesitzthums, nämlich alle innerhalb einer Meile rings um die Stadt gelegenen, nicht in geistlichen Händen oder im Privateigenthume befindlichen Ländereien nebst den Domänen Prusch, Hinrichsdorf, Ora, Wennenberg, Hochczit und Richemberg; ferner den Fischfang und Holzschlag am Hafengestade, zwei Meilen weit gegen die Nehrung hin, sowie das Patronats- und Diensteverleihungsrecht an der St. Marienkirche („jus patronatus ecclesiae sanctae Mariae in Danske cum collatione scolae et campanaturae"), indem er das Versprechen hinzufügt, den Danzigern über vorstehende Zuwendungen sowohl als auch über alle sonstigen „libertates, gratiae et literae ipsorum, quas obtinent", eine Ausfertigung unter dem grösseren Majestätssiegel, sobald er nach Krakau gekommen sein würde, ertheilen zu wollen. *Dogiel* l. c. Nr. LXXVIII p. 83. Vgl. dazu (wegen der Aechtheit der Urkunde) *Hirsch*, HG. S. 41 Note 203.

35 **1412**, Jan. 20. Die Rathmannen „der Jungestatd Gganterzygk" geben „myt rathe" des Hauskomthurs „den Bewtelern (botelern) vnde den Gortelern" daselbst eine umfassende Zunftrolle mit bemerkenswerthen Bestimmungen über die Aufnahme als „methe kompan" in das „ampt"; über die „leer jungen", ihre Lernzeit und das Verfahren bei böslichem Entlaufen derselben; über die Folgen eines „bosen geruchtes" sowohl bei Männern wie bei Frauen; über das Meisterstück; über die Bestrafung „falschen werks" durch die Aelterleute; über Bruderbier und Morgensprache und die dabei zu befolgenden Anstandsregeln; über die Ahndung des Ausplauderns der „hemelykeyt des werkes vnde erer wilkore"; über die Wirkungen des heimlichen Wegziehens eines Meisters aus der Stadt („ober den rynsteyn"), endlich über das Begräbniss eines Werkbruders. *Hirsch*, HG. S. 333—36 mit S. 304, 315.

1415, Jun. 18. Der Hochmeister Hein- 36
rich von Plauen erlaubt den Bürgern der Altstadt Danzig, eine Wage mit dem Steine und Gewichte, wie in der Rechtstadt üblich, bei sich einzurichten. (R.) *Hirsch*, HG. S. 12 Note 33.

1415. Der Rath der Jungstadt Dan- 37
zig versieht, unter Mitwirkung des Hauskomthurs, die Fleischer dortselbst mit einer, namentlich auch die s. g. Geiseler [30]) und den Geiselmarkt berührenden Gewerksrolle. (R.) *Hirsch*, HG. S. 309 flg.

1416, Jul. 25. Der Rath zu Danzig 38
schärft die vom Hochmeister Konrad Zöllner für das ganze Ordensgebiet erlassene Bäcker-Ordnung [31]) den städtischen Bäckern neuerlich ein. (R.) *Hirsch*, HG. S. 301.

1417, Nov. 25. Der Hochmeister Hein- 39
rich von Plauen genehmiget eine von dem (rechtstädtischen) Rathe zu Danzig ihm unterbreitete, neue, und zwar auf Grundlage der kurz zuvor auf dem Hansatage in Lübeck gefassten Beschlüsse entworfene Gewerke-Ordnung, worin — aus Veranlassung des eben unterdrückten Aufstandes und zur Abwendung ähnlicher tumultuarischer Auftritte — u. a. die Abhaltung von Zunftversammlungen an die Erlaubniss des Rathes geknüpft, jedem einzelnen Gewerke aus der Mitte des letzteren ein Obmann oder Aufseher mit umfassenden Befugnissen, z. B. der Rechtshandhabung in Gewerksstreitsachen und der Anwohnung bei den Morgensprachen, vorgesetzt, die Verwahrung aller Waffen der Zünfte im Rathhause vorgeschrieben, den Aelterleuten die alljährliche Ableistung eines Eides vor dem Rathe, diesem gehorsam sein und aller unerlaubten Einigungen sich enthalten zu wollen, auferlegt, endlich jedes gastliche Gelage („gildebier") eines Gewerkes selbst am Fronleichnamstage untersagt wird. (R.) *Gralath* a. a. O. S. 162, 63; *Hirsch*, HG. S. 294.

1418, Mai 1. Der Rath der Recht- 40
stadt Danzig ertheilt dem Goldschmiede-Gewerke daselbst „zum Frommen von ganz Preussen und der Stadt Danzig" eine die Beitrittsbedingnisse, die Meisterprobe, die Vorrechte der Meistersöhne in Ansehung der Aufnahme, die Dauer der einer Wittwe zustehenden Geschäftsfortführung, die Zahl der

---

28) Die Zahl wechselte; im J. 1452 existirten 79.

29) Nach der tannenberger Schlacht v. 15. Juli 1410. (Geschichts-Umriss §. 4.)

30) Dieselben durften geschlachtetes Vieh, aber nur unzerhauen, an den Sonnabenden auf dem eigens für sie eingerichteten Geiselmarkte verkaufen.

31) Gedruckt in der *Preuss. Samml.* I, 68 flg.

Gesellen und Lehrlinge eines Meisters, die Signirung der Geschäftserzeugnisse mit der Meistermarke, die Haltung einer offenen Schmiede an der Strasse von Seite eines jeden Meisters und die übrigen technischen Obliegenheiten eines solchen normirende (1451 erweiterte) Zunftrolle. (R.) *Hirsch*, HG. S. 314, 15.

41 **1418**, Mai 9. Der Rath der Rechtstadt Danzig gibt den Kürschnern allda eine Gewerksrolle mit Bestimmungen über Morgensprachen, Gesellenzahl, Darlehen an Gehülfen, Feilhaltung fremder Kürschnerwaaren, Unstatthaftigkeit des Aufhängens von Fellen zum Trocknen innerhalb der Stadt u. a. m. (R.) *Hirsch*, HG. S. 318, 19.

In den J. 1431 und 1438 erhielt das Zunftstatut eine Reihe erheblicher Zusätze. Vgl. *Hirsch* a. a. O.

42 **1419**. Der Hauskomthur Hermann Gans zu Danzig bestätigt den Fleischern der Altstadt[32]) daselbst auf ihr Ansuchen deren alte Gewerksrolle. (R.) *Hirsch*, HG. S. 308, 309, 311 Note 121.

43 **1420**, Febr. 11. Die „Brudere algemeyne von der lynnewebir gulde" in der Altstadt Danzig geben sich neue „vor deme syttzenden rothe vorjaworte vnd vorlybete" Artikel, ihre alten Zunftstatute v. 1377 (nr. 17) vornehmlich in Bezug auf die Bussen dahin abändernd, dass die Bier-Reichnisse in Wachs-Prästationen und Geldstrafen umgewandelt werden. *Hirsch*, HG. S. 339, 40 mit S. 319 flg.

44 **1425**, Febr. 20. Der Komthur Konrad von Baldersheim zu Danzig verleiht dem Peter Stolzfuss, Bürger in der Jungstadt daselbst, dessen Erben und Nachkommen, eine bis dahin ledig und unzinsbar gewesene Hofstatt allda nach genauer Zumessung zu ewigem und erblichem Besitze, sowie mit dem Rechte ungehinderter und freier Benützung des dabei befindlichen Wassers, über welches er jedoch eine Brücke zu halten verpflichtet sein soll. Für diese „vorliunge vnd begnadinge" haben Peter Stolzfuss und seine Erben dem Ordenshause jährlich 5 Mark landüblicher Münze auf Fastnacht zu entrichten, von welcher Abgabe jedoch 3 Mark abgelöst werden können. *Hirsch*, HG. S. 73.

45 **1425**, Nov. 13. Bürgermeister und Rath der Stadt Danzig schliessen mit Peter Hildebrand einen Vertrag, wonach Letzterer gegen Ueberlassung der „cleynen wage vnder dem rathuse belegen mit allem nutte vnd gewjnn, de daevan komende is", von Seite der Stadt und Lieferung der nöthigen „schepe, thow vnd jnstrumente" durch dieselbe, sich anheischig macht, das „koggendeep" (Fahrwasser) bei dem Schlosse „ffyf elen deep to makende, de bosmann lake to suvern vnd to depen, vnd de mutlow an beiden zyden bovenn vnd benedden . . . to reynigenen"[33]). *Hirsch*, HG. S. 214 Note 857.

46 **1427**, Apr. 15. Der Hochmeister Paul von Russdorf gibt auf Bitten seiner lieben und getreuen Bürgermeister und Rathmannen der Rechtstadt Danzig und um der von denselben ihm und seinem Orden erwiesenen Wohlthaten willen ihnen volle Gewalt, fortan die niederen Kirchenbedienten bei St. Marien, nämlich den Schulmeister und Glöckner, mit Beirath des Pfarrers ein- und abzusetzen, sowie mit Vorschriften über ihre Amtsführung zu versehen. (R.) *Hirsch*, MK. S. 88, 89.

47 In dieses Jahr fällt auch eine neue Ordnung des rechtstädtischen Rathes, worin u. a. die Wirkungskreise der einzelnen Bestandtheile des Collegiums, z. B. der „sitzenden" und „nicht-sitzenden" Bürgermeister und Rathmannen, näher bestimmt werden. Nur wenige Stellen daraus theilt *Hirsch*, HG. S. 201 Note 777 mit.

48 **1429**, März 17. Pabst Martin V. erlässt an den Abt von Oliva die Weisung, dafür Sorge zu tragen, dass in Danzig [„oppidum, quod inter alia oppida Prussiae insignius esse dignoscitur"] alter Gewohnheit gemäss stets ein „officialis foraneus" seinen Aufenthalt habe — „ac ibidem eis (d. i. den Danzigern) et quibuslibet aliis personis districtus oppidi ejusdem, ne extra illum ad loca remota et aliena ac ipsis minus competentia insuper querelis pro tempore emergentibus ad judicium evocarentur, justitiae complementum ministrare consueverit" —, da Klagen über die Ausserachtlassung dieses Gebrauches an den päbstlichen Stuhl durch den Rath der Stadt gebracht worden seien. *Hirsch*, MK. Beil. II S. 5, 6.

49 **1430**, Jan. 17. Der Rath der Rechtstadt (?) Danzig beschliesst über die dem städtischen Zimmermanne zu gewährende Wochenlöhnung, sowie Sommer- und Winterkleidung. (R.) *Hirsch*, HG. S. 329.

---

32) Ueber eine beachtenswerthe Uebereinkunft zwischen den alt- und jungstädtischen Fleischern aus dem XV. Jhdt., betreffend die Behandlung der Gesellen, s. *Hirsch*, HG. S. 336, 37.

33) Bemerkenswerth ist auch der Vertrag der Bürgermeister und Rathmannen zu Danzig mit dem „to vnsir ffrouwen kerken vnd vnserir stad muermeistere vppgenomenen vnd entpfangenen" Klaus Sweder v. 26. Mai 1425 b. *Hirsch*, HG. S. 341. Vgl. *Hoburg*, Rathhaus S. 7, 8 Note.

50 **1431**, Apr. 22. Der Hochmeister Paul von Russdorf confirmirt den vom Rathe zu Danzig den grauen oder Franziskaner-Mönchen, welche sich ein Kloster (zur heil. Dreifaltigkeit) zu bauen angefangen[34]), verliehenen Concessionsbrief, und damit auch die darin enthaltene Verfügung, dass die genannten Mönche zu allen städtischen Abgaben, den Grundzins ausgenommen, verpflichtet sein sollten. (R.) *Hirsch*, MK. S. 107 Note 2.

51 **1433**, Aug. 20. derselbe ertheilt dem Beschlusse des rechtstädtischen Rathes zu Danzig, wegen der von den Hussiten drohenden Kriegsgefahren die eine Seite der Altstadt mit einem Plankenzaune zu schützen, seine Genehmigung. (R.) *Hirsch*, HG. S. 12.

52 **1433**. Rath, Schöffen und Gemeinde zu Danzig erlassen für die Bäcker eine neue Brod-Taxordnung, die Nichtbeachtung ihrer Bestimmungen mit dem Verluste des Bürgerrechts bedrohend. *Hoburg* in den N. Preuss. Provinzial-Blättern, And. Folge Bd. X (1856) S. 297 flg. Vgl. *Hirsch*, HG. S. 301.

53 **1436**. Die Krämerzunft der Rechtstadt Danzig empfängt eine Rolle, u. a. Satzungen über die Wahl der beiden Aelterleute [deren einen die Rathmannen zu wählen haben], die Einsetzung von Pfandern zur Erhebung der Bussengelder und die Handelsbefugnisse der Landfahrer, d. i. fremden Krämer, enthaltend. (R.) *Hirsch*, HG. S. 318.

54 **1436**, Dez. 22. Der Komthur zu Danzig erneuert den Altstadt-Bürgern das Recht der Anlage einer Wage auf einem zu diesem Ende ihnen angewiesenen Grundstücke gegenüber dem Rathhause, und fügt einige nähere Bestimmungen bezüglich des Gebrauchs dieser öffentlichen Wage hinzu. (R.) *Hirsch*, HG. S. 12 m. Note 33.

55 **1439**, Nov. 6. Der Rath der Rechtstadt Danzig gibt den Korken- und Trippenmachern (d. i. Verfertigern von Pantoffeln mit Korkholz- und mit gemeinen Holzsohlen) eine, hauptsächlich das Lehrlings-Verhältniss, die Zahl und Löhnung der Gesellen, den Nichtbesuch der Jahrmärkte und den Gewerbszins an die Rathscasse betreffende Zunftrolle. (R.) *Hirsch*, HG. S. 317.

56 **1440**, Apr. 27. Der Hochmeister Paul von Russdorf tritt die (in der Handfeste für die Rechtstadt v. 1378 §§. 13, 14, s. nr. 20) dem Orden vorbehaltene Verfügungs-Berechtigung hinsichtlich der Grützmühle und Ziegelscheune am Radaunenkanale dem rechtstädtischen Rathe zu Danzig ab. (R.) *Hirsch*, HG. S. 20.

57 **1440**. Die Zinn-, Kannen- und Glockengiesser der Altstadt Danzig empfangen eine „ausser der Angabe der Meisterstücke nur Bestimmungen über den Guss der angefertigten Arbeiten" darbietende Gewerksrolle. (R.) *Hirsch*, HG. S. 330.

58 **1441**, Apr. Der Hochmeister Konrad von Erlichshausen erneuert bei der Huldigung den Bürgern von Danzig die (schon vorher gegebene) Zusage, alle ihre Privilegien aufrecht erhalten und verschiedene, sie besonders berührende Gebrechen abschaffen zu wollen. (R.) *Hirsch*, HG. S. 63.

59 **1441**, Aug. 24. Der Danziger Waldmeister Hans von Wipech bezeugt, dass sich die Inhaber der bei Guteherberge gelegenen Wiesen[35]) und darunter die Fleischer der Altstadt Danzig [nr. 16] verpflichtet haben, die dortigen Dämme und Schleussen in gutem Stande zu erhalten. (R.) *Hirsch*, HG. S. 308 Note 107.

60 **1445**, Sept. 11. Der Hauskomthur zu Danzig berichtet an den Hochmeister nach Marienburg über die Handhabung der peinlichen Rechtspflege in ersterer Stadt auf Grund eingezogener Erkundigung Folgendes: „das die jn der Rechtenstadt nicht furder, wenn als in der stadt freiheit, kores haben czurichten; sunder allerleye vngerichte, die do geschen vff der mutlaw, jn den speichern vnd vff den werdern an der weiselen, das allis vnsirs ordens freiheit ist, es sie thodtslag, wunden adir diberie, ader welcherleye vngerichte aldo geschen, pfleget man das gerichte vnd recht dar ober czu sitzcen vffm huwse vf der brücken bi des huwszkompthurs gemach, vnd man nympth doreczu den scholtczen vnd die scheppen von der Aldenstadt, die denne ortheil aldo ober sulche vngerichte finden, wenn dieselbigen vff der aldenstat Dantzk nicht stad recht habn, dorumb so müssen sie, wenn das man erer bedarff, das recht aldo sitczen vnd ortheil finden." *Hirsch*, HG. S. 10 Note 24.

61 **1474**, Jun. 2. Bürgermeister und Rathmannen der Rechtstadt Danzig ertheilen den Knappenmeistern und Gesellen des Handwerks der Leinweber und Züchner („czichener") daselbst eine „ordenunge", deren Artikel hauptsächlich die Voraussetzungen für einen „orlopp" zum Wandern, die Quatember-Vorgebote und Monats-Versammlungen der Gesellen und ihre Reichnisse hiebei, die Bussen bei unanständigem Benehmen der Gesellen „jn eynem

34) Vgl. *Curicke* a. a. O. S. 333.

35) Nachmals entstand hier das Dorf Nobel.

byrkruge", namentlich des Würfel-Auflegens und unmässigen Spielens (wenn nämlich der Geselle „verspelete alzo vele, das her sich vff gurthe vnd vorspelete etwas, das her vnder dem gortel begort hette"), das Verfahren gegen einen daher kommenden Gesellen, welcher „eyn ander werk von synem meister nicht vsz gelarth hette", die Darlehne aus der „gesellen busse" an kranke Gesellen, endlich die Strafe bei Versäumniss einer „vilge ader selemesse" für verstorbene Zunftgenossen zum Gegenstande haben. *Hirsch*, HG. S 332, 33 m. S. 320.

62 **1447**. Die Krämer der Altstadt Danzig erhalten eine Zunftrolle, sich vorzüglich gleich jener für die rechtstädtische Kramgilde [nr. 53] mit den s. g. Landfahrern beschäftigend, und ausserdem noch Bestimmungen über die Bestrafung des verbotenen Hausirhandels mit Krämerwaaren enthaltend. (R.) *Hirsch*, HG. S. 318.

63 **1449**, Mai 27. Das St. Brigitten-Kloster [36]) zu Danzig, durch Vermächtniss in den Besitz von vier Hofstetten auf dem Hakelwerke gekommen, verwandelt die auf denselben lastenden Naturalreichnisse und Frohndienste in eine Geldprästation, und verpflichtet sich hiebei gegenüber dem Rathe, seinen (des Klosters) Grundbesitz im Hakelwerke in Zukunft nicht weiter ausdehnen zu wollen. (R.) *Hirsch*, HG. S. 9.

64 **1454**, Jun. 16. [**Das s. g. erste Casimir'sche Hauptprivileg.**] König Casimir IV. von Polen bestätiget den „nach der lauffung so vieler jaren, in welchen sie den Creutzigern mit dem joch der dienste verbunden waren, zu im als zu irem rechten vnd einigen herren vnd erbling wiedergekerten" Bürgern der Rechtstadt Danzig und „irer aller gemeine, ietzunder wesenden vnd zukünfftigen", den Fortbesitz aller, denselben in der Alt- und Jungstadt zustehenden „zinsere, gebürligkeit vnd einkünffte vnd auch aller mölen mit iren mölnutzungen"; ferner des Hakelwerks; der Hofstatt des Schlosses mit den Speichern; der Nehring mit den darauf befindlichen Dörfern, Krügen und Kretzschmern, ausgenommen die Jagd, welche dem Könige vorbehalten bleibt; des stüblauischen Werders sammt allen Zugehörungen, endlich der auf der anderen Stadtseite gegen das Gebirge zu gelegenen Dorfschaften — und zwar dieser sämmtlichen Liegenschaften „in iren zeichenen, gemerken vnd grentzen vmb vnd vmb von alters her getzeichent vnd bedeutet, mit allen rechten vnd eigenschafften vnd gerichten, klein vnd gross, mit allen vnd iglichen nutzen vnd früchten, zinsern, feldern, ackern, wiesen, weyden, graben, welden, heiden, streuchen, büschen, hegenwalden, leuten, flüssen, feren, seen, pfülen, teichen, fischereyen vnd iren geleufften, mölen vnd iren molnutzungen, heusern, höfen, gerten, baumgerten, furwercken, zubehorungen, anhengungen vnd beylegungen, vnd mit allen gemeinlichen zukünfften" — auf dass die vorgenannten Bürger dieses alles „ewiglich, friedsam vnd in ruhe zu **Cölmischen** freyheiten vnd rechten . . halten, haben, gebrauchen" mögen. Dafür sollen aber die Bürger der Rechtstadt verpflichtet sein, a) dem Könige und seinen Nachkommen in ewigen Zeiten alljährlich 2000 ungarische Gulden „pures goldes vnd rechtfertiger wage", zur Hälfte am Johannistage, zur anderen an Weihnachten, zu bezahlen; b) demselben und seinem Hofgesinde drei Tage in jedem Jahre gebührende und beziehungsweise genügliche Station zu geben; c) „einen hoff vnd haus zu bauen mit ziegelen zu kunniglicher wirdigkeit vnd mit ziegelen zu decken", sowie in gutem Stande zu erhalten; desgleichen d) einen Stall für 200 Pferde zu „mauren", und e) einen guten Speicher zur Aufbewahrung des Getreides „mit irer eigenen kost vnd zerung" herzustellen. *Curicke* a. a. O. S. 149—52 [37]; *Leman* a. a. O. Beil. Nr. 1 S. 277—79. Vgl. *Gralath* a. a. O. S. 262, 63; *Löschin* a. a. O. S. 102, 3.

1454. Der Rath zu Danzig gibt den 65
vereinigten Barbierer-Zünften der Recht- und Altstadt daselbst eine Rolle, deren Inhalt namentlich die Aufnahmsprobe und sonstigen Bedingungen des Eintritts in die Zunft, die Verhältnisse der Lehrlinge, die Bussen gewisser Vergehen der Innungsbrüder z. B. des Schmähens der Aelterleute, die Pflichten der Meister bei Sturmläuten, bei Verwundungen und Amputationen, die Fortführung des Gewerbes für die Zeitdauer eines Jahres durch die Wittwe, die Ausschliessung der Gesellen von der Vornahme chirurgischer Handlungen ohne ihrer Herrn Wissen und Zustimmung, die Abgaben der Barbierer an die Rathscasse u. a. m. betrifft. (R.) *Hirsch*, HG. S. 303, 4.

1454. Der danziger Rath ertheilt des- 66
gleichen der Tischlerzunft, bei Gelegenheit der Vereinigung des alt- und rechtstädtischen Gewerkes mit einander, eine (von dem etwas früheren Statute des letzteren wenig abweichende) neue Zunftrolle, worin u. a. von den Meisterstücken, der Lehr- und Gesellenzeit, dem Wochenlohne,

---

36) Ueber dieses Nonnenstift s. *Hirsch*, MK. S 107—9.

37) Irrig v. 1444 datirt.

den Folgen des Weggangs eines Gesellen vom Meister im Unfrieden, dem Verbote der Lichtarbeit, der Zahl der Gesellen und Lehrjungen, welche ein Meister haben darf, der Ausstellung von Schau-Gegenständen, dem Umfange der statthaften Frauen-Arbeit im Gewerbe, der besonderen Sorgfalt bei Anfertigung von Bretspielen gehandelt wird. (R.) *Hirsch*, HG. S. 327, 28.

67 **1454**. Der Rath zu Danzig versieht endlich auch das vereinigte Schroter- und Gewandscheerer-Gewerke der Alt- und Rechtstadt mit einer gemeinsamen Zunftrolle [38]) über Vermögensnachweis der Meister und Dienstzeit der Gesellen, die Unfähigkeit letzterer, vor erlangtem Meisterrechte zu heirathen, es sei denn die Wittwe oder Tochter eines Meisters, das Verbot des Feilbietens neu-gefertigter Kleidungsstücke auf dem Markte etc. (R.) *Hirsch*, HG. S. 326, 27.

68 **1455**, Jul. 9. König Casimir IV. von Polen erlaubt den Bürgermeistern, Rathmannen, Schöffen, geschwornen Handwerkern und Gemeinden seiner Stadt Danzig, um ihrer ihm erwiesenen „grossen trewe" und des für seine Söldnertruppen „vssgelegeten unzehlichen gelds" willen, auch in Berücksichtigung „ires gutten gerüchtes [39]), das sie durch ire gütter (gutte?) vnd weyse thaten vnd regierung willfertig zu lande vnd zu wasser haben", zur Aufbesserung ihrer Vermögenslage und Mehrung ihrer Ehre, „dass sie mögen vnd sullen mit rathe, wissen vnd willen der witzigsten vnd fürnemsten burgere binnen iren städten, nach heissunge der zeit vnd sachen, willküre, hülffgelde von allerley gütter vnd kauffenschafft vnd allen sachen vnd diengen, wie ofte vnd dicke sie das zu irer vnd irer städte notdurfft nutze vnd frommen erkennen werden, vffsetzen vnd niederlegen nach irem besten guttdüncken", ohne Jemands Einspruch und Hinderung. *Curicke* a. a. O. S. 152, 53 [40]).

69 **1455**. Der Rath der Stadt Danzig gibt der (aus den Bewohnern des Hakelwerks gebildeten) Seuner- oder Kahnfischer-Zunft eine Gewerks-Rolle, welche „zum Theil noch wörtlich die älteren Satzungen der Hakelwerkischen Privilegien [s. nr. 1] enthält." (R.) *Hirsch*, HG. S. 307.

1455, Dez. 12. König Casimir IV. von Polen verpfändet seiner Stadt Danzig die Komthurei daselbst („commendatoriam Gedanensem"), das Fischmeisteramt zu Putzig („officium magistri piscatoris quondam ad Puck pertinens") und die am Meere gelegene königliche „villa Leiba" sammt allen Zubehörungen, Nutzungen und Einkünften davon, und zwar auf so lange, bis ihre der Kriegskosten halber gemachten Vorschüsse völlig erstattet sein würden. *Dogiel* l. c. Nr. CXV p. 157, 58. Vgl. *Gralath* a. a. O. S. 295, 299. 70

1457, Mai 3. [**Das s. g. zweite Casimir'sche Hauptprivileg.**] König Casimir IV. von Polen verleiht der Stadt Danzig in Anbetracht ihrer bewährten Anhänglichkeit „vnd vieler anderer verdienstlicke vollestunge, vermittelst welchen sie im in wiederwerbunge siner lande Preussen, die durch vnrechte vnd vnbillige bekomerung von sinem riche entfrembdet waren, mit stetir getrewenheit vnd festem gemüthe hat beygestanden", sowie zur Anspornung Anderer zu gleicher Ergebenheit, mit Zustimmung seiner polnischen und preussischen Rathgeber, „etzliche gotehafftige freyheit vnd brieffliche privilegia", betreffend: A. die Bestätigung aller in dem früheren elbinger Rechtsbriefe [nr. 64] enthaltenen Zuwendungen von „besitzungen, gesässen vnd ander güttern, vnd sonderlich des ganzen werders, nehringe genant"; B. die den Danzigern ausschliesslich überlassene „regierung, bestellung vnd gubernierung" des gesammten Schifffahrtswesens an „allen stranden des meeres" der Lande zu Preussen, „doch also dass sie keine zolle vnd beschwerungen ofsetzen sollen" ohne des Königs Willen; C. die den Danzigern gleichfalls zustehende Gerichtsbarkeit über „alle wasserrechte, schiffbrochige gütter vnd kouffenschaft" [41]), desgleichen über alle am Strande und in den Seehäfen ergriffenen Seeräuber, Räuber, Diebe und sonstigen Missethäter; D. die Aufrechthaltung „aller vnd jetzlicher irer freyheit, privilegien, gewonheite vnd willkore", namentlich der „vnteiligen vereynigunge" der drei Städte Jung-, Alt- und Rechtstadt „vndir einem raht, vndir einem gerichte" für ewige Zeiten; E. die freie Einführung aller polnischen, litthauischen und russischen Handelswaaren, z. B. Pech, Theer, Holz, Asche, in die Stadt Danzig nach Jedermanns „willen vnd behegelicheit — ohne alle abladunge vnd vfschiffunge" der Güter an anderen Orten und Städten „zur wraacke" [42]); F. das zu der Stadt 71

---

38) Die altstädter Schneider hatten bereits vorher eine besondere Rolle.

39) *Cur.* Gewüchte.

40) In das J. 1455 fällt auch ein im XVII. Jhdt. gelegenheitlich erwähntes Priv. Casimir's für die danziger Trägerzunft, worin derselben eine neue Hausmarke gegeben wird.

41) *Cur.* Kauffensatze; *L.* Kauffen Säze.

42) Ueber die Bracke („amtliche Prüfung der

Danzig „verhogeter seligkeit vnd wollfahrt“ erlassene Verbot, „dass kein Nürnberger, Lumbardt, Englischer, Holländer, Fläming, Jüde [42]), oder welcherley wesens frembder auss reichen vnd landen ein jederman ist, in der vorgeschriebenen stadt Dantzigk macht privilegia oder freyheit haben sol zu kauffschlagen oder zu wohnen ohn willen wissen vnd vollwort der burgermeister, rahtmanne, scheppen vnd gantzer gemeine“ daselbst; G. die Befugniss derselben, „alle vnd itzliche ambte vnd lehne, beyde geistlich vnd weltlich, mit allen zubehörungen, binnen allen iren freyheiten, privilegien vnd grentzen belegen, zu vorlehnen, zu vorgeben vnd die zu bevehlen, wene sie daruff haben vnd setzen wollen ewiglichen“, wovon nur das dem Könige vorbehaltene „lehne vnsir lieben-frawen kirchen“, d. h. die Besetzung der Pfarrstelle zu St. Marien, ausgenommen wird; H. das Recht, „eine müntze, beydes silbers vnd goldes, in der genanten stadt Dantzigk mit dem küniglichen bilde vnd nahmen zu ewigen gezeiten zu haben vnd zu halten, vf solch korn vnd gran, als itzunders gewonlich ist odir . . seyn wird, welche müntze in diesen landen genge vnd gebe seyn sall“; J. das weitere Recht, „dass sie j a h r j e h r l i c h a c h t e i r e s r a h t s k i e s e n mögen“, aus deren Mitte dann der König Einen als Stadthauptmann bestätigen und in Eid nehmen soll, wobei zugleich der Stadt zugesichert wird, dass sie zu ewigen Zeiten „niemands für einen herren halden noch gehorsam seyn solle in wertlichen sachen“, als allein dem Könige und seinen Nachkommen, oder in deren Abwesenheit dem „Gubernator“ der preussischen Lande, oder dem zu Danzig bestellten königlichen Stadthauptmanne; K. die besondere Vergünstigung für Danzig, dass „keine stadt noch schloss vf fünff deutsche meilen zu rings vmb soll werden gebawet, gemacht vnd vernewet in allen ewigen zukommenden zeiten, doch also, dass die vngebrochenen schlösser vnd stedte bleiben mögen vnd sollen“ zu des Königs Behagen; L. die Verschonung der Danziger mit neuen Zöllen „odir beschwerunge“ auf der Weichsel und auf dem Lande für alle Zukunft; endlich M. das königliche Gelöbniss, alle diese vorstehenden „belehnungen vnd begebungen“, sowie auch alle anderen Privilegien der Stadt in allen Stücken, Punkten, Clauseln und Artikeln stete und fest halten, und nachmals mit dem Majestätssiegel, sobald dasselbe angefertigt worden, besiegeln und bekräftigen zu wollen. Schliesslich wird noch das Recht der „Brackerey“ bezüglich der zu Lande kommenden Güter in Elbing und Braunsberg, wie es bisher üblich gewesen, vom Könige für sich und seine Nachfolger reservirt. *Curicke* a. a. O. S. 153—56 (mit der unrichtigen JZ. 1455); *Leman* a. a. O. Beil. Nr. 3 S. 282—86. Vgl. *Schütz* a. a. O. Bl. 265, 66a; *Gralath* a. a. O. S. 333—36; *Löschin* a. a. O. S. 114.

1457, Mai 9. B ü r g e r m e i s t e r, R a t h- 72
m a n n e n und G e m e i n d e der Stadt Danzig verpfänden dem Könige Karl von Schweden für ein zur Einlösung von Marienburg von ihm empfangenes Darlehn zu 15,000 Mark preussisch „dat ganteze p u t c z k e r G e b e d e v n d e f f i s c h a m p t h mit den Steden P u t c z k e vnde H e b e vnde allen dorperen hoffen huwszern eckern wesen fruchten renthen anfallen wateren vleeten fischereyen molen garden heyden weyden pusschen welden, dach also dat de nicht furder vorhouwen sullen werden, denne to syner gnaden notdorfftigen fueringen vnde buwingen, mit allen hegen vorwerken vnde nutbarheden vnde mit aller tobehoringe anhengende vnde bywesende, mit allen renthen Gerichten vngerichten vnde eigenschafften, alse dat vorbenomede Gebede de Crueziger in vortyden gehat genuttet vnde gebrukt hebben“ — jedoch „de Stat hele mit allir tobehoringe vnde alle Schippbrokeye guder vnde Schepen, dar efte anderswor anstraude kamende, mitsampt des strandes Gerichte vpp densulvigen Schippbrokigen guder vthgenamen.“ *Neumann*, Gesch. des Wuchers, Beil. C. S. 580, 81 [44]).

1457, Mai 26. [**Das s. g. dritte Casimir'- 73
sche Hauptprivileg.**] König C a s i m i r IV. erlaubt endlich der Stadt Danzig in Anerkennung ihrer hohen Verdienste und Tugenden, mit rothem Wachse zu siegeln, verbessert ferner deren Wappen durch Einfügung einer goldenen Krone in den Obertheil des Schildes, und gibt noch überdies dem jeweiligen Hauptmanne und Bürgermeister die auszeich-

zum Grosshandel bestimmten Waaren und Feststellung ihrer Beschaffenheit durch vereidigte Beamte“) und Braker s. *Hirsch*, HG. S. 215 flg.

43) *Stein* a. a. O. S. 14 schreibt irrthümlich diese erste Bestimmung über Juden in Danzig dem Priv. v. 1454 zu.

44) In demselben Jahre (Aug. 10) verpfändete auch König Kasimir von Polen sieben danziger Bürgern und Kaufleuten, darunter Bürgermeister Jakob Valke, für ein Darlehn von 7000 Gulden das Fischamt Scharpau, das Heiligthum des heil. Kreuzes und das silberne Bild der Jungfrau Maria. Urk. b. *Neumann* a. a. O. Beil. A. S. 573—77.

nende Befugniss, bei Amts- und Privatgeschäften goldverzierte Kleidung zu tragen —: „concedimus ac regia nostra benignitate promittimus . . . consulibus, consiliariis, scabinis totique communitati civitatis nostrae Gedanensis, ut eidem civitati in sigillo suo cera rubri coloris in expediendis negotiis suis, epistolis ac privilegiis nunc ac pro semper uti liceat. Et in majorem fidelitatis servandae stimulum, qua praenominati consules, consiliarii, scabini et tota communitas Gedanensis in nostram regiam dignitatem ferebatur, statuimus in nostrum, regni nostri Poloniae ejusque civitatis nostrae Gedanensis honorem ac dignitatem, ex regia nostra gratia ac benevolentia eidem civitati Gedanensi sigillum redintegrare ac emendare, ita ut ejusmodi consules, consiliarii, scabini ac tota communitas totius terrae nostrae Gedanensis imposterum auream coronam in superiori parte sigilli sui habeant ac perpetuis futuris temporibus ea utantur. Praetereaque quatenus noster ejusque civitatis nostrae Gedanensis honor exinde observetur, multiplicetur eidemque perpetuis temporibus adscribatur, testimonio harum praesentium literarum concedimus, ut perpetuis futuris temporibus noster capitaneus ac consul praedictae civitatis Gedanensis praesens et futurus in omnibus suis negotiis tam publicis quam privatis ad condignam eorum authoritatem aurum in vestibus portare ac gerere possint et licite valeant.“ *Dogiel* l. c. Nr. CXVIII p. 160; deutsch b. *Curicke* a. a. O. S. 156, 57. Vgl. *Gralath* a. a. O. S. 336.

74 **1457**, Nov. 11. Der Rath der Rechtstadt Danzig verpfändet dem Bürgermeister Valke und einigen Rathmannen für ein von ihnen empfangenes Darlehn den „von alters gebürlichen“ Vierten [45]) des Fischmarktes, und gestattet den Gläubigern, den mit der Beitreibung zu beauftragenden „Vierdener“ selbst zu ernennen. (R.) *Hirsch*, HG. S. 210 Note 825.

75 **1458**, Oct. 7. Die Huter-Zünfte der Recht- und Altstadt Danzig erhalten bei Gelegenheit ihrer Vereinigung eine neue gemeinsame Gewerksrolle mit Vorschriften über die Meisterprobe, die Arbeitszeit an den Sonnabenden, die Bestrafung der Pfuscher, die Handelsfreiheit der fremden Hutmacher auf dem Jahrmarkte u. s. f. (R.) *Hirsch*, S. 316, 17.

76 **1460**. Die Schiffszimmerleute zu Danzig — meist auf der s. g. Lastadie in der Mottlau-Vorstadt wohnend — stiften ein Seelgeräthe und setzen zugleich einige kurze Bestimmungen über ihr genossenschaftliches Verhältniss, betreffend z. B. die Zulassung ausserhalb des danziger Gewerks stehender Gesellen für die Arbeit in den Schiffen, fest. (R.) *Hirsch*, HG. S. 329.

1466. Der Rath zu Danzig beschliesst, 77
„das sich kein burger mochte anders wo beruffen von rechte, dan vor den rat; vor plach es zu sein in den colm.“ (R.) *Weinreich's* Chronik S. 4 Z. 3—5.

1454 — 1466. **Willkür** der Stadt Danzig, 78
zum kleineren Theile strafrechtliche Bestimmungen (darunter z. B. auch über Unglauben und Zauberei), zum grösseren polizeiliche Satzungen, insbesondere über Handel und Gewerbe begreifend.

Die erste, vermuthlich noch unvollkommene Zusammenstellung dieser zur jährlichen Vorlesung in der Gemeindeversammlung bestimmten, theils aus den Landesverordnungen der Hochmeister, theils aus den autonomischen Erlassen des Stadtrathes gezogenen Statute gehört jedenfalls dem XIV. Jhdt. an, da schon 1379 auf eine vorhandene Willkür hingewiesen wird. Auf uns gekommen sind jedoch nur Willküren aus dem XV. Jhdt., von welchen zwei in den oben angegebenen Zeitabschnitt fallen. Aeltere Schriftsteller, wie *Hartknoch*, *Hanow*, *v. d. Linde*, welchen sich dann *v. Kamptz*, *Leman* etc. angeschlossen haben, geben für dieselben die Entstehungsjahre 1455 und 1457 (Mai 15) an. Allein mit Bestimmtheit lässt sich nur soviel behaupten, dass die eine aus den J. 1454 — 1457 stamme, die andere dagegen noch vor dem J. 1466 abgefasst worden sein müsse. Beide sind ungedruckt; aber eine erhebliche Anzahl den kaufmännischen Verkehr und die Handwerker betreffender Artikel aus der älteren nach der auf der Bibliothek des danziger Archivs (X, 1) befindlichen Hdschr. theilt bald wörtlich, bald nur ihrem Inhalte nach *Hirsch*, HG. S. 208, 10—12, 14—20, 29, 50, 54, 61, 62, 69, 94; 301, 6, 9—11, 16, 23 mit. Vgl. auch *v. d. Linde* l. c. p. 28 sq.

In dem von *Steffenhagen*, Catalog. codd. ms. bibl. reg. et universit. Regimont. Nr. CLXV, p. 74; Nr. CLXXII, 11 p. 79 aufgeführten Rechtsbuche a. d. XV. Jhdt. ist des irreleitenden Titels [„Dys noch geschreben Buch helt Jnne Beschrebene lanth löfftige Colmesche Rechte, des landes von der Stadth danczick willkere“ etc.] ungeachtet die vorbezeichnete danziger Willkür nicht enthalten. Vgl. *Töppen* in der Altpreuss. Monatsschr. Jahrg. II Heft 5 S. 419 nr. 8.

1473. Der Rath der Stadt Danzig ver- 79
legt den „dominik“, d. i. St. Dominik's-Jahrmarkt, vermuthlich wegen der beabsich-

45) Eine Abgabe der Fischhändler.

tigten neuen Befestigung der Altstadt, „vor die stadt zwischen s. gerdrud vnd der stadt an dem graben, iormark aldo zu halden." (R.) *Weinreich's* Chronik S. 14 Z. 20, 21.

80 **1475.** „Zu dantzke woren wethern [46]) in disem yor gesetzt vnd brochten auf, das kein barbirer einen muste vorbinden, er hette dan beweiset, das es grosse notsache war." (R.) *Weinreich* a. a. O. S. 17 Z. 7—9.

81 **1477**, Sept. 6. König Casimir IV. von Polen erlässt für die Stadt Danzig ein den Appellationszug in weltlichen wie in kirchlichen Rechtssachen, und zugleich die geistliche Jurisdiction überhaupt für die Zukunft regelndes „statutum" des Inhaltes: „prohibemus, ne aliquis incolarum sive spiritualium sive secularium quempiam alterum de judicio civitatis praedictae ad imperialem majestatem aut ad urbem Romanam pro causis quibuscunque tam magnis quam parvis citare, trahere et evocare aliquatenus audeat, sub bonorum suorum privatione suique de regno bannitione et tandem captione. Sed si quispiam se injuriam aliquam in jure civili habere praetenderit, extunc ad nos, in quantum super re foro seculari subjecta lis orta foret, et ad reverendum in Christo patrem, dominum episcopum Vladislaviensem [47]), sincere nobis dilectum, ceterosque episcopos Vladislavienses pro tempore existentes, in quantum forum spirituale res concernit, se revocet et appellet, justitiam debitam recepturus. Volumus etiam, ut nullus processus qualescunque a sede apostolica vel aliunde, praeter processus ordinarii, contra quemcunque incolarum civitatis praedictae fulminandos assequi praesumat, donec prius allati per magistratum et consulatum et tandem revisi ac ad loci ordinarium delati forent, si saltem tunc ipse loci ordinarius a loco absentiam tenuerit, quo tamen praesente processus hujusmodi immediate ipsi offerri debent. Alias si quis praesentis statuti temerarius transgressor compertus fuerit, decernimus, eum poenas suprascriptas irremissibiliter incursurum." *Dogiel* l. c. Nr. CXXXIII p. 181, 82 [48]). Vgl. *Hirsch*, MK. S. 87.

1481. Der Rath zu Danzig führt zwei neue Jahrmärkte für die fremden Krämer ein: „Item anno 81 in der fasten, als man die wilkur ablist, don woren abgelesen 2 neue yormarckte vor die frembden kremers, der eine des montags vor mittefasten, der ander des montags vor s. merten." (R.) *Weinreich's* Chronik S. 25 Z. 19—21. 82

1485, Jun. 9. Der danziger Rath bestätiget den Bäckern ihre Zunftrolle und fügt derselben eine Reihe neuer Artikel bei. Aus dem Gesammtinhalte treten besonders die Bestimmungen über die wöchentliche Brodschau, die Gewinnuug des Werks und die dabei üblichen Mahlzeiten, sowie die Unstatthaftigkeit neuer Einrichtungen („funde") im Gewerbsbetriebe als bemerkenswerth hervor. (R.) *Hirsch*, HG. S. 301. 83

1491. Kaiser Friedrich III. nimmt auf dem nürnberger Reichstage die Kriegshülfe der Danziger gegen den König von Böhmen und Herzog Albrecht von Bayern-München unter Androhung der Reichsacht in Anspruch — nachmals dafür eine Schatzung im Betrage von 2060 Gulden rhein. fordernd. (R.) *Weinreich's* Chronik S. 75, 76. 84

Hier erscheint mithin Danzig von Kaiser und Reich in die Reihe der Reichsstädte hineingezogen, was nach den Matrikeln (s. *Hugo*, Mediatis. S. 195) auch noch einmal im J. 1507 der Fall war.

1492, März 5. Der Rath von Danzig verwandelt bei Gelegenheit des Vollzugs der jährlichen Rathskür „das gepachte schultzampt auf der alden stadt in ein gekoren schultzampt." (R.) *Weinreich* a. a. O. S. 79 Z. 7—9. 85

Darmstadt. CCXXXII.

(Grossherzogth. Hessen.)

Ph. *Dieffenbach*, Versuch einer Geschichte der Residenz-Stadt Darmstadt, das. 1821. kl. 8°. G. W. J. *Wagner*, Geschichte und Beschreibung von Darmstadt und seinen nächsten Umgebungen, von der ältesten bis auf die neueste Zeit, Darmst. 1845. 8°. Ph. A. F. *Walther*, Darmstadt wie es war und wie es geworden, neue Bearbeitung des „Darmstädter Antiquarius", Darmst. 1865. 8°.

1330, Juli 23. Kaiser Ludwig IV. gewährt dem Grafen Wilhelm I. von Katzenellenbogen für dessen Ort Darmstadt das Stadt- und Befestigungsrecht, einen Wochenmarkt auf jeden Dienstag und einen Jahrmarkt, welcher zwei Tage vor und nach 1

46) Ein Ausschuss des Rathscollegiums, welchem oblag, die Uebertretungen der Stadtwillkür zu ahnden. *Löschin* a. a. O. S 145 lässt das s. g. Wettgericht, zusammengesetzt aus 2 Rathsherrn und 4 Bürgern, welche letztere Vermehrung gar erst dem XVI. Jhdt angehört, schon 1454 entstehen.

47) Bischof von Lesslau.

48) Undatirt und abgekürzt theilt schon das Statutum *Dogiel* l. c. Nr. CXX p. 161 unter der JZ. 1457 mit.

Mariä Geburt stattfinden soll, sowie in Ansehung dieser Märkte dieselben Gerechtigkeiten, welche die Stadt **Frankfurt** geniesst:

„Wir Ludwig, von gottes gnaden Romischer kayser, zu allen zeiten merer des richs, dun kund allen den, die diesen brief ansihent oder hören lesen, dass wir dem edlen manne Wilhelm graf von Catzenelnbogen, vnsserm lieben getreuen, vnd sinen erben durch der treuen dienste, dy er vnss vnd dem riche getan hat vnd noch doyn sall, erlaubit haben vnd erlauben mit diessem brieve, dass sie eine statt zu Darmbstatt buen vnd machen sollent mit muren vnd mit graben, so sie beste mögent vnd wollent, vnd einen wochenmarte da haben sollen alle woche an dem dienstage. Darzu haben wir yn verlyhen vnd erlauben yn ouch von vnser keyserlichen gewalt, dass sie in derselben statt zu Darmbstatt einen jarmarte haben vnd halten sollent, der sich alle jar anhebe zwene tag vor vnsser frauen tage, als sie geboren ward, vnd zwene tage hienach were, alsso dass dieselbe statt Darmbstatt der wochenmarte vnd ouch der jarmarte gefrihet sie vnd ouch stehe in allen den rechten, fryungen vnd guten gewonheiten, vnd ouch marterechte habe zu gelicher wisse, als vnsser des richs statt **Franckfort** hat vnd ouch stet, vnd davon wollen wir vnd gebieten allen vnssen vnd des richs getreuen, wie dy genant sin, dass sie den vorgenanten grave Wilhelm vnd sine erben an disser vnsser fryunge nicht irren noch beschweren, als lieb yn vnsser vnd des richs hulde vnd fürderunge sy. So wer aber wider dise vnser gnade icht dede, vnd die fryunge an denen sachen vberfüre, der ist vellig worden funffzig pfund golds, dy halbe gehörent in vnser vnd des riches cammer vnd halb gefallen sollent dem vorgenanten grafe Wilhelm vnd sinen erben vor den gewalt, der yn geschèn ist. Vnd darüber zu vrkunde geben wir yn diessen brief mit vnsserm kayserlichen insiegel versiegelt, der gegeben ist zu Hagenawe des montags vor sanct Jacobs tage, da man zalt von Christes geburt dryzehen hundert jar darnach in dem dreyzigsten jar, in dem sechzehenten jar vnssers riches vnd in dem dritten des kayserthombs."

Vollständig gedruckt in J. F. C. *Retter's* Hessischen Nachrichten Stück IV S. 275 und H. B. *Wenck's* Hess. Landesgesch. Bd. I, UBuch Nr. CLXXXVIII S. 126; auszugsweise b. *Dieffenbach* a. a. O. S. 10, *Wagner* a. a. O. S. 6, 7. Vgl. *Wenck* a. a. O. (Text) S. 408, *Walther* a. a. O. S. 7, 8.

Der in dem Privileg genannte Graf Wilhelm I. aus der älteren Linie von Katzenellenbogen hatte im zweiten Decennium des XIV. Jhdts. die zur Cent und Pfarrei Bessungen gehörige „villa" Darmstadt [„Darmundestat, Darmestad, Darmbstat" etc., s. *Walther* a. a. O. S. 5, 6] nebst anderen Ortschaften und Grundbesitzungen vom Hochstifte Würzburg zu Lehen empfangen, wie zuerst ein Lehenbuchs-Extract a. d. J. 1319 b. *Wenck* a. a. O. UBuch Nr. CXLVII S. 98 urkundlich nachweist, und dieser im XV. Jhdt. mehrmals, z. B. 1467 und 1470, bezüglich der „civitas" Darmstadt erneuerte Feudalnexus war das ganze Mittelalter hindurch fortbestehen geblieben. Vgl. *Scriba's* Hess. Regesten Abthl. I S. 128 nr. 1386, S. 169 nr. 1844; Suppl.-Heft I S. 24 nr. 2937.

1418. Graf Johann III. von Katzenel- 2
lenbogen begnadet die Bürger seiner Stadt Darmstadt, um ihnen die bei der baulichen Erweiterung des Ortes gehabte Mühe zu vergüten, dahin, dass sie während der nächsten zehn Jahre „von beede oder schatzung, vssgescheiden fron dinste, vmgelt, die rechte zinse vnd gulte, wechter lon vnd ander nottdurft", befreit sein sollen. Extr. b. *Wenck* a. a. O. (Text) S. 174; *Dieffenbach* a. a. O. S. 12 Note *); *Wagner* a. a. O. S. 15, 16. Vgl. *Walther* a. a. O. S. 9.

Ausserdem sind von Quellen des darmstädtischen Localrechts nur noch a) eine Ordnung über die Zusammensetzung des Märkergerichts in der Stadt v. 1440, und b) zwei Satzungen über den Preis und das Gewicht des Brodes, die von den Metzgern einzuhaltenden Schlachttage und die Taxen der verschiedenen Fleischarten, sowie über die Grösse der mannigfachen Tagarbeits- und Handwerker-Löhne v. 1456 bekannt. Inhalts-Angabe b. *Walther* a. a. O. S 10, 11.

Das von C. Ph. *Kopp*, Hessen-Casselische Gerichts-Verfass. Th. I S. 62 so geheissene „Darmstädtische Rechtsbuch" enthält durchaus kein statutarisches Recht. Vgl. *Homeyer*, Die dtsch. Rechtsbücher des MAs. u. ihre Hdschr. S. 82 nr. 145.

Datschitz. CCXXXIII.

(Oesterreich, Mähren.)

J. Nep. *Dundalek* „Bericht über die Stadt Datschitz, iglauer Kreises in Mähren" in den Schriften der hist.-statist. Sektion der k. k. mähr. schles. Gesellschaft des Ackerbaues, der Natur- und Landeskunde [redig. von Chr. d'Elvert] Bd. XII, 1859, S. 60 — 95. Vgl. auch *Wolny*, Die Markgrafschaft Mähren Bd. VI. S. 125—174.

1 **1464**, Nov. 23. König Georg Podiebrad von Böhmen, Markgraf von Mähren, erlaubt auf Ansuchen des Wolfgang Krajir von Kraj den Bewohnern des dem Letzteren gehörigen Ortes Datschitz, einen Jahrmarkt am St. Nicolaus-Tage zu halten, und zwar mit eben denselben Freiheiten, deren sie sich bis dahin in Ansehung des St. Laurentii-Jahrmarktes erfreuten. (R.) *Dundalek* a. a. O. S. 61.

2 **1498**, Febr. 27. Die Brüder Leopold und Heinrich Krajir von Kraj, von ihren Unterthanen zu Datschitz ersucht, denselben ihre Rechte zu bestätigen und zu erweitern, heben die im Testir-Privileg Wolfgang Krajir's ausgesprochene Beschränkung der Vermächtnisse auf die einheimischen Verwandten für die Zukunft auf und verordnen dafür Nachfolgendes: „Die Vermächtnisse sollen nicht zunächst nur auf die Anverwandten von Datschitz beschränkt sein, und in deren Abgang erst auf Andere nach freier Wahl übergehen dürfen, sondern Jedermann soll das Recht zustehen, zu testiren wem er wolle; und nur in dem Falle, wenn Jemand ohne Testament sterben würde, soll sein Hab und Gut den Anverwandten bis zum vierten Grade zufallen. Falls aber keine solche Verwandten sich in Datschitz befänden, tritt das Eheweib in den Besitz des hinterlassenen Vermögens nach ihrem Manne, und hat ein gleiches Recht zu testiren, wie es der Mann zuvor gehabt hat. Im Betreff der Waisen wird die freie Wahl der Vormünder allen Inwohnern von Datschitz zugestanden. Nur müssen zu einem solchen Acte zwei Geschworne oder andere zwei glaubwürdige Männer aus der Gemeinde zugezogen werden, die bei einem solchen Vermächtnisse als Zeugen fungiren und mit Genehmigung der Aelteren der Stadtgemeinde *) das Erbe in ihre Verwahrung übernehmen, und selbes auch in die Register eintragen lassen. Lebt die Mutter von den Waisen, und will sie solche bei sich behalten, so soll man es ihr nicht verwehren. Sterben die Waisen vor der Volljährigkeit, ist die Mutter die Universal-Erbin. Nur in dem Falle, wenn die hinterlassene Wittwe sich von Neuem verehlicht, soll das Vermögen der Herrschaft zufallen. Falls Jemand einen Knecht oder Magd in Dienst aufgenommen und er solchen, sei es bei vollkommener Gesundheit oder am Sterbebette, etwas vermacht, so soll es ihnen, wenn sie zu den Jahren kommen, der Knecht ins achtzehnte und die Magd ins fünfzehnte, ohne weiteres, wenn sie sich darum melden, ausgeliefert werden. Käufe und Verkäufe sollen nicht bei der Nacht, bei Kerzenlicht, vielmehr bei Tage abgeschlossen werden, und dem Weibe steht es nicht zu, die Abschlüsse des Mannes auf irgend eine Art zu vernichten. Sollte sich die Tochter gegen ihren jungfräulichen Stand vergehen, der Sohn schlecht aufführen: bleiben sie von allem Erbe ausgeschlossen, ausser wenn ihnen der Vater oder die Mutter freimüthig etwas geben wollen." Nach dem Originale in mährischer Sprache deutsch b. *Dundalek* a. a. O. S. 61, 62.

*) D. i. der Senatoren oder Rathleute.

Datschitz, dessen Name vom Flusse Dyje (Taja) hergeleitet wird, scheint bis in das XIV. Jhdt. den reichbegüterten Herrn von Rosenberg gehört und davon auch eine Rose im Gemeindesiegel geführt zu haben. Seit dem XV. Jhdt. finden wir aber das (1614 erloschene) Geschlecht Krajir von Kraj im Besitze des Ortes, und sehen nun diesen unter der Fürsorge der neuen Herrschaft alsbald vom einfachen Dorfe zu städtischen Gerechtsamen emporsteigen.

Dattenried. CCXXXIV.

(Elsass.)

1231 [1]), Dez. 31. Der römische König Heinrich (Kaiser Friedrich's II. Sohn) thut kund, dass ihm auf sein dringendes Ansuchen der Fürst-Abt Hugo von Murbach das Dorf Dattenried mit der Hälfte aller Einkünfte daraus, jedoch ohne das Patronatsrecht und die Zehenten, als ein rechtes Lehen übertragen, und dass man hiebei verabredet habe, der König solle aus dem Orte eine befestigte Stadt machen, deren Erträgnisse an Gerichts-Gefällen und Abgaben zwischen ihm und dem Abte zu theilen, und deren Einwohner und Richter beiden Parteien in gleicher Weise zu huldigen gehalten seien: — „Noverit tam presens etas quam successura posteritas, quod dilectus princeps [2]) noster Hugo, venerabilis Morbacensis abbas, ad nostram instantem petitionem villam Tatinriet, que cum omni integritate et jurisdictione ad ecclesiam spectabat Murbacensem, cum medietate omnium redituum et proventuum ejusdem ville, excepto jure patronatus ecclesie et decimis, nobis in rectum feudum contulit libere tenendam et perpetuo possidendam; tali videlicet pacto et condicto, ut in loco eodem 1

1) Nicht, wie man häufig liest: 1232.
2) *Ficker*, Vom Reichsfürstenstande I, 338 nr. 232.

munitum oppidum construamus, et omnes proventus judicii precariarum et exactionum seu possessionum infra ambitum oppidi equaliter dividamus cum abbate ecclesie Murbacensis, et quod inhabitantes ejusdem loci nobis fidelitatem jurent pariter et abbati, judex etiam eamdem quam nobis fidelitatem abbati faciet memorato. Adjicientes quoque et per presens scriptum firmiter promittentes, ut ipsum oppidum nunquam a nobis vel heredibus nostris debeamus aut possimus infeudationis, collationis, venditionis seu obligationis titulo alienare.“ *Schöpflin*, Alsatia diplomat. P. I Nr. CCCCLXIII p. 366, 67; *Gaupp*, Dtsch. Stadtrechte Bd. I S. 110—12; *Trouillat*, Monuments de Bâle Tom. I Nr. 353 p. 526, 27; *Huillard-Bréholles*, Hist. Frid. Tom. IV P. 2 p. 559, 60. Vgl. *Böhmer's* Reg. Heinr. (Neue Bearbeit.) S. 240 nr. 253.

An die Abtei Murbach[3]) war der im Suntgaue gelegene „vicus Datira“ durch Schenkung ihres Stifters, des Grafen Eberhard, eines Sohnes des elsässischen Herzogs Adalbert, im J. 728 gekommen (*Schöpflin* l. c. Nr. IX p. 8, 9), und unter der Grundherrlichkeit des Klosters bis in die zweite Hälfte des XIII. Jhdts. verblieben. In die letzte Zeit der murbacher Herrschaft über Dattenried [„Dadila i. e. Dadenried, Daile, Dela“] fällt übrigens ausser der in vorstehender Urkunde verbrieften Lehensreichung auch noch eine Verpfändung der „curia de Tathenriet“, des daselbst befindlichen Ding- oder Herrenhofes, von Seite des Abts und Convents an Wilermus von Roppe vom Apr. 1245 (*Schöpflin* l. c. Nr. DXI p. 390; *Trouillat* l. c. Nr. 387 p. 567).

2 **1284**, Apr. 22. König Rudolph I. gewährt dem Bischofe Heinrich (IV.) von Basel, seinem treuen Freunde, die Gnade, dass Niemand von dessen Eigenleuten in der Stadt Dattenried als Bürger aufgenommen werden dürfe, was jedoch in keiner Weise auch bezüglich der Lehensleute gelten solle —: „quod nunquam aliquis de propriis hominibus, attinentibus sibi et sue ecclesie, in oppido de Tannenriet recipi possit vel debeat in concivem; hoc duntaxat excepto, quod homines feodales ipsius episcopi aut ecclesie memorate, si se ad dictum oppidum transferre voluerint, a consortio civium ibidem nullatenus repellantur.“ *Herrgott*, Genealog. dipl. Aug. gentis Habsburg. Tom. III p. 519; *Trouillat* l. c. Tom. II Nr. 305 p. 397, 98.

Dattenried, wohl bald nach der Urk. nr. 1 wirklich zur Stadt [vermuthlich unter Bewidmung mit dem colmarer Rechte, s. nr. 3] erhoben, wechselte hierauf in den stürmischen Zeiten des Interregnums auch seine Grundherrschaft, indem es an die dem murbacher Stifte nichts weniger als befreundeten Grafen von Mömpelgard gelangte, aus deren Händen es dann später an König Albrecht I. überging. Der Sohn desselben, Herzog Leopold von Oesterreich, gab zwar unter Zustimmung seines Bruders, des römischen Königs Friedrich (Urk. v. 25. Oct. 1320 b. *Herrgott* l. c. p. 615), die Stadt dem Grafen Ulrich von Pfirt zu Lehen. Allein dieses Feudalverhältniss scheint blos von vorübergehender Dauer gewesen zu sein, da wir schon kurz danach Dattenried im Besitze des Habsburgischen Hauses antreffen, worin es das ganze Mittelalter hindurch verblieben ist. Vgl. *Aufschlager*, Das Elsass Thl. II S. 167, 68.

Die Gerechtsame der österreichischen Herzoge in der Stadt verzeichnet übrigens das Habsburg-österreichische Urbarbuch s. Nr. V „Offitium Dattenriet“ (Ausg. v. F. *Pfeiffer*, 1850, S. 24 — 30, insbes. S. 28, 30)[4]) in nachfolgender Weise: „diu stat ze Dattenriet hât gegeben ze steure bî dem meisten xxij pfunt Stefninger, zem minsten xx pfunt Stefninger. Diu hêrschaft hât verlihen hern Hûgo vnde sînem vetern ze lêhen, als si sprechent, alliu gerihte ze Dattenriet, vnde behuob ir selber niht mêr danne den dritten teil der gewettun. — Diu hêrschaft lihet die kilchen ze Dattenriet; diu giltet vber den pfaffen viii marc silbers; diu kilche . . hoeret in den dinghof ze Dattenriet.“

1358, Apr. 21. Herzog Rudolph IV. von Oesterreich, Landgraf des oberen Elsasses, erlaubt seinen Bürgern zu Dattenried — „fidelibus suis dilectis burgensibus opidi sui in Dela existentibus“[5]) — den Fortgenuss gewisser ausführlich aus einem alten „privilegium“, und zwar in einer nach Reihenfolge und Inhalt sich fast gänzlich dem colmarer Rechtsbriefe v. 1293[6]) anschliessenden Form, mitgetheilter „jura et laudabiles consuetudines“, dabei zugleich an Kaiser Karl IV. — „ad imperialis excellencie celsitudinem, a qua ut fonte perspicuo legum manat institutio, queque consuetudines laudabiles in forma juris liberi potest 3

3) Ueber diese s. *Strobel's* vaterländ. Gesch. des Elsasses I, 563 flg. II, 58 flg.

4) Bei *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 32 p. 61—64.

5) *Sch. G.* exigentibus.

6) S. oben S. 617 nr. 7.

redigere" — die Bitte richtend, dass er „ob bonum reipublice pacis et concordie ac ob justorum et obedientium tuicionem et presidium, ob rebellium vero nocentium et malorum ulcionem penam et dispendium" den Bürgern der vorgenannten Stadt die bezeichneten „jura libertates et gratias" bestätigen, sowie, was schliesslich hervorgehoben wird, dem Herzoge und unter seinen Nachfolgern dem „senior" gestatten möge, „ut . . . imperiali auctoritate prelibatas literas, gracias, constitutiones, consuetudines laudabiles, jura et privilegia ob communis boni augmentum, incumbentium necessitatem articulorum et ob alias causas racionabiles et legitimas pro qualitate temporum et circumstancium emergencium casuum posset moderare, augere vel minuere juxta dictamen racionis vel justicie, quando et quociens ei visum fuerit expedire, cum secundum varietatem temporum statuta variari humana irreprehensibile judicetur." *Schöpflin* l. c. P. II Nr. MLXXXI p. 219—22; *Gaupp* a. a. O. Bd. II S. 175 — 84 (mit Einleit. S. 173 flg. und Verbesserungen); *Kopp*, Gesch. der eidgenöss. Bünde Bd. I S. 650 — 63 in den Noten. Inhalts-Uebersicht b. *Strobel* a. a. O. Thl. II S. 386, 87.

Eine deutsche, wahrscheinlich auch noch dem XIV. Jhdt. angehörige Uebertragung der Rechtsurkunde, nicht unwichtig für die Kritik des lateinischen Textes (z. B. in den §§. 13, 32), wird bei J. *Wencker* „De Pfalburgeris" (Collectan. jur. publ., 1702, Nr. I) p. 170—82 angetroffen.

Zur Würdigung des Verhältnisses der beiden Texte zu einander, sowie der dattenrieder Handfeste zur colmarer mögen hier nachfolgende §§. der ersteren eine Stelle finden:

§. 7. „Burgenses predicti si in judicio super causa aliqua suis sententiis discordabunt, possunt, si voluntates eorum extiterint, dictas sententias per civitates vel oppida, que cum ipsis fruuntur eisdem juribus et privilegiis, concordare, vel, si voluerint, negocium juribus **Coloniensium** diffinire, et pars, que ibidem succubuerit, parti triumphanti in expensis satisfaciet" [7]).

„Die obgenant burger, obe sie sich in geriht von deheiner sache wegen mit iren vrteilen zweyetent, so mögent sie, obe sie wöllent, sich sollicher vrteilen vereynen durch die stette, die sich mit inen gebruchent, der selben rehte vnd friheit, oder aber sollich sache zu ende bringen, obe sie wöllent, mit der von **Cölne** reht, und welches teyl doselbs vnderlit, sol dem andern teil, der to obelit, vmb sinen costen ein genügen tun."

7) *Jus Colmar* 7 S. 618b.

§. 8. „Quilibet burgensis dicti opidi uxore sua supperstite potest ea, que possidet, vendere vel donare; si vero ejus uxor sublata de medio liberos reliquerit, non potest predia et bona emphiteotica vendere vel donare, nisi de liberorum suorum voluntate et consensu, si in etate legitima fuerint constituti. Mortua vero uxore prima, si aliam legitimam duxerit, non habebit potestatem prehabita faciendi" [8]).

„Ein yeglicher burger mag, dewile sin huszfröwe lebet, das, das er besitzet, verkouffen oder vergifften; wer es aber, das sin huszfröwe abeginge vnd kinde liesse, so mag er eigen vnd erbe güter nit verkouffen noch vergifften, dann mit siner kinde willen vnd gehelle, obe die in redelichem alter sient. Vnd wann die erste fröwe gestirbet, nymmet er ein andere, so sol er aber nit gewalt haben, die vorgemelten dinge zu tunde."

§. 13. „In opido antedicto nullum pro sculteto dare debemus [, nisi ibi possessiones habeat et burgensis sit]" [9]).

„Wir wollen den egenant burgern nyemans zu eim schultheisen geben, wann einen, der do gesessen vnd burger ist."

§. 32. „Nec liberi burgensis uno parentum suorum defuncto possunt, altero parente supperstite, donare cujuscumque generis bona, nisi quindecim annos habeant in etate" [10]).

„Es mögent ouch burgers kinde, wann inen eins vnder vatter oder mutter abgangen ist vnd das ander noch lebet, nit vergifften deheynerley gut, sie sient dann fünffzehen jore alt."

§. 34. „Conjuges in dicto opido residentes sibi invicem in rebus debent succedere ut heredes" [11]).

„Elüte gesessen in der egenant statt sollent einander an irem gut erben als erben."

§. 35. „Si burgensis in Dela successive uxores duxerit legitimas, per quarum quamlibet liberos procreaverit, horum liberorum singuli in rebus debent succedere sue matris" [12]).

„Ist es, das ein burger zu Dattenriet me elicher fröwen noch einander nymmet vnd mit der yeglichen kinde habe, so sol

8) *Jus Colmar.* 8 a. a. O.

9) *Jus Colmar.* 13 S. 619. — Die eingeschalteten Worte fehlen in dem basler Cod. bei *Sch.* Vgl. *Gaupp* a. a. O. S. 178 Note 1.

10) *Jus Colmar.* 32 S. 620b. — *Sch.* hat: burgenses uni. Vgl. *Euler*, Ztschr. f. dtsch. Recht VII, 83; *Gaupp* a. a. O. S. 182 Note 1.

11) *Jus Colmar.* 34 a. a. O.

12) *Ib.* 35.

yeglichs der selben kinde siner muter gut erben.“

§. 36. „Filius burgensis dicti opidi in paterna vel materna potestate constitutus non potest ipsius sui patris vel matris bona donacionibus, ludis seu quibusvis aliis viis vel contractibus alienare vel distrahere quovis modo, et si hoc non obstante ea alienaret vel distraheret, patri debent restitui sive matri. Nec pater vel mater debent ad solvendum mutuata suis liberis, dum, ut premittitur, in ipsorum potestate extiterint, obligari“ [13]).

„Eins burgers sun der egenant statt, der noch ist vnder vatter oder muter gewalt, mag nit desselben sins vatters oder muter gut mit gifften spilen oder eynichen andern wegen oder köuffen verussern oder vertun in deheynen weg, vnd obe er die harüber verüsserte oder vertäte, so sol man die vatter oder muter widergeben. Vnd sollent vatter oder muter nit schuldig sin zu bezalen das, so denselben iren kinden geluhen were, dwile sie, als obstät, in irem gewalt sint.“

4 **1442**, Sept. 7. König Friedrich III. bestätigt den Bürgern der Stadt Dattenried (sowie einigen anderen Städten) ihre Rechte und Freiheiten. [R.] *Chmel*, Reg. Frid. S. 122 nr. 1098.

13) *Jus Colmar.* 36 S. 620 b.

CCXXXV. Deggendorf.

(Bayern.)

G. *Aichinger* „Deggendorf“ in dessen Schrift: Kloster Metten und seine Umgebungen, Landshut 1859. 8⁰., Nr. II S. 115—89. Ausserdem vgl. J. *Klämpfl*, Der ehemalige Schweinach- und Quinzingau, 2. Aufl. Passau 1855. 8⁰., Abthl. I S. 230—49; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 234, 35; A. *Schels* in der Bavaria Bd. I S. 1116—18.

1 **1271**, Mai 3. Der herzogliche Vicedom Otto von Straubing schlichtet einen Streit der Fischer von Deggendorf mit jenen des Klosters Niederaltaich wegen des Fischereirechts auf der Donau:

„Ego Otto de Strubing, vicedomnus illustris domni mei Heinrici ducis Bawarie, per presens scriptum notum fieri cupio universis, quod altercatio, que fuit inter piscatores de Tekkendorf ex una parte et piscatores Altahensis ecclesie ex altera, coram me et per meum arbitrium ex utraque parte in me conpromissum taliter est sopita: quod piscatores de Tekkendorf, qui serviunt domno meo duci, contenti erunt de cetero tali jure, quod piscaturam illam supra Obernwerd, que vulgariter dicitur wurf, habebunt per unam septimanam, et piscatores ecclesie Altahensis habebunt cum quiete aliam septimanam. Inferiores autem piscaturas, que similiter appellantur tractus sagene et wurf, habebunt solummodo piscatores ecclesie memorate; nisi hoc contingat, quod piscatores de Tekkendorf ecclesie piscatores non inveniant in locis predictis, tum licebit piscatoribus de Tekkendorf ibidem piscari, sed statim supervenientibus piscatoribus ecclesie illi cedent. Item piscatoribus ecclesie non licebit habere retia, que dicuntur schrotnetz, non artem illam, que vulgariter dicitur treiben, exercere. Item piscatores de Tekkendorf non frangent glacies et haken in prediis ecclesie pro piscibus capiendis. Et ut hoc pactum inter utrosque piscatores de cetero firmiter observetur, in carta ista testes, qui interfuerunt, jussi scribi, sigillum meum pro rei memoria apponendo. Actum in Tekkendorf in domo Rauscharii, in festo inventionis [1]) sancte chrucis in presentia domini Hermanni abbatis Altahensis et Heinrici prepositi sui anno dni. M.CC. septuagesimo primo. Testes sunt piscatores de Tekkendorf, videlicet Pichtoldus dictus Stadel et filii sui, Chunradus dictus Swaiger et filii sui, Otto villicus, Luipoldus an dem puchel, Altmannus frater suus, Otto dictus Greissinch et frater suus Chunradus, Heinricus dictus Vihtaher, Rudgerus et consobrinus suus Heinricus. Item Chunradus judex de Stauferdorf, Fridricus de Labansried. Item cives de Tekkendorf, videlicet Chunradus Rauscher, Otto de Cholen, Chunradus granator de Naternberg, Heinricus sartor, Siboto de Perlechsperig, Hermannus thelonearius et alii multi.“ *Monum. Boic.* Vol. XI p. 246, 47.

Deggendorf im „Sweinicowe“ (Schweinachgau) gelegen und urkundlich zuerst 1002 erwähnt [2]), während seine Befestigung

1) *Monum.*: Incarnationis. *Klämpfl* a. a. O. S. 232 datirt die Urk. vom 14. September — dem Feste der Kreuz-Erhöhung (exaltatio s. crucis).

2) So nach *v. Spruner's* ostfränkischer Gaukarte („Deggindorf“). Dagegen wollen *Aichinger* a. a. O. S. 122 und *Schels* a. a. O. S. 116 den Ort urkundlich schon in einem Traditionsbriefe Ludwig's des Deutschen v. 868 gefunden haben. Allein das hiemit gemeinte Dipl. a. 857 von bezweifelter Aechtheit [*Böhmer*, Reg. Karol. S. 80 nr. 784] bietet in den mir bekannten Abdrücken b. *Hund*, Metropol. Salisburg (1719) II, 11 und in *Monum. Boic.* l. c. p. 117 — 19 [s. auch *Chron. Gotwic.* I, 733 Nr. CCCLXIV] den Namen des Ortes Deggendorf gar nicht. Dass aber demungeach-

mit Mauern gegen die Ungarn-Einfälle von der Sage in eine viel frühere Periode zurückverlegt wird, scheint längere Zeit sich im Besitze eines danach benannten edlen Geschlechts „de Techindorf", dessen Glieder besonders zwischen 1140 — 1260 häufig begegnen, befunden zu haben. Im XIII. Jhdt. kam der Ort an die Wittelsbacher, und jetzt erst beginnt seine Geschichte sich aufzuhellen. Bei der zu Ostern 1255 vollzogenen ersten Theilung des Bayernlandes unter Herzog Otto's des Erlauchten Söhnen Ludwig II. und Heinrich XIII. kam Deggendorf an den Letzteren[3]), und erlangte bald als Mauth- und Zollstätte der Donauschiffe [4]), wozu bereits die Grafen von Bogen den Grund gelegt hatten, für die niederbayerischen Herzoge eine nicht geringe finanzielle Bedeutung.

2 **1316**, Jan. 21. Die Wittwe Herzog Otto's III. von Niederbayern, A g n e s, Königin von Ungarn, Pfalzgräfin bei Rhein, Herzogin zu Bayern, „stettiget neuet vnd vestet" ihrer Stadt Deggendorf deren althergebrachte Rechte.

Inhalt mit Proben: 1. Schutz der mit Gut zu oder aus der Stadt fahrenden Bürger vor jedem nicht richterlich erlaubten „aufhalten vnd laidigen mit pfandung." 2. Wegfrieden — „so sollen die weg zu der statt vnd von der statt frey sein vnd mit frid vnd rhue bleiben." 3. Pfändung durch den Frohnboten „vmb der burger gült". 4. Folgen des „yberfahrens" der in den beiden ersten Artikeln enthaltenen Gebote. 5. Unstatthaftigkeit einer Gewalt an Leib und Gut bei Eigenleuten und Allen, die Jahr und Tag in der Stadt gesessen sind. 6. Aburtheilung der Bürger wegen jeglicher Uebelthat, wo sie auch begangen wäre, durch den städtischen Richter, Fälle der Ergreifung „an der handgetat" ausgenommen. 7. Befreiung der Bürger und auch desjenigen, welcher mit diesen steuert, von gefänglicher Einziehung, „ob sein hab des wandels werth ist." 8. Beschirmung der Bürger gegen zu „schwere" Urtheile des Gerichts in Forderungssachen durch den Sechser-Rath" — „das soll an den s e c h s e n stehen vnd soll aus gericht werden nach ir rhat." 9. Verfahren, wenn ein Bürger seinen auswärtigen Schuldner in der Stadt antrifft. 10. Zulässigkeit eines am Gute zu vollziehenden „verbots mit dem schergen" bei allen Häusern der Stadt, „an der s e c h s e r haus, der ist ein wolgelaidt" [5]). 11. Pfändungs- und Fürbietungsrecht des Frohnboten für die Bürger „an des richters willen vnd sein vrlaub". 12. Befugniss der Sechser, „ob ein mann des frombpotten nit gehaben mag", Ersterem einen solchen zu geben. 13. Wandel bei gewöhnlichen Zornhändeln „one schaden." 14. Busse des Schwert- und Messerzückens ohne Leibesverletzung. 15. Strafe schwererer Angriffe auf die Person — : „Aber so stendt die andern wändl also. die fliessenden wunden an lem dem richter zwölf schilling vnd dem cläger ain pfund; ein lem gegen den andern, ain todtschlag gegen den andern; vmb den maulstreich dem richter zwölf schilling, dem kläger ain pfund." 16. „Aber vmb verbotten wortt dem cläger ain pfund vnd dem richter zwölf schilling." 17. „So dem andern an den aidt spricht [6]), das seindt fünf pfund, dem kläger zwanzig schilling vnd dem richter zwanzig schilling." 18. „Vmb haimbsuchung dem richter drey pfund, dem cleger zwei pfund." 19. Wandel bei Verrath und anderen Schadensstiftungen. 20. Gerichtsbusse eines Klägers, welchem sein Beklagter „entprosten ist vor gericht" [7]). 21. Ahndung desjenigen, der „ain schidtung [8]) bricht". 22. Desgleichen desjenigen, „der sein gelt selber bemecht vor gericht" [9]). 23. Berufung an den Sechserrath bei Uebergriffen des Richters oder Klägers in Ansehung der Festsetzung des Wandels. 24. Rechtlose Personen — : „Aber ob ain burger ainen, dem die statt verbotten ist, oder ainen spillmann oder in offenn hüssern [10]) ain gmain fahrend frauen laidigt von schuldten, der soll das nit entgelten gegen dem gericht, wann sothanne leut habent des rechten nit." 25. Kraftlose Gütertausche. 26. Gelddarlehen an Haussöhne und Knechte —: „Aber es soll niemand porgen aines purgers sohn noch seinem knecht, an als vill vnd er beraitschaft bey ihm hab vnd als vill man vnter ainz girtl

---

tet die Anfänge desselben in die Karlingerzeit zurückreichen, unterliegt kaum einem Zweifel.

3) Vgl. L. *Rockinger*, Einleit. in die altbaier. landständ. Freibriefe §. 14 S. L.

4) Vgl. die an die „mautnäre vnd zollnere ze Tekkendorf" gerichteten Gebotsbriefe v. 1271, 1311, 1321 etc. in *Monum*, *Boic.* XV, 277 sq. u. *Wittmann's* Monum. Wittelsbac. II, 173 flg.

5) Das Rathhaus gilt als Freistätte.

6) D. h. Wer dem andern einen Meineid vorwirft. *Osenbrüggen*, Krit. Vierteljahrsschr. VIII, 219.

7) MS. entsprochen. Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 224—27.

8) Gerichtlicher Vergleich. *de Westenrieder*, Glossar. Bavar. col. 504.

9) Vielleicht ist zu lesen: „der seinen gelter (selber) bevebt on gericht", also unerlaubte Selbsthülfe.

10) MS. „ain offene Hösser."

hab gewantes ....; vnd ab sy selbes hauswürt würden vnd gewaltig ihr guetts, so soll man sie nit driugen vmb das geld, das sy vor schuldtig seint worden.“ 27. Spielverbot —: „Aber aller trüglicher spill, häufeln riemstechen vnd drugheit der würfel, die sint verboten an diesen brief, vnd wer darüber also schuldtig wird, den soll man dringen, daz er das widergeb.“ 28. Testamente —: „Aber was der mann an seinen lesten zeiten schaft, das soll crafft haben, er hab khündt oder nit.“ 29ᵃ. „Was auch der mann an seiner letzten zeit schaft, dieweil er sich dann noch woll verweis, das soll kraft haben, er habe kinder oder nicht.“ [29ᵇ.] Zechschulden in Wirthshäusern. 30. Kaufmanns-Schulden und Pfändung darum. 31. Schenkgerechtigkeit, namentlich der Gäste. 32. Unerlaubte Pfandnahme. 33. Anstellung der Schergen. 34. Allgemeine Steuer- und Dienstlast aller Häuser, Aecker und Wiesen im Stadtbezirke. 35. Gastrecht —: „Wann auch ein gast da khombt des sonntags oder des pfinztags, der soll desselben nachts seine gelter für gebietten mit dem frompothen, obe er den gelter daheim findet, vnd soll man ihm dann des morgens völliges recht thain vmb sain gelt; also behabe er ihme gelt an, so soll man ihm fertigen nach gastes recht mit pfennwerth oder mit pfand, die er getrieben oder getragen mag, dass er des nächsten tages sein tagwaidt gesuchen möge.“ — — 36. Verbot gewaltsamer Wiedernahme abgepfändeter Sachen —: „Wen sy auch vm ihr gelt pfenden auf das recht, er sey edl oder vnedl, wollt ihn derselbe ihr pfand mit gewalt nehmen an recht, das mögen sie ihm wehren vnzt an vns oder vnser vitzthomb.“ 37. Bürgenstellung bei Todtschlägen —: „Ist das ain burger ain todtschlag thät, der bürgschaft gehaben mag, da soll der richter ihn nemen, vnd soll fürbas mit allen seinen guett nichts zu schaffen haben.“ 38. Ersitzung von Jahr und Tag —: „So haben die burger das recht, was sy aigens haben, haus vnd aecker, die sy jahr vnd tag an anspruch inne haben gehabt, das sollen sy fürbas an anspruch bleiben vnd mit ruhe von alle denen, die das jahr im lande gewesen seynt.“ 39. Gerichtsstand der Bürger, privilegium de non evocando. — „Das auch die vorgeschrieben recht stet vnd vngekhrenkhet von Vns bleiben, geben Wür in diesen brief zu ainer vrkhundt versiegelten mit Vnsern insiegl. Der brief ist geben zu Natternberg da von Christus geburt waren tausend jahr, dreihundert jahr, vnd darnach in dem sechszehntisten jahr am St. Agnes tag.“

Das Original des Rechtsbriefs ging bei einem Brande (1822) verloren. Nur die Abschrift, welche Bürgermeister Jos. *Schreiner* seiner Chronik von Deggendorf (MS.) einverleibt hat, liegt vor, bietet aber einen nicht nur in der Schreibweise modernisirten, sondern überdiess höchst uncorrecten, an vielen Stellen bis zur Unverständlichkeit verderbten Text dar [11]). Eine theilweise Inhalts-Darstellung findet man bereits b. *Aichinger* a. a. O. S. 127–31.

1320, Jan. 25. Die Herzoge Heinrich II. („der Aeltere“), Heinrich III. („der Jüngere“ oder „Natternberger“) und Otto IV. von Niederbayern erneuern [12]) ihrer Stadt Deggendorf die vorstehende Ordnung mit einigen Abänderungen, namentlich hinsichtlich der Zahl der Rathleute, welche von sechs auf acht erweitert erscheint, sowie mit erheblichen Zusätzen. Diese betreffen zunächst Gewerbssachen, nämlich die Strafe für Bereitung falscher Tücher, die Beaufsichtigung des Bäckerhandwerks und Rügung der bei demselben vorkommenden „missethaten“, das Fleisch-Feilhalten der Gäste, und die (jener über die Bäcker nachgebildete) obrigkeitliche Controlle der Fleischhacker [Art. 1—4], worauf dann die im nachfolgenden wörtlich eingerückten Satzungen sich anreihen: 3

„5. Wür wöllen auch, wer vngesprech oder vnzüchtig ist mit worten oder werken, da soll der richter ain gewiessheit vnd ain sicherheit vor fodern vnd nehmen, also das er wolgezogen sey. Hab er aber nicht gewiessheit noch zu bessern, so sollen ihm die burger vnd der richter ain vrlaub geben von der statt vnd aus dem gericht ain ganzes jahr. 6. Es soll der richter khain glait geben vm gelt vnd vmb anders nicht, wann mit der burger rhat vnd wissen, die des rhats sein, oder mit der geschwornen wissen. 7. Wer dreyer vnzucht in ainem jahr vberwehrt würdt vor den burgern vnd vor dem richter, der soll darnach ein jahr von der statt sein, er gewunne dann der burger huldt. 8. Wer die seint, arm oder reich, die den geschwornen vmb des herzogen geschäft oder vmb der statt notturft icht mitreden vnbillich, wann sey geschworen haben, ihr treu zu halten reichen vnd armen, die soll man bessern mit ain pfund an der statt, vnd dem richter ain pfund. 9. Es sollen auch die acht von der statt die satz in die statt setzen nach dem bessern rhat von der gmain, vnd soll man (die) in der statt haben:

---

11) Copien der Urkk. nr. 2, 3 verdanke ich der besonderen Gefälligkeit des Herrn Notars Dr. *Gurels* zu Deggendorf.

12) Dafür zahlte ihnen die Stadt eine jährliche Weihnachtssteuer von 100 Pfund.

wer das nit thätte, der soll des wandels schuldig sein, was die burger darauf gesetzt haben. — Vnd das vnser statt zu Deggendorf vnd vnser(n) getreuen burger(n) daselben die recht vnd auch die oben geschriben satze von vns, vnsern nachkomen vnd von allen vnsern ambtleuthen stet, ganz vnd vngebrochen bleiben, geben wir ihn diesen brief."

Ungedruckt (s. oben zu nr. 2). Inhalts-Darstellung b. *Aichinger* a. a. O. S. 131, 32.

4 **1330**, Jan. 6. Herzog Heinrich III. (XV.) von Niederbayern bewilligt der Bürgerschaft zu Deggendorf auf ihr Ansuchen, „dass hinfür alles Getreide daselbst mit gestrichenem Maasse (nicht mehr wie früher mit gegupftem Maasse) gemessen werde." (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 133.

5 **1333**, Mai 5. Derselbe [13]) verleiht in Gemeinschaft mit seinem Vetter, Herzog Heinrich II. (XIV. „dem Aelteren"), seinen Bürgern zu Deggendorf, welche „durch prunst vnd von dem krieg grossen vnd sichtigen schaden genummen, wodurch sye stattlich vnd fast hinder sich gekohmen" sind, verschiedene Gerechtsame, insbesondere a) dass über sie, von todeswürdigen Verbrechen abgesehen, künftighin kein Vizedom mehr zu Gericht sitzen dürfe, sondern nur der Herzog selbst oder der von ihm speciell dazu abgeordnete Beamte; b) dass „der Stadt das Uferrecht zu Isarmünd auch hinfort wie vor Alters zustehen soll"; c) dass „der Steig von Zwiesel bis zur Stadt dieser auch fürderhin besonders vergönnt sei", endlich d) „dass vier Wägen von der Stadt über Kötzting gen Böheim frei gehen mögen." Inhaltsangabe b. *Aichinger* a. a. O. S. 135.

6 **1338**, Oct. 14. Herzog Heinrich II. (XIV. „der Aeltere") verzeiht seiner Stadt Deggendorf die schwere Misshandlung seiner Juden daselbst [14]), belässt Erstere im Besitze der den Letzteren abgenommenen Güter, ja! entbindet jene sogar von allen gegen sie bestehenden Juden-Forderungen, sie seien durch Pfandbriefe gesichert oder nicht:

„Wir Heinrich von gotes gnaden pfallentzgraf bi Rin vnd hertzog in Bayern bekennen offenbar in disem brif vnd tun chunt allen den, di in sehent oder hörent lesen, daz wir Chonrad dem Fryberger vnserm ritter, dem rat vnd der gemain, armen vnd richen, vnser stat ze Tekkendorf vnser vnd vnsers landes huld gar vnd gäntzlich haben geben darumb, daz si vnser juden ze Tekkendorf verbrant vnd verderbt haben. Darzue wellen wir, waz si den selben juden genomen haben oder waz dern in ir gewalt sy komen haimlichen oder offenlichen, daz in ditz alles sol bliben, vnd darzu, waz auch si den selben juden gelten solten, darumb di juden dhain pfant brif oder ander vrchünde von in vmb heten, oder daz si in süst solten gelten, daz selb gelt sol allez ab sin vnd süllen darumb gäntzlich ledig sin von vns vnd von allen laüten. Der drey sachen süllen si menniglich an ir leib vnd gut gen vns, gen vnsern erben vnd nachchomen vnd allen vnsern ambtlaüten vnentgolten beleiben. Daz in daz alles stet ganz vnd vnzerbrochen bleib, darüber ze einem vrchund geben wir in den brif versigelten mit vnserm insigel. Der ist geben ze Lantshut, da von christes gepurt waren driuzehen hundert jar, darnach in dem acht vnd drizzigistem jar, des mitichen vor sand Galli tag." *v. Aretin*, Gesch. der Juden in Baiern (1803) S. 29; J. *Gotthelf*, Hist.-dogmat. Darstellung der rechtlichen Stellung der Juden in Bayern (1851) S. 11 flg. Note 2. [Incorrect]. Vgl. *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden S. 121 nr. 136.

1357. Herzog Albrecht I. von Bayern-Straubing [15]) erlässt den Bürgern seiner Stadt Deggendorf, damit sich dieselben von den in der letzten Zeit erlittenen Kriegs- und Brand-Unfällen wieder erholen, sowie die schadhaft gewordenen Mauern und Gräber herstellen könnten, für die nächstfolgenden sechs Jahre die Hälfte der Stadtsteuer. (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 155. 7

1358. Derselbe erstreckt die in nr. 7 erwähnte temporäre Steuer-Ermässigung auf weitere sechs Jahre, nachdem und weil ihm die Stadt Deggendorf zu einer Reise nach Holland mit einer Darlehenssumme von 100 Pfund Pfennige hülfreich entgegengekommen war. (R.) *Aichinger* a. a. O. 8

1366. Derselbe befreit die Bewohner seiner Stadt Deggendorf von der Zollentrichtung an der Donaubrücke. (R.) *Aichinger* a. a. O. 9

13) In der Theilung Niederbayern's v. J. 1331 war auf ihn u. A. auch „Teggendorff die stat mit dem gericht vnd was dartzu gehört" gefallen, und er schlug daselbst seine Residenz auf, weswegen auch seine Linie die „deggendorfer" genannt wird. *Rockinger* a. a. O. §. 20 S. LXII flg.

14) Vgl. *Buchner's* Gesch. von Bayern Buch V S. 495, 96.

15) Bei der neuerlichen Theilung der niederbayerischen Lande unter den Herzogen Albrecht, Wilhelm und Stephan d. d. Regensburg 2. Juni 1353 war „Tegkendorf di stat, di mawt, das gericht vnd was dartzu gehort" an die beiden zuerst genannten Fürsten gekommen. *Rockinger* a. a. O. §. 24 S. LXXII flg.

10 **1385**. Derselbe verzichtet nochmals, und zwar um der Stadt Deggendorf die Anlegung gepflasterter Strassen zu ermöglichen, für den Zeitraum von zehn Jahren auf den Bezug der Stadtsteuer, dabei aber zugleich die Leistung eines durch seine Amtleute nach beigefügten Sätzen zu erhebenden Pflasterzolls anordnend, welchem selbst die Bewohner der Stadt unterworfen sein sollten. (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 156.

11 **1438**. Herzog Ernst von Bayern-München verleiht als Vormund und Regimentsverweser für den unmündigen Herzog Adolph von Bayern-Straubing und im Namen desselben der Stadt Deggendorf die besondere Gnade, dass der Rath allda dem Herzoge einen Mann für das Stadtrichter-Amt in Vorschlag bringen dürfe, und dass alsdann dieser allein, und Niemand anders, mit dem letzteren zu bekleiden sei. (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 161.

12 **1439**. Der Rath der Stadt Deggendorf ertheilt dem Weber-Handwerke daselbst eine seine alten Gewohnheiten und Satzungen zusammenfassende und verbessernde Zunftrolle. (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 158.

13 **1441**. Herzog Albrecht III. („der Fromme") von Bayern-München, nach Herzog Adolph's frühem Tode Herr der Stadt Deggendorf, veräussert seine Gerechtsame über dieselbe für 20,000 Goldgulden und 12,660 Pfund Pfennige wiederkäuflich an Herzog Heinrich den Reichen von Bayern-Landshut. (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 161.

14 **1453**. Derselbe löst die Stadt Deggendorf von Herzog Ludwig dem Reichen von Bayern-Landshut wieder ein. (R.) *Aichinger* a. a. O.

15 **1485**. Herzog Albrecht IV. („der Weise") von Bayern-München überlässt den bisher in die herzogliche Kasse geflossenen Brücken- und Pflasterzoll zu Deggendorf an die Stadtgemeinde daselbst gegen Uebernahme der Unterhaltungskosten für die Donaubrücke von ihrer Seite. (R.) *Aichinger* a. a. O. S. 163.

16 **1492**. Derselbe räumt den Bürgern von Deggendorf den niederen Wildbann auf dem der Stadt zunächst liegenden Bezirke ein, damit sie sich mit Vogelfang und kleinem Waidwerk Kurzweil machen mögen. (R.) *Aichinger* a. a. O.

Freiheiten, wie Deggendorf, erhielt das Pfarrdorf Winzer durch Privileg der Herzoge Heinrich II. des Aelteren und Otto von Niederbayern v. 16. Oct. 1322. *Böhmer*, Wittelsbach. Regesten S. 112.

Delckenheim. CCXXXVI.

(Nassau.)

1320, Dez. 4. König Ludwig IV. verleiht dem Orte Delckenheim — zugleich mit Steinheim — die Rechte und Freiheiten von **Frankfurt** a. M., dabei dem Besitzer jener Dörfer Gottfried von Eppenstein gestattend, daraus befestigte Städte zu machen —: „villas Steinheym et Delckelicheim tenore presencium auctoritate regia libertamus, ac easdem similibus juribus et libertatibus uti per omnia et gaudere volumus et permittimus, quibus opidum nostrum regale **Franckinfurt** utitur et hactenus est gavisum, eidem Gotfrido (de Eppinstein), quod easdem villas edificare, munire et de ipsis opida construere poterit, nichilominus indulgentes." *Joannis* Spicileg. I. p. 357, 58.

Ueber den wohl niemals zur eigentlichen Bedeutung einer Stadt gelangten Burg- und Pfarrort Delckenheim und das edle Geschlecht der reichbegüterten Herren von Eppenstein vgl. *Vogel's* histor. Topographie des Hzgths. Nassau S. 26, 285 flg.

Delitzsch. CCXXXVII.

(Preussen, Pr. Sachsen.)

G. *Lehmann*, Chronik der Stadt Delitzsch von den ältesten Zeiten bis zum Anfange des 18. Jhdts. Aus dem Nachlasse des Verf. herausgegeben von H. *Schulze*, II Theile das. 1852. 8°. Ausschliesslich auf dieser Quelle (Thl. I S. 1—91) beruhen die nachfolgenden Notizen.

1376, Apr. 25. Markgraf Wilhelm („der Einäugige") zu Meissen, Landgraf in Thüringen, belehnt für sich und zugleich im Namen seiner Brüder Friedrich und Balthasar den Rath der Stadt „zcu Delczsch" mit dem Kaufhause, welches ihr Thamme Pflug käuflich überlassen hat. (R.) S. 10. 1

Delitzsch („Delcz, Delczsch, Deltzs, Dehlitz", vielleicht von dem Sorbenstamme der Telici so geheissen) war aus meissnischem Besitze zu Ende des XIII. Jhdts an das brandenburgische Haus und hierauf durch Vermählung mit einer Tochter aus demselben 1327 an Herzog Magnus von Braunschweig gekommen, kehrte aber schon im J. 1347 in Folge Kaufvertrags zwischen Letzterem und dem Markgrafen Friedrich „dem Ernsten" von Meissen an das Wettin'sche Fürstenhaus zurück.

1384, Nov. 13. Markgraf Wilhelm — 2

seit 1382 alleiniger Herr von Delitzsch[1]) — bestimmt, dass die Hinterlassenschaften der belehnten Geistlichen daselbst (sowie in der gleichnamigen Pflege) nur den Nachfolgern in den betreffenden Kirchenlehen anfallen, und keine anderen Personen darauf irgend welche Ansprüche haben sollen. (R.) S. 12.

3 **1390**, März 11. Derselbe verfügt zu Gunsten seiner Stadt Delitzsch, dass innerhalb einer Meile rings um dieselbe kein „kretzschmar" (Schenkwirth) [2]) und Handwerker, Hufschmiede ausgenommen, künftighin sein Gewerbe betreiben dürfe, er müsste denn schon vorher allda gewesen sein, und erlässt dabei an die Mannen, Ritter und Knechte in der delitzscher Pflege die Weisung, solche nicht von Alters her angesessene Schenkwirthe und Handwerker abzuthun, an den Vogt aber den Befehl, die Bürger genannter Stadt gegen Verletzungen vorstehender Gnade zu schützen. (R.) S. 13.

4 **1399**. Der Rath der Stadt Delitzsch erwirbt von den Gebrüdern von Welchow den — von jedem Brauberechtigten bei dem ersten Gebräu im Betrage von einem Schock Groschen zu entrichtenden — Brauzins kaufsweise für die Gemeindekasse. (R.) S. 16, 17.

5 **1413**. Markgraf Friedrich der Aeltere von Meissen — an welchen durch Oerterung v. 1411 auf vier Jahre Delitzsch gekommen ist [3]) — führt daselbst neben der althergebrachten Bede noch eine neue Stadtsteuer unter dem Namen „Jahrrente" ein, welche vorerst auf 36 Schock Groschen in Summa berechnet ist. (R.) S. 22.

Bald darauf (1414) ward die Jahrrente um vier Schock erhöht und angeordnet, dass sie zur einen Hälfte an Walpurgis und zur anderen an Michaelis abzuliefern sei. S. 22.

6 **1423**, Sept. 4. Markgraf Friedrich — nun Herzog in Sachsen — ertheilt dem Bürgermeister und Rathe seiner Stadt Delitzsch, nachdem dieselbe die Gerichtsbarkeit, „so weit die Stadtgraben reichen und in der Weite, als sie die von dem hochgebornen Fürsten, Herrn Wilhelm, Markgrafen zu Meissen, vor Zeiten gemiethet hatte, oberste und niederste, über Hals und Hand, Vording [4]) und Gericht über alle Schuld, mit allen Bussen, Wetten, Genüssen, Zugehörungen, Zinsen, Renten etc.", für 550 rheinische Gulden an Gold oder 183 Schock 20 Groschen wiederverkäuflich an sich gebracht, hierüber die landesfürstliche Belehnung. (R.) S. 26, 27.

1424. Die Rathswahl in der Stadt 7
Delitzsch wird von Allerheiligen [1. Nov.] auf Epiphanias [6. Jan.] für die Zukunft verlegt. (R.) S. 27.

1428. Die herzoglichen Brüder Fried- 8
rich, Sigmund und Wilhelm zu Sachsen bestätigen den Bürgern ihrer Stadt Delitzsch den am Sonntage nach Himmelfahrt Mariä stattfindenden Jahrmarkt. (R.) S. 30.

1434, Nov. 18. Die vorgenannten drei 9
Herzoge verpfänden ihre Stadt Delitzsch für 3000 Gulden an Friedrich und Hans von Hoym, sowie für 608 Gulden an den Juden Abraham in Leipzig. (R.) S. 34.

1437. Kurfürst Friedrich und Herzog 10
Wilhelm zu Sachsen weisen ihre Stadt Delitzsch an, dem in den geistlichen Stand getretenen Herzoge Sigmund [5]) jährlich 15 Schock 40 Groschen von der Jahrrente [nr. 5] auszuzahlen und „sich darüber zu verschreiben", wogegen aber die Bürger nicht gehalten seien, demselben „sonst Gelübde oder Huldigung zu thun." (R.) S. 35.

1438. Der Rath der Stadt Delitzsch 11
führt mit landesfürstlicher Genehmigung eine von allen zum Verkaufe auf den Markt gebrachten Waaren zu entrichtende „Czyse" — Accise — ein. (R.) S. 36.

1470, Jan. 18. Die Herzoge Ernst und 12
Albrecht zu Sachsen erneuern und erweitern den Bürgern ihrer Stadt Delitzsch das Meilenrechts-Privileg vom J. 1390, nr. 3. (R.) S. 58.

1496. Der Rath zu Delitzsch erlässt 13
eine polizeiliche Ordnung für das Bäckergewerbe, um der Gefahr des Brodmangels und des Verkaufes zu leichten Gebäckes zu begegnen. S. 88. (Extr.)

Ausserdem werden noch ohne nähere Inhalts-Angabe eine neue Willkür v. 1405, sowie Innungsbriefe der Schuh- und Gerber-Knechte (1397), Fleischer (1406), Schneider (1424), Wollenweber (1432), Bäcker (1434), Schmiede (1441), Leineweber (1456) und Schuhmacher (1457, 1480) erwähnt. S. 19; 16, 20, 27, 32, 34, 37, 48, 49, 70.

Delmenhorst. CCXXXVIII.

(Oldenburg.)

1270—71. Graf Otto III. von Olden- 1
burg gibt dem Flecken Delmenhorst —

1) *Horn*, Friedrich der Streitbare, Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 18 S. 685 flg.
2) *Adelung*, Wörterb. II, 1773.
3) *Horn* a. a. O. Nr. 157 S. 771 flg.
4) *Haltaus*, Gloss. col. 1989, 90: „Rüge-Gericht."
5) C. *Gretschel*, Gesch. des Sächs. Volkes und Staates I, 310.

entstanden um die im Stedinger-Kriege (nach 1250) erbaute Burg gleichen Namens an der Delme *) — Stadtfreiheit und vermuthlich auch zugleich bremisches Recht. (R.) H. *Hamelmann*, Oldenburgisch Chronicon (Oldenb. 1599 fol.) S. 125. Vgl. dazu Chr. L. *Runde's* Oldenburgische Chronik [3. Ausg. v. J. Fr. *Runde*, Oldenb. 1862. 8⁰.] S. 11 —13.

2 **1372**, Febr. 26. Graf Konrad (Cort) von Oldenburg als Vormund „Juncker Otten, Greven tho Delmenhorst" gelobt den Rathmannen und Bürgern der Stadt Delmenhorst, nachdem er von ihnen „tho handt" seines Mündels und für die Zeit, bis dieser „tho synen jahren komme", die Huldigung empfangen hat, und zwar schwörend „vp den hilligen, mit vpgerichteden fingern vnd mit stavendem ede..., dat he ohn öhre fryheit, de en van den greven tho Delmenhorst gegeven ys, nicht verbrecken edder verkrencken will in allen stücken, als öhre breeff vthwyset." *Hamelmann* a. a. O. S. 159.

CCXXXIX. Delsberg [Delémont.]

(Schweiz, Kt. Bern.)

1 **1289**, Jan. 6. Der basler Bischof Peter von Reichenstein verleiht den Einwohnern seines Burgortes Delsberg die Freiheiten der Bürger Basel's, regelt die Grundzinse und Besitzverhältnisse der ersteren, und bestätigt alle denselben in dieser Beziehung von ihm, seinen Vorgängern und dritten Personen gemachten Zugeständnisse, sowie was die delsberger Gemeinde selbst über ihre Gemeindegüter Behufs des Häuser-, Mauer- und Kirchenbaues beschlossen oder bereits ausgeführt haben würde:

„Petrus, dei gratia Basiliensis episcopus, totumque capitulum ibidem universis tam presentibus quam posteris presentium inspectoribus seu etiam auditoribus salutem in domino sempiternam. Cum munitio burgi nostri de Telsperc, sita in valle Salisgaudie **), hactenus extiterit et adhuc sit fidelissimum membrum ecclesie nostre Basiliensis, et tam nostrum quam nostrorum antecessorum reclinatorium deliciosum post labores sepe et sepius habitos in arduis negociis ejusdem ecclesie, quam pro viribus intendimus promovere, sicut et nostri fecerunt predecessores: volumus et statuimus, quod omnes burgenses ibidem residentes deinceps gaudeant in omnibus et per omnia libertate, qua gaudent concives nostri in civitate Basiliensi residentes. Hoc adjecto, quod omnis area domus intra muros habentis quadraginta pedes in latum et octoginta in longum et circuitu tantum duos solidos annuatim persolvat in festo sancti Martini hiemalis. Item si aliquis intra muros areas vacuas tenere velit et non edificare sine consensu sui episcopi et universitatis ibidem, procurator illas concedat edificare volentibus, ita quod census illis, quorum fuerint aree, persolvatur in prescripta quantitate. Concedimus etiam dilectis nobis burgensibus et universitati munitionis antedicte indulgendo, ut si qui ex eis jam habeant vel sunt in posterum habituri a militibus, burgensibus seu aliis privatis personis domos, territoria, possessiones vel res aliquas hereditario jure, que a nostra ecclesia in feudum possidentur, sub eodem jure hereditario valeant possidere. Concessiones etiam ipsis factas vel imposterum faciendas a nobis vel nostris predecessoribus seu aliis personis de domibus, territoriis, possessionibus seu aliis rebus ad nostram ecclesiam pertinentibus sub jure hereditario, ipsis confirmavimus et presentibus confirmamus. Preterea gratum et firmum esse volumus, quicquid universitas sepedicte munitionis de Telsperc de bonis communibus seu communitatis in banno et districtu suo sitis pro edificiis seu utilitate murorum suorum vel ecclesie sue fecerit, ordinaverit, episcopo suo super eo requisito et consentiente. In cujus rei testimonium et robur in perpetuum valiturum presentem litteram universitati sepe dicti burgi tradidimus, sigillorum nostrorum munimine roboratam. Actum et datum in Basilea, anno domini MCCLXXX nono in die epiphanie." Nach einer Copie des XVII. Jhdts. b. *Trouillat*, Monuments de Bâle Tom II Nr. 363 p. 463, 64. Auszug b. *Ochs*, Gesch. von Basel Bd. I S. 448.

1338, Oct. 19. Bischof Johann II. von Basel überlässt den „burgenses sive oppidani in Telsberg" für immerwährende Zeiten die Ungelds-Einnahme zur Verfügung — „indebitum, quod vulgariter ungelt appellatur, ab ipsis perpetuo possidendum ac disponendum", dabei jedoch bestimmend, dass jährlich der Betrag von 40 Pfund basler Heller davon „in restaurationem murorum, fossatorum et aliorum aedificiorum necessariorum" verwendet, und dem Bischofe oder seinen dazu abgeordneten Beamten — „servitores ad hoc deputati" — Rechnung gelegt werden solle. *Trouillat* l. c. Tom. III Nr. 301 p. 492, 93 2

1356, Juli 30. Derselbe bestätigt seiner Stadt Delsberg ihre alten Satzungen und Ge- 3

*) Vgl. H. A. *Schumacher*, Die Stedinger (1865) S. 202, 3.

**) Salingau, Salzgau. Vgl. *Chronicon Gotwic.* I, 762.

wohnheiten in Form einer Rechtsordnung von 35 Artikeln, welche vornehmlich Wundungen und Tödtungen, bischöfliche Heerfahrten, Frevel („fraiuel") von Fremden, Bürger- und Rathseid, wörtliche Injurien besonders von Frauen — „celle doit donnez 2 sols ou porter atour de leglise pour les deux sols trois diemainge suigant lung lautre vne pierre de demy cent poissant" *) —, Bäume- und Gartendiebstahl, Fleischverkauf, Feuersbrünste, Ungehorsam gegen den Rath, Weinschank, Meineid, Handelsgeschäfte von Auswärtigen, Gutsverpfändungen, Schadloshaltung des Beklagten bei widerrechtlich erhobener Klage, Folgen des Ausbleibens bei einer Ladung durch den Vogt („chastellain") oder Rath, Befugniss dieser Behörden, die vorstehenden Bestimmungen („les dessus nommez artikles et causes") nach Bedürfniss abzuändern etc. betreffen. *Trouillat* l. c. Tom. IV Nr. 36 p. 98—104.

4 **1382**, Dez. 9. Bischof Imerius von Basel ertheilt der Stadt Delsberg eine Confirmation des Privilegs v. 1289 (nr. 1). *Trouillat* l. c. Nr. 198 p. 427, 28.

5 **1389**, Sep. 2. Derselbe verpfändet Stadt und Amt Delsberg für 4000 Gulden an die Stadt Basel. *Trouillat* l. c. Nr. 251 p. 523, 24. Vgl. *Ochs* a. a. O. Bd. II S. 319, 20.

6 **1391**, Jun. 9. Bischof Friedrich von Strassburg als „Pfleger" des Bisthums Basel gelobt und verheisst der Stadt Delsberg und den Eingesessenen darin sowie allen zu demselben Amte gehörigen Leuten, sie „bi allen iren recht, fryheiten vnd guten gewonheiten", welche sie bei den Bischöfen von Basel hergebracht, auch künftig belassen zu wollen. *Trouillat* l. c. Nr. 258 p. 533, 34.

7 **1395**, Nov. 26. Dasselbe verspricht Graf Tiebolt (Theobald) VI. von Neuchatel als Administrator des Bisthums Basel Namens seines zum Bischofe daselbst gewählten Sohnes Humbert. *Trouillat* l. c. Nr. 301 p. 596, 97.

8 **1399**, Sept. 19. Die gleiche Zusicherung gibt nun den Delsbergern Bischof Humbert von Basel selbst. *Trouillat* l. c. Nr. 314 p. 619, 20.

9 **1400**, Jun. 24. Derselbe bestätiget den „cives opidi Telsperg", wie dies bereits sein Vater Theobald gethan hatte, „universa jura, libertates, franchesias et bonas consuetudines." *Trouillat* l. c. Nr. 319 p. 625, 26.

10 **1488**, Bischof Kaspar „ze Rhyne" von Basel erklärt, dass die von Bischof Johann [1356, nr. 3] confirmirten Rechtsgebräuche der Stadt Delsberg grossentheils als „unbillige Gewohnheiten" abgethan sein sollten. (R.) *Bader* in Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. IV S. 472 Note 1.

*) *Osenbrüggen*, Alemann. Strafrecht S. 109, 10.

Demmin. CCXL.

(Preussen, Pommern.)

W. C. *Stolle*, Beschreibung und Geschichte der uralten, ehemals festen, grossen und berühmten Hanseestadt Demmin aus Urkk. und bewährten Geschichtschreibern, Greifswald 1772. 4°. Vgl. auch *Brüggemann*, Ausführl. Beschreibung des Hzgths. Vor- und Hinter-Pommern Thl. I S. 73 flg. *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 114—24.

Ein 15 Urkunden begreifendes „Diplomatarium Demminense" bietet *Dähnert's* Pommersche Bibliothek Bd. V (1756) S. 87—103.

1269, Nov. 19. Der Slavenherzog Barmin I. übergibt den Rathleuten und Bürgern zu Demmin das daselbst von ihnen gegründete Heilig-Geist-Spital in Schutz und Gewalt, verleiht ihnen das Recht, den dabei fungirenden Geistlichen zu bestellen, und hebt die Unterordnung des Hauses unter die Pfarrkirche zu Demmin völlig auf: — „domum sancti spiritus sitam in civitate nostra Dimin dedimus in protectionem et potestatem ejusdem civitatis consulum et burgensium nobis dilectorum, ut iidem consules et burgenses eidem domui, quam de eorum elemosinis construxerunt, provideant in cunctis necessitatibus ac utilitatibus atque prosint, et quod post mortem domini Andree plebani in eadem domo sancti spiritus divinum officium ordinent et procurent, prout eidem expediens fuerit atque decens, ita quod eadem domus sancti spiritus ecclesie parrochiali in Dimin in nullo jure ecclesiastico sit subdita aut subjecta, et quod nullum respectum in divino officio et ecclesiasticis sacramentis habeat ad eandem." *Dähnert* a. a. O. Nr. 1 S. 87; *v. Dreger's* Cod. Pomeran. Dipl. Bd. I Nr. CDXLIII S. 557, 58; *Stolle* a. a. O. S. 329 (Extr.) mit S. 372 flg. 1

1279, Jun. 25. Bischof Hermann von Camin ertheilt dem vorstehenden Herzogsbriefe (natürlich nur insoweit er seine kirchenhoheitlichen Gerechtsame in Demmin berührt) die nachträgliche Bestätigung. *Dähnert* a. a. O. Nr. 2 S. 87, 88. 2

Schon um diese Zeit wird Demmin in der Reihe der Hansastädte, und zwar urkundlich zuerst in dem Instrumente über die von Herzog Johann von Sachsen und anderen Fürsten und Herrn mit acht norddeutschen Städten eingegangene Verbindung zu gegen-

seitigem Beistande, Sicherstellung und Förderung des Verkehrs und Abwehr von Rechtskränkungen vom 13. Juni 1283, sowie in dem Freiheitsbriefe König Erich's von Dänemark über den Besuch der schonischen Märkte v. 27. Juli dess. Jahrs (*Sartorius-Lappenberg*, Urkundl. Gesch. der dtsch. Hanse Bd. II Nr. XLIX, LI S. 127, 133; s. auch Nr. LIII, LVII S. 135, 138) angetroffen. Da sich jedoch die weiteren hierher gehörigen Privilegien (z. B. v. 1326, 1361) und Conföderationen (z. B. v. 1339) auch auf die anderen hansischen Vororte Pommern's mitbeziehen, so erschien es zweckmässiger, derselben erst in dem Art. „Stralsund" Erwähnung zu thun. Uebrigens finden wir schon nach 1361 Demmin auf den Hansatagen durch eigne Deputirte nicht mehr vertreten. Vgl. *Kratz* a. a. O. S. 119.

3 **1292**, Aug. 14. Die Slavenherzoge Bogislaw IV., Barmin II. und Otto I. erklären, die Bürger von Demmin im Genusse des gesammten **lübischen** Rechts belassen zu wollen, und fügen ausserdem noch Bestimmungen über Grenzen und Umfang des städtischen Gebiets, die Wald-, Fischfangs- und Schifferei-Gerechtigkeiten sowie Zoll- und Ungeldsfreiheiten der Bürger, die Getreideausfuhr und das Mühlengewerbe, endlich über die zehn Stadtdörfer hinzu:

„In nomine domini amen. Bogislaus Barnim et Otto dei gratia duces Slavorum universis christi fidelibus presens scriptum visuris salutem in domino sempiternam. Quoniam omnia, que sub celi ambitu continentur, considerantur transitoria et incerta, acta principum modernorum idcirco roborantur, ne, ut quandoque fieri solet, a posteris maliciose valeant irritari. Sane igitur discat reverenda natio presentium ac noscat felix successio futurorum, quod nos deliberacione fidelium nostrorum provida accedente et requisita, meritis etiam consulum et burgensium nostrorum dilectorum de Demin exigentibus, nec non motu proprio et libero reservamus [1]) iisdem burgensibus ea privilegia, que progenitorum nostrorum tempore habuerunt, dantes eidem civitati nostre Demin totum jus, quod **Lubeke** habet, ita quod dicta civitas integraliter ipso jure utatur, quod civitas **Lubeke** verum esse dixerit sive justum. Termini vero dicte civitatis taliter distinguuntur, videlicet de vado [2]) ville Brünsow supra Babitz, exinde supra Penam inde descendendo per Penam usque ad distinctiones et terminos domini Wizlai principis Ruyanorum, inde directe per medium paludis Crosnitz supra Treble usque ad metas principis jam predicti. Predictos autem terminos cum sylvis, pratis, agris, aquis, pascuis et omni utilitate, que nunc in ipsis est vel in futuro haberi poterit, dicte civitati apponimus eo jure, quod stades reht dicitur in vulgari. Preter ista nemus, quod dicitur Deminshe wold, cum Pagheuknoke ad usus tantum reponimus civitatis. Damus siquidem iisdem burgensibus in stagno Cummerow piscandi liberam potestatem. Habebunt etiam liberam velificationem cum suis mercibus simul et piscationem per dictum stagnum et Penam, infra et supra [3]), a rota molendini ante Malechin usque ad salsum mare exeundo (pacifice) pariter et intrando. Adjacentes, ne que ab aliquo fiant clausure sive structure in Pena sive alibi civitati in prejudicium vel gravamen. Eandem libertatem piscandi velificandi in aquis Trebele et Tolensa possidebunt terminos infra nostros. Volumus etiam, incolas sepe dicte civitatis per totum nostrum dominium ab omni telonio et ungeldo esse liberos et exemptos. Item burgenses, qui se ad petendum mare expedierint, pro sua libera velificabunt voluntate et commodo nostro et nostrorum officialium offendiculo non obstante. Et noster advocatus nullum penitus interdictum de annona faciet educenda, nisi cum consensu nostrorum vasallorum et consulum civitatis. Item currus molendinorum circumjacentium annonam de nostra civitate Demin molendi gratia educent sine omni offendiculo et reducent. Proprietates etiam harum villarum Rustkow, Rantekow, Metle, Woceneke, Sedorp, Thoze, Wolquardisdorp, Noszendorpe, Dronevitz, Dummersdorp cum omni jure ac utilitate, cum advocatia, precaria, moneta, cum judicio manus et colli, cum terminis et in hiis contentis, in campis, silvis, pratis, aquis, paschuis, simpliciter cum omni jure, quod in ipsis habuimus vel adhuc tem-

---

1) *Al.* renovamus.

2) Furt, in pommersichen Urkk. häufig als Grenzmarke erwähnt.

3) Die Fischerei-, insbesondere Aalfangs-Gerechtigkeit auf dem (mit dem cummerower zusammenhängenden) verchenschen See [„in stagno Virchenpeniz"] und der Peene, die Quelle zahlreicher Streitigkeiten der Demminer mit dem Kloster Dargun, hatten unter Bezugnahme auf die bereits beabsichtigte Erneuerung der Freiheiten Ersterer [„cum nos ex mera gratia et liberalitate nostra civitati nostre Dymmin super libertatibus ac justiciis suis privilegia de novo dare disponeremus"] die genannten drei Herzoge mittels Urk. v. 1. Febr. 1292 [*Meklenburg.* UBuch Bd. III Nr. 2153 S. 444] für beide Parteien genau und unabänderlich festgesetzt.

pore procedente in eis inveniri poterit vel acquiri, dilectis dicte civitatis inhabitatoribus donare decrevimus perpetuis temporibus feliciter possidendas. Ut autem hec tante libertatis donacio robore fulgeat perpetue firmitatis, presentem paginam inde conscribi fecimus et sigillorum nostrorum munimine perennari. Hujus facti testes sunt Reimarus de Wachholt, Fridericus Vulpes de Wolde, Johannes Hobe, Raven de Woserin, Las de Cartlow, Johannes de Walsleve, Henricus Vulpes, Gerhardus de Strelow, Paridam, Conradus de Broch, milites; Heyso de Broch, Johannes de Scolentin, Gerhardus Grope, famuli, et plures alii fide digni. Acta sunt hec in Dymin anno domini Mccxcii in vigilia assumptionis virginis gloriose."

A. G. *Schwartzii* Hist. finium principatus Rugiae (Gryphisw. 1727. 4°.) p. 222, 23; *de Westphalen,* Monum. ined. rerum Cimbric. Tom. IV Praef. p. 121, 22 not. t; *Dähnert* a. a. O. Nr. 3 S. 88, 89; *Stolle* a. a. O. S. 839, 40 mit S. 137, 38, 40, 43, 46, 57 flg., 59, 61, 67, 68, 77; 222, 24, 51; 836. Auszug bei *v. Balthasar*, Abhdl. von den in Vor- und Hinterpommerschen Städten geltend gewordenen auswärt. Rechten Beyl. Nr. XXXVIII S. 92, b. *Fabricius*, Urkk. z. Gesch. des Fürstenth. Rügen Bd. III S. 52, 53 nr. 371 [sammt Inhaltsangabe] und im *Meklenburg.* UBuche Bd. III (1865) Nr. 2177 S. 466. Vgl. auch *Kratz* a. a. O. S. 116.

Die Stadt Demmin („civitas Dymin") wird im Gegensatze zu der uralten, bis in das XI. Jhdt. zurückverfolgbaren Burg gleichen Namens („urbs Demin, Timina civitas Pomeraniae") zuerst 1249 urkundlich erwähnt. Dass sie schon damals mit deutschem, und zwar dem lübischen Rechte bewidmet gewesen sei, ist wohl möglich, aber ebenso wenig quellenmässig nachweisbar, als dass die fragliche Rechtsverleihung bereits im J. 1191, wie ältere Chronisten schreiben, oder wenigstens vor 1269, etwa unter Herzog Wartislav III. († 1264), dessen wohlwollende Gesinnungen gegen Demmin überhaupt gerühmt werden, erfolgt sein müsse, indem nur soviel einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich hat, dass zu Demmin im J. 1182, in welchem Wolgast „omnem libertatem et jus, quod Lubecenses, Gryphiswaldenses et Dyminenses habere noscuntur", empfing, das Recht von Lübeck in Geltung war. Vgl. *v. Schwarz*, Diplomat. Gesch. der Pommersch-Rüg. Städte S. 194, 95 Noten 138, 39 und Einleitung in die Pommersche und Rügianische Justiz-Historie (1735 fol.) S. 37; *Stolle* a. a. O. S. 122 flg. 134 flg. 588 flg. 601 flg.; *v. Balthasar* a. a. O. §. 30 S. 31; *Michelsen*, Oberhof S. 67. Jedenfalls darf also nicht mit *Barthold*, Gesch. von Rügen und Pommern Thl. II S. 506 Note 3 wegen der Worte „dantes . . . totum jus, quod Lubeke habet" die Urk. nr. 3 für das originäre Bewidmungs-Diplom selbst angesehen werden, welcher Annahme ja schon der vorausgehende Ausdruck „reservamus", wofür Andere [einmal auch *Stolle* a. a. O. S. 177] „renovamus" substituiren, und der in Note 3 erwähnte Fischereibrief v. 1. Febr. 1292 geradezu entgegenstehen würden. Es enthält vielmehr die fragliche Aeusserung lediglich eine wörtliche Wiederholung der Rechtsübertragungsformel aus dem älteren Documente, welcher wir z. B. auch in den nachfolgenden Confirmationen v. 1309 und 1338 begegnen.

Das „jus *Sverinense*" hat übrigens als eigentliches Stadtrecht, wie das lübische, in Demmin niemals gegolten. Vgl. *Stolle* a. a. O. S. 136, 647, *v. Balthasar* a. a. O. §. 24 S. 20 mit *Homeyer*, Hist. juris Pomeran. capp. quaedam (1821) p. 32 sq.

1292—1295. Bogislaw IV. „dux Stet- 4
tinensis" sichert noch in besonderer Urkunde den Bürgern der Stadt Demmin völlige Entbindung von Zoll und Ungeld im ganzen Lande („in terris et in aquarum nostrarum portibus una cum suis bonis, annona et aliis rebus"), beliebigen Aufenthalt in sämmtlichen Häfen und unbeschränkte Benützung aller Gewässer, namentlich der Peene von ihrem Ursprunge an, zur Schifffahrt, sowie endlich freie Getreideausfuhr zu. [Ungedruckt, s. aber unten nr. 14.]

1300, Jun. 11. Fürst Wizlaw II. von 5
Rügen bestätigt den Einwohnern der Stadt Demmin ihre gesammten althergebrachten Freiheiten in Ansehung der Peene, die Zusicherung beifügend, „quod predictum flumen universis mercatoribus ad memoratam civitatem cum suis navibus applicantibus clausuris aliquibus et structuris nullatenus precludatur in aliqua parte littoris nec arcetur, sed omnibus navigantibus perpetuo sit patulum et in nullo penitus sit preclusum." Zugleich erklärt er bezüglich der Grenzscheide zwischen seinem Gebiete und den Stadt-Ländereien: „quod limites nostri territorii et dicte civitatis Demyn in palude dicta Crozna taliter perpetuo debent esse distincti, quod medietas paludis una ad territorium nostrum et alia medietas ad proprietatem sepedicte civitatis Demyn debet perpetuo permanere." Uebrigens soll alles Vorstehende auch für seine Nachfolger bindend sein. *Fabricius* a. a. O. Nr. CCLXXXVIII (474) S. 118 a. Auszug b. *Stolle* a. a. O. S. 145, 158 m. S. 602. Vgl. unten nr. 10.

1301. Herzog Bogislaw IV. von Pom- 6

mern [Begründer der mittlerweile hervorgetretenen Wolgaster Linie] [4]) gewährt dem Rathe und der Stadtgemeinde von Demmin, zum Danke für eine ihm erwiesene Gefälligkeit und um einem fühlbaren Bedürfnisse abzuhelfen, die Befugniss, „quod possint et debeant se munire munitionibus molendinorum quorumcunque vel quocunque nomine censeantur; habebunt etiam ipsa molendina construendi et erigendi plenariam facultatem in civitate et extra, ubi quando et quotiens ipsis vel eorum alteri videbitur expedire.“ *Stolle* a. a. O. S. 168, 69. (Extr.) [5])

7 **1302**. Herzog Otto I. von Pommern verleiht der Stadt Demmin „proprietatem thelonii, quod dominus Hermannus Draco hactenus a nobis possidebat, ad possidendum in perpetuum, nostro obstaculo et nostrorum officialium non obstante“, und überträgt zugleich „in dicte civitatis consules et cives omne illud jus, quod pro thelonio habuimus in eodem“. *Stolle* a. a. O. S. 142.

8 **1302**. Die Herzoge Bogislaw IV. und Otto I. von Pommern überlassen ihre Getreidehebungen („xl talenta frugum conjunctim sumpta, sed divisim planius expressa xx talenta siliginis et xx talenta brasei“) aus der vor der Stadt Demmin gelegenen Mühle dem Bürger daselbst „Johannes de Brünsow“, ihrem besonderen Freunde, zu dienstfreiem und unentgeltlichem Genusse. *Stolle* a. a. O. S. 170.

9 **1303**. Herzog Otto I. eignet der Stadt Demmin von seinen Mühlen-Einkünften $8^1/_2$ Last Korn für immerwährende Zeiten zu, wovon übrigens einen Theil Rath und Bürgerschaft schon vorher kaufsweise von den Vormündern („provisores“) einiger jungen Edelleute erworben hatten, so dass zugleich dieses Kaufgeschäft mitbestätiget wird. *Stolle* a. a. O. S. 170 (incorrect).

10 **1307**, Oct. 27. Fürst Wizlaw III. von Rügen bezeuget urkundlich, dass er mit der Stadt Demmin wegen der durch Absperrung des Peeneflusses bei Loitz [wodurch der Zusicherung seines Vaters vom J. 1300, nr. 5., zuwidergehandelt worden] von ihm hervorgerufenen „scholinge“ nunmehr „gedegedinget hebbe“ [6]), und theilt den Inhalt des zu Stande gekommenen Vergleiches vollständig mit, dessen beide Hauptbestimmungen dahin lauten: a) „De boem, (de) aver de Pena vor Loytz yss, den schole wy affbreken eweliken vnd nümmer laten wedder maken, vnd de paele scholen wy laten vptheen, vnd scholen de Pena nich mehr vorpalen edder vorengen; ock de stige in beyden syden der Pena scholen wy affnehmen laten, vnd de Peene schall frygh wesen hen vnd vorth [vorby], vp vnd nedder tho varende.“ b) „Den schaden, den vss de van Demmyn mit vsen ridderen bewyset hebben vppe söseh hundert mark vnd viff vnd twintig mark, de schole wy en gelden, alse se bewyset syn.“ Auf den Fall des Gedingsbruches wird Einlager von hundert Mannen, beziehungsweise Pfandgabe von zehn benannten Schlössern zugesagt. *Stolle* a. a. O. S. 603, 4 mit S. 145, 158, 602. Vgl. *Schwartzii* hist. fin. Rug. p. 142 not. p.

1307. Herzog Otto I. von Pommern verleiht dem Rathe und den Bürgern zu Demmin die Gnade, „dass die Edelleute Todschlages oder Schulden halber sich vor das Stadt-Gericht stellen sollen.“ (R.) *Stolle* a. a. O. S. 266. 11

1309, Mai 11. Die Slaven-Herzoge Otto I. und Wartislaw IV. erneuern den Rathmannen und Bürgern der Stadt Demmin ihre Rechte und Freiheiten ganz in der Form des wörtlich wiederholten Privilegs v. 1292 [nr. 3]. Auszug b. *Stolle* a. a. O. S. 144 (s. auch S. 146, 158); Zeugenangabe b. *Dähnert* a. a. O. Nr. 3 S. 89, 90. Vgl. *Fabricius* a. a. O. Bd. IV Abthl. 1 S. 21 nr. 587. 12

1312. Rath und Bürgerschaft von Demmin vergleichen sich mit dem Vogte und Burgmann des Hauses Demmin Heinrich Voss (Vulpes) wegen der Befestigung seines bei dem letzteren gelegenen Hofes und wegen der gemeinschaftlichen Wiesen und Weiden. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 117. 13

1313, Jun. 18. Herzog Wartislaw IV. von Pommern confirmirt der Stadt Demmin die beiden von seinem Vater Bogislaw IV. herrührenden, wirklich aus den Originalen („litteris veris et integris proprio suo sigillo sigillatis“) wiederholten Privilegien über Zoll- und Schifffahrtsfreiheit (nr. 4) sowie Mühlengerechtigkeit (nr. 6). *Dähnert* a. a. O. Nr. 4 S. 90, 91 [incorrect]; *Stolle* a. a. O. S. 146 (Extr.) m. S. 171. 14

1320, Sept. 28. Derselbe gewährt dem Rathe und der Einwohnerschaft („burgensibus, civibus et incolis“) seiner Stadt Demmin, welche sich durch die vom Ersteren angeordnete Zollerhebung in den Swine- und 15

---

4) An diese war in der pommerschen Landestheilung v. 1295 [*Höfer* u. *v. Medem*, Ztschr. f. Archivkunde II, 115] die „civitas Dymyn cum campo ipsius, cum insula et proprietate sua“ gekommen, während das „castrum Dymyn cum suo campo, molendino et cum tota terra Dymynensi et ejus advocacia“ der Stettiner Linie zufiel.

5) Er schreibt irrthümlich die Urkunde dem Sohne Bogislaw's († 1309), Wartislaw IV., zu.

6) Die Demminer, unterstützt von den Herren von Werle, hatten ihn hiezu genöthigt. *Kratz* a. a. O. S. 117.

Peenehäfen („quod in aquis nostris seu portibus Swine videlicet et Peene thelonia de navibus et rebus aliis solvere mandassemus") nicht wenig beschwert und gekränkt fühlten, unter Beirath und Zustimmung seiner Oheime Otto und Barnim, jedoch immerhin nur „ex mera voluntate" die Gnade: „ut predictas aquas seu portus nostros et alios quoscunque in toto dominio nostro cum navibus rebus et aliis quibuscunque bonis et mercimoniis libere sine thelonio sive exactione aut alio quoque ungheldo possint pertransire, redire et in iis moram facere, naves suas littoribus applicare, mercimonia bona et res alias in ipsis locare, quotiens et quando eis visum expediens fuerit et consultum"; verbietet hierauf jede künftige Beschwerung dieser Art durch seine Vögte und Amtleute, und entbindet schliesslich die Rathmannen der Stadt „a promissione, quam pro nobis fecerunt consulibus civitatum Primislavie Pasewalke et Templin." *Dähnert* a. a. O. Nr. 5 S. 91, 92; *Stolle* a. a. O. S. 151, 52.

16 **1320**. Herzog Otto I. von Pommern gibt mit Rath und Jawort Herzog Wartislaw's seinen „leven burgeren menliken in der stadt tho Demmyn over twe morgen lemlandes an dem velde tho Popporow", welche sie von Hermann Blücher und Gerhard Metzike käuflich erworben hatten, „egendohm vnde fryheit ... sunder allerleyge denste vnde allerhande plicht". *Stolle* a. a. O. S. 262.

17 **1322**, Aug. 9. Herzog Wartislaw IV. befreit Rath und Gemeinde seiner Stadt Demmin wegen der ihm bei der Belagerung der mecklenburgischen Stadt Gnoyen in grosser Geldnoth geleisteten Hülfe in solange „de annua nostra pensione, quam nobis dare consueverant..., a pensione inquam, quod orbar dicitur, videlicet quinquaginta marcarum denariorum usualium et non amplius, prout consueti ab antiquo fuerant", bis die auf obige Weise entstandene Schuldsumme zu 900 Mark völlig den Bürgern zurückerstattet sein würde. *de Westphalen* l. c. Tom. IV col. 963, 64 Nr. XXXIX; *Stolle* a. a. O. S. 185, 86.

18 **1333**, Dez. 29. Bogislaw V. von Pommern bestätiget Rath und Bürgergemeinde Demmin's „in jure patronatus ecclesie Woteneke et beneficio schole civitatis ejusdem et in aliis ipsorum collationibus ad ipsos de jure pertinentibus", ausserdem noch denselben zugestehend: „plenariam potestatem et omnimodam facultatem, ut eligere et assumere possint et debeant monetam, quam pro fructibus et utilitatibus dicte civitatis dicti consules reputant et sciunt magis aptam et lucrosius expedire...; ut monetam electam et assumptam ab omni falsitatis nota preservare debeant et dicte monete falsarios punire poena ipsis legitima infligenda. Possunt autem licite dicti consules denarios monete extranee in igne examinare approbare et reprobare, et omnia facere, que ipsis secundum antiqua privilegia de moneta mentionem facientia sunt indulta." *Dähnert* a. a. O. Nr. 6 S. 92. Vgl. *Stolle* a. a. O. S. 140, 41.

1334, Oct. 12. Abt Johannes von Dargun beurkundet, dass a) die zwischen seinem Kloster und dem Rathe sammt der Bürgergemeinde von Demmin vorhanden gewesenen Irrungen in Ansehung des Fisch-, namentlich Aalfanges [„super piscatura in stagni Verchi Penitz fossatis, captura anguillarum ac structura, quod in vulgo ael wehre dicitur"] vergleichsweise gehoben seien, b) künftige Streitigkeiten unter den Parteien durch beiderseits gewählte zwei oder drei „amicabiles compromissores" beigelegt, endlich c) zwei zum Klostergute gehörige Hufen in Drönnewitz, sowie das halbe Wendenfeld an die Stadt zu Eigenthum überlassen werden sollten. *Stolle* a. a. O. S. 162, 63 (Extr.) m. S. 257. 19

1337. Heinrich Voss tritt nun auch seinen Antheil am Dorfe Drönnewitz kaufsweise an Rath und Bürgerschaft von Demmin ab. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 257; *Kratz* a. a. O. S. 118. 20

1338. Herzog Bogislaw V. von Pommern bestätigt den Demminern den Rechtsbrief v. 1292, nr. 3, in wörtlicher Wiederholung. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 135, 158. 21

1338. Derselbe sichert ferner vom neuen den Bürgern Demmin's die freie Schifffahrt auf der Peene zu. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 145. 22

1340, März 23. Herzog Barnim IV. von Pommern-Stettin erklärt, sich mit der Stadt Demmin [zugleich auch Greifswald und Anklam] dahin vereinigt zu haben, dass er keinerlei Befestigungen „uppe de Päne" anlegen wolle, ausgenommen den Fall, dass er etwa sein „stedeken thom Jermen [Jarmen] vesten wolde." *Stavenhagen*, Beschreibung Anklams Urk. Nr. XXXVII S. 351. 23

1343. Die Demminer schliessen mit der Stadt Neu-Brandenburg zur gütlichen Beilegung ihrer bis zur offenen Fehde gediehenen Zwistigkeiten einen Vergleich ab. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 633. 24

1352. Die Herzoge Bogislaw V. und Barnim IV. von Pommern verpfänden der Stadt Demmin für ein Darlehn zu 1000 Mark Sundisch sechs eroberte mecklenburgische Dörfer, darunter Groten- und Lütten-Methling, Westekow und Quitzenow. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 637. 25

26 **1353.** Die Stadt Demmin betheiligt sich an den von den drei anderen vorsitzenden Städten Pommern's: Stralsund, Greifswald und Anklam gemeinschaftlich errichteten „statuta vnd endracht", vornehmlich die Verfassung und Wahl des Rathes betreffend. [S. unten den Art. „Stralsund."]

27 **1354.** Die pommerischen Herzoge Bogislaw V., Barnim IV. und Wartislaw V. bestätigen der Stadt Demmin ihre Befreiung von Ladungen an auswärtige Gerichte. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 140.

28 **1359.** Rath und Bürger Demmin's beendigen ihre mit einigen benachbarten Edelleuten, namentlich den Vossen zu Lindenberg und Ganschendorf sowie den Maltzanen zu Kentzlin und Burg-Osten, gehabten Fehden und Streitigkeiten durch einen Fried- und Sühnvertrag im Stadtdorfe Deven. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 639.

29 **1371.** Die Herzoge Wartislaw V. und Bogislaw V. von Pommern wiederholen das unter nr. 27 erwähnte privilegium de non evocando für die Stadt Demmin. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 140.

30 **1386**, Febr. 7. Herzog Bogislaw VI. von Pommern bringt zwischen seinem Bruder Wartislaw VI. und der Stadt Demmin, unter welchen „schelinge vnd twydracht" gewesen, eine Aussöhnung zu Stande, indem Wartislaw für sich und seine Erben auf ewige Zeiten die Zusicherung gibt, dass er a) die „stadt tho Demmin vnd der inwanre by aller rechtigheit alle erer breve beholden vn laten" wolle, insbesondere auch bei den ihnen vom Fürsten Wizlaw von Rügen verliehenen Privilegien; dass er ferner b) den Demminern „de Peene nimmermehr verschluten edder verengen" werde, weder zu Loitz noch sonst irgendwo, vielmehr der Fluss „fry wesen schall vp vnd nedder den inwanern vorbenömet vnd allen lüden, de de stadt Demmyn mit erer kopenschopp söken; ane allerley toll vnd vngeld, wo man dat nömen mag", und dass c) das Gleiche auch in Ansehung des Trebelflusses gelten solle; dass d) alle Einwohner Demmin's durch der beiden Brüder Herrschaften sowie das rügische Gebiet „fryg vnd ane allerley vngeld vnd tollen tho water vnd tho lande wanderen vnd vahren mögen, tho vnd af, wanne vnd wo dicke en des not iss vnd dat event"; dass denselben auch e) nirgends die Wege „vorgraven, verenget edder verbuwet", sie endlich f) künftig nicht mehr mit „tollen, vngeld vnd vnplicht tho Loitze vnd tho Grimme", welchen Einnahmen Wartislaw „avegesagt" habe, beschwert werden sollten. *Stolle* a. a. O. S. 148, 49 m. S. 836. Vgl. *Kratz* a. a. O. S. 119.

1460 [7]), Jul. 15. Erich II. von Pommern confirmirt der Stadt Demmin alle von seinen Vorfahren und anderen Fürsten herrührenden Privilegien, mit der Zusage: „quod si imposterum majus sigillum (et) majestatis habuerimus, ipsis hujusmodi literas secundum omnem sui tenorem dare et innovare volumus." *Dähnert* a. a. O. Nr. 7 S. 93. 31

1479, Mai 27. Herzog Bogislaw X. von Pommern bestätiget gleichfalls der Stadt Demmin „omnes literas nec non omnia et singula privilegia", welche ihr die Herzoge Erich und Wartislaw sowie alle früheren Herzoge zu Stettin und Fürsten von Rügen verliehen haben, und zwar unter Anfügung seines Majestätssiegels. *Dähnert* a. a. O. Nr. 8 S. 93, 94 [8]). 32

1485. Die Rathleute der Stadt Greifswald schlichten als „fründlike vorscheidere" einen zwischen den Städten Demmin und Anklam wegen des Seehandels-Betriebes entstandenen Streit dahin, dass den Demminern das Recht zugesprochen wird, ungehindert ganz nach dem Inhalte ihrer Privilegien und Freiheiten vor Anklam vorbei in das „saltze meer" schiffen zu können. *Stolle* a. a. O. S. 149, 50 (Extr.) Vgl. *Kratz* a. a. O. S. 119, 20. 33

1499. Die Stadt Demmin erwirbt von der Familie Voss den Pfandbesitz an dem Dorfe Deven. (R.) *Stolle* a. a. O. S. 260; *Kratz* a. a. O. S. 120. 34

1499, Oct. 11. Herzog Bogislaw X. schlichtet eine Streitigkeit zwischen den Brauern zu Demmin und den sich ebenfalls die Braugerechtigkeit anmassenden Wollenwebern daselbst durch den Ausspruch: „in dem bruwende schölen die wullenwever de bruwers alleine bruwen laten, also id ock van oldinges dar geweset vnde geholdet yss... by pyne vöftig rinscher gulden." *Stolle* a. a. O. S. 165. (Extr.) 35

Detmold. CCXLI.

(Fürstenth. Lippe-Detmold.)

A. *Falkmann* „Aus Detmold's Vorzeit" in M. L. Petri's vaterländischen Blättern [Fort-

---

7) Die in die Zwischenzeit, nämlich die erste Hälfte des XV. Jhdts., hineinfallenden Münzeinigungen der vier pommerschen Grossstädte (1428, 1433) sowie denselben gemeinsam ertheilten Hauptprivilegien (1452, 1479) s. unter dem Art. „Stralsund."

8) Weitere General-Confirmationen v. 1540, 1601, 1626 s. *das.* Nr. 9, 13, 14 S. 94, 98, 99.

setzung des Lippischen Magazins f. vaterländ. Cultur seit 1843] Jahrg. III Nr. 1—5, 9, 11, 15, 18, 19, 22, 23, 29, 30.

1 **1361**, März 15. Simon III., „domicellus de Lippia", verleiht seinen „oppidani in Detmelle" dieselben Rechte und Freiheiten, womit seine Vorfahren die Stadt **Lippstadt** (Lippe) begnadet haben, indem er ihnen ausserdem noch a) Schweinhut- und Fallholz-Gerechtigkeit in seinem Walde, b) das Eigenthum an ihrer Gemeindeweide [„woldemene"] in dem Umfange, wie sie dieselbe von alten Zeiten her besessen hatten, sowie c) die Befugniss zugesteht, die Verbindungsstrasse zwischen Horn und Lage — vermuthlich zum Zwecke der Zollerhebung — künftig unbeanstandet durch die Stadt Detmold zu führen — „quod viam communem, que ducit ante portam Detmele versus portam meridionalem, qua itur de Horne ad villam Lage, possint obstruere et eam dirigere per opidum Detmele sine impetitione penitus vel excessu." *Preuss* und *Falkmann*, Lipp. Regesten Bd. II S. 272, 73 nr. 1065. (Extr.)

2 **1361**, März 15. Derselbe erlaubt seinen Bürgern zu „Detmelle" auf ihr Verlangen, dass sie a) alljährlich am Sonntage vor Martini und während der beiden vorausgehenden und nachfolgenden Tage einen Markt („forum annale s. nundine") mit allen Gerechtigkeiten, welche die Stadt **Lippstadt** (Lippe) in Ansehung ihrer Jahrmärkte geniesst, jedoch unbeschadet dem bisher bestandenen St. Veits-Markte, abhalten, und ferner b) auf den Fall, dass sie steinerne Bauten unternehmen wollten, das hiezu erforderliche Material an Steinen, Sand- und Lehmerde allenthalben, wo es ihnen beliebt, graben und nehmen mögen. (R.) *Preuss* und *Falkmann* a. a. O. S. 273, 74 nr. 1066.

Detmold im Gaue Thiadmelli [s. *Grupen*, Origg. Germ. Thl. III S. 85 flg.], schon in den Sachsenkriegen Karl's des Grossen (783) eine Rolle spielend [1]), seit dem XI. Jhhdt. Kirchort, scheint den Charakter einer vogteilichen villa unter Otto von der Lippe zwischen 1344 bis 1350 mit den Gerechtsamen eines Weichbilds vertauscht zu haben, da uns bereits in den J. 1350—1358 daselbst Bürgermeister und Rathleute sowie ein eigenes sigillum civitatis Detmall begegnen. Vgl. *Preuss* und *Falkmann* a. a. O. Bd. I S. 49 nr. 1; S. 58 nr. 15; S. 61 nr. 19; Bd. II S. 211 nr. 932; S. 255 nr. 1032. Dazu s. noch A. *Falkmann's* Beiträge zur Gesch. des Fürstenth. Lippe aus archival. Quellen Heft I (1847) S. 170, 174.

1) *Einhardi* Annal. ad ann. cit. (*Pertz* Monum., SS. I, 165.)

1368, Dez. 27. Bürgermeister, Rath und Gemeinheit der Stadt Detmold leisten bei Gelegenheit der Errichtung des Untheilbarkeits-Statuts (pactum s. privilegium unionis) Junker Simon's III. zur Lippe, gleich den anderen Landesstädten Horn und Blomberg, das Gelöbniss, dass sie, wenn bei des genannten Herrn Ableben mehrere Mann-Erben vorhanden sein sollten, nur demjenigen huldigen wollten, welchem die Städte Lippstadt (Lippe) und Lemgo sich zuwenden würden —: „Wy borgermeistere vnd rathmanne vnde alle gemeinheid der stadt tho Dethmolde bekennet vnde betüget in dessem sülvem breve vor vns vnde vor alle vnse nakömlinge, wor de stadt van der Lippe vnde de stadt van Lemgo vorgeschreben sich ankehret vnde hüldiget, dat wy den folgen vnde hülden sollet vnde willet sunder irrhande vertog oder wedersprücke." *Lünig*, RArchiv Thl. XI S. 91, 92. Vgl. *Preuss* und *Falkmann* a. a. O. Bd. II S. 326, 27 nr. 1189. 3

1421, Apr. 12. Simon IV., Herr zu Lippe, überlässt an Bürgermeister, Rath und Gemeinheiten zu Detmold das unterhalb der Stadt gelegene „vleet gheheten de Werne" zur Anlegung eines Staues, jedoch Fischerei und Mahlrecht ausdrücklich von der Verleihung ausnehmend, indem letzteres nur nach besonders erbetener Genehmigung der Herrschaft und gegen bestimmte Abgaben und Leistungen geübt werden dürfe. (R.) *Preuss* und *Falkmann* a. a. O. Bd. III S. 165, 66 nr. 1835. 4

1422, Aug. 16. Derselbe bestätiget den Freiheitsbrief nr. 1 Simon's III. für Detmold v. 1361 in allen Punkten. (R.) *Dies.* a. a. O. S. 169 nr. 1845. 5

1422, Aug. 16. Desgleichen das Simon'sche Privileg nr. 2 für Detmold v. 1361, soweit es die Jahrmärkte betrifft. (R.) *Dies.* Bd. II S. 274 Note zu nr. 1066; Bd. III a. a. O. Note. 6

1453, Jun. 15. Die edlen Herrn Bernhard VII. und Simon [Domherr des Stifts Paderborn] zur Lippe gestatten mit Zustimmung der Burgmannen und Bürgermeister zu Detmold den allda mit einem Freihofe angesessenen Schwestern des Augustinerklosters Marienanger zu Eldagsen a) Entbindung von Schoss, Wachten und sonstigen Gemeindelasten [2]); b) Verfertigung von Lein- und Wollenstoffen und Handel mit solchen; c) Ankauf von Flachsgarn, Wolle und Lebensmitteln, sowie d) Anlegung einer Walkmühle vor der Stadt; verbie- 7

2) Ueber den Ausdruck der Urk. „burwerk" s. P. *Wigand*, Die Dienste (1828) S. 90, 91 m. Note *).

ten dagegen den Nonnen den Erwerb eines Weddeschatzes und von Liegenschaften (Gemüsegärten ausgenommen) und dinglichen Gerechtigkeiten innerhalb der Stadt und Herrschaft, sowie jene auch gehalten sein sollen, für die Hütung ihrer Heerde dem städtischen Hirten den gebührenden Lohn zu entrichten. (R.) *Dies*. Bd. III S. 301, 2 nr. 2132.

8 **1453**, Sept. 22. Der Bürgermeister und die fünf geschwornen Bauermeister [3]) der Stadt Detmold bestimmen auch ihrerseits die dem vorbenannten Frauenkloster daselbst zukommenden Freiheiten, fügen denselben aber mancherlei Beschränkungen, z. B. dass die Nonnen zu den Stadt-Baukosten jährlich einen Gulden beizusteuern, sich der Aufstellung eines eigenen Hirten zu enthalten, den Freihof im Falle beabsichtigten Verkaufes zuvor der Stadtgemeinde anzubieten, Behufs wirklicher Ausübung der Linnenweberei die betreffende Gilde zu gewinnen hätten, hinzu. (R.) *Dies*. a. a. O. Note Abs. 1.

9 **1461**, Jul. 13. Die oben gedachten Brüder Bernhard VII. und Simon erlauben der Stadt Detmold (und zugleich den Städten Blomberg und Horn), sich für eine landesherrliche Geldschuld zu 108 Gulden und die davon erlaufenen Zinsen aus der nächstfälligen Schatzung bezahlt zu machen. (R.) *Dies*. a. a. O. S. 357 nr. 2247.

10 **1462**, Mai 2. Dieselben übertragen ihren vor Detmold gelegenen Hof zu Roetlinghausen sammt Zubehörung (den Zehent ausgenommen) auf 20 Jahre gegen festgesetzte Roggen- und Hafer-Reichnisse an den Bürgermeister und Rath genannter Stadt nach Meierrecht, und verkaufen dieser zugleich für (bereits empfangene) 100 Gulden eine kleine Rente zu 6 rheinischen Gulden jährlichen Betrags. (R.) *Dies*. a. a. O. S. 361 nr. 2257.

11 **1467**. Mai 21. Der Knappe Friedrich von Swarte [4]) schenkt der Stadt Detmold drei vor dem „Depenbroke Dale“ gelegene Landstücke. (R.) *Dies*. a. a. O. S. 400 nr. 2339.

12 **1468**, Apr. 6. Bernhard VII., Herr zur Lippe, verkauft seiner Stadt Detmold [und zugleich den drei anderen Städten seines Ländchens: Blomberg, Horn und Lemgo] für 500 Gulden, und zwar von ihrer Seite wiederlöslich, jedoch auch unbeschadet seinen Zollgerechtsamen, „eine gemeine zyse und weggeld“, welche sie von allen ihre Thore passirenden, nicht einem herrschaftlichen Unterthan gehörigen Wagen, Karren, Pferden und Schlachtthieren nach dem beigesetzten Tarife erheben und in ihren Nutzen verwenden darf. (R.) *Dies*. a. a. O. S. 405 nr. 2348.

3) Ueber die Abtheilung der lippischen Stadtgemeinden in „Bauerschaften“ (burscap) s. Bh. *Meyer*, Das Colonatsrecht Bd. I (1855) S. 147.

4) Die Familie „Swart“ (Niger) war ein altes zu dem festen Schlosse Detmold in Beziehung stehendes lippisches Burgmannengeschlecht. Vgl. Bh. *Meyer* a. a. O. S. 96, 97.

Dettelbach. CCXLII.

(Bayern, Franken.)

J. J. *Seidner* „Urkundliche Nachrichten von der Stadt Dettelbach im Untermainkreise und dem Geschlechte der Ritter von Dettelbach“ in v. Fink's geöffneten Archiven f. d. Gesch. des K. Baiern Jahrg. III Heft 1 S. 19—41; J. *Denzinger*, Hist.-topogr. Beschreibung der Stadt Dettelbach in Unterfranken und Aschaffenburg [bes. abgedruckt aus dem Archiv des histor. Vereins], Würzburg 1858. 8⁰. Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 816, 17.

1484, Mai 25. Bischof Rudolph von Würzburg gewährt aus Vergünstigung Kaiser Friedrich's III. dem stiftischen Dorfe Dettelbach, um dessen Bewohner für ihren Gehorsam und ihre Dienstergebenheit zu belohnen, sowie an Ehre und Wohlstand zu fördern, städtische Freiheiten und Gerechtsame, und verleiht zugleich der neuen Stadtgemeinde drei Jahrmärkte, welche am Sonntage nach Lichtmess, am St. Magdalenen- und St. Matthäus-Tage stattfinden sollen, sowie einen an jedem Montage abzuhaltenden Wochenmarkt, und zwar mit allen Rechten und Gewohnheiten, wie sie bei anderen umliegenden Städten hergebracht sind, dabei noch besonders verordnend, dass das anfallende Wäge- und Stättgeld zwischen dem Bischofe und Rathe nach Hälften getheilt, und vom Ersteren ein dettelbacher Bürger und Einwohner als Wägemeister aufgestellt und dann für seine Verrichtungen in Eid und Pflicht genommen werden solle. (R.) *Denzinger* a. a. O. S. 17. Vgl. auch *Lorenz Friessen's* „Historie der gewesenen Bischoffen zu Wirtzburg“ in J. P. Ludewig's Geschicht-Schreibern von dem Bischoffthum Wirtzburg (1713) S. 857a; neue Ausg. Bd. II (Würzb. 1849. 8⁰.) S. 880. 1

1485 (?) Derselbe trifft mit den Bürgern seiner Stadt Dettelbach ein Uebereinkommen, wonach dieselben gegen Ueberlassung des halben Ungeldes an den Bischof von der Verbindlichkeit, den Letzteren und seine Räthe während ihres Aufenthalts zu Dettelbach „aus der herberg zu lösen“, d. i. gastfrei zu halten, befreit sein sollten. (R.) *Denzinger* a. a. O. S. 18. 2

Dettelbach, schon in der Karlingerzeit als „Tetilabach" urkundlich bekannt, war in frühester Zeit wohl ganz zum würzburgischen Stiftsgute gehörig, erhielt aber seit dem XI. Jhdt. ausser den Bischöfen noch verschiedene andere Grundherrschaften, von welchen neben dem gleichnamigen, in Franken reichbegüterten Ritter-Geschlechte, vornehmlich das Nonnenkloster zu Kitzingen genannt zu werden verdient. Die Gerechtsame desselben und der Aebtissin, welche namentlich auch durch einen von ihr gesetzten Schultheissen die Gerichtsbarkeit im Orte ausübte, finden sich in einem weisthumartigen Actenstücke aus dem XV. Jhdt. [in 31 §§. bei *Denzinger* a. a. O. S. 43—46 geschildert] zusammengestellt. Der totale Vermögensverfall des genannten Klosters nöthigte jedoch dasselbe, im J. 1475 sein Stab-, Gerichts-, Zehent-, Gült-, Mühl- und Holzgerechtigkeiten über Dettelbach an das St. Stephans-Kloster zu Bamberg zu verkaufen, welches aber alsbald den jurisdictionellen Bestandtheil der erworbenen Rechte an das Hochstift Würzburg abtrat. Dem immer mehr aufstrebenden Orte wandte nun Bischof Rudolph von Scherenberg seine besondere Gunst zu. Er suchte die verschiedenen Mitgrundherrn allmälig zu beseitigen, so dass, von einigen Zehentansprüchen abgesehen, das Bisthum allein grundberechtigt im Dorfe blieb, und hob dessen inneren gemeindlichen Zustand durch eine zweckmässige Polizeiordnung (1482). Endlich setzte er seinen Verdiensten um Dettelbach durch Erhebung des Ortes zur Stadt die Krone auf.

CCXLIII. Deutschbrod.

(Oesterreich, Böhmen.)

1 **1278**, Jun. 8. Die Gebrüder Heinrich, Smil, Ulrich und Raimund von Lichtenburg bestätigen und verbriefen ihren Bürgern in Deutschbrod auf deren anhaltendes Bitten die bereits von ihrem Vater Smil und Anderen ihrer Vorfahren genehmigten, hier übrigens vermehrten und verbesserten Freiheiten und Satzungen, vornehmlich criminellen und processualischen, weniger privatrechtlichen Inhalts, und zu einem grossen Theile (Artt. 1—3, 17, 20, 21, 25—29, 31, 34, 35, 37—59, 65) auf dem iglauer Rechte und dessen „practischer Auffassung" beruhend, indem sie dann noch am Schlusse (Artt. 66—74) eine Reihe, fast ganz aus der eben genannten Quelle geschöpfter Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der deutschbroder Silber-Bergwerke hinzufügen:

*) „Detrimentum pati poterunt gesta sive pacta [1]) mortalium, nisi valido litterarum et testium vigore fulcita roborentur. Nos igitur Heinricus, Zmilo et Ulricus necnon Reinmundus germani sive fratres de Leuchtenburch innotescere volumus presentibus et victuris presens scriptum inspecturis, quod nos dilectorum civium nostrorum in Broda preces affectuosas advertentes et assiduas, libertates et jura subscripta, quibus ex antiquo concedente dilecto domino et patre nostro Zmilone felicis memorie et aliis nostris predecessoribus annuentibus gavisi sunt, per que et nos communi eorum utilitati decrevimus providendum perpetuo, ipsis et eorum posteris ex nostra providentia aucta et emendata pio prosequimur favore et indulgemus, nihilominus eisdem eadem conscripta sigilli nostri karactere tradimus consignata.

1. Si quis pro violatione convictus fuerit, decollabitur. Tali vero modo convincetur. Si fuerit virgo deflorata sive mulier violata, in campo uno teste, in civitate duobus indigebit. Si vero conquesta fuerit virgo sive mulier pro violatione et testes non habuerit, sed sanguinolenta et vestibus laniata, incusatus expurgabitur duobus testibus ydoneis; si autem nec sanguinolentà nec vestibus laniata, solus in cruce se expurgabit. Si autem convictus fuerit, judici satisfaciat in quinque marcis argenti, inimicis primo placatis. [*Igl.* 55 S. 248, 49.]

2. Item qui convictus fuerit pro invasione domus, decollabitur. Tali vero modo convincetur: testibus duobus ydoneis ex utraque parte domus vicinis suis; quos si habere non potest, causa obstante legitima, trans viam unum habeat sive alios honestos cives civitatis aut unum juratum. Hii autem testes in cruce jurabunt, invasus primo, postea testes separatim, salvo tamen jure jurati. Si autem invasor ibidem inferfectus fuerit, quamvis mortuus decollabitur. Si autem convictus fuerit, inimicis placatis judici ut supra [2]). [*Igl.* 67 S. 259.]

3. Item qui accusatus fuerit pro interfecto posito coram judicio, si duello, sex testibus expurgabitur sive uno jurato; si autem jurato incusatur, reus erit. Si vero nec jurato nec duello incusatur, solus juramento expurgabitur. [*Igl.* 68 S. 262 flg.]

4. Jtem qui judici emendare noluerit

*) Die Parallelstellen aus dem iglauer Rechte werden hinter den einzelnen Artikeln nach den Abdrücken des Stadtrechts bei *Tomaschek* und des Bergrechts bei *Sternberg* angemerkt.

1) *St.* pactio.

2) Scil. satisfaciat in v. marcis argenti.

pro interfecto, tres marcas solvet, inimicis primo placatis. Si autem aliquis pre superbia duello se excusare voluerit et ad pugnandum circulum intraverit, quatuor marcas; si aliquid pugnaverit, quinque marcas dabit judici, inimicis primo placatis.

5. Item qui aliquem vulneraverit vel vulnerare voluerit, et ille e contrario se defendendo aliquem vulneraverit aut interfecerit, teste ydoneo hospite civitatis vel aliis duobus civibus viris ydoneis, non judicabitur. Si autem ille superbus illum vulneraverit, convictus manu truncabitur; si autem interfecerit, decollabitur. Testibus tamen premissis. Inimicis placatis, judici ut supra [3]).

6. Item qui aliquem pro defloratione virginis vel violatione mulieris vel invasione domus vel homicidio vel pro hiis similibus coram judicio in querimoniam traxerit et in ipsum predictos articulos probare non poterit testimonio antedicto, judici in pena lx. solidorum subjacebit, respondenti in xxx. solidorum, cuilibet juratorum in xv. solidorum [4]). Nichil relaxandum. Si autem sine testimonio querimoniam predictorum articulorum quis in alium moverit, respondens se una manu expurgabit; actor quoque nulli pene subjacebit.

7. Item qui aliquem vulneraverit vel interfecerit, et fugam dederit et judicio astare noluerit, a judice legitime vocatus proscribatur. Bona vero sua nec judex nec magister monete auferet, sed, si redire noluerit, uxor ejus et pueri sui venditis bonis suis ipsum sequentur. Si vero uxorem et pueros non habuerit, proximi heredes se intromittent de bonis suis absque omni impedimento. Si autem heredes non habuerit, de predictis bonis secundum consilium juratorum disponatur [5]).

8. Item nemo aliquem duello potest incusare, nisi jurati viderint mortuum aut vulnus [6]).

9. Item si quis aliquem vulneraverit et fugam dederit in domum aliquam, amici vulnerati domum non intrabunt sine judice et juratis, sed stando ante domum mittent pro judice et querent fidejussores. Quos si non habuerit, judici presentetur. Si autem inimici eundem in domo vulneraverint temerarie, rei erunt sicut de invasione domus. Judici ut supra. Et si ille, cujus domum intravit, eum potenter aut aliquo alio subtili modo coram judice tuebitur, donec effugerit, convictus tribus ydoneis testibus loco ipsius respondebit. Sed ipse melius approbabit suam innocentiam mettertius, quam possit convinci.

10. Item si quis aliquem vulneraverit quinque aut sex vulneribus, solo tantum duello respondebit; pro aliis vulneribus solo respondebit juramento. Si autem pro eisdem vulneribus alii inculpantur, quot sunt persone, tot duellis respondebunt.

11. Item si quis querimoniam pro homicidio moverit, primo die incusatum proclamabit; secundo die judicii, si non conparuerit, iterum eum proclamabit, et proclamatus tertio die judicii, si non conparuerit, proscribatur.

12. Item si quis pro vulnerato amico suo conquestus fuerit, trium dierum spatium optinebit; et si tertio die non conparuerit, proscribetur.

13. Item si quis proscriptus fuerit, infra anni spatium non emendabit. Si vero placatis inimicis anno transacto judici emendare voluerit, pro homicidio dabit tres marcas, pro vulnere, quod dicitur lemde, duas marcas, pro vulnere duellari unam marcam, juratis unam marcam [7]).

14. Item si quis pro homicidio fidejussor esse debet, hereditatem debet habere triginta marcarum infra munitiones civitatis. Si autem ille, pro quo fidejussio facta est, subterfugerit, fidejussor placabit inimicos cum triginta marcis, judicem in quinque. Ille vero proscribatur ex parte fidejussoris. [*Igl.* 68 lin. 4—6 S. 262.]

15. Item si quis fidejusserit pro vulnere duellari, et si ille, pro quo fidejusserit, subterfugerit, fidejussor placabit inimicos cum decem marcis, judicem vero cum tribus marcis. Si proscriptus redire voluerit, termino statuto, placatis inimicis et fidejussore, salvo jure civium sane revertatur [8]).

16. Item quicumque pacem in die forensi violaverit, manu truncabitur aut pene decem marcarum subjacebit, habito testimonio duorum vel trium testium. De predicta pecunia cedent due partes judici, juratis vero tertia. [*Igl.* 83 lin. 1—4 S. 287.]

17. Item si quis accusatus fuerit pro furto, et conquerens ipsum convincere noluerit nec collo suo quidquam ligatum ante judicium ductus fuerit, sed simpliciter conqueratur, prima vice incusatus una se manu poterit expurgare; secunda vice in casu simili accusatus mettertius expurgabitur; si

3) S. Note 2.
4) S. unten Art. 32.
5) *St.* dispensetur.
6) Vgl. *I. Igl.* 80 mit *Tomaschek's* Anmerk. S. 285.

7) Das *I. Igl.* hat die Artt. 4—13 nicht. Vgl. jedoch *Tomaschek's* Anmerk. S. 259, 60, 272, 278, 79.
8) Vgl. *Tomaschek's* Anmerk. S. 263, 64.

tertia vice in casu simili accusatur, metseptimus se expurgabit; si quarta vice, omni postposita occasione furis sententiam patietur. [*Igl.* 47 S. 240, 41.]

18. Item omnis homo fidedignus nullius vitii passus improperium [9]), si fuerit culpatus de homicidio vel de quacumque causa accusatus, melius se cum probis hominibus expurgabit, quam convincatur; preter incendiarios et monetarios et adulteros legitimis concumbentes easque de viris suis abducentes, qui potius convincuntur, quam cum hominibus se defendant [10]).

19. Item quicunque de aliquo crimine convictus, quod pertinet ad dampnationem corporis, et de consensu judicis et civium liberatus fuerit pecunia, ulterius juris careat honore [11]). Accusatus autem postmodum de aliquo crimine suspendatur.

20. Item si quis pro hospitalitate furum accusatus fuerit, prima vice una se manu expurgabit; secunda vice accusatus mettertius se expurgabit; tertia vice accusatus sententiam furis patietur. [*Igl.* 61 S. 253.]

21. Item nec magister monete nec judex sine juratis nec in campo nec in domibus querent falsos denarios nec furtum. [*Igl.* 12. S. 215.]

22. Item si vendentis alicujus argentum cupro aut stagno fuerit mixtum, idem pene falsarii subjacebit. De predicto autem falso due partes cedent judici, tertia vero juratis. Quicumque falso denario deprehensus fuerit rationabiliter, omni semota occasione pene ignis subjacebit.

23. Item quicumque hospitum in domibus burgensium hospitati fuerint, et si in auro vel in argento vel in falso denario deprehensi fuerint in civitate vel in campo, pene ignis subjacebunt. Si autem falsarius idem ex instinctu alicujus professus fuerit, hospitem suum, in cujus domo mansit, de eodem falso aliquam partem reservasse, judex assumptis juratis domum predicti civis accedat. Cive ad se vocato dicat, predictum falsarium confessum fuisse, sibi partem ejusdem falsi commisisse. Si tunc civis ille rationabiliter requisitus de predictis et professus fuerit, eandem partem pecunie in custodia se habere, immunis erit ab omni pena. Si vero negaverit et pars pecunie ejusdem quesita aput eum inventa fuerit, pene falsarii subjacebit. Ita scilicet, si eadem pecunia falsa fuerit; si autem munda, pene lx. solidorum subjacebit. Si vero burgense absente hospita quesita fuerit et negaverit, salvo jure hospitis immunis permanebit [12]).

24. Item pro vulnere duellari justitia judicis est una marca, et pro vulnere, quod dicitur lembde, justitia judicis due marce; pro duello sit [13]), quomodo jurati deliberaverunt.

25. Item si quis aliquod pondus sive gravius sive levius habuerit, quam in moneta, manu truncabitur aut pene x. marcarum subjacebit. [*Igl.* 11 S. 214.]

26. Item si quis victus fuerit cum falsa ulna vel cum mensura, que dicitur strich [14]), manu vel pena x. marcarum punietur, et due partes hujusmodi judici, tertia cedet juratis. [*Igl.* a. a. O.]

27. Item qui gladium coram juratis evaginaverit, solvet mediam marcam judici absolute. [*Igl.* 84 lin. 1—3 S. 288.]

28. Item de omnibus gladiis, quos acceperit judex rationabiliter, semper tertius cedet civitati. [*Igl.* a. a. O. lin. 8, 9.]

29. Item si quis juratorum culpabilis fuerit pro aliquo excessu, sicut alter homo punietur. [*Igl.* 31 S. 230.]

30. Item si duo properaverint ad conquerendum judici, qui primum ad domum judicis familie pronunciaverit, primam querimoniam optinebit, quamvis alter in monte coram magistro montis conquestus fuerit; vel si judicem in foro vel in via vel in quacumque domo preterquam in propria invenerit, ille tamen optinebit ratione juris precedente [15]).

31. Item qui pro aliqua querimonia judici presentatus fuerit et fidejussores non habuerit, infra captivitatem pro aliis querimoniis nulli respondebit. [*Igl.* 40, lin. 1—3 S. 235.]

32. Item qui aliquem pro homicidio vel pro vulnere, quod cedit ad duellum, in querimoniam traxerit et si conquerens in eum probare non poterit, judici satisfaciet in lx. solidis [16]) et cuilibet juratorum in xv. et liber dicatur.

33. Item pro quibuslibet lx. solidis judex placabitur in dimidio fertone in minoribus causis, et si satisfaciens fuerit certus, sinatur abire; sin autem, requirantur ab eo fidejussores. Transactis autem quatuordecim

---

9) „Dedecus, convicium." *Ducange-Henschel*, Glossar. III, 782b.

10) Vgl. *Tomaschek's* Anmerk. S. 224.

11) *Sächs.* Land-R. I, 38 §. 1 mit J. F. *Budde*, Ueber Rechtlosigkeit etc. S. 61, 62.

12) Zu Artt. 22, 23 s. *Tomaschek's* Anmerk. S. 216.

13) *St.* si. Vgl. *Tomaschek's* Anmerk. S. 282.

14) Getreidemass. Vgl. *Adelung's* Wörterb. IV, 448.

15) Vgl. *l. Igl.* 22 m. *Tomaschek's* Anmerk. S. 225.

16) *St.* solidorum.

diebus si placatus non fuerit judex, pena predicte culpe non duplicetur nec triplicetur, sed assumptis secum juratis impignoretur reus sive fidejussor. Quicumque autem in predictis articulis rebellus extiterit, judici in pena lx. solidorum subjacebit, cuilibet juratorum in xv. solidorum, gratia non sequente. Si autem rebellus ille evaginato gladio vel vulnere percusso visus fuerit, non pecunie pena sed capite truncabitur [17]).

34. Item omnes articuli in cruce confirmandi holunge [18]) optinebunt. [*Igl.* 29 S. 229.]

35. Item qui conquestus fuerit coram judice non sub justo nomine conquerentis, respondens propterea liberari non potest; advocatus vero ejus pene minori subjacebit scilicet xiiii. denariorum. Si autem prolocutoris sive advocati verbum processit ex ore conquerentis, conquerens predicte pene subjacebit, salvo tamen jure suo. [*Igl.* 39 S. 235.]

36. Item sub quocumque nomine respondens respondere voluerit, sub eodem nomine causa finiatur.

37. Item si quis aliquem pro debitis parvis aut magnis in querimoniam coram judice traxerit, et respondens confessus fuerit, spatium xiiij. dierum ad solvendum eadem debita optinebit; si tunc non solverit, tres dies optinebit. Si tunc non solverit, omni semota occasione quarto die judice presente debita persolvet creditori et judici penam, videlicet dimidium fertonis. [*Igl.* 20 lin. 6–10 S. 222.]

38. Item quicunque spreto judice nostro et judicio civitatis nostre coram nobis querelatus fuerit, nobis et judici et juratis in x. talentis respondebit. Et si judex et jurati nostri alicui justitiam negaverint, ita quod eundem coram nobis oportet querelari, idem judex cum juratis nobis in x. talentis respondebunt. [*Igl.* 35 S. 231, 32.]

39. Item quicumque vel propter multitudinem hospitum aut qualitercumque mensuram papuli vel vini vel cujuscumque rei vendibilis infregerit, convictus judici in x. talentis teneatur. [*Igl.* 11 S. 214.]

40. Item si aliquis preconi presentetur ibique pernoctaverit, dabit preconi xiiii. denarios et de rebus suis nichil amplius accipiet. Si autem non pernoctaverit, dabit tantum vi. denarios. [*Igl.* 48 S. 242.]

41. Item pro incendio si quis captus fuerit, igne peribit. Si vero incendium fecerit et recesserit et postea detentus fuerit, et si minas incendii antea fecit, cum vii. viris convincetur. Si autem in judicio comparuerit, metseptimus expurgabitur. Si in fuga detentus fuerit, cum vii. viris convincetur. [*Igl.* 49 S. 243.]

42. Item si quis infra incendium furtum commiserit valens lx. denarios, suspendatur, et si quis facto incendio aliquem vulneraverit, victus tribus testibus decollabitur. Si quis vero evaginato gladio infra incendium vulnerare voluerit, victus duobus testibus manu carebit. [*Igl.* 50 lin. 1–7 S. 244.]

43. Item qui alteri minatur incendium coram honestis viris, qui audiunt, ille, cui minas facit, si vult, potest eum convincere mettertius. Si autem non vult, quia forte non audivit, per alios tres viros, qui audierunt, ipsum convincet. [*Igl.* a. a. O. lin. 8–14.]

44. Item qui alicui alapam indignanter dederit vel ad dentes percusserit, tribus testibus convictus actori dabit marcam, judici marcam, juratis dimidiam marcam. [*Igl.* 55 S. 246.]

45. Item si quis habens legitimam in alia terra aliam superduxerit, convictus decollabitur. [*Igl.* 59 S. 253.]

46. Item si filius aut filia alicujus religionem intraverint et professi fuerint, post mortem parentum de bonis suis nichil habebunt. [*Igl.* 63 S. 255.]

47. Item nullius hominis filius, servus vel amicus, qui suo vescitur pane, plus non potest detesserare, quam quod sub cingulo suo continetur; et qui plus in ipso aliquo ludo lucrabitur, nichil habebit. [*Igl.* 65 lin. 1–6 S. 256.]

48. Item qui cum falsis tesseribus vel cum aliquo falso ludo aliquid lucratus fuerit ab aliquo, victus duobus testibus, ille, qui perdidit, in nullo sibi respondebit, et habebitur amplius pro deceptore et judici in x. solidis respondebit. [*Igl.* a. a. O. lin. 6–13.]

49. Item si quis equum suum aput aliquem detinuerit cum justitia, que dicitur anevanc, judici dabit triginta denarios. Si autem ille dicit, se equum aput alium emisse, et ad illum vult deducere, quod vulgariter dicitur schieben [19]), tam diu deducetur, donec verus venditor inveniatur, et tunc cum justitia equus optinebitur. Et qui sic equum suum optinere voluerit, ipsemet cum duobus vicinis suis juramento super equum facto optinebit; sie fuerit civis, cum solo suo concive et alio probo viro mettertius optinebit simili juramento. [*Igl.* 66 S. 257.]

50. Item si quis contra aliquem vulnus,

17) Zu Artt. 32, 33 s. *Tomaschek's* Anmerk. S. 227.

18) Vgl H. *Siegel*, Die Erholung und Wandelung im gerichtl. Verfahren (1863) S. 38 flg.

19) *Leman's* Wörterb. z. alten kulm. Rechte S. 327, 28.

quod dicitur blutrunst, optinuerit in judicio, leso in dimidia marca, judici in lx. solidis et cuilibet juratorum in xv. solidis respondebit. [*Igl.* 76 S. 282.]

51. Item si quis pro volleist alicujus interfecti [20]) incusatus fuerit, solus se in cruce expurgabit, et si ceciderit, conquerenti marcam, judici et juratis dimidiam marcam. [*Igl.* 77 S. 283.]

52. Item si quis diurno tempore manipulos cujuscumque segetis de agris alienis violenter vel furtim acceperit, si raptus [21]) fuerit, illi, cujus agri sunt, in fertone et judici in dimidio fertone respondebit. Si autem nocturno tempore deprehensus simili facto fuerit, pro fure judicabitur. [*Igl.* 90 S. 291.]

53. Item qui in prato deprehensus fuerit nocte vel die, ad judicem vel ad judicium ducetur, et statim de civitate nec ictibus nec jactibus fugabitur, infra annum non reversurus. Et si cum equo raptus [22]) fuerit cum pondere [23]) graminum, judici respondebit in lotone [24]) et leso in dimidio fertone. [*Igl.* 91 lin 5—13 S. 292.]

54. Item nullus baronum vel nobilium aut militum aut provincialium sive curialium aliquam violentiam vel presumptionem in eadem civitate nostra contra aliquem exercere presumat nec capiat sine scitu judicis nostri et juratorum. [*Igl.* 1 lin. 6 — 14 S. 196.]

55. Item quilibet homo sui conpos cum bonis suis faciet, quidquid vult, quamvis uxor sua contradicat et pueri reclament. [*Igl.* 10 S. 212.]

56. Item propter concordiam et bonum pacis unus tantum erit judex in eadem nostra civitate et non plures. [*Igl.* 14. S. 218.]

57. Item si jurati in maniloquio aliquem accusaverint, et si judex cum ipsis judicare noluerit', jurati innocentes erunt et judex erit in culpa. [*Igl.* 15 lin. 1—5 S. 219.]

58. Item si quis honerosis implicatus debitis non valens rebus mobilibus persolvere, et si habet hereditatem, quam illi pro debito obligabit, ille, cui obligat, infra sex septimanas coram judicio eandem hereditatem ter proclamabit, et post trinam proclamationem, si non exsolverit, judex sibi ad annum et ad unum diem tenendam [25]) presentabit. Quo finito, si nullum inde fructum percepit, judex sibi eam proprie subjugabit; si autem aliquem inde fructum percepit, tam diu tenebit, donec debitor liberabit. [*Igl.* 23 S. 225, 26.] [26])

59. Item cui debitor suus cum manu per judicem fuerit presentatus, tenebit eum in temperato, nec frigore nimio nec calore, ferro manuali, et pascet eum quarta parte panis pro denario emti et cipho aque. Si autem talem evaserit captivitatem, in quocumque loco ipsum invenerit, mediante judicio ipsum tenebit. Si autem cum suo consensu captivitatem evaserit, nisi judicio mediante, amplius si vult de eisdem debitis sibi non respondebit, et juramento si vult se postmodum expurgabit pro eodem debito. [*Igl.* 37 S. 233.]

60. Item omnes montes, qui in hereditate nostra et in bonis militum et aliorum hominum nostrorum inventi fuerint, ad eandem civitatem et cives nostros pertineant cum mensura et jure totali; preterquam in tribus civitatibus nostris, scilicet Slapans Bela et Chotebors [27]), ad quos omnes montes inventi in laneis ipsorum [28]), quod vulgariter dicitur hueben [29]), qui eis sunt mensurati, cum mensura et omni jure suo pertinebunt.

61. Item qui presumptuose tabernam aliquam intraverit ratione rixe, et si ibidem moverit aliquam insolentiam, antequam portato sibi potu semel biberit, convictus pro invasione domus judicabitur. Si autem intrans requisito potu semel biberit, et postea insolens fuerit, non judicabitur pro invasore domus [30]).

62. Item statuimus, ut de omnibus agris mensuratis pertinentibus ad nostram civitatem de quolibet laneo nobis dimidia marca puri argenti pro censu persolvatur. Hii vero sunt agri, qui ad eandem nostram pertinent civitatem, videlicet Schenkeldorf; Hrushenstein, curia Wernheri ibidem, curia Hanmanni Rufi, curia Heinrici Bihusshen, curia Pabonis, unus laneus Eccehardi, alter dimidius laneus Arnoldi Ganchower, quatuor lanei Wernheri Etch, curia Cunradi Albi, agri domini Eberhardi antiqui, curia Cunradi Herstul et villa

20) Beihülfe bei der Tödtung. Vgl. *Osenbrüggen*, Ztschr. f. dtsch. Recht XVIII, 86—88.

21) Rapere i. e. manum injicere. *Ducange-Henschel* l. c. V, 586c. Doch könnte auch „captus" zu lesen sein.

22) So auch das *l. Igl.* Vgl. die vor. Note.

23) Bürde.

24) D. i. $^1/_{16}$ Mark; 4 lotones s. loti geben einen ferto, 4 fertones eine marca.

25) *St.* tenendum.

26) Vgl. dazu *Tomaschek's* Darstell. S. 169, 70.

27) Jetzt Slapanic, Bela oder Biela [beides nur mehr Dörfer] und Chotiebors an der Dobrowa.

28) Eigentlich: ad *quas* . . . *ipsarum*.

29) Laneus (lan), die slavische Hufe Vgl. *Landau*, Territorien (1854) S. 92 flg.

30) Vgl. *Tomaschek's* Anmerk. S. 260.

nomine Poywa; curia Wernheri in Wezzels et curia Beronis ibidem; Gobelstorf cum agris Claritii, scilicet quartodimidio laneo et dimidio quartali, et curie Ulmanni et relicte Wilhelmi et unus laneus Lesshers; et curia Reinoldi in Gerungestorf. Isti et omnes agri mensurati ad nostram civitatem pertinentes in omnibus collectis et aliis servitiis communibus servient cum civitate. Insuper omnes piscaturas statuimus liberas, et quicumque eas fecerit censuales, solvat tria talenta. Preterea omnes alie hereditates sive in civitate sive extra civitatem, quas possident iidem cives nostri in domibus, molendinis et macellis carnium sive panis, in apothecis institorum et in ortis, libere sint ab omni censu [31]); preterquam cum incumbit necessitas civitati generalis, tunc secundum taxationem juratorum debent subvenire civitati in collecta et in aliis servitiis oportune.

63. Item si quis de militibus aut de familia nostra excesserit, usque ad nostram presentiam detineatur, quia salvo jure judicis nostri tales personaliter mediantibus juratis nostris volumus judicare. Et si judex vel jurati nostri aut aliquis de familia nostra offensus aut lesus vel occisus fuerit, salvo jure judicis mediantibus juratis personaliter hujusmodi causam rite volumus judicare.

64. Item volumus, ut nullus aliquam hereditatem alicui ecclesie conferat pro anime sue remedio; sed solum de promptis [32]) et mobilibus rebus suis unusquisque, prout deus sibi inspiraverit, pro salute anime sue debeat ordinare.

65. Item quicumque uxorem suam legittimam contumaciter et innocenter sine causa legitima vulneraverit aut aliquo gravi modo leserit aut occiderit, coram judicio judicabitur seculari. Si autem propter aliquem excessum gravem et causam evidentem, sicut est fornicatio, adulterium et hiis similia, in predictos articulos quis inciderit, coram judicio judicetur spirituali. [*Igl.* 60 S. 253.]

66 *). Si quis invenerit novum montem, mensurentur sibi septem lanei et ex utraque parte [33]) mensuretur domino regi laneus, postea domino Henrico et fratribus suis primo dictis [34]), postea juratis laneus unus sicut regi. Mensuratoribus montis dabuntur quatuor solidi pro pretio mensurationis. [*Igl. BR.* S. 12, 13 Z. 1—4.]

67. In jure mensurati montis volumus habere in eo, quod dicitur inme hangenden [35]), tres laneos et dimidium, in eo, quod dicitur inme ligenden [36]), unum laneum; altitudinem et profundum in equali statura [37]). [*Igl. BR.* S. 12 Z. 1—4 v. u.]

68. Quicumque laboraverit in eo, quod dicitur stollo, et metallum invenerit, mensurabuntur ei septem lanei de ipso loco et jus aliorum montium [38]). Si vero ex consensu et de scitu judicis et illius, qui montes porrigit, in eo, quod dicitur stollo, quis laboraverit, nemo per tres laneos et dimidium ante eum et post eum impedire presumat. (*Igl. BR.* S. 13 Z. 5—11 v. o.]

69. Si mons vel stollo, qui fuerint mensurati, deserti relinquuntur, die dominico coram populo proclamabitur, ut hii, quorum sunt partes, laborent [39]); quod si non fecerint, transactis xiiii. diebus iterum proclametur. Si vero tunc non laboraverint, die dominico sexto pro jure domini regis detur tali modo, si nemo dictum montem pro quarta vel quinta vel sexta vel septima parte suscipere voluerit. [*Igl. BR.* S. 13 Z. 11—17.]

70. Si quis mons alium montem per aquam impedit, post tres dies mons impediens impedito monti presentetur, judici ante ter pronunciato [40]). [*Igl. BR.* S. 13 Z. 17—20.]

71. Si quis de consensu et scitu judicis laboraverit in eo, quod dicitur stollo, et in monte mensurato et deserto, si ad laneum burgensium sine consensu ipsorum pervenerit, transitus ipsius stollonis [41]) in voluntate burgensium consistit; si autem de consensu ipsorum illuc pervenerit, sub mediocri hominis statura, qui nec longus nec brevis possit adverti, apposita longitudine manus

---

31) Vgl. *dessen* Anmerk. S. 197, 98.

32) Promptus: „bereit, gereit, bar.“ *Dieffenbach*, Glossar. lat.-germ. p. 464c. Es ist hier an die „bereitschaft“ d. i. Baarschaft des prager Statutarrechts A. 18 zu denken. Vgl. *Rössler*, Das altprager Stadtrecht S. 12 m. S. LX u. 194.

*) Mit Artt. 66—74 wird das Wenzlaw'sche Bergrecht für Iglau a. d. XIII. Jhdt. in Graf *Sternberg's* Umrissen I, 2 UBuch Nr. 8 S. 11 flg. (deutsch II, 17—35) verglichen.

33) D. h. auf jeder Seite des Runnbaums $3^1/_2$ Lane, bergmännisch jeder zu 7 Lachter (Klafter) gerechnet.

34) Nämlich den Herrn von Lichtenburg.

35) „Im Hangenden“, vom Gesteine über dem Gange.

36) „Im Liegenden“, vom Gesteine unter dem Gange.

37) In gleichem Masse.

38) D. h. es sollen ihnen „gleiche Rechte wie den übrigen Gängebesitzern in anderen Zechen zustehen.“ (*Sternb.*)

39) D. h. den Fortbau wieder aufnehmen.

40) D. i. eine wassernöthige Zeche, welche die Arbeit in einer anderen hindert, soll der letzteren überlassen werden.

41) D. h. der weitere Durchtrieb des Stollens.

pertransibit; salvo jure videlicet, quantum transeundo super se [42]) secare potuerit, sine expensis absolute tenebit. Ita [43]), si in predicto laneo fuerat prius laboratum, in medio etiam lanei super profundius sedebit [44]), et quidquid lucri ferro mediocri subtus se habere potuerit [45]), ad usus suos cedet absque omni impedimento. Si autem burgenses postmodum, vel quicunque sit, stollonem suum necessarium habuerit, quartam partem expensis suis elaborabit et optinebit. [*Igl. BR.* S. 13 Z. 20—28.]

72. Ubicumque mons aliquis mensure adjudicatus fuerit inpediente mensura alterius montis, videlicet laneo burgensium, ita quod tres laneos et dimidium ad minus optinere non possit, predicta mensura novi montis in metis lanei burgensium sumet initium [46]) et sic mensuram debitam optinebit vii. laneorum, postea regi duos, domino Heinrico cum fratribus suis antedictis duos, juratis duos mensurabunt. Si autem inter duos montes mensuratos novus mons mensure adjudicatus fuerit et debitam mensuram habere potuerit, scilicet omnium laneorum, mensuretur. Si autem habita mensura aliquid superfuerit, scilicet minus duobus laneis, quod dicitur vbershar, ad usus cedat juratorum. Si vero duo lanei aut plures, inventores, qui in eis laborant, libere possideant mensura prius habita. [*Igl. BR.* S. 13 Z. 29—39.]

73. Si quis per consensum judicis et illius, qui montes porrigit, stollonem initiaverit, et alter superveniens ante ipsum extra debitam mensuram, scilicet trium laneorum et dimidium, per alium stollonem vel per quamcumque foveam [47]) prior metallum invenerit, datis testibus et examinatis mensuram vii. laneorum prior optinebit [48]). [*Igl. BR.* S. 13 Z. 39—41, S. 14 Z. 1—4.]

74. Quicumque inventorum novi montis metallum et meatum [49]) debito modo judici primus presentaverit, nemo ante ipsum vel post ipsum in spatio unius lanei laborare presumat. Qui autem contra hujusmodi statutum infra predictam mensuram laborare presumpserit, omnis lucri illius fovee expers permanebit; primus [50]) autem omnem justitiam optinebit. [*Igl. BR.* S. 14 Z. 4—9.]

Cujus rei testes sunt Gallus de Lipolitiz, Buzlaus de Zobiduch, Jursicus de Jenicow, Petrus de Hay, Wintherus de Mahleo, Budizlaus de Crumatshingen, Beneda de Marquartitz, Benek de Dlussin, Natshawei de Tupadel. Acta vero sunt hec anno gracie M.ºCC.ºLXXºVIIIº. vi. Idus Junij."

Aus dem Originale im deutschbroder Stadtarchive mitgetheilt von Graf Kasp. *Sternberg*, Umrisse einer Geschichte der böhmischen Bergwerke [II Bände, Prag 1836—38. 8º.] Bd. I. Abthl. 2 Urk.-Buch Nr. 21 S. 30—39. Vgl. dazu *dens.* Bd. I Abthl. 1 S. 37—45, Bd. II S. 49—52; *Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 28; *Tomaschek*, Deutsches Recht in Oesterreich S. 92 — 95 (welcher übrigens auch sowohl in seiner „systematischen Bearbeitung" des iglauer Stadtrechts S. 106 flg. als wie in seiner „Vergleichung" desselben mit anderen Rechtsquellen S. 193 flg. fortwährend den nicht bergrechtlichen Artikeln des deutschbroder Statuts, sogar unter theilweisem Abdrucke derselben, Rechnung trägt).

1278(?) Markgraf Otto („der Lange") 2
von Brandenburg, als Regierungsverweser in Böhmen für den minderjährigen König Wenzel II.[51]), gibt seinem Getreuen Heinmann von Lichtenburg alle diejenigen Rechte, namentlich in Ansehung der Ummauerung der Stadt Deutschbrod und der Waaren-Niederlage daselbst, zurück, welche dem Vater des Letzteren, Smil von Lichtenburg, einst König Otakar „sine causa et contra justitiam" entzogen hatte. *Boczek-Chytil*, Cod. dipl. et epistol. Moravie Bd. V. Anh. Nr. LXI S. 269.

Es ist hier hauptsächlich die Verlegung der „deposicio rerum venalium", des Stapelplatzes, von Deutschbrod nach Iglau durch Privileg K. Otakar's II. v. 1269 (*Tomaschek* a. a. O. S. 325 flg.) gemeint, wodurch den Herrn von Lichtenburg an ihren Einkünften ein beträchtlicher Nachtheil zugefügt worden war.

1278—90. Heinmann von Lichten- 3
burg sichert im eigenen und seiner Erben Jesko und Heinko Namen den Bürgern zu Deutschbrod die Aufrechthaltung der denselben von seinem Oheime Raimund und seinen Brüdern Wenzeslaus und Szencho

42) Richtiger wäre „ante se" gesagt. „Secare", brechen.
43) Vermuthlich: item.
44) Vielleicht: secabit, wiewohl auch der Abdruck des *I. Igl.* sedebit hat.
45) „Was er mit einem mittelmässigen Eisen vom Liegenden zu erobern vermag." (*Sternb.*)
46) „Wenn bei einer Vermessung die Bürgerlane hindern sollte, dass $3^1/_2$ Lane (zu beiden Seiten) nicht zugemessen werden könnten, so soll das neue Mass an den Grenzen der Bürgerlane anfangen etc." (*Sternb.*)
47) Schacht.
48) Er hat das Alter im Felde. S. auch Art. 74.
49) Gang.
50) Scil. inventor.
51) Vgl. *Palacky*, Gesch. von Böhmen II, 1 S. 323 flg. 327 flg.

bezüglich der Maueranlage ertheilten Rechte, sowie ihrer gesammten sonstigen Privilegien und, wie wohl ungeschriebenen, doch notorischen Gerechtigkeiten zu, und fügt noch weitere Versprechungen bei, theils den Aufenthalt und die gerichtliche Behandlung seiner Dienstleute in der Stadt betreffend, theils dahin gehend, dass auch die Herrschaft in ihren Rechtshändeln mit den Bürgern keinerlei selbsthülfliche Gewalt wider letztere gebrauchen, vielmehr vor Richter und Schöffen der Stadt Recht suchen und nehmen solle:

„Noverint universi tam presentes quam posteri, quibus hec littera fuerit recitata, quod nos Heinmannus dictus de Leuchtenburch et nostri heredes scilicet Jeschcu et Heinco viris honorabilibus et fide dignis, nostris civibus in Broda theutonicali promisimus et promittimus fide data omni dolo rejecto omnes libertates firmiter observare, quas noster patruus Remundus et fratres nostri Wenzeslaus et Scencho dicti de Leuchtenburch pro circumdacione muri civitatis predictis civibus tribuerunt. Preterea promittimus, quod ipsam civitatem una cum civibus in ea manentibus in omnibus juribus suis privilegiis conscriptis volumus permanere. Item volumus, ut nullus famulorum nostrorum contra velle predictorum civium in jam dicta civitate habeat mansionem. Amplius promittimus, si aliquis famulorum nostrorum furtum vel spolium ad prefatam civitatem duxerit, et cum eo occupatus fuerit, quod ille judicio ibidem compareat secundum jura ipsorum civium responsurus. Eciam damus pro jure, si aliquis famulus noster in civitate sepius prenotata aliquos excessus fecerit vel facere presumpserit, quod talis, si fidejussoria caucione caruerit, debeat detineri et jure ipsorum civium judicari. Item dedimus, quicunque hominum ad sepedictam civitatem venerit, quod ille potencialiter non debet duci extra ipsam, sed quicunque contra ipsum quidquam agere habuerit, illi ipse respondere debet coram judice civitatis. Eciam damus, quod si aliqui homines nostrorum servitorum residentes in episcopatu vel in abbatia vel in prepositura fuerint, illi pro quacunque causa possunt occupari coram dicte civitatis judice responsuri. Item dedimus promittentes nostris civibus fidelibus et honestis, quod nullus nostrum, qui sumus domini predicte civitatis, aliquam debet facere violentiam ipsis civibus, sed quidquid contra aliquem ipsorum agere habuerint, hoc cum judice coram juratis in ipsa civitate debet fieri secundum justicie complementum. Insuper damus ipsis, quod omnia jura, que habet predicta civitas et non sunt scripta, dummodo sciant scilicet noster patruus Remundus dictus de Leuchtenburch et domina de Zlebu et jurati ceterique cives Brodenses, illa nunquam ipsis volumus violare. Ut hec omnia prenotata, que promisimus fide data et sine omni fraude in hac littera predictis civibus nobis fidelibus et dilectis, maneant integra et inviolata robur habendo et augmentum, presentem cartam apposicione sigillorum scilicet nostri Heinmanni dicti de Leuchtenburch et patrui nostri Remundi nec non sororii nostri fratris Jesconis commendatoris de rippein dedimus roboratam.“ [Undatirt.] *Boczek-Chytil* a. a. O. Nr. LXIII. S. 270, 71.

1320, Aug. 4. Der oberste Land-Mar- 4
schall von Böhmen, Heinrich von Lipa — als neuer Besitzer der Stadt Deutschbrod — bestätigt deren Bürgern ihre Rechte und Freiheiten [52]. (R.) *Boczek-Chytil* a. a. O. Bd. VI Nr. CLXIII S. 127.

Der deutschbroder Bergbau war übrigens inzwischen durch die Anlage von Gruben in Mittelberg bedeutend zurückgegangen, was auf den Wohlstand der Stadt selbst einen so merklichen Einfluss hatte, dass dieselbe in einer Urk. König Johann's von Böhmen v. 18. Juni 1321 (Graf *Sternberg* a. a. O. Bd. I Abthl. 2. UBuch Nr. 53 S. 68, 69) als gänzlich verarmt und menschenleer — „sic quod ipsa civitas [Brodensis Teotunicalis] in bonis et hominibus quasi destructa videtur“ — bezeichnet wird. Doch scheint der König die Hoffnung gehegt zu haben, dass sich der Bergbau in Deutschbrod und dadurch der Flor der Stadt alsbald wieder heben dürfte. Denn nach dem alleg. Documente ging er unzweifelhaft mit dem Gedanken um, allda eine Münzstätte zu errichten. Allein seine Erwartungen erfüllten sich nicht. Die deutschbroder Gruben gaben fortwährend nur eine kärgliche Ausbeute, bis sie sich in Folge der Hussitenschlacht v. 1422, welche den schwer bedrängten Ort fast ganz verödete [53]), für längere Zeit völlig schlossen.

1340, Oct. 15. Der „prepositus Wisse- 5
gradiensis“ Berthold von Lipa befreit die Bürger und Bewohner von Deutschbrod wegen erlittenen grossen Brandunglücks auf zehn Jahre von der Steuer. *Boczek - Chytil* a. a. O. Bd. VII Nr. 294 S. 212.

Zum Schlusse möge hier noch bemerkt werden, dass Deutschbrod zwar in Bergrechtssachen das ganze Mittelalter hindurch nach Iglau seinen Rechtszug genommen hat, wie sich aus dem alten „Index locorum,

52) Wiederholt 1343.

53) *Palacky* a. a. O. III, 2 S. 237 flg.

qui ad Iglavienses vel provocare vel informationis causa mittere soliti sunt" bei Graf *Sternberg* a. a. O. Bd. II S. 70, 71 ergibt, dass sich aber von einem auch andere Rechtsangelegenheiten umfassenden Oberhofsverbande der beiden Städte seit 1278 keine Spuren entdecken lassen. Wenn es also auch höchst wahrscheinlich ist, dass bis zum bezeichneten Zeitpunkte ein solcher freiwilliger Nexus bestanden habe, da nur unter dieser Voraussetzung die materielle Uebereinstimmung des deutschbroder Stadtrechts (nr. 1) mit dem iglauer vollkommen erklärlich wird: so muss doch unfehlbar von jenem Momente an eine Aenderung in diesem Verhältnisse eingetreten sein, wofür sich vielleicht ein Grund in der „Erbitterung" der Herrn von Lichtenburg über die Beeinträchtigung ihrer Gerechtsame zu Deutschbrod durch Otakar II. zum Vortheile der Iglauer (*Tomaschek* a. a. O. S. 94), sowie in der Eifersucht der Deutschbroder auf Letztere, als die vom Landesherrn mehr Begünstigten, und einer hiedurch verursachten Spannung zwischen beiden Bürgergemeinden auffinden lässt.

CCXLIV. Deutsch-Eilau.

(Westpreussen.)

1317, Jun. 11. Der Deutschordens-Trapier und Comthur zu Christburg Luther von Braunschweig ändert in dem durch seinen Vorgänger in letzterem Amte Sieghard von Schwarzburg der von ihm (an der Grenze Pomesaniens) neu-gegründeten „civitas Ilavia" über ihre Freiheiten und Besitzungen im Jahre 1305 gegebenen „autenticum privilegium" auf Bitten der Bürger daselbst und zu deren künftiger Förderung einige wesentliche Punkte („quosdam articulos primitive libertatis") durch einen neuen Rechtsbrief, betreffend die städtische Flurmark und deren Grenzen unter Ausscheidung der für den Schultheissen und die Badstube bestimmten Hufen; die Gemeindeweide; den Herrschaftszins von einigen Wiesen, den Schuhbänken und dem „theatrum in quo pannus inciditur", sobald letztere erbaut sein würden, endlich die Fischereigerechtigkeit („cum instrumentis que ham et wurfangel vulgariter dicuntur") der Bürger in dem die Stadt bespülenden Geserich-See, zweckmässig ab, am Schlusse noch die allgemeine Zusicherung aussprechend: „ut hec que predicta sunt et libertas civitatis inmutabilis ac inviolabilis perpetuo Culmensi jure perseverent." *Voigt*, Cod. dipl. Pruss. Bd. II Nr. LXXVIII S. 95, 96.

Eine ansehnliche Vergrösserung seines Stadtgebietes erhielt Deutsch-Eilau im J. 1336 unter dem Ordenstrapiere Hartung von Sonnenborn. Vgl. überhaupt *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. IV S. 541, 606; *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 186.

Deutsch-Krone. CCXLV.

(Westpreussen.)

1303, Apr. 23. Die Markgrafen Otto, Konrad, Johann und Waldemar von Brandenburg und Landsberg, entschlossen, bei dem Dorfe Volzen eine Stadt zu gründen, übertragen die Ausführung dieses ihres Planes den Rittern (und Burgmannen) Ulrich von Schöning und Rudolph von Liebenthal, legen der neuen Stadt den Namen „Arenscrone" bei, und verfügen hierauf, a) wie die derselben zugedachten 208 Hufen Landes theils zur Herstellung eines Stadtdorfes mit eigenem Priester, theils für die Bildung der städtischen Flurmark und die Beschaffung des Bodenraums für die Hofreithen sowie zur Pfarr-Dotation zu verwenden; und wie ferner b) sowohl die Nutzungen aus den vorerwähnten Grundstücken, als auch die Einkünfte von den zu errichtenden Mühlen, desgleichen die Reichnisse, Renten und Gefällen aus der Viehweide nächst dem Döberitz-Flusse, aus den beiden Seen Radun und Volzen und den im ersteren befindlichen Werdern, aus dem Kaufhause, den Handwerker-Bänken und Marktbuden, sowie aus der Rechtspflege, und endlich — nach Ablauf der bewilligten Freijahre — der Herrschaftszins von den Stadtflur-Aeckern und den Wohnplätzen zwischen den genannten zwei Gründern und der Stadtgemeinde, beziehungsweise den Landesfürsten zu theilen seien:

„Igitur quoniam nobis et sapientioribus in populo nostro utile videbatur, ut juxta volzen civitas poneretur, dedimus operam illi rei fundationemque illius civitatis cum prefectura porreximus militibus honestis et providis, nostris subditis, Ulrico de Sceninghe et Rudolfo de Livendale, civitatemque ipsam volumus appellari Arnescrone [1]). Huic civitati damus octo mansos et ducentos mansos agrorum forma tali et modo, sicut inferius est notatum. In sexaginta et quatuor mansis dicte civitatis incole villam ponent,

1) In späteren Urkk. wird der Ort blos: „Krone" genannt; seine polnische Bezeichnung: „Walecz, Walcz" erinnert übrigens noch an den Namen des Stammdorfes Volzen.

ita videlicet, ut quatuor mansos ad usus sacerdotis doti libere tribuant, sexaginta vero mansos aliis illius ville incolis dividant excolendos. Hec villa sub civili jure sedebit solvetque redditus civitati. Et quidquid in hac villa et intra istos sexaginta et quatuor mansos ad villam pertinentes utilitatis esse poterit, ad usum pertineat civitatis, et de redditibus hujus ville et de utilitate, que in ipsa vel intra spacium campi ejus esse poterit, nichil nobis perveniet, sed neque fundatoribus civitatis inde aliquid cedet. Ecclesiam hujus ville von officiabit plebanus dicte civitatis, sed habeat ipsa villa sacerdotem per se pastoremque proprium animarum. Hujus ecclesie beneficium perpetuo porrigat, quicumque prefectus fuerit civitatis. Istis sexaginta quatuor mansis ad villam ordinatis remanent centum et quadraginta quatuor mansi, de quibus est taliter ordinandum. Quatuor mansos et centum habebit civitas pro mensura et spacio campi sui, ex quibus quatuor pro dote ecclesie esse volumus sacerdotis, quadraginta autem mansi reliqui ad agros arearum, quod est vulgariter dictum wordelant [2]), essent ordinandi. Sed ut omnipotentis dei laus et gloria examplius cumuletur, ex eisdem agris sacerdoti civitatis iterum quatuor mansos damus, ut pro dono istorum ad missam matutinalem servandam perpetuo sit astrictus, habeatque istos quatuor mansos sacerdos cum prioribus quatuor mansis perpetua libertate. Quidquid in supradictis agris omnibus, hoc est tam in agris pertinentibus ad mensuram campi civitatis quam in agris arearum, utilitatis ordinari poterit, terciam partem fundatoribus dabit, duas partes tribuet civitati. Hoc tamen excipimus, quod dicte civitatis fundatores intra civitatem vel extra in agris, quos dedimus civitati, ubicunque voluerint, duo loca molendinorum eligent, in quibus molendina construent, prout sibi putaverint expedire, de quibus civitati nichil perveniet, sed cum omni fructu tam jure hereditario quam feodali ipsa molendina possideant fundatores. Si aliqua alia molendina construi poterunt in civitate vel extra civitatem, inde terciam partem sument fundatores, civitas habeat partes duas. Damus etiam huic civitati ad pascua pecorum suorum locum castri, qui dicitur Doberiz, et ab ipso Doberiz per circuitum dimidium miliare, quidquid intra hoc spacium utilitatis esse poterit, unde pactus aut census proveniat, terciam partem fundatoribus solvet, duas partes tribuet civitati. Dua stagna raddun et volzen damus etiam civitati, quidquid ex eis reddituum haberi poterit, inde civitas tollet duas partes, terciam partem percipiant fundatores. Insula quedam, que proprie dicitur vulgariter eyn hals, protenditur a loco castri, qui vocatur raddun, et intrat stagnum raddun, hanc cum ceteris insulis existentibus in stagno raddun damus etiam civitati, quidquid in hiis insulis utilitatis esse poterit, terciam partem dabit fundatoribus, duas partes tribuet civitati. Fundatoribus damus libertatem venandi in bonis suis et in terminis civitatis. Quidquid in theatro, in macellis panum, calciorum, carnium census aut precii esse poterit, et si qua alia mazella et case facte fuerint, que redditus solvant civitati, de omnibus eis fundatoribus tercia pars solvetur, due partes remanent civitati. Item fundatorum erit tercia pars de censu et precio locorum, que in annuali foro adventantes occupant, et duas partes civitas retinebit. Sedecim annis habebit hec civitas libertatem; quam diu hoc tempus libertatis duraverit, tollet civitas, ut tanto melius se emendet, duas partes de omni causa judiciorum, fundatores terciam partem sument. Defluxo tempore libertatis due iste partes cedent in usus nostros, sed fundatoribus pars sua tercia remanebit. Iterum transacto libertatis tempore tres solidos brandenburgenses solvent incole civitatis de quolibet manso ex hiis centum, qui ad campum pertinent civitatis, ex hoc censu due partes cedent nobis, tercia pars ad manus transeat fundatorum. Due partes reddituum de agris arearum manent civitati, terciam partem percipiant fundatores. Insula, que intrat stagnum volzen, que proprie dicitur vulgari vocabulo eyn hals, fundatorum sit et in ea nichil auctoritatis remanet civitati.“

Nach diesen eigentlich stadtrechtlichen Anordnungen wird dann den beiden Gründern sowohl als wie denjenigen ihrer Freunde, welche ihnen in die neue Stadtanlage folgen würden, reichliches Grundbesitzthum in der Umgebung von Arenscrone zugewiesen, und das Gleiche jenen Personen in Aussicht gestellt, die aus dem Brandenburgischen dorthin übersiedeln wollten, nur dass diesen die Fortleistung ihrer „consueta servicia“ an die Landesherrschaft zur Pflicht gemacht wird. Ausserdem sollen die beiden Stadtgründer — „ut eos minus terreat fundationis labor“ — gewisse zeitweise Befreiungen in Ansehung der ihnen zu Lehen gegebenen Dörfer „Coradesdorp“ (Chursdorf) und „Hegenberch“ (Hagenberg) geniessen, und nicht minder die darauf sitzenden Unterthanen derselben eben so lange dienst- und bedefrei sein.

---

2) Ueber „word“ s. *Thudichum*, Gau- und markverfassung S. 237; *Homeyer*, Register z. Sachsensp.-Landr. (1861) S. 503.

Endlich erklären noch die Markgrafen, dass sich alle vorstehenden Zugeständnisse auch auf die Söhne und beziehungsweise Brüder der Ritter Ulrich und Rudolph, so dass diese sämmtlich „ista una manu, una possessione universa possideant atque servent“, erstrecken sollten; dass ferner, wenn etwa auf die den Gründern verliehenen „bona novalia“ Ansprüche erhoben würden, sie (die Fürsten) selbst „illius impugnationis sedatores“ sein, und dass sie, sofern die Ersteren vielleicht nachmals von ihren Rechten in der Stadt und deren Feldmark an Dritte zu veräussern gedächten, die Käufer „absque servicio“ damit belehnen wollten. Gedruckt in *v. Ledebur's* Archiv Bd. I (1830) S. 359–65. Vgl. *Klöden's* Diplomat. Gesch. des Markgr. Waldemar von Brandenburg Bd. I S. 306; E. L. *Wedekind's* Gesch. der Neumark Brandenburg (1848) S. 78 flg. 220.

Krone, oder wie es in jüngerer Zeit zum Unterschiede von dem an der Bran gelegenen Städtchen Polnisch-Krone (Koronowo) geheissen ward: Deutsch-Krone — gehörte ehedem zur „terra s. marchia Transoderana“, also zur s. g. Neumark, und erscheint etwa seit 1314 im Besitze der daselbst reichbegüterten alten Dynastenfamilie von Wedell. Wie die Stadt dann später an Polen gekommen ist, lässt sich mit Sicherheit nicht bestimmen.

CCXLVI. Deutz.

(Preussen, Rheinprovinz.)

Ferd. *Deycks*, Progr. de origine Romana oppidi Tuitiensis, Monast. Westph. 1850. 4°. L. *Ennen* „Zur Geschichte der Abtei Deutz“ in den Annalen des histor. Vereins für den Niederrhein Heft XIII, XIV (1863) S. 81—109, sowie in der Gesch. der Stadt Köln Bd. I S. 724; II S. 72, 83, 89, 90, 106, 165, 724 flg., 772, 788.

1 **1229**, März 18. Erzbischof Heinrich I. von Cöln führt die „laudabilis ordinatio, quam honesti viri cives colonienses exercentes officium lanei operis diutius observaverunt“, auch bei dem Wollenamte zu Deutz ein, unterstellt dasselbe der Aufsicht („custodia“) einer halb aus Cölnern und halb aus Deutzern zusammenzusetzenden „deputatio visitatorum“, und bestimmt für etwaige Uebertretungen der fraglichen Verordnung die zu verhängenden Geldbussen, wovon dann die eine Hälfte den „colonienses qui preesunt officio lanei operis“, die andere dem „scultetus tuiciensis“ zufallen soll, welcher Letztere wieder „hujus medietatis mediam innocentibus tuitiensibus, qui sunt de officio lanei operis, assignabit.“ Zugleich wird vorgeschrieben, wie die oben erwähnte Tuchschau in den von den deutzer Webern zu Cöln gemietheten Verkaufslocalen ausgeübt, und wie gegen einen „contumax opponens se premissis“ zuerst bei dem Schultheissen in Deutz, und sofern hier nichts auszurichten wäre, bei den Bürgermeistern in Cöln verfahren werden soll, welche „magistri colonienses contra illum tuiciensem tanquam contra concivem suum coloniensem juxta consuetudinem civitatis coloniensis procedent.“ *Ennen* u. *Eckertz*, Quellen z. Gesch. der Stadt Köln Bd. II Nr. 117 S. 122, 23. [S. unten nr. 4.]

1230, Aug. 1. Derselbe erlaubt seinen 2
Bürgern zu Deutz, die Stadt zu befestigen, und gewährt Allen, welche daselbst wohnen wollen, völlige und immerwährende Abgabenfreiheit —: „noverint tam presentes quam futuri, quod nos attendentes devotionem et fidei puritatem, quam burgenses nostri de Tuitio circa nos et antecessores nostros habuisse dinoscuntur, de priorum et fidelium nostrorum consilio concedendum duximus eisdem, quod oppidum Tuitiense propter temporis inclementiam et malignantium incursus firment ac muniant, et omnes in ipso residere volentes ab omni exactionis onere liberi perpetuo existant et immunes, ut tanto amplius in obsequio ecclesie Coloniensis fervescant, quanto se ab ipsa commoda senserint gratiora percepisse.“ *Lacomblet*, UB. Bd. II Nr. 166 S. 86; *Quellen* a. a. O. Nr. 119 S. 124, 25.

1307, Sept. 15. Erzbischof Heinrich 3
II. von Cöln setzt dem Grafen Wilhelm von Berg seine „stat ze Duytze mit deme scultesammete, deme hove inde mit dem beirzolle inde mit aller der anderen reynten“ für 2500 Mark brabanter Pfennige zu Pfand, jedoch mit der Bedingung, dass der Graf während der Dauer dieser Pfandschaft von den Deutzern keine weiteren Abgaben und Schatzungen, „dan de reychte rente“, nehmen, sowie die Bürger und Leute zu Deutz „in alle der vryheyt inde reycht inde guder gewuneden inde privilegien halden“ solle, welche ihnen die früheren Erzbischöfe von Cöln und Heinrich von Virneburg selbst verliehen haben. *Höfer*, Auswahl der ältesten Urkk. in dtsch. Sprache im k. geh. Staats-Archiv zu Berlin S. 73—76.

1335, Aug. 16. Erzbischof Walram von 4
Cöln bestätiget auf Ansuchen der „magistri seu rectores civium Coloniensium officium lanei operis ibidem exercentium“ den ihm in unversehrter Original-Ausfertigung vorge-

legten Rechtsbrief seines Vorgängers Heinrich I. über die Einführung gewisser „statuta et ordinationes“ der cölner Wollenweber zu Deutz vom J. 1229 [nr. 1], unter vollständiger und wortgetreuer Wiederholung der Urkunde, sowie Bedrohung aller die „confirmatio ratificatio et approbatio“ Missachtenden mit der „paena excommunicationis latae sententiae.“ *Brewer*, Vaterländ. Chronik Jahrg. 1825 S. 462—65.

5 **1358**, Jul. 24. Erzbischof Wilhelm von Cöln verkauft, um die grosse, kaum erträgliche Schuldennoth seiner Stiftslande etwas zu erleichtern — oder, was wahrscheinlicher ist, um damit den Aufwand, welchen der arnsbergische Krieg verursacht, zu bestreiten —, dem cölner Bürger Arnold „de Palacio“ und dessen zum Laienstande gehörigen Erben „curtim suam in Tuicio cum omnibus edificiis et structuris, item officium scultetatus et jurisdictionem suam temporalem altam et bassam in Tuicio, necnon theloneum suum cervisiale ibidem“ [1]), sammt einigen anderen nicht auf Deutz bezüglichen Renten, für 4250 „denarii aurei dicti vulgariter gulden schilde“, jedoch unter dem Vorbehalte, dass dem Erzstifte der Wiederkauf um gleiche Summe jederzeit zu Martini freistehen solle. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 580 S. 486, 87.

6 **1364**. Erzbischof Engelbert III. von Cöln erneuert seinen Bürgern zu Deutz das Umwehrungs- und Steuerfreiheits-Privileg Heinrich's I. v. 1230, nr. 2. [R.] *Lacomblet* a. a. O. Bd. II S. 86 Note 1.

Ausser den bisher aufgeführten Urkunden besitzt Deutz noch zwei rechtshistorisch höchst bedeutsame **Weisthümer**, nämlich:

7 A. die s. g. jura oppidi Tuitiensis, vermuthlich dem Ende des XIII. Jhdts. angehörig. Sie sind in lateinischer Sprache abgefasst, beginnen mit den zugleich als Aufschrift dienenden Worten „Hec sunt jura, que nobis antecessores nostri scabini reliquerunt et hactenus duximus in bona consuetudine observanda“, und begreifen 27 Haupt- und 2 Zusatz-Artikel, letztere mit dem besonderen Rubrum versehen: „Jus scabinorum hic sequitur.“ Dass nun der Zweck der Aufzeichnung kein anderer gewesen sei, als die Competenz der erzbischöflichen Amtleute („officiatus et scultetus“) gegenüber dem bergischen Vogte („advocatus“), welchem z. B. der Allein-Vorsitz in den drei „judicia per annum, que dicuntur judicia non indicta“ vindicirt wird, sowie die Wirkungskreise der den beiden Behörden entsprechenden „precones s. nuntii“, z. B. in Ansehung der Pfändungen und Ladungen, möglichst genau abzugrenzen, unterliegt keinem Zweifel. Es finden sich aber auch noch andere Bestimmungen eingemischt, so namentlich über die Gerichtshegung in den fünf Stadtdörfern; die Aechtung eines der Tödtung Angeschuldigten, welcher ungehorsam ausbleibt; die Verpflichtung, eine anhängig gemachte Streitsache durchzuführen [„si alicui aliquid molestie acciderit, si non velit conqueri, non cogetur agere vel conqueri a judice aliquo; si autem per preconem juratum deducta fuerit sua querimonia in judicium, cessare non poterit a querimonia, sed ultra in ea stabit“]; das Verbot, einen Mitbürger „sine debita causa“ vor den Richter oder zum Zweikampfe zu fordern; die Ahndung von Diebstählen [„si aliquis deprehensus fuerit in furto, non suspendetur, nisi res excedat valorem xiii [2]) denariorum“]; die Abgaben Fremder an die Stadtkasse von Pferdekäufen, Reifhandel und Schiffsfrachten; die reciproken Verhältnisse der Siberger und Deutzer sowie dieser und der Cölner in Betreff des Zolles und der Realcaution („accredere se possunt super suam hereditatem, si quam habent“) bei gerichtlicher Belangung; die Beträge der grösseren und kleineren Schöffen-Wedde u. a. m. Abdrücke in *Kindlinger's* Samml. merkwürdiger Nachrichten u. Urkk. f. d. Gesch. Deutschland's Heft I (1806) S. 133—38 und danach in J. *Grimm's* Weisth. Thl. III S. 1—3.

B. Die grosse Schöffen-Kundschaft 8
v. 16. März 1386 in deutscher Sprache. Die Veranlassung ihrer Entstehung erhellt aus einer Urk. v. 27. Febr. dess. Js. [3]), worin Herzog Wilhelm von Berg, welchem Erzbischof Friedrich III. von Cöln verschiedene Uebergriffe in die Gerechtsame seines Stifts, namentlich auch in Beziehung auf Deutz und den Königsforst, zum Vorwurfe gemacht hatte, mit Letzterem dahin übereinkommt, dass zur Beilegung dieser „stoiz ind zweyunge“ von beiden Parteien bei den deutzer Schöffen ein Weisthum eingeholt werden

1) Dieselben Güter, Gerechtsame und Einkünfte nebst dem Viehzolle und der Stadtwage zu Deutz wurden später dem cölner Patrizier Johannes Hirtzelin von EB. Friedrich III. zu Pfand gegeben, welcher dann auch 1381 den inzwischen eingelösten Bierzoll an Hermann von Goch und Johann von Troyen jahrweise verpachtete. *Ennen*, Gesch. II, 711; 416.

2) Nach Weisth. B.[b] ist XII $^1/_2$ anzunehmen.

3) *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 902 S. 795—97.

soll, welchem in allen Stücken Folge zu leisten sei — : „Vort as van der heirlicheit, reichte, gerychte, lande ind luyden der vryheit ind des kirspels zu Duytze ind der dorpere daryn gehuerende syn wir ouch oeverdraigen, dat wir unse vrunde van beyden syten des vrydages na deme sondage Invocavit vurschreven ouch zu mittaige schicken solen zu Duytze ind in der vurschreven wyse an den scheffenen van Duytze oevermitz unse vrunt van unser weigen doin gesynnen, dat sy mallich van uns herren syn reicht da wysen ind saighen up yre eyde; ind so wat die scheffene van Duytze unsme herren van Colne ind syme gestichte ind uns hertzoghen van dem Berge dan da wysent ind bekennent mallich van uns herren vur syn reicht, des solen wir gevolgich syn ind damit sal uns wal genuegen ind darenboyven nyet vurder an uns herren luyde van Colne ind an die gerychte tasten." Nach dem Prooemium zum Weisthume — welcher Eingang übrigens in jüngeren MS., so in der „auss der ffreihait Duytz Gerechtigkeit Boich" auf Befehl des Schultheissen Johann Moir durch den Notar und Gerichtsschreiber Wessell Benzeler „ausscopierten" Abschrift (saec. XV)[4]) fehlt — erschienen nun auch wirklich an dem anberaumten Termine die Deputirten des Erzbischofs sowohl wie des Grafen von Berg bei dem Schöffenstuhle von Deutz mit dem Begehren, dass derselbe „mallichem van den vurschreven synen herren syn reicht da wyste ind seichte up syne eyde." Dies ist dann nach vorher gepflogener fleissiger Berathung sofort geschehen. Die Schöffen-Weisung selbst zerfällt aber in zwei Abschnitte:

a) der erstere, welchem die Worte „Dyt is die kuntschafft ind datt recht dat vns scheffen van Duitze kundich is" gleichsam als Titel vorangehen, betrifft lediglich den materiellen und territorialen Umfang der den Erzbischöfen und den bergischen Grafen über Deutz und das dazu gehörige Kirchspiel zustehenden Hoheitsrechte, und schränkt diese bei den letzteren ausschliesslich auf den Besitz der deutzer Vogtei ein. Die Hauptstelle lautet: „In dem irsten sy zu wissen, dat Dütze, dat vurmals eyn sloss vnd stadt is gewest vnd noch huide dis dachs eyn freihait is, mit den vünff dorpen, die darzu vnd darin gehorent, doit ind leventig, mit naemen Westhoven Polle Roelsshoeven [5]) Vyntze ind Kalke [6]) myt allen iren zubehueren ind bynnen den pelen ind tyrmpten, as hernae beclert is, ffrig eygen alt erve vnd guidt is ind gewest hait van der tzeitt dat nyemantz anders gedencken en mach, vnd van manniche hondert jaeren gewest is vnss heren des ertzenbusschoffs van Colne vnd seyns gestichs, also dat die herlicheit ind dat hoichgerichte ind alle gebott ind verbott, die volge, der dienste ind der klockenslach, die schiffinge vnd dat vair, die toll, vurwerde ind geleide vnd alle ander rechte vnsez hern des ertzebusschofs van Colne ind seyns gestichtz van der vurscr. tzeitt ind jaeren gewest synt ind noch synt; beheltenise doch dem vaichte, die zertzeit das is, vnd die eyn swigendt [7]) vacht is, alsulchs rechtz as im der scheffen zudeilt vnd wyst, ind as in den puncten van deme gerichte erklert steit ind nyt me." (MS. Bl. 1ᵃ.)

b) Der zweite Abschnitt dagegen mit der Ueberschrift „Dit is van deme gerichte vnd van allem vpvalle ind wat ider har rechtz da an have" (MS. Bl. 2ᵇ) stellt sich bis auf zwei die Eigenguts-Uebertragung und Eideshinderung betreffende Einschaltungen als eine fast durchgehends wortgetreue Verdeutschung der jura oppidi Tuitiensis [nr. 7] dar.

Abdrücke des Weisthums B., aber nach verschiedenen Hdschr., b. *Grimm* a. a. O. S. 3—7 und *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 904 S. 799—801.

Die Urgeschichte von Deutz führt uns auf zwei wenigstens in hohem Grade wahrscheinliche Ausgangspunkte, eine germanische Ansiedlung der zwischen dem Rheine und der Maas gesessenen Divitenses und ein daneben und zum Theile daraus entstandenes Römer-Castell, der Zeit Valentinian's oder Constantin's angehörig, zurück[8]). In der fränkischen Periode entwickelte sich dann die ersterwähnte Niederlassung zur „villa Tuitium", während das „castrum Divitense", von den Annalisten wohl auch als „civitas Duicia, urbs Diutia (Divicia), Duiza castrum" bezeichnet [9]), um seiner vortheilhaften Lage willen in eine curtis regia umgewandelt wurde, welche nachmals in den

4) Perg.-Hdschr. [im Eigenthume des Herrn Dr. J. S. *Seibertz* und durch ihn mir freundlichst mitgetheilt], 7 Bl. 8⁰.; Rubrum des Umschlags: „Wyssthumb die freiheit Duytz belangend"; Anhang (Bl. 6, 7): „Ditt is dat Recht van dem koninx forste."

5) *Gr.* Railshoven.

6) *Gr.* Kalbe.

7) „Qui tantum autoritatis causa adsidet, rogandi sententiam jus non habet." *Haltaus*, Glossar. col. 1664.

8) *Deycks* l. c. p. 30.

9) *Deycks* l. c. p. 5—7.

Besitz der cölner Kirche gelangte. Ein gleiches Schicksal muss übrigens auch die Ortschaft Deutz, und zwar um dieselbe Zeit, erfahren haben. Erzbischof Heribert [† 1021] benützte nun ein Stück des zum ehemaligen Königshofe geschlagenen mansus, um darauf (1002 — 1019) eine Benedictiner-Abtei zu gründen, welche reich dotirt, bald zu grossem Ansehen gedieh. In verschiedenen Schenkungsbriefen [10]), sowie vornehmlich in der am Weihetage ausgestellten Haupturkunde über Besitz und Einkünfte des Klosters vom 3. Mai 1019 [11]) bezeichnete der Stifter ganz richtig die fragliche Abteikirche als „edificatum in castro Divitensium oratorium", und überwies ihr unter Anderem a) als Immunitäts-Bezirk „ipsum castrum Divitensium, turres videlicet ac interturria cum fossato in circuitu et omnia infra ambitum", und ferner b) „ecclesiam que est in ipso castro decimasque ejus", also die bereits 1003 erwähnte, vermuthlich um besseren Schutzes willen in den Burgumfang hineingerückte Pfarrkirche des Orts, deren „presbiter nullas recipit decimas, nisi tantum de fundo episcopali in agro tuiciensi", d. h. von den innerhalb der Dorfflurmarkung gelegenen erzbischöflichen Tafelgütern. Von jetzt an lässt sich die historische Entwicklung von Deutz in drei selbständigen Strömungen — als Abtei-, Burg- und Ortsgeschichte verfolgen. Nur auf die beiden letzteren vermag natürlich hier näher eingegangen zu werden.

Was nun das in jüngeren Urkunden so geheissene „deutzer Bollwerk" angeht, so blieb dasselbe, obgleich dem Abteigebiete einverleibt, doch lange Zeit ausschliesslich von erzstiftischen Burgmannen („castrenses") besetzt, bis Erzbischof Konrad durch Vertrag v. 2. Sept. 1240 dem Grafen Heinrich von Berg „medietatem castri Tuiciensis jure feodali perpetuo possidendam" übertrug und sofort in besonderer Urkunde die Abtheilung nach „mansiones" und „turres" vollziehen liess [12]). Allein da sich hieraus bald mancherlei Verwicklungen bedenklicher Art ergaben, so trafen schon zwei Jahre nachher (1242) die Parteien, freilich ohne den wahren Grund einzugestehen — „quod propter tumultuationes multiplices devotio tepuerit et religionis sit minoratus effectus in Tuiciensi cenobio propter ibidem inhabitantium laicorum frequentiam" — das Uebereinkommen: „muros et turres circa claustrum Tuiciense funditus destrui, et turrim monasterii usque ad inferiorem testudinem humiliari", dabei für sich, ihre Nachfolger und Erben die gegenseitige Zusicherung beifügend: „quod nullas de cetero munitiones vel firmitates nec in territorio nec in jurisdictione nec in villa vel in claustro aut monasterio Tuiciensi facient, nec ab aliquo quantum in eis est fieri permittent" [13]). Und weil nun insbesondere die Stadt Cöln das nächste Interesse daran haben musste, die ihrer gemeindlichen Freiheit als Schutzmittel der erzbischöflichen Macht so bedrohlichen deutzer Werke nicht wieder im alten Umfange erstehen zu sehen, so schlugen die dortigen Bürger alle denkbaren Wege ein, um dieser Gefahr möglichst vorzubeugen. So schlossen sie zuvörderst mit den bergischen Grafen in den J. 1262 und 1318 Verträge ab, worin Letztere das Versprechen gaben, die Wiedererrichtung einer „vestenunge of burg" zu Deutz niemals zulassen zu wollen [14]), nachdem bereits vorher ein schiedsrichterlich vermittelter Vergleich der Cölner mit dem Abte und Convente des Klosters zu Deutz v. 1. März 1260 zu Stande gekommen war, in welchem diese das Zugeständniss machten, dass sie bei der in Angriff genommenen Restaurirung ihrer durch Feuer und Plünderung fast zerstörten Gebäulichkeiten von der neuerlichen Anlage fester Thürme gänzlich absehen würden [15]). Und endlich wussten die Cölner unter dem 21. März 1317 ein ihnen günstiges Abkommen mit Schultheiss, Schöffen und Gemeinde von Deutz selbst zu erzielen. Diese hatten nämlich, wie das in der wirrenvollen Regierung Erzbischof Heinrich's von Virneburg gar nicht befremden konnte, ihre Stadt zur Abwehr drohender Angriffe aus eigenen Mitteln noch stärker befestigt, liessen sich aber jetzt zu der sogar mit der Einlagerclausel bekräftigten Zusicherung bewegen: „quandocunque honorabiles viri domini de consilio civitatis Coloniensis requisierint et cum eorum certo nuncio nobis demandaverint, quod infra quindenam postea sine ulteriore protractione deponi faciemus et planari, quicquid circa planckas, fossas nostras et hameydas [16]) construi fecimus et parari pro municione nostra fortificanda, sic quod ita planum permanebit, sicut prius erat" [17]).

10) *Lacomblet* a. a. O. Bd. I Nr. 136, 37 [v. J. 1003] S. 84 flg.
11) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 153 S. 94 flg.
12) *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 249 S. 128 m. Note 1.
13) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 274 S. 142 flg.
14) Vgl. Art. „Cöln" nr. 116, 169.
15) *Quellen* Bd. II Nr. 407 S. 424.
16) Schanze, Verhack. Vgl. „hâmit" in *Benecke-Müller's* Mittelhochdtsch. Wörterb. I, 265.
17) *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 156 S. 116.

Gegen das Ende des XIV. Jhdts. änderte sich jedoch die Sachlage, und die cölner Bürger dachten nun selbst daran, den „burchligen buw zu Duytze to behalden", woraus jedoch dem Erzstifte keinerlei Schaden erwachsen dürfe [18]; ja sie vereinigten sich sogar später mit dem Erzbischofe Dietrich II. zu gemeinschaftlicher Benützung der deutzer Festungswerke gegen Herzog Adolph von Berg [19]. Allein nur zu bald kam jetzt an den Erzbischof die Reihe, wegen des Burgbaus zu Deutz und der daraus den Bürgern von Cöln erfliessenden politischen Vortheile in Besorgniss zu gerathen. Nach längeren Zwistigkeiten erwirkte denn auch Dietrich im J. 1419 vom Erzbischofe Otto von Trier einen Schiedspruch, welcher die Cölner nöthigte, nachdem sie schon zuvor das deutzer Bollwerk zu Otto's Handen gestellt hatten, nunmehr dasselbe völlig zu schleifen [20].

Was andererseits den Ort Deutz betrifft, so stand derselbe das ganze Mittelalter hindurch unter cölnischer Landeshoheit, wie denn auch das schöne, eine stattliche Feste mit Mauern, Zinnen, Thürmen und Pforten zeigende Stadtsiegel („Sigillvm libere civitatis Tvicien.") am inneren Rande die Notiz „opus (?) est archiepiscopi Colon." enthält [21]. Selbständig daneben verblieb aber den Erzbischöfen auch noch der Besitz der unter Oberaufsicht des advocatus Coloniensis durch einen villicus verwalteten „curtis Dutze" [22], und hier dürfte die im XIV. Jhdt. [1342] erwähnte deutzer Münzstätte zu suchen sein [23]. Wann nun Deutz von den cölner Metropoliten zur Stadt erhoben worden sei, lässt sich mit diplomatischer Genauigkeit nicht bestimmen. Jedenfalls setzen aber die Urkk. nr. 1, 2 bereits ein so vorgeschrittenes bürgerliches und gewerbliches Leben voraus, dass man — da unfehlbar unter der im oben ausgezogenen Vertrags-Instrumente v. 1242 erwähnten „villa" der öfter gedachte Herrschaftshof verstanden werden darf — zu dem Schlusse berechtigt ist, die Ertheilung der städtischen Gerechtsame müsse schon früher erfolgt sein. Auch mag Deutz als Stadt rasch zu äusserem Ansehen sich emporgeschwungen haben, da bereits 1262 die stolzen Cölner es gerne sahen, dass ihnen fürstliche Vermittlung ein freundliches Einverständniss mit den überrheinischen Nachbarbürgern zu Stande brachte [24]. Allein lange vermochte sich Deutz in seiner städtischen Eigenschaft nicht zu behaupten. Das Zusammenwirken verschiedener misslicher Umstände, wohin wohl auch die häufigen Gefällsverpfändungen, welchen Deutz durch die Hand der Erzbischöfe unterlag [s. nr. 3, 5], gerechnet werden dürfen, hatte zur Folge, dass dasselbe vielleicht schon um die Mitte des XIV. Jhdts. wieder zur blosen Freiheit herabsank, als welche Deutz namentlich in der Schöffenkundschaft v. 1386 unseren Augen entgegentritt.

18) Vgl. Art. „Cöln" nr. 235 S. 576 Note 91. [Urk. v. 1393.]
19) Das. nr. 256 [Urk. v. 1416].
20) Das. nr. 260, 61 [Urkk. v. 1419].
21) *Lacomblet* a. a. O. Bd. III S. 116 Note 2. Vgl. auch *Quellen* Bd. II Sig. nr. 1 m. Vorw. S. IX.
22) Jura ministerial. B. Petri Art. 6, *Quellen* I, 213.
23) *Ennen*, Gesch. II, 396.
24) Vgl. Art. „Cöln" nr. 117.

Dieburg. CCXLVII.

(Grossherzgth. Hessen.)

J. W. C. *Steiner*, Geschichte der Stadt Dieburg und Topographie der ehemaligen Centen und Aemter Umstadt, Babenhausen und Dieburg [der Alterthümer und Geschichte des Bachgaus Thl. III], Darmstadt 1829. 8°. *Ders.* „Zur Geschichte der Stadt Dieburg" im Archive f. Hessische Gesch. und Alterthumskunde Bd. II (Darmst. 1841. 8°.) Nr. XVIII S. 351—57. G. *Simon*, Die Geschichte des reichsständischen Hauses Ysenburg und Büdingen, Bd. I (Frankf. a. M. 1865. 8°.) S. 150—53.

1277, Aug. 6. König Rudolph I. freiet auf Ansuchen des Erzbischofs [Wernher] von Mainz dessen Stadt Dieburg — „quemadmodum libertari civitates consueverunt." (R.) Fürst *Lichnowsky*, Gesch. des Hauses Habsburg Thl. II Reg. S. CLXXVII nr. 440b. 1

1325, Febr. 1. König Ludwig IV. erlaubt auf Bitte des Erzbischofs [Matthias] von Mainz, dass in dessen Stadt Dieburg ein Jahrmarkt, und zwar 14 Tage vor Michaelis, abgehalten werde. (R.) *Steiner*, Gesch. S. 178 nr. 87 mit S. 59. 2

1354. Erzbischof Gerlach von Mainz bestätigt seiner Stadt Dieburg gewisse vom Erzbischofe Heinrich III. (von Vinneburg) empfangene, nicht näher bekannte Freiheiten [1]. (R.) *Steiner*. Gesch. S. 179 nr. 88. 3

1) Ueber einen RBestätigungsbrief EB. Heinrich's v. 1346 s. Art. „Aschaffenburg" nr. 1 (S. 60).

4 **1372**, Aug. 25. Erzbischof Johann von Mainz ertheilt den Bürgern seiner Stadt Dieburg eine Confirmationsurkunde über ihre sämmtlichen Rechte und Privilegien. (R.) *Steiner*, Gesch. a. a. O. nr. 89.

5 **1378**, Febr. 19. Erzbischof Adolph von Mainz entbindet seine Stadt Dieburg auf die Dauer von drei Jahren von der Entrichtung jeglicher Abgabe oder Steuer, nur die hergebrachte jährliche Bede ausgenommen. (R.) *Steiner*, Gesch. a. a. O. nr. 90.

6 **1495**, Mai 15. König Maximilian I. bewilliget der Stadt Dieburg, „einen Jahrmarkt auf Sonntag nach unserer lieben Frauen Tag Purificationis, acht Tage vor und acht Tage darnach, zu halten", und gewährt zugleich den Besuchern verschiedene Freiheiten. (R.) *Steiner* a. a. O. S. 180 nr. 92 mit S. 60, 64 Note 8.

7 **1499**, Mai 16. Erzbischof und Kurfürst Berthold von Mainz bestimmt, „dass eynem jeglichen Amtmann, Keller und Rathsmann, so den Rath zu Dieburg besitzen, jerlich dry Gulden an Gelde aus dem gemeinen Stadtbeutel daselbst durch einen älteren Burgermeister uf St. Martinstag gegeben werden sollen." (R.) *Steiner* a. a. O. S. 180, 81 nr. 94.

8 **1499**. Derselbe verordnet, „daz hinfür ein jeglicher Burger zu Diepurg, der hynfür daselbs Wyn zum Zapfen verschenken wirdet, der gedachten Stadt zu dem alten gewenlichen Ungelt und Niederlage vom Fudermaass achtzehn Wysspfennige und dazu von einer jeden Ome Wyns ein Viertel Wyns geben soll." *Steiner* a. a. O. S. 180 nr. 93[2]).

Dieburg — „Diepurg, Dipurg, Dieppburgk, Dyepurg, Dypurg, Dyppurch, Dietpurg, Dytpurg" [3]) — um ein uraltes castrum regium entstanden und danach auch benannt, scheint bereits in sehr früher Zeit, vielleicht schon unter Heinrich IV., im Besitze der Herrn von Büdingen sich befunden zu haben. Einzelne nicht unbedeutende Gerechtsame über den Ort waren jedoch lehenweise in die Hand anderer edler Geschlechter gekommen, wie wir dies namentlich von den Reichsministerialen von Bolanden aus einem der ersten Hälfte des XIII. Jhdts. angehörigen Lehenbuche derselben erfahren. Da uns hier nicht nur ein evidenter Beweis, dass Dieburg schon vor der Urk. nr. 1 städtische Eigenschaft besessen haben müsse, sondern auch zugleich ein höchst beachtenswerther Aufschluss über sein ältestes Stadtrecht geboten wird, so verdient die betreffende Stelle [4]) [nach *Steiner* im all. Archive a. a. O. S. 352, 53] vollständige Mittheilung:

„Tali vero libertate gaudet prefata civitas, ut omnis advena, qui ibidem habitaverit per annum et diem nullo reclamante vel asseveraute, se habere dominium in illo, nulli teneatur ulterius servire, nisi dominis ejusdem loci. Item quicunque duxerit uxorem in eadem civitate et ibi habitaverit, reputandi sunt paris conditionis. Item quicunque ibi decesserit, heredes sui non possunt cogi ad divisionem mobilium, que dicitur buteil, non tenentur id dare, quod dicitur herenreht. Item omnes illic habitantes warandiam habent in marcha communi, quod vulgo dicitur werhaft. Item quelibet area in eadem civitate in festo sancti Blasii nomine census solvit vi denarios. Hunc censum dominus Heinricus burgensibus usque ad consumationem munitionis civitatis indulsit. Item moneta spectat ad dominos predictos de Boland. Item theloneum ad ipsos pertinet et jus destituendi et instituendi thelonarium. Theloneum autem militibus nomine feudorum legatum est usque ad xxi uncias. Item spectat ad eos decima universaliter de xviii mansis et dimidio in Dippure, et eidem decime annumeratur decima de prediis. Item iidem domini jus habeat advocatitium super curiam in veteri civitate, tam super homines quam super mansos ad eandem curiam pertinentes. Item advocati sunt super curiam in Holzhusen, tam super homines quam super mansos ad eandem spectantes. Advocati sunt etiam super marcam lignorum in Dippure spectantem et super pascua et allmeinda."

Nach dem Ableben Gerlach's von Büdingen zwischen 1239 und 1247 gelangte nun Dieburg, in welches sich die Erben des Ersteren getheilt hatten, durch eine Reihe von Partialverkäufen derselben an das Erzstift Mainz. Der erste dieser Kaufverträge ist urkundlich nicht bekannt, dürfte aber unfehlbar vor 1277 [wegen Urk. nr. 1] zu setzen sein. Die übrigen fallen in die Jahre 1284 — 88 [5]), 1294 [6]) und 1310 [7]). Von da an behauptete sich Mainz im dauernden

2) Die Urkk. 1—8 findet man auch aus den im Texte angeführten Schriften b. *Scriba*, Hess. Regesten Abthl. IV Heft 1 nr. 2658 u. Abthl. I nr. 880, 1074, 1207, 1233, 2027, 2045, 46 verzeichnet.

3) Vgl. *Scriba* a. a. O. Abthl. I S. 241 c.

4) Ueberschrieben: „Intitulatio fundationis et juris civitatis et castri in Dippure et jus dominorum ejusdem loci."

5) *Gudenus*, Cod. dipl. Tom. I Nr. CCCXCIII p. 836.

6) *Ib.* Tom. II Nr. CCXXVII p. 281.

7) *Ib.* l. c. p. 281 (R. in nota).

Besitze Dieburg's, welcher nur durch zweimalige Verpfändung, nämlich a) des Amts und der Kellerei Dieburg an den Vogt daselbst Heinrich vom Ryne durch Erzbischof Adolph I. in den J. 1375—1377[8]), und b) der Kellerei Dieburg an die Herren von Frankenstein durch Erzbischof Konrad im J. 1424[9]), sowie in Folge der Zuweisung der Stadt zu lebenslänglicher Inhabung und Nutzniessung an den vom erzbischöflichen Stuhle durch seinen Gegner verdrängten Diether von Isenburg im J. 1463[10]) eine zeitweilige Unterbrechung erlitt. Dass den Erzbischöfen das Aufblühen ihrer Stadt ernstlich am Herzen lag, beweisen die Urkk. nr. 3—5 zur Genüge. Auch hatten sie, wie aus einer, die Neuprägung von Hohlpfennigen, Hälblingen und ganzen und halben Tournosen betreffenden Weisung Erzbischof Gerlach's für die Münzmeister Henselin von Strassburg vom J. 1368[11]) sich ergibt, die alte Münzstätte Dieburg's wieder in Betrieb gesetzt. Vgl. *Steiner*, Gesch. S. 3—21, 51—60.

CCXLVIII. Diedorf.

(Sachsen-Weimar.)

1342, Sept. 22. Kaiser Ludwig IV. erlaubt dem Abte Heinrich zu Fulda „von besundern gnaden . . , das er sein dorff ze Dyedorff mit graben, mürn vnd mit andern sachen vesten büwen vnd warnen müg als ein stat, wann er oder sein nachchomen das wellen, vnd gibt den lüden da selben einen wochenmarckt vf einen tag in der wochen, den der vorgenante furst nach siner bescheidenheit dar zü benennet. Auch tut er in die gnade, das si iriu reht in sinen vnd des riches steten nemen vnd süchen mugen.“ *Schannat*, Corp. tradition. Fuldens. (1721) p. 414; *Dronke*, Cod. dipl. Fuldens. (1850) Nr. 872 S. 437. Vgl. *Thomas*, Oberhof S. 128.

Die „villa nuncupata Theodorpf“ wird bereits in der fuldischen traditio Mattonis et Megingozi a. 788 (*Dronke* l. c. Nr. 87 p. 53) als zum „pagus Grapfeld“ gehörig erwähnt, lag aber eigentlich in dem einen Theil desselben bildenden „pagus Tollifelde“, wie dies auch die traditio Arndeoni a. 814 (*Dronke* l. c. Nr. 302 p. 148) ausspricht. Vgl. *Chronic. Gotwicense* Tom. I p. 820. Städtische Gerechtsame hat übrigens der Ort, obigen Privilegs ungeachtet, niemals erlangt.

Diepholtz. CCXLIX.

(Hannover.)

1318, Jan. 14. Junker Johann, „eyn edele here tho Depholte“ beurkundet, dass er mit seiner Anerben, „boren unde ungheboren“, gutem Willen seinen Burgmannen und Bürgern zu Diepholtz die Stadt „vryg ghegheven have ghansliken, alse de öme sine elderen gheervet hebbet, ewechlicken tho besittende unde tho brukende tho erer behof, tho öhren nüden unde tho al eren nöden, unde mallekem sine wonninghe, sine kemppe, sine wyssche, de se hebbet van der herschop van depholte aldus langhe tho lene had“; führt hienach im Einzelnen aus, wie weit sich der räumliche Umfang dieser „vryheit“ erstrecke, und was die Bürger ausserdem für Wasser-, Weide- und Weggerechtigkeiten unter besonderem edelherrlichen Schutze wider „vorunrechtunge“, wobei jedoch der „teghede over de kemppe umme Depholte“ der Herrschaft vorbehalten wird, desgleichen was Erstere für Holzbezüge im Falle einer ihre Stadt treffenden Feuersbrunst sowie zur Schloss-Ausbesserung, wenn eine solche „ane brandes noed“ Bedürfniss werden würde, geniessen sollten, und sichert endlich den Diepholtzern die Ausfertigung eines gleichlautenden besiegelten Rechtsbriefes zu, wenn etwa der gegenwärtige „van unglücken vorloren“ ginge. In einem gleichsam neuen Abschnitte wird dann zuvörderst den Bürgern von Diepholtz der Gebrauch des **osnabrücker** Stadtrechts bewilliget, hierauf eine Reihe von Bestimmungen über das ordentliche Mittwochs-Gericht, die Folgen des Ungehorsams gegen richterliche Fürgebote, den Pfandverkauf, die Aufnahme neuer Bewohner, das Forum der Bürger im Falle einer Belangung durch die Herrschaft, die Stellung der letzteren zum städtischen Rathe, sowie das Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Diepholtzern und andern Gebiets-Angehörigen angeknüpft, und schliesslich der Stadtgemeinde die Abhaltung zweier Jahrmärkte zugestanden. Dieser zweite Haupttheil der Urkunde lautet:

„Ok so hebbe wy unde use erven ghegheven den börgheren tho Depholte, dat se volghen unde bruken möghen des stades recht unde wyllekore van **Osenbrügghe** ewel-

---

8) *Scriba* a. a. O. Abthl. I nr. 1216, 1228.
9) *Steiner*, Gesch. S. 20.
10) *Scriba* a. a. O. nr. 1819.
11) J. Chr. *Hirsch*, Des Teutschen Reichs Münz-Archiv Thl. I Nr. XLVI S. 42 u. *Gudenus* l. c. Tom. III Nr. CCCXXIV p. 490 sq. Vgl. dazu *Leitzmann's* Wegweiser S. 338.

ken unde jümbermer tho beholdende. Ok so hebbet de börghere van Depholte gewyllekoret, eynes in der weken richte tho holdende uppe den godens dach, unde dat richte tho sökende, weme des noed is; unde welk börghere des daghes tho richte kumpt, de en schal in deme richte des daghes nicht mer breken wen eynen pennink. Were ok dat ein börghere des avendes vorebodet wörde unde des morghenes vor gerichte nicht en qweme, de scholde breken eynen pennink; weret dat he des neghesten richte dages nicht en qweme, so schal he ok breken eynen pennink; were ok dat he des derden richte dages nicht en qweme, so schal he breken twe penninghe. Were sake, dat he denn deme kleghere nicht vul en dede, so scholde men des verden richte dages öme dat richte [1]) legghen vor sine döre unde helpen deme kleghere, dat öme vul sche vor sine klaghe. Were dat men dem kleghere richtede pande ute deme huse, de schal he holden over de dwer nacht unde vorkopen se tho veerteyn nachten bynnen der stad tho Depholte tho guder lüde antworde [2]). Wer dat he der nicht vorkopen en könde bynnen der stad, so mach he ghan vor dat richte unde laten se sich eyghenen tho verteynachten [3]). Were ok dat in de. stad tho Depholte we invaren wolde, de vryg were, dar en wolde wy unde unse erven se nicht an hinderen, wo der herscop were van Depholte unvorwöstet bleven. Were ok dat wy edder unse erven up eynen börghere bynnen Depholte wat tho seggende hedden, dene scholde wy vorklaghen laten vor deme rade; were dat uns de rad neynes rechtes en hülpen, so scholde wy öne vor richte beden laten lik eynem andern börghere. Ok so en schole wy edder unse erven in der stad tho Depholte nemende vordeghedinghen, de dar wonaftich sy edder eyghenen roek hebbe, keghen de radman tho Depholte. Were aver, dat unse vrygen ofte unse vulschuldighen [4]) edder unse borchmanne lüde schelachtig wörden mit unsen borchmannen edder mit unsen börgheren tho Depholte umme schult ofte umme andere stücke, wan se uns edder unsen ammet lüden dat kundech doet unde klaghet, so schole wy se scheden bynnen verteynachten myt rechte; were aver dat wy des nicht en deden, so möghen beyde borchmann unde börghere orem rechte volghen uppe der strate mit besate [5]). Ok so schon wy unde unse erven ön verleghen twyge des jares vryge market vor uns unde vor alle deghenne, de umme unsen wyllen doen unde laten wyllet, dre dage vore unde dre daghe na, unde den ersten market des sondages vor unser vrowen daghe der erste [6]), unde den andern des sondages vor sünte Dionysius daghe."

Abdruck des Rechtsbriefes b. *Pufendorf*, Observatt. Tom. I Append. Nr. IV p. 137—40.

Diepholtz, der Hauptort der zwischen der Weser und Hase sowie den Stiftsgebieten von Münster und Minden gelegenen Herrschaft und nachmaligen Grafschaft gleichen Namens, wird zwar in vorstehender Urkunde wiederholt als S t a d t angesprochen, ist aber demungeachtet thatsächlich über die Bedeutung eines blossen Schloss- und Amtsfleckens niemals hinausgekommen. Die später zur gräflichen Würde erhobenen Edelherrn von Diepholtz (Diepholt, Diffholz), zu den ältesten Adelsgeschlechtern Westphalens zählend, lassen sich genealogisch bis zum J. 933 zurückverfolgen, starben jedoch 1585 aus, worauf ihre Besitzungen in Folge einer vom Kaiser ertheilten Anwartschaft an das Lüneburgische Haus fielen. Vgl. *Havemann*, Gesch. der Lande Braunschweig und Lüneburg Bd. I S. 341, 634; II, S. 15, 481. Dazu s. noch J. Fr. *Gauhe*, Des H. R. Reichs geneal.-histor. Adels-Lexicon Thl. II (1747) S. 166—68; *Kneschke*, Neues allgem. Dtsch. Adels-Lexikon Bd. II S. 482.

Diessenhofen. CCL.

(Schweiz, Kt. Thurgau.)

Einen zusammenhängenden Ueberblick der mittelalterlichen Geschichte Diessenhofen's findet man in J. J. *Leu's* allgem. Helvetisch-Eydgenössischem Lexikon Thl. VI S. 93 flg; die Hauptmomente zerstreut, aber ausführlicher dargestellt hingegen in *Pupikofer's* Gesch. des Thurgaus Hälfte I S. 144 flg., 176, 185 flg., 204 flg., 213 flg., 216, 259 flg., 278 flg. Die rechtshistorischen Quellen bietet sowohl *Pupikofer's* „erste Beilage: Urkunden" (zu Abthl. I), als auch insbesondere J. *Schauberg's* Ztschr. für noch ungedruckte Schweizer. Rechtsquellen Bd. II

1) Urtheil. Vgl. *Benecke-Müller*, Mittelhochdtsch. Wörterb. II a, 647.
2) Gegenwart. *Haltaus*, Glossar. col. 46.
3) Ueber dieses im Ganzen mit dem sächs. Rechte übereinstimmende Verfahren bei Distraction von Pfändern s. V. *v. Meibom*, Dtsch. Pfandrecht (1867) S. 81—97.
4) D. i. eigene Leute. *Haltaus* l. c. col. 1987.
5) Beschlagnahme. *Haltaus* l. c. col. 138.
6) Lichtmess. *Pilgram*, Calendar. p. 187.

(1847): „Thurgauische Rechtsquellen" S. 5—58, 94—116. Vgl. auch *Ztschr. f. schweizerisches Recht* Bd. I, Abthl. Rechtsquellen S. 14 nr. 74—77.

1 **1178**. Graf Hartmann von Kyburg setzt die Rechte und Freiheiten fest, welche die Bewohner seines (am äussersten Ende der Grafschaft gelegenen, um die uralte Dionyskirche entstandenen) Dorfes Diessenhofen [1]), nachdem er es zur Stadt erhoben hat [2]), als Bürger derselben in Zukunft geniessen sollen, dabei u. A. verfügend, dass zweifelhafte Streitfälle bei dem Schöffenstuhle zu **Freiburg** [im Breisgaue] als Oberhof, und zwar nach **cölnischem** Rechte zu entscheiden seien.

Die Original-Urkunde ging verloren; ihr Inhalt kehrt jedoch vollständig in der Handfeste v. 1260, nr. 4, wieder.

2 **1251**. Graf Hartmann der Aeltere von Kyburg (des Vorigen Enkel) verleiht seinen Bürgern in Diessenhofen die Gnade, dass sich alle in ihrem Besitze befindlichen Lehengüter auf die Kinder beiderlei Geschlechts, gleichviel, ob dieselben schon mündig geworden oder nicht, vererben sollen. *Pupikofer* a. a. O. Urk. 5 S. 8, 9. [Vgl. unten nr. 4.]

3 **1258**. Die „universitas civium in Diezenhovin" verkauft, um das für 50 Mark Silber erworbene Gut Büchberg bezahlen zu können, „communitatem suam parvulam", und zwar a) ein Weidestück, aus Feld und Hügel bestehend, an die Schwestern vom Kloster Katharinenthal [3]) für 10 Mark Silber, und b) das Uebrige an 15 benannte, theilweise dem Handwerkerstande angehörige Bürger, wobei von den vier mit der Ordnung und Durchführung der Angelegenheit betrauten Schiedmännern noch besonders verlangt wird, 1) dass keiner der Almenden-Käufer „presumat vendere portionem ante perceptionem primi fructus et ademtionem ecclesie decimarum", und dass 2) Graf Hartmann der Aeltere und die Stadtgemeinde ihr Siegel dem Vertrags-Instrumente anfügen möchten. *Pupikofer* a. a. O. Urk. 6 S. 9, 10 (unvollständig und uncorrect).

1260. Graf Hartmann der Aeltere von Kyburg ertheilt seinen Bürgern in Diessenhofen eine neue, den Gründungsbrief seines Grossvaters wiederholende und durch Anhänge erweiternde **Handfeste**. Dieselbe beruht auf einer Vereinigung von vier selbständigen Rechtsurkunden. Diese sind aber: 4

I. jene vom J. 1178, nr. 1, in einer Reihe von Bestimmungen mit der Handfeste Freiburg's im Breisgaue v. 1120 [*Fr.*] übereinstimmend. Inhalt: Anweisung der zinsbaren Baustätten an die Bürger; Bewahrung erbloser Güter während Jahr und Tag durch Schultheiss und Rath; Weide-, Wald- und Wassergerechtigkeiten der Bürger; Zollfreiheit; Bestellung des Schultheissen; Rechtszug nach **Freiburg**; Veräusserungsbefugniss der Bürger in Ansehung ihrer gesammten Habe; lebenslänglicher Besitz derselben an der Haus- und Hofstätte und freie Vererbung der letzteren; Gleichberechtigung der Frau mit dem Ehemanne; erlaubte Selbsthülfe gegen Hausfriedensstörer; Unstatthaftigkeit eines Fremden-Zeugnisses gegen Bürger; Vorbedingungen der Aufnahme von Rittern in das Bürgerrecht; Zulässigkeit der Gäste als Zeugen wider Gäste; Martini-Hausschilling der Rathleute; Geldbusse bei Realinjurien; Verfahren gegen einheimische Schuldner; Bürgerrechts-Erwerb der Eigenleute; Folgen des Hulde-Verlusts bei einem Bürger; Umfang einer Haus-Baustätte; Steuer- und Wachtfreiheit der Cleriker; Bestrafung schwerer Missethaten. [Artt. 1—21.]

II. Das Lehen-Successions-Privileg vom J. 1251, nr. 2, jedoch mit Hinweglassung der Orts- und Zeitangaben: „Datum apud Diezenhovin anno MCCLI." [Art. 22.]

III. Eine Verordnung Graf Hartmann's des Aelteren, undatirt, aber jedenfalls zwischen 1251—1260 erlassen, worin gewisse gemeindliche Friedsatzungen, betreffend das gefährliche Messertragen innerhalb des Weichbildes und die einfache wörtliche und thätliche Beleidigung von Personen, die Ahndung solcher Handlungen und die Competenz hiezu, ferner die Strafe derjenigen, welche ohne Rathserlaubniss die Stadt verlassen, um Jemanden in einer Pfand- und Haftnahme oder bei sonstigen gewaltsamen Angriffen zu dienen, und schliesslich im Allgemeinen die kleineren Polizeigebote über Brod, Wein,

---

1) Nach dem Orte benannte sich ein ehedem Zähringisches, nachher Kyburgisches und in der Stadt mit Schloss und Rechten belehntes Ministerialen-Geschlecht „de Diessinhovon, Diessenhoven", welches übrigens mit jenem der „Truhsaetz, Truchsaesse von Diessenhoven" unzweifelhaft identisch ist, indem es letzteren Namen von dem durch seine Glieder bei den Kyburgern bekleideten Amte des „dapifer, Truchsäss" allmälig annahm. Vgl. *Docen* im Archiv der Gesellsch. f. ält. dtsch. Geschichtskunde II, 30; *v. Wattenwyl*, Gesch. von Bern I, 292; *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IV, 249; XI, 253.

2) Uebrigens wechseln noch zu Ende des XIII. Jhdts. in Urkk. die Bezeichnungen „villa" und „civitas Diezenhovin" mit einander ab. Vgl. Dipl. a. 1284 b. *Herrgott*, Genealog. Habsburg. Vol. III Nr. DCXXI p. 516.

3) Ueber dieses Prediger-Ordens-Frauenkloster s. *Pupikofer* a. a. O. I, 164 flg.

Fleisch u. s. w. zur Befolgung eingeschärft werden. (Art. 23—26). Endlich

IV. ein Confirmationsbrief desselben Grafen und von gleicher Entstehungszeit über eine Reihe von Rathsschlüssen, welche das Erbrecht der Descendenten, die Pfandveräusserung, die Bestrafung betrüglicher Guts- und Lehenkäufe, sowie den Schuld- und Forderungsübergang auf Ehefrau und Kinder zum Gegenstande haben (Artt. 27, 28, 30, 31). Dazwischen ist dann im Art. 29 eine auf nr. II bezügliche authentische Interpretation, wonach in der Feudalerbfolge ein Vorzug der Söhne vor den Töchtern stattfinden soll, vielleicht erst durch eine jüngere Hand aus einer Randbemerkung in den Text der Handfeste eingeschoben.

„In nomine domini amen. Cum ea que geruntur in tempore, ne lapsu temporis evanescant et pereant, prudentum virorum sollers providentia consuevit literis eternare: noverit igitur tam presens etas quam futura posteritas, quod ego Hartmannus comes senior de Kyburg civibus meis in villa Diezenhovin [4]) quasdam constitutiones et jura subscripta [5]), ab avo meo Hartmanno quondam predecessore meo de Kyburg, fundatore ville predicte, ipsis traditas et conscriptas anno incarnationis millesimo septuagesimo octavo, temporibus Alexandri Romanorum sedis antistitis, Friderico imperatore regnante, sub Bertoldo Constantiensi episcopo, ad majorem predictorum civium et ville cautionem constitutiones et jura scriptis presentibus renovo et confirmo, volens sepe dictas constitutiones et jura ab omnibus meis successoribus illesas firmiter observari.

[I.] 1. Item unicuique civi area contraditur [6]), in qua domum propriam edificare poterit; et de unaquaque area mihi et meis successoribus solidum illius monete in festo s. Martini persolvat [7]). 2. Item si quis predictorum civium viam universe carnis ingressus fuerit, uxor ejus cum liberis utriusque sexus omnia possidere sine contradictione, quecunque vir ejus dimiserit, teneatur [8]) libere et quiete. Si quis autem absque uxore et liberis sive absque herede legitimo moritur, omnia, quecunque possideat, scultetus et consilium ad spatium unius anni in sua custodia retineat, ea de causa, ut si quis jure hereditario ab ipsis postulavit, pro jure suo accipiat et possideat. Quod si forte nullus heredum legitimus ea que reservata sunt poposcerit, tunc una pars dabitur advocato, secunda ad munitionem ville, pars vero tertia in usum pauperum erogabitur [9]). 3. Item predictos cives participes esse concedo in pascuis, in fluminibus, in nemoribus, in silvis, quando lignorum meorum ad edificandum aliquid necesse habeant; tamen a me vel a sculteto hoc [10]) petere debent. 4. Item sine theloneo in eadem villa cives mei esse debent. 5. Item dominus noster nobis scultetum preficiet tam sibi quam civibus competentem, ita ut [11]) si in eligendo ipsum concordes fuerint; sin autem dominus noster pro suo arbitrio quemcunque voluit acceptabit. 6. Item si aliquando inter eos et [12]) cives in judicio de sententia aliqua lis [13]) oritur, non secundum meum arbitrium vel sculteti eorum discutietur, sed [14]) pro consuetudinario et legitimo jure civium coloniensium eadem sententia apud Friburgum discutietur [15]). 7. Item si quis civium nominatorum res noluit, vendat, ita tamen quod emptor de area statutum persolvat tributum. 8. Item unusquisque civis sedens cum uxore sua libere possideat domum vel aream usque ad finem vite sue; similiter et heredes ejus equo jure habentur et pro eo reddent unum censum super hos constitutum [16]). 9. Item omnis mulier legitima in predicto jure viro suo parificabitur et e converso [17]). 10. Item si quis eorum aliquem vi in propria domo invaserit, sub testimonio duorum burgensium tribus vicibus invasorem exire faciat; quod si forte invasor exire neglexerit, quidquid ei hospes domus mali [18]) fecerit, nemini satisfacere compellatur. 11. Item extraneus nullus erit testis super burgensem [19]). 12. Item nullus miles ad jus civile recipiatur, nisi de communi consensu [20]) burgensium [21]). 13. Item hospes erit testis super hospitem. 14. Item unusquisque de consilio in festo b. Martini de domo vel area sua recipiat solidum.

4) *Edd.* Diezenhovii.
5) *P.* conscripta.
6) *P.* contradita; *S.* contraditor.
7) *Fr.* 1.
8) *S.* possideat ... teneatur. Vielleicht: possideat... tenea*tque*.

9) *Fr.* 4.
10) hoc fehlt *P.*
11) Vielleicht: scilicet?
12) Et ist zu streichen, wenn nicht etwa: inter *eum* (scultetum) et cives zu lesen ist.
13) *P.* lis aliqua.
14) *PS.* si.
15) *Fr.* 7.
16) *P.* constitutos; *S.* constitum.
17) *Fr.* 12. Vgl. Fr *v. Wyss*, Ztschr. f. schweizerisches Recht IV, 135.
18) *P.* quicquid ... male.
19) *Fr.* 16.
20) *P.* sensu.
21) *Fr.* 18.

15. Item si quis ausu temerario manum contra alium levavit, tres libras comiti dabit. 16. Item si quis urbanus alteri debitor exstiterit, prima et secunda et tertia die [22]) vocetur in judicium; si vero neglexerit, vocetur ad dies quatuordecim; si hos neglexerit, ad septem dies vocetur, postea ad tres dies; si autem hos neglexerit, in crastino vocetur; quod si neglexerit, scultetus et ceteri urbani veniant ad domum debitoris, accipientes bona ipsius, et persolvant. Si autem res immobiles non habuerit, e domo persolvant creditori. Et si qua supersit, scultetus inde comiti sexaginta solidos reddat; sin autem, quandocunque ab illo habere possit, accipiat. 17. Item quemcunque cives [23]) in burgensem recipiunt, et ille per annum et amplius quiete resedit, a suo domino intra provinciam existente non fuit reclamatus, hic deinceps fruetur civium libertate [24]). Si autem dominus subterfugii servi sui fuit ignarus extra provinciam existendo, nihil sibi juris deperibit. 18. Item si quis civium predictorum meam gratiam amiserit, persona et res omnes tam mobiles quam immobiles infra muros et extra ad sex hebdomadas et dies tres pacem habebunt; semper vero de predictis rebus medio tempore sine devastatione necesssaria habeat competentiam [25]). Si autem nondum gratie mee fuerit reformatus, persona sua et res tantum infra villam predictam ad spatium unius anni et diei a me in pace permaneant et illese. Quodsi transacto illius anni et diei spatio gratia mea non rehabita, nec persona sua nec res mobiles sive immobiles non infra villam [26]) non extra pacem habebunt [27]). 19. Item area debet esse centum pedum in longitudine [28]). 20. Nullus clericus in villa predicta residens stipendium dabit vel vigilabit. 21. Si quis infra urbem [29]) pacem urbis infregit, itemque [30]) si aliquem sanguinolentum fecerit, manu truncabitur. Si vero occiderit [31]), decollabitur. Si autem evaserit et captus non fuerit, domus ejus funditus delebitur, edificia vero ab universis intacta jacebunt, et post revolutionem anni [32]) heredes ejus destructam domum, si voluerint, reedificabunt, prius tamen comiti solidos sexaginta dare debent. Reus vero, quacunque in urbe captus fuerit, predicte pene subjacebit [33]).

[II.] 22. Quoniam gesta hominum ab humana de facili [34]) elabuntur [35]) memoria, et ideo discretorum virorum providentia consuevit ea literis et vocibus [36]) testium confirmare, dignum et rationi consonum, ut tales cives, qui in dominorum [37]) suorum servitio inveniuntur stabiles, ab ipsis etiam specialius dignis gratiarum muneribus honorentur. Noverit igitur tam presens etas quam futura posteritas presentes literas inspectura [38]), quod nos Hartmannus comes senior de Kyburg cives [39]) nostros in Diezinhovin tali a nobis gratia gaudere volumus, quod omnes ipsorum possessiones, que a nobis ratione feodi habere dinoscuntur, post mortem ipsorum ad eorum utriusque sexus liberos, sive ad annos discretionis adhuc [40]) perveniunt sive non, pertineant [41]) pleno jure. Illi igitur juri et consuetudini huc usque habite, videlicet quod predicta feoda post mortem antedictorum civium filiis ipsorum nondum debitam etatem habentibus in alienas personas transtulimus, in hac litera renunciamus, volentes ipsis in hoc gratiam facere specialem. Ut autem huic litere et gracie taliter facte in posterum nequaquam obviare possimus, ipsis in testimonium presentem cedulam dedimus sigilli nostri munimine roboratam.

[III.] Ego Hartmannus senior de Kyburg propter bonum statum ville mee in Diezenhovin et pacem bonam infra habendam constitutiones subscriptas, a civibus nominate ville statutas, volo ut ab omnibus, que [42]) sunt statute, firmiter observentur. 23. Quicunque civium cultellum acutum [43]) gesserit infra civitatem, stabit in pena trium librarum apud me, de quibus nulla sibi a me fiet [44]) relaxatio, et in pena quintorum solidorum apud civitatem et trium solidorum apud scultetum [45]). Quicunque vero

---

22) *P.* primo et secundo die.
23) Cives fehlt *P.*
24) *Freib. Stadtrodel* 52.
25) *PS.* spem vero ... competenter.
26) *PS.* villa.
27) *Fr.* 31. Vgl. *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 114, 116.
28) *Fr.* 1 a. E.
29) *S.* urbe.
30) *PS.* idemque.
31) *P.* occideretur.
32) *P.* unius anni.
33) *Fr.* 10. Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 62 flg.
34) *PS.* defacili
35) *S.* elabitur.
36) *P.* ex literis ea vocibus.
37) *P.* idoneorum.
38) *P.* praesentis litterae inspectura; *S.* praes. lit. inspectores.
39) Cives fehlt *S.*
40) *P.* adhuc discret.
41) *S.* perveneant.
42) Vielleicht: quibus?
43) *S.* accutum.
44) *P.* fit.
45) Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 77.

civium tale statutum tenere noluit, si contumaciam aliquam in civitate fecerit, contra illum procedet[46]) universitas civium justitia mediante. Si autem aliquis ipsorum tam civium quam extraneorum verbo vel opere illum[47]) leserit, non ego non scultetus hos judicabit. 24. Item si aliquis extraneus advena ab hospite suo in domo admonitus fuit, ut cultellum deponat, quod si facere noluit advena, stabit in pena quintorum solidorum apud civitatem et trium solidorum apud scultetum. Quodsi hospes talem admonitionem neglexerit, in pena, quam advena solvere tenebatur, stabit hospes. 25. Jtem si aliquis civium vel non civis in eadem civitate residens sive manens ad petitionem alicujus ad accipiendum pignus vel ad aliquem capiendum vel aliquem incendio vel occidendo vel vulnerando gravandum sine speciali licentia sculteti et consulum civitatem exierit[48]), stabit in pena unius libre apud civitatem. 26. Minores vero constitutiones, sicut[49]) de pane, de vino, de carnibus et de aliis minoribus constitute vel adhuc constituende[50]), volo, ut ab omnibus ibidem commorantibus firmiter observentur.

[IV.] Cum obliviosa sit humana memoria, ea que geruntur recordatione digna debent scriptorum munimine confirmari. Inspicientibus igitur universis hanc seriem literarum pateat, tam viventibus quam victuris, quod universitas civium in Diezenhovin communi consilio ad hec instituta provide laboravit, (27) scilicet ut quicunque filiorum vel filiarum mortuo tam patre quam matre in hereditatem redire noluerit, suis tam confratribus quam consororibus debet simili pecunia providere, quanta sibi fuit in contractu matrimonii attributa. Post dictus heres de residuis rebus equalem recipiat portionem jure quondam in civitate Diezenhovin habito non obstante. 28. Quicunque predium sui concivis tam voluntarie obligantis[51]) quam auctoritate judicis et consilii nomine pignoris[52]) possederit et per tres menses detinuerit, si amplius habere renuerit, de licentia sculteti et consilii libere potest venumdare, obligatori tamen antea indicendo. Si quid supra debitum supercreverit in venditione, suo tenetur reddere debitori; si vero minus, potest instare contra predictum querimonia obligantem[53]). 29. Preterea Hartmannus comes senior de Kyburg cives sepe dicte civitatis eorumque pueros tali gratia preditavit, quod omnes possessiones ipsorum, que ab eo feodi nomine haberi[54]) dinoscuntur, utriusque sexus liberi, sive ad annos discretionis pervenerint sive non, post mortem patrum dato jure sint feoda percepturi; hoc tamen taliter subaudiendo, quod filia nullum erit feodum perceptura, quamdiu filius superabit. 30. Item quicunque civium alterum in predio vel feodo dolo vel fraude emptionis gravavit, stabit in pena trium librarum apud comitem et unius libre apud civitatem et trium solidorum apud scultetum, et extra civitatem ejiciendus, neque[55]) ad persolutionem predicte pene, non aliqua compositione interveniente, feodi[56]) vel predii de cetero possessor existat. 31. Item si legitima mulier virum suum supervixerit, tam illa quam pueri a viro relicti de rebus mobilibus et predialibus tenentur[57]) tam debitoribus quam creditoribus equaliter respondere, et in receptione portionis rerum non mulier pueros, non pueri mulierem transscendent[58]). Sic[59]) equa fiet portio universis.

Acta sunt hec apud castrum Moersberc anno domini Mcclx. Ad servationem predictorum presentem literam sigilli nostri munimine et ejusdem ville sigillari[60]) fecimus."

Abdrücke (sämmtlich nach einer jüngeren im Stadtarchive zu Diessenhofen befindlichen Abschrift) b. *Pupikofer* a. a. O. Urk. 7 S. 10—15, *Schauberg* a. a. O. Nr. II S. 53—58 und in *meinen* Dtsch. Stadtrechten des MAs. S. 79—84. Vgl. auch *Renaud* in der Ztschr. f. dtsch. Recht Bd. XI (1847) S. 513.

Der in I, 6 organisirte Rechtszug Diessenhofen's nach **Freiburg** scheint übrigens nicht das ganze Mittelalter hindurch fortbestanden zu haben, da in dem jedenfalls officiellen Verzeichnisse der „stette die irü recht nement hie zuo Friburg" aus dem beginnenden XV. Jhdt. (*Schreiber*, UBuch der Stadt Freiburg im Br. Bd. II Nr. CCCLXXVIII S. 182) Diessenhofen nicht mit aufgeführt ist.

1274, Apr. 4. König **Rudolph I.** bestä- 5

46) *P.* fuerit . . . procedit.
47) Illum fehlt *P.*
48) *P.* exigit.
49) *PS.* sic et.
50) *PS.* constitutis . . . constituendis.
51) *P.* obligationis.
52) Pignoris fehlt *P.*
53) Die Worte: si vero minus . . . obligantem fehlen *P.*
54) *P.* habere.
55) *S.* usque.
56) *S.* tali [talis?] feodi.
57) *PS.* tenetur.
58) *P.* transcendet; *S.* transscendet.
59) *S.* si. Vielleicht: sed?
60) *PS.* sigilli.

tigt seinen getreuen Bürgern zu Diessenhofen auf deren Bitten ihre gesammten Freiheiten, die neue Gnade hinzufügend, dass über keinen Bewohner ihrer Stadt wegen irgend eines Vergehens die Acht ausgesprochen werden solle —: „omnes libertates et gratias a nostris progenitoribus sive consanguineis, videlicet inclyte recordationis Hartmanno comite de Kiburc et aliis quibuscunque, vobis traditas et concessas gratas habentes et ratas, ipsas auctoritate regia presentis decreti munimine confirmamus. Addimus etiam predictis hanc supremam gratiam omnium gratiarum munera precellentem, quod nemo vestrum nec aliquis nunc et inantea in civitate Dizenhoven commorantium, pro quocunque excessu sententiam proscriptionis mereatur, proscribi valeat sive proscriptionis sententie innodari." *Pupikofer* a. a. O. Urk. 10. S. 18, 19.

6 **1294**, Sept. 13. Herzog Albrecht von Oesterreich schlichtet einen das Brücken- und Ungeld betreffenden Streit zwischen dem Frauenkloster und der Bürgergemeinde in Diessenhofen dahin: „quod eaedem priorissa et sorores ipsis civibus septem libras denariorum usualis monete pro transitu pontis ibidem singulis annis perpetuo solvere teneantur, et insuper, durante ungelt in civitate predicta, tres libras denariorum dicte sorores annuatim addere ratione ungelti hujusmodi sint adstricte, ita quod, quam primum dicti cives prefatum ungeltum dare cessaverint, item sorores a solutione ejusdem ungelti sint libere et solute." *Pupikofer* a. a. O. Urk. 24 S. 42.

7 **1299**. Derselbe als deutscher König bestätigt seiner Stadt Diessenhofen alle ihre früher erworbenen Rechte und Freiheiten. (R.) *Pupikofer* a. a. O. Text S. 184.

Nach dem Aussterben der Grafen von Kyburg (1264) kam Diessenhofen an die Habsburger und durch diese an das österreichische Haus[61]). Ueber die Verhältnisse der Stadt zur neuen Herrschaft gibt das Habsburg-österreichische Urbarbuch in dem Abschn. „Offitium Diessenhoven" (Ausg. v. F. *Pfeiffer* S. 229, 30) interessante Aufschlüsse. Die hierher gehörige Stelle lautet: „Der garten vnde hofsteten zins der stat ze Diessenhoven, diu der hêrschaft eigen ist, giltet iij $^1/_2$ pfunt dn. Dâ was ein münze, die hânt die burger gegen der hêrschaft von alter abkouft vmbe v pfunt dn., die si jèrglich gebent für die münze. dar über hânt si ouch brieve von der hêrschaft. Die burger von Diessenhoven hânt von alter gewonhait gehebt, swenne si der hêrschaft stiuren solten, das si über die stiure, die si der hêrschaft gâben, der grêvinne gâben iiij pfunt ze krâme. Diu selben iiij pfunt gebent si jêrlich, si stiuren oder si stiuren nicht. Die selben liute hânt geben in gemeinen jâren ze stiure bî dem meisten eines jâres bî xl marc silbers, bî dem minsten xxx mark. Diu hêrschaft hât dâ twing vnde ban vnd richtet diube vnde vrevel. Diu hêrschaft lihet ouch die kilchen ze Diessenhoven, diu giltet über den pfaffen vf xiiij marc silbers."

1322, Jun. 15. König Friedrich der Schöne bestätigt der Stadt Diessenhofen ihre Rechte und Freiheiten. (Transsumt in nr. 9.) 8

1353, Sept. 24. König Karl IV. confirmirt den Bürgern Diessenhofen's das vorstehende, wörtlich wiederholte General-Privileg. (R.) *Böhmer-Ficker*, Addit. III. ad Reg. Ludov. S. 387 nr. 378. 9

1358, Mai 11. Herzog Rudolph von Oesterreich gebietet aus Anlass eines in Diessenhofen stattgehabten Aufstandes dem Rathe und den Bürgern daselbst, den wiederhergestellten inneren Stadtfrieden unter sich aufrecht zu erhalten: 10

„Wir Rudolf von gottes gnaden herzog zu Oesterreich, zu Steyer vnd zu Kärnthen entbieten vnsern lieben getrüwen, dem schultheissen dem rath vnd den burgeren zu Diessenhoven vnd allen denen, die zu der stadt gehörrent, vnser gnad vnd alles gut. Vmb die vflouffe vnd misshelligung, so zwischent eüch vfgestanden ist in vnser stadt ze Diessenhoven, darumb wir eüch in besserung gesetzet haben, empfehlen vnd heissen wir eüch ernstlich by den eyden, so ihr vns geschworen habt, vnd gebieten eüch auch by vnsern hulden, dass ihr nun gänzliche gunne vnd fründschaft mit einander habet von der vorgenanten vflouffen wegen, vnd auch eüwer keiner den andern hindere, von derselben besserung vnd misshälligung wegen, so sich vnter eüch erhoben hat, als vorbeschaiden ist, niemer zu sprechen noch keinen schaden noch leid thun weder heimlich noch offentlich, vnd niemanden denken[62]), weder heimischen noch frömden gesellen, da wider ze thun mit worten noch mit werken vngevarlich. Wäre aber, dass jemand vnter eüch wäre, [wyb] oder man, die [die] ehgenant gunne vnd früntschaft nicht stete hepte vnd dem andern darüber von des vorgenanten vflouffs wegen zusprüche mit worten oder mit werken, vnd ihn

61) *Matthiae Neoburgensis* Chronica cap. 9 (Ausg. von G. *Studer*, Zürich 1867. 8°.) S. 6, 7; *Kopp*, Urkk. z. Gesch. der eidgenöss. Bünde II, 12—14, 102.

62) D. h. mahnen.

schädigote an lyb oder an gut deheins weges, er hab gesworen oder nicht gesworen, vnd der oder die des mit drüen erbern mannen erzüget wurde vor vnserm rath ze Diessenhoven oder vor dem mehren theil des rathes, der lib vnd gut soll vns vervallen syn ohn alle gnade. Mit vrkund dies briefs geben zu Rinvelden an dem einliften tag in dem meyen, do man zalt von gots geburt drüzehn hundert jahr darnach in dem achten vnd fünfzigsten jahren." *Schauberg* a. a. O. S. 94 Nr. I.

11 **1376**, Jul. 8. Herzog Leopold von Oesterreich thut dem Schultheissen und Rathe zu Diessenhoven zu wissen, dass er „ze Schaffhausen ain saltzhaus gemacht habe", und befiehlt Ersteren, darüber zu wachen, „daz kain saltz noch isen daselbs ze Dyessenhoven, das den Reyn ab komet, auslende, wan daz, das ze Schaffhausen aus gee vnd lend." *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XII S. 428.

12 **1408**, März 20. König Ruprecht bestätigt der Stadt Diessenhofen ihre Privilegien und Freiheiten, jene [nicht näher bekannten] ausgenommen, welche ihr vom Könige Wenzel verliehen worden; ertheilt ihr ferner die Gnade, dass ihre Bürger vor keine fremde Gerichte, worunter jedoch das rotweiler Hofgericht nicht zu verstehen sei, geladen werden dürften, und erlaubt ihr endlich, offene Aechter ungestraft zu beherbergen. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 154 nr. 2502.

13 **1415**, Jul. 1. König Sigismund thut dem Schultheissen, dem Rathe und den Bürgern gemeinlich der Stadt Diessenhofen, seinen und des Reiches lieben Getreuen, wegen der gehorsamen und willigen Dienste, welche sie ihm und dem Reiche geleistet haben, die besondere Gnade: „dass si furbass ewigklich bi vns vnd vnsern nachkommen an dem rich vnd demselben riche bliben, vnd von demselben nit verwandlet werden söllend in dhein wiss mit dingen, damit si dem rich entfrömbdet wurdent." Er versetzt und verschreibt der Stadt ferner für ein Darlehn von 1000 rheinischen Gulden, das sie ihm gegeben, „nachdem vnd er grossen kosten lange zit in der heiligen kilchen vnd des heiligen Romischen richs geschäften gehabt", die Vogtei in Diessenhofen, welche jetzt Molli Truchsäss, und desgleichen die 60 Gulden, welche Anna Tzemin an dem Rheinzolle zu Leibgedinge inne haben, so dass nach dem Tode der beiden genannten Personen die ehegenannte Vogtey und die 60 Gulden Zolleinnahme an die Bürgerschaft zu Diessenhofen „ledigklich vnd on alle irrung vnd hindernuss kommen vnd fallen söllend", den nachfolgenden Königen jedoch auch das Recht vorbehalten bleibe, jederzeit mit 700 rheinischen Gulden Vogtey und Zoll zum Reiche einzulösen. Endlich erlaubt er den Diessenhofenern noch die Erwerbung von drei Pfandschaften, nämlich zu 50 und 120 Gulden auf dem bereits erwähnten Rheinzolle und zu 41 Mark Silbers an ihrer jährlichen Steuer, zu welcher Zeit sie wollen, aber auch hier den Vorbehalt hinzufügend, dass die Stadt jene Pfandschaften den nachfolgenden Königen wieder zu lösen geben müsse, „wann si des ermant werde." *Tschudii* Chronic. Helvet. Thl. II S. 35.

Am Ostertage des Jahres 1415 war der nürnbergische Burggraf Friedrich von Zollern mit Reichstruppen vor Diessenhofen erschienen, die Uebergabe der Stadt an den König begehrend. Die Bürger schwankten noch, ob sie für ihren Landesherrn, Herzog Friedrich von Oesterreich, sich opfern, oder dem Gebote des Burggrafen gehorchen sollten. Da „gedachten sie aber, wie der Truchsäss Molli [63]) im Vertrauen auf des Herzogs Gunst ihren Rath unwürdig behandelte, den Bürgern Feindschaft gedroht [64]) und ihnen die geliehenen Geschosse [65]) nicht zurückgegeben habe, von dem Herzoge aber gegen ihn kein Recht zu erwarten sei; darum beschlossen sie, dem Reiche zu schwören." Die Huldigung geschah auch am 31. März 1415, und die Folge davon war der vorstehende Gnadenbrief, in welchem Diessenhofen als Reichsstadt erscheint. Vgl. *Pupikofer* a. a. O. I S. 245; *Hugo*, Mediatis. S. 48.

Die errungene Reichsunmittelbarkeit Diessenhofen's währte jedoch nur wenige Jahrzehnte. König Friedrich III., die Interessen seines eigenen Hauses jenen des Reiches vorziehend, wusste durch freundliches Entgegenkommen die Bürger schnell seinen auf

---

63) Der auch in der Urk. nr. 13 genannte „Molli Truchsäss" ist Johannes von Truchsess, genannt „Jungher Moll oder Molle", der treue Anhänger der Habsburger, mit welchem übrigens die Diessenhofener in verschiedene Händel verwickelt waren, z. B. noch 1426 wegen eines in das Bürgerrecht aufgenommenen Juden, indem von diesem auch der Junker Molli verlangte, dass er ihm „jaerlich ein genant gelt gebe." (*Schauberg* a. a. O. S. 46, 47.)

64) „Do sprach er: so helf mir gotz grind, weler der ist, der zu der statt gehört, er sige rich oder arm, wa ich dero dehainen vff dem minen begriff, den wil ich hend vnd fuessz alle vierü abhowen." (*Schauberg* a. a. O. S. 45 Art. 198.)

65) Nämlich vier „armprost." (*Schauberg* a. a. O.)

Wiedergewinnung der Stadt gerichteten Plänen geneigt zu machen. In derselben angelangt, „sprach er von dem Danke, den sie dem Hause Oesterreich schuldig sei, wie sie unbillig ihrem angestammten Fürsten sich entzogen und die Reichsfreiheit erworben habe, und wie sie, rings von Oesterreich begrenzt, kaum ihre Unabhängigkeit werde sichern können. Der Rath und die Bürger sahen ein, wie solche Warnung der Vorbote grosser Gefahr sey, wenn sie sich länger des Gehorsams gegen Oesterreich weigern würden. Wenn sie schon mit den Reichsstädten Constanz, Buchhorn, Radolfzell, Schaffhausen u. a. m. und mit dem Bund von St. Georgen-Schild vereinigt waren, so konnten sie dennoch von dorther gegen den König und Herzog wenig Hülfe erwarten; ihre Stadt aber war zu schwach, den Plakereien königlicher Ungnade oder der offenen Gewalt Trotz zu bieten. Also am 24 Wintermonat (November) 1442 versammelten sich der Rath und die Bürger von Diessenhofen vor dem Könige, und mit schwerem Herzen, doch dadurch getröstet, dass andere mächtigere Bürgerschaften ihnen darin vorangegangen waren, gaben sie ihre Reichsfreiheit an Oesterreich auf, nachdem sie dieselbe 27 Jahre lang genossen hatten." *Pupikofer* a. a. O. S. 259, 60. — Die Frucht dieses Ereignisses war dann, dass

14 **1442**, Nov. 25. König Friedrich III., ausdrücklich als Motiv betonend: „wenn nu die erbern vnser liebe getrewen schultheis rat vnd burger gemaincklich vnser vnd des hawss Oesterreich stat Diessenhoven etwevil zeit ausser vnsern vnd desselben hawsz Oesterreich hannden gewesen sind, vnd sich aber nu zu vnsern als ires natürlichen vnd ordenlichen herren vnd desselben hausz Oesterreich hannden widerumb als from erber lewt willigklich gegeben vnd darauf notdurfftige gelubde vnd ayde getan haben" — der Stadt Diessenhofen ihre gesammten Privilegien bestätigte, dabei jenes (nr. 12) besonders hervorhebend, dass sie öffentlichen Aechtern und Aberächtern Aufenthalt gewähren möge [66]). *Chmel*, Reg. Frid. S. 132 nr. 1240. (Extr.)

15 **1458**, Mai 13—19. Herzog Sigmund von Oesterreich erlaubt seinen Bürgern zu Diessenhoven, die allda wohnhaften oder künftig aufzunehmenden Juden gleich Mitbürgern zu behandeln:

„Wir Sigmund von gottes gnaden herzog zu Oesterreich vnd Kernten ze Krain vnd ze Styr, grave ze Tyrol etc. bekennen, dass wir nach diemütig bitt, so wir von vnsern burgern gemainklich in vnser stadt Diessenhofen angelanget sein, denselben vnsern burgern vergunt haben vnd vergunnen in auch wissentlich mit dem brief, also dass sie alle die juden, so dann jetzund in der benannten vnser stadt Diessenhofen oder fürbasser darinn wonhaft würden, halten vnd stillen mügen als ander mitburger daselbst, si auch ze recht handhaben vnd schirmen, doch vns vnd vnsserm widerrufen ohne geverde. Mit vrkund des brievs, geben ze Inspruck nach dem sontag Reminiscere in der vasten nach Christi geburt im vierzehnhundert vnd dem acht vnd fünfzigsten jahr." *Schauberg* a. a. O. S. 97 Nr. IV.

1458, Aug. 17. Derselbe thut dem 16
Schultheissen, dem Rathe, den Bürgern und Einwohnern „ynnerhalb vnd auswendig" seiner Stadt Diessenhofen zu wissen, dass er diese mit allen Rechten und Zubehörungen seiner Gemahlin Eleonore „auf ir lebtag verschrieben", und, da er selbst durch Geschäfte daran gehindert sei, drei von seinen und seines Vaters Räthen, welche er mit Namen aufführt, abgeordnet habe, um von den Diessenhofenern „gelübd vnd ayde als an seiner gemahel stat vnd ze iren handen vfzenemen." Er befiehlt daher der Stadt, seinen Deputirten zu huldigen und zu schwören, dass sie ihrer neuen Herrin „mit allen nutzen, gülten vnd gemainklich mit aller vntertenikeit vnd gehorsamkeit vnd allem dem, so sie dem haws Oesterreich schuldig vnd gepunden, gehorsam gewertig vnd vntertenig" sein wolle; entbindet sie auf diesen Fall für die Zeit des Lebens seiner Gemahlin von den ihm selbst und dem österreichischen Hause geleisteten Gelübden und Eiden, welche jedoch, wenn die Königin „von dieser welt verschaiden" würde, sofort von selbst wieder in Wirksamkeit treten sollen, und fügt schliesslich noch die Zusage bei: „so soll ew die benant vnsr liebe gemahl bey ewren freyhaiten vnd rechten, so ir bey vnd von vnsern vordern, auch vns redlich herbracht vnd behalten habet, gnädiklichen lassen beliben, als si sich des gen vns auch verschriben hat." *Schauberg* a. a. O. S. 97, 98 Nr. V.

Am 28. Oct. 1460 verlor Herzog Sigmund seine Stadt Diessenhofen an die Eidgenossen, von welchen, jedoch nur auf Verwendung des Bischofs von Chur, den

---

66) Doch wurde der Bürgerschaft in einzelnen Fällen besonders geboten, dass sie gewisse benannte „abere achter und achtere in der stadt noch in zwingen bennen vnd gebieten daselbs nit enthalten husen vnd hofen, essen noch trinken geben, noch suss kain gemainsame mit inen haben" solle. Urkk. v. 1460—66 b. *Schauberg* a. a. O. S. 98—100 Nr. VI—IX.

dortigen Bürgern die Wahrung ihrer Freiheiten und Rechte zugesichert wurde. *Pupikofer* a. a. O. S. 277—81, bes. S. 80.

17 **1466**, Jul. 23. Kaiser Friedrich III. confirmirt den Bürgern der Stadt Diessenhofen nochmals ihre sämmtlichen Privilegien und Gerechtigkeiten, insbesondere jene, dass sie a) „offen achtter vnd aberachtter, wann die zu in kömen, hausen hofen vnd gemeinschaft mit in haben mügen, vnd sy des gen menicklich vnentgolten vnd on schaden beleibn vnd sein sollen, all die weil solich achter vnd aberachtter nicht angefallen noch bey in ersucht werdn"; denn „köm ymand klagende vnd bette vnd vorderte vber dieselben ächtter vnd aberächter rechtens, so sulln die obgenanten von Diessenhoven dem clager gen denselben echtern vnd aberächtern des rechtens beholffen sein"; dass ferner b) „wer zu der benanten stat Diessenhoven, iren burgern, hindersessen, einwonern, vnd die in vnd den iren zu versprechen steen, clag vnd spruch hat oder gewunne, der oder die von denselben zu Diessenhoven in der stat vnd vor irem statgericht recht suchen vnd nemen vnd sich des daselbst auch benügn lassen sollen, vnd, ob sy in gemein oder besonder darüber mit einichen hofgerichtten, landgerichtten oder andern gerichten furgenomen, geladt, geacht vnd wider sy procedirt wurde, der oder dieselben clager alsdann recht suchen vnd nemen mochten an den enden vnd gerichten, do sich das gebüret"; dass die Bürgerschaft c) auch „den ban vber das plut inwendig vnd auswendig der stat Diessenhofen zu richtten, wie dann das in der vogtey daselbs zu Diessenhoven von alter herkomen ist", haben solle und damit den Schultheissen und Rath, oder wen sie sonst geeignet finde, betrauen könne; endlich dass sie noch d) „zu gemeiner stat notturft vnd prugken holcz abhawen, auch wunne vnd waide, wye dan ir vordern vnd sy das alles von alter herbracht, genossen vnd gebraucht haben, auch geniessen vnd gebrauchen solle vnd müge von allermenicklich vngehindert." *Chmel*, Reg. Frid. S. 470 nr. 4569. (Extr.)

Im Laufe des XIV. Jhdts. ward in Diessenhofen, jedenfalls auf Anordnung des Ra-
18 thes, ein **Statutenbuch** angelegt, welchem man anfänglich zugleich die Function eines s. g. Stadtbuchs zugedacht zu haben scheint. In demselben sollte zuvörderst das gesammte Material an noch brauchbaren städtischen Regimentsverfügungen und sonstigen localen Satzungen vereinigt und diese Sammlung dann durch Nachträge fortwährend ergänzt, aber auch das ausser Geltung gesetzte gestrichen oder mindestens als solches kennbar gemacht werden. Man verfuhr nun bei der ersten Anlage oder Eröffnung des Buches in der Art, dass man die für dasselbe geeignet befundenen Statute an zwei, durch eine Anzahl leerer Blätter für Ergänzungen von einander getrennten Orten, gleichsam in zwei Abtheilungen, deren eine nach der neuesten Zählung die Artt. 1—86 umfasst, während die andere mit Art. 170 beginnt, übrigens ohne Beobachtung irgend einer chronologischen oder systematischen Ordnung, zusammenschrieb. Auf diesen ältesten Bestandtheil des Rathsbuches, welcher unfehlbar bald nach dem grossen Brande vom J. 1371 und noch vor 1389 zur Aufzeichnung gekommen ist, mag sich aber die [in dem einzigen bekannten Papiercodex des diessenhofner Stadtarchivs] dem Gesammtwerke vorgesetzte Ueberschrift: „Dis sint die ainunge die der schulthais vnd der Rat der Burger von Diessenhoven hant gesetzet by ir aide den sy minem herren vnd der Stat gesworen hant der stat vnd der gemainden ze nutz vnd ze eren", bezogen haben. Später wurde dann auch wirklich nicht nur die vorsorglich offen gelassene Lücke zwischen Artt. 86 und 170 durch Nachträge, die wohl bis auf den Rathsschluss v. 1405 im Art. 168 sämmtlich dem Ausgange des XIV. Jhdts. angehören, ausgefüllt, sondern auch am Schlusse der s. g. zweiten Abtheilung eine Reihe jüngerer Statute (darunter z. B. die noch im J. 1512 erneuerten XI Schwurartikel, Art. 190), wichtiger Polizeigebote („diss sind bott", Art. 191) und Rechtsentscheidungen sowie anderer für das bürgerliche Gemeinwesen bedeutsamer Actenstücke, theilweise datirt und bis 1481 (Art. 199), vielleicht 1487 (Art. 197) reichend, angehängt. Das Rathsbuch nahm jedoch, entsprechend seinem oben bezeichneten Nebencharakter, auch noch mancherlei andere historische und juristische Notizen in sich auf, von welchen vornehmlich die „receptiones in cives civitatis" mit den dabei vorkommenden „fidejussiones" (aus dem Zeitraume 1325—1437) bemerkenswerth sind.

Eine Inhalts Uebersicht des gesammten Rathsbuches mit reichhaltigen Auszügen hatte bereits *Pupikofer* a. a. O. Urk. 32 S. 50—71 veröffentlicht. Eine mit Anmerkungen versehene Ausgabe der Statutensammlung allein (mit theilweise geänderter Reihenfolge und Hinweglassung der wiederholt begegnenden Artikel, so dass die Zahl derselben sich auf 215 beläuft) u. d. T. „Stadtrecht von Diessenhofen" findet sich b. *Schauberg* a. a. O. S. 5—52.

Was nun den Inhalt des letzteren im

Einzelnen angeht, so bezieht sich derselbe zuvörderst

I. auf die öffentlichen (politischen wie rechtlichen) Verhältnisse der diessenhofer Stadtgemeinde, und zwar

A. ihre Stellung zur Landesherrschaft, z. B. in Ansehung des reissigen Dienstes der Bürger (168 v. J. 1405);

B. die innere Regiments-Verfassung, als deren eigentlicher Mittelpunkt der vom Schultheissen präsidirte geschworene Rath der Bürger erscheint, jedoch so dass in besonderen Fällen noch einer Mitwirkung anderer Organe oder Persönlichkeiten, wie des s. g. alten Raths oder „rats alter hant" (4, 27, 158), des „grossen" Raths (188), der Gemeinde und zwar „clainen" und „grossen gemaind" (84, 87, 95, 120, 185), des Vogts (84, 91—96, 98 etc.), des städtischen Richters (180), des Kirchherrn (171, 72), und der Truchsessen als Inhaber gewisser stadtherrlicher Gerechtsame (69, 153, 156, 159 etc.) Erwähnung geschieht[67]). Es gehören aber hierher die Bestimmungen: a. über die Competenz des Schultheissen (3, 15, 17, 20, 26, 50); b. über den Eid des Vogts („der sol sweren der statt trüwe vnd warhait, der statt fromen vnd nutz zefürdren vnd iren schaden zewenden, vnd vns lassen zebeliben by vnsren alten fryhaiten rechten vnd guten gewonhaiten getrülich vnd vngevarlich" 206 §. 1) und dessen Gewalt z. B. bei Gelegenheit eines in der Stadt ausgebrochenen „geschelles" (159); c. über die Befugnisse des Raths (3, 17, 18, 20); d. über die Ahndung von Pflichtwidrigkeiten der Rathleute, namentlich, einer Bestechung durch „miet" (84) und Verletzung des Amtsgeheimnisses (73); e. über die Communal-Verwaltungsbeamten, „stürer, vngelter, pursner", ihre Anstellung und Rechnungspflicht (185 §. 2); f. über die niederen Gemeindebedienstigten, wie Weibel und Wächter (1, 15, 17, 187), und die Löhnung der Stadt geleisteter Dienste überhaupt (99); g. über die allgemeine Bürgerpflicht, sich jeder Geschäftszuweisung von Seite des Rathes [„besendung zu dem gerichte oder ze andern elichen sachen der stette"] zu unterziehen (3).

C. Das Bürgerrecht, nämlich: a. die Aufnahme in dasselbe sammt dem dabei zu schwörenden Eide [„er swere, zehen iar hye oder in ainer ander gemurter vesti sezzhaft ze synne"], sowie die Erwerbung eines „burgrechts"[68]) in Folge erbschaftlichen Anfalls (65, 68, 195, 199, 212; 28); b. den Verlust der bürgerlichen Rechte, namentlich durch Auswanderung (in welchem Falle jedoch der Abziehende „sin anzal vnd sinen tail geben sol an den geltschulden, so die burger von gemainer statt wegen denne gelten sond, vnd daz tun sol in der maess alz er die jungsten stür geben hant" 95); c. den ordentlichen Gerichtsstand der Bürger (207, 210); d. die Befreiung derselben und aller in der Stadt angesessenen Leute von persönlicher Haft (109) und jeglichen Reichnissen [an „gesast stür, val vnd erb"] oder Frohnen für die frühere geistliche oder weltliche Eigenherrschaft (27).

D. Die Freiheiten und Gerechtigkeiten der Stadtgemeinde als solcher, z. B. „weyden halb" (194), sowie ihren Gerichtsstand, wenn Jemand „mit gemeiner Statt irrung spen ald sunst zethünde hette, was sach oder warumb das wäre", welchen Falls sich der Kläger „vor einem burgermaister vnd raut der Statt **Schauffhusen** rechtens benuegen laussen sol" (190 §. 4).

E. Die bürgerlichen Lasten und Abgaben, wie Steuern, Zölle, Ungeld, und deren Erhebung (19, 100, 167, 190 §. 6, 213).

II. Auf einige privatrechtliche Materien. Rechtsgeschichtlich bedeutsam sind hier nur die beiden Artikel:

156 [über Verjährung von Erbschaftsansprüchen]: „Min herre der Truchsaetz, der Schulthais vnd der Rat ze Diessenhoven hant gesetzet minen herren vnd der statt ze nutz vnd ze bessrunt, ist daz ieman dehain erbe an gevellet von vatter vnd von muter ald von aintwederm, der sol zu dem erbe sprêchen, ob er wil, die wil er vnder xviii iaren ist; ist aber daz er xviii iar alt ist ald elter, so in daz erbe an erstorben ist von vatter vnd von muter ald von aintwederm, dar nach sol er zu dem erbe sprêchen inrent iares vrist, ob er sunder saesse ist; tut er des nit, so sol er von sinem rechten sin, also daz im iener dar vmb nit antwürten sol, won daz er dar vmb von im ledig sol sin vmb alle ansprach von des erbes wegen, es sien vrowen oder man. Erstirbet och ieman dehain erbe an von vatter vnd von muter ald von aintwederm, der vesrent dem bistum [Costantz] ist, wenne er wider in daz bistum kunt, so sol er aber inrent iares frist zu dem erbe sprêchen, ald tut er des nit, so sol er von allem sinem

---

67) Vgl. *Renaud* in der all. Ztschr. a. a. O. S. 514—17.

68) Vgl. *v. Segesser*, RGesch. von Lucern I, 175 flg.

rehten sin des erbes, also daz er enhain ansprach dar zu haben sol. Woeltint och zwai geswistergit oder me bi enander sesshaft sin in ainer kost, vnd gemain mit enander han, die mugent es wol tun, vnd wenne ir dahaines von dem andern vert, daz xviii iar alt ist ald elter, daz sol och zu sinem tail des erbes sprechen inrent iares frist, nach dem so es von inen gevarn ist, ald tut es des nit, so sol es och von sinem rechten des erbes sin; vnd sol disū vorgeschriben ansprach von erbes wegen beschehen vor gericht, also daz dū klag vollfueret werde vnd voll vss geklegt werde, daz daz reht ain ende nême ane alle gevêrde. Man sol och wissen, daz disū vorgeschriben gesetzet staete beliben sol vber allū dū erbe, dū gevallen sint vnd dū hinnan hin gevallent von vatter vnd von muter ald von aintwederm; och sol disū vorgeschriben gesetzet stan vber vrowan vnd vber man."

158 [über Erbtheilung zwischen Eltern und Kindern]: „Man sol wissen, daz wir der Schulthais, der nūwe Rat vnd der alt Rat vnd och dū gemaind vberain komen sint durch wenden küuftigen krieg vnd schaden, swa daz beschicht, daz ain man sin elichen frowen vberlebt vnd der man elichū kint hat, der ist tailes nūt gebunden ze tunne sinen kinden, er tuege es danne gern, won wir vnd vnser vordern es von alter also her haben brächt, daz och an vnser hantvesti geschriben stat[69]), die vnser Schulmaister, der vnser Statt gesworner Schriber ist, also ze tutsch bracht hat, vnd och von andren vnsern Maister, won daz dik geschicht, daz latinsch brieff von Maistern misslich getūtschet werdent. Darumb so haben wir dis verschrieben, also daz es mennlich also halten sol, vnd enhain kint sinen vatter fürbaz ansprechen sol. Geschaeh aber, daz dehain kint, es sige frow oder man, sinen vatter anspraeche mit gericht, daz er mit im tailen solte, so sien wir vberain komen vnd haben es gesetzet, daz daz kint von sinem recht sines vatter erbes sol sin." [70])

Ausserdem werden blos noch hierher gehörige Bestimmungen über unbegründete Verlöbnissklagen (23, 180), Verkauf „gelegener güter" an Fremde (191 §. 9), Theilung ganzer, insonderheit zweien Personen „gemainer" Hofstätten (34, 35, 155), rechte Gewere von „ain jär sechs wochen vnd drie tag" an „ligent gūt es syg aigen oder lehen" (94), nachbarliche Bauverhältnisse (137—42), Versatz der Handwerker (14), mehrfache Verpfändung einer und derselben unbeweglichen oder beweglichen Sache (166), sowie Distraction von Pfändern (215) angetroffen.

III. Auf verschiedene Gegenstände des Strafrechts. Am weitläuftigsten wird hier die Ehrenverletzung, das „beschalchen mit worten oder mit werchen" [71]), behandelt, und zwar sowohl die einfache Schmähung — wenn Jemand einen Anderen „beschalchet mit den fūnf worten, der ist aine der dem andern spricht du bös wiht, das ander du diep, das dritt du morder, daz vierd du ketzer, das fünft wer dem andern sin wip ze laster vf hept vnder ögen" (77) —, als auch die qualifizirte Injurie gegen den Rath und seine Bedienstigten (16, 204), eines „vrmans" gegen einen Bürger (56, 81, 82), vor Gericht oder in der Rathsversammlung (91) u. s. w., sowie die Verläumdung, „hinder red damit ieman es sy frowe oder man dem andern an syn er retti" (64, 153), namentlich in der Gestalt des Vorwurfes, man habe „nitt recht, vnrecht gesworn, man syg mainaid oder hab verhiclich [72]) gesworn" (96).

Von sonstigen Delicten und criminellen Rechtspunkten aber kommen nur gelegentlich zur Sprache: der „todeschlag" und seine Bestrafung [„man soll zway stuck vsser in machen vnd sol daz hobt dz minr stuck sin", auch soll man „sin hus die vordern vnd die hindern wende ab brechen"; doch „wenne dz hus ain gantz iar also offen gestat, so mugen sin wip oder sinū kinder oder sin frūnd dz hus wol wider buwen, also dz si dem vogt ze diessenhofen sextzig schilling phenning geben" 214 v. J. 1379]; der Hausfriedensbruch (37, 59, 60, 61), der Aufruhr, „vflof" (80); der freventliche Angriff auf Personen (78), z. B. auch auf „gemaine frowen" (170); die gewaltsame Besitzentziehung (92); die Beschädigung von Brunnen (72), Grenzen und Zäunen (83), Fel-

69) Die Urk. v. 1260 (nr. 4) enthält diesen Grundsatz nicht. Man mag also die neue Rechtsnorm nur darum in das alterthümliche Gewand einer Handfesten-Satzung eingekleidet haben, um ihr „ein grösseres Ansehen zu verschaffen." *Renaud* a. a. O. S. 513, 14.

70) Ein ausführliches, vielfach romanisirendes Erbrechts-Statut aus der zweiten Hälfte des XVI. Jhdts. in 21 §§. s. in der *Ztschr. f. schweizer. Recht* a. a. O. S. 74—81. Für die Geschichte des ehelichen Güterrechts in Diessenhofen sind die von *Schauberg* a. a. O. S. 104—16 mitgetheilten VIII Urkk. aus den J. 1328—1524 von Wichtigkeit.

71) Vgl. *Osenbrüggen* a. a. O. S. 247 flg. Auch s. *Köstlin* in der Ztschr. f. dtsch. Recht XV, 185 flg., 192, 221, 229, 235.

72) Unhaltbar.

dern (45, 46), Weinbergen und Gärten (76, 190 §. 5), Waldungen (67); der Ankauf „roebigen gutes“ (47); die Verleitung zu geheimen Ehebündnissen (97); die unerlaubte Selbst- und Fehdehülfe ausserhalb der Stadt (57, 75, 190 §. 7) im Gegensatze zur erlaubten Selbstvertheidigung wider feindlich gesinnte Ausleute (74); die Beherbergung „offenlich verrüffter“ und aus der Stadt gewiesener Individuen (21, 22, 165); die Beistandsweigerung bei der Fahndung von Missethätern (11); endlich die Stadtverbietung, deren Wirkungen und Aufhebung (7, 8, 9, 10) etc.

IV. Auf einige Hauptmomente des Processes. So wird namentlich von den Voraussetzungen, unter welchen Jemand Urtheiler und Fürsprecher sein kann (dass er nämlich „burger hie ist von sinem aigen oder verbürget hat ain burgrecht ze koffenne“ 24); ferner von der Verpflichtung, eine begonnene Klage „vmb dehain frävli“, ungeachtet eingetretener „berichtung“ mit dem Beklagten, doch zu „vollfueren“ (66); vom Gerichtsstande bei einer Widerklage (54); vom Beweise durch Zeugen (101) und Eid, hier insbesondere von der Verzögerung „verbottener“ (d. h. auferlegter) Eide (25) und der Eidsunfähigkeit desjenigen, welcher „offenlich von ains aides wegen von erbern lüten vbersait ist, daz er vormals vnredlich gesworn hab“ (97); von der Urthelsprechung nach „der burger hantvesti oder den ainungen, die an der Stat buch gescriben stant“ (4, 160), und von der Busse desjenigen, der „an dem gericht kainer vrtaile volget, der sin (vulbord?) nüt gesprechen kan, ob mans an in vordret“ (5, 161); von dem Realarreste bei Ausleuten (87—89); vom Verfahren gegen zahlunfähige Schuldner (12, 188 §. 1), welchen „husgemach verboten“ oder der Aufenthalt in der Stadt und „eygere rouch“ untersagt wird [73]; endlich von der Behandlung eines Gastes, der „für gericht kunt vnd dem gericht entwichen wil“ (53), in Kürze gesprochen.

V. Auf Gewerbe und Handel. Es begegnen z. B. Satzungen für die Metzger (111—19, 183), Bäcker, „phister“ (105, 107, 108, 120, 21), Fischer (176), Weinschenker (48, 49, 122—32, 175, 190 §. 10), Krämer (154), Trödler „mertzler“ (150, 177); desgleichen über Brodbeschau (106, 174), über Kornhandel (86, 90, 151, 52), Fisch- und Salzverschleiss (143—48, 149), über rechtes „gewege, da der burger zaichen an ist“ und die Benützung der städtischen „frön wage“ bei Silber- und Goldverkauf (29—33), über das Verbot des „vrigen marchts“ (6, 162) u. a. m.

VI. Auf einige Theile der Polizei, besonders Baupolizei (36, 38—41, 43) und Feuerpolizei (42, 62, 63, 85, 102—4). Hierher gehören dann auch die Bestimmungen über Beherbergung Fremder (191, §. 2), über Reinerhaltung der Strassen (70, 157), über Begräbnisse (182), über Verbot „des spils oder toplens oder walens, es si denne allain schahzabel ald wurfzabel in dem brette“ (133—35), des „kartens nach bettzitt“ (191 §. 3), des „spilens am sonntag vnd bannen firtagen vff trinkstuben oder in andern hüsern dürer, dann vmb ein haller oder ein pfening“ (192) u. a. m. Endlich

VII. auf einige kirchliche Verhältnisse, wie die Veräusserung und Verpfändung von Kirchenstühlen (171), sowie die Gerichtsbarkeit in Rechtsstreiten „vmb stuel oder vmb ander sach, die man vntz har berehtet in der kilchen“ (172), und den Ort, wo künftighin „der kilchunherre richten wil vmb die sachen, die in an gant“ (173). *)

Dietz. CCLI.

(Nassau.)

J. H. *Steubing*, Topographie der Stadt und Grafschaft Dietz, Hadamar 1812. 8⁰. Vgl. auch *Vogel*, Hist. Topographie des Hzgths. Nassau S. 199—201.

1329, Apr. 28. Kaiser Ludwig IV. 1
freiet dem Grafen Emich von Nassau und dem Grafen Gottfried von Dietz auf deren Ersuchen und um ihrer getreuen, ihm und dem Reiche geleisteten Dienste willen ihre Burg und Stadt Dietz dergestalt, „dass sie und ihre Bürger Recht und Gewohnheit haben sollen, wie **Frankfurt** und dessen Bürger haben.“ (R.) *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 62, 63 nr. 1020. Vgl. *Steubing* a. a. O. S. 47.

---

73) Vgl. *Fr. v. Wyss*, Ztschr f. schweizer. Recht VII, 10 flg.

*) **Dielfurt** (Bayern, Oberpfalz), 1353 noch Markt, 1464 bereits Stadt, nachher mit dem Markte Riedenburg zu einer Pflege vereinigt, hat ein einziges bekanntes, von König Sigismund am 10. Aug. 1422 den Bürgern verliehenes Schutz-Privileg gegen auswärtige Gerichtsladungen [R. bei *Tomaschek*, Gerichtsbarkeit des dtsch. Königs und Reichs im XV. Jhdt. S. 91]. Vgl. Pl. *Stumpf*, Bayern S. 512; *Voltolini* in der Bavaria II a, 603.

2 **1329**, Nov. 24. Derselbe wiederholt die vorstehende Gnadenbezeugung nun auch für den Grafen Gottfried von Dietz allein. (R.) *Böhmer* a. a. O. S. 66, 63. nr. 1064.

Dietz, von Einigen auf ein angeblich-römisches „Decia" oder wenigstens auf das in einer Schenkungsurkunde Karl's d. Gr. für die Abtei Prüm v. 790 begegnende „Theodissa" zurückgeführt, verdankt als Ortsgemeinde seinen Ursprung der nahegelegenen alten Burg, von welcher seit 1073 ein mächtiges Grafengeschlecht des Lahngaus sich den Namen: „comites de Didese" [Dietse, Ditse, Dytze, Ditze, Detse] beigelegt hat [1]). Die vielen, selbst wieder von zahlreichem Gefolge („familia") umgebenen, nach eigenen „jus castrense" lebenden gräflichen Burgmannen mögen dazu nicht wenig beigetragen haben, dass der am Fusse des Schlossfelsens entstandene Flecken schnell sich hob und erweiterte, und so lesen wir denn z. B. schon 1281 „molendina in Ditze juxta fluvium Logenam et amnem dictum Arde sita" erwähnt [2]), treffen daselbst die 1289 durch Graf Gerhard IV. gestiftete Collegiatstiftskirche der heil. Jungfrau Maria [3]), und entnehmen einem Schiedsbriefe v. 1309, dass allda die Grafen von Dietz ausser der Gerichtsbarkeit auch bereits eine Münz- und Zollstätte hatten, sowie Weinbann und Judenschutz genossen — „decernimus, definimus et pronunciamus, quod dominus comes Gerhardus (de Dietse) debet judicare in Dietze, prout pater suus ibidem judicavit et ipsius predecessores; item monetam, telonium, vinum bannitum et judeos obtinebit" [4]). Damit war aber die Erhebung des Burgortes zur Stadt jedenfalls vorbereitet. Sie erfolgte unter des oben genannten Grafen Gerhard zweitem Sohne Gottfried (1303—1348). Da dieser jedoch seit 1325 regierungsunfähig und daher die Administration der Grafschaft seinem Schwiegervater, dem Grafen Emich von Nassau-Hadamar, als „tutor" anvertraut war [5]), so finden wir die Stadtfreiungs-Urkunde in ihrer ersten Ausfertigung [nr. 1] auf beide Grafen zugleich lautend.

Von da an tritt nun Dietz als Hauptstadt, und später, nämlich seit 1469, zugleich als Oberhof für sämmtliche Cent- und Ortsgerichte der „frihen grafschaft" hervor. Sein Schöffenstuhl pflegte „vf dem wasen", einer geräumigen Stadtwiese, zu dingen, und gestaltete sich durch den Beitritt von neunzehn Rittern (gräflichen „amptmannen" und Burgleuten) zur s. g. „landvolgunge", von welcher z. B. das interessante Weisthum über „des herren grafschaft, gericht (obir hals vnd obir heupt), herlichkeit, gebote, wasser vnd weide vnd fischerie vnd wildfang" v. 1424 ausgegangen ist.

1) J. J. *Reinhard*, Jurist. und Histor. Kleine Ausführungen Thl. I (1745) S. 58 flg.; *Steubing* a. a. O. S. 1—6.

2) Urk. b. *Reinhard* a. a. O. Beyl. Nr. IV S. 100.

3) Urkk. b. *Reinhard* a. a. O. Beyl. Nr. VI, VII S. 103 flg. Vgl. *Steubing* a. a. O. S. 51.

4) Urk. b. *Reinhard* a. a. O. Beyl. Nr. VIII S. 110.

5) Vgl. Urk. v. 1325 b. *Reinhard* a. a. O. Beyl. Nr. XI S. 118, 19 mit *Steubing* a. a. O. S. 4.

6) J. *Grimm's* Weisth. I, 577—79.

Dillenburg. CCLII

(Nassau.)

1344, Sept. 20. Kaiser Ludwig IV. freiet dem Grafen Otto II. von Nassau dessen Burg und Thal Dillenburg und gibt den Leuten, welche daselbst wohnhaft sind oder künftighin wohnen werden, alle Rechte der Reichsstadt **Gelnhausen**. (R.) *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 151 nr. 2407.

Das Dorf Dillenburg, im Gegensatze zu dem nebenan auf steiler Bergspitze thronenden festen Schlosse gleichen Namens in vorstehender Urkunde als „Thal" Dillenburg bezeichnet, erscheint wohl schon in der nassauischen Brüdertheilung v. 1255, worin es nebst Siegen und Herborn auf den Grafen Otto I. fiel, unter dem Namen „oppidum" [*]). Allein eine Stadt im eigentlichen Wortverstande ist es weder damals gewesen, noch auch in Folge des Ludwig'schen Privilegs geworden. Erst unter der Regierung des Grafen Johann des Aelteren († 1606), welcher den Ort ummauern lies (1588) und ihm nach Abschaffung der Hörigkeitsdienste Jahrmarktsgerechtigkeit verlieh (1597), ward vielmehr der Grund zur städtischen Entwicklung Dillenburg's gelegt. Vgl. *Vogel*, Hist. Topographie des Hzgths. Nassau S. 148—50.

*) Urk. b. *Reinhard*, Ausführ. Thl. II S. 272—77, bes. S. 273, 74.

Dillingen. CCLIII

(Bayern, Schwaben.)

F. D. *Reithofer*, Chronolog. Geschichte

der baier. Städte Dillingen, Lauingen und Rain, Dilling. 1821. 8°., S. 3—21. Wilh. *Weiss*, Chronik von Dillingen, das. 1861. 8°., S. 1—10, 187—93. A. *Steichele*, Das Bisthum Augsburg, histor. u. statistisch beschrieben Bd. III S. 56 — 60. Vgl. auch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 958, 59; G. *Rapp* in der Bavaria Bd. II Abthl. 2 S. 1045 flg.

Dillingen [1]), zuerst 937 als „castellum Dilinga nominatum" in einer Geschichtsquelle erwähnt, befand sich bis in die Mitte des XIII. Jhdts. im Besitze eines uralten alemannischen Grafengeschlechts [2]), dessen Glieder sich „comites de Dilingin (Dillingen, Thilingen)" und seit dem Schlusse des XI. Jhdts. „comites Dillingae et Kyburgae — de Dillinga sive de Kugiburc" genannt haben. Der letzte männliche Sprosse dieses mächtigen Hauses, Graf Hartmann V., welcher 1249 Bischof von Augsburg geworden, überliess jedoch durch Schenkungsbrief v. 29. Dez. 1258 [3]) seiner Kathedrale den grössten Theil des auf ihn gekommenen väterlichen Erbes, insbesondere auch das „castrum et oppidum Dilingen". Der Ort wurde daher, als jener am 5. Juli 1286 mit Tod abgegangen, mit dem Gebiete der augsburgischen Kirche vereinigt.

Damals mag nun Dillingen noch ein unbedeutender s. g. Burgflecken gewesen sein. Bald aber sehen wir ihn mit dem Namen und den Institutionen einer „civitas" urkundlich hervortreten. An der Spitze des Gemeinwesens erscheint jetzt ein „judex" (1264), mit dem bald darauf vorkommenden „minister" (1284) d. i. Ammanne offenbar identisch. Etwas später begegnen dann „pociores" [sc. cives] und daneben „judices civitatis" (1299). Ich vermuthe, dass unter jenen bereits Mitglieder eines Rathes, unter diesen Schöffen zu verstehen seien. Um dieselbe Zeit findet sich auch schon ein „sigillum civitatis Dylingensis (der stete insigel ze Dilingen)" vor und ist von einem eigenen Markt-Fruchtmasse („mensura Dylingensis") die Rede [4]). Ueber das Verhältniss der Stadtgemeinde zum Bisthume Augsburg, namentlich die von den Haus- und Grundbesitzern sowie Gewerbsleuten an letzteres zu entrichtenden Abgaben aber gibt uns ein altes Hochstifts-Urbar vom J. 1316 [5]) folgende nähere Aufschlüsse: „Nota redditus in civitate Dylingen. Primo sciendum, quod de quinque curiis, que olim spectabant ad castrum in Dylingen, facte sunt hube, que coluntur per cives in Dylingen, de quibus dantur c maltra tritici minus v, que debent presentari ad granarium castri in Dylingen absque qualibet diminucione. Item est ibi unum thelonium, quod solvere debet v libras denariorum communi estimacione. Item est ibi domus, in qua venditur panis, de qua quilibet pistor debet xv denarios et quilibet carnifex xviii denarios in festo beati Georii. Item in civitate Dylingen de jure dicto flurschillingen [6]) iii libre xviii solidi denariorum et vi denarii in festo beati Galli. Item de censibus curtilium in civitate et extra civitatem et de jure dicto wisat [7]) ii libre xix solidi denariorum v denarii et unus obolus."

Das vorschreitende XIV. Jhdt. war für Dillingen besonders nach zwei Richtungen hin von höchst förderlichem Einflusse, indem sich a) zu der alten Stadt durch neue Ansiedlung im Westen die „newe stat ze Dillingen" hinzugesellte und alsbald in die Mauerumfriedung, welche vom Castelle aus den ältesten Häusertheil umfing, hineingezogen wurde, und b) Bischof Marquard mit Bewilligung Kaiser Karl's IV. (1356, 1357) den Ort zur Münzprägstätte seines Landes erhob [8]).

1326, Sept. 27. Bischof Friedrich 1
von Augsburg verschreibt „dem spittalmaister vnd dem spittal ze Dilingen alliu jar ain phunt Auspurger phenning vs sinem marktzol ze Dilingen an sant Gallen tag ze ainer widerlegunge dez heuzehenden ..., den im her Herman von Pherse [9]) daselben gab vn ledich liez vmb dazselbe phunt phening ze ainem selgeret." *Monum. Boic.* Vol. XXXIII[a] Nr. CCCXCI p. 498.

1431, Apr. 29. König Sigismund 2
gewährt auf Bitten Bischof Peter's von Augsburg, um den „von der „sibeneyde [10]) wegen" oft eintretenden Hinderungen der

1) Ueber die Ableitung und Schreibweisen des Stadtnamens s. *Steichele* a. a. O. S. 56 Note 88.

2) Eine treffliche Uebersicht der Geschichte desselben (sammt Stammtafel) gibt *Steichele* a. a. O. S. 31—35. Vgl. auch Plac. *Braun* in den histor. Abhdl. der k. Akademie der Wiss. in München Bd. V (1823) S. 373—492.

2) *Monum. Boic.* XXXIII a, 88; *Steichele* a. a. O. S. 51, 52 Note 84.

4) Vgl. *Steichele* a. a. O. S. 57 (zum Theile nach den ungedruckten Original-Urkk.).

5) *Monum. Boic.* XXXIV b, 413 sq.; *Steichele* a. a. O. S. 58 Note 92.

6) Es war dies ein Heerdstätten-Zins.

7) Weisat war ein Geldreichniss zur Ablösung gewisser an die Herrschaft zu gebender Festgeschenke. *Lang*, Steuerverfassungen (1793) S. 95 flg.

8) *Monum. Boic.* XXXIII b, 246, 251; XXXIV a, 105.

9) Aus dem zu Pfersee an der Wertach gesessenen Adelsgeschlechte.

peinlichen Rechtspflege zu steuern, dem Bürgermeister und Rathe der Stadt Dillingen [zugleich mit jenen der Stadt Füssen] die besondere Gnade und Freiheit: „das sy vnd ir nachkomen hinfür in künftigen zeiten alle vnd ygliche vbeltetige leute, als mörder, brenner, felscher, reuber, dieb vnd andere schedlich leute, wo sich die rete derselben stete oder der merer teyl auff ir eyde, ere vnd trewe erkennen vnd sprechen, das sy iren steten, landen vnd leuten heymlich oder offenbar schedlich leut sein, vnd ouch andere messetetige leut vmb ir vntat straffen vnd bussen mögen mit dem tod, an dem leib oder an den gliedern, als sich dann dieselben rete zu [füssen vnd] dyllingen oder der merer teyl zu yeden mal auff ir eyde, ere vnd trewe erkennen; vnd wie sy in vorgeschribener masse erkennen, dabey sol es beleiben, vnnd sy sollen der ouch von eynem yglichen in dem heilgen Römischen rich, wer der were, vnentgolden seyn." Schliesslich werden noch alle Reichsangehörigen aufgefordert, die Dillinger [und jene von Füssen] an vorstehender königlicher Gnade und Freiheit ungehindert und unbeirrt zu lassen. *Monum. Boic.* Vol. XXXIV^{b} p. 330, 31; *Steichele* a. a. O. S. 59 Note 94. (Extr.)

3 **1441**, Oct. 4. Bischof Peter von Augsburg schlichtet einen Streit zwischen dem Rathe der Stadt Dillingen und den Nonnen des s. g. grossen Klosters (Barfüsser-Ordens) [11]) daselbst, betreffend die Stadtsteuer, dahin: „das Kloster solle von seinen alten Gütern zu den bisher bezahlten fünf Pfund Heller noch zwei Pfund und 11 Schilling Heller beilegen, also jährlich 7 Pfund und 12 Schilling Heller an die Stadt steuern, von Gütern aber, die es künftig erwerben würde, Steuer geben, wie andere Burger zu Dillingen." (R.) *Steichele* a. a. O. S. 128.

4 **1464**, Nov. 3. Derselbe erneuert dem genannten Frauenkloster — „der meistrin vnd gemeynlich dem convent der frawen der grossen samnung in vnnser stat Dillingen, Augspurger bistumbs, der dritten sant Francissen regel" — nachdem am Vorabende vor Lichtmess 1438 eine Feuersbrunst die vom Bischofe Hartmann und dessen Vater, dem Grafen Hartmann IV. zu Dillingen und zu Kyburg, als den Gründern des Klosters, ausgestellten „stiftsbrieve" gänzlich vernichten hatte, seine gesammten Privilegien, insbesondere dass in dessen „behusung mit irer zugehörung" Niemand von der Stadt Dillingen „icht zu gebieten oder zu verbieten, darein noch vber siner hofreitin schwelle kommen sol"; dass das Gotteshaus von „stewr, wacht vnd all ander dienst, vngelt, zöllen vnd vfflegung als ein geistlich wesen, wie zu sölichem durch geistlich freyheit gehört", entbunden, und hievon auch die dazu gehörigen „stiftgüter . . . als geistlich güter gefreyet, vnbeladen vnd vnbeswert bleiben", und dass endlich „die frawen der gemelten samnung zu notdurft ir selbs, auch solicher irer stiftgüter mit irer habe vnd gute, auch sunst zu irem brauche iren freyen handel vnd wandel vnbeswert vnd vngehindert in der stat zu Dillingen, auch vsserhalb vnd in vnd vsz daselbst zu ewigen tagen haben söllen vnd mögen." *Steichele* a. a. O. S. 128—30.

1487, Jun. 16. Kaiser Friedrich III. [12]) 4
bestätiget der Stadt Dillingen eine über Menschen-Gedächtniss besessene, „alle Jahre 14 Tage vor Galli in ihrem Jahrmarkte und 14 Tage darnach" in genau bezeichnetem Umfange zu Land und auf der Donau auszuübende Zollgerechtigkeit. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 740 nr. 8063.

1498, Dez. 21. Bischof Friedrich von 5
Augsburg trifft, nachdem er zu Dillingen „den zwinger mit verfasten thurnen vmb der stadt mur vnd darzu ein newe maur auch mit thurnen vnd eingefasten thoren vmb die vorstat auf sine costen mit zuthun vnd hilff gemeiner stat Dillingen gemacht", aus dieser Veranlassung mit Bürgermeister und Rath daselbst das Uebereinkommen: das „vnnser yder tail aller jerlich auf Sannt Thomas des heilligen zwellfboten tage fünf gulden Rinischer, thut in einer summe zehen guldin Rinischer, in ein bichs, die bei hannden burgermeister vnnd räte zu Dillingen steen vnnd ydertail einen schlissel dazu haben, legen söllen vnd wöllen, vnnd sölle solch gellt zu nichten annderm gebraucht noch genutzet werden, dann allain zur bössrung vnnd behaltung vorgedachter zwinger, maurn, thurn vnnd thoren, vnnd was auch verbawen wirdet, davon sölle ein register gemacht vnnd ordenlich aufgeschriben werden, damit man wissens empfahe, was allweg verbawen vnnd gellt in der bichs seye." *Monum. Boic.* Vol. XXXIV^{b} Nr. CXVI p. 327, 28.

---

10) Vgl. C. G. *v. Wächter's* Beiträge z. Dtsch. Gesch., insbes. des Dtsch. Strafrechts (1845) S. 269 flg.

11) Ueber dasselbe s. *Steichele* a. a. O. S. 125 flg.

12) Vermuthlich als Herr der Markgrafschaft Burgau.

CCLIV. Dilsberg.

(Baden.)

1412, Sept. 19. Die „burgermeistere, rät vnd bürgere gemeinlichen der stat zum Dylsperg“ thun kund, dass sie dem Pfalzgrafen Ludwig (III.) bei Rhein, ihrem „lieben gnedigen herren mit guten trüwen globt vnd auch mit offgehabten vnd gelerten worten gestabte eyde lipolichen zu den heiligen gesworn han, yme sin leptage getruwelich zu gewarten, gehorsam vnd verbunden zu sin vnd in allen sachen zu tunde als irem rechten erbeherren“, und nach dessen Tod seinem ältesten Sohne „vnd nymand anders mit der obgenanten stat Dylsperg zu gewarten vnd gehorsam zu sin, vnd yn für iren rechten erbeherrn zu haben vnd zu halten, vnd auch zu hulden vnd zu sweren in aller der masse, als sie dann itzund dem . . . hertzog Ludwigen getan haben.“ Die Urkunde ist „versigelt mit der stad zum Dylsperg anhangendem ingesigel.“ *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XI S. 69, 70.

Dilsberg, um die gleichnamige Burg, den Hauptsitz der elsenzgauischen Grafen „de Dürn“ (Walldüren), welche sich darum „comites de Dilnsperg“ und ihre Grafschaft „comitatum in Tilisperg“ zu nennen pflegten, angelegt, wird zwar schon im Zinsbuche v. 1369, worin „die armen lute, die vf dem Dilsperg sizend, von des herrn gnaden fri“ erklärt sind, als „stetelin“, und in der vorstehenden, deshalb hier aufgenommenen Huldigungsurkunde als „stat“ bezeichnet, und auch in letzterer mit allen Merkmalen einer solchen, einem Rathscollegium und eigenen Stadtsiegel („S. opidi. in. Dylsperge“.) versehen angetroffen. Allein es scheint diese städtische Eigenschaft des Ortes nur von momentaner Dauer gewesen zu sein, da sich schon in einer Urk. v. 1425 seine Verfassung, indem hier ein Schultheiss mit 7 Richtern an der Spitze der Gemeinde erwähnt wird, wider den Einrichtungen der Dörfer und Märkte zuneigt. Vgl. *Widder*, Beschreibung der Kurfürstl. Pfalz am Rhein Thl. I S. 361 flg.

CCLV. Dingolfing.

(Bayern.)

J. W, *Eberl*, Ereignisse aus den Annalen der Stadt Dingolfing, das. 1840. 8⁰. *Ders.*, Geschichte der Stadt Dingolfing und ihrer Umgebung, das. 1856. 8⁰. Dazu vgl. noch Pl. *Stumpf*, Bayern S. 238, 39; *Schels* in der Bavaria Bd. I S. 1120.

1274, Mai 21. Herzog Heinrich II. 1
(der Aeltere) von Niederbayern beurkundet die Freiheiten und Rechte, welche die Bürger seiner Stadt Dingolfing geniessen sollen. Es betreffen aber die einzelnen Artikel des Privilegs: a) die Wahl eines Richters durch die Gemeinde, welcher jedoch landesfürstlich zu bestätigen ist, sowie die Aufstellung und beziehungsweise Absetzung eines Stadtfrohns durch Richter und Bürgerschaft; b) die Anwendung des landshuter Stadtrechts als Entscheidungsnorm in geringfügigen Frevelsachen; c) die Unstatthaftigkeit eines Zwangs, vor dem Stadtrichter zu verhandeln, es müsste denn allda eine Klage bereits eingebracht worden oder Grund zu amtlichem Vorschreiten gegeben sein; d) die Nicht-Befugniss des Richters und der Bürger, einem Schuldner ohne seines Gläubigers Wissen und Willen Sicherheit zu gewähren; e) das Recht der Bürger, bis in das dritte Gericht Selbstpfändung zu üben; f) die Beitreibung kleiner Schuldposten durch den Stadtfrohn; g) die Pfandnahme in und ausserhalb der Stadt; h) die Nichtigkeit aller einseitig ohne Rath der Geschwornen vom Richter erlassenen Gemeinde-Verfügungen; i) die Befreiung der Bürger bei Vorhandensein zureichender Fahrniss von der Beschlagnahme ihrer Liegenschaften, sowie k) der mit Haus und Hof angesessenen Bürger vom Personalarreste, wenn durch den Werth jener Immobilien der Schuldbetrag völlig gedeckt wird; l) die Ermässigung der Geldbussen im Falle dadurch gefährdeten Hausstandes der Schuldigen durch den Richter oder Herzog; m) die Verpflichtung des Rathes, straffällige Bürger zur Leistung der Bussgelder anzuhalten; n) die Berechtigung eines Bürgers, ungestraft seinen Schuldner auf so lange, bis die Hülfe des Richters und Stadtfrohns zu erlangen ist, selbst in Haft zu nehmen; desgleichen o) Sachen, welche nicht zum Stadtgute gehören, frei und ohne gerichtliche Verbriefung und Schreibgebühr zu kaufen oder zu verkaufen; p) die nach dem Herkommen in Landshut bemessene Wedde desjenigen, welcher eine bereits abgeurtheilte Streitsache nochmals vor den Richter zieht; q) die Ahndung und Ersatzpflicht bei böslicher Feldbeschädigung durch Nacheggen, Uebermähen und Ueberschneiden; r) die Rechtswirkungen einjährigen ruhigen Besitzes von Haus, Hof und Gärten gegenüber einem innerhalb Landes gewesenen, zu seinen Jahren gekommenen Kläger; s) die Behandlung zahlsäumiger Schuldner aus den Gauen, wenn sie in der

Stadt betreten werden; t) die Entbindung der Bürger von jeder Ladung an ein auswärtiges Gericht, ausgenommen bei Liegenschaftsklagen, sie mögen Eigen oder Lehen betreffen; u) die Waarenkäufe zwischen Städtern und Ausleuten, und die Verbindlichkeit Ersterer, die verkaufte Sache unbeschädiget an den verabredeten Lieferungsort zu bringen; v) das Verbot, unter dem Titel einer Gerichtsbusse ein Pfand zu nehmen, ohne dass hierauf richterlich erkannt wäre; endlich w) die Nicht-Berechtigung der landesfürstlichen Beamten, eigenmächtig Aenderungen an der städtischen Markt- und Zollordnung einzuführen, sowie andererseits die Pflicht der Bürgerschaft, den herzoglichen Richter in seinen Rechten ungefährdet zu lassen [1]).

Die lateinisch abgefasste Urkunde ist noch ungedruckt; eine Inhalts-Uebersicht findet man b. *Eberl*, Gesch. S. 85—87.

2 **1322**, Febr. 28. Die niederbayerischen Herzoge Heinrich XIV., Otto V. und Heinrich XV. bestätigen ihren Bürgern zu Dingolfing auf deren Ansuchen den vorstehenden Rechtsbrief in deutscher Fassung. (R.) *Eberl* a. a. O. S. 87.

3 **1336**, Dez. 6. Herzog Heinrich XV. von Niederbayern gestattet dem Rathe und der Bürgerschaft seiner Stadt Dingolfing, die Strafgefälle von falschen Schwüren, so oft solche zur Aburtheilung im Stadtgerichte kommen würden, zu gemeindlichem Nutzen zu verwenden. (R.) *Eberl* a. a. O.

4 **1341**, Apr. 30. Kaiser Ludwig IV. verordnet, dass sein Vicedom zu Dingolfing nur „in den drei Sachen, die in den Tod gehen", in allen übrigen Fällen aber der dortige Stadtrichter nach dem Stadtrechte richten solle. (R.) *Eberl* a. a. O.

5 **1448**, Oct. 31. Herzog Heinrich der Reiche von Bayern-Landshut lässt eine zwischen den ober- und unterstädtischen Bürgern zu Dingolfing in Ansehung des Weinschanks entstandene Streitigkeit („zwielauf vnd irrung") durch eine Commission von zehn Männern zum Austrage bringen, welche „auf beider theil fürbringen, red und widerred einträchtiglich" dahin zu Recht erkennen: dass die Bürger der Oberstadt welschen, Oster- und andere süsse und schwere Weine, dagegen die Bürger der Unterstadt blos bayerische Weine, Bier und Meth verleutgeben dürfen; dass jedoch hievon abgesehen, die ober- und unterstädtischen Bürger „alle gastung wol haben, als hofleut, kauffleut, wagenleut vnd andere gastung, auch allerley kauffmanschafft vnd arbeit treiben" mögen und hierin kein Theil den anderen hindern oder iren solle. (R.) *Eberl* a. a. O. S. 94 flg.

1453, Sept. 2. Herzog Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut confirmirt den Bürgern seiner Stadt Dingolfing ihre gesammten Freiheiten, Privilegien und guten Gewohnheiten, „vnd was sie sonst brieflich vor ihn bringen" würden. (R.) *Eberl* a. a. O. S. 87. 6

1466, Jun. 24. Derselbe bewilliget dem Tuchmachergewerke in seiner Stadt Dingolfing auf Verwendung des Rathes und der Gemeinde daselbst, die produzirten Wolltücher durch zwei jährlich zu wählende Beschauer besichtigen zu lassen, und die als gut befundenen durch ein mit dem Stadtwappen versehenes Bleisiegel kenntlich zu machen, wobei jedoch den Meistern auferlegt wird, für jedes so gezeichnete Stück vier landshuter Pfennige an die Stadtkammer zu entrichten. (R.) *Eberl* a. a. O. S. 101, 2. 7

1470, Oct. 25. Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut ertheilt den ihm bei seinem Regierungsantritte huldigenden Bürgern seiner Stadt Dingolfing eine Bestätigung ihrer sämmtlichen Freiheiten, Rechte und Gewohnheiten. (R.) *Eberl* a. a. O. S. 87, 88. 8

Dingolfing, uranfänglich ein Königshof, gewinnt schon in frühester Zeit sowohl durch den allda abgehaltenen Thassilo'schen Land- und Kirchentag v. 772 [2]), als auch durch das „synodale concilium", welches Herzog Arnulf im J. 932 daselbst veranstaltet hat [3]), eine gewisse rechtshistorische Bedeutung, tritt jedoch erst um einige Jahrhunderte später unter den Wittelsbachern, namentlich Ludwig dem Kelheimer und Otto dem Erlauchten, in die Reihe der Städte ein. In der niederbayerischen Landtheilung v. 1331 kam „dingolfingen die stadt mit dem gericht vnd was dartzu gehort" an Herzog Heinrich den Jüngeren oder Natternberger [4]), von welchem auch die Urkk. nr. 3 herrührt.

---

1) Ein in älteren Chroniken erwähntes Privileg Herzog Otto's III. von Bayern, kurz nach dem grossen Stadtbrande vom J. 1251 ertheilt, und Steuerfreiheit der neuerbauten Häuser, sowie Unstatthaftigkeit der Verhaftung von Missethätern innerhalb eines Bürgerhauses ohne vorgängige Auslieferung betreffend (*Eberl*, Gesch. S. 85), ist urkundlich nicht beglaubigt.

2) O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen I, 169 flg.

3) *Wittmann* in den Quellen z. bayer. u. dtsch. Gesch. I, 411 flg. m. 408, 9.

4) *Rockinger*, Einleit. in die altbaier. landständ. Freibriefe §. 20 S. LXIII.

Nachdem sich hierauf die Stadt kurze Zeit in der alle bayerischen Gebiete vereinigenden Hand Kaiser Ludwig's IV. befunden hatte, und nach dessen Tod „der rat vnd di gemain der purger ze Dingelfing" dem landshuter Schutzbündnisse der niederbayerischen Edelleute und Städte v. 4. Nov. 1347 [5]) beigetreten waren, fiel in der neuerlichen Theilung Niederbayern's v. 3. Juni 1353 „Dingolfing die stat, das gericht, mawt vnd zol vnd waz dartzu gehört" an die herzoglichen Brüder Albrecht und Wilhelm [6]), hierauf (1375) an Herzog Stephan II. von Bayern-Ingolstadt, sowie an dessen Sohn Ludwig den Bärtigen [7]), endlich nach des Letzteren Gefangennahme in Folge seiner Weigerung, das geforderte Lösegeld zu bezahlen, durch Waffengewalt im J. 1446 an Herzog Heinrich den Reichen von Bayern-Landshut, um bei dieser Linie den Rest des Mittelalters hindurch zu verbleiben. Vgl. *Eberl*, Gesch. S. 37 flg. 43 flg., 175 flg.

CCLVI. Dinkelsbühl.

(Bayern, Franken.)

Fischer „Hist.-statist. Nachrichten von der k. baier. Stadt Dinkelsbühl" in der allgem. baier. Vaterlandskunde, Jahrg. I. (1807) Nr. 24 flg. C. H. *Lang*, H. Chr. *Büttner*, J. W. *Schulz* und *Knappe*, Histor. u. statist. Beschreibung des Rezatkreises, Heft II (Nürnb. 1810. 4°.): „histor. Beschreibung von Dinkelsbühl" S. 3—19. A. *Steichele*, Das Bisthum Augsburg, histor. u. statistisch beschrieben Bd. III S. 249—54. Dazu s. noch *Jahresbericht* XVIII des histor. Vereins f. *Mittelfranken* (1849) S. 19—21; *Hugo*, Mediatis. S. 49, 50; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 666, 67; *Schmid*, Reichsstädte S. 55—57; E. *Fentsch* in der Bavaria Bd. III Abthl. 2 S. 1190—92.

Das urkundliche Material findet sich theilweise in *Lünig's* RArchiv Thl. XIII S. 456—98 und *Moser's* Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 386—430, am vollständigsten aber in der vom dinkelsbühler Viceconsulenten *Busch* ausgearbeiteten *Deductionsschrift*: „Vertheidigte Territorial- und Jurisdictions-Gerechtsame der Kayserl. Freyen Reichs-Stadt Dinkelsbühl über ihre sämmtliche Unterthanen und Güter auf dem Land, wider die ab Seiten des Hochfürstl. Haussees Oettingen-Spielberg sich anmassende bald Land-Gerichtliche, bald Land-Vogteyliche, bald Landes-herrliche Obrigkeit" (Gedruckt Anno 1755. fol.) Sect. IV Nr. I—CCLXVI [unpaginirt] *) zusammengestellt.

1 **1235**, Jan. 30. Der römische König Heinrich befiehlt seinen Amtleuten von Dinkelsbühl, Rotenburg, Nördlingen und Donauwörth — „fidelibus suis de Dinkelspuhel . . . ministris necnon universis officiatis" —, dass sie den Abt des Klosters Ahusen [1]) und die ihm untergebenen Geistlichen mit Ladungen vor ein weltliches Gericht in peinlichen wie bürgerlichen Sachen verschonen, im Falle aber, dass dieselben freiwillig allda Recht nehmen würden, die von ihnen beigebrachten an sich tauglichen Zeugen ohne Berücksichtigung etwa entgegenstehender Stadtgewohnheiten zum Beweise zulassen sollten —: „quatenus nullus vestrum sit, qui dictum abbatem vel aliquem suorum subditorum ecclesiasticarum personarum in causa criminali vel civili contra ipsorum voluntatem presumat vocare vel trahere ad judicium seculare; si vero coram vobis juri stare voluerint, volumus et mandamus, ut testes dicti abbatis et suorum subditorum, qui censeantur idonei, non obstante civitatum vestrarum consuetudine recipiatis." *Schütz*, Corp. hist. Brandenburg. dipl. Tom. IV p. 72; *Monum. Boic.* Vol. XXX P. I Nr. DCCXXXII p. 234 sq.

Dinkelsbühl im Virngrunde, sagenhaften Ursprungs [2]) und vermuthlich von der einst auf dem Hügelabhange, wo jetzt die Stadt liegt, gebauten Fruchtart („Dinchilspuole, Dinkilespuhil"), nicht der daselbst befindlich gewesenen Malstätte („Dingspill") so geheissen, gehörte im XII. Jhdt. zum „alodium" des Staufischen Hauses, vielleicht zum Gebiete des alten „comitatus" und nachmaligen „ducatus Rotenburch". Urkundlich wird des Ortes zum ersten Male in dem die Vermählung Herzog Konrad's mit der castilischen Königstochter Berengaria betreffenden Ausstattungs-Instrumente Kaiser Friedrich's I. v. 23. Mai 1188 [3]), und zwar bereits als „burgum Tinkelspuhel", mithin als befestigten Platzes gedacht. Zum zweitenmale begegnet dann Dinkelsbühl in der vorstehenden Urk. nr. 1; hier erscheint es als „civitas."

1251, Oct. 7. König Konrad IV. verpfändet dem Grafen Ludwig (V.) von Oettingen [4]) die Stadt Dinkelsbühl. 2

5) *Wittmann*, Monum. Wittelsbac. Abthl. II Nr. 318 S. 397.
6) *Das.* Nr. 331 S. 428.
7) *Rockinger* a. a. O. §. 27 S. LXXXV.

*) In den Regesten „*Ded.*" allegirt.
1) Das Benedictinerkloster Anhausen oder Auhausen an der Wörnitz. Vgl. *Materialien* z. Oetting. älteren u. neueren Gesch. IV, 156 flg.
2) *Fentsch* a. a. O. S. 914.
3) *Wirtemb.* UB. II, 256
4) Er starb 1279. Vgl. J. *Rauchpar's* Oetting.

„Conradus dei gracia Romanorum in regem electus, semper augustus, Jerusalem et Sicilie rex. Tenore praesentium notum facimus universis, quod nos attendentes fidem puram et praeclara fidei merita, quae Ludovicus comes de Ottingen, dilectus familiaris et fidelis noster, hactenus nobis exhibuit et in antea poterit exhibere, ipsi civitatem Horburg [5]) praeter castrum, civitatem Dinckelspueln, castrum Sorsem [6]), advocatiam monasterii Rhott [7]), et decimam in Uffkirch [8]) pro mille quingentis et nonaginta marcis argenti nomine pignoris duximus obliganda et tenenda tam diu, donec pro eadem pecunia, in simul et non divisim, per nostram curiam redimantur. Datum apud Augustam, septimo octobris, decima indictione.“ *Ded.* Nr. IV (mit der JZ. 1250); *Böhmer's* Acta imperii selecta (1866) Nr. 344 S. 292.

Wann dieser erste Pfandnexus, in welchen Dinkelsbühl zum Oettingischen Grafenhause gekommen, durch Einlösung der Stadt zum Reiche wieder getilgt worden sei, lässt sich urkundlich nicht nachweisen. Doch muss dieses jedenfalls vor 1274 geschehen sein, da die oben unter dem Art. „Bopfingen“ nr. 1 (S. 254 a) mitgetheilte Urk. v. 26. Febr. jenes Jahres, worin König Rudolph I. auch den Dinkelsbühlern verbietet, Oettingische Eigenleute zu Bürgern aufzunehmen, offenbar die Aufhebung des Pfandschafts-Verhältnisses voraussetzt.

3 **1295**, Mai 5. König Adolph gibt dem Grafen Ludwig (VI.) von Oettingen [9]) das bis dahin vom Burggrafen Friedrich von Nürnberg besessene Schultheissenamt zu Dinkelsbühl zu Pfand.

„Adolphus dei gracia Romanorum rex semper augustus ad universorum notitiam volumus pervenire, quod nobili viro Ludovico comiti de Oetingen, dilecto nostro fideli, pro mille et quingentis libris hallensium, quas instaurato nostro exercitu contra Fridericum, filium landgravii Thuringiae, expendit pariter et consumsit, in Dinkelspuhl, Wizzenburg [10]), Ufkirchen, Bopfingen et Harburg scultetatus officia cum omni jure et utilitate, sicut spectabilis vir Fridericus burggravius de Nuremberg ea hactenus noscitur habuisse, duximus obliganda tam diu et habenda, quousque mille et quingentas libras hallensium juxta rationabilem computationem recollegerit expedite. Si autem praedicta officia redimere voluerimus, dictus comes percepta computabit in sortem, et residuo persoluto officia nobis et imperio restituet memorata. In cujus rei testimonium hanc literam exinde conscribi et majestatis nostrae sigillo fecimus communiri. Datum in Rotenburg iii. non. may anno domini millesimo ducentesimo nonagesimo quinto, regni vero nostri anno tertio.“ *Ded.* Nr. VII.

1305, Aug. 11. König Albrecht I. be- 4
widmet Dinkelsbühl mit dem Rechte der Stadt Ulm.

„Albertus dei gratia Romanorum rex semper augustus prudentibus viris, consulibus et civibus in Dinkelsbuhel, fidelibus suis dilectis, gratiam suam et omne bonum. Ut major inter vos maneat dilectio sinceritatisque connexio, et ut tam vos quam civitas ipsa Dinkelsbuhel crescatis et proficiatis in honoribus atque rebus, vobis omnia jura, quibus cives nostri de Ulma gaudent pariter et utuntur, duximus concedenda, volentes, ut eisdem juribus in antea gaudeatis et utamini sicut ipsi, presentium testimonio litterarum nostri sigilli robore munitarum. Dat. in castris prope Nuremberg iii. idus augusti, indictione tertia, anno domini millesimo trecentesimo quinto, regni vero nostri anno octavo.“ *Lünig* a. a. O. S. 456 Nr. I; *Moser* a. a. O. S. 386 Nr. I; *Schmid* a. a. O. Urk. IX S. 355.

1309, Jul. 5. König Heinrich VII. ge- 5
währt seinen Bürgern zu Dinkelsbühl ob ihrer makellosen Treue und vorzüglichen Anhänglichkeit an ihn und das Reich die Gnade: „quod ad nullius examen judicis super quacunque causa civili extra oppidum suum evocari possint vel debeant, quamdiu coram mi-

---

Geschlechtsbeschreibung (hrsg. von J. P. *Lang*, 1775, 4°.) Gen. 21 S. 46.

5) Harburg, Markt mit Bergschloss an der Wörnitz in der Provinz Schwaben und Neuburg des K. Bayern. Die Verpfändung der Reichsveste und Stadt an die Grafen von Oettingen wurde 1295, 1299, 1324, 1333, 1367, 1467 erneuert. *Materialien* III, 23, 29, 31, 47, 55. Ueber das s. g. Marktgericht in Harburg s. *dies.* II. 189 flg.

6) Gross-Sorheim, Pfarrdorf in der Nähe von Harburg. Im J. 1240 war die „villa Sorheim“ Reichslehen der Herrn von Horburg. *Materialien* II, 225.

7) Mönchsroth, jetzt Markt in der bayerischen Provinz Mittelfranken. Die Vogtei über das hier 1109 gestiftete Benedictinerkloster blieb bis 1274 im Pfandbesitze Ludwig's von Oettingen. Im J. 1347 wurde sie aber dem Oettingischen Hause neuerdings verpfändet. *Materialien* IV, 171 flg.

8) Aufkirchen, Marktflecken an der Wörnitz in Bayerisch-Mittelfranken. Verpfändungen des mit einem Rathe versehenen Städtchens an die Grafen von Oettingen erfolgten 1334, 1347, 1355, 1367, 1372. *Materialien* III, 32, 35, 38, 39, 49; II, 48.

9) Vgl. *Rauchpar* a. a. O. Gen. 22 S. 48 flg.

10) Die Reichsstadt Weissenburg im Nordgaue.

nistro [11]) vel judice ipsius oppidi querelantibus justitia non fuit denegata." *Lünig* a. a. O. Nr. II.

6 **1309**, Jul. 6. Derselbe gestattet ferner seinen Bürgern zu Dinkelsbühl, dass sie die Ungelds-Einnahme künftighin zur Befestigung ihrer Stadt verwenden mögen:

„Nos Heinricus, dei gracia Romanorum rex semper augustus, ad universorum noticiam volumus pervenire, quod propter devocionis affectionem et fidelitatis constanciam, quibus erga Romanum imperium dilecti cives nostri in Dinkelsbuhel hucusque claruerunt et adhuc nobis et eidem imperio fructuosis obsequiis adherebant, favorabiliter attendentes, ipsis de munificencia regia liberaliter indulgemus, quod ungeltum inantea recipere et colligere debeant ad fortificationem prefati opidi convertendum, sicut ipsum ungeltum hactenus perceperunt, presentibus ad nostre voluntatis beneplacitum duraturis. Harum testimonio litterarum datum in Nuremberg ii. non. Julii anno domini millesimo trecentesimo nono, regni vero nostri anno primo." [Bisher ungedruckt; hier nach dem münchner Reichs-Archivs-Originale *) mitgetheilt.]

7 **1323**, Jul. 6. König Ludwig IV. erlaubt dem Rathe und der Bürgerschaft zu Dinkelsbühl auf deren „bete vnd gemach…, daz si ein teil der gemain [12]), die si haben, verchoufen mugen vnd ein ander teil herwieder choufen." *Lünig* a. a. O. Nr. III; *Moser* a. a. O. Nr. II.

8 **1323**, Jul. 6. Derselbe thut seinen getreuen Bürgern zu Dinkelsbühl die Gnade: „was si von grawes tuches machen, das mit irer stat rechtem masz gemessen wird, daz man das anderswo vber ir masze nicht messen sol, wohin si ez füren." *Lünig* a. a. O. S. 457 Nr. IV; *Moser* a. a. O. S. 387 Nr. III.

9 **1324**, Oct. 4. Derselbe bestätiget dem Rathe und der Bürgergemeinde zu Dinkelsbühl in Anerkennung ihrer „steten trewe" und Dienstwilligkeit gegen das Reich „nach ir bete…. alle die brieve, gnade vnd recht, die sy vnd ir stat von Romischen keysern vnd kunigen sinen vorfarn haben, als sy sie redlich vnd rechtlich gehabt haben." *Lünig* a. a. O. Nr. V.

10 **1324**, Oct. 4. Derselbe quittirt der Stadt Dinkelsbühl über ihre jährlich 150 Pfund betragende Reichssteuer auf die nächstfolgenden neun Jahre, vom künftigen Dreikönige-Festtage an gerechnet. (R.) *Oefele*, Rer. Boic. Scriptt. Tom. I p. 748.

11) Vgl. oben S. 641b Note 11.

*) Durch gütige Vermittlung des Herrn Staatsanwalts Vocke.

12) Allmende.

1351, Aug. 16. König Karl IV. übergibt den Grafen Ludwig und Friedrich von Oettingen im Tausche gegen die Landgrafschaft des Unter-Elsasses [13]) die ihnen schon seit längerer Zeit verpfändet gewesenen Reichsstädte Dinkelsbühl und Bopfingen sammt aller Zubehör als wahres Erblehen —: „ideoque vice versa.. supradictis Ludovico et Friderico fratribus comitibus de Oetting, heredibus et successoribus eorum in perpetuum supradicta oppida, utpote Denkelspilh et Bopfingen [14]), quae pridem ab imperio nomine pignoris habuerunt [15]), cum omnibus juribus, libertatibus, honoribus, dignitatibus, redditibus, utilitatibus, consuetudinibus et omnibus pertinentiis suis, quibuscunque specialibus vocabulis designantur, in verum feudum hereditarium eo modo, quod ad nos et Romanos imperatores sive reges, successores nostros, inantea pertineant, damus conferimus et donamus." L. *Laguille*, Hist. de la province d'Alsace P. II preuv. p. 63; *Materialien* zur Oetting. älteren u. neueren Gesch. Bd. I S. 291—96. 11

1351, Nov. 29. Die Grafen Ludwig und Friedrich von Oettingen, Landgrafen im Elsass, geben die urkundliche Erklärung ab: „daz wir lieplich vnd früntlich bericht sien mit den ersamen wisen mannen, mit dem rat vnd den burgern gemeinclich der stat zu Dinckelspühel, vnd daz si sich von vnss vnd vnsern erbn erlöst hant gar vnd gentzlich an daz riche vmb siben tusend pfunt geber vnd guter haller vnd vmb zwai hundert pfunt haller, der wir gar vnd gentzlich von in gabt vnd bezalt sien, vnd darumb si vnser pfant vormals gewesen sind von kayser Ludewich vnd von dem ryche, vnd darumb wir brief innen gehept haben vnd auch die bestetget heten von vnserm gnedigen herren kunig Karll von Rome, die wir in auch geantwurt haben ze baidersit, vnd vmb den wechsel vnd chauffe, den wir getan heten gen vnsern obgenantten herrn kunig Karll gen dem lande ze Ellsazze, der schol auch ab sin, vnd haben in auch denselben brief geantwurt, vnd sagen sie vnd die stat auch 12

13) Vgl. *Materialien* I, 225—50 [Auszug aus *Laguille*], IV, 74 flg. und „Kurze Nachricht von der Landgrafschaft Elsass, wie solche bey den Herrn Grafen zu Oettingen gewesen, aus *Schöpflin's* Alsatia illustrata germ. gall. in's Deutsche zusammengetragen, Oetting. 1767. 8. [Hinter G. A. *Michel's* Oetting. Bibliothek Thl. III.]

14) Eine Aufgabe von 16000 Pfund Heller an baarem Gelde wurde noch durch Urk. v. 17. Aug. dess. Is. [*Materialien* I, 297—300] hinzugefügt.

15) Ueber den Urheber dieser neuen Verpfändung s. nr. 12; die Zeit derselben ist unbekannt.

darzu ledig vnd lose ir ayde vnd aller ir gelüpnuss, die si vns vnd vnsern erbn getan hant bitz vf disen heutigen tag, als diser brief geben ist." *Ded.* Nr. VIII.

Laut dieser s. g. Quittanz war also kurz nach der unter nr. 11 aufgeführten Vereinbarung a) die Oettingische Pfandschaft an Dinkelsbühl gelöst, und b) der Tauschvertrag über die niederelsässische Landgrafschaft rückgängig gemacht worden. Auf letzteren Umstand bezieht sich übrigens auch noch eine etwas jüngere Urkunde König Karl's
13 IV. v. 1352, vermuthlich aus dem Anfange dieses Jahrs, b. *Schöpflin*, Alsatia dipl. P. II Nr. MLII p. 202 worin es heisst: „Allaine[16]) vormals zwischen vnsern kuniglichen gnaden an einem theil vnd den edlen Ludwigen vnd Friderichen graven ze Ottingen, landgraven in niedern Elsatzen ... an dem andern vm ire landgraveschafft vnd vm vnser vnd des reichs stette Dinckelspühel vnd Bopffingen ein rechter wechsel geschehen sey vnd brieve darum geschrieben vnd geben beyden seiten; doch ist durch etliche sachen das obgemelte wechsel abgegangen, vnd bleiben wir vnd das heylige reich bei den obgenanten stetten vnd die obgenanten graven bey ir landgraveschafft, vnd meynen, dasz die brieve beedenseitte sullen gentzlich absein."

14 **1352**, Jan. 2. König Karl IV. bestätiget den Bürgern von Dinkelsbühl und ihrer Stadt „alle ir hantvesten, privilegia, briev, recht, gesetze, gnade, fryheit, freyung, lehn, gabe vnd löblich gewonhait", welche ihnen von seinen Vorfahren gegeben worden und womit sie von Alters her begnadet sind, „in allen iren puncten vnd artickeln", und sichert ihnen noch insbesondere zu: „dass wir sie by vns vnd dem Römischen reich ewiclichen behalten wollen vnd sie durch kain vnser noch des reichs nott noch kain ander sache nicht versetzen, verkauffen, verwechseln noch keines weges empfremdten noch verkumern sullen, und ob das gein yemand geschehen were oder noch geschee, das sol gentzlich abe sein vnd kein crafft haben." *Lünig* a. a. O. S. 457, 58 Nr. VI.

15 **1352**, Dez. 27. Derselbe gewährt den Bürgern der Stadt Dinkelsbühl um ihrer Selbstauslösung aus der Oettingischen Pfandschaft [nr. 12] willen „zu ainer besonder ergezung derselben losung vnd des schadens, den si davon empfanngen haben", von dem Ausstellungstage dieses Briefes an „sechs ganze jar nach einander fryung vnd volle vnd ganze fryheit von zinse, die si im vnd dem reich järlich schuldig sin zu geben vor losung, pete, beschazung, steuer, vmgelt vnd gemainclich vor allerley beswerung vnd vffsatzung, wie die weren oder wie man die genennen möcht, also dasz denselben burgern zu Dinckelpühel die vorgenant fryhait der sechs jar vnverruckt vnd vnzerbrochen belyben sol", weswegen auch allen Fürsten, Grafen und Herrn des Reiches, „vnd besonderlichen den landvögten ze Swaben" und übrigen königlichen Amtleuten ernstlich geboten wird, sich jeglicher Hinderung der Bürger an vorstehender Freiheit zu enthalten. *Ded.* Nr. X.

1352, Dez. 27. Derselbe gestattet ferner 16
den Dinkelsbühlern, und zwar ebenfalls aus dem in der vorigen Urkunde hervorgehobenen Anlasse, sich selbst einen Richter und Ammann zu wählen, welchen jedoch der König jederzeit seines Amtes wieder entsetzen könne.

„Wir Karl, von gots gnadin Romischer künig ze allin zeitin merer dis reichs vnd künig ze Beheim, veriehen vnd tün kunt offenlich mit disem brief, Wanne wir vnsern lieben getrewen, den burgern dir stadt ze Dynkelspühel, dar vmb daz sie sich selbe vnd mit ir selbis gelt geloset habin von den edlen Ludwigen vnd Fridrichen graven von Oetingen, den sie versaczt warin von vnsern vorvarn sechs jar gancze nach einander, habin gegebin vreiheit als ouch in andirn vnsern briven, die wir in darubir gegebin habin, stet geschribin, So tun wir die selben vnsern burgern die genad, daz sie in denselben sechs jarin in kysen vnd welen mügen vs vnsern getriwen ein richtir vnd amman, dir in allerpest füget, vnd wellen, daz der selb richtir vnd amman als lang beleibin sulle bei demselbin ampt, als lang vnsir wille vnd genad ist, vnd bis wir daz mit namen vnd sunderlich widir ruffin, vnd gepieten allen vnsern amptleuten, lantvögten ze Swaben, die iczund sind odir hernach werdint, daz sie vnsir vorgenantin bürger nicht hindern noch besweren, als lieb in ist vnsir swer vngenad ze meiden. Mit vrkunde dicz brives, versigelt mit vnserm kuniglichen insigel, der geben ist ze Prag, do man zalt nach Cristes gepurt dreuzehinhundirt jar, dar nach in dem zwei vnd fünfzigisten jar an santh Johans tag des heiligen Ewangelisten, im sechstin jar vnsir reiche" *). *Ded.* Nr. IX.

1354, Nov. 27. Der Pfalzgraf bei Rhein 17
Ruprecht der Aeltere, Reichs-Vicar in den deutschen Landen, verspricht, so lange er dieses Amt bekleide, „dem rat, den burgern gemeinlich vnd der stat zu Dinckelspühel alle fryhait, recht, gewonhait vnd alle die brieve, die sy hant von kaysern vnd von künigen, vnd besonderlich die brieve vnd die gnade,

16) Obgleich.

*) Nach der Urschrift im Reichsarchive zu München [s. oben zu nr. 6] abgedruckt.

die si hant von kunig Karln, state ze halten vnd nit ze vberfarn ..., vnd were, dasz sie ymand davon dringen wollte, davor sie getrulich ze schirmen ongeferde, vssgenomen sinen obgenanten herrn kunig Karln." *Ded.* Nr. XIII; *Lünig* a. a. O. S. 458 Nr. VII.

18 **1355**, Aug. 1. Karl IV. bestätiget auch als Kaiser der Stadt Dinkelsbühl auf ihre Bitte „alle hantvesten, brieve vnd schrifft, damit sie von Römischen keysern vnd kunigen, sinen vorfarn, von im vnd dem hailigen reich begnadet sein, vber alle ire recht, fryheit, gnade vnd gute gewonhait." *Lünig* a. a. O. S. 459 Nr. IX.

19 **1355**, Dez. 8. Derselbe belohnet die ihm und dem Reiche von Bürgermeister, Rath und Bürgerschaft der Stadt Dinkelsbühl erwiesenen treuen, willigen und stäten Dienste durch die Begnadung: „ob daz were, daz yemandt dhein anspruch oder clage hette oder gewunne zu denselben vnssern burgern, von welcherley sachen, daz were, der sol sie nindert andirs weder für daz lant gericht noch dhein andir gerichte vzwendig der stat, noch für vnsir hoff gericht laden ansprechen noch beclagen, denn vor irem ammane in der obgenanten stat zu Dinckelspuhel, do man auch recht von in nemen sol." Jedem von einem anderen Gerichte gefällten Urtheile wird Kraft und Macht abgesprochen, „ez were denn, daz jemanden, der do claget, das recht versaget oder wider recht vnd gewonheit verzogen wurde", in welchem Falle der Kläger „sie vff das hoffgericht vnd auch andirswo laden, so daz billich ist, vnd do sein recht erseen vnd ervolgen" möge. *Lünig* a. a. O. S. 458, 59 Nr. VIII.

20 **1360**, Juli 24. Derselbe gewährt der Stadt Dinkelsbühl einen Pfingst-Jahrmarkt —: „so daz amman [17]) burgermeister rat vnd burger in der egenanten stat fürbaz einen ewigen jar marckt vnd ein jerlich messe haben vnd halten in sulcher mazze, daz si vnd alle vmbesezzen vnd andere lüte, die zu demselben jarmarckt faren werden, zwelff tag vor pfingsten anzeheben, vier tag dahin ze komen vnd gantzer acht tag, nach einander zu zelen, an der stet zu beleiben vnd ire gescheffte kauff- vnd verkauffend zu tun, vnd nach denselben acht tagen ander vier tag von danne zu faren, alle die gnad vnd friheit haben, die zu solchen jarmerckten ander stet des heiligen reichs haben, vnd der geniezzen volkomenlich. Ez sol ein jeglich amman, der nu ist vnd in künfftigen zeiten wirdet, vnd auch die stat an iren rechten von des zolles wegen beleiben in aller der mazze, als daz von alter mit guter gewonheit herbracht ist vnd bizher gehalten, vnschedlich vns vnd dem riche vnd anderen steten vnd lüten an vnsern vnd iren rechten." Schliesslich wird Jedermann angewiesen, die Dinkelsbühler in der Ausübung vorstehender Befugniss nicht nur nicht zu hindern, „sunder sie darzu fruntlich ze fördern", soferne diese darum bitten, und denen, welche „dawider frevelich teten", die kaiserliche Ungnade sowie eine Geldbusse angedroht *Lünig* a. a. O. S. 460 Nr. X.

21 **1366**, Aug. 29. Derselbe wiederholt das den Dinkelsbühlern ertheilte Jahrmarktsprivileg v. 1360 [nr. 20], jedoch mit der auf ihre Bitte vorgenommenen Aenderung: „daz si denselben jarmarckt vnd jerliche messe an dem nechsten tag nach sanct Gallen tag anheben, vnd die als viel tag dar ze komen, da ze beleiben, kauffmanschafft da ze treiben vnd von dannen wieder ze varen, in aller weis vnd mit allen rechten, gnaden vnd fryheiten halten sullen vnd mugen, als in dem vordern brieff . . . stet beschrieben." *Lünig* a. a. O. S. 460, 61 Nr. XI; *Moser* a. a. O. S. 387, 88 Nr. IV. (Extr.)

22 **1370**, Apr. 23. Derselbe gelobt der Stadt Dinkelsbühl auf Zeit seines Lebens Beistand und Hülfe „wider allermeniclich, die si in iren erben, besitzungen, rechten, guten gewonheiten, freiheiten, gütern vnd nutzen hinderten, schedigten oder mit gewalt bekrenckten in deheine weise." *Ded.* Nr. XIV; *Lünig* a. a. O. S. 462 Nr. XII.

23 **1372**, März 2. Derselbe erlaubt dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern zu Dinkelsbühl, „dass si in derselben stat von vnsern vnd des reichs wegen juden haben, halten, empfahen, schützen vnd schirmen sullen und mügen in allen solichen rechten, gnaden vnd friheiten, in den juden in andern vnsern vnd des reichs steten sitzen vnd wonen, also doch bescheidenlich, dass dieselbe juden zu Dinckelspuhel, die itzund oder in zeiten doselbist wonen, vns und dem riche gewonliche stewr geben, vnd auch vns vnd dem riche alle wege gehorsam vnd vndertenig sein." *Lünig* a. a. O. S. 462 Nr. XIII.

24 **1373**, März 13. Derselbe verleiht, beziehungsweise erneuert den Dinkelsbühlern verschiedene Gnaden, insbesondere a) dass sie unwiderruflich „das vngelt in irer stat, daz si vormals gehabt han nach irer brieve lautt vnd sag, von diesem hewtigen tag, als der brieve gegeben ist, haben vnd nyssen

---

17) Es bekleidete damals dieses Amt der kaiserliche Schenk Ulrich von Hochstetten (aus einem bei Breisach begüterten Geschlechte), wie die Urk. selbst erwähnt.

sullen zehen ganze jare, die nechste nacheinander kommen"; dass sie b) in der gleichen Zeitfrist befugt sein sollen, „einen zol zu sezen in der vorgenanten stat nach irer notdurfte", welcher jedoch wieder aufhören müsse, wenn sie ihn „vnredlich machten"; c) dass Alles, „waz in der mark derselben stat liget vnd von alters mit derselben stat gestewret hat", auch künftig mit ihr „heben vnd legen sulle", und dass, wenn „irer burger dheiner sich von yn zihen wolte oder vnredlich stewren wolte oder sich in andern sachen in widerwertikeit sezte, in welcher weis daz were von des geltes wegen, daz si dem kaiser izunt geben sullen, es were reiche oder arme", dieser nach Erkenntniss des Raths „oder des meren teils" wohl gebessert werden möge am Leib und Gut nach seinem Verschulden, wobei alle Bürger bei ihrem Reichseide „beholfen sein" und nicht den „vngehorsamen teil" unterstützen sollten; dass ferner d) die Letzteren Niemanden von den Herren und Städten auf deren Mahnung zur Hülfeleistung verbunden seien, „ez were denne, daz des kaisers eigene oder des reichs sache were"; dass e) die Stadt bei allen vom Kaiser empfangenen und von Alters her gehabten „rechten, brieven, redlichen vnd guten gewonheiten", wären solche auch etwa „von der stozze wegen", die er mit den Dinkelsbühlern gehabt hatte, widerrufen gewesen, „bleiben sulle"; endlich f) dass bei einer zwischen der Reichskammer und der Stadt zu theilenden Pön von 20 Mark Goldes „nymands, wer der were, vff dheines burgers oder burgerinne gut doselbist besunder für dheinen lantgerichte oder sunst andern gerichten erclagen muge, dann vor irer stat schultheissen..., es were dann, daz es dieselb stat gemeinlich anginge", in welchem Falle man sie jedoch „für kein ander gerichte laden sol, denn für das keiserlich hofgerichte." *Ded.* Nr. XI.

25 **1376**, Apr. 22. Derselbe sichert allen denjenigen, welche eidlich gelobten, dass sie in der Reichsstadt Dinkelsbühl sich stellen oder sich mit deren Bürgern „vmb schaden oder schulden richten" wollten, „so lange vntz daz si sich mit denselben burgern vnd stat aller sachen vnd gentzlich verrichtet" haben würden, seine und des Reichs „sicherheite, fride vnd geleite" zu, vorausgesetzt, dass sie „dieweil niemands rauwben." *Lünig* a. a. O. S. 462, 63 Nr. XIV.

26 **1376**, Jul. 29. Der römische König Wenzeslaus bestätiget der Stadt Dinkelsbühl alle von Kaiser Karl, seinem Vater, und anderen römischen Kaisern und Königen hergebrachten und erworbenen „rechte, frihait, gut gewonheit, hantvesten und brief." *Lünig* a. a. O. S. 463 Nr. XV.

1376, Sept. 8. Kaiser Karl IV. confirmirt 27
dem Rathe und den Bürgern Dinkelsbühl's die Befugnisse, das Ungeld zum Nutzen der Stadt zu verwenden und Juden bei sich aufzunehmen, nr. 24, 23. (R.) *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden in Deutschland Bd. I, S. 142 nr. 290.

1378, Nov. 1. Kaiser Karl IV. erlaubt 28
„zu nutze gut vnd besserunge der stat zu Dinckelspuhel" dem Rathe und der Bürgerschaft allda, „daz si czwu mülstete rucken, bawen vnd setzen mugen, als si das nach irer stat nutze allerbeste duncken wirdet, wo si wollen, doch allwege allen andern lewten vnschädlichen." *Lünig* a. a. O. Nr. XVI; *Moser* a. a. O. S. 388 Nr. V.

1385, Jann. 11. König Wenzeslaus 29
„verheisst den Bürgern zu Dinkelsbühl hinsichtlich der Gült, welche sie ihm von den ingesessenen Juden daselbst zu entrichten haben, dass sie an ihren erworbenen Rechten gegen erwähnte Juden [nr. 23] unverkürzt bleiben sollen." (R.) *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. X p. 147; *Wiener* a. a. O. S. 149, 50 nr. 326.

In diese Zeit (1387) fällt der Aufstand der Gewerke wider den Rath zu Dinkelsbühl, dessen rein-aristokratische Zusammensetzung jenen, ganz abgesehen von mancherlei Anmassungen und Uebergriffen, welche der letztere sich zu Schulden kommen liess, längst zum Aergernisse geworden war. Das kräftige und entschiedene Auftreten der ihren Antheil am Stadtregimente begehrenden Zünfte zwang die Geschlechter zur Nachgiebigkeit, und es kam daher alsbald zwischen den Parteien eine Vereinbarung des Inhalts zu Stande, dass in Zukunft das Rathscollegium (oder der s. g. grosse Rath) nicht mehr, wie bis dahin, aus zwei und dreissig [s. nr. 52 §. VI], sondern nur mehr aus vier und zwanzig Gliedern und zwei Bürgermeistern bestehen, und die eine Hälfte der Rathleute sammt dem einen Bürgermeister dem Patriziate angehören, die übrige Rathshälfte und der andere Bürgermeister aber aus den Zunftmeistern der sechs Handwerker-Innungen genommen werden sollten. Bei dieser Einrichtung verblieb es nun bis zur neuen Rathswahl-Ordnung Karl's V. vom J. 1552.

1389, Jan. 8. König Wenzeslaus be- 30
gnadet die Stadt Dinkelsbühl neuerlich welgen des Ungelds, nr. 27. [R. nach Mittheilung Herrn Vocke's.]

1394, März 31. Burggraf Friedrich 31
von Nürnberg verlautbart die von ihm und dem ulmer Bürger Otto Roth

(„Ott der Rot“)[18]) als Schiedsmännern in einer „zwayung“ zwischen den Grafen Ludwig und Friedrich zu Oettingen einer- und der Stadt Dinkelsbühl andererseits gefundene „früntliche“ Entscheidung, betreffend a) die Competenz des von den Oettingischen Grafen verwalteten kaiserlichen Landgerichts [19]): „daz der von Dinkelspuhel arm lut, einer oder mer, die in der obgenanten von Oetingen landgericht gesessen sin, bessern sullen in oder iren landvogten alle diepstal, notzog, mort, brand vnd fliessend wunden, alls offt das in vbervaren würde; welcher aber der von Dinkelspuhel armen man, einer oder mer, in dem landgericht nit gesessen wer vnd der obgenanten artikel einen tet oder vberfur, wurde der begriffen in dem landgericht, den mochten si oder ir landvogt darüber bessern vnd bussen; kome der aber hin weg vss dem landgericht, so sullen si oder ir landvogt recht vordern vnd nemen vor dem, hinder dem er danne gesessen wer, vnd er solt ouch da sin vnschuld nemen dafür vnd dar vnd dannen ein schlechtz glayt haben on geverde. Wer aber, ob ir mitburger einer oder mer vss irer stat der vorgenanten artikel einen oder mer teten oder vberfuren in irem landgericht, wurde er begriffen, den moht man ouch wol bessern vnd bussen; chome er aber hinweg hinwider in die stat, so solten si recht vor den burgermaistern daselbs vordern vnd nemen, vnd die solten in dan den oder dieselben zu recht stellen vnverzogenlich, als vorgeschriben stat, ongeverde.“ b) Die Rechtsverhältnisse der Grafen zu solchen ihrer Eigenleute, welche sich auf dinkelsbühler Gebiet niedergelassen haben: „welch aygen lut der von Oetingen sind vnd die in lipzins geben, vnd hinder den von Dinkelspuhel wonhafft vnd vff iren gütern gesessen sind, gieng der einer oder mer ab von tods wegen, von den mugen si vngeverlichen ein hauptrecht vordern vnd nemen.“ c) Die Berechtigung der Grafen, „ir gelait vnd zoll vffzuheben vnd zu nemen, alls si die inwendig zehen jaren ingenomen vnd vffgehabt haben.“ d) Die Verpflichtung derselben und ihrer Erben, die Lehen zu Breitenau zu leihen, „alls offt die ledig werden, dem spital zu Dinkelspuhel“, nämlich für dasselbe „allwegen zwayen burgern von dem rat daselbs, on alle miete, wenn si des begeren.“ e) Desgleichen einen gewissen Juden „wider die von Dinkelspuhel nit mer zu halten noch zu behelffen, sunder in zustund zu vrlouben.“ f) Die Schuldforderungen der Stadt an die Grafen: „was die obgenanten von Oetingen den burgern von Dinkelspuhel redlich verbrieft vnläugenhafft schuld schuldig sin vnd beliben, dieselben sculd alle sullen si in vnverzogenlick richten vnd bezalen zu Dinkelspuhel in der stadt, halb vff den nechsten künfftigen sant Michels tag vnd das ander halb tail vff den wyssen suntag den nechsten darnach, oder in den nechsten virtzehen tagen davor oder darnach vngeverlichen. Beschech des nicht, so haben si macht, das si die obgenanten von Oetingen oder ir erben anraichen [20]) vnd phenden mügen mit gericht oder on gericht, vnd mit sulchen phanden sullen si phentlich gevaren [21]) vnd die vff rechten vffgeben, ob si des begeren ongeverde. Was si ouch dem rat vnd der stat zu Dinkelspuhel gemainlich gelt schuld schuldig gewesen sind, vssgenomen der verbrieffften schuld vmb Münchrot, die sol alle gentzlich vnd gar ab sin on alles geverde.“ Endlich g) die Streitigkeiten unter beiden Parteien in Ansehung gewisser Realgerechtsame, namentlich der Zehnten zu Korkingen, Laub und in der Holzmark zu Rinnelschau. Diese letztgenannten „stoss vnd ander bruche“ werden übrigens gleich den zwischen e und f einschiebungsweise erwähnten „angriff vnd stoss, die die von Dinkelspuhel vnd Lutz tanner gen einander habend“, einem eigens zu constituirenden Schiedsgerichte unter der Obmannschaft des Heinrich von Seckendorf, genannt Aberdar, zugewiesen. *Ded.* Nr. CI.

1398, Jan. 6. König W e n z e s l a u s er- 32
laubt a) dem Bürgermeister, dem Rathe und den Bürgern der Stadt Dinkelsbühl, „dass si alle schedlich lüt, in welchem lande die sind, vf dem lande, da nicht gesworne halss gerichte sind, wol vahen vnd die an entgeltnusse ander gerichte in ir stat Dinkelspuhel füren, vnd auch die, welch des zigs [22]) selber bekennen, ane vrteyl nach erkantnisse des merern teils des rats straffen oder vber sie richten vnd vrteylen, als si denne vf ir eyde sprechent, daz der oder die vmb solche missetat billich liden söllen“ *), wäh-

18) Ueber das alte, angesehene und weitverzweigte Patrizier-Geschlecht der „Ruß, Rothen“ zu Ulm s. *Jäger*, Ulm S. 758–63, *Roth v. Schreckenstein*, Patriziat S. 605, 6.

19) Ueber dieses s. *Berghaus*, Deutschland vor hundert Jahren I, 263.

20) Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 39 m. col. 33 sq.

21) Vgl. *Haltaus* l. c. col. 1473.

22) Zicht, Inzicht. Vgl. *Haltaus* l. c. col. 2155.

*) Vgl. hier die interessanten bis 1410 zurückreichenden Extracte aus den dinkelsbühlischen Fraisch- und Straff-, sowie Steuerbüchern in der *Ded.* Nr. XV, LI, LXII, LXVII, LXXI, CVII m. Text S. 90 flg.

rend, wenn einer „des zigs selb nicht bekennet, den oder dieselben der anclagèr selb dritte mit dem rechten wol vberwinden mag“; thut ferner b) den Dinkelsbühlern die Gnade, dass, „wer es, „dass yemand der gemeinen stat mit dem rechten zusprechen wurde, denne ein yglicher ir burgermeister vnd zwen ires rats sie allewegen an allen steten vnd zu allen teydingen vnd tagen, als dicke in des not beschicht, vmb ein yegliche sache zu dem rechten wol vertreten vnd verantworten mögen vnd den richtern an ir aller stat gentzlichen genug getun“; schafft sodann c) die „in bisher angemutete vnbilliche gewonheit“, dass nämlich, „welch ir burger in den markten vnd dorffern vmb sie gelegen rechts begeret hant, man den dehain recht wolt widerfaren lassen, si teten danne denselben recht widerumbe in denselben gerichten“, völlig ab, dafür bestimmend, „dass die vorgenanten burgere der stat zu Dinkelspuhel nindert zu dem rechten steen söllen, denne allein zu ir stat“; und ermächtiget endlich d) Bürgermeister und Räthe daselbst, dass sie „einen yglichen iren burger vmbe alle missetat wol straffen vnd büssen mogen, als si das denne vff ir eyde erkenneut, dass er verschult habe, vnentgolten allermeniche“. Nach einer ernstlichen, mit schwerer Strafandrohung verbundenen Mahnung an alle Reichsangehörigen, die Dinkelsbühler in ihren vorbeschriebenen Freiheiten und Gnaden nicht hindern oder beschweren zu wollen, erklärt der König noch zum Schlusse: „wir nemmen ouch die vorgenanten burgere vnd stat zu Dinkelspuhel vmb alle vergangen sache vnd geschicht in vnser vnd des heiligen reichs besunder huld vnd gnade, vnd wollen ouch sie vnd ir stat bey vns vnd dem heyligen reiche getrewlichen handthaben, schützen vnd schirmen als ir gnediger herre. Darzu bestetigen vnd confirmiren wir in alle vnd ygliche ander ir brive, fryheyte, gute gewonheit vnd recht, als si die bisher gehebt vnd genossen hant, fürbas mer geruwiglichen zu bruchen, zue niessen vnd zu haben, an alle geverde.“ *Ded.* Nr. LXXVII; *Lünig* a. a. O. S. 464, 65 Nr. XVIII.

33 **1398**, Dez. 29. Derselbe begnadiget die Stadt Dinkelsbühl dahin, dass Niemand sie, ihre Bürger und Schutzgenossen, „vnd sunder das spital zu Dinkelspuhel, noch desselben spitals lute vnd gute, wo die denn gelegen sint“, vor ein Land- oder sonstiges, oder auch vor das Reichshofgericht „laden fürtreiben oder heischen solle, vmb was sache das sey, on allein für iren ammann in der stat zu Dinkelspuhel, es wer denn, das dem klager rechtes daselbst versaget oder wider bescheidenheit geverlichen verzogen wurde“; diesem zuwiderlaufende Ladungen und Gerichtshandlungen sollen kraft- und machtlos sein und der sie veranlassende Kläger festgesetzter Geldbusse verfallen. *Ded.* Nr. XII (m. Text S. 78, 79); *Lünig* a. a. O. S. 464 Nr. XVII.

1401, Aug. 14. König Ruprecht bestätiget den Dinkelsbühlern „alle ire rechte, fryhait, gute gewonhait, hantvesten vnd brieffe“, welche sie von Kaiser Karl und anderen ihm vorhergegangenen römischen Kaisern und Königen „herbracht vnd erworben“ haben, und verspricht, sie hiebei „gnediclich behalten vnd beliben lassen“ zu wollen. *Lünig* a. a. O. S. 467, 68 Nr. XXI. 34

1401, Aug. 16. Derselbe verständigt sich mit der Stadt Dinkelsbühl in Ansehung der allda befindlichen Juden (vermuthlich nach einer gegen dieselben kurz vorher stattgehabten Verfolgung) dahin, dass er a) ersterer bewilligt, was sie bisher von den Juden genossen habe, auch ferner zu behalten und dabei beschützt zu sein; b) die über letztere verhängten „achte vnd ban“ als denselben unschädlich erklärt, und c) den Bürgern wegen alles Geschehenen seine Begnadigung zusichert. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 46 nr. 846; *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden in Deutschland Thl. I S. 56 nr. 21. 35

1401, Aug. 16. Derselbe erlaubt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Dinkelsbühl, das jetzt bei ihnen gewöhnliche Ungeld acht Jahre lang und von da an bis auf Widerruf einzunehmen, und gestattet ihnen ferner auf sechs Jahre, dass jeder Bürgermeister dem Ammanne daselbst den Blutbann verleihen möge. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 847. 36

1401, Aug. 16. Derselbe setzt der Stadt Dinkelsbühl das Reichs-Amt daselbst und 100 Schock Groschen zu wiederlöslichem Pfande. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 848. 37

1401, Aug. 16. Derselbe erneuert den Dinkelsbühlern das Wenzel'sche priv. ne non evocando [nr. 33]. *Ded.* Nr. LXIX (m. Text S. 80, 81); *Lünig* a. a. O. S. 479 Nr. XXXIII (hier nach einem rotweiler Hofgerichts-Vidimus v. 1502). 38

1401, Aug. 16. Derselbe wiederholt desgleichen den vom Könige Wenzeslaus am 6. Jan. 1398 der Stadt Dinkelsbühl ertheilten Freiheitsbrief (nr. 32) nach seinem gesammten Inhalte, jedoch mit zwei wichtigen Einschaltungen, betreffend: *ad a*) die Ueberführung läugnender Verbrecher: „welcher aber des ziges selber nicht bekennet, den oder die selbe mag der anclager selb siebende vnversprochener lüte mit dem rechte wol vberwinden, ez were denn, daz die ge- 39

tat also frische vnd vffenbar oder küntlich vnd gegenwürtig were, so mag der clager die vberwindunge dun selbdritte vnversprochener lüte"; *ad b*) die Vertretung der Stadtgemeinde durch ihren Rath: „würde aber zum rechten erkant, daz der ganze rat die stad vertreten solte, so sal man die recht dage bescheiden zu yn in die stad, daz recht darynn zu tun, vnd sollen die, die daz recht nomen wollen, friede vnd gleite haben zu demselben tage vnd wider von dannen vngeverlichen." *Ded.* Nr. LXXVIII; *Lünig* a. a. O. S. 465, 66 Nr. XIX; *Moser* a. a. O. S. 389, 90 Nr. VI. (Extr.) Vgl. *Chmel* a. a. O. S. 46, 47 nr. 850 [23]).

40 **1405**, Jan. 1. Burggraf Friedrich von Nürnberg und der Deutschordensmeister Konrad von Egglofstein ertheilen auf Anordnung König Ruprecht's „vmb solich zweyunge, stosse vnd missehellunge", welche zwischen den Grafen Ludwig und Friedrich zu Oettingen und der Stadt Dinkelsbühl gewesen sind, unter Zuziehung von vier (nämlich jederseits zwei) weiteren Schiedleuten Bescheid und Ausspruch: a) wie weit die territoriale Jurisdiction der genannten Grafen „gen den von Tynkelsbuhel vnd den iren" sich erstrecke; b) was der Oettingische Landvogt, wenn „der von Tinkelsbuhel lute fellig werden", bei „eyner flissenden wunden", sowie bei „mort, brant, notzog oder dybstal", sofern sie hier „mit dem lybe nicht begriffen wurden", an Wandel zu fordern berechtigt sei; endlich c) wie es künftig mit der Zoll- und Geleitsfreiheit der Dinkelsbühler auf gräflichem Gebiete gehalten werde — „daz die von Tinkelsbuhel vnd die iren by halben geleiten vnd zollen bliben vnd dy geben sollen beyde an dem infaren vnd auch dem vzfarn. Ez sollen auch die von Oetingen ire zolle vnd geleite nemen an solichen steten, da si die von alter genomen haben, vnd hetten si icht by zölle gelegt, wer dann ymand dorzu gezogen, der vor dorinne nicht begriffen wer gewesen, der solt der dannoch ledig vnd vberhaben sein. Auch waz eynem wechset oder zu gutte wirt, davon bedarff er nichts geben, ez wer dann, daz er daz off offm merckte furen vnd verkauffen wölte; vnd wer zu fussen get, waz der tregt, davon bedarff er nichts geben. Vnd wann auch die von Tinkelsbuhel vnd die iren by halben zollen vnd geleiten bliben sollen, vnd si geclagt haben, daz si von den zollnern vbernomen sin worden an den pferden, wann die ein zolner selber schatzet vnd davon nam, waz er wölt, so haben wir daz entscheiden vnd gesprochen, daz si von eynem ledigen kauffmans pferde geben sollen zehen pfennynge". In Ansehung des Punktes a wird übrigens wegen augenblicklichen Mangels zureichender „kuntschafft vnd bewissunge" noch eine Ergänzung des Bescheids vorbehalten, sowie auch der Ausspruch über die von den Grafen erhobene Klage, „daz die von Tinkelsbuhel zolle vff brotkarren gesezet haben anders, dann von alter herkumen sy", noch einstweilen ausgesetzt bleibt. *Ded.* Nr. CII.

1413, Oct. 18. König Sigismund be- 41
stätiget der Stadt Dinkelsbühl „alle vnd yeglich ir gnad, fryhait, recht, gute gewonhait, privilegia, briefe vnd handvesten..., die sie von sinen vorfarn, Romischen kaissern vnd kungen redlich erworben vnd hergebracht hat." *Lünig* a. a. O. S. 468 Nr. XXII.

1433, Aug. 10. Derselbe ertheilt auch 42
als Kaiser der Stadt Dinkelsbühl eine General-Confirmation ihrer „genad, freyhait, recht, brieffe, privilegia vnd hantveste... vnd auch darzu irer alt herkomen vnd gut gewonhait." *Lünig* a. a. O. S. 468, 69 Nr. XXIII [24]).

1435, Mai 8. Derselbe erneuert der Stadt 43
Dinkelsbühl die „besundere genade vnd freyheit" [nr. 38], dass Niemand in Zukunft mehr ihre Bürgermeister, Rathmannen und Bürger, „ire vnd auch ires spittals lüte vnd gütere, vnd ire nachkomen für keyn frembd gericht, hoff-gericht, land-gericht oder ander gerichte, es sey vmb schuld oder zuspruche vnd sachen, nicht fürheischen laden oder ziehen, vnd auch keyn vrteil, recht oder acht vber sy sprechen solle noch möge; sunder wer zu in zu sprechen oder forderung hat oder gewinnet, der sol recht von in nemen vor irem rate vnd gerichte zu Dinkelspuhel, daselbst man eynem jeglichen kleger eyn vnverzogen recht sol widerfaren vnd gen lassen, vnd nyndert anderswo; es were dann, dass dem kleger oder klegerin das recht verzogen vnd versagt würde, damit er rechtlos bleibe, vnd das küntlichen machte, so mag er sich beruffen vnd sein recht anderswo suchen an den enden vnd steten, da er das billich tun sol, vnd dem nachgeen, als recht ist." *Ded.* Nr. LXX; *Lünig* a. a. O. S. 469, 70 Nr. XXIV.

1435, Mai 8. Derselbe verleiht dem Bür- 44
germeister, dem Rathe und den Bürgern zu

---

23) Zahlreiche Verfügungen K. Ruprecht's über die dinkelsbühler Reichssteuer s. b. *Chmel* a. a. O. Register s. v. „Dinkelsbühl" S. 236 a nr. 1181, 1605—2891.

24) In dieser Zeit (1431) kam das Schloss oder die Feste Wildburgstetten sammt Zubehörung in den Besitz der Stadt Dinkelsbühl. Vgl. *Ded.* Nr. XLIX m. Text S. 49 flg. u. *Fentsch* in der Bavaria a. a. O. S. 1241, 42.

Dinkelsbühl „die besunder gewalt vnd macht . . ., daz si von des kaisers vnd des reichs vnd auch von ir wegen hiefur zu allen ziten in allen landen, gerichten, herrscheffteu vnd gepieten vff alle rouber, vbelteter, betrüber des frids vnd beschediger der lande vnd reychsstraszen, welche des getzigs bekentlich weren oder an warer tat befunden würden, zuhalten, die fahen vnd gefangen in ir statt füren, durch alle lantgericht, herrscheffte, wie vnd wo sy damit zukomen; doch vszgenomen stett, merkt vnd gemürte gesloszer, die ir aigen halss gericht haben, dadurch sollen sy die nyt füren, sunder vssen vmb dieselben stett, merckt vnd gemürte slosser, von allermeniclich vngeyrt vnd vngehindert. Vnd wann sy die in ir statt also brengen, so mügen sy oder solich obgenant vbelteter richten nach irer statt rechten vnd gewonheit.“ *Ded.* Nr. LXXIX; *Lünig* a.a.O. S. 470 Nr. XXV; *Moser* a.a.O. S. 390, 91 Nr. VII.

45 **1435**, Mai 8. *Derselbe wiederholt den Dinkelsbühlern ihr Schutzprivileg wider Ladungen an fremde Gerichte mit der beigefügten neuen Bestimmung: „wer also zu gemeiner statt zu sprechen oder forderung hat oder gewinnet, der sol recht von in gemeinlich nemen vor einem rate vnser vnd des reichs stetten, einer zu Nördlingen, zu Rotenburg vff der Tawber oder zu Schwebischen Halle, oder aber vor dreyen, fünffen oder siben der ytz genanten dryer stett reten, wo im das gefellig ist, vnd nyndert anders wo.“ *Lünig* a. a. O. S. 471 Nr. XXVI.

46 **1438**, Oct. 7. König Albrecht II. confirmirt der Stadt Dinkelsbühl „alle vnd yeglich ir gnad, fryhait, recht, brieffe, privilegia, hantvesten vndt pfanntschafften..., ir alt herkomen vnd gute gewonheit, die si redlich herbracht haben.“ *Lünig* a.a.O. S. 471, 72 Nr. XXVII.

47 **1440**, Sept. 4. König Friedrich III. ertheilt den Dinkelsbühlern ebenfalls eine Generalbestätigung ihrer Freiheiten, Rechte und Gewohnheiten[25]). *Lünig* a. a.O. S. 472, 73 Nr. XXVIII.

48 **1442**, Jul. 24. Derselbe wiederholt vorstehende Urkunde unter Beifügung des Majestätssiegels. *Lünig* a. a. O. S. 473, 74 Nr. XXIX.

49 **1471**, Oct. 1. Derselbe als Kaiser gibt dem Bürgermeister und Rathe der Stadt Dinkelsbühl [sowie zugleich den Räthen der Reichsstädte Nürnberg, Windsheim und Weissenburg am Nordgaue] bezüglich „etlicher artickele“ seiner neuen, zu Regensburg aufgerichteten „ordnung des friden“[26]), welche bei jenen Anstoss erregten, weil sie leicht ihrer Stadt „an iren fryhaiten, gepreuch, herkomen vnd regierung verletzlich“ werden konnten, insbesondere das oben unter nr. 44 erwähnte Privileg v. 1435 und das Recht der „nacheyle zu frischer tat“ zu gefährden, und durch die Vorschriften über „volziehung der entlichn vrteil, so am kaiserlichen camergericht gesprochn“, manche ungebührliche Beschwerung aufzubürden schienen, eine völlig beruhigende „leuttrung vnd klerung“, zugleich schliesslich im Allgemeinen aussprechend, dass die Landfriedens-Bestimmungen in keiner Weise zur Verkürzung der städtischen Freiheiten und Rechte Dinkelsbühl's ausgelegt, verstanden und gebraucht, vielmehr Bürgermeister und Rath besagter Stadt bei allen ihren Freiheiten, Uebungen, Gebräuchen und Herkomen ungestört belassen werden sollten. *Lünig* a. a. O. S. 475—77 Nr. XXXI (nach einem Vidimus v. 1480); *Chmel*, Reg. Frid. S. 629, 30. (Extr.)

1476, Jul. 13. Derselbe thut dem Bürgermeister, dem Rathe und der Gemeinde seiner und des heiligen Reichs Stadt Dinkelsbühl zur Verhütung künftiger „irrung vnd eintrag . . . irer gerichtzwang, marckung vnd gebiete halb ein vszeichung“, also dass sie die genau beschriebenen „zirckel vnd krayss vsswendig vnd vmb die vermelt stat gelegen“ als zur Stadt-Mark gehörig ansehen, „die greben, blanncken, zewn, hegnen vnd annder bevestigung pawen vnd machen, vnd sich ytzgemelte stat zu des heiligen reichs vnd irer notdurfft damit befriden, versichern vnd bewaren, auch sich alsdann der als irs aigen guts gebrauchen sollen vnd mügen, wie sy das nach der stat bestem nutz notdurfft sein beduncktּ.“ Weiter wird hierauf noch verordnet: „dass eigenschafft, nutzung vnd niessung aller vnd yeder güter in der vorgemelten marck gelegen bey den burgern der egemelten stat, so derselben stat davon mit stewr vnd annder mitleidung gehorsam vnd gewertig sein, hinfür ewigclich beleiben, vnd die von Dinkelspühel solh güter in einich annder hant vnd gewaltsam komen zu lassen nicht schuldig sein sollen. Were aber, dass einich geistlich oder weltlich person, so nicht ir burger weren, einich solh güter inhetten oder hinfür in kawffs- oder erbschafftweise an sich bringen oder in zusteen würden: so sollen sy doch dieselben person, eedemmal sy sich derselben güter vnder- 50

25) Eine gemeinsame confirmatio priv. gener. für 13 Städte, („die mit den von Vlm in eyning sind“), darunter Dinkelsbühl, erfolgte an demselben Tage. *Chmel*, Reg. Frid. S. 13 nr. 116.

26) „Lantfriede iczo zu Regensburg vssgangen“ in der *Neuen Sammlung* der Reichs-Abschiede Thl. I S. 244 flg.

fahen, mit solchen gütern in ir burgerrecht, stewr vnd mitleidung verpflichten; welhe aber solchs nicht tun wolten oder getun möchten, oder den von Dinkelspühel in vffzunemen nicht fuglich were, dieselben sollen sich dann in zweyen jaren, den nechsten, solcher guter entslahen vnd die gegen einem burger, der davon gegen der stat mitleiden habe, verenndern oder verkawffen, vnd doch die zeit, dieweil er die inne hette, nichts destomynnder stewer vnd annder vffsazung, auch in seinem verkawffen vnd verendern nachstewr zu geben schuldig sein [27]). Ob aber einich person solche güter darüber wider der von Dinkelspühel willen inne zu haben vnnderstund, so mügen sy alsdann zu derselben güter greiffen, vnd die in ir vnd ir burger hant verenndern vnd wennden, vnd was sy dann damit hanndln vnd tun, deshalben gar nichts misshandelt noch verwürckt haben, vnd denselben person noch anndern deshalb gantz nichts schuldig noch pflichtig sein in dhein weise." Endlich wird noch den Dinkelsbühlern „die gnad vnd fryheit getan vnd gegeben, ob einich erbe bey jn gefiell, dass sy dann solch erbe vnd gute in einich hannt vnd gewalt zu vbergeben noch volgen zu lassen nicht schuldig sein sollen, sy werden dann zuvor jrer stewr, nachstewr vnd geltschuld, so jn nach irer stat ordnung darauffstünd oder man jn schuldig were, betzallt vnd benügig gemacht." *Ded.* Nr. I; *Lünig* a. a. O. S. 477, 78 Nr. XXXII; *Moser* a. a. O. S. 391—93 Nr. VIII; *Steichele* a. a. O. S. 254 Note 14. (Extr.)

51 **1494**, Mai 4. König **Maximilian** I. bestätigt der Stadt Dinkelsbühl „alle vnd yeclich ir gnad, freyhait, recht, brieve, privilegia vnd hantvesten . . ., ire alt herkomen vnd gut gewonheit." *Lünig* a. a. O. S. 479, 80 Nr. XXXIII [nach einem Vidimus v. 1502].

Aus der ersten Hälfte des XIV. Jhdt's, jedenfalls, wie sich aus der ausdrücklichen Erwähnung des Zweiunddreissiger-Rathes im Texte mit Sicherheit schliessen lässt, aus der Zeit vor dem Zünfte-Aufstande v. 1387 [s. oben Anmerk. zu nr. 29], besitzen wir
52 auch eine kleine **Statutensammlung** der Stadt Dinkelsbühl, welche um ihres rechtshistorisch-bemerkenswerthen Inhalts willen im Nachfolgenden eine Stelle finden soll. Ihre vierundzwanzig meist kurzen §§., in welchen sich unverkennbar eine innere Uebereinstimmung mit dem Stadtrechte von **Ulm** [s. nr. 4] ausprägt [28]), ohne dass ich eine besonders „auffallende Härte und Strenge" der Pönalsatzungen, gleichsam eine Frucht jenes „eisernen Regiments" der Zweiunddreissig mit *Pfeiffer* herauszufühlen vermöchte, enthalten Bestimmungen: über die Ahndung einzelner Delicte (I, III—V, VII—XI), den Beweis in Frevelsachen (II), die Abschaffung des Bahrrechts als Gottesurtheils bei Tödtungen (VI), das Verhalten der Bürger gegen die Stadt betretende Ausleute, welche mit jenen Feindseligkeiten haben (XII), die Straffolgen einer Erschleichung städtischer Güter und Aemter (XIII), die Betheiligung von Bürgern an fremden Befehdungen und Pfändungen (XIV), die Veräusserung steuer- und zehntbarer Liegenschaften an Klöster und Kirchen (XV), die Vergabung besteuerter Immobilien auf dem Todesbette und die Marklosung (XVI), die Verehelichung ohne Consens der Eltern oder Vormünder (XVII), das Steuerwesen der Stadtgemeinde (XVIII—XX), die Anfechtung gerichtlich abgelegter Zeugnisse (XXI), die Verpflichtung bei einer Berathungssache persönlich interessirter Rathsglieder, sich aus dem Rathe zu entfernen (XXII), endlich die nach dem Turnus geschehende Aufstellung zweier Rathleute zur Wahrung des Friedens und der Ordnung im Weichbilde, sowie die Rechte und Obliegenheiten dieser s. g. Einunger (XXIII, XXIV).

„**Haec sunt statuta civitatis dinkl(spühel) servanda nota bene.** §. I. Zuo dem ersten: swer von vrevelunge wegen bezzerunge verschult ein jar von der stat ze sin, der git sehs pfunt heller; ein halb jar vier pfunt; ein vierteil jares zwei pfunt; einen manot ein pfunt; item vierzehen tage ein halbez pfunt; acht tage fünf schilling heller. waer aber daz einer, der einunge [29]) verschulte, niht hin uz wolte, der sol daz gelt zwivach geben, daz er verschult.

§. II. Ouch ist gesetzet, daz ein klager von einunge wegen selbe drit erbaerer manne oder frouwen, die unversprochen sint, sine klage volbringen mag, unde die alle ze den heiligen gelerte eide swern sullent, die vor die stiure noch der stat nicht gesworn hant. aber die gesworn burgaer sint, die sullent daz uf den selben eit nemen unde sagen, daz si die unzuht nach des klagers klage

27) Auf diese Bestimmungen des Friedrich'schen Privilegs wird noch in den *Statut. Dinkelsbühlian.* v. 1738 Libr. II Tit. IV § 7 [Ausg. 1839. 8⁰. S. 51; *Arnold*, Beiträge z. ttsch. PR. II, 309] zurückgewiesen.

28) Vgl. z. B. *Jäger*, Ulm S. 320, 360, 363, 365, 337 flg.

29) Busse. Vgl. *Haltaus* l. c. col. 307, 8; *Zöpfl*, Alterth. I, 23.

gesehen unde gehort haben, und ein warheit dar umbe sagen, ungevaerlich, nieman ze liebe noch ze leide. also daz man mit mannen beziugen sol, unde frowen mag man beziugen, daz ist umbe vrevel. aber umb erbe und umb eigen oder umbe heftige [30]) sache sol aller menclich swern.

§. III. Ez ist ouch gesetzet, swer den andern ane wafen sleht, roufet, wirfet oder stozet gevaerlichen vnde vrevellichen, der sol unde muoz, als dicke daz geschiht, einen manot von der stat sin, unde git ein pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. IV. Swer ouch über den andern mezzer, swert oder ander wafen zukt vrevellichen, der sol und muoz einen manot von der stat sin, unde git ein pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. V. Swer ouch den andern wundet, daz fliezendiu wunde heizet, der sol ouch ein halbez jar von der stat sin, unde git vier pfunt, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. VI. Swer eines totslages gezigen wirt, derselbe sol im einen tag nemen unde den selben tag sol er fride haben, er werde schuldig oder niht, unde sol sich entsluhen [31]), mit sinen zwein vingern uf der wunden swern, unde sol uf der bare niht rihten, ez si danne daz man in überziugen müge mit erbaeren liuten, zwein oder mer, da mite man mit reht sulle erziugen. die selben sullen swern mit eide, daz si ez haben gesehen unde gehort haben, daz er tete. swer einen in der stat ze tode sleht unde gebezzert hat, dar nach sol er ein jar uz der stat sin oder zehen pfunt geben. ist er gewaltig, daz er ez nicht tuon wil, so sol der amman unde die xxxii man des rates mit einander dorzuo beholfen sin uf den eit, daz er ez tuon muoz. dar über swer in huset oder herbergt, der git zehen pfunt ane gnade. mer ist reht, daz man die toten überziugen sol in jarfrist mit drin mannen von schulde wegen umbe fünfzig pfunt, und über fünfzig pfunt mit siben, die sullen swern.

§. VII. Swer ouch den andern bediupset oder diep heizet vrevenlichen, der sol ein halb jar von der stat sin, unde git vier pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. VIII. Swer ouch den andern schilt, dar an man vrevel spürt, der sol einen manot von der stat sin, unde git ein pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. IX. Swer ouch den andern mordaer heizet, der sol ein halb jar von der stat sin, unde git vier pfunt heller, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. X. Swer ouch den andern vrevelichen liegen heizet [32]), der sol unde muoz aht tage von der stat sin, unde git einen schilling, dem anklager als vil unde dem amman siniu reht.

§. XI. Ditz gesetzede ist uf burger. vrevelt aber ein gast gen einem burgaer oder gen einem andern gaste, so git ein gast zwir als vil als der burger.

§. XII. Ouch haben wir gesetzet, swenne ein burger gen einem uzman haz oder vintschaft hat, oder ein uzman gen im, ane von gülte wegen, von andern stoezen: swenn danne der uzman in die stat kumt unde daz der burger vernimt, so sol der selbe burger gan zuo der burger meister unde zuo etwie vil des rates unde sol den künden unde sagen, er habe haz zuo dem uzman unde sagen im von des hazzes wegen, der zwischen sin und min ist, unde biten in, daz er niht mer in die stat kome, ê daz er sich vor mit im gerihte unde versüene. swenne daz dem uzman geseit unde verkündet wirt, wil denne der uzman niht miden, er welle in die stat komen ane geleite, swaz danne der burger dem uzman tuot unde sine helfer, da vrevelt er niht an in keinen weg. und swelher burger des dem uzman zuo leiti [33]) wider sinen nebenburger, der sol unde muoz ein halb jar von der stat sin, unde git vier pfunt heller, dem anklager als vil.

§. XIII. Ez ist ouch gesetzet, swelch burger nach der stete gemeinem guote und nutze nüge [34]), oder nach keinerleie der stete ampt stelt oder wirbet mit riten oder mit gan, oder mit swelhen sachen daz waere, wider des rates willen unde gunst oder des mereren teils des rates, der git zehen pfunt heller, als ofte er daz tuot, und er sol ein jar von der stat sin, unde sol im daz selbe guot dannoch niht volgen, swie er daz erworben haete.

§. XIV. Wir haben ouch gesetzet, swelch burger einem uzman dienti uf reis oder uf pfantunge ane des kleinen rates willen unde

30) Dringend, Eile erheischend.

31) Die Inzicht von sich abwehren. *Haltaus* l. c. col. 340, 41.

32) „Liegen heizen", der Lüge zeihen. Vgl. *Münch.* Stadt-R. 420 (*Auer* S. 160).

33) „Zuolegen", einem helfen, Partei für Jemand nehmen.

34) Dieses unverständliche Wort (vermuthlich aus einer Corruption des vorausgegangenen Wortes „nutze" entstanden) dürfte zu streichen sein.

gunst oder des merern teils des rates, der git zehen pfunt heller, als ofte [er daz tuot]. waer aber, daz diu stat keinen schaden da von naeme, des wartet man zuo im [35]) uf allez sin guot, als verre sich der kleine rat oder der merer teil des rates erkent.

§. XV. Ouch ist gesetzet, swelch burger oder burgerin ir guot gebent, verkoufent oder verschaffent kloestern oder gotshiusern, münchen, pfaffen oder nunnen, daz in der stiure und in dem zehenden ist gelegen, der sol unde muoz von ie dem pfunde heller, als daz guot wert ist, geben fünf schilling heller, unde sol dannoch daz geben, verkoufen unde verschaffen keine kraft han, unde swer daz guot niuzet, der sol ez gen den burgern verdienen unde verstiuren. daz ist umb erbe und eigen.

§. XVI. Mer haben wir gesetzet, swelch burger, frouwe oder man, ir guot durch ir sele willen wellent geben, daz sullent si oder ir erben in jares frist an der stete rechenen oder an den rat bringen unde dem daz künden unde sagen, daz ez der stiure niht entvremedet werde, wanne si ez hin geben haben. swer daz nicht entuot unde ez verheln wolte, der sol und muoz von ie dem pfunde geben, als daz guot wert ist, fünf schilling heller. Daz ist umb erbe und umb eigen. unde daz guot sol man innen jaresfrist verkoufen darnach und ez verkouft ist, oder daz guot ist der stat vervallen. daz ist umbe daz guot, daz in der stat und in eckern [36]) gelegen ist. unde swaz ein uzman in der mark kouft, der sol ez der stat verstiuren ie von dem pfunde vier heller. und ein burger hat gewalt, daz selbe ze loesen in dem naehsten manot nach dem koufe umbe daz selbe gelt. und haete der uzman dar uf iht geleit ungevaerlichen, daz sol im der loeser ab legen [37]).

§. XVII. Mer haben wir gesetzet, swa ein man oder ein frouwe, die burger hie sint unde kint hant, süne oder töhter, die zuo ir tagen niht komen sint, swer zuo den stozet unde sich êlichen zuo in verpflichtet, ê si zuo ir tagen komen sint, ane ir vater unde muoter rat und wizzen oder ane ir naehsten friunde rat (ob si vater oder muoter mangel haeten), swer daz tuot oder schaft getan [38]), der sol unde muoz fünf jar von der stat sin. unde swaz dannoch daz kint guotes hat, ez si eigen, lehen, pfantschaft oder bereitschaft, daz sol allez andern sinen geswistergeten werden. hat ez aber niht geswisterget, so sol ez andern sinen naehsten friunden werden unde bestan an aller menclichs widerrede. waere aber, daz man funde, daz ez mit ufsetzen [39]) waere zuogangen, so sol ez danne sten an den grozen rat oder daz merer teil (des rates).

§. XVIII. Ez ist ouch gesetzet, swenne oder swelhes jares wir eine stiure uf uns setzen wellen unde nemen, ez si mit dem eide oder ane eit, swaz danne ie der man oder frouwe swert ze geben dar nach als diu stiure wirt uf geleit unde geluckert [40]), uf swelhen tag oder zil daz ist, daz sol dan ein ieglich man oder frouwe mit pfennigen oder mit guoten pfanden, diu des tritteiles mer gelten mügen, unverzogenlichen gelten und uzrihten, und sol ouch einem ieglichen in den eit geben unde geoffent werden. swer daz überfüere, frouwe oder man, der sol unde muoz dannoch des tritteiles mer geben, danne er gesworn hat.

§. XIX. Ez sol ouch nieman des eides an der stiure überhebt werden. unde daz allez sol man durch keine sache nieman überheben noch abelan, man müge sin danne niht bekomen. swelher ouch hin heim niht enwaere, so diu stiure gevordert wirt, wenne der heim kumt, der sol dar nach in den naehsten aht tagen sine stiure swern unde rihten. oder swelher des nicht taete, der hat die vorgeschriben pene verschult. swer ouch siner friunde einen oder mer von der stiure wegen in den eit nemen wil, der mag ez tuon.

§. XX. Wir haben ouch gesetzet, swer huslichen dri vierzehen tage oder mer hie sitzet, der sol unde muoz swern die stiure unde dienen als ander burger.

§. XXI. Wir haben ouch gesetzet, swenne ein ziugnüsse für gerihte kumt, umbe swelhe sache daz ist,. von mannen oder frouwen, unde den einen teil dunket, daz diu ziugnüsse niht redlich si, unde der begert an einer urteil ze ervarn, ob man die ziugnüsse iht billichen an den rat bringen sülle, so sullen sich danne die rihter, die danne ze gerihte stant, uf den eit, den si dem gerihte gesworn hant, erkennen und urteil geben, ob diu ziugnüsse vor der [41]) dem ge-

35) „Zuowarten", in Anspruch nehmen. *Haltaus* l. c. col. 2040.

36) Ich vermuthe, dass „im ettern" (s. oben S. 104b Note *) zu lesen ist.

37) Vgl. *Stat. Dinkelsbühlian.* v. 1738 Libr. II Tit. VI §. 10 [S. 59: *Arnold* a. a. O. II, 315].

38) Vielleicht: zetuon?

39) Betrüglich, d. i. mit betrüglicher Verleitung des Sohns oder der Tochter.

40) „Luckern", erleichtern, vermindern?

41) Das Wörtchen „der" ist wohl auszuwerfen.

ribte fürgang sülle han, oder an dem kleinen rat bringen. unde swes sich die rihter dar umbe erkennent, daz sol von beiden teilen fürgang han. unde so dannoch diu ziugnüsse für den rat kumt, so sullen die rihter an den ziugen ieglichem besunder ervarn, waz im umbe die sache kunt si unde wie oder wa ez darzuo komen si. unde swaz sich danne die rihter nach der geziuge sage erkennent uf ir eit, daz sol von beiden teilen fürgang han.

§. XXII. Ez ist ouch gesetzet, swelch sache für den rat kumt, diu einen oder mer des rates angat oder ir friunde, so sol der selbe oder die, die diu sache an gat, uz dem rate gan unde da bi niht sin, biz der rat die selben sache uz gerihtet, als si danne ze rate werdent.

§. XXIII. Wir haben sunderbar durch luter güete unde frides willen gesetzet, daz man aller vor und nach geschribener gesetzede alle zit zwene einunger [42]) sol han des kleinen rates, die ze den heiligen gelerte eide swernt ane gevaerde, daz si die einunge volfüerin, die in von klage wegen geklagt werdent, ane gevaerde nach der gesetzede, als vor unde nach umb ein ieglich stücke gesetzet unde geschriben ist. unde sullen die einunger die einunge alle wuchen oder in vierzehen tagen ze dem lengsten, swaz danne in der wile geschehen ist, uf den donerstag oder uf den fritag darnach vor offem rate uz rihten. waz heftig ist oder waz ruowiger einunge [43]) ist, die mügent si wol selber, ob si wellent, ane den rat uzrihten, ez waere danne ob die einunger des vergaezen unde nicht getuon möhten, ane gevaerde. daz sol in keinen schaden bringen. unde sol ein ieglicher, der pene verschult, nicht lenger frist haben nach der kündunge, denne aht tage, in irre danne ehaftiu not. und so er von der not kumt, darnach sol er danne die bezzerunge vollefüeren unverzogenlichen, unde sol ouch der rat gemeineclichen den einungern beholfen sin uf den eit, swenne si des rates iendert bedürfent oder zuo der einunge gerouchent [44]). unde sol ouch danne alliu gemeinde, arm unde rich, hie ze Dinkelspühel ouch uf ir eide, die si gesworn hant, die einunger retten und in zuo legen unde beholfen sin, ob si von ieman stoz oder irrunge angienge von den vor oder nach geschriben gesetzeden und einungen. und als ofte einer dem kleinen rate swert, der sol die einunge als ofte in den eit nemen, die ze volfüeren, als hie vor geschriben ist.

§. XXIV. Ez sullent ouch die einunger armer liute sache vor dem rate bereden unde dem rate kunt tuon nach der armer liute notdurft. unde waz den einungern kunt wirt, daz der stat unde den burgern schedelich ist, ez werde klagt oder niht, daz sullent ieglich, die danne einunger sint, vor dem rate offnen. und swelhiu sache die an gat, die der raete sint, die sullent die einunger an aller männeclichez anwisunge heizen uz gan, unz von den selben sachen geret wirt und uz geriht. unde swaz pene ein ieglicher verschult, der sol die volenden unde tuon, als vor geschriben stet unde gesetzet ist. unde swelher des niht entaete, richer oder armer, gewaltiger oder ungewaltiger, der sol unde muoz die selben pene, diu im gesetzet ist nach siner schulde, zwivalt liden unde tragen, unde sol den darzuo der rat und alliu gemeinde twingen unde noeten, unz daz der zwivalte pene volfuort hat. unde swaz dem rate oder den einungern von disen vor geschriben gesetzeden oder einungen haz oder vintschaft indert wüechse oder uf stüende, daz sol dem rate unde der gemeinde genzlich geschehen sin, unde sol sich nieman mit deheiner leie sache da von ziehen oder sundern [45]). und wenne die einunger sitzen wellent, swen si danne für sich gebietent mit einem gebütel oder selbe heizent von einunge wegen, unde der für si niht kumt, die wile si sitzent, in irre danne ehaftiu not, der sol unde muoz aht tage von der stat sin unde git fünf schillinge heller. Swer ouch einunge verschult, der sol ze den heiligen einen gelernten eit swern, daz er die selben getat frevelichen nimmer geraeche mit worten noch mit werken in keine wise ane gevaerde, und ouch die einunge volfüere, als im danne geoffent wirt. Ez sol ouch die einunge gelich in dem rate umbe gan ungevaerlichen. waere ouch daz sich einer uf den eit erkanti, daz er bi der einunge niht gesin möhte von sins gescheften wegen, so sol ez der ander sin gemeiner uz tragen, unde sol ouch ein ieglicher des jars ze einem mal einunger sin und nicht mer."

42) Diese später s. g. „Raths-Einiger" kommen noch in den *Stat. Dinkelsbühlian.* v. 1738 Libr. I Tit. IV §. 2 (S. 16; *Arnold* a. a. O. I, 273) vor.

43) D. i. wenn der Frevel ungeleugnet und daher die Busse ruhig, widerspruchslos hingenommen worden ist.

44) Belieben, begehren.

45) D. h. derartige Misshelligkeiten soll der Rath als ihn in seiner Gesammtheit berührend ansehen und behandeln, ohne dass sich ein einzelnes Rathsglied aus irgend welchem persönlichen Grunde der Sache entziehen dürfte.

Zum ersten Male veröffentlicht von Franz *Pfeiffer* in M. Haupt's Ztschr. f. Dtschs. Alterthum Bd. VII (1849) S. 94 — 102; eine Auswahl von Stellen hienach in *meinen* Dtsch. Stadtrechten des MAlters S. 85, 86. Ueber den die Statute enthaltenden Papier-Codex der kgl. Bibliothek zu Stuttgart s. *v. Lassberg's* „Verzeichniss der Handschriften des Schwabenspiegels" vor seiner Ausg. Nr. 148 S. LXXXI flg. u. *Homeyer*, Die dtsch. Rechtsbücher des MAlters u. ihre Hdschr. S. 152 nr. 645 *).

CCLVII. Dippoldiswalde.

(Königr. Sachsen.)

C. E. *Rüger*, Beiträge zur älteren Geschichte der Stadt Dippoldiswalde, das. 1863, 8⁰. Vgl. auch *Meissner*, Altenberg, Anh. S. 543—49; K. *Limmer*, Entwurf einer urkundl.-pragmat. Gesch. des Marggrafth. Meissen (1836) S. 86, 132, 233, 261, 65, 66, 280.

1 **1266**. Sept. 1. Markgraf Heinrich der Erlauchte zu Meissen beurkundet, dass er, „cum super venditione cerevisie et aliorum, que sunt necessaria montibus, ubi dinoscitur esse lucrum, inter burgenses nostros de Vriberc ex una et cives nostros de Dippoldeswalda ex parte altera questio et actio et etiam dubium verteretur", zur Beilegung der Streitigkeit ein Schiedsgericht niedergesetzt habe, und ertheilt dem Ausspruche desselben, dahin lautend: „quod in omnibus montibus, in quibus existit lucrum, nulla magis sed Vribergensis tantummodo cerevisia debet vendi, et universa et singula, que in montibus lucrativis sunt necessaria, sunt in Vriberc et non alibi accipienda", seine Bestätigung. A. *Moller*, Theatrum Freibergense Chronicum (1653) p. 164; *Horn*, Henricus Illustris, Cod. dipl. Nr. XXXVII p. 323, 24 (c. p. 151, 160); *Rüger* a. a. O. Beil. A S. 31, 32 m. S. 8.

Dippoldiswalde, vermuthlich den nahegelegenen Silbergruben seinen Ursprung verdankend [1]), erscheint in dieser und der nächstfolgenden Zeit nur noch als ein offener, aber, wie aus der Urkunde erhellt, bereits gewerbtreibender Pfarrflecken im Besitze der Markgrafen von Meissen. Eine am 5. Febr. 1289 geschehene, jedoch erst im J. 1294 zur Ausführung gekommene Veräusserung des Ortes an König Wenzeslaus von Böhmen scheint blos von vorübergehender Wirkung gewesen zu sein, da wir schon 1300 Dippoldiswalde wieder unter meissnischer Herrschaft antreffen. Vgl. *Rüger* a. a. O. S. 10.

1358, Sept. 20. Albrecht von Bergow, Herr zu Bilin bekennt in einem offenen Briefe: „das wir vorkaufft haben vnsere forberg [2]) vyr hubyn ackers vnseren lieben getrewen burgeren zu Dippeltzwalde mit wiesen, mit gerten in alle dem geleyde [3]), als wirs gehabt haben, zu eim rechten erbe in vnd allen yren nachkommelingen an allerley argelyst, das sie dasselbe erbe sollen haben von vns vnd von vnseren nachkomelingen ewigklich vngehyndert an allerley ansprache, alsso das die vorgenanten burgere, die das erbe inne haben, sollen vns vnd vnsern erben cynsin rechts zyns alle jare zwei schogk breytere [4]) pregische pfennige vff die zeyt, als andre vnssir cyns gefallen vngehyndert." *Rüger* a. a. O. Beil. B S. 32 [nach Acten aus dem XVI. Jhdt.] m. S. 11. 2

1363, Jul. 26. (?) Derselbe bestätiget den Bürgern seiner Stadt Dippoldiswalde den Rath und verleiht letzterem „Gerichte und Botmässigkeit." (R.) *Meissner* a. a. O. S. 543, 44; *Rüger* a. a. O. S. 11. 3

Unter den Bergows, einem alt-böhmischen Adelsgeschlechte, welches ausser der Herrschaft Bilin (Belina) früher auch Lauenstein, Sayda und Purschenstein innegehabt hatte [5]), scheint Dippoldiswalde durch Anbau beträchtlich erweitert, sowie um der häufigen meissnisch-böhmischen Fehden willen mit Mauern und Thürmen befestigt worden zu sein, weswegen die Chronisten des XVI. und XVII. Jhdts. in jene Periode (1370—1375) die Entstehung des „stetleins" zu setzen pflegen. Auffallend ist nun, dass in jüngeren Amtsacten sich die Notiz findet, im J. 1358 sei Markgraf Friedrich der Strenge von Meissen Herr von Dippoldiswalde gewesen und von ihm die Verleihung der Jurisdictionsgerechtsame an den neu-confirmirten Stadtrath ausgegangen. Allein es löst sich wohl der Widerspruch dadurch, dass

*) Von Dinslaken [Preussen, Rheinprovinz], seit 1220 dem clevischen Hause zugehörig, ist ausser dem Regeste eines undatirten Privilegs Herzog Johann's II. (1481 — 1521), worin dieser seiner Stadt die Bier-Accise, „cerevisiae quae inibi coquitur censum", wiederruflich überlasst, keine Rechtsurkunde aus dem Mittelalter bekannt. W. *Teschenmacheri* Annales Cliviae p. 180 c. not. 2. Vgl. auch Egb. *Hoppens* Kurze Beschreibung des Landes Cleve Cap. XIII S. 49.

1) Ueber die abweichende Volkstradition s. *Rüger* a. a. O. S. 3, 4.

2) Vorwerke.

3) Umfang.

4) bereite d. i. baar erlegte.

5) Vgl. *Rüger* a. a. O. S. 55.

das Besitzverhältniss der von Bergow an Dippoldiswalde nur feudaler Art und daher Friedrich als Lehensherr allerdings in der Lage war, der durch Erstere beabsichtigten Uebertragung der Gerichte an die Stadt in besonderer Urkunde seinen Consens zu ertheilen.

4 **1366**. Die Markgrafen Friedrich und Wilhelm zu Meissen geben die [somit bald nach 1363 heimgefallene] Stadt Dippoldiswalde dem Burggrafen Heyde zu Dohna zu Lehen. (R.) *Rüger* a. a. O. S. 12.

5 **1421**. Landgraf Friedrich „der Friedfertige" von Thüringen überlässt seinen Bürgern zu Dippoldiswalde die Stadtgerichte, mit Ausnahme der obersten Gerichte, welche Hals und Hand anrühren, auf drei Jahre, wofür die Gemeinde 14 Schock neuer Groschen in die fürstliche Kammer oder sonst nach Anweisung entrichten soll. (R.) *Rüger* a. a. O.

6 **1438**. Landgraf Friedrich „der Sanftmüthige" von Thüringen gewährt dem Rathe und der Bürgerschaft von Dippoldiswalde die Gerichte über Hals und Hand (welche ihnen von dem unter nr. 5 genannten Vorgänger des Landgrafen und diesem selbst mittlerweile ebenfalls auf drei Jahre zugestanden worden waren) gegen Bezahlung von acht Schock neuer Groschen für einen weiteren Zeitraum von gleichem Umfange. (R.) *Rüger* a. a. O. [6]).

In der zweiten Hälfte des XV. Jhdts. erfuhr Dippoldiswalde eine Reihe sich rasch folgender Verpfändungen durch die Landgrafen, nämlich in den J. 1450, 1451, 1464 und 1475, worauf die Stadt endlich 1503 durch Verkauf in den länger [bis 1568] dauernden Besitz der Familie von Maltitz gekommen ist. *Rüger* a. a. O. S. 16, 18.

CCLVIII. Dirschau.

(Westpreussen.)

Dr. *Preuss*, Dirschau's historische Denkwürdigkeiten, für das 600jährige Jubelfest der Stadt bearbeitet [mit Urkk.-Sammlung], Danzig 1860. 8⁰. Vgl. auch *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. III S. 266, 269 Note 1; Bd. IV S. 612 fflg.; Bd. VII S. 633 flg.

1 **1260**. Der Pommernherzog Sambor II. gründet in Dirschau eine Stadt, welcher er das **lübische Recht** verleiht, führt nach allgemeinem Vorbehalte der gewöhnlichen stadtherrlichen Gerechtsame für sich und seine Erbfolger im Einzelnen die ihm gebührenden Bezüge, nämlich a) aller innerhalb der Stadtmarkung gefundenen Metalle, b) eines Drittels der Gerichtsgefälle und Delictsbussen, c) zweier Drittheile der Fähr- und Mühlengelder, d) des Ertrags der Münzprägung, e) der Zölle, wovon jedoch die Bürger für ewige Zeiten frei erklärt werden, endlich f) eines Jahrzinses von den Stadthöfen auf, und bestimmt für die neue dirschauer Gemeinde: g) die Grenzen der Wiesen und Viehweiden, h) den Umfang der Fischereigerechtigkeit auf der Weichsel, i) die jurisdictionellen und autonomischen Befugnisse des Rathes, dabei **Elbing** als Oberhof bezeichnend, sowie k) die mit f zusammenhängende Unveräusserlichkeit städtischer Häuser und Hofgüter an Geistliche ohne des Fürsten und der Bürgerschaft Bewilligung:

„In nomine patris et filii et spiritus sancti amen. Sicut preterita, que olim fuerunt, scire non possumus, sic nec eorum quidem, que futura sunt, erit recordatio in novissimo, quia labente tempore transeunt et temporis actiones, que tamen perhennari poterunt, si recipiant a voce testium aut scripti memoria firmamentum. Nos igitur Samburius dei gratia dux pomeranie, volentes ea, que per nos fiunt, inviolabiliter imperpetuum conservari, de consensu et bona voluntate uxoris nostre necnon puerorum [1]) nostrorum baronumque consilio civitatem in Dersowe locavimus, eidem **ius Lubecense** [2]) per omnia concedentes, in ea nobis et nostris successoribus iustis heredibus retinendo dominium, quemadmodum nostri consimiles suis in citatibus dominantur. Dedimus itaque predicte civitati cum omni utilitate prata libera, longitudo quorum ab australi superiori parte civitatis pretenditur penes Wizlam inferius mensurando, donec octoginta duorum funium [3]) numerus impleatur. A Wizla deinde versus spancowam [4]) directius procedendo viginti septem funiculis extenditur latitudo. Excipientes hoc, quod a metis supradictis usque ad lacum modicum, qui Jesnicz dicitur, omnium hominum vicinorum peregrino-

6) *Meissner* a. a. O. S. 544, 45 führt drei Privilegien Dippoldiswalde's v. 1313, 1424 und 1465, „so vor dem feindlichen Einfalle auffm Rath-Hausse daselbst noch vorhanden gewesen", jedoch ohne Andeutung ihres Inhaltes, auf.

1) Da Sambor's einziger Sohn Sobeslaw schon vor 1258 mit Tod abgegangen war, so können unter den „pueri" nur Tochter-Enkel verstanden werden. Vgl. *Preuss* a. a. O Beil. I S. 60.

2) S. unten nr. 2.

3) „Funis, funiculus", Faden oder Seil, 10 Ruthen begreifend. Vgl. oben S. 713 Note 17.

4) Das Gewässer Spengawa (Spangau).

rum et hospitum usibus spacium sit commune. Preterea contulimus antedicte civitati ad pascua pecorum eadem libertate cum omnimoda utilitate, sicut de pratis prediximus, nonaginta funes in longitudine, que longitudo de ortorum confinio civitatis sumit originem ad occidentem incedendo, donec ipsius longitudinis iam dicti funiculi suppleantur. Porro de metis, quas in via de tezadelin signavimus, versus aquilonem reliquos nonaginta funes retinet latitudo, et inde, secundum quod metas posuimus ad civitatem, iterando secunde longitudinis funiculi disting(u)untur [5]). Damus insuper Wizlam ad utilitatem piscandi liberam a finibus Gordin et pnebabowe[6]) in descensum usque ad locum, ubi prata civitatis inferius terminantur. Si autem infra libertates istas aliquod genus metalli inventum fuerit, in hoc volumus absque contradictione dominari. Si quis eciam in hiis libertatibus excesserit, ita sicut in civitate delinqueret iudicetur, de cuius iudicio recipimus terciam portionem. De censu nauli et molendinorum, que in Wizla sunt vel construentur amplius infra prenominatos terminos, cum civitatis libertas exspiraverit [7]), duas partes accipimus, civitas terciam. Sed nobis monetam totaliter cum theloneo reservamus. Si vero falsitas aliqua discernitur in moneta vel vicium, eam sculteto committimus et consulibus examinare. De molendinis antedictis et naulo sine nobis non debent consules nec nos absque ipsorum consilio volumus aliquid ordinare. Preterea cives eiusdem loci cum omnibus in eadem libertate commorantibus ab omni theloneo nunc et imperpetuum mittimus penitus in nostro dominio liberos et solutos. Admittimus itaque propter forum comodum pro ignorata vel obscura sentencia querant consilium elbingense. Hinc consules prefati spoponderunt nobis voluntarii terciam partem de culpa dare, que vorsatunge[8]) apud theutunicos appellatur. Item nolumus, quod per se sive nobis institutiones novas faciant, per quas nobis preiudicium vel terre nostre penuria oriatur et gravamen. In recognitionem vero dominii quevis area civitatis nobis annuatim sex denarios solvet dersovienses exspirata libertate. Nullus itaque civium alicui religioso curiam vel domum suam infra munitionem sitam vendere sive dare poterit absque nostra licentia et totius eiusdem civitatis voluntate. Ut autem hec robur obtineant perpetuum, presentem paginam nostri sigilli et uxoris nostre [9]) munimine fecimus roborari. Acta sunt hec in castro nostro Dersowe anno gratie M. CC. LX. Huius rei testes sunt hii sacerdotes dominus Heinricus de mynda ordinis cisterciensis, dominus Johannes plebanus dersoviensis, dominus Abraham cappellanus curie. Milites Johannes de witten, Heinricus de bruns. Burgenses Heinricus Scilder, Johannes de brunswich."

Nach dem Originale gedruckt in *Voigt's* Cod. Dipl. Pruss. Bd. I Nr. CXXXII S. 134, 35 und b. *Preuss* a. a. O. Beil. II S. 61, 62, welcher auch [Text S. 10, 11] eine deutsche Uebersetzung gibt.

Dirschau, — „Trsow, Trzewo, Tressew, Thersou, Dersowe, Dirsowe, Dirssow" — wird urkundlich bereits 1198 als Knotenpunkt zweier Landstrassen („via de Visino in Trsow; via que currit de Stargrod in Trsow") [10]) erwähnt, scheint also schon damals ein nicht ganz unbedeutender Ort gewesen zu sein. Der Pommernfürst Sambor I. zu Danzig [1178—1207] mag dann durch neue Bauten den Umfang des Dorfes beträchtlich erweitert und damit den Grund zu dem allmälig daraus sich hervorbildenden deutsch-städtischen Gemeinwesen gelegt haben, dessen Entwicklungs-Abschluss uns die Urk. nr. 1 vor Augen stellt. Es rührt aber dies Fundations-Privileg von dem Sohne des seit 1216 als Beherrscher des gesammten Ostpommern's auftretenden Mestwin I. († 1220), dem um 1208 geborenen Fürsten Sambor II. her, welcher bei der Reichstheilung seines Vaters als der dritte Prinz die Castellanei Lubisow (Lübschau), längst ein selbständiges Gebiet unter eigenen Dynasten, auf seinen Antheil erhalten, sich im J. 1232 mit der Tochter des Fürsten Heinrich Borwin II. von Mecklenburg, Mathilde, vermählt, danach seit 1243 oder 1249, gewiss von 1253 an in Dirschau mit herzoglichem Titel residirt, und hier die ver-

5) Ich fasse die Stelle so auf: Von der durch den Weg bei dem Dorfe Czedlin gebildeten Grenze an beträgt die Breite der verliehenen Viehweide gegen Norden 90 Fd.; was aber dann wieder die Länge derselben von dort nach der Stadt zu betrifft, so behält es in dieser Beziehung bei einer früheren Grenzabsteckung und der damit zugleich gegebenen Fadenzahl sein Bewenden, welche daher hier lediglich wiederholt wird.

6) Der Ort heisst: Prebanowe.

7) *Preuss* übersetzt: „unbeschadet der übrigen Freiheit." Richtiger scheint mir: nach Ablauf der der neuen Stadt, wie üblich, bewilligten Freijahre.

8) Vgl. *John*, Das Strafrecht in Norddeutschland zur Zeit der Rechtsbücher I, 67—85.

9) Ueber beide Siegel [„Sigillum Samborii ducis pomeranie" — „Sig. Mahtildes Ducisse Pomeranie"] s. *Preuss* a. a. O. S. 9.

10) *Dreger*, Cod. Pomeran. dipl. Bd. I Nr. XXXII S. 60 Z. 5, 20.

muthlich 1252 [11]) vollendete ansehnliche Burg erbaut hat. Bald aber sah er sich genöthigt, diesen seinen Lieblingssitz an Mestwin II., seinen Neffen, welcher dem Oheime bereits dessen ganzes übriges Land mit habgierigem Schwerte abgedrungen hatte, zu überlassen [s. nr. 3, 4]. Gebeugt von Gram und Schmerz über diese Verluste und den unabwendbar drohenden Ruin seines Hauses starb Sambor II., ein frommer einsichtsvoller und wohlwollender Regent, im J. 1278. Vgl. *Preuss* a. a. O. S. 4, 6–9, 11, 12.

2 **1262**. Vogt, Rath und Bürgerschaft in Lübeck theilen [vermuthlich aus Anlass der in nr. 1 enthaltenen Bewidmung darum ersucht] ihr Stadtrecht den Bürgern zu Dirschau mit —: „presentibus et futuris innotescat, quare nos ad honorem Jesu Christi ejusque pie matris Marie dilectis amicis nostris burgensibus in Dersowe jus nostrum civitatis contulimus, quo videlicet jure burgenses nostri juris sibi statuto regimine moderantur. Ut autem hoc factum favorabiliter [12]) teneatur, presens volumen ipsis sigilli nostri munimine communivimus. Datum Lubeke anno domini MCCLX secundo. Nostre [13]) vobis jura tradimus civitatis — inviolabiliter [14]) ut hec teneatis — fas est ut per melius illa augeatis — sed data decreta nunquam minui faciatis“ [15]). *Goedtke*, Gesch. der Stadt Conitz S. 67; *Riccii* Entwurff S. 88 Note *); *UBuch der Stadt Lübeck* Thl. I Nachtr. Nr. CCLXIXa S. 678.

Die vorstehende Urk. ist nach dem seit 1254 den Deutschordens-, und dann auch anderen Städten gegenüber gebrauchten Communications-Formulare des lübecker Rathes abgefasst, welches sich in der Gestalt eines Vorwortes an der Spitze mehrerer älterer Codices juris Lubicensis findet [s. J. F. *Hach*, Das Alte Lübische Recht, 1839, Einleit. S. 8 m. Beil. D S. 169, 70], und schon um seines officiellen Charakters willen das zuverlässigste Mittel zur Emendation des etwas entstellten Textes im Sendbriefe an Dirschau darbot.

Später, jedenfalls seit 1364 [s. unten nr. 7], bediente sich Dirschau, nach vermuthlich freiwilliger Aufgebung des lübischen Rechts gleich den meisten anderen preussischen Städten des jus Culmense. Vgl. *Michelsen*, Oberhof S. 77.

1275, Febr. 2. Herzog Mestwin II. von Pommern thut dem Schultheissen, dem Rathe und den Bürgern Dirschau's kund: „quod nos vobis eandem pacem et ordinacionem et promissionem promittimus et damus, qualem nostris civibus de **Gdanez** [16]) coram multis probis viris promisimus.“ *Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. Bd. II Nr. XXXII S. 38, 39. Wegen des Entstehungsjahrs, als welches gewöhnlich 1294 (Febr. 10) bezeichnet wird, s. L. *Quandt* in den Baltischen Studien Jahrg. XVI Heft 1 (1856) S. 106, 7 m. Note 35. 3

1275, Jun. 14. Derselbe gewährt ferner mit Zustimmung des danziger Woiwoden Graf Swenza, seines vertrautesten Rathes [17]), der Stadt Dirschau und deren Bürgern alle Rechte und Gerichte, wie sie die Stadt **Danzig** hat, und überlässt ihnen zugleich gewisse Liegenschaften zu immerwährendem Besitze —: „civitati nostre Dersovie et civibus in eadem residentibus omnia jura et judicia, secundum quod civitas nostra **Gdanensis** tenet et obtinet, cum ortis aquis pascuis pratis et lignis contulimus et dedimus imperpetuum possidenda.... Contulimus insuper eis agros in pratis jacentes.“ *Voigt* a. a. O. Nr. XXXI S. 38. 4

An eine bewidmungsweise materielle Umgestaltung des Rechts in Dirschau, wodurch also schon jetzt der Gebrauch des lübischen Rechts daselbst alterirt worden wäre, ist hier offenbar nicht zu denken; vielmehr handelte es sich nach den politischen Tendenzen Mestwin's, welcher sich in unserer Urkunde nicht ohne besondere Betonung als „dux tocius Pomeranie“ einführt, zuvörderst nur darum, einerseits, worauf auch die Urk. nr. 3 abzielt, die dirschauer Bürger, welche wohl ihres alten, von Mestwin so schmachvoll behandelten Wohlthäters und seines milden Regiments noch immer nicht vergessen konnten, durch lockende Versicherungen der neuen aufgedrungenen Herrschaft geneigter zu machen, und andererseits die Einheitlichkeit des zusammengerafften Reiches durch rasche Herstellung einer äusseren Gleichförmigkeit in der Communal- und Jurisdictions-Verfassung der hervorragendsten Stadtgemeinden möglichst zu befestigen und vor Zersplitterung zu sichern. Darum sollte Dirschau in jenen beiden Hauptbeziehungen nach dem Muster von Danzig organisirt, also zunächst wohl das polnisch-

11) So *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 45, 228.

12) So auch das Formular; im *L. UB.* wird „perseverabiliter“ zu lesen vorgeschlagen.

13) Die älteren Special-Abdrücke haben: „jure.“

14) Dieselben: „immobiliter.“

15) Die nach dem Datum folgenden, den Uebergang zum beigefügten Rechtsbuche selbst vermittelnden Worte „Nostre . . . faciatis“ enthalten Stabreime.

16) Vermuthlich bei dessen Einnahme 1271, 72.

17) Ueber ihn s. *Voigt's* Gesch. Preussens IV, 134 m. Note 4. [Vgl. auch oben S. 607 Note 7.]

pommerische Aemtersystem an Stelle des germanischen „advocatus" daselbst eingeführt werden. Vgl. *Quandt* a. a. O. S. 106 u. Heft 2. (1857) S. 41 flg.

5 **1299**, Apr. 29. Der Herzog von Polen, Pommern und Cujavien Wladislaw Lokietek — nach Mestwin's II. kinderlosem Tode 1295, der Ermordung seines Nachfolgers, König Przemislaw's II. von Polen im J. 1296, und dem freiwilligen Rücktritte Herzog Leszek's von Cujavien, eines Enkels Sambor's II., Herr zu Dirschau — verleiht den Bürgern dieser seiner Stadt eine Badstube und den nahe gelegenen [Samaiten-] Berg zu freiem Besitze und Gebrauche —: „ob reformacionem civitatis nostre in Dirsovia damus et concedimus civibus ejusdem civitatis et eorum quibuslibet successoribus perpetue stubam balnearem liberam possidendam, ita quod ex censu ab eodem balneo proveniente utilitates communitatis ejusdem civitatis informent, secundum quod ipsis utilius videbitur expedire. Damus eciam ipsis montem adjacentem civitati jam prefate usque ad vallem majorem, in quo quaslibet utilitates, quas excogitare poterunt pro communibus usibus universitatis civium, eis liceat libere construere et edificare." Mit Uebersetzung b. *Preuss* a. a. O. Beil. III S. 62, 63.

Im J. 1307 kam Dirschau aus Wladislaw's Hand sowie unter seinem Schutze in den Besitz Herzog Casimir's von Cujavien, und somit, da dieser ein Enkel Sambor's II. von dessen dritter Tochter Salome, der Gemahlin Herzog Semomysl's und „Herrin des grossen Werders", war, nochmals an das Sambor'sche Haus zurück. Es währte jedoch diese Wiedervereinigung nur sehr kurze Zeit. Denn schon gegen den Ausgang des Jahrs 1308 musste sich Dirschau, das Schicksal Danzig's theilend, der Gewalt des Deutschordens fügen. Der Heroismus der Bürger, welche ihre Stadt nur in rauchenden Trümmern dem Feinde preisgeben wollten, hatte aber denselben zu Wuth und Rache entflammt. Man zwang daher, vielleicht auch den widerspenstigen Trotz der Bevölkerung fürchtend, die Dirschauer zu der in einem Documente v. 7. Febr. 1309 niedergelegten feierlichen Versicherung gegenüber dem Hochmeister und Orden: „quod immediate post festum penthecostes hoc anno futurum de opido Dirsovie communiter recedemus, nullo unquam tempore intencione morandi in eis ad dictum opidum vel terram pomeranie redituri, nisi de dictorum magistri et fratrum gracia et licencia speciali; ita tamen, quod ad provincias alias et [18]) dictorum fratrum terminos, civitates, villas et opida nobis sit liberum nos transferre." [*Voigt*, Cod. Dipl. Pruss. Bd. II Nr. LVII S. 67; *Preuss* a. a. O. Beil. IV S. 63, 64 mit Uebersetzung.] Dass dieser Verbannungs-Auszug wirklich erfolgte, unterliegt keinem Zweifel. Aber ebenso wahrscheinlich ist es, dass schon sehr bald danach eine Art von Aussöhnung der exilirten Familien mit dem Sieger stattgefunden habe, wodurch einem grossen Theile der ersteren die Rückkehr in die Heimathsstadt ermöglicht ward. Denn nach kaum zwei Decennien finden wir bereits Dirschau von seinen schweren Drangsalen vollständig erholt und zu neuem Aufblühen erkräftiget. Der Orden — im J. 1309 durch Kaufvertrag mit Markgraf Waldemar von Brandenburg auch in den Besitz des dirschauer Landes gelangt [19]) — liess es übrigens sich angelegen sein, durch mancherlei Begünstigungen (s. nr. 6—10) die Bürger von Dirschau jene Unbill vergangener Zeit vergessen zu machen.

1328, Dez. 7. Der Hochmeister des Deutschordens Werner von Orseln übereignet „seinen getreuen Bürgern der Stadt Dirschau" das ihm abgekaufte Dorf Schliven sammt allen Zubehörungen und Nutzungen unter ausführlicher Bezeichnung der Grenzen, mit der Bestimmung, dass sie dasselbe „zu **Colmischem rechte**" ewiglich zins-, abgaben- und dienstfrei besitzen, und daran dem Orden blos für seinen dirschauer Hof gewisse Holzbezüge vorbehalten bleiben sollen. *Preuss* a. a. O. Beil. VI S. 65, 66. 6

1364, Mai 11. Der Hochmeister Winrich von Kniprode ertheilt seinen getreuen Bürgern zu Dirschau eine Handfeste, worin er a) die von seinen Vorfahren herrührende „vssazung" der Stadt bestätigt, b) derselben „**gancz Colmisch recht**" verleiht, c) sich und seinem Orden „die herschafft vnd das gerichte" allda vorbehält, hierauf d) die Hubenzahl der gemeindlichen Flurmark, sowie e) was davon „zu eyner wedemen deme pharrer zcugehoren" soll, desgleichen f) den jährlich an Martini von den Bürgern zu leistenden Grundzins zu 125 Mark gewöhnlicher Münze festsetzt, ferner g) für die Comthurei („vnser husz") einen rings herum laufenden freien Raum von 5 Ruthen Breite ausbedingt, zugleich h) bestimmend, dass gegen das Kloster zu auf keiner Seite Gebäude errichtet werden dürfen, und dass i) die Bürger dem Landesbischofe „sein bischtumblich recht nach des landes gewonheit jarlich vnd 7

18) Vielleicht: intra?
19) Vgl. *Töppen* a. a. O. S. 62—67.

volkomlichen ewiglichen gelten sullen", endlich k) die Grenzen der die Stadtmark bildenden $74^1/_2$ Huben und 9 Morgen, und zwar mit dem Beifügen genau bezeichnet: „ober das alles vorlien wir vnd geben den dicke genanten burgern allen den nucz, den sie gemachen mugen in ir vryheit der benanten greniczeu binnen der stad vnd bussen der stat an zcinsen adder an welcherley nucz das sye, der nucz sal der stat alleyn czugehoren." *Preuss* a. a. O. Beil. VII S. 67, 68 m. S. 16.

8 **1372**, Sept. 3. Derselbe überlässt den Bürgern und Einwohnern seiner Stadt Dirschau [auf Grund eines von ihnen mit dem Orden abgeschlossenen Kaufgeschäfts] 38 Huben „gelegen zcum Spiesewinkel... zcu **Colmischem rechte** erblich vnd ewiglich mit allem nucze zu besiczen", wofür sie dem Orden jährlich 48 Mark gewöhnlicher Münze zu Martini an Zins, und ausserdem von jeder Hube zwei Tage Heudienst des Jahres leisten, aber auch „domete allerleye scharwerck vnd allerleye reysen vry vnd ledig sien" sollen. *Preuss* a. a. O. Beil. IX S. 68, 69.

9 **1376**, Aug. 15. Derselbe nimmt 3 Huben vom Speisewinkel zurück und erlässt dafür den Dirschauern nicht nur den verhältnissmässigen Zinsbetrag, sondern auch die gesammten „handdienste, die sie im von dem vorgenanten gutte Spisewinkel jarlichen phlogen zu tun", dabei noch bestimmend, dass die Unterhaltung des Grenzgrabens zum Schutze gegen Viehschäden vom Orden und der Stadt gemeinschaftlich zu geschehen habe. *Preuss* a. a. O. Beil. X S. 69.

10 **1384**, März 31. Der Hochmeister Konrad Zölner von Rotenstein verleiht „von sunderlichen gnaden sinen lieben getrowen burgern vnd inwonern siner stad czu Dirschau den driten pfennig von allen gerichten grosz vnd klein, die dem richter in der stad geboren zcu richten, vssgenomen alle vndutsche", so dass alles, „was von dem vorgenanten gerichte gevellet, gentzlich an der stad nucz vnd besserunge gelegt werden sol." *Preuss* a. a. O. Beil. VIII S. 68.

Von da an bis zur Mitte des XV. Jhdts. finden wir Dirschau in den günstigsten Verhältnissen, die Stadt beträchtlich vergrössert, die Bürgerschaft in Wohlstand und Ansehen. Aber was Jahre mühsam gefördert, haben wenige Tage vernichtet. Die Hussiten-Belagerung, am 29. Aug. 1434 begonnen, verwandelte Dirschau in eine Stätte der Verwüstung und des Elends. Zwar erhob es sich auch diesmal wieder aus seinen Trümmern; aber jene Zeit des Wachsthums und Glanzes kehrte nicht mehr zurück, denn von einer anderen Seite her nahten jetzt Verderben drohende Stürme der Gemeinde. Das Zerwürfniss zwischen den preussischen Ständen und dem Deutschorden hatte auch Dirschau ergriffen. Lange glückte es den hier eingesetzten Vögten, die Unzufriedenheit der Stadt-Bevölkerung mit dem hochmeisterlichen Regimente durch vorsichtiges Entgegenwirken zu paralysiren, wie denn noch zu Ostern 1442 den Bürgern Dirschau's die urkundliche Versicherung abgelockt wurde, „dass sie irem gnedigen herren dem homeyster vnd syme achtbaren orden allir gerechtikeit noch irer privilegien luwthe noch bestem vermogen bylegen wolten, als gute arme getruwe luthe, noch dem als sie synen gnaden geholdigtt vnd gesworen" hätten [20]), wobei es zunächst wohl blos auf eine Beschwichtigung der Gemüther in Ansehung des gehässigen Pfundzolles abgesehen war. Später konnte aber Dirschau des Anschlusses an den Städtebund sich nimmer enthalten — es fiel vom Orden ab, um sich freilich eben so bald, durch zwingende Verhältnisse genöthigt, zu demselben zurückzuwenden. Seitdem ein Spielball in den Händen der beiden kriegführenden Mächte, ward es zuvörderst eine Beute des Polenkönigs, kam dann durch diesen als Entschädigungsgabe in den Besitz von Danzig [21]), erlitt hierauf von den Truppen des Ordens, der Dirschau's Verlust nicht zu verschmerzen vermochte, wiederholte schwere aber vergebliche Belagerungen, und musste endlich in Folge des thorner Friedens v. 1466 von den Danzigern an König Casimir IV. von Polen zurückgegeben werden, um bis zum J. 1773 unter polnischem Zepter zu verbleiben. *Preuss* a. a. O. S. 19—23.

Döbeln. CCLIX.

(Königreich Sachsen.)

M. Const. *Mörbitzens* Chronica Doebelensia, oder Ausführliche Beschreibung Der Churfl. Sächsischen Stadt Döbeln, Leisnig 1727. 8°. Vgl. auch K. *Gautsch*, Archiv f. sächs. Gesch. u. Alterthumskunde, Jahrg. I (1843) S. 141—50; K. *Limmer*, Entwurf einer urkundl.-pragmat. Gesch. des Marg-

20) Urk. bei *Preuss* a. a. O. Beil. XI S. 69, 70.

21) Vgl. oben unter dem Art. „Danzig" S. 705 a.

grafth. Meissen (1836) S. 38, 98 flg., 250, 285, 291, 301 flg.

1 **1277**, März 16. Markgraf Heinrich der Erlauchte zu Meissen ertheilt in einem Streite zwischen dem Cisterzienser - Kloster Buch und den Bürgern von Döbeln „super eo, utrum in villa Wyschen taberna et alia quaedam officia subscripta deberent esse", von der Sachlage genügend unterrichtet durch seine Getreuen Ortolph von Dewin und Rüdeger von Schachow — „qui auditis senioribus circumsedentibus per fidem suam fatebantur, quod in eadem villa Wyschen deberent esse et fuissent temporibus patris nostri bonae memoriae taberna, faber, calcifex, textor linei panni, sartor, deberetque ibidem brazium fieri, prout eadem officia in eadem villa sunt habita ab antiquo" — eine Entscheidung dahin: „ut praefati abbas et conventus in praedicta villa Wyschen supradicta officia libere teneant et habeant perpetuo et quiete", zugleich das Verbot hinzufügend, „ne quis de praedictis civibus nostris in Dobelin aut aliquis ipsos impedire, molestare et turbare praesumat aliquatenus in officiis antedictis." *Schoettgen* et *Kreysig*, Diplomatar. et Scriptt. hist. Germ. Tom. II: „Cod. dipl. monast. Buch" Nr. LXV p. 196, 97. Vgl. *Tittmann*, Gesch. Heinrichs des Erlauchten Bd. I S. 356.

Döbeln [„castrum et civitas Doblin, Dobelin"], ehedem zu den Gütern der Abtei Hersfeld gehörig[1]), erscheint seit dem Ende des XII. Jhdts. im Besitze der Markgrafen von Meissen, welche in der Stadt selbst einen „advocatus", auf dem festen Schlosse aber einen „castellanus" hatten. Unter den ritterlichen Familien der „castrenses" scheint sich auch ein nach dem Orte benanntes Geschlecht „de Dobelin", welches namentlich in Documenten der J. 1190 — 1278 häufig begegnet, befunden zu haben. Später (1283 — 1412) finden wir dann an dessen Stelle die „Groze de Dobelin" (oder „Seuschin, Syweschin") getreten, von welchen mehrere Glieder die Burghauptmannsstelle zu Döbeln bekleideten. Stadtherrliche Rechte hatten übrigens diese Geschlechter daselbst niemals besessen. Im J. 1286 überliess nun zur Entschädigung für erlittene Kriegsverluste Markgraf Heinrich[2]) sein „castrum Doblyn et civitatem cum omnibus suis juribus et pertinentiis... habendum titulo pignoris et tenendum" an seinen Enkel, den Landgrafen von Thüringen Friedrich den Jüngeren „mit der gebissenen Wange", welcher in seiner nachmaligen blutigen Fehde mit Adolph von Nassau den bereits von Letzterem erstürmten Ort nur mit höchster Anstrengung zu behaupten vermochte.

1307, März 4. Landgraf Friedrich von Thüringen, Markgraf zu Meissen etc. bestä- 2
tiget seiner Stadt Döbeln auf Ansuchen des Rathes allda ihre uralten Erbrechtsgebräuche:

„Wir Fridrich von gotis gnaden lantgrave yn Doringen, zcu Missen vnde in den Osterlande marcgrave, ein here des landes zcu Plissen, bekennen in dissen vffin briffe, dasz zcu vnser gegenwart sind komen vnse getruwen die rath lüte vnd geschworne der stat Dobelin, vnd haben vns fliszlich gebeten von eren vnde der stadt wegen, dasz wir gewonheiten vnde rechte, die si vnde ere vorfaren vor langer zyt gehat habin, geruthin zcu bestetigin. Also an welcher zit ein burger vorscheide von des todes wegen, alle der güter, die he gelassen hat, sullen tzwei teil volgen sinen erbin vnd erbnemen, das dritte teil sal volgin seiner elichen wirtin; glicher wis ab eines mannis wirtynne stirbe, daz dritte teil erer güter, die si gelaszin hat, sal volgin eren erben vnd erbnemen ane hindernis. Hir vane wir erkannt habin ere bethe gerecht vnde gut, die gewonheiten vnde rechte vor genant ewiclich zcu weren vnde czu haldin, die wir habin vnde vorvolgin vnde bestetigen enen die gunsticlich mit crafft dieses briffes; ydoch so wulle wir dieselbigen rechte vnde gesatze nicht vordir geben, wene zcu den gütirn, dy zcu der stadt gehorin vnde ere sin von aldirs wegin. Czu merer sicherheit der vorgeschreben sache habin wir dissin brif mit vnsirn groszin sigil bevestiget, sub anno dn. M. CCC. VII. sabatho, quo cantatur sitientes." *Mörbitz* a. a. O. S. 157 m. S. 43.

1360, Mai 8. Ritter Ulman von 3
Staupitz versichert für sich und seine Erben, dass das von ihm erbaute „bergfred zu dem Richensteyn" [der nachmals s. g. Burgstadel] denen von Döbeln keinerlei Schaden bringen, diese und andere „bedir lute" vielmehr im Falle, „dasz eyn vngnade wirde in dem lande, zuflucht haben sullen zu dem vorgenanten bergfrede", und dass ein etwaiger Verkauf der Burg oder des Gutes in dritte Hand hieran nichts ändern werde, indem die Käufer „dasselbige thun sullen gein der statt zu Dobelin vnd gein dem lande vnd halten als hye vorgeschriben stehit." *Mörbitz* a. a. O. S. 9, 10; *Gautsch* a. a. O. S. 148.

1) Urk. v. 23. Jul. 1292 b. Tr. *Märcker*, Das Burggrafthum Meissen (1842) S. 147—49 Note 3.

2) Urk v. 11. Juni 1286 b. *Tentzel*, „Vita Friderici Admorsi" in *Menckenii* SS. rer. Germ. II, 923.

4 **1366**, Apr. 22. Die Landgrafen Friedrich, Balthasar und Wilhelm von Thüringen, Markgrafen zu Meissen, überlassen für 400 Schock Groschen eine Jahresrente „in iren nachgeschriben stetin zcu Dresden vierczik schok, zcu Friberg xl schock vnde zcu Döbelin xxx schock" auf Wiederkauf an den Bischof zu Meissen. *Cod. dipl. Saxon. reg.* Hptthl. II Bd. II Nr. 588 S. 96, 97.

5 **1383**, Febr. 7. Markgraf Wilhelm („der Einäugige") zu Meissen [3]) bewilligt dem Rathe seiner Stadt Döbeln, dass er von den ihre Thore passierenden Wagen ein Thor- oder Wagengeld erheben lasse. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 120, 265.

6 **1385**, Jun. 23. Derselbe beurkundet, an den Bischof und das Domcapitel zu Meissen „Dobelyn hus vnde stad vnde waz darczu gehoret, mit manschaften, mit lehen geistlich vnde werltlich, mit angefellen in der stad vnde vf dem lande, mit allin gerichten gros vnde kleyne, mit wegin vnde nicht wegin, mit ackern, mit holcze, mit jayt, mit wysen, mit wassern, mit vischeryen vnde mit allen den nuczen eren vnde vryheiten, wie die namen habin adir gehabin mogin, an zcinsen, an beten, an geleyte, an zcolle etc.", sowie 123 Schock 53 Groschen von der Jahrrente der Stadt Dresden wiederkäuflich für bereits empfangene 5000 Schock Groschen abgetreten zu haben. *Cod. dipl. Saxon. reg.* a. a. O. Nr. 691 S. 217—19.

7 **1385**, Jun. 24. Die Markgräfin Elisabeth von Meissen [4]) leistet auf „Dobelyn hus (slos) vnde stad mit manschaften vnde allir siner zcugehorunge", welches ihr der Bischof Nicolaus zu Leibgedinge geliehen, von ihrem Gemahle dafür in anderer Weise entschädigt, Verzicht, und entlässt „die manschaft, burgere vnde amptlude zcu Dobelyn allir globde vnde eyde, die sie ir getan habin." *Cod. dipl. Saxon. reg.* a. a. O. Nr. 692 S. 219, 20.

8 **1412**, Jul. 16. Die Markgräfin Anna von Meissen [5]) belehnt „burgirmeistere, ratislute vnde die ganeze gemeyne irer statt zcu Dobelin" mit vier Schock guter „schildischer" Groschen an dem Zolle daselbst, welche jene von Dietrich von Steinbach käuflich an sich gebracht hatten, und zwar „mit sollichen eren nutzen vnde wirden, als die der gnante Ditterich von steynbach von ir bisher zcu lehne besessin vnde gehabt hat." *Mörbitz* a. a. O. Anh. II Nr. 10 m. S. 28.

1416, Aug. 24. Der Amtshauptmann zu 9
Leissnig und Döbeln Hans von Ziegelheim und der Probst Nicolaus von Ziegelheim zu Döbeln sammt Bürgermeister und Rathmannen daselbst verlautbaren eine von ihnen zwischen den Aelterleuten des Gotteshauses [6]) und den Fleischhauern zu Döbeln in dem Streite derselben „vmme bruche vnd vmme zinse, dy sy von des gatis huses wegen vnde von der fleischbancke wegen hatten", zu Stande gebrachte „freundliche sune", wonach „dy fleishauwer iczlichir besundern, wer nun adir hernach eine fleisbang hat, jerlichen czu czinse reichin vnde gebin sal von einis siner bang den altir luten von des gatis huses wegen czwelf grossen, sechzse vf sente Mertins tag vnde sechzse vf phingesten nest volgene, sulchir volgengir vnde gebir grossen, also der czwenzig einen rynischen goldin gelden, ob das geld geringer adir besser werde an synem slage, das doch des gatis huses czins nicht genedert würde, noch auch das hantwerg der fleishauwer hochir nicht besweret wirde." Für den Fall, dass Einer vom Fleischergewerke dieser Sühne nicht nachkäme, wird am Schlusse bestimmt: „der sulde vnd muste liden, das dy altir lute em sine bang czu nagilen, vnd nymand solde die bang weder vf brechin, iz geschehe den mit der altir lute willen vnde wissen, odir (er) hette sine czins gegeben, als oben geschriben stet." *Mörbitz* a. a. O. Anh. II. Nr. 13 m. S. 266.

1418. Landgraf Friedrich „der Streit- 10
bare" von Thüringen, Markgraf zu Meissen [7]), bestätigt seiner Stadt Döbeln auf deren Bitten „die Ordnung derer dreyen Räthe." (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 124, 158, 266.

Bis zu dem oben bezeichneten Jahre hatte in Döbeln ein blos zwölf Personen,

---

3) Döbeln war nach einer vorübergehenden Verpfändung an Brandenburg im tangermünder Vertrage v. 13. Apr 1312 an das meissnische Haus zurückgefallen und in der thüringer Landestheilung v. 1382 an Markgraf Wilhelm gekommen. Vgl. *Horn*, Lebens- u. Heldengesch. Friedrich's des Streitbaren, Haupt-Samml. der Urkk. Nr. 18 S. 685 flg.

4) Markgr. Wilhelm's erste Gemahlin, eine mährische Prinzessin, † 26. Nov. 1400.

5) Sie war des Markgr. Wilhelm zweite Gemahlin, aus dem braunschweigischen Herzogshause stammend, und hatte nach ihres Gatten Tod die Aemter Döbeln, Leissnig und Oschatz zum Witthum erhalten Urk. v. 1403 b. *Horn* a. a. O. S. 62—64. Vgl. *Mörbitz* a. a. O. S. 120 flg.

6) Weltliche Kirchenpfleger. Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 19, 20.

7) An ihn kam Döbeln, als Markgräfin Anna im J. 1414 ihren Wittwenstuhl verrückte. *Horn* a. a. O. S. 65, 66.

nämlich einen Bürgermeister („magister consulum, proconsul“) und eilf Rathmannen („consules“) umfassender Magistrat, wie sich namentlich aus der Urk. nr. 9 noch erkennen lässt, die Leitung des Gemeinwesens über sich gehabt, bei wichtigen Angelegenheiten auch durch die Mitthätigkeit von Geschwornen („jurati“) unterstützt. Im J. 1418 schuf sich aber die Stadt eine neue Rathsordnung und erlangte auch dafür die bei der Landesherrschaft nachgesuchte Confirmation. Worin nun die fragliche Umgestaltung der Regimentsverfassung bestanden habe, ersehen wir am Deutlichsten aus dem von *Mörbitz* a. a. O. S. 158, 59 theilweise veröffentlichten ersten Präsentations-Schreiben der Stadt an den Landgrafen (vom J. 1418). Danach erscheint das auf eine Amtszeit von drei Jahren berechnete Rathscollegium aus drei Räthen mit ebensovielen Bürgermeistern an der Spitze zusammengesetzt. In den ersten Rath werden zunächst zehn „ehrsame“ Männer aus der Bürgerschaft „bey bestem Gewissen“ gewählt, welche Zehn dann noch zwei aus dem „alten Rathe“, d. i. jenem des Vorjahres, hinzuberufen, so dass nun zwölf Mitglieder, darunter Eines mit dem Range und Titel eines Bürgermeisters, den regierenden Rath des ersten Jahres im Triennium bilden. Dieser schreitet nun sofort zur weiteren Wahl von wieder zehn Gemeindebürgern und zwei Alt-Rathmannen, welche zusammen unter Leitung eines aus ihrer Mitte gekorenen Bürgermeisters nach jenen „auff das andere Jahr sitzen sollen.“ Endlich die zwei bezeichneten Räthe zusammen küren in völlig gleicher Form und Anzahl den letzten Rath, „der auff das dritte Jahr sitzen soll.“ Alle Gewählten unterliegen übrigens der landesfürstlichen Genehmigung, zu welchem Behufe sogar über die Qualitäten der Einzelnen Bericht erstattet werden muss. Es scheint übrigens schon vor Ablauf des Mittelalters diese complicirte Organisation des Rathes wieder abgeschafft, und an deren Stelle eine, der ursprünglichen sich annähernde einfachere hergestellt worden zu sein.

11 **1423**, Aug. 24. Landgraf Friedrich bestimmt ferner die Grenzen des Weichbilds seiner Stadt Döbeln und überlässt dem Rathe daselbst für 660 rheinische Gulden wiederkäuflich die Ober- und Untergerichte in der Stadt. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 124, 266.

12 **1436**, Jun. 24. Landgraf Friedrich „der Sanftmüthige“ von Thüringen bewilligt seiner Stadt Döbeln einen „freyen marckt zu ewigen zeiten, drey wochen vor S. Martini, auch in jeglicher woche einen tag, nebst dem grünen donnerstage, frey an selbigen fleisch zu verkauffen, solcher gestallt, dass die auswertigen fleischer frisch fleisch ohne wandel möchten auff den freymarckt bringen, jedoch vngeschroten ...; auch vnter keinem dache stehen durfften, sondern im Fall es regnen würde, sich mit decken vnd bretern behelffen“ müssten *Mörbitz* a. a. O. S. 35, 36 (Extr.)

1439, Mai 10. Derselbe und sein Bru- 13
der Markgraf Wilhelm „der Tapfere“ zu Meissen erlassen ihrer Stadt Döbeln um des schweren Brandunglückes willen, welches sie im Hussitenkriege getroffen hatte, für die nächsten sechs Jahre die Entrichtung aller Kammer-Renten. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 124, 25.

1441. Der Rath der Stadt Döbeln 14
übernimmt die allda befindliche Badstube kaufsweise von ihrem bisherigen Besitzer Andreas Krüger. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 268.

1449. Die Leinweber in der Stadt 15
Döbeln erhalten neue Innungs-Artikel. (R.) *Mörbitz* a. a. O.

1457, Apr. 5. Der öfter gedachte Land- 16
graf (Kurfürst) Friedrich schenkt seiner Stadt Döbeln die Schlosswiese „von der Stadtmühle bis an das Wasser, von einem Ende bis zum andern, zur Bauung des Zwingers, Graben, Vestung etc.“ (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 125, 26; 269.

1460, Jan. 15. Ritter Johann von 17
Schleinitz zu Seerhausen bekennt, dass er an Bürgermeister und geschworne Rathmannen sowie die ganze Gemeinde der Stadt Döbeln „den zcol zu Doblin vnd Roswin mit allen iren nuzen, gerechtigkeiten, darzu er en bisher besessen vnd inne gehabt“, um 100 Schock guter schildiger Groschen freibergischer Münze verkauft, und dass der Landesherr, in dessen Hand er den vorgenannten Zoll „vffgelassen“, damit auf seine Bitte bereits Rath und Bürger von Döbeln belehnt habe. *Mörbitz* a. a. O. S. 29; *Kreysig*, Beyträge zur Historie der sächs. Lande Bd. IV S. 123.

1460. Bürgermeister und Rath zu 18
Döbeln übernehmen vom Amtsvogte Nicolaus Mirisch die Seelbäder in der am niederen Mühlgraben gelegenen s. g. Nieder-Badstube. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 21.

1462. Die Herren von Schönberg 19
verkaufen an den Rath der Stadt Döbeln die ihnen eigenthümliche Staupitzmühle. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 19, 269.

1463, Sept. 28. Landgraf (Kurfürst) 20
Friedrich „der Sanftmüthige“ von Thüringen bestätiget den Ankauf des Zolles zu Döbeln und Rosswein von Seite des Rathes der ersteren Stadt [nr. 17], entsaget

gegen Auflage eines ewigen Erbzinses dem daran gehabten Vorkaufe und allen anderen darauf bezüglichen Gerechtigkeiten, und erklärt die Zolleinnahme „zu einem ewigen erblichen Stadt-Guthe.“ (R.) *Mörbitz* a. a O. S. 29, 30; *Kreysig* a. a. O. S. 128.

21 **1467**, Nov. 17. Die herzoglichen Brüder Ernst (Kurfürst) und Albrecht von Sachsen erkennen mit ihren Räthen in einem Streite zwischen dem Abte Johannes von Alten-Zelle und dem Rathe der Stadt Döbeln, betreffend die vom Letzteren angeblich unbefugter Weise vorgenommene Aufstellung eines Zöllners in dem abteilichen Städtchen Rosswein, nachdem beide Parteien „in den hoff gein Missen“ beschieden, hier erschienen und in der Sache gehört worden waren, dahin zu Recht, „dass die von Dobelyn adir (die) den zcoll in zukünfftigen gezeiten würden haben, das closter noch die von Roswin mit ihren zcolner vnbedrangt sollen lassen vnde keinen darein oder dahin setzen, sunder ihres zcols hinfür zcu Dobelyn oder herausen warten, da man den vor jahren gegeben hat, vnde nicht auf des closters gütern zcur Zcelle; vnde der artikel in vnsers liben hern vnde vaters seliger gedechtnis brive, den er denen von Dobelyn ober den gemeldten zcol gegeben hat, also lowtende: den czol zcu Dobelyn vnd Roswin etc. [nr. 20] sal dem closter zcur Czelle vnde den von Roswin nw vnde zcu ewigen gezeiten vnschedelichen sein.“ *Mörbitz* a. a. O. S. 32—34.

22 **1470**, Mai. 31. Dieselben erlauben dem Rathe zu Döbeln, dass er von den Fuhrleuten und Viehtreibern, welche um des Zolles willen die Stadt auf Beistrassen umführen, in den Dörfern Tzschawitz, Topschadel, Tiesskau, Gruhnau und Technitz, sobald jene dieselben berühren würden, den üblichen Zoll fordern und nehmen möge, von den landesfürstlichen Amtleuten und Anderen ungehindert. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 30.

23 **1472**. Der Rath zu Döbeln vereinbart ein Statut, wonach bei Erwerbung des Bürgerrechts in der Stadt die Bürger-Kinder nur die Hälfte der ordentlichen Aufnahmsgebühr zu entrichten haben. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 269.

24 **1478**. Rath und Gemeinde zu Döbeln kaufen das Dorf Wenigen-, nachher Klein-Bauchlitz zum Stadtgute. (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 270.

25 **1482**, Jun. 24. Die oben genannten Herzoge Ernst und Albrecht von Sachsen gestatten dem Rathe ihrer Stadt Döbeln — „da er mit gedrengnüs des schenckens von den vmliegenden kretzschmarn in einer meilen vmher mit fremdem bier zu grossen verderblichen schaden vberführt worden“ — sobald die „in einer meil weges“ um die Stadt gelegenen Schenkwirthschaften, namentlich Noschkowitz, anderes als in Döbeln erholtes Bier verschenken sollten, nachdem man sie nochmals zuvor verwarnt, denselben das Bier wegzunehmen und in eigenen Nutzen zu verwenden, doch jedenfalls so, „dass sonst keine Frevelthat... an ihnen begangen werde.“ *Mörbitz* a a. O. S. 23, 24.

1484. Kurfürst Ernst von Sachsen „ver- 26
mehret der Stadt Döbeln Privilegien wegen des Brauens.“ (R.) *Mörbitz* a. a. O. S. 270.

1491. Herzog Albrecht von Sachsen [8]) 27
verkauft an den Rath seiner Stadt Döbeln das Domanialvorwerk Greissnig. (R.) *Mörbitz* a. a. O.

Dömitz. CCLX

(Mecklenburg-Schwerin.)

1291, Aug. 1. Graf Bernhard von Danneberg verkauft dem Herzoge [Albrecht II.] von Sachsen die Hälfte der Stadt Dömitz sowie der jenem allda zustehenden Zoll-, Münz- und sonstigen derartigen Gerechtigkeiten —: „Ad noticiam singulorum presentium et futurorum volumus pervenire, quod dilecto domino nostro duci Saxonie, inclito principi, bona nostra, que hactenus habebamus in civitate Domaliz, scilicet dimidiam partem ipsius civitatis et in aliis in civitate, sicuti in thelonio moneta et hujusmodi, cum omni jure vendidimus atque voluntarie resignando.“ *Sudendorf*, UBuch Thl. I Nr. 118 S. 73 (mit S. XLIX); *Meklenburg.* UBuch Bd. III Nr. 2127 S. 430.

Dömitz gehörte im XIII. Jhdt. dem alten gräflichen Geschlechte von Danneberg, von welchem sich sogar ein Zweig danach „comites de Domeliz“ [1]) benannte. Die Grafen hatten schon sehr frühe in dem Orte eine Zollstätte errichtet, wie aus einem von ihnen den „cives Lubicenses“ gewährten Privileg v. 21. Juni 1237 [„ut Dannenberghe et Domeliz, Lentzen et ubique in jurisdictione et dominio nostro liberi ab omni exactione existant, secure veniendo et redeundo, dummodo justum solvant theloneum“] [2]) hervor-

---

8) An ihn war in der leipziger Landestheilung v. 26. Aug. 1485 das Markgrafthum Meissen gefallen.

1) Vgl. Urk. v. 2. Aug. 1291 im *Meklenburg.* UBuche a. a. O. Nr. 2128 S. 430.

2) UBuch der Stadt *Lübeck* Thl. I Nr. LXXVIII

zugehen scheint, waren besorgt, die Verhältnisse der „ecclesia Domelecensis" durch Zuweisung neuer Einkünfte zu verbessern, was eine Schenkungsurkunde Graf Adolph's v. 24. Aug. 1277 [3]) bezeugt, und sind unfehlbar auch als die ersten Verleiher städtischer Freiheiten — dabei vielleicht schon des lübischen Rechtes — an die dömitzer Gemeinde anzusehen. Im beginnenden XIV. Jhdt. muss jedoch, nachdem in dem oben erwähnten Verkaufe bereits die Initiative dazu gegeben war, ein völliger Herrschaftswechsel vor sich gegangen sein. Denn wir finden Dömitz im Besitze der brandenburgischen Markgrafen, von welchen Ludwig der Aeltere 1328 die besagte Stadt nebst anderen Gebietstheilen um 6500 Mark Silbers an die Grafen von Schwerin veräussert hat [4]). Bei diesem Hause ist dann Dömitz bis zum J. 1419, da es sammt dem Raubschlosse Gorlosen in die siegreichen Hände des Kurfürsten Friedrich I. von Brandenburg fiel, und, nachdem dieser in Folge eines Vergleichs v. 1423 die eroberten Plätze an Herzog Albrecht von Mecklenburg restituirt hatte [5]), bis auf unsere Tage verblieben. Dass nun die mecklenburgischen Fürsten schon im XIV. und XV. Jhdt. die Stadt mit mancherlei Privilegien begnadet haben mögen, ist höchst wahrscheinlich, ja! für den späteren Theil der bezeichneten Periode als gewiss anzunehmen. Es beruht aber leider! unsere ganze Kenntniss von diesen älteren Rechtsbriefen zur Zeit noch auf der von den herzoglichen Brüdern Heinrich XI., Erich III. und Albrecht VIII. von Mecklenburg im J. 1505 ihrer Stadt Dömitz ertheilten Handfeste, deren die früheren Gerechtsame der Bürger zum Theil bestätigenden zum Theil erweiternden Inhalt uns M. J. *Beehr*, Res Mecleburgic. Libr. VIII Cap. 33 col. 1780 (nr. XXV) in folgender Weise angibt: „Henricus XI. Dux Mecleburgensis ejusque fratres Ericus III. et Albertus VIII. municipii Dömitz privilegia confirmarunt, illique praeterea agrum desertum Neuedorff, inter municipes aequis sortibus, secundum aedes distribuendum, permiserunt, ea tamen conditione, ne quis sortem suam plane a se abalienaret, quamvis illam hypothecae obligare liceat. Fructuum Jurisdictionis ac mulctarum bessem Duces Mecleburgenses Duumviris et decurionibus municipii donarunt, sibi vero reliquum servarunt trientem, Praetori suo solvendum. In saltu Brandlebe quercus, fagos et fraxinos summo studio servandas edixerunt: reliquorum autem lignorum apparatum, quo ad instruendum focum indigerent municipes, se municipibus liberaliter esse largituros, promiserunt. Donaverunt insuper municipio naulum, quod ex pontone colligitur, ea conditione, ut Serenissimi Duces eorumque Ministri Aulici et famuli gratis trajicerentur. Denique edixerunt municipibus, ut juri sibi dicto et sententiae latae acquiescerent. Quod si quis sententiam injustam credens **Lubecam** provocare vellet, parti laesae suo periculo et sumtu appellationis illius potestatem fecerunt." Das lübische Stadtrecht fand übrigens in Dömitz bis z. J. 1572 Anwendung, in welchem demselben durch Herzog Johann Albrecht das römische Recht substituirt ward. *Michelsen*, Oberhof S. 58.

S. 85; *Meklenburg.* UBuch Bd. I Nr. 466 S. 463 flg. [In der Hdschr.: in jurisdictione et dominio nostrorum.]

3) *Meklenburg.* UBuch Bd. II Nr. 1441 S. 570, 71.

4) Vgl. *Klüver*, Beschreibung des Hertzogth. Mecklenburg II, 76.

5) Vgl. *Buchholtz*, Versuch einer Gesch. der Churmark Brandenburg III, 32. 33.

CCLXI. Dommitzsch.

(Preussen, Pr. Sachsen.)

Chr. Fr. *Röder*, Histor. Nachrichten von der alten Meissnischen Grentz-Stadt Dommitzsch, Nach ihrem Ursprunge, Alter, Lage, Verfassung und Jahres-Geschichten, Torgau 1750. 8⁰.

1298, Dez. 2. König Albrecht I. beurkundet den vor ihm abgeschlossenen Vertrag des Markgrafen Hermann von Brandenburg mit dem Herzoge Rudolph von Sachsen über die Mitgift der dem Letzteren sich vermählenden Schwester des Ersteren Jutta, worin dem Herzoge zugesagt werden: „dotis nomine castrum Beltiz, castrum Domeniz et oppida ibidem cum districtibus, terris, bonis et villis, juribus, proventibus et possessionibus aliis quibuscunque et quocunque nomine censeantur" [1]). *de Ludewig*, Reliq. MS. Tom. X p. 31; *Horn*, Samml. zur histor. Hand-Bibliothek von Sachsen Thl. VI S. 628; *Röder* a. a. O. S. 22. (Extr.) 1

1423. Herzog Friedrich („der Streitbare") von Sachsen, Landgraf in Thüringen und Markgraf zu Meissen etc., überlässt seiner Muhme, der Herzogin Barbara zu Sachsen (Wittwe Herzog Rudolph's III., † 1418, von Sachsen-Wittenberg) gegen Verzicht- 2

1) Die Aechtheit dieser Urk. bezweifelt, jedoch ohne genügenden Grund *Eilers*, Chronicon Beltizense S. 215.

leistung auf ihre Rechtsansprüche „vm die feher, czolle vnd geleite zcu Wittenberg… an sinen stadrenten zcu Turgaw vnd Damucz anderhalb hundert guter Rinischer gulden jerlicher rente vff Michaelis, diwile sie lebit“, sich und seinen Erben jedoch auf den Fall ihres Todes vorbehaltend, dass „die gnanten rente lediglichin wider an in vnd sine erbin gevallin sullin.“ *Horn*, Lebens- und Helden-Gesch. Friedrichs des Streitbaren, Haupt.-Samml. derer Urkk. Nr. 284 S. 882, 83 [m. Text S. 132, 180]; *Röder* a. a. O. S. 24, 25.

3 **1423**. Derselbe (jetzt Kurfürst) setzt in einem seiner Stadt Torgau verliehenen Privileg das künftig zu beobachtende Verhältniss zwischen den Bürgern dortselbst und den Einwohnern zu Dommitzsch in Ansehung der Brauzeit fest. (R.) [2]) *Röder* a. a. O. S. 67 flg. 388.

4 **1465**, Jan. 20. Kurfürst Ernst und dessen Bruder Herzog Albrecht von Sachsen geben dem Gores Richter und seinen rechten leiblichen Lehens-Erben die „stadtgerichte zu Dommatzsch vnd anderthalbe hufe landes, die zu demselben gerichte gehören, acht hüner zinss, die man von einer breite [3]) vor der stadt Dommatzsch zinset, vnd an sechs erben in der stadt gelegen je von dem erbe zween heller zinss zu rechten lehn“, wie er alles dieses von dem Vater der fürstlichen Brüder „bishero zu lehn redlichen herbracht vnd besessen habe“, dabei noch insbesondere bestimmend: „dass er vnd seine rechte leibeslehnserben das gerichte setzen vnd bestellen sollen, als in andern vnsern städten vnd weichbilden recht vnd gewonheit ist. Was auch von denen gerichten gefället, davon sollen wir, vnsere erben vnd nachkommen zweene pfennige vnd der genannte Gores Richter vnd seine rechte leibes-lehnserben einen pfennig haben. Zu dem gerichte wir ihm auch vnsern zoll daselbst zu Dommatzsch haben geliehen, den er vnd seine erben fordern vnd nehmen sollen, als hernach geschrieben stehet, nehmlich von jeglich geladenen wagen zween heller, vom viehe, das man durch Dommatzsch treibet, von jeglichem haupte einen heller, vnd von jeglicher kufe weins ein stübigen wein oder so viel geldes, als der wein gelten möchte; von dem genannten zoll der gemeldete Gores Richter vnd seine rechte leibes lehnserben vns, vnsern erben vnd nachkommen alle jahr auf St. Michaelistag viertzig neue groschen reichen vnd geben soll.“ *Röder* a. a. O. S. 95—97.

1481, Mai 12. Bürgermeister und geschworene Rathmannen der Stadt Dommitzsch verschreiben „mit wissen der edilstin vnd mechtigin vss der gemeine“ dem Kloster Sitzerode, nachdem sie mit dessen Einwilligung ein demselben „czinschafftig firtel landis vff der Belav gelegin nebin dem dorffe Trebin“ [4]) zur Stiftung eines neuen Altars „in ere Sancti Fabiani vnd Sebastiani“ in der Frauenkirche zu Dommitzsch verwendet haben, zur Vergeltung für diesen „gunstbriff… alle jar einen halben reinischen gulden jerlichs tzinsses vff irem rathusse czu Dommatzsch, die wile sulche gutir dem obgnantin altar tzinsse vnd nütz gebrengin mogin vnd getragin.“ *Röder* a. a. O. S. 384, 85. 5

Ausser diesen wenigen Documenten, welche hier blos darum, weil sie in Ermanglung eigentlicher Rechtsurkunden allein uns in den Stand setzen, eine mindestens oberflächliche Einsicht in die inneren gemeindlichen Verhältnisse des Städtchens während des Mittelalters zu gewinnen, eine Stelle finden durften, sind noch die Aufzeichnungen über die alten Rechte des Rathes von Dommitzsch in den beiden Erbebüchern des Amtes Torgau, dem s. g. weissen v. 1553 (*A.*) und dem s. g. grünen v. 1589 (*B.*) bemerkenswerth, da denselben unzweifelhaft, wenigstens in einem Theile ihres Inhaltes, viel ältere, jedenfalls dem XV. Jhdt. angehörige dommitzscher Statute zu Grunde liegen. Hier lesen wir aber:

„§. 1. Volge, nachreyse, steuer, obererbgericht vndt alle fürstliche hoheit in stedtlein vndt seinen flur seindt dem amt Torgau vnvormittelst zustendig. (*A. B.*)

§. 2. Aus gnedigster zulassung aber der hohen oberkeit hat der rath zu erhaltung gehorsams vndt bürgerlicher zucht, auch zu aufnehmung guter gemeiner policey von alters daher in nachvolgenden fellen aufsehen vnd satzung zu machen gehabt vnd noch. (*A.*)

[*B.*: — haben ein rath zu Dommitzsch von alters her je vndt je nachvolgende gerechtigkeit vngehindert in guten brauch gehabt, nemblich:]

§. 3. Alle bürger vndt haussgenossen gegen darlegung redlicher kundschafft, ohne

---

2) Vgl. unten den Art. „Torgau.“

3) „Ein ebenes und in einer Fläche ohne Rain oder andern Unterschied liegendes Stück Feld von unbestimmter Grösse.“ *Adelung*, Wörterb. I, 1180.

4) Behlau, eine längst untergegangene, einst über der Elbe gelegen und zum Dorfe Dreben gehörig gewesene Ortschaft. Vgl. *Röder* a. a. O. S. 31.

meniglichee einrede zu vermeiden, zu mitt bürgern anzunehmen. [*B.*]

§. 4. Dass die handtwerge recht gebraucht vndt damit weder arm noch reich vervortheilet. [*A*, *B.*]

§. 5. Dass die gastgeber ihren gästen vmb ihr geld ziemliche ausrichtung thun. [*A*. In B.: Dass fremdte leute in gasthöffen vmb ihr geldt billiche ausrichtung haben.]

§. 6. Dass sie mit brodt, fleisch, saltz (pech u. s. w.) gleich mass vnd gewicht erhalten. [*A*, *B.*]

§. 7. Dass gemeine bürgerschafft vleissig vf die feuerstete acht haben. [*A*. In *B:* dass ein jeder gute acht vff sein feuer hab, vndt keinen frembden vber nacht beherberge, er sey dann vor ihme gut, als vor sich selbst.]

§. 8. Dass der rath gerade, heergerethe[5]) nach altem brauch nehmen mögen, so niemandt vom schwerdt vnd spindel vorhanden, vnd im stedtlein sein bürgerrecht nicht gewonnen. [*A*. In *B*: Nehmen alles heergeredt vndt gerade, so niemand vorhanden vndt in der stadt seinn bürgerrecht gewonnen, der es gesippe halben nehmen möge.]

§. 9. Wann ein burger oder burgerinn verstirbet, gebüret dem lebenden von allen verlassenen gütern der halbe, vnd do kinder vorhanden, der ander halbe theil. Wann sie aber nicht kinder verlassen, sondern fellen ihr haab vndt guet auf fremdte, die nicht ihr bürgerrecht in der stadt haben, geburet davon dem rath der zehende pfennig. [*B.*]

§. 10. Dass der rath von ihren bürgern schulde, geschoss, gewilligte hülffen, auflagen, vnd was zu jederzeit der stadt einkommen, ohne ersuchung der gerichte mit bürgerlichen gehorsam (oder pfandung) einbringen mögen. [*A*, *B.*]

§. 11. Dass der rath einem ihrem mitbürger gegen dem andern vmb bekante schulde verhelffen mögen. [*A*, *B*. bei §. 10.]

§. 12. Gezogene wehren vnd waffen, darmit nicht verwundung noch mordt geschehen, desgleichen duppeln vnd spielen hat der rath zu verbiethen, vnd die vbertreter zu straffen. [*A*, *B*]

§. 13. Vff vogelschiessen vndt kirmessen (inn jahrmärckten vndt vogelschiessen) das spiel vmb zinnwerck zu erlauben vndt zu verbiethen. [*A*, *B.*]

§. 14. Wann bürger oder bürgerin ihre ehe gebrochen, damit haben sie ihr bürgerrecht vorwirket, vnd wenn solch laster vom ambt Torgau vndt der hohen oberkeit nicht peinlich gestrafft, sondern zur geldtstraffe gelassen, so seindt dieselben personen vber die straffe, so sie der oberkeit geben, dem rath mit vier guten schocken straffbar, so fern er weiter vnter andern bürgeren im stedtlein zu wohnen bedacht ist; solches ist eine gemeine alte wilckür. [*A*, *B.*]

§. 15. Welcher mittbürger dem burgermeister nicht gehorsam leistet vnd den frevenlich verachtet, derselbig hat sein bürgerrecht verwircket vndt muss mit gunst des raths wieder einkommen. [*B.*]

§. 16. Wenn ein einwohner vff der stadt gemeine bauen wolle, das muss mit vorwissen des raths geschehen. [*A*, *B.*]

§. 17. Do auch alte zeune abgerissen vndt neue vber die alte mahlstedte gesetzt, fallen die verbrecher in des raths straffe. [*A*, *B.*]

§. 18. Vonn alters her hat der rath stedte geldt vnd andere gewöhnliche einkommen vfm rathhaus (vnd marck) einzufordern vndt noch. [*A*, *B.*]

§. 19. Der alte rath vnd viertelsmeister haben einen neuen rath vnd bürgermeister zu wehlen [6]); der wirdt von dem churfürsten auss der canzeley bestedigt. [*A.*]

§. 20. Das ambt hat in diesem stedtlein einen dingstul, vndt werden jherlichen zwey voigtsgeding darinnen gehalten, müssen die einwohner dem gerichtshalter vff die gerichtstage mit futter vnd mahl ausrichtung thun. Wiewohl vor alters alle jahr drey voigtsgeding des orts gehalten worden, so ist doch von wegen des vncosten das dritte abgeschnitten, dass also ihr nur zwey gehalten worden, als eines donnerstags nach dem neuen jhar, vndt das ander donnerstags nach dem Michaelis margck. [*B.*]" *Röder* a. a. O. S. 87—89, 90—93.

Dommitzsch („Damucz, Domuts, Domeniz, Dommatzsch, Dummatzsch"), ursprünglich eine sorbische Niederlassung im Gaue Nitaze, erscheint im X. Jhdt. als eine dem mühlberger Comitate einverleibte königliche Domäne, als welche dasselbe durch Schenkung dem Kloster Memleben zugewandt wurde. Im XII. Jhdt. gelangte dann der Burgort in den Besitz der Markgrafen von Meissen, ging hierauf zu Ende des XIII. Jhdts., nachdem er inzwischen kurze Zeit unter brandenburgischer Herrschaft gestanden, an die s. g. Askanische Linie des sächsischen Kurhauses über [nr. 1], deren Fürsten Dom-

5) In Ansehung des Heergeräthes und der Gerade galten zu Dommitzsch später die torgauer Statute. *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte der Preuss. Monarchie I, 420.

6) Ueber die Zusammensetzung und Wahl des Raths im XVI. und XVII. Jhdt. s. die Notizen b. *Röder* a. a. O. S. 77—80.

mitzsch vermuthlich seine Erhebung zur Stadt zu verdanken hat, und kehrte endlich nach dem Aussterben des genannten Hauptzweiges an die meissnischen Markgrafen zurück (nr. 2, 3), in deren beiden Brüdertheilungen v. 1436 und 1485 das Städtchen auf den kurfürstlichen Antheil gefallen ist. Eines edlen Geschlechts „de Domutsch", lievländischer Herkunft, wird in Urkunden des XIII. Jhdts. erwähnt. Es scheint jedoch dasselbe eigentliche stadtherrliche Gerechtsame über Dommitzsch nie besessen zu haben, vielmehr nur entweder mit dem „castrum Domeniz" oder mit Gütern „in provincia s. pago Dommiz" — wie diess erweislich auch in der torgauer Pflege der Fall war — belehnt gewesen zu sein. Vgl. *Röder* a. a. O. S. 7, 9, 14, 21, 385—89, 391; K. *Limmer*, Entwurf einer urkundl.-pragmat. Gesch. des Marggrafth. Meissen S. 36, 52, 93, 94, 98, 99, 121, 235.

CCLXII. Domnau.

(Ostpreussen.)

L. *v. Baczko* „Geschichte und Topographie der Stadt Domnau" in den von ihm und Th. *Schmalz* herausgegebenen Annalen des Königreichs Preussen Jahrg. I (Königsb. u. Berlin 1792. 8⁰.) Quartal II S. 65 — 78. Vgl. noch C. *Hennenberger's* Erclerung der Preüss. grössern Landtaffel S. 108 — 10; *Töppen's* Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 19, 297, 98.

1 **1472**, Jun. 14. Der Hochmeister des Deutschordens Heinrich Reffle von Richtenberg gibt seinen Soldhauptleuten Konrad und Hartung von Eglofstein die Stadt Domnau nebst dem unweit davon gelegenen Richthofe und einigen benachbarten Dörfern zur Belohnung für die ihm geleisteten Dienste in erblichen Besitz. (R.) *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. IX. S. 39.

2 **1481**, Aug. 15. Der oben genannte Söldner-Hauptmann Konrad von Eglofstein ertheilt mit Zustimmung des Hochmeisters [Martin Truchsess von Wetzhausen] und der übrigen Gebietiger des Deutschordens der Stadt Domnau, welche im vorhergegangenen (polnischen) Kriege ihre alte Handfeste eingebüsst hatte, an deren Stelle eine neue, darin einestheils den nach **culmischem** Rechte zu beurtheilenden Grundbesitz [nebst der Kirchendotation], die Abgaben, sowie Gerichts-, Gewerbs- und landwirthschaftlichen Gerechtigkeiten der Stadtgemeinde, andererseits die der Herrschaft zukommenden oder besonders vorbehaltenen Gerechtsame gegenüber den Bürgern genau bestimmend:

„In Gottes namen. Allen dingen tötlicher leut ist not ein [1]) ewiges gedechtnis, auff dasz sie nicht komen in vorgessenheit; darvon ist nucz vnd gut, das sie bestettiget werden mit gezeichnis der brife. So nun in dissem vorgangen kriege die handvest, die der erwirdige her kompthur von Brandenburg mit wissen vnd willen des gnedigen hern homeisters vnd aller siner gebietiger der stadt Dompnaw gegeben hatten, wegkomen oder vorloren ist: so gebe vnd vorleye ich Kuncz von Egloffstein eine nuwe hantveste mit wissen vnd willen des gnedigen hern homeisters vnd seiner gebietiger. §. 1. Im ersten vorleye ich Kuncz von Egloffstein vnd gebe meinen getruwen vndersassen, burgermeister vnd rat vnd der ganczen gemeyne der stadt Dompnaw zu **Cöllmischen rechten**, ir vnd iren erben vnd nachkomelingen frey erblich vnd ewiglich zu besiczen, darczu gebe ich yn drey vnd dreizig huben [2]). Denn vorleye ich zu der kirchen derselben stadt vier huben von der ersten czal der huben, dasz (sie) der pater doselbes frey zu rechte eines kirchlehns ewiglich sol besiczen; sunder die andern neun vnd zcwenczigk huben sollen geben jar jerlich sechszehen scott von yeczlicher huben gewonlicher muncze auff vnser lieben frawen tagk lichtmess vnd... [3]) von yeczlicher huben czwey hüner vnd einen pfennigk; vnd so sollen sie geben pflugkorn [4]) von zwelff pflügen, von yeczlichem pflugk ein scheffel weiczen, ein scheffel rokken auch auff den vorigen tagk; auch sollen sie geben irem pater von yeczlicher huben einen scheffel rokken, einen scheffel haber zum dezem, vnd yeczlicher krüger von zappen geben einen scheffel rokken vnd einen scheffel haber. Auch so ist der rat jar jerlich gedachtem pater pflichtig vnd schuldig vom rathawsze ein vnd ein halb margk gewonlicher muncze zu geben. §. 2. Auch vorleye ich dem schulczen den dritten teyl an dem infall vnd dem inkomen der gerichte [5]) in der stadt; aussgenomen offinbare strassen gerichte, vnd was darauff geschicht, das wil ich mir vnd meinen nach-

1) *Abdr.*: vnd.
2) *Abdr.* wiederholt: frei, erblich vnd ewiglich zu besitzen.
3) Im *Abdr.* hier eine Lücke.
4) Ueber diese gleichmässig in allen Ordenslanden eingeführte Grundabgabe [z. B. 120 Morgen = 1 Pflug zu 2 Pferden] s. J. G. L. *Anderson*, Gesch. der Dtsch. Ordens-Commende Griefstedt (Erfurt 1867. 8⁰.) S. 52 m. Note 138.
5) *Abdr.*: aber dem in kommenden Gerichte.

komelingen behalten, vnd die preussche gerichte wil (ich) genczlichen behalten. Auch so sol der schulcze oder burgermeister [6]) on mein wissen vnd wort keinen menschen vorurteilen zum tode oder verhawung eines menschen glieder, dasz er spricht vber hals vnd vber hant. §. 3. Auch vorleye ich der stadt Dompnaw siben krüge zu haben, darvon sol mir ein yeczlicher krugk besunder gebn jar jerlich siben margk vnd ein virdung gewonlicher müncze zue zcynsse; auch sollen die siben krüge ein yeczlicher besunder geben für wasser [7]) vnd bretspiel acht pfennige. §. 4. Auch vorleye ich meiner stadt vier fleyschpencken, darvon sol mir der rat geben vier steyn gestoszen vnschütt [8]) auff sanct Mertens tag des heiligen bischofs; auch vorleye ich in das rathaws vnd die wage frey von allen zcynssen; auch vorleye ich in die battstuben mit dem zcynssfreyen, die zu gebrauchen zu irem besten; auch vorleye ich in freyheit, malczhewsser schewnen gartten kegen der eylaw gelegen vnd kegen dem closter, das da geheiszen hat der anger, frey vnd quit vnd ewiglich zu besiczen. §. 5. Auch vorleye ich meiner stadt Dompnaw vnd der ganczen gemeyne zehen huben wald vnd ein gut vbermasz gelegen bey der görgenaw [9]) bynnen iren bewussten grenczen, doch mit vnderscheyd, so dasz sie sollen geben jar jerlich fünff margk zynss gewonlicher muncz auff st. Martini; auch czinset der rat vor die vbermasz bey dem teiche ein margk eilf scott one sechs pfennige. §. 6. Auch vorleye ich meiner stadt Dompnaw burgermeister vnd inwonern, allen iren rechten erben vnd nachkomelingen zehen huben zu Cöllmischen rechten, frey von dienst vnd scharwergk krafft disses brieves an akker, brücherwiesen [10]) vnd weyden, als sie von der herschafft seindt beweydet bynnen gewissen grenczen, zu einem gemeynen nucze (vnd) der stadt besserunge erblich vnd ewiglich zu besiczen, doch mit sulchem vnderscheyd, dasz sie alljerlichen sollen geben ein margk gewonlicher muncze von einer yeczlichen hube zu zyns auff Martini des heilgen bischofs, vnd den sol der burgermeister vnd rat einfordern vnd vberantworten. §. 7. Auch gunne ich in mit gunst, weyde zu haben neben vnd bey meinem hawsse auff dem meinen, dasz mein vihe frey aussgangk one hirtlon vnd ingangk müge haben derselben weyde sowoll (als) der iren, der mein vihe gleich irem vihe [11]) moge genieszen. §. 8. Von sunderlicher gunst willen gunne ich inen frey fischerey im fawlen teiche; von sunderlicher gunst willen gunne ich iren pferden vnd vihe zu genieszen.... [12]) §. 9. Ich wil auch bynnen der stadt grenczen behalten allerleye munczen, goldwergk, silberwergk, eysenwergk vnd allerleye ercz, salczwergk vnd widderstawung, hofstette vnd muln zu bawen; vnd (ob) mir vnd meinen nachkomelingen also bescheydentlich were, dasz ymant der inwoner der stadt hievon schaden empfinde auff dem seinen, der sol sich darmit oder darumb vortragen mit der gemeyne in der stadt. §. 10. Ich wil auch, dasz kein eben bestimter burger sein erbteyl oder hofstat gibt oder vorkawffet gar keinem geystlichen menschen one mein wissen vnd willen. §. 11. Auch vorleye ich in den rossgartten am walde bey dem schippenbeylsche wege frey vnd quit, der Stückwerk gehoret hat, wie den [13]) Nicodemus der stadt vorkauwffet hat vor dreizigk margk gewonlicher muncze vnd die stadt in wol bezcalet hat. §. 12. Auch vorleye ich allen burgern, dasz sie mogen auff dem jarmargkt bier schenken, wein vnd meth, anzcuheben am donerstage, darnach kunnen alle; vnd ein yeczlicher burger mag bier brawen zu seiner notdurfft, wenn er das bedürfftig wird seyn, oder [14]) nicht zu vorschenken oder zu vorkawffen. §. 13. Auch so wil ich, dasz sie nymant sol vberfüren [15]) mit gewant, salcz, bier oder allerleye burgernarung, die zu vorkawffen bey der elen oder bey dem pfundwert, aussgenomen in den jarmergkten. §. 14. Auch bynnen einer meylen sol nymant gar keine nuwe krüge bawen anders, denn vormals gehalten ist; das sollen auch keine frembde schuster, schneyder, schmiede, kirsner bynnen einer meyle auff dem lande nicht arbeiten, den hantwergkern zu schaden. §. 15. Auch so sol nymant flachs kawffen auff dem lande; er sol es zu der wage bringen nach der landesgewonheit vnd willkür. Dasz nun disse belonunge vnd gabe, die hier recht vnd redlich lawtet, nicht hiernachmals werde verstö-

6) *Abdr.*: Schulze, Bürgermeister oder Bürger.

7) Wasserspiel ist ein Spielwerk (Orgel, Figurenkasten), welches durch Wasser in Bewegung gesetzt wird. (*Adelung*, Wörterb. IV, 1414.) Doch könnte hier auch: „wurffil" zu lesen sein.

8) Unschlitt.

9) Dorf Georgenau.

10) In Weideboden verwandelte Moräste.

11) *Abdr.*: Dero Meinen gleich ihrem Viehe.

12) Die Stelle ist im *Abdr.* defect, vermuthlich waren die Endworte im MS. unleserlich.

13) *Abdr.*: der.

14) *Oder* (*adir*), aber.

15) D. i. ihren Markt mit zu viel fremder Handelswaare zum Nachtheile des einheimischen Products übersetzen.

ret, so habe ich oben gnanter Kuncz von Egloffstein an dissen kegenwertigen brieff mein angebornes innsygl lassen hengen vnd bevesten in der jarczal vnsers heren Christi einthusent vierhundert ein vnd achczigk jar an dem tage vnserr liben frowen himelfart. Desz [seindt] czeugen die ersamen vnd geystliche Martin Thile, pater der czeit zu Dompnaw, her Johan Kirchensee, vicarius doselbes, vnd Heinricus Holdenberg schreiber."

Das Original der Handfeste war lateinisch abgefasst, ist aber unleserlich geworden. Von der vermuthlich gleichzeitigen Verdeutschung gibt nach einer „weit späteren Copie" einen vielfach durch Fehler entstellten Abdruck *v. Baczko* a. a. O. S. 73—77. [Im Vorstehenden ist der Versuch gemacht, einen lesbaren Text herzustellen.]

Domnau, räthselhaften Ursprungs und Namens, vermuthlich das alte „Tummone" (Tumpne) der terra Natangia, erscheint bereits 1324 als Sitz eines Kammeramtes der Ordens-Comthurei Brandenburg, daher denn *Hennenberger's* Angabe, der Ort sei im J. 1400 erbaut, entweder von einer beträchtlichen Vergrösserung desselben um jene Zeit oder von der Verleihung städtischer Gerechtsame verstanden werden muss, wenn überhaupt einiges Gewicht darauf zu legen ist. In dem dreizehnjährigen Verheerungskriege wider den Deutschorden wurde durch die demselben besonders gehässigen Städte Schippenbeil, Bartenstein und Friedland Domnau fast gänzlich zerstört. Vermuthlich waren es nun die ausgezeichneten Verdienste der in der Urk. nr. 1 genannten Brüder von Eglofstein [aus einem altfränkischen Rittergeschlechte, wovon ein Sprosse, auch mit dem Namen Konrad, im XIV. Jhdt. Landcomthur zu Franken und seit 1396 Deutschmeister [16]) gewesen] um die baldige Wiederherstellung des Städtchens, welche durch jene Verleihung desselben zu erblichem Besitze und stadtherrlichen Rechten vom Orden in angemessener Weise belohnt werden sollten.

16) Urk. in *Voigt's* Cod. Dipl. Pruss. IV, 179.

CCLXIII. Donauwörth.

(Bayern, Schwaben.)

Jos. Edler *v. Sartori*, Geschichte der Stadt Donauwörth, aus Reichs- und Craisshandlungen, dann tüchtigen Urkunden, Frankf. a. M. 1779. 4⁰. Cölest. *Königsdorfer*, Geschichte des Klosters zum Heil. Kreutz in Donauwörth, III Bände das. 1819—29. 8⁰. [Hierher gehört nur Bd. I „Von den Urahnen seiner Stifter an bis zum J. 1518" S. 22, 40, 70, 75, 89, 98, 101, 127, 142, 146, 158, 164, 185, 190, 204, 212, 218, 228 flg. u. s. w.] C. *Sallinger*, Kurzgefasste Geschichte des Klosters und der Stadt Donauwörth, das. 1844. 8⁰. Ausserdem s. noch *Hugo*, Mediatis. S. 50—52; Pl. *Stumpf*, Bayern S. 936—38; G. *Rapp* in der Bavaria Bd. II Abthl. 2 S. 1053, sowie über die bayerischen Händel wegen Donauwörth's insbesondere G. Freih. *v. Hasselholdt-Stockheim*, Herzog Albrecht IV. von Bayern und seine Zeit, Bd. I Abthl. I (Leipz. 1865. 8⁰.) S. 35 flg. nebst Urkunden und Beilagen z. Gesch. Bd. I, 1 (1865) Beil. IV[d] S. 54 flg.

Ein ziemlich reichhaltiges Urkunden-Material bieten *Lünig*, RArchiv Thl. XIII S. 403—40, *v. Lori's* Geschichte des Lechrains (Bd. II) und *v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Beil. IV, V, XII[c] S. 43 flg. 59 flg., 84 flg.

1030, Jan. 17. Kaiser Konrad II. be- 1
stätiget dem Grafen Manegold II. von Dillingen das dem Vater desselben, Aribo, von Kaiser Otto III. in noch vorhandener und vorgelegter Urkunde verliehene Marktrecht im Orte Werd im Riesgaue:

„In nomine sanctae et individuae trinitatis. Chuonradus divina favente clementia Romanorum imperator augustus. Omnium dei nostrique fidelium, presentium scilicet ac futurorum, noverit industria, qualiter quidam noster fidelis Manigoldus nomine nostrae adportavit presentiae preceptum ab antecessore nostro tertio Ottone imperatore patri suo Ariboni de mercato sibi concesso donatum, humiliter obsecrans, ut idipsum sibi etiam nostra imperiali confirmaremus potentia. Cuius rationabili petitioni assensum prebentes, ob interventum dilectae coniugis nostrae Gisilae [1]) imperatricis augustae et charissimi filii nostri Heinrici regis, prefato fideli nostro Manigoldo potestatem atque licentiam habendi mercatum cum moneta, theloneo et cum omni publico negotio in loco Ueride dicto, sito in pago Rieze [2]) in comitatu Friderici, maxime tamen omni sabbato negotiandi, sicut ab antecessore nostro patri suo

*) Ueber Königsdorfer's Hauptquelle, die Chronik des Priors genannten Klosters Georg Beck s. M. *Lossen*, Die Reichsstadt Donauwörth und Herzog Maximilian (1866) S. 69, 70.

1) *Lo.* Chisilbertae.

2) *Lü. Lo.* Riete. Ueber den „Rehtsa pagus, Riezzingow" s. K. H. *v. Lang*, Baierns Gauen (1830) S. 77 flg. und J. F. *Weng's* u. J. B. *Guth's* Ztsch. „Das Ries" Heft I (1837) S. 17—25.

concessum est, per hoc nostrum imperiale preceptum confirmamus atque corroboramus. Insuper attendentes predicti Manigoldi fidele et devotum servitium augmentamus eidem M(anigoldo) annuale mercatum per tres dies continuos id est in kalendis maii et in duobus proximis diebus in prefato loco habendum, imperiali potentia firmiter precipientes, ut omnes homines idipsum mercatum quaerentes negotiando eundo et redeundo pacem semper obtineant. Si quis autem aliquem ex his molestaverit aut ipsum mercatum irritum faciens violaverit, talem bannum sciat se compositurum, qualem [3]) componeret, ac si illud mercatum Ratisponae aut Augustae inquietaret. Et ut hoc verius credatur diligentiusque per futura annorum curricula observetur, kartam hanc inde conscriptam manuque propria corroborantes sigilli nostri impressione iussimus insigniri. Signum domini Chuonradi invictissimi Romanorum imperatoris augusti. Udalricus cancellarius ad vicem Aribonis archiepiscopi [4]) recognovit. Data kalend. febr., indict. xiii., anno dominicae incarnationis mill. xxx., anno autem domini Chuonradi secundi regni vi., imperii vero iii. Actum Trutemanne [5]) feliciter amen."

Abdrücke: *Lünig* a. a. O. S. 403 Nr. I; *v. Lori* a. a. O. Nr. I S. 1; *Monum. Boic.* Vol. XXXI P. I Nr. CLXIII p. 309, 10. Auszug b. *Pfeffinger*, Corp. jur. publ. Tom. III p. 173, 74. Vgl. J. *Falke*, Die Gesch. des dtsch. Handels Thl. I S. 70.

Donauwörth — statt dieses modernen Namens kommen in den Quellen des Mittelalters nur die Bezeichnungen: „Weride, Werda, Werde, Werd, Wördt, Swebis Werder, Swäbischwerd, Swebischen Werd etc." vor — war, wie sich aus der vorstehenden des Orts zum erstenmal erwähnenden Urkunde ergibt, im (reichslehenbaren) Besitze der Grafen von Dillingen und bereits im X. Jhdt. mit Marktgerechtigkeit bekleidet. Als Erwerber dieser wichtigen Freiheit aus kaiserlichen Händen wird dort Aribo, der Vater Manegold's II. († 1053), genannt. Nun führt aber die bisher ziemlich allgemein anerkannte Genealogie des dillinger Grafenhauses einen Aribo gar nicht, sondern als Eltern Graf Manegold's II. einen „Riwinus comes" (Richwin) und dessen Gemahlin Hildegard auf. Man suchte daher durch Unterstellung einer Personen-Einheit Aribo's und Richwin's („Aribon, vulgo Richwineus", *Lünig* a. a. O. S. 404; s. auch *v. Stälin's* Wirtemb. Gesch. Bd. I S. 562) dem Documente zu Hülfe zu kommen. Allein gewiss verdient die einigermassen selbst urkundlich unterstützte Ansicht *Steichele's* [Das Bisthum Augsburg Bd. III S. 37 Note 24], dass „vielleicht zwischen Richwin und Manegold ein Glied einzuschalten" sei, den Vorzug. Mit Manegold II., oder wohl auch schon mit jenem halbräthselhaften Aribo, beginnt nun die Abzweigung einer Nebenlinie vom dillinger Grafengeschlechte, welche nach ihrem Hauptorte die „werder Linie" geheissen zu werden pflegt. Diese erlosch jedoch mit Manegold IV. im J. 1191, worauf Ort und Reichspflege Werd an das Hohenstaufische Kaiserhaus gelangten. Dass unter seinem Einflusse die commerzielle Bedeutung Donauwörth's, wozu die Urk. nr. 1 den Grund gelegt hatte, sich wesentlich gehoben, dürfte aus dem Privileg König Friedrich's II. v. 1219 für Nürnberg (§. 11), worin des Geldverkehrs der dortigen Bürger „in nundinis Werde" besonders gedacht ist [6]), nicht undeutlich hervorgehen.

1220, Jul. König Friedrich II. hebt 2
den Brückenzoll in seiner Stadt Donauwörth auf —: „passagium sive theloneum in ponte civitatis nostrae de Werda antiquitus constitutum pro libertate omnium exinde transeuntium removemus et privilegio presenti statuimus, ut in ponte ipso pro passagio sive theloneo nihil in perpetuum requiratur nec transeuntibus inde aliquid exigatur." Uebertreter dieses Befehls sollen eine Busse von 100 Pfund Goldes an die königliche Kammer bezahlen. *Monum. Boic.* l. c. Nr. CCLXIII p. 498, 99; *Huillard-Breholles*, Hist. Frid. Tom. I p. 812—14. Vgl. *Böhmer's* Reg. Frid. S. 110 nr. 362.

1220, Aug. 3. Derselbe verkündet wie- 3
derholt die Abschaffung des Brückenzolles in Donauwörth [nr. 2], fordert aber zugleich, da er beschlossen habe, daselbst statt der hölzernen nun eine steinerne Brücke zu erbauen, für dieses Unternehmen zu milden Gaben und sonstiger Unterstützung auf —: „Ceterum quia statuimus et decrevimus, ut ipse pons, sicut est de lignis, ita ex lapidibus construatur, mandamus vobis atque precipimus, quatenus latores presentium pro edificatione ipsius pontis elemosinas requirentes benigne recipiatis et, prout vobis deus inspirare voluerit, manus auxilii pro ejusdem edificatione pontis benignius porrigatis, scientes, ipsos nuncios sub nostra et imperii ire

3) *MB.* tale . . . quale.
4) Erzbischof Aribo von Mainz.
5) *Lü. Lo.* Trytemanne.

6) *Gaupp*, Dtsch. Stadtrechte I, 178. In dieser Stelle will sogar *v. Sartori* a. a. O. §. 11 S. 6 ein „die Messfreyheit" verleihendes „Special-Diploma" für Donauwörth erkennen.

et redire protectione." *Monum. Boic.* Vol. XVI [„Monum. S. Crucis Werdensia" Nr. IX] p. 34; *Huillard-Bréholles* l. c. p. 814 [7]).

4 **1266**, Oct. 24. König Konradin — „Cunradus secundus, dei gratia Jerusalem et Sicilie rex, dux Swevie" — verpfändet seinem Oheime, dem Herzoge Ludwig II. („dem Strengen") von Bayern [8]) für 2000 Mark Silbers Burg und Stadt Donauwörth [9]) —: „carissimo avunculo nostro Ludwigo, inclito comiti palatino Rheni, duci Bawarie, castrum et civitatem nostram in Schwebiswerde cum omnibus suis attinentiis pro duobus millibus marcarum puri argenti, pro quibus tam ipsam civitatem quam alia bona nostra . . . ab his absolverat, quibus recolende memorie dominus Conradus, genitor noster dilectus, obligaverat, titulo pignoris obligamus possidenda." *Lünig*, RArchiv Thl. VIII S. 2; *v. Lori* a. a. O. Nr. IX S. 9.

Aventinus [Annal. Boior. Libr. VII, ed. *Cisner.* a. 1627 p. 434], welcher, wie die Zeugenangabe beweist, das Document vor Augen gehabt hat, gibt dessen Inhalt etwas abweichend in folgenden Worten an: „Conradus . . . castrum, civitatem Verdunum in Suevia, Laugingen, Hochstadium etc., quae Ottoni regulo Boiorum, avo suo materno, Conradus genitor millibus unciarum auri sexdecim . . . oppignerarat, Ludovico Boio avunculo suo vendit." Danach [ohne den Autor zu nennen] *v. Sartori* a. a. O. §. 8 Note 3 S. 5.

An demselben Tage schenkte auch König Konradin auf den Fall, dass er ohne eheliche Descendenz versterben sollte, seinem vorgenannten Oheime und dem Bruder desselben, Herzog Heinrich XIII. von Bayern zum Danke für ihre treue Pflege und Erziehung „universa bona sua sive patrimonialia sive feodalia cum omnibus hominibus suis utriusque sexus, quocunque titulo ad eum pertinentibus, tam in partibus Germanicis quam Latinis" [10]). So ist denn Donauwörth gewissermassen aus doppeltem Rechtsgrunde in Wittelsbachischen Besitz gekommen. Bei der durch Schiedsrichter vollzogenen Theilung des Konradinischen Nachlasses zwischen den erwähnten Herzogen v. 29. Oct. 1269 [11]) fielen dann „castrum Swäbischwerd et civitas ibidem" auf Ludwig's Antheil, und König Rudolph I. bestätigte demselben durch Urk. v. 1. März 1274 [12]), wie den Besitz sämmtlicher aus besagter Schenkung herrührender „bona patrimonialia", insonderheit auch jenen am „castrum et oppidum Werde." Im Salbuche Herzog Ludwigs [um 1275 angelegt], erscheint daher auch „Swabisch Werde" unter den herrschaftlichen Kammergütern am Lechraine, und werden die Grundzinse und sonstigen Reichnisse von den „in civitate Werdea" befindlichen „aree, piscarie, vaccarie" sowie vom „fenum civium" genau verzeichnet. *v. Lori* a. a. O. Nr. XVII S. 33, 34.

Es blieb jedoch Donauwörth unangefochten unter bayerischer Herrschaft nur bis in die Regierungsepoche König Albrecht's I. Dieser, dem Herzoge Rudolph I. („dem Stammler") ohnehin missgünstig gestimmt, mochte und konnte seiner Politik gemäss den Rechtstitel desselben auf die Staufischen Güter, darunter „Swewisch Werd", unmöglich anerkennen [13]). Er liess sie daher bald nach Pfingsten 1301 von Schwaben aus überfallen und dabei das feste Schloss von Donauwörth zerstören. Nun vermochte Herzog Rudolph die Herausgabe der fraglichen Besitzungen nicht mehr länger zu verweigern — und so kehrte in Folge des bensheimer Friedens v. 20. Juli des bezeichneten Jahres Donauwörth zum Reiche zurück. Vgl. *Böhmer's* Wittelsbach. Regesten S. 54, 55.

Allein diese Reichsunmittelbarkeit hat, wenn sie überhaupt nicht blos auf dem Pergamente figurirte, jedenfalls den Tod Rudolph's (1319) nicht lange überdauert; denn bereits im Vertrage zu Pavia v. 4. Aug. 1329 wird „Werde di stat" wieder unter dem von den theilenden Herzogen als „vnser lant bi dem Rein, ze Baiern, ze Swaben vnd ze Oesterrich" bezeichneten Gebietscomplexe angetroffen, und zwar als derjenigen Partie desselben zugerechnet, welche

---

7) Die hier einzureihende Urk. v. 30. Jan. 1235 s. oben unter dem Art. „Dinkelsbühl" nr. 1.

8) Vgl. J. M. *Söltl*, Ludwig der Strenge (1857) S. 43—48.

9) Dass Ludwig schon vorher über die Hohenstaufischen Gerechtsame in Donauwörth ziemlich eigenmächtig geschaltet habe, zeigt das den Bürgern Regensburg's [s. diesen Artikel] verliehene Geleits-Privileg v. 7. Nov. 1256 in *Wittmann's* Monum. Wittelsbac. Abthl. I Nr. 61 S. 153 flg.

10) Urk. bei *v. Lori* a. a. O. Nr. XII S. 9, 10 und in *Monum. Boic.* Vol. XXX [a] Nr. DCCCXIII p. 350, 51 [m. Urk. v. 16. Apr. 1263 *ib.* Nr. DCCCIV p. 333—35].

11) Bei *v. Lori* a. a. O Nr. XV S. 11, 12; *Wittmann* a. a. O. Nr. 99 S. 234—36.

12) Bei *v. Lori* a. a. O. Nr. XVI S. 12, 13 (mit der gewöhnlichen, aber unrichtigen Datirung: „anno domini millesimo CCLXXIII, iii kal. Martii"); *Wittmann* a. a. O. Nr. 113 S. 269—71.

13) „Ludewicus pater Rudolfi ea indebite per longa tempora possidebat" schreibt *Joh. Victoriens.* Chronic. in *Böhmer's* Fontes rer. Germ. I, 342.

dem Kaiser Ludwig und seiner Linie anheimfallen sollte [14]). [S. unten zu nr. 13.]

5 **1323**, Oct. 9. König Ludwig IV. überlässt den Bürgern seiner Stadt Donauwörth nach Vorausbezahlung von drei Jahressteuern [15]) den Betrag einer vierten zu eigener Verwendung. (R.) *Oefele*, Rerum Boic. Scriptt. Vol. I p. 745ᵃ.

6 **1326**, Oct. 13. Derselbe gibt dem Rathe und der Bürger-Gemeinde zu Donauwörth die Vollmacht, das Ammeisteramt („officium ministri") daselbst wem sie wollen zu verleihen. (R.) *Oefele* l. c. p. 754ᵃ; *Böhmer's* Reg. Ludov. S. 54 nr. 917.

Vorher hatte der König selbst das fragliche Amt vergeben, so z. B. 1325, Jun. 19 an Chunrat Veter auf zwei Jahre für 120 Pfund Heller; 1326, Nov. 5 an Friedrich Ammann auf vier Jahre. [*Böhmer* a. a. O. S. 48 nr. 817, S. 53 nr. 905.] In beiden Fällen scheint die vorgesteckte Amtsführungsperiode durch nicht näher bekannte Umstände unterbrochen worden zu sein, man müsste denn annehmen, dass die Ernennung Ammann's eine Expectanz-Verleihung und die Uebertragung an die Stadt in nr. 6 eine Eventualität gewesen sei.

7 **1331**, Oct. 21. Kaiser Ludwig IV. „empfiehlt von besunderer trawnusse, die Er hat zu dem alten Grafen Ludwig von Oettingen, ihme die Stadt Werde, also, daz Er sie von unsern (des Kaisers) wegen versprechen sol, so in diz Not wird." (R.) *Oefele* l. c. p. 764; *Materialien* z. Oetting. Gesch. Bd. II S. 25, 26; *v. Sartori* a. a. O. „Vorrede" Note 10.

8 **1331**, Oct. 21. Derselbe versetzt dem vorgenannten Grafen Ludwig „dem Alten" von Oettingen die Steuer in der Stadt Donauwörth bis auf den Betrag von 26 Pfund Heller. (R.) *Oefele* l. c.; *Materialien* a. a. O. S. 25.

9 **1336**, Jul. 16. Derselbe verpfändet die Stadt Donauwörth dem Grafen Ulrich von Württemberg für 6000 Pfund Heller. *Sattler*, Gesch. des Hzgth. Würtenberg unter der Regierung der Graven Bd. II Beyl. Nr. 84 S. 107; *Senckenberg*, Selecta jur. et hist. Tom. II p. 247. (Extr.)

10 **1336**, Jul. 24. Graf Ulrich von Württemberg sagt für sich und seine Erben Ammann, Rath und Bürger der Stadt Donauwörth für die nächstfolgenden sechs Jahre von ihrer gewöhnlichen Steuer, auf Grund der bereits an Kaiser Ludwig für diese Periode voraus geleisteten Zahlung, „ledig vnd los", und gelobt: a) den Münzmeister Sybor in seinem vom genannten Kaiser auf ein Jahr erhaltenen Ammann-Amte während dieser Zeit nicht zu „irren"; b) die Bürger der Stadt bei „allen iren recht, friheit vnd gewonheit, die si bisher gehebet hant..., als die brieff sagent, die si darüber hant von.. kayser Ludwig von Rome, der herschafft von Bayrn" zu bewahren, und c) „sie vnd alle, die by in sizent vnd ir burgere seint, es sien phaffen, geistlich oder weltlich, vnd auch die juden... zu schirmen, als sine aigen lüte, die in sinen aignen steten sizent, vnd ir guet, getruwelich vnd ane geverde." *Lünig* a. a. O. S. 404 Nr. III.

1340, Sept. 21. Kaiser Ludwig IV. gibt 11
den Bürgern zu Donauwörth die Gewalt, dass sie diejenigen, „die in buez gestanden seint von des vfflauffs wegen, die sie gemacht vnd getan habent in siner vorgenanter stat ze Werd vnd die stat darumb versworen habent, . . . wo si die ankoment, nachdem in mit dem ayt erlaubt ist, straffen vnd mit in gefaren sollen, wie ir will ist vnd wie si wellen." *Lünig* a. a. O. S. 404 Nr. II.

1348, Mai 26. König Karl IV. sichert 12
der Reichsstadt Donauwörth, nachdem sie ihm gehuldigt, a) Belassung bei dem schwäbischen Reichsstädte-Bündnisse, b) Verschonung mit ferneren Verpfändungen, c) Nichtzurückgabe an Bayern und Vermittlung einer Aussöhnung mit letzterem, d) Beibehaltung des bisherigen Steuermasses, e) Entbindung von der gewöhnlichen Steuerleistung im Falle und während eines um der Stadt willen ausgebrochenen Reichskrieges, f) Wahrung aller auf das Ammann-Amt bezüglichen Rechte und Gewohnheiten, g) Schutz der gemeindlichen Gerechtsame im Forste vor etwaigen Eingriffen der königlichen Vögte, h) Fortdauer der hergebrachten Befugniss, Steine zur Ausbesserung der Stadtbauten zu brechen, endlich i) Hülfeleistung bei künftigen Beschädigungen, sei es durch Bayern oder sonst jemand, zu:

„Wir Karl von gots gnaden Romischer kunig, ze allen ziten merer des riches vnd kunig ze Behem, verjehen vnd tun kunt offenlich mit disem brief allen den, die in sehent oder hörnt lesen, wann vnser liben getrewen, der burgermeister, der rat vnd die gemein der burger der stat zu dem Swebischen Werde, vnser vnd des richs liben getrewen, vns als einen Romischen kunig erkant vnd erkennen, vnd vns als irem hern gehuldet vnd gesworn haben,

14) *Wittmann* a. a. O. Abthl. II Nr. 277 S. 302.

15) Eine Vorausbezahlung von zwei Jahressteuern im Gesammtbetrage von 100 Pfund Heller erhielt er auch von den Juden in Donauwörth. Urk. v. 30. Sept. 1326 (R.) b. *Oefele* l. c. p. 754 a.

getrew, gehorsam vnd vntertenig zesein, des haben wir der vorgenanten burger stete trewe vnd lieb angesehen, die si zuvns vnd dem rich haben, vnd auf das, daz si vns vnd dem rich desterbaz gedienen mugen vnd sullen, so haben wir die vorgenanten vnser liben getrewen burger mit disen hernach geschriben stucken vnd artigkelen von vnsern kuniglichen gnaden begnadet: §. 1. Von ersten, daz si in der verpuntnusse mit den von Augspurch, Ulme vnd andern des riches steten, di zu der verpuntnusse gehörent [16]), sein (vnd) beleiben sullen vnd mugen, als lang dieselb verpuntnuzz weret vnd diewil wir leben. §. 2. Wir wellen vnd sullen sie auch nicht mer fürsten, hern noch niemandt anders versezen noch verkumbern von dem rich, diewil wir leben, sunder wellen wir sie bi vns vnd dem rich behalten gnediglichen. §. 3. Wer auch, daz ein richtigung getaidingt oder gemacht wurde zwischen vns vnd den von Bayrn, etwennen Ludowigs chinden, der sich keiser nant, so sullen wir sie in der vorgenanten berichtung vnd vertaidigung ausnemen, daz si furbaz in der egenanten von bayrn hanndt nicht mer komen sullen, vnd daz dieselben von Bayrn ir gnedig vnd guet fründ werden vnd beleiben. §. 4. Wir wellen vnd gunnen in auch des, daz si sullen furbaz mer beleiben bi irer gewonlichen steur, vierhundert pfund haller, die si von alter gegeben haben dem rich von irer stat, vnd wir noch anders niemandt sie darüber dringen noch besweren wellen oder sullen. Vnd wer, daz wir oder vnser nachkomen an dem riche von der vorgenanten stadt (wegen) kriegen wolden oder muesten, so sullen si, diewil vnd daz der vorgenant krieg wert, der obgenanten steur vierhundert pfund haller ledig vnd losz sein, daz si die vns noch annders niemandt von vnser wegen geben sullen. §. 5. Wir wellen auch, als das ammans ampt in derselben stat von alter herkomen ist an allen rechten vnd gueten gewonheiten, daz das also furbaz beleiben solle stet vnd ganz, on vnser vnd annders niemants hindernusse. §. 6. Auch wellen wir, daz vnser vogt, wer zue demselben mal von vns oder vnser nachkomen an dem rich in gegeben oder gesazt wurdt, mit dem vorste, da di stat mit gewidembt ist, nicht furbaz sulle zeschaffen haben, weder er noch annders niemandt sie daran hindern oder besweren sullen in dhein weise, dann als vil, als derselbe vogt holz zebrennen bedarff in sinem huse. §. 7. Wir gunnen in auch von vnsern besundern kuniglichen gnaden, daz di vorgenanten vnser burger die vels, die si vormals gebrochen haben, daz si die furbaz brechen sullen vnd mugen, vnd damit ir stat pessern, vnd wellen, daz sie daran niemandt sulle hindern in dhein weis. §. 8. Wir gehaissen in auch, wer daz di vorgenanten von Bayrn oder annders jemandt sie beschedigen wolden, daz wir in dann hülff senden sullen vnd wellen, als vil si der bedurffen, on allen iren schaden. Mit vrkund disz briefes versigelt mit vnserm kuniglichen innsigl, der geben ist ze Brunne an dem montag vor vnsers hern auffarttag, da man zalt nach Christus geburt driuzehenhundert jar vnd in dem achten vnd vierzegisten jar, in dem andern jar vnser riche." *Lünig* a. a. O. S. 405 Nr. IV; *v. Lori* a. a. O. Nr. XLIX S. 60.

1348, Oct. 16. Graf Ulrich von Würt- 13
temberg, als erster Reichsvogt zu Donauwörth verkündet, dass er genannte Stadt, „die von alter zu dem rich gehört hat vnd noch darzu gehört, gehaimbt vnd ingenomen habe in den rechten, als er annder des richs stet inne habe, dem durchluchtigen Romischen kunig Karlen vnd dem rich", auf Geheiss des Ersteren, und verpflichtet sich dem Rathe und der Gemeinde, dass er „dieselben stat, lüt vnd gut vnd alles, das darzue gehört, wie das gehaissen ist, von sines hern kunig Karlen wegen getruwelich schirmen vnd versprechen", und ihnen gegen Jedermann (ausgenommen seine „aytgenossen"), ja! selbst gegen den König, dass dieser nämlich „in die gnade, die er in gelobt vnd verschriben hat, pesser mache vnd nit pöser", beholfen sein, sowie in dessen Namen, lüt in die stat ze Werde legen" wolle „one iren schaden." *Lünig* a. a. O. S. 405, 6 Nr. V; *v. Lori* a. a. O. Nr. L S. 61.

Dass demungeachtet die bayerischen Herzoge noch immer weit entfernt waren, die Reichsfreiheit Donauwörth's auch ihrerseits anzuerkennen, beweist die Urkunde über die Landestheilung der Söhne Kaiser Ludwig's v. 13. Sept. 1349 [17]), worin Ludwig der Römer und Otto der Jüngere „Werde" unter denjenigen Städten namhaft machen, welche „bi in beliben, als si ir vorgenanter vatter keiser Ludowig selbig inne

16) Es findet sich übrigens Donauwörth erst in der Conföderations-Urk. v. 10. Aug. 1349 unter den verbündeten schwäbischen Reichsstädten (als vierte in der Reihe) namentlich aufgeführt, noch nicht aber in den Urkk. der Jahre 1347 und 1348 erwähnt. Vgl. *Vischer* in den Forschungen z. dtsch. Gesch. II, 121, 22.

17) *Wittmann* a. a. O. Nr. 324 S. 407 flg. [bes. S. 408].

gehabt vnd gelazzen hat." Eine endliche Entscheidung der Streitfrage, ob Donauwörth Reichs- oder bayerische Landstadt sei, war daher dringend geboten, und da seit der Wahl Günther's von Schwarzburg zum Gegenkönige sich Karl IV. dem Wittelsbachischen Hause versöhnlicher zeigte, so benützte man die Gelegenheit, um ihn zu vermögen, die Sache schiedsrichterlich austragen zu lassen. Wie in der gleichzeitigen, aber politisch viel gewichtigeren Angelegenheit des „falschen Waldemar", welcher dem Herzoge Ludwig dem Aelteren von Bayern die Mark Brandenburg streitig machte, so wurde nun auch hier, wo es sich blos „vmb die stat zu Werde" handelte, von den Parteien, nämlich dem Könige einer- und dem genannten Herzoge anderseits, auf den Pfalzgrafen Ruprecht bei Rhein [19]) als Schiedsrichter compromittirt, und dieser beeilte sich, die seinen Händen anvertraute „zweyung vnd misshellunge" durch einen am 16. Apr. 1350 zu Nürnberg ertheilten Bescheid nachfolgenden Inhaltes beizulegen: „so scheyden vnd sprechen wir . . ., daz vnser vorgenant her, her Karl, Romischer kunig, vnsern egenanten vetern, marggrave Ludwigen vnd sinen brüdern, dy zu im geteilt sind, dieselbe stat zu Werde in ir gewalt schaffen vnd antwurten sol in aller der masz vnd weis, als ir anher vnd ir vatter dieselbe stat vormals inne gehabt hant vnd an sie geerbt hant; auch sol vnser vorgenant her, der kunig, schaffen mit den burgern zu Werde, daz sy vnsern vorgenanten vetern, marggrave Ludwig vnd sinen brüdern, di zu im geteilt sind, hulden sweren vnd furbaz gehorsam sein in aller der masz vnd weis, als sy vormals irem anhern vnd irem vatter verpunden waren." [*v. Lori* a. a. O. Nr. LIII S. 62.] Gleichen Inhalts war dann auch ein passauer Spruch Herzog Albrecht's von Oesterreich vom 19. Juli 1353 [*v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Beil. IV^d S. 54].

Auf dem Papiere war nun hiemit das Räthsel gelöst; Donauwörth gehörte zu Bayern. Allein zum wirklichen Vollzuge scheinen beide Sprüche nicht gekommen zu sein, denn die Stadt blieb bis 1376 [nr. 23] bei dem Reiche.

14 **1355**, Dez. 6. Kaiser Karl IV. erlaubt dem Ammanne, dem Bürgermeister und der Bürgergemeinde zu Donauwörth, bis auf Widerruf von allem Getränke ein „vngelt vnd gulde" zu nehmen und „zu gemeinen nuzen irer stat" zu verwenden. *Lünig* a. a. O. S. 406 Nr. VI.

1359, Sept. 29. Derselbe gebietet aus 15
Rücksicht für „die burger gemeinlich der stat zu Werde, sine vnd des heiligen riches liebe getrewe..., allen den, die in irem marckhrechte vnd in irem gepiete gesessen sint vnd guett darinne haben, vnd auch mit in ir waid vnd wasser niezzen,... ernstlich vnd vestiglich", dass sie mit diesen bei Verlust seiner Huld sowohl die „gewonliche stewr, die si im vnd dem riche jerlich schuldig sint ze geben", tragen, als auch „alle ander dienste, wie die genant sein, die im die egenanten burger von sinem gepott vnd bete wegen dienent", leisten, überhaupt mit ihnen alles „leyden" sollten, „das er an sie alle muten vnd begeren" würde. Zugleich bestätigt er den Bürgern zu Donauwörth die früher von ihm empfangenen und verbrieften Gerechtigkeiten „in dem holze, das do genant ist der vorst" [nr. 12, g]. *Lünig* a. a. O. Nr. VII; *v. Lori* a. a. O. Nr. LXXXI S. 79.

1360, Oct. 1. Graf Ulrich von Hel- 16
fenstein [20]), vom Kaiser zum „lantvogt" in Donauwörth bestellt, um die Stadt, Leute und Gut, „getreweclichen zu friden vnd zu schirmen", verspricht: „daz wir die statt ze Swebischen Werde, gaistlich vnd weltlich, christan vnd juden, liut vnd gut, by allen iren rechten, ehafften, fryhaiten vnd guten gewunhaiten, als von alter herkhumen ist, bestan vnd beliben laussen sullen, vnd alle ir brieff, die in von kaysern vnd von kunigin geben sint vnd (si) inne habent, oder noch furbaz geben wurden, vnd inbringen möchten, auch stete haltten sullen, vnd mit kainen sachen nicht vmberüeren [21]), wie die gehaissen möchten; vnd sullen vns auch für ir gewönlich stuir, der jerlichen vier hundert pfundt haller ist, jerlich bezalen mit der muntze, vnd auch von in nemmen, die da inne ze denselben ziten in der statt ze Werde gang vnd gebe ist." *v. Lori* a. a. O. Nr. LVIII S. 64.

18) Vgl. O. *Franklin*, Das Reichshofgericht im MAlter I, 244 flg.

19) Ueber den Pfalzgrafen und nachmaligen Kurfürsten Ruprecht I. († 1390), eine höchst bedeutende und achtungswürdige Persönlichkeit s. *Häusser*, Gesch. der Rheinischen Pfalz I, 185 flg. m. S. 162 flg.

20) Ueber diesen Grafen Ulrich X. (den Aelteren) von Helfenstein († 1372) des Reichs Landvogt in Schwaben, den Günstling Karl's IV, vgl. *Kerler*, Gesch. der Grafen von Helfenstein S. 49—64. Die donauwörther Landvogtei blieb auch nach Ulrich's X. Tod als Lehen bei dessen Haus. Vgl. *de Freyberg*, Reg. Boic. IX, 278.

21) Umstossen (durch Anfechtung oder Verdrehung des Inhalts).

17 **1363**, März 14. Kaiser Karl IV. begnadet Bürgermeister, Rath und Bürger der Reichs-Stadt Donauwörth dahin, „daz sie vor dheinem lantgerichte oder gerichte, die weltlich sint, vsswendig ir stat, von was sachen auch das wer, vnd von wem sie auch geladen wurden, nicht antwurten noch gestên sullen, vnd auch niemant zu iren guten klagen in derselben masz, sundern wer zu in oder zu irem gueten zu klagen hat, vor irem richter recht nemmen sol in ir stat zu Werd", indem entgegenstehende Ladungen, Urtheile und Gerichte kraftlos und unschädlich sein würden, es müsste denn eine Versagung oder Verzögerung der Rechtshülfe vorliegen. Uebrigens solle man sie auch vor das kaiserliche Hofgericht nicht laden, „denne in sulcher masz, als vorgeschriben steet." *Lünig* a. a. O. S. 406, 7 Nr. VIII; *v. Lori* a. a. O. Nr. LX S. 65 flg.

18 **1367**, März 22. Herzog Friedrich von Teck verspricht der Stadt Donauwörth auf Grund eines mit ihr nach vorhergegangener „misshellung" getroffenen „lieblichen vnd güttlichen" Uebereinkommens, dass weder er und seine Erben noch ihre Amtleute und Diener auf der Stadt „leuth vnd guet, die sie in den herschafften zu Höchstätten vnd Grayspach ligen hat, oder die darinne sesshafft oder wonent seint, fürbaz nimmermer dhain stewr, schazung noch schazstewr sezen noch davon mueten noch begeren sullen, mügen noch wollen." *Lünig* a. a. O. S. 407 Nr. IX.

19 **1370**, Apr. 23. Kaiser Karl IV. gelobt der Stadt Donaüwörth auf seine Lebtage Beistand und Hülfe „wider allermenigelich, die sie in iren erben, besizungen, rechten, gueten gewonheiten, fryheiten, güetern vnd nuzen hinderten, schedigten oder mit gewalt bekrenkhen in dhein weiss." *Lünig* a. a. O. Nr. X; *v. Lori* a. a. O. Nr. LXVII S. 71.

20 **1370**, Apr. 23. König Wenzeslaus von Böhmen gibt den Donauwörthern auf den Fall des Ablebens seines Vaters — „vnz an ainem künffigen einmüetigen Romischen kunige, der von allen kurfürsten oder von dem merer tail erwölt würdet" — die gleiche Zusicherung. *v. Lori* a. a. O. Nr. LXVIII S. 71, 72.

21 **1373**, Febr. 4. Graf Eberhard von Württemberg, welchem Kaiser Karl die Stadt Donauwörth „mit stewren, vogtien, ampten vnd aller zugehörunge biss an sin wiederrueffen empfohlen hat [22])", verheisst derselben getreulichen Schutz und Belassung bei ihren Rechten und Gewohnheiten. *Lünig* a. a. O. S. 408 Nr. XI.

1375, Dez. 26. Kaiser Karl IV. erklärt, 22
dass den Herzogen in Bayern, Otto, Stephan, Friedrich und Johann, „ob sie ein recht haben an der stat zu Swäbischen Werde", die Bündnisse mit Böhmen „an sulchen iren rechten keine schaden bringen sullen in keine weiss." *v. Lori* a. a. O. Nr. LXXI. S. 73.

1376, Jun. 24. Derselbe verpfändet 23
dem Kurfürsten Otto, seinem Eidam, und dessen vorgenannten drei Brüdern, Herzogen in Bayern, „von newes sine vnd des richs stat Werde, die man nennt Swäbisch Werd, mit allem dem, das darzu gehörtt hoch vnd nider, nichts vsgenomen", für 60,000 florenzer Gulden, so dass sie und ihre Erben bis zur einstigen Einlösung „die obgenante stat Werd innhaben, nuzzen vnd genieszen on alles abslach", und bei der besagten Pfandschaft „getrewlichen" von Kaiser und Reich geschützt und geschirmt werden, dafür aber auch gehalten sein sollen, während ihres pfandweisen Besitzes die fragliche Stadt „by allen irn fryhaiten vnd rechten belieben zu lassen, di si von im (Kaiser Karl) vnd sinen vorfarn, Romischen kaisern vnd konigen, vnd dem riche herbracht hat." Schliesslich erhalten noch „schultheiss, schöppffen vnd burger gemeinklichen" von Donauwörth die Weisung, unverzüglich und ohne Widerrede, bei Vermeidung schwerer Ungnade, den bayerischen Herzogen als ihren Pfandherrn zu huldigen. *v. Lori* a. a. O. Nr. LXXVII S. 76, 77; *Hugo* a. a. O. Urk. 14 S. 226—28.

1376, Jun. 27. Derselbe übernimmt auf 24
den Fall, dass aus Anlass vorstehender Verpfändung Schultheiss, Schöffen und Bürger zu Donauwörth den Herzogen von Bayern „nit hulden geloben sweren vnd gehorsam seyn wolten", für sich und seinen Sohn Wenzeslaus, „geborn Romischen kunig ze stundt", die Verpflichtung, auf Mahnung genannter Herzoge denselben „mit aller irre macht vnd muge getrewlich beholffen zu seyn wider die stat vnd burger zu Swebisch Werde vnd all ir helffer, vnd der feind zu werden vnd zu seyn, vnd keinen fride oder süne mit in zu halten oder anzegeen, als lang bis di hulden geloben vnd sweren vnd gehorsam seynd den obgemelten herzogen, als sin brif [nr. 23] vswiset" [23]). *v. Lori* a. a. O. Nr. LXXVI S. 76.

1376, Jun. 27. Derselbe thut dem Bür- 25

---

22) Er war in den J. 1371 — 77 Landvogt in Niederschwaben.

23) Der übrige Inhalt der Urk. bezieht sich nicht mehr auf Donauwörth.

germeister und Rathe sowie der Bürgerschaft von Donauwörth zu wissen, dass er ihre Stadt an die Herzoge von Bayern „für ein genante sum geldes recht vnd redlichen versetzet habe", und gebietet ersteren, „ernstlich vnd vestigklichen by sinen vnd des richs hulden, das si den vorgenanten hertzogen von wegen solicher pfandschaft vnd in pfandwise on allerley fürtzog vnd hindernusse hulden geloben vnd sweren sollen vnd sich dawider nit setzen." *Hugo* a. a. O. Urk. 15 S. 228, 29.

Von jetzt an verblieb Donauwörth 58 Jahre lang [s. unten nr. 47] im Pfandbesitze Bayern's.

26 **1383**, Febr. 13. Die bayerischen Herzoge Friedrich, Stephan II. und Johann weisen Rath und Bürger von Donauwörth durch ihren allda aufgestellten Pfleger, Marschalk Heinrich von Pappenheim, an, alle in der Stadt wohnhaften sowie dahin kommenden Juden zu Bürgern, nämlich in alle Rechte und Freiheiten solcher aufzunehmen, zugleich die Erklärung beifügend, dass die genannten Juden gegen ein jährlich an Martini in die herzogliche Kammer zu leistendes Geldreichniss von allen Steuern, Forderungen und Beden befreit sein sollten. Die Zurückziehung dieses Bürgerrechts bleibt jedoch den Herzogen und ihren Erbfolgern jederzeit vorbehalten; nur soll sie für die bereits im Genusse befindlichen Judenfamilien erst nach Jahresfrist vom Tage der Aufkündung an in Wirksamkeit treten. (R.) *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden in Dtschl. Bd. I S. 148 nr. 317. Vgl. *Königsdorfer* a. a. O. Bd. I S. 142 flg.

27 **1388**, Apr. 23. Ritter Ulrich von Treuchtlingen „geseszen zu Grayspach" [24]), erlaubt dem Ammanne und den Bürgern des Raths der Stadt Donauwörth, vermuthlich als deren Afterpfandherr — „wann ich die statt Wördt mit all irer zugehörd vnd aller gewaltsam zu einer rechten redlichen pfandt inhan" — in Anbetracht der immer bedrohlicher werdenden „vfflauff, krieg vnd strait" und auf ihre „fleissig vnd ernstliche bitt", dass sie „zu nuz vnd zu frommen irer statt, solch für kinfftig schaden damit zu fürkomen, ir vorstatt zu Berg vnd vnder den Lederen abbrechen sollen vnd mögen, vnd da sie die vff die öden vnd leeren hoffstett vnd gärten, die in der statt zu Wördt gelegen seint, setzen vnd bawen sollen vnd mögen, dieselben hofstett die sein der bürger oder ander leuth ... geist- oder weltlich, dass sich dess niemandt widersezen ... noch sie daran engen oder irren soll." *Lünig* a. a. O. S. 408 Nr. XII.

1395, Nov. 26. Herzog Johann von Bayern-München ertheilt der „stat zu Swäbischwerde" eine Bestätigung ihrer gesammten Freiheiten und Rechte. (R.) *de Freyberg*, Reg. Boic. Vol. XI p. 57. 28

1417 (?) König Sigismund bestätiget den Donauwörthern alle ihre „gnad, fryheite, rechte, briefe, privilegia, handveste, alt herkomen vnd gute gewonheite." [R., s. unten nr. 30.] 29

1417, Apr. 4. Derselbe thut kund, es hätten bei ihm Bürgermeister, Räthe und Bürger von Donauwörth „ernstliche clage furbracht", dass, obgleich ihre Stadt „ein rechte vnd alt des richs stat" und vom Könige Karl IV. dem Kurfürsten Otto und seinen Brüdern, Herzogen in Bayern, blos „vmb ein genannt summe vortzyten versezt vnd verpfendet" worden sei, und zwar mit der ausdrücklich in den „majestatbrief" [nr. 23] aufgenommenen Bestimmung, dass während der Pfandschaft der Stadt Rechte und Freiheiten unangetastet bleiben müssten, wie dieses auch die bisherigen Herzoge allezeit beobachtet, dennoch jener Vereinbarung zuwider jetzt Herzog Ludwig VII. („der Gebartete") von Bayern (-Ingolstadt), welchem die Pfandschaft auf Donauwörth „von erbschafft wegen zugefallen" [25]), die Stadt „so mannigfelticlich beswäret vnd mit solichen hertikeiten, vngnaden, vngewonlichen schatzungen, stewren, diensten, vordrungen vnd manichen andern stuken vnd nemlich mit versperrung der richs strasse vmb die stat Werde so vngnediclich gehalden vnd angelanget habe" [wie dieses alsdann im Einzelnen noch weitläufig dargethan wird], dass, sofern der König ihnen nicht zu Hülfe kommen und diese Bedrängnisse fortdauern sollten, „sy davor nit gesin mögen, dem künige vnd riche werde die 30

24) Ulrich von Treuchtlingen, aus dem nach seiner Veste im Altmühlgrunde genannten alten und angesehenen Rittergeschlechte, von 1387 bis 5. Mai 1388 oberster Soldhauptmann der Reichsstadt Nürnberg [*Chroniken* der *fränk.* Städte I, 187], erscheint hier als Pfandbesitzer der damals dem Herzoge Friedrich von Bayern-Landshut gehörig gewesenen Burg Graisbach an der Donau. Vgl. *Eisenmann* u. *Hohn*, Lexicon vom K. Bayern I, 567; Pl. *Stumpf* a. a. O. S. 1000.

25) In Wahrheit hat Ludwig Donauwörth gemäss der schon 1402 von seinem Vater Herzog Stephan, welcher es 1392 auf seinen Antheil bekommen und 1393 (Jun. 26) für 4350 Gulden an den Bischof von Augsburg verpfändet hatte, erhaltenen Erlaubniss aus dieser Pfandschaft (1407) eingelöst. Vgl. überhaupt K. H. *v. Lang*, Gesch. des bair. Herzogs Ludwig des Bärtigen zu Ingolstadt, Nürnb. 1821. 8°.], S. 93 flg.

egenant stat vnd das eygen, das kunig vnd riche doran haben, mitsampt den burgern gantz verderplich gemachet" werden. Dieses vorausgeschickt, setzt vnd verordnet nun Sigismund, unter Bezugnahme auf den kurz vorher ertheilten General-Confirmationsbrief [nr. 29]: „das die vorgenanten burgermeister, rate vnd burgere gemeinlich der.. stat Werde by.. iren gnaden, fryheiten, rechten, brieven, privilegien, alt herkomen vnd guten gewonheiten, vnd ouch by den vorgenanten brieven, die sy haben vber die vorgemelte stuke, mit namen: das vngelt zu Werde, die brodbenk vnd fleischbenk vnd den czol daselbs, vber den egenanten vorst, vber eckere, wisen vnd holtzer, vnd dass sy ouch einen amman vss in kiesen oder einen fremden nemen mögen, vnd das man sy für landgericht nit laden sol, vnd das alle vnd iegliche, die by in in iren markrechten sitzen vnd die güter vnd zinse dorinn haben, mit in steuren söllen, vnd das man in einen pfleger, der ein geborn edelman sy, vnd ouch einen erbern vogt geben vnd halden solle, vnd das in die sweren sollen, als herkomen ist [26]), vnd dass sy ouch by allen vnd iglichen andern irn briefen, die sy vber eyniche der vorgenanten stük vnd ouch suss haben ..., fürbass mere beliben vnd der ouch an allen enden gebrüchen vnd genissen sollen vnd mögen, von dem obgenanten Ludwig, sinen erben vnd nachkomen vnd allermenglichen vngehindert." Weiter spricht hierauf der König aus, dass die Bürger Donauwörth's auch a) bei der „mule an der Werntz vnd bleiche vf der statt alment", welche sie erweislich lange Zeit unangefochten besessen, desgleichen b) bei ihrer „gewonlichen jerlichen richssteure" zu 400 Pfund Heller [27]) sowie den 60 Pfund Heller, „die sy von dem ammanampt zu Werde jerlich zu geben pflichtig sin", ferner c) bei allem städtischen Besitzthum und namentlich auch d) im Genusse des bisher in der Pflege daselbst genommenen „geleytes" verbleiben, und in keiner Weise hierin oder sonst durch eigenmächtige Auflagen und Zumuthungen des oft gedachten Herzogs Ludwig gekränkt werden dürften. Insbesondere aber sollten sie für diesen, seine Erben und Nachkommen, oder für die „herschaft von Bayern" künftig nicht mehr „pfandbar" sein, und auch von denjenigen, „die vff dieselben herschaft pfenden" würden, nimmermehr an Leib oder Gut „angegriffen, geleydiget oder betrübt werden in kein wise." Uebrigens sei andererseits auch Herzog Ludwig sammt seinen Erbfolgern bei der ihm eingeräumten Pfandschaft nach Inhalt des von Karl IV. darüber gegebenen Majestätsbriefs zu schützen, und daher die Bürgergemeinde von Donauwörth schuldig, sich gegen jenen so zu verhalten, als sie bei früheren Versetzungen durch das Reich pflichtig gewesen und ihr im Falle der Einlösung obliegen würde. Sollte sie freilich Herzog Ludwig oder Einer seiner Erben von neuem „wider ire gnade, fryheite, brieve, privilegia, handfeste, alt herkommen vnd gute gewonheit ... anlangen, drengen, beswären oder bekriegen", so sei den Bürgern für jetzt und künftige Zeiten „vrlob vnd machte gegeben, das sy sich alsdann an das riche wider werfen vnd halden mögen, vnd das ouch das in vnd iren nachkomen, burgern zu Werde, an iren glubden, eyden, ern, leumden vnd rechten keinen schaden fügen oder brengen solle oder möge in kein wis." Schliesslich werden noch alle „villicht von vergessenheit" nachmals zu verleihenden, der gegenwärtigen Zusicherung widerstreitenden Briefe, womit man z. B. die Donauwörther „von dem riche in ander eygenschaft brengen oder wider rechte beswären" wollte, für unschädlich erklärt, und sämmtliche Reichsangehörige bei einer „rechten pene" von 100 Pfund löthigen Goldes, halb an den königlichen Fiscus, halb an die Stadt Donauwörth zahlbar, angewiesen, letztere in ihren Freiheiten und Rechten „getrülich zu hanthaben, zu schutzen, zu schirmen vnd geruwiclichen beliben zu lassen." *v. Lori* a. a. O. Nr. CX S. 102—5; *v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Beil. IV a S. 43—48.

1417, Apr. 5. Derselbe gebietet dem 31
Pfalzgrafen Ludwig bei Rhein, dem Burggrafen Friedrich zu Nürnberg, dem Grafen Eberhard zu Württemberg, den Grafen Ludwig und Friedrich zu Oettingen, dem Marschalk Haupt von Pappenheim, sowie allen übrigen Fürsten, Grafen, Edlen und Getreuen des Reiches, den Bürgern von Donauwörth, im Falle dass dieselben durch Herzog Ludwig von Bayern, seine Erben oder Nachkommen in ihren Freiheiten, Rechten und Gewohnheiten beschwert werden sollten, auf erhaltene Kunde und Mahnung von des Königs und Reichs wegen getreulich und ernstlich „bystendtig geholffen vnd beraten zu seyn", auf dass sie „by glich [28]) vnd rechte vnd by den vorgenanten iren gnaden, fryheiten, briefen,

---

26) Vgl. nr. 6, 12 [§§. 5, 6], 14, 15, 17. Von einigen der hier aufgeführten Rechte sind die Special-Verbriefungen nicht bekannt.

27) Vgl. nr. 12 §. 4.

28) „Gleich", Hptw., Gebühr, Billigkeit.

privilegien, alt herkommen vnd guetten gewonheiten beliben vnd dem riche das eigen behalten mögen", jedoch unbeschadet „des vorgenanten Ludwigs, seiner erben vnd nachkommen pfandtschafft vnd rechte in der masze, als dan davor begriffen vnd vnterschaiden ist." *Lünig* a. a. O. S. 408, 9 Nr. XIII.

Aller dieser Massregeln des Königs ungeachtet, stellte Herzog Ludwig VII. sein anmassendes und rechtswidriges Verfahren gegen Donauwörth, welches er zur bayerischen Territorialstadt herabzudrücken suchte, nicht ein. So gelangte denn um die Mitte des Jahres 1417 der Streithandel nach beider Theile Uebereinkommen, dass „alle ire spenne, ansprache, zwytracht vnd sache des rechten" dem Ausspruche eines Reichsfürstengerichts unterworfen werden sollten, sammt den übrigen, viel erheblicheren Zwistigkeiten im Wittelsbachischen Fürstenhause [29]), deren Seele der ruhelose und unfriedsame Ludwig war, an des Königs Hof zu Constanz. Nachdem hier die Fürsprecher der Parteien mit ihren Vorträgen vernommen und die nöthigen urkundlichen Belege, namentlich Handfesten und Pfandbriefe, produzirt worden waren, erging zuvörderst eine Interlocutoria des Inhalts, „dass die vorgenante von Wördte etliche beweisunge von etlicher artickhele wegen mit irem burgermaister vnd sechs andern vnversprochen mannen, die die sach nit angieng, tun solten", und wurden dann der Abt Siegfried zu Elwangen zum Richter, sowie die Bischöfe von Riga, Lebus und Chur zu Beisitzern desselben mit der Aufgabe bestellt, „solche beweissung zu verhören vnd vor in zu beschehen lassen." Das Resultat der Beweisführung war ein günstiges und der Rechtsspruch lautete daher auf Bewahrung der Stadt bei ihren von Kaisern und Königen und dem Reiche hergebrachten Rechten und Freiheiten, natürlich unter vollständiger Anerkennung des bayerischen Pfandrechtstitels. Darauf hat nun

32 **1418**, März 9. König Sigismund „dieselben vrteil brief vnd alles, das darinn begriffen", feierlich bestätigt, und auf deren Grund den Bürgern von Donauwörth „disze besonder gnade vnd fryheite getan vnd gegeben, dass sie, ir nachkomen . . ., vnd die statt zu Wördte, ire lüte, gütter vnd habe, gemeinlich vnd sonderlich, wo sie dann die haben, der vorgenante Ludwig, sine erben vnd nachkomen, wider die vorgenante vrteilbrieve, ir inhaltungen, vrteile vnd rechte, vnd auch diese bestettigung fürbas nimmermere angriffen, bekümbern, besweren, betrüben, leydigen oder bekriegen, noch für des richs hoffgerichte, ander hoffgerichte, landtgerichte oder gerichte laden heyschen oder fürtreiben sollen oder mögen; sunder welche zeite sie darumb in gemein oder sonderheit denselben von Wördte zusprechen wollen, dass sie das vor dem konige oder sinen nachkomen... vnd nindert anderswo tun sollen." Würde dieser Vorschrift von irgend welchem Gerichte entgegengehandelt, so soll ein solcher Act „vnmechtig vnd crafftlos" und den Bürgern von Donauwörth völlig unschädlich sein. Auf den Fall aber, dass auch jetzt noch Herzog Ludwig seine Beschwerungen gegen letztere fortzusetzen sich „vnderstunde", wird diesen wiederholt „vrlaube vnd gewalt" zugesprochen, zum Reiche überzugehen und bei demselben „zu ewigen zeiten" zu verbleiben, ohne hiedurch ihre Gelübde, Eide und Ehren zu verletzen. Würde ferner der König oder einer seiner Nachfolger „von vergessenheite oder jemans bette wegen" andere Briefe verleihen, die gegenwärtigem Urtheile widersprächen oder „damit man die von Wördte von dem riche in ander aigenschafft zu bringen" oder sonst widerrechtlich zu belasten suchte: so sollen letztere dadurch keinerlei Schaden leiden. Uebrigens müsse Herzog Ludwig, sofern er jede weitere Kränkung der Bürger von Donauwörth in ihren Freiheiten, Rechten und Gewohnheiten unterlassen werde, im Besitze seiner Pfandschaft, „vnd wass in nach laute des vorgenanten kayser Karls pfandt brief darüber gemacht von rechts wegen gebüret, geruwelich beliben, von allermeniglich vngehindert." Schliesslich wieder die allgemeine Aufforderung, die Stadt Donauwörth an ihnen durch Urthel und Recht anerkannten Privilegien u. s. w. nicht zu hindern oder zu irren, vielmehr zu schützen und zu schirmen. Die Uebertretungs - Busse besteht in 100 Pfund löthigen Goldes, in bekannter Weise theilbar. *Lünig* a. a. O. S. 411—14 Nr. XVIII.

Die vier nachfolgenden Confirmations-Urkunden [nr. 33—36] waren, wie die drei ersten sogar ausdrücklich bemerken, lediglich Consequenzen der constanzer Entscheidung, welche am 27. Apr. 1418 eine nochmalige Confirmation des Königs [*v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Beil. IV[d] S. 56] erhalten hatte.

1418, Oct. 2. König Sigismund bestätiget der Stadt Donauwörth das von Kaiser Karl IV. verliehene Ungelds-Privileg [nr. 14], mit der Erklärung, dass dasselbe un- 33

29) Vgl. *Tomaschek*, Gerichtsbarkeit des dtsch. Königs und Reiches im XV. Jhdt. S. 35 flg. und bes. *Franklin* a. a. O. S. 276 flg.

widerruflich sein und durch keine späteren „brieve, privilegia oder freyheiten" beeinträchtigt werden solle. *Lünig* a. a. O. S. 409, 10 Nr. XIV.

34 **1418**, Oct. 2. Derselbe bestätiget ferner der Stadt Donauwörth die ebenfalls für unwiderruflich erklärte Forterhebung ihrer verbrieften oder „mit kuntschafft im gerichte beweiseten" freien Z ö l l e, hinzufügend, dass diese Gerechtigkeit gefährdende Briefe, gleichviel, ob sie schon Jemanden ertheilt wären oder etwa aus Versehen erst gegeben würden, „crafftloss vnd vntüglich" sein sollten." *Lünig* a. a. O. S. 410 Nr. XV.

35 **1418**, Oct. 2. Derselbe, anknüpfend an den Rechtsbrief Karl's IV, worin den Bürgern zu Donauwörth „gegünnet vnd erlawbet" worden, die Felsen in ihrer Nähe zu städtischen Bauten zu brechen [nr. 12 §. 7], verfügt: „dass fürbas mer keinerleye herrschafft in der vorgenanten statt Schwebischen Wördte oder vmb dieselb statt, in iren gepietten vnd gerichten keynerleye behawsung, sloss oder vesten bawen noch machen solle oder möge in kein weiss", und verspricht auch für sich und seine Nachfolger im Reiche, dass Niemand zur Anlage solcher Bauwerke die Bewilligung erhalten werde. *Lünig* a. a. O. S. 410, 11 Nr. XVI.

36 **1418**, Oct. 5. Derselbe bestätiget endlich den Donauwörthern „iren fryen zug", auf dass sie desselben gleich anderen Bewohnern freier Städte geniessen, und daher, „wan sy oder ir einen das bedunckhet", in irgend eine andere Reichsstadt ungehindert ziehen und deren Bürger werden mögen, damit den Befehl an alle Stände und Städte im Reiche verbindend: „wer es sache, dass iemandt, wer der seye, niemandt vssgenomen, eüch gepotten hette oder hernach gepietten wurde, die vorgenante von Schwebischen Werde zu ewren burgern nit vfzunemen, dass ir dan euch daran nit keret in kein weiss, sondern den jetzgenanten von Werde zu euch zu ziegen vnd ewer burger zu werden gestattet, vnd sy glycher weiss, alss ander vnsser getrewen vss andern vnssern vnd des richs stetten, die solichen fryen zug haben, wiliglich vfnemen sollet." *Lünig* a. a. O. S. 411 Nr. XVII.

37 **1419**, Apr. 8. Derselbe ertheilt auf neuerliche botschaftliche Beschwerde von Rath und Bürgerschaft der Stadt Donauwörth, dass Herzog Ludwig VII. von Bayern, „ettlich die sinen vnd auch andere den vorgenanten von Schwebisch Wördte ir libe vnd guettere für die landtgerichte zu Grayspach, zu Höchstetten vnd zu Hirsperg ladten vnd rechte vnd achte vber sie sprechen lassen", obgleich dieselben ihre „briefe vnd fryheite" bei den besagten Gerichten vorgelegt und um deren Berücksichtigung gebeten hätten, in Anbetracht der mit der „küniglichen würdigkeite" verbundenen Pflicht, „des richs getrewe by iren fryheiten vnd gnaden" zu wahren, sowie insbesondere in des Königs und der Reichsfürsten Gegenwart gesprochene Urtheile „vnwiderrufflich zu behalten", indem „sin vnd des richs gerichte das obrist gerichte ist, vnd sich von demselben . . . niemandt an kein landtgerichte noch ander werntliche gerichte beruffen sol noch mag", den Bescheid, dass alle von den vorerwähnten drei Landgerichten auf Betrieb Herzog Ludwig's oder sonst jemands gegen die Bürger Donauwörths, ihr Leib und Gut, unter Kränkung ihrer von dem königlichen Hofgerichte endgültig anerkannten Freiheiten gefällten Urtheile „gantz vntöglich vnd ab", daher nirgends mit Kraft und Macht bekleidet sein sollen, wobei zugleich den Landrichtern und Urtheilsprechern der bezeichneten drei Gerichte bei Ungnade und der in den Privilegien der Donauwörther angesetzten Geldbusse geboten wird, sich in Zukunft solcher die Letzteren beschwerender Achtsprüche zu enthalten. *Lünig* a. a. O. S. 414, 15 Nr. XIX.

1422, März 19. Die „von Schwäbisch Wördte, gelegen an der Dunau, arm vnd reich" thun dem Herzoge Ludwig von Bayern unter Bezugnahme auf die ihnen vom Könige Sigismund für den Fall wiederholter Bedrückungen durch Ersteren gewährte Erlaubniss, sich „dann an sin genad vnd das heilig Romisch riche ziechen vnd halten" zu dürfen, nunmehr zu wissen, dass sie „von sulchs trangsalls vnd grossen vberfarung sulcher ir privilegien, fryheiten, alt herkomen, gnaden vnd behabter recht wegen, die in also gar in manigfeltiger weiss vom herzoge offt vnd dickhe gescheen sein, sich hinfüro zu dem vorgenanten iren gnedigisten hern, dem Romischen kunig, vnd dem heiligen Romischen riche getann haben, daran halten vnd beliben, vnd dem herzoge hinfüro nach gebung diss brieffs nichts mer pflichtig noch verpunden seyn wöllen" [29b]). *v. Lori* a. a. O. Nr. CXV S. 107. 38

29b) Ein förmlicher Absagebrief der durch mächtige Schutz-Zusicherungen (1421) ermuthigten Stadt an Herzog Ludwig und seinen Sohn folgte am 22. März nach, worauf Ersterer am 30. April sich erbot, die Streitigkeiten an den König zu bringen. *v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Beil. IV[b] S. 48, 49; IV[c] S. 50—54.

39 **1422**, Mai 1. König Sigismund befiehlt den Bürgermeistern, Räthen und Bürgern der Städte Ulm und Augsburg und ihren Eidgenossen, dass sie die Stadt Donauwörth, welche mit Herzog Ludwig von Bayern sich in „vnwillen vnd zwitracht“ befinde, weil derselbe in ihre Freiheiten, Rechte und Gnaden „grölichen vnd vnbillichen greiffe vnd sy zu ewiglichem verderben beschuldiget vnd besweret habe“, von des Königs und Reichs wegen „handthaben, schützen, schirmen vnd beystenndig seyn, vnd in kainen gwalt von dem eegenanten herzog Ludwigen noch sonst jemand annders geschehen vnd widerfaren lassen“ sollen, bis er (der König) selbst „gen teutschen lanndt kommen“ und die fragliche Streitsache nach Rath der Fürsten, Herrn und Städte „vssrichten vnd hinlegen werde.“ *v. Lori* a.a.O. Nr. CXVI S. 107, 8.

40 **1422**, Sept. 6. Derselbe bestätiget den Donauwörthern aus Veranlassung „irer anligenden notturfft vnd auch beswerung, die sy von kriegs vnd annder bekümmernuss wegen [namentlich Herzog Ludwig's von Bayern] lang zeit gelitten haben vnd teglich leiden“, die früher erworbene Freiheit, „das sy einen pfleger, der in von des kunigs vnd des richs wegen bevor sy, vnd sy handthabe schutze vnd schirme, als offt des not ist, kiesen vnd nemen mögen, wen sy wöllen; vnd wen sy auch also zu irem pfleger kiesen vnd nemen, das der von des kunigs vnd des richs wegen ir pfleger seyn vnd sy by iren gnaden, fryheiten, privilegien, rechten vnd guetten gewonhaiten vestigelich handthaben, schutzen vnd schirmen solle.“ Zugleich fügt Sigismund eine neuerliche Confirmation ihrer gesammten Freiheiten und Rechte, sowie die Versicherung bei, dass die Bürger von Donauwörth, wie er sie vormals zum Reiche „gnediglich vfgenomen vnd empfangen habe“, so auch „fürbas mer by im vnd dem riche beliben vnd davon auch nicht komen, versezt, verpfendet oder vergeben werden sollen in kein weiss, nach innhalt vnd vsweisung der brieve, die sy von kaysern vnd kunigen sinen vorfarn herbracht haben.“ Schliesslich wird noch auf den Fall, dass sie Herzog Ludwig oder sonst jemand „verrechten“ wollte, ausgesprochen, dass sie dann vor Niemand anders „kains rechtens sein sullen“, als vor dem Könige selbst, welcher auch „jedermann recht von in zu thun“ bereit sein werde. *v. Lori* a. a. O. S. 108, 9.

41 **1422**, Sept. 6 [30]). Derselbe erlaubt der Stadt Donauwörth, ein älteres Privileg derselben [nr. 14] erneuernd, zehen Jahre lang unwiderruflich, von da an aber bis auf Widerruf ein Ungeld und einen Pflasterzoll in näher bezeichnetem Umfange zu erheben und in eigenen Nutzen zu verwenden, Jedermann gebietend, hierin „die von Schwebischen Wördt“ bei schwerer Ungnade nicht zu hindern und zu irren. *Lünig* a.a.O. S. 415, 16 Nr. XX.

1422, Sept. 7. Derselbe bevollmächtiget seinen Hofmeister und Rath, den Grafen Ludwig zu Oettingen: „von den burgermaistern, räthen vnd burgern gemeinlich der statt Schwäbischen Wörd von vnser vnd des hailigen richs wegen vnd in vnserm namen gewonlich huldigung vnd aide zunemen, vns vnd dem hailigen riche getrewe, gehorsam vnd gewere zu sein, als das anndere des hailigen riches stette vns vnd dem hailigen riche pflichtig seint zu tun“ —, zugleich die Weisung an die genannte Stadt hinzufügend, dem Grafen Ludwig als Stellvertreter des Königs bei Vermeidung schwerer Ungnade, wie herkömmlich, zu huldigen. *v. Lori* a. a. O. Nr. CXVIII. S. 109. 42

Mit dem J. 1422 tritt in der Geschichte der donauwörther Händel ein Ruhepunkt ein. König Sigismund, welcher bereits zwei Jahre zuvor die Tilgung des bayerischen Pfandnexus, und zwar, wie wenigstens Einige behaupten, indem von ihm selbst der Stadt die Loskaufs-Summe zu 13,000 Goldgulden gegen Vorbehalt der Reichsvogtei allda vorgestreckt worden, bewirkt hatte, liess nun, theilweise auf Grund der Ergebnisse des nürnberger Reichstags, so sehr sich auch Herzog Ludwig dagegen sträubte und sogar die Bürger Donauwörth's mit blutiger Rache bedrohte, die genannte Stadt, welche seit Beginn des Jahres unter dem Schutze der Herzoge Ernst und Wilhelm von Bayern-München gestanden, durch einen abgeordneten Commissär (nr. 42) förmlich an das Reich ziehen. Auch dieses war freilich nur eine provisorische Maassregel, da im nachfolgenden (regensburger) Friedbriefe, welcher auf vier Jahre den Streitigkeiten im bayerischen Fürstenhause ein Ziel setzte, bezüglich Donauwörth's auf eine zu erwartende Rechtsentscheidung hingewiesen wurde. Vgl. *v. Sartori* a. a. O. §. 13 S. 7, 8; *v. Lang*, Gesch. Ludwigs des Bärtigen S. 110—12, 116—18.

1431, Apr. 3. König Sigismund gebietet „den haubtleuten vnd der geselIschaft Sanct Jörgen - Schildts 43

30) *Aschbach*, Gesch. K. Sigmunds III, 444 datirt diese Urk. irrthümlich vom 15. Septbr.

in Schwaben[31]) . . .: dass ir euch die statt vnd burger zu Schwäbischen Wördte in iren sachen vnd geschefften, darinn sie euch anrueffen vnd ewrer hilff vnd fürderung bedürffen werden, lasset guettlich empfolen sein, vnd sie in ewren vnd ewrer gesellschafft schutz vnd schirm nemet . . ., dass sie von iemands, wer der sey, nichts on recht vnd wider ire privilegia, brief vnd friheite beschedigt, angegriffen, gehindert, bekrieget vnd berawbet werden.“ *Lünig* a. a. O. S. 416 Nr. XXI.

44 **1431**, Sept. 7. Derselbe gibt dem Bürgermeister und Rathe sowie den Bürgern von Donauwörth die Befugniss, zur Herstellung der „gemainen des richs landtstrasse“ vnd der „wege vf dem lande, wo die Donaw zersteret, zerbrochen vnd hingeflossen hat vnd hinfür brechen wirdet“, das anliegende Erdreich und die darauf befindlichen „wissmaden“, Aecker und Gärten, „als offte vnd dickhe des notturfft . ., von allermeniglich vngehindert. . ., vnbekümbert vnd on alle ansprache“ zu benützen. *Lünig* a. a. O. S. 417 Nr. XXII.

45 **1434**, Aug. 2. Derselbe als Kaiser bestätiget der Reichsstadt Donauwörth „alle vnd jegliche gnad, fryheit, recht, guet gewonheit, brief, privilegia vnd hantvesten, die sie von löblicher gedechtnusse Romischen keyssern vnd kunigen . . vnd im erworben vnd herbracht haben“, insbesondere sie dahin „freyend“, dass sie für Kaiser und Reich „niemands pfand heissen noch sein“ vnd sie auch für jene „niemand nöten noch pfenden“, sowie dass sie zu keiner Zeit durch Versatz, Verkauf oder sonst vom Reiche getrennt, vielmehr jede hierauf abzielende Handlung der Nachkommen des Kaisers für „vntüglich vnd vnmechtig“ erachtet werden soll. Diesem allen fügt noch Sigismund das Versprechen bei, er wolle sich nicht eher in irgend eine friedliche Ausgleichung mit Herzog Ludwig von Bayern und seinen Erben einlassen und dieselben in seine Huld und Gnade wieder aufnehmen, als bis sie „den von Wördte zuvor alle pfandt brief oder ander brief, die Herzog Ludwig inne het, die in (den Donauwörthern) zustundten ald von in oder vber sie sagen, zu iren handen vber- vnd heraussgegeben“ haben würden. *Lünig* a. a. O. S. 417, 18 Nr. XXIII.

46 **1434**, Aug. 6. Derselbe stellt die Donauwörther unter den Schutz der vier Reichsstädte Augsburg, Nürnberg, Nördlingen und Rotenburg[32]). (R.) *Königsdorfer* a. a. O. Bd. I S. 187; *Aschbach*, Gesch. K. Sigmunds Bd. IV. S. 500.

1434, Aug. 11. Herzog Ludwig [„der Höckerige“] von Bayern [-Ingolstadt] verzichtet Namens seines Vaters, Herzog Ludwig's VII., unter Aushändigung der betreffenden Pfandbriefe an den Kaiser, für seine gesammte Linie auf die Pfandschaft an Donauwörth —: „wir verzeihen vns auch für vns, vnsern lieben herrn vnd vatter vnd vnser erben aller recht, die wir darumb biss vf datum diss briefs zu den von Wördt gehabt haben, also dass wir die ehegenanten von Wördt vnd ir nachkomen gemainiglichen vnd sonderlichen darumb mit keinen gerichten oder andern sachen anlangen oder bekombern sollen in kein wyse.“ *Lünig* a. a. O. S. 420 Nr. XXV. 47

Zur Erklärung der Urkunde dient die Chronik des *Burkard Zink* Buch IV Cap. „Wie kaiser Sigmund zu Ulm was“ [*Chroniken* der *schwäb.* Städte Bd. II S. 155—57], wo es heisst: „Item gleich in der zeit was der alt hertzog Ludwig von Bairn in des kaisers, auch in des hailigen concili ungnaden, wann er was widerspenig vnserm herrn dem kaiser, darumb er auch kam in des kaisers achte und in des hailigen concils banne. und ist ze wissen, dass man sich ains grossen kriegs underwegen hett zwischen unsers herren des kaisers und hertzog Ludwigs, wann all ander herren von Bairn, marggraf Albrecht von Prandenburg und alle ander herren im Schwabenland, der von Wirtemperg, auch alle reichsstett und wir von Augspurg hetten dem kaiser zugesagt zu helfen mit aller macht, und was iederman berait. und ist ze wissen, dass kaiser Sigmund, dieweil er noch zu Ulm was, hett ainen aid geschworen, ob sich hertzog Ludwig nicht naigte, dieweil er zu Ulm wer, alsbald er zu Ulm aussritt und über die Tunauprück käm, dass ers dann nimmer richten wolt lan, er wolt im land und leut abgewinnen, oder er wolt nit kaiser sein..... Item als es nun stuend in grossen sorgen kriegshalb und alle herrn und stett berait waren und wartet iederman auf den kaiser etc. das ward der jung herr, hertzog Ludwig, des alten herrn sun gewar und saumpt sich nit lang und eilt bei tag und nacht hin gen Ulm zu dem kaiser und rueft alle ander hern, ritter und knecht an und bat, im hilf zu erwerben von dem kaiser und den kaiser bitten umb gnad. und als er für den kaiser kam, viel er im zu fuess und bat sein kaiserliche

31) Die Gesellschaft des St. Georgenschilds fing damals bereits an, als ein selbständiges Glied des Landfriedens aufzutreten.

32) Auch von Ulm, Dinkelsbühl und Weissenburg nach der Mittheilung von Chroniken. [Vgl. zu nr. 47.]

gnad, von seinem zorn abzelan und im sein gnad mit (zu) tailen, er wolt tuen an seines vatern statt was er wolt. das hulfen im auch bitten die andern herrn etc. und also ward der krieg gericht und gestillt inmassen, so hernach geschriben stat. dem ist also, dass er schwäbischen Wörd dem kaiser übergeben muest und die brief darüber sagent, die er gehapt hat von kaiser Karl, der ims versetzt hatt um 80000 fl., die muest hertzog Ludwig all faren lan; darzu muest er dem kaiser geben 13000 fl. Das geschah alles; da kam schwäbisch Wörd wider zu dem reich am zwelften tag augusti anno etc. 34. Item die von Wörd muesten dem kaiser auch geben 13000 fl.; also ward dem kaiser 26000 guldin und ist Wörd wider ain reichsstat. Item die von Augspurg hand den von Wörd gelichen 13000 fl.[33]), die sie dem kaiser muesten geben. und ist ze wissen, als Wörd nun wider zum reich kam, als obgemeldt ist, da hat unser herr der kaiser den von Augspurg, den von Nürnberg, den von Rottenpurg, den von Ulm, den von Nördlingen empfolhen, dass sie die von Wörd beschützen und beschirmen solten [s. nr. 46]; auch den von Dinkelspühl und den von Weissenpurg, also den 7 stetten"[34]).

Danach war also dieser dem Herzoge Ludwig zum Aerger seiner Schwester, der Königin Isabella von Frankreich, durch Bann, Acht, Vehme, und Kriegsdrohung abgenöthigte Pfandschafts-Verzicht für den Kaiser zugleich eine einträgliche Finanzoperation, welcher sich dabei von den beiden Hauptinteressenten, dem Herzoge und der Stadt Donauwörth, die zu gleichen Theilen zu leistende Gesammtsumme von 26,000 Gulden stipulirt hat. Mit dem Ersteren wurde auf verschiedene Forderungen, die er noch an den Kaiser hatte, abgerechnet, wogegen die Stadt theils baar (unterstützt durch ein Darlehn der Augsburger), bezahlte, theils dadurch sich abfand, das sie das vom Kaiser in Basel (für 5140 fl.) versetzte „silber geschir vnd clainat gelöst vnd geledigetˮ, sowie auch „ettwevil annder schuld zu Vlm für in bezalt, vnd sinen willen vnd geschefft darinn volbrachtˮ hat. Urkk. v. 26. Aug. u. 26. Sept. 1434 bei *v. Lori* a. a. O. Nr. CXXXIII, XXXIV S. 130, 31. Vgl. *v. Lang* a. a. O. S. 164—67.

48 **1434**, Aug. 13. Kaiser Sigismund confirmirt der Stadt Donauwörth, nach ausführlicher Erwähnung ihrer endlichen Befreiung vom bayerischen Pfandnexus, deren sämmtliche Gnaden, Freiheiten, Rechte, Briefe, Privilegien und alte gute Gewohnheiten, erlaubt den Bürgern daselbst, 26 Jahre lang ein [im Verhältnisse zu nr. 14 und 41] erhöhtes Ungeld zu erheben, und thut ausserdem noch denselben, „damit gericht vnd gerechtigkeit gestärckht werdenˮ, die Gnade, „dass ein rathe daselbs zu Wördt oder der merer teil desselben rathes nun hinfür zu ewigen zeiten vber alle schedliche vnd misstetige leute, die sie erkennen besser todt dan lebendig sein, vf ir gewissen, aide vnd trewe richten sollen vnd mögen, es sey vmbe den hals oder vmbe glider oder ander straff, sich zu solcher misstat, die dan getan weren, gebürendˮ[35]). *Lünig* a. a. O. S. 418, 19 Nr. XXIV.

1455, Sept. 10. Kaiser Friedrich III. ertheilt der Stadt Donauwörth einen Bestätigungsbrief über ihre gesammten Freiheiten, Rechte und guten Gewohnheiten. *Chmel*, Reg. Frid. S. 344 nr. 3423. 49

1458, Jan. 15. Rath und Bürger von Donauwörth vergleichen sich (nebst neun anderen schwäbischen Reichsstädten) durch Vermittlung des Erbmarschalls Heinrich von Pappenheim mit dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg dahin, dass sie von der Jurisdiction des Landgerichts des Burggrafthums Nürnberg für alle Zeiten völlig befreit sein sollen. *Bericht* von der Kayserl. und Reichs Landtvogtei in Schwaben Thl. II Nr. 190 S. 244 flg., Hist. *Norimberg.* dipl. Nr. CCCLV S. 661 flg. Vgl. *v. Sartori* a. a. O. §. 14 S. 8 u. W. *Vogel*, Des Ritters Ludwig von Eyb d. Ae. Aufzeichnung über das kais. Landgericht des Burggrafth. Nürnberg, Abthl. I (1867) S. 44, 45 m. Note 33. 50

Im Herbste desselben Jahres brachte Herzog Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut den gleichsam von seinem Vater ererbten, längst gehegten Plan, die für sein Land als „Schlüssel an der Donauˮ in

33) Es betrug das Darlehn nur 3000 Gulden. Vgl. *Frensdorff* zu B. Zink a. a. O. S. 157 Note 1.

34) Vgl. *Frensdorff* a. a. O. Note 2.

35) Blose Frevel — „fliessent wunden, halszstraiche, schwertzuckhen vnd all klein frauel vnd besserung, die zu dem stab gehörentˮ richtete übrigens der Amman, wogegen zur ausschliesslichen Competenz des Rathes: „todschleg, tiebstal vnd was guetes in der statt zu Werde verstolen wirt, vnd fridbrechen, haimsuchen vnd nottnunfft, vnd alle die gesetzte, die der rate von rats wegen sezetˮ, gehörten. Urk. v. 1444 [Verschreibung Ulrich's von Winkelthal, als er auf sein Gesuch das Amman-Amt zu Donauwörth für ein Jahr und einen Sold von 40 fl. rhein. vom Rathe empfing] b. *v. Lori* a. a. O. Nr. CLVII S. 154.

politischer und commerzieller Hinsicht so wichtige Stadt Donauwörth wieder in Besitz zu bekommen, zur Ausführung. Wohl dachte er anfänglich, da eine eigentliche Pfandeinlösung gegen Schuldabtrag von Seite des Reichs niemals erfolgt war, ohne Waffen sein Ziel erreichen zu können. Allein da Kaiser Friedrich III. zu irgend einem darauf bezüglichen Schritte sich nicht bewegen liess, so griff Ludwig, nachdem er den Donauwörthern am 9. Oct. 1458 förmlich abgesagt, am 19. desselben Monats ihre vom Reichsmarschall von Pappenheim vertheidigte Stadt mit grosser Gewalt an. Diese, wenn auch von den um Beistand angerufenen Nachbarstädten ohne Hülfe gelassen, hätte unfehlbar doch noch eine geraume Zeit sich zu halten vermocht. Es scheinen aber die Bürger selbst oder wenigstens eine mächtige Partei darunter, an deren Spitze der [wie Einige meinen, von Bayern gewonnene] Bürgermeister Gundelwein gestanden, das Kleinod der Reichsfreiheit nicht so hoch angeschlagen zu haben, um sich zu dessen Wahrung einer langen mit blutigem Kampfe gemischten Belagerung auszusetzen. Man zog derselben eine rasche Uebergabe an Herzog Ludwig vor, mit welchem ja die Stadt immer in einem freundlichen Einvernehmen sich befunden hatte, und so behändigten ihm denn am 20. Oct. Bürgermeister und Rath die Schlüssel zu den Thoren Donauwörth's — allerdings nicht ohne den Vorwurf der Feigheit und die offene Missbilligung anderer Reichsstädte auf sich zu laden, wie denn *Burkard Zink* [36]) mit Recht ausruft: „o lebendiger gott, wie liederlich und on not ist ain guete, werliche stat verlorn worden! o der grossen falschhait und untreu!“ Nun durfte Friedrich III., welcher diesem ebenso den Frieden des Reichs als das Ansehen des Kaisers verletzenden Verfahren blos mit nichtsfruchtenden Mahn- und Drohbriefen an den Herzog sowie verspäteten Hülfsgeboten an andere Reichsstädte bis dahin entgegengetreten war, nicht mehr säumen, mit ernstlicheren Massregeln vorzuschreiten. Doch währte es, da der angebliche esslinger Reichstag vom Febr. 1459 unzweifelhaft „auf einem verjährten Irrthum beruht“, immer noch bis zum 9. Jul. 1459, an welchem Tage endlich ein Austrägalgericht in Nürnberg, bestehend aus drei päbstlichen „sentboten“ [dem Protonotar Stephan von Nardini, dem Bischofe Siegfrid von Speyer und dem breslauer Domdechanten Heinrich Senftleben] nebst Bischof Johann III. von Eichstätt als geistlichen, und den Herzogen Albrecht und Sigmund von Oesterreich, Wilhelm von Sachsen und Johann von Bayern-München als weltlichen Spruchrichtern, die Entscheidung gab: „die vorgenant stat Swebischwerde sol in den nagstvolgunden acht tagen durch den ehgemelten Hertzog Ludwigen in allermass, als er die ingenomen hat, vngeverlich zu vnnsern hannden frey vnd lediclich ein- vnd vberantwurtt werden, also das wir die einem aus vns bevelhen vnd inantwurtten mugen vnd sullen, der sy von vns aller wegen vnd in vnserm namen bis auf den nagstkunftigen sannd Michelstag innhab, regire vnd verwese. Vnd wir obgenante vnderteidinger sullen vnd wellen von der zeit einen tag, den wir nemlich auf des heiligen creutz tag exaltationis negst kunftigen benennen vnd bestimmen, hie zu Nurmberg zwischen vnserm allergnedigisten herrn dem Romischen kaiser vnd hertzog Ludwig egenant setzen vnd halten, sy in irem furbringen durch sych selbs oder ir volmechtig anwäld verhörn vnd durch vnsern spruch darumb gütlich oder rechtlich entschaiden; vnd wohin vnd zu welchs hannden wir die offtgemelt stat Werde also sprechen oder weisen, dahin sol sy gevallen, vnd di burger vnd inwoner daselbs sullen demselben, dem sy zugesprochen oder geweiset werden, gewondlich huldigung tun on widersprechen.“ *v. Lori* a. a. O. Nr. CLXXX S. 173; *v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Beil. XII$_c$ S. 84, 85.) In Folge dieses Bescheides, welcher dem Herzoge Ludwig noch immer die Möglichkeit in Aussicht stellte, für seine Ansprüche auf Donauwörth an dem anberaumten Hauptrechtstage die gewünschte Anerkennung zu finden, nahm der oben gedachte Bischof von Eichstätt als gewählter Sequester am 12. Juli 1459 die Stadt in Besitz. Uebrigens ging der Kaiser nebenbei mit dem Gedanken um, Donauwörth noch einmal zum Gegenstande einer Kassen-Speculation zu machen, d. h. für eine namhafte Geldsumme wieder in Ludwig's Hände durch Verpfändung zurückzuspielen. Die Sache scheiterte aber — an ihrer Kostspieligkeit. Am 18. Sept. 1459 erging daher, nachdem der auf den 14ten desselben Monats angesetzt gewesene Hauptrechtstag und die für ihn bereits präparirten Spruchbriefe durch formelle Mängel vereitelt worden, auf Andringen des Markgrafen Albrecht von Brandenburg ein kaiserlicher Befehl, zum einen Theile an Bischof Johann von Eichstädt, nunmehr die Stadt dem dazu abgeordneten Reichsmarschalle Heinrich von Pappenheim zu übergeben, zum anderen Theile an Rath und Bürgerschaft Donauwörth's, dem eben

36) *Chroniken* der *schwäb.* Städte II, 220 Z. 15—17.

genannten Bevollmächtigten „huldung gelübde vnd aide zu tun.“ (*v. Lori* a. a. O. Nr. CLXXXI S. 174.) Ersteres geschah denn auch am 29ten, letzteres am 30. Sept. 1459[37]) — und von da an blieb nun bis zum J. 1606 Donauwörth eine freie Reichsstadt. Vgl. A. *Kluckhohn*, Ludwig der Reiche (Preisschrift, Nördling. 1865. 8°.) S. 79—120 mit Excursen 4, 5 S. 364—67. Dazu *Roth von Schreckenstein*, Gesch. der Reichsritterschaft Bd. II S. 65 flg.; *v. Hasselholdt-Stockheim* a. a. O. Text S. 53 — 56, 61, 78.

51 **1465**, Mai 27. Kaiser Friedrich III. bestätiget der Reichsstadt Donauwörth auf die an ihn durch ehrbare Botschaft gestellte Bitte und in wohlgefälliger Erinnerung daran, dass sich dieselbe mit grossen Opfern aus ihrem Pfandverbande gelöst und wieder dem Reiche zugewendet, auch noch immer mancherlei „drangnuss vnd beswerung“ zu erdulden habe, ihre gesammten „gnaden, fryhait, recht, gerechtigkait, hanndtvesten, brieve, privilegia, ordnung, sazung mit allen vnd jegklichen iren innhaltungen vnd begreiffungen, auch alt herkomen vnd guet gewonhaiten, wie sie die bisher gehapt vnd herbracht hat“, insonderheit aber „dise nachgeschriben stucke vnd artickle, nämlich: a) die Befugniss, in „verpundnuss“ mit anderen Reichsstädten sowie mit Fürsten und Herrn einzutreten, wann und auf wie lange sie will[38]); b) den Anspruch auf Schutz ihrer Reichsangehörigkeit durch alle Reichsstände; c) die Befreiung von ferneren Verpfändungen oder Veränderungen, indem sie vielmehr „gnediglich by iren würden, wesen vnd gerechtigkaiten behalten vnd gehandhabt werden soll“ [39]); d) die Belassung bei ihren gewöhnlichen Reichsabgaben, und zwar von 400 Pfund Heller an Stadtsteuern und 60 Pfund Heller vom Ammansamte, welche Reichnisse jedoch während eines Reichskrieges cessiren würden[40]); e) den Gebrauch des s. g. Freienzugs[41]); f) die Wahl eines Pflegers, „der auch ainen erbar vogt haben sol“, und eines Ammans[42]); g) die zum Theile räumlich genau begrenzten Gerechtsame jenes Pflegers in Ansehung des Geleites[43]), der Vergehen „vm elen, mass, gewichte“, der Jurisdiction auf dem Lande (namentlich des Halsgerichts zu Merdingen), endlich der Bestrafung in Grundruhrfällen[44]) und bei Jagdfreveln; h) das längst geregelte Verhältniss des Pflegers und seiner Vögte zum Forste, „damit die statt Werde gewidempt ist“[45]); i) die Entbindung aller Stadtbewohner in persönlichen und dinglichen Klagsachen von Ladungen an auswärtige Hof-, Land- und sonstige Gerichte[46]), wobei jedoch für den Fall, dass Jemand zur Stadtgemeinde als solcher „klag vnd spruch hete oder gewünne“, vorgeschrieben wird, dass er „darumb recht vor burgermaistern vnd kleinem rate der dreyer stet ainer, Augspurg Nürmberg oder Vlme, wellicher er welle, suchen vnd nemen sol, vnd niendert annderstwo“; k) die Unzulässigkeit einer Belastung der in den Herrschaften Höchstetten und Graisbach oder sonst auswärts gelegenen Stadtgüter mit Steuern, Schatzungen, Jägergeld und anderen Auflagen[47]); l) die allgemeine Verpflichtung der in der Stadt Gerichten und Gebieten gesessenen oder grundberechtigten Leute, mit den Donauwörthern nach deren Anschlag und nach Billigkeit „zu stewrn, dienen, vngelten, wachen, graben“, überhaupt „mitleiden zu haben“[48]); m) die Schirmgerechtigkeit der Stadt über das in ihren Ringmauern gelegene, von ihr untrennbare Heilig-Kreuz-Kloster, welches daher auch „mit des richs stewr vnd gerechtigkait vnd ander der statt notturfft nach zimlichen vnd pillichen anschlegen mitleiden sol haben“[49]); n) den ungetheilten Genuss ihres Forstes und des darin befindlichen Holzes, so dass alle dawider verliehenen oder etwa zu gewährenden Freiheiten „tod vnd ab sein“ sollen; o) die Gewalt des Rathes, allein mit Ausschluss jedes Anderen innerhalb der Stadt und Pflege zu gebieten, sowie die Anlegung neuer Schlösser, Behausungen, Wehren u. s. w. daselbst zu untersagen[50]); p) die fernere Erhebung des

37) Urk. v. 3. Febr. 1461 b. *Lünig* a. a. O. S. 420 Nr. XXVI.

38) Vgl. nr. 12 §. 1. [Nürnberg war dort noch nicht mitgenannt.]

39) Vgl. nr. 12 §. 2.

40) Vgl. nr. 12 §. 4, nr. 30 lit. b.

41) Vgl. nr. 36, auch auch unten nr. 52.

42) Vgl. nr. 30, 40.

43) Vgl. nr. 30 lit. d.

44) Vgl. Kundschaft v. 1447 bei *v. Lori* a. a. O. Nr. CLVIII S. 155, wonach der Pfleger zu Donauwörth Schiffleute von Regensburg, die zwischen ersterer Stadt und Zirgesheim „verhandleten mit grundrür, also dass sie ein schiff versenckten bis an den grund“, mit Geld gebüsst hat.

45) Vgl. nr. 12 §. 6.

46) Vgl. nr. 17, 30.

47) Vgl. nr. 18.

48) Vgl. nr. 15, 30.

49) Dagegen war das Kloster bezüglich seiner eigenen Feldproducte in der Stadt weg- und brückenzollfrei. Priv. K. Ruprecht's v. 1404 in *Monum. Boic.* XVI, 47 (Nr. XIV).

50) Vgl. nr. 35.

Ungelds im beigesetzten Betrage[51]); q) den Fortbezug der Pfund-, Markt, Pflaster- und Brückenzölle nach beigefügtem Tarife, sowie den weiteren Genuss an der Wernitzmühle, der Bleiche, den Weiden, der Frohnwage, dem Kaufhause, den Brod- und Fleischbänken[52]), dem Wettgelde und den Gerichtsgefällen, dem Hofstättengelde, den Zinsen und Gülten, den Almenden und Viehtrifften, ferner auch die Abhaltung ihrer beiden Jahrmärkte von je acht Tagen am Kreuz-Erfindungsfeste und St. Galli und ihres jeden Samstag stattfindenden Wochenmarktes; r) das Recht, im Bedürfnissfalle ihre Steuern und Zölle durch „vffschlege" zu erhöhen; s) die Unstatthaftigkeit der Auftreibung fremden Viehs auf die städtischen Wiesen ohne der Bürger Willen; t) die öfter zugesicherte Verschonung mit Verpfändungen für Kaiser und Reich[53]), sowie die Berechtigung, ihre Mauern und Gräben in Vertheidigungszustand zu setzen und auf ihrem Grunde und Boden neue Mauern, Mühlen, Gräben und Schutzwehren nach Belieben und Bedarf zu errichten; u) die Ermächtigung von Bürgermeister und Rath zur Ausübung des Blutbanns[54]); v) die Befugniss, „zu iren burgern vnd in ir burgerrecht zu empfahen vnd vfzenemen alle vnd iegklich, edl vnd vnedl, so des begern", aber auch nach freiem Ermessen Bewerbern die Aufnahme in die Gemeinde zu versagen; w) endlich die Wiederherstellung „geprochener steg und weg" an der Donau oder andern Gewässern „zu notturft des hailigen richs strassen, irer statt vnd ander"[55]). Diese und alle übrigen bisher besessenen, hiemit als „crefftig vnd mechtig" von neuem aus kaiserlicher Machtvollkommenheit confirmirten Freiheiten und Rechte soll die Stadt auch in Zukunft „gebrauchen vnd geniessen", und hiebei von jedermänniglich nach bestem Vermögen gehandhabt, geschützt und geschirmt werden, indem, wer in einem oder in mehreren Stücken dawider handeln würde, ausser schwerer Ungnade des Kaisers und Reichs noch der in den übrigen Privilegien Donauwörth's auf solche Fälle vorgesehenen Pön, und zwar vermehrt um 50 Mark löthigen Goldes, verfallen sein soll. *Lünig* a. a. O. S. 421—42 Nr. XXVII; *v. Lori* a. a. O. Nr. CXCI S. 183—86.

52 **1465**, Jun. 15. Kaiser Friedrich III. ertheilt einer vom Bürgermeister und Rathe der Stadt Donauwörth um ihrer „merklich gross schulden" wegen und bis zu deren gänzlicher Tilgung unter Aufhebung des bisherigen „freyen zugs" erlassenen „ordnung vnd saczung", nämlich dass von allen, „die sich von der stat vnd aus dem burkrecht ziehen vnd tun wellen", sowie von Erbschaften und andern Gütern, „so aus gemainer jerlichn stattstewrn wo oder an welch ende kemen", die „grosse nachstewr" zu 30 von 100 Gulden rhein., dagegen von Vermögenswerthen unter 100 Gulden der dritte Pfennig „ausgerichtet vnd bezahlt" werden solle, dass jedoch auch genannter Obrigkeit vorbehalten bleibe, „solich gemelt nachstewrn zu merern, zu myndern, die gancz oder eins teils abzutun vnd widerumb von newen anzufahen, wann vnd wie offt in solichs notturfft sein werde" — die erbetene kaiserliche Zustimmung. *Chmel*, Reg Frid. S. 430, 31 nr. 4199. (Extr.)

1470, März 13. Derselbe bestätiget den von der Stadt Donauwörth früher zum Pfleger gewählten Reichserbmarschall Rudolph von Pappenheim in seinem Amte und gibt ihm in Anerkennung seiner bisherigen guten Verwaltung der Pflege die Zusicherung, dass er in deren Besitz und Genuss, so lange er lebe, „von den egenanten von Werd vnentseczt vnd vnwiderrufft", verbleiben solle. (R.) *Chmel* a. a. O. S. 581 nr. 5955. 53

1477, Febr. 7. Derselbe erlässt an Bürgermeister, Rath und Gemeinde zu Donauwörth, da er, nachdem die Stadt von dem Hause Bayern wiederum an das Reich gekommen, nicht hinlänglich unterrichtet sei, ob noch jemand anders ausser dem Kaiser und Reiche „einich gerechtigkeit an der benanten statt habe", den Befehl, auf den Sonntag Laetare zu Mitterfasten einige aus der Bürgerschaft Mitte an den kaiserlichen Hof zu senden, welche über oben bezeichneten Punkt „gründlich vnderweisung ze tun" vermöchten, auf dass der Kaiser „ferner darinne nach sinen vnd des heiligen richs notdurfften gehandeln" könne. *v. Lori* a. a. O. Nr. CCVIII S. 206. 54

1488, März 27. Derselbe „sagt der Stadt Schwäbisch-Werd zu, dass er, wenn sie künftig wegen der Stadtsteuer und dem Ammanamtsgelde daselbst, so den Marschällen zu Bappenheim versetzt gewesen, nun hinfüro aber jährlich zu kaiserlichen Handen gereicht werden sollen, durch die gemeldten von Bappenheim oder Jemand andern angelangt würde, sie vertreten und schadlos hal- 55

51) Vgl. nr. 14, 33, 41, 48.
52) Vgl nr. 30, 34.
53) Vgl. nr. 12 §. 2, nr. 40.
54) Vgl. nr. 48.
55) Vgl. nr. 44.

ten werde.“ (R.) *Chmel* a. a. O. S. 755 nr. 8265 [56]).

56 **1495**, Oct. 13. König Maximilian I. thut dem Bürgermeister und Rathe der Stadt Donauwörth die besondere Gnade und gewährt ihnen die Freiheit: „also dass sye gemeinlich oder sonder personen, ir burger, einwoner oder die iren, einer oder mer, fürohin an kein Westvälisch gericht, wie das genant ist, nit fürgeheischen, geladen, noch daselbs beklagt, noch ichts wider sie, ir leib hab oder giether gericht, geacht, gevrteilt, procedirt noch getan werden, sondern bey den gerichten, dorin sy in freyheiten vnd ordentlich gehören, bleiben sollen.“ Jede hiegegen verstossende Gerichtshandlung wird für „gancz crafftloss, vnbündig vnd vntauglich“, sowie den Donauwörthern an Leib, Habe und Gut, desgleichen ihrer vorstehenden Exemption unschädlich erklärt, und allen Angehörigen des Reichs, darunter namentlich auch Freischöffen, ernstlich bei Reichs Ungnade und Strafe, und zwar einer Pön von 40 Mark löthigen Goldes, nach Hälften zwischen der Reichskammer und dem Rathe von Donauwörth theilbar, geboten, genannte Stadt „an diesen kuniglichen gnaden vnd freyheiten, damit sy vorberürter massen fürgesehen worden, nicht zu hindern noch zu irren.“ *Lünig* a. a. O. S. 426, 27 Nr. XXXI.

CCLXIV. Dornburg.

(Grosshzgth. Sachsen-Weimar.)

J. S. Gttl. *Schwabe*, Hist.-antiquar. Nachrichten von der ehemaligen kaiserl. Pfalzstadt Dornburg an der Saale. Aus Urkk., Chroniken und anderen zuverlässigen Quellen gesammelt und mitgetheilt, Weimar 1825. 8⁰. Vgl. auch *Ersch* und *Gruber's* Encyklopädie der Wiss. und Künste Sect. I Thl. XXVII S. 160 flg.

1431, Nov. 5. Landgraf Ludwig I. von Hessen ertheilt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Dornburg auf den Fall, dass dieselbe nachmals vermöge der zwischen Sachsen und Hessen abgeschlossenen Erbverbrüderung [1]) an letzteres Haus kommen würde, die Zusicherung, sie bei allen ihren Rechten und guten Gewohnheiten belassen zu wollen, zugleich festsetzend, wie es alsdann in Ansehung gewisser Renten- und Pfand-Verhältnisse gehalten werden solle:

„Wir Ludwich, von gottes gnaden landgraff zu Hessen, bekennen offentlichen mit disem vnserm briefe vor allen lüten, die ihn sehen oder horen lesen, als die ersamen vnd weisen lüte, ratis meister rat vnd burgere gemeynlich der statt Dornburg vns vnd vnsern erben eine rechte erbhuldigung getan han von geheisse wegen der hochgebornen fürsten, herrn Friderichs, herrn Sigmunds, herrn Heinrichs vnd herrn Wilhelms, gebrüdere, hercogen zu Sachsen, vnd herrn Friderichs ires vettern, alle landgraffen in Duringen vnd marggraffen zu Meissen, vnser liben oheimbe, daz wir denselben burgern gemeynlich geredet han vnd reden in disem briefe, wers daz sie an vns oder an vnser erben quemen, nach dem als sie vns geholdiget vud gesworen haben, daz wir sie denn bey allen iren rechten, eren, würden, allen guden gewonheiten vnd herkommen, als sie bey den obigen vnsern ohmen gesessen haben, lassen, vnd sie darbey getreulich behalten sollen vnd wollen, on intrag vnd geverde. Was auch die vorigen vnser liben ohmen von Sachsen, von Duringen vnd von Meissen an der egenanten statt vnd burgere rente verschriben oder verwyset hetten, oder sie oder ire leibes-lehns-erben noch daran verschriben oder verwysen werden, darczu sollen noch wollen wir oder vnser erben nicht greiffen noch darwider tun in deheiner wise, sonder wir sollen vnd wollen das vnverrückt halten in allermasse, als das verschriben vnd verwyset ist, abe das an vns quäme. Hetten auch die vorigen vnser ohmen von Sachsen, von Duringen vnd von Meissen die vorigen statt vnd burger gemeynlich oder irer einigen besonder versaczt, [oder wers daz] sie oder ire leibes-lehns-erben nach inen noch verseczen würden, vor die schulde, die sie kundlich erweysen möchten, des solten vnd wolten wir oder vnser erben sie gütlich abnemen vnd entledigen, abe sie nach ende der bruderschafft zuschen den obigen vnsern ohmen vnd vns an vns quämen, sonder alle geverde vnd on argelist. Des [zur] vrkunde han wir vnser ingesigel an disen brieff tun hencken. Geben vfn mantag nach aller heyligen tag nach Cristi geburt vierczehen hundert (jare) darnach in dem ein vnd dreys-

---

56) Im Anfange des Jahres trat Donauwörth auf Befehl des Kaisers dem schwäbischen Bunde bei [s. Urkk. bei *Lünig* a. a. O. S. 424—26 Nr. XXVIII—XXX], wurde aber schon am 2. Juni dess. Js. durch Privileg Friedrich's III. [R. bei *Chmel* a. a. O. S. 756 nr. 8291] gleich Augsburg von der Bundes-Theilnahme wieder entbunden.

1) Von 1373. Vgl. *Pfeffinger*, Corp. jur. publ. IV, 218 sq.

sigsten.“ *Lünig*, RArchiv Thl. IX S. 1063, 64.

Dornburg („Doreborgum?, Thorneburch, Dorrinborg. Dorenburck, Dornbork etc.“) an der Saale, bereits in der Schenkungsurkunde König Otto's I. für das quedlinburger Stift v. 20. Dez. 937 [2]) als „civitas“ d. h. befestigter Ort aufgeführt, war bis gegen das Ende des XI. Jhdts. [3]) Reichsdomäne, sowie es auch unzweifelhaft ist, dass sich daselbst ein palatium regium befunden hat [4]). Nachdem hierauf das feste Schloss sammt zugehörigem Gebiete eine Zeit lang Graf Wiprecht von Groitzsch innegehabt, treffen wir im XIII. Jhdt. Dornburg als Hohensteinisches Lehen im vasallitischen Besitze der Schenken von Tautenburg, von welchem weitverzweigten Geschlechte sich daher eine Linie „pincerne de Tutenburg et Dornburg“, später blos „pincerne de [s. in] Dornburg, schenkin von Dornhorg“, zuweilen noch mit dem Beisatze „et domini ibidem“, hie und da auch wohl nur „domini in Dornburc“ nannte [5]). Im J. 1344 überliessen jedoch diese unter Mitwirkung des Grafen Heinrich von Hohenstein als Lehensherrn Schloss und Stadt Dornburg nebst Zubehör käuflich an die Grafen von Orlamünde und von Schwarzburg. Da aber Erstere alsbald zu Gunsten der Letzteren zurücktraten, so stand die Herrschaft über Dornburg ausschliesslich dem schwarzburgischen Hause zu [6]). Dasselbe musste sich übrigens in dem die s. g. Grafenfehde (1342—1345) [7]) beendigenden weissenfelser Friedensschlusse v. 26. Juli 1345 dem Landgrafen Friedrich „dem Ernsten“ von Thüringen gegenüber zur Anerkennung der Lehensherrlichkeit desselben und seiner Erbfolger über Dornburg bequemen. „Ouch ist iz geteidinget“ — heisst es in der betreffenden Urkunde [8]) — „daz die vorgenanten von Schwarczpurg die vesten Dornburg, hus vnd stat vnd was darczu gehoret, von vns czu lehn genomen haben, vnd von vns vnd vnsern erben ewiglichen zu rechten lehn haben sullen; vnd gesche, daz sie dieselben vesten durch ir not willen verkouffen musten, so sullen sy vns dy von erst anbieten vnd sie vns auch vmb solch gelt, daz yn anders ymant darumb geben wolte, an argelist antragen; wolden wir dann der nicht kouffen, so solten wir sie denn darnach lihen, weme sy dy vorkoufft oder vorsaczt, der ir gnoze wer ader vndergnoze, vnd der sie czu lehn von vns nemen.“ Bis 1358 verblieb nun Dornburg, freilich fortwährend vom Unheile des Krieges heimgesucht und zuletzt fast verödet und wüste, bei den Grafen von Schwarzburg. In dem genannten Jahre kam aber „Dorinburg, hus vnd stat .. mit manscheftin, gerichtin, mit allin rechtin, eren, nuczin, geniessin vnd... czugehorungin“ durch einen zu Gotha abgeschlossenen Vergleich [9]) in den dauernden Besitz der Landgrafen von Thüringen, allerdings auch jetzt wieder in Folge der zahlreichen Gebietstheilungen [1382, 1411, 1415 u. s. f.] oftmals seinen Herrn wechselnd [10]). Von da an scheint das Städtchen unter der Schutzgewalt der auf dem festen Schlosse gesessenen landgräflichen Erblehensmannen gestanden zu haben. Um 1425 waren dies die Gebrüder „Sleiszen“, wie ich vermuthe: die Edlen von Schlitz. Sie genossen die besondere Gnade, „ut si dominus aut heredes ejus exigerent a territoriis suis unam precariam, quod ipsi et eorum heredes ab illa danda sint exempti“, mussten aber dafür „castrum possidere et in edificiis bene conservare et propterea domino servire cum tribus equis temporibus oportunis.“ [11]). Der in der oben mitgetheilten Urk. v. 1431 vorgesehene Fall eines Uebergangs Dornburg's in hessische Hand ist also nicht eingetreten.

Dornhan. CCLXV.

(Württemberg.)

1251. Herzog Ludwig von Teck [1]) verlautbart das in einem zwischen dem

2) *Schwabe* a. a. O. Beil. Nr. I S. 81 m. S. 2 Note 1.

3) Ueber die bezüglich ihrer Aechtheit höchst „bedenkliche“ Urk. für Sulza v. 1029 [*Schwabe* a. a. O Beil. Nr. II S. 80, 81], worin schon eines Stadtrechts Dornburg's Erwähnung geschieht, s. unten im Art. „Sulza.“

4) *Thietmari* Chronic. V, 9 [b. *Schwabe* a. a. O. Beil. Nr. IV S. 84, 85] mit Th. *Knochenhauer*, Gesch. Thüringens in der karoling. u. sächs. Zeit (1863) S. 89.

5) Vgl. *Schwabe* a. a. O. Beil. Nr. VI—VIII S. 86 flg.

6) Vgl. A. L. J. *Michelsen*, Urkundl. Ausgang der Grafschaft Orlamünde (1856) S. 16.

7) Vgl. C. *Polack*, Die Landgrafen von Thüringen zur Gesch. der Wartburg (1865) S. 328 flg.

8) Bei F. L. *Hoffmann*, Günther von Schwarzburg, erwählter römischer König (1819) Beil. S X flg. Vgl. *Michelsen* a. a. O. S. 18, 19.

9) Bei *Schwabe* a. a. O. Beil. Nr. V S. 85 flg.

10) Vgl. *Horn*, Lebens- u. Helden-Gesch. Friedrichs des Streitbaren, Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 18, 157, 222 S. 658, 772, 823.

11) Urk. v. 1425 *das.* Nr. 304 S. 900.

1) Ueber ihn (einen Sohn Herzog Konrad's) s. v. *Stälin*, Wirtemb. Gesch. II, 301.

Abte Berthold zu Alpirsbach und **dem Ritter Volmar von Brandeck** über die Gerichtsbarkeit in der „villa Dornhan" ausgebrochenen Streite durch drei benannte „viri probatae perfectionis et virtute conspicui ac senes" ertheilte Weisthum nachfolgenden Inhalts: „primo de jure, quod ad forum pertinet loci Dornheim, observando (dicimus), quod a nona hora sextae feriae usque ad horam nonam sequentis sabbathi judex et gubernator (sc. Volmarus] esse debeat hoc modo, cum talia ad sacerdotes et viros religiosos non pertineant, ut praedictis horis sedem suam judicialem, cum certus locus ab antiquo non sit assignatus, in platea fori ante domum, quamcunque velit, locet homines judicando, prout juris ordo exigit, et corrigendo homines, advenas solum, nullum habendo respectum ad homines claustri de Alperspach ibi manentes vel alibi, nisi ut verbis subsequentibus explanabimus: si vir monasterii saepe dicti in foro extra domos cum aliquo viro monasterii aut quocunque rixatus fuerit sermone malitioso aut verbis vituperii, aut sui contubernalis aut extranei sanguinem fuderit, tenendus est a memorato judice et praesentandus abbati dicti monasterii in Alpersbach vel praeposito aut alicui vices ipsorum supplenti, qui pro suae voluntatis arbitrio virum suum castigare debebit, prout videat expedire, et si commisit aliquod delictum, emendationem congruam [2]) secundum sententiam dictatam pro jure sumat, [et quidem pro eo] [3]) quod a vulgo dicitur vnrechte, tres solidos, et pro eo, quod dicitur freveli, quinque solidos, quibus solutis nihil aliud cum eo agere potest in aliquo aut debebit. Quod si Volmarus aut alter infeodatus quid pro utilitate fori Dornheim agere decreverit in rebus jurisdictionalibus, scilicet in pane et vino, frumento, sale et carnibus, convocare tenetur conversum [5]) aut monachum, curiae Dornheim tunc procuratorem, ut illius consilio et auxilio cuncta fiant et provide decernantur. Transactis quippe horis supradictis per alios hebdomadae dies nec in domo nec in foro nec in curia aut aliis quibuscunque villae locis quid in majori vel minori totiens dicto viro est judicandum aut agendum, sed relinquitur abbati et illi vel alteri, quem ipse loco sui constituerit, jure debito in parte qualibet terminandum." Chr. *Besold*, Documenta rediviva monasteriorum praec. in ducatu Wirtemberg. sit. (Tubing. 1636. 4°.) p. 252 sq.; *Reyscher*, Samml. altwürttembergischer Statutar-Rechte Nr. II, 3 S. 30—32. Correcter in J. *Grimm's* Weisth. Thl. I S. 370 — 72. Vgl. M. *Gerbert*, Hist. Nigrae Silvae Tom. II p. 67.

1408, Dez. 1. Der „schulthais vnd die rihter gemainlich der statt ze Dornhain verkunden vnd offnen irem gnedigen herrn, hern Hainrich apt cze Alperspach, sins gotzhus reht vnd gewonhait" in den dazu gehörigen Ortschaften und insbesondere in der Stadt Dornhan, in Beziehung auf letztere namentlich hervorhebend: „Cze Dornhain so hatt ain apt ain fry hus [6]) vnd hoffe vnd sin mülina cze Tal vnd hette dar inne nieman anders, denne er, cze gebyetten noch verbyetten, vnd in den drin mülinen cze Tal so sont die von Dornhain durch reht maln, in weler sy went vnder den drin, vnd sol sü nieman czwingen, än alle gevärde. Dornhain ist ouch gefryet vnd hät alle die reht als **Oberndorf** [7]), vnd sol das dem gotzhus cze Alperspach noch ainem apt kain schad sin, wan das gotzhus sol cze Dornhain allü die reht hän an ampten vnd an allen dingen, als ob es ain dorf wäre; wen es sol ain apt cze Dornhain czwinge vnd benne besetzzen vnd sol rihten, als von alter her komen ist, vnd sol ainen hainburgen [8]) setzzen vnd ainen hirten mit rät, vnd sol im der hirt ain viertall [9]) wins gen. Er sol ouch ainen banwarten [10]) setzzen; der [11]) sol ouch das mesnertun besetzzen mit rät, vnd sol im der mesener schenken ein frysching [12]) oder czwölf schilling Tüwinger, vnd wer cze Dornhain win schenkt, lützel oder vil, der sol aim apt oder sinen botten cze sant Martins tag ze täfer [13]) ain mäs wins gen [vff das hus, vnd vindet er niemen daruff, so sol er in hinder den ofen schütten] [14]). Ain apte sol ze Dornhain vf dem widemehoff [15]) oder vff sinem hoff ain swaigrint vnd ain vaselswin [16]) hän; 2

2) *Edd.* delictum emendatione congruum.
3) Diese Worte dürften zu ergänzen sein.
4) Ueber die Ausscheidung von Unrecht und Frevel s. *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 200.
5) Novize.

6) „Domus habitacionis, dicta das stainhus" (Weisth. v. 1417).
7) Stadt am Neckar und Oberamtssitz. S. unten *diesen Art.*
8) Vgl. oben S. 406 Note 4.
9) Etwa 4 Mass.
10) Grenz-, Holz- und Feldaufseher (Flurschütz).
11) D. h. der Abt.
12) Ein Ferkel oder Lamm.
13) Als Reichniss oder Abgabe vom Weinschank. *Benecke-Müller*, Mittelhochdtsch. Wörterb. III, 19[a].
14) Zusatz des Weisth. v. 1417.
15) Der zum Pfarrgute gehörige Hof.
16) Zuchtrind [über „sweige" d. h. Viehhof vgl. *v. Maurer*, Fronhöfe II, 451] und Zuchtschwein.

vnd wenne da dem gotzhus ein sun wirt geborn, dem sol ain apt oder sin pfleger ain fuder buchinsholtz gen an dem nechsten, vnd ainer tohter ain tennins ouch an dem nehsten" [17]). Wiederholt auf dem dornhaner Jahrgedinge v. 12 Nov. 1417, und nun nach den beiden in das s. g. Vogtbuch eingetragenen urkundlichen Ausfertigungen abgedruckt b. *Reyscher* a. a. O. nr. 5 S. 34—42 (bes. S. 36) und J. *Grimm* a. a. O. S. 372—80 (bes. S. 373, 74).

3 Bemerkenswerth sind ausserdem noch die Extracte aus dem alpirsbacher Lagerbuche v. 1488, Zehenten und andere Gerechtigkeiten zu Dornhan betreffend (*Besold* l. c. p. 275 sq., *Reyscher* a. a. O. S. 43, 44), worin sich u. a. in Ansehung des Besthaupts und der abteilichen Jurisdiction die Notiz findet: „so hät ouch das gotzhus Allerspach die gerechtigkeit zu Dornheim, welcher man zue Dornheim stirbt, davon gehört dem gotzhuss der best val, er sye mit dem lib welchs er well, frembd oder heimisch, vnd hät sunst niemend da zu fallent, dann das gotzhuss. Item ein abbt zue Allperspach hout ouch zue richten vber erb vnd eigen, vber alle güeter ligenden vnd farenden, vnd vmb schulden."

Dornhan [„Turnheim, Dorinheim, Dornhain etc."], schon im VIII. Jhdt. urkundlich bekannt [18]), und in dem zur Bertholdsbaar gehörigen Nagoldgaue sowie im Gerichtssprengel der Grafen von Tübingen (1048) [19]), nachher der Grafen von Sulz [20]) gelegen, scheint im XIII. Jhdt. den Edlen von Wartenberg (begütert bei Möringen in der Baar) eigenthümlich gewesen zu sein, von welchen es die ganz nahe bei Dornhan gesessenen Ritter von Brandeck („Brandech, Brandekke") zu Lehen hatten. Daneben besass aber das Benedictinerstift Alpirsbach [21]) in Folge einer Schenkung seiner Gründer (1099) viele „praedia et mancipia" [22]), daher auch einen ansehnlichen Fron- oder Dinghof im Dorfe, so dass die Herrschaft über dasselbe in Wahrheit eine gemischte geistlich-weltliche war und fortwährend geblieben ist. Denn auch, nachdem Dornhan an das Teck'sche Haus, welchem die Schirmvogtei über das Kloster von jeher zustand, gekommen und darauf durch Herzog Ludwig [des oben nr. 1 Erwähnten Sohn, † 1282] im J. 1271 zur Stadt erhoben worden, erhielt sich die alpirsbacher Pflege allda fort, wie denn auch das spätere Wappen der Bürgergemeinde neben den drei Hirschgeweihen Württemberg's, an welches schon zu Anfang des XV. Jhdts. Dornhan sammt anderen Teck'schen Besitzungen übergegangen sein dürfte, den schwarzen Abtsstab in weissem Felde zeigt. Vgl. *Sattler's* Histor. Beschreibung des Hzgths. Würtemberg Thl. II S. 85, 86.

17) Vgl. J. *Grimm's* RAlterth. S. 403 flg.

18) Nicht zu verwechseln mit den ebenfalls uralten „villae Dornheim" bei Mannheim (schon im XIII. Jhdt. untergegangen) und bei Darmstadt.

19) *Schmid*, Gesch. der Pfalzgrafen von Tübingen S. 26, 27.

20) *v. Stälin* a. a. O II, 422, 24.

21) Ueber dasselbe vgl. *v. Stälin* a. a. O. S. 709 flg.

22) Urk. b. *Reyscher* a. a. O. nr. 1 S. 26 flg. u. im *Wirtemb.* UBuche I, 315 flg.

Dornstetten. CCLXVI.

(Württemberg.)

1278, Aug. 19. König Rudolph I. 1
bestätigt dem Grafen Heinrich von [Urach-] Fürstenberg die seinen gesammten Städten, darunter Dornstetten, aus der Zeit seiner Vorfahren her zustehende „libertas seu immunitas, quod nemo civium oppidorum praedictorum utriusque sexus extra oppidum suum potuit vel debuit coram judice aliquo extraneo conveniri", indem er strenge verbietet: „ne quis civium oppidorum praedictorum coram alio quo, quam oppidi in quo residet judice, sive realis sive personalis sive alia quaecunque contra ipsum actio intentetur, stare judicio compellatur; sed si quis contra ipsos cives vel eorum aliquem habuerit actionem, illum coram judice vel schulteto oppidi ejusdem juris ordine prosequatur." *Schöpflin*, Hist. Zaringo-Badens. Tom. V Nr. CLXI p. 269, 70. [Excerpt.]

1415, Febr. 7. Graf Eberhard V. 2
(„der Friedfertige") von Württemberg erlässt den Bewohnern von Dornstetten wegen erlittenen Brandunglücks auf 20 Jahre alle Steuern und auf 25 Jahre die Schatzung, und gestattet denselben auch für alle Zeiten einen freien Wegzug.

„Wir Eberhart grave zu Wirtemberg tun kunt menglich mit disem brieff für vns vnd vnser erben, wenn vnser lieb getruwen, die von Dornstetten, gar schädlich vnd swärlich verbrunnen sind, vmb das sy denn wider gebuwen vnd da sedelhaft wesen vnd dester bas by einander beliben mügen, so haben wir denselben von Dornstetten, richen vnd armen, vnd allen iren nachkomen solich gnad getan vnd tuen in die wissentlich

in kraft diss brieffs, also das sie vns noch vnsern erben in disen nechstkünfftigen zwaintzig jaren dehein stur nit geben sullen, dann wir in die die vorgeschriben jar gentzlich abgelausen haben. Wir ensullen sy ouch in disen nechstkunfftigen funf vnd zwaintzig jaren nach datum diss brieffs nit schätzen, vnd sagen sie ouch die vorgeschriben jar gentzlich aller schatzung fry, doch also, das alle die, so ze Dornstetten sich hüslich vnd heblich setzent vnd da zymernt ire huser vnd gesess, als sie vor gehabt hand vngeverlich, die sullent die vorgeschriben fryung haben vnd der geniessen; welche aber des nit tetten noch tune woltent, dieselbe noch ire guter gienge die fryung nit an vnd solten ouch der nit geniessen. Die vorgeschriben von Dornstetten vnd all ir nachkomen sullen ouch ewencklich vnd allezyt einen fryen abzog han one vnser, vnser erben vnd aller menglichs von vnser wegen irrung hindernusse vnd widersprechen, alles one arglist vnd geverde. Des zu warem vrkund geben wir in disen brieff versigelt mit vnserm eygen anhangenden insigel, der geben ist zu Stuttgarten an donrstag nach vnser liben frowen tag liechtmesse anno domini MCCCC°. decimo quinto." *Sattler*, Gesch. des Hzgths. Würtenberg unter der Regierung der Graven Bd. III Beyl. Nr. 37 S. 72.

Dornstetten, schon in Urkunden des VIII. Jhdts. als „Tornestat, Tornegestat" erwähnt, seit dem X. Jhdt. bambergisches Bisthums-Lehen, erscheint nach dem Aussterben des Zäringer Mannsstammes seit 1266 im Besitze der Grafen von Urach-Fürstenberg, welche daselbst einen „advocatus" [1]) aufgestellt hatten. Von letzteren kam der inzwischen zur Stadt erhobene Ort durch Heirath an Johann von Geroldseck, durch diesen im Verpfändungswege (1308) an das gräfliche Haus Hohenberg, endlich von da im J. 1320 an den Grafen Eberhard III. („den Erlauchten") von Württemberg, welcher auch 1323 die Belehnung vom Bischofe von Bamberg empfing. Vgl. *Sattler's* Histor. Beschreibung des Hzgths. Würtemberg Thl. I S. 182, 83 und besonders *v. Stälin* in der Beschreibung des Oberamts Freudenstadt [Beschr. des K. Württemberg Heft XXXVIII, Stuttg. 1858. 8°.] S. 218—22.

An der Spitze der Bürgergemeinde zu Dornstetten finden wir bereits 1258 einen „scultetus", und bis zum Schlusse des Mittelalters bildeten auch Schultheiss und Richter, neben welchen seit 1491 noch ein Stadtschreiber hervortritt [2]), die oberste Stadtbehörde. Erst seit dem Anfange des XVI. Jhdts. (1504) nimmt die Stelle des Schultheissen ein Bürgermeister ein [3]). Uebrigens zählte Dornstetten zu den s. g. Waldgedingsorten, und zwar, wie es scheint, als Vorort der Genossenschaft; denn nach dem „die verkhündigung des waldgedings" überschriebenen Weisthume v. 1456 (?) b. J. *Grimm*, Weisth. Thl. I S. 380—85 ist es der Amtmann von Dornstetten, welcher im Waldgerichte „inn der Ahe" zweimal des Jahrs „zue gericht sitzen" und welchem die aus den sieben zugehörigen Dörfern und Weilern „gezogenen zwölff richter gehorsammb sin" sollen, sowie auch den Bürgern zu Dornstetten bei feindlichen Ueberfällen und Raubangriffen sowohl, als wenn sie „jhr schloss bessern wölten mit zunen", ein Anspruch auf bewaffneten Zuzug der „armmen lütt vss den dörffern zu der statt baner" und auf Beihülfe derselben im „zunen" eingeräumt wird. Desgleichen pflegten Urthelsbriefe des Waldgerichts unter dem Stadtsiegel von Dornstetten ausgefertigt zu werden [4]). Vgl. *v. Stälin* a. a. O. S. 119—21.

Endlich seinen Rechtszug nahm Dornstetten zunächst nach Tübingen, mittelbar nach Freiburg im Breisgaue. *v. Stälin* a. a. O. S. 222.

Dorsten. CCLXVII.

(Preussen, Westfalen.)

Jul. *Evelt*, Beiträge zur Geschichte der Stadt Dorsten und ihrer Nachbarschaft, II. Abthl. [aus der Zeitschr. f. vaterländ. Gesch. und Alterthumskunde Bd. XXIII, XXIV oder dritter Folge Bd. III. S. 1—94, Bd. IV S. 87—196 besonders abgedruckt]*), Münster 1863, 64. 8°. Vgl. auch J. C. H. *Rive*, Beiträge zur Dtsch. Rechtsgeschichte und zum Dtsch. Privatrecht Thl. I (1827) S. 241 flg. 401 flg.

1251, Mai 24. Erzbischof Konrad von Cöln, mit dem Gedanken umgehend, sein Dorf Dorsten zu befestigen und dessen Bewohner mit besonderen (städtischen) Freiheiten zu begnaden, wozu er bereits die Einwilligung des Grafen Dietrich VI. von 1

1) *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins III, 208.

2) *Mone* a. a. O. XVII, 340.
3) *Mone* a. a. O. VIII, 214.
4) *Mone* a. a. O. XVI, 214, 215.
*) Ich citire nach dem Separat-Abdrucke, füge aber bei Abthl. II die Seitenzahlen der Zeitschrift in Klammern bei.

Cleve und seines gleichnamigen zweiten Sohnes (und Regierungsnachfolgers) erlangt hatte, bekennt, um etwa künftig hieraus erwachsenden Anständen und Streitigkeiten mit Letzteren oder deren Erben vorzubeugen, urkundlich, welche Gerechtsame dieselben in der neuen Stadt geniessen sollten, und zwar a) in Bezug auf Gemeinde-Abgaben, b) bei Ausbruch von Fehden, c) in Ansehung der Heranziehung ihrer Eigenleute und Unterthanen, sowie der Verwendung des Holzes in ihren Waldungen zum Befestigungsbaue:

„Conradus, dei gratia s. ecclesie Coloniensis archiepiscopus, sacri Romani imperii per Italiam archicancellarius, notum facimus universis tam presentibus quam futuris, quod cum nos villam nostram Durstine de fidelium nostrorum consilio duxerimus muniendam, inhabitantibus ipsum locum data specialis quadam gratia libertatis, cui quidem libertationi nobilium nostrorum Theoderici comitis Clivensis et ejus nati senioris Theoderici consensus accessit, ne in posterum inter nos dictumque comitem vel ejus heredes super his, que in dicta munitione sui et nostri juris existant, dubitari contigerit sive altercationis materiam suboriri, presentis scripti serie recognoscimus et fatemur, ipsum comitem Clivensem, qui est vel qui pro tempore fuerit, annuatim unam in ipsa munitione marcam obtinere debere in festo b. Michaelis eidem solvendam, nec ipsum amplius quid ibidem recipere et extorquere debere. Ceterum si, quod absit, inter nos nostramque ecclesiam ex una parte et dictum comitem ex altera alicujus guerre materiam suboriri contigerit, oppidani ibidem nec uni parti nec alii prestabunt auxilium seu juvamen, sed se in sua bona pace tenebunt et quiete, nec in ipsum oppidum armatos aliquos ad nocendum ipsi comiti guerra ipsa durante destinabimus aliunde. Si vero contra alios quam nos ipse comes guerram vel aliquam habuerit questionem, ipse de eodem oppido contra tales libere se juvare [1]), suis quidem expensis et absque inhabitantium penitus lesione seu damno [2]). Mancipia vero ipsius comitis et homines ad ipsius vel suorum castrensium vel ministerialium advocatias specialiter pertinentes per nostros judices non cogentur, neque per jus neque per potentiam, ad fodiendum fossata ipsius oppidi vel alia facienda, que necessitas hujusmodi munitionis exposcit, nisi ea sponte facere voluerint et libenter; neç nemora seu indagines memorati comitis aut suorum ministerialium vel castrensium prefatorum absque beneplacito ipsorum voluntatis ad opus munitionis ejusdem aliquatenus succidentur. (Testes.) In cujus rei testimonium presentes litteras nostro et capituli nostri sigillis fecimus communiri. Datum Colonie IX. [3]) Kal. Junii anno d. M. CC. LI." *Rive* a. a. O. Anlage XIV S. 404, 5; *Lacomblet*, UB. Bd. II Nr. 370 S. 196, 97.

1251, Jun. 1. Derselbe erklärt, dass 2
durch die im Interesse seines Erzstiftes geschehene Verleihung des Ummauerungsrechts und anderer Stadtfreiheiten an das zum Eigenthume der Kirche von Xanten gehörige Dorf Dorsten jene keinerlei Verletzung in ihren Gerechtigkeiten und Einkünften daselbst erleiden, ihr auch ebensowenig aus der in der Urk. nr. 1 enthaltenen Vereinbarung des Erzbischofs mit dem Grafen von Cleve irgend welche Nachtheile erwachsen sollten — : „Quapropter scire volumus tam presentes quam futuros, quod villam Durstine, que est allodium ecclesie Xantensis, pro honore et utilitate ecclesie Coloniensis concedimus muniri, et inhabitantibus ejus municipiorum libertatem donamus, salvo tamen per omnia in ipso oppido et oppidanis jure Xantensis ecclesie et salvis sibi suis reditibus, cujus lesionem in hac parte nullatenus intendimus; per compositionem vero cum comite Clivensi factam, prout in scripto super hoc confecto continetur, volumus nec videmus aliquod prejudicium ecclesie Xantensi generari ..... Datum anno d. M. CC. LI. kal. Junii" [4]). *Rive* a. a. O. Anlage XXXIV S. 445, 46; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 373 S. 197, 98; *Evelt* a. a. O. Abthl. I S. 90, 91 Note 168.

Dorsten verdankt seinen Ursprung dem alten Reichshofe gleichen Namens („curtis Durstine"), welcher sich im XII. Jhdt. im Besitze der Grafen von Recklinghausen befunden hatte, bald nach 1166 aber durch die freigebige Hand des letzten Abkömmlings dieses angesehenen Geschlechts, der Gräfin Enriga oder Embza, Wittwe Graf Otto's von Ravensberg, testamentarisch dem Capitel der St. Victors-Kirche zu Xanten [5]) zugewendet worden ist. Auf

1) Vielleicht: juvabit.

2) Die clever Grafen-Chronik [b. *Seibertz*, Quellen der westfäl. Gesch. II, 199] gibt diesen Theil des Uebereinkommens EB. Konrad's mit dem Grafen Dietrich, wie folgt, an: „quodsi inter Clivenses et Colonienses guerrae et bella quandoque nascerentur, utrisque conclusa esset civitas; sed altero illorum cum alio principe belligerante, mox ipsi bellatori reseraretur."

3) *Rive*: „IV. Kalend. juny."

4) *Rive*: „pridie Kalend. juny."

5) Ueber diese s. G. v. *Velsen*, Die Stadt Cleve S. 341 flg.

dem zur „curia dominorum Xantensium" gehörigen Grunde und Boden war nun allmälig die „villa Dursten" entstanden, daher gewiss unbestreitbares Allod des genannten Stiftes, welchem sonach auch die Jurisdiction daselbst gebührte. Allein schon im beginnenden XIII. Jhdt. erhoben sich über diesen Punkt Differenzen mit dem Erzbischofe von Cöln als Landesherrn, und führten zu umfassenden Zeugenvernehmungen, deren Ergebnisse ein Rotulus v. 23. Juni 1228 [6]) zusammenstellt. Aus demselben ersieht man aber, dass in Dorsten bis auf Engelbert's I. Zeiten das xantener Capitel die gesammte, also auch peinliche Gerichtsbarkeit (z. B. über Diebe — „de furibus curia in Dursten judicat; Arnoldus miles tempore suae villicationis fures novem et amplius fecit suspendi") ausgeübt hatte — „excepto judicio, quod cum clamore fit wapen jow, quod pertinet ad judicem episcopi in Reklinghuisen, et excepto quod a vespera vigiliae assumptionis usque a vesperam sequentis diei idem judex episcopi in Recklinghuisen de omnibus questionibus debeat judicare"; dass jedoch der besagte Erzbischof, vielleicht wegen der Uebergriffe, welcher sich einzelne villici schuldig gemacht, die Aburtheilung schwerer Straffälle („quae dicuntur hogen richt") an sich gezogen und erst später der Kirche von Xanten zurückgegeben habe.

Als nun Konrad von Hochstaden den cölner Stuhl bestiegen, fasste er den Entschluss, Dorsten in eine Stadt umzuwandeln. Behufs der Realisirung dieses Plans galt es zuvörderst, einerseits die Besorgnisse des xantener Capitels wegen etwaiger Verkürzung seiner Eigenthumsrechte zu beschwichtigen, und andererseits den aus der altangestammten Schirmvogtei über den dorstener Hof abgeleiteten Gerechtsamen (z. B. Ansprüchen auf „vaightbeden") der Grafen von Cleve [7]), welche sich im Verlaufe der Zeit zu einer Art von Mitherrschaft über den Ort erweitert haben mochten [8]), Rechnung zu tragen. Das Collegiatstift von Xanten war leicht zufrieden gestellt, nachdem ihm eine vollständige Wahrung seiner Rechte und Nutzungen in der neuen Stadt urkundlich (nr. 2) garantirt worden. Und dass diese Zusicherung auch in Erfüllung ging, beweist ein jüngerer Zusatz zum oben angeführten Zeugen-Rotul [9]), worin es heisst: „Notandum, civitatem Durstensem fuisse quondam villam seu curtim, ad collegium Xantense pertinuisse et in civitatem anno 1251 per Conradum archiepiscopum Colon. erectam, salvo tamen jure capituli Xantensis; hinc venit, ut aedes plurimae civitatis in ipso fundo capituli aedificatae pro recognitione annua [l. annuum] censum publice in foro certo die (scilicet festo assumptionis) ejusdem hofschulteto solvere teneantur. Quando decanus Xantensis Durstenam veniens ibidem(que) pernoctavit, solebat et debebat consul civitatis ipsi claves portarum custodiendas tradere" [10]). Was dagegen die clevischen Grafen betrifft, so scheinen mit ihnen die Verhandlungen wegen Dorsten's bereits im ersten Jahrzehent von Konrad's Regierung begonnen zu haben, da der in der Urk. nr. 1 skizzirte Vergleich höchst wahrscheinlich schon vier Jahre vorher zu Stande gekommen war. Denn in einer alten Archival-Aufzeichnung [11]) begegnet die Bemerkung: „Anno Mccxxxvii concessit Theodoricus VI. comes Clivensis archiepiscopo Conrado, ut muniret arma in opido Dürsten", wo jedoch unfehlbar: Mccxxxxvii zu verbessern ist, weil Konrad von Hochstaden erst 1238 zum Erzbischofe gewählt ward und Graf Dietrich VI. (senior) zum Erstenmale in einer Urk. v. 8. Juni 1247 als Regent auftritt [12]). Später wussten übrigens die Grafen, welchen überhaupt die Befestigung Dorsten's ein Aergerniss gewesen sein mag, einen Grund zu Feindseligkeiten wider die Stadt aufzufinden. Unter dem Vorwande, dass letztere die Vergleichs-Bedingungen v. 1251 (1247) verletzt habe, überfiel Graf Dietrich VII. während des Krieges zwischen Erzbischof Wicbold und König Albrecht I. im J. 1301 Dorsten und zwang die Bürgergemeinde zur Unterwerfung und Huldigung. Die Folge hievon war dann die nachstehende Erklärung: 3

1301, Aug. 25. „Magistri burgenses, scabini totaque universitas opidi Durstensis" versprechen, die feierlich zugesicherte Treue dem Grafen Dietrich von Cleve und allen seinen gesetzmässigen Erben un-

6) Bei *Rive* a. a. O. Anlage XXXV S 446—48.

7) Cölner Lehenregister saec. XIV.: „Comes Clevensis tenet ab ecclesia Coloniensi advocatiam Xantensem majorem et minorem." *Lacomblet's* Archiv f. d. Gesch. des Niederrheins IV, 389.

8) Clever Grafen-Chronik a. a. O.: „Theodoricus Cliviae comes Conrado de Hoesteden Colon. archiep. annuit, quod Dorstense castellum, uti (ubi) commune et indivisum jus habebant, e villa in civitatem erigere queat."

9) Bei *Rive* a. a. O. S. 448, 49.

10) Die dorstener Hof-Rechte („jura curtis de Dursten") erfuhren 1401 und 1415 neuerliche Aufzeichnungen. Erstere b. *Rive* a. a. O. Anlage XXXVI S. 449 flg und in *Grimm's* Weisth. III, 163 flg.; letztere b. *Rive* a. a. O. Anlage XXXVIII S. 458 flg.

11) Bei *Rive* a. a. O. Anlage XI S. 399 Abs. 5.

12) *Lacomblet*, UB. Bd. II S. XXXII.

veränderlich bewahren zu wollen, dabei zugleich sein Recht anerkennend, „quod statum firmitatis dicti opidi firmiorem vel debiliorem facere poterit pro sue libito voluntatis.“ Würde ein Stadtbewohner hiegegen oder sonst gegen die Friedenssatzungen sich verfehlen — „illum pro coopidano nostro non habebimus nec commune aliquid cum eodem.“ Endlich auf den Fall, dass die Stadt in einen derartigen Verdacht bei dem Grafen kommen sollte, wird „expurgatio per corporale magistrorum burgensium et scabinorum sepedicti opidi juramentum, nisi rei evidentia vel facti notitia dictaverit aliud faciendum“, zugesagt. *Rive* a. a. O. Anlage XV. S. 405, 6; *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 13 S. 9; *Evelt* a. a. O. Abthl. II S. 5 [89] Note 4.

Dass bei jenem Ueberfalle Dorsten seine Befestigungswerke eingebüsst und auch ausserdem an seinen Gebäuden erheblichen Schaden erlitten habe[13]), bezeugt die nachfolgende Urkunde, worin

4 **1306**, Jun. 4. König Albrecht I. allermänniglich zu wissen thut: „quod nos venerabilem Henricum Coloniensem archiepiscopum . . . speciali favore et gratia prosequentes, sibi concedimus et indulgemus eidem, ut castra et munitiones ecclesie sue, videlicet Leggenich, Rodenberg et Durstene reedificare valeat et munire, prohibitione seu inhibitione tempore guerrarum de non reedificandis eisdem castris olim Wicboldo, archiepiscopo Coloniensi, predecessori suo, facta aliqua non obstante.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 41 S. 30; *Evelt* a. a. O. S. 12 [96] Note 19 mit S. 6 [90].

Aus der ferneren Geschichte Dorsten's bis zum Ende des Mittelalters sind nur noch als bedeutsame Momente hier hervorzuheben: a) seine Theilnahme an den grossen westfälischen Landfriedens-Einigungen v. 1326 und 1345[14]); b) seine blutige Fehde mit den münsterischen Edelleuten, namentlich den Herrn von Merveld, beendiget durch einen glänzenden Sieg der Bürger am 23. Dez. 1382, dem von da an festlich begangenen s. g. „stryt vyrdage“[15]); endlich c) seine Verpfändungen durch Erzbischof Dietrich II. von Cöln, und zwar zuerst an Gerhard von Cleve, Grafen zur Mark, auf dessen Lebenszeit (†1463), jedoch schon viel eher wieder gelöst[16]); dann an Herrn Johann von Ghemen im J. 1445, dessen Erbfolger auch im fraglichen Pfandrechte die Grafen von Schauenburg gewesen sind[17]). Dieser letztere Pfandnexus währte bis in die Mitte des XVI. Jhdts. hinein, ohne aber der politischen Bedeutung Dorsten's als cölnischer Territorialstadt, z. B. seiner Betheiligung an wichtigeren Verträgen und Bündnissen des Erzstifts[18]), im mindesten zu schaden. Uebrigens bildete Dorsten fortwährend einen Bestandtheil des an der Lippe gelegenen „Vests Recklinghausen“, einer kleinen nach seiner Hauptstadt benannten Herrschaft unter eigenen erzbischöflichen Statthaltern[19]).

Ausser den wenigen bisher betrachteten Urkunden besitzt Dorsten auch noch einen im hohen Grade beachtenswerthen „**Liber Statutorum Opidi Dursten**“ [Pergamenthandschrift auf dem städtischen Archive]. Derselbe, im J. 1432 angelegt, trägt zum einen Theile ganz den Charakter eines s. g. Stadtbuchs an sich, indem darin nach einem Register der „redditus et pensiones annuales opidi Durstensis“ in bunter Mischung „Notizen über Käufe und Verkäufe, bei denen die Stadt betheiligt war, desgleichen über einzelne wichtige Ereignisse, welche dieselbe betrafen, aus den späteren Zeiten Verzeichnisse von städtischen Beamten“ u. dgl. m. begegnen. *Evelt* a. a. O. Abthl. II S. 27—29 [111—13].

In seinem anderen Theile stellt sich aber der Liber stat., entsprechend seinem Titel, als ein wahres Willküren- oder Statutenbuch dar. Von diesem hat nun H. A. *Erhard* in der Ztschr. f. vaterländ. Gesch. u. Alterthumskunde Bd. VII (Münster 1844. 8°.) Nr. V S. 172—231 alle wichtigeren Stücke edirt, sowie *Evelt* a. a. O. S. 29—50 [113—34] eine geordnete Inhaltsübersicht in Gestalt eines Umrisses der „Verfassung und Verwaltung der Stadt“ im späteren Mittelalter gegeben.

Es zerfällt übrigens der zweite Haupttheil wieder in VI Collectionen oder Unterabtheilungen, deren jede ein für sich bestehendes Ganzes, gleichsam ein selbständiges Satzungsbuch bildet. Die drei ersten mögen noch im XV. Jhdt. dem Liber stat. einverleibt worden sein, die drei übrigen erst im XVI. Jhdt., wiewohl den Inhalt der

13) Die clever Grafen-Chronik a. a. O. führt nach den in Note 2 alleg. Worten fort: „Verum quia haec conditio de post servata non extitit, idcirco comes Clivensis XXVtus Dorstenses armis compulit, ut muris dejectis et propugnaculis villae speciem resumerent, anno 1311 [l. 1301].“

14) Vgl. *Evelt* a. a. O. II, 13—16 [97—100].

15) Vgl. *Evelt* a. a. O. S. 17—22 [101—6].

16) Vgl. *Evelt* a. a. O. S. 22 [106].

17) Vgl. *Evelt* a. a. O. S. 25, 26 [109, 10].

18) S. Urk. v. 1467 b. *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 334 S. 417.

19) *Berghaus*, Deutschland vor hundert Jahren I, 155.

Coll. IV und V fast durchgehends Statute aus dem XV. Jhdt., in Coll. IV meistens Wiederholungen aus Coll. I—III, ausmachen, und unfehlbar auch manche undatirte Willküren der Coll. VI, wie z. B. jene über erbrechtliche Gegenstände (s. unten), noch dem XV. Jhdt. zugewiesen werden dürfen.

Was nun die im Liber stat. enthaltenen Statute im Einzelnen angeht, so sind von denselben besonders auszuzeichnen:

A. Die Raths- und Aemterwahl-Ordnungen v. 1400 [Coll. IV S. 197—200] und v. 1407 [Coll. II S. 183—88] nebst einem darauf bezüglichen Statute ohne Datum in Coll. V S. 219—21. Nach diesen Grundgesetzen der gemeindlichen Verfassung Dorsten's standen an der Spitze der Stadt als deren Verwaltungs- und Gerichtsbehörde zwei Bürgermeister, zwölf Schöffen, zwei [hierunter mitbegriffene] Rentemeister und zwei Kämmerlinge — sämmtlich auf Zeitdauer eines Jahres am Tage St. Johannes des Evangelisten (27. Dezemb.) durch die Gildemeister, deren jede der sieben Gilden zwei hatte, aus der Gemeinde gewählt. Diese Personen formirten den städtischen Rath im weiteren Sinne, während derselbe im engeren Sinne nur die zwei Bürgermeister und zwölff Schöffen umfasste, „dey Dursten bynnen vnde buten, dar des to doene is, reygheren vnde besorgen sollen vnde rueden na alle eren vyff synnen“, dafür aber auch „er alde loen, dat is eren schenkewyn, borghergelt, seghelghelt“ u. s. w., die Bürgermeister insbesondere „twe schilde“ [20]) nebst gewissen Nutzungen z. B. von „steynhues [21]), waghen, teynden, gharven, vyscheryen“ empfingen. Die Rentemeister hatten vornehmlich das Bauwesen über sich, „dey muren vnde tymmer to beteren, dey boeme vnd lantwere to verrichten“, die Kämmerlinge dagegen mussten „entfanghen vnde vpboren al ghelt, gud, molen, renthen, pechten, gulde, schulde, tyns, verval vnde vpkomynghe, war dat Dursten dat hevet oft hyr namaels krygen mach“, und waren gehalten, jährlich acht Tage vor Weihnachten vor dem Rathe, verstärkt durch sieben Gildemeister, „rekenschapp to doen vyt den boeken.“ Beide Aemter warfen eine kleine Besoldung, ersteres zu einem „alden schilt“, letzteres von 21 Schillingen [22]) ab. Es begann übrigens die Amtsthätigkeit des neuen Rathes, dessen Beeidigung am 28. Dezemb. zu erfolgen pflegte, immer erst nach seiner feierlichen Einführung in die Bürgerversammlung am Dienstage nach Epiphania, worüber uns der Liber stat. [Coll. V S. 214, 15] nachfolgende undatirte, höchst charakteristische Satzung aufbewahrt hat:

„In nomine domini Amen. To wettene so als men alle jair des neesten dinxstaigz na der hilligen dre koninge plecht all vnsen burgeren to lesen vnser stad statuten, vp dat sich eyn yder vor den brocke moge bewaren, so oick ist van noden, dat men in der sulven wecken sich burgemeistere ind raid laten lesen gewonten inde gerechticheyt dusser staidz ind regimentz, wante *Johannes Gerson* [23]) Cancellarius Parisiensis scrifft: „Quod catholicus christianus, cujuscunque „dignitatis, gradus, ordinis, status, praeeminentiae fuerit, tenetur exactam facere diligentiam ad sciendum et effectui mancipandum ea, quae suum ordinem, statum, officium et vitam respiciunt et concernunt, quia „talium nescientia imputabitur eis in damnationem et ruinam, et quod burgimagistri et „scabini primo et principaliter tenentur ad „quatuor, scilicet peccantes corrigere, sibi „subditis judicium et justitiam facere, pupillos viduas miserabilesque personas protegere, nec quemquam injustis exactionibus „seu molestiis aggravare.“ Ind dar vmme sullen sich burgemeistere ind raid dusse nabescreven puncte ind olden gewonten laten lesen, op dat sie sich de beth na mogen regeren ind hebben, wante dar steyt gescreven *Sapientiae* sexto, „quod durissimum judicium his qui praesunt fiet, exiguo „enim conceditur misericordia, potentes autem potenter tormenta patientur“ [24]). Ouch ist van noden, so wanner dusse nabescrevene puncte vor deme sittenden raide gelesen synt, dat dan de sementliche rait ind twe renthemestere myt oren staidz tymmermanne ind murmeistere ind vnsser staidz knechten sollen gaen vmme vnsser staid bynnen ind buten, ind beseyn eyndrechtliche vnsser porten, torne, borchfrede, muren, straten, wege, welle, gravene ind staidz bruggen, vp dat dat myt der minesten kost ge-

20) Der [alte] Goldschild = $1\frac{1}{4}$ rhein. Goldgulden, nach unserm Gelde etwas über 5 fl. *Evelt* a. a. O. S. 28 [112] nr. 57.

21) Der Gemeinde-Weinkeller, wo der „staidz tepper“ wohnte und schenkte.

22) Der Schilling hatte den Werth von 7 Silbergroschen heutigen Geldes. *Evelt* a. a. O. S. 29 [113] Note 58.

23) Die extrahirte Stelle ist wörtlich in den gedruckten Werken Gerson's [Jean Charlier, geb. 1363 zu Gerson bei Rheims, † 1429 zu Lyon, 1395 Kanzler der Hochschule zu Paris] nicht zu finden. Vgl. J. B. *Schwab*, Johannes Gerson (1858) S. 457 flg.

24) *Buch der Weisheit* Cap. VI, Verse 6, 7.

bettert werde, ind ander gebreke sie bynnen mogen verrechverdigt werden. Ind dan sullen sie tsamen vpt wynhuess gaen, ind eyn hovessche maltyt halden, de de renthemestere van staidz wegen betalen sollen. Ouch sollen twe burgemeistere ind twe renthemeistere eyns in der maent april buten vnsse stat riden off gaen, tbeseyn vnsse staidz lantweren, renne boeme ind wege tho verrechverdigen, vp dat et myt der minnest kost gebettert werde."

Der neu gewählte Rath hatte dann zuvörderst fur das laufende Jahr die übrigen höheren und niederen Stadtämter, so insonderheit jene a) der „kerckmeistere", welchen die Beaufsichtigung der kirchlichen Gebäude und milden Stiftungen oblag, b) der „hospitails- oder spitalsmeistere", denen die Verwaltung des „gasthuyss" (hospitale pauperum) [25]) und „siekenhuyss" (hospitale leprosorum) [26]) anvertraut war, c) der ritmeistere oder reytmeistere — den man tkennen sall geven, wan men van staidz wegen vth riden inde vthtrecken sall" [27]), d) der „teyghel" und „puttemeistere" d. i. Ziegelei- und Brunnen-Aufseher, sowie e) der „kluchtmeistere" d. h. Vorsteher der Districte [Kluchten, Rotten], in welche die Stadt getheilt war, zu besetzen, desgleichen nach Bedürfniss und Ermessen Stadt-Knechte, laufende Boten, Pförtner, Nachtwächter, Thürmhüter, Küster und andere Gemeinde-Diener, auch die Müller für die drei Stadtmühlen anzunehmen. Dagegen erschien als ein ständiger Beamter der „staidzscriver" (notarius opidi). Ihn sollen auch Bürgermeister und Rath „myt der scholen belenen, wan des van noiden gevelt" [28]). Endlich von erzbischöflicher Seite aufgestellt treffen wir in Dorsten einen „amptman" und einen „richter", welcher letztere jedoch aus der Mitte der Stadtbürger genommen werden und vor dem versammelten Rathe einen Eid leisten musste, „dat hie sulle richten den armen als den riken, inde eynen yden by synen oilden rechten ind gewonten t'holdene."

B. Die „reformeyrten Statute ind gesette" v. 1488, in den Liber stat. zweimal (Coll. III u. IV) eingerückt, aber nur einmal (Coll. III S. 188 — 92) abgedruckt. Ihre Quelle scheinen ältere Gemeindeschlüsse v. 1320 (Coll. IV S. 210, 11) zu sein. Inhalt: §. 1. „van begynen beyr t'hailden", von der Festmahlzeit bei dem Eintritte von Töchtern oder anderen weiblichen Verwandten in das Beghinenhaus [29]); §. 2. „van bruytlofften"; §. 3. „van krame to hailden", von Kindtaufen; §. 4. „van dodenbeyr", vom Leichenschmausse.

C. Die nachfolgenden Statute gemischten Inhalts, nämlich aus den Jahren:

1400, betreffend den Handel mit Fleisch, den Ankauf geraubter Sachen, die Unzulässigkeit einer Verpachtung oder Beschlagnahme von Bürger-Antheilen an der „ghemeynen mark", desgleichen einer „erfliken" Veräusserung oder Zuwendung von „erftal oft gulde vyt erve bynnen der stat oft bynnen erer landwere belegen" an die „geystlikheyt", sowie das Verbot eigenmächtigen Abbrechens von „huse oft tymmer bynnen Dursten." [Coll. I S. 178, 79; wiederholt in Coll. V S. 216 u. IV S. 207.]

1403, betreffend verschiedene Delicte („lesterlyke worde oft schentlike reden, dey den anderen an zün lyff oft an zün ere ghaen, by namen deyff, morder, verreder, felscher, huerkynd"; Blutwundung; Blauschläge; Erhebung „eyns wapengerochtes off eynichs vnredelichen gherochtes sunder noetsake" etc.) und die „beschuttinge." [Coll. I S. 175—77, wiederholt in Coll. IV S. 204, 5.]

1414, betreffend die Ueberbürdung von Häusern und Erben mit Renten und Gülten, das Verhalten bei Brandausbrüchen und die Feuerbewahrung, sowie die gerichtliche Aufbietung verpfändeter Grundstücke. [Coll. I S. 174, 75; wiederholt in Coll. IV S. 202—4.]

1416, betreffend die Ahndung von Diebstählen, die Wein-Accise und ihre Verwendung zur Pferdehaltung im Falle einer Fehde, die Stadtschenke im s. g. Steinhause, die Erhaltung der Brücke, die Unstatthaftigkeit von Sonderfehden einzelner Bürger ohne des Raths Erlaubniss, den Bürgerschafts-Verlust derjenigen, welche, nachdem sie sich gegen Bürgermeister und Rath vergangen „ind gebrocken hedden, wrevelichen buthen des raidz wyllen by daghe eder by nachte vthe der stat gengen." [Coll. I S. 179—81; zum Theile wiederholt in Coll. IV S. 207, 8.]

1435, betreffend das Verbot, „dat nemant nicht kopen en sall, dat hyr veles kompt, dan bynnen der stad", sowie dass

---

25) *Evelt* a. a. O. S. 80 [164] flg.

26) *Evelt* a. a. O. S. 70 [154] flg.

27) Liber stat. S. 199 Z. 23 — 25 und S. 177 Z. 18 — 20. Danach erscheinen die Rittmeister (wie in der dortmunder Verfassung) eigentlich als Militärbeamte, waren aber zugleich in Friedenszeiten „für die Aufsicht in der Feldmark" bestellt. *Evelt* a. a. O. S. 35 [119].

28) *Evelt* a. a. O. S. 34, 35 [118, 19].

29) *Evelt* a. a. O. S. 72 [156] flg.

„nymant messe, daggen off swerde vp der straten dregen sall, dat baven anderthalven voet lanck sy", und ferner die rasche Ausschaffung von Aas aus den Mauern der Stadt. [Coll. IV S. 208, 9.] Endlich

D. die nachstehenden Special-Willküren, und zwar aus den Jahren

1357 über Kriegsschadens-Ersatz an die Bürger. [Coll. IV. S. 206.]

1382 über die kirchliche Begehung des Streitfeiertages [30]). [Coll. I S. 181—83; IV S. 223—25.

1400 über Gültenkauf. [Coll. I S. 172, 73.]

1405 über die Unverwendbarkeit dem Erzbischofe oder der Stadt dienstbarer Güter zu Memorien-Stiftungen ohne Rathsconsens, 1489 wiederholt. [Coll. I S. 173, IV S. 201, 2.]

1405 über das Verbot, dass „neyman van den burgeren oft dey myt en wonachtich is, erftael bynnen Dursten gelegen verkopen ensal egenen luden" bei 20 Mark Strafe und Verlust „syner borgherschap." [Coll. I S. 173; IV S. 202.]

1414 über Bürgerpflichten, namentlich bei Waffenruf (wenn „hyr enbynnen eyn gherochte worde, zo dat men dey clocke sloge, vnde dey raet myt der ghemeynt vyt treckede") und Aufgebot wider den Feind. [Coll. I S. 177, 78; IV S. 205, 6.]

1415 über Besieglung von Gült- und Grunderbe-Briefen. [Coll. I S. 173.]

1423 über Brodbäckerei, „de pistoribus." [Coll. V. S. 215.]

1488 Wägegeld-Ordnung, „de libra." [Coll. III S. 192—94.]

1489 über Rechnungslegung der Kirchen- und Spitalmeister. [Coll. III S. 194—96.]

1499 „van arbeidenden luden", Taglohn-Ordnung. [Coll. V S. 217.]

Von den in nicht geringer Anzahl daneben begegnenden Willküren ohne Zeitangabe möge die bereits erwähnte Erbsatzung [Coll. VI S. 227, 28], da sie das einzige privatrechtlich bedeutsame Statut der ganzen Sammlung ist, hier noch eine Stelle finden:

„§. 1. To wettene, so wanner hyr eyn hillick [31]) gededingt inde gesloten wort, so sall men eyne wedderkar [32]) mede bekallen [33]) ind sluten; inde off dat nicht engeschege, ind dan der eyn van dem andern verstorve sunder blivende gebort, so sall de levendighe des doden nesten frunden bynnen jars oir semetliche guyt halff geven vor de wedderkair. §. 2. Item wanner ouch enich van eliken luten verstorve ind levendighe geborth na laten, so mach de levendighe dat sementliche guyt beholden ind blyven so sitten myt synen kinderen. Wolde hie off sie sich ock verandersaten, so sullen sie yrst dat sementliche guyt myt dem kynde off kinderen deelen. Wer dar ouch huess off erve to delen, dat sullen de vader off moder setten [34]), inde de kynder mogen keysen. Beholdet ouch de kinder oir helffte by eyn vngedeylt, so erfft de eyne den anderen; mer deelen sey oir guyt ind sterfft dan der kinderen welck, dat ervet dair wedder den olderen ind nicht den susteren off broderen. §. 3. Synt ouch twe eelude, dey eyne storve ind de ander sich verandersattede, ind dar nymant bynnen jairs van kinderen off rechten erven eyn delinghe off wedderkar gesunne, so sullen vnsse burgermeistere ind raid sulx van dem levendigen gesynnen ind an sich nemen, ind beholden dat an sich jair ind dach to behoiff der neisten erven. Ind en qweme dan noch nymant, so sall man dat beholden ter stad besten. §. 4. Storve ouch ymande wat van buten in anderen landen an, dar hie des raidz to behovede [35]), als scrifft off thoversicht [36]), so sall die yrst eyne redelike composicie myt deme raide holden, off sie mogen den teynden penninck, de dar van kompt, nemen inde beholden to der staidz besten. §. 5. Nymant myt vnss stervende en beervet den anderen buten noch bynnen myt deme hergewede off myt deme gerade, mer deme nesten blode sall men alle vervall [37]) volgen laten."

Den Schluss des Liber stat. bilden fünf als Anhang abschriftlich beigefügte Gilde-Rollen („Notteln"), nämlich der Fleischhauer und der Kaufleute v. 1457, der Schröder [Schneider] v. 1461, der Wollenweber v. 1462 und der Zimmerleute v. 1466. Vgl. *Evelt* a. a. O. S. 30, 31 [114, 15].

Oberhof für Dorsten war, jedenfalls seit

30) S. oben S. 830 a.
31) Heirath.

32) Rückerstattung des von jedem Gatten zugebrachten Gutes an dessen Erben.
33) Mündlich verhandeln, verabreden.
34) D. i. theilen.
35) Behoven d. i. bedürfen, nöthig haben.
36) Urkunde oder Zeugniss.
37) Erbschaft, Nachlass.

dem XIV. Jhdt., vielleicht aber schon im vorhergegangenen, der Schöffenstuhl zu Dortmund, und es hat dieser Rechtszug bis zum s. g. Salentin'schen Recesse v. 1577 forbestanden. *Evelt* a. a. O. S. 44—46 [128—30].

CCLXVIII. Dortmund.

(Preussen, Westfalen.)

Literatur: *Jo. Th. Schulze*, Diss de aureis bullis gloriosiss. imperatorum Friderici II., Ludovici IV. et Caroli IV. liberae imperiali Tremoniae civitati benignissime concessis, Ultrajecti 1709. 4°.

A. Mallinckrodt, Versuch über die Verfassung der Kaiserl. und des heil. röm. Reichs freyen Stadt Dortmund, II Bändchen, das. 1795. 8°. Dazu *dess.* Magazin von und für Dortmund, Jahrg. I, 1797, S. 97 flg. 128 flg. 193 flg. 289 flg.

Bernh. Thiersch, Geschichte der Freireichsstadt Dortmund, Thl. I: Innere Gesch., Dortm. 1854. 8°. Dazu *dess. Verf.* kleinere Schriften: Der Hauptstuhl des westphälischen Vemgerichts auf dem Königshofe von Dortmund, nach neuentdeckten Urkk. dargestellt, Dortm. 1838. 8°. und: Die Vemlinde bei Dortmund (Progr.), das. 1849. 4°.

A. Fahne, Die Grafschaft und freie Reichsstadt Dortmund, IV Bände Köln u. Bonn 1854—59. 8°. Inhalt: Bd. I „die Dortmunder Chronik"; Bd. II „Urkundenbuch der fr. Reichsstadt Dortmund" in 2 Abtheilungen, 575 Urkk. und Regesten enthaltend; Bd. III „Statutarrecht und Rechtsalterthümer der fr. Reichsstadt Dortmund"; Bd. IV „die verschiedenen Geschlechter Stecke, Beuerhaus' Entwurf, Niederhof's Memorabilien, Nachträge zu Chronik und Urkundenbuch." Hieher bezieht sich hauptsächlich die rechtshistorisch nicht unbedeutende Abhandlung von J. Chr. *Beurhaus*: „Summarischer Entwurf der Freien Reichs-Stadt Dortmund Weltlichen und Geistlichen Verfassung sammt dahin gehörigen Geschichten, entworfen 1759 und vermehrt 1782" S. 1—88.

A. Fahne von Roland, Die Herren und Freiherren von Hövel, III Bände (Bd. I in 2 Abtheilungen) Cöln 1856 — 60. fol. Es bildet dieses Prachtwerk, namentlich in seinem Bd. II „Urkundenbuch" (1856) eine höchst schätzbare Ergänzung des vorgenannten Buches über Dortmund.

J. Mooren, Das Dortmunder Archidiakonat. Archäologische Monographie, Köln und Neuss 1853 8°. Hier kommen nur Abschn. VI, VII S. 63 flg. 72 flg. in Betracht.

Ed. Krömecke, Die Grafen zu Dortmund. Ein Beitrag zur älteren Geschichte Westfalens, Werl u. Arnsberg 1858. 8°. Einiges bieten auch *dess. Verf.* Geschichtliche Nachrichten über das Dominicanerkloster in Dortmund, nach Urkk. u. Chroniken zusammengestellt, Dortm. 1854. 8°.

M. Kayserling, „Die Juden in Dortmund" in Z. Frankel's Monatsschrift f. Gesch. u. Wiss. des Judenthums Jahrg. IX (1860) S. 81—91.

Ausserdem vgl. noch *Hugo*, Mediatis. S. 53 und *Schmid*, Reichsstädte S. 58—63.

Quellen: A. Urkunden. Das reichhaltigste Material (freilich nicht immer in diplomatisch-genauen und correcten Abdrücken) liefern die *Thiersch*'schen und *Fahne*'schen Arbeiten; kleinere Auswahlen von Documenten geben *Lünig*, RArchiv Thl. XIII S. 441—55; *Moser*, Reichsstätt. Hdb. Thl. I S. 376 — 85; *Lacomblet* im UBuche f. d. Gesch. des Niederrheins, sowie *Krömecke* in den Anhängen zu seinen Monographien. Endlich ein chronologisches Verzeichniss sowohl der kaiserlichen Privilegien als auch magistratischen Verordnungen Dortmund's findet man in *Mallinckrodt's* alleg. Magazin (1797) S. 328—36 u. 232—81.

B. Chroniken. Uebersichten derselben, von welchen jene von *Lambertus a Wickede*, *Johannes Nederhoff*, *Johannes Kerckhorde* [† 1466], *Reinold Kerckhorde* [† 1496], *Diderich Westhoff* [† 1551] und *Detmar Mülher* [geb. 1567 † nach 1654] die wichtigsten aber nur zum kleinsten Theile gedruckt sind, werden angetroffen in J. D. *v. Steinen's* Quellen der Westphäl. Historie (1741) S. 3, 7, 8, 10, 92; in *Mallinckrodt's* alleg. Magazin (1797) S. 17 flg. und in P. Fl. *Weddigen's* Hdb. der hist.-geograph. Litteratur Westphalens Bd. I (1801) S. 126 flg. Hier wurde nur benützt.

Detmari Mulheri *) et *Cornelii Mevii* „Aussfürliche sowol geographische . . als historische Beschreibung der Graff vnd Freygraffschaft auch kayserlichen freyen Reichsstadt Dortmund.... Mit sonderlicher Ordnungh vnd Fleiss aus vielen gedruckt vnd geschriebenen Bücheren, alten Monumenten vnd Documenten colligirt vnd zum Fürtrab ihrer Markischen resp. Westualischen Chronik verfertigt

*) Ein „kurtzes Chronicon" Mülher's [1622] hat *Mallinckrodt* im alleg. Magazin (1797) S. 65—77 wieder abdrucken lassen; von Mülher's Hauptwerk „Summarischer Begriff der Dortmund'schen Stadt - vnd Graffschaft - Chronica" (1610) enthält *Fahne's* Dortmund Bd. I einen modernisirten Auszug.

1616", herausgeg. von J. S. *Seibertz* in seinen Quellen der Westfälischen Geschichte Bd. I (1857) Nr. X S. 281—380.

I. Geschichtliche Einleitung.

Die Anfänge Dortmund's knüpft eine weitverbreitete, sogar in einem Kaiserdiplome [1]) gleichsam verbriefte Sage an Karl den Grossen und den von ihm angeblich über Sachsen gesetzten Grafen Trutmann an. Ersterem soll der Ort seine Mauern und Wälle, sowie seinen ältesten Kirchenbau [2]), letzterem seinen Namen zu verdanken haben [3]). Dem zweiten Theile der Sage ging nun freilich der ganze historische Hintergrund verloren, seitdem die Unächtheit des s. g. praeceptum Karoli pro Trutmanno comite vom J. 789 [4]), schon im XVII. Jhdt. vermuthet [5]), fast allgemeine Anerkennung gefunden [6]), und man daher dasselbe aus der Reihe der Capitularien unter die blosen Formulae verwiesen hat [7]). Denn der vielgerühmte Graf und „algemeine Vber-Schopffe in gantz Sachsenland", Karl's „lieb vnd getrewer Kreigs Völger Trutman" [8]) ist dadurch zu einem wesenlosen Phantom zusammengeschwunden. Dagegen trägt der erste Theil der Sage insofern gewiss ein Stück geschichtlicher Wahrheit in sich, als die Stadt Dortmund unzweifelhaft mit dem gleichnamigen Reichshofe und dieser wieder, wenn aus seiner örtlichen Lage und ältesten bekannten Einrichtung, welche vielfach an die Karlingische Villenverfassung [9]) zurückerinnert, irgenwie Schlüsse gezogen werden dürfen, höchst wahrscheinlich mit einer fränkischen Königsdomäne im genetischen Zusammenhange steht [10]).

Wir erfahren nämlich aus einigen sicherlich uralter Quelle entnommenen Notizen, welche in den umfangreichen Acten des zwischen dem St. Margraden-Stifte zu Cöln und der Stadt Dortmund von 1272 bis 1290 geführten Patronats-Processes [11]) angetroffen werden: „quod in prima fundatione oppidi tremoniensis ipse fundus seu locus, in quo situm est ipsum oppidum, distinguebatur auctoritate imperiali per certas areas; item quod illarum arearum una, que kunincskamp dicitur, utilitati regie cum suis appendentiis specialiter reservabatur, et etiam quedam alia area adjacens ei . . ., et quedam alia area cum suis appendentiis deputabatur ad usus ducatus seu ducis Westfalie; relique autem incolis ipsius oppidi presentibus et futuris libere et deliberate deputate et assignate fuerunt inhabitande, incolende, construende et habende ad usus publicos communes et singulares" [12]). Dies kann aber nicht anders verstanden werden, als dass zur ersten Anlage Dortmund's ein Theil des Areals des fraglichen Königshofes verwendet worden sei, und dass die neue Ortschaft zunächst nur aus einer Burg für die Besatzung und etwa dreissig Hofstätten bestanden habe — bis sich alsbald die urkundlich zuerst in Diplomen v. 1065 und 1075 als „ecclesia matrix in Trutmonia" begegnende St. Reinoldskirche hinzugesellte [13]). Der „locus s. vicus" scheint nun durch Ansiedlungen im Westen und Osten successive zwei erhebliche Erweiterungen erfahren zu haben [14]). Diese drei, Anfangs wohl noch räumlich getrennten Bestandtheile vereinigten sich hierauf allmälig

1) S. unten nr. 56 a. E.

2) *D. Mülher* Cap. xxj S. 330; Cap. xx S. 325. Vgl. auch *Stangefol*, Annales Circuli Westphal. Libr. II (1657) p. 103.

3) *D. Mülher* Cap. viij S. 304; Cap. xix S. 323, 24.

4) Seit dem XVII. Jhdt. unzähligemal, zuletzt b. *Thiersch*, Vemlinde Anh. Nr. X S. 25, 26 und Gesch. I Anh. Nr. I S. 109, 10 sowie *Krömecke*, Grafen S. 21, 22 abgedruckt.

5) Vgl. H. *Meibomii* Introduct. ad Saxoniae infer. historiam (1687) p. 25.

6) S. bes. H. A. *Erhard's* Aeusserung hierüber b. *Thiersch*, Vemlinde S. 26 u. Gesch. I S. 110, 11; desgleichen b. *Krömecke* a. a. O. S. 22—24; ferner *Erhard's* Regesta Hist. Westfal. I, 74. Vgl. auch *Böhmer's* Reg. Karolor. S. 16 nr. 136; *Seibertz* z. Detmar Mülher Note 12 S. 302 flg; O. *Stobbe*, Gesch. der Dtsch. RQuellen I, 193 Note 21 a. E. und Th. *Sickel*, Acta Karolin. I, 389.

7) Vgl. *Luden*, Gesch. des ttsch. Volks V, 46, 506; *Gaupp*, Recht und Verfassung der alten Sachsen S. 17; *Waitz*, Dtsch. Verf.-Gesch. IV, 314 Note 2.

8) So *D. Mülher* Cap. viij S. 301, 303.

9) Vgl. *v. Maurer*, Einleit. z. Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf u. Stadt-Verfass. S. 255—60.

10) Vgl. *Mooren* a. a. O. S. 75.

11) Das Hauptactenstück, der vom städtischen Procurator Giselbert exhibirte *libellus appellationis* ad curiam Romanam v. 9. Juli 1287, steht b. *Fahne*, Hövel II Nr. 7 S. 4—12. [Vgl. dazu Nr. 8 S. 13—15.] Die übrigen Documente theilen H. A. *Erhard* in der münsterischen Ztschr. f. vaterländ. Gesch. u. Alterthumskunde Bd. VII (1844) Nr. VI S. 232—51 und *Fahne*, UB. II Nr. 319—35, 37 S. 18 flg. 43 flg. mit. Eine gedrängte Uebersicht des Streitverlaufs gibt *Mooren* a. a. O. S. 77, 78.

12) *Libell. appell.* nr. III S. 7, 8 mit *Fahne*, Hövel I, 46, 47.

13) Vgl. *Mooren* a. a. O. S. 72—74.

14) Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 10.

durch Ausfüllung der leeren Zwischenplätze mit Gebäuden zu einem einheitlichen Ganzen, welches bereits in den Chroniken des X. Jhdts. als „urbs, oppidum" bezeichnet wird [15]). Seit 936—939 in grösserem Massstabe befestigt und durch eine wehrhafte Einwohnerschaft („milites") vertheidigt [16]), konnte dann der Ort nicht nur in den Ungarkriegen und Kaiserfehden dieser Zeit eine hervorragende militärische Rolle spielen [17]), sondern auch schon zum zeitweiligen Aufenthalte der Könige und Versammlungsplatze der deutschen Reichsfürsten dienen [18]), wie denn namentlich im J. 1005 die bekannte grosse Reichssynode durch König Heinrich II. daselbst abgehalten wurde [19]). Dennoch dürfte es immerhin noch über hundert Jahre gewährt haben, bis Dortmund, welches übrigens, da die Schenkung Kaiser Otto's III. an die Marienkirche zu Aachen v. 12. Oct. 997 [20]), deren Gegenstand der „locus trotmannin in pago Westfalon situs cum omnibus pertinentiis suisque adjacentiis" sein sollte, entweder gar nicht zum Vollzuge gekommen oder kurz darauf wieder rückgängig gemacht worden ist, seine Reichszugehörigkeit („quod universale dominium totius oppidi tremoniensis ab eo tempore a quo non extat memoria pertinebat ad imperium") stets behauptet hat [21]), mit städtischen Gerechtsamen begnadet wurde. Es mag dies unter Konrad III. [1137—1152] geschehen sein. Wenigstens spricht hiefür der Umstand, dass eines Freibriefs desselben für Dortmund („privilegium a Cunrado rege") im ersten Hauptprivileg v. 1220 [nr. 1] ausdrücklich gedacht ist. Von jetzt an beginnt auch der alte personelle Namen „throtmanni, dortmanni, trotmannin" (latinisirt: trutmonia) sich nach und nach zu einem localen „trotmunde" (latinisirt: Tremonia, Trimonia) umzugestalten [22]).

Dass nun mit dieser örtlichen Entwicklung die Entfaltung eines inneren gemeindlichen Lebens in Dortmund gleichen Schritt gehalten habe, versteht sich von selbst. Sie gelangte im Verlaufe des XIII. Jhdts. zum Abschlusse. Wir sehen jetzt

1) als Stadtobrigkeit achtzehn alljährlich wechselnde „consules [qui president in consilio]" [23]) hervortreten, welche zugleich das Schöffenamt mitbekleideten, und daher in zahlreichen Urkunden unter dem Doppelnamen „consules et scabini, scabini et consules" handelnd angetroffen werden. Zwei aus ihrer Mitte hatten die Leitung des Collegiums über sich und hiessen „magistri civium" [24]), später auch „proconsules" [25]). Bei Communal-Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit vereinigte sich übrigens an der „tabula in domo consulum" mit dem sitzenden Rathe, „novum consilium" jener des Vorjahrs, „vetus s. antiquum consilium", zu gemeinschaftlicher Behandlung der Sache. Zu seinen Verbriefungen und sonstigen schriftlichen Erlassen bediente sich der Rath anfänglich des „Sigillum burgensium in Tremonia" [26]), an dessen Stelle dann das imposante „Sigillum Tremonie civitatis Westfalie" [27]) gekommen ist. Nachmals wurde jedoch regelmässig das „Sigillum secretum Tremonie", das s.g. „grote" oder „hemelike ingesegel" [28]) angewendet.

2) Wie die Stadt einst aus drei Ortschaften — nach der Sprachweise der Chroniken „von dreyen Bawrschafften" oder „zweyen Dörffern vnd der Borch Munda" [29]) sich zusammengefügt, so löste sich auch die Gemeinde in drei „concivia", die „Westerburscap, Borgburscap, Ostenburscap" auf, an deren Spitze „burmestere" standen, viel-

15) Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 2 lit. a.

16) Vgl. *Nitzsch*, Ministerialität u. Bürgerthum S. 158, 59.

17) Vgl. *Fahne's* Chronik S. 15 flg.

18) Vgl. *Mooren* a. a. O. S. 75, 76.

19) Vgl. S. *Hirsch*, Jahrbücher des Dtsch. Reichs unter Heinrich II. (1862) Bd. I S. 361

20) Urk. in *v. Ledebur's* Archiv IX, 86 flg., b. *Quix*, Cod. dipl. Aquens. I[a], 12 und *Lacomblet*, UB. Bd. I Nr. 129 S. 80, 81.

21) *Libell. appell.* nr. III S. 8 Z. 16 flg.

22) Ueber „den Namen der Stadt Dortmund" s. *Thiersch*, Vemlinde Anh. Nr. XX S. 32, 33 u. Gesch. I, 1—3. Die mannigfaltigen Deutungen des Ortsnamens, bereits von *D. Mülher* Cap. xix S. 322—24 besprochen, lassen sich sprachlich unter drei Kategorien bringen: a) aus dem Lateinischen, z. B. Drusomunda, tria moenia, Tridaemonia; b) aus dem Deutschen, z. B. Dreymundt, Dorfmunde, „getreue oder trotzige Mannen" [Thiersch, Fahne]; und c) aus dem Keltischen: „trie, trif, Dorf... Trimmis (trimune, tremunis) in Graubünden und Dortmund (tremonia) in Westfalen sind wol gleiche Namen." *Mone*, Celtische Forschungen S. 34.

23) In einer Urk (Reg. nr. 3) wird „consul" durch „richteman", was sonst nur einen Zunftvorsteher [s. Anmerk. z. nr. 106 lit. A] bedeutet, erklärt. Sollte etwa „rahtman" zu lesen sein?

24) Ich finde sie zuerst in einer cölner Urk. v. 1288 (*Fahne*, UB. II Nr. 329 S. 31, 32) erwähnt.

25) Vgl. Urkk. v. 1344, 1374 b. *Fahne* a. a. O. Nr. 375, 423 S. 84, 147.

26) Vgl. *Fahne*, UB. I, 35 Note *).

27) Abgebildet b. *Fahne*, Hövel II, 3.

28) Abgebildet b. *Fahne*, Hövel II, 33, 47. Vgl. *Beurhaus* a. a. O. S. 19, 20.

29) Vgl. *D. Mülher* Cap. xix S. 322.

leicht identisch mit den „majores“ einiger geistlichen Urkunden [30]).

3) Die Stadtbewohner schieden sich in „ghemeyne borger, cives, burgenses s. str.“ und in „rikeslude, homines pertinentes imperio“ aus.

a. Zu ersteren zählten α) die „erfhachtigen“ oder „erfsate lude“, Erbsassen, welche auf freieigenen Gütern wirthschafteten, und aus welchen hauptsächlich das Patriziat sich herausbildete; β) die „mercatores“, vermuthlich eine Art von Genossenschaft unter einem „hansecomes“ [31]) formirend, und, γ) die allmälig in sechs Gilden sich abschliessenden Handwerker. Der Genuss des Bürgerrechts, „jus civilitatis vulgo dictum die borgherschap“, verpflichtete aber sowohl zur Abgaben-Entrichtung als auch zur Leistung gewisser „nach reicht vnd pleghsede“ geregelter Stadtdienste. In ersterer Beziehung kommen hier vornehmlich die ordentliche Vermögenssteuer („puttingh“) und die ausserordentliche Bürgerschatzung („scotus denarientalis, scot, schote, schoet“) in Betracht, welche nebst der „assyze“ (insonderheit „wyn assize“) die Hauptquellen des städtischen Einkommens ausmachten [32]). Ueber das Quantum der den Einzelnen treffenden Steuer entschied lediglich seine von Zeit zu Zeit erneuerte Vermögens-Fassion und hiezu waren auch die ausserhalb der Stadt verweilenden Bürger binnen bestimmter Fristen bei Confiscationsstrafe verbunden — „wey des nicht en dede, dat gud sal der stad verboret syn, verswege ock way syns gudes wat, dat hey nicht over bescreven en geve, dat verswegene gud sal ock der stadt verboret syn“ [33]). Unter den „servitia civium“ dagegen nahmen die Waffendienste und hierunter wieder jene mit eigens dafür zu unterhaltenden Rossen die erste Stelle ein. Eine „nyge satynge“ über den Reiterdienst v. 23. März 1361 [34]) verordnete in dieser Beziehung, „dat wey beghudet is to twintich hundert marken, dey halden sal eyn jar eynen henghest van teyn marken vnd eynen knecht . . . oppe syne kost vnd oppe syne eventure“, was durch die „satinge“ v. 1387 [35]) dahin abgeändert ward, dass schon der Besitz von 800 Mark verpflichten sollte, ein Pferd zu halten und „deme knechte, de dat pert riden sal, sadel ende wapene to dun, der de knecht bedarf“ [36]). Doch konnte man aus gewissen triftigen Gründen, z. B. Krankheit, zuweilen gegen ein mit dem Rathe vereinbartes Lösegeld von dem lästigeren kleinen „stades denste, waken vnd graven“ entbunden werden [37]). Eine völlige Aufgebung der Bürgereigenschaft („resignare civitatem“) setzte übrigens stets „gratiam consilii“, des Rathes Zustimmung voraus [38]). Wer sich ohne solche, um seiner Pflichten gegen die Stadt gleichsam betrüglich loszuwerden, dem Bürgerverbande entzog, musste binnen Jahr und Tag seine Erbgüter, natürlich an einen Bürger, verkaufen, widrigenfalls sie vom Rathe eingezogen wurden — „quicunque suam civilitatem sine consensu consulum frivole resignaverit, omnia bona sua hereditaria in jurisdictione Tremoniensi sita debet alienare infra annum a tempore resignationis, quod nisi fieret, consules se intromittent de eisdem bonis et convertent in structura nostre civitatis“ [39]).

b. Unter den Reichsleuten sind im Allgemeinen die auf dem Grunde und Boden des dortmunder Königshofes gesessenen Familien zu verstehen. Auch nach vollendeter Entwicklung der Stadt hatte sich nämlich die alte „curtis sacri imperii regalis in Tremonia“ neben derselben in voller Selbstständigkeit forterhalten. Sie theilte sich jetzt in zwei Bezirke ab, deren einer ausserhalb der Stadtmauern lag und insbesondere den Haupt- oder Fronhof, daher „curia prope Tremoniam“ geheissen [40]), umfasste, während der andere innerhalb der städtischen Umfriedung sich ausdehnte und z. B. die nordwärts laufenden s. g. Kamp-

30) Vgl. Urk. v. 1285 b. *Erhard* a. a. O. [Note 11] S. 234 u. *Fahne*, UB. II Nr. 319 S. 18.

31) Vgl. Urk. v. 1261 b. *Fahne*, UB. II Nr. 308 S. 9.

32) Vgl. die wichtigen Mittheilungen über die städtischen Einkünfte aus dem s. g. grossen Copirbuche und Rechnungs-Revisionsbuche (XIV. u. XV. Jhdt.) b. *Fahne*, Hövel II Nr. 19, 35 S 19 flg. 35 flg.

33) Rathsdecr. v. 1364—73 b. *Fahne*, Hövel II Nr. 21 S. 20. Die Steuer-Restanten („qui non juraverunt . . . nihil fecerunt“) wurden alljährlich in ein besonderes Verzeichniss gebracht. *Das.* Nr. 20.

34) *Fahne*, Hövel II Nr. 22 S. 21.

35) *Fahne*, Hövel II Nr. 32 S. 33.

36) Verzeichnisse der Rossdienstpflichtigen („qui tenuerunt equos de equitatione, qui tenent equos et famulos, qui equum parant, qui sunt cum equo et famulo parati“) b. *Fahne* a. a. O. S. 21—23, 34 und im UB. II Nr. 367 S. 74.

37) Vgl. z. B. Urk. v. 1395 b. *Fahne*, UB. II Nr. 467 m. Note * S. 202, 3.

38) Sehr interessante Extracte aus dem „liber civium“ über Ein- und Austritt von Bürgern aus dem beginnenden XV. Jhdt. s. b. *Fahne*, Hövel II Nr. 40 S. 44 flg.

39) Rathsverord. v. 1346 b. *Fahne*, UB. I Nr. 117 S. 143.

40) Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 11 Note 4.

strassen begriff [41]). Es wird daher die Gesammtzubehörung der curtis als „sive extra vel intra muros civitatis Tremoniensis situata" urkundlich bezeichnet [42]). Seine Schicksale hatte der dortmunder Königshof aber mit den meisten anderen Reichsbesitzungen gemein. Nachdem schon frühe seine Einkünfte Object kaiserlicher Liberalität an die Kirche geworden waren [43]), griff man später die Grundstücke selbst an, um z. B. den nöthigen Raum zum Aufbaue des St. Katharinenklosters zu gewinnen [44]), und gegen den Ausgang des XIII. Jhdts. hin finden wir den ganzen Reichshof, welcher durch fortwährende Verschreibungen und Verpfändungen in verschiedene Hände, wie der Erzbischöfe von Cöln, der Grafen von der Mark und der Stadt Dortmund [45]) selbst gelangt war, zuletzt im dauernden Besitze von Cleve und damit dem Reiche gänzlich entfremdet [46]). Was endlich die Verwaltung der Domäne angeht, so sehen wir damit (nach dem Verschwinden des unstreitig auch hier ehedem vorhanden gewesenen villicus) einen vom Kaiser, beziehungsweise dem Pfandherrn des Hofes auf längere Perioden ernannten Schultheissen [„schultetus et officiatus, sculthetus imperii, rykez schulte des hoves to Dorpmunde"] betraut [47]), dessen einträgliches Amt hie und da sogar Gegenstand selbständiger Dispositionsacte [48]) geworden ist.

Es galten nun die dortmunder Reichshofhörigen — welche „hoeve vte des koningheshoves gude" erblich innehatten — gleich jenen der meisten westfälischen Reichshöfe für freie Reichs- oder reichsfreie Leute [49]), wie solches ausdrücklich ein Weisthum aus dem Ende des XIV. Jhdts. erklärt hat, wo es heisst: „dat sey vrye rykes lude weren vnde in den koningeshoff to Dorpmunde horich weren vnd anders nyniger hande recht en hedden, ofte nymande in egendome ofte yenigen rechte verbunden weren, vnd dat sey solden vnd mochten bruken al des rechtes, des andere rykes lude bruken solden vnde mochten" [50]). Als ein besonderer Vorzug war ihnen Freiheit vom Stadtzolle zugestanden [51]).

Aus der Mitte der Reichsleute traten aber wieder die Reichsherrn („dey rykes heren") von Dortmund hervor [52]). Sie erscheinen als die Eigenthümer jener uralten Ansiedelhöfe, welche auf dem bei der ersten Ortsgründung zur Niederlassung abgegebenen, also vom Hofverbande gesonderten Reichsterritorium entstanden und allmälig zu ansehnlichen schlossartigen Edelsitzen [53]) umgestaltet worden waren. Ihre Auszeichnung bestand vornehmlich in dem Genusse beträchtlicher Nutzungsgerechtsame im Reichswalde („forestum, varst"). In Beziehung auf diese stellten die Reichsherrn eine streng abgeschlossene Rechtsgenossenschaft dar, indem die durch Bäume-Versteigerung und Weide-, namentlich Eichelmast-Gestattung an s. g. „marknoten" erzielbaren Forsteinkünfte in eine bestimmte Zahl von gleich grossen Gaben („dona, gaven") [54]) zerlegt auf die einzelnen Glieder repartirt waren. Behufs der Regelung dieser Verhältnisse fanden in jedem Jahre vier Versammlungen der Berechtigten, verbunden mit kleineren oder grösseren Gelagen, statt. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte dagegen, z. B. die Eincassirung der Hudegelder, Abhaltung der Holzverstriche, sowie die Herstellung der Einnahme- und Ausgabe-Rechnungen lagen zweien aus dem Schoose der Gemeinschaft von Jahr zu Jahr gekorenen Scheerherrn („scaren, scarren, schern, scherren, scheerheren") [55]) ob, neben welchen noch Specialdeputationen zur Forst-Besichtigung (die meist unter Geleite von vier „sagittarii" den Wald beritten) unter dem Namen „Sehherrn" begegnen. Endlich hatte auch die Genossenschaft noch eigene Forst- und Landwehrhüter zu besolden. Dass übrigens ihr Verhältniss zu den „ghemeynen"

41) Vgl. *Thiersch*, Vemlinde S. 7 Note 1.

42) Urk. v. 1358 b. *Thiersch*, Vemlinde Anh. Nr. XIII S. 27 u. *Fahne*. UB. II Nr. 391 S. 108.

43) Urkk. v. 1005 („decima ex trutmannie redditibus") u. 1059 („due libre argenti ex curte que dicta est Trutmannin provenientes") b. *Lacomblet*, UB. Bd. I Nr. 144, 194 S. 89. 125.

44) Urk. v. 1188 b *Fahne*, UB. I Nr. 1 S. 19, [mit Nr. 2, 3 S 20, 22].

45) Vgl. unten Reg. nr. 6, 17 flg., 28, 35, 37 43. 85

46) Vgl. *Thiersch*, Gesch I, 12.

47) S. die Urk. in Note 42.

48) Vgl. die Reg. nr. 35, 37.

49) Vgl. *v. Maurer*, Gesch. der Fronhöfe II, 8, 10.

50) *Fahne*, UB. I Nr. 165 S. 190

51) Dortmunder Zolltarife *a*. nach einer Hdschr. v. 1340—50 b. *Fahne* a. a. O. N. 123 S. 152 Z 3; *b*. aus den J. 1350 — 60 *das*. II Nr. 381 a. E. S. 97 Z. 4.

52) Die Hauptquellen über diese nirgends genügend aufgehellte Partie der dortmunder Rechtsgeschichte sind die Urkk. Nr. 27, 29, 30, 44 (Auszüge aus dem Reichsleute-Buche) b. *Fahne*, Hövel II, 26—30; 31, 32; 47, 48.

53) Vgl. *Fahne*, Hövel I, 47, 48.

54) Es sind deren 42 gewesen.

55) Der Namen leitet sich von „scara, schara, schar" her, worunter wohl gewisse Wald- und Weiderechte zu verstehen sind. Vgl. *Nitzsch* a. a. O. S. 24.

Bürgern Dortmund's nicht immer das freundlichste und friedlichste gewesen sein müsse, beweisen die zwei grossen Rechtsstreite zwischen beiden Theilen aus den J. 1340—1347 über Weidenutzung und vom J. 1396 über Baumfällung in den Grafschaftsforsten, welche durch Schiedsprüche beigelegt wurden [56]).

Durchaus verschieden von den Reichsleuten waren die dortmunder Vestdings- und Stapelleute.

Unter ersteren verstehe ich die bäuerlichen Insassen des s. g. „Vests van Dortmunde“[57]). Dieses begriff aber eine Anzahl der Stadt nahe gelegener „burschappen“ und hatte seinen Mittel- und Vereinigungspunkt in dem alljährlich am Montage nach St. Nikolaus auf dem Wulferichskampe nach vorgängiger Ansage durch die „gesworenen vronen der staydz“ vom dortmunder Richter unter Mitwirkung der „buyrrichtere“ abgehaltenen „vestinc“, worüber uns ein ausführliches gegen 1400 aufgezeichnetes Weisthum [58]) näheren Aufschluss gewährt.

Die öfter in Urkunden [59]) erwähnten „stapel lude — pertinentes super truncum dictum stapel; lude dey op den stapel haren; dey op den fryen stapell tho Dortmunde gehorig syn ind fryen stapell rechtz gebruken“[60])— dagegen sind die Colonen von 25 ausserhalb des dortmunder Grafschaftsbezirkes in den Kirchspielen Lütkendortmund, Eiklinghof, Barop und Kirchlingen gelegenen Höfen gewesen, welche dem Grafen von Dortmund zins- und spanndienstpflichtig sowie zu gewissen Gebühren in Verehelichungs- und Sterbfällen verbunden, darum aber auch seiner Jurisdiction unterworfen waren. Von diesem letzteren Umstande leitet sich wohl sogar ihr eigenthümlicher Name her [61]), da „stapplus, staffel“ häufig in den mittelalterlichen Quellen mit der Bedeutung von Gericht begegnet [62]). Die Güter empfingen die Stapelleute aus der Hand des Grafen unter Zufertigung eines s. g. „boessen brieffs.“ Den Jahrzins („Stapelgeld“) hatten sie zu Johannis oder kurz nach Pfingsten zu entrichten, und mussten hiezu sowie zu den Frohndiensten, z. B. Steinfuhren, kirchlich aufgeboten werden. Die Säumigen traf, sofern sie innerhalb des Grafschaftssprengels sich blicken liessen, gerichtliche Pfändung. Wenn jedoch in den Zolltarifen [63]) die Stappelleute auch zu den zollfreien Personen gerechnet wurden, so sollte damit nur gesagt sein, dass sie zum Herbstmarkte nach Dortmund kommend ausser dem gewöhnlichen Bürger-Weggelde keinerlei Einfuhr- und Eingangsabgaben zu bezahlen brauchten. Die vorstehenden Notizen leiten übrigens nothwendig zu einem kurzen Excurse über die Grafen von Dortmund hin.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, dass „wir den ältesten Sitz des dortmunder Grafenthums bei dem s. g. Königshofe zu suchen haben“, dass „die ersten dortmunder Grafen mit letzterem in Verbindung gebracht werden müssen“ [64]). Gewisse locale und politische Motive mögen eben die Veranlassung geworden sein, dass man in früher Zeit in der Person des Vorstehers der königlichen Domäne mit der villicatio die jura comitatus über den nächstgelegenen Landbezirk vereinigte. Den geographischen Umfang der Grafschaft Dortmund kennen wir aber nur aus einer jüngeren, allerdings auf alte Documente basirten Aufzeichnung [65]), wonach er, theilweise von der Emscher als Grenzscheide umflossen, sich ziemlich weithin zwischen dem märkischen Gebiete, den Stiftsgütern von Essen und dem Veste Recklinghausen erstreckt und ausser der Stadt Dortmund selbst noch etwa sechzehn Bauerschaften, darunter z. B. Deusen, Brackel, Mengede und Holthausen, begriffen haben soll [66]).

In der Stadt, dem Hauptsitze des comitatus Tremoniensis, besass der Graf eine „curia“[67]), und übte ausser der Münz- und Zollgerechtigkeit daselbst auch die Gerichtsbarkeit aus [68]). Es geschah die-

56) Urkk. b. *Fahne*, UB. I Nr. 121, 157 S. 145 flg. 206 flg.

57) Ueber den Ausdruck „Vest“ s. *Rive*, Beiträge z. Dtsch. RGesch. I, 209 und *Mooren* a. a. O. S. 69. Jener will ihn von dem Worte „die Veste“ ableiten, dieser mit „das West“ (die westliche Gegend) identifiziren.

58) *Fahne*, UB. I Nr. 178 S. 209 flg.

59) Vgl. z. B. die Reg. nr. 43, 62.

60) Am besten wird ihr Rechtsverhältniss durch einen Stapelgutsbrief v. 1477 und einen Acten-Extract v. 1630 b. *Fahne*, UB. I Nr 263, 288 S. 334 flg. 385 flg. aufgehellt.

61) Vgl. E. *Brinckmeier*, Glossar. dipl. II, 574.

62) Vgl. J. *Grimm*, RAlterth. S. 804; *Zöpfl*, Alterth. I, 62, III, 149—51; R. *Sohm*, Der Prozess der Lex Salica (1867) S. 63 Note 17.

63) *Fahne*, UB. I Nr. 122 S 152 Z. 7, 8; II Nr. 381 S. 97 Z. 5, 6.

64) So *Krömecke*, Grafen S. 20.

65) Doc. Francisci Opilionis notarii a. 1512 [aus D. Westhoff's Chronik] b. *Krömecke* a. a. O. S. 25—27.

66) Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 24, 25.

67) Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 29, 30. Verschieden davon war die „Gravenburg“ vor dem Ostenthore. *Thiersch*, Gesch. I, 17 lit. b.

68) Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 30.

ses theils durch denselben als „major judex“ [69]) in eigener Person, theils und regelmässig durch den von ihm unter Mitwirkung des Raths aus der Bürgerschaft gewählten „judex“ [70]), dessen Amtslocale das mehrfach erwähnte „tribunal judiciorum“ gewesen zu sein scheint. Dieser „judex“ als Stellvertreter des Grafen, mithin Träger eines Reichsamts, bildete nebst den „consules“ die Spitze des Stadtregiments —: „ipsum oppidum Tremoniense regitur per judicem et consules ipsius oppidi“ [71]).

Nach und nach gingen jedoch die eben aufgeführten gräflichen Rechte theilweise durch Veräusserung in andere Hände über; so die Hälfte der Münze im J. 1265 an Cöln [72]), die halben Jurisdictionsgefälle in den J. 1286 und 1312 [73]), desgleichen im J. 1347 der nicht unbedeutende Zoll zu Lünen [74]) an die Bürgergemeinde von Dortmund. Ward nun schon hiedurch die Machtstellung des Grafen gegenüber letzterer empfindlich berührt, so musste jene nothwendig einer totalen Zersetzung entgegenreifen, als es nach langwierigen Unterhandlungen mit dem von Lindenhorst'schen Hause, welches seit dem Beginne des XIII. Jhdts. bis in die zweite Hälfte des XVten im erblichen Besitze der Grafschaft gewesen [75]), sowie mit der alsdann darin succedirenden von Steck'schen Familie [76]) der Stadt Dortmund gelang, die eine Hälfte der gesammten Grafschaftsrechte nebst Anwartschaft auf die andere an sich zu bringen [77]). Zwar konnte es nicht fehlen, dass diese Spaltung der gräflichen Gewalt mancherlei Zwistigkeiten zwischen dem Grafen und der Bürgerschaft im Gefolge hatte. Allein, worauf es zunächst ankam, die gemeindliche Unabhängigkeit der Stadt war um einen bedeutenden Schritt weiter gediehen. Und wie sehr dieses die Glieder des Grafenhauses selbst fühlen mochten, lässt uns die Thatsache erkennen, dass des Grafen Konrad (V.) eigner Sohn, Heinrich von Lindenhorst, sich nicht scheute, gleich zahlreichen anderen Edlen der Nachbarschaft, 1395 in ein förmliches Kriegsdienstverhältniss zu den Dortmundern zu treten, welches ihm die Pflicht auflegte: „dat he mit eyme knechte vnd mit twen guden perden.... een deynen vnd ere helper werden sal vnd en truwelike helpen op all dey gheene, dey nu ere viande synt vnd hir namals ere viande werdet, dey wiile he in erme deynste vnd helpe sy“ [78]).

Dieser Entmündigung Dortmund's in seinem inneren Gemeindeleben — durch kaiserliche Gnadenbriefe einigermassen noch gefördert — entsprach aber auch sein Wachsthum an politischer Bedeutung und Ansehen nach aussen. Schon im XIII. Jhdt. erscheint die Stadt als Genossin des Hansabundes [79]), auf dessen Tagfahrten ihre Abgeordneten manches gewichtige Wort mitredeten. Zahlreiche Privatfehden zogen ihr ein waffentüchtiges Stadtheer an Reissigen und Bogenschützen heran, welches sie in den Stand setzte, an den grossen Landfriedens- und Städte-Conföderationen des Rheinlands und Westfalens einen entscheidenden Antheil zu nehmen [80]). Der blühende Handels- und Gewerbe-Betrieb brachte die dortmunder Kaufherrn allenthalben in guten Ruf und vermittelte ihnen in auswärtigen Ländern, z. B. Flandern [81]), manche höchst vortheilhafte Begünstigung, bis die Vorgänge am Schlusse des XIV. Jhdts. den lange genossenen unbegrenzten Credit derselben auf einige Zeit zu erschüttern vermochten [82]). Endlich was mehr, als alles dieses, den Namen

---

69) *Stat. ant.* §. 1.

70) Vgl. Reg. nr. 11, 15, 49.

71) *Libell. appell.* Nr. I S. 7 Z. 20, 21. Wenn es aber *das.* Nr. III S. 8 Z. 18, 19 heisst: „item quod dictum oppidum ab eo tempore, quo non extat memoria, judices et consules ac universitas dicti oppidi et eorum predecessores tenuerunt et tenent ab imperio“, so sind wohl unter den judices der Graf und sein Unterrichter zu verstehen.

72) Vgl. Reg. nr. 10.

73) Vgl. Reg. nr. 15, 36.

74) Vgl. Weisthum v. 1347, aus dem s. g. rothen Buche nach seinem Inhalte dargestellt b. *Fahne*, UB. I Nr. 122 S. 151 flg. [Dazu Reg. nr. 119.]

75) Ueber dasselbe *D. Mülher* Capp. xj — xvj S. 312—19, *Beurhaus* a. a. O. S. 11—15 u. *Krömecke* a. a. O. S. 37 flg. mit „Stammtafel.“

76) Ueber „die Geschlechter Stecke“ s. *Fahne*, Dortmund IV, 323—30.

77) Vgl. Reg. nr. 47, 49, 56 k., 62, 90, 112. [Die zweite Hälfte der Grafschaft erwarb die Stadt im J. 1504 hinzu. *Fahne*, Chronik S. 146.]

78) Urk. b. *Krömecke* a. a. O. Urk. Nr. VII S. 120—24. Dazu Urk. v. 1409 in *Fahne's* UB. II Nr. 508 S. 247 flg.

79) Ueber „Dortmund als Hansestadt“ s. *Thiersch*, Gesch. I, 100—108. Die hervorragende Stellung Dortmund's im Bunde bezeugen z. B. die Urkk. v. 1358 u. 1409 b. *Fahne*, UB. II Nr. 389 S. 103 flg.; I Nr. 189 S. 227 flg.

80) z. B. von 1253, 1268, 1270, 1277, 1284, 1294, 1296, 1298, 1303, 1312, 1319, 1326, 1338, 1347, 1352, 1365, 1372, 1374, 1376, 1385 *b. Fahne*, UB. I Nr. 15, 21, 29, 30, 40—42, 56, 64, 80, 90, 104, 136; II Nr. 376, 409, 422, 426 und *Seibertz*, UB. II, 603, 656.

81) Priv. v. 1252, 53 b. *Fahne*, UB. I Nr. 16 S. 38 flg.; II Nr. 573 S. 304 flg.

82) Vgl. unten den Excurs z. Reg. nr. 106.

Dortmund's, und zwar besonders in der Rechtsgeschichte Deutschlands berühmt gemacht, waren sein in graue Vorzeit zurückreichender Vehm- oder Freistuhl auf dem Königshofe unter der Linde [83]) und sein Oberhof [84]), dessen richterliche Thätigkeit sich über einen beträchtlichen Theil Niedersachsens ausdehnte, wie denn während des XIV. Jhdts. z. B. die Städte Bochum, Bonn, Dinslaken, Dorsten, Essen, Hagen, Haltern, Hamm, Herdecke, Höxter, Iserlohn, Kamen, Limburg, Lüdenscheid, Lünen, Menden, Neheim, Paderborn, Recklinghausen, Schwelm, Schwerte, Unna, Werl, Werne, Wesel nebst vielen Freiheiten, Flecken und Dörfern dahin ihren regulären Rechtszug hatten [85]). Demungeachtet erreichte das Statutarrecht von Dortmund eine verhältnissmässig nur geringe Ausbreitung, wovon wohl die Ursache, was Westfalen angeht, in der viel früheren Entwicklung und grösseren Autorität des soester Rechts, dessen Einflüssen sich ja Dortmund selbst nicht entziehen konnte, gesucht werden muss. Wir wissen nämlich nur von drei Städten, für welche theils in Folge einer Bewidmung, theils durch eigenmächtige Annahme das jus Tremoniense Mutterrecht geworden ist. Es sind dies: Marsberg, wo, wenn auch nicht aus Anlass des die „legitima que throtmannici habent" verleihenden, zweifellos unterschobenen Ottonischen Privilegs v. 962, doch immerhin seit sehr frühen Zeiten das dortmunder Recht gegolten hat, ferner Gandersheim und Höxter [86]).

Ausserdem sollte auch die neben der Feste Memelburg, welche 1252 der kurländische Bischof Heinrich unter Mitwirkung des Deutschordens angelegt hat, entstandene neue Stadt, „die man Anfangs nach der Herkunft der Mehrzahl ihrer Bewohner Neu-Dortmund benennen wollte", das dortmunder Recht empfangen, und waren bereits die nöthigen Einleitungen hiezu getroffen, sowie die Ausfertigung einer zur Uebersendung bestimmten Statuten-Abschrift von Seite des Rathes zu Dortmund erfolgt. Allein weder die Namens-Uebertragung noch die Rechts-Einführung ist wirklich zu Stande gekommen [87]). Wenn hiegegen auf eine alte Nachricht oder vielmehr Sage hin, dass „a. 1275, gleichwie die Römer von den Atheniensern vnd Nürenberc von den Venedigern, also die Stadt Dorpte in Curlandt von Dortmund ihre Gesetze, Gebreuch vnd Policeyordnungh, ja auch Nahmen entlehnt" habe [88]), noch die neuesten Schriftsteller über Dortmund's ältere Geschichte [89]) wenigstens andeutungsweise die oben gedachte (uns erhaltene) Statuten-Copie als nach Dorpat gerichtet angesehen wissen wollen, so widerstreitet diesem einmal der Wortlaut des vorgesetzten Begleitschreibens [90]), dann aber auch der Umstand, dass in Dorpat „seit Begründung der städtischen Verfassung daselbst das rigische Stadtrecht gegolten hat", und nicht ein einziges einheimisches Zeugniss vorliegt, woraus man auch nur auf einen Versuch, die aus der Burg Jurjew, welche der Russenfürst Jaroslaw [Jurij] 1030 erbaut hatte, allmälig entstandene Stadtansiedlung mit deutschem Rechte zu versehen, schliessen dürfte [91]).

II. Regesten.

1220, Mai 1. [**Erster Hauptfreibrief.**] König Friedrich II. erklärt, „die universitas 1
Tremoniensium civium" um ihrer ihm und seinen Thronvorgängern stets erwiesenen Treue und Anhänglichkeit willen in seinen und des Reichs besonderen Schutz genommen zu haben, indem er zugleich die denselben von König Konrad III. und Kaiser Friedrich I. verliehenen Privilegien nach ihrem ganzen Rechtsinhalte, und zwar insbesondere in Ansehung des Gerichtsstandes, des Zweikampfordals und der Zölle: — „a) ne [cives] alicui ipsos super prediis et eorum personis impetenti extra civitatem nostram respondere cogantur, nec coram

---

83) Ueber seine Benennungen „der Spiegel, des Königs Kammer etc." s. *Thiersch*, Hauptstuhl S. 12—19.

84) Vgl. *Wigand*, Femgericht S. 204; *Thiersch*, Gesch. I, 52 flg.; *O. Stobbe* a. a. O. S. 544.

85) Ein [jedoch nicht ganz vollständiges] Verzeichniss der westfälischen Orte, welche Dortmund als ihren Oberhof betrachteten, aus dem XIV. Jhdt., entnommen dem rothen Buche, theilen *Thiersch*, Vemlinde Anh. Nr. XII S. 27 und im Auszuge *Fahne*, Statutarrecht Nr. 2 S. 27 mit.

86) Das Nähere unter den betreffenden Artikeln.

87) Vgl. *Voigt*, Uebersichtl. Darstellung der Rechtsverfassung Preussens S. 58, 59; *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie v. Preussen S. 222, 23; *Mooren* a. a. O. S. 76.

88) *D. Mülher* Cap. xxiv S. 342.

89) *Thiersch* Gesch. I, 53 Note 1 und *Fahne*, UB. I, 12.

90) S. unten Absch. III: „Statute" A, b. [*Wigand*, Gesch. von Corvey I^b, 206—8 erklärt es übrigens für zweifelhaft, ob unter „Mimelborch" — Memel zu verstehen sei.]

91) Vgl. *v. Bunge's* Einleit. in die liv-, esth- und curländische RGesch. (1849) S. 157 nr. 9 mit S. 36.

alieno judice trahantur in causis, sed tantum in civitate nostra in presentia comitis, qui pro tempore fuerit, vel judicis sui provide respondeant; b) ne quis injusta occasione [1]), quocunque per limites Romani imperii profecti fuerint, per duellum eos impetere possit; c) quod, sive per mare sive per terram cum negotiationibus suis necesse habeant proficisci, ab omni telonio et aliis indebitis exactionibus imperpetuum liberi sint et absoluti per totum imperium nostrum" — unter Bedrohung jeglicher Verletzung dieser Freiheiten mit einer halb der königlichen Kammer halb der Stadtkasse zufliessenden Busse von 100 Pfund Goldes, erneut und bestätiget. *Lünig* a. a. O. S. 441 Nr. 1; *Huillard-Bréholles*, Hist. Frid. Tom. I P. 2 p. 777, 78; *Fahne*, UB. I Nr. 4 S. 23—25. Vgl. *Böhmer's* Reg. Frid. S. 108 nr. 348.

2 **1236**, Mai. Derselbe, als Kaiser, ertheilt seinen getreuen Bürgern von Dortmund, auf deren Vorstellung hin, dass der unter nr. 1 erwähnte Freiheitsbrief im Originale bei einer Feuersbrunst zu Grunde gegangen, aber „quoddam transcriptum ipsius per omnia simile" noch in ihren Händen sei, nachdem über jene Vorgänge und die Zuverlässigkeit („veritas") der Copie durch den Erzbischof von Trier eine Untersuchung mittels eidlicher Vernehmung zahlreicher Gemeindeglieder angestellt worden war und zu günstigen Resultaten geführt hatte, ein neues den Inhalt der Abschrift wortgetreu („transcriptum ipsum de verbo ad verbum") wiederholendes Privileg unter goldener Bulle und Verdoppelung der Verletzungs-Busse. *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 69—74 und Gesch. Thl. I Anh. Nr. II S. 111—15; *Huillard-Bréholles* l. c. Tom. IV P. 2 p. 845—47; *Fahne*, UB. II Nr. 307 S. 5—8.

3 **1240**, Febr. 19. Der dortmunder Graf Konrad [II. aus dem Geschlechte Lindenhorst] verkauft und übereignet unter Mitwirkung seiner Ehefrau und Erben, und zwar in seiner „curia" vor dem [dahin berufenen] Richter Siegfried — welcher jedoch auf Befragen ausdrücklich erklärt, „quod eque validum esset, ac si pro tribunali actum fuisset" — der Stadt Dortmund sein am Markte gelegenes Privathaus und verschiedene vom Reiche herrührende Nutzgerechtigkeiten an den Fleischscharren, den Schuhbänken, der Brodhalle und einem oberhalb der Gerichtsstätte („tribunal judiciorum") befindlichen Gebäude, letztere gegen bestimmte Zins- und Pfeffer-Reichnisse, für deren pünktliche Entrichtung „unus consulum ejusdem civitatis, qui teutonice rihteman dicitur, et qui est de concivio occidentali, quod westerburscap appellatur, vadium porriget secundum jus pensionale, a quo vadio eadem civitas ipsum absolvet liberum et indempnem." *Fahne*, UB. I Nr. 8 S. 28, 29.

1230—1240. Graf Adolph I. von der Mark und Burggraf Gernand von Kaiserswerth geben nebst anderen hiezu beigezogenen ehrbaren und kundigen Männern in einer zwischen dem Grafen Konrad und den Bürgern zu Dortmund schwebenden Streitsache, betreffend die Behandlung von Verlassenschaften bei Abwesenheit der dazu berechtigten Erben und die Aneignung herrenloser Thiere, zu Essen „in porticu ecclesie majoris, qui paradysus dicitur", einen den bisherigen Rechtsbestand bestätigenden schiedsrichterlichen Bescheid des wesentlichen Inhalts, dass bei dem Ableben eines Einheimischen „a die qua tumulatur homo idem ad integrum mensem" der Nachlass unberührt bleiben, dann aber eine „obligatio bonorum defuncti" durch den Grafen stattfinden, dagegen bei dem Tode eines Fremden diese Beschlagnahme erst nach Ablauf von Jahr und Tag eintreten und bis dahin die Erbmasse „apud hospitem domus, in qua idem advena moritur", nöthigenfalls unter gewissen Sicherheitsmassregeln verwahrt werden, endlich ein herrenlos betroffenes Pferd oder sonstiges Hausthier („si forte errando ierit") nicht früher als nach sechs Wochen freien Umherirrens, während welcher Zeit kirchliche Bekanntmachungen zu geschehen haben, sofern der wahre Herr nicht erscheint, der Besitzergreifung des Grafen unterliegen solle („quod extunc comes illud sibi libere poterit usurpare"). *Fahne*, UB. I Nr. 7 S. 26—28. Vgl. *Krömecke*, Grafen S. 42—44. 4

1248, Dez. 23. König Wilhelm gewährt den nach Holland und Seeland kommenden dortmunder Bürgern dieselbe Zollerleichterung, welche die Lübecker geniessen — „gratiam factam lubicensibus, quod venientes in mari ad terram nostram centesimam marcam solvent, civibus tremoniensibus fidelibus nostris liberaliter impertimur" — und weist seine Amtleute und Zöllner an, die Kaufleute von Dortmund auf keinerlei Weise dieser Freiheit entgegen zu belästigen. *Fahne*, UB. I Nr. 12 S. 30. 5

1248, Dez. 23. Derselbe verpfändet dem cölner Erzbischofe Konrad I. [2]) 6

1) D. h. aus einer ihrem heimatlichen Rechte nicht entsprechenden Veranlassung.

2) Konrad hatte kurz vorher die Dortmunder ermahnt, dem an Cöln und Trier von Rom aus

für 1200 Mark „Tremoniam et curtes suas adjacentes cum suis attinentiis", mit der Bedingung, dass der Erzbischof die dortselbst gesessenen Leute „in debito et consueto jure fovebit et contra indebitos molestatores defendet." *Joannis* Spicileg. I p. 22; *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 338 S. 176, 77.

7 **1250**, März 27. Erzbischof Konrad I. von Cöln stellt die in Dortmund wohnenden Juden mit Leib und Gut unter seinen besonderen Schutz und Schirm — „ita ut in ipso oppido securi et quiete permaneant, quamdiu voluerint, sub annua pensione viginti quinque marcarum denariorum coloniensium ab eisdem annis singulis in octavis penthecostes nobis persolvenda ac scultheto nostro sub duorum consulum testimonio exhibenda" —, gestattet ihnen jederzeit, nach Erfüllung vorstehender Obliegenheit, freien Wegzug aus der Stadt, und erklärt, dass auch die künftig dahin übersiedelnden Judenfamilien desselben Schutzes sich erfreuen sollten, „dummodo super annua pensione nostre competenter satisfecerint voluntati." *Fahne*, UB. I Nr. 13 S. 30, 31; *Kayserling* a. a. O. S. 81, 82 Note 1.

8 **1263**, Oct. 25. Erzbischof Engelbert II. von Cöln steht von der weiteren Verfolgung der bereits in gerichtliche Untersuchung („ad sollempne judicium quod botdinc dicitur") gezogenen „excessus" der Dortmunder [3]) ab, verspricht, sie nie mehr deswegen in Anspruch nehmen zu wollen, und befiehlt seinen sämmtlichen Beamten in Westfalen und am Rheine, jene zu beschützen und in ihrem Geschäftsverkehre zu fördern. *Fahne*, UB. I Nr. 27 S. 53.

9 **1264**, Jul. Graf Engelbert I. von der Mark bekundet die völlige Beilegung seiner Zwistigkeiten mit den Bürgern von Dortmund — wozu die an einigen soester Einwohnern verübte Gewaltthat seines Hofmeisters, des Ritters Bernhard Bitter, den Anlass geboten hatte — und gewährt dem aus seines Vaters Zeiten sich herleitenden Rechte der Dortmunder, „quod ipsi cum rebus eorum per quoscumque terminos districtus (comitis de Marcha) suos transitus et retransitus facere, in ipsis stare suasque negotiationes gerere poterunt", neuerliche Anerkennung. *Fahne*, UB. I Nr. 19 S. 45 m. Chronik S. 27.

1265, Jan. 1. Herbord [von Lindenhorst], Graf von Dortmund, überlässt den 10
Halbtheil seiner Münz-, Brau- und Biergefälle in der genannten Stadt — „medietatem monete Tremoniensis[4]), medietatem fermenti ibidem et medietatem denariorum cervisialium infra Tremoniam provenientium" — dem Erzbischofe Engelbert II. zu Cöln und seinen Nachfolgern unter der Bedingung, dass keine der beiden Parteien ohne der anderen Zustimmung künftighin Verordnungen oder Verfügungen über jene Revenüen treffen dürfte, und dass der Erzbischof, wenn etwa um dieser ihm und seiner Kirche gemachten Schenkung willen nachmals dem Grafen von kaiserlicher oder königlicher Seite her Unannehmlichkeiten erwachsen würden, hiegegen den Grafen in Schutz zu nehmen gehalten sein sollte. *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 559 S. 327; *Fahne*, UB. II Nr. 578 S. XII m. *Krömecke*, Grafen S. 48.

1267, Jun. 9. Derselbe leistet nebst sei- 11
nen beiden Brüdern auf dem Rathhause zu Dortmund in die Hände des sitzenden Rathes das feierliche Versprechen: „a) quod omne jus sive dignitatem, quam a divis Romanorum imperatoribus possidemus infra muros tremonienses, in manus non commutabimus alienas, sed dictum jus sive dignitas in nostra progenie perpetuo permanebit . . .; b) quod nos debemus locare judicium nostrum burgensi tremoniensi idoneo ac fide digno, qui per unum annum ad electionem burgensium dicto judicio presidebit et annum sequentem per gratiam dictorum burgensium

besonders empfohlenen Könige Wilhelm [s. *Souchay*, Gesch. der Dtsch. Monarchie II, 631] nach einem beigefügten Formulare Huldigung zu leisten. Rath und Bürgerschaft erklärte sich auch in einem Schreiben v. 15. Dez. 1248 [*Lacomblet* a. a. O. II, 176, 77 Note 1] dazu bereit, unterliess es aber nicht, die Erinnerung anzufügen: „Cum igitur hoc certum et notorium existat, quod nos nullum principem vel dominum terre preter vos nostris colloquiis et consiliis preesse aut interesse velimus, vestre omni qua possumus devotione supplicamus paternitati, quatinus divine retributionis intuitu et devoti servicii nostri respectu, ita nobis consiliis et auxiliis vestris patrocinari dignemini, sicut bene sedet honori vestro et sicut de discretione vestra eternam et indubitatam confidentiam retinemus."

3) Worin diese Excesse bestanden, ist unersichtlich. Vielleicht waren sie im Kleinen, was die gleichzeitigen Händel der Cölner mit Engelbert [s. oben S. 545, 547 flg.] im Grossen gewesen sind.

4) Die Münzstätte in Dortmund war kaiserlich, indem sich König Heinrich VI., als er durch Urk. v. 25. März 1190 [*Lacomblet* a. a. O. Bd. I Nr. 524 S. 365 flg.; *Beseler* in der Ztschr. f. RGesch. II, 414] auf das Münzrecht im Erzstiftsgebiete von Cöln zu Gunsten Erzbischof Philipp's verzichtete, ausdrücklich „monetas duas scilicet apud dusburch et apud tremoniam" vorbehalten hatte. Vgl. Th. *Töche*, Kaiser Heinrich VI. (1867) S. 163.

obtinebit, nisi possit per excessum notorium refutari; c) quod omnia jura, que dicti consules per privilegia poterunt demonstrare sive per vivens testimonium declarare, ipsis nullatenus infringemus, sed illa dictis burgensibus studebimus emendare." Dabei setzt aber der Graf voraus, dass auch er im Genusse seiner hergebrachten Gerechtsame ungestört belassen werde, wie ihm das der Rath bereitwillig zugesichert habe. *Fahne*, UB. I Nr. 20 S. 45—47 m. *Krömecke* a. a. O. S. 45. 46.

12 **1273**, Oct. 26. König Rudolph I. belässt den Erzbischof Engelbert II. von Cöln für dessen Lebensdauer ebenso im Besitze Dortmund's[5]), wie sein Vorgänger, Erbischof Konrad[6]), die Stadt besessen hatte — : „Insuper oppidum nostrum Tremoniam cum omnibus suis attinentiis eo jure ac commissione, quo predecessor suus felicis recordationis Conradus, archiepiscopus Coloniensis, tenuit, possidebit." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 636 S. 373.

13 **1273**, Nov. 3. Derselbe bestätigt dem Rathe und der übrigen Bürgerschaft seiner „kaiserlichen" Stadt Dortmund „jura eorum, libertates et bonas consuetudines hactenus introductas", insonderheit die von Kaiser Friedrich und seinen Vorgängern im Reiche herrührenden Privilegien [nr. 1, 2] mit dem Beifügen, dass etwaige Eingriffe in diese Freiheiten und Rechte, wie sie wohl „propter periculosum statum imperii, qui visus est hactenus exstitisse", vorkommen konnten, völlig wirkungslos sein, dagegen künftige Verletzungen die königliche Ungnade („nostre majestatis indignationem") nach sich ziehen sollten. *Lünig* a. a. O. S. 241, 42 Nr. II; *Fahne*, UB. I Nr. 26 S. 52, 53.

14 **1274**, Jul. 22. Derselbe stellt an des Reiches Fürsten, Adel und Städte sammt ihren Obrigkeiten das Ersuchen, die Bürger von Dortmund in ihren auf älteren kaiserlichen Gnadenbriefen beruhenden, nunmehr erneuten Zoll-, Wegegeld- und Geleits-Freiheiten nicht beirren zu wollen — : „affectuose rogamus, quatenus supradictis nostris civibus pro nostra et sacri imperii reverentia sua servantes privilegia illibata, contra ipsorum tenorem, quem vidimus et ex certa scientia confirmamus, ab eisdem theolonia, pedagia vel widagia[7]) nullatenus exigatis nec a vestris exigi permittatis, ut ex eo in vestris negotiis et agendis serenitatem regiam sentiatis oportunis temporibus gratiosam." *Fahne* UB. I Nr. 25 S. 51, 52 [mit unrichtiger Datirung v. 1273].

1286, Dez. 5. Der bereits genannte dort- 15
munder Graf Herbord verkauft in seinem steinernen Hause vor dem Stadtrichter Otto von Hamm, und zwar unter Zustimmung von Gattin, Sohn, Töchtern und sonstigen Blutsfreunden, an den Rath und die Bürgergemeinde von Dortmund für 400 Mark Heller den dritten Theil seines Gerichtes dortselbst, „ita quod civitas omnes proventus, quocumque casu evenerint, perpetuo recipiat de sua parte", dabei bemerkend, dass er den betreffenden Gefäll-Antheil zunächst auf Präsentation des Rathes an Konrad von Herreke und Johannes unter den Weiden ausgeantwortet habe (und ausantworten werde), nach deren Tod aber zwei andern von der Stadt in Vorschlag zu bringenden Männern, oder wohl auch nur Einem davon, ohne irgend eine Gegengabe verabfolgen zu lassen bereit sei, und dass es in ganz gleicher Weise auch von seinen Erben gehalten werden solle. Die weiteren zwei Drittheile des Gerichts sowie anderen ihm auf Grund kaiserlicher Verleihung innerhalb der Mauern Dortmund's zustehenden Gerechtigkeiten verspricht der Graf nie in fremde Hände zu veräussern, vielmehr bei seinem Hause zu erhalten[8]), und soll der Richter von ihm und der Stadt gemeinschaftlich („unanimi consensu")[9]) aus der Mitte der Bürger auf ein Jahr, für ein zweites aber nur „per gratiam burgensium", bestellt werden. Auf den Fall, dass ihm vom Reiche, einem Landesherrn oder Edlen das fragliche Gericht entzogen werden wollte, sichert endlich der Graf den Dortmundern auch für ihren Antheil getreuliche Vertheidigung zu, ohne irgend einen Kosten-Ersatz von ihnen zu beanspruchen. *Fahne*, UB. I Nr. 31 S. 59—61 m. *Krömecke* a. a. O. S. 48, 49.

1291, Mai 23. König Rudolph I. nimmt 16
die dortmunder Bürger — „qui nostro et imperii dominio, excluso quolibet jugo alterius domini, subjiciuntur immediate" — in seinen Schutz und sagt denselben, „ad quecunque loca se diverterint", für ihre Person, ihre Angehörigen und ihr Vermögen sein Geleite zu. *Fahne*, UB. I Nr. 35 S. 62.

1292, Oct. 4. König Adolph thut dem 17
Grafen, dem Schultheissen, den Schöffen und Rathleuten sowie der gesammten Einwohnerschaft von Dortmund zu wissen, dass er seine Gefälle in ihrer Stadt — „jura,

5) Der erste Theil der Urkunde bezieht sich auf Kaiserswerth.

6) S. oben Urk. nr. 6.

7) Guidagium, Geleitsgeld. Vgl. *Ducange-Henschel*, Glossar. III, 589.

8) S. oben nr. 11 *a*.

9) Anders früher in nr. 11 *b*.

jurisdictiones, redditus, proventus, obventiones cum suis pertinentiis universis, prout ad nos et imperium in ipso oppido Tremoniensi et extra pertinere dinoscuntur" — dem Erzbischofe Sigfrid von Cöln und dessen Kirche für eine gewisse Geldsumme[10]) zu Pfand gegeben habe, und befiehlt darum bei Verlust seiner Gnade der Stadtgemeinde, dem genannten Erzbischofe und seinen Nachfolgern getreu, sowie seinen Einnahmsbeamten gehorsam zu sein, so lange die Verpfändung dauern werde, indem er etwaige „contradictores et rebelles . . tamquam contemptores regalis precepti" unnachsichtlich zur Rechenschaft zu ziehen gedenke. *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 931 S. 551, 52.

18 **1292**, Oct. 25. Derselbe befiehlt der Stadt Dortmund [gleich Duisburg und Sinzig], dem Erzbischofe Sigfrid von Cöln nach Inhalt des demselben darüber ausgestellten Briefs („secundum nostrarum continentiam literarum, quas eidem archiepiscopo et ecclesie sue concessimus et vobis volumus exhiberi")[11]) Treue und Gehorsam zu leisten, zugleich bemerkend, dass er den Ritter Hermann von Thurn als „specialis nuncius" senden werde — „cujus verbis quoad hoc fidem adhibeatis plenariam in dicendis." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 935 S. 554.

19 **1296**, Oct. 24. Derselbe bestätiget seinen Bürgern von Dortmund auf deren Bitten „omnia privilegia, gratias, concessiones, libertates et jura, a divis imperatoribus et Romanis regibus . . . ipsis indulta, prout rite concessa noscuntur et provide." *Fahne*, UB. II Nr. 339 S. 47, 48.

20 **1298**, Aug. 6. König Albrecht I. gebietet der Stadt Dortmund, dass sie dem cölner Erzbischofe Wicbold, welchem er sie „cum integritate omnium jurium, redituum, proventionum et fructuum ejusdem civitatis" überlassen habe, „omnis dubietatis scrupulo ammoto" sich unterwerfen und in allen Stücken gehorchen möge. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 993 S. 585.

1298, Aug. 28. Derselbe ertheilt der 21
Stadt Dortmund eine Bestätigung ihrer gesammten „jura, libertates et bone consuetudines" [ganz in der Form von nr. 13]. *v. Günderrode*, Sämmtl. Werke Bd. I S. 123, 24.

1298, Aug. 28. Derselbe übergibt nun 22
wirklich auf Zeitdauer seines Lebens dem Erzbischofe Wicbold von Cöln [ausser Kaiserswerth, Sinzig und dreien Reichshöfen] „officium villicationis seu scultetatus oppidi Tremoniensis et custodiam judeorum ibidem", dabei noch besonders festsetzend: „ut dicti oppidani et judei Tremonienses ad ipsum archiepiscopum recursum habere possint in suis necessitatibus et agendis; ita tamen quod nichilominus nos a dictis oppidanis et judeis Tremoniensibus servitia et subsidia requirere possimus, quandocunque nobis videbitur expedire." *Kindlinger*, Samml. merkwürdiger Nachrichten und Urkk. Heft I (1806) S. 19 flg.; *Lacomblet* a. a. O. S. 587, 88.

1298, Aug. 28. Derselbe weist nochmals 23
die Rathleute und Bürger der Stadt Dortmund an, dem oft genannten Erzbischofe von Cöln, unter dessen Schutz und Leitung („quod sub regimine et umbraculo protectionis sue commodius, quam per aliquem alium in terminis illis, nobis pro romani imperii negotiis agentibus in remotis, poteritis defensari") sie gestellt worden, in allem unterthänig und gewärtig zu sein — „tamquam vestro nomine nostri et imperii provisori." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 999 S. 590.

1299, Oct. 18. Derselbe erneut vor- 24
stehende Weisung an die Dortmunder. [R.] *Lacomblet* a. a. O. S. 613 Note 1.

1299, Oct. 18. Derselbe erlässt zugleich 25
an die Judenschaft zu Dortmund einen besonderen Befehl, dem Erzbischofe Wicbold von Cöln zu gehorchen. [R.] *Wiener*, Regesten z. Gesch. der Juden Thl. I S. 18 nr. 111.

1299, Dez. 1. Derselbe wiederholt vor- 26
stehende Aufforderung an die Juden und ihren Vorsteher in Dortmund, welche durch die Gelderpressungen, denen sie trotz der „custodia archiepiscopi" fortwährend unterlegen, an der Wirksamkeit letzterer zweifelhaft geworden sein mochten und daher an Auswanderung dachten, insbesondere beifügend, dass sie ausser dem Erzbischofe als ihrem Schirmvogte („defensor") Niemanden irgend welche Abgaben zu entrichten hätten. *Lacomblet* a. a. O. S. 613 Note 1 (Extr.) mit *Wiener* a. a. O. nr. 113.

1299, Dez. 2. Derselbe versucht noch 27

10) Nämlich für die 25,000 Mark, welche Adolph dem Erzbischofe, angeblich als Entschädigung für die von ihm, von seinen Vorgängern und seiner Kirche „pro honore et juribus regni et imperii defendendis et conservandis" geleisteten Dienste, in Wahrheit als Kaufpreis für seine Stimme bei der Königswahl durch Urk. v. 13. Sept. 1292 zugesagt hatte. Früher war dem Erzbischofe im eigentlichen Bestechungs-Tractate v. 26. Apr. 1292 eine völlige Besitz-Einräumung der „castra et munitiones Cochme, Werde, Lanskrone, Sinzege, Dusburg, Tremonia" auf Lebenszeit versprochen gewesen. Vgl. L. *Ennen*, Die Wahl des Königs Adolf von Nassau (Cöln 1866. 8.) S. 23, 28 flg. 40 flg. mit Beil. Nr. 6 S. 57, Nr. 8 S. 68, 69.

11) Vermuthlich v. 13. Sept. 1292. [Vgl. Note 10.]

einmal, die Stadt Dortmund, welche sich unter Berufung auf alte Gewohnheiten und Privilegien, wonach sie nur dem Könige selbst in dessen Anwesenheit zu huldigen verpflichtet sei, weigert, dem cölner Metropoliten Namens des Königs und Reiches Hulde zu thun und bezüglich der Gefälle zu gehorchen, mit Zurückweisung der von den Bürgern geltend gemachten Einwände — „cum consuetudo contra imperialis celsitudinis libertatem introducta non consuetudo sed corruptela potius sit dicenda, nec privilegia predecessorum nostrorum aliqua vobis hoc tribuant, ut nobis in hoc, utrum per nos ipsum vel per alium a vobis fidelitatis homagium recipere velimus, legem imponere valeatis, maxime cum par in parem non habeat imperium“ — durch ernstliche Vorstellungen und schwere Bedrohung zur Nachgiebigkeit zu zwingen [12]). *Joannis* Spicileg. I p. 25 sq.; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1041 S. 614, 15.

28 **1300**, Jan. 20. Derselbe verpfändet dem Grafen Eberhard von der Mark für eine Schuldsumme von 1400 Mark vier niederrheinische Reichshöfe, darunter in erster Stelle „curiam Dortmonde“ — unzweifelhaft mit einem Theile der Stadt. *Teschenmacher*, Annales Cliviae, Cod. dipl. Nr. LII p. 39; *Rive*, Beitr. z. dtsch. RGesch. Thl. I Anl. I S. 367; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1041 S. 615, 16.

Durch diese Verpfändung fühlte sich Erzbischof Wicbold von Cöln in seinen Rechten verletzt und erhob deshalb Beschwerde. Die Folgen davon waren: a) ein Schied der Herren Walram IV. von Montjoie-Falkenburg und Johann von Kuik v. 1. Dez. 1300 [*Lacomblet* a. a. O. Nr. 1065 S. 627, 28], bestätigt durch König Albrecht I am 8. Febr. 1301 [*Fahne*, UB. II Nr. 575 S. 307, 8], worin es heisst: „Eyver so sage wir vor eyn reyth, want unse herre der Erchebischof alrehande offen brifve hait vor sich, inde der Greve van der Marken oich offene breyve hait vor sich vp leyninge der stat van Dirtmunde, des godes (*dat*) darzo gehort inde der hove van Brakle, Westhove inde van Elmenhorst mit deme, dat darzo gehoirt, dei dat Rige anne gehorent, *ind et were*, *dat man den Greve van der Marke vunden hait inde nu vint si halden in der weren*, *hey sal in der weren bliven* [13]) sunder urlage, bis dat si vurme Konichge bischeydent na rethe.“ Hieraus erhellt aber, dass die fragliche Verpfändung des Hofes Dortmund sich auch auf die Stadt, wenigstens den auf dem s. g. Königskamp gelegenen nördlichen Theil derselben, mit erstreckt haben müsse. b) Ein Reichsgerichtsspruch, zu Wetzlar am 8. Febr. 1301 verkündigt, worin die Pfandschaftsrechte des Grafen vollständig anerkannt wurden. *Teschenmacher* l. c.

1300, Aug. 5. König Albrecht I. bestätiget den Bürgern Dortmund's „privilegium ipsis a.. Friderico Romanorum et Sicilie rege.. indultum... de verbo ad verbum insertum in omnibus et singulis suis articulis“ [nr. 1]. *Fahne*, UB. II Nr. 344 S. 49, 50. 29

1301, Febr. 8. Derselbe thut dem Rathe und den Bürgern von Dortmund, ferner „judeis ibidem degentibus necnon universis in Westfalia commorantibus, sacro romano imperio pertinentibus“ zu wissen, dass er deren „gubernatio“ dem Grafen Eberhard von der Mark übertragen habe, und weist sie an, demselben in allem zu gehorchen. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 3 S. 2. 30

1302, Jun. 8. Derselbe belässt Rath und Bürgerschaft von Dortmund auf deren Ansuchen im Genusse des ihnen von früheren Kaisern und Königen zugestandenen Rechtes der „collatio beneficiorum ecclesiasticorum sitorum in Tremonia.“ *Fahne*, UB. II Nr. 346 S. 51. 31

1308, Sept. 20. Graf Heinrich von Luxemburg verspricht auf den Fall seiner Wahl zum römischen Könige dem Erzbischofe Heinrich II. von Cöln unter anderem auch „opidum Tremoniense... cum scultetatus officio et judeis Tremoniensibus“, angeblich um denselben für gewisse Auslagen und Mühen, sowie für die unter König Albrecht erlittenen Verwüstungen seiner Lande zu entschädigen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 68 S. 50 flg., bes. S. 51. 32

1308, Sept. 30. (?) Graf Wilhelm von Hennegau, Holland und Seeland nimmt die in sein Gebiet kommenden „mercatores de civitate dorpmonden cum bonis, rebus et familiis suis universis“ unter seinen Schutz und Schirm, gewährt ihnen „salvum conductum et securum“, und befiehlt seinen „justiciarii“ und Unterthanen, jene bei ihren Durchfahrten und bei ihrem Aufenthalte im Lande in keiner Weise zu beschweren — „dummodo de bonis et de merchimoniis eorum thelonium persolvatur modo debito et consueto.“ *Fahne*, UB. I Nr. 61 S. 84. 33

1309, Jan. 17. König Heinrich VII. gibt den Dortmundern einen (ganz in der 34

12) Ueber Hindernisse von anderer Seite, welche der Besitznahme Dortmund's durch Wicbold entgegentraten, s. die Urk. v. 19. Oct. 1299 b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1039 S. 613.

13) So glaubte ich die offenbar corrumpirte Stelle des Textes bei *Lac.* [„in de were, dat man... nu vint, halden sal inde in der weren bliven“] verbessern zu dürfen.

Form von nr. 13 abgefassten) Confirmationsbrief über ihre gesammten Rechte, Freiheiten und guten Gewohnheiten. *Fahne*, UB. II Nr. 349 S. 52, 53.

35 **1310**, Sept. 2. Derselbe gestattet dem cölner Erzbischofe Heinrich II., das in des Grafen Engelbert von der Mark [14]) Pfandbesitz befindliche „opidum Tremoniense cum officio scultetatus et judeis ibidem" für sich und sein Stift einzulösen [s. nr. 32]. *Joannis* Spicileg. I p. 28; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 92 S. 67, 68.

36 **1312**, Jan. 16. Der dortmunder Graf Konrad [III. von Lindenhorst] verkauft mit seiner Ehefrau und Verwandten Einwilligung für 400 Mark Heller dem Rathe und den Bürgern zu Dortmund „sextam partem judicii sui tremoniensis cum ejus utilitatibus et proventibus in omni jure et forma conditionum, quibus dominus Herbordus, pater suus bone memorie olim tertiam partem dicti judicii ipsi civitati tremoniensi dinoscitur vendidisse" [nr. 15], sich und seinen Erben den Rückkauf, und zwar entweder dieses Sechstheils allein um die vorerwähnte Summe oder der ganzen Gerichtshälfte für 800 Mark vorbehaltend, wodurch jedoch an den übrigen Artikeln gegenwärtigen sowie des früheren Herbord'schen Vertrages nichts geändert werden solle. Dabei wird noch weiter von Seite des Grafen anerkannt: „(*a*) quod si per nos vel nostros heredes aliquam partem de fundo nostro seu curte vendere vel locare contigerit ad habitacula vel mansiones construendas, vel etiam mansiones jam in ipsa curte constructe permanserint, nulla fruentur speciali libertate, sed hee dicte mansiones seu habitacula cum inhabitatoribus stabunt ad jura burgensium [15]) sicut relique mansiones civitatis, et (*b*) nichilominus illas mansiones et nostram curtem intercludi et obfirmari faciemus, sic quod ex ipsis in nostram curtem vel ex nostra curte in ipsas patere non possit transitus quo modo; (*c*) si vero mansiones jam positas dirui seu deponi fecimus, fundus, in quo posite sunt, fruetur pristina curtis libertate." *Fahne*, UB. I Nr. 65 S. 88 — 90; *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 75, 76. (Extr.) Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 52, 53.

1314, Mai 9. Herzog Leopold von Oesterreich beurkundet das für seinen Bruder, Herzog Friedrich („den Schönen"), mit dem cölner Erzbischofe Heinrich II. getroffene Uebereinkommen, betreffend die den „nobiles" im Gefolge des Letzteren auf den Fall, dass Friedrich zum Könige gewählt und gekrönt werden würde, in Aussicht gestellten Gratificationen, worin u. A. in Bezug auf Dortmund vorkommt: „Item [Fridericus] innovabit Engelberto comiti de Marcha litteras suas, quas habet super officio scultetatus Tremoniensis [16]) et curtibus Westhoven et Elmenhorst sibi ab imperio obligatis....; ad preces etiam dicti archiepiscopi rex custodiam oppidi Tremoniensis cum suis attinentiis committet comiti memorato." *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 129 S. 95. 37

1314, Dez. 5. König Ludwig IV. confirmirt den Bürgern Dortmund's auf deren Bitte den ihm in unverletzter Originalausfertigung vorgelegten und danach wörtlich eingerückten Rechtsbestätigungsbrief König Heinrich's VII. von 1309 [nr. 34]. *Fahne*, UB. II Nr. 355 S. 57, 58. 38

1314, Dez. 22. Derselbe erlaubt der Stadt Dortmund, vom Grafen daselbst reichslehenbare Güter — „salvis hujusmodi bonis, que nobis et imperio vacant vel vacare possent, in quibus nobis prejudicari nolumus" — kaufsweise zu erwerben und „eo jure, quo ipse possidebat eadem", innezuhaben. *Fahne*, UB. I Nr. 67 S. 90, 91. 39

1316, Febr. 16. Konrad von Lindenhorst [des Grafen Konrad III. Vetter] zieht seine gegen die Stadt Dortmund wegen gewisser in der Gegend von Lindenhorst gelegener Weidegrundstücke erhobene Klage („impetitio") als unbegründet zurück, für sich und seine Erben die Zusicherung gebend, dass „dictus campus sine semitibus desertus eternaliter et incultus jacebit ad usum generalem opidanorum tremoniensium, quod waldemene dicitur, et pecorum eorundem." Zugleich wiederholt er ein bereits früher den Dortmundern geleistetes Versprechen, nämlich das „castellum quod dicitur Koningesberg" [17]), sobald er es in seine Gewalt bekommen haben würde, niederzureissen und nur mit ausdrücklicher Zustimmung ihres Raths wieder aufzubauen. *Fahne*, 40

14) An diesen erging zu gleicher Zeit der Befehl, die Pfandobjecte gegen Erlegung der Pfandsumme dem Erzbischofe herauszugeben.

15) Diese Häuser sollen gleich den übrigen Stadthäusern den allgemeinen bürgerlichen Lasten, wie solche das Stadtrecht vorschreibt, unterworfen sein, während der eigentliche Reichshof nach seinem ganzen Grund- und Gebäude-Complexe davon befreit war.

16) Die im J. 1310 beabsichtigt gewesene Einlösung von Seite Cöln's [nr. 35] scheint also nicht realisirt worden zu sein.

17) Dasselbe hat nachmals (1317) die Stadt Dortmund eigenthümlich erworben. *Krömecke* a. a. O. S. 55.

UB. I Nr. 68 S. 91, 92 mit *Krömecke* a. a. O. S. 53, 54.

41 **1316**, Apr. 11. Graf Engelbert III. von der Mark erklärt, während der nächstfolgenden fünf Jahre auf eigene Kosten der Stadt Dortmund wider alle ihre Feinde, vorausgesetzt, dass Erstere nicht etwa durch ihr eigenes Verhalten solchen Feindseligkeiten Nahrung geben würde, Beistand leisten, auch nicht dulden zu wollen, dass, wenn innerhalb seines Landes Jemand Ansprüche an einen dortmunder Bürger zu machen hätte, er dies andern Bürgern von dort an Gut oder Leib entgelten lasse. Dabei erneuert er den Dortmundern die Befugniss: „quod iidem ... ad omnia fora et nundinas in terra comitis jacentes libere et secure accedere et esse possunt unum diem ante et unum diem post sine aliqua impetitione vel arrestatione ipsis facienda, nisi forsitan aliquem ex eis excessum aliquem in ipsis nundinis contigerit perpetrare." Zur Beilegung künftiger Streitigkeiten zwischen seinen Unterthanen und dortmunder Bürgern endlich wird vom Grafen ein aus vier Personen bestehendes Friedensgericht mit ausgedehnten Vollmachten („excessibus mortem seu mutilationem membrorum tangentibus duntaxat exceptis") niedergesetzt. *Fahne*, UB. I Nr. 69 S. 92, 93.

42 **1316**, Aug. 11. Der römische König Friedrich verleiht dem Erzbischofe Heinrich II. von Cöln „comitatum Tremoniensem [18]) ac judicium, quod dicitur vreygraschaf, necnon judicium seu jurisdictionem temporalem, monetam, theloneum et fermentum ac bona alia feodalia quecumque in opido Tremoniensi, Coloniensis dyocesis, et alibi sita, que quondam Conradus comes Tremoniensis a nobis et sacro romano imperio in feudo tenebat..., cum absque herede ullo legittimo decesserit." *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 153 S. 113 m. *Krömecke* a. a. O. S. 56, 57.

43 **1317**, Mai 22. König Ludwig IV. überträgt die bisher vom Grafen Engelbert von der Mark „tytulo feodali seu quovis obligationis modo" besessenen, diesem aber „propter sua demerita necnon ingratitudinis vitium et rebellionem manifestam contra regem et imperium habitam" [d. h. weil er bei der Königswahl Parteigenosse des Erzbischofs Heinrich gewesen war] mittels besonderer Urkunde (v. 20. Mai) [19]) entzogenen Reichsgüter und Gerechtigkeiten auf Graf Dietrich VIII. von Cleve, darunter namentlich: „advocatiam judeorum Tremoniensium ... curtem imperii prope Tremoniam ... ac homines dictos stapellude [20]) de Tremonia." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 157 S. 116, 17 m. S. XIII, XVI.

1317, Sept. 29. Der Rath von Dortmund überlässt dem Rathmanne und Bürger Nikolaus „in ponte" und dessen Erben an der von ihm aus eigenen Mitteln „ad usum civitatis et suorum heredum" erbauten Kukelken-Mühle die eine Hälfte sammt allen Nutzungen und Einkünften daraus, weswegen in Zukunft der für das Gebäude erforderliche Unterhalts-Aufwand von jenen und vom Rathe zu gleichen Theilen („mediatim ... sub denariis communibus et expensis") bestritten werden solle. *Thiersch*, Gesch. Thl. I Anh. Nr. V S. 165, 66 [m. S. 14]; *Fahne*, UB. II Nr. 357 S. 61, 62. 44

1319, Jan. 6. Friedrich „de tremonia" [d. i. von Lindenhorst, Sohn des in nr. 40 genannten Konrad] übereignet dem dortmunder Rathe „jus proprietatis, quod egendom dicitur, in triginta denariorum redditibus" aus einem „juxta hovele" (bei dem Hövelshause an der Emscher) gelegenen Gartengrundstücke. *Fahne*, UB. I Nr. 77 S. 98. 45

1319, Febr. 24. Ritter (und Graf) Hermann von Lindenhorst [Oheim Konrad's III.] und sein Sohn Konrad erkennen gegenüber dem Rathe zu Dortmund die Verpflichtung an, „quod omne jus in comicia tremoniensi alienare non debent, sed in manibus verorum heredum suorum derelinquere vel in manibus consulum predictorum", und erklären, sobald nur die Steck'schen Grafschafts-Ansprüche [21]) „per viam juris vel amicitie" beschwichtiget sein würden, sowohl den [unter nr. 36 erwähnten] Verkaufscontract Konrad's III. als auch alle sonstigen „pacta et federa" ihrer 46

18) Auch Ludwig IV. verfügte übrigens alsbald über die Grafschaft, indem er damit den Oheim des kinderlos verstorbenen Grafen Konrad III., Hermann von Lindenhorst, belehnte. [S. nr. 46.] Thatsächlich ist daher EB. Heinrich niemals in den Besitz der Grafschaft gekommen.

19) Bei *Teschenmacher* l. c. Nr. XLIV p. 35.

20) Ueber diese s. Einleit. S. 839.

21) Die „Stecken", Abkömmlinge einer Schwester Konrad's III., waren nach dessen kinderlosem Tode als Erbprätendenten aufgetreten. Es hat nun zwar schon im Juli 1319 ein Schied der Herrn von Rechede die Grafschaft der „swert side", also dem Ritter Hermann zugesprochen. (*Fahne*, UB. I Nr. 79 S. 99 flg. m. *Krömecke* a. a. O. S. 59, 60.) Allein da der zweite von den Parteien vereinbarte Schied der beiden Dietrich von Limburg vermuthlich für die „spinnelside" günstig ausfiel, so bestand der Streit noch längere Zeit fort.

Vorfahren mit dem Rathe aufrecht erhalten und erfüllen zu wollen. *Fahne*, UB. I Nr. 78 S. 98, 99 m. *Krömecke* a. a. O. S. 58 flg.

47 **1320**, Febr. 25. König Ludwig IV. thut dem Rathe und der Bürgerschaft von Dortmund zu wissen, dass er ihnen um des im Lindenhorst'schen Hause bestehenden Erbstreites willen und bis zu dessen Austragung (also sequestrationsweise) „comitiam cum suis juribus et pertinentiis universis intra opidum et extra tenendam et regendam in omni statu et modo, quibus.. quondam Conradus (III.) et ejus antecessores a divis Romanorum imperatoribus et regibus tenuerunt", anvertraue, und ermächtiget sie auf den Fall, dass die fraglichen Erben nach erzielter Einigung die Grafschaft ganz oder zum Theile veräussern wollten, dieselbe käuflich zu erwerben und ohne Jemands Hinderung vom Reiche „eo pleno jure sicut dependere dinoscitur ab eodem" zu besitzen, jedoch mit der Verpflichtung, „ne archiepiscopum Coloniensem vel alium episcopum, comitem, baronem vel aliquem forensem ad dictam comitiam quomodolibet admittant." *Fahne*, UB. I Nr. 83 S. 107, 8. Dazu *Krömecke* a. a. O. S. 60, 61.

48 **1320**, Aug. 11. Graf Engelbert III. von der Mark entsagt [22]) seinen Ansprüchen auf die „graschap vnd herscap to Dortmunde", da er berichtet worden, dass sie „nicht mit rechte staen enmochten", gelobt, wenn letztere „in der rechten erven vnd der stades hanth blive", dieselben im Besitze schützen, sowie ihnen, wenn etwa der König die Grafschaft „lenede in vromede hanth", zur Wiedererlangung behülflich sein zu wollen, und erneut endlich den Bürgern von Dortmund die früher [nr. 41] zugestandene Freiheit, zu allen in seinem Lande stattfindenden „kermissen vnd jarmarcketen... komen vnd váren" zu dürfen „eyn dach vor vnd eyn dach na, vmbezach vnd vnbekümert." *Fahne*, UB. I Nr. 85 S. 109, 10.

49 **1320**, Nov. 5. Der dortmunder Graf Konrad [IV. aus dem Geschlechte Steck] bezeugt urkundlich, er habe nun wirklich unter Zustimmung seines Hauses gegen empfangene Kaufsumme „vercoft and opgelaten redelike ande rechtlike in hant des rades ande der borgere van dorpmunde de grafschap ande de alincgen herschap to dorpmunde half, wo de belegen is, buten der muren to dorpmunde ande binnen, dat si in gerichte, in tollin, in munten, in gulden, in opcomen, in erflikeme gude, et si egen efte lengut.... de erflike ande ewelike... to behaldene ande to besittene", blos ausgenommen sein Wohnhaus in der Stadt, die St. Martinskapelle und „alle de man and alle de lude der grafschap", welche seinem Hause vorbehalten, sowie „in erme alden rechte ande gewoneden" treulich bewahrt bleiben sollten. Was dagegen die andere „halve graischap" betreffe, so solle diese, wie bisher, in seiner Nachkommenschaft vererben und nie in fremde Hand gelangen, es wäre denn bei echter Noth „in hant des rades to dorpmunde vmbe penninege", welche dann verabredet würden. Zugleich mache sich der Graf in seinem und seiner Nachfolger Namen verbindlich, „al recht, alle hantfestene ande alle gude alde gewonede der stad to dorpmunde, de se behalden hebbet ande here gebracht" vom Reiche und seinen Vorfahren, „to haldene ande to vestene, ande nicht to encgene efte to minrene in inigen stucken"; desgleichen die jährliche Wahl eines Freigrafen und Stadt-Richters „endrechtlike" mit dem Rathe zu vollziehen, und mit letzterem Amte namentlich nur einen „beseten, geervet, vmbesproken borgere" zu bekleiden. Endlich bei etwaigen Zwistigkeiten des Grafen mit der Stadt solle jede Partei zwei Schiedmänner wählen, um „de twist in vrentschapen to schedene", und wenn dieses nicht zu erzielen wäre, die Sache auf den Rechtsweg, aber nur „binnen der muren to dorpmunde", gebracht werden. *Fahne*, UB. I Nr. 82 S. 105—7. Dazu *Krömecke* a. a. O. S. 63, 64, 68.

1323, März 21. König Ludwig IV. thut dem Rathe und der Bürgerschaft in Dortmund zu wissen, dass er ihre Schutzvertretung dem Grafen Heinrich von Waldeck übertragen habe, und befiehlt ihnen, demselben zu gehorchen, von dem in ihrer Stadt und deren Gebiet dem Reiche gebührenden Rechten und Einkünften genaue Kunde zu geben, desgleichen beizustehen, dass er die unrechtmässig oder aus Missgunst der Zeiten davon abhanden gekommenen Bestandtheile wieder einzubringen vermöge, endlich auch die Juden der Stadt zum Gehorsame gegenüber dem öfter gedachten Grafen Heinrich anzuhalten: — „quatenus eidem in juribus, consuetudinibus et obsequiorum praestationibus solitis et consuetis nomine regio intendatis et cum obedientia debita pareatis, ipsumque de universis juribus et pensionibus nobis et imperio cum in civitate Tremoniensi cum extra in districtu plenarie informetis, sibique cooperari velitis, 50

22) Vgl. *D. Mülher* Cap. xxiv §. 5. Z. 6 flg. S. 342. Einen gleichen Verzicht leisteten auch am 25. Mai dess. Js. die Lindenhorst'schen Cognaten v. Ritberg. (R.) *Fahne*, UB. I Nr. 84 S. 109.

ut distracta, male alienata seu per negligentiam temporum aliquam praetermissa possit ad statum pristinum et debitum revocare. Volumus etiam, ut si qua de rebus imperii per tempora aliqua collegistis, ipsi Henrico sine diminutione assignetis. Praeterea praecipimus et mandamus, ut Judaeos civitatis vestrae, camerae nostrae servos, tales habeatis, ut saepe dicto Henrico contemplatione regia, sicut de jure et consuetudine teneantur, obediant et intendant." *Lünig* a. a. O. Thl. XXIII S. 1423 Nr. III; *Varnhagen*, Grundlage der Waldeckischen Landes- und Regentengeschichte, Urkk. S. 146.

51 **1324**, Febr. 26. Derselbe ertheilt dem Grafen Adolph von Berg den Auftrag, den Konrad Steck [zur Zeit Besitzer der halben Grafschaft, nr. 49], ferner Konrad Lindenhorst und Wennemar von Dortmund [23]), welche sämmtlich sich ein „jus in comitatu Tremoniensi et rebus ac juribus per quondam Conradum [III.] comitem de Tortmunde relictis ad eundem comitatum spectantibus" beigelegt, während doch diese Gerechtsame als dem Könige und Reiche eröffnet anzusehen seien, und welche dabei die Bürger von Dortmund „incommodis, laboribus, rapinis et incendiis multiplicibus" empfindlich beschwert hätten, über ihre vermeintlichen Ansprüche sorgfältig zu vernehmen, und dann nach Befinden — „salvo tamen jure regis et imperii et civitatis Tremoniensis" zu entscheiden. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 200 S. 170. Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 64, 65.

52 **1331**, Aug. 21. Derselbe als Kaiser weist Bürgermeister, Rath und Bürgerschaft von Dortmund an, den zur Einhebung der allen Juden im Reiche „ex jure et potentia imperatorie majestatis" auferlegten „steure et subventiones" nach Dortmund kommenden Sibodo Pape in Erfüllung seines Auftrags mit Rath und That zu unterstützen, dabei besonders hervorhebend, dass hierin die an den Grafen von der Mark geschehene Verpfändung der (dortmunder) Juden-Einkünfte für diesmal nicht hinderlich sein solle — „hanc enim subventionem nobis a judeis hiis temporibus faciendam per universas civitates imperii duximus statuendam." *Fahne*, UB. I Nr. 94 S. 119.

53 **1331**, Nov. 22. Derselbe verleiht dem Grafen Konrad (IV.) von Dortmund den Bann — „in comitatu Tremoniensi ceterisque jurisdictionibus, que a nobis et imperio obtines, bannum tibi concedimus." *Fahne*, UB. I Nr. 95 S. 120.

23) Mit diesem hatte Dortmund eine erhebliche Fehde, welche erst 1326 (März 11) schiedsrichterlich beigelegt wurde. *Fahne*, UB. II Nr. 362 S. 68, 69 mit I Nr. 89 S. 112.

1331, Dez. 4. Derselbe ertheilt dem per- 54
sönlich vor ihm erschienenen Grafen Konrad [V. von Lindenhorst] [24]) und dessen Nachfolgern in Bezug auf die dem Erstern erblich angefallene Grafschaft Dortmund sammt Zubehör die feierliche Investitur, und überträgt hiebei insbesondere den Belehnten „in comitatu ejusque dominio predicto ubilibet, tam intra quam extra muros civitatis tremoniensis, judicandi faciendi et exercendi singula et universa, que vero et legitimo heredi et domino facere competunt, facultatem liberam et plenariam potestatem." *Fahne*, UB. II Nr. 364 S. 71, 72.

1332, Jan. 8. Derselbe erklärt in ei- 55
nem Schreiben an den Rath und die Bürger von Dortmund, dass denselben die vorstehende „infeodatio de comitatu tremoniensi nobili viro Cunrado de Lindenhorst... facta" [nr. 54] auf keinerlei Weise „in bonis, rebus aut possessionibus" irgend einen Nachtheil bringen solle. *Fahne*, UB. II Nr. 365 S. 72, 73.

1332, Aug. 25. [**Zweiter Hauptfreibrief.**] 56
Kaiser Ludwig IV. erfüllt den Bürgern Dortmund's, welche er ob ihrer in vielen Fällen, da es die Erhaltung der Stadt bei dem Reiche galt, erprobten muthigen, entschiedenen und opferwilligen Gesinnung einer besonderen Gnadenauszeichnung würdig erachtet, die an ihn gestellte Bitte um Bestätigung und Erweiterung ihrer von seinen Thronvorgängern herrührenden Privilegien und darin enthaltenen Freiheiten, indem er in Anbetracht obiger Verdienste aus sonderlicher Gunst und Zuneigung, und zwar

A. zunächst confirmationsweise festsetzt und verordnet:

a) kein Bürger darf in irgend einer Rechtsache vor einem fremden Gerichte oder einem anderen als der Stadt eigenem Richter belangt werden, nr. 1 *a* [25]);

b) desgleichen sollen die Bürger für ihre Person und Güter allenthalben auf ihren

24) Er war ein Sohn des Grafen Hermann in nr. 46.

25) Dies Privileg hat selbst in einzelnen Sühnverträgen der Stadt specielle Anerkennung gefunden, z. B. in jenem mit Konrad von Königsberg v. 1290 [*Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 74, 75; *Fahne*, UB. II nr. 336 S. 42, 43]: „Adjectum est etiam, quod si praefatus Conradus aliquem vel aliquos de civibus Tremoniensibus incusare voluerit, illam incusationem faciet in civitate et non alibi, et ibi exhibebitur ei justitia super incusandis taliter, ut sunt ad invicem in amicitia reformati."

Fahrten zu Land und Wasser von Zoll, Wegegeld („pedagium") und jeder sonstigen Abgabe („pensio") frei sein, nr. 1 *c*;

c) ebenso ist jegliche „impetitio duelli" ohne Ausnahme einem Bürger gegenüber unstatthaft, nr. 1 *b*;

d) die von Alters her der Bürgergemeinde zugestandene Verleihung der „curata vel simplicia ecclesiastica beneficia... intra muros civitatis sita" findet in der bisher üblichen Weise auch fernerhin statt, nr. 31; nicht minder hat es endlich

e) in Bezug auf die Braugerechtigkeit [„fermentum quod vulgariter dicitur grüt"] der Bürger bei dem alten Herkommen sein Verbleiben [nr. 10, 42].

Ausser diesen bereits von früheren römischen Kaisern und Königen wenigstens grösstentheils „in literis... bulla aurea bullatis sigillisque cereis sigillatis" verbrieften Freiheiten und Rechten, werden aber nun

B. den Dortmundern noch folgende neue Zugeständnisse gemacht:

f) sie sollen mit jeder „impignoratio aut alia invasio illicita" für den Kaiser oder das Reich in Zukunft gänzlich verschont; ferner

g) keinem „gubernator sive defensor" untergeben werden, mit dessen Person sie nicht selbst einverstanden wären; auch

h) sich keinem von kaiserlicher Seite in's Werk zu setzenden Veräusserungsgeschäfte („permutationi aut concambio") fügen müssen, wodurch sie vom Reiche losgerissen und demselben entfremdet würden, und

i) für je einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren sich und ihrer Stadt selbst einen geeigneten Schirmvogt („defensor"), insolange es dem Kaiser und seinen Nachfolgern genehm sein werde, wählen dürfen.

C. Hieran reihen sich dann Bestimmungen, welche grösstentheils entweder auf bestehende Vertragsverhältnisse oder alte Localgewohnheiten zurückzuführen sind und eine neuerliche Sanction derselben enthalten. So soll zuvörderst

k) die dortmunder Grafschaft („comitatum s. comitiam civitatis") stets nur ein Sprosse des Lindenhorst'schen Geschlechts („verus ipsius heres") zu besitzen und blos mit der Bürger Einwilligung ganz oder parzellenweise, und zwar lediglich „uni filio civis, qui natus sit in ipsa civitate et residentiam faciat in eadem", insonderheit aber nicht an einen Bischof, Grafen oder anderen „forensis", zu veräussern, die Stadt hingegen immer berechtigt sein, jene im Ganzen oder zum Theile zu erwerben und mit allen Rechten eines Reichslehns innezuhaben [26];

l) ein „secretum judicium, quod vulgariter dicitur vreyding" innerhalb der Mauern der Stadt abzuhalten, wird für unzulässig erklärt [27];

m) wer entweder förmlich („sub forma et consuetudine civitatis") zum Bürger der Stadt aufgenommen worden ist [28], oder, was nach alter Gewohnheit gleichsteht, in der Gemeinde unangefochten Jahr und Tag zugebracht hat, soll als wahrer Bürger angesehen werden, und sich wie des städtischen so auch des kaiserlichen Schutzes erfreuen;

n) kirchlichen Personen, Weltgeistlichen und Mönchen, Liegenschaften und Renten aus solchen zu verkaufen oder zu vermachen („in agone legare"), ist verboten und jede derartige „venditio sive legatio" ungültig und wirkungslos [29];

o) überhaupt soll der Erwerb unbeweglicher Güter und der Einkünfte daraus im Weichbilde und in der Flurmark der Stadt nur einem Bürger erlaubt sein: „Liceat etiam nulli [nec ulli licere volumus], possessiones domos proventus reditus vel alia bona immobilia quecunque intra muros vel in campis civitatis [predicte] comparare vel emere, nisi uni civium, qui consuetudines teneat et juribus ipsius intendat [et pareat] civitatis" [30];

p) auch die Anlage von „castra municiones aut alique nove structure" im Freiheits- und Gerichtsbezirke der Stadt, wodurch dem Kaiser oder den Bürgern Nachtheile erwachsen könnten, ist, sofern nicht letztere dazu ihre Genehmigung ertheilen sollten, untersagt [31], und jedes dieser Satzung widerstrebende Bauwerk zu entfernen;

q) die Stadt darf im Anschlusse an drei oder vier angesehenere Nachbarstädte gangbare Pfennige prägen [32], nachdem sie sich mit jenen wegen gleichen Silbergehalts und Gewichtes geeinigt haben wird;

r) desgleichen mögen die Bürger unter ihnen auftauchende Zwistigkeiten schieds-

26) Vgl. nr. 46, 47, 49 m. *Krömecke* a. a. O. S. 65, 66.

27) *Stat. ant.* §. xxv; später [1429] nicht mehr beachtet. Vgl. C. Ph. *Kopp*, Ueber die Verfassung der heimlichen Gerichte (1794) §. 72 S. 104, 5.

28) Eine Uebersicht der im Zeitraume 1296 — 1506 zu Dortmund neu-recipirten Bürger nach Zahl und Gewerbe s. bei *Fahne*, Hövel II Nr. 40 S. 44—47.

29) *Stat. ant.* §. xxvii, *Stat. rec. B.* §. 3 S. 232.

30) In die *Stat. ant. D.* S. 423 Lin. 11—14 bis auf die inclavirten Worte eingerückt. Vgl. dazu das Regest v. 24. Apr. 1372 b. *Fahne*, UB. II Nr. 418 S. 139.

31) Vgl. Urkk. v. 1293 u. 1335 b. *Fahne*, UB. I Nr. 39, 98 S. 63, 127.

32) Also Stadtmünze im Gegensatze zur dortmunder Reichsmünze.

richterlich und in Güte beilegen, doch so, dass schwerere peinliche Fälle richterlicher Aburtheilung vorbehalten bleiben müssen;

s) Verletzungen solcher Sühnbescheide sollen aber gleich den Uebertretungen der „propter utilitatem conservationem et honorem imperii et ipsius civitatis" von der Stadtgemeinde gewillkürten „statuta et ordinationes" unnachsichtlich mit der angedrohten Strafe belegt und die eingehenden Bussegelder „in emendationem, structuram et ipsius civitatis aedificia, ubi magis necesse fuerit", verwendet werden;

t) alle Immobiliar-Kaufgeschäfte und Auflassungen haben vor dem Rathe zu geschehen und sind dem Stadtbuche einzuverleiben —: [„Volumus preterea, ut] omnium emtionum sive venditionum tractatus super possessionibus domibus reditibus et aliis bonis immobilibus quibuscunque intra vel extra muros civitatis [vestre predicte sitis] resignationesque predictorum venditionis aut emptionis tempore fiant in presentia [vestrorum] consulum in sede sedentium et coram ipsis omnimode pertractentur, pertractata (*al.* pacta) vero libro civitatis inserantur, ipsique libro insignita temporibus se offerentibus in hujusmodi casibus pro judicato [per vos inantea] teneantur"[33]);

u) die Bürger ohne rechtmässigen Grund in ihrem Besitze zu stören oder in ihrer persönlichen Freiheit zu hemmen, ist Niemanden erlaubt[34]), und trifft solche „invasores vel turbatores", wenn sie sich nicht mit den Verletzten binnen Monatsfrist wegen der zugefügten Schäden und Kränkungen gütlich auseinandersetzen, sowie alle Begünstiger der Ersteren der Verlust der kaiserlichen Gnade („a gratia nostre majestatis excludimus et prorsus ipsos haberi volumus ubilibet locorum a quibuslibet pro exclusis");

v) in Ansehung der Bestrafung von Verläumdungen ehrbarer Frauenspersonen wird der alte Stadtgebrauch aufrecht erhalten —: „[Ordinamus etiam et statuimus, quod] quicunque puellam honestam vel virginem commendabili vite et morum conversatione redimitam, legitimam vel viduam alicujus infamie nota vel macula ipsarum honorem maculante denigraverit vel diffamaverit, quique de hoc palam trium idoneorum et discretorum virorum testimonio convictus fuerit, in sui reatus penam, pena civitatis antiqua et solita puniatur"[35]);

w) der städtische Rath soll aus achtzehn[36]), auf Lebenszeit aus den angeseheneren Geschlechtern zu wählenden Mitgliedern, welche zugleich Schöffen sind[37]), bestehen —: „Preterea volumus nihilominus strictissime vobis injungimus et mandamus, quatenus statutum ordinatum et immutabile consilium de decem et octo consulibus scabinis existentibus et non pluribus, de parentelis melioribus antiquioribus discretioribus, uxoratis, melius hereditatis et legitime natis, sic tamen quod in ipso consilio simul nunquam neque successive pater cum filio, frater cum fratre resideat, habeatis, quosque[38]) quidem quoad vixerint, nisi unus vel plures quodammodo vitio odioso diffamati criminosisque suis excessibus demeruerint, aut incessantis aut continue egritudinis labem inciderint, aut in tante egestatis et inopie defectum proruperint, quod honorifice et commode civitati presidere consilioque interesse non valeant, irrevocabiliter et impermutabiliter; sic tamen, quod unus post alterius decessum aut destitutionem per vitam[39]) et legitimam statutis temporibus electionem faciendam defuncto vel destituto sine interruptione more cujuslibet ad regendam sive regulandam predictam civitatem vestram succedat; debebunt perpetuis temporibus permanere. Quorum etiam quilibet in sui receptione, dum ad consilium recipitur, primo nobis et sacro Romano imperio super omagii et fidelitatis debito prestando, deinde super observationibus[40]) jurium et consuetudinum civitatis vestre tactis sacrosanctis manuale prestabit et prestare debebit sacramentum, sine doli cujuslibet suggestione."

x) In allen Rechtssachen, peinliche allein ausgenommen, hat das auf eigener Wahrnehmung beruhende Zeugniss zweier Rathmannen altem Stadtbrauche gemäss eine über jeden Widerspruch erhabene Beweis-

33) Mit Ausnahme der inclavirten Worte den *Stat. ant. D.* S. 423 Lin. 15—22 inserirt. Vgl. *Homeyer*, Die Stadtbücher des MAs. S. 21 Note 1.

34) Besondere urkundliche Zusicherungen, den Bürgern keinen Schaden zufügen zu wollen (1342, 1349) s. b. *Fahne*, UB. I Nr. 107 S. 132, II Nr. 378 S. 91.

35) Den *Stat. ant. D.* S. 419 Lin. 23—28 ohne die Eingangsworte und mit der Variante „punitur" einverleibt.

36) Diese Zahl stand bereits im XIII. Jhdt. fest. Vgl. Urkk. v. 1240, 1253, 1268, 1286 b. *Fahne*. UB. I Nr. 8, 14, 31 S. 28, 32, 60; II Nr. 314 S. 15.

37) Vgl. Einleit. S. 836.

38) Ich vermuthe: quique, so dass „quique quidem, quoad vixerint... debebunt perp. temp. permanere" zusammengehören würde.

39) Vielleicht: justam [veram, rectam]?

40) Vermuthlich: observatione.

kraft [41]), was jedoch von anderen sonst völlig glaubwürdigen Bürgern nur insoweit gilt, als der Streitgegenstand durch den Werth ihres liegenschaftlichen Eigenthums vollkommen gedeckt erscheint: „[Permittimus etiam, quod] duo consules super singulis causis per ipsos visis vel auditis, et specialiter super testamentis et debitis, casibus duntaxat penam corporis tangentibus exceptis, [quos secundum antiquam vestre civitatis consuetudinem teneri volumus et servari,] sine contradictione qualibet testificari poterunt; etiam ceterorum idoneorum civium quilibet ad eam summam pecunieque quantitatem, ad quam bona sua propria et immobilia poterunt extendere, poterit in causis et casibus pecunialibus testificari veritatique testimonium perhibere." [42]) Endlich

y) ihren eigentlichen Gerichtsstand haben die Rathmannen bei dem städtischen Rathstuhle selbst; weigert sich aber einer von ihnen, hier Recht zu nehmen, so muss er sich die Aburtheilung durch den Richter der Stadt gefallen lassen — „ad examen judicis civitatis omnimodo remittatur."

Schliesslich fügt der Kaiser noch eine Generalbestätigung sämmtlicher von ihm selbst und anderen früheren Herrschern und insbesondere von König Karl dem Grossen, dem Gründer der Stadt [„et specialiter per Carolum regem fundatorem vestrum"] derselben verliehenen „jura, privilegia, emunitates, libertates, concessiones, gratie, laudabiles boneque consuetudines a retroactis temporibus habite" mit der Androhung hinzu, dass jeder Verletzer vorstehender Gnadenverbriefung nicht nur die kaiserliche Huld verlieren, sondern auch einer zwischen dem Fiscus und den Verletzten zu theilenden Geldbusse von 100 Pfund Goldes unterliegen solle. Ausgefertigt unter goldener Bulle. [Original zu Münster, aber seit 1801 ohne die goldene Siegelkapsel.]

Abdrücke: *Du Mont*, Corps dipl. du droit des gens Tom. I P. 2 p. 130 ss.; *Lünig* a. a. O. Thl. XIII S. 442—45 Nr. III; *Moser* a. a. O. Nr. I S. 376—378 (Extr.); *Thiersch*, Gesch. Thl. I Anh. Nr. III S. 115—22; *Fahne*, UB. I Nr. 96 S. 120—26. Zur Erläuterung des Hauptartikels *(w)* über den Rath s. *Mallinckrodt*, Verfassung Bdch. I S. 45, 49 flg., 56 flg., 63, 66, 95, 148.

41) Vgl. A. *Hänel*, Das Beweissystem des Sachsenspiegels (1858) S. 71.

42) Bis auf die eingeschlossenen Worte mit einigen unwesentlichen Aenderungen („testificari possunt, sicuti cet. . . . sive pec. quant. . . . se extendunt") ganz in die *Stat. ant. D.* S. 424 Lin. 9—15 aufgenommen.

1336, Aug. 8. Der dortmunder Rath verlautbart seine mit Erzbischof Walram von Cöln auf zwei Jahre vereinbarte „heimelgeit ind vrunschaf", wonach Letzterer die Bürger von Dortmund mit Leib und Gut „in sine hoide, geleide ind beschirmenisse, as veirre as sin lant reykit, genomen", und dafür von der Stadt das Gelöbniss empfangen hat, dass sie seinen Feldherrn, „of si van sinre wegen zu velde leygen, spise ind lifnarunge guitlichen geven ind verkoven", hingegen in keiner Weise damit des Erzstifts Feinde versehen wolle, was sich jedoch nicht auf das römische Reich und die Städte Soest, Münster und Osnabrück beziehen soll. *Fahne*, UB. I Nr. 100 S. 128, 29. 57

1338, März 21. Graf Adolph II. von der Mark schliesst mit dem Grafen Konrad (V.) von Lindenhorst zu Dortmund und dem Rathe daselbst einen Sühnvertrag („concordie zona"), wodurch die zwischen ihnen obschwebende Streitigkeit wegen des „judicium, quod se extendit ad vi denarios et dicitur lantgherichte", wegen der Frohnpfändung („exactio, quod vulgariter schuttinge dicitur") und wegen der Viehweide im Reichshofe Brackel [43]) beigelegt wird. *Fahne*, UB. II Nr. 369 S. 75—77. 58

1338, Mai 17. Derselbe, vom Kaiser dazu ermächtiget (s. nr. 43), gewährt dem Juden Vivus [44]) nebst Familie einen sechsjährigen steuer- und lastenfreien Aufenthalt in Dortmund [und verlängert ihn 1342 auf weitere sechs Jahre]. R. bei *Fahne*, UB. I Nr. 103 S. 131. 59

1340, Sept. 8. [**Dritter Hauptfreibrief.**] Kaiser Ludwig IV. thut dem Meister, dem Rathe und der Bürgergemeinde der Reichsstadt Dortmund die Gnade, dass sie a) „alle wege die vswendig zu der stat gand" und selbst die gemeinen Reichsstrassen, wo sie ihnen Schaden bringen, soweit der Stadt Gerichts- und Grundbezirk reicht, „verhagen vnd vergraben", und statt derselben „andere wege anders keren vnd erniuweren"; ferner b) bei widerrechtlicher Beweidung ihrer 60

43) Ueber ihn vgl. *Rive* a. a. O. S. 75 flg.

44) Unzweifelhaft ist nicht mit *Fahne* und *Kayserling* „Vinus" (Vyn, Winne), sondern wie in jüngeren dortmunder Documenten (1405, 1411, 1433): „Vivus" (Vyvis, Vifhus) zu lesen. Dieser jüdische Familien-Namen war aber am Nieder- und Mittelrheine, wo er schon im XI. Jhdt. urkundlich begegnet, im XIVten sehr verbreitet, und wird z. B. in Andernach, Brühl, Cöln und Xanten angetroffen. Vgl. E. *Weyden*, Gesch. der Juden in Cöln am Rhein (1867) S. 65, 202, 215, 337—40, 349.

Liegenschaften, „aigen lehen oder erben", sich der Pfändung bedienen und von den Uebertretern die altherkömmliche „pene nemen", endlich c) „niuwe gesetze machen", sowie „alle böse vnd schadelich gewonheit, wie die genant sint, in der stat vnd vswendig, . . niuwe oder ald, . . . abtun vnd niederlegen" mögen. Wer ihnen von diesen Zugeständnissen „dhaines braech vnd vberfüre", soll in eine Busse von 20 Mark Goldes verfallen sein. *Fahne*, UB. II Nr. 370 S. 77, 78.

61 **1341**, Jun. 18. Dietrich II. (III.), Herr von Montjoie-Falkenburg, sichert aus Dankbarkeit gegen den Bürger Konrad Clepping[45]) zu Dortmund den gesammten Bürgern von da freies Geleite — „plenum et liberum conductum eundi, transeundi et redeundi per terras et aquas" — in seinem Lande zu. *Fahne*, UB. I Nr. 105 S. 132.

62 **1343**, Jan. 18. Graf Konrad (V.) von Dortmund erklärt vor dem Richter der Stadt und vor dem Freigrafen, dass er mit Wissen und Willen seines ältesten Bruders Hermann[46]) die von seinem Oheime Konrad (IV.)[47]) mit Zustimmung seines Grossvaters Hermann und seines Vaters Konrad[48]) für 1395 Mark — worauf jedoch bereits frühere Grafen Abschlagszahlungen im Gesammtbetrage von 815 Mark empfangen hätten — bewirkte Veräusserung der Hälfte der Grafschaft und Freigrafschaft[49]) mit aller Zubehör an Grundeigenthum, Zöllen und Münze [„venditionem medietatis totalis comitie simul et libere comitie ac totius dominii tremoniensis infra muros et extra ibidem siti . . . . cum judiciis, theoloniis, moneta etc."] an den Rath der Stadt Dortmund anerkenne, gutheisse und erneuere, jedoch unter nachfolgenden näheren Bedingungen und Vorbehalten: a) der Grafenhof nächst der St. Martinskapelle verbleibt bei seinen Freiheiten — „ita quod nullum preconis preceptum intret in ipsam (curiam) nullumque judicium operetur in eadem" — darf jedoch nach der westlichen Strasse zu keinen Aus- und Eingang haben; b) Wohnhäuser und sonstige Gebäude, welche in Zukunft auf dem zur Grafencurie gehörigen Bodenraume errichtet werden sollten, geniessen keinerlei Vorrechte [nr. 36*a*], sondern sind gleich den übrigen Bürgerhäusern „communi burgensium tremoniensium jure" zu behandeln; c) seine Thiere, namentlich „bouperde"[50]), kann der Graf auf denselben Plätzen und zu denselben Zeiten zur Weide bringen lassen, wie der Gemeindehirte die Herden der Bürger; d) nicht berührt vom Kaufvertrage werden: die St. Martinskapelle zu Dortmund und die „homines impheodati, proprii, cerocensuales et vulgariter stapellude[51]) appellati", welche sammt ihren Gütern bei ihrem alten Rechte und Herkommen zu belassen, und bezüglich welcher auch der Graf und seine Erben die bisher ihnen in der Stadt zugestandenen Gerechtsame und Privilegien unverkümmert fortgeniessen sollen; e) desgleichen sind von der Veräusserung ausgenommen und dem Grafen reservirt: die „curtis" in Kirchhörde und der „mansus" in Dorstfeld, beide nebst Zubehörung, sowie der Grasschnitt („secamen quod vulgariter dicitur en hou") im s. g. Forste; f) den Stadtrichter bestellt (ganz nach den früheren Vereinbarungen, nr. 11*b*, 15, 49) der Graf im Einverständnisse mit den Rathmannen; ebenso g) die Frohnboten, „precones", den Freigrafen, den Zöllner und Münzer; doch vermag die Erstgenannten in Vergehensfällen der Rath für sich allein des Amtes zu entsetzen; h) vom Schlagschatze erhält vorneweg ein Drittel als s. g. „houdepennyne" d. h. für seine Beaufsichtigung des Prägungsgeschäfts der Rath, worauf die übrigen zwei Drittheile zwischen diesem und dem Grafen gleichheitlich getheilt werden[52]). Danach wiederholt Konrad (V.) die schon öfter gegebene Zusicherung[53]), dass die ihm verbleibende Grafschaftshälfte sammt dazu gehörigen Gerechtsamen nur an seine gesetzmässigen Erben, oder, wenn je eine Veräusserung derselben beliebt werden würde, mittels eines solchen Actes an den Rath der Stadt Dortmund kommen solle. Für künftige Streitigkeiten zwischen beiden Theilen wird ein Schiedsgericht, zu welchem

45) Vermuthlich „Conrait Cleppink de olde", welcher in Urk. v. 1342 [*Fahne*, UB. II Nr. 371 S. 79] als Bürgermeister begegnet.

46) Vgl. auch dessen Verzichtebrief v. [2. Febr.?] 1343, sowie jenen der Brüder Friedrich und Gerhard von Lindenhorst v. 1347 in *Fahne's* UB. II Nr. 372 S. 80; I Nr. 119 S. 144.

47) S. oben nr. 49. Die Bezeichnung „avunculus" ist nicht buchstäblich zu deuten, denn Konrad's V. Vater und Konrad's IV. Mutter waren Geschwisterkinder.

48) Er begegnete uns bereits in nr. 40.

49) Vgl. *Kopp* a. a. O. §. 73 S. 105, 6.

50) Ackerpferde.

51) Vgl. Einleitung S. 839.

52) Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 79 [welcher jedoch in Note 1 das Wort „houde", custodia, unrichtig erklärt].

53) Mit einem leiblichen Eide bekräftigt, erneut er sie überdies in zwei Specialurkk. v. 25. Jan. 1343. [R. bei *Fahne*, UB. I Nr. 110 S. 139].

jede Partei zwei Männer zu stellen, und welches innerhalb eines Monats die Sache zu schlichten hat, widrigenfalls sie vor dem Richter der Stadt im ordentlichen Rechtsgange auszutragen wäre, angeordnet. Endlich fügt noch der Graf das Versprechen an den Rath und die Bürger von Dortmund hinzu, sie im Besitze der erkauften halben Grafschaft schützen und ihnen gegen Jedermann, der ihnen den Genuss der fraglichen Rechte bestreiten oder beeinträchtigen werde, auf eigene Kosten und Gefahr Beistand leisten zu wollen [54]). *Fahne*, UB. I Nr. 108 S. 133—38; einen deutschen Text findet man in P. Fl. *Weddigen's* Westphälischem Magazin zur Geogr., Hist. u. Statistik Bd. I (1785) Heft 2 Nr. 8 S. 161 flg. und auszugsweise b. *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 78—80. Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 68—71.

63 **1343**, Mai 1. Graf Adolph II. von der Mark verheisst der Stadt Dortmund auf zehn Jahre unter näheren Bedingungen seine bewaffnete Hülfe, indem er zugleich auf den Fall bestehender Schuldforderungen seiner Unterthanen gegen dortmunder Bürger vorschreibt, dass Erstere „non debent bona vel personas aliquorum civium impedire vel arrestare, sed solum bona vel personas illius, contra quem habent actionem" [nr. 41], und den dortmunder Handelsleuten den von Alters her zugesicherten Wegfrieden [nr. 9] garantirt. *Fahne*, UB. II Nr. 373 S. 81, 82.

64 **1344**, Jul. 2. Derselbe bewirkt [auf mehreren zu Kirchhörde veranstalteten „placitis"] eine Sühne zwischen seinem Bruder, dem Probste Engelbert zu Lüttich, und der Stadt Dortmund, wodurch deren Streitigkeit über die Viehweide und Landwehren [55]) beigelegt, in Bezug auf letztere aber insbesondere vom Probste zu Gunsten der Bürger anerkannt wird: „quod eadem fossata ampliare munire et altius fodere possent pro sua voluntate et ad usum suum possidere, prout etiam a suis progenitoribus et predecessoribus fuerat antiquitus inchoatum." *Fahne*, UB. II Nr. 374 S. 83, 84.

1346, Jun. 15. König Johann von Böhmen, Graf zu Luxemburg, stellt die 65
von seinem Sohne, dem Markgrafen Karl von Mähren, im Falle der Wahl desselben zum römischen Könige dem Erzbischofe Walram von Cöln binnen acht Tagen nach der Krönung in Cöln selbst oder in Bonn zu verbriefenden Zugeständnisse urkundlich zusammen, sich dafür eidlich verbürgend, dass die Ausfertigung „guder breyve . . . in der bester formen, die man machen mach, ind mit sime kunincligen ingesigel wal besigelt" erfolgen werde, und erwähnt dabei u. a. auch: die pfandweise Uebergabe der „stat van Dorpmunde mit der vriheit, graschaph, mit dem gerichte, mit den juden ind mit al dem gude ind rechte, dat dat riche zu Dorpmunde hait" an das Erzstift für die ihm noch geschuldete Dienst- und Schadens-Vergütungssumme von 100,000 Mark löthigen Silbers. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 433 S. 348 flg. bes. 349, 50 [56]).

1346, Sept. 18. Der dortmunder Rath 66
bestätiget den in der Stadt gesessenen Juden den vor Zeiten erworbenen Besitz einer „area, super qua constructa est synagoga, balneum et domus versus plateam occidentalem sita" [57]) mit der näheren Bestimmung: „quod de ea collectam vulgariter dictam schoet et vigiliam cum servitiis fodiendi consuetis faciant; et si fortasse in nostra civitate judeos morari non posse contingerit, extunc dicta hereditas nostra erit; si vero judeos redire contingerit, aream cum synagoga, balneo et domo possideant, sicut prius." *Fahne*, UB. I Nr. 116 S. 142, 43; *Kayserling* a. a. O. S. 85 Note 1.

1346, Nov. 26. König Karl IV. be- 67
stätigt und erneuert dem cölner Erzbischofe Walram ausser anderen Rechten auch „concessiones, donationes, infeodationes et gratias quascunque de opido Tremoniensi cum territorio suo et districtu et comitatu, qui vulgariter dicitur vrygrayschap, necnon judeis et cum jurisdictione temporali, juribus, pertinentiis et attinentiis et accessionibus dicti oppidi universis, necnon redditibus, fructibus et proventibus et obven-

54) Unter demselben Datum fertigte auch der Rath unter dem Stadtsiegel eine Acte über den Grafschaftskauf für den Grafen aus, worin dessen ganze obige Urkunde wörtlich wiederkehrt. [*Fahne*, UB. I S. 138, 39 Note **)]. Am 10. Oct. 1382 beschwor dann noch Konrad's dritter Sohn und (nach des Erstgebornen Hinrichtung durch die Dortmunder in einer Fehde, 1378) präsumtiver Erbfolger, Heinrich, die Aufrechthaltung des Vertrags v. 1343 [R. b. *Fahne* a. a. O. Nr. 161 S. 188]. Endlich nochmals ward von Konrad selbst und seinem genannten Sohne am 22. Dez. 1394 [*Fahne* a. a. O. Nr. 172 S. 200 flg.] eidlich gelobt, die ihnen gebliebene Grafschaftshälfte nie in eine andere, als der Dortmunder Hand gelangen zu lassen.

55) Ueber den Begriff „lantwere" vgl. *v. Maurer*, Einleitung z. Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf- u. Stadt-Verfassung S. 215, 16.

56) Vgl. J. *Schötter*, Johann Graf von Luxemburg u. König von Böhmen (1865) II, 251—54.

57) In besonderer (ungedruckter) Urkunde von gleichem Datum auch des vor der Westenpforte gelegenen Grundstückes, worauf seit alten Zeiten der israelitische Friedhof angelegt war. *Fahne*, UB. I, 143 Note *).

tionibus in eisdem opido, territorio et districtu ad regnum et imperium pertinentibus." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 438 S. 355.

68 **1346**, Nov. 26. Derselbe erkennt nun die in nr. 65 berührte Reichsschuld an Cöln zu 100,000 Mark Silbers und die dafür zugesagte Pfandschaft an Dortmund sammt der Grafschaft, den Juden [58]) und Gefällen ausdrücklich an. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 353 Note 1.

69 **1349**, Jul. 16. Derselbe confirmirt den Rathmannen und übrigen Bürgern seiner Reichsstadt Dortmund „jura eorum, libertates et bonas consuetudines hactenus introductas", insonderheit die ihnen von Kaiser Friedrich II. und seinen Vorfahren ertheilten „privilegia", und zwar mit dem Beisatze: „singula quoque hactenus possessa ipsis concedimus et eos presentialiter infeudamus cum iisdem", worauf die gewöhnliche Nichtigkeits-Erklärung bezüglich aller Eingriffe in jene Freiheiten, sowie Bedrohung böswilliger Verletzungen derselben mit der „majestatis indignatio" folgt. *Lünig* a. a. O. S. 445 Nr. IV; *Fahne*, UB. I Nr. 129 S. 157.

Bereits 1347 (März 30) hatte der König die Bitte der Dortmunder um Bestätigung ihrer „libertates, privilegia atque jura" als unzeitig und unziemlich, „quia nondum ei prestiterunt fidelitatis solitum juramentum", zurückgewiesen [*Fahne* a. a. O. Nr. 124 S. 154]. Nachdem sie ihm jedoch durch den von seiner Seite dazu bevollmächtigten trierer Mundschenken Heinrich Fulpot die herkömmlichen Ehrengaben („encenia seu munera") bei seinem Einzuge in Cöln überreicht [Urk. v. 1348 *das.* Nr. 126 S. 155, 56], und durch ihre Sendboten in üblicher Weise gehuldigt und die Belehnung mit der Grafschaft erbeten hatten, gab er seinem Kanzler Nicolaus (Probst zu Prag) am 15. Jul. 1349 den Auftrag, von zwei Ludwig'schen Freiheitsbriefen, deren einen die Dortmunder im Originale und anderen in Copie vorgelegt, eine neue Ausfertigung („per verba consimilia de novo") unter dem königlichen Siegel zu veranstalten, derselben jedoch die „clausula: jure tamen archiepiscopi coloniensis aut aliarum personarum, si quid eis competit, in premissis semper salvo" anzufügen. [*Fahne* a. a. O. Nr. 128 S. 156]. Als die eine dieser Confirmations-Urkunden, unfehlbar auf nr. 38 bezüglich, erkennen wir nun den vorstehenden Freiheitsbrief (nr. 69), welchem jedoch die oben gedachte salvatorische Clausel — ob durch Bestechung des Kanzlers unterdrückt, wie *Fahne* meint, ist unerweislich — mangelt. Die andere Bestätigungsurkunde dagegen liegt nicht vor, daher es unmöglich ist zu bestimmen, ob sie sich auf nr. 56 oder 60 bezogen habe. Das wahrscheinlichste dürfte jedoch das erstere sein. Es hat nämlich bereits

1349, Aug. 16. König Karl IV. er- 70
klärt, dass die aus Versehen zum Nachtheile der cölnischen Pfandschaft den Dortmundern ertheilten Privilegien, „tanquam per nostri circumventionem obtenta", widerrufen und wirkungslos [„revocata, cassata et irrita"] sein sollten. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 484 S. 387, 88.

Da dieses nun blos auf den grossen Freiheitsbrief Ludwig's IV. v. 1332 passt, sofern auch ihm in der neuerlichen Ausfertigung die fragliche Clausel nicht einverleibt worden sein sollte, was zu vermuthen nach dem Vorgange bei nr. 69 nahe liegt: so rechtfertigt sich der Schluss, dass eine Bestätigung des zweiten Hauptfreibriefs, nr. 56, vorhanden gewesen, aber alsbald wieder, und zwar eben wegen der königlichen Declaration in nr. 70, beseitigt worden sei.

1350, März 12. Graf Dietrich von 71
Limburg und sein Sohn Cracht geben dem Rathe und den Bürgern Dortmund's „largam licentiam et plenariam potestatem, apud penes et circum rivum ymeschere [59]) et circa, in nostra libera comicia vulgariter dicta vrye crumme graschap [60]) fodiendi, campum et hereditates ipsorum muniendi, vias et pontes frangendi et reparandi, ad omnem ipsorum voluntatem." *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 81, 82; *Fahne*, UB. II Nr. 382 S. 97.

1350, Nov. 28. Erzbischof Wilhelm 72
von Cöln erneuert den vom Erzbischofe Walram mit Dortmund im J. 1336 abgeschlossenen Geheimvertrag [nr. 57]. *Fahne* a. a. O. Nr. 383 S. 98, 99.

1351, Jan. 14. Hermann von Lin- 73

58) Die bald darauf in Dortmund ausgebrochene Verfolgung der Juden, welche im J. 1348 „hieselbst, wie auch in ganz Teutschlandt, ein gross Sterben mit Vergifftungh der Schöpffbrunnen angerichtet" [*D. Mülher* Capp. xxij, xxxiij S. 338, 378], gab dem Erzbischofe Gelegenheit, seine pfandschaftlichen Rechte über jene den Dortmundern eindringlich in das Gedächtniss zu rufen, indem er über Rath und Bürgerschaft, weil sie der Vertriebenen und Getödteten Güter an sich gerissen, den Kirchenbann verhängte, welcher erst durch Verfügung v. 8. Mai 1354 [*Fahne*, UB. II Nr. 385 S. 100] wieder aufgehoben wird.

59) Der Fluss Emscher, an welchem Dortmund liegt.

60) Vgl. *Kopp* a. a. O. S. 113 flg.

denhorst [Graf Konrad's V. ältester Bruder] verkauft und überträgt mit Consens seiner Blutsfreunde dem dortmunder Rathe sein „eyghendom" an Grundstücken, Rechten und Nutzungen „vnde dey leynwere" zu Dosingh (Deusen) „ad habendum et possidendum in perpetuum pro mere proprio, quod est dictu vor eyn dorslacht eyghen" [61]). *Fahne*, UB. I Nr. 133 S. 159, 60.

74 **1352**, Aug. 18. Graf Engelbert III. von der Mark geht mit den Dortmundern — nach vorausgegangener blutiger Fehde mit denselben, welche gekränkt durch die Anmassungen des Ersteren sich dem Grafen Gottfried IV. von Arnsberg angeschlossen und daher eine schwere Belagerung auszuhalten hatten [62]) — einen dem Adolph'schen v. 1343 [nr. 63] völlig gleichlautenden Waffen- und Rechtsschutz-Vertrag auf fünf Jahre ein. *Fahne*, Hövel II Nr. 18 S. 19 u. S. VII, VIII.

75 **1352**, Aug. 25. König Karl IV. beauftragt den cölner Erzbischof Wilhelm, die Bürger zu Dortmund — „quod prefatum opidum et opidani degentes inibi per aliquos circumsedentes nobiles, barones et dominos adversus privilegia libertates et gratias, quibus a sacro imperio muniti et rite dotati noscuntur, in suis juribus personis rebus et bonis multipliciter offensi sint actenus et cottidianis molestiis offenduntur" [s. nr. 74] — nachdrücklichst zu schützen; da er ungeachtet der existirenden Pfandschaft doch es für seine königliche Pflicht erachte, die Freiheiten dieses Reichsortes aufrecht zu erhalten. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III S. 387 Note 2. (Extr.)

76 **1352**, Nov. 22. Bischof Engelbert von Lüttich sichert auf seine Lebenszeit den Dortmundern für ihre Personen und Güter „salvam protectionem" — getreulichen Beistand mit Rath und That zu, noch das Versprechen beifügend: „volumus etiam placitis per dictos Tremonienses observandis [s. nr. 64] cum eisdem adesse et ipsis fideliter assistere in loco nobis accessibili atque tuto." *Fahne*, UB. I Nr. 134 S. 160.

77 **1364**, Febr. 24. Graf Engelbert III. von der Mark schliesst mit dem Rathe und den gemeinen Bürgern von Dortmund [63]), und zwar jetzt auf die ganze Zeit seines Lebens, ein neuerliches Fried- und Schutzbündniss [„verbunt vnde vrentschap"] ab, dessen Inhalt übrigens lediglich zum einen Theile wörtliche Wiederholung zum anderen weitere Ausführung des Vertrags von 1352 [nr. 74] ist. *Fahne*, UB. II Nr. 407 S. 122—25.

1367, Oct. 23. Bürgermeister und Rath zu Dortmund verkaufen „mit volbart" der Bürgerschaft an Everd Smalenberg und dessen Erben ein näher beschriebenes Grundstück sammt Zubehör auf dem s. g. Westenhelweg, dabei sich jedoch vorbehaltend: „were sake dat op of in dem deele der wourt [64]) vorgenant worde yenich ghelt of gud ghewunnen [65]), dat sal des raids syn." *Fahne*, UB. II Nr. 414 S. 136. 78

1371, Nov. 12. Graf Konrad V. von Lindenhorst versetzt mit seiner Familie Zustimmung an Claus Brandenburg, dessen Erben und Nachkommen „den egendom van dem zalt tolle", den Salzzoll zu Dortmund für eine Mark guter Pfennige, welche bereits bezahlt worden sind. *Fahne* a. a. O. Nr. 417 S. 138, 39. 79

1372, Sept. 20. Graf Engelbert III. von der Mark trifft mit der Stadt Dortmund ein Uebereinkommen des Inhalts, dass der Rath daselbst in beliebiger Zahl Juden bei sich aufnehmen möge „to wonene to borgerrecht", insoferne nämlich hiedurch den gräflichen Gerechtsamen bezüglich derselben kein Nachtheil zugehe [66]), und dass die sich in Dortmund ansiedlenden Juden allenthalben in der Grafschaft befugt sein sollen „ghelt vth to doin to wokere . . vnd dat ghelt weder vth to manen vnd in to vordern mit gerychten", auch überhaupt „veylich vnd frey" im Lande ein- und auszugehen, wofür jedoch ein jedes „eylich par juden" jährlich zu Martini 4 Mark und eine unverehelichte jüdische Person 2 Mark dem Grafen zu geben habe. „Oppe diesse vorgenant jarlikes pacht" wird den Juden „mit erme ghuyde bynnen der stad vnd gerychte van dorpmunde" volle Sicherheit und ungehinderter Verkehr gewährleistet. Ohne „willen vnd vulbart des rades" dürfen sich aber keine Juden in Dortmund wohnlich niederlassen. *Fahne*, UB. II Nr. 419 S. 139, 40 (m. Note * S. 140, 41). Vgl. *Kayserling* a. a. O. S. 85, 86. 80

1373, Apr. 22. Bernd van dem 81

61) Vgl. C. W. *Pauli*, Erbgüter [Abhdl. a. d. Lüb. Recht I] S. 19—21.

62) *D. Mülher* Cap. xxviij §. 3 S. 356; *Seibertz*, Dipl. Familiengesch. der alten Grafen von Westfalen S. 229.

63) Die entsprechende Verpflichtungs-Urk. der Stadt v. 25. Sept. 1364 theilt *Fahne*, UB. II Nr. 403 S. 119 flg. mit.

64) Area. Vgl. oben S. 752 Note 2.

65) Dies ist wohl von Schatzfindung zu verstehen.

66) Eine Abtretung der Vogtei (nr. 30) des Grafen über die Judenschaft an den Rath, von welcher *Kayserling* redet, fand also nicht statt.

Braken verkauft im eigenen und seiner Schwester Namen, deren „ghekoren vormundere" er bis dahin gewesen, dem Rathe zu Dortmund „ere molenstad gelegen bi Dorstvelde" nebst Wohnhaus, Wiesen, Feldern, Deichen u. a. m. *Fahne* a. a. O. Nr. 420 S. 141.

82 **1374**, Jun. 23. Der dortmunder Rath überträgt eine dem Heilig-Geist-Spitale gehörige Rente von 5 Mark Pfennige, welche bisher auf dem Hause der „pellifices et sartores" gehaftet hatte, nach Abbruch desselben auf die Sattlerbuden — „cubicula sellatorum prope domum, in qua panes venduntur, dictam broethuys sita." *Fahne* a. a. O. Nr. 423 S. 147.

83 **1376**, Mai 23. Graf Engelbert III. von der Mark verspricht der Stadt Dortmund, die ihr von Kaiser Karl IV. und anderen Königen und Kaisern vor ihm gegebenen „breyve genade vnd vryheit balden noch sey dair nycht ayne hynderen" zu wollen, auch ihr gegen die Verletzer derselben „vorderlich to wesen vnd truwelike to helpen, dat dat aifgelyget werde vnd dat en dat wederdaen vnd gebetert werde." Desgleichen will er die Bürger in der Fortsetzung der bei Wannemale begonnenen Landwehren-Anlage auf keinerlei Weise hemmen, vielmehr ihnen getreulich zur Vollbringung des Werks in allen Stücken behülflich sein. *Fahne*, UB. II Nr. 425 S. 148, 49.

84 **1376**, Mai 23. Derselbe und sein Bruder Dietrich versetzen der Stadt Dortmund für eine Schuldsumme von 366 Mark und 6 Schillingen nebst einem anderen Jahrbezuge auch „alle dey rente vnd ghuylde, dey en van den joden binnen Dorpmunde wonende jarlikes vallet." *Fahne*, UB. I Nr. 151 S. 178.

85 **1376**, Mai 23. Dieselben verpfänden[67]) dem Rathe der Stadt Dortmund für 6800 Goldgulden „curiam regalem in tremonia cum suis juribus annexis, appendentiis et pertinentiis, cum redditibus, pensionibus, fructibus et obventionibus"[68]), versprechen die Stadt im Besitze des Königshofes wider jegliche Anfechtungen zu schützen, und setzen noch „pro cautela habundanti" auf den Fall, dass jener aus irgend einem Grunde den Dortmundern entwährt werden sollte („quod est dictu en afgenghe"), denselben als eventuelles Pfand Amt und Burg Hörde, das Gericht Eichlinghofen und den Hof Brackel. Ausserdem werden auch zur grösseren Sicherheit die Rathmannen und Bürger zu Hamm, Unna, Camen und Iserlohn als mitverhaftet bezeichnet, und sollen bei nachlässiger Erfüllung des Vertrags von jeder dieser vier Städte sechs Rathsglieder nebst den beiden Grafen oder deren Erbfolgern zu Dortmund so lange Einlager halten, bis allen Artikeln des Uebereinkommens vollständig Genüge geschehen ist. *Fahne*, UB. I Nr. 148 S. 171—74.

1376, Jul. 6. König Wenzeslaus 86
bestätigt dem Erzbischofe Friedrich III. von Cöln in Anerkennung seiner verdienstlichen und erfolgreichen Bemühungen bei der Königswahl ausser verschiedenen anderen Gerechtsamen insonderheit auch jene, welche sich auf die Stadt Dortmund, die Freigrafschaft, die Juden und die Gerichtsbarkeit daselbst beziehen [nr. 67]. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 783 S. 687 Z. 7 flg.

1377, Apr. 1. Bürgermeister, Rath 87
und Bürger von Dortmund bekennen, dem Johann von Wickede 1333 schwere Gulden schuldig geworden zu sein, welche Summe durch einen Zuschlag zum gewöhnlichen „schoet" (Schoss), und zwar von einem Vierling auf jede Mark, an den nächsten vier Martini-Terminen getilgt werden soll. *Fahne*, UB. II Nr. 428 S. 152, 53.

1377, Nov. 23. [**Vierter Hauptfreibrief.**] 88
Kaiser Karl IV. confirmirt dem Rathe und den Bürgern der Reichsstadt Dortmund auf deren demüthiges Ansuchen „universa et singula jura, privilegia, literas, indulta, gracias, libertates et emunitates a Romanorum imperatoribus et regibus . . et signanter a divo Friderico, Romanorum imperatore, . . eis concessa et concessas", dabei nachfolgende Punkte besonders betonend: a) dass Niemand einen dortmunder Bürger „pro quacunque re vel causa, criminali seu civili, extra Tremoniam coram aliis judicibus quibuscunque secularibus, ordinariis vel dele-

67) Nach einem an demselben Tage zu Stande gekommenen Geheimvertrage zwischen Engelbert und der Stadt Dortmund [*Fahne*, UB. I Nr. 149 S. 175 flg.] ging die Absicht des Grafen dahin, den Königshof der Letzteren gegen einen zu Martini zahlbaren Jahreszins von 92 Mark und 28 Pfennigen (deren Deckung durch eine Erhöhung der Weinaccise, s. Urk. v. 1377 *das.* II Nr. 429 S. 153, beschafft werden sollte) eigenthümlich zu überlassen, und wollte der Graf hiezu gegen eine (auch wirklich empfangene) Remuneration von 200 schweren Gulden binnen sechs Monaten die kaiserliche Genehmigung erwirken. Allein dieselbe ist wohl nie erfolgt. Dagegen genehmigte den Verpfändungsact König Wenzel durch Urk. v. 5. Jul. 1382 b. *Fahne*, UB. I Nr. 160 S. 187 flg.

68) Die zum Königshofe gehörigen Renten und sonstigen Pertinenzen designirt Engelbert in besonderer Urk. v. dems. Dat. b. *Fahne*, UB. I Nr. 150 S. 177, 78.

gatis, datis seu dandis, trahere convenire vel ad extraneum judicium, preterquam coram ipsius civitatis judice . . . quomodolibet evocare presumat" [69]); b) dass man von den genannten Bürgern, als „libertati quod ab omni theloneo et exactionibus quibuscunque debeant esse immunes", keinerlei Zölle oder andere etwa neu eingeführte Abgaben erheben, und sie auch nicht mit Pfändungen, sei es selbst für Kaiser und Reich, beschweren, oder gar aus frevelndem Muthwillen beunruhigen solle [70]); c) dass dieselben keinem gegen ihren Willen aufgestellten „gubernator seu defensor" zu gehorchen brauchen [71]); d) dass die Stadt, „cum immediate imperio antiquitus sit subjecta", niemals durch Verkauf, Satzung, Tausch oder sonst in einem Wege vom Reiche losgerissen werden dürfe [72]); e) dass denjenigen, welche nach Dortmund Handel treiben, Niemand den Zugang zur Stadt versperre, dieser vielmehr allermänniglich offen stehe; f) dass die jeweiligen Bürgermeister und Rathleute der Stadt „liberam et omnimodam facultatem" geniessen sollen „laudabiles consuetudines et statuta ejusdem civitatis pro honore imperii nec non loci ibidem et incolarum utilitate innovandi, augendi, emendandi et melius immutandi juxta qualitatem temporum, prout eis visum fuerit" [73]), endlich g) dass auch von denjenigen Personen, welche „clericalibus caracteribus insignite", von ihren vorher in weltlichen Händen befindlich gewesenen Grundbesitzungen — „quia tam canonicis quam legitimis sanctionibus manifeste cavetur, quod res cum onere suo transire debeant, etiam si ad quascunque personas ecclesiasticas devolvantur" — Steuern und Umlagen an den Rath zu entrichten seien [74]). Die Verletzungs-Busse beträgt 1000 Mark reinsten Goldes, in gewöhnlicher Weise zwischen den „imperiale erarium" und der Stadt theilbar. Ausgefertigt ist die Urkunde „sub bulla aurea tipario majestatis impressa."

Abdrücke: *Lünig* a. a. O. S. 445, 46 Nr. V; *Moser* a. a. O. Nr. II S. 378, 79 (Extr.); *Fahne*, UB. I Nr. 157 S. 182—86. Vgl. dazu L. *Tross*, Westphalia, Jahrg. II (1825) Stück 27 S. 9—11; *Barthold*, Gesch. der dtsch. Städte Thl. IV S. 138, 39.

1377, Nov. 23. Kaiser **Karl IV.** beauftragt den Erzbischof [Friedrich III.] von Cöln und die Grafen von der Mark und von Berg, den durch einige freche Widersacher in ihren Rechten und Freiheiten vielfach gekränkten Bürgern der Reichsstadt Dortmund, so oft sie von denselben darum angegangen würden, gegen jene „presumptores et violatores jurium, privilegiorum et libertatum" im Namen des Kaisers getreulich Schutz zu gewähren. *Fahne*, UB. II Nr. 431 S. 154, 55. 89

1379, Oct. 24. König **Wenzeslaus** bestätiget den Dortmundern ihre Rechte, Freiheiten und bis dahin in Uebung gewesenen guten Gewohnheiten, desgleichen „medietatem totalis comicie simul et libre comicie ac totius dominii Tremoniensis, prout eandem medietatem hucusque cum suis juribus et pertinentiis universis tenuerunt et habuerunt et possederunt", indem er ihnen hierüber wie bezüglich aller sonstigen Besitzungen die Belehnung ertheilt, endlich noch insbesondere die der Stadt von seinem Vater, Kaiser Karl IV., und dessen Vorgängern im Reiche verliehenen Gnadenbriefe nach ihrem gesammten Inhalte. *Fahne*, UB. II Nr. 434 S. 156, 57. 90

1379, Oct. 26. Derselbe bestimmt zu Gunsten Dortmund's — „ut locus ipse ab hostium insultibus defendatur et in statu suo pro honore imperii congruentius conservetur" —, dass von allen innerhalb des Weichbilds gelegenen steuerpflichtigen Erb- und sonstigen Gütern, wenn sie aus Laienhand in den Besitz **geistlicher** Personen gelangen würden, auch letztere die herkömmlichen „tallie et servitia" entrichten, und dass diese Liegenschaften dann entweder den nächsten Geblütserben hinterlassen oder „in manus laicorum et non aliorum" veräussert werden sollen. Weiter erhält noch der Rath der Stadt Dortmund die königliche Ermächtigung: „ut laico prodigo, si etatem viginti quinque annorum excedat, curatorem, et si minorum annorum fuerit, tutorem, ne res et bona dilapidet et inutiliter expendat, preficere possit", mit dem Beifügen: „quod si idem laicus prodigus se postea procuraverit minoribus ordinibus insigniri, quod illo non obstante curatorem seu tutorem debeat obtinere." *Lünig* a. a. O. S. 446, 47 Nr. VI; *Moser* a. a. O. Nr. III S. 379, 80; *Fahne*, UB. I Nr. 159 S. 186, 87. Vgl. *Pelzel*, Lebensgeschichte des K. Wenceslaus Thl. I S. 89. 91

1379, Oct. 27. Derselbe ertheilt dem Grafen **Konrad V.** von Dortmund, welcher wegen eines zwischen ihm und der Stadt eingetretenen Zerwürfnisses sich weigert, die Bestellung des Richters und Freigrafen ver- 92

69) Nr. 56 [Priv. 1332] A, a.
70) Nr. 56 A, b; B, f; C, u.
71) Nr. 56 B, g.
72) Nr. 56 B, h.
73) Nr. 60 [Priv. 1340] lit. c.
74) Vgl. unten nr. 91.

tragsmässig in Gemeinschaft mit dem Rathe zu vollziehen, die Weisung, innerhalb Monatsfrist diese Wahl „secundum formam et tenorem patentium literarum“ [75]) zum Abschlusse zu bringen, widrigenfalls die genannten Rathmannen allein „auctoritate regia dictos judicem et vrigravium constituendi et ordinandi habebunt plenariam et omnimodam facultatem.“ Zugleich ermahnt er den Grafen, seinen Versprechungen gegen die Dortmunder und den mit ihnen getroffenen und verbrieften Vereinbarungen alles Ernstes im Interesse des Reiches nachzukommen. *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 85, 86; *Fahne*, UB. II Nr. 436 S. 158, 59 m. *Krömecke*, Grafen S. 81.

93 **1387**, Aug. 20. Graf Dietrich von Limburg und dessen Sohn Wilhelm schliessen mit Dortmund einen Darlehns- und zugleich Schutz-Vertrag ab, indem sie den Bürgern gegen kündbar-vorgeliehene 210 Schilde Waffenbeistand wider alle Verletzer der städtischen Freiheiten, sowie in den gräflichen Landen und Schlössern ungehinderten Verkehr und Beschirmung von Leib und Gut, Missethäter ausgenommen, zusichern. (R.) *Fahne*, UB. I Nr. 163 S. 189.

94 **1389**, Nov. 20. Bürgermeister, Rath und Bürgergemeinde von Dortmund erklären, dass sie durch die vermittelnde Thätigkeit von fünfzehn genannten „soyneluden vnd deghedincgesluden“ mit Erzbischof Friedrich III. von Cöln in Beziehung auf ihre Fehde [76]) „besoynet“ seien, und führen die Bedingungen dieser Versöhnung, als da sind: Auslösung der beiderseitigen Gefangenen, Aufhebung aller wechselseitigen Ansprüche um „vmbetalt geld, roff vnd brand“, Unterstützung der erzstiftischen Grundherrn in der Verfolgung ihrer in die Stadt gezogenen Eigenleute, Berechtigung der cölnischen Unterthanen, um die vor der Fehde nach Dortmund gebrachten und hier in treue Hand niedergelegten Güter die Schuldner zu „manen“, schonende Behandlung derjenigen Cölner, gegen welche dortmunder Bürger Forderungen haben („vortmer so ensole wy des vorgenanten ertzebisschops to Colne vndersaten, dey vns schuldich synt, nicht meynedig schelden vmme eer schult vnd ensolen der nicht kaken“) [77]) u. s. w., vollständig auf. Am Schlusse wird übrigens noch die Clausel beigefügt: „wert dat dey ertzebisschop to Colne vnd syn gestichte breyve hedden van dem Romischen rike, van keyseren vnd konyncgen, sprekende vp dey stat van Dorpmunde [78]), dey ensynt nicht quyt gelaten vnd synt vmbesoynt“ [79]). *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 944 S. 829, 30.

1391, März 24. Graf Engelbert III. von der Mark erneuert sein in früheren Jahren (nr. 74, 77) mit den Dortmundern abgeschlossenes Schutzbündniss mit genauerer Detaillirung der Hauptpunkte. *Fahne*, UB. II Nr. 452 S. 178—82 [in 11 §§.]. 95

In besonderer Urk. von dems. Tage macht der Graf mehrere Verpflichtungen namhaft, welche er ausser den im Hauptdocumente verbrieften noch den Dortmundern gegenüber eingegangen habe, z. B. dass im Falle seiner Abwesenheit die von der Stadt erbetene Hülfe auch seine Stellvertreter („dey ghene, den wy vnse land bevolen hebbt“) zu leisten hätten, und dass weder er selbst noch Jemand von seiner wegen, so lange er lebe, befugt sein sollte, „ynige nye sloytte eff vestincge to tymmeren bynnen deme kerspele to sente Reynolde [80]) noch in dem gerichte van Dorpmunde.“ *Das.* Nr. 453 S. 183, 84.

1392, Nov. 30. Graf Adolph von Cleve und Mark [Engelbert's III. Nachfolger] [81]) geht auch seinerseits mit der Stadt Dortmund ein in der Hauptsache mit dem vorigen übereinstimmendes Bündniss ein. *Fahne*, UB. II. Nr. 456 S. 186—89. 96

Eine Urk. von dems. Tage enthält dann die speciellen Verpflichtungen, welche die Bürger von Dortmund gegenüber dem Grafen zu erfüllen haben, insbesondere „dat sy syne vyande nicht werden solen, dey wyle dat hey levet, vnd eme helpen mochten, dey wyle hey in Westphalen were.“ *Das.* Nr. 457 S. 190.

1393, März 16. Graf Dietrich von der Mark (Adolph's Bruder, Herr von Duisburg) [82]) schliesst ebenfalls mit den Dortmundern einen Freundschafts- und Schutz-Vertrag ab, in den Hauptmomenten von gleichem Inhalte mit jenem seines Bruders. *Fahne*, UB. II Nr. 458 S. 190, 91. 97

1394, Mai 31. Bürgermeister und Rath der Stadt vereinbaren mit dem Grafen Dietrich von der Mark eine Münzconvention [„litera de moneta“], worin 98

75) Vgl. nr. 62 lit. f.

76) *D. Mülher* Cap. xxviij S. 358—63.

77) An den Pranger stellen. Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 1055 sq.; *Zöpfl*, Alterth. III, 292 Note 2.

78) Vgl. z. B. nr. 67, 86.

79) D. h. von diesem Sühnvertrage ausgeschlossen oder unberührt.

80) Vgl. *Mooren* a. a. O. S. 76, 77 m. Anh. III S. 207, 8.

81) Vgl. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III S. xix.

82) Vgl. *Lacomblet* a. a. O. m. Urk. v. 24. März 1392 Nr. 963 S. 845.

sich zuvörderst beide Theile dahin einigen, „einen müntere to hebben mit eyndracht, vnd dey sal slaen to Unha in syner (des greven) stad eynen pennyncg myt syner munte, vnd in Dorpmunde eynen pennync myt der munte van Dorpmunde, war van dey pennyncg so gut sal syn, dat der twey vnd dertich schillinge[83]) halden eyne lodige mark silvers in deme vure, drey pennyncge vnvarich, [84]), vnd hir to sal juncher Diderich vorgenant vogen twey berve[85]) manne van dem raede van Unha, dey alle mand to Dorpmunde solen riden mit syme gelde bi twey gude manne, dey [dey van Dorpmunde] dar to vogen, vnd dey solen sementlike dat geld dar proven na dem stalen [86]), den wy dar op hebbt; ind wert sake, dat dey muntere brocklich gevunden worde, dat dey penninch nicht so gut gevunden worde in der prove, as vorgescreven is, dat sal men richten an syme lyve op den ketel“ [87]). Hierauf werden noch einzelne den Geldverkehr betreffende „puncte vnd artikele“ angefügt, so namentlich über das Einbringen ausländischen Geldes durch „vromede koplude vnd pelegrime in dat land.“ *Thiersch*, Gesch. Thl. I S. 85, 86; *Fahne*, UB. II Nr. 464 S. 197—99.

99 **1396**, Jun. 4. Erzbischof Friedrich III. von Cöln und Bürgermeister, Rath und Bürgerschaft zu Dortmund vereinigen sich mit einander zu einem „verbundniss.“ Darin erklären zuvörderst die Letzteren dem Erzbischofe, dass sie sich gegenüber ihm und seinem Stifte jeder Feindseligkeit enthalten, von ihrer Stadt aus seinen Unterthanen keinerlei Schaden zufügen lassen, sowie denselben gestatten wollen, „velich, vmbesat vnd vmbekumert“ nach Dortmund zu kommen, so lange als ihnen kein Vergehen, wie „rouff, antast“ [88]), zur Last fallen würde, und bestimmen auch, wie sie sich bei etwaigen kriegerischen Verwicklungen des cölner Erzstifts gegen dessen Feinde verhalten wollen; worauf dann seinerseits der Erzbischof die Dortmunder gleicher freundschaftlicher Gesinnung, der schirmenden Vertretung durch seinen Marschalk und seine Amtleute, des freien ungefährdeten Verkehrs mit Gütern und Gesinde in den Schlössern, Städten und Festen seines Gebiets (abgesehen von Verbrechern, welche man „besseren sal na rechte off genade“), endlich des ungehinderten Durchzugs durch sein Land im Falle einer auswärts zu kämpfenden Fehde versichert. Dieses Bündniss währt, sofern nicht von einer oder der anderen Partei „eyn halff jar zu vorentz mit offenen besigelden brieven“ eine Aufkündigung geschehen sollte, bis zum Ableben des Erzbischofs, welchem dafür die Stadt Dortmund alljährlich zu Martini anderthalb hundert gute schwere Gulden zu entrichten hat. *Fahne*, UB. I Nr. 173 S. 202—5.

1398, Jun. 7. König Wenzeslaus befiehlt dem Rathe und der Gemeinde seiner Stadt Dortmund, sowie allen in dem dazu gehörigen „territorio et districtu“ und in der Freigrafschaft gesessenen Rittern und sonstigen Bewohnern, dass sie dem Erzbischofe Friedrich III. von Cöln nach Massgabe des hierüber von Kaiser Karl IV. ausgestellten Rechtsbriefes [89]) bei Vermeidung schwerer Ungnade gehorchen sollten. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 1048 S. 931. 100

1400, Mai 27. Die gräflichen Brüder Adolph II. von Cleve und Mark und Gerhard von Cleve verbünden sich mit Dortmund und zwar ganz in derselben Form, in welcher dies Graf Dietrich von der Mark 1393 [nr. 97] gethan hatte. (R.) *Fahne*, UB. II Nr. 475 S. 207. 101

1402, Dez. 23. Der römische König Ruprecht bestätiget dem Rathe und der Bürgerschaft von Dortmund auf deren Bitten, „omnia privilegia, gratias, jura, libertates, honores, utilitates, commoda necnon antiquas consuetudines per predecessores suos recolende memorie divos imperatores et reges Romanos ipsis data et concessa, indultas ac permissas.“ *Fahne* a. a. O. Nr. 484 S. 218, 19. 102

1403, Jun. 10. Derselbe erneuert und ratifizirt ferner den Dortmundern, ebenfalls auf ihr Ansuchen und insbesondere erwägend deren „curam pervigilem sollicitudines et labores assiduos, quibus pre ceteris pro exaltandis regis et sacri imperii juribus et honoribus se reddunt fidelissime sollicitos et intentos“, das Privileg Kaiser Karl's IV. v. 1377 [nr. 88], unter wörtlicher Einrückung 103

---

83) Der Schilling hielt 12 Pfennige. *D. Mülher* Cap. xxv S. 346, 47.

84) D. h. die geringe Differenz von nicht über 3 Pfennigen ist ungefährlich oder schliesst den Verdacht der Arglist [*Thiersch*, Gesch, I, 37 Note 1] aus.

85) D. i. biderve, bieder.

86) Ein zum Zwecke solcher Aechtheitsproben niedergelegtes Münz-Muster hiess „stale“. Vgl. Münzvertrag K. Rudolph's I. mit Cöln v. 1282 b. *Seibertz*, UB. II Nr. 401 S. 489.

87) Mit der Feuerstrafe. Vgl. *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 340.

88) Schwere Realinjurie.

89) Welcher [ob etwa nr. 67] gemeint sei, ist unersichtlich.

desselben nach seinem ganzen Inhalte. *Lünig* a. a. O. S. 447 Nr. VII; *Fahne*, UB. I Nr. 181 S. 214, 15.

104 **1403**, Nov. 16. Derselbe eröffnet den Bürgermeistern, Schöffen, Räthen und Bürgern zu Dortmund die über die Juden allda wegen Nichtleistung des goldenen Opferpfennigs und Ungehorsams gegen die reichshofrichterlichen Ladungen verhängte Acht: „wie wol wir den juden Elyon von Winheim vnd Isac von Oppenheim, vnsen camerknechten, solich guldin opperphenning, die vns als einem romischen kung von aller judischait, die vnder dem riche gesessen ist, jerlichen gefallen sollen, vffzuheben befolhen haben [90]), ydoch so sind die juden zu Dorpmund vnssm gebotte vngehorsam gewest vnd haben vns solich opperphennighe vor gehalden; wie wol vns soliche vngehorsame juden an libe vnd an gute verfallen sind, ydoch so wolten wir von angeborner gute vnd künglicher miltikeyte mit jn dennocht gelimptlicher gefaren lassen, ob sie sich selber erkennen vnd zu billicher gehorsamkeyte komen wolten, vnd befulhen dem edlen Emichen grafen zu Liningen, vnssm hofmeyster, die egenanten juden für vnss vnd des richs hofgerichte zu laden. Wann nun solich ladunge zu rechter zyte beschehen, vnd sy ouch darnach vor dem ersten, dem andern vnd dem dritten hofgerichten öffentlichen beclagt worden sind, vnd wann sy noch jr keiner geantwort haben, darumb sy vor denselben hofgerichte in vnser vnd des heiligen richs acht vnd bane mit recht vnd vrteyle geteylet sind, herumb von romischer kunglicher macht haben wir sy alle in vnser vnd des heiligen richs acht vnd bane getan vnd vss vnssm vnd desselben richs gnad, fride vnd schirme genomen vnd in den vnfride gesetzet, vnd haben ouch allermeniclich verbotten, gemeinschaft mit jn zuhabend, vnd gebieten ouch ernstlich vnd vesticlich, das jr dieselben echtere vnvertzogenlichen antasten, bekümern, angrifen, zu jn richten vnd mit jn tun vnd verfaren sollet, als man mit des heiligen richs vngehorsamen echtern billig vnd von rechts wegen tun vnd verfaren sol, vnd das ir euch ouch jr aller gut vnd habe, varndes vnd ligendes, von vnssm vnd des richs wegen vnvertzogentlichen vnderwinden, das jn nemen vnd ouch zu vnssm handen brengen sollet.“ Auf den Fall der Nichterfüllung dieser Vorschriften wird den Dortmundern selbst „acht vnd pene“ neben schwerer Ungnade angedroht. *Fahne*, UB. II Nr. 485 S. 219—21; *Kayserling* a. a. O. S. 87, 88.

90) Durch Urk. v. 25. Jan. 1403. Vgl. *Wiener* a. a. O. S. 58, 59 nr. 35 u. K. *Höfler*, Ruprecht von der Pfalz S. 377, 78.

1405, Sept. 24. Derselbe hebt [auf Intercession des Grafen Adolph II. von Cleve, welcher seine Pfandgerechtsame an den westfälischen und namentlich auch dortmunder Juden als Vertheidigungstitel vorgeschützt hatte [91]), und nachdem die Widersetzlichkeit der letzteren bezwungen und die fragliche Abgabe bezahlt worden war] die in nr. 104 ausgesprochene Achtserklärung wieder auf und setzt hievon Rath und Bürger zu Dortmund unter den geeigneten Weisungen in Kenntniss —: „wann wir Vyvis vnd Natan juden gebruder vnd andere juden by vch gesessen vss solicher achte, darin sy komen waren, gnediclich gelassen haben, darumb gebieten wir vch ernstlich, das jr die vorgenanten juden von der vorgenanten achte wegen fürbass nicht bekumert oder betrübet in dhein wis, wann sy vns diemuticlich dafür genug getan haben.“ *Fahne* a. a. O. Nr. 500 S. 238, 39. 105

1406, März 12. [**Der Regiments-Reformbrief.**] König Ruprecht ertheilt, auf botschaftliche Vorstellung des Raths und der Bürger der Reichsstadt Dortmund, der daselbst [im J. 1400] vereinbarten und auch bereits durchgeführten neuen Regiments-Verfassung, jedoch unter Vorbehalt des Widerrufs für sich und seine Nachfolger, die königliche Genehmigung: 106

„Wir Ruprecht, von gots gnaden romischer kunig, zu allen zyten merer des richs, bekennen offenbar mit diesem briefe: alz vnser lieben getruwen, borgermeistere rate vnd burger gemeinlichen vnser vnd des heiligen richs stad dorpmunde tzwene vszer irem rate mit namen Albert Swarte [92]) vnd Wilkin Beker [93]), zu der tziid ire burgermeister, mit irem bisiegelten gelaubsbrieff [94]) zu vns gesandt hand, die vns von iren vnd der stad dorpmunde gemeinlichen wegen manichfelticlich gebrechen, kumernisze, sculde vnd notdurft, da mede sie vnd die obgenant stad dorpmunde beladen sind, hertzalte vnd ouch da mede zu verstende geben hand, daz denselben notdurftigen sa-

91) Die Urk. v. 18. Mai 1404 ist ungedruckt. Vgl. *Fahne* a. a. O. S. 219, 20 Note **).

92) Swarte (Niger) gehörte einem der ältesten Patrizier-Geschlechter Dortmund's an, dessen Glieder bereits 1230 im Rathe sassen. Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 20.

93) Wilkin Beker (Rathsglied aus den Gilden) scheint den vermuthlich verhinderten zweiten (patrizischen) Bürgermeister Konrad Clepping vertreten zu haben.

94) *F.* Beglaubs-Briefe.

chen sculden vnd gebrechen nit wol zu widerstên vnd zu tunde sy, es en sy dan, daz wir den rate erbsaszen vnd gemeyne burger die stad dorpmunde mit einander gunnen zu regieren; des haben wir die vorgenante gebrechen vnd notdurfft angesehen, vnd haben yne vmb ire fliszigen bete willen gegunnet vnd erlaubet, gunnen vnd erlauben yne ouch in craft disz brieffs, daz der rate die erbsaszen vnd de gemeyne burger zu dorpmunde mit eyndracht die stad dorpmunde regieren mogen in redlichen vnd bescheidenen sachen [95]), als sy von alters bisz her getan habent, bisz vff vnser oder vnser nachkomen an dem riche, romischer keiser oder kunige, widderruffen. Vrkunde disz brieffs versiegelt mit vnserm kuniglichen vffgedrucktem ingesiegel. Datum heidelberg feria sexta ante dominicam qua cantatur in ecclesia dei Oculi, anno domini MCCCC sexto, regni vero nostri anno sexto." *Thiersch*, Gesch. Thl. I S. 28, 29; *Fahne*, UB. I Nr. 185 S. 218. Auszug b. *Mallinckrodt*, Verfassung Bdch. I S. 152—55, 213.

D. Mülher Cap. xxiv „Von Policey vnd weltlichem Regiment dieser Stadt" §. 8 S. 343, 44: „Nachdem auch durch itzgesagte [cölnische] Belegerungh die Stadt in Nachtheil vnd Schulde gerahten vnd die Bürger von den Herrn Rechenungh gefurdert vnd sich gar rebellisch mit Entsetzung derselben erzeiget, ist zuletzt mit grosser Mühe vnd Noet beschlossen, dass die Stadt, so die patricij bisshero allein regiert vnd also dass Regiment auff aristocratisch gefhüret, hinfüro zugleich von dem Volgk democratischer Weise soll gubernirt werden. Solchs aber geschicht so von den dreyen vornembsten Stenden: In den ersten gehören die patricij, so nach Art der Stad Rom, auss den ältisten vnd vornembsten Geschlechtern geschetzt vnd volglich mit ihren Waffen gesetzt worden. In den zweyten die Erbsassen, Gewandtschneider vnd Kauffleute, welche beyde zwölff Personen zu Rhade setzen. In den Dritten die sechs Gilden, als Schuchmacher, Becker, Fleischower, Schmidte, Butterschleissere vnd Kramer, vnd wird von diesem aus jeder Gilde eine Person zum Rhadtherren erwehlet. Sonsten sein noch zwey Stände in der Bürgerschafft. In den einen gehören die vier Ambter Wullenwebers, Peltzers, Leinenweber vnd Schneider; in den letzten aber andere Handwerker, Arbeitzleute vnd Tagelöhner. Es brauchen die vorige drey Stände in Erwehlunge eines Rhadttz alte sachsische Worte [96]) vnd hatt Kayser Wenceslaus [*l.* Ruprecht] diese Erwehlunge mit einem privilegio bestettigt."

Mit dem Wechsel des Jahrhunderts sehen wir für Dortmund zugleich einen Wendepunkt in der Entwicklung seines gemeindlichen Lebens eintreten — den Sturz des patrizischen Regiments. Ueber hundert Jahre hatte dasselbe unangefochten bestanden, durch Ludwig's IV. Privileg v. 1332 [nr. 56 lit. w] und die darin enthaltene kaiserliche Sanction sogar eine neue Garantie für die Zukunft empfangen. Allein die der bürgerschaftlichen Freiheit Gefahr drohende Ausartung, in welche es von da an allmälig verfiel, indem thatsächlich der Rathsstuhl zum Erbe weniger Geschlechter wurde und die Rathswahl sich hiedurch gleichsam in einen festen Turnus unter letzteren verwandelte [97]), rief den Hass der Bevölkerung dagegen auf, welcher nunmehr blos eines äusseren Anlasses harrte, um in offene Empörung umzuschlagen. Dass ein solcher Anlass, den man herbeiwünschte, in jener Zeit nicht schwer zu finden war, versteht sich von selbst. Die Kämpfe mit Cöln und dem Grafen von der Mark hatten den städtischen Finanzhaushalt merklich erschüttert und eine schwer drückende Schuldenlast auf die Gemeindekasse gewälzt. Ihre Deckung erheischte, wie Jedermann einsah, aussergewöhnliche Massregeln [98]). Der Rath griff jedoch gerade zu derjenigen, welche am wenigsten auf den Beifall der Bürger rechnen durfte — zur Vermehrung der Abgaben. Es erschien im Januar 1395 eine Rathsverordnung [99]), durch welche für die nächstfolgenden zehn Jahre auf Wein, Korn, Haber und Mehl eine nicht unerhebliche „assyse" gelegt ward. Dabei blieb man aber keineswegs stehen. Auch in Bezug auf die übrigen Stadtsteuern („punte, punctinghe") wurde nun die Beitreibung mit wahrhaft drakonischer Strenge gehandhabt, und den Einnehmern („punteborer") zur Pflicht gemacht, was früher nur ausnahmsweise im äussersten

95) Diese Fassung entsprach vollkommen der Formulirung des Hauptsatzes in dem von Albert Swarte gemäss seiner Instruction an den König gestellten Confirmations-Gesuche. *Fahne* a. a. O. II, 224, 25 Note *).

96) Ich vermuthe, dass sich dieses auf die uralte, bis 1784 unverändert beibehaltene Wählereidsformel [s. *Mallinckrodt* a. a. O. S. 71, 72] bezieht.

97) Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 20, 21, 24.

98) Ueber die gewöhnlichen Wege, das städtische Deficit zu decken, s. *Fahne*, Hövel II, 25 Note 1.

99) Bei *Thiersch* a. a. O. S. 22, 23 u. *Fahne*, UB. Nr. 465 S. 199 flg.

Nothfalle vorgekommen, sofort ohne Ansehen der Person in Vollzug zu setzen, nämlich „van der lude gude, de ere punctinghe to rechter tyd nicht en hebbet betalet, to verkopene vppe den vischbenken[100]) also vele erves eder penninggeldes", als der Rückstand betragen würde[101]). Und im grellsten Widerspruche mit diesen, nur in der traurigen Vermögenslage der Stadt einige Entschuldigung findenden Gewaltschritten — liess man den zahl- und güterreichen Clerus in seiner hergebrachten Steuer-Immunität unangetastet, wiewohl dringend verlangt ward, auch seine Opferwilligkeit in Anspruch zu nehmen[102]). Alles das vermehrte die Missstimmung, namentlich in den unteren Volksschichten, von Tag zu Tag, bis endlich gegen den Ausgang des Jahres 1399 hin der lange gezähmte Groll zum Ausbruche kam. Die Gilden waren es, welche an die Spitze der Gemeinde tretend den Kampf wider das Patriziat auf sich nahmen. Sie begehrten vom Rathe Rechnungsstellung über die Verwendung der Stadteinkünfte in den letzten Jahren[103]), und als dieses vermessene Ansinnen zurückgewiesen worden, überfiel man den versammelten Rath und schleppte einen Theil seiner Glieder in den Kerker. Nun sahen die Geschlechter wohl ein, dass die Zeit ihrer Alleinherrschaft abgelaufen sei. Mit beträchtlichen Geldsummen und nicht ohne schmerzliche Demüthigung ward von der Gegenpartei ein Vergleich erkauft, welcher deren Wünschen rasche Erfüllung in Aussicht stellte. Denn in den alsbald [zu Fasten 1400] provisorisch gebildeten neuen Rath wurden auch sechs Mitglieder aus den ebensovielen Gilden (aus jeder eines) aufgenommen, und zugleich einer Anzahl geeigneter Vertrauensmänner[104]) der Auftrag gegeben, das Schöpfungswerk einer Verfassungs-Reform unverzüglich in Angriff zu nehmen, deren eigentlichen Grundgedanken am deutlichsten eine alte Aufzeichnung über jenen Sühnvertrag im s. g. rothen Buche[105]) mit den Worten ausdrückt: „wat to Dorpmunde bynnen wont vnd borger is, dey (solen) genslike eyns syn, vnd wat der stad andrepet, dat (solen) sey mit gantzer eyndracht ton." Ausserdem kamen übrigens die Parteien noch weiter überein, a) an dem bestehenden Stadtrechte von Dortmund nichts zu ändern, vielmehr zu sorgen, dass es „gensliken bestandlich blive"; b) nichts vorzunehmen, „dan dat der stades vnd der gemeynen borgere beste sy"; c) alle durch die letzten Ereignisse verursachten gegenseitigen Feindseligkeiten aus dem Herzen völlig zu verbannen, auf dass „mallich des anderen vrend sy sunder argelist"; endlich d) auf den Fall, dass der König oder „eynich ander here efte eyman anders icht kerde an dey stad vme des geschichtes willen", getreulich zusammenzustehen und für „des stades beste" einzutreten, auch bei etwaigen Vorladungen [an die Reichs- oder andere Gerichte] gemeinsame Sache zu machen, „dat man dit verantworde vnd widersta."

Die dortmunder Ereignisse des Jahres 1400 — nur eine Wiederholung der fast in allen übrigen Reichsstädten bald früher bald später begegnenden Vorgänge — würden kaum über die Stadtmauern hinaus besonderes Aufsehen erregt haben, wenn sich ihre Wirkungen ausschliesslich auf die einheimische Bevölkerung beschränkt hätten. Allein wie man die Gläubiger aus der Bürgergemeinde selbst zum Verzichte auf ihre Ansprüche an die Stadtkasse genöthigt hatte, so glaubte der neu-constituirte Rath auch die auswärtigen Creditoren, darunter viele Edelleute und Geistliche, zur Aufgebung ihrer Forderungen zwingen zu können. Man wollte es mit ihnen „aufs äusserste kommen lassen, jeder Bürger ward verpflichtet, mit Gut und Blut gegen sie zu streiten."[106]). Diese dreiste Ueberhebung minderte nun allerdings für den Augenblick die Geldnoth — verwickelte aber die Stadt in unsägliche Wirren und Streitigkeiten, so dass zuletzt auf ihren dringenden Hülferuf sogar die Kirche, obwohl selbst vielfach durch jenen Gewaltstreich in ihren Rechten gekränkt und bis zur Verhängung des Interdicts getrieben, sich zur Vermittlerin aufwerfen musste. Es ertheilte nämlich Pabst Bonifaz IX., nachdem er bereits 1401 den Rectoren des Heilig-Geist-Hospitals zu Dortmund auch während der Zeit eines Interdicts in der Kirche der Anstalt" missam et alia divina officia", jedoch „clausis janius, excommunicatis et interdictis exclusis, non pulsatis campanis et summissa voce" gestattet hatte[107]), am 27. Juni 1402 den Dortmundern das Privileg[108]), dass sie, aus welchen

100) Die Fischbänke auf dem Markte in der Nähe des Gerichtshauses waren der gewöhnliche Subhastationsplatz. *Thiersch* a. a. O. S. 48.

101) Urk. v. 17. Oct. 1400 b. *Fahne*, UB. II Nr. 477 S. 209.

102) Vgl. *Thiersch* a. a. O. S. 22.

103) Vgl. *Thiersch* a. a. O. S. 24.

104) Verzeichniss derselben b. *Fahne*, Hövel II Nr. 40 S. 43.

105) Bei *Fahne*, UB. II. Nr. 473 S. 206, 7. Vgl. *Thiersch* a. a. O. S. 25, 26.

106) *Thiersch* a. a. O. S. 25.

107) Urk. b. *Fahne* a. a. O. Nr. 478 S. 209, 10.

108) Bei *Fahne* a. a. O. Nr. 479 S. 211, 12.

Gründen es auch geschehen möchte, „conveniri aut trahi extra opidum predictum ad judicium nequeant inviti, quamdiu parati fuerint coram decano christianitatis dicti opidi et locorum circumjacentium in eodem opido residente, pro tempore existente, de se conquerentibus stare juri", und beauftragte am folgenden Tage (28. Juni) den Abt von Werden und die Domdechanten von Paderborn und Minden [109]), den Stand der zwischen der Stadt Dortmund und verschiedenen geistlichen Personen („diversi clerici sive ecclesiastice persone laice") existirenden Schuldverhältnisse genau zu untersuchen, und nach Befinden die über den dortmunder Rath oder sonstige Stadtangehörige verhängten „excommunicationum sententie necnon alie censure et pene" aufzuheben und dafür eine andere angemessene „penitentia salutaris" aufzulegen, sowie einen neuen „peremptorius terminus competens" vorzustecken, „infra quem ipsi proconsules, consules et universitas omnibus creditoribus ipsis de hujusmodi debitis sive sorte duntaxat satisfacere congrue possint", dessen abermalige Versäumniss jedoch die Erneuerung der früheren Kirchenstrafen nach sich ziehen sollte. Es kennzeichnen diese päbstlichen Erlasse mehr, als alle anderen gleichzeitigen Documente, die völlige Lösung aller nachbarlichen Verkehrsbande, in welche Dortmund durch seine unüberlegte Handlungsweise gerathen war, denn wohin auch ein Bürger ausserhalb des Weichbilds der Stadt seinen Fuss setzen mochte, erwarteten ihn die Verfolgungen der „circumjacentes domini temporales et armigeri ac alii latrunculi contra opidum ipsum frequenter insultantes", drohten ihm Gefahren für sein Leben, seine Freiheit und seine Güter. Dass es aber auch im Innern der Stadt um nichts besser gewesen, vielmehr die grösste Zügellosigkeit eingerissen war, bezeugt unfehlbar die aus dieser Zeit (1404) stammende Bitte des Raths (vermuthlich an den Erzbischof von Cöln gerichtet) um Einschränkung des kirchlichen Asylrechts — „idcirco petitur, eisdem consulibus indulgeri et generosissime concedi, ut occisores, malefactores, fures et latrones, si ultra triduum in dictis emunitatibus seu opido permanserint, manucapere valeant et apprehendere, ne sancta mater ecclesia, que nullius maleficii particeps esse debet, occasionem delinquendi dare videatur" [110]).

Inzwischen hatten nun einige der namhaftesten auswärtigen Gläubiger, die cölner Bürger Gottfried zur Landscron und Gerwin von Aldenbrekenvelde, mit einer Klage wider die Dortmunder das königliche Hofgericht angegangen. König Ruprecht scheint zwar den letzteren nicht abgeneigt gewesen zu sein; allein bei der vollen Gerechtigkeit der gegnerischen Forderungen vermochte er, abgesehen von einer Hinausrückung „des zils in den ladbriefen" [111]) und einer eindringlichen Mahnung an die Kläger, den von der Gegenpartei durch Deputirte erbetenen „vffslag bis zu mittenwinter" [112]) bewilligen zu wollen, nichts für die Stadt zu thun. Auch die sich nun häufenden Immissionen („anleiten") in ihre Güter, worauf hofrichterlich erkannt wurde [113]), konnte er im Vollzuge nicht mehr aufhalten, und nur die Vollstreckung des längst voraussichtlich gewesenen Endergebnisses des Processes, der am 27. Dez. 1404 vom Hofrichter Engelhart von Weinsberg zu Heidelberg ausgesprochenen Reichsacht — „daz die burgermeister, rete vnd burgere gemeinlich zu dorpmunde in des heyligen richs ahte geteylet sind" [114]) — scheint der König, da die Ausführung des Urthels von seiner Gnade abhing, von dem Haupte der Dortmunder abgewendet zu haben.

Hatte nun schon der eben erwähnte Rechtsstreit wider Dortmund Ruprecht's ganze Aufmerksamkeit auf sich gezogen, so musste dieses nothwendig in noch höherem Maasse in Ansehung des vorausgegangenen, mit jenem Processe in einer unläugbaren Connexität stehenden Ereignisses, nämlich des Verfassungs-Umsturzes, der Fall sein. Dass nun das gewaltsame Vorgehen der Gilden gegen die Geschlechter dem strengen Ge-

---

Vgl. dazu a) den Ueberwachungsbefehl an die Dechanten von Hildesheim, Paderborn und Minden von dems. Tage, *Fahne* a. a. O. Nr. 480 S. 212, 13; b) die durch angebliche Verletzungen jenes Schutzbriefes veranlasste Untersuchungs-Bulle des Pabsts Innocenz VII. v. 3. Nov. 1404, *Fahne* a. a. O. Nr. 493 S. 228—32. Später (1412) erklärte übrigens die Stadt Dortmund ausdrücklich, dass obige „privilegien vnd genade van dem hilligen stole van Rome gewonnen" des cölner Erzstifts und seines Officials „jurisdictio vnd geistlich gerichte" in der Ausübung nicht hindern sollten. *Thiersch* a. a. O. S. 170, 71; *Fahne*, UB. I Nr. 194 S. 239, 40.

109) Urk. b. *Fahne*, UB. II Nr. 481 S. 213—16.

110) Notiz b. *Fahne* a. a. O. Nr. 487 S. 222.

111) Urk. v. 28. Jun. 1404 b. *Fahne* a. a. O. Nr. 490 S. 224.

112) Urk. v. 24 Nov. 1404 b. *Fahne* a. a. O. Nr. 494 S. 232 fg. [„Mittenwinter", die Zeit um Weihnachten.]

113) Vgl. Urkk. v. 1404 b. *Fahne* a. a. O. Nr. 492, 496 S. 227, 233.

114) Urk. b. *Fahne* a. a. O. Nr. 495 S. 233.

rechtigkeitssinne des Königs von Anfang an als ein Aergerniss erschien, versteht sich von selbst. Er bemühte sich daher, die Dortmunder zur Zurückziehung der Neuerung und Wiedereinsetzung des patrizischen Rathes zu bewegen. In diesem Geiste sollte namentlich Graf Adolph von Cleve wirken, welcher als königlicher Sendbote nach Dortmund kam und der Stadtgemeinde allda eröffnete[115]: „daz syn [des kuniges] ernstliche meynunge sy vnd daz hey yne auch gebeite by den eiden, die sie eme vnd dem riche gesworen haben, so die zyt komen werde, daz man den raid zu dorpmunde ernuwern solle, daz sie alsdan die sechs, die die gemeinde also etwelange ane syner furfaren, syne vnd des richs sunderliche erloubunge[116]) in den rait gesetzt haben, gentzlichen wieder dar vsz setzen, vnd daz der raid furbaz gesetzt werde vsz den geschlechten van den alten, vnd auch vulle macht [habe] zu regieren vnd zu tunde, alz von alter herkomen ist, vnd daz auch die gemeinde iren willen vnd verhengnisze dartzu gebe, daz der raid in der vorgenanten . . . stad dorpmunde moge offsetzen vnd nemen assise, vngelt vnd andere beswernisze, da von sie gelt afgeheben mogen, ire sculdener vnd sculd da miede zu bezalen." Allein obgleich die Dortmunder sich die vermittelnde Hand des Grafen recht gerne gefallen liessen, da es galt, durch ein königliches Wort die drängenden Gläubiger zu beruhigen[117]), so bewiesen sie doch die zäheste Beharrlichkeit gegenüber dem Ansinnen, unter das einmal abgeschüttelte Joch des Geschlechterrathes zurückzukehren, so dass endlich Ruprecht, welchem man durch Deputirte die Sache noch einmal mündlich hatte vorstellen lassen, nachgab und in der von der Stadtgemeinde gewünschten, immerhin sehr vagen und unbestimmten Weise[118]) durch die Urk. nr. 106 die Verfassungsreform v. 1400 bestätigte.

Dieselbe soll nun im Nachfolgenden in ihren wesentlichsten Grundzügen geschildert werden[119]):

A. Das städtische Regiment, vor 1400 allein vom Patriziate geführt, prägt jetzt eine Mischung zweier Elemente aus — eines aristokratischen und demokratischen. Jenes, das prävalirende, repräsentiren die Erbsassen, dieses die Gilden. Der Begriff der Erbsässigkeit erscheint übrigens weit über seine ursprünglichen, dem Wortlaute entsprechenden Grenzen hinausgerückt, denn er bezeichnet nicht mehr blos die im Weichbilde Eigenbegüterten oder grösseren Grundbesitzer, sondern drückt überhaupt den Gegensatz zum Handwerksbetriebe aus. Erbsassen waren demnach: die Adeligen (Patrizier), die Kaufleute und die Gelehrten[120]). Die Gewerke andererseits formirten die sechs Gilden[121]) der Schuhmacher [die s. g. St. Johannes-Gilde], der Bäcker, der Fleischhauer, der Schmiede, der „botterlüde" (Fetthändler) und der Seidenkrämer. Jede derselben hatte zwei (immer auf Zeit eines Jahrs gewählte) Vorgänger oder „richtelüde" an der Spitze, welche die Morgensprache („bodt") leiteten und eine umfassende Gerichtsbarkeit sowohl in privatrechtlichen Streitsachen unter Gildebrüdern als auch in Vergehensfällen, namentlich bei „verkorenen worten" (Verbalinjurien) ausübten. Im J. 1402 gaben sich die sechs oben genannten Innungen eine gemeinsame Gildeordnung[122]). Strenge unterschieden von den Gilden waren die aller politischen Rechte entbehrenden, daher ausschliesslich auf die Förderung gewerblicher Interessen berechneten, jedoch auch vom Rathe bestätigten „Aemter", deren bis zum Ende des Mittelalters drei, die der Goldschmiede seit 1370, der Schneider seit 1451 und der Wollenweber seit 1472, hervortraten.

B. Die gemeindliche Regierung, bis 1400 eine einheitliche, theilte sich seit dieser Zeit unter drei Organe: das Raths-, das Erbsassen- und das Vierundzwanziger-Collegium.

a) Der Rath umfasste, wie ehedem, achtzehn Mitglieder, wovon aber jetzt die zwölf s. g. „oberen" aus der Mitte der erbsässigen Bürger und die sechs s. g. „unteren" oder „untersten" aus den Gildengenossen, und zwar immer auf ein Jahr gewählt wurden, was am Vorabende von Petri Stuhlfeier (17 Jan.) zu geschehen pflegte. Das Präsidium führte in den Rathsversammlungen der „sprechende" (erste) Bürgermeister, im Verhinderungsfalle der zweite Bürgermeister

115) Urk. v. 26 Jul. 1404 b. *Thiersch* a. a. O. S. 26—28; *Fahne*, UB. I Nr. 182 S. 215—17.

116) Die Abdrücke haben „erlebunge".

117) Vgl. *Fahne* a. a. O. II S. 236 Note *).

118) Vgl. *Fahne* a. a. O. II S. 224, 25 Note *).

119) Die Darstellungen b. *Thiersch* a. a. O. S. 29—33 und *Fahne*, Statutarrecht u. RAlterth. S. 11—16 entbehren der nöthigen Klarheit und lassen bezüglich der Richtigkeit einzelner Angaben Zweifel zu.

120) *Beurhaus*, Entw. S. 26 (§. 14 Z. 3, 4).

121) Ueber das dortmunder Gildewesen s. *Thiersch* a. a. O. S. 95—100.

122) „Der sechs Gilden Recht" gedruckt b. *Fahne*, Statutarrecht Nr. 157 S. 214—25 (in 77 §§.).

als dessen Stellvertreter. Ausser diesen beiden zählten noch zu den s. g. „Superiores“ die zwei Rittmeister (bei Fehden mit dem Kriegswesen, sonst hauptsächlich nur mit der Aufsicht über die städtische Flurmark und dem Grenzrichteramte betraut) und die zwei Kämmerer, welche übrigens nicht sowohl als Finanz-, denn vielmehr als Pupillar- und Untersuchungsbeamte thätig waren. Daneben fungirten dann noch Rathsglieder als „grutmestere, by dem gerichte und by dem timmere“ [123]). Gegen den Ausgang des XV. Jhdts. erfuhr übrigens der dortmunder Rath eine neue bedeutende Veränderung, indem die Mitgliedschaft darin eine lebenslängliche und daher blos bei sich ergebenden Lücken eine Neuwahl vorgenommen wurde.

b) Das Erbsassen-Collegium — wie schon dessen Namen zeigt, ausschliesslich erbsässige Personen in sich aufnehmend [124]) — zählte zwölf Glieder: sechs Raths-Erbsassen und sechs Gemeinheits-Erbsassen. Jene bekleideten das Amt bis zu ihrem Tode und wurden („auf „Exaudi“ d. i. am Sonntage vor Pfingsten) vom Rathe gewählt; diese wechselten in jedem Jahre durch einen kurz vor cathedra Petri stattfindenden Küract der Gilden-Vorgänger, und zwar so, dass jede der sechs Gilden einen Candidaten zu bezeichnen hatte. Die Leitung des Collegiums gebührte dem besonders aus den Raths - Erbsassen gewählten s. g. „Convocans“. Endlich

c) der Vierundzwanziger-Ausschuss — auch die „Gemeine“ geheissen — war aus den zwölf Richtleuten der Gilden und ebensovielen aus diesen durch Erstere noch hinzugewählten Gewerksmeistern, so dass von Letzteren auch je zwei auf eine Gilde kamen, zusammengesetzt. Den Vorsitz hatten hier drei von den Vorgängern aus ihrer Mitte immer auf zwei Jahre gekorene s. g. „Dreimanns“, deren ältestem oder erstem, dem s. g. „Sprecher“, dann vorzugsweise die Einberufung und Direction der Versammlungen im Gildehause zukam.

Die Aufgabe der unter b und c namhaft gemachten Collegien war eine durchaus gemeinsame — dem Rathe gegenüber das Interesse der Gemeinde in allen Stücken zu wahren. Sie hatten darum bei Erlassung neuer Gesetze, desgleichen bei Steuerauflagen, Stadtgüter-Verpachtungen und ähnlichen das Communalvermögen sowie den Besitz und die Freiheiten der Einzelbürger gleichnahe berührenden Operationen zu consentiren, die Hauptrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Stadt [125]) in jedem Verwaltungsjahre zu prüfen, und vorzüglich bei den beiden wichtigsten Wahlen, jener des alljährlich (zuletzt auf zwei Jahre) aus dem Erbsassenstande zu berufenden Unterrichters und dann jener des Rathes selbst, zu concurriren. Die Glieder des letzteren wurden nämlich 1) von dem s. g. sitzenden Rathe des Vorjahres, 2) von den sechs Gemeinheits-Erbsassen und 3) von den zwölf Richtleuten der Gilden gewählt. Die unter 2 und 3 aufgeführten Wahltheilnehmer zusammen pflegte man die „Kurgenossen“ oder „Kurfreunde“ zu nennen.

Das war es, was König Ruprecht nach schwerer Selbstüberwindung endlich 1406 den Dortmundern bestätigt hat, und der Rath nahm das darüber ausgefertigte Document, das Palladium inneren Rechtsfriedens, nach Anfügung des Stadtsiegels, in ganz besondere Obhut [126]). Bald darauf finden wir übrigens schon wieder zwei städtische Abgeordnete, die Patrizier Johann Clepping und Tydemann von Hövel, am königlichen Hoflager, um hier nach erhaltenen näheren Instructionen [127]) für die Reichsstadt eine neue Privilegien-Confirmation, welche sich zugleich auf die Gerechtsame Dortmund's in Ansehung der halben Grafschaft [s. bereits nr. 90] und des Königshofes erstrecken sollte, zu erwirken. Der vollständig ausgearbeitete Entwurf („notel“) des Bestätigungsbriefes [128]) scheint sich in den Händen der Abgesandten befunden zu haben, vielleicht sogar bei dem Könige in Vorlage gekommen zu sein. Welchen Fortgang jedoch die Sache gehabt, ob die Stadt, was sie wünschte, erreicht habe, darüber fehlen uns sichere Anhaltspunkte.

1407, Jan. 17. Der dortmunder 107
Rath überlässt die Einkünfte der städtischen

123) Die niederen Solddiener der Stadt waren dagegen: „notarius, nuntius equitatis, lapicida, carpentarius, superior servus stabuli, nuntii civitatis, cursor, balistarius, leyendeckere, wynscredere, thelonearius, liber preco, custos celarii, fistulatores, fossatores, spiculatores, molendenarii, servi stabuli, conservatores schoti, dey slytere“. (1404) *Fahne*, Hövel II Nr. 42 S. 46.

124) *Thiersch* a. a. O S. 32 Z. 16 scheint der Ansicht zu sein, dass die 6 Gemeinheits-Erbsassen aus den Gildebrüdern genommen worden seien, was entschieden unrichtig ist. Vgl *Mallinckrodt*, Verfass. I, 126, 27.

125) S. das wichtige Actenstück b. *Fahne*, Hövel II Nr. 35 S. 35—42.

126) Copirbuchs-Extract b. *Fahne*, UB. II Nr. 501 S. 239, 40.

127) Urk. v. 1407 b. *Fahne*, UB. II Nr. 186 S. 219—21.

128) Bei *Fahne* a. a. O. S. 221—23.

Accisewage dem Sweder Muddepennig für eine Leibrentenforderung zu 250 Gulden rheinisch auf eilf Jahre zum Genusse. (R.) *Fahne*, UB. II Nr. 503 S. 240.

108 **1411**, Apr. 25. Bürgermeister und gemeine Bürger von Dortmund verlautbaren ein mit dem Juden Salomon Vivus[129]) getroffenes Uebereinkommen, wonach letzterer und seine zwei Schwiegersöhne Salomon Jonas und Joseph sammt ihren Ehefrauen, unabgesonderten Kindern und jüdischen Dienstboten bis zum St. Michaelstage „na datum desses breves over teyn jar" gegen bestimmte jährliche Abgaben in der Stadt freien Aufenthalt „to borgere recht" geniessen sollen, „alzo dat ze vnd ere wyve mogen geld vthdon to wokere vnde nemen van den ghenen, de in der stad wonachtich sind", jedoch unter Befolgung der über das Zinsmass beigefügten eingehenden Normen und Enthaltung von Geldleihen auf Harnische oder „wapentuch", sowie auf „brokene kelke, blodige cledere vnd vngemakede lakene". Ausserdem wird noch festgesetzt: a) dem Gesinde ist nicht erlaubt, Wuchergeschäfte zu betreiben; nur der „knecht, de mid en vry sitte, de se to scole rope vnd er sacher sy" [130]), mag, wenn er 50 Gulden zusammengebracht, damit negoziren; b) wegen ihrer Forderungen an Bürger haben die Juden vor Bürgermeister und Rath Recht zu nehmen und zu geben; c) von Schoss und Diensten, „sunder waken, graven vnde weghe to makene", sind sie „quyd vnd yry"; d) Erbgüter in der Stadt und im Gerichtssprengel von Dortmund können sie nur mit Genehmigung des Rathes und der Gemeinde erwerben; e) den von ihren Vorfahren benützten „judenkerchof belegen bei der westenen porte" sollen auch Vivus und seine Verwandten die zehn Jahre hindurch benützen und selbst fremde in der Stadt verstorbene Glaubensgenossen darin beerdigen dürfen; f) ebenso bleibt ersteren der Genuss des kalten Bades „in aller mate alz se in vortiden gedan hebbet"; g) Accise müssen die Juden gleich den christlichen Einwohnern bezahlen; h) einen Eid, welchen zu leisten einem Juden obliegt, soll er dahin schwören, „dat eme god zo helpe vnde zyn ee [131]), vnde dar en boven sal men eme nynen eid to eischen" [132]); i) mit über Jahresfrist bewahrten Pfändern mögen die Juden „ze ere beste" verfahren[133]); k) für einen Missthätigen in ihrer Mitte brauchen die übrigen nicht zu haften; endlich l) wer von den recipirten Juden wieder aus der Stadt wegzuziehen gedenkt, hat dies ein Vierteljahr vor Ausführung des Entschlusses in den vier Kirchspiel-Kirchen von Dortmund „kundigen" zu lassen. *Thiersch* a. a. O. S. 92—94; *Fahne*, UB. I Nr. 195 S. 240—43. Vgl. dazu *Kayserling* a. a. O. S. 89.

1412, Jun. 16. Bürgermeister, Rath und gemeine Bürger zu Dortmund beurkunden die Beilegung ihrer „twiginge" mit Erzbischof Friedrich III. von Cöln, als Hauptpunkte des Versöhnungsvertrags hervorhebend: a) „dat wy zyn geistlike gerichte vnde zine boden vry binnen Dorpmunde ghan zolen laten, alz dat van olders gewontlich is gewesen"; b) „welich geistlich man vmme disser vorgenanten twiginghe willen buten Dorpmunde gewesen were efte anders dar vmme gekrodet wer, de mach in zyne leyne vnde gude vry to Dorpmunde weder in komen vnde dar inne zyn vnde bliven, vnde weir eme icht genomen efte entholden van zynen renten efte anders van desser vorgescreven sake wegene, dat zole wy eme weder gheven efte don weder gheven". *Thiersch* a. a. O. Anh. Nr. VII S. 169, 70; *Fahne*, UB. I Nr. 193 S. 238, 39. 109

1414, Sept. 16. [134]). König Sigismund bestätigt der Stadt Dortmund auf Bitten ihres Rathes den wörtlich eingerückten Freiheitsbrief seines Vaters, Kaiser Karl's IV., von 1377 [nr. 88]. *Lünig* a. a. O. S. 447 Nr. VIII. 110

1416, Oct. 19. Graf Heinrich von Lindenhorst zu Dortmund und dessen Sohn Konrad verbinden sich mit der Stadt zu gegenseitiger Waffenhülfe bei künftigen Fehden. *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 88—90; *Fahne*, UB. I Nr. 199 S. 244—46. 111

1416, Dez. 21. König Sigismund bestätiget — bei Gelegenheit der Belehnung des Grafen Konrad VI. von Lindenhorst mit der „halben graveschaft von Dorpmunde" [135]) 112

129) *F.* Vinus [s. Note 44]. Salomon Vivus war vermuthlich „Hofjude des Grafen von Dortmund."

130) *F.* sachgar. Vielleicht: Gerichtsbote?

131) Die älteren Statutensammlungen Dortmund's bieten ein sehr ausführliches Judeneids-Formular. Vgl. unten Nr. III lit. B nr. 1 a.

132) Der Absatz *h* fehlt bei *Th.*

133) Der Absatz *i* fehlt auch bei *Th.*

134) Wenn *Fahne*, UB. II Nr. 515 S. 256 auch eine frühere zu Heidelberg durch Sigismund ertheilte Confirmation der dortmunder Privilegien v. 6 Sept. 1414 anführt, so beruht dies auf einem Irrthume, da der König nur vom 13 bis zum 20 Sept. dortselbst verweilte. Vgl. *Aschbach*, Gesch. K. Sigmund's I, 405.

135) Das Document steht b. *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 90, 91. Vgl. dazu die Urk. v. 7 Nov. 1416 b. *Fahne*, UB. II Nr. 516 S. 256 flg. m.

— in besonderer Urkunde der Stadt Dortmund ihr Anrecht auf die andere Hälfte derselben. (R.) *Krömecke*, Grafen S. 92.

113 **1417**, Jan. 1. Derselbe ermahnt brieflich den Erzbischof Dietrich von Cöln und Bischof Otto von Münster, dass sie, weil er selbst durch Kirchen- und Staatsgeschäfte verhindert sei, den Dortmundern Hülfe zu leisten, denselben ihren Schutz gegen die Feindseligkeiten benachbarter Fürsten und Grafen, welche sich nicht scheuten, die Stadt durch widerrechtliche Anlage von Gräben, Schlössern und anderen Befestigungen in ihren Privilegien zu kränken, in Form eines Bündnisses mit ihr [136]), wozu er sofort bis auf Widerruf seinen Consens ertheile, angedeihen lassen mögen. (R.) *Fahne*, UB. I Nr. 203 S. 247, 48.

114 **1417**, Mai 4. Derselbe gibt auf Ansuchen der Stadt Dortmund, welche von Gläubigern hart bedrängt ist, dem cölner Erzbischofe Dietrich den Auftrag, nach eingezogenen Erkundigungen, in welcher Zeitfrist die Stadt zur Zahlung der fraglichen Schulden befähigt sein werde, den Creditoren ein danach bemessenes Stündungsziel, bis zu welchem sie nämlich mit der Geltendmachung ihrer Forderungen sich gedulden müssten, vorzuzeichnen. (R.) *Fahne*, UB. I Nr. 205 S. 250.

115 **1418**, Febr. 14. Derselbe befiehlt ferner dem eben genannten Erzbischofe von Cöln unter Erinnerung daran, dass er ihm ja erst kurz vorher die Stadt Dortmund, ihre Bürger und Einwohner „in fride vnd by yren rechten freyheiten vnd privilegien von siner vnd des richs wegen zu behalden, zu hanthaben vnd zu beschirmen" befohlen habe [137]), nunmehr die um die Stadt liegenden Königshöfe zu Brackel, Eilmanhorst, Beschoven und Voevelinckwerde aus dem clevischen Pfandbesitze [138]) wiedereinzulösen — „wann wir gern sehen, das die stat wider zunemen vnd sich gebessern mochte, das yr ynwonere vns vnd dem riche dester bass gewarten vnd dienstlich gesien mogen". *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 107 S. 118.

1419, Febr. 8. Derselbe erlässt für die 116
Reichsmünze zu Dortmund eine Verordnung über die allda zu schlagenden Goldgulden [139]), Weisspfennige, halben und ganzen Pfennige sowie Heller, das Gepräge, die Schwere und den Gehalt derselben, den an die königliche Kammer zu entrichtenden Schlagschatz, die Pflichten des vom dortmunder Rathe zu ernennenden Wardeins, den Gerichtsstand der Münzmeister und ihrer Angehörigen, endlich die Rechte und Obliegenheiten der geschworenen Wechsler in Ansehung des Gold- und Silber-Erwerbs. Inhaltsangabe b. *Fahne*, UB. I Nr. 214 S. 260—62. Vgl. auch *Leitzmann*, Wegweiser S. 139, 40.

1419, Jul. 25. Herzog Adolph II. von 117
Cleve erklärt, mit den Dortmundern bezüglich der unter ihnen bestandenen Zwistigkeiten „geloifflich vnd vruntlich gescheiden" zu sein, dabei insbesondere die Zusicherung gebend, dass er die letzteren an Leib und Gut nach Ausweis des früher vereinbarten Bündnisses beschirmen, seinen Ansprüchen auf das Dorf Mengede entsagen, die widerrechtlich im dortmunder Gebiete errichteten „berghfrede, reenboem ind landtweere" wieder abbrechen, auch nie mehr dergleichen allda anlegen, überhaupt in keiner Weise in künftigen Fehden den Grafen (Heinrich von Lindenhorst) [140]) und die Stadt „engen off verkorten" wolle „an der heirlicheit ind gerichte" — wogegen es aber in Ansehung der beiderseitigen Jurisdictions-Gerechtsame in Brackel bei dem bisherigen Zustande verbleiben soll. *Fahne*, UB. I Nr. 215 S. 262—64.

1423, Dez. 6. König Sigismund 118
fordert die Stadt Dortmund auf, die von ihm wegen des Hussitenkriegs ausgeschriebene Judensteuer des dritten Pfennigs bei Vermeidung sonst eintretender Zwangsmassregeln unweigerlich zu bezahlen. (R.) *Fahne*, UB. I Nr. 219 S. 268.

1425, Mai 12. Graf Gerhard von 119

S. 257 Note *). Dazu *Krömecke* a. a. O. S. 91—93.

136) Die beiden Schutz- und Trutzbündnisse wurden auch wirklich am 10. Oct. 1417 abgeschlossen. Sie waren hauptsächlich gegen Herzog Adolph von Cleve-Mark gerichtet. Vgl. die Haupturkk. b. *Fahne*, UB. I Nr. 206, 7 S. 250 flg. 254 flg. und die damit in Zusammenhang stehenden Nebendocumente und Regesten *das.* Nr. 210, 216, 218, 220; Nr. 208, 212. Bald danach erliess übrigens der König an den ihm als „schedelicher man" bezeichneten Herzog Adolph das ernstliche Gebot, die von Dortmund nach Wegräumung aller ihnen nachtheiligen Bauanlagen („bergfride, buwe vnd rennebome") ihrer Herrschaften, Gerichte, Freiheiten und Privilegien „gerulich vnde ane ansprake" geniessen zu lassen. *Das.* II Nr. 519, 20 S. 260 flg.

137) Bezieht sich vermuthlich auf nr. 113.

138) Vgl. oben nr. 28, 43.

139) Ueber deren Werth 1455 — 60 s. *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VI, 296, 98.

140) Dieser hatte nämlich die Grafschaft von seinem Sohne Konrad VI. [s. nr. 112] zu lebenslänglicher Leibzucht zurückempfangen.

der Mark[141]) „vereyniget ind verbyndt" sich mit dem Rathe und den gemeinen Bürgern von Dortmund (nach Empfang eines Darlehns von 3000 Goldgulden) unter der Zusage, dass er nimmermehr ihr Feind werden und sie an Leib und Gut getreulich in seinen Landen beschirmen wolle, wobei zugleich in ausführlicher Weise die gegenseitigen Verhältnisse zwischen den gräflichen Unterthanen und Dortmundern, namentlich in Bezug auf bestehende Schuldverbände, gerichtliche Behandlung derselben, Zulassung von „besetzonge ind komber", Abschoss von Erbschaften [„were ouch sache, dat eynich gut bynnen der stat van dorpmunde an erffzale erstorve, ervyele ofte ervallen were an vnse vndersaissen, dar van solen sy nemen gulde of reicht bynnen dorpmunde na gewoynheit der stat van dorpmunde, as dat van alders gewoinlich geweist is"] u. s. f. geordnet, für künftige Streitigkeiten unter beiden Theilen ein Achter-Ausschuss als Schiedsbehörde eingesetzt, und vom Grafen der Bürgerschaft verschiedene Zusicherungen, z. B. bezüglich der Vermeidung schädlicher Bauanlagen und Abbrechung solcher im Gerichtsbezirke der Stadt und im St.Reinoldskirchspiele, Verschonung der allda wohnhaften nichthörigen Leute mit Dienstzwang, Anerkennung der Gerechtsame Dortmund's über Brackel [„vort en solen wir geynchs gerichts noch herschafs zo Brakele vns vnderwynden, dan eyns hoifs gerichts (s. nr. 28, 58), vnd alle des anderen gerichts herschaftz ind clockenslachs solen die van dorpmonde gebruychen"], Nichthinderung der Stadt an dem Zolle zu Lünen[142]), Gestattung, „dat die van dorpmunde vp boult, koelen ind korne, as vnse lude in yre stat veyle brengen ind voeren, reideliche ind gewoynliche assyse moegen setten sunder vnsen oevelmoit" etc. gegeben werden[143]). *Fahne*, UB. I Nr. 222 S. 269—75. Dazu *dessen* Chronik S. 120.

120 **1431**, Nov. 10. Bürgermeister und Rath von Dortmund verkaufen wiederlöslich den vom Grafen Konrad VI. erworbenen halben Zoll und dritten Pfennig des Münzschlagschatzes an Hermann von Wickede und Gerwin Clepping für 160 rheinische Gulden. (R.) *Fahne*, UB. I Nr. 234 S. 282.

1431, Nov. 23. Dieselben erlauben dem Grafen Konrad und seinen Erben „enen wederkop, dat sey dey helfte van dem tolle to dorpmunde vnd den derdendel dees slegschattes ... van dem raide van dorpmunde ... weder aff kopen mögen allewege, wan sey willt, vnd jklikes jars vp sunte martins dach in dem winter off bynnen den nesten vertennachten dar nae", um die oben (nr. 120) bemerkte Summe und nach ein halb Jahr vor Martini geschehener Aufkündigung. *Thiersch*, Hauptstuhl Anh. S. 99, 100; *Fahne*, UB. I Nr. 237 S. 283, 84; II Nr. 530 S. 265, 66. 121

1434, Mai 7. Kaiser Sigismund gebietet dem Rathe zu Dortmund, nachdem er in Erfahrung gebracht, dass der Graf daselbst durch die Uebergriffe der geistlichen Gerichte an der Ausübung seiner Jurisdiction gehindert sei, sich an etwaige Verbote von Seite des Grafen nicht zu kehren, sondern sowohl selbst als auch durch die bestellten Richter zu „richten als recht ist, vnd wer dar ane zu widder were, der sol in vnser vnd des rychs swere vngnade verfallen sin". *Fahne*, UB. I Nr. 240 S. 285, 86 (Extr.) 122

1434, Jul. 4. Schiedleute des Erzbischofs von Cöln und des Grafen Gerhard von Cleve und Mark bringen zwischen der Stadt Dortmund und dem Grafen Konrad VI. daselbst eine Sühne zu Stande, wonach die hauptsächlichsten Streitpunkte (jurisdictionellen Betreffs) zur ordnungsmässigen Behandlung vor das Gericht verwiesen werden. *Fahne*, Hövel Bd. II S. 61 mit *Krömecke* a. a. O. S. 95, 97. 123

1442, Jun. 25. König Friedrich III. bestätiget auf Bitten des Rathes von Dortmund der Reichsstadt „omnia et singula ipsius privilegia, litteras, jura, libertates, gratias et consuetudines a suis predecessoribus et signanter Karolo et Sigismundo aliisque quibuscunque principibus comitibus atque dominis ipsi data et concessa ac datas et concessas, ac si de verbo ad verbum presentibus forent inserta seu inserte", den allgemeinen Befehl an alle Reichsangehörige beifügend, „proconsules consules et communitates dicte civitatis Tremoniensis" im Genusse vorstehender Freiheiten und Rechte nicht zu irren oder zu beschweren, vielmehr darin zu schützen und zu schirmen. *Fahne*, UB. II Nr. 538 S. 272—74. 124

1463, Jun. 7. Hans von Steck — welcher die Erbtochter Graf Heinrich's von 125

141) Ueber ihn (erst vom 23 Oct. 1425 an wirklich Herr der Grafschaft Mark) s. *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV S. xv, xvi.

142) Vgl. oben Einleit. S. 840.

143) Ueber Gerhard's Verhalten zu Dortmund in der bald danach ausgebrochenen Fehde zwischen Herzog Adolph von Cleve und Erzbischof Dietrich von Cöln (1425 — 27) s. die Urkk. Nr. 223, 229, 230 b. *Fahne*, UB. I S. 275, 77, 79.

Lindenhorst, Katharina [144]), geheirathet, hiedurch die halbe Grafschaft Dortmund erhalten [145]) und auch von Kaiser Friedrich III. die Belehnung darüber empfangen hat [146]) — gelobt, dem Reiche sowohl als der Stadt Dortmund und ihren Bürgern „truwe vnd holt to syne vnd de van dortmunde restliche vnd vredelike to laten by erer helffte van der graeschop myt erer alingen tobehorungen, so als sey dey van den selligen greven vortydes gekofft vnd gehadt hebt, vnd alle breve, die de raid vnd stad van dortmunde van den greven selligen vnd van ... keysern vnd koningen habe, spreckende vp de graeschop van dortmunde, vnd alle alde gewonte der stad dortmunde to halden sunder jrley argelist"; desgleichen diese Hälfte von der Grafschaft entweder selbst, beziehungsweise bei seinem Hause zu erhalten, oder auf den Fall, dass er oder seine Nachkommen „der entberen solden off wolden", dann „dem raide vnd der stad van dorpmunde laten to wollen vmb eynen redeliken pennynck vnd der in geyn ander hand to brengen in geynerleye wys." *Fahne*, UB. I Nr. 258 S. 322—24. Vgl. *Krömecke* a. a. O. S. 100—103.

126 **1468**, Jan. 18. Herzog Johann I. von Cleve-Mark schliesst mit Dortmund einen alle früheren „verbuntnisse" seiner Vorfahren [s. nr. 63, 74, 95—97, 101] zusammenfassenden und erneuernden, 21 Artikel begreifenden Freundschafts-, Schutz-, Verkehrs- und Jurisdictionsvertrag ab [147]). *Fahne*, UB. I Nr. 261 S. 328—33.

127 **1468**, Jan. 25. Erzbischof Ruprecht von Cöln versichert in Form eines auf Lebenszeit und fünf Jahre darüber hinaus mit der Stadt Dortmund eingegangenen „verbuntnisses" die Bürger von da zuvörderst seiner getreulichen Verantwortung und Beschirmung vor jeglicher Gewalt ihrer Feinde, gestattet jenen und ihrem Gesinde, „mit yrem lyve vnd guede zo lande vnd zo wasser sicher vnd fry in sine stede, slosse vnd veste vnd durch sine lande vnd heirschoff zo fairen vnd zo komen", und setzt dann in der üblichen Weise fest, wie Schuld- und Bürgschaftsklagsachen zwischen erzstiftischen Unterthanen und Dortmundern durch Schiedleute „fruntlich" beigelegt oder gerichtlich ausgetragen werden sollen, schliesslich noch die Bemerkung beifügend, dass er sich bei Zwistigkeiten unter den Bürgern von Dortmund selbst jeder Einmischung enthalten wolle — „der lude vnd des guetz sullen off willen wir off die vnse off yemant, des wir mechtig syn, vns in geynerleye wyse vnderwynden off verdedingen tgeen den rait van dorpmunde off yre burgere sunder argelist" [148]). *Fahne*, UB. I Nr. 260 S. 325.—28.

1497, Novemb. König Maximilian I. ertheilt dem Rathe und den Bürgern der Stadt Dortmund eine Generalbestätigung ihre gesammten Rechte und Freiheiten. (R.) *Fahne*, UB. II Nr. 550 S. 286 mit Chronik S. 141, 42. 128

III. Statute.

A. Statuta antiqua. Es sind dies eine officielle in lateinischer Sprache hergestellte Redaction des dortmunder Stadtrechts, welche vermuthlich auf zwei successiven Aufzeichnungen, nämlich α) einer sehr frühe, vielleicht nicht viel später als die „susattensis justicia" v. 1120 entstandenen urkundlichen Fixirung der wichtigsten Localgewohnheiten, vornehmlich processualischen und strafrechtlichen Charakters [1]), und β) einer erst der Zeit nach vollendeter Ausbildung des städtischen Rathes, also dem XIII. Jhdt. angehörigen Willkür beruht, daher auch in einem grossen Theile ihrer bis auf wenige Spuren des soester Rechts durchaus originellen Satzungen das Gepräge hohen Alterthums an sich trägt. Ihr Inhalt bezieht sich zwar auf alle Rechtszweige, allein dieselben werden insgesammt nur obenhin berührt oder mindestens sehr wählerisch behandelt. So finden wir allda z. B. aus dem öffentlichen, insonderheit Ge-

---

144) Sie war bei dem Tode ihres Vaters (1452) noch in kindlichem Alter und bekam nach Kaiser Friedrich's ausdrücklicher Vorschrift einen dortmunder Bürger zum „vormunder vnd phleger". Urk. v. 1455 b. *Fahne*, UB. I Nr. 252 S. 307.

145) Urk. v. 13 Juli 1458 b. *Fahne*, UB. II Nr. 541 S. 277—79.

146) Es war dies bereits 1457 geschehen und Hans hiebei durch seinen Vater Cracht Steck vertreten gewesen. *Fahne*, UB. I Nr. 255 S. 308 (R.) Neuerdings wurde dann Hans von Steck selbst durch Kaiser Friedrich am 2 Juli 1463 mit der halben Grafschaft belehnt. *Fahne* a. a. O. Nr. 259 S. 324, 25.

147) Erneuert durch Herzog Johann II. von Cleve am 30 Oct. 1481. *Fahne*, UB. I Nr. 264 S. 335, 36.

148) Erneuert durch EB. Hermann am 10 Nov. 1485 mit einigen Zusätzen. *Fahne*, UB. I Nr. 265 S. 336—38.

1) Ich möchte hierher z. B. die §§. VIII, XII, XXIX, XXXII, XXXVIII, XXXIX zählen.

meinde-Verfassungs- und Bürgerrechte lediglich die Richterkür (§. I), die Münzprägung (§. XIV), die Geldwechselgerechtigkeit (§. XV), die Befreiungen der Bürger von Heerfahrten, Achtsprüchen, Zweikampf-Provocationen, Zöllen und Grundabgaben, von Truppen-Einlegungen und vom Freidinge (§§. XXIV—XXVIII, XXX), sowie das Raths-Verfahren bei auswärtiger Gefangenhaltung eines Bürgers (§. XXXVII); aus dem Criminalrechte bei gänzlichem Schweigen über die schwersten Verbrechen blos die Delicte der Wundung und Wortschmähung (§§. VIII — XI, XXXV), des Diebstahls und Raubes (§§. XII, XIII), der gefährlichen Drohung (§. XVI), der Vergewaltigung (§. XXXII), der Wegsperre (§. XL) und der betrüglichen Steuerverweigerung (§. XXXVI); aus dem am weitläufigsten in Betracht genommenen Processe, abgesehen von der denkwürdigen Stelle über den Oberhof (§. XXIII), nur die Urthels-Erholung von den Bürgern (§. II), die Bussen ungehorsamen Ausbleibens auf ergangene Ladung (§. III), die Gerichtsstätte (§. IV), die Bagatell-Jurisdiction des Frohns (§. VI) und die von ihm vollziehbare Pfändung bei geständigen aber zahlsäumigen Schuldnern (§. V), den Beweis in Ehesachen (§. XIX) und die Wette der Beweisfälligkeit (§. VII), das Duellordal (§. XXIX) und die s. g. Dwernachtsfrist (§§. XXXVIII, XXXIX); aus dem Privatrechte blos die Vergabungen von Todeswegen (§. XVII), die Erbfolge der Ehegatten (§. XVIII), und die Beschränkung der Vermächtnisse an Kirchen und Klöster (§. XXXI); endlich aus dem Polizeigebiete die Rathsaufsicht über Maas und Gewicht (§. XX), das Verhalten bei Marktkäufen (§§. XXXIII, XXXIV) und einige das Bäcker- und Braugewerbe (§§. XXI, XXII) betreffende Punkte durch meistens kurze Normen bedacht. Es unterliegt darum keinem Zweifel, dass daneben schon damals noch ein reicher Vorrath örtlicher Rechtsgebräuche unaufgeschrieben in Geltung bestanden haben müsse.

Wir besitzen nun die statuta antiqua in zwei Ausfertigungen des XIII. Jhdts., nämlich

a) für die Stadt Höxter, mit der Zuschrift: „dominis consulibus nec non et universis burgensibus in Huxaria . . . quod vos juribus nostris a majestate sacri imperii Romani et a diversis imperatoribus et regibus a tempore Karoli nobis gradatim indultis gaudere ob reverentiam et majestatem ejusdem imperii decrevistis." Sie findet sich nach dem im städtischen Archive vorgefundenen MS. mit Eintheilung in 37 §§. abgedruckt b. *Wigand*, Gesch. von Corvey Bd. I Abthl. 2 Urk. Nr. II S. 209—21. Vgl. dazu *dessen* Vorerinnerung S. 205 flg. und ausführliche Erläuterung (mit theilweiser Uebersetzung verbunden) Abthl. I S. 265—305.

b) für die Stadt Memel[2]), mit der Zuschrift: „advocato, schultheto ceteris burgensibus de nova Tremonia super Mymilam. . . venerabilibus in christo viris dominis, fratri Henrico ordinis fratrum minorum, curonensi[3]) episcopo, fratri Annoni magistro universisque confratribus domus sancte marie teutonice in Lyvonia . . . quod opidum vestrum, quod nunc de novo apud Mimelborch per vos erigitur, juribus nostris, a majestate sacri imperii Romani et a divis imperatoribus ex antiquis temporibus nobis indultis, gaudere ob reverentiam ejusdem imperii decrevistis, et cum precipue novelle plantacioni vestre nomen nostre civitatis imposueritis et novam Tremoniam nominari feceritis." Diese Ausfertigung liegt uns aber wieder in zwei auf verschiedenen Grundlagen beruhenden Editionen vor, und zwar

α. nach einem im dortmunder Archive befindlichen „grossen fliegenden Pergamentblatte, welches einstmals öffentlich ausgehangen zu haben scheint", bei *Fahne*, Statutarrecht Nr. 1 S. 17—25; sowie

β. nach einer jüngeren, durch Einschiebung von vier Sätzen aus dem priv. Ludovici v. 1332 [nr. 56 litt. v, o, t, x] und einer kurzen deutschen Rechtsstelle erweiterten Copie, welche Bestandtheil eines jetzt verlornen Rathhaus-Codex gewesen, bei *Dreyer*, Nebenstunden Nr. V „Jura Tremoniensia vetusta prodeunt nunc primum e codice chartaceo saeculi XIV." S. 411—25.

Dem nachstehenden Abdrucke liegt der Text *a* [bezeichnet: *W*] zu Grunde; die Abweichungen, welche gegenüber jenem die beiden Texte *b* [bezeichnet: *F*, *D*.] enthalten, sollen in den Noten hinter den einzelnen §§. angemerkt werden.

Jura Tremoniensis civitatis.

„De judiciis[a]). §. I. Judicem nostrum eligimus[b]) in hunc modum. non debet esse de familia majoris judicis[c]) nostri, qui judicium tenet in feudo a majestate sacri imperii, nec officialis alicujus domini, nec persona suspecta. concivis propterea[d]) debet esse habens hereditatem[e]). ipse presidebit judicio per unum annum, quo elapso, si bene se habuit, comparebit coram consilio cum eodem majore judice, qui petet[f]) pro eo,

2) S. Einleit. S. 841.

3) *Wigand* a. a. O. 2, 206: Turonensi Episcopo.

ut secundo anno ei liceat presidere, quod de gratia ei conceditur non [g]) de jure. et illo tempore *transacto* [h]), tertio anno nequaquam permittitur [i]) judicare.

a) *D.* judicibus. — b) *W.* elegimus. Vgl. Reg. nr. 11, 15. — c) Aus dem v. Lindenhorst'schen Grafenhause. — d) *FD.* noster statt propterea. — e) Vgl. Reg. nr. 49. — f) *D.* petat. Originäre LA. nach *F.*: comparebit coram consilio cum amicis suis, qui petent pro eo etc. — g) *D.* et non. — h) Fehlt *WF.* — i) *FD.* permittetur.

§. II. Cum aliqua causa coram judicio nostro ventilatur, et ad sententiam hinc inde pervenitur definitivam [a]), hec requirenda est a burgensibus, et illam ferent statim, si possunt aut volunt. quod si non, deliberare possunt ad xiiii dies et dare sententiam. si non tunc, iterum deliberant ad totidem dies et ferre possunt. si nec [b]) tunc, tertia vice deliberare possunt ad tot dies [c]). et si inter burgenses movetur questio, quarta eis cedit deliberatio, hoc est xiiii dies [d]). et tunc tenentur diffinitam [e]) sententiam promulgare. *sententiam super dampnatum requirit judex a quocunque vult* [f]).

a) *F.* diffinitivam. — b) *W.* non. — c) In *D.* ist die Stelle: quod si non . . . ad tot dies corrumpirt. — d) dies fehlt *F.*; in *D.* delib. ad xiii dies. — e) *F.* diffinitivam. — f) Die Stelle fehlt *W.*

§. III. Cum aliquis burgensis per preconem vocatur ad judicium, si non comparet, vadiabit judici duos solidos. et si vocatus [a]) altera vice *non* [b]) venire presumpserit, et tunc vadiabit judici duos solidos. tertia vice vocabitur adhibitis testibus, et si tunc venire noluerit, compellitur per ablata sibi pignora comparere.

a) Fehlt *D.* — b) Das richtige „non" [s. *Stat. rec. B.* §. 4 S. 332] fehlt *WF.*, welche lesen: altera venire vice pres.

§. IV. [*De judicis loco.*] [a]). Judex noster in nullo loco judicio poterit presidere nisi tantum pro tribunali, nisi per sententiam sit precautum [b]).

a) So *D.* — b) *Stat. rec. A.* S. 329: „verwayrt myt enem voer oyrdell." (*D.* hoc sit pretactum; *Stat. rec. B.* §. 5: peccatum.)

§. V. Si aliquis civis movet alteri questionem super debitis, confessus solvit [a]) debitum ad xiiii dies. si non, vadiabit judici duos solidos, et sic fiet ei [b]) duabus vicibus infra iiii ebdomadas [c]); post hec vadiabit actori duos solidos. et tunc actor assumpto precone tollet pignus illius et reservabit illud per sex ebdomadas et per tres dies, qui dry dwernaht [d]) teutonice nuncupantur [e]), quibus elapsis presentabit pignus memoratum coram judicio. et tunc de licentia judicis vendendi illud habet liberam potestatem. si aliquid superecrescit [f]), restituat reo; si aliquid deest, petat plus pignoris. si vero reus dicit, quod actori nihil teneatur, dextera [g]) manu sua juramenti sacramento in momento se poterit expurgare, nisi actor per justitiam possit debitum approbare.

a) *FD.* solvet. — b) Fehlt *D.* — c) *D.* infra xiiii [sc. dies] et ebdomadas duas. — d) Dweernacht „drückt bald 24 stunden, bald drei tage, bald 14 tage aus." *Grimm*, RAlterth. S. 224 Note *. Vgl. unten §. XXXIX. — e) *D.* qui tres dies drey Dwernacht appellantur sive nuncupantur. — f) *FD.* super excrescit. Es ist wohl: supercrescit zu lesen. — g) *FD.* dextra.

§. VI. [*De judicio preconis.*] [a]). Preco tantum de sexto dimidio denario [b]) potest judicare.

a) So *D.* — b) *D.* denarii („Zwölftheil eines Denars").

§. VII. [*De questione coram judicio.*] [a]) Si aliquis ponit questionem coram judicio contra alium de bonis mobilibus vel immobilibus, et offert probationem nec probare potest [b]), vadiabit unam marcam majori judici pro defectu.

a) So *D.* — b) *FD.* poterit.

De sanguinis effusione et manuum injectione. §. VIII. Si aliquis invadit alium violenta manu ledens [a]) eum [b]) gladio vel alio instrumento, quod vulgariter ecegthe wapen [c]) dicitur, si deprehenditur in recenti facto habens instrumentum in manu, pari talione punitur [d]), hoc est collum pro collo manum pro manu. si abierit nec deprehensus [e]) fuerit, duodecima manu se poterit expurgare [f]).

a) *D.* cedens. — b) *FD.* cum. — c) *F.* icegthe Wapen; *D.* quod. vulg. dic. Egede Wapen [d. h. „scharfe, schneidende Waffen"]. — d) *FD.* punietur. — e) *D.* apprehensus. — f) Vgl. *Susat. just.* 19.

§. IX. Si aliquis violenter alium infra muros nostros in via aut in taberna invaserit et ad sanguinis effusionem eum percusserit vel vulnus intercutaneum [a]), quod teutonice blawonde [b]) dicitur, eidem [c]) inflixerit, poterit eum [d]) ad arma proclamare, et super eo reus satisfaciet consulibus judici et leso. si [e]) convinci potest cum duobus, tali pena pecuniaria punietur: dabit in murum [f]) opidi nostri dimidiam marcam, de qua nequaquam eidem aliquid relaxatur, nec etiam pro ea ulla petitio porrigetur [g]). deinde dabit consulibus duos solidos, judici duos solidos [h]), et illi tres quem percussit. si vero

percussor est confrater majoris gylde nostre[i]), amam vini[k]) superaddet burgensibus pro emenda.

a) *W.* incutaneum. — b) *FD.* Blawunde. [Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 170.] — c) *D.* ei. — d) eum fehlt *D.* — e) *D.* et si. — f) *D.* muros. — g) *D.* porrigitur. — h) sol. fehlt *D.* — i) nostre fehlt *D.* Unter „gylda major" mögen die „erfsaten" zu verstehen sein. Vgl. *Wigand* a. a. O. 1, 267. S. auch *Fortuyn*, De gildarum hist. p. 116, 139, 150 not. 3. — k) *D.* unam am. vin. [Die Ahm oder Ohm enthielt 6 Eimer.]

§. X. Si aliquis burgensis noster aliquem concivem nostrum extra opidum nostrum in aliis terminis vicinis aut etiam longe remotis eodem modo invaserit et hoc per duos probari[a]) poterit, pene memorate subjacebit.

a) *W.* probare.

§. XI. De verborum improperiis[a]) et insultibus ex vehementia[b]) factis. Si aliquis burgensis noster alteri improperat[c]) vel obloquitur verbis turpibus et inhonestis, vocans eum canem aut assimilans eum[d]) caude aut alteri membro canis vel hurrensuone[e]) vel dytherensune[f]) vel furem vel predonem vel latronem[g]) aut etiam traditorem, nisi[h]) debito modo possit eum convincere[i]), etiam prefata pena punietur sicut pro sanguinis effusione.

a) *FD.* vituperiis. — b) *FD.* ex veh. animi. — c) *FD.* vituperat. — d) *W.* eum cum. — e) *F.* Hvrrenzvne; *D.* Horenzone. — f) *F.* Dytherenzvne; *D.* Dytherenzone [nicht mit *Wigand* a. a. O. 1, 291 „Zwitter-", sondern wohl Dirnen-Sohn]. — g) *F.* vel furem, predonem vel latr.; *D.* fehlen die Worte vel fur. vel pred. — h) *D.* si. — i) *W.* vincere. Ueber die hier für statthaft erklärte exceptio veritatis nach altdtsch. Rechte s. *Köstlin* in der Ztschr. f. dtsch. Recht XV, 228—36.

*) *D.* rückt hier aus dem priv. 1332 [nr. 56] die Stelle lit. v [S. 852] ein.

De furtis et rapinis. §. XII. Si aliquis deprehenditur infra muros nostros cum furto, quod valet dimidium fertonem, suspenditur.[a]) si minoris valoris est, scopis punitur, ad buccas uritur et crines sui per medium caput suum forpice[b]) tonduntur.[c]) si furtum est alicujus burgensis nostri, tunc judex in eo nullam penitus[d]) habet portionem; si ad extraneum pertinet et si fur ad mortem damnatur[e]), actor duas partes de furtivis recipit et judex de tertia parte ratione[f]) sui officii se intromittit.

a) Vgl. *Cropp* in den Criminalist. Beyträgen von Hudtwalcker u. Trummer II, 327, 28. — b) forp. fehlt *D.* — c) *Cropp* a. a. O. S. 335. — d) *D.* penitus nullam. — e) *FD.* dampnatur. — f) ratione fehlt *D.*

*) Hier hat *D.* das Sätzchen eingeschoben: „Item, ander Guet dat dey Deyf by sick heft, sall men den Erven geven wedder."

§. XIII. De rapinis nihil dinoscitur[a]) ad judicem pertinere.

a) *D.* De raptivis nichil dignoscitur.

De monetis. §. XIV. Quicunque tenet monetam nostram a sacro imperio, non potest eam variare aut permutare[a]), nisi mutata persona per mortem, que gubernabat[b]) imperium, aut ille, qui tenet monetam, eidem imperio cum armis deserviat trans alpes.

a) *D.* mutare. — b) *FD.* gubernat.

§. XV. Burgensis noster potest cambire sine statera et pondere, stans et non sedens, a moneta ad novem pedes. potest etiam cambire argentum, quantumcunque[a]) necesse habet ad mercandisas suas vel ad peregrinationes.[b]) sed si illud quocunque casu[c]) vendere voluerit infra opidum nostrum, monetario nostro ad emendum exhibebit[d]), et illud tantum, quod infra opidum nostrum cambivit.

a) *D.* quantumque. — b) *D.* wiederholt „suas." — c) *D.* quotcunque. — d) *D.* se ad em. exhib.

§. XVI. De minori[a]) jure nostro et pena illius. Si aliquis burgensis noster stans vel sedens in aliquo loco minatur[b]) pomposis verbis alteri burgensi nostro, audientibus duobus[c]) viris idoneis[d]) concivibus nostris, et minis previis[e]) malum ei[f]) intulerit, et mine, quas prius fecerat, que vulgo vorsathe[g]) dicuntur, per testes qui audierant probari poterant, reus solvet decem marcas nostre monete et sex amas vini, quod teutonice ein vuoder wines nuncupatur.[h]) eadem[i]) pena punitur, qui alium baculare presumit.

a) *FD.* majori. Für „minori jure" liesse sich etwa auf die Rechtsartikel von *Wetter* v. 1239 [*Grimm*, Weisth. III, 344 Z. 12] verweisen, wo von einer „culpa minor, que voirsatze dicitur" die Rede ist. Allein es könnte wohl auch: De minatore jure nostro etc. zu lesen sein, da der §. von dem in der s. g. „vördrowe" [s. *Trummer*, Vorträge über Hamburg. RGesch. I, 397 flg.], d. i. vorgängigen Bedrohung mit einer Misshandlung, gelegenen Indicium der Absichtlichkeit („vorsate") letzterer spricht. — b) *D.* minitabundis et pomposis [ohne Zeitwort]. — c) duobus fehlt *D.* — d) *FD.* ydoneis. — e) So *D.* Dagegen *W.* prestitis; *F.* preteritis. — f) ei fehlt *D.* — g) *D.* Voirsate; *F.* Vuorsache. — h) *D.* que Teut. eyn Voder Wyns nuncupantur; *F.* eyn Woder Wynes. Vgl. *Lüb.* Recht Cod. I, 91; II, 87, 88. (*Hach* S. 213, 286 flg.) — i) *D.* et eadem.

De donationibus et legationibus. §. XVII. Si aliquis egrotat ad mortem, quod teutonice in sinre virsogt[a]) dicitur, nihil potest dare vel alicui assignare sive in mobilibus sive in immobilibus[b]) sive in sese moventibus, nisi de consensu heredum. si etiam unus[c]) sanus est corpore[d]), non potest vendere vel alienare hereditatem suam sine consensu heredum, nec dare paratos denarios aut promittere, nisi illos in momento det de manu sua et se ab illis amplius excludat.

a) *F.* yn syner Vyrsogt; *D.* yn syner Vorsoght. — b) *D.* vel immob. — c) *FD.* bene. — d) *D.* Torpe.

§. XVIII. [a]) Item ubi duo conjuges sunt et alter eorum viam universe carnis ingreditur, superstes, si habent[b]) pueros, relinquet illis medietatem omnium bonorum suorum. reliquam partem[c]) potest dare, si matrimonium contraxerit, secum legitime contrahenti.

a) Zu diesem §. vgl. *Seibertz*, Landes- und RGesch. von Westfalen III, 609 und bes. P. *Roth* im Jahrbuche des gem. dtsch. Rechts III, 344. — b) *D.* habet. — c) *D.* part. vero. —

§. XIX. [*De brutmannis.*][a]) Ubicunque contractus legitimus fit[b]) coram viris[c]), qui brutmanne[d]) dicuntur, si postea de matrimonio illo aliqua fit[e]) dissensio, illa reformari debet per duos tantum de viris predictis, qui prestito juramento veritatem enarrabunt.

a) So *D.* Zur Erläuterung des §. dient die Urk. a. d. XIV. Jhdt. b. *Fahne*, Hövel II Nr. 28 S. 30, 31. Hier bekunden acht „gekorene brutlude vnd in Brutmanns stand as to dorpmunde recht is" die Ehepacten zwischen Tydeman von Hövel und Ilse von Warendorf, wie sie „des irsten Morgens, do dey vorgt. Tydeman van Ilsen syner eliken husvrowen vorgt. eirst op stont, vor dem brutbedde vnd to rechter tyt, alse to Dorpmunde recht is", vereinbart worden sind. — b) *F.* sit; *D.* fit. contr. legit. — c) *D.* hys. — d) *D.* Bruetmanne. — e) *F.* sit.

De mensuris et libris. §. XX. Omnes mensure in funiculis pannorum tam laneorum quam lineorum, mensure[a]) frumenti in cyphis, in crateris[b]) sunt in potestate consilii.

a) *WF.* in mensuris. — b) „cyphus" (Tasse) und „crathera" (Becher) waren kleinere Fruchtmaasse.

§. XXI. Pistores cum[a]) excedunt in pane suo, emendent consilio et non[b]) judici.

a) *W.* dum. — b) non fehlt *D.* Vgl. aber *Stat. rec. B.* §. 7 S. 332.

§. XXII. Si judex aliquam mulierem, que braxat cerevisiam, incusare voluerit, non potest facere sine consulibus. et si mulier illa voluerit se expurgare, potest facere[a]). si non, vadiabit quatuor solidos, duos consulibus et duos judici, tremoniensis monete.

a) *D.* fügt bei: sine consulibus.

§. XXIII. [*De sententiis.*][a]). Omnes sententie, de quibus dubitatur, requirende sunt apud nos *intra renum et wiseram*[b]) de omnibus civitatibus teutonicis[c]), que sunt in romano imperio ex ista parte alpium[d]), in hunc modum. civitas illa, ubi talis sententia dubitativa vertitur et super illa ad nos tremoniam appellatur, in scripto debet ad nos transmittere sententiam illam[e]), ut ipsam diffinitivam feramus. super qua[f]), si volumus, deliberare possumus ad xiiii dies. et si non invenerimus, iterum deliberamus[g]) ad xiiii dies. quod si illam plene non decrevimus[h]), tertia vice deliberamus[i]) ad xiiii dies, et illam tunc diffinitive[k]) ita feremus, prout coram imperio[l]) profiteri merito debeamus.

a) So *D.* — b) *F.* wisellam. Die [*W.* fehlenden] Worte „intra ren. et wis." scheinen mir auf einer Interpolation aus den unten (sub lit. B) zu schildernden stat. media lat. *a* zu beruhen. Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 52. — c) *FD.* Teutonie. — d) Die Worte „ex ista parte Alp." stehen in der von *F.* benützten Hdschr. über der Zeile. — e) *D.* illam. sent. — f) *FD.* quam. — g) *D.* deliberabimus. — h) *FD.* discernimus. — i) *D.* deliberabimus. — k) *D.* diffinitivam. — l) *F.* duce, welches Wort jedoch in seiner Hdschr. durchgestrichen und durch das darübergeschriebene „imperio" ersetzt erscheint.

[*De mandatis.*][a]) §. XXIV. Ad mandatum domini nostri nec alicujus principis milites ad bellandum in opidum nostrum[b]) recipimus, nec recipere debemus nec cogi possumus[c]).

a) So *D.* — b) *D.* in opido nostro. — c) Die Worte „nec cogi poss." stehen in der Hdschr., die *F.* wiedergibt, über der Zeile.

§. XXV. Item ad mandatum domini nostri nec alicujus domini terre[a]) ire debemus[b]) in aliquam expeditionem; sed tantum ad tuendum nos possumus, si volumus[c]), ascendere muros nostros et propugnacula nostra.

a) *D.* terre nostri. — b) *D.* non indebemus ire. — c) *D.* voluimus.

De clamore[a]) ad arma, de duellis et de judicio liberorum. §. XXVI. Nullus poterit nos evocare ab opido nostro per proclamationem ad arma factam, nec

proscribere, nec impetere per duellum infra terminos sacri imperii[b]).

a) *FD.* proclamatione. — b) Vgl. Priv. v. 1220 (nr. 1).

§. XXVII. Item nullus debet a nobis requirere aliqua telonia[a]) sive in terra sive in aquis infra terminos sacri imperii[b]).

a) *FD.* thelonea. — b) Vgl. Priv. v. 1220 (nr. 1).

§. XXVIII. Item illud jus liberorum, quod teutonice vryedyng[a]) dicitur, non intrat muros nostros super cives nostros de jure et *super*[b]) eorum nuntios et familiam de gratia[c]).

a) *D.* Teutunice eyn Vry Dynck. — b) Fehlt *WF.* — c) *W.* degram [ob corrumpirt aus degeneram od. de gratia?].

§. XXIX. Cum[a]) aliquis debet pugnare duellum apud nos jure nostro westvaliensi[b]), talis debet esse apparatus suus, cum aggreditur pugnam: unicolorem habebit tunicam, pertonsos[c]) crines in modum clerici, precisas caligas sunder voer vote[d]), cirotecas cervinas in manibus, gladium unum in manu et alium cinctum[e]) ad latus, scutum rotundum, cingulum et bracale[f]) sine ferreis buculis[g]); et absque camisia[h]) pugnabit.

a) *D.* Quum. — b) *FD.* Westphaliensi. — c) *FD.* pretonsos. — d) *D.* dictas sunder vor voete; *F.* wor wothe; *W.* vuor juorte [Vorgurt]. — e) *W.* cingtum. — f) *F.* brakale; *D.* bratale. — g) *D.* baculis, unter Zusammenziehung der Worte: „sine ferreis .... pugnabit" in einen Satz. — h) *F.* canusia.

§. XXX. De libertate opidi nostri[a]). Civitas nostra integraliter sita est in fundo sacri[b]) imperii, unde unusquisque possidet fundum et aream suam libere absque omni pensione et tributo.

a) *D.* opidi Tremoniensis. — b) *D.* sacro.

§. XXXI. Nemo[a]) potest legare vel etiam dare[b]) ecclesiis vel[c]) claustris aliquam hereditatem vel aliqua bona immobilia infra[d]) muros nostros jacentia, vel in campo nostro, in agris pratis molendinis pascuis vel piscariis[e]) existentia. denarios potest dare, si vult et quot[f]) vult.

a) *D.* Item nemo. Dass übrigens Cleriker von dem Verbote des §. 31 nicht berührt wurden, beweist die Urk. von 1309 b. *Krömecke*, Dominicanerkloster Nr. II S. 84 flg. — b) *D.* dare vel eciam legare. — c) *D.* et. — d) *D.* intra. — e) *D.* et pisc.; *W.* vel. piscuis vel piscariis. — f) *F.* quanto.

*) *D.* fügt hier aus dem priv. 1332 [nr. 56] die Stellen litt. o und t (S. 851, 52) ein.

§. XXXII. Si tetigerit[a]) aliquis alium ex impetu animi sui vel tenuerit vel rapuerit eum per vestem suam[b]), quod teutonice mit hesten muode[c]) dicitur[d]), punietur[e]) tanquam pro sanguinis effusione.

a) *WF.* tegerit. — b) Vgl. *Köstlin* in der Ztschr. f. dtsch. Recht XV, 201, 203. — c) *F.* myt hesten mude; *D.* myt haesten mode. Ueber „hastmut" s. *John*, Strafrecht in Norddeutschland I, 75 flg. — d) *D.* quod teut. dicitur myt h. m. — e) *F.* punitur; *D.* puniatur.

§. XXXIII. [*De emptione.*][a]) Si aliquis burgensis *noster*[b]) stans in foro nostro vult emere aut recentes carnes aut recentes[c]) pisces, debet dicere vendenti: verte mihi piscem illum[d]) vel verte mihi carnes illas. nequaquam[e]) debet tangere propria manu sua. si tetigerit et cum duobus qui viderunt[f]) convictus fuerit, absque omni contradictione solvet quatuor solidos.

a) So *D.* — b) Fehlt *W.* — c) Fehlt *D.* — d) *D.* illum piscem. — e) *D.* sed neq. — f) *D.* viderint.

§. XXXIV. [*De emptione.*][a]) Si unus burgensis noster stans vult emere aliquam rem[b]), alter[c]) non debet eum impedire vel supplantare exhibendo venditori plus quam ille[d]) exhibuit. sed cum primus emit rem illam venalem in eodem loco, alter potest ei dicere[e]): volo habere medietatem istius rei empte, et emptor debet hoc permittere. si alio modo impedit eum, solvet quatuor solidos.

a) So *D.* — b) *D.* rem aliquam. — c) *D.* alius. — d) *FD.* primus. — e) Die ganze Stelle b. *D.* corrumpirt: sed tunc primus rem ill ven. in eod. loco aliter potest etc.

*) Hier findet sich mit der Ueberschrift „De testimonio" bei *D.* die Stelle x aus dem priv. 1332 [nr. 56 S. 853] eingeschoben.

§. XXXV. [*De lapidibus portandis.*][a]) Si due mulieres rixantur ad invicem percutiendo se vel[b]) verbis contumeliosis, que[c]) verkorene wort teutonice dicuntur, portabunt duos lapides per cathenam[d]) coherentes, qui ambo ponderabunt unum centenarium, quod teutonice dicitur eynen cyntenere[e]), per longitudinem civitatis in communi via. una primo[f]) portabit eos de orientali porta civitatis ad occidentalem portam, et alia stimulabit eam stimulo ferreo fixo in baculo, et ambe ibunt in camisiis suis. alia tunc assumet eos in humeros suos et reportabit eos ad orientalem portam, et prima e converso stimulabit eam.

a) So *D.* Zu diesem §. vgl. *Köstlin* a. a. O. S. 429, 431 flg. mit *Zöpfl*, Alterth. I, 58 flg. — b) *D.* cum. — c) *WF.* quod. — d) *D.* cathenas. — e) *F.* enen Cynteener; *D.* enen Centener. — f) *D.* Prima port. (mit Hinweglassung von una).

§. XXXVI. *De collecta.* Quicunque[a]) perjurus reperitur et collectam suam subtraxerit, consules de omnibus bonis suis[b]) se intromittunt[c]). nec ammodo[d]) ydoneo viro[e]) se poterit comparare nec ad consulatum vel ad aliam dignitatem amplius admittitur vel ad juramentum.

a) „De collecta" fügt hier *D.* ein. — b) suis fehlt *D.* — c) *D.* intromittent. — d) *D.* a modo. — e) *D.* cum yd. viro.

§. XXXVII. [*De captivitate civium.*][a]) Cum[b]) aliquis burgensis noster captivatur, statim, cum consules intelligunt, eum esse captum[c]), vadunt ad domum suam et accipiunt claves suas, et prescriptis[d]) omnibus suis claudunt omnia et deferunt secum claves. et habent illas sub se, quam diu volunt, et restituunt illas, quando[e]) volunt, quia nemini burgensi licet se redimere. si se redimit, omnia bona sua sunt in potestate burgensium.

a) So *D.* Zur Erklärung des §. dienen das alt-*lübische* Recht [Cod. II Art. 211 S. 357 *Hach*] und das *soester* Recht, Just. a. 1120 §. 51 u. aude Schrae v. 1350 §. 127 [*Seibertz*, UB. I, 55; II, 399, 400]. Vgl. *Emminghaus*, Comment. in jus Susat. p. 169 sq. — b) *D.* quum. — c) *D.* captivatum. — d) *FD.* perspectis. — e) *D.* quum. —

§. XXXVIII. Si aliquis hospes[a]) convenit aliquem burgensem coram judicio pro aliquibus bonis, si fatetur reus[b]), debitum solvet illud[c]) ante occasum solis vel altera die, quod dicitur over dwernaht.[d]) et[e]) ambo dabunt fidejussores.

a) *FD.* fügen noch „extraneus" hinzu. — b) *D.* et reus deb. solv. — c) Fehlt *D.* — d) Vgl. oben §. V. Note d. — e) Fehlt *D.*

§. XXXIX. [*De judicio dicto Dwernacht.*][a]) Item habemus quoddam jus, quod dicitur dwernaht, quod incipit currere in crastino purificationis beate virginis[b]), et in crastino beati Swiberti exspirat. et est tale jus, quod quicunque burgensis convenit alium coram judicio pro aliquibus debitis, si fatetur debitum, debet illud immediate[c]) solvere proxima die ante occasum solis. et si non solverit, vadiabit judici[d]) duabus vicibus et tertia vice actori, et debet accipi[e]) pignus suum. Item idem jus incipit currere in crastino annuntiationis beate virginis[f]) et durat ad quatuordecim dies[g]) et tunc exspirat.

a) So *D.* Zu diesem §. und zugleich dem §. V vgl. F. J. *Bodmann* „von der Dwernacht, einer Executiv-Process-Art der Teutschen in den mittleren Zeiten" im Neuen jurist. Magazin von Siebenkees Bd. I (1784) Nr. XII S. 291 — 307, bes. 298, 99. — b) *D.* Sancte Marie virg. — c) *F.* in mediate; *D.* in medietate. — d) *D.* jure. — e) *D.* accipere. — f) *D.* Sancte Marie virg. — g) *FD.* ad xxiiii dies.

§. XL. [*De palis.*][a]) Item si quis percutit palum absque licentia in stratam regiam[b]), vadiabit superiori judici sexaginta solidos. et qui percutit palum in viam, que[c]) vulgo dicitur jucweg[d]), vadiabit quatuor solidos, judici duos et civitati duos.

a) So *D.* — b) *D.* in strata regia. — c) *D.* qui. — d) „Jochweg . . . gemeiner Feldweg." *Wigand* a. a. O. 1, 305.

B. **Statuta recentiora.** Dass sich vom letzten Drittel des XIIIten bis zur Mitte des XIV. Jhdts. der locale Rechtsstoff in Dortmund über den engen durch die stat. antiq. repräsentirten Normenkreis hinaus beträchtlich erweitern musste, versteht sich von selbst. Dieser Zuwachs an neuen Rechtsbestimmungen erheischte nun ebenfalls eine schriftliche Fixirung, und es mag auch zu einer solchen alsbald gekommen sein. Aber man konnte sich jetzt unmöglich mehr auf das specifisch-örtliche Rechtsmaterial allein beschränken. Nothwendig musste jenem ungeschriebenen jus terrae commune, welches die natürliche Ergänzungsquelle der westfälischen und niedersächsischen Stadtrechte bildete und namentlich in der Fassung, welche ihm der Sachsenspiegel gegeben[4]), allenthalben Aufnahme gefunden, daher gewiss auch längst bei dem dortmunder Schöffenstuhle, einem der Centralpunkte der einheimischen Rechtsentwicklung[5]), in Anwendung gestanden hatte, bei diesen Aufzeichnungen volle Rechnung getragen werden. So traten denn, theils wohl auf Veranstaltung des Raths theils als Früchte des Privatfleisses, verschiedene Rechtssammlungen von grösserer Ausdehnung zu Dortmund ins Leben, von welchen jedoch die beiden vermuthlich frühesten und bedeutendsten, worin alle folgenden gleichsam wurzeln, uns nicht mehr zugänglich, wenigstens zur Zeit nicht aufzufinden sind. Ich meine damit α) die in Bücher und Artikel abgetheilten Statuta latina, auf welche sich D. Mülher und Beurhaus berufen und von denen ein Pergament-MS. noch im Beginne dieses Jhdts. auf dem städtischen Rathhause vorhanden gewesen sein soll[6]). Nach den Ueberresten, die sich

4) Vgl. *Seibertz*, Landes- u. RGesch. von Westfalen III, 332.

5) „Civitas Tremonia, ad quam conprovinciales in casibus juris dubiis concurrere solent." *Theodoricus a Niem* bei *D. Mülher* Cap. xxiv S. 343 Z. 22, 23.

6) Vgl. *Thiersch*, Gesch. I, 52 m. Note 3. [S. auch *Beurhaus* Entw. S. 34.]

davon, besonders in den jüngeren Collectionen, erkennnn lassen, möchte ich das Werk als eine vermehrte Ueberarbeitung der stat. antiq. charakterisiren. Und β) jenen deutschen Rechtscodex, dessen sich der Rath noch im J. 1718 bei seinen Entscheidungen bedient hatte[7]), und wovon die von J. A. *Hofmann*[8]) erwähnte und benützte Handschrift eine Copie gewesen zu sein scheint. Es dürften diese beiden Werke, welchen man im Verhältnisse zu den vorausgegangenen und späteren gleichartigen Arbeiten etwa den Namen: statuta media zu geben vermöchte, der Mitte des XIV. Jhdts. angehören.

Was dagegen die uns erhaltenen und bereits veröffentlichten jüngeren Statuten-Sammlungen, welche ich zum Unterschiede von den übrigen: statuta recentiora nennen will, angeht, so müssen sie wohl sämmtlich an den Ausgang des XIVten und in die ersten Decennien des XV. Jhdts. gesetzt werden. Es sind aber in muthmasslich-chronologischer Ordnung folgende:

1) Statuta D., die von J. C. H. *Dreyer* herausgegebene Sammlung, von deren erstem Haupttheile, einem erweiterten Texte der stat. antiq., bereits oben (A, b, β) die Rede gewesen ist. Mit diesem erscheinen nun in Verbindung gebracht:

a. eine Juden-Ordnung [S. 425—27, auch abgedruckt b. *Fahne*, Statutarrecht Nr. 1 a. E. S. 26, 27], bestehend aus einem Judeneids-Formulare[9]), dem dazu gehörigen Rituale und zwei Artikeln über Pfandnahme der Israeliten. Der Eid selbst ist deutsch concipirt [s. *Kayserling* a. a. O. S. 82, 83], alles übrige lateinisch. Das merkwürdige Schwurrituale lautet: „Primo intret judeus synagogam cum judice et actore, et imponat dextram manum totam usque ad membrum brachii in librum Levitici et claudatur liber, et incipiat clericus[10]) prenarrare juramentum judeo, et quotiescunque judeus hesitaverit et illud ei tertio predixerit nec judeus ipsum verbis secutus fuerit, toties ab initio incipietur et toties porriget pignus judici[11]), clerico vero prenarranti juramentum pro labore suo dabit talentum piperis vel pretium equipollens."

b. Ein grösseres Bruchstück einer älteren deutsch abgefassten Rechtscollection in 26 §§., von denen ein Drittel sich auf Familien- und Erbrecht bezieht. Das Ganze ist „Van des Stadesrecht to Dorpmunde" überschrieben. [S. 427—29.] Einen kleinen Anhang dazu bilden vier am Schlusse der ganzen Sammlung (S. 440, 41] beigefügte, wohl aus gleicher Quelle geschöpfte kurze deutsche Rechtssätze über Nachbarbauten, Rentenkaufbriefe, Geschlechtsbeistandschaft und Eheverträge „vpp ene wederkar".

c. Der mainzer Landfrieden Kaiser Friedrich's II. v. 1235 zuerst in der deutschen Bearbeitung [s. S. 429, 30] und dann nach Zwischeneinschiebung von lit. d. im lateinischen Urtexte [S. 433—40][12]). Endlich

d. ein Zolltarif („de theoloniis") für die Stadt Dortmund aus den J. 1340—1350 [S. 430—32, auch b. *Fahne*, UB. I Nr. 123 S. 152—54] nebst einem „de tempore pertransitus" überschriebenen Zusatze [S. 432, 33]; beide Stücke sind lateinisch.

2) Statuta B., eine nach einer Copie des Stadtschreibers und Chronisten Detmar Mülher (16 pagg. 4°., befindlich in einem Papier-MS. des XVII. Jhdts.) von Bhd. *Thiersch* zuerst in der Ztschr. f. vaterländ. Gesch. u. Alterthumskunde Bd. III (Münster 1840. 8°.) Nr. VIII lit. B S. 331—47, und dann in seiner Gesch. von Dortmund Thl. I S. 153—65 edirte Willküren Sammlung in 118 Artikeln. Den Inhalt dieser von wenig geschickter Hand ziemlich roh und flüchtig zusammengewürfelten Compilation bilden

a. fünfzehn §§. der stat. antiq., mit unbedeutenden Abänderungen und Zusätzen in nachstehender Ordnung aufgenommen: XXX (Art. 2), XXXI (31), III (4), IV (5), XII (6), XXI (7, 84), XXVII (9), XVII (10, 11), XVIII (12), XX (13, 14), XXXIX (15), XVI (83), XXIV (85), XXVIII (86), XXXVIII (87).

b. Fünf weitere lateinisch-verfasste Satzungen: über die „dispositio de restitutione quae wiederkahr dicitur" (1), die Dwernächte" (16), die Abtheilung zwischen einem überlebenden Gatten und den Kindern (17), das Pfandleihen der Juden (88, wie in stat. D, a) und den Austritt aus dem „conventus beginarum" (91). Beachtenswerth ist nur Art. 17: „Item nullus pater viduus vel

7) Vgl. *Fahne*, Statutarrecht S. 33 Note *).

8) Hdb. des teutschen Eherechts (1789) §. 261 S. 603.

9) Ueberschrift: „Juramentum Judeorum a divis imperatoribus institutum et ex antiquis temporibus in tota terra Teutonie firmiter observatum." Vgl. J. v. *Gosen*, Das Privatrecht nach dem kl. Kaiserrechte (1866) §. 11 S. 40.

10) Ich verstehe darunter den Rabbiner der Judengemeinde.

11) Vgl. H. *Siegel*, Die Gefahr vor Gericht (1866) S. 3, 5 und *Stobbe*, Juden S. 265.

12) Vgl. H. *Böhlau*, Nove constitutt. Dom. Alberti (1858) Einleit. S. I, IV, V, VII.

mater vidua potest arctare pueros suos ad divisionem bonorum faciendam, nisi possit illis talem excessum demonstrare, quod de jure sint ab ipsis separandi.“

c. Eilf Artikel (18—22, 38, 60—63, 90), welche auch in dem Stadtrechts-Fragmente D,b und dem Anhange dazu begegnen; endlich

d. eine Anzahl selbständiger Rechtsbestimmungen und Polizeinormen, theils einem der stat. media entlehnt theils beruhend auf jüngeren Rathsschlüssen, wie dies bei Art. 109 [vom J. 1354] und 118 [vom J. 1379] der Fall ist. Ueberwiegend erscheint übrigens das privatrechtliche Element, und hier wieder am meisten das Güterverhältniss der Ehegatten und die Erbfolge bedacht. In letzterer Beziehung tritt namentlich in den Art. 30, 52—60 eine Reihe von Sätzen hervor, welche unfehlbar einer grösseren in sich abgeschlossenen Erbrechtsregel angehört hatten.

3) **Statuta A.**, die umfassendste Zusammenstellung des gesammten in Dortmund geltend gewesenen Rechts, herausgegeben α) von Bhd. *Thiersch* in der alleg. Ztschr. a. a. O. lit. A S. 292—331, sowie in seiner Gesch. Thl. I S. 124—53; und β) von *Fahne*, Statutarrecht Nr. 15 S. 33—66. Es beruhen diese Abdrücke auf zweien unter sich wenig differirenden Papier-Codd. des XV. Jhdts.; jener von Thiersch zählt 277 Artikel [13]) nebst einem jüngeren Anhange von 14 unnumerirten §§en; der Fahne'sche dagegen begreift blos 271 Artikel [14]). Mit Ausnahme des Art. 42 (über „literae patentes et sigillatae“) sind sie sämmtlich in deutscher Sprache abgefasst. Wiewohl gleich den übrigen Statuten-Compilationen völlig systemlos angelegt, zeichnet sich vor jenen doch die gegenwärtige, abgesehen von ihrer grösseren Reichhaltigkeit, durch eine gewisse Correctheit der Satzungen aus. Was die Grundlagen und Quellen der stat. A betrifft, so lassen sich nur etwa 88 Artikel auch in den stat. D und B nachweisen, wie die nachstehende Vergleichungstabelle zeigt:

A.[15])	D.	B.
2	„	101
3	„	97
4	„	72
6	„	34
7	S. 427 §. 2	„
8	ib. §. 4	„
9	ib. §. 3	„
10	ib. §. 5	60
11	ib. §. 6	61
12	ib. §. 7	62
13	S. 428 §. 8	„
14	(ib. §. 9)	(18)
15	S. 429 §. 22	90
16	ib. §. 23	22
17	ib. §. 24	„
18	ib. §. 25	„
19	ib. §. 26	„
24	S. 428 §. 10	„
25	ib. §. 11	„
26	ib. §. 12	„
27	ib. §. 13	„
28	ib. §. 14	„
29	ib. §. 15	„
30	ib. §. 16	„
31	ib. §. 18	„
32	ib. §. 17	„
33	S. 429 §. 19	„
35	„	(26)
36	„	25
37	„	33
38	„	34
40	„	35
41	„	36
47	„	37
57	„	94
58	„	92
60	„	38
70	„	26
71	„	92
73	„	93
74	„	39
75	„	40
80	„	42
83	„	43
86	„	44
87	„	41
100	„	45
106	„	28
120	„	46
135	„	47
137	„	103
142	„	48
145	„	50
150	„	31

13) Uebrigens fehlt die Artikelzahl 77, indem nach 76 sofort 78 folgt; ferner bilden die Artt. 113 und 114, 187 und 188, 208 und 209 nur je einen Artikel; endlich erscheint die Artikelnummer 228 doppelt vorhanden.

14) Im *Fahne*'schen Abdrucke fehlen die Artt. 210, 237, 264, 265 (b. *Thiersch*); die Artt. 156—58 (*Th.*) sind umgestellt: 156, 158, 157 (*F.* 154—56); der Art. 266 (*F.* 260) wiederholt den Art. 124 (*F.* 121).

15) Nach dem *Thiersch*'schen Abdrucke.

A.	D.	B.
151	S. 429 §. 19	49
161	„	81
171	„	29
174	„	102
178	„	51
182	„	63
185	„	64
192	„	65
195	„	66
196	„	67
198	„	81
199} 200}	„	27
205	„	69
212	„	70
214	„	23
215	„	73
216	„	95
217	„	(96)
220	„	75
225	„	72
230	„	80
240	„	76
249	„	76not.
253	„	77
256	„	{78 {79
267	„	52
268	„	53
269	„	55
272	„	54
273	„	56
275	„	57
276	„	59
277	„	58

Es scheinen übrigens die aus *D* und *B* herübergenommenen Artikel durchgehends einer formellen Revision, einzelne [vgl. z. B. Art. 96 *B* = Art. 217 *A*] zugleich einer materiellen Berichtigung unterlegen zu haben. Was sich nicht auf *D* und *B* zurückführen lässt, mag bis auf wenige Bestimmungen, deren Entstehungsquelle ausdrücklich bemerkt ist, wie bei Artt. 180 und 181 das soester Stadtrecht, aus einheimischen Rathsverordnungen und Schöffenurtheilen gezogen sein. Endlich

4) Statuta W., gedruckt in P. *Wigand's* Archiv f. Gesch. u. Alterthumskunde Westphalen's Bd. IV (1831) Heft 4 Nr. III, 5 S. 422—29. Es sind dies Auszüge aus zwei Rechtsmittheilungen des Raths von Dortmund an die Stadt Wesel, entnommen einer Papierhdschr. v. 1528, in deren Register sie unter der Rubrik: „Ordell van Dortmunde alse van Hoeffde tho Wesell coemen vnde gewiest" (s. S. 404 nr. 31) aufgeführt sind. Von dem einen vermuthlich älteren Weisthume in lateinischer Sprache werden nur fünf Nummern veröffentlicht, von welchen nr. 1 und 3 neue Rechtsfindungen auf Anfragen, nr. 2, 4, 5 aber „diffinitiones" nach dem damals geltend gewesenen geschriebenen und ungeschriebenen dortmunder Stadtrechte sind. Von dem zweiten wahrscheinlich jüngeren Weisthume in deutscher Sprache dagegen bietet uns der Abdruck sechsunddreissig, hauptsächlich Ehe- und Erbrecht betreffende Nummern, von denen nr. 8, 9, 12, 36 lediglich eine Verdeutschung der nr. 2, 3, 4, 1 der lateinischen Rechtsweisung enthalten, während die übrigen mit Ausnahme von nr. 4 — 6, welche eigentlich keine Rechtssätze aussprechen[16]), und von nr. 7, 18, 20, 23, worin die Artt. 41, 122, 6 [u. 38], 106 der stat. *A* wiederkehren, unzweifelhaft aus einer nicht mehr vorhandenen Sammlung von Oberhofs-Entscheidungen geschöpft wurden, und daher eine schätzbare Ergänzung des in den stat. *D.*, *B*, *A* niedergelegten dortmunder Rechtsmaterials gewähren.

Werfen wir zum Schlusse noch einen prüfenden Blick auf das Statutarrecht von Dortmund, wie es sich als einheitliches Ganzes in den bisher betrachteten neueren Aufzeichnungen darstellt: so lassen sich allerdings zahlreiche Eigenthümlichkeiten desselben nicht verkennen, und es möge in dieser Beziehung hier nur an die erbrechtliche Stellung der unehelichen Kinder zur Mutter [*Bel.* 1], die Mündigkeitstermine [*Bel.* 2], die Vormundschaft [*Bel.* 3], insbesondere über Frauen [*Bel.* 4] und Geisteskranke [*Bel.* 5], die Folgen einer Heirath ohne Familienconsens [*Bel.* 6], das Güterverhältniss der Ehegatten [*Bel.* 7] und die Ascendenten-Succession [*Bel.* 8] erinnert werden. Hievon aber sowie von einigen Anklängen des soester Rechts [*Bel.* 9] abgesehen, gibt sich in einer Reihe der wichtigeren Rechtsfragen auf das deutlichste eine gewisse Hinneigung zu den Principien des gemeinen Sachsenrechts kund, wofür namentlich die Bestim-

16) In nr. 4 ist nämlich die Ablehnung eines nachgesuchten responsum aus beigefügtem Grunde, in nr. 5 eine indirecte Mahnung an die Weseler, sich bezüglich der ihnen verliehenen „rechten vnd gnaeden" namentlich Zollfreiheiten, keinerlei Eingriffe („gewalt vnd vnrecht") von Seite ihrer Landesherrschaft gefallen zu lassen, und in nr. 6 eine Aufklärung darüber, dass zu Dortmund der „staedes hoechste koere niet gesaet en sy van macht der gerichte in der stadt", sondern die Bürger „daermede van keiseren vnd koeninghen privilegiert, bevryet vnd berechtet" seien, enthalten.

mungen über Erbguts-Veräusserung [*Bel.* 10] und Vermögensschichtung zwischen Eltern und Kindern [*Bel.* 11] als Beispiele dienen können.

[*Belege.*]

1) „Eyn recht is in vnser stadt,dat kyndt, dat vnecht[17])gebaeren van eyner frouwen, dyt mach niet volgen der moeder thoe dem guede, dat die moeder nae oeren doeden achter leet, dat sy ruerlich off vnruerlich guet[18]); mer dat guet sall vallen aen die neesten van der maechtaell der frouwen, die echt gebaeren synt.“ (*W.* 14 S. 424.)

2) „Eyn knecht, de mundych sall syn, de sall xiiii jaer alt syn, vnd eyn maget, de mundych sall syn, de sall xii jaer alt syn.“ (*A.* 56.)

3) „Dicimus, quod proximior ex parte gladii seu patris[19]) de jure debet gerere tutelam pueri sive puerorum in minori etate constitutorum et debet cautionem facere[20]), ne bona hujus pueri seu puerorum tempore tutele aliquatenus pejorentur.“ (W. 1 S.428.)

„Item die neiste van der swertsyden off van dess vaeders wegen die sall van rechtes wegen wesen vurmunder dess onmundigen kyndess off der onmundigen kyndere, vnd sall wysheidt doen, dat dat guet dess kyndes off der kyndere bynnen thyden der manberschap niet geargert en sall werden.“ (W. 36 S. 427, 28.)

„Storve eynen manne ene vormunderschop ane, de man mach de kynder vnd eer gudt to syck nemen vnd doen den vrenden van der anderen syet[21]) wyssynge, dat der kynder guet verwaert blyve, beth de kynder mundych werden.“ (*A.* 119.)

4) „Welck yunckfrow mundych ys, de mach eynen vormunden keysen by rade iiii van eren vrenden, ii van vader vnd ii van moder.“ (A. 89.)

„Waer ene wedewe syttet offte eyn juncfrouwe, de gudt hebt, dat ere alderen afgegaen synt, duncket dem rade offt den vronden, dat se dat gudt nycht bewaren en konnen to eeren vnd nut eres solven vnd ere erven, so sollen se vormunder keysen van eren vronden vor dem rade; en wolden se des nycht doen, so sall de radt yuwelyker personen vormunder setten, de en duncket dat eerlyk vnd nutte dayr to syn[22]), vnd de wedewe offt de yuncfer en sollen dar en boven yn neyner sake, dar macht an ys, weldych wesen ofte macht hebn to done vnd to latene sunder der vormunder vulbort vnd wyllen.“ (A. 192 = B. 65.)

5) „Item hedden die kynder [echter luede] eynen broeder, die geck[23]) were, soe is di alste soen syn vurmunder, off hie will; mer hie sall den andern broedern vnd sustern wiss maeken, dat dess gecken broeders guet in synen wesen blyve.“ (W. 30 S. 427).

„Item broeder, die eynen broeder hebben, die vnwittich is, is hy also wittich, dat hy enen broeder kiesen will, soe mach hie kiesen, wen hy will. Mer en is hy niet wittich, soe en mach hy genen vurmunder kiesen, soe sullen die broedere syn guet verstaen“[24]). (W. 31 S. 427.)

6) „Welck man, de dat sechte off hemelyck echtschop makede myt ener vrouwen off myt ener juncferen sunder wyllen eder vulbort ere oelderen ofte ere vormunder, de en sall nyr vorwande gebruken; mer men sall ene antasten vnd sall ene voren vnd beholden in des stades toerne, dar sall he syn leven enden sunder argelyst.“ (*A.* 189.)

„Were oyck emant, de syck beromede echtschop myt ener berven juncferen ofte myt ener berven vrouwen, en hedde he neyne gycht van der personen, de sall synen hals verbort hebn.“ (A. 190.)

„Welck man eder wyff, de over dusser hemelyken echtschop were, de dat arbeyde ofte mede wuste sunder vulbort der olderen oft der vurmunder, als hyr vorscreven ys, de sall syn lyff verbort hebn“[25]). (A.191.)

„Welck yunckfrow syck selves beredet buten vulbort der oelderen vnd der negesten erven off vrende, de eyget nycht meer dan eer schapene kleder vnd eyn spyll vnd eyn rocken.“ (A. 88.)

7) „Eyn man vnd eyn wyff, de echte lude tsamen weren vnd neyne kynder tsamen en hedden, stervet eyn van en, alsodane gudt, alse se tsamene gehat hebt, dat sall de levendyge halff beholden vnd de anderen helffte sollen des doden negesten erven nemen, id en were dat we anders wat bewysen konde, als recht ys.“ (*A.* 137 = *B.* 103.)

---

17) *W.* unrecht.

18) D. i. bewegliches oder unbewegliches Gut. Vgl. *Diefenbach*, Glossar. Lat.-Germ. p. 364b.

19) *Lüb.* Recht [Cod. I] Art. 24 (S. 192 *Hach*). Vgl. *Kraut*, Vormundschaft I, 168 flg.

20) Vgl. *Rive*, Gesch. d. Dtsch. Vormundschaft II, 25.

21) Vgl. *Kraut* a. a. O. II, 44.

22) Vgl. *Kraut* a. a. O. II, 267, 68 Note 3.

23) Thöricht, unsinnig. Vgl. *Homeyer's* Glossar zum Richtsteig S. 534.

24) Vgl. *Rive* a. a. O. II, 169, 70.

25) Vgl. *Rive* a. a. O. II, 128 Note 172.

„Storve eyner vrowen eer echte man aff sunder lyff erven, de vrouwe sall ers mans neste erven schychtynge doen van all dem gude vnd klenode, dat se tsamen hadden, vthgenomen eer truwe vyngeren vnd kledere, de sey gedregen hedde; sunder weer daer ander golt off sulver offt ander zyraeth, dat sall oyck yn de delynge komen, se enkonne wat gebrecken myt betteren rechte.“ (A. 150 = B. 31.)

„Man vnd wyff, de echte lude synt vnd neyne levendyge kynder en hebt, stervet de man eder dat wyff, eschet des doden mans erven eyne schychtynge van den anderen, mach de wysen myt twen vnbesprokenen personen manne eder vrouwen, den dat wytlych vnd kundych sy, dat se eyn kynt tosamen hebt gehat, dat yn echtschop getogen vnd geboren sy vnd de wende beschregen hebbe, so en ys de man eder vrouwe, de daer levendych ys, des doden erven geyne schyttynge schuldych to done, men mochte dat brecken myt betteren rechte.“ (*A.* 135 = *B.* 47.)

„Man vnd wyff, de yn echtschop tsamen kommet vnd geven lyff vmb lyff vnd gudt vmb gudt, syn de schuldych vnd stervet de man, dat wyff moyt antworden vor de schulde myt gulde effte myt rechte; desgelyken de man wedder vmb.“ (*A.* 151 = *B.* 49.)

„Man vnd wyff, de yn echtschop sytten, stervet de man vnde vnderwyndet sych dat wyff eres doden begraven mans gudes nycht, so en darff se syner schult nycht betalen“[26]. (*A.* 38 [6] = *B.* 34.)

8) „Sic diffinimus, si foret puer, cujus pater et mater forent mortui, et idem puer habet avum et avunculum, qui eciam puer moreretur, dicimus diffinitive secundum jura et consuetudinem nostre civitatis, quod avo debent cedere bona relicta per obitum pueri, et non avunculo pueri, dummodo avus de legitimo thoro sit generatus“[27]. (W. 2 S. 428.)

„Item were eyn kindt, des syn vaeder vnd moeder doet weren, vnd dat selve kyndt hedde eynen alder vaeder vnd eynen oem, vnd dat kyndt dan ouck storve, soe seggen wy van recht vnd gewoenheit vnser stadt: dat den alden vaeder dat guet sall vallen, dat dat kyndt nae synen doeden achter leet, vnd niet dess kyndess oem, also verne als die alde vaeder van enen echten bedde gebaeren sy.“ (W. 8 S. 423, 24.)

„Myn alder moder ys my neger dan myne wase off myn halve broder eder myn vulbroder.“ (*A.* 275 = *B.* 57.)

„De grote moder van der moder wegen echte vnd recht ys neger erve dan de halve echte broder.“ (*A.* 267 = *B.* 52.)

9) „Item to Soist ys eyn recht, is ene wedewe, de eyn kynt hevet echte vnd recht, vnd nemet enen anderen man, de wedewe moit erme kynde vorscreven geven alsodane gudt halff, alse beyde hadden, do er man starff; vnd weren der kynder twe off meer, so beheylde de wedewe den derden deyll van dem vorscreven gude vnd geve den kynderen de twe dele.“ (*A.* 180 = *soester Schrae* v. 1350 §. 162.)

10) „Item nyemant en mach erve, dat oen van synen alderen aen gestorven is, verkoepen off vergeven sonder wille synre erven, hie en konne wiesen lieves noet, als recht is“[28]. (*W.* 7. S. 423 = *D.* 9 S. 428; *B.* 36, 74; *A.* 41.)

11) „Eyn yuwelyk kynd en sall synen vader eder syner moder nycht dwyngen to yenyghen gude to gevene effte to deylene by erme levendighen lyve, vnde en moet en nycht eyschen, sey en wellent doen sunder dwanck“[29]. (*D.* 7 S. 427 = *B.* 62; *A.* 12.)

Ausserdem existirt noch eine ziemliche Anzahl von Einzelverordnungen des dortmunder Rathes, meist den Handelsverkehr und die Gewerbe, sowie andere polizeiliche Gegenstände betreffend. Es genüge darum, hier blos auf jene über die Erbveräusserungen eingebürgerter „enlopigher *lude*“ v. 1354 (*Fahne*, Statutarrecht Nr. 5 S. 28, 29), über „weddeperde“ d. h. zu Pfand gesetzte und bei Wirthen eingestellte Pferde v. 1368 (*Das.* Nr. 7 S. 29, 30), über Verleihung der Stadtbenefizien und „geestlichen lene“ durch den Rath von 1421 (*Fahne*, UB. II Nr. 523 S. 263), über die Accise- und Dienstfreiheit des Clerus v. 1487 (*Das.* I Nr. 267 S. 340 flg. mit II Nr. 547 S. 284 flg.), endlich auf die umfassende „Ordinantie des Wullen Ampts“ v. 1472 (*Fahne*, Statutarrecht Nr. 162 S. 231 — 39 in 54 §§.) aufmerksam zu machen.

26) *Keyserrecht* II, 50 (S. 87 Endemann); *Hamburg.* Stat. v. 1270 VI, 32 u. 1292 F, 10 (S. 38, 125 Lappenberg). Vgl. J. *v. Gosen* a. a. O. §. 39 S. 149—54.

27) Vgl. *Wasserschleben*, Princip der Successionsordnung S. 123.

28) Vgl. *Zimmerle*, Das Dtsch. Stammgutssystem S. 190 Note 29, S. 201, 2 Note 18.

29) Vgl. *Kraut* a. a. O. II, 594 Note 11.

CCLXIX. Doxan.

(Oesterreich, Böhmen.)

1 **1398**, Febr. 4. Bösse von Riesenburg überträgt sein Schloss gleichen Namens, das Kloster Ossegk und die Stadt Doxaw sammt der Mannschaft und allen Zubehörungen für 40.000 Mark löthigen Silbers freibergischen Gewichts wiederkäuflich an den meissnischen Markgrafen Wilhelm den Aelteren [„Einäugigen"], mit dem besonderen Zugeständnisse, dass Letzterer allda auch die „Bern"[1]) zu erheben befugt sein solle, wenn eine solche der König von Böhmen für das ganze Land ausschreiben würde. (R.) *Horn*, Lebens- und Helden-Gesch. Friedrichs des Streitbaren S. 232, 33 Note a.

2 **1407**, Jun. 3. Die Markgrafen Friedrich „der Streitbare" und Wilhelm der Jüngere von Meissen bestätigen mit Zustimmung ihres Vetters, des Landgrafen Friedrich „des Friedfertigen" von Thüringen „opidanis in Toxaw omnia jura et privilegia per dominum Wilhelmum olim marchionem Misnensem eis concessa"[2]). *Horn* a. a. O. Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 117 S. 733 (Extr.) m. Text S. 378, 79.

Doxan — dessen Namen (Doxana, Dogsan, Duxaw, Doxaw) von den Doxani, den Nachbarn der Heruler, hergeleitet werden will[3]) — an der Eger gelegen und Sitz eines angesehenen Prämonstratenser-Klosters, fiel, nachdem es an das meissnische Fürstenhaus gekommen war, in der thüringischen Landestheilung v. 1410[4]) dem Landgrafen Friedrich dem Jüngeren zu, ward aber im darauffolgenden Hussitenkriege fast gänzlich zerstört. Später an Böhmen zurückgekehrt, wird es zwar noch bis in das XVII. Jhdt. unter den böhmischen „Herrn-Städten" aufgeführt[5]); allein es sank nach und nach zum blosen Dorfe herab.

CCLXX. Dramburg.

(Preussen, Pommern.)

Riedel, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII [Nr. IV „Schiefelbein und Dramburg"] S. 212—281. Vgl. *Kratz*, Die Städte der Prov. Pommern S. 125—28.

1297, März 1. Die Markgrafen Otto und Konrad von Brandenburg-Landsberg nebst des Letzteren Söhnen Johann und Otto — als Herrn des bereits 1284 im brandenburgischen Pfandbesitze befindlich gewesenen, um 1292 jedoch an die pommerisch-wolgastischen Herzoge gekommenen, aber schon bald nach 1295 wieder an Brandenburg zurückgefallenen s. g. welschenburger Ländchens — überlassen ihren Ort Dramburg dem Schulzen daselbst Arnold von der Goltz[1]) und dessen Brüdern zur Einrichtung als deutsche Stadt unter Verleihung des **brandenburgischen Rechts**; weisen zur Stadtflur 200 weniger 16 Hufen Landes an beiden Ufern der Drage, 4 Hufen zur Kirchendotation, 10 für den Schulzen an; bestimmen das Zinsreichniss an die Herrschaft nach Ablauf der Freijahre und den Antheil des Schulzen hieran sowie an den Gerichtsgefällen; und sprechen endlich dem Letzteren den Lehensbesitz der Stadtmühle, der Bürgergemeinde dagegen die Einkünfte vom Kaufhause und den Gewerbsbuden, ferner die Fischerei in sechs Seen, den Sumpf Manhagen, Zollfreiheit, Hasenjagdgerechtigkeit und die Befugniss zur beliebigen Anlegung von Strassen zu: 1

„Otto et Conradus, dei gratia Brandenburgenses et de Landesberg marchiones, et nos Johannes et Otto, marchiones, Conradi filii, ejusdem Marchie domini, universis christi fidelibus, ad quos presentes devenerint eorum notitiamque sortiuntur. Cum ea, que aguntur in tempore, cum temporis volubilitate citius evanescant, nisi a lingua testium aut scripti memoria recipiant firmamentum, quapropter recognoscimus et tenore presencium evidentius protestamur, quod viris honestis Arnoldo de Goltzen, domino schulteto in Dravenborch[2]), nec non Conrado et Johanni, ejus fratribus, predictam civitatem nostram Dravenborch cum omnibus suis obtinentiis, sicut infra recitabitur, dedimus possidendam. Dedimus nihilominus civitati predicte **jus Brandenburgense**, apponentes ad ipsam civitatem ducentos mansos xvi mansis minus. De his vero mansis burgenses dicte civitatis quinquaginta mansos ultra Dravam ex transverso civitatis habebunt ad agricul-

---

1) Berna, pérna, die böhmische Landessteuer.
2) Dieser Wilhelmische Freiheitsbrief ist nicht bekannt.
3) P. *Albini* Meissnische Land-Chronica (1590) S. 387.
4) *Horn* a. a. O. Nr. 145 S. 756.
5) G. *Beati* Beheimische Chronica (1604) S. LXXXVII.

1) Ueber dieses uralte und weitverzweigte (theils gräfliche theils freiherrliche) Geschlecht s. *Kneschke*, Dtsch. Adels-Lexicon III, 593 flg.
2) Andere urkundliche Schreibweisen des Namens: Drauwenburg, Drawinburg, Drowenburg, Drahenburg, Draemborch, Dramborg."

turam in ascensu similiter et descensu; residuos vero mansos ab ista parte Drave ad agriculturam et ad usus civitatis ad se recipiant et habebunt. Porro ecclesiam in prefata civitate cum quatuor mansis dotavimus. Prefectus quoque et sui fratres et heredes eorundem decem mansos pro suis usibus perpetuo liberaliter possidebunt. Exspirante autem libertate de uno quoque manso dimidius nobis argenteus censualis dari debet, de quo censu schultetus tertiam partem et de censu arearum nec non de judicio pariter sibi tollet. Item molendinum, quod adjacet civitati, supra Dravam exstructum, prefatus schultetus suique heredes cum omni usu justo pheodali titulo liberaliter possidebunt. Et quicquid in foro de edificiis veluti in theatro nec non macellis carnium . . . . sive pannis annuatim cedere poterit aut derivari, id ipsa civitas sibi usualiter in integrum reservabit. Item omnes questus et census de areis extra civitatem constructis ad eandem civitatem volumus usualiter pertinere. Damus etiam civitati cum omni utilitate et piscationibus hec stagna, quorum nomina sic notantur: Lubesow, Werene, Tzapell, et fluentum ipsius stagni[3]) Welsen et ipsum stagnum Welsen cum stagno Melne et Grellence. Damus nihilominus dicte civitati paludem Manhagen super nostram civitatem sitam apud Dravam, in ascensu ipsius Drave usque ad terminos campi ville Dalow, ita quod ipsa palus ab aliquo nostrorum officialium aut advocatorum nunquam deinceps debeat minui. Item ipsa civitas ab omni telonio penitus ab inhabitantibus et advenis nonnunquam a mercimonio quolibet emptionis vel venditionis titulo libera permanebit. Burgenses quoque inibi commorantes venationes leporinas extra nivem absque metu liberaliter exercebunt. Stratas quoque omnes et plateas obstruere, dirigere et curare poterunt inhabitatores civitatis memorate pro ipsorum libito et expedientia voluntatis. Ut igitur hujusmodi gracie nostre donatio per nos nostrosque successores hereditarios futuris temporibus immutari nequeat aut etiam retractari, presentes literas in evidens testimonium conscribi jussimus desuper et sigillorum nostrorum appensionibus roborari. Actum anno domini MCCLXXXX septimo, presentibus Wernero de Schwanenberg, Friderico de Eickstede, Hassone et Ludolpho fratribus de Wedell, Burchardo de Kockstede, militibus, et Thidemanno, nostro notario, per quem in Prentzlovia feria sexta ante dominicam, qua cantatur reminiscere, presentia conscribantur." *Riedel* a. a. O. Nr. IV S. 215.

1306, Febr. 27. Die Markgrafen Otto 2
und Waldemar von Brandenburg etc. überlassen ihren Bürgern zu Dramburg „in emendationem civitatis . . . spacium, in quo edificabunt pro ipsorum profectu et utilitate molendinum jure proprietatis perpetuo possidendum." *Riedel* a. a. O. Nr. V S. 216.

1312, Sept. 16. Markgraf Waldemar 3
(zugleich als Vormund des Markgrafen Johann von Brandenburg) verlautbart einen zwischen ihm und dem Bischofe Heinrich von Camin „pro civibus civitatis Drauenburg" abgeschlossenen Vergleich, wonach die genannten Bürger „a solucione denariorum episcopalium a festo beati martini post datum presencium proxime affuturo ulterius ad duodecim annos inantea computandos continuo esse liberi debeant penitus et soluti; quibus quidem evolutis cives predicti de quolibet manso culto dicte civitati adjacente unum solidum Brandenburgensis monete domino episcopo Caminensi perpetuo dare duntaxat et annis singulis tenebuntur." *Riedel* a. a. O. Nr. VI S. 216.

1312, Sept. 29. Die „consules civi- 4
tatis Drauenborch" sprechen die Anerkennung des vorstehenden (hier wiederholten) Vergleichs von Seite der Stadtgemeinde aus, zugleich die Erfüllung der daraus entspringenden Verpflichtungen der Bürger gegenüber dem Bischofe „aut suis posteris, quod deus avertat" zusichernd. *Riedel* a. a. O. Nr. VII S. 217.

1336, Apr. 30. Markgraf Ludwig von 5
Brandenburg gestattet den Bürgern von Dramburg, die ihm gebührende „pensio sive contributio" vier Jahre lang in den Nutzen der Stadt zu verwenden. *Riedel* a. a. O. Nr. XI S. 220. (Extr.)

1338. Derselbe verzichtet nochmals, um 6
den dramburger Bürgern „egestatis et indigencie oneramen" zu erleichtern, für die nächstfolgenden sechs Jahre auf die von ihnen zu erhebende Jahrbede, „sic quod eandem pensionem in structuras et edificia, videlicet muros plateas et fossata convertant." *Riedel* a. a. O. Nr. XIV S. 222. (Extr.)

1340, Dez. 30. Derselbe übereignet der 7
Stadt Dramburg den früher von den Rittern von Güntersberg besessenen öden Platz Schweinshausen („xx mansos cum tribus communes in lignis et agris continentem") mit allen Nutzungen und Rechten, wie ihn die ehemaligen Besitzer vom brandenburgischen Hause innegehabt hatten. *Riedel* a. a. O. Nr. XIV S. 222. (Extr.)

---

3) *R.* stagnum. [Fluentum ist der Abfluss aus einem See, welcher sich zum selbständigen fliessenden Gewässer gestaltet.]

8 **1350**, Jan. 1. Derselbe erlässt in Anbetracht der von der Stadt Dramburg in letzter Zeit erlittenen „turbaciones et molestie... per polonos" dem Rathe daselbst gegen ein Reichniss von 40 Mark brandenburgischen Silbers für die nächsten fünf Jahre die „pensio annua", jedoch mit der Bestimmung, „quod (consules) predictas pensiones stante libertate in muros et munimenta civitatis scientifice convertere debeant sine dolo." *Riedel* a. a. O. Nr. XVI S. 223.

9 **1350**, Jan. 1. Derselbe bestätigt der Stadt Dramburg den Besitz des ihr von den Markgrafen Otto und Waldemar überlassenen Mühlenbauplatzes (nr. 2) und erlaubt ihr, auf demselben [nach dem Verschwinden der früheren] eine neue Wassermühle anzulegen. *Riedel* a. a. O. Nr. XVII S. 223.

10 **1351**, Oct. 2. Derselbe schenkt dem Rathe zu Dramburg alle in der Stadt erbauten Mühlen mit den gesammten Nutzungen und Einkünften daraus, indem er sich blos eine geringfügige Getreide-Abgabe von denselben zu eigener „collatio" vorbehält. *Riedel* a. a. O. Nr. XIX S. 225, 26.

11 **1364**, Jun. 26. Die brandenburgischen Markgrafen Ludwig der Römer und Otto setzen dem „vesten manne" Jakob von Güntersberg „von des schaden wegen, den er nam in iren dinste... an synen venckenisse vnd an syner andern habe" ihr oberstes Gericht in der Stadt Dramburg, „dat sint twei pennige von deme gerichte darsulvest" zu Pfand, und zwar auf so lange, bis der auf 250 Mark angeschlagene Schadensbetrag auf diesem Wege vollständig gedeckt sein würde. *Riedel* a. a. O. Nr. XXII S. 228.

12 **1371**, Aug. 27. Markgraf Otto gibt der Familie von Wedell zu Mellen und Kremzow[4]) für 600 Mark „stadt vnd hus zu Drauenburgk mit synen zubehor vnd mit der orbore darselbes, der sint alle funf vnd firtzik marck Brandenburgischen sulvers vnd vier winspel rogen in der molen bynnen der stadt" zu einem „rechten pfande", die Wiederlösung nach vierteljähriger Voraufkündung sich und seinen Erbfolgern vorbehaltend. *Riedel* a. a. O. Nr. XXV S. 229, 30.

13 **1372**, Nov. 27. Derselbe verpfändet noch einmal dem Lüdeke von Wedell zu Mellen allein „hus vnd stad zu Drauenburg met der orbar doselbst vnd vortmer met allen andern renten, pflichten, gevellen, nutzen vnd zubehorungen" für 1000 Schock böhmischer Groschen, und setzt die Aufkündigungsfrist im Falle der Wiedereinlösung auf ein halbes Jahr fest. *Riedel* a. a. O. Nr. XXVI S. 230, 31.

Diese Pfandschaften scheinen von nicht langer Zeitdauer gewesen zu sein[5]). Allein mit dem Beginne des neuen Jahrhunderts trat ein viel wichtigeres Ereigniss in der Geschichte Dramburg's, die Abtretung der Stadt sammt dem dazu gehörigen Landgebiete an den Deutschorden durch König Sigismund um den Kaufpreis von 3000 Schock böhmischer Groschen ein. Es beziehen sich hierauf die zunächst folgenden vier Regesten:

1400, Aug. 24. König Sigismund von Ungarn etc., Markgraf zu Brandenburg, weiset „rath vnd gantze gemein der stadt Drawenburgk" an, dem Hochmeister Konrad von Jungingen und dem „gantzen orden zu Preussen" zu huldigen, und sagt sie, nachdem sie es bereits gethan haben, „der huldinge vnd der schwör, die sie hatten gethann, quit leddig vnd loes." *Riedel* a. a. O. Nr. XLIII S. 243. 14

1400, Nov. 24. Der Vogt in der Neumark Johann von Wartenberg quittirt Namens des Königs über die vom deutschen Orden „wegen der stadt Drawenburg vnd das doczu gehoret noch vswisunge des hauptbriefes" richtig bezahlte Kaufsumme. *Riedel* a. a. O. Nr. XLIV S. 243. 15

1401. Rath und Bürger von Dramburg verkaufen vier Mühlen, fünf Seen und einen Bauplatz innerhalb der Stadt an den Deutschorden. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 127. 16

1403. Henning von Wedell auf Falkenburg und Mellen überträgt gleichfalls kaufsweise an den deutschen Orden das „vndirste gericht" in Dramburg nebst 4 Wispel Mühlenpacht und einigen Grundzinsen allda. (R.) *Kratz* a. a. O. 17

In den J. **1454** und **1455** kehrte die gesammte Neumark, somit auch die Vogtei Schievelbein nebst Dramburg vom Deutschorden für immer an das Haus Brandenburg zurück[6]).

1456, Aug. 22. Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg erklärt, dass er dem Ritter Dionys von der Ost als seinem Vogte zu Schievelbein die Stadt Dramburg „mit ir zugehörenden genot vnd Voytey in ambtsweise ingetan vnd bevolen habe", wobei insonderheit hervorgehoben wird, dass Letzterer auch 18

4) Ueber diese mächtige Dynasten-Familie s. *Wedekind*, Gesch. der Neumark Brandenburg S. 214 flg.

5) In K. Karl's IV. Landbuch der Mark Brandenburg v. 1375 [Ausg. von E. *Fidicin*, 1856. 4°., S. 32 Z. 1. 2] wird Dramburg als landesherrliche Stadt aufgeführt. Es heisst von ihr daselbst: „Drahenburg. Dominus habet orbetam XL marcas argenti. Item judicium supremum. Item molendinum."

6) Vgl. *Wedekind* a. a. O. S. 205, 6.

„das gerichte zu Drawenburg halb haben“ solle. *Riedel* a. a. O. Nr LIV S. 251, 52.

19 **1463**, Sept. 25. Derselbe setzt in gleicher Weise den Jakob von Polenz zum Vogte über Schievelbein und Dramburg, indem er jedoch zugleich demselben für eine Forderung von 4500 rheinischen Gulden an der „obgenanten voigtey“ eine Pfandschaft einräumt. *Riedel* a. a. O. Nr. LVIII S. 255–58.

20 **1476**, Apr. 24. Kurfürst Albrecht von Brandenburg erstreckt für Christoph von Polenz die vorstehende Verpfändung der Vogtei über Schievelbein und Dramburg auf weitere 800 Gulden rheinisch, welche Letzterem von seines Vaters Zeiten her die landesfürstliche Kasse schuldete. *Riedel* a. a. O. Nr. LXIV S. 262. 63.

21 **1486**. (?) Kurfürst Johann von Brandenburg bestätigt den Brüdern Christoph und Cyriacus von Polenz den Pfandbesitz an seinen „slossern vnd ampt Schivelbein, Dramburg vnd Drysen mit sambt der vrbete in siner statt Arnszwald“ [7]). *Riedel* a. a. O. Nr. LXVI S. 264, 65.

CCLXXI. Dresden.

(Königreich Sachsen.)

A. *Weck*, Der Chur-Fürstl. Sächs. weitberuffenen Residentz- und Haupt-Vestung Dresden Beschreib- und Vorstellung, mit bewehrten Documenten erläutert, Nürnb. 1680. fol. B. G. *Weinart*, Geschichte der Stadt Dresden und der um dieselbe herumliegenden Gegenden, Dresd. 1777. 4⁰. J. Chr. *Hasche*, Diplomatische Geschichte Dresdens von seiner Entstehung bis auf unsere Tage, VI Theile (Thl. V in 2 Abthl.) Dresd. 1816—22. 8⁰.*) Gust. *Klemm*, Chronik der Stadt Dresden und ihrer Bürger von den ältesten bis auf unsere Zeiten, Dresd. 1833. 8⁰. B. M. *Lindau*, Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Dresden von der frühesten bis auf die gegenwärtige Zeit, 2. Ausg. II Bände Dresd. 1863. 8⁰. Vgl. auch K. *Limmer*, Entwurf einer urkundl.-pragmat. Gesch. des Marggrafth. Meissen (1836) S. 40, 55, 65, 70, 98, 181, 198 flg., 214 flg., 220, 224, 233, 238, 241, 247–54, 302, 459.

Handelsgeschichte: J. A. L. *Seyfert*, De jure stapulae et emporii civitatis Dresdensis, Lips. 1805. 4⁰.

Geschichte der Elbbrücke: C. Chr. *Schramm*, Histor. Schauplatz, in welchem die Merkwürdigsten Brücken aus allen vier Theilen der Welt, Insonderheit aber Die in den vollkommensten Stand versetzte Dressdner Elb-Brücke [S. 1–33] vorgestellet und beschrieben werden; Durch brauchbare Anmerk. und besondere Urkunden**) erläutert, Leipz. 1735. fol. W. *Schäfer*, Chronik der Dresdener Elbbrücke, 3 Hefte Dresd. 1845—48. 8⁰.

Dresden [1]), über dessen Ursprung sich die Chronisten lediglich in mehr oder minder gewagten Vermuthungen ergehen [2]), dürfte wohl einer Colonie von sorbischen Wenden, welche neben dem Fischfange zugleich das Fährgewerbe auf der Elbe betrieben, seine Entstehung verdanken, wie denn auch von Einigen der Name des Ortes mit dem slavischen Worte „trasi“ d. i. Fähre in Verbindung gebracht werden will, während ihn Andere auf das wendische „drozdzie“ (trotzen) zurückführen, um damit an dessen besondere strategische Bedeutung, wie sie die Lage an dem mächtigen Strome mit sich brachte, zu erinnern. Die Anlegung der Elbbrücke, welche alte Traditionen bis in die Zeiten Ludwig's des Frommen hinaufrücken, mag das bis dahin unansehnliche Dorf in Folge des nun dasselbe berührenden Handelszuges rasch in einen belebten und sich an Häuserzahl erweiternden Marktplatz umgeschaffen haben, welcher dem archidiaconatus Nisicensis [3]) des Bisthums Meissen einverleibt, damit also der kirchlichen Hoheit des letzteren untergeordnet wurde, dagegen in weltlicher Beziehung, wie der ganze Gau Nisani [4]), wozu der Ort gehörte und wovon er sogar ehedem den Namen getragen haben soll, unter der Herrschaft des Grafen Wiprecht von Groitzsch sich befand. Das Erlöschen dieses Dynastengeschlechts brachte aber einen Theil seiner reichen Besitzungen in die Hände des meissnischen Markgrafen Konrad des Grossen (1127—1157), welcher hiedurch, nicht in Folge eines speciellen Abtretungsactes von Seite des Erzstifts Meissen [5]),

---

7) S. oben S. 52, 53.

*) Thl. VI enthält das „Urkundenbuch zur Dresdner Geschichte.“ [Es wird künftig blos mit „UB.“ citirt.]

**) Die Urkundensammlung ist eigens paginirt.

1) Aelteste Schreibweisen: Dresnem, Drasen, Drezdzn, Dresdin.

2) Vgl. L. *Peccensteinii* Theatr. Saxon. (1608) III, 6, 7.

3) Vgl. *Espe* „Zur Geschichte des stiftmeissnischen Archidiaconats in Nisan“, Bericht an die Mitglieder der deutschen Gesellschaft in Leipzig f. 1836 S. 34 flg.

4) *Chronic. Gotwicense* I, 706 sq.

5) Vgl. Chr. *Schöttgen*, Gesch. Conrads des Grossen (1745) S. 61, 62.

insonderheit auch Herr von Dresden geworden ist. Unter seinen Nachfolgern, welche zeitweise allda residirten und von welchen namentlich Otto der Reiche (1157—1190) als Erbauer eines Schlosses und Baufortsetzer der angeblich 1119 begonnenen Steinbrücke gerühmt wird, tritt Dresden zuerst einigermassen aus seinem Dunkel hervor. Bereits 1206 finden wir in „Dresdene“ eine Schiedsurkunde ausgefertigt [6]) und ein Privileg Markgraf Dietrich's von Meissen für das Kloster Altenzelle v. 1216 enthält die Ortsangabe „in civitate nostra Dreseden“ [7]), aus welcher unfehlbar auf eine inzwischen erfolgte Verleihung städtischer Gerechtigkeiten an Dresden — nämlich Neu-Dresden, die heutige Altstadt — geschlossen werden darf. Nur ob dieses Ereigniss über die Zeit Otto's des Reichen hinaufzusetzen oder erst der Periode Dietrich's des Bedrängten (1195—1221) zuzuschreiben sei, ist unbestimmbar. Noch möge hier der eigenthümlichen feudalen Verhältnisse in Kürze gedacht werden, von denen wir, urkundlich freilich erst zu Ende des XIII. Jhdts., Dresden berührt finden. Dasselbe erscheint nämlich:

a) als meissnisches Stiftslehen [8]). Von gewissen nicht näher detaillirten Gerechtsamen der Bischöfe von Meissen über Dresden wird uns schon zum J. 1145 berichtet [9]); diese mögen sich nun nach und nach zu einem vollkommenen dominium directum ausgebildet haben, wohin sie unzweifelhaft schon vor der Herrscherzeit Heinrich's des Erlauchten, welcher bereits selbst in einem vasallitischen Verhältnisse zu dem Hochstifte gestanden, gediehen waren. Rechtsbrieflich begegnet uns übrigens dieser Feudalnexus zuerst im J. 1291 [s. zu nr. 6], und währte (wenigstens formell) bis zum J. 1581.

b) als abteilich-hersfeldisches Lehen [10]), jedenfalls schon unter dem eben genannten Markgrafen Heinrich, da dessen Sohn Friedrich „der Kleine“ in einer Urk. v. 1289 ausdrücklich Dresden unter den „bona, quae pater ipsius ab ecclesia Hersfeldensi tenuit vel quae ipse ab ea accepit in feudum“, aufführt [11]), dann aber auch in dem wichtigen Documente Abt Heinrich's von Hersfeld v. 23 Juli 1292 [12]), worin die von seiner Kirche lehenrührigen Besitzungen des Markgrafen Friedrich „mit der gebissenen Wange“ von Meissen zusammengefasst und am Schlusse auch „castrum et civitas Doblin, Russwin, Fryberg, Dressden cum suis pertinentiis“ namhaft gemacht werden. Allein an eine wahre Lehenherrlichkeit der Aebte über die Stadt Dresden selbst ist offenbar hier nicht zu denken, sondern es standen vermuthlich Ersteren in den in der Urkunde verzeichneten Orten, namentlich Dresden, nur einzelne feudalartige Realgerechtigkeiten zu, so dass die abteiliche Lehensreichung nur formell als solche sich darstellte, materiell hingegen neben der eigentlichen Belehnung durch die Bischöfe von Meissen blos mit der Bedeutung eines Rechsvorbehalts [13]) bekleidet war.

1266, Apr. 1. Markgraf Heinrich I. „der Erlauchte“ von Meissen verleiht seinen Bürgern zu Dresden in Ansehung zahlsäumiger Schuldner die Gnade: „quod quicunque debitores eorundem in civitatem Dresden pervenerint, sive sint milites sive servi [14]), quod pignora eorum, sive sint equi sive qualiacunque alia honesta pignora, detineantur in civitate de nostra speciali licentia et indultu, quousque iidem debitores burgensibus eisdem exhibeant pro suis debitis justiciam vel amorem; et ut eisdem burgensibus in hac parte plenarie caveatur, committimus omnibus villicis nostris de Dresden tam presentis temporis quam futuri, ut juvent ex parte nostra dictos burgenses, quemadmodum superius est expressum“. *Weck* a. a. O. Urk. lit. Pp. S. 469; *Horn*, Henricus Ilustr. Cod. dipl. Nr. XXXVI p. 323; *Hasche*, UB. Nr. 3 S. 10, 11. Auszug in *Riccii* Entwurff S. 623, 24. Vgl. *Klemm* a. a. O. S. 35 flg., *Lindau* a. a. O. Bd. I S. 129, 30. 1

1271, Dez. 1. Derselbe schafft zu seinem und seiner verlebten Gemahlin Agnes Seelenheil gegen Empfang von 10 Mark, welche ihm zum Aufbaue eines Klosters in Seusslitz [15]) die Bürger Dresden's verehrt haben, seinen Marktzoll daselbst gänzlich ab — „telonium nostrum in civitate Dresden, quod marckzoll vocatur, liberum dimisimus [15b]) penitus et solutum, ita videlicet quod nullus de cetero in eadem civitate im- 2

---

6) *Hasche*, UB. Nr. 1 S. 5.

7) Vgl. *Lindau* a. a. O. I, 85.

8) Vgl. *Tittmann*, Gesch. Heinrichs des Erlauchten I, 77 flg.

9) Vgl. T. *Märcker*, Das Burggrafthum Meissen S. 154 Note 14 a. E.

10) Vgl. *Tittmann* a. a. O. I, 80 flg.

11) S. unten Note 19.

12) Bei *Märcker* a. a. O. S. 147—49 Note 3.

13) Vgl. die Urk. v. 1319 [nr. 19].

14) Der Markgraf hatte bei diesem Privileg wohl zunächst seine Mannen — Ritter und Knechte (Knappen) — im Sinne. Vgl. *Walter*, Dtsch. RGesch. I, 252 m. Note 14.

15) Es ward für Nonnen des Franciskaner-Ordens und zu Ehren der heil Clara errichtet. Vgl. Urk. v. 1272 b. *Hasche*, UB. Nr. 5 S. 12, 13.

15b) W. dimittimus.

petatur pro telonio memorato." *Weck* a. a. O. Urk. lit. Qq. S. 470; *Horn* l. c. Nr. XLVIII p. 339; *Hasche*, UB. Nr. 4 S. 11. Dazu *Lindau* a. a. O. S. 130.

3 **1283**, Apr. 18. Derselbe verfügt zu Gunsten der Gemeinde-Geschwornen in Dresden, a) wie bei Schmähungen und Verläumdungen derselben gegen die Schuldigen zu verfahren sei, und b) dass die von ihnen gewillkürten Satzungen von Jedermann unweigerlich beobachtet, und Zuwiderhandelnde in gleicher Weise wie die unter a. erwähnten Uebertreter gezüchtiget werden sollten: „Nos Heinricus dei gratia Misnensis et Orientalis marchio presentium tenore recognoscimus, quod juratos in Dresden burgenses nostros tali volumus libertate gaudere, quod nullus concivium suorum verbis contumeliosis eos afficiat aut presumat ipsis verbis oblatratoriis post tergum aliquid derogare. Verum si aliquis facere presumserit, ita quod duorum proborum virorum convinci possit testimonio, dictis juratis secundum eorum voluntatem emendabit. Si autem reus ille temeritatis spiritu assumpto dictis juratis excessus suos recusaverit sive contempserit emendare: dedimus ipsis talem potestatem et dimittimus ipsis absque omni variatione, quod faciant talem rebellatorem a nostro judice ad nostram presentiam detineri, et excessibus ipsius nobis recitatis, quicquid ex tunc cum ipso placitaverimus, hoc volumus juratis complacere. Ceterum voluimus, ut quicquid a jam dictis juratis pro bono nostre civitatis fuerit statutum sive ordinatum, sive in exactione sive in vini positione seu in aliis quibuscunque, ab omnibus inviolabiliter absque ulla murmuratione et contradictione observetur, quia contradictores et ordinationi juratorum inobedientes modo supra memorato volumus etiam coerceri. Ne igitur hoc factum oblivio deleat, presentem paginam inde conscriptam munimine nostri sigilli fecimus roborari. Datum Dresden anno domini M.CC.LXXXIII. indictione XIII. xiiij calend. maji" *Weck* a. a. O. Urk. lit. Rr. S. 470, 71; *Horn* l. c. Nr. LX p. 350; *Hasche*, UB. Nr. 8 S. 14—16. Vgl. *Limmer* a. a. O. S. 224; *Klemm* a. a. O. S. 36, 37; *Lindau* a. a. O. S. 130, 31.

4 **1285**, Febr. 16. Derselbe verordnet ferner, a) dass „die höffe, so man herrn höffe nennet", in der Stadt Dresden an Niemand „dan dem, der di gesetze wilkör vnd gewonheit der stad als ein mitburger zehalden gesindt" [16]), verkauft werden dürfen, dabei bestimmend, wie im Contraventionsfalle, wenn nicht binnen sechs Wochen der Kaufvertrag widerrufen wird, gegen den Verkäufer sowohl als den Käufer vorzugehen sei; b) dass auch „die höfe vor der stad zu der stad geborende vnd ouch in der stad Dresden gelegen" blos an Personen von der unter a bezeichneten Qualität vermiethet oder verlassen werden dürfen, endlich c) dass „nymands in der stad Dresden einen hoffe keuffe ader bestehe, er wone dan persönlich darinne vnd halde die gewonheiten vnd wilköre der stad." [Nur in einer alten Verdeutschung bekannt.] *Weck* a. a. O. Urk. lit. Ss. S. 471, 72; *Horn* l. c. Nr. LXII p. 354, 55; *Hasche* a. a. O. Nr. 9 S. 16, 17. Vgl. *Limmer* a. a. O. S. 220, *Klemm* a. a. O. S. 37, *Lindau* a. a. O. S. 131.

1287, Aug. 25. Derselbe und sein (dritter) Sohn Friedrich „der Kleine" sichern den dresdener Bürgern den ungeschmälerten Weidegenuss an der vor der steinernen Elbe-Brücke gelegenen Heide auch auf den Fall etwaigen Verkaufs derselben zu — „quod cum cives nostri in Dresden a primeva Dresden civitatis fundacione pecora sua et gregem ad pascendum in mericam nostram ante pontem lapideum trans albeam miserunt, si fortassis nos ligna dicte merice alienare aut vendere contigerit, nolumus, quod ipsis ex dicta alienacione lignorum aut vendicione in pascuis suis prejudicium aliquod generetur, sed volumus, quod omnia pascua dicte merice eis permaneant salva et libera, quemadmodum habuerunt eadem ex antiquo.": *Wilkii* Ticemannus Dipl. XXXIX p. 59, 60; *Hasche*, UB. Nr. 14 S. 24, 25. Vgl. *Wilke* l. c. (Text.) p. 37, 38; *Klemm* a. a. O. S. 37 flg.; *Lindau* a. a. O. S. 131, 32. 5

1291, Mai 1. Markgraf Friedrich (Tutta) von Meissen, Osterland und Landsberg setzt die von den dresdener Bürgern ihm zu leistende Jahrbede zu 100 Mark wegen der seit mehreren Jahren über die Stadt gekommenen Widerwärtigkeiten und Bedrängnisse aus besonderer Gnade auf 60 Mark herab — „nos inopie eorum compati volentes ipsis ex speciali indulgemus gratia, quod nobis de cetero, quando danda fuerit petitio, nomine petitionis annis singulis persolvant sexaginta marcas, ita quod triginta in festo Walpurgis et triginta in festo Michaelis contribuant, quibus contenti esse volumus, ut nobis in posterum melius servire valeant et in nostris arduis necessitatibus subvenire." *Hasche*, UB. Nr. 22 S. 40, 41. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 139. 6

Friedrich „der Stammler" [Tutta, der Teute] war der Sohn des Markgrafen Dietrich von Landsberg, mithin Heinrich's des

16) Gesinnen, „entschlossen, Willens sein." *Adelung*, Wörterb. II, 630.

Erlauchten Enkel [17]). Nach des Letzteren Ableben (1288) war Dresden, Stadt und Gebiet, auf dessen dritten Sohn Friedrich „den Kleinen" gefallen. Dieser schloss jedoch am 6. Febr. 1289 mit König Wenzel II. von Böhmen einen Vertrag ab, worin er seinen ganzen vom Vater überkommenen Landestheil, darunter auch „civitatem et castrum Dresden", dem Könige gegen eine jährliche Revenue von 4500 Mark Silbers prager Gewichts abtrat [18]). Allein der Vollzug des Tausches scheint an dem Widerspruche der Agnaten Friedrich's gescheitert zu sein. Darüber verstimmt, überliess er nun Dresden an seinen oben genannten Neffen, welcher auch in einer Urk. v. 10. Sept. 1289 [19]) bekennt, „partem Friderici patruelis sui junioris circa Dresden pro unione terre" um eine bedeutende Geldsumme (zu deren Beschaffung ihm Bischof und Capitel von Meissen behülflich wurden)[20]) an sich gebracht zu haben. Friedrich Tutta starb aber schon am 16. Aug. 1291. Darauf nahm Friedrich „der Kleine" die Stadt Dresden sammt Zubehör als meissnisches Stiftslehen aus den Händen Bischof Withego's, nachdem er sie demselben durch Urk. v. 24. Sept. 1291 („ne devolvatur ad extraneos dominos") aufgetragen hatte, zurück [21]).

7 **1292**, Nov. 24. Markgraf Friedrich „der Kleine" gesteht den dresdener Bürgern auch seinerseits die im vorhergehenden Gunstbriefe ausgesprochene Jahrbede - Minderung zu. *Hasche*, UB. Nr. 23 S. 41, 42. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 144.

8 **1295**, Sept. 2 [22]). Derselbe [„dominus in Dresden"] bestimmt in Ansehung des Tuchhandels in Dresden, auf Bitten der Bürger allda die bisherige Observanz zum Gesetze erhebend, dass das von den Tuchverkäufern — „qui habent in venditorio panni . . . quod koufhus vulgariter dicitur, unum locum, in quo reponerent pannos suos ad vendendum" — zu entrichtende Standgeld („census") für immerwährende Zeiten zum Unterhalte der Elbbrücke verwendet werden möge, noch weiter dabei verordnend, dass a) Wollentücher auszuschneiden nur im Kaufhause gestattet sei, hier aber b) im unteren Raume blos einheimische Erzeugnisse, dagegen im oberen die „panni de Gint et alii panni colorati" [23]) verkauft, ferner c) „panni diminuti seu curtati, vulgariter qui weppegin [24]) appellantur", gar nicht in den Handel gebracht, endlich d) „panni tenues, qui werfftuch vulgari dicuntur nomine" ausschliesslich „in superiore parte dicti venditorii . . . et nusquam alias nec apud institores aut sartores in civitate" ausgeboten werden sollten. *Hasche*, UB. Nr. 27 S. 45 — 48 m. *Lindau* a. a. O. S. 144 flg.

1299, Jul. 13. Derselbe [„dominus de Dresden"] erneuert seinen dresdener Bürgern ein von seinem Vater herrührendes Privileg, dass nämlich alle, welche um der Verehrung des heiligen Kreuzes willen am Johannisfeste sowie dem unmittelbar vorhergehenden und nachfolgenden Tage Dresden besuchen würden, mit jeder gerichtlichen Verfolgung („pro aliqua causa vel causis et inveteratis, sive cause homicidii sive spolii aut furti fuerint vel alie qualescunque sive civilis sive etiam criminalis") verschont bleiben und ungehindert kommen und gehen sollten, sie müssten denn selbst den für diese Tage angeordneten Frieden brechen oder sich sonst eines Vergehens gegen Andere schuldig machen, in welchen Fällen wider sie als „pacis turbatores" mit voller richterlicher Strenge „secundum delicti et excessus quantitatem" verfahren werden soll. *Hasche*, UB. Nr. 30 S. 50—52. Vgl. *Klemm* a. a. O. S. 48, 49; *Lindau* a. a. O. S. 95, 145. 9

1299, Aug. 17. Derselbe erlässt zur Erläuterung einiger verschiedener Deutungen fähiger Artikel des althergebrachten Stadtrechts von Dresden und unter Bestätigung aller Gerechtsame, welche die Bürger daselbst in den Zeiten seines Vaters und seines Oheims genossen hatten, eine Reihe von Satzungen, betreffend a) die Verhaftungsgewalt der landesherrlichen Richter und das Verhältniss der Gemeindegeschwornen hiebei sowie überhaupt bei der Rechtspflege, b) die Zulassung des Reinigungseides bei bürgerlichen und peinlichen Klagen gegen Gäste, c) die Stellung von Bürgen in Vergehensfällen, und d) die Unstatthaftigkeit einer Einmischung des Stadtfrohns in Rechtssachen der umwohnenden Grundherrn, so- 10

17) *Tittmann* a. a. O. II, 139. 40.
18) *Hasche*, UB. Nr. 15 S. 25—30.
19) *Hasche*, UB. Nr. 16 S. 30, 31; *Cod. dipl. Saxon. reg.* II, 1 Nr. 290 S. 225 flg.
20) Urk. v. 11. Sept. 1289 in *Wilkii* Ticemann. Dipl. LX p. 83 sq. Vgl. *Tittmann* a. a. O. I, 47 flg.
21) Vgl. auch die Lehens - Revers - Urk. v. 1. Oct. 1292 b. *Weck* a. a. O. Urk. lit. K. S. 157 flg. u. *Hasche*, UB. Nr. 17 S. 31—33.
22) Statt VI Nonas Sept. ist natürlich: IV nonas sept. zu lesen.
23) Die farbigen genter Tücher („grüene brun roth von Jent") hebt schon *Seifried Helbling* in seinen Gedichten hervor.
24) Weppich, ein sehr schmales Tuch.

fern davon nicht zugleich Bürger mitberührt werden sollten:

„Fridericus dei gracia dominus de Dresden, illustris domini Heinrici quondam Misnensis et orientalis marchionis junior filius, omnibus presentes [25]) inspecturis noticiam subscriptorum. Cum secundum legis precepta [26]) alter alterum in suo jure indebite ledere non debeat, sed quilibet unicuique jus suum tribuere teneatur, universis christi fidelibus tam evi presentis quam futuri cupimus esse notum. Quod cum cives nostri in Dresden suo jure municipali multis retroactis temporibus usque ad hec tempora usi sint, quia tamen hiidem super quibusdam articulis specialibus inter se hesitare et dissentire videntur, eosdem articulos ipsis expresse duximus presentibus declarandos. Volumus igitur et statuimus, ut nullus judicum [27]) nostrorum Dresden, qui pro tempore fuerit, aliquem in cyppum truncum [28]) aut compedes [29]) ponat vel compeditum teneat vinculis mancipatum, vel ab aliquo emendam aliquam seu mulctam occulte aut manifeste pro aliquibus excessibus seu causis justis vel injustis recipiat sine scitu et presentia juratorum. Et quicunque sine culpa intruncatus vel compeditus aut alias captus fuerit, si a nullo accusatus fuerit vel inculpatus, tercia die dimitti debet a captivitate libere absolutus. Nolumus etiam, quod dictus judex vel de aliquo occulte vel manifeste solus et exclusis juratis nostris judicium faciat, vel aliquem ad se ad judicium vel coram se evocari faciat, nisi de juratis aliqui sint presentes. Preterea si aliquis hospes vel extraneus incusatus de aliquo fuerit aut sibi questio aliqua mota fuerit, quam idem negaverit, si deficientibus fidejussoribus caucionem ad standum juri facere non poterit et se per juramentum suum expurgare voluerit: volumus, ut juramentum suum recipiatur et nulla alia pena vel impedimentum aliquod eidem imponatur. Ad hec si aliquis compulsus propter delictum aliquod vel excessum aut aliquam causam fidejussores posuerit, judex contentus esse debet eisdem fidejussoribus, quibus et contenti sunt actores. Predictos articulos ad nullos alios extendi volumus, nisi ad cives nostros infra muros civitatis nostre Dresden et septa [30]) residentes. Preterea cum ex speciali favore et dilectione, quibus predictos cives nostros amplectimur, jura ipsorum non minuere sed pocius velimus ampliare: volumus, quod predicti cives nostri omni jure, quo temporibus dilecti domini et patris nostri domini Heinrici et patrui nostri felicis recordacionis Friderici, Misnensis et orientalis marchionum, usi sunt, utantur et illis pacifice et libere absque omni nostro impedimento perfruantur. Volumus insuper, quod bedellus [31]) civium nostrorum Dresden se nullatenus intromittat de aliqua causa dominorum terre [32]), nisi eadem causa etiam aliquem de nostris civibus tangere videatur. Ut autem premissa omnia tam a nobis quam a dictis civibus inviolabiliter observentur, presentem litteram in testimonium evidens premissorum et robur perpetuo duraturum dari fecimus sigilli nostri munimine roboratam. Testes hujus sunt Otto de Polsenycz, Fridericus magister coquine, Heinricus de Crysc̈holk, Cunradus Hunrich, Hermannus de Nuendorff, nostri milites; Hermannus de Isenberc et quamplures alii fide digni. Datum et actum Dresden anno domini M°. CC°. XC°. IX°, xvj kalendas septembris." *Wilke* l. c. Dipl. CXI p. 141, 42; *Hasche*, UB. Nr. 31 S. 52—55 (unvollständig). Vgl. *Klemm* a. a. O. S. 49, 50; *Lindau* a. a. O. S. 146, 47.

1300, Oct. 23. Die Markgrafen Waldemar und Johann von Brandenburg 11
und der Lausitz sichern der Stadtgemeinde von Dresden Bewahrung und getreulichen Schutz im Genusse ihrer von den Markgrafen Heinrich, Friedrich Tutta und Friedrich „dem Kleinen" erhaltenen, aus Urkunden oder sonst beweisbaren Rechte und insbesondere des **magdeburgischen Rechts** zu:

„Wyr Woldemar vnde Jan von gottitz genaden marggraven von Brandenburc vnde Lusitze tuen kunt allen den, di disen brif gesehn oder heren lezen, daz wir di ersamen luite, di gesworn vnd ander burger gemeine zcu Dressden lassen wellen bi alle

25) *WH.* presentis.

26) §. 3 *Inst.* I, 1; Fr. 10 § 1. *Dig.* I, 1.

27) l. c. villicorum (nr. 1). Vgl. *Tittmann* a. a. O I, 110, 11.

28) „Cyppus, truncus" kann sowohl den Balken und Pfahl zur Einzwängung und Anfesslung der Füsse des Gefangenen (wie *Wilke* und *Hasche* annehmen), als auch gleich dem deutschen Worte „stock" ein Gefängniss (*Zöpfl*, Alterth. I, 55) bedeuten.

29) Fusseisen, Beinschellen; die Anlegung solcher heisst: compedire

30) Das städtische Weichbild (s. *v. Maurer*, Einleit. z. Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadt-Verfassung S. 189. 90) oder die Vorstädte (*Lindau*)?

31) Der Rathsfrohn im Gegensatze zum landesfürstlichen Frohnboten. Vgl. *Tittmann* a. a. O. I, 112 flg.

32) Der in der Umgebung der Stadt begüterte (und lehensässige) Landadel. — Die Hdschr (*W.*) wiederholt hier aus Versehen das „intromittat."

deme rechte vnde ern vnde genaden, di si von alder gehabit han von den edelen vorsten, den alden marcgreven Hinriche von Missne vnde marcgreven Tuten vnde marcgreven Frideriche von Dresten, di si mit brifen vnde mit der wiessene [33]) bewysen mugen, die wolle wir in nicht minern, zundern wir wollen sie meren. Wir wollen si ouch getruwelichen beschyrmen vnd ir schonen, also dz si sich vnser beschyrmunge gentzlichen vrowen mugen. Wenne ouch diezelben burger zw **Meydeburcgschen rechte** zuihen vnde sich dernach halden, zo wollen wir sie lassen vnde behalden, vnde bestetigen sie an deme vorgenanten **Meydeburcgschen rechte**. Daz wir alle disse vorbeschriben ding gancz vnde state halden vnd vnvorwandelt bliben, dez geben wir dissen brif vorsigeltt mit vnsern inseguln. Dez sin gezuge her Friderich der bizchoff von Brandenburc, her Vlrich der greve von Lyndov, her Guntir der grave von Kevirnburc, her Zlocke, her Friezke von Strele, her Luther von Schribstorf, her Henrich von Kockericz, her Burse Gruvilhut, her Seyfrit von Schoninefelt, her Henrich von Nabyrndorf, her Paul von Kopwicz, Henrich von Pannewicz, Henrich von Neundorf, Gottfrit von Gure vnde biderbe luite. Der brif iz gegebn vf deme aldin huse zcu Turgelov [34]) nach gotiz gebuurt tusendt ihar drihundirt ihar an deme nesten sontage nach sente Lucas tage.“ *Hasche*, UB. Nr. 34 S. 57, 58. Vgl. *Klemm* a. a. O. S. 50, 51; *Lindau* a. a. O. S. 149, 50.

Bei dem ersten Blicke auf dieses wichtige Actenstück drängt sich uns die Frage auf: wie sind die darin genannten brandenburgischen Fürsten schon im J. 1300 dazu gekommen, der Stadt Dresden eine Rechtsbestätigung zu ertheilen? Eine bestimmte Antwort darauf zu geben, ist unmöglich. Nur Vermuthungen lassen sich aufstellen, und zwar deren zwei, nämlich:

a) Dresden sei bereits um die Mitte des Jahres 1300 von Böhmen an Brandenburg verpfändet worden. Dass im ersten Drittel des bezeichneten Jahrs König Wenzel II. von Böhmen, welcher seit 1298 als „sacri Romani imperii per terras Misnensem, orientalem et Plisnensem vicarius generalis“ fungirte und in dieser Eigenschaft das Markgrafthum Meissen vom Könige Albrecht I. für 40,000 Mark in Pfandschaft erhalten hatte, sich und seinen Sohn gleichen Namens von dem meissnischen Bischofe Albert mit Stadt und Schloss Dresden belehnen liess, ist eine bekannte Thatsache, und die Urk. v. 19. Apr. 1300 [35]) uns noch erhalten, worin Wenzel bekennt; „civitatis Dresden, castri ibidem cum judicio hominibus ac silva ceterisque pertinentiis ad eam spectantibus . . . investituram . . . prout juris et moris est... episcopo eum investiente per suum capucium de eisdem, adhibitis solempnitatibus aliis in talibus consuetis“, empfangen zu haben. Nach der gewöhnlichen Meinung soll nun 1304 der Böhmenkönig zur Paralysirung der feindseligen Pläne Albrecht's gegen ihn eine Reihe meissnischer Städte an Brandenburg verpfändet haben, worunter Dresden, obgleich es nicht ausdrücklich mitgenannt wird, gewesen sein dürfte. Es liesse sich aber wohl denken, dass dieser Pfandnexus schon vier Jahre früher entstanden und somit die brandenburgischen Markgrafen bereits im J. 1300 vorübergehend Herrn von Dresden geworden seien.

b) Dresden sei um 1300 von dem Markgrafen Friedrich „dem Kleinen“ an das Bisthum Meissen verkauft und durch dieses für 11000 Mark Silbers dem Markgrafen Waldemar von Brandenburg abgetreten worden. Es ist dies die Ansicht der älteren sächsischen Historiographen [*Fabricius*, *Tenzel*], und, wiewohl sich darüber wegen des Feudalverhältnisses Friedrich's zu Böhmen Bedenken erheben liessen, doch nicht geradezu als verwerflich zu bezeichnen, indem sie sogar durch die Urk. v. 3. Apr. 1316 [36]), worin die Markgrafen Waldemar und Johann dem Bischofe Withego II. von Meissen und seinem Gotteshause und Capitel „die statd zu Dreseden mit der manscapht mit gerichte mit der heyde mit dorpheren, ane burge vnd ane veesten, mit allem nutze vnd mit allem rechte, als iz von alder geweset is“, für 1700 Mark brandenburgischen Silbers verpfänden, einigermassen unterstützt wird, da hier die genannten Fürsten ausdrücklich hervorheben, dass sie die Stadt Dresden sammt Zubehör (und ausserdem Tharand und Radeberg) früher „von deme selben achberen gotzhuse zu Mysen... gecoypht vnd vndphangen“ hätten. Uebrigens könnte auch wohl das Ganze auf einen zwischen Friedrich d. Kl. und Walde-

33) Bis zur Gewissheit. Vgl *Homeyer*, Glossar zum Richtsteig S. 552.

34) Schloss und Dorf in Vorpommern an der Uecker.

35) *Cod. dipl. Saxon. reg.* II. 1 Nr. 335 S. 263. Vgl. dazu *Palacky*, Gesch. von Böhmen II, 380.

36) *Cod. dipl. Saxon. reg.* a. a. O. Nr. 362 S. 292, 93.

mar intentirten Schutzvertrag gegen Böhmen hinaus laufen, welchem man von meissnischer Seite die Form einer Besitzeinräumung in Bezug auf Dresden gegeben hatte, wogegen die brandenburgischen Markgrafen den Bürgern der genannten Stadt, welche sie übrigens noch keineswegs als die ihrigen im Privileg bezeichnen, zur Beruhigung die (eventuelle) Zusicherung der Aufrechthaltung ihrer Gerechtsame ertheilt haben.

12 **1302**, Dez. 20. Markgraf Friedrich „der Kleine" von Meissen verspricht den Bürgern von Dresden, sie über die beiden in jedem Jahre von ihnen zu leistenden „petitiones seu contributiones" am Walpurgis- und Michaelisfeste niemals mit weiteren derartigen Auflagen zu beschweren — „ne contra libertatem ipsorum, quam temporibus Henrici, Misnensis et orientalis marchionis, habuisse dignoscuntur, eos ultra debitum videamur aggravare." *Hasche*, UB. Nr. 38 S. 63, 64. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 156.

13 **1303**, März 4. Derselbe ertheilt ferner seinen Bürgern zu Dresden, welche ihm mit 50 Mark Silbers Beihülfe geleistet, die Zusicherung, in Zukunft, so lange er leben werde, von ihnen keine Steuer mehr zu begehren, welche blos auf einzelne Personen und nicht auf die Gemeindeglieder insgesammt gelegt würde — „quod de cetero vita nobis durante nullam singularem et specialem petitionem alicujus pecunie nobis dande in quemcunque ipsorum facere debeamus, sed si ex causis necessariis in ipsos aliquam petitionem pro aliqua pecunie summa nobis danda facere compellimur, illam in omnes communiter et universaliter faciemus, nulla singulari ac speciali pecuniaria petitione in ipsorum aliquem attendenda." *Hasche*, UB. Nr. 39 S. 64, 65.

14 **1308**, Oct. 16. Die Bürger von Dresden vereinbaren „mit ires herrn gunst" (des Markgrafen Friedrich d. Kl.) „irer stadt zu eren vnde ouch zu gut" eine Satzung über den Weinhandel, insbesondere das Gemässe hiebei, über den Bierverkauf, sowie über die Bestrafung der „butner vnd becherer" wegen Anfertigung nicht maasshaltiger Fässer und Becher — „vnd welch butner einem vasse die sarge [37]) abehawe vnd machte es vngerecht, deme sol man den daumen abe hawen" [38]). *Hasche*, UB. Nr. 42 S. 69—72. Vgl. *Klemm* a. a O. S. 53, 54; *Lindau* a. a. O. S. 158, 59.

1309, Jul. 21. Landgraf Friedrich „mit der gebissenen Wange" von Thüringen [39]), Markgraf zu Meissen, bekennt, dass er „den burgermeister [40]), die geswornen burger vnd di stad gemeine zcu Dresden in seinen schirm getruwelich genumen" und ihnen auf den Fall, dass ihre Stadt in Folge unbeerbten Todes seines Vetters, des Markgrafen Friedrich („des Kleinen") von Dresden, an ihn gelangen sollte, nachdem sie ihm auch unter dieser Voraussetzung bereits mit Gutheissung jenes gehuldiget hätten, das Gelöbniss gethan habe: „daz wi sie bi alle deme rechte, bi alle der vriheit, bi alle den eren lazin vnd haldin schullin, di sie von vnseme eltir vatir marcgreven Heinrich, von marcgreven Frideriche Tuten vnd von marcgreven Friderich von Dresden, beidin vnsern vetteren, gehabt habn, vnd di sie mit iren briven bewisin mugin, vnd daz wi mit in, di wile daz marcgreve Friderich ir herre vnd vnser vettere lebt, nicht zcu schaffene schultin habn." *Wilke* l. c. Dipl. CLXVII p. 206, 7; *Hasche*, UB. Nr. 46 S. 77 — 79. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 126, 153, 54. 15

1311, Jun. 26. Markgraf Friedrich d. Kl. von Dresden beurkundet, dass durch Bürgermeister und Geschworne [41]) genannter Stadt gewisse näher bezeichnete Gütereinkünfte in den Dörfern Lockewitz, Proles, Panewitz und Grunebach „pro conservatione edificatione et reparatione lapidei pontis ultra fluvium Albe protensi" käuflich erworben worden seien, und genehmigt, dass jene Ortschaften sammt aller Zubehörung an Gütern, Gefällen („census") und Nutzungen für immerwährende Zeiten „apud dictum pontem proprietatis titulo" verbleiben sollten. *Weck* a. a. O. Urk. lit. T. S. 192, 93; *Schramm* a. a. O. Urk. Nr. VI S. 7 (deutsch Nr. VII S. 8); *Hasche*, UB. Nr. 47 S. 79, 80. Vgl *Lindau* a. a. O. S. 103, 108 flg. 16

1312. Derselbe gibt den dresdner Bür- 17

37) Die Zarge ist der Rand des Fasses über dem Boden.

38) Vielleicht: „die dauben abe hawen" d. i. das Fass zerschlagen? *Hasche*. Gesch. I, 248 Note 2.

39) Landgraf Friedrich („Admorsus, der Gebissene, mit dem Biss", auch „der Freudige") war der Sohn des thüringischen Landgrafen Albrecht „des Unartigen", also ein Enkel Heinrich's des Erlauchten und Neffe Friedrich's des Kleinen. Er starb 1324.

40) Dieser deutsche Amtstitel begegnet hier zum erstenmale, während in lateinischen Urkk. schon viel früher eines „magister consulum" (1301) oder „magister civium" (1303) Erwähnung geschieht.

41) Unter den „jurati" finden sich auch der aus ihrer Mitte gewählte Brückenmeister („magister pontis") und ein vormaliger Münzmeister („Nicolaus quondam magister monete") aufgeführt."

gern das Versprechen, aus keinem Anlasse fremdes Kriegsvolk in ihre Stadt zu derselben Nachtheil und Belästigung rufen und einlegen, vielmehr sie „contra quoslibet eorum invasores et molestatores" nach Kräften schirmen zu wollen. *Hasche*, UB. Nr. 44 S. 75, 76. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 155.

18 **1319**, Sept. Dreizehn Cardinäle verkünden allen denjenigen, welche zur Förderung des Baues der Heilig-Kreuz-Kirche zu Dresden durch Gebet, Vermächtniss oder Schenkung beitragen würden, sowie „ad reparacionem structuram et reformacionem pontis [trans fluvium dictum Albea] manus porrexerint adjutrices, aut qui pium opus reparacionis ipsius pontis verbo vel opere efficaciter promoverint, cum ad communem utilitatem viatorum transeuncium reparacio pontis predicti non solum sit comodosa imo summe necessaria, magnitudine ac impetuositate fluminis predicti ut frequenter naufragia et periclitationem hominum et rerum faciente", einen Ablass, welchem dann Bischof Johannes von Meissen „auctoritate sua dyocesana" die Bestätigung ertheilt. *Weck* a. a. O. Urk. lit. U. S. 194, 95; *Schramm* a. a. O. Urk. Nr. III S. 4, 5 (mit Uebersetzung Nr. IV S. 5, 6).

19 **1319**, Oct. 2. Bischof Heinrich von Naumburg, Graf Heinrich zu Schwarzburg, Burggraf Albrecht von Rochsburg [42]) und Herr Albrecht von Hakeborn vermitteln zwischen dem Markgrafen Friedrich „mit der gebissenen Wange" von Meissen und dem meissnischen Bischofe Withego II. einen Vergleich zur Beilegung verschiedener unter denselben (nach dem am 25. Apr. 1316 erfolgten Tode Friedrich's d. Kl.) entstandener Differenzen, worin nach gegenseitig gegebener Zusicherung beider Parteien, sich künftighin in ihren Rechten nicht weiter beeinträchtigen zu wollen, in Ansehung Dresden's [welches von 1316 bis zum August 1319 Markgraf Waldemar von Brandenburg innegehabt hatte] festgesetzt wird: a) Markgraf Friedrich solle genannte Stadt erhalten, sofern er dem Bischofe die Summe von 1000 Schock grosser Pfennige [43]) in zwei Terminen, nämlich am Dienstage nach Simon Judä 200 und acht Tage vor Weihnachten 800, in Nossen oder Mügeln bezahlen werde; b) inzwischen sei die Stadt dem Bischofe Heinrich von Naumburg zu übergeben, mit der Auflage, sie im Falle der Nichteinhaltung obiger Zahltage wieder an Bischof Withego auszuantworten, so dass dann die Bürger von der dem Markgrafen geleisteten „Hulde" entbunden seien; endlich c) der Letztere solle auch „die burgere von Dresden lasyn bie alle irn ern vnd bie alle irme rechte, alse sie von synen eldern vor gehat habn." Uebrigens findet sich zu Gunsten des Bischofs von Meissen noch die Clausel eingefügt, dass, wenn derselbe durch des Markgrafen, seines Vorgängers oder andere fürstliche Briefe zu beweisen vermöchte, dass man Dresden von den Bischöfen und dem Gotteshause zu Meissen als Lehen besessen habe, auch Friedrich dasselbe sammt Zubehörung von jenem, doch unbeschadet dem Abte von Hersfeld an seinen Rechten, zu Lehen empfangen solle. *Cod. dipl. Saxon. reg.* Hptthl. II Bd. I Nr. 372 S. 303, 4.

Der ganze Inhalt vorstehenden Vergleichs kehrt auch in der Anerkennungs-Urkunde Bischof Withego's von dems. Datum [*Weck* a. a. O. Urk. lit. O. S. 163 flg.; *Hasche*, UB. Nr. 49 S. 82 flg.; *Cod. dipl. Saxon. reg.* a. a. O. Nr. 373 S. 305 flg.] wieder. Schon am 17. Dez. 1319 zeigte aber Withego dem Bischofe Heinrich von Naumburg an, dass Markgraf Friedrich die im Vergleiche stipulirten 1000 Schock grosser Pfennige für Dresden baar und richtig zu Nossen erlegt habe, weswegen Heinrich ersucht wird, nunmehr dem Markgrafen oder seinen Abgeordneten „opidum Dresden" zu übergeben. *Cod. dipl. cit.* a. a. O. Nr. 376 S. 308. Vgl. *Buchholtz*, Versuch einer Gesch. der Churmark Brandenburg Thl. II S. 309; *Lindau* a. a. O. S. 160—63.

1319, Oct. 21. Landgraf Friedrich (m. d. gebiss. Wange) von Thüringen, Markgraf zu Meissen, gibt seinen Bürgern zu Dresden die Versicherung, sie „bi alle dem rechte vnd bi alle den eren zu lassen, das sie von aldere by sinen eldern gehabt haben." *Hasche*, UB. Nr. 59 S. 97, 98. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 162, 63. 20

1328, Mai 9. Landgraf Friedrich „der Ernste" [44]) von Thüringen etc. bekennt ebenfalls und thut kund, dass er seine „getruwen vnd lieben burgere czue Dreseden bie alle deme rechte vnd bie allen den eren lazzen wolle, das sie czue rechte vnd billichen habin schullen vnde von aldere bie sinen elderen gehabt habin." *Wilke* l. c. 21

42) In der Anerkennungsurk. Withego's v. 1319 heisst er „von Aldinburg." Vgl. *Märcker* a. a. O. S. 16, 17.

43) S. g. Dickpfennige (grossi Pragenses, grossi denarii). Vgl. *Gersdorf's* Einleit. z. Cod. dipl. Sax. II, 1 S. xxix, xxx.

44) Er war des vorgenannten Landgrafen Sohn und regierte von 1321 bis 1349.

Dipl. CLXXXX p. 228: *Hasche*, Gesch. Thl. I S. 230. (Extr.)

22 **1328**, Dez. 28. Derselbe vertraut auf Ansuchen des Klosters Seusslitz „hospitale pauperum [45]) in Dresden, quod provisioni dicti conventus hactenus subjacuit, deinceps procurationi magistri consulum et ceterorum virorum consularium [46]) ibidem" an. *Hasche*, UB. Nr. 64 S. 103, 4. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 168, 69.

23 **1329**, Jan. 6. Bürgermeister und geschworene Räthe von Dresden verlautbaren, dass die Aebtissin und der Convent des Klosters Seusslitz alle ihre Rechte am vorgenannten Hospitale gegen Entschädigung durch Zuweisung näher bezeichneter Grundeinkünfte völlig an die Stadt abgetreten haben. *Weck* a. a. O. Urk. lit. W. S. 196—98; *Hasche*, UB. Nr. 65 S. 104—8.

24 **1337**, Apr. 3. Landgraf Friedrich „der Ernste" erklärt, dass er „castrum et opidum Dresden cum universis suis pertinentiis" von der meissner Kirche zu Lehen — „a Wytigone Myzsnensis ecclesiae episcopo nomine ejusdem suae ecclesiae ... in feodum" — genommen habe. *Hasche*, UB. Nr. 70 S. 113, 14 (Extr.); *Cod. dipl. Saxon. reg.* a. a. O. Nr. 421 S. 344.

25 **1338**, Jan. 26. Derselbe erlaubt den Rathsgeschwornen zu Dresden, alle vier Jahre zur Weinlesezeit „ad convivii socialis exercitium, quo calices foecundos exhaurire solent", im dresdner Walde einen Hirsch zu jagen. *Weck* a. a. O. Urk. lit. Tt. S. 472, 73; *Hasche*, UB. Nr. 72 S. 115, 16. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 169 flg.

26 **1343**, Sept. 28. Der dresdner Bürger Nicolaus Münzmeister [47]) beurkundet, dass er den Bürgern und der Stadt zu Dresden verkauft habe: a) „von sinem zcolle, dass alle die, die der stadt rathes vnd rechtes pflegen, keinen zcoll sollen geben", ausgenommen es führte Jemand „frembde gutt"; b) „dass alle das getreide, das man zw markht bringet, keinen zcoll sol geben", wogegen „was man hie kauffet vnnd inn ein ander gerichte füret, oder das hie durchgehet", verzollt werden müsse. *Hasche*, UB. Nr. 74 S. 117, 18.

1345, März 5. Landgraf Friedrich „der Ernste" erlässt zur Schlichtung eines Zwistes des Raths zu Dresden mit den Tuchmachern daselbst, welche letztere keinerlei Verordnungen des ersteren gegen ihre „littera privilegiorum" dulden wollten, an die „pannifices" sowohl wie an die „tota communitas oppidi sui" die Weisung: „ut in his, que super communi sua ac eciam oppidi ejus utilitate consules, qui pro tempore ibidem fuerint, duxerint inantea rite et rationabiliter ordinanda, ipsis se habeant conformare et eorum jussionibus in hac parte intendere ulique et parere." *Hasche*, UB. Nr. 76 S. 120 (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 172, 73. 27

Bis zur Mitte des XIV. Jhdts. hatten sich in Dresden, wie in den übrigen meissnischen Städten die jüdischen Bewohner unter der weisen und milden Gesetzgebung Heinrich's des Erlauchten v. 1265 [48]), durch welche ihnen eine erträgliche bürgerliche Stellung, ein nährender Gewerbsverkehr und ein geordnetes Gemeindeleben mit eigener Synagogen-Gerichtsbarkeit gesichert worden war, des vollständigsten Rechtsschutzes erfreut, und es scheint diese günstige Lage auch in der Regierungsperiode Friedrich's „mit der gebissenen Wange" noch unverändert fortbestanden zu haben, da unter ihm die dresdner Judenschaft nicht nur die landesfürstliche Genehmigung sondern auch eine geräumige Baustätte zur Errichtung eines Bethauses (des s. g. Judenhofs) erhalten hat [49]). Allein das in ganz Thüringen und Sachsen für die Juden verhängnissvoll gewordene Jahr 1348 [50]) erstreckte seine blutigen Gräuel auch auf Dresden, und Friedrich „der Ernste" scheint das Hinschlachten und Ausplündern seiner israelitischen Unterthanen daselbst, wenn auch nicht gerade befohlen, doch wenigstens durch ruhiges Gewährenlassen gleichsam sanctionirt zu haben. Wir lesen nämlich von ihm in einer wider den Bürgermeister Matthias Mohr gerichteten, dem alten Stadtbuche einverleibten Rathsurkunde aus

45) Das s. g. Materni-Hospital war 1315 durch Markgraf Friedrich den Kleinen dem Kloster Seusslitz [s. Note 14] übertragen worden. *Hasche*, UB. Nr. 51 S. 84 flg.

46) Die gewöhnlichen urkundlichen Benennungen der Gemeindebehörde von Dresden im XIV. Jhdt. waren: a) in lateinischen Documenten „jurati" und seit etwa 1324 „consules et jurati", wogegen die Bezeichnung mit „consules" allein selten, die oben im Texte gebrauchte meines Wissens nur einmal begegnet; b) in deutschen Rechtsbriefen „die Geschwornen oder die geschwornen Bürger"; nur hie und da kommt der Ausdruck „Rathsleute" vor.

47) Ueber das angesehene Bürgergeschlecht der „Münzmeister" (Monetarius) s. *Lindau* a. a. O. S. 170 flg.

48) Am besten b. O. *Stobbe*, Die Juden in Deutschland während des MAs. S. 303—7. Vgl. auch K. *Sidori*, Gesch. der Juden in Sachsen (1840) Beil. I S. 140—42 m. Text S. 13—16; *Tittmann* a. a. O. I, 393—97.

49) Vgl. *Sidori* a. a. O. S. 20.

50) Vgl. *Sidori* a. a. O. S. 22.

dem erwähnten kritischen Jahre (b. *Hasche*, UB. Nr. 76ᵇ S. 120, 21): „Noverint universi presentium inspectores, quod anno domini mccexlviij, cum dominus fridericus marchio misn. nobis precepit, quod judeos mactare et bona eorum nobis venditare et congregare deberemus, mathias ethiops existens proconsul hoc modo contra civitatem excessit etc."

28 **1350**, Jun. 8. Landgraf Friedrich „der Strenge" von Thüringen [51]) etc. bestätiget die Bürger seiner Stadt Dresden in ihren hergebrachten Rechten und Ehren. *Hasche*, UB. Nr. 77 S. 121, 22. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 183, 84.

29 **1353**, März 20. Derselbe gestattet den Bürgern zu Dresden, im Stadtgraben vor dem Frauenthore einen Fischteich, zugleich zur Befestigung der Stadt diensam, anzulegen — „piscinam ante valvam beatae virginis civitatis ibidem aedificandam et in munimentum civitatis, prout melius ipsis videbitur expedire" —, behält sich und seinen Erben aber die Fische in den übrigen Stadtgräben vor. *Hasche*, UB. Nr. 80 S. 124. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 184.

30 **1353**, Dez. 26. Derselbe erlaubt „lanificibus et textoribus in Dresden, ut possint facere pannos, cujuscunque voluerint coloris et valoris, et eosdem vendere juxta bonitatem eorundem." *Hasche*, UB. Nr. 79 S. 123. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 173.

31 **1356**. Derselbe und sein Bruder Landgraf Balthasar erklären, von den Bürgern zu Dresden und der Stadt daselbst keine (ausserordentliche) „bete", wie jetzt Behufs der Schuldendeckung erhoben worden sei, künftighin mehr nehmen zu wollen. *Hasche*, UB. Nr. 82 S. 125. (Extr.)

32 **1361**, Jul. 22. Dieselben erweisen den Bürgern von Dresden die Gnade, dass sie das dahin kommende Salz aufkaufen und mit einem Gewinne von 2 Hellern am „stückgen" wieder verkaufen, sowie das „vber die khoste vnd arbeit erubrigte . . . alles an gebew vnd vhestungen der stadt daselbst wenden und legen" mögen, welcher „obgeschriebene saltzkhauff" ihnen auf ewige Zeiten zugesichert wird. *Hasche*, UB. Nr. 83 S. 126, 27. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 186.

33 **1361**, Nov. 2. Landgraf Friedrich „der Strenge" entscheidet die zwischen den „ratesleuten vnd burgeren gemeinlichen zw Dressd" auf der einen Seite und den Wollenwebern allda andererseits gewesene „zwitracht vnd vfflöuffte gutlichen vnd frundlichen" dahin, dass die letzteren Gewand von bestimmten acht Farben „vff die elle schneiden", andersfarbige Tücher aber nur „an dem gantzen stückhe hingeben vnd verkhauffen", auch die bisher gebrauchten „kemme" beibehalten dürften, im Falle unredlichen Verhaltens jedoch vom Rathe „nach der stadt alten gewonheit gewandelt" werden sollten. *Hasche*, UB. Nr. 84 S. 127, 28. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 173, 74.

1368, Apr. 11. Derselbe gestattet nun 34
den Wollenwebern zu Dresden, Tücher von allen Farben „one gemenget vnd gestreifft" auszuschneiden. *Hasche*, UB. Nr. 86 S. 131. Vgl. *Klemm* a. a. O. S. 88.

1392, März 21. Der Rath zu Dresden 35
schliesst mit den pirnaer Bürgern und jenen anderer königlicher Städte ein Uebereinkommen des Inhalts ab, dass sie sich gegenseitig weder auf der Elbe noch zu Land aufhalten und hindern wollten, obgleich ihre Herren Feinde wären, bis dies der König Wenzel oder der Markgraf Wilhelm von Meissen aufsagen und widerrufen würde. *Horn*, Samml. zur histor. Hand-Bibl. von Sachsen Thl. II S. 207 flg. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 199.

1394, Mai 17. Der meissnische Bischof 36
Johannes III. leihet der Markgräfin Elisabeth [52]) zu Meissen „Dresden hus vnde stad [53]) vnde die heide da selbes, Radeberg hus unde stad vnde Grunaw mit allen den rechten eren wirden vryheiden gerichten, obersten vnde nydersten, lehen, geistlichen vnd werltlichen, mit zciusen gulden dinsten beten zcollen geleiten welden holzern puschen fischerigen tichen wesen etc. . . . zcu eyme rechten lipgedinge", worüber der Markgräfin Bruder und Vormund, der Markgraf Jost von Mähren, ihr Schutz und Schirm gewähren soll. *Cod. dipl. Saxon. reg.* a. a. O. Bd. II Nr. 730 S. 262, 63.

1394, Jul. 19. Die „burger vndt 37
schöppen" der Stadt Dresden beurkunden, dass der Bürger Hans Jöckerim daselbst bei der Badestube in der Schreibergasse durch Zuwendung eines Viertelackers „ein ewig

51) Er war der älteste von Friedrich's „des Ernsten" vier Söhnen und regierte bis zur Mutschierung v. 5. Jul. 1379 mit seinen Brüdern Balthasar und Wilhelm gemeinschaftlich.

52) Sie war die Gemahlin Markgraf Wilhelm's I. („des Einäugigen") von Meissen und starb am 20. Nov. 1400.

53) Vorher, 1317, hatte derselben ihr Gemahl „den Rath zu Dresden" zu Leibgedinge verschrieben. [*Horn*, Lebens-Gesch. Friedrich's des Streitb. S. 88.] Es kann dies auch nur von der Stadt als solcher verstanden werden, so dass sich dann die obige Urk. v. 1394 in Ansehung Dresden's lediglich als die lehensherrliche Bestätigung jener Verschreibung darstellt. *Lindau* a. a. O. S. 202, 3.

seel bad" gestiftet habe, welches an jedem Donnerstage in der Woche geöffnet sein solle „allen armen lüten, die den tag durch gott baden wollen, zw einer reinigung." *Hasche*, UB. Nr. 96 S. 144—46. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 196 flg.

38 **1398**, Dez. 18. Dresden, Stadt und Land, betheiligt sich sammt den Städten Meissen und Hayn an einem mit Genehmigung König Wenzel's von den s. g. Sechsstädten der Lausitz auf fünf Jahre errichteten Bündnisse wider Markgraf Wilhelm's zu Meissen „finde flyer vnd argwartter", sowie überhaupt alle, welche in dessen Landen „raub, mord, brand, nome adir dübe begingen." *Weck* a. a. O. Urk. lit. Zz. S. 516—18; *Hasche*, UB. Nr. 102 S. 157 — 60. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 199 flg.

39 **1401**, Jan. 29. Markgraf Wilhelm I. „der Einäugige"[54]) zu Meissen schenkt den Barfüssern [„armen brudern sente francisci ordins"] zu Dresden" das windbrüchige dürre Holz auf der Stadtheide, soviel sie davon bedürfen, ferner acht Pfunde Wachs von dem daselbst gewonnenen Honige, fünfzig Schock Groschen „czu irem gebuwe", endlich vier Schock „geldis ierlicher gulde von siner iarrente czu Dresden, die im sine burgere daselbis von irem rathuss ierlichin reichin", gegen die Verpflichtung der Mönche, in jedem Jahre zwölf „selmessin" für seine Eltern, seine Gemahlin und dereinst, wenn er selbst gestorben sein werde, für ihn zu singen und zu lesen. *Hasche*, UB. Nr. 104 S. 163—66.

40 **1403**, Dez. 21. Derselbe thut kund, dass er in Anbetracht der Treue und Willfährigkeit seiner Unterthanen zu Alt-Dresden [der jetzigen Neustadt] denselben bürgerliche Gerechtsame verliehen, ihren Flecken zu einem Weichbilde mit Handels- und Gewerksbefugnissen sowie einem Wochenmarkte erhoben, und sich allda nur die Gerichte vorbehalten habe, wobei noch besonders verordnet wird, dass alle künftig zu bauenden Wohnhäuser Ziegeldächer erhalten sollen:

„In dem namen gots amen czu eynem ewigen gedechtnis. Wenn wir von angeborn güte vnd mildikeit vnser eldern vnd vorfarn tegelich daruff trachten vnd synnen sollen, daz die vnsern, welches wesins die syn, fride vnd gemach bie vnsern zceyten gehaben vnd sich gebessern mügen, darumb wir Wilhelm, von gotis gnaden marggraffe zcu Miessen, lantgraffe in Doringen vnd pfaltzgraffe zcu Sachsen, bekennen vor vns, vnser erben vnd nachkomen vnd tun kundt offentlichen mit diesem brieffe allen den, die yn sehen ader haren lesen, daz wir haben angesehen grossen fliess, mergliche truwe vnd gutten willen vnser armen lute zcu Alden-Dresden, also daz sich die vns vnd vnser herschafft zcu eren vnd zcu fromen vnd zcu narunge vnd zcu besserunge stellen vnd vff besserunge sere dencken, von derwegen wir denselbin vnsern liben getruwen zcu Alden-Dresden burgerrecht gegeben vnd den fleg in zcu eynem wigbilde [55]) vsgesatzt, getirmet[56]) vnd gemacht habenn, in solcher masze, daz dasselbe Alden-Dresden furbaz meher ewiglichen ein wigbilde heissen vnd bliben sall, darinne man kauffen vnd verkauffen vnd allerley kauffmanschatz vnd handelunge triben vnd vben sall vnd mag mit bruwen, backen, wein bier vnd mete zcu schencken, allerleye hantwergk vnd innunge bie yn zcu haben vnd der zcu gebruchen in allermasze, als in andern vnsern stetin vnd wigbilden gewonlich ist; sundern fremde bier sollen sie andirs da nicht schencken, denne in der vasten vnd ober den advent, vnd sust ober ihar sollen sie kein bier da schencken, sie habens denne selber da gebruwen ader kauffens in der stadt zcu Dresden. Sunderlichen habin wir yn gegeben vnd bestetiget eynen fryen margtag allewochelich vff den fritagk bie yn zcu haben, da man fleisch broth vnd alle andir kauffmanschatz, welcherleye die ist, fry habin kauffen vnd verkauffen sall vnd mag ane hinderniss, vnd geben vnd bestetigen yn die obingenante wigbilde recht fryheit vnd gewonheit von vnser fürstlichen gewalt fürbasz mer ewiglichen da zcu haben vnd der zcu gebruchen in allermasze, als obin geschrieben stehit, gnediglichen mit desem briffe, also daz wir vnss, vnsen erben vnd nachkomen vnser gerichte, obirst vnd nydirst, ledeglichen da behalden vnvorgebin. Wer ouch daselbist zcu Alden Dresden buwen wil, der sall sich daruff richten, daz er das wonhus mit sparren vnd latten so buwete vnd mache, daz man das mit zcigele gedecken moge. Des zcu orkunde haben wir vnser fürstliche insigel wissentlich an dessen briff lassen hengen. Hy bie sind gewest vnd sind geczüge die edeln vnd gestrengen er Heinrich burgraffe zcu Miessen, herre zcu

54) Wilhelm I. („der Aeltere" oder „Einäugige") hatte in der Mutschierung v. 1379 [Note 51] und Theilung v. 1382 die Markgrafschaft Meissen erhalten und bis 1407 regiert.

55) In einer Urk. v. 1420 [*Hasche*, UB. Nr. 127 S. 212 flg.] heisst Alt-Dresden ein „stetichen."

56) „Tirmen", transmutare. *Haltaus*, Glossar. col. 1786, 87.

Hartensteyn; er Albrecht burcgraffe von Lissenig zcu Penig, er Anary vnd er Heinerich von Waldenberg, herren zcu Wolckensteyn; er Offe von Sliwin, er Hugolt von Slinitz, er Heinerich von Witzleuben, Tietzeman von Grunrode, Jan von Slinitz, Gunther von Bünaw vnd ander lute genug, den wol ist zcu gelouben. Gegeben zcu Miessen nach gotis geburte vierzehin hundert jare vnd darnach in dem dritten jare an sente Thomas tage des heiligen zcwölff boten." *Weck* a. a. O. Urk. lit. Uu S. 473, 74; Chr. Gttl. *Schwarzii* Memoria priscorum Comitum et Burggraviorum Leisnicensium, Lips. 1730 fol. Mantiss. dipl. Nr. XLVII col. 218, 19 [auch b. *Mencken*, Scriptt. rerum Germ. Tom. III p. 1050]; *Hasche*, UB. Nr. 106 S. 169—71. Vgl. *Limmer* a. a. O. S. 268, 269; *Lindau* a. a. O. S. 211 flg. 264.

41 **1408**, Oct. 6. Die Landgrafen Friedrich „der Streitbare", Wilhelm II. und Friedrich „der Friedfertige" [57]) — „gebrudere vnd gevettere" — von Thüringen etc. bestätigen den dresdner Bürgern Bussmann, Buling, Hertel, Münzmeister und Uhlemann ihre unter Landgraf Wilhelm I. zu Lehen empfangenen Grundzinsen und Güter. *Horn*, Lebens-Gesch. Friedrich's des Streitbaren, Haupt-Samml. derer Urkk. Nr. 135 S. 745, 46; *Hasche*, UB. Nr. 108 S. 174—78. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 215 flg.

42 **1410**, Aug. 29. Landgraf Friedrich „der Jüngere oder Friedfertige" von Thüringen confirmirt seiner Stadt Dresden nach empfangener Huldigung ihre gesammten Rechte und Freiheiten. (R.) *Lindau* a. a. O. S. 217.

43 **1412**, Jan. 26. Derselbe überlässt dem Bürgermeister und den Rathleuten zu Dresden seine „stadtgerichte in der stad vnd vor der stad, alzo verre die graben vnd zune gehen vnd wenden, vnd vff die brucken bis an die cappellin daruff gelegin", mit Ausnahme der Halsgerichte — auf drei Jahre vom nächsten St. Gallustage an gerechnet für 28 Schock neuer schildiger Groschen, mit der Auflage, dass der Rath „daselbe stadtgerichte redelichen vnd ordenlichen halden vorstên" und die landgräflichen Unterthanen „nicht besweren sulle mit vnrecht in keyne weiss." *Schramm* a. a. O. Urk. Nr. XVI S. 13; *Hasche*, UB. Nr. 111 S. 180, 81. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 222 flg.

1412, März 3. Derselbe schlichtet „eine zweytracht vnd schelunge" zwischen Nikolaus von Gorwitz zu Struppen und dem Rathe sammt Brückenmeister zu Dresden, betreffend den bei Struppen gelegenen Steinberg und Steinbruch, dessen vollständige Benützung für das Gotteshaus zum heiligen Kreuze und die Elbe-Brücke in Dresden nebst dem Rechte, an dem genannten Berge Holz „zu nemen vnd hawen zu lassen", dem Rathe gegen einen an Gorwitz jährlich zu zahlenden Erbzins von 24 Groschen zugesprochen wird. *Weck* a. a. O. Urk. lit. Ww. S. 475, 76; *Schramm* a. a. O. Urk. Nr. II S. 3, 4; *Hasche*, UB. Nr. 116 S. 192—94. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 228. 44

1412, Jul. 26. Derselbe überweist an „burgermeister ratleute vnd burgere gemeynlichen zcu Dresden" für eine von denselben ihm vorgeliehene „summe geldts houptgeldis" sammt Zinsen die Einnahme „an sinen rechten stad jarerenten vnd andern czinssn, die er jerlichen bye yn hat vnd sie im vorfallen werden, alzo lange, daz sie solicher summen houptgeldis vnd czinse, also vorgerurt ist, genczlichen wider beczalt sin." *Hasche*, UB. Nr. 114 S. 189, 90 m. *Lindau* a. a. O. S. 224. 45

1418, Dez. 20. Derselbe verleiht das Stadtgericht zu Dresden dem Bürgermeister und den Rathleuten daselbst auf weitere drei Jahre unter den früheren Bedingungen [nr. 43], sich jedoch den völlig freien Widerruf vorbehaltend [58]). (R.) *Lindau* a. a. O. S. 223. 46

1425, Sept. 30. Derselbe weist seinem Landvogte Busse Vizthum, dessen Erben „ader wer diesen brieff mit syme guden willen vnd wissen innehat" [59]), für eine Forderung des Erstgenannten zu 110 Schock neuer Groschen freiberger Münze bis zur Deckung 10 Schock neuer Groschen „an syner rechten jarrente syner stad dressden alle iar ierlichen vff sente Michaelstag vffzcuheben vnd inczunemen" an. *Hasche*, UB. Nr. 130 S. 217—19. 47

1432, Dez. 11. Derselbe überträgt das „spitel vor siner stadt Dressden an der Elbe gelegen", welches „von brandes vnd verterpnisse wegen der verdampten ketzere verbrant vnd in den grund verterbt ist, vnd nu in das dritte jar solliche verterpnisses halben wuste vnd vngebawet gelegen hat", sowie auch das „bruckenampt von we- 48

57) Von diesen drei Fürsten, den Nachfolgern des kinderlos verstorbenen Landgrafen Wilhelm I., sind die beiden erstgenannten die Söhne Friedrich's des Strengen [Note 51], der dritte und letzte der Sohn des Landgrafen Balthasar († 1406, s. nr. 31) gewesen. Im Theilungsvertrage v. 1410 (*Horn* a. a. O. Nr. 145 S. 755 flg.) fiel Dresden auf Friedrich „den Friedfertigen."

58) Wiederholt: 1425, 1435, 1439. *Lindau* a. a. O. S. 256.

59) Ueber die rechtliche Bedeutung dieses Beisatzes s. *Duncker* in der Ztschr. f. dtsch. Recht V, 32—85.

gen der kirchen des heiligen Crucis", nachdem auch dieses „grossen verderplichen schaden an den gewolben der brucken, die von oberiges grossen gewessers wegen ingefallen sind, genomen hat", da ohne des Raths und der Stadt Beihülfe die erforderlichen Baukosten nicht aufgebracht werden könnten, der letzteren auf zehn Jahre mit der Auflage, „spitel vnd brucken zcu buwen vnd vffzcubrengen, spittelmeister vnd bruckenmeister die zceit daruber zcu setzen vnd zcu entsetzen, vnd die mit allen redelichen sachen nach dem besten zcu vorwesen vnd zcu bestellen"; doch ohne dass hiedurch dem Landesherrn und seinen Erben an den „dinsten, die sie bisher daran haben", irgend ein Eintrag geschehe. *Hasche*, UB. Nr. 132 S. 221, 22. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 246 flg.

In diese Zeit fällt die Erneuerung der sächsisch-hessischen Erbverbrüderung v. 1373. In Folge hievon gab im J. 1431 Landgraf Ludwig von Hessen der Stadt Dresden, welche ihm auf Geheiss ihrer Landesherrschaft „eine rechte Erbhuldung gethan hat", in einem Reverse die Zusicherung, auf den Fall, dass sie an ihn oder an seine Erben kommen würde, sie bei allen ihren Rechten, Ehren, Würden, Gewohnheiten etc. belassen und getreulich schirmen zu wollen. Bald darauf, 1433, veräusserte Landgraf Friedrich „der Friedfertige" seinen Antheil an der Markgrafschaft Meissen, damit also auch Dresden, an die Söhne seines Bruders Friedrich „des Streitbaren": Friedrich, Wilhelm, Heinrich und Siegmund, welche erst nach dem Tode Heinrich's (1435) zu der am 1. Jan. 1436 vollzogenen s. g. altenburger Theilung schritten. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 253, 257.

49 **1434**, Oct. 19. Die herzoglichen Brüder Friedrich „der Gütige" und Siegmund von Sachsen erlauben ihrer Stadt Dresden, „von dato dieses briefes ein ganz jar inn itzlicher wochen einen tagk, der inen am bequemsten ist, einen freyen margkt zu halten." *Hasche*, UB. Nr. 139 S. 240. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 255.

50 **1436**, Nov. 18. Herzog Friedrich „der Gütige" entbindet seine Bürger von Dresden auf Vorstellung des Rathes allda von der Entrichtung eines Lehngeldes an die fürstlichen Amtleute bei Käufen und Verkäufen von Lehngütern, mit der Bestimmung, dass es im übrigen mit den Lehngütern nach dem Herkommen gehalten werden solle. *Hasche*, UB. Nr. 139ᵇ S. 241. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 259.

51 **1440**, Mai 21. Die Herzoge Friedrich „der Gütige" und Wilhelm III. „der Tapfere"[60]) von Sachsen etc. verkünden einen zwischen den Bürgern der Stadt Dresden und jenen von Alt-Dresden zu Stande gekommenen Vergleich über die Ausschenkung fremder, besonders böhmischer Weine und Biere [61]). *Hasche*, UB. Nr. 141 S. 243, 44. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 264.

1444, Nov. 19. Herzog Friedrich 52
überlässt „für sich vnd wegen seines bruders Wilhelm" ebenfalls [nr. 43, 46] auf drei Jahre dem dresdner Rathe gegen ein Jahrreichniss von 36 Schock neuer Schildgroschen das Stadtgericht „inn der stadt bis an den mulgraben, denselben graben abe biss an die Elbe, vnd also weith die graben vmb die vorstadt mit festunge begriffen haben, vnd vff die brucke biss an die capelle daruff gelegen", jedoch wieder „aussgeschlossen sin halssgerichte." *Hasche*, UB. Nr. 144 S. 246, 47. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 270.

1449, Apr. 16. Herzog Friedrich 53
erneuert und bestätigt seinen „liben getruwen burgermeister ratmannen vnd gemeine zcu alden Dresden" auf deren Ansuchen das in einer „gloubwirdigen copien" vorgelegte Privileg Markgraf Wilhelm's I. v. 1403 [nr. 40] „mit allen vnd iglichen gnaden, friheiten, gewonheiten, dorinne vermeldet, vnd sust allem syme ynnhalt". *Hasche* UB. Nr. 148 S. 255, 56. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 285.

1450, Dez. 21. Derselbe gebietet dem 54
Rathe zu Dresden, durch Erlass einer „ordnunge" an die Bürger dafür zu sorgen, „das sich menniglich in seynen huse vff eyn jar koste fur sich vnd sein gesinde richte", sowie auch selbst die Anschaffung von „getreide, korn vnd haffern", desgleichen von „buchsen, pulver, steyne, armbroste, *pfyle* vnd ander notturftige wehre" zu übernehmen, endlich die Stadt mit „muren, thormen, zwingern, graben vnd bollewergk" zu befestigen. *Hasche*, UB. Nr. 150 S. 259. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 283.

1455, Jun. 16. Derselbe gestattet den 55
dresdner Bürgern, auf ihrer Viehweide eine Anzahl „bezwnter" d. i. mit Holzplanken von bestimmter Höhe umfriedeter Gärten zu ha-

60) Die beiden Brüder regierten nach Friedrich's „des Friedfertigen" Tod [1440] ihre Gesammtlande wieder fünf Jahre lang gemeinschaftlich, worauf die unselige zweite altenburger Theilung v. 1445 (Sept. 10) erfolgte.

61) Eine spätere Rathsverordnung v. 1468 bestimmte sogar, dass Niemand, er sitze im Rathe oder nicht, fremdes, z. B. freiberger Bier, in seinem Hauskeller einlegen dürfe. *Lindau* a. a. O. S. 266.

ben. *Hasche*, UB. Nr. 154 S. 264. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 291 Note ***).

56 **1455**, Sept. 17. Derselbe gewährt seiner Stadt Dresden auf Bitten ihres Rathes „eyne nyderlage . . . an zufürung saltzs, fische, heringe, honings vnd . . . alles kouffmanschatzs, der in das land zu Beheim hinfürder gehen vnd gefurt sal werden, . . . mit gewonheiten, frieheiten vnd gerechtikeiten, also niderlagen . . . haben sollen", indem er näher bestimmend hinzufügt, wie bei Ausübung dieses Stapelrechts, namentlich in Ansehung des „trugen kouffmanschatzs" d. i. trockner Versandwaaren, die durch Ab- und Aufladen Schaden nehmen könnten, zu verfahren sei. Ueberhaupt sollten die Dresdner hiebei sich keinerlei unziemliche „beswerung oder verkortzunge" zu Schulden kommen lassen, und das Privileg der Landesherrschaft an ihren „gerichten, gerechtikeiten, friheiten, gewonheiten, renten, zcinsen, zcöllen vnd gülden keinen schaden brengen noch fügen." *Weck* a. a. O. Urk. lit. A. S. 20—22; *Lünig*, RArchiv Thl. VIII S. 234, 35 Nr. XXXVII; *Seyfert* l. c. p. 28 — 30; *Hasche*, UB. Nr. 146 S. 248—51. Dazu vgl. *Seyfert* l. c. §. IX p. 25 sq. und *Lindau* a. a. O. S. 270, 295—97.

Spuren von einer von Dresden bezüglich der nach Pirna gehenden und von dort herkommenden Frachtschiffe ausgeübten „exoneratio navium quae vulgariter niderlage dicitur" enthält bereits der Vergleichs-Recess zwischen Bischof Withego I. von Meissen und Markgraf Friedrich „dem Kleinen" v. 1292 [62]). Das vorstehende Privileg beruhte jedoch unmittelbar auf einem Gnadenbriefe König Friedrich's III. v. 28. Apr. 1443, worin dieser den herzoglichen Brüdern von Sachsen Friedrich „dem Gütigen" und Wilhelm III. gestattet, „dass sy in irer stete einer, zu Dresden oder zum Hayn vber Elbe, weliche vnder den zwaien steten in am beqwemlichsten darczu sein wirdet, ein gewondliche nyderlage aller kaufmanschacz legen vnd machn mogn . . . mit allen rechten frihaiten nuczen vnd allen loblichen gewonheiten, als dan gewondlichen vnd ander nyderlage recht vnd herkomen ist." *Weck* a. a. O. Urk. lit. B. S. 22, 23; *Seyfert* l. c. p. 27, 28; *Hasche*, UB. Nr. 145 S. 247, 48; *Chmel*, Reg. Frid. S. 145 nr. 1420.

57 **1455**, Oct. 1. Herzog Friedrich „der Gütige" von Sachsen theilt dem dresdner Rathe mit, dass er „die niderlage, so vormals zu Brix [63]) gewest, in sine stat zu Dresden gelegt vnd gesatzet" habe, worüber er der Bürgerschaft daselbst auf Ersuchen „bestetigungsbriefe" geben werde. *Seyfert* l. c. p. 30, 31; *Hasche*, UB. Nr. 163 S. 283.

58 **1459**, Apr. 25. Derselbe erkennt im s. g. egerer Vertrage u. a. „die Lehnsobrigkeit" Böhmen's über den Brückenzoll in der Stadt Dresden an. (R.) *Lindau* a. a. O. S. 281 m. S. 43, 111.

59 **1460**, Jan. 13. Derselbe verfügt auf Vorstellung des Raths zu Dresden, dass die Förster daselbst — zunächst Hans Kartagck, welcher zugleich Brückenmeister war — „wein met noch bir von frembden steten vnd ortin nicht schencken, sunder bir, das man czue Dresden inn der stadt prowet", und dass auch „die prister vnd andere, die frye höfe [64]) haben, kein frembde bire ghen Dresden furen noch schencken lassen" sollen, indem es nur dem Rathe zustehe, fremde Biere einzuführen und im „gemein stadtkeller" auszuschenken. *Hasche*, UB. Nr. 167 S. 288, 89. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 264, 65.

60 **1462**, Nov. 4. Derselbe gewährt dem Rathe und der ganzen Gemeinde seiner Stadt Dresden für ewige Zeiten die Abhaltung eines „fleisch freymarckhts . . . vff die sonnabendt wöchentlich." *Hasche*, UB. Nr. 168 S. 289 — 91. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 298 flg.

61 **1463**, Sept. 18. Derselbe befiehlt dem Rathe zu Dresden, er möge „ein gemein gebot tun", dass Niemand in der Stadt ausländische, d. h. ausserhalb des Landes und Fürstenthums gewachsene, Weine zwischen dem obengenannten Tage und der Woche nach Weihnachten schenken oder schenken lassen solle. *Hasche*, UB. Nr. 170 S. 292, 93.

62 **1463**, Dez. 2. Derselbe erlaubt aber wegen des in den letzten Jahren gewesenen „misswachses am weine" dem Rathe zu Dresden, wenn es an Wein fehlen würde,

62) Bei *Seyfert* l. c. p. 24, 25. Vgl. auch die oben in Note 21 all. Lehens-Revers-Urk. Friedrich's „des Kleinen" v. 1292: „Preterea si quid questionis sive actionis inter dictum dominum episcopum [Withegonem] et nos de Pyrne ascensu et descensu navium per albeam, thelonio, exoneratione navium sive curruum vel quocunque modo fiat, que vulgariter nidirlage dicitur, liberaliter et simpliciter renunciavimus et renunciamus."

63) Brüx in Böhmen, durch König Sigismund an Friedrich „den Streitbaren" verpfändet. S. oben S. 424—26.

64) Es sind die „Herrnhöfe" der Urk. nr. 4, auch „Freihäuser" geheissen, über deren Vorrechte (Befreiung von „geschoss vnd aller andern stadtpflicht") eine Urk. v. 1452 b. *Hasche*, UB. Nr. 151 S. 259, 60 Aufschluss gibt.

das folgende Jahr (1464) hindurch „etlich frembde weine, wie in das allerbequemste düncket, bey im zu haben vnd zu bringen, vnd die (vmb) einen gleichen pfennnig den gasten vnd einwonern zu verschenken" [65]). *Hasche*, UB. Nr. 170ᵇ S. 293, 94.

63 **1465**, Febr. 26. Herzog [Kurfürst] Ernst von Sachsen und dessen Bruder Albrecht „der Beherzte" [66]) bestätigen ihrer Stadt Alt-Dresden, nachdem ihnen dieselbe „eyn erbholdunge getan", auf ihre Bitte alle von den früheren Landesherrn herrührenden, beziehungsweise anerkannten „privilegia rechte fryheitte gewonheyte begnadunge vnde vurschribunge", mit der Zusage, die Bürger, „ir erbin vnd nochkomen dobey hanthaben, schützen vnde von allermeniglich vnbeswert vnde vnverbrochen behalden" zu wollen. *Hasche*, UB. Nr. 172 S. 297, 98.

64 **1466**, Apr. 17. Dieselben versprechen dem Bürgermeister und den Rathsleuten zu Dresden, welche ihnen auf Verlangen 1000 Gulden rheinisch „hinder iren hantwergkern vnd gemeinen" vorgeliehen hatten, sie, „ob sie vor denselben iren handtwergkern vnd gemeine daruber angelanget oder beredet wurden", deshalb „gnediglich verteidigen vnd geyn yn handhaben", sowie „in derselben irer stadt Dresden hinförder einen vollstendigen vnd mechtigen rat haben" zu wollen [67]). *Hasche*, UB. Nr. 175 S. 301. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 287 Note *).

65 **1470**, Jan. 5. [**Rathswahl-Ordnung**.] Dieselben erlassen für ihre Stadt Dresden, „damit die Dinge aller zu besserm Wesen kämen und der zukünftige Schade verwehrt", auch ferner „Sperrung, Zwietracht und Gebrechen [68]) aufgehebt weggelegt und bericht" würden, eine neue Ordnung, wie man den Rath daselbst jährlich wählen und erkiesen solle, darin festsetzend: „es sollten drei Räthe bestehen, jeder die-„ser drei Räthe sollte ein Jahr verwalten, „und dann zwei Jahre von der Verwaltung „ruhen; der erste Rath [69]) zunächst den „zweiten, der zweite den dritten wählen, eben-„so dann der jedesmal verwaltende Rath die „etwa entstandenen Lücken bei der Abtheil-„ung, die ihm im nächsten Jahre folgt, nach „Abgang einzelner Mitglieder, durch Wahl „erfüllen. Ausser den für ihre Lebenszeit „zu wählenden Mitgliedern, sollten mehrere „Männer aus der Gemeinde zu Beisitzern „(Schöppen), jedoch nur auf ein Jahr ge-„wählt werden. Jede neu eintretende Abtheil-„ung des Raths hatte sich bei der zuletzt „verwaltenden durch zwei dazu aus ihrer „Mitte Erwählte nach der Lage der Angele-„genheiten zu erkundigen, jedoch war jede „Abtheilung frei und unabhängig von der „anderen während der Verwaltung, und es „konnte die verwaltende Abtheilung von den „zwei übrigen als von den „weisesten" der „Stadt dann, wenn sonderliche schwere und „merkliche Stücke vorfielen, sich die Mein-„ung erbitten, ohne Verbindlichkeit solche „zu befolgen. Ebenso wurden drei Richter „gekoren, welche einander abwechselten: „das erste Jahr ein Richter aus der Gemeinde, „dann stets einer aus der nächst verwalten-„den Abtheilung." [Bis auf den Eingang ungedruckt.] Inhalts-Darstellung bei F. A. *v. Langenn*, Herzog Albrecht der Beherzte (Leipz. 1838. 8⁰.) S. 366, 67. Vgl. auch *Lindau* a. a. O. S. 321 flg.

1471, Dez. 19. Dieselben bestimmen 66
in Beziehung auf die vorstehende Rathswahl-Ordnung für ihre Stadt Dresden, dass künftighin „nicht mer denn zweene handtwerger in einem rhat [nämlich in einer der drei Rathsabtheilungen, also sechs im Rathe überhaupt] siczen vnd seyn sollen" [70]). (R.) *Hasche*, Gesch. Thl. II S. 53, 54; *Lindau* a. a. O. S. 322.

1472, Febr. 23. Dieselben erlauben ih- 67
rer Stadt Dresden die Erhebung eines Groschen- und Pfennigzolles von allen Lastwagen zum Unterhalte der Stein- und anderen

65) Ueber einen wichtigen landesfürstlichen Erlass an den dresdner Rath aus diesem Jahre, Massregeln gegen die Ausbreitung der Pest in der Stadt (z. B. Nichtaufnahme „fremder Schüler") betreffend s. *Lindau* a. a. O. S. 284.

66) Sie waren Friedrich's „des Gütigen" Söhne und regierten von 1464 bis 1485 (eigentlich nur 1484) gemeinschaftlich.

67) In diese Zeit (1467) fällt die Gründung einer Apotheke in Dresden, deren späterer Besitzer, „der wolgelarte Laurentius Montzer, in freien Künsten Meister", vom Herzoge Georg von Sachsen 1493 ein höchst bemerkenswerthes, z. B. auch Befreiung von Geschoss, Zins und anderen Bürgerpflichten zusicherndes Privileg empfing. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 355—58.

68) Der Grund dieser war hauptsächlich in dem Uebergewichte gelegen, welches bereits, wie z. B. aus nr. 64 hervorgeht, der Handwerkerstand im Gemeindewesen erlangt hatte.

69) Seine Wahl betreffend, heisst es in der RWO.: „Zum ersten sol es mit der küre dess rhats also gehalten werden. der rhat, der diss jar gesessen hat, sol eintrechtiglich oder nach der meisten stimme zur regierunge zehen redliche manne vnd vnder denen einen zum burgermeister, zwey cämmerer, zwey scheffen etc. kiesen, noch den eyden, domitte sie vns verpflichtet sind." [*Hasche*, Gesch. II, 50 Note 1.]

70) Ein Rathseides - Formular („jusjurandum Consulum") a. d. XV. Jhdt. theilt *Hasche*, UB. S. 257 mit.

Wege. *Hasche*, UB. Nr. 178 S. 306. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 322, 23.

68 **1472**, Dez. 18. Dieselben bestätigen dem Handwerke der Leinweber zu Dresden auf dessen Ansuchen die von demselben mit Wissen und Consens von Rath und Bürgerschaft vereinbarte „nawe innunge", deren Inhalt sich vorzüglich auf die Vorbedingungen der Aufnahme in das Handwerk (z. B. Beibringung von „redelich briff vnnd beweisung . . . das er von fromen erlichen eldern deutzscher zcungen vnnd guts lewmundes eelichen geboren vnnd selbss vnvorleumbt . . . ouch das er nicht scheffers artt sey") und das zu entrichtende „lere geld"; das s.g. Meilenrecht; die Qualität und Breite der zu liefernden Tücher; die Reichnisse der „knapen"; die Beerdigung von Gewerksgliedern; den Garnverkauf; die Rügebefugniss der „tzechmeister" der Innung; die Entfremdung aufgedungenen Gesindes; die Excesse bei den Morgensprachen und Biergelagen; die Beihülfe des Raths zur Eintreibung der „bruche, wandel vnd bussen", wenn ein schuldiger Gewerksgenosse die Zahlung verweigern sollte; endlich die Fortführung eines Geschäfts durch die Wittwe — „wer es ouch sache, das ein meister todishalben abginge, so mag sin gelassen frawe das hantwerg mit gesellin tribenn, hat sie es anders zcu vorlegen" — bezieht [71]). *Hasche*, UB. Nr. 182 S. 311—17. Vgl. *v. Langenn* a. a. O. S. 361 flg.; *Lindau* a. a. O. S. 324—27.

69 **1474**, März 30. Die drei Räthe in Dresden „beschliessen eintrechtigklichen vnd sind dess eins worden: wer inn der stadt von steinen am tage vnd angesichte [72]) bawen will, dem soll die stadt den kalck dess dritten teils geben. Desgleichen wer inn der stadt vf steinern mawer mit ziegell (decken) oder ein alt schindel dach abebrechen vnnd wieder mit ziegell decken will, der soll ouch das dritteteil ziegell vonn der stadt haben, sofern die stadt den kalck vnd ziegell selbst hat." *Hasche*, Gesch. Thl. II S. 58. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 320.

70 **1474**, Aug. 17. Dieselben vereinbaren ferner unter sich ein Statut, „dass hinförder das heergerethe an harnisch bey dem hause bleiben vnd daruf geschrieben, vnd nicht vffs rathauss genomen noch auss der stadt gegeben werden" solle [73]). *Hasche*, UB. S. 321, 22.

1476, Jul. 1. Herzog (Kurfürst) Ernst 71
von Sachsen — zugleich im Namen seines Bruders Albrecht handelnd — ertheilt den Augustinern zu Alt-Dresden die Befugniss, das fliessende Zschorwasser durch eine Wasserleitung ihrem Kloster nutzbar zu machen. *Hasche*, UB. Nr. 184ᵇ S. 326—28 m. *Lindau* a. a. O. S. 288.

1481, Dez. 27. Die beiden genannten 72
herzoglichen Brüder Ernst und Albrecht von Sachsen geben den Bürgern und Meistern des [1475 als Zunft bestätigten [74])] „sneyder hantwercks" in der „stat" zu Alt-Dresden auf Ansuchen „eine innung morgensproche vnd ordenung". Der Inhalt des weitläufigen Statuts betrifft: die Eigenschaften der in die Zunft Aufzunehmenden und die Eintrittsgebühr; den Erwerb des Meisterrechts; die Wahl und das s. g. Zeichen [75]) der Zechmeister; die Zahl der einem Meister erlaubten „snyderknechte" und „jungenn"; das Verhalten bei „gemeynem bier" und bei Morgensprachen; das Verbot des Ausmiethens eines Meisters aus der Herberge durch einen anderen Meister sowie des „entspenens" (Wegdingens) von Gesellen; die Strafe desjenigen, welcher eine ihm auferlegte Busse nicht bezahlen will; die Unstatthaftigkeit des Zusammenarbeitens und Zusammenwohnens zweier Meister in einem Hause, desgleichen des Annehmens von Kleidern zur Arbeit, „doran man mass ader kreyde findet, bey vorlisung des lons davon"; die Quatembergelder der Meister; den Uebergang des Meisterrechts vom Vater auf den Sohn — „eines iglichen meisters son sal sin meisterrecht von synem vater haben vnd nichts dorumb den meistern geben" —; die Schuldsachen der Gewerksglieder; die Einheirathung in das Meisterrecht — „ouch wu ein from sneyderknecht eyns meisters tochter mit willen irer eldern, ab sie die het, zu eelichin weibe nympt, der sal dem hantwercke xij groschen vnd ij pfunt wachs vor das meisterrecht gebenn" —; die Begräbnisse verstorbener Meister oder ihrer Familien-Angehörigen; die Arbeitgebung von Seite eines Meisters an Nicht-Meister; die Ausüb-

71) Für die Wollentuchmacher erschien in demselben Jahre eine Verordnung, worin die Untersuchung und Stempelung ihrer Gewerbsproducte durch die Innungs-Aeltesten anbefohlen wird. *Lindau* a. a. O. S. 323 Note **).

72) D. i. „nach der Vorderseite hin." (*Lindau*.)

73) In dasselbe Jahr fällt ein neuerlicher kurfürstl. Erlass an den dresdner Stadtrath wegen der wieder aufgetretenen „plage" der Pest („des sterbens wegen"). *Lindau* a. a. O. S. 335.

74) *Hasche*, Gesch. II, 59.

75) Das „zceichen" wird „vs- vnd vmbgesant", um die Innungsglieder zu Versammlungen und Feierlichkeiten (z. B. Beerdigungen) einzuladen.

ung der Meistergerechtigkeit ausserhalb der Stadt; endlich die Bewahrung der von den Meistern des Schneiderhandwerks gestifteten „bruderschaft, dorzcu sie [1475] ein altar in der eren der heiligen virczehen nothelfer in der pfarkirche zu alten dressden haben lassen bawen . . ., in loblichem wesen, als sie bisher getan." *Hasche*, UB. Nr. 189 S. 333—40. Vgl. *Klemm* a. a. O. S. 149 flg. *Lindau* a. a. O. S. 327—32.

73 **1484**, Mai 24. Dieselben bekennen, dem dresdner Rathe, nachdem derselbe bisher die Gerichte in der Stadt und den Vorstädten „vssgeschlossen die halssgericht ... vmb ein jherlich geldt davon zu geben" innegehaht habe [76]), nun auch auf dessen Bitten ihre Gerichte „vber halss vnd handt, oberst vnd niederst, in stat vnd vorsteten, so weit vnd an den enden, inmassen inen die gerichte vormalss verweist (vnd) vorreinet sind", d. h. innerhalb der früher festgesetzten Grenzen, „vmb vnd für einen iherlichen zinss, nemlich 40 newe schock groschen, vffgelassen zugetan vnd vorschriebenn" zu haben. *Hasche*, UB. Nr. 192ᵇ S. 344, 45 m. *Lindau* a. a. O. S. 224, 349.

74 **1488**, Apr. 30. Herzog Albrecht „der Beherzte" von Sachsen [77]) verlegt den seiner Stadt Dresden verliehenen „newen iharmarckht" von Reminiscere, da ihr „derselbige vff gemelte zeit vngelegen", auf Invocavit. *Hasche*, UB. Nr. 193ᶜ S. 346. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 351.

75 **1488**, Apr. 30. Derselbe bestätiget seiner Stadt Dresden auf deren Bitten ihre gesammten „privilegien, fryheiten, gewonheiten, willkören, statuta, vbung, alt herkomen vnd gerechtigkeit, wie sie vorhyn bey sinen eldern vnd vorfaren, ouch bey . . . sinem lieben bruder herrn Ernsten churfürsten vnd bey im gehabt (vnd) geübet" hatte. *Hasche*, Gesch. Thl. II S. 77, 78. (Extr.); *Lindau* a. a. O. S. 351. (Extr.)

76 **1490**, März 26. Herzog Georg von Sachsen [78]) und der meissner Dechant Ulrich von Wolfersdorf bringen zwischen der Bruderschaft Trinitatis und der „Priesterschaft" zu Dresden eines- und dem Handwerke der Fleischhauer daselbst anderntheils in einer vor dem Archidiaconalgerichte schwebenden Streitsache wegen der vom letzteren zu leistenden, aber seit einigen Jahren verweigerten „vnslat zcinsse" ein gütliches Uebereinkommen dahin zu Stande, dass die „vorsessenen vnd hinderstelligen" Zinse in zwei Jahren nachgezahlt, in Zukunft aber die hergebrachten Unschlittzinse wieder „vff die geburlichen zcinsstage" der Priesterschaft und Bruderschaft von jedem Fleischhauer, „so viel er von seyner banck zcu geben schuldig wirt vnd vormals gegeben hat, ane irrung vnd eyntragk" gereicht und gezahlt werden sollen. *Hasche*, UB. Nr. 186 S. 353—55. Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 354, 55.

1491, Aug. 1. Derselbe ertheilt in ei- 77
nem Streite zwischen den Städten Alt- und Neu-Dresden, betreffend die von den Alt-Dresdnern unbefugt ausgeübte Einbringung böhmischer Malze, einen Schied, gemäss welchem zwar diese unerlaubt, dagegen aber wohl gestattet sein solle, ungemalzte Gerste aus Böhmen einzuführen. (R.) *Weck* a. a. O. S. 467; *Lindau* a. a. O. S. 355.

1491. Herzog Albrecht von Sachsen 78
gewährt den Bürgern seiner Stadt Dresden aus Anlass des grossen Brandunglücks [79]), welches dieselbe [am 15. Juni] betroffen hat, eine Reihe wichtiger Erleichterungen, theils in Beziehung auf die von der Stadt zu entrichtenden Abgaben, indem z. B. die abgebrannten Bürger auf vier, die nicht abgebrannten auf zwei Jahre von allen Gefällen frei erklärt werden, theils in Ansehung der Beschaffung des Baumaterials zur Wiederherstellung der zerstörten Häuser. *Weck* a. a. O. S. 521, 22; *Hasche*, UB. Nr. 202 Zus. 1 S. 385, 86. (Extr.) Vgl. *Lindau* a. a. O. S. 363—65.

1493, Jun. 5. Herzog Georg von Sach- 79
sen erlaubt den Kirchenvätern und Brückenmeistern der Kirche zum heiligen Kreuze [80]) in seiner Stadt Dresden, „die ecker dem heiligen creutz vnd der bruck gehörig vmb ein redliche wiederung zu verkhaufen", jedoch in der Art, „dass ein ziemlicher zinse järlich von solch eckern zcu geben daruf gesetzt werde", dass aber auch diese Aecker, nachdem sie vorher schossfrei gewesen waren, „nachmals schossfrey plei-

---

76) Vgl. nr. 43, 46 [m. Note 58], 52.

77) Er hatte durch den leipziger Haupttheilungs-Vertrag v. 26. Aug. 1485 das meissner Land erhalten und sich am 4. Dez. dess. Js. zu Dresden, welches er zu seiner dauernden Residenz wählte, die Erbhuldigung leisten lassen.

78) Er ist der Sohn Herzog Albrecht's und während der langjährigen Abwesenheit desselben auf einem Kriegszuge nach den Niederlanden (seit 1488) Administrator des Herzogthums gewesen.

79) Vgl. den Bericht H. Georg's an seinen Vater Albrecht v. 17. Jun. 1491 b. *Weck* a. a. O. S. 520 flg.; *Hasche*, UB. Nr. 198 S. 357 flg. und *Lindau* a. a. O. S. 361 flg.

80) Um zum Wiederaufbaue derselben die nöthigen Mittel zu gewinnen. *Lindau* a. a. O. S. 367.

ben sollen." *Schramm* a. a. O. Urk. Nr. VIII S. 8, 9; *Hasche*, UB. Nr. 199b S. 360, 61.

Dass Dresden schon im Mittelalter grössere Statute gehabt habe, dürfte kaum zu bezweifeln sein, doch ist von denselben bis jetzt nichts Näheres bekannt. Nur aus einer „Stadt - Willkühr" des XV. Jhdts. theilt uns *Hasche*, UB. S. 257, eine einzelne polizeiliche Satzung mit.

Das in H. *Wasserschleben's* Sammlung deutscher Rechtsquellen Bd. I (1860) Nr. II S. 30—120 aus dem Cod. Dresdens. M. 34b auszugsweise abgedruckte Schöffenrecht mit der Aufschrift: „Hie hebit sich an weigbilde recht" in CCXLVII. Kapiteln war früher wegen der im Kap. CXV. begegnenden Worte: „dis wart brocht von Magdeburg mit den andern artikeln" als eine selbständige und directe Rechtsmittheilung des Schöffenstuhls zu Magdeburg an die mit magdeburgischem Rechte bewidmete [nr. 11] Stadt Dresden, entstanden im XIV. und geschrieben im XV. Jhdt., angesehen worden. Vgl. C. A. *Gottschalk*, Analecta Codicis Dresdensis, quo jus Magdeburgense ac scabinorum sententiae medio aevo latae continentur, Dresd. 1824. 8º., p. 4, 8—10. Allein schon *Gaupp* [Das alte Magdeburg. u. Hallische Recht S. 178—81] hatte dagegen die Vermuthung ausgesprochen: „dass uns hier eine Privatsammlung vorliegt, welche irgend ein Rechtskundiger aus Sentenzen Magdeburgischer Schöffen und aus objectiven Rechtsregeln in Magdeburg zusammensetzte, und die er nun allerdings, insofern Urtheile von Stadtschöffen einen Hauptbestandtheil derselben bildeten, auch Weichbildrecht im weiteren Sinne des Wortes nennen konnte. Dabei wäre es natürlich immer möglich gewesen, dass man die Sammlung bei dem Gericht von Dresden als eine Art von Rechtscodex behandelt hätte, was ich aber freilich dahin gestellt lassen muss." Und derselben Ansicht ist auch *Wasserschleben* a. a. O. Einleit. §. 2 S. XI—XV, welcher dabei noch besonders hervorhebt, dass eine Reihe von Kapiteln des s. g. dresdner Weichbildrechts aus dem alt-culmischen Rechte entlehnt sei, und dass dieser Umstand sowohl als der Inhalt einer grossen Anzahl von Rechtssprüchen auf Schlesien oder Preussen als ursprüngliche Heimat des Werkes hindeute.

In dem zweiten Haupttheile des eben gedachten Cod. Dresdens. findet sich endlich unter einer Sammlung von magdeburgischen, leipziger, dohnaer und haller Schöffen - Urtheilen auch eine Auswahl von etwa 50 Entscheidungen der „burger vnd scheppen der stad dresden", ein rühmliches Zeugniss der umfassenden Thätigkeit dieses Gerichtes. Gedruckt b. *Wasserschleben* a. a. O. Nr. IV S. 275—349. Vgl. dazu *dessen* Einleit. §. 4 S. XVII—XXI.

Driburg CCLXXII.

(Preussen, Westfalen.)

J. *Meyer* „Versuch einer Geschichte der alten Veste Iburg, der Familie von Driburg und des Städtchens gleichen Nahmens" in W. A. Ficker's Driburger Taschenbuch (Paderborn 1811. 8º.) Nr. I S. 1—78, bes. S. 68—75; W. E. *Giefers*, Zur Geschichte der Burg Iburg und Stadt Driburg, Paderborn 1860. 8º.

1345, Apr. 10. Bischof Balduin von Paderborn erneuert seiner Stadt Driburg einen verloren gegangenen Rechtsbrief nach dessen ganzem Inhalte, betreffend: Gerichtsbarkeits- und Innungsverhältnisse, Reichnisse (Braupfennig, Zins und Zehent) an die Landesherrschaft, Waldhut- und Holzungsgerechtigkeit, Bekümmerung von Fremden, Anbauung von Oedungen, Freigebung des Stein- und Lehmbruchs, Geldstrafen für falsches Bier - Gemässe, Grundverpfändung zur Sicherung rückständiger Brüchten, Ersitzung von Liegenschaften binnen Jahr und Tag, sowie Anordnung des Rechtszugs an den Rath zu **Paderborn**, mit dem schliesslich beigefügten Versprechen der Aufrechthaltung aller der Stadt Driburg seit ihrer Freiung überhaupt zugestandenen Gerechtsame:

„Wy Balduin [1]), bi der gnade godes biscop des stichtes to Paderborn, bekennet vnd betüget openbar in desem jeghenwordighen breve, want vnse liven borgher vnde menheyd vnser stat to Driburch ir breve, dar ir recht, dat se van der tyd hebbet ghehat, dat de stat van Driburch erst ghevriget vnd ghemaket ward, inne bescreven stond, van vnghelücke vorloren hebbet, dat wi bi willen vnd mit ganser vulbord heren Otten des doemprovestes, heren Frederikes des doemdekenes vnde des ghemenen capitels to Paderborn en ir recht vnde ir breve hebbet vernyget aldus. §. 1. Tho deme irsten hebbe wi en ghegheven vnde ghevet en dat wereltlike gherichte half, also dat se alle broke, de in der stat van worden oft van werken vallen, se sin luckt [2]) oder grot, solen heb-

1) Balduin von Steinfurt sass von 1341 bis 1360 [oder Anfang 1361] auf dem bischöflichen Stuhle von Paderborn.

2) D. i. leicht, klein, gering.

ben half. Vnde de meste broke, den eyn borghere binnen der stat mach breken, is veer scillincge, vnd de myneste broke is ses pennyncge. Dit is de grote dier broeke, deen eyn borghere binnen der stat mach ghebreken, vnde noch minre noch merer. §. 2. Voerdmer scal men de selven borghere mit neneme gogherichte vorder laden, dan vor ir dore. §. 3. Vordmer wi eder vnse rechten nakomelincge scolen en setten eynen richter, de ir borghere to Driburch si, vnd de richter scal waken vnde scoten vnde doen mit en, des en to doende is, also eyn ander borghere. §. 4. Voerdmer wennt de kerchere, de in der stat to Driburch eyn kerchere is, selven archidiaken over de stat to Driburch is, so ne scal men neynen man, de in der stat to Driburch is borgher vnde wonenthaftich is, vmme nenen gheystliken broke laden vor nenen archidiaken noch vor nen gheystlik recht, des wi ofte vnse nakomelinge weldich sin, dan vor den kercheren to Driburch selven [3]). §. 5. Voerdmer de der hantwerken hanze winnet in der selven stat to Driburch, de dridde pennync de is vnse vnd vnser nakomelinge; de twene scolen der hanzenoten wesen: vellen aver broke in der hanze sunderlikes, de weren der hanzenoten sunderlikes vnde vnse nicht oder vnse nakomelinge nicht, mer mit den broeken scolen se beteren dat gheluchte in der kerken. §. 6. Voerdmer gheve eyn borghere offte eyn borgesche eym anderen scult vmme hemelic goed in der stat to Driburch, de mach den anderen vertüghen vnd overgan [4]) self dridde [*offte*] er alleyne mit deme richter; [*mer*] [5]) nene gheste moghen tuch voren in derselven stat to Driburch. §. 7. Voerdmer we eyn beer bruwet in der stat to Driburch, der scal vns oder vnsen nakomelingen ses pennyncge gheven, vnde twene pennyncge van deme leghelne [6]) beers, dat men vtwendich in de selve stat to Driburch voert, et si luckt oder groet [*]). §. 8. Voerdmer hebbet de borghere to Driburch ses stede vnde andere stede, de bi der muren klevet [7]), de gheldet vns oder vnsen nakomelingen nenen tins. §. 9. Voerdmer al de garden vnde al de wese buten der stat, de sint tins vrj; weret aver also dat de ploch darover ghienge, so scolden se tegheden gheven inme dridden jare vnde inme dridden ghiencge [8]). §. 10. Voerdmer woldemene [9]), wo de gelegen is, der moghen se ghebruken also, alse van oldes hebbet ghedan. §. 11. Voerdmer wolde eyn borghere eynen vtman bekummeren, mochte he des richters nicht hebben, so mochte he en mit eynem sime borghere bekummeren went an den richtere [10]). §. 12. Voerdmer hebbet de borghere eyn egen holtede, des moghen se ghebruken, also se van oldes hebbet ghedan. §. 13. Voerdmer moghen se vp deme wolde aller hande holt houwen to irer geworincge [11]), ane eken boken vnde eschen holt, vnde moghen bruken des grases vp deme wolde, ane dat wi latet vtsteken vnd merken ofte vrigen; vtgesproken holt vnde gras, dat wi to Suanecge [12]) hebbet ghegheven. §. 14. Voerdmer moghen se vruchtigen al woste lant, dat vnse eder vnses nakomelincges is, vmme de bloten tegheden. §. 15. Voerdmer moghen se stene vnde lemen laten graven, vnde vor ir land graven ane broeken. §. 16. Voerdmer we des stades beer mate breket, de sal vns oder vnseme nakomelincge vnde der stad twene pennyncge vnde scal dem wroghere [13]) eynen pennync ghewen. §. 17. Voerdmer we veer scillinge, dat de hogheste broke is, breket, hevet he nen ghelt oder nene borghen, de mach sin wicbolde got setten vor den broke also lange, went he mit dem richtere deghedincget. §. 18. Voerdmer we in der selven stadt besit jar vnde dach in wicbelde goede ane rechte bisprake, deme steyd sin rechte wicbolde goed, dat *he in* weren hevet, naer to behaldene, dan *et* jenman em entforen moghe, it ne were, dat de de ansprake doen scolde, binnen landes nicht ne were. §. 19. Voerdmer worden de borghere vor deme richte scelaftich vnder sich vmme recht eder vmme ordele, dat scolden se vor iren rat bringhen, dat se dat scededen; kunden se aver des nicht ghesceden,

---

3) Driburg [Iburg] wurde, nachdem es seit 1231 unter der „jurisdictio camerarii", nämlich des Domkämmerers zu Paderborn, gestanden hatte, unter Bischof Bernhard IV. im J. 1297 der Sitz eines Archidiaconats, welches später nach Brackel verlegt worden ist. *Bessen*, Gesch. des Bisth. Paderborn I, 73, 295.

4) Mit Beweis überführen.

5) Die beiden inclavirten Worte habe ich in dem hier lückenhaften Texte supplirt.

6) „Legelin", ein kleines längliches Fass. (*Seibertz.*)

*) Hier ist die Hdschr. defect, indem sie von dem nachfolgenden Satze nur die Worte: „ ... Jare, dar ne ghevet men nicht af" enthält.

7) D. h. welche hart an die Mauer stossen.

8) D. i. bei dem dritten Pfluggange.

9) Waldemey (Walmey), eine Gemeindeweide im Walde.

10) D. h. bis zum Erscheinen des Richters.

11) Umwehrung, Umfriedung.

12) Der bei Driburg gelegene und zur Vogtei daselbst gehörig gewesene Ort Schwaney. [S. diesen Art.]

13) Der s. g. Aicher.

so scolden se dat bringhen an den rat to **Paderborn**, dar se ir recht soken scolen; de scoldent vorsceden mit rechte. §. 20. Voerdmer scole wi vnde al vnse rechten nakomelinge de borghere to Driburch bi al dessen vorscreven rechte vnde bi al deme alden wereltliken rechte laten, dat se hebbet ghehat van des, dat de stat to Driburch irst ghevriget vnde ghemaket wart, dat se bewisen moghen, also eyn recht is. Vnde wi vnde alle vnse rechten nakomelincge en scolen se dar nicht an enghen. — In eyn ghetuchnisse als desser vorscreven rede is desse bref beseghelt mit vnsen vnde vnses capitels inghesegele. Vnde wi Otto doemprovest, Frederic doemdeken vnde dat ganse capitel to Paderborn, went alle desse vorscreven rede mit vnsen gansen willen vnde vulbord ghescheen sin, so hebbe wi dessen bref mit vnses capiteles ingheseghele beseghelt, de ghescreven is na godes bord also men scrivet dusent jar drihundert jar in deme viffe vnde vertegheslen jare, des sundaghes also men singet misericordia domini." Nach dem Originale gedruckt in P. *Wigand's* Archiv f. Gesch. und Alterthumskunde Westphalens Bd. II (1828) Heft 4 Nr. II S. 361—64. Inhalts-Darstellung bei J. *Meyer* a. a. O. S. 69—73.

Der hier als Stadt erscheinende, aber stets unbedeutend gebliebene Ort Driburg, im PagusNetega s. Nithega[14]) gelegen, leitet seinen Ursprung von der uralten, durch den paderborner Bischof Bernhard II. im J. 1189 neu befestigten Burg Iburg [seit 1309: Driburg] ab, welche sich im Lehensbesitze der „milites de Driborch (Driborg, Dryborch)" befunden hat. Dieses ansehnliche Rittergeschlecht erwarb sich um die Entwicklung und Förderung des Städtchens mancherlei Verdienste, wie denn z. B. der Domherr Johann von Driborgh, † 1437, demselben letztwillig Gehölze, Wiesen, Jagd und Fischerei zuwandte. In der Mitte des XV. Jhdts. starb jedoch die Familie im Mannsstamme aus, und das Burglehn „thor Driborg" ging an die Herrn von Schilder über.

CCLXXIII. Driedorf.

(Preussen, Nassau.)

C. D. *Vogel* „Histor. Nachrichten von den Burgen Driedorf, Eigenberg und Holenfels und ihren Besitzern, den von Mudersbach" in den Annalen des Vereins f. Nassauische Alterthumskunde Bd. I Heft 2, 3 [1830] S. 214—24; Bd. II Heft 1 (1832) S. 171—80. Vgl. auch *dessen* Histor. Topographie des Hzgths. Nassau S. 159, 60.

1 **1290**, Jan. 25. Die Räthe der Reichsstädte Wetzlar, Friedberg, Gelnhausen und Frankfurt stiften zwischen den Grafen Heinrich und Emich von Nassau-Dillenburg (den Söhnen Graf Otto's I.) einer- und Kraft, Rorich und Gotthard von Greifenstein andererseits einen Sühnvertrag mit nachfolgenden Hauptbestimmungen: a) die Ersteren sollen im Mitbesitze der Stadt Driedorf, der Mühle und des See's bei derselben verbleiben, so dass ihnen von diesem allen die Hälfte abzutreten ist; b) die Nassauer setzen ferner mit den Greifensteinern in Driedorf einen gemeinschaftlichen Vogt ein, welcher ihr Amtmann sein und die Renten und Beden beitreiben soll; c) beide Parteien wollen zusammen die Stadt fortbauen und erweitern, die Leute darin theilen, neue Burgmannen nur mit gegenseitigem Einverständnisse annehmen, und sich wechselseitig zur Zeit einer etwaigen Fehde von der befestigten Stadt aus keinerlei Schaden zufügen; d) das Besthaupt sollen von den Stadtbewohnern die Greifensteiner allein erheben, weil sie es früher gehabt hatten; e) ihre zwei auf deren Grund und Boden erbauten Burgen verpflichten sich die Nassauer wieder abzubrechen und keinen burglichen Bau allda mehr zu errichten; f) Ungeld und Zölle dürfen in Driedorf niemals genommen werden; endlich g) im Falle eines Krieges „sol ouch die stat vnd die lude darin vnd alles daz dartzu horet mit gudem fried vnd mit gemach blieben vnd wessen von ir beyden halben", d. h. von beiden Parteien geschont werden. Inhalts-Angabe b. *Vogel,* Annal. Bd. I S. 220, 21.

2 **1305**, März 31. König Albrecht I. ertheilt auf Ansuchen des Grafen Emich von Nassau — welcher in der Gebietstheilung von 1303 Driedorf erhalten und daselbst seine Residenz aufgeschlagen hatte — dem Orte alle Freiheiten der Stadt **Wetzlar** — „opido Tridorf omnem libertatem, qua gaudet civitas **Wetflariensis**. (R.) *Vogel*, Annal. Bd. I S. 222 m. Note 2; *Böhmer*, Reg. Alb. S. 240 nr. 497.

3 **1316**, Jan. 22. Der eben genannte Graf Emich von Nassau kauft von Gerhard von Greifenstein, seiner Gemahlin Agnes und ihrem Sohne Gerhard deren Antheil an Stadt und Kirchspiel Driedorf — am Gerichte und Zolle, an Mühlen, Grundholden, Vogthaber, Fastnachthühnern und Zinsen — um 250 Mark, indem nur die Mannen der

14) *Chron. Gotwicense* p. 704 Nr. ccciv.

Greifensteiner sammt dem Manngute von dem Kaufvertrage ausgeschlossen werden. (R.) *Vogel*, Annal. Bd. I S. 222 u. Topogr. S. 159.

Driedorf (Drei-Dörfer) wird bereits im J. 1100 als eine Dorfschaft des Niederlahngaus erwähnt. Als aber bei derselben (auf Greifenstein'schem Territorium) Graf Otto I. von Nassau-Dillenburg zwei Burgen anlegte, so erweiterte und erhob sich der zugleich mitbefestigte Ort alsbald zur Stadt, wozu seine überaus günstige Lage an der die Rheinstädte mit Frankfurt verknüpfenden Commerzialstrasse nicht wenig beigetragen haben mag. Nach längeren Zwistigkeiten mit den Greifensteinern (nr. 1) glückte es zwar den Nachkommen Otto's I., die Stadt Driedorf in ungetheilten Besitz zu bekommen (nr. 3). Allein alsbald erhoben sich neuerliche Streitigkeiten bezüglich der Herrschaft über Burg und Ort, da hierauf nach Graf Johann's von Nassau Tod (1370) Hessen lehenrechtliche Ansprüche geltend machte. Ein mehrfacher Besitzwechsel war hievon die Folge. Endlich gelangte im J. 1470 ganz Driedorf, die Stadt sammt der Burg und dem Gerichte, in die Hände des Landgrafen Heinrich III. von Hessen, um bei dieser Dynastie bis zur Mitte des XVI. Jhdts. zu verbleiben.

CCLXXIV. Driesen.

(Preussen, Neumark.)

Riedel, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII Nr. V („Driesen, Friedeberg, Woldenberg und Tankow") S. 282 flg. Vgl. dazu *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 453 flg.

1 **1317**, Febr. 2. Markgraf Waldemar von Brandenburg verleiht den Rittern Heinrich und Burkard von der Ost, deren Brüdern und Erbnehmern ein grösseres theils auf polnischer theils auf deutscher Seite gelegenes Landgebiet mit Dörfern, Seen, Wiesen, Gehölzen und Brüchen, wie diess alles genauer beschrieben wird, und darin namentlich auch „dat hus vnd de stat tu Driesen eweliken to eme rechten lene to besittende, mit den molen, de dar sint vnd [man] noch buwen mach, mit al deme, dat dartu behort, mit tollen, water tol vnd lant tol, mit alleme rechte, mit allem make, mit aller nuth, mit aller vrocht, de to deme vorbenomeden huse horen." L. Rh. v. *Werner*, Gesamlete Nachrichten zur Ergäntzung der Preussisch-Märckisch- und Pohlnischen Geschichte, Bd. I [Cüstrin 1755. 4°.] Stück 2 Nr. VIII, 1 S. 66, 67; *Riedel* a. a. O. Nr. I S. 282, 83 (hier als Transsumt einer Urk. v. 1428).

1347, Oct. 14. Markgraf Ludwig von Brandenburg gewährt um der Verdienste und treuen Ergebenheit Ritter Bethkin's von Ost willen „consulibus et universitati civitatis drysen, videlicet qui proprias domus habent et residenciam habent inibi personalem, presentibus et futuris [1]", die besondere Gnade, dass sie „annonam et quamcunque farinam, brasium, pannum, allecia, pisces, lignum, cineres, cuprum, ferrum, sal et omnia mercimonia qualitercunque nominata similiter descendendo et ascendendo sursum et deorsum per aquas [2]) navigando in Czantoch, Landesberg, Custrin et Zweth" [3]) zollfrei verführen dürfen. Nach einer verstümmelten Copie b. *Riedel* a. a. O. Nr. XVII S. 290, 91. Vgl. *Klöden's* Dipl. Gesch. des Markgr. Waldemar Bd. III S. 104. 2

1408, Sept. 7. Ritter Ulrich von Ost „herre tzu Drysden" verkauft mit Wissen seiner Gemahlin Katharina und seines Sohnes Hans, sowie unter Mitwirkung seines Vetters Hans von Ost auf Ueckershausen, „recht vnd redlich das hws Dryssden vnd ouch die stadt, Dryssden genant, geleghen in der Nuwenmarcke", an den Hochmeister Ulrich von Jungingen und den deutschen Orden mit aller Zubehörung an Mannschaften, Gütern, Gefällen und Nutzgerechtigkeiten (z. B. „brockentzöllen, wassertzöllen") und unter Beibehaltung der im Erbbriefe für die Ost'sche Familie darüber „von alders" ausgedrückten Grenzen, um 7750 Schock böhmischer Münze, welche bereits zu Arenswalde bezahlt worden sind. Nach einem Transsumte v. 1419 b. *Riedel* a. a. O. Nr. LXXVI S. 330—32. 3

Driesen [4]) — „Dresn, Dresno, *Drezno*, Dreszden, Drizen, Dryszen, Drysnow, Drisden etc." — das wendische Sosna, auf einem Netze-Werder gelegen, verdankt seine Gründung dem uralten, nach mancherlei wechselnden Geschicken um 1270 aus seinen Trümmern neu entstandenen Grenzcastelle gleichen Namens, und befand sich, nachdem es von Polen an Brandenburg gekommen, im Beginne des XIV. Jhdts. im Feudal-Besitze der Herrn von Wedell, seit 1317 [nr. 1] jedoch in jenem der über der Oder reichbegüterten altpommer'schen Adelsfamilie von 4

---

1) Sc. civibus.

2) Offenbar sind hier die drei Flüsse: Netze, Warthe und Oder gemeint.

3) Schwedt an der Oder.

4) Von *drizen* (slav.), Fichten-Mark.

der Osten [5]). Unter dem ersteren Geschlechte scheint der Burgort städtische Rechte erhalten zu haben. In dem bekannten Streite des Deutschordens mit Polen über die Grenzen der von jenem seit 1402 pfandweise besessenen Neumark spielte das „slos" oder „hus" Driesen eine besonders hervorragende Rolle, indem namentlich darauf von polnischer Seite energische Ansprüche geltend gemacht wurden [6]). Der in Nr. 3 enthaltene Verkaufsvertrag brachte endlich die Sache zur Erledigung und Driesen blieb von da an bis 1455 bei dem deutschen Orden. Im genannten Jahre gelangte es dann mit der gesammten Neumark an Kur-Brandenburg zurück. Vgl. *Wedekind*, Gesch. der Neumark Brandenburg S. 179 flg., 205, 214; *Voigt*, Gesch. Preussens Bd. VI S. 277 flg., 338, 344; *Töppen*, Hist.-comparat. Geographie von Preussen S. 98 flg.

CCLXXV. Dringenberg.

(Preussen, Westfalen.)

1 **1323.** Bischof Bernhard V. von Paderborn verleiht seiner Stadt Dringenberg dieselben Rechte und Freiheiten, welche **Borgentrik** (Borgentreich) [1]) hat; und dabei noch insbesondere a) der Gesammtgemeinde den Genuss der an beiden Seiten des Oese-Flusses von der Mark Küdelsem bis zum Fusssteige nach Valhusen sich ausdehnenden Woldemene (Waldweide), sowie b) den einzelnen Bürgern Hausstätten, Gärten und Ländereien, welche sie beliebig verkaufen, verpfänden und vertauschen dürfen, sofern nur der betreffende Rechtsact vor dem bischöflichen Richter vollzogen und diesem die übliche Gebühr dafür gereicht wird; c) von jeder Baustätte und jedem Garten sollen jährlich sechs Zehnpfennigstücke brackel'scher Münze und von ersteren noch ausserdem ein Huhn gegeben, dagegen von den Feldern nebst dem Zehenten: ein Scheffel Roggen von jedem Morgen hiemit oder mit Wintersamen bestellten Bodens, ein Scheffel Hafer vom Morgen Dinkelfeldes, ein Scheffel Gerste vom Morgen Gerstenfeldes, und ein Scheffel Hafer von jedem Morgen sonstiger Sommerfruchtäcker geliefert werden, aber in jedem vierten Jahre die Grundstücke in Brache liegen; d) für die Ueberlassung der Waldweide soll nichts zu entrichten, dem Bischofe jedoch vorbehalten sein, in der Woldemene Mühlen und Fischteiche anzulegen; endlich e) das in Dringenberg befindliche Erbgut des Bischofs sammt den Besitzungen seiner Burgmannen von allen städtischen Lasten befreit bleiben. Ungedruckt. Inhalts-Angabe [2]) b. *Bessen*, Gesch. des Bisthums Paderborn. Bdch. I S. 229, 30.

Der Verleiher vorstehenden Privilegs Bernhard, Herr zu Lippe, hatte als Probst der Stifter Paderborn und Minden durch Kaufvertrag mit den edlen Junkern Otto und Friedrich von Everstein v. 1. März 1316 um den Preis von 104 Mark soester Pfennige die bis dahin von den letzteren besessene „comitia Dringen" an sich gebracht und diese Herrschaft wenige Jahre später (1318) der paderborner Kirche unter dem Vorbehalte lebenslänglicher Nutzniessung zum Geschenke gemacht. An der Stelle der „villa Dringen", des Hauptorts der Grafschaft, erbaute er nun, den nahe gelegenen Berg zur Schlossanlage benützend, eine Stadt, welche den Namen Dringenberg erhielt. Vgl. *Preuss* und *Falkmann*, Lippische Regesten Bd. II Nr. 621 S. 77, 78.

1329, Jul. 22. Bischof Bernhard V. vermacht auf Grund des bei der Schenkung von Burg und Stadt Dringenberg an das paderborner Stift vorbehaltenen Rechts, etwas von diesen Gütern für fromme Zwecke verwenden zu dürfen, dem Frauenkloster zu Lemgo die Einkünfte einer halben Mark reinen Silbers oder deren Werth in Denaren aus dem Michaelis-Zinse, welchen die Bewohner Dringenberg's von ihren Gärten und Hausstätten zu entrichten haben, worüber das Capitel sowohl als die „consules et opidani" genannter Stadt ihre Bestätigung ertheilen und beifügen. (R.) *Preuss* und *Falkmann* a. a. O. Nr. 724 S. 124, 25. 2

1330. Derselbe befreit die Bürger von Dringenberg, damit sie nicht an ein auswärtiges Gericht gezogen werden können, was ihnen Hindernisse und Kostenaufwand verursachen würde, von aller Archidiaconal-Gerichtsbarkeit [3]), indem er diese Jurisdictionsgewalt sowohl über die Stadt selbst als auch über die Mühlen und bischöflichen Güter an 3

5) *Deutsche Grafen-Häuser* der Gegenwart II, 718.

6) Vgl. die Urkk. von 1404 — 1408 b. *Riedel* a. a. O. Nr. LVIII—LXXV S. 314—30.

1) Borgentreich (Borgrike), altes paderbornisches Städtchen an der Bever, Oberhof für Dringenberg und Schwaney.

2) Nach der Mittheilung des RBrief's in *Strunk's* Notae ad N. Schatenii Annal. Paderborn. (MS.)

3) Dringenberg hatte gleich Driburg zum Jurisdictionssprengel des Domkämmerers gehört.

der Oese dem Ortsgeistlichen zuweist. (R.) *Bessen* a. a. O. S. 230, 31.

Dringenberg verblieb übrigens, abgesehen von einer kurzdauernden (eigentlich mehr projectirten als wirklich ausgeführten) Besitz-Einräumung der Burg an die Eversteiner unter Bischof Johannes I. (1394—1399) [4]), fortwährend im Eigenthume der paderborner Kirche. Das stark befestigte und von einem Drosten befehligte „slot tom Dringenberge", auf welchem die Bischöfe öfter residirten und für welches bis in das XVI. Jhdt. hinein die Klöster Hardehausen, Wilbadessen und Gerden einen s. g. „wagendeinst" zu leisten hatten [5]), bildete die Hauptschutzwehr des Landes gegen äussere Feinde.

CCLXXVI. Drolshagen.

(Preussen, Westfalen.)

1 **1477**, März 2. Erzbischof R u p r e c h t von Cöln [1]) gestattet dem Bürgermeister, dem Rathe und der „gantzen gemeinheit" der „ahm ende seiner stifften gelegenen", daher in „stediger besorgnuss" wegen der Feinde des Landes befindlichen F r e i h e i t Drolshagen, in besonderer Berücksichtigung des „getreuen beistandt vnd dinsts", welchen sie ihm im jüngsten Streite mit dem cölner Domcapitel und dem (als interimistischer Administrator des Erzbisthums aufgestellten) Landgrafen Hermann von Hessen [2]) geleistet hatten, dass „sie die vorgemeldt freyheit Drolsshagen begraven bevesten vnd bemuren moigen gleich anderen stätten des landes zo Westfalen", und freiet und privilegirt seine Bürger und Einwohner daselbst, „nu vort an zue ewigen tagen zo haben vnd zo gebruychen, so sein statt **Olpe** von ihm vnd seinen furfaderen gefreiet vnd privilegyret" ist, dabei noch bestimmend, dass, wenn etwa die Drolshagener „einige sachen an seinem gerichte daselbsten furnehmen, des sie zu rechtfertigen nicht verstanden wehren, sie sich dess a n b u r g e r m e i s t e r v n d r a i d e s e i n e r s t a t t O l p e befragen, ihre heuffte holen [3]) vnd darna vortfahren" sollten. Endlich wird noch den genannten Bürgern die Befugniss zugestanden, in ihre „burgerschafft" alle, „die das an ihnen sinnen werden", ohne des Erzbischofs Hinderung oder Widerrede aufzunehmen, es wäre denn, dass solches Personen begehrten, welche gegen ihn und sein Stift sich feindlich gezeigt hatten. *Seibertz*, UBuch Bd. III Nr. 979 S. 146, 47.

Die Bewidmung Drolshagen's („Drulshain"), welches durch Verkauf der Gräfin Mechtildis von Sayn im J. 1247 nebst dem „castrum Waldenberg" (Waldenburg) an das cölner Erzstift gekommen ist [4]), mit dem Rechte von **Olpe** war eigentlich, da Olpe a t t e n d o r n e r und Attendorn s o e s t e r Recht hatte [5]), eine Verleihung des letzteren. Vgl. *Seibertz*, Landes- u. RGesch. des Hzgths. Westfalen Thl. III S. 307 (nr. 3) und *dess.* Statutar- und Gewohnheitrechte des Hzgths. Westfalen §. 185 S. 288, 89 m. Beil. Nr. 83 S. 520.

1485, Nov. 10. Erzbischof H e r m a n n 2
IV. v o n C ö l n [6]) erlaubt auch seinerseits der im Verlaufe der Urkunde als „S t a d t" bezeichneten, daher offenbar n u n m e h r d a z u e r h o b e n e n Freiheit Drolshagen, um ihrer Lage an der äussersten Grenze des Stiftes willen sich durch Mauern und sonstige Befestigungswerke zu schützen, entbindet sie für die nächstfolgenden sechs Jahre von allen Diensten, Weinfuhr und Heerfahrt sowie die übliche Schatzsteuer ausgenommen, desgleichen auf zwanzig Jahre von der Accise, worauf es in dieser Beziehung zu Drolshagen, wie in Attendorn und Olpe, gehalten werden soll; verdoppelt ferner den bisherigen Betrag der Strafgelder, welche künftig zwischen der Herrschaft und der Stadtgemeinde nach Hälften zu theilen seien, und macht sich endlich anheischig, den Drolshagenern, jedoch auf ihre Kosten, bei dem Kaiser die Jahrmarkts-Gerechtigkeit auszuwirken:

„Wir Hermann von gotz gnaden ertzbischove zu Coln etc. bekennen, dat wir vss vnsen sonderlichen gnaden durch merckliche vrsachen vns darzu bewegende, mit [7]) angesehen, dat vns vnd vnsers stiffts Colne friheit zu Droilshagen an eime orde [8]) desselben vnsers stiffts gelegen ist, denselven

4) Vgl. *Bessen* a. a. O. S. 264.

5) Vgl. Urk. v. 1530, mitgetheilt v. F. *Mooyer* in Wigand's Archiv VI, 295 flg.

1) Ueber ihn s. oben (Art „Cöln") S. 588 Note 123.

2) S. oben S. 590 Note 128 (Literatur-Angabe).

3) Ueber diesen Ausdruck vgl. oben S. 57 Note *).

4) Urk. b. *Seibertz*, UBuch Bd. I Nr. 248 S. 308 flg. mit dessen Notizen in *Wigand's* Archiv II, 270—72.

5) Vgl. Art. „Attendorn" S. 64 (nr. 2) u. S. 65a a. E.

6) Der in nr. 1 erwähnte Erzbisthums-Verweser, seit 1480 Erzbischof.

7) Vielleicht: vnd ?

8) „*Ort*, finis, extremitas." *Haltaus*, Glossar. col. 1451.

erleuvet vnd gegonnet han, die friheit Drolshagen zu bemurn vnd bevesten glich andern vnsern steden in vnsern landen zu Westvalen gelegen. Vnd vff dat die vnsern von Drolshagen dester bass[9]) gewesen mogen, so ensullen sie vns vnd vnsen nakomen die neste zu komen sess jarlang keinen dienst doin, vssgescheiden winfaire[10]) vnd herfart; aver sie sollen vns schatz furbasser geven, wie bisher geschiet ist. Furter so sollen sie diese zu komen neste zwentzich jarlang zysefrie sin vnd sich dorachter mit der zysen zu halden, wie die vnse von Attendarn vnd Oelpe vns vnd vnserm stifft plichtich syn. Vurter so sullen sie die bruchten, bössen vnd wetten bynnen der **stat** Drolshagen hogen noch eyns so gross die vor gewest sin, davan wir die helffte haven vnd sie die ander helffte behalten sollen. Wir wollen auch geneigt vnd willig sin, den vnsern von Drolshagen an dem allerdurchluchtigsten herrn dem Romischen keiser jarmerckte na irer gestalt vnd gewonheit helffen zu erlangen vf iren costen, doch vns aller dingen vnhinderlich an vnsen overheiten, hocheiten vnd gerechtikeiten doselbst zu Drolshagen. Vnd dis zu vrkund der wairheit vnd vaster ewiger stedicheit han wir ertzbischove Hermann vnse insegel an disen brief doin hangen, vnd wir hant furter gebeten die wirdigen vnse lieve andechtigen dechant vnd capittel vnser doemkirchen zu Cöln, so dise ding mit iren guden wissen vnd willen geschiet sind, yre capittelssigel ad causas zu gezuge mit an disen brief zu hangen, des wir etc. Geben zu Fritzstram[11]) vff sand Martinsabend, in den jaren vnsers herren tusent virhundert vnd im funff vnd achtzigisten." *Lacomblet* UB. Bd. IV Nr. 428 S. 533, 34.

CCLXXVII. Drossen.

(Preussen, Neumark.)

D. Fr. *Schönberg*, Grundriss einer Chronik, Von der Haupt-Stadt Drossen im Lande Sternberg gelegen. Aus verschiedenen Urkk., Manuscripten und anderen Documenten zusammengetragen, Züllichau 1735. 8°. [1]). Vgl. auch *Wedekind*, Gesch. der Neumark Brandenburg S. 64, 98, 151 flg., 156, 168, 172—74, 188, 190; *Riehl* und *Scheu*, Berlin und die Mark Brandenburg S. 479 flg.

Die Urkunden gibt *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XIX Nr. X [„Drossen, Reppen und Zielenzig"] S. 124—72.

Drossen — „Osna, Drosna, Drossyn" [2]) — gehörte ehedem zum Bisthumsgebiete von Lebus und soll um die Mitte des XIII. Jhdts., etwa 1252, von einem Bischofe von da städtische Gerechtsame erhalten haben. Bald darauf erscheint es aber im Lehensbesitze der Markgrafen von Brandenburg (Ottonischer Linie), welche vermuthlich für die Stadt mehrere Dorfschaften im Lande Sternberg an das Bisthum abgetreten hatten. Als nun Markgraf Waldemar im J. 1319 mit Tod abgegangen, zog man, wie wenigstens höchst wahrscheinlich ist, von bischöflicher Seite dessen Städte Drossen und Zielenzig als eröffnete Stiftslehen ein. Diess führte aber zu erheblichen Zwistigkeiten zwischen Bischof Stephan von Lebus und dem Markgrafen Ludwig („dem Aelteren") von Brandenburg, welche zunächst damit endeten, dass Letzterer im J. 1326 (oder 1327) die oben genannten beiden Städte mit bewaffneter Hand an sich riss und trotz päbstlichen Bannfluches dem Bischofe fast drei Decennien hindurch vorenthielt. In das Ende dieses Zeitraums fällt die nachstehende Garantie-Urk. nr. 1, welcher sich eine Generalconfirmation der Rechte und Freiheiten der ganzen marcha transoderana, unter besonderer Hervorhebung Drossen's, im J. 1353 anschloss. Beide Verbriefungen rühren von Ludwig „dem Römer" her, welcher seit 1350 die Regierung in der Neumark übernommen hatte und damit zugleich in den obschwebenden Streit mit Lebus eingetreten war. Endlich kam unter dem 14. März 1354 durch Vermittlung Herzog Heinrich's von Glogau zu Crossen ein den langjährigen Zwist beilegender Vergleich [3]) der markgräflichen Brüder mit Bischof Heinrich zu Stande, worin insbesondere

9) *L.* des die bass.

10) Weinfuhr [„servitia, que more antiquo ... winwur et winschare appellantur", Urk. v. 1323 b. *Seibertz*, UBuch II, 194], eine Art von Frohndiensten, welche namentlich bei Klöstern begegnet.

11) Das heutige Städtchen **Zons** am linken Rheinufer.

1) Von den XV Capp., von welchen das XIte „von alten Documenten, Gerichtlichen Briefen, Privilegien und Urkunden der Stadt" handeln sollte, sind nur Capp. I—V §§. 1—5 auf 80 Seiten gedruckt erschienen, da der Tod des Verf. die Herausgabe unterbrach.

2) Von „droga, drosa" (slav.), Weg. Vgl. *Schönberg* a. a. O. S. 4 flg.

3) Gedruckt b. *Buchholtz*, Versuch einer Gesch. der Churmark Brandenburg Th. V Anh. Nr. 62 S. 103—6 [mit Thl. II S. 460] und *Goltz*, Chronik von Fürstenwalde S. 37—41.

in Ansehung der Stadt Drossen vereinbart wurde, „dasz der égenante marckgrave Ludwig der Römer jetzund vom bischove Henrich von Lebus emphangen sol vnd emphangen hat zuo rechten lene die stat zu Drossen ..., vnd wenne syne andre bröder, marckgrav Ludwig der eldere vnd marckgrav Otto, vor muten vnd heissen von dem bischove zusammen oder alleine, so sol en ouch de bischoff von Lebus Drossen ... zuo rechten lene leyen, vnd erer aller éliken erben, marckgraven zu Brandenburg" — mit andern Worten dass Drossen zwar die Brandenburger behalten dürften, aber die bischöfliche Lehensherrlichkeit darüber anzuerkennen hätten [4]). Da nun die hiebei weiter verabredete Vergleichssumme von 12,000 Mark Silbers, welche die Markgrafen zur einen Hälfte sogleich zur anderen später in halbjährigen Renten an den Bischof zu leisten hatten, nachmals zum letzteren Theile auf die Stände des Landes überwälzt wurde, so dass z. B. das südliche Land über der Oder ein neunjähriger Betrag von je 100 Mark, zahlbar in zwei Zielen zu Walpurgis und Martini, getroffen hat: so erliess Markgraf Ludwig zur Ausgleichung oder mindestens Erleichterung für diesen Zeitraum einzelnen Ständen und Städten, namentlich auch Zielenzig und Drossen (nr. 2), die herkömmliche Landesbede. Von den Markgrafen aus dem Wittelsbachischen Stamme kam Drossen an die Luxemburger (1373). Kaiser Karl IV. übertrug nun 1386 Drossen sammt dem überoderischen Lande an seinen dritten Sohn Johann, für welchen während dessen Unmündigkeit sein älterer Bruder Sigismund die Verwaltung führte. Als aber Johann 1388 zur Regierung gelangte, verpfändete er sofort (am 4. Juni) sein Gebiet, also auch Drossen, an seinen Vetter, den Markgrafen Jodok von Mähren, nach dessen Ableben (1411) dann Land und Stadt an Sigismund zurückfielen. Dieser, seit 1410 deutscher König, überliess jedoch am 8. Aug. 1411 seine gesammten Lande dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg als „oberstem Hauptmann, Verweser und Statthalter", welcher am 23. Juli 1412 u. a. auch die Huldigung der Stadt Drossen entgegennahm. Von da an blieb dieselbe im ununterbrochenen Besitze der Hohenzollern (nr. 3).

1 **1352**. Markgraf Ludwig „der Römer" von Brandenburg ertheilt den Rathmannen [5]) und der Gemeinde seiner Stadt Drossen die Versicherung, dass er sie bei allen Rechten, die „sie bewisen mogen mit briefen vnd hantfesten der alden fursten marckgrafen czu Brandenburg edder mit marckgrafen Ludwig des eltern hantvesten vnd brieven edder mit bedderven luten", belassen und erhalten wolle. *Riedel* a. a. O. Nr. XXIV. S. 139.

1354, Jun. 13. Derselbe erlässt dem Rathe und der Gemeinde seiner Stadt Drossen auf den Zeitraum der nächstfolgenden neun Jahre, während welcher sie nämlich an den Bischof Heinrich von Lebus in Folge Vergleichs eine bestimmte Summe Geldes alljährlich zu entrichten haben, alle Steuern und Abgaben: 2

„Noverint etc., quod nos Ludovicus Romanus etc. prudentes viros consules et universitatem civitatis nostre Drossen, fideles nostros dilectos [6]), per novem annorum spacium, quibus persolvent venerabili in cristo patri Heinrico, episcopo Lubucensi, et suo capitulo pecuniam composicionis et concordie cause, que dudum inter dominum episcopum, suum capitulum ac illustrem principem Ludowicum marchionem, fratrem nostrum karissimum, et nos vertebatur, a donacione et persolucione pensionis et exaccionis nostre annue dicte civitatis dimisimus et dimittimus presentibus liberos et solutos, et quod a judeis nostris duas marcas argenti per novem annos recipere valeant, damus liberam facultatem [7]), ut eo liberius et benevolencius episcopo et capitulo dictis persolvere valeant pecuniam supradictam." Datum Frankenforth anno M°. CCC°. LIIII°. in crastino corporis cristi." *Riedel* a. a. O. Nr. XXVIII S. 141.

1409, Jan. 13. Markgraf Jobst von Brandenburg verpfändet dem Johanniter-Orden u. a. 24 Schock seiner „*jerlichen* orbede czu Drossen." *Riedel* a. a. O. Nr. XXXIII S. 144—46. 3

1430, Nov. 11. Derselbe nimmt den Juden Pynnekacz zu Drossen in Schutz, Schirm und Geleite, gibt ihm Freiheit gleich seinen anderen jüdischen Unterthanen — „also das er nu vortmer vmmb keynerley schulde vnd zusprach wegen fur nymand anders, denn fur vns oder vnsern gewaltigen, den wir das entvelhen werden, antwurten sol; sunder alleine was offenbar geltschult wer, darummb sol vnd mag er fur vnser 4

---

4) Vgl. auch Urk. v. 17. Juni 1354 b. *Buchholtz* a. a. O. Thl. V Anh. Nr. 63 S. 108 Z. 34 flg.

5) Der „ratmannen" oder „radisverwandten, die den stul des radis besiczyn" waren früher 7—9, später 11 in Drossen. Vgl. *Schönberg* a. a. O. S. 37.

6) *R.* fidelibus nostris dilectis.

7) Bei *R.* ist der Satz: „et quod a judeis .... facultatem" vor „dimisimus et dimittimus" eingeschaltet.

burgermeister vnd ratmann oder fur den richter zu Drossen nach einer judischen weise antwurten vnd fur den sovil geniessen vnd entgelten, als recht ist" — und bestimmt, dass, wer den genannten Juden an seinem Vermögen oder in seinen Freiheiten und Begnadungen verletzen würde, als einer, „der an vnser (des Markgrafen) herrschafft vnd freiheit gebrochen hat", bestraft werden solle. *Riedel* a. a. O. Nr. XLII S. 152.

5 **1441**, Mai 29. Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg belehnt die vier Söhne des Lüttge Heinrich mit dem kleinen Zolle und ganzen Gerichte zu Drossen, wie diese bereits ihr Vater und Grossvater von den brandenburgischen Markgrafen als Mannlehen besessen hatte [8]). *Riedel* a. a. O. Nr. XLV S. 154.

6 **1441**, Aug. 17. Derselbe „bevestet vnd bestetiget den burgern czu Drossen alle ire freyheit vnd alle ire gerechtikeit vnd alde gewonheite", mit dem Versprechen, „sie sunder allerleye hindernisse czu lassen vnd behalden mit aller gnaden, mit aller freiheit bey allen iren lehenen, erben, eygenunge vnd pfandungen, alse sie alles vor haben gehabt vnd besessen." *Riedel* a. a. O. Nr. XLVI S. 155.

7 **1447**, Nov. 7. Derselbe wiederholt die unter nr. 3 erwähnte Orbede-Verpfändung an den Johanniter-Orden. *Riedel* a. a. O. Nr. LI S. 157—59.

8 **1458**, Aug. 17. Derselbe übereignet der Stadt Drossen das Dorf Grünow, welches vormals Iwan Schlabberndorf zu Lehen innegehabt und an die genannte Stadt verkauft hat, „myt allen gnaden, rechten, zinsen, renten, im dorf vnd veltmargk gelegen, mit obirsten vnd nydersten gerichten, dinst, kirchlehen, wesen, weiden, ackeren, vyhetriften, holczungen, pusschen, wasseren, wasserlewfften vnd sust myt grunt, bodem vnd aller gerechtigkeyte." *Riedel* a. a. O. Nr. LVI. S. 162.

9 **1478**, März 16. Markgraf Johann gestattet den Inhabern des Zolls zu Drossen, um den oft begegnenden Betrügereien zu steuern, „das sie furder czolczeychen geben mogen allen den, die in czol czu geben schuldig sein, vnd wellig solh czolczeychen nicht haben vnd im thor czu Drossen vberantwurdten wurd, dieselbigen vnd ein iglichen darumm aufhalden so lang, bysz das sie ire czols von in bekommen." *Riedel* a. a. O. Nr. LXI S. 164, 65.

Ausserdem gedenkt noch *Schönberg* a. a. O. S. 37 eines Briefs v. 4. Dez. 1415 über die Einrichtung der Gewandschneider-Gilde, und S. 7, 36, 37 eines Privilegs von 1483 für die „erlycke guldyn der Wullyn Knappyn" zu Drossen.

Dudeldorf. CCLXXVIII.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1345, Dez. 20. König Johann von Böhmen, Graf von Luxemburg, erlaubt den Einwohnern der Stadt Dudeldorf, um sie aus allem Jurisdictions- und Gemeindeverbande mit Bittburg zu lösen, sich jährlich zu bestimmter Zeit einen eigenen Beamten zu wählen, welcher über sie allein (mit Ausschluss der Amtleute von Bittburg) zu Gericht sitzen, selbst über die Bürger der letztgenannten Stadt bei Schuldforderungen derselben gegen Dudeldorfer Recht sprechen, und die Repartirung sowie Beitreibung der Bausteuern zur Befestigung Dudeldorf's über sich haben soll:

„Nos Johannes, dei gratia Bohemiae rex comesque Lutzemburgensis, ad universorum notitiam tam praesentium quam futurorum volumus pervenire, quod propter favorem specialem, quem habemus ad dilectos nostros oppidanos oppidi de Dudelendorp, ipsis novam facimus gratiam et specialem perpetuis temporibus duraturam, videlicet (§. 1) quod ipsi communiter et concorditer singulis annis, tempore et termino deputatis eligere debent seu poterunt inter se, nostro consensu et voluntate mediante, unum idoneum ipsi communitati de Dudelendorp congruentem, qui ibidem nostri nomine tanquam ac officiatus residebit, qui ipsis et eis appertinentibus seu quibuscumque judicabit, coram quo quidem judice de omnibus causis nostram jurisdictionem et justitiam tangentibus, contra ipsos seu ipsorum aliquem motis seu movendis praedicti nostri homines de Dudelendorp semper stabunt juri et parebunt; segregantes dictos nostros homines de Dudelendorp et eis appertinentes, et separantes eosdem a jurisdictione nostra Bideburgensi, videlicet ab omnibus exactionibus, precariis, petitionibus, vexationibus et servitiis quibuscumque, prout in littera supra hoc confecta funditus continetur. §. 2. Praecipientes nihilominus in his scriptis firmiter et districte nostris officiatis, praeposito, justiciario, scabinis Bideburgensibus caeterisque nostris oppidanis ibidem commorantibus, omnibus et singulis, praesentibus et futuris, sub obtentu nostrae gratiae et juramenti nobis praestiti, ne ex nunc in dictos nostros oppidanos

---

8) Spätere Erneuerungen dieser Belehnung für die genannte Familie erfolgten 1472 und 1485.

de Dudelendorp et eis appertinentes aliquam exerceant ultra praescripta dominationem seu jurisdictionem, nec per se seu per suos nuncios. §. 3. Sua pignora quoquo modo capiant, seu extra dictum oppidum de Dudelendorp ducant seu duci procurent; sed coram dicto nostro officiato de Dudelendorph, per dictos nostros ibidem oppidanos nostra voluntate et consensu mediante electo, faciant et recipiant id, quod docuerit ordo juris de ipsis et eis subditis seu appertinentibus faciendum et recipiendum cum ipsis factis opportunum. §. 4. Caeterum eidem officiato de Dudelendorp plenam damus potestatem et authoritatem, pecuniam ad structuram muri et munitionis oppidi de Dudelendorp praedicti pertinentem inter omnes et singulos infra ipsum murum commorantes, unicuique prout suae competit facultati, distribuendi colligendi et ipsos ad hujus pecuniae solutionem compellendi, prout sibi pro ipso aedificio seu structura ipsa melius visum fuerit expedire. Hanc igitur nostram ordinationem et gratiam oppidanis nostris de Dudelendorp praedictis factam firmam et semper inviolatam volumus permanere, ipsam munimine sigilli nostri his litteris appensi corroborantes. Datum anno domini MCCCXLV vigilia beati Thomae apostoli."

Gedruckt b. *Bertholet*, Histoire de Luxemburg Tom. VI „Preuves et Pièces Justificatives" p. LXVI ss. [nebst einer freien, durchaus ungenauen französischen Uebersetzung im Werke selbst Tom. cit. P. III Livr. L. chap. 9 p. 161, 62] und in *meinen* Dtsch. Stadtrechten des MAs. S. 89, 90. Vgl. dazu *Leo*, Zwölf Bücher Niederländischer Geschichten Thl. I S. 536; J. *Schötter*, Johann Graf von Luxemburg Bd. II S. 266, 67.

Dudeldorf (Dinndorf) leitet seinen Ursprung von einem gleichnamigen Dynastengeschlechte her, dessen Mannsstamm im J. 1375 erloschen ist. Der Ort scheint bis zum Anfange des XIV. Jhdts. in kirchlicher wie weltlicher Beziehung von Bittburg abhängig gewesen zu sein und keine eigene Gerichts- und Verwaltungsbehörde besessen zu haben. Diese letztere Zusammengehörigkeit wurde aber schon vor 1345 durch einen uns nicht näher bekannten Freibrief aufgelöst und hiedurch Dudeldorf zu einem selbständigen Gemeinwesen mit städtischen Gerechtsamen erhoben. Es geht dies aus dem vorstehenden Privileg hervor, welches sich lediglich als eine Bestätigung und weitere Ausführung jener früheren Handfeste („littera") darstellt, und sowohl vom Herzoge Wenzeslaus I. von Luxemburg im J. 1354 als auch vom Könige Wenzeslaus von Böhmen (als Herzog von Luxemburg) im J. 1384 wiederholt ward. Vom Ende des XIV. Jhdts. an bis zum J. 1586 befand sich dann Dudeldorf successive im Besitze der Familie von Bittburg und der Herren von der Leyen, musste aber mittlerweile auch verschiedene Verpfändungen, so z. B. an die Grafen von Vianden und von Manderscheidt, erfahren. Vgl. *Schannat-Bärsch*, Eiflia illustrata Bd. III Abthl. I[b] S. 486—89.

Duderstadt. CCLXXIX.

(Preussen, Hannover.)

J. *Wolf*, Geschichte und Beschreibung der Stadt Duderstadt mit Urkk., Göttingen 1803. 8°. Dazu vgl. noch *dess.* Politische Geschichte des Eichsfeldes mit Urkk. erläutert, Götting. 1792, 93, 4°., Bd. I S. 56 flg. Bd. II S. 17—28, 153—55, 164 flg. und *Oppermann* „Duderstadt" in Ersch und Gruber's Encyklopädie der Wiss. und Künste Sect. I Thl. XXVII S. 137 flg.

Die reichhaltige Urkundensammlung zur Wolf'schen Stadtgeschichte (Nr. I — CXIV, besonders paginirt) *) wird, abgesehen von dessen „Eichsfelder Urkundenbuch", noch neuerlich ergänzt durch „19 Urkunden aus dem Archive der Stadt Duderstadt" in der *Ztschr.* des histor. Vereins f. *Niedersachsen* Jahrg. 1860 [Hannover 1861. 8°.] S. 146—75.

929, Sept. 16. König Heinrich I. weist seiner Gemahlin Mahthilda „quicquid propriae hereditatis in praesenti habere videmur in locis infra nominatis, haec enim sunt Quitilingaburg, Palithi, Nordhusa, Gronau, Tuderstete cum civitatibus et omnibus ad praedicta loca pertinentibus, . . . in jus proprium", auf den Fall dass sie ihn überleben und „in sanctae viduitatis pudicitia" verharren würde, mithin als Witthum an. J. G. *Leuckfeld*, Antiquitates Poeldenses (1707) S. 15 not. g.; *Heineccii* Antiq. Goslarienses p. 13; *Kettner*, Antiq. Quedlinburgenses Saec. X Nr. I p. 2 — 4 [u. Kirchen- und Reformations-Historie von Quedlinburg, 1710, Beyl. Nr. I S. 1, 2]; *ab Erath*, Cod. dipl. Quedlinburg. p. 2 Nr. III [1]). Vgl. *Wolf* a. a. O. S. 35 flg. und C. F. *Ranke*, Ueber den Ursprung Quedlinburgs (1833) S. 7, 8.

---

*) Viele urkundliche Belege, namentlich Auszüge aus einem „alten Stadtbuche", finden sich auch im Texte.

1) Zahlreiche weitere Abdrücke gibt *Schultes*, Director. diplomat. I, 51 an.

2 **974**, Mai 10. Kaiser Otto II. überlässt zur Ehre Gottes, zum Seelenheile seiner Vorfahren und aus Liebe zu seiner Schwester Mathilde [2]) schenkungsweise „quaedam suae proprietatis praedia“, darunter „Duderstedi in comitatu Bernhardi comitis situm . . . ad monasterium sanctimonialium in Quidilingeburg.“ *Kettner*, Antiq. Quedl. l. c. Nr. XVIII p. 23, 24; *ab Erath* l. c. p. 16 Nr. XXII. Vgl. *Wolf* a. a. O. S. 45.

3 **1236**, Jul. 1. Landgraf Heinrich (Raspe) von Thüringen wird von der quedlinburger Aebtissin Gertrud von Amvord mit der „marchia Duderstat.. una cum litonibus et jure patronatus ecclesiarum“ (jedoch die Kirche zu Duderstadt selbst ausgenommen) belehnt, und verspricht dagegen, der Letzteren 1120 Mark reinen Silbers zu bezahlen, sowie u. a. „litones praedictos in suo jure, quod hactenus habuerunt, conservare.“ *ab Erath* l. c. p. 162 Nr. LXXI. Vgl. *Wolf* a. a. O. S. 47 flg. und J. H. *Fritsch*, Gesch. von Quedlinburg Thl. I S. 143.

Die s. g. duderstädter Mark, wahrscheinlich identisch mit der „aurea marchia“ quedlinburger Urkunden, umfasste ausser dem Hauptorte Duderstadt, welcher wohl um diese Zeit bereits zu städtischen Gerechtigkeiten und Einrichtungen gelangt war (s. *Wolf* a. a. O. S. 50), oder solche wenigstens bald danach (1236—1247) erhielt, noch das Amt Gieboldehausen und das Gericht Bernshausen. Vgl. *Wolf*, Eichsfeld Bd. I S. 27, 28; II S. 32—35 und F. *Wachter* in der all. Encyklopädie a. a. O. S. 138, 39.

4 **1247**. Herzog Otto „das Kind“ von Braunschweig gewährt den Bürgern von Duderstadt, welche sich ihm nach Landgraf Heinrich's von Thüringen (nr. 3) Tod und einer früheren Weisung desselben entsprechend ohne Zwang zugewandt haben, sechsjährige Freiheit von Abgaben und den lindenberger Wald, mit dem beigefügten Versprechen, ihnen dasjenige Recht, welches sie von irgend einer seiner Städte sich auswählen würden, zu bestätigen, sie niemals einem fremden Geistlichen zu untergeben, sondern stets mit einem eigenen Pfarrer zu versehen, endlich sie in der Stadt Braunschweig zollfreien Handelsverkehr ausüben lassen zu wollen:

„Dei gratia Otto dux Brunsvicensis omnibus presentem litteram inspecturis salutem in vero salutari. Quia testimonium litterarum controversias ex facili emergentes exceriat [3]) et extinguit, ad majorem facti nostri evidentiam et cautelam tenore presencium recognoscimus protestando, quod, cum dilecti burgenses nostri in duderstadt post obitum domini sui felicis memorie Henrici, electi Romanorum regis, Thoringie lantgravii, se suaque nobis voluntarie presentarent, sicut a jam dicto domino suo Henrico, cum adhuc viveret, acceperant in mandatis, et quod pro voluntaria pietate libertatem sex annorum et silvam, que vocatur mons tiliarum, eisdem contulimus liberaliter, promittentes eisdem nihilominus confirmationem juris de una civitatum nostrarum electi, et (quod) nunquam vicario sed vero semper regantur pastore, et quod libere semper emant et vendant sine theloneo in civitate nostra Brunswic. Et hec servanda pro nobis promiserunt milites: comes Rudolphus de Halremunt, Eckebertus de Wolferbotele, Fridericus de Esbike, Anno de Hennberc, Baldwinus de Blankenberc, Jirsarius frater suus, Anno dapifer noster, Ditmarus de Adeleves, Basilius de Osterode. Et ne super hiis dubitationis scrupulus [4]) oriatur, presentem litteram conscribi fecimus et sigilli nostri munimine roborari. Datum aput Brunswic anno gratie MCC° quadragesimo septimo.“ *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. II S. 4 mit Text. S. 53—55.

Unfehlbar hatte die Aebtissin Gertrud von Quedlinburg dem Herzoge Otto von Braunschweig bei Lebzeiten und mit Zustimmung Heinrich Raspe's von Thüringen — vielleicht schon im J. 1240 [5]) — eine Lehens-Expectanz auf die Mark und Stadt Duderstadt ertheilt, in Folge deren nun, als Heinrich, bekanntlich durch die drei geistlichen Kurfürsten im Sommer 1246 zum Gegenkönige Friedrich's II. gewählt, bereits am 17. Febr. 1247 sein unrühmliches Leben auf der Wartburg beschloss [6]), Duder-

2) Sie war die Enkelin Heinrich's I. und seiner Gemahlin Mathilde († 968), die Tochter Kaiser Otto's, und schon im 11ten oder 13ten Jahre ihres Lebens 966 Aebtissin von Quedlinburg, als welche sie 999 starb. Vgl. *Annal. Quedlinburg.* ad a. 999 [*Pertz*, Monum. Germ. SS. III, 75, 76. Uebersetz. von E. *Winkelmann*, 1862, S. 14—20.]

3) Es ist wohl entweder „excervicat“ [*Ducange-Henschel*, Glossar. III, 131c] oder „excertat“ [excertare = affdon, *Dieffenbach*, Glossar. lat.-germ. p. 214c] zu lesen.

4) *W.* dubitationibus scorpulus.

5) In dieses Jahr wird meist die undatirte Expectanz-Urk. b. *Kettner* l. c. Saec. XIII Nr. VIII p. 355 und *ab Erath* l. c. p. 170 Nr. LXXXIV verlegt.

6) Vgl. *Souchay*, Gesch. der Dtsch. Monarchie II, 613—15.

stadt von Otto in Besitz genommen ward, um bis zur Mitte des XIV. Jhdts. bei Braunschweig zu bleiben. Vgl. *Origg. Guelf.* Tom. IV. Libr. VIII §. 31 p. 70 m. *Wolf* a. a. O. Text. S. 55—57.

Was ferner die den Duderstädtern gewährte Befugniss, sich nach freier Wahl ein Stadtrecht auszusuchen, angeht, so fehlt uns zwar bis zur Regierungsperiode Herzog Albrecht's „des Grossen" (1252—1279) jede Kunde darüber, ob und welchen Gebrauch sie von jenem Zugeständnisse gemacht haben. Allein es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, dass sich die Stadt unmittelbar nach Erlangung des Privilegs nr. 4, und nicht erst nach einer Zögerung von mindestens fünf Jahren, für das **braunschweigische Recht** entschieden, und die landesfürstliche Genehmigung zu dessen Annahme noch von Otto selbst erhalten habe, so dass, wenn in dem unter nr. 9 mitgetheilten Rechtsbriefe Herzog Wilhelm's von einer „liberalis erogatio juris Brunsvicensis" an Duderstadt durch Albrecht „den Grossen" die Rede ist, hierunter mit *Wolf* a. a. O. Text S. 67 die erstmalige Bestätigung des bereits eingeführten Stadtrechts von Braunschweig, welcher dann unter Heinrich I. (nr. 7) die zweite nachfolgte, verstanden werden muss.

5 **1273**. Die zwölf „consules[7]) civitatis duderstat" weisen den Bäckern daselbst „habito discretorum virorum[8]) consilio et cum totius communitatis sue civitatis consensu domum noviter edificatam . . . jure hereditario possidendam" gegen ein für allemal festgesetzte, vom Gildemeister „ad usum civitatis" zu leistende Jahresreichnisse an. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. IV S. 6 mit Text S. 335.

6 **1276**, Jul. 27. Herzog Albrecht („der Grosse") von Braunschweig bestätigt durch Anhängung seines Siegels den durch Vermittlung ehrbarer Männer zwischen Rath und Bürgerschaft von Duderstadt einer- und dem Leutpriester Konrad daselbst andererseits über einen Mühlenstreit zu Stande gebrachten Vergleich, worin hauptsächlich die dem Letzteren von der im oberen Stadttheile gegen Osten gelegenen Mühle vom Müller sowohl als von der Bürgergemeinde (von dieser um einer überaus vortheilhaften Wasserleitung willen) zu gewährenden Natural- und Geldleistungen („pensio") nach ihren Beträgen und Terminen genau bestimmt werden, und bezüglich der „villici et ortulani plebani memorati, qui tres marcas in bonis non habent" vereinbart ist: „liberi esse debent ab omni exactione per burgenses sive consules inferenda, taliis vero et collectis, seu quocunque nomine appellentur, ab ipsis erunt penitus supportati; vigilare tamen debent cum aliis, quandocunque illustris princeps dominus noster Albertus, dux de Brunswic, pupplicam discordiam cum aliquo habuerit sive bellum." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. V S. 6—8.

Herzog Albrecht, Otto's Sohn, hatte bei der Theilung der väterlichen Lande mit seinem Bruder Johann im J. 1267 Duderstadt auf seinen Antheil erhalten. Die Theilungsurkunde [*Sudendorf*, UB. z. Gesch. der Herzöge von Braunschweig Thl. I Nr. 64 S. 42 flg.] selbst erwähnt zwar des Ortes ausdrücklich nicht; allein es ergibt sich obige Thatsache aus der Zeugen-Angabe in einer Urk. v. 1269 [*Origg. Guelf.* Tom. IV p. 13^b lin. 15 sq.], worin sich die Rathmannen Duderstadt's als „sub jurisdictione domini Alberti illustris ducis in Bruneswich ac dominio constituti" bezeichnen. Vgl. *Wolf* a. a. O. Text S. 66.

1279. Herzog Heinrich I. („der Wun- 7
derliche") von Braunschweig bestätigt seiner Stadt Duderstadt „**bruneswickis recht** . . . alse de borghere van Bruneswich hebben van sime vader vnde van sinen elderen", und verleiht ihr zugleich darüber eine Rechtsurkunde, bestehend in einer Reihe von Satzungen, welche a) zum einen und grösseren Theile dem braunschweigischen Stadtrechte der Herzoge Albrecht und Johann v. 1265 [s. oben S. 288 nr. 13] entnommen sind, indem dasselbe bis *auf die* hinweggelassenen Art. 19, 20, 22, 42, 50, 54, 66 vollständig darin wiederkehrt; b) zum anderen und kleineren Theile aber auf eine vorausgegangene braunschweigische Rechtssammlung, soviel deren bekannt sind, nicht zurückgeführt werden können, dagegen bis auf eine gewerbsrechtliche Bestimmung („Swelich knape dhenit to Duderstad ane lon tein iar, de ne darf durch recht nene burscap winnen") in dem unzweifelhaft jüngeren braunschweig-neustädter Stadtrechte [s. oben S. 305 Nr. II lit. A, a] als Artt. 19, 20, 38—45, 65—67 begegnen.

Es ist übrigens dieses älteste duderstädter Stadtrecht, wovon sich eine Hdschr. auf dem herzogl. Landes-Archive zu Wolfenbüttel befindet, eine wie es scheint uncorrecte Copie aber bereits dem Chronisten *Barkefeld* vorgelegen haben mag (s. *Wolf* a. a. O. S. 69 Note 9), bis jetzt ungedruckt und nur

---

7) In dieser Urk. werden zum erstenmal die Rathsglieder (darunter mehrere Patrizier, z. B. drei von Westerode) namentlich aufgeführt. Vgl. *Wolf* a. a. O. Text S. 301.

8) Ich vermuthe, dass hierunter der später so geheissene alte Rath (d. i. des Vorjahrs) zu verstehen ist.

aus der höchst dankenswerthen Darlegung seines Verhältnisses zu den erwähnten beiden braunschweigischen Stadtrechtsquellen in L. *Hänselmann's* UBuch der Stadt Braunschweig Bd. I Nr. VI S. 11, Nr. XVI S. 21 uns näher bekannt geworden.

8 **1290**, Mai 12. Derselbe erweist seinen Eigenleuten, „ut eo melius sustententur et commodius ab eisdem valeat recipere servitutem", die besondere Gnade: „ut deinceps et in perpetuum in civitate sua duderstat a jure thelonii supportentur, immo penitus sint exempti." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. VI S. 8.

9 **1291**, Febr. 14. Herzog Wilhelm von Braunschweig bestätigt seiner Stadt Duderstadt den Genuss des **braunschweigischen Rechts**, wie ihr solchen schon sein verstorbener Vater Herzog Albrecht und seine noch lebenden Brüder Heinrich [nr. 7] und Albrecht bewilligt haben [9]):

„Wilhelmus, dei gratia dux de Brunswic, omnibus christi fidelibus presentem cartulam intuentibus salutem in eo, qui est omnium vera salus. Extirpantur future deceptionis providentia precurrente radix et materia, cum preteritorum actio enunciatione litterali ad cognitionem perducitur futurorum. Hinc est, quod nos posterorum memorie presentium tenore cupimus relinquere, quod nos desiderantes profectum et emendacionem civitatis nostre duderstat, instructi consilio nostrorum fidelium militum, qui presentes aderant, videlicet Basilii de Woldeshusen, Conradi de novali [10]), Henrici de Werle, matura prehabita deliberatione, libero arbitrio dedimus memorate civitati et suis incolis, sicut pater noster dux Albertus [11]) felicis memorie et fratres nostri principes illustres dux [12]) Henricus et Albertus, qui adhuc reguntur sospitate corporali, liberaliter erogaverunt, frui **jure Brunsvicensi**. Ne hujusmodi donationem rite et rationabiliter erogatam aliquis imposterum presumat infringere, civitati nostre sepe dicte presens scriptum sigilli nostri munimine signatum dedimus ad cautelam. Datum duderstat anno incarnationis domini nostri M. CC. LXXXX primo in die beati Valentini." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. VII S. 8, 9.

Im vorstehenden Rechtsbriefe muss es auffallen, dass Herzog Wilhelm, Albrecht's d. Gr. [† 1279] jüngster Sohn, welcher seit den Gebietstheilungen v. 1286 und 1289 [13]) zu Duderstadt wenigstens scheinbar in gar keinen Beziehungen mehr gestanden, der Verleiher des Privilegs ist, ja! darin sogar die Stadt als die seinige bezeichnet hat. Dies Vorgehen als einen feindseligen Schritt gegen seinen ältesten Bruder Heinrich (s. nr. 7, 8), an welchen Duderstadt gekommen war, aufzufassen, fehlt es ebenso an jedem Grunde, als bei dem vorübergehenden Aufenthalte Wilhelm's in genannter Stadt an eine gewaltsame Besetzung derselben zu denken [14]). Es mag vielmehr dieser Confirmationsact (sowie natürlich dann auch jener des jüngeren Herzogs Albrecht) einfach damit zusammenhängen, dass die drei herzoglichen Brüder ungeachtet jener Theilungsverträge doch immer noch „bis zu einem gewissen Grade die gemeinschaftliche Regierung beibehalten haben." Vgl. *Havemann*, Gesch. der Lande Braunschweig und Lüneburg Bd. I S. 408 Note 3.

1293, Febr. 13. Rathmannen und Gemeinde der Stadt Lübeck verkünden einen mit der Stadt Duderstadt eingegangenen Vertrag, wonach derjenige, welcher in letztgenannter Stadt wegen eines wider sie begangenen Verbrechens („excessus") verhaftet werde, auch in Lübeck („ac si contra nos ipsos excesserit") und zwar in so lange als verhaftet gelten solle, „quousque jam tacte civitati (Dudersted) amoris seu juris vice emendam fecerit rationabilem et condignam." *Wolf*, Eichsfelder UB. Bd. II Nr. XIV S. 11; *UBuch der Stadt Lübeck* Thl. I Nr. DXCIX S. 540. 10

1314, Nov. 17. Herzog Heinrich „der Junge" [15]) von Braunschweig gibt seinen Bürgern zu Duderstadt zunächst a) die Zusicherung: „se nicht tho vorbuwende [16]) binnen einer mile weghes, et ne sie mit rade vnd willen der ridder vnd der knechte vnd der burgher; vnd sine burgher tho duderstat binnen vnd enbuten bi al öreme rechte to latene vnd se in al sinen sloten . . . tolles vnd geleydes vri (to) gheven, den lindenberg [17]) vnd den westerbornen [18]) vri to latene, (vnd) juden, de in sine stat tho duderstat mit sineme willen varet, bi allem burgherrechte to latene"; bestimmt fer- 11

9) Die Confirmationsbriefe der beiden Herzoge Albrecht sind nicht mehr vorhanden.

10) von Roden.

11) S. oben zu nr. 4.

12) Vermuthlich: duces.

13) Vgl. *Dürre*, Gesch. der Stadt Braunschweig S. 110.

14) Vgl. *Wolf* a. a. O. Text S. 70.

15) Ihm hatte sein Vater, Herzog Heinrich „der Wunderliche", die Stadt Duderstadt überlassen.

16) D. h. keine ihnen schädliche und lästige Bauwerke, z. B. feste Schlösser, anzulegen.

17) S. oben nr. 4.

18) Es ist hier wohl der durch das Westerthor fliessende Breme-Bach gemeint.

ner b) in Ansehung von Schuldklagen gegen Bürger und wegen böslicher Zollweigerung: „Welc man eynen vnser burgher von duderstat schuldigen wil, de schal en schuldigen in der stat vor vnseme richte, dar schal men öme rechtes pflegen, he si riddere knecht eder bur. Welc man vsen toln vntvöret[19]), de schal geven vor den pennig vif schillinge, vor eyn scherf[20]) driddehalven schilling. Welc man in vnseme richte neyn gud en hefft, dar man op clagen moge, vnd eynem vnser burgher schuldig ist, der mag en eder sin gud vphalden vor sin ghelt"; und verspricht endlich c) die Duderstädter bei allen ihren von früheren Herzogen herrührenden Rechten und insbesondere bei „allen recht, de de burghere von **Brunswich** hebbet vnd en beschreben ghevet vnder öreme ingesegele … to latene, de en to beternde vnd nicht to ergernde." *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XI S. 11, 12; mit modernisirtem Texte im Eichsfelder UB. Bd. II Nr. XXII S. 16.

12 **1315**, Sept. 28. Derselbe versetzt seinen Bürgern zu Duderstadt seinen „tegeden des veldes to duderstat to vier jaren vor hundert marc einer marke miner lödiges sülveres." *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XII S. 12.

13 **1318**, Mai 18. Herzogin Jutta von Braunschweig, des vorgenannten Herzogs Heinrich „hussfrowe"[21]), verspricht, ihre Bürger zu Duderstadt „bi alle öreme rechte … dat sie van aldere van der edelen herschap van Bruneswich ghehat hebbet vnde noch hebben", sowie „bi alle der ghenade vnde gunste vnde rechte to latende", welche sie mit den Briefen Herzog Heinrich's selbst beweisen mögen und darin „beschreven hebbet vnder sineme ingesegele", und ihnen diese Gnaden und Gerechtsame „an allen dinghen to beternde vnde an neynen stucken to erghernde." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XIII S. 12, 13 m. Text S. 74—76.

14 **1322**, Febr. 16. Herzog Heinrich d. J. und seine Gemahlin Jutta von Braunschweig bekennen, ihren Vetter, den braunschweigischen Herzog Otto[22]), gebeten zu haben, „dat he ere truven burghere to duderstat in al eren noden lich anderen sinen burgheren scal vordedingen vnde bescirmen von dusser tit wente to deme neysten pachen over twen jar", und befehlen diesen ihren vorgenannten Bürgern, erwähntem Herzoge Otto „to vppende to alen sinen noden ere stat to duderstat to dusser vorghenanten tit." *Wolf* a. a. O. Nr. XVI S. 13, 14.

1322, März 2. Dieselben verkaufen wiederlöslich an ihre Bürger zu Duderstadt aus ihrer Bede daselbst 23 Mark löthigen Silbers „jarliker gulde." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XVI S. 14, 15. 15

1322, März 22. Dieselben überlassen in gleicher Weise den Duderstädtern weitere 13 Mark von ihrer Stadt-Bede. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XVII S. 15. 16

1324, Mai 1. Herzog Heinrich d. J. erklärt für sich und seine Erben[23]), die von den Rathmannen zu Duderstadt vollzogene Ueberlassung des „thegeden vnde des often[24]) binnen vnde enbuthen erer stat to duderstat mit aller slachte nut" an Herzog Otto von Braunschweig[25]) „ganz vnd stede holden" zu wollen. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XX S. 17 (uncorrect). 17

1324, Jul. 12. Die drei herzoglichen Brüder Heinrich d. J., Ernst und Wilhelm von Braunschweig vereinbaren unter sich (bei Gelegenheit der Vornahme einer Landestheilung) die Bestimmungen, dass a) ihre Erbgüter eine Gesammtmasse und zwar dergestalt bilden sollten, dass dieselbe, die Brautschätze der Einzelnen abgerechnet, gemeinschaftlich gewinne und verliere; b) dass sie sich alle drei von den Städten Eimbeck, Duderstadt und Osterode huldigen lassen, also diese Orte ungetheilt besitzen wollten, worüber sie mit den betreffenden Bürgern bereits übereingekommen seien; und c) dass demjenigen, welcher dieses Bündniss nicht halten würde, sein Idealtheil an jenen Städten verloren und an die beiden anderen Brü- 18

---

19) D. h. wer unseren Zoll verfährt, worunter jede Art der Verweigerung und böswilligen Umgehung der Zoll-Entrichtung zu verstehen ist. *Adelung*, Wörterb. IV. 1027.

20) Die kleinste Landesmünze im Braunschweigischen; nach der Münz-Ord. v. 1488 machten 2 Scherfe 1 Pfennig.

21) Sie war eine Tochter Markgraf Heinrich's III. von Brandenburg und soll die duderstädter Mark zu Leibgeding empfangen, scheint jedoch 1324 darauf verzichtet zu haben. Urk. b. *Wolf* a. a. O. Nr. XXII S. 18.

22) Otto „der Milde" zu Braunschweig, 1318—1344. Derselbe ertheilte auch darauf hin am 5. Apr. 1322 den Duderstädtern einen eigenen Schutzzusicherungsbrief. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XVIII S. 15 flg.

23) Auch Herzogin Jutta tritt durch Urk. v. 25. Mai dess. Js. [*Wolf*, Dud. Urk. Nr. XXI S. 17, 18] der Erklärung ihres Gemahls bei.

24) „Medietas fructuum crescensium in curte, que dicuntur ovet" (1349), „dat ovet halff dat vppe deme hove wesset" (1385). *Seibertz*, UB. II Nr. 716, 868 S. 378, 654.

25) Herzog Otto „der Milde" sagt auch in besonderer Urkunde [*Wolf*, Eichsf. UB. Bd. II Nr. XXXII S. 23] den Duderstädtern auf den Fall, „quod si . . . ex parte decimarum … ad aliquam coarctionem aut guerram pervenerint", seine Hülfe zu.

der übergehen; endlich dass d) auf den Fall etwa unter den Herzogen ausbrechender Zwistigkeiten vier benannte Schiedmänner unter einem Obmanne zusammentreten und den Streit beilegen sollten. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XXIII S. 18—20. m. Text S. 77. Vgl. *Sudendorf* a. a. O. Thl. I Einleit. S. XXVII.

19 **1324**, Jul. 15. Dieselben erneuern den Duderstädtern bei Entgegennahme ihrer Huldigung deren Rechte und Freiheiten, mit dem Versprechen, die herkömmliche Martini-Bede zu 70 Mark löthigen Silbers im Betrage niemals erhöhen zu wollen. *Wolf*, Eichsfelder UB. Nr. XXXIII S. 23, 24. (Extr.) Vgl. auch *dessen* Duderstadt (Text) S. 77.

20 **1327**, Dez. 27. Dieselben weisen die Rathmannen zu Duderstadt an, „dat ghi vnseme leben brodere here Johanne de provest ist des stichtes Embecke [26]), dewilen he lebet, vnd en jar na sineme dode, öme selben efte weme he see bescheidet oder vorsat, geben 28 mark lodiges silberes alle jar von den 70 marken, de ghi von der stat weghene vns plichtig sin to gebene alle jar to sente Martiness daghe." *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XXIV S. 20.

21 **1328**, Jan. 20. Herzog Wilhelm von Braunschweig thut kund, „quod . . consules et cives suos in Duderstad obligavit pro viginti marcis puri argenti solvendi in festo nativitatis Christi proxime venturo", und gelobt den Bürgern dafür, dass er sie am genannten Tage von ihrer Haftung wieder frei machen werde, binnen vier Wochen Bürgen zu stellen. *Wolf*, Eichsfelder UB. Bd. II Nr. XXXV S. 25.

22 **1328** (?) Rath und Bürgerschaft der Stadt Nordheim versprechen den Duderstädtern auf den Fall, dass ihnen von den Herzogen von Braunschweig oder deren Vögten irgend welche Rechtskränkung zugefügt werden sollte, „omnem precum et laborum diligentiam, donec eis fiat restauratio hujus violentie aut injurie." *Wolf* a. a. O. Nr. XXXVII S. 25, 26.

23 **1330**, Febr. 18. Probst, Aebtissin und Convent des Cisterzienserklosters zu Worbis [27]) kaufen mit Genehmigung von Rath und Gemeinde zu Duderstadt daselbst von Johann Pagani ein Hofgut („domum et curiam"), mit der Zusicherung, davon gleich den übrigen Bürgern Steuer und Wachdienst zu leisten („facientes domo de eadem in exactione et custodia vigilum ipsis consulibus... prout ceteri cives, quidquid possibile fuerit atque justum"), sowie bei etwaigem Zuwiderhandeln gegen die städtischen Gebote und Interessen auf Ansinnen das fragliche Haus binnen Jahresfrist an einen Bürger der Stadt wieder zu verkaufen. *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XXVI S. 21, 22. Deutsch in *dessen* Denkwürdigkeiten der Stadt Worbis (1818), Urk. Nr. XV S. 22.

1334, Jan. 7. Herzog Ernst von Braunschweig verpfändet seinem Bruder Heinrich d. J. den bisher mit ihm gemeinschaftlich innegehabten „deyl der stadt to Duderstad, dat es de dredde del . . . met alle deme, dat dar to horet an gherichten, an tollen, an wateren, an holte vnn an weyde, an gheystliken vnn an wertliken lenen, met allerslachten nut vnn met alleme rechte" für 200 Mark löthigen Silbers einbecker Gewichts, dabei u. a. die Verpflichtung für sich anerkennend: „we en scolet ok de stad met nichte vordeghedingen weder vnses broder willen; de wile we ok desser stad enberen scolet vnn willet, so en scole we erer neymende gegunnen wenne vnseme vore genanden brodere." *Sudendorf* a. a. O. Nr. 563 S. 285, 86. 24

1334, Apr. 3. Die Augustiner-Mönche zu Nordhausen erwerben ebenfalls kaufsweise mit Zustimmung von Rath und Bürgerschaft in Duderstadt allda ein Haus sammt Hof, indem sie sich in gleicher Weise, wie das Kloster zu Worbis [nr. 23] zur „exactio et custodia vigilum . . de jure et consuetudine civitatis", sowie überdies dazu verbindlich machen, dass niemals eine Erweiterung des fraglichen Gebäudes oder eine Entfremdung desselben von der Steuerpflicht mittels Veräusserung stattfinden, wohl aber auf Begehren des Rathes Haus und Hof binnen Jahresfrist an einen duderstädter Bürger käuflich überlassen werden solle. *Wolf*, Duderst. Urk. Nr. XXIX S. 24. 25

1334, Aug. 9. Erzbischof Balduin von Trier als „herre vnd beschirmer des stiftes von Mentze" thut kund, dass ihm und dem genannten Stifte Herzog Heinrich d. J. von Braunschweig „den halbenteil siner burg zu Geveldehusen vnd daz halbeteil [28]) der stat zu Duderstat mit den gerichten halb [in der stat vnd] 26

26) Ueber ihn († 1367) s. *Harland*, Gesch. v. Einbeck I, 99. Er hatte durch Urk. v. 17. März 1325 [*Sudendorf* a. a. O. Nr. 403 S. 224] gegen Zusicherung einer Leibrente, wovon das duderstädter Bede-Reichniss ein Theil war, auf sein väterliches Erbe zu Gunsten seiner Brüder verzichtet.

27) Von diesem Kloster handelt *Wolf*, Worbis S. 64 flg.

28) In Folge der Verpfändung unter nr. 24 konnte Heinrich über die Hälfte ($^3/_6$) disponiren.

vor der stat [29]), vnd den halbenteil des gerichtes zu Bernshusen mit alle der herschaft, gerichten, rechten vnd gevellen, die zu den vorgenanten stucken gehoren", um 600 Mark löthigen Silbers duderstädter Gewichtes, welche bereits „betzalet vnd gentzlichen gewe-ret" seien, versetzt habe, und zwar so, dass „der vorgenante hertzoge oder nyeman von siner wegen die burg noch die stat wider losen sal bynnen zwen jaren" vom nächsten Martinstage an beginnend, wobei noch besonders verabredet worden, „daz die stat vnd die lude in den gerichten sulle bliven sitzen in aller der friheit gnaden vnd rechten, die sie von aldere von ieme [hertzoge Henrich] vnd sinen elderen gehabet han." *v. Günderrode*, Sämmtl. Werke Bd. II S. 551 — 53; *Sudendorf* a. a. O. Nr. 572 S. 292, 93. Vgl. dazu *Wolf* a. a. O. Text S. 78 flg., *Havemann* a. a. O. S. 423, *Sudendorf* a. a. O. Einleit. S. XXIX.

27 **1335**, Nov. 23. Die herzoglichen Brüder Heinrich und Wilhelm von Braunschweig verpfänden dem Rathe und der Stadtgemeinde Duderstadt ihre Münze und ihren Geldwechsel daselbst auf drei Jahre vom nächsten Katharinentage an, mit dem Beifügen: „vnde weme de ratmanne tho duderstat de monte vnd wesle dun von erer weghen binnen dissen negesten dren jaren, dat schal vnser tvigher brudere . . . gude wille sin." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XXXI S. 25 m. Text S. 142.

28 **1336**. Herzog Wilhelm von Braunschweig „setzet sinen drytteil der stat zu Dudirstat deme styfte zcu Mentze, bischoff Baldewine zcu Tryre, mit allerslachte nucz vnd rechte vnd allez, daz darczu horte, alse iss en angeerbit was", für 150 Mark Silbers [30]) zu Pfand. (R.) *Wenck*, Hess. Landesgesch. Bd. II UBuch S. 392 Note *) m. *Wolf* a. a. O. Text S. 79.

29 **1337**, Sept. 8. Acht Meister der Schmiedegilde zu Duderstadt vereinbaren für ihr Gewerk eine „wilkör", betreffend zunächst a) in den §§. 1 — 25 [31]) die Verhältnisse der Innungs-Meister, z. B. die Ahndung des Ungehorsams gegen Vorgebote, der Schmähung anderer „werkin" durch „scheltword", namentlich „vppe der straten oder in taverne", sowie sonstiger Unanständigkeiten; ferner die Abgaben bei dem Eintritte in die Zunft, die Annahme von Lehrlingen, die Betheiligung an Begräbnissen, die Folge der Verheirathung eines Gildegenossen mit einer Frauensperson, „die dat werk nicht besytten mach", die Bussen bei Versäumniss der Zusammenkünfte im „meisters hus", die Vorbedingungen für den Gilde-Erwerb [„welk man vnse innynge wynnen wyl, die schal syn ein recht eekind vnde he schal syne eere hebben beward"], die vier Morgensprachen des Jahres u. a. m., worauf dann b) in den §§. 26 — 37 mit der besonderen Aufschrift „Düt sint de willekore der smedeknechte to Duderstad" Bestimmungen über die Wahl der vier „mester knapen", über die Bestrafung „schelhafftlicher worde", übermässigen Zechens („wan de smedeknechte to sammene sint, we dar me yt eder drinket, wen sin nature wol betwingen kan, de schal geven eyn verndel wasses an de lecht") und Spielens, über die religiöse „vnser leyven frowen broderschap", welcher jeder Schmiedeknecht beitreten soll, über die Unterstützung kranker Gesellen aus der Bruderschafts-Büchse u. s. w. sich anreihen. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XXXIV S. 27—30.

1338, Mai 1. Die zwölf Rathmannen zu Duderstadt bestätigen urkundlich: 30
„quod Samuel judeus suo et aliorum judeorum nobiscum commorantium nomine [nr. 11 *a*] unum fertonem hereditarie et perpetue pensionis rationabiliter vendidit discreto viro Alberto vicedum nostro concivi suisque veris heredibus, dandum et persolvendum prememorato Alberto seu suis veris heredibus de synagoga et scola ipsorum judeorum annis singulis et perpetuis temporibus in die beate Walburgis virginis sine protractione et impedimento." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XXXV S. 30, 31 m. Text S. 87, 88.

1338, Jul. 24. Herzog Wilhelm von 31
Braunschweig erklärt allen Zwist mit der Stadt Duderstadt „vmme ein buch, des vormisset was", für beigelegt. *All. Ztschr.* Urk. Nr. 3 S. 149.

1341, März 15. Herzog Heinrich d. J. 32
von Braunschweig gestattet dem Landgrafen Heinrich von Hessen gegen gewisse von diesem empfangene Zugeständnisse, die Hälfte der Schlösser Duderstadt und Gieboldehausen sammt Zubehör um 800 Mark Silbers göttinger Währung vom Erzstifte Mainz [s. nr. 26] einzulösen. (R.) *Wenck* a. a. O. S. 356 Note *); *Wolf* a. a. O. Text S. 80 Note e; *Sudendorf* a. a. O. S. 292 Note *).

1342—1343. Duderstadt wird zum 33

---

29) *G.* von der stat. Die inclavirten Worte sind einer gleichzeitigen Marginalnote zu einer der Original-Ausfertigungen entnommen.

30) Hierauf bezieht sich die Versicherungs-Urk. der Dechanten Johann zu Mainz und Hermann zu Erfurt v. 8. Aug. 1336 b. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XXXII S. 25, 26.

31) Die §§. 3 — 6, 11, 14, 15 und 18 sind unvollständig, da darin die Angabe der zu verhängenden Busse fehlt.

dritten Theile (eigentlich nur zu $^3/_{12}$) [32]) an Mainz wiederlöslich verkauft. Die ersten über das Rechtsgeschäft zwischen Herzog Heinrich d. J. und seiner Gemahlin Hedwig einer- und dem Erzbischofe Heinrich von Mainz andererseits gewechselten Urkunden aus dem Anfange des Jahrs 1342, vielleicht mehr den Charakter bloser Punctationen an sich tragend, sind uns nicht erhalten; wir erfahren aber, dass sie ausgefertigt worden, aus dem nachher unter lit *a* aufgeführten Documente. Dagegen sind folgende sieben auf die Angelegenheit bezügliche Actenstücke auf uns gekommen:

a) der Gelobbrief des Erzbischofs v. 5. Febr. 1342, worin er die 600 Mark Silbers „vmb den kouf, den he vmb sij getan het vmb den dritten teil zu Dudirstat . . . als die briefe sprechent die dar vbir gemacht sint", am künftigen 14 April zu zahlen verspricht. *Sudendorf* a. a. O. Thl. II Nr. 3 S. 2.

b) Die beiden Haupt-Vertragsbriefe [α, β] v. 20. Febr. 1342, worin der Verkauf des „dritten teils zu Dudirstad mit der pandunge, die wir [Herzog Heinrich] dar vffe han von vnsirn brudern" [33]) (α) — „des dritten teils daz wir han zu Dudirstad an der stad, des dritten teils des zehenden daselbis, vnd waz wir itzund in vnsern weren da han" (β), als geschehen betrachtet, ja sogar erwähnt wird, dass bereits dem mainzer Erzstifte „hulde vnd eide die burgere von Dudirstad getan" hätten (β).

Die Urk. α gibt *Wenck* a. a. O. Nr. CCCXLVI S. 354—56 und als inserirt dem Documente *lit. f. Sudendorf* a. a. O. Nr. 41 S. 20—22; vgl. dazu *Wolf*, Duderstadt Text S. 81, 82; *Havemann* a. a. O. S. 423, 24 m. Note 1.

Die Urk. β theilt sammt dem sie einschliessenden Reverse EB. Heinrich's v. 27. Febr. 1342 *Sudendorf* a. a. O. Nr. 6 S. 3—5 mit.

c) Die Handfeste EB. Heinrich's von Mainz v. 2. März 1342, worin er verspricht, die „burger zu Duderstat . . . by allen eren rechten friheyden vnd gewonheyden . . . in allir der wiss, als sy by der herschaft von Brunswig biz her komen sint", verbleiben lassen zu wollen. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XXXVI S. 31.

d) Die Auftrags-Ertheilung desselben v. 2 März 1342, vom Rathe und der Bürgerschaft zu Duderstadt „hulde vnd eide zu enphahn." *de Gudenus*, Cod. dipl. Tom. III Nr. CCXXXIV p. 322, 23.

e) Die Notifications-Urkunde des Rathsmeisters von Duderstadt über die von ihm auf Geheiss Herzog Heinrich's dem Erzbischofe von Mainz geleistete Huldigung v. 22 März 1342. Darin wird zugleich bemerkt, dass, wenn binnen zwei Jahren der Rückkauf des dritten Theils der Stadt von Seite des Herzogs nicht erfolgt sein würde, Rathsmeister und Gemeinde „blyben sollen vnd willen ewiclichen inn alsotaner huldung irs herrn von Mentz vnd sins Stiffts, als sie vor gelobt vnd gesworn haben." *de Gudenus* l. c. Tom. I p. 973 (Extr.); *Wenck* a. a.O. Nr. CCCXLVII S. 357.

f) Die Anweisungs-Urkunde EB. Heinrich's lautend auf 270 (zum Theile von der duderstädter Bürgerschaft zu entrichtende) Mark Silbers Leibrente für Herzog Heinrich zur Erfüllung des Kaufcontracts v. 19. Mai 1343 [34]). Darin ist die ganze Haupt-Contractsurkunde lit. *b*, α und nebst anderen Zusagen auch jene enthalten: „daz wir [EB. Heinrich], vnsir nachkomen odir stift noch nyman von vnsir wegen die von Dudirstad, also lange sie die fumftzig marg silbers deme vorgenanten hertzogen vnd sinre husfrowen gebint, nicht hober mit bede odir mit schetzunge drangen sullen." *Sudendorf* a. a. O. Nr. 41 S. 20—23, bes. S. 22 Z. 36—38. Endlich

g) der Versicherungsbrief EB. Heinrich's und seines Kapitels für Duderstadt v. 24. Juni 1343 des Inhalts, dass die Bürger daselbst bei allen den Rechten, Ehren und Freiheiten, welche sie von Alters her unter der Herrschaft der braunschweigischen Herzoge gehabt, verbleiben, darin gegen jedermänniglich gleich den anderen Städten und Leuten des Hochstifts verantwortet und vertheidiget, endlich über die 50 Mark Silbers jährlichen Zinses [35]), welche sie an Herzog Heinrich und dessen Gemahlin Hedwig auf deren Lebenszeit nach Aussage der darüber gegebenen erzbischöflichen Briefe zu entrichten gehalten seien, mit keinen Beden oder anderen Dingen beschwert werden sollten. *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XXXVIII S. 32, 33. [In modernisirter Textform und mit der

---

32) Bezüglich dieses vorbehaltenen Zwölftheils [nach einer anderen Quelle soll es $^1/_6$ gewesen sein] verspricht Herzog Heinrich 1347, dass er es nur an seinen Bruder Wilhelm oder das Erzstift Mainz verpfänden oder verkaufen wolle. *Wolf*, Eichsfeld II, 19.

33) S. oben nr. 24.

34) Eine weitere Anweisung auf die Münze und den Schlagschatz in Erfurt v. 1 Jan. 1344 s. bei *Sudendorf* a. a. O. Nr. 59 S. 31.

35) Zahlbar „thu sente Martins dage." Vgl. Urk. v. 1345, 1348, b. *Wolf*, Dud. Urk. Nr. XLI S. 34 u. in der *all. Ztschr.* Urk. Nr. 4 S. 149, 50.

unrichtigen JZ. 1340 in *dessen* Eichsfelder UB. Bd. II Nr. XLV S. 32, 33].

34 **1343**, Oct. 16. Die Rathmannen zu Duderstadt verkünden den mit ihrer Einwilligung vollzogenen Verkauf der halben Mühle vor dem Unterthore durch den Müller Johannes von Etzenbornen an den Bürger Henning Fechter („gladiator"), welcher „de dicto molendino emto hujusmodi jura et consuetudines, que in vulgari utvart et invart [36]) nuncupantur, dedit penitus consulibus et persolvit." *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XXXIX S. 33.

35 **1347**, Mai 27. Herzog Heinrich von Braunschweig und seine Gemahlin Hedwig erklären, dass die ihnen von den Bürgern zu Duderstadt „thu erer lust vnde bequemegeyt" überlassene Stätte sammt Teich vor dem Westerthore nach der herzoglichen Ehegatten Tod „vnde na erer beider drittegesten weder vallen scal vnde komen in die ghemeynen nut der stat, alse it vore was." *Wolf* a. a. O. Nr. XLII S. 35.

36 **1358**, Jul. 21. Erzbischof Gerlach von Mainz gibt dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Duderstadt das Versprechen, a) dass er und seine Nachfolger die Kirche oder Pfarre daselbst „dem Dutzschen ordin oder keime andir ordin, wy der genant sie, nit incorporiren sulle", sondern bei dem Erzstifte behalten wolle; b) dass er keinem geistlichen Orden erlauben „oder virhengnusse geben" werde, in oder vor der Stadt sich anzubauen und „wonunge zu haben", c) dass, wenn künftighin ein „bedehaft gut, daz der vorgenanten stad odir burger ist vnd daz yn bisher dienst oder stüre getan hette, an die egenante pharre geben worde, gekouft odir von dodeswegen an deheynen pfaffin vff irstorbe oder queme, daz solich gut vortme die bede vnd der stad noet mede tragen sal, die iz bis vff die zyt . . . geben had vnd getragen; odir sal das gut darnach binnen eyns jars frist virkoufen eyme burger in der egenanten stad, der solichen dienst vnd bede davon tu"; d) dass endlich der Rath und Schöffenstuhl zu Duderstadt Niemanden schuldig sei ein Urtheil zu sprechen, als dem Erzbischofe, seinem Stifte oder seinem Schultheissen, „wanne der vrteil fregit, oder eyme, der . . . zu ziten da sitzet an des schultheissen stad." *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XLIV S. 36, 37 m. Text S. 83.

37 **1358**, Sept. 2. Herzog Wilhelm von Braunschweig verkauft sein Drittheil der Stadt Duderstadt sammt aller Zubehör mit Wissen und Willen des Rathes daselbst an Erzbischof Gerlach von Mainz [37]), und „bidet vnd heischet die ersamen wysen lude, rathismeister rhadt vnd gemeyne burger derselben stadt Duderstatt, das sie dem egenanten herren vnd synem stifft . . . darüber hulde thun als irem rechten herrn" [38]), weswegen dieselben auch von „hulde, truwe vnd eyde" gegen den Herzog ledig gesagt werden. *Wenck* a. a. O. Nr. CCCLXXX S. 390—92. Vgl. *Wolf* a. a. O. Text S. 83.

38 **1366**. Herzog Otto („Tarentinus") von Braunschweig überlässt denjenigen Antheil an Duderstadt, welchen sich sein Vater, Herzog Heinrich d. J., vorbehalten hatte [39]), ebenfalls käuflich an das mainzer Erzstift. (R) Extr. aus *Botho's* Chronicon picturatum b. G. Chr. *Joannis*, Rerum Moguntiac. Vol. I p. 678 (§. VII not. 1).

Hiemit wurden erst zwei volle Drittheile Duderstadt's dem Erzstifte Mainz erworben. Wann [ob etwa 1440] auch das letzte Drittel kaufsweise an das Erzbisthum gekommen sei, lässt sich mit Sicherheit nicht bestimmen. *Wolf*, Eichsfeld Bd. II S. 19, 20; Duderstadt Text S. 83, 84.

39 **1368**, Jun. 4—9. Die Aebtissin Elisabeth von Quedlinburg belehnt Rath und Bürger zu Duderstadt „met dem dorpe vnd met der dorpstede tu Bredenberge", wie dieselben vorher die Herrn von Minnigerode (Mingerode) vom Stifte zu Lehen gehabt haben. *Wolf*, Duderstadt Urk. Nr. XLVIII S. 40 m. Text S. 97, 305, 307.

40 **1373**, Dez. 20. Ritter Hans von Mingerode nimmt vor dem „gogreven vnd richter des gerichtes vor Duderstad . . . in hegeden richte to rechter dingestad vnd dingtyd" an den Rath und die Bürger dortselbst eine Auflassung seines Vorwerks zu Hiddekerode (Hilkerode), welches er den letzteren verkauft hat, „in eine ewige hebbende were" vor, worauf diesen nach erfolgter Einsetzung „in de were . . . eyn vrede darover gewarcht wird, alse recht vnd wontlik is" [40]). *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. XLIX S. 41.

41 **1374**, Juni 24. Herzog Otto von

36) Das in älteren Investitur-Urkk. begegnende: „exire et intrare, ingredi et egredi."

37) Auf die Zahlung des Kaufpreises bezieht sich die Urk. v. 6 Dez. 1358 b. *Wolf* a. a. O. Nr. XLV S. 37.

38) Die Huldigungs-Urk. v. 3. Sept. 1358 s. bei *de Gudenus* l. c. Tom. III Nr. CCLXXXVIII p. 423.

39) S. oben nr. 33 m. Note 32.

40) Eine ganz gleichförmige Uebereignungsurkunde, betreffend das Dorf Werkshausen, v. 1369 s. b. *Wolf*, Eichsf. UB. Bd. II Nr. LIII S. 38.

Braunschweig (zu Göttingen) nimmt Duderstadt, nachdem er sich mit der Stadt ausgesöhnt hat, auf vier Jahre „in syne beschirmysse vnde vordegedingk“, den Bürgern das Versprechen gebend: „dat we vn vnser amptlude schallen vn willen de vorgenanten von Duderstad entsemptlyke vnd sunderlyke vordedinghen, beschermen vnde vorantworden dusse neysten ver yar yme, gelik anderen vsen steden vnde borgheren in vnseme lande, in vnsen sloten, vf vnser straten, vnde wu wy dat vermoghen, wan se dat von vns eischen, ane jenigerleye argelist.“ Dieses Bündniss soll übrigens, wenn etwa Krieg zwischen dem Herzoge und dem Erzstifte Mainz entstehen und dadurch die Stadt Duderstadt Otto's Feindin werden würde, aufgehoben sein, nach Beendigung des Krieges jedoch sofort wieder in Geltung treten. *All. Ztschr.* Urk. Nr. 7 S. 152—54 m. *Sudendorf* a. a. O. Thl. V. Einleit. S. XII.

42 **1378**, Dez. 13. Die Burgmannen zu Gieboldehausen Hans, Otto und Heinrich von Hagen verkaufen an den duderstädter Rath für $1^1/_2$ Mark löthigen Silbers ihren „hoff gelegen vsswendig der stad vor dem steyndore . . . zu der egenanten stad not vnd vestenunge.“ *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. L S. 41, 42.

43 **1379**, Sept. 17. Die „bure gemeynliken thu Furbach[41]) verkaufen desgleichen mit „willen vnde fulbort“ der Grafen von Luterberg an die Stadt Duderstadt sechzehn „achtwort“[42]) Holzes im s. g. Osterholze für 5 Mark löthigen Silbers, womit „de genannten bure von Furbach öre kerken hebben gebuwet.“ *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LI S. 42, 43.

44 **1382**, Sept. 22. Die Rathmannen zu Duderstadt beurkunden, dass sie den Wollenwebern daselbst „de molenstede vnd den watervlot in der musen[43]) erfflicken to besittende“ für $1^1/_2$ Mark jährlichen Zinses überlassen, sowie dass die genannten Wollenweber verschiedene ihr Handwerk betreffende Satzungen, z. B die Pfändung wegen rückständigen Walkegeldes betreffend „gewillekord“ haben. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LII S. 43.

45 **1385**, Oct. 23. König Wenzeslaus ertheilt der Stadt Duderstadt auf des Rathes und der Bürgerschaft Bitten bis auf Widerruf die „nach geschriben genade vnd friheit“, a) dass, wenn mehrere Bürger oder Einwohner von dort „besampt oder besunder“ vor einen Landrichter geladen würden und die Ladung sich auf mehr als sechs Personen erstreckte, alsdann „czwene vs dem rate zu Duderstat vnd darzu vier oder fünf erbern vnd vnversprochen burger doselbist dieselben, die also geladen wurden, vnd ire stat vorsprechen vnd vorantwurten mogen in vnd irer stat zu vorlust vnd zu gewynne“; b) dass übrigens „sye nyemand, wer der sey, vmb dheinerley ander sachen, denne die in den landfride[44]) gehoren vnd dorynne begriffen seien, noch für eynigen lantrichter vsserhalb des landes irer herschaft laden oder beclagen solle oder moge“, ausgenommen vor den in des Königs und Reichs Namen vom Erzbischofe von Mainz eingesetzten Landrichter[45]); c) dass man ferner die also zu ladenden stets „eigentlichen vnd vornemplichen wissen lassen solle solche sachen vnd stucke, dorumb man sie ladet vnd beclaget, als daz in dem lantfride begriffen vnd wol billigen vnd recht ist“; d) dass einem Kläger, welcher erweislich selbst den Landfrieden gebrochen und „des nicht gebessert hette“, weder der Landrichter Recht sprechen noch der Beklagte antworten solle und dürfe, es habe denn der Kläger „zuvoran den bruch erfüllet vnd vorbessert nach des lantrichters rechte“; e) dass, wenn Jemand eines Landfriedensbruches überführt sei, dennoch „sine erben sine guter vzeziehen vnd verantwurten sollen vnd mogen bynnen jar vnd tag, vnd daz ouch sie solcher siner bruche nicht engelden vnd vorbessern durffen, es weren denne solche trefliche sachen, darumb ein man leib vnd gut von rechtswegen verworcht hette nach begriffe des landfrides“; f) dass endlich „alle die, die in dem velde vnd an den bergen arbeiten vnd bawen, es si an wingerten oder an andern fruchten, alle solche friheit haben vnd der geniessen sollen, als der pflug[46]), nach dem als das ouch in dem egenanten lantfride volkomenlichen begriffen ist“[46b]). Zum Schlusse werden

41) Fuhrbach (Furbeche), eines der eilf duderstädter Rathsdörfer.

42) Fuder, nach *Haltaus*, Glossar. col. 253 nr. VI.

43) D. i. Stadtwiese.

44) Es ist der Landfriede v. 11. März 1383 [J. *Wencker*, Apparatus archivor., 1713, Praesid. Nr. XLII p. 233 sq.; *N. Samml. der Reichs-Abschiede* I, 88 flg.] gemeint. Vgl. W. *Vischer* in den Forschungen z. Dtsch. Gesch. II, 51 flg.

45) Ein solcher war z. B. Dietrich Gogrebe. Vgl. Urk. v. 1387 b. *Wolf*, Eichsf. UB. Bd. II Nr. LVII S. 42 flg.

46) *Sächs.* Land-R. II, 66 §. 1 m. II, 13 §. 4; *Deutschen-Spiegel* Land-R. 187 (S 120); *Schwäb.* Land-R. 174 (r. *Lassb.* S. 83b).

46b) Es kann nur an Landfr. §. 21 [*Wencker*

Fürsten, Adel und Städte, sowie insbesondere alle Landrichter, „die in dem vorgenanten lantfride sein oder hernach darein komen", ernstlich ermahnt, die Duderstädter im Genusse vorstehender Gnaden und Freiheiten nicht zu hindern oder zu irren, sondern, und zwar bei des Königs und Reiches „swerer vngenade . . dabey genzlichen beleiben zu lassen." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LIII S. 44—46 m. Text S. 317, 18.

46 **1397**, Sept. 21. Die Edlen Gottschalk, der ältere und jüngere, und Jan von Plesse und Heinrich von Hardenberg, Ritter, nebst seinem Sohne und seinen Brüdern, verbinden sich mit der Stadt Duderstadt gegen Hilmar von Steinberg und dessen Helfer auf drei Jahre zu gegenseitigem Beistande. *All. Ztschr.* Urk. Nr. 10 S. 156—58.

Am Ausgange des XIV. und im Anfange des XV. Jhdts. hatte Duderstadt mancherlei gefährliche Fehden mit benachbarten Edelleuten, z. B. den v. Mingerode, v. Uslar, v. Döringberg, v. Kerstlingerode (s. Fehdebriefe v. 1401 u. 1411 b. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LVI, LVIII S. 86, 87) durchzukämpfen, welche dann ebensoviele Schutzbündnisse der Stadt mit anderen Herrn und Städten zur Folge hatten. Vgl. *Wolf*, Eichsfeld B. II S. 143; Duderstadt Text S. 94—96.

47 **1398**, Apr. 16. Erzbischof Johann von Mainz erlaubt den Schneidern zu Duderstadt, „daz sie eyne gilde vnd ynninge haben halden vnd sich der gebruchen sollen vnd mogen, vnd was snyder fürbass me in dieselbe gilde vnd ynningen komen wollen, die sollen sie losen vnd den, die in der gilde sint, geben vnd bezalen zwo marg phennge dudersteder werunge, vnd dieselben, die also in die gilde komen wollen, die sollent frome lude sin vnd keyne bastharde sin." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LIV S. 47.

48 **1429**, Oct. 3. Thile Wulf verkauft die als mainzische Stiftslehen besessenen „dorppe vnd dorpstede" Brochthausen, Crefftenrode und Hugsthal „med den kerchlenen darsulvez, myt vogedien, diensten, bede, plicht vnde rechte, besocht vnd vnbesocht, wii men die genennen kan, myt allen ören togehörungen in holte, in velde, in dorppen, in watir, in wyschen vnd in weyde", an den Rath von Duderstadt für 300 rheinische Gulden, und bittet den Erzbischof Konrad von Mainz, die Duderstädter „myt solichen guden genedichlichen belyhen" zu wollen. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LIX S. 88.

l. c. p. 239 lin. 28—33; *N. Samml.* a. a. O. S. 90] gedacht sein.

Der erbetene Belehnungsbrief ist übrigens erst am 2. Mai 1433 vom genannten Erzbischofe ertheilt worden. *Wolf* a. a. O. Urk. LXI S. 90—92.

1430, Sept. 14. Die Gebrüder Hans 49
und Martin von Worbes, Theil-Besitzer des Schlosses Bodenstein [47]), kommen mit den Rathmannen von Duderstadt überein, gemeinschaftlich „eyne warde [48]) to buwen by Wenden an den steynbül", im Gerichtsbezirke der ersteren gelegen, woran beide Parteien „glike gud vnde glike vele rechtes hebben vnde behalden", daher insbesondere auch die „wartlüde" dem einen wie dem anderen Theile schwören sollten, „getruwe diener to synde vnde glike getruwe vnde holt to synde." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LX S. 89, 90.

1436, Jun. 30. Erzbischof Dietrich von 50
Mainz erlaubt auf Vorstellung des Raths und der Bürger von Duderstadt, „dass sie vnd ire altfordern von engede der stad, vnd dass die gebüwe der hüser zu nahe by eyn stên, grossen verterplichen schaden swerlich glidden hetten von grossen brande, der zu dickenmalen in der stad daselbs entstanden, vnd zu besorgen sy, dass solichs hinfür me entsteen möchte", mit Genehmigung des Dechants und Kapitels des Doms zu Mainz dem Rathe und den Bürgern seiner Stadt Duderstadt, „daz sie dieselbe sine stad grosser vnd wyder mögen machen vnd buwen mit phorten, graben, thornen, muren vnd ander befestigunge, als des noit ist vnd wirdet", desgleichen auch die Mauer, welche jetzt zwischen der Stadt und dem Vorstadtflecken steht, „wan sich das nach gelegenheit des buwes gebüret, abebrechen vnd den graben füllen" dürfen, also „dass es eyn stad werden sin vnd bliben solle", wobei die dadurch berührten Hof-, Lehen-, Zehent- und Zins-Verhältnisse genau geordnet werden [49]), und bestimmt schliesslich: „es sal ouch dieselbe Nuwestat [50]) vnd ire inwoner, die zu tzyden sin vnd werden, alle die friheyt han und sich der gebruchen, die vnser stad Tuderstad itzt von vns vnd vnserm stiffte hat, vnd wir fryen sie also genwertic-

47) Vgl. Urkk. v. 1337 u. 1418 b. *Wolf*, Eichsf. UB. Bd. II Nr. XLI[b], LXIV S. 30, 48.

48) Vgl. *Wolf*, Dud. Text S. 92, 286.

49) Zum Zwecke der Durchführung überlässt EB. Dietrich an demselben Tage (*Wolf*, Dud. Urk. Nr. LXIV S. 95, 96) mehrere vom Stifte zu Lehen gehende Hofzinse dreien duderstädter Patriziern zu Eigen.

50) Dieselbe, auch „Benebenstadt" genannt, bildete eigentlich nur eine lange Strasse. *Wolf* a. a. O. Text S, 235.

lich in krafft diess briffs zu ewigen tagen, also dass die itzgenante stad vnd die Nuwestadt eyn stadt mit ratsmeistern, einem rate vnd eyner gemeynde vnverscheiden sin vnd blieben sal; so sollen ouch dieselbe Nuwestad vnd ir inwoner vns, vnsern nachkomen vnd stifte getruwelichen, gehorsam, phlichtig vnd verbunden sin in allermasze als Duderstat vns itzt gewertig, gehorsam, verbunden vnd phlichtig ist zu thun vnd thun sal ane alle geverde. Vnd nemlich sal man es mit vnserm gerichte halten, vnd das suchen vnd das gebruchen ane intrag in allermasze, als vns das itzunt zusteet, vns vnsern nachkomen vnd stiffte an vnsern rechten, die wir an den gerichte vnd stad han ader haben sollen, vnbeschedelich ane geverde." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXIII S. 93—95.

51 **1442**, Nov. 11. Die zur „kopmansgilde" vereinigten Kaufleute und Gewandschneider zu Duderstadt verkünden bei Gelegenheit der Herstellung eines neuen Gildebuchs „ut deme aulden boke" ihre „willekor" in 12 Artikeln, hauptsächlich die Weinreichnisse an die „mester vnd sessen" der Zunft, die eigenthümlichen Rechte der Söhne und Wittwen der Zunftglieder, ferner der Erben desjenigen, dessen „kopmansgilde vorfelt vnd vorlediget", sowie der auswärts domizilirenden Kaufleute in Ansehung ihrer in die Zunftcasse eingelegten Zinscapitalien [51]; dann die Brüchte-Antheile der Gildevorsteher, den Uebergang der Zunftrechte auf den jüngsten Sohn, endlich die Jahrsversammlungen im Kaufhause (um „dar to keisen vnd setten nigge vormunden, also dat wontlik ist, vnd to hören lesen düsse öre willekore vnd gewonheit, vp dat sek ein jowelk dar na richten moge to haldende, vnd vp dey sulven tyd to geven ören wontliken tinss") betreffend. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXV S. 96—98 m. Text S. 336—40.

52 **1445**, Jan. 21. Die zwölf Rathmannen zu Duderstadt stiften in Gegenwart von Deputirten der Gilden zwischen den „ersamen kopmannen der wantsnider gylde" einer- und der Wollenweber-Zunft daselbst andererseits einen deren Zwistigkeit beilegenden Vergleich des Inhalts, dass die Wollenweber für sich und ihre Nachkommen zusichern, die genannten Kaufleute und deren Nachfolger „an dem wantsnede noch an ör gerechticheid örer gilde nimer meher to behindern noch jenigerleyge indracht to don, also dat se noch alle öre nakomen neynerleige want schullen noch en mogen sniden wer [weder] heymlick noch openbar, sunder den obgenant kopman met dem snede des wandes vnd örer gerechticheit nu vnd alle tyd beweren vnd betemen laten" [52]). *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXVI S. 98, 99.

1457. Der Rath zu Duderstadt gewährt die Aufnahme von zwei Juden in die Stadt [s. nr. 30], die Wahl derselben dem Juden Nathmann überlassend. Dabei wird bestimmt: „de schullen vns geven theyn gulden to leyffnisse vnd dre jar by vns wonen anstande vp Michelis erst kommende, vnd schullen vns dem rade des jars gheven xii gulden to schote, waken knicken vnd graven dar to don, also geborlik ist. Vnd de jodden mogen eynen snider hebben desse jar vmme, de schal vns eynen gulden to schote geven vnd ock graven vnd knicken [53]), also öme gebort. Vnd düsse jodden mögen or gelt vthdon vp gewyn, alse dat von older by vns wontlick ist gewest. Vnde de jodden (wellen wey) vordedingen gelick andern vnsen borgern, vnd in düssem dren jaren en schullen neyne frömede jodden meher by vns wonen. Vnd dat gesynde der twier jodden schullen ok fryheyt hebben ane geverde to holdende, mit düssem vnderscheyde, dat sie neyn eghen ghewyn hebben." Aus dem alten Stadtbuche b. *Wolf* a. a. O. Text S. 239. 53

1461, Sept. 17. Erzbischof Dietrich von Mainz theilt den Duderstädtern seine Meinung darüber mit, dass sie Ladungen „von der heymlichen gerichte wegen der fryenstule in Westphalen" nicht Folge zu leisten brauchten, weil er vom Kaiser „des löblich gefryet sy, dass dheyn siner vntertan oder der sinen an eyniche westphälische gerichte, hofgerichte oder ander gerichte geladen werden noch daran antworten sollen", wofür er „mancherley privilegien vnd fryheytsbrieffe vnd sigel" habe [54]). *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXVIII S. 102, 3. 54

51) Mit der Gilde scheint eine (sie besonders charakterisirende) bankähnliche Einrichtung verbunden gewesen zu sein, nämlich eine Depositencasse, in welche sowohl die einheimischen Zunftglieder gegen höhere Zinsen, als auch „to Duderstad nicht wonende koplüde" gegen halben Zins Handelsgelder niederlegen konnten.

52) „Beweren vnd betemen (betömen) laten", gewähren, schalten und walten lassen.

53) „Knick" ist der breite Graben, welcher die Stadt-Warten mit einander verband; das Aufwerfen und Unterhalten desselben heisst „knicken." *Wolf* a. a. O. Text S. 286.

54) Vgl. Priv. Friedrich's III. für Mainz v. 12. Oct. 1447 b. *Kopp*, Ueber die Verfassung der heimlichen Gerichte Beyl. XIV S. 384 flg. Dennoch

55 **1462**, Jul. 4. Herzog Wilhelm von Sachsen und Landgraf Ludwig von Hessen nehmen nach einer am 30. Mai zu Gotha getroffenen Uebereinkunft, vermöge deren die Städte Heiligenstadt und Duderstadt sich von den Streitigkeiten zwischen Erzbischof Adolph von Mainz und Herrn Dietrich von Isenburg [55]) lossagen, diese beiden genannten Städte gegen ein Jahrreichniss von 1200 rheinischen Gulden auf drei Jahre in „schutz schirm vnd verteyding." *All. Ztschr.* Urk. Nr. 18 S. 169—74.

56 **1465**, Oct. 16. Der Rath zu Duderstadt nimmt den Juden Abraham mit seiner Mutter auf sieben Jahre unter Ueberlassung der „schole to syner behoff" in die Stadt auf. Dafür soll derselbe „alle jar gheven to schote vnd plichte theyn rynsche gulden vppe Galli vnde twe punt engevers (Ingwer) deme rade to loyffnisse, vnde den frowen in deme vastelavende ör plicht na older gewonheyt. Vnd her schal vppe de mark nemen to der weken vier nige pennige to wokergelde van des rades vndersatten vnd forder nicht. Süst wo her seck myt vthluden behelpen kan, dat mach her don one geverde. Vnd en schal neyn geld don vppe harnsch, dat dar ist der deynere vnd des rades. Ock mach de genante Abraham myt seck bringen eynen armen jodden, de öme to der hant ga to synem behoff, syne kinder to lernende vnd to schnidende; de schal alle jar gheven deme rade eyne mark to schote vnd süst myt gravende vnd knickende syne plicht don, alse andere medeborger, düsse seven jar vmme ane geverde." Aus dem alten Stadtbuche b. *Wolf* a. a. O. Text S. 239, 40.

57 **1467**, Dez. 30. Die Gildemeister der Bäckerzunft in Braunschweig theilen den duderstädter Bäckern auf deren Begehren ihres „backwerks wonheit vnd rechticheit in scrifften", d. h. einen Tarif des Preises und Gewichts des Brodes mit, am Schlusse eine Notiz über die Geldbussen beifügend, womit jene, welche „sick in düsser wichte, so vorberord is, versumen", belegt zu werden pflegen. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXIX S. 103, 4.

58 **1469**. Der Knappe Berthold von Westerhagen [56]) gelobt den Rathmannen zu Duderstadt aus Dankbarkeit dafür, dass man ihn daselbst wohnen und die Freiheit geniessen liesse, „des jars to bruwende mit syner pannen so vele he gedrincken mach mit synem gesinde" [57]), ohne jedoch vom Biere „in vaten, tunnen, flasschen edder legelen" [58]) zu verkaufen: a) alljährlich an Michaelis $4^1/_2$ Mark duderstädter Währung „vp öre rathus örer stad beste darmede to donde na örer bequemelicheyt" zu entrichten, und b) auf den Fall seines Todes das fragliche Haus zu „bescheden na gots ere in der stad Duderstad, also dat solk huss denn ein borger to Duderstad kopen mach, weme dat evet, dat der der stad vort schote vnd plichte, vnd nicht vth der stad plicht vnd schote schal komen vnd nicht fallen an syne erven, de syn ok wey de syn. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXX S. 104, 5.

1486, Apr. 17. Der kurmainzische Verweser des Eichsfeldes Bruno edler Herr zu Querenfeld schlichtet die Streitigkeiten, welche zwischen dem Rathe zu Duderstadt eines und den Gildemeistern sammt der Gemeinde daselbst anderen Theils ausgebrochen waren [59]), durch einen Schied des Inhaltes: a) dass der genannte Rath „in vuller macht sin sal to donde vnd to latende in allen saken", welche des Erzbischofs und seines Stifts oder der Stadt Duderstadt Bestes betreffen; ferner b) dass die Gildemeister „scholen veir vt der gemeyne keysen [60]), dar schal dey rad to Duderstad twene nach orem gefallen von nemen, dey twene scholen mit twen des rades kemerern sytten, der stad inname vnd vthgave to donde heffen, vnd gloven vnd sweren, na der stad beste getruweliken damede vm tho- 59

wurden aber im J. 1480 die Duderstädter an den Freistuhl zu Brackel vorgeladen. *Wolf*, Dud. Urk. Nr. LXXII S. 106. 7.

55) Graf Dietrich von Isenburg war 1459 in zwiespältiger Wahl neben Graf Adolph von Nassau zum Erzbischofe von Mainz gewählt worden. Ueber die dadurch verursachten blutigen Kämpfe s. H. *Brühl*, Mainz (1829) S. 83 flg. u. *Souchay*, Gesch. der Dtsch. Monarchie IV, 327 flg.

56) Die v. Westerhagen hatten in Duderstadt quedlinburgische Lehengüter (Häuser) inne. Vgl. Urk. v. 1494 b. *Wolf*, Dud. Nr. LXXVI S. 110, 11.

57) Auch der Pfarrer von Duderstadt hatte vertragsmässig das Recht, „in der stadtpfarre zu siner husshaldunge noitdorfft bier to bruwen." Als ihm (1493) der Rath diese Befugniss streitig machen wollte, erhob desshalb das Stift zu Heiligenstadt, welchem „durch bebistlich gewalt" die duderstädter Pfarrkirche „zugeeignet" war, Beschwerde. Urk. b. *Wolf* a. a. O. Nr. LXXV S. 109, 10.

58) S. oben S. 904 Note 6.

59) Ueber die vorhergegangenen mehrjährigen Zwistigkeiten in Duderstadt (1477 — 79), welche EB. Dietrich von Mainz, als er am 18. Oct. 1479 nach empfangener Huldigung den Duderstädtern ihre Freiheiten confirmirte und dann über die Friedensstörer Gericht hielt, nur vorübergehend zu heben vermochte, s. *Wolf*, Dud. Text S. 121—41.

60) Dies hatte bereits EB. Dietrich 1479 angeordnet. *Wolf* a. a. O. S. 140.

gande, vnd so ör jar vorgangen ist, dan deme rade vor den nygen vnd vor den auldin gildemestern rechenungen don, vnd vor den aulden gildemestern darumme, dat sey dat forder jare by der rechenung gewest sint"; c) dass die Brauer in der Stadt von jedem Gebräue an den Rath zwei duderstädter Schillinge zu geben haben; sowie d) dass demselben auch von jedem Fasse Biers zwei Schillinge „to vptöger gelt" zufallen sollen, worauf noch schliesslich e) der Gildemeister-Eid näher normirt wird. *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXXIV S. 108, 9 m. Text S. 151.

60 **1408** (?), Apr. 23. Probst und Convent des geistlichen Stifts Pölde erhalten vom Rathe zu Duderstadt die Vergünstigung, daselbst auf der von Heinrich Nore („Nörin") überlassenen Baustätte ein Haus nach ihres Stifts Bequemlichkeit anzulegen, wofür sie dem Rathe zusagen und geloben, zu ewigen Zeiten in ihrem Hofe einen Ochsen zu halten auf eigene „kost vnd ebenthüer . . . der stadt Duderstadt vnd ihrem quecke [61]) zu gude." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXXVIII S. 112, 13 mit Text S. 278, 79.

61 Im XIV. Jhdt. erhielt Duderstadt ein Statutenbuch. Die erste Redaction desselben („antiquus liber") [62]) scheint verloren gegangen zu sein, und ebenso lässt sich auch nicht mehr bestimmen, welches Verhältniss zwischen derselben und der uns erhaltenen unvollendeten Copie eines Stadtrechts mit der Aufschrift: „Hec sunt instituciones nec non et consuetudines Duderstad Scripte anno M° CCCC° XXXIIII°", deren *Wolf* a. a. O. Vorr. S. VIII gedenkt, obgewaltet habe. Vollkommen bekannt ist uns dagegen eine jüngere Aufzeichnung des duderstädter Rechts geworden, welche der zweiten Hälfte des XV. Jhdts. angehört und sich als eine Verbindung des noch praktisch gebliebenen Theiles der älteren Statute mit allmälig entstandenen jüngeren Satzungen (herabreichend bis zum J. 1483) charakterisirt. Einen Abdruck dieser Rechtssammlung mit dem Rubrum: „**Der Stat Duderstat Statrecht vnd loflike olt herekomen wonheyt**" hat uns aus einem Rathsarchivs-Codex *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LV S. 47—86 geliefert.

Dieselbe, jedenfalls für den amtlichen Gebrauch aus Anlass des Rathes abgefasst, begreift 134 (unnumerirte) meistens kurze und mit Ueberschriften versehene Artikel, bei deren Aneinanderreihung ursprünglich eine gewisse systematische Ordnung unverkennbar beabsichtigt war, wie sich denn z. B. in den Artt. 1—16 privatrechtliche, 34—40 strafrechtliche, 52—64, 67, 68 prozessualische Bestimmungen zusammen gruppirt und dazwischen oder daran die bei weiten vorwiegenden polizei- und gewerberechtlichen Vorschriften (z. B. Artt. 41, 42 über Gilden, 43—46 über Brauerei, 120—29 über die Handwerke der Kürschner, Wollen- und Leinweber, Knochenhauer, Bäcker u. s. w.) ein-, beziehungsweise angefügt finden. Zur Probe mögen nachfolgende das Privatrecht und Gerichtsverfahren betreffende Stellen des Stadtrechts dienen:

„I. (S. 47.) Neymand schal geven over sin bedde breth meher wanne dry phund ane der erven loff vnd nicht meher, dar sin dan tweyne vnser heren von dem rade over [63]) mit den erven; vthgenomen viff margk, dy mach eyn jowelke geven an den buwe vnses hovetheren [64]) sancti Ciriaci [65]), viffe sancto Servatio [66]) vnd viffe an der stat buwe ane der erven loff.

II. (S. 47.) *Von schotbaren goude tho vorkouppen.* Neymand en schal eygen noch erve, dat in der stat schote lydt, vorkouppen edder vorgeven, wann vnsen medeborgeren in der stat, dat solk gout nicht vthe der stat schote kome. wey dat vorbreyke, dey scholde dem rade von der stat wegen thü margk geven, vnd scholde dat erve bynnen eynem verndeyl jares weder inbringen. ghescheyge dess nicht, sou scholde hey ader syne erven aver thü margk geven. vnd en schal des goudes vor neymande vorlathen, denne vor dem rade, vppe dat men wethe, wor dat gout blyve; pena thü margk. ok wy neyn borger ess, schal neyn schotbar guot kopen.

III. (S. 48.) *Von breyven to gevende.* Ok schal neymant vortmehr breyffe nehemen ader geven, darin tinss werde vorschreven, de syn geystlick adder wertlick, denn vor vnss dem rade vorhandelt vnd vorsegelt, over der stat schotbar gout, by twen marken. Wey darweder deyde dennoch, schullen dey breyffe machtloss sin; dat en weyre dan sake, solkes gescheyge von eynem, der eygen ingesegel hedde.

VI. (S. 48.) *Von testamenten.* Welk

61) Queck („kwikg, qweck"), lebendiges Vieh.

62) Auf diese verweist einmal das neue Stadtrecht Art. 118 §. 6 S. 77 mit den Worten: „Ille articulus concordat cum antiquo libro."

63) „Over sin", gegenwärtig sein.

64) D. i. des Schutzpatrons der Stadt. *Haltaus*, Glossar. col. 831.

65) Ueber die im XIV. Jhdt. erbaute St Cyriaks- oder Oberkirche s. *Wolf* a. a. O. Text S. 249 flg.

66) Von der vermuthlich schon vor 1238 entstandenen St. Servatius- oder Unterkirche handelt. *Wolf* a. a. O. S. 265 flg.

borger, borgersche ader medewoner buthen dey stat ader den kalandessheren [67]) jhenich testament ader seylegereyde gifft, dey schal an der stat gebuwe ock sou vele geven.

VII. (S. 48.) *Von testamenten plicht.* Welk vnser borger ader borgersche sin testament settet, wat dey in deme testamente vorgifft, dar der stat ore plicht mede affgeyt, vnd ock wat von dem testamente ader ervetales wegen buthen dey stat keyme, dess schal der dredde pennigk dem rade vnd der stat bliven. Articulus brunsvicensis [68]).

VIII. (S. 49.) *Von dem dredden pennige.* Welk vthman ader vthlude erve vnd goude by vnss forderen wolden tho Duderstadt, dat vp sey irstorven weyre, dey scholden den dredden pennigk von den gouderen an der stat buwe volgen lathen vnd bestellen, eher sey dat gout von seden [69]) bringen.

IX. (S. 49.) *Von den, dey in erve vnd gout spreken.* Welk vnser medeborger dem anderen erve vorkofthe vmme syne phenige, welk hande dat weyre, vnde dat erve van welikem beseytte ader in syner were hedde jar vnd dach ane ansprake: wey dat anspreyke na jare vnd dage vnd bynnen landes were gewest, dey scholde dey anspracke doun vor dem rade ader vor gerichte in der stat, vnde lathen seck tho dem erve ader daruff wysen midt rechte. Wolde hey dess nicht doun, sou scholde jene, dey dat erve hedde, dem volgen mit der achte. Were ock, dat hey buthen landes were vnde tho lande keyme, sou scholde he aver dat erve anspreken bynnen jar vnd dage, alss hey tho lande keyme, vor dem rade edder vor gerichte in der stat. Wolde hey dess nicht doun, sou scholden [70]) ohme volgen mit der achte.

XI. (S. 49). *Von lehen goude seck belygen lathen.* Ock en schal neyn vnser borger medt lehengouden seck belygen lathen, dey wyle dat dey lehenman ader lehenerve levet, vthgescheyden liffghedinge der fruwen; pena x margk.

XIII. (S. 50.) *Von der fruwen vnd oren kindern* [71]). Welker fruwen ör wert affgeyt vnde kindere leth, wolde sick dey fruwe vorandern, sou scholde sey nehemen kindesdeyl; deywyle sey sick nicht vorandert vnd dey kinder woll vorformundet, so mach sey bliven sitten medt ören kinderen in sampden goude, in eygen vnd in lehene.

XIV. (S. 50). *Von twierlyge kinderen.* §. 1. Welk sone kumpt boven twölff jare, den schal man staden [72]) tho syner antal synes lehengoudes, wan hey dat eyschet. §. 2. Were ock, dat dey man twyerleyge kindere leyte, dey scholden gelyke vele nehemen dey ersten mit den lesten, dey lesten mit den ersten [73]). §. 3. Weyret dat seck eyn fruwe voranderde vnd seck von ören kinderen sunderde, vnd der kindere jhenich affginge von dodes wegen, sou scholden dey andere kindere mit der mouder tho gelyken deyle gan in des kindes goude [74]), dat vorville [75]).

XV. (S. 50.) *Wy erve wert gedeylet der elderen* [76]). Welk borger ader borgersche vthraden sone dochter, vnd dey vort kinder by one gewynnen, stervet ör welke darna êr or vader vnd mouder vnbedeylet von dem erve, der sone vnd dochter kindere schullen nehemen gelick erve an öres vaders ader mouder stadt in des eldervader vnd eldermouder erve. alle schullen sey aver nehemen eynen deyl, vnde dey kinder schullen inbringen, dar ör vader edder mouder mede vthgeraden is.

XVI. (S. 50.) *Von möncken vnd nunen.* Wey eyn kint tho closter gifft, dey sal des godeshuss, des probestes, der ebdeschen (ader) priorin breyff erst vthrichten vnde bringen, eher dat kint worde ingenomen, sou dat sey midt dem kinde vor seck vnd öre nachkomen des kindes vederlikes vnd mouderlikes erve, dat vp dat kint komen mochte, vorticht don in örem open breyff nicht tho fordernde [77]), pena x margk; sou bescheydichliken, dat dey geystlike persone besorget werde mit eyner, twen oder dren marken tinses des jars nach antale des goudes na des rades erkenntniss sunder geverde.

---

67) Der duderstädter Kaland bestand aus einem Dechanten und zwölf geistlichen Brüdern. *Wolf* a. a. O. S. 267.

68) Vgl. *UBuch der Stadt Braunschweig* Bd. I S. 125 (nr. 289), 132 (nr. XII, 61).

69) Hinweg (von der Seite).

70) Vielleicht: scholde men.

71) Vgl. A. *Hänel* „Die ehel. Gütergemeinschaft in Ostfalen". Ztschr. f. RGesch. Bd. I (1862) S. 297; 299, 300; 309. Auch *Grefe*, Hannovers Recht (3. Aufl.) Thl. I §. 68 Nr. V S. 176, 77 [Leitf. 2. Ausg. I, 156.]

72) D. h. ausstatten.

73) Vgl. *Hänel* a. a. O. S. 314, 15.

74) Vgl. *Hänel* a. a. O. S. 301 m. Note 44.

75) „Vorvallen", sterben.

76) *Sächs.* Land-R. I, 5 §. 1. Vgl. *Hänel* a. a. O. S. 300, 301 m. Note 41.

77) Vgl. Verzichtsbrief des Klosters Teistungenburg, betreffend die Erbschaft der Else Wolze von Duderstadt, v. 1435, worin auf obigen Rechtssatz ausdrücklich Bezug genommen ist: „also juwer stad wontheit vnd recht is, dat eyn jowelk kint, dat sek begift yn eyn clostir, geystlike to levende vnd gode to deynende, vorticht don schal synes vederliken erves." *Wolf* a. a. O. Urk. Nr. LXII S. 92.

LIII. (S. 60.) *De extraneis judiciis.* Neyn vnser borger ader borgerschen en sullen den anderen laden noch laden lathen vor jhenich richte noch recht buten dey stat, oheme wörde hir erst rechtes gesproken vor dem rade ader vor dem vogede, by thein marken. Hefft hey der nicht, hey schal der stad sou lange enberen, went dat hey sey geve.

LIV. (S. 60). *Nicht vor dem lanttinge.* Welker vnser borger eyn den anderen schuldigen wil vmme wertlike sake, dey schal öne schuldigen bynnen der stat vor dem rade ader vnses heren gerichte, vnd nicht dar enbuthen to keynem lanttinge adder keyner hande gerichte. pena eyn punt [78].

LVI. (S. 61.) *Antworden.* Welk man worde vorbodet to dem ersten ader tho dem anderen male in sine antworde, vnd tho dem dredden male witliken in sin antworde [79]) edir in sine herberge, dy schal antworden ja oder neyn vnd en schal dess vorder nergen teyn. en deyde hey des nicht, sou vorlüset hey sine schult, darumme hey geschuldiget wert.

LVII. (S. 61.) *Umme gelt.* Wy den anderen schuldiget vor gerichte ader rade vmme genant gelt ader wort [80]), jene, dey geschuldiget wert, schal antworden dar tho ja eder neyn ane jeniger hande bewysunghe. en deyt hey des nicht, sou gewynnet dy cleger sine schult, darumme hey schuldiget. — —

LX. (S. 62.) *Ordel schelden.* Welk man eyn ordeyl vor gerichte schildet vnd neyn beter darfindet, dey schal dem rade geven twölff schillinge vnd dem sakwolde [81]) twölffe. — —

LXI. (S. 62.) *Klage fallen ledt.* Welk man den anderen vorclaget vor gerichte eder vor dem rade, fullenfort hey nicht sine clage, so schal hey dey bouthe sulve geven. pena v schilling.

LXII. (S. 62.) *Vorspreken*[82]). Veyer man schullen sin, dey der lude wort holden [83]) vor dem gerichte vnd vor deme rade; vnd sou vaken ör eyn der lude wort helt vor gerichte, so schal jene, dess wort hey helt, ome tweyne pennige geven, vnd wan or eyn der lude wort helt vor dem rade, veyer pennige. wey aber sin wort sülvess wel spreken, dat mach hey doun, aff hey sik dess schaden irtrosten wel, dey oheme darvon komen mochte.

CXIV. (S. 74.) *Von der ehe vnd wertschop.* §. 1. Wilk maget enwechen veret wider öres vader eder mouder willen, dey en hefft an örem erve nicht tho wardende. §. 2. Wilk knecht vorhanttruwet eyne maget weder der fründe willen, den mach man darumme vorfesten [84]). §. 3. Wilk juncfruwe edir fruwe neyme eynen vthman, dy neyn borger en were, dey en scholde tho Duderstat nicht byslapen vnd dy scholde tho dem henn vthfaren, vnd dey en scholden ouck mit vnss nicht wonen bynnen jare vnd dage. wolde hey denne hir wonen, so scholde hey der stat veyer margk geven. §. 4. Wie neyn borger ist, schal to Duderstat nicht byslappen" [85]).

Ausserdem verdienen noch die Artikel XCII „von doppelspele", CI „von deinste der knechte vnd megede", eine Gesindeordnung in 6 §§., CXV. „hochtidt", eine sehr ausführliche Satzung über die Vermählungsfeier und den erlaubten Aufwand hiebei in 24 §§., CXVIII „von frede bestellen vnd broken" in 17 §§., sowie CXIX „von der scoule olt recht", eine höchst interessante Darstellung der Schuleinrichtungen zu Duderstadt in 17 §§., unsere besondere Beachtung. Vgl. *Wolf* a. a. O. S. 69, 71, 74, 76, 79.

Uebrigens sind uns auch einzelne nicht unwichtige Rathsverordnungen aus dem XIV. und XV. Jhdt. erhalten, welche in das Statutenbuch nicht aufgenommen wurden, z. B. wider den Kleiderluxus [„von der kleidinge"] und über Schosszahlung [1438]. Sie stehen beide b. *Wolf* a. a. O. Text S. 109, 10; 313, 14.

Endlich seinen O b e r h o f hatte Duderstadt seit frühen Zeiten und das ganze Mittelalter hindurch bei dem Rathe zu **Braunschweig**. Es sind auch einige Rechtsweisungen desselben für Duderstadt von *Wolf* veröffentlicht worden, nämlich

a) aus dem XIII. Jhdt. (?) über Erb- 62
folge in Lehengüter [86]), lautend: „Viris honorabilibus, amicis suis persinceris et dilectis, dominis consulibus in Duderstad consules in Brunschwig cum omnis boni plenitu-

78) Zu Artt. LIII, LIV vgl. Priv. 1314 (nr. 11 lit. b) u. 1385 (nr. 45 lit. b).

79) D. h. Gegenwart.

80) Zins [„worttins, census arearum"]. Vgl. oben Art. „Allendorf" nr. 1 (S. 18^b).

81) D. i. dem Gegner im Rechtsstreite. *Haltaus*, Glossar. col. 1572.

82) Vgl. *Siegel*, Die Erholung und Wandelung im gerichtl. Verfahren S. 6—8.

83) Vgl. *Haltaus* l. c. col. 2130, 31.

84) Zu §§. 1, 2 vgl. *Braunschw.* Echteding II, 10 (UBuch Bd. I S. 128).

85) Zu §§. 3, 4 s. *Rive*, Gesch. der Dtsch. Vormundschaft II^a, 130 m. Note 177.

86) Eine Uebrsicht der mit den 22 Hufen Lehenlandes vor Duderstadt beliehenen q u e d l i n b u r g e r Vasallen gibt *Wolf* a. a. O. Text S. 325—28.

dine sive promptitudine famulatus. Noverit vestra dilectio nobis commendanda, quod jus feudale in diversis locis diversimode observatur. Uno defuncto ipsius jus ad dominos bonorum feudalium demonstratur pertinere. Sed in casu nobis scripto videtur, ex quo bona feudalia sunt inter fratres divisa et unusquisque ipsorum suorum bonorum ipsum respicientium per se suam recepit investituram, quod bona fratris junioris devolvi debeant ad fratrem seniorem, qui ipsorum habuerit infeudationem, et non ad filios fratris, qui caruit ipsorum bonorum infeudatione. Sed aliter se haberet, si bona mansissent indivisa et unicuique fratrum in uno corpore essent in solidum et manu juncta collata. Isto modo noveritis in feudis apud nos observari." Eichsfelder UB. Bd. I Nr. LXII S. 49, 50.

63 b) aus dem XIV. Jhdt. über verschiedene Rechtspunkte, z. B. die Vindication eigener Leute, welche sich innerhalb der Stadt niedergelassen haben —: „vppe dat andere stucke, vmme dhene man, dhene vse junchre hertoghe Ernest to eghene vorderet, scole gi weten, dat vse recht is von vsen herren dem vorsten: swelk vse borgher mit vns sit jar vnde dach ane ansprake, dhene hebbe we vor enen vryen borgher. Na dem male aver dat he sik vry kofte, so is sin recht diste beter." Duderstadt Urk. Nr. XLVI S. 37, 38.

CCLXXX. Dülmen.

(Preussen, Rheinprovinz.)

1 **1304.** Bischof Otto III. von Münster verkündet seinen Entschluss, aus dem Dorfe Dülmen eine Stadt zu machen, und zwar mit der beigefügten (einen Vorbehalt bildenden) Erklärung, dass dies den Gerechtsamen seines Hofes und Schulzen daselbst keinen Eintrag thun solle:

„Otto, by ghenaden godes biscop der kerken to Münstere, maket kundich allen den genen, de dessen breff seyt offt horen lesen, dat vnse dorp to Dulmene van vns gesat (ys) to eime stedeken tho maken, vnd wy willet, dat vnser hoff vnd vnser schulte off de buman, we dat ys, in all den rechten, in all den vrigeden vnd wonheyt genzliken vort blive sunder jenigerleye afftreckinge offt mynnynge, alz et alzus lange gewesen hevet, vnd daryne genzlyken to bewarne; vnd willet dess nicht, dat desse vorgenante hove vnd schulte vmme des stedekens willen gicht vergae in eren rechten vnd vrigeden. In eyn tuch der warheyt ys vnser segel an dessen bref gehangen. Datum anno domini M. CCC. quarto."

Das unzweifelhaft lateinische Original ist verloren; nach einer jüngeren Privatcopie theilt vorstehende deutsche Textfassung *Niesert*, Münstersche Urk.-Samml. Bd. III S. 18 [nebst Anmerk. S. 19—23] mit.

1311, Apr. 22. Bischof Ludwig II. von Münster verleiht aus Fürsorge für das 2
Wachsthum und Gedeihen seines Städtchens Dülmen den Bewohnern desselben Weichbildrecht, zugleich festsetzend, dass a) künftig eine Aufnahme in die Bürgerschaft nur mit Genehmigung des Richters und der Schöffen stattfinden, b) in Bezug auf Hergewäte und Gerade die Bewohner der Stadt, mit Ausnahme der daselbst befindlichen stiftischen Liten und Eigenleute, gleiches Recht mit den Bürgern von Münster geniessen, c) Ladungen jener ausserhalb der Stadt, sowie d) Gerichtshandlungen der Vehmschöffen innerhalb derselben unzulässig sein, endlich e) auf den beiden näher bezeichneten Jahrmessen mit den Bürgern die sich einfindenden Fremden freien Verkehr pflegen sollten:

„Lodewycus, Dei gracia Monasteriensis ecclesie electus et confirmatus, omnibus presens scriptum visuris notum esse cupimus, quod nos volentes habere opidulum de villa nostra Dulmene et eiusdem opiduli incremento et profectui efficaciter intendere cupientes, (§. 1) ipsum opidulum ad inhabitandum cuilibet homini absoluta libertate sub eo iure, quod vulgus to wycbelde dicit, duximus exponendum sub hoc pacti tenore, videlicet quod porte ipsius cuilibet intrare volenti patere debebunt, nullo tamen recipiendo ibidem in corpus sive collegium concivii seu burscapii sine consilio *nostrorum* iudicis et scabinorum [1]) loci predicti. §. 2. Item opidani ipsius opiduli in herwadiis et exuviis morientium concivium suorum utriusque sexus idem ius sive privilegium, quo gaudent sive utuntur in talibus cives Monasterienses, per omnia optinebunt [2]), hoc dum-

1) Die im Originale vor den Worten: „iudicis — scabinorum — opidani — concivium — cives — iudici — scabini" befindlichen Punkte, andeutend, dass hier Personen-Namen ausgefallen oder hineinzudenken seien, habe ich hinweggelassen.

2) Es ist hier wohl nicht an einen Specialfreiheitsbrief der Stadt Münster, sondern vielmehr mit *Niesert* an das s. g. „privilegium patriae" oder erste münsterische Landes-Privileg Bischof Konrad's v. 1309 [*Kindlinger*, Münsterische Beiträge II, 303 — 8] zu denken, welches „per civitatem et dyocesin" die üblich gewesenen fiscalischen Nachlass-Reichnisse der „gerade" und des

taxat excepto quod nostri et nostrorum homines successorum lytones sive servilis conditionis in ipso oppidulo in vita vel in morte sua ampliori iure, quam si in rure morarentur exterius, non gaudebunt. §. 3. Item oppidanis loci eiusdem ibidem iam presentibus et futuris hoc ex privilegio gracie specialis concedimus, quod extra nostrum oppidulum predictum a quoquam evocari non debent ad nullum gogravii vel alterius iudicii [3]), auctoritate spiritualis iudicii seu civilis dependentis a nobis, dummodo coram nobis vel iudice loci ipsius velint iuri parere. §. 4. Item concedimus ipsis oppidanis, quod scabini secreti iudicii, quos vulgus vemenoten appellat, infra ipsum opidulum nullum invadent [4]) nec aliquid iusticie optinebunt. §. 5. Constituimus insuper, ut nundine in festo beatorum Phylippi et Jacobi apostolorum et in die beatorum Victoris et Gereonis matirum [5]) duobus diebus precedentibus et duobus sequentibus ad usum nostrum et nostrorum concivium ibidem morantium[6]) libere omnibus advenientibus observentur. In premissorum fidem et firmitatem eisdem oppidanis presentes litteras dedimus sigilli nostri munimine roboratas. Datum et actum Monasterii anno Domini millesimo trecentesimo undecimo, feria quinta post dominicam qua canitur Quasi modo geniti."

Abgedruckt nach dem Originale [7]). Nach einer archivalischen Copie des XVI. Jhdts. b. *Niesert* a. a. O. S. 24—26 [mit Anmerk. S. 26—28]. Vom Urtexte sowohl als einer alten Verdeutschung gibt einen Auszug *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte in der Preuss. Monarchie Thl. II S. 628.

Dülmen („Dulman, Dulmene"), einer der acht Haupthöfe [8]) des Stifts Münster und schon im XIII. Jhdt. mit einer als „ecclesia matrix" bezeichneten Pfarrkirche versehen, verdankt unzweifelhaft dem durch den münsterischen Bischof Burchard von Holte (1098—1118) erbauten „castrum Dulmene" seine erste Entwicklung. Diese Burg — „de toern to Dulmene, dat hues to Dulmene" — im Anfange des XIV. Jhdts. vorübergehend vom Bischofe Ludwig II. an den Grafen Otto von Cleve für 900 Mark (um welche Summe letzterer sie dem Stifte zurückgelöst hatte) verpfändet [9]), bildete das ganze Mittelalter hindurch einen der wichtigsten Schutzpunkte des münsterischen Bisthumsgebietes. Daraus erklärt sich die in die Zeit des Kampfes Walrav's von Mörs und Erich's von Hoya um den bischöflichen Stuhl fallende Urkunde v. 18. Jan. 1451 [10]), worin Hermann von Merfelde gelobt, „dat huyss Dulmen met synre thobehoringe truweliken to holden vnd tho bewaren . . . tho behoeff des stichtes van Monster . . . want der tyd eynes eyndrechtigen herren des stichtes Monster, des beyde partye tovreden syn." Was nun den Ort Dülmen angeht, so bewirkten die beiden vorstehenden Documente zusammen genommen dessen Erhebung zur Stadt, indem erst das Privileg v. 1311 die durch das frühere v. 1304 noch aufrecht erhaltenen letzten Ueberreste der Hofhörigkeit der Gemeinde, vorzüglich die jurisdictionellen Befugnisse des Schulzen, vollends gar hinwegtilgte. Als Stadt finden wir dann Dülmen selbstverständlich auch an den Bündnissen Theil nehmen, welche die gesammten Städte des Münsterlandes in den J. 1445, 1447 und 1486 [11]) zu gegenseitiger Beschirmung und zur Wahrung ihrer Freiheiten unter sich geschlossen haben. Ein Stadtrecht Dülmen's aus der Zeit des Mittelalters ist nicht bekannt. Die b. *Niesert* a. a. O. S. 220—23 abgedruckten „Articul vnd furschlag eines erbarn Radts so mit dem herrn richter vnd der

---

„herwedde" (s. *Haltaus*, Glossar. col. 883, 84; *Grimm*, RAlterth. S. 569) für die Zukunft abschaffte.

3) Vermuthlich: (judicis) judicium. Die Hdschr. *N.* hat übrigens: „ad mallum Gogravii vel alterius iudicii"

4) *N.* invadant.

5) So das Original für martirum, welches Wort b. *N.* fehlt.

6) *N.* commorantium.

7) Dasselbe befand sich im J. 1863 im Besitze des Herrn Geh. Ministerialraths Dr. Aulike in Berlin. Eine Abschrift davon verdanke ich der besonderen Güte meines geehrten Collegen, Herrn Dr. H. *Lörsch* zu Bonn, welcher nachfolgende Beschreibung des Siegels beifügt: „An der Urkunde hängt, durch einen Pergamentstreifen befestigt, ein nur theilweise erhaltenes Siegel in grünem Wachs. Die Vorderseite des oblongen Hauptsiegels zeigt den heil. Paulus stehend in ganzer Figur mit der Rechten sich auf das nach unten gekehrte Schwert stützend, in der durch den Mantel verhüllten Linken ein Buch (?) emporhaltend; von der Umschrift sind nur die Buchstaben: LODEWJCJ - E vorhanden. Das kleinere Gegensiegel ist kreisrund und zeigt in der Mitte das Brustbild desselben Heiligen auf dessinirtem Grunde; in der Umschrift sind mehrere Buchstaben zwar noch vorhanden aber sehr verwischt, mit Sicherheit ist nur MON zu lesen."

8) Vgl. *Niesert*, Münsterisches Urk.-Buch Bd. Ib Nr. CVII, CIX S. 351, 355 flg.

9) Urk. v. 27 Sept. 1310 b. *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 96 S. 70, 71.

10) Bei *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 298 S. 364.

11) *Niesert*, Münstersche Urk.-Samml. Bd. III S. 73 flg. 83 flg.

gantzen Gemeinheit zu Dulmen zuberaetschlagen etc.", lediglich die Verhältnisse der „eigenhorigen lude" (§§. 1, 2), den Bürgereid (§. 3), die s. g. Stadtdienste (§. 4), die Errichtung einer „bestendigen Schuttengeselleschafft" (§. 5), die Kosten für Kindelbier, Kirchgang, Jungfernabend und Brautwagen (§§. 6—8), endlich die Regelung der Sterbfälle für die Zukunft (§. 9) betreffend, gehören nach den Andeutungen in §§. 2 und 5 der zweiten Hälfte des XVI. Jhdts. an.

Ueber die Geschichte Dülmen's vergl. J. *Hobbeling's* Beschreibung des ganzen Stifts Münster, herausgeg. von J. D. *v. Steinen* (1742) S. 334 flg.; *Knefels* Westphalen und Rheinland (1823) S. 320—22; *v. Ledebur's* Archiv Bd. I S. 88, 89; *Erhard's* Geschichte Münsters S. 75, 155, 171, 233, 238; *J. Ficker*, Die Münsterischen Chroniken des MAlters S. 20.

CCLXXXI. Düren.

(Preussen, Rheinprovinz.)

P. A. *Linde* und A. *de Bruyn*, Beschreibung und Geschichte der Stadt Düren, Aachen 1823. 12°., Nr. II S. 25—47; Sammlung von Materialien zur Geschichte Dürens, herausgegeben von *Bonn*, *Rumpel* und *Fischbach* [bogenweise erschienen], Düren 1835. 8°.; J. *Offermann*, Geschichte der Städte etc. in den Kreisen Jülich, Düren, Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg, nach authentischen Quellen gesammelt und bearbeitet, Linnich 1854. 12°., S. 87—95.

1 **941**, Nov. 25. König Otto I. schenkt zu seinem und seines Vaters Seelenheil dem Marienstifte in Aachen „quandam rem proprietatis sue . . . jure perhenni in proprium . . id est ecclesiam I. que est constructa in villa que dicitur Duira in comitatu Sunderscas [1]) ubi Gotefrid comes preesse dinoscitur." *Linde* a. a. O. S. 35, 36 Note 6; *Quix*, Cod. dipl. Aquens. Tom I[a] p. 8 Nr. 11; *Lacomblet*, UB. Bd. I Nr. 95 S. 53.

Die Anfänge Düren's sind unfehlbar in dem „vicus Marcodurum" des Tacitus [2]), einer im Ubierlande gelegenen Römer-Ansiedlung, zu suchen. In der Karlingerzeit begegnet uns der Ort „Dura" wieder als königliche „villa" mit einem „palatium publicum" [3]). Von ihrem Ertrage hatten bereits die Könige Lothar und Arnulph der aachner Marienkirche eine s. g. nona zugewendet [4]). Den Charakter einer königlichen Domäne, mithin der Reichszugehörigkeit, bewahrte aber Düren auch in den ersten Jahrhunderten des deutschen Königthums, bis er durch die in der Mitte des XIII. Jhdts. beginnenden Verpfändungen unterging, um freilich in den Reichsmatrikeln v. 1487, 1489, 1507 und 1521 plötzlich von neuem, jedoch nur vorübergehend, aufzutauchen [5]). Wann Düren Stadt geworden sei, lässt sich mit Sicherheit nicht bestimmen. Die Annahme, dass es 1124 geschehen sei, beruht auf einer gänzlich unzuverlässigen Quelle [6]).

1226, März. König Heinrich VII. verleiht den Bürgern der Stadt Düren die Gnade, dass sie „mit ihren Waaren auf eine Bescheinigung ihres Schultheissen, dass es ihre eigenen Waaren seien, von allen Zöllen im Reiche frei sein sollten." (R.) S. unten nr. 6. 2

1241, Oct. Kaiser Friedrich II. verpfändet seine Stadt („oppidum nostrum") Düren dem Grafen Wilhelm IV. von Jülich für 10,000 Mark Silber, nach deren Rückerstattung an ihn oder seine Erben jedoch „dictum oppidum ad imperium libere revertetur." Chr. J. *Kremer's* Akadem. Beiträge zur Gülch- und Bergischen Geschichte Bd. III (1781) S. 82; *Linde* a. a. O. S. 39, 40 Note 10. 3

1246, Dez. 12. König Konrad IV., Kaiser Friedrich's Sohn, verschreibt dem Grafen Wilhelm IV. von Jülich dafür, dass derselbe ihm und seinem Vater getreulichen Waffenbeistand wider jeglichen Angriff auf ihr Land zugesagt hat, die Summe von 3000 Mark, dabei unter anderem bestimmend, dass zur Sicherung eines Drittels dieses Betrages die Pfandschaft an der Stadt Düren (nr. 3) dienen solle — „et oppidum nostrum Duren habebit pro mille marcis titulo pignoris obligatum" [7]). *Kremer* a. a. O. S. 92; *Linde* a. a. O. S. 40—42 Note 11. 4

---

1) Der Eifelwald-Sundergau im Gegensatze zum baiwarischen Sundergau. Gewöhnlich wird übrigens Düren zum pagus Ripuariorum gerechnet. *Chron. Gotwicense* I, 470 nr. XXIX.

2) Hist. IV, 28.

3) Dipl. a. 774 [*Böhmer's* Reg. Karolor. S. 9 nr. 59].

4) Urkk. v. 888, 930 b. *Quix* l. c. p. 4 (Nr. 5), 7 (Nr. 10); *Lacomblet*, UB. a. a. O. Nr. 75, 89 S. 39, 49. Vgl. *Waitz*, Dtsch. Verf.-Gesch. IV, 105 Note 6.

5) Vgl. *Hugo*, Mediatis. S. 54, 195.

6) *Linde* a. a. O. S. 36 Note 7.

7) Ich verstehe diese Stelle so, dass nun Düren für 11,000 Mark Silber dem Grafen verpfändet sein solle.

5 **1277**, Apr. 4. Vogt, Rath und Gemeinde von Düren unterwerfen sich unter Leistung des Huldeeides dem Erzbischofe Sigfrid von Cöln mit dem Vorbehalte, dass sie im Falle des Zustandekommens eines Vergleichs zwischen Letzterem und der Gräfin von Jülich über Zurückgabe der Stadt an diese oder ihre Erben von dem geschworenen Treue-Eide wieder entbunden sein sollten:

„Nos Anselmus advocatus, scabini, consules, magistri jurati [8]) et universi opidani de Duren notum facimus universis, quod nos pace et tranquillitate nostra et opidi nostri predicti diligenter propensatis reverendo patri ac domino Sigfrido archiepiscopo et ecclesie Coloniensi fidelitatem prestitimus universaliter et singulariter fide et juramento corporaliter prestitis, quod ipsi et ecclesie sue predicte obediemus, et quod ipse opidum nostrum predictum teneat et possideat eo modo et jure, quibus nobilis vir Willelmus quondam comes Juliacensis ipsum opidum tenuit et possedit. Ita tamen, quod si usque ad diem beati Servacii proxime [9]) nunc futurum nobilis domina comitissa Juliacensis et heredes ipsius cum ipso domino archiepiscopo et ecclesia Coloniensi concordaverint et ab eis obtinuerint de sua bona et spontanea voluntate deliberationem vel redditionem opidi nostri predicti, soluti simus ab hujusmodi fide et juramento; alioquin extunc ipse dominus archiepiscopus vel ecclesia Coloniensis officiatum nobis dabit et statuet de consilio nostro, secundum quod nobis visum fuerit expedire, et nos ipsi intendemus, sicut fecimus officiato quondam comitis memorati. In cujus rei testimonium atque robur presentes litteras ipsi domino archiepiscopo tradidimus sigillo opidi nostri roboratas. Actum et datum anno domini M.CC.LXX septimo, II non. aprilis“ [10]). *Lacomblet* a. a. O. Bd. II Nr. 710 S. 415, 16.

Graf Wilhelm IV. von Jülich war am 16. März 1277 (unserer Rechnung 1278) nebst seinem erstgeborenen Sohne bei Aachen im Kampfe gegen den erbittertsten Feind seines Hauses, den Erzbischof Sigfrid von Cöln gefallen, und von letzterem sofort dieser günstige Augenblick der Trauer und Verwirrung zu einem Ueberfalle der von Wilhelm's Wittwe Rikardis (Richarda) von Limburg [11]) verwalteten Grafschaftslande benützt worden, deren Schlösser und Städte nun bis auf wenige in die Hände der cölner Truppen fielen. Auch Düren theilte, wie die vorstehende Urkunde beweist, dieses Schicksal. Doch scheint es durch die Sühne der Gräfin und ihrer Söhne mit Sigfrid, welche am 14. Oct. 1279 Graf Gottfrid von Sayn zu Stande gebracht, obgleich die Urkunde [12]) der Stadt Düren nicht Erwähnung thut, an Jülich zurückgekommen zu sein.

1314, Dez. 19. König Ludwig IV. bestätigt den Bürgern von Düren ihre Privile- 6
gien, insonderheit die denselben von Heinrich VII. im J. 1226 (nr. 2) zugestandene Zollfreiheit im ganzen Reichsgebiete. (R.) [13]). *Lacomblet* a. a. O. Bd. III S. 107 Note 1; *Böhmer - Ficker*, Reg. Ludov. S. 339 nr. 3139.

1322, Jun. 18. König Friedrich („der 7
Schöne“) verspricht dem cölner Erzbischofe Heinrich II. (von Virneburg), mit dem Grafen Gerhard von Jülich oder dessen Erben keinerlei Vereinbarung treffen oder Unterhandlungen pflegen zu wollen, ehe derselbe die drei festen Punkte — „munitiones, videlicet castrum Werd [14]), opida Durn et Zenske [15]) cum universis eorum attinentiis, que idem comes nunc tenet, possidet et occupat“, an den König herausgegeben haben würde, um sie dem Erzbischofe für eine ihm zugesagte Geldsumme, worüber gesiegelte Briefe vorliegen, verpfänden zu können. *Linde* a. a. O. S. 42—44 Note 12 [mit fehlerhafter Datirung]; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 193 S. 167.

1324, März 1. König Ludwig IV. con- 8
firmirt den Bürgern und der Stadt Düren cölner Diöcese „omnia privilegia... sive ab eo sive ab aliis regibus vel imperatoribus concessa; item recepit eos in specialem protectionem suam; item incorporavit eos camere sue, et dedit eis jura et privilegia civitatis Aquensis, et quod sine thelonio per omnes terras imperii possint ire.“ (R.) *Oefele*, Rerum Boic. Scriptt. Vol. I p. 747[b]; *Böhmer*, Reg. Ludov. S. 40 nr. 694.

1348, Jan. 19. König Karl IV. bestätiget 9

8) Die gewöhnlich nur als „Geschworne“ bezeichneten Gildemeister (des Wollenamts). S. unten nr. 10.

9) *Lac.* proximo.

10) Nach der hier vermuthlich angewandten lütticher Zeitberechnungsweise fiel der Jahrsschluss mit Ostern zusammen, so dass das Jahr 1277 am 17. April des nach heutiger Zählung mit 1278 zu bezeichnenden Jahres endigte. *Lacomblet* a. a. O. S. 415 Note 1.

11) Vgl. *Lacomblet* a. a. O. S. xxxi.

12) Bei *Lacomblet* a. a. O. Nr. 730 S. 429 flg.

13) Die beiden RBriefe v. 1226 u. 1314 gingen bei der Erstürmung Düren's i. J. 1543 zu Grund.

14) Kaiserswerth.

15) *Linde*: Renshe. Es ist Sinzig gemeint.

dem Markgrafen Wilhelm (V.) [16]) von Jülich eine Reihe von Pfandschaften für den Gesammtbetrag von 223,900 Gulden, darunter auch jene an dem „oppidum Düren“, welche sich vorher einzeln auf 50,000 Gulden belaufen hatte, ihm zugleich die Befugniss einräumend, die an den verpfändeten Orten sich eröffnenden „preposituras, dignitates, ecclesias parrochiales ac alia quoque beneficia“ zu verleihen. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 454 S. 364, 65.

10 **1402**, Aug. 2. Herzog Reinald von Jülich und Geldern ertheilt in einer Zwistigkeit des Rathes und der Schöffen seiner Stadt Düren mit den gemeinen Bürgern daselbst, die gemeindliche Verfassung und Verwaltung betreffend, einen Entscheidbrief des Inhalts, dass in Zukunft allda jährlich ein neuer Bürgermeister gewählt, der Rath durch acht gleichtheilig aus den Geschlechtern und Handwerkern zu nehmende, zur Hälfte von Jahr zu Jahr zu erneuernde Mitglieder gebildet, von den vierzehn Geschwornen des Wollenamts sieben lebenslänglich in ihren Stellen belassen und sieben jährlich gewechselt, endlich in jedem Jahre die Einnahmen und Ausgaben der Stadt öffentlich vor Bürgermeister, Schöffen, Rath und Geschwornen verrechnet werden sollen:

„Wy Reinalt, van der genaden goitz hertoge van Gulich ende van Gelre, doin kunt ende bekennen, dat wy in vorwerden ende manieren hierna beschreven eyne eyndrechticheit gesproiken ende geordiniert hebben tusschen den burgermeisteren, schepenen ende raide onser stat van Dueren an die eyne syde, ende onsen gemeynen burgeren derselver onser stat an die ander syde, also dat men in derselver stat alle jaire eynen nyen burgermeister setten sall [17]). Voirt want in onser stat seven geswoeren raitslude thent hiertho geweest syn, so is onse wille, dat in onser stat nu voirtan gekoiren soilen werden ende wesen soilen acht raitslude, dat is te weten van den oversten vyer raitslude ende vyer raitslude van den gemeynten; ende wy willen, dat man alle jaire van desen raitsluden twee soile ontsetten van den oversten ende twee van den gemeynten, ende in der gheenre stat, die dair ontsat werden, vyer weder te setten van den oversten ende van den gemeynten. Voirt want dat wullenampt XIIII geswairen heefft in onser voirschreven stat, so is onse wille ende voirt onser eruen ende nacoemlingen wille syn sall, dat seven van den geswairen hoere levenlangh geswairen soilen blyven ende seven geswairen alle jaire te ontsetten ende ander geswairen weder in die stat te setten; ende als der acht raitslude ende geswairen eynich afflivich wordt, so soilen sy andere in die stat setten, alsoduck als des noet geboirt ende te doin is. Voirt so willen wy, dat men alle jaire rekenschap van onser stat wegen doin sall voir onsen burgermeister, schepenen, raide ende geswaeren, dair sy alle gemeynliche by soilen syn, die rekenschap te verhoeren. Ende alle dese saiken, eyndrechticheit ende onse seggen willen wy vaste, stede ende onverbrechlich gehalden hebben, sonder eynigerhande argelist off geverde; ende hebben des te orkonde onsen segell an desen brieff doin hangen. Gegeven ende geseget int jair onss heren MCCCC ende twee, des goedensdages na Petri ad vincula.“ *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 14 S. 13, 14.

1407, Nov. 16. König Ruprecht con- 11
firmirt den Bürgern der Stadt Düren ihre Rechte und Freiheiten. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 148 nr. 2406.

1407, Nov. 16. Derselbe erklärt, „dass 12
die Stadt Düren, die dem Herzoge Reynald von Jülich schon von seinen Vorfahren her verpfändet sei, binnen der nächsten 5 Jahre von ihren Gläubigern „vmbe yre Liprente oder Schulde“ nicht geklagt werden dürfe, da sie sich mit einer grossen Anzahl derselben zu Cöln verglichen habe, sie nach Vermögen in gewissen Zeiträumen zu bezahlen, was aber nicht alle angenommen hätten.“ (R.) *Chmel* a. a. O. S. 149 nr. 2411.

1442, Jun. 17. König Friedrich III. 13
gewährt der Stadt Düren eine Bestätigung ihrer Privilegien. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 62 nr. 603.

1443, Aug. 14. Herzog Gerhard von 14
Jülich und Berg überweist dem neu zu errichtenden Kloster „des h. crucis brodere orden“ zu Düsseldorf u. a. fünfzig Gulden „van dem manndtgelde des maendtz genant sent Andreismaent“ [18]), welches die Stadt Düren dem Herzoge und seinem Neffen Gerhard von Loen, Herrn zu Jülich, zu ent-

16) Graf Wilhelm V. war 1336 von Kaiser Ludwig IV. zum „princeps et marchio Juliacensis“ erhoben worden. Urk. b. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 307 S. 248, 49.

17) Nach der sich allmälig entwickelnden Uebung wurde der Bürgermeister für das erste Jahr aus den Schöffen, für das zweite aus den Rathsleuten und für das dritte aus den „oversten“, d. i. den patrizischen Familien, gewählt, welcher Wahlmodus bis 1638 beobachtet worden ist. Vgl. *Offermann* a. a. O. S. 89.

18) Dieser im Monate November fällige Herrschaftszins betrug im Ganzen 1000 Gulden.

richten schuldig ist. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 249 S. 294—97, bes. S. 295 Z. 16 flg.

15 **1474**, Jan. 11. Kaiser Friedrich III. „gibt der Stadt Düren, auf Klage des Magistrats, wie ihre Leute und sie oft vor westphälische und andere Gerichte geladen würden, die Freiheit, dass die gemeine Stadt nur vor dem Reichsstuhl in der Stadt Aachen, ihre Bürger vor dem Stadtgerichte beklagt werden können. Pön 60 Mark Goldes." (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 661 nr. 6825.

CCLXXXII Düsseldorf.

(Preussen, Rheinprovinz.)

Th. *Lacomblet* „Düsseldorf, mit stetem Hinblick auf die Landesgeschichte, aus urkundlichen Quellen dargestellt" [Abschnitte I bis 1288, II bis 1408, III bis 1521] in *dessen* Archiv f. d. Gesch. des Niederrheins Bd. III (1860) Nr. I S. 1—106, Bd. IV (1863) Nr. I S. 1—163 u. Nr. IV S. 221—330. Die hierher gehörigen urkundlichen Beilagen*), eine Ergänzung des UBuchs f. d. Gesch. des Niederrheins, finden sich Bd. IV. S. 140—63.

Ausser dieser Hauptschrift vgl. noch M. J. *Mertens* „Geschichtl. Nachrichten überDüsseldorf und über das Herzogthum Berg bis zum Ende des 15ten Jhdts." in C. H. A. *Mindel's* Wegweiser Düsseldorfs oder Grundlage zurGeographisch-, Statistisch-, Topographisch-, Historischen Darstellung von Düsseldorf, nach seinen frühern und derzeitigen Verhältnissen, Düsseld. 1817 fol. S. 64—94; J. F. *Wilhelmi*, Panorama von Düsseldorf und seinen Umgebungen, mit besond. Rücksicht auf Geschichte etc., das. 1828. 8°., S. 1—17; H. *Ritter*, Zur Geschichte vonDüsseldorf, das. 1855. 8., S. 1—3; W. *Ritz* „Urkunden, betreffend die Rheinfähre zwischen Düsseldorf und Neuss" in *v. Ledebur's* Archiv Bd. III (1830) S. 70—74; A. *Fahne*, Die Düsseldorfer Schützen und die Cölner Gewandzunft [Forschungen auf dem Gebiete der Rhein. und Westphäl. Geschichte Bd. I Heft 2], Cöln 1864 8°.

1 **1262**, Apr. 24. Die Gräfin Margaretha von Berg und ihr erstgeborner Sohn Adolph übertragen die Rheinfähre zwischen Düsseldorf und Neuss einigen ihrer Leute im erstgenannten Orte zu erblichem Besitze gegen ein Jahrreichniss von 15 Schillingen —: „navigium, quod in Teutonico dicitur veramt, inter Dusseldorp[1]) et Nussiam Alberto Conrado et Godescalco hominibus de Dusseldorff et eorum heredibus concessimus jure hereditario possidendum ea conditione, quod singulis annis exinde quindecim solidos persolvant.... et sic ab omni alio tributo, quod de predicto navigio competere posset, liberi permanebunt." *Ritz* a. a. O. Nr. 1 S. 70, 71.

1288, Aug. 14. Graf Adolph VII. und 2
Gräfin Elisabeth von Berg verleihen ihrem Dorfe Düsseldorf, soweit es von einem theils vollendeten theils erst zu vollendenden Graben umfangen wird, und zugleich vier dazu geschlagenen, in der Nähe belegenen Herrengütern städtische Freiheit, worauf dann a. die den neuen Bürgern obliegenden Verpflichtungen in Bezug auf Abgaben, Grunderwerb und Aufnahme von Vogteileuten in die Gemeinde (§. 1), sowie b. die den ersteren für die Zukunft eingeräumten Freiheiten in Ansehung des Gerichtsstandes (§. 11), der Jahr- und Wochenmärkte (§§. 13, 14) und der Zölle (§. 15) namhaft gemacht, und c. verschiedene wichtige Rechtsbestimmungen über Besetzung und Verfassung des Schöffenstuhles unter Erklärung Ratingen's zum Oberhofe (§. 2), über freie Wahl eines Gerichtsboten (§. 3), über Beweisführung im Criminalprocesse (§§. 4—10), vornehmlich durch Reinigungseid, durch Zeugniss z. B. der Schöffen (§. 4), der Brautlaufleute (§. 9), und durch Zweikampf, wobei als eine merkwürdige Erscheinung Fremden gegenüber, welche ob eines Hauptverbrechens verhaftet werden, ein vom Landesherrn gestellter Kämpfer zur Schuldüberweisung auftritt (§§. 8, 10), endlich über Erlangung des Bürgerrechts von Seite leibeigen gewesener Personen, wenn dieselben über Jahresfrist unangefochten von ihrem Herrn in dem Weichbilde der Stadt wohnten (§. 12), beigefügt werden:

„In nomine sancte et individue trinitatis. Universis presens scriptum visuris et audituris, tam presentibus quam futuris, nos Adolphus comes et Elisabeth comitissa de Monte in perpetuum. Fidem subsequentibus adhibite. Novercari solet ignorantia veritati et litigandi seminarium parit oblivio, nisi facti memoria viva voce testium aut litteris perhennetur[2]). Hinc est quod scire volumus universos, nos villam nostram Dusseldorp, sicut jacet infra[3]) eorum fossam

*) Sie werden im Gegensatze zum UBuche blos als „Beil." allegirt.

1) „Dusseldorp" oder „Dussillendorp" — das Dorf an der Dussel — wird urkundlich zum erstenmale in einer Lateran-Urk. Pabst Adrian's IV. v. 1159, und zwar bereits als Pfarrort erwähnt. *Lacomblet*, UB. Bd. IV (Nachlese) Nr. 627 S. 777.

2) *Lz.* mandetur.

3) *Lz.* intra.

factam vel faciendam, una cum bonis Adolphi de Vleingeren[4]) militis apud Dusseldorp, et quibusdam aliis quatuor bonis, videlicet bona Rumpoldi in Pempelfort[5]), bona de Loe et duo bona, que dicunt[6]) duos montes, et universos nostros oppidanos nunc in Dusseldorp commorantes seu postmodum affuturos cum bonis omnibus eorundem et etiam bona predicta ab omni exactionis jugo emancipatos, maturo prehabito nostrorum amicorum et fidelium consilio, communi bono ipsius oppidi Dusseldorp et oppidanorum ejusdem providere volentes, dedisse simpliciter libertati. Ita (§. 1.) quod dicti oppidani[7]) nunc in ipso oppido commorantes et postmodum affuturi de bonis suis infra parrochiam Dusseldorp jacentibus, que modo sunt dictorum[8]) oppidanorum, petitionem autumpnalem et papulum comitis[9]) secundum consuetudinem parrochie anno quolibet solvere tenebuntur, et nulla bona deinceps nostre advocatie attinentia comparare aut emere poterunt[10]), nisi de nostra licentia speciali; nec aliquem hominem nostrum nostre advocatie attinentem, qui nobis exactiones[11]) solvere consuevit, in suum colligent coopidanum[12]), nisi nostre beneplacite fuerit[13]) voluntatis. §. 2. Expressum est etiam, quod burgeri[14]) oppidi nostri modo octo scabinos eligent pro suo beneplacito, quos nos [ponendo][15]) super sedes scabinales tenebimur confirmare; et cum ipsorum octo scabinorum aliquis de medio sublatus fuerit aut casu aliquo ab officio cessaverit[16]) [scabinatus][17]), tunc ipsi alii scabini superstites et alii oppidani tres viros secundum ipsorum beneplacitum nobis aut nostris successoribus presentabunt, de quibus unum secundum oppidanorum consilium[18]) eligemus et electum in sedem scabinalem confirmando ponemus. Qui scabini sic[19]) positi tenebuntur super jure nostro et dicti oppidi nostri sententiare sub prestito juramento, quociens-cunque fuerint requisiti, tam reis quam actoribus universis. Et si in aliqua sententia defectum habuerint[20]), ita quod[21]) debitam sententiam super casu aliquo propter ejus ambiguitatem invenire non possent, extunc[22]) jus suum et sententias, de quibus dubitaverint[23]), Ratingen in oppido nostro a scabinis ibidem querere tenebantur. §. 3. Expressum est etiam, quod oppidani de Dusseldorp secundum suum beneplacitum eligent nuntium, qui jurabit super jure nostro et nostrorum oppidanorum ibidem, quod faciat suum officium modo debito et consueto, nichil juris alicui preconi nostro vel alicui ejus consimili in dicto oppido reservato. §. 4. Adjectum est etiam, quod nullum in dicto oppido nostro testimonium recipietur aut valere poterit, nisi ad minimum duorum[24]) testimonium scabinorum. §. 5. Item expressum est etiam, quod si aliquis in ipso oppido Dusseldorp pro debitis aliquem alium traxerit[25]) in judicium, reus sola manu sua se poterit expurgare, nisi actor ipsum possit convincere duorum testimonio scabinorum, sive burgeri fuerint seu hospites; et convictus nobis aut nostris successoribus quinque marcas et oppidanis quinque solidos solvere tenebitur de crimine perpetrato[26]). §. 6. Item expressum est, quod si aliquis excesserit[27]) in minori, et hoc duobus scabinis et jurato[28]) nuntio constiterit[29]), ille nobis et nostris successoribus quinque solidos et oppidanis viginti denarios colonienses solvere tenebitur, preter satisfactionem, quam faciet conquerenti[30]). §. 7. Item quicumque vim alicui intulerit[31]), seu insidias posuerit[32]), que vulgo wegelage dicuntur[33]), seu manus injecerit[34]) ad sanguinis effusionem, et hoc duobus scabinis et jurato[35]) nuntio oppidi constiterit[36]), ille eorum victus te-

4) *Lz.* Vlimgeren (Flingern).
5) Vgl. Urk. v. 21 Jun 1377 b. *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 796 S. 703 und *Wilhelmi* a. a. O. S. 139 flg.
6) *Lz.* dicuntur.
7) *Lz.* Ita quidem ut oppidani.
8) *Lz.* dominorum.
9) D. i. Herbstbede und Grafenfutter. *Haltaus*, Glossar. col. 891, 750.
10) *Lac.* poterint.
11) *Lz.* exactionem.
12) *Lz.* oppidanum.
13) *Lz.* sint.
14) Eine ganz ungewöhnliche Latinisirung; die *ratinger* Urk. hat stets: burgenses.
15) Bei *Lz.* fehlt ponendo.
16) *Lz.* cessavit.
17) Bei *Lz.* fehlt scabinatus.
18) *Lz.* unum oppidanum consilium.
19) *Lz.* hi.
20) *Lz.* habuerunt.
21) *Lz.* itaque.
22) *Lz.* executum.
23) *Lz.* dubitarunt.
24) *Lz.* decorum.
25) *Lz.* traxit.
26) *Lz.* peracto.
27) *Lz.* excessit.
28) *Lz.* curato.
29) *Lz.* constitit.
30) *Lz.* propter satisf., quam facient congruenter.
31) *Lz.* intulit.
32) *Lz.* posuit.
33) *Lz.* dicitur. [Ueber Wegelagerung s. *Osenbrüggen*, Alamann. Strafrecht S. 371 flg.]
34) *Lz.* injecit.
35) *Lz.* curato.
36) *Lz.* constitit.

stimonio nobis quinque marcas et oppidanis quinque solidos denariorum coloniensium solvere tenebitur pro emenda, salvo leso per omnia jure suo. Si vero testimonium non habetur, quilibet de quolibet sibi imposito expurgare se poterit suo simplici juramento, nisi oppidanus cooppidanum suum [37]) convincere voluerit per duellum. §. 8. Si vero advena aliquis in ipso oppido nostro pro aliquo crimine capitali fuerit allocutus aut arrestatus, illum nos aut nostri successores, si volemus, per nostrum pugilem convincere possumus, crimen sibi impositum perpetrasse; et hoc nobis et nostris successoribus volumus specialiter reservare. §. 9. Item nuptie per suorum testes, qui dicuntur bruloffleut [38]), ad minus duos cum eorum juramento poterunt in dicto oppido approbari [39]) secundum eorum antiquam consuetudinem. §. 10. Item est adjectum, quod si aliquis homicidium perpetraverit, feminam vi [40]) oppresserit, aut simile quid hiis commiserit, per quod morte fuerit condempnandus, et hoc duobus scabinis et jurato nuntio oppidi constiterit [41]): sine omni contradictione de reo possumus et debemus modo debito judicare secundum sententiam scilicet eorundem oppidanorum nostrorum de Dusseldorp. Si autem testimonium haberi non poterit, reus se expurgabit simplici manu sua, si fuerit oppidanus, nisi suus cooppidanus, ut dictum est, voluerit eum convincere per duellum; advenam vero nostro pugile convincere possumus, ut est predictum. §. 11. Preterea ipsi oppidani nostri de Dusseldorp ad nullum judicium extra suum oppidum aliqua de causa vel ab aliquo officiato nostro evocari aut vexari poterunt, nisi pro furto homicidio et muliebri violatione, que vulgariter dicitur *noitzogh*; et in his tribus [casibus] [42]) ipsi oppidani ad nostrum judicium, quod vulgariter dicitur *Cruchsberghe* [43]), ire et unum scabinum de octo scabinis suis ad dictum officium [44]) observandum ea de causa mittere tenebuntur. Et si furtum, homicidium, mulieris [45]) violationem, que vulgariter dicitur *noitzogh*, aliquis in ipsorum oppido Dusseldorp perpetrabit, illum ipsum oppidani infra [46]) eorum oppidum Dusseldorp cum [47]) octo scabinis suis facere debent reum, et tunc ad dictum judicium de *Cruchsberghe* cum officiato nostro ire debent et reum eidem officiato nostro ad condempnandum presentare secundum eorum oppidi libertatem. §. 12. Insuper manifestius est expressum, quod quicunque homo ipsum oppidum nostrum Dusseldorp exnunc inantea intraverit ad manendum, si a suo domino infra [48]) annum et diem a primo die sue receptionis, quo receptus extiterit in burgeros, modo debito fuerit requisitus, ipsi suo domino cum rebus suis omnibus est reddendus; si vero medio tempore non fuerit requisitus, et per annum et diem in ipso oppido permanserit, ipse nobis et nostris successoribus tanquam advena attenet, et ipsum eisdem oppidanis nostris de Dusseldorp in cooppidanum eorum, tanquam alium cooppidanum suum, ibidem secundum omnes conditiones predictas liberum facimus et damus per presentes, et extunc imperpetuum in ipso oppido nostro tenebitur oppidanus et jure jam dictorum nostrorum oppidanorum pacifice gaudebit et quiete. §. 13. Item damus eisdem oppidanis nostris in Dusseldorp quandam aliam libertatem, quod in dicto oppido nostro quolibet anno duo libera fora, que dicuntur *iharmark*, videlicet in octava festi pentecostes unum per triduum ante et per triduum post, et simili modo aliud in festo beati Lamberti, debent observari [49]), ad que unusquisque secure sine aliquo impedimento et periculo seu arrestatione corporis aut rerum suarum tute venire potest et redire, exceptis a nobis et in terra nostra proscriptis. §. 14. Item in qualibet septimana feria secunda in dicto oppido forum commune debet observari. §. 15. Preterea [50]) nostris oppidanis in Dusseldorp, quos favore prosequimur [51]) singulari, specialiter indulgemus, quod ipsi et sui successores universi in posterum rebus suis et personis per terram nostram universam, quotienscunque et quandocunque necesse fuerit, sine omni thelonio nobis aut nostris solvendo secure trans-

37) *Lz.* oppidanum.

38) *Lz.* brautlaufleut. Es waren wohl gleich den „brutmanne" des dortmunder Rechts jene Hochzeitsgäste, welchen bei dem Feste nach altdeutscher Sitte gewisse Ehrenfunctionen (als Brautführer, Brautgesellen, Brautknechte) zukamen, z. B. die Braut nach der Brautkammer zu geleiten.

39) *Lz.* approbare.

40) *Lz.* lässt vi hinweg.

41) *Lz.* constitit.

42) Bei *Lz.* fehlt casibus.

43) Ueber das Hauptgericht zu Kreuzberg vor Kaiserswerth, auf welchem die Ritter und Schöffen aller Gerichte unterhalb der Wupper zusammentraten, s. *Lacomblet's* Archiv Bd. I (1831) S. 33 flg.

44) *Lz.* judicium.

45) *Lac.* muliebris.

46) *Lz.* intra.

47) *Lz.* Dusseldorpum.

48) *Lz.* intra.

49) *Lz.* alium . . . observare.

50) *Lz.* propter haec omnia.

51) *Lz.* persequimini.

ire necnon redire poterunt et debebunt [52]). Talem itaque libertatem et gratiam specialem ipsis oppidanis nostris in Dusseldorp et oppido secundum quod [53]) predictum est concedentes, concessam confirmamus imperpetuum duraturam. Ut autem premissa omnia et singula imperpetuum robur optineant firmitatis, et ne ab aliquo nostrorum successorum imposterum aliquid in omnium premissorum contrarium attemptetur [54]), omnes et singulas conditiones conscribi in presenti pagina fecimus, quam paginam ipsis opidanis nostris de Dusseldorp dedimus imperpetuum duraturam, nostrorum sigillorum munimine roboratam. Actum et datum presentibus Henrico de Hurst, Engelberto dicto Ruselpaffe, Jacobo de Uphoven et Engelberto ejus filio, militibus, Ludovico de Elnere [55]) et Zobbodone [56]) de Heldorp, et Hildegero notario, ac quampluribus aliis fidedignis. Anno domini millesimo ducentesimo octuagesimo octavo, in vigilia assumptionis beate Marie virginis" [57]).

Vollständig herausgegeben wurde der bis auf Eingang und Schluss, sowie die §§. 9, 11, 13, 14 mit dem Privileg des genannten Fürstenpaares für **Ratingen** v. 11. Dez. 1276 grösstentheils wörtlich übereinstimmende Freiheitsbrief nur von T. J. *Lenzen* „Beiträge zur Geschichte der Stadt Düsseldorf" in W. *Aschenberg's* Niederrheinischen Blättern Bd. I (Dortmund 1801. 8⁰.) Nr. V S. 108—21. Die der düsseldorfer Urkunde eigenthümlichen Bestandtheile allein hat dann nach einer „den landständischen Acten entnommenen amtlichen Abschrift", da das Original im Stadtarchive nicht mehr auffindbar ist, *Lacomblet*, UB. Bd. II Nr. 846 S. 501 abdrucken lassen, dabei bezüglich des übrigen Inhaltes auf das *das.* Nr. 696 S. 406—8 nach der Urschrift mitgetheilte ratinger Privileg zurückverweisend. Es war sonach der allerdings vielfach fehlerhafte *Lenzen*'sche Abdruck (*Lz.*) neben dem *Lacomblet*'schen (*Lac.*) noch immer unentbehrlich.

52) *Lz.* transire, ire poterunt debent et redire.
53) *Lz.* sicut.
54) *Lz.* acceptetur.
55) *Lz.* Etne.
56) *Lz.* Tobbodone.
57) Vollendet erscheint übrigens die Erhebung Düsseldorf's zur Stadt, da zum Begriffe einer solchen in jenen Zeiten wesentlich das Dasein eines städtischen Clerus gehörte, erst mit der Umwandlung der Lambertuskirche in eine Collegiatkirche mit einem Dechanten und zwölf Chorherrn. Vgl. Urkk. v. 1288 und 1306 b. *Lacomblet*, UB. Bd. II Nr. 847 S. 502, Bd. III Nr. 39 S. 28 flg. m. *Wilhelmi* a. a. O. S. 23 flg.

Eine deutsche Uebersetzung des Privilegs v. 1288 gab zuerst *Lenzen* über dem lateinischen Texte, und diese wurde dann a) von *Mertens* a. a. O. S. 81—84, sowie b) von J. F. *Benzenberg*, Ueber Provinzial-Verfassung mit besond. Rücksicht auf die vier Länder Jülich, Cleve, Berg und Mark, Thl. II Urkk. (Hamm 1821. 8⁰.) Nr. II S. 11—15 wiederholt. Eine selbständige Verdeutschung bietet dagegen *Wilhelmi* a. a. O. S. 5—9.

Vgl. noch *Lacomblet*, Düsseldorf §§. 24, 28 (Bd. III S. 96—98; IV. S. 29); *Barthold*, Gesch. der dtsch. Städte Thl. III S. 105.

1297, Jan. 13. Graf Wilhelm I. 3
von Berg überlässt die Rheinfähre („officium nautarum") in Düsseldorf fünf Bewohnern der Stadt zu erblichem Besitze gegen einen jährlichen Zins von einer Mark und drei Schillingen — „hoc expresso, quod nec dicti oppidani nostri nec ipsorum heredes de ipso officio nullam curmedam [58]) solvent, quociens contigerit id vacare." *Ritz* a. a. O. Nr. 2 S. 71.

1319, Jun. 6. Graf Adolph VIII. von 4
Berg wiederholt die vorstehende Erbverleihung des Fähramts an dieselben Bürgerfamilien. *Ritz* a. a. O. Nr. 3 S. 71, 72.

1324, Jan. 28. König Ludwig IV. ge- 5
stattet dem Grafen Adolph von Berg: „quatinus idem thelonium — quod ante nemus Dusburgense hucusque de vinis, mercimoniis et aliis rebus per alveum Reni deductis recepisti — apud Dusseldorf inantea exigere et recipere valeas, sicut hoc ante dictum nemus hactenus recepisti." *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 199 S. 169, 70.

1341, März 26. Ritter Rüdiger von 6
Elner und der bergische Truchsess Peregrinus von Deutz („de Tuicio") ertheilen als gräfliche „commissarii" in einem Rechtsstreite zwischen der Stadtgemeinde und der Collegiatkirche zu Düsseldorf, betreffend die von letzterer erhobenen Ansprüche auf gewisse Häuser und Gartenzehenten, „communicato discretorum et jurisperitorum consilio", einen Schiedspruch, dahin lautend: „in nomine domini sic sententiando pronunciamus et pro jure dicimus et pro sententia per presentes in hunc modum, videlicet quod quelibet domus, in qua fumus oritur, singulis annis decano et canonicis solvet unum pullum decimalem; item si una domus in duas hereditarie dividatur, tunc quelibet illarum annuatim dabit unum pullum. Preterea de ortis predictis sic pro jure

58) R. nulla curmeda, was nach nr. 4 zu verbessern war. (Vgl. J. *Grimm*, RAlterth. S. 318 nr. 29.)

dicimus et sententiamus, quod quilibet oppidanus et parrochianus, qui dicitur vulgariter geweldig man [59]), non habens ortum in curte sua, poterit sibi ortum construere in campo [60]) de dimidia jurnali [61]), item quilibet oppidanus seu parrochianus, dictus vulgariter eyn koytere [62]), si non habet ortum, poterit construere ortum sibi de quartali terre [63]). De quibus ortis sic pro sententia et pro jure dicimus, quod de omnibus oleribus et herbis ad ollam spectantibus [64]) quilibet eorum, sive sit oppidanus sive parrochianus, pro decima dabit unum denarium annuatim, de aliis vero in dictis ortis crescentibus, ad ollam non pertinentibus, tam de lino quam de aliis quibuscunque dabunt quolibet anno decimam partem decano et canonicis." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 361 S. 287, 88 mit Düsseldorf §. 36 (B. IV S. 100).

7 **1359**, Mai 20. Graf Gerhard von Jülich, Berg und Ravensberg verleiht fünf genannten Personen zu Düsseldorf erblich sein „Verampt" auf dem Rheine von da bis Neuss unter den früheren Bedingungen [nr. 3, 4], namentlich auch mit Befreiung von Curmede und Ungeld, zugleich bestimmend: „vortme so wille wir, so wye dat dat verampt erstirft off wye dicke dat it geerfdeilt wirt, dat da zoe Düsseldorp vunf verren zoe mynsten soelen varen ind dat veyrampt bewaren, ind soelen dat gelt zoe vunf hoypen deylen, ind over der deylingen so yn sal neymand anders syn noch darbi gayn noch stayn, dan dye vunf, dye dat verampt bewarent; darus so sall manlich sinen miterven reichte deylinghe doin von dem, dat da gewunnen is ind gewunnen wirt." *Ritz* a. a. O. Nr. 4 S. 72, 73.

8 **1371**, Aug. 15. Graf Wilhelm II. von Jülich, Berg und Ravensberg bestätiget seinen Fährleuten („veyren") von Düsseldorf und deren Erben „yere privilegien ind breve mit rechte ind vurwerden da inne beschreven, so we in de van sinen alderen ind vurvaren . . . verleent ind besegelt gegeven synt." *Ritz* a. a. O. Nr. 4 S. 73, 74.

9 **1371**, Aug. 16. Derselbe gewährt der Stadt Düsseldorf eine Confirmation ihrer Privilegien, dieselben durch verschiedene neue Befugnisse, nämlich a) der Abhaltung eines Sonntagsmarktes, b) der Anordnung von Mass- und Wagegeldern zum Besten der Stadtcasse, c) der Ausübung peinlicher Gerichtsbarkeit, endlich d) der Urthelsprechung bei unvollzähligem Schöffenstuhle erweiternd:

„Wir Wilhelm van Guilge, greve van dem Berge vnd van Ravensberghe, doin kund vnd bekennen offenbar vur vns, onse erven vnd nacoemlinge in desem intgeynwerdigen openen breve, dat wir angesien hain gnedige gunst vnser liever alderen vnd vurfaren greven zo dem Berge, die sy gehait haint zo onser stat mit name Duysseldorp ind den burgeren dabinnen of dabuissen gesessen, die ouch darin overmitz breve gevryet ind geburgert syn, to Flingern of anderswoe gelegen, ind ouch anderen mangvuldigen dienst, den sy vns gedain haint vnd noch doin sullen, vnd hain yn darumb yre privilegien, alde vnd nuwe breve, so wie yn die van vnsen vurfaren gegeven verlient vnd besiegelt synt mit jairmarten vnd anderen vryheiden nae ynnehalden der breve, overmitz desen vnsen breiff bestediget confirmirt vnd befestiget, befestigen bestedigen vnd confirmieren zo ewigen dagen vur vns [vnd] vnse nakoemlinge vnverbruchlich zo halden. Vort me so hain wir vnser vurschreven stat vnd burgeren vmb sunderliche gunst, dieselve stat damit zo besseren vnd zo ermeren, verleint vnd gegeven, geven vnd verlenen overmitz desen breiff eynen vryen steden wochenmart, alle wochen angain vnd vry zo syn yn yre stat allewege vp den saterdag zo vesperzyt, duernde vnd werende bis vp niesten maendach darnae volgende zo primzyt [65]), den mart mit aller vryheit vnd gelegenheit zo halden na gewonheit anderer vnser stede vnd sunderlinge vnser stat van **Ratingen**. Vortme haint wir vnsen vorschreven burgeren verleint vnd gegeven, geven vnd verlienen in diesem breiff, dat sy in yrer stat kueren maesgelt (vnd) wagengelt setzen vnd machen mogen, hogen vnd nideren nae bescheide, vnd dat nemen vnd keren in yrer stat behuef, die stat damit zo besseren, da yn des noit were zo doin. Ouch han wir Wilhelm greve vurgemelt derselver vnser

59) D. i. ein in der bilker Gemarkung Holzberechtigter.

60) D. h. in der düsseldorfer Feldflur.

61) Jurnalis (terrae), ein Tagwerk oder Morgen Landes.

62) Der Köter (Beisitzer, Hintersasse, Kleinbauer, s. J. *Grimm* a. a. O. S. 318 nr. 30; *Wigand*, Provinzialrechte von Paderborn II, 203, 256) hatte keine Holzgerechtigkeit in der Mark, sondern höchstens andere geringe Waldnutzungen.

63) Ueber dies Ackermaas („quadrans, verndel") s. *Landau*, Territorien S. 49.

64) D. h. Küchengewächse und Kräuter.

65) Der Wochenmarkt, von welchem nicht zu ersehen ist, ob er zu dem im Priv. v. 1288 §. 14 (S. 935) gestatteten hinzugekommen oder an dessen Stelle getreten sei, währte also vom Samstage Abends 6 Uhr bis zum Montage Morgens 6 Uhr. Eine seltsame Zeitbestimmung!

stat zo Duysseldorp verleynt vnd oirloff gegeven mit goedem moitwille vnd vnsen burgeren, dat sy eyn gerichte mit namen galgen vnd anders, dat darzo gehort, by yre stat vnd binnen yrer stat vryheiden setzen vnd machen mogen vnd sollen, vnd da an van verwysden [66]) luiden nae verdienen bruchten vnd schulden richten of doin richten. Vortme so willen wir vnd hain vur vns behalden in desem brieve, dat allwegs vnse ambtmann zo Angermont [67]), de nu is of naimals werden sal, richten sal in der vurschreven vnser stat van vnsenwegen als ein overster richter van alle sachen, die an dem gerichte erclaget werden mogen [68]). Ouch so willen wir vnd hain vnsen burgeren verleynt, oft sache were dat ein scheffen off me buyssen yre stat weren vnd ordelen geburden zo wysen off me, dat de vrdel die ander scheffen, die da entgeinwerdich weren, vysgeven vnd wysen sullen, vnd vmb der ander willen, die viss weren, die vrdeil nit vertrecken noch vngewyst laissen, as verre as dem off den scheffen, die nit entgeinwerdich weren, yre vysvart nit verboden enwurde noch enwere, vnd sy ouch darumb nit vysgefaren enweren oen argelist. Alle dese vurgeschreven punte vnd yglich besonder geloven wir Wilhelm greve vurschreven in guden truwen vor vns vnse erven vnd naekomlinge vast stede vnd vnverbruchlich zo halden oen argelist, vnd hain darumb vnse meiste siegel an desen tgeinwerdigen breiff doin hangen zo gezuige der warheit aller deser vurschreven sachen, de gegeven vnd geschreven is in den jairen na goids geburt duysent dryhondert vnd ein vnd seventzig jair des niesten dags vnser frouwen dag assumptionis dat it als sy zo himmel voer.“ *Lacomblet*, Beil. 5 S. 158–60 (m. Text §. 36 S. 101).

10 **1376**, Jun. 8. Derselbe verzichtet auf die ihm gebührenden „bruche“ wegen unstatthaften Erwerbs von „vaitgut“ durch düsseldorfer Bürger, gestattet denselben, „dat sy, ire erven ind naekomlinge alsulchen vaitgut, as sy hude dis dags haven, halden besitten ind vnder inn verkouffen mogen on hindernisse oder kroed“ [69]) von seiner Seite, erklärt sie jedoch alsdann auch für verpflichtet, davon die hergebrachten „summen [70]) zo dryn zyden des iairs zu geven“, sowie die früher damit verbunden gewesenen Dienste fernerhin zu leisten. *Lacomblet*, Beil. 6 S. 160, 61.

1377, Dez. 4. Kaiser Karl IV. erlaubt 11
in widerruflicher Weise dem Grafen Wilhelm II. von Berg, gleich seinem Vorfahren Adolph [nr. 5] den ehedem zu Duisburg vor dem Walde erhobenen Zoll von Rheinfrachten „in loco Dusseldorf“ einzunehmen. *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 806 S. 710. Vgl. auch *dessen* Düsseldorf §. 36 (Bd. IV S. 101–6).

Der s. g. neue Zoll zu Düsseldorf, dessen Hauptertrag dem Grafen von Berg zufloss, während kleinere Theile davon sich auf Grund kaiserlicher Verleihungen zeitweise in dritten Händen befanden [71]), wurde alsbald die Veranlassung langwieriger Streitigkeiten zwischen dem genannten Grafenhause und den Erzbischöfen von Cöln, welche auf den fraglichen Zoll, als angeblich in ihrem „gebot, herlichkeit vnd geleit“ gelegen, Ansprüche erhoben, während Graf Wilhelm von Berg in seiner Berufung an Kaiser und Reich dawider behauptete, „is lege in dem geleit das zu Keyserswerde zugehore“[72]). Ehe nun der Streit zum rechtlichen Austrage kommen konnte, zog König Wenzel „theloneum in Dusseldorp super alveo Reni, quod . . . Karolus Romanorum imperator spectabili Wilhelmo comiti de Monte per imperiales literas indulsisse dinoscitur“, durch einen Erlass v. 28 Febr. 1379 zurück [73]). Allein schon nach Jahresfrist gestattete Wenzel durch Urk. v. 24 Mai 1380 dem an demselben Tage zum Herzoge erhobenen Grafen Wilhelm von Berg wieder, „das er den tzol sechs alde grozze Turnoze [74]), die er vormols von seliger gedechtnisse . . keyser Karle zu Werde gehabt hat vnd von iglichem fuder weynes vnd andirre kauffman-

66) „Verwysen“, verurtheilen. *Haltaus*, Glossar. col. 1912, 13.

67) Angermünd, Schloss und Flecken an der Anger, 2 Stunden von Düsseldorf entfernt.

68) *Lacomblet* versteht diese Stelle dahin, dass dem Amtmanne zu Angermünd in jenem neu-organisirten städtischen Criminalgerichte der Vorsitz gebühre. Mir scheinen aber die Worte eher den allgemeinen Vorbehalt der daneben fortbestehenden Competenz des landesherrlichen Obergerichts in allen Rechtssachen auszudrücken.

69) Beschwerung.

70) „Summa“ (s. auch unten nr. 13: „erfsomme“) scheint mir einen in natura prästirbaren Grund- oder Erbzins zu bedeuten. Vgl. *Ducange-Henschel*, Glossar. VI, 27c.

71) Vgl. Regest v. 5 Dez. 1377 b. *Lacomblet*, UB. III, 710 Note 1.

72) Urk. v. 25 Nov. 1378 b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 824 S. 723

73) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 833 S. 730.

74) Der Turnos betrug nach unserem Gelde 46 Kreuzer 3 Pfennige. *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VII, 128.

schafft, die den Reyn vff vnd nyder geet, nach der margtzal genomen hat, . . legen vnd vffheben sulle vnd moge zu Luisdorff oder zu Dutzeldorff, wo ym das aller bequemlichste oder fuglichste si" [75]), worauf die (vermuthlich factisch gar nie unterbrochen gewesene) Zollerhebung zu Düsseldorf ihren Fortgang nahm. Damit traten aber auch selbstverständlich die Zwistigkeiten zwischen Berg und Cöln wieder in den Vordergrund. Zwar sah sich Herzog Wilhelm theils durch die Beschwerden der Kaufleute über die Unerschwinglichkeit des Rheinzolls, welcher mittlerweile bis auf 18 Turnosen für das Zollfuder gestiegen war, theils durch das gegen ihn gerichtete Bündniss Erzbischof Friedrich's III. und der Stadt Cöln veranlasst, in einer Vereinbarung mit gedachtem Kirchenfürsten v. 27. Febr. 1386 den düsseldorfer Zoll um $^1/_3$ zu vermindern und von dessen Entrichtung die Bewohner des Erzstifts und der Stadt Cöln frei zu erklären [76]). Auch kam der hier in Aussicht genommene und von den Cölnern dringend verlangte Schiedspruch nach ausführlichem Schriftenwechsel der Parteien [77]) endlich am 26 Febr. und 18. Apr. 1390 dahin zu Stande, dass der Herzog, soferne ihm nicht der Beweis einer Rechtsersitzung oder seiner vorgeschützten exceptio de jure tertii gelingen würde, den Zoll einstellen und die bereits eingehobenen Gelder herauszahlen solle [78]). Allein dem Herzoge Wilhelm war es wohl nie mit der Unterwerfung unter ein Schiedsgericht wirklich Ernst gewesen; er vereinbarte daher jetzt mit Erzbischof Friedrich einen dreijährigen Stillstand des zwischen ihnen schwebenden Streites [79]) — und der düsseldorfer Zoll blieb bestehen; ja! König Wenzel war es nun wieder selbst, der das Seinige dazu beitrug, denselben wie die Rheinzölle überhaupt für Handel und Schifffahrt drückend zu machen, indem er dem Dietrich von Mülheim durch Urk. v. 15 Jun. 1398 die Befugniss einräumte, von jedem Fuder Wein am Zolle zu Düsseldorf einen Turnos zu erheben [80]), nachdem er durch Urk. v. 16 Jun. dess. Jahrs dem Herzoge Wilhelm, um ihn für die Ermässigung des Zolles im oben berührten Vergleiche v. 27 Febr. 1386 zu entschädigen, erlaubt hatte, den Zollsatz zu Kaiserswerth um 6 Turnosen zu erhöhen [81]). So war denn sogleich wieder für Wilhelm's Gegner ein Grund zu neuer Unzufriedenheit gegeben. Dieser führte aber schon am 13 Apr. 1399 zu einer Conföderation der Erzbischöfe von Mainz, Cöln und Trier mit dem Pfalzgrafen Ruprecht bei Rhein [82]), deren Zweck kein anderer war, als den Herzog Wilhelm mit bewaffneter Hand zu nöthigen, dass er die neuen Zölle zu Düsseldorf und Kaiserswerth, „damit der Rine, der gemeyn kaufman daruff vnd irer lande fryheit vnd herlichkeit beswert, geschediget vnd gehindert werden, abthüe". Die Folge davon war denn auch das urkundliche Versprechen des Herzogs (am 9 Juni 1399), „sulchen zoll off geleidegelt, wie dat genant is, as he zo Duysseldorp van nuwes vpgelaicht hait, zostunt affzodoin" [83]). In wie weit freilich diese Zusage erfüllet worden sei, lässt sich nicht erkennen. Jedenfalls verstand sich der Herzog nur zu einer Reduzirung des Zollsatzes, welcher demungeachtet immer noch erheblich genug gewesen sein muss, da z. B. Jungherzog Adolph von Berg am 12 Febr. 1405 ein Gelddarlehn von 100 Goldschilden darauf anwies [84]). Am 5 Mai 1408 erhielt überdies Herzog Wilhelm vom Grafen Adolph von Cleve das Zugeständniss, dass des Letzteren Unterthanen, welche vertragsmässig vom düsseldorfer Zolle befreit gewesen, diesen wieder entrichten sollten, jedoch so, dass die Hälfte des hiedurch erzielten Einkommens an den Grafen Adolf abgeliefert werden müsse [85]). Endlich brachte Herzog Reinald von Jülich und Geldern am 19 April 1411 in Form eines Schiedes zwischen dem Nachfolger Herzog Wilhelm's († 1408), Adolph IX. von Berg, und Erzbischof Friedrich III. von Cöln eine Convention des Inhalts zu Stande, es solle, so lange beide genannte Fürsten lebten, die düsseldorfer Zollfrage nebst anderen Anständen auf sich beruhen, dabei aber die Zollbefreiung der Cölner unangetastet fortbestehen [86]). Hiemit hatte aber der unerquickliche Streit eigentlich für immer sein Ende erreicht; denn wenn auch unter den Erzbischöfen Dietrich und Hermann, wie aus dem grossen (unausgeführt gebliebenen) Schiede v. 29 Apr. 1433 [87]) und einem Rechtsbriefe Kaiser

75) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 849 S. 744.
76) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 901 S. 792—94.
77) Bei *Lacomblet* a. a. O. S. 832—34 (Note 1).
78) *Das.* S. 834, 35 (Note).
79) Urk. v. 17 Sept. 1390 b. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 948 S. 832.
80) Regest b. *Lacomblet* a. a. O. S. 926 Note 2.
81) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1040 S. 926, 27.
82) Gedruckt b. *Mone* a. a. O. IX, 21, 22.
83) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1064 S. 946, 47.
84) *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 31 S. 30.
85) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 52 S. 55 flg.
86) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 63 S. 68 flg.
87) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 206 S. 236 flg., bes. S. 239 Z. 4 flg.

Friedrich's III. v. 27 Nov. 1486 [88]) hervorgeht, die alten Zwistigkeiten sich wieder regen wollten, so ist es doch zu einer ernstlichen Spannung unter den Parteien aus Anlass des Zolles zu Düsseldorf nicht mehr gekommen.

12 **1384**, März 25. Herzog Wilhelm I. von Berg verkündet, dass er die „honschafften" [89]) Golzheim, Derendorf und Bilk, welches grosse Dorf wieder in drei „honschafften": Oberbilk, Kirch- oder Kehrbilk und Mühlhofen getheilt war, weil deren „burgere im zo lieve binnen der stat Dusseldorp gezimmert vnd gebowet haven vnd ouch darbinnen ire staedliche wonung vortan haven sullen", in die Stadtfreiheiten aufgenommen habe, „also dat ir erve vnd gut, so wie vnd wa dat gelegen is, van nu vortan vmmerme as vry syn sal van allen dienst, schetzongen, beden, scheffenampte, honampte [90]) vnd vort von allen anderen onrade [91]), so wie man de noemen magh, as ander burger gut der stat van Dusseldorp." *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 878 S. 771, 72.

13 **1384**, Apr. 4. Derselbe und seine Gemahlin Anna von Bayern [92]) bestätigen und erneuern den Bürgern und anderen Einwohnern ihrer Stadt Düsseldorf „alle yre alde rechte vryheiden vnd privilegien", gewähren ferner den in den „honneschefften" Golzheim, Derendorf und Bilk zwischen der Kirche und der Stadt gelegenen Erben und Gütern sowie deren Besitzern Freiheit „van allen erfsommen [93]), schetzongen, dyenste vnd ongelde, wilcher konne de synt", also „dat de vurschreven erve vnd guede vnd de besytzere daruf aller der vryheyde, rechte, privilegien vnd goeder gewoinden as nu vortan genyessen vnd in der wys gebruychen, guit vnd quaet [94]) liden, vnd dem burgermeistere gehoirssam syn sullen, geliche anderen burgeren vnd ynwoeneren der stat, also as vurschreven is, als verre doch als deselve besytzere bynnen de nuwe stat van Dusseldorp zo wohenen koment vnd aldae zimberent vnd de vurschreven yre goede vysser der vurschreven nuwen stat buwent", und reserviren endlich für sich, ihre Erben und Nachkommen als herrschaftliche Gerechtsame: „gerichte, assyse, korngulden vnd zynssen", desgleichen auch „diense, off emans buyssen lynpeden [95]) der vurschreven honneschaften yres schetzguytz [96]) ligende hett." *Wilhelmi* a. a. O. S. 136, 37; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 880 S. 773, 74.

1393, Dez. 24. Derselbe verleiht seiner Stadt Düsseldorf das Recht freier Ausübung aller Gewerbe. (R.) *Wilhelmi* a. a. O. S. 10. 14

1394. Derselbe und seine Gemahlin Anna [nr. 13] nehmen Behufs neuerlicher Erweiterung ihrer Stadt Düsseldorf das „kirspelle van Hamme" nebst Steinen in die städtische Freiheit auf, indem sie dessen Zusammenhang mit dem Schöffengerichte in Bilk lösen und allen hiedurch gewonnenen neuen Bürgern für die nächstfolgenden 24 Jahre gänzliche Befreiung von „beden ind dinste" zusichern. *Wilhelmi* a. a. O. S. 15, 16; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1001 S. 887. Vgl. *dessen* Düsseldorf §. 36 (Bd. IV S. 107, 8). 15

Hiemit erscheint der Arrondirungsprocess des städtischen Weichbilds- und Gerichtsbezirks von Düsseldorf, nachdem bereits 1383 demselben Herzog Wilhelm auch die aus Privathänden eingetauschte „moele zu Dusseldorp" (*Lacomblet*, Beil. 7 S. 161) sammt dem Mühlenfelde einverleibt hatte, als abgeschlossen.

1395, Jul. 13. Derselbe gestattet den Bürgern des neuen Stadttheiles von Düsseldorf, welcher „beneden der oeverster bech daselffs", d. h. unterhalb des oberen Arms der Düssel, gelegen ist, zur Erleichterung in ihren kostspieligen Bauanlagen — „straissen, steynwege, bruegen" — eine Abgabe für die Stadtcasse zu erheben — „van yder getzauwen [97]) durch yre stat gaende, dy van gewichte sint, as dy wyne, speck, wolle, heryncк, hoenich, gewant, leder, lynnendoich off ander kostliche gewar druegen, eynen schillinck Brabants ..., vort van dem wahene kalks vier pennynege Brab., van einer karren kalks zweyn pennynege Brab., vort van dem wahene steynkoelen seess pennynege Brab., van eynre karren steinkolen dry pennynege Brab., van eynre karren houltz- 16

88) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 433 S. 539, 40.

89) Ueber diese fränkisch-niederrheinische Benennung der bäuerlichen oder Dorfgemeinden s. *Lacomblet's* Archiv Bd. I S. 209 flg.; *Thudichum*, Gau- und markverfassung S. 22 flg.

90) Die beiden Ausdrücke sollen die dorfgemeindliche Jurisdiction des „hunno, honne" [*Walter*, Dtsch. RGesch. I, 358] im Gegensatze zur städtischen Gerichtsbarkeit bezeichnen.

91) Beschwerung, Belastung. *Haltaus*, Glossar. col. 1949.

92) Sie war eine Tochter des Pfalzgrafen Ruprecht des Jüngeren bei Rhein. Vgl. *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 639 S. 538 flg.

93) S. oben Note 70.

94) Gutes und Schlimmes (commodum et incommodum).

95) Leinpfade als Grenzmarken.

96) D. i. Güter, welche zur landesfürstlichen Kammer steuerbar sind.

97) „Getzauwe" (getowe), Fuhrwerk.

koelen dry pennynege Brab., vort van eym wahene kluppelhoultz dry pennynege Brab., vort van eym wayn eppel seess pennynege Brab., vort van eym wahene heuwes seess pennynege Brab., vort van eym wahene burdden[98]) zweyn pennynege Brab., ind van eynen par radere eynen pennyneg Brab. zo nemen" —, fügt jedoch als Beschränkung hinzu: „wir haven doch vyssgescheyden, vmb zweydracht zo verhüeden, dat vnsse paffschafft van vnssen kirchgen van Dussildorp, dy syn oeversten off vndersten, van egeynre yrre haven der vurschreven vnsser stat off vnssen burgeren neit schuldich ensullen syn zo geven." *Lacomblet*, UB. Bd. III Nr. 1009 S. 894.

17 **1403**, Dez. 17. Graf Adolph (von Berg) zu Ravensberg überlässt der Bürgergemeinde seiner Stadt Düsseldorf, nach ertheilter Generalbestätigung ihrer Privilegien, die Einkünfte aus der städtischen Accise und vom Braugewerbe, die von der Dorfschaft Bilk für ihre Aufnahme in die Stadtfreiheit [nr. 12, 13] zu leistende Jahresbede von 400 Mark brabanter Münze, und die Fischerei im Stadtgraben bis Pempelfort:

„Wir Adolph van dem Berge, greve zo Ravensberg, bekennen vur vns, vnse erven vnd naekomlinge, dat wir belieft vnd bestedigt haven, believen vnd bestedigen overmitz diesen brieff vnsen lieven geminden[99]) burgeren gemeinlichen vnser stat Duysseldorp alsulche vryheit recht ind gnade ind alsulche privilegien ind principal brieve, as sy gehat haven van vnsen vorvadern, den god genade, heren Adolph ende heren Gerart greven van dem Berge ind zo Ravensberge, vnd ouch alsulche brieve, as vnse lieve geminde here ind vader, here Wilhelm van Guilge, hertzouge van dem Berge ind greve zo Ravensberge, vnser stat Duysseldorp zo merer vryheit gegeven hait, also dat wir denselven vnsen burgeren der stat Duysseldorp vorschreven de vorschrevene vryheit, recht, gnad ind brieve vortan zo halden geloven in alle der massen also as sy de van vnsen vorvaren heeren ind vader vorschreven gehat haven. Vortme so hain wir de assyse vnser stat Duysseldorp gegeven erfflichen, also dat wir noch vnse naekomlinge nummerme van yn vorderen ensullen. Vortme so hain wir ouch der vurschreven stat Duysseldorp gegeven erfflichen de gruit[100]), also verre ind wyt der vurschreven stat vryheit geit, yre vrbar vnd nutz[101]) mit zo doin, ind sy dairane nit zo hinderev. Ouch so hain wir innen quit gegeven erfflichen vierhundert marck brabentz, de vnse vader ind here vurschreven zo heven plach an den van Bilck, da sy vor in die stat van Duysseldorp gevryet synt. Ouch so hain wir vnser stat vurschreven erfflich gegeven de vyscherie, de gelegen is vmb yre stat in yren grave mit zo Pempelfurde. Ind diss ze vrkunt hain wir vnse segel an desen brieff doin hangen ind vort so merer sicherheit in vaster stedicheit der vorschreven punten haven wir geheischen den edelen Diederichen vnsen lieven neven van Lynepe, heren Arnd van Calcheim ritter, Ailff vam Huys, Reinhart van Lantzberg ind Herman van Winckelhuysen, vnse getruwen, dat zy yre siegele zo dem vnsen an desen brieff haint gehangen. Vnd wir Diederich van Lynepe, Arnd van Calcheim ritter, Ailff vam Huys, Reynart van Lantzberg ind Herman van Winckelhuysen vurschreven bekennen, dat wie van geheische des hochgeboren vnses gnedigen hern Adolphen van dem Berge greve zo Ravensberge vurschreven vnse siegele an diesen brieff gehangen haven. Datum anno domini Millesimo quadringentesimo tertio, feria secunda proxima post festum Lucie virginis et martyris." *Lacomblet*, Beil. 8 S. 162, 63.

Graf Adolph von Ravensberg, Jungherzog von Berg, der Sohn Herzog Wilhelm's I., „wilden herrschsüchtigen Sinnes", war, nachdem er bereits um 1397 seinen Vater zur Abtretung einzelner Theile des bergischen Landes gezwungen hatte, hiedurch noch nicht befriedigt am 11. Dez. 1403 in seiner frevelhaften Anmassung und Habgier so weit gegangen, dass er den hochbetagten Vater zu Monheim gefangen nahm und sich der Hauptstadt des Landes Düsseldorf bemächtigte. Um diese nun in ihrem gerechten Unwillen hierüber zu beschwichtigen, gab er ihr das vorstehende Privileg.

Uebrigens war in jener Gewaltthat gegen Herzog Wilhelm nur erst der Anfang eines schweren unheilvollen Kampfes des Grafen Adolph mit seiner eigenen Familie und deren Verbündeten gelegen, dem nicht früher ein Ende gesetzt ward, bis der unglückliche greise Vater selbst dem nach vergeblicher Ladung vor das königliche Hofgericht am 15. Mai 1405 in die Reichsacht erklärten Sohne die Hand zur Versöhnung bot. Wilhelm that, es, indem er dem lang entbehrten Familienfrieden sein gutes Recht zum Opfer

98) Bundholz.
99) D. i. lieben und geliebten (Pleonasmus).
100) Die Grüte, eine Abgabe der Brauberechtigten.
101) Vortheil und Nutzen (Pleonasmus).

brachte, in dem nachfolgenden Vergleiche von:

18 **1405**, Jul. 2., worin er sich auf Lebenszeit vorbehielt: „Duyssildorpe sloss stat ind toll mit alle syne zubehore ind mit den luden ind guden, die by sinen zyden daryn gevrihet waren, insonderlinegen die tzween hoyve as zu Houlthusen ind zu Pempelvoerde mit yren zubehore"; ferner das Amt Monheim mit dem Hause Benrath, den Forst mit dem Amte Miseloe, das Schloss Lülsdorf mit der Feste Porz, sowie die Kirchspiele Merheim, Flittard und Bochheim sammt Mülheim; wogegen Jungherzog Adolph „alle andere slosse, stede, ampte, lande ind lude des landes van dem Berge mit yren zubehoeren" empfangen, dafür aber dem Vater eine Jahrrente von 650 Gulden aus dem Amte Mettmann entrichten sollte, und zugleich das Versprechen leistete, „die gruys [102]) zo Duysseldorp durch dat gantze lant van dem Berge alleyn gain, so wie die van alders gegangen hait", und ferner „dat goitzhuys zo Duyssildorp ind die geistliche personen daryn gehorende ire gulden, gude ind renten vreidlichen ind vngekroydt gebruychen zo laissen." Nach Herzog Wilhelm's Tode soll Adolph auch dessen Landesantheil mit Abzug dessen, was seinen Brüdern davon gebührt, in Besitz nehmen. *Lacomblet*, UB. Bd. IV Nr. 38 S. 37 — 39. Vgl. *dessen* Düsseldorf §. 38 (Bd. IV S. 119—24).

19 **1432**, Dez. 25. Herzog Adolph von Berg „befreit die Stadt Düsseldorf von der Verpflichtung zu Dienstfuhren." (R.) *Wilhelmi* a. a. O. S. 10.

20 **1435**, Jan. 20. Die „gemeyne Schutzen gesellschaft zo Duysseldorp" erneuert mit Genehmigung Herzog Adolph's von Jülich und Berg sowie „mit rayt vnd volbort der gemeynre stat Duysseldorp" ihre „in vurtzyden" gegründete Bruderschaft, „de geheissen is sent Sebastians broderschaft", und setzt die auch ferner darin zu beobachtenden „punte vnd artikule" fest, betreffend die vier Meister der Gesellschaft und deren Verpflichtungen, die Aufnahme neuer Brüder und Schwestern (vorausgesetzt, dass sie nicht „quait geruchte haven", nicht „in vurtzyden myt eynichen vnredelichen punten beruchtigt weren") in die Bruderschaft und die dabei zu leistenden Receptionsgelder, die religiösen und sonstigen Obliegenheiten der Mitglieder, z. B. in Ansehung der Gelage, Versammlungen, Begräbnisse, Reichnisse u. a. m., die Strafen für gewisse Vergehen derselben, die Folgen der Bannlegung eines Bruders oder einer Schwester, die Fürsorge für arme Gesellschaftsgenossen, das Vermächtniss an den Patron, endlich die Verbindlichkeit der einzelnen Theilnehmer zu gegenseitiger Warnung vor Uebertretung der Gebote. Zur Probe nachfolgende wenige Satzungen:

„§. 12. Item so ensal engeyn broder dem anderen gelt noch goit noch eynicherley punten affwynnen mit eynicher kunne spele, id sy cleyn off grois, as sy in yrre geselschaft synt, vnd wert sache, dat yrre eynicher dem anderen dat dede, so sullen sy beyde, as der wynnende vnd der verlyesende, gelych boysfellich syn, as yeclicher mit eyme halven punde waess, [vnd dat sullen die vier meystere vpheven].

§. 13. Item weirt sache, dat eynich broder myt dem anderen nyet eyns vnd zweyende wurde, dat sullen sy brengen an die meistere, vnd sullen dat die broedere heymelichen vnder sich scheyden; id en were dan also, dat id groyve sachen weren, der sy sich nyet vnderwynden enkunden noch endoerften.

§. 14. Item were eynich brodere off suster, de vnredelich were vnd nyet halden der broderschaft, as yem off yr geboyden wurde, vnd sich ouch nyet en wolde laissen vnderwysen, off he off sy vnrecht hedde, den off de sullen die brodere vsschryven vnd aff wysen van der broderschaft.

§. 15. Item weirt, dat eynicher broder off suster eynichem broder off süstere off yemande anders wat neme off vntruwe dede myt duyften off des gelyche, so wilcher des betzegen wurde, den sall man sleichts vsswuschen vnd vss der broderschaft doyn sunder wedersagen, off de doe syne *vnschoult* dar vur, as redelichen is.

§. 18. Item zo wissen, so wanne eynich broder off sustere in syme off yre lesten ende lygt, vnd meynt zo verscheyden, so sal de broder off de suster besetzen sente Sebastiane in de broderschaft eyn armburst myt synre gereitschaft, sowie he dat hait, off zehen wyssepenninge dar vur, dat sal de broderschaft na sich entfangen."

Gedruckt bei *Fahne* a. a. O. S. 95 — 101 (in 22 §§.). Inhaltsübersicht *das.* S. 4—6.

1437, Jul. 1. Herzog Adolph von Jülich und Berg verleiht (vielmehr bestätiget, s. nr. 17) seiner Stadt Düsseldorf „das Recht zur Erhebung einer Accise und zur Fischerei der Düssel bis Pempelfort." (R.) *Wilhelmi* a. a. O. S. 10. 21

1447, Aug. 8. Herzog Gerhard von 22

102) D. h. das Bier. [*Lacomblet* will darunter auch den Hopfen verstanden wissen.]

Jülich und Berg „übernimmt eine der Stadt Düsseldorf zur Last stehende Rente, 50 Gulden Opfergeld, an das Kloster der Kreuzherren.“ (R.) *Wilhelmi* a. a. O.

Durch Urk. v. 14 Aug. 1443 [s. Art. „Düren“ nr. 14] hatte nämlich derselbe „alsulche vunfftzich gulden, as dieselve sine stat Duysseldorp im jairlichs zo Cristmissen zo syme offergelde schuldich is zo geven vnd zo geven pleget“, dem Kreuzbrüder-Kloster als Stiftungsgut zugewiesen.

23 **1452**, Jan. 20. Die düsseldorfer Junggesellen-Schützen-Gesellschaft [„dey gemeyne Schutzengesellschaft van den jungen zo Duysseldorp“], welche gleichfalls ihre Bruderschaft „dey geheysschen is sente Sebastianus vnd st. Joist broderschafft“ mit Zustimmung Herzog Gerhard's und der Stadt Düsseldorf „bevestiget vnd verewichet“ hat, verkündet ihre Statute, welche mit jenen der Männer-Schützengesellschaft [nr. 20] bis auf wenige Auslassungen und Abänderungen, sowie eine theilweise Umstellung der Artikel [103]) vollkommen harmoniren. Gedruckt b. *Fahne* a. a. O. S. 101 — 6 (in 19 §§.).

24 **1482**. Herzog Wilhelm III. von Jülich und Berg gewährt seiner Stadt Düsseldorf das Recht, einen Jahr-, Korn- und Wochenmarkt abzuhalten. (R.) *Wilhelmi* a. a. O. S. 10.

25 **1489**. Jul. 20. Derselbe überlässt seiner Stadt Düsseldorf die Rheinfischerei sowie die Stadt- und die Rumpoldsmühle in Bilk zu Erbpacht, desgleichen den Rheinkrahnen, indem er sich nur freies „gemahl“ für seine Hofhaltung und den Gebrauch des Krahnens für die Enthebung des Weines aus dem herzoglichen Flosse vorbehält. (R.) *Wilhelmi* a. a. O.

26 **1494**, Jun. 24. Derselbe überträgt den Bürgern seiner Stadt Düsseldorf „die Nutzniessung der Dienstbarkeit der Höfe zu Bilk.“ (R.) *Wilhelmi* a. a. O.

Ausserdem werden noch Zollfreiheitsbriefe Düsseldorf's v. 1441, 1449 und 1451 erwähnt. *Wilhelmi* a. a. O. S. 11.

CCLXXXIII. Duisburg.

(Preussen, Rheinprovinz.)

Joh. Tybii „Annalium sive Antiquitatum Originisque Veteris Duisborgi Libri III“ (1579)*) in W. *Teschenmacheri* Annal. Cliviae etc. p. 152 sq. Jo. Hildebr. *Withofii* „Oratio de origine et antiquitate urbis Duisburgensis ad Rhenum habita ibidem die 15. Oct. A. 1748“**), dessen Praemetium crucium criticarum praec. ex Seneca tragico, Lugd. Batav. 1749. 4°., p. 1 — 22 vorgedruckt. C. V. *Weisse*, Denkwürdigkeiten der Stadt Duisburg am Rhein aus alten und mittleren Zeiten, nebst dem Beweise, dass diese Stadt unter dem Namen Dispargum die erste Hauptstadt des Fränkischen Reichs und die Residenz des Königs Chlodions gewesen, Duisb. 1769. 4°. P. Fl. *Weddigen* „Geograph. und histor. Beschreibung der Stadt Duisburg“ in dessen neuem Westphäl. Magazin zur Geographie, Historie und Statistik Bd. III (1792) S. 610 flg. 628 flg. A. Chr. *Borheck* „Versuch einer Gesch. der Stadt Duisburg am Rhein“, seiner Geschichte der Länder Cleve, Mark, Jülich, Berg und Ravensberg, Duisb. 1800. 8°., als „Anhang“ mit eigener Paginirung beigefügt.

Dazu vgl. noch Egb. *Hopp*, Kurtze Beschreibung des Landes Cleve Cap. XVI S. 73 — 78; *Teschenmacher* l. c. p. 147 — 52; *Hugo*, Mediatis. S. 54 — 56; *Barthold*, Gesch. der dtsch. Städte Thl. I S. 28, 103, 114, 236 flg.; II S. 164 flg.; III S. 72, 104, 122; *Lacomblet* im Archive f. d. Gesch. des Niederrheins Bd. III (1860) S. 11—16, 100—02.

Das ziemlich reichhaltige Urkunden-Material findet sich zuerst bei J. C. *Dithmar* hinter *Teschenmacher* l. c. Cod. diplom. Nr. III—XVIII p. 2—8, wo jedoch die meisten Rechtsbriefe nur verstümmelt mitgetheilt sind, vollständiger und besser aber, wenn auch nicht ganz fehlerfrei, bei O. F. *Kleine*, Diplomata Duisburgensia historica, ex autographis codicibus nunc primum accurate edita, Fasc. I, II (1129 – 1369) Duisburg. 1839, 40. 8°., endlich in den diplomatisch-genauesten und correctesten Abdrücken in *Lacomblet's* UBuch f. die Gesch. des Niederrheins zusammengestellt.

1065, Oct. 16. König Heinrich IV. 1

103) In den Stat. v. 1452 (B) fehlen nämlich aus den Stat. v. 1435 (A) die Artt. 2, 20, während A 22 in B gar nicht numerirt ist. Ausserdem entsprechen: A 3 = B 2; A 4 — 7 = B 12 — 15; A 8 — 16 = B 3 — 11; A 17 — 19 = B 16 — 18; A 21 = B 19.

*) Gedicht im elegischen Versmaasse, daher von Teschenmacher als „elegia“ bezeichnet. Viel werthvoller, namentlich um der eingefügten Urkunden willen, sind N. *Tackii* „Civitatis Duisburgensis primordia rerumque ejus historic. testimonia“ (MS.), bis zum J. 1614 reichend.

**) Von demselben Verf. erschien auch in den duisburger Intelligenzblättern eine deutsche Chronik genannter Stadt, aus welcher die alleg. Abhandlung in Weddigen's Magazin lediglich ein Auszug ist.

übereignet um der Verdienste Erzbischof Adalbert's von Hamburg [Bremen] willen der Kirche desselben den Reichshof Duisburg im Ruhrgaue sammt aller Zubehörung — „ad archiepiscopalem ecclesiam scilicet Hammaburch . . . curtem nostram Tusburch dictam, in pago Ruriggouve in comitatu Herimanni comitis palatini sitam, cum omnibus appendiciis . . ., monetis quoque, theloniis omnique districtu in proprium dedimus atque tradidimus." *Lindenbrog-Fabricius*, Scriptt. rer. Germ. septentr. (1706) Auctar. dipl. Nr. LXXX p. 180, 81; *Lacomblet*, UB. Bd. I Nr. 205 S. 133.

Duisburg, entweder nach Zio, dem Mars der Germanen [1]) oder von Tuisko, deren mythischem Stammvater [2]), benannt, jedenfalls „im tiefsten geschichtlichen Bewusstsein der Franken wurzelnd", wird nach einer weit verbreiteten Meinung auf das Merovingische „Disbargum in termino Toringorum [3])", Chlodio's berühmte Feste, zurückgeführt [4]) — eine Annahme, welche selbst in den urkundlichen Ortsbezeichnungen des X. Jhdts.: „Dispargum, Duspargum, Diuspargo quod vulgariter dicimus Diusburg" (966) einige Bestätigung erhält. Bereits in den ersten Zeiten des deutschen Reichs gewann der uralte Königshof, dessen ansehnliches palatium den Kaisern einen angenehmen Aufenthalt und zugleich die Möglichkeit darbot, des Reiches Fürsten und Grosse zur Lösung wichtiger Staatsfragen um sich zu versammeln, wie dies z. B. 935, 944, 945 und 966 geschehen ist, eine nicht geringe politische, sowie in Folge seiner günstigen Lage an der „grossen Wasserstrasse", desgleichen als Zoll- und Münzstätte und durch seine vielbesuchten Tuchmärkte [5]) eine noch höhere merkantile Bedeutung, so dass hiemit alle Vorbedingungen zu einer raschen städtischen Entwicklung gegeben waren. Dennoch darf die wirkliche Erhebung Duisburg's zur Stadt, obgleich uns schon unter Otto III. ein Freiheitsbrief für das Nonnenkloster Mollenbech v. 979, ausgefertigt „Duisburg civitate", begegnet, unzweifelhaft nicht vor Konrad III. [s. unten nr. 4] gesetzt werden. In die Zwischenzeit fällt nun die schenkungsweise Uebertragung des Königshofes an den Erzbischof Adalbert von Bremen durch Heinrich IV. [6]), welchen immerhin auffälligen Liberalitätsact man bald als ein Zeugniss der Unbedachtsamkeit des jugendlichen Königs [7]) bald als die Wirkung seines Widerwillens gegen jene Gegenden, wo ihm der cölner Anno so schwere Unbill zugefügt [8]), angesehen wissen will. Dass nun der erzstiftische Besitz Duisburg's nur von vorübergehender Dauer gewesen sein könne, beweist das Regest nr. 2, welches den Rückfall des alten Königshofes an das Reich voraussetzt. Es dürfte aber dieses Ereigniss unter Erzbischof Liemar († 1101), welcher überhaupt die von seinem grossen Vorgänger Adalbert überkommene Machtstellung seiner Kirche nicht zu behaupten vermochte, eingetreten sein.

1129, März 8. König Lothar III. bestätiget den Bewohnern seines Königshofes Duisburg auf deren Ansuchen das von ihnen vor dem Forstmeister des angrenzenden Waldes, Herzog Walram von Limburg, durch Beweis und Urthel behauptete Recht, in dem eben genannten Forste Steine, soviel sie deren zu Haus- und anderen Bauten innerhalb des Hofbezirkes nöthig haben würden, abgabenfrei und ohne Jemands Einsprache graben oder brechen zu dürfen —: „notum esse volumus tam futuris quam presentibus, quod cives [9]) regie ville nostre duisburch vocate coram nobis probaverunt et judicio obtinuerunt coram duce Walravano, magistro foresti eidem ville adjacentis, se debere eisque libere licere sine omnium contradictione in prefato foresto, cujus fundus ad ipsam villam pertinet, effodere seu frangere tantum de lapidibus, quantum indiguerint vel voluerint ad domos et alia usui eorum necessaria in villa eadem et in banno illo edificanda, rogaveruntque celsitudinem nostram, hoc eis permittere et in futurum confirmare. Quod et fecimus tradicione nostra et confirmacione atque auctoritate regii banni nostri eis eorumque in perpetuum posteris stabilientes hoc, eo videlicet modo, ut neque forestariis nec cuiquam prorsus persone quicquam in perpetuum inde habeant supplicare vel oporteat solvere." [Unter den Zeugen: „de ipsa villa Ellenhardus scultetus, Engezo, Wolbero, Liupoldus, Reginzo et ceteri plures."] *Teschenmacher* l. c. Cod. dipl. Nr. III p. 2; 2

1) Vgl. J. *Grimm*, Dtsch. Mythologie S. 1209.
2) *Tybius* l. c. Libr. I v. 39: „Accola Duisborgum vocitat, mihi Tuisconis arx est."
3) *Gregor. Turon.* Hist. Franc. II, 9.
4) Die verschiedenen geographischen Deutungen des castellum Dispargum stellt Chr. J. *Kremer*, Gesch. des Rheinischen Franziens (1778) S. 9 Note r in Kürze zusammen.
5) Vgl. J. *Falke*, Die Gesch. des dtsch. Handels I, 86.
6) M. *Adami* Gesta Hammenburg. ecclesiae pontificum III, 27 [ed. *Lappenberg*].
7) So *Barthold* a. a. O. I, 236.
8) So *Borheck* a. a. O. S. 25, 26.
9) Ueber den „civis villae" s. *v. Maurer*, Gesch. der Dorfverfassung in Deutschland I, 134.

Kleine l. c. Nr. I p. 5, 6; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 305 S. 200, 01.

3 **1129**, Apr. 10. Derselbe schenkt der neu-geweihten Klosterkirche zu Elten auf Bitten und mit Beihülfe seiner Gemahlin Richiza „de censu suo, quem Duisborch habet, unoquoque anno duo talenta probatae monetae.“ *Lacomblet* a. a. O. Nr. 306 S. 201—3, bes. S. 203 Z. 2, 3 m. Note 1.

4 **1145** [10]). König Konrad III. genehmiget auf Ansuchen seiner Bürger von Duisburg die von ihnen um die Pfalz und den Haupthof oder auf dem Markte daselbst errichteten Häuser und sonstigen Gebäude — „domos sive edificationes, quas circa palatium et curiam regalem sive supra forum locaverunt“ — mit der beigefügten Bemerkung: „hoc autem idcirco ex consilio principum et fidelium nostrorum fecimus, ut et idem locus Duisburg ab habitatoribus ipsius tanto studiosius coleretur et nobis ibidem curiam habentibus principibus et familiaribus nostris, ceu in aliis locis regalibus fieri solet, aptiora hospitia invenirentur.“ [Unter den Zeugen: „Wernerus schabinus.“] *Teschenmacher* l. c. Nr. IV p. 3; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 353 S. 242.

5 **1155**. Erzbischof Arnold von Mainz[11]) führt in einem durch König Friedrich I. ihm aufgetragenen Bescheide die von den duisburger Handelsleuten im mainzer Hafen zu entrichtende Zollabgabe, nachdem sie während des Zwistes Erzbischof Adalbert's I. mit Kaiser Heinrich V. rechtswidrig und masslos erhöht worden war, auf die ursprünglichen zeugschaftlich bewiesenen Ansätze zurück —: „Noverint igitur universi tam futuri quam presentis evi christi fideles, qualiter mercatores de dusburc quodam pago regali civitatem nostram maguntinam cum mercibus suis dudum frequentabant, pacifice ibi vendentes et ementes. Accidit autem, quod tempore werre, que habita est inter predecessorem nostrum beate memorie Adelbertum seniorem [12]) et Henricum imperatorem [13]), predicti pagi negotiatores non ob suam culpam sed propter domini sui videlicet regis invidiam apud civitatem nostram vim paterentur, adeo ut theloneum contra jus et preter solitum ab ipsis immoderatum exigeretur. Hec exactio et juris eorum diminutio usque ad tempora nostra durabat et tamdiu nostris sub temporibus, donec ipsis injuriam suam sepius proclamantibus a domno nostro rege Friderico nobis injunctum est, ut causam illorum discuteremus et ordine judiciario diffiniremus. Nos itaque cupientes et justicie satisfacere et mandato domni regis obedire diligentius veritatem perquirendo, causam illam tamdiu ventilavimus, donec secundum jus civile accepto judicio mercatores illi testimonio seniorum et idoneorum civitatis nostre burgensium in audientia nostra comprobaverunt, quod ad portum civitatis nostre applicantes secundum jus primitivum et legittimum iiii nummos [14]) ad theloneum de navi deberent persolvere, et si forte ibi naves suas onerarent, de uniuscujusque navis onere unum tantum nummum ad theloneum esse persolvendum. Si autem navim vacuam deferrent, iiii denarios theloneareo exinde persolverent. Hanc illorum justiciam veritatis testimonio comprobatam ratam et inconvulsam omni evo volentes permanere, presentis pagine sigilli nostri impressione insignite testimonio stabilivimus et confirmavimus.“ *Teschenmacher* l. c. Nr. V p. 3 (Extr.); *Kleine* l. c. Nr. II p. 7—9; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 382 S. 264, 65.

1166, Dez. 28[15]). Kaiser Friedrich I. 6
begnadiget seine getreuen Bürger von Duisburg, welche vielfältigen Bedrängnissen und Beschädigungen allenthalben ausgesetzt seien, und die insbesondere Bischof Gottfried von Utrecht[16]) schon längst ihrer Reichsangehörigkeit ungeachtet eigenmächtig mit ungebührlichen Zöllen beschwert habe, nachdem er sie „ex sententia principum curie ab illa coactione prorsus expedivit et absolvit“, durch die in Form und mit Kraft eines bestätigenden Privilegs gegebene Zusicherung: „quod ab omni theloneo solvendo in civitate et terra Trajectensi . . . omnino sint liberi et expediti, hoc solo reservato et excepto, quod de mensura, si indiguerint, unum denarium in Trajecto exhibeant et persolvant“, indem er zugleich an besagten Bischof und seine Nachfolger sowie an die utrechter Bürger den kaiserlichen Befehl unter Androhung einer Uebertretungsbusse von 50 Pfund Goldes beifügt: „quatinus hanc nostram

10) *Borheck* a. a. O. S. 27 datirt die Urk. v. 26 März, indem er irrthümlich in der am Schlusse befindlichen Orts-Angabe: „Data est apud Werdenam s. Ludgeri“ zugleich die Bezeichnung des Ausfertigungstages erkennen will.

11) Arnold von Seelenhoven, gewählt 1153, ermordet 1160. Vgl. *Brühl*, Mainz S. 40—42.

12) Adalbert I. (von Saarbrücken) 1111—1137.

13) Ueber den unheilvollen Zwist s. E. *Gervais*, Kaiser Heinrich V. (1841) S. 98—107, 144, 45.

14) J. e. denarios. Vgl. *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins XIV, 289; XVIII, 176.

15) Nach unserer Zählung: 1165; denn die Weihnachtszeit 1166 (heutiger Rechnung) brachte der Kaiser in Pavia zu. Vgl. *Böhmer's* Reg. Frid. I. S. 133.

institutionem et absolutionis hujus de theloneo confirmationem ratam et firmam teneatis et fidelibus nostris predictis burgensibus de Dusburch omni tempore inviolatam conservetis" [17]). *Teschenmacher* l. c. Nr. VI p. 3 (Extr.); *Kleine* l. c. Nr. III p. 9—11; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 424 S. 295 [m. Vorbericht S. VII Note***)].

7 **1204**. König Philipp beurkundet, dass er dem Herzoge Heinrich von Brabant die Stadt Duisburg für 1800 Mark, wovon Letzterer jährlich 250 zurückgewährt erhalten soll, zu Pfand gesetzt habe —: „ei obligavimus opidum nostrum Dusburg cum omni integritate juris et omnibus attinentiis pro mille et octingentis marcis, ita quod singulis annis inde deducet ad usus suos ducentas et quinquaginta marcas, et ipse ita libere in predicto oppido tuitium [18]) suum instituet, sic ut plenam et liberam ibi habebit administrationem, et prefatam percipiet pecuniam, presente tamen nuntio ejus, qui castro nostro Werde preerit, qui aliam in Dusburch non habebit potestatem, sed quod erit testis pecuniae percipiendae." Ch. *Butkens*, Trophées de la duché de Brabant (Bruxell. 1657. fol.), Preuves p. 56; *Lünig*, Cod. Germ. Dipl. Thl. II. Sp. 1078 Nr. XVI; *Bondam*, Charterboek der Hertogen van Gelderland Dl. I bl. 294. Vgl. O. *Abel*, König Philipp der Hohenstaufe S. 183 (366 Note 17). Ueber den weiteren, nicht hierher gehörigen Inhalt der Urk. s. *Böhmer's* Reg. Phil. S. 16 nr. 52.

Wie lange die brabanter Pfandschaft gewährt habe, lässt sich quellenmässig nicht bestimmen. Vermuthlich wurden die 1800 Mark auf dem in der Urkunde selbst vorgezeichneten Wege in einem Zeitraume von wenigen Jahren getilgt.

8 **1213**, Febr. 2 (?) Kaiser Otto IV. verordnet zu Gunsten seiner getreuen Bürger von Duisburg, a) „ut quilibet cujuscunque professionis tenens predia vel feoda sive alia quecunque bona, que vel emcione aut jure hereditario ad ipsum sint devoluta in burgo nostro Dusburc, ad communem exactionem, que ad nostrum spectat mandatum, de bonis, que infra muros predicti burgi aut extra tenet, secundum priscam consuetudinem et jus civile respondeat"; ferner b) „ne quis burgensium in Dusburc suum concivem juri obedire volentem ad Xantense vel ad aliquod aliud trahat judicium." *Teschenmacher* l. c. Nr. IX p. 4; *Kleine* l. c. Nr. IV p. 11, 12.

1248, Apr. 29. König Wilhelm verpfändet Duisburg seinem Vetter, dem Herzoge Wilhelm IV. von Limburg — welcher vermuthlich bereits die Schirmvogtei über den Reichsort über sich hatte — für 1200 Mark. Silbers. *Bondam* l. c. bl. 467; *Meermann*, Gesch. Wilhelms von Holland Thl. II S. 310. 9

1248, Mai 1. Derselbe nimmt die Bürger von Duisburg, welche ihm nach seiner Wahl grosse Anhänglichkeit und Treue bewiesen, in seinen besonderen Schutz, bestätiget ihnen auf deren Bitten „pro ipsorum defensione et injusti per exactiones theloneorum diversorum gravaminis obstaculo" [19]) alle von Kaisern und Königen seit mehr denn hundert Jahren verliehenen Privilegien in ihrem gesammten Inhalte, vornehmlich aber jene, welche a) den unentgeltlichen Bezug von Steinen und Holz aus dem Stadt-Forste [20]), b) die Grundbesteuerung und den Gerichtsstand der Bürger [21]), c) die Anlage verschiedener Bauwerke innerhalb der Stadt „vel circa forum vel atrium ad regalem utilitatem" [22]), sowie d) die Zollfreiheit „tam apud castrum Werde et alias ubique locorum tam in terra quam in aqua, seu ascendant vel descendant", betreffen, und bedroht endlich alle, welche sich eine Verletzung dieser den *Duisburgern* neu-confirmirten Privilegien zu *Schulden kommen* lassen würden, mit dem *Verluste* der königlichen Gnade. *Teschenmacher*, l. c. Nr. X p. 4, 5 (mit der JZ. 1427); *Bondam* l. c. bl. 464; *Kleine* l. c. Nr. V p. 13—16; *Lacomblet*, UB. Bd. II Nr. 330 S. 172, 73. 10

1248, Mai 4. Derselbe bestätiget seiner Stadt Duisburg den auf altem löblichen Herkommen beruhenden Schöffenstuhl mit zwölf Beisitzern und dem Rechte freier Selbstergänzung: 11

„W(ilhelmus) dei gratia Romanorum in regem electus semper augustus universis christi fidelibus presens scriptum inspecturis in per-

---

17) Von späteren Bedrückungen, welche die duisburger Kaufleute in Cöln unter EB. Philipp von Heinsberg etwa um 1184 erlitten hätten, bis ebenfalls der Kaiser eingeschritten und hiedurch der Erzbischof zur Anerkennung der alten Freiheiten Duisburg's gezwungen worden sei, berichten *Arnoldus Lubec.*, Chronic. Slav. (Helmoldi supplement) Libr. III cap. 11, indem hier unfehlbar für „negotiatores de Ausburg" — de Dusburg zu lesen ist, und Alb. *Krantz*, Histor. Saxon. Libr. VI cap. 48. Vgl, *Withofii* Orat. cit. p. 17—20. Die Erzählung, meint *Lacomblet*, Archiv a. a. O. S. 101, 2, „schmecke sehr nach dem später durchgeführten Cölnischen Stapelzwange."

18) I. e. advocatum. Ein ganz ungewöhnlicher Ausdruck, wenn nicht etwa „tuitorem (tutorem)" zu lesen sein sollte.

19) Vgl. nr. 6.

20) Vgl. nr. 2.

21) Wiederholung von nr. 8.

22) Vgl. nr. 4. „Atrium" = palatium.

petuum. Dignum est et congruum et humanis usibus proficium, bonas et honestas et ab antiquis approbatas consuetudines, ne forte per oblivionem seu negligentiam a memoria hominum evanescant, innovare, innovatas aminiculo scripti perhennis regia bulla consignati confirmare et in urbibus oppidis et villis suis, quotiens opus fuerit, publice declarare. Hinc est, quod cum in regali oppido nostro Dusburgensi duodecim scabini semper esse de jure teneantur, et si forte unus de duodecim viam universe carnis ingressus fuerit, superstites undecim virum unum ydoneum, qui et ad causas regias et civiles expedire videatur, eligere debeant pari consensu sine cujusquam contradictione, et advocato loci et sculteto, qui tunc pro tempore fuerit, stabiliendum presentare: volumus et auctoritate regia precipimus, ut hec utilis et laudabilis eorum consuetudo per nos confirmata perhenniter inviolata perseveret, et ad majorem firmitatem hujus facti presentem litteram exinde confectam bulle nostre celsitudinis appensione precepimus communiri. Quod si forte quis ausu temerario huic nostro mandato presumpserit contraire, noverit se pro ipsa temeritate nostram indignationem incurrisse. Datum apud Rode ducis de Limpurg[23]), in crastino inventionis s. crucis, anno domini M. CC. XL. octavo, indictione quinta.“ *Kleine* l. c. Nr. VI p. 16, 17; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 331 S. 173.

12 **1250**, Dez. 21. Herzog W a l r a m IV. v o n L i m b u r g, der Pfandbesitzer Duisburg's [nr. 9], sichert den Bürgern daselbst seinen besonderen Schutz für Leib und Gut, zu Wasser und zu Land, sowie Aufrechthaltung ihrer gesammten städtischen Gerechtigkeiten und Freiheiten zu —: „publice protestamur, quod omnes justitias et jura oppidi sui et sue, si quam dinoscuntur habere, libertatis tam in ipso burgo quam foris, terra vel aqua, vel nemore, sicut a sacratissimis principibus imperatoribus romanis donati sunt et privilegiati, que a suis predecessoribus et proavis ad hec nostre virtutis tempora inviolata sibi perduxerunt, ipsis rata volumus et illibata per nos et nostros officiales perdurare, quo nobis ipsos ampliori devotione constringamus.“ *Kleine* l. c. Nr. VII p. 17, 18; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 364 S. 192 flg.

13 **1273**, Aug. 23. Derselbe und seine Gemahlin J u t t a geben ihren Bürgern zu Duisburg das Versprechen, ihnen niemals durch auf sie lautende Schuldverschreibungen oder bei Verleihungen von Lehen Schaden und Beschwerung zufügen, auch Niemanden urkundlich die Befugniss einräumen zu wollen: „sepe dictos nostros burgenses detinendi aut nostri occasione ipsorum pignora capiendi.“ *Kleine* l. c. Nr. VIII p. 19; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 634 S. 372.

1277, Aug. 1. Derselbe überlässt seinen Bewohnern von Duisburg, hauptsächlich zum Danke für eine von ihnen empfangene Geldanhülfe, den Wald „O y s t i n b u s h“ (Ostenbusch) sammt der anliegenden, auf drei Hufen geschätzten Heide zu erblichem Besitze, „ea conditione adjecta, quod dicti nostri cooppidani nobis vel nostro officiali seu nostris successoribus dabunt et assignabunt quolibet anno in festo b. Martini episcopi de nemore et terra predicta tres solidos Coloniensium denariorum, videlicet de quolibet mansu duodecim denarios.“ *Kleine* l. c. Nr. IX p. 20, 21; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 703 S. 411. 14

1278, Jun. 10. Derselbe schenkt seinen duisburger Bürgern zur einstweiligen, wenn auch unzureichenden Belohnung für ihre treue Anhänglichkeit die vor den Mauern der Stadt gelegene, von ihnen schon öfter erbetene „terra N u e l a n d e“ [24]), ihnen für die Zukunft („quando se facultas obtulerit“) noch grössere Zuwendungen in Aussicht stellend. *Teschenmacher* l. c. Nr. XI p. 5; *Kleine* l. c. Nr. X p. 21, 22; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 715 S. 418. 15

Einen später über den Besitz dieses Landstückes („terra dicta Nuwelant“) entstandenen Streit zwischen der Landesherrschaft [dem Grafen Dietrich VII. von Cleve und seiner zweiten Gemahlin Margaretha] und der Stadt Duisburg beendigte ein von ersterer um 1290 — 1299 darauf geleisteter Verzicht, dessen Urkunde *Kleine* l. c. Nr. XVIII p. 38, 39 mittheilt.

1279, März 22. Graf R e y n a l d I. v o n G e l d e r n, Herzog von Limburg, und seine Gemahlin I r m g a r d [25]) gewährleisten der Reichsstadt [„imperialis seu regia civitas“] Duisburg und deren gesammten Bürgern „securam protectionem et conductum cum omni jure et libertate ipsis civibus ac civitati Dusburgensi hactenus datis concessis ac sigillatis ab imperatoribus regibus et dominis quibuscunque, salvo in dicta civitate jure per omnia domini regis“, erklären ferner die Bürgerschaft von ihren bis dahin bestandenen Verpflichtungen („a voto et obligatione“) gegen des verstorbenen Herzogs Walram von Limburg Wittwe Kunegundis [26]) völlig frei und ledig, und fügen noch verschiedene Zu- 16

23) Herzogenrath im Reg.-Bezirke Aachen.

24) *Kl.* Nuelende.

25) Sie war die erstehеliche Tochter Herzog Walram's IV. von Limburg und, da er keine Söhne hinterliess, dessen Land-Erbin.

sicherungen an die Duisburger, betreffend das städtische Richteramt (§. 1) und die Schöffenwahl (§. 2), das Umlagen- und Verordnungsrecht (§§. 3, 4), die Holz-Markgerechtsame (§. 5), die Befreiung vom Zolle vor dem Walde bei Duisburg (§. 6), den Ostenbusch- und Neulands-Erwerb (§. 7), die Entbindung vom Heerdienste für den Pfandherrn (§. 8), die Verschonung mit neuen Steuern und Abgaben (§. 9), sowie mit eigenmächtigen Befestigungs-Anlagen innerhalb der Stadt (§. 10) von Seite desselben, die Aufrechthaltung der von den Bürgern mit anderen Städten und Landesherrschaften eingegangenen Bündnisse (§. 11), endlich die Zoll- und sonstigen Rechte der Duisburger in Schmithausen (§. 12) hinzu, worauf noch schliesslich das allgemeine Versprechen gegeben wird, im bestehenden Rechtszustande der Stadt keinerlei nachtheilige Aenderungen eintreten lassen zu wollen (§. 13):

„Promittimus eisdem civibus, (§. 1.) quod judex, quem ipsi civitati et civibus pro tempore preficimus, ipsis competens omnia jura civitatis et civium infra et extra civitatem secundum diffinitionem et sententiam scabinorum Dusburgensium conservabit et sententiabit, et ultra nichil requiret secundum quod hactenus ibi est consuetum. §. 2. Item promittimus eisdem civibus, quod si defectus alicujus scabini fuerit in eadem civitate per mortem vel ex alia causa quacumque, alium per liberam electionem scabinorum Dusburgensium nobis vel nostro judici presentatum laudabimus et per advocatum Dusburgensem faciemus confirmari [27]). §. 3. Item promittimus eisdem, quod si aliqua necessitate civitatis vel ex proprio arbitrio ipsorum civium inter se aliquas exactiones, precarias, scotum, assisiam facere vel statuere voluerint, hoc facere libere poterunt et illas cum ipsis placuerit revocare, ipsos in hoc nullatenus impediemus nec ex parte nostra aliquis poterit inhibere. §. 4. Etiam statuta seu pene, que korin appellantur civitatis, requirere et recipere poterunt pro eorum voluntatis libito, sicut etiam hactenus est consuetum. §. 5. Item confirmamus ipsis civibus et sine lesione ipsis observare promittimus eorum jus silvarum in lignis curiarum et terre secundum jus dictum ac sententias officialium, qui dicuntur *Hyen* [28]), et heredum ac officialium, qui dicuntur *Waltgenoten* seu *Holtgenoten* [29]). §. 6. Item promittimus eisdem civibus, quod ipsos et quemlibet ipsorum cum bonis suis Renum ascendentibus seu descendentibus apud thelonium ante silvam juxta Dusburg [30]), sive sit in thelonio justo duobus vicibus anni cujuslibet, sive per aliquam negligentiam tempore non debito ibi thelonium faciamus, libere et absque aliquo thelonio et impedimento descendere vel ascendere permittemus [31]). §. 7. Item confirmamus ipsis civibus terras novalium sitas juxta civitatem Dusburgensem, et areas datas, concessas ac sigillatas ipsis in ipsorum civitatis utilitatem auctoritate imperiali, regali et domini W(alrami) ducis quondam Lumburgensis [32]), nec in ipsarum terrarum et arearum possessione ipsos permittemus molestari. §. 8. Item ab omni expeditione ipsos clamamus quitos, nisi motu proprio et libera voluntate nobis velint subvenire super hoc requisiti. §. 9. Item nullas exactiones, precarias vel scotum contra ipsos vel aliquem ipsorum civium faciemus. §. 10. Nec aliquod edificium munitionis in ipsa curte Dusburgensi contra ipsorum civium voluntatem faciemus. §. 11. Item promittimus dictis civibus Dusburgensibus universas conditiones pacis et concordie per eos factas et eorum sigillo sigillatas cum civitatibus vel terre dominis ac aliis quibuscumque inviolabiliter observare. §. 12. Item promittimus ipsis civibus, quod ipsos in jure ipsorum antiquo et thelonio antiquo per ipsos de bonis eorum apud Smithusen [33]) persolvendo observabimus nec ipsos ultra hoc offendi permittemus, ac etiam pre omni injuria et violentia imponenda seu facienda in

---

26) Dieselbe war des eben genannten Herzogs zweite Gemahlin, die Ehe mit ihr aber kinderlos geblieben.

27) Vgl. nr. 11.

28) „Hyen" oder „Hyemannen" waren die „vollberechtigten Genossen eines Hofes", welche zugleich im Hofgerichte (der sog. Hofsprache) die Urtheilsfindung über sich hatten, daher sie in Weisthümern und Urkunden als „jurati curtis" bezeichnet werden. Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 988; *Walter's* Dtsch. RGesch. II, 54, 313. Ueber die vermuthlich ursprüngliche Bedeutung von „hye" (= echte), nämlich „Verein freier Leute" s. *Sachsse's* Hist. Grundlagen des dtsch. Staats- und Rechtslebens S. 566, 570.

29) Vgl. *v. Maurer*, Markenverfassung S. 109.

30) Es ist dies derselbe Zoll, welcher im J. 1324 vorübergehend (s. nr. 42) nach Düsseldorf verlegt worden ist. Vgl. oben S. 938ᵇ nr. 11.

31) Vgl. nr. 10 lit. d.

32) Vgl. nr. 15, 14.

33) Eine am Rheine und an der Landstrasse zwischen Emmerich und Cleve gelegene Burg, jetzt ein zum Dorfe Kellen gehöriges Herrschaftsgebäude. Die Zollstätte daselbst wurde 1318 aufgehoben, indem die Erhebung des Rheinzolls nach Emmerich verlegt ward. Vgl. *Dederich*, Gesch. d. Römer und Deutschen am Niederrhein (1854) S. 6, 8.

terris et in aquis ipsos tamquam nostros homines et subditos defendemus, indempnes per omnia observando. §. 13. Preterea universa ipsorum civium et civitatis jura et consuetudines bonas hactenus observatas promittimus bona fide majorare nec in aliqua parte minorare vel deteriorare." *Kleine* l. c. Nr. XI p. 22—26; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 738 S. 435, 36. Nur die §§. 5, 6 gibt der irrthümlich von 1297 datirte Auszug b. *Teschenmacher* l. c. Nr. XII p. 5, 6.

17 **1279**, März 22. Derselbe Graf Reynald I. von Geldern gelobt den Bürgern von Duisburg: a) dieselben von allen Schuld- und Lehensverbänden, in welche sie durch Herzog Walram IV. gekommen seien, loszumachen, sowie bei eigenen Schuldaufnahmen und Lehensreichungen unbelästiget zu lassen, ja! in den über erstere auszustellenden Siegelbriefen namentlich auszunehmen; b) sie ferner für alle im Interesse des genannten Herzogs geleisteten Schuldzahlungen und erlittenen sonstigen Verluste, soferne diese „kenlige sculde (debita notoria)" und „kenlige verleys" seien, in bestimmter Zeitfrist unter Vermittlung einer aus zweien seiner Räthe und zwei Mitgliedern des städtischen Rathes zusammengesetzten Commission zu entschädigen; c) nicht minder die von Walram und den Bürgern gemeinschaftlich den duisburger „lumbardi et judei" gemachten und verbrieften Zugeständnisse („conditiones") in allen Stücken anzuerkennen; d) betreffend die Gefangennahme einiger Bürger durch Hermann von Vitinghofen und Genossen, sowie die Wegschleppung von Vieh durch den Marschalk Dietrich und dessen Helfershelfer, die Sache nach Kräften auszugleichen oder wenigstens mit bewaffneter Hand die „injuriatores" zur Rechenschaft zu ziehen; e) „quod judicem eis preficiet pro tempore, qui comiti et ipsis expediat et qui ipsos in omni jure eorum reservabit"; f) die an einzelne Bürger von Walram für bestimmte Forderungen versetzten „redditus thelonei portarum et terrarum Duisburgensium .... infra terminos obligationis eorum" nicht zurückzuziehen; endlich g) die städtischen Einkünfte, insoweit sie ihm (als Pfandherrn) gebühren, zwar völlig auszunützen — „ita tamen, quod per hoc dicti cives nullum dampnum incurrant vel gravamen, jure etiam cujuslibet persone per omnia reservato." *Kleine* l. c. Nr. XII p. 26—29; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 739 S. 437.

18 **1286**, Febr. 5. Erzbischof Sigfrid von Cöln ertheilt auf erhobene Beschwerde der den Rhein besonders häufig befahrenden „opidani Dusburgenses ... quod thelonearii Nussienses[34]) thelonium ab ipsis ultra jus debitum et consuetudinem antiquam receperunt ac recipiunt", da eine Belastung der genannten Kaufleute mit ungebührlichen Abgaben an der neusser Zollstätte durchaus nicht seinen Wünschen entspreche, dem Zöllner Adam und den übrigen Bedienstigten daselbst die Weisung, dass sie „ultra decem et octo denarios de justo theloneo vasis cujuslibet et ultra duodecim denarios et obulum de pretheloneo aliquatenus non recipiant, eo jure sicut antiquitus est observatum". Zugleich wird jedem Duisburger auf den Fall einer unstatthaften Zollforderung anheimgegeben, dieselbe sofort in seinem Schiffe eidlich zu declariren, aber auch in Ansehung derjenigen, welche sich hiebei etwa falsche Angaben zu Schulden kommen lassen sollten, verordnet: „consules scabini ac universitas opidi Dusburgensis de corpore et rebus et bonis universis dicti opidani sui sic perperam dejurantis et justum theloneum nostrum nobis furtive subtrahentis et deportantis judicabunt et justitiam facient et contra ipsum procedent, omni dolo et fraude exclusis, prout dictat communis et antiqua sententia circa hujusmodi multis retroactis temporibus observata, et prout nostri predecessores, archiepiscopi Colonienses, processerunt contra tales, qui talia perpetrarunt." *Teschenmacher* l. c. Nr. VII p. 4 (Extr.); *Kleine* l. c. Nr. XIII p. 29 — 31; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 823 S. 488, 89.

1288, Aug. 9. Bürgermeister, Schöffen, Rathmannen und Bürgergemeinde von Duisburg verlautbaren ein 19
von ihnen mit dem Grafen Adolph VII. von Berg eingegangenes Bündniss, wonach von Letzterem den Duisburgern für ihre Personen und Güter Schutz zu Land und Wasser und ungehinderter Aufenthalt in der Grafschaft, sowie das Gleiche von der Stadt dem Grafen und seinen Unterthanen; ferner von jeder Partei der anderen, wenn das Bedürfniss eintreten sollte, in ihren Gerichten ordentliche Rechtshandhabung, mit besonderen Bestimmungen, wie es bei Schuldklagen wider Angehörige des einen oder anderen Theils, wenn der Belangte geständig, mit der Zahlungsfrist („infra quindenam illud restituet et persolvet"), und bei Ableugnung der Schuld mit dem Reinigungseide („sine omni protractione cum duobus digitis solo suo juramento super illo debito se purgabit et per hoc erit liber et solutus") zu halten sei; endlich für Zeiten der Noth die wechselsei-

---

34) Ueber den neusser Rheinzoll vgl. *Löhrer*, Gesch. der Stadt Neuss §. 36 S. 81 flg.

tige Zulieferung der täglichen Marktbedürfnisse zugesichert, und zugleich auf den Fall einer künftigen „dissensio vel discordia“ unter den Verbündeten ein Viermänner-Rath zur Beilegung der Zwistigkeiten „per viam juris vel amicitie infra mensem“ eingesetzt wird. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 845 S. 500.

20 **1290**, Febr. 18. König Rudolph I. erneuert und bestätigt seinen Duisburgern unter Zusage besonderen Schutzes ihre hergebrachten Gewohnheiten, z. B. in Ansehung der Gerichtswetten (§. 3), sowie von seinen Vorfahren im Reiche verliehenen Rechte, insbesondere ausser völliger Zollfreiheit gleich den **Aachnern** (§. 1) die in den Privilegien nr. 2, 8ᵇ, 4 und 16 §. 4 enthaltenen Begnadungen (§§. 4, 6, 7, 8), und fügt noch einige Bestimmungen über die künftige Anwendung der **aachner** Process- und Urthelsform in Duisburg (§. 2) und über die Dienstlasten reichshöriger Güter im Weichbilde und Bannbezirke der Stadt (§. 5) hinzu, am Schluss jede muthwillige Verletzung dieses Freibriefes mit einer zwischen der königlichen Kammer und dem Verletzten zu theilenden Geldbusse von 100 Pfund Goldes bedrohend (§. 9.):

„Rudolfus dei gratia Romanorum rex semper augustus universis sacri imperii Romani fidelibus presentes litteras inspecturis gratiam suam et omne bonum. Inter cetera, que nostre celsitudinis mentem sollicitant, id in nostro geritur affectu precipuum, ut hiis, que justitiam sapiunt et continent pietatem, ad vota nostrorum fidelium debeamus semper sinceris affectibus aspirare. Nimirum nempe ex hoc nostre liberalitatis diffusio fidelium mentes in fide corroborat et devotorum obsequentium devotio devotius hilarescit. Hinc est, quod nos ad universorum tam presentium quam futurorum notitiam volumus pervenire, quod nos commendabilia vestigia et exempla illustrium imperatorum et regum Romanorum predecessorum nostrorum dive memorie imitantes, tam divine retributionis intuitu quam sincere liberalitatis et conswete manswetudinis nostre benignitate, homines et mercatores nostros in Duisburch sub singulari ac speciali nostre defensionis patrocinio cum omnibus ipsorum mobilibus et immobilibus benigne suscepimus, et consweludines sive jura a predecessoribus nostris pie recordationis divis imperatoribus et regibus ex antiquo predictis hominibus collata et concessa illis nostra auctoritate regia renovamus. Concedentes et confirmantes eisdem ex largitate nostre pietatis, (§. 1) ut predicti nostri homines ab omni prorsus thelonio et indebita exactione liberi omnino sint et absoluti in omnibus locis in imperio nostro, tam per aquam quam per terram, ubicumque ipsi negotiandi causa venerint, nec aliquod omnino thelonium exigatur, vel aliqua eis injuria aut molestia inferatur, presentis scripti paginam lege imperpetuum valitura clementer efficimus, et eadem conswetudine eodemque libertatis jure sine alicujus contradictione fruantur, que homines nostri **Aquenses** per universum imperium nostrum frui consweverunt. §. 2. Habeant etiam per omnia predicti homines eundem modum judicandi et sententiandi, quo predicti homines nostri **Aquenses** judicare consweverunt. §. 3. Volumus etiam, ut vadimonia, que vulgariter dicuntur wetde, ex antiqua conswetudine judici nostro sive advocato exhibita permaneant immutata. §. 4. Item concedimus eisdem civibus nostris, ut in foresto suo et nemore, cujus fundus ad ipsorum pertinet civitatem, lapides et ligna licite et sine cujusquam contradictione ad usus sue civitatis, cum necesse fuerit, potestatem liberam habeant excidendi, ita ut nichil inde cuiquam solvere teneantur. §. 5. Preterea volumus, ut quilibet tenens bona qualiacunque in dicta civitate vel extra in ejusdem civitatis jurisdictione quocumque jure, que imperio et civitati predicte servire tenebantur, serviant imperpetuum secundum priscam conswetudinem et jus civile, ad quorumcunque etiam possessorum, cujuscumque conditionis existant, manus eadem pervenire contingat. §. 6. Et ne quis burgensis in Duisburch vel alia persona loci alterius civem aliquem sive oppidanum in Dusburch extra civitatem ad alienum trahat judicium, vel ipsum aut bona sua extra civitatem predictam occupet vel sequestret, nisi in eadem civitate actori justitia denegetur, presenti serie similiter inhibemus. §. 7. Confirmamus etiam eisdem diversas structuras et areas in oppido predicto vel circa forum vel atrium seu ubicumque in ipsa civitate datas et confirmatas ab imperatoribus et regibus. §. 8. Insuper damus eis auctoritatem plenariam et liberum arbitrium statuendi in oppido ipsorum plebiscita, que vulgariter kuiren appellantur, pro compescendis vulgaribus ipsius oppidi insolentiis et pro congrui fori taxatione usque ad certum triennii vel quadriennii terminum, illaque cum ipsis placuerit revocandi et in usus suos et sui oppidi convertendi; ita quod ex statutis premissis nullum prorsus juribus imperii prejudicium generetur. §. 9. Statuimus igitur et ex regali edicto confirmamus, ut nulla omnino persona alta vel humilis, ecclesiastica vel secularis, contra hanc divalem magnificentie nostre et libertatis paginam venire vel eam ausu temerario presumat infringere; quod qui facere attemptaverit, in ul-

cionem sue temeritatis centum libras auri purissimi pro pena componat, dimidietate camere nostre inferenda, reliqua parte passis injuriam persolvenda Ut hec autem omnia rata perpetuo et inconvulsa observentur, presentem exinde paginam conscribi et nostre majestatis sigillo precepimus communiri. Hujus rei testes sunt illustris Rudolfus Austrie et Styrie dux, princeps et filius noster karissimus, venerabilis magister Heinricus de Clingenberg prepositus Xanctensis, aule nostre prothonotarius et vicecancellarius; spectabiles viri Fridericus burgravius de Nürenberch, Eberhardus comes de Catzenellenboge, Ludewicus comes de Oetingen, Guntherus comes de Swarzburch et . . . . comes de Orlamuinde; nobiles viri Gerlacus de Bruberch, Cunradus de Winsperch, Fridericus de Hohenloch et quamplures alii fidedigni. Datum Erfordie xii. kalendas martii, indictione tertia, anno domini millesimo ducentesimo nonagesimo, regni vero nostri anno septimo decimo." *Kleine* l. c. Nr. XIV p. 31 — 34; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 883 S. 526, 27. Nur der Eingang steht auszugsweise b. *Teschenmacher* l. c. Nr. XIII p. 6.

21 **1290**, Jul. 5. Derselbe verpfändet dem Grafen Dietrich VII. von Cleve für die Aussteuer seiner mit demselben vermählten Nichte Margaretha [von Kyburg] zu 2000 Mark Silbers „oppidum suum in Duysburgh." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 893 S. 533, 34. Vgl. *Borheck* a. a. O S. 41—43.

Diese dritte Verpfändung Duisburg's setzt nothwendig voraus, dass bereits die vorhergegangene Limburgische Pfandschaft (s. nr. 9) wieder gelöst worden und die Stadt dem Reiche heimgefallen war.

22 **1290**, Sept. 6. Graf Dietrich VII. von Cleve erklärt seine Zwistigkeit mit den Bürgern von Duisburg für gänzlich beigelegt, und verspricht, an Letzteren aus Anlass dieses Zerwürfnisses und der damit zusammenhängenden Beschädigungen und Tödtungen keinerlei Rache üben, vielmehr ihnen alle dabei erlittenen Verluste ersetzen, ihre mit Dritten abgeschlossenen Schutz- und Friedverträge („treugae") unverletzlich aufrecht erhalten, in Schuld- und Lehensurkunden ihre Nichtverpflichtung ausdrücklich hervorheben, endlich denselben „contra quoscunque injuriatores eorundem" nach bestem Vermögen beistehen zu wollen. *Kleine* l. c. Nr. XV p. 34—36; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 895 S. 535.

23 **1290**, Sept. 6. Derselbe thut ferner kund: „quod cum suscepimus in nos ex commissione domini nostri Rudolphi, Romanorum regis, regnum et gubernationem civitatis Dusburgensis et civium civitatis ejusdem nomine imperii et domini nostri regis predicti, civitatem et cives singulos et universos predictos cum rebus eorum mobilibus et immobilibus ac attinentiis *sub nostram specialem recepimus protectionem, et* [35]) eorum jura et libertates, prout continent privilegia domini regis [nr. 20] et ipsius antecessorum Romanorum regum et imperatorum ipsis indulta et concessa, promisimus et promittimus firmiter observare, salvo in omnibus jure imperii et jure cujuslibet persone, cujuscunque conditionis et preeminentie existat." *Teschenmacher* l. c. Nr. XIV p. 6.

1291, Jun. 2. König Rudolph I. ver- 24
fügt zu Gunsten seiner und des Reichs Bürger in Duisburg: „quatinus nullus hominum, cujuscunque condicionis aut status existat, aliquem civium nostrorum de Dusburch capiat impignoret vel in aliquo molestet, tam in rebus quam personis, vel in judicio conveniat ullo modo ratione alicujus obligationis quocunque modo contracte sive debiti cujusquam nomine spectabilis viri [Theodorici] [36]) comitis Clevensis, fidelis nostri dilecti, ne pro dicto comite vel obligationibus per eum contractis cives predicti quomodolibet pregraventur, sed pro suis mercimoniis exercendis potiori gaudeant libertate." *Kleine* l. c. Nr. XVI p. 36, 37; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 911 S. 543.

1291, Jun. 2. Derselbe verordnet: „quod 25
omnes religiosi in districtu opidi de Duseburg residentes de omnibus suis possessionibus, agris domibus censibus et rebus quibuscunque, talem solvant precariam scotum et collectam, qualem ipsi et eorum predecessores de predictis possessionibus et rebus ab antiquo solvere consueverunt", bezüglich etwaiger „renitentes" die Bestimmung hinzufügend: „quatinus jura eis debita de eorum possessionibus per nostrum impediantur officiatum ibidem." *Kleine* l. c. Nr. XVII p. 37, 38; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 910 S. 542.

1292, Oct. 25. König Adolph weist 26
(gleich Dortmund) auch Duisburg, dessen Gefälle er, soweit sie ihm gebührten, dem cölner Erzbischofe Sigfrid verpfändet hat, an, dem Letzteren treu und gehorsam zu sein. Vgl. oben „Dortmund" nr. 18 S. 845.

1294, Dez. 14. Derselbe legt zu der 27
Summe, wofür König Rudolph die Stadt Duisburg dem Grafen Dietrich VII. von Cleve zu Pfand gesetzt hat (nr. 21), um der von die-

35) Den lückenhaften Text bei *T.* habe ich durch Einfügung der hervorgehobenen Worte zu ergänzen versucht.

36) Statt des Namens finden sich in der Urkunde bloss Punkte.

sem geleisteten „grata servicia" willen noch 1400 Mark cölner Pfennige hinzu — „ita quidem quod dictus comes opidum memoratum cum suis pertinentiis universis tam pro prioris obligationis summa pecunie ... quam etiam pro nostre hujusmodi subsecute obligationis summa pecunie tamdiu ypotheke seu pignoris titulo teneat et possideat, quousque per nos vel nostros in imperio successores de totali hujusmodi pecunia fuerit plenarie satisfactum." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 950 S. 562.

28 **1298**, Aug. 28. König Albrecht I. bestätigt der Stadt Duisburg die im Rudolphischen Confirmationsbriefe v. 1290 (nr. 20) enthaltenen Rechte und Freiheiten, unter Einfügung a) der Verordnung über die Steuerpflicht des Clerus v. 1291, nr. 25; b) der im priv. Raynaldi v. 1279 [nr. 16] §. 11 begegnenden Zusicherung, betreffend die Wahrung der von der Stadtgemeinde eingegangenen Schutz- und Trutzbündnisse, sowie c) des neuen Zugeständnisses freiester Verfügung über alle zum Stadtgute gehörigen Felder, Wiesen, Weiden und Gewässer. (R.) *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1002 S. 590 m. Note 2.

29 **1299**, Jun. 8. Derselbe gebietet dem Schultheissen, dem Rathe und der Bürgergemeinde in Duisburg, der Gräfin Margaretha von Cleve und ihren Kindern, welchen die Stadt vom Könige Rudolph mit nachträglicher Genehmigung König Adolph's und Albrecht's selbst verpfändet worden sei (nr. 21), den Huldigungseid („debite fidelitatis sacramentum") zu leisten. *Kleine* l. c. Nr. XIX p. 40; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 1024 S. 600.

30 **1300**, Sept. 6. Derselbe gestattet dem Frauenkloster Düssern für alle Zeiten, in Duisburg ungehindert Bier zu brauen. (R.) *Borheck* a. a. O. S. 44.

31 **1300**, Dez. 6. Graf Dietrich VII. von Cleve und Graf Wilhelm von Berg lassen durch drei aus ihrer Ritterschaft genommene Schiedsrichter einen verschiedene Grundgerechtigkeiten, namentlich auch am s. g. Neulande (nr. 15) und im duisburger Forste, betreffenden Streit Adolph's von Witten mit den Bürgern von Duisburg in gütlicher Weise („amicabiliter"), und zwar hauptsächlich durch Erzielung eines Verzichts des Ersteren auf seine Rechtsansprüche, beilegen. *Kleine* l. c. Nr. XX p. 41—44.

32 **1302**, Dez. 27. Graf Wilhelm von Berg und die Bürger von Duisburg schliessen unter sich ein neues, mit jenem Graf Adolph's VII. und der genannten Stadt vom J. 1288 [nr. 19] im Inhalte übereinstimmendes Schutz- und Verkehrs-Bündniss ab. *Kleine* l. c. Nr. XXI p. 44—46.

1307, Jun. 5 Graf Gerhard von Jülich bekennt, sich mit den Duisburgern nach einer kürzlich gehabten Fehde völlig versöhnt zu haben, verzichtet auf jede Schadloshaltung von Seite der letzteren für erlittene „dampna in personis et rebus . . . per interfectiones sive spolia, homicidia, vulnera, captivitates, exactiones, incendia seu rapinas", und verspricht für sich und seine Helfer, deshalb niemals an der Stadt Rache nehmen zu wollen. *Kleine* l. c. Nr. XXII p. 46. 33

1312, März 31. Graf Dietrich VIII. von Cleve weist seiner Mutter Margaretha, welche auf die ihr „dotis nomine" von Reichswegen verschriebene Stadt Duisburg (nr. 21) zu Gunsten seiner Schwester, der Gräfin Agnes von Berg, Verzicht geleistet habe, dafür die Stadt Grieth zu lebenslänglichem Besitze an. *Lacomblet* a. a. O. Bd. III Nr. 113 S. 81, 82. 34

1312, Dez. 29. Graf Adolph VIII. von Berg erneuert die von seinem Oheime Adolph VII. mit der Stadt Duisburg im J. 1288 [nr. 19] abgeschlossene Einigung. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 81, 82 Note 2. 35

1313, März 16. Der Landcomthur zu Münster und der Comthur in Welheim versprechen bei Gelegenheit des Erwerbs von Liegenschaften in der Stadt Duisburg den Bürgern daselbst, dass die Deutschordensbrüder die städtischen Lasten davon ebensogut tragen sollen, wie jeder andere dortige Einwohner — : „oppidanis Duisburgensibus promittimus, nos sive nostros fratres de predictis hereditatibus jura civitatis Duisburgensis per omnia facturos, que aliquis oppidanus Duisburgensis laicus, si earum hereditatum possessor existeret, facere teneretur." *Hennes*, Cod. dipl. ordinis S. Mariae Theutonic. Bd. II Nr. 391 S. 339. Vgl. *Borheck* a. a. O. S. 44, 45. 36

1314, Febr. 1. König Johann von Böhmen verspricht dem Grafen Adolph VIII. von Berg (welcher durch seine Gemahlin, nr. 34, Pfandinhaber der Stadt Duisburg ist) — „quia in assecutione regni Romanorum tota sua potentia nobis constanter et fideliter juvare promisit, quousque dictum regnum sine aliorum impugnatione concorditer habeamus" — nebst anderem: die Bestätigung der Pfandschaft an Duisburg, sowie die Vereinigung der daselbst bestehenden zwei Marktzölle in Einen, unter Erweiterung der Erhebungsfrist — : ad majorem etiam gratie et favoris cumulum duo thelonea forensia predicto opido pertinentia, que suis temporibus anno quolibet 37

recipi et per quatuor septimanas durare consueverunt, jungemus in unum et addemus quatuor septimanas de gratia speciali, ita quod dictorum theloneorum receptio in festo b. Remigii annis singulis incipiat et per duodecim septimanas continuas perseveret." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 125 S. 91, 92.

38 **1314**, Dez. 5. König Ludwig IV. erneuert dem Grafen Adolph VIII. von Berg und seiner Gemahlin Agnes sammt beider Leibeserben den Pfandrechtstitel auf sein „opidum Dusburgense cum jurisdictione, juribus, theloneo et omnibus ejus attinentiis", indem er die Summe, für welche die Stadt einst dem Grafen Dietrich VIII. von Cleve verpfändet gewesen [nr. 21], um 1000 Mark brabanter Pfennige erhöht. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 144 S. 108.

39 **1324**, Dez. 2. Ritter Peter von Lecke und sein Sohn Heinrich setzen aus Anlass verschiedener mit den Duisburgern über den schmithäuser Zoll gehabter Anstände [37]), die Beträge des letzteren, unter Festhaltung des althergebrachten Maassstabs („antiquum jus . . . secundum quod progenitores nostri theloneum a predictis oppidanis recipere consueverant") vertragsmässig fest, indem sie zugleich zur Sicherstellung der Bürger von Duisburg bezüglich der Einhaltung jenes Zolltarifs den Junggrafen Reynald von Geldern und den Grafen Dietrich von Cleve ersuchen, die Aufsicht darüber zu führen und etwaigen Ueberschreitungen der Zollsätze entgegenzutreten. *Kleine* l. c. Nr. XXIV S. 49—52.

40 **1336**. Graf Dietrich IX. von Cleve — welcher im J. 1325 Duisburg mit Genehmigung König Ludwig's IV. von den Grafen von Berg gegen eine Summe Geldes eingelöst hat — gesteht den Bürgern und Einwohnern besagter Stadt „für ein gewisses Stück Geld einige Bier- und Malzgerechtigkeiten, gemeiniglich die Gruite genannt, zu." (R.) *Borheck* a. a. O. S. 46.

41 **1338**, Oct. 2. Walther und Johannes von Stecke [38]) treffen mit den Duisburgern das Uebereinkommen: „videlicet quod de cetero neque universitas neque aliqua persona singularis utriusque sexus oppidi Duysborgensis, cujuscunque etiam status aut condicionis existat, coram nostris judiciis in Beyke et in Sterkerade aut altero eorum per nos aut quemcunque, quicunque fuerit, ex quacunque causa evocari debet aut proscribi, exceptis arduis causis, videlicet spolii, incendii, latrocinii, homicidii et violentie stupri", worauf für die Fälle einer wider Angehörige genannter Stadt zulässigen „impetitio aut arrestatio bonorum" Bestimmungen über die Verhandlungsfrist, den Unschuldseid und die Gerichtszuständigkeit bei Immobiliarklagen („si etiam aliqua bona hereditaria eorumdem oppidanorum in districtu dictorum nostrorum judiciorum sita arrestari contigerit, de illis procedi debet secundum consuetudinem terre, ubi sita sunt") sich anreihen, und schliesslich die Aufrechthaltung gegenwärtiger „littera" auch auf den Fall einer Veräusserung der besagten Gerichte in dritte Hand zugesichert wird. *Kleine* l. c. Nr. XXV p. 52—55.

1344, Sept. 17. Kaiser Ludwig IV. erlaubt dem Grafen Adolph VIII. von Berg „von sundern genaden, das er des zolles zu Dusburge vor dem wald in aller der wys, als er den bisher gehabt hat, furbas diewil er gelebit niezzen vnd bruchen muge." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 412 S. 324. 42

1346, Sept. 9. Graf Adolph VIII. und seine Gemahlin Agnes von Berg verpachten an die Stadt Duisburg für einen Jahreszins von 24 Mark ihre Braugerechtsame („fermentum") auf immerwährende Zeiten. *Kleine* l. c. Nr. XXVI p. 55, 56. 43

1347, Sept. 1. Kaiser Ludwig IV. erklärt, dem Grafen Johann I. von Cleve [Dietrich's IX., nr. 40, Bruder] für künftig zu leistende Dienste 10,000 Mark reinen Goldes versprochen und ihm dafür seine Stadt Duisburg — „supra summam pro qua idem oppidum sibi prius fuerat obligatum" (nr. 21, 38) — zu Pfand gesetzt [39]), auch den Zoll vor dem Walde, welchen bereits des Grafen Vorfahren vom Reiche zu Lehen gehabt, ersterem belassen und denselben damit belehnt und investirt zu haben. *Teschenmacher* l. c. Nr. XV p. 6; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 446 S. 359. Vgl. *Borheck* a. a. O. S. 46, 47. 44

1348. Bürgermeister und Rath von Duisburg empfangen von dem edlen Manne, Herrn Burchard zu Bruch die Zusage, 45

---

37) Diese müssen auf viele Jahre zurückreichen, da sich schon 1319 (Nov. 26) Reynald von Geldern und Heinrich von Flandern durch zwei vormalige Zöllner von Schmithausen ein Weisthum „de jure thelonii domini de Lecka ab opidanis Duysborgensibus persolvendi" [*Kleine* l. c. Nr. XXIII p. 48, 49] hatten geben lassen.

38) Aus dem in der dortmunder Stadtgeschichte [s. oben S. 840 Note 76] eine bedeutende Rolle spielenden Geschlechte.

39) Von einer „Verschreibung der Stadt als ein Eigenthum", welche *Borheck* a. a. O. S. 47 aus dem Documente herausliest, ist darin keine Rede.

dass er gegen ein Jahrreichniss von 10 Gulden der Stadt „treu sein, ihr Frommen suchen und ihren Schaden wehren“ wolle. (R). *Borheck* a. a. O. S. 47.

46 **1349**, Febr. 19. König Karl IV. erhöht die Gesammtsumme, für welche Duisburg dem Grafen Johann von Cleve verpfändet ist [nr. 44], bis zu dem Betrage von 30,000 Mark reinen Sibers, bestätiget jenen in seinem Pfandbesitze, und bestimmt, dass die daraus bisher von ihm gezogenen oder hünftig zu ziehenden Früchte am fraglichen Capitale von 30,000 Mark nicht in Abzug und Aufrechnung kommen sollen. *Teschenmacher* l. c. Nr. XVI p. 7; *Lacomblet* a. a. O. Nr. 473 S. 380.

47 **1349**, Febr. 19. Derselbe verleiht dem vorgenannten Grafen Johann von Cleve von neuem (nr. 44) „theolonium sub nemore Dusborgensi cum omnibus suis juribus, utilitatibus ac proventibus, nominatim quod ipse, heredes et successores sui de rebus ascendentibus et descendentibus tantundem, quantum spectabilis Adolphus comes de Monte ibidem consuevit accipere, et expresse de qualibet carrata vini sex antiquos grossos Turonenses recipere valeant atque possint, in pheudum et justi pheudi titulo.“ *Lacomblet* a. a. O. Note 2. (Extr.)

48 **1349**, Jul. 27. Derselbe confirmirt die gesammten Privilegien der Stadt Duisburg. (R.) *Teschenmacher* l. c. [Not. ad Nr. XVI] p. 7.

49 **1349**, Sept. 13. Graf Gerhard von Berg und Ravensberg („primogenitus Juliacensis“) erneuert das vom Grafen Wilhelm von Berg mit den Duisburgern vereinbarte Bündniss [nr. 32], den Letzteren noch besonders gegen ein jährliches Geldreichniss gleiche Vertretung und Beschirmung innerhalb des bergischen Gebietes, wie den eigenen Landesunterthanen („in quantum prefati opidani juri voluerint obedire nostratum“) zusichernd. *Kleine* l. c. Nr. XXVII p. 56, 57. (Extr.)

50 **1349**, Oct. 31. Der Lombarde Bartholomäus Abell verspricht den Duisburgern, dass er sie weder als Gemeinde noch einzeln „ratione creditorum sibi ibidem detentorum“ vor ein auswärtiges Gericht laden wolle — „nisi solum et nominatim illos, qui ei in hujus diei creditis obligantur.“ *Kleine* l. c. Nr. XXVIII p. 57, 58.

51 **1352**, Sept. 30. König Karl IV. ertheilt der Stadt Duisburg eine neuerliche Generalbestätigung ihrer Rechte und Freiheiten. (R.) *Borheck* a. a. O. S. 48.

52 **1360**, Mai 3. Ritter Gerlach von Berge gibt der Stadt Duisburg die eidliche Versicherung, gegen sie und „thegen alle dey gene dey sey mit rechte verantwerten mag“ in Zukunft „nummerme to doyn“, sowie bei etwaigen Klagen wider ihre Bürger, „to riden in de stat to Duysburgh vor dey burgermeestere enn den raed, enn to heeschen al sulk recht, as ere stede recht es.“ *Kleine* l. c. Nr. XXIX p. 59, 60.

1366, Aug. 1. Graf Johann von 53
Cleve confirmirt seiner „lyever stat van Duysborgh, die hey van den ryke heeft, alle oere privilegia, gracien end vryeheyt, die si hebben bescreven end besegelt“, bestimmt, in wieweit in seinem Lande die Duisburger zollfrei[40]) und wo sie zollpflichtig[41]) sein sollten, und erklärt endlich, bei Vergehen von Bürgern genannter Stadt innerhalb des clevischen Gebietes nur den „hantdedighen aentasten“ lassen zu wollen. *Kleine* l. c. Nr. XXXI p. 62–66. Nur der Eingang findet sich b. *Teschenmacher* l. c. Nr. XVII p. 7.

1366, Aug. 1. Derselbe wiederholt (je- 54
doch nur für kurze Zeit, s. nr. 55) die Verpachtung seiner „gruyt mit oeren rechten“ für 24 Mark „payments“ an die Stadt Duisbur [nr. 43]. *Kleine* l. c. Nr. XXXIV p. 72, 73.

1366, Sept. 6. Derselbe überlässt erb- 55
käuflich, aber wiederlöslich, an Heinrich Pouwels von Duisburg seinen Hof daselbst „geheiten dess ryex hoff, myt syner toebehoir . . . ind myt alre slachten nutt“, nämlich seinen Brau-, Wage-, Karrenzoll- und Zinsgerechtigkeiten. *Kleine* l. c. Nr. XXXII p. 67–70.

1366, Sept. 8. Derselbe empfängt — 56
vermuthlich als verabredetes Sühngeld nach stattgehabter Fehde — von der Stadt Duisburg 3000 alte Schilde, und ertheilt letzterer darüber besiegelte Quittung („quytantien“). *Kleine* l. c. Nr. XXXIII p. 70, 71.

1369, März 31. Graf Engelbert III. 57
von der Mark — nach Erlöschung des clevischen Grafenhauses im Mannesstamme durch den Tod des Grafen Johann im J. 1368 Herr der clevischen Lande — ertheilt seiner Stadt Duisburg einen mit nr. 53 übereinstimmenden Rechtsbestätigungsbrief[42]), welchem auch der cölner Domprobst Dietrich von der Mark (Engelbert's jüngerer Bru-

---

40) Nicht zu entrichten brauchten sie den nach Büderich verlegten „tol onder den waelde“ und den neuen Zoll zu Griethausen.

41) Zahlen mussten sie den alt-büdericher, nymwegner und hüssener Zoll.

42) Ueber weitere Confirmations-Urkunden der märkisch-clevischen Landesfürsten für Duisburg a. d. J. 1392, 1422, 1449, 1481 desselben Inhalts wie nr. 53 und 57 s. *Kleine* l. c. p. 63 not. g.

der) seinerseits das Eidgelöbniss, „alle dese vorghenumde puonte vast end stede the haelden", hinzufügt. *Kleine* l. c. Nr. XXXVI p. 75, 76. (Extr.)

58 **1389**, Mai 7. Herzog Wilhelm von Berg und Graf Engelbert III. von der Mark vereinbaren nach stattgehabter Fehde unter sich eine Sühne, zu deren Hauptpunkten auch die Aufrechthaltung der „verbuntbrieve" gehört, welche früher der genannte Herzog und die Stadt Duisburg mit einander, namentlich in Bezug auf die den beiderseitigen Angehörigen zu gewährende Rechtshülfe, errichtet hatten. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 940 S. 827, 28.

Vermuthlich ist hier das Bündniss der Gräfin-Wittwe Margaretha und ihres Sohnes Wilhelm von Berg mit Duisburg v. 1360 [noch unedirt] gemeint. Dasselbe stimmt im Inhalte mit jenem Graf Wilhelm's des Aelteren v. 1302 [nr. 32], Graf Adolph's VIII v. 1312 [nr. 35] und Graf Gerhard's v. 1349 (nr. 49) überein. Vgl. *Kleine* l. c. p. 44 not. n.

59 **1392**, März 24. Graf Adolph II. von Cleve und sein jüngerer Bruder Dietrich von der Mark treffen unter sich nach dem Ableben ihres Bruders Engelbert III. (†1391) die Uebereinkunft, dass Adolph die Herrschaft über die Lande Cleve und Mark erhalten, dagegen Dietrich sich mit der Stadt Duisburg „mit al oeren reghten vnd thoybehoren", wozu noch die Rente „van der wiltbane in Duysborger walt", das Haus Ruhrort und der Zoll daselbst geschlagen werden, begnügen soll. *Lacomblet* a. a. O. Nr. 963 S. 845, 46 m. Einleit. zu Bd. III S. XV.

60 **1404**. Der eben genannte Graf Adolph II. — nach seines Bruders Dietrich Tod Herr von Cleve und Mark — bestätiget seiner Stadt Duisburg aller Rechte, welche sie unter seinen Vorfahren und von denselben erworben hatte (R.) *Borheck* a. a. O. S. 49.

61 **1407**, Nov. 15. König Ruprecht confirmirt seiner und des Reichs Stadt Duisburg ihre gesammten Privilegien. (R.) *Chmel*, Reg. Rup. S. 148 nr. 2404.

62 **1414**. König Sigismund gebietet den Bürgermeistern und dem Rathe seiner Stadt Strassburg, die Duisburger in ihren Zollfreiheiten nicht zu kränken, sondern zu fördern —: „quatenus . . . a praedictis nostris et praedicti Romani imperii fidelibus civibus concivibus mercatoribus et habitatoribus universis dicti nostri oppidi Duisburgensis ipsorumque rebus mercimonialibus seu bonis quibuscunque per eos seu eorum nomine ductis vel ducendis negociandi et mercandi seu ex alia causa legitima . . . nullum theloneum nec in terra nec super aquis recipiatis nec recipere praesumatis nec etiam per vestros theloneatores seu officiales recipi seu quovis modo exigi aut extorqueri faciatis, nec alias occasione hujusmodi thelonei solvendi eosdem nostros fideles Duisburgenses quovis quaesito colore impedire seu gravare, turbare vel molestare debeatis in ipsorum rebus (et) personis, sed ipsos juxta vim et formam literarum et privilegiorum suorum super non solutione thelonei et aliis gratiis ac indultis datorum confectorum et concessorum, vobis si opus fuerit in specie exhibendorum, libere et secure die noctuque de foro ad forum, de loco ad locum se conferentes in eundo et redeundo cum suis rebus mercimonialibus et aliis ipsorum propriis quibuscunque praesertim tributorum loca pacifice et quiete transire permittatis et a vestris pertransire faciatis." Dem Zuwiderhandelnden wird eine Geldbusse von 100 Pfund Goldes, vorbehaltlich weiterer „arbitraria poena formidabilis", angedroht. *Teschenmacher* l. c. Nr. XVIII p. 7, 8. Vgl. *Borheck* a. a. O. S. 49, 50.

Ein hiedurch verursachter Rechtsstreit zwischen beiden Städten, welcher bereits an das rotweiler Hofgericht gediehen war, wurde durch ein „freundlich und gütlich Uebereinkommen" beigelegt. Urk. v. 6 Apr. 1418 b. *Teschenmacher* l. c. Nr. VIII p. 4.

1418, Jul. 15. König Sigismund stellt an Herzog Adolph (I.) von Cleve, 63
nachdem dieser die Stadt Duisburg ernstlichen Abmahnungen zuwider mit „vngewonlichen sachen vnd newkeiten" beschwert, namentlich in der von ihr verlangten Huldigung ihrer vom Reiche herrührenden Rechte und Privilegien nicht gedacht, sie vielmehr zu dem gewöhnlichen Eide der Landstädte zu nöthigen versucht hatte, welches alles darauf hindeute, dass er Duisburg „villicht von dem riche tzіehen vnd sinen erben als andere sin stete zueygen wolte, besunder wann er sy alleweg sin stat nenne vnd sy ouch von iren rechten, privilegien vnd herkommen zu dringen meyne", das Begehren, dass er genannte Stadt bei ihren von Kaisern und Königen empfangenen Freiheiten, Rechten und Gewohnheiten bewahren, keine mit ihrer Reichszugehörigkeit im Widerspruche stehenden Eide von ihr fordern und die derselben lästige Neuerung abschaffen solle, wobei es ihm jedoch unbenommen bleibe, seine etwa weiter greifenden Ansprüche an Duisburg durch Vorlage der betreffenden Urkunden am königlichen Hofe auszuführen und zu beweisen —: „so haben wir ouch der von Duysburg brieve vnd privilegia, die sy von vnsern vorfarn an dem

riche, mit namen kung Rudolff [nr. 20] vnd kung Albrecht [nr. 28] seligen haben, fur vns genomen vnd die verhoret, vnd kunnen anders dorin nicht versteen, dann das Duysburg des richs stat sy vnd zu vns vnd dem riche gehore, vnd das sy kung Rudolff ettwan Dietrich seligen greven von Cleve von des richs wegen zu schirmen bevolhen habe vnd das derselb Dietrich dieselb stat von des richs wegen zu schirmen vfgenommen vnd sich ouch verbrieft habe, das in allen dingen des richs vnd eyner yglichen persone ire rechte behalten sin sollen [nr. 23]. Dartzu hast du den von Duysburg alle ire privilegien, gratien vnd fryheit, die sy beschriben vnd besigelt hebben, wie vnd in was manieren yn die belehent, verlehent vnd gegeben sind von keysern, von kungen, von greven von Gelre, von greven von Cleve dinen vorfarn, von graff Engelbert von der Marck vnd von Dyderik von der Marke dinen oheimen, gelich als die brieve innehalden, die doruff gegeben vnd gemacht sind, wol vor viertzehen jaren bestetigt [nr. 60], als dann das alles die brieve doruber begriffen, der abschrift wir ouch gesehen vnd verhoret haben, clerlich betzeugen. Wann wir nu dem h. Romischen riche furgesetzt vnd dorumb pflichtich sin, ym sine rechte, wirdikeite, eygenschaft, lehenschaft, stete vnd anders zu hanthaben vnd zu beholden, vnd ouch sin stete, vndertane vnd getruen by yren gnaden, fryheiten, rechten vnd privilegien zu beschirmen; dorumb vordern wir an dich vnd begeren von deiner liebe vnd gebieten dir ouch von Romischer kunglicher macht ernstlich vnd vesticlich mit diesem brieff, das du die von Duysburg by iren gnaden, fryheiten, rechten, brieven, privilegien, die yn von Romischen keysern vnd kungen, vnsern vorfarn, vnd ouch vns vnd nemlich von dinen eygenen vordern vnd dir gegeben sind, furbasmere vngehindert vnd vngeirret beliben lassen, vnd sy ouch die nukeit zu sweren nicht dringen sollest in kein wys; vnd nemlich das du dieselb newkeit gentzlich vnd gar ablassest, abtust vnd vernichtest, vnd die ouch furbasmere on onser vnd onser nachkomen an dem riche vrlob vnd verhengnuss zu machen oder vffzuwerffen vndersteen sollest, wann sollich nukeit wider vns vnd das riche vnd ouch vnser vnd des richs eygenschafte, lehenschaft, wirdikeite vnd rechte ist vnd von rechtzwegen keynerley craft noch macht haben soll vnd mag . . . . . Wer aber, das du eyncherley brieve oder privilegia hettest, das du solich newkeite vfwerfen oder on vnser vnd des richs vrlob oder verhengnusse machen mogest, oder das die stat Duysburg din sy oder dir zugehore, oder dir oder dinen vordern verpfendet oder zu lehen verlihen sy, oder was rechts du dartzu habest, die vnd das oder glaubhaftig vidimus davon wollest fur vns in vnsern kunglichen hove brengen oder by diner boetschaft senden; was du dann brieve oder privilegia oder was rechts du in allen vorgeschriben dingen hast, daby wollen wir dich williclich vnd gentzlich beliben lassen vnd alsverre wir mogen hanthaben vnd schirmen." *Lacomblet* a. a. O. Bd. IV Nr. 110 S. 125—27.

1418, Oct. 6. Derselbe vertraut seine 64
Stadt Duisburg, „die zu Neuerungen gedrängt werde", auf sechzehn Jahre und danach bis zum Widerrufe dem Schutze des Grafen Gerhard von Cleve und Mark (Herzog Adolph's Bruder) an. (R.) *Lacomblet* a. a. O. S. 125 Note 1 m. Einleit. S. XV, XVI.

1420, Nov. 2. Herzog Adolph I. von 65
Cleve versöhnt sich nach längere Zeit hindurch fortgesetzter Fehde mit seinem Bruder Gerhard, sowie auch mit den beiden Städten Duisburg und Hamm, wobei mit ersterer insonderheit vereinbart wird:

„Vort soilen wy Gerart van Cleve ind die stat van Duysburg ons verbinden, dat wy bynnen desen neisten jaere na datum dis briefs an den Roemschen ryke verwerven soilen, dat die van Duysburg mit volbart des Roemschen conniges onsen lieven broider hertoige Adolph alsulke huldinge doen soilen, als sie oen ind syneu vorvaren gedaen hebben; ind weert sacke, dat sie des bynnen desen jaere niet an den Roemschen coning verwerven enkunden, ind nadem sie dan privilegien hebn van den ryke, dat dat ryke buten oeren willen nymant sie bevelen ensal, so ensoilen sie den ryke genen volbart dairtoe geven, dat sie ymant anders bevalen werden, ind soilen by den hertichdoem van Cleve blyven, bit si dat an den ryke verworven hebn ind den hertoigen van Cleve die huldinge gedaen hebn, beheltlich den ryke syns rechten ind beheltlich, dat wy hertoige Adolph onser stat van Duysburg oir privilegien confirmieren soilen, als onse vorvaren gedaen hebn, ind beheltlich onsen lieven broider Gerart van Cleve synre (twyntich) jaeren an onser stat van Duysborch, als wy oen die dairan bewyst hebn, gelic hyrna bescreven steet; ind dit soilen wy Gerart van Cleve ind die stat van Duysborch onsen lieven broider hertoige Adolph verbrieven toe voleynden ind toe halden. Ind wy hertoige Adolph soilen onse stat van Duysburg ind alle onse burgere in onse gnade ind gunst weder ontfangen, ind alle broeken ind onwille, die sie tgegen ons mis-

daen moigen hebn toe desen dage toe, gentzlichen vergeven ind dairop vertien; ind als sie ons die huldinge also gedain hebn, so soilen wy onse stat van Duysburg mit alle oeren toebehoringen, so woe wy die vor deser veden ind ongunste hadden, ingeven onsen lieven broider Gerart van Cleve ind synen lyffserven, also dat wy hertoige Adolph geen gebot noch verbot dair hebn ensoilen die tyt hyrna bescreven (d. i. bynnen twintich jaeren) beheltlich ons sulker huldinge toe besitten ind toe gebruken in vorwarden na bescreven." *Lacomblet* a. a. O. Nr. 129 S. 148—51, bes. S. 150 Z. 5 flg.

66 **1442**, Jun. 25. König Friedrich III. bestätigt den Bürgern und Einwohnern von Duisburg sammt ihren Nachkommen „alle vnd jegliche gnad, freyheit, recht, brieffe vnd privilegien vnd handfesten", die ihnen von früheren römischen Kaisern und Königen und von ihm selbst gegeben sind, „vnd dartzu ihr alt herkommen vnd gute gewonheit, die sie redlich herbracht haben, in allen ihren puncten, stücken, articulen vnd begreiffungen, wie sie dann lautent vnd begriffen seynd." *Teschenmacher* l. c. (Text.) p. 150 not. 6 [Extr.]. Vgl. *Borheck* a. a. O. S. 51; *Chmel*, Reg. Frid. S. 77 nr. 632.

Die clevische Pfandschaft an Duisburg ist, obgleich schon Karl IV an den Heimfall desselben zum Reiche durch den Tod des Grafen Johann von Cleve ernstlich gedacht zu haben scheint, da er auf diesen Fall hin durch Urk. v. 8 Sept. 1362[43]) dem Herzoge Rudolph von Sachsen die Stadt als Reichspfand zugesagt, und obgleich die Duisburger selbst, wie sich aus ihrer unter Sigismund erhobenen Beschwerde (nr. 63) ergibt, der Unzufriedenheit mit dem ihnen immer drückender werdenden Pfandnexus ungescheut Luft machten, dennoch niemals wieder aufgehoben worden, so dass allmälig die Stadtgemeinde sich genöthigt sah, in den Verlust ihrer Reichsunmittelbarkeit sich zu fügen. Uebrigens fällt die förmliche Umwandlung in eine clevische Territorialstadt aus der Periode des Mittelalters hinaus, da die Reichsmatrikeln v. 1487, 1491, 1507 und 1521 Duisburg noch unter den Reichsstädten aufführen[44]) und die Kaiser bis auf Rudolph II. (1580) herab der Stadt als solcher Generalconfirmationen ihrer Privilegien ertheilen[45]).

Die Theilnahme Duisburg's am Hansabunde liegt zwar ausser allem Zweifel, ist aber bezüglich ihres Anfangs sowie überhaupt bis zum XV. Jhdt. in völliges Dunkel gehüllt. Wir wissen nur, dass nach vorübergehender Ausschliessung der Stadt aus der Hansa wegen Nichterfüllung gewisser Obliegenheiten, im J. 1406 durch Lübeck's Vermittlung die Wiederaufnahme erfolgt[46]), und dass um 1450 Duisburg wirklich Mitglied des Bundes gewesen sei[47]).

An Statuten zeigt Duisburg bereits im Mittelalter einen ziemlichen Reichthum, und sind dieselben zum grossen Theile in dem bis in die Mitte des XIV. Jhdts. hinaufreichenden s. g. alten Lagerbuche („Legerboek"), freilich ohne alle chronologische und systematische Ordnung, zusammengetragen. Veröffentlicht daraus sind:

A. drei grössere Willküren („Plebiscita") durch O. F. *Kleine* in P. Wigand's Wetzlar'schen Beiträgen Bd. III (1851) Nr. XXII S. 296–310, nämlich

a) vom J. 1378 in 5 §§. [auf vier Jahre vereinbart], betreffend den Eid der gewählten Bürgermeister und Rathmannen, die Aufsagung des „borchrechts", die Injurien wider Rathsglieder und die Losungszeit bei Erbverkäufen (S. 296—98);

b) vom J. 1386 in 12 §§. und mit einem ausschliesslich auf die inneren städtischen Verhältnisse [z. B. Schosszahlung, Pferdehaltung zu Gemeindediensten, Stadtkämpe, Angriffe auf den Rath oder die Schöffen aus Grund ihrer Amtsthätigkeit, Verrath und Aufstand wider die Obrigkeit, Friedgebote etc.] bezüglichen Inhalte (S. 298—301);

c) aus dem beginnenden XV. Jhdt. in 44 §§., wovon sich der eine Theil mit Gerichtswesen und Process und einigen verwandten Gegenständen, z. B. dem Rechtszuge nach Aachen, der Fortbildung des Stadtrechts durch den Schöffenstuhl, den Erbgüterverträgen und der Anfechtung derselben beschäftigt (§§. 1—19 S. 301—6), während der andere Theil hauptsächlich strafrechtliche Materien — Schläge und Wundungen, Schwertzücken, Scheltworte, Misshandlung von Gästen, Todtschlag, Friedsatzung, Heimsuchung, Aufhebung der Friedlosigkeit, Schädigung der Stadt durch die eignen Bürger, Vergehen gegen Bürgermeister und Rath, Aufreizung zu Heerfahrten aus der Stadt, Schöffenbescheide in Privatzwisten, betrügliche Aufkündigung des Bürgerrechts, unstatthafte Bekümmerung und Belangung von Bürgern ausserhalb des städtischen Gerichts etc. — behandelt (§§. 20—42 S. 306—9).

---

43) Bei *de Ludewig*, Reliq. MS. X, 56.
44) Vgl. *Hugo* a. a. O. S. 195.
45) Vgl. *Teschenmacher* l. c. (Text.) p. 151.
46) *Teschenmacher* l. c. p. 150; *Borheck* a. a. O. S. 49.
47) *Barthold*, Gesch. der dtsch. Hansa III, 92.

Aus dieser letzten Willkür mögen hier einige Bestimmungen zur Probe eine Stelle finden:

„§. 12. Item off ymand vur gerichte den andern ansprieke, ind die angespraiken sich weirde, dat hie eme to antworden nyet schuldich were, asdan moigen burgermeistere ind raid dem kleger oirlaff geven, dat hie oen an eyn ander gerichte moige trecken.

§. 13. Item marckt luyde van allen handelinege ind koiperschap, op wat steden sie die gedaen ind gehandelt hebn, alleyn erfftail vtgescheiden, moigen sie getuyg bybrenegen bynnen jairs.

§. 14. Item die luyde onses marcktes soilen richten nae manyer alz sie hebn van alds.

§. 16. Item en gheyn ordell en sal men soiken toe **Aken**, alleyn erfftail vtgescheiden.

§. 17. Item in allen saiken, [die] avermydz tgerichte soilen werden vtgedraigen, off men die avermydz dyss gesette nyet en kunne slichten, soe soilen die geswaeren schepenn tsamen komen ind die geliegenheit avermydz oiren eyd ondervynden [48]), ind soe wat die meist diell dir schepenn rechtz dair ynne vynden, dat sall wezen ind blyven soe lange, alz disse gesette duyr ind kracht hebe; ind so wilch dat recht wedersprieke, sall vur peene betailen vyff marck dem richter ind schepenn — —.

§. 18. Item hebn wy gesat ind wy ordineiren, soe wilch onser burger off burgerschen enyghe erffliche guede in den gerichte van Duysborg geliegen van nu vort an verkoffte, de neiste van den geslechte des verkoepers off die tynssheir bynnen sess wecken steids ind alreneist volgende van den daige dir opdracht [49]) alsulcher guede sall die moigen loizen ind beschudden [50]) ind tot sich vryg wederkoipen, argelist ind droch vtgescheiden; wilchen sess weken omgekomen ind gelieden [51]), nyenrehande loize [52]) dem neisten ervende off tynsshere dair nae en sall wezen beholden, soe verr dem tynsshere syn vurtyness [53]) bynnen den sess wecken sy gegeven off geboiden.

§. 19. Item soe wat erffliche guede verkofft [vnd] vur den richter ind vyer schepenn openbair ind nyet hemelichen opgedraigen werden, soilen heben geweirde ind vasticheit."

B. Bruchstücke aus Satzungen und Verträgen über Zölle, namentlich den Wagen- und Karrenzoll, sowie über die Rechte des duisburger Reichshofes [Lagerbuch S. 61, 508, 353] b. *Kleine*, Dipl. Duisburg. p. 64 not. k; p. 67, 68 not. q; p. 72, 73 not. z.

Erwähnt werden endlich noch Gildebriefe für die Leinweber v. 1446, die Schröder und Tuchscheerer v. 1457 und das Wollenamt v. 1472. Vgl. *Borheck* a. a. O. S. 54, 56.

Mit dem XVI. Jhdt. häufen sich die Rathswillküren, welche jetzt in das s. g. alte „Koerbuch" eingetragen zu werden pflegen. Daneben kommen aber auch nun grössere Statute und eigentliche Stadtrechte zur Entstehung, von welchen Erscheinungen namentlich vier, und zwar: a) die s. g. „verkoirten puncte" v. 1563, erneuert 1571; b) die Schöffengerichts-Ordnung v. 1578; c) die „Stadt-Statuta" aus dem Ende des XVI. Jhdts., und d) die „Jura municipalia — burgerliche Rechten vnd Statuten der Stadt Dusburgh" v. 1662 in XLIV Artt. mit wichtigen erbrechtlichen Satzungen hervorgehoben zu werden verdienen. Eine gute Uebersicht dieser und anderer statutarischer Quellen mit reichlichen Auszügen, namentlich aus den Stat. c, d gibt *v. Kamptz*, Die Provinzial- und statutar. Rechte der Preuss. Monarchie Thl. III S. 47—57.

Oberhof für Duisburg scheint in den ältesten Zeiten Xanten (nr. 8) gewesen zu sein, an dessen Stelle später, vermuthlich seit König Rudolph's I. Zeiten (nr. 20), Aachen getreten ist. Dieser Rechtszug, wiewohl im XV. Jhdt. durch den Rath erheblich eingeschränkt [*Plebisc.* c. §. 16], währte dennoch in den beiden folgenden Jhdt. ununterbrochen fort. So finden wir in den *Stat.* c eine „belerunge der herrn von Ach" v. 11 Jul. 1550 erwähnt; am 2. Jun. 1576 treffen die Schöffenmeister und Schöffen des königlichen Stuhls zu Aachen mit Schultheiss, Bürgermeistern, Schöffen und Rath von Duisburg ein Uebereinkommen über den modus procedendi in den an ersteren gelangenden duisburger Berufungssachen; und die *Jura munic.* v. 1662 Art. XII erklären: „in anderen erffellen, dairan man hyr to Douissburgh gynen stetigen gebruck heft, wie och in andern sachen vnd gerichtlichen processen folgt man dem beschreiven kaiserlichen rechten, reichsordnungen oder den belerungen vnsers overhofs Aachen." *v. Kamptz* a. a. O. S. 48 nr. 12, S. 49 nr. 14, S. 52.

Andererseits scheint wieder Duisburg selbst, wenigstens in späteren Zeiten, zur Stadt Meurs im Verhältnisse eines Oberhofes gestanden zu haben, da wir ein für letztere abgefasstes reichhaltiges Weisthum der duisburger Schöffen v. 28 Jul. 1579 (auszugsweise bei *v. Kamptz* a. a. O. S. 56, 57 nr. 21 mitgetheilt) besitzen.

48) D. i. sich der Sache annehmen, bemächtigen, sie in die Hand nehmen.
49) Gerichtliche Auflassung.
50) Näherrecht üben.
51) Jüngstvergangen.
52) Wiederlösung.
53) Verfallener Zins.

Zusätze.

Zu Nr. II. **Aachen.** (S. 1 flg.)

Einen interessanten Beitrag zur äusseren politischen Geschichte Aachen's bietet *Haagen's* Programm: „Aachen und die Grafen von Jülich im XIII. Jhdt. bis zur Katastrophe vom $^{16}/_{17}$ März 1278", Aach. 1862. 4°. Für die innere Verfassungs- und Verwaltungs-Geschichte der Stadt dagegen ist von grosser Wichtigkeit das Werk J. *Laurent's*: „Aachener Stadtrechnungen aus dem XIV. Jhdt., nach den Stadtarchiv-Urkunden mit Einleitung, Register und Glossar herausgegeben", Aach. 1866. 8°.

Zu Nr. V. **Aarberg.** (S. 15.)

Vgl. jetzt *v. Wattenwyl*, Gesch. der Stadt und Landschaft Bern Bd. I. (1867) S. 233–37: „Die Herren von Neuenburg-Aarberg."

Zu Nr. VI. **Abensberg.** (S. 16.)

P. *Dollinger* und Nik. *Stark*, „Urkundenbuch zur Geschichte der Stadt Abensberg" in den Verhandlungen des histor. Vereines für Niederbayern Bd. XII (Landshut 1866. 8°.) Nr. VI S. 249–328.

Der RBrief v. 1348 findet sich hier unter Nr. 43 S. 279, 80 abgedruckt. Beizufügen sind folgende zwei Regesten:

1366, März 13. Ulrich der Aeltere von Abensberg und dessen Söhne Hans, Dietrich und Ulrich gestatten ihrem Markte gleichen Namens die Einsetzung eines Gemeinde-Ausschusses (Raths) von vier oder sechs frei wählbaren und wieder entfernbaren Mitgliedern, bestimmen dessen Wirkungskreis, namentlich seine jurisdictionellen Befugnisse, unter Hinweisung auf das ingolstädter Stadtrecht, und ertheilen endlich den Bürgern die Freiheit, nach berichtigten Schulden und Abgaben ungehindert aus dem Markte wegzuziehen:

„Ich Ulrich der alt von Abensperg, ich Hanns, ich Dietrich vnd ich Ulrich dy jungen von Abensperg vorjehen offenlich an disem brief für vnns, für all vnnser erben vnnd nachkomen, vnnd für all vnnser ambtlewt, die yetzo sind oder fürbass werdn möchtn, allen den, die in sehen oder hörn lesen, das wir mit veraintem muet vnnd mit wolbedachtem willen vnnd rate den erbern lewten den burgern zu Abennsperg die fürdrung vnnd zu hilf dem margkt getan haben, das sy vollen gewalt haben, nach vnnserm rat vier oder sechs erberg burger vndter in zu nemen vnnd ze weln, vnnd die selben vier oder dy sechs sullen von vnnsern wegen vollen gewalt haben, all sach vnnd all handlung, wie dy genant ist, sy sey haimlich oder offenlich, fruntlich on recht vnnd on vnnsern richter abzetragen oder vesticklichn ze pessern, darnach vnd sy versteen vnd erchennen vnnd ye dy schuld ist. Sy haben auch gewalt, alle schuld vnnd väll, die sich mit dem rechten vor vnnserm richter vnnd ambtman verfallen vnd verworcht werden, sy seyen gross oder klain, abzedingn vnnd zu berichten, vnnd die selben schuld vnd pesserung, die verworcht werden in dem margkt, sy seyen on recht oder mit dem rechten, die sollen die obgenanten vnnser burger einnemen vnd emphahen vnnd anlegen dem margkt zu hilf, alsver das langt vnd als sy erchennen, dass es dem margkt allernützlichist sey, das wir sy noch vnnser erben vnd nachkomen noch kain vnser ambtman daran nicht hindern vberfarn noch beswärn sollen noch wellen in kainerlay weis; ausgenamen drey sachen, das sind todschlag nottnunfft vnd dewf, vnnd die selben drey sachen sollen wir vnnd vnnser ambtlewt dannoch richten nach irem rat. Sy mogen ouch glait zu dem margkt gebn, ob vnnser richter vnnd ambtman dabey nicht enwer, wem dan vnnser ambtman glait zu dem margkt gibt, das

soll er thun nach irem rat. Sy sollen auch alle satzung, wy die genant ist, hallten vnnd haben als dy burger zu **Ingelstadt**, vnnd als ander stet vnnd märgkt in dem lant halten, vnd als wir das bestett haben mit zwayen kaisern *) vnnd mit den fürsten von Bairn, vnnd derselben bestettigung wir ir offen brief haben. Was auch dy vier oder dy sechs vberain wurden, das vnnsers margkts nutz vnnd notturft were, des sol in der gantz margkt vnnd dy andern burger gehorsam sein vnnd nicht widersprechen; vnnd ob das yemant widerredt, das sollen vnns dy vier oder dy sechs fürtragen, vnnd darumb sollen wir sy pessern an leib vnd an guet vnnd nach irem rat. Sy mogen auch vmb all angezogn sachen, wie die genant sind, die verhandelt werden zu Abensperg in dem margkt mit worten oder mit werkn, oder ob yemant dy sätz, die sy gesetzt hetten, vberfurt, die burger dorumb vahen vnnd pessern on den richter vnd mit ir selbs gewalt oder mit vnnsers richters hilf, ob in des not wer, vnnd die selben pesserung on alle vnnser vnnd vnnser amblewt hindernis aber anlegen an des margkts notturft, ausgenomen die drey sachen, die vorverschribn sind. In sollen auch gemainiclich all burger in dem margkt zu Abennsperg beigesteen vnnd zuelegn mit leib vnnd mit gut in allen sachen, das sy aingreyffen von des margkts wegn, zu wem sy ir bedürffen oder wo in des not geschicht by tag vnnd by nacht. Wer ouch burger recht von in gebynnet vnd zu in in den margkt vert, der ein vnversprochen man ist, der soll alle die recht mit andern burgern haben, die hie an dem brief verschribn sind. Wir haben auch dem margkt zu Abennsperg vnnd den burgern daselbs, die yetzo burger sind oder fürbas burger würden, s y s e i n j u d e n o d e r k r i s t e n, die frihait gebn, das sy mit vollem willen in den margkt vnnd aus dem margkt varn mogn nach irm willen, das wir sy noch vnnser erbe vnnd nachkomen noch kain vnnser ambtman, der yetzo ist oder fürbass werden möcht, an ir leib noch an ir guet daran nicht beswern noch hindern sollen noch wellen in kainen sachen. Dann wer von dem margkt vert, der soll vonerst schuld vnnd gelt berichtn mit mynn oder mit dem rechten. Es haben auch dy obgenanten burger zu Abennsperg jerlich vollen gwalt, arm vnnd reich, dy vier oder die sechs zu verhörn, vnnd ob sy verhandelt hetten gefarlichn oder erfunden würden an vnrechtlichen sachen oder den burgern gemainiclich nit gefieln, so mogen sy ir ainen oder ir zween oder all absetzen vnnd andere empfehlen, vnnd die selben sollen allen gewalt haben, als die ersten. Vnd das in das alles also stet vnnd vngebrochen beleib, geben wir in den brief für vnns vnnd für all vnnser erben vnd nachkomen vnnd für all vnnser ambtlewt, versigellten mit vnnsern anhangenden insigeln, das geschehen ist, do man zalt von Cristi geburt dreyzehenhundert jar vnnd darnach in dem sechs vnd sechzigisten jar, des negsten freitags nach sant Gregorien tag." [Nach einem Vidimus v. 1438.] Nr. 45 S. 283—85.

1428, Oct. 13. J o h a n n e s H e r r zu A b e n s b e r g bestätiget den Bürgern seiner S t a d t gleichen Namens auf deren „erberg diemutig gebet" den im Vorstehenden mitgetheilten, wörtlich eingerückten „h a u p t b r i e f mit aller seiner inhaldung, freyhaiten rechten vnd gewonhaiten", das Versprechen hinzufügend, dass er sie hierin „nicht hindern krenchen noch darwieder thun solle vnd wolle in keiner weis", vielmehr sie „bey solichen gnaden freihaiten rechten vnd gewonhaiten gnediclichen hallden schüzen vnd schermen als ir gnediger erbherr treulich vnd schlechtlich on alles geverdt, ausgenomen dy drey sachen", welche er sich nach Ausweis des Hauptbriefs „selb zurichten" vorbehalte. [Nach dem Vidimus v. 1438.] Nr. 83 S. 312, 13.

Der Ort, welcher sich noch in Urkk. v. 1391 und 1399 als M a r k t (oppidum) bezeichnet findet, wird zum erstenmale in einer Urk. v. 1406: „s t a t zu Abensperg" genannt. Vgl. Nr. 56, 57, 64, 69 S. 296, 303, 306.

Im Gerichte zu Abensberg galt übrigens das Rechtsbuch Kaiser Ludwig's IV. — „meins herren puoch" (Nr. 64, 65 S. 302 flg.) — als Urtheilsquelle. Vgl. L. *Rockinger*, Zur äusseren Geschichte von K. Ludwigs oberbayerischem Land- und Stadtrechte (Sep.-Abdr.), München 1863. 8°., S. 79—83.

Zu Nr. XIII. Allendorf a. d. Werra. (S. 19.)

Vgl. jetzt auch G. *Wagner*, Geschichte der Stadt Allendorf an der Werra und der Saline Sooden, Marburg 1865. 8., S. 3—10, 12—14, 98. (Urkunden fehlen.)

Zu Nr. XVI. Altdorf. (S. 23.)

Einen kurzen Abriss der Stadtgeschichte gibt nun *Fentsch* in der Bavaria Bd. III Abthl. 2 S. 1225—27.

*) Ueber diesen Confirmationsbrief gibt das Urkundenbuch keinen Aufschluss.

Zu Nr. XXIII. **Amberg.** (S. 32.)

Einen guten Ueberblick der Geschichte Amberg's bietet jetzt *Muffat* in der Bavaria Bd. II Abthl. 1 S. 715—20.

Zu Nr. XXIV. **Amorbach.** (S. 42.)

Von der Urk. v. 1253 (nr. 1) findet sich ein richtigerer Abdruck in *Mone's* Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XVI (1864) S. 25, 26. Ausserdem sind noch folgende Regesten beizufügen:

3 **1354**, Jan. 21. Erzbischof Gerlach von Mainz bestätigt dem Schultheissen, den Bürgermeistern, Schöffen und Bürgern seiner Stadt Amorbach die von früheren Erzbischöfen sowie dem Domcapitel von Mainz erhaltenen Rechte und Freiheiten. (R.) *Mone* a. a. O. S. 27 nr. 48.

4 **1390**, Jul. 21. Erzbischof Konrad von Mainz ertheilt seiner Stadt Amorbach ebenfalls eine Generalconfirmation ihrer Rechte und Freiheiten. (R.) *Das.* nr. 49.

5 **1432**, Jan. 14. Bürgermeister, Schöffen und Rath zu Amorbach verkünden eine von ihnen vereinbarte Ordnung [„wort rede vnd artykel"] darüber „wie die burger zu Ammerbach daz ir verswern sollen vnd wie sie sich dar in halten sollen", d. h. von welchen Theilen des Vermögens eine Bede zu zahlen sei und von welchen nicht. *Mone* a. a. O. S. 28, 29 (in 14 §§.).

6 **1460**, Jun. 27. Der Amtmann zu Wildenberg und Amorbach Heinrich von Sickingen beurkundet, dass am 9 Januar 1457 Bürgermeister, Rath, Gericht und Gemeinde der Stadt und Vorstadt Amorbach dem Abte Jost daselbst und seinem Kloster „huldung gethan", insbesondere eidlich zugesichert haben, „ime als eynem apte zu Amorbach vnd irem herren vnd seinem closter getrew vnd hold zu sein, sein vnd seyns closters schaden zu warnen vnd fromm zu werben vnd zu sein vnd seins closters rechten zu gewarten on alle geverde; vnd wann sie durch die amptlude oder eynen apt zu Amorbach personlich ermant werden, von sein vnd seins closters wegen auss zu zyhen vnd gehorsam zu sein sunder geverde." *Mone* a. a. O. S. 29, 30.

7 **1484**, Aug. 2. Der Abt Johannes von Amorbach verspricht der genannten Stadt, nachdem sie ihm den Eid der Treue geleistet, Aufrechthaltung ihrer alten Freiheiten, Rechte und Gewohnheiten. (R.) *Mone* a. a. O. S. 31 nr. 53.

Zu Nr. XXV. **Andernach.** (S. 42b.)

Einen beachtenswerthen Beitrag zur inneren Stadtgeschichte Andernach's am Ausgange des Mittelalters und im XVI. Jhdt. enthält R. *Löhbach's* Progr. „Die Achter zu Andernach", das. 1864. 4°.

Die Schöffenordnung v. 16 [nicht 15] Sept. 1171 theilt jetzt auch *Beyer*, UBuch z. Gesch. der mittelrhein. Territorien Bd. II (1865) Th. II Nr. 5 S. 41, 42 mit. Vgl. dazu *Eltester* „Geschichtl. Uebersicht" zum mittelrhein. UBuche a. a. O. S. XCVI.

Zu Nr. XXVII. **Angermünde.** (S. 46b.)

Vgl. C. F. F. *Lösener*, Chronik der Kreisstadt Neu-Angermünde, Schwedt 1846. 8°. Hieraus folgende Regesten:

1313, Aug. 26. Markgraf Waldemar von Brandenburg verkauft den Rathleuten und der Bürgerschaft seiner Stadt „Nove Anghermunde" die früher von den Rittern von Greiffenberg und Badelow besessenen im Lande Stolpe gelegenen Seeen sammt allen Gerechtsamen und Nutzungen [„absque omni precaria"], Diensten und Lasten, und bestätigt ihnen ferner den Besitz des vorher erbkäuflich erworbenen Muderowsees, indem er zugleich über die ihm ausbezahlte Kaufsumme von 320 Mark Silbers abquittirt und für Griffeko von Greiffenberg den Vorbehalt beifügt, dass er das Fliess des Wolletzik-Sees zum Behufe des Aaalfangs mit einem kleinen Kahne („cymba") befahren dürfe*). *Lösener* a. a. O. S. 42, 43. 4

1348, Jan. 11. Rath und Gemeinde von Angermünde schliessen mit den Bürgern von Prenzlau, Pasewalk und Templin ein Bündniss **) zum Schutze ihrer Angehörigen gegen drohende Schädigungen und zur Abstellung von „vnruh gewer oder krich" im Innern ihrer Städte. *Seckt*, Prenzlau Thl. I Anh. Nr. 32 S. 181, 82; *Lösener* a. a. O. S. 45. 5

1348, Sept. 8. Markgraf Waldemar von Brandenburg verleiht seinen Bürgern von „Nigen-Angermunde" das Dorf Kerkow „vnd die gantze marke dez dorpes vnd alle dat in der marke lecht an water, an weiden, an bruke, an molnen, met aller vrucht, met egendohm, met allem rechte . . . ewichliken meth vreden tu besittende." *Klöden*, Dipl. Gesch. des Markgr. Waldemar Bd. I S. 476 (m. S. 209); *Lösener* a. a. O. S. 48, 49. 6

1350, Mai 27. Derselbe und die Herzoge Rudolph und Albrecht von Sach- 7

*) Die Urkunde ist theilweise unlesbar.

**) Markgraf Ludwig von Brandenburg hat demselben am 21 Sept. 1348 seine Genehmigung ertheilt. Vgl. *Seckt*, Prenzlau I, 104; *Lösener* a. a. O. S. 45.

sen, sowie die Fürsten Albrecht und Waldemar zu Anhalt überlassen der Stadt Neu-Angermünde zehn Pfund brandenburgischer Münze am Thorzolle und Ungelde in Schwedt „ewigliken meth vreden thu brukende“, gestatten ferner den mit Erbe und Eigenthum angesessenen Bürgern zu Angermünde, „dat sie vrig megen varen die Oder vp vnnd nedere meth aller kopenschaft vnnd keynen tol noch vnngeld geven soln thu Sweith“, vnd sichern endlich der erstgenannten Stadt den Fortbestand der durch dieselbe führenden niederfinower und neustädter Heerstrasse sowie die Aufrechthaltung ihrer gesammten Briefe über das Dorf Kerkow und den Holzbezug in der werbellinischen Heide zu. *Klöden* a. a. O. Bd. II S. 376; *Lösener* a. a. O. S. 52, 53 (mit neudeutscher Uebertragung S. 53, 54).

8 **1423**, Jul. 24. Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg bestätigt seiner Stadt Neu-Angermünde auf deren Bitten „alle ire freiheit, briwe, gute gewonheit gleicher weise, als sie die von seinen vorfarn, rechten marggrafen zu Brandenburg seligen haben bestetiget vnd confirmiret.“ *Lösener* a. a. O. S. 72.

9 **1430**, Dez. 28. Markgraf Friedrich „der junge“ [Kurprinz] von Brandenburg verpfändet Schloss Stadt und Amt Neuen-Angermünde für 1510 Schock böhmischer Groschen an die Brüder Claus und Otto von Arnim und deren Vettern Lüdicke und Hennig. *Lösener* a. a. O. S. 74.

10 **1465**. Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg verordnet, wie es in seiner Stadt Neu-Angermünde künftig bei Verlöbnissen, Hochzeiten, Kirchgängen und anderen Festen in Ansehung der Zahl der einzuladenden Gäste, der Speisen und Getränke gehalten werden solle. (R.) *Lösener* a. a. O. S. 74—76.

11 **1486**, Mai 1. Kurfürst Johann [Cicero] von Brandenburg confirmirt seiner Stadt Neu-Angermünde auf deren Ansuchen „all ire fryheit brive vnd gute gewonheit.“ *Lösener* a. a. O. S. 77.

12 **1488**. Derselbe erlaubt den Bürgern seiner Stadt Neu-Angermünde „von sonderlichen gnaden“, dass sie auf der werbelliner Heide Lagerholz, „so vele sie zu eren eygen hüsern nothdorfftig sind“, und Bauholz, „so vele als sie to den brüggen, doren vnd wickhüser benöthiget vnd an der stadt brucken“, schlagen und holen dürfen. *Lösener* a. a. O. S. 77, 78.

Ueber Namen, Ursprung und ältestes Wappen der Stadt s. *Lösener* a. a. O. S. 278—92.

Zu Nr. XXVIII. **Anklam**. (S. 47.)

Vgl. noch W. *Reinhold*, Chronik Anclams (4 Hefte), das. 1837, 38. 8°. und *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern (1865) S. 1—17.

Ein Diplomatarium Anclamense“ mit 19 Nr. enthält *Dähnert's* Pommersche Bibliothek Bd. V. S. 218—30. Fast sämmtliche Stücke kehren jedoch in *Stavenhagen's* Beschreibung, Abthl. III: „Diplomaten oder Urkunden“ S. 319—480 wieder.

Folgende Regesten sind zur Ergänzung nachzutragen.

1275, März 31. Herzog Barnim I. von 3
Pommern erlaubt seiner Stadt „Tanglym“, das von ihr dem Marschalk Heinrich von Sanitz und dessen Brüdern abgekaufte Dorf Tuchow sammt Zubehör nach Stadtrecht („jure civili“) zu besitzen. *Dähnert* a. a. O. Nr. 1 S. 218; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. II S. 319, 20.

1276, Jun. 13. Abt und Convent des 4
Klosters Stolp verzichten zu Gunsten Anklam's auf die ihnen auf der Feldmark der Dörfer Tuchow [nr. 3] und Gnevezin zugestandenen Zehenten. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. III. S. 320, 21.

1282, Dez. 31. Herzog Bogislaw IV. 5
von Pommern übereignet den Bürgern seiner Stadt „Tanglim“ das Dorf Rosenhagen mit aller Nutzung und Zubehörung, namentlich auch „cum salinis, ferrifodinis, fundationibus molendinorum . . . ita plane quod dicta civitas villam antedictam jure civitatis perpetuo possidebit pacifice et quiete, sicut ipsam possedimus ab antiquis“ [1]). *Dähnert* a. a. O. Nr. 3 S. 219, 20; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. IX S. 325.

1284, Jan. 26. Derselbe genehmiget der 6
Stadt „Tanglim — ob causam sue inopie“ den Besitz des von Hermann „de Palude“ (Bröker) gekauften Zolles. *Dähnert* a. a. O. Nr. 4 S. 220; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. IX S. 328, 29.

1285, Jun. 16. Derselbe überlässt sei- 7
nen Bürgern zu „Tanglim“ zur Schadloshaltung für die in seinen Diensten erlittenen Verluste eigenthümlich die vier Dörfer Pulsin [Pelsin], Gelendin, Woserow und Barvetsekow (Bargischow) sammt aller Zubehörung sowie „cum judicio majore et minore cum cognitione.“ *Dähnert* a. a. O. Nr. 6 S. 221, 22; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XIII S. 330.

---

1) Vgl. dazu Urk. v. 1296 b. *Dähnert* a. a. O. Nr. 14 S. 227 und *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XVIII S. 335.

8 **1285**, Apr. 14. Derselbe überträgt das Eigenthum an der zweien Bürgern und Vasallen, dem Johann Sweder und Hermann Gützekow, verliehenen alten Fähre („traductum olden vir dictum") auf die Stadt Anklam — „in hunc modum quod prememorati nostri vasalli ... et eorum heredes prenotatum traductum absque servitio et solutione alicujus penitus pensionis a civitate Tanglim liberaliter perpetuo possidebunt." *Dähnert* a. a. O. Nr. 5 S. 221; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XIV S. 330, 31.

9 **1294**, Aug. 22. Die Herzoge Barnim und Otto I. von Pommern bestätigen ihrer Stadt „Tanglim" den Fortgebrauch des stralsunder Scheffels — „magnitudinem modii Sundensis civitatis, qua eadem magnitudine jam utuntur in presenti." *Stavenhagen* a. a. O. Nr. CXIV S. 469.

10 **1295**, Apr. 19. Herzog Otto I. begnadet seine Stadt Anklam — „que nobis pre aliis civitatibus plus extitit favorabilis et fidelis" — mit der Freiheit: „quod predicte civitatis incole et burgenses ad mare cum annona et mercimoniis aliis navigio se divertent, exactione thelonii aut ungeldi, quod nos respicere posset, qualibet amputata", dieselbe Zoll- und Ungeldsfreiheit in seinem Lande auch allen Fremden zugestehend, welche mit Handelswaaren den anklamer Hafen besuchen oder Getreide („aut alia sibi convenientia") von da hinwegführen. *Dähnert* a. a. O. Nr. 19 S. 230; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XX S. 336.

11 **1301**, Sept. 15. Derselbe gibt der Stadt Anklam das Eigenthum an dem vorher von Friedrich Drake besessenen Zolle im Dorfe Japenzin. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XX S. 336, 37.

12 **1302**, Sept. 25. Herzog Bogislaw IV. von Pommern verleiht der Stadt Anklam die ihm gehörige alte Fähre („oldenvihr") sammt allem Rechte und Nutzen sowie allen gegenwärtigen und künftigen Einkünften daraus, desgleichen den vorher von Ritter Johannes von Berlin innegehabten Zoll — „ita plane quod dicti consules nostri et cives ipsorum seu successores preexpressum traductum cum omnibus suis pertinentiis absque ullo servitio et sine solutione alicujus penitus ungeldi seu pensionis nobis aut nostris heredibus faciende sive dande liberaliter et in evum possidebunt cum hujusmodi thelonii jugiter perceptione" —, und fügt einen ausführlichen Zolltarif mit der schliesslichen Bemerkung hinzu: „nolentes tamen hujusmodi thelonium unquam ullo tempore ampliari, magnificari seu augeri." *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XVIII S. 33, 34.

13 **1302**, März 14. Derselbe gewährt den nach Wolgast und Anklam handelnden Kaufleuten „liberum conductum absque aliqua impetitione advocatorum seu officialium et absque omni impensione thelonii." *Dähnert* a. a. O. Nr. 7 S. 222; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XXV S. 340.

1300, Mai 27. Herzog Wartislaw IV. 14
von Pommern confirmirt seiner Stadt „Tanglim — singula jura ac universas donationes qualescunque, quas nostrorum antecessorum, principum illustrium, videlicet domini Bogislai patris nostri dilecti, Barnim avi nostri ac ceterorum progenitorum nostrorum privilegiis sibi traditis juste et rationabiliter poterint comprobare." *Dähnert* a. a. O. Nr. 8 S. 223.

1312, Jan. 16. Herzog Wartislaw IV. 15
von Pommern bewilliget dem Rathe und der Stadtgemeinde von Anklam für den Kaufpreis von 100 Mark reinen Goldes: a) zollfreie Durchfahrt auf der Peene und Swine; b) vollständige Fischereigerechtigkeit während des ganzen Jahrs im „versche Haff"; c) die Befugniss, herzogliche Lehensleute und Grundholden („militem, armigerum aut villanum"), welche anklamer Bürgern Geld schuldeten und die Zahlung verweigerten, nach geführtem Schuldbeweise bis zur Leistung entweder zu pfänden oder in die Stadt zu führen und hier einzukerkern („incippare"), endlich d) einen Vogt oder sonstigen landesfürstlichen Beamten, welcher vorstehende Freiheiten verletzte, „tanquam latronem" zu verurtheilen. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XXXI S. 344, 45.

1326, Sept. 28. Derselbe erneuert den 16
Anklamern die Freiheit: „ut aquas seu portus nostros [Swine videlicet et Pene] et alias quascunque in toto dominio nostro cum navibus rebus et aliis mercimoniis libere sine theloneo sive exactione aut alio quocunque ungeldo possint pertransire, redire et in eis moram facere, naves suas littoribus applicare, mercimonia bona et res alias in ipsis locare, quotiens et quando eis visum expediens fuerit et consultum." *Dähnert* a. a. O. Nr. 10 S. 224, 25 [mit der JZ. 1323]; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XXXII S. 345, 46.

1323, Sept. 20. Derselbe wiederholt 17
die Befreiung der Anklamer von jeder Zollentrichtung innerhalb seines Gebietes, „specialiter in Pena, Wolegast et in Swina." *Dähnert* a. a. O. Nr. 9 S. 223, 24; *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XXXIII S. 346, 47.

1325, Apr. 2. Derselbe gestattet den An- 18
klamern (gleich den Bürgern von Greifswald) die Prägung von s. g. „Okelpenninghen". [S. den Art. „Greifswald."]

1330, Dez. 21. Bürgermeister und 19

Rathleute der Stadt Anklam lassen die „inninge effte werkes rechticheit“ der Krämerzunft, insbesondere die von ihnen confirmirten „olden privilegia vnd rulle“ derselben neuerlich zusammenschreiben, indem sie zugleich an ihre Amtsnachfolger die Bitte richten, die Zunft hiebei „stedes vaste to erholden . . . gelick alse de kremer to Lübeck, Stralsund vnd anderr Hansestede an der see gelegen, so with alse dat **Lübische recht** gebruket werd.“ Von der Rolle, welche vornehmlich Bestimmungen darüber, bis zu welchem Quantum („by helen stükken, by lispunden vnd centnern efft by punden“) gegenüber den Krämern die „koplüde effte amptlüde“ der Stadt die von Ersteren geführten Handelsartikel feilbieten dürfen, enthält, sind nur folgende Satzungen bemerkenswerth: „§. 1. Erstlich dat nemand der kremer kumpanie angripen edder gebruken schole, he hebbe se denne thovorn ordentlich geeschet vnd mit allen willen gewunnen, vnd nagedan we de andern vorgedan, vnd hebbe sine krigeswehr vnd rüstnisse erwiset. §. 2. Darbenevenst schall dejenne, de ere kumpanie winnen will, loffwerdige segell vnd breve hebben vor sick vnd sine frowe, dat se düdescher ard vnd herkunpft sin vnd mit erer herschop voreiniget vnd vordragen, ehrlich gehandelt hebben vnd vnberüchtiget sin. Dene, Wende vnd Schotten, we ock tho **Lübeck** vnd andern seesteden gebrücklich, scholen disser kumpanie nicht werdig sin. §. 3. Tho deme willen wy ock hiemit vnsen kremern fry geven, dat se mogen honnig vnd waas kopen vnd vorkopen, we ock in andern steden gebrucklich; doch dat se stedes honnig vor de inwaner feil hebben schölen. §. 4. Tho deme schall hir kein frembdt kremer vthstan edder feil hebben, sunder he schall in der Hense wanhafftig [2]) sin. §. 5. Dess schall ock nen kramer an sondagen edder hilligen apostelldagen vp dem markede feil hebben by vorlust der kramwahre. §. 6. Dess schall ock kein kremer in herbergen feil hebben edder sine ware von huse tho huse vmbdragen bey verlüst dersülven. §. 7. Dagegen willen wy den olderlüden der kremer hirmit vperlecht hebben, dat se schölende gudt vpsehent hebben, dat niemandt van kremern buten edder binnen der stadt falsch gudt feil hebbe effte verkope; so jemandt darmit befunden würde, den scholen se den radt antögen. Ock scholen se godt vpsehend hebben, dat niemandt falsche wichte effte mate gebruke. So jemandt damit beschlagen würde, schölen se den kremern vorkündigen. §. 8. Item so denn ji zank vnd twedracht effte vintheit manck vnsen kremern erwassen würde, den se vnder sick nicht rechten konden, so scholen de kremer, ehr denn idt vor den radt gebracht wert, ere richter sin, sie thovordragende vnd tho entscheidende.“ Gedruckt b. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. CVIII S. 458—62.

1331. Die Herzoge Otto I. und Bar- 20
nim III. von Pommern (Vormünder der Söhne Wartislaw's IV.) schenken ihrer Stadt Anklam zur Ausgleichung der Schäden, welche sie im Dienste Ersterer erlitten hatte, die „villae“ Buggewitz und Grönenberg sammt der Heidemühle und mit allen Zubehörungen, namentlich auch „cum judicio majore et minore tangente in manum et cervicem“ und mit allen Lehendiensten [„pheudalia omagia que mannschop dicuntur“], indem sie zur Beseitigung etwaiger Anfechtungen die Grenzen der genannten Orte genau angeben, und überlassen ferner den Anklamern gegen 800 Mark Pfennige den freien Fischfang „cum omni instrumento . . . exceptis retibus hiemalibus“ in näher bezeichneten Gewässern. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XLVI S. 358, 59.

1338, Mai 9. König Waldemar (At- 21
terdag) III. von Dänemark bestätiget der Stadt Anklam ihre von Alters her gehabte „Vitte [3]) . . mit alle ehren nutticheiten, fryheitten vnd vpkunften, gelieck we andere seestede, alsso Lübeck, Wismar, Rostock vndt andere, so vp Schone den heringfangk gebruken plegen.“ *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LI S. 366, 67.

1343, Oct. 18. König Magnus (Smek) 22
II. von Schweden bestätiget gleichfalls den Anklamern „ehre ruhm effte steede, de witte genömet, vp falsterbode“ (*Falsterbo*). *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LII S. 367, 68.

1348, Jul. 15. Abt und Convent des 23
Klosters Stolp im caminer Stifte schliessen mit den Rathmannen und der Gemeinde der Stadt Anklam „von der scheide wegen vnd der verflodt dess waterss der molen tho Goreke“ (Görke) einen Vergleich ab. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LVIII S. 381—85.

1353. Die Stadt Anklam betheiligt 24
sich an den von drei anderen vorsitzenden Städten Pommern's gemeinschaftlich errichteten „statuta vnd endracht.“ [S. unten den Art. „Stralsund.“]

1354, Jun. 2. Die Herzoge von Pom- 25
mern Bogislaw V., Barnim IV. und Wartislaw V. sichern der Stadt Anklam

2) Vgl. *Sartorius-Lappenberg*, Urkundl. Gesch. der dtsch. Hanse I, 47.

3) Vgl. oben S. 705 Note 24.

Bewahrung ihrer sämmtlichen „jura et privilegia", und insbesondere der Freiheit zu: „quod consules et burgenses dicte civitatis Tanglim communiter vel divisim non debeant per nos nostrosve heredes nec non quoscunque alios jussioni nostre subjectos extra dictam civitatem Tanglim in judicium evocari, quocunque nomine censeantur, super quibuscunque causis delictis vel promissis, sed coram advocato nostro in dicta civitate Tanglim hujusmodi querele et non alibi debeant judicialiter terminari." Ausgenommen werden jedoch a) „querele super re pheudali", welche „coram domino pheudi", und b) Vergehen, welche „coram habentibus jurisdictionem in loco hujusmodi delicti vel excessus" zur Aburtheilung kommen sollen. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XLIV S. 363, 64.

26 **1360**, Aug. 21. Abt und Convent des Klosters Pudagla („Poddeglove") und Rath sammt Gemeinde von Anklam lassen einen unter ihnen seit langer Zeit bestehenden Grenz- und Fischerei-Streit, worüber bereits 1337 ein (wörtlich eingerückter) Vergleich der Parteien, jedoch ohne dauernden Erfolg zu Stande gekommen war, nunmehr durch den lübecker Bürgermeister Thiedemann von Warendorf als „arbiter, arbitrator seu amicabilis compositor" endgültig entscheiden. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. XLVII S. 360—62.

27 **1370**, Oct. 28. Die pommerschen Herzoge Bogislaw V., Kasimir, Wartislaw VI. und Bogislaw VI. bringen zwischen jenen von Anklam und den von Zweryn (Schwerin) zu Spantekow nach langer blutiger Fehde einen Sühnvertrag zu Stande, wonach insbesondere die Letzteren sich anheischig machen, „eyne ewyghe vicarie von 24 mark gheldes sundischer pennynghe mit alleme eghene tu de ere godes . . . denselven to troste vnde tu gnaden, de da bynnen deme kryghe, den de van Anklym vnde de van Zweryn ghehat hebben, erschlagen syn, tu maken vnde stifften." *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXIII S. 390, 91.

28 **1395**, Sept. 29. Anklam nimmt an dem von Greifswald und Stralsund errichteten Münzvergleiche Theil. [S. unten den Art. „Stralsund."]

29 **1399**, Mai 1. Desgleichen an dem von den Städten Stralsund, Greifswald und Demmin vereinbarten Schutzbündnisse. [S. ebendas.]

30 **1418**, Jan. 6. Herzog Wartislaw IX. von Pommern nimmt die Anklamer in „bescherminge, frede vnd leide" und sagt ihnen insonderheit bezüglich ihres, von den Familien von Lepel und Cöller angefochten gewesenen aber „na erer breve vthwisinge" wohlbegründeten Fischereirechts in dem lassanischen Wasser seinen Schutz zu. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXXI S. 399, 400.

1423. Derselbe verpfändet die (100 Mark 31
betragende) Orböre seiner Stadt Anklam an Dietrich Cöller. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 8.

1427. Die Stadt Anklam wird wegen 32
ihrer (nach Wunsch des Herzogs erklärten) Weigerung, an der Fehde gegen Dänemark Theil zu nehmen, vom Hansabunde ausgeschlossen („verhanset"). R. nach *Barthold*, Gesch. der dtsch. Hanse Thl. IV S. 79.

1428, März 29. Die pommerschen Her- 33
zoge Kasimir V. Wartislaw IX. und Barnim VII. vereinbaren mit fünf ihrer Städte, darunter Anklam, verschiedene „artickel van der münte wegen." [S. unten den Art. „Stralsund."]

1443. Die Herzoge Wartislaw IX. 34
und Barnim VII. versetzen die Orböre ihrer Stadt Anklam an den Bürgermeister Jakob von Golme. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 9.

1452, Jan. 2. Herzog Wartislaw IX. 35
und seine beiden Söhne Erich und Wartislaw X. von Pommern ertheilen ihren Städten Stralsund, Greifswald, Demmin und Anklam verschiedene namhafte Privilegien. [S. unten den Art. „Stralsund."]

1457, Nov. 9. Anklam nimmt an der 36
Einigung Theil, welche die Städte Stralsund, Greifswald und Demmin unter sich zum Schutze gegen die Bedrückungen durch ihre Landesherrn eingegangen haben. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXXVII S. 407, 8.

1461, Nov. 14. Herzog Erich II. von 37
Pommern schlichtet „alse ein wilkort richter vnd früntlick vorscheder" die Streitigkeiten derer von Anklam mit den von Schwerin auf Spantekow, und bringt unter den Parteien einen „ewigen bestentliken frede" zu Stande. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXXVIII S. 408—10.

1476, Mai 22. Die Pommern-Herzoge 38
Wartislaw X. und Bogislaw X. erneuern ihrer Stadt Anklam, unter Bestätigung der gesammten „literae et privilegia" derselben, insbesondere die Befreiung ihrer Bürger und Einwohner weltlichen wie geistlichen Standes von Ladungen an auswärtige Gerichte [nr. 25]. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXXX S. 410, 11.

1492, Jun. 12. Herzog Bogislaw X. 39
bestätiget seiner Stadt Anklam ihre sämmtlichen „breve vndt privilegien", namentlich auch die Freiheit, „dat erer ein den andern buthen der stadt nicht schal in recht fordern." *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXXXI S. 412.

40 **1492**, Jun. 12. Derselbe verkauft den Anklamern für 300 rheinische Gulden, die sie bereits bezahlt haben, 26 Mark Pfennige Bede in dem Dorfe Woserow. *Stavenhagen* a. a. O. Nr. LXXII S. 413.

Ausserdem s. noch oben den Art. „Demmin" S. 740ᵇ nr. 33.

Zu Nr. XXX. Annweiler. (S. 48.)

Folgende Regesten sind hier beizufügen:

5 **1286**, Mai 10. König Rudolph I. erlaubt seinen Bürgern von „Annewilre", dass sie nach alter Gewohnheit die Zeit von Lichtmess bis Martini des Ackerbaus und anderer Geschäfte wegen ausserhalb der Stadt zubringen dürfen, ohne hiedurch ihrem Bürgerrechte zu schaden — „sicque nomine et jure civili gaudeant perpetuo duraturo." *Böhmer*, Acta imp. sel. Nr. 457 S. 353, 34.

6 **1322**, Dez. 2. Herzog Friedrich („der Schöne") von Oesterreich erklärt „die burgman vnd die burger gemeynlichen zu Anwyler" [und zu Landau] „leddig alles des gelubdes vnd eyde, die sie im oder anders iemant von siner wegen gethane hetten." *Böhmer* a. a. O. Nr. 690 S. 481.

Zu Nr. XXXI. Ansbach. (S. 49.)

Vgl. jetzt auch: „Regesten zur Geschichte der Stadt Ansbach" (Abthl. I: Die vorzollern'sche Zeit von 750—1331) im *Jahresbericht* XXXIII des histor. Vereins von Mittelfranken, Ansb. 1865. 4⁰., Beil. VI S. 130—166.

Zu Nr. XXXIII. Apenrade. (S. 51.)

Einen neuen verbesserten Abdruck der stadtrechtlichen Quellen Apenrade's gibt P. G. *Thorsen*, Die dem Jütischen Low verwandten Stadtrechte für Schleswig, Flensburg, Apenrade und Hadersleben, herausgeg. auf Veranstaltung des königl. Ministeriums für das Herzogthum Schleswig, Kopenhagen 1855. 8⁰. Hier findet sich S. 213 — 30 das Statutum civitatis Apenradensis [nr. 1] und S. 153—75 die apenrader Skraa in lateinischer und plattdeutscher Sprache [nr. 2] mit einigen Anmerkungen S. 176—78. Vgl. dazu *Thorsen's* „Vorerinnerung" nr. 3 S. 57—75 und Chr. L. E. *v. Stemann's* Geschichte des öffentl. und Privat-Rechts des Hzgths. Schleswig Thl. I (Kopenhagen 1866. 8⁰.) S. 66, 200, 201. Nach ihm ist das s. g. Stadtrecht (nr. 1) von Apenrade nichts weiter als das daselbst erst in späterer Zeit angewandte flensburger Stadtrecht, „zwar „hin und wieder nach den localen Verschie„denheiten abgeändert, übrigens aber sich „jener Quelle völlig anschliessend, so dass „sogar im Eingange das Datum des Flens„burger Stadtrechts beibehalten und im Art. 90 „die für Apenrade ganz unpassende Gränzbe„stimmung „Brunsniss" aus dem Flensbur„ger Art. 88 aufgenommen ist."

Zu Nr. XXXVI. Arneburg. (S. 53.)

G. G. *Küster* „Von dem zu dem Amte Tangermünde gehörigen Städtlein Arneburg" in dessen Antiquitates Tangermundenses (1729) Abthl. III: Tangermündische Denkwürdigkeiten Cap. XII S. 167—77.

Dem Confirmationsbriefe Friedrich's II. v. 1441 (nr. 2) ging noch ein dieselben Bestandtheile umfassender Bestätigungsbrief des Markgrafen Johann von Brandenburg v. 15. Apr. 1431 voraus, welchen *Küster* a. a. O. §. III S. 168—72 mittheilt. Hierin findet sich nun als Transsumt das Priv. v. 1352 (nr. 1) S. 168—70. Desgleichen gibt die Schiedsurk. v. 1486 (nr. 3) *Küster* a. a. O. §. V S. 173, 74. Einzufügen ist noch das Regest:

1486, Apr. 21. Kurfürst Johann von Brandenburg bestätiget den Rathmannen, Gildemeistern und Bürgern seiner Stadt Arneburg „alle ire rechtikeyt vnd alle ire gute gewonheiten vnd alle ire lehen vnd alle ire brive", welche sie hierüber sowie über „erbe, eigen, pfantschafft vnd gute" haben. *Küster* a. a. O. §. IV. S. 173.

Zu Nr. XL. Aschaffenburg. (S. 60.)

Eine gedrängte Uebersicht von Aschaffenburg's Geschichte bietet jetzt A. *Schäffler* in der Bavaria Bd. IV Abthl. 1 S. 403—9.

Ueber die gewerblichen Zustände des Ortes im XIII. Jhdt. erhalten wir einige beachtenswerthe Aufschlüsse durch die alte „Heberolle" des Erzbisthums Mainz, mitgetheilt von H. A. *Erhard* in der (münsterischen) Ztschr. f. vaterländ. Gesch. und Alterthumskunde Bd. III (1840) Nr. I S. 54, 55. Hier heisst es:

„Hii sunt Reditus in Ascaffenburch. De Macellis in quibus Panis venditur libre V. sol. VIII. Quilibet pistor solvit in Septimana Panem I. Item de Macellis in quibus Caro venditur, libre II unc. VII. In Apoteca que sita est in Cimiterio sol. X. Mercatores de Selegenstat dant libram piperis. Apotecarii Ascaffenburgenses libram piperis. Item piscatores dabunt per III. dies in septimana pisces vel pro piscibus den. X. Item Thelonium Civitatis et Mogi. sed estimari non potest. Item quivis qui vendit Sal solvit Some-

rinum *) Salis. Item Mercatores pro Jure fori solvunt villicationi unc. IX. den. Item vicedominus habet per annum in Nundinis fori libras II. et habet sol. V. in Molendino. Item de Molendino in Ascafh maltra siliginis XXVI. Item in Carniprivio solvit quivis pistor pullum I. Molendina solvunt in Nat(ivitate) domini II. Wisungas" **).

Zu Nr. XLI. Aschersleben. (S. 61.)

Nach K. *v. Zittwitz*, Chronik der Stadt Aschersleben, das. 1835. 8°., ergeben sich folgende weitere Regesten:

6 **1304**. Graf Otto I. zu Aschersleben, Fürst von Anhalt, bestätiget den Schmieden seiner Stadt Aschersleben „libertatem quae vulgo dicitur Inighe", denselben dabei insbesondere die Abhaltung von drei Morgensprachen („matutinale colloquium quod vulgariter vocatur morgensprake") während des Jahrs, die Abwandlung ihrer „excessus" durch den „magister fori qui dicitur marketmeister" und die Errichtung neuer Gildestatute („nove constitutiones") mit Zustimmung des Letzteren und der Bürger gewährend. S. 83 *Beil.* 1.

7 **1304**. Derselbe gibt auch den Schneidern seiner Stadt Aschersleben Innungsrechte und bestimmt zugleich den Arbeitslohn für die verschiedenen Kleidungsstücke. (R.) S. 36, 37.

8 **1318**. Bischof Albrecht I. von Halberstadt verpfändet dem Rathe zu Aschersleben mit Willen des Capitels auf zwei Jahre das Schloss Askanien sammt Zubehör für 40 und 150 Mark brandenburgischen Silbers. (R.) S. 39.

9 **1322**, Jun. 7. Die Gräfin Elisabeth zu Aschersleben, des Grafen Friedrich von Orlamünde Hausfrau, weist Rath und Bürgerschaft von Aschersleben an, dem Dechanten und zweien Domherrn des Stifts zu Halberstadt zu huldigen, und erklärt erstere „ledich vnd los des lovedes vnd der huldinghe", welche sie vordem ihr geleistet hatten. S. 27, 28 *Beil.* 2.

Kurz vorher hatte die Gräfin der Gemeinde die Befugniss ertheilt, ihre Stadt zu befestigen. S. 39.

10 **1322**. Bischof Albrecht I. bestätiget den Bürgern von Aschersleben alle ihre städtischen Freiheiten und Rechte. (R.) S. 39.

11 **1322**. Derselbe und sein Capitel entscheiden, dass die Bürger zu Aschersleben von den blos umzugrabenden und keines Pfluges bedürfenden Aeckern an das Stift statt eines Zehents nur ein Rauchhuhn zu entrichten haben. (R.) S. 39.

1325, Jun. 29. Der Rath zu Aschersleben vergleicht sich mit dem Nonnenkloster allda über die Besetzung der Schulmeisterstelle. (R.) S. 39 Anmerk. 12

1326, Aug. 14. Die Städte Aschersleben und Quedlinburg vereinbaren unter sich ein Schutz- und Trutzbündniss auf zwei Jahre. (R.) S. 54. 13

1328. Die Rathmannen und Bürger von Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben schliessen ein Bündniss zu gegenseitiger Vertheidigung, worin insonderheit festgesetzt ist, wie viele Mann „vp orsen vnde vppe henksten" jede der drei Städte bei „enes orleges not, des sie sik irweren mosten", zu stellen habe. S. 90 *Beil.* 6. 14

1333. Bischof Albrecht III von Halberstadt verpfändet dem Rathe zu Aschersleben das Stättegeld der Wandschneider allda. (R.) S. 36. 15

1336. Der Rath zu Aschersleben kauft dem Bischofe Albrecht II. die städtische Orbede für 1000 Mark Silbers ab. (R.) S. 43. 16

1348, Mai 9. Bischof Ludwig von Halberstadt verspricht, Rath und Bürger von Aschersleben „by allem rechte, vryheit vnd wonheyt, also sie van aldere hebben gehad", bewahren und alle ihnen vom Bischofe Albrecht II. und anderen seiner Vorfahren, sowie von der „alden herscop der Ascherslevenˮ verliehenen Privilegien, desgleichen „de breve, de se den anderen steden Halberstad vnde Quedlingeborg ghegheven hebbet vnde beseghelt", aufrecht erhalten zu wollen, wofür jedoch auch die genannten Bürger dem Bischofe „truweliken denen vnd sin goddeshus by rechte laten scollen." Auf den Fall aber, dass Letzterer eine der drei vorerwähnten Städte „vorunrechtede", sollen deren Bürger „de breve ane sine vordechnisse eder sines goddeshuses ghebrucken, die sie vnder eynandern ghegheven hebben" [nr. 14], bis die Rechtskränkung aufgehoben sein würde. Endlich sichert noch der Bischof den Bürgern von Ascherschleben Verschonung mit unzeitiger Bekümmerung und Befrohnung am Gute von Seite seiner Vögte und Amtleute, sowie Schutz der über Jahresfrist im Weichbilde gesessenen Einwohner gegen Ansprüche aus der Hörigkeit zu —: „wiere ok, dat sie jenech man, he were wie he were gheystlik oder wertlick, weder recht eder erer alden wonheyt wolde budielen oder hoverecht eschen van vnsen vorscreven borghern, die jar vnde dach in vnser vorscreven stat ghesceten hedden vnd ghewonet hebben, des wille wie sie vor- 17

*) Simmer, ein Waaren-, namentlich Getreide-Maass. E. *Brinckmeier*, Glossar. dipl. II, 539ª.

**) „Wisunga", census. *Brinckmeier* a. a. O. II, 739ª.

dedinghen vnd by rechte behalden." S. 91, 92 *Beil.* 8

18 **1354**. Die Schwestern des St. Marienklosters zu Aschersleben bewilligen, dass die Bürgermeister daselbst in der Klosterkirche beigesetzt werden. (R.) S. 39.

19 **1364**. Bischof Ludwig überlässt die Juden in der Stadt Aschersleben und das allda von ihnen bewohnte s. g. Judendorf mit allen Rechten und Nutzungen, insbesondere einem Frohnzinse zu 12 Mark Silbers brandenburgisch, dem Stadtrathe daselbst, wofür ihm dieser 80 Mark gleicher Währung als Gegenleistung bereits abentrichtet hat. (R.) S. 40.

20 **1377**. Der Rath zu Aschersleben verkündet Satzungen über Pferdehandel, Flickschneiderei, fremde Krämer u. a. m. (R.) S. 41.

21 **1385**. König Wenzel ermächtiget die Aebtissin Ermgard von Quedlinburg zur Ernennung eines eigenen Landrichters über die drei verbündeten Städte Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben [nr. 14], welcher in des Kaisers und Reichs Namen alle Landfriedenssachen daselbst richten soll. S. 54, 55. [Vgl. unter dem Art. „Quedlinburg."]

22 **1400**. Fürst Otto von Anhalt-Bernburg verpfändet dem Rathe zu Aschersleben das Haus Warmsdorf bei Güsten. (R.) S. 41.

23 **1412**. Die Rathsgeschwornen zu Aschersleben beschliessen, „dass in der Rathswahl weder der Vater dem Sohn, noch der Sohn dem Vater, oder ein Bruder dem andern seine Stimme ertheilen dürfe, die Zehntner aber jährlich vor den Kirchenthüren schwören, auch keine Versammlung der Bürger geschehen solle, als zu denen Sachen, die Land und Leute betreffen." (R.) S. 37.

24 **1428**, Jan. 21. Jan von dem Berge bekennt, der Stadt Aschersleben („den borgermestern, radmann, innighesmestern, meynheitmestern vnd der gantzen gemeyne") für 600 gute rheinische Gulden „dat schulten amecht to Ascherslevens met aller rechticheit", wie er es zuletzt vom Bischofe zu Halberstadt „to rechtem lehne" besessen hatte, verkauft zu haben. S. 92, 93 *Beil.* 9.

Der Kaufcontract war noch im J. 1427 zu Stande gekommen, die bischöfliche Genehmigung jedoch erst 1428 erfolgt. S. 44.

25 **1436**. Der Rath und die Bürgerschaft zu Aschersleben vergleichen sich nach bestandener Zwistigkeit wegen des s. g. Wächtergeldes dahin, dass letzteres von den Bürgern nicht mehr erhoben werden solle. S. 46.

26 **1443**, März 26. Bischof Burchard von Haberstadt verkauft an die Stadt Aschersleben, durch die Noth seines Stiftes und grosse Schuldenlast gezwungen; „borch vnde vogedie vor der genanten stadt belegen, mit der nigenstadt darsulves, den dingkstoel vp den dingkbencken, dat gerichte over dem water vnde over den steynen, sine joden vnde jodendorp in der sulven siner stad, den molenhoff by der borch, dat dorp Vallersleve mit den woysten dorperen vnde dorpsteden Badenstidde, Nuwelitz, Daldorp, Erxleve, Sedorp, Wilsleve vnde Harxdorp mit allen rechtichheyden, freyheyden, tobehoringen, nutten vnde geneiten, welker hande de sin, an luden, an huseren, an höven, an tollen, an merketrechte, an vrontinsen, an stedegelde, vngerichte, beden vnde deinsten, renthen, tinsen, roekhoneren, tinshoneren, huven, ackeren, nutholten, rore, grase, wateren, weiden, vyscherien vnde watergengen, vnde dar to sine plicht van den innungen der koeplude, schomakere, bekere, knochenhavere, kremere, schrödere vnde der smede in der egenanten siner stadt, wo vnde wat der sin" — ausgenomen die althergebrachte Huldigungsbede — um 4000 Schock Groschen über denjenigen Pfandschilling, um welchen (nämlich von 552 Mark) bereits Bischof Ernst die vorstehenden Besitzungen und Gerechtsame der Stadt versetzt hatte. Gedruckt steht der s. g. **Burgkaufbrief** mit neudeutscher Uebertragung bei *v. Zittwitz* a. a. O. S. 85—88 (*Beil.* 3), 93—96.

1449. Der Rath zu Aschersleben erlässt eine Verordnung über die Arbeitspreise von Schneiderwaaren. (R.) S. 47. 27

1466. Derselbe verfügt ferner, dass künftig bei Erwerb des Bürgerrechts 3 *Schock* Groschen in die Stadtkasse *gezahlt werden* sollen. (R.) S. 47. 28

Zu Nr. XLVI. **Augsburg**. (S. 69.)

[a. Zur Literatur-Angabe.]

Hauptquelle für die äussere und innere Geschichte Augsburg's: Die **Chroniken der Stadt Augsburg** (herausgegeben von Fr. *Frensdorff* und M. *Lexer*), Bd. I, II Leipzig 1865, 66. 8⁰. [Der Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis in's 16. Jhdt. Bd. IV, V.]

Der erste Band enthält zwei anonyme Chroniken von 1368—1406 (1447) und von der Gründung der Stadt bis 1469, ferner die Chronik des *Erhard Wahraus* 1126 — 1445 (1462) und das Reimgedicht des *Küchlin* „von dem herkomen der stat zu Augspurg." Der zweite Band bietet die grosse Chronik

Burkard Zink's in IV Büchern 1368 — 1468.

Die eingestreuten Excurse betreffen zum Theile wichtige rechtshistorische Fragen, z. B. über die Einführung der Zunftverfassung (I, 129 flg.), über das Ungeld (I, 157 flg.), über die Forderungen K. Karl's IV. und Wenzel's an Augsburg der Juden wegen und über die augsburger Juden im XV. Jhdt. (I, 166 flg., II, 372 flg.), über die Entlassung aus dem Bürgerrechte (II, 388 flg.).

Eine kritische Uebersicht der „Geschichtschreibung und Literatur" über Augsburg enthält die Einleitung zu Bd. I S. XXXV — XLVIII.

Ausserdem sind den aufgeführten Schriften noch beizufügen: a) über das augsburgische Patriziat: P. *v. Stetten* (jünger) Geschichte der adelichen Geschlechter in der freyen Reichs-Stadt Augsburg (mit Urk.-Samml.), das. 1762. 4°. — b) Ueber die Juden in Augsburg: Geschichte der Juden in der Reichsstadt Augsburg, das. 1803. 8°. S. 12 — 18 und O. *Stobbe*, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters (1866) S. 83—88.

Die Resultate der Chroniken sollen nach vollendeter Herausgabe in einem umfassenden Nachtrage zum Art. „Augsburg" im Supplementhefte zum Codex vollständig verwerthet werden. Für jetzt mögen die wenigen nachstehenden Ergänzungen genügen.

[b. Zu den Regesten.]

Zu Nr. 1 S. 72[b]. Ein Abdruck der Justicia August. civ. v. 1156 findet sich auch in J. *v. Hormayr's* Rede „Ueber die Monumenta Boica", München 1830. 4°., Anmerk. S. 50—52.

Zu nr. 20. S. 77[a]. Ueber das augsburger Stadtbuch, insbes. sein Verhältniss zum Deutschen- und Schwabenspiegel s. jetzt auch O. *Franklin*, Beiträge zur Gesch. der Reception des römischen Rechts in Deutschland, Hannov. 1863. 8°., S. 55—61.

Zu nr. 54 S. 82[b]. Das wichtige Verfassungs-Statut v. 23 Aug. 1340 ist nun abgedruckt in den *Chroniken* Bd. I S. 129—31. (Die Darstellung des *Gassarus* zeigt einige Abweichungen.)

Zu nr. 69 S. 84[b]. Ueber die beiden etwas divergirenden Ausfertigungen des ersten Zunftbriefs s. *Chroniken* a. a. O. S. 132, 33.

Zu nr. 70 S. 85[a]. Ein berichtigter Abdruck des zweiten Zunftbriefs wird jetzt in den *Chroniken* a. a. O. S. 135—39 angetroffen.

Hiezu noch folgende neue, auf Urkunden-Abdrücken in den Chroniken beruhende Regesten:

1363, Nov. 22. Der augsburger Rath gibt ein Statut über Erhebung des Ungelds. I, 158 flg.

1373, Apr. 7. Kaiser Karl IV. gestattet der Stadt Augsburg die Einführung eines Ungelds. I, 160.

1374, Jan. 11. Derselbe weist die Augsburger bei Einziehung verbriefter Forderungen an die Hülfe Graf Eberhard's von Württemberg. I, 174.

1374, Jul. 14. Die Herzoge Stephan und Friedrich von Bayern schliessen mit der Stadt Augsburg einen Friedensvertrag. I, 177 flg.

1374, Dez. 11. Kaiser Karl IV. nimmt die Stadt Augsburg, welche wegen eines Judenvorfalls sich seine Ungnade zugezogen hatte, wieder in seine Gunst auf. I, 167 flg.

1397, Sept. 1. Der Rath zu Augsburg hebt das Ungeld für die Weinschenken auf. I, 161 flg.

1398, März 7. Derselbe ordnet wieder für die nächsten zwei Jahre die Erhebung eines Ungeldes an. I, 163 flg.

Zu Nr. L. **Bacharach**. (S. 94.)

Gute geschichtliche Notizen über Bacharach gibt L. *v. Büllingen* in Brewer's Vaterländ. Chronik der Rhein-Provinzen Jahrg. I (1825) S. 471—88, 549—51, 607—14, 678—87.

Drei den bacharacher Zoll betreffende Urkunden K. Ludwig's IV. von 1322, 1341 und 1343 finden sich jetzt in *Böhmer's* Acta imp. sel. Nr. 709, 799, 807 S. 490, 538, 544 abgedruckt.

Zu Nr. LIV. **Bahn**. (S. 102.)

Aus *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 20 — 24 füge ich nachfolgende Regesten bei:

1368. Herzog Barnim III. von Pom- 4
mern verträgt sich mit dem Johanniter-Orden „wegen Ueberlassung der Bede in Bahn."

1400. Die Bürger von Bahn verpflich- 5
ten sich, zur Sühnung des im Aufruhre von 1399 an dem Heermeister Detlef von Walmoden begangenen Todtschlags alljährlich 25 Gulden als s. g. Meistergeld an den Orden zu entrichten und an der Todesstätte ein Kreuz aufzustellen.

1480. Der Heermeister Richard von 6
der Schulenburg bestätigt der Stadt Bahn ihre Privilegien.

1481. Herzog Bogislaw X. von Pom- 7
mern confirmirt gleichfalls den Bürgern von

Bahn ihre Freiheiten und Rechte, indem er ihnen zugleich 10 Winspel Mühlenpachtzins aus der bahnschen Mühle zuwendet, sowie die Anlegung von Wind- und Wassermühlen, desgleichen Jagd und Fischfang auf fünf Seen gestattet.

8 **1483.** Derselbe überlässt käuflich für 400 Gulden dem Johanniter-Orden die letzten herrschaftlichen Gerechtsame, welche ihm (dem Herzoge) bisher noch in der Stadt Bahn zugestanden hatten, „nämlich den Zoll, die Bürgerhuldung und das Ablager."

9 **1487.** Derselbe gewährleistet endlich noch einmal dem genannten Orden den Besitz der Stadt Bahn.

Zu Nr. LIX. **Bamberg** (S. 106.)

Einen beachtenswerthen Abriss der Stadtgeschichte liefert K. A. *Muffat* in der Bavaria Bd. III Abthl. 1 S. 644—67. Vgl. auch K. *Schweitzer* „Miscellen zur bamberger Geschichte" im XXVIII. *Bericht* des histor. Vereins zu Bamberg (1865) Beil. III S. 78—84. Folgende Regesten sind nachzutragen:

38 **1355**, Jul. 22. Kaiser Karl IV. erneuert den Bürgern von „Babeberg" die Freiheit, dass „si furbaz von disem hutigen tag dhain wertlich richter noch dhein ambtman, waz gewaldes er hab, oder wie er genant sei, ouz der stat ze Babenberg, vmb welcherlaye sache daz sei, vnd ouch wer ir widersacher sey, fur sich ze gerichte laden oder furgetreiben sulle oder muge." *Schweitzer* a. a. O. S. 79—81.

39 **1433**, Mai 31. Kaiser Sigismund bestätiget der Stadt Bamberg auf deren botschaftliches Ansuchen das wörtlich eingerückte Privileg v. 23. Apr. 1431 [nr. 34], erklärend, dass „der egenante sein brieff [ordenung vnd gesetz] in allen seinen punkten vnd artikeln gantze krafft vnd macht haben solle." *Schweitzer* a. a. O. S. 82, 83. (Extr.)

40 **1446**, Oct. 25. Vierzig „teydingsleut" aus zehn Städten des Hochstifts sprechen in einer Streitsache zwischen dem Rathe und der Gemeinde der Stadt Bamberg — „von solicher zwitracht, spenn, spruch, irrsales, verhandlung, todslages des zuchtigers, aufleufs, zerung in ettlichen des rates heusern geschehen, auch von der ratglocken vnd sache wegen, so dann auferstanden vnd geschehen ist zwischen burgermeistern vnd rate der stat Bamberg auf ein vnd der ganzen gemeinde zu Bamberg auf die andern seiten" — nach ausführlich gepflogenen Verhandlungen, nachdem bereits am 17ten desselben Monats ein vorläufiger, gegenseitige Verzeihung und volle Straflosigkeit festsetzender „anlass" unter den Parteien erzielt war, ein hierauf basirtes Schiedsurtheil, wodurch auch der bis dahin suspendirt gewesene Rath wieder in seine Functionen eingesetzt wird.

Das umfangreiche Actenstück hat nach den beiden Exemplaren des königlichen und städtischen Archivs *Knochenhauer* im all. Berichte S. 107 — 38 [mit geschichtl. Vorbemerkungen S. 100—106] herausgegeben.

Zu Nr. LX. **Barntrup.** (S. 122.)

Zur Urk. v. 21 [nicht 22] Mai 1376 vgl. *Preuss* und *Falkmann*, Lipp. Regesten Bd. II (1863) S. 364, 65 nr. 1266. Barntrup ist übrigens wahrscheinlich immer ein bloser Flecken geblieben. Seine jedenfalls bis in das Mittelalter zurückreichenden Statute, polizeilichen und civilrechtlichen Inhalts, wurden 1568 durch den Grafen Hermann Simon von Pyrmont bestätigt und sind uns in dieser neueren Redaction noch erhalten.

Zu Nr. LXII. **Barth.** (S. 126.)

Vgl. jetzt auch *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 25—31, wo sich insbesondere die auf Besitzübereignungen an die Stadt bezüglichen landesfürstlichen Urkunden genau zusammengestellt finden.

Die Urk. v. 1255 [nr. 1] ist auch b. *Fabricius*, Urkk. z. Gesch. des Fürstenth. Rügen Bd. II Urk. Nr. LXII S. 37[b] abgedruckt. Vgl. dazu *dessen* Text S. 112.

Zu Nr. LXVI. **Bayreuth.** (S. 164.)

Eine gute Geschichtsskizze der Stadt gibt H. T. *Peetz* in der Bavaria Bd. III Abthl. 1 S. 559—68.

Zu Nr. LXXI. **Belgard.** (S. 176.)

Vgl. nun *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 32 — 38. Das Privileg v. 1299 [nr. 1] lautet in seinem Haupttheile:

„In nomine sancte et individue trinitatis Bugislaus (IV.), dei gratia dux Sclavorum et Cassubie, omnibus in perpetuum salutem. Actio temporalis citius cum tempore labitur, nisi scripture memoria vel lingua testium perhennetur, quia omnium habere memoriam magis divinitatis est quam humanitatis. Noscat igitur veneranda natio presentium et felix successio futurorum, quod nos de maturo consilio et heredum nostrorum unanimi cum consensu damus civitati nostre Belgarde jus Lubicense libere perfruendum. Libertamus etiam eandem civitatem agris cultis et colendis,

pratis, pascuis, paludibus, aquis et aquarum usibus, sylvis, nemoribus et arbustis, sicut intra civitatis terminos sita, more et consuetudine aliarum civitatum jus habentium Lubicense, et he mete in sequentibus diligentius exprimuntur. Preterea dicte civitatis incolas prorsus a datione *) thelonii Persanthe fluvii immunes fatemur absolvendo. Hanc vero libertatem dicte civitati donationis titulo concedimus libere in perpetuum possidendam." [Hieran reiht sich dann die genaue Angabe der „mete sive termini civitatis et silve, que vocatur Zuchen Worth" **), welchen Wald Bogislaw der Stadt zum Geschenk macht.] Der *Dähnert*'sche Abdruck gibt den Rechtsbrief als Transsumt einer Bestätigungsurkunde Herzog Erich's I. aus dem XV. Jhdt. Ob sie identisch ist mit dem von *Kratz* angeführten ungedruckten Confirmationsbriefe desselben Herzogs v. 1454, vermag ich nicht zu entscheiden.

Zu Nr. LXXII. Belgern. (S. 176.)

Die Urkk. unter nr. 2—5, 7, 8 finden sich abgedruckt in dem „Codex diplomaticus Monasterii Buch" (b. *Schoettgen* et *Kreysig*, Diplomataria et Scrippt. hist. Germ. Tom. II Nr. VIII p. 171 sq.) als Dipl. LXXX, CXXXVIII, CXLV, CLXXXIX, CCLVII, CCLVIII p. 203, 226, 229, 250, 294, 295.

In dem Statute für die „meister des erbarn hantwergks der lynenweber in der stadt zcu Belgern" v. 1467 (nr. 8) wird zunächst „ire innunge bestetiget", worauf Bestimmungen über die Aufnahmsgebühren; über die Vererbung des ganzen Werks auf das Kind und die Wittwe eines Meisters, welche letztere „ouch knappen setezen mag", jedoch bei Wiederverheirathung das Werk nicht dem neuen Gatten zubringt, so dass dieser es selbst gewinnen muss; über die Succession der Meisterstochter in das halbe Werk des Vaters; über Lehrknechte; über Leichenbegleitung; über die Busse bei versäumter Morgensprache; über die dem Abte an Johanni und in jedem Vierteljahre zu entrichtenden Abgaben, sowie über die Voraussetzungen des Eintritts in die Innung [„Ouch ob ymant yn öre innunge treten welde, der sal habin erbe vnde guter; ouch sullen sie keyne begernde ***) luthe noch vnertige †) art in ire innunge nicht nemen"] sich anknüpfen.

*) *D.* ratione.
**) *D.* Zachen Vocht.
***) Bettelnd.
†) Vielleicht: vnvertige?

Zu Nr. LXXXI. Berlin. (S. 181.)

In die Literatur-Angabe sind noch aufzunehmen: F. *Nicolai's* Beschreibung der königl. Residenzstädte Berlin und Potsdam, III Bände, Berl. 1786. 8⁰. A. B. *König's* Versuch einer histor. Schilderung der Residenzstadt Berlin seit den ältesten Zeiten bis 1786, V Bände, Berl. 1792 — 98. 8⁰. Fr. *Wilken* „Geschichte Berlin's", im berliner histor.-genealogischen Kalender auf das Jahr 1820 abgedruckt.

Zu Nr. LXXXIII. Bern. (S. 196.)

Vgl. jetzt Ed. *Wattenwyl von Diesbach*, Geschichte der Stadt und Landschaft Bern. Bd. I. Dreizehntes Jahrhundert, Schaffhausen 1867. 8⁰.

Zu nr. 1 S. 197 — 99. Gegen das Vorhandensein der Handfeste Herzog Berchtold's V. v. 1191 sowohl als gegen die Aechtheit der Handfeste König Friedrich's II. v. 1218 hat *v. Wattenwyl* in ausführlicher Erörterung Bedenken erhoben. In ersterer Beziehung spricht er sich (S. 14—16), freilich minder deutlich, als wünschenswerth, dahin aus: „Wir glauben daher, es gehe aus der Handveste mehr nicht hervor, als dass Herzog Berchtold der Stadt die Rechte und Freiheiten Freiburg's gegeben habe; darin bestand die ihm zugeschriebene Verleihung von jura et libertates. Das Instrument, welches Justinger anführt, mag vielleicht eine Abschrift der Freiburgerhandveste gewesen sein. Einzelne Verfügungen aber muss der Herzog wohl speciell für Bern gegeben haben, wie z. B. die Verleihung der Allmende und Waldung, das Maass der Hofstätten, des Marktes, der Zollsätze u. s. w.; diese Verfügungen waren vielleicht der Inhalt der rescripta, von welchen die Handveste spricht, können aber auch in den erwähnten jura et libertates begriffen gewesen sein."

Angehend dagegen das neuerlich auch von *Jaffé* und Th. *Sickel* angezweifelte Fridericianum v. 1218, so meint *v. Wattenwyl* [Anhang „Die Handveste von Bern" S. 353 —71], dass a. aus verschiedenen der Urkunde anhaftenden formellen Verstössen, z. B. dem Mangel des solennen Eingangs, der Auslassung des Kanzler-Namens, der Bezeichnung der bulla als „sigillum" u. s. w., ferner b. aus gewissen materiellen in den Zeugen-Personen und der Datirung gelegenen Gründen, desgleichen c. aus der Nicht-Erwähnung der Handfeste im priv. Wilhelmi v. 1254 (nr. 2), endlich d. aus dem Inhalte der ersteren, welcher Thatsachen als der Zähringer-Periode angehörig voraussetze, die

darin nicht stattgefunden haben können, die Unächtheit des Rechtsbriefes nothwendig hervorgehe; es dürfte daher das Document zum Zwecke seiner Vorlage bei König Rudolph I. Behufs der (auch wirklich erfolgten, nr. 5) Bestätigung etwa zwischen dem 29. Sept. 1273 und 15 Jan. 1274 nach einer nicht mehr auffindbaren Musterurkunde aus der Zeit König Heinrich's 1232—1234 angefertigt, und von Rudolph, wenn auch seiner Kanzlei die Entstehungsart kein Geheimniss gewesen, dennoch gegen die erbetene Confirmation, abgesehen von politischen Motiven, darum kein Einwand erhoben worden sein, weil der gesammte Inhalt des Machwerks doch immerhin ein in Wahrheit bestehendes Recht, theils auf dem jus Friburgense, theils auf herzoglichen königlichen und bürgergemeindlichen Satzungen, theils auf altem Landesherkommen beruhend, darstellte.

Ein neuer Codex diplomaticus Bernensis ist im Drucke begriffen; die daraus zu schöpfenden gewiss reichlichen Ergänzungen werden im Supplementhefte eine Stelle finden.

Zu Nr. LXXXVI. **Berncastel** (S. 205.)

In die Regestenreihe ist aufzunehmen:

3 **1310**, Jul. 14. König Heinrich VII. bestätiget seiner Stadt „Berencastel“ und vier weiteren Städten Saarburg, Billich, Meien und Montabaur — „ad instar dive memorie Rudolfi Romanorum regis nostri predecessoris, qui dicta opida libertavit, prout in litteris suis super hoc confectis [nr. 1] plenius vidimus contineri“ — all ihre Freiheiten und gewährt denselben „omnem immunitatem, qua imperatores et reges... consueverunt libertare,... ut omni jure honore et honesta consuetudine, quibus cetera nostra et imperii nostri opida muniuntur, gaudeant et utantur.“ Doch soll hieraus weder dem Erzbischofe Baldewin von Trier (welcher um diese Confirmation gebeten hatte) noch den Grafen von Lützelburg irgend ein Nachtheil erwachsen. *Böhmer*, Acta imp. sel. Nr. 612 S. 430, 31.

Zu Nr. XCIII. **Biberach.** (S. 208[b].)

Ueber die Geschichte Biberach's vgl. auch H. *Ostermeyer*, Kronik der vormals kaiserl. freien Reichsstadt Biberach, das. 1851. 8°.

Zu Nr. XCIV. **Bielefeld.** (S. 219.)

Eine gute Uebersicht der Stadtgeschichte gibt H. W. *Schubart*, Topographisch-historisch-statistische Beschreibung der Stadt Bielefeld, Das. 1835. 8., S. 3—45.

Zu Nr. XCIX. **Bischofstein.** (S. 231.)

Einige geschichtliche Notizen über die Stadt geben C. P. *Woelky* und J. M. *Saage*, Scriptt. rerum Warmiensium Bd. I (1866) S. 79 Note 61. Ausser den Urkk. v. 1385 Apr. 30 (nr. 2) und 1481 März 5 (nr. 3) wird hier noch einer Handveste des Bischofs Franz von Ermeland v. 26 Dez. 1448 gedacht.

Zu Nr. CXV. **Boitzenburg.** (S. 249.)

Die Urk. v. 1267 (nr. 1) steht jetzt auch in einer Verdeutschung aus dem Ende des XV. Jhdts. im *Meklenburgischen UBuche* Bd. II (1864) Nr. 1127 S. 335.

Zu Nr. CXVII. **Bopfingen.** (S. 254.)

Beizufügen ist:

1322, Oct. 20. König Ludwig IV. be- 15
stätigt den Bürgern von Bopfingen „von besunder gunst alle die recht vnd gnade, die in von alten iaren von kaysern vnd von chunigen an dem riche verlihen vnd behalten sein“, mit dem Bemerken: „Vnd ob ir in kurtzen iaren dar an icht bechrenchet seit zu holtze, zu wisen vnd zu aeckern mit gerichte, das vor vns nicht ergangen ist, wellen wir vnd gebieten euch, daz ir das in nutz vnd gewer wider bringet in den rechten, als ir es vor gehabt habt. Swer hintz euch dar vmb icht zesprechen habe, dem wellen wir ein recht tun.“ *Böhmer*, Acta imp. sel. Nr. 712 S. 492.

Zu Nr. CXVIII. **Boppard.** (S. 255.)

Die Anfänge der Stadt bespricht H. J. *Nolden* in den beiden Programmen: „Zur Geschichte der Stad Boppard“, Coblenz 1859—63. 4°.

Zu CXXIV. **Bräunlingen.** (S. 271[a].)

Nachzutragen sind:

1326, März 3. Graf Rudolph von 3
Hohenberg begnadet seine Bürger zu „Brulingen“ mit der Freiheit: „das wir noch dehain vnser erbe noch dehain vnser vogte noch nieman von vnseren wegen von in noch von dehainem irem kinde noch wibe noch von nieman, der in der vorgenantun stat ze Brulingen gesessen ist oder noch sessehaft wirt, niemer dehain hoptreht noch dehainen val nach ir tode nemen sullent suss noch so“, die Zusicherung hinzu-

fügend, dass die vorgenannten Bürger „in der gnade vnd in der vrihait beliben sullen", welche sie unter den Herzogen von Oesterreich bis dahin genossen hatten. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XX (1866) S. 33 nr. 7.

4 **1383**, Nov. 18. Graf Friedrich von Zollern verspricht als Pfandbesitzer der Stadt Bräunlingen, „den rat, die burger vnd die gemainde gemainlichen vnd alle, die zu in gehörent, getrulichen ze schirmend vnd su beliben ze lassend bi allen ieren genaden, frihaiten, rechten vnd gewonhaiten, als die selben von Brulingen von alter gehebt vnd herbraht hant." *Mone* a. a. O. S. 38 nr. 11.

Zu Nr. CXXV. **Brandenburg.** (S. 271.)

Ueber das Privileg v. 1170 (nr. 1) s. jetzt F. J. *Kühns*, Gesch. der Gerichtsverfassung und des Prozesses in der Mark Brandenburg Bd. I (1865) S. 180 flg.

Von dem „die Klinke" geheissenen brandenburger Schöffenstuhle (nr. 6 S. 274, 75) handelt ausführlich *Kühns* a. a. O. S. 110 flg. 235 und Bd. II (1867) S. 55–61, 308–10.

Zu Nr. CXXIX. **Braunsberg** in Ostpreussen. (S. 281.)

Ueber das Priv. v. 1280 (nr. 1) vgl. J. A. *Lilienthal*, Gesch. des Magistrats der Altstadt Braunsberg, das. 1842. 4⁰., S. 4. m. Note 2. (Im übrigen behandelt das fleissig gearbeitete Programm in seinem Abschnitte I „die Kuhr" nur die Entwicklung der Rathsverfassung seit dem XVI. Jhdt.)

Die Gründung Braunsberg's betreffend s. jetzt auch *Woelky* und *Saage*, Scriptt. rerum Warmiens. Bd. I S. 50, 51 Note 9.

Zu Nr. CXXX. **Braunschweig.** (S. 285.)

Von *Sudendorf's* Urkundenbuch z. Gesch. der Herzöge von Braunschweig sind Thl. IV, V (Hannov. 1864, 65. 4⁰.) erschienen. Für die Stadtgeschichte bemerkenswerth sind darin nur die Schutzbündnisse der Stadt Braunschweig mit den Herzogen von Sachsen-Lüneburg und Braunschweig v. 3 März und 31 Oct. 1381 [Thl. V Nr. 194, 195, 214 S. 238–40, 254], sowie die Urkunden über Verpfändungen an die Stadt, namentlich des Schlosses Wolfenbüttel 1370, 1372, 1373 [Thl. IV Nr. 16, 278, 323 S. 12, 193, 228], des Schlosses und der Stadt Schöningen 1371 März 30 u. Mai 1 [Thl. IV Nr. 147, 157 S. 97, 113] und der Schlösser Gifhorn und Fallersleben 1381 [Thl. V Nr. 217 S. 257]. Von den bereits extrahirten Urkunden findet sich der s. g. VIIte Huldebrief v. 1374 (nr. 38) sammt dem dazu gehörigen Huldigungs-Protokolle der Bürgerschaft in Thl. V Nr. 7, 8 S. 4–9 abgedruckt.

Zu Nr. CXXXI. **Bregenz.** (S. 308.)

Zur Literatur beizufügen: *Vorarlbergische Chronik*, oder Merkwürdigkeiten des Landes Vorarlberg, bes. der Stadt und Landschaft Bregenz, gesammelt von Kennern und Freunden des Landes, Bregenz 1793. 4⁰., S. 32–77; J. *Bergmann*, Ueber das Wappen der Stadt Bregenz und der vorarlbergischen Herrschaften, und über die Grafen von Montfort-Bregenz-Pfannberg, Wien 1852. 8⁰.

Ausserdem ist noch, vornehmlich um seines reichen Urkunden-Anhangs willen, das Werk von J. N. *v. Vanotti*, Geschichte der Grafen von Montfort und von Werdenberg, Belle-Vue 1845. 8⁰. hervorzuheben.

Das Regest nr. 3 ist, wie folgt, zu ergänzen:

1409, März. 29. Die Grafen Hugo und Ulrich (Vater und Sohn) von Montfort, Herrn zu Bregenz, verleihen den ihnen in der Theilung mit ihrem Vetter, dem Grafen Wilhelm von Montfort, „ze tail wordenen" Bürgern ihrer Stadt Bregenz, in Anerkennung der treuen und mannigfaltigen Dienste, insbesondere der im appenzeller Kriege [1]) bewiesenen Mannhaftigkeit derselben, verschiedene Gnaden und Freiheiten, dabei auch (im §. 5) das ihnen kurz vorher gewährte Steuer-Privileg [s. unten nr. 6.] in allen Punkten erneuernd. Der Hauptinhalt der Urkunde lautet:

„§. 1. Des ersten [haben wir den selben vnsern burgern vnd burgerinen die gnad getan], das vnser leut ab dem land wol in die statt varen mugent vnd in das gericht, vnd da vnser burger werden an vnser vnd vnser erben irrung vnd widerred; doch also, das sy hewslich das purkrecht allweg besitzent in der statt oder in dem gericht an geverd, als das yetz gat vnd begriffen ist mit den markhen. §. 2. Es mugent och dieselben vnser burger vnsre weib ab dem land, wie wir die habend, wol zu der ee nemen, vnd das in auch nach volgen sol alles ir gut vngeirt von vns vnd vnsern erben. §. 3. Wir tuegent in auch die gnad vnd gebent in die fryhait, das wir noch vnser erben noch nieman von vnsern wegen kainen vnsern burger noch vnser burgerinen an irem lib noch gut nit misshandlen sullen mit ge-

1) Vgl. über denselben *Vanotti* a. a. O. S. 168 flg.

walt, es sy dane vmb wol verschulden oder vmb frevel, den sy vor vns tetint oder vnsern vögten vnd amptleuten, es wer mit worten oder mit werkhen, das wissentlich wurd. §. 4. Vnd sollent auch wir noch vnser erben noch nieman von vnsern wegen kainen vnsern burger noch burgerinen nicht nöten noch zwingen, weder mit worten noch mit werkhen, das sy wibent oder mannent denn nach irem willen an geverd. §. 5. Als dann wir vorgenanter graf Haug vnd vnser vetter graf Wilhalm von Montfort, auch herre ze Pregentz, vor dem tail der statt mitteinander in baiden tailen vnsern burgern ze Pregentz die gnad vnd fryhait getan vnd geben habent, das sy funf jar sturfry sitzen sullen vnd darnach funf jar allweg yekliche jars hundert phunt haller ze geben vnd nit me, als das dann ir brief aigenlichen wiset vnd sait, den sy von vns baiden darumb inne hand, da bekennen wir graf Haug von Montfort vnd wir graf Vlrich sin sun für vns (vnd) vnser erben, das wir vnsern burgeren vnsers tails, die yetzend sind oder noch in kunftigen zeiten vnser burger wurdint ze Pregentz, die gnad vnd fryhait getan vnd geben habent, das sy vns (vnd) vnsern erben in denselben zehen jaren gar nutz ze stur geben sond, vnd dann hinfur nach denselben zehen jaren allweg vnd eweklich nicht mer ze stur schuldig sind ze geben noch geben sond denn jerlichen hundert phunt haller Costentzer münss an geverd vnd arglist. §. 6. Doch haben wir vns vnd vnsern erben vorbehept vnd nemlich vssgenomen, das die vorgenanten vnser (burger) all eweklichen hinfur nach datum des briefs, wenn sich ye sechs yar erloffent vnd vergangen habent, vns vnd vnsern erben oder vnsern vögten vnd amptleuten von vnsern wegen allweg sweren sullen, vns vnd vnser erben für ir recht erblich herren ze halten vnd vns truw sin, als ainr seinem rechten herren billichen tun sol, vnd ir lib vnd ir gut vns nit ze entfrömden an geverd; noch kain purkhrecht nyndert ze empfahen, noch kain puntnuss mit nieman ze machen, es beschech dann mit vnserm oder vnser erben gunst vnd gutem willen. §. 7. Wir gebent in och die gnad vnd fryhait, das sy aus richstetten oder herrenstetten wol burger innemen vnd empfahen mugent oder ander leut ab dem land, die vnser nit sind, auch wol ze burger innemen vnd empfahen, vnd das dieselben vns (vnd) vnsern erben sweren vnd hulden sullen als ander vnser burger vns vnd vnsern vordern von alter getan haben. §. 8. Doch ist in vssgenomen, das dieselben, wer die werint, das purkhrecht wider vffgeben vnd wider dannen varen mit irem leib vnd gut, wenn sy wellent, vnd auch irer aid ledig sullen sin, vngeirt von vns vnd vnsern erben vnd mengklichen von vnsern wegen, doch das sy dann die anzal[2]) gebint, so sy das purkrecht vffgend vnd dannen varen wend, was in dann vnser burger vffgesetzt haben, des wir in gewalt gebent, die anzal ze machen, wie sy wellent. Dasselb gelt sol vns vnd vnsern erben halbs gevallen vnd werden vnd vnsern burgern auch halbs.“

Nur Anfang und Schluss des Privilegs gab *Vanotti* a. a. O. Anh. Nr. 35 S. 580, 81; vollständig gibt dasselbe jetzt *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XVII (1865) S. 381—83.

Weiter sind folgende Regesten nachzutragen:

1379, Jun. 8. Die gräflichen Brüder Kon- 4
rad und Hugo von Montfort, Herren zu Bregenz, vereinbaren unter sich bei Gelegenheit einer Erbtheilung, dass die Stadt Bregenz sammt ihrem Gerichtsbezirke davon ausgenommen sein und beiden gemeinschaftlich („vnser beider rechtu gemaind vnd och vngetailt“) verbleiben solle. *Bergmann* a. a. O. Urk. G. S. 57, 58.

1408, Dez. 26. Die Grafen Hugo und 5
Wilhelm, gevettern“, von Montfort etc. ertheilen mit Zustimmung des Bruders des Letzteren, Graf Hugo's, welcher zur Zeit Pfandbesitzer der Stadt Bregenz, den Bürgern derselben um ihrer „grossen mue vnd arbeit“ willen, welche sie im appenzeller Kriege gehabt haben, fünfjährige Steuerfreiheit, mit der Bestimmung, dass sie nach Ablauf dieses Zeitraums während der folgenden fünf Jahre nicht mehr als jährlich 100 Pfund Heller zu entrichten schuldig seien, worauf der zuvor hergebracht gewesene Steuersatz wieder eintreten solle. *Vanotti* a. a. O. Nr. 33 S. 577, 78.

1409, Febr. 4. Graf Hugo und *sein Sohn* 6
Ulrich von Montfort etc. „dehnen obige Steuerfreiheit [nr. 5] für ihren Antheil an der Stadt Bregenz von fünf auf zehn Jahre aus und erklären, dass nach Verfluss der 10 Jahre die Stadt für immer nur 100 Pfund Steuer bezahlen dürfe.“ (R.) *Vanotti* a. a. O. S. 494 nr. 169.

1413, Aug. 24. König Sigismund be- 7
stätigt der Stadt Bregenz die ihr vom Könige Ruprecht [nr. 2] verliehenen Freiheiten. (R.) *Vanotti* a. a. O. S. 495 nr. 177.

1415, Sept. 6. Die Grafen Hugo und 8
Wilhelm (Onkel und Neffe) von Montfort etc. errichten unter sich einen, insonderheit auf „Bregenz die burgk vnd Bregenz

2) Abfindungssumme. (*Vanotti.*)

die statt" sich erstreckenden Burgfrieden. *Vanotti* a. a. O. Nr. 38 S. 585—87.

9 **1422**, März 27. Die Grafen Hugo von Montfort-Bregenz, „maister sant Johanns ordens in Tütschen landen", vnd Hugo von Montfort-Bregenz-Pfannberg, Ersterer im Namen seiner Nichte Elisabeth von Nellenburg handelnd, verzeichnen und gemarken den Burgfriedkreis von Schloss und Stadt Bregenz, sich gegenseitig die Zusicherung gebend, dass man sich zwanzig Jahre lang genau an diese Markung halten wolle. *Bergmann* a. a. O. Urk. N. S. 64—66.

10 **1424**, März 12. Die Markgräfin Elisabeth von Hochberg „geborn von Montfort vnd frawe ze Bregenz", des Grafen Wilhelm Tochter, bestätigt und erneuert den Bürgern ihrer Stadt Bregenz die im Freiheitsbriefe v. 1409 (nr. 3) enthaltenen Zugeständnisse [3]), mit der beigefügten „Verhaissung", im Falle etwaiger Ueberlassung der Stadt in andere Hände dahin wirken zu wollen, dass die neue Herrschaft den Bürgern „die obgedachten gab, gnad vnd frei hait der allerersten mit brieven vnd andern nach irer notdurfft confirmieren, vestigen vnd bestättigen solle", sowie sich anheischig mache, dieselben „bei allen iren freihaiten, gueten rechten vnd gueter gewonhait bleiben ze lassen." *Vanotti* a. a. O. Nr. 40 S. 588—90.

11 **1429**, Dez. 30. König Sigismund ermächtiget die Grafen Hermann und Stephan von Montfort etc., in ihrer Stadt Bregenz, sowie in ihren übrigen Gerichten, Stock und Galgen zu errichten und den Blutbann auszuüben. (R.) *Vanotti* a. a. O. S. 499 nr. 202.

12 **1437**, Jul. 25. Graf Stephan II. von Montfort etc. bestätiget als Vormund über die drei minderjährigen Söhne Graf Hermans († 1434), Herman, Georg und Johann, der Stadt Bregenz auf Bitten ihrer Bürger das grosse Privileg v. 1409 (nr. 3) in allen Stücken. [R.] *Mone* a. a. O. S. 384.

13 **1442**, März 13. König Friedrich III. verleiht dem Markgrafen Wilhelm von Hochberg und den Grafen Hermann II., Georg I. und Johann I. von Montfort etc. den Blutbann in ihrer Stadt Bregenz und in allen ihren Gerichten, wo sie ihn bisher ausgeübt hatten. (R.) *Chmel*, Reg. Frid. S. 54 nr. 468.

14 **1442**, März 16. Derselbe confirmirt die Privilegien der vorgenannten Herrn, sowie die Freiheiten der Stadt Bregenz. (R.) *Chmel* a. a. O. nr. 469.

1451, Aug. 26. Markgraf Wilhelm von Hochberg zeigt dem Ammanne, den Richtern und den Bürgern in dem seiner Gemahlin Elisabeth von Montfort gehörigen Theile der Stadt Bregenz sowie den Gerichten in dem Hofe zu Staig, Lingnau und Albertschwende an, dass seine eben genannte Gemahlin diese Gebietsstücke sammt der Herrschaft Hohenegg an Herzog Sigismund von Oesterreich verkauft habe, weswegen dem Letzteren auf sein Begehren zu huldigen sei. (R.) *Vanotti* a. a. O. S. 508 nr. 251 (m. Text S. 179). 15

1474, Jul. 26. Graf Hermann II. von Montfort, Herr zu Bregenz, bestätigt „den burgern vnd mitbannern in sinem tail der statt Bregenz" alle von ihm vnd seinen Vorfahren herrührenden Freiheiten, und zwar zum Danke für einen von der Bürgerschaft Behufs der Deckung dringender Schulden empfangenen Geldvorschuss. (R.) *Vanotti* a. a. O. S. 515 nr. 295. 16

Zu Nr. CXXXII. **Breisach.** (S. 308.)

Der Literaturnotiz ist beizufügen: A. *Coste*, Notice historique et topographique sur la ville de Vieux-Brisach, Mulhouse 1860. 8°.

Zu Nr. CXXXIV. **Bremen.** (S. 313.)

Von *Ehmck's* „Bremischem Urkundenbuche" ist des I. Bands 3te Lieferung (1865) ausgegeben worden, von 1233 bis 1257 reichend. Von den im Codex verzeichneten Urkunden finden sich im bemerkten Hefte abgedruckt:

nr. 23. die s. g. Gerhard'schen Reversalen — — — Nr. 234 S. 269—73. [*Ehmck* schliesst sich bezüglich der Aechtheit der Urk. Donandt an.]

nr. 24 — — — Nr. 240 S. 279, 80.

nr. 25 — — — Nr. 254 S. 295. [Vom 19, nicht 17 Aug.]

nr. 26 — — — Nr. 255 S. 295, 96.

nr. 27 — — — Nr. 260 S. 300, 301. (Extr.) Der Vertrag ist lediglich eine fast wörtliche Wiederholung des Vertrags der Grafen Otto und Johann von Oldenburg v. 2. Oct. 1243 Nr. 223. S. 258, 59.

nr. 28 — — — Nr. 264 S. 304—6.

nr. 29 — — — Nr. 265 S. 306 — 9. [Vom 21, nicht 19 April.]

Zu Nr. CXXXVI. **Breslau.** (S. 351.)

Zu nr. 2 S. 352[b]. Dass das hier erwähnte „jus Teuthonicum" schon das magde-

3) Dasselbe wiederholt ihr Gemahl, Markgraf Wilhelm von Hochberg, 1431 in seinem und Elisabeth's Namen.

burgische Recht gewesen, dieses also nicht erst 1261 [nr. 3] an Breslau verliehen worden sei, beweist der krakauer Fundationsbrief v. 1257, worin gesagt wird: „eo jure eam locamus, quo et wratislaviensis civitas est locata, ut non, quid ibi fit, sed quod ad magdeburgensis civitatis jus et formam fieri debeat, advertatur.“ [*Bischoff*, Oesterreich. Stadtrechte S. 56.] Vgl. F. *v. Martitz*, Das eheliche Güterrecht des Sachsenspiegels (1867) S. 32 Note 56.

Zu nr. 54 S. 365ᵇ. Die LA. „*proscriptorum*“ ist die des Originals. (*Grünhagen.*)

Zu nr. 60 S. 366ᵇ. Die Urk. v. 1337 ist jetzt edirt von *Grünhagen* in der Ztschr. des Vereins f. Gesch. u. Alterth. Schlesien's Bd. VI. Heft 2 S. 373, 74. Danach war der abgeschaffte Eid nicht den Gläubigern, sondern den Erben als Schuldnern obgelegen — : „juramentum, quod post obitum parentum, vulgariter noch totir hant dictum, heredes eorum conventi judicio pro debitis, sii iidem heredes tale negaverunt debitum, sex sibi assumptis testibus pro eodem debito facere contingebat . . . presentibus revocamus.“

Zu nr. 61 S. 366ᵇ. Die Urk. gehört in das Jahr 1336. (*Grünhagen.*)

Zu nr. 69. S. 367ᵇ. Das Datum muss: Sept. 24 lauten. (*Grünhagen.*)

Zu nr. 72. S. 368ᵃ. Datum: Juni 2. (*Derselbe.*)

Zu nr. 74, 75, 78 (Dez. 3) S. 368, 69. Die 3 Urkk. gibt auch *Boczek - Chytil*, Cod. dipl. Moraviae Bd. VII S. 334, 378, 413.

Zu nr. 84 S. 370ᵃ. Die Urk. steht nun b. L. *Oelsner*, Schlesische Urkunden zur Geschichte der Juden im Mittelalter, Wien 1864. 8⁰., Nr. 6 S. 50, jedoch mit Weglassung des den Stadtzoll betreffenden Theiles.

Zu nr. 78 (*b*) S. 383. Die Geschichte der gräuelvollen Judenverfolgung v. 1453—55 erzählt ausführlich *Oelsner* a. a. O. S. 37 42 und theilt im Anhange mehrere wichtige hierher bezügliche Urkunden mit, namentlich zwei Erlasse von Wladislaus v. 22 Mai 1453, Anerkennung der vom breslauer Rathe getroffenen Massregeln gegen die Hostienschänder (Nr. 33 S. 76, 77) und v. 24 Juli 1453, die Auslieferung der Juden und ihrer Habe an die königlichen Sendboten (Nr. 35 S. 78—80) betreffend, sowie das „instrumentum inventarii“ über die in 7 Judenhäusern confiscirten Gegenstände v. 5—7 Mai 1453 (Nr. 36 S. 80—83).

Ausserdem bietet *Oelsner* noch zahlreiche weitere auf die breslauer Judenverhältnisse (z. B. Aufnahme der Juden in die Stadt, Gemeinde-Einkünfte von denselben etc.) bezügliche Actenstücke und eine Reihe von Schutzbrief-Formularien. Nr. 1—5,9, 12—16, 20—23, 25—29 S. 46—94, 52—60, 63—72.

Einen Nachtrag dazu (3 Rechtsbriefe König Johann's v. 1341, 1342, 1350) liefert *Grünhagen* in der all. Ztschr. a. a. O. S. 375, 76.

Zu Nr. CXXXVIII. Brieg. (S. 389.)

Aus der trefflichen Regesten-Sammlung von Rob. *Rössler* „Urkunden Herzog Ludwig I. von Brieg“ in der Ztschr. d. Vereins f. Gesch. u. Alterth. Schlesiens Bd. VI (1864) Nr. I S. 1—96 ist nachzutragen:

1369, Sept. 3. Die Müller zu Brieg verpflichten sich vor dem Herzoge und Rathe, ihre Wehre bei einer Strafe von 4 Mark in der Höhe erhalten zu wollen, welche die davor angebrachten Pfähle haben. S. 75 nr. 682.

1377, Jul. 6. Herzog Ludwig I. verfügt mit Einwilligung des Raths, der Geschwornen, der Aeltesten und der Handwerksmeister in Brieg, dass die Zahl der Brodbänke daselbst von 65 auf 42 reducirt werden soll. S. 90 nr. 824.

1380, Mai 17. Der brieger Rath verkündet ein vom Herzoge Ludwig I. den Kammerherrn und Gewandschneidern in der Stadt verliehenes Privileg, wonach dieselben an den Jahrmärkten ihre Kammern frei behalten sollen und ohne ihre Erlaubniss an den Vorderwänden dieser Buden Niemand Gewand feil haben darf. S. 95 nr. 868.

Die Urk. v. 21 Mai 1363 (nr. 37 S. 395ᵇ) ist die vom Herzoge Ludwig I. gegebene schiedsrichterliche Interpretation eines vom Herzoge Boleslaus III. verliehenen Privilegs. (*Rössler* a. a. O. S. 54 nr. 488.)

Ausserdem betreffen die nicht sehr zahlreichen specifisch - briegischen Regesten bei *Rössler* blos: Abrechnungen zwischen dem Herzoge und Stadtrathe, Dispositionen über verschiedene landesfürstliche Stadteinkünfte (Steuern, Zölle), Bestätigung der neu gewählten Rathleute, Nachlass an Zins zu Gunsten der Stadt, Genehmigung von Güter- und Renten-Veräusserungen brieger Bürger, Verhältnisse einzelner Juden u. s. w.

Zu Nr. CXLI. Bromberg. (S. 403.)

Vgl. L. *Kühnast*, Historische Nachrichten über die Stadt Bromberg, das. 1837. 8⁰. und bes. H. *Wuttke*, Städtebuch des Landes Posen, Leipz. 1864. 4⁰., Geschichte S. 274—86.

Der Casimirs'che Rechtsbrief v. 1346 findet sich jetzt b. *Wuttke* a. a. O. Cod. dipl. Nr. XXIV. S. 24—26 abgedruckt. Nachzutragen sind folgende Regesten:

2 **1425**, Mai 22. Der „magister civium" und die „moderni et antiqui consules" sowie „scabini et jurati civitatis Bydgostiensis" geloben dem Könige Wladislaus II. Jagello von Polen, dass sie nur ihm und seinen Kindern getreu sein wollen — „et nulli alteri fideles esse volumus." *Wuttke* a. a. O. Nr. LI S. 50.

3 **1425**, Jun. 13. König Wladislaus II. erneuert seinen Bürgern von Bromberg, nachdem sie bei einer Feuersbrunst alle ihre Privilegienbriefe eingebüsst, das Casimirianum v. J. 1346. [nr. 1.] *Wuttke* a. a. O. Nr. LIV. S. 51.

4 **1484**, Dez. 17. König Casimir IV. von Polen bestätigt der Stadt Bromberg das Privileg v. 1425 [nr. 3] unter Hinzufügung neuer Zugeständnisse, betreffend Jahr- und Wochenmärkte, Fleischhandel und Gütertransport auf der Weichsel. *Wuttke* a. a. O. Nr. LXIX S. 66, 67.

5 **1487**, Dez. 21. Der Starost Andreas von Kosczieleoz zu Bromberg genehmigt die ausführlichen Statute der Schiffer-Gilde („fraternitas nautarum") daselbst. *Wuttke* a. a. O. Nr. LXXII S. 70—73.

Zu Nr. CLII. Bruneck. (S. 426.)

Die Urk. nr. 3 v. 1371, Oct. 4 (nicht 1) theilt jetzt nach dem Originale *Ficker* in *Böhmer's* Acta imp. sel. Nr. 871 S. 586—88 mit.

Zu Nr. CLIX. Buchsweiler. (S. 435.)

Das Privileg K. Albrecht's I. v. 1301 findet sich jetzt abgedruckt: *Böhmer*, Acta imp. sel. Nr. 557 S. 405.

Zu Nr. CLXI. Budweis. (S. 435b.)

Beizufügen ist das Regest:

5 **1296**, Aug. 25. König Wenzeslaus von Böhmen verleiht dem Sohne seines Münzmeisters Klaritz, Nicolaus, das schon von seinem Vater besessene Stadtrichteramt zu Budweis mit den dazu gehörigen Rechten („judicium civitatis nostre Budivoyz ... cum juribus omnibus ad idem judicium spectantibus") zu erblichem Besitz. *Millauer*, Budweis S. 23, 24.

Zu Nr. CLXIII. Büdingen. (S. 437a.)

G. *Simon*, Die Geschichte des reichsständischen Hauses Ysenburg und Büdingen, Bd. 1 (Frankf. a. M. 1865. 8°.) S. 96 flg. Fr. *Thudichum*, Rechtsgeschichte der Wetterau, Bd. I (Tübingen 1867. 8°.) S. 15—21, 336—38. Vgl. auch G. *Thudichum*, Geschichte des Gymnasiums in Büdingen, nebst Nachrichten von dem dortigen Kirchen- und Schulwesen überhaupt, Büd. 1832. 8°., S. 107 flg.

Das aufgeführte Regest ist, wie folgt, zu ergänzen:

1353, Apr. 22. Heinrich von Ysenburg, Herr zu Büdingen, setzt für 1
seine Bürger daselbst die jährlich zu entrichtende Schatzung fest, verfügt, wie es in Ansehung der städtischen Wächter und Pförtner, der Instandhaltung der Brücken und Thore, der Aufnahme neuer Bürger, sowie der Verheirathung von Kindern ausserhalb des Landes gehalten werden solle, reservirt sich seine Jurisdictions- und Weinschenkgerechtsame, und fügt endlich noch einige Bestimmungen im Betreffe seines Hofes Wächtersbach hinzu:

„Wir Hennrich van Ysenburg, herre zu Budingin, bekennen offinlich an desim geinwertigin brife fur vnz vnd alle vnsir erbin, die wir ytzunt han vnd noch gewinnen, vnd duen kunt allen luten, die in lesint odir horint lesin, daz wir mit rade vnsir frunde gefriet han vnd frien mit desim vnsirm offenen briefe vnser burger gemeinlichin, die in vnsir statt Budingin gesessin sint, also daz die selbe vnsir friehett werin sol eweclichin noch gifte desiz briefiz, vnd sollint vnsir vorgenantin burger vnz vnd vnsirn erbin gebin alle iar achzig phunt heller gengir vnd gnemir werunge; der sollint sie vnz gebin virzig phunt vffe sente Walpurge dag vnd die andire virzig phunt heller vffe sente Mertins dag jerlichin ane virzichin vnd ane widirrede. Vnd ensollen wir noch vnsir erbin noch nyman van vnsirn wegin die egenantin vnsir burger nit hoer beden, schatzzen noch nymmir gedrangin eweclichin, ane allerleye argelist vnd ane alle geverde, ane alz vil, als her noch stett geschribin, also mit namin, daz die vorgenantin vnsir burger sollin haldin eweclichin zwene wechter vffe der muren der stat Budingin, vnd zwene ewige portener, die allewege sollin sitzzin vffe den portenbruckin daselbiz, vnd sollin die selbin portener ir yglichir alle nachteglich eyn halbe nacht wachin, eyner fur der ander noch, also daz alle nacht eweclich vier wechter sollin wachin vffe den muren der vorgenantin stat Budingin, ane widirrede vnd ane alle geverde. Wer is ouch sache, daz wir oder vnsir erbin krig gewonnen vnd van vientschefte wegin besorgit werin, so sollin vnsir burger vorgenante vnsir vnd ire statt fordirlichir bestellin mit wachin vnd mit huden, ane geverde, also alz[1]) sie die

1) S. das.

egenantin statt wellin bewarn vnd gedenkin zu behaldin. Ouch sollen sie buwelich haldin ire bruckin vnd rygele [2]) alz verre, alz die vzzirn grabin begriffin han vnd alz sie biz daher gedan han. Bescheez ouch, daz wir mit rade vnsir frunde eyne nuwe frieheit begriffin vzzewendig den zihebruckin, vnd die befridtin, wanne daz geschee, so sollint die, die in der frieheit sitzzin, vmme sich befridin vnd buwelich haldin rigele vnd bruckin, die vzzewendig in sin, vnd sollen vnsir burger in der stat Budingin da mide nit han ze schickin. Iz ensollin ouch die vorgenantin vnsir burger keinen vnsern armen man, der in vnsirm gerichte Budingin odir andirs in vnsirm dinste sitzzit, in ire burgerschaft noch in die muren (von) budingin ziehin ane vnsir wort vnd ane vnsirn willin. Andirs mugint sie zu burgern enphahin, wen sie wollint, dez sie geniszin mugint, vnd sal daz sin ane widirrede vnd ane allen zorn vnsir vnd allir vnsir erbin. Wir gebin ouch vnsir virhangnizze dar ubir vnd vnsirn guden willin, daz die vorgenantin vnsir burger, die in der stat Budingin gesessin sint, mugint vnd sollint ire kint beradin, war [3]) sie wollint vnd gut dunkit, also daz sie ire kint mit irin gemehelin widir bie vnz ziehint vnd wanhaftig machint, daz sie durch ir viraudirn vnz nit entfremdit werdin. Ouch sollin wir vnd vnsir erbin vnsir gebot vnd gerichte behaldin eweclich [4]), als gewonlich vnd recht ist, ane geverde. Wir mugin ouch alle iar schenkin vier fudir winz ane widirrede der vorgenantin vnsir burger, vnd ensal vnz dar ane nyman mit keynem schenkin irren alz lange, alz die vorgenantin vier fudir zu zappen geen vnd vnvirschenkit sin, ane geverde. Weldin abir wir odir vnsir erbin dar vbir me schenkin, so endorfin vnsir vorgenantin burger dar vmb nit vngeschenkit lazzin. Wer iz ouch, daz wir die vier fudir winz, alz furgeschribin ist, vffe eyn iar nit alle verschenktin, daz mugen wir lazzin vnd ensollen wir [5]) vnz dez vffe daz ander iar nit irholen. Weldin wir ouch einen hobeman setzzin in vnsirn hob Wechtirsbach, der sine eygene pert hette, der solte wachin vnd farin zu wegin, zu rigeln vnd zu stegin, gliechir wiz alz andire vnsir burger; andirs ensol her keine bede gebin vnd frie sitzzin, vzzewendig den stuckin, alz fur ist benennit. Auch ensollen wir keinen gesessin burger zu Budingin in den vorgenantin hof zu keinem hobemanne setzzin. Alle diese vorgeschribin rede vnd artikil vnd ir yglichin besundir globin wir fur vnz vnd alle vnsir erbin stede vnd feste ze haldin von wortin zu wortin, in alle wiez, alz die vorgeschribene frieheit begriffin vnd virfassit ist, ane allerleye argelist eweclichin vnd ane alle geverde. Vnd han wir dez zu sicherheit vnd ewigin orkunde vnsir eygin ingesigil fur vnz vnd alle vnsir erbin an desin brief gehenkit. Actum et datum feria secunda proxima ante diem beati Georgii martiris, anno domini millesimo trecentesimo quinquagesimo tertio [6])."

2) Fallgatter.
3) S. wi.
4) Fehlt bei S.
5) Fehlt bei S.

Mitgetheilt nach dem Originale [7]). Mit der das Privileg ebenfalls enthaltenden Revers-Urkunde der Stadtgemeinde v. 4 Mai 1353 abgedruckt b. *Simon* a. a. O. Bd. III: „das Ysenburg- und Büdingen'sche Urkundenbuch" Nr. CL S. 151—53.

Beizufügen sind noch folgende Regesten:

1330, Jul. 26. Kaiser Ludwig IV. bewilligt dem edlen Manne Luther von Ysenburg für dessen Stadt Büdingen einen Wochen- und einen Jahrmarkt mit derselben Freiheit, wie sie des Reichs Stadt **Gelnhausen** besitzt, sowie das Recht, zwölf Juden in seinem Lande zu haben: — „erlauben, einen wochenmarkt zu haben in seiner stadt zu Budingen an dem montage, *vnd* haben ime auch von besondern gnaden daselbst erlaubt, ein iarmarkt zu haben, der sein soll iarlich vor sant Remigijtage, zwen tage vor vnd zwen tage nach, vnd wollen auch, das dieselb stadt Budingen mit dem wochenmarkt vnd iarmarkt freyung vnd recht habe in aller der maisse, als sie hat *vnser* vnd des reichs stadt **Geylnhusen**." *Simon* a. a. O. Nr. CIX S. 109. 2

1360, Sept. 7. Heinrich von Ysenburg und dessen Gemahlin Adelheid, desgleichen Beider Sohn Johann sammt seiner ehlichen Hausfrau Sophie bestätigen den Bürgern in ihrer Stadt Büdingen alle denselben über ihre „fryheyd, satzunge, gunst vnd gnade" gegebenen Briefe; versprechen, sie dabei „vnvirbrochen blyben" zu lassen, sowie „getruwelichen vnd ernstlichen mit 3

6) Angehängt ist eine Erklärung Johann's von Ysenburg von demselben Tage, worin er gelobt, alle „vorgenante frieheit stede vnd feste haldin" zu wollen.

7) Eine Abschrift desselben sowie weiterer büdinger Urkunden [nr. 3, 4, 5] verdanke ich der besonderen Güte des Herrn Prof. Dr. Fr. *Thudichum* in Tübingen.

allir moige zu virantworten, hanthaben, schuren vnd schirmen", und fügen endlich noch die Zusicherung bei: „vnd als wir in disem jare, als disir brief ist gegeben, durch kryg, schult vnd ehafte noid van vnssn egenannten burgern eyne sture haben genommen, des en sal yn odir yren erben vnd nachkommen van vns vnd allen vnssn erben vnd nachkommen vmmer ewiglichen nümmer keyn noit ine geschên. Weris auch, das vnsir egenannte burger yrgen an eynchen steden, wo das were, vmb vnsser rechten wissentlichen schuld gephant vfgehalden odir gekommert würden, vsgescheyden dy vns widdir reht krygen, burnen, morden odir rauben odir stelen, da van sollen wir sy quityen vnd entheben sundir argelist vnd ane alle geferde." [Nach dem Originale.]

1390, Jul. 22. Johann Herr zu
4 Ysenburg-Büdingen und sein Sohn gleichen Namens verleihen ihrer „Nuwenstad" zu Büdingen und den Bürgern daselbst innerhalb des näher beschriebenen Umkreises gleiche Rechte mit den Bürgern in der „aldinstad", dabei noch insbesondere bestimmend: a) dass die Neustadt-Bürger der Herrschaft „yerliche dyenen vnd geben soln nün vnd zwentzig guldin gueder gnemer werunge zu zweyn getzyden", nämlich 14 Gulden zu Walburgis und 15 zu Martini; b) dass sie keinerlei der Herrschaft „zu dinste gesessene" Personen, vornehmlich arme Leute und Bürger, zu „mydeburgern enphahen" dürfen, sonst aber ungehindert seien, „waz by sy ziehen wil, ynzunemen"; c) dass ihnen obliege, „ir porten brucken vnd slege buwelich zu halden" und, wie in der Altstadt, Wächter aufzustellen, überhaupt „sich selbst zu befriedin nach ir vermagde"; d) dass „eyn thurnhuder, eyn becker vnd eyn leuffer yn der burg, abe dy by yn geseszin sin, yris geschoszes vnd alles dinstis fry sin" sollen; endlich e) dass Gerlach Guntz, obwohl in der Stadt ansässig, doch sammt seiner Habe in der Herrschaft „bede vnd dinst gehore", gleich anderen ihren „armenludin." [Nach dem Originale.]

5 **1428**, Dez. 21. Dietrich von Ysenburg und seine Gemahlin Elisabeth von Solms freien die Bürger ihrer Städte Alt- und Neu-Büdingen um ihrer willigen Dienste und Treue willen, unter Erneuerung der in früheren Privilegien (nr. 1, 4) enthaltenen Bestimmungen und Vorbehalte, betreffend den herrschaftlichen Weinschank, die Stadtbewachung und Instandhaltung der Pforten, Mauern und Brücken, sowie die Bürgeraufnahme, nun weiter dahin, dass a) dieselben und ihre Nachkommen „keyn geschosze adir bede geben sullen", während es in Bezug auf „gerichte, busze, frebel vnd folge" bei dem Herkommen sein Bewenden habe; und b) dass die Büdinger für „vngelt zolle vnd wegegelt" künftig höchstens den Gesammtbetrag von 60 Gulden, halb Martini halb Walburgis, zu entrichten brauchten, wobei jedoch wieder beschränkend hinzugefügt wird: „were esz ouch sache, daz die burgere, die ytzund sin adir hernachmals werden, eynche gude keufften adir yne wurden yn vnsse dorffe vnd gerichte, die burger, die dy gude also keufften adir yne wurden, die sullen von den guden in den gerichten ire bede geben." [Nach dem Originale.]

1462, Apr. 30. Graf Ludwig von 6
Ysenburg und seine Gemahlin Maria von Nassau wiederholen ihren Bürgern zu Büdingen den Rechtsbrief v. 1428 [nr. 5], worüber letztere einen, die gesammte Urkunde in sich einschliessenden Revers ausstellen. (R.) *Simon* a. a. O. S. 153.

Büdingen's Entstehung weist uns auf das seit 1219 urkundlich hervortretende „castrum Budingen" hin, dessen Besitzer die bereits 1131 erwähnten „domini de Budingen" waren. Der Mannsstamm dieses edlen Geschlechts starb jedoch um 1247 aus, und nun vererbte sich die Herrschaft („dominium") Büdingen, welche ausser dem gleichnamigen Hauptorte mit der durch „castrenses, burgmanne" (1259) geschützten Burg, sowie dem s. g. Landgerichte und der Mark Büdingen noch einige andere benachbarte Gerichte begriff, zum einen Theile an die Herrn von Ysenburg-Breuberg. Diese werden dann seit der Mitte des XIV. Jhdts. als Alleinbesitzer von Stadt und Gericht Büdingen angetroffen und sind es auch bis zur Auflösung des Reichsverbandes geblieben. Zwischen 1317 und 1321 ging die Umwandlung des Ortes Büdingen aus einer „villa" zur „stadt" nach Ausweis der Urkunden vor sich, ohne dass jedoch das die Stadtfreiheiten verleihende Privileg bis jetzt bekannt geworden wäre.

Zu Nr. CLXXII. Burg. (S. 446b.)

Vgl. G. *Fritz*, Chronik von Burg, aus Urkunden, handschriftl. Notizen und anderen Quellen bearbeitet, das. 1851. 4°.

Aus einem „Verzeichnisse der im Provinzial-Archiv zu Magdeburg vorhandenen Urkunden der Stadt Burg" (MS. des Germ. Mus.) entnehme ich folgende Nachträge:

1233, Jan. 1. Erzbischof Adalbert II (?) 5
von Magdeburg entscheidet einen Streit zwischen der Stadtgemeinde von Burg und Heidenreich dem Jüngeren von da, Wald-

eigenthum betreffend, zu Gunsten der ersteren.

6 **1285**, Jul. 1. Erzbischof Erich genehmiget, dass die Gemeinde von Burg das s. g. Eimerbier in ihrer Stadt acht dazu erwählten Bürgern aus ihrer Mitte zu Lehen gebe.

7 **1289**. Derselbe überlässt seiner Stadt Burg den Platz am neuen Thore, wo das Kaufhaus gestanden, zur Errichtung eines anderen Gebäudes.

8 **1301**. Erzbischof Burchard II. verleiht seiner Stadt Burg gegen 200 Mark Silbers die besondere Gnade, dass Adelige und Geistliche, welche dortselbst wohnen wollen, das Bürgerrecht erwerben müssen.

9 **1338**, März 12. Erzbischof Otto ertheilt den Gerbern und Schuhmachern in seiner Stadt Burg ein Innungs-Privileg.

10 **1361**, Oct. 20. Kaiser Karl IV. gebietet den Bürgern der Stadt Burg, dem neuen Erzbischofe von Magdeburg Dietrich (Kagelwit) als ihrem rechten Herrn Hulde zu leisten und gehorsam zu sein.

11 **1365**, Sept. 5. Erzbischof Dietrich erneuert den Innungsbrief der Bäcker und Knochenbauer in seiner Stadt Burg.

12 **1372**, März 7. Erzbischof Peter (de Bruna) bestätigt seiner Stadt Burg ihre gesammten Rechte und Freiheiten.

13 **1384**, Mai 1. Die Gewandschneider zu Burg stellen gegen Empfang des ihnen von Erzbischof Adalbert IV. verliehenen Innungs-Privilegs eine Reversurkunde aus.

14 **1386**, Jun. 16. Derselbe verschreibt wiederkäuflich aus der Herbstbede zu Burg 16 Mark Silbers jährlich dem Flor vor den Goden.

15 **1407**, Sept. 24. Erzbischof Günther II. überlässt der Wittwe Margaretha Flor vor den Goden wiederkäuflich 2 Mark Goldes jährlich vom Rathhause in Burg.

16 **1433**. Derselbe genehmigt die Abtretung einer Hebung aus der Herbstbede zu Burg, welche bisher die Familie von Redeken pfandweise innegehabt, in dritte Hand.

17 **1437**, Oct. 15. Derselbe verschreibt der vorgenannten Wittwe Flor noch weitere 32 Mark Silbers aus der burger Herbstbede.

18 **1471**. Erzbischof Johann bestätiget den Bürgern seiner Stadt Burg den Besitz der Feldmark Blumenthal.

19 **1474**. Derselbe confirmirt die Willkür der Stadt Burg.

20 **1493**. Erzbischof Ernst entscheidet einen Streit zwischen den Edlen von Barby und der Stadt Burg über den Bierzoll und Deichselpfennig.

Zahlreiche weitere Urkunden beziehen sich auf den Kaland zu Burg (1334, 1340, 1345, 1349, 1359, 1361, 1439, 1497 etc.) und kirchliche Verhältnisse.

Zu Nr. CLXXIV. Burgdorf. (S. 448.)

Vgl. jetzt *v. Wattenwyl*, Gesch. der Stadt und Landschaft Bern Bd. I S. 290—92.

Zu Nr. CLXXVI. Buttelstedt. (S. 454.)

Zu nr. 3. Das Priv. v. 1454 gibt auch *Wette*, Histor. Nachrichten von Weimar Thl. II S. 197 und danach im Auszuge *Böhme*, Ueber die Buttelst. Statuten S. 7.

Zu nr. 6. Das alte Stadtrecht v. 1491 findet man nach dessen Transsumt im Confirmationsbriefe Herzog Wilhelm Ernst's von Sachsen v. 19 März 1692 auch abgedruckt b. *Böhme* a. a. O. Anl. Nr. XI S. 22—32.

Zu Nr. CLXXVII. Butzbach. (S. 455b.)

Zu nr. 2 und 4 s. R. Graf *zu Solms-Laubach*, Gesch. des Grafen- und Fürstenhauses Solms (1865) S. 129.

Zu Nr. CLXXVIII. Buxtehude. (S. 457.)

Beizufügen:

1385, Sept. 29. Graf Otto von Schauenburg und sein Bruder Bernhard, 6
Probst zu Hamburg, Amtmann des Stifts zu Bremen, gewähren der Stadt Buxtehude, wenn ihre Bürger „schepen wolden vppe deme Elvestrome kopenschop, in welcher warbe de werhe, de se thor sehe foren wolden", Befreiung von dem ihnen (den Grafen) gebührenden Zolle. *Scheidt*, Nachrichten vom Adel, Mantissa document. Nr. CXCVI p. 569, 70.

Zu Nr. CLXXX. Calbe. (S. 459.)

Zu nr. 1. Die Schenkung Calbe's an Magdeburg ward durch Kaiser Otto II. am 17 Mai 973 und durch König Otto III. am 28 Aug. 992 bestätigt. Uebrigens befand sich der Ort („civitas Calva") vorübergehend im Lehensbesitze des Markgrafen Hodo, nach dessen Tod er dann durch Otto III. dem magdeburger Erzstifte durch Urk. v. 17 Apr. 993 zurückgegeben wurde. Die drei Documente s. in O. *Heinemann*'s Cod. dipl. Anhaltinus Thl. I Abthl. 1 (1867) Nr. 50, 77, 80 S. 39, 61, 63.

Zu Nr. CLXXXII. Callies. (S. 461.)

Vgl. *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 54—57.

Hinzuzufügen sind nachstehende Regesten:

2 **1313**, Sept. 29. Markgraf Woldemar von Brandenburg überlässt dem Rathe und der Gemeinde seiner Stadt „Calis“ schenkungsweise „molendinum, quod erat domini Kenstel, cum aggere, piscina ac usu piscandi ibidem, cum area castri et pomerio perpetuis temporum decursibus jure civitatensi ac justa proprietate possidenda.“ *Riedel*, Cod. dipl. Brandenburg. Hptthl. I Bd. XVIII S. 102 Nr. IV.

3 **1335**, Apr. 10. Markgraf Ludwig von Brandenburg verleiht dem B. Kurow und seinen Erben „justo feodi titulo officium prefecture in Kaliz cum iv. mansis ibidem et cum ix jugeribus, qui dicuntur burgerlant, nec non tercium denarium in censu perticali [Ruthenzins] possidendum cum omni jure, libertate et commodo, sicut ipsius B. antecessores possederunt.“ *Riedel* a. a. O. S. 105 Nr. X.

4 **1336**, März 24. Derselbe erlässt den Bürgern von „Kaliz“ auf drei Jahre die übliche Jahrbede, jedoch mit der Auflage, „quod ipsam pensionem . . . in utilitates et munimenta ipsius civitatis probabilia et evidencia convertant.“ *Riedel* a. a. O. S. 106 Nr. XII.

5 **1345**, Febr. 12. Derselbe überträgt das Schulzenamt zu Callies mit den in nr. 3 aufgeführten Zubehörungen an Peter Schwartz — „pro qua quidem collatione nostra sic facta prenotatus Petrus nobis cum ii equis validis cum panceriis ad modum hastiferi sive sagittarii servire debet, quandocunque in limitibus nostris Marchie fuerit requisitus.“ *Riedel* a. a. O. S. 118 Nr. XXXIV.

6 **1346**, Jan. 23. Derselbe befreit die Stadt Callies auf sechs Jahre von der Urbede — „sic quod pensio in munimenta ipsius civitatis evidentia convertatur.“ *Riedel* a. a. O. S 119 Nr. XXXV.

7 **1350**, Nov. 2. Derselbe gibt dem Henning von Wedell die Stadt „Calliss mit der plege, mit dem gerichte vnd denste in der stadt“ sowie mit allen sonstigen Zubehörungen zu Lehen. *Riedel* a. a. O. S. 124 Nr. XLVI.

8 **1402**, Oct. 16. König Sigismund belohnt Heinrich von Güntersberg mit der Stadt Callies sammt Zubehörungen „in der Newe Marck gelegen“, von ihm dafür dieselben „dienst vnd andre recht“ heischend, „als andre sine mannen in der ehegenandten Newenmark gesessen“ zu leisten haben. *Riedel* a. a. O. S. 166 Nr. CIII (mit der irrigen JZ. 1408, s. *Kratz* a. a. O. S. 56 Note 1).

Die gleichzeitige Urk. König Sigismund's b. *de Ludewig*, Reliq. MS. Tom. IX Nr. XLIII p. 564 und *Oelrichs*, Beyträge zur Brandenb. Gesch. S. 93, 94 betrifft nicht die Stadt, sondern die Vogtei und das Schloss zu Callies.

1404. Rath und Bürger von Callies 9
— seit 1402 dem Deutschorden unterthan — verkaufen an denselben alle städtischen Mühlen, sowie den Aalfang und die Fischerei mit kleinem Zeuge auf den Stadtgewässern. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 56.

1409, Sept. 22. Der Hochmeister des 10
Deutschordens Ulrich von Jungingen bestätigt dem Heinrich von Güntersberg den Lehensbesitz von Callies [nr. 8]. *Gercken*, Fragmenta Marchica Thl. I Nr. XLIX S. 98, 99; *Riedel* a. a. O. S. 167 Nr. CIV.

Im J. 1454 kam mit der Neumark auch Callies an das brandenburgische Fürstenhaus zurück.

Zu Nr. CLXXXIV. **Camberg.** (S. 462.)

Die Privilegien nr. 1, 2 sind jetzt gedruckt in *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 424 S. 333 u. Nr. 552 S. 403.

Zu Nr. CLXXXVII. **Camin.** (S. 466.)

Vgl. *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 58—66. Danach ergänzt sich der betreffende Artikel, wie folgt:

1274, Jan. 2. Herzog Barnim I. von 1
Pommern überlässt seine Stadt Camin dem Rathe und den Bürgern daselbst zum Besitze nach deutschem Rechte — „jure Theutonico possidendam“ — mit 40 Hufen Landes, welche bereits „Slavorum tempore“ dazu gehört hatten und denen er noch die abgabenfreie Flurmark des Dorfes Yatik sowie weitere 60, erst anzukaufende Hufen beifügt; wendet ferner den genannten Bürgern den Wald Zasten und die Wiesen zwischen Schwantust, dem Flusse Divenow, dem Meere und dem „stagnum Caminense“ zu, gewährt ihnen auf letzterem freien Fischfang mit kleinem Geräthe, gibt denselben das **lübische Recht** mit **Greifswald** als **Oberhof**, desgleichen Zollfreiheit im ganzen Lande, drei Zinsfreijahre, Entbindung vom yatiker Brückengelde, freien Holzbezug in einem näher bezeichneten Districte nebst der Häringsfischerei an der Küste des caminer Landes, und bestimmt endlich, dass auf die nach Camin kommenden Handelsleute die greifswalder Zollrolle angewandt werde. Gedruckt b. G. C. F. *Lisch*, Urkunden und Forschungen zur Geschichte des Geschlechts Behr, Abthl. I Bd. I (Schwerin 1861. 4°.) Nr. 83 S. 121 flg. Vgl. dazu *Kratz* a. a. O. S. 59, 60.

1302. Herzog Bogislaw IV. von Pom- 2

mern schenkt seiner Stadt Camin den Zoll daselbst und bestimmt, wie viel in Zukunft als Dammbrückengeld genommen werden und wer davon befreit sein solle. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 60.

3 **1308**. Derselbe bestätigt den Caminern ihr Stadteigenthum, ihren Häringsfang und die zollfreie Holzflössung auf dem Wylzemiz-Bache. (R.) *Kratz* a. a. O.

4 **1313**. Markgraf Waldemar von Brandenburg (in Folge des Kriegs von 1308 Oberlehnsherr über Camin) überträgt „proprietatem civitatis Camin" (d. h. jene oberlehenherrlichen Rechte) auf Bischof Heinrich von Camin und dessen Kirche (R.) *Kratz* a. a. O.

5 **1320**. Herzog Wartislaw IV. von Pommern sichert den Bürgern Camin's zollfreie Schifffahrt auf der Peene zu. (R.) *Kratz* a. a. O. S. 61.

6 **1321**. Die Herzoge von Pommern Otto I. Wartislaw IV. und Barmin III. verkaufen für 8000 Mark wendischer Pfennige, wiederlöslich binnen zehn Jahren, „ipsam civitatem Camin et totam terram Caminensem" an Bischof Konrad von Camin und dessen Capitel. (R.) *Kratz* a. a. O.

Erst in den J. 1355 und 1356 kam die Stadt Camin in den Besitz der pommerschen Herzoge Bogislaw V., Barnim IV. und Wartislaw V. zurück.

7 **1380**. Die Herzoge Wartislaw VII. und Bogislaw VIII. erlauben den caminer Bürgern, ihre Frachtschiffe und Fischerei-Boote über die Haffdünen zwischen Schwantust und Divenow zu ziehen. (R.) *Kratz* a. a. O.

Im J. 1461 gelangte Camin, schon seit der Mitte des XIV. Jhdts. Mitglied der Hansa unter dem Vororte Stettin, in Folge eines Erbvergleichs an Herzog Otto III. von Pommern-Stettin, fiel jedoch noch in demselben Jahre an die pommern-wolgastische Linie zurück. Seine Wehrfähigkeit bewies es durch seinen Anschluss an die Landfriedens-Conföderationen v. 1417 und 1481.

Zu Nr. CXC. Caub. (S. 479ᵃ.)

Vgl. auch G. W. *Röder*, Beiträge zur Orts- und Kirchengeschichte der Stadt Caub, Hanau 1860. 8°.

Beizusetzen ist das Regest:

2 **1394**, Oct. 9. Herzog Ruprecht „der Aeltere" von der Pfalz (bei Rhein) erlässt für seine Burgmannen einer- und für Bürgermeister, Rath und Gemeinde seiner Stadt „zu Cube" andererseits Satzungen: a) über Entrichtung des Ungelds in den nächsten zehn Jahren; b) über die auf den Wald und Holzschlag bezüglichen „gebot vnd eynunge", welche der Burggraf mit zwei Burgmannen und dem Rathe vereinbaren soll; c) über die Einnahme der Waldstrafgelder durch die zwei Bürgermeister, ihre Verrechnung und Verwendung „zu dem buw vnd gemeynen nütze der stat zu Cube"; d) über die völlig gleiche Behandlung der „eynunge vber grassen vnd ander soliche dinge"; e) über „daz wyngartlesen"; f) über Nichteinführung fremder Weine in die Stadt, ausgenommen g) „daz man zu Cube nit so vil wyns haben möchte, daz man redelichen feilen kauf vnd dranck haben mochte"; h) über Schuldforderungen der Bürger an Burgmannen — „item ob vnser burgmanne zu Cube vnsern burgern oder burgerssynnen do selbs icht schult schuldig weren, die schult sollent sie yn gütlich richten, als billich ist. wo sie yn aber daz verziehen wolten, wann dann vnser burger oder burgersynne daz fordern an vnsern burggraven zu Cube, so sol er vnsern burgern von dem oder denselben burgmannen in den nehsten ahtagen dar nach vnverzogenlich gulte oder rechts helfen vnd schaffen, vnd sollent des vnser burgmanne also gehorsam sin vor vnserm burggraven do selbs." Ferner i) über die Competenz in Sachen „vmbe erben vnd vmbe eigen — daz sol man handeln an vnsern gerichte zu Cube, do es vmbe erbe vnd eygen hin gehört"; desgleichen k) „vmbe manlehen" und l) „vmbe burglehen", worauf endlich m) bezüglich aller „obgenanten stucke" des Herzogs und seiner Erben „widerruffen" vorbehalten wird. *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XVII S. 378—81.

Zu CXCI. Celle. (S. 479.)

Beizufügen:

1370, Aug. 15. Herzog Magnus von 6
Braunschweig-Lüneburg bekennt, seiner „leven echten husvrowen" Katharina „to enem rechten lifghedinge Tzelle hus vnn stad ... mid allen nutten vnn tobehoringen" gegeben, und „des to ener sekercheyt de manschop, de in deme sulven gherichte vnn in der voghedye to Tzelle beseten sint, vnn dar to den rad vnn de ganczen menheyt siner vorbenomden stad to czelle an se ghewiset vnn gheheten to hebbe, dat se ere gheuldeghet hebben to ereme lyve". *Sudendorf*, UBuch z. Gesch. der Herzöge von Braunschweig Thl. IV Nr. 37 S. 33, 34.

1372, Jul. 2. Derselbe übereignet sei- 7
nen Bürgern zu „Zelle" um ihrer ihm geleisteten treuen Dienste willen seine „wische, die sie nennen die Danne, vndt eine stete, die heiszet dasz Schwene", sie noch

weiter dahin begnadend, „dasz sie wol mogen vndt durffen sonder einigerley gabe vndt fehme dreiben in dasz Witzenbruck vndt huten laszen darinnen drei schock schweine, wen dar mast inne were." *Sudendorf* a. a. O. Nr. 279 S. 194.

Ausserdem ist das Priv. der Herzoge **Wenzeslaus** und **Albrecht** von Sachsen und Lüneburg und **Bernhard** von Braunschweig und Lüneburg v. 8 (nicht 6) Juni 1378 [nr. 4] jetzt abgedruckt b. *Sudendorf* a. a. O. Thl. V Nr. 138 S. 180. Es enthält zugleich das Gelöbniss der Herzoge, die Rathsherrn und Bürger sollten ihnen zu keiner Zeit für „geleite oder zoll" mehr entrichten, als ihnen zu Herzog Wilhelm's Zeiten obgelegen habe.

Zu Nr. CXCIII. Chemnitz. (S. 486^b.)

Vgl. auch „Einige *Nachrichten* von der Lage und Nahmen, wie auch der hohen Obrigkeit der Stadt Chemnitz, St. Annaberg 1742. 4°.

Zu nr. 1 S. 487^b. Das Priv. v. 1308 gibt auch *Peccenstein*, Theatr. Saxon. Thl. III S. 48, 49.

Zu Nr. CXCV. Chur. (S. 491^b.)

Vgl. nun auch: J. F. *Fetz*, Die Schirmvogtei des Hochstifts Chur und die Reichsvogtei in der Stadt Chur, Stans 1863. 8°. [Danach war die Reichsvogtei zu Chur bis zu ihrer Auflösung fortwährend eine Pfandschaft des deutschen Reichs.]

Zu Nr. CXCVIII. Coblenz. (S. 498.)

Einige historische Notizen über Coblenz gibt jetzt L. *Eltester* in seiner „geschichtlichen Uebersicht" vor *Beyer*'s mittelrhein. UBuch Bd. II S. XCV, VI.

Zu nr. 4 S. 499^a. Jetzt auch b. *Beyer* a. a. O. Nr. 53 S. 92—94. Es hatte übrigens das St. Simeons-Stift, dessen Zollgerechtigkeit zu Coblenz Kaiser Heinrich VI. durch Urk. v. 17 Sept. 1195 neuerlich bestätigte, für die genannte Stadt seine eigene umfassende Zollrolle v. 13 Juni 1209. Beide Documente gibt *Beyer* a. a. O. Nr. 142 S. 184 flg., Nr. 242 S. 280—82.

Zu nr. 16 S. 500^b. Jetzt gedruckt in *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 559 S. 406. (Der Inhalt der hier confirmirten „statuta per cives de Confluentia edita" wird nicht näher bezeichnet.)

Zu Nr. CXCIX. Coburg. (S. 506.)

S. 512 Note 26. „Ferch wunde" ist eine schwere, lebensgefährliche Verwundung. Vgl. *Haltaus*, Glossar. col. 451.

Zu Nr. CCII. Cöln. (S. 515.)

A. Zur allgemeinen Literatur-Angabe.

I. *Quellen* zur Geschichte der Stadt Köln. Herausgeg. von L. *Ennen*, Bd. III (1270—1310), Köln 1867. 8°. [Ohne Mitwirkung von Gtifr. *Eckertz* edirt.]

III, b. Von L. *Ennen*'s „Geschichte der Stadt Köln" hat die Herausgabe des IIIten Bands 1867 (Hefte 1, 2) begonnen. Ueber das Werk s. vorzüglich K. *Hegel* in *Sybel*'s Historischer Ztschr. Bd. XVI (1866) S. 436—48.

IV. E. M. *Lambert*, Die Entwicklung der deutschen Städte-Verfassungen im Mittelalter, aus den Quellen dargelegt. Bd. II. (Dritter Theil, I. Abthl. Städte geistlicher Fürsten: A. Cöln) Halle 1865. 8°. Ferd. *Walter*, Das alte Erzstift und die Reichsstadt Cöln. Entwicklung ihrer Verfassung vom XV. Jhdt. bis zu ihrem Untergang. Bonn 1866. 8°., S. 278—354. A. *Fahne*, Zwei Cölner Eidbücher, die ersten Verfassungscodices der Reichsstadt Cöln (Forschungen auf dem Gebiete der Rhein. u. Westphäl. Gesch. Bd. II Heft 2), Cöln 1867. 8°. E. *Weyden*, Geschichte der Juden in Köln am Rhein von den Römerzeiten bis auf die Gegenwart, nebst Noten und Urkunden, Köln 1867. 8°.

B. Literatur-Nachträge zu einzelnen Regesten.

nr. 3. S. 519^a. Auch b. *Lambert* a. a. O. S. 144 flg.

nr. 12. S. 521 flg. *Lambert* a. a. O. S. 153 flg. entscheidet sich, der Ausführung *Ennen*'s sich anschliessend, für die Authentizität des Schieds. Ueber die Richerzecheit (S. 524^b) gibt jetzt eine ausführliche Erorterung *Lambert* a. a. O. S. 228—303.

nr. 86. S. 537^a. Auch b. *Weyden* a. a. O. Urk. 6 S. 354, 55.

nr. 111. S. 544^b. Auch b. *Weyden* a. a. O. Urk. 8 S. 356.

nr. 125. S. 548^b. Auch b. *Weyden* a. a. O. Urk. 9 S. 356, 57; deutsch im Texte S. 151, 52.

nr. 127. S. 549. Text-Emendationen s. in den *Quellen* Bd. III Nr. 40 S. 31.

nr. 128. S. 550. Einige Verbesserungen geben die *Quellen* a. a. O. Nr. 46 S. 34.

nr. 131. S. 550^b. Eine zweite Privilegien-Bestätigung König **Rudolph**'s I. v. 15 Nov. 1273 geben jetzt *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 391 S. 316, 17.

nr. 135. S. 550^b. [Novemb. 8, nicht 7.] Auch in den *Quellen* a. a. O. Nr. 93 S. 67 flg.

nr. 139. S. 551. Text-Verbesserungen in den *Quellen* a. a. O. Nr. 152 S. 128.

nr. 140. S. 551b. Correcturen in den *Quellen* a. a. O. Nr. 172 S. 143.

nr. 143. S. 551b. Verbesserungen in den *Quellen* a. a. O. Nr. 249 S. 216 (mit der JZ. 1285).

nr. 144. S. 551, 52. Auch gedruckt in den *Quellen* a. a. O. Nr. 240 S. 209.

nr. 145. S. 552. Auch in den *Quellen* a. a. O. Nr. 272 S. 238.

nr. 146. S 552. Vollständiger gedruckt in den *Quellen* a. a. O. Nr. 285 S. 255—57.

nr. 148. S. 552b. Emendationen in den *Quellen* a. a. O. Nr. 299 S. 274.

nr. 152. S. 553. Auch in den *Quellen* a. a. O. Nr. 378 S. 342.

nr. 153. S. 553. Auch in den *Quellen* a. a. O. Nr. 428 S. 408, 9.

nr. 156. S. 553b. Auch in den *Quellen* a. a. O Nr. 484 S. 466, 67.

nr. 162. S. 554b. Auch b. *Weyden* a. a. O. Urk. 12 S. 359—61.

nr. 176 u. 177. S. 558, 59. Hier ist das Judenprivileg der Stadt v. 17 Jan. 1331 (*Weyden* a. a. O. Urk. 18 S. 365—68), worin die Juden zu „samenburgerin" recipirt werden, und welches 1342 mit Zusätzen (*Weyden* a. a. O. S. 368—70) wiederholt ward, zu vergleichen.

nr. 196. S. 562. Auch b. *Weyden* a. a O. Urk. 26 S. 377—81. (Der Mannengerichts-Bescheid steht *das.* Urk. 27 S. 381, 82.) Desgleichen gehört hierher die gerichtliche Bestimmung der dem Erzbischofe zufallenden Judenhäuser v. 23 März 1353, *das.* Urk. 29 S. 384.

nr. 216. S. 566, 67. Auch b. *Weyden* a. a. O. Urk. 33 S. 386—89. Vgl. dazu *dessen* Text S. 202—6.

nr. 242. S. 580b. *Fahne* a. a. O. S. 33—92, 93—153 theilt die beiden ältesten Eidbücher v. 1321 und 1341 mit.

nr. 258. S. 583a. Auch b. *Weyden* a. a. O. Urk. 35 S. 391, 92.

nr. 265. S. 584b. Ueber die Statuta et Concordata vgl. *Walter* a. a. O. S. 288 flg.

Zu nr. CCIV. Cöslin. (S. 605.)

Zur Literatur beizufügen: J. E. *Benno*, Die Geschichte der Stadt Cöslin, das. 1840. 8°. [mit Urkunden]; Dr. *Grieben*, Geschichte der Stadt Kösslin, zur Feier des 600jährigen Bestehens der Stadt Kösslin bearbeitet, Thl. I das. 1866. 8°. *); *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 71—80.

*) Voraus geht ein Band „Vorgeschichte", welcher nicht hierher gehört.

Zu nr. 2. Auch gedruckt b. *Benno* a. a. O. Urk. Nr. II S. 263; in deutscher Uebersetzung b. *Grieben* a. a. O. S. 107, 8.

Zu nr. 3. Auch b. *Benno* a. a. O. Nr. III S. 264.

Zu nr. 4. Auch b. *Benno* a. a. O. Nr. V S. 266.

Zu nr. 5. Das Bauholz-Privileg Bischof Jaromar's v. 25 Jan. 1291 (auch b. *Benno* a. a. O. Nr. VI S. 267) ist eine von der gleichzeitigen Confirmation zweier Hermann'scher Rechtsbriefe v. 1271 und 1274 [nr. 3] verschiedene selbständige Urkunde.

Zu nr. 6. Die Bestätigung Bischof Peter's v. 6 Febr. 1298 bezieht sich auf die beiden zu nr. 5 namhaft gemachten, hier vollständig eingerückten Jaromar'schen Privilegien v. 1291.

Zu nr. 8, 9, 12, 14. Die Urkunden finden sich sämmtlich b. *Benno* a. a. O. Nr. X, XXVI, XXIX, XXX S. 271, 301, 308, 310.

Zu Nr. CCV. Colberg. (S. 609.)

Vgl. J. *Maass*, Geschichte und Beschreibung der St. Marien-Domkirche zu Colberg, das. 1837. 8°. und *Kratz*, Die Städte der Provinz Pommern S. 81—99. [Von W. *Reinhold's* „Chronik der Stadt Colberg" erschien die 1. Aufl. Belgard 1852. 8°. Hierher gehören nur S. 56—70.]

Nachzutragen ist.

1469, Jul. 25. B ü r g e r m e i s t e r, R a t h und G e m e i n e zu Colberg gehen mit jenen von Cöslin zur Beilegung der über die Anerkennung des vom caminer Capitel gewählten und vom basler Conzil — „welk Consilium was jegen Pawes Eugenium vnde de hilge Römische karke" — confirmirten Bischofs Henning entstandenen „groten twedracht, mort vnd schaden" eine „*gotlicke* frontlicke vorsegelde endracht" ein, wonach sich, wenn ein Bischof vom Pabste bestätigt in das Stift Camin kommen würde, beide Stadtgemeinden „in der huldinghe nicht splitteren", sondern nur dann „huldighen dhon willen besundergen", wenn derselbe ihnen zuvor „tho beden parthen ire privilegia, gerechtigeyde vnd wanheyde, de sy vri to der tid heffe, vppe dat nyge vorprivilegiert hette." Zugleich wird gegenseitig von beiden Städten sich „in rechtverdigen saken bistant, hülpe, trost mit gantzen vormögen vnde mit truwen, lowen vnd eren" zugesichert auf den Fall, dass die eine oder andere Stadt durch einen fremden Herrn „mit vnrechter overvallynghe" heimgesucht werden würde. *Dähnert*, Pommersche Bibliothek Bd. IV S. 222, 23.

Bewidmet mit dem **lübischen** Rechte

nach dem Muster von Colberg erscheint das Städtchen Cörlin (Corulin, Corlin) in Pommern im XIV. Jhdt. Vgl. *Kratz* a. a. O. S. 67.

Zu Nr. CCVII. Colmar. (S. 615.)

Einzureihen:

1333, Oct. 23. Kaiser Ludwig IV. ertheilt dem Schultheissen, dem Rathe und den Bürgern zu Colmar die Ermächtigung, „daz si alle almende in irr vnd vnserr vnd des riche stat ze Kolmarn vnd auch vf dem velde niderlegen vnd ab gebrechen mugen, swo si wellent vnd swi daz vnser vnd des richs stat ze Kolmaren aller best vnd nützlichest dunchet ze sin." *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 757 S. 513.

1470, Febr. 13. Meister und Rath zu Colmar verkünden die von der Brüderschaft der Roth- und Weissgerberknechte im Barfüsserkloster daselbst vereinbarte „ordenunge". *Mone*'s Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XVIII S. 20—24 (in 16 §§.).

Zu Nr. CCIX. Constanz. (S. 636.)

Zu nr. 8 S. 638b. Die Urk. v. 1255 gibt jetzt nach dem karlsruher Archivs-Originale *Mone*, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins Bd. XX S. 28. Danach ist zu verbessern: „nostra et imperii — saniori — de cetero in civitate ipsa."

Uebrigens fährt auch *Mone* in der alleg. Ztschr. fort, wichtige Verordnungen und sonstige Erlasse des constanzer Stadtraths zu veröffentlichen. Bemerkenswerth sind in dieser Beziehung z. B. die Mittheilungen in Bd. XVII S. 39 flg. über Zunftwesen (1420), Bd. XIX S. 67, 69 über Familienrecht (1383, 1460) und Bd. XX S. 297 über den Handel mit Leinwand (1460).

Zu Nr. CCXXI. Cronach. (S. 672, 73.)

Vgl. auch *Jäck* „Cronach" in Ersch und Gruber's Encyklopädie der Wiss. und Künste Sect. I Thl. XIX S. 189 flg.

Zu Nr. CCXLI. Detmold. (S. 740.)

Beizufügen:

1485, Jul. 26. Bernhard edler Herr zu Lippe und Bürgermeister und Rath der Stadt Detmold bestimmen gemeinschaftlich zur Beilegung eines zwischen letzteren und dem Jungfrauenkloster [nr. 7] daselbst über verschiedene Punkte ausgebrochenen Zwistes, welche Rechte und Freiheit die geistlichen Schwestern künftig in der Stadt in Bezug auf Grunderwerb, Schafhaltung, Befestigung ihres Klosters, Wollen- und Leinwerk, Schweinemast, Gemeindelasten („schot vnd stadesdracht"), sowie endlich in Ansehung des Erbguts „sich ingebender" Frauenspersonen geniessen sollen. (R.) *Preuss* und *Falkmann*, Lippische Regesten Bd. IV S. 98, 99 nr. 2690.

Zu Nr. CCXLVII. Dieburg. (S. 757.)

nr. 1. König Rudolph's Priv. v. 5 Juli 1277, worin er „oppidum Dippurch cum omnibus suis juribus libertat, quemadmodum libertare civitates libere consueverunt", steht jetzt in *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 419 S. 331.

Zu Nr. CCLI. Dietz. (S. 771.)

nr. 1. Jetzt gedruckt in *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 726 S. 496. Die Hauptstelle lautet: — „vnd sullen die vorgnanten purg vnd stat [Dietsch] vnd alle ir purger alle die friheit, reht vnd gewonheit habn vnd niezen, die Frankenfurt, vnser vnd des reychs stat, vnd ir purger vntz her gehabt hat vnd noch hat."

nr. 2. Nun auch abgedruckt b. *Böhmer* a. a. O. Nr. 733 S. 501, 2. [Der Name der Stadt ist hier „Dietse" geschrieben.]

Zu Nr. CCLII. Dillenburg. (S. 772.)

Das Priv. v. 1344 wird jetzt abgedruckt in *Böhmer*'s Acta imp. sel. Nr. 812 S. 546 angetroffen, und lautet:

„Wir Ludowig von gottes gnaden Romischer kaiser ze allen ziten merer des richs verichen offenlichen mit disem brief, daz wir dem edeln manne Otten grafen ze Nazzowe, vnserm lieben getruwen, durch sunder lieb, die wir zu im haben, sin burg vnd tal genant Tillenberg gefryet haben, vnd geben den luten, die in dem selben tale vnd och burge eweclichen wonend sint vnd werdent, von vnserm kaiserlichen gewalt alliu diu recht, diu vnser vnd des riches stat Gailnhusen hat, mit disem brief. Vnd dariuber ze vrchunde geben wir disen brief versigelten mit vnserm kaiserlichem insigel. Der geben ist ze Wisebaden an sant Matheus abent des zwelfbotten, nach Kristus geburt druzehenhundert iare, darnach in dem vier vnd viertzigestem iare, in dem drizzigsten iare vnsers richs, vnd in dem sibentzehenden des kaisertumes."

Zu Nr. XC. Beuthen. (S. 207a.)

Vgl jetzt Fr. *Gramer*, Chronik der Stadt Beuthen in Ober-Schlesien, das. 1863. 8°. S. 1—72 *). Nach dieser fleissigen, mit einem Urkundenbuche [Thl. III S. 337—422] versehenen Monographie ergänzt sich der Artikel. wie folgt:

1 **1254**. Herzog Wladislaus von Oppeln überlässt „Heinrico viro fame bone et conversationis honeste" und dessen Erben „civitatem suam Bytom jure Teutonicali locandam et . . jure hereditario in perpetuum possidendam" mit 140 Hufen flämischen Gemässes [„in mensura Flamingorum"] und dem anliegenden Dorfe „Legewnic" (Lagiewnik), dabei die Gerechtsame und Einkünfte („mansum liberum a censu et decima nec non ab omni ducis jure — molendina, macella et omnes utilitates civitatis — omnium judiciorum tercium denarium") des genannten Heinrich, welchem auch die vogteiliche Gerichtsbarkeit übertragen wird, sowie den Jahrzins der Einwohner („argenti fertonem solvent annuatim") festsetzend. *Gramer* a. a. O. Urk. Nr. I S. 339, 40 (m. Text S. 21).

2 **1404**, Dez. 20. Herzog Konrad III. zu Oels verleiht dem Bürgermeister und den Rathmannen seiner „halben stad zu Bithum" sowie der „ganczen gemeine" daselbst die Gnade des freien Erbgangs von „mannes geschlechte odir weibisnam bis an das fünfte gled, als sich man vnd weib czu der ee genemen mogen", in alles „wegeliche odir vmmbewegliche, farende odir vmbfarende gut", welches „im stad rechte" besessen wird, mit dem Beifügen: „sundir nach dem fünfften glede gerechint sol die mageschafft ausgeen vnd ein ende haben, vnd wir oder vnsir erbin sullen darnach vnseres fürstlichen rechts gebrauchen"; bestätiget hierauf der Stadt alte Gewohnheiten, befreit die „metebürger" darin von Ladungen in das Landgericht, sie lediglich „in yr stad ding" verweisend, und bestimmt endlich den Umfang der städtischen Jurisdiction. *Gramer* a. a. O. Urk. Nr. X S. 348—50 (m. Text S. 50).

1412, Dez. 2. Herzog Bolko von Teschen erneuert für seinen Antheil an der 3
Stadt „Bythom" den vorstehenden Rechtsbrief von 1404 [nr. 2], jedoch mit dem auf die dortige Erbgangsfreiheit bezüglichen Vorbehalte: „ab ein burger oder inwoner vnser stad Bythom an vnsserm theile icht erbgüter kowffen wurden oder kaufften, die zu lehen gehen oder in erb rechte legin, sie sullen nicht weiter erben, wenne noch des landes rechten vnd gewohnheiten." *Gramer* a. a. O. Urk. Nr. XX S. 360, 61.

1472, Aug. 3. Herzog Konrad „der 4
junge Weisse" von Oels bestätigt der Stadt Beuthen „alle ere brieffe, handfesten vnd privilegia vber alle ere herrligkeiten, freiheiten, rechte, rentte, czinse, jahrmarkte, salzmarkte, vnd alle gutte gewohnheiten", und fügt noch einige neue Begnadungen, betreffend das s. g. Schrotlohn, das Verbot des Handelsbetriebs der „gebauern vff dem land vnd en den dorffern im beüthenischen gebiette . . mit gewande, salcze, würtze" und sonstigem „kawffmanschacze", die „vffhaldunge" wegen Kaufschulden und die Anlegung von Teichen „vff der stadt gründen", hinzu. *Gramer* a. a. O. Urk. Nr. XVIII S. 355—57.

1475, Jan. 19. Herzog Heinrich „der 5
Aeltere" zu Münsterberg confirmirt den Bürgern seiner Stadt Beuthen a) ihr Gericht und Stadtrecht sowie die althergebrachte Mauthbefreiung, b) den Wein-, Bier- und Methschank im Stadtkeller, c) die Teich-Anlagen auf den Stadtgründen, d) alle städtischen Einkünfte und Nutzungen, auch Jagd, Fischerei und Vogelfang, noch weiter gestattend, e) dass ein Braugroschen erhoben werde, und f) jeder Bürger selbst malze und braue *). *Gramer* a. a. O. Urk. Nr. XIX S. 357—60 (m. Text S. 55).

---

*) Ich habe das Buch erst nach Vollendung des Druckes der Zusätze erhalten.

*) Ursprünglich mährisch; die von Gramer mitgetheilte Uebersetzung ist v. J. 1723.

Register.

Von den durch den Druck hervorgehobenen Städten werden im Codex Regesten, von den übrigen namhaft gemachten deutschen, schweizerischen und elsässischen Orten blos beiläufig kürzere Notizen angetroffen. Z bedeutet die am Schlusse des Bandes befindlichen Zusätze, *b* die zweite (rechte) Columne jeder Seite.

Berichtigungen.

S. 3^{b} nr. 11 Z. 2 lies: ecclesiae.
„ 10^{a} nr. 46 a. E. ist nach „thue“ einzuschalten: gehandelt.
„ 14^{b} Z. 9 von unten lies: Stadt.
„ 16^{b} nr. 1 Z. 9, 10 lies: Nachtheile — wieder.
„ 21^{b} Z. 2 von unten lies: *Soldan.*
„ 28^{b} nr. 6 Z. 8 lies: Buchern.
„ 43^{b} nr. 5 Z. 6 lies: judaeorum.
„ 47^{b} a. E. lies: und.
„ 49^{a} Z. 3 lies: orteil.
„ 51^{a} Z. 3 lies: *Bekmann.*
„ 66^{a} Z. 20 lies: Gemeinwesen.
„ 76^{a} nr. 19 Z. 2 lies; dreijährige.
„ 80^{b} nr. 38 Z. 1 lies: Bischof.
„ 88^{a} nr. 83 Z. 3 lies: zwischen.
„ 88^{b} nr. 86 Z. 1, 2 lies: Augsburg.
„ 99^{b} Z. 10 lies: auch.
„ 105^{b} nr. 1 Z. 5 von unten lies: Einzelnen.
„ 283^{a} Note *) Z. 2, 3 lies: Braunsberg statt Brandenburg.
„ 449a a. E. lies: CLXXV.
„ 454^{a} Z. 7 lies: CLXXVI, worauf dann S. 455^{a} der Ausgleichung wegen B u t t s t e d t die Nummer $CLXXVI^{b}$ bekommen mag.
„ 487^{a} Z. 17 lies: P. III S. 48.
„ 495^{a} Z. 1 lies: Dietrich V.
„ 502^{a} Z. 13 lies: den.
„ 529a Z. 23 lies: Befreiung.
„ 575b Z. 13 v. u. lies. 1393.
„ 593^{a} Z. 16 v. u. lies: geleistet hatte.
„ 608^{a} Z. 16 ist das Regest mit 14^{b} zu numeriren.
„ 670a Z. 20 lies: L u b e c e n s i.
„ 703^{b} Z. 14 u. Z. 11 v. u. lies: Lokietek.
„ 742^{b} Z. 17 lies: *Denzinger.*

Wegen etwa übersehener, gewiss nur geringfügiger Druckfehler wird um freundliche Nachsicht gebeten.

Druck der Universitäts-Buchdruckerei von Junge & Sohn.

no front wrapper.

CODEX
JURIS MUNICIPALIS GERMANIAE
MEDII AEVI.

Regesten und Urkunden

zur

Verfassungs- und Rechtsgeschichte der deutschen Städte im Mittelalter.

Gesammelt und herausgegeben

von

Dr. Heinrich Gottfried Gengler,

Professor der Rechte zu Erlangen.

Erster Band. 2. Heft.

Erlangen,

Verlag von Ferdinand Enke.

1864.

CODEX
JURIS MUNICIPALIS GERMANIAE
MEDII AEVI.

Regesten und Urkunden

zur

Verfassungs- und Rechtsgeschichte der deutschen Städte im Mittelalter.

Gesammelt und herausgegeben

von

Dr. Heinrich Gottfried Gengler,

Professor der Rechte zu Erlangen.

Erster Band. 3. und 4. Heft.

Erlangen,
Verlag von Ferdinand Enke.
1867.

Von dem vorliegenden Doppelhefte waren die Bogen 33 — 39 bereits vor dem Kriege des Jahrs 1866, welcher den Fortgang des Druckes für längere Zeit unterbrach, abgedruckt. Hieraus erklärt es sich, dass mehrere schon 1866 erschienene, namentlich auf Cöln bezügliche Schriften nicht mehr benützt werden konnten. Um jedoch sowohl diesem Mangel abzuhelfen als auch eine Reihe anderer Lücken in den früheren Heften [z. B. in den Artikeln „Anklam, Aschersleben, Bregenz“ etc.] auszufüllen, wurden am Schlusse dieses ersten Bandes Zusätze beigefügt. Dass aber auch sonst den von verschiedenen Seiten geäusserten Wünschen und Vorschlägen, soweit dies ohne wesentliche Abweichung von dem einmal aufgestellten Programme geschehen konnte, allenthalben Rechnung getragen worden sei, dürfte ein einziger Blick auf das gegenwärtige Heft zur Genüge erkennen lassen. Der zweite Band (E—K) wird spätestens zu Ostern 1869 im Druck vollendet vorliegen. Diesem folgen dann noch zwei Bände (L — R, S — Z) und ein auf sämmtliche bezügliches Supplementheft nebst Generalregister nach. So mir Gott Gesundheit verleiht, soll das Werk ohne Unterbrechung und in möglichster Zeitkürze zu Ende geführt werden.

D. Verf.